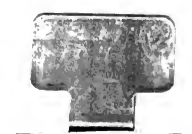
SÜDDEUTSCHER TELEGRAPH: MÜNCHNER ABENDZEITUNG. 1870,3/4







<36611555280018

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr:
Man abonnirt bei allen königlichen Post-
mtern, in München bei der Expedition
esidenzstraße 23/0; der Abonnements-
reis beträgt jährlich vier, per Quartal
Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr:
für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum
für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr.,
Inserate von auswärts nehmen außer der
Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse
in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler
in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Dienstag, den 1. März 1870. **Nr. 59.**

Politische Tagesübersicht.

Karlsruhe, 26. Febr. In der zweiten Kammer wurde
eute der Gesetzentwurf den Betrieb der Wirthschaften und den Klein-
andel mit geistigen Getränken betreffend, nach der Fassung der ersten
Kammer jedoch mit einigen von der Commission vorgeschlagenen Ab-
inderungen, mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Aus **Säckingen** meldet ein Telegramm der „Karlsr. Ztg.“:
Heute Mittags 12 Uhr 18 Minuten verspürte man hier einen kräf-
igen Erdstoß in der Richtung von Südwesten nach Nordosten unter
igenthümlichem Getöse. (Bekanntlich machten sich in den letzten Tagen
auch in Großgerau und Umgegend erneute Stöße bemerklich.

Wien, 25. Febr. Die Meldung des Memorial Diplomatique,
etreffend die demnächst bevorstehende Hieherkunft Victor Emanuel's,
wird von gut unterrichteter Seite als vollständig unbegründet erklärt.
Die ungünstigen Berichte über das Befinden des Kaisers Ferdinand
werden bis jetzt durch nichts bestätigt.

Lemberg, 26. Febr. Ein großartiger Betrug wurde im hie-
igen Lottoamte entdeckt. Die gerichtliche Untersuchung ist im Zuge.

Berlin, 25. Febr. Die gestrige Verhandlung im Reichstage
über den Jurisdictionsvertrag mit Baden und die von Hrn. Lasker
vorgeschlagene Resolution hat in der Lage der Sache und in der
Stellung der Parteien wenig geändert. Welche geringe Aussichten der
Eintritt Badens für eine nahe Zeit hatte, war im Allgemeinen be-
kannt und seit den Besprechungen wegen der Adresse auch für die
Optimisten festgestellt. Herr Lasker war denn auch, als er die Frage
anregte und seine Resolution beantragte, einer zustimmenden Antwort
es Bundeskanzlers schwerlich gewärtig. Es sollte augenscheinlich, wie
erwähnt, die Stellung der Partei zu der badischen Frage, in welcher
ich für jetzt die deutsche concentrirt, in Erinnerung gebracht werden,
damit die Vertagung der Frage Seitens des Bundes-Präsidiums nicht
uf ein Fallenlassen der Agitation auch in den Reihen der National-
partei schließen lasse. Die Debatte hat nicht nur diesen Zweck erreicht
und damit die süddeutschen Parteigenossen zum Ausharren ermuthigt,
sondern auch Klarheit über die Situation im Allgemeinen verbreitet,
was jedenfalls ein Vortheil ist. Die Discussion konnte allerdings auch
ohne die beantragte Resolution sich in diesen Gränzen bewegen. Aber
e gewann durch die letztere bestimmte Anhaltspunkte. In England
t es eine alte parlamentarische Sitte, daß Mitglieder der Opposition,
m eine Debatte hervorzurufen, einen Antrag einbringen, selbst in der
Voraussicht, daß sich das Zurückziehen desselben vor der Abstimmung
hr wahrscheinlich empfehlen werde.

Berlin, 26. Febr. Die „Kreuzztg.“ schreibt: „Die Nach-
ichten aus Rom, welche von der Wahrscheinlichkeit einer Vertagung
es Concils sprechen, werden uns zunächst als unglaubwürdig bezeichnet:
ie Maßregel der Vertagung, welche von französischer Seite angeregt
worden ist, hat, wie uns versichert wird, bei der Curie nicht den min-
esten Anklang gefunden.“

— Die „Post“ behauptet, daß der Rücktritt des Cultus-Mini-
ers seit vergangenem Donnerstag ein Factum sei. Ueber einen Nach-
folger habe man sich noch nicht geeinigt. Wenn man auf den Rück-
tritt des Herrn v. Mühler nur nicht noch einmal vergebens hofft!

Essen, 25. Febr. Gestern Morgen stellten sämmtliche Arbei-
ter der Honigmann'schen Fabrik (Essener Maschinenfabrik), 280 an der
Zahl, die Arbeit ein; die Meister mit einbegriffen. Anlaß hiezu soll
ein neues Reglement sein, welches der neue technische Director urplötz-
lich einzuführen beabsichtigte, und dem sich die Arbeiter, Schlosser,
Dreher &c. nicht fügen wollten. Die Strikenden sollen das Recht für
sich haben, doch verlautete gestern schon, es solle das Etablissement
ganz eingehen, da die Aktionäre noch wenig Dividende besehen hätten.
In Essen selbst merkt man wenig vom Strike, hoffentlich führt derselbe
zu gutem Ziele; denn es ist jetzt Arbeit hier in Masse zu finden,
und die Leute werden so klug sein, nicht so lange müssig zu liegen.
Gute Eisenarbeiter sind hier sehr gesucht.

Worbis, 25. Febr. Der Nordd. Ztg. meldet man von hier
folgende Mortara-Geschichte: Der hiesige protestantische Arbeiter Franke
ist mit einer Katholikin verheirathet und hat einen Sohn, welchen er
protestantisch erzogen hat. Diesen vor kurzem 14 Jahre alt gewordenen
Knaben ist von den gut katholischen Verwandten seiner Mutter beige-
bracht worden, daß er sich nunmehr seine Religion selber wählen könne,
natürlich zu dem Zwecke, ihn für die katholische Kirche zu retten. Der
Knabe hat denn auch entsprechend gewählt, hat wider den Willen
seines Vaters die evangelische Schule und zugleich das väterliche Haus
verlassen und in der katholischen Schule Aufnahme gefunden. Daß
dadurch ein Durchbruch der väterlichen Gewalt und eine Abwendung
des Knaben vom vierten Gebote liegt, kümmert die frommen Belehrer
natürlich nicht. Der gekränkte Vater hat nun den katholischen Lehrer
um Herausgabe seines Sohnes gebeten, aber vergeblich. Er hat des-
selben sodann außerhalb der Schule habhaft zu werden versucht. Um-
sonst. Die fanatischen Verwandten verbargen den Knaben, der in der
Zwischenzeit bereits als „Meßbub“ verwerthet ist, mit dem besten Er-
folge. Endlich hat sich der Vater mit der Bitte an die Polizei ge-
wendet, ihm zur Wiedererlangung seines Sohnes behilflich zu sein.
Diese aber soll ihm nur ihr Bedauern ausgesprochen haben, hier zum
Einschreiten nicht kompetent zu sein. So bleibt dem Vater sein Kind
vielleicht auf immer entrissen. — Hier entsteht die Frage: Auf Grund
welches Rechtes hat denn der Vorstand der katholischen Schule die
Aufnahme des Knaben Franke veranlaßt, da dies doch wider den
Willen seines Vaters geschehen ist? Und sind denn wirklich beliebige
Fanatiker befugt, fremde Kinder auf diese oder jene Weise aus ihren
Familien zu locken und sie nach ihrem Willen so oder so zu erziehen
— unbekümmert, was für Folgen für die Familie selbst daraus
entstehen?

Paris, 26. Febr. Erzherzog Albrecht machte gestern in Be-
gleitung des Kaisers eine längere Promenade auf den Terrassen des
Tuilerien-Gartens. — Der Cardinal-Erzbischof von Lyon, Bonald ist
gestorben.

Paris, 26. Febr. Von den Morgenblättern wird der gestri-
gen anderthalbstündigen Conferenz des Erzherzogs Albrecht mit dem
Kaiser in dem kaiserlichen Cabinet eine große Bedeutung beigelegt.

Paris, 26. Febr. Entgegen den Behauptungen gewisser Journale wird neuerdings versichert, daß zwischen den Ministern und dem Kaiser, sowie zwischen den einzelnen Mitgliedern des Cabinets ein vollständiges Einvernehmen herrsche. Es wird erzählt, der Kaiser habe gestern zu einer politischen Persönlichkeit gesagt: Wir werden reussiren, denn wir haben alle Männer von Herz hinter uns.

Paris, 26. Febr. Gegenüber der Haltung der 56, welche die eifrigsten Stützen des persönlichen Regiments sind, dürfte es nicht überflüssig sein, hervorzuheben, daß der Kaiser in dem heute Statt gefundenen Ministerrathe den vereinigten Mitgliedern des Cabinets seine, Ollivier bereits gegebenen Versicherungen wiederholt hat; der Kaiser erklärt sich erfreut über den Sieg seiner Minister, und trotz der Anstrengungen, welche die Reaction macht, dem Staatsoberhaupte Mißtrauen gegen seine verantwortlichen Räthe einzuflößen, ist nichts in seinem Verhältnisse zu diesen geändert. Ollivier hat freie Hand, und wenn die Rechte auf ihrem systematischen Widerstande beharrt, so wird er die Ermächtigung zur Auflösung der Kammer erhalten. Rouher und Persigny reichten sich die Hand und beide arbeiten umgesäumt am Sturze des Cabinets. Granier de Cassagnac hat Ollivier einen Besuch gemacht und hat sich gestern auf dem Balle bei Daru gezeigt, eben so der Herzog von Persigny. Es wurde bemerkt, daß Prinz Napoleon sich lange Zeit mit dem Grafen Daru und mit dem Erzherzog Albrecht unterhalten hat. Ollivier hat die Beweise in Händen, daß die äußerste Rechte sich mit Forcade und Duvernois zu seinem Sturze geeignet hatte, und hat dieselben dem Kaiser vor die Augen gebracht. — Die französischen und englischen Ingenieure, welche die Abtragungsarbeiten der Festung Luxemburg beabsichtigt haben, erklären dieselben für ungenügend, und es ist eine amtliche Mittheilung über diesen Gegenstand an die luxemburger Regierung gemacht worden.

Paris, 27. Febr. Der Staatsrath hat beschlossen, das Contingent für die Armee um 12—15000 Mann zu vermindern. Die 56 Mitgieder der Rechten haben beschlossen, eine Vereinigung zu bilden; als Präsident derselben ward Jerome David, als Vice-Präsidenten Forcade und Duvernois gewählt.

— Am 21. Februar wurde in seiner Wohnung in Paris Assy, der bekannte Chef des Strike im Creuzot, verhaftet und nach dem Militärgefängniß in der Rue Cherche Midi abgeführt. Nach 36stündiger Haft wurde er wieder freigelassen. Der Vorwand zu seiner Verhaftung war, daß er Deserteur sei. Dies hat auch seine Richtigkeit. Derselbe ging im 19. Jahre ins Ausland und entzog sich so dem Militärdienste. Er war aber durch die letzte Amnestie sichergestellt und hatte nach derselben die nothwendigen Formalitäten erfüllt, um nicht mehr belästigt werden zu können.

Aus **Grenoble,** 26. Febr. wird telegraphirt: „Eine Arbeitseinstellung ist in Lamothe, unfern la Mure, ausgebrochen; aber bis jetzt ist die Ordnung nicht gestört worden. Der Isère-Präfect hat sich nach Lamothe begeben. Einige Brigaden Gendarmerie sind in la Mure zusammengezogen worden. Man befürchtet keine Ruhestörung. Der Director, Herr Chapus, ist bei den Arbeitern gerne gesehen. Diese fordern die Entfernung einiger Beamten. Der Chef-Ingenieur der Marine, Herr Baudelat, der vielen Einfluß besitzt, hat sich nach la Mure begeben, um eine Verständigung herbeizuführen. Von fünfhundert Arbeitern leisten nur noch hundert Widerstand.

Brüssel, 26. Febr. Das Ministerverantwortlichkeits-Gesetz wird Donnerstag vorgelegt werden. Der Justizminister verlangt, daß die Minister nur, wenn sie Vergehen oder Verbrechen sich zu Schulden kommen lassen, zur Verantwortung gezogen werden.

London, 24. Febr. Die Nachricht, daß der Prinz von Wales Gelegenheit nahm, sich als Zeuge vor dem Ehescheidungsgerichte vernehmen zu lassen, hat bei dem Publikum einen guten Eindruck gemacht. Die Stellung des Prinzen zu dieser unsaubern Sache war eine peinliche. Daß der Thronerbe freiwillig vortrat und Zeugniß gab, und daß er im Stande war, eidlich die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen in Abrede zu stellen, wird ihm von den Loyalen, Tugendhaften und Sittenstrengen im Lande hoch angerechnet. Die Times bringt einen längeren Artikel darüber, in welchem sie den Prinzen an die musterhafte Haltung seines verstorbenen Vaters, des Prinzen Albert, erinnert.

London, 26. Febr. Die Jury hat in der Affaire Mordaunt erklärt, Lady Mordaunt sei wahnsinnig seit Monat April. Ihre Aussagen seien also als Hallucinationen anzusehen und es könne eine Scheidung nicht zugestanden werden.

London, 26. Febr. Der Herzog von Richmond hat die Führerschaft der Conservativen der Oberhauspartei angenommen. Der Budgetüberschuß wird über 4 Millionen Pfund betragen.

Rom, 22. Febr. Wir entnehmen den römischen Briefen der Augsburger Allgemeinen Zeitung nachstehende Mittheilungen über das letzte Schema de pontifice: „Mit weiser Berechnung behandelt die Curie das Concil wie einen Patienten, welchem man erst gelinde, dann in steigender Progression stärkere Dosen gibt. Zuerst das Schema von der philosophisch-theologischen Doctrin, dann die Disciplin, nun die Frage vom allgemeinen Katechismus; hinter diesem das tief einschneidende Schema von der Kirche; und wenn dieses siegreich durchgegangen, dann erscheint als die Krone des großen legislatorischen Werkes das Schema vom Papst. In diesem entpuppt sich das oberste Magisterium als Papst Pius IX. Es zeigt sich der Welt als unfehlbarer Lehrer und Gesetzgeber im Reiche der Wissenschaft, als höchster Richter über die Literatur der Menschheit, als oberster Herr und Gebieter in Allem, was zur Religion gehört oder mit ihr in Verbindung steht, als untrüglicher Richter über Alles, was erlaubt oder unerlaubt ist. Betrachten wir diese Grundsätze näher. I. Der Papst besitzt die oberste und unmittelbare Herrschaft und Gerichtsbarkeit, nicht etwa blos über die Kirche im Ganzen, sondern über jeden einzelnen Christen. Direct und unmittelbar ist jeder Getaufte dem Papst, seinen Satzungen, seinen speciellen Befehlen, seiner Strafgewalt unterworfen. Wer dies nicht glaubt, den trifft das Anathem. II. Die Kirche steht so hoch über dem Staate, als die himmlische Seligkeit über dem Nutzen und den Gütern des irdischen Lebens steht. III. Darum muß auch jeder Mensch dem Nutzen der Kirche stets den Vorzug geben vor dem Wohle des Staates. IV. Das oberste Magisterium der Kirche, also der Papst, entweder allein oder in Verbindung mit einem Concil, hat darüber zu entscheiden, was die Fürsten und Regierenden bezüglich der bürgerlichen Gesellschaft und der öffentlichen Angelegenheiten thun oder lassen sollen. V. Da dem Papste nicht blos ein oberstes Lehramt, sondern auch ein oberstes Straf- und Zwangsrecht zukommt, so unterscheidet er nicht etwa blos als Lehrer zwischen dem, was für Staaten und Völker erlaubt oder unerlaubt ist, sondern er kann auch Jeden, sei er Monarch oder Minister oder einfacher Bürger, mit Strafen zwingen, seiner Entscheidung über das, was politisch erlaubt oder unerlaubt ist, nachzukommen. VI. Wo immer ein Kirchengesetz im Widerspruch steht mit einem Staatsgesetz, da muß das letztere weichen, und derjenige verfällt dem Banne, welcher behauptet, daß etwas nach dem bürgerlichen Gesetz erlaubt sei, was ein kirchliches Gesetz für unerlaubt erklärt. Also Ehe, Unterricht und Erziehung, Duldung oder Unterdrückung Andersgläubiger, Gerichtsstand und Privilegien des Clerus, Erwerb und Verwaltung des Kirchenvermögens, Eidesleistung, Testamente, das ganze unermeßliche Gebiet welches die Kirche im Mittelalter für sich in Anspruch genommen, worüber sie Gesetze gegeben hat, und endlich noch alles, was unter den Begriff des Erlaubten und Unerlaubten fällt — dieses zusammen bildet die Domäne des Papstes, in welcher er als unumschränkter Souverän schaltet und waltet und jeden Widerstand mit seinen Zwangsmitteln und Strafen bricht.

Seit Paul V., seit 260 Jahren, hat kein Papst mehr seine Herzensgedanken und Wünsche so offen, so unverblümt ausgesprochen. Also der Kern der Lehre ist: Es gibt auf Erden einen einzigen Herrn und Gebieter über Könige und Unterthanen, über die Nationen, wie über Familien und Personen; ihm gegenüber schützt kein Recht und kein Gesetz; alle sind seine Knechte; der Unterschied ist nur, daß die Einen, die Bischöfe, als Oberknechte ihrerseits wieder, soweit ihr Herr nicht eingreifend es ihnen wehrt, im Namen der Kirche oder des Papstes in ihren Diöcesen frei walten und herrschen können, alle anderen aber einfache Knechte sind und nichts weiter. Wie man sieht, geht dies

noch weit über den Syllabus hinaus. Es ist ein stattliches Gebäude päpstlicher Universalherrschaft, zu welchem dann der das Ganze tragende und haltende Schlußstein, die Unfehlbarkeit, in dem Umfange hinzukommt, welchen der Jesuit Schrader so klar und offenherzig nachgewiesen hat, wonach nämlich jedes Gebot und jede Anordnung des Papstes, auch wenn sie das politische Gebiet betrifft, unfehlbar ist. Ein paar Ringe in dieser weltumschlingenden Kette sind noch nicht sichtbar, dürfen aber, damit die ganze Kette zusammenhalte, nicht fehlen: es muß nämlich das Interdict, welches ganze Bevölkerungen des Gottesdienstes und der Sakramente beraubt, in seinem frühern Glanze wieder hergestellt und das Recht der Päpste, auch Eidschwüre aufzulösen, gehörig betont werden. — Gestern, am 14. Februar, ist das Eis gebrochen; der Bischof von Belley hat zum ersten Male die Unfehlbarkeit in der General-Congregation besprochen; das Concil, ermahnte er, solle nur rasch das neue Dogma proclamiren und dann heimgehen, denn doch nur dazu seien sie ja nach Rom berufen worden. Man hat inzwischen eine lehrreiche Berechnung über die Proportion angestellt, in welcher die verschiedenen Nationalitäten und katholischen Bevölkerungen im Concil vertreten sind. Da stellt sich denn heraus, daß die Katholiken Norddeutschlands für 810,000, die des Kirchenstaats für 12,000 Seelen eine Stimme haben, so daß also ein kirchenstaatlicher Italiener auf demselben mehr Gewicht hat, als sechzig Deutsche. Man hat ferner gefunden, daß die 512 Infallibilisten im Concil eine Bevölkerung von 73,011,000 Seelen, 94 Gegner der Infallibilität aber bereits 46,278,000 Katholiken vertreten. Bei den Infallibilisten kommen auf eine Stimme 142,570, bei den Gegnern 492,320 Seelen.

Rom, 23. Febr. Gestern ist die neue Geschäftsordnung veröffentlicht worden. Die einfache Mehrheit entscheidet danach, ob in einer Frage Jemandem das Wort gelassen und ein Antrag eingebracht werden dürfe.

Rom, 23. Febr. Die General-Congregation brachte gestern die Berathung über den Katechismus zum Schlusse. Sechs Väter sprachen. Es wurden sechs weitere Schemata vertheilt, darunter eines über die religiösen Orden. Ein Dekret verordnet daß alle 10 Tage eine Generalcongregation stattfinden soll, und daß die Prälaten nach Vertheilung der für die Tagesordnung bestimmten Schemata ihre Bemerkungen schriftlich an die Commission einzugeben haben.

Athen, 26. Febr. Von competentester Seite werden die ausgestreuten Nachrichten, wonach die Position der königlichen Familie als erschüttert dargestellt wird, als tendenziöse Erfindungen bezeichnet. Die Panzercorvette „König Georg" ist aus England im Piräus eingetroffen.

Amerika. Der des Giftmordes angeklagte, resp. deßhalb schon zum Tode verurtheilt gewesene, aber auf vielfaches Andringen mit Revision des Verfahrens beglückte Paul Schöppe, der sich in Untersuchungshaft zu Philadelphia befindet, ist daselbst am 10. vor. Mts. durch zwei Herren aus Berlin, die zufällig eine Reise nach Philadelphia gemacht hatten, als jener Berliner Dieb identificirt worden, für den ihn die juristische Gesellschaft in Berlin von allem Anfang an gehalten hatte. Der Porträtmaler Lindemann, der eine der beiden Herren, konnte Schöppe allerdings nicht mit voller Bestimmtheit erkennen, der andere aber, derselbe Schlosser, bei welchem Schöppe damals in Berlin sich den Schlüssel für den Einbruch hatte abändern lassen, erkannte ihn ganz bestimmt an der Eigenthümlichkeit seiner Sprache. Schöppe läugnete.

Rio de Janeiro, 8. Febr. Lopez verließ Ponadero und ließ die Kranken daselbst zurück. Der Graf v. Eu zog aus, um ihm den Rückzug abzuschneiden.

Lokales und Provinzielles.

München, 28. Februar.

* Die in unserer Residenzstadt seit einer Reihe von Jahren üblichen Offiziersbälle haben für die gegenwärtige Saison mit dem Samstags abgehaltenen Maskenballe einen würdigen Abschluß gefunden. Bereits vor der festgesetzten Stunde hatte sich in den brillant dekorirten Räumen des k. Odeons ein reges Treiben der versammelten Gäste entfaltet, und die elektrisirenden Klänge der trefflichen Hünn'schen Kapelle trugen das Ihrige dazu bei, um die Anwesenden in die froheste Stimmung zu versetzen. Einen besonderen Glanz aber erhielt das Fest durch die Anwesenheit Sr. Maj. des Königs, Höchstwelcher gegen 8½ Uhr in der Uniform des vierten Chevaulegers-Regiments, begleitet von den Generaladjutanten Frhr. v. La Roche und v. d. Tann, den Saal betrat und mit der Generalin v. d. Tann die eben beginnende Française eröffnete, wobei der Kriegsminister Sr. Maj. gegenüber tanzte. Der König betheiligte sich noch an zwei Contretänzen, unterhielt sich mit zahlreichen Personen, darunter mit dem Fürsten Hohenlohe, in der eingehendsten Weise und verließ nach 11 Uhr, sichtlich befriedigt von den gewonnenen Eindrücken, das schöne Fest. Weit über die Mitternachtsstunde hinaus wogten Masken und Dominos im neckischen Spiele der ungezwungensten Freude durch den prächtigen Raum und die reizende Feier heiterer Laune wird für jeden Besucher stets eine angenehme Erinnerung bilden.

* Am Fastnachtdienstage, dem letzten Tage des Carnevals, pflegt nach altem hiesigem Herkommen Jeder, dessen Mittel es nur immer gestatten, sich und seiner Familie im Essen und Trinken ein bene zu thun; um nun auch Jene, denen die Armuth eine Betheiligung an diesem Gebrauche nicht gestattet, an dem Tage allgemeiner Fröhlichkeit nicht darben zu lassen, hat Se. Majestät der König in hochherziger Weise angeordnet, daß in den verschiedenen Stadtbezirken im Ganzen 1400 Bedürftigen auf Kosten der Kabinetskasse ein nahrhaftes Mittagsmahl nebst entsprechendem Quantum Märzenbier verabreicht wird. Als Speiselokale sind ausgewählt: Neue Welt (Glasgarten), weißes Hofbräuhaus, Rosengärtl, Herman's Salon, Nordendhalle, Schimmelwirthshaus, Lade, Gebhard's Salon, Maigarten, Damen-, Schloß- und Schweizerwirthshaus.

— Heute fand, vom schönsten Wetter begünstigt, in Anwesenheit einer großen Menschenmasse der Metzgersprung in der althergebrachten Weise statt.

— In den Schenklokalitäten des k. Hofbräuhauses, in welchen wie alljährlich während der drei Carnevalstage Sommerbier verschenkt wird, sind dießmal nicht weniger als 14 Unteroffiziere aus den hier garnisonirenden Regimentern als Sauvegarden commandirt.

(Tagesbericht.) Dieser Tage wurden in einem Anwesen an der oberen Louisenstrasse bei Aushebung des Baugrundes menschliche Gebeine aufgefunden; über die Umstände, unter welchen dieselben hier zur Bestattung gelangten, sind amtliche Erhebungen eingeleitet. — Gestern Abends machte der Ausgeher Johann Hetzner in seiner Wohnung an der Blumenstraße seinem Leben durch einen Pistolenschuß ein Ende; was den Unglücklichen zu der verzweifelten That trieb, ist bis jetzt nicht bekannt.

— Die **Straub.**-Ztg. berichtet über den Fall mit dem Postillon Müller, dessen wir in der letzten Nummer erwähnten: Beim hiesigen Schwurgericht kam am 18. und 19. Febr. Jos. Müller, vormals Postillon von Heidenburg, wegen Verbrechen des Diebstahls zur Verhandlung, wurde aber wegen Mangel genügender Beweise freigesprochen. Müller hielt sich seitdem im hiesigen Neumaierischen (vorm. Engelram) Gasthause auf, entfernte sich aber gestern aus diesem unter Umständen, die neuerliche Recherchen nach ihm nothwendig erscheinen ließen. Wie wir hören, wurde er gestern in Heidenburg durch den Polizeisoldaten Huber verhaftet und heute in die hiesige Frohnfeste abgeliefert.

Bamberg, 27. Febr. Bei dem gestrigen Güterzug 429 (nicht Postzug) sind zwischen Hirschaid und Bamberg in Folge Achsenbruches 5 Güterwagen entgleist. Eine Beschädigung des Zugpersonales hat nicht stattgefunden und die Beschädigung am Transport-Material ist eine verhältnißmäßig geringe. Eine Störung im Betrieb wurde nicht herbeigeführt.

— Die jüngst gebrachte Nachricht, daß das Staatsärar einen Verkauf der k. Bäder Kissingen und Bocklet beabsichtige, wird sich dahin zu berichtigen haben, daß nicht die Quellen und die Badeeinrichtungen selbst, sondern nur die dortigen Kurhäuser dem öffentlichen Striche unterstellt werden sollen und zwar erst nach Ablauf der dermaligen Pachtperiode im Jahre 1874.

Curse des Münchener Handelsvereins vom 28. Februar 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. 3½% Obl.	fl. 1000	81⅜	
4% ganz. Obl.	1000	86⅝	86¼
4% halbj. Obl.	1000	86⅝	86¼
4% Grundr.-Obl.	1000	86¾	86¼
4½% ganzj. Obl.	1000	92	91¾
4½% halbj. Obl.	1000	92	91¾
4½% „ Milit. „	1000	92	91¾
5% Obl.	1000	101⅛	101
4% Münch. Obl.	1000		
5% „ „	1000	101⅜	100¾
4½% Ostbahn-Aktien		120⅜	120¼
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung		86	85¾
dto. volle		86	85¾
Pfdbr. d. bayer. Hyp.- u. W.-Bank à fl. 1000		90⅝	90⅜
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.		100	99¾
Aktien „ „		830	
Bayer. Handelsbank-Act.		99½	
„ Vereinsbank		115	
Württemberg. 4½% Obl.			
Oesterreich 4⅕% Silb.-Rte. ⁵/₇		58⅞	
„ Pap.-Rte „			
5% Nation.-Anl. ⁵/₆			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à 116⅔			
5% Met. Stfr. v. 1866 ⁶/₇			
Oest. Bank-Aktie			
„ Cred.-Aktien		264½	264¼
Oest.-franz. Stsb.-Aktien.			

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb.		
Preußen. 4½% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. 2½	95⅞	95⅝
„ 1884 „	95	
„ 1885 „	95	
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	107	106½
4% Bad. „	106	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	6⅝	
Pappenheimer dto.	5⅜	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose	18⅛	
Oester. 1854er Loose à fl. 250 ⁵/₆		
„ 1860er „ à fl. 500 ⁶/₇		79¼
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred. Loose		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		300
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		120
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor	95	
Chemische Fabrik Heufeld		75
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn		
„ Siebenbürger Bahn		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. 1. Em. ⁶/₇		
dto. II. „		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn „	76	75½

		Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn „		77¼	
„ Siebenbürger Bahn „			
„ d. Böhm. Westbahn „			
„ Alföld Fiumander Bahn „		74¼	
Wechsel.			
Amsterdam fl. 100 holl.	K. S.	100⅜	
	L. S.		
Augsburg fl. 100	K. S.		
	L. S.		100
Berlin Rthlr. 60	K. S.	105	104⅞
	L. S.		104⅝
Frankfurt fl. 100	K. S.		100
	L. S.		100
Hamburg M.-B. 100	K. S.	88½	88¼
	L. S.	88½	88¼
Leipzig Rthlr. 60	K. S.	105	104¾
	L. S.	105⅛	104⅞
London Pfdst. 10	K. S.	119⅞	119⅝
	L. S.	119⅝	119⅝
Paris Fr. 200	K. S.	95⅛	95
	L. S.	95⅛	95
Wien fl. 100	K. S.	95⅞	
	L. S.		
Bank-Disconto für Platz-Wechsel			
„ „ Lombard.			
Geldsorten.			
Preuß. Friedrichsd'or		9.59	9.58
20 Francs Stücke		9.30	9.29
Preuß. Cassen-Scheine		105⅞	104⅞
Oest. Banknoten		95⅞	95⅝

Kgl. Hof- u. National-Theater.

Dienstag den 1. März.

39. Vorstellung im Jahres-Abonnement.

Neu einstudirt:

Der Alpenkönig und der Menschenfeind.

Romantisch-komisches Original-Zauberspiel in drei Aufzügen von Raimund.

Musik v. W. Müller.

Regie: Herr Jenke.

Personen:

Astragalus, der Alpenkönig	Hr. Christen.
Chrystallor, } Alpengeister	H. Heinrich.
Linarius, } Alpengeister	Hr. Dabidbeit.
Alpanor, } Alpengeister	Hr. Weizlstorfer.
Rappelkopf, ein Gutsbesitzer	Hr. Sigl.
Sophie, seine Frau	Frl. Weiß.
Malchen, s. Tochter 3. Ehe	Frl. Ulrich.
Silberkern, Sophiens Bruder, Kaufmann in Venedig	Herr Keller.
August Dorn, ein Maler	Hr. Häusser.
Lieschen, Malch. Kammerm.	Frl. Lanzlott.
Habakuk, Bedienter, } bei Rappelkopf	Hr. Lang.
Sebastian, Kutscher, } bei Rappelkopf	Hr. Eiseneck.
Sabine, Köchin } bei Rappelkopf	Frl. Muschel.
Christian Glühwurm, ein Kohlenbrenner	Hr. Büttgen.
Marthe, sein Weib	Frl. Seebach.
Salchen, } ihre Kinder	Frl. Eichheim.
Hanns, } ihre Kinder	Frl. Thoms.
Michel, } ihre Kinder	Fr. Högner.
Andreas, } ihre Kinder	Vikt. Meiser.
Christoph } ihre Kinder	Fritz Meiser.
Christians Großmutter	Frl. Aibl.
Gestalten der drei verstorbenen Weiber Rappelkopfs	Frl. Seehofer. Fr. Büttgen. Frl. Söltl.

Alpengeister. Genien. Bediente.

Die Kasse wird um 9 Uhr geöffnet.

Anfang 10 Uhr. Ende um ½1 Uhr.

Münchener Aktien-Theater.

Dienstag den 1. März.

Nachmittags-Vorstellung.

Der böse Geist Lumpaci-Vagabundus

oder

Das liederliche Kleeblatt.

Zauberposse mit Gesang in 3 Abtheilungen von Nestroy. Musik von Adolf Müller.

Die Kassa wird um 3 Uhr geöffnet.

Anfang ¼4 Uhr, Ende um 6 Uhr.

Abend-Vorstellung.

Der Carneval zu Venedig

oder:

Die Seufzerbrücke.

Große burleske Operette von H. Cremieux und L. v. Halevy.

Eröffnung der Abend-Kassa ½7 Uhr.

Anfang 7 Uhr. Ende 9 Uhr.

Marionetten-Theater

im Gasthause „zur neuen Welt"

Dienstag den 1. März.

Casperl als Wunderdoctor

Zauberdrama. Hierauf:

Casperl todt und lebendig.

Schwank. Zum Schlusse:

Der Schäfflertanz.

Bewegliches Tableau. Anfang halb 4 Uhr.

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer. — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr: Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnementspreis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Mittwoch, den 2. März 1870. Nr. 60.

Die finanziellen Opfer des Anschlusses an den norddeutschen Bund.

I.

EC. Schon während der Wahlkämpfe im Mai und November v. J. wurden von den Stimmführern der verbündeten Ultramontanen und Partikularisten, die sich nun die Patrioten nennen, allerlei unwahre Angaben über die Größe der finanziellen Opfer, welche der Anschluß der süddeutschen Staaten an den Nordbund den ersteren auferlegen würde, in Umlauf gesetzt. Obwohl die derartigen, vom Partei-Fanatismus eingegebenen Entstellungen bei der unwissenden Menge in weiten Kreisen ihre Wirkung nicht verfehlten, so waren sie doch zu handgreiflich und trugen zu augenfällig den Stempel eines blinden Preußenhasses, als daß sie bei dem denkenden Theile der Bevölkerung einen tieferen Eindruck hätten hervorbringen können. Größeres Gewicht dürften dagegen in den Augen Vieler die Ausführungen haben, welche Hr. Prof. Edel in seiner in der Adreßdebatte am 8. d. M. gehaltenen Rede, in der er übrigens dem nationalen Programm der Fortschrittspartei einen bedeutenden Schritt näher rückte, über die finanziellen Wirkungen des Anschlusses an den norddeutschen Bund für Bayern gegeben. Der auf Antrag der patriotischen Partei erfolgte vorzeitige Schluß der Debatte über die Absätze des Adreßentwurfes, die von der deutschen Frage handelten, entzog späteren Rednern die Gelegenheit, das Irrthümliche der Edel'schen Aufstellungen in der Kammer darzulegen. Es muß solches daher durch die Presse geschehen.

Hr. Prof. Edel irrte erstlich darin, daß er den Malzaufschlag, der in Bayern fast doppelt so hoch aufgelegt ist, als in den norddeutschen Staaten, unter die an den Bund zu überweisenden Einnahmen einreihte; er irrte ferner zweitens darin, daß er blos eine Erleichterung bezüglich des bayerischen Militäraufwandes als Folge dieser Ueberweisung annahm, während doch letzterer dann ganz an den Bund übergehen würde. Aus denselben Gründen, aus welchen der Malzaufschlag nicht als Zollvereins-Einnahme erklärt wurde, könnte er bei dem Anschlusse Bayerns an den Nordbund auch nicht in eine Bundes-Einnahme verwandelt werden. Bayern könnte im gedachten Falle nur erhalten werden, als Ersatz hiefür jenen Betrag an die Bundeskasse zu leisten, welcher nach Maßgabe seiner Bevölkerung dem Reinertrage der bezüglichen bedeutend niedriger gegriffenen Steuer im norddeutschen Bund entspricht. In dem Budget des norddeutschen Bundes für 1869 ist dieser Reinertrag in runder Summe zu 12 Millionen Thalern bei einem Bevölkerungsstande von 30 Millionen angesetzt. Der Betrag Bayerns als Aequivalent für die Malzsteuer würde sich demnach auf 1,920,000 Thaler oder 3,360,000 fl. belaufen. Da der Malzaufschlag nach dem budgetmäßigen Ansatze in der letzten Finanzperiode 1868—69 jährlich 9,351,150 fl. eintrug, so hat Hr. Prof Edel in seiner Berechnung der Bundeskasse 6 Millionen Gulden zu viel überwiesen. Aus dem bayerischen Budget würden aber dann auch jene Ausgaben verschwinden, welche zur Hereinbringung der der Bundeskasse zufließenden Einnahmen gemacht werden müssen; sie würden dann Bundesausgaben sein.

Bayern würde sonach, wenn wir die Budgetansätze in der letzten Finanzperiode zu Grunde legen bei einem Anschlusse an den norddeutschen Bund diesem zu überlassen haben:

Die Zolleinnahme (einschließlich der Rübenzucker-, Salz- und Tabaksteuer) von 10,694,000 fl.; den Ertrag der Post von 3,450,700 fl.; den Ertrag des Telegraphen von 364,300 fl.; als Ersatz für den Malzaufschlag 3,360,000 fl.; hiezu käme noch der Matrikularbeitrag, der 1869 im norddeutschen Bund 23,3 Mill. Thaler, also 23,3 Sgr. für den Kopf war und somit für Bayern sich auf 6,716,000 fl. berechnen würde. Im Ganzen 24,585,000 fl. Dafür würden Bayern abgenommen und gingen auf den Bund über: die Erhebungskosten bei den Zöllen und der Zucker-, Salz und Tabaksteuer 1,302,726 fl. die Betriebskosten bei der Post 2,944,000 fl.; die Betriebskosten bei dem Telegraphen 293,473 fl.; der gesammte Militäraufwand, der sich in der letzten Finanzperiode mit Einrechung der außerordentlichen Ausgaben jährlich auf 16,265,635 fl. stellte. Im Ganzen 20,804,834 fl.

Bei Gegenüberhaltung der beiden Summen ergibt sich, daß der Eintritt in den norddeutschen Bund Bayern in Wirklichkeit jährlich nur 3,780,166 fl. kosten würde. Aber auch dieser Verlust verringert sich noch bedeutend, wenn man bedenkt, daß die dann unfehlbar erfolgende Minderung des diplomatischen Aufwandes in Bayern hier nicht in Betracht gezogen und in obiger Summe auch der Beitrag Bayerns zu den Ausgaben für die Bundesflotte begriffen ist, die für 1869 zu 8,6 Mill. Thaler angeschlagen waren und von denen Bayern mit Rücksicht auf seine Bevölkerungszahl nach dem Anschlusse der süddeutschen Staaten ungefähr den 8. Theil, also 1,900,000 fl. zu tragen hätte. Uebrigens ist nicht zu vergessen, daß die Mehrbelastung Bayerns in Folge des Anschlusses sich hauptsächlich daraus erklärt, weil im norddeutschen Bund dem Militäraufwand ein Truppen-Präsenzstand von 1 Prozent der Bevölkerung, dem bisherigen bayerischen aber bloß einer von 3/4 Prozent zu Grunde liegt. Die Mehrbelastung würde sofort aufhören, ja es würde sogar eine finanzielle Erleichterung für Bayern eintreten, wenn der Bund auf den Präsenzstand von 3/4 Procent zurückginge. Es wäre nemlich dann die Möglichkeit gegeben, den Matrikularbetrag beträchtlich herabzusetzen.

II.

Um dem bayerischen Volke die bundesstaatliche Verbindung mit Norddeutschland zu verleiden, bedienten sich unsere sogenannten Patrioten häufig des Kunstgriffes, ihm die höheren Staatsausgaben und die größere Steuerlast in den norddeutschen Staaten und namentlich in Preußen mit dem Bemerken als Schreckbild vorzuhalten, daß es dann dieselben hohen Steuern würde zu tragen haben.

Nun ist es aber vor Allem unwahr, daß die Staatsausgaben in den Staaten des norddeutschen Bundes größer sind, als in Bayern. Aus einer in Hirth's Annalen des norddeutschen Bundes und des deutschen Zollvereins im 2. Heft Jahrgang 1869 mitgetheilten, nach amtlichen Quellen bearbeiteten Darstellung der Finanzverhältnisse der norddeutschen Bundesstaaten geht vielmehr hervor, daß in diesen eine der bayerischen Bevölkerung gleichkommende Seelenzahl etwas über 2

Mill. Gulden weniger Staatsausgaben hat, als Bayern in seiner letzten eben abgelaufenen Finanzperiode. Wohl ist bei derselben Einwohnerzahl der Militäraufwand, verglichen mit dem bayerischen, dort um 2 Mill. Gulden höher, dafür erreicht aber der Aufwand für die öffentliche Schuld in den norddeutschen Staaten nur das $3^1/_2$fache des bayerischen, während sie das 6 fache der Bevölkerung Bayerns aufweisen. Rechnet man die Ausgaben für das Militär und die öffentliche Schuld zusammen, so beträgt in Bayern der Kopfantheil 6 fl. 48 kr. oder 3 Thlr. 26 Sgr., in den norddeutschen Staaten aber nur 5 fl. 40 kr. oder 3 Thlr. 7 Sgr. und mit Hinzuschlagung der Kosten der Bundesmarine 6 fl. 10 kr. oder 3 Thlr. 16 Sgr., also immer noch weniger als in Bayern, das zur Zeit noch keine Flotte zu unterhalten hat. Was insbesondere noch die vielfach behauptete, ungleich höhere Besteuerung in Preußen anlangt, so zeigt die Vergleichung der individuellen Steuerquote beider Staaten in Preußen bloß eine Mehrbelastung von 8 Sgr. für den Kopf. In Preußen betrug 1867 die individuelle Steuerquote 4 Thlr. 13 Sgr., in Bayern 4 Thlr. 5 Sgr. Allein auch dieser geringe Unterschied verschwindet, ja verkehrt sich selbst zu Bayerns Nachtheil, wenn man bedenkt, daß in Preußen und überhaupt in Norddeutschland der Geldwerth geringer und die Volkswirthschaft entwickelter ist als in Bayern, und daß Preußen nur $1/_5$, Bayern dagegen über $1/_3$ seiner Staatseinnahmen aus Domänen, Regalien und Staatsgewerben bezieht, jenes also schon darum zur Bestreitung der öffentlichen Bedürfnisse die Steuerkraft des Volkes mehr in Anspruch nehmen muß.

Es liegt ferner auf der Hand, daß in einem Bundesstaate die finanzielle Gemeinsamkeit sich auf die Beschaffung und Verwaltung der Mittel zur Vollführung der großen gemeinschaftlichen Aufgaben, wie Landesvertheidigung, diplomatische Vertretung und Handelspolitik, beschränkt. In allen übrigen Angelegenheiten behalten die Einzelstaaten ihre Selbständigkeit und führen daher in Bezug auf sie auch ihr finanzielles Sonderleben fort. So haben in der Schweiz die einzelnen Kantone, in der nordamerikanischen Union die einzelnen Staaten neben dem Bundesbudget ihre besonderen Budgets, ihren besonderen selbständigen Haushalt. Ebensowenig hat die norddeutsche Bundesverfassung die finanzielle Selbständigkeit der Bundesglieder in Bezug auf den Kreis der ihnen verbleibenden inneren Aufgaben beseitigt. Die höheren Abgaben in einem norddeutschen Staate berühren die Bewohner der anderen nicht. Weder die Sachsen noch die Mecklenburger zahlen preußische Steuern. Auch Bayern würde in bundesstaatlicher Verbindung mit dem Norden von ihnen nicht getroffen werden, es würde für die inneren Angelegenheiten seine finanzielle Selbständigkeit nicht verlieren.

Für die oben bezeichneten großen gemeinschaftlichen Zwecke ist der gemeinsame Haushalt ein Gebot der Sparsamkeit. Sie lassen sich in einem größeren Ganzen mit verhältnißmäßig geringeren Mitteln erreichen und die Erfolge sind größer. Die Gemeinschaft bewirkt selbst, daß manche Hilfsquellen reichlicher fließen als im Zustande der Vereinzelung, ja überhaupt erst erschlossen werden. Durch die Stiftung des Zollvereins ist es den deutschen Kleinstaaten erst möglich geworden, eine Zolleinnahme zu beziehen und hat sich diese für die Mittelstaaten namhaft gesteigert. So verdankt Bayern seiner Theilnahme am Zollverein die Vervierfachung seines Zolleinkommens und die Erniedrigung der Zollerhebungskosten auf den fünften Theil. Angesichts dieser Erfahrung hat Bayern wahrlich nicht den mindesten Grund die bundesstaatliche Gemeinschaft mit den norddeutschen Brüdern zu scheuen.

(Schluß folgt.)

Politische Tagesübersicht.

Dresden, 25. Febr. Klingenthal und Umgegend, wo der Hungertyphus ausgebrochen, sind derjenige Theil unseres Erzgebirges, in welchem besonders die Fabrikation musikalischer Instrumente betrieben wird. Aber nicht hier allein, sondern auch in andern Theilen des Erzgebirges und des Voigtlandes soll ein sehr bedeutender Nothstand herrschen.

Wien, 28. Febr. Wie der „Pester Corr." von deakistischer Seite geschrieben wird, hat sich Finanzminister Lonyay, gedrängt von seinen Ministercollegen und von der Partei, entschlossen, vorerst noch im Amte zu bleiben. Nach der einen Version gedenkt der Minister nur noch bis zu Ablauf dieses Jahres zu bleiben, nach einer andern Version hätte derselbe seine Absicht, das Portefeuille des gemeinsamen Finanzministeriums zu übernehmen, gänzlich aufgegeben. Uns erscheint Letzteres plausibler, da das gemeinsame Finanzministerium entweder sofort besetzt werden muß, oder, wenn dies selbst während einer Delegationssession sich als überflüssig erweisen sollte, wohl auch ganz überflüssig erscheinen dürfte. Aber auch über den Personalwechsel im ungarischen Communications- und Handelsministerium wird es still. Zwar ist Communicationsminister Miko nach wie vor entschlossen, sein Amt niederzulegen und auch der Unterstaatssecretär Hollan will länger nicht bleiben. Communicationsminister soll Gorové werden und da man für diesen noch keinen Ersatzmann gefunden hat, so steht die ganze Angelegenheit still. — Der Kaiser hat die Wahl des Josef Freiherrn v. Eötvös zum Präsidenten und des Melchior v. Lonyay zum Vice-Präsidenten der ungarischen Akademie der Wissenschaften bestätigt.

Berlin, 27. Febr. Die Commission für das Strafgesetzbuch, welcher die Vorberathung der ausschließlich juristischen Abschnitte der Vorlage übertragen ist, hat den sächsischen Abgeordneten Generalstaatsanwalt Dr. Schwarze, welcher bekanntlich auch Mitglied der Bundes-Commission gewesen ist, zum Vorsitzenden erwählt. In parlamentarischen Kreisen weiß man, daß Dr. Schwarze die Ueberweisung an eine Commission aus Gründen, welche denen des Herrn Windthorst-Meppen entgegengesetzt waren, befürwortete und sich sehr entschieden gegen eine neue sachmännische Durcharbeitung des Entwurfs in der Commission aussprach. Die Wahl des Dr. Schwarze zum Vorsitzenden der Commission ist eine Garantie mehr dafür, daß die Vorarbeiten so schnell als möglich und mit Beschränkung auf das Wesentlichste gefördert werden. Inzwischen hat die Commission auch bereits vorgestern über die geschäftliche Behandlung der ihrer Vorberathung überwiesenen Abschnitte des Strafgesetzbuches sich schlüssig gemacht. Die Commission hat Referenten für die einzelnen Abschnitte ernannt, welche über alles ihnen zu Gebote stehende Material berichten werden, während die Commission nur über schriftlich ihr vorliegende Amendements debattiren will, welche rechtzeitig dem Vorsitzenden der Commission überreicht werden und in die Hände der Mitglieder kommen, ehe die Berathung darüber stattfindet.

Berlin, 28. Febr. Zahlreiche Zuschriften aus den Provinzen und den norddeutschen Bundesstaaten an die Mitglieder des Reichstages befürworten die en bloc- oder doch möglichst unveränderte Annahme des Nachdruckgesetzes.

— Als Kuriosum wird mitgetheilt, daß bisher im Herzogthum Meiningen neunerlei Ellen, 15 verschiedene Flüssigkeitsmaße und 34 Getreidemaße bestanden! — [Es gibt große Staaten, in denen nur zweierlei Maß und Gewicht herrscht, und das ist viel schlimmer.]

Paris, 26. Febr. Noch immer ist die Trennung der alten Majorität die große Thatsache, die Alles beherrscht. Die Führer der 56 Arkadier geben freilich die Partie nicht verloren, und wenn man auf sie hörte, stände das Ende der Tage des Cabinetes Ollivier-Daru näher bevor, als je. Aber um dies fertig zu bringen, wäre zunächst eine Art Staatsstreich oder zum allerwenigsten der feste Wille des Souverains nothwendig, mit eigener Hand das Todesurtheil seiner Dynastie zu unterschreiben, indem er ein Ministerium Forcade-Pinard-Duvernois-Gaudin beriefe. Aber Napoleon III. ist ganz anderer Ansicht; wenigstens beweisen dies die folgenden Thatsachen: Der Kaiser hat wie an Daru, so auch an Ollivier, eine Stunde nachdem dieser seine famose Rede gehalten, ein herzliches Glückwunschschreiben gerichtet, in welchem er sich bedankt für die Art und Weise, in welcher der Justiz-Minister die Politik seines Cabinetes zu vertheidigen gewußt. Gestern Abend hat Herr Clement Duvernois im Peuple Français erklären müssen, daß er nur seine Ideen und in keiner Weise diejenigen anderer Personen vertritt; daß man seinen Artikeln keine andere Tragweite beimessen dürfe, und daß er im Nothfalle die Namen seiner Actionäre aus beiden Kammern zu veröffentlichen gedenke, um zu beweisen, wie fern er jedem Einflusse aus dem Schlosse stehe. Endlich hat gestern Napoleon III. nach einem längeren Gespräche mit Herrn Philis, dem Generaldirektor des Justizministeriums, welches meist juristische Reform-

Fragen betraf, am Schluß auf die durch das neue Ministerium geschaffene Lage übergehend, mit Wärme Herrn Philis' Hand ergriffen und ihm zuversichtlich zunickend gesagt: „Ich hoffe, mein lieber Herr, daß wir das Begonnene glücklich zu Ende führen!"

Paris, 27. Febr. Heute Morgen haben die „fetten Ochsen" ihren Durchzug durch Paris begonnen und einem Theile der hohen Staatswürdenträger ihre Besuche abgestattet. Der Zug ist etwas glänzender, als in den letzten Jahren, doch fehlt ihm, wie immer, jede Originalität. Wie gewöhnlich besteht er aus sieben bis acht Wagen, die mit Frauen und Männern in allerlei Trachten und den beiden Ochsen beladen sind. Reiterei in mittelalterlicher Tracht nebst Musikbanden und Tambours, sowie Municipalgarden zu Pferd und zahlreiche Polizeidiener zu Fuß — dies ist eine Neuerung — bilden die Escorte. Eine zahllose Menschenmenge strömt überall auf dem Wege zusammen, welchen der Zug nimmt, der, einige verkleidete Kinder, einige Masken auf Velocipedes und einige Reklam-Wagen der großen Mode- und anderen Geschäfte enthaltend, bis jetzt Alles ist, was der Pariser Straßen-Carneval darbietet. Die Polizei ist, trotz des liberalen Regimes, das man heute in Frankreich hat, noch zu allmächtig, ihre Reglements noch viel zu lästig, als daß ein Versuch, das Bestehende zu persifliren, Aussicht auf Erfolg haben könnte.

Paris, 28. Febr. Das „Journal Officiel" veröffentlicht die Zusammensetzung der Commission für den höheren Unterricht. — In Abwesenheit des Ministers wird Guizot der Commission präsidiren. — Unter den Commissionsmitgliedern befinden sich der Herzog von Broglie und Remusat.

— Das ordentliche und das außerordentliche Budget Frankreichs für 1871 liegen nun, und zwar zum erstenmale seit acht Jahren, in einem Gesetzentwurf vereinigt, vor. Die ordentlichen Einnahmen werden auf 1.768,437.000 Frcs., d. i. um 29,970.000 Frcs. höher als im Vorjahr, veranschlagt; die ordentlichen Ausgaben sollen sich auf 1.670,256,000 Frcs. belaufen, d. i. um 19,647.000 Frcs. mehr als im Jahre 1870. Die außerordentlichen Einnahmen für 1871 werden auf 127,598.000 Frcs. geschätzt, d. i. um 2,756.000 Frcs. mehr als 1870, und die außerordentlichen Ausgaben sind auf 126,435.000 Frcs. fixirt, d. um 3,028.000 Frcs. mehr als im Vorjahr. Man bemerkt, daß in dem ordentlichen Budget die Ausgaben der ministeriellen Dienstzweige um 16 Millionen höher bemessen sind und nur der Krieg 3,380.Frcs. verliert. Die Gesammtbilanz stellt sich, wie folgt: Einnahmen: 1.886.035,000 Frcs., Ausgaben: 1.796,691.000 Frcs., Ueberschuß der Einnahmen: 99,344.000 Frcs.

— Der Kampf der Theater-Directoren und Ball-Unternehmer gegen die Verwaltung, welche darauf beharrt, den zehnten Theil ihrer Brutto-Einnahmen für die Armen-Verwaltung zu erheben, dauert fort. Die Directoren geben nämlich nicht nach, verweigern die Angabe ihrer Einnahmen und die Gerichtsvollzieher, die man zum Eintreiben der Gelder verwendet, müssen dieselben mit Gewalt wegnehmen. Die Gerichtsvollzieher treten dabei ganz rücksichtslos auf, erbrechen nicht allein die Kassen, sondern durchsuchen auch die Personen der Directoren. Da sie nicht wissen, wie hoch die Einnahmen der einzelnen Theater sind, so berechnen sie dieselben nach denen der Porte St. Martin, welches im Augenblicke jeden Abend ungefähr 6000 Franken einnimmt, und Theatern (die Einnahmen sind jetzt sehr schlecht), welche des Abends ungefähr 5—600 Franken einnehmen, wird die ganze Einnahme weggenommen. Das „Ambigu comique" hat vorgestern gratis und gestern gar nicht gespielt. Wie es heißt, wollen die Theater diesem Beispiele folgen, ihre Vorstellungen einstellen und so die Regierung zwingen, es aufzugeben, eine Steuer von ihnen zu erheben, welche so hart auf ihnen lastet. Das große Publikum selbst nimmt Partei gegen die Regierung.

— Es sind wieder mehrere der Personen, welche anläßlich der letzten Pariser Unruhen in dem Santé-Gefängnisse zurückgehalten werden, in Freiheit gesetzt worden. Doch sollen weitere 50—70 Verhaftungen vorgenommen worden sein. Die Gefangenen in der Santé leiden fortwährend durch die Kälte. Die Heizung des Gefängnisses — sie wird durch Luftheizung bewerkstelligt — ist so schlecht, daß die Untersuchungsrichter in den Lokalen, wo sie das Verhör vornehmen, in den Kaminen Feuer machen ließen, da sie es vor Kälte nicht aushalten konnten. Die Gefangenen haben es jedoch jetzt in so fern besser, als sie sich seit vier Tagen für ihr Geld Speisen und Wein holen lassen dürfen, während sie vorher auf die äußerst magere Gefängnißkost beschränkt waren.

— Das Journal Officiel meldet, daß die öffentlichen Kassen nur bis zum 30. April die päpstlichen Münzen zum Curse vom 91 Centimes für den Franc annehmen werden.

— Der von den russischen Behörden der Ermordung Iwanoff's beschuldigte russische Agitator Netschajeff hat eine Erklärung in der Pariser „Marseillaise" veröffentlicht, worin er jede Betheiligung an jenem Morde ableugnet.

London, 26. Febr. Wie es heißt, wird die Regierung ungesäumt eine Commission einsetzen, welche über den Ulster-Brauch, dem in Gladstone's Vorlage Gesetzeskraft zugedacht ist, das nöthige Material beibringen soll. Man hat dabei nicht nur die Ausschußberathung des ganzen Unterhauses, sondern auch die Einwürfe großer irischer Grundbesitzer im Auge. Am 3. März wollen die irischen Unterhaus-Mitglieder ohne Unterschied der Partei eine Versammlung abhalten, um über die irische Landvorlage vorurtheilsfrei zu berathen und sich über etwaige Abänderungsvorschläge zu einigen. Die Einladung zu dieser Zusammenkunft ist von 35 irischen Vertretern, gerade dem Drittel der vollen Zahl, unterzeichnet.

London, 27. Febr. Für die Grafschaft Tipperary ist der nationale Candidat Heron mit einer Mehrheit von dreizehn Stimmen gegen den rein fenischen Candidaten Kickham zum Unterhaus-Mitglied erwählt worden.

Florenz, 22. Febr. Der flüchtige Abgeordnete Matina, welcher aus einem Versteck auf einen politischen Gegner geschossen hatte, wurde von den Geschworenen zu Neapel für schuldig erklärt, seinem Opfer durch eine schwere Verwundung den Verlust eines Beines verursacht zu haben. Das Gericht verurtheilte ihn zu einer 7jährigen Landesverweisung, zur Zahlung einer provis. Vergütung von 2000 Frcs. und zum Schadenersatz, den das Civilgericht zu bestimmen hat.

Florenz, 24. Febr. Die von einigen liberalen Katholiken und Clerikern Mailand's ins Werk gesetzte Adresse an den Erzbischof dieser Diöcese hatte beinahe den Erzbischof selbst um die Aussicht auf die Erlangung eines Cardinalshutes gebracht. Die zukünftige Eminenz hatte auch in der That nichts Eiligeres zu thun, als in einem drohenden Schreiben an seine Cleriker und Gläubigen von der Unterzeichnung dieser Adresse abzumahnen, welche nur die Folge haben könnte, die Stadt Mailand einer so außerordentlichen Ehre und Auszeichnung, wie der heilige Stuhl sie ihr zugedacht habe, zu berauben! Es scheint also, daß man in Rom die Bischöfe für die Schritte ihrer Diöcesanen verantwortlich gemacht hat. Margotti geht noch weiter. Er nennt in seiner Unità Cattolica seine liberalen Confratres von Mailand kurzweg „einen stinkenden Ueberrest der josephinischen Schweinerei".

— Die Dinge in **Rom** (schreibt der bekannte Wiener Correspondent der „Karlsr. Ztg.") reifen der Entscheidung zu, der moralische Bankerott des Concils scheint unaufhaltbar. Der geistig bedeutendste österreichische Bischof, der Cardinal Fürst-Erzbischof von Wien, hat die Mahnungen der letzten Depesche des Grafen Beust auf das Dringendste unterstützt, und doch ist bekanntlich gerade er der Hauptbetheiligte des in Trümmer zerfallenden Concordats. Wenn nicht bestimmte Garantien für ein rasches und gründliches Einlenken der Curie geboten werden, dürften noch im Laufe des Monats März alle österreichisch-ungarischen Bischöfe (mit sehr vereinzelten Ausnahmen) Rom verlassen haben.

Konstantinopel, 24. Febr. Die katholischen Armenier schicken eine Deputation nach Rom, um die Wiederherstellung aller Rechte ihrer Kirche zu verlangen. Es sind bereits 100,000 Piaster Reisegeld für die Deputation gesammelt. Im Fall einer päpstlichen Weigerung ist die Secession der Armenier wahrscheinlich.

Konstantinopel, 26. Febr. Eine neuerliche Versammlung

der armenisch-katholischen Dissidenten, um über ihre Haltung angesichts der Ankunft des Monsignore Plurn und der Telegramme des Cardinals Barnabo an den Erzbischof Hassoun sich zu verständigen, beschlo , bei ihrer Erklärung vom 6. Februar zu beharren, welche die Prärogative ihrer Kirche und ihre Pflichten gegen die Pforte aufrechthält.

New-York, 25. Febr. Aus Galveston (Texas) wird eine große Feuersbrunst gemeldet. Der Schaden wird auf 1 Mill. Dollars geschätzt.

Bayerische Angelegenheiten.

— Dem Voranschlage der Einnahmen und Ausgaben an Malzaufschlagsgefällen für ein Jahr der X. Finanzperiode 1870 und 1871 entnehmen wir nachstehende Daten: Der Ertrag des Malzaufschlages war unter Einrechnung des Steuerbeischlages der Pfalz von jährlich 100,000 Gulden in der IX. Finanzperiode mit einer Brutto-Einnahme von 9,351,750 fl., einer Verwaltungsausgabe von 501,150 fl. veranschlagt, und einer Reineinnahme von 8,850,000 fl. Im Jahre 1868 hat derselbe jedoch bei einer Brutto-Einnahme von 8,823,201 fl., einer Verwaltungsausgabe von 490,471 fl., nur ein Reinerträgniß von 8,332,730 fl. geliefert und ist soweit gegen den Budget-Anschlag um 517,270 fl. zurückgeblieben. Dieses ungünstige Ergebniß kann indessen, als nur durch vorübergehende Verhältnisse hervorgerufen, nicht als fortdauernd erachtet werden, wie denn auch gemäß der gepflogenen Erhebungen sich bereits im Jahre 1869 eine fortgesetzte Steigerung des Aufschlagsertrages wieder bemerkbar macht. In Rücksicht hierauf sowie in Anbetracht des Umstandes, daß mit der Einführung der in Aussicht genommenen neuen Tax- und Stempelgesetzgebung gleichzeitig auch im Regierungsbezirke der Pfalz der Malzaufschlag zur Erhebung kommt, wird erwartet werden können, daß sich der Voranschlag der kommenden X. Finanzperiode — 1870 und 1871 erfüllen werde, der bei einer Brutto-Einnahme von 9,490,000 fl., einer Verwaltungs-Ausgabe von 540,000 fl., sohin bei einer Rein-Einnahme von 8,950,000 fl., den Netto-Anschlang der vorigen Finanzperiode um 100,000 fl. und den Reinertrag des Jahres 1868 um 617,270 fl. übersteigen wird.

— Wie wir sicher glauben, dürfte für die Personale der Bezirksämter die Nachricht nicht ohne Interesse sein, daß in das Budget der X. Finanzperiode für ihre Besoldung ein bedeutend größeres Postulat eingestellt wurde, so daß die längst gehoffte Gehaltsaufbesserung sich dermassen vertheilen würde, daß die II. Amtsschreiber 40 fl., die III. Amtsschreiber 50 fl. und die IV. und V. Amtsschreiber 60 fl. per Jahr mehr erhalten, wenn die zu diesem Zwecke vorgesehene Summe genehmigt werden wird.

— Bezüglich der Prüfungen für den Eintritt in die Armee zum einjährigen Freiwilligendienst wird demnächst, wie wir vernehmen, eine Aenderung eintreten. Bisher war es den Prüfungs-Commissionen in den einzelnen Regierungsbezirken überlassen, die Aufgaben für die Prüfungen festzustellen — eine Einrichtung, die zu mehrfachen Klagen Veranlassung gab, als ob da und dort leichtere oder schwerere Fragen aufgestellt worden feien; auch glaubte man diesem Umstande die Ungleichheit in den Prüfungs-Resultaten wenigstens zum Theil zuschreiben zu können. Für die Zukunft sollen nun die Aufgaben für alle Prüfungs-Commissionen die gleichen sein, sie sollen im Kriegsministerium festgestellt, und den Commissionen unmittelbar vor den Prüfungen verschlossen übermittelt werden, eine Einrichtung, die jedenfalls als zweckmäßig erscheinen dürfte.

Lokales und Provinzielles.

München, 1. März.

* Seyfried's neuer Schwank „Der Herr Inspektor" fand im Residenztheater am Sonntag eine äußerst beifällige Aufnahme. Durchaus Original, war der Erfolg durch unsere renommirten Darsteller schon im voraus gesichert, von denen die Träger der Hauptpartien, die Hrn. Rüthling und Herz mit Hervorruf ausgezeichnet wurden. Eine Wiederholung im k. Hoftheater steht in Aussicht.

Regensburg, 26. Febr. Heute am frühesten Morgen ereignete sich in der hiesigen Filentscher'schen Zuckerfabrik ein bedeutender Unglücksfall, indem eine Arbeiterin von der im vollem Gange sich befindenden Maschine erfaßt und gräßlich verstümmelt wurde, wobei zwei ihr zu Hilfe eilende Freundinen, wahrscheinlich, da sie sich zu weit wagten, ebenfalls nicht unerhebliche Verletzungen davon trugen. Es ist dies in kurzer Zeit der zweite in dieser Fabrik vorkommende bedauerliche Unglücksfall, da erst in der verflossenen Woche ein Arbeiter durch Unvorsichtigkeit oder Uebereilung mit geschmolzenem Pech verbrannt wurde und an schweren Brandwunden im städtischen Krankenhause sehr bedenklich darniederliegt.

In **Amberg** stürzte am 27. Februar Nachts gegen 10 Uhr der gegen den Schrannenplatz gerichtete Giebel der Schulkirche ein, ohne daß jedoch irgend Jemand dabei Schaden nahm.

Eichstätt, 26. Febr. Der wegen roher Excesse vom Schwurgerichte in Ansbach zu 15 Monaten Gefängniß verurtheilte Kaplan Pfanzelter von Wellheim ist noch immer auf seinem Posten. Das Ordinariat in Augsburg scheint sich um das schwurgerichtliche Urtheil gar nicht zu kümmern, denn sonst könnte dieser würdige Priester doch nicht mehr in derselben Gegend fungiren, wo er sich so schwer gegen göttliches und staatliches Gesetz vergangen hat. Unsere geistliche Herren sagen es gerade heraus, Pfanzelter müsse begnadigt werden. Das sind die Folgen der zu lange dauernden Langmuth unserer Regierung, die trotz alledem keinen Dank dafür hat. Der Haber, den die Regierung zu reichlich gegeben hat, sticht jetzt die verwöhnten Herren und sie schlagen aus — gegen die Regierung, von der sie Wohlthaten empfingen.

Schweinfurt, 26. Febr. Gestern Mittag fiel in einer hiesigen Nagelschmiedswerkstätte während der Arbeit die Decke herunter und traf den gerade arbeitenden Gesellen Bosch aus Nördlingen (hier verheirathet) so unglücklich, daß ihm das linke Bein abgeschlagen wurde.

Jettingen, 26. Febr. In Folge der bereits vergangenen Donnerstag Nachmittag unter Führung des ultramontanen Dreigestirns: Baron Freyberg, Dr. Huttler und Dr. Karl Barth, in Jettingen begonnene Agitationen ist die heute vorgenommene Urwahl zu Gunsten der patriotischen Partei ausgefallen, und damit auch die Günzburger Wahl zu Gunsten der Ultramontanen entschieden.

Pfungstadt, 22. Febr. Am vergangenen Freitag kam hier ein 29jähriger M nn, Messerschmied Löhr, auf eine höchst tragische Weise ums Leben. Es kommt bei den Messerschmieden manchmal im Winter vor, daß die nassen Schleifsteine, in deren Poren sich Feuchtigkeit sammelt, einfrieren. Werden dieselben wieder in Gang gesetzt, so ist die Erwärmung in Folge der raschen Umdrehung — es werden häufig Pferde zum Drehen des Schleifsteins verwandt, und auch in der Löhr'schen Werkstätte war dies der Fall — eine sehr bedeutende, so daß die Steine öfter zerspringen. Auch bei Löhr ereignete sich dieses am vergangenen Freitag, und zwar sprang von dem 26 Pfund schweren, auf das Rascheste rotirenden Schleifstein ein 2½ Pfund schweres Stück ab, das Löhr mit der größten Heftigkeit an den Kopf, zunächst dem linken Auge geschleudert wurde. Löhr war augenblicklich todt.

Gerichtssaal.

Graz, 24. Febr. (Eine „Engelmacherin".) Im Jahr 1868 wurden im Murflusse die Leichen von vier Kindern gefunden, welche sämmtlich nicht unmittelbar, sondern wenigstens einige Tage nach ihrer Geburt zum Tode gekommen waren. Die kleinen Leichen waren ganz nackt, mit Ausnahme der am 14. August unterhalb Dörfel in der Mur gefundenen eines Knaben, welche ein Hemdchen und Häubchen anhatte. Laut gerichtsärztlichem Befunde und Gutachten ist dieser Knabe am Stickflusse gestorben, welcher aber nicht durch Eindringen des Wassers in die Athmungswerkzeuge erfolgte. Der Tod kann beim Eintauchen des zarten Wesens ins kalte Wasser eingetreten sein, bevor dasselbe zum Einathmen von Wasser kam, oder kann auch das Kind mit einem Polster erstickt und dann in das Wasser geworfen worden sein. Verletzungen oder Krankheitsspuren, welche einen natürlichen Tod hätten zur Folge haben müssen, wurden an der Leiche nicht gefunden.

Die Erhebungen lenkten den Verdacht, dieses Kind gewaltsam zum Tode gebracht zu haben, auf die im dritten Stock wohnhafte Brunnen-Arbeitersfrau Anna Pausch, welche daraus ein Geschäft machte, Wöchnerinnen bei sich entbinden zu lassen und neugeborne Kinder in Verpflegung zu nehmen. Dieses Weib hatte seit April bis 16. Dezember dreiundzwanzig Säuglinge in Obsorge übernommen, von denen dies festgestellt ist, wobei man annehmen kann, daß deren noch weit mehr waren. Diese Annahme ist dadurch gerechtfertigt, daß die Bettgeherinnen der Anna Pausch fortwährend wechselten und der Abgang verstorbener Pfleglinge stets durch neue ersetzt wurde. Von den dreiundzwanzig Kindern sind zwanzig gestorben und drei dem Weibe abgenommen worden. Dreizehn dieser kleinen Leichen waren zur Beschau gelangt, welche einen natürlichen Tod derselben constatirte, sieben dagegen wurden weder von dem Todtenbeschauer untersucht, noch in die Todtenkammer des allgemeinen Krankenhauses gebracht oder beim Pfarramt angemeldet. Es wurde außer allem Zweifel festgestellt, daß die zuletzt aufgefundene Leiche die des Knaben Alois Tuschl sei, welcher am 10. Juli im hiesigen Gebärhause zur Welt, dann sofort in die Hände der Anna Pausch kam, dort gestorben ist und, mit den Wäschstücken eines anderen bei ihr verstorbenen Kindes bekleidet, nach dem Geständniß des Weibes und ihres Mannes Anton Pausch von diesem in die Mur geworfen wurde, was er auch mit den übrigen nicht angemeldeten sechs Leichen gethan hatte. Die Eheleute Pausch, welche, angeblich kränklich, wenig verdienen konnten, machten aus der Aufnahme von Wöchnerinnen und der Verpflegung von Kindern einen Erwerbszweig, wobei das Weib, um recht viel Pfleglinge zu bekommen, auf den Bahnhof ging, dort ankommende schwangere Frauenzimmer vom Lande beredete, zu ihr zu kommen; sich häufig im Findelhause einfand, um sogenannte abgeschriebene Kinder zu übernehmen, wobei sie sich so zudringlich benahm, daß sie einigemale fortgeschafft werden mußte. Die armen Kleinen wurden von dem Weibe erbarmungswürdig gehalten, abgesehen von den unvermeidlichen schädlichen Einflüssen, denen sie in einem Zimmer ausgesetzt waren, wo oft acht Personen schliefen. Wenn die Kinder meist vor Hunger schrieen, wurden sie von dem Weibe geschlagen, in die Polster gesteckt, damit man ihr Weinen nicht höre, und zum Schlafengehen mit Mohnabsud beruhigt, wozu sie bis zu vier Mohnköpfe verwendete. Die Angeklagte hat im Jahre 1860 ihren Mann geheirathet, nachdem sie schon früher sechs uneheliche Kinder gehabt hat, von denen noch zwei am Leben sind. Sie bleibt bei der Schlußverhandlung wie in der Voruntersuchung dabei, daß der Knabe Alois Tuschl, mit welchem sie allein im Zimmer war, in der Nacht auf ihren Armen an den Fraisen gestorben sei, doch gibt sie zu, daß sie ihm zur Beruhigung eine zusammengelegte Windel über das Gesicht gelegt hat. Die Leiche blieb drei Tage im Zimmer liegen und wurde dann des Abends in die Mur geworfen, was die Angeklagte wußte. Vom April bis zum 16. Dezember erhielt sie von den Müttern der Kinder 260 Gulden im Findelhause bezogene Abfertigungsgelder. — Daß es ihr nur darum zu thun war, die Kinder mit dem Abfertigungsgelde zu bekommen und bald wieder los zu werden, geht auch daraus hervor, daß sie einigen der auswärtigen Mütter eine falsche Adresse angab, so daß diese sie nicht finden sollten. Die von ihr übernommenen Kinder sind durchschnittlich sechzehn Tage nach der Uebernahme gestorben. Es erscheint deßhalb die 49 Jahre alte Anna Pausch, ein Weib mit harten Zügen, unter der Anklage des Verbrechens des gemeinen Mordes, der Uebertretung der Veruntreuung und der versuchten Verleitung zum Diebstahle vor Gericht, und neben ihr sitzt auf der Anklagebank ihr Mann Anton Pausch, 49 Jahre alt, wegen Mitschuld am Morde und der Theilnahme an der Veruntreuung. Bei dem Transporte der früher in die Mur geworfenen Kinder hatte ihm das Weib den Korb mit zwei Leichen eine Strecke weit getragen. — In dem Arreste wurde von der Angeklagten an ihren Mann ein Brief geschrieben, welchen sie ihm — wie sie lachend bemerkt, was ihr der Vorsitzende verweist — in einem Semmelschmarn überschicken wollte. Sie forderte in diesem Briefe ihren Mann auf, fest zu bleiben und sie nicht „einzutunken", sondern zu sagen, sie wisse nichts davon, daß er die Leichen in die Mur geworfen habe. Zu der für drei Tage angesetzten Schlußverhandlung sind 23 Zeugen vorgeladen. Mit dem Verhöre der Angeklagten und dem Vernehmen der Gerichtsärzte schließt die erste Sitzung, zu welcher sich eine große Zuhörerschaft eingefunden hat.

Graz, 26. Febr. Das Urtheil in dem obigen Prozesse lautete: Anna Pausch ist des Verbrechens des gemeinen Mordes, sowie der Uebertretungen der Veruntreuung und des Betruges schuldig und wird zu sechzehn Jahren schweren mit einem Tage Einzelhaft in jedem Monat verschärften Kerkers verurtheilt; Anton Pausch ist der Mitschuld am gemeinen Morde und der genannten Uebertretungen schuldig und wird zu sieben Jahren schweren mit einem Tage Einzelhaft in jedem Monat verschärften Kerkers verurtheilt.

[Vierfacher Kindesmord.] Das Assisengericht zu Laon, Departement de l'Aisne, hat in den jüngsten Tagen ein Verdict über eine aus fünf Gliedern bestehende Familie gefällt, die eine Serie der grauenhaftesten Verbrechen begangen und jahrelang fortgesetzt hat. Als Angeklagte erschienen vor dem Gerichtshofe das Ehepaar Alexander und Marie Duchemin und deren Kinder, Eugenie, Victor und August. Das Haupt der Familie und dessen Sohn Victor erscheinen in Sträflingskleidern, da der Erstere wegen Ermordung seiner Mutter zu lebenslänglicher, der Letztere wegen Theilnahme an diesem Verbrechen zu 15jähriger Zwangsarbeit verurtheilt sind und zu der diesmaligen Verhandlung aus dem Bagno herbeigeholt werden mußten. Der Gegenstand der jüngsten Anklage ist wahrhaft haarsträubend. Duchemin der Vater ist überwiesen, seine eigene Tochter, als diese 12 Jahre zählte, mißbraucht zu haben; von da ab lebte er mit ihr in Blutschande bis zu ihrem 26. Jahre und erzeugte mit ihr seit dem Jahre 1863 vier Kinder. Jedesmal, wenn die Zeit der Entbindung herannahte, schlossen die Eltern Eugenie in ihrem Zimmer ein und die ganze Familie war bei der Niederkunft zugegen. Der Vater der Wöchnerin und ihres Kindes fungirte als Accoucheur, die Mutter hielt den Leuchter und die Söhne harrten der Befehle ihres Vaters. Wenn das Kind geboren war, wickelte es Frau Duchemin in einen Leinenlappen und legte es neben ihre Tochter ins Bett. Die Söhne nahmen auf Geheiß ihres Vaters zwei Spaten und gruben an einem ihnen von demselben bezeichneten Orte in einem nahen Gehölze ein Grab. Nachdem sie in die Wohnung zurückgekehrt waren, nahm der alte Duchemin das Kind von der Seite der Wöchnerin, schnitt ihm in Gegenwart Aller den Hals durch, warf es zur Erde und trat ihm auf den Kopf, daß derselbe zerbrach wie eine Nußschale, ohne daß Eugenie auch nur ein Wort dagegen sprach. Hierauf nahmen die Söhne die Leiche des Kindes und verscharrten sie in dem zu diesem Zwecke errichteten Grabe. Dies war der Vorgang, wie er allen von Eugenie zur Welt gebrachten Kindern beobachtet wurde. Nach der dritten Niederkunft Eugeniens hatte die Mutter Duchemin's das Unglück, Zeuge der Ermordung des Kindes zu sein; sie erhob dagegen lebhafte Einsprache und ward dafür von ihrem Sohne, dem alten Duchemin und ihrem Enkel Victor ermordet, weil diese Verrath fürchteten. Während die Ermordete ihre letzten Seufzer aushauchte, beging ihr Enkel Victor an ihr ein unsittliches Attentat. Die Verhandlung, welche beinahe eine ganze Woche in Anspruch nahm, bot ein grauenerregendes Bild menschlicher Verworfenheit und endete mit der Verurtheilung des Hauptangeklagten Alexander Duchemin zum Tode. Dessen Frau Marie wurde zu zwanzig und die Tochter Eugenie zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurtheilt. Victor Duchemin, erhielt zu seinen 15 Jahren weitere 5 Jahre Zwangsarbeit, während August freigesprochen wurde.

— Vor dem Londoner Gericht stand vorige Woche ein Porträtmaler Georg Hammard, angeklagt, den Seiltänzer Georg Baldwin, vorsätzlich getödtet zu haben. Der Angeklagte leugnete dies nicht. Er erzählte, daß ihm vor drei Jahren sein 4 Jahre altes Mädchen, das einzige Andenken an seine verstorbene Frau, verschwunden sei. Alle Nachforschungen waren vergebens, bis er am 14. April vor. Js. in Schithfield ein Kind bei einer Seiltänzerbande arbeiten sah, in dem er sofort sein verlorenes Mädchen erkannte. Er ergriff den Chef der Bande, hob ihn in die Höhe und ließ ihn fallen. Der Mensch war todt. — „Aber", fuhr er fort, „meine Tochter kannte mich nicht wieder, ich kannte sie nicht wieder; sie war an Leib und Seele durch den

Menschen verdorben, dem ich nur das Leben nehmen konnte . . ." Der unglückliche Mann wurde freigesprochen.

Feuilleton.

Dramaturgische Briefe.

(Von O. L. B.)

XII.

Wir haben am Schlusse des vorigen Briefes in wenigen Worten auf den Einfluß hingewiesen, den die Entwicklung der dramatischen Literatur auf die Kunst des Schauspielers naturgemäß ausüben muß. Wenn wir einen Blick auf die Entwicklung der Tragödie in Deutschland werfen, so können wir dieselbe in kurzen Zügen vielleicht so kennzeichnen. In der Zeit vor Lessing fast unbedingte Herrschaft des Fremden, besonders der französischen Dramatik, überwiegend declamatorisch-rhetorisches Element. Vor und nach Lessing noch immer Fortwirken der erwähnten Einflüsse, aber schon Erwachen des nationalen Geistes, Kampf gegen zöpfische Formenpoesie, Periode der unbedingten Phantasieherrschaft, die jeder Regel spottend nach vollkommener Freiheit strebt, und die ganze Fülle des Stoffes, ob er nun den ästhetischen Gesetzen entspricht oder nicht, für die freie Schöpfungskraft in Anspruch nimmt. Nachahmung Shakspeare's. — Gegenüber dieser schrankenlosen Richtung der sich entwickelnde Classizismus, Versöhnung von Gedanke und Erscheinung, ruhig und bestimmt durch die Gesetze des Schönen; selbst in der Leidenschaft noch das Gepräge idealer Würde im Gedanken und im Ausdruck an sich tragend. Die Romantik hat auf das Drama selbstschöpferischer Weise keinen bedeutenden Einfluß geübt, wohl aber durch Einbürgerung englischer und spanischer Muster, die ebenfalls nicht geeignet waren, das Streben nach Idealität im deutschen Drama zu verdrängen, um so weniger, da ja in der spanischen Tragik besonders gar nichts liegt, was zum gesunden Realismus in der Kunst hätte hinführen können. Da kommt die Periode der Kämpfe gegen Napoleon; auf einige Zeit erwacht ein frischer, gesunder Geist, der aber fast nur in der Lyrik einen bedeutsamen künstlerisch schönen Ausdruck findet. Bald aber ist diese Zeit vorüber. In der Literatur macht sich ein sentimentaler Ton geltend, eine Weichlichkeit des Gefühls und eine gewisse Vorliebe zum Schauerlichen, für welche besonders die Schicksalstragödie von Werner an sorgte. Und so beherrschten in den dreißiger Jahren, Raupach, Grillparzer, Halm, Iffland u. s. w. die deutsche Bühne. Aus dem Idealismus der classischen Periode hatte sich langsam das Pathos entwickelt, welches in übertriebenem Streben nach Kundgebung von Gefühlen das Gefühl selbst lahm legte, und im Streben nach Formvollendung den geistigen Gehalt vernachlässigte. An dieser Entwicklung nahm die Schauspielkunst den innigsten Antheil, denn sie wurde durch das Drama großgezogen. — Wir bemerken, daß wir bis jetzt nur von der Tragik sprechen. Die Wandlungen, welche die Literatur macht, wird die Schauspielkunst bis zu einem gewissen Grade auch mitmachen müssen. Durch den Idealismus großgezogen, kam sie allmählig auf dem Gebiete des ernsten Drama's zum Pathos — bis eine Reaction stattfand und die realistische Schule sich geltend machte, die ebenfalls die Extreme berührte, um endlich in den letzten zehn Jahren einem Streben nach Versöhnung der entgegengesetzten Richtungen Platz zu machen. Aus dem Entwickelten geht hervor, daß in der Tragik der Schritt vom Idealismus zum Pathos ein ganz nothwendiger, durch die Literaturentwicklung bedingter war. Die Darstellung im Lustspiel muß naturgemäß zum Realismus hinneigen. Wenn wir die Entwicklung des deutschen Lustspiels — doch nun, das existirt nicht, aber des Lustspiels in deutscher Sprache betrachten — so tritt es in der ersten Zeit besonders sehr in den Hintergrund gegenüber den Produkten der tragischen Muse. (Schluß folgt.)

Vermischtes.

Worms, 27. Febr. Eines schönen Tages saßen der hiesige israelitische Handelsmann Löw und der Zigarrenhändler Rückert, gemüthlich bei einem Glas Bier beisammen, und das Gespräch drehte sich um die außer Kurs gesetzten „österreichischen Sechser", Löw sagte unter Anderem, er wolle dem Rückert für 10,000 Thaler von den verrufenen österreichischen Sechsern zu 85 Proz. liefern. „Ich halte Sie beim Wort," rief Rückert; und siehe da, sechs Dienstmänner mit 10,000 Thaler beladen nebst dem Gerichtsboten und einem Polizeimann erschienen bei Löw, um gegen diese die österreichischen Sechser in Empfang zu nehmen. Löw, der die Sechser nicht liefern konnte, wies das Geld zurück und es kam nun zum Prozeß. In der gestrigen Gerichtsverhandlung in Alzey wurde Löw zum Differenzersatz und in die Kosten verurtheilt, trotz seiner Behauptung, daß er nur „Spaß" gemacht hätte. Die Kosten sollen sich bis jetzt auf die schöne Summe von über 500 fl. belaufen.

— Berlin, 27. Febr. In der Streitz'schen Giftmordaffaire hat sich, wie dem Publizist berichtet wird, der Verdacht herausgestellt, daß Streitz die in seinem Lokal in der Hasenheide vorhanden gewesenen Affen, die niemals sich eines langen Lebens zu erfreuen hatten, nur deshalb gehalten hat, um an denselben Versuche mit verschiedenen Giften anzustellen. In diesen Tagen sind mehrere, schon vor Jahren dort servirende Kellner in Betreff ihrer Wahrnehmung über diesen Punkt vernommen worden. — Die Böllert ist soweit gekräftigt, daß sie bereits längere Zeit anhaltend außer dem Bette zubringen kann und sie sowohl als die Walterschaft würden bereits vor die Geschwornen gestellt werden können, wenn die Sache von der des Streitz sich trennen ließe.

Blankenese, 22. Febr. [Ein gräßlicher Tod.] Vorgestern früh wurde ein unbekannter, sehr gut gekleideter Mann mit dem Hute auf dem Kopfe stehend im Eis der Elbe erfroren gefunden. Er war beim Passiren der Elbe in eine sogen. Waale (dünne Stelle) gerathen und zwar da, wo sich eine Sandbank gesetzt hatte; er war in dem Sande stecken geblieben und hatte sich nicht wieder befreien können. Das Eis reichte ihm bis an die Achsel und in dieser traurigen Stellung war der Unglückliche gestorben, die Arme waren auf die Ränder des Eises ausgestreckt, die Fingernägel bei den Versuchen zur Rettung blutend abgerissen. Das Eis mußte erst um den Körper aufgehauen werden, um ihn herauszuziehen. Wie angst- und schmerzvoll mag der Beklagenswerthe nach Hilfe gerufen haben.

[Schlecht abgelaufener Maskenscherz.] In Siffel begab sich am 21. d. der Färber Kutner maskirt zu seinem Nachbar Kugl, einem Wirth, bei dem mehrere Personen waren, die sich in guter Laune befanden. Kugl's Sohn wollte Kutner demaskiren; deßwegen entstand eine Zänkerei — da kam der Wirth selbst und versetzte Kutner mit einem Holzscheit einen kräftigen Schlag in den Nacken, daß Kutner augenblicklich niedersank und den folgenden Tag den Geist aufgab. Kugl Vater und Sohn befinden sich in Haft.

— Ein ungewöhnliches Ereigniß hat sich vor Kurzem in Lerida (Spanien) zugetragen. Der Bankier Josef Nunez an dortigem Platze benutzt nämlich zwei Geldgewölbe, eins für den täglichen Gebrauch, das andere nur dann, wenn größere Geldzahlungen zu machen sind. Ursprünglich existirten zwei Schlüssel für letzteres, aber einer davon wurde seit einiger Zeit vermißt. Als vor Kurzem die Nothwendigkeit entstand, in das Reservegewölbe zu gehen, fand der Kassier zu seinem größten Erstaunen einen Schlüssel im Schlosse stecken. Er rief seinen Prinzipal herbei und als die Beiden die Thür öffneten, erblickten sie die Leiche eines Mannes, der früher in der Bank angestellt gewesen. Vermuthlich hatte er den Schlüssel gestohlen und eine Beraubung des Kassengewölbes beabsichtigt, aber allem Anscheine nach war bald nach seinem Eintreten die Thür in's Schloß gefallen, und er somit inmitten der Reichthümer, welche er sich aneignen wollte, Hungers gestorben.

Telegraphische Nachrichten.

Karlsruhe, 21. Febr. Der Karlsruher Zeitung zufolge ist die badische Regierung dem von Lasker im norddeutschen Reichstage gestellten Antrage durchaus fremd (Bismarcks Rede enthielt eine Andeutung, als sei Lasker etwa von der badischen Regierung zu seinem Antrag veranlaßt); ihre politische Richtung beruhe lediglich auf den Interessen des badischen Landes. Der Artikel schließt: „Die Regierung stützt ihre Hoffnung auf die Erreichung dessen,

vas die Interessen des Landes dringend erheischen, darauf, daß iese Interessen im entscheidenden Punkte mit den unvertilgbaren Bedürfnissen und Bestrebungen des gesammten deutschen Volkes zu- ammenfallen. Diese Hoffnung kann nur gestärkt werden durch ie wiederholte nachdrückliche Erklärung des Bundeskanzlers, daß uch er die gegenwärtige halbe Einigung Deutschlands nicht als in Definitivum betrachte."

Wien, 1. März. Bei der heutigen Ziehung der 1864er Anlehens-Loose fielen: der erste Treffer auf Serie 3950 Nr. 71, er zweite Treffer auf S. 2562, Nr. 14, der dritte Treffer auf S. 3950, Nr. 29, der vierte Treffer auf S. 3544, Nr. 89. Die übrigen gezogenen Serien sind: 41, 509, 803, 1284, 1748, 2574.

Berlin, 28. Febr. (Sitzung des Reichstages. Berathung es Strafgesetzentwurfes). Bei Paragraph 1 beantragte der Ab- eordnete Kirchmann die Todesstrafe abzuschaffen. Der Bundes- ommissär Justizminister Dr. Leonhardt vertheidigte die Regierungs- vorlage, welche Beibehaltung der Todesstrafe verlangt; die Vor- aussetzung, als wurzle die Abschaffung der Todesstrafe im Volks- ewußtsein, sei, sagte er, eine irrige. Die Debatte wird morgen ortgesetzt.

Point de Galle, 22. Febr. In der Nähe von Yoku- hama ist der Dampfer „Bombay" mit der amerikanischen Corvette „Oneida" zusammengestoßen, wobei letztere sank. 120 Menschen ind umgekommen.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

München, 1. März. Bei der heutigen IV. Serienziehung des 4% k. bayerischen Prämienanlehens vom Jahre 1866 im Betrag von 18,000,000 fl. wurden folgende Serien gezogen: 1636, 3117, 207, 3036, 2059, 2601, 1468, 2614, 90, 306, 2124, 3006, 1574, 1370, 785, 2461, 2668, 2437, 2735, 424, 2460, 2482, 2654, 701, 1852, 3136, 465, 2570, 484, 914, 1076, 1254, 2726, 2438, 2164, 1660, 1295, 80, 567, 1795, 1168, 2345, 3026, 2506. Die Prämienziehung findet am 1. Mai lfd. Js. statt. Die Verzinsung der verloosten Obligationen hört mit dem 1. Juni 1870 auf. — Wir machen noch insbesondere das Publikum aufmerksam, daß **vier falsche Obligationen** dieses bayerischen Prämienanlehens kursiren, (mit gefälschter Unterschrift des Buchhalters,) nämlich die Obligationen;

Nr. 18911 der Serie 379
" 40071 " " 802
" 94110 " " 1883
" 157425 " " 3149

Die Besitzern dieser Obligationsnummern haben dieselben sofort bei der Staatsschuldentilgungshauptkasse in Vorlage zu bringen, wo dieselben gegen ächte umgetauscht oder nach dem Courswerthe eingelöst werden, wenn sie sich nicht der Gefahr aussetzen wollen, der allenfalls auf dieselben später fallenden Prämien und der Vergütung des Kapitals selbst verlustig zu gehen.

New-York, den 28. Febr. Gold 115¼. Wechsel in Gold 108⅞ Bonds per 1882 114⅛. Baumwolle 23⅜. Petroleum 27⅛.

Liverpool, den 28 Februar. Schlussbericht. Heutiger Umsatz 10,000. Orleans 11¾. Middling amerikanische 11¼. Fair dhollerah 9⅛. Middling fair dhollerah 9. Good middling dhollerh 8⅞. Fair Bengal 8³/₁₀. Fair Omra 9¾. Pernam 11⅞ Smyrna 10⅜. Egyptian 12¼. Amerik. per März-April ——. Dhollerah per Apr.-Mai —. Omra per Tages-Import 6924, davon Ostindische ——. Tendenz: ruhig.

Wien, 1. März. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	71.10	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
" fl. 500 Loose von 1860	96.80	Steuerfr. Metall. on 1864	—.—
" fl. 100 Loose von 1864	119.20	Napoleons	9.92
Oesterr. Bank-Actien	728.—	Wechsel auf Augsburg	103.30
" Credit-Actien	275.30	" " London	124.35
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	380.—	" " Paris	49.40
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	" " Frankfurt a. M.	103.55
" " Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	241.80
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 349.— Pap.-R.	61.40

Berlin 1. März (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	44¾	Lombarden	132½
4 proc. bayr. Präm.-Anl.		Italienische Anleihe	55⅝
4½ " " Anleihe	91⅝	1882er amerikanische Bonds	96
Bad. Prämien-Anleihe	106	5 proc. preuss. Anleihe	101⅜
Darmstädter Actien	130	4½ " " "	93⅜
Oesterr. Credit-Actien	150¾	Wechsel auf Augsburg	56.22
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	209	" " Frankfurt	56.24
Staatsbahn-Prioritäten	293⅛	" " London	6.24
Oest. fl. 500 Loose von 1860	79¼	" " Paris	81⅛
" fl. 100 Loose von 1864		" " Wien	81⅜
5 proc. östr. National-Anl.			

Fest.

Curse des Münchener Handelsvereins vom 1. März 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. 3½% Obl.	fl. 1000	81¾	
4% ganzj. Obl.	1000	86⅝	86¼
4% halbj. Obl.	1000	86⅝	86¼
4% Grundr.-Obl.	1000	86¾	86¼
4½% ganzj. Obl.	1000	92	91¾
4½% halbj. Obl.	1000	92	91¾
4½% Milit. "	1000	92	91¾
5% Obl.	1000	101½	101
4% Münch. Obl.	1000		
5% " "	1000	101½	100¾
4½% Ostbahn-Aktien		120½	120¼
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung		86	85¾
dto. volle		86	85¾
Pfdbr. d. bayer. Hyp.-u. W.-Bank	à fl. 1000	90⅝	90⅜
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.		100	99¾
Aktien		830	
Bayer. Handelsbank-Act.		99½	
Vereinsbank		115	
Württemberg. 4½% Obl.			
Oesterreich 4⅕% Silb.-Rte. 5/7		58⅞	58½
Pap.-Rte			
5% Nation.-Anl. 5/8			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à 116⅔			
5% Met. Stfr. v. 1866 5/7			
Oest. Bank-Aktie			
Cred.-Aktien		263⅞	263¾
Oest.-franz. Stsb.-Aktien.		361½	

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb.	231	230½
Preußen. 4½% Obl.		
Amerika. 6% Bonds p. 1882 à fl. 2½	95⅝	95½
" 1884	94⅛	
" 1885	95	
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100		
4% Bad. "	106	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	6⅝	
Pappenheimer dto.	5¾	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose	18½	
Oester. 1854er Loose à fl. 250 5/8		
" 1860er " à fl. 500 4/7		78½
" 1864er " à fl. 100 u. 50		
" 1858er Cred Loose		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		300
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		120
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor	95	
Chemische Fabrik Heufeld		75
Oest. Elisabeth-Westbahn		
" Franz Joseph-Bahn		
" Kronprinz Rudolph-Bahn		
" Siebenbürger Bahn		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. I. Em. 5/7		
dto. II. "		
" Kronpr. Rudolph-Bahn "		

		Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn "		77¼	
" Siebenbürger Bahn "			
" d. Böhm. Westbahn "			
" Alföld Fiumander Bahn "		74½	
Wechsel.			
Amsterdam fl. 100 holl.	K. S.	100⅜	
	L. S.		
Augsburg fl. 100	K. S.		
	L. S.		100
Berlin Rthlr. 60	K. S.	105⅛	104⅞
	L. S.		104⅞
Frankfurt fl. 100	K. S.		100
	L. S.		100
Hamburg M.-B. 100	K. S.	88½	88¼
	L. S.	88⅛	88¼
Leipzig Rthlr. 60	K. S.	105⅛	105
	L. S.	105⅛	104⅞
London Pfdst. 10	K. S.	119⅞	119⅝
	L. S.		119⅝
Paris Fr. 200	K. S.	95⅛	95
	L. S.	95⅛	95
Wien fl. 100	K. S.	95⅜	
	L. S.		
Bank-Disconto für Platz-Wechsel			
" " Lombard.			
Geldsorten.			
Preuß. Friedrichsd'or		9.59	9.58
20 Francs Stücke		9.30	9.29
Preuß. Cassen-Scheine		105⅛	104⅞
Oest. Banknoten		95⅞	

Kunst-Nachricht.

Die Kunstausstellung des Kunstvereins für Böhmen beginnt den 15. April und dauert bis zum 15. Juni 1870.

Sämmtliche zu dieser Ausstellung bestimmten Kunstwerke haben längstens bis zum 5. April l. Js. in Prag einzutreffen.

Der Kunstverein für Böhmen trägt die Transportkosten (mit Ausschluß jeder Spesennachnahme) nur für rechtzeitig eintreffende Sendungen solcher Künstler, welche entweder von der Geschäftsleitung direkt zur Beschickung der Ausstellung geladen oder von einem ihrer Bevollmächtigten zu derselben autorisirt sind.

Zu letzterem Zweck sind in jeder in künstlerischer Beziehung bedeutenden Stadt entweder die dort bestehenden Künstlervereine oder einzelne vertrauenswürdige Personen mit der nöthigen Vollmacht versehen.

Künstler, welche, ohne von der Geschäftsleitung direkt geladen oder von ihr oder einem ihrer Bevollmächtigten über vorhergegangene Anfrage ausdrücklich ermächtigt zu sein, die Ausstellung dennoch beschicken, haben die Transportkosten selbst zu tragen, ebenso alle Kunsthändler, Privatbesitzer, Kunstvereine u. s. w., falls dieselben hiezu nicht ausnahmsweise die Bewilligung erlangt haben, welche jedoch nur in besonders berücksichtigungswerthen Fällen ertheilt wird. Deßgleichen fallen die Transportkosten der mittelst Post oder als Eilfracht eintreffenden Sendungen dem Einsender zur Last und verwahrt sich der Verein ausdrücklich gegen die Zusendung von Copien oder bereits in Prag ausgestellt gewesenen Gegenständen, sowie gegen die unfrankirte Zusendung von Kupferstichen, Lithographien u. dgl. m. Unfrankirte Brie e werden zurückgewiesen. Die näheren, die Zusendung und die Rechte und Pflichten der Einsender betreffenden Bestimmungen sind aus den Einladungsbriefen zu ersehen und findet sich die Geschäftsleitung hier lediglich noch abermals in Erinnerung zu bringen veranlaßt:

1) daß die Preise der nach Prag gehenden Kunstwerke jederzeit in österreichischer Währung und mit dem Beisatze „in Silber" oder „in Bank-Valuta" anzugeben sind, widrigenfalls sich die Einsender bei Angabe anderer Währung die Curs-Berechnung der Geschäftsleitung gefallen zu lassen haben.

2) Daß alle jene Einsender, die nicht Mitglieder des Kunstvereins für Böhmen sind und daher nicht schon als solche zu dessen Regiefond beitragen, im Falle des Verkaufes ihrer Werke auf der Ausstellung, sei es an den Verein oder an Private, 5 Prozent vom Verkaufspreis behufs der leichteren Deckung der jährlich immer größer werdenden Transportkosten beizutragen, d. i., zu diesem Zweck einen 5prozentigen Abzug von dem Verkaufspreis zu erleiden haben.

3) Daß jeder die Ausstellung beschickende Künstler das Vervielfältigungsrecht des von ihm eingesandten Kunstwerks schon durch die bloße Einsendung an den Verein für den Fall abtritt, wenn dasselbe auf der Ausstellung verkauft und sodann zum Gegenstand eines Vereinsblattes werden sollte.

Prag, am 20. Februar 1870.

Von der Geschäftsleitung des Kunstvereins für Böhmen.

Unter Bezug auf obiges ersuchen wir die hiesigen Herren Künstler, die an den Kunstverein in Prag einzusendenden Gemälde bis spätestens 23. März an uns als von dem Vereine aufgestellte Spediteure abzuliefern.

München, am 22. Februar 1870. (1090

Squindo & Scheuer,

vormals Seb. Pichler sel. Erben.

Münchener Aktien-Theater

Mittwoch den 2. März.

Gastvorstellung der ungarischen Tänzer

Herrn Békésy und Frln. Benda.

Nach dem ersten Akte:

Spitzen-Polka, getanzt v. Frl. Benda.

Zum Schluße:

Ungarisches Pas de deux,

ausgeführt von Frl. Benda und Hrn. Bekesy.

Stille Wasser sind betrüglich.

Eröffnung der Abend-Kasse ½7 Uhr.

Anfang 7 Uhr. Ende 9 Uhr.

Ein Universitätsstudent

ertheilt gründlichen Unterricht in allen Fächern. Das N. äußere Wienerstraße 61/0.

Königl. Staats-Eisenbahnen

Post-Z. b Kur.-Z. c Schn.-Z. d Lok.-Z. e Güt.-Z.

München — Pasing — Augsburg.

Abfahrt:	Ankunft:
5 U. 45 M. Morg. b	8 U. 10 M. Morg. d
6 U. 10 M. Morg. c	8 U. 40 M. Vorm. b
6 U. 25 M. Morg. a	11 U. 40 M. Nchm. d
11 U. — M. Vorm. a	3 U. 35 M. Nchm. a
1 U. 50 M. Nchm. d	8 U. 15 M. Abds. b
5 U. 45 M. Abds. b	9 U. 15 M. Nchts. a
6 U. 45 M. Abds. d	9 U. 40 M. Nchts. c
11 U. 20 M. Nchts. b	

München — Salzburg — Wien.

5 U. — M. Morg. e	5 U. 15 M. Morg. b
9 U. — M. Morg. b	8 U. 15 M. Morg. e
10 U. — M. Vorm. a	10 U. 18 M. Vorm. a
4 U. 30 M. Nchm. a	4 U. 10 M. Nchm. a
5 U. 40 M. Nchm. e	8 U 55 M. Abds. e
8 U. 40 M. Abds. b	11 U. — M. Nchts. b
10 U. 10 M. Nchts. b	

München — Starnberg — Peissenberg.

Abgang in München:	Abgang in Starnberg:
6 U. 50 M. Morg.	8 U. 20 M. Vorm.
10 U. 30 M. Vorm.	12 U. 35 M. Mitt.
5 U. — M. Abds.	7 U. 25 M. Abds.

München—Ingolstadt.

6 U. 30 M. Morg. a	8 U 55 M. Morg. a
1 U. 55 M. Mitt. e	8 U. 40 M. Nchm. e
5 U. 45 M. Nachm. a	9 U. — M. Abds. a

München—Regensburg.

5 U. — M. Morg. a	8 U. 22 M. Morg. e
7 U. 45 M. Morg. b	9 U. 30 M. Vorm. b
9 U. 45 M. Vorm. a	11 U. 48 M. Mitt. e
1 U. 30 M. Nchm. e	6 U. 17 M. Abds. e
5 U. 15 M. Nchm. b	8 U. 5 M. Abds. b
7 U. — M. Abds. e	10 U. 25 M. Nchts.

München—Großhesselohe.

Abfahrt in München:	Abfahrt in Großhesselohe:
5 U. — M. Morg.	7 U. 51 M. Morg.
10 U. — M. Vorm.	10 U. — M. Vorm.
4 U. 30 M. Nchm.	3 U. 52 M. Nchm.
5 U. 40 M. Nchm.	8 U. 31 M. Abds.

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer. — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr: Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Donnerstag, den 3. März 1870. Nr. 61.

× München, 2. März.

Einem Ketzer braucht man nicht Wort zu halten! Mit dieser Rede wurde bekanntlich Huß abgefertigt, als er trotz des ihm ertheilten kaiserlichen Geleitsbriefes in das Gefängniß geworfen wurde, um von da zum Scheiterhaufen geführt zu werden. Seit jener Zeit sind nun auf allen Gebieten des Geistes die bedeutendsten Veränderungen eingetreten, Sittlichkeit und Moral haben sich gehoben und geläutert, um seines Glaubens willen wird Niemand mehr verbrannt, und gleichwohl begegneten wir in diesen Tagen einem ganz ähnlichen Ausspruche. Wir meinen die bekannte Aeußerung des Pfarrers Westermayer in der bayerischen Kammer, wonach Verrath des Dienstgeheimnisses bei Akten, welche nach dem einseitigen Ermessen irgend eines untern Beamten nicht gesetzlich seien, eine verdienstvolle Handlung bilde. Eine frivolere Aeußerung in dem Munde eines Mannes, der Liebe, Demuth, Wahrhaftigkeit und Aufrichtigkeit zu predigen berufen ist, wird wohl kaum noch in einer Ständeversammlung gehört worden sein. Das Dienstgeheimniß, der Diensteid braucht nicht mehr gehalten zu werden, wenn der Verrath nur zum Vortheil der Ultramontanen gereicht. Es ist das bekanntlich die so oft geläugnete, allein hier wieder aufs Neue bestätigte und bethätigte Lehre der Jesuiten, daß der Zweck die Mittel heiligt. Man sieht eben, daß die Jesuiten der neuen Zeit um kein Haar besser sind, als ihre Vorgänger, und daß die Anschauungen des krassen Ultramontanismus heute noch eben so unsittlich sind, als vor vierhundert Jahren. Unserem Volke aber können derartige Reden nicht oft genug vor Augen gehalten werden. Es soll einsehen, welche Grundsätze die kirchliche Partei lehrt und befolgt, und wie dadurch allmählig das Gift der Lüge und der Heuchelei in die Seele des noch unverdorbenen Volkes geträufelt wird!

Die finanziellen Opfer des Anschlusses an den norddeutschen Bund.

(Schluß.)

Man weist nun allerdings hin auf den hohen Militäraufwand im norddeutschen Bund, der den bei weitem größten Posten der Bundesausgaben bildet. Allein man sollte nicht vergessen, daß dieser hohe Militäraufwand etwas Vorübergehendes ist und nur durch die gegenwärtigen gespannten europäischen Verhältnisse, an denen das fortgesetzte Widerstreben eines Theiles der süddeutschen Bevölkerung gegen den Ausbau des norddeutschen Bundes in einen allgemeinen deutschen Bundesstaat nicht den kleinsten Antheil hat, herbeigeführt wird. Die Militärverwaltung an sich ist im norddeutschen Bund sparsamer eingerichtet als in Bayern, und dieses könnte bei Uebernahme seines Militäraufwandes auf den Bund nur gewinnen. Im norddeutschen Bund ist zur Bedeckung des gesammten Militäraufwandes dem Bundesfeldherrn für jeden Mann des Präsenzstandes im Frieden, der 1 Procent der Bevölkerung beträgt, bekanntlich der Betrag von 225 Thlrn. zur Verfügung gestellt. Legt man diesen Betrag, der in Süddeutschland, wo die Naturalverpflegung der Truppen viel billiger beschafft werden kann als in Norddeutschland, das wirkliche Bedürfniß beträchtlich übersteigt, der Berechnung des Militäraufwandes für Bayern zu Grunde, so würde derselbe, da hier der Friedenspräsenzstand bloß in 3/4 Proc. der Bevölkerung also in 36,000 Mann besteht, sich auf 36,000 × 225 Thlr., das ist auf 8,100,000 Thlr. oder 14,175,000 fl. stellen. Er betrug aber in jedem der letzten beiden Jahre 16,265,635 fl. und wird in diesem und in dem nächsten Jahre sich noch bedeutend erhöhen, da in dem Budgetentwurfe für die Finanzperiode 1870—71 der ordentliche Militärbedarf, die beiden verlangten außerordentlichen Militärkredite von 2,791,396 fl. und 3,665,000 fl. nicht gerechnet, jährlich auf 15,700,000 fl. veranschlagt ist. Der sparsamen Militärverwaltung im norddeutschen Bund darf es wohl auch zugeschrieben werden, daß trotz des hohen Präsenzstandes sein Militäraufwand nicht nur bedeutend geringer ist als jener von England und Frankreich, sondern auch unter der Durchschnittsziffer für ganz Europa steht. In England entfallen nämlich vom Militäraufwand 5 Thlr. 21 Sgr., in Frankreich 3 Thlr. 12 Sgr., in Europa im Ganzen 2 Thlr. 21 Sgr., im norddeutschen Bund aber nur 2 Thlr. 10 Sgr. auf den Kopf. Und dennoch ertönt fort und fort gegen den norddeutschen Bund der Vorwurf des Militarismus und ertönt gerade aus jenen Kreisen, welche die fortgesetzte Rüstung desselben hauptsächlich verschulden.

III.

Wenn der Anschluß an den norddeutschen Bund von Bayern finanzielle Opfer fordert, so dürfen andererseits auch die Vortheile nicht außer Betracht bleiben, die damit erkauft werden. Wie im Privatleben beruht auch im politischen Leben Alles auf Gegenseitigkeit. Der denkende Bürger berechnet nicht blos das, was er an den Staat abgibt, sondern auch das, was dieser ihm hiefür leistet, und übersieht nicht, daß erhöhte Staatsleistungen nothwendig eine stärkere Inanspruchnahme der persönlichen und Vermögenskräfte des Volkes mit sich führen. Er zieht auch im Verhältnisse zum Staate seine Bilanz und ist zufrieden gestellt, wenn Soll und Haben sich decken. Die Vortheile, welche ein Bundesstaat, der 38 Mill. Deutsche umfaßt, seinen Bürgern gewährt, sind nun aber von der größten Bedeutung und vergelten überreich die zu seiner Konstituirung dargebrachten Opfer. Sie bestehen in der verstärkten Gewähr der politischen Selbständigkeit der Nation, in der größeren Machtstellung Deutschlands nach Außen, von der jeder Einzelne seinen Theil empfängt, in der Erweiterung des Gebietes für jede geistige und wirthschaftliche Thätigkeit, in dem erhebenden Gefühle nationaler und politischer Befriedigung, einem großen, auf nationaler Unterlage gegründeten Staatswesen anzugehören. Für solche Güter sind jene Opfer wahrlich ein höchst geringer, kaum nennenswerther Preis. Man müßte an der Lebensfähigkeit des nationalen Gedankens verzweifeln, wenn an ihnen der Ausbau des deutschen Bundesstaates scheitern sollte.

Wie verschwindet die jährliche Einbuße von 3,780,166 fl., welche Bayern nach unserer Berechnung der Anschluß an den Nordbund augenblicklich kosten würde, gegenüber den Vermögensverlusten, welche das bayerische Volk durch den Widerstand gegen die Gründung des deutschen Bundesstaates unter preußischer Führung seit vier Jahren erlitten

hat! Wir erinnern hier zuerst an die Verluste der bayerischen Staatsgläubiger durch den unseligen Krieg von 1866, der bayerischerseits ein Krieg gegen den nationalen Gedanken war. Am 9. April 1866, als Preußen bei dem deutschen Bund die Einberufung eines deutschen Parlaments auf Grund allgemeiner direkter und geheimer Wahlen beantragte, hatten die 4procentigen bayerischen Staatspapiere einen Kurs von 95 und die 4½ procentigen von 100¾. Am 14. Juni 1866, an welchem der Bundestag auf Antrag Oesterreichs und mit Zustimmung Bayerns die Mobilmachung des Bundesheeres beschloß und Preußen mit seinem Austritte aus dem Bund den Krieg erklärte, war der Kurs der 4procentigen Papiere auf 77 und der 4½procentigen auf 85¼ herabgesunken. Die bayerischen Staatsgläubiger erlitten sonach durch die antinationale Politik Bayerns mindestens einen Verlust von 50 Millionen Gulden. Dazu kommen nun noch die Kosten des Krieges selbst. Sie betragen

an Kredit für die außerordentlichen Bedürfnisse des Heeres	31,512,000 fl.
für Kriegsentschädigung an Preußen	30,000,000 fl.
für Verlust an Gebiet mindestens	7,000,000 fl.
an Kriegslastenentschädigung beiläufig	5,000,000 fl.
zusammen	73,512,000 fl.

Nachdem in Folge des Eintrittes des Fürsten Hohenlohe in das Ministerium, der eine nationale Politik inaugurirte und dem dafür von der gegenwärtigen Majorität in beiden Häusern des Landtages jüngst mit einem Mißtrauensvotum gelohnt wurde, sich im März 1867 der Kurs der 4procentigen Papiere wieder auf 92½ und der 4½procentigen auf 96¾—97 gehoben hatte, sank er, als zuerst bei den Zollparlamentswahlen im Februar 1868 und später bei den Landtagswahlen im Mai und November 1869 die antinationale Strömung die Oberhand gewonnen, abermals nicht unbedeutend und steht heute, am 24. Februar, wo wir diese Zeilen niederschreiben, bezüglich der 4procentigen Papiere auf 86⅛ und bezüglich der 4½procentigen auf 91¾. Dieses abermalige Sinken des Kurses bewirkte für die bayerischen Staatsgläubiger, gering gerechnet, einen Verlust von 16 Mill. Gulden. Wenn wir nun auch gerne zugeben, daß nicht alle bayerischen Staatsgläubiger bayerische Staatsbürger sind, und daß die ihnen zugegangenen Verluste durch entgegenstehende Gewinnste zum Theil wieder ausgeglichen werden, so sind die übrig bleibenden Verluste immer noch groß genug und jedenfalls größer, als die finanziellen Opfer, welche Bayern als Mitglied des deutschen Bundesstaates während eines Menschenalters zu bringen hätte, ohne die Vortheile zu veranschlagen, die aus dieser Verbindung ihm in demselben Zeitraume erwachsen würden.

Politische Tagesübersicht.

Wien, 23. Febr. Die Corresp. Slave gibt die Gedanken des von Rieger Sladkowsky an FML. Koller über die Einladung des Ministers Dr. Giskra gerichteten Schreibens in folgender Weise, die nach den Beziehungen dieses Blattes richtig sein dürfte: „Die Verfasser können kein Vertrauen schenken einer ihnen von einem Minister angebotenen Vergleichsunterhandlung, der vier Wochen zuvor ein Memorandum unterzeichnet hat, welches jede Concession an die czechische Opposition absolut zurückweist und als ein Verbrechen gegen die Dezember-Verfassung und folgeweise gegen das Ministerium, welches diese Verfassung geschaffen, darstellt. Weiters müßten sie die ihnen gemachte Einladung auch aus dem Grunde ablehnen, weil sie das Bestreben einer Trennung Böhmens von Mähren zeigt, was unter keiner Bedingung zulässig sei, da die beiden Länder über eine für beide völlig gemeinsame Frage getrennt von einander nicht verhandeln wollen noch können."

— Die „Wiener Abendpost" enthält heute an der Spitze ihres Tagesberichtes die folgenden Sätze: „Mehrere geachtete Provinzblätter, wie der „Tagesbote aus Böhmen", der „Mährische Correspondent", die Grazer „Tagespost" u. s. f., öffnen ihre Spalten neuestens wieder Wiener Correspondenzen, welche insbesondere das angebliche Verhältniß des Herrn Reichskanzlers zu den der Thätigkeit des cisleithanischen Ministeriums vorbehaltenen Fragen zum Gegenstand der gehässigsten und von den unbegründetsten Voraussetzungen ausgehenden Erörterungen machen. Wir würden die Reserve, die wir uns selbst derartigen Insinuationen gegenüber zur Pflicht gemacht, noch ferner aufrecht erhalten, hätten diese Erörterungen nicht Formen angenommen, welche ein ernstes Wort, wenn nicht zur Sache selbst, doch zur Tendenz dieser publicistischen Manöver und Fälschungen verlangen. Denn von Tendenz wird man wohl sprechen dürfen, wenn beispielsweise dem Reichskanzler zugemuthet wird, einen völligen geheimen Feldzugsplan gegen das cisleithanische Ministerium entworfen zu haben und durch die dem Ministerium des Aeußern untergeordneten Organe propagiren zu lassen, oder wenn geheime Machinationen des Ersteren mit den angeblich bevorstehenden Aenderungen in dem Eigenthum eines der ersten hiesigen Blätter (Neue freie Presse) in Verbindung gebracht werden u. s. w. Daß man in erster Beziehung jeden Beweis für die Verdächtigung schuldig geblieben ist, hat freilich nach den neuesten Erfahrungen auf diesem Gebiete nichts Befremdendes, und auch was das letzterwähnte Gerücht anbelangt, werden die betreffenden Erklärungen in erster Linie wohl nur dem in Rede stehenden Blatte zufallen können. Nur nebenbei sei also bemerkt, daß die Romantik der Voraussetzung, die dem Reichskanzler den Ankauf jenes Blattes mit 1½ Million aus den kleinen Ersparnissen der ihm für publicistische Zwecke zur Verfügung gestellten Gelder zumuthet, doch ein klein wenig an Naivetät streift."

— Zum Setzer-Strike berichtet die „Presse": Der Geist der Versöhnlichkeit, von welchem das Buchdrucker-Gremium beseelt ist, hat dieses zu einem neuen Beschluß veranlaßt, welcher vielleicht geeignet ist, eine Beilegung des leidigen Streites herbeizuführen. Das Gremium hat sich nämlich über einen neuen Tarif geeinigt, welcher zwar den übertriebenen Forderungen der Tarifkommission der Gehilfen nicht entspricht, wohl aber gegen den jetzt bestehenden Tarif vom 1. Sept. 1868 eine wesentliche Erhöhung zeigt und selbst noch über diejenigen Sätze hinausgeht, welche die frühere Tarifkommission der Gehilfen nach einer eingehenden Arbeit von 3—4 Monaten aufgestellt hatte und den Buchdruckereibesitzern vorlegen wollte, woran sie aber durch das Drängen der sozialistischen Wortführer gehindert wurde. Diesen Tarif werden die Druckereien mit dem 1. März in Kraft treten lassen, und es hängt nur von den Gehilfen ab, ob sie die von ihrer Kommission gestellten unannehmbaren Nebenbedingungen aufgeben und sich der Vortheile, welche derselbe bietet, bedienen wollen oder nicht. Aus den Kreisen der feiernden Arbeiter ertönen laute Klagen über das Verhalten der Tarifkommission, und alle Zeichen deuten darauf hin, daß ein Umschwung in den Ansichten der Gehilfen sich vollzieht, und jetzt schon die Arbeitseinstellung ihrem Ende nahe ist.

— Nicht geringes Aufsehen macht in Teschen das Schicksal einer zwölf Mann hohen czechischen Deputation, welche sich nach Wien begab, um bei Sr. Majestät eine Audienz zu erhalten und erbitten wollte, daß die slawische Sprache an den Schulen Schlesiens als Unterrichtssprache eingeführt werde. Doch die Deputation wurde zur Audienz nicht vorgelassen.

Prag, 28. Febr. Der Verfassungsverein hat Schmeykal's Adreßentwurf angenommen, der die Theilnahme ausspricht, mit der die Deutschböhmen der Neubildung des Ministeriums folgten.

Prag, 28. Febr. Bei der gestrigen Berathung über die Aufstellung eines Candidaten für die Bürgermeisterwahl kam es zu einer heftigen Scene zwischen Jungczechen und Altczechen. Erstere erklärten die Politik der Altczechen sei voll von Widersprüchen, bald unverse[illegible]lich, bald wieder den Regierungswünschen nachgehend. Als Dittrich's Candidatur beschlossen war, verließen die Jungczechen den Berathungssaal. Hulesch (bisheriger Vice-Bürgermeister) resignirt wahrscheinlich, Sladkowsky soll für ihn gewählt werden. — Franz Dittrich (Declarant) wurde heute mit 62 von 86 Stimmen zum Bürgermeister von Prag gewählt. Vice-Bürgermeister Hulesch erhielt 19, Sladkowsky 1 Stimme. 4 Stimmzettel waren leer, einer enthielt das Wort Nevo[illegible] (Ich wähle nicht.) Dittrich dankte in deutscher und böhmischer Sprache und erklärte, die Wahl anzunehmen. — Karl Vogt's Vorträge veranlaßten gestern in den katholischen und protestantischen Kirchen zelotische Gegenpredigten. Die Rückkehr der böhmischen Bischöfe erfolgt vor O[illegible]

Pest, 28. Febr. In der Sitzung des Unterhauses verspricht Minister Eötvös die Vorlage eines Entwurfes über die Reorganisation der Mittelschulen sogleich nach Schluß der Budgetdebatte. Der Antrag Poppovics', die Errichtung eines Nationalitäten-Gymnasiums betreffend, wird mit diesem Entwurfe zugleich verhandelt werden. Die äußerste Linke hielt gestern eine Clubconferenz, in welcher die Bildung mehrerer Vereine in der Provinz angezeigt wurde.

Nach neueren Nachrichten aus **Krakau** soll Barbara Ubryk nicht gestorben sein, sondern sie sich körperlich ganz wohl befinden und ihr Geisteszustand ganz unverändert sein.

Berlin, 28. Febr. In Erwartung der heutigen Debatte über die Todesstrafe waren die Tribünen des Reichstages so überfüllt, daß selbst die Gänge vom Publikum dicht besetzt waren. Auch in der Diplomatenloge war kein Platz leer und die anderen Reihen von den Damen des diplomatischen Corps besetzt. Der Kronprinz wohnte fast der ganzen Debatte und der Erbprinz von Hohenzollern dem größten Theile derselben bei. Warm und schwungvoll wurde die Verhandlung erst gegen Schluß der Sitzung in der Rede von Lasker. Uebrigens fehlt es auf Seiten der Kämpfer gegen die Todesstrafe doch wohl nicht ganz an Uebertreibung und Declamation. Der Kern der Sache scheint uns der zu sein: Kann sich das Gefühl der Masse unseres Volkes bereits mit der gänzlichen Abschaffung der Todesstrafe auch für die empörendsten Verbrechensfälle befreunden und ist nach dem Stande unserer deutschen Civilisation auch zur Abschreckung die Todesstrafe nicht mehr erforderlich oder gar unnütz, dann entscheidet für einen solchen öffentlichen Zustand schon die Erwägung gegen die Todesstrafe, daß bei ihrer Fortdauer sogenannte Justizmorde immer möglich bleiben und niemals ganz zu vermeiden sein werden. Wenn man sagt, man brauche ja nur die Verbrecher hinzurichten, die gestanden haben, so heißt das: man richtet die reumüthigen Verbrecher hin und die verstockten nicht! Ueber die oben genannten beiden Bedingungen und Vorfragen gingen heute die Ansichten der Redner sehr auseinander. Während z. B. Reichensperger gegen die letztere derselben anführte, es habe sich in Würtemberg bei Aufhebung der Todesstrafe im Jahre 1849 die Zahl der Mordthaten so vermehrt, daß sie in vier Jahren von 6 auf 26 gestiegen war, die Wiedereinführung der Todesstrafe sie sofort wieder sinken lassen, stellte darauf der General-Staatsanwalt Schwarze dem angeführten Beispiele entgegen, in Toscana sei die Todesstrafe aufgehoben, in Italien sonst nicht, und doch, während rings herum Mord und Todtschlag auf der Tagesordnung stand, hätten sich in Toscana die todeswürdigen Verbrechen bedeutend vermindert. Wenn dagegen Schwarze zugleich behauptet, die meisten Verbrecher zögen den Tod dem Leben im Zuchthause bei Weitem vor, so glauben wir nicht, daß diese angebliche Erfahrung überall in Deutschland ihre Bestätigung finden wird. Zur Abstimmung wird der Reichstag erst morgen kommen. (Siehe Tel.)

— Es ist in den letzten Tagen viel davon die Rede gewesen, daß die Verwerfung der Todesstrafe die Zurückziehung des Strafgesetzbuches zur Folge haben würde, und zwar hat man diese Angabe darauf zurückgeführt, daß der König sich mit Abschaffung der Todesstrafe eines seiner Souveränetätsrechte begeben würde. Wir erfahren, daß diese Mittheilungen lediglich auf einem Manöver der eifrigen Anhänger der Todesstrafe beruhen und daß ihnen thatsächlicher Anhalt nur in entfernter Beziehung zur Seite steht, obgleich ein Theil der heutigen Ausführung des Justizministers geeignet ist, diese Angaben für richtig erscheinen zu lassen. Ohne Zweifel wird in der zweiten Lesung die Todesstrafe verworfen. In bundesräthlichen Kreisen glaubt man nicht, daß das Strafgesetzbuch ohne Todesstrafe vom Bundesrathe angenommen werden wird, indem man daran erinnert, daß bei der Berathung des Entwurfes schon geltend gemacht wurde, wie in denjenigen Bundesstaaten, wo die Todesstrafe abgeschafft sei, den Souveränen auch an der Hand dieses Gesetzes überlassen bleibe, durch ausnahmslos geübtes Begnadigungsrecht sie unausgeführt zu lassen.

Paris, 27. Febr. Der Gemahl der Ex-Königin Isabella von Spanien erwirkte einen gerichtlichen Befehl zur Beschlagnahme des gesammten beweglichen Vermögens der Familie, angeblich wegen zum Nachtheile Isabellens und der Kinder geführter schlenderischer und unvernünftiger Verwaltung dieses Vermögens. — Ein Telegramm der Patrie aus Athen vom 26. meldet, eine republikanische Verschwörung sei entdeckt worden.

Paris, 28. Febr. Le Parlemement veröffentlicht ein Madrider Telegramm, welchem zufolge sich eine Carlistenbande in dem Gebirge von Toledo umhertreibt. Bis jetzt ist diese Nachricht indeß ohne Bestätigung.

Paris, 28. Febr. Die Arkadier haben sich jetzt als Rechte neu constituirt, ihr Zelt aber von der Rue de l'Arcade nach der Rue de la Paix versetzt; die Liste der Partei ist aber noch sehr schwankend, da unter den 56ern vom 24. Febr. sehr viel Unklarheit herrscht: die Einen möchten sich um Duvernois als Erben des 2. Januar gruppiren, die Anderen wollen mit dem Cabinete nicht vollständig brechen. Das Kränzchen in der Rue de la Paix hat vorläufig den Baron Jerome David zu seinem Präsidenten, Forcade und Duvernois zu Vice-Präsidenten ernannt. Auch neue Verschmelzungsversuche zwischen den beiden Centren sind im Werke. Baron d'Andelarre hat zu diesem Zwecke ein Diner auf den 7. März angeordnet. Indeß sind zu einer förmlichen Verschmelzung zu viel widerstrebende Elemente in den Centren.

— Wie man erfährt, ist die Wiederanstellung Renan's als Professor der hebräischen Sprache im Collège de France ein beschlossene Sache.

— Im Gymnasium von Nevers hat jetzt eine Revolte in Folge der Ausweisung von fünf Zöglingen, die sich an der Subscription zu Gunsten Victor Noir's betheiligt hatten, stattgefunden. Zwei Classen sagten Samstag um Mitternacht den Gehorsam auf, verbarricadirten sich in ihren Zimmern, zerschlugen die Möbel (man schätzt den Schaden auf 5000 Fr.), schrieen „Vive Rochefort!" und „Vive la Republique!" und sangen die Marseillaise. Erst am Sonntag gegen 12 Uhr Mittags gelang es den Behörden, Herr der Revolte zu werden. Die beiden Classen wurden aufgelöst. — In einem Nonnenkloster in Neuilly bei Paris, wo junge Mädchen erzogen werden, kam es ebenfalls zu einem Aufstande. Sechzig der letzteren hatten sich nämlich verschworen, nicht mehr zu dulden, daß man sie oder ihre Mitschülerinnen mit trocknem Brode und Kerkerhaft bestrafe. Als nun vor zwei Tagen eines der jungen Mädchen ins Gefängniß wandern sollte, erhoben sich die sechzig und erklärten mit so entschlossener Miene, sie würden es durchaus nicht dulden, daß die Nonnen nachgaben und die Bestrafung unterblieb.

Florenz, 28. Febr. Mancini wird gleich nach der Kammer-Eröffnung eine Interpellation über die römische Frage stellen. — Der König ist in Turin angekommen.

Rom, 28. Febr. Der Papst wird vom Concil verlangen, das Dogma der unbefleckten Empfängniß solle nicht als ein neues, sondern als ein in den Beschlüssen der früheren Concilien schon enthaltenes erklärt werden.

— Der in der letzten Zeit von der ultramontanen Partei so arg angefeindete Bischof von Orleans, Mgr. Dupanloup, hat so wenig Vertrauen in die römische Post, daß er seine für Frankreich bestimmten Briefe nicht in Rom aufgibt, sondern sie durch einen Vertrauensmann nach Florenz zur Weiterbeförderung bringen läßt.

Madrid, 27. Febr. (Cortessitzung.) Auf eine Interpellation Trilan's antwortet der Finanzminister Figuerola, daß, wenn keine Carlisten-Erhebung stattfindet, das Deficit 613 Millionen Realen betragen werde, weil noch 300 Millionen rückständige Steuern einzutreiben sind. Der Minister constatirt, daß die Regierung alle dringenden Bedürfnisse bestreiten könne, und sagt weiter: Die Revolution consolidirt sich, die Zolleinnahmen, das Lotterie- und Stempelgefälle sowie die Einnahmen der Eisenbahnen weisen eine Zunahme aus und die spanische Bank bietet der Regierung Geld an. Castellar kündigt für Samstag eine Interpellation über die äußere Politik an. Rivero sagt die Beantwortung derselben zu.

Petersburg, 26. Febr. Heute fand das Leichenbegängniß des hier verstorbenen Hauptes der chinesischen Mission, Anton Burlingame's, Statt. Die Vertreter Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten trugen die Zipfel des Sargtuches. Die Ueberreste werden zur Beerdigung nach Amerika hinübergeschickt.

Washington, 27. Febr. Der Senat beschloß mit 48 gegen 8 Stimmen, den von Mississippi zum Senator erwählten Neger Revels zuzulassen.

Bayerische Angelegenheiten.

— Se. Maj. hat an den Stiftspropst Dr. v. Döllinger am 28. Febr. aus Anlaß dessen Geburtstagsfestes ein eigenhändiges Handschreiben gerichtet, und hierin die Hoffnung ausgesprochen, daß Döllinger, welcher in der Concilsfrage mit der Mehrzahl des deutschen Episkopats in Uebereinstimmung steht, nicht ermüden werde, in dem begonnenen Kampfe zum Heile des Staates und der Kirche muthig auszuharren.

— Dem Vernehmen nach ist die Regierung bereits mit dem Gedanken vertraut, daß das sehr fiscalisch gehaltene Taxgesetz auf lebhaften Widerstand in der Abgeordnetenkammer stoße. Um nun gleichwohl die neue Civilproceßordnung ohne Schaden der Finanzinteressen vom 1. Juli ins Leben treten zu lassen, soll die bereits mehrfach kundgegebene Absicht bestehen, die Taxfrage, insoweit es sich um die streitige Rechtspflege handelt, durch Verordnung zu regeln, resp. die bisherigen Taxen mutatis mutandis anzuwenden. Die Advocatenordnung, sowie die Gebührenordnungen sind noch nicht vorgelegt. (Wir zweifeln demnach und da es auch sehr wahrscheinlich ist, daß an der nöthigen Anzahl von Gerichtsvollziehern Mangel sein wird, an der Möglichkeit der Einführung der Civilproceßordnung bis 1. Juli 1870. D. Red.)

— Bei den Bezirksämtern des Königreiches sind im Ganzen 525 Schreiber nothwendig, von denen 154 erste Schreiber je 500 fl., 154 zweite Schreiber je 360 fl., 151 dritte Schreiber je 300 fl. und 76 vierte und fünfte Schreiber je 240 fl. beziehen. Die k. Staats-Regierung erklärt die Aufbesserung dieser Bezüge für ein höchst dringendes Bedürfniß und beantragt, die Bezüge der zweiten Schreiber auf 400 fl., jene der dritten auf 350 fl. und jene der vierten und fünften Schreiber auf 300 fl. zu erhöhen.

— Se. Maj. der König hat dem Großh. Hess. wirkl. Geheimrath und Geh. Staatsrath v. Bechtold das Großkreuz des Verdienstordens vom hl. Michael, dem Ministerialrath im Großh. Hess. Finanzministerium, Schleiermacher, das Comthurkreuz desselben Ordens und dem Bankdirektor und Direktor des Verwaltungsraths der Hess. Ludwigsbahnen, Dr. August Parcus, das Ritterkreuz des Verdienstorders der bayerischen Krone verliehen.

Lokales und Provinzielles.

München, 2. März.

K. Die von Se. Maj. dem König auf Kosten der k. Kabinetskasse angeordnete Ausspeisung von 1400 Armen hat heute Mittags in den hiefür bestimmten zwölf Gasthäusern stattgefunden. Sämmtliche Speisesäle waren mit der Büste des Königs geschmückt, um welche sich die Landesfarben, Blumen und Guirlanden in einfacher, jedoch geschmackvoller Ordnung gruppirten. Um 12 Uhr erschienen die Dürftigen jeden Alters und Geschlechtes, anständig gekleidet, an der gedeckten Tafel; das Mahl war reichlich bestellt und bald hatte sich aller Gemüther eine frohe Stimmung bemächtigt. In heiteren Gesprächen waren Noth und Sorgen vergessen und allenthalben vernahmen wir den Ausdruck des innigsten Dankes gegen den hohen Spender, welcher seiner Armen auch während der rauschenden Vergnügungen des Carnevals in so edler und sinniger Weise gedachte!

— Ueber die nämliche Angelegenhenheit glauben wir auch noch folgendem Berichte Raum geben zu sollen: Gestern Mittags fanden in den neulich bezeichneten Gasthäusern die von Sr. Maj. dem Könige veranlaßten Mahlzeiten in gelungenster Weise statt. Mit ihren besten Kleidern angethan, waren all' die Geladenen in den festlich mit Porträtbüsten des Königs und Blumenguirlanden geschmückten Lokalen erschienen; Mitglieder der Gemeindecollegien, Pfarrgeistliche, Beamte (der k. Polizeidirector v. Burchtorff machte mit einem seiner Beamten die Runde in den Lokalen), Distriktsvorsteher, geachtete Bürger hatten sich eingefunden, um den Gästen des Königs den Tag zu einem wahren Festtage zu gestalten. Es war eine wahre Herzensfreude, zu sehen, wie die armen, größtentheils hochbetagten Leute, an den wohlbestellten Tafeln sich Essen und Trinken bestens schmecken ließen, gehoben durch das Bewußtsein, daß der König aus freiem eigenen Entschlusse, ihnen keineswegs ein gewöhnliches Almosen bieten, sondern ein Zeichen geben wollte, daß er sich ihrer erinnere, sie der allgemeinen Festesfreude theilhaftig zu machen beabsichtige. Allerwärts kam denn auch das Gefühl gerührten Dankes in Toasten auf den königlichen Herrn zum Ausbruche, überall herrschte Frohsinn und Heiterkeit — der Zweck, den Se. Majestät zu erreichen strebte, den Stiefkindern des Glückes ihr mißliches Geschick auf eine Weile vergessen zu machen, er wurde voll und in herzerhebender Weise erreicht.

Dingolfing, 28. Febr. Leider habe ich ihnen ein großes Unglück zu berichten. Gestern Nachts ist hier beim Ziegler Wimmer Feuer ausgebrochen, wobei durch den Einsturz eines Kamines ein sehr ordentlicher Familienvater, welcher ein Weib und vier Kinder hinterläßt, so schwer getroffen wurde, daß er nach Verlauf einiger Stunden seinen Geist aufgab. Ebenso wurde der tüchtige und hochgeschätzte Oberbrigadier Hiebler, welcher sich hervorragend am Rettungswerke betheiligte, sehr schwer am Kopfe und Rücken beschädigt, so daß er ziemlich gefährlich darniederliegt. Weitere vier Personen wurden ebenfalls bedeutend verletzt, aber gottlob ist bei diesen keine weitere Gefahr vorhanden. Dem vereinten Zusammenwirken unserer trefflich geschulten Feuerwehr und der Bürgerschaft gelang es, das Feuer an weiterem Umsichgreifen zu verhindern. Man weiß noch nicht, ob Brandstiftung oder Unvorsichtigkeit die Schuld an seinem Entstehen trägt.

Lichtenfels, 1. März. Aus der gestern dahier stattgefundenen außerordentlichen Zwischenwahl ging Herr Apotheker und Magistratsrath Adam Wenglein dahier als Bürgermeister für die Funktionsdauer, welche der verlebte Herr Bürgermeister Hofmann zu erfüllen gehabt hätte, einstimmig hervor.

Bamberg. Das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten hat am 25. Febr. die Betheiligung mit 5 Antheilscheinen bei dem zu gründenden bayerischen Gewerbemuseum in Nürnberg in Anbetracht der Belastung der Kommunalkasse und des Umstandes, daß der hiesige Gewerbeverein sich bereits mit 5 Antheilscheinen betheiligt hat, abgelehnt.

In einer Versammlung zu **Poppenreuth** haben die Landwirthe beschlossen, vom 1. März an, (dem Tage der Einführung der neuen Marktgefällordnung der Stadt Fürth) keine landwirthschaftlichen Erzeugnisse mehr in die Stadt zu liefern, nicht einmal Milch.

Fürth, 28. Febr. Der Metallschlägermeister Leonhardt Segitz, ein allgemein geachteter Mann, der in den besten Verhältnissen lebte, hat sich heute Mittag in seiner Wohnung durch einen Stich in den Hals entleibt. Die Motive dieser verzweifelten That sind zur Zeit nicht bekannt.

In **Würzburg** unterhandelt ein adeliger Herr aus Westphalen im Auftrage des Königs Georg über den Ankauf von Gütern dortiger Gegend, und zwar beläuft sich die Kaufsumme auf mehrere Millionen Thaler. Der Hietzinger Hof scheint demnach noch immer über sehr beträchtliche Geldmittel zu verfügen. Uebrigens mag hierbei in Erinnerung gebracht werden, daß auch der Herzog Adolf von Nassau Unterhandlungen über den Ankauf von Ländereien in Bayern — angeblich von mehreren Tausend Jochen — angeknüpft hat.

— Der Ausschuß der Volkspartei für die Pfalz hat auf den 6. März nach Neustadt a. d. H. eine größere Parteiversammlung berufen. Der Pfälz. Volkszeitung zufolge soll die Zusammenkunft in Neustadt ein Mittel werden, die Agitation gegen das herrschende Militärsystem in das ganze Land zu tragen. Mittlerweile seien bereits auf Anregung von Kaiserslautern dem dortigen Volksverein siebzehn Petitionen in der Militär-Frage zur Uebermittlung an die Kammer zugesendet worden.

Handel und Verkehr.

* Wir erlauben uns, unsre Leser auf die im heutigen Inseratentheile enthaltene Anzeige der Emission von 2,500,000 Doll. 7 pCt. in Gold verzinslicher Bonds der Chicago und South-Western Eisen-

bahn, für welche die bereits im Betrieb stehende Chicago Rock Island und Pacific-Bahn die Garantie übernimmt, aufmerksam zu machen. Letztere hat ihr Actienkapital von 13,999,800 Doll. bisher mit 10 pCt. verzinst und außerdem nur 7,375,000 Doll. Mortgage Bonds ausgestellt. Die neue Bahn durchschneidet in einer Länge von 250 engl. Meilen die Staaten Jowa und Missouri und endet bei Siarmwork in Kansas, wo sie mittelst einer dort über den Missouri zu erbauenden eisernen Brücke mit den nach dem Pacific führenden Bahnen in Verbindung tritt. Die Aussichten der Bahn sind als befriedigend geschildert und der vorliegende letzte Rechenschaftsbericht der Chicago Rock Island und Pacific-Bahn lautet günstig. Die Unterzeichnungen erfolgen bei dem hier emittirenden Hause am 3., 4. und 5. März dieses Jahres.

Feuilleton.

Dramaturgische Briefe.

(Von D. L. G.)

XII.

(Schluß.) Während in Frankreich z. B. das Lustspiel des vorigen Jahrhunderts bis zur Herrschaft Napoleons, als ein Spiegel des öffentlichen Lebens gelten kann, in welchem der Dichter die Welt, das bunte Possenspiel von Druck und Gegendruck, den tollen Kampf um's Dasein, vor den Augen seiner Zeitgenossen erscheinen ließ — war das deutsche Lustspiel des vorigen Jahrhunderts mit wenigen Ausnahmen werthlos, oder harmlos wollen wir's nennen. Erst Jungdeutschland hat sich dieser Form mit mehr Erfolg bemächtigt, denn die Kotzebueaden sind unter der Mittelmäßigkeit. In der neuesten Zeit haben wir manches gute Lustspiel von deutschen Dichtern, ein *deutsches Lustspiel* haben wir noch immer nicht, und wir können es nur dann bekommen, wenn sich die socialen und die politischen Verhältnisse ändern — uns fehlen die Bedingungen dazu; wir haben keine Gesellschaft, und wir haben kein einheitliches Publikum, welches einen specifisch *deutschen* Geschmack besäße, wir haben nur Berliner, Wiener, Münchner, und jedem gefällt etwas Anderes, und wenn allen *Eins* gefällt, dann ist's gewiß eine kleine, deliciöse französische Zote. — Doch wir wollen nicht darüber schreiben, warum wir kein nationales Lustspiel besitzen. — Die Komödie mag sich nun entwickeln, wie sie will, sie muß immer mit dem Leben, mit der ganzen Art und Weise unsers alltäglichen Seins in Berührung sein. Das Lachen der Heiterkeit, das eigentliche gesunde Lachen fordert einen realen Grund, fordert das Lächerliche; dieses findet sich im socialen Leben hundertfach; das Lustspiel entnimmt seine Stoffe dem Alltagsleben, — es ist Eins, welchen Kreisen, denn das Lächerliche versteckt sich ebenso gern in den Sack des Bettlers, als in die Falten eines fürstlichen Mantels. Das Lustspiel führt uns Gestalten aus dem gewöhnlichen Sein, in gewöhnlicheren Situationen vor — kurz die ganze Natur des Lustspiels weist den Schauspieler auf Realismus hin, und dieser ist viel weniger dem Wechsel unterworfen. Eine Ausnahme macht das feine Salonlustspiel, welches die *Form der Zeit* erfordert, aber auch diese wechselt nicht so schnell, da sie auf der Bühne etwas Typisches bekommt und dadurch länger lebensfähig erhalten wird, wie alles typisch Gewordene. Und so liegt dem Lustspiel das Manierirte ferner als der Tragödie, es kann nur der Realismus in das Possenhafte ausarten, wozu manch modernes Produkt Gelegenheit gibt.

So sehen wir denn wie das Wesen der Tragödie und des Lustspiels, jenes zur idealen, dieses zur realen Aufführung hindrängt, wie die erste zum falschen Pathos, die letztere zur Possenhaftigkeit und Carricatur hinführen kann. Beide aber müssen in der wahren Kunst versöhnt werden; im ernsten Drama fordern wir *Gefühlswahrheit*, und diese muß im falschen Pathos zu Grunde gehen, — im Lustspiel fordern wir Komik, aber diese darf nie die Grenzen des Schönen überschreiten. Die Extreme schädigen jede Kunst. — Die *Idealität* soll sich vor Allem zeigen im *Beherrschen der realen Art des Gefühlsausdrucks*. Wenn ich den Affect, den der Realismus nach der Natur copirt, zurückführe auf das Maaß des Schönen, so vereinige ich beide Richtungen, ich gehe von dem Realen aus und unterwerfe es den Gesetzen der Kunst. So ist die Verbindung hergestellt. *Der Ausgangspunkt* aber sei immer *das Seiende, das Reale*, und nur auf dem Boden der Natur kann sich gestützt auf die *Anschauung*, durch den *Geist geläutert*, die *wahre, lebensfähige* Kunst erheben.

Telegraphische Nachrichten.

Pest, 1. März. Die Deputirtentafel hat die Specialdebatte über das Unterrichts-Budget fortgesetzt und den Antrag Tiszas, wonach dem Minister des Unterrichts zu Schulzwecken Carte blanche bewilligt wird, angenommen.

Berlin, 1. März. (Reichstag.) Debatte über die Todesstrafe. Graf Bismarck erklärt in einer längeren Rede, in welcher er für die Beibehaltung der Todesstrafe sich ausspricht, daß das Strafgesetzbuch nach der Verwerfung der Todesstrafe schwerlich die Majorität im Bundesrathe finden werde. Preußen werde dort mit all seinem Einfluß für die Beibehaltung der Todesstrafe stimmen. Trotz dieser Erklärung wird die Aufhebung der Todesstrafe gemäß den Anträgen der Abgeordneten Kirchmann und Fries mit 118 gegen 81 Stimmen angenommen.

Berlin, 2. März. Reichstag. Der Antrag des Abgeordneten Löwe, das Gerichtsverfahren gegen den Abgeordneten Hirsch zu sistiren, wird ohne Debatte angenommen. Es folgt hierauf der Antrag von Schulze-(Delitzsch), betreffend die Gewährung von Diäten. Graf Bethusy-Huc will einfache Tagesordnung, Hirsch spricht für die Gewährung von Diäten, Bethusy für seinen Antrag. Staatsminister Delbrück erklärt, daß die Stellung der Bundesregierung zu dieser Frage unverändert sei. Nach kurzer Debatte wird die einfache Tagesordnung angenommen.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 2. März. (Schlussc.)

Wechsel auf London	119¾	Oest.-franz. Staatsbahn	366½
„ „ Paris	95	Bayr. Ostbahn-Actien	120⅜
„ „ Wien	95⅝	Elisabeth-Prior. I. Em.	76
5 proc. bayr. Anleihe	101	4% bayer. Prämien-Anl.	107
4½ „ „	91⅞	Bad. Präm.-Anleihe	105⅝
4 „ „ Grundrente	86⅜	Oesterr. Loose v. 1860	79½
4 „ „ Obligat.	86¼	„ Loose v. 1864	114
5 proc. österr. Metall., engl.	——	Alsenzbahn	85½
5 „ „ National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	68
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	233
1882er Amerikaner	95⅛	Napoleons	9.30
Oesterr. Bank-Actien	698	Rente Silber 58½, Pap. —	
„ Credit-Actien	264	fest. Handelsbank	—

Wien, 2. März. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	71.45	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	97.—	Steuerfr. Metall. on 1864	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	119.75	Napoleons	9.92
Oesterr. Bank-Action	723.—	Wechsel auf Augsburg	103.25
„ Credit-Actien	273.30	„ „ London	124.30
Oest.-franz. Staatsbahn-Action	383.—	„ „ Paris	49 35
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	„ „ Frankfurt a. M.	103.40
„ „ Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	243.80
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 358.50 Pap.-R.	61.60

Berlin 2. März (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	44¾	Lombarden	132¼
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	105½	Italienische Anleihe	55⅝
4½ „ „ Anleihe	91¾	1882er amerikanische Bonds	95¾
Bad. Prämien-Anleihe	103	5 proc. preuss. Anleihe	102
Darmstädter Actien	129¾	4½ „ „	93¾
Oesterr. Credit-Actien	150¼	Wechsel auf Augsburg	—.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	209	„ „ Frankfurt	—.—
Staatsbahn-Prioritäten	293	„ „ London	—.—
Oest. fl. 500 Loose von 1860	80	„ „ Paris	——
„ fl. 100 Loose von 1864	65½	„ „ Wien	——
5 proc. östr. National-Anl.		Fest.	

New-York, den 1. März. Gold 116¼. Wechsel in Gold 108⅞. Bonds per 1882 114¼. Baumwolle 23¼, Petroleum 27¼.

Außerdem haftet das ganze bewegliche und unbewegliche Eigenthum der Chicago-Southwestern-Bahn mit den 7,000,000 Dollars Stamm-Actien für Bezahlung der Zinsen und des Capitals jener Schuld in Gold.

Von der Bahn waren beendet im Herbst 1869 50 Meilen. Der Rest von 200 Meilen soll spätestens Ende 1870 im vollen Betriebe sein.

Die Chicago- und Southwestern-Eisenbahn bildet mit den Zweigbahnen der alten Chicago- und Rock-Island-Eisenbahn die directeste und kürzeste Verbindung zwischen Chicago und der Stadt Leavenworth im Staate Kansas. Sie durchstreicht unmittelbar Districte, deren Gesammt-Reichthum nach statistischen Aufnahmen sich beziffert u. A.

auf Dollars	40,310,506	Grundeigenthum	
„ „	20,528,374	bewegliches Eigenthum	
„ Bushels	19,374,332	Mais und Getreide	Production 1869
„ „	962,621	Kartoffeln	

auf Pfund	2,810,000	Hanf (Production 1869)	
„ Stück	215,317	Hornvieh	
„ „	332,084	Schweine	
„ „	260,515	Schaafe.	

In Leavenworth, dem westlichen Endpunkte der Bahn, sind die Anschlüsse ungewöhnlich wichtig, direct und ausschließlich. Der Missouri-Fluß wird dort mit einer festen, eisernen Brücke überbaut, deren Ausführung die Herren Boomer u. Co. in Chicago, als die zuverlässigste Firma in dieser Branche in den Vereinigten Staaten bekannt, contractlich übernommen haben. Das dazu erforderliche Capital ist bereits aufgebracht und die Arbeiten so weit vorgeschritten, daß man der Vollendung der Brücke mit Anfang nächsten Jahres bestimmt entgegensehen darf. Keine andere Bahn mündet auf diese Brücke, und deßhalb bietet in Leavenworth die Chicago- und Southwestern-Bahn den einzig directen Anschluß nach Norden und Nordosten für die folgenden Bahnen:

Kansas-Pacific — Leavenworth, Lawrence und Galveston — Leavenworth und Atchison — Central Branch Union Pacific — Leavenworth, Topeka und Santa Fé — Missouri Pacific Eisenbahn.

Darnach steht der Bahn eine bedeutende Rentabilität bevor und es wird den Obligationen eine bedeutende Fundirung **erster Qualität** geboten.

Newyork, 25 Oktober 1869.

F. H. Winston, Präsident.

Die Zinsen der Bonds sind am 1. Mai und 1. November mit 35 Dollars in Gold an der American Exchange Bank in New-York zahlbar und werden an den Plätzen Amsterdam, Berlin, Paris, Frankfurt a. M. und London zum jeweiligen Tagescourse auf Newyork realisirt.

Zur Entgegennahme der Zeichnungen sind:

für Newyork die Herren Frank & Gans
„ Amsterdam „ „ Holjé & Boissevain
„ Frankfurt a. M. die „ Claus & Helgers
für Rotterdam die Rotterdamer Bank
„ Berlin „ Herren Feig & Pinkuß
für München die B. Handelsbank

beauftragt.

Für die Europäischen Plätze sind von diesen Obligationen reservirt: **2,500,000 Dollars.** Die Subscription findet statt: **am 3., 4. und 5. März.**

Subscriptions-Bedingungen.

1. Der Subscriptionspreis ist:

in Amsterdam, **in Rotterdam**: 82 pCt., den Dollar à Fl. 2. 50. Holl.

in Frankfurt a. M., **in München**: $82^3/_8$ pCt., den Dollar à Fl. 2. 30 kr. s. W.

in Berlin 83pCt., den Dollar à Thlr. 1. $12^1/_2$ Sgr.

Die bis zum Bezugstage aufgelaufenen Zinsen sind besonders zu vergüten.

2. Bei Zeichnung sind 10pCt. des gezeichneten Nominalbetrages baar oder in guten Werthpapieren als Sicherheiten zu hinterlegen, welche bei der Uebernahme der zugetheilten Obligationen zurückgegeben werden.

3. Die Original-Obligationen oder bis zu deren Eintreffen die solche inzwischen vertretenden, von der Zeichnungsstelle ausgefertigten Interimsscheine sind spätestens am 12. März gegen Zahlung des ausmachenden Betrages bei der betreffenden Stelle in Empfang zu nehmen.

4. Im Falle der Ueberzeichnung des aufgelegten Betrages bleibt entsprechende Reduktion vorbehalten.

Frank und Gans in Newyork,
Finanz-Agenten der Chicago-South-Western-Eisenbahn-Gesellschaft.

Das unterzeichnete Institut nimmt unter obigen Subscriptions-Bedingungen in den Geschäftsstunden Meldungen entgegen. Karten, Prospecte und Geschäftsberichte verabfolgt.

München, im Februar 1870.

Bayerische Handelsbank.

Curse des Münchener Handelsvereins vom 2. März 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. 3 1/2% Obl.	fl. 1000	81 7/8	
4% ganz. Obl.	1000	86 5/8	86 1/8
4% halbj. Obl.	1000	86 5/8	86 3/8
4% Grundr.-Obl.	1000	86 3/4	86 3/8
4 1/2% ganzj. Obl.	1000	92	91 3/4
4 1/2% halbj. Obl.	1000	92	91 3/4
4 1/2% „ Milit. „	1000	92	91 3/4
5% Obl.	1000	101 1/2	101
4% Münch. Obl.	1000		
5% „ „	1000	101 1/8	100 3/4
4 1/2% Ostbahn-Aktien .		120 3/4	120 1/4
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung . .		86	85 3/4
dto. volle		86	85 3/4
Pfdbr. d. bayer. Hyp.- u. W.-Bank à fl. 1000		90 5/8	90 3/8
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.		100	99 3/4
Aktien „ „		830	
Bayer. Handelsbank-Act.		99 1/2	
„ Vereinsbank . .		115	114
Württemberg. 4 1/2% Obl. . . .			
Oesterreich 4 1/5% Silb.-Rte. 6/7		58 3/4	58 1/2
„ Pap.-Rte „			
5% Nation.-Anl. . 5/8			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à 116 2/3			
5% Met. Stfr. v. 1866 6/7			
Oest. Bank-Aktie . .			
„ Cred.-Aktien . .		265 3/8	265 1/8
Oest.-franz. Stsb.-Aktien.		367	366 1/2

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb. .	234 1/4	234
Preußen. 4 1/2% Obl.		
Amerika. 6% Bonds B. 1882 à fl. 2 1/2	95 1/4	95
„ 1884 „	94	93 3/4
„ 1885 „		
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	107	
4% Bad. „	106	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	6 1/2	
Pappenheimer dto.	5 3/4	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose . .	18 1/2	
Oester. 1854er Loose à fl. 250 5/6		
„ 1860er „ à fl. 500 6/7		
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred Loose . . .		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		300
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		120
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor .	95	
Chemische Fabrik Heufeld		75
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn . . .		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn . .		
„ Siebenbürger Bahn . . .		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. I. Em. 6/7		75 1/2
dto. II. „ „		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn „		

		Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn .		77 1/2	77 1/8
„ Siebenbürger Bahn .			
„ d. Böhm. Westbahn .			
„ Alföld Fiumander Bahn .		74 1/2	
Wechsel.			
Amsterdam fl. 100 holl.	K. S.	100 3/8	
	L. S.		
Augsburg fl. 100 . . .	K. S.		
	L. S.		100
Berlin Rthlr. 60 . .	K. S.	105 1/8	104 7/8
	L. S.		104 7/8
Frankfurt fl. 100 . . .	K. S.		100
	L. S.		100
Hamburg M.-B. 100 . .	K. S.	88 1/2	
	L. S.	88 1/2	
Leipzig Rthlr. 60 . .	K. S.	105 1/8	104 7/8
	L. S.	105 1/8	104 7/8
London Pfdst. 10 . . .	K. S.	119 7/8	119 5/8
	L. S.		119 5/8
Paris Fr. 200 . . .	K. S.	95 1/8	95
	L. S.	95 1/8	95
Wien fl. 100 . .	K. S.	95 7/8	95 5/8
	L. S.		
Bank-Disconto für Platz-Wechsel . .			
„ „ Lombard. . .			
Geldsorten.			
Preuß. Friedrichsd'or		9.59	9.58
20 Francs Stücke		9.30	9.29
Preuß. Cassen-Scheine		105 1/8	104 7/8
Oest. Banknoten		95 7/8	95 5/8

In Credit und Lombarden lebhaftes Geschäft.

Kgl. Hof- u. National-Theater.

Donnerstag den 3. März.
40. Vorstellung im Jahres-Abonnement.

Der Waffenschmied.

Komische Oper in drei Aufzügen. Text und Musik von Albert Lortzing.

Regie: Herr Sigl.

Personen:

Hans Stadinger, berühmter Waffenschmied u. Thierarzt	H. Kindermann.
Marie, seine Tochter . .	Frl. Stehle.
Ritter Graf von Liebenau, unter dem Namen Conrad	Hr. Fischer.
Georg, sein Knappe . .	Hr. Heinrich.
Adelhof, Ritter aus Schwaben	Hr. Sigl.
Irmentraut, Mariens Erzieh.	Frl. Eichheim.
Brenner, Gastwirth, Stadinger's Schwager . .	H. Weixlstorfer.
Ein Geselle Stadingers .	Hr. Thoms.

Schmiedgesellen, Bürger und Bürgerinnen, Ritter, Damen, Herolde, Knappen, Pagen, Volk.

Ort der Handlung: Worms.

Die Kasse wird um 1/2 6 Uhr geöffnet.

Anfang 1/2 7 Uhr. Ende um 9 Uhr.

Verlag u. Redaktion von **Karl Kellerbauer.** — Druck der C. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr: Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Freitag, den 4. März 1870. Nr. 62.

Politische Tagesübersicht.

Der erste Berathungsgegenstand des **württembergischen** Landtages dürfte die Votirung einer neuen Anleihe sein, welche im Maximum 30 Millionen, im Minimum 15 Millionen Gulden betragen soll. Ueber Form und Zinsfuß der Anleihe sind noch keine Bestimmungen getroffen.

Karlsruhe, 2. März. Der Handelsminister legte der zweiten Kammer einen Gesetzentwurf vor über eine Subvention von Baden im Betrage von 3 Mill. Franken zu der Gotthardbahn.

Wien, 1. März. Der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz trifft am 8. März in Wien ein und wird mit großer Auszeichnnng empfangen werden. Der Kaiser trifft deßwegen am 6., die Kaiserin am 8. von Pest hier ein. Aus diesem Anlasse werden Hof-Feste und Festvorstellungen in den Hoftheatern stattfinden.

Wien, 2. März. Das Abgeordnetenhaus wird morgen nach den Carnevals-Ferien seine Sitzungen wieder aufnehmen, um zunächst die Berathung über das Erwerbsteuergesetz fortzusetzen. Morgen Abends soll im Ministerium des Innern abermals eine Abgeordneten-Conferenz stattfinden, in welcher die beabsicht'gte Wahlreform den Gegenstand der Discussion bilden soll. — Die Arbeiterführer Oberwinder, Scheu, Papst, Most und Behring sind heute Vormittags verhaftet und dem Landgerichte eingeliefert worden.

— Wie man hört, bereitet das Ministerium einen Gesetzentwurf in Sachen des Zeitungsstempels vor, da es sich wohl der Erkenntniß nicht verschließen kann, daß füglich dio in dieser Hinsicht bestehende Rechtsungleichheit Ungarn gegenüber nicht fortdauern kann.

Brünn, 1. März. (Proceß Hompesch—Müller). Wir lesen im „Mähr. Corr.": Die Beendigung dieser nun schon fünf Monate dauernden Untersuchungs-Angelegenheit hing gegenwärtig nur noch von der Abgabe eines Gutachtens der Gerichtsärzte über den Geisteszustand des Beschuldigten ab, welches eine längere Beobachtung des Inquisiten und eine sorgfältige Prüfung der entscheidenden Momente seines Vorlebens und seiner Individualität voraussetzt. Die Gerichtsärzte haben nunmehr ihr Gutachten dem Gerichte überreicht. Hiemit tritt der Proceß in das Stadium des Anklageverfahrens, und es wird aller Wahrscheinlichkeit nach die Schlußverhandlung längstens zu Anfang des Monats April angeordnet werden.

Pest, 1. März. In der Sitzung des Unterhauses wurde die Unterstützung der Präparandie der englischen Fräulein mit 4000 fl. gestrichen, weil der Staat keine confessionellen Anstalten unterstützt. — Der Hon meldet, Minister Gorové werde zum Baron erhoben werden. Wegen der Bodenlosigkeit der Straßen wurde in mehreren Comitaten die Rekrutirung sistirt.

Berlin, 1. März. Die heutigen Debatten über die Todesstrafe stehen den gestrigen nach, und die gestrige Lasker'sche Rede gegen dieselbe hat jedenfalls den ersten Rang in der ganzen Discussion behauptet. Die Gründe der absoluten Vertheidiger und der absoluten Verwerfer der Todesstrafe sind gleich schwach und schießen gleich sehr über das Ziel. Die Behauptung, daß das Christenthum die strafrechtliche Blutvergießung zur Vergeltung der verbrecherischen unbedingt fordere, müßte die Todesstrafe eben so für den Todschlag wie für den Mord fordern, und der Satz der Gegner: „Wer das ewige Leben nicht zu geben vermag, hat nicht das Recht, das zeitige Leben zu nehmen", würde auch gegen die Tödtung im Kriege und in sonstiger gerechter Nothwehr gelten. Man sollte überhaupt Theologie und metaphysische Philosophie aus dem Spiele lassen. Der entscheidende Punkt der Frage bleibt für die nüchterne und praktische Erwägung immer der gestern im ersten Theile der Lasker'schen Rede erörterte. Ist auf einer gegebenen nationalen Culturstufe die Todesstrafe nicht mehr ein Erforderniß zum Zwecke des Gerechtigkeits- und Sicherheitsgefühls eines Volkes, dann ist dieselbe aus dem Strafgesetzbuche eines solchen Volkes zu streichen. Die Entscheidung ist nicht aus der Philosophie oder Theologie, sondern aus der Beobachtung der thatsächlichen Volkspsychologie und der richtig beurtheilten Criminal-Statistik zu schöpfen. Der Bundeskanzler behauptete heute, die Abschaffung der Todesstrafe habe eine sehr beschränkte, kurze Erfahrung für sich, dem Experimentiren sei er nicht zugeneigt, und der Bundesrath werde für jetzt der Abschaffung nicht zustimmen. Trotzdem wurde die Abschaffung mit großer Majorität beschlossen. Die Drohung, daß das Strafgesetzbuch für diese Session verloren sein würde, wenn die Todesstrafe, wie nun geschehen, abgelehnt ist, findet wenig Glauben, obgleich Graf Bismarck in Betreff der preußischen Stimmen im Bundesrathe sich ziemlich kategorisch aussprach. Wie gestern der sächsische Bundescommissär gewiß richtig bemerkte, wird der Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe in jeder Session wiederkehren und schließlich durchdringen. Graf Bismarck ließ zwar durchblicken, daß er auf einen günstigeren Ausgang für die Anhänger der Todesstrafe in einer nächsten Session rechne; dies hat wahrscheinlich die Wahlen im Auge. Wie aber die Dinge liegen und Angesichts der letzten Vorgänge im Innern Preußens, namentlich auf dem Gebiete des Cultus und öffentlichen Unterrichts, hat es mehr und mehr den Anschein, als ob die Wahlen entweder die gegenwärtige Majorität zurückführen oder die Linke verstärken würden. Gilt das für Preußen für wahrscheinlich, so dürften die Reichstagswahlen davon nicht unberührt bleiben. Eine Verschärfung des Streites mit den National-Liberalen wird sicherlich nicht einem conservativen Wahlergebniß zu statten kommen.

— Ein Erlaß des Präsidiums des Norddeutschen Bundes genehmigt die Ausgabe von 7,200,000 Thaler verzinslicher Schatzanweisungen in Gemäßheit des Gesetzes vom Jahre 1867 zu den außerordentlichen Ausgaben für den Bedarf der Marine.

— Die Fortschrittspartei ist entschlossen, auch bei dem Reichstage wie bei dem Abgeordnetenhause, einen Abrüstungsantrag einzubringen, der, wenn nicht dem Wortlaute, so doch dem Inhalte nach dem Virchow'schen Antrage entsprechen soll. Im II. berliner Wahlkreise hat sich bei einer Besprechung über die Wahlagitation Seitens der demokratischen Vorstandsmitglieder und ihrer Freunde eine vollständige Spaltung der linken Seite vollzogen, als sich ergab, daß eine Einmüthigkeit für die Wiederwahl Johann Jacoby's sich nicht erzielen ließ. Es wird nunmehr neben der Fortschrittspartei eine Volkspartei agitiren, an deren Spitze der Abgeordnete Dr. Guido Weiß, Chef-Redacteur der „Zukunft", genannt wird. — Es ist in Kreisen der Reichstags-Abgeordneten nicht unbemerkt geblieben, daß Se. Königliche Hoheit der Kronprinz, welcher fast der ganzen Debatte über die Todesstrafe beigewohnt hat, den Reden der Gegner dieser Strafe mit großem Interesse folgte.

— Die über den Divisionspfarrer Dr. Kayser wegen Trauung des Fürsten von Rumänien mit einer Protestantin verhängte Suspension ist, nach Berliner Blättern, aufgehoben.

— Die „Hannover'sche Volkszeitung" vom 22 d. M. schreibt: „Herr Graf v. Wedel, der seit mehreren Monaten Urlaub genommen hatte, hat jetzt um Entlassung aus seinem Dienste als Schloßhauptmann und Reisemarschall des Königs Georg V. nachgesucht und dieselbe erhalten. Wie wir hören, wird der Herr Graf v. Wedel zunächst seinen Wohnsitz in Paris nehmen." Die Spen. Ztg. bemerkt dazu: „Diese Notiz ist richtig, aber sie ist nur halb; es ist nämlich der Nachsatz fortgelassen: um als diplomatischer Agent des Königs Georg die Geschäfte des Welfenthums in Paris zu betreiben und die französische Regierung durch Preß- und andere Agitationen möglichst gegen Preußen aufzustacheln."

Berlin, 2. März. Die „Provinzial-Correspondenz" schreibt, indem sie die irrthümlichen Auslegungen der in der Debatte über den Antrag Lasker's von dem Grafen Bismarck gehaltenen Rede widerlegt: Es wird behauptet, daß durch die Erklärungen des Grafen Bismarck die Freunde der deutschen Einigung in Süddeutschland entmuthigt werden. Die wahren Freunde der nationalen Sache werden aber bald erkennen, daß der Bundeskanzler den scheinbaren Fortschritt der nationalen Entwicklung nur darum abweise, um nicht in ihrem naturgemäßen und sicherem Verlaufe die Gesammteinigung Deutschlands gefährden zu lassen.

Aus Thüringen. In Rudolstadt ist der Konflikt noch nicht in ein Ausgleichsstadium eingetreten. Die Regierung ist zwar von 50 auf 25 Procent Steuerzuschlag zurückgegangen; die Majorität der Abgeordneten ist aber auch gegen diese Erhöhung.

Bern, 27. Febr. Von einigen Blättern wurde berichtet, die Regierung des Cantons Bern werde ihren dem Großen Rathe zu stellenden Antrag, betreffend die Subvention für das Gotthard-Unternehmen im Betrage von einer Million an gewisse Bedingungen knüpfen. Diese Nachricht ist irrig: der Regierungsrath will die Subvention vollständig bedingungslos bewilligt wissen, was auch der Große Rath unzweifelhaft beschließen wird. Eben so hat auch der Landrath des Cantons Uri die vom Regierungsrathe zum gleichen Zwecke beantragte Subvention von 1 Million ohne alle Bedingung genehmigt.

Paris, 28. Febr. Das französische Amt wird in ähnlicher Weise, wie in Oesterreich, wenn auch auf eigene Hand und mit separater Begründung, beim Papst in Concilsangelegenheiten interveniren, und zwar in Form einer vom Grafen Daru an den Marquis Banneville zu richtenden Note, die dem Cardinal-Staatssecretär Antonelli vorgelesen und ihm in Abschrift hinterlassen werden soll. Diese Note wird sich freilich nicht mit der Unfehlbarkeitsfrage beschäftigen, da alles, was in gewissem Sinne Gewissensangelegenheit, vom französischen Cabinet nicht berührt werden mag. Dieselbe beschränkt sich lediglich auf praktische Fragen, und zwar so weit sie im Zusammenhang stehen mit dem Verhältnisse zwischen Kirche und Staat in der Art, wie dasselbe durch das Concordat vom Jahre 1801 geregelt worden ist. Der Ausgangspunkt der Daru'schen Intervention ist nun das zuerst von der Allg. Zeitung veröffentlichte Schema, welches die negativen Sätze des Syllabus von 1864 in positive Form kleidet und in dieser Form z. B. die Civilehe verurtheilt, den Clerus allein für den legitimen Leiter des Unterrichts erklärt und was dergleichen Aufstellungen mehr sind, die mit dem mehrerwähnten Concordate nicht zusammenstimmen. Graf Daru hat die Absicht, die Aufmerksamkeit des Vaticans in officieller Weise auf diesen Umstand zu lenken und ihn so gleichsam davor zu warnen, durch die Annahme des positiven Syllabus das Band zu zerreißen, welches in Frankreich noch Staat und Kirche zusammenhält. Schon soll in anderer Weise der Curie zu verstehen gegeben werden, in wie weit die neue französische Regierung als „clerical" betrachtet werden dürfe. Ollivier, als Cultusminister, hat so eben dem Kaiser als Nachfolger des Mgr. Bonald, Erzbischofs von Lyon, den Erzbischof von Grenoble, Mgr. Genouilhan, vorgeschlagen, der ein eifriger Gallicaner ist. Eben so haben Daru und Ségris in der Renan'schen Sache nachgegeben.

Paris, 1. März. Die Patrie zählt in einem Leitartikel die von preußischer Seite angeordneten Festungsbauten auf badischem Gebiete auf, und fügt hinzu: Preußen gerirt sich, als gehörte ihm schon Baden. — Die Agence Havas veröffentlicht folgendes, ihr von ihrem Privat-Correspondenten aus Rom unterm Gestrigen zugekommenes Telegramm: Die Polizei gestattete das Tragen von Masken auf den Straßen. Es ist dies seit dem Jahre 1850 zum zweiten Mal, daß sie die Erlaubniß gab. Es herrscht hier vollkommene Ruhe. Die Haltung der Unionspartei ist theilnahmslos. Es regnet fortwährend. Der Carneval ist wenig animirt.

Paris, 2. März. Es ist Thatsache, daß Duvernois und Duqué de la Fauconnerie einen Versuch beim Kaiser machten, um ihn zu bestimmen, sich von seinen Ministern abzuwenden; Rouher und Forcade zeigen nicht weniger Feindseligkeit, aber mehr Geduld, um einen günstigeren Zeitpunct abzuwarten. Das Stichwort ist, „daß die Minister dem Orleanismus anheimgefallen seien und gegen das Kaiserreich arbeiten". Girardin sucht in einem Artikel nachzuweisen, daß Daru und seine Freunde nicht den Sturz der Dynastie, sondern die Beseitigung des persönlichen Regimentes durch das parlamentarische Regime wollen, und Daru hat schon im Monat November 1869 erklärt, daß er und seine Glaubensgenossen nichts wollen, als ein von constitutionellen Einrichtungen umgebenes Kaiserreich. Nun, sie haben es; doch was würden sie durch einen Dynastiewechsel gewinnen? Nichts. Dieser Wechsel ist unwahrscheinlich und würde erst aufhören, es zu sein, wenn der Kaiser versuchte, das persönliche Regiment wieder zu erhaschen, nachdem er durch seine Botschaft vom 12. Juli darauf verzichtet hat. Wenn aber der Kaiser ehrlich auf dem Wege verharrt, den er sich mit eigener Hand vorgezeichnet hat, so ist der Orleanismus so wenig zu fürchten, daß der Erbe von Napoleon I. den Prinzen des Hauses Orleans ohne Gefahr die Thore von Frankreich öffnen könnte. Ich habe dieses Artikels von Girardin erwähnt, weil sich darin die Ansicht der großen Majorität des Landes wiederspiegelt.

Paris, 2. März. Das Journal Officiel veröffentlicht Nachrichten aus Senegal vom 16. Febr., wonach eine 500 Mann starke französische Truppencolonne am 9. desselben Monats auf eine Bande von 2000 Insurgenten stieß, und dieselbe unter empfindlichen Verlusten zurückschlug.

— Der Bischof von Straßburg hat einen Hirtenbrief erlassen, in welchem er die zwei Schreiben des Abbé Gratry gegen die Infallibilisten verdammt. Es macht übrigens einen fast humoristischen Eindruck, daß der Bischof in seinem Hirtenbriefe die allerstärksten Stellen des Abbé Gratry wörtlich citirt, wie z. B. wo er die Geschichtsverbesserungen des römischen Breviers „die kühnste Schurkerei, die es in der Geschichte gibt," nennt, oder sagt: „Hier gibt es keine Wissenschaft mehr, noch Vernunft, noch Verhandlung, noch Aufmerksamkeit, noch irgend eine intellectuelle Operation. Es ist ein Schwindel, eine Trunkenheit, welche die Gegenstände nicht mehr unterscheiden kann," oder: „Kennen Sie in der Geschichte des menschlichen Geistes eine theologische, philosophische, historische oder sonstige Frage, die dermaßen durch die Lügen, die Unehrlichkeit und die ganze Arbeit der Fälscher geschändet worden ist?" Der Bischof von Straßburg sorgt jedenfalls

dafür, daß die Meinung des Abbé Gratry seinen Gläubigen nicht ganz unbekannt bleibt.

London, 28. Febr. Einen Führer hätten die Tories endlich in dem Herzoge von Richmond gefunden, aber keinen, der wirklich Herr im Hause sein wird, und auch keinen von denen, die sie gewünscht hatten. Es ist ein angenehmer, freundlicher, recht beliebter Herr, der früher dem Armen- und dem Handelsamte vorstand, ohne daß ihm Jemand hätte nachrühmen können, daß er in dem einen oder anderen schöpferische Thätigkeit entwickelt hätte. Tactvoll und versöhnlich, wie er ist, wird er dem feinen, hofmännischen Granville gegenüber keinen allzu harten Stand haben, und da es kaum wahrscheinlich ist, daß die conservativen Lords mit dem Plane umgehen, der irischen Landbill und der Erziehungsbill hartnäckigen Widerstand entgegen zu setzen, so sind alle Bedingungen zu einer milden Oberhaussession vorhanden. Derby wird weniger nach links, Salisbury weniger nach rechts schauen, und den Herzog von Richmond werden sie so gut als thunlich zwischen sich in der Mitte halten. Daß dem so geschehe, war die Hauptbedingung des letztgenannten, ohne deren Erfüllung auch er den Führerposten abgelehnt hätte. Demgemäß haben die Tories im Oberhause jetzt eigentlich drei Führer statt eines einzigen, und über ihnen allen schwebt Disraeli, den sie alle drei nicht sehr lieben und den einer von ihnen geradezu haßt. Daß unter solchen Bewandtnissen — von Anderem abgesehen — die Tories nicht im Stande sein werden, große Kraft zu entfalten und der Regierung gefährlich zu sein, liegt auf der Hand.

London, 1. März. Der Premier-Minister hat in der gestrigen Sitzung des Unterhauses, herausgefordert durch eine Anfrage von Lord John Manners, die Mittheilung bestätigt, daß die Regierung mit dem Gedanken an besondere Maßregeln zur Herstellung geordneter Zustände in Irland umgehe. Gladstone verwies auf die in der Thronrede enthaltene Andeutung und erklärte, daß mehrere Abänderungen des Gesetzes, natürlich innerhalb der Schranken der Verfassung, in Aussicht genommen seien; doch könne er auf die Frage, ob die Regierung wirklich bestimmte Maßregeln in Vorschlag bringen werde, erst nächste Woche Auskunft ertheilen. Nach der zurückhaltenden Sprache des Ministers zu urtheilen, scheint die Aufhebung der Habeas-Corpus-Acte nicht beabsichtigt zu sein.

London, 2. März. Das Unterhaus verwarf mit 253 gegen 48 Stimmen den Antrag Torr's behufs Gewährung der Staatshilfe an arme Auswanderer. Die Regierung opponirte gleichfalls diesem Antrage.

— Der Gefahr, statt eines hinter Schloß und Riegel sitzenden Feniers einen amnestirten zum Genossen zu kriegen, ist das Unterhaus nur mit genauer Noth entronnen, da Heron in Tipperary nach den eben eintreffenden amtlichen Telegrammen blos vier Stimmen vor Kickham voraus hatte. Auch diese Wahl soll angefochten werden. Wenn dies mit Erfolg geschehen sollte, würden die Fenier verdoppelte Anstrengungen machen, einen der Ihrigen durchzukriegen. An Kühnheit und Brutalität fehlte es ihnen dafür auch das letzte Mal nicht, wohl aber an Geld, um ihren von den Stimmplätzen entfernt wohnenden Anhängern Fahrgelegenheiten zu stellen. Schaffen sie sich auch die nöthigen Geldmittel, dann könnte es ihnen leicht gelingen, die eingeschüchterten Gegner aus dem Felde zu schlagen.

— Wie das mit kirchlichen Dingen sich viel befassende englische Wochenblatt John Bull erfährt, hätte der Papst endlich den inständigen Bitten der Freunde des Paters Hyacinthe nachgegeben und ihn seiner Mönchsgelübde entbunden. Der Pater werde jetzt ein weltlicher Priester unter dem Namen Abbé Loyson.

Madrid, 26. Febr. Der Bischof von Burgo de Osma in der Provinz Soria ist unter polizeilicher Bewachung nach Madrid abgeführt worden, weil er die jetzige Regierung nicht anerkennen will. Vor einigen Tagen begab sich ein Richter zu ihm, um ein Verhör vorzunehmen; der Bischof aber jagte ihn unter Verwünschungen gegen die Minister, die Cortes und die Revolutionäre zum Hause hinaus. Dies die Ursache seiner Verhaftung.

Madrid, 1. März. Sieben Individuen, welche keiner politischen Partei angehören, plünderten zwei Grundbesitzer von der Umgebung Toledos. Bisher wurde in dieser Gegend noch keine carlistische Bande signalisirt. Prim und Silvela jagen in den Bergen von Toledo.

Rußland. Auf Requisition des mit der Untersuchung gegen die Mitglieder der nihilistischen Verschwörung beauftragten Richters sind neuerdings vier Studenten in Kasan verhaftet und nach Moskau abgeführt worden, um dort dem inquisitorischen Verfahren unterworfen zu werden. Diese Verhaftungen sollen durch Geständnisse anderer Mitglieder der Verschwörung veranlaßt worden sein. — Von verschiedenen Seiten werden Klagen darüber laut, daß aus dem Auslande eingegangene Briefe auf der Post geöffnet und dann durch ein Amtssiegel wieder verschlossen den Adressaten zugestellt worden seien. Diesen Klagen schließt auch die Redaction des Katkow'schen Organs Mosk. Wied. sich an, indem sie mittheilt, daß ihre pariser Correspondenz ihr in letzter Zeit wiederholt mit erbrochenem Siegel und unter Verschluß eines petersburger Polizeisiegels zugegangen sei. — Die Bauern-Unruhen auf den Poniatowski'schen Gütern in Podolien sind, nach einem Berichte der Petersburger Börsen-Zeitung durch strenge militärische Maßregeln unterdrückt und die Rädelsführer in Haft genommen worden. Da es bekannt ist, daß der socialistische Agitator Netschajew im August v. J. vier Wochen hindurch in den kleinrussischen Gouvernements herumgereist ist, und für die revolutionäre Propaganda gewirkt hat, so ist man geneigt, jene Bauern-Unruhen als eine Folge seiner Agitation anzusehen, um so mehr, als dieselbe offen gegen die Regierung und ihre Beamten gerichtet war.

Washington, 27. Febr. Die Nachricht von Burlingame's Tod hat einen tiefen Eindruck gemacht. Im Repräsentantenhause widmete der General Banks dem Verstorbenen, welcher mehrere Jahre ein hervorragendes Mitglied jenes Hauses war, einen beredten Nachruf. Die Legislatur von Massachusetts, deren Senat ihn früher gleichfalls unter seine Mitglieder zählte, und andere politische Körperschaften sprachen ihr Bedauern über einen solchen Verlust aus, und die im Hafen von Boston ankernden Schiffe hatten ihre Flaggen auf Halbmast gezogen.

Washington, 1. März. Das Repräsentantenhaus nahm mit 107 gegen 48 Stimmen eine Resolution an, daß die Interessen des Landes einen solchen Einfuhrzoll-Tarif erheischen, der die heimische Industrie schütze, ohne die Staatseinkünfte dadurch zu schädigen. Die Staatsschuld hat im Februar um 6,584,811 Dollars abgenommen.

— Nach den neuesten Berichten verspricht die **argentinische** Republik, welche bisher wesentlich auf die Getreidezufuhr des Auslandes angewiesen war, bald zu den Ländern gehören zu sollen, die ein Bedeutendes an Weizen ausführen. Der in Buenos-Ayres erscheinende Standard schlägt den Werth der Weizen-Aernte allein auf 4,000,000 L. an.

Bayerische Angelegenheiten.

— Se. Maj. der König hat den vorgestern Nachts von Wien zurückgekehrten Staatsminister v. Pfretzschner zur Berichterstattung über den Erfolg seiner Mission empfangen. — An einem von liberalen Abgeordneten und Wahlmännern im Bayerischen Hofe gestern veranstalteten Diner nahmen gegen 200 Personen Theil, darunter auch Fürst Hohenlohe und 40 Abgeordnete. Dr. Marquard Barth eröffnete die Reihe der Trinksprüche mit einem solchen auf Se. Maj. den König. Der zweite Toast galt den sieben Münchener Abgeordneten und wurde von dem Advokaten Ruhwandl ausgebracht. Im Namen derselben erwiderte der Abg. Wülfert mit einem Hoch auf die Stadt München. Frhr. v. Stauffenberg toastirte auf das Zusammengehen der beiden liberalen Parteien zum Zweck der Schaffung eines großen Deutschlands und auf die Gesinnungsgenossen in ganz Deutschland. Der Abg. Stadtrichter Kastner brachte sodann dem Fürsten Hohenlohe ein Hoch aus, der Fürst erwiderte: „Wir sind bei aller Verschiedenheit einig in drei Worten: Deutschland über alles!" und schloß mit einem Hoch auf Deutschland.

* Der Wortlaut des beim gestrigen Diner vom Fürsten v. Hohen-

lohe ausgebrachten Toastes ist: „Erlauben Sie mir, meinem Dank Ausdruck zu geben für die Worte des Hrn. Vorredners und die herzliche Aufnahme, welche dieselben gefunden haben. Sie haben mir damit nicht bloß eine hohe Ehre, sondern auch einen Freundschaftsdienst erwiesen; denn es gibt nichts Erfrischenderes für einen Mann, der mitten im Kampfe steht, als den ermunternden Zuruf derjenigen, die mit ihm an demselben Kampfe Theil nehmen. Ich weiß wohl, daß in dieser Versammlung freigesinnter Männer manchfache Schattirungen existiren; aber in dem Einen Gedanken sind wir Alle einig, den ich in die Worte fassen möchte: „Deutschland über Alles!" (Bravo.) Das ist das unterscheidende Merkmal, welches uns von unseren Gegnern trennt. Wenn die Wahl gestellt ist, sich für Sonderinteressen oder Deutschland zu entscheiden, so entscheiden diese sich für das Erstere, wir für Deutschland! (Bravo.) Wir sind deßhalb eben so treue Unterthanen unseres Königs, eben so gute Bürger der Stadt München, und ich darf wohl sagen, eben so gute Anhänger der katholischen Kirche; allein wir wissen, daß, wenn jener Kampf ausbräche, den unsere Gegner zwar nicht herbeiwünschen, aber wenigstens nicht verabscheuen, der Kampf Deutscher gegen Deutsche, dann mit Deutschland auch Bayern zu Grunde ginge, und wir wissen, daß Deutschland für die katholische Kirche nöthig ist, und daß diese des deutschen Geistes bedarf, wenn sie nicht das werden soll, was man aus ihr machen will. Deßhalb ergreifen Sie das Glas und stimmen Sie mit mir ein in den Ruf, der hinausschallen möge über die Grenzen dieses Landes und alle wahrhaft deutsche Herzen erwärme: Hoch Deutschland!" (Stürmischer Beifall.)

— Se. Maj. der König hat durch Allerhöchste Entschließung vom 1. d. M. die Dauer des gegenwärtig versammelten Landtages bis 12. April incl. verlängert. (Daraus dürfte zu schließen sein, daß unser Landtag, von welchem viele Mitglieder dem Zollparlamente, dessen Session am 20. April beginnen soll, angehören, während der Dauer des Zollparlaments vertagt bleiben wird. D. Red.)

* Heute hat zum Zwecke der Vorberathung der Vorlage des neuen Taxgesetzes im Finanzministerium eine Cumulativsitzung stattgefunden, an denen die betreffenden Referenten des Finanz- und Justizministeriums, sowie mehrere Mitglieder der Notariatskammer und des Anwaltstandes theilgenommen haben.

* Mehrere Blätter erhielten gestern von hier aus ein Telegramm, laut dessen die Ankunft des Grafen Bray dahier morgen erfolgen soll.

Lokales und Provinzielles.

München, 3. März.

* Vom hiesigen Bezirksgerichte wurde heute die vom Redakteur des „Vaterland", Dr. J. Sigl, erhobene Berufung gegen das Urtheil des hiesigen Stadtgerichtes, wornach derselbe wegen Ehrenkränkung des Verlegers der Neuesten Nachrichten, des Herrn Julius Knorr, zu 42 Tagen Arrest und 100 fl. Geldstrafe nebst den Kosten verurtheilt wurde, abgewiesen und das Urtheil I. Instanz bestätigt. Näherer Bericht folgt morgen.

π Die Elite des Adels, an der Spitze S. K. H. Prinz Otto, gaben am Faschingsdienstag in den 4 Jahreszeiten das letzte diesjährige Piquenique, dessen Glanzpunkt eine von dem kgl. Balletmeister Herrn Johann Fenzl arrangirte Quadrille bildete, welche schon Tags zuvor in den Gemächern Ihrer Majestät der Königin Mutter getanzt und wiederholt werden mußte. Herr Fenzl wurde von den allerhöchsten Herrschaften für das einen seltenen Effekt erzielende Arrangement dieser Quadrille mit der schmeichelhaftesten Anerkennung ausgezeichnet.

π. Der k. Hofschauspieler Hr. Possart, welcher von der Direktion des Stadttheaters zu Bamberg eine Einladung zum Gastspiele erhalten hat, errang bei seinem Auftreten als „Franz Moor" und „Hamlet" solche Erfolge, daß er noch eine dritte Gastrolle „Carlos" in „Clavigo" und „Elias Krumm" geben mußte. Bei seinem letzten Auftreten mußte Hr. Possart einige Worte an das Publikum richten, das sein Versprechen, wieder zu kommen, mit stürmischen Bravo-Rufen aufnahm.

π Die k. Hofschauspielerin Fräul. Marie Meyer, welche nach der ersten Aufführung des Lustspieles „Die Fräuleins von St. Cyr" von Se. Maj. dem Könige mit einem herrlichen Bouquet beschenkt wurde, hat nach der Wiederholung des Lustspieles einen prachtvollen Fächer vom Könige erhalten.

— Die Intendanz des Münchener Hoftheaters hat den Schriftsteller Arthur Müller in Wien aufgefordert, die „Elektra" des Sophokles und den „Cid" von Peter Corneille für die Münchener Hofbühne zu übersetzen und zu bearbeiten.

(Tagesbericht.) Am letzten Montag Mittags wurde die Tochter eines Anwesensbesitzers in Giesing todt in ihrem Bette aufgefunden und ins Leichenhaus übertragen, woselbst sich unzweifelhaft herausstellte, daß dieselbe unmittelbar vor ihrem Tode geboren hatte. In der That wurde im Bette der Verlebten die Leiche eines neugebornen Kindes vorgefunden, ohne daß festgestellt werden konnte, ob eine verbrecherische Handlung, ob ein unglücklicher Zufall den Tod der Mutter und ihres Kindes veranlaßt habe. — Am Fastnachtsdienstag früh Morgens wurde der Taglöhner Georg Ottillinger völlig erstarrt in der Fabrikstraße auf dem Boden liegend aufgefunden, welcher trotz der alsbald geleisteten ärztlichen Hilfe, nach kurzer Zeit starb. Derselbe war in der Nacht in trunknem Zustande zu Boden gestürzt, ohne sich wieder erheben zu können und erlag so den Einwirkungen des Frostes.

— Die Frequenz des gestrigen 1. Fasten-Viehmarktes war eine sehr lebhafte; es waren zugetrieben: 1866 Pferde, 250 (88 Mastochsen) 337 Kühe, 85 Stiere, 42 Rinder, 106 Kälber, 160 Schweine und 2 Ziegen und wurden für die Pferde hohe Preise erzielt.

Passau, 1. März. An der im Abbruche befindlichen Nothbrücke legte gestern Nachmittags eine riesige Eisscholle zwei Joch nieder, und wurden die Bäume von 4 Männern auf einem Kahn verfolgt, dieser jedoch an die eiserne Brücke getrieben und nur mit Mühe großes Unglück vermieden. Die Pflöcke wurden in der Nähe des Niederhauses aufgefangen. Heute Nacht hat das losgeschälte Treibeis weitere 4 Joche sammt den Eisbrechern fortgerissen, und zeigen die aus dem Wasserspiegel sichtbaren Trümmer von der furchtbaren Wucht der anprallenden Eisplatten. Soviel ist gewiß, der Eisstoß hätte die Brücke förmlich wegrasirt.

Theater.

(Schauspielbericht.) Dienstag, neu einstudirt: „Der Alpenkönig und der Menschenfeind." Die Vorstellung war in den Hauptpartien eine vortreffliche. Besonders müssen wir Hrn. Christen erwähnen, der den „Astragalus" sowohl in den deklamatorischen Theilen, als auch im dritten Act den Doppelgänger vortrefflich spielte. Ebenso führte Hr. Sigl seine anstrengende Rolle des Menschenfeindes sehr gut durch; Hr. Lang entfaltete als Habakuk seinen gemüthlichen Humor und seine harmlose Komik. Die übrigen Herrenrollen waren entsprechend besetzt. Von den Damen erwähne ich die Frls. Ulrich und Weiß, die beide genügten, was von Frl. Lanzlott nicht behauptet werden kann; besonders ihre Stimme scheint nicht dagewesen zu sein, wenigstens war Nichts davon zu bemerken. Auch ihr Spiel ist sehr dilettantenhaft; Frl. Müller hätte vielleicht diese Partie übernehmen können. Die Ausstattung war gut. Einen kleinen Rath möchten wir uns der Regie zu geben erlauben: Die Scenen, in welcher die Musik das Gesprochene begleitet, einfach sprechen zu lassen; der Werth der Melodien ist kein so besonderer, daß das Publikum etwas verlöre, dafür gewinnt die Verständlichkeit, während so manches Wort verloren geht. Ebenso würde eine kleine Umänderung der Scene in Glühwurm Hütte, die so verletzend wirkt, nicht schaden. Außerdem stellen wir an die Intendanz die Anfrage, ob sie ihre Verfügungen nur erläßt, damit sie nicht gehalten werden. Im ersten Aufzuge drängten sich wieder sechs Personen zu ihren Plätzen. Halbe Maßregeln sind keine. Die Billeteurs mögen besser ihrer Pflicht achten.

Feuilleton.

— Einer der merkwürdigsten Funde der semitischen Archäologie wurde vor Kurzem gemacht. Vor mehr als einem Monat theilte der französische Akademiker, Herr Graf Melchior de Vogué, einer de

größten Archäologen unserer Zeit, mit, daß er auf einem Ausfluge nach Jerusalem Zeuge einer Entdeckung gewesen sei, an deren Wirklichkeit er kaum zu glauben wage. Eine spätere Mittheilung ergänzte die Notiz dahin: „Man hat in Dibon, einer moabitischen Stadt östlich vom todten Meere (jetzt Diban), einen Stein, bedeckt mit altsemitischen Charakteren von 34 Zeilen, jede 30—40 Buchstaben enthaltend, gefunden, auf welchem Mesa, der König von Moab, seine Kämpfe und Siege über den König von Israel erzählt; wie er die Städte Dibon, Orioth, Beser (vulg. Bosor), Aroer, Karonain, Baal-Meon und . . . . eingenommen und (wiederum) aufgebaut und seinem Kamos Dankopfer dargebracht habe.“ Ist nun der hier erwähnte König der Mesa der Bibel (s. zweites Buch der Könige, Cap. I und III), so ist der besiegte König von Israel Ahasja, welcher etwa 897—896 regierte und unter welchem Moab von Israel abfiel und gegen welches ein resultatloser Zug der drei vereinigten Könige von Israel, Juda und Edom unternommen wurde. Die Schriftzüge des Denkmals machen die Annahme wahrscheinlich, daß jener alte moabitische König gemeint sei, sie gleichen denen, welche wir auf sehr alten Siegeln, babylonischer und hebräischer Herkunft, angetroffen haben. Auch die geographischen Namen, welche das Denkmal erwähnt und die den Kennern der Bibel wohlbekannt sind, machen diese Annahme wahrscheinlich. Capitän Warren, der sich um die Ausgrabungen in Jerusalem schon viele Verdienste erworben, hatte von dem Funde des Mesa-Steins Nachricht erhalten, und bald auch die betrübende Kunde, daß die Araber denselben in Stücke zerschlagen hätten. Seinen eifrigen Bemühungen im Vereine mit dem kenntnißreichen Herrn Ganneau, dem Kanzler des französischen Consulats in Jerusalem, gelang es, die Trümmer des Steins zu erwerben, und der letztere setzte die Stücke glücklich wieder zusammen, so daß wenig Bedeutendes fehlt. Der bekannte Archäologe Deutsch vom British-Museum in London hat bereits vorige Woche in der Times die obigen Angaben über den Ursprung des Steins bestätigt und wird sich hoffentlich als einer der ersten Sachkundigen der Entzifferung unterziehen.

Vermischtes.

— Winzenhofen (in Baden.) Es wird uns mitgetheilt, daß Sonntag (20. Febr.) Herr Pfarrverweser Sch. in der Kirche während der Christenlehre ein nahezu 18jähriges Mädchen durch Schläge auf den Kopf und in's Gesicht thätlich mißhandelt und dabei gerufen habe, eine solche Rohheit und Unverschämtheit sei ihm von einem so großen Mensch (!) noch nicht vorgekommen. Und weßhalb der heilige Eifer? Weil das Mädchen sich hatte beigehen lassen, hinter dem Rücken des Herrn Pfarrverwesers die Antwort auf eine Frage im Katechismus herauszulesen!

[Mord.] In Wojeteschitz, einer kleinen Ortschaft im Bezirke Rochlitz, ereignete sich am 24. v. M. folgende schauerregende Mordthat. Der Urlauber Joachim Kuhn aus Radkin bei Neupaka, ehemals in Diensten beim Fleischermeister Herrn Fl. in Reichenberg, knüpfte mit einem Mädchen aus obiger Ortschaft eine Bekanntschaft an, die eine Heirath zur Folge haben sollte. Das Aufgebot war vorüber und der Hochzeitstag festgesetzt, aber am bestimmten Tage waren wohl Hochzeitsgäste da, nur leider der Bräutigam nicht. So groß auch die Verwirrung war, wurden dennoch sogleich Nachforschungen gepflogen und diese ergaben, daß derselbe während der Zeit in Gitschin eingesperrt sein sollte. Darauf hin wollte natürlich die Braut nichts mehr von einer Verbindung wissen, und als er nachträglich wieder kam, forderte dieselbe die ihm angeschafften Hochzeitskleider zurück, worauf er zornentbrannt fortging. Daß er wirklich auf Rache sann, daran dachte Niemand; die Braut besuchte nebst ihrer Schwester Abends ein Nachbarhaus, was Kuhn bemerkt haben mußte, denn er hielt bei einer Scheuer, wo sie vorüber mußten, Wache, sprang, als sie ankamen, hervor und schlug die beiden Mädchen mit einem Knüttel derart über den Kopf, daß die Braut mit gänzlich zerschmettertem Schädel sogleich todt liegen blieb, während an dem Aufkommen ihrer Schwester jetzt noch gezweifelt wird. Obgleich der Thäter sogleich flüchtig wurde, gelang es doch, seiner in Witkowitz, Bezirk Starkenbach, habhaft zu werden, und so wurde er wenige Stunden nach der That schon beim dortigen Gerichte eingebracht. Tags darauf fand die Obduktion der Leiche statt; Kuhn sollte diesem Acte zugezogen werden; allein beim Oeffnen des Arrestes fand man ihn am Fenstergitter mittels des Hosenträgers erhenkt.

Telegraphische Nachrichten.

Darmstadt, 3. März. Die zweite Kammer hat nach einer zweistündigen Debatte mit allen gegen 10 Stimmen beschlossen, auf eine abermalige Berathung des Communalumlagengesetzes einzugehen.

Darmstadt, 3. März. Die zweite Kammer beschließt mit allen gegen 10 Stimmen das halbe Einkommensteuerkapital zu den Gemeinde-Umlagen hieranzuziehen, und beharrt auf Verschmelzung der Umlagen zweiter und dritter Klasse.

Wien, 2. März. Wochenausweis der Südbahngesellschaft. Die Einnahmen vom 19. bis 25. Februar betragen 519,277 fl. ergaben somit eine Mindereinnahme von 116,804 fl. gegen die entsprechende Woche des Vorjahres.

Wien, 3. März. In der heutigen Sitzung des Reichsraths legt der Minister des Innern mit Hinweisung auf die Thronrede die Landtags-Vota über direkte Reichsrathswahlen vor.

Celle, 3. März. Das Erkenntniß der zweiten Instanz in der Denkmalsangelegenheit hat die gegen das Garnisonskommando ausgesprochene Strafe zurückgenommen, dagegen das Urtheil wider das Generalkommando bestätigt.

Bukarest, 2. März. Die Kammer verifizirte die Wahl des Fürsten Kusa zum Deputirten des Distrikts Mehedinez, und wurde dieses dem Fürsten Kusa bekannt gegeben. (Fürst Kusa, der Vorgänger des jetzigen Fürsten Karl, verlor durch eine Revolution den Thron. D. Red.)

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 3. März. (Schlussc.)

Wechsel auf London	119 5/8	Oest.-franz. Staatsbahn	369 1/2
" " Paris	95 1/8	Bayr. Ostbahn-Actien	120 3/8
" " Wien	95 3/4	Elisabeth-Prior. I. Em.	75 1/2
5 proc. bayr. Anleihe	101	4% bayer. Prämien-Anl.	107
4 1/2 " " "	91 7/8	Bad. Präm.-Anleihe	105 5/8
4 " " Grundrente	86 1/2	Oesterr. Loose v. 1860	79 1/2
4 " " Obligat.	86 1/4	" Loose v. 1864	114 1/4
5 proc. östorr. Metall., engl.	—	Alsenzbahn	85 1/2
5 " " National-Anl.	—	Oberhessische Bahn	67
Steuerfr. Metall. v. 1866	—	Lombarden	233 1/4
1882er Amerikaner	95 3/8	Napoleons	9.30
Oesterr. Bank-Actien	694	Rente Silber 58 1/2, Pap. 50 3/8.	
" Credit-Actien	262 1/2	fest. Handelsbank	—

Wien, 3. März. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	71.50	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
" fl. 500 Loose von 1860	97.70	Steuerfr. Metall. on 1864	—.—
" fl. 100 Loose von 1864	119.60	Napoleons	9.91
Oesterr. Bank-Actien	727.—	Wechsel auf Augsburg	103.70
" Credit-Actien	275.20	" " London	124.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	387.—	" " Paris	49.25
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	" " Frankfurt a. M.	103.15
" " Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	244.10
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 362.— Pap.-R.	61.60

Berlin 3. März (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	45 1/8	Lombarden	132 7/8
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	105 1/2	Italienische Anleihe	55 1/8
4 1/2 " " Anleihe	91 5/8	1882er amerikanische Bonds	96
Bad. Prämien-Anleihe	106	5 proc. preuss. Anleihe	101 7/8
Darmstädter Actien	130	4 1/2 " " "	93 3/4
Oesterr. Credit-Actien	149	Wechsel auf Augsburg	56.22
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	210 5/8	" " Frankfurt	56.24
Staatsbahn-Prioritäten	293 1/2	" " London	6.24 1/4
Oest. fl. 500 Loose von 1860	79 3/4	" " Paris	81 1/8
" fl. 100 Loose von 1864	65 1/2	" " Wien	81 3/8
5 proc. östr. National-Anl.			

New-York, den 2. März. Gold 115 5/8. Wechsel in Gold 108 5/8 Bonds per 1882 114. Baumwolle 23, Petroleum 27 1/8.

Vereinigte Staaten von Amerika.

Dollars 5,000,000 garantirte 7procentige steuerfreie Gold-Obligationen I. Hypothek

der

Chicago- und South-Western-Eisenbahn

unter besonderer Garantie der

Chicago Rock Island und Pacific-Eisenbahn

emittirt zur Beschaffung der Mittel für die vollständige Ausrüstung der Chicago und South-Western-Bahn in 5000 Stück Voll-Obligationen à 1000 Dollars

mit Partial-Obligationen à 500 Doll. und 100 Doll.,

verzinslich mit 7pCt. per annum in Gold am 1. Mai und 1. November jeden Jahres,

rückzahlbar al pari in Gold bis zum 1. November 1899.

Die Chicago Rock Island und Pacific Eisenbahn ist eine der besten Bahnen Nordamerikas. Actiencours 115pCt.

Auszug aus dem officiellen Rechenschaftsberichte pr. 1868—69.

	Actien-Capital:	Dollars 14,000,000
	Prioritätsschuld:	„ 7,375,000
pro 1868/69	Gütertransport:	1,161,575,616 Pfunde
	Gesammt-Einnahme:	Dollars 5,231,979. 75
	Gesammt-Ausgabe:	„ 2,523,880. 61
	Netto-Einnahme:	Dollars 2,708,099. 14

Resultate und gezahlte Dividenden:

Geschäfts-jahr	Netto-Einnahmen nach Abzug der Betriebs-Unkosten	Dividenden.
1863—64	Dollars 1,103,413	6%
1864—65	„ 1,891,709	8 „
1865—66	„ 1,442,781	10 „
1866—67	„ 1,746,181	10 „
1867—68	„ 2,431,782	10 „
1868—69	„ 2,708,099	10 „

Der Baarsaldo der Bahn am Ende des Geschäftsjahres 31. März 1869 betrug Doll. 1,597,244. 02.

Sie garantirt laut folgendem auf den Obligationen befindlichem Endossement für Zahlung des Capitals und Zinsen der Hypothekenschuld der Chicago und Southwestern Eisenbahn in gesetzlichem Gelde der Vereinigten Staaten.

Endossement.

Die Chicago Rock Island und Pacific Eisenbahngesellschaft garantirt für empfangenen Werth die prompte Bezahlung und verpflichtet sich an der Zahlstätte der Chicago und Southwestern Eisenbahngesellschaft der Stadt Newyork, alle die halbjährigen Coupons dieser Obligationen je nach der Verfallzeit vom 1. Mai 1870 bis zum November 1899 und eben so das Capital bei seiner Fälligkeit zu bezahlen. Die Coupons sind nummerirt von 1 bis 60, beide Zahlen inclusive.

Zum Zeugniß hiefür hat die Chicago Rock Island und Pacific-Eisenbahngesellschaft ihr Corporationssiegel, sowie die Unterschriften ihres Präsidenten und Sekretärs beigefügt, den 6. October 1869.

Sekretär: **C. Cook.** Präsident: **J. F. Tracy.**

Außerdem haftet das ganze bewegliche und unbewegliche Eigenthum der Chicago-Southwestern-Bahn mit den 7,000,000 **Dollars Stamm-Actien** für Bezahlung der Zinsen und des Capitals jener Schuld in Gold.

Von der Bahn waren beendet im Herbst 1869 50 Meilen. Der Rest von 200 Meilen soll spätestens Ende 1870 im vollen Betriebe sein.

Die Chicago- und Southwestern-Eisenbahn bildet mit den Zweigbahnen der alten Chicago- und Rock-Island-Eisenbahn die directeste und kürzeste Verbindung zwischen Chicago und der Stadt Leavenworth im Staate Kansas. Sie durchstreicht unmittelbar Districte, deren Gesammt-Reichthum nach statistischen Aufnahmen sich beziffert u. A.

auf Dollars	40,310,506	Grundeigenthum		auf	Pfund	2,810,000	Hanf (Production 1869)
„ „	20,528,374	bewegliches Eigenthum		„	Stück	215,317	Hornvieh
„ Bushels	19,374,332	Mais und Getreide	Production 1869	„	„	332,084	Schweine
„ „	962,621	Kartoffeln	Production 1869	„	„	260,515	Schaafe.

In Leavenworth, dem westlichen Endpunkte der Bahn, sind die Anschlüsse ungewöhnlich wichtig, direct und ausschließlich. Der Missouri-Fluß wird dort mit einer festen, eisernen Brücke überbaut, deren Ausführung die Herren Boomer u. Co. in Chicago, als die zuverlässigste Firma in dieser Branche in den Vereinigten Staaten bekannt, contractlich übernommen haben. Das dazu erforderliche Capital ist bereits aufgebracht und die Arbeiten so weit vorgeschritten, daß man der Vollendung der Brücke mit Anfang nächsten Jahres bestimmt entgegensehen darf. Keine andere Bahn mündet auf diese Brücke, und deßhalb bietet in Leavenworth die Chicago- und Southwestern-Bahn den einzig directen Anschluß nach Norden und Nordosten für die folgenden Bahnen:

Kansas-Pacific — Leavenworth, Lawrence und Galveston — Leavenworth und Atchison — Central Branch Union Pacific — Leavenworth, Topeka und Santa Fé — Missouri Pacific Eisenbahn.

Darnach steht der Bahn eine bedeutende Rentabilität bevor und es wird den Obligationen eine bedeutende Fundirung **erster Qualität** geboten.

Newyork, 25 Oktober 1869.

F. H. Winston, Präsident.

Die Zinsen der Bonds sind am 1. Mai und 1. November mit 35 Dollars in Gold an der American Exchange Bank in New-York zahlbar und werden an den Plätzen Amsterdam, Berlin, Paris, Frankfurt a. M. und London zum jeweiligen Tagescourse auf Newyork realisirt.

Zur Entgegennahme der Zeichnungen sind:

für Newyork die Herren Frank & Gans
„ Amsterdam „ „ Holjé & Boissevain
„ Frankfurt a. M. die „ Claus & Helgers
für Rotterdam die Rotterdamer Bank
„ Berlin „ Herren Feig & Pinkuß
für München die B. Handelsbank

beauftragt.

Für die Europäischen Plätze sind von diesen Obligationen reservirt: **2,500,000 Dollars.** Die Subscription findet statt: **am 3., 4. und 5. März.**

Subscriptions-Bedingungen.

1. Der Subscriptionspreis ist:

in Amsterdam, **in Rotterdam** } 82 pCt., den Dollar à Fl. 2. 50. Holl.

in Frankfurt a. M., **in München** } $82^3/_8$ pCt., den Dollar à Fl. 2. 30 kr. s. W.

in Berlin 83pCt., den Dollar à Thlr. 1. $12^1/_2$ Sgr.

Die bis zum Bezugstage aufgelaufenen Zinsen sind besonders zu vergüten.

2. Bei Zeichnung sind 10pCt. des gezeichneten Nominalbetrages baar oder in guten Werthpapieren als Sicherheiten zu hinterlegen, welche bei der Uebernahme der zugetheilten Obligationen zurückgegeben werden.

3. Die Original-Obligationen oder bis zu deren Eintreffen die solche inzwischen vertretenden, von der Zeichnungsstelle ausgefertigten Interimsscheine sind spätestens am 12. März gegen Zahlung des ausmachenden Betrages bei der betreffenden Stelle in Empfang zu nehmen.

4. Im Falle der Ueberzeichnung des aufgelegten Betrages bleibt entsprechende Reduktion vorbehalten.

Frank und Gans in Newyork,
Finanz-Agenten der Chicago-South-Western-Eisenbahn-Gesellschaft.

Das unterzeichnete Institut nimmt unter obigen Subscriptions-Bedingungen in den Geschäftsstunden Meldungen entgegen. Karten, Prospecte und Geschäftsberichte werden verabfolgt.

München, im Februar 1870.

Bayerische Handelsbank.

Curse des Münchener Handelsvereins vom 3. März 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. 3 1/2 % Obl.	fl. 1000	81 3/4	
4% ganz. Obl.	1000	86 5/8	86 1/8
4% halbj. Obl.	1000	86 5/8	86 1/8
4% Grundr.-Obl.	1000	86 3/4	86 3/8
4 1/2 % ganzj. Obl.	1000	92	91 3/4
4 1/2 % halbj. Obl.	1000	91 7/8	91 3/4
4 1/2 % „ Milit. „	1000	92	91 3/4
5% Obl.	1000	101 1/2	101
4% Münch. Obl.	1000		
5% „ „	1000	101 1/8	100 5/8
4 1/2 % Ostbahn-Aktien .		120 1/2	120 1/8
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung . .		86	85 5/8
dto. volle		86	85 3/4
Pfdbr. d. bayer. Hyp.-u. W.-Bank à fl. 1000		90 5/8	90 3/8
Bank-Obl.d.Hyp.u.W.-Bk.		100	99 3/4
Aktien „ „		829	
Bayer. Handelsbank-Act.		99	
„ Vereinsbank . .		115	
Württemberg. 4 1/2 % Obl. . . .			
Oesterreich 4 1/5 % Silb.-Rte. 5/7 „		58 1/4	58 5/8
„ Pap.-Rte „			
5% Nation.-Anl. . 5/6			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à 116 2/3			
5% Met. Stfr. v. 1866 6/7			
Oest. Bank-Aktie . .			
„ Cred.-Aktien . .		263 3/4	263 1/2
Oest.-franz. Stsb.-Aktien.		370	368 1/2

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb. „	233 [illegible]	233 3/4
Preußen. 4 1/2 % Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. 2 1/2	95 3/8	95 1/2
„ 1884 „	94 1/2	
„ 1885 „	94 1/2	
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	107	
4% Bad. „ „	106	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	6 1/2	
Pappenheimer dto.	5 3/4	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose . .	18 1/2	
Oester. 1854er Loose à fl. 250 5/6		
„ 1860er „ à fl. 500 6/7	79 3/4	79 1/2
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred Loose . . .		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		300
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		122
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor .	95	
Chemische Fabrik Heufeld		75
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn . .		
„ Siebenbürger Bahn . . .		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. I. Em. 6/7		75 [illegible]
dto. II. „ „		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn „		

		Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn „			
„ Siebenbürger Bahn „			
„ d. Böhm. Westbahn „			
„ Alföld Fiumander Bahn „		74 3/8	
Wechsel.			
Amsterdam fl. 100 holl.	K. S.		100 1/8
	L. S.		
Augsburg fl. 100 . . .	K. S.		
	L. S.		100
Berlin Rthlr. 60 . .	K. S.	105 1/8	104 7/8
	L. S.		104 7/8
Frankfurt fl. 100 . . .	K. S.		100
	L. S.		100
Hamburg M.-B. 100. . .	K. S.		88 1/2
	L. S.		88 1/2
Leipzig Rthlr. 60 . .	K. S.	105 1/8	104 7/8
	L. S.	105 1/8	104 7/8
London Pfdst. 10 . . .	K. S.	119 7/8	119 5/8
	L. S.		119 5/8
Paris Fr. 200 . . .	K. S.	95 1/8	95
	L. S.	95 1/8	95
Wien fl. 100 . .	K. S.	95 7/8	95 3/4
	L. S.		
Bank-Disconto für Platz-Wechsel . .			
„ „ Lombard. . .			
Geldsorten.			
Preuß. Friedrichsd'or		9.59	9.58
20 Francs Stücke		9.30	9.29
Preuß. Cassen-Scheine		105 1/8	104 7/8
Oest. Banknoten		95 7/8	95 3/4

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer. — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr: Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr. Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Samstag, den 5. März 1870. **Nr. 63.**

X München, den 4. März 1870.

Wie Ihrem Blatte bereits bekannt, waren am Zweiten l. M. in den Räumen des Bayerischen Hofes die Abgeordneten, die Wahlmänner und andere hervorragende Gesinnungsgenossen der liberalen Parteien Münchens zu dem Zwecke versammelt, um die Verständigung zu feiern, welche zwischen den verschiedenen Schattirungen dieser Letzteren gelegentlich der jüngsten Abgeordnetenwahl zu dem Siege der freiheitlichen und nationalen Richtung geführt. Vergegenwärtigt man sich, welche Bedeutung der Verlust der Hauptstadt an die ultramontane Partei — so unwahrscheinlich er war — gehabt, welche Hoffnungen jenseits der deutschen Grenzen im Osten, Süden und Westen er erweckt hätte, so begreift man das Gefühl der Befriedigung, welches die Theilnehmer des Festes in dem Bewußtsein durchdrang, ihre Pflicht gethan und den großen Zielen die kleineren Rücksichten untergeordnet zu haben. — Und welcher Gedanke lag in diesem erhebenden Augenblicke näher als der, sich des Monarchen zu erinnern, der unbeirrt von den tausendfach auf ihn eindringenden Verdächtigungen, ungeachtet der, seiner besten Ueberzeugung mannigfach gelegten Fallstricken — durch seinen entschiedenen und klaren Willen seinem Volke unzweideutig bekannt gegeben, welcher Richtung seine Sympathieen angehören. — Es war eine beredte Antwort auf die maßlosen Angriffe und die hochverrätherischen Einladungen der, Deutschland und dem deutschgesinnten Bayern feindlichen ausländischen Publicistik, als Dr. M. Barth, der maßvolle und klare Staatsmann, sein Glas erhob und „nicht bloß um einer Sitte nachzukommen, sondern um einem tiefgefühlten Bedürfnisse der Herzen" zu genügen, das Hoch auf den König ausbrachte. Wer den brausenden Widerhall dieser Worte vernommen, der konnte die Ueberzeugung gewinnen, wie fruchtlos die Versuche gewesen sind, zwischen König und Volk Mißtrauen zu säen und wie für das Ausland in Bayern Nichts zu suchen und Nichts zu hoffen sei, weil der Fürst zu seinem Volke steht und das Volk in alter Treue und in erhöhter Begeisterung zu ihm!

Das möge sich auch die Neue Freie Presse, das Fremdenblatt und andere ähnliche Blätter in Wien gesagt sein lassen — gleichviel welchem Herrn sie jetzt gerade zufällig dienen; ihre Schmähungen gegen die Person unseres Königs sind nicht im Stande, etwas Anderes als das Gefühl tiefer Entrüstung gegen das schmutzige Gebahren dieser bezahlten Clique zu erregen. Das wahre, denkende Volk hat längst auch die Quellen erkannt, aus denen die Bezahlung für diesen mit wenig Talent aber viel Unverschämtheit unternommenen Feldzug fließt, und die betreffenden Herren mögen es sich gesagt sein lassen, nützen sollen ihnen ihre perfiden Machinationen nicht. Man kennt sie und man wird zu rechter Zeit mit ihnen Abrechnung halten.

Politische Tagesübersicht.

Dresden. Unsere amtlichen Blätter, die Leipziger Zeitung und das Dresdener Journal, welche während des Landtages sich einer anständigen Zurückhaltung den „National-Liberalen" gegenüber zu befleißigen suchten, nehmen jetzt nach Schluß desselben wieder die Maske ab. Mit Behagen glauben sie von der Niederlage dieser Partei in der Reichstagssitzung vom 24. v. M. berichten zu können, und sie bemerken nicht, daß die Partikularisten noch weit schlechter dabei weggekommen. Denn daß des Grafen Bismarck Zorn gegen die National-Liberalen nur den Deckmantel für die offene Darlegung seiner unveränderlich deutschen Politik abgegeben, darüber sollte doch der Blödeste im Klaren sein. Man spricht nicht vom ganzen Deutschland, wenn man nur eine altpreußische Politik nach dem Muster der Brühl und Lippe treiben will.

Wien, 2. März. Das Kriegsministerium hat, wie die Mil.-Ztg. meldet, über Herrn Oberst Schröder, Genie-Chef in Dalmatien, die gerichtliche Voruntersuchung verhängt, um denselben wegen der in dem genannten Blatte veröffentlichten Artikel: „Aus dem österreichischen Kaukasus" zur Rechenschaft zu ziehen. Das Blatt macht zu diesem Schritte des Ministeriums folgende Glossen: „Die Thatsachen, welche Oberst Schröder veröffentlichte, haben grelle Streiflichter auf die dalmatinische Kriegführung geworfen, und wir glauben, daß auch Opportunitätsgründe die Militärbehörde hätten vermögen sollen, den Muth und die Ueberzeugungstreue des Mannes anerkennend, nicht in drakonischer Weise gegen ihn vorzugehen. Wir haben die Gewißheit, daß Oberst Schröder jedes von ihm geschriebene Wort im vollsten Maße glänzend rechtfertigen wird, und daß er — nicht aber so manch' Anderer — sich zu dem Ausgange dieses Processes wird beglückwünschen können."

Wien, 3. März. Vor Beginn der Abgeordnetensitzung spricht Vice-Präsident v. Hopfen dem verstorbenen Abgeordneten Abt Zeidler einen warmen Nachruf. Der Minister des Innern übermittelt die von den einzelnen Landtagen bezüglich der Wahlreform gefaßten Beschlüsse. Das Handels-Ministerium bringt vier Eisenbahn-Vorlagen ein. Das Finanz-Ministerium übermittelt einen Gesetzentwurf, betreffeng Nachtrags-Credite in der Höhe von 90,000 fl. Abg. Steffens und Genossen bringen einen Gesetzentwurf ein, welcher die Steuerbefreiung für neue Eisenbahnen verlangt. Justizminister Dr. Herbst beantwortet eine an ihn gestellte Interpellation dahin, daß der Entwurf einer Militär-Strafprozeßordnung baldigst zur verfassungsmäßigen Behandlung vorgelegt werden wird. Das Haus schreitet hierauf zur Tagesordnung (Erwerbsteuergesetz) über.

Tyrol. Aus einer Gemeinde des Oberpinzgaues wird die kaum glaubliche, aber als wahr verbürgte Thatsache gemeldet, daß für die Zeit vom 20. Februar bis 1. März, während welcher der Ort von drei Liguorianern mit Missionspredigten heimgesucht wurde, die Gemeindeschule für den Unterricht geschlossen, die Kinder nach Hause geschickt und in den dem Unterrichte geweihten Räumen — Beichtstühle für die Herren Liguorianer und die ihnen zuströmende Menge geöffnet waren. Dies geschah unter den Augen des Ortsschulrathes! Wir denken, der salzburg'sche Landesausschuß wird die Schuldigen zur Verantwortung ziehen.

Prag, 2. März. Nach einer Besprechung hinsichtlich der Eidesablegung mit dem neu gewählten Bürgermeister Dittrich hat der Statthaltereileiter dessen Bestätigung bei dem Ministerium befürwortet. Zum Statthalterei-Vicepräsidenten soll der Landesgerichtsrath und Reichsraths-Abgeordnete Bibus ernannt werden. — Der Verkauf der To-

mäne Horzitz an Strousberg hat sich zerschlagen. Der Kurfürst von Hessen gibt deßhalb seine bisher bestandene Absicht auf, nach Salzburg überfiedeln. — Palacky lehrt am 15. d. aus Nizza zurück.

Prag, 2. März. Der Abt des Prämonstratenser-Stiftes Strahow Dr. Hieronymus Freih. v. Zeidler ist telegraphischer Meldung aus Rom zufolge, daselbst gestorben. Seine Leiche wird hieher überführt werden. (Zeidler Hieronymus Frhr. v., geb. 6. November 1790 zu Iglau, wurde Professor der Dogmatik an der Prager Universität, 1834 zum Abt des Prämonstratenserstiftes Strahow (in Prag) erwählt. Viermal bekleidete er die Würde eines Rektors Magnifikus der Prager Universität. Im Jahre 1869 wurde Frhr. v. Zeidler zum Generalabte des Prämonstratenserordens gewählt, als welcher er seinen Wohnsitz nach Rom verlegen sollte. Er blieb indeß in Prag und erwirkte vom Papste das Recht, in Rom einen Stellvertreter ernennen zu können.)

Pest, 2. März. In der Unterhaussitzung interpellirte Wahrmann den Justizminister, wann er ein Handelsgesetz, das Strafgesetz und eine Concursordnung vorlegen wird. — Kauljevits interpellirt in croatischer Sprache den Communications-Minister, wann er über den Ausbau der Essegg-Sissieker Eisenbahnlinie eine Vorlage machen wird. Sodann wird die Budgetdebatte fortgesetzt. Hodossiu beantragt, für die Siebenbürger und Arader rumänischen Volksbildungsvereine eine Unterstützung von je 5000 Gulden zu votiren. Jokai beantragt, dem Minister die Erlaubniß zur Aufnahme einer Anleihe behufs Unterstützung der literarischen Gesellschaften aller Nationalitäten zu ertheilen. Simonyi beantragt die Aufnahme dieser Anleihe zur Unterstützung der wissenschaftlichen Gesellschaften. Nach einer langen, sehr erregten Debatte werden die Anträge Hodossiu's und Simonyi's abgelehnt. Der Antrag Jokai's wird mit 101 gegen 84 Stimmen ebenfalls abgelehnt. Für den letztern Antrag stimmten Andrassy, Horvath, Eötvös, Pulszky und zahlreiche Mitglieder der Rechten, gegen denselben zahlreiche Mitglieder der Linken und der äußersten Linken.

Pest, 2. März. Der Ungarische Lloyd meldet: Im gestrigen Ministerrathe wurde beschlossen, das metrische Maß- und Gewichtssystem unter Fortlassung von Zoll-Centner und Zoll-Pfund einzuführen und im Reichstage baldigst einen desfallsigen Gesetzentwurf einzubringen. — Die zahlreichen Pester Militärpflichtigen, welche bei der vorjährigen Rekrutirung nicht erschienen, werden von den militärischen Mitgliedern der Rekrutirungs-Commission als Militärflüchtige behandelt und in das stehende Heer eingereiht. Der Magistrat recurrirte dagegen beim Landesvertheidigungs-Ministerium, wurde aber abgewiesen. — Der Pester Lloyd ist abermals von der Vereinbarung der Redaktionen abgefallen. — Strikende Setzer verübten gestern Abends in der Druckerei des Ellenör einen Exceß, so daß die Polizei requirirt wurde. — Der vom Kaiser sanctionirte Gesetzentwurf bestimmt die Einführung der obligatorischen Civilehe und erlaubt Ehen zwischen Christen und Juden.

Cattaro, 2. März. Bei Presicka kam es zu einem Conflikte zwischen der dortigen Besatzung und den Montenegrinern, weil letztere das Fort mit Steinen bewarfen. Es wurde beiderseits geschossen und blieb ein Montenegriner auf dem Platze. Später wurde eine Jägerpatrouille zwischen Kopac und Presicka angefallen, wobei ein Jäger getödtet wurde. Im Laufe des Nachmittags fand eine weitere Ansammlung einer größeren Anzahl von Montenegrinern statt, die sich aber bald darauf wieder zerstreuten. Seither ist nichts weiter vorgekommen.

Berlin, 2. März. In Bezug auf die gestrige Ablehnung der Todesstrafe ist inzwischen in parlamentarischen Kreisen mehrfach die Ansicht hervorgetreten, daß es gerathen sein möchte, von dem Bundeskanzler im Wege eines Antrages oder einer Interpellation bestimmte Auskunft darüber zu erlangen, ob und in wie weit der Bundesrath das Zustandekommen des Strafgesetzbuches in der That von der Beibehaltung der Todesstrafe abhängig mache, und im bejahenden Falle die Berathung Seitens des Reichstages sofort einzustellen. Dagegen ist andererseits geltend gemacht worden, daß der Reichstag die Verpflichtung habe, die Vorlage durchzuberathen und damit auf jeden Fall eine Grundlage für die künftige Gesetzgebung zu schaffen. Hier und dort gibt man sich dem Glauben hin, es sei durch einen Compromiß vielleicht eine weitere Reducirung der todeswürdigen Verbrechen oder eine zeitweise Beibehaltung der Todesstrafe noch zu erzielen.

— Die Prov.-Correspondenz schreibt: „Unser König ist von seiner neulichen Erkältung vollständig wieder hergestellt."

— Von der Reichstags-Sitzung vom 24., dem Tage der badischen Debatte, schreibt man der hannover'schen Deutschen Volkszeitung: „Zwei Liebende können nicht unangenehmer überrascht werden, als es heute nach der Reichstags-Sitzung den Herren Geheimrath Wagener und Arbeiter-Präsident Baron v. Schweitzer begegnete. Dieselben hatten sich nach der Entfernung Simson's in dessen Präsidial-Cabinet zur traulichen Conferenz zurückgezogen und wurden hier im Halbdunkel von einigen Abgeordneten aufgestört, welche Simson im Cabinet noch anwesend wähnten."

— In der „Zukunft" veröffentlicht Eduard Sack, der Redakteur der pädagogischen Zeitschrift „Wegweiser", eine Todesanzeige, die ein grelles Licht auf die Lage des Lehrerstandes in Preußen wirft. Sie lautet: „Am 19. d. M. starb zu Kutzen in Ostpreußen mein Vater, der ehem. Dorfschullehrer Adolf Sack. Er hatte eben das 68 Lebensjahr überschritten. 35 Jahre hat er als Lehrer gearbeitet. Er ist endlich den schwersten Leiden, den langsam überwältigenden Folgen einer Jahrespension von 51 Thlrn., welche er als gesetzliches Drittel seines früheren Einkommens seit 5 Jahren von dem Patronat erhielt, und die für ihn, die Gattin und 5 unerwachsene Kinder zum Leben ausreichen sollte, erlegen — dem Hungertyphus."

— Die Stadt Lüneburg ist mit dem Cultusministerium in Differenz gerathen; sie behauptet ihrerseits, die Schulaufsicht und damit auch die Entscheidung über die zu benutzenden Lehrbücher zu haben, und machte ihr Recht Angesichts der bekannten Verfügung über die Lehrbücher, unter denen auch das Flügge'sche genannt war, geltend. Das Ministerium aber hat entschieden, daß die Selbständigkeit Lüneburgs in Betreff der Schulaufsicht nicht auf Gesetzen, sondern nur auf ministeriellen Verordnungen beruhe, die also jederzeit zurückgenommen werden könnten. Weil aber diese Verordnungen in der Lüneburg'schen Verfassungs-Urkunde ihre Bestätigung gefunden haben, will der Magistrat sich bei dieser Entscheidung noch nicht beruhigen.

Braunschweig, 1. März. Die Reichstagswahl im zweiten braunschweigischen Wahl-Bezirke ist zu Gunsten des Hauptcandidaten der national-liberalen Partei entschieden. Nach den Wahlergebnissen hat v. Rochau 1400 Stimmen über die absolute Majorität.

Sternberg, 1. März. Der Landtag hat folgenden Beschluß gefaßt: Wenn die Matricularbeiträge zwischen 450,000 und 500,000 Thaler betragen, so bezieht der Landesherr als Beitrag von Seiten des Landes ein Ordinarium von 355,000 Thlrn.; erreichen die Matricularbeiträge nicht die Höhe von 450,000 Thalern, so kommt das Minus dem Lande zugut; übersteigen dieselben den Betrag von 500,000 Thalern, so muß das Land zwei Drittel des Mehrbetrags entrichten.

Paris, 2. März. Bei dem Kriegsminister fand gestern ein Diner statt, an welchem gegen 70 Personen theilnahmen, worunter Erzherzog Albrecht, die Mehrzahl der Marschälle und der Minister Graf Daru.

Paris, 2. März. Der Peuple Français, das Parlament und Le Public fahren in ihren maßlosen Angriffen gegen die Regierung fort. Mehrere hervorragende Mitglieder der Rechten haben sich ihrerseits direkt an den Kaiser gewendet, um ihm Vorstellungen zu machen. Das Staatsoberhaupt hat ihnen geantwortet: „Ich weiß, daß Sie mir und meiner Dynastie ergeben sind. Geben Sie mir einen neuen Beweis Ihrer Anhänglichkeit, indem Sie sich der Politik anschließen, welche ich im Interesse des Vaterlandes, wie meiner Dynastie einzuschlagen für gut befunden." Es heißt, daß bis zu dem Zusammentritte der Kammern eine große Anzahl der 56 sich neuerdings dem linken Centrum angeschlossen haben wird. Die Minister und der Kaiser sind einig, dieser zeigt sich in allen Stücken nachgiebig. Herr Chevandier de Baldrome hatte dem Polizeipräfecten verboten, in Zukunft direkte Berichte an den Kaiser zu erstatten; der Kaiser will aber nach wie vor persönlich die Berichte des Herrn Pietri entgegennehmen. Im

Ministerrathe hat man sich mit der Frage der Wahlfreiheit beschäftigt; es wurde der Vorschlag gemacht, die Wahlfähigkeit erst mit dem 25. Jahre beginnen zu lassen. Der Kaiser hat sich dagegen gesträubt und wird nicht in die Umgestaltung willigen. Der Senat wird sich übermorgen mit der Frage der Ernennung der Bürgermeister beschäftigen. — Der Erzbischof von Paris thut in seinem diesjährigen Fastenbriefe des Concils und was daran hängt, gar keiner Erwähnung, dagegen ist das Aktenstück das Muster einer innigen Ermahnung zur Bruderliebe, Tugend und Duldung. — Heute Morgen, gegen 12 Uhr, nach dem Ministerrath, welcher in den Tuilerieen stattfand, begaben sich der Kaiser, die Kaiserin und der kaiserliche Prinz in die Schloßkapelle, um aus den Händen des Almoseniers, Bischofs von Adras, die Asche entgegen zu nehmen. Der Tuilerieenhof befolgt äußerst streng alle von der katholischen Kirche vorgeschriebenen Gebräuche. — Im Finistère-Departement macht die Geistlichkeit im Augenblicke starke Propaganda gegen den Grafen Keratry, der ihren Zorn durch seine Petition gegen die Jesuiten erregte. Mehrere Pfarrer haben von der Kanzel herab gepredigt, daß die, welche für diesen Gottlosen gestimmt, ins Fegefeuer kommen werden.

Paris, 3. März. Das Journal Offiziel veröffentlicht ein Dekret, womit Delaunay zum Direktor der Pariser Sternwarte ernannt wird. — Der Constitutionnel dementirt das Gericht, daß in Creuzot die Agitation unter den Arbeitern fortdauere.

London, 1. März. Ein Rundschreiben des Premiers an die liberalen Mitglieder des Unterhauses fordert dieselben auf, am kommenden Montag auf dem Platze zu sein, da das Auswanderungswesen und die Absetzung eines wüthenden Organisten und in seinen Reden maßlosen Gegners der Regierung in Irland von seiner Stelle als Friedensrichter zur Sprache kommt. — Die gerichtliche Verfolgung gegen Alle, welche bei der Privatuntersuchung gegen das fastende Mädchen in Wales betheiligt waren, hat begonnen und die Klage lautet auf Tödtung gegen Vater und Mutter, die dem Kinde keine Speise beibrachten, sowie gegen die fünf Aerzte, welche den Beobachtungsausschuß bildeten.

Aus **Rom** wird dem Journal des Debats geschrieben: „Das Concil tritt in eine neue und entscheidende Phase. Mit nächster Woche wird die Untersuchung des Syllabus beginnen und dieser wird in kürzester Frist die Vorlage des Dogma's von der Infallibilität folgen. Wir kommen jetzt in die Aufregung; der Kampf beginnt zwischen dem Geiste der Vergangenheit und dem der Gegenwart. Der Syllabus wird mit geringer Ausnahme so sein, wie die Allgemeine Zeitung ihn veröffentlicht hat. Diese bleibt nach wie vor gut unterrichtet zum großen Mißvergnügen im Vatican und trotz der Verfolgung ihrer angeblichen Correspondenten. Indessen ist es möglich, da man anfänglich hier die Echtheit dieses Documentes geläugnet hat und da gegen seine erste Redaction einige Einwürfe erhoben worden sind, daß es in der Form etwas modificirt werden wird, ohne den wesentlichen Inhalt zu ändern. Was das neue Dogma betrifft, so hat es den Charakter des unbeschränkten Absolutismus und kann auch keinen anderen haben. Ueber unbeugsame Principien läßt sich nicht handeln. Die überspannten Ultramontanen suchen die schüchternen und unentschlossenen Bischöfe in folgender Weise zu überreden; sie sagen, vor der Versammlung des Concils hätte der Papst durchaus keine Absicht gehabt, seine eigene Unfehlbarkeit zu proklamiren, aber die Nothwendigkeit dieser Proklamation wäre aus der Heftigkeit hervorgegangen, mit der die Opposition sich gegen dieselbe erhoben hat. Man hätte, nach dieser Ansicht, der Opposition die Definition eines Dogma's zu verdanken, woran man vorher gar nicht gedacht hätte. Was den Syllabus betrifft, so behaupten seine geschickten Fürsprecher, er sei nur eine Folge der Bulle Quanta cura, und es sei um so mehr nöthig, ihn mit der Zustimmung des Concils zu verstärken, als der moderne Liberalismus selbst unter den Bischöfen eingerissen sei, und der Gallicanismus, den man für immer verschwunden meinte, sich neuerdings wieder lebendig gezeigt und die Kühnheit hat, dem Concile entgegenzutreten.

Türkei. Der bekannte bulgarische Banden-Chef Chadzi-Dimitry, der Ende vorigen Jahres in Bucharest verhaftet wurde, ist aus dem Gefängniß entflohen und befindet sich mit 30—40 Gefährten im Balkangebirge, wohin er seine Landsleute zum Kampfe gegen die Feinde ruft. So melden russische Blätter.

Der Bresl. Ztg. wird aus **Warschau** geschrieben: „Dem hiesigen Stabe ist aus Petersburg der Befehl zugegangen, sämmtlichen im Königreiche Polen weilenden Beurlaubten die Weisung zukommen zu lassen, unzögerlich zu ihren entsprechenden Regimentern sich zu begeben. Der Befehl empfiehlt die Vermeidung jedes Aufsehens, indem er ausdrücklich untersagt, die Einberufung durch Bekanntmachung in den Zeitungen oder durch Circulare zu bewerkstelligen. Vielmehr soll durch Vermittlung der Polizei jedem einzelnen Beurlaubten das Nöthige mitgetheilt werden, und das ganze Verfahren hierbei, so schwierig es auch ist, ein mündliches sein."

— Um der russischen Sprache in den gebildeten Kreisen um so eher Eingang zu verschaffen, ist an allen höheren Unterrichtsanstalten im Königreiche Polen die Anordnung getroffen, daß alle Schüler sowohl in, wie außerhalb der Schulen sich in ihren Privatgesprächen (!) ausschließlich der russischen Sprache zu bedienen haben. Die Ausführung dieser Anordnung wird auch außerhalb der Schule streng überwacht.

Washington, 2. März. Die Bewohner von San Domingo stimmten am 19. Januar mit großer Majorität für die Einverleibung in die Vereinigten Staaten.

Bayerische Angelegenheiten.

* Dem Vernehmen nach soll in den ersten Tagen der kommenden Woche wieder eine Sitzung der Abgeordnetenkammer stattfinden.

* Wir machen sämmtliche Kontrolpflichtige darauf aufmerksam, daß keine spezielle Einberufung zu den Kontrolversammlungen an sie ergeht, sondern durch die öffentlichen Bekanntmamungen die einzige Aufforderung erfolgt. Dieser Umstand ist im vorigen Jahre von Vielen außer Acht gelassen und sind die Betreffenden deßhalb mit dreitägigem Arrest bestraft worden; es dürfte den Herren Arbeitgebern zu empfehlen sein, ihre kontrolpflichtigen Arbeiter, welche kaum alltäglich die Zeitung lesen, auf den Tag ihrer Einberufung aufmerksam zu machen.

— Die Prüfung der am 1. März v. J. in den militärwissenschaftlichen Kurs der Kriegsschule einberufenen Offiziers-Aspiranten II. Klasse (Kadetten) ist nunmehr beendigt und das Resultat den Betheiligten mitgetheilt. Es hatten sich 24 Kadetten der Prüfung unterzogen, welche sämmtlich die Note der Befähigung zum Uebertritt in den Offiziersstand erlangt haben. Mit den erzielten Resultaten ist man beiderseits, von Seiten der Examinatoren wie von der der Examinanden, sehr zufrieden. Wenn auch die Note der „besonderen" Befähigung Keinem ertheilt wurde, so haben sich doch Mehrere des Prädikates „sehr gut" zu erfreuen. Der Ernennung dieser Kadetten zu Offiziersaspiranten I. Klasse (Junkern) sieht man demnächst entgegen.

— Der Bevölkerungsstand der Straf- und Polizeianstalten ist seit dem Jahr 1862/63 in fortwährendem erheblichen Steigen begriffen. Während der tägliche Durchschnitt im Jahr 1862/63 sich auf 4654 Köpfe berechnete, stieg er im Jahr 1863/64 auf 4929, im Jahr 1864/65 auf 5387, im Jahr 1865/66 auf 5789, in der Periode 1866/67 auf 6634, im Jahr 1868 auf 7067 Köpfe. Hievon traf im Jahr 1868 auf die Strafanstalten eine tägliche Durchschnittsbevölkerung von 5224 Männern und 851 Weibern, zusammen 6075 Köpfen und ein Gesammtstaatsaufwand von 784,343 fl. 24 kr. In den ersten fünf Monaten des Jahres 1869 betrug der tägliche Bevölkerungsstand der Strafanstalten 6391 Köpfe. Dem Budget für die zehnte Finanzperiode ist ein Durchschnittsstand von 6500 Häftlingen zu Grunde gelegt.

* Wie die Augsb. Abdztg. an der Spitze ihrer neuesten Nummer meldet, ist durch Erkenntniß des k. Appellationsgerichts von Schwaben und Neuburg vom 24. Febr. d. Js. ihr Eigenthümer und verantwortliche Redakteur, Carl Wirth, „wegen Vergehens der Beleidigung der Reichsrathskammer, sechs Vergehen der Beleidigung von Mitgliedern der Reichsrathskammer und sechs Vergehen der Beleidigung von Mitgliedern der k. Familie durch die Presse", begangen durch die Män-

chener Korrespondenz vom 1. Februar in Nr. 33 auf Mittwoch den 23. März ds. Js. Vormittags 8 Uhr zur öffentlichen Verhandlung vor das Schwurgericht von Schwaben und Neuburg verwiesen. — Es ist das erste Mal, daß die Augsb. Abdtzig., nachdem sie 19 Jahre lang unter Leitung des nun angeklagten Redakteurs stand, vor das Schwurgericht kommt.

Günzburg, 3. März. Wie nicht anders zu erwarten war, ist die heutige Neuwahl der Landtagsabgeordneten im Sinne der Ultramontanen ausgefallen, indem mit 86 gegen 79 Stimmen Pfarrer Bach von Ziemetshausen, Kornhändler Kastner von Burgau und Bürgermeister Prestele von Thanhausen gewählt wurden.

Lokales und Provinzielles.

München, 4. März.

* Morgen tritt eine neue Stadtomnibus-Tour zwischen dem Marienplatz über den Promenadeplatz und durch die Karlsstraße nach dem Stiglmayerplatze in's Leben.

π Die jugendliche Sängerin Frln. v. Bogdani hat von der Direktion des Stadttheaters in Bremen einen glänzenden Gastspielantrag erhalten, den die Künstlerin jedoch ablehnen mußte, da sie in der kommenden Woche auf unserer Hofbühne als „Susanne“ in „Figaros Hochzeit“ auftreten wird.

* In der heutigen Sitzung des Collegiums der Gemeindebevollmächtigten sollte Hr. Hänle als Referent der, zur Prüfung der Frage wegen des Gewerbemuseums in Nürnberg, niedergesetzten besonderen Commission Bericht und Vortrag erstatten; dieser Vortrag mußte aber wegen Erkrankung des Hrn. Hänle vertagt werden. Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung boten keinerlei allgemeineres Interesse.

(Aus der öffentlichen Magistratssitzung). Auf Antrag des Verwaltungsrathes des Vereines für freiwillige Armenpflege wurden demselben als Bureaulocalitäten die im ehemaligen Regierungsgebäude, bisher vom Hausmeister Götz benutzten Räumlichkeiten (Landschaftsgasse Nr. 8) auf Ruf und Widerruf unentgeltlich überlassen. — Zwei achtbare Bürgersfrauen wollen in Folge eines Gelöbnisses die Statue der Madonna auf der Mariensäule neu im Feuer vergolden lassen, und wird der Magistrat um Gestattung der Abnahme der Statue zum Zweck der Vergoldung ersucht. Der Magistrat legt das Gesuch zur Verbescheidung der k. Regierung vor, welche darüber zu entscheiden competent ist, da es sich um Erhaltung eines älteren Denkmals handelt. — Referent Badhauser beantragt, die Gemeinde möge in Zukunft — bisher hatte es die Polizei zu besorgen — die Dultwachen selber besorgen und von der Polizeidirektion die aus den Wachgebühren gemachten Erübrigungen von 3158 fl. an die magistr. Dultcommission zurückzufordern, die dann dem Unterstützungsfond der magist. Arbeiter zugewiesen werden sollen, welch letzterer Theil des Antrags aber in geheimer Sitzung verhandelt werden wird. Rath Ruppert hält diesen Antrag für bedenklich, weil dadurch principiell wieder die jüngste Competenzausscheidung zwischen Polizei und Magistrat durchlöchert würde, und weil durch dessen Annahme auch die Haftpflicht für Diebstähle &c. auf den Magistrat fiele. Rath Riedmayer bemerkt, daß die Polizei nur während der Dult, und 3 Tage vor und 1 Tag nach der Dult Wache hält, der Magistrat aber die noch übrige Zeit vom Beginn des Aufschlagens bis zum Ende des Abführens der Stände auf seine Kosten Wache stellen muß. Nach längerer Debatte, in welcher sich die verschiedensten Ansichten geltend machten, wurde endlich dahin Beschluß gefaßt, daß die Polizeidirektion, wie bisher, die Wache behalte gegen eine Pauschalsumme, welche in geheimer Sitzung fixirt werden soll, und daß die, bisher an die Gendarmerie für die Beihilfe bei jeder Dultwache geleistete Remuneration von 100 fl. fortan eingezogen werde. — Der Magistrat Tölz hat die vollständigen Akten über die Verhandlungen wegen Erbauung einer Vicinaleisenbahn von Holzkirchen nach Tölz dem hiesigen Magistrate, welchen er als Mitinteressenten an dem Bau derselben um eine Subvention angeht, eingesendet; zur genauen Prüfung des gestellten Gesuches beschloß der Magistrat eine Cumulativ-Commission zu ernennen. — Ferner wurden in der heutigen Sitzung die Anträge des Bauausschusses in der Angelegenheit des neuen Rathhausbaues, welche dahin gehen, den Weiterbau des Traktes A gegen den Marienplatz mit Ausnahme der Arbeiten zur Vollendung der Läden im Erdgeschosse (und soweit nicht bindende Verträge entgegenstehen, wurde auf Antrag des Dr. v. Schauß hier eingefügt) ganz zu sistiren, den Weiterbau des Traktes B gegen die Dienersgasse nur soweit zu betreiben, als bindende Verträge vorliegen, — im Uebrigen solle das Stadtbauamt neue genaue Voranschläge für die Kosten der Vollendung der begonnenen und noch herzustellenden Trakte in möglichst einfacher Bauführung innerhalb 6 Wochen anfertigen und solle das bestehende Gebäude an der Landschaftsgasse lediglich adoptirt und mit dem Neubau in zweckmäßige Verbindung gebracht werden, und habe fortan nicht mehr Hr. Hauberrisser, sondern das städtische Bauamt selber die Bauführung zu leiten, — nach langer und lebhafter Diskussion, auf welche wir noch näher zurückkommen, angenommen. Von diesem Magistratsbeschlusse wird Hrn. Hauberrisser sofort Kenntniß gegeben. Erst nach Vorlage der neuen genauen Kostenvoranschläge wird sich der Magistrat, nöthigenfalls in Verbindung mit dem Collegium der Gemeindebevollmächtigten darüber schlüssig machen, ob und wie der Bau des neuen Rathhauses fortzuführen, oder ob andere Verfügungen zu treffen seien.

(Tagesbericht.) Gestern Mittags war das Treppenhaus des Dopser'schen Kaffehauses in der Dultgasse der Schauplatz eines Mord- und Selbstmordversuches; der ledige Käshändler und Metzger Stephan Bauer von Ehkirchen bei Neuburg a/D. paßte seiner Geliebten, der 20 Jahre alten Näherin Th. Gr. aus Salzburg, welche er wegen Untreue im Verdachte hatte, den Weg ab, forderte sie auf, ihm wieder treu zu sein, und schoß, als sie sich weigerte, sich wieder mit ihm einzulassen, den einen Lauf einer scharf geladenen Doppelpistole auf dieselbe ab, so daß sie es nur einer raschen Körperwendung zu danken hatte, daß sie mit einer leichten Verletzung im Gesichte davon kam. Sofort richtete der Verzweifelte die Pistole gegen seine Brust, doch beim Losdrücken versagte das Zündhütchen; zwei inzwischen herbeigesprungene Gendarmen entrissen ihm die Waffe und nahmen ihn fest. Dem Vernehmen nach legte der Verbrecher alsbald offenes Geständniß ab. — Vor einigen Tagen nahm eine Laquaistochter, Jägerstraße Nr. 2, um sich von unerträglichen Zahnschmerzen zu befreien, Opiumpulver, aber unvorsichtiger Weise leider in so beträchtlicher Dosis, daß die Unglückliche ungeachtet der sorgfältigsten ärztlichen Hilfeleistung gestern Morgen ihr junges Leben — sie zählte erst 18 Jahre und war im Brautstande — endete.

Heman. Daß die Herren Pfarrer, anstatt in Religion, nunmehr in Politik Geschäfte machen, können folgende Beispiele dienen. Der Herr Pfarrer von Dietfurt sandte dieser Tage ein Paquet als Regierungssache an das Pfarramt Daßwang. Unterwegs zerriß jedoch der Umschlag und auf hiesiger Postexpedition zeigte sich dann, daß das Paquet nicht etwa Regierungssachen, sondern Probenummern ultramontaner Zeitungen, Schematismen, Briefe u. s. w. enthielt, denen die Bemerkung beigefügt war: „Sei so gut und besorge diese Sachen; ich habe das Paquet als Regierungssache gesendet, um das Porto zu sparen.“ Unser Pfarrer dahier betreibt das Geschäft einfacher. Er bezieht beinahe alle in Bayern existirenden sogen. patriotischen Blätter und benützt zur Colportage derselben in der Stadt herum die Ministranten. Auf diese Weise kommen Leute zum Zeitungslesen, die außerdem kein dergleichen Blatt zu Gesicht bekommen hätten, und wird der Instinkt derselben vor jeder liberalen Einwirkung bewahrt.

Fürth, 2. März. Wie schon kurz gemeldet, ist hier ein eigenthümlicher Strike in Scene gesetzt worden, nämlich von den gemüsebauenden Landwirthen der Umgegend, die von gestern an mit ihren Erzeugnissen (Gemüse, Kartoffeln und Milch) vom Wochenmarkte ferne geblieben sind. Die neue Stadtverwaltung hatte, obwohl die Führer der Volkspartei vor der Wahl die Beseitigung der indirekten Steuern proklamirten, nicht umhin gekonnt, für die Marktgefälle einen neuen Tarif einzuführen, der auf der einen Seite die Abgaben der Landwirthe verzehnfacht, auf der andern Seite hinsichtlich der Controle die lästigsten Bedingungen und Strafen für die Betheiligten enthält. Wenn man bedenkt, daß diese Landwirthe an jedem Markttage 22 kr. an

Pflasterzoll zu zahlen hatten, was jährlich nahezu 60 fl. ausmacht, und daß die eigentlichen Marktabgaben bisher schon zwischen 7 fl. und 8 fl. betrugen, so muß es als arge Uebertreibung angesehen werden, den Marktfahrern für das benützte Plätzchen des Marktes eine Abgabe von 50 bis 60 fl. (so viel würde nach dem neuen Tarife herauskommen) aufzubürden. Es sieht diese Abgabe mehr einer neuen Art von Besteuerung der Lebensmittel gleich, die bekanntlich in der Stadt Fürth ohnedies die höchsten Preise im Lande haben. Die durch das Fernebleiben der Marktbauern geschaffene Calamität ist groß, größer aber noch die Verlegenheit unserer demokratischen Stadtverwaltung. Man ist sehr gespannt darauf, wie dieser Strike endigen wird.

Durch Urtheil des k. Bezirksgerichts **Schweinfurt** wurde Hr. Kaplan Joseph Maid zu Marktsteinach wegen Ehrenkränkung des k. Forstgehilfen K. Brethauer, begangen am 15. Nov. 1869 in der Kirche zu Abersfeld durch eine von der Kanzel gehaltene Anrede an die Kirchenbesucher aus Veranlassung der Tags darauf stattfindenden Wahlmännerwahl, in eine Geldstrafe von fünf Gulden, sowie in sämmtliche Kosten verurtheilt. (Dagegen versichern die patriotischen Blätter, daß die Gotteshäuser zu Wahlagitationen nicht mißbraucht wurden!)

Handel und Verkehr.

Leipzig. Im telegraphischen Verkehr steht, wie die D. A. Ztg. aus sicherer Quelle erfährt, abermals eine bedeutende Gebührenermäßigung bevor. Spätestens vom 1. Juli d. Js. ab kommen im Verkehr zwischen dem Norddeutschen Bund einer Seits und den Staaten Bayern, Württemberg, Baden, Oesterreich-Ungarn und den Niederlanden anderer Seits bei der Gebührenerhebung statt der bisherigen drei Zonen zu 8, 16 und 24 Sgr. nur deren zwei zu 8 und 16 Sgr. zur Berechnung. Die erste Zone zum Gebührensatz von 8 Sgr. wird demgemäß entsprechend ausgedehnt, und alle nach Stationen außerhalb dieser Zone gerichteten Botschaften unterliegen einer Gebührenerhebung im Betrag von 16 Sgr., so daß spätestens von dem vorgedachten Termin ab für alle Botschaften, welche seither 24 Sgr. kosteten, nur 16 Sgr. zu erlegen sind. Es unterliegt keinem Zweifel, daß in Folge dieser Neuerung auch für den Verkehr im Norddeutschen Bunde die dritte Zone mit dem Gebührenbetrag von 15 Sgr. in Wegfall kommt, und auch für den innern Verkehr nur zwei Zonen mit den Gebührensätzen von 5 und 10 Sgr. zur Anwendung gelangen.

Weimar. Für die auf Grund des Gesetzes vom 27. Aug. 1847 ausgegebenen großh. sächs. Kassenanweisungen zu 1 Thlr. und zu 5 Thlrn., welche schon seit dem 1. Juni 1861 rechtlich werthlos geworden, bei der Hauptstaatskasse zu Weimar aber seither auf erfolgte Vorzeigung noch eingelöst worden sind, ist der Schluß dieser Einlösungsfrist nach einer neuerlichen Bekanntmachung des großh. sächsischen Staatsministeriums endgiltig auf den 31. Mai d. J. festgesetzt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 4. März. Die Creditanstalt zahlt eine Superdividende von 20 fl. und legt 630,000 fl. in Reserve. Creditaktien hoben sich nach 274,50 auf 278.

Pest, 4. März. In der gestrigen Conferenz der Deakpartei legte der Cultusminister den Gesetzentwurf bezüglich der Religionsfreiheit vor. Der Entwurf gestattet die Ausübung was immer für einer Religion für Jedermann, sowie die Bildung freier Genossenschaften, und erkennt die Ehe als bürgerlichen Vertrag, die Erziehung der Kinder als freies Elternrecht an.

Paris, 3. März. Die Versammlung der Aktionäre der Immobiliar-Gesellschaft lehnte die Auflösung der Gesellschaft ab, und votirte die Fusion mit dem Credit mobilier, welche von einem Theil der Aktionäre vorgeschlagen worden war. Sie beschloß auch die Aufrechthaltung der Gesellschaft mit 351 gegen 78 Stimmen.

Paris, 3. März. Wochenausweis der Bank von Frankreich. Baarvorrath 1,247,548,098 Fr., Zunahme 12,003,277 Fr., Wechselbestände 555,576,886 Fr., Abnahme 19,985,374 Fr., Vorschüsse u. Werthpapiere 101,162,050 Fr., Zun. 687,360 Fr., Notenumlauf 1,414,459,200 Fr., Zun. 6,750,400 Fr., Guthaben des Schatzes 158,553,830 Fr., Zunahme 4,893,250 Fr., Conto-Current der Privaten 340,640,233 Abn. 10,456,660 Fr.

Brüssel, 4. März. Die „Independance Belge" veröffentlicht einen von hervorragenden Mitgliedern der liberalen Partei unterzeichneten Aufruf an die belgischen Liberalen, welcher Ausdehnung des Wahlrechtes, obligatorischen Unterricht, Steueränderungen, Reform des Heeres, Revision des Fremdengesetzes, des Gesetzes betreffend die geistlichen Pfründen und noch anderer Gesetze verlangt.

London, 3. März. Sitzung des Oberhauses: Die Naturalisirungsbill hat die zweite Lesung passirt. Die Hauptbestimmungen derselben sind: Der Naturalisirte scheidet aus dem früheren Staatsverbande aus; die Ehefrauen theilen die Naturalisation des Ehemannes. — Sitzung des Unterhauses. Der Kriegsminister legt das Armeebudget vor; die vorgeschlagenen Ersparungen an demselben betragen 1,136,900 Pf. St.

Konstantinopel, 3. März. Die Pforte soll außer einem Memorandum über ihre Rechte auf das von Montenegro bestrittene Territorium noch eine Cirkular-Note erlassen haben, worin sie die Garantiemächte in Kenntniß setzt, daß sie die Besitzungen zwischen Spuza und Zablak abzugrenzen beabsichtigte, und die Mächte einladet, sich hiebei durch ihre dortigen Konsuln vertreten zu lassen.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 4. März (Schlusse.)

Wechsel auf London	$119\frac{3}{8}$	Oest.-franz. Staatsbahn	$368\frac{1}{2}$
„ „ Paris	$95\frac{1}{8}$	Bayr. Ostbahn-Actien	120
„ „ Wien	$95\frac{5}{8}$	Elisabeth-Prior. I. Em.	$75\frac{3}{4}$
5 proc. bayr. Anleihe	101	4% bayer. Prämien-Anl.	107
$4\frac{1}{2}$ „ „ „	$91\frac{3}{8}$	Bad. Präm.-Anleihe	$106\frac{5}{8}$
4 „ „ Grundrente	$86\frac{7}{8}$	Oesterr. Loose v. 1860	$80\frac{1}{8}$
4 „ „ Obligat.	$86\frac{1}{4}$	„ Loose v. 1864	$114\frac{1}{4}$
5 proc. österr. Metall., engl.	—	Alsenzbahn	$85\frac{1}{2}$
5 „ „ National-Anl.	—	Oberhessische Bahn	67
Steuerfr. Metall. v. 1866	—	Lombarden	$233\frac{1}{2}$
1882er Amerikaner	$95\frac{3}{8}$	Napoleons	9.30
Oesterr. Bank-Actien	695	Rente Silber $58\frac{5}{8}$, Pap. $50\frac{1}{8}$	
„ Credit-Actien	265	Handelsbank	98

Wien, 4. März. (Schlusse.)

5 proc. National-Anlehen	71.40	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	98.—	Steuerfr. Metall. von 1866	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	119.70	Napoleons	9.91
Oesterr. Bank-Action	729.—	Wechsel auf Augsburg	103.20
„ Credit-Action	280.50	„ „ London	124.15
Oest.-franz. Staatsbahn-Action	386.—	„ „ Paris	49 30
Oest.-Rudolphsbahn-Action	—.—	„ „ Frankfurt a. M.	103.30
„ „ Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	245.40
Siebenbürger Action	—.—	Angl.-Aust.-B. 363.— Pap.-R.	61.60

Berlin 4. März (Schlusse.)

Türk. Anl. v. 1865	$45\frac{1}{2}$	Lombarden	$132\frac{1}{2}$
4 proc. bayr. Präm. Anl.	$105\frac{1}{2}$	italienische Anleihe	$55\frac{1}{8}$
$4\frac{1}{2}$ „ „ Anleihe	$91\frac{3}{4}$	1882er amerikanische Bonds	96
Bad. Prämien-Anleihe	$106\frac{1}{2}$	5 proc. preuss. Anleihe	$101\frac{7}{8}$
Darmstädter Action	$129\frac{3}{4}$	$4\frac{1}{2}$ „ „ „	$93\frac{3}{4}$
Oesterr. Credit-Action	$151\frac{3}{4}$	Wechsel auf Augsburg	—.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Action	$210\frac{1}{8}$	„ „ Frankfurt	—.—
Staatsbahn-Prioritäten	292	„ „ London	—.—
Oest. fl. 500 Loose von 1860	$80\frac{1}{4}$	„ „ Paris	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	$65\frac{3}{4}$	„ „ Wien	—.—
5 proc. östr. National-Anl.			

New-York, den 3. März. Gold $114\frac{7}{8}$. Wechsel in Gold $108\frac{1}{2}$ Bonds per 1882 113. Baumwolle $22\frac{7}{8}$, Petroleum $27\frac{1}{4}$.

Liverpool, den 3. März. Schlussbericht. Heutiger Umsatz 10 000. Orleans $11\frac{5}{8}$. Middling amerikanische $11\frac{1}{4}$. Fair dhollerah $9\frac{3}{8}$. Middling fair dhollerah $8\frac{7}{8}$. Good middling dhollerh $8\frac{1}{2}$. Fair Bengal 8. Fair Omra $9\frac{5}{8}$. Pernam $11\frac{3}{4}$. Smyrna $10\frac{1}{4}$. Egyptian $12\frac{1}{8}$. Amerik. per März-April —. Dhollerah per Apr.-Mai —. Omra per Tages-Import 2918, davon Ostindische —. Tendenz: matt.

Manchester, 2. März. (Garnmarkt.) 12er Water Rylands 12. 12er Water Taylor $13\frac{1}{4}$. 20er Water Mycholls $14\frac{5}{8}$. 30er Water Gidlow 16. 30er Water Clayton $16\frac{1}{4}$. 40er Mule Mayoll $15\frac{1}{8}$. 40er Medio Wilkinson $17\frac{1}{4}$. 36er Warpcops Qualität Rowland $16\frac{1}{2}$. 40er Double Weston $16\frac{1}{2}$. 60er Double Weston $19\frac{1}{4}$. Printers $\frac{16}{16}$ $\frac{34}{50}$ $8\frac{1}{2}$ Pfd. $142\frac{1}{2}$. ruhig.

Vereinigte Staaten von Amerika.

Dollars 5,000,000 garantirte 7procentige steuerfreie Gold-Obligationen I. Hypothek

der

Chicago- und South-Western-Eisenbahn

unter besonderer Garantie der

Chicago Rock Island und Pacific-Eisenbahn

emittirt zur Beschaffung der Mittel für die vollständige Ausrüstung der Chicago und South-Western-Bahn in 5000 Stück Voll-Obligationen à 1000 Dollars

mit Partial-Obligationen à 500 Doll. und 100 Doll.,

verzinslich mit 7pCt. per annum in Gold am 1. Mai und 1. November jeden Jahres,

rückzahlbar al pari in Gold bis zum 1. November 1899.

Die Chicago Rock Island und Pacific Eisenbahn ist eine der besten Bahnen Nordamerikas. Actiencours 115pCt.

Auszug aus dem officiellen Rechenschaftsberichte pr. 1868—69.

	Actien-Capital:	Dollars 14,000,000
	Prioritätsschuld:	„ 7,375,000
pro 1868/69	Gütertransport:	1,161,575,616 Pfunde
	Gesammt-Einnahme:	Dollars 5,231,979. 75
	Gesammt-Ausgabe:	„ 2,523,880. 61
	Netto-Einnahme:	Dollars 2,708,099. 14

Resultate und gezahlte Dividenden:

Geschäfts-jahr	Netto-Einnahmen nach Abzug der Betriebs-Unkosten	Dividen-den.
1863—64	Dollars 1,103,413	6%
1864—65	„ 1,891,709	8 „
1865—66	„ 1,442,781	10 „
1866—67	„ 1,746,181	10 „
1867—68	„ 2,431,782	10 „
1868—69	„ 2,708,099	10 „

Der Baarsaldo der Bahn am Ende des Geschäftsjahres 31. März 1869 betrug Doll. 1,597,244. 02.

Sie garantirt laut folgendem auf den Obligationen befindlichem Endossement für Zahlung des Capitals und Zinsen der Hypothekenschuld der Chicago und Southwestern Eisenbahn in gesetzlichem Gelde der Vereinigten Staaten.

Endossement.

Die Chicago Rock Island und Pacific-Eisenbahngesellschaft garantirt für empfangenen Werth die prompte Bezahlung und verpflichtet sich an der Zahlstätte der Chicago und Southwestern Eisenbahngesellschaft der Stadt Newyork, alle die halbjährigen Coupons dieser Obligationen je nach der Verfallzeit vom 1. Mai 1870 bis zum November 1899 und eben so das Capital bei seiner Fälligkeit zu bezahlen. Die Coupons sind nummerirt von 1 bis 60, beide Zahlen inclusive.

Zum Zeugniß hiefür hat die Chicago Rock Island und Pacific-Eisenbahngesellschaft ihr Corporationssiegel, sowie die Unterschriften ihres Präsidenten und Sekretärs beigefügt, den 6. October 1869.

Sekretär: **E. Cook.** Präsident: **J. F. Tracy.**

Außerdem haftet das ganze bewegliche und unbewegliche Eigenthum der Chicago-Southwestern-Bahn mit den 7,000,000 Dollars Stamm-Actien für Bezahlung der Zinsen und des Capitals jener Schuld in Gold.

Von der Bahn waren beendet im Herbst 1869 50 Meilen. Der Rest von 200 Meilen soll spätestens Ende 1870 im vollen Betriebe sein.

Die Chicago- und Southwestern-Eisenbahn bildet mit den Zweigbahnen der alten Chicago- und Rock-Island-Eisenbahn die directeste und kürzeste Verbindung zwischen Chicago und der Stadt Leavenworth im Staate Kansas. Sie durchstreicht unmittelbar Districte, deren Gesammt-Reichthum nach statistischen Aufnahmen sich beziffert u. A.

auf Dollars	40,310,506	Grundeigenthum		auf Pfund	2,810,000	Hanf (Production 1869)
„	20,528,374	bewegliches Eigenthum		„ Stück	215,317	Hornvieh
„ Bushels	19,374,332	Mais und Getreide	Production 1869	„ „	332,084	Schweine
„ „	962,621	Kartoffeln	Production 1869	„ „	260,515	Schaafe.

In Leavenworth, dem westlichen Endpunkte der Bahn, sind die Anschlüsse ungewöhnlich wichtig, direct und ausschließlich. Der Missouri-Fluß wird dort mit einer festen, eisernen Brücke überbaut, deren Ausführung die Herren Boomer u. Co. in Chicago, als die zuverlässigste Firma in dieser Branche in den Vereinigten Staaten bekannt, contractlich übernommen haben. Das dazu erforderliche Capital ist bereits aufgebracht und die Arbeiten so weit vorgeschritten, daß man der Vollendung der Brücke mit Anfang nächsten Jahres bestimmt entgegensehen darf. Keine andere Bahn mündet auf diese Brücke, und deßhalb bietet in Leavenworth die Chicago- und Southwestern-Bahn den einzig directen Anschluß nach Norden und Nordosten für die folgenden Bahnen:

Kansas-Pacific — Leavenworth, Lawrence und Galveston — Leavenworth und Atchison — Central Branch Union Pacific — Leavenworth, Topeka und Santa Fé — Missouri Pacific Eisenbahn.

Darnach steht der Bahn eine bedeutende Rentabilität bevor und es wird den Obligationen eine bedeutende Fundirung **erster Qualität** geboten.

Newyork, 25 Oktober 1869.

F. H. Winston, Präsident.

Die Zinsen der Bonds sind am 1. Mai und 1. November mit 35 Dollars in Gold an der American Exchange Bank in New-York zahlbar und werden an den Plätzen Amsterdam, Berlin, Paris, Frankfurt a. M. und London zum jeweiligen Tagescourse auf Newyork realisirt.

Zur Entgegennahme der Zeichnungen sind:

für Newyork die Herren Frank & Gans
„ Amsterdam „ „ Holjé & Boissevain
„ Frankfurt a. M. die „ Claus & Helgers
für Rotterdam die Rotterdamer Bank
„ Berlin „ Herren Feig & Pinkuß
für München die B. Handelsbank

beauftragt.

Für die Europäischen Plätze sind von diesen Obligationen reservirt: **2,500,000 Dollars.** Die Subscription findet statt: **am 3., 4. und 5. März.**

Subscriptions-Bedingungen.

1. Der Subscriptionspreis ist:

in Amsterdam, **in Rotterdam**: 82 pCt., den Dollar à Fl. 2. 50. Holl.

in Frankfurt a. M., **in München**: 82$^{3}/_{8}$ pCt., den Dollar à Fl. 2. 30 kr. s. W.

in Berlin 83pCt., den Dollar à Thlr. 1. 12$^{1}/_{2}$ Sgr.

Die bis zum Bezugstage aufgelaufenen Zinsen sind besonders zu vergüten.

2. Bei Zeichnung sind 10pCt. des gezeichneten Nominalbetrages baar oder in guten Werthpapieren als Sicherheiten zu hinterlegen, welche bei der Uebernahme der zugetheilten Obligationen zurückgegeben werden.

3. Die Original-Obligationen oder bis zu deren Eintreffen die solche inzwischen vertretenden, von der Zeichnungsstelle ausgefertigten Interimsscheine sind spätestens am 12. März gegen Zahlung des ausmachenden Betrages bei der betreffenden Stelle in Empfang zu nehmen.

4. Im Falle der Ueberzeichnung des aufgelegten Betrages bleibt entsprechende Reduktion vorbehalten.

Frank und Gans in Newyork,
Finanz-Agenten der Chicago-South-Western-Eisenbahn-Gesellschaft.

Das unterzeichnete Institut nimmt unter obigen Subscriptions-Bedingungen in den Geschäftsstunden Meldungen entgegen. Karten, Prospecte und Geschäftsberichte werden verabfolgt.

München, im Februar 1870.

Bayerische Handelsbank.

Subscriptions-Einladung

für die

Neue Baumwoll-Spinnerei Hof,

Actien-Gesellschaft,

1100

landesherrlich genehmigt unterm 18. November 1869,

gegründet auf ein Actienkapital von fl. 700,000 in 2000 Stück Actien, auf Inhaber lautend, à fl. 350 = Thaler 200.

Die **kgl. bayer. Bank** in **Nürnberg** und die **bayer. Hypotheken- und Wechselbank** in **München** haben das einer nunmehr aufgelösten, unter der Firma: „**Mechanische** Baumwollspinnerei **Hof**" bestandenen Actiengesellschaft zugehörig gewesene große Spinnerei-Etablissement in Hof mit einer Anzahl von 58,000 Spindeln, welches Etablissement auf ein Actien- und Prioritäts-Capital von fl. 1,830,000 gegründet und später von beiden Banken gemeinschaftlich mit einem Hypothek-Capital von fl. 700,000 belehnt, sohin mit einem Capitalsaufwand von mehr als $2^1/_2$ Millionen errichtet und in Stand gesetzt worden war, im Zwangsveräußerungs-Verfahren zur Deckung ihrer erwähnten Forderung als Eigenthum erworben und dasselbe in jüngster Zeit auch bereits wieder in Betrieb gesetzt.

Die genannten Banken beabsichtigen, für dieses Unternehmen eine **neue Aktiengesellschaft** unter der Firma:

Neue Baumwoll-Spinnerei Hof,

zu bilden, die das vollständig fertige und betriebsfähige Etablissement in Grundstücken, Gebäuden, Maschinen und Utensilien, wie es den Banken zugeschlagen ist, um fl. 700,000 von diesen erwerben und mit einem Betriebskapital von fl. 500,000 ausgestattet werden soll.

Zu diesem Behufe werden die beiden Banken einen Kaufschilling von fl. 500,000 zu $4^1/_2$% verzinslich und durch $1^1/_2$prozentige Zinsbeischläge, sohin durch 6prozentige Annuitäten in $31^1/_2$ Jahren heimzahlbar, gegen hypothekarische Versicherung auf dem Kaufsobjekte in erster Rangstelle liegen lassen und den Rest des Capitalsbedarfes, nämlich die Summe von fl. 700,000 in Actien aufbringen in der Art, daß 200 Stück Actien zu je fl. 350 = 200 Thlr. auf Inhaber lautend, zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt und der vom Publikum etwa nicht gezeichnete Theil des Actien-Capitals sofort von beiden Banken zu gleichen Antheilen übernommen wird.

Die für die neue Actiengesellschaft entworfenen Statuten haben unterm 18. November 1869 die landesherrliche Genehmigung erhalten und liegen, nebst einem den Beschrieb und die Leistungsfähigkeit der Fabrik enthaltenden Prospectus, sowohl

bei der **kgl. bayer. Bank** in **Nürnberg** und deren **Filialen** in **Amberg, Ansbach, Bamberg, Bayreuth, Hof, Ludwigshafen, Passau, Regensburg, Schweinfurt, Straubing** und **Würzburg,** als

bei der **bayer. Hypotheken- und Wechselbank** in **München** und deren **Filialen** in **Augsburg, Kempten** und **Lindau**

zu Jedermanns Einsicht und Verfügung bereit.

Betrieb und Eigenthum der Fabrik gehen vom Tage der notariellen Kaufsverlautbarung an auf die neue Gesellschaft über.

Die Einzahlungen auf die Actien werden im Laufe des Jahres 1870 nur allmälig und in größeren Zwischenräumen nach näherer Anleitung der Statuten eingefordert werden, wobei jedoch die Vollzahlung jedem Actionär sowohl bei der ersten als bei jeder nachfolgenden Einzahlung frei steht.

Die **Zeichnung der Actien** findet statt bei den beiden Hauptbanken und sämmtlichen vorerwähnten Filialbanken am

Montag den 7. und Dienstag den 8. März h. Js.

Vormittags 8 bis Abends 6 Uhr und werden hiefür folgende **Subscriptionsbedingungen** festgesetzt.

1) Jeder Zeichner hat für den gezeichneten Betrag eine Caution von 10% des Nominalwerthes entweder in baarem Gelde oder in börsenmäßigen Effecten nach dem Tagescours zu erlegen.

Die Caution kann erst nach erfolgter Einzahlung von 40% in Abrechnung gebracht, resp. zurückverlangt werden.

2) Im Falle einer Ueberzeichnung wird sich Seitens der Banken eine entsprechende Reduction und definitive Zutheilung unmittelbar nach dem Schlusse des Subscriptionsactes vorbehalten, nach geschlossener Zeichnung aber sofort eine konstituirende Generalversammlung berufen.

Nürnberg und **München**, im Januar 1870.

Königl. Bayer. Bank Nürnberg.

Bayerische Hypotheken- und Wechselbank München.

Geschäfts-Anzeige.

Dem hohen Adel und verehrlichen Publicum erlaube mir die ergebene Mittheilung zu machen, daß ich auf hiesigem Platze **Maximiliansstraße Nr. 24 a**, ein

Strohhut-, Putz- und Modewaaren-Geschäft

errichtet habe.

Indem ich bestrebt sein werde, stets das Neueste in den betreffenden Artikeln bieten zu können, halte ich mich dem geneigten Wohlwollen bestens empfohlen und zeichne

München, März 1870.

Hochachtungsvollst

August Cucumus.

Zur herannahenden Frühjahrs-Saison lasse ich mich zum Modernisiren von Strohhüten bestens empfohlen sein.

August Cucumus,
Maximiliansstraße Nr. 24a.

1099.

Die vorzüglichsten Sorten ächt amerikanischer

Näh-Maschinen

mit den neuesten verbesserten Apparaten für Familiengebrauch und gewerbliche Zwecke,
Original-Howe, Jones Cylinder, Wheeler & Wilsons, Grover & Baker, Singer- und Hand- Nähmaschinen
mit Stepp- und Doppelsteppstich, mit und ohne Tischgestell, empfiehlt zu **Fabrikpreisen**

Dallhammer,
10/2 Damenstiftsgasse 10/2

1096

Unterricht gratis, Garantie 4 und 6 Jahre. Zahlungserleichterung wird gestattet. Aechte Howe- und Wheeler-Wilson-Nadeln vorräthig.

Neue Sendung.

Die in Erlangen erscheinende

Wochenschrift der Fortschrittspartei in Bayern

ist pro Monat März um 15 kr., pro Quartal um 45 kr. einschließlich des Postaufschlags, durch alle Postanstalten und Buchhandlungen zu beziehen.

Kaufs-Gesuch
werthvoller alter Spitzen
und anderer
Alterthümer
bei **Sigmund Helbing,**
Theatinerstraße 34 in München.

Curse des Münchener Handelsvereins vom 4. März 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. 3 1/2% Obl.	fl. 1000	81 7/8	
4% ganz. Obl.	1000	86 5/8	86 1/8
4% halbj. Obl.	1000	86 5/8	86 1/8
4% Grundr.-Obl.	1000	86 3/4	86 1/8
4 1/2% ganzj. Obl.	1000	92	91 3/4
4 1/2% halbj. Obl.	1000	92	91 3/4
4 1/2% „Milit. „	1000	92	91 3/4
5% Obl.	1000	101 1/8	101
4% Münch. Obl.	1000		
5% „ „	1000	101 1/8	100 5/8
4 1/2% Ostbahn-Aktien .		120 1/2	120 1/4
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung . .		85 7/8	85 1/8
dto. volle		85 7/8	85 5/8
Pfdbr. d. bayer. Hyp.- u. W.-Bank	à fl. 1000	90 5/8	90 3/8
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.		100	99 3/4
Aktien „ „		829	
Bayer. Handelsbank-Act.		99	
„ Vereinsbank . .		115	
Württemberg. 4 1/2% Obl. . . .			
Oesterreich 4 1/5% Silb.-Rte. 6/7		58 3/4	58 1/2
„ Pap.-Rte „			
5% Nation.-Anl. . 6/8			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à 116 2/3			
5% Met. Stfr. v. 1866 4/7			
Oest. Bank-Aktie . .			
„ Cred.-Aktien . .		262 1/2	262 1/4
Oest.-franz. Stsb.-Aktien.			

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb. „	233 1/4	233 1/4
Preußen. 4 1/2% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. 2 1/2	95 3/8	95 1/8
„ 1884 „	94 1/2	
„ 1885 „	94 1/2	
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	106 1/2	
4% Bad. „ „	106	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	6 1/2	
Pappenheimer dto.	5 3/4	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose . .	18 1/2	
Oester. 1854er Loose à fl. 250 5/8		
„ 1860er „ à fl. 500 6/7		
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred Loose . . .		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		300
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		122
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor .	95	
Chemische Fabrik Heufeld		75
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn . . .		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn . .		
„ Siebenbürger Bahn . . .		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. I. Em. 6/7		75 1/2
dto. II. „ „		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn „	74 1/2	74 3/8

		Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn „			
„ Siebenbürger Bahn „			
„ d. Böhm. Westbahn „			
„ Alföld Fiumaner Bahn „			
Wechsel.			
Amsterdam fl. 100 holl.	K. S.		100 1/2
	L. S.		
Augsburg fl. 100 . . .	K. S.		
	L. S.		100
Berlin Rthlr. 60 . .	K. S.	105 1/8	104 7/8
	L. S.		104 7/8
Frankfurt fl. 100 . . .	K. S.		100
	L. S.		100
Hamburg M.-B. 100 . .	K. S.		88 1/2
	L. S.		88 1/2
Leipzig Rthlr. 60 . .	K. S.	105 1/8	104 3/4
	L. S.	105 1/8	104 7/8
London Pfdst. 10 . . .	K. S.	119 7/8	119 6/8
	L. S.		119 6/8
Paris Fr. 200 . . .	K. S.	95	94 7/8
	L. S.	95	94 7/8
Wien fl. 100 . .	K. S.	95 7/8	95 5/8
	L. S.		
Bank-Disconto für Platz-Wechsel . .			
„ „ Lombard. . .			
Geldsorten.			
Preuß. Friedrichsd'or		9.59	9.58
20 Francs Stücke		9.30	9.29
Preuß. Cassen-Scheine		105 1/8	104 7/8
Oest. Banknoten		96	95 7/8

Kgl. Residenz-Theater.

Samstag den 5. März 1870.

Der Weiberfeind.

Lustspiel in 1 Aufzuge v. Roderich Benedix.
Regie: Hr. Richter.

Personen:

Gustav ein junger Förster .	Hr. Häusser.
Betty, seine Frau . . .	Frl. M. Meyer.
Freiling	Hr. Christen.

Hierauf:

Tartüffe.

Lustspiel in 5 Aufzügen v. Molière.
Regie: Herr Jenke.

Personen:

Madame Pernelle . . .	Frl. Denker.
Orgon ihr Sohn, ein reicher Privatmann . .	Hr. Christen.
Elmire, seine zweite Frau	Frl. Weiß.
Damis, } seine Kinder	Herr Davideit.
Mariane, } erster Ehe.	Frl. J. Meyer.
Kleant	Hr. Büttgen..
Valére	Hr. Rohde.
Tartüffe	Hr. Possart.
Dorine, Kammermädchen .	Fr. D.-Hausm.
Loyal, Gerichtsdiener . .	Herr Keller.
Ein Polizeioffizier . . .	Hr. Leigh.
Wache.	

Ort und Zeit der Handlung: Paris 1667.

Anfang 1/2 7 Uhr. Ende um 9 Uhr.

Münchener Aktien-Theater.

Samstag den 5. März.

Das Geheimniß d. alten Mamsell.
Schauspiel in 2 Akten nebst einem Vorspiele:

Die Gauklerstochter.
Von Dr. A. E. Wollheim.

Eröffnung der Abend-Kasse 1/2 7 Uhr.

Anfang 7 Uhr. Ende 9 Uhr.

Gestorbene.

Am 28. Febr. Dreher F., Maurerswittwe v. h., 55 J. — Haushalter Ad. Spänglergehilfe v. h., 67 J. — Zopf Ant., ehem. Weber v. h., 53 J.

Am 1. März. Darchinger Georg, Privatier v. Bayerbrunn, 68 J. — Kuhn J. Bote im Ständehaus, 58 J. — Ottilinger Gg., Ausgeher v. Schliersee, 66 J. — Schmid M., Eisenbahnarbeiterin v. Thann, 53 J. — Frombeck Paul, Dienstknecht v. Oberhaching, 38 J. — Kraus Aug., Packträger v. h., 54 J. — Ziegler J. B., Zimmermannsknabe v. Freising. 4 J.

Am 2. März. Artmann M., Polizeibezirksbotensfrau v. h., 59 J. — Bauer M., Taglöhnerswittwe v. h., 62 J. — Docker A., Hofkammerrathstochter v. Neuburg a./D., 69 J. — Grasmüller Georgine, Magistratsrevisorsmädchen v. h., 1. J. — Kraus Karol., Köchin v. h., 30 J. — Schwägerl A., bgl. Schneidersfrau v. h., 56 J.

Königl. Staats-Eisenbahnen.

a Post-Z. b Kur.-Z. c Schn.-Z. d Lok.-Z. e Güt.-Z.

München — Pasing — Augsburg.

Abfahrt:	Ankunft:
5 U. 45 M. Morg. b	8 U. 10 M. Morg. d
6 U. 10 M. Morg. c	8 U. 40 M. Vorm. b
6 U. 25 M. Morg. a	11 U. 40 M. Nchm. d
11 U. — M. Vorm. a	3 U. 35 M. Nchm. a
1 U. 50 M. Nchm. d	8 U. 15 M. Abds. b
5 U. 45 M. Abds. b	9 U. 15 M. Nchts. c
6 U. 45 M. Abds. d	9 U. 40 M. Nchts. a
11 U. 20 M. Nchts. b	

München — Salzburg — Wien.

5 U. — M. Morg. e	5 U. 15 M. Morg. b
9 U. — M. Morg. b	8 U. 15 M. Morg. e
10 U. — M. Vorm. a	10 U. 18 M. Vorm. a
4 U. 30 M. Nchm. a	4 U. 10 M. Nchm. a
5 U. 40 M. Nchm. e	8 U. 55 M. Abds. e
8 U. 40 M. Abds. b	11 U. — M. Nchts. b
10 U. 10 M. Nchts. b	

München — Starnberg — Peissenberg.

Abgang in München:	Abgang in Starnberg:
6 U. 50 M. Morg.	8 U. 20 M. Vorm.
10 U. 30 M. Vorm.	12 U. 35 M. Mitt.
5 U. — M. Abds.	7 U. 25 M. Abds.

München — Ingolstadt.

6 U. 30 M. Morg. a	8 U 55 M. Morg. a
1 U. 55 M. Mitt. e	3 U. 40 M. Nchm. e
5 U. 45 M. Nachm. a	9 U. — M. Abds. a

München — Regensburg.

5 U. — M. Morg. a	8 U. 22 M. Morg. e
7 U. 45 M. Morg. b	9 U. 30 M. Vorm. b
9 U. 45 M. Vorm. a	11 U. 48 M. Mitt. e
1 U. 30 M. Nchm. e	6 U. 17 M. Abds. e
5 U. 15 M. Nchm. b	8 U. 5 M. Abds. b
7 U. — M. Abds. e	10 U. 25 M. Nchts.

München — Großhesselohe.

Abfahrt in München:	Abfahrt in Großhesselohe:
5 U. — M. Morg.	7 U. 51 M. Morg.
10 U. — M. Vorm.	10 U. — M. Vorm.
4 U. 30 M. Nchm.	3 U. 52 M. Nchm.
5 U. 40 M. Nchm.	8 U. 31 M. Abds.

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer. — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr:
Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr
für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Sonntag, den 6. März 1870. **Nr. 64.**

Politische Tagesübersicht.

Karlsruhe, 3. März. Die zweite Kammer hat das Gesetz über die Wahlbezirkseintheilung bei namentlicher Abstimmung in erster Lesung mit allen gegen 4 Stimmen bei der Anwesenheit von fünfzig Abgeordneten angenommen.

Karlsruhe, 4. März. Während der letzten drei Monate erschien ein im Auftrage der nationalen und liberalen Partei von Dr. Böttcher dahier redigirtes Bad. Landtagsblatt. Da eine Einigung über annehmbare Bedingungen des künftigen Erscheinens des Badischen Landtagsblattes nicht zu erzielen war, so wird dasselbe nicht mehr erscheinen.

Vom unteren Neckar. Dem Vernehmen nach beabsichtigen angesehene Katholiken aus hiesiger Gegend an Hrn. Professor Dr. Döllinger in München, den muthigen Kämpfer gegen den übermüthig gewordenen Jesuitenorden, gleichfalls eine Zustimmungsadresse abzusenden. Uebrigens verfängt das traurige Manöver der ultramontanen Partei nicht mehr, selbst bei Denen, die sonst in Glaubenssachen nicht zu denken gewohnt sind. Wir haben schon sehr oft schlichte Leute sagen hören: das ist denn doch zu arg, wenn man uns zwingen will, zu glauben, der Papst, auch ein sterblicher Mensch, sei unfehlbar, und diese Aeußerung wurde in ernstem Tone gesprochen. Man hat offenbar sich in Rom verrechnet, da man, gestützt auf die Dummheit der Menschen, eine so unerhörte Machination begann. Nur so fortgefahren, ihr Männer des „Syllabus“ und der „Unfehlbarkeit“, und ihr öffnet Vielen die Augen!

Darmstadt, 4. März. (Zweite Kammer.) Der von den Abgeordneten Dumont und Edinger gestellte Antrag: die Kammer wolle gegen die Aeußerung des Kriegsministers, als läge die Pensionirung von Offizieren nicht in seiner Hand, Verwahrung einlegen und erklären, daß durch die Militärkonvention und die Bundesverfassung in der konstitutionellen Verantwortlichkeit des Kriegsministeriums keine Aenderung eingetreten sei — wurde mit 18 gegen 17 Stimmen abgelehnt. — Die zweite Kammer hat mit großer Majorität für die Landwehr anstatt der geforderten 356,000 fl. nur 225,000 fl. bewilligt.

Wien, 4. März. Wir entnehmen dem Ablehnungsschreiben der HH. Rieger und Sladowsky an den Statthalterei-Leiter Koller, welches die Prager Bohemia seinem Wortlaute nach mittheilt, folgendes Wesentliche: Die genannten Parteiführer berufen sich auf ihren in der Declaration bereits präcisirten Standpunkt und könnten also von der Besprechung, falls sie ernstlich ein politisches Resulat anstreben solle, unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein für ihr Land und Volk ersprießliches Resultat sich nicht erwarten; sie würden eine persönliche Verständigung mit dem Minister des Innern, als einflußreichstem Führer der deutsch-nationalen Partei, gewiß zu schätzen wissen, aber das gegenwärtige Ministerium, welches in seinem Memorandum die sämmtlichen Slaven tief verletzende Ueberzeugungen und Absichten ausgesprochen, welches noch heute starr festhält an der ohne Zuthun der böhmischen Nation geschaffenen Verfassung, und das die Kluft zwischen dieser und unserer Declaration soeben erst für absolut unausfüllbar erklärt hat, könne unmöglich heute schon von dem aufrichtigen Wunsche beseelt sein, diese Kluft zu überbrücken. Außerdem müßten auch zu jedem Compromiß Vertreter des Kronlandes Mähren beigezogen werden.

Pest, 3. März. Ueber den Inhalt des vom Minister Eötvös in der Conferenz der Deak-Partei vorgelegten Gesetzentwurfes über die Religionsfreiheit, den wir schon gestern telegraphisch signalisirten, erfahren wir folgendes Nähere. Er enthält fast nur allgemeine Principien, deren Verwirklichung erst durch Specialgesetze erfolgt. Jedermann darf jeden beliebigen Glauben bekennen. Niemand darf in Ausübung religiöser Ceremonien verhindert oder zur Verrichtung einer mit seinem Glauben unvereinbaren Handlung gezwungen werden. Die Ausübung der bürgerlichen Rechte ist vom Glaubensbekenntnisse unabhängig. Das Glaubensbekenntniß entbindet von keiner der im Staatsgesetze angeordneten Pflichten. Die Staatsbürger dürfen sich innerhalb der gesetzlichen Schranken zu religiösen Genossenschaften vereinen, ihre kirchliche Organisation selbst festsetzen und in allen kirchlichen Angelegenheiten selbstständige Verfügungen treffen. Alle religiösen Corporationen sind unter einander und gegenüber dem Staate gleichgestellt; der Staat übt das oberste Aufsichtsrecht über die Kirchen, weßhalb die nicht recipirten Confessionen ihre Statuten einzureichen und von künftigen Aenderungen in ihrer Organisation Anzeige zu machen haben; ebenso sind die Oberbeamten namhaft zu machen und die Protocolle der Generalversammlungen einzureichen. Im Falle eines Verstoßes gegen die Landesgesetze oder gegen die öffentliche Moral darf das Ministerium die Ausführung der Beschlüsse sistiren, muß aber die endgiltige Entscheidung des Reichstages einholen. Die vom Staate gegenüber der römischen und griechisch-katholischen Kirche geübten Rechte bleiben bestehen, bis diese Kirchen sich selbstständig constituirt und das jetzt vom Staate verwaltete Vermögen übernommen haben. Die Patronatsverhältnisse werden später durch Specialgesetze geregelt. Wer das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat, darf nach zweimaliger Anzeige bei seinem Geistlichen zu jeder Confession übertreten und ist jeder Verpflichtung gegen die von ihm verlassene Kirche entbunden. Die Verschiedenheit des Bekenntnisses ist gleichgiltig für die civilrechtliche Geltung der Ehe. Für den Staat ist die Ehe ein bürgerlicher, nach den Staatsgesetzen zu beurtheilender Vertrag. — Auf Grund dieser Principien soll ein Specialgesetz entworfen werden. Eltern dürfen ihre Kinder in jeder beliebigen Religion erziehen. Wenn keine Einigung stattfindet, folgen die Söhne der Religion des Vaters, die Töchter der der Mutter. Friedhöfe auf Communalgrund sind interconfessionell; jede Glaubensgenossenschaft darf einen eigenen Friedhof anlegen. — Gleichzeitig mit dem Entwurfe zum Religionsgesetze legte Minister Eötvös in dem Deak-Club einen Entwurf zur Reorganisation der Pester Universität und Errichtung einer Universität in Klausenburg vor. Die hiesige Universität soll drei theologische Facultäten erhalten, welche der Cultusminister mit dem Bemerken vorschlug, daß die Erziehung der Geistlichen in Seminarien zur Verfinsterung zurückführe. — Das Pester Journal meldet authentisch, Georg Klapka werde in

nächster Zeit alle seine Aemter und Würden, ja sogar sein Abgeordneten-Mandat niederlegen und Ungarn verlassen. — Graf Anton Zichy wurde zum Director des Nationaltheaters ernannt.

— Ueber Pest her kommen die Meldungen, man habe bereits einen Modus ausfindig gemacht, um die Militärgrenz-Affaire in das Reine zu bringen, und die Verständigung der beiderseitigen Cabinete stehe unmittelbar bevor. Leider ist das ganz und gar falsch, und die Vereinbarung ist ferner als je. Man wird diese Wendung unter den obwaltenden Verhältnissen auch leicht begreifen. Die österreichische Regierung steht auf dem principiellen Standpunkte, Ungarn habe mit der Provinzialisirung der Militärgrenze auch eine höhere Quote zu den Zinsen der Staatsschuld beizutragen. Von diesem Principe auch nur eine Linie breit abweichen, heißt ein eclatantes Mißtrauensvotum des Reichsrathes geradezu provociren. Wie kann man denn von der Volksvertretung, von deren letzter Entscheidung ja die Sache abhängt, verlangen, daß sie nun, wo einmal nicht sie, sondern die Gegenpartei in der Zwangslage sich befindet, und wo ihr Votum den ungarischen Willen zunichte machen kann, weil die Provinzialisirung der Militärgrenze von der finanziellen Auseinandersetzung abhängt, wie kann man vom Reichsrathe verlangen, daß er der Regierung auch nur die geringste Abweichung gestatte? Auf der andern Seite steht Ungarn mit der principiellen Anschauung, es habe zur Staatsschuld nicht mehr zu zahlen, als in den Ausgleichsgesetzen stipulirt ist. Wie soll, bei der Grundverschiedenheit der beiden Standpunkte, die Verständigung so rasch erzielt sein? Lassen Sie sich einige Geduld nicht verdrießen, denn es wird noch Zeit verlaufen, bis die Frage gelöst ist. Und diesesmal wird Ungarn, um des von Oesterreich acceptirten Princips willen, in den sauren Apfel der „Zwangslage“ beißen müssen, den wir so gründlich durchgekostet haben.

Berlin, 2. März. Der allgemeinen Militärzeitung schreibt man von hier: „Der Plan zur Bildung einer auf Gegenseitigkeit beruhenden Lebensversicherungsgesellschaft für Offiziere des Heeres und der Marine, welcher bekanntlich innerhalb des Kriegsministeriums angeregt worden, ist wieder eine Strecke weiter seiner Verwirklichung entgegengeführt: Se. Maj. der König hat den Betrag von 800,000 Thlrn. als Gründungsfonds anzuweisen geruht. Somit dürfte die Gesellschaft schon in nächster Zeit in Wirksamkeit treten. Dieselbe soll nur die Eigenschaft einer Privatversicherungsanstalt erhalten, welche unter dem Protektorat des Königs steht.

Berlin, 3. März. Gestern Abend ist der Entwurf des Festungsrayons-Gesetzes an die Mitglieder des Bundesrathes vertheilt worden; es führt den Titel: „Gesetz, betreffend die Beschränkungen des Grundeigenthums in der Umgebung von Festungen“, umfaßt 26 Paragraphen nebst einem Regulativ, welches sich in fünf Abschnitten verbreitet über die Absteckung der Rayonlinie und Aufnahme der Kataster, Beschränkungen des Grundeigenthums in Bezug auf bauliche Anlagen, auf Veränderungen der Terrain-Oberfläche und Anhäufung von Materialien, auf Reparaturen und endlich über Bestimmungen, betreffend das Verfahren in Rayon-Angelegenheiten. Das Gesetz verbreitet sich über den Begriff des ersten, zweiten und dritten Rayons, die Zwischenrayons, welche in strenge und einfache zerfallen, und setzt die Normen fest, unter denen Anlagen ꝛc. innerhalb der Rayons gemacht werden können.

— Der Ausgang der gestrigen Verhandlungen über die Todesstrafe veranlaßt heute in Reichstagskreisen noch weitere Nachgedanken. Wenn die Erklärung des Grafen Bismarck bezüglich der preußischen Bundesrathstimmen doch, wider Erwarten eines großen Theiles der gestrigen Majorität, buchstäblich zu nehmen wäre, dann wird man sich im Reichstage baldigst zu entscheiden haben, ob man lieber ein norddeutsches Strafgesetzbuch mit Beibehaltung der Todesstrafe annehmen oder den jetzigen Zustand, d. h. verschiedenes Strafrecht in den verschiedenen Bundesstaaten, von denen mit zwei bis drei Ausnahmen alle noch die Todesstrafe beibehalten haben, bis auf Weiteres fortdauern lassen will. Ueber diese Entscheidung ist schließlich durch kein O oder Ach hinwegzukommen. Auch die Weser-Ztg. bemerkt heute: „Unter diesen Umständen hat der Reichstag eine ganz andere Aufgabe, als wenn es sich bloß um eine gewöhnliche parlamentarische Meinungsäußerung oder gar um die Einführung der Todesstrafe handelte. Es genügt für ihn nicht, Zeugniß abzulegen für seine Ueberzeugung, sondern er hat zu fragen, ob das Zustandekommen des Bundesstrafgesetzes scheitern soll, wenn nicht bei dieser Gelegenheit das Institut der Todesstrafe beseitigt werden kann. Mit anderen Worten: soll die eine erwünschte Reform unterbleiben, wenn nicht zugleich die andere Reform durchzusetzen ist? . . . Es kann doch darauf kein Gewicht gelegt werden, daß allerdings für etwa zwei Millionen Bundesangehöriger die Annahme des Strafgesetzbuches die Wiedereinführung der bereits abgeschafften Strafart bedeutet. In jedem größeren Ganzen müssen derartige Ausnahmen sich dem Interesse der Mehrheit unterordnen.

Berlin, 4. März. Der Reichstag hat in der zweiten Berathung den Bundesnachtragsetat pro 1870 angenommen. In demselben sind die Funktionszulagen für die Militärbevollmächtigten des Bundes in Karlsruhe, München und Stuttgart aufgeführt. Hoverbeck bekämpfte ohne Erfolg diese Posten und verlangte dieselben auf den Kriegs-Etat gesetzt, wogegen die Regierung einwendete, daß die Funktionen jener Bevollmächtigten nicht rein militärischer Natur seien.

Sternberg, 3. März. Die mecklenburgische Landesversammlung beschloß, der engere Ausschuß solle die beiden Landesherren ersuchen, sie mögen sich gegen die Einführung eines obersten Gerichtshofes für den Norddeutschen Bund erklären. Da die Justizhoheit den einzelnen Staaten des Norddeutschen Bundes geblieben sei, so würde durch die Errichtung eines gemeinsamen obersten Gerichtshofes die Competenz des Landes überschritten und das Recht der Landstände verletzt werden.

Aus **Bremen,** 2. März wird ein entsetzlicher Unglücksfall dem Börsenkurier telegraphirt: Laut einer von England eingetroffenen Depesche ist der Dampfer „Smidt“, Kapt Schweers, der hiesigen Firma G. Lange u. Co. gehörend, welcher am 6. Januar von hier mit ca. 250 Auswanderern nach Newyork expedirt wurde, gesunken. Nicht ein einziges Menschenleben wurde gerettet. (Das Datum des 6. Januar kann unmöglich richtig sein. Nach der Börsen-Ztg ist der Dampfer an der englischen Küste gescheitert. Die neueste Weser-Ztg. theilt zur Beruhigung mit, daß die Agenten des Dampfers „Smidt“ in Newyork in den von ihnen erhaltenen Telegrammen Nichts von dem Unglück melden, auch die Versicherer in London keine derartige Nachricht erhalten haben.)

Bern, 2. März. Freiherr v. Bibra, bayerischer Geschäftsträger, hat gestern dem Bundespräsidenten ein Schreiben des Königs übergeben, wonach der bisherige Gesandte bei der Eidgenossenschaft, Hr. v. Dönniges, von dieser Stelle abberufen und in gleicher Eigenschaft bei Italien beglaubigt ist. Ein Nachfolger bei der Eidgenossenschaft ist noch nicht ernannt und da auch Hr. v. Bibra auf einige Monate Urlaub erhalten hat und Bern verlassen wird, so bleibt die Stelle eines königl. bayerischen Gesandten in der Schweiz vorderhand unbesetzt. — Heute bringen die Blätter der französischen Schweiz einen Brief des Russen Netschajew vom 22. Februar d. J., in welchem derselbe, um seinen Mitgenossen im Exil, welche in Folge des russischen Auslieferungsbegehrens Haussuchungen und Verhaftungen ausgesetzt gewesen seien, weitere Unannehmlichkeiten zu ersparen, erklärt: Ich bin nicht in der Schweiz, die Mithilfe der Bundes-Regierung bei der Jagd auf mich, falls dieselbe sich dazu hergeben sollte, würde also keinen Erfolg haben.

Paris, 3. März. Morgen kommt im Senate der Senatsbeschluß zur Berathung, wodurch Artikel 57 der Verfassung von 1852 abgeschafft werden soll, welcher der constituirenden Gewalt das Recht ertheilt, die Maires auch außerhalb der Gemeinderäthe zu ernennen. In der gestrigen Sitzung, welche die Commission für den höheren Unterricht hielt, haben Sögris und Guizot, Prévost-Paradol und Laboulaye gesprochen. Es wurde beschlossen, eine Untersuchung zunächst über den Stand des höheren Unterrichts in Frankreich und den Nachbarländern, namentlich in Deutschland, England, Belgien und der Schweiz, anzustellen und zu dem Zwecke eine Liste von Fragen an die betreffenden Gesandtschaften zu richten.

Paris, 4. März. Das Journal Officiel veröffentlicht ein Decret vom 2. d. M., womit der Bischof von Grenoble, Ginouilhac, zum Erzbischof von Lyon ernannt wird.

— Emile Ollivier beabsichtigt, eine große extra-parlamentarische Commission einzuberufen, deren Vorsitz er selbst zu übernehmen gedenkt, und die sich mit allen den Angelegenheiten, welche man gewöhnlich als die große socialistische Frage zusammenfassend zu bezeichnen pflegt, von Grund auf beschäftigen soll. Diese Commission würde nicht nur von den bedeutendsten Volkswirthschaftlern aller Schattirungen gebildet werden, sondern man möchte auch Bedacht darauf nehmen, in ihr Arbeiter aus allen Gewerbs- und Industriezweigen und natürlich auch Meister und Fabrikanten der verschiedensten Branchen zu vereinigen. Auf diese Weise soll versucht werden, den mannichfachen Klagen und Beschwerden, die aus den arbeitenden Klassen laut werden, zunächst eine wirkliche praktische Form und demnächst geeignete Abhilfe zu verschaffen. Die Lohnfrage, diejenige der Arbeitszeit, der Arbeits-Einstellungen, die Regelung streitiger Dinge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, alle diese hochwichtigen Materien sollen in den Bereich der Studien dieser Commission gezogen werden.

Brüssel, 3. März. Gegenüber den Journal-Nachrichten über neuerdings vorgekommene annexionistische Demonstrationen in Luxemburg, versichert die hiesige Agence Havas-Bullier, daß diese Demonstrationen nur durch einige ausländische Arbeiter hervorgerufen seien; die Bevölkerung der Städte und des platten Landes sei jeder Veränderung abgeneigt und nur bestrebt, die Landesautonomie zu erhalten; sie werde sich gegen jede Annexion, sei es an Belgien oder an Frankreich aussprechen.

— Unter dem Vorsitze des Herrn George Odger fand am Montag Abend in **London** auf Clerkenwell-Green ein von der Land- und Arbeits-Ligue berufenes öffentliches Meeting von brodlosen Arbeitern statt, die sich etwa 2000 Mann stark eingefunden hatten. Nach längerer Discussion wurde beschlossen, dem Premier, Herrn Gladstone, ein Memoriale zu überreichen, worin die Staatsregierung ersucht wird, den wüsten Boden im Lande anzukaufen und denselben der brodlosen Arbeiterbevölkerung zur Cultur unentgeltlich zu überlassen. Ein anderes Mittel, der Massenarmuth ein Ende zu machen, nämlich die Massenauswanderung auf Staatskosten, ist, wie wir schon gemeldet, vom Unterhause mit großer Majorität zurückgewiesen worden.

— Nach einem etwas mysteriösen Telegramm des conservativen Londoner Standard aus Dublin ist der Lordkanzler für Irland, Herr O'Hagan, im Begriff, nach Rom zu reisen und zwar auf Ansuchen der englischen Regierung.

Florenz, 3. März. Die „Opinione“ sagt, Herr Sella habe gestern im Finanz-Ministerium mehrere politische Persönlichkeiten versammelt, um ihre Meinung über die Eisenbahn-Conventionen zu hören, welche in nächster Woche dem Parlamente vorgelegt werden sollen. Der König ist diesen Morgen in Mailand eingetroffen.

Aus **Rom** wird aus guter Quelle gemeldet, daß der Papst Angesichts des Anwachsens der Minorität, für den Erfolg seiner Unfehlbarkeits-Bestrebungen fürchtend, die Abstimmung über diese Frage beschleunigen will und dieselbe auf den 19. März angesetzt hat.

Rom, 28. Febr. Die Stunde der Entscheidung naht. Wenn der „Monde“ versichert, daß alles Gerede von einer ernsten und wirklichen Opposition im Concil eitel Lüge und Erdichtung böswilliger Correspondenten gewesen sei, wenn die „Union“ plötzlich ungeberdig wird und gewissen „unbegreiflichen“ Opponenten ihr „wenig ernsthaftes und mysteriöses Gebahren“ vorhält, so weiß man, woher die Parole gekommen ist und was sie bedeutet. Der Papst und die Curie sind fest entschlossen, das Dogma von der Unfehlbarkeit vor das Concil zu bringen und, was dasselbe heißt, es durch das Concil proclamiren zu lassen. Die ersten Constitutiones des Schema de ecclesia werden die Bahn brechen, eine besondere Vorlage de pontifice romano wird die Infallibilität definiren und nebenbei wird man noch durch eine besondere Manipulation der Welt beweisen, daß die zur Oeffentlichkeit gebrachten syllabistischen 21 Canones eine Mystifikation gewesen seien. Die Curie sieht voraus, daß der halbschlächtige Widerstand der meisten Bischöfe, welche die Gegen-Postulate unterschrieben haben, sich ihrem Machtgebote fügen werde. Mit der Minderzahl derer, welche auf ihrer Ansicht beharren, ist man entschlossen, energisch abzurechnen. Die neue Geschäftsordnung muß den ganzen Prozeß natürlich sehr erleichtern. Wenn sich gegen dieselbe kein erfolgreicher Protest erhebt, so kann man schon sagen, daß das Dogma angenommen worden ist und der heilige Geist gesprochen hat. Dann wird das Concil alsbald in infinitum vertagt werden, denn wenn der Papst unfehlbar ist, wozu dann der kostspielige und beschwerliche Beirath?

Bukarest, 3. März. Die Regierung legte der Kammer einen Gesetzentwurf bezüglich der Einführung der Stempelsteuer vor.

Athen, 26. Febr. Der König begibt sich im Mai nach Deutschland zum Curgebrauche. Die Königin befindet sich in gesegneten Umständen. Der Stand der Staaten ist vortrefflich.

Konstantinopel, 26. Febr. Sieben armenisch-katholische Geistliche wurden vom Papste excommunicirt. Die Pforte ließ den Dissidenten die große Kirche in Pera einräumen.

Petersburg, 1. März. Netschajeff's Freundin, die auf der Rückreise aus dem Auslande verhaftete Frau Alexandroff, soll die von Netschajeff übergebenen Papiere ausgeliefert und umfassende Geständnisse gemacht haben. Ueber den Inhalt der Geständnisse drang indeß noch nichts ins Publikum. Die Uebergießungen mit Vitriol dauern in Wilna fort. Es scheint darunter politische Absicht zu stecken, weil Damen ohne Trauerkleider davon betroffen wurden. Die Hoffnungen der Polen sind im Zunehmen.

Amerika. Ein Kabel-Telegramm der Pall Mall Gazette berichtet ausführlich über die wichtige Erklärung des Präsidenten hinsichtlich der Unionsfinanzen. Der Vorsitzende des Ausschusses für Ausgabenbewilligungen im Repräsentantenhause, Hr. Dawse, theilte einer Versammlung in New-Hampshire im Auftrage Grant's mit, daß die bisherigen Schritte der Regierung Behufs ehrlicher Erhebung und Verausgabung der Staatseinnahmen nur als ein Ausdruck der ernsten Absichten des Cabinets in dieser Richtung anzusehen seien. Jeder Dollar überflüssiger Ausgaben werde unbedenklich gestrichen werden. Diese Erklärung fand günstige Aufnahme. In Verbindung mit der Bestimmung des höchsten Gerichtshofes, daß die Acte über das Papiergeld keine rückwirkende Kraft haben solle, und mit der Verwerfung der Vorlage zur Vermehrung des im Umlauf befindlichen Papiers im Senate hat dieselbe allgemein die Erwartung hervorgerufen, daß in nicht ferner Zeit die Baarzahlungen wieder aufgenommen werden dürften, und die Wirkung auf den Geldmarkt war auch dem entsprechend.

Bayerische Angelegenheiten.

* Die Frage der Neubesetzung unseres Ministeriums des Auswärtigen ist, trotzdem Hr. Graf v. Bray-Steinburg schon vorgestern hier ankam und noch Abends Audienz bei Sr. Maj. dem Könige hatte, bis zum Augenblicke ihrer Lösung nicht näher gerückt, indem, wie wir von ganz zuverlässiger Seite erfahren, derselbe vor der Abgabe einer entschiedenen Erklärung wegen Uebernahme des Portefeuilles erst noch persönlich über die bezüglichen Verhältnisse sich eingehender zu informiren wünscht. Als richtig können wir mittheilen, daß auch für den Fall der Uebernahme des Ministeriums Graf Bray sich eventualiter den Rücktritt in seine bisherige Stellung vorbehält. Gestern dinirte der Graf bei dem Fürsten v. Hohenlohe. Ueber die Dauer seines Aufenthaltes oder über eine allenfallsige Rückkehr nach Wien ist zur Zeit irgend Etwas nicht bekannt.

* Das Direktorium der Abgeordnetenkammer hat die Wahlakten über die Neuwahl der sieben Münchener Abgeordneten geprüft und keinerlei Gründe zu einer Beanstandung gefunden, so daß in der nächsten Kammersitzung die Einführung und Beeidigung der sieben Abgeordneten Münchens statthaben kann.

Nürnberg, 4. März. In der gestrigen Versammlung des hiesigen „Volksvereins“ wurde die Absendung einer gegen das Wehrgesetz gerichteten Adresse an die Abgeordnetenkammer beschlossen. Die Adresse wird dem Abg. G. Fr. Kolb zur Uebermittelung zugesandt und deren Wortlaut stimmt vollkommen mit der Kaiserslauterer Petition

überein. Die Abgeordnetenkammer soll mit allen Mitteln den Uebergang vom System des stehenden Heeres zum Milizheere fördern und schon jetzt die Herabsetzung der Präsenzzeit beim aktiven Militär, bei der Infanterie auf 6 Monate, bei den Spezialwaffen auf 1 Jahr höchstens, ebenso die Verminderung der hohen Militärchargen und des Pensionsetats, die Abschaffung des Instituts der Freiwilligen, sowie endlich die Vereidigung des Militärs auf die Verfassung beantragen.

— Wie der N. Anz. mittheilt, hat die Nürnberger Polizei in der vorigen Woche dahier nach dem Russen Netschajeff geforscht, welcher wegen politischer Verschwörung und Mords von der russischen Regierung verfolgt wird. Nachdem durch die hiesige Polizei in der Wirthschaft, wo der demokratische Arbeiterbildungsverein sein Versammlungslokal hat, nach demselben gesucht worden, wurde der frühere Vorstand dieses Vereins auf das Polizeibureau beschieden und nach dem Flüchtling ausgefragt; man hielt ihm vor, daß er in letzter Zeit Briefe und Depeschen aus Rußland erhalten habe. Er wußte aber gerade so wenig, wie die russische Regierung und die Nürnberger Polizei, wo der Verfolgte sich befindet.

Die Stadtgemeinde **Nürnberg** hat sich erboten, im Falle der Verlegung des Appellationsgerichtshofes von Eichstädt nach Nürnberg gegen Abtretung des bisher für das Handelsappellationsgericht, Bezirksgericht, dann Stadt- und Landgericht Nürnberg verwendeten Häuserkomplexes und um einen in 4 gleichen Jahresraten zu leistenden Baukostenzuschuß von 120,000 fl. einen Neubau für alle Gerichtshöfe und Gerichte herzustellen. Von diesen Zuschüssen trifft auf die gegenwärtige Finanzperiode der Betrag von 60,000 fl. und das Justizministerium hält das Offert der Nürnberger Kollegien so auffällig günstig, was es in der That auch ist, daß es an der Genehmigung desselben durch die Kammern nicht zweifelt.

— Wie das Nürnb. Tagblatt berichtet, haben die sämmtlichen 11 Geistlichen, sowie 49 weltliche Kirchenvorsteher des Kapitels Insingen eine Vorstellung an den König gerichtet, in welcher sie die verfassungswidrige Agitation gegen Hrn. v. Harleß beleuchten und die ausführlich motivirte Bitte stellen, Se. Maj. möge „aussprechen, daß Allerhöchstdieselben, das verfassungsmäßige Recht freier Ueberzeugung schützend, den Präsidenten des Oberkonsistoriums nicht verantwortlich machen lassen für Das, was er in der Ausübung seiner Pflicht als Reichsrath gethan." Zugleich haben die Genannten Hrn. v. Harleß von diesem Schritte in Kenntniß gesetzt und die Bitte an ihn gerichtet, in dem Kampfe auszuharren; auch die Versicherung ausgesprochen, ihm treu zur Seite stehen zu wollen.

Lokales und Provinzielles.

München, 5. März.

* Die im II. Wahlkreise nöthige neue Gemeindewahl findet am Mittwoch, 9. März, im Schimmelwirthshause (Dachauerstraße) statt.

— Aus der gestrigen Debatte in der Rathhausbauangelegenheit tragen wir nach, daß Mag.-Rath Schwarzenbach sich feierlichst verwahrte, daß Hr. Architekt Hauberrisser den Bau in derselben eigenmächtigen Weise, wie bisher, fortführe, und das Stadtbauamt als oberste Baubehörde umgehe; der bisherige Vertrag mit demselben müsse gelöst werden und das Stadtbauamt vollkommen für den Bau haften. Zur nähern Motivirung der Anträge des Vorredners führt Mag.-Rath Billing an, daß die bisherigen Baukostenüberschreitungen bei dem Trakt A allein schon über 80,000 fl. ausmachen, ohne die weitern Bauüberschreitungen im Betrage von wieder 10—12,000 fl., und daß Hauberrisser ganz eigenmächtig die Pläne geändert habe. Gegen die mehrfach ausgesprochene Befürchtung, es möge durch die 6wöchentliche Sistirung des Baues eine Verschleppung eintreten, erklärt der Stadtbaurath Zenetti, daß er eine solche nicht sehe, da sowohl an Trakt B als A, mit einziger Ausnahme des Giebelbaues, für den eine Sistirung von 6 Wochen ohne allen Einfluß sei, ungehindert fortgebaut werden könne, bis der neue, unbedingt nöthige, zuverlässige Kostenvoranschlag vorliege. Wenn das Gebäude in der Landschaft nicht neugebaut werde, so sei es möglich, daß die Kostenüberschreitungen bei einfacher Bauführung bei dem bisherigen Betrage von 100,000 fl. stehen bleiben. Nachdem noch Schwarzenbach bemerkt, daß der Giebel, nach dem ursprünglichen Voranschlage auf 16,000 fl. veranschlagt, bei den jetzigen Materialpreisen auf 54,000 fl., nach den neuen Abänderungen Hauberrissers aber gar auf 65,000 fl. zu stehen kommen würde und erwähnt hatte, daß Hauberrisser auch wegen der Bildhauerarbeiten an der Haupttreppe in Trakt A selbstständig Verträge abgeschlossen habe, wurde auf Antrag des Dr. v. Schauß, um dem Magistrate allenfallsige Entschädigungskosten zu ersparen, der Zusatz zu dem Antrage bezüglich des Traktes A gestellt und angenommen.

— In der gestrigen Magistratssitzung wurde ferner beschlossen, daß das Eierpecken auf dem Viktualienmarkte während des Vormittagsgottesdienstes an Feiertagen den Schulkindern verboten sein soll. — Die ortspolizeiliche Vorschrift wegen der Einfuhr todter Kälber wurde auf ein Gesuch mehrerer Metzger und Händler dahin geändert, daß die Einfuhr nicht mehr wie bisher vom 1. Mai bis 30. Sept., sondern nur vom 15. Mai bis 15. Sept. untersagt bleibt. — Die Häuser Nr. 1—5 an der Roßschwemme werden nach Georgi abgebrochen, jene Nr. 11 und 12 an der Einschütt und Nr. 15 und 16 im Thal dieser Tage zum Abbruch versteigert werden.

Landshut, 4. März. Wir vernehmen, daß im k. Bezirksamt Landshut neuerdings einige Fälle von Hundswuth vorkamen, und wurde deßhalb vorläufig für die Orte Essenbach, Mirskofen, Buch am Erlbach, Thann, Wattersdorf und Laufenau eine sechswöchentliche Hundesperre verfügt.

Dingolfing, 2. März. Meinem Bericht über das hier stattgefundene erschütternde Brandunglück habe ich leider noch nachzutragen, daß auch der Oberbrigadier Hiebler seinen erhaltenen schweren Verletzungen erlegen ist. Der Verunglückte hinterläßt ebenfalls eine Gattin und vier Kinder, und ist der Jammer dieser beklagenswerthen Familie ein ungeheurer. Wie wir hören, soll noch ein weiterer der Verletzten sehr schwer darniederliegen und wollen wir hoffen, daß nicht ein drittes Opfer von diesem über uns hereingebrochenen schweren Verhängniß gefordert werde.

Regensburg, 3. März. In der Küche eines hiesigen renommirten Arztes ist dieser Tage eine unliebe Verwechslung vorgefallen. Es sollten da nämlich Leberknödel gekocht werden, und war hiezu eine Rindleber beim Metzger bestellt, welche von der Köchin jeden Augenblick erwartet wurde. Mit den kurzen Worten: „Da ist die Leber für den Hrn. Doktor!" brachte denn auch ein Mann eine sehr schöne Leber und — doch erlassen Sie mir die Details! Der betreffende Arzt war nicht zu Hause und, wie üblich, versuchten die Köchin und einige andere Personen die Knödel, welche für besonders delikat erklärt wurden. Als Mittags der Herr nach Hause kam, war die erste Frage desselben nach der von ihm zur Untersuchung heimgeschickten Leber eines im Krankenhause verlebten Schneidergesellen — da stieg eine fürchterliche Ahnung in der Köchin auf: in fliegender Eile wurde zum Metzger geschickt, der die Rindleber hätte liefern sollen, und der ließ sich tausendfach entschuldigen, daß er eine solche nicht schicken konnte, weil keine mehr vorhanden gewesen.

Würzburg, 1. März. Unvorsichtigkeit oder leichtfertiges Umgehen mit Schießgewehren hat auch gestern wieder ein Menschenleben gekostet. Gelegenheitlich eines Carnevalscherzes im Orte Zellingen wurde von einem jungen Burschen dieses Ortes einem guten Freunde gegenüber ein Pistol mit den Worten entgegen gehalten: „soll ich Dich erschießen", worauf der Andere sein Hemd vor der Brust mit der Antwort öffnete: „schieße nur zu!" Im Wahne, das Pistol sei nicht geladen, drückte der Erstere dasselbe ab und sein Freund stürzte zum Tode getroffen nieder. Das Pistol war, ohne daß Jemand eine Ahnung davon hatte, geladen. Der ebenfalls Bejammernswerthe, welcher das Unglück veranlaßte, soll der Verzweiflung nahe sein.

St. Ingbert (Pfalz), 3. März. Am letzten Montag Morgens zwischen 7 und 8 Uhr ereignete sich in der Kohlengrube dahier ein bedauerlicher Unglücksfall, indem ein junger Bergmann während der Arbeit in einen etwa 300 Fuß tiefen Schacht stürzte und in Folge dessen gleich eine Leiche war. Leider soll Unvorsichtigkeit des Verunglückten die Schuld tragen.

Gerichtssaal.

München, 3. März. Am 4. Jan. l. Js. war gegen den Redakteur des Vaterland, Dr. J. Sigl, vor dem Stadtgerichte Verhandlung gepflogen worden, in Folge deren derselbe wegen eines in seinem Schmutzblatte in Forsetzungen veröffentlichten Artikel: „Sendschreiben an Hrn. Jul. Knorr von R von der Donau, welcher die gröbsten Invektiven gegen die Person des Herrn Knorr enthielt, dreier einzelner Ehrenkränkungen an Hrn. Knorr, wobei als Erschwerungsgründe die Fülle, Bedeutung, lange Fortsetzung der Beleidigungen, der Gebrauch der Presse und die Rückfälligkeit des Angeklagten in Betracht kamen, für schuldig erkannt und deßhalb zu einer Arreststrafe von 42 Tagen, — dem zulässigen Strafmaximum — einer Geldstrafe von 100 fl. und zur Veröffentlichung des Urtheils nach Tenor und Motiven im „Vaterlande“ und auf seine Kosten auch in den „N. Nachrichten“ verurtheilt worden. Zu der damaligen Verhandlung war weder Dr. Sigl persönlich erschienen, noch hatte er einen Vertheidiger gesendet; — wahrscheinlich scheute sich jeder Jurist, einen so rohen pöbelhaften Angriff auf die persönliche Ehre öffentlich zu vertreten. Bezüglich der Autorschaft jenes „Sendschreibens“ stellte sich mit Zweifellosigkeit heraus, daß es von dem „hochwürdigen“ Herrn Beneficiaten Reindl in Ingolstadt, (wahrscheinlich in dem Bestreben, das Wort seines Herrn und Meisters: Liebe deinen Nächsten, wie dich selbst! — zu befolgen) verfaßt sei. — Dr. Sigl erhob gegen dieses Urtheil rechtzeitig Berufung und fand heute deren Verhandlung vor dem Bezirksgerichte München l. d. Isar statt. Dießmal war Dr. Sigl persönlich erschienen, und der Hr. Landtagsabgeordnete Dr. E. Barth hatte sich zu dessen Vertheidigung bequemt. Nach Verlesung der nöthigen Aktenstücke stellte Dr. Sigl den Antrag, die heutige Verhandlung zu vertagen, da er wegen Majestätsbeleidigung sich in Untersuchung befinde, beziehungsweise Mitverweisung wegen derselben vor das Schwurgericht. Der Vertreter des Angeklagten, Dr. E. Barth erklärte, daß er, falls heute ein Urtheil gefällt werde, nicht den Antrag auf Straflosigkeit stellen könne, denn unzweifelhaft liege objektiv eine Ehrenkränkung vor; aber er glaube, aus verschiedenen Milderungsgründen, welche bei der ersten Verhandlung nicht berücksichtigt worden seien, wie aus dem Erkenntnisse selbst sich ergebe, auf Herabsetzung des Strafmaßes antragen zu sollen. Die schon in der Untersuchung vom Angeklagten gemachte Angabe, daß er bloß das Blatt und dessen Verleger, nicht aber Herrn Knorr als Person angegriffen, sei wahr, und darin sehe er (Barth) ein an und für sich löbliches Werk, denn die Qualität des angegriffenen Blattes sei eine solche, daß es notorisch schon seit Jahren eine entsittlichende Tendenz verfolge und hier eine destruktive Wirksamkeit ausübe; die Neuesten Nachrichten lägen beständig im Kampfe gegen Katholicismus, Kirche und den Clerus; sie beschimpften die Geistlichen mit den Ausdrücken Pfaffen, Römlinge, Schwarze, Vaterlandsverräther, sie stellten die Absichten Roms als schlecht hin und hätten den päpstlichen Nuntius beschimpft; sie hätten über das bekannte Schandbild bezüglich das Concils gesagt, es zeichne treffend das Vorwärtsschreiten unserer Zeit und die Bestrebungen Roms; sie hätten eine Brochüre, betittelt die lateranische Kreuzspinne oder die Päpste als Menschenschlächter, empfohlen, sie höhnten die Missionen, die Klöster und Bruderschaften. Was würde geschehen, wenn solches gegen die höchste weltliche Autorität geschähe, wie es da gegen die höchste kirchliche Autorität der Fall sei? War es nicht Zeit, daß Jemand gegen dieses provokatorische Treiben auftrat? Daß Sigl diesen Kampf unternommen, sei sicher so entschuldbar, daß es bei der Strafausmessung als Milderungsgrund wesentlich in die Waagschale fallen müsse. Aber nicht nur gegen die geistliche, sondern auch gegen die weltliche Autorität träten die „N.N.“ auf; er erinnere nur an die Ankündigung der Originalportraits von 12 Wahlmännern aus dem bayerischen Wald und an die vielen zweideutigen Inserate. Die Richter möchten zwar den Angeklagten wegen der Form, in der er das Gebahren der „N.N.“ bekämpft hat, strafen, aber ihn entschuldigt halten, daß er es überhaupt gethan habe. — Dr. v. Schauß als Vertreter des Klägers, dankte, daß das „Kopfwaschen“, welches der Angeklagte durch seinen Anwalt ihm (Redner) angedroht habe, durch seinen Collegen so milde ausgefallen sei, nicht bloß in Folge der collegialen Achtung, sondern auch weil ein Grund zu solchem Beginnen gegen den nicht bestehe, welcher nur für verletztes Recht einstehe, und eine solche Absicht sicher an den Richtern und der öffentlichen Meinung scheitern würde. Was Herr Dr. Barth hinsichtlich der Milderungsgründe angeführt habe, sei nicht stichhaltig; Dr. Sigl habe nicht der Richtung der Neuesten Nachrichten, wie sich aus der Tendenz des ganzen Sendschreibens ergebe, zu Leibe gehen, sondern durch gemeine persönliche Verdächtigungen der Person des Hrn. Jul. Knorr dahin wirken wollen, daß derselbe nicht wieder als Abgeordneter gewählt werde, wofür noch eine große Reihe von Artikeln im Vaterlande sprächen. Er bemerke nebenbei, Dr. Sigl's Ausspruch, Frhr. v. Lerchenfeld habe die Tendenz der „N.N.“ verdammt, sei wissentlich falsch, und er könne zur Ehre der „N.N.“ erklären, daß derselbe unter der Redaktion von Knorr und Vecchioni ein eifriger Mitarbeiter derselben gewesen sei. Wenn von einer entsittlichenden Tendenz der „N.N.“ gesprochen worden, so sei dieß, — um diplomatisch zu sprechen — ungenau; eben so ungenau sei es, daß sie den päpstlichen Nuntius geschmäht hätten, von dem (der nebenbei gesagt, nicht einmal deutsch sprechen könne) sie nur gesagt haben, daß er keine, der wahren Sachlage in Bayern entsprechende Berichte nach Rom sende; unwahr sei es, daß die „N.N.“ die Brochüre über die lateranische Kreuzspinne empfohlen hätten; das Ganze sei eben eine buchhändlerische Ankündigung gewesen. Wer untergrabe die Autorität mehr als die gegnerischen Blätter, welche behaupten, Polizeidirektion, Richter, Constitution sei nur für die Liberalen da, die Allerhöchste Person habe nur Sinn für die Liberalen? die fast keines unserer Staatsgrundgesetze und die neuern Gesetze unbemäkelt lassen? Wer wolle die Bauern an beklagenswerthe Rechtszustände glauben machen? Werde etwa durch solches Gebahren der Sinn für Autorität gestärkt? Haben diese Herren nur irgend eine Berechtigung, solches zu behaupten? Ich erachte gerade hier, weil der Beklagte den Kampf in der Presse, der ewig sein wird, nicht mit anständigen Waffen führt, weil er diesen anständigen, eines Mannes würdigen Ton nicht sucht, obwohl er ihn gut finden könnte, die höchste zulässige Strafe — die mir noch nicht hoch genug erscheint, für angezeigt, und beantrage daher die Verwerfung der Berufung. Der Ausgang ist bekannt.

Theater.

(Opernbericht.) 4. März. — Nach längerem Urlaube betrat Frl. Stehle gestern als Marie in Lorzing's „Waffenschmied“ wieder unsere Hofbühne und wurde von ihren zahlreichen Verehrern rauschend empfangen. Auch wir begrüßen die ruhmbedeckte Heimgekehrte freundlichst. Hr. Kindermann in der Titelrolle und Frl. Stehle entzückten das Publikum durch den Wohllaut ihrer Stimmen und die Kunst ihres Gesanges. Hr. Fischer sang sehr hübsch und Hr. Heinrich ist als Knappe Gorg lobend zu nennen. — Von den in vergangener Woche aufgeführten Opern ist vor Allem zu erwähnen die Wiederholung der „heimlichen Ehe“ von Cimarosa. Diese herrliche Composition gewinnt bei öfterem Hören immer an Reiz und es ist wohl erklärlich, daß Kaiser Leopold, als dieselbe 1792 in Wien zum Erstenmale gegeben wurde, sie nach einer Pause von ein paar Stunden wiederholen ließ. Wie sehr die Oper damals auch das Wiener Publikum entzückte, mag der Umstand beweisen, daß 57 Vorstellungen erforderlich waren, um dem Andrange zu genügen. Auch dießmal wurde die Oper vorzüglich gegeben, namentlich gelangen die Recitative sehr gut. — Auch „Belisar“ wurde zur Zufriedenheit gegeben und können wir uns größtentheils auf unser letztes Referat über diese Oper beziehen; an Stelle des Hrn. Vogl sang Hr. Nachbaur den Alamir und wir können diese Leistung nur lobend erwähnen. — Am Fastnacht-Sonntag wurde das „eherne Pferd“ von Auber, wohl nur in Berücksichtigung des Tages und hoffentlich zum Letztenmale wiederholt. Es ist schade um die Mühe und Umsicht, mit welcher das unbedeutende Werk in Scene gesetzt wurde und wohl nur die reiche Ausstattung vermochten dasselbe bis jetzt nothdürftig über dem Wasser zu erhalten. Wenn auch in musikalischer Beziehung einige hübsche Piecen geboten werden, so sind diese theuer erkauft, durch das für unsern Geschmack durchaus nicht

mehr passende Libretto. Die Aufnahme war dem Werke entsprechend; auch keines der Mitwirkenden schien für seine Partie eingenommen. Möge das „eherne Pferd" baldigst eingeschmolzen werden.

Telegraphische Nachrichten.

Darmstadt, 5. März. Die Abgeordneten-Kammer genehmigte den zwischen dem Nordbund und Baden geschlossenen Vertrag, betreffend die Einführung gegenseitiger militärischer Freizügigkeit.

Triest, 3. März. Der Lloyddampfer „Minerva" ist soeben 9 Uhr Abends mit der ostindisch-chinesischen Ueberlandpost hier eingetroffen. Derselbe hat Posten aus Bombay vom 12., Calcutta vom 8. Februar und aus Honkong vom 25. Januar gebracht.

Berlin, 5. März. Der Reichstag hat den Gesetzentwurf betreffend die Ausdehnung der Maaß- und Gewichtsordnung auf die süddeutschen Staaten angenommen. Auf die Anfrage, wann die Münzeinheit zu erwarten sei, antwortet Minister Dellbrück, daß die Bundesregierungen beabsichtigen, die betreffende Vorlage in der nächsten Session einzubringen.

Paris, 4. März. Ein Brief des Bischofs von Montpellier, datirt aus Rom vom 27. Februar, mißbilligt den vom Bischofe von Laval gegen den Bischof von Orleans gerichteten Brief, und sagt, daß eine solche Kundgebung, ehe noch vom Konzil irgend eine Entscheidung getroffen sei, als ein Eingriff in die Freiheit des Konzils anzusehen sei.

Paris, 5. März. Ein kaiserliches Dekret vom 27. Febr. genehmigt die von den Ministern des Innern und des Krieges mit Breittmayer abgeschlossene Convention betreffs Errichtung eines Cabels, welches Frankreich mit Egypten verbindet, ohne Algier zu berühren. In keinem Falle darf dieses Cabel auf der Strecke nach Algier sich mit demjenigen Cabel kreuzen, dessen Errichtung dem Hause Erlanger jüngst zugesprochen wurde.

London, 3. März. Wochenausweis der Bank von England. Baarvorrath Zunahme 139,459 L., Notenumlauf: Zunahme 375,975 L., Notenreserve: Abnahme 204,725 L.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

New-York, den 4. März. Gold 114. Wechsel in Gold 108$^1/_2$ Bonds per 1882 112$^1/_8$. Baumwolle 22$^7/_8$. Petroleum 27$^1/_4$.

Frankfurt a. M., 5. März (Schlussc.)

Wechsel auf London	119$^7/_8$	Oest.-franz. Staatsbahn	369
„ „ Paris	95$^1/_4$	Bayr. Ostbahn-Actien	119$^3/_4$
„ „ Wien	95$^7/_8$	Elisabeth Prior. I. Em.	75$^1/_2$
5 proc. bayr. Anleihe	101	4% bayer Prämien-Anl.	106$^1/_2$
4$^1/_2$ „ „ „	91$^7/_8$	Bad. Präm.-Anleihe	105$^1/_2$
4 „ „ Grundrente	86$^3/_4$	Oesterr. Loose v. 1860	80
4 „ „ Obligat.	86$^1/_4$	„ Loose v. 1864	115$^1/_4$
5 proc. österr. Metall. engl.	—	Alessenbahn	85$^1/_2$
5 „ „ National-Anl.	—	Oberhessische Bahn	67$^1/_4$
Steuerfr. Metall. v. 1866	—	Lombarden	234
1882er Amerikaner	95$^1/_4$	Napoleons	9.30
Oesterr. Bank-Actien	697	Rente Silber 58$^1/_2$. Pap. 50$^3/_4$.	
Credit-Actien	269$^1/_4$	sehr fest. Handelsbank	—

Wien, 5. März. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	71.60	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	98.—	Steuerfr. Metall. von 1864	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	119.80	Napoleons	9.92$^1/_2$
Oesterr. Bank-Actien	730.—	Wechsel auf Augsburg	103.94
„ Credit-Actien	283.80	„ „ London	124.35
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	386.—	„ „ Paris	49.40
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	„ „ Frankfurt a. M.	103.50
„ „ Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	244.50
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 379.75 Pap.-R.	61.80

Berlin 5. März (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	45$^1/_2$	Lombarden	134$^1/_4$
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	105$^1/_2$	Italienische Anleihe	55$^1/_2$
4$^1/_2$ „ „ Anleihe	91$^5/_8$	1882er amerikanische Bonds	96$^3/_8$
Bad. Prämien-Anleihe	107	5 proc. preuss. Anleihe	101$^1/_2$
Darmstädter Actien	130	4$^1/_2$ „ „ „	93$^3/_4$
Oesterr. Credit-Actien	152$^3/_4$	Wechsel auf Augsburg	56.24
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	210$^3/_4$	„ „ Frankfurt	56.26
Staatsbahn-Prioritäten	292$^1/_2$	„ „ London	6.24$^1/_2$
Oest. fl. 500 Loose von 1860	80$^3/_8$	„ „ Paris	81$^1/_4$
„ fl. 100 Loose von 1864	65$^3/_4$	„ „ Wien	81$^1/_2$
5 proc. östr. National-Anl.			

(Münchener Schrannenbericht vom 5. März 1870.)

	Umsatz. Schffl.	Rest. Schffl.	Höchster. Durchschnittspreis	Mittlerer. Durchschnittspreis	Niedrigster. Durchschnittspreis	Gef. kr.	Gest. kr.
Weizen	2200	593	fl. 19 48	fl. 18 42	fl. 16 52	—	23
Roggen	1108	189	„ 12 12	„ 11 52	„ 11 22	—	6
Gerste	1798	2232	„ 13 56	„ 13 4	„ 12 13	—	8
Hafer	1298	256	„ 8 22	„ 7 41	„ 6 32	—	12

Gesammtumsatz: 12850 Schffl. im Betrage von 169,401 fl.. Woch... Verkauf in der Schrannenhalle: 5439 Schffl.

Curse des Münchener Handelsvereins vom 5. März 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. 3$^1/_2$% Obl.	fl. 1000	81$^1/_4$	
4% ganz. Obl.	1000	86$^5/_8$	86$^1/_8$
4% halbj. Obl.	1000	86$^5/_8$	86$^3/_8$
4% Grundr.-Obl.	1000	86$^3/_4$	86$^1/_8$
4$^1/_2$% ganzj. Obl.	1000	92	91$^3/_4$
4$^1/_2$% halbj. Obl.	1000	92	91$^3/_4$
4$^1/_2$% „ Milit. „	1000	92	91$^3/_4$
5% Obl.	1000	101$^1/_8$	101
4% Münch. Obl.	1000		
5% „ „	1000	101$^1/_8$	100$^5/_8$
4$^1/_2$% Ostbahn-Aktien		120$^1/_2$	
4% Allenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung		86	85$^1/_2$
dto. volle		86	85$^1/_2$
Pfdbr. d. bayer. Hyp.- u. W.-Bank	à fl. 1000	90$^6/_8$	90$^3/_8$
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.		100	99$^3/_4$
Aktien „ „		829	
Bayer. Handelsbank-Act.		98$^1/_2$	
„ Vereinsbank		115	
Württemberg. 4$^1/_2$% Obl.			
Oesterreich 4$^1/_5$% Silb.-Rte. $^6/_7$		58$^1/_4$	58$^1/_2$
„ Pap.-Rte „			
5% Nation.-Anl. $^5/_6$			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à 116$^2/_3$			
5% Met. Stfr. v. 1866 $^6/_7$			
Oest. Bank-Aktie			
„ Cred.-Aktien		270$^1/_4$	270
Oest.-franz. Stsb.-Aktien			
Oest. (lomb.) Südb.		234$^1/_4$	234
Preußen. 4$^1/_2$% Obl.			
Amerika. 6% Bonds P. 1882	à fl. 2$^1/_2$	95$^3/_8$	95$^1/_8$
„ „ 1884		94$^1/_4$	93$^7/_8$
„ „ 1885		94$^1/_4$	93$^3/_4$
Lotterie-Anlehens-Loose.			
4% Bayer. Prämienanleihe	à Rtl. 100	106$^1/_2$	
4% Bad. „ „		106	
Ansbach-Gunzenh.	fl. 7 Loose	13	12
Augsburger	dto.	6$^1/_2$	
Pappenheimer	dto.	5$^3/_4$	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose		18$^1/_2$	
Oester. 1854er Loose	à fl. 250 $^5/_6$		
„ 1860er „	à fl. 500 $^6/_7$	80$^1/_2$	
„ 1864er „	à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred. Loose			
Diverse Effekten. Actien der			
Maximilianshütte			300
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.			
München-Dachauer Papier-Fabrik			122
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor		95	
Chemische Fabrik Heufeld			75
Oest. Elisabeth-Westbahn			
„ Franz Joseph-Bahn			
„ Kronprinz Rudolph-Bahn			
„ Siebenbürger Bahn			
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. I. Em. $^6/_7$			75$^1/_2$
dto. II. „			
„ Kronpr. Rudolph-Bahn		74$^1/_2$	74$^1/_4$
5% Prior. Franz Joseph-Bahn			
„ Siebenbürger Bahn			
„ d. Böhm. Westbahn			
„ Alföld Fiumaner Bahn			
Wechsel.			
Amsterdam fl. 100 holl.	K. S.		100$^1/_2$
	L. S.		
Augsburg fl. 100	K. S.		
	L. S.		100
Berlin Rthlr. 60	K. S.	105$^1/_8$	104$^7/_8$
	L. S.		104$^7/_8$
Frankfurt fl. 100	K. S.		100
	L. S.		100
Hamburg M.-B. 100	K. S.		88$^1/_2$
	L. S.		88$^1/_2$
Leipzig Rthlr. 60	K. S.	105$^1/_8$	104$^7/_8$
	L. S.	105$^1/_8$	104$^7/_8$
London Pfdst. 10	K. S.	119$^7/_8$	119$^3/_4$
	L. S.		119$^3/_4$
Paris Fr. 200	K. S.	95$^1/_4$	95
	L. S.	95$^1/_4$	95
Wien fl. 100	K. S.	96	95$^3/_4$
	L. S.		
Bank-Disconto für Platz-Wechsel			
„ „ Lombard.			
Geldsorten.			
Preuß. Friedrichsd'or		9.59	9.58
20 Francs Stücke		9.30$^1/_2$	9.29$^1/_2$
Preuß. Cassen-Scheine		105$^1/_8$	104$^7/_8$
Oest. Banknoten		96	95$^3/_4$

Subscriptions-Einladung

für die

Neue Baumwoll-Spinnerei Hof,

Actien-Gesellschaft,

1100

landesherrlich genehmigt unterm 18. November 1869,

gegründet auf ein Actienkapital von fl. 700,000 in 2000 Stück Actien, auf Inhaber lautend, à fl. 350 = Thaler 200.

Die **kgl. bayer. Bank** in **Nürnberg** und die **bayer. Hypotheken- und Wechselbank** in **München** haben das einer nunmehr aufgelösten, unter der Firma: „Mechanische Baumwollspinnerei Hof" bestandenen Actiengesellschaft zugehörig gewesene große Spinnerei-Etablissement in Hof mit einer Anzahl von 58,000 Spindeln, welches Etablissement auf ein Actien- und Prioritäts-Capital von fl. 1,830,000 gegründet und später von beiden Banken gemeinschaftlich mit einem Hypothek-Capital von fl. 700,000 belehnt, sohin mit einem Capitalsaufwand von mehr als $2^1/_2$ Millionen errichtet und in Stand gesetzt worden war, im Zwangsveräußerungs-Verfahren zur Deckung ihrer erwähnten Forderung als Eigenthum erworben und dasselbe in jüngster Zeit auch bereits wieder in Betrieb gesetzt.

Die genannten Banken beabsichtigen, für dieses Unternehmen eine **neue Aktiengesellschaft** unter der Firma:

Neue Baumwoll-Spinnerei Hof,

zu bilden, die das vollständig fertige und betriebsfähige Etablissement in Grundstücken, Gebäuden, Maschinen und Utensilien, wie es den Banken zugeschlagen ist, um fl. 700,000 von diesen erwerben und mit einem Betriebskapital von fl. 500,000 ausgestattet werden soll.

Zu diesem Behufe werden die beiden Banken einen Kaufschilling von fl. 500,000 zu $4^1/_2$% verzinslich und durch $1^1/_2$prozentige Zinsbeischläge, sohin durch 6prozentige Annuitäten in $31^1/_2$ Jahren heimzahlbar, gegen hypothekarische Versicherung auf dem Kaufsobjekte in erster Rangstelle liegen lassen und den Rest des Capitalsbedarfes, nämlich die Summe von fl. 700,000 in Actien aufbringen in der Art, daß 200 Stück Actien zu je fl. 350 = 200 Thlr. auf Inhaber lautend, zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt und der vom Publikum etwa nicht gezeichnete Theil des Actien-Capitals sofort von beiden Banken zu gleichen Antheilen übernommen wird.

Die für die neue Actiengesellschaft entworfenen Statuten haben unterm 18. November 1869 die landesherrliche Genehmigung erhalten und liegen, nebst einem den Beschrieb und die Leistungsfähigkeit der Fabrik enthaltenden Prospectus, sowohl

bei der **kgl. bayer. Bank** in **Nürnberg** und deren **Filialen** in **Amberg, Ansbach, Bamberg, Bayreuth, Hof, Ludwigshafen, Passau, Regensburg, Schweinfurt, Straubing** und **Würzburg,** als

bei der **bayer. Hypotheken- und Wechselbank** in **München** und deren **Filialen** in **Augsburg, Kempten** und **Lindau**

zu Jedermanns Einsicht und Verfügung bereit.

Betrieb und Eigenthum der Fabrik gehen vom Tage der notariellen Kaufsverlautbarung an auf die neue Gesellschaft über.

Die Einzahlungen auf die Actien werden im Laufe des Jahres 1870 nur allmälig und in größeren Zwischenräumen nach näherer Anleitung der Statuten eingefordert werden, wobei jedoch die Vollzahlung jedem Actionär sowohl bei der ersten als bei jeder nachfolgenden Einzahlung frei steht.

Die **Zeichnung der Actien** findet statt bei den beiden Hauptbanken und sämmtlichen vorerwähnten Filialbanken am

Montag den 7. und Dienstag den 8. März h. Js.

Vormittags 8 bis Abends 6 Uhr und werden hiefür folgende **Subscriptionsbedingungen** festgesetzt.

1) Jeder Zeichner hat für den gezeichneten Betrag eine Caution von 10% des Nominalwerthes entweder in baarem Gelde oder in börsenmäßigen Effecten nach dem Tagescours zu erlegen.

Die Caution kann erst nach erfolgter Einzahlung von 40% in Abrechnung gebracht, resp. zurückverlangt werden.

2) Im Falle einer Ueberzeichnung wird sich Seitens der Banken eine entsprechende Reduction und definitive Zutheilung unmittelbar nach dem Schlusse des Subscriptionsactes vorbehalten, nach geschlossener Zeichnung aber sofort eine konstituirende Generalversammlung berufen.

Nürnberg und **München**, im Januar 1870.

Königl. Bayer. Bank Nürnberg.

Bayerische Hypotheken- und Wechselbank München.

Kgl. Hof- u. National-Theater

Sonntag den 6. März.

42. Vorstellung im Jahres-Abonnement.

Tannhäuser.

Romantische Oper in drei Aufzügen.
Dichtung und Musik von Richard Wagner.

Regie: Hr. Sigl.

Personen:

Hermann, Landgraf von Thüringen . . . . . . Hr. Bausewein.
Elisabeth, dessen Nichte . . . Frl. Stehle.
Tannhäuser, ... Hr. Vogl.
Wolfram von Eschinbach, ... Hr. Kindermann.
Walter von der Vogelweide, (Ritter und Sänger) Hr. Heinrich.
Biteroff, ... Hr. Fischer.
Heinrich der Schreiber, ... Hr. Weixlstorfer.
Reimar v. Zweter, ... Hr. Petzer.
Ein junger Hirt . . . . . Frl. Ritter.
Edelknaben . . . . . Frl. Hemauer. Frl. Eichheim. Fr. Högner. Frl. Tyroler.
Venus . . . . Fr. Vogl.

Drei Grazien . . . . . Frl. Branicxka. Frl. Fink. Frl. Kilian.

Schauplatz: Thüringen. Wartburg.
Zeit: Anfang d. 13. Jahrhunderts.

Kgl. Residenz-Theater.

Sonntag den 6. März 1870.

Marionetten.

Lustspiel in vier Aufzügen von W. Hackländer.

Der Regent . . . . . Hr. Richter.
Die Herzogin Mathilde, seine Cousine . . . . . Frl. Ziegler.
Prinzessin Anna, d. Schwest. Frl. M. Meyer.
Die Oberhofmeisterin . . Frl. Weiß.
Der Hofmarschall . . . Hr. Christen.
Die Hofdame der Prinzessin Frl. Ulrich.
Geheimrath v. Möller, Leibarzt des Regenten . . . Hr. Possart.
Arthur v. Reinach . . . Herr Rohde.
Liebermann, Kammerdiener des Regenten . . . . Hr. Herz.
Kammerdiener d. Herzogin Hr. Eisenek.
Diener . . . . . . Hr. Thoms.

Münchener Aktien-Theater.

Sonntag den 6. März.

Nachmittags-Vorstellung.

Abschieds-Vorstellung
des Herrn Békésy und Frl. Benda
sowie der Luft-Akrobaten **Ben Dami.**

Das Geheimniß d. alten Mamsell.

Schauspiel in 2 Akten nebst einem Vorspiele:

Die Gauklerstochter.

Von Dr. A. E. Wollheim.

Abend-Vorstellung.

Die Weiber vom Victualienmarkt.

Komische Opperette in 2 Akten von Offenbach.

Anfang 7 Uhr. Ende nach halb 10 Uhr.

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr:
Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr
für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Montag, den 7. März 1870. **Nr. 65.**

Politische Tagesübersicht.

Karlsruhe, 3. März. Bei Erwähnung des in die zweite Kammer gebrachten Antrages auf Abschaffung der Todesstrafe erzählen einige Blätter, der jetzige Großherzog habe noch kein Todesurtheil vollziehen lassen. Diese Angabe ist irrig. Das letzte Todesurtheil in Baden wurde vor ungefähr sieben Jahren vollzogen. Erst seitdem auf Antrag der Kommission für die Strafprozeßordnung sich die zweite Kammer in ihrer Sitzung vom 3. Juni 1863 mit allen gegen zwei Stimmen für Abschaffung der Todesstrafe ausgesprochen hat, ist in Folge dieser Kundgebung der faktische Zustand eingetreten, daß der Großherzog die Vollziehung der Todesurtheile durch Begnadigung sistirt, und zwar ohne Ausnahme.

Wien, 5. März. Heute hielten beide Häuser des Reichsraths Sitzungen. Auf der Tagesordnung des Herrenhauses standen nur Gegenstände von minderer Tragweite, im Abgeordnetenhause gelangte hingegen das Erwerbsteuergesetz zur dritten Lesung und wurde mit entschiedener Majorität angenommen. Dagegen stimmten die Polen, Slene, Mayrhofer, Roser und Hanisch.

— Wie man dem Pester Lloyd von hier schreibt, hat Graf Bray die letzten Tage seiner Anwesenheit in Wien benützt, sich nochmals über die Stellung Oesterreichs zu derjenigen Frage zu informiren, welche entschieden im Vordergrunde der Krisis in Bayern steht. Er hat sich, versichert der Gewährsmann des Pester Blattes, in der Ueberzeugung nur noch bestärken können, daß Oesterreich fest an dem Entschluß hält, in die Entwicklung der Dinge in Deutschland in keiner Weise einzugreifen, und noch weniger ihr vorzugreifen, sondern Zuschauer der Ereignisse zu bleiben, so lange es nicht etwa durch eine flagrante Verletzung des Prager Friedens gezwungen würde, aus seiner Reserve herauszutreten.

Prag, 4. März. Das Gerücht, daß Bibus Vice-Statthalter werden soll, entstand in czechischen Kreisen. Von unterrichteter Seite wird versichert, daß diese Ernennung sicher nicht erfolgt. Die Candidaten für den Vice-Statthalterposten sind die Reichsraths-Abgeordneten Leeder und Waidele und der niederösterreichische Statthaltereileiter Frhr. Weber v. Ebenhof. — Telegramme aus Nordböhmen lassen Hochwassergefahren sehr befürchten.

Pest, 4. März. Raspe wurde des Landes verwiesen und heute Früh auf der Ofen-Szönyer Eisenbahn nach der österreichischen Grenze transportirt, aber trotz der Reclamation der österreichischen Gerichte nicht ausgeliefert.

Berlin, 5. März. In der heutigen Sitzung des Reichstages wurde noch die Interpellation Rena 's über die Einbringung eines Gesetzentwurfes, betreffend die Actiengesellschaft, verlesen und vom Interpellanten motivirt. Delbrück erklärte hierauf, ein bezüglicher preußischer Entwurf ging den Bundesregierungen zur Begutachtung zu, die meist zustimmend ausgefallen ist. Der Justizausschuß berieth vorgestern den Entwurf, der möglichst noch in dieser Session dem Reichstage zugehen dürfte.

— Die Herren v. Schweitzer und Wagener erklären jetzt öffentlich, daß sie keine trauliche Zusammenkunft im Präsidialcabinet des Reichstags gehabt haben. — Das ist richtig. Die Unterredung fand nicht im Präsidialcabinet, sondern in einem anderen Raume des Hauses statt. Die Berichtigung hinkt also gewaltig.

Paris, 4. März. Das Memorial Diplomatique meldet: Erzherzog Albrecht wird Sonntag Paris verlassen, sich nach Cherbourg begeben und von dort wieder nach Paris zurückkommen, um von dem Kaiser Abschied zu nehmen. Auf der Rückreise nach Wien wird der Erzherzog einige Tage am Hofe zu Darmstadt verweilen, München aber nicht berühren. — In dem Vermögensstreite zwischen dem Könige Franz de Assisi und der Königin Isabella ist ein Ausgleich zu Stande gekommen, es wird daher kein Proceß stattfinden. — Die Liberté bestätigt, daß die Kaiserin Eugenie im Sommer eine Reise nach Skandinavien unternehmen wird.

Paris, 4. März. Auf eine Anfrage Brénier's antwortet der Präsident Rouher in der Senatssitzung, daß Boinvilliers und Ségur d'Aguesseau ihre Interpellationen betreffs der Unruhen in Paris zurückgezogen haben. Die beiden genannten Senatoren geben hierüber Erklärungen ab. Die erwähnten Interpellationen bleiben zurückgezogen.

— Die Herren von der Rechten, oder wie sie sich lieber nennen, von der „constitutionellen Opposition", rechnen stark auf die Frage der Maires. Man weiß, daß der Vermittlungsvorschlag des Cabinets darauf abzielt, dem Municipalrathe das Vorschlagsrecht von drei Candidaten aus seiner Mitte einzuräumen, aus denen alsdann die Regierung den Maire zu wählen, resp. zu ernennen habe. Der Linken ist dies natürlich nicht weitgehend genug, während viele Mitglieder des rechten Centrums der Regierung nur die Verpflichtung aufgelegt wissen wollen, den Maire aus der Versammlung des Municipalrathes heraus zu wählen. Gegen die oben angegebene Fassung würden also möglicherweise stimmen: die 56 Arkadier, eine große Anzahl von Mitgliedern des rechten Centrums und die gesammte Linke, so daß vielleicht die Regierungsvorlage mit einigen Stimmen in der Minderheit bleiben könnte. Aber das Ministerium sieht auch die Gefahr, und wie Ollivier erklärte, ist sein Entschluß gefaßt. Man wird im voraus erklären, daß man aus der Frage der Maires-Wahl keine Cabinetsfrage zu machen gedenke, nnd daß man bereit sei, jede Entscheidung der Kammer in dieser Sache ohneweiters anzunehmen.

— Die Gazette des Tribunaux berichtigt den Bericht des Moniteur hinsichtlich der des Complottes Angeklagten und behauptet, daß alle verhafteten Individuen verhört und confrontirt wurden. Der größere Theil der des Complots angeklagten Verhafteten verweigerte jede Antwort und Erklärung. Es verbleiben von 500 Verhafteten nur mehr 74, unter denen sich nicht Einer befindet, gegen den nicht sehr ernste Inzichten vorlägen.

Bayonne, 4. März. Es wurden Maßregeln gegen jene Carlisten getroffen, welche sich weigern sollten, den Internirungs-Bestimmungen Folge zu leisten.

London, 2. März. Einigen deutschen Blättern wurde von hier gemeldet, daß der Prinz von Wales wegen seiner Verwicklung in den Mordaunt'schen Prozeß in zwei Theatern ausgezischt wurde

und darauf hin von einem dritten wegblieb. Daran ist kein wahres Wort. Besagter Prozeß trug ihm im Gegentheil etwas Popularität ein. Die Königin drückte ihm selber brieflich ihre Freude aus, daß er freiwillig als Zeuge aufgetreten sei.

Rom, 3. März. Der Papst verfügte gegen den Osservatore Romano die Suspension auf unbestimmte Zeit, weil derselbe ohne Rücksichtnahme auf die Berichtigungen der Censur unter anderen Artikeln auch das Telegramm der „Agenzia Stefani" über die Zusammenkunft Don Carlos mit dem Herzoge von Modena in Lyon veröffentlichte. Man glaubt, daß der Osservatore Montags wieder erscheinen werde.

Bukarest, 4. März. Die Regierung legte der Kammer einen Gesetzentwurf betreffs Wiedereinführung des Tabakmonopols vor. Die Ausgaben des Cultusministeriums wurden votirt. Das Budget des Ministeriums des Innern steht gegenwärtig noch in Berathung.

Washington, 4. März. Während der Untersuchung über die neuliche Goldpanik ist der Präsident Grant von jedweder Betheiligung an den Goldspekulationen freigesprochen worden. Die Legislatur von Mississippi hat beschloßen, Capital und Zinsen der Schuld des Staates in Gold auszuzahlen. — Der Senat nahm Sumner's Amendement zur Fundirungsbill an, welches 400 Millionen 5procentiger 10-40er Bonds auszugeben befürwortet. — Der Republicaner Deweese aus Nord-Carolina hat seinen Sitz im Repräsentantenhause aufgegeben, um der Ausstoßung zuvorzukommen. Er hatte eine Cadettenstelle in Westpoint verkauft. Golloday, ein Demokrat aus Kentucky, that ein Gleiches, da ähnliche Anklagen auch gegen ihn vorliegen. Noch drei andere Mitglieder des Hauses, zwei Republikaner und ein Demokrat, werden derartiger Vergehen angeschuldigt.

Bayerische Angelegenheiten.

— Ueber den künftigen Minister des Aeußern, Graf Bray können wir folgende Personalien mittheilen: Graf Otto Kamill v. Bray ist im Jahre 1807 geboren. Sein Vater Graf François Gabriel v. Bray, geboren zu Rouen im Jahre 1765, war zuerst französischer Diplomat in Deutschland und stand dann als Gesandter an verschiedenen Höfen in bayerischen Diensten. Er starb im Jahre 1832 und ist auch als Schriftsteller durch ein Werk über Liefland bekannt. Der Sohn, der künftige Minister, war öfters im bayerischen Staatsdienste als Diplomat verwendet, wie er auch bereits im Jahre 1846 und von 1848 bis 5. März 1849 als Minister des Auswärtigen fungirte. Er ist Besitzer des Majorats Steinburg-Irlbach in Niederbayern, erbl. Reichsrath der Krone Bayern, gegenwärtig außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister in Wien (und vorher in Berlin).

— Der Abgeordnete Hr. Dr. Schüttinger liegt seit mehreren Wochen schwer danieder in Folge eines Gelenk-Rheumatismus. Bisher hat sich sein Zustand beständig verschlimmert, und bezweifelt man, ob er bei diesem Landtage noch irgendwie in Thätigkeit treten könne.

* Der vor kaum einem Jahre zum Dompropst in Eichstätt ernannte frühere Hofprediger in München, Hr. Graf Du Ponteil ist in Folge seines schon länger dauernden Herzleidens verschieden.

Lokales und Provinzielles.

München, 7. März.

* Wir erwähnen der Kuriosität halber des Umstandes, daß sich auf der Liste jener Juristen, welche die Vorlesungen des Abg. Dr. M. Barth anzuhören gesonnen sind, auch der Name des jetzigen Leiters unseres Justizministeriums befindet.

— Die Numer 62 der liberalen, zu Bayreuth erscheinenden „Oberfränkischen Zeitung" vom 4. März ist aus nicht näher angegebener Ursache polizeilich mit Beschlag belegt worden.

Bamberg. Nach einer Mittheilung in der öffentlichen Magistratssitzung vom 4. März sollen in den Tagen vom 13. bis 27. März Conferenzen durch einen Priester der Gesellschaft Jesu abgehalten werden.

Gerolzhofen, 1. Mai. Das hiesige Eisenbahnkomite beabsichtigt, demnächst die Frage wegen Erbauung einer Vicinaleisenbahn über Bräunstadt—Herlheim, Unterspiesheim, Schwebheim und Gochsheim an die Mainbrücke bei Schweinfurt durch vorerstige Erwirkung der Projektirungskonzession ihrer endlichen Bereinigung entgegenzuführen; die Bahn soll eine Länge von 6 Stunden und etwa an den bezeichneten Orten Stationen erhalten. Da die bereits bestehende Mainbrücke in Schweinfurt zur Verschaffung der Güterwägen an die Staatsbahnstation benützt werden kann, und die Kosten der Grundabtretung von den betheiligten, sehr wohlhabenden Gemeinden innerhalb ihrer Markungen größtentheils gedeckt werden, so dürften per Bahnstunde 100,000 fl. zur Instandsetzung der Eisenbahn genügen, der Distrikt und die Stadtgemeinden Gerolzhofen und Schweinfurt werden wohl selbst ergiebige Zuschüsse leisten und aus dem Vicinaleisenbahnfonde bei den Kammern, sowie aus Kreisfonds bei der nächsten Landrathsversammlung ausreichende Unterstützungen beantragen; durch ein Prämienanlehen glaubt man den Restbetrag decken zu können. An der Rentabilität des Unternehmens ist nicht zu zweifeln.

Die Gemeinde **Tiefenstockheim** bei Marktbreit hat kürzlich den gewiß merkwürdigen Beschluß gefaßt, einem „Fremden" das Heimathsrecht und die Bürgeraufnahme so lange nicht zu gewähren, als bis das Gesetz sie dazu zwingt, auch wenn der Nachsuchende Haus und Gründe in der Gemeinde sich erworben hat und sogar ein Millionär wäre. Dieser Beschluß legt jedenfalls von der in dieser Gemeinde herrschenden Humanität und Klugheit sprechendes Zeugniß ab. Hat die Gemeinde sich zu diesem Schritte vielleicht durch die Vorahnung, daß ihr die einheimischen Elemente in dieser Beziehung noch genug zu schaffen machen werden, veranlaßt gesehen, oder will sie die örtliche Eigenthümlichkeit durch keine fremde Beimischung getrübt wissen? Um Letzteres zu bewerkstelligen, wäre die hermetische Abschließung dieses Ortes mit einer chinesischen Mauer leicht ausführbar, indem derselbe nur an 3 Schluchten je einen Ausgang hat, welche Engpässe mit geringen Posten zu verrammeln wären, wodurch allen „Fremden" der Zutritt abgeschnitten und verleidet sein würde.

Aus **Dillingen** ist die Nachricht hieher gelangt, daß zwischen dem Rittmeister Frhrn. v. Beulwitz, früher bei den Kürassieren dahier, und dem Oberlieutenant Frhrn. v. Waldenfels ein Duell stattfand, wobei letzterer einen Schuß in die Brust erhielt, in Folge dessen er nun lebensgefährlich verletzt darniederliegt.

Neuburg a/D. Am 24. Febr. Vormittags zwischen 8 und 9 Uhr begab sich die Söldnersehefrau Viktoria Lenz von Riedensheim, um Mehl zu holen, in die Dachkammer; sie traf daselbst einen Mann, welcher Kleidungsstücke fortschleppen wollte; er ließ aber dieselben, als er sich entdeckt sah, fallen, ergriff die Lenz, warf sie auf ein danebenstehendes Bett und wollte ihr mit einem feststehenden Messer den Hals abschneiden, wurde aber hierau durch die kräftige Gegenwehr der Angegriffenen und durch die Hilfe der inzwischen herbeigekommenen Tochter Walburga Lenz gehindert, versetzte aber trotzdem der Ersteren 5 Stiche in den Hals, der Letzteren einen Stich in das Gesicht und einen Schnitt in die Hand. Endlich wurde er durch die beiden Weibspersonen doch überwältiget, ihm das Messer entrissen und ihm mit demselben mehrere Stiche in das Gesicht beigebracht, so daß er die Flucht ergreifen mußte, und im nahen Walde durch Holzarbeiter eingeholt wurde. Es ist der erst vor einigen Monaten aus dem Zuchthause entlassene Dienstknecht Joseph Steinle von Graisbach, k. Bez.-Amt Donauwörth. Die Verwundungen der beiden Lenz sind nicht gefährlich.

Kaufbeuren, 3. März. Am verflossenen Montag um die Mittagszeit kam ein Handwerksbursche vor die Wohnung des Söldners Nikolaus Neubrand in Ketterschwang und bat um ein Mittagsessen, was ihm auch gereicht wurde. Bei dieser Gelegenheit muß der Bursche bemerkt haben, daß sich die Tochter, welche ihm das Essen gab, allein zu Hause befand. Als sie die ihr gemachten unsittlichen Zumuthungen zurückwies, wendete er Gewalt an. Das Mädchen hat öfters epileptische Anfälle, welche sie auch dießmal durch den Schrecken bekam. Der Bursche band ihr die Füße zusammen und riß ihr dann den Rocksack, in welchem sich 3 fl. befanden, gewaltsam ab.

Vermischtes.

Worms, 5. März. Der bekannte Proceß wegen Lieferung österreichischer Sechser ist jetzt zum Abschlusse gelangt. Wie wir hö-

n, ist ein Vergleich zwischen den beiden Parteien zu Stande gekommen, und zwar in der Weise, daß der Handelsmann L. eine Summe von 1100 fl. an den Tabakshändler R. bezahlt und jede Partei ihre Kosten trägt.

— Wien, 1. März. [Vergiftung durch Laugenessenz.] Der Börsenagent Valentin Förster spürte heute Vormittags ein kleines Unwohlsein und ging deßhalb in den Greißlerladen der Katharina Mayer, Schultergasse Nr. 10, um ein Gläschen Branntwein zu trinken. Die Greißlerin gab ihm aber aus Unvorsichtigkeit statt Branntwein Laugenessenz, welche Förster zum Theile trank. Nur schnell angewandten Gegenmitteln ist es zu verdanken, daß Förster vor den schlimmsten Folgen des gefährlichen Trunkes verschont blieb.

(Zu Tode curirt.) Im Orte Eibisthal nächst Mistelbach in Niederösterreich wurde ein zehnjähriges Mädchen, das mit der Krätze behaftet war, auf den Rath der Großmutter in den heißen Backofen gesteckt — eine Cur, welche unter den Landleuten als die in solchen Fällen wirksamste betrachtet wird. Die Wirkung war auch eine derartige, daß das arme Kind mehrere bedeutende Brandwunden davontrug, gegen welche eine heilsame Salbe angewendet wurde. Am siebzehnten Tage nach dieser Prozedur bekam die Kleine den Kinnbackenkrampf. Die Großmutter versuchte mit einem Zimmerschlüssel die Zähne zu öffnen, ohne Erfolg. Da noch andere Krämpfe eintraten, so schickten die Angehörigen doch endlich nach einem Arzte. Nach viertägigen qualvollen Leiden starb das Mädchen am Mundstarrkrampf. Die gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

[Ein Fanatiker.] Wir lesen in der Grazer „Tagespost:" Im Orte * liegt eine allgemein hochgeachtete Frau schon mehrere Tage krank. Nun verlangte sie, daß sie der Pfarrer versehe. Der Pfarrer kam auch ganz bereitwillig. Als noch alle Angehörigen der Frau sammt dem Pfarrer auf den Knien lagen und um baldige Genesung beteten, stürzte der junge fanatische Caplan in's Zimmer, zog aus seiner Tasche eine Kerze und ein Kreuzlein, fing die Kranke zu besprengen und zu bekreuzen an ꝛc. Endlich beschwor er die Kranke, zu erklären, da: der Papst unfehlbar sei, denn sonst könne sie nicht selig werden. Dies geschah in Gegenwart des Pfarrers, der dazu ein entsetztes Gesicht machte.

Paris, 2. März. Wiederum ist in Paris ein schauerliches Verbrechen verübt worden. Am Montag Abend erhielt der Schreiner Maillot, in der Rue Amalot 34 bis wohnend, ein Schreiben, welches nicht datirt war, den Poststempel von Montreuil trug und folgender Maßen lautete: „Mein Freund! Ich habe heute Nacht um 3 Uhr, meine Frau in Folge eines Streites über Hrn. Humbert, ihren Herrn, ermordet. Er bleibt für unser Kind verantwortlich. Er ist die Ursache unseres Unglücks. Wenn Sie diesen Brief erhalten, so bin ich todt. Fraise." Bei Erhalt dieses Briefes holte Maillot sofort den Polizei-Commissär, der die Thür zur Wohnung Fraise's — er wohnte im nämlichen Hause, wie Maillot — aufsprengen ließ. Ein schrecklicher Anblick bot sich den Blicken dar. Auf dem Bett lag die furchtbar verstümmelte Leiche der Frau Fraise. Der Kopf war halb vom Rumpf getrennt, der Leib an zwei Stellen aufgeschnitten und die Eingeweide lagen theils auf dem Bett, theils auf dem Boden. Das Aussehen der Leiche war so schrecklich, daß der später herbeigerufene Arzt, welcher den Zustand derselben untersuchen sollte, während der Operation ohnmächtig wurde. Die ganze Sache selbst ist in tiefes Dunkel gehüllt. Man weiß nur, daß Fraise und seine Frau am Sonntag Abend bei Maillot dinirten und bis Mitternacht bei demselben blieben, um welche Zeit man sich in ganz heiterer Laune trennte. Von da an hörte und sah man Nichts mehr von den Eheleuten; nur will ein Nachbar inmitten der nächtlichen Stille drei tiefe Seufzer vernommen haben. Da in dem Zimmer Alles in größter Ordnung war, so nimmt man an, daß der Mann der Frau den ersten Hieb versetzte, als sie eingeschlafen war, und die grausenhafte Operation an ihr vornahm, als sie bereits todt war. Derselbe bediente sich als Waffe eines Rasirmessers, das man im Zimmer vorfand. Fraise muß ungefähr vier Stunden bei der Leiche geblieben sein, da er, wie gewöhnlich, um 7 Uhr Morgens wegging. Man fand in der Wohnung weder Papiere noch Geld, und schließt daraus, daß er sich keineswegs, wie er in seinem Briefe sagt, das Leben genommen hat. Fraise ist ungefähr 30 Jahre alt und auf der Lyoner Eisenbahn angestellt. Frau Fraise, noch nicht 29 Jahre alt, stand früher bei einem Herrn Humbert in Dienst, dessen Frau, welche krank war, sie in der letzten Zeit pflegte. Der Ruf der beiden Eheleute war ein ganz guter. Die Frau, ihres Standes nach eine Hosenmacherin, arbeitete ebenfalls; sie standen sich ganz gut und die Nachbarn erklären, daß sie nie gesehen, daß sie Streit mit einander hatten. Zwei verschiedene Versionen circuliren über die Motive, welche zu diesem Verbrechen Anlaß haben geben können. Nach der einen ermordete der Mann seine Frau aus Eifersucht. Derselbe scheint nämlich an ein Verhältniß zwischen ihr und ihrem früheren Dienstherrn geglaubt zu haben. Nach der zweiten Version könnte die Frau ihrem Manne eine Eifersuchtsscene gemacht haben, weil er in der vergangenen Woche zwei Mal des Nachts nicht nach Hause gekommen war. Bis jetzt hat man die Spur des Mörders noch nicht entdeckt.

— Paris, 3. März. Man hat die Leiche des Fraise, der in einem Anfall von Eifersucht seine Frau getödtet und dann aufs Furchtbarste verstümmelt hatte, aufgefunden. Derselbe hatte sich in der Umgegend von Rosny (es liegt bei Montreuil, von wo aus er sein Schreiben an seinen Freund richtete) an einem Birnbaum aufgehängt. Die Leiche wurde sofort nach Paris gebracht und in der Morgue ausgestellt. Als man ihn auffand, war er bereits 12 Stunden todt.

Telegraphische Nachrichten.

Karlsruhe, 5. März. Die Abgeordnetenkammer nahm den Antrag Kusels auf Abschaffung der Todesstrafe mit 40 gegen 9, und den Gesetzentwurf über Beseitigung geistlicher Eidesbelehrung mit allen gegen 4 Stimmen an.

Paris, 6. März. Der „Constitutionnel„ citirt die „Militärischen Blätter" in Berlin, welche sagen, daß seit der unglücklichen Einführung der mobilen Nationalgarde und des constitutionellen Regimes in Frankreich, in Europa nur zwei militärische Mächte, nämlich Preußen und Rußland, bestünden. „Constitutionnel" räth, das Gesetz betreffend die mobile Nationalgarde dahin zu modifiziren, daß dieselbe von Offizieren der Armee commandirt, und ihre Cadres aus den Depots der Linienregimenter gebildet werden sollen, und fordert die Kammern auf, den Kriegsminister in der Anwendung dieses Mittels zu unterstützen, um nicht von Preußen sich sagen lassen zu müssen, daß das constitutionelle Regime gleichbedeutend mit der Ohnmacht nach Außen sei.

Paris, 6. März. Der Moniteur de l'armée veröffentlicht ein Circulaire des Kriegsministers General Leboeuf, welches sagt, daß die von der Classe 1864 gegenwärtig beurlaubten Militärs in die Cadres der Reserve eingeschrieben wurden. — Die Nachrichten der „Opinione" in Florenz bezüglich einer von Minister Daru an Cardinal Antonelli übersendeten Note sind ungenau. Das betreffende Aktenstück beschränkt sich auf die Reklamirung des Frankreich durch das Concordat zustehenden Rechtes, einen Botschafter zum Concil zu senden.

Florenz, 6. März. Die „Opinione" versichert, Daru habe am vergangenen Monta eine neue bereits überreichte Note an Cardinal Antonelli gesendet, in welcher er erklärt: Wenn der Papst die Idee nicht aufgibt, den Antrag der Infallibilität erörtern zu lassen, werde Frankreich einen Botschafter zum Concil absenden, und wenn der Papst ihn zu empfangen verweigert, in Erwägung ziehen, was es thun solle. Der betreffende Botschafter würde ein Laie sein. — Nächsten Donnerstag legt Minister Sella der Kammer den Finanzbericht vor.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Manchester, 4. März. (Garnmarkt.) 12er Water Rylands 12. 12er Water Taylor 13¼. 20er Water Mycholls 14½. 30er Water Gidlow 16. 30er Water Clayton 16½. 40er Mule Mayoll 15. 40er

Medio Wilkinson $17\frac{1}{4}$. 36er Warpcops Qualität Rowland $16\frac{1}{4}$. 40er Double Weston $16\frac{1}{4}$. 60er Double Weston 19. Printers $\frac{16}{16}$ $\frac{24}{50}$ $8\frac{1}{2}$ Pfd. 141.

Liverpool, den 4. März. Schlussbericht. Heutiger Umsatz 10,000. Orleans $11\frac{3}{8}$. Middling amerikanische $11\frac{1}{8}$. Fair dhollerah $9\frac{3}{8}$. Middling fair dhollerah $8\frac{7}{8}$. Good middling dhollerh $8\frac{3}{8}$. Fair Bengal 8. Fair Omra $9\frac{1}{2}$. Pernam $11\frac{3}{4}$. Smyrna $10\frac{1}{4}$. Fgyptian $12\frac{1}{8}$. Amerik. per März-April ——. Dhollerah per Apr.-Mai —. Omra per Tages-Import 1018, davon Ostindische ——. Tendenz: ruhig.

New-York, den 5. März. Gold $113\frac{1}{8}$. Wechsel in Gold $108\frac{1}{2}$ Bonds per 1882 $111\frac{7}{8}$. Baumwolle $22\frac{1}{2}$, Petroleum $27\frac{1}{4}$.

Frankfurt a. M., 6. März. (Schlussc.)

Wechsel auf London	——	Oest.-franz. Staatsbahn	$878\frac{1}{2}$
„ „ Paris	——	Bayr. Ostbahn-Actien	120
„ „ Wien	$95\frac{3}{4}$	Elisabeth-Prior. I. Em	$78\frac{1}{2}$
5 proc. bayr. Anleihe	——	4% bayer. Prämien-Anl.	$105\frac{7}{8}$
$4\frac{1}{2}$ „ „ „	$91\frac{3}{4}$	Bad. Präm.-Anleihe	$106\frac{3}{4}$
4 „ „ Grundrente	——	Oesterr. Loose v. 1860	$80\frac{7}{8}$
4 „ „ Obligat.	——	„ Loose v. 1864	$117\frac{1}{8}$
5 proc. österr. Metall., engl.	——	Alsenzbahn	$85\frac{3}{4}$
5 „ „ National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	——
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	$137\frac{1}{2}$
1882er Amerikaner	$95\frac{1}{2}$	Napoleons	—.—
Oesterr. Bank-Actien	699	Rente Silber $58\frac{5}{8}$, Pap. $50\frac{5}{8}$.	
„ Credit-Actien	275	Handelsbank	—

Wien, 6. März. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	—.—	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	98.70	Steuerfr. Metall. on 1866	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	120.60	Napoleons	$9.92\frac{1}{2}$
Oesterr. Bank-Actien	—.—	Wechsel auf Augsburg	—.—
„ Credit-Actien	287.70	„ „ London	—.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	392.—	„ „ Paris	—.—
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	„ „ Frankfurt a. M.	—.—
„ „ Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	248.30
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 383.25 Pap.-R.	61.80

Berlin 6. März (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	——	Lombarden	$133\frac{3}{8}$
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	——	Italienische Anleihe	$55\frac{1}{2}$
$4\frac{1}{2}$ „ „ Anleihe	——	1862er amerikanische Bonds	$96\frac{1}{2}$
Bad. Prämien-Anleihe	——	5 proc. preuss. Anleihe	——
Darmstädter Actien	——	$4\frac{1}{2}$ „ „ „	——
Oesterr. Credit-Actien	$156\frac{1}{8}$	Wechsel auf Augsburg	—.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	$215\frac{1}{2}$	„ „ Frankfurt	—.—
Staatsbahn-Prioritäten	——	„ „ London	—.—
Oest. fl. 500 Loose von 1860	81	„ „ Paris	——
„ fl. 100 Loose von 1864	——	„ „ Wien	——
5 proc. östr. National-Anl.			

Kgl. Hof- u. National-Theater.

Montag den 6. März.

43. Vorstellung im Jahres-Abonnement.

Gustav Wasa

oder

Maske für Maske.

Schauspiel in 4 Aufzügen v. Bernhard Scholz.

Regie: Herr Richter.

Personen:

Gustav Wasa	Herr Rüthling.
Lars Olofson	Hr. Richter.
Axel Sture	Hr. Tomschitz.
Nils, Graf Gyllenstierna, Herr auf Schloß Grip	Hr. Rohde.
Anna, } seine Schwestern	Frl. Ziegler.
Friederike, } seine Schwestern	Frl. Ramlo.
Orebro, } vom Adel in Westgothland	Herr Keller.
Stegeborg, } vom Adel in Westgothland	Hr. Leigh.
Hans von Bonde, } vom Adel in Westgothland	Hr. Christen.
Oskar von Sparre, dänischer Offizier	Hr. Häusser.
Olsson, } Bauern aus Westgothland	Hr. Büttgen.
Ture, } Bauern aus Westgothland	Hr. Weizlsdorfer.
Ein schwedischer Offizier	Hr. Leibold.
Olaf, } Diener auf Schloß Grip	Hr. Eiseneck.
Erik, } Diener auf Schloß Grip	Hr. Dabideit.

Ein Diener Gustav Wasa's.
Der Adel von Westgothland.
Soldaten. Bauern. Diener auf Schloß Grip.

Die Handlung geht vor auf Schloß Grip in Westgothland.

Ende des ersten und Anfangs des vierten Aufzugs in dem Lager von Gustav Wasa vor Stockholm.

Die Kasse wird um $\frac{1}{2}$6 Uhr geöffnet.

Anfang $\frac{1}{2}$7 Uhr. Ende um 9 Uhr.

Münchener Aktien-Theater

Montag den 7. März.
Zum 12. Male:

Heidelberger Studenten

oder:

Auf eigenen Füßen.

Komisches Singspiel in 6 Bildern v. Emil Pohl und H. Wilken.

Eröffnung der Abend-Kasse $\frac{1}{2}$7 Uhr.

Anfang 7 Uhr. Ende 9 Uhr.

Königl. Staats-Eisenbahnen.

Post-Z. b Kur.-Z. c Schn.-Z. d Bol.-Z. e Güt-Z.

München — Pasing — Augsburg.

Abfahrt:	Ankunft:
5 U. 45 M. Morg. b	8 U. 10 M. Morg. d
6 U. 10 M. Morg. c	8 U. 40 M. Vorm. b
6 U. 25 M. Morg. a	11 U. 40 M. Nchm. d
11 U. — M. Vorm. a	3 U. 35 M. Nchm. a
1 U. 50 M. Nchm. d	8 U. 15 M. Abds. b
5 U. 45 M. Abds. b	9 U. 15 M. Nchts. c
6 U. 45 M. Abds. d	9 U. 40 M. Nchts. a
11 U. 20 M. Nchts. b	

München — Salzburg — Wien.

5 U. — M. Morg. e	5 U. 15 M. Morg. b
9 U. — M. Morg. b	8 U. 15 M. Morg. e
10 U. — M. Vorm. a	10 U. 18 M. Vorm. a
4 U. 30 M. Nchm. a	4 U. 10 M. Nchm. a
5 U. 40 M. Nchm. e	8 U. 55 M. Abds. e
8 U. 40 M. Abds. b	11 U. — M. Nchts. b
10 U. 10 M. Nchts. b	

München — Starnberg — Peissenberg.

Abgang in München:	Abgang in Starnberg:
6 U. 50 M. Morg.	8 U. 20 M. Vorm.
10 U. 30 M. Vorm.	12 U. 35 M. Mitt.
5 U. — M. Abds.	7 U. 25 M. Abds.

München — Ingolstadt.

6 U. 30 M. Morg. a	8 U 55 M. Morg.
1 U. 55 M. Mitt. e	3 U. 40 M. Nchm.
5 U. 45 M. Nachm. a	9 U. — M. Abds.

München — Regensburg.

5 U. — M. Morg. a	8 U. 22 M. Morg.
7 U. 45 M. Morg. b	9 U. 30 M. Vorm.
9 U. 45 M. Vorm. a	11 U. 48 M. Mitt.
1 U. 30 M. Nchm. e	6 U. 17 M. Abds.
5 U. 15 M. Nchm. b	8 U. 5 M. Abds.
7 U. — M. Abds. e	10 U. 25 M. Nchts.

Kgl. priv. bayer. Ostbahnen

München — Regensburg — Nürnberg.

Abfahrt:	Ankunft:
5 U. — M. Morg. a	8 U. 22 M. Morg.
7 U. 45 M. Morg. b	9 U. 30 M. Morg.
9 U. 45 M. Morg. a	11 U. 48 M. Mitt.
1 U. 30 M. Nchm. c	6 U. 17 M. Abds.
5 U. 15 M. Nchm. b	8 U. 5 M. Abds.
7 U. — M. Abds. c	10 U. 25 M. Nchts.
Abfahrt: München.	Abfahrt: Schleißhe[im]
5 U. — M. Früh.	7 U. 45 M. Früh.
9 U. 45 M. Vorm.	11 U. 10 M. Vorm.
1 U. 30 M. Nachm.	5 U. 52 M. Nchm.
7 U. — M. Abds.	10 U. 2 M. Abds.

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr:
Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 28/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr
für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Dienstag, den 8. März 1870. Nr. 66.

Der Katholicismus in Amerika.

Der Eigenthümer des New-York Herald lud vor Jahr und Tag in ironischer Weise den Papst ein, herüberzukommen und in seiner Villa fürlieb zu nehmen, wenn in Europa kein sicheres Plätzchen für den päpstlichen Stuhl zu finden sei. Hinter dem groben Witz liegt mehr herbe Warheit, als der Urheber desselben und das große Publikum glaubt. Der ultramontane Katholicismus schlägt hier tiefere Wurzeln und verzweigt sich rascher und weiter, als man wähnt. Seine Macht wächst hier schneller, als er in Europa an Boden verliert, und es bereitet sich hier ein bedeutungsschwereres „Auseinanderplatzen der Geister“ vor, als es drüben, trotz aller Concilien, denkbar erscheint. Pater Hyacinthe sprach sich sehr verwundert darüber aus, daß er die katholische Geistlichkeit hier, und namentlich die Bischöfe, weit päpstlicher gesinnt fand, als in Frankreich; und das Gehaben der amerikanischen Bischöfe in Rom scheint in Europa dieselbe Verwunderung zu erregen. Und doch wäre es in Wahrheit nur wunderbar, wenn es anders wäre. In dem politischen wie auch besonders in dem gesammten socialen Leben überwiegen die centrifugalen Tendenzen so stark die centripetalen, daß sich in allen Schichten der Gesellschaft ein instinktives Sehnen kund gibt, einen Halt an dem Bewußtsein zu gewinnen, Mitglied einer fest organisirten Gesellschaft zu sein. Als solche Gesellschaften nun bieten sich die Kirchen dar, die ungleich stärkere Bande um die Individuen ziehen, als es hier die staatlichen oder allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnisse zu thun vermögen: die Amerikaner sind nicht sowohl religiöser, als die Europäer, als daß sie ein größeres Verlangen nach kirchlichen Gemeinschaften tragen; das Bedürfniß nach einem gesellschaftlichen Verbande macht die Kirchen zu den eigentlichen Centren des ganzen socialen Lebens. Das erklärt es denn auch, warum eine ungeheure Mehrzahl der Adoptivbürger (die Angehörigen keiner Nationalität ausgeschlossen, namentlich nicht die Deutschen, was auch einzelne Freidenker sagen mögen, die von ihrer eigenen Gleichgiltigkeit, oder ihren Wünschen und Theorieen folgend, auf die Gesinnungen Anderer schließen) unverhältnißmäßig viel kirchlicher sind, als sie es je in ihrer Heimath waren oder geworden wären. Da nun aber die katholische Kirche weitaus die stärkste Organisation hat, so übt sie auch eine besonders große Anziehungskraft aus, weiß besonders geschickt zusammenzuhalten und immer fester zu kitten, was sie einmal zusammengebracht, und sucht mit verhältnißmäßig großem Erfolge außenstehende Elemente heranzuziehen und an sich zu fesseln. Ihr Interesse fordert aber daher auch andererseits, daß sie in dogmatischer Hinsicht und in Allem, was die Kirchenverfassung anlangt, die Idee der einheitlichen Spitze ganz besonders scharf herausbilde. Diese Momente genügten, sowohl die negirenden Apostel der Freidenkerei als die Vertreter des Protestantismus, welchen Namen sie auch führen und welcher Schattirung sie auch angehören mögen, mit einer dazwischen bis zum Haß gesteigerten Abneigung auf die katholische Kirche blicken zu lassen. Die absolute Trennung von Kirche und Staat hat uns bisher vor allen religiösen Zwistigkeiten bewahrt, und die confessionslosen allgemeinen Freischulen sind bis jetzt die lebensvolle Wurzel unserer besten politischen und socialen Errungenschaften gewesen. Diese sollen durch vom Staate unterhaltene confessionelle Schulen verdrängt, jene aufgehoben werden, indem der Staat thatsächlich in die Dienstbarkeit der Kirche gezwungen und den politischen Machthabern durch Androhung von Abspänstigmachung der katholischen Stimmgeber diese Dienstbarkeit zu einer unverbrüchlichen Pflicht gemacht wird. Die Gelegenheit mag sich bieten, später einmal eingehender auf die Schulfrage zurückzukommen. Heute erlaubt der Raum nur, einige Daten zur Beleuchtung des zweiten Punktes zu geben. Die Stadt New-York weiß am meisten davon zu sagen, wie schwer schon jetzt die Bürger zum Behufe der Bereicherung der katholischen Kirche besteuert werden. So z. B. ward 1866 dem Erzbischof von der Stadt für 1 Doll. ein halber „Block“ Grund und Boden in dem besten Theile der Stadt verkauft. Der Werth des Grundstückes ist 200,000 Doll. 1854 schon hatte die Kirche einen ganzen „Block“ für einen Zins von 83 D. 36 C. erhalten; der Block ist 1½ Mill. Doll. werth. Einige Zeit darauf erhielt die Kirche 24,000 Doll. von der Stadt für die „Erlaubniß“ bezahlt, eine Strasse durch den ihr (der Stadt) gehörigen Block ziehen zu dürfen. Außerdem wurde der Kirche der auf sie fallende Steuerantheil von 8000 Doll. für von der Stadt gemachte Verbesserungen geschenkt. 1857 ward dann der ganze Block der Kirche für 1 Doll. verkauft. An diesem Grundeigenthum allein hat die Kirche von der Stadt im Ganzen 3,200,000 Doll. verdient. Noch bezeichnender ist eine andere Transaction. 1868 wurde ein Gesetz von der Legislatur angenommen, daß eine Summe gleich 20 pCt. des Ertrages der Getränkesteuer im Jahre 1868 zur Errichtung und Unterhaltung von Schulen für Kinder verwandt werden sollte, für deren Unterricht nicht in den allgemeinen Freischulen gesorgt wäre. Die Getränkesteuer ergab 1868 1 Mill. Doll.; 20 pCt. sind mithin 200,000 Doll. Die öffentlichen Schulen haben noch, nach officiellen Angaben, für 39,000 Kinder Platz. Die Kinder, für welche nicht in ihnen gesorgt ist, sind daher nur diejenigen, deeen Eltern nicht wollen. daß in denselben für sie gesorgt werde, d. h. die römisch-katholischen, Der katholischen Kirche ist thatsächlich die ganze Summe für Secten-Schulen zugeflossen und sie ist ihr auch für die Zukunft sicher, denn nach dem Wortlaute des Gesetzes kann die Getränkesteuer aufgehoben werden, aber nach wie vor muß eine Summe gleich 20 pCt. ihres Ertrages im Jahre 1868 für den genannten Zweck verwandt werden. Im verflossenen Jahre allein ist die Stadt, einschließlich dieser 200,000 Doll., um 412,000 Doll. zum Besten der katholischen Kirche besteuert worden. Aber auch damit ist man noch nicht zufrieden. Was man bisher auf Umwegen sich verschafft, soll nun den Charakter eines rechtlichen Anspruches erhalten und der Betrag natürlich stetig erhöht werden. Das „Tablet“, ein katholisches Organ, schreibt vor etwa zwei Wochen in Bezug darauf: „Der Staat hat jüngst, aber widerstrebend, begonnen, unsere Ansprüche anzuerkennen. . . . . Es wäre besser, er thäte es gleich vollständig.“ Das ist ein starker Wink an die Herren in Albany, daß sie mit Brief und Siegel zusichern sollen, was sie bisher verstohlen gegeben, wenn sie (die Demokraten) anders bei der nächsten Wahl auf die Stimmen der katholischen Masse zählen wollen. Und wie in New-York, so ist es mehr oder weniger in allen großen Städten,

in denen eine zahlreiche irländische Bevölkerung angesessen ist. Wie und wann dem Wesen ein Ende gemacht werden wird, läßt sich nicht sagen; so viel ist aber gewiß, daß es sehr lange und schwere Kämpfe kosten wird.

Politische Tagesübersicht.

Karlsruhe, 5. März. Im weiteren Verlaufe der heutigen Sitzung nahm die zweite Kammer den zwischen Baden und dem norddeutschen Bunde abgeschlossenen Jurisdictions-Vertrag einstimmig an. Bei den Debatten wurden die kürzlich stattgehabten Verhandlungen des norddeutschen Reichstages über den Antrag des Abgeordneten Lasker mehrfach berührt. Sowohl die Minister als die der Majorität angehörenden Redner, welche das Wort ergriffen, sprachen sich entschieden, doch gemäßigt, im Sinne der bekannten Erklärungen aus, welche von der „Karlsruher Zeitung" und Badischen Correspondenz" veröffentlicht worden sind.

Karlsruhe, 5. März. Kirchliche und politische Blätter lassen nicht ab, ihrem Grimm über einzelne Brautpaare Worte zu geben, die sich der religiösen Trauuug entziehen. Damit wird nichts gut gemacht, wenn die Leute das Gesetz für sich haben. Die Kirchen müssen durch ihr Wesen, durch die sittliche Kraft, durch die Liebe ihren Angehörigen zu sich heranziehen, nicht durch Fluch und Schimpfen. Freilich, so laag der Staat mit der Peitsche des Gesetzes die Leute zur Kirchenthür hineintrieb, da war es sehr bequem für die Manner des geistlichen Amtes. Das hat aber aufgehört und das ist ein Gewinn für die Welt, wie jede Beseitigung eines innerlich unwahren Zustandes. Glauben und Frömmigkeit, so wichtig und bestimmend sie auch für den Staat und sein Glück sind, soll man nicht erzwingen wollen, weil man sie nie erzwingen kann. Erzwingen kann man nur den Schein, statt des Wesens, die Frömmelei, die Frommthuerei, statt der Frömmigkeit. Will man läugnen, daß es brave, sittliche, tugendhafte Ehepaare geben kann, auch ohne den Segen des Pfarrers? Die Frage der kirchlichen Trauung hat Jeder zu entscheiden vor dem Richterstuhl seines Gewissens und seines Herzensbedürfnisses; so allein ist's recht, weil klar, offen, aufrichtig, freiwillig.

St. Georgen, (Baden) 2. März. Als Beweis von der Art, mit welcher unsere politischen Gegner arbeiten, diene, daß ein gewisser Pfarrer seiner Gemeinde auch eine Bittschrift gegen das Stiftungsgesetz zur Unterschrift vorlegte, zuerst in seiner Wohnung und hernach in der Kirche auf dem Altar. Dabei wollte er den Leuten aufbinden, daß, wenn das neue Stiftungsgesetz in's Leben träte, der König von Preußen ganz bestimmt eines schönen Morgens nach St. Georgen käme, um die Stiftungsgelder zu holen.

Wien, 5. März. Zu der beim Minister Dr. Giskra angesagten Conferenz fanden sich an 70 Aggeordnete und sämmtliche Minister, Hasner und Wagner ausgenommen, ein. Nicht vertreten waren die Polen und Slovenen. Dr. Giskra theilte mit, daß die Regierung über die Wahlreform sich bereits schlüssig gemacht und ein Gesetz zur Abänderung der bezüglichen Paragraphe des Grundgesetzes, sowie ein Reichswahlgesetz ausgearbeitet habe. Basis der Wahlreform sei Beibehaltung der vier Wahlgruppen mit gleichmäßiger Verdopplung, so daß 111 Großgrundbesitzer, 28 Vertreter der Handelskammern, 152 Landgemeinden- und 115 Städtevertreter entfielen, zusammen 406. Allenfalls kämen noch für die größeren Städte, wie Wien, Prag, Brünn, Lemberg, Triest, 12 Abgeordnete dazu. Die Deutschböhmen, namentlich Klier, erklärten, daß sie sich gebunden erachten, für die Verdopplung der Großgrundbesitzer zu stimmen, da diese Curie auf dem Prager Landtag nur unter dieser Bedingung für die Wahlreform gewesen sei. Dasselbe erklärten Hanisch, Wolfrum, Schubert. Von Seite der Großgrundbesitzer sprach sich namentlich Eichhoff für die Verdopplung dieser Curie auf das Entschiedenste aus, namentlich aus Verfassungsrücksichten wegen der Nationalitäten in Böhmen und Mähren. Bei der Abstimmung, ob die Wahlreform anzubahnen sei, erklärten sich alle Anwesenden mit Ausnahme einiger Großgrundbesitzer dafür. Die Frage, ob nur die einfache Verdopplung auf Grund des jetzigen Systems der Landtagswahlen vorzunehmen sei, wurde nur von Wenigen bejaht. Für directe Wahl mit gleichmäßiger Verdopplung der Gruppenvertreter erklärte sich eine nicht sehr bedeutende Majorität; die Minorität, bestehend vornehmlich aus den Abgeordneten der rein deutschen Provinzen, war dagegen. Auch die Frage, ob der Reichsrath berechtigt sei, ohne die Landtage vorzugehen, wurde mit Majorität bejaht. Für den Antrag des Abgeordneten Leonardi, daß die Landtage wie bisher und daneben die Bevölkerung die gleiche Anzahl von Abgeordneten direct wähle, waren nur 10—12 Abgeordnete. Ferner wurde entschieden, daß das Reichswahlgesetz gleichzeitig mit den andern Gesetzentwürfen eingebracht werde. Um $^1/_2$10 Uhr war die Conferenz beendet, worauf sich die Anwesenden zum Thee begaben.

Wien, 5. März. Ueber die Frage, ob Herr v. Lonyay denn doch das Portefeuille des Reichs-Finanzministeriums übernehmen werde, schwebt noch immer ein mystisches Dunkel. Während Quellen, welche mit der Reichskanzlei in Verbindung stehen, andeuten, man sei beiderseits von diesem Plane abgekommen, will die „Correspondenz Schweizer" wissen, daß die Uebernahme des Reichs-Finanzministeriums durch Herrn v. Lonyay unverändert feststehe, daß dieselbe aber erst nach der Ordnung einer Reihe von schwebenden größeren Angelegenheiten erfolgen werde.

Wien, 6. März. Der „Bohemia" wird aus Wien telegraphirt, daß die Regierung eine Landtagswahlrevision für die nächste böhmische Landtagssession trotz des Ablehnungsbriefes vorbereitet.

— In einer gestern beim „Zeisig" abgehaltenen Versammlung der strikenden Setzer und Buchdruckergehilfen wurde ein Telegramm aus Pest verlesen, wonach eine bedeutende Anzahl der dortigen Buchdruckereien sich den Forderungen der Gehilfen unbedingt gefügt haben sollen. Dieses von einem Herrn Sauerwein unterzeichnete Telegramm, das die Druckereien, welche nachgeben, namhaft machte, hatte die Wirkung, daß die hiesige Gehilfenversammlung die Fortsetzung des Strikes beschloß. Auf eine telegraphische Anfrage nun, die an das Pester Gremium gerichtet wurde, erfolgte die Antwort, daß mit Ausnahme der Druckerei von Rohr & Wein in Pest alle anderen Druckereien an dem von Gremium neu aufgestellten Tarife festhalten, daß sich die Mitglieder jenes Gremiums neuerdings unter Ehrenwort verpflichtet haben, die weitgehenden Forderungen der Gehilfen abzulehnen, und daß am Samstage die Setzer und Drucker massenhaft zu der Arbeit zurückgekehrt sind. Jener Mann, der nach Wien den Gehilfen die falschen Nachrichten just zur Versammlung telegraphirt hat, trägt eine schwere Verantwortlichkeit, von welcher ihn seine Collegen nicht werden loszählen können.

Triest, 5. März. Am 1. d. Mts. fanden in Clana am Karst (Bezirk Volosca) fünfzehn Erderschütterungen statt. Am 3. wiederholte sich das Erdbeben im Bereiche Voloscas viermal. Das Statthaltereipräsidium entsendete eine Commission an die beschädigten Orte, um Erhebungen vorzunehmen und Unterstützungs-Maßregeln zu treffen.

Prag, 5. März. Die Bestätigung der Wahl Dittrich's zum Bürgermeister ist bereits herabgelangt. — Die czechischen Mitglieder der Stadtvertretung beschlossen, die Wahl in den Bezirksschulrath abzulehnen. — Der deutsche Lehrerverein beschloß, um Aufhebung des obligaten Religionsunterrichtes zu petitioniren. — Kardinal Schwarzenberg wird demnächst nach Böhmen zurückkehren. — Die durch Zeidler's Tod erledigte Stelle eines Prämonstratenser-Abtes wird vorläufig nicht besetzt. Die Verhältnisse des Stiftsvermögens sollen nicht besonders günstig sein, und da die Taxen bei der Abtwahl 40,000 fl. betragen, wird jetzt nur ein Administrator gewählt.

Prag, 5. März. Die Elbe-Dampfschifffahrt-Gesellschaft beschloß in der heutigen Generalversammlung die Vertheilung einer Dividende von 6$^1/_2$ Percent und die Einlösung des Militär-Coupons 8 fl. 40 kr. Der Reingewinn beträgt 48,756 fl.

Pest, 4. März. Das neue Religionsgesetz hat außer der clericalen, auch schon eine liberale Opposition gegen sich. Von protestantischer Seite darf es einen heftigen Widerstand erwarten, da man in dem Aufsichtsrechte des Staates und dem Rechte der Suspension von Beschlüssen, die seitens der Kirchenrepräsentationen gefaßt sind, eine politische Einmischung wittert. Sei auch von Eötvös, dem ja die Au-

tonomie der Kirchen über Alles geht, in dieser Hinsicht nichts zu fürchten, so könne doch später eine arge Gefahr entstehen. Drei Viertel der siebenbürgischen Abgeordneten, darunter die Deutschen dürften sich der Opposition gegen den betreffenden Paragraph anschließen. In Siebenbürgen hat nämlich schon das alte Gesetzbuch vom Jahre 1653 den staatlich anerkannten Religionen das Recht zugesichert, ihre Kirchenordnung selbst zu regeln, und zwar in so unbeschränktem Umfange, daß von einer Verpflichtung, für ihre Beschlüsse und Constitutionen die Genehmigung der Regierung einzuholen oder von den Beschlüssen auch nur Anzeige zu erstatten, nicht die Rede ist. Die Siebenbürger, namentlich die in den letzten Jahren mit gerechtem Mißtrauen erfüllten Sachsen, sehen also in dem Gesetzentwurfe einen Rückschritt von mehr als 2 Jahrhunderten.

Pest, 5. März. Heute Nachmittag veranstalteten die beeidigten Honved-Distriktskommandanten ein Festbanket, bei welchem Erzherzog Joseph erschien, der mit stürmischen Beifall begrüßt wurde. General Graeff toastete auf den Kaiser, Oberst Mariassy auf die Kaiserin, Hollan auf den Erzherzog Joseph, Graf Vay auf den Grafen Andrassy, Kerkapolyi auf die gesammten Honveds. Ein zweiter Toast Hollan's auf die Brüderlichkeit zwischen Ungarn und Kroatien wurde vom Oberst Kulmer in begeisterter Weise erwidert. — Der Unterrichtsminister Baron Eötvös brach heute dicht am Landhause auf der Straße ohnmächtig zusammen, erholte sich jedoch bald. Klapka dementirt die Nachricht, daß er beabsichtige, Ungarn zu verlassen.

Berlin, 5. März. Der durch zwei gleichlautende richterliche Erkenntnisse wegen im Amte begangener Mißhandlung einer Braut verurtheilte Ober-Consistorialrath Dr. Fournier hat nunmehr, wahrscheinlich einem Drucke von außen folgend, seine Amts-Entlassung nachgesucht. Pastor der französischen Gemeinde ist er seit 44 Jahren.

Sternberg, 3. März. Die Stände des Kreises Stargard haben den Regierungsantrag genehmigt, wonach eine Summe von 125,000 Thlrn. aus Landesmitteln zum Bau der Eisenbahn Berlin-Neustrelitz-Stralsund, sei es für die jetzt projektirte Linie oder für eine andere Linie gleicher Richtung hergegeben werden soll.

Paris, 5. März. Der Gaulois veröffentlicht ein Telegramm aus Madrid vom 4. d., meldend, daß der Herzog von Montpensier unter unbeschreiblichem Enthusiasmus der Bevölkerung seinen Einzug in Madrid hielt. Der Herzog beabsichtige, definitiv in Madrid zu verbleiben. Der Gaulois versichert, die Thron-Candidatur des Herzogs von Montpensier gewinne täglich mehr an Boden.

Paris, 5. März. Graf Daru verlangt in seiner Depesche an den Grafen Banneville die Freiheit für die unterdrückte Minorität im Concil; Banneville wird zugleich angewiesen, den römischen Hof auf die übeln Folgen aufmerksam zu machen, welche jeder Eingriff in das Concordat nach sich ziehen würde. Der französische Minister der auswärtigen Angelegenheiten erklärt, daß er nicht daran denke, sich in die Discussion über Dogmen, Schemen und canonische Fragen einmischen zu wollen, daß aber das Concordat als ein bestehender internationaler Vertrag aufzufassen sei. Die Opposition gegen die herrschende Partei am römischen Hofe wächst, und in maßgebenden Kreisen hält man die Vertagung der Berathungen, beziehungsweise Beschlußfassungen des Concils für so gut als gewiß. — Seitdem man im Lande sieht, daß es Ollivier allen Ernstes verschmäht, sich auf die Vertreter und Anhänger des persönlichen Regiments zu stützen, wächst das Vertrauen in die Zukunft des Cabinets. Der Kaiser seinerseits erkennt, daß Ollivier ihm einen Dienst geleistet, indem er jede Gemeinschaft mit den Helden der Reaction zurückgewiesen. Das Einvernehmen zwischen dem Staatsoberhaupte und seinen Ministern wird täglich besser. Rouher und die anderen Ex-Minister, welche sich gegen die Modificirung des Art. 57 der Verfassung sträuben, sind vom Kaiser ersucht worden, ihren unzeitigen Widerstand einzustellen.

Paris, 6. März. Das Urtheil in der Sache der Reforme lautet für Malespine auf 3 Monate Gefängniß und 2000 Francs Strafe, für Flourens auf 3 Monate Gefängniß und 1000 Francs Strafe, für Gaschiet und Morel 1 Monat und 500 Francs, Douvet 2 Monate und 1000 Frcs., Vermorel und Clement 4 Monate und 2000 Frcs. — Das Correctionelgericht hat einen großen Theil der wegen Theilnahme an den Ruhestörungen angeklagten Personen zu Gefängnißstrafen von einem bis zu dreizehn Monaten verurtheilt.

Aus **Rom** bringt die Allg. Ztg. eine Uebersicht der in Rom anwesenden Bischöfe nach der Parteistellung. Die Franzosen selbst unterscheiden drei Fractionen: Liberale, Ultramontane und Tiersparti (d. h. solche, die keine Adresse unterzeichnet und sich ihre Abstimmung offen erhalten haben). Zur liberalen Fraktion gehören Alby, Gaz, Marseille, Nizza, Cahors, Mende, Perpignan, Bayonne (zweifelhaft), Montpellier, Valence, Viviers, La Rochelle, Lucon, Besancon, Metz, Nancy, Verdun, Annecy, Autun, Dijon, Grenoble, Paris, Orleans, Rheims, Chalons, St. Brieux, Vannes, Bayeux, Coutances, Evreux, zusammen 30 Stimmen. Ultramontan sind: Rodes, Aire, Nimes, Angouleme, Poitiers (im Superlativ), Belley, St. Diez, Straßburg, Le-Puy, Tulle, St. Jean de Maurienne, Langres, St. Claude, Blois, Chartres; Meaux, Versailles, Amiens, Beauvais, Rennes (ein malcontenter Ultramontaner), Seez, Moulins, Toulouse, Carcassonne, Montauban, Laval und Le Mans, 27 Stimmen. Zum Tiersparti, an dessen Spitze der Cardinal-Erzbischof von Rouen steht, rechnet man: Perigueux, Bourges, Tarantaise, Cambray, Arras, Nevers, Troyes, Pamiers, Tours, 10 Stimmen. Die Bischöfe von Digne, Frejus und Toulon und Soissons werden als „ungewiß" bezeichnet. Die englischen Bischöfe sind gleichfalls getheilt. Manning hat doch nur einen einzigen nach sich zu ziehen vermocht. Zwei, Errington und Clifford haben die Adresse gegen die Unfehlbarkeit unterzeichnet. Sechs, unter ihnen Ullathorne von Birmingham, bilden auch einen Tiersparti, der jede Unterzeichnung für oder wider ablehnt. Aehnlich steht es mit den irischen Bischöfen. Der römisch geschulte Cullen, welchen der Papst den irischen Bischöfen in gleicher Absicht als Primas aufgenöthigt hat, wie er den englischen Bischöfen den Manning wider ihren Willen octroyirte, ist selbstredend Infallibilist und würde sich freuen den gebildeten Irländern dieses Dogma, das sie verabscheuen, mit Hülfe der unteren Volksklassen aufzuzwingen. Moriarty und Leahy (von Dromore) haben die Petition gegen die Unfehlbarkeit unterschrieben. Mac Hale von Tuam und einige mit ihm gehören zum Tiersparti während die Mehrzahl der irischen Bischöfe in der päpstlichen Unfehlbarkeit ein Mittel sieht, ihren Einfluß auf das Volk zu verstärkend. Wie die süditalienischen Bischöfe sich die Dinge ansehen, zeigt folgender Zug. Ein italienischer Staatsmann äußerte sich gegen zwei derselben über die maßlosen, im Schema von der Kirche enthaltenen Ansprüche und fragte, ob sie denn wirklich solchen Decreten zuzustimmen gedächten. Wir können nicht gegen den heiligen Vater gehen, war die Antwort. Als der Staatsmann auf die deutschen Bischöfe und deren Selbstständigkeit hinwies, erwiderten sie: das können diese, da sie sehr reich sind. Ein anderer von diesen Süditalienern drang in einer Concilsrede zur Erheiterung der Versammlung auf das stete Tragen des Talars, weil ja auch Christus in einem Talar auferstanden und gen Himmel gefahren sei.

Aus **Rom** wird von gut unterrichteter Seite geschrieben, der Papst beabsichtige die erledigten Cardinalshüte, deren Zahl sich nach dem Tode des Cardinals de Bonald auf 18 erhöht hat, erst nach Schluß des Concils zu vertheilen. Sie sollen für Pius IX. eine Belohnung für die besonders gefügigen Prälaten abgeben.

— Dem feudal-clericalen Wiener „Vaterland" wird aus **Rom** geschrieben: „Eine Erklärung gegen die Breslauer Unterzeichner von Zustimmungs-Adressen an Döllinger Seitens des hochwürdigen Fürstbischofs Förster ist seither nicht in die Oeffentlichkeit gedrungen. Hingegen hat die entschiedene Protestation der Namslauer Pfarrgeistlichkeit gegen die von jenen Professoren aus Breslau ausgesprochenen Grundsätze eine bedeutungsvolle Kundgebung der obersten Instanz veranlaßt. In der letzten Congregationssitzung erhielt Fürstbischof Förster ein Schreiben des heiligen Vaters, worin er beauftragt wurde, der genannten Pfarrgeistlichkeit die Zufriedenheit Sr. Heiligkeit mit dem Zusatze auszudrücken, daß der Statthalter Christi ihr mit besonderem Wohlwollen den apostolischen Seegen ertheile."

Portugal. Das Journal di Commercio vom 25. Februar

schreibt: „Heute geht das Gerücht, die Korvette Dom Henrique solle eine politische Persönlichkeit nach den Azoren bringen und diese soll keine andere als der Herzog von Saldanha seyn. Die Regierung will ihn von Lissabon entfernen. Wir wissen nicht, was an dieser Nachricht Wahres ist, allein man spricht davon ganz laut. Wir sind in einem Zustande, der dem Belagerungszustande sehr nahe kommt. Die Regierung glaubt an Aufstandsversuche, die in ihrer Einbildung bestehen oder von ihr vorgeschützt werden. Die Artillerie durchzieht die Straßen von Lissabon mit großem Gerassel und die getroffenen Vorsichtsmaßregeln sind der Art, daß man an eine drohende politische Katastrophe glauben könnte. Es scheint fast, las wolle man in Ermangelung der Sypathieen des Volkes zu einem Systeme der Einschüchterung seine Zuflucht nehmen."

Bayerische Angelegenheiten.

— In der „Donauzeitung" wird der fernere parlamentarische Feldzugsplan der „Patrioten" von einer indiskreten Feder zur Kenntniß gebracht. Danach sollen die sogenannten Fachminister „vorderhand" bleiben, sich aber bequemen müssen, „manches Unrecht wieder gut zu machen." So soll Hr. v. Lutz schon jetzt beabsichtigen, den durch Hrn. v. Gresser abgesetzten Geschichtsprofessor Mittermüller in Metten zu reaktiviren. Kultusminister soll er freilich doch nicht bleiben dürfen, „da die patriotische Fraktion entschlossen ist, dieses Ministerium als überflüssig zu streichen und die Angelegenheiten desselben dem Ministerium des Innern zu unterstellen." Nach der Ansicht des niederbayerischen Blattes ist also die Intelligenz schon so weit gediehen, daß ein besonderes Kultusministerium überflüssig ist. Dasselbe Blatt enthält auch die Ankündigung, daß die „Patrioten" gegen den Kabinetssekretär Eisenhart Sturm laufen wollen, d. h. die Wahl seiner persönlichen Umgebungen soll dem Könige künftig nicht mehr frei stehen. Dieselbe Zeitung protestirt in ihrer heutigen Nummer auf das Entschiedenste gegen jede Gehaltaufbesserung der Schullehrer als zur Zeit unthunlich und fügt hinzu, wenn sich Uebers.üsse herausstellen, möge man lieber die Steuern ermäßigen als den Schullehrern hilfreich beispringen. Die Hauptsache müsse eben doch sein „die patriotische Sache unter allen Umständen möglich und populär zu erhalten!" Nun das ist doch wenigstens deutlich! Die „Patrioten" sind also in erster Linie nach München geschickt worden, um den angeblich überbürdeten Bauernstand zu entlasten, und können sie dieses nicht, so werden sich die Bauern wieder einer andern Partei anschließen. Wenn die „bayrische Selbstständigkeit" und „katholische Religion" so nebenbei gewahrt werden können, so ist es gerade recht, die Hauptsache bilden sie aber nicht. Man wird diesen Beitrag zur Charakteristik der „Patrioten" nur dankenswerth nennen können.

×× **München**, 7. März. (XVII. öffentl. Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Nachdem der I. Präsident Dr. Weis das k. Dekret bezüglich der Verlängerung des Landtags bis 12. April incl. verlesen und die Einladung des k. Obersteeremonienmeisters v. Moy zu den am Mittwoch und Donnerstag in der St. Cajetans-Hofkirche stattfindenden Exequien für weiland Se. Majestät König Max II. bekannt gegeben hatte, erhielt der k. Staatsminister des Innern, v. Braun das Wort. Derselbe legte den Entwurf eines Bürgerwehr-Gesetzes und eines Gesetzes zur Regelung der Vermögensverhältnisse der Landwehr älterer Ordnung vor und bemerkte hiebei, daß der Gesetzentwurf über die Bürgerwehr sich an die neue Gemeindeverfassung und die Bestimmungen über den Erwerb des Bürgerrechtes anlehne; daß die Staatsregierung die Errichtung einer Bürgerwehr in allen, den Kreisregierungen unmittelbar untergeordneten Städten für nothwendig halte, in den übrigen Städten und Gemeinden eine solche dem freien Ermessen derselben überlasse. Die Bürgerwehr wird gleichmäßig, aber möglichst einfach uniformirt und bewaffnet. Die Organisation schließt sich an jene der Landwehr älterer Ordnung an; da sie aber nicht mehr zur äußeren Vertheidigung, sondern nur zur Aufrechthaltung der Ruhe, Sicherheit und Ordnung im Innern Verwendung findet, so wird sie nur mehr den Charakter eines localen Institutes, nicht mehr jenen eines zusammenhängenden Ganzen haben. Sie wird keine einzelnen Waffengattungen und auch keine Schützen oder Jäger haben, weil für ihre Zwecke die Infanterie genügt. Bezüglich des Gesetzentwurfes über die Regelung der Vermögensverhältnisse der älteren Landwehr theilte der k. Staatsminister mit, daß das Vermögen der ältern Landwehr im ganzen Königreiche 445,000 fl. betrage, daß nur sieben Landwehrabtheilungen Schulden besäßen, welche von der Regierung auf die politischen Gemeinden, denen die Landwehrabtheilungen angehört hätten, übertragen worden seien. Der Entwurf enthalte noch eine besondere Bestimmung bezüglich der Reluitionsgelder, um endlich diese sich schon lange fortschleppende Angelegenheit zu erledigen. — Abg. Professor Sörgel verlas hierauf seine Interpellation, welche das k. Cultusministerium frägt, ob, nachdem eine eigens berufene Fachmänner-Commission im vorigen Jahre Reformen und Verbesserungen bezüglich der Studien- und der höhern Schulanstalten vorgeschlagen habe, der inzwischen eingetretene Ministerwechsel aber sie in Frage stelle, denselben Rechnung getragen werden wolle, d. h. ob die von der Fachmänner-Commission für nothwendig erkannten Reformen weiter verfolgt, und ob die vorgeschlagenen Verbesserungen im Wesentlichen durchgeführt werden sollen, sowie, ob namentlich die Einrichtung, wornach der Geschichtsunterricht confessionell getrennt gegeben, und vielfach den Religionslehrern übertragen wird, ohne daß sie die hiezu nöthige Fähigkeit nachgewiesen haben, werde beibehalten werden. In sofortiger Beantwortung dieser Interpellation erklärte der k. Cultusminister v. Lutz, er sei des Interpellanten Ansicht, daß das Gymnasialschulwesen, auf welches allein die Reform- und Verbesserungsvorschläge der vorjährigen Fachmänner-Commission sich beziehen, dringend solcher bedürfe. Lange, ehe von der Uebernahme des Cultusministeriums durch ihn die Rede gewesen sei, habe er dieser Ansicht gehuldigt. Er nehme an der gedeihlichen Entwicklung unseres Gymnasialschulwesens so innigen Antheil, daß der Gedanke, zu derselben etwas beitragen zu können, ihn insbesondere zur Uebernahme des Portefeuilles bestimmt habe. Durch den Wechsel in dessen Besetzung, der ihm sehr leid thue, sei die Weiterverfolgung der Reformprojekte keineswegs in Frage gestellt, und er erkläre, es werden die von der Fachmänner-Commission als nöthig erkannten Reformen weiter verfolgt werden. Bei den Berathungen der Fachmänner-Commission wurde zwar der Entwurf einer Studienordnung zum Ausgangspunkt genommen, diese Berathungen folgten aber nicht diesem Entwurfe von Satz zu Satz, sondern wendeten sich bald einer Reihe von principiellen Sätzen zu, so daß die schließliche Ansicht der Fachmänner-Commission einen Ausdruck gewann, der nicht tauglich zum Ausgangspunkt für eine zu entwerfende Studienordnung ist. Es liegt eine Reihe principieller Beschlüsse vor, welche erst der Redaktion und Zusammenfassung bedürfen; dann erst werden die Mitglieder der Fachmänner-Commission sich sagen können, ob sie zu einem harmonischen Ganzen sich werden passend vereinigen lassen Es wird also der Entwurf einer neuen Studienordnung nothwendig sein, ehe die Staats-Regierung sich entscheiden kann, ob die vorgeschlagenen Verbesserungen durchgeführt werden können. Ich habe die Protokolle der Fachmänner-Commission auf's Eifrigste studirt, und es ist mir manches Bedenken aufgestoßen. Zu den bedenklichen Vorschlägen rechne ich, daß die Schüler am Gymnasium schon so in den Geist der alten Classiker eingeführt werden sollen, daß sie nach dem Gymnasium diese Lektüre selbstständig fortpflegen können, ferner, daß der Lateinschule unten ein Jahr angefügt und so ein Jahr der deutschen Schule entzogen werden solle. Ich hege Zweifel, ob nicht auch andere Vorschläge förderlich auf unsere Mittelschulen einwirken könnten. Aus diesen Gründen kann ich mich nicht entschließen, da eine etwaige bald sich nöthig machende Abänderung mir zur Verantwortung fiele, diese Vorschläge sofort praktisch ins Leben einzuführen. Damit will ich aber keineswegs meine Ansicht höher, als jene der Fachmännerkommission stellen. Ich werde auf Grund der Berathungen dieser Fachmännerkommission nun ohne irgend eine bureaukratische Zuthat den Entwurf einer Studienordnung nebst Motiven ausarbeiten lassen, dieselbe durch den Druck und alle möglichen Mittel so sehr als möglich verbreiten und so eine Kritik Berufener zu provociren suchen; und ich hoffe mit allen diesen Arbeiten so rechtzeitig fertig zu werden, daß die Einführung der neuen Studienordnung mit dem näch-

sten Studienjahre erfolgen kann. (Bravo.) Was die zweite Frage wegen des Geschichtsunterrichtes anlangt, so bestehe die Verordnung vom 13. Mai 1840, welche den Geschichtsunterricht den Religionslehrern zuweise, nicht mehr so allgemein, da durch Verordnung vom 24. Febr. 1854 der Geschichtsunterricht in der Regel an paritätischen Anstalten von den Klaßlehrern, und nur wenn confessionelle Verhältnisse es wünschenswerth machten, vom Religionslehrer ertheilt werden solle. Der Geschichtsunterricht dürfe in paritätischen Schulen nicht in der Weise ertheilt werden, daß dadurch die religiöse Empfindung Andersgläubiger gestört werden könnte. Er betrachte aber auch den Geschichtsunterricht nicht in der Weise, daß derselbe zur blossen Nebensache des Religionsunterrichtes zusammenschrumpfe. Doch sei er der Ansicht, daß es, um die Verletzung der religiösen Empfindung Andersgläubiger durch den Geschichtsunterricht zu verhüten, noch andere Mittel als die Rückkehr zur Verordnung von 1840 gebe; und und auf diese Basis sich stützend, sollten in dieser Richtung seine Vorschläge ausfallen.

Hierauf erstattet Abg. Dr. Diepolder als Referent des II. Ausschusses Vortrag über den Bericht des Staatsschuldentilgungs-Commissärs der Kammer der Abgeordneten, Dr. v. Pözl, über dessen Geschäftsführung vom Dezember 1868 bis Dezember 1869, welcher einen dankenswerthen Ueberblick über die Gestaltung der Staatsschuld seit dem ersten Landtage vom Jahre 1819 an, über die fortschreitende Zunahme und successive Tilgung der verschiedenen Abtheilungen der Staatsschuld, sowie über die wesentlichsten finanzgesetzlichen und thatsächlichen Verhältnisse derselben bietet, indem er zugleich über den Stand der Pensions-Amortisationskasse und der fiskalischen Prozesse Aufschluß gibt. Der Stand der bayerischen Staatsschuld am Schlusse der Jahre 1868 und 1869 war nach dem Berichte:

	1868:	1869:
allgemeine Staatsschuld	167,917,884 fl.	166,345,805 fl.
Eisenbahnschuld incl. des Staats-Telegraphen	148,365,100 fl.	163,428,800 fl.
Grundrenten-Schuld	96,115,300 fl.	95,580,950 fl.
zusammen	412,398,284 fl.	425,355,555 fl.

Die allgemeine Staatsschuld im dermaligen Betrage von 166,345,804 fl. 56½ kr. besteht aus der alten Schuld aus der Zeit vor dem Jahre 1848 zu 66,616,697 fl. 43½ kr., der neuen und Militärschuld zu 99,729,107 fl. 13 kr. An der alten Schuld sollte gemäß § 11 Ziff. 1 b des Finanzgesetzes vom 16. Mai 1868 in der IX. Finanzperiode jährlich mindestens der Betrag von 880,000 fl. abbezahlt und dabei jährlich wenigstens eine Endziffer der verloosbaren alten Schuld auf Inhaber und Namen mittelst Verloosung zur Heimzahlung gebracht werden. Demgemäß wurden wirklich getilgt im Jahre 1868 964,833 fl. 21½ kr. und im Jahre 1869 805,195 fl., zusammen 1,770,028 fl. 21½ kr., somit gegen das Soll um 10,028 fl. 21 kr. mehr, und zwar wurden hierbei durch Verloosung getilgt am 15. April 1868 531,200 fl. und am 15. April 1869 546,900 fl. Der weitere Betrag wurde durch Rückzahlungen unter der Hand abgezahlt, worüber, wie Referent bemerkt, seiner Zeit bei den Rechnungs-Nachweisungen die nähere Prüfung erfolgen wird, da hierüber der Bericht des Commissärs keinen Aufschluß gebe, doch sei zu wünschen, daß der Landtagscommissär künftig auch auf diesen Punkt seine Cognition erstrecke. — Bei der Eisenbahn-Schuld ergab sich im Jahre 1869 neben Tilgung von 1,307,900 fl. eine Mehrung von 16,340,000 fl. und zwar durch ein Anlehen von 10,000,000 fl. zu 4½ %, welches vom Januar 1869 ab durch die k. Bank in Nürnberg mittelst successiven Verkaufs von Schuldurkunden mit Berücksichtigung des jeweiligen Courses aufgebracht wurde, und durch ein Anlehen von 6,340,000 fl. zu 4½ %, welches in den Monaten Juli und August 1869 durch Vermittlung der k. Bank in derselben Weise zum Preise von 93, resp. 93½ % aufgenommen wurde. Bei diesen Anlehen, sowie bei dem schon im J. 1868 aufgenommenen Eisenbahn-Anlehen von 2,000,000 fl. ergab sich die prinzipielle Frage, ob die Anlehenskosten aus der zur Eisenbahnbaudotationskasse überwiesenen Bahnrente oder durch weitere Kapitalsaufnahme durch Erhöhung des Anlehenskredits zu decken seien? Die frühern Gesetze über Erbauung von Staatseisenbahnen und insbesondere jenes vom 23. September 1861 Artikel 3 bestimmen: „daß die Ausgaben für Verzinsung der Baukapitale während der Bauzeit und die Geldaufbringungskosten aus den budgetmäßigen Fonds der Eisenbahnbaudotationskassa, insoweit solche nicht zur Verzinsung und gesetzlichen Tilgung der früheren Eisenbahnanlehen, dann zur Rückzahlung des Guthabens der alten Schuld erforderlich sind, zu nehmen und der auf diese Weise nicht zu deckende Mehrbetrag durch entsprechende Erhöhung des Anlehenskredits zu beschaffen sei", und auch das Eisenbahngesetz vom 16. Mai 1868 bestimmt, daß bezüglich der Verzinsung und Aufbringung der zu beschaffenden Summe diese Bestimmung Anwendung zu finden habe. Das Finanzgesetz für die IX. Finanzperiode hat nun aber laut § 11 Ziff. 3 und 4 die Eisenbahnbaukasse mit einer Dotation zur Deckung der Aufbringungskosten für Anlehen nicht bedacht, es bestehen demnach bei dieser Kasse keine budgetmäßigen Fonds, aus welchen die Aufbringungskosten der im Laufe dieser Periode aufgenommenen Anlehen geschöpft werden könnten; hieraus ergibt sich die Folge, daß gemäß Art. 3 des Gesetzes vom 23. September 1861 diese Kosten durch entsprechende Erhöhung der Anlehenskredite gedeckt werden müssen. Deshalb hat die Staatsschuldentilgungs-Commission beschlossen, für das Eisenbahnanlehen von 2,000,000 fl. pro 1868 und für das zu 15,200,000 fl. pro 1869 die Geldaufbringungskosten von 78,542 fl. 6 kr. und resp. 1,200,000 fl. durch Emission weiterer Schuldurkunden unter Erhöhung der Anlehenskredite um den gleichen Betrag zu decken. Gegen diese Erweiterung der Anlehenskredite dürfte im Hinblicke auf die angeführten Gesetzesbestimmungen keine Erinnerung zu machen, aber auch ein förmlicher Kammerbeschluß hierüber nicht nöthig sein. Für das J. 1870 ist der wirkliche Bedarf der Eisenbahnbaukasse zu 15,000,000 fl. bereits durch ein Anlehen von 18,000,000 fl. beschafft worden. Dieses Anlehen wurde zu 4½ % am 15. Dezember 1869 auf dem Wege der Submission zum Course von $90^{13}/_{16}$ % an ein Consortium von Banken und Bankhäusern vergeben. Hiervon wird nach Abzug des Disagio zu $9^{3}/_{16}$ % = 1,653,750 fl. noch die Summe von 16,346,250 fl. baar in die Eisenbahnbaukasse fließen und durch die Verzinsung während der Bauzeit sich auf 15,000,000 fl. vermindern. Während die Eisenbahnanlehen für das Jahr 1869 durch Vermittlung der k. Bank beschafft wurden und die Landtagscommissäre constatiren, daß erfahrungsgemäß durch die Vermittelung der k. Bank in Nürnberg Bayern seine Anlehen vortheilhafter unterbringe, als andere deutsche Staaten, was die Folge habe, daß seine Papiere auch höher stehen, ist man gleichwohl beim letzten Anlehen von diesem Wege abgegangen und hat die Submission an Bankhäuser gewählt, weil dieses Anlehen sich auf eine größere Summe erstreckte. Es sind zwar von gewissen Seiten Bedenken laut geworden über die Modalitäten der Aufnahme dieses Anlehens, allein nach den dem Ausschusse durch den Staatsminister der Finanzen gegebenen Aufschlüssen scheinen solche Bedenken im vorliegenden Falle nicht begründet. Der Schlußantrag des Referenten ging dahin: „Hohe Kammer wolle beschließen, es sei dem Schuldentilgungs-Commissär der Kammer der Abgeordneten, Hrn. Universitätsprofessor Dr. v. Pözl, für seine mühevolle Geschäftsführung der Dank der Kammer auszusprechen".

Prof. Marquardsen findet den Schlußsatz des Referenten „Es sind von gewissen Seiten Bedenken laut geworden ꝛc." bedenklich, denn es scheine ihm nicht wohlgethan, bei so wichtigen Angelegenheiten, wie die Staatsfinanzen seien, in so allgemeinen Sätzen zu sprechen wie hier, sondern er glaube, es müsse klar und deutlich ausgesprochen werden, welche Bedenken erhoben und welche befriedigende Aufschlüsse vom k. Staatsminister hierüber gegeben worden seien; nicht nur das Interesse der Betheiligten, sondern auch der Staatskredit fordere ein näheres Eingehen auf diese Verhältnisse. Da nun hierüber das Ausschußsitzungsprotokoll keinerlei Aufschluß gebe, so wünsche er, von irgend einer Seite genauer in der erwähnten Beziehung unterrichtet zu werden. Es entspann sich nunmehr eine sehr lange, theilweise mit einiger Heftigkeit von patriotischer Seite geführte Diskussion, welche wir morgen ausführlicher nachtragen werden. Für heute erwähnen wir aus derselben kurz, daß Abg. Lukas das Finanzministerium wegen der Auf-

bringung des Eisenbahndotationsanlehens von 1869 im Betrage von 18,000,000 fl. auf dem Submissions- statt auf dem Subscriptionswege tadelte, worauf der k. Staatsminister der Finanzen diese Vorwürfe schlagend zurückwies. Abg. Kolb trat ebenfalls gegen die Ansichten Lukas' auf. Abg. Dr. Huttler sprach sich über die große Höhe der Staatsschuld aus, fand aber von Seite des Abg. Dr. v. Schauß und des k. Staatsministers v. Schlör Entgegnung, welch letzterer betonte, daß die Finanzverhältnisse Bayerns derart seien, daß es den Vergleich mit keinem Staate zu scheuen habe. Nachdem noch Abg. Fischer das Verfahren des Abg. Lukas und des Referenten einer scharfen Kritik unterzogen und ersterer sowohl gegen Dr. v. Schauß als Fischer replicirt hatte, sprach Prof. Greil und würde, weil er die v. Spruner'sche Erklärung in der „Allg. Ztg." mit hereinzog, vom I. Präsidenten unterbrochen. Prof. Greil behauptete, die Erklärung sei zur Sache gehörig und appellirte an die Entscheidung der Kammer, welche ihm das Wort entzog (meistens stimmten die Anhänger seiner eigenen Partei für die Wortentziehung, und nur wenige Liberale). Nach einigen Schlußworten des Referenten ward dessen Antrag angenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung war der Vortrag des I. Sekretärs Dr. Jörg über die Münchener Landtagswahl vom 24. Febr. l. Js., welcher constatirte, daß Alles in regulärer Weise vor sich gegangen sei, und daß nur bezüglich der Urwahl im 34. Bezirke das Urwahlprotokoll eine Protestation von drei Urwählern gegen gewisse Vorgänge, welche bei der Bildung des Wahlausschusses stattgehabt haben sollen, enthalte, und in demselben Betreffe eine Reklamation von Gautsch jun. eingelaufen sei. Die Reklamation behaupte, daß ein dem Wahlbezirk nicht angehöriger Wähler bei der Bildung des Wahlausschusses in agitatorischer und tumultuarischer Weise sich betheiligt habe; der Reklamant beschwere sich überhaupt, daß durch bloße Akklamation der Wahlausschuß im einseitigen Interesse einer bestimmten Partei zusammengesetzt worden sei. Bezüglich der Zusammensetzung des Wahlausschusses schreibe aber das Gesetz weiter nichts vor, als daß die Wähler für ihre Wahlhandlungen einen Ausschuß von 7 Mitgliedern „aus ihrer Mitte" zu ernennen haben. Einen bestimmten Modus der Zusammensetzung schreiben auch die Instruktionen nicht vor; der Weg der Akklamation sei sogar der gewöhnlichste. Ferner sei die Persönlichkeit (Agent Reissig), von welcher behauptet wird, daß sie dem 34. Urwahlbezirk nicht angehört habe, nicht Mitglied des Wahlausschusses gewesen, hat sich auch an keiner der nachfolgenden Wahlhandlungen betheiligt. Endlich aber liege den Hauptwahlakten ein Certifikat der k. Polizeidirektion München bei, wonach der betreffende Wähler gerade an dem Tage vor der Wahl seinen Wohnsitz im 34. Bezirk genommen habe. Referent beantrage deßhalb: „Hohe Kammer wolle beschließen, es sei der Reklamation des 2c. Gautsch jun. gegen die Wahlmännerwahl im 34. Bezirk eine Folge nicht zu geben, und es seien die bei der Münchener Landtagswahl vom 24. Februar gewählten sieben Abgeordneten als legitimirt zu erachten." Ohne Diskussion stimmte die Kammer diesem Antrage bei. Dem Antrage des V. Ausschusses entsprechend, wurden endlich die Beschwerden der Magistrate von Nürnberg, Bayreuth, Aschaffenburg und Hof wegen Verletzung verfassungsmäßiger Rechte ohne Debatte als zur Vorlage an die Kammer nicht geeignet befunden.

Regensburg, 5. März. Heute kam vor dem hiesigen Bezirksgerichte eine für die Umgebung Regensburgs nicht uninteressante Sache in zweiter Instanz zur Verhandlung. Die Bezirksämter Regensburg und Stadtamhof haben am 19. Juli 1868 eine distriktspolizeiliche Vorschrift erlassen, wonach das Lagern von Streuhaufen u. dgl. in einer gewissen Nähe von Wohnungen für feuergefährlich erklärt wurde. Da nun auf feuergefährlich erklärten Orten das Lagern von Halmstreu verboten ist, wurden vom k. Landgerichte Stadtamhof viele Einwohner des Landgerichtsbezirkes wegen Uebertretung dieses Verbots zu einer Geldstrafe verurtheilt. Das k. Bezirksgericht Regensburg hat nun 45 Personen, die gegen diese Verurtheilung die Berufung ergriffen haben, freigesprochen, nachdem es annahm, daß eine polizeiliche Vorschrift darüber, welcher Ort feuergefährlich sei, nur von der Ortspolizeibehörde erlassen werden könne, und die Bezirksämter bei Erlassung einer solchen Vorschrift ihre Competenz überschritten hätten.

Gemünden, 4. März. Wie man vernimmt, sollen [illegible] nächst provisorische Verhandlungen hinsichtlich des Bahnhofes gepflogen werden und zwar sowohl wegen des Baues in der Richtung gegen Langenprozelten, als wegen desselben in der Richtung gegen [illegible]feld. Nach Beendigung dieser Verhandlungen wird man eine baldige definitive Entscheidung bezüglich der Bahnhofsfrage, die für die hiesige Stadt bereits eine brennende geworden, zu erwarten sein.

Theater.

(Schauspielbericht.) Freitag 4. März. „Marfa" Drama in fünf Aufzügen von Carl Heigel. Die Tragödie fällt in die Zeit Iwan des Schrecklichen, der in fortgesetzten Kriegen die Grenzen seines Reiches immer mehr erweitert, und nach dem Tode seiner zweiten Gemahlin, Anastasia Romanow, welche die Wildheit seines Charakters noch niederzuhalten wußte, in Kriegestoben und Befriedigung seiner Herrschsucht dahinlebt. Die Stadt Großnowgorod, die, auf ihrer alten Freiheit und ihren Rechten beharrend, dem Czaren lange widerstanden und seinen Zorn erregt hatte, soll gänzlich zerstört werden. Eine Gesandtschaft bittet um Schonung, bei dieser befindet sich Marfa, für welche der Czar in Liebe entbrennt, und das Schicksal ihrer Vaterstadt von ihrer Liebe abhängig macht; sie liebt Andrei, einen jungen Kaufmann, aber um Nowgorod zu retten, reicht sie Iwan als Czarewna die Hand. Der Czarewitsch Jegor ist ihr Feind, da er für seine Pläne, den Thron nach des Vaters Tod oder früher noch zu besteigen, in Marfa eine Gegnerin fürchtet. Er hat durch Andrei, der einst sein Waffengenosse war, und nach dem Verschwinden seiner Braut und der Nachricht von Iwans Vermählung mit einer Marfa, nach Moskau gekommen war, dessen Verhältnisse zur jetzigen Czarin erfahren. Dies benützt er um in Iwan's Seele Verdacht wach zu rufen — doch wir wollen uns kürzer fassen. Andrei wird geblendet, und als der Czar dann vollständige Gewißheit bekommt, daß sie ihn nicht liebt, so tödtet er sie und entsagt dann vor Reue der Krone. Die geschichtlichen Thatsachen sind zwar etwas willkürlich behandelt — doch das liegt in des Dichters Hand. — Der Stoff selbst ist dramatisch — aber Heigel hat ihn nicht tief genug verarbeitet. Es ist sehr effectvoll — äußerlich wirkend — es wirkt weniger pathetisch, als pathologisch, besonders die letzte Scene mit dem Geblendeten. Die Charactere sind erstens unhistorisch und dann unpsychologisch. Dieser Iwan hat gar nichts an sich, was uns wahrhaftig fesseln könnte; hätte uns der Dichter in ihm einen vom Größenwahnsinn Erfaßten gezeigt — wie es Tolstoi in seinem Drama „Iwan" gethan — so hätte er den Charakter tiefer und wirkungsvoller gestalten können, — so ist's ein sehr gewöhnlicher Tyrann. Der Cesarewitsch ist sehr schablonenhaft. Marfa die Titelheldin ist, unserer Meinung nach, sehr verzeichnet; als der größte Fehler erscheint uns aber in der Anlage des Stücks, daß Marfa von Iwans Hand fällt. Was ist ihr Verbrechen? daß sie vor der Ehe einen andern geliebt, ist ihr Verbrechen, nach dem Maßstabe Iwans der ja im Drama als die Hand des strafenden Schicksals erscheint. Dieses Verbrechen verdient diese Strafe nicht. Und doch lag ein Fehltritt vor, von welchem ausgehend der Dichter das Geschick Marfa's tiefergreifend hätte gestalten können. Sie hat Andrei vernichtet, sie hat gefehlt gegen die Gesetze des Herzens; das ist ihr eigentliches Verbrechen, an diesem hätte sie sterben sollen, sie hätte erkennen müssen, daß ihr Leben liebeleer, daß es kein Leben ist, — sie hätte bei dem Zusammentreffen mit Andrei demselben ihre Beweggründe mittheilen können, aber auch ihre ganze Liebe — aber dann hätte sie enden müssen. So ist der Character ein unvollendeter, wie noch mehr Andrei, der sogar platt wird, wenn er im 4. Akt, als Marfa ihm die Gründe ihrer That mittheilt, nichts Besseres zu sagen weiß als: „Ein wenig Räthsel bleibt doch das Weib". Was das Stück auszeichnet, ist eine nicht unbedeutende Kenntniß der Bühne und eine hübsche Sprache — im Ganzen offenbart sich ein nicht geringes Talent, das sich aber vor dem Haschen nach Effect hüten muß. Die Aufführung war gut. Frln. Ziegler (Marfa) war im ersten Act viel

zu pathetisch; im weitern Verlauf dagegen spielte sie vortrefflich. Sehr gut war Hr. Richter (Krutschod) und Hr. Rüthling (Andrei) sowie Hr. Christen (Trussoff). Hr. Possart (der eine ausgezeichnete Maske hatte) war in einzelnen Scenen zu wild, doch zeichnete er den Charakter Iwan's fast trefflich. Unzufrieden sind wir mit Hrn. Häusser's Jegor; der Dichter hat so schon graß genug gezeichnet, der Darsteller machte aber ein wildes Thier aus ihm. Das Zusammenspiel war gut — das Haus besucht.

Vermischtes.

— Die ostindische Regierung hat kürzlich in öffentlichen Blättern einen Preis von 5000 L. für die Erfindung der besten Maschine oder des geeignetsten Verfahrens zur Reinigung der Fiber der Rhea (chinesisches Gras) ausgeboten, der eben so gut einem erfinderischen Kopfe in Deutschland als sonstwo zufallen könnte. Die Hauptpunkte, welche bei der Concurrenz in Betracht kommen, sind: Zunächst darf der ganze Reinigungsproceß für eine Tonne Rhea-Fiber, die auf englischen Märkten zu mindestens 50 L. Abnehmer finden würde, nicht über 16 L. kosten. Die Maschine muß einfach, stark, dauerhaft, billig und zur Aufstellung in oder in der Nähe der Rhea-Plantagen geeignet sein; indessen werden auch solche Maschinen einen geringeren Preis gewinnen können, die nicht allen diesen Anforderungen entsprechen, aber doch theilweise genügen. Concurrenten werden mit sorgfältig getrockneten Rhea-Stengeln und Fiberproben versehen werden, die bereits von der Rinde getrennt, aber einem weiteren Reinigungsverfahren noch nicht unterworfen worden sind, und können sich zu diesem Zwecke an den Staatssecretär des Innern für Indien wenden. Die Maschinen müssen an einem noch näher zu bezeichnenden Punkte, wahrscheinlich in den nordwestlichen Provinzen, oder dem Pumjab aufgestellt werden und dort unter Aufsicht eines Agenten des Ausstellers eine hinlängliche Zeit arbeiten. Die mit dem Preise gekrönte Maschine behält die Regierung sich vor, mit einem Anschlage von 5 pCt. auf den Kostenpreis zu übernehmen, dagegen aber dem glücklichen Concurrenten eine Vergütung von 5 pCt. für alle unter seinem Patente gebauten Maschinen für die Dauer des Patentes zuzusichern. Die Concurrenz bleibt vorläufig bis Anfang des Jahres 1871 offen. Wird bis dahin der Preis nicht gewonnen, so soll der Concurrenz-Termin noch um ein Jahr verlängert werden.

Florenz. Die Gazetta del Popolo von Turin theilt das Vorwort Garibaldi's zu seinem mit so großer Spannung erwarteten Romane: „Clelia oder die Regierung des Mönchs (Rom im 19. Jahrhundert)", mit. Dasselbe ist nach Garibaldi's Manier ziemlich kurz zusammengedrängt und lautet, wie folgt: 1) Italien alle die Tapferen ins Gedächtniß zu rufen, welche ihr Leben für dasselbe auf dem Schlachtfelde ließen, denn wenn viele bekannt sind, wahrscheinlich die angesehensten, so sind doch viele unbekannt, zu diesem entschloß ich mich als zu einer heiligen Pflicht. 2) Auch wollte ich mich mit der italienischen Jugend unterhalten über die Thaten, die sie vollbracht, und über die hochheilige Pflicht, den Rest zu erfüllen — und bei dieser Gelegenheit ihr mit Bewußtsein der Wahrheit die Niederträchtigkeiten und die Verräthereien der Regierungen und der Pfaffen zu Gemüthe führen. 3) Endlich wollte ich auch ein wenig von meinem eigenen Verdienste leben. Dies sind die Gründe, welche mich in einer mir von den Umständen herbeigeführten Zeit der Muße, in welcher ich glaubte, es sei besser, nichts zu thun, als Uebles zu thun, bewogen, den Literaten zu machen. Ich werde in dieser Schrift fast ausschließlich von den Verstorbenen sprechen. Von den Lebenden so wenig als möglich, indem ich mich an das alte Sprüchwort erinnere, daß die Menschen nur nach dem Tode zu beurtheilen sind. Mit des Lebens Wirklichkeit überworfen, glaubte ich gut daran zu thun, die Gattung des historischen Romans zu wählen. Von dem, was der Geschichte angehört, glaube ich ein treuer Dolmetscher gewesen zu sein, wenigstens so viel, als man es sein kann, denn man weiß, daß es sehr schwer ist, Kriegsereignisse mit Genauigkeit wiederzugeben. Was den romantischen Theil betrifft, so hätte ich es nicht gewagt, das Publikum damit in einem Zeitalter zu langweilen, in welchem die Manzoni, die Guerrazzi und die Victor Hugo Romane schreiben, wenn ich mich nicht für competent und es für ein Verdienst gehalten hätte, die Laster und die Erbärmlichkeiten des Pfaffenthums zu enthüllen."

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 7. März (Schlusse.)

Wechsel auf London	119 7/8	Oest.-franz. Staatsbahn	374 1/2
„ „ Paris	95 1/2	Bayr. Ostbahn-Actien	120 1/4
„ „ Wien	95 3/4	Elisabeth-Prior. 1. Em.	76 3/4
5 proc. bayr. Anleihe	101	4% bayer. Prämien-Anl.	105 7/8
4 1/2 „ „ „	91 5/4	Bad. Präm.-Anleihe	106 3/4
5 „ „ Grundrente	85 3/4	Oesterr. Loose v. 1860	107/8
5 „ „ Obligat.	86 3/8	„ Loose v. 1864	116 1/2
5 proc. österr. Metall., engl.	——	Alsenzbahn	85 3/4
5 „ „ National-Anl.	95 3/2	Oberhessische Bahn	67 3/8
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	236 1/4
1882er Amerikaner	95 1/2	Napoleons	9.30 1/2
Oesterr. Bank-Actien	696	Rente Silber 58 5/8. Pap. 50 3/4.	
„ Credit-Actien	273 1/4	ziemlich fest. Handelsbank	98

Wien, 7. März. (Schlusse.)

5 proc. National-Anlehen	71.30	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	99.70	Steuerfr. Metall. on 1866	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	120.75	Napoleons	9.92 1/2
Oesterr. Bank-Actien	730.—	Wechsel auf Augsburg	103.25
„ Credit-Actien	286.50	„ „ London	124.25
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	390.—	„ „ Paris	49 26
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	„ „ Frankfurt a. M.	103.50
„ „ Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	247.60
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 379.50 Pap.-R.	61.85

Berlin 7. März (Schlusse.)

Türk. Anl. v. 1865	45 7/8	Lombarden	135 1/4
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	106	Italienische Anleihe	55 5/8
4 1/2 „ „ Anleihe	91 5/8	1882er amerikanische Bonds	96 3/8
Bad. Prämien Anleihe	116	5 proc. preuss. Anleihe	101 7/8
Darmstädter Actien	130	4 1/2 „ „ „	93 3/4
Oesterr. Credit-Actien	155 1/4	Wechsel auf Augsburg	—.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	215 1/8	„ „ Frankfurt	—.—
Staatsbahn-Prioritäten	298	„ „ London	—.—
Oest. fl. 500 Loose von 1860	80 1/2	„ „ Paris	——
„ fl. 100 Loose von 1864	66	„ „ Wien	——
5 proc. östr. National-Anl.			

fest.

Liverpool, den 5. März. Schlussbericht. Heutiger Umsatz 10.000. Orleans 11 7/16. Middling amerikanische 11 1/8. Fair dhollerah 9 3/8. Middling fair dhollerah 8 7/8. Good middling dhollerh 8 3/8. Fair Bengal 8. Fair Omra 9 9/16. Pernam 11 3/4. Smyrna 10 1/4. Egyptian 12 1/8. Amerik. per März-April ——. Dhollerah per Apr.-Mai —. Omra per Tages-Import ——, davon Ostindische ——. Tendenz: ruhig.

Lindau, den 5. März. (Geschäftsbericht von Conr. Stoffel in Lindau.) Von dem Geschäftsgang der letzten Woche lässt sich ungefähr wieder nur dasselbe wie über die Woche vorher berichten. Die feste Stimmung hat sich nicht nur gut erhalten, sondern zeigt eher noch die Spuren einer weiteren Besserung, so dass die Preise heute folgenden Stand behaupten:
Ungar-Waizen, Prima und Ausstichsorten fr. 28 1/4—28 1/2, Mittelsorten fr. 25 1/2—26 1/4. (Per 200 Zollpfund franco Romanshorn oder Rorschach verzollt).

Straubing, 5. März. Bei fortdauerndem Thau- und Regenwetter hat sich die Donau diesen Donnerstag ihres Eisstosses entledigt, so dass der Wiedereröffnung der Schiffahrt nichts mehr im Wege stehen dürfte. — Die heutige Schranne war gegen Erwarten gut befahren, doch hatten sich auch sehr viele Käufer eingestellt und ist mit Ausnahme von Gerste zu steigenden Preisen Alles rasch aufgekauft worden. Nach Qualität holte:

Weizen	fl. 16	bis fl. 19		Roggen	fl. 12	bis fl. 12 1/2
Gerste	„ 9	„ „ 12		Hafer	„ 7 1/2	„ „ 8 1/2

Nachstehend die officiellen Resultate der „heutigen Schranne zu Straubing"

	Umsatz. Schffl.	Rest. Schffl.	Höchster.	Mittlerer.	Niedrigster.	Gef. kr.	Gest. kr.
			Durchschnittspreis				
Weizen	1186	60	fl. 17 55	fl. 17 13	fl. 15 49	—	26
Roggen	164	—	„ 12 25	„ 12 8	„ 11 55	—	4
Gerste	1004	69	„ 11 40	„ 10 27	„ 9 11	14	—
Hafer	489	16	„ 8 2	„ 7 34	„ 7 13	8	—
„und der gestrigen Schranne zu Landshut"							
Weizen	1861	244	fl. 17 31	fl. 15 40	fl. 12 47	27	—
Roggen	422	—	„ 12 2	„ 11 51	„ 11 39	—	6
Gerste	1055	306	„ 11 12	„ 10 1	„ 9 —	18	—
Hafer	489	20	„ 8 6	„ 7 47	„ 7 12	—	6

Curse des Münchener Handelsvereins vom 7. März 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. 3 1/2 % Obl.	fl. 1000	81 3/4	
4% ganz. Obl.	1000	86 5/8	86 1/4
4% halbj. Obl.	1000	86 5/8	86 3/8
4% Grundr.-Obl.	1000	86 3/4	86 3/8
4 1/2 % ganzj. Obl.	1000	92	91 3/4
4 1/2 % halbj. Obl.	1000	92	91 3/4
4 1/2 % Milit. „	1000	92	91 3/4
5% Obl.	1000	101 1/2	101
4% Münch. Obl.	1000		
5% „ „	1000	101 1/2	100 5/8
4 1/2 % Ostbahn-Aktien .		120 1/2	
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung . .		86	85 5/8
dto. volle		86	85 5/8
Pfdbr. d. bayer. Hyp.- u. W.-Bank à fl. 1000		90 5/8	90 3/8
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.		100	99 3/4
Aktien „ „		829	
Bayer. Handelsbank-Act.		98	
Vereinsbank . .			115 1/4
Württemberg. 4 1/2 % Obl. . . .			
Oesterreich 4 1/5 % Silb.-Rte. 6/7		58 7/8	58 5/8
„ Pap.-Rte „			
5% Nation.-Anl. . 5/6			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à 116 7/9			
5% Met. Stfr. v. 1866 6/7			
Oest. Bank-Aktie . .			
„ Cred.-Aktien . .		273 3/4	273 1/2
Oest.-franz. Stsb.-Aktien.		378 1/8	

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb. „	237 1/2	237
Preußen. 4 1/2 % Obl. . . .		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. 2 1/2	95 5/8	95 1/2
„ 1884 „	94 1/2	94 1/4
„ 1885 „		
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	106 3/4	
4% Bad. „	106	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	6 1/2	
Pappenheimer dto.	5 3/4	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose . .	18 1/2	
Oester. 1854er Loose à fl. 250 5/6		
„ 1860er „ à fl. 500 6/7		
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred Loose . . .		
Diverse Effekten. Actien der		
Maximilianshütte		300
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		122
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor .	95	
Chemische Fabrik Heufeld		
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn . . .		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn . .		
„ Siebenbürger Bahn . . .		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. I. Em. 6/7		75 1/2
dto. II. „ „		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn „		

	Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn „	77 1/2	
„ Siebenbürger Bahn „		
„ d. Böhm. Westbahn „		
„ Alföld Fiumander Bahn „		74 1/2
Wechsel.		
Amsterdam fl. 100 holl. K. S.		100 1/2
L. S.		
Augsburg fl. 100 . . . K. S.		
L. S.		100
Berlin Rthlr. 60 . . K. S.	105 1/8	104 7/8
L. S.		104 7/8
Frankfurt fl. 100 . . . K. S.	100	
L. S.		100
Hamburg M.-B. 100 . . K. S.		88 1/2
L. S.		88 1/2
Leipzig Rthlr. 60 . . K. S.	105 1/8	104 7/8
L. S.	105 1/8	104 7/8
London Pfdst. 10 . . . K. S.		119 3/4
L. S.		119 3/4
Paris Fr. 200 . . . K. S.	95 1/4	95
L. S.	95 1/4	95
Wien fl. 100 . . K. S.	96	95 3/4
L. S.		
Bank-Disconto für Platz-Wechsel . .		
„ „ Lombard. . .		
Geldsorten.		
Preuß. Friedrichsd'or	9.59	9.58
20 Francs Stücke	9.30 1/2	9.29 1/2
Preuß. Cassen-Scheine	105 1/8	104 7/8
Oest. Banknoten	96	95 3/4

Kgl. Residenz-Theater.

Dienstag den 8. März 1870.

Doktor und Apotheker.

Oper in 2 Aufzügen. Musik v. Dittersdorf.

Personen:

Stößel, Apotheker . . .	Hr. Sigl.
Claudia, dessen Frau . .	Frau Diez.
Leonore, beider Tochter .	Frl. Hemauer.
Rosalie, Stößels Nichte . .	Frl. Leonoff.
Krautmann, Doktor . . .	H. Kindermann.
Gotthold, dessen Sohn . .	Herr Schlosser.
Sturmwald, Inval.-Hauptm.	Hr. Hoppe.
Sichel, Feldscherer . . .	H. Heinrich.
Ein Polizeikommissär . .	Hr. Fischer.
Ein Bedienter	Hr. Weizlstorfer.
Ein Apotekerjunge . . .	Herr Davideit.

Anfang 1/2 7 Uhr. Ende um 9 Uhr.

Gestorbene.

Am 4. März. Adler Fr., Malersfrau v. Ansbach, 75 J. — Bernklau Elis., Lehrerstochter v. Oberweiling, 68 J. — Erl M., Näherin v. Ingelsberg, 23 J. — Ernewein Fr., Geschäftsreisender v. Zweibrücken, 72 J. — Föhringer E., Taglöhner v. Neuburg a./D. —

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer. — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr: Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Donnerstag, den 10. März 1870. Nr. 68.

Der Sturz des Finanzministeriums.

Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 7. März.

Obgleich nach der Tagesordnung der heutigen Sitzung nicht zu erwarten war, daß eine anregende Debatte stattfinden werde, verlief selbe doch ganz in jener Bahn, die wir aus der Adreßdebatte kennen. Auf der Tagesordnung stand nämlich der Vortrag des vom II. Ausschusse ernannten Referenten Diepolder über den vom Staatsschuldentilgungskommissär Dr. v. Pözl erstatteten Bericht, welcher nach bisheriger Kammerpraxis ohne Diskussion mit dem Beschlusse einer Anerkennung der Verdienste dieses Commissäes zu enden pflegte. Herr Diepolder hatte sich aber auch veranlaßt gesehen, in seinem Referate das letzte Eisenbahnanlehen mit 18 Millionen zu erwähnen und zu bemerken, es seien Bedenken gegen dessen Behandlung aufgetreten, die nach den vom Hrn. Finanzminister im Ausschuß abgegebenen Erklärungen beseitigt zu sein „scheinen“. Man war gespannt, in der Sitzung durch den mündlichen Vortrag des Hrn. Referenten Diepolder zu erfahren, welche Bedenken im Ausschuß geltend gemacht worden seien, und was im Ausschusse der Hr. Minister zu ihrer Beseitigung gesagt habe. Zum großen Erstaunen der Kammer beschränkte sich Hr. Diepolder, dem es an der nöthigen Gewandtheit für die fraglichen Geschäfte offenbar fehlt, auf die conventionellen Phrasen, ohne nur mit einer Sylbe bei jener bedenklichen, ganz ungewöhnlichen Stelle seines Referates zu verweilen. Hr. Professor Dr. Marquardsen nahm die Frage auf und verwahrte das Haus gegen die Aufnahme von Räthseln in schriftliche Referate und solcher Bemerkungen, aus denen sich jeder den schlimmsten Schluß ziehen könne. Auch da noch fand sich Hr. Diepolder nicht veranlaßt, das Wort zu nehmen, sondern überließ es dem Hrn. Abg. Lukas in einer langen, vielfach zur Heiterkeit Anlaß gebenden Rede zu entwickeln, daß das Anlehen zu einem höhern Kurse hätte vergebn werden sollen, daß ein fünfprozentiges besser gewesen wäre, daß man es nur theilweise hätte begeben sollen, und daß man zu der Vermuthung berechtigt sei, der Hr. Minister habe mehr an unsere zweifelhaften konstitutionellen Zustände und an eine außerhalb des Eisenbahnbedarfes liegende Verwendung des Geldes geda t, als er das ganze Anlehen begab. Zum Schlusse gab er seine volkswirthschaftliche Anschauung dahin bekannt, daß ihm der durch Eisenbahnen kommende Vortheil weit geringer zu schein scheine, als der durch die Mehrung der Eisenbahnschuld kommende Nachtheil. Herrn Lukas sekundirte Hr. Dr. Huttler, welcher sich gegen das Staatsschuldenwesen im Allgemeinen wendete und auf die glücklichen Zustände der Schweiz hinwies. Seine Ausführung stand mit der Frage der Begebung fraglichen Anlehens in keinem Zusammenhange und war offenbar, um einen üblichen parlamentarischen Ausdruck zu gebrauchen, zum Fenster hinaus gesprochen. Die HH. v. Schauß und Fischer unterstützten den Hrn. Finanzminister, welcher den HH. Lukas und Huttler ausführlich antwortete, in ausgiebiger Weise. Dr. v. Schauß wies mit dem Kurszettel in der Hand nach, daß im gegebenen Fall Hr. v. Pfretzschner ein sehr gutes Geschäft gemacht habe und gab dem Gedanken Ausdruck, die Rede des Hrn. Lukas bezwecke nichts Anderes, als die erste Gelegenheit nach dem Grundsatze l'un après l'autre zum Sturz des Finanzministeriums zu benützen. Dieß, sagte Redner, sei aber nicht so leicht, nachdem in Finanzsachen der Instinkt und der Partikularismus einen gar geringen Wirkungskreis hätten. Gegen Hrn. Diepolder sprach er das Erstaunen darüber aus, daß derselbe das Wörtchen „scheinen“ in seinem Refe ate stehen ließ, obgleich die Aufklärungen des Hrn. Ministers ihn hätten bestimmen müssen, die Bedenken nicht als beseitigt scheinen zu lassen, sondern als „gehoben“ zu betrachten. Mit Hrn. Dr. Huttler erklärte sich Redner in so ferne ganz einverstanden, als er auch die Beseitigung der Staatsschulden dringend wünsche, bemerkte aber ironisch, daß dieser christliche Wunsch noch lange auf Erfüllung werde harren müssen, wenn man sich nicht zur Anspannung der Steuerkraft und der persönlichen Opfer in so ausgiebiger Weise entschließen wolle, wie dieß in der Schweiz der Fall sei. — Hr. Lukas unterbrach den Redner mehrmals, ohne aber das gewünschte Resultat, daß sich derselbe hätte stören lassen, erreichen zu können. — Die Rede des Hrn. Fischer richtete sich zum Theil gegen Hrn. Lukas, zum Theil gegen Hrn. Diepolder und kann wohl als das Beste bezeichnet werden, was im satyrischen und ironischen Gebiete parlamentarisch geleistet werden kann. Mit einer Constatirung des Bedauerns, daß Hr. Diepolder die Quelle seiner zweifellos reichen finanziellen und volkswirthschaftlichen Kenntnisse so wenig reichlich habe fließen lassen, obgleich er heute dazu so verlockende Gelegenheit gehabt habe, riß er durch die hochkomische Miene des Ernstes die linke Seite des Hauses und nicht Wenige von Diepolders eigener Partei, zur größten Heiterkeit hin. Daß er auf Hrn. Lukas Ausführungen eingehe, bat Redner deßhalb zu entschuldigen, weil derselbe, wenn auch in Finanzsachen nach eigenem Geständniß Laie, dem Auslande als Mitglied des Finanzausschusses bekannt sei und demnach seinen Aeußerungen in der Finanzwelt möglicher Weise ein für zukünftige Finanzoperationen schädliches Gewicht beigelegt werden könnte. Hr. Lukas antwortete in seiner bekannten, äußerst leidenschaftlichen Weise, deren Inhalt aus einer Reihe von sogenannten Retourchaisen bestand, von der linken Seite mit Gelächter, und von der eigenen Partei mit Mißbilligung aufgenommen wurde. — Zum Schluß ergriff Hr. Greil das Wort, es scheint uns aber, als ob seine Vorträge auf beiden Seiten des Hauses keinen Beifall finden, denn wenn er sich erhebt, verläßt eine große Zahl von Abgeordneten das Haus, während der Rest sich der Conversation unbefangen überläßt. Trotz der Apostrophen der HH. v. Schauß und Fischer hatte Hr. Diepolder auch in seinen Schlußworten nichts weiter zu konstatieren, als daß ihm durch die Debatte Alles bereits aufgeklärt zu sein scheine. Warum sein Referat seine verdächtigende Stelle beibehielt, ist also bis zur Stunde noch nicht aufgeklärt, denn die Annahme kann nicht stichhaltig sein, sie sei nur zu dem Zwecke geblieben, um Hrn. Diepolder Gelegenheit zu geben, sich als Finanzminister oder Handelsminister der Zukunft unmöglich zu machen. So böse ist ja der II. Ausschuß nicht!

Politische Tagesübersicht.

Karlsruhe, 8. März. In der zweiten Kammer wurde heute das Budget für Kultus, Unterricht und Wissenschaft nach den Regierungsvorschlägen genehmigt und nur dem Commissionsbericht des Abg. Blum entsprechend (siehe das letzte Blatt unserer Zeitung) die Bezahlung des erzbischöflichen Tischtitels mit allen gegen 6 Stimmen gestrichen.

Durbach (Baden), 6. März. Heute begann unser junger Hr. Vikar die Fastenpredigt mit Auslegung der zehn Gebote, wobei er die schlechten Bücher und Zeitungen gehörig vornahm. Er bemerkte unter Anderem, daß beim Austritt aus dem Priesterseminar der hochw. Bischof den Neupriestern eine strenge Ermahnung gegeben habe, jederzeit das Volk mit eindringlichen Worten über die schlechten Zeitungen zu belehren. Ferner sagte er noch, daß Diejenigen, die solche schlechten Zeitungen mit Geld unterstützen, an Vernunft und Religiosität bettelarm seien. Der Rückschluß, daß Die, welche für die geistige Kost des Bad. Beobachters, Pfälzer Boten u. dgl. Geld ausgeben, besonders reich an Vernunft und Religiosität seien, ist wohl gestattet, stimmt aber mit den thatsächlichen Verhältnissen durchaus nicht überein.

Stuttgart, 7. März. In den letzten Tagen haben wir seltsamer Weise Besuch vom norddeutschen Reichstage gehabt. Hr. Windthorst ist hier gewesen und hat sich mit dem hier wohnenden württembergischen Zollparlaments-Abgeordneten zu schaffen gemacht. Hr. Windthorst war bekanntlich schon bei der ersten Zollparlaments-Session als Geleitsmann und Eintreiber der süddeutschen Fraction thätig und ist nun wohl vor der diesjährigen Sitzung in der Absicht nach Süddeutschland gereist, um, nach einem apostolischen Ausdrucke, die Brüder zu stärken. Vermuthlich hat sich seine Sorgfalt auch auf die badischen Ultramontanen und die bayerischen Patrioten erstreckt. Von Zeit zu Zeit ist von einem beabsichtigten Strike der Zollparlamentsmitglieder von der süddeutschen Fraction die Rede gewesen. Ob Windthorst's Agitationsreise damit zusammenhängt, weiß ich nicht zu sagen.

Dresden, 6. März. Die Hoffnung auf eine Nichtwiederbesetzung des sächsischen Gesandtschaftspostens in Wien erweist sich als grundlos, denn in diesen Tagen ist die Ernennung des wirklichen Geh. Rathes v. Bose, des früheren Gesandten in Karlsruhe, zum Gesandten am österreichisch-ungarischen Hofe vollzogen worden. — Unser katholisches Kirchenblatt zunächst für Sachsen, redigirt von dem dem Jesuitenorden angehörigen Leipziger Stadtpfarrer Stolle, stellt folgende Behauptung für die Wahrheit des etwa vom Konzil dem Papste auszustellenden Unfehlbarkeitszeugnisses aus: „Es ist die seit 1800 Jahren bestehende, in alle Welttheile sich erstreckende, durch keine Menschenkraft sich erzeugende und durch keine Menschengewalt zu zerreißende Verbindung und Uebereinstimmung der kathol. Bischöfe und des Papstes in Christi Lehren und Geboten, es ist sonach zugleich Gottes allmächtige Hand, die dafür Zeugniß gibt. Es ist Gottes Zeugniß und das Zeugniß ist nahe." — Das Blatt eifert mit diesem Ausspruch in fanatischer Weise gegen Döllinger.

Wien, 7. März. Ueber die am Samstag stattgefundene Abgeordneten-Conferenz beim Minister Dr. Giskra in Sachen der Wahlreform erfahren wir noch nachträglich, daß dieselbe zum Gegenstande weiterer Berathungen gemacht und wenn sich die nöthige Mehrheit von zwei Dritteln durch Unterschrift für die Vorlage, wobei Modificationen derselben nicht ausgeschlossen sind, erklärt haben wird, in das Haus gebracht werden soll. Eine wesentlich die Vermeidung solcher Wahlen, wobei es auf die Nichtausübung des angenommenen Mandates von vornherein abgesehen ist, bezielende Maßregel ist die, daß jeder Wahlcandidat eidlich geloben muß, sein Mandat auszuüben, widrigens die Wahl als ungiltig erklärt wird.

Wien, 8. März. Die heutige Nummer des Reichsgesetzblattes enthält eine vom gestrigen Tage datirte Verordnung des Gesammt-Ministeriums, durch welche der Ausnahmszustand im Bezirke Cattaro aufgehoben wird.

— Der in der Samstag-Sitzung des Adreßausschusses von dem Abg. Dr. Rechbauer in Bezug auf die dalmatinische Angelegenheit gestellte Antrag lautet wörtlich folgendermaßen: „Indem der Ausschuß seine Ueberzeugung ausspricht, daß bei rechtzeitiger genauer Erhebung und richtiger Würdigung der thatsächlichen Verhältnisse und bei entsprechender Umsicht die traurigen Ereignisse in Dalmatien hätten hintangehalten werden können, erklärt derselbe zwar die mit kaiserl. Verordnung vom 25. Okt. 1869, Nr. 162, verfügten Ausnahmszustände gegenüber dem eingetretenen blutigen Widerstand gegen das Gesetz für gerechtfertigt und ertheilt denselben die Genehmigung, kann jedoch den Vorgang der Regierung vor Ausbruch des Aufstandes und bezüglich der Art der Beilegung desselben keineswegs als einen entsprechenden anerkennen." — Also ein gelindes Mißtrauensvotum?

Marburg (Steiermark), 7. März. Heute fand hier eine Volksversammlung statt, die massenhaft, zumeist von den Arbeiterclassen besucht war. Es wurde in Form einer Resolution ein Protest gegen das Lohnerwerbsteuergesetz ausgesprochen und der Volksvertretung wegen deren Zustimmung die Mißbilligung ausgesprochen.

Prag, 7. März. In der heutigen Stadtverordnetensitzung beantragte der Stadtrath, die Wahl für den Bezirks-Schulrath nicht vorzunehmen. Gymnasial-Director Kawka beantragte die Vornahme der Wahl; nur die Deutschen haben dafür gestimmt. Die Majorität beschloß die Nichtvornahme. — Die Statthalterei hat bereits Schritte eingeleitet, um eine allfällige Ablehnung der Bezirksschulrathswahl zu paralysiren. Die Thätigkeit des Bezirksschulrathes beginnt spätestens in 14 Tagen.

Pest, 7. März. Deak, welcher nach längerer Krankheit wieder im Unterhause erschienen war, wurde von allen Seiten mit stürmischen Eljens empfangen.

— Nach den Berichten des Ung. Lloyd war das kleine Scharmützel in Oesterreichisch-Albanien (bei Presicka), das einem österreichischen Soldaten leider das Leben kostete, eine Grenzrauferei mit montenegrinischen Banditen, welche von der Regierung ihres Heimatlandes verfolgt werden. Die wichtigsten Aufschlüsse hierüber liefen, dem Vernehmen nach, auf der russischen Gesandtschaft von Seite ihres Consular-Agenten in Ragusa ein. Die Nachricht, daß zwei Bataillone von Cattaro zur Verstärkung des Grenzforts nach dem Distrikte von Budua geschickt worden seien, bestätigt sich nicht. Es wurden allerdings von Neuem Vorsichtsmaßregeln getroffen und die Patrouillen, welche zwischen den einzelnen Forts und Blockhäusern verkehren, namhaft verstärkt.

Lemberg, 7. März. In Halicz hat der Dniester die Brücke der Lemberg-Czernowitzer Eisenbahn fortgerissen.

Berlin, 6. März. Dem Bundesrathe ist von dem Bundeskanzler ein Bericht über den Stand der Bundes-Kriegsmarine im Beginne des Jahres 1870 zur Kenntnißnahme vorgelegt worden. Dieser Bericht kommt im Großen und Ganzen der Vorlegung eines Flottengründungsplanes gleich, welcher vielfach gewünscht worden war. Der Bericht geht von der Denkschrift aus, welche als Motivirung zu der Marine-Anleihe vom Jahre 1867 vorgelegt worden und als Hauptaufgabe die Herstellung zweier Kriegshäfen, Wilhelmshaven an der Nordsee und Kiel an der Ostsee, so wie einer Anzahl von Fahrzeugen aller Kategorieen bezweckt und in einer Vermehrung des Personalbestandes zur Besetzung der Kriegsschiffe und Häfen besteht. Der Bericht gibt eine Uebersicht über das gesammte Flottenmaterial an Häfen, Schiffen &c. In Bezug auf Wilhelmshaven wird ausgeführt, daß die Schiffbarmachung des Hafencanals im Laufe dieses Monats ausgeführt sein wird, nachdem sie durch die heftigen Stürme der letzten Monate verzögert worden. Es wird darauf hingewiesen, daß zur Unterbringung des für den Hafen erforderlichen Dienstpersonals im Marine-Ministerium ein Plan ausgearbeitet worden und die Mittel flüssig gemacht sind, um zunächst auszuführen: 40 Häuser für Officiere und Beamte, 600 Wohnungen für Werft-Handwerker, 2 Kasernen und den Bau der Werft-Werkstätten und Magazine. Dann wird darauf hingewiesen, daß Wilhelmshaven allmälig eine Stadt werden könne, in welcher Handel und Gewerbe, namentlich solche, welche mit dem Seeverkehre in Wechselwirkung treten, zu einer gewissen Blüthe gelangen können.

Berlin, 7. März. In der letzten Bundesrathssitzung sprachen

sich Mecklenburg und Sachsen gegen den Bundesrathsbeschluß aus, den Bundeskanzler um Ausarbeitung eines Bundesgesetzentwurfes, betreffend die Gerichtsverfassung, zu ersuchen. Der mecklenburgische Bevollmächtigte erklärte sich beauftragt, unter Hinweisung auf die mangelnde Bundescompetenz zur Erlassung eines solchen Gesetzes, dagegen zu stimmen. — Lasker und Genossen beabsichtigen die Einbringung eines Antrags, der Bundeskanzler möge die Vorlagen, betreffend die Revision des Militär-Strafgesetzes und der Reform der Militär-Gerichtsbarkeit im Reichstage einbringen.

— Wie die „Zukunft“ mittheilt, fand am Dienstag den 1. März eine stark besuchte Versammlung von Schneidern statt. Hr. Ihl berichtete seitens des aus Meistern und Gesellen bestehenden Komités über die in den Komitésitzungen gepflogenen Verhandlungen betreffs Aufbesserung des Lohnes für Konfektionsarbeit. Redner brachte hierauf eine Resolution ein, in welcher auseinandergesetzt war, daß, da der Lohn für die Konfektionsarbeit nicht im Entferntesten im Verhältniß zu den nothdürftigsten Bedürfnissen des Lebens stehe, eine Erhöhung von 25 pCt. des Lohnes unbedingt erforderlich sei, deßhalb bei den Konfektionsgeschäfts-Inhabern diese Erhöhung vom 15. d. M. geltend gemacht werden solle, und schließlich die sofortige Gründung einer Strikskasse der Versammlung empfohlen wurde. Nach langer eingehender Diskussion wurde der Prozentsatz sowohl, als der 15. März als Anfangszeit der Lohn-Erhöhung einstimmig angenommen.

— Berliner Blätter melden aus **Braunsberg**: „Die Geistlichen und Professoren ꝛc., welche an den Propst Döllinger eine Zustimmungsadresse absandten, haben vom Bischofe eben so wie der Professor Michelis eine Verwarnung erhalten, bei Strafe der Excommunication sich jeder Aeußerung über das Concil zu enthalten.“

Paris, 6. März. Theilweise auf Anregung des Herrn von Lessep's beabsichtigt eine amerikanische Eisenbahn-Gesellschaft dieses Jahr eine drei Monate dauernde Vergnügungsreise um die Welt zu dem Preise von 6250 Frcs. per Passagier zu veranstalten.

Paris, 7. März. In der Sitzung des gesetzgebenden Körpers entwickelte Graf Le Hon seine Interpellation bezüglich Algeriens. Er fordert für dasselbe die Aufhebung des Ausnahmsregimes, die Einführung des gemeinen Rechtes, die Gleichstellung mit dem Mutterlande, die Wiederherstellung der politischen Rechte, namentlich des Rechtes, im gesetzgebenden Körper vertreten zu sein, und eine ähnliche Autonomie, wie sie die englischen Colonien besitzen. — Die Liberté meldet: Forcade la Roquette machte Jules Favre den von diesem zurückgewiesenen Vorschlag, daß die Rechte und die Linke mit einander gegen das Ministerium Hand in Hand gehen sollen.

Die Presse erhält aus **Paris**, 7. März folgendes Telegramm: Es ist nicht begründet, daß Graf Daru der römischen Curie mit Zurückziehung der Occupationstruppen aus dem Kirchenstaate gedroht hat; wohl hat der Minister des Auswärtigen aber zur Vertagung des Concils gerathen.

Paris, 7. März. Die Pockenseuche, die seit einigen Wochen um sich greift, fängt an, Besorgnisse zu erregen. In der Woche vom 27. Februar bis 5. März starben in Paris 97 Personen an den Pocken, während die übrige Sterblichkeit in dieser Woche geringer (1337) als in der vorhergehenden (1362) war. Das Vertrauen auf die Impfung ist in Paris gänzlich geschwunden; an Vorsichtsmaßregeln lassen es die Behörden nicht fehlen, aber bis jetzt ist das Uebel fortwährend im Steigen.

— Der französische Finanzminister Herr Buffet scheint den großen Gehalten den Krieg erklärt zu haben; er darf sicher sein, in diesem Kampfe eine gewisse Popularität zu gewinnen. Nachdem er das Prinzip durchgesetzt hat, daß kein Gehalt 70,000 Francs übersteigen darf, erwirkte er die Abschaffung der drei großen Militär-Commandos; dann kam die Reihe an den Grafen Palikao (Montauban), dessen Bezüge ebenfalls verkürzt wurden, und heute vernimmt man, daß der Gehalt des Gouverneurs der Invaliden ganz gestrichen worden ist. Die Dotation von 300,000 Frcs. für den Geheimrath wird in dem Budget-Entwurf für 1871 beibehalten; aber in Abgeordnetenkreisen spricht man von einem Amendement auf Streichung dieser Summe, welche auf drei ehemalige Minister entfällt, die neben ihrer Pension noch einen Gehalt von 30,000 Frcs. als Senatoren beziehen. Die Ueberzeugung der Kammer von der Ueberflüssigkeit des geheimen Raths läßt keinen Zweifel darüber, daß dieser Antrag durchdringen wird.

Paris, 7. März. Die Fr. Corr. versichert, daß das französische Cabinet in Rom officielle und sehr nachdrückliche Vorstellungen gegen den bedenklichen Gang, welchen die Verhandlungen des Concils zu nehmen scheinen, gemacht hat. Der Cardinal Antonelli habe die bekannten Ausflüchte von dem rein kirchlichen Charakter der eventuellen Beschlüsse der bischöflichen Versammlung wiederholt; allein Graf Daru habe sich damit nicht abfinden lassen, und in einer schriftlich in Rom übergebenen Antwort ausgeführt, daß jene Beschlüsse eine nur allzu empfindliche politische Bedeutung erlangen, und daher den katholischen Regierungen ernste Defensivmaßregeln auferlegen könnten. Der Minister soll in diesem Schriftstück insbesondere darauf hinweisen, daß schon das Schisma der armenischen Katholiken von Konstantinopel, eine bedauerliche Folge des Eingreifens einer extremen Partei in die Entschließungen des h. Stuhls, der französischen Regierung für die diplomatischen Interessen, welche sie im Orient vertrete, höchst unwillkommen sein mußte. Wenn, soll er fortfahren, seitens der katholischen Staaten des Abendlandes ein so radicaler Bruch mit der päpstlichen Autorität nicht zu gewärtigen sei, so müßte man sich für den Fall, daß die Kirche allen modernen Bestrebungen den Fehdehandschuh zuwerfe, doch mindestens darauf gefaßt machen, daß die Idee der vollständigen Trennung des Staates von der Kirche dort, und insbesondere in Frankreich, große Fortschritte machen und zu praktischen Folgen führen könnte, die unmöglich im Wunsche des hl. Stuhles lägen. Dieser Sachverhalt entspricht vollkommen den auch von anderer Seite gebrachten Darstellungen, und würde das Bestehen eines tiefen Zwiespaltes zwischem dem französischen Cabinet und der römischen Curie darthun.

Florenz, 7. März. In dem großen Ministerrathe, welcher unter Vorsitz des Königs stattgefunden, hat Sella mit seinen Finanzplänen Opposition gefunden. Man fürchtet die Ablehnung derselben von Seite der Kammer. Es scheint sicher, daß Pepoli nicht nach Wien zurückkehrt.

Auch die **spanischen** Cortes haben eine kleine Debatte über die Todesstrafe gehabt. In der Sitzung vom 3. März stellte Eraso den Antrag, in den Artikeln 168—170 des Strafgesetzbuches, welche von politischen Verbrechen handeln, statt der Todesstrafe die lebenslängliche Zuchthausstrafe zu setzen. Der Justizminister deutete darauf hin, daß ein Ausschuß jetzt gerade mit der Berathung über die Aufhebung der Todesstrafe überhaupt beschäftigt ist, und nach einigem Wortwechsel wurde der Antrag diesem Ausschusse zugewiesen; 83 Abgeordnete stimmten dafür, 9 dagegen. Mit einer noch viel stärkeren Stimmenmehrheit wurde ein von dem carlistischen Domherrn Manterola eingebrachter Antrag verworfen, welcher die Cortes aufforderte, zu erklären, daß die Art und Weise, wie der hochwürdige Bischof von Burgo de Osma nach Madrid abgeführt worden sei, sie mit Unwillen erfüllt habe. Außer den sieben Unterzeichnern des Antrages fanden sich nur noch zwei Abgeordnete, die ihm beitraten; 182 stimmten dagegen, nachdem der Justizminister sich über die hartnäckige Mißachtung der Gesetze, deren der Bischof sich schuldig gemacht, in scharfen Worten ausgesprochen hatte.

Bayerische Angelegenheiten.

— Die auf telegraphischem Wege verbreitete Nachricht, die königliche Regierung habe sich veranlaßt gefunden, in Berlin eine amtliche Erklärung abgeben zu lassen, daß die deutsche Politik Bayerns durch den Wechsel des Ministeriums keine Aenderung erfahren würde, ist ganz unbegründet und wahrscheinlich zur Verdächtigung der Entschließungen des Königs über den Ersatz des Fürsten Hohenlohe von den Ultramontanen erdichtet worden. Es ist dem Berliner Cabinet gar keine Erklärung in dieser Beziehung übermittelt worden.

— Das Jesuitenblatt L'unità cattolica in Turin beschäftigt sich, namentlich seit dem Laufe des heurigen Jahres, sehr angelegentlich mit den Vorgängen in Bayern und spart dabei keine Invektiven gegen

die Person unseres Königs. Neuestens ist ihm das königliche Schreiben an den Stiftspropst v. Döllinger aus Anlaß von dessen Geburtstag wieder ein arger Stein des Anstosses, und es stellt darum zwischen König Ludwig I. und Lola Montez einerseits und König Ludwig II. und v. Döllinger andererseits eine Parallele an, bei deren Ausführung es sich nicht scheut, den gelehrten Theologen als noch weit gefährlicher für unsern Monarchen hinzustellen, als es einst die spanische Tänzerin für Ludwig I. war. Das Blatt deutet bei dieser Gelegenheit abermals darauf hin, wie durch solche Vorkommnisse die Eventualität einer Abdankung unseres Königs immer näher gerückt werde. „Diese Hoftheologie" heißt es wörtlich, „hat es schon so weit gebracht, daß man von der Abdankung Ludwigs II. spricht. Bis dahin hat ihn Döllinger mit seinen Rathschlägen à la Hohenlohe geführt. Wenn der Souverain sich nicht eines Besseren besinnt und für sich selbst vorsieht, so wird er sein Handschreiben noch ebenso bereuen, wie sein Großvater seine Diplome und Dekrete. Gewiß, viele Fürsten wurden durch Tänzerinnen ins Verderben gestürzt, aber noch viel mehr von Theologen, welche den Höfen gefielen." — Eine Kritik dieser Kampfestaktik erscheint uns überflüssig; jeder nicht von blindem Parteifanatismus für die römische Jesuitenwirthschaft befangene Leser wird deren Erbärmlichkeit die tiefste Verachtung entgegensetzen!

* Unsere Leser erinnern sich der skandalösen Darstellung, die der Volksbote einst bezüglich der Kronacher Wahl gab und in welcher er der Wahrheit zuwider behauptete, daß die Gefangenen der Strafanstalt Plassenburg diese Wahl entschieden hätten. Als der Verfasser jener Artikel bekennt sich nun ein fanatischer Geistlicher, Pfarrer Zucker in Neufang, der die glänzende Niederlage der Ultramontanen in jenem Wahlbezirk und die Wahl der HH. Stenglein, Schauß, Sittig, Borger und Trendel nicht vergessen kann. Aus Rache griff er nun den sehr geachteten Bürgermeister von Kronach, Mertel, im Volksboten persönlich an, dessen Redakteur kürzlich in Folge Klage des Hrn. v. Schauß hiefür durch das kgl. Stadtgericht München l/J. bestraft wurde. Der Stadtmagistrat und die Gemeindebevollmächtigten der Stadt veröffentlichen in mehreren Blättern eine Resolution, die wohl das beste Zeugniß dafür gibt, daß die Behauptung Zuckers, Herr Mertel genieße als Liberaler das Vertrauen seiner Mitbürger nicht, eine lügenhafte Erfindung ist. Die Resolution lautet: „Angesichts der heftigen Angriffe, welche in dem Volksboten von Seite der Redaktion und des Pfarrers Zucker von Neufang seit längerer Zeit und insbesondere in Nr. 74 dieses Blattes gegen den Bürgermeister Hrn. Mertel ergingen, in der Erwägung, daß jene ganz unberechtigten Ausfälle nur als der Ausfluß einer vom Hrn. Bürgermeister Mertel durch Nichts provozirten Leidenschaft erscheinen, und Pfarrer Zucker seine unberufene Einmischung in die Verhältnisse der Stadt Kronach in keiner Weise zu rechtfertigen vermag, demselben auch ein Urtheil darüber nicht zusteht, welche Persönlichkeit die Bürger der Stadt Kronach an der Spitze ihrer Verwaltung zu sehen wünschen; in endlicher Erwägung, daß Hr. Bürgermeister Mertel seit 33 Jahren mit Unparteilichkeit, Umsicht und Treue seinem Amte oblag, wovon die vielen Anerkennungen sowohl von Seite der Stadt als der kgl. Regierung, welche demselben bei seinem im Jahre 1862 stattgefundenen 25jährigen Amtsjubiläum, wie auch seitdem bei verschiedenen Anlässen zu Theil wurden, ehrendes Zeugniß geben, sprechen die Gemeindegremien Hrn. Bürgermeister Mertel hiemit öffentlich das vollste Vertrauen aus und hoffen, ihn noch lange als Leiter der städtischen Angelegenheiten erhalten zu sehen.

Was die Angriffe, Verdächtigungen und Unwahrheiten in verschiedenen Artikeln des Volksboten gegen die hiesige Stadt und deren Bewohner betrifft, so erachten die Vertreter der Stadtgemeinde es unter ihrer Würde, darauf eine Entgegnung zu geben." Also einstimmig beschlossen in der gemeinschaftlichen Sitzung am 6. März 1870. Der Stadtmagistrat und die Gemeindebevollmächtigten.

xx **München**, 7. März. (Zur XVII. öffentl. Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Nach Prof. Marquardsen ergriff Abg. Lucas das Wort, um zu bemerken, man habe schon im Ausschusse viel gefragt, warum denn für das Eisenbahndotations-Anlehen von 1869 nicht der Subscriptions- sondern der Submissionsweg gewählt worden sei, und der k. Staatsminister v. Pfretzschner habe geantwortet, weil im erstern Falle nur einige wenige Millionen gezeichnet worden wären. Er könne nicht glauben, daß in dem reichen Bayern auf dem Wege der Subscription nicht sollten 18 Millionen aufgetrieben werden können; es könne dieß nur dann statthaben, wenn die Banquiers die Subscription niederhielten. Nachdem man im Jahre 1868 bei dem Anlehen mit der Commission so gute Geschäfte gemacht habe, so wäre es nicht nöthig gewesen, 1869 zu einem Consortium zu greifen; daß die großen Bankhäuser die Aufbringung der Anlehen in solcher Weise wünschten, glaube er wohl, aber es frage sich, ob eine solche Aufnahme auch wünschenswerth für das Land sei, und er denke, in erster Linie stünden die Interessen des Landes, in zweiter und dritter erst die Wünsche der Banquiers. Er habe sich das Consortium näher angesehen, der Chef davon sei Erlanger und Söhne in Frankfurt. Es lasse sich nicht läugnen, daß Erlanger Verdienste um Bayern habe; aber die Verdienste würden gewöhnlich durch Titel und Orden, nicht durch die Concession zur Ausgabe eines Eisenbahn-Anlehens gelohnt. I. Präs. Dr. Weis unterbricht den Redner und erklärt, solche Motive zu unterstellen sei nicht statthaft. Redner fährt fort: Er habe im Ausschusse weiter gefragt, warum der ganze Betrag des Anlehens, den man doch nicht auf einmal verwenden könne, wohl aber verzinsen müsse, auf Einmal vergeben wurde, und darauf habe der Hr. Finanzminister geantwortet: der Spätherbst und Frühwinter sei zur Unterbringung von Anlehen die beste Zeit, es werde da der amerikanische Coupon fällig, die Kapitalien aus dem Hopfengeschäfte würden frei, und im Winter herrsche politische Windstille. Seine Zweifel seien aber hiedurch nicht völlig gehoben. Im Jahre 1868 habe man die zweite Rate des Anlehens im Hochsommer ausgegeben und die Sache sei gut gegangen; man hätte es wohl im Jahre 1869 auch so machen können. Wenn man dasselbe in Raten begeben hätte, so würde man diese kleineren Beträge wohl durch Subscription haben decken können und hätte sich nicht den Banquiers zu fügen gebraucht. Man hätte eben auch nicht den Gemeinden und Stiftungen — wie es geschehen — verbieten sollen, die Kapitalien aus verloosten Obligationen wieder anzulegen! Unwillkührlich steige ihm als Motiv für die Begebung im Ganzen der Gedanke auf, ob man nicht die 15 Millionen, wenn auch nicht für Eisenbahnzwecke, gebraucht habe; — man habe nicht gewußt, wie es mit der neuen Kammer gehen werde, und es für gut gehalten, für alle Fälle Geldmittel parat zu haben. Er wolle mit seinen Ausführungen nicht den Herrn Finanzminister angreifen, sondern nur die in ihm aufgestiegenen Zweifel mittheilen; es werde jedenfalls der Staatsregierung ein Leichtes sein, sie zu zerstreuen. Wenn auch, wie behauptet, das Anlehen für den Staat sehr vortheilhaft abgeschlossen worden sei, so schienen doch auch die Banquiers dabei kein schlechtes Geschäft gemacht zu haben, denn die Obligationen stünden 1 pCt. höher, als das Consortium das Anlehen übernommen. Auch die Ausgabe eines 5 procentigen Anlehens hätte ihm besser geschienen, weil man dasselbe wohl al pari untergebracht hätte. (Großer Widerspruch links.) Ueber die Hypotheken- und Geldnoth im Lande könne man sich da nicht mehr wundern, wenn der Staat solche Schulden mache; — da könne das Volk nicht mit ihm konkurriren, und so komme die Hypothekennoth, unter der Handel und Gewerbe leide. Er wolle nicht das Ministerium angreifen, denn er sei kein Finanzmann von Profession (Gelächter), aber (zur Linken gewendet) da drüben säßen auch nicht lauter Finanziers!

Der k. Staatsminister v. Pfretzschner erklärt, er könne nicht den einzelnen Ausführungen des Vorredners folgen, wolle aber den ganzen Stoff im Zusammenhange beleuchten. Bei der Aufnahme von Staatsanlehen sei als erstes Ziel die Erlangung eines möglichst hohen Curses im Auge zu haben, einmal, um ein möglichst kleines Disagio zu erwirken und um, was noch wichtiger sei, den bereits bestehenden Curs möglichst auf seiner Höhe zu halten, und so nicht allein den Staatscredit zu sichern, sondern auch das Staatspapiere besitzende Publikum vor Verlusten, die bei Herabdrückung der Curse entstehen, zu bewahren. — Die Auslassungen des Abg. Lukas hinsichtlich der Aufnahme des letzten Anlehens, machten es ihm nöthig, in ein paar Strichen die Art der Aufnahme der Anlehen zu skizziren. Hinsichtlich

der Subscriptionsanlehen — der Ideale des Abg. Lukas — bestehe der von der Erfahrung bewiesene Satz, daß man auf diese Weise nur einige Millionen, überhaupt kleinere Beträge, aufbringen könne. Habe man bei einem größeren Anlehen diese kleineren ungenügenden Beträge aufgebracht, dann trete erst recht jene Knechtschaft und Abhängigkeit von den Banquiers ein, von welcher Abg. Lukas gesprochen habe, und von der — Gott sei Dank — das bayerische Finanzministerium keinen Begriff habe! Wo denke jetzt noch der Geld suchende Staat an direkte Subscriptionen? Hätte er (Redner) diesen Weg versucht, würde er gänzliches Fiasko gemacht haben. Herr Lukas argumentire mit dem Resultate des 1868er Anlehens; wenn er dieß für ein Subscriptions-Anlehen halte, so befinde er sich hiebei völlig im Irrthum. Der Staat hat die Nürnberger Bank beauftragt, an Stelle der Staatsverwaltung die Submission zu vollziehen; die Bank bildete dann für sich ein Consortium und gründete sogar für den ersten Posten von 10 Millionen ein Syndikat, den weitern, kleinern Betrag vergab sie an Bankhäuser, welche sie weiter vergaben. Diese letzte Anleihe bei der Bank ging aber sehr zähe, und er habe eingesehen, daß er diese Manipulation nicht öfter wiederholen dürfe, sondern daß er noch andere, größere Geldkräfte heranziehen müsse, und deßwegen habe er beim 1869er Anlehen zum Wege der Submission gegriffen. Dieß habe Abg. Lukas strenge getadelt, und er müsse dem Präsidenten sehr danken, daß derselbe die Diskussion über Eine Seite der Frage abgeschnitten habe. Er wolle den Charakter einer solchen Submission, der jedenfalls den Meisten bekannt, doch Einigen noch fremd zu sein scheine (Gelächter links, Lukas wirft den Kopf in die Höhe), kurz skizziren. Nachdem dieß geschehen, legt Redner dar, daß der Abschluß des Anlehens zu $90\frac{13}{16}$ % ein viel günstigerer, als er zu hoffen gewagt, gewesen sei. Die Frage, ob das Anlehen nicht ein 5procentiges werden solle, sei reiflich erörtert worden; er würde aber, da das Wechseln des Zinsfußes nicht gut sei, falls er das Anlehen nochmals zu machen hätte, es wieder zu $4\frac{1}{2}$ % machen, da ihm dieß das Richtige scheine. Das Verbot der Wieder-Anlage der verloosten Kapitalien anlangend, liege die Erklärung in dem Umstande, daß man doch nicht die Obligationen bei einem Curse von 92 für 100 fl. anbieten könne; — und sie zum Tagescurse herzugeben, müsse er den Banquiers überlassen; er verwahre sich dagegen. Was von der Kapitaliennoth für den Grundbesitz bemerkt worden, sei nicht stichhaltig; die Kapitalisten würden auch ohne bayerische Anlehen Staatspapiere, die ihnen behagen, finden. Auch die Reservirung eines Theiles der Anleihen zur Subscription im Allgemeinen, oder nur, wie andererseits gewünscht, für Stiftungen und Gemeinden würde ebenfalls den Uebernahmscurs der Anleihe herabdrücken.

Abg. Kolb erklärt, man sei allgemein über den hohen Curs erstaunt gewesen, um welchen das Anlehen abgeschlossen worden sei; deßhalb habe ihn auch der Angriff wegen der Anlehensaufnahme im Ausschusse höchlich überrascht. Nur das Zusammentreffen mehrerer günstiger Umstände haben einen so hohen Uebernahmscurs ermöglicht. Nicht von den Banquiers, sondern vom Geldmarkte sei nicht allein Bayern, sondern alle Staaten abhängig und das Geld fliehe eben jene Staaten, wo man ihm Schwierigkeiten bereite. Das Ministerium würde eine Pflichtverletzung begangen haben, wenn es das Anlehen nicht dem höchsten Angebote überlassen hätte. So wenig wie in Baden und Sachsen würde man ein 5procentiges Anlehen al pari untergebracht haben; er halte die Emission zu $4\frac{1}{2}$ % für vortheilhafter. Nicht das Haus Erlanger, sondern drei bayerische Bankhäuser, denen der Ehrenpunkt die Hauptsache, der Geldpunkt Nebensache gewesen sei, hätten den Mittelpunkt des Consortiums gebildet, und die k. Bank in Nürnberg, die einem andern Consortium angehörte, und die Verhältnisse in Bayern doch am Besten kennen müßte, habe um 126,000 fl. weniger geboten. — Dr. Huttler hält die Höhe der bayerischen Staatsschuld von nahe einer halben Milliarde für einen ungesunden Zustand, und meint, man dürfe jetzt mit dem Schuldenmachen aufhören; — denn wohin werde man kommen, wenn man noch einige Dezennien so fortmache? Man solle sich an der Schweiz, deren Finanzverhältnisse äußerst günstig seien, ein Beispiel nehmen, sich von der Börse emancipiren, die Anleihen demokratisiren. — Abg. Dr. v. Schauß constatirt, daß durch eine Anlehensaufnahme ein höherer Curs nicht hätte erreicht werden können, und daß der Herr Finanzminister durch die günstige Begebung des Anlehens sich den Dank des Landes erworben habe. Was Dr. Huttler's Ausführungen anlange, so sei man vom Standpunkte der Volkswirthschaft wohl darüber einig, daß Schuldenmachen zu produktiven Zwecken nicht schade. — Hierauf legte Staatsminister v. Schlör in überzeugender Weise dar, daß die Behauptung, Bayern sei übermäßig mit Schulden belastet, völlig irrig sei, weil man immer vergesse, der Ziffer der Schuld den effektiven Werth des Staatsvermögens, worauf sie fundirt sei, entgegen zu stellen, und erklärte, er sei mit der Demokratisirung der Anlehen einverstanden, aber mit der Schweiz sei Bayern nicht zu vergleichen; da sei ein himmelweiter Unterschied; dort seien seit alter Zeit große Capitalien angesammelt; — uns fehlten sie noch. Bayerns finanzielle Lage sei aber sehr gut; seine Staatsschuld sei gedeckt, Grund und Boden zahle noch dieselbe Steuer wie 1819, und die durch freien Beschluß der Betheiligten geschaffenen höhern Distrikts- und Gemeindeumlagen kämen in ihren Resultaten jenen wieder selber zu Nutzen. Bayern könne sich bezüglich der Finanzen mit jedem Staate günstig vergleichen. — Abg. Fischer meint, es stehe jedem Abgeordneten unbedingte Redefreiheit zu, so daß er auch über Dinge, die er nicht verstehe, reden könne. Wenn aber ein Mitglied des Finanzausschusses, wie Hr. Lukas, Excurse wie den obigen mache, so könne das nur ungünstig auf die Matadore des Geldmarktes wirken. Er könne ganz besonders nur bedauern, daß der an staatswirthschaftlichen und finanzpolitischen Kenntnissen so reiche Referent hievon im Referate keinen größeren Gebrauch gemacht habe. Wenn man ein 5procentiges Anlehen empfohlen habe, so müsse man bedenken, daß dieß die Curse drücke; wie auf dem Holzmarkte das Holz theurer sei, wenn nur 100, statt 1000 Klafter da seien. — Abg. Lukas entgegnet, wenn ihn Fischer auf den Holzmarkt, so verweise er mit demselben Rechte auf den Strohmarkt, denn sicher sei er schon oft dabei gewesen, wenn leeres Stroh gedroschen worden sei. (Großes Gelächter.) — Abg. Greil glaubt, die Millionen hätten schon auf dem Subscriptionswege beschafft werden können, aber damals habe eben das Vertrauen in die Regierung gemangelt; wenn das Vertrauen wiederkehre, werde man in Bayern Geld genug bekommen. Leider könne dieses Vertrauen nicht wiederkehren, wenn, wie kürzlich geschehen, Hr. Generall. v. Spruner .... Hr. Präsident Weis unterbricht den Redner, er möge nicht eine Sache hereinziehen, die nicht hieher gehöre; — der weitere Verlauf ist schon mitgetheilt.

xx **München** 9. März. (XVIII. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Zu Beginn der Sitzung wurden die sieben HH. Abgeordneten der Stadt München, Advokat Kühlmann, Apellrath Dürrschmidt, Stadtrichter Kastner, Verleger Knorr, Generaladministrator Hocheder, Staatsanwalt Wülfert und Juwelier Thomaß eingeführt und vereidigt. Hierauf erstattete Abg. Frhr. v. Stauffenberg als Referent des Finanzausschusses Bericht bezüglich der Rechnungsnachweisungen über den Betrieb der Verkehrsanstalten pro 1866/67 und beantragte, die Kammer möge denselben die Anerkennung ertheilen. Wir entnehmen dem Berichte folgendes Wesentliche: Für die Posterträgnisse setzte das Budget der achten Finanzperiode jährlich eine Roheinnahme von 2,703,680 fl., eine Ausgabe von 2,155,170 fl., sohin eine Reineinnahme von 548,510 Gulden voraus. — Das Jahr 1866/67 ergab nun folgende Resultate: Einnahme 4,139,173 fl. oder auf vier Quartale reducirt (da dieses Rechnungsjahr fünf Quartale zählte) 3,311,416 fl., Ausgabe 3,324,718 fl. reduzirt 2,659,768 fl., Reineinnahme 814,559 fl., reduzirt 651,648 fl. Die Roheinnahme der Post hat im Laufe der achten Finanzperiode eine stete Steigerung erfahren. Im Durchschnitt hat ein Jahr der achten Finanzperiode 3,239,000 fl. Roheinnahme geliefert. Nicht in gleichem Verhältnisse ist die Ausgabe gestiegen; sie betrug im Jahresdurchschnitt 2,504,000 fl. Im Durchschnitt betragen die Reineinnahmen 26 pCt. der Roheinnahmen, ein den Resultaten anderer Länder gegenüber nicht ungünstiges Verhältniß. — Die Einnahme aus dem Briefverkehr speziell betrug auf vier Quartale reducirt 1,681,312 fl. Auch hier ist dem Budgetanschlag

von 1,298,000 fl. gegenüber die Einnahme eine regelmäßig steigende gewesen; nur im Kriegsjahre 1865/66 ist ein ganz unbedeutender Rückgang eingetreten. Dies Resultat ist um so bemerkenswerther, als die Einführung des Groschenporto im internen Verkehr in diese Zeit fällt. Die zahlenden Briefe betrugen im J. 1861/62: 27,137,393, im Jahre 1862/63: 28,555,817, im J. 1863/64: 29,654,991, i. J. 1864/65: 30,766,701, im Jahre 1865/66: 33,801,000, i. Jahre 1866/67: 36,225,000 (in den ersten vier Quartalen.) Die Zahl der Groschenbriefe ist auch nach der großen Steigerung des Jahres 1865/66 (mit dem 1. August 1865 trat die Ermäßigung für den internen Verkehr ein) um 212,527 gestiegen.— Das Zeitungsabonnement hat nicht unbedeutend zugenommen; die Zahl der beförderten Zeitnngen ist über eine Million gewachsen, die Einnahmen haben sich gegen das Vorjahr um 45,378 fl. gehoben. Die Zahl der beförderten Zeitungen betrug: im J. 1850/51 20,612,202, i. J. 1863/64 44,132,067, i. J. 1864/65 46,968,000, i. Jahre 1865/66 51,793,582, i. J. 1866/67 52,919,126. Auch dies ist eine nicht unbedeutende Illustration zur Zeitgeschichte. Daß übrigens die während dieser Zeit erfolgte Herabsetzung der Speditionsgebühren auf die Abonnentenvermehrung nicht eingewirkt haben konnte, geht aus dem Umstande hervor, daß einzelne Ausnahmen abgerechnet, eine Herabsetzung des Abonnementsbetrages im Allgemeinen nicht erfolgt ist. Die Einnahmen aus dem Telegraphenverkehr sind im Jahre 1866/67 erheblich zurückgegangen; die Einnahmen aus dem internen Verkehr betrugen 1865/66 noch 146,851 fl., im Jahre 1866/67 aber nur 95,477 fl.; aus dem auswärtigen Verkehre wurden gegen 178,307 fl. des Jahres 1865/66 188,184 fl. eingenommen. Hingegen zeigen auch die Ausgaben theilweise eine bedeutende Minderung; die Besoldungen sind von 156,584 fl. auf 121,884 fl. zurückgegangen, der Aufwand für allgemeine Regie von 46,483 fl. auf 31,103 fl. — Der Reinertrag aus den Eisenbahnen ist in den einzelnen Jahren der VIII. Finanzperiode (1861/62—1866/67) kein gleichmäßig steigender sondern ein schwankender gewesen, wenn man denselben nämlich auf die Betriebsmeile reduzirt; er schwankte in dieser Periode zwischen 81,826 und 97,523 fl. jährlich auf die Betriebsmeile. — Auf dem Donau-Mainkanal hat im Jahre 1866/67 der Verkehr abgenommen. Seit 1863/64 weist derselbe ein stetig steigendes Defizit auf. Der Hauptverkehr des Kanals liegt in dem Nutz- und Brennholz, das von Kelheim und größtentheils von Beilngries aus das lokale Bedürfniß der am Kanal gelegenen Orte, vorzugsweise Nürnbergs, Fürths und Erlangens befriedigte. Der bedeutende Nutzen, den dieser Absatzweg für die Rente der Staatswaldungen herbeiführt, ist bekannt; noch bedeutender dürften aber die genannten drei Orte profitiren, die ihr Brennholz ohne den Kanal erheblich theuerer zahlen müßten. Andererseits scheint aber der Zustand des Kanals sich mit den Jahren nicht zu verbessern: die Ausgaben sind im stetigen Wachsen begriffen. Die Vollendung des Eisenbahnnetzes wird die Bedeutung des Kanals noch mehr als jetzt auf den Lokalverkehr beschränken, die Neuarbeiten werden dann immer dringender werden und der Staat wird sich dann das Rechenexempel machen müssen, ob ihm die Mehreinnahme seiner Waldungen diese ständige Mehrausgabe deckt. Es mag dann auch die Zeit kommen, in der die Lokalinteressenten, insbesondere die größeren Städte, das Interesse, das sie an der Erhaltung des Kanals haben, durch einen angemessenen Beitrag zu den Unterhaltungskosten zu dokumentiren hätten. — Der Ausschußantrag wurde angenommen; aber an die einzelnen Abtheilungen über Post, Telegraphen, Eisenbahnanstalt, Donau-Mainkanal knüpfte sich eine kleine allgemein nicht interessante Debatte, an welcher sich wiederholt der Referent und der k. Staatsminister des Handels, v. Schlör, dann die Abg. Lukas, Fridhinger, Louis und Mahr betheiligten und welche wir morgen nachtragen werden. Für heute wollen wir nur bemerken, daß sowohl Hr. Pfarrer Mahr als insbesonders Hr. Militärkurat Lukas wegen allgemein ausgesprochener Behauptungen, für welche positive Substrate irgend einer Art ihnen nicht zur Seite standen, ersterer vom k. Staatsminister v. Schlör, letzterer von diesem und dem Referenten scharf, aber verdient über dieses Vorgehen kritisirt wurden. Hierauf wurden auf Antrag des VI. Ausschusses mehrere Petitionen an die betreffenden Fachausschüße verwiesen.

Fürth, 7. März. Die Vorstände des Volksvereins erlassen einen Aufruf zu einer heute Abend stattfindenden Volksversammlung, in welcher Berathung und Beschlußfassung über die in der Militärfrage zu ergreifenden Schritte gepflogen werden soll.

Würzburg, 6. März. Gestern fand dahier eine ziemlich schwach besuchte Volksversammlung statt, in welcher die Vortheile eines Milizheeres nach schweizerischem Muster dargelegt wurden, worauf man zur Unterzeichnung einer Adresse in diesem Sinne schritt.

Lokales und Provinzielles.

München, 9. März.

* Heute Vormittag celebrirte Stiftspropst Dr. v. Döllinger in Anwesenheit des gesammten Hof- und Stadtklerus in der Theatiner-Hofkirche zur Gedächtnißfeier an den Todestag weiland Sr. Majestät König Max II. die Vigil. Der Trauerfeierlichkeit wohnten Se. Maj. der König, J. Maj. die Königin Mutter mit dem großen Cortege bei; Se. K. H. Prinz Otto war, weil er am Fieber krank darnieder liegt war nicht anwesend. Auf Befehl Sr. Maj. des Königs ist sowohl der vor dem Presbyterium, welches mit den königl. Insignien behangen ist, aufgestellte Katafalk als auch die Grabeskapelle König Max' II. aufs Reichste mit Blumen und grünen Gewächsen decorirt.

— Die diesmaligen Frühjahrs-Rennen des Münchener Renn-Vereins werden Sonntag den 8. Mai und Dienstag den 10. Mai stattfinden. Am ersten Tage werden die folgenden Rennen stattfinden: 1) Jokei-Rennen auf flacher Bahn: Königs-Preis 100 Dukaten, gegeben von Sr. Maj. dem König; 2) Jokei-Rennen auf flacher Bahn: Staatspreis 75 Dukaten, aus dem Fond zur Hebung der Pferdezucht; 3) Offiziers-Flachrennen: Ehrenpreis, gegeben von Sr. k. Hoh. dem Prinzen Otto, und 100 fl. Subscriptionspreis; 4) Offiziers-Steeplechase: Ehrenpreis, gegeben von Sr. k. Hoh. dem Prinzen Ludwig, und 400 fl. Subscriptionspreis. Am zweiten Tage: 1) Offiziers-Hürden-Rennen: Ehrenpreis, gegeben von Sr. k. Hoh. dem Herzog Carl Theodor, und 200 fl. Subscriptionspreis; 2) Vereins-Preis: für Pferde im Besitze bayer. Unterthanen: I. Pferd 350 fl., II. Pferd 150 fl., III. Pferd Einsätze und Renngelder; Jokei-Rennen; 3) Consolations-Rennen mit einem Zuschuß von 100 fl. aus der Rennkasse; 4) Steeple-chase, 1700 fl. durch Subscription gegeben; 5) Herren-Reiten für Pferde aller Länder.

(Tagesbericht.) Morgen Donnerstag Abends wird aus Anlaß des Ablebens eines Universitätsstudenten von dessen Commilitonen ein Fackelzug veranstaltet, welcher sich vom Akademiegebäude durch die Kaufinger-, Rosen- und Sendlingergasse nach dem südlichen Friedhofe bewegen wird. — Gestern Nachmittag wurde die ledige Näherin Elise Amend aus Bamberg in ihrer Wohnung am Türkengraben erhängt aufgefunden; die Unglückliche hatte zweifellos ihrem Leben selbst ein Ende gemacht, aus Verzweiflung darüber, daß ihr Liebhaber ihr das Verhältniß gekündigt hatte. — Die großen Viehmärkte, welche gegenwärtig abgehalten werden, bieten unsern Gaunern ein ergiebiges Feld zur Erprobung ihrer Kunstfertigkeit; ein Viehhändler wurde auf dem letzten Markte von zwei sehr anständig gekleideten jungen Leuten, während er im Begriffe war, ihnen auf Ersuchen einen Thaler zu wechseln und dabei unvorsichtiger Weise seinen ganzen Baarvorrath auslegte, um 56 fl. und ein Pferdehändler aus der Schweiz in einem Gasthause bei der Abwicklung eines Roßhandels um 4000 Frcs. in Gold bestohlen.

(Aus der öffentlichen Magistratssitzung vom 8. März. Schluß.) Bezüglich der Geschäftsrepartition faßte seinerzeit das Gemeindecollegium den Beschluß, das Recht der Ernennung der Verwaltungsräthe aus den bürgerl. Mag.-Räthen und die Bestimmung der Befugnisse derselben stehe dem Magistrate, und nicht dem Bürgermeister zu, wie letzterer aus Art. 101 der Gemeindeordnung ableitete, in welcher Interpretation auch sämmtliche Rechtsräthe mit ihm übereinstimmten; trotzdem adoptirte die Majorität des Magistrates den Beschluß des Collegiums. Um die hiedurch zur Entscheidung der Streit-

frage nöthige Einmischung der Oberbehörden zu vermeiden, bequemten sich die beiden städtischen Corporationen, eine Cumulativkommission niederzusetzen, welcher der I. Bürgermeister Vermittlungsvorschläge unterbreiten zu wollen erklärte. Die Cumulativcommission einigte sich nun mit dem Hrn. Bürgermeister, ohne die principielle Frage weiter zu erörtern, aus Opportunitätsgründen im Wege des Compromisses dahin, es solle zwar der Bürgermeister das Recht haben, die einzelnen Persönlichkeiten für die einzelnen Anstalten als Verwaltungsräthe zu ernennen, hiebei aber den von den Mitgliedern der Collegien geäußerten Wünschen alle mögliche Rechnung tragen. Trotz dieser Einigung in der Commission, trotz dessen, daß Dr. v. Schauß in der öffentl. Sitzung wiederholt nachwies, daß die Ansicht des Bürgermeisters und der Rechtsräthe gesetzlich ganz correkt sei, wurde doch die principielle Frage wieder aufgegriffen und mit seltener Zähigkeit verfolgt, so daß schließlich mit 14 gegen 11 Stimmen wieder dem Gemeindecollegiumsbeschlusse zugestimmt wurde und nun doch die Oberbehörden endgiltig entscheiden müssen. — Durch eine Petition von Auer Bürgern veranlaßt, stellte Mag.-Rath Riedmaier hinsichtlich der Dulten folgende Anträge: 1) es seien die Auer Dulten von 3 auf 8 Tage zu verlängern und der Beginn der Auer Herbstdult auf den zweiten Sonntag im Oktober zu verlegen; 2) dagegen seien die Münchener Dulten auf 8 Tage zu reduciren und der Beginn der Sommerdult auf den Sonntag vor Jakobi, der Beginn der Winterdult auf den Sonntag vor hl. Dreikönig zu verlegen; 3) es sei die Weihnachtsdult als nicht mehr zeitgemäß aufzuheben; 4) das Stadtbauamt sei zu beauftragen, für die Hafner und Korbmacher, welche bis jetzt in den Eschenanlagen am Dultplatze feilhielten, andere Verkaufsplätze zu ermitteln. Nach langer Debatte nahm der Magistrat den ersten und vierten Antrag an und lehnte die beiden anderen Anträge ab.

Vermischtes.

Mainz, 4. März. Der Urgesundheitsapostel Ernst Mahner, der nach längerer Abwesenheit im Norden Deutschlands an den Rhein zurückgekehrt ist, wird nächsten Sonntag Nachmittag 3 Uhr eine „öffentliche Schwimmfahrt" auf einer dazu reservirten Eisscholle nach mehrtägigem strengen Fasten, bei jedmöglicher Witterung, am liebsten bei „Schnee und Hagelsturm", vor dem Biebricher Schlosse vorbei halten. Für die Vortrefflichkeit der Urgesundheitslehre mag wohl der Umstand sprechen, daß Herr Mahner bald das 70. Lebensjahr erreicht, allein falls eine Schwimmparthie auf Eisschollen im Winter das Mittel zur Gesundheit wäre, möchte sich doch Mancher besinnen, es anzuwenden. Ernst Mahner gedenkt sich nach 37jähriger Wanderlehr-Wirksamkeit in seine Heimath (Provinz Sachsen) zurückzubegeben.

Telegraphische Nachrichten.

Stuttgart, 8. März. Der Landtag ist heute ohne Thronrede eröffnet worden. Der Abgeordnetenkammer wurde der Etat der Finanzperiode 1870—1873 und das Eisenbahnbaugesetz vorgelegt. Abg. Schott interpellirt den Minister des Aeußern, Varnbüler, über dessen im Jahre 1867 betreffend, den casus foederis, gegenüber dem Allianzvertrag gemachte Aeußerung, unter Bezugnahme auf das von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung," dem Organe Bismarcks, hiewegen gebrachte Dementi.

Stuttgart, 9. März. Die Abgeordnetenkammer hat die Wahl des Abgeordneten Zimmerle (großdeutsch) für nichtig erklärt, die angefochtene Wahl des Abgeordneten Hölder (deutsche Fortschrittspartei) legitimirt, obwohl Wahlbestechung behauptet wurde.

Wien, 9. März. Eine Original-Correspondenz der Presse aus Cattaro meldet, daß die österreichische Regierung Ende Februar Nachricht von einer geheimen Verabredung mehrerer um die Sutorina herum wohnender Christenstämme, das türkische Lager zu überfallen und die Türken ins Meer zu drängen, erhalten habe. Die österreichische Regierung habe demzufolge einen dichten Truppencordon angeordnet, und die Türken hätten sich auf's Beste zur Hinhaltung eines Ueberfalles verschanzt.

Berlin, 8. März. Der Reichstag hat bei der Fortsetzung der zweiten Lesung des Bundesstrafgesetzbuches folgenden, von Twesten eingebrachten Antrag angenommen: „Landtagsmitglieder in den Bundesstaaten dürfen wegen ihrer Abstimmungen oder wegen Aeußerungen, die sie in der Ausübung ihres Berufes machten, nicht zur Verantwortung gezogen werden." (Mit Bezug auf die bekannten Vorgänge in Preußen.)

Berlin, 9. März. Die ministerielle „Prov.-Corresp." sagt nach anerkennenden Worten für den Fürsten Hohenlohe, dem das Streben vorschwebte, ein enges nationales Band zwischen den süddeutschen Staaten und dem Nordbunde herzustellen: Die politische Vergangenheit und die bewährte Gesinnung des neuen Ministers, welcher auch bei dem Abschlusse des Schutz- und Trutz-Bündnisses zwischen Bayern und Preußen betheiliget war, dürfte als neue sichere Bürgschaft gelten, daß die bayerische Regierung fest entschlossen ist, in der bisherigen nationalen Richtung ihrer Politik auch dem Nordbunde gegenüber zu verharren.

Paris, 8. März. Ein Artikel des „Constitutionnel" hebt die europäische Wichtigkeit der türkischen Eisenbahnen hervor, welche er bestimmt hält, die friedliche (?) Lösung der orientalischen Frage herbeizuführen.

Florenz, 8. März. Die „Italia militare" meldet, daß der Kriegsminister eine Beurlaubung der Altersklasse 1845 auf unbestimmte Dauer angeordnet habe; dieselbe soll 30,000 Mann betreffen.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 9. März. (Schlussc.)

Wechsel auf London	120	Oest.-franz. Staatsbahn	$374^{1}/_{2}$
„ „ Paris	$95^{1}/_{8}$	Bayr. Ostbahn-Actien	120
„ „ Wien	96	Elisabeth-Prior. I. Em.	76
5 proc. bayr. Anleihe	101	4% bayer. Prämien-Anl.	$105^{3}/_{4}$
$4^{1}/_{2}$ „ „ „	$91^{7}/_{8}$	Bad. Präm.-Anleihe	$105^{7}/_{8}$
4 „ „ Grundrente	$86^{1}/_{2}$	Oesterr. Loose v. 1860	$80^{3}/_{4}$
4 „ „ Obligat.	$86^{1}/_{2}$	„ Loose v. 1864	115
5 proc. österr. Metall., engl.	—	Alsenzbahn	$85^{5}/_{8}$
5 „ „ National-Anl.	—	Oberhessische Bahn	$67^{1}/_{2}$
Steuerfr. Metall. v. 1866	—	Lombarden	235
1882er Amerikaner	$95^{7}/_{8}$	Napoleons	9.30
Oesterr. Bank-Actien	696	Rente Silber $58^{3}/_{8}$, Pap. $50^{3}/_{4}$.	
Credit-Actien	271	Handelsbank	—

Wien, 9. März. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	71.35	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	97.80	Steuerfr. Metall. on 1866	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	119.50	Napoleons	9.89
Oesterr. Bank-Actien	727.—	Wechsel auf Augsburg	103.—
„ Credit-Actien	281.50	„ „ London	124.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	390.—	„ „ Paris	49.20
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	„ „ Frankfurt a. M.	103.—
„ „ Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	244.30
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 391.50 Pap.-R.	61.50

Berlin 9. März (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	$45^{7}/_{8}$	Lombarden	$134^{1}/_{8}$
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	$106^{7}/_{8}$	Italienische Anleihe	$55^{7}/_{8}$
$4^{1}/_{2}$ „ „ Anleihe	$91^{5}/_{8}$	1882er amerikanische Bonds	$96^{7}/_{8}$
Bad. Prämien-Anleihe	$106^{7}/_{8}$	5 proc. preuss. Anleihe	102
Darmstädter Actien	$129^{7}/_{8}$	$4^{1}/_{2}$ „ „ „	$93^{5}/_{8}$
Oesterr. Credit-Actien	$154^{3}/_{4}$	Wechsel auf Augsburg	—.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	$212^{1}/_{4}$	„ „ Frankfurt	—.—
Staatsbahn-Prioritäten	$291^{1}/_{2}$	„ „ London	
Oest. fl. 500 Loose von 1860	$80^{5}/_{8}$	„ „ Paris	
„ fl. 100 Loose von 1864	66	„ „ Wien	
5 proc. östr. National-Anl.			

fest.

New-York, den 8. März. Gold $111^{1}/_{8}$. Wechsel in Gold $108^{3}/_{8}$ Bonds per 1882 $110^{1}/_{8}$. Baumwolle $21^{1}/_{8}$. Petroleum $26^{1}/_{8}$.

Liverpool, den 8. März. Schlussbericht. Heutiger Umsatz 10,000. Orleans $11^{7}/_{16}$. Middling amerikanische $11^{1}/_{8}$. Fair dhollerah $9^{3}/_{8}$. Middling fair dhollerah 9. Good middling dhollerh $8^{3}/_{4}$. Fair Bengal 8. Fair Omra $9^{5}/_{8}$. Pernam ——. Smyrna ——. Egyptian ——. Amerik. per März-April ——. Dhollerah per Mai $8^{7}/_{8}$. Omra per Tages-Import 5625, davon Ostindische —— Tendenz: unverändert.

Curse des Münchener Handelsvereins vom 9. März 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. 3 1/2% Obl.	fl. 1000	81 3/8	
4% ganz. Obl.	1000	86 5/8	86 1/4
4% halbj. Obl.	1000	86 5/8	86 3/8
4% Grundr.-Obl.	1000	86 3/4	86 1/2
4 1/2% ganzj. Obl.	1000	92	91 3/4
4 1/2% halbj. Obl.	1000	92	91 3/4
4 1/2% Milit.	1000	92	91 3/4
5% Obl.	1000	101 1/2	101 1/4
4% Münch. Obl.	1000		
5% " "	1000	101 1/8	100 5/8
4 1/2% Ostbahn-Aktien		120 1/2	
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung		86	85 5/8
dto. volle		86	85 5/8
Pfdbr. d. bayer. Hyp.- u. W.-Bank à fl. 1000		90 5/8	90 3/8
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.		100	99 3/4
Aktien " "		830	828
Bayer. Handelsbank-Act.		98	
Vereinsbank			119 1/4
Würtemberg. 4 1/2% Obl.			
Oesterreich 4 1/2% Silb.-Rte. 6/7		58 7/8	58 5/8
Pap.-Rte			
5% Nation.-Anl. 5/8			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à 116 7/8			
5% Met. Stfr. v. 1866 5/7			
Oest. Bank-Aktie			
Cred.-Aktien		272 3/4	272 1/4
Oest.-franz. Stsb.-Aktien		376	

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb.	235 1/4	234 1/2
Preußen. 4 1/2% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. 2 1/2	95 7/8	95 11/16
" 1884 "	94 7/8	
" 1885 "		94 3/4
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	106 1/4	
4% Bad. "	107	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	6 1/2	
Pappenheimer dto.	5 3/4	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose	18 1/2	
Oester. 1854er Loose à fl. 250 5/8		
" 1860er " à fl. 500 6/7		80 5/8
" 1864er " à fl. 100 u. 50		
" 1858er Cred Loose		
Diverse Effekten. Actien der		
Maximilianshütte		300
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		122
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor	95	
Chemische Fabrik Heufeld		
Oest. Elisabeth-Westbahn		
" Franz Joseph-Bahn		
" Kronprinz Rudolph-Bahn		
" Siebenbürger Bahn		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. I. Em. 5/7		75 1/2
dto. II. "		
" Kronpr. Rudolph-Bahn "		

		Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn		78	77 5/8
" Siebenbürger Bahn			
" d. Böhm. Westbahn			
" Alföld Fiumander Bahn			74 1/2
Wechsel.			
Amsterdam fl. 100 holl.	K. S.		100 1/2
	L. S.		
Augsburg fl. 100	K. S.		
	L. S.		100
Berlin Rthlr. 60	K. S.	105 1/8	104 7/8
	L. S.		104 7/8
Frankfurt fl. 100	K. S.		
	L. S.		100
Hamburg M.-B. 100	K. S.		88 1/2
	L. S.		88 1/2
Leipzig Rthlr. 60	K. S.	105 1/8	104 7/8
	L. S.	105 1/8	105
London Pfdst. 10	K. S.	120	119 3/4
	L. S.	120	119 3/4
Paris Fr. 200	K. S.	95 1/4	95
	L. S.	95 1/4	95
Wien fl. 100	K. S.	96	95 7/8
	L. S.		
Bank-Disconto für Platz-Wechsel			
" " Lambard.			
Geldsorten.			
Preuß. Friedrichsd'or		9.59	9.58
20 Francs Stücke		9.30 1/2	9.29 1/2
Preuß. Cassen-Scheine		105 1/8	104 7/8
Oest. Banknoten		96 1/8	95 3/8

Wegen der Gedächtnißfeier des Todestages weiland Sr. Majestät Königs Max II. bleiben heute den 10. März die k. Theater geschlossen.

Münchener Aktien-Theater.

Donnerstag den 10. März.

Zum 1. Male:

Das Donau-Weibchen.

Komische Zauber-Oper in 3 Akten v. Hensler. Musik v. Kauer.

Eröffnung der Abend-Kasse 1/2 7 Uhr.

Anfang 7 Uhr. Ende nach 9 Uhr.

Gestorbene.

Am 6. März. Sterzel R., Cigarrenhändlersfrau v. Erling, 19 J.

Am 7. März. Perko U., Weißnäherin v. Laibach, 49 J. — Gebhart J. Musikerswittwe v. Beuerberg, 62 J. — Hörmann J., Hufschmied v. h.. 58 J. — Köppl J., Kupferschmiedwaarenfabrikant v. h., 40 J. Söldner Jg., Cand. jur. v. Straubing, 21 J. Stadelmann A., Nagelschmiedsfrau v. h., 40 J. — Strobl K., Austrägersfrau v. Hohenforch, 58 J. — Weindl K., Kutscherswittwe v. h., 61 J. — Zenger Alb., Bahnbetriebs-Ingenieur v. Pappenheim, 35 J.

Verlag u. Redaktion von **Karl Kellerbauer.** — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr: Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Freitag, den 11. März 1870. Nr. 69.

Liberaler Bezirksverein I.

Versammlung in Herman's Salon.

Freitag den 11. März Abends 8 Uhr.

Tagesordnung: Antrag der Sektion für Erziehungswesen, einer neuen Schule in der untern Max-Vorstadt betr.

Dr. Ruhwandl, I. Vorsitzender.

Gesinnungsgenossen, die sich für den Gegenstand interessiren, sind freundlichst zu erscheinen eingeladen.

X München, 10. März 1870.

Die „Pfälzer Zeitung“, zur Zeit neben dem „Vaterlande“ wohl dasjenige Blatt in Bayern, welches am direktesten ihre Pfeile gegen den Monarchen selbst abschießt, greift unsere neulich in gerechter Abwehr gegen ihre österreichischen Collegen [illegible] des Sabb. Ztg.) auf das Maßloseste an. Sie und ihre wohlbekannten hiesigen Correspondenten richten sich am Besten dadurch, daß sie die Stirne haben, zu behaupten, Niemand werde in der „Neuen Freien Presse“, jedenfalls nicht in neuester Zeit, Schmähungen gegen Se. Maj. den König gefunden haben. Dieses Bekenntniß ist wenigstens offen genug; also der Partei der Pfälzer Zeitung erscheint z. B. der Schandartikel jenes Wiener Blattes vom 20. Febr. l. Js. als keine „Schmähung“; sie behauptet demnach offenbar damit, jener Artikel, der hier die allgemeinste Entrüstung erregte, sei ganz gut und schön und am Ende auch wahr. Wir nehmen von diesem Bekenntniß Akt; jetzt ist doch einmal öffentlich constatirt, in wessen Sinne diese in den österreichischen Blättern und wohl auch die in der Unità cattolica erscheinenden Artikel gegen unseren König geschrieben sind; denn wer erklärt, darin keine Schmähung finden zu können, der bekennt mindestens, daß er gegen deren Erscheinen Nichts auszusetzen hat!

---

* Wir ersuchen im Voraus unsere Leser um Entschuldigung, wenn wir uns heute ausnahmsweise mit dem „bayerischen Vaterlande“ des Dr. Sigl, dem Preßorgane der extremsten Fraktion der patriotischen Partei, welches von den Führern der letztern in der Kammer der Abgeordneten ausdrücklich und öffentlich als solches anerkannt wurde — „wir brauchen eine solche Presse“ sagte Pfarrer Mahr in der Adreßdebatte —, beschäftigen. Wir glauben aber, daß es, da wir natürlich eine Lektüre wie das Vaterland außer den oben erwähnten Parteigängern einem anständigen Menschen zuzumuthen nicht berechtigt sind, von Interesse sein wird, die letzten Endziele der inneren Politik jener extremen patriotischen Fraktion, die Motive für dieselben und die Mittel zur Erreichung derselben kennen zu lernen, weßwegen wir dem genannten Organe vom heutigen Datum einen Artikel entnehmen, welcher hierüber mit einem Cynismus ohne Gleichen vollkommenste Aufklärung gibt. Ein Raisonement an diesen Artikel zu knüpfen, wird, in Erinnerung an ein bekanntes Sprüchwort, nicht von uns verlangt werden können; dem Leser wird zur Charakterisirung desselben der Wortlaut selbst mehr als genügen! — Derselbe lautet:

„Die Herren vom Fortschritt haben sich für die patriotische Partei jetzt eine allerliebste Falle zurecht gerichtet: den Stauffenberg'schen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe. Die Frage der Todesstrafe hat schon einem Justizminister, Bomhard, das Leben gekostet, nun hoffen sie das Gleiche auch bei Lutz, der ihnen gründlich verhaßt ist. Der soll jetzt auch hinausgebissen werden. Bei dieser schönen Gelegenheit hoffen sie nun auch die patriotische Partei herauszulocken, sich um Hrn. v. Lutz anzunehmen, wozu sie beiläufig gar keinen Grund haben. Hr. v. Lutz war den Patrioten gegenüber weder kalt, noch warm, sondern lauwarm. Er ist ein Mitschuldiger des gesprengten Ministeriums deswegen, weil er seinen Collegen, die Uebles thaten, nicht entgegengetreten ist. Er selbst mag guten Willen gehabt haben, das geben wir gerne zu, allein er hat seinem Wollen nie Ausdruck gegeben. Wir halten ihn zwar noch für das beste [illegible] [illegible] sagen, denn das ganze Ministerium haben wir nie höher taxiren können, als es werth war. Jedenfalls hat die patriotische Partei nicht sonderlichen Grund, sich für einen Minister zu erhitzen, der Alles ruhig geschehen ließ, was wir ums Leben nicht loben könnten, und der insbesondere gewisse Staatsanwälte mit größter Seelenruhe schalten und walten ließ, daß dem Geduldigsten die Geduld ausgehen mußte. Wenn Hr. v. Lutz seinen früheren Collegen Hohenlohe, Hörmann und Gresser nachfolgt, so werden wir zwar das Geld für den neuen Pensionisten beklagen, ihn selbst aber können wir unbeweint ziehen lassen. Daß mit Hrn. v. Lutz die Purifizirung des Ministeriums noch nicht abgeschlossen ist, versteht sich von selbst: Hr. **Schlör** ist noch da, und Hr. Pfretzschner wirft auch noch seinen Schatten auf eine bessere Zukunft. Wir haben Hrn. Schlör während der Ministerkrisis ruhig walten lassen; wir wußten sehr gut, warum wir es thaten: man brauchte die Hilfe dieses Mannes, um Hohenlohe zu beseitigen! Hr. Schlör hat dazu kräftig mitgeholfen; mochte er doch hoffen, wenn dieser Edelstein des Ministeriums geopfert würde, werde er selbst noch möglich bleiben. Nein, Hr. Minister, wir halten Sie nicht für möglich in dem neuen Ministerium; aus dem Schweigen Ihrer Gegner dürfen Sie nicht hoffen, daß sie versöhnt seien, mit Ihnen versöhnt und zufrieden seien. Ihre entschiedenen und unversöhnlichen Gegner, nicht Ihrer Person, die sie übrigens auch nicht lieben, sondern Ihres Systems, warteten nur, bis mit Ihrer thätigen Beihilfe Fürst Hohenlohe beseitigt sei, um dann Ihre ganze Kraft gegen Sie selbst verwenden zu können, gegen Sie, den sie unter Umständen für den Gefährlichsten halten, weil Sie von dem ganzen gesprengten Ministerium der Schlaueste und Gescheidteste waren. Der Erste also, Hr. Minister, der von den Trümmern des Ministeriums Hohenlohe den Anderen nachfolgen muß, der sind Sie, Hr. v. Schlör, und Ihnen werden wir noch viel weniger nachweinen als allen ihren Collegen zusammengenommen. Daß Hr. Pfretzschner das böse Schicksal besänftigen wird, glauben wir nach den Ergebnissen der 14. Sitzung nun und nimmermehr. Er wird sich entschließen müssen, nächstens einiges staatsräthliche otium cum dignitate zu genießen, und was

Hrn. v. Brandh Exc. betrifft, so glauben wir nicht, daß er die Militärbudgetdebatte als Excellenz überleben wird. Das viele Streichen wird für sein Herz zu viel sein. Alles Folgen und Nachwehen des endlichen Sturzes von Hohenlohe! „Solidarisch" waren alle miteinander; sie müssen es auch im Unglück sein und schön „solidarisch" zusammen gehen.

Politische Tagesübersicht.

Aus Süddeutschland, 8. März. Der Gefahren, welchen Bayern in Folge des jetzigen Treibens der Ultramontanen entgegengeht, haben wir neulich schon gedacht. Ein Gegenstück zu den bayerischen Vorgängen sehen wir dermalen in Württemberg. Dort arbeitet die demokratische Partei mit aller Anstrengung an der Untergrabung des Militärgesetzes. Dort setzen tagtäglich der Beobachter Mayer und seine Genossen den guten Schwaben auseinander, daß allenfalls Preußen und Wenden einexerzirt sein müssen, um das Kriegshandwerk zu lernen: aber ein guter Württemberger brauche so etwas nicht zu lernen; Soldaten brauche man überhaupt nicht, Freiheit und Bildung seien die wahren Waffen des Jahrhunderts. Dies ist nun sehr schön; allein auf Chassepots und gezogene Kanonen kann man eben nicht mit „Freiheit und Bildung" antworten, und kein Staat kann bei den jetzigen Zeitläuften ohne opferbereite Hingabe seiner Angehörigen bestehen. Auch ist es ein thörichter Wahn, zu glauben, man könne bei der heutigen Kriegführung wider große, waffengeübte Heere mit undisziplinirten Milizen erfolgreich in's Feld rücken. Es ist dies ein Wahn, der seine Dauer wohl nicht so lange gefristet hätte, und längst eine gelöste Frage wäre, wenn es z. B. im Jahre 1856/57 zwischen Preußen und der Schweiz wegen der Neuenburger Frage zu einem Kampfe gekommen wäre. Was wird nun die Folge jenes Schwindels sein, von dem sich in Württemberg auch solche Leute noch find?... Steigende [illegible] das sogenannte Schwabenalter hinaus lichen Ansehens von Württemberg, vielleicht — wenn es nach dem Wunsche des Hrn. Mayer und Genossen geht — Entwaffnung und vollständige militärische Ohnmacht des Landes. Welchem Schicksale unter solchen Umständen der württembergische Staat entgegengeht — darüber kann man wohl nicht im Zweifel sein. Schließlich werden die widerhaarigen schwäbischen Demokraten, wie die bayerischen Ultramontanen in die ihnen verhaßte Kette beißen, aber vielleicht über ihre Staaten das Schicksal von Hannover und Kurhessen wachrufen, während Baden ein freies Bundesverhältniß mit dem deutschen Norden zu Theil wird.

Wien, 9. März. Die Wahlreform und in ihr die Großgrundbesitzer-Frage beschäftigt die parlamentarischen Kreise in ausnehmender Wei e. Das neueste Project, mit dem man sich in Regierungskreisen trägt, um denn doch der abnormen Zahl von 110—120 Großgrundbesitzern, wie sie sich bei der Verdopplung herausstellen würde, auszuweichen, ist der bereits vor Monaten von anderer Seite angeregte Gedanke, den Großgrundbesitz dadurch zu entschädigen, daß man ihm ähnlich wie in der preußischen ersten Kammer eine bestimmte durch Wahl zu besetzende Anzahl von Sitzen im Herrenhause anweist, wobei jedoch der übrige Organismus des Herrenhauses unverändert bliebe. Auf der Tagesordnung der nächsten (Freitag) Sitzung steht der Entwurf der Civilprozeßordnung. Von einer Absicht des Justizministers, die Verhandlung für diese Session zu vertagen, ist uns nichts bekannt geworden.

— Vor einiger Zeit ward der freisinnige Professor Dr. Unger in **Graz,** wie man glaubt, ermordet in seinem Bette aufgefunden. Ueber diesen Mord herrschte bisher noch immer ein räthselhaftes Dunkel. Nun wird aus Cilli berichtet, daß neulich der Prediger in Jodol seinen gläubigen Zuhörern die Lösung des Räthsels, das über Ungers Tod bisher schwebte, mitgetheilt hat. Es war einfach der Teufel in Person, versichert derselbe, der sich diesen fetten Braten holte; daher die Verletzungen, die resultatlose Diagnose und natürlich — die fruchtlosen Recherchen nach einem irdischen Missethäter!!

Prag, 8. Mai. Fürst Carl Lobkowitz, ehemaliger Statthalter von Tyrol, verkehrt hier mit Feudalen, um eine neue Ausgleichsaction anzubahnen. Zu den Besprechungen werden Czechen zugezogen. — Die Meldung des Pester Lloyd, daß bezüglich einer Unterstützung jungczechischer Candidaten das deutsche Casino ein Abkommen getroffen habe, ist vollständig absurd, denn in den czechischen Wahlbezirken sind das Casino und die Jungczechen gleich einflußlos. — Der König von Preußen geht heuer sicher zum Curgebrauche nach Karlsbad.

Pest, 8. März. In der Unterhaussitzung interpellirte Miletic den Ministerpräsidenten und Finanzminister, ob es wahr sei, daß die Kosten des dalmatinischen Aufstandes zu den gemeinsamen gerechnet werden, wie dies Wiener Blätter meldeten. Andrassy antwortete, daß in dieser Angelegenheit noch nicht einmal Verhandlungen gepflogen wurden.

— Der Agitator Raspe wurde nach Bruck an der Leitha gebracht und dort durch die zwei Pester Sicherheitscommissäre, welche ihn escortirten, knapp an der österreichischen Grenze auf freien Fuß gesetzt. Ob Raspe auf österreichischem Boden durch die Polizei angehalten wurde, wissen die Commissäre nicht, da sich dieselben nach Freilassung Raspe's sofort umwendeten und den Rückweg antraten.— (Nach der „Presse" ist Rasp am 6. d. in Wien eingebracht worden.)

Berlin, 7. März. Die Offenheit, mit welcher der Bundeskanzler sich über die Stellung der Bundesgewalt zu dem Antrage wegen Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund ausgesprochen hat, ist zwar in ultramontanen Blättern, wie in der Donau-Zeitung, Augsburger Postzeitung und anderen Organen dieser Richtung anerkannt worden; aber sie hüten sich wohl, die Thatsache hervorzuheben, daß ganz besonders die Rücksicht auf die Nothwendigkeit der freien Entschließung des Südens über die nationale Beziehung zum Norden, und die Fernhaltung jeder Beeinflussung der süddeutschen Regierungen bei die Bundesgewalt es war, welche den Eintritt Badens in den Bund zur Zeit als unzweckmäßig erscheinen ließ. Statt diese Berücksichtigung [illegible] anzuerkennen, benutzen diese Organe die Ablehnung des Lasker'schen Antrages zu rohen Ausfällen auf die badische Regierung, welche im Reichstage mit „souveräner Verachtung" behandelt sein soll. Indessen die Sippe der preußischen Familien Usedom und Bunsen würde schon dafür sorgen, daß man in Baden auch ferner im preußischen Fahrwasser aushalte. Die ultramontane Partei in Bayern muß den Versuch machen, die Regierung des Landes in ihrem Sinne umzugestalten, und daraus erklärt sich die in ihren Organen gleichzeitig aufgenommene Taktik, zu versuchen, Mißstimmung in Baden unter den Nationalen zu erregen. Zu diesem Zwecke reproducirt die Augsb. Postzeitung auch zwei erdichtete Schreiben, welche am 1. Juni 1866 zwischen dem Könige Wilhelm und dem Kaiser von Oesterreich durch Vermittelung des Freiherrn von Gablenz gewechselt wären, obgleich dieser mit Namensunterschrift schon vor einigen Monaten erklärt, daß er keine Vermittelung zur Beförderung von Briefen der genannten Souveraine ausgeführt habe.

Berlin, 8. März. Die Börsenzeitung theilt mit, daß die Bundes-Regierungen dem Zollparlament eine Erhöhung der Steuer auf Cafe von 5 auf 6 Thlr. pro Centner machen und diese Vorlage in eine unmittelbare Verbindung setzen wollen mit einer Vorlage wegen Ermäßigung der Eisenzölle. — Einige Zeitungen wollen wissen, es werde keine außerordentliche Landtagssession stattfinden.

In **Hamburg** fand am 4. März die erste Schwurgerichts-Verhandlung statt.

Paris, 6. März. Der Untersuchungsrichter Bernier verzweifelte schon, die Existenz des Komplotes konstatiren zu können, als es ihm gelang, einen der Angeklagten, einen Offizier bei der mobilen Nationalgarde, zu bestimmen, ihm eine schriftliche Erklärung abzugeben, worin die Berichte, welche von der Polizei geliefert wurden, bestätigt und in die gewollte Form gebracht werden, und die gestattet, gegen die 74 noch in Haft Befindlichen mit der Anklage hervorzutreten, sich in der Absicht verbunden zu haben, sich des Nitro-Glycerin zu bedienen, um ein Attentat gegen das Leben des Kaisers zu machen und so eine Staatsumwälzung hervorzurufen. Die Polizeiberichte waren in dieser Hinsicht viel zu unbestimmt abgefaßt, und ihre ganze Angelegenheit stützte sich darauf, daß die Personen, welche sie in dieselbe verwickelt

darüber gesprochen hatten, daß man durch Nitro-Glycerin das Hinderniß beseitigen könnte, und daß die geheimen Polizei-Agenten, welche sich unter denselben befanden, darauf hingearbeitet hatten, daß man sich als geheime Gesellschaft konstituire. Wie auch schon in den Polizeiberichten, werden als Chefs dieser geheimen Gesellschaft die beiden Villeneuve's, Tridon (flüchtig), Verdier (flüchtig), Mensenie genannt, und das Exekutiv-Comité als aus Dupont, dem Maler Pelian, Tony Molin, Godinot und Sapia bestehend bezeichnet. Einen Chef von Bedeutung konnte man bis jetzt noch nicht auffinden. Was die Minister anbelangt, so glauben dieselben daß ein ernstliches Complot entdeckt worden ist.

London, 8. März. Das Unterhaus setzte die Debatte über die irische Frage fort. Die Regierung hofft sicher auf eine starke Majorität. Die bisherigen Redner stimmten principiell der Bill zu. Die Abstimmung erfolgt frühestens Donnerstag.

Florenz, 8. März. Gestern trat die Kammer wieder zusammen. Die Minister legten mehrere Gesetzentwürfe vor, darunter eine Abänderung des Budgets für 1870 und das Verlangen der provisorischen Fortführung des Budgets bis zum 30. April. Sella wird seinen Finanzbericht am Donnerstag vorlegen.

— Eine Frage, welche leicht zu einer politischen Krisis sich umwandeln kann, ist die Präsidentenwahl in der Florentiner Deputirtenkammer. Das Ministerium scheint entschlossen, keinen eigenen Candidaten aufzustellen. Die einzelnen Parteien und Fractionen haben andererseits sich nicht unter einander verständigen können und werden ihre Stimmen jede einem verschiedenen Candidaten zuwenden; die Rechte wird für Mari stimmen, die Centren für Berti oder Depretis, die gemäßigte Linke für Rattazzi, die äußerste Linke für Cairoli. Von den Ministern waren Lanza und Sella geneigt, Rattazzi als Regierungs-Candidaten aufzustellen, und hofften für ihn auch die Centren zu gewinnen: aber die anderen Minister, welche sich zu conservativeren Grundsätzen neigen, treten entschieden dagegen auf. Das Project Sella's, das Deficit des laufenden Jahres durch ein Bankanlehen zu decken, begegnet in der Tagespresse einem immer größeren Widerstande; man behauptet, daß selbst die Bankdirektion demselben nicht sehr gewogen sei und ihre Zustimmung noch nicht definitiv gegeben habe, sie werde sich erst darüber aussprechen, nachdem die Kammer durch ein Votum fernere Unterhandlungen ermöglicht haben werde.

Eine **Florentiner** Correspondenz des Francais beklagte vor einiger Zeit den unermeßlichen Schaden und die Verwirrung, welche die Haltung der sogenannten katholischen Presse in Italien, an deren Spitze die Unità Cattolica steht, in den Gewissen der katholischen Bevölkerung anrichtet. Von unversöhnlichem Haß gegen die bestehende Ordnung erfüllt, gegen den Fortschritt des Landes blind und gleichgültig und nur bemüht, die unwissende und unerfahrene Menge mit Argwohn und Mißtrauen gegen die Regierung zu erfüllen, trägt diese Presse ganz die Schuld, daß der ohnehin so große religiöse Indifferentismus des Landes in Haß und Feindseligkeit gegen die Gesetze und Einrichtungen der Kirche übergeht, und daß die Regierung im Interesse der Selbsterhaltung den Angriffen, welche exaltirte Köpfe oder niedrige Speculanten in öffentlichen Reden, Spottschriften und schändlichen Illustrationen gegen das Christenthum, die Kirche, den Papst, die Cardinäle richten, ruhig zusieht und dem Fanatismus der Ultramontanen den der Liberi Pensatori entgegensetzt. Wenn Italien sich in letzter Zeit durch sein Anti-Concil, die Abschaffung des Katechismus in manchen Communalschulen die Zerstörung von Bildsäulen seiner Nationalheiligen u. s. w. vor anderen Ländern ausgezeichnet hat, so dürfen Unità und Civiltà Cattolika ein gutes Theil der Verantwortung auf sich nehmen.

Rom, 3. März. Eine der wenig vorausgesehenen Wirkungen des allgemeinen Conciliums ist auch die, daß durch dasselbe manche Kirchenfürsten ein Relief erhalten haben, welches ihnen unter gewöhnlichen Umständen schwerlich zu Theil geworden wäre. Man fragt sich unwillkührlich, wie dunkel wohl der Grund, die Folie sein müsse, auf welcher es manchen dieser Herren möglich geworden ist, eine liberale Aureole sichtbar werden zu lassen. Möge das Publikum nur ja seine Erwartungen nicht zu hoch spannen. Es könnten starke Enttäuschungen nachfolgen, und an Vorboten dafür fehlts ja nicht. Man möge sich dies namentlich in Bezug auf die beiden rheinischen Kirchenfürsten von Köln und Mainz gesagt sein lassen. Der Standpunkt, den namentlich Ersterer der unter dem Clerus und den Laien seiner Diöcese sich manifestirenden Bewegung gegenüber einnimmt, läßt sich bezeichnen als den der vollkommenen Unnahbarkeit. Die Wünsche und Meinungen der hörenden und der niederen lehrenden Kirche berühren die Glieder des Concils nicht, jenen bleibt nichts übrig, als unbedingte Unterwerfung *vor* der Entscheidung wie *nach* derselben.

Madrid, 8. März. Der Diario in Reus meldet, daß in der Nähe von Flix in der Provinz Tarragona am 2. März eine Bande von 150 Carlisten unter der Anführung Ranon's erschienen sei und von einer Abtheilung Bürgergarde verfolgt wurde.

Bukarest, 8. März. (Kammersitzung.) Die Regierung verlangte einen Nachtrag von 5 Millionen zu den Ausgaben des Ministeriums des Innern zur Bezahlung der Godillot'schen Contracte. Der Deputirte Agarici meldete eine Interpellation an, welche Aufklärung verlangt über die Controle seitens der rumänischen Regierung bezüglich der Ausgabe und Aufbewahrung der Strausberg'schen Eisenbahn-Obligationen.

Aus **Toronto**, 5. März, wird gemeldet, daß die von Dr. Schultz versuchte Gegenrevolution im Red-River-Gebiete gescheitert sei; die Ansiedler weigerten sich zum größten Theile die Bewegung gegen Rielle's Regierung zu unterstützen. Schultz wurde daher mit seinen Leuten geschlagen. Während er selbst fliehend entkam, wurd sein Genosse, Major Boulton, gefangen genommen, und man fürchtet sogar, daß derselbe erschossen werden wird.

Bayerische Angelegenheiten.

— Se. Maj. der König haben über den diplomatischen Dienst im Anschluß an die Verordnung vom 12. Juni vor. Js. weiter bestimmt: Von den dem Ministerium des königl. Hauses und des Aeußern unterstehenden äußeren Beamten soll fortan den Legationsräthen der Rang von Regierungsräthen uud ein jährlicher Gehalt von 1800 Gulden, den geheimen Legationsräthen II. Classe der Rang von Oberregierungsräthen und ein Gehalt von 2500 fl., den geheimen Legationsräthen I. Classe der Rang von Regierungsdirektoren und ein Gehalt von 3000 fl. zustehen. Der König behält sich vor, solchen Beamten, welche im diplomatischen Dienste längere Zeit zur Zufriedenheit verwendet waren, den Titel und Rang von Staatsräthen zu verleihen, in welchem Falle ihr Gehalt sich auf 6000 fl. erhöht, wobei jedoch der Standesgehalt die Summe von 3000 fl. nicht überschreiten darf. Die Ernennung zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister, zum Minister-Residenten und zum Geschäftsträger ist lediglich als stets widerrufliche Uebertragung einer Funktion zu betrachten und begründet als solche weder Anspruch auf pragmatischen Gehalt, noch auf Pension für Wittwe und Waisen. Die außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister, sowie die Minister-Residenten sollen, so lange sie in Aktivität sich befinden, bei Hofe den Rang nach den Regierungspräsidenten, am Schlusse der II. Hofrangclasse genießen, soferne ihnen nicht ein anderweitiger höherer Rang ohnehin zukommt.

— Ein Artikel der „Augs. Abdz.," welcher besagte, Graf Bray habe der patriotischen Partei das Zugeständniß machen wollen, aus ihren Mitgliedern einen Minister in das Ministerkollegium zu bringen, und welcher als den Mann seines Vertrauens den Regierungspräsidenten v. Lerchenfeld bezeichnete, veranlaßte letzteren, in der „Abdz." die Erklärung abzugeben, daß er „keiner politischen Partei, also auch nicht der patriotischen Partei angehöre, und zu derselben in keiner Beziehung stehe."

— Die Gemahlin des Fürsten Hohenlohe wurde unter die Zahl der Theresienordensdamen aufgenommen.

xx **München**, 9. März. (Zur XVIII. öffentl. Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Aus den vor Eintritt in die Tagesordnung gemachten Präsidialmittheilungen ist zu erwähnen, daß Abg. Appellationsgerichtsrath Krätzer zum Referenten über den Antrag auf

Abschaffung der Todesstrafe vom I. Ausschusse ernannt worden ist. — Bei den Rechnungsnachweisen über die Posterträgnisse im Jahre 1866/67 bemerkte Referent Frhr. v. Stauffenberg, daß sein Referat Bemerkungen über die Besoldungsverhältnisse nicht enthalte, weil das neue Gehaltsregulativ erst im Jahre 1869 in Wirksamkeit getreten sei, und es ihm geeigneter scheine, auf die sehr zahlreichen, Gehaltserhöhung ansprechenden Eingaben bei Gelegenheit der Budgetberathung näher einzugehen. Was die Betriebsverhältnisse der Postanstalt anlange, beziehe er sich auf sein Referat; man könne mit dem Reinertrage von 26 pCt. wohl zufrieden sein, denn derselbe sei größer als in fast allen andern Staaten, und um so erfreulicher, weil die Post, kleine Mißstände abgerechnet, in gutem Zustande sei und das Publikum befriedige. In keiner andern Anstalt seien so durchgreifende Aenderungen durch Tarifherabsetzungen rc. gemacht worden, und doch seien die Erträgnisse nicht geringer geworden. Die Portofreiheit sei übrigens ein Krebsschaden der Anstalt, wenn dieselbe richtig verwaltet werden solle, müsse die Portofreiheit aufhören, auch wünsche er, daß in den Speditionsgebühren für täglich und wöchentlich erscheinende Zeitungen ein Unterschied eintrete.

Abg. Lukas erklärt, er fordere von der Post nicht so fast Rentabilität in erster Reihe, sondern Sicherheit und Präcision des Dienstes. Das Postpersonal fühle, wie die Rentabilität der Post zu Stande komme. Man vernehme viele Klagen, daß das Personal, namentlich bei der Fahrpost zu gering sei, wobei er aber nur das arbeitende Personal meine. Er wünsche daher schon deßwegen, weil dem arbeitenden Postpersonal recht wohl ein kleiner Heerschub zu gönnen sei, eine Vermehrung desselben. Es wäre doch Zeit, einen Assistenten, der 10—12 Jahre als solcher fungirt, aus seiner Stellung zu erlösen. Ueber die Organisation zu sprechen, behalte er sich für die Budgetberathung vor, und bemerke nur, das Postpersonal theile sich in ein arbeitendes und Inspektionspersonal; ihm scheine das letztere zu groß und zwischen Inspektions- und Arbeiterpersonal dasselbe Verhältniß zu bestehen, wie in der griechischen Armee, die eben so viele Offiziere als Soldaten gehabt habe. Er wünsche deßhalb eine Vermehrung des Arbeiter- und eine Verminderung des Inspektionspersonales. Auch bei der Postanstalt solle möglichst gespart werden, aber nicht von unten, sondern von oben; an den Regiekosten könnte gespart werden, wenn man den Amtsvorständen eine Aversalsumme geben würde; er finde die Buchbinderlöhne zu hoch, und tadele, daß die Frachtkarten für Augsburg und Regensburg und vice versa gedruckt würden, was unnöthiges Porto verursache.

Abg. Frickhinger beantragt, daß ein einfacher Brief nicht mehr im Postbestellbezirke, sondern im ganzen Amtsbezirke nur einen Kreuzer kosten solle, wie das schon in Württemberg der Fall sei; wenn man Tariferleichterungen im Großen, in ganz Deutschland, ohne Nachtheil habe eintreten lassen können, warum sollte es nicht auch im Kleinen möglich sein? — Referent bemerkt, daß die hohen Regieausgaben des Jahres 1866/67 durch die Publikation der neuen Postverträge, den Druck der dadurch nöthigen neuen Tarife, der Postanweisungs-Formulare und Bücher, sowie der größeren Anzahl von Briefmarken erwachsen seien.

Der k. Staatsminister des Handels v. Schlör: In der Speditionsgebühr der täglich und wöchentlich erscheinenden Zeitungen bestehe schon ein Unterschied, indem erstere 25, letztere nur $12^1/_2$ % bezahlen. Auch er halte die Sicherheit des Postdienstes als erstes Erforderniß; aber in dieser Beziehung bestehe auch kein Grund zu gerechten Klagen. Daß bei einem so weit ausgedehnten Postbetriebe, wie er jetzt ist, Unregelmäßigkeiten vorkommen können, sei natürlich zu erklären und könne nicht vermieden werden. Dem gegenüber befinde sich die Postanstalt in einer sehr schlimmen Lage; sie könne durch entsprechende Cautelen in der Controle nicht helfen, denn dieß würde enorme Summen erfordern. An diesen Unregelmäßigkeiten trage übrigens das Publikum selbst vielfach Schuld, indem es die bestehenden Vorschriften nicht beachte, z. B. die Werthe falsch deklarire, Werthstücke mit der Briefpost versende u. s. w. Diese zu große Selbständigkeit des Publikums bereite der Post große Verlegenheiten. Abg. Lukas habe behauptet, das Postpersonal sei zu gering und werde zu sehr in Anspruch genommen; — er könne solche, ohne alle positiven Belege ausgesprochenen Angriffe nicht hoch schätzen und halte es nicht für gut, in diesem Hause solche allgemeine, durch Nichts nachgewiesene Wahrnehmungen mitzutheilen, denn er fürchte, man werde dann auf Gebiet kommen, auf dem man sich nicht mehr zurecht finde. Wenn der Hr. Abg. Lukas sich hätte die Mühe nehmen mögen, näher nachzusehen, so würde er in den Nachweisungen gefunden haben, daß wir eher Mangel als Ueberfluß an Inspektoren besitzen, da jeder Amtsbezirk nur Einen Inspektor hat, und das sei wahrlich nicht viel. Es sei traurig und wahr, daß die Postassistenten oft 10 Jahre auf Anstellung warten müßten; wenn man aber bedenke, daß sie nach dem Gymnasialabsolutorium und einjährigem Besuch des Polytechnikums schon mit 400 fl. zur Post kommen, so seien sie doch gegenüber den Aspiranten anderer Branchen, welche die Universitätsstudien vollenden, nach weitern 2 Jahren Praxis erst den Staatskonkurs machen und dann noch lange auf eine Anstellung warten müssen, nicht so schlecht daran. Wohin solle es kommen, wenn man noch mehr stabile Beamten bei der Post kreire? Es bestehe eben zwischen der Zahl der Postaspiranten und der Zahl der wirklichen Stellen ein Mißverhältniß, welches das gegenwärtige Ministerium überkommen, und das zu ändern nicht in der Macht desselben liege. — Ob der Vortheil der bezüglich der Regie angeregten Ersparungen, die dann entstehenden Klagen über Beheizung rc. aufwiegen werde, bezweifle er. Was den Druck der Frachtkarten betreffe, so sei derselbe da geschehen, wo er eben am Billigsten gemacht wurde. Er habe für Ersparungen das Prinzip, daß der Dienst darunter nicht leiden dürfe. Was Frickhinger's Antrag anbelange, so passe derselbe besser zur Budgetberathung, und scheine aus Trugschlüssen, die aus dem Wachsen der Postrente gezogen worden seien, entstanden zu sein. Erleichterungen seien gut, wenn sie aber zu weit gingen, erforderten sie zu große Opfer und brächten sogar ein Defizit hervor. Dem Referenten danke er für die wohlwollende Beurtheilung der Leistungen der Postanstalt, die sicher sehr dazu beitragen werde, den Diensteifer der Postbeamten zu erhöhen; er könne versichern, die Staatsregierung habe alles Mögliche gethan, um den Betheiligten das ihnen Gebührende, soweit es die Mittel erlaubten, zu geben und er sehe mit größter Spannung der genauen Erörterung der oben berührten Gehaltsaufbesserungsfrage entgegen, um zu erfahren, ob alle in dieser Richtung eingelaufenen Petitionen eine positive Unterlage hätten.

Bezüglich der Telegraphenanstalt wünschte Abg. Louis, daß wenigstens in den Städten von einigen Tausend Einwohnern, welche bisher nur beschränkten Tagesdienst hätten, an Sonn- und Feiertagen von der Benutzung des Telegraphen aber ganz ausgeschlossen seien, diese Beschränkungen aufgehoben würden. — Minister v. Schlör erklärt, er wünschte mit Hrn. Louis, daß überall Tag und Nachtdienst eingerichtet werden könnte; der Verkehr an den erwähnten Orten sei aber in Wirklichkeit noch so eng beschränkt, daß die Ausdehnung des Telegraphendienstes den Staat zu große finanzielle Opfer kosten würde; wenn sich der Verkehr vermehre, sei er selbst für den Antrag. Die Telegraphenanstalt ziehe ihre Einnahmen fast ganz aus dem Transitverkehre, der wenig koste und sehr viel trage, während bei dem internen Verkehr das umgekehrte Verhältniß stattfinde.

Beim Eisenbahnwesen gab Referent die Anregung zur Anbahnung einer gründlichen Eisenbahnstatistik; auf Grund der bisherigen könne eine richtige Vergleichung der Betriebsresultate nicht stattfinden, da die Ziffern derselben nicht mittelst der gleichen Prinzipien, sondern in verschiedener Weise gewonnen würden. Soweit sich übrigens ein Schluß ziehen lasse, zähle die bayrische Eisenbahnverwaltung zu den besten. Besonders hob Referent noch hervor, daß dieselbe auch bezüglich ihrer Ausgaben sich völlig innerhalb der gesetzlichen Befugnisse gehalten habe. — Abg. Mahr wünscht, daß das verwendete Feuerungsmaterial genau geprüft werde, denn nicht immer sei das billigste Material auch das beste. Man brenne Kolbermoorer Preßtorf und Braunkohlen; und wie man höre, solle dieß Brennmaterial gegen Stichtorf einen großen Ausfall verursachen. Es möchte wohl von Er-

folg sein, in dieser Beziehung die Lokomotivführer auf ihren Eid über ihre Erfahrungen zu vernehmen. Ferner wünsche er die Wahrheit über die Behauptung zu hören, daß auf den Staatsbahnen für das ungarische Getreide ein eigener Spezialtarif bestehe, der den einheimischen Getreidehandel schädige. — Der k. Staatsminister v. Schlör gibt zu, daß die Eisenbahnstatistik noch in der Kindheit sei, und nur dann einen Werth erlange, wenn sie feststelle, was kostet der Transport eines Centners Frachtgut oder einer Person auf die Betriebsmeile, die bis jetzt noch nicht gelöst worden. Fahrmaterial habe die Staatsbahn nunmehr genügend, wenn auch nicht überflüssig, was daraus hervorgehe, daß in dieser Richtung seit ein paar Jahren keine Klagen in der Presse mehr kämen: daß er seinen Zweck, das vorhandene Fahrmaterial vollkommener auszunützen, erreicht habe, sehe man an dem Fallen der Ziffern für fremde Wagenmiethe auf die Hälfte der früheren Höhe. Wenn er über die Behandlung der Brennmaterialienfrage, welche keineswegs an allen Orten in gleicher Weise zu behandeln sei, alles von Seiten der Staatsregierung schon Geschehene aufführen wollte, würde er wohl zwei Stunden zu sprechen haben. Wenn die Staatsregierung dieser Frage nicht die vollste Aufmerksamkeit schon lange geschenkt hätte, so wäre das ein schwerer Fehler von ihr denn diese Frage sei nicht nur von hoher finanzieller, sondern auch von volkswirthschaftlicher und politischer Bedeutung, insoferne der Bezug von Brennmaterial aus dem Auslande, und damit der unabhängige Betrieb der Bahnen vom Ausland in Frage komme. — Wenn Hr. Mahr mit Ziffern und Nachweisen komme, werde er sich auf die genauesten Erörterungen mit ihm einlassen, wenn es sich blos um vage allgemeine Behauptungen ohne Belege handle, so müsse er solche zurückweisen. Was den Vorschlag der Vernehmung der Locomotivführer betreffe, so sei derselbe doch zu primitiver Natur; über das, was nur die Locomotivführer wissen könnten, würden sie ohnehin befragt, und im Ganzen und Großen gäben doch die maßgebenden und richtigen Aufschlüsse die Ziffern in den Rechnungen. — Für das ungarische Getreide bestehe auf den bayrischen Bahnen ein Specialtarif für den Transit und müsse einer der Concurrenzbahnen wegen bestehen, wie überall auch die Frachten auf größere Entfernungen billiger sind, als auf kleinere. Uebrigens werde durch diesen Specialtarif der interne Getreidehandel nicht geschädigt. Das Interesse des Landes müsse allerdings immer oben an stehen, aber der Handelsminister müsse auch, um den Vorwurf der Unfähigkeit zu vermeiden, auf die Rentabilität der Eisenbahnen sehen.

Abg. Lucas (Finanzausschußmitglied) ist noch nicht befriedigt und glaubt, wenn dieser Specialtarif nicht bloß für den Transit, sondern auch für den Verkehr zwischen Passau und Regensburg bestehe, und niedriger sei als die Getreidefracht vom Rotthal nach Regensburg, so erscheine ihm der bayerische Getreidehandel denn doch geschädigt.

Minister v. Schlör erklärt mit etwas Ironie, daß die Staatsregierung den Tarif auf der Ostbahn (Passau-Regensburg) nicht zu regeln habe, und daß er von einer Verfrachtung des Rotthaler Getreides nach Regensburg bis jetzt noch nichts gehört habe. Differenzialfrachtsätze müßten für längere Strecken bestehen, und wenn die beiden Endpunkte außer Bayern liegen, so könne die Staatsregierung dagegen nichts machen. Würde für das ungarische Getreide z. B. kein solcher Differentialtarif in Bayern bestehen, so ginge es eben einfach auf der Concurrenzbahn über Bodenbach; die bayrische Landwirthschaft hätte davon keinen Nutzen, die Eisenbahnkasse aber erheblichen Schaden. Wenn man ihm in einem einzelnen Falle mit Ziffern nachweise, daß durch einen Specialtarif die Landwirthschaft geschädigt werde, so wolle er eingehend darauf antworten; ein solcher Fall würde aber kaum beizubringen sein und auf die bloße Behauptung hin, Specialtarife seien der Landwirthschaft schädlich, könne er unmöglich antworten.

Referent macht Hrn. Abg. Lucas freundlichst aufmerksam, daß derselbe sich die eingehendste Belehrung hinsichtlich der Tariffrage aus dem letzten Referate Feustels über diesen Gegenstand erholen könne, wenn er sich der Mühe unterziehen wolle. Beim Betriebe der Eisenbahnen, die ein commercielles Institut seien, müsse man eben den commerciellen Grundsätzen auch Rechnung tragen, und zu diesen Grundsätzen gehörten auch die Differenzialtarife. Abg. Lucas erwidert, daß auch für die Ostbahn ein Specialtarif für den ungarischen Getreidetransport bestehe, und daß seine Ansicht, daß durch den Specialtarif die Landwirthschaft in Bayern benachtheiligt werde, nicht geändert sei.

Minister v. Schlör erklärt, er müsse den Hrn. Vorredner auffordern, ihm bestimmt für das Bestehen eines solchen Specialtarifes auf der Ostbahn die Beweise mitzutheilen, denn darin würde ein Bruch der Verträge der Ostbahn in Hinsicht auf die Concurrenz liegen, und er werde ihm sehr dankbar sein, wenn er so die Interessen des Staates wahren könne. Ihm sei von einem solchem Specialtarif auf der Ostbahn nichts bekannt.

Nun endlich mußte Abg. Lucas verstummen.

Bezüglich des Donau-Main-Canales erklärte Minister v. Schlör, so bedeutende Mittel, wie nothwendig seien, um den Mängeln des Canales abzuhelfen (2 Mill.), wolle die Staatsregierung auf den Canal nicht verwenden, denn sie habe bei dem Fortschritt des Eisenbahnverkehres nicht den Muth, eine solche Summe zu fordern. Prof. Greil meint, man solle es gleich offen sagen, wenn man später doch den Canal eingehen zu lassen beabsichtige und nicht Hoffnung auf dessen Forterhaltung durch Beiträge der betreffenden Städte erregen. — Abg. Crämer erkennt die volkswirthschaftlichen Vortheile, welche der Canal vor Entwicklung der Eisenbahnen durch Erschließung des bayrischen Waldes für die ganze Gegend, die er durchläuft, gebracht habe, verwahrt sich aber dagegen, daß in Zukunft die betheiligten Städte für die Unterhaltung des Canales Opfer bringen sollten. Nach Zurückziehung des Frichinger'schen Antrages erfolgte die schon mitgetheilte Abstimmung.

— Die Operationen der „Katasteranstalt", soweit dieselben die primäre Herstellung der Kataster und Pläne zum Gegenstande hatten, finden mit der IX. Finanzperiode ihren vollständigen Abschluß. Die Geschäftsaufgabe der Katasteranstalt besteht daher nur mehr in der Evidenthaltung der lithographirten Steuerpläne durch fortwährende Nachtragung der Planänderungen auf den Plansteinen, dann in Herstellung von Plan- und Katasterarbeiten in Folge von Grenzregulirungen, Flußkorektionen, Veränderungen der Gemeindegrenzen rc., und in der Anfertigung von Planexemplaren für Bezirksgeometer, endlich in der Verrichtung von Messungen, wo dies zur Evidenthaltung der Pläne unumgänglich nöthig ist, und in der Renovation solcher Steuerkataster, welche wegen vieler Besitzveränderungs-Umschreibungen für den Dienst nicht mehr genügen, und deßhalb eine neue Zusammenstellung aus dem Ur- und Umschreibkataster nach dem Stande der Gegenwart nöthig machen. Für diese Arbeiten soll in der X. Finanzperiode der noch vorhandene Aktivrest verwendet werden.

— Für den Regierungsbezirk Niederbayern ist vorerst auf die Dauer der X. Finanzperiode eine Erhöhung der Kreis-Schuldotation aus Zuschüssen des Centralfonds um jährlich 15,000 fl. postulirt, insbesondere für Schulhausbauten, weil Niederbayern seit der Wirksamkeit des Schuldotationsgesetzes vom 10. Nov. 1861 für Hebung des Schulwesens, namentlich für Vermehrung der Schulen, außerordentlich große Opfer gebracht hat und noch immer bringt. Es hat bereits 129 neue Schulstellen errichtet, 25 sind bereits wieder in der Instruktion begriffen und 22 weitere beschlossen. Es leistet zur Zeit aus Kreisfonds (Kreisumlagen) unter allen Kreisen verhältnißmäßig am allermeisten für die deutschen Schulen, während die Zuschüsse, die es aus Centralfonds erhält, hinter jenen anderer Kreise bedeutend zurückstehen. Auch für die Oberpfalz ist eine Erhöhung, jedoch nur mit dem mäßigen Betrage von 2500 fl. postulirt, da bei der Armuth vieler Bezirke dieses Kreises und der Erschöpfung der Kreisschuldotation außerdem für Schullehrer-Relikten gar nichts geschehen kann, in dieser Beziehung aber bei der großen Hilfsbedürftigkeit der vorhandenen Schullehrer-Relikten an die Kreisregierungen viele Anforderungen gestellt werden.

Lokales und Provinzielles.

München, 10. März.

* Ueber die Erkrankung Sr. k. Hoh. des Prinzen Otto erschien vorgestern folgendes Bulletin: „Bei Sr. k. Hoh. dem Prinzen Otto haben sich zu den katarrhalisch-rheumatischen Beschwerden Wechsel-

fieberanfälle eingestellt, wovon heute Mittag einer eintrat." Das Bulletin von gestern Vormittag lautet: „Der Fieberanfall hat in seinem Hitzestadium bis tief in die Nacht hinein gedauert, worauf dann unter Abnahme der rheumatisch-katarrhalischen Beschwerden ziemlich ruhiger Schlaf eintrat." Unterzeichnet ist der k. Leibarzt Hr. Dr. v. Gietl. — Das heutige Bulletin lautet: „Der Tag und die Nacht verliefen ohne Fieber. Sonst aber ist Se. k. Hoh. der Prinz in Folge des heftigen Fieberanfalles noch sehr angegriffen."

(Aus der öffentlichen Sitzung des Gemeindecollegiums.) Dem Antrage des Magistrates, zur Berathung der Frage, ob sich die Stadt München an einer Garantie für die Kostendeckung der Holzkirchen-Tölzer Vicinaleisenbahn betheiligen solle, wurde heute zugestimmt. — Ueber die Frage der Betheiligung der Stadt München an der Errichtung eines bayrischen Gewerbemuseums in Nürnberg referirte an Stelle des durch Krankheit an der Berichterstattung verhinderten Hrn. Leo Hänle Hr. Guggenheimer, welcher die Betheiligung an diesem Unternehmen, das ihm höchst wichtig erscheine, indem es ihm die einzig zweckmäßige Lösung der brennendsten gegenwärtigen Frage, — der Arbeiterfrage, auf dem Wege der Darbietung von Gelegenheit zur weitern Ausbildung, vorzubereiten scheine, — aufs Angelegentlichste empfahl und den Antrag stellte, dem vom Magistrate gefaßten Beschlusse vom 17. Febr. l. Js., aber mit Hinweglassung der bekannten vom Mag.-Rathe Billing herrührenden und angenommenen Aenderungen: „daß, so lange nicht die nöthigen Betriebsfonds für die Zweiganstalten zur Verfügung stehen, besonders das Wanderlager als die allgemeinste und vaterländische Thätigkeit betrieben werde und daß dem Magistrate die Zurückerstattung der 50,000 fl. vorbehalten bleibe, falls später die §§ 1 und 2 des Status und des Stimmabgabsverhältnisses in der Generalversammlung abgeändert werden sollten", jedoch unter der Voraussetzung und dem Vorbehalte zuzustimmen, daß 1) die dießseits beantragten Statutenänderungen in der II. Generalversammlung des Gewerbemuseums zur Annahme gelangen und daß 2) der Verwaltungsrath desselben im Vornhinein genehmige, daß der Magistrat München in die von ihm auszustellende Schuldurkunde folgenden Passus einsetze: „Wenn die Statuten des Gewerbemuseums, wie sie nach unsern Vereinbarungen und Vorschlägen in der Generalversammlung festgestellt wurden, nicht mehr in ihren wesentlichen Bestimmungen, insbesondere der §§ 1, 2 und 42 aufrecht erhalten bleiben, und somit das Museum die Eigenschaft eines Landes-Institutes verlieren sollte, der Magistrat München berechtigt sei, gegen Rückgabe der ihm ausgehändigten Antheilscheine diese Schuldurkunde zurückzuziehen. — Dieser Antrag ward ohne Discussion mit allen gegen 4 Stimmen angenommen. (Schl. f.)

* Der Ausschank des Salvator-Bieres im Zacherlkeller am Nockherberge beginnt heuer am Josephstage, Samstags den 19. März.

Regensburg, 7. März. Verflossene Woche trat ein junges äußerst anständig gekleidetes Frauenzimmer in den Schnittwaarenladen des Israeliten S., sich als Nichte des Stadtpfarrers D. vorstellend und mit dem Begehren, ihr zur Auswahl schwarze Seidenstoffe vorzulegen, da sie wegen Ableben der Köchin ihres Onkels Trauer anlegen müsse, welchem Verlangen von Seite des Ladenbesitzers mit größter Bereitwilligkeit stattgegeben wurde. Nach kurzer Wahl hatte sich die holde Trauernde entschieden und ließ sich für ein Kleid hinreichenden Stoff mit dem Bemerken vom Stücke schneiden, man möchte ihr, da sie natürlicher Weise als völlig Unbekannte nicht verlangen könne, daß ihr Credit eröffnet werde, den Stoff durch Jemand, der sie jedoch sofort begleiten möchte, zu ihrem Herrn Onkel schicken, welcher die Rechnung ohne Weiteres honoriren werde. Diesem Ansinnen wurde ebenfalls entsprochen und die jüngere Tochter des Hauses ging mit der listigen Gaunerin nach dem Pfarrhofe. Als beide vor dem Zimmer des angeblichen Onkels angekommen waren, trat die Nichte in das Zimmer des Herrn Pfarrers, indem sie die Israelitin einstweilen warten hieß, worin sie jedoch nur kurze Zeit verweilte und im Heraustreten der Wartenden bedeutete, nur einzutreten, der Onkel habe das Geld bereits hergerichtet, worauf sie auch ohne Zögern den Stoff ausgehändigt erhielt. Doch denken Sie Sich das Staunen unseres hübschen schwarzäugigen Judenmädchens, als der Herr Stadtpfarrer, nachdem er ihr einen Sitz geboten, ungefähr mit diesen Worten die Unterhaltung eröffnete: „Nun, mein Kind, sagen sie mir ohne Rückhalt, wünschen sie wirklich so ganz aus eigenem Antriebe ihren Glauben zu verlassen und überzutreten in den Schooß der katholischen Kirche? Daß auf diese Einleitung nun eine kleine Pause und dann Erörterungen eintraten, glauben wir sicher annehmen zu dürfen, doch bis sich endlich beide genügend verständigt hatten, war die raffinirte Gaunerin verschwunden und konnte bis jetzt nicht ermittelt werden.

Bayreuth, 7. März. Die heutige Generalversammlung der hiesigen mech. Baumwollenspinnerei war von 19 Aktionären besucht, welche 92 Stimmen und ein Aktienkapital von 408,000 fl. repräsentirten. Die Bilanz ergab einen Brutto-Gewinn von 100,757 fl. 28 kr.; wovon nach dem Antrag des Vorstandes beschlossen wurde, 5pCt. Zinsen, 51,900 fl. an die Aktionäre zu bezahlen und den Rest nach Abzug der vertragsmäßigen Tantiemen und diverser Gratifikationen dem Amortisations- und Reservefond gutzuschreiben, welch letzterer dadurch auf 109,961 fl. 50 kr. erhöht wird.

Wie schon mitgetheilt, sollen vom 13. bis 27. März l. J. in **Bamberg** durch einen Priester der Gesellschaft Jesu Conferenzen für Herren abgehalten werden, d. h. Vorträge vorherrschend apologetischen Inhalts, welche ausschließend für Männer und zwar zunächst aus den gebildeten Ständen berechnet sind. Der Stadtmagistrat beantwortete die an ihn deßhalb von der k. Regierung gestellten Anfragen gutachtlich dahin, daß gegen die Abhaltung der fraglichen Conferenzen nichts obwalte und daß bei den bestehenden Parteiungen unter den dortigen Einwohnern keine Unordnungen zu befürchten seien, weil religiöse oder confessionelle Differenzen oder Reibungen dahier nicht bestehen; daß es sich jedoch, da diese Vorträge nur für eine bestimmte Klasse und in einer bestimmten Richtung abgehalten werden sollen, empfehlen dürfte, dieselben nicht in einer allgemein zugänglichen Kirche, sondern im hiesigen Priesterseminare oder im Kapitelhause abzuhalten.

Bei **Oettingen** sprang am 8. März ein Bauer auf einen Wagen des langsam fahrenden Eisenbahnzuges und ließ sich alsbald, in der Absicht, sich zu tödten, zwischen zwei Wägen auf das Geleise herabfallen. Augenzeugen, welche aus dem kurze Zeit darauf haltenden Zuge ausstiegen und längs der Bahn zurückgingen, berichten, daß die Räder dem Manne über Brust und Leib gingen und ihn förmlich zerschnitten.

Würzburg, 9. März. Heute haben die hiesigen Bäckergesellen, der allgemeinen Mode huldigend, die Arbeit eingestellt. Unsere Hausfrauen haben daher Gelegenheit, zu zeigen, was sie im Backen gelernt haben; auch in Wien haben sämmtliche Bäckergesellen ihren Meistern gekündigt.

Dem „Schweinf. Tagbl." wird von **Würzburg** geschrieben: Die gerichtliche Untersuchung, welche gegen den Kreisarchivsvorstand Professor Dr. Kontzen dahier wegen dringenden Verdachts langjähriger Veruntreuungen eingeleitet war, ist wegen nicht ausreichenden Beweises, theilweise jedoch auch, wie man vernimmt, wegen eingetretener Verjährung eingestellt worden; wiewohl Dr. Kontzen die einzelnen Anschuldigungspunkte durch eine Denkschrift zu widerlegen beabsichtigt, dürfte es seinen Freunden in München schwerlich mehr gelingen, die aus administrativen Erwägungen veranlaßte Quiescirung und Disciplinareinschreitung rückgängig zu machen.

Sonthofen, 7. März. Der seit 28. vor. Mts. Abends von zu Hause entfernt gewesene Taglöhner Michal Jörg von Gnadenberg, wurde am 4. ds. Vormittags im sogenannten Dobelwalde ¼ Stunde von seiner Wohnung entfernt erhängt an einem Baumstämmchen aufgefunden. Da er dem Schnapstrinken ergeben war, kam es zwischen ihm und seinem Eheweib nicht selten zu Zwistigkeiten, namentlich wenn er betrunken war, und er machte vielfach die Aeußerung, daß er sich etwas anthun werde. Es besteht deßhalb die allgemeine Annahme — und da auch Spuren erlittener Gewalt an ihm nicht ersichtlich waren — daß er sich selbst erhängte.

Theater.

(Concertbericht.) Zum Besten der Kleinkinderbewahranstalt

der St. Anna-Pfarrei veranstaltete letzten Montag eine Anzahl hiesiger Kunstnotabilitäten ein Concert im großen Odeonssaale, welches durch die Reichhaltigkeit der gebotenen Genüße ein ziemlich zahlreiches Publikum anzog. Als die Perle des Ganzen, was sowohl Composition als Ausführung anbelangt, möchten wir das 4stimmige Lied: Frühlingsahnung von Mendelssohn, bezeichnen, welches die Damen Stehle und Ritter, dann die Herren Vogl und Fischer entzückend vortrugen. Zunächst ist zu nennen die „Liebespredigt von Ernst Frank, von Frl. Stehle sehr schön gesungen und auf Verlangen wiederholt. Die übrigen Vorträge einzeln zu würdigen, würde den uns zu Gebote stehenden Raum weit übersteigen und müßen wir uns daher begnügen, sämmtlichen Mitwirkenden das beste Lob für ihre Leistungen und die Anerkennung auszusprechen, daß sie ein gutes Werk bereitwillig fördern helfen. Der jeder Piece gespendete Beifall kann mit Recht ein wohlverdienter genannt werden.

Im Mittwochs stattgehabten ersten Abonnement-Conzert der musikalischen Akademie sang Frau Diez eine Arie aus Händels „Semele“ und drei Lieder aus „die schöne Müllerin“ von F. Schubert mit einer Meisterschaft, daß das Publikum zum lautesten Beifall hingerissen wurde. Hier konnte man hören, was Singen heißt. Hr. Werner zeigte sich als bedeutender Künstler. Er spielte eine Romanze und Finale von Reinecke, eine Composition von wenig Bedeutnng, aber ausgestattet mit vielen Schwierigkeiten. Wenn nur die Herren Cellisten es sich gesagt sein ließen, daß auf ihren Instrumenten Nichts unschöner klingt, als diese halsbrecherischen Kunststücke, mit denen sie ihre Fingerfertigkeit zeigen wollen; auch in getragenen Sachen kann sich der Künstler Beifall erringen. Die Ouverture zu Lodoiska von Cherubini ist bekannt; die zum Erstenmale aufgeführte Märchen-Ouverture: „Aladdin“ von Hornemann vermochte uns nicht zu imponiren. Die zweite Abtheilung des Concertes bildete Beethovens A-dur-Sinfonie. Das überwältigend großartige Werk wurde würdig vorgeführt. Es ging hiebei wieder einmal der alte Geist durch unser Orchester.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 9. März. Wochenausweis der lombardischen Eisenbahnen (österreichischen Netzes). Die Einnahmen vom 26. Febr. bis zum 4. März betrugen 467,279 fl., ergaben somit eine Mindereinnahme von 109,890 fl. gegen die entsprechende Woche des Vorjahres.

Berlin, 10. März. Der Reichstag hat den Antrag Lehndorff's auf sofortige Vornahme der dritten Lesung über die einleitenden Bestimmungen und den ersten Theil des Strafgesetzbuches abgelehnt. Graf Bismarck, gegen den Antrag, erklärte: Man könne dem Bundesrathe nicht zumuthen, über ein Bruchstück des Gesetzes zu beschließen. Der Bundesrath würde auf eine Weiterberathung des Gesetzes keinesfalls verzichten, vielmehr den Weg der Verständigung suchen, obgleich die Meinungen des Bundesrathes nicht erschüttert wären. Die Bundesinteressen wären geschädigt, wenn der Bundesrath auf eine Weiterberathung des Gesetzes schon jetzt verzichten würde. Der Bundesrath könne erst nach der Durchberathung des Gesetzes entscheiden.

Berlin, 10. März. Die „Nordd. Allgemeine Zeitung“ schreibt über den nunmehr bekannt gewordenen Antrag auf die Unfehlbarkeits-Erklärung des Papstes: Der erste Eindruck des Aktenstückes ist der eines tiefen Bedauerns. Es gibt wenig Zeugnisse, welche so augenfällig beweisen, bis wohin sich der menschliche Geist verirren kann.

Köln, 9. März. Die „Köln. Zeitung“ bringt einen Zusatzartikel zu dem Dekrete über das Primat des römischen Papstes, welcher besagt, daß der römische Papst in der Definition von Sachen des Glaubens und der Moral nicht irren könne.

Bern, 10. März. Der große Rath von Bern votirte heute eine Million Franks Subvention zur Gotthard-Eisenbahn.

Paris, 9. März. Der gesetzgebende Körper hat mit Einstimmigkeit folgende Tagesordnung angenommen: die Kammer geht, nachdem sie die Erklärungen der Regierung vernommen, in Erwägung, daß die Einführung der Civilregierung in Algier die Interessen der Eingebornen und der Europäer zu versöhnen scheint, zur Tagesordnung über.

Paris, 9. März. Sitzung des gesetzgebenden Körpers. Ollivier erklärt, der Widerwille, welchen der Senat anläßlich der Frage über die Wahl der Maires gegen öftere Verfassungsänderungen an den Tag gelegt, habe das Cabinet bestimmt, sich die Unterscheidung zwischen rein konstitutionellen Dispositionen und jenen Verfügungen klar zu machen, welche in den Bereich des gesetzgebenden Körpers gehören, um den Senate einen, alle für nothwendig erachteten Modifikationen zusammenfassenden Entwurf vorzulegen.

Paris, 9. März. Der Finanzminister verordnete die Beschlagnahme aller das türkische Eisenbahnanlehen betreffenden Circuläre, auf welches die Subscription am Dienstag eröffnet werden sollte. Die Ministerial-Verordnung stützt sich auf das Gesetz vom Jahre 1836, welches Lotterien verbietet.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 10. März. (Schlussc.)

Wechsel auf London	$119\frac{7}{8}$	Oest.-franz. Staatsbahn	371
„ „ Paris	$95\frac{1}{2}$	Bayr. Ostbahn-Actien	$119\frac{3}{4}$
„ „ Wien	$96\frac{1}{8}$	Elisabeth-Prior. I. Em.	76
5 proc. bayr. Anleihe	101	4% bayer. Prämien-Anl.	$106\frac{1}{2}$
$4\frac{1}{2}$ „ „ „	$91\frac{7}{8}$	Bad. Präm.-Anleihe	106
4 „ „ Grundrente	$86\frac{1}{2}$	Oesterr. Loose v. 1860	$80\frac{1}{8}$
4 „ „ Obligat.	$86\frac{1}{2}$	„ Loose v. 1864	$115\frac{1}{8}$
5 proc. österr. Metall., engl.	——	Alsenzbahn	$85\frac{1}{2}$
5 „ „ National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	$67\frac{1}{2}$
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	$282\frac{5}{4}$
1882er Amerikaner	$96\frac{3}{8}$	Napoleons	$9.29\frac{1}{2}$
Oesterr. Bank-Actien	693	Rente Silber $58\frac{1}{2}$, Pap. $50\frac{1}{4}$.	
Credit-Actien	$268\frac{1}{2}$	Handelsbank	$98\frac{1}{2}$

Wien, 10. März. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	71.25	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	98.—	Steuerfr. Metall. on 1866	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	119.50	Napoleons	$9.89\frac{1}{2}$
Oesterr. Bank-Actien	724.—	Wechsel auf Augsburg	103.—
„ Credit-Actien	280.—	„ „ London	124.10
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	386.—	„ „ Paris	49.20
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	„ „ Frankfurt a. M.	103.10
„ „ Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	243.60
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 360.50 Pap.-R.	61.45

Berlin 10. März (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	$45\frac{1}{4}$	Lombarden	$132\frac{7}{8}$
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	$105\frac{5}{8}$	Italienische Anleihe	$55\frac{3}{8}$
$4\frac{1}{2}$ „ „ Anleihe	$91\frac{5}{8}$	1882er amerikanische Bonds	96
Bad. Prämien-Anleihe	$106\frac{7}{8}$	5 proc. preuss. Anleihe	102
Darmstädter Actien	$129\frac{7}{8}$	$4\frac{1}{2}$ „ „ „	$93\frac{5}{8}$
Oesterr. Credit-Actien	$153\frac{3}{8}$	Wechsel auf Augsburg	56.22
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	$211\frac{1}{2}$	„ „ Frankfurt	56.24
Staatsbahn-Prioritäten	$291\frac{1}{2}$	„ „ London	$6.24\frac{1}{2}$
Oest. fl. 500 Loose von 1860	80	„ „ Paris	$81\frac{1}{2}$
„ fl. 100 Loose von 1864	66	„ „ Wien	$81\frac{5}{8}$
5 proc. östr. National-Anl.		fest.	

New-York, den 9. März. Gold $110\frac{3}{4}$. Wechsel in Gold $108\frac{1}{8}$ Bonds per 1882 $110\frac{3}{4}$. Baumwolle $21\frac{1}{2}$. Petroleum $25\frac{3}{4}$.

Liverpool, den 9. März. Schlussbericht. Heutiger Umsatz 10,000. Orleans $11\frac{3}{8}$. Middling amerikanische $11\frac{1}{8}$. Fair dhollerah $9\frac{3}{8}$. Middling fair dhollerah 9. Good middling dhollerh $8\frac{3}{4}$. Fair Bengal $7\frac{7}{8}$. Fair Omra $9\frac{1}{2}$. Pernam —. Smyrna ——. Egyptian ——. Amerik. per März-April $10\frac{3}{4}$. Dhollerah per Mai $8\frac{13}{16}$. Omra per Tages-Import 2250, davon Ostindische —— Tendenz: ruhig..

Manchester, 8. März. (Garnmarkt.) 12er Water Rylands 12. 12er Water Taylor 13. 20er Water Mycholls $14\frac{1}{2}$. 30er Water Gidlow $15\frac{3}{4}$. 30er Water Clayton $16\frac{1}{4}$. 40er Mule Mayoll 15. 40er Medio Wilkinson $17\frac{1}{4}$. 36er Warpoops Qualität Rowland $16\frac{1}{4}$. 40er Double Weston $16\frac{1}{4}$. 60er Double Weston 19. Printers $\frac{16}{16}$ $\frac{24}{50}$ $8\frac{1}{2}$ Pfd. 141. Mehr Geschäft zu niedrigen Preisen.

Curse des Münchener Handelsvereins vom 10. März 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. 3 1/2% Obl.	fl. 1000	81 1/4	
4% ganz. Obl.	1000	86 5/8	86 1/4
4% halbj. Obl.	1000	86 5/8	86 3/8
4% Grundr.-Obl.	1000	86 3/4	86 1/2
4 1/2% ganzj. Obl.	1000	92	91 3/4
4 1/2% halbj. Obl.	1000	92	91 3/4
4 1/2% „Milit. „	1000	92	91 3/4
5% Obl.	1000	101 1/2	101 1/4
4% Münch. Obl.	1000		
5% „ „	1000	101 1/8	100 5/8
4 1/2% Ostbahn-Aktien .		120 1/4	
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung . .		86	85 5/8
dto. volle		86	85 5/8
Pfdbr. d. bayer. Hyp.- u. W.-Bank à fl. 1000		90 5/8	90 3/8
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.		100	99 3/4
Aktien „ „		830	828
Bayer. Handelsbank-Act.		98	
„ Vereinsbank . .		121	120
Württemberg. 4 1/2% Obl. . . .			
Oesterreich 4 1/5% Silb.-Rte. 4/7		58 3/4	58 1/2
„ Pap.-Rte „			
5% Nation.-Anl. . 5/8			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à 116 2/3			
5% Met. Stfr. v. 1866 6/7			
Oest. Bank-Aktie . .			
„ Cred.-Aktien . .		271	270 1/2
Oest.-franz. Stsb.-Aktien.			

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb. „	234 1/4	233 1/2
Preußen. 4 1/2% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. 2 1/2	95 1/2	95 7/10
„ 1884 „	95 1/2	95
„ 1885 „	95 3/4	95 1/2
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	105 3/4	105 1/4
4% Bad. „ „	107	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	6 1/2	
Pappenheimer dto.	5 3/4	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose . .	18 1/2	
Oester. 1854er Loose à fl. 250 5/6		
„ 1860er „ à fl. 500 6/7		80 1/2
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred Loose . . .		
Diverse Effekten. Actien der		
Maximilianshütte		300
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		122
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor .	95	
Chemische Fabrik Heufeld		
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn . . .		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn . .		
„ Siebenbürger Bahn . . .		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. I. Em. 6/7		75 1/2
dto. II. „ „		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn „		

	Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn „	78 1/4	77 1/8
„ Siebenbürger Bahn „		
„ d. Böhm. Westbahn „		
„ Alföld Fiumander Bahn „		
Wechsel.		
Amsterdam fl. 100 holl. K. S.		100 1/8
L. S.		
Augsburg fl. 100 . . . K. S.		
L. S.		100
Berlin Rthlr. 60 . . K. S.	105 1/8	104 7/8
L. S.		104 7/8
Frankfurt fl. 100 . . . K. S.		
L. S.		100
Hamburg M.-B. 100 . . K. S.		88 1/2
L. S.		88 1/2
Leipzig Rthlr. 60 . . K. S.	105 1/8	104 7/8
L. S.	105 1/8	105
London Pfdst. 10 . . . K. S.	120	119 7/8
L. S.	120	119 7/8
Paris Fr. 200 . . . K. S.	95 1/4	95
L. S.	95 1/4	95
Wien fl. 100 . . K. S.	96 1/4	96
L. S.		95 7/8
Bank-Disconto für Platz-Wechsel . .		
„ „ Lombard. . .		
Geldsorten.		
Preuß. Friedrichsd'or	9.59	9.58
20 Francs Stücke	9.30 1/2	9.29 1/2
Preuß. Cassen-Scheine	105 1/8	104 7/8
Oest. Banknoten	96 1/4	96

Kgl. Hof- u. National-Theater.

Freitag den 11. März.

44. Vorstellung im Jahres-Abonnement.

Figaro's Hochzeit.

Oper in vier Aufzügen nach dem Italienischen des Da Ponte von Adolph von Knigge.

Musik von Mozart.

Regie: Hr. Sigl.

Personen:

Graf Almaviva	H. Kindermann.
Die Gräfin, seine Gemahlin	Frau Diez.
Cherubin, Page des Grafen	Frl. Stehle.
Figaro, Kammerd. d. Graf.	Hr. Bausewein.
Susanne, dessen Braut .	* *
Marzelline, Beschließerin .	Frl. Eichheim.
Bartolo, Arzt	Hr. Fischer.
Basilio, Musikmeister . .	H. Heinrich.
Antonio, Gärtner, Onkel d. Susanne	Hr. Sigl.
Barbarina, dessen Tochter .	Frl. Hemauer.
Don Gusmann, Richter .	Hr. Weixlstorfer.
Zwei Bauernmädchen . .	Frl. Thoms. Frl. Tyroler.

Bauern, Bäuerinnen, Jäger, Gerichtsdiener.

* * Susanne — Frl. Wanda von Bogdani.

Preise der Plätze: Ein Galerienoble-Sitz 2 fl. — kr. Ein Parket-Sitz 1 fl. 30 kr. Parterre — fl. 48 kr. Gallerie fl. — 18 kr.

Die Kasse wird um 1/2 6 Uhr geöffnet.

Anfang 1/2 7 Uhr. Ende um 9 Uhr.

Kgl. Residenz-Theater.

Freitag den 11. März 1870.

Wenn Frauen weinen.

Lustspiel in einem Aufzuge frei nach dem Französischen von A. v. Winterfeld.

Regie: Herr Jenke.

Personen:

Herr von Stein	Herr Rüthling.
Bertha, seine Frau . . .	Frl. M. Meyer.
Albert von Roden . . .	Herr Goritz.
Clotilde, seine Frau . .	Frl. Jenke.
Ein Kellner	Herr Davideit.

Ort der Handlung: Baden-Baden.

Hierauf:

Der Geizige.

Lustspiel in 5 Aufzügen von Molière.

Regie: Herr Richter.

Personen:

Harpagon	Hr. Herz.
Kleanth, sein Sohn . .	Hr. Häusser.
Elise s. Tochter	Frl. Ramlo.
Anselm, sein Geschäftsfreund	Hr. Tomschitz.
Valer, dessen Neffe . .	Herr Rohde.
Marianne, dessen Nichte .	Frl. Ulrich.
Rosine, Harpagons Vertraute	Frl. Seebach.
Ein Polizei-Commissär . .	Hr. Leigh.
Simon, Makler	Herr Keller.
Laflèche, Kleanth's Diener .	Hr. Christen.
Jacques, Kutscher und Koch (in Harpagons Hause.)	Hr. Lang.
Erster Bedienter (in Harpagons Hause.)	Hr. Wagner.
Zweiter Bedienter (in Harpagons Hause.)	Hr. Thoms.
Eine Hausmagd (in Harpagons Hause.)	Frln. Söltl.

Schauplatz: In Harpagons Hause zu Paris.

Anfang halb 7 Uhr. Ende um 9 Uhr.

Münchener Aktien-Theater.

Freitag den 11. März.

Zum Erstenmale wiederholt:

Das Donau-Weibchen.

Komische Zauber-Oper in 3 Akten v. Hensler.

Musik v. Kauer.

Eröffnung der Abend-Kasse 1/2 7 Uhr.

Anfang 7 Uhr. Ende nach 9 Uhr.

Gestorbene.

Am 8. März. Graf J., Taglöhnersmädchen v. h., 1 J. — Happ K., Weiberswittwe v. h., 82 J. — Hosemann v., Oberlieutenant v. h., 56 J. — Linder A., Bäderstochter v. Hahnbach, 67 J. — Rottmaner, e. Kafetierswittwe v. h., 70 J. — Wörle M., Soldat v. h. 23 J.

Verlag u. Redaktion von **Karl Kellerbauer**. — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr:
Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr
für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Samstag, den 12. März 1870. **Nr. 70.**

Liberaler Bezirksverein III.

Samstag den 12. März Abends halb 8 Uhr

Versammlung im „Moosburger Hof.“

Tagesordnung: Statutenberathung, Besprechung von Gemeindeangelegenheiten.

Peter Rasp, jun.

Gesinnungsgenossen sind freundlichst eingeladen.

Ultramontane Praktiken.

Wir haben erst jetzt den stenographischen Bericht der Adreßdebatten in die Hand bekommen und darin die Rede des Herrn Sepp gelesen, von der uns die Zeitungen nur einen mageren Auszug gegeben hatten. Wir wissen nicht, ob wir mehr staunen sollen über die komische Virtuosität, mit der Herr Sepp ein historisches Potpourri zum Besten gibt, über die Ungenirtheit, mit der er vor einer Versammlung meist gebildeter Männer gegen die historische Wahrheit sündigt, oder über die Geduld und Ruhe, womit diese Versammlung die historischen Fälschungen hinnimmt. Es ist eine alte Regel der Jesuiten: den Gegner verleumden, wo immer es Gelegenheit gibt; kommt auch später der Nachweis der Unwahrheit, so hat der erste Eindruck doch seine Wirkung gethan und der Zweck ist erreicht. Herr Sepp nimmt die Schulfrage zum Anlaß, um seine Geringschätzung gegen alle Deutschen, welche nicht südlich der Main- oder eigentlich der Donaulinie geboren sind, durch ein Citat aus Staël's „Deutschland“ zu rechtfertigen. „Die Norddeutschen“, läßt er Fr. v. Staël sagen, „wissen immer etwas zu reden, selbst wenn sie gar nichts wissen; aber die Süddeutschen wissen immer etwas, auch wenn sie es nicht über die Lippen bringen.“ Nun hat es Herr Sepp für seinen Zweck ersprießlich gefunden, aus Franzosen Norddeutsche und aus Deutsche Süddeutsche zu machen, denn Fr. v. Staël sagt: „Ein Franzose spricht noch, wenn er auch gar keine Gedanken hat; ein Deutscher hat aber immer mehr in seinem Kopfe, als er ausspricht.“ (Bd. 1 Kap. 10). Was soll man von einem Manne halten, der um kleinlichen Hasses willen sich solch abgeschmackte Verdrehungen erlaubt? Uns ist zwar das Urtheil der Frau v. Staël nicht maßgebend, da aber Herr Sepp Gewicht darauf legt, so wollen wir hier ihre Ansicht von Nord- und Süddeutschen citiren. Wenn Hr. Sepp in keinem Schriftsteller ein Urtheil finden konnte, das die Norddeutschen zu Gunsten der Süddeutschen herabsetzt, und deshalb eine eigenmächtige — Umarbeitung eines Staël'schen Ausspruchs vornahm, so wäre es doch einfacher gewesen folgende Stelle — umzuarbeiten; er hätte dabei nur Nord in Süd und Süd in Nord verwandeln dürfen. „Es ist eine bekannte Sache“, sagt Staël, „daß es nur im Norden eine Literatur gibt, und daß die Süddeutschen sich den physischen Genüssen hingeben, während die Norddeutschen mehr die geistigen lieben. Es gibt viele Menschen von Geist im Süden, aber ihre Bildung haben sie im Norden erhalten.“ (Staël, De »l'Allemagne«, Bd. 1. Kap. 5.)

Wenn Hr. Sepp fränkische Dichter in dem Sinne Bayern nennt, wie man Göthe jetzt einen Preußen nennen könnte, so ist das bloß komisch, sollte er sie aber als geborne Altbayern hinstellen wollen, so ist das ein Vergehen gegen die historische Wahrheit. Einen solchen Irrthum würde Hr. Sepp nicht begehen, wenn er mit deutschem Gefühl die Verdienste jedes Deutschen anerkennen wollte; es käme ihm alsdann auch nicht in den Sinn, voll Neid auf deutsche Landsleute zu blicken, die berufen wurden, ihre Kenntnisse für Bayern nutzbar zu machen. Aber zu sagen, „wir wollen Deutsche sein“ und zugleich von einer geistigen Fremdherrschaft zu reden, weil an den bayerischen Universitäten einige norddeutsche Gelehrten wirken, ist, gelinde gesagt, Heuchelei. „Ist es nicht so weit gekommen“, klagt Herr Sepp, „daß bereits nur mehr auswärtige Capacitäten Anerkennung finden, während man alle Einheimischen geradezu anfeindet, als öffentliche Lehrer nach dem Herzen des Volkes sie grundsätzlich zurücksetzt oder gar beseitigt. Ist das nicht auch eine feindliche Occupation, die während des Friedens sich vollzieht?“ — Es ist allerdings arg, daß Praxis in Wechselgeschäften und Jesuitismus nicht als besonders empfehlenswerthe Qualitäten für akademische Lehrthätigkeit geachtet werden, und daß Einheimische nur dann Anerkennung finden, wenn sie Männer von wirklich wissenschaftlicher Bedeutung sind. Uebrigens haben wir dieselben Anfeindungen wie gegen Norddeutsche auch gegen Süddeutsche erlebt, wenn sie nicht das Glück hatten, in Tölz oder Altötting geboren zu sein und nicht den Geschmack, ins ultramontane Horn zu blasen. Das war von jeher so in Altbayern. „Fremd und Ausländer“ wurde jeder nicht Einheimische genannt, außer er war Jesuit; dann, ob spanisch, römisch oder französisch, war er hochwillkommen. Als unter der Regierung des ersten Königs Max außerbayerische Gelehrte berufen wurden, um den ungemein niedern Stand des Wissens in Bayern zu heben, da wurden von den Kanzeln und den Stühlen einheimischer „Gelehrter“ dieselben Zornausbrüche gehört, wie in unsern Tagen; besonders gerne wurden sie an die Adresse des Pöbels gerichtet und zwar mit solchem Erfolge, daß Gassentumulte entstanden und die „Fremdländer“ nicht nur den rohesten Beschimpfungen ausgesetzt waren, sondern einer derselben, der hochachtbare Thiersch, sogar einen Mordanfall erlitt. Dieselben Leute aber, die so sehr gegen die „feindliche Occupation der auswärtigen Capacitäten“, gegen die „geistige Fremdländerei“ eiferten, legten sich den Franzosen zu Füßen, vergötterten Napoleon und denuncirten ihm die berufenen Gelehrten, „daß sie dem bayerischen Volke Norddeutschheit und Borussismus“ aufdringen wollten, obwohl dieselben zum größten Theile aus der Rheinpfalz, den sächsischen Herzogthümern und den rheinischen Bisthümern waren. Bei der Aehnlichkeit der Hetzereien gegen die nichtbayerischen Gelehrten in unserer Zeit sind die Worte Königs Max I. auch heute noch bemerkenswerth, die er zu Feuerbach sprach, als dieser München verlassen wollte: „Die Buben, die ich kenne, fürchten sich vor Ihrem Verstande, darum diese Bübereien, das glauben Sie mir! Machte ich Sie zum Präsidenten in Bamberg und erfüllte ich Ihnen alle Ihre Bedingungen und erzeigte Ihnen alle Ehre, so würden doch diese Buben sagen, sie hätten mich gezwungen, Sie auf eine ehrenvolle Weise aus meinem geheimen Rathe zu ver-

weisen. Das wäre gegen meine Würde; das werde ich wenigstens jetzt nicht thun." (Schluß folgt.)

Politische Tagesübersicht.

Karlsruhe, 9. März. Der Großfürst Michael ist heute mit Gemahlin (Schwester des Großherzogs) und Kindern Vormittags 10 Uhr am großherzoglichen Hofe eingetroffen.

Karlsruhe, 10. März. In der heutigen Sitzung des Abgeordneten wurde das Gesetz hinsichtlich Abschaffung der Todesstrafe in zweiter Lesung mit allen gegen 10 Stimmen angenommen.

Pforzheim, 8. März. Durch den hiesigen „Katholikenverein zur Bekämpfung ultramontaner Bestrebungen" sind Zustimmungsadressen sowohl an den Stiftsprobst Dr. Döllinger, als auch an Bischof Stroßmayer veranlaßt worden, worin die beiden genannten Ehrenmänner wegen ihres Auftretens gegen die Jesuitenpartei beglückwünscht und denselben der gebührende Dank aller gebildeten Katholiken ausgesprochen wird. In der an Hrn. v. Döllinger gerichteten Adresse ist u. A. gesagt: „Sie (die ultramontane Partei) hegt Pläne, die, realisirt, für das wahre christlich-religiöse, wie für jedes freiheitlich geordnete staatliche Leben gleich verderblich werden müßten, Pläne, die mit den bisherigen Lehren unseres Glaubens und mit den gerechtigten Anforderungen der ganzen Bildung unserer Zeit in so unversöhnlichen Widerspruch treten, daß, wenn es gelänge, sie aus- und durchzuführen, dies in der That einen Abfall der Kirche von sich selbst, d. h. von ihrer eigenen ursprünglichen Grundlage und von ihren besten und heilsamsten Ueberlieferungen bedeuten würde.

Stuttgart, 9. März. Die künstliche Aufregung, in welche die Volkspartei durch die Agitation gegen das Kriegsdienstgesetz von 1868 unser Land zu versetzen gewußt, hat ihren Höhepunkt bereits überschritten. Mehr und mehr stoßen die radicalen Reiseprediger auf Widerstand, und die Leiter der Bewegung beeilen sich nunmehr, den ganzen Spul durch einen Knalleffect, eine dramatisch aufgeputzte Schlußscene mit ländlichen Deputationen, welche am übernächsten Sonntage in Stuttgart spielen soll, zum Schluß zu bringen.

Wien, 9. März. Die Abberufung des hiesigen italienischen Gesandten, Marquis Pepoli, von seinem Posten wird von gut unterrichteter Seite bestätigt. Die Gründe für seine Abberufung sind nicht bekannt.

— Die schriftlichen Propositionen des österreichischen Ministeriums in Sachen der Militärgrenzfrage sind, wie die „Pester Corr." meldet, endlich nach zwei langen Wochen an das ungarische Ministerium gelangt. Es ist darin allerdings die Forderung, daß Ungarn für die Grenze einen aliquoten Theil der Staatsschuld übernehme, fallen gelassen, dafür aber wird jetzt die Erhöhung der Quote Ungarns um ein Percent, statt um $^1/_2$ Percent verlangt. Es besteht somit zwischen dem, wozu sich die ungarische Regierung früher bereit erklärte und zwischen dieser neuen Forderung noch immer eine Differenz von jährlichen 700,000 fl. Ueberdies verlangt das Ministerium Hasner als Gegenleistung für die seit jeher zu Ungarn gehörende Militärgrenze, deren Auflösung ebensowohl im österreichischen, als im ungarischen freiheitlichen Interesse liegt, einen formellen Verzicht auf die Rechtsansprüche der Stephanskrone auf Dalmatien. Für überflüssig schließt das Pester Organ, halten wir es, zu bemerken, daß die Propositionen der österreichischen Regierung von keinem ungarischen Staatsmanne acceptirt werden können.

Prag, 9. März. Auf das Gerücht, daß die Regierung den Faden der Unterhandlung noch nicht als abgerissen ansehe, erwidern die czechischen Blätter mit der Wiederholung der alten Forderungen, die Justizgesetzgebung müsse zur Competenz des Landtags gehören und Böhmen müsse Ungarn vollkommen gleichgestellt werden. Der Staat Oesterreich werde hiedurch nicht leiden, da der Dualismus den österreichischen Staatsbegriff aufgehoben habe. — Die hiesige Garnison wird heuer strenger als je zur Anhörung der Fastenpredigten und zur Beichte verhalten.

Pest, 9. März. (Sitzung des Unterhauses.) Die Generaldebatte über das Budget des Landesvertheidigungs-Ministeriums wurde geschlossen, und die Gehalts-Erhöhung für die Honved-Offiziere angenommen.

Berlin, 9. März. Der Reichstag vertagte die Fortsetzung der Berathung über den zweiten Theil des Strafgesetzbuches, betitelt: Hochverrath, Landesverrath, auf mehrere Tage. Wegen der Frage bezüglich Anwendung der Zuchthausstrafe bei politischen Verbrechen sprachen in der Generaldebatte Lasker, Schleiden und Kirchmann gegen, der Justizminister für die Anwendung der Zuchthausstrafe.

Berlin, 9. März. Die Entscheidung über das Schicksal des Strafgesetzbuches tritt heran. Es ist vielleicht nicht als Zufall zu betrachten, daß die zuweilen offiziös instruirte Spener'sche Zeitung gerade heute, wo im Reichstage derjenige Theil des Strafgesetzbuches zur Verhandlung gelangen sollte, welcher von Hochverrath und Landesverrath handelt und die Todesstrafe dafür fordert, die bestimmte Nachricht bringt, daß die Vermuthung einer Verständigung über die Todesstrafe zwischen Reichstag und Bundesrath für die dritte Lesung und deren eventuelle Beschränkung auf Mord irrig sei, daß vielmehr „die Regierung (die preußische) den in der Rede des Bundeskanzlers eingenommenen Standpunkt festhalten und auf einen derartigen Compromiß nicht eingehen" werde. Man erwartete in der heutigen Sitzung bereits eine Erklärung Seitens des Bundesrathes, doch mußte diese ausbleiben, da innerhalb des Bundesrathes noch keine Verhandlung über die Todesstrafe stattgefunden hat. Um so mehr war es überraschend, daß nun von conservativer Seite, und zwar von dem Grafen Lehndorff, der gestern oder gar heute erst in den Reichstag eingetreten, jener mehrfach erwähnte Antrag auf sofortige dritte Lesung des allgemeinen Theils zu dem ersichtlichen Zwecke einer endgiltigen Entscheidung über die Todesstrafe seitens des Bundesrathes eingebracht wurde. Der Antrag ist auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung gestellt. Man hält in Abgeordnetenkreisen denselben mit obiger Mittheilung der Spener'schen Zeitung zusammen und glaubt, daß derselbe von der Regierung gewünscht werde. Es wird sich darüber morgen sicherer urtheilen lassen.

— Der Lasker'sche Antrag auf Reform der Militär-Strafgesetzgebung wird in den nächsten Tagen von den Fractionen des Reichstages berathen werden und am künftigen Mittwoch das Plenum beschäftigen. Man glaubt um so mehr an eine Annahme des Antrages, als der Gegenstand desselben auch außerpreußische Bundesstaaten bereits beschäftigt hat.

— Die Zeidl. Corr. schreibt: „Nach den uns zugehenden Mittheilungen hat der in der vorjährigen Session Seitens des Abgeordneten Schulze-Delitzsch eingebrachte Gesetzentwurf wegen Verleihung der juristischen Persönlichkeit an die Vereine nicht die Zustimmung der verbündeten Regierungen gefunden."

Hamburg, 9. März. Großes Interesse erregt jetzt in den weitesten Kreisen hier die Schwurgerichtsverhandlung über die bekannten Excesse, welche im vorigen Herbste auf Veranlassung des hartnäckigen Strike der Arbeiter der Lauenstein'schen Fabriken Statt gefunden haben. Ueber die wirklichen Triebfedern und das Inswerksetzen des Strike, den gegen die Mehrzahl der Arbeiter durch verhältnißmäßig wenige, aber heftige und rücksichtslose Agitatoren geübten Terrorismus und Anderes wird indeß bei dieser Verhandlung wohl wenig zu Tage kommen, wenn man nach dem Anklageakt sich hierüber eine Meinung bilden soll, sondern es wird sich lediglich um die zuletzt Statt gefundenen einzelnen Excesse handeln.

Paris, 9. März. Henri de Riancey, Redakteur der Gazette de France, ist gestorben. — Man hofft hier, daß der römische Hof trotz der vorgenommenen Vertheilung des auf die Unfehlbarkeit bezüglichen Schemas das Concil vertagen und auf die beabsichtigte Definition der Unfehlbarkeit verzichten werde. — Erzherzog Albrecht wird heute aus Cherbourg hier eintreffen, sich von den Majestäten verabschieden und morgen nach Darmstadt abreisen.

Paris, 9. März. Sämmtliche Abendblätter greifen heftig die römische Politik angesichts des päpstlichen Beschlusses, die Unfehlbarkeit auf die Tagesordnung zu setzen, an. Die Officiösen lassen thatsächlich Gegenmaßregeln daraus durchblicken. Ollivier sprach gestern bei einem

Bankett mit großem Erfolg. — Die France meldet, daß Mr. Ollivier zum Studium der Arbeiterfrage eine Commission einzusetzen beabsichtigt, welche auch Publicisten und Arbeiter zu ihren Mitgliedern zählen soll. — Vorgestern empfing Graf Daru zu wiederholten Malen den Fürsten Metternich, den Grafen Stadelberg nnd den Baron v. Werther. — Der Constitutionnel sagt über die türkischen Bahnen: Dieselben würden das beste Bollwerk gegen die panslavistischen Aufruhrbestrebungen werden, und darum sei es auch im Interesse Frankreichs, bereitwilligst die Geldmittel dazu herbeizuschaffen. — Der Gaulois meldet, daß Marquis Lavalette um Enthebung von seinem Botschafterposten nachgesucht habe. — Ein Leitartikel des Monde drückt die Befürchtungen der Katholiken über die seitens des französischen Cabinets Rom gegenüber eingenommene Haltung aus.

Rom, 5. März. Man wird es wohl nicht mehr unglaublich finden, wenn ich aus eigener Anschauung versichere, daß manche unserer deutschen Bischöfe in tiefster Seele indignirt sind, und daß Einer von ihnen, ein ehrwürdiger alter Herr, vorgestern es aussprach, „daß dieses Concilium das größte Unglück sei, welches die Kirche seit vier Jahrhunderten betroffen habe." Die vielfach auftauchenden Gerüchte von einer gegen Ostern zu erwartenden Vertagung des Concils bestätigen sich nicht. Die Curie wird die Mitglieder der Versammlung nicht von Rom gehen lassen, bis sie das Dogma von der Unfehlbarkeit in Händen hat. Ist dieses entschieden, dann kann Rom immerhin abwarten, ob die spätern Ereignisse eine neue Zusammenkunft der Väter nöthig machen.

— Der Francais meldet aus **Rom:** „Unsere Correspondenten schreiben uns eine wichtige Neuigkeit: 100 oder 150 Bischöfe sollen wiederum Bemerkungen über die Mängel der Geschäftsordnung, auch der modificirten, aufgestellt haben. Die Bemerkungen beziehen sich besonders auf den Vortheil, welchen eine Eintheilung der Bischöfe nach Bureaux oder Sectionen gebracht haben würde."

— In mehreren italienischen Blättern findet sich die Nachricht, daß der berüchtigte Brigantenführer Fuoco Rom, wo er einige Zeit geweilt und mit Franz II. verkehrt, verlassen habe, um mit Eintritt der besseren Jahreszeit einen organisirten Einfall in die südlichen Provinzen des Königreichs auszuführen.

Madrid, 6. März. In der gestrigen Sitzung der Cortes fragte Ochoa die Regierung: ob dieselbe dem Herzog v. Montpensier die nöthige Ermächtigung zum Aufenthalt in Madrid ertheilt, und ob sie von den Besorgnissen Kunde habe, die seine Anwesenheit bei der öffentlichen Meinung hervorgerufen. Der Ministerpräsident Marschall Prim erwiedert, daß man vor einem Monat dem Generalcapitän Don Antonio d'Orléans die Erlaubniß gegeben habe, die Bäder von Alhama zu gebrauchen, und auf dem Wege dahin Madrid zu berühren. Auf seiner Rückreise suchte er mündlich um die Erlaubniß nach, einige Tage in Madrid zu verweilen, ehe er nach seiner Residenz bei Sevilla zurückkehre. Was die Besorgnisse betrifft, deren Hr. Ochoa Erwähnung thut, so protestirt der Ministerpräsident energisch gegen das von den HH. Garcia Lopez und Ochoa an den Tag gelegte Mißtrauen. Er versichert, daß es Niemanden gebe der daran denke einen Monarchen zu nehmen der nicht der Erwählte der Nationalsouveränetät sei. (Gut! gut!) Endlich, fügt er hinzu, hat die Regierung schon bei einer frühern feierlichen Gelegenheit eine der Candidatur des Herzogs v. Montpensier entgegenstehende Ansicht ausgesprochen (Beifall von der Linken) mit alleiniger Ausnahme des Marineministers, welcher diese Candidatur für die beste hält.

— Die neue Verfassung wird bald, wenn nicht in die Herzen, so doch in die Köpfe der spanischen Jugend eingeschrieben sein. Die amtliche Zeitung enthält einen Erlaß, durch welchen das Auswendiglernen der Verfassung zu einem Gegenstande des Zwangsunterrichts in allen Schulen gemacht wird! Da gibt's denn doch noch mancherlei Dinge, welche für die Schulkinder nöthiger und nützlicher sein dürften, als die ihrem jugendlichen Alter noch unverständlichen politischen Bestimmungen, und die bisher nicht gelehrt noch gelernt worden sind.

Rußland. Seit einigen Tagen widmet man der Fremden-Controle auf dem Bahnhofe in Wilna große Aufmerksamkeit. Reisende mit französischen oder schweizerischen Pässen müssen aussteigen und sich einer specielleren Revision ihrer Papiere und Reise-Effecten unterwerfen. Bis jetzt ist nur eine junge Dame als verdächtig angehalten und unter Begleitung eines Polizei-Offiziers nach Petersburg geschickt worden. Es sind in ihrem Paletot eine Menge Papiere, darunter Herzen'sche Proclamationen und mehrere Briefe in Chiffreschrift gefunden worden. Die eigenthümliche Frisur der Dame, besonders die vielen Papierröllchen, auf welche zahlreiche Locken gewickelt waren, mußte die Aufmerksamkeit der Polizei erregen; die Dame wurde decoiffirt und die Papierchen, welche sich beim Entrollen als mit Chiffern beschrieben ergaben, ad acta genommen.

Washington, 8. März. Der Senat überwies dem Finanzcomité die Resolution, die Bezahlung der Einfuhrzölle halb in Papiergeld anzunehmen; ferner eine Resolution, welche den Schatzsekretär zum Verkauf des Ueberschusses der Goldvorräthe ermächtigt.

Washington, 9. März. Das Repräsentantenhaus beschloß mit 114 gegen 71 Stimmen, Georgien wieder als vollberechtigten Staat in die Union aufzunehmen. Die Wahlen in New-Hampshire fielen republicanisch aus. Der Aufstand im Norden Mexico's wird nach Angaben der Juarez'schen Regierung rasch unterdrückt.

Bayerische Angelegenheiten.

* Der erste Abschnitt des Gesetzentwurfs über die Bürgerwehr lautet: Art. 1. Die Bürgerwehr ist bestimmt, zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Innern des Landes mitzuwirken. — Ihre Thätigkeit in dieser Beziehung bemißt sich nach dem jeweiligen Bedürfnisse und hängt von der darauf gegründeten vorgängigen Requisition der Sicherheitsbehörden ab. Art. 2. Regelmäßig Wachen zu beziehen ist sie nur unter ausnahmsweisen Verhältnissen verpflichtet. Art. 3. In der Regel ist ihre Dienstleistung auf den Gemeindebezirk beschränkt. Nur wenn außerordentliche Sicherheitsstörungen, außerordentliche Maßregeln, wie z. B. Streifen erheischen, kann sie auch außerhalb desselben, jedoch für jedes Kommando nur auf die Dauer von höchstens drei Tagen zur Verwendung kommen. Auch ist die Bürgerwehr verpflichtet, sich in unruhigen oder Kriegszeiten zum Geleite von Civil- oder Militärtransporten bis zur nächsten Etappen-Station verwenden zu lassen. Art. 4. Die Dienstleistung im Gemeindebezirke ist stets eine unentgeltliche. Bei Verwendung außerhalb desselben erhält die Bürgerwehr die Gagen und Löhnungen, welche den betreffenden Chargen der k. Gendarmerie gebühren, und bei Transporten überdies die bei der k. Gendarmerie in Anwendung stehende Transportgebühr. Die Kosten hiefür werden aus der Staatskasse bestritten, sofern nicht der Ersatz derselben einem Dritten auf Grund gesetzlicher Verpflichtung obliegt. Art. 5. Sobald die Bürgerwehr oder einzelne Theile derselben zum Dienste ausrücken, hat sie den Charakter der bewaffneten Macht nach Maßgabe des Gesetzes vom 4. Mai 1851, „das Einschreiten der bewaffneten Macht zur Erhaltung der gesetzlichen Ordnung betreffend", sowie im Sinne des Strafgesetzbuches und tritt unter das Kommando der etwa im Gemeindebezirke befindlichen Platz- und Stadtkommandantschaft. Art. 6. Die Bürgerwehr ist zu allen Ausrückungen in Parade verpflichtet, welche an den Geburts- und Namensfesten des Königs nnd der Königin stattfinden oder zu welchen die Beiziehung der Bürgerwehr durch besonderen königlichen Befehl angeordnet wird, ferner hat sie zu Ehrenwachen und zu den Leichenkondukten der Stadt- und Platzkommandanten auszurücken. — Der zweite Abschnitt setzt den Umfang der Bürgerwehrpflicht fest, der dritte deren Organisation, der vierte behandelt das Verfahren bei Bildung und Ergänzung der Bürgerwehr, der fünfte gibt die Normen für die Auflösung der Bürgerwehr und der sechste enthält die Schlußbestimmungen; wir kommen auf diese Abtheilungen noch des Nähern zurück.

* Der Entwurf eines Gesetzes: „Das Vermögen und die Schulden der Landwehr älterer Ordnung betreffend, lautet: Art. 1. Das Vermögen und die Schulden jeder Abtheilung der Landwehr älterer Ordnung, welche nach Art. 95, Abs. III des Gesetzes vom 30. Jan. 1868 „die Wehrverfassung betreffend" und nach dem Gesetze vom 30.

Dezember 1868 „die Bürgerwehr betreffend“ mit 1. Januar 1870 außer Wirksamkeit getreten ist, gehen auf diejenige politische Gemeinde über, für welche die Abtheilung bestanden hat. — Art. 2. Zu Rückvergütung von Rüstgeldern sind die Gemeinden nur insoweit verpflichtet, als Ansprüche auf solche Zurückvergütung am 31. Dezember 1869 auf Grund der damals in Kraft gewesenen Bestimmungen bestanden, und die an die Gemeinden übergehenden Rüstgelder zureichen. Uebersteigt die Summe der berechtigten Forderungen den Betrag der an die Gemeinde übergegangenen Rüstgelder, so hat die Vertheilung unter die Berechtigten nach Verhältniß der begründeten Ansprüche stattzufinden. — Die Ansprüche auf Zurückvergütung erlöschen, wenn sie nicht binnen 3 Monaten vom Tage der Verkündung des gegenwärtigen Gesetzes gerechnet, bei der betreffenden Gemeindeverwaltung angemeldet werden. — Art. 3. Das reine Vermögen, welches den Gemeinden nach Deckung der gemäß Art. 1 auf sie übergehenden Schulden und nach Zurückvergütung von Rüstgeldern gemäß Art. 2 verbleibt, ist als gemeindliches Grundstockvermögen zu behandeln. — Dessen Renten sind zunächst an die nach Maßgabe des Gesetzes in Betreff der Bürgerwehr für die Bedürfnisse der letzteren bestehende besondere Gemeindekasse zur Verwendung abzugeben. Wo eine Bürgerwehr und demgemäß eine solche besondere Gemeindekasse nicht besteht, oder letztere durch ihre sonstigen Einnahmen bereits anderweitig genügend dotirt ist, fallen die Renten des gedachten Vermögens der Gemeinde zur freien Verwendung für Gemeindebedürfnisse innerhalb der Bestimmungen der Gemeindeordnung vom 29. April 1869 für die Landestheile diesseits des Rheins anheim. Art. 4. Gegenwärtiges Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung durch das Gesetzblatt in den Landestheilen diesseits des Rheins in Wirksamkeit.

— Abg. Kolb hat das Referat über den Gesetzentwurf bezüglich eines Credites für die außerordentlichen Bedürfnisse der Armee vollendet, und es wird die Berathung hierüber im II. Ausschusse morgen stattfinden. Im IV. Ausschusse werden heute die Anträge auf Vorlage eines neuen Wahlgesetzes mit direkten Wahlen zur Berathung gelangen. Die beiden Gegenstände werden dann im Laufe der kommenden Woche auf die Tagesordnung der Kammer kommen.

— Bezüglich der Wiederbesetzung des erledigten Bischofssitzes in Speyer sind die Verhandlungen bereits im Gange, und es wird uns versichert, daß die neuliche Mittheilung einiger Blätter, daß Domcapitular Hällmayer in Speyer als künftiger Bischof in Aussicht genommen sei, ebenso unbegründet ist, als die frühere Mittheilung, nach welcher die hohe Kirchenstelle dem Domkapitular Molitor in Speyer zugedacht sei.

Lokales und Provinzielles.

München, 11. März.

* Das heute aufgelegte Bulletin über das Befinden Sr. k. Hoh. des Prinzen Otto lautet: „Gestern Nachmittag hatte sich ein Fieberanfall von geringerer Intensität und kürzerer Dauer eingestellt. Die Nacht war ruhig.“

π. Im k. Hof- und Nationaltheater wird demnächst die „Wallenstein-Trilogie“ zur Aufführung gelangen. Die Hoftheater-Intendanz wird bei diesen Vorstellungen den Schülern der Gymnasien den vierten Rang gegen ganz geringen Eintrittspreis, von welchem jedoch die armen Schüler ganz befreit sind, einräumen.

* Bei der auf gestern ausgeschriebenen Versteigerung des Actien-Volkstheaters erschien kein Kaufslustiger. Es wird daher eine zweite Versteigerung anberaumt, wobei das Theater unter dem Schätzungswerth zugeschlagen werden kann.

xx (Aus der öffentlichen Sitzung des Gemeindecollegiums vom 10. März. Schluß.) Der Beschluß des Magistrates dem Almosensammler Iringer außer seinem Bezuge von 150 fl. aus dem Armenfonde noch 200 fl. aus der Gemeindekasse jährlich anzuweisen, wurde einstimmig abgelehnt und nahm Referent, Advokat Aub die Gelegenheit wahr, die in dieser Angelegenheit vom II. Bürgermeister v. Widder beliebte merkwürdige Anwendung des Normativs für Staatsdiener in scharfer Weise zu kritisiren. — Hr. Dr. Winterhalter beantragte hinsichtlich der Brod-, Mehl- und Bierbeschau, dieselbe in Zukunft den Marktinspektoren und Aufsehern allein zu übertragen und die ortspolizeilichen Vorschriften demgemäß abzuändern, welchem gründlich des Weitern motivirten Antrage ohne Diskussion und unter lebhaftem Bravo der Versammlung einhellig zugestimmt wurde. Auch einem weitern Antrage desselben wurde beigestimmt; nämlich, daß die vom Magistrate bewilligten Entschädigungen an die Boten und Beiboten für Entgang an Zustellungsgebühren im 2. Halbjahr 1869 im Betrage von 176 fl. nicht genehmigt werden sollen. — Antragsteller bemerkte, er habe sich der Aufgabe unterzogen, nachzuforschen, ob denn die Behauptung, daß die neue Gesetzgebung an der 95% Umlage die Ursache sei, Grund habe, glaube aber, daß die Verhandlungen über den Rathhausbau, das Krankenhaus zu Haidhausen, über den dortigen Kirchenbau u. s. w. viel richtiger auf deren Quelle hinzeigten, welche in den bisher vom Magistrate angewandten falschen Verwaltungsprincipien zu suchen sei.

(Aus der öffentlichen Magistratssitzung.) Nach Mittheilung des Referenten Hrn. Rechtsrathes Badhauser hat die hiesige Stadtcommandantschaft auf die vom Magistrate schriftlich angeregte Aufhebung der Hauptwache, als im finanziellen Interesse des Militärärars liegend, geantwortet, die Hauptwache sei ein lediglich im Interesse der Sicherheit liegendes Institut, und die Stadtcommandantschaft könne, da bezüglich der Sicherheit die k. Polizeidirektion dahier die oberste competente Behörde sei, in Bezug auf den vom Magistrate geäußerten Wunsch der Aufhebung oder Vereinigung mit der Residenzwache keinen Antrag stellen; der Magistrat müsse sich vielmehr an die k. Polizei-Direktion werden. Referent beantragt, da die Polizeidirektion kein Interesse an der Aufhebung der Hauptwache habe, also in dieser Richtung jeder Federstrich umsonst sein werde, sich nochmals in der Sache an die Commandantschaft mit der Bemerkung zu wenden, daß die Gemeinde diese Aufhebung nicht unentgeltlich verlange, sondern zu einer Entschädigung bereit sei; der Magistrat beschloß jedoch auf Antrag des Mag.-Rathes Thomaß, welcher hierin von Rechtsrath Ruppert unterstützt wurde, den regulären Weg einzuschlagen; denn, wenn man sich erst an die Polizeidirektion wende, so könne dieß keinenfalls schaden. — Große Heiterkeit erregte auf eine Anfrage die Mittheilung des Stadtbauraths, daß ein Hauptmann geäußert habe, die Kanonen könnten zwar wegbleiben, aber die Ketten zur Absperrung müßten jedenfalls wieder hinkommen. — Im Namen der Commission, welche zur Berathung der Minderung der magistratischen Kosten für Prozessionen niedergesetzt worden war, beantragte Rechtsrath Badhauser, nachdem er über die Betheiligung des Magistrates an den Kosten jeder Prozession ausführlich Bericht erstattet hatte, daß alle diese Kosten für Prozessionen, mit Ausnahme jener, welche bei der großen Frohnleichnamsprozession für den Druck der Programme (19 fl.), für die den Zug eröffnenden 5 Trompeter (10 fl.), für die Aufstellung der Zugführer (95 fl.) und für die genügende Anzahl Birken an die magistratischen Gebäude nöthig sind, in Wegfall kommen sollen. (Namentlich soll auch das Tragen von Wachskerzen seitens der Mitglieder des Gemeindecollegiums ganz wegfallen.) Durch die Annahme des gestellten Antrages, über welchen eine längere, nicht uninteressante Debatte entstand, in welcher nur Rechtsrath Ruppert sich gegen denselben aussprach, (und die wir morgen ausführlicher nachtragen) werden jährlich beiläufig 1200 fl. erspart. Ferner wurde noch der Antrag des Mag.-Rathes Billing angenommen, daß der Magistrat, ausgenommen die große Frohnleichnamsprozession, sich an keiner andern mehr als Corporation betheiligt.

Landshut, 10. März. In einem hiesigen Bräuhause hat sich gestern Nachmittags leider ein sehr bedauerlicher Unglücksfall ereignet. Ein eben bei der Dampfmaschine beschäftigter Arbeiter hat nämlich um möglichst wenig Staub beim Schroten einzuathmen, den Mund verhüllt, und zu diesem Zwecke ein Handtuch um den Hals gewickelt, welches aber unglücklicher Weise von der Maschine erfaßt, der Mann zusammengerissen und sofort getödtet wurde, ohne daß man irgend eine Spur von Verletzung an ihm bemerkt hätte. Wir sahen den Todten selbst, und trug dessen Antlitz so ganz das Gepräge eines

ruhigen Schlafes, daß man hätte glauben sollen, daß man ihn nur wecken dürfte.

Fürth, 10. März. Das Magistratskollegium beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung wieder mit der mehrbesprochenen Marktangelegenheit. Von Bevollmächtigten der Landleute war nämlich ein Gesuch eingelaufen, in welchem sie das Verlangen stellen, daß für einen näher bezeichneten Theil der zu Markt gebrachten Gegenstände von den regelmäßigen Marktfahrern eine Aversionalsumme beansprucht, dagegen von den übrigen Viktualien die in dem neuen Tarife festgestellten Gebühren erhoben werden sollen. Es wurde nun zuerst vom Referenten den verbreiteten Gerüchten gegenüber konstatirt, daß in Nürnberg für viele Gebenstände höhere Marktgebühren, als der hiesige neue Tarif verlangt, erhoben werden. Nach längerer Debatte einigte sich das Collegium dahin, daß unter Festhaltung des neuen Tarifs den Bevollmächtigten der Landleute die Aussicht auf Vereinbarung eines Aversums für alle zu Markt gebrachten Gegenstände, und zwar sobald, als die hiezu nöthigen Erfahrungen vorliegeu würden, zu eröffnen sei.

— Ein Kaufmann in **Fürth** erhielt dieser Tage die Nachricht, daß auf ein ihm gehörendes österreichisches Hundert-Gulden-Loos vom Jahre 1864 bereits vor längerer Zeit, ohne daß er hievon Kenntniß hatte, der Treffer von 220,000 fl. gefallen sei.

Gerichtssaal.

Augsburg, 9. März. Vier Tage lang wird die Thätigkeit des hiesigen Schwurgerichtshofes von der Anklage gegen Karl Oberndorfer, Schuhmachergesellen von Hohenwart, Victoria Wittmann, Hausbesitzerin von Neuburg, Eleonora Wittmann, Näherin von Neuburg und Anna Wittmann, Tochter der Victoria Wittmann, wegen Verbrechens des Mordes im Zusammenflusse mit dem Verbrechen des Todtschlags-Versuches, dann mit dem Vergehen der Hehlerei und Kuppelei — in Anspruch genommen werden; wir berichten ausführlich über dieselbe, da der zur Aburtheilung kommende Mord der am 14. April v. Js. an der hiesigen Silberverwahrerswittwe Maria Beutel in der Floßstraße dahier verübte ist, welcher seinerzeit wegen der enormen Frechheit der Ausführung ganz München in die höchste Aufregung versetzte, und es nur nach längerer Zeit und nach großen Schwierigkeiten gelang, den Schuldigen auszumitteln. — Die 73 Jahre alte Silberverwahrerswittwe Maria Beutel wohnte hier in der Floßstraße Nr. 1 a ebener Erde. Sie hatte nur eine Tochter, mit welcher sie glücklich und zufrieden von den Zinsen eines nicht unbedeutenden Vermögens lebte. Sie galt als reich, benützte ihr Geld aber nicht zu Geldgeschäften, und wenn sie Bedürftigen ihre Hilfe leistete, so geschah dieses gegen mäßige und nicht selten selbst ohne Zinsen. Dennoch ward sie zum Opfer ruchloser Habgier. Am 14. April v. Js. Nachmittags 2³/₄ Uhr wurde an der Glocke des Vorplatzes der Beutel'schen Wohnung geläutet. Maria Beutel und ihre Tochter Therese öffneten die Thüre, und vor ihnen stand eine unbekannte, anständig gekleidete Mannsperson, welche fragte, ob in dem Hause nicht die Frau v. Rogenhofer wohne, die einen Sohn mit einem „Platl" habe, d. i. einen Sohn, der schwachsinnig ist. Die Wittwe Maria Beutel berührte diese Frage aus Rücksicht für Frau v. Rogenhofer unangenehm, weßhalb sie dem Unbekannten kurz und gebunden erklärte, sie mische sich nicht in fremde Angelegenheiten. Damit war derselbe aber nicht zufrieden, sondern erwiderte, er habe noch Mehreres über den Sohn der Frau v. Rogenhofer zu fragen, stemmte, wie eine in der Nähe befindliche Zeugin bemerkte, den einen Fuß zwischen Thüre und Thürgeräst und bewirkte durch diese Zudringlichkeit, daß Maria Beutel ihm den Eintritt in die Wohnung gewährte. Im Wohnzimmer machte er sich als v. Steinsdorf, Bürgermeisterssohn von München, vorstellig, erzählte, daß Frau v. Rogenhofer um eine Anstellung für ihren Sohn beim Stadtmagistrate München eingekommen sei, und daß er um deßwillen beauftragt worden sei, sich um ihre Verhältnisse näher zu erkundigen. Dabei benahm er sich so fein und anständig, daß ihm Platz angeboten wurde. Nachdem der Unbekannte sich niedergelassen hatte, lenkte er das Gespräch auf einen andern Gegenstand, sprach von einer goldenen Uhr und Kette, von seinen goldenen Ringen, gab sich für einen guten Bekannten und entfernten Verwandten des verlebten Ehegatten der Maria Beutel aus. Der Zweck dieser Unterhaltung war kein anderer, als den Argwohn und das Mißtrauen, welches gegen ihn als Fremden vorhanden war, zu beseitigen. Es gelang ihm dieses auch; denn als er um 3 Uhr ungefähr bat, ob er, weil er sich so gut unterhalte, nicht ein Glas Bier trinken dürfe, wurde ihm diese Bitte gewährt, und ein solches von der Tochter in der nahegelegenen Wirthschaft zum grünen Baum geholt. Der Unbekannte unterhielt sich darauf bis 4 Uhr mit den beiden Frauen; sprach von der Versorgung der Tochter; der letzte Schein des Argwohns war geschwunden und deßhalb bat der Unbekannte, ob er nicht noch ein zweites Glas Bier trinken dürfe. Auch diese Bitte wurde ihm gewährt. Als es nun ³/₄ 6 Uhr Abends geworden war, bat er, ob er nicht ein drittes Glas Bier trinken dürfe. Wiederum gewährte die Wittwe die Bitte, und entfernte sich ihre Tochter, um seinem Wunsche nachzukommen. Die Zeit ihrer Entfernung war aber für ihre Mutter verhängnißvoll. Denn als sie nach kaum vier Minuten mit dem Biere wieder zurückgekehrt war, fand sie schon, daß die Thüre zum Vorplatz, welche sie offen gelassen hatte, geschlossen war. Sie läutete heftig, es wurde aber nicht aufgemacht. Hierauf lief sie an das Fenster, blickte hinein und fand, daß ihre Mutter am Boden lag. Als mit Hilfe eines herbeigeholten Schlossers die Thüre zum Vorplatz geöffnet war, fand sie, daß der Unbekannte sich entfernt hatte, ihre Mutter aber hart neben der Thüre in einer bereits gestockten Blutlache todt am Boden lag. Obwohl sie Anfangs der Meinung war, daß sie der Schlag getroffen hätte, machte sie bald die Wahrnehmung, daß ihre Mutter gewaltsam aus dem Leben geschafft worden. Bei der Obduction fanden sich 7 Verletzungen; der Tod erfolgte durch einen Stich in die linke Brusthöhle. Nach Angabe der Therese Beutel war der Unbekannte 5' 7'' groß, hatte braune Haare, den mittleren oberen Zahn hackenförmig vorstehend, hervorstehende Backenknochen, keinen Bart, war corpulent. Der Unbekannte, welcher sich als v. Steinsdorf bei der Getödteten eingeführt hatte, soll Karl Oberndorfer, geboren im Jahre 1829, gewesen sein. Derselbe wurde schon im Jahre 1852 durch Urtheil des Schwurgerichtshofes von Schwaben und Neuburg wegen Verbrechens des ausgezeichneten Diebstahls in eine 9jährige Zuchthausstrafe verurtheilt und erst am 14. September 1868 nach Erstehung einer durch Urtheil des königl. Bezirksgerichts Augsburg vom 19. Juli 1861 ihm zuerkannten 8jährigen Arbeitshausstrafe aus dem Zuchthause entlassen. Am 14. April v. Js. Nachmittags 2 Uhr, also kurze Zeit vorher, als der Mord an Maria Beutel verübt wurde, kam ein Unbekannter von mittlerer Größe, blaßer Gesichtsfarbe, hervorragenden Backenknochen und etwas vorstehender Oberlippe in den Laden des Chirurgen Berghammer in München, um sich rasiren, die Haare schneiden und frisiren zu lassen. Er sprach wenig und äußerte nur die Worte: „Den Bart weg" und zeigte im Uebrigen noble Manieren. Den Bart, einen dunklen Vollbart, nahm ihm der Lehrling Luitpold Demharter ab, während der Badergeselle Joseph Maier seine Haare schnitt und ihn frisirte. Beide Letztgenannten sind der Meinung, daß der ihnen vorgestellte Karl Oberndorfer der Unbekannte sei, getrauen sich aber nicht, es mit Bestimmtheit zu behaupten. Beide Zeugen versichern, daß der Unbekannte sehr pressirte. (Während der gestrigen Mittagspause wurde Oberndorfer, der am Morgen einen Bart trug, auf Befehl des Präsidenten rasirt.) Es bestätigen aber noch andere Personen, mit welchen Oberndorfer am kritischen Nachmittage zusammengekommen ist, daß er frisch rasirt war. — Kurze Zeit darauf, d. i. um ¹/₂3 Uhr herum begegnete die ledige Philomena Bauer einem unbekannten Menschen in der unweit der Floßstraße befindlichen Fabrikstraße, welcher sie um die Wohnung der Madam Rogenhofer fragte, und nachdem sie ihm dieselbe bezeichnet hatte, in die Floßstraße ging. Es war ein Mann von mittlerer Größe, dunklen Haaren, ohne Bart und frisch rasirt. Zeugin ist der Meinung, daß der ihr vorgestellte Oberndorfer diese Person gewesen ist; getraut sich aber auch nicht, es mit Bestimmtheit zu behaupten. Nach dieser Begegnung, der Zeuge sagt zwischen 2 und 3 Uhr, kam ein Unbekannter in die der Beutel'schen Wohnung vis-à-vis gelegene Spenglerwerkstätte zu dem Spenglergesellen Joseph Riemetz,

erkundigte sich nach einer Frau v. Rogenhofer, die einen närrischen Sohn habe, und ging, nachdem er seine weitere Frage, ob in diesem Hause auch eine Wittwe mit einer Tochter wohne, von ihm weg in das Haus der Beutel. Dieser Zeuge recognoscirt den Karl Oberndorfer als jene Person mit Bestimmtheit. (Fortsetzung folgt.)

Vermischtes.

Biebrich, 7. März. Eine unübersehbare, schaulustige Menge hatte sich gestern dahier eingefunden und stand vom Zollhaus bis hinab zur Villa Aristarchi, um die letzte Rheinfahrt des großen Asceten und Urgesundheitsapostels **Ernst Mahner** zu bewundern. Bekränzt mit Laub und in der Hand einen in einen mächtigen Blumenstrauß auslaufenden Stab, hielt der neumodische Neptun vorerst mit weithin schallender Stimme einen Vortrag über seine Urgesundheitslehre, kraft deren er während dreier Tage im Stande sei, sich aller (frivolen) Speisen und Getränke zu enthalten. Nach Einsammeln einiger Zehr- und Reisepfennige bestieg der Ehrwürdige den Kahn, entkleidete sich, setzte sich auf eine quer über den Nachen liegende Eisscholle, erhob mit der Linken die Tafel des neuen Gesetzes und lud die Zuschauer mit tönender Stimme ein, sich zu seiner neuen Gesundheitstheorie zu bekehren. Dann sprang Mahner (bei der rauhen Witterung für einen 68jährigen Mann gewiß kein geringes Wagniß) zu widerholten Malen in den Rhein, in dem er jedoch nicht über 3 Minuten anhaltend verweilte.

Telegraphische Nachrichten.

Stuttgart, 10. März. Die Volkswirthschaftskommission der Abgeordnetenkammer genehmigte den Gesetzentwurf wegen sofortiger Aufnahme eines Anlehens von acht Millionen für Eisenbahnbau auf Abzug vom Gesammtbedarf des vorgelegten Eisenbahngesetzes.

Darmstadt, 11. März. Die Abgeordnetenkammer hat an die Regierung mit allen gegen 5 Stimmen das Ansuchen gestellt, eine Städteordnung zu erlassen.

Wien, 11. März. Der neuernannte russische Gesandte Fürst Orloff ist hier eingetroffen und hat gestern dem Grafen Beust Besuch abgestattet. Er wird dem Kaiser nächster Tage seine Creditive überreichen.

Bern, 11. März. Der Bundesrath zeigt dem Grafen Bismarck an, daß für das Gotthardtunternehmen seitens der Schweiz ein Beitrag von 20 Millionen gesichert sei, und daß rechtzeitige definitive Entschließungen über die Beiträge des Auslandes, namentlich des Nord- und Süddeutschlands sehr wünschenswerth wären.

Athen, 9. März. Die Regierung steht im Begriffe, mit der Nationalbank eine Anleihe von 9 Millionen abzuschließen, um die vorjährige Metallanleihe abzuzahlen und den Zwangscours für Banknoten aufzuheben.

Paris, 10. März. Liberté und Moniteur schreiben den türkischen Bahnen eine große politische Bedeutung zu und sprechen die Hoffnung aus, daß Frankreich dieses Unternehmen begünstigen werde. Die „France“ sagt, die Nachricht, daß der Börsenkommissär angewiesen sei, die Cirkulare über das türkische Eisenbahn-Anlehen mit Beschlag zu belegen, habe sich nicht bestätigt. Das Blatt fügt hinzu: Diese Maßregel gegen ein ernsthaftes Unternehmen, dessen Vollendung ein wahrhaft europäisches Interesse bietet, wäre schwer erklärlich. — Le Francais dementirt die Meldung von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ministern Daru und Ollivier in Bezug auf das Konzil, mit dem Beifügen, daß sowohl in dieser, wie in den andern Fragen unter den Ministern Uebereinstimmurg herrsche.

Paris, 10. März. „Memorial diplomatique“ sagt, die Antwort der päpstlichen Kurie auf die Note Daru's ist nach Paris abgegangen. Sie beeilt sich dem Wunsche der Tuilerien, bei dem Concil einen Vertreter zu haben, beizupflichten. Der päpstliche Nuntius ist beauftragt, zu versichern, der Repräsentant Frankreichs werde mit aller der vertretenen Nation zukommenden Rücksicht empfangen werden.

Paris, 10. März. Wochenausweis der Bank von Frankreich. Baarvorrath 1,260,831,785 Fr., Zunahme 13,283,687 Fr., Wechselbestände 541,565,719 Fr., Abnahme 14,011,167 Fr., Vorschüsse u. Werthpapiere 97,531,050 Fr., Zun. 3,631,000 Fr., Notenumlauf 1,391,549,050 Fr., Abn. 22,912,150 Fr., Guthaben des Schatzes 161,277,447 Fr., Zunahme 2,723,647 Fr., Conto-Current der Privaten 359,419,868 Abn. 18,779,635 Fr.

Florenz, 10. März. Sella legt in der Sitzung der Kammern die Verwaltungsrechnungen von 1862 bis 1867 und den Stand des Staatsschatzes von 1868 und 1869 vor. Es ergab sich von 1862 bis 1867 eine Vermehrung der Einnahmen um 47 pCt., und eine Ausgabenverminderung um 36 pCt. Er beantragt, das Gleichgewicht im Jahre 1871 in folgender Weise herzustellen. Das Defizit des J. 1870 beträgt 161 Millionen; werden hievon die Amortisirungskosten pr. 59 Millionen in Abzug gebracht und für unvorhergesehene Bedürfnisse 8 Millionen zugeschlagen, so bleibt ein Defizit von 110 Millionen zu decken. Die Deckung soll durch Ersparnisse im Betrage bis zu 25 Millionen, durch ein Mehreinkommen von 10 Millionen an der Mahlsteuer und eine Steuererhöhung um 75 Mill. erzielt werden.

Washington, 10. März. Der Senat berieth die Consolidirungsbill und verwarf die Anträge, Zahlungsstellen für die Zinsenbezahlung neuer Bonds in Europa einzurichten und Bonds-Negotianten im Auslande zu ernennen.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 11. März. (Schlussc.)

Wechsel auf London	119 7/8	Oest.-franz. Staatsbahn	371 3/4
„ „ Paris	95 1/2	Bayr. Ostbahn-Actien	119
„ „ Wien	96 1/4	Elisabeth-Prior. I. Em.	75 3/4
5 proc. bayr. Anleihe	101	4% bayer. Prämien-Anl.	106 3/4
4 1/2 „ „ „	91 7/8	Bad. Präm.-Anleihe	106
4 „ „ Grundrente	86 1/2	Oesterr. Loose v. 1860	80 3/4
4 „ „ Obligat.	86 1/2	„ Loose v. 1864	
5 proc. österr. Metall., engl.	——	Alsenzbahn	86
5 „ „ National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	67 1/2
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	233 1/4
1882er Amerikaner	96 1/8	Napoleons	9.30
Oesterr. Bank-Actien	694	Rente Silber 58 1/2, Pap. 50 7/8.	
Credit-Actien	269	Handelsbank	98 1/2

Wien, 11. März. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	71.80	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	98.10	Steuerfr. Metall. on 1864	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	119.50	Napoleons	9.89
Oesterr. Bank-Actien	724.—	Wechsel auf Augsburg	102.90
„ Credit-Actien	281.20	„ „ London	124.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	386.—	„ „ Paris	49.20
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	„ „ Frankfurt a. M.	103.—
„ „ Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	243.60
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 359.25 Pap.-R.	61.50

Berlin 11. März (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	45 3/8	Lombarden	133 1/4
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	105 1/2	Italienische Anleihe	55 5/8
4 1/2 „ „ Anleihe	91 5/8	1882er amerikanische Bonds	96 3/4
Bad. Prämien-Anleihe	106 3/4	5 proc. preuss. Anleihe	102
Darmstädter Actien	130	4 1/2 „ „ „	93 1/2
Oesterr. Credit-Actien	153 1/2	Wechsel auf Augsburg	—.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	212	„ „ Frankfurt	—.—
Staatsbahn-Prioritäten	292	„ „ London	
Oest. fl. 500 Loose von 1860	80 5/8	„ „ Paris	
„ fl. 100 Loose von 1864	66	„ „ Wien	
5 proc. östr. National-Anl.			

fest.

New-York, den 10. März. Gold 112 1/4. Wechsel in Gold 108 1/2. Bonds per 1882 110 5/8. Baumwolle 21 1/2. Petroleum 26 3/4.

Liverpool, den 10. März. Schlussbericht. Heutiger Umsatz 10 000. Orleans 11 5/8. Middling amerikanische 11 1/8. Fair dhollerah 9 3/8. Middling fair dhollerah 9. Good middling dhollerh 8 3/4. Fair Bengal 7 7/8. Fair Omra 9 1/2. Pernam —. Smyrna ——. Egyptian ——. Amerik. per März-April 10 3/4. Dhollerah per Mai 8 7/8. Omra per Tages-Import 5000, davon Ostindische —— Tendenz: unverändert.

Curse des Münchener Handelsvereins vom 11. März 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. $3\frac{1}{2}$% Obl.	fl. 1000	$81\frac{1}{4}$	
4% ganz. Obl.	1000	$86\frac{3}{8}$	$86\frac{1}{4}$
4% halbj. Obl.	1000	$86\frac{3}{8}$	$86\frac{3}{8}$
4% Grundr.-Obl.	1000	$86\frac{3}{4}$	$86\frac{1}{8}$
$4\frac{1}{2}$% ganzj. Obl.	1000	92	$91\frac{3}{4}$
$4\frac{1}{2}$% halbj. Obl.	1000	92	$91\frac{3}{4}$
$4\frac{1}{2}$% „ Milit. „	1000	92	$91\frac{3}{4}$
5% Obl.	1000	$101\frac{1}{2}$	$101\frac{1}{4}$
4% Münch. Obl.	1000		
5% „ „	1000	$101\frac{1}{8}$	$100\frac{5}{8}$
$4\frac{1}{2}$% Ostbahn-Aktien	.	$120\frac{1}{4}$	$119\frac{3}{4}$
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung	. .	86	$85\frac{5}{8}$
dto. volle	. . . .	86	$85\frac{5}{8}$
Pfdbr. d. bayer. Hyp.- u. W.-Bank	à fl. 1000	$90\frac{5}{8}$	$90\frac{3}{8}$
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.		100	$99\frac{3}{4}$
Aktien	„ „	830	828
Bayer. Handelsbank-Act.		98	
„ Vereinsbank	. .	121	120
Württemberg. $4\frac{1}{2}$% Obl.	. . .		
Oesterreich $4\frac{1}{5}$% Silb.-Rte.	6/7	$58\frac{5}{8}$	$58\frac{3}{8}$
„ Pap.-Rte	„		
5% Nation.-Anl.	5/6		
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à $116\frac{2}{3}$	. . . .		
5% Met. Stfr. v. 1866	6/7		
Oest. Bank-Aktie	. .		
„ Cred.-Aktien	. .	$268\frac{1}{2}$	268
Oest.-franz. Stsb.-Aktien.		369	

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb. „	$233\frac{1}{4}$	$232\frac{1}{2}$
Preußen. $4\frac{1}{2}$% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. $2\frac{1}{2}$	96	$95\frac{3}{4}$
„ 1884 „		
„ 1885 „		
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	106	$105\frac{1}{2}$
4% Bad. „ „	107	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	$6\frac{1}{2}$	
Pappenheimer dto.	$5\frac{3}{4}$	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose . .	$18\frac{1}{2}$	
Oester. 1854er Loose à fl. 250 5/6		
„ 1860er „ à fl. 500 6/7	$80\frac{3}{4}$	80
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred Loose . . .		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		300
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		122
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor .	95	
Chemische Fabrik Heufeld		
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn . .		
„ Siebenbürger Bahn		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. I. Em. 6/7		$75\frac{1}{2}$
dto. II. „ „		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn „	77	

	Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn „		$78\frac{3}{8}$
„ Siebenbürger Bahn „		
„ d. Böhm. Westbahn „		
„ Alföld Fiumaner Bahn „		
Wechsel.		
Amsterdam fl. 100 holl. K. S.		$100\frac{1}{8}$
L. S.		
Augsburg fl. 100 . . . K. S.		
L. S.		100
Berlin Rthlr. 60 . . K. S.	$105\frac{1}{8}$	$104\frac{7}{8}$
L. S.		$104\frac{7}{8}$
Frankfurt fl. 100 . . . K. S.		
L. S.		100
Hamburg M.-B. 100 . . K. S.		$88\frac{1}{2}$
L. S.		$88\frac{1}{2}$
Leipzig Rthlr. 60 . . K. S.	$105\frac{1}{8}$	$104\frac{7}{8}$
L. S.	$105\frac{1}{8}$	105
London Pfdst. 10 . . . K. S.	120	$119\frac{7}{8}$
L. S.	120	$119\frac{7}{8}$
Paris Fr. 200 . . . K. S.	$95\frac{1}{4}$	95
L. S.	$95\frac{1}{4}$	95
Wien fl. 100 . . K. S.	96	$95\frac{3}{4}$
L. S.		
Bank-Disconto für Platz-Wechsel . .		
„ „ Lombard. . .		
Geldsorten.		
Preuß. Friedrichsd'or	9.59	9.58
20 Francs Stücke	$9.30\frac{1}{2}$	$9.29\frac{1}{2}$
Preuß. Cassen-Scheine	$105\frac{1}{8}$	$104\frac{7}{8}$
Oest. Banknoten	96	$95\frac{3}{4}$

Auf besseren Anfang Wien beliebt und steigend.

Kgl. Hof- u. National-Theater.

Samstag den 12. März.

45. Vorstellung im Jahres-Abonnement.

Zum 1. Male:

Die Nibelungen.

Von Friedrich Hebbel.

(Erste und zweite Abtheilung.)

In Scene gesetzt vom K. Regisseur Herrn Jenke.

Die der Vorstellung vorangehende Ouverture ist von Niels W. Gade.

Erste Abtheilung.

Der gehörnte Siegfried.

Vorspiel in 1 Aufzug.

Zweite Abtheilung.

Siegfrieds Tod.

Trauerspiel in 5 Aufzügen.

Personen:

König Gunther . . . . . Hr. Richter.
Hagen Tronje . . . . Hr. Dahn.
Dankwart, dessen Bruder . Hr. Tomschitz.
Volker, der Spielmann . Hr. Christen.
Giselher, Gerenot, } Brüder des Königs. Frl. Jenke. Hr. Leibold.
Siegfried . . . . . . Hr. Rüthling.
Ute, Wittwe König Dankwarts . . . . . . Frl. Weiß.
Kriemhild, ihre Tochter . . F. Dahn-Hausm.
Wulf, Truchs, } Recken Hr. Häusser. Hr. Rohde.
Rumolt, der Küchenmeister . Hr. Büttgen.
Brunhild, Königin v. Isenland Frl. Ziegler.
Frigga, ihre Amme . . Frl. Muschek.
Ein Kaplan . . . . . Hr. Possart.
Ein Kämmerer . . . . Hr. Dadibeit.
Recken im Gefolge Gunthers und Siegfrieds. Frauen, Mägde, Diener.

Die Handlung spielt in und bei Worms, mit Ausnahme des ersten Aufzuges von Siegfrieds Tod, welcher auf Isenland vorgeht.

Die Kasse wird um $\frac{1}{2}$6 Uhr geöffnet.

Anfang $\frac{1}{2}$7 Uhr. Ende um 10 Uhr.

Münchener Aktien-Theater.

Samstag den 12. März.

Die schöne Helena.

Opernburleske in 3 Abtheilungen v. Offenbach.

Eröffnung der Abend-Kasse $\frac{1}{2}$7 Uhr.

Anfang 7 Uhr. Ende nach 9 Uhr.

Gestorbene.

Am 9. März. Schrott Karol., Landgerichtsassessorsgattin v. Wolfratshausen, 35 J. — Rast J., Dr. med. v. Schönbrunn, 60 J. — Dollmann B. v., Universitätsprofessorswittwe v. h., 52 J. — Rapp J., Bedienlensfrau v. h., 38 J.

Königl. Staats-Eisenbahnen.

a Post-Z. b Kur.-Z. c Schn.-Z. d Lok.-Z. e Güt-Z.

München — Pasing — Augsburg.

Abfahrt:	Ankunft:
5 U. 45 M. Morg. b	8 U. 10 M. Morg. d
6 U. 10 M. Morg. c	8 U. 40 M. Vorm. b
6 U. 25 M. Morg. a	11 U. 40 M. Nchm. d
11 U. — M. Vorm. a	3 U. 35 M. Nchm. a
1 U. 50 M. Nchm. d	8 U. 15 M. Abds. b
5 U. 45 M. Abds. b	9 U. 15 M. Nchts. c
6 U. 45 M. Abds. d	9 U. 40 M. Nchts. a
11 U. 20 M. Nchts. b	

München — Salzburg — Wien.

5 U. — M. Morg. e	5 U. 15 M. Morg. b
9 U. — M. Morg. b	8 U. 15 M. Morg. e
10 U. — M. Vorm. a	10 U. 18 M. Vorm. a
4 U. 30 M. Nchm. a	4 U. 10 M. Nchm. a
5 U. 40 M. Nchm. e	8 U. 55 M. Abds. e
8 U. 40 M. Abds. b	11 U. — M. Nchts. b
10 U. 10 M. Nchts. b	

München — Starnberg — Peissenberg.

Abgang in München:	Abgang in Starnberg:
6 U. 50 M. Morg.	8 U. 20 M. Vorm.
10 U. 30 M. Vorm.	12 U. 35 M. Mitt.
5 U. — M. Abds.	7 U. 25 M. Abds.

München — Ingolstadt.

6 U. 30 M. Morg. a	8 U. 55 M. Morg. e
1 U. 55 M. Mitt. e	3 U. 40 M. Nchm. a
5 U. 45 M. Nachm. a	9 U. — M. Abds. a

München — Regensburg.

5 U. — M. Morg. a	8 U. 22 M. Morg. e
7 U. 45 M. Morg. b	9 U. 30 M. Vorm. b
9 U. 45 M. Vorm. a	11 U. 48 M. Mitt. e
1 U. 30 M. Nchm. e	6 U. 17 M. Abds. e
5 U. 15 M. Nchm. b	8 U. 5 M. Abds. b
7 U. — M. Abds. e	10 U. 25 M. Nchts.

Geschäfts-Anzeige.

Dem hohen Adel und verehrlichen Publicum erlaube mir die ergebene Mittheilung zu machen, daß ich auf hiesigem Platze **Maximiliansstraße Nr. 24 a,** ein

Strohhut-, Putz-
und
Modewaaren-Geschäft

errichtet habe.

Indem ich bestrebt sein werde, stets das Neueste in den betreffenden Artikeln bieten zu können, halte ich mich dem geneigten Wohlwollen bestens empfohlen und zeichne

München, März 1870.

Hochachtungsvollst

August Cucumus.

Zur herannahenden Frühjahrs-Saison lasse ich mich zum Modernisiren von Strohhüten bestens empfohlen sein.

August Cucumus,
Maximiliansstraße Nr. 24a.

1099.

---

15 Theatinerstrasse 15

Le Cabinet de lecture
de
M. Gmaehle.

est fourni des meilleurs ouvrages de la litérature française, anglaise, italienne et allemande.

prix: fl. 1 par mois; le volume 3 kr. par jour.

Gmaehle'sche Leih-Bibliothek
Theatinerstraße 15

empfiehlt ihre reichhaltige Bibliothek in deutscher, französischer, englischer und italienischer Sprache.

Preis monatlich 45 kr.
Täglich 2 kr. per Band.

15 Theatinerstrasse 15

M. Gmähle's

Circulating library is provided with a great collection of novels, historical and biographical works in English, French, German and Italien. price fl. 1 per month 3 kr. a day for one volume.

Dr. Ahronheim's
Gymnastisch Orthopädisches Institut.
Berlin, Chausseest. 82.

Behandlung der verschiedenartigsten Verkrümmungen des Körpers (Schiefkopf, Buckel seitliche Abweichung der Wirbelsäule, Hüft-, Knie-, Fuß-, Ellenbogen-Verkrümmungen zc. Annahme von Patienten täglich von 8 bis 10 Uhr.

1032

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer. — Druck der C. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr:
Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr
für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Sonntag, den 13. März 1870. Nr. 71.

† München, 12. März 1870.

Einzelne Mitglieder der patriotischen Partei — wenn auch nicht alle — scheinen es doch sehr schwer zu empfinden und zu tragen, daß ihre Partei durch die Angriffe der gewaltigsten Recken Jörg, Lukas, Mahr, Greil u. s. w. auf das Ministerium in der Kammer sich keine Lorbeeren erworben, sondern im Gegentheile nur documentirt hat, daß jene Herren nicht im Stande sind, in der parlamentarischen Arena sich gegenüber der Regierung oder der Gegenpartei halten oder gar sich Geltung verschaffen zu können, (da man noch immer, wenn die Diskussion eine schiefe Wendung für die Patrioten zu nehmen begann, dieselbe durch ein Manöver der Parteidisciplin gewaltsam abzuschneiden für nöthig fand) wenn auch deren Redegewandtheit hinreichen mag, in einer Bauernversammlung die politischen Gegner — die ihre Ansichten nicht gehörig zu verfechten wissen, aber doch aus „Instikt", um dieses erst in neuester Zeit im politischen Leben zu Ansehen gelangte Wort zu gebrauchen, zum Schweigen zu bringen. Wie anders sollte sich wohl nachstehende Aeußerung, welche ein oft genannter Anhänger dieser Partei, der nach der Mittheilung des „Bayer. Kur." auch bereits seinen Austritt aus dem Klub der Patrioten erklärt hat, in einem öffentlichen Weinhause gethan hat, deuten lassen? Sie lautete nämlich: „Diese Kammerniederlagen müssen aufhören; es muß im Klube bestimmt werden, wer und was er zu sprechen hat!" Wie wird es da bald um die geschlossene Phalanx der Patrioten stehen?

Ultramontane Praktiken.

(Schluß.)

Wenn wir den Geschichtsvortrag, den Herr Sepp im Abgeordnetenhause hielt, durchlesen, so müssen wir uns allerdings sagen, daß die bayerische Regierung eine Kapazität sonder Gleichen brach gelegt hat. Was sind die Leistungen eines Sybel, eines Giesebrecht gegen die wissenschaftliche Bedeutung, den Gedankenschwung, die strenge Logik und geschmackvolle Diction eines Sepp'schen Elaborats! Welchen Scharfblick, welch' strenge Sichtung des historischen Stoffes verräth das in der Kammer gegebene geschichtliche Résumé, das mit überraschender Klarheit Fernes und Nahes verbindet und bisher ungeahnte Aufschlüsse gäbe, wenn es Herrn Sepp nicht eben wieder passirt wäre, eine Thatsache, woraus er seine Schlüsse ableitet, in ganz verkehrter Weise darzustellen. „Weil," so erzählt Herr Sepp, „Friedrich der Rothbart in dem Flecken Partenkirchen seinen Vasallen, den Bayern- und Sachsenherzog umsonst um Kriegshilfe anflehte, weil sie der eifersüchtige Bayernherzog verweigerte und dadurch der Kaiser die Schlacht bei Legnano verlor, weil sich dieser deshalb an Hochdeutschland rächte und Bayern auseinanderschlug, Ostbayern zum selbstständigen Herzogthum als Oesterreich isolirte, Steiermark und Tyrol gleichfalls abriß, daneben das fränkische und schwäbische Herzogthum nicht mehr besetzte, das alte Sachsenland in Trümmer schlug und an verschiedene geistliche Fürsten gab, der bayrische Welfe aber als bloßer Fürst von Braunschweig jenseits der Elbe germanisirte und dadurch den Grund zur preußischen Hegemonie in Deutschland legte, weil sodann die Germanisirung der Ostländer mit der Trennung Oesterreichs und Bayerns aufhörte, obgleich früher Bayern Steiermark, Kärnthen und Krain colonisirte, — wovon wir noch in der Staatsbibliothek gewisse slavische Bücher haben, die den Missionären mitgegeben wurden, welche die heidnischen Karatanen belehrten, — so erleben wir heute die Folgen obengenannter verlorner Schlacht bei Legnano, die für uns so ominös, wie die bei Sadowa war."

Nun ist aber das Unglück, daß Herr Sepp aus dieser vor 700 Jahren verlornen Schlacht herleitet, nämlich die Zertrümmerung Bayerns, schon 20 Jahre früher passirt, und zwar nicht wegen des kaiserlichen Unwillens über den abtrünnigen Welfen, sondern weil man ihm, um ihn zu gewinnen, einen Theil Bayerns geben wollte. Daß Herr Sepp ebenso wahrheitsgetreu referirt, wenn er von der Geschichte Preußens und dessen Verdiensten um Deutschland und Bayern redet, ist selbstverständlich und entspricht ganz dem unparteiischen Standpunkt, den ein charaktervoller Geschichtslehrer einnehmen muß. Herr Sepp kann es nicht unterlassen, auch seiner sittlichen Entrüstung über die preußischen Annexionen Ausdruck zu geben. „Im Jahre 1848," sagt er, „sprach man noch nicht davon, daß man alte Dynastien von den Stühlen verdrängen werde." Ja, diese verbrecherische Absicht hatte damals nur Einer und dieser Eine war — Herr Sepp! Man schrieb den 23. Mai 1849, da brachte er folgenden Antrag ein zu Frankfurt im Parlament:

„Die hohe Nationalversammlung möge endgiltig beschließen: Die sämmtlichen 29 deutschen Fürsten, welche durch ihre eingereichte Unterwerfung unter den nominellen Erbkaiser ihre Ohnmacht und Entbehrlichkeit zur Genüge eingestanden und bereits faktisch zu regieren aufgehört haben, sofort zu mediatisiren und ihre Länder an die Königreiche Sachsen, Hannover und Bayern gleichmäßig zu vertheilen."

Das ist ultramontane Praxis! Dieselben Leute, welche die bayerischen Annexionen als eine sehr gute und vernünftige Sache betrachten, stellen sich ganz entsetzt über die preußischen und geben sich den Anschein, als ob ihr Sinn für Gerechtigkeit ihnen einen engern Anschluß an den preußischen „Raubstaat" nicht erlaubte. „Er und seine Parteigenossen, erklärt jetzt Herr Sepp, würden sich gerne einem Deutschland mit Preußen an der Spitze anschließen, wenn Hannover „wieder hergestellt" würde, wenn sie sich nach Frankfurt in die Nationalversammlung verfügen könnten, „um dort an den Geschicken unserer Nation zu arbeiten." — Gott nehme gnädig die Geschicke des deutschen Volkes in seine Hände und lasse sie nicht in die der Ultramontanen fallen, die eben in der bayerischen Kammer versammelt sind, um, wie Herr Sepp sagt, „gegen den jakobinischen Geist der modernen Gesetze Protest einzulegen." Mit diesen Worten hat Herr Sepp Streben und Ziel der Ultramontanen selbst am besten gezeichnet. Und diese Leute, die Alles, was das Volk seit dem Jahre 1848 an Recht und Freiheit erworben hat, wieder vernichten wollen, die behaupten, „weil der letzte Taglöhner und Kleinhäusler so viel Recht hat als der vormalige Grundherr, das führe zum socialen Kriege"; diese Leute haben die Stirne, auf den preußischen Absolutismus hinzuweisen und vorzugeben, um der Erhaltung unserer Freiheit willen widerstrebten sie

dem Anschluß Bayerns an den norddeutschen Bund! Ja, die Freiheit, die ihr wollt, wäre durch die Einigung Deutschlands unwiderruflich verloren, — die Freiheit nämlich, Bayern wieder in „die historische Bahn" zurückzuleiten, die es seit dem Jahre 1848 verlassen hat, in die Bahn der clericalen Allgewalt und der adeligen Privilegien. Dafür hetzt ihr jetzt das Volk gegen die Einigung unseres deutschen Vaterlandes, gegen die moderne Rechtsgleichheit, gegen die zeitgemäßen Gesetze und deren Begründer, das liberale Bürgerthum; um aber das Volk für eure Vorspiegelungen empfänglich zu machen, sucht ihr es in Unwissenheit und Geistesträgheit zu erhalten. Ihr prophezeit die Revolution, aber wir glauben euch nicht, denn wir wissen, ihr habt nicht die Macht, sie zu machen, so wenig wie jene, die deutsche Entwicklung zu verhindern und die Weltuhr um ein Jahrhundert zurückzustellen! —

Politische Tagesübersicht.

Wien, 10. März. Die von der Times gebrachte Analyse der Note des Grafen Beust an den Botschafter in Rom, Grafen Trauttmansdorff, betreffend das Concil, kann keinen Anspruch auf Authenticität machen. Das Original ist in viel entschiedenerem Tone gehalten.

Wien, 11. März. Die heutige Wiener-Zeitung veröffentlicht das Gesetz, womit die Aushebung der zur Erhaltung des stehenden Heeres (Kriegsmarine) und der Ersatz-Reserve erforderlichen Rekruten-Contingente im Jahre 1870 bewilligt wird. Das Contingent für das stehende Heer und die Kriegsmarine ist auf 56,041 Mann, das Contingent für die Ersatz-Reserve auf 5604 Mann festgesetzt. Das Gesetz trägt das Datum vom 9. März und außer der kaiserlichen die Unterschriften der Minister Hasner und v. Wagner. — Das Abgeordnetenhaus hält heute Sitzung, in der der Entwurf der Civilprozeßordnung zur Verhandlung kommt.

— Die Stimmung in den Regierungskreisen ist dem Vernehmen nach dem Rechbauer'schen Gesetzentwurf über das künftige Verhältniß Galiziens zum Reich entschieden günstig. Es enthält derselbe freilich Bestimmungen, welche als zu weit gehend oder doch als praktisch undurchführbar bezeichnet werden, aber es sind das nur Nebenbestimmungen, und es dürfte der Zustimmung zu dem wesentlichen Inhalt des Entwurfs, zu der Festsetzung des Wahlmodus durch ein Landesgesetz, zu der Errichtung einer selbstständigen galizischen Abtheilung im obersten Gerichtshof, zu der Ernennung eines dem Landtage verantwortlichen Statthalters und eines eigenen galizischen Ministers mit Sitz und Stimme im Ministerrath kaum ein Widerspruch entgegengesetzt werden. Die Polen ihrerseits werden, davon ist man schon jetzt überzeugt, in Nebendingen um so sicherer nachgeben, als sie sich nicht zu verhehlen vermögen, daß keine Regierung und keine Partei ihnen freiwillig je ein Mehreres bieten kann und wird.

Linz, 9. März. Ich muß heute abermals einen Akt bischöflicher Renitenz gegen die Staatsgrundgesetze berichten. An der hiesigen Ober-Realschule wurde zu Beginn des zweiten Schulsemesters die Religionsprofessur mit dem Caplan Zeilberger neu besetzt. Auf Befehl des Bischofes verweigerte derselbe jedoch die Ablegung des vorgeschriebenen Eides auf die Staatsgrundgesetze und fügte bei, daß er im Falle der Eidesleistung mit dem Verluste der priesterlichen Würden bedroht sei. Da vor nicht langer Zeit der Weltpriester Parzer, welcher am hiesigen Staatsgymnasium angestellt wurde, die Staatsgrundgesetze widerstandslos beschworen hatte, machte man auf die hierin gelegene Inconsequenz aufmerksam, erhielt aber zur Antwort, daß **damals noch keine diesbezügliche Weisung aus Rom** vorlag. Es ist selbstverständlich, daß der Eidesverweigerer zur Ausübung seines Lehramtes nicht zugelassen wurde und wird daher gegenwärtig an der Oberrealschule gar kein Religionsunterricht ertheilt.

Graz, 10. März. Der Gemeinderath hat heute einhellig eine Petition an das Herrenhaus und an das Gesammtministerium gegen das Lohnsteuergesetz beschlossen.

Prag, 10. März. Samstag soll die Installation des neuen Bürgermeisters stattfinden. Hierauf wird Dittrich nach Wien reisen, um dem Kaiser für die Bestätigung seiner Wahl den Dank abzustatten. — Palacky wird erst Mitte April aus Nizza zurückkehren. — Die Einberufung des böhmischen Landtags ist für Ende Mai definitiv bestimmt. — Der Befehl, der die Garnison zu strenger Ablegung von Kirchen-Exercitien während der Fastenzeit verhält, kam nicht vom Kriegsminister, sondern vom Feldbischof Mayer direct an den Landescommandirenden.

Berlin, 11. März. Der von der Kölnischen Zeitung veröffentlichte Entwurf des Unfehlbarkeitsschemas macht in allen politischen Kreisen das größte Aufsehen; wie man glaubwürdig hört, wird Preußen bis auf Weiteres die bisherige zuwartende Linie in der Concilfrage innehalten. Das ministerielle Blatt, die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bemerkt dazu: „Der erste Eindruck, welchen die oben nach der Kölnischen Zeitung mitgetheilte Definition der Unfehlbarkeit des Papstes hervorruft, ist der eines tiefen Bedauerns. Es gibt wenige Zeugnisse, welche so augenfällig beweisen, bis wohin sich der menschliche Geist verirren könne, als jenes Schriftstück, in welchem die Behauptung aufgestellt wird, daß der römische Pontifex niemals irren könne. Die ganze Ungeheuerlichkeit dieser Behauptung wird dadurch nur wenig abgeschwächt, daß hinzugefügt ist, diese Unfehlbarkeit komme dem Papste nur zu, „wenn er als höchster Lehrer aller Christen auftrete" und in so weit es sich um Sachen des Glaubens und der Moral handle. Es wird stets im alleinigen Ermessen des Papstes liegen, wenn er sich die obige Funktion beilegen will, und was die Beschränkung auf Sachen des Glaubens und der Moral betrifft, so weiß man ja, welche Ausdehnung man diesen an und für sich hinlänglich weiten Begriffen in Rom zu geben versteht. Fast noch auffälliger als die Behauptung der Unfehlbarkeit selbst sind die Beweise, durch welche sie in der obigen Definition unterstützt wird. Dieselben reduziren sich auf den Hinweis, daß der Papst der Nachfolger Petri sei, auf den Christus seine Kirche habe bauen wollen und für dessen Wirksamkeit als Apostel Christus den Segen des himmlischen Vaters herbeigefleht habe. Das Evangelium selbst lehrt, wie schwer und wie oft gerade dieser Apostel sich auch nachdem noch geirrt habe und wie er von Christus deßhalb wiederholt mit wilden und harten Worten zurückgewiesen worden ist. Wie kann also der Papst auf seine angebliche Statthalterschaft für diesen Apostel seine Unfehlbarkeit gründen, ganz abgesehen von den groben Irrthümern und Vergehungen, denen ganze Reihen von Päpsten, welche sich ebenfalls diese Statthalterwürde beilegten, notorisch, gerade in Sachen des Glaubens und der Moral anheimgefallen sind? u.s.w."

Hannover, 10. März. König Georg hat, nach einer heutigen Mittheilung der Volkszeitung, beschlossen, den älteren und verheiratheten unter den Flüchtlingen in Frankreich, für welche die Ergreifung eines neuen Berufes schwer fällt, lebenslängliche Pensionen zu bewilligen oder nach Umständen ihnen und ihren Frauen Unterstützungen anderer Art zukommen zu lassen. Der König empfindet offenbar, daß, wenn die Leute auch aus freien Stücken in die Fremde gingen, doch die Aussichten, mit denen sie durch bald vier Jahre zusammengehalten wurden, ihm die möglichste Versorgung der Hülfsbedürftigen zur Pflicht machen.

Kassel, 8. März. Nach der Hess. M.-Z. hat der Exkurfürst in seiner Prozeßsache gegen den Prinzen Wilhelm von Hanau, seinen Sohn, wegen Vertragserfüllung, gegen den Bescheid des zweiten Senats des hiesigen Appellationsgerichts die Nichtigkeitsbeschwerde beim Oberappellationsgericht zu Berlin erhoben. (Also in Geldangelegenheiten erkennt sogar der Kurfürst die Annexion an? D. Red.)

Gotha, 9. März. Der gemeinschaftliche Landtag der Herzogthümer Koburg und Gotha wird auch in diesem Monat tagen. Es wird demselben eine einzige Vorlage, die Vereinigung beider Herzogthümer betreffend, gemacht werden. Diese Vorlage soll, sicherm Vernehmen nach, die im Publikum verbreiteten irrthümlichen Angaben über die zu bringenden Opfer beider Länder für die Vereinigung korrigiren und klarstellen.

Saalfeld. Das Norddeutsche Wochenblatt theilt einen äußerst traurigen Fall über ein Opfer der Prügelstrafe in der Schule mit. Aus einem nach Oberlogwitz eingepfarrten Dorfe waren die Kinder nach den Weihnachtsferien nicht an dem bestimmten Termin in die Schule ge-

kommen. Der betreffende Lehrer schickte Boten nach den Kindern. Als die Kinder nun in der Schule eintrafen, wurden sie mit einem starken Haselstock gezüchtigt. Ein sonst tüchtiges Mädchen erhielt 4 Schläge, und zwar einen über das Schulterblatt nach dem Genicke zu, während drei tiefer unten über die Rippen gingen. Die übrigen Schüler haben ihre Strafe abgeschüttelt — das Mädchen jedoch starb an den erhaltenen Schlägen. Der Lehrer wurde wegen fahrlässiger Tödtung zu 9 Monaten Gefängniß und in die Kosten des Verfahrens verurtheilt.

Paris, 10. März. Guyot-Montpayroux erklärt in einem offenen Sendschreiben an die „Marseillaise:" Die Linke sowie die echte demokratische Partei Frankreichs verachten die Tendenzen der „Marseillaise"; niemals werde zwischen dieser und ihnen eine Gemeinschaft möglich sein. — Nach Florentiner Berichten der Liberté soll ein preußischer Prinz, ein Prinz von Hohenzollern, dort eingetroffen sein, mit einer politischen Mission betraut, deren Scheitern Graf Daru bestimmt erwarte. (?) — Das „Parlament" will wissen, daß für den Fall der Verkündigung der päpstlichen Unfehlbarkeit sämmtliche französische Bischöfe, sowie die französischen Occupationstruppen Rom zu verlassen angewiesen seien.

— Es war heute Morgen das Gerücht verbreitet, General Le Boeuf habe seine Entlassung gegeben wegen der gestern von Ollivier gemachten Erklärungen in Bezug auf die Einführung des Civilregiments in Algerien. Die Sache ist völlig unbegründet. Noch heute früh war Le Boeuf auf dem Justizministerium, um Ollivier die Mittheilung zu machen, daß er noch in der Nacht ein ausführliches Telegramm an den General-Gouverneur von Algerien, Marschall Mac Mahon, gerichtet habe, um ihn von dem Ergebniß der Verhandlungen sofort in Kenntniß zu setzen. Er benutzte diese Gelegenheit, um, in Gegenwart Dritter, sein volles Einvernehmen mit Ollivier gerade in dieser Frage noch ganz besonders zu betonen.

Paris, 11. März. Der Gaulois wird wegen Veröffentlichung des Anklage-Actes in der Angelegenheit von Auteuil gerichtlich verfolgt. — Spanien hat den Vorschlag Englands angenommen, die Tornado-Angelegenheit dem Schiedsspruche des Kaisers Napoleon zu unterbreiten.

Paris, 11. März. Rochefort, Pascal, Grousset und Mouront sind seit dem 2. März in geheimster Weise in der Pélagie untergebracht. — In Folge der am 9. ds. Mts. in der Santé angestellten Untersuchungen sind 74 Personen als in ein Complot verwickelt nach Mazas trasportirt worden.

Brüssel, 10. März. In der Repräsentanten-Kammer brachte der Finanzminister einen Gesetzentwurf ein, wonach die Salzsteuer und die Einfuhrsteuer für Fische aufgehoben werden, das Briefporto auf 10 Cent. herabgesetzt, dagegen die Steuer für Alkohol um 1 Franc erhöht wird.

London, 10. März. Zwei der Scheusale, welche im vorigen December einen Pächter O'Connor in der irischen Königs-Grafschaft, nicht zufrieden, ihn beraubt zu haben, aus seiner Wohnung schleppten und ihm die Nase abschnitten, sind gestern vor dem Schwurgerichte in Dublin der eine zu 15, der andere zu 7 Jahren Zuchthausstrafe verurtheilt worden. Die Angabe, daß der Prinz von Wales um die Osterzeit Irland besuchen wolle, war falsch; die heutigen Blätter widerlegen sie aus Auftrag. Dem Prinzen ist es in der Heimath der Nasenabschneider und fenischen Mörder wohl nicht recht geheuer.

Florenz, 7. März. Der italienische Gesandte beim Wiener Hofe, Marchese Pepoli, hat seine Entlassung einzig darum eingereicht, weil der Minister der auswärtigen Angelegenheiten ihm den Posten von Madrid angetragen hat und Pepoli durch dieses Anerbieten sich verletzt fühlte. Hier hofft man, daß Pepoli sich bestimmen lassen werde, in Wien zu bleiben. Von der Sendung Lamarmora's nach Wien ist nie die Rede gewesen. — Die Wahl Cairoli's zum Kammer-Präsidenten ist so gut, wie gewiß, da die Regierung sich passiv verhält und die Rechte in sich gespalten ist. Die passive Haltung der Regierung wird derselben noch eine Reihe von Mitgliedern der Rechten entfremden, und doch bedarf Sella für seine Finanzprojekte der Unterstützung der Rechten, da die Linke ihm wegen seiner Vorliebe für die sardinische Bank übel gestimmt ist. Sella's Convention mit der Bank bezüglich der Consolidation der früheren Schuld und des neuen Anlehens von 122 Millionen findet auch auf der Rechten viele Gegner. — In hiesigen politischen Kreisen ist man von der Entwicklung, die das Concil nimmt, sehr erfreut; man hofft davon viel für die Lösung der römischen Frage.

Rom, 10. März. Die Opposition der Bischöfe hat gegen die revidirte Geschäftsordnung des Concils Protest eingelegt.

* Der in der Freitagsnummer der „Augsb. Allg. Zeitung" enthaltene Artikel Dr. Döllingers über die neue Geschäftsordnung des Concils und ihre theologische Bedeutung, enthält einige sehr bemerkenswerthe Stellen. Die besagte Geschäftsordnung, sagt Döllinger, ist völlig verschieden von Allem, was sonst auf Concilien gebräuchlich war, und zugleich maßgebend und entscheidend für den ferneren Verlauf dieser Versammlung und für die zahlreichen Decrete, welche durch sie zu Stande gebracht werden sollen. Die heutige römische Synode ist die erste in der Geschichte der Kirche, in welcher den versammelten Vätern ohne jede Theilnahme von ihrer Seite die Procedur vorgeschrieben worden ist. Auf die Petitionen der Bischöfe ist in der neuen Einrichtung keinerlei Rücksicht genommen worden. Zwei Züge treten darin vor Allem hervor. Einmal ist alle Macht und aller Einfluß auf den Gang des Concils in die Hände der präsidirenden Legaten und der Deputationen gelegt, so daß das Concil selbst ihnen gegenüber machtlos und willenlos erscheint. Sodann sollen die gewichtigsten Fragen des Glaubens und der Lehre durch einfache Mehrheit der Kopfzahl, durch Aufstehen und Sitzenbleiben, entschieden werden. Alle Theologen machen es aber zur Bedingung der Oekumenicität eines Concils, daß völlige Freiheit auf demselben herrsche. Freiheit des Redens, Freiheit des Stimmens. Niemand, sagt Tournely, darf zurückgewiesen werden, der gehört werden will. Nicht blos physischer Zwang würde die Beschlüsse eines Concils kraftlos und werthlos machen. Die Freiheit, diese Lebensluft eines wahren Concils, wird auch durch die gar mannichfaltigen Formen, in denen moralischer Zwang eintritt oder der Mensch sich willig knechten läßt (z. B. durch die verschiedenen Arten der Simonie), zerstört, und die Legitimität des Concils dadurch aufgehoben. Die bloße Thatsache einer, wenn auch noch so zahlreichen, bischöflichen Versammlung ist also noch lange kein Beweis der wirklichen Oekumenicität eines Concils.

Madrid, 10. März. Die Cortes haben bei Gelegenheit der Wahl-Verification von Xeres dem Minister Zorilla ihr Vertrauen votirt.

Athen, 5. März. Der Finanzminister und der Minister des Innern erließen Circuläre an die Behörden, in welchen Letztere vor Einmischung in Wahl-Intriguen gewarnt werden. Im Consularcorps sind große Veränderungen bevorstehend.

Konstantinopel, 5. März. Die Excommunications-Drohung von Seite des Patriarchen Hassun gegen die Dissidenten blieb erfolglos. Sulina wurde zum Freihafen erklärt.

Bayerische Angelegenheiten.

* Bezüglich des Umfanges der Bürgerwehrpflicht bestimmt der betreffende Gesetzentwurf: Art. 7. Bürgerwehrpflichtig ist mit Ausnahme der Standesherren und ihrer Familien sowie des geistlichen Standes jeder volljährige Mann, welcher in einer Gemeinde des Königreiches nach Maßgabe der Gemeindeordnungen das Bürgerrecht besitzt, am Orte seines ständigen Wohnsitzes und zwar bis zum vollendeten fünfzigsten Lebensjahre, soferne und solange er nicht dem stehenden Heere, der Landwehr, der Gendarmerie oder einem staatlichen oder gemeindlichen Civil-Sicherheitsinstitute mit der Verpflichtung zum aktiven Dienst angehört, oder Wehrgeld auf die gesetzliche Dienstzeit im stehenden Heere zu entrichten hat. — Art. 8. Vom persönlichen Dienste in der Bürgerwehr sind alle körperlich Untauglichen frei. Die Gründe der Untauglichkeit und das Verfahren bei deren Constatirung wird durch Verordnung festgesetzt. — Art. 9. Die Befreiung vom persönlichen Dienste können verlangen: 1) die Beamten des Hof- und Staatsdienstes, pensionirte Offiziere, Notare und öffentlich angestellte Lehrer; 2) die Bürgermeister, Magistratsräthe, Adjunkten und Beigeordneten;

3) sämmtliche Bedienstete der Staats- und Privateisenbahnen, dann der 4) sonstigen Verkehrsanstalten; Aerzte, Wundärzte, Apotheker, Bader; 5) alle jene, welche als active Mitglieder einer technisch organisirten Feuerwehr in derselben wirkliche, zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderliche Dienste leisten, soferne die technische Organisation der Feuerwehr von Seite der betr. Kreisregierung, K. d. J., geprüft und als genügend anerkannt ist; 6) alle jene, welche die Bürgerwehrpflicht nicht erfüllen können, ohne den Erwerb für ihre Familie in einer Weise zu gefährden, daß dieselbe voraussichtlich der Armenpflege zur Last fallen würde. — Art. 10. Die nach Art. 8 und nach Art. 9 Ziff. 1 bis 4 Befreiten sind verbunden, die Nichterfüllung der persönlichen Bürgerwehrpflicht durch Baarzahlung zu reluiren. Ausgenommen hievon sind nur diejenigen Dienstuntauglichen, welche entweder 1) sich die Dienstuntauglichkeit erweislich im Dienste des stehenden Heeres, der Landwehr älterer oder neuerer Ordnung, der Bürgerwehr, der Gendarmerie oder eines staatlichen oder gemeindlichen Civil-Sicherheitsinstitutes zugezogen haben, oder bei welchen 2) die Erwerbsfähigkeit durch die Untauglichkeit aufgehoben, oder bei gleichzeitiger Vermögenslosigkeit im hohen Grade beschränkt ist. — Art. 11. Vom persönlichen Dienste sind alle diejenigen ausgeschlossen, welche nach Art. 21 des Einführungsgesetzes vom 10. November 1861 zum Strafgesetzbuche und zum Polizeistrafgesetzbuche die Fähigkeit für politische Aemter verloren haben. Die Ausgeschlossenen haben die Nichterfüllung ihrer persönlichen Dienstpflicht durch Baarzahlung zu reluiren, soferne sie nicht den im Art. 9 Ziff. 6 und im Art. 10 Ziff. 1 und 2 bezeichneten Kategorien angehören. — Art. 12. Die Reluitionsbeiträge werden innerhalb der durch Verordnung bestimmten Maxima in jeder Gemeinde durch die Gemeindebehörden und zwar in den Orten mit magistratischer Verfassung von dem Magistrate unter Zustimmung der Gemeindebevollmächtigten, in den übrigen Gemeinden von dem Gemeindeausschusse, beziehungsweise Gemeinderathe festgesetzt. — Art. 13. Ueber die Verbindlichkeit zur Erfüllung der Bürgerwehrpflicht, über das Vorhandensein von Befreiungs- und Ausschließungsgründen, sowie über die Verpflichtung zur Reluition entscheidet bei sich ergebenden Differenzen in den unmittelbar den Kreis-Regierungen untergeordneten Städten die Kreisregierung, K. d. J., nach collegialer Berathung in erster, das Staatsministerium des Innern in zweiter und letzter Instanz, in den übrigen Gemeinden die Distrikts-Verwaltungsbehörde (Bezirksamt) in erster, die Kreisregierung, Kammer des Innern, nach collegialer Berathung in zweiter und letzter Instanz. Bei solchen Differenzen sind auch die Gemeindeverwaltung und das Bürgerwehr-Commando der einschlägigen Gemeinde als betheiligt und berufungsberechtigt zu erachten. Die Berufung muß innerhalb 15 Tagen bei der ersten Instanz zu Protokoll angebracht oder schriftlich eingereicht werden. — Art. 14. Jedem Mitgliede der Bürgerwehr ist nach vollendetem fünfzigsten Lebensjahre das freiwillige Fortdienen in derselben insolange gestattet, als die erforderliche Diensttauglichkeit vorhanden ist.

* Ob auf die Dauer der Zollparlamentssession die Kammern vertagt werden, ist noch zweifelhaft. Es machen sich viele Stimmen gegen eine Vertagung des Landtags und für Fortdauer desselben geltend, da, wenn auch wahrscheinlich die Plenarsitzungen der Kammern während der Dauer des Zollparlaments eingestellt werden müßten, doch die Ausschüsse ihre Thätigkeit theilweise fortsetzen könnten. — Dem Vernehmen nach ist man im Ministerium des Innern eifrigst mit der Ausarbeitung eines Wahlgesetzentwurfes beschäftigt; Ministerialrath v. Dubois wird als Referent bezeichnet.

* Bei seiner Amtsniederlegung hat weder Fürst Hohenlohe sich von seinen Beamten förmlich verabschiedet, noch hat Graf Bray sich dieselben, wie üblich, beim Amtsantritte vorstellen lassen; — daraus und aus dem weiteren Umstande, daß des Letztern Familie noch einige Zeit in Wien bleiben soll, möchte man fast zu dem Schlusse geleitet werden, daß der neue Minister seine Amtsführung nur als ein Provisorium auffasse. — Heute geben die sämmtlichen Beamten des Ministeriums des Aeußern dem Fürsten v. Hohenlohe ein Abschiedsdiner.

Lokales und Provinzielles.

München, 12. März.

* Das heutige Bulletin über das Befinden Sr. k. Hoheit des Prinzen Otto lautet: „Der gestrige Tag verlief ohne Fieberanfall und die Nacht in ruhigem Schlafe. Dr. v. Gietl."

π. Die Sängerin Frln. Emilie Schröder wird heute zum Letztenmale im Aktientheater auftreten, da sie den Anforderungen der Direktion, nun auch Lokalpartien zu singen, nicht nachkommen wird. Frln. Schröder, welche mit dem Bewußtsein von München scheiden kann, daß sie seit dem Bestehen des Aktien-Volkstheaters eine der besten Zierden desselben war, hat von den Direktionen der Stadttheater in Bremen, Prag, Innsbruck und Linz sehr ehrende Gastspielanträge erhalten, denen sie sofort Folge leisten wird.

(Zur Magistratssitzung vom 11. März.) In Bezug auf die Frage, in wie weit sich der Magistrat fernerhin an der Tragung der Kosten für die hier bestehenden kirchlichen Processionen betheiligen wolle, erstattete Hr. Rechtsrath Badhauser als Referent der zur Erörterung dieser Frage niedergesetzten Commission eingehenden Vortrag. Nach demselben bestanden bisher folgende Verhältnisse: Bei der sogenannten Choleraprocession, gestiftet von einem Bunde frommer Bürger im Jahre 1854, hat der Magistrat nur das Aufschlagen des Altares an der Mariensäule und das Legen der Fußtafeln besorgt, was ihn immer einige 30 Gulden kostete, denn die übrigen Kosten trug der genannte Bürgerbund. Von dem Grundsatze ausgehend, daß diese kirchlichen Feierlichkeiten die politische Gemeinde als solche nicht berühren, und es eine Ungerechtigkeit involviren würde, wollte man nicht katholische Gemeindeangehörige für rein confessionelle Zwecke mit einer Gemeindeumlage belasten, wie bisher de facto der Fall gewesen sei, beantragt die Commission, die Kosten für Aufschlagen des Altargestells und die Legung der Fußtafeln nicht mehr zu zahlen. Die Kosten der weiteren Choleraprocession in Haidhausen, welche seit dem Jahre 1837 existirt, hat früher der Magistrat in Haidhausen und seit dessen Vereinigung mit der Hauptstadt der Magistrat München getragen; sie belaufen sich jährlich auf 150—170 fl. Da in dem Vereinigungsvertrag bezüglich der Uebernahme dieser Kosten nichts stipulirt sei, so beantragt die Commission, auch diese Kosten aus den oben angeführten Gründen nicht mehr zu tragen, sondern deren Deckung der Kirchengemeinde Haidhausen, der sie wirklich zugehören, zu überlassen. Was die große Frohnleichnamsprocession in der Stadt l. d. J. anlange, so habe der Magistrat die Aufstellung und Schmückung der Altäre am Marienplatz und in der Ludwigsstraße, in der letzten Zeit unter Leitung des Obstlers Götz besorgen lassen, und zu diesem Zwecke auch silberne Leuchter, ein Crucifix, Altartücher und die Altargestelle im Werthe von mehreren hundert Gulden, angeschafft. Die Birkenbäume zur Schmückung der Altäre und magistratisch n Gebäude kosten jährlich über 110 fl., das Aufrichten der Altäre selbst 70—75 fl. Alle diese Geschäfte sollen in Zukunft von der Kirchengemeinde besorgt und bezahlt werden, und zwar um so mehr, da die beiden andern Altäre schon von der Kirche hergestellt werden. Referent bedauerte sehr, daß der Ankauf von Birkenbäumen zur Procession — was alle Jahre einen so bedeutenden forstwirthschaftlichen Nachtheil veranlasse, — nicht wohl eingestellt werden könne. Das Schießen sei bisher durch die Landwehrartillerie besorgt worden und habe 240—250 fl. gekostet, dasselbe falle nun, da nach dem neuen Bürgerwehrgesetzentwurfe keine Bürgerartillerie mehr bestehen werde, von selber weg und solle der Ansicht der Commission nach auch nicht durch Böllerschießen ersetzt werden. In der Vorstadt Au habe der Magistrat bisher für Aufrichten der Altäre, Bretterlegen und Schießen bei der Frohnleichnamsprocession jährlich 250—260 fl. bezahlt, in Haidhausen den Altar am Landgerichte aufgestellt und in Giesing das Böllerschießen mit 9 fl. bezahlt. Bei der sogenannten kleinen Procession stelle der Magistrat nur an seinen Gebäuden die schon von der großen Procession vorhandenen Birken auf. — Referent beantragte nun, daß alle diese Ausgaben, sowie das Tragen von Wachskerzen bei der Procession seitens der Mitglieder des Gemeindekollegiums, was neben den

Kosten von 60—80 fl. noch die Kleider verderbe, aufhören und nur die gestern schon angeführten Ausgaben weiter gemacht werden sollen, da in dieser Richtung auch der kgl. Hof Leistungen habe. — In der hierauf beginnenden Debatte wünschte Mag.-Rath Chorherr, es möge der Magistrat noch heuer die Ausgaben für die Choleraprocession in Haidhausen bestreiten, denn sie schaffe einen wahren Festtag der schwer vermißt würde; — bis zum nächsten Jahre würde sich dann schon ein Bürgerverein zur Deckung der Kosten constituiren. Referent bemerkt, die Commission sei weit entfern, die Abschaffung der Procession zu wollen; sie wolle eben nur, daß die Kosten trage, wer dazu verpflichtet ist, die Kirchengemeinde. Rechtsrath Ruppert ist gegen den Antrag der Commission, denn die durch denselben bewirkte Ersparniß sei im Vergleiche zu dem großen, mehrere Millionen betragenden Budget der Stadt gering, und stehe nicht im Verhältniß zu der tiefeinschneidenden Verletzung, welche die religiösen Gefühle eines sehr großen Theiles der Einwohner Münchens durch Annahme derselben erleiden würden. Rechtsrath Schrott erklärt sich für die Commissionsanträge und spricht aus, er würde noch mehr ersehnen; solche Cultusübungen gehörten in die Kirche und nicht auf die Straße; bei denselben finde auch nicht im Geringsten eine Pflege des Cultus oder der Andacht, sondern lediglich ein Schaugepräge und eine Pflege der Hoffart und Eitelkeit statt, deren Beseitigung Niemandes religiöses Gefühl verletzen könne. Mag.-Rath Billing stimmt dem Vorredner bei und stellt seinen bereits mitgetheilten Antrag; auch Mag.-Rath Reim erklärt sich für die Anträge der Commission. Referent entgegnet Hrn. Ruppert, die erzielten Ersparnisse seien allerdings nicht groß, aber man habe schon mehr Gelegenheiten zu Ersparungen gehabt, und viele Quellen bildeten eben einen Bach. Das Pietätsgefühl seines Collegen ehre er, aber wo sollte man hinkommen, wenn man consequent bei jedem Anlasse für eine neue Dankprocession die Kosten dafür tragen wolle. Billing meint, bald werde eine Unfehlbarkeitsprocession kommen. (Große Heiterkeit.) — Hierauf erfolgte die Annahme der Anträge. — Ferner theilte Rath Schanzenbach mit, daß er erfahren habe, wie trotz des deutlichen Verbotes der Staatsregierung, Geldsammlungen irgend welcher Art in den Schulen vorzunehmen, in den Schulen der Bonifacius-Pfarrei, besonders in den Mädchenschulen, die Sammlungen für den „Kindheit Jesu-Verein" unter ausdrücklicher Billigung der Katecheten fortgesetzt worden seien. (Eine nette thatsächliche Illustration zu dem von den Clerikern so gern citirten Spruche: Gebet Gott, was Gottes, und dem Kaiser, was des Kaisers ist!!) Dabei wurden die Jahrbücher dieses Vereins vertheilt, die den blühendsten Unsinn von Teufelaustreibungsgeschichten und den Aberglauben fördernden Erzählungen enthalten. Wie fördernd solche Lektüre auf die religiös-sittliche Erziehung der Kinder einwirken muß und wird, soll unsern Lesern wohl klar sein, wenn wir die in der Sitzung verlesene Pracht-Stelle hiehersetzen:

„Eine christliche Familie ward durch Gottes unerforschlichen Rathschluß vom bösen Feinde arg gequält. Bald hörte man ein Geräusch, als schleppe ein Mann schwere Steine ins Haus; dann mengte er Hirse und Mais untereinander; wieder füllte er den Hof mit abscheulichem Unrathe an, selbst in die Speisen warf er solchen im Augenblicke, wo man sie zum Essen bereitete. Etwas später verbrannte er das Papier in den Fenstern, zerriß die Gewänder der Frauen und trieb tausend andere Bosheiten. Als man gewahrte, wie der Teufel immer schlimmer verfahre und unaufhörlich Schaden zufüge, beschloß man, das Stroh der Hirse zu verkaufen, aber als man es hinaustragen wollte, zündete der Arge es an und und in einem Augenblicke war es nur ein Aschenhaufen. Am schlimmsten erging es den kleinen Kindern; bald liebkos'te er sie, bald drohte er, sie zu erwürgen. — Eines Morgens waren alle Leute des Hauses in die Messe gegangen und der Böse ergriff nun die Kleinen, trug sie in ein Gemach zu ebener Erde und verschloß sie mit einem Vorhängeschlosse, das er in unserer Schule weggenommen hatte. Die armen Eltern beeilten sich bei ihrer Rückkehr, ihre Kinder zu befreien, aber im Innern spottete der Teufel ihrer Bemühungen. Er gewahrte, daß man durch das Fenster hereinzusteigen beabsichtige, und rasch schob er einen Schrank gerade davor und beraubte so die Eltern dieser Hoffnung auf Befreiung ihrer Kinder. Man rief den Missionär, aber seine Exorzismen und Beschwörungen hatten keinen besseren Erfolg. Endlich verfiel der Missionär auf die Idee, die kleinen Mädchen des Waisenhauses zu holen, damit sie ihre Gebete verrichteten. . . . Kaum waren ungefähr 20 dieser unschuldigen Seelen in den Hof eingetreten, als der erzürnte Teufel das Schloß abriß, die Thür weit öffnete und — entfloh. — Dieser Vorfall trug nicht wenig bei zur Achtung für diese Mädchen und allenthalben heißt es: — Sehet wie selbst der Teufel sie achtet und fürchtet! . . ."

(Welch' wohlthätigen moralischen Einfluß es überhaupt auf die Kinder üben muß, wenn sie sehen, wie gerade jene, die berufen sind, sie zum Gehorsam anzuleiten, den eigenen Lehren geradezu ins Gesicht schlagen, kann nicht bezweifelt werden! Die Red.) Solche Vorkommnisse müssen natürlich heftige Entrüstung erregen und sind nicht angethan, den immer mehr sich geltend machenden Wunsch nach gänzlicher Trennung von Schule und Kirche abzuschwächen, wie Mag.-Rath Schanzenbach und Schulreferent Schrott richtig bemerkte. Die zur Einschreitung aufgeforderte Localschulinspection wird wohl energisch diesem Unfug steuern! — Nach einer weitern Mittheilung Schanzenbach's hat der Abbruch der Häuser am Marienplatz (für den Rathhausbau) im Versteigerungswege 11,800 fl. getragen; dieß Erträgniß war dem Magistrat nicht hoch genug; er übernahm daher den Abbruch der Häuser in der Dienersgasse in Regie, und betraute mit der Sache den Obstler Götz; — das Ergebniß war nicht nur ein Deficit von 282 fl. sondern daß Götz außerdem noch in seiner Rechnung mit 1236 fl. im Rückstand ist.

(Tagesbericht.) Die leidige Gewohnheit des Publikums, den Haus- und Straßenbettel und damit die Tagdieberei und Gefährdung der öffentlichen Sicherheit zu fördern, gab gestern wieder dem hiesigen Stadtgerichte reichliche Beschäftigung; in nahezu 40 derartigen Fällen hatte es deßhalb in öffentlicher Sitzung Strafurtheile zu fällen, welche durchschnittlich auf mehrtägigen Arrest lauteten. — Dem Distriktsvorsteher Hrn. Allwein zu Haidhausen wurde vor einigen Tagen mitgetheilt, daß der Taglöhner N. von dort, dessen Ehefrau gegen Weihnachten v. J. in Folge ihrer Entbindung gestorben ist, dem mutterlosen Kinde nicht die nothwendige Pflege angedeihen lasse. Hr. Allwein begab sich in die Wohnung des Taglöhners N. und fand wirklich das arme Kind in einem so verwahrlosten Zustande, wie ein solcher nur bei einem so hilfelosen Wesen, beim Mangel jeder Reinigung und Pflege entstehen kann. Hr. Allwein nahm sich des unglücklichen Kindes an und gab es in Pflege; der herzlose Vater, ein verkommenes und dem Trunke ergebenes Individuum, wird nach gepflogenen Recherchen der verdienten Strafe sicherlich nicht entgehen. — Gestern Morgens erschoß sich der k. Artillerie-Hauptmann Gustav Ehrlich, ein in jeder Hinsicht in den günstigsten Verhältnissen befindlicher Offizier, in seiner Wohnung in der Barrerstraße; derselbe war seit längerer Zeit von einem Gemüthsleiden ergriffen, unter dessen Einfluß der Unglückliche zweifellos den traurigen Schritt beschloß und zur Ausführung brachte.

* Wir registriren den Umstand mit großem Vergnügen, daß vorgestern als am Jahrestage der im Jahre 1869 erfolgten Eröffnung der hiesigen Börse einige Mitglieder derselben auf den hochherzigen Gedanken kamen, diesen Tag durch eine Schenkung an den Verein für freiwillige Armenpflege zu feiern; — die deßhalb veranstaltete Sammlung unter den anwesenden Mitgliedern der Börse ergab in wenigen Momenten über 800 fl. und wird dieser Betrag von den damals zufällig nicht gegenwärtigen Mitgliedern noch erheblich vermehrt werden.

Kötzting, 9. März. Vergangenen Sonntag wurde außerhalb des Marktes in dem sogenannten Ratzlinger Bach ein neugeborenes Kind, männlichen Geschlechts im Wasser todt gefunden. Dasselbe war am Kopfe von einem Raubvogel angefressen. Die Rabenmutter ist noch nicht ermittelt.

Regensburg, 9. März. Mit dem gestern Nachmittags dahier von München eingetroffenen Personenzug kam ein zwischen 20—22

Jahren alter Mann, angeblich aus Wien an, welcher bereits zwischen Geiselhöring und Sünching Spuren vollständiger Geisteszerüttung zeigte, weßhalb Veranlassung genommen wurde, den hiesigen Magistrat per Telegramm davon in Kenntniß zu setzen, welcher ihn nach seiner Ankunft dahier vorläufig nach der Irrenanstalt Karthaus verbringen ließ, was, wie wir hören, nicht ohne heftige Widersetzung von Seite des Wahnsinnigen geschehen konnte.

Vom Schwurgerichte zu **Bayreuth** wurde der ledige Schneidergeselle Nik. Tröger von Oberkotzau wegen Verbrechens der Brandstiftung (er beging die Brandstiftung, um ein Unterkommen im Zuchthause zu finden) zu einer 4jährigen Zuchthausstrafe verurtheilt.

Burgebrach, 7. März. In unserer, für Erziehung und Bildung wetteifernden Zeit möchten die Thatsachen, daß schon seit längerer Zeit die Schule in dem ganz ansehnlich großen Marktflecken Burgwindheim in einer S c h m i e d e, deren Raum noch dazu zu eng für die große Schülerzahl ist, und im Dorfe Münchherrnsdorf sogar in einem halb dunkeln, feuchten und kalten S t a l l e gehalten wird, kaum glaublich erscheinen. Beide Gemeinden gehören zum Bezirksamte Bamberg II, und ist sicherlich die Frage am Platze, ob diese unerhörten Zustände beiden Schulinspektionen, dem Bezirksamte und der Regierung bekannt sind, oder nicht, und was zu deren Beseitigung geschieht. Sollte etwa, wie man sagt, die Einwohnerschaft der genannten Orte hieran Schuld haben, so haben jene Behörden bei ernstem Willen sicherlich genug Macht in Händen, um solche Mißstände mittelst energischer Maßregeln schleunigst zu heben.

Bamberg, 9. März. Der Gemahlin des kgl. Oberpostmeisters Hrn. Baumann dahier ist für ihre bisher mit so günstigem Erfolge betriebene Zucht der japanesischen Eichenseidenraupe von der kaiserl. zoologischen Akklimatisationsgesellschaft in Paris die Preismedaille erster Klasse zuerkannt worden.

Würzburg, 11. März. Die strikenden Bäckergesellen haben gestern, nach wiederhergestelltem Einvernehmen mit den Meistern, mit wenigen Ausnahmen die Arbeit wieder aufgenommen. Wie man hört, wäre es zu gar keiner Arbeitseinstellung gekommen, wenn sich nicht Unberufene dazwischen gedrängt hätten. — Anlaß zu diesem Strike war die Aufstellung eines bei den Gesellen nicht beliebten Sprechmeisters; jedoch haben die Würzburger Bäckermeister erklärt, daß trotz der Gewährung des Verlangens, den Sprechmeister zu entfernen, die Gesellen in Folge von Aufreizungen die Strike gemacht haben. — Der hiesige Arbeiteragitator (Socialdemokrat) F r a n z kommt daher mit seiner Aufforderung an die hiesigen Bäckergesellen, nicht nach Würzburg zu ziehen, um nicht der Durchführung der Forderung ihrer dortigen Collegen auf Besserstellung und anständigere Behandlung hindernd in den Weg zu treten, — post festum!

Schweinfurt, 10. März. Künftigen Mittwoch, den 16. d. Mts., findet vor hiesigem Bezirksgericht die Verhandlung gegen den weltbekannten Pfarrer Trunk von Baunach wegen Majestätsbeleidigung statt, zu welcher 14 Zeugen geladen sind.

Gerichtssaal.

Augsburg, 10. März. (V e r h a n d l u n g g e g e n K a r l O b e r n d o r f e r u n d G e n o s s e n. Fortsetzung.) In dem nämlichen Augenblicke, in welchem der Unbekannte in das Haus der Maria Beutel trat, begegnete ihm die Postassistentensfrau Franziska Meckstätter, welche im obern Stocke wohnte. Sie ging die Treppe herab, hörte bei der Frau Beutel schellen, sah den Fremden an der Thüre stehen und hörte, wie derselbe sich erkundigte, ob die Frau Rogenhofer nicht einen Sohn hätte, der im Rentamte geschrieben habe. Als Zeugin nochmals der Therese Beutel mit dem leeren Bierkrügel begegnete, machte sie einen Scherz über das ofte Bierholen, worauf ihr dieselbe mittheilte, ein Verwandter aus Regensburg sei da. Um die kritische Zeit herum hörte sie die untere Hausthüre gehen. Sie stand zwischen dem Gärtchen des Hauses und der Strasse und sah den Herrn, der in die Wohnung der Beutel gekommen war, aus dem Hause gehen, anfangs ganz neben dem Hause, dann schräg über die Strasse laufen; während er lief, wischte er sich mit der Hand das Gesicht ab, als wenn er sich den Schweiß abtrocknen wollte. Am Eck blieb er stehen, schaute um und lachte, er lachte auch, als er noch neben dem Hause ging. Der Herr m[illegible] höchstens in die Fabrikstrasse gekommen sein, als Therese Beutel [illegible] dem Bier nach Hause kam. Der Unbekannte kam ihr vor, als [illegible] er gerade rasirt worden, gehörte eher zu den Großen als zu den K[illegible]nen, war blaß. Auch diese Zeugin ist der Meinung, daß der [illegible] vorgestellte Oberndorfer der bezügliche Herr ist, getraut sich übrig[illegible] gleichfalls nicht mit Bestimmtheit es zu behaupten. Die Tochter [illegible] Maria Beutel — Therese Beutel — erkannte sowohl bei der Con[illegible]tations-Verhandlung vom 14. Sept. und 20. Sept., als auch [illegible] wieder mit aller Bestimmtheit den Karl Oberndorfer als denjen[illegible] welcher am 14. April v. Js. sich unter dem Namen v. Steinsdor[illegible] ihrer Mutter eingeführt hat. Dagegen hat sie denselben bei der [illegible] 23. Mai v. Js. in Donauwörth vorgenommenen Confrontation [illegible] erkannt; sie gibt aber an, er habe damals einen Schnurr- und Ba[illegible]bart getragen. Bei dieser Confrontation zitterte Oberndorfer mit [illegible] Händen und mit dem Kinn in dem Augenblicke, als Therese Beu[illegible] in das Verhörzimmer trat. Da Niemand Anderer, als der Unbekann[illegible] während der verhängnißvollen 4—5 Minuten bei der Getödteten a[illegible]wesend war, bezeichnet Therese Beutel denselben als den Mörder [illegible] Mutter. — Am 16. April kam ein Unbekannter in den Laden [illegible] Tändlers Schattenheimer in Regensburg und verkaufte ein im [illegible] feststehendes Messer; unmittelbar darauf kam er in den daneben be[illegible]lichen Laden des Tändlers J. Birzer, gab sich als Kaminkehrer We[illegible] von Passau aus und vertauschte seine Hose gegen eine andere. De[illegible] Unbekannte hatte unterhalb des rechten Auges zwei frische Ritze [illegible] am rechten Backen mehrere Risse, anscheinend von Fingernägeln. [illegible] war ein Mann von 35—36 Jahren, glatt rasirt mit dunklen Ha[illegible] und wurde in Karl Oberndorfer recognoscirt. Die mikrosco[illegible] Untersuchung hat ergeben, daß das Messer Blutspuren trägt. — [illegible] Verübung eines Kirchendiebstahls in Eichstädt wurde Karl Obern[illegible] ergriffen und einige Zeit in der Frohnveste in Eichstädt untergebr[illegible] Dort hat er einer frühern Bekannten von ihm, der ledigen [illegible] Weixelbaum, welche in seiner nächsten Nähe untergebracht war, [illegible] Geständniß abgelegt, daß er den Mord an Maria Beutel verübt h[illegible] und zwar, daß er sie zuerst gedrosselt und dann gestochen habe. [illegible] hätte durch einen dalketen Sohn herausgebracht, daß im Hause [illegible] Beutel viel Geld sei, er habe aber nichts mitnehmen können, [illegible] ihm Jemand auf den Nacken gekommen sei; er sei darauf nach Reg[illegible]burg gereist, wo er sich unter verschiedenen Namen, so insbe[illegible] unter dem Namen „Wegerer“ herumgetrieben habe. Auch dem [illegible] gefangenen Friedrich Halbmeier machte Oberndorfer die Mittheil[illegible] daß er in München eine alte Frau erdrosselt habe. Nach Ang[illegible] dieses Zeugen haben Weixelbaum und Oberndorfer tagtäglich vor [illegible] nach Mitternacht oft stundenlang in einer unbekannten Spitzbubenspr[illegible] miteinander gesprochen. — Auffallend ist, daß Oberndorfer sich [illegible] Ort der That entfernte, ohne vorher einen Eingriff in das Eigenth[illegible] der Beutel gemacht zu haben. Karl Oberndorfer läugnet mit au[illegible]ordentlicher Frechheit; er will zur kritischen Zeit gar nicht in Münch[illegible] sondern in Sachsen gewesen sein. — Ein Widerspruch aber, der [illegible] in der Voruntersuchung vorhanden war, wurde in der öffentlichen V[illegible]handlung nicht gelöst. Während die beiden Bader dem Oberndo[illegible] erst unmittelbar vor der That den Vollbart weg rasirt haben wol[illegible] behauptet Schneider Berchtold und sein Zuschneider, daß Oberndo[illegible] schon Vormittags 9 Uhr zu ihnen ohne Bart gekommen sei. (Forts. [illegible]

Theater.

(W o c h e n b e r i c h t ü b e r d a s R e s i d e n z t h e a t e r.) Vom [illegible]rigen Sonntag haben wir eine Reprise, der „Marionetten“ zu verzei[illegible]nen, die in der bekannten Besetzung und vortrefflich über die Büh[illegible] gingen. — Der Freitag brachte uns den „Geizigen“ von Moli[illegible] Wir sind für derartige Vorstellungen der Intendanz zum Danke [illegible]pflichtet — und wenn sie in den Schatz zurückgreift, den die Ve[illegible]gangenheit aufgespeichert, so möge sie immer einen derartigen Gr[illegible] hineinthun, und nicht mehr mit blinden Augen ein Product wie [illegible] „Henriette von England“ erscheinen lassen. Die Bearbeitung ist [illegible]

vortreffliche und zeigt uns, daß sich alle Inscenirungen Molière's von den Fesseln des Alexandriners frei machen sollten. Der Aufführung können wir im Ganzen rückhaltsloses Lob spenden. Vor Allem aber verdient es Hr. Herz für seinen Harpagon. Einzelne Scenen waren durch ihre psychologische Wahrheit von ergreifender Wirkung — so der Monolog nach Entdeckung des Diebstahls. Die übrigen mitspielenden Herren, Häusser, Rohde, Christen und Lang entledigten sich ihrer Aufgaben ganz gut. Von den Damen können wir Frl. Seebach, Ulrich und Ramlo lobend erwähnen; erstere besonders spielte vortrefflich. Das Ensemble war sehr gut. — Dem Geizigen vor ging das Winterfeld'sche Lustspiel: „Wenn Frauen weinen." Gespielt wurde munter und frisch. — Das Haus war sehr leer; „Figaros Hochzeit" übt eben zu starke Anziehungskraft aus. — Doch hoffen wir auf eine baldige Wiederholung des „Geizigen."

Telegraphische Nachrichten.

Stuttgart, 11. März. Die demokratische und großdeutsche Fraktion haben in der Kammer den Antrag eingebracht: Es sei an die Regierung die Bitte um Verminderung der Präsenzzeit des Contingents und Abänderung des Kriegsdienstgesetzes zu stellen.

Darmstadt, 11. März. Erzherzog Albrecht trifft am Sonntag zum Besuche des Hofes hier ein.

Triest, 11. März. Der Lloyddampfer „Vesta" ist mit der ostindischen Ueberlandspost eingetroffen.

Berlin, 12. März. In Reichstagskreisen versichert man, daß die Bundesrathsvorlage, betreffend die Betheiligung des Bundes an der Gotthardbahn, baldigst bevorstehe.

London, 11. März Nachts. (Sitzung des Unterhauses.) Die Berathung der irischen Landbill wird fortgesetzt. Nachdem schließlich Gladstone gesprochen, erfolgt die Genehmigung der Landbill in zweiter Lesung mit 441 gegen 11 Stimmen.

Florenz, 11. März. Kammersitzung. Der Finanzminister Sella setzt die Entwicklung des Finanzexposés fort. Er beantragt zur Deficitsdeckung von 110 Millionen einen Zuschlag von 10 pCt. zur Stempelsteuer, zur Einregistrirungssteuer, zur Verzehrungssteuer und zu anderen Gebühren minderer Bedeutung, ferner eine 12 percent. Steuer auf das bewegliche Vermögen. Zur Deckung des Staatskassenbedürfnisses bis April 1871 im Betrage von 200 Millionen beantragt Minister Sella eine Convention mit der Bank, wodurch er 122 Millionen, und eine Rentenemission, wodurch er 80 Millionen erhalten würde. Die Bank würde für die Forderung durch Kirchengüter-Obligationen gesichert werden, durch deren Verkauf die Staatsschuld an die Bank soweit herabgemindert würde, daß die Aufhebung des Zwangskurses für die Bankbillets möglich wäre. Sella beantragt ferner die Conversion der Pfarrgüter. Schließlich legt der Finanzminister alle diesfälligen Gesetzentwürfe, darunter auch Gesetzentwürfe über die Bankfreiheit, und die Einführung von Sparkassen, vor. Die Kammer nimmt den Vortrag des Finanzministers mit Beifall auf.

New-York, 11. März. Das vermißte Auswandererschiff „Smith" ist soeben vor Sandy-Hook eingetroffen.

New-York, 11. März Abends. Gold aufgeregt, unregelmäßig, letzter Schlußpreis $12^1/_2$; Schlußverkäufe von Bonds um $^1/_4$ niedriger.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 12. März. (Schlusse.)

Wechsel auf London	$119^7/_8$	Oest.-franz. Staatsbahn	$373^1/_4$
„ „ Paris	$95^1/_8$	Bayr. Ostbahn-Action	119
„ „ Wien	$96^1/_4$	Elisabeth-Prior. I. Em.	
5 proc. bayr. Anleihe	101	4% bayer. Prämien-Anl.	$105^7/_8$
$4^1/_2$ „ „ „	$91^1/_4$	Bad. Präm.-Anleihe	$106^1/_4$
4 „ „ Grundrente	$86^1/_2$	Oesterr. Loose v. 1860	$79^3/_4$
4 „ „ Obligat.	$86^1/_2$	„ Loose v. 1864	$115^1/_2$
5 proc. österr. Metall., engl.	—.—	Alsenzbahn	86
5 „ „ National-Anl.	—.—	Oberhessische Bahn	$67^3/_8$
Steuerfr. Metall. v. 1866	—.—	Lombarden	233
1882er Amerikaner	$95^7/_8$	Napoleons	9.30
Oesterr. Bank-Action	696	Rente Silber $58^1/_2$. Pap. $50^1/_4$.	
Credit-Action	272	Handelsbank	$98^1/_2$

Wien, 12. März. (Schlusse.)

5 proc. National-Anlehen	71.30	Franz-Josef-Action	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	97.70	Steuerfr. Metall. on 1864	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	119.25	Napoleons	$9.87^1/_2$
Oesterr. Bank-Action	726.—	Wechsel auf Augsburg	102.75
„ Credit-Action	285.30	„ „ London	123.90
Oest.-franz. Staatsbahn-Action	386.—	„ „ Paris	49 15
Oest.-Rudolphsbahn-Action	—.—	„ „ Frankfurt a. M.	102.95
„ „ Prioritäten	—.—	Ung Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	243.80
Siebenbürger Action	—.—	Angl.-Aust.-B. 377.50 Pap.-R.	61.45

Berlin 12. März (Schlusse.)

Türk. Anl. v. 1865	$45^1/_3$	Lombarden	$133^3/_8$
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	$105^1/_3$	Italienische Anleihe	$55^5/_8$
$4^1/_2$ „ „ Anleihe	$91^5/_8$	1882er amerikanische Bonds	$96^3/_4$
Bad. Prämien-Anleihe	$106^7/_8$	5 proc. preuss. Anleihe	$101^7/_8$
Darmstädter Action	139	$4^1/_2$ „ [illegible]	$93^1/_4$
Oesterr. Credit-Action	$155^1/_4$	Wechsel auf Augsburg	56.22
Oest.-franz. Staatsbahn-Action	$213^1/_2$	„ „ Frankfurt	56.26
Staatsbahn-Prioritäten	$292^1/_2$	„ „ London	$6.24^1/_2$
Oest. fl. 500 Loose von 1860	$80^1/_4$	„ „ Paris	$81^1/_3$
„ fl. 100 Loose von 1864	66	„ „ Wien	$81^3/_4$
5 proc. östr. National-Anl.			

fest.

New-York, den 11. März. Gold $113^1/_8$. Wechsel in Gold $108^1/_4$. Bonds per 1882 $111^1/_4$. Baumwolle $21^3/_4$. Petroleum $26^3/_4$.

(Münchener Schrannenbericht vom 12. März 1870.)

	Umsatz. Schffl.	Rest. Schffl.	Höchster.	Mittlerer.	Niedrigster.	Gef. kr.	Gest. kr.
			Durchschnittspreis				
Weizen	2590	522	fl. 20 12	fl. 18 58	fl. 16 55	—	16
Roggen	1249	247	„ 12 14	„ 11 54	„ 11 22	—	2
Gerste	2159	1655	„ 13 31	„ 12 58	„ 12 3	6	—
Hafer	1398	158	„ 8 31	„ 7 55	„ 7 16	—	11
Reps	—	—	„ — —	„ — —	„ — —	—	—
Lein	3	47	„ 23 39	„ 22 36	„ 21 57	88	—

Curse des Münchener Handelsvereins vom 12. März 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. 3 1/2% Obl.	fl. 1000	81 3/4	
4% ganz. Obl.	1000	86 5/8	86 1/4
4% halbj. Obl.	1000	86 5/8	86 3/8
4% Grundr.-Obl.	1000	86 1/4	86 3/8
4 1/2% ganzj. Obl.	1000	92	91 3/4
4 1/2% halbj. Obl.	1000	92	91 3/4
4 1/2% „ Milit. „	1000	92	91 3/4
5% Obl.	1000	101 1/2	101 1/4
4% Münch. Obl.	1000		
5% „ „	1000	101 1/8	100 5/8
4 1/2% „ Ostbahn-Aktien	.	119 3/4	
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung	. .	86	85 3/4
dto. volle	. . . . .	86	85 3/4
Pfdbr. d. bayer. Hyp.- u. W.-Bank	à fl. 1000	90 5/8	90 3/8
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.		100	99 3/4
Aktien „ „		830	828
Bayer. Handelsbank-Act.			
Vereinsbank	. .	120 1/2	120
Württemberg. 4 1/2% Obl.	. . .		
Oesterreich 4 1/5% Silb.-Rte.	5/7	58 3/4	58 1/2
„ Pap.-Rte	„		
5% Nation.-Anl.	. 5/8		
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à 116 2/3	. . . .		
5% Met. Stfr. v. 1866	6/7		
Oest. Bank-Aktie	. .		
„ Cred.-Aktien	. .	272 1/2	272 1/4
Oest.-franz. Stsb.-Aktien	.		

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb. „	233 1/2	232 1/4
Preußen. 4 1/2% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. 2 1/2	96	95 7/8
„ 1884 „		
„ 1885 „		
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	106	105 1/2
4% Bad. „ „	107	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	6 1/2	
Pappenheimer dto.	5 3/4	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose . .	18 1/2	
Oester. 1854er Loose à fl. 250 5/8		
„ 1860er „ à fl. 500 5/7		
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred Loose . . .		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		300
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		123
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor .	95	
Chemische Fabrik Heufeld		
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn . .		
„ Siebenbürger Bahn		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. 1. Em. 5/7		75 1/2
dto. II. „ „		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn „	77	

		Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn „			78 1/2
„ Siebenbürger Bahn „			
„ d. Böhm. Westbahn „			
„ Alföld Fiumander Bahn „			
Wechsel.			
Amsterdam fl. 100 holl.	K. S.		100 1/4
	L. S.		
Augsburg fl. 100 . . .	K. S.		
	L. S.		100
Berlin Rthlr. 60 . .	K. S.	105 1/8	104 7/8
	L. S.		104 7/8
Frankfurt fl. 100 . . .	K. S.		
	L. S.		100
Hamburg M.-B. 100 . .	K. S.		88 1/4
	L. S.		88 1/4
Leipzig Rthlr. 60 . .	K. S.	105 1/8	104 7/8
	L. S.	105 1/8	105
London Pfdst. 10 . . .	K. S.	120	119 1/2
	L. S.	120	119 1/2
Paris Fr. 200 . . .	K. S.	95 1/4	95
	L. S.	95 1/4	95
Wien fl. 100 . .	K. S.	96 1/8	96
	L. S.		
Bank-Disconto für Platz-Wechsel . .			
„ „ Lombard. . .			
Geldsorten.			
Preuß. Friedrichsd'or		9.59	9.55
20 Francs Stücke		9.30 1/2	9.29 1/2
Preuß. Cassen-Scheine		105 1/8	104 7/8
Oest. Banknoten		96 1/4	96

Kgl. Hof- u. National-Theater.

Sonntag den 13. März.

46. Vorstellung im Jahres-Abonnement.

Tannhäuser.

Romantische Oper in drei Aufzügen.

Dichtung und Musik von Richard Wagner.

Personen:

Hermann, Landgraf von Thüringen . . . . . . Hr. Bausewein.
Elisabeth, dessen Nichte . . Frl. Stehle.
Tannhäuser, } Ritter und Sänger. Hr. Vogl.
Wolfram von Eschinbach, Hr. Kindermann.
Walter von der Vogelweide, Hr. Heinrich.
Biterolf, Hr. Fischer.
Heinrich der Schreiber, Hr. Weixlstorfer.
Reimar v. Zweter, Hr. Petzer.
Ein junger Hirt . . . . Frl. Ritter.
Edelknaben . . . . . { Frl. Heimauer. Frl. Eichheim. Fr. Högner. Frl. Tyroler.
Venus . . . . Fr. Vogl.
Drei Grazien . . . . . { Frl. Branitzka. Frl. Zink. Frl. Kilian.

Schauplatz: Thüringen. Wartburg.
Zeit: Anfang d. 13. Jahrhunderts.

Die Kasse wird um 1/2 6 Uhr geöffnet.
Anfang 1/2 7 Uhr. Ende um 10 Uhr.

Kgl. Residenz-Theater.

Sonntag den 13. März.

Böse Jungen.

Schauspiel in 5 Aufzügen v. Heinrich Laube.

Regie: Herr Richter.

Personen:

Graf Julian v. Zech, Landespräsident . . . . . Hr. Dahn.
Graf Augustin v. Zech, sein Bruder, General a. Dienst Herr Keller.
Charlotte, dessen Tochter . Frl. J. Meyer.
Christoph v. Mack } deren Söhne. Hr. Herz.
Gottfried v. Mack } Herr Rohde.
Frau Carol. v. d. Straße Frl. Ziegler.
Minono } ihre Tochter Frl. M. Meyer.
Hertha, } Frl. Ulrich.
Baron Meno . . . . . Hr. Richter.
Rath Fischer . . . . . Hr. Possart.
Soda, Rentier . . . . . Hr. Christen.
Pranger Zeitungs-Eigenth. Hr. Tomschik.
Lehmann, Sekr. d. Königs Hr. Büttgen.
Leopold, Diener im Straße'schen Hause . . . . Herr Davideit.
Anton, Diener im Zech'schen Hause . . . . . . Hr. Leigh.

Das Stück spielt in einer Hauptstadt und in unserer Zeit.

Anfang halb 7 Uhr. Ende um 9 Uhr.

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer. — Druck der C. Stahl'schen Buchdruckerei.

Prämien-Anleihe

der kaiserlich

Ottomanischen Regierung,

emittirt durch Vermittlung der Société Impériale des Chemins de fer de la Turquie d'Europe.

Oeffentliche Subscription

auf 750,000 Prämien-Obligationen

jede zu 400 Francs Nominale.

Die Zahlung sowohl der Zinsen als der Rückzahlungsquoten erfolgt directe und ohne irgend einen Abzug n den Besitzer durch die ottomanische Regierung.

Jede Obligation trägt jährlich 12 Francs Zinsen, zahlbar halbjährig am 1. April und 1. October.

Die Rückzahlung der Obligationen geschieht durch Verloosung. Es finden jährlich 6 Ziehungen, und var: am 1. April, 1. Juni, 1. August, 1. Oktober und 1. Dezember statt. Die **erste** Ziehung erfolgt jedoch usnahmsweise am 30. April 1870.

Von den bei jeder Ziehung laut Amortisationsplan zur Verloosung gelangenden Obligationen werden) Obligationen mit größeren Treffern, die übrigen al pari d. i. mit 400 Francs verlooſt. Die höchsten Treffer id die Gesammtbeträge aller Treffer sind:

	Treffer der ersten gezogenen Nummer.	Totale der verschiedenen Prämien bei jeder Ziehung.
von 1870 bis 1910	Frcs.	Frcs.
in den Ziehungen am:		
April, 1. August, 1. Dezember . . .	600,000	800,000
Februar, 1. Juni, 1. Oktober . . .	300,000	400,000
von 1910 bis 1974		
in den Ziehungen am:		
April, 1. August, 1. Dezember . . .	400,000	517,000
Februar, 1. Juni, 1. Oktober . . .	200,000	258,000

Subscriptions-Bedingungen.

Der Emissionspreis ist auf 180 Frcs. per Obligation festgesetzt, welche in folgender Weise einzuzahlen sind:

Bei der Subscription		Frcs. 30. —
Nach erfolgter Kundmachung über das Resultat der Subscription, gegen Ausfolgung der Interimsscheine		„ 75. —
Vom 15. bis 25. September 1870		„ 25. —
Vom 15. bis 25. März 1871		„ 25. —
Vom 15. bis 25. September 1871 gegen Ausfolgung der definitiven Stücke .	Frcs. 25. —	
Abzüglich auf 3 Proz. Zinsen auf die früher eingezahlten Frcs. 155, gerechnet vom 1. Jänner 1870	„ 6. 50.	18. 50
	Zusammen	Frcs. 173. 50

Die von der Société Impériale des Chemins de fer de la Turquie d'Europe ausgegebenen Interimsscheine, die voll eingezahlt, sowie auch jene, auf welche die Einzahlungen an den vorgeschriebenen Terminen geleistet wurden, nehmen sofort Antheil an den Ziehungen.

Die Verzinsung der definitiven Stücke, welche gegen die Interimsscheine ausgetauscht werden, beginnt vom 1. Oktober 1871. Die bis zu diesem Datum auf die früheren Einzahlungen laufenden 3proc. Zinsen werden von der letzten Einzahlung in Abzug gebracht.

Der Ertrag dieser Anleihe ist für den Bau der Eisenbahnen der europäischen Türkei bestimmt, deren hohe Wichtigkeit in politischer, industrieller und commercieller Beziehung hervorzuheben überflüssig ist.

Die Subscription findet am 15. und 16. März statt:

in Konstantinopel b. d. Banque Impériale Ottomane,
„ „ „ Société du Crédit Générale Ottomane,
und bei allen Filialen dieser Institute,
„ Alexandrien bei der Filiale der Banque Impériale Ottomane,
„ „ „ „ Austro-Aegyptischen Bank,
„ Bukarest „ „ Banque Roumanie,
„ Wien „ „ Anglo-Oesterreichischen Bank,
„ Lemberg „ „ Filiale der Anglo-Oesterr. Bank,
„ Triest bei den HH. Morpurgo u. Parente,
„ Prag bei der Böhmischen Eskomptebank,
„ Graz „ „ Steiermärkischen Eskomptebank,
„ Amsterdam bei den HH. Lippman, Rosenthal u. Comp.,
„ „ „ „ „ Wertheim u. Gompertz,
„ Hamburg bei den HH. L. Behrens u. Söhne,
„ Berlin „ „ „ Richter u. Comp.,
„ Leipzig bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt,
„ Dresden bei Herrn Michel Kaskel,
„ Breslau bei dem Schlesischen Bankverein,

in Frankfurt a. M. bei Herrn B. H. Goldschmidt,
„ „ „ „ August Siebert,
„ „ „ HH. Gebrüder Sulzbach,
in **München** bei Hrn. **J. Hirsch**
und bei der
Bayer. Vereinsbank,
„ Stuttgart bei den HH. Pflaum u. Comp.,
„ Nürnberg „ „ „ Löbel u. Merkel,
„ Augsburg „ „ „ Chr. v. Froelich u. Söhne,
„ Genf bei den HH. Ph. Roget u. Söhne,
„ Zürich bei der Schweizerischen Credit-Anstalt,
„ Bern bei den HH. v. Wattenwyl Ernst u. Comp.,
„ Mailand bei den HH. Julius Belinzaghi,
„ Verona bei den HH. Figli di Laudadio Grego,
„ Florenz „ „ „ Em. Fenzi u. Comp.,
„ Neapel „ „ „ Meuricoffre u. Comp.,
„ Genua „ „ „ Frères Bingen,
„ Turin „ „ „ U. Geisser u. Comp.

Falls eine Ueberzeichnung der aufgelegten 750,000 Obligationen stattfinden sollte, werden die Zeichnungen einer verhältnißmäßigen Reduktion unterworfen.

Bei den oben bezeichneten, für die Subscription bestimmten Firmen und Bankinstituten wird ein Prospektus aufgelegt, welcher einen Auszug des Textes der definitiven Stücke, sowie die Amortisationstabellen enthält.

Konstantinopel, März 1870.

Société Impériale des Chemins de fer de la Turquie d'Europe.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr: Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal **Ein Gulden.**

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Montag, den 14. März 1870. **Nr. 72.**

Politische Tagesübersicht.

Stuttgart, 12. März. Die Abgeordnetenkammer hat den Staatsvertrag mit Bayern, betreffend die Crailsheim-Ansbacher-Bahn ebenso die Eisenbahnanleihe von 8 Millionen genehmigt.

Karlsruhe, 12. März. Die erste Kammer hat das Gesetz, betr. die Aufhebung der Schulpatronate, sowie das Gesetz zur Erleichterung der Eheschließungen angenommen.

Darmstadt, 12. März. Die Abgeordnetenkammer ersucht die Regierung um Vorlage eines umfassenden Volksschulgesetzes.

Wien, 11. März. Heute Abends 6 Uhr fand in den Lokalitäten „zum großen Zeisig" eine allgemeine Buchdruckerversammlung statt, in welcher die Verhandlungen zwischen den strikenden Setzern und den Prinzipalen debattirt und über die weitere Haltung berathen wurde. Ein Redner, Herr Reger, gab in längerer Auseinandersetzung der zwischen den Zeitungs- und Werksetzern bestehenden Spaltung Ausdruck und beantragte, die Ersteren mögen nach der von den Zeitungs-Eigenthümern bewilligten Lohnaufbesserung die Arbeit wieder aufnehmen. Dagegen wurde lebhafte Einsprache erhoben; mehr als zehn Redner sprachen mit Beifall gegen jede Spaltung unter den Strikenden. Nach mehr als zweistündiger Debatte wurde der in der letzten Versammlung gefaßte Beschluß: die Tarif-Commission möge einen ehrenvollen Ausgleich mit den Principalen anbahnen, neuerdings angenommen. Trotz dieser Resolution ließ die in der Versammlung herrschende Stimmung deutlich erkennen, daß die überwiegende Mehrzahl der Setzer des Strikes herzlich müde sei. Die Symptome einer beginnenden Klärung zeigten sich auch in dem Umstande, als die in den letzten Versammlungen stattgehabten leidenschaftlichen Ausfälle gegen die coalirten Principale sich nicht wiederholten.

— Der Wiener Correspondent der „Italie" erzählt, die österreichische Polizei habe Briefe in die Hände bekommen, welche angeblich interessante Aufschlüsse enthalten über die Organisation der social-demokratischen Partei. Ihnen zufolge existirt in Europa eine Gesellschaft, die sich die Aufgabe gestellt, Oesterreich, Frankreich und Rußland social zu desorganisiren. Die Gesellschaft hat ihren Hauptsitz in der Schweiz, eine Succursale in London, eine in Berlin, von denen der letzteren besondere Bedeutung zukommt. Die Gesellschaft theilt sich in zwei große Fractionen, von denen jede ihre eigenen Agenten hat. Die eine der Fractionen hat speciell die Aufgabe, die Arbeiter gegen die Capitalisten aufzuwiegeln, die zweite beschäftigt sich damit, die Armeen zu bearbeiten.

Bozen, 10. März. Folgender Vorfall macht hier viel von sich sprechen: Ein Bräutigam, der jüngst das Ehe-Examen vor dem betreffenden Cooperator glücklich bestanden, erhielt sofort eine Vorladung vom Herrn Probst und Stadtpfarrer, der noch ein Ferneres für nöthig hielt. Selbstverständlich entziehen sich die Vorhalte, die ihm vom eifrigen Seelenhirten gemacht wurden, der Oeffentlichkeit; daß aber der Herr Probst hiebei eine Allwissenheit in Familien-Angelegenheiten entwickelte, die den Bräutigam in Erstaunen setzte, mag und soll zu ihrer Erbauung wohl alle Welt wissen. Ob er sie nur der zahlreichen Schaar frommer Frauen und Jungfrauen, die ihm ihr Vertrauen schenken, oder auch geheimen Enthüllungen seiner ehrwürdigen Brüder im Amte verdankt, wer weiß es; so viel scheint aber jedenfalls bei seiner genauen Kenntniß schon längst entschwundener Vorfälle festzustehen, daß er darüber fleißig Vormerkung hält. Am Ende des Examens empfahl er dem Bräutigam, seine künftige Frau öfters zu ihm zu schicken, um fortwährend auf dem Laufenden zu bleiben.

Prag, 11. März. Im Auftrage des Unterrichtsministers wurden die hiesigen mährischen Studenten um ihre Meinung bezüglich der Errichtung einer Universität in Olmütz befrag. Dieselben erklärten, allerdings unter der Pression czechischer Führer, eine Universität in Olmütz sei wünschenswerth wenn dieselbe czechisch würde. — Die Strohmänner der czechischen Redacteure, welche im Gefängnisse sitzen, haben an Rochefort eine Adresse gesendet. Da sich unter den Verhafteten kein einziger wirklicher Journalist befindet, sind auf der Adresse nur gewesene Austräger, Colporteure und Expeditions-Beamte u. s. w. unterschrieben. — Das ultramontane Blatt Czech meldet: Palacky widerrieth brieflich, Giskra's Einladung anzunehmen, weil der Cardinal-Erzbischof Schwarzenberg nicht bei der Unterhandlung anwesend sei. Czechischerseits wird bei den Slovenen und Bukowinaern stark für deren Austritt aus dem Reichsrathe agitirt.

Pest, 11. März. Im Unterhause hat heute die Debatte über den Antrag Ivanka's, betreffend die Pensionirung der Honveds, begonnen. Gajzago beantragt die motivirte Tagesordnung. Ministerpräsident Andrássy legt einen Subskriptionsbogen für die Honveds auf den Tisch des Hauses nieder und zeichnet sogleich 10,000 Gulden. In wenigen Minuten sind 25,000 fl. gezeichnet. Lonyay subscribirt 5000, Präsident Somssich, Wahrmann und Albert Wodianer je 1000 fl., Deak 100 fl. Die Debatte über den Antrag Ivanka's wird morgen fortgesetzt.

In **Agram** haben die kroatische Linie und Landwehr bei den gemeinsamen militärischen Uebungen sich schließlich gegenseitig scharf beschossen. Zum Glück wurde Niemand verletzt, was für die Kriegsbrauchbarkeit der neuen Gewehre ein erfreuliches Zeugniß ablegt.

Berlin, 10. März. Ueberraschender, als der Antrag Lehndorff, den allgemeinen Theil des Strafgesetzbuches sofort zur 3. Lesung zu stellen, kam die Erklärung des Bundeskanzlers. Man hatte ziemlich allgemein geglaubt, der Antragsteller handle in voller Uebereinstimmung, wenn nicht gar im Wunsche des Bundeskanzlers, sonst hätte man gestern schon den Widerspruch gegen den Antrag erhoben, der jede heutige weitere Verhandlung überflüssig gemacht haben würde. Graf Schwerin, aus den Reihen der Altliberalen, erhob heute schon vor der Erklärung des Bundeskanzlers seinen Widerspruch und nach den Worten des Grafen Bismarck erklärte v. Hennig, daß er und andere Nationalliberale, welche gestern den Antrag unterzeichnet haben, sofort entschieden gewesen seien, ihn zurückzuziehen, sobald demselben von Seiten der Regierungen nicht zugestimmt werde. Es ist auch heute noch vielfach die Ansicht verbreitet, daß für den Antrag dennoch ein gewisses Einverständniß Statt gefunden habe, um für die Erklärung des Bundeskanzlers, welche heute Morgen erfolgte, den Anlaß zu schaffen. Wenn

die Berathung des Strafgesetzbuches wieder aufgenommen sein wird, so hofft man damit um so schneller vorwärts zu kommen, als man sich über die streitigen Punkte im Voraus in den Fractionen einigen will, während man allgemein erwartet, daß der von der Commission inzwischen erledigte Theil überwiegend zur en-bloc-Annahme gelangen wird.

Paris, 11. März. Demnächst werden im gesetzgebenden Körper Interpellationen über das Concil eingebracht, um Erklärungen seitens der Regierung hervorzurufen. Gegenüber den Behauptungen gewisser Journale wird kategorisch bementirt, daß zwischen dem Minister des Aeußern Grafen Daru, und dem Bischof Dupanloup irgend ein Briefwechsel stattgefunden habe.

Paris, 11. März. In der Sitzung des gesetzgebenden Körpers verlangte Simon für die Colonien das allgemeine Stimmrecht und die Freiheit ebenso wie für Frankreich. Der Marineminister sagt, die Frage sei im Principe günstig entschieden; die Regierung bereite eine Gesammtheit von Entwürfen vor, welche in Form eines Gesetzes eingebracht werden sollen, wenn Artikel 27 der Verfassung abgeändert wird. Nach einer ziemlich langen Debatte nimmt die Kammer die Beschlüsse der Initiativ-Commission auf Verwerfung mehrerer jüngst eingebrachter Gesetzentwürfe an. Auf Verlangen Olliviers vertagt sich die Kammer auf 8 Tage. — Im Senate tadelte Baron Brenier eine Rede Ollivier's im gesetzgebenden Körper über die angebliche Stimmung des Senates bezüglich des Senatusconsultes, welcher den Artikel 57 der Verfassung abändert; Tourangie und Baroche betheiligen sich an der Discussion, worauf zur Tagesordnung übergegangen wird. Rouher macht Mittheilungen über den Stand der Arbeiter bezüglich des Senatusconsultes und sagt, daß dieserhalb drei Fragen an die Regierung gerichtet wurden. Man erwartet die Antwort.

Paris, 11. März. Die Gazette de France veröffentlicht eine Erklärung des Pater Gratry, worin er sagt, daß er seiner Pflicht und seinem Gewissen nach der Autorität der Kirche unterstehe. Er beklagt sich, daß einige Bischöfe aus seinen Briefen Consequenzen gezogen haben, die mit dem Wortlaute und dem Gedanken derselben im Widerspruche stehen. Er hält die Behauptungen bezüglich der Schule, der Lüge und des Irrthums aufrecht, erklärt, daß diejenigen eine Ungerechtigkeit begehen, welche sagen, er verunglimpfe die römische Kirche. Er kündigt schließlich die Veröffentlichung eines vierten Schreibens an, welches die ganze Polemik resumirt. Die Liberté dementirt das Gerücht über ein angebliches Unwohlsein des kaiserlichen Prinzen.

— Graf Daru soll noch immer unschlüssig sein, wen er vorkommenden Falls als offiziellen Vertreter Frankreichs nach Rom schicken solle. Fürst Latour d'Auvergne, der frühere Minister des Aeußeren, wird zu clerical befunden. Die meisten Aussichten soll Hr. v. Courcelles, ein liberaler Katholik, haben, der 1849 Pius IX. von Gaeta nach Rom zurückholte. Von Baroche, der unter allen französischen Staatsmännern am bewandertsten im Kirchenrechte ist, scheint nicht mehr die Rede zu sein, dagegen nennt der Pariser Correspondent der Frankfurter Zeitung Thiers unter den möglichen Candidaten. Nach dem Constitutionnel sollen auch die übrigen katholischen Mächte, dem Beispiele Frankreichs folgend, sich durch specielle Bevollmächtige im Concil vertreten lassen wollen. (?)

Die hervorragendsten Deputirten der Linken, welche sich in **Florenz** befinden, haben mehrere Versammlungen gehalten, um sich über ihr Verhalten zu verständigen. Man sagt, sie hätten Gesetzentwürfe vorbereitet, die auf nichts weniger abzielen, als die bestehende Verfassung gründlich zu revidiren. Der erste dieser Gesetzentwürfe betrifft das Wahlgesetz und schlägt die Einführung des allgemeinen Stimmrechts vor; der zweite enthält die Bestimmungen über das Verfahren, welches eingehalten werden soll, um Verfassungs-Veränderungen einzuführen; der dritte beabsichtigt eine Reform der Communal- und Provinzial-Verwaltung, wonach alle Stellen derselben nicht durch königliche Ernennung, sondern durch freie Wahl besetzt werden sollten.

Rom, 11. März. Am 25. März, dem Tage Mariä Verkündigung, wird das Concil seine dritte allgemeine öffentliche Sitzung abhalten. Der Papst ist fest entschlossen, die Dogmatisirung der Unfehlbarkeit nicht fallen zu lassen.

Bukarest, 12. März. Ein Schreiben des Fürsten Kusa a den Kammerpräsidenten lehnt dankend das Deputirtenmandat ab. D Kriegsbudgetkommission beantragt bedeutende Truppenreduktionen.

Washington, 10. März. Der Senat verwarf bei de Berathung der Consolidirungsbill die Anträge auf Errichtung von Zah ungsstellen in Europa für die Bezahlung der Zinsen der neuen Bond und auf Ernennung von Bondsnegocianten im Auslande. — Die Le gislative des Staates Missouri verwarf ein Amendement zu Gunste der Verleihung des Wahlrechtes für Frauen.

Bayerische Angelegenheiten.

* Am Samstag wurde im II. Ausschusse von Herrn Abg. Kolb Vortrag über die Gesetzentwürfe bezüglich der Credite für außerordent liche Militärbedürfnisse erstattet. Das Resultat der langen Diskussion war, daß schließlich mit Ausnahme von 2,473,725 fl. mit denen noch 60,000 Hinterladungsgewehre nach Werder's System für die Infanterie angeschafft werden sollen (so daß wir mit den schon im letzten Landtag bewilligten 15,000 Stück deren 75,000 in der Armee haben werden) und 52,500 fl. für Abänderungen an der Armatur und am Lederwerk der Infanterie, alle andern in den außerordentlichen Crediten geforderten Positionen der Regierung auf den Antrag des Frhrn. v. Stauffenberg, für welchen noch die Ausschußmitglieder Schmidkonz, Graf Fugger-Blumenthal, Freitag und Diepolder waren, bis zur Berathung des Budgets zurückgestellt wurden. Gegen diese Zurückstellung stimmten die HH. Greil, Lukas, Kolb und Wiesnet. — Hr. Referent **Kolb** hat seinem Vortrage als Einleitung einen Excurs über Milizwesen mit den bekannten Vorschlägen von abgeminderter Präsenzzeit u. s. w. vorausgeschickt, in welchem derselbe unter Anderm auch die Aufhebung von vier Cavallerieregimentern und des Cadettenkorps vorschlägt! Da durch die vom Ausschusse gefaßten Beschlüsse diese Einleitung des Referates nicht mehr an ihrem Platze bleiben kann, so wird sie Hr. Kolb als (persönlichen) Vorbericht zum Referat über das Militärbudget drucken lassen. — Der IV. Ausschuß hat bezüglich der Anträge um Erlassung eines Wahlgesetzes mit allgemeiner direkter Wahl beschlossen, dieselben, in Erwartung der von der k. Staatsregierung in diesem Betreffe angekündigten Vorlage, abzulehnen. — Der VI. Ausschuß hat den Antrag des Abg. **Greil**, wornach Abs. 3 des Wehrgesetzes derart abgeändert werden soll, daß durch freiwilliges Uebereinkommen ein Tauschen der Loosnummern in derselben Waffengattung stattfinden darf, dem betreffenden Fachausschuß zugewiesen.

* Morgen findet die XIX. öffentliche Sitzung der Abgeordneten-Kammer statt; auf der Tagesordnung befindet sich der Vortrag über die Abänderungsvorschläge zum Polizeistrafgesetzbuche der HH. v. Stau fenberg und Greil hinsichtlich der Freigabe von Sammlungen und de Herrn Schleich hinsichtlich der Ankündigung von Geheimmitteln; de Fachausschuß beantragt, alle diese Vorschläge abzulehnen.

— Von Seite der Fortschrittspartei wird demnächst der m Minister des Aeußeren, Graf v. Bray, interpellirt werden, ob er Konzilium gegenüber auf demselben Standpunkt steht, wie sein gänger im Amte, und welche Entschließungen die Staatsregierung fassen gedenkt, wenn die päpstliche Unfehlbarkeit zum Dogma gem wird. Diese Interpellation wird unter Bezugnahme auf die Be mungen des Religionsedikts und die entsprechenden Anordnungen Placetum regium (kgl. Anordnung) gestellt werden und jedenfalls zu beitragen, daß der Staat schon bei Zeiten gegen das neue Vorg der Kurie Stellung nimmt.

Lokales und Provinzielles.

München, 14. März.

— Einem hier kursirenden Gerüchte zufolge soll der Herzog Nassau den „Bayerischen Hof“ angekauft haben, um denselben zu ein Palais einzurichten.

Schweinfurt, 9. März. Die Nichtbeachtung des Vors der Landrathsversammlung über die Besetzung der Direktorenstelle

der Kreisirrenanstalt Werneck findet allgemeine Mißbilligung; leider hat der in seiner Neubildung begriffene Landrath noch kein Organ, um sich gegen die Berufung eines Fremdlings zu schützen: dem Vernehmen nach wird sich die Abgeordnetenkammer der Selbstständigkeit der Kreisvertretung annehmen und über die Gründe der Zurücksetzung des Dr. Grashey Aufschluß vom grünen Tische verlangen.

— Ebenso wie die Stadt Kitzingen bewirbt sich auch Neustadt a/S. um die Errichtung einer Gewerbschule, worüber die nächste Landesrathsversammlung das Nähere zu bestimmen haben wird.

Gerichtssaal.

Augsburg, 11. März. (Verhandlung gegen Karl Oberndorfer und Genossen. Fortsetzung.) Der vom Angeklagten versuchte Alibi-Beweis ist gänzlich mißlungen. Da derselbe sich darauf berufen hatte, daß er sich um die kritische Zeit bei seiner Geliebten, deren Namen er aber nicht nennen wolle, in Meerane bei Zwickau aufgehalten und im Gasthause zum Hirschen gewohnt habe, erschien der Polizeiwachtmeister Zürner von Meerane als Zeuge in der gestrigen Sitzung. Derselbe hat in der ganzen Stadt Meerane die umfangreichsten Recherchen angestellt, versichert, daß das vom Angeklagten in Bezug genommene Wirthshaus wohl seit 20 Jahren gar nicht mehr existire und behauptet, daß der Angeklagte auf der von ihm angegebenen Route Meerane gar nicht berührt habe. Um den Namen der Eltern seiner Geliebten gefragt, damit man noch mittelst des Telegraphen vielleicht Aufklärung erholen könne, erwiderte Oberndorfer: „Herr Präident, wenn ich Ihnen den sagen würde, dann würden Sie auch erahren, wie mein Mädchen heißt." Die Zeugin M. Weixelbaum wurde gegen den Antrag des Herr Vertheidigers **Fischer** auf Grund eines Gerichtsbeschlusses **eidlich** vernommen. Der genannte Herr Vertheidiger wies aber in einem angestellten Kreuzverhöre dieser Zeugin, die schon wegen Verleumdung gestraft wurde, eine Unzahl von Lügen nach. Der Zuchthaussträfling Halbmeier bekundete folgende Aeußerung Oberndorfer's: „Wenn die Gerichte Alles wüßten, was ich schon gethan abe, so hätte es mir wenigstens 400 Jahre Zuchthaus und drei bis ier Mal den Kopf gekostet." Oberndorfer scheint überhaupt den Bewohnern der Frohnveste Eichstätt gegenüber in Bezug auf seine „Heldenthaten" gewaltig groß gethan zu haben. So soll er die Behauptng aufgestellt haben, daß er schon acht Menschen um's Leben gebracht, ıß er mit dem Oberpollingerwirth einen Franzosen gemordet, und vor m schon viele Leute mit aufgehobenen Händen um ihr Leben gebeten, mit ihnen aber kein Erbarmen gehabt, weßhalb er auch kein Errmen verdiene . . . ." Daß man ihm jedoch vieles Unbegründete ıchsagt, geht klar hervor, wenn man sieht, wie die nämlichen Leute m auch noch den Schrader'schen Mord zur Last legen wollen, obwohl der damaligen Zeit Oberndorfer noch im Zuchthaus war.

Am 30. April v. Js. Abends zwischen 8 und 11 Uhr wurden m Beneficiaten Kasimir Stammel in Neuburg mittelst Einbruches aargeld und Effecten im Gesammtwerth von über 100 fl. entwent. Der Verdacht richtete sich auf Oberndorfer. Er läugnet, allein gen ihn spricht der Besitz einer entwendeten Hose und Weste mit ılstuch, sowie das Geständniß gegenüber der Weixelbaum, er habe Neuburg gestohlen. — Am 5. Mai v. Js. wurde ferner dem kgl. berlieutenant Friedrich Wanner in Ingolstadt aus einer versperrten ıssette 15 fl. 17 kr. und aus einer versperrten Chatoulle 19 fl. kr., sodann aus einem Commodkasten 1 fünfläufiger Revolver nebst unition und ein Paar Epaulettes entwendet. Auch hinsichtlich dieses ebstahls fiel der Verdacht auf Oberndorfer, weil derselbe unmittelbar der Ausübung desselben vor der Wohnung des Bestohlenen auf- abging, dann unter äußerst verdächtigen Umständen Erkundigungen der Wohnung des Wanner beim Hauseigenthümer und seinen sellen einzog und im Besitze des entwendeten Revolvers später geffen wurde. (Fortsetzung folgt.)

Vermischtes.

(Ein Mohrenkönig mit aufgeschlitztem Bauche.) Unter em zugkräftigen Titel bringt eine Lokal-Correspondenz folgenden abderlichen Fall: Verflossene Woche hielten die Arbeiter des Hammerwerksbesitzers Fruhwirth im Freiland bei Lilienfeld einen Maskenzug ab. Im Zuge befand sich hoch zu Rosse ein Mohrenkönig in weinseliger, gehobener Stimmung. Bei der $1/4$ Stunde von Lilienfeld entfernten Gypsmühle ordnete sich der Zug, um den Einzug in Lilienfeld zu halten. Als das Zeichen zum Abmarsch gegeben wurde, schwang sich der erwähnte Mohrenkönig wieder auf sein mit allerhand Flitterwerk behangenes Pferd: dabei zog der Schwarze ein langes Tranchirmesser aus seinem Gürtel, fiel indeß in Folge des Rausches vom Pferde und so unglücklich, daß er, der Mohrenfürst, mit aufgeschlitztem Bauche auf der Stelle seinen Geist aufgab. Statt eines Maskenzuges langte ein Leichenzug in Lilienfeld an.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 12. März. Der Ausschuß des Reichsrathes hat die Regierungsvorlagen betreffend den Aufstand in Dalmatien berathen und einen Antrag angenommen, wornach die Verfügungen der Regierung für gerechtfertigt erklärt und genehmigt werden. Der Ausschuß wies alle einen Tadel gegen die Regierung bezweckenden Anträge zurück.

Wien, 13. März. Die Presse meldet, der Bücherabschluß der Anglobank ergebe einen Reingewinn von neun Millionen Silbergulden. Abzüglich des Reservefonds und der Tantiemen verbleibe per Actie eine Dividende von 6 Pfund Sterling. Die Blätter bemerken, die Regierung werde noch im Laufe der Session den Gesetzentwurf über directe Reichsrathswahlen einbringen.

Berlin, 12. März. Sitzung des Reichstages. Der Antrag Kryger's, betreffend Nordschleswig hat keine Unterstützung gefunden. Bei der Berathung über den Etat für 1871 erklärte der Staatsminister Delbrück, daß das Bundesanleihe-Consolidirungsgesetz schon in der nächsten Woche dem Reichstage zugehen werde, das Bankwesen sei erst endgiltig mit der Münzfrage zu regeln, über Prämienanleihen stehe in diesem Jahre keine Vorlage bevor. Eine fakultative Fabrikatssteuer für Spiritus sei unrathsam. Die zweite Berathung über den Etat findet im Plenum statt.

Paris, 13. März Montalembert ist gestorben. — Marseille: Man versichert, Marschall Mac Mahon habe der Regierung in Folge der Abstimmung der Kammer seine Demission als Gouverneur von Algerien angeboten.

Florenz, 12. März. Sitzung der Deputirten-Kammer. Advokat Biancheri wurde mit 144 Stimmen zum Präsidenten gewählt. Cairoli erhielt 117 Stimmen. Das Comité der Kammer bewilligte die provisorische Finanzgebahrung pro April.

Madrid, 12. März. Diesen Morgen hat zwischen dem Herzog von Montpensier und dem Prinzen Heinrich von Bourbon ein Duell stattgefunden. Letzterer erhielt eine Kugel in den Kopf, und ist verschieden.

Washington, 12. März. Der Senat hat heute das Consolidirungsgesetz über die Staatsschuld angenommen. Diese Bill ermächtigt den Schatzsekretär zur Ausgabe von Bonds im Betrage von 1200 Millionen Dollars, Capital und Zinsen in Münze zahlbar und steuerfrei. Die Bonds werden in 3 Klassen zu je 400 Millionen ausgegeben; erstere fünfprocentige, umtauschbar gegen Fünf-Zwanziger Bonds; zweitens $4^1/_2$ procentige, umtauschbar gegen alle Obligationen, welche einen höhern Goldzins tragen; drittens 4 procentige, umtauschbar gegen alle ausstehenden Bonds der Union. Der Staatssekretär kann nur Bonds gegen Gold verkaufen, und den Erlös zum Ankaufe, nicht aber zum Umtausche offerirter Bonds verwenden. Die zum Verkaufe der Bonds ermächtigten Agenten erhalten $1/_2$ Procent. Der Schatzsekretär ist überdies ermächtigt, die Ausgabe vierprocentiger Bonds zu vermehren, wenn hierdurch keine Erhöhung der Gesammtschuld entsteht.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

New-York, den 12. März. Gold $112^7/_8$. Wechsel in Gold $108^1/_4$ Bonds per 1882 $110^5/_8$. Baumwolle $21^5/_8$. Petroleum $26^3/_4$.

Liverpool, den 12. März. Schlussbericht. Heutiger Umsatz 8,000. Orleans $11^5/_{16}$. Middling amerikanische 11. Fair dhollerah $9^1/_4$.

Middling fair dhollerah $8^{7}/_{8}$. Good middling dhollerh $8^{5}/_{8}$. Fair Bengal $7^{3}/_{4}$. Fair Omra $9^{5}/_{8}$. Pernam —. Smyrna ——. Egyptian ——. Amerik. per März-April $10^{5}/_{8}$. Dhollerah per Mai $8^{3}/_{4}$. Omra per Tages-Import —, davon Ostindische — Tendenz: Lieferungsbesserung.

Manchester, 11. März. (Garnmarkt.) 12er Water Rylands 12. 12er Water Taylor 13. 20er Water Mycholls $14^{1}/_{2}$. 30er Water Gidlow $15^{3}/_{4}$. 30er Water Clayton 16. 40er Mule Mayoll $14^{7}/_{8}$. 40er Medio Wilkinson 17. 36er Warpcops Qualität Rowland 16. 40er Double Weston $16^{1}/_{4}$. 60er Double Weston $13^{3}/_{4}$. Printers $^{16}/_{16}$ $^{54}/_{60}$ $8^{1}/_{2}$ Pfd. 141. Mässiges Geschäft, Preise unverändert.

Frankfurt a. M., 13. März. (Schlussc.)

Wechsel auf London		Oest.-franz. Staatsbahn	374
„ „ Paris		Bayr. Ostbahn-Action	$119^{1}/_{2}$
„ „ Wien		Elisabeth-Prior. I. Em.	
5 proc. bayr. Anleihe		4% bayer. Prämien-Anl.	$105^{7}/_{8}$
$4^{1}/_{2}$ „ „ „		Bad. Präm.-Anleihe	$106^{1}/_{4}$
4 „ „ Grundrente		Oesterr. Loose v. 1860	
4 „ „ Obligat.		„ Loose v. 1864	$115^{5}/_{8}$
5 proc. österr. Metall., engl.	——	Alsenzbahn	$86^{1}/_{8}$
5 „ „ National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	$233^{1}/_{2}$
1882er Amerikaner	$95^{3}/_{4}$	Napoleons	
Oesterr. Bank-Action	696	Rente Silber $58^{1}/_{2}$, Pap. —.	
Credit-Action	$272^{1}/_{2}$	fest. Handelsbank	

Wien, 13. März. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	—.—	Franz-Josef-Action	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	97.60	Steuerfr. Metall. on 1866	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	119.25	Napoleons	9.87
Oesterr. Bank-Actien	—.—	Wechsel auf Augsburg	—.—
„ Credit-Action	285.20	„ „ London	—.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Action	388.—	„ „ Paris	—.—
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	„ „ Frankfurt a. M.	—.—
„ „ Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	244.40
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 379.— Pap.-R.	—.—

Berlin 13. März (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865		Lombarden	$133^{1}/_{2}$
4 proc. bayr. Präm.-Anl.		Italienische Anleihe	$55^{5}/_{8}$
$4^{1}/_{2}$ „ „ Anleihe		1882er amerikanische Bonds	$96^{3}/_{4}$
Bad. Prämien-Anleihe		5 proc. preuss. Anleihe	
Darmstädter Actien		$4^{1}/_{2}$ „ „ „	
Oesterr. Credit-Actien	$155^{1}/_{4}$	Wechsel auf Augsburg	—.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	$213^{1}/_{8}$	„ „ Frankfurt	—.—
Staatsbahn-Prioritäten		„ „ London	
Oest. fl. 500 Loose von 1860	80	„ „ Paris	
„ fl. 100 Loose von 1864		„ „ Wien	
5 proc. östr. National-Anl.		geschäftslos.	

Kgl. Hof- u. National-Theater.

Montag den 14. März.

47. Vorstellung im Jahres-Abonnement.

Zum Erstenmale wiederholt:

Die Nibelungen.

Von Friedrich Hebbel.

(Erste und zweite Abtheilung.)

In Scene gesetzt vom K. Regisseur Herrn Jenke.

Die der Vorstellung vorangehende Ouverture ist von Niels W. Gade.

Erste Abtheilung.

Der gehörnte Siegfried.

Vorspiel in 1 Aufzug.

Zweite Abtheilung.

Siegfrieds Tod.

Trauerspiel in 5 Aufzügen.

Personen:

König Gunther	Hr. Richter.
Hagen Tronje	Hr. Dahn.
Dankwart, dessen Bruder	Hr. Tomschitz.
Volker, der Spielmann	Hr. Christen.
Giselher, } Brüder des	Frl. Jenke.
Gerenot, } Königs.	Hr. Leibold.
Siegfried	Hr. Rüthling.
Ute, Wittwe König Dankwarts	Frl. Weiß.
Kriemhild, ihre Tochter	F. Dahn-Hausm.
Wulf, } Recken	Hr. Häusser.
Truchs, }	Hr. Rohde.
Rumolt, der Küchenmeister	Hr. Büttgen.
Brunhild, Königin v. Isenland	Frl. Ziegler.
Frigga, ihre Amme	Frl. Muschel.
Ein Kaplan	Hr. Possart.
Ein Kämmerer	Hr. Dadibeit.

Recken im Gefolge Gunthers und Siegfrieds. Frauen, Mägde, Diener.

Die Handlung spielt in und bei Worms, mit Ausnahme des ersten Aufzuges vom Siegfrieds Tod, welcher auf Isenland vorgeht.

Die Kasse wird um $^{1}/_{2}$6 Uhr geöffnet.
Anfang $^{1}/_{2}$7 Uhr. Ende um 10 Uhr.

Münchener Aktien-Theater.

Montag den 14. März.

Die Perle von Savoyen,

oder

Muttersegen bringt Glück.

Großes Volksschauspiel mit Gesang in fünf Abtheilungen von Friedrich.

Eröffnung der Abend-Kasse $^{1}/_{2}$7 Uhr.
Anfang 7 Uhr. Ende nach 9 Uhr.

Verlag u. Redaktion von **Karl Kellerbauer.** — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr:
Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/o; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr
für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Dienstag, den 15. März 1870. **Nr. 73.**

Bayern und der norddeutsche Bund.

⊙ München, 10. März 1870. In Nr. 41 und 42 dieser Blätter habe ich dargethan, daß weder Oesterreich noch Frankreich irgend ein Recht des Einspruches gegen den etwaigen Anschluß eines süddeutschen Staates an den norddeutschen Bund haben und daß Bayern insbesondere durch die Bestimmungen des Berliner Friedens vom 22. August 1866 ebensowenig an dem — bedingten oder unbedingten — Eintritt in den norddeutschen Bund gehindert ist, wie durch die Bestimmungen des Nikolsburger Friedens.

Diese meine Ansicht hat seither wiederum von drei Seiten Zustimmung erfahren. Für's Erste haben sich der Abgeordnete Dr. Marquard Barth im Namen der bayerischen Fortschrittspartei in der Adreßdebatte und die Wochenschrift dieser Partei mit derselben einverstanden erklärt.

Sodann stimmt mit ihr vollkommen überein Alles, was Bismarck kürzlich im norddeutschen Reichstage gelegentlich des Lasker'schen Antrages über die Frage des Eintritts Badens in den norddeutschen Bund vorgebracht. Bismarck hat verschiedene Gründe gegen die derzeitige Aufnahme Baden's in den norddeutschen Bund angeführt. Davon aber findet sich keine Silbe, daß ein einzelner süddeutscher Staat nicht, sondern nur alle miteinander eintreten können. Die englischen Zeitungen heben es mit Recht als besonders bemerkenswerth hervor, daß Bismarck vom Prager Frieden gar keine Erwähnung gethan und keinem fremden Staate (auch Oesterreich nicht) ein Recht des Einspruchs zuerkennt. Kein Rechtsgrund steht nach der Rede Bismarck's dem Eintritt Badens entgegen, sondern nur Opportunitätsgründe für den jetzigen Moment. Und was insbesondere Bayern betrifft, so ist aus der Rede Bismarck's als ganz besonders wichtig hervorzuheben, daß derselbe ausdrücklich bemerkte, mit dem Eintritte Bayerns (wie auch Hessen-Darmstadt's) habe es eine ganz andere Bewandtniß. Dem Eintritte Bayerns oder Darmstadt's stünden auch jene Opportunitätsgründe nicht entgegen. Endlich hat sich aber auch in den letzten Tagen abermals der badische Minister von Freydorf auf's Allerentschiedenste gegen die rechtliche Unmöglichkeit des Einzelanschlusses eines süddeutschen Staates ausgesprochen und dem Großherzogthum Baden auf's Allerbestimmteste das volle freie Recht seines Eintrittes in den norddeutschen Bund gewahrt. Will nun etwa die bayerische Regierung den etwaigen Einzelanschluß Badens hindern oder als völkerrechtswidrig bezeichnen? — Wir hoffen, daß der neue bayerische Minister des Aeußern sich der preußischen, sächsischen, badischen und württembergischen Auslegung der Verträge anschließen und Bayern ebenfalls das volle völkerrechtliche Selbstbestimmungsrecht vindiziren werde!

Politische Tagesübersicht.

Wien, 12. März. In parlamentarischen Kreisen ist ein Gerücht verbreitet; es heißt, der Herr Justizminister Dr. Herbst stehe auf dem Punkte, sich ins Privatleben zurückzuziehen. Man erzählt uns von Aeußerungen, welche dieser Minister im Laufe der letzten Tage in parlamentarischen Ausschüssen gethan, und welche verrathen, daß solch ein Entschluß reife. Wer da weiß, mit welchem Widerstreben Herbst überhaupt ins Ministerium trat, und wie er sich stets danach sehnte, wieder von der Last des Portefeuille befreit zu werden, der wird nicht sowohl darüber erstaunt sein, daß Dr. Herbst überhaupt sich zurückziehen will, als vielmehr darüber, daß er dies jetzt zu thun gedenkt. Doch, vielleicht ist das Gerücht grundlos und unsere Befürchtung, daß das Ministerium eine wahre Capacität verliert, eine vorzeitige.

Wien, 12. März. Das Ministerium hat seit dem Ende der Krisis wohl viel gethan, doch nichts vollbracht. In ewiger Geschäftigkeit, die doch im Grunde nur eine Form des Nichtsthuns ist, hat es jede Frage angegriffen, um bald darauf nach einer anderen Frage zu haschen und darüber die erste aus der Hand gleiten zu lassen. Polnische Resolution und Briefwechsel mit den Czechenführern, Wahlreformconferenzen und dalmatinische Angelegenheiten, Alles wird bunt durcheinander in Angriff genommen. Kaum ist ein Ziel ins Auge gefaßt, so irrlichterirt man wieder weit vom Wege ab und hat nachher Mühe, nach dem Ausgangspunkte zurückzufinden. So verrinnt Tag um Tag, Woche um Woche, und mit allem Aufwande von Zeit, Kraft und Wort erreicht man nichts, als daß das Vertrauen in die Regierung schwindet, und mit dem Vertrauen die Lebenslust, welche den Organismus der Verfassungspartei vor dem Zerbröckeln behütet. Schon beginnt das alte Spiel von Neuem, schon schwirren wieder die Gerüchte über Uneinigkeit im Ministerium durch die Luft, schon heben wieder die kaum niedergeworfenen Feinde der Verfassung hoffnungsfroh das Haupt, schon schleicht sich wieder beängstigend ins liberale Lager der Zweifel ein, ob der Dauer der Staatsgrundgesetze, schon schlagen wieder Mißmuth und Verzagen alle Rührigkeit in Bande. Es ist Zeit, die höchste Zeit, daß die Regierung sich zu entschiedenem Entschlusse aufraffe, daß sie ablasse von dem unsichern Umhertasten und ihre ganze Kraft in Eine Richtung dränge, auf Ein Werk concentrire. Ein Mensch und ein Ministerium kann immer nur Eines auf einmal vollbringen. Alles gleichzeitig schaffen wollen, heißt nichts thun, geschäftigen Müßigang treiben. Bisher war jede That der Regierung vom Zweifel angekränkelt. Die auch noch so entfernte Möglichkeit des Scheiterns fand immer mehr Berücksichtigung, als die Wahrscheinlichkeit des Gelingens. Wer aber an dem Erfolg zweifelt, wird diesen schwerlich erlangen. Siege sind fast immer errungen worden durch mächtiges Selbstvertrauen. Die Regierung muß Zuversicht gewinnen aus der Ueberzeugung von der Gerechtigkeit ihres Strebens. Wer da weiß, daß er das Rechte will, braucht nicht ängstlich die Möglichkeiten des Ausganges zu erwägen; er handelt nach den Geboten seines Gewissens, und darin findet er die Bürgschaft des Sieges. Darum fest das Ziel ins Auge gefaßt, geraden Wegs auf den erkorenen Punkt los, hindurch durch alle Hindernisse, dann kommen Kraft und Muth im Vorschreiten und mit ihnen kommt auch der Sieg!

Wien, 12. März. Ein wohlunterrichteter Correspondent macht eingehendere Mittheilungen über die vielbesprochene österreichische Note in Sachen des Concils. Hienach hat Graf Beust in einer an den Grafen Trauttmannsdorff in Rom am 10. Februar gerichteten, sehr ausführlichen Depesche Anlaß genommen, sich über die Stellung der österreichisch-ungarischen Monarchie zum Concil auszusprechen. Der

Reichskanzler erinnert den Botschafter, wie er in seiner Depesche vom 26. Dezember den Standpunkt eingenommen, daß der aufgeklärte Staat sich nicht einmenge, so lange die Kirche sich in ihrer geistigen, religiösen Sphäre bewege. Das österreichische Cabinet hat auch deßhalb es nicht rathsam gefunden, der Anregung Hohenlohe's zu folgen, um vor Eröffnung des Concils demselben gegenüber irgend welche Verabredungen mit anderen Mächten zu treffen. Nun aber, da die Canones bekannt geworden, müsse die Regierung Sr. Majestät des Kaisers Franz Joseph ihre *ernstlichsten* Bedenken gegen ein Vorhaben aussprechen, durch welches *neue Conflicte* zwischen Staats- und Kirchengewalt herbeigeführt werden würden. Die k. k. Regierung könne, wie gern sie auch den Frieden mit dem apostolischen Stuhle gewahrt sehe, doch keinen Augenblick ihre Pflicht vernachlässigen, aufs Strengste darüber zu wachen, daß die Grenzen, die durch Recht und Gesetz zwischen Staat und Kirche gezogen sind, von dieser nicht verletzt werden. Die Canones nun, falls ihr Inhalt, wie es fast scheint, durch die öffentlichen Blätter richtig wiedergegeben ist, legen der k. k. Regierung die Besorgniß nahe, daß man in Rom durch das Concil solche Bahnen betreten wolle, auf denen man zu Uebergriffen und Eingriffen in das unverletzliche Majestätsrecht des Staates gelangen würde. Ein Theil der Concilsversammlung selbst theilt diese Bedenken, und zwar ein Theil, dem, obwohl er noch die Minorität bildet, die gefeiertesten Namen des Episcopats angehören. Daß sich darunter auch viele Prälaten aus Oesterreich und Ungarn befinden, gereicht der k. k. Regierung zur besonderen Genugthuung. In weiterer Ausführung bemerkt nun der Reichskanzler, daß jene Canones sich zur österreichisch-ungarischen Gesetzgebung im thatsächlichen, feindseligen Gegensatz befinden, und daß, wer immer es unternehmen würde, dieselben innerhalb Oesterreichs und Ungarns zur Geltung zu bringen, die volle Verantwortlichkeit dafür vor den einheimischen Gerichtshöfen zu tragen hätte. Der Reichskanzler erwähnt hiebei der Uebereinstimmung des österreichischen und des ungarischen Ministeriums in diesen Anschauungen und beauftragt schließlich den Botschafter, diese Depesche dem Cardinal Antonelli mit dem Ersuchen mitzutheilen, diese Anschauungen der Regierung Sr. Majestät des Kaisers Franz Joseph zur vollen Kenntniß des Heiligen Vaters zu bringen. Welche Aufnahme dieses Aktenstück in Rom gefunden, darüber bemerkt unser Correspondent nur, daß die Unfehlbarkeits-Partei desto nachdrücklicher zur Entscheidung in ihrem Sinne dränge, während die Minorität im Concile ihre Taktik darauf richte, wenigstens eine Vertagung herbeizuführen. Die neuesten beglaubigten Nachrichten aus Rom lehren, daß inzwischen Pius IX. selbst mit Ungeduld auf die Proklamation der Canones und des Infallibilitäts-Dogmas hinarbeitet, sowie, daß die Majorität des Concils sich anschickt, sich über alle Bedenken hinwegsetzend, dem Heiligen Vater zu willfahren und dem modernen Staate feierlich den Krieg zu erklären.

Pest, 12. März. In der Sitzung des Unterhauses wurde die Debatte über den Antrag Ivanka's fortgesetzt. Klapka beantragte, die Regierung sei anzuweisen, wenn die Privat-Unterstützung sich als unzulänglich erweise, ein Gesetz über Ordnung der Honved-Angelegenheit einzubringen. Die nationalen Abgeordneten Miletics und Stanescu sprachen sich für Unterstützung aller im Jahre 1848 arbeitsunfähig Gewordenen aus. Zahlreiche Redner sind noch vorgemerkt. — Das Pester Journal berichtet, Lonyay habe die hiesige Publikation der Subscription auf die türkischen Loose mit Rücksicht auf die bevorstehende ungarische Anleihe untersagt.

Lemberg, 9. März. Die Haltung der Polen bei der Abstimmung über das Erwerbsteuer-Gesetz hat hier allgemein verwundert. Ungeachtet dessen machen die Polen ihren Vertretern den Vorwurf, daß sie sich in Sachen, die das allgemeine Wohl betreffen, von Launen und Antipathien leiten lassen und durch fortwährende politische Sprünge ihre Stellung in Wien erschüttern.

Zara, 12. März. Die in den Journalen über stattgehabte Wahlexcesse circulirenden Gerüchte sind durchgehends übertrieben. Am 8. d. veranlaßte das stärkere Zuströmen des Landvolkes bei der Wahl des 3. Wahlkörpers für den Gemeinderath einige momentane Ruhestörungen, welche jedoch durch energisches Einschreiten der Sicherheitsorgane, unter Beiziehung von Militär-Verstärkung sofort unterdrückt wurden. Bei der Fortsetzung der Wahl am 9. d. wurde die Ruhe auch nicht einen Moment gestört, ebenso wie an den später folgenden Wahltagen.

Berlin, 12. März. Die erste Lesung des Bundesbudgets für 1871 wurde heute von Hrn. Delbrück mit Erläuterungen eingeleitet, welche die Finanzlage des Bundes in recht günstigem Lichte erscheinen lassen. Die Verhältnisse werden sich hoffentlich bald und weiter dahin entwickeln, daß mit dem Anwachsen der Bundesausgaben die Verminderung der Ausgaben in den Einzelstaaten nicht blos Schritt hält, daß letztere vielmehr das erstere überflügelt. Der Abg. Miquel regte zugleich von Neuem die Bedingung an, an welche die Bewilligung einer Vermehrung der eigenen Bundeseinnahmen für den Reichstag immer gebunden bleiben wird, nämlich die Gewährung von Bürgschaften für Herabsetzung der Steuern in den Einzelstaaten. Miquel sprach aus, daß er für die Lösung dieser Fragen Vertrauen zum neuen preußischen Finanzminister habe, daß aber doch schließlich ein verantwortlicher Bundes-Finanzminister nicht entbehrt werden könne. Einstweilen sind das indeß noch fromme Wünsche, deren Realisirung noch manches voraussetzt, was augenblicklich noch in weiter Ferne liegt. Auch die zweite Lesung des Etats — darüber ist man allseitig schon einig — wird ohne erhebliche Debatten und Anträge vorübergehen, es sei denn, daß das Consulatswesen und die Anträge einzelner Consuln um Zulage zu Weiterungen führen möchten. Jedenfalls wird der Etat die übrigen Arbeiten des Reichstages nicht lange aufhalten. — Sämmtliche Fractionen des Reichstages wollen sich bis Dienstag ausschließlich mit dem Strafgesetzbuche beschäftigen und sich über die einzubringenden Anträge einigen. Es macht sich jetzt vielfach — wie weit mit Grund, ist indeß nicht anzugeben — die Ansicht geltend, daß es gelingen werde, für politische Vergehen und Verbrechen eine mildere Strafart, d. h. den Fortfall entehrender Zuchthausstrafe gegen Einschließung (Festungshaft) zu erzielen, und daß gegen dieses eventuelle Zugeständniß Seitens der Regierung die Beibehaltung der Todesstrafe gefordert werden würde. Man glaubt, daß unter solchen Umständen ein Theil der Votanten für Abschaffung der Todesstrafe sich den neulich dagegenstimmenden Einundachtzig anschließen würde.

— Wie der Börsen-Ztg. in bestimmter Weise mitgetheilt wird, fühlt sich der Handels-Minister Graf Itzenplitz körperlich so leidend, daß er dadurch bewogen worden ist, den Entschluß, von seinem Amte zurückzutreten, zu erkennen zu geben.

— Nach amtlichen Mittheilungen sind die 5000 Bergleute, welche im Waldenburger Revier die Arbeit eingestellt hatten, bis auf etwa 500 wieder zu ihrer Beschäftigung zurückgekehrt. Von den Ausgebliebenen hatten die meisten in anderen Gegenden Deutschlands Arbeitsstellen aufgesucht und auch von diesen kommen jetzt noch Viele mit getäuschten Hoffnungen in die Heimath zurück.

Herford. Der einer extremen kirchlichen Richtung huldigende katholische Pfarrer Dr. Liemke zu Vlotho stand am 4. d. Mts. hier vor Gericht, unter der Beschuldigung, einen Knaben, der auf Kosten der Stadt bei fremden Leuten in Pflege gegeben war, heimlich ohne Wissen und Willen der Pflegeeltern, des Vormundes und Gerichts nach Böhle — bei Haspe — der Residenz des Wunderpastors — geschafft zu haben, um ihm dort in dem neu errichteten Asyle für katholische Kinder ein Unterkommen zu verschaffen. Den Transport hatte der hochwürdige Herr in eigener Person besorgt. Diesen Akt der Menschenliebe hat der Herr Pfarrer zu beklagen, denn das Gericht verurtheilte ihn zu einer einjährigen Gefängnißhaft.

Paris, 12. März. Ollivier bleibt guten Muthes und hat auch alle Ursache dazu, wenn auch die Intriguen, ihn und seine Collegen aus der Gunst des Kaisers zu verdrängen von Seiten der Arkadier und ihrer Führer nicht eingestellt werden. Die HH. Duvernois und Girardin, beide dem gleichen Ziele der Umwandlung des Ministeriums zustrebend, weil sie durch die zu schießende Bresche ins Cabinet zu gelangen hoffen, reiben sich hoffnungsfreudig die Hände. Glaubt man ihnen, so stände schon morgen das Ausscheiden der orleanistischen Elemente des Cabinets, also der Daru, Buffet, Talhouet u. s. w., vor. Die Herren sind so gütig, in ihren Combinationen stets

lätzchen für Ollivier offen zu halten. Aber sie täuschen sich in diesem Manne, wenn sie ihn für einen gewöhnlichen Ehrgeizigen ihrer Sorte alten. Er ist mehr und besser. Und da er von der Idee erfüllt ist, aß das gegenwärtige Cabinet gerade die richtige Mischung von rechts nd links enthält, welche Frankreich momentan zu ertragen vermag, ist sein Entschluß unumstößlich, mit seinen Collegen zu stehen und zu fallen. Aber das Letztere scheint ihm so wenig wahrscheinlich, daß r schon über die Art und Weise nachdenkt, wie etwa, vielleicht in Jahren nach den Neuwahlen, das Ministerium zu ergänzen sei. Von ndern Dingen, die Ollivier vorbereitet, beschäftigt ihn namentlich die Reorganisation des Senates. Man hat gesehen, wie er beabsichtigt, ie dieser Körperschaft zustehende constituirende Gewalt zu theilen und as darin enthaltene legislative Element dem gesetzgebenden Körper urückzugeben. Dafür aber möchte er auch den Senat mit gesetzgebener Gewalt in der Weise ausstatten, wie sie jede andere Erste Kammer in constitutionellen Staaten besitzt. Dazu gehörte denn auch gleichzeitig die Einführung neuen Blutes in die altersrostige Versammlung, as durch Senatorenschub oder durch Anfügung gewählter Senatoren, welche keine Gehaltsbezüge empfingen, zu erreichen wäre. Die jetzigen Senatoren, so auf den Aussterbe-Etat gesetzt, empfingen dann ihr gegenwärtiges Gehalt von 30,000 Franken pro Jahr bis an ihr seliges Ende.

— Der Prinz Napoleon hat seine Abreise nach dem Orient für en Augenblick aufgegeben. Wie es scheint, will er im jetzigen kritischen Augenblick, wo Seitens der Reaction wieder große Anstrengungen emacht werden, Paris nicht verlassen.

— Am 27. Februar befanden sich in den Pariser Hospitälern n Ganzen 310 Pockenkranke, am 10. März dagegen 382, was beweist, daß die Seuche in der Zunahme begriffen ist. Die Kranken in en Privathäusern sind nicht minder zahlreich. Unter denselben befindet ch auch die Marquise von Chateaurenard, die Gemahlin des französischen Gesandten in Dresden. Dieselbe kam am letzten Freitag in Paris an, wurde am Sonntag von der Kaiserin in Privat-Audienz npfangen und liegt seit Dienstag in einem Hotel des Quai Voltaire rank darnieder.

London, 10. März. Dem oft gerügten und seit Jahren besonders von der Pall Mall Gazette in seinen übeln Folgen gekennzeichneten Mangel eines öffentlichen Anklägers, wie andere Länder ihn 1 dem Institute der Staatsanwaltschaft besitzen, soll eine von Eykyn ingebrachte Vorlage abhelfen. Kraft derselben sollen Bezirksbeamte ngestellt werden, welche bei vorkommenden Verbrechen als Kläger im amen des Staates auftreten, Zeugenbeweise sammeln und diese einem bersten Staatskläger Behufs weiterer Schritte übergeben können. Wo n Privatmann die Klage führen will, muß er darüber dem öffentlichen Ankläger Meldung abstatten. Dem Privaten wird somit das Recht der Klageführung nicht benommen, vielmehr soll es ihm freistehen, ne Klage, die der Staatsankläger fallen ließ, auf eigene Faust aufnehmen. Es wird sich zeigen, ob dieser Antrag Gnade vor den Augen des Parlaments findet.

Rom, 8. März. Der Würfel ist gefallen! Innerhalb der ächsten Wochen, vielleicht in 14 Tagen, wird menschlicher Voraussicht ach der große Staatsstreich, durch den die Befugnisse der ganzen irche an den Einen Mann mit der dreifachen Krone und diejenigen, elche nach ihm ihr Haupt mit derselben schmücken werden, übergehen llen, eine vollendete Thatsache sein. Sie dürfte fortan eine schwere ast sein für denjenigen, der sie zu tragen hat, diese dreifache Krone, elche ihrem Inhaber die unbedingte Gewalt über die Gewissen und n Glauben aller derer gibt, welche fortan der römisch-katholischen irche angehören und ihrer Segnungen theilhaftig werden wollen. Nur n kleiner Passus in dem betreffenden Decrete, derjenige, welcher die nfehlbarkeit des römischen Bischofs auf dasselbe Object beschränkt, af welches sich die Unfehlbarkeit der Kirche bezieht, erinnert daran, aß die Curie wenigstens Eine Rücksicht nicht vergessen hat: die auf e Mächte dieser Welt, deren Einsprache mit dieser Redewendung abgeschnitten werden soll; dem Gewissen und der Ueberzeugung so vieler ischöfe, Gelehrter und rechtlicher Laien gegenüber ist dieser Schritt der Curie und ihre feste Absicht, sich durch Nichts in ihren Absichten beirren zu lassen, die vollkommenste Rücksichtslosigkeit. Es ist für die freisinnigen Bischöfe eine angstvolle Zeit, in der die Peripetie des verhängnißvollen Drama's sich abspielt. Es scheint, daß dieselben die Hoffnung ganz aufgegeben haben, in Rom selbst mit ihrer Einsprache durchzudringen und daß sie wirksamen Beistand nur noch von Außen erwarten. Wenigstens verdanken wir diesem Umstande das schleunige Bekanntwerden jenes Decrets, welches, kurz gesagt, das Alpha und Omega des ganzen Conciliums ist. (Die Hilfe von Außen wird ihnen aber nicht werden, Frankreich läßt ruhig geschehen, was in Rom geschieht.)

Madrid, 12. März. Man versichert, die Cortes würden alsbald nach Votirung der organischen Gesetze, wenn sie noch nicht im Stande sind, einen Souverän zu wählen, erklären, daß ihre constituirende Mission beendigt sei. Sie werden sodann als gewöhnliche Cortes zu tagen fortfahren und wird dann der Senat durch allgemeine Abstimmung ernannt werden. Man versichert, es würden sodann die Prärogative eines Monarchen an Serrano verliehen werden. — Der Minister des Innern hat in Anbetracht des Ausbruches des gelben Fiebers in Rio de Janeiro eine zehntägige Quarantaine für Provenienzien aus Brasilien angeordnet.

Madrid, 12. März. Ueber das Duell zwischen dem Herzog von Montpensier und dem Infanten Heinrich von Bourbon erfährt man weiter: Die Zeugen des Herzogs waren der General Cordova und Miminez, die des Infanten Heinrich waren zwei republikanische Abgeordnete. (Infant Heinrich, Herzog von Sevilla, der jüngere, 1823 geborene Bruder des „Königs" Franz, durch königliches Decret seiner Schwägerin Isabella der Infantenwürde entsetzt.)

Rumänien. Die fünfzehn Deputirten, welche den Sitzungssaal verließen, als ihr gegen die Juden gerichteter Antrag (Ausschließung von den Pachtlicitationen) keinen Anklang gefunden hatte, sind am darauf folgenden Tage wieder eingetreten. Das Organ der französischen Regierung, das Journal Officiel, bemerkt zu diesem Vorfalle: „In ganz Europa spricht sich die öffentliche Meinung für die religiöse Duldung aus und die rumänische Regierung darf gegen Vorurtheile und Gehässigkeiten, gegen welche die Ideen von Recht und Gerechtigkeit protestiren, durchaus nicht nachgiebig sein".

Petersburg, 12. März. Von dem in mehreren deutschen Zeitungen für den Sommer angekündigten Besuche des Königs von Preußen am hiesigen Hofe ist hier in maßgebenden Kreisen nichts bekannt.

Washington, 11. März. Der Congreß wird endlich einem Unfuge steuern, der den ärgerlichsten Umfang angenommen hatte. Es herrschte der Brauch, zu gestatten, daß Reden, welche man nicht anhören wollte, als gehalten im officiellen Globe abgedruckt wurden, unter dem Einverständniß, daß nichts Unparlamentarisches darin vorkommen dürfe. Diesen Usus benutzte der Don Quixote der Repudiation, Mungen, um ein Pasquill auf den Senator Summer, dessen er sich vor dem Congresse nimmer mehr hätte entledigen dürfen, im Globe drucken zu lassen. Die Folge dieses Vertrauensbruches ist der Beschluß, daß Reden, welche nicht wirklich gehalten wurden, auch nicht auf Staatskosten gedruckt werden dürfen.

Bayerische Angelegenheiten.

* Bei dem heutigen Zusammentritte des vierten Ausschusses der Kammer der Abgeordneten wurde Herr Radspieler zum Referenten über den Bürgerwehr-Gesetzentwurf gewählt.

— Hr. Landtags-Abgeordneter Dr. Völk ist an der Gesichtsrose erkrankt; doch gibt der Krankheitsverlauf keinen Grund zur Beunruhigung, wie die Augsburger Abdztg. meldet.

Aus **Tröbersdorf**, 11. März, wird uns mitgetheilt: Am Mittwoch den 9. d. Mts. waren dahier die meisten Lehrer der Umgegend versammelt, um den Entwurf einer Gegenvorstellung an beide Kammern zu berathen. Der Entwurf, welcher die Unbilligkeit der in der Vorstellung des bayerischen Lehrervereins vorgeschlagenen Gehaltsscala darzuthun sucht, wurde mit geringen Aenderungen angenommen.

Insbesondere wurde betont, daß die Unterzeichner in der vorgeschlagenen Gehaltsscala eine gewiß unverdiente und kränkende Zurücksetzung der Landlehrer erblicken.

Lokales und Provinzielles.

München, 14. März.

* Das heutige Bulletin über das Befinden des Prinzen Otto lautet: „Der gestrige Tag und die Nacht vergingen ruhig, und die große Mattigkeit beginnt abzunehmen. Dr. v. Gietl."

* Der Landbote meldet, aber wie wir aus guter Quelle versichern können — irriger Weise, daß die „Bayerische Landeszeitung" mit Schluß des Quartales zu erscheinen aufhören solle.

π. Generalmusikdirektor Franz Lachner hat vorgestern in einem großen Concerte in Prag seine V. Suite für Orchester dirigirt. Bei seinem Erscheinen fand der Meister einen herrlichen Lorbeerkranz auf dem Dirigentenpulte liegen und stürmisches Bravorufen begrüßte ihn. Schon nach dem ersten Satze brach das ganze Haus in endlosen, stürmischen Beifall aus; das ganze Werk wurde mit unbeschreiblichem Enthusiasmus aufgenommen und Franz Lachner sechsmal hervorgejubelt. In demselben Concerte errang auch unsere Landsmännin Sophie Menter großen Erfolg.

π. Frln. Stehle hat gestern während der Tannhäuser-Vorstellung ein Bouquet von auserlesener Schönheit in die Garderobe zugesendet erhalten.

* Morgen Dienstag betritt, wie wir aus sicherer Quelle vernehmen, Frl. Emilie Schröder zum letzten Mal die Bühne des Actientheaters, worauf wir die Verehrer der trefflichen Schauspielerin aufmerksam machen.

Würzburg, 13. März. Der berühmte Afrikareisende Gerhard Rohlfs wird Ende dieser Woche dahier eintreffen und einen Vortrag halten über seine Reisen in Afrika, speciell Aufenthalt beim Kaiser von Marokko, Uebersteigung des großen Atlas und Reise bis an den Tsad-See in Central-Afrika.

Gerichtssaal.

Augsburg, 11. März. (Verhandlung gegen K. Oberndorfer u. Gen. Forts.) Am 13. Mai zwischen 10 und 12 Uhr wurden im Dome zu Eichstätt, in welchem sich der Dieb, um den Diebstahl zu verüben, nach der 10 Uhrmesse sich versteckte und einsperren ließ, aus dem Tabernakel des St. Willibald-Altars, nachdem derselbe gewaltsam mit einem Stemmeisen erbrochen war, zwei Ciborien entwendet. Der Dieb öffnete auch noch andere Tabernakel, fand aber in denselben nichts für sich Passendes vor. Hinsichtlich dieses Diebstahls ließ sich Oberndorfer zu einem Geständnisse herbei; er ist aber auch durch den Besitz eines Ciboriums überführt. Nach Verübung dieses Diebstahls begab sich nämlich Oberndorfer mit einem Theile des gestohlenen Gutes nach Neuburg. Die dortigen Polizeiorgane, vom Diebstahl zu Eichstätt in Kenntniß gesetzt, recherchirten nach dem Thäter, und da traf es sich denn, daß der Polizeisoldat Michael Holzberger beim Vorbeigehen am Laden des Goldarbeiters Max Schneider eine außereheliche Tochter der berüchtigten Victoria Wittmann von Neuburg, die ledige Anna Wittmann, mit einem Körbcheu in demselben stehen sah. Der Polizeisoldat schöpfte Verdacht, begab sich in den Laden und verlangte den Inhalt des Körbchens zu sehen. Da er auf Widerstand stieß, öffnete er mit Gewalt das Körbchen und fand in demselben ein Ciborium. Vom richtigen Gedanken geleitet, daß der Dieb im Hause der Victoria Wittmann sich aufhalten müsse, begab er sich mit dem Rottmeister Graf in die Wohnung der Wittmann; Beide durchsuchten die unteren Lokalitäten, konnten jedoch den Dieb, der ihnen von Viktoria Wittman verläugnet wurde, nicht vorfinden. Mit dem Auftrage an Holzberger, er solle ihm folgen, begab sich sodann Graf die Treppe hinauf in den ersten Stock und traf oben in einem Zimmer unter der halb geöffneten Thüre mit Hemd und Hose bekleidet Karl Oberndorfer, welcher, wahrscheinlich mit einem Revolver in der Hand, ruhig ohne eine Miene zu verziehen, ihn gleichsam zu erwarten schien. In dem nämlichen Augenblicke sprang Eleonore Wittmann die Treppe hinauf, sprach einige Worte mit ihm leise, warf die Thüre zu, sperrte sie ab, und nahm den Schlüssel zu sich. Als Graf die Thüre gewaltsam sprengen wollte, hörte er das Fallen von Ziegelplatten auf den Erdboden und ein Getöse, wie wenn Jemand schwer auf den Boden aufspringt. Ahnend, der fremde Mensch sei über das Fenster hinabgesprungen, eilte er schnell die Stiege hinab und hinter ihm Holzber vor's Haus hinaus. Oberndorfer zielte mit einem Revolver auf sie; es fiel ein scharfer Schuß. Graf und Holzberger gingen mit gezogenen Säbeln auf ihn los, bei ihrem Anblicke jedoch hielt Oberndorfer zum zweiten Male einen Revolver entgegen, worauf sich Beide, um sich zu decken, hinter einen Zaun acht Schritte zurückzogen. Der Bursche näherte sich und schoß abermals auf sie; konnte sie aber nicht treffen. Nun ergriff er die Flucht; aus einer Entfernung von 25 Schritten feuerte er den dritten Schuß ab. Graf und Holzberger verfolgten den Burschen bis in den englischen Garten in der Absicht, ihn zu erwischen, da er bedeutend am rechten Fuße hinkte. In der Nähe von 30 Schritten zielte er noch immer auf sie unter dem Ausrufe: „Ich schieße euch todt ihr Hunde!" Endlich gelang es ihnen mit Hilfe anderer Personen des Oberndorfer habhaft zu werden; derselbe war noch im Besitze des Revolvers, der fünfläufig war, und von welchem 3 Läufe abgeschossen, 2 aber noch scharf geladen waren.

Die Physiognomie der drei weiblichen Angeschuldigten entspricht ihrem Rufe — Köpfe, wie man sie in den Hogarth'schen Bildern: „Das Leben einer Buhlerin," wiederfindet. Im Keller der Victoria Wittmann hat man 200 Flaschen Wein vorgefunden. Daß sie ein öffentliches Haus unterhalten, läugnet Victoria Wittmann nicht. Karl Oberndorfer fand jederzeit in ihrem Hause gastfreundliche Aufnahme. In Beziehung auf die drei Wittmann machte Oberndorfer seinem Mitgefangenen Halbmaier die Bemerkung: „Die drei Schixen wenn'st kennetst, was das für zünftige sind; der Untersuchungsrichter ist nicht zu beneiden, der die in der Kur hat." Victoria Wittmann ist angeschuldigt der Theilnahme an dem Verbrechen des Diebstahls zum Schaden des Benefiziaten Stammel, dann der Hehlerei in Bezug auf den Diebstahl im Dome zu Eichstätt. Das letztere Reat ist auch den beiden anderen Wittman zur Last gelegt. Weiters ist gegen Victoria Wittmann die Anschuldigung wegen Kuppelei gerichtet. Dieselbe hat nicht nur fremden Weibspersonen zu unsittlichen Zwecken ihr Haus gegen Bezahlung der Hälfte des Lohnes eingeräumt, sondern auch ihre eigene im Jahre 1852 außerehelich geborene Tochter Anna seit Anfang des Jahres 1868 gegen Entgelt preisgegeben. In einer scheinbaren Anwandlung sittlichen Ernstes sagte Victoria Wittmann zwar: „Das wäre eine traurige Mutter, die ihr Kind verkuppelt, die soll man verbrennen;" die Thatsache ist aber, wie mehrfache Zeugen bestätigen müssen, nichtsdestoweniger wahr. (Forts. folgt.)

Oberndorfer wurde zum Tode verurtheilt.

* Wir haben in unsrer Nummer 26 über die beim Tribunal zu Landau stattgefundene Verhandlung gegen den katholischen Pfarrer Anton Eschenfelder von Eschbach und dessen Verurtheilung zu 1 Jahr Festungshaft wegen Beleidigung der Königlichen Majestät, der Staatsregierung und Abgeordnetenkammer, verübt in zwei Predigten an Weihnachten 1867 und am 5. Dezember 1869, Bericht erstattet; in Folge der Appellation des Verurtheilten kam die Sache am 3. März vor dem Appellgerichte zu Zweibrücken zur neuen Verhandlung. Den Lesern, denen unser Blatt Nr. 26 nicht zur Hand ist, sei hiermit bemerkt, daß die Predigt von Weihnachten 1867 die Beleidigungen gegen die Staatsregierung und die Abgeordneten-Kammer („die in der Kammer sitzen, sind Freimaurer mit 2 oder 3 Weibern, die an der Spitze stehen, sind Lausbuben") — die Predigt vom 5. Dezember 1869 aber die Majestätsbeleidigung zum Gegenstande hatte („wenn Gott ein Land strafen will, so gibt er ihm ein Kind zum König".) — Nach Art. 122 des Strafgesetzbuches mußte die Majestätsbeleidigung wenigstens 1 Jahr Festungsstrafe nach sich ziehen, da sie öffentlich in Gegenwart vieler Personen ausgesprochen wurde, und so ward der Pfarrer Eschenfelder, bei der am 12. März erfolgten Urtheilspublikation zwar von der Beleidigung der Staatsregierung und Abgeordnetenkammer freigesprochen, wegen Majestätsbeleidigung

er schuldig erkannt und demnach doch zu 1jähriger Festungs-rafe verurtheilt.

Hamburg, 8. März. Gestern wurde nach dreitägiger Schwur-richtsverhandluug wider die sechs Personen, welche wegen der am . September v. Js. in der Lauenstein'schen Wagenfabrik verübten ccesse in Anklagezustand versetzt worden waren, das Erkenntniß ge-llt. Dasselbe lautete für vier auf vollständige Freisprechung. Einer, amens Queren, für schuldig erkannt, widerrechtlich in die Wohnung s Directors eingedrungen zu sein und dort sowohl wie in der Fabrik ewalt (aber ohne Einbruch) an fremdem Eigenthum verübt zu haben, urde zu $3^1/_2$ Monat Gefängniß verurtheilt, ihm indessen die Unter-chungshaft mit angerechnet. Der sechste, Namens Fischer, hat wegen eschädigung fremden Eigenthums in rechtswidriger Absicht 14 Tage efängniß verwirkt, die durch die Untersuchungshaft compensirt sind, eshalb er sofort in Freiheit gesetzt wurde.

Handel und Verkehr.

Q München, 12. März. Die soeben erschienenen Subscrip-onsbedingungen auf das neue türkische Prämien-Anlehen lassen dieses apier als eine eben so einträgliche, wie solide Kapitalanlage erschei-n, die weit entfernt davon, den früheren frivolen Zwecken türkischer nlehen, wie Palastbauten 2c. zu dienen, lediglich zur Begründung des rkischen Eisenbahnnetzes verwendet werden soll und damit endlich ein-al einen Staat, dessen Lande die ertragfähigsten und blühendsten sein nnten, wenn sie nicht vollständig von Verkehrswegen entblößt wären, die Reihe der europäischen Culturstaaten stellen wird, wohin er len Bedingungen seiner geographischen Lage nach gehört.

Dieses Eisenbahnnetz wird gleichsam als Rückgrat die Hauptlinie issel-Constantinopel haben. Von Sissel an der Save, wo das Netz r österreichischen Südbahnen bis jetzt endigt, wird sich die neue Bahn rch Bosnien und Rumelien nach Adrianopel ziehen und dann diese entrale des innern Landes mit Constantinopel verbinden. Von Adria-pel aus zweigt eine Bahn nach Norden ab, welche das schwarze Meer i dem bekannten Hafen Burgas erreicht, und eine nach Süden, welche n Archipel bei dem Hafen Enos sucht. Ferner ist noch eine Bahn rojectirt, welche die Hauptbahn durchschneidend, die Hafenstadt Salo-ki am Meerbusen gleichen Namens mit dem projectirten Netz der ser-ischen Bahnen verbinden soll, die ihrerseits wieder bei Baziasch und elgrad den Anschluß an das Netz der österreichisch-ungarischen Bahnen nden.

Nun kann die Türkei, in der bekanntlich alle Verhältnisse noch n Entstehen und Werden begriffen sind, eine so gewaltige Aufgabe icht mit eignen Mitteln lösen, sie braucht dazu das Geld und den leiß des civilisirten Europa's. Was aber der Continent jetzt für die ürkei thut, das thut er fast mehr für sich, denn auf jedem Kilometer chienen, der von Sissel aus nach Südost dringt, ziehen nicht nur ropäische Gesittung und Bildung, sondern auch europäische Industrie nd Gewerbefleiß, die sich durch die Eisenbahnen einen neuen Markt on ungeahnten Dimensionen eröffnen werden, triumphirend nach. adurch wird diese Errichtung des türkischen Eisenbahnnetzes eine Auf-abe von unendlicher cultur-historischer und national-ökonomischer Trag-eite, die in dieser Hinsicht wohl nur der Pacificbahn und der Durch-echung des Isthmus von Suez nachsteht, und deshalb haben wir seit nger Zeit unter den zahlreichen Anleihen, deren jetzt fast jede Woche eue bringt, keine gefunden, die wir so freudig begrüßt hätten, wie ie e zur Errichtung der türkischen Bahnen, und zwar um so mehr, ls sie auch in finanzieller Beziehung auf durchaus soliden Grundlagen eruht, wie wir diese in einem demnächst folgenden Artikel nachweisen erden.

Theater.

(Schauspielbericht. Samstag den 12. März. Zum ersten Male: „Die Nibelungen" von Friedr. Hebbel. Erste und zweite Abtheilung. „Der gehörnte Siegfried" und „Siegfried's Tod."

Wenn irgend einer der neuen Dramatiker im Stande war, einen erartigen Stoff zu behandeln, so ist es Hebbel. Man vergleiche nur die „Brunhilde" Geibel's mit dem Werke Hebbels und man wird den Unterschied bald herausfühlen, der zwischen einem echt dramatischen Talente, und einem Lyriker besteht, welcher Dramen schreibt. Es liegt etwas in den „Nibelungen" von jenem Geiste, der das deutsche Epos durchweht. Eine unendliche Gewalt des Gefühl's, verbunden mit einer Naivetät, welche der modernen Dichtung fast ganz abhanden gekommen ist. Der Stoff selbst lehnt sich in seinen äußeren Formen an die Sage an, ist aber wie es die Umformung in die dramatische Gestalt nöthig machte, verinnerlicht und psychologisch begründet; das Epos legt auf die inneren Motive weniger Gewicht, als es die Tragödie verlangt. Es läßt sich nun wohl nicht leugnen, daß einzelne Gestalten ohne Interesse sind, wie der Kaplan — ebenso ist der letzte Act von Siegfrieds Tod von fast unangenehmer oder doch sehr schwacher Wirkung. Dagegen sind einzelne Charactere, wie Siegfried, Chriemhilde und Brunhilde, vortrefflich gezeichnet, und selbst die letztere vermag, trotzdem daß sie fast zu colossal angelegt erscheint, was die Anlehnung an die ältern Bestandtheile der Sage bedingt — selbst diese vermag uns zur Mitempfindung zu bringen. In Chriemhilde tritt uns oft eine echt weibliche Zartheit und Sinnigkeit entgegen, besonders in der Scene mit Brunhilde als diese die ersten Blumen sieht; diese Episode ist trotz ihres überwiegend lyrischen Characters von poetischer Schönheit.

Siegfried selbst erscheint als die echte Heldennatur. Ein unverdorbenes Naturkind, das sich seiner elementaren Kraft freut, das sich mit ganzem Herzen jedem freudigen Gefühle hingibt. — Doch gerade in dieser Gestalt hat die epische Gestaltung, wie sie der Dichter benützte, dem Charakter des dramatischen Helden geschadet. Der Gedanke, daß ein Mann dem anderen die Gattin erwirbt und dann wie eine Waare schenkt, ist für unser Gefühl verletzend, und das ist es auch, was uns Gunther so verächtlich erscheinen läßt. Hagen Tronje ist in den Grundzügen auch übereinstimmend mit der Gestalt im Nibelungenlied: in beiden bildet die Lehenspflicht, die Liebe zum König das Motiv seines Handels. Die übrigen Gestalten sind von weniger Bedeutung, und wie schon bemerkt, der Kaplan besonders eine gänzlich unnöthige Figur, die nicht einmal eine episodische Geltung in Anspruch nehmen darf. — Die Sprache ist im Allgemeinen, wie in allen Werken Hebbels eine nach Naturwahrheit strebende, das Bild oft schön, hie und da gekünstelt. Die Aufführung war eine vortreffliche. Vor allen anderen müssen wir Hrn. Rüthling erwähnen. Das war der Siegfried, wie ihn Hebbel schuf, voll Jugendfeuer, Männlichkeit und stolzem Selbstgefühl und dabei noch unverdorbener Kindlichkeit — es wehte ein frischer Hauch durch die Schöpfung Rüthlings — er ging vollkommen auf und zeigte uns wieder einmal sein echtes wahres Streben. Von bedeutender Schönheit war die Erzählung im Vorspiel, die an Lebendigkeit und Wahrheit des Ausdruckes vollendet genannt werden kann. Hr. Dahn (Hagen) spielte in einzelnen Theilen vortrefflich — er vermied jedes Pathos, dem auch die Sprache Hebbels widerstrebt. — Die zwei andern größeren Herrenrollen waren in den Händen der HH. Richter und Christen (Gunther und Voller) und wurden von ihnen gut durchgeführt. Von den Damen gebührt Fr. Dahn ebenso wie Frl. Ziegler Lob — doch reicht die physische Kraft der ersteren für den letzten Act nicht aus. Hier könnten übrigens bedeutende Kürzungen nicht schaden. Frl. Ziegler war in einzelnen Scenen ganz die den Asen Entsprossene, nur möge sie sich hüten, dem in ihr liegenden Hange nach dem Pathetischen Folge zu leisten. Es ist richtig, daß diese Gestalt, wie sie Hebbel schuf, eine gewisse pathetisch leidenschaftliche Erfassung erlaubt. Doch das Zuviel entrückt sich jener Sphäre, in welche unsere Empfindung mitfolgen kann. Vorzüglich war die Scene, in welcher Siegfried und Chriemhild vereint werden, und Brunhild sich zwischen sie stellt, ebenso jene, in welcher sie den eigentlichen Sieger kennen lernt. Das Ensemble war gut, die Ausstattung eine vorzügliche. Zu loben ist die Wahl der Ouverture, die mit ihren leidenschaftlichen bewegten Rythmen eine passende Einleitung bildete; ebenso stimmte die antikisirende Melodie des Marsches in den Rahmen des Ganzen. Zum Schlusse sagen wir der Intendanz unsern Dank, daß sie dieses Werk auf die Bühne brachte. — Es kam spät, doch es kam. Könnte nicht auch „Magdalena" vorgeführt werden? Das Publikum

nahm mit sich steigerndem Interesse, das erst der fünfte Akt schwächte, Antheil, und rief die Hauptdarsteller. — Das Haus war sehr gut besucht.

(Opernbericht.) 12. März. Vergangenen Sonntag sang Hr. Vogl zum Erstenmale den „Tannhäuser" und erfreute uns mit einer sehr verdienstvollen Leistung, welche wieder einen bedeutenden Fortschritt des fleißigen und talentvollen Sängers bekundet. Auch mit der Auffassung der Rolle können wir uns im Ganzen einverstanden erklären; doch möchten wir uns zu fragen erlauben, warum Herr Vogl schon beim Auftreten zum Sängerkriege ein so finsteres Gesicht machte, statt voll Siegesbewußtsein und in Folge der Zusammenkunft mit Elisabeth freudestrahlend zu erscheinen, in der Hitze des Kampfes, von der Erinnerung an das Erlebte überwältigt, sein Geheimniß zu verrathen, und erst dann, als er fühlen muß, daß Elisabeth für ihn verloren ist, sich in Reue und Schmerz zu verzehren? Das Tempo der Erzählung von der Romreise wurde viel zu langsam genommen; dadurch wird die ganze Scene so gedehnt, daß man deren Ende sehnlichst herbeiwünscht; Hr. Vogl sang die Erzählung sehr hübsch, nur war besonders hier eine viel zu breite Aussprache der Vokale überhaupt, besonders aber der „au" und „ei" bemerkbar, eine bei Hrn. Vogl in neuerer Zeit sehr hervortretende Manier, von der abzulassen wir ihm in seinem eigenen Interesse wohlmeinend rathen. Von den übrigen Mitwirkenden verdienen lobend genannt zu werden Frln. Stehle und Hr. Kindermann, auch Frln. Ritter sang die kleine Partie des Hirtenknaben sehr brav. Frau Vogl zeigte als Venus, daß man auch die schwierigsten Intervalle richtig treffen kann, wenn wie bei ihr, die nöthige musikalische Begabung vorhanden ist; Hr. Bausewein war nicht gut bei Stimme. Die Oper wurde gut gegeben und bewies auch das scenische Arrengement die kundige Oberleitung. — Ueber die Aufführung von Dittersdorfs „Doctor und Apotheker" wollen wir uns jedes Urtheils enthalten. Die Opperette mußte als Lückenbüßer statt der angesetzten „heimlichen Ehe" dienen und schien ohne genügende Proben gegeben. Gestern sang in „Figaro's Hochzeit" von Mozart Frln. v. Bogdani die Susanne als letzte Gastrolle. Wir können nur unser Bedauern aussprechen, daß die Stimme für unser Theater eben nicht ausreicht; im Uebrigen, was Schule und Spiel anbelangt, ist Frln. v. Bogdani volles und rückhaltloses Lob zu spenden. Wir sind überzeugt, die Sängerin wird, wenn sie sich kleineren Bühnen zuwendet, bedeutende Erfolge erzielen.

Frau Diez und Herr Kindermann sangen, daß dem Zuhörer das Herz aufging; auch Hr. Bausewein war als „Figaro" sehr gut; die kleineren Parthien waren gut besetzt; Hr. Fischer — Bartolo — sang die Rachearie mit Geschmack und Mäßigung. Dem Orchester können wir dießmal kein Lob spenden; besonders in der Begleitung waren mehrmals bedenkliche Schwankungen bemerkbar. Hr. Wüllner scheint auch nicht die nöthige Energie zu haben, sonst könnten solche Vorkommnisse, die doch nur in der Unaufmerksamkeit Einzelner ihren Grund haben, nicht so häufig, wie es gestern geschah, zu Tage treten.

Vermischtes.

(Zum Setzerstrike in Wien.) Karl v. Thaler entwirft in einem an die „A. A. Z." gerichteten Wiener Briefe ein ergötzliches Bild von den Folgen des Setzerstrikes. In den Redaktionen der großen Journale, so schreibt er, herrscht Vormittags unheimliche Stille und Oede. Keine Zeitungen rauschen, keine Scheeren klappern, keine Federn kratzen. Im Vorzimmer nicken die Diener, in den dunkeln Gängen seufzen die Schatten unterdrückter Leitartikel, zu lang befundener Feuilletons und gemeuchelter Originalcorrespondenzen. Ab und zu kommt ein Mitarbeiter, aus Gewohnheit oder der fremden Zeitungen wegen; aber er hält es nicht lange in den leeren Räumen aus und flüchtet in ein Café. Erst gegen Abend wird es, wie sonst lebendig; die Mitarbeiter sind da, aber sie haben nicht viel zu thun. Man vertreibt sich die Zeit; jedes Zimmer wird zum Plauderstübchen, und nebenbei verrichtet man die kleinen Geschäfte des Tages. Von dem ohnehin reducirten Texte besorgt ja die Hälfte, allen Blättern in entsetzlicher Gleichförmigkeit gemeinsam, die Interimsredaktion. Sie ist das unerhörteste Schauspiel in der Journalistik und jedenfalls das merkwürdigste Ergebniß des Setzerstrikes, diese Interimsredaktion. Sie hat vereint, was sonst immer getrennt war, und die Vertreter von zehn Blättern sitzen in Einem Zimmer, ohne sich gegenseitig zu verfolgen. Vormittags arbeiten die Delegirten im Hause der „Alten", Nachmittags im Gebäude der „Neuen Freien Presse". Die Interimsredaktion ist also auch beweglich. Für die Aufgabe, welche sie zu erfüllen hat, zählt sie viel zu viele Mitglieder. In der Interimsredaktion entschloß man sich nach vier Tagen, den Rath der Zehn auf die Hälfte herabzusetzen und jeden Tag nur fünf Herren zu beschäftigen. Dadurch ist die Unruhe etwas vermindert worden und das Interimsblatt wird früher fertig. Ohne heftige Debatten geht es aber auch jetzt noch nicht ab, denn die Interessen sind doch gar zu verschieden. Es ist, als ob Hund und Katze aus einer Schüssel speisen sollten — man beknurrt sich gegenseitig.

— Die Neue Freie Presse bringt in ihren Inseraten folgende, die wir ihrer Curiosität halber hier mittheilen:

An die geehrten Herren Einbrecher und Diebe Wiens!

Wer die mir am 20. v. M. in der Krugerstraße gestohlenen Alterthümer und Werthseffecten wieder in meinen Besitz bringt, erhält als Belohnung denselben Betrag, welchen ein sehr gut zahlender Tandler gibt, kann sich die sämmtlichen Kleider als Andenken an einen geschickt gemachten Einbruch behalten und bleibt meinerseits von jeder weiteren Verfolgung verschont. Wer mir schriftliche Andeutungen über den gegenwärtigen Besitzer obiger Gegenstände macht, erhält im Bewahrheitungsfalle 200 fl. Belohnung; wer mir jedoch die Herren Einbrecher und Diebe, falls sie sich über obenstehende höfliche Aufforderung nicht selbst melden sollten, bezeichnet, erhält eine Gratification von 100 fl. Oe. W. Schriftlicher Verkehr unter „Amerikaner Nr. 2345" poste restante Wien.

— [Tod durch Narkose.] Auf Prof. Billroth's Klinik (Wien) wurde eine Frau behufs einer an ihr vorzunehmenden Operation narkotisirt. Einige Minuten, nachdem die Narkose begonnen, hörte die zu Operirende auf, zu athmen und zu pulsiren. Alle der Wissenschaft zu Gebote stehenden Wiederbelebungsversuche — künstlich beigebrachtes Athmen, Anwendung des elektro-galvanischen Stromes — blieben trotz der energischesten Anstrengungen Professor Billroth's und seiner Assistenten fruchtlos.

— [Gräfin Forgach] kehrte neulich Abends mittelst der ungarischen Nordbahn von einer Hochzeit nach Pest zurück. Bald darauf machte die Gräfin die unangenehme Wahrnehmung, daß aus ihrem Reisekoffer, welcher als Gepäck aufgegeben war, der Betrag von 6000 fl. nebst Pretiosen im Werthe von 86,000 fl. entwendet war. Ueber erfolgte Anzeige wurden sofort Nachforschungen eingeleitet, und wurden auch am Samstag die Thäter, ein Magaziner und ein Aufseher der Nordbahn in Pest, eruirt und verhaftet. Die gestohlenen Werthseffecten, welche theilweise auf einem Ackerfelde vergraben waren, wurden vorgefunden.

— Der 84 jährige Dr. Pfeiffer aus New-Oxford (Pennsilvanien), der einzige in Amerika lebende Waffengefährte Theodor Körner's, wird am 20. März seine goldene Hochzeit feiern und dann eine Reise nach Deutschland machen, um nach 53 jähriger Abwesenheit seine Heimath wiederzusehen.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 14. März. Wochenausweis der österr.-französischen Staatsbahn. Die Einnahmen ergaben 613,936 fl.; es entziffert sich somit eine Mindereinnahme von 107,806 fl. gegen die gleiche Woche des Vorjahres.

Paris, 14. März. Die „Correspondance Havas" meldet offiziös, daß die französische Regierung bis gestern noch nicht im Besitze einer Antwort des päpstlichen Stuhles auf ihre Note bezüglich der Vertretung Frankreichs beim Concil gewesen ist.

Bologna, 14. März. Römische Nachrichten aus guter Quelle besagen: Die französische Note vom 20. Februar hatte nicht den Zweck, die Regierung zu einem officiellen Schritt gegen die päpstliche Unfehlbarkeit zu bestimmen. Frankreich verlangt aber,

sich durch einen Specialbevollmächtigten über die Fragen vernehmen zu lassen, welche durch die Veröffentlichung der 21 Canones aufgeworfen sind, und welche auf eine Art von Theokratie hinauslaufen. Andere Nachrichten fügen bei, daß die Regierung von dieser Veröffentlichung nichts wußte, als sie die Absicht, sich in die Concilfragen mit einzumischen, kundgab, und daß sie damals glaubte, das Concil werde sich auf eine Prüfung rein religiöser Fragen beschränken. Diese Hoffnung sei durch die Veröffentlichung der 21 Canones hinfällig geworden. Letztere seien ein gewaltsamer Bruch mit allen Principien, auf welchen die Regierungen und die moderne Gesellschaft beruhen, eine Verletzung, mit der sich keine Regierung Europas einverstanden erklären kann.

Washington, 13. März. Die vom Senate angenommene Consolidirungsbill ist an das Repräsentantenhaus gegangen und von demselben dem Finanzcomité zugewiesen worden. Die Bill dürfte bedeutend modificirt oder ganz zurückgezogen werden.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Straubing, 12. März. Trotz schlechten Wetters war die heutige Schranne wieder gut befahren, aber auch von vielen Käufern besucht u. ist namentlich Waizen zu steigenden Preisen aufgekauft worden. — Nach Qualität holte:

Weizen fl. 16 bis fl. 19 Roggen fl. 12 bis fl. 12 1/2
Gerste „ 9 „ „ 12 Hafer „ 7 1/2 „ „ 8 1/2

Nachstehend die officiellen Resultate der „heutigen Schranne zu Straubing„

	Umsatz. Schffl.	Rest. Schffl.	Höchster.	Mittlerer.	Niedrigster.	Gef. kr.	Gest. kr.
			Durchschnittspreis				
Weizen	1000	15	fl. 18 16	fl. 17 21	fl. 15 13	—	8
Roggen	207	—	„ 13 2	„ 12 33	„ 12 26	—	25
Gerste	858	49	„ 11 29	„ 10 41	„ 9 4	—	14
Hafer	150	3	„ 8 21	„ 7 43	„ 7 14	—	9
„und der gestrigen Schranne zu Landshut“							
Weizen	1724	16	fl. 17 52	fl. 16 26	fl. 14 26	—	46
Roggen	538	—	„ 12 11	„ 12 1	„ 11 50	—	10
Gerste	985	172	„ 11 30	„ 10 23	„ 9 8	—	22
Hafer	434	15	„ 8 10	„ 7 47	„ 7 10	—	—

Lindau, den 12. März. (Geschäftsbericht von Conr. Stoffel in Lindau). Die Besserung des Geschäftes machte in dieser Woche, nachdem die Verkäufer Angesichts der immer schwächer werdenden Vorräthe zurückhaltender geworden sind, weitere Fortschritte und zwar brachte sich dieselbe sowohl in einer lebhafteren Kauflust, als auch in einer neuen Preissteigerung zum Ausdruck. Man bewilligte nachstehende Preise.

Ungar-Waizen, feinste Ausstichsorten fr. 28 1/2—28 3/4. Prima, 27 3/4—28 1/4. Mittelsorten fr. 26—27 1/4. (Per 200 Zollpfund franco Romanshorn oder Rorschach verzollt).

Frankfurt a. M., 14. März. (Schlussc.)

Wechsel auf London	120	Oest.-franz. Staatsbahn	374 1/2
„ „ Paris	95 1/8	Bayr. Ostbahn-Actien	119 1/4
„ „ Wien	96 1/8	Elisabeth-Prior. I. Em.	77 5/8
5 proc. bayr. Anleihe	101	4% bayer. Prämien-Anl.	106
4 1/2 „ „ „	91 3/8	Bad. Präm.-Anleihe	106
4 „ „ Grundrente	86 1/2	Oesterr. Loose v. 1860	79 7/8
4 „ „ Obligat.	86 1/2	„ Loose v. 1864	115 6/8
5 proc. österr. Metall., engl.	——	Alsenzbahn	86
5 „ „ National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	67 3/8
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	234 3/4
1882er Amerikaner	95 3/4	Napoleons	9.30
Oesterr. Bank-Actien	694	Rente Silber 58 1/2, Pap. 50 1/8.	
Credit-Actien	271 3/4	fest. Handelsbank	

Wien, 14. März. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	71.20	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	97.90	Steuerfr. Metall. on 1868	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	119.50	Napoleone	9.89
Oesterr. Bank-Actien	726.—	Wechsel auf Augsburg	102.90
„ Credit-Action	283.—	„ „ London	124.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	388.—	„ „ Paris	49.20
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	„ „ Frankfurt a. M.	103.20
„ „ Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	241.25
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 373.— Pap.-R.	61.50

Berlin 14. März (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	45 1/2	Lombarden	134
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	105 1/2	Italienische Anleihe	55 5/8
4 1/2 „ „ Anleihe	91 5/8	1882er amerikanische Bonds	96 5/8
Bad. Prämien-Anleihe	106 1/2	5 proc. preuss. Anleihe	101 5/8
Darmstädter Actien	130	4 1/2 „ „ „	93 1/2
Oesterr. Credit-Actien	155 7/8	Wechsel auf Augsburg	—.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	213 1/2	„ „ Frankfurt	—.—
Staatsbahn-Prioritäten	293	„ „ London	
Oest. fl. 500 Loose von 1860	80 1/4	„ „ Paris	
„ fl. 100 Loose von 1864	66 1/4	„ „ Wien	
5 proc. östr. National-Anl.			
		fest.	

Curse des Münchener Handelsvereins vom 14. März 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. 3 1/2% Obl.	fl. 1000	81 1/4	
4% ganz. Obl.	1000	86 5/8	86 1/4
4% halbj. Obl.	1000	86 5/8	86 3/8
4% Grundr.-Obl.	1000	86 3/4	86 1/2
4 1/2% ganzj. Obl.	1000	92	91 3/4
4 1/2% halbj. Obl.	1000	92	91 3/4
4 1/2% „Milit. „	1000	92	91 3/4
5% Obl.	1000	101 1/2	101 1/4
4% Münch. Obl.	1000		
5% „ „	1000	101 1/8	100 3/4
4 1/2% Ostbahn-Aktien		119 1/2	119
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung		86 1/4	85 7/8
dto. volle		86 1/4	85 7/8
Pfdbr. d. bayer. Hyp.- u. W.-Bank	à fl. 1000	90 5/8	90 3/8
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.		100	99 3/4
Aktien „ „		830	828
Bayer. Handelsbank-Act.			99
Vereinsbank		120 1/2	119 1/2
Württemberg. 4 1/2% Obl.			
Oesterreich 4 1/5% Silb.-Rte. 6/7		58 5/8	58 1/2
Pap.-Rte „			
5% Nation.-Anl. „ 5/8			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à 116 2/3			
5% Met. Stfr. v. 1866 6/7			
Oest. Bank-Aktie			
Cred.-Aktien		272	271 3/4
Oest.-franz. Stsb.-Aktien		374 1/2	373 1/2

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb.	233	232 1/2
Preußen. 4 1/2% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. 2 1/2	95 3/4	95 5/8
„ 1884 „		
„ 1885 „		
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	106	105 1/2
4% Bad. „	107	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	6 1/2	
Pappenheimer dto.	5 3/4	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose	18 1/2	
Oester. 1854er Loose à fl. 250 5/8		
„ 1860er „ à fl. 500 6/7		
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred. Loose		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		300
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		123
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor	95	
Chemische Fabrik Heufeld		
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn		
„ Siebenbürger Bahn		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. I. Em. 6/7		75 1/2
dto. II. „ „	75 1/2	
„ Kronpr. Rudolph-Bahn „	77	

		Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn „		79 1/4	
„ Siebenbürger Bahn „			
„ d. Böhm. Westbahn „			
„ Alföld Fiumander Bahn „			
Wechsel.			
Amsterdam fl. 100 holl.	K. S.		100 1/2
	L. S.		
Augsburg fl. 100	K. S.		
	L. S.		100
Berlin Rthlr. 60	K. S.	105 1/8	104 7/8
	L. S.		104 7/8
Frankfurt fl. 100	K. S.		
	L. S.		100
Hamburg M.-B. 100	K. S.		88 1/2
	L. S.		88 1/2
Leipzig Rthlr. 60	K. S.	105	104 7/8
	L. S.	105 1/8	105
London Pfdst. 10	K. S.	120	119 7/8
	L. S.	120	119 7/8
Paris Fr. 200	K. S.	95 1/4	95
	L. S.	95 1/4	95
Wien fl. 100	K. S.	96 1/4	96
	L. S.		
Bank-Disconto für Platz-Wechsel			
„ „ Lombard.			
Geldsorten.			
Preuß. Friedrichsd'or		9.59	9.58
20 Francs Stücke		9.30 1/2	9.29 1/2
Preuß. Cassen-Scheine		105 1/8	104 7/8
Oest. Banknoten		96 1/4	96 1/8

Feuerversicherungs-Anstalt der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank.

Geschäfts-Ergebnisse pro 1869.

Das **Versicherungs-Kapital** der Anstalt laut Ausweis des vorjährigen Rechenschaftsberichtes am Schlusse des Jahres 1868 in Kraft mit	fl.	497,917,935.
erhielt im Jahre 1869 einen Netto-Zugang (abzüglich aller aufgehobenen und abgelaufenen Versicherungen) von	fl.	24,388,712.
betrug somit ultimo Dezember 1869	fl.	522,306,647.
Für **Brand-Entschädigungen** wurden an 331 Brand-Beschädigte verausgabt	fl.	395,245.
und seit dem Bestehen der Anstalt	fl.	6,699,303.

Deckungsmittel sind:

Das ursprünglich **baar eingezahlte** Garantie-Kapital von	fl.	3,000,000.
Der kompletirte **Reservefond** von	fl.	1,000,000.
Die **Prämienreserve** von	fl.	277,376.
	fl.	4,277,376.

Die Bank versichert Gebäude, Mobilien, Waaren, Maschinen, Feldfrüchte, Vieh ꝛc. ꝛc. gegen Feuer- und Blitzschaden (auch kalten Schlag) zum **vollen** Werthe und findet bei derselben **keine** in **vorhinein** bestimmte **Abminderung** der Erntevorräthe statt auch leistet die Bank Ersatz für das beim Brande **Abhandengekommene**.

Die Anwendung von transportablen Dampfmaschinen (Locomobilen) als bewegende Kraft für landwirthschaftliche Maschinen jeglicher Art ist durchaus unter einfachen, nicht lästigen Bedingungen gestattet.

Im Falle einer Vorauszahlung der Prämie auf mehrere Jahre gewährt die Bank **alle jene Vortheile**, welche andere solide Versicherungsanstalten einräumen.

Zur Vermittelung von Versicherungen unter Zusage billiger Prämien und prompter Entschädigung im Unglücksfalle erbieten sich die Agenten der Feuerversicherungs-Anstalt der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank.

H. Bienenfeld in München.
C. A. Buchner in München.
Dr. Byschl in Garmisch.
Gg. Eder in Starnberg.
Ad. Engelmayer in Dachau.
Isid. Führer in Holzkirchen.
Carl Gärner in München.
Th. Herschmann in Miesbach.
Gg. Hueber in München.
Chr. Lechner in Niederaschau.
Frz. Lechner in München.
A. M. Lutz in Tölz.
Joh. Bapt. Mayr in München.
Heinr. Meggendorfer in Aibling.
W. Putscher in Bruck.
Isid. Reinhard in Tegernsee.
Adam Rosenhauer in Wolfratshausen.
Jos. Schwab in Ebersberg.
Mor. Schwab in Thalkirchen.
Seb. Selbertinger in Stein.
J. N. Sollinger in Traunstein.

1106 (a—b)

Kgl. Residenz-Theater.

Dienstag den 15. März.

Am Clavier.

Lustspiel in 1 Aufzuge nach dem Französischen von Grandjean.

Regie: Herr Richter.

Personen:

Jul. Franz, Liedercompositeur	Herr Rohde.
Bertha v. Beaumont	Frau Dahn.
Julie, deren Kammerfrau	Frl. Lanzlott.
Ein Diener	Hr. Leibold.

Hierauf:

Zum 1. Male:

Die rothe Schleife.

Lustspiel in 4 Aufzügen v. Deinhardstein.

In Scene gesetzt vom K. Regisseur Herrn Richter.

Personen:

Dutaumont, Präsident der Akademie der Wissenschaften	Herr Rüthling.
Alphonse Marquise de la Bare	Hr. Christen.
Henri, sein Neffe	Hr. Häusser.
Francois Marie Arouet de Voltaire	Hr. Possart.
Friedrich König, Professor der Mathematik in Berlin	Hr. Richter.
Marquise de Chatelet	Frl. M. Meyer.
Louise v. Grillon	Frl. J. Meyer.
Ein Kammerdiener Voltaires	Hr. Leigh.
Ein Kammerdiener der Frau von Chatele	Herr Davibeit.
Ein Diener des Präsidenten	Hr. Thoms.

Ort der Handlung: Paris. Zeit: 1746.

Preise der Plätze: Ein Galerienoble-Sitz 2 fl. — kr. Ein Parket-Sitz 1 fl. 30 kr. Parterre — fl. 48 kr. Gallerie fl. — 18 kr.

Anfang 1/2 7 Uhr. Ende um 9 Uhr.

Münchener Aktien-Theater

Dienstag den 15. März.

Letzte Operetten-Vorstellung.

Die Großherzogin von Gerolstein.

Komische Operette in 4 Akten von Meilhac, deutsch von Julius Hopp.

Eröffnung der Abend-Kasse 1/2 7 Uhr.
Anfang 7 Uhr. Ende nach 9 Uhr.

Gestorbene.

Am 11. März. Bouhler Xaver, Major im k. 2. Infanterie-Regim. v. H., 46 J. — Ehrlich Gustav, Hauptm. im 3. Artillerie-Regim. v. H., 38 J. — Sixt Karl, Kaufmann v. Schweinfurt, 49 J. — Strobl, Taglöhner v. Gundelfingen, 70 J.

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer. — Druck der C. Stahl'schen Buchdruckerei.

Prämien-Anleihe

der kaiserlich

Ottomanischen Regierung,

emittirt durch Vermittlung der Société Impériale des Chemins de fer de la Turquie d'Europe.

Oeffentliche Subscription

auf 750,000 Prämien-Obligationen

jede zu 400 Francs Nominale.

Die Zahlung sowohl der Zinsen als der Rückzahlungsquoten erfolgt directe und ohne irgend einen Abzug an den Besitzer durch die ottomanische Regierung.

Jede Obligation trägt jährlich 12 Francs Zinsen, zahlbar halbjährig am 1. April und 1. October.

Die Rückzahlung der Obligationen geschieht durch Verloosung. Es finden jährlich 6 Ziehungen, und zwar: am 1. April, 1. Juni, 1. August, 1. Oktober und 1. Dezember statt. Die **erste** Ziehung erfolgt jedoch ausnahmsweise am 30. April 1870.

Von den bei jeder Ziehung laut Amortisationsplan zur Verloosung gelangenden Obligationen werden 50 Obligationen mit größeren Treffern, die übrigen al pari d. i. mit 400 Francs verloost. Die höchsten Treffer und die Gesammtbeträge aller Treffer sind:

	Treffer der ersten gezogenen Nummer.	Totale der verschiedenen Prämien bei jeder Ziehung.
von 1870 bis 1910 in den Ziehungen am:	Frcs.	Frcs.
1. April, 1. August, 1. Dezember . . .	600,000	800,000
1. Februar, 1. Juni, 1. Oktober . . .	300,000	400,000
von 1910 bis 1974 in den Ziehungen am:		
1. April, 1. August, 1. Dezember . . .	400,000	517,000
1. Februar, 1. Juni, 1. Oktober . . .	200,000	258,000

Subscriptions-Bedingungen.

Der Emissionspreis ist auf 180 Frcs. per Obligation festgesetzt, welche in folgender Weise einzuzahlen sind:

Bei der Subscription		Frcs. 30. —
Nach erfolgter Kundmachung über das Resultat der Subscription, gegen Ausfolgung der Interimsscheine		„ 75. —
Vom 15. bis 25. September 1870		„ 25. —
Vom 15. bis 25. März 1871		„ 25. —
Vom 15. bis 25. September 1871 gegen Ausfolgung der definitiven Stücke	Frcs. 25. —	
Abzüglich auf 3 Proz. Zinsen auf die früher eingezahlten Frcs. 155, gerechnet vom 1. Jänner 1870	„ 6. 50.	18. 50
	Zusammen	Frcs. 173. 50

Die von der Société Impériale des Chemins de fer de la Turquie d'Europe ausgegebenen Interimsscheine, die voll eingezahlt, sowie auch jene, auf welche die Einzahlungen an den vorgeschriebenen Terminen geleistet wurden, nehmen sofort Antheil an den Ziehungen.

Die Verzinsung der definitiven Stücke, welche gegen die Interimsscheine ausgetauscht werden, beginnt vom 1. Oktober 1871. Die bis zu diesem Datum auf die früheren Einzahlungen laufenden 3proc. Zinsen werden von der letzten Einzahlung in Abzug gebracht.

Der Ertrag dieser Anleihe ist für den Bau der Eisenbahnen der europäischen Türkei bestimmt, deren hohe Wichtigkeit in politischer, industrieller und commercieller Beziehung hervorzuheben überflüssig ist.

Die Subscription findet am 15. und 16. März statt:

in Konstantinopel b. d. Banque Impériale Ottomane,
„ „ „ Société du Crédit Générale Ottomane,
und bei allen Filialen dieser Institute,
„ Alexandrien bei der Filiale der Banque Impériale Ottomane,
„ „ „ „ Austro-Aegyptischen Bank,
„ Bukarest „ „ Banque Roumanie,
„ Wien „ „ Anglo-Oesterreichischen Bank,
„ Lemberg „ „ Filiale der Anglo-Oesterr. Bank,
„ Triest bei den HH. Morpurgo u. Parente,
„ Prag bei der Böhmischen Eskomptebank,
„ Graz „ „ Steiermärkischen Eskomptebank,
„ Amsterdam bei den HH. Lippman, Rosenthal u. Comp.,
„ „ „ „ „ Wertheim u. Gompertz,
„ Hamburg bei den HH. L. Behrens u. Söhne,
„ Berlin „ „ „ Richter u. Comp.,
„ Leipzig bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt,
„ Dresden bei Herrn Michel Kaskel,
„ Breslau bei dem Schlesischen Bankverein,
„ Frankfurt a. M. bei Herrn B. H. Goldschmidt,
in Frankfurt a. M. bei Herrn August Siebert,
„ „ „ HH. Gebrüder Sulzbach,

in München
bei Herrn Joseph v. Hirsch
und bei der
Bayer. Vereinsbank,

„ Stuttgart bei den HH. Pflaum u. Comp.,
„ Nürnberg „ „ „ Lödel u. Merkel,
„ Augsburg „ „ „ Chr. v. Froelich u. Söhne,
„ Genf bei den HH. Ph. Roget u. Söhne,
„ Zürich bei der Schweizerischen Credit-Anstalt,
„ Bern bei den HH. v. Wattenwyl Ernst u. Comp.,
„ Mailand bei den HH. Julius Belinzaghi,
„ Verona bei den HH. Figli di Laudadio Grego,
„ Florenz „ „ „ Em. Fenzi u. Comp.,
„ Neapel „ „ „ Meuricoffre u. Comp.,
„ Genua „ „ „ Frères Bingen,
„ Turin „ „ „ U. Geisser u. Comp.

Falls eine Ueberzeichnung der aufgelegten 750,000 Obligationen stattfinden sollte, werden die Zeichnungen einer verhältnißmäßigen Reduktion unterworfen.

Bei den oben bezeichneten, für die Subscription bestimmten Firmen und Bankinstituten wird ein Prospektus aufgelegt, welcher einen Auszug des Textes der definitiven Stücke, sowie die Amortisationstabellen enthält.

Konstantinopel, März 1870.

Société Impériale des Chemins de fer de la Turquie d'Europe.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr: Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Mittwoch, den 16. März 1870. **Nr. 74.**

Die Unfehlbarkeit der Bischöfe.

βϱ. Insoferne die Unfehlbarkeitserklärung des römischen Pontifex ein neues Attentat gegen die Vernunft enthält, ist der Beifall des Liberalismus für die hiegegen gerichtete Opposition vollkommen am Platze. Allein man darf darüber nicht vergessen, daß es außer dem Standpunkte eines recht und gut gläubigen römisch-katholischen Theologen doch auch noch andere und zwar höhere und freiere Standpunkte gibt, auf welchen man die von jener Opposition festgehaltene Unfehlbarkeit des Koncils (oder der Kirche) ebensowenig anerkennen kann, als die des Papstes.

Vom Standpunkte der gesunden Vernunft erscheint weder ein einzelner Sterblicher als unfehlbar, noch irgend eine größere oder kleinere Versammlung von Sterblichen, es mögen diese noch so reich an Weisheit, Titeln, Würden oder irdischer Macht sein.

Für die einfache gesunde Vernunft bedarf es auch gar keines weiteren Nachweises, daß das errare humanum auch von den christlichen Kirchenversammlungen gelte, — und zu allem Ueberflusse liefert die Geschichte diesen Nachweis auf's Allergründlichste. Gott den heiligen Geist, den Inbegriff aller Weisheit, für Alles das verantwortlich machen, was auf solchen Konzilien beschlossen worden, ist nur dann möglich, wenn man eben von vorneherein jeden Zweifel an den unfehlbaren Beistand des heiligen Geistes ausschließt und in Folge davon mit Verzicht auf selbständiges Denken sich für verpflichtet hält, ohne Ausnahme wirklich Alles zu glauben, was im Laufe der Jahrhunderte innerhalb der katholischen Kirche zum Dogma erhoben worden ist und noch erhoben werden wird.

Stellt man sich aber auf diesen Standpunkt, dann darf auch offenbar gar nicht die Möglichkeit eines irrthümlichen Konzilbeschlusses statuirt, es muß dann von allen Nichtstimmberechtigten ruhig und mit gläubiger Zuversicht abgewartet und hingenommen werden, was das Konzil als Sprachrohr des heiligen Geistes verkündet. Beschließt das Konzil die Unfehlbarkeit des Papstes, dann ist dieser Beschluß ebenso Inspiration des heiligen Geistes, wie alle anderen vorausgegangenen Beschlüsse, und die Opposition dagegen erweist sich hinterher als voreilige Afterweisheit, wie sie schon von Anfang nur ein Beweis bedauernswerther Glaubensschwäche gewesen.

Auch erscheint es von jenem Standpunkte aus als durchaus unstatthaft, aus der Art der Geschäftsordnung irgend eine Berechtigung vorhergehender oder nachfolgender Opposition gegen einen Konzilsbeschluß abzuleiten. Der Beistand des heiligen Geistes kann nicht davon abhängig gemacht werden, wie ausführlich und gründlich die Diskussion eines Dogma's sei, resp. gewesen sei. Oder ist etwa der heilige Geist nicht im Stande, eine entsprechende Geschäftsordnung herstellen zu lassen oder auch ungeachtet einer schlechten Geschäftsordnung der Wahrheit zum Siege zu verhelfen? Ja, die Konsequenz jenes Standpunktes erfordert es, anzunehmen, daß die vom Konzil ausdrücklich oder stillschweigend gebilligte Geschäftsordnung selbst unter dem Beistande des heiligen Geistes zu Stande gekommen sei. —

Zu irgend welcher Opposition gegen zukünftige oder bereits gefaßte Beschlüsse eines ökumenischen Concils ist man außerhalb des Kreises der Stimmberechtigten nur dann berechtigt, wenn man den Glauben an den Beistand des heil. Geistes aufgibt.

Nur unter dieser Voraussetzung bleibt der selbstständig prüfenden Vernunft ihr Recht und ihre Freiheit gewahrt, die sich der Mensch ohne Preisgeben seiner angebornen Würde von den vereinigten Bischöfen ebensowenig konfisziren lassen kann, wie von dem alleinstehenden Papste. Auch der allergelehrteste Theologe muß sich vor der Autorität des Concils beugen, wenn er diesem den Beistand des heiligen Geistes zuerkennt. So lange die opponirenden Bischöfe dem Papste die Unfehlbarkeit nur deshalb streitig machen, weil sie für sich selbst Unfehlbarkeit beanspruchen, können die denkenden Gebildeten mit ihrer Opposition nicht sympathisiren. Zudem ist noch in Aller Gedächtniß, daß die Herren Opponenten bei Erlaß der Encyklika und des Syllabus im Jahre 1864 und bei der Aufstellung des neuen Dogma's von der unbefleckten Empfängniß Maria's sich vollkommen gefügig erwiesen. Erst jetzt, da es sich um ihre eigenen Interessen handelt, sind sie oppositionell geworden. Sie nahmen keinen Anstand dem heiligen Vater beizustehen in dem Kampfe gegen den modernen Staat, gegen die Freiheit des Gewissens und der Wissenschaft, gegen die Civilisation, — wo es sich aber um ihre eben von dieser Civilisation längst verworfenen Rechte handelt, da hört man von den Syllabushirten jämmerlich über Unterdrückung und Tyrannei klagen.

Unter diesen Umständen müssen es die Gebildeten dem opponirenden Episkopate überlassen, seinen Streit mit dem heil. Stuhle allein auszufechten; — sie können sich nicht dazu verstehen, ihren Standpunkt der Vernunft und Gewissensfreiheit diesen Opponenten zum Opfer zu bringen, welche sich von jeher als ebenso arge Feinde dieser Freiheit erwiesen, wie die römische Kurie.

Ob die Bischöfe für die Knechtung des Geistes in eigenem Namen kämpfen oder im Namen ihres Oberhirten, das ist für Freiheit des Geistes gleichgiltig! Es ist gleichgiltig, ob sie vom unfehlbaren Papste allein, oder vom unfehlbaren Gesammtepiskopate verflucht und verfolgt wird!

Politische Tagesübersicht.

Stuttgart, 13. März. Die Frucht der durch die mehr als passive Haltung der Regierung sehr umfangreich gewordenen Agitation gegen das Kriegsdienstgesetz von 1868 ist jetzt gereift in Gestalt eines von über 40 Abgeordneten unterschriebenen Antrages, der gestern in der Kammer eingebracht wurde. Derselbe lautet: In Erwägung, daß es die Wichtigkeit des Gegenstandes verlangt, schon beim Beginn der Budgetsession die Ansicht der Kammer über einen der Hauptabschnitte des Etats darzulegen, und daß es alsbaldiger Ausarbeitungen bedürfen wird, um noch während dieser Session eine entsprechende Ordnung dieses Gegenstandes herbeizuführen, wird beantragt: die Kammer wolle 1) der k. Staatsregierung erklären, daß sie in den militärischen Einrichtungen solche Aenderungen geboten finde, welche die größten volkswirthschaftlichen und financiellen Nachtheile des bestehenden Systems erheblich, insbesondere durch Herabsetzung der Präsenz, zu mildern ge-

eignet sind, und daß sie die Ausgaben für Zwecke der militärischen Einübung nicht in der bisherigen Höhe zu verwilligen vermöchte; 2) demgemäß die k. Regierung bitten, noch im Laufe der Session entsprechende Vorlagen einbringen zu wollen. Die Unterzeichner sind theils Großdeutsche, theils Volksparteiler. Formulirt ist der Antrag von den Großdeutschen, und die Sache wurde so geschickt eingefädelt, daß es den Anschein gewann, als ob die Volksparteiler nur ungern einen, wie sie behaupten, so gemäßigten Antrag unterschrieben hätten. In der That aber enthält der Antrag so ziemlich Alles, was ein radicales Herz begehrt, und die Volksparteiler haben sich dadurch, daß sie den Großdeutschen scheinbar den Vortritt ließen, nur selbst von der Stellung eines nach weiter gehenden Antrages dispensiren wollen, für den keine Mehrheit zu erreichen gewesen wäre. Die Unterzeichner des obigen Antrages bilden für sich allein schon die Mehrheit der Kammer, und darin liegt der eigentliche Schwerpunkt der Sache. Welchen Ausweg Hr. v. Varnbüler dieses Mal finden wird, sind wir begierig zu erfahren.

Karlsruhe, 12. März. Ein Herr von Loe in Terporten (Rheinland) erläßt als zeitweiliger Präsident des kathol. Centralausschusses einen Aufruf mit einer Erklärung „tiefster Entrüstung" gegen alle Jene, welche es wagen, nur einen Athemzug von Zweifel gegen das Concil zu riskiren. Dies Schriftstück ist ein Zeichen kläglicher Geisteskncchtschaft; ohne allen Beweggrund wendet es sich mit Phrasen gegen die besten und aufrichtigsten Männer unseres Volks.

Aus **Süddeutschland**, 13. März. Wenn der Zersetzungsprozeß der 2 größeren süddeutschen Staaten durch die clerikal-demokratischen Parteihetzereien in ähnlicher Weise fortschreitet, wie bisher, so kann es in einigen Jahren leicht dahin kommen, daß die betreffenden Regierungen bei der Krone Preußen eine Bürgschaft und einen Schutz ihrer Existenz suchen müssen, den sie im eigenen Lande nicht mehr finden. Der jugendliche König von Bayern scheint dies jetzt schon besser einzusehen, als die rathlos zwischen den Parteien hin- und herschwankende und sich schließlich zwischen zwei Stühle niedersetzende württembergische Regierung. Bei diesem Anlaß ist bemerkenswerth, in welchem Sinne der Peuple français die deutsche Frage bespricht. Dieses Blatt bezeichnet als zwei Fälle, in denen Frankreich aus seiner beobachtenden Stellung heraustreten müsse: einmal einen unmittelbaren oder mittelbaren, von Preußen veranlaßten Angriff Deutschlands auf die französischen Interessen, und sodann einen von der deutschen Demokratie „sehr begreiflichen und sehr berechtigten Hilferuf zur Befreiung von der tyrannischen Regierung in Berlin (!)." Die deutsche Demokratie wird sich wohl für die Zumuthung bedanken, daß sie zur Sanktionirung des Rechts der Nationalitäten die rothen Hosen ins Land rufen soll! So sehr verübeln darf sie aber dem Peuple diese Beleidigung nicht. Ist doch schon in den Organen der bayerischen Ultramontanen oder sogen. Patrioten wiederholt auf französische Hilfe gegen die Verpreußung hingedeutet worden.

Dresden, 9. März. Etwa 150 Mitglieder der hiesigen nationalliberalen Partei nahmen bei ihrer gestrigen Zusammenkunft folgende Resolution an: „Die Versammlung spricht die Erwartung wie den lebhaften Wunsch aus, daß der norddeutsche Bund durch den Eintritt Süddeutschlands zu dem deutschen Reiche sich entwickeln werde, und sie hegt die Zuversicht, daß dieses das gemeinsame Ziel der Politik des Bundeskanzlers wie der nationalliberalen Partei ist."

Wien, 12. März. Nie ist in einer Frage mit weniger politischer Einsicht, mit größerem Eigennutz gehandelt und verfahren worden, als in der Frage der türkischen Bahnen. Die außerordentlichen politischen, strategischen und ökonomischen Vortheile, die für Oesterreich damit verknüpft sind, daß das türkische Bahnnetz, speciell die bosnische Linie desselben ausgebaut werde, wurden von unserer Finanzclique, deren Patriotismus aufhört, wo es keine Aussichten auf bedeutenden Gewinn und neue Dekorationen und Adelsdiplome gibt, gröblich verkannt oder gar Preis gegeben, bloß, weil das Geschäft nicht lucrativ genug schien. Und nun es doch von anderer Seite zu Stande kam, mißgönnt man dem Ersteher das „Profitche"; die Creditanstalt und Baron Wodianer lassen alle Minen springen, um das Geschäft zu verderben, das ihnen nicht in den Schooß gefallen ist. Eine kurzsichtige Regierung, die unter dem Einflusse alter Sympathie steht, folgt ihnen und ist in einen Augenblick lang sogar geneigt, zu einer Maßregel die Hand zu bieten, die vom Rechtsstandpuncte schlechthin nicht gerechtfertigt werden könnte, wie dies heute schon die Mehrzahl der Residenzblätter zugeben muß. Mit Recht ist man in Konstantinopel entrüstet über diese Treulosigkeit, und doch wieder nicht mit Recht. Denn man sollte dort nicht übersehen, daß es ja das eigenste Interesse ist, gegen das in Wien gesündigt wird, freilich von Leuten, die entweder kein Verständniß oder kein Herz für die Sache ihres Vaterlandes haben. Und vielleicht ist die Zeit nicht fern, wo sie sich bewußt werden, daß es ihre Schuld war, wenn die Schienenwege unausgebaut blieben, die den Handel der Türkei durch Deutsch-Oesterreich führen sollten, während es Ungarn schlau erreichen wird, daß man die serbische, als die ihm zu Nutze kommende Linie ausführt. Für alles das hat aber unser Reichsrath kein Wort, trotzdem es demselben nicht an Adepten der Kunst, Eisenbahnen zu bauen, fehlt.

Berlin, 13. März. Zu dem Nachdruck-Gesetze, das den Reichstag bald im Plenum beschäftigen wird, sind bekanntlich mehrere Amendements angekündigt. Das eine will eine Schutzfrist von vierzig Jahren bewilligen von dem Augenblicke an gerechnet, wo das Werk erscheint und dann zehn Jahre nach dem Tode des Autors, doch soll das Autorrecht nach dem Tode des Schriftstellers höchstens noch dreißig Jahre fortdauern. Das andere, namentlich in den Kreisen der Fortschrittspartei begünstigte, will die Schutzfrist überhaupt nur auf zwanzig Jahre nach dem Tode des Verfassers ausdehnen. Andere Amendements im Laufe der Debatte, wie nach den bisherigen Erfahrungen mit ziemlicher Bestimmtheit vorherzusehen ist, werden nicht ausbleiben. Das ganze Gesetz könnte daran scheitern. Wenn indessen der Regierung vorgeworfen wird, daß sie durch ein großentheils doctrinäres Festhalten an der Todesstrafe das Zustandekommen des Strafgesetzes gefährde und den Reichstag zu der Unfruchtbarkeit der preußischen Kammern verurtheile, so sollte auch die Majorität, möchte man glauben, Sorge tragen, daß ein im Ganzen gutes Gesetz, wie das über den Nachdruck, nicht durch zahlreiche und widersprechende Amendements Schaden erleide. Ein allzu gleichgültiges Hinweggehen über die Urtheile der Sachverständigen so gut wie der zunächst Betheiligten, die sich durchweg zu Gunsten der Vorlage in deren wesentlichen Bestimmungen ausgesprochen haben, dürfte sich doch wenig empfehlen.

— Die Nachricht, daß die Staatsregierung beabsichtige, in der in Aussicht genommenen außerordentlichen Landtags-Session eine Vorlage wegen Bildung eines Betriebsfonds bei der General-Staatskasse zu machen, ist, wie die Kreuzzeitung hört, vollständig grundlos.

— Mit Ausführung der Bundes-Gewerbeordnung machen die Behörden sich noch immer viel zu schaffen, namentlich so weit die Gastwirths- und Schankgewerbe, die bisher so vielfach reglementirten, in Betracht kommen.

— Ueber die Aussichten des Strafgesetzes bestehen noch ziemlich divergirende Meinungen. Während die Einen aus der bekannten Erklärung des Grafen Bismarck Günstiges prognosticiren, befürchten Andere die Regierung wolle nicht in die Lage versetzt sein, wegen der Todesstrafe allein das Gesetz abzulehnen, sondern gedenke dies auch durch andere Amendements des Reichstages zu motiviren und habe deßwegen die Durchberathung gewünscht. Ob das eine zu subtile Vermuthung ist, wird bald deutlicher zu übersehen sein.

— Aus dem Orte **Dörnigheim** bei Hanau geht dem Frankf. Journal die Mittheilung zu, daß der dortige Ortsgeistliche bei dem Begräbnisse eines Soldaten, der sich das Leben nahm, sich weigerte, die Grabrede zu halten und das übliche Geläute versagte. Dies veranlaßte den Hauptmann der betreffenden Kompagnie, mit 40 Kameraden des Verstorbenen diesem die letzte Ehre zu erweisen und am Grab einige Worte zu seinem Gedächtnisse zu sprechen. (Derartige Seelsorger sind in nicht wenigen Exemplaren heimisch diesseits und jenseits der Alpen, und die allein wirksame Medicin gegen solche Vorkommnisse ist die, in künftigen Fällen den betreffenden Geistlichen mit seiner Leichenpredigt unbehelligt zu lassen. Ist eine Grabrede durchaus er-

wünscht, so mache man es, wie es in anerkennenswerther Weise der Hauptmann in diesem Falle kurz und gut gemacht hat. Die Red.)

Gemünd i. d. Eifel, 9. März. Welche Ansichten der hiesige evangelische Pastor Herr Küster über Erziehung der ihm anvertrauten Jugend hat, beweist folgende Thatsache. Vor einigen Tagen gab der Hr. K. dem 13jährigen Sohne eines hiesigen Fabrikanten ein Buch aus dem evangelischen Leseverein zum Lesen betitelt: „Aus dem Leben des Papstes Pius IX.," in welchem der lieben Jugend recht anschaulich geschildert wird, wie Pius IX. schon im jugendlichen Alter von 16 Jahren Konkubinen gehabt, mit denen er Nächte durchgeschwärmt und Tags darauf in Gemeinschaft mit denselben vermittelst falscher Karten Andere betrogen und so Geld zur Fortsetzung seines liederlichen Lebenswandels erschwindelt habe u. s. w. In dieser Weise geht es in dem Buche fort und eine solche Lektüre wird einem — Kinde von 13 Jahren von einem evangelischen Pfarrer in die Hand gegeben. — Da hört denn doch Alles auf! meint die Rhein. Zeitung.

Thorn, 9. März. Eine Affaire, welche zwischen dem Gymnasial-Direktor Lehnerdt und dem Oberlehrer Prof. Dr. Hirsch vorgefallen, ist zur öffentlichen Kunde gelangt und macht keine geringe Sensation, weil sie dem toleranten und freisinnigen Charakter der hiesigen Bevölkerung widerspricht. Der Direktor L. wollte dem Prof. Dr. H. über sein öffentlich bekundetes Interesse für den hiesigen Protestantenverein amtliche Vorhaltungen zu machen, welches Ansinnen dieser zurückwies, indem er das Recht des Direktors hierzu, was er auch zu Protokoll erklärte, bestritt. Der Direktor L. brachte diesen Vorfall mit Wissen des Oberlehrers Dr. H. amtlich zur Kenntnißnahme des Provinzial-Schul-Kollegiums. Dieses soll rescribirt haben, daß der Direktor nach der Instruktion für Gymnasial-Direktoren, nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht habe, die Lehrer darauf aufmerksam zu machen, was ihrer Achtung bei den Schülern und deren Eltern Eintrag thun könnte und falls seine Vorstellung nichts fruchten sollte, darüber an die besagte k. Behörde zu berichten! Ein solcher Fall liege auch hier vor, denn es sei nicht angemessen, daß ein Lehrer in einer die religiösen Streitigkeiten herrührenden Angelegenheit öffentlich, und zwar als Redner Partei nähme, weil das die Schüler aufregen und bei deren Eltern Anstoß erregen könnte.

Oldenburg, 10. März. In der heutigen Sitzung des Landtages erfolgte zunächst die zweite Lesung des Gesetzentwurfs, betreffend das Beitragsverhältniß der drei Provinzen zu den Centrallasten des Großherzogthums. Bei der Abstimmung über die Regierungsvorlage ergab sich wiederum Stimmengleichheit, 14 gegen 14 Stimmen. Die Abstimmung wird morgen wiederholt werden. Nach der Geschäftsordnung ist, wenn auch die zweite Stimmung zu einem Beschlusse durch absolute Stimmenmehrheit nicht geführt hat, der zur Abstimmung gebrachte Antrag als abgelehnt zu betrachten.

Aus Norddeutschland, 9. März. Mit der Einführung des metrischen Systems wird eine neue Bezeichnungsweise der Geschütze Anwendung finden. Während bisher die veraltete Benennung nach dem Gewichte der Rundkugeln von Eisen und selbst von Stein auch da noch im Gebrauche war, wo solche längst nicht mehr existiren, wird man künftighin alle Geschützrohre nach dem Durchmesser der Bohrung, und zwar in Centimetern gemessen, bezeichnen. Die bisherigen 4-Pfünder werden 8-Centimeter-, die 6-Pfünder 9-, 12-Pfünder 12-, 24-Pfünder 15-, 72-Pfünder 21-, 96-Pfünder 24-Centimeter-Kanonen heißen.

Paris, 12. März. Der Monde behandelt den Minister des Auswärtigen wegen seines so bald wieder aufgegebenen Einschreitens in Rom mit schonungslosem Hohngelächter. „Wären wir in der Fastnachtszeit," ruft das ultramontane Blatt aus, „so würden wir glauben, der Herr Minister habe sich amusiren wollen." In diesem Tone geht es fort. Das Journal des Debats, das von Anfang an gegen jede Einmischung in Rom war, es sei denn durch Abberufung der Truppen, wiederholt heute seine Ueberzeugung, beklagt aber zugleich, daß die Regierung in dieser Sache nicht selbst das Wort ergreife, um das Land über seine Ansichten zu unterrichten. Aber die Ansicht des Cabinets ist ja so bekannt in clericalen Kreisen, daß sich eben daraus der Spott erklärt, mit welchem die Ultramontanen Daru und dessen Freunde behandeln.

Paris, 13. März. Der Constitutionnel glaubt zu wissen, daß der Kaiser dem Könige Franz d'Assisi durch einen General sein tiefes Mißfallen über die in seinen Familienbeziehungen eingetretene Störung mittheilen ließ. Der Constitutionnel fügt hinzu, der Kaiser habe den Wunsch ausgedrückt, ein gütliches Beilegen dieser Angelegenheit sich verwirklichen zu sehen, um Maßnahmen zu vermeiden, welche die französische Würde und Gastfreundschaft erheischen.

— Ich bin in den Stand gesetzt, die folgenden Einzelheiten über das neue von Ségris vorbereitete Volksschulgesetz zu geben. Der Entwurf des Unterrichtsministers bekennt sich schlechterdings weder zum Princip des obligatorischen, noch zu demjenigen des unentgeltlichen Unterrichts. Doch während er das erstere ganz unberücksichtigt läßt, macht er dem zweiten de facto doch bedeutsame Zugeständnisse. Herr Ségris stellt zunächst den Grundsatz auf, daß dem Familienvater die Pflicht obliege, für die Erziehung, resp. den Unterricht seiner Kinder Sorge zu tragen. Er lehnt sich darin an die in Belgien und in Preußen bestehende Gesetzgebung an. Aber er will jedem Kinde Gratisunterricht bewilligt sehen, dessen Vater vor der zuständigen Communalbehörde die Erklärung abgibt, daß er nicht im Stande sei, die Kosten des Unterrichts persönlich zu erschwingen. Nach Abgabe dieser Erklärung, die als eine Art testimonium paupertatis anzusehen, soll dann sofort völlige Unentgeltlichkeit des Unterrichtes eintreten. Daneben beschäftigt sich der Ségris'sche Entwurf in ganz entschiedener Weise mit der Aufbesserung der Gehalte der Volksschullehrer, und das betreffende Gesetz verlangt ganz bedeutende Creditеröffnungen zu diesem Zwecke, welche die Kammer schwerlich verweigern dürfte.

— Auf dem Justiz-Ministerium ist man ziemlich ungehalten über die Thatsache, daß einzelne auswärtige Blätter im Stande waren, den Anklageact gegen den Prinzen Pierre Bonaparte zu veröffentlichen, trotzdem das Gesetz dies verbietet. Französische Zeitungen die den Act zurückübersetzt und dann publicirt haben, werden offiziell verfolgt. Die wahre Untersuchung ist aber gegen den General-Prokurator Grandperret gerichtet, den man für die Untreue des betreffenden bestochenen Unterbeamten geradezu verantwortlich macht. Da man entschlossen ist, den Schuldigen zu treffen, so wird Hrn. Grandperret nichts übrig bleiben, um sich zu reinigen, als auf eigene Faust unter seinem Personale eine Untersuchung darüber anzustellen, wem etwa die strafbare Indiscretion zur Last fällt.

— Der Progrès de Lyon meldet über den neuen Erzbischof von Lyon, derselbe sei zwar kein Freund der Jesuiten, aber ein Liebhaber „fruchtbarer Wunder", und habe in Grenoble mit seiner bischöflichen Autorität die fromme Mystification von Lavalette lange Zeit gedeckt, ja, einen Geistlichen abgesetzt, der sich Spöttereien über „jene klägliche Jonglerie" erlaubt hatte.

Florenz, 11. März. Die Katastrophe der Wucherbanken von Neapel hat zu einigen Interpellationen Veranlassung gegeben, und die Interpellanten verfehlten nicht, die scandalösen Seiten dieses Processes an's Licht zu stellen. Nach Herrn Nicotera sollen mehrere Jesuiten hinter den Gründern jener Banken stehen; von Anderen wird behauptet, daß hochgestellte Beamte, der General-Procurator des Appellhofes, der Exminister Pironti, der Präfect von Neapel, d'Afflitto, einen Vortheil aus den Wucherbanken gezogen haben. Die Deputirten von Neapel verlangen die Absetzung d'Afflitto's, die man ihnen vielleicht zugesteht, damit sie sich auf einem anderen Gebiete nachgiebiger zeigen. Aber man weiß heute noch nicht, ob die von Nicotera begehrte Enquête von der Kammer genehmigt werden wird.

Rom, 9. März. Die Partei, welche für die Sanction des Syllabus und des Dogma's von der Unfehlbarkeit des Papstes im Glauben und Handeln (fidei et morum) streitet, sieht sich durch die Widersacher gedrängt, auf einem neuen Gebiete der Discussion ihre Stellung zu nehmen. War ihr früherer Standpunkt bei den Erörterungen der des absoluten Gehorsams, so muß der neue der des geschichtlichen Zusammenhanges und der Dialektik sein; denn die Bischöfe der Opposition, die täglich mehr begreifen, daß sie bei einer Abstim-

mung mit ihrer Minorität zu kurz kommen, haben erklärt, das Dogma von der Infallibilität selber sei anzugreifen, sein Inhalt zu prüfen und als dem Geiste des Katholicismus nicht conform nachzuweisen. Viele Federn gleiten bereits für diese Arbeit über das Papier hin; doch auch die Freunde des neuen Lehrsatzes sorgten dafür, daß der Papst von ihrem Festhalten an dem Vorsatze, ihn durchzubringen, überzeugt bleibe. Dazu ist, wenn er öffentlich erscheint, der neue Beifallsruf: „Viva Pio Nono Papa Rè infallibile!“ Die Zahl der in ihre Diözesen zu Ostern zurückkehrenden Bischöfe ist größer als anfänglich erwartet wurde. Die congregatio excusationum des Concils zeigt sich nicht schwierig, da bei dieser Gelegenheit die meisten Gegner der Infallibilität ohne Aufsehen entfernt werden können. In der That sind es eben diese, welche, durch den bisherigen Verlauf der Dinge gelangweilt, eine Luftveränderung suchen. Die Infallibilisten hoffen mittlerweile, desto mehr Boden zu gewinnen, und haben bereits zu dem Zwecke in ihren Diöcesen Collectiv-Adressen für das neue Dogma organisirt, welche von den Domcapiteln, geistlichen Vereinen und Klöstern so bald wie möglich herzusenden sind.

Madrid, 12. März. (Cortessitzung.) Auf eine Interpellation antwortete Prim, es sei nicht wahr, daß der amerikanische Congreß irgend ein von ihm unterzeichnetes Document, betreffs der Abtretung Cubas besitze. Auf eine Interpellation Castellar's antwortet Prim, und weist jede Idee auf einen Staatsstreich zurück. Prim sagt, wenn die Freiheit der Cortes bezüglich der Wahl des Monarchen bedroht wäre, so würde er sie gegen Alle vertheidigen.

Madrid, 12. März. Ueber das heute Morgens zwischen dem Infanten Heinrich von Bourbon und dem Herzoge von Montpensier stattgefundenen Duell ist folgendes Nähere bekannt geworden: Die Gegner machten drei Gänge, beim ersten Gange schossen sie in einer Entfernung von 10 Metern auseinander, ohne daß Jemand getroffen worden wäre. Der zweite Gang in einer Entfernung von 9 Metern blieb ebenfalls resultatlos. Beim dritten Gange in einer Entfernung von 8 Metern hatte Heinrich von Bourbon den ersten Schuß, fehlte jedoch und wurde sodann getödtet. Der Herzog von Montpensier zeigte während des Duells selbst sehr viel Kaltblütigkeit, war jedoch nach demselben sehr aufgeregt. Es mußte ihm zweimal zur Ader gelassen werden. Man versichert, daß die Ursache des Duells zwischen dem Herzoge von Montpensier und dem Infanten Heinrich von Bourbon, die Veröffentlichung eines den politischen Charakter Montpensier's verunglimpfenden Schreibens Heinrich's von Bourbon sei.

Rußland. Von den wegen Verdachts der Betheiligung an der nihilistischen Verschwörung in Rußland verhafteten Personen, deren Zahl Mitte Januar auf nahe 400 angegeben wurde, sind auf Anordnung des Untersuchungsrichters bereits viele, bei denen sich keine genügenden Indicien der Schuld herausgestellt hatten, aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Manchen der in Freiheit gesetzten Personen wurde das Verbleiben am Orte der Untersuchung gestattet; die meisten aber mußten die schriftliche Verpflichtung eingehen, den Sitz der Untersuchungs-Commission sofort zu verlassen. Die Russische Petersb. Zeitung gibt die Zahl der in Petersburg noch in Untersuchungshaft befindlichen Personen auf 105 an, will aber aus authentischer Quelle erfahren haben, daß noch weitere Freilassungen erfolgen werden.

Bayerische Angelegenheiten.

xx **München,** 15. März. (XIX. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Zu Beginn wurde der neuerliche Einlauf bekannt gegeben und von den betreffenden Referenten der einzelnen Ausschüsse mehrere Anzeigen über vollendete Referate erstattet. Ferner wurden zwei der neugewählten Günzburger Abgeordneten, die HH. Kastner und Bach eingeführt und vereidigt. Sodann brachte der k. Staatsminister der Finanzen, v. Pfretzschner, einen Gesetz-Entwurf ein, betreffend die provisorische Forterhebung der Steuern auch während des II. Quartals des laufenden Jahres.

Hierauf erstattete Abg. Dr. M. Barth Namens des I. Ausschusses Vortrag über die Anträge auf Abänderungen des Polizeistrafgesetzbuches und zwar des Abg. Dr. M. Schleich zu Art. 103 und 116, der Abg. Frhr. v. Stauffenberg und Greil zu Art. 92 und 93 de[s]selben und des Abg. Greil auf Revision des ganzen Gesetzbuches. [Wir] entnehmen demselben folgendes: In Art. 103 des Polizeistrafgesetzbu[ches] Abs. 1 ist bestimmt, daß, wer in öffentlichen Blättern oder Anschlä[gen] unerlaubte Lotterien oder Ausspielungen ankündigt, Loose oder [...] messen hiezu, oder Promessen auf Prämien in- oder ausländischer Lot[te]rien ausbietet, oder zur Theilnahme an solchen Unternehmungen [ein]ladet, an Geld bis zu 50 fl. zu bestrafen sei. Ferner bedroht A[rt.] 116 Abs. 1 desselben Gesetzbuches mit Geldstrafe bis zu 25 fl. den[jenigen], der in öffentlichen Blättern oder Anschlägen cosmetische Mi[ttel,] Geheim- oder andere Heilmittel, deren Verkauf von der zuständig[en] Behörde nicht erlaubt ist, anzeigt oder bei der Ankündigung solche[r] Mittel den Bedingungen zuwiderhandelt, unter welchen der Verkau[f] von der zuständigen Behörde gestattet worden ist. In den beiden e[r]wähnten Gesetzesartikeln ist sodann durch einen zweiten völlig gleich[]lautenden Absatz bestimmt, daß der gleichen Strafe wie der Ankündiger selbst auch der Redakteur, falls aber dieser für Ankündigungen nicht verantwortlich ist, der Verleger des öffentlichen Blattes, welches die strafbare Ankündigung aufgenommen hat, unterliege. Der Antrag des Abg. Dr. M. Schleich will nun die Strafe für den Ankündiger selbst bestehen lassen, die für den Redakteur dagegen beseitigen und zu diesem Zwecke den 2. Absatz sowohl des Art. 103 als des Art. 116 gestri[]chen wissen. Die Landtagsverhandlungen enthalten keine nähere Mo[ti]virung der vom Hrn. Antragsteller angegriffenen Gesetzesbestimmungen. Das Collectiren für ausländische Lotterien und die Ankündigung solcher Lotterien, sowie der Verkauf und die öffentliche Ankündigung und An[]preisung von Geheimmitteln findet sich auch in anderen Polizeigesetz[]gebungen unter das Strafgesetz gestellt. Eine ausdrückliche Bestimmung über die Ausdehnung der Strafbarkeit auf die Handlung des Redak[]teurs oder Verlegers, welcher sein Blatt zu derlei Ankündigungen her[]gibt, ist zwar in diesen Polizeistrafgesetzbüchern nicht enthalten, aber es finden eben auf denselben die allgemeinen Bestimmungen über Theil[]nahme und Begünstigung Anwendung und es muß als ein Vorzug des bayerischen Polizeistrafgesetzbuches betrachtet werden, daß in demselben wenigstens genau bestimmt ist, wann der Redakteur und wann der Verleger als mitverantwortlich zu betrachten komme. Der Ausschuß kann um so weniger den Antrag des Abg. Schleich zu Art. 103 be[]gutachten, als die bayerische Regierung und Volksvertretung im Jahre 1861 das Zahlenlotto als Staatsanstalt sicher nicht zu dem Zwecke aufgehoben hat, um auswärtigen Lotterien den Markt zu öffnen, was geschehen würde, wenn man die Ankündigung derselben in der bayeri[]schen Presse an den Redakteuren und Verlegern der inländischen Blätter ungeahndet ließe, während der auswärtige Ankündiger selbst für die bayerischen Gerichte in der Regel nicht erreichbar ist. Wenn Herr Dr. Schleich in den Motiven zu seinem Antrage anführt, daß durch Art. 103 Abs. 2 eine Wirkung zu Gunsten des öffentlichen Wohles doch nicht erzielt werde, weil ja dieselbe Annonce, wenn sie in einem nichtbayerischen Blatte steht, doch in Circulation komme, so ist dagegen zu erinnern, daß nichtbayerische Blätter bei uns doch lange nicht in dem Umfange wie die inländischen circuliren, und daß, wenn man einem Uebel nicht ganz steuern kann, das noch kein Motiv ist, um auch denjenigen Schutz, welchen man hat, noch aufzugeben. — Was Art. 116 Abs. 2 anlangt, so mag es früher für die Redakteure und Verleger der öffentlichen Blätter lästig gewesen sein, wenn sie sich vor der Aufnahme eines betreffenden Inserates immer erst den Nachweis darüber verschaffen mußten, daß das betreffende cosmetische oder Heil[]mittel von der zuständigen Behörde erlaubt sei. Dermal besteht nun aber ein Verzeichniß der ertheilten Verkaufsbewilligungen für cosmetische und Geheimmittel nach dem Stande vom 1. Oktober 1869, welches aus den Kreisamtsblättern, durch welche die jemals ertheilten Bewil[]ligungen veröffentlicht werden, leicht ergänzt und evident gehalten werden kann. Aus diesen Gründen empfiehlt der Ausschuß der hohen Kammer die Ablehnung beider Anträge des Abg. Dr. Schleich.

Der Antrag des Hrn. Abg. Frhrn. v. Stauffenberg bezweckt die Aufhebung des Verbotes von Sammlungen ohne polizeiliche Be[]willigung mit Vorbehalt der Bestimmung des Abs. 3. Art. 92, daher

der Inhalt dieses Absatzes als Abs. 2 zu Art. 89 hinaufgezogen und sodann Art. 92 und 93 gestrichen werden sollen. Zu diesem Antrage ist ein damit zusammenhängender Antrag des Hrn. Abg. Greil gekommen, welcher dahin geht: „die Art. 92 und 93 des Polizeistrafgesetzbuches gänzlich außer Kraft zu setzen und die k. Staatsregierung zu ersuchen, daß eine Revision des ganzen Polizeistrafgesetzbuches vorgenommen und der Kammer darüber in möglichster Bälde Vorlage gemacht werde." Nach Art. 92 Abs. 2 ist eine polizeiliche Bewilligung nicht erforderlich zu Sammlungen zu erlaubten Zwecken, welche Jemand bei Gelegenheit einer geselligen Zusammenkunft oder in einem Vereine welchem er angehört, oder im Kreise von Personen veranstaltet, mit welchen er in geselliger oder Geschäftsberührung, in freundschaftlichem oder verwandtschaftlichem Verhältnisse steht. Wer abgesehen hievon eine Sammlung von Geld- oder sonstigen Beiträgen oder von Unterschriften hiezu ohne die erforderliche polizeiliche Bewilligung unternimmt oder die erwirkte Bewilligung überschreitet, wird nach Art. 92 Abs. 1 des Polizeistrafgesetzbuches bestraft, und dieselbe Strafe trifft nach Art. 93, wenn ohne polizeiliche Bewilligung ein Aufruf zu Gaben oder Geldbeiträgen mit dem Erbieten zur Empfangnahme derselben in öffentlichen Blättern oder Anschlägen erlassen wird, den Verfasser des Aufrufes, sowie den Redakteur oder soferne dieser für Ankündigungen, nicht verantwortlich ist, den Verleger des Blattes, welches den Aufruf veröffentlicht hat. Bei der Debatte über diese beiden Artikel in der Kammer der Abgeordneten wurde gegen das dem Entwurfe zu Grunde liegende Prinzip nichts erinnert, sondern wurden nur die von den Referenten vorgeschlagenen nicht wesentlichen Aenderungen angenommen. Die Vergleichung anderer deutscher Polizeistrafgesetzbücher zeigt, daß auch in diesen das Prinzip des Verbotes von Collekten ohne polizeiliche Erlaubniß festgehalten ist. — Nachdem in der Ausschußberathung geltend gemacht worden war, daß der Gegenstand doch nicht wichtig genug sein dürfte, um eine Abänderung des Gesetzbuches zu motiviren, daß ferner für die völlige Freigebung aller Collekten, welche keine Hauskollekten sind, die Zahl der Sammlungen sich so sehr vermehren könnte, daß gerade für die wohlthätigsten und zweckmäßigsten Beiträge in ausreichender Weise nicht mehr zu erlangen wären, und nachdem endlich von Seite der k. Staatsregierung betont worden war, daß, wenn etwa das Bedenken bestehe, es möchte die erforderliche polizeiliche Bewilligung nicht immer so zeitig erfolgen, als es der Zweck der Sammlung oder wenigstens das Bedürfniß raschen Einschreitens erheische in dieser Beziehung, obwohl desfallsige Klagen bis jetzt zur Kenntniß der k. Staatsregierung nicht gekommen seien, im Verordnungswege nachgeholfen werden könne, empfiehlt der Ausschuß der Kammer, von einem Antrage auf Abänderung der Art. 92 und 93 des Polizeistrafgesetzbuches gänzlich abzusehen, sohin die Anträge der Hrn. Abg. v. Stauffenberg und Greil einfach abzulehnen. Anlangend den Antrag des Hrn. Abg. Greil, daß die k. Staatsregierung gebeten werden wolle, eine Revision des ganzen Polizeistrafgesetzbuches vorzunehmen und in möglichster Bälde der Kammer darüber Vorlage zu machen, so glaubt der Ausschuß, um so mehr gegen denselben sich aussprechen zu müssen, als ihm gegenwärtig der Zeitpunkt für eine allgemeine Revision des Polizeistrafgesetzbuches noch nicht gekommen zu sein scheint, vielmehr dieses Gesetzbuch nur in sehr wenigen Bestimmungen Anfechtungen erlitten hat, welche eine Berücksichtigung verdienen könnten, und wenn Beschwerden über dasselbe laut geworden sind, diese nicht so fast auf Rechnung des Gesetzbuches, als vielmehr eines mangelhaften Vollzuges kommen dürften. Es wird daher auch bezüglich dieses Antrages von dem Ausschusse die einfache Ablehnung der hohen Kammer vorgeschlagen.

Auf die Debatten, welche über diese Anträge sich entwickelten, und namentlich über den Antrag auf Abänderung der Bestimmungen über die Sammlungen sich sehr ausdehnten, gehen wir morgen des Nähern ein und bemerken wir nur, daß den Anträgen des Ausschusses entsprechend, die sämmtlichen Abänderungsvorschläge abgelehnt wurden. Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung, — Berathung über die Anträge auf Erlassung eines Gesetzes, direkte Wahlen zum Landtage betreffend und ein Vortrag des V. (für Beschwerden) und VI. Ausschusses (für Antragsprüfung) — wurden der vorgerückten Zeit wegen auf die für übermorgen angesetzte Sitzung vertagt.

Lokales und Provinzielles.

München, 15. März.

* Das heutige Bulletin über das Befinden des Prinzen Otto lautet: „Gestern ist der Fieberanfall ausgeblieben und Se. k. Hoh. der Prinz hat die Nacht in ruhigem Schlafe hingebracht. Dr. v. Gietl."

* Am Montag hielt Hr. Rektor Dr. Brentano im Arbeiterbildungsverein einen Vortrag über das neu einzuführende Maß und Gewicht. Der Vortrag war so erschöpfend und leichtfaßlich für die Arbeiter, daß er sich der wärmsten Anerkennung erfreute. Wir machen Arbeiter wie Meister umsomehr darauf aufmerksam, als Hr. Dr. Brentano nur die Einleitung zu einem Cyclus von Vorträgen gab, welche Hr. Prof. Scherer allwöchentlich fortsetzen und hiemit zugleich eine Lehrstunde zum Rechnen mit Decimalbrüchen verbinden wird. Auch Nichtvereinsmitglieder haben zu diesen Vorträgen Zutritt, welche im Vereinslokale Reichenbachstraße Nr. 9 (Ostendhalle) gehalten werden.

* Die einjährigen Freiwilligen des Infanterie-Regimentes Kronprinz veranstalteten gestern im Augsburger Hofe ihren Instruktions-Offizieren ein glänzendes Abschiedsbanquet.

ϱ (Aus der öffentlichen Magistratssitzung.) Herr Bürgermeister v. Steinsdorf theilt mit, daß er in der Geschäftsrepartitionsfrage sich an die k. Kreisregierung gewendet habe. — Mag.-Rath Billing spricht sich tadelnd über den durch die mehrfache Controle erschwerten Geschäftsgang bei der magistratischen Gemeindekasse sowie überhaupt über die große Vielschreiberei in der ganzen städtischen Verwaltung aus, worauf der I. Bürgermeister bemerkt, daß dieser Geschäftsgang durch die bei der Gemeindekasse der größern Uebersichtlichkeit wegen eingeführte Ingrossation bedingt worden sei; auch andere Kassen, z. B. die Staatsschuldentilgungskasse arbeite mit doppelter Controle. Diese Manipulation verursache keine besondere Plackerei des Publikums. — Der Kunst- und Handelsgärtner Scheidecker hat auf Veranlassung des Magistrates eine Skizze über die von ihm nachgesuchte Blumenausstellungshalle, welche er in der Eschen-Allee am Dultplatze placiren wollte, eingereicht. Der Bauausschuß schlägt vor, es solle diese sehr schöne Halle in die obere Rotunde bei Kaufmann Flad gestellt werden, wo sie eine Zierde des Platzes bilden werde; Scheidecker solle 100 fl. jährlichen Zins zahlen und ihm eine ½ jährige Kündigungsfrist gestellt werden. Mag.-Rath Krüger und Billing sind principiell gegen die Ueberlassung eines Platzes an Scheidecker, denn bald würden auch andere Gärtner, sowie Conditoren und Schweinmetzger mit ähnlichen Gesuchen kommen und diese könnten dann consequenter Weise nicht abgeschlagen werden; ob aber eine solche Besetzung der öffentlichen Plätze mit Buden zur Verschönerung der Stadt beitrage, bleibe sehr zweifelhaft. Abgesehen hievon, würde die Bewilligung solcher Gesuche dahin führen, daß jeder der genannten Gewerbtreibenden lieber sich eine allseitig offene Rotunde zum Verkauf auf freiem Platze anschaffe, als einen theuern Laden um 500—600 fl. miethe. Mag.-Rath Reim ist für Gewährung des Gesuches, da die Kündigungsfrist eventuell die Zurücknahme der Bewilligung gestatte. Auch Baurath Zenetti und Rechtsrath Ruppert sprechen sich der daraus folgenden Consequenzen wegen gegen eine Vermehrung der Buden auf öffentlichen Plätzen aus. — Bei der namentlichen Abstimmung wurde das Gesuch Scheideckers mit 14 gegen 12 Stimmen abgelehnt. — Die Erweiterung des Kochgäßchens am Lehel wird vom Bauausschusse als principiell nöthig anerkannt; die Erweiterung und Regulirung dieses Gäßchens nach der Tattenbachstrasse würde den Ankauf zweier Häuser im Betrage von 25,100 fl. erfordern; da vor der Hand keine Mittel dafür vorhanden sind, und es bedenklich wäre, schon jetzt über den Reservefond von 30,000 fl. zu verfügen, so soll der Antrag nach sechs Monaten wieder reproducirt werden. — Die Adjacenten der Maistrasse verlangen für den zur Regulirung derselben nöthigen Grund 30 kr. pro Quadratschuh; der Magistrat beschließt, auf seinem Angebote von 9 kr. stehen zu bleiben. — Der Bauausschuß schlägt vor, dem Hrn. Metschl zur Aufstellung von Trinkhallen fünf Plätze anzuweisen, nämlich einen in

der Anlage vor und einen hinter der protestantischen Kirche, einen auf dem Bahnhofplatz, einen neben der Mauth (weite Gasse) und einen am Promenadeplatz, was der Magistrat genehmigt. Rath Krieger bemerkt hiebei, daß der Magistrat dadurch, daß er diese Plätze nicht versteigert habe, wenigstens 1000 fl. weggeschenkt habe. Mag.-Rath Rau meinte, dieser Beschluß stehe dem bezüglich Scheidecker's gefaßten direkt entgegen, wogegen der I. Bürgermeister bemerkte, daß hier nur eine weitere Ausführung eines früheren principiellen Entschlusses vorliege, während in anderm Falle ein Princip gewahrt worden sei. — Um eine größere Lokalität für die öffentlichen Sitzungen zu gewinnen, beantragt der Magistrat, den Sitzungssaal des Gemeindecollegiums zu benutzen und dieserhalb mit dem Gemeindecollegium ins Benehmen zu treten. — Sowohl Mag.-Rath Thomas, dem bei Gelegenheit des Berichtes über die letzte Magistratssitzung hinsichtlich der Debatte über die Prozessionskosten im „Bayerischen Kurier" der Passus in den Mund gelegt wird, „er sei ganz einverstanden, die Frommen sollten nur die Prozessionskosten zahlen", als Rechtsrath Schrott, welcher nach dem „Bayerischen Kurier" in derselben Magistratssitzung gesagt haben soll, Hr. Pfarrer Westermaier habe bei seinem Amtsantritte gesagt: „Mein Vorgänger war ein strenger Mann, aber ich will euch mit Dornen streichen!" verwahren sich auf's Entschiedenste gegen diese solche absichtliche und tendenziöse Fälschung, über deren Zweck und Absichtlichkeit man um so weniger einen Zweifel hegen könne, da weder die eine noch die andere Aeußerung in jener Sitzung von irgend einem Magistratsmitgliede, geschweige von jenen gebraucht worden sei, denen sie imputirt wird. (Wir müssen dieß als wahr bestätigen und können ein solches unwürdiges Gebahren der Presse nur verdammen. D. Red.) Diese Diskussion veranlaßte Hrn. Billing zu beantragen, die Sitzungsprotokolle stenographisch aufnehmen zu lassen, was, wie er nach eingezogenen Erkundigungen mittheilen könne, nur 1200 fl. kosten würde, wodurch es dann möglich werde, solchen tendenziösen und böswilligen Verdrehungen der Wahrheit wirksam auf Grund des Preßgesetzes entgegen treten zu können. Der Antrag wird an einen eigenen Ausschuß verwiesen werden. — v. Steinsdorf bemerkte noch, daß der Magistrat außer bei der Frohnleichnamsprozession, auch an der Prozession in der Charwoche, an der der König mit großem Cortege theilnehme, sich werde betheiligen müssen, welcher Ansicht auch der Magistrat beistimmte.

Passau, 14. März. Nach einer Bekanntmachung der Donaudampfschifffahrtsgesellschaft beginnen die Personenfahrten auf der Donau am 15. März und werden an den ungeraden Tagen fortgesetzt von Passau nach Linz, und am 16. und den geraden Tagen von Linz nach Passau. Ab in Passau Nachmittags um 2 Uhr 10 Min., ab in Linz früh 7 Uhr.

Regensburg, 12. März. Der zur Zeit hier anwesende Schauspieler und Kammervirtuose Sr. k. Hoh. des Herzogs von Württemberg, Hr. Emil Siebert, wurde gestern durch die Ueberreichung des Diploms und der Insignien des tunesischen Iftikhar-Ordens (Commandeur II. Classe) angenehm überrascht. Wie wir erfahren, hatte Hr. Siebert im vorigen Jahre zum Besten der Familien der in den Plauen'schen Bergwerken Verunglückten ein Clavierstück: „Erinnerungen an Tunis" componirt und dem Bey Mahomed gewidmet.

Nürnberg, 13. März. In der heutigen, von der sozialdemokratischen Partei veranstalteten, sehr zahlreich besuchten Versammlung legte zunächst Hr. Löwenstein aus Fürth die mit jeder Finanzperiode sich steigernden Anforderungen des Militärbudgets dar und besprach die Mängel des jetzigen Wehrgesetzes. Hr. Mendel erörterte die Vorzüge des Milizsystems, kritisirte das Verhalten der Fortschrittspartei in dieser wichtigen Frage und appellirte an den wahren Freiheitssinn der Nürnberger. Schließlich wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen: „In Anbetracht, daß die dem Volke auferlegten Lasten des Volkes Kräfte übersteigen, daß diese Lasten herbeigeführt sind durch ein Militärsystem, das nicht zur Freiheit, sondern zur Unterdrückung des Volkes führt, das nur ein Trugbild der allgemeinen Wehrpflicht ist und das durch Einführung des Instituts der Einjährig-Freiwilligen eine neue verwerfliche Bevorzugung der bemittelten Klassen geschaffen hat, protestirt die heutige Versammlung nicht nur energisch gegen die vom Ministerium verlangte Steuererhöhung und gegen das bestehende Wehrsystem, sondern sie spricht auch allen den Abgeordneten, die nicht im Sinne der gerechten Volksforderung für Minderung der Steuern und Einführung der allgemeinen Volksbewaffnung stimmen, ein entschiedenes Mißtrauensvotum aus."

Fürth, 11. März. Der geschäftsleitende Ausschuß der Volkspartei in Bayern hat unter dem Titel: „Soll das bayerische Volk für seine gegenwärtige Militärverfassung auch noch neue Steuern bewilligen?" eine Flugschrift erscheinen lassen, in der „ein tiefer Schnitt in das Pensionswesen, die Herstellung einer möglichst kurzen Präsenzzeit, militärische Vorbildung der Jugend" als der Anfang zur „Befreiung von der drückenden Militärlast" bezeichnet werden.

Fürth, 14. März. Die Adresse gegen das Wehrgesetz hat in hiesiger Stadt 1300 Unterschriften gefunden und wird morgen an die Abgeordnetenkammer abgesendet werden. Auch in den benachbarten Landgemeinden werden Adressen des gleichen Inhalts vielfach unterzeichnet.

Augsburg, 13. März. Der am 12. März von Lindau kommende Schnellzug erlitt auf der Haltstelle Pforzen durch Entgleisung des Tenders, des Dampfheizwagens und eines Personenwagens aus bisher unbekannter Ursache einen Unfall, bei dem glücklicherweise Niemand eine Beschädigung erlitt. Die Bahn und das Fahrmaterial sind unbeschädigt. Außer einer Verspätung des Schnellzuges und der nachfolgenden Güterzüge ist eine weitere Störung nicht eingetreten und ist der regelmäßige Verkehr noch am 12. Abends eingetreten.

Gerichtssaal.

Augsburg, 13. März. (Verhandlung gegen K. Oberndorfer u. Gen. Schluß.) Samstag Abends erst gelangte das Beweisverfahren zu seinem Abschlusse. In zweistündiger Rede legte darauf der Hr. Staatsanwalt die Ergebnisse desselben dar und gelangte schließlich hinsichtlich sämmtlicher Reate zu einem Schuldantrage. Gegen halb 9 Uhr ergriff der Vertheidiger des Oberndorfer, Hr. Concipient Fischer, das Wort, um in einem ausgezeichneten Vortrabe sämmtliche Momente der Anklage zu entkräftigen. Redner erklärte Anfangs, daß er ebenfalls es als ein großes Unglück für die menschliche Gesellschaft betrachte, wenn eine so entsetzliche That ungesühnt bleibe, wenn es nicht gelinge, den Vollbringer einer so schweren That der gebührenden Strafe zu überliefern. Allein in dem Streben, den Vollbringer einer so gräßlichen That der Strafe zu überliefern, liege auch eine gefährliche Klippe, nämlich die Gefahr, um sich ja nicht die Sühne für die That entgehen zu lassen, von dem einmal Angeklagten nicht mehr abzulassen und dabei manche Spuren, welche im Verlaufe auf einen andern Thäter führen könnten, außer Acht zu lassen. Man könne im Uebermaße des besten und redlichsten Eifers, gerecht zu sein, auch ungerecht werden. Die Herren Geschwornen möchten mit scharfen Augen diese Klippe beachten, an der schon manchmal die Justiz gescheitert sei. Die durchgeführte Verhandlung habe nicht mit unumstößlicher Gewißheit die Schuld des Angeklagten dargethan; es sei nicht gelungen, mit einer Reihe von klaren Beweisen und Indicien einen immer enger geschlossenen Kreis zu ziehen, welcher mit Nothwendigkeit in seinem Mittelpunkte auf eine einzige bestimmte Person hinweise, welche jede andere Thäterschaft absolut ausschließe. Redner kömmt, nachdem er auf die vielen, nicht unwesentlichen Widersprüche, die die Verhandlung zu Tage gefördert, besonders aufmerksam gemacht und auf die nicht ausgeschlossene Möglichkeit, daß immer noch ein Irrthum obwalten könne, hinsichtlich des Mordes zu dem Schlusse, daß Karl Oberndorfer zwar verdächtig, aber nicht überführt ist, weßhalb ein Schuldausspruch nicht erfolgen könne. — Nachdem am Sonntag Mittags das Plaidoyer zu Ende geführt war, traten die HH. Geschwornen über die ihnen vorgelegten 12 Fragen in Berathung, deren Resultat war, daß sie 11, darunter die auf Mord bezügliche, bejahten, worauf gegen Karl Oberndorfer die Todesstrafe, gegen Victoria Wittmann aber wegen 2 Vergehen der Hehlerei und 2 Vergehen der Kuppelei eine Gefängnißstrafe von 4 Jahren, gegen Eleonore Wittmann wegen eines Ver-

gehens der Begünstigung eine solche von $1\frac{1}{4}$ Jahren und gegen Anna Wittmann wegen Vergehens der Hehlerei eine solche von 1 Jahr ausgesprochen wurde. Von der Anschuldigung wegen Todtschlagsversuchs wurde Oberndorfer freigesprochen.

Handel und Verkehr.

— In gestriger Generalversammlung der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank wurden die zum statutenmäßigen Austritte bestimmten Direktorial-Mitglieder Graf v. Montgelas, Frhr. v. Venningen und Administrationsrath Otto fast einstimmig wiedergewählt. Der in dem Jahresberichte angeregte Vorschlag, den jährlichen Zuwachs des Pfandbrief-Special-Reservefonds auf einen Betrag von 40,000 fl. zu fixiren, wurde in der Weise acceptirt, daß der Wunsch ausgesprochen wurde, das Direktorium möge zur Genehmigung dieses Vorschlags bei der k. Regierung die geeigneten Schritte unternehmen. Bezüglich des mehrseitig angeregten Vorschlags, wie dem Disagio-Verlust der Pfandbrief-Darlehensnehmer möglichst abzuhelfen sei, wurde man dahin schlüssig, das Direktorium zu ersuchen, alle bezüglichen Anträge sorgfältig zu prüfen und dann Sachdienliches anzuordnen.

Ω **München**, 14. Febr. In österreichischen Journalen finden wir mehrfach den Wunsch ausgedrückt, daß Oesterreich in Rücksicht auf die unermeßliche Wichtigkeit, welche der Bau des türkischen Bahnnetzes für seinen Handel und für seine Industrie zunächst habe, die Mitgarantie des neuen türkischen Eisenbahnanlehens übernehmen solle. Uns will das, gelinde gesagt, komisch erscheinen. Kann denn Oesterreich, das doch factisch schon mehrmals seinen Verpflichtungen seinen Gläubigen gegenüber nicht nachgekommen ist und die Rechte derselben empfindlich verletzt hat, eine Garantie für einen Staat bieten, der, man mag über seine Finanzen sagen, was man will, bis zur Stunde seinen Verpflichtungen auf Heller und Pfenning mit peinlicher Genauigkeit nachgekommen ist. Gerade diese unsägliche Ehrlichkeit, die eine der leuchtendsten Seiten des türkischen Characters bildet, und die bis jetzt noch überall, sowohl in den diplomatischen, wie in den finanziellen Beziehungen des Landes hervorgetreten ist, dürfte die beste Garantie für die Gläubiger des türkischen Staates sein, ganz abgesehen davon, daß gerade dieser Staat selbst eigentlich erst beginnt seine unglaublichen Reichthümer zu heben und zu erschließen.

Vermischtes.

— Der Astronom und Meteorolog Falb kündigt nun auch für das Jahr 1870, und zwar für den 17. März (Vollmond), den 24. Oktober und den 22. November (Neumond) bedeutende Erderschütterungen in Europa, den Vereinigten Staaten, Canada und Brasilien an. Nachdem die Peruaner im vorigen Herbste die Todesangst, welche ihnen die Falb'schen Voraussagungen eingejagt hatten, ohne weiteren Schaden an Leib und Leben überstanden haben, werden die von diesen neuen Ankündigungen bedrohten Länder wohl nicht allzu sehr in Schrecken gerathen.

— Die Anglo-Brazilian Times berichtet von einer fürchterlichen Pulver-Explosion an Bord des brasilianischen Schooners „Pluto" in Cerrito. Fast zu gleicher Zeit ertönten drei Detonationen, welche durch die Explosion an Bord des Schiffes, des Pontons, von welchem Pulver abgeladen wurde, und des Küstenmagazins entstanden. Im Ganzen explodirten etwa 300 Tonnen Schießpulver. Von den 19 Personen an Bord des „Pluto", darunter des Capitäns Gattin nebst Tochter, ist nicht ein Fragment übrig geblieben.

Telegraphische Nachrichten.

Stuttgart, 14. März. Der Gesetzentwurf über Einführung des metrischen Maßes und Gewichtes wurde angenommen, und als Termin der erste Jänner 1872 bestimmt; das Flächenmaß soll jedoch erst 1876 eingeführt werden. — Großfürst Michael von Rußland ist hier angekommen.

Stuttgart, 15. März. In der Sitzung der Abgeordneten-Kammer wurde das Gesetz über die Dissidentenvereine angenommen. Die Kammer bittet die Regierung um Einbringung eines Gesetzes über die Zulassung von Ehen zwischen Christen und Juden.

Paris, 14. März. Die Coulisse handelte heute die türkischen Eisenbahn-Loose mit einer Prämie von 3 Frcs. — Die Abendjournale veröffentlichen ein Rechtsgutachten der ersten Rechtsgelehrten und Advokaten von Paris, welches ausspricht, daß das Gesetz vom Jahre 1836, das die Lotterien verbietet, auf das türkische Eisenbahn-Anlehen nicht anwendbar ist.

Paris, 15. März. Die Correspondenz Havas meldet „aus guter Quelle", daß Graf Trauttmannsdorff angewiesen worden, das Begehren Frankreichs zu unterstützen. Oesterreich habe jedoch beschlossen, für sich keinen Vertreter zum Concil zu entsenden.

London, 14. März. Dem Unterhause kündigte Gladstone eine Bill an, welche die Gesetzlichkeit in Irland herstellen soll, ohne die allgemeine Freiheit zu beschränken. Nöthigenfalls soll statt der Geschwornengerichte ein summarisches Verfahren eintreten, Waffenverbote erlassen, nächtliche Wanderungen verboten, es sollen Beschädigte entschädigt, Zeugenaussagen erleichtert resp. geschützt, außerdem das Preßgesetz verschärft werden. Die Berathung der Bill steht nächstens bevor. Im Oberhause kündigte Lord Granville dieselbe Vorlage an.

* In dem gestrigen Telegramm aus „Bologna, 14. März" bitten wir zu corrigiren: „nicht einzumischen" statt „mit einzumischer."

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 15. März. (Schlussc.)

Wechsel auf London	120	Oest.-franz. Staatsbahn	374
" " Paris	$95\frac{1}{2}$	Bayr. Ostbahn-Actien	119
" " Wien	$96\frac{1}{8}$	Elisabeth-Prior. I. Em.	77
5 proc. bayr. Anleihe	101	1% bayer. Prämien-Anl.	106
$4\frac{1}{2}$ " " "		Bad. Präm.-Anleihe	106
4 " " Grundrente	$86\frac{1}{2}$	Oesterr. Loose v. 1860	$79\frac{7}{8}$
4 " " Obligat.	$86\frac{1}{2}$	" Loose v. 1864	115
5 proc. österr. Metall., engl.	——	Alsenzbahn	86
5 " " National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	67
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	234
1882er Amerikaner	$95\frac{3}{4}$	Napoleons	$9.30\frac{1}{8}$
Oesterr. Bank-Actien	694	Rente Silber $58\frac{1}{2}$, Pap. $50\frac{3}{4}$.	
Credit-Actien	271	matt. Handelsbank	$98\frac{1}{8}$

Wien, 15. März. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	71.25	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
" fl. 500 Loose von 1860	97.80	Steuerfr. Metall. on 1864	—.—
" fl. 100 Loose von 1864	119.75	Napoleons	9.89
Oesterr. Bank-Actien	725.—	Wechsel auf Augsburg	103.10
" Credit-Actien	282.80	" " London	124.20
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	388.—	" " Paris	49.25
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	" " Frankfurt a. M.	103.25
" " Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	241.—
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 367.50 Pap.-R.	61.45

Berlin 15. März (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	$43\frac{5}{8}$	Lombarden	$143\frac{1}{2}$
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	$105\frac{7}{8}$	Italienische Anleihe	$55\frac{5}{8}$
$4\frac{1}{2}$ " " Anleihe	$91\frac{5}{8}$	1882er amerikanische Bonds	$96\frac{5}{8}$
Bad. Prämien-Anleihe	$106\frac{1}{2}$	5 proc. preuss. Anleihe	$101\frac{3}{4}$
Darmstädter Actien	130	$4\frac{1}{2}$ " " "	$93\frac{3}{4}$
Oesterr. Credit-Actien	$154\frac{3}{4}$	Wechsel auf Augsburg	56.22
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	213	" " Frankfurt	56.26
Staatsbahn-Prioritäten	$292\frac{1}{2}$	" " London	$6.24\frac{3}{8}$
Oest. fl. 500 Loose von 1860	$80\frac{1}{8}$	" " Paris	$81\frac{1}{8}$
" fl. 100 Loose von 1864	$65\frac{3}{4}$	" " Wien	$81\frac{7}{8}$
5 proc. östr. National-Anl.			
		matt.	

New-York, den 14. März. Gold $112\frac{1}{8}$. Wechsel in Gold 108 Bonds per 1882 $111\frac{3}{16}$. Baumwolle $21\frac{1}{2}$. Petroleum $26\frac{1}{8}$.

Liverpool, den 14. März. Schlussbericht. Heutiger Umsatz 10,000. Orleans $11\frac{5}{16}$. Middling amerikanische 11. Fair dhollerah $9\frac{1}{4}$. Middling fair dhollerah $8\frac{7}{8}$. Good middling dhollerh $8\frac{3}{4}$. Fair Bengal $7\frac{3}{4}$. Fair Omra $9\frac{5}{8}$. Pernam —. Smyrna ——. Egyptian ——. Amerik. per März-April $10\frac{3}{4}$. Dhollerah per Mai —. Omra — Tages-Import 4820, davon Ostindische 875 Tendenz: besser.

Curse des Münchener Handelsvereins vom 15. März 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. $3\frac{1}{2}$% Obl.	fl. 1000	$81\frac{3}{4}$	
4% ganz. Obl.	1000	$86\frac{5}{8}$	$86\frac{1}{4}$
4% halbj. Obl.	1000	$86\frac{5}{8}$	$86\frac{1}{4}$
4% Grundr.-Obl.	1000	$86\frac{3}{4}$	$86\frac{1}{2}$
$4\frac{1}{2}$% ganzj. Obl.	1000	92	$91\frac{3}{4}$
$4\frac{1}{2}$% halbj. Obl.	1000	92	$91\frac{3}{4}$
$4\frac{1}{2}$% „ Milit. „	1000	92	$91\frac{3}{4}$
5% Obl.	1000	$101\frac{1}{2}$	$101\frac{1}{4}$
4% Münch. Obl.	1000		
5% „ „	1000	$101\frac{1}{8}$	$100\frac{3}{4}$
$4\frac{1}{2}$% Ostbahn-Aktien .		$119\frac{1}{2}$	
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung . .		$86\frac{1}{4}$	$85\frac{7}{8}$
dto. volle		$86\frac{1}{4}$	$85\frac{7}{8}$
Pfdbr. d. bayer. Hyp.-u. W.-Bank	à fl. 1000	$90\frac{5}{8}$	$90\frac{3}{8}$
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.		100	$99\frac{3}{4}$
Aktien „ „		830	828
Bayer. Handelsbank-Act.		98	
Vereinsbank . .		$120\frac{1}{2}$	$119\frac{3}{4}$
Württemberg. $4\frac{1}{2}$% Obl. . . .			
Oesterreich $4\frac{1}{5}$% Silb.-Rte. 6/7		$58\frac{3}{4}$	$58\frac{1}{2}$
„ Pap.-Rte „			
5% Nation.-Anl. . 5/6			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à $116\frac{2}{3}$			
5% Met. Slfr. v. 1860 6/7			
Oest. Bank-Aktie . .			
„ Cred.-Aktien . .		$270\frac{1}{2}$	270
Oest.-franz. Stsb.-Aktien .			

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb. „	$234\frac{1}{4}$	234
Preußen. $4\frac{1}{2}$% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. $2\frac{1}{2}$	$96\frac{1}{8}$	96
„ 1884 „	$95\frac{1}{4}$	95
„ 1885 „	$95\frac{1}{2}$	$95\frac{3}{8}$
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	106	$105\frac{1}{2}$
4% Bad. „ „	107	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	$6\frac{1}{2}$	
Pappenheimer dto.	$5\frac{3}{4}$	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose . .	$18\frac{1}{2}$	
Oester. 1854er Loose à fl. 250 5/6		
„ 1860er „ à fl. 500 6/7		
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred Loose . . .		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		300
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		123
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor .	95	
Chemische Fabrik Heufeld		
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn . . .		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn . .		
„ Siebenbürger Bahn . . .		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. I. Em. 5/7		$75\frac{1}{2}$
dto. II. „ „		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn „	77	

	Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn „	$79\frac{1}{4}$	
„ Siebenbürger Bahn „		
„ d. Böhm. Westbahn „		
„ Alföld Fiumander Bahn „		
Wechsel.		
Amsterdam fl. 100 holl. K. S.		$100\frac{1}{2}$
L. S.		
Augsburg fl. 100 . . . K. S.		
L. S.		100
Berlin Rthlr. 60 . . K. S.	$105\frac{1}{8}$	$104\frac{7}{8}$
L. S.		$104\frac{7}{8}$
Frankfurt fl. 100 . . . K. S.		
L. S.		100
Hamburg M.-B. 100 . . K. S.		$88\frac{1}{2}$
L. S.		$88\frac{1}{2}$
Leipzig Rthlr. 60 . . K. S.	105	$104\frac{7}{8}$
L. S.	$105\frac{1}{8}$	$104\frac{7}{8}$
London Pfdst. 10 . . . K. S.		$119\frac{7}{8}$
L. S.		$119\frac{7}{8}$
Paris Fr. 200 . . . K. S.	$95\frac{1}{4}$	$95\frac{1}{8}$
L. S.	$95\frac{1}{4}$	$95\frac{1}{8}$
Wien fl. 100 . . . K. S.	$96\frac{1}{4}$	96
L. S.		
Bank-Disconto für Platz-Wechsel . .		
„ „ Lombard. . .		
Geldsorten.		
Preuß. Friedrichsd'or	9.59	9.58
20 Francs Stücke	$9.30\frac{1}{2}$	$9.29\frac{1}{2}$
Preuß. Cassen-Scheine	$105\frac{1}{8}$	$104\frac{7}{8}$
Oest. Banknoten	$96\frac{1}{4}$	$96\frac{1}{8}$

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer. — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr:
Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr
für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Donnerstag, den 17. März 1870. Nr. 75.

Politische Tagesübersicht.

Karlsruhe, 14. März. Wir gönnen auch unsern Gegnern die ihnen zukommende Anerkennung von Seite der Wähler durch Adressen rc. Sollten wir aber sagen, welche Verdienste um den Staat sich die ultramontonen Abgeordneten in der Kammer erworben haben, so befinden wir uns in gewaltiger Verlegenheit. Für Bischof und Kurie zu fechten, dazu ist dos Verfassungssystem in Deutschlond nicht gegründet. Ob die ultramontanen Ageordneten auch nur ihrer Mama, der Kirche, wirkliche Dienste geleistet, darüber wird eine nahe Zukunft richten. Es sieht, blickt man auf das Konzil, nicht dornach aus.— Die Beendigung der ständischen Verhandlungen soll angeblich auf den 11. April in Aussicht genommen sein. Ob zuvor noch eine kurze Vertagung stattfindet, bleibt dohingestellt.

Stuttgart, 14. März. Der Antrag der Kammermehrheit auf Abänderung des Kriegsdienstgesetzes von 1868 hot auf die Regierung einen sehr bemerkbaren Einfluß ausgeübt; dieselbe bemüht sich jetzt, johrelonge Versäumnisse auf einmol hereinzuholen. So allein ist das unerwartet schroffe Austreten der Minister Mittnacht und Varnbüler gegen die Volkspartei in der vorgestrigen Kammersitzung zu erklären, derselben Minister, welche seiner Zeit im ersten Zollparlament der obwesenden deutschen Portei von Württemberg so derb den Text gelesen haben. Wie man hörl, ist den Ministern neuestens ein zwar nicht unmittelbar persönlicher, aber deßhalb nicht weniger deutlicher Fingerzeig Seitens des Königs zugekommen, welcher überhoupt für die wirkliche Lage der Dinge ein viel besseres Verständniß als seine Rathgeber an den Tag zu legen scheint. Zuverläßig verlautet sogar, daß der König selbst den Gedanken eines Eintritts Württembergs in den Norddeutschen Bund durchous nicht so weit von sich wirft, wie ein Theil seiner Umgebung dies gern haben möchte. Vor Allem aber zeigt er sich fest entschlossen, an der erst vor zwei Jahren getroffenen Neuordnung der militärischen Verhältnisse unverbrüchlich festzuhalten, und in seinem Willen läge es sicher nicht, wenn der Kriegsminister v. Wagner sich entschließen sollte, seine Stellung aufzugeben. Was geschehen soll, wenn jener Antrag der Kammermehrheit zum definitiven Beschluß der Kommer erhoben wird, darüber werden eben jetzt eifrige Berathungen gepflogen. Der Gedonke einer Kammer-Auflösung taucht immer aufs Neue auf, um immer aufs Neue durch die Besorgniß, durch die Neuwohlen eine noch oppositionellere Kammer zu bekommen, verdrängt zu werden. Mon hat sogor schon von einer königlichen Proklamotion ans Land gesprochen, aber auch die Befürchtung, daß selbst dieses äußerste Mittel seinen Zweck nicht mehr erreichen werde, ist schon ausgedrückt worden. Sie sehen, wir befinden uns in einer bedeutungsvollen Krisis, deren Ende vorerst nicht abzusehen ist.

Wien, 15. März. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses gelangte eine Zuschrift des Minister-Präsidenten v. Hasner zur Verleiung, in welcher hervorgehoben wird, daß die Regierung sich veranlaßt sehe, künftighin einen Dispositionsfonds zur Verfügung zu haben, der ihr im Gegensatz zu den Gewohnheiten in anderen constitutionellen Ländern bisher nicht zu Gebote stand. Es wird verlongt, daß zu diesem Zwecke 50.000 fl. als ordentliches Erforderniß nachträglich in das Budget für 1870 eingestellt werden. Wie mon uns berichtet, sind alle Gerüchte, welche sich auf den Sessionsschluß beziehen, ols verfrüht zu betrachten. In den leitenden Kreisen hält man an der Absicht fest, noch vor dem Eintritt der Osterferien des Reichsrathes die Wahlreform zu erledigen. Nach der Verwirklichung dieses Planes werden sich die weiteren, auf die Sessionsdouer Bezug habenden Beschlüsse richten.—Von verläßlicher Seite erfahren wir zugleich, daß an der auch von uns erwähnten angeblichen Absicht des Ministers Herbst, sein Portefeuille niederzulegen, nichts Wohres ist.

— Die Preßleitung veröffentlicht heute die Grundzüge der künftigen Regierungoorloge über die Abänderung des Wahlmodus zum Abgeordnetenhause. Diese beglaubigte Nochricht bestätigt, wos bisher verlautete. Beibehaltung des Gruppensystems, jedoch unmittelbare Wahl der Reichstogsobgeordneten aus den Gruppen; Verdoppelung der Abgeordnetenwahl bei vierjähriger Mandatsdauer, geheime Abstimmung, Erweiterung des aktiven Wahlrechtes auf die bisher ausgeschlossenen Altersklassen von 24—30 Jahren, des passiven Wohlrechtes auf die österreichische Staatsbürgerschaft und Einführung des Manifestationseides, der die Candidaten zur Ausübung des Mandates verpflichtet, das sind die markantesten Stellen des Gesetzentwurfes.

Die 19. allgemeine Lehrerversammlung in **Wien** wird nach dem vom Vorsitzenden des Ausschusses Dr. Moriz Schulze aufgestelltem „vorläufigen Progromm“ in der Pfingstwoche nicht wie gewöhnlich am Dienstage, sondern aus örtlichen Gründen erst am Mittwoch ihre Hauptsitzungen beginnen. An Vorträgen sind bis jetzt angemeldet: 1) die deutsche Notionalschule von Adolf Diesterweg, mitgetheilt und ergänzt von Dr. Wichard Lange; 2) die Volksschule, eine Schule des Charakters von Dr. Rieke, Stadtpforrer in Neuffen; 3) die Selbstbildung des Lehrers von Dr. Schnell, Schulverweser in Prenzlau; 4) dos Lehrerseminar, wie es nach den Forderungen der Jetztzeit einzurichten, von Kehr, Seminor-Inspektor in Gotha; 5) aus welchen Gründen müssen die Lehrer-Seminarien nur in größeren Städten errichtet werden, und warum steht das Internat in diesen Bildungsanstalten im Widerspruch mit der Bestimmung des Volksschullehrers von Dr. Brüllow in Berlin; 6) die Möglichkeit, der Volksschule die ihr gebührende nationale Bedeutung zu verschaffen, von Toselowski in Berlin; 7) Entstehung, Einrichtung und Auflösung des im Jahre 1848 gegründeten allgemeinen deutschen Lehrervereins nebst Antrog auf Wiederherstellung desselben, von Dr. Moriz Schulze in Ohrdruff. Außerdem sind für Nebenversammlungen angemeldet: a) für Taubstummen-, Blinden- und Idioten-Lehrer von Kaltner, Oberlehrer in Wien; b) der pädagogische Werth der Fröbel'schen Spiel- und Beschäftigungsstoffe von Köhler, Direktor in Gotha.

Brünn, 14. März. Fürst Adolph Auersperg soll in nächster Zeit zum Statthalter von Mähren ernannt werden. Zu seinem Nachfolger in der Würde des Oberstlondmarschalls von Böhmen soll Graf Thun bestimmt sein.

Prag, 14. März. Bei seiner heute stattgefundenen Installa-

tion zum Bürgermeister legte Dittrich den Eid auf die Verfassung und die Staatsgrundgesetze ab. (Den Verfassungseid ließ der Statthalter viel schärfer und bindender formuliren, als bei der Installation Klaudy's.) — Der Statthalterei-Leiter Koller hielt hielt hiebei eine czechische und deutsche Ansprache, die von Bravo- und Slavarufen begleitet war. — Gestern fand im Carolinum eine Versammlung mährischer und schlesischer Studenten statt. Dieselben beschlossen eine Resolution gegen die Wiederherstellung der Universität in Olmütz, dagegen wollen sie in Prag die Errichtung einer zweisprachigen Universität. — Der Oberst-Landmarschall läßt bereits Vorbereitungen zu der nächsten Landtags-Session treffen.

Berlin, 14. März. Die Nordd. Allgem. Ztg. macht heute auf die an und für sich unbestreitbar große Bedeutung aufmerksam, welche die angeblich in Rom bevorstehenden Beschlüsse namentlich für die katholische Welt haben werden. Die deutschen Regierungen hegten ungetheilte Sympathieen für die Anstrengungen des deutschen Episcopats, und wenn sie im Vertrauen darauf in Aeußerungen derselben zurückhielten, so habe dies darin seinen Grund, daß sie einen Kampf, der vorerst noch auf rein kirchlichem Gebiete geführt werde, nicht durch weltliche Einmischung trüben wollten, was nicht verhindere, daß, wenn die Bischöfe der Minorität muthig ausharren, der Beistand der deutschen Regierungen ihnen ebenso gesichert bleibe, wie der Dank der Bevölkerung ihrer Diöcesen. So das ministerielle Blatt, dessen Bemerkungen, wie man sieht, mit dem übereinstimmen, was über die bis auf Weiteres noch zuwartende Politik der Regierung zu den Fragen des Concils verlautet hatte, sowie über die Linie, wo diese Zurückhaltung ihre Gränze finden könnte.

— Im Reichstage steht für morgen eine sehr wichtige und hoffentlich zu Entscheidungen führende Debatte bevor, welche an principieller Bedeutung derjenigen über die Todesstrafe nicht nachstehen möchte. Die National-Liberalen haben sich mit der Fortschrittspartei über die einzubringenden Anträge geeinigt, und es steht zu erwarten, daß sich im Wesentlichen auch die Freiconservativen anschließen werden. Es handelt sich um die politischen Verbrechen und Vergehen. Nach ihrer Haupttendenz lassen die Anträge und Reden bei solchen politischen Verbrechen 2c., welche erweislich aus ehrloser Gesinnung entspringen, für die Bestrafung die Wahl zwischen Zuchthaus und Festung offen, machen aber das Strafmaß von dem Verdict der Geschworenen abhängig. Damit ist die Verweisung politischer Processe vor die Schwurgerichte in das Strafgesetzbuch hineingebracht, und es wird dieser Punkt allein schon, über den beiläufig die Ansichten sehr getheilt sind, zu umfassenden und interessanten Erörterungen führen. — Die Commission, welche nun etwa die Hälfte des ihr überwiesenen Materials berathen hat, hofft in etwa 10 Tagen ihre Arbeit beenden zu können. Umfangreichere Debatten werden übrigens nur noch über den Abschnitt vom Bankerott erwartet, für dessen Streichung sich viele Stimmen erheben.

— Die Kreuzzeitung bezeichnet die Mittheilung der Börsenzeitung über die Krankheit des Handelsministers Grafen Itzenplitz nnd über den Wunsch desselben, von seiner Stellung enthoben zu werden, als reine Erfindung.

Berlin, 15. März. Preußen hat neuerdings in Florenz erklärt, daß es sich wegen einer Alpenbahn ausschließlich nur für den Gotthardt interessiren könne, was mit den Intentionen der italienischen Regierung übereinstimmt.

Mainz, 15. März. Vom Bischof v. Ketteler wird übermorgen eine $1^1/_2$ Bogen starke Brochure hier ausgegeben, welche den Titel führt: „Die Unwahrheiten der Römischen Briefe vom Concil."

Braunschweig. Die Landes-Versammlung ist auf Dienstag den 15. d. Mts. zum Wiederbeginn der Verhandlungen einberufen, da der neue Vertrag über den Verkauf der braunschweigischen Staatsbahnen von der Direction der Darmstädter Bank, als Vertreterin des für dieses Geschäft gemeinsam handelnden Consortiums, von beiden Seiten endgültig vollzogen worden ist.

Paris, 14. März. Sämmtliche unabhängige Abendblätter constatiren einen im gestrigen Ministerrathe ausgebrochenen Zwiespalt zwischen Ollivier und Daru über die gegen Rom einzuhaltende Politik.

Paris, 14. März. Die Meinungsverschiedenheit zwischen Ollivier und Daru und Buffet über die Behandlung der römischen Angelegenheit gibt dem Kaiser zu schaffen. Ollivier verlangt, daß Frankreich, selbst wenn die amtliche Einladung der päpstlichen Regierung dazu hieher gelangen sollte, darauf verzichte, sich beim Concil besonders vertreten zu lassen; Daru aber droht mit seiner und mit Buffet's Entlassung, wenn seinem Vorschlage nicht Folge geleistet würde. Nun, ich habe allen Grund zu glauben, daß trotz dieser Drohung des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten die Ansicht Ollivier's oben bleiben und Frankreich sich eine neue Demüthigung ersparen wird; denn der Kaiser theilt die Meinung Ollivier's und er fühlt sich zugleich verletzt, daß auf eine schon am 20. Februar abgesandte Note noch heute keine amtliche Antwort hier eingetroffen. Napoleon III. ist sehr verstimmt über diese neue Schwierigkeit, wie er sich denn überhaupt sehr unbehaglich gegenüber dem Gebahren einiger seiner Minister fühlt. Nach dieser Richtung hin haben Duvernois, Rouher und Cons. Spielraum für ihre Combinationen.

— Die Linke hielt gestern eine Versammlung ab, um über die Fragen zu berathen, welche sie zuerst vor die Kammer bringen will. Dahin gehören das Project gegen den Zeitungsstempel, die Abschaffung der Artikel 27 und 57 (Maires und Algerien) und das Recht für die Kammer, alle Budgetfragen allein zu entscheiden, indem der Executivgewalt zugleich untersagt wird, zu außerordentlichen Crediten zu ermächtigen, Dotationen zu bewilligen, den Krieg oder den Belagerungszustand zu erklären. — Die Blattern sind jetzt auch in den Casernen ausgebrochen, wo sie große Verheerungen anrichten. In der vergangenen Woche sollen im Ganzen 80 Personen an dieser furchtbaren Krankheit gestorben sein.

— Das Journal des Débats schreibt: „Die Regierung hat dem Vernehmen nach die Absicht, allmälig alle zur Verbesserung der Lage des unteren Clerus geeigneten Maßregeln zu ergreifen. In dem Budget-Entwurf, welcher der Kammer vorgelegt ist, verlangt sie bereits eine Erhöhung der Gehalte der Ortsgeistlichen, welche durch das Gesetz von 1830 auf die bescheidene Summe von 850 Francs festgesetzt waren. Sie beschäftigt sich ebenfalls mit einer Erweiterung des Princips der Unabsetzbarkeit der Hilfsgeistlichen und der gesetzlichen Anerkennung der geistlichen Gerichtsbarkeiten. Maßregeln, welche im gleichen Grade die Verantwortlichkeit des Episcopates verringern und dem Clerus neue Bürgschaften gewähren würden."

— Zwischen den Tuilerien und dem Palais des Generalstabes auf dem Place Vendôme einerseits, und dem Fort von Vincennes andererseits, ist jetzt eine telegraphische Verbindung hergestellt worden. Der Telegraph läuft unter der Erde her. Derselbe soll dazu dienen, in einem kritischen Augenblicke der Artillerie von Vincennes sofort den Befehl zusenden zu können, nach Paris zu kommen. Andere Vorsichtsmaßregeln sind ebenfalls getroffen worden, und man hat es so eingerichtet, daß auf den ersten Befehl sofort 60,000 Mann Soldaten in Paris versammelt sein können. Diese Maßregeln sind in einem Dienstbefehle angeordnet, der als Ueberschrift trägt: „Mésures prises pour maintenir l'ordre." In demselben werden die Höfe angegeben, wo die Pferde zu campiren haben, und die Orte, wo sich die Truppen versammeln und ihre Mundvorräthe holen müssen.

London, 14. März. Cardinal Cullen hat gestern einen Hirtenbrief erlassen, in welchem er die Gläubigen gegen die Fenierverschwörung und die Freimaurerei warnt. Im vorigen Jahre sei eines der größten Hindernisse, welche dem Glücke Irlands entgegenstehen, mit der Abschaffung der protestantischen Staatskirche aus dem Wege geräumt worden. Die großen Staatsmänner, denen diese That zuzuschreiben sei, hätten ihren Entschluß kund gegeben, auch anderen Beschwerden des irischen Volkes abzuhelfen; doch könne dieses Werk nur durch friedliches Verhalten und gemäßigtes Urtheil gefördert werden.

Rom. Wie Alles, was derzeit dahier vor sich geht, ein erhöhtes Interesse in Anspruch nimmt, so auch das Fastenpatent des Kardinalvikars der Erzdiözese Rom für das Jahr 1870. Die halb-

amtliche Corr. de Rome, welche dieses geistliche Aktenstück mit erbaulichen Glossen begleitet, sagt, daß nach uralten kirchlichen Satzungen im Grund sämmtliche Gläubige von Haus aus verpflichtet wären, vom Aschermittwoch an bis einschließlich Charsamstag sich jeglichen Genusses von Fleisch, Eiern, Milch, sowie von allen anderen Speisen mit irgend einer Beimischung von thierischem Fett auf das Strengste zu enthalten. Wie aber namentlich solche Mehlspeisen aussehen oder schmecken mögen, welche ohne Eier, Milch oder irgend ein Quentchen Schmalz bereitet werden, darüber beobachtet der Verfasser dieses frommen Speisezettels ein tiefes Stillschweigen. Nur der Gnade des päpstlichen Stuhles habe man es allein zu danken, fährt die Corr. de Rome fort, daß er, in seiner unerschöpflichen Güte die Bedürfnisse und eigenthümlichen Verhältnisse der jetzigen Generation würdigend, gegenwärtig eine zeitweilige Ermäßigung dieser strengen Vorschrift eintreten lasse. Das Edikt spricht sich mit der größten Entschiedenheit dagegen aus, während der ganzen Fastenzeit an einem Tage zugleich Fleisch und Fisch zu verzehren, und reiht in letztere Rubrik auch getrocknete Fische und Austern ein. Daher muß sich hier Jedermann in den Wochen der Enthaltung sorgfältig vor Zerstreuung in Acht nehmen. Ein einziger Bissen Stockfisch z. B., am unrechten Tage genossen, zieht ihm nach einem Schreiben von Papst Benedikt XIV. an den Erzbischof von Compostella vom 10. Juni 1745 unausbleiblich eine schwere Sünde an den Hals. Sehr lehrreich sind die gründlichen Anschauungen des römischen Episkopats rücksichtlich der Chocolade als Frühstück. Es wird darüber ausdrücklich gesagt: „Die in Wasser aufgelöste Chocolade ist im flüssigen Zustande, daher offenbar als Getränk zu betrachten und widerspricht somit nicht dem Fastengebote.“ (Nach Cardinal Brancacci, erwähnt von Benedikt XIV.) Die Corr. de Rome schließt sich diesen aufgeklärten Ansichten über die Chocolade vollständig an und wagt dabei die freimüthige Bemerkung: „Wir meinen, daß man von Kaffee und Thee wohl auch dasselbe sagen könne; Zucker ist nicht verboten, aber Milch ist durchaus nicht erlaubt.“ Aus diesen letzten erfreulichen Aeußerungen mag der Leser mit Befriedigung entnehmen, daß in dem Patrimonium Petri, wenigstens was die Chocolade anbelangt, die liberalen Ideen von jenseits der Alpen bereits durchzutröpfeln beginnen.

* Die „Augsb. Allg. Zeitung“ vom 16. März enthält genauere Mittheilungen ihres Concilscorrespondenten über den Inhalt des Protestes der Bischöfe gegen die neue Geschäftsordnung, worauf wir morgen des Nähern eingehen werden.

Madrid, 14. März. In den Cortes antwortete Prim auf eine an ihn gerichtete Interpellation wegen der Kundgebung, welche gestern gegen die Aushebung stattfand, daß die Volksmenge, „Nieder mit der Conscription!“ ausrufend, sich um ihn gedrängt und mit Steinen nach ihm geworfen habe. Solche Manifestationen, erklärt er, würden fernerhin nicht mehr geduldet werden. Die republikanischen Abgeordneten Soler und Sorni lehnten im Namen ihrer Partei jede Verantwortlichkeit für solche Vorgänge von sich ab.

Konstantinopel, 11. März. Heute ist der Prospect der türkischen Eisenbahnen veröffentlicht worden. Der Sultan ließ durch Daud Pascha für sich 3000 Stück liberirte Obligationen zum Emissionspreise zeichnen.

Rußland. Zur Herstellung einer Schienenverbindung zwischen dem Kaspischen Meere und dem Aralsee ist schon am 31. Januar einer russischen Gesellschaft, an deren Spitze der Kaufmann Lazarew steht, die Concession ertheilt worden. Zugleich hat die Regierung der Gesellschaft Militär-Ingenieure zur Leitung der Vorarbeiten zur Verfügung gestellt. Dem Vernehmen nach ist für die Bahn eine Linie in Aussicht genommen, die längs des nördlichen Abhanges des Ust-Jurtu-Gebirges von der Mündung des Embaflusses nach einer zur Anlegung eines Hafens geeigneten Bucht des Aralsee's (wahrscheinlich sogar bei Kazalinsk) führt.

— Der Mosk. Ztg. wird gerüchtweise mitgetheilt, daß der Finanzminister dieser Tage dem Reichsrathe den Vorschlag zum Verkauf der Staatsbergwerke (mit Ausschluß derjenigen jedoch, welche die Bedürfnisse der Armee und Flotte zu befriedigen haben) einreichen werde. Die Goldwäschen des Staates würden alsdann noch vor den Bergwerken öffentlich verkauft werden.

— Der Stand der Bauernangelegenheit war zum 1. Januar d. J. folgender: Von allen ehemals leibeigenen Bauern, deren Zahl für die auf größeren Gütern angesiedelten auf 9,649,254 berechnet worden, waren 6,261,143 oder 64,$_9$ pCt. freie Besitzer ihres Landantheiles geworden und 3,388,111 noch in einem Pflichtverhältniß zu ihren ehemaligen Herren geblieben. Die ganze von den bäuerlichen Besitzern durch Loskauf erworbene Landmasse beträgt 19,738,995 Dessj., auf den Einzelnen kommen daher 3,$_{15}$ Dessj. Für die Dessjätine haben sie 26 R. 32 K., also für den Antheil 82 R. 90 K. zu zahlen. Die ganze Masse der von den Bauern beim Landerwerb contrahirten Schulden beläuft sich demnach auf 519,508,821 R. Diese Summe wird in 49 Jahren durch 6 pCt. Zahlungen, die für die Dessjätine 1 R. 58 K., für den Antheil 4 R 27 K. betragen, gedeckt. Es werden auf diese Weise jährlich 31,170,529 R. dem Fiscus für die losgekauften Ländereien eingezahlt.

Washington. 11. März. Der Präsident hat eine Bekanntmachung unterzeichnet, welche den fünfzehnten Zusatz der Verfassung in Kraft setzt. Nun ist die Forderung also zum Gesetze geworden, daß auch die Farbigen das Stimm-Recht erhalten sollen. — Vom Dampfer „City of Boston“ fehlen noch immer alle Nachrichten.

Washington, 13. März. Das Repräsentantenhaus nahm Logan's Antrag an, die Zahl der Offiziere des Heeres um 33 Percent zu reduciren.

Bayerische Angelegenheiten.

— Die Besetzung der erledigten Reichsrathsstellen soll in der Art erfolgen, daß ein höherer Staatsbeamter und ein Industrieller aus der Rheinpfalz an die Stelle der Herren v. Ringelmann und v. Faber berufen werden.

* Die in einer Reihe bayrischer Blätter enthaltene Mittheilung, als beschäftige sich die patriotische Partei der Abgeordnetenkammer in ihrem Club mit dem Entwurfe eines Volksschulgesetzes, ist vollkommen unbegründet.

* In einer der nächsten Sitzungen der Abgeordnetenkammer — wahrscheinlich schon am Freitag — wird von dem Hrn. Abg. Freitag ein Antrag auf Verschiebung des Termins zur Einführung des neuen Civilprozesses bis zum 1. Januar 1871, eventuell bis 1. Okt. 1870 eingebracht werden; unrichtig ist jedoch die weitere Mittheilung der Zeitungen, daß auch ein Mitglied der Linken als Antragsteller auftreten wird, wenn sich auch sicher Mitglieder derselben dem Antrage anschließen.

* Der dritte Ausschuß der Abgeordnetenkammer beantragt, die Kammer wolle die Bitte der Stadt Spalt um Vorlegung eines Gesetzentwurfs über Erbauung einer Vicinalbahn von Spalt nach Georgensgemünd befürworten. In der Ausschußsitzung erklärte der Handelsminister, daß er bereits den allerhöchsten Auftrag habe, einen Gesetzentwurf im Sinne der gedachten Bitte ausarbeiten zu lassen, und daß er hoffe, denselben in kürzester Zeit in Vorlage bringen zu können.

* Im IV. Ausschusse wurde heute der Antrag des Abg. Freitag auf Abänderung der Bestimmungen der Gemeindeordnung hinsichtlich der Bürgermeistereien mit allen gegen 2 Stimmen angenommen, obwohl Hr. Oberregierungs-Rath Riebel ausführlich darlegte, daß hinsichtlich der Bildung der Bürgermeistereien nicht nur keinerlei Zwang ausgeübt, sondern vielmehr den Betheiligten volle Freiheit gelassen wurde, um schon gebildete Bürgermeistereien wieder aufzulösen und daß daher, ehe die Erfahrungen hinsichtlich dieser neuen Einrichtung erschöpft seien, ein Grund zur Aenderung nicht vorliege.

* Heute Nachmittag findet nochmals Sitzung des II. Ausschusses wegen der beiden außerordentlichen Militärcredite statt; die patriotische Partei hat nämlich, wie wir vernehmen, beschlossen, den gefaßten Beschluß umzustoßen, und nach dem Antrage des Referenten Kolb die Militärcreditsfrage sofort zu berathen, damit nicht eine weitere Verschleppung derselben stattfinde.

xx **München**, 15. März. (Zur XIX. öffentl. Sitzung

der Abgeordnetenkammer.) Nachdem Referent Dr. M. Barth über den Antrag des Abg. Frhrn. v. Stauffenberg wegen Freigabe der Sammlungen Vortrag erstattet hatte, erhob sich der Hr. Antragsteller, um denselben aufrecht zu erhalten und führte zur Motivirung an, daß die Bewilligungen der Sammlungen bei dem bureaukratischen Geschäftsgange der Behörden sich immer lang hinauszögen und hiedurch oft ihr Zweck verfehlt werde. Sein Antrag sei allerdings nicht von außerordentlicher Bedeutung, aber doch nicht unwichtig, denn es lägen demselben sehr viele, wohl begründete Klagen zu Grunde. Die im Referate gemachte Einwendung, daß bei völliger Freigabe der Sammlungen jene für wahrhaft nöthige Zwecke geringere Erträgnisse geben würden, traue denn doch dem Publikum eine zu geringe Urtheilskraft zu; — er könne die durch die jetzigen Bestimmungen über das Publikum geübte Bevormundung nicht billigen. — Abg. Professor Marquardsen spricht sich in ähnlicher Weise aus, kommt aber schließlich doch dazu, den vom Referenten im Ausschusse gestellten Antrag, welcher nur für die Sammlungen, die Jemand zu seinem eigenen Vortheile vornimmt, und für Sammlungen von Haus zu Haus die polizeiliche Erlaubniß als nothwendig hinstellt, zur Annahme zu empfehlen. — Abg. Grabner erklärt, der Ausschuß sei weder auf den Antrag Stauffenberg's und des Referenten, noch auf den Antrag Greil's eingegangen, welcher alle Sammlungen freigegeben haben will, weil er der Ansicht gewesen sei, daß durch eine solche völlige Freigabe der Sammlungen das Publikum zu sehr belästigt und auch der Erfolg der wirklich nöthigen Sammlungen beeinträchtigt werde. Nach der Erklärung des Hrn. Staatsministers des Innern kämen aus dem Auslande sehr viele Gesuche um Gestattung von Collekten und diese müßten jedenfalls überwacht werden, weßwegen er die Annahme des Ausschußantrages der Kammer vorschlage. — Abg. Croissant hebt hervor, daß heute ein Fall zur Berathung vorliege, wobei die Patrioten ihr früheres Versprechen, daß sie nicht weniger liberal sein würden, als die Gegenpartei, und daß man mit dem polizeilichen Bevormundungssysteme brechen müsse, einlösen könnten; sie möchten sich ja nicht durch die Aeußerungen des Kultusministers im Ausschusse, daß nach der Freigebung Sammlungen zu kirchlichen Zwecken nichts mehr ertragen würden, weil sie zu zahlreich würden, abschrecken lassen. Die wesentliche Frage, welche bei der Erledigung des an und für sich nicht besonders wichtigen Antrages zur Entscheidung gelange, sei die, ob die polizeiliche Gewalt in dem bisherigen Umfange fortbestehen solle oder nicht. — Abg. Herz hält es dem Umstande gegenüber, daß durch Annahme des v. Stauffenberg'schen Antrages ein Stück Mittelalter beseitigt wird, für sehr untergeordneter Natur, wenn aus der Freigabe der Sammlungen einzelne Inconvenienzen erwüchsen; wenn man den Rechtsstaat wolle, so dürfe man nicht bei jeder kleinsten Inconvenienz nach der Polizei als Beschützerin rufen; gegen zudringliche Collektanten solle und könne sich Jeder vermöge seines Hausrechtes schützen. — Abg. Frankenburger macht aufmerksam, wenn auch bei Bescheidung des Antrages ein Princip aufgestellt werde, so sei der Antrag doch wegen eines faktisch bestehenden Nothstandes eingebracht worden, und er sei der Ansicht, daß man einer möglichen künftigen Belästigung des Publikums wegen nicht berechtigt sei, die weit wichtigere Abstellung eines faktischen Uebelstandes zu unterlassen. Er müsse sich auch entschieden dagegen verwahren, die vorhandenen Mißstände etwa auf dem Verordnungswege durch Competenzänderungen zu beseitigen; so lange man im Stande sei, eine Sache auf gesetzlichem Wege abzuändern, dürfe man sie nicht der Regierung in die Hand geben, um sie auf dem Verordnungswege zu regeln. — Abg. Dr. Huttler erklärt sich sowohl gegen den Antrag des Frhrn. v. Stauffenberg als des Referenten; beide seien zu wenig freisinnig; der einzig wahrhaft liberale sei jener des Abg. Greil, die Art. 92 und 93 ganz zu streichen, und deßhalb empfehle er denselben zur Annahme. — Nachdem der I. Präsident dem Redner bemerkt hatte, daß Abg. Greil seinen Antrag heute gar nicht reproducirt habe, erhob sich Hr. Abg. Greil und erklärte, es werde sicher noch die Zeit kommen, in der bekundet werde, daß er und seine Partei liberal seien, daß sie den Weg des Fortschritts gingen und daß sie entschiedene Feinde jeder politischen Bevormundung seien, weil dieselbe der Entwicklung des Volkswohlstandes stets hindernd im Wege stünde. Nur sein Antrag könne im vorliegenden Falle gründliche Hilfe gewähren, und obwohl ihm der bisherige Verlauf der Debatte keine Hoffnung gemacht habe, daß derselbe angenommen werden könnte, so reproducire er seinen Antrag hiemit doch. Auf die Bemerkung des I. Präsidenten, daß der Antrag erst in einer zur Abstimmung geeigneten Weise formulirt werden müsse, faßt Abg. Greil denselben dahin, daß durch den Landtagsabschied die Art. 92 und 93 des Polizeistrafgesetzbuches aufgehoben werden sollen. — Dr. Ruland: Ich bin nicht so liberal, wie diese Herren, mir sind die Bestimmungen des Polizeistrafgesetzes über die Sammlungen durchaus recht, die Freigabe des Kollektirens würde uns geradezu ins Mittelalter zurückführen, das Land würde von Bettlern überschwemmt werden. Wenn die Regierung die Erlaubniß zur Sammlung gegeben, so hat man doch eine gewisse Garantie, daß der Gesuchsteller sich in einer wirklichen, nicht erheuchelten Bedrängniß befinde. — Abg. Föderer ist mit dem Vorredner einverstanden, es würde durch die Freigabe der Kollekten eine wahre Landplage namentlich für die bäuerliche Bevölkerung herbeigeführt. — Derselben Ansicht ist Hr. Kaufmann Rothhaas (von der Fortschrittspartei). — Hr. Stockbaur meint, man solle sich in der Freiheit nicht überbieten, das Volk wolle den Bettel nicht garantirt wissen, man würde nicht mehr unterscheiden können, ob von Haus zu Haus gebettelt oder kollektirt würde. — Auch Hr. Winderl (von der patriotischen Partei) steht auf dem Standpunkte der Vorredner; durch den Greil'schen Antrag würde nur der Bettel befördert, andererseits es aber auch dahin kommen, daß jede Kollekte unter die polizeilichen Bestimmungen über den Bettel fiele. — Appellrath Dr. Krätzer will nicht Freiheit für Bettler und zudringliche Leute, die wahre Freiheit gewinne aber gewiß nichts durch die Freigabe der Kollekten. — Minister v. Lutz führt der Versammlung vor, daß, wenn zu Kollekten künftighin eine obrigkeitliche Erlaubniß nicht mehr nothwendig sei, die Zahl derselben sich vermehren, die bisher geflossenen Gaben auf dieselben sich vertheilen und es also schließlich dahin kommen würde, daß eine einzelne wirklich bedürftige Gemeinde nicht mehr so reichliche Unterstützung erhielte, daß sie, wie bisher der Fall, zum Bau eines Schulhauses rc. schreiten könnte. Die Folge werde sein, daß die Bedürftigen dann um die Hilfe des Landtags selbst nachsuchen; dem Minister selbst könnte es persönlich nur angenehm sein, wenn er über kein Kollektengesuch mehr zu entscheiden hätte, denn es sei oft nicht leicht, Bittsteller abzuweisen, wenn z. B. eine Dame um Genehmigung einer Sammlung zu edlem Zwecke nachsuche. Nachdem Minister v. Braun sich für Ablehnung sämmtlicher Anträge erklärt hat, wird nach dem Schlußwort des Referenten abgestimmt und werden sämmtliche Anträge abgelehnt.

Dr. Schleich begründete seinen Antrag zu Art. 103, indem er aus der Praxis darzuthun suchte, daß die betreffenden Bestimmungen des Gesetzes gar oft so angewendet werden, daß man die Tauben rupft und die Raubvögel frei läßt, und dabei hinweist auf die ausgeschriebenen Anlehen zu den amerikanischen Privatbahnen, von denen man noch gar nicht wisse, ob sie je einmal gebaut werden, oder auf das türkische Anlehen, dessen letzte Ziehung im Jahre 1974 sei. — Dr. Huttler ist für das Verbot von Lotterien überhaupt und aus diesem Grunde kann er den Schleich'schen Antrag nicht unterstützen. — Appelrath Grabner vertheidigt den Ausschußantrag. — Croissant: Wenn der Staat den einzelnen Individuen das Spielen verbiete, so greife er in die persönliche Freiheit ein; wenn es dem Staate erlaubt wäre, dem Einzelnen das Spielen zu verbieten, müßte es ihm auch erlaubt sein, dem Menschen das Trinken zu verbieten, denn mit jeder Handlung könnte Mißbrauch getrieben werden; der Art. 103 des Polizeistrafgesetzes, wornach das Spielen in auswärtigen Lotterien verboten ist, soll also aufgehoben werden; Redner kündigt einen hierauf gerichteten Antrag an. — Minister v. Braun schließt sich dem Vorschlage des Ausschusses an. Sowohl dieser Antrag Schleichs, als sein weiterer zu Art. 116 wurde, nachdem sich noch Hr. Fridhinger kurz gegen den letzten geäußert hatte, abgelehnt. — Abg. Föderer ergreift noch das Wort, um zu erklären, daß er sich überzeugt habe, seine in der Sitzung am 3. Febr. ausgesprochene Behauptung, als habe der frühere

Abg. Winkelhofer sich für Abschaffung des Zollvereins ausgesprochen, beruhe auf einem ihm desfalls zugekommenen falschen Bericht. — Die nächste Sitzung findet künftigen Freitag statt. —

— Der zwischen Bayern und Meiningen geschlossene Staatsvertrag bestimmt, daß die Eisenbahn von Schweinfurt über Oerlenbach und Neustadt a. d. S. nach Meiningen zum Anschluß an die Werrabahn innerhalb 5 Jahren im vollkommen betriebsfähigen Zustande hergestellt und der Betrieb der Bahnstrecke von der bayerisch-meiningen'schen Grenze bis Meiningen von der bayerischen Staatsregierung auf die Dauer von 25 Jahren pachtweise gegen eine jährliche Rente von $4^1/_2$ Prozent des auf die Herstellung dieser Bahnstrecke verwendeten Baukapitals übernommen werde.

— Das Bezirks-Gremium für Handel und Gewerbe der Stadt **Amberg** hat einen, die Arbeiten in den bayerischen Strafanstalten betreffenden Antrag, angeeignet vom Abg. Lauerer, an die Kammer der Abgeordneten gestellt, welcher dahin lautet: Hohe Kammer wolle im Interesse der schwer benachtheiligten Gewerbtreibenden dahin wirken, daß 1) die Sträflinge in den bayerischen Strafanstalten wo möglich zu anderweitigen Arbeiten verwendet werden möchten, 2) daß für diejenigen industriellen Arbeiten, welche nicht zu vermeiden sind, vorzugsweise auf solche Fabrikate Bedacht genommen werde, die ohnedieß vom Auslande bezogen werden müssen und für welche es im Inlande an Arbeitskräften mangelt, 3) daß für die Arbeiten in den Strafanstalten dieselben Lohnsätze bezahlt werden möchten, welche bei der freien Arbeit üblich sind. Da bei einem wesentlich ähnlich lautenden Antrage gleichen Betreffs die Kammer in der öffentlichen Sitzung am 17. Febr. l. Js. die empfehlende Hinübergabe an das k. Staatsministerium beschlossen hat, so beschloß der VI. Ausschuß einstimmig, es solle der Kammer der Vorschlag gemacht werden, daß auch der vorwürfige Antrag dem königlichen Staatsministerium der Justiz empfehlend hinüber gegeben werden solle.

Windsheim. Vor den Schranken des hiesigen Bezirksgerichts stand am Freitag in zweiter Instanz der Landtagsabgeordnete und k. Bezirksamtmann Hauck von Scheinfeld wegen Ehrenkränkung. Derselbe hatte am 15. Oktober v. Js. am Wirthstische zu Scheinfeld über die Abgeordneten Herren Rechtsanwalt Dr. Völk, Bürgermeister Fischer und Appellationsgerichtsrath Stenglein sich die Aeußerung erlaubt, „dieselben seien gemeine Lügner und Verläumder, jeder Scham und Ehre baar" und wurde hiewegen vom kgl. Landgerichte Neustadt a. d. Aisch in eine Geldstrafe von 75 fl., sowie in sämmtliche Kosten verurtheilt. Seine Vertheidigung gipfelte sich, wie in erster Instanz, in der Geltendmachung von Gegeninjurien, welche theils in Reden der Herren Völk, Fischer und Stenglein, theils in Artikeln der Münchener „Neuesten Nachrichten", wie der „Bayerischen Landeszeitung", als den angeblichen Organen derselben, gegen die patriotische Partei, und darum gegen ihn als Mitglied derselben enthalten sein sollten; daß diese Auffassung die beiden Instanzen nicht theilen konnten, ist von selbst verständlich. Es wurde deßhalb das landgerichtliche Urtheil im Schuld- und Strafausspruch lediglich bestätigt, und die Berufung des Beklagten, welche namentlich die Veröffentlichung des Erkenntnisses im Scheinfelder Amtsblatte zu beseitigen strebte, unter Verfällung in die Kosten verworfen.

Lokales und Provinzielles.

München, 16. März.

* Das heutige Bulletin über das Befinden des Prinzen Otto lautet: „Tag und Nacht vergingen ruhig und Se. k. Hoheit macht nun entschiedene Fortschritte in der Erholung. Dr. v. Gietl." Weitere Bulletins werden nun nicht mehr aufgelegt.

* Das neulich in unserem Blatte erwähnte Gerücht, daß der hiesige Gasthof zum „Bayrischen Hof" vom Herzog von Nassau angekauft worden sein solle, ist, wie wir nunmehr von competentester Seite in Erfahrung gebracht haben, ganz ohne Begründung.

— Im heurigen Frühjahr findet keine Trift auf der Isar statt.

* In der gestrigen Mag.-Sitzung wurde des Gerüchtes erwähnt, eine Lehrerin der St. Annaschule habe zur Strafe wegen Schwätzens einem Mädchen die Zunge festgebunden. Rechtsrath Schrott erklärte, es reducire sich dieß darauf, daß die Lehrerin zur Verhütung ferneren Schwätzens das Mädchen habe ein Stück Spagat in den Mund nehmen lassen.

(Tagesbericht.) Auf dem Rindermarkte und in dessen Umgebung fand gestern Nachmittag ein großer Zusammenlauf statt, veranlaßt durch einen Napoleonsspieler, welcher dem arretirenden Gendarmen an der Ecke der Sendlingergasse entsprang und mit gezogenem Messer jeden Verfolger zu erstechen drohte; mit Hilfe von Packträgern wurde der Hallunke endlich überwältigt und hiebei mit seinem eignen Messer so erheblich verletzt, daß er ins Krankenhaus geschafft werden mußte. — Für die bevorstehende Salvatorsaison ist aus Anlaß der im vorigen Jahre verübten nächtlichen Excesse die zweckdienliche Einrichtung getroffen worden, daß der Ausschank im Zacherlkeller um 10 Uhr Abends geschlossen und das Lokal um 11 Uhr gesperrt wird; die Gendarmeriepatrouillen in den betreffenden Stadttheilen werden für die ganze Dauer der Saison entsprechend verstärkt.

(Eingesandt.) Voriges Jahr wurden in dem der protestantischen Kirche zunächst liegenden Theile der Allee in der Sonnenstraße auf beiden Seiten des dort befindlichen Brunnens Vertiefungen mit Blumenbeet-Anlagen hergestellt und mit einer niedrigen Drahteinfriedigung versehen; durch letztere sind nun schon mehrfach Unfälle veranlaßt worden, indem Personen des Nachts, da man sie der trefflichen Beleuchtung wegen unmöglich sehen kann und deren Ecken diagonal in diesen Theil der Anlage hereinragen, darüber stürzten. Namentlich hatte vor Kurzem ein Fremder beim Passiren dieses Platzes das Unglück, sich dadurch, daß er über die Drahteinfriedigung mit dem Kopfe auf einen der zur Befestigung der Drähte dienenden Holzpfahl fiel, ziemlich bedeutend zu verletzen. — Wir halten eine öffentliche Rüge dieses Mißstandes völlig am Platze, um die betreffenden Behörden darauf aufmerksam zu machen, und es dürfte sich empfehlen, diese vertieften Blumenbeete wieder einzuebnen und so den Platz wieder zum Spielplatze für die Kinder zu qualificiren, der schon bisher schmerzlich vermißt wurde, oder, wenn die bisherige Anlage bestehen soll, den durchführenden Diagonalweg mit einer Laterne zu erleuchten.

Landshut, 15. März. Aus dem obern bayerischen Walde, wird berichtet, daß Schneefall und Sturm in den letzten Tagen von der Art waren, daß die Communikation des Fuhrwerkes unterbrochen wurde.

In **Metten** entsprangen am 6. ds. Nachts zwei noch kleine Zöglinge des Seminars aus einem Fenster, während die Uebrigen sich zum Nachtgebet versammelt hatten. Die jungen Flüchtlinge hatten die Sache schon länger verabredet und vorbereitet und wollen, wie sie in einem hinterlassenen Zettel angeben, durch Oesterreich, Ungarn, Türkei nach Asien, um sich in Indien anzusiedeln. Die Absicht ist gewiß großartig.

Regensburg, 13. März. Die auf heute angesetzte Feuerwehrübung, zu welcher das Feuerwehrkorps zu einer vorher nicht bekannt gegebenen Stunde allarmirt wurde fand Nachmittags um 2 Uhr an einem wegen Baufälligkeit zum Einreißen bestimmten Hause statt und zeichneten sich die einzeln aufgeführten Manövers wie die gesammte Uebung durch außerordentliche Raschheit und Präzision aus. In circa 15 Minuten nach dem ersten Allarmsignalen war das Corps bereits am Platze und in größter Thätigkeit, während in weiteren 7 Minuten die Steiger schon den Angriff vollendet hatten. Die ganze Uebung nahm einen ausgezeichneten Verlauf.

Lichtenfels, 15. März. Der Criminalprozeß gegen die Kübler'schen Raubmörder konnte sicherem Vernehmen nach deßhalb noch nicht zur Aburtheilung an das Schwurgericht verwiesen werden, weil den Verbrechern noch mehrere Diebstähle mittelst Einbrechens, wovon auch einige im Bezirk Lichtenfels verübt wurden, zur Last fallen. Man hat es demnach mit einer förmlich organisirt gewesenen Räuberbande zu thun, welche längere Zeit ihr Unwesen in unserer Gegend trieb.

Erlangen, 13. März. (Die Bonner Duellgeschichte in zweiter Auflage.) Eine ganz gewöhnliche Paukerei zwischen einem Germanen und einem Bubenreuther, wie sie des Jahres zu Dutzenden

vorkommen, erhielt für die hiesige Wirthshaus-Unterhaltung dadurch erhöhte Bedeutung, daß der Vater des Besiegten, Prof. G., die Sache beim Universitätsgerichte anzeigte. Sofort erschien im Tagblatte vom 11. März ein Inserat: „Der kleine Bismarck in Erlangen. Eine tragikomische Geschichte." — Von den drei Inseraten des 12. März lautet das erste: „Auf vielfache Anfragen sind wir in den Stand gesetzt, den Inhalt des Buches vom kleinen Bismarck angeben zu können. Kap. 1. Ein Student wird todtgehauen — man schweigt. Kap. 2. Ein Student verliert die Nase — man schweigt noch immer. Kap. 3. Zwei Studenten werden in das Spital gebracht — man schweigt erst recht. Kap. 4. Ein Professorsbub bekommt einen Schmiß — man fühlt sich als Brutus und wird brutal.

Aschaffenburg. Auf der Hanauer Bahn wurden am letzten Freitag aus einem von Frankfurt nach Bayern gehenden Zug ein Fäßchen mit österreichischen Sechsern im Werthe von 4000 fl. und zwei andere werthvolle Kolli's gestohlen. Den Diebstahl wurde man erst hier gewahr, indem bei der Uebergabe der Verlust des einen der beiden Geldfäßchen bemerkt wurde. Der Thäter ist noch nicht ermittelt.

Dürkheim, 9. März. Gestern wurde die hiesige Saline nach langem Stillstande wieder in Betrieb gesetzt. Am nächsten Samstag wird das Produkt des von der Gesellschaft vorgenommenen ersten Sudes vorliegen.

Handel und Verkehr.

München, 15. März. Heute wurde die 39. Verloosung der 4procentigen Grundrenten-Ablösungs-Schuldbriefe vorgenommen. Nachdem bekannt gegeben war, daß nach der Gesammtmasse der bisher emittirten Grunrenten-Ablösungs-Schuldbriefe an der gegenwärtigen Verloosung per 200,000 fl. 118 Hauptserien, jede zu 1000 Nummern und im Betrage zu einer Million Gulden theilzunehmen haben, und daß daher zur Completirung der zur Heimzahlung bestimmten Summe 20 Züge (à 10,000 fl. auf einen Zug) sowohl bei den Haupt-Serien, als auch bei den Endnummern erforderlich seien, erfolgte die Ziehung folgender Haupt-Serien und Endnummern (erstere sind mit fetten Ziffern, letztere mit gewöhnlichen Ziffern bezeichnet): **92**,37 — **87**,07 — **47**,47 — **51**,39 — **111**,96 — **35**,88 — **48**,91 — **67**,83 — **43**,67 — **111**,24 — **43**,16 — **88**,16 — **63**,10 — **25**,66 — **110**,94 — **49**,31 — **12**,92 — **4**,20 — **36**,99 — **34**,12. Die verlooſten Schuldbriefe werden vom 1. Juli 1870 anfangend außer Verzinsung gesetzt; mit deren Heimzahlung wird sogleich begonnen und hiebei der laufende Zins bis zum Schlusse des Erhebungsmonats, in keinem Falle aber weiter als bis 30. Juni ls. Js. vergütet.

München, 16. März. Heute fand die VIII. Verloosung des neuen allgemeinen Anlehens von 1857 à 4½% statt. Die vorzunehmende Verloosung umfaßt einen Kapitalsbetrag von 165,300 fl. und es mußten zu diesem Behufe nach den Bestimmungen des Verloosungsplanes vom 4. März 1863 eine Endnummer für jede Abtheilung (Serie) zu 1000 Kataster-Nummern der Obligationen Lit. A zu 1000 fl. und zwei Endnummern für jede Abtheilung (Serie) zu 100 Kataster-Nummern der Obligationen Lit. B zu 500 fl. und Lit. C zu 100 fl. gezogen werden. Es gingen aus der Urne folgende Serien und Endnummern hervor (erstere sind mit fetten, letztere mit gewöhnlichen Ziffern bezeichnet):

Obligationen Lit. A zu 1000 fl.: **3**,50 — **8**,76 — **4**,15 — **1**,21 — **2**,26.

Obligationen Lit. B zu 500 fl.: **2**,45,49 — **8**,13,88 — **5**,05,84 — **6**,21,90 — **1**,85,91 — **4**,12,22 — **7**,08,94 — **3**,40,76.

Obligationen Lit. C zu 100 fl.: **6**,09,60 — **11**,63,69 — **10**,48,62 — **1**,17,79 — **23**,54,69 — **4**,29,38 — **5**,03,56 — **20**,46,48 — **2**,09,92 — **16**,28,46 — **21**,42,84 — **13**,38,57 — **7**,27,57 — **24**,30,34 — **15**,39,52 — **3**,29,82 — **19**,00,28 — **17**,22,97 — **8**,60,78 — **9**,49,54 — **12**,07,92 — **18**,22,31 — **14**,10,53 — **22**,13,99.

Die verlooſten Obligationen werden vom 1. Juli 1870 anfangend außer Verzinsung gesetzt; mit der baaren Heimzahlung derselben wird jedoch sogleich nach erfolgter Bekanntmachung der gezogenen Nummern begonnen und hiebei der laufende Zins bis zum Ende des Erhebungsmonats, in keinem Falle aber weiter als bis 30. Juni 1870 vergütet. Eine Wiederanlage der zur Heimzahlung bestimmten Kapitalien findet zur Zeit nicht statt.

In **Nürnberg** hat sich in diesen Tagen ein Consortium gebildet, welches auf dortigem Platze eine größere Brauerei errichten will. Es ist bereits ein passender Platz dafür ausersehen, nämlich die Anhöhe bei Tullnau, wo die bisherige Lobenhoffer'sche Tuchfabrik sich befindet. Ueberhaupt sollen alle Vorbereitungen soweit getroffen sein, um mit dem Unternehmen, welches auf Actien gegründet werden soll, ehestens vor die Oeffentlichkeit treten zu können.

Feuilleton.

Ein Erbfolgestreit in England.

Vor dem Oberhause als oberstem Tribunal schwebt gegenwärtig ein Rechtsstreit, der in seinem neuesten Stadium alle Elemente zu einem Sensationsroman vereinigt. Als im vorigen Jahre der bejahrte Earl von Wicklow starb, meldeten sich sofort zwei Erben für den Titel und die Güter, die sich seitdem aufs Heftigste befehdet haben und gegenwärtig vor dem Oberhause ihre Sache verfechten. Der nächste Erbe war ursprünglich ein Geistlicher, Neffe des verstorbenen Earls; da er aber vor seinem Oheim mit Tod abgegangen, so erscheint seine Wittwe, die persönlich keinen Anspruch hatte, als Vertreterin eines sechsjährigen angeblichen Sohnes. Um die Frage, ob dieser Sohn echt sei oder nicht, dreht sich der ganze Streit, indem die Gegenpartei, die nur entferntere Ansprüche besitzt, überhaupt unter der Annahme der Echtheit des Kindes leer ausgeht, dasselbe von vorn herein als untergeschoben erklärt hat. Demgemäß lautet auch die Anklage vor dem Tribunal des Oberhauses gegen die Mutter, Frau Howard, auf Meineid und Conspiration zu ungesetzlichen Zwecken. Für den Kläger wird die Sache von Sir Roundell Palmer, einem der ersten Advokaten, geführt, während der Solicitor-General als Vertheidiger für Frau Howard auftritt. Letztere hatte sich trotz mancher Unklarheiten in Betreff der Vergangenheit und der Geburt des Kindes bis vor etwa acht Tagen ziemlich fest in ihrer Stellung behauptet, da aber brach die Anklage plötzlich mit der Erklärung hervor, die fehlenden Glieder in der Kette des Beweises seien nunmehr entdeckt, und es liege das Material vor, um den Nachweis zu führen, daß Frau Howard im Jahre 1864 im Armenhause erschienen sei, um einen Säugling mit hellen Haaren und blauen Augen Behufs Adoptirung zu suchen. Ein solches Kind habe sich in der That gefunden und sei von der Angeklagten mitgenommen worden. Jetzt sei indessen die Mutter zur Stelle, und durch ihre Aussage, so wie Mittheilungen anderer Zeugen solle der Sachverhalt über allen Zweifel erhoben werden. Der Vertheidiger mußte unter solchen Umständen nothwendig um Ausstand nachsuchen, und erst am 8. März wurde die Sache wieder aufgenommen. Frau Howard weigerte sich, den Zeugeneid zu leisten und ein Kreuzverhör über sich ergehen zu lassen, und die Anklage führte ihre Zeugen vor. Die Wöchnerin, welche ihr Kind damals aufgegeben, und drei Wärterinnen bekräftigten die gemachten Angaben und wollten Frau Howard auch ohne Weiteres wieder erkennen. Dagegen suchte der Solicitor-General abermals um Ausstand nach und eröffnete, er gedenke, die Zeugenaussagen zu entkräften, indem ein ehemals zur Polizei gehöriger, gut beleumundeter Mann von Boulogne aus mitgetheilt habe, daß durch seine Beihilfe im Jahre 1864 von zwei anderen Damen ein Kind erst in London zur Adoption gesucht worden sei, und daß diese Damen nach fruchtlosen Bemühungen sich nach Liverpol gewandt und dort im Armenhause ein passendes Kind gefunden hätten. Diesen Zeugen beabsichtigte er vernehmen zu lassen. Der erbetene Termin wurde hierauf bewilligt und die Sache ist um weitere acht Tage verschoben.

Vermischtes.

— (Merkwürdige Blindheit.) Einer der Künstler des Renz'schen Cirkus, ein Clown, Engländer der Nationalität nach, mußte

vor einiger Zeit, eines Morgens, als er erwachte, die schreckliche Entdeckung machen, daß er plötzlich gänzlich erblindet sei. Völlig gesund und ohne eine Spur von einem Augenleiden, hatte er sich am Abend vorher zur Ruhe begeben, und so wahr ihm nicht minder, wie dem zu Hilfe gerufenen Arzte das Unglück ein völliges Räthsel. So verstrich eine Woche, und verzweifelnd begann sich der Mann in sein trostloses Schicksal zu ergeben. Eine monatliche Gage von 600 Thlr. gestattete ihm bisher bequem zu leben, und seine Frau, die sich zur Zeit in England befindet, sowie seine Kinder, die er hier in Berlin bei sich hat, anständig zu erhalten. Und nun, des Augenlichts beraubt, Hilflosigkeit, Armuth und Elend drohend vor sich! Der Prof. Gräfe, welcher berathen wurde, vermochte nichts im Auge zu entdecken, was einen Anhalt böte, und der Kranke wurde endlich in die Charité gebracht. Hier nun erinnerte sich Professor Traube der Beschreibung eines Falles, welcher vor mehreren Jahrzehnten beobachtet worden, wo eine Blindheit plötzlich eingetreten war in Folge von gastrischen Störungen, und gab dem Kranken zunächst kräftige Brechmittel. Und siehe da, er hatte das Richtige getroffen; die heftigen Erschütterungen wirkten merkwürdig auf die Sehkraft und der Clown wird bald völlig wiederhergestellt die Arena betreten.

London, 10. März. In der hiesigen Gesellschaft macht wieder einmal eine Entführungsgeschichte viel von sich reden. Die Tochter des Earl of Gainsborough reichte in diesen Tagen in einer katholischen Kirche von Chelsea einem jungen Manne Namens Murphy die Hand am Altare, den sie als Organisten im Dienste ihres Vaters und als Musiklehrer kennen und lieben gelernt hatte. Als der Vater von dem Bunde dieser Herzen Kenntniß erhielt, wurde der junge Mann aus dem Hause gejagt, die Folge war aber nur, daß Lady Blanche Noel einige Tage später vermißt wurde. Der Earl bot die geheime Polizei auf, und ihren Nachforschungen gelang es, das glücklich liebende Paar in dem nicht sehr aristokratischen Quartier Spitalfields aufzuspüren. Alles Zureden war indessen bei der Dame, die 25 Jahre alt und großjährig ist, fruchtlos, und obschon der Vater die Einwilligung versagte, wurde die Heirath vollzogen. Der glückliche Murphy ist drei Jahre jünger als seine hochgeborne Gattin.

— Der Pfarrer in Barcs (Ungarn) lieh sich vor einigen Tagen eine Flinte, angeblich, weil er befürchtete, daß man seine Schweine stehlen werde. Er wollte die ausgeliehene Waffe — so gibt er an — in seiner abgesperrten Stube untersuchen und blies zu diesem Zwecke in das Rohr hinein. Bei dieser Probe ging jedoch der andere Lauf los, die Ladung drang durch den Mund des Pfarrers, zerschmetterte dessen obere Kinnlade und zwei Zähne und kam ihm zur Wange wieder heraus, worauf er besinnungslos zusammenstürzte. Der augenblicklich herbeigeschafften ärztlichen Hilfe gelang es jedoch, den Geistlichen am Leben zu erhalten. Man vermuthet, daß diese unglückliche Waffenuntersuchung ein glücklicher Selbstmordversuch sein sollte. Der Pfarrer befindet sich in ärztlicher Pflege und ist für ein Aufkommen Hoffnung vorhanden.

Telegraphische Nachrichten.

Karlsruhe, 15. März. Die Herrenkammer hat einstimmig den Jurisdictions-Vertrag mit dem norddeutschen Bunde angenommen. Die Kammer der Abgeordneten hat mit allen gegen 6 Stimmen eine Subvention von 3 Millionen Franken für das Gotthardt-Unternehmen bewilligt.

Wien, 16. März. Die „Presse" meldet: Der Gesandte Italiens Marquis Pepoli ist nach Wien zurückgekehrt, um sein Abberufungsschreiben zu überreichen. Verhältnisse rein persönlicher Natur bestimmen denselben zum vollständigen Rücktritt von der diplomatischen Laufbahn. Als dessen eventuellen Nachfolger nennt man außer dem Grafen Menabrea auch den Grafen Barra.

Wien, 16. März. Wochenausweis der Südbahngesellschaft. Die Einnahmen von 5. bis 11. März betragen 520,170 fl., ergaben somit eine Mindereinnahme von 39,697 fl. gegen die entsprechende Woche des Vorjahres.

Berlin, 14. März. In der heutigen (11ten Sitzung) des Bundesraths führte der Bundeskanzler den Vorsitz. Eine Mittheilung des Präsidenten des Reichstags über die Beschlüsse des Reichstags zu dem Gesetzentwurfe, betreffend die Controle des Bundeshaushalts für 1870 wurde vorgelegt. Die Vorlagen des Präsidiums, betreffend a) die Feststellung von Grundsätzen bezüglich der Zulassung von Ausländern zum Gewerbebetrieb im Umherziehen, b) den etwaigen Erlaß besonderer Bestimmungen für die nächste Volkszählung im Gebiete des Norddeutschen Bundes, c) den Entwurf eines Bahn-Polizei-Reglements wurden den betreffenden Ausschüssen überwiesen. Ueber den Gesetzentwurf wegen Ausgabe von Banknoten erfolgte die Erstattung des Ausschußberichtes. Schließlich wandte sich der Bundesrath zu einer Besprechung über den Bericht der Special-Commission des Reichstages, betreffend den Gesetzentwurf wegen der Eheschließung durch Bundesconsuln in außereuropäischen Ländern. Im Großen und Ganzen zeigte man sich dem Standpuncte und den Beschlüssen der Commission so geneigt, daß die Erzielung eines Verständnisses mit dem Reichstage über dieses Gesetz als unzweifelhaft anzusehen ist.

Berlin, 15. März. Der Reichstag hat den Auslieferungsvertrag mit Belgien in erster und zweiter Lesung angenommen. Ferner wurde bei der Berathung des Strafgesetzes bezüglich der Bestrafung politischer Verbrechen der von den Nationalliberalen gestellte Antrag: Auf Zuchthaus darf nur erkannt werden, wenn das Verbrechen aus ehrloser Gesinnung entspringt, sonst ist auf Festungsstrafe zu erkennen, angenommen. Die weiter eingebrachten Anträge wurden abgelehnt.

Madrid, 15. März. Die Beerdigung Henri Bourbons ist in vollständiger Ruhe vor sich gegangen.

Washington, 15. März. Das Comité des Senats für auswärtige Angelegenheiten hat sich gegen den Annexionsvertrag mit Domingo ausgesprochen, das Repräsentantenhaus hat die Wiederaufnahme von Texas in den Congreß zugestanden.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 16. März. (Schlussc.)

Wechsel auf London	119 7/8	Oest.-franz. Staatsbahn	372 1/4
„ „ Paris	95 1/8	Bayr. Ostbahn-Actien	119 3/4
„ „ Wien	96 1/4	Elisabeth-Prior. I. Em.	77
5 proc. bayr. Anleihe	101	4% bayer. Prämien-Anl.	106
4 1/2 „ „ „	91 3/4	Bad. Präm.-Anleihe	106
4 „ „ Grundrente	86 1/8	Oesterr. Loose v. 1860	80 1/8
4 „ „ Obligat.	86 1/2	„ Loose v. 1864	115
5 proc. österr. Metall., engl.	—	Alsenzbahn	86
5 „ „ National-Anl.	—	Oberhessische Bahn	67 3/8
Steuerfr. Metall. v. 1866	—	Lombarden	237 1/2
1882er Amerikaner	95 3/4	Napoleons	9.30 1/2
Oesterr. Bank-Actien	695	Rente Silber 58 5/8, Pap. 50 3/4.	
Credit-Actien	270	Handelsbank	98 1/2

Wien, 16. März. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	71.30	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	98.—	Steuerfr. Metall. on 1864	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	120.—	Napoleons	9.90 1/2
Oesterr. Bank-Actien	725.—	Wechsel auf Augsburg	103.10
„ Credit-Actien	282.—	„ „ London	124.30
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	387.—	„ „ Paris	49 25
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	„ „ Frankfurt a. M.	103.20
„ „ Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	242.80
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 368.50 Pap.-R.	61.50

Berlin 16. März (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	45 1/2	Lombarden	132 1/2
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	105 1/2	Italienische Anleihe	55 1/2
4 1/2 „ „ Anleihe	91 5/8	1882er amerikanische Bonds	96 5/8
Bad. Prämien-Anleihe	106 1/4	5 proc. preuss. Anleihe	101 7/8
Darmstädter Actien	131	4 1/2 „ „ „	93 7/8
Oesterr. Credit-Actien	154 1/8	Wechsel auf Augsburg	—.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	212 1/4	„ „ Frankfurt	—.—
Staatsbahn-Prioritäten	292	„ „ London	—.—
Oest. fl. 500 Loose von 1860	80	„ „ Paris	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	65 3/4	„ „ Wien	—.—
5 proc. östr. National-Anl.			

Curse des Münchener Handelsvereins vom 16. März 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. 3 1/2% Obl.	fl. 1000	81 1/2	80 1/2
4% ganz. Obl.	1000	86 5/8	86 1/4
4% halbj. Obl.	1000	86 5/8	86 1/4
4% Grundr.-Obl.	1000	86 3/4	86 1/2
4 1/2% ganzj. Obl.	1000	92	91 3/4
4 1/2% halbj. Obl.	1000	92	91 3/4
4 1/2% „ Milit. „	1000	92	91 3/4
5% Obl.	1000	101 1/2	101 1/4
4% Münch. Obl.	1000		
5% „ „	1000	101 1/8	100 3/4
4 1/2% Ostbahn-Aktien .		119 1/2	
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit			
40% Einzahlung . .		86 1/4	85 7/8
dto. volle		86 1/4	85 7/8
Pfdbr. d. bayer. Hyp.- u.			
W.-Bank à fl. 1000		90 5/8	90 3/8
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.		100	99 3/4
Aktien „ „		830	828
Bayer. Handelsbank-Act.		98	
Vereinsbank . .		120 1/2	119 1/4
Württemberg. 4 1/2% Obl. . . .			
Oesterreich 4 1/5% Silb.-Rte. 6/7		58 3/4	58 1/2
„ Pap.-Rte „			
5% Nation.-Anl. . 5/6			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à 116 2/3			
5% Met. Stfr. v. 1866 6/7			
Oest. Bank-Aktie . .			
„ Cred.-Aktien . .		269 1/2	269 1/8
Oest.-franz. Stsb.-Aktien .			

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb. „	233	232
Preußen. 4 1/2% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. 2 1/2	96	95 7/8
„ „ 1884 „	95 1/4	
„ „ 1885 „	95 1/2	
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	106	105 1/2
4% Bad. „ „	107	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	6 1/2	
Pappenheimer dto.	5 3/4	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose . .	18 1/2	
Oester. 1854er Loose à fl. 250 5/8		
„ 1860er „ à fl. 500 6/7	80 1/2	
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred Loose . . .		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		300
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		123
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor .	95	
Chemische Fabrik Heufeld		76
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn . . .		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn . .		
„ Siebenbürger Bahn . . .		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. 1. Em. 6/7		75 1/2
dto. II. „ „		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn „	77	

	Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn „	79 1/4	79 1/8
„ Siebenbürger Bahn „		
„ d. Böhm. Westbahn „		
„ Alföld Fiumander Bahn „		
Wechsel.		
Amsterdam fl. 100 holl. K. S.		100 1/8
L. S.		
Augsburg fl. 100 . . . K. S.		
L. S.		100
Berlin Rthlr. 60 . . K. S.	105 1/8	104 7/8
L. S.		104 7/8
Frankfurt fl. 100 . . . K. S.		
L. S.		100
Hamburg M.-B. 100 . . K. S.		88 1/2
L. S.		88 1/2
Leipzig Rthlr. 60 . . K. S.	105	104 7/8
L. S.	105 1/8	104 7/8
London Pfdst. 10 . . . K. S.	120 1/8	119 7/8
L. S.	120 1/8	119 7/8
Paris Fr. 200 . . . . K. S.	95 1/8	95
L. S.	95 1/8	95
Wien fl. 100 . . K. S.	96 1/4	96
L. S.		
Bank-Disconto für Platz-Wechsel . .		
„ „ Lombard. . .		
Geldsorten.		
Preuß. Friedrichsd'or	9.59	9.58
20 Francs Stücke	9.30 1/2	9.29 1/2
Preuß. Cassen-Scheine	105 1/8	104 7/8
Oest. Banknoten	96 1/4	96

Kgl. Hof- u. National-Theater.

Donnerstag den 17. März.

47. Vorstellung im Jahres-Abonnement.

Neu einstudirt:

Der Wasserträger.

Oper in 3 Aufzügen nach dem Französischen des Bouilly v. Treitschke.

Musik v. Cherubini.

Regie: Herr Sigl.

Personen:

Graf Armand, Präsident des Parlaments v. Paris . .	Hr. Vogl.
Constanze, seine Gemahlin	Frl. Kaufmann.
Mikeli, ein Savoyard, Wasserträger in Paris . .	H. Kindermann.
Daniel, dessen Vater . .	Hr. Peter.
Antonio, Sohn des Mikeli, in Dienst. eines Pächt. z. Gonesse	Hr. Schlosser.
Marzelline, Antonios Schwest.	Frau Vogl.
Semos, ein reicher Pächter	Hr. Sigl.
Angelina, dessen Tochter .	Frl. Hemauer.
Hauptmann } der italienischen Truppen im Solde d. Ministers Mazarin.	Hr. Bausewein.
Lieutenant }	Hr. Fischer.
Erster } Soldat	Hr. Thoms.
Zweiter } Soldat	Hr. Weixlstorfer.
Dritter } Soldat	H. Grasser.
Eine Schildwache . . .	Hr. Leibold.
Ein Bauernmädchen . . .	Frl. Ritter.

Ein Gardeoffizier. Bauern. Bäuerinnen. Soldaten.

Die Kasse wird um 1/2 6 Uhr geöffnet.

Anfang halb 7 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.

Verlag u. Redaktion von **Karl Kellerbauer**. — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr: Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Freitag, den 18. März 1870. Nr. 76.

Abonnements-Einladung.

Der **„Süddeutsche Telegraph“** wird auch fortan seiner bisher eingehaltenen politischen Richtung treu folgen; er wird als ganz unabhängiges Organ unerschütterlich für die freie Entwicklung unseres Staats-, Gemeinde- und kirchlichen Lebens durch zeitgemäße Reform unserer Gesetzgebung, besonders durch Reform der Wahlgesetzgebung und durch möglichste Erweiterung der Autonomie der Corporationen, sowie für die bundesstaatliche Einigung Deutschlands und Schaffung eines deutschen Parlaments mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln energisch eintreten, dabei aber nie außer Acht lassen, diese so ernsten, hochwichtigen Fragen in entsprechender, würdiger Form zu behandeln und immer nur die Sache, niemals die Persönlichkeiten im Auge zu haben.

Die Redaktion ist im Stande, täglich durch Telegramme und Correspondenzen die neuesten Nachrichten sowohl auf dem Gebiete der Politik, als auch auf jenem des Handels und der Industrie ihren Lesern zu bieten; sie wird den volkswirthschaftlichen Interessen gebührende Rechnung tragen und sich mit ganz besonderer Aufmerksamkeit der Behandlung der bayerischen und localen Verhältnisse — namentlich durch ausführliche, noch am Sitzungstage erscheinende Berichte über die Sitzungen des Landtags und der Gemeindevertretung, — zuwenden.

Für die Unterhaltung der Leser wird ein gewähltes Feuilleton Stoff bieten. Die Leistungen auf dem Gebiete des Schauspiels, der Oper, und der Musik überhaupt werden, wie bisher, aus gediegener Feder besprochen werden.

Wir laden zu recht zahlreichem Abonnement auf das Blatt, welches sich sowohl durch seinen reichen Inhalt als durch den billigen Preis — **jährlich vier, per Quartal Ein Gulden,** — auswärtig mit dem Postaufschlag von **15 Kreuzern** pro Quartal — empfiehlt, freundlichst ein.

Man abonnirt hier bei den Expeditionen (Residenzstraße 23/0 und Fürstenfeldergasse 2/0); auswärts bei den Postanstalten und Postboten.

München im März 1870.

Die Redaktion und Expedition des „Süddeutschen Telegraphen.“

Politische Tagesübersicht.

Karlsruhe, 16. März. Großfürst Michael von Rußland ist gestern Abend aus Stuttgart wieder dahier eingetroffen. Heute Mittag 12 Uhr fand zu Ehren des Großfürsten größere Parade auf dem Schloßplatze statt, wo das Bataillon von Gemmingen des Leibgrenadier-Regiments mit Musik aufgestellt war, ihm gegenüber die Offiziere und Unter-Offiziere der hiesigen Regimenter der drei Waffengattungen. Um 12 Uhr erschien der Großfürst in Begleitung des Großherzogs und des Prinzen Karl nebst Gefolge aus dem Großh. Schlosse auf dem Platze, begrüßte den Divisionskommandeur v. Beyer, den Garnisonskommandanten Generalmajor v. Freydorf nebst Generalstab, schritt an der Bataillonslinie vorüber, ließ sodann die Parade vorbeimarschiren und sich schließlich die anwesenden Offiziere vorstellen, während die Musik des Leibgrenadier-Regiments spielte. Es hatten sich zahlreiche Zuschauer zu dem militärischen Schauspiel eingefunden. Heute Nachmittag große Galatafel, Abends Hofconzert.

Stuttgart, 15. März. Es ist ein mehrmals, besonders auch bei Wahlen von den Demokraten mit Erfolg angewendetes Kunststückchen, das Verhältniß der Regierung zu den Bestrebungen der extremen Republikaner als ein sehr wohlwollendes, als ein solches darzustellen, als wünsche sie diesen Strebungen allen Erfolg und halte mit ihrer offenen Parteinahme nur aus einem Rest von Rücksichtsnahme auf die gekrönten Vettern im übrigen Deutschland zurück. In diesem Sinne werden nun auch die Worte ausgelegt, welche der hiesige Ober-Bürgermeister v. Sick in seinem Trinkspruche bei der jüngsten Geburtstagsfeier des Königs inmitten der Stuttgarter Bürgerschaft aussprach. Nach demokratischer Meldung soll Herr v. Sick gesagt haben: Der König werde sein hinsichtlich der Verträge gegebenes Wort treu halten, er ehre aber auch „den berechtigten und geläuterten Volkswillen.“ Offenbar, so wird nun argumentirt, betreffe letzteres die gegenwärtige Agitation im Lande, und da Sick nicht nur über die Dinge und Ansichten in unseren höchsten Kreisen auf das Genaueste unterrichtet sei, sondern auch offenbar gar nicht so gesprochen hätte, wenn er nicht dazu ermächtigt gewesen wäre, so sei der Schluß berechtigt, daß es unserer Regierung darum zu thun war, die zarte Andeutung zu geben, wie sie ihr Verhältniß zur Agitation gegen das Kriegsdienstgesetz aufgefaßt wissen möchte. So die demokratische Lesart. Nun aber hat in Wahrheit Hr. v. Sick gesagt: „Viele drängende Kämpfe zeigen sich in dem allgemeinen politischen und socialen Leben. Alle Fragen desselben seien in ihrem Grunde aufgewühlt und oft könne man irre werden, zu welchem Ziele diese Kämpfe führen sollten; in dieser Bewegung habe das Land sich glücklich zu schätzen, einen Fürsten an der Spitze zu haben, der treu zu seinem Lande halte, den berechtigten und geläuterten Volkswillen ehre, die gedeihliche Entwickelung des Landes mit unablässigem Eifer verfolge und der als deutscher Fürst, treu seinem gegebenen Wort, die nationalen Pflichten zu erfüllen gedenke.“ Das klingt denn doch ein wenig anders und uns will es scheinen, als ob der Zusatz „berechtigt und geläutert“ eher einen Dämpfer auf die hochfliegenden Pläne der Herren Demokraten darstellen solle.

Wien, 16. März. Statthaltereileiter v. Weber ist definitiv zum Statthalter von Niederösterreich, und der Oberst-Landmarschall von

Böhmen, Fürst Adolph Auersperg, zum Landes-Präsidenten von Salzburg ernannt worden.

— In den leitenden Kreisen hält man den Antritt der Kaiserreise nach Dalmatien nicht für so unmittelbar bevorstehend, als dies heute bereits gemeldet wird. Die Absicht, Dalmatien zu besuchen, soll zwar bestehen; doch ist über den Zeitpunkt der Ausführung dieses Projectes noch nicht die mindeste Disposition getroffen.

Innsbruck, 15. März. Der Geistliche Hermann von Vinaders (Wippthal) wurde wegen politischer Umtriebe verhaftet und dem hiesigen Landesgerichte übergeben.

Triest, 15. März. Zufolge Allerhöchster Entschließung vom 5. März d. Js., welche 29 Sträflingen den Rest der Strafe nachsieht, wurden aus Capodistria 19 und aus Gradiska 10 Sträflinge entlassen.

Pest, 15. März. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde das Budget des Ministeriums für Croatien ohne Debatte votirt, ebenso das Extra-Ordinarium des Ministeriums für Landesvertheidigung.

Lemberg, 15. März. Der bekannte russische Agitator Hilferding kommt nächstens hieher. Die hiesigen Russophilen wünschen, daß derselbe in Lemberg als russischer Consul verbleibe. — In der Jantschberg-Josephsthaler Affaire beantragt der Staatsanwalt bei 34 Angeklagten die Verurtheilung wegen des Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit zu 1 bis 3 Jahren schweren Kerkers. Die Publication des Urtheils erfolgt morgen. — Seit dem 3. d. Mt. findet nämlich vor dem Landesgerichte in Laibach die Verhandlung gegen die slovenischen Bauern statt, welche im Mai v. Js., von den Laibacher Parteiführern aufgehetzt, über die auf einer Landpartie begriffenen deutschen Turner herfielen, sie mißhandelten und ihnen die Fahne raubten.

Aus **Cattaro** wird berichtet, daß in Folge der Kriegsverwüstungen und des langen Winters in einigen Gebirgsdörfern, z. B. in Braitsch und Maina, der Hungertyphus ausgebrochen sei. Selbst in Küstenorten herrscht fortwährend eine große Theuerung. In Cattaro kostet ein Ei acht Kreuzer, ein Pfund Hammelfleisch 70 Kreuzer und ein Pfund Kalbfleisch 1 Gulden.

— Was den jüngsten österreichisch-montenegrinischen Gränzkonflikt anbelangt, so ist zwar bis heute eine offizielle Darstellung, die man doch dem Publikum schuldig wäre, nicht veröffentlicht worden. Verläßliche Privatmittheilungen fügen dem bisher Bekannten wenig Neues hinzu, darunter, daß bei dem Zusammenstoß auch ein Dalmatier, der eben Lebensmittel nach dem bedrohten Fort Presicka bringen wollte, von den Montegrinern erschossen wurde. Da man in seinem Leichnam zwei Kugeln fand, so müssen der Blutrache zwei Montegriner zum Opfer fallen.

Berlin, 15. März. Die heutige Reichstagsdebatte über die politischen Verbrechen und Vergehen entbrannte nicht so lebhaft, wie man erwartete, und doch war sie mehr als ein bloßes Redeturnier der Juristen, als welche sie der Bundeskanzler kennzeichnete. Es war eine sachliche und maßvolle Auseinandersetzung, nach welcher das Haus durch seinen Beschluß aussprach, daß es nur bei Verbrechen aus ehrloser Gesinnung die entehrende Zuchthausstrafe ausgesprochen wissen wollte. Nun behauptete freilich der Justizminister Dr. Leonhardt, die Zuchthausstrafe entehre nicht, obwohl sie den Eintritt in das Heer unmöglich macht; das aber widerspricht der allgemeinen Vorstellung, ja, die Unfähigkeit zum Waffendienste ist anders gar nicht zu verstehen. Nachdem auf Antrag des Bundesrathes diese Unfähigkeit als Folge der Verurtheilung zum Zuchthause durch das Strafgesetzbuch selber festgesetzt ist, kann darüber nicht mehr ernstlich gestritten werden. Anders verhält es sich um den Antrag, die Verweisung der politischen Vergehen und Verbrechen an die Geschworenengerichte gleich hier im Strafgesetzbuche auszusprechen und dabei gleichzeitig nebenbei den preußischen Staatsgerichtshof zu beseitigen. Der Bundeskanzler widerrieth die Annahme desselben so stark und entschieden, daß manche Mitglieder, die in der Sache dem Antrage geneigt waren, doch dagegen stimmten, an dieser Stelle nebenbei über eine Frage zu entscheiden, die eigentlich in die Strafprozeßordnung gehört.

Paris, 14. März. An der Spitze des Univers wird folgende drohende Polemik, die von Veuillot aus Rom 9. März datirt ist, mitgetheilt: „Gestern 8. März erfuhr man in Rom zu gleicher Zeit die drohenden vertraulichen Mittheilungen des Herrn Daru gegen die Definiton der Unfehlbarkeit und die Vertheilung des Schema's in Betreff derselben unter die Patres des Concils. Ich weiß nicht, ob die Drohungen des Herrn Daru Frankreichs oder sogar nur Herrn Daru würdig erscheinen werden. Wie immer befindet sich Pius der Große in vollkommenem Einverständniß mit der Ehre seines erhabenen Priesteramtes und dem Gewissen der christlichen Welt. Sicherlich, Pius IX. hat nicht so geantwortet, weil er bedroht war. Selbst ein Brief des Herrn Daru konnte den Beschluß des Statthalters Christi weder motiviren noch beschleunigen. Pius IX. ist entschlossen, weil das der Wille Gottes war, und die Frage über die sich Herr Daru so sehr beunruhigte, ist allem Anscheine nach aufgestellt, als ob Herr Daru gar nicht existire. Das Unglück des Herrn Daru liegt in dem zufälligen Zusammentreffen. Er befindet sich da in einer sehr unangenehmen Lage bezüglich seines bisher als ehrlich bekannten Namens. Man bedauert ihn wegen des Zusammentreffens. Welche mißliche Lage, in diesem Augenblicke neben Pius IX. in folgender Weise in der Geschichte verzeichnet zu stehen: „Einige Persönlichkeiten wagten es zu unternehmen, den Muth Pius IX. einzuschüchtern, man bemerkte einen Minister Napoleon's mit Namen Daru.“ Ein schöner Posten, einzunehmen in der Geschichte des Dogmas! Der Zwischenfall ist sonst weiter keiner Aufmerksamkeit werth. Man weiß recht gut, daß, wenn Herr Daru die französische Schildwache zurückzöge, welche an der Thüre des Concils steht, viele andere Schildwachen, die in Frankreich an anderen Thüren stehen, gleichfalls zurückgezogen würden! Kurz, wenn die Briefe des Herrn Daru einige Gemüther in Rom beunruhigt haben, so sind es nicht diejenigen, welche er bedroht. Diese fühlen sich über seine Angriffe erhaben. Was diejenigen betrifft, die er lobt, so beweist noch nichts, daß sie wirkliche Persönlichkeiten sind oder daß sie es wirklich verdient haben.“

Paris, 15. März. In der Sitzung des Senates wurde über die Petition, welche die Einschränkung des allgemeinen Stimmrechtes bezweckt, ungeachtet des Antrages auf Zuweisung derselben an das Instructions-Bureau, zur Tagesordnung übergegangen. — Die Agence Havas dementirt die Gerüchte über einen Zwiespalt zwischen Ollivier und Daru und über die Demission des Marschalls Mac Mahon. — In wohlunterrichteten Kreisen vernimmt man, daß im Concil die Discussion über das Dogma der Unfehlbarkeit und über den Syllabus auf den 30. Juni vertagt werden soll. — In dem Proceß Peter Bonaparte sind 63 Zeugen auf den 21. März nach Tours vorgeladen. — Die France meldet, daß Marquis de Banneville sich heute in Civitavecchia eingeschifft hat. — Die Häfen des Mittelmeeres liegen voller Schiffe, die durch die Ungunst des Wetters am Auslaufen verhindert sind.

London, 14. März. Aus Hongkong kommt auf theilweise telegraphischem Wege eine Nachricht, welche hier einen unangenehmen Eindruck machen wird. Es hat nämlich der dortige Marinegerichtshof den Capitän des Dampfers Bombay auf sechs Monate suspendirt, und dieses Urtheil enthält den Beweis, daß die Schuld an dem Zusammenstoße zwischen der Bombay- und der Oneida oder mindestens ein strafbarer Mangel an Hülfeleistung dem englischen Schiffe aufgebürdet worden ist. Den americanischen Vettern ist also wirklich eine neue Veranlassung gegeben, sich gegen England zu ereifern. Sie werden natürlich für den Tod ihrer 115 Seeleute den englischen Capitän verantwortlich machen, wie denn schon aus San Francisco, als nur erst die Nachricht von dem Zusammenstoße eingetroffen war, von einer großen Aufregung und Erbitterung gegen England berichtet wurde. Hier wird man sich dagegen auf den Umstand berufen, daß das Unglück inmitten eines dichten Nebels erfolgt sei, und daß der Capitän Eyre eine ernstliche Beschädigung, die der Oneida widerfahren sei, nicht voraussetzen konnte, weil sein eigenes Schiff den Stoß so wenig empfunden habe.

Rom, 8. März. Soeben bin ich in den Stand gesetzt, Ihnen

ber den Inhalt der bischöflichen Protestation gegen die neue Geschäfts-rdnung Einiges mittheilen zu können. Bezüglich des 13. Artikels ird hervorgehoben, daß in früheren Concilien eine so bloß auf Schnelligkeit berechnete Methode des Abstimmens (eo expedito modo) wohl nie stattgefunden habe. Selbst in politischen Versammlungen wird eigefügt, sei doch das Recht gewährt, die Abstimmung durch Namens-ufruf zu verlangen. Nicht auf Schnelligkeit der Beschlußfassung, son-ern auf Vorsicht und möglichste Sicherheit komme es dabei an. Hie-auf wendet sich der Protest gegen die Bestimmung der Geschäftsord-ung, daß bei den Abstimmungen zuerst die Vota der zu den propo-irten Decreten Zustimmenden und dann erst die der Ablehnenden ezählt werden sollen. Ferner wird verlangt, daß bei der Definition ines Dogma oder der Aufstellung eines mit dem Anathem bewaffne-n Kanons nicht durch Aufstehen und Sitzenbleiben, sondern mündlich urch Placet und Non-Placet abgestimmt werden möge. Sodann ird sehr darauf gedrungen, daß über Dogmen nicht mit bloßer Mehr-eit, sondern nur mit moralischer Stimmeneinheit entschieden, daß also in Dekret, gegen welches eine irgend erhebliche. Anzahl bischöflicher Stimmen sich erkläre, als abgelehnt betrachtet werde. Auch soll es en Vätern, wie der Papst es früher in Aussicht gestellt habe, frei-eben, ihre Note schriftlich abzugeben. Die gewichtigste Aeußerung ist ber folgende: Was aber die zur Lösung dogmatischer Fragen erfor-erliche Anzahl von Stimmen betrifft, in welchem Umstande der Kern r Sache liegt, und worum es sich bei ganze Concile hauptsächlich mbelt, ist so schwerwiegend, daß, wenn nicht erfüllt würde, was wir Ehrfurcht und entschieden verlangen, unser Gewissen von einer un-träglichen Last bedrückt würde. Wir würden besorgen, daß der Cha-ter des ökumenischen Concil im Zweifel gezogen und unsern Fein-n Anlaß gegeben würde, den hl. Stuhl und das Concil anzugreifen, daß schließlich die Autorität des jetzigen Concils beim christlichen olk untergraben würde, weil daselbe „der Wahrheit und Freiheit mangle." Dieß würde aber bei den gegenwärtigen höchst aufgereg-n Zeiten das größte denkbare Unglück sein. Mit vollem Recht be-erkt hiezu der Correspondent: Hier möchten wir doch mit aller Ehr-rbietigkeit behaupten, daß sich allerdings noch eine größere Calami-t denken lasse, nämlich die Sanctionirung eines exegetisch-dogmatisch-schichtlich unhaltbaren Lehrsatzes durch eine sich Concil nennende Ver-mmlung — Wir entnehmen dem neuesten Concilsbriefe der Allg. g. noch folgendes. 34 französische und 23 deutsche Bischöfe haben nselben unterzeichnet; die Cardinäle Mathieu und Rauscher haben, gleich sie sich einverstanden erklärten, doch ihre Unterschriften nicht währt. Zehn oder zwölf andere Deutsche, haben eine kürzere, die-lben Grundsätze enthaltende, aber etwas präciser und schärfer gefaßte dresse angenommen. Auch einige Orientalen haben mitunterzeichnet, ogegen die Nordamerikaner noch zu keinem Ergebniß ihrer Berathung langt sind. Solche Erklärungen sind nothwendig für die Welt au-rhalb des Concils um dem eigenen Gewissen Genüge zu thun; aber e Wirkung davon ist kaum zu erwarten, und die Unterzeichner selbst ffen wohl nicht, daß in den wichtigen Punkten des neuen Regola-nto ihnen zu Gefallen etwas geändert werde. Ja, wenn ihre Vor-llungen förmliche Proteste wären, mit der Erklärung, daß sie an er solchen, der Bedingungen eines wirklichen Concils ermangelnden, rsammlung fernerhin nicht theilnehmen würden. Doch dazu konnte n sich weder im französischen, noch im deutschen Lager entschließen. lbst einem Manne, wie Dupanloup, der als ein Führer der Oppo-on gelten mag, wird es schwer seinen eigenen früheren Schriften genüber offen zu widersprechen. Man muß sich fragen: Wenn Pius on bevor seine Unfehlbarkeit Dogma geworden war, gesagt hat: „Ich ı der Weg, die Wahrheit und das Leben," was wird er nach voll-zener Apotheose sagen? Welche Worte wird die menschliche Sprache n bieten, um die Hoheit seiner Stellung gebührend zu bezeichnen? ir fällt das Wort ein, das ein durch seine witzigen Einfälle bekann-Mitglied der hiesigen Aristokratie vor einiger Zeit fallen ließ: Gli ri Papi credevano esser Vicarii di Christo, ma questo Papa de che nostro Signore sia il suo Vicario in cielo. Wir leben hier auf dem Boden, auf welchem Tacitus vor 1800 Jahren das Wort schrieb: Cupido dominandi cunctis affectibus flagrantior est. (Annal. 15, 53). Ist die Unfehlbarkeit promulgirt, so besitzt jedes Glied der hiesigen Congregationen die angenehme Gewißheit, daß es divinae particulam aurae habe. Pius ist nun so fest und entschlos-sen wie nur jemals. Die Jesuiten haben ihm gesagt, wenn auch jetzt Verwirrung und Aergerniß in der Kirche über das neue Dogma ent-stehe, so habe das nichts zu bedeuten; andere dogmatische Entscheidungen seien ja auch die Ursache großer Wirren geworden, dann aber doch siegreich geblieben; in hundert Jahren werde alles wieder ruhig sein. Der P. Piccirillo, Redakteur der Civiltà und bei Pius ganz beson-ders beliebt, hat diesen Trost auch anderen Prälaten gespendet. Man hat das Schema „von der Kirche" mit den Collegienheften eines Je-suiten, Professors am Collegio Romano, verglichen, und es hat sich gezeigt, daß beide völlig gleichlautend sind. Das hat denn doch selbst in den ergebensten Placetisten der Majorität ein Schamgefühl erregt. Daß man sie nach Rom rufen werde, um die Collegienhefte eines Je-suiten zu dogmatischen Dekreten für die ganze Kirche zu stempeln, dieß hatten sie doch nicht erwartet. Ein Individuum, geistig so völlig be-deutungslos, daß ich wähnte, nie zur Nennung seines Namens eine Veranlassung zu finden, ein gewisser Wolanski, in deutschen Kreisen als die komische Person des Concils bekannt, ist jüngst zum Censor für deutsche Bücher an der Indexcongregation ernannt worden. Er wäre nicht im Stande einem deutschen Theologen auch nur seine Con-cepte zum Druck abzuschreiben. Aber in Rom liebt man, den Fremden von Zeit zu Zeit solche Fußtritte zu versetzen.

— Der Moniteur erfährt aus **Madrid** einige neue Einzel-heiten über das Duell zwischen Don Enrique und dem Herzog von Montpensier. Danach soll der Erstere, nachdem er den tödtlichen Schuß empfangen, noch vier oder fünf Minuten gelebt und folgende Worte gesprochen haben: „Ich sterbe, um die Unabhängigkeit meines Vater-landes zu sichern und die Ehre meiner Familie zu rächen. Meine Kinder empfehle ich meinem Bruder." Der Herzog von Montpensier kehrte tief erschüttert nach dem Schloß Vista Hermosa zurück und hütet dort das Bett. Der Avenir National macht darauf aufmerksam, daß, wenn das spanische Gesetz auf den Herzog von Montpensier angewen-det wird, er mit vierjähriger Verbannung bestraft werden könnte.

Lissabon, 14. März. Die Wahlen für die Cortes sind beendet. Unter 95 bekannten Wahlen sind 8 oppositionelle und 4 zweifelhafte. Die Minister wurden in Lissabon wieder gewählt.

Bukarest, 15. März. In der heutigen Kammersitzung ist der Commissionsantrag auf Reduktion der Armee nicht durchgegangen, ein Amendement Blaremberg's, welches nur eine neue Vermehrung der Artillerie verwirft, wurde angenommen.

Rußland. Am 25. Februar erfolgte in Tambow auf dem Marktplatze die öffentliche Verkündigung des Urtheils des dirigirenden Senats in dem Proceß gegen Maxim Plotizyn und die anderen wegen Zugehörigkeit zur Skopzensecte oder Förderung der Interessen dieser Secte angeklagten Personen. Auf dem Verbrecherkarren saß Maxim Plotizyn mit dem Rücken nach den Pferden. Der Zug bewegte sich unter Trommelschlag von dem Gefängnisse durch die Hauptstraße bis zum Marktplatze. Auf der Brust hatte Plotizyn eine schwarze Tafel mit der betreffenden Aufschrift. Der Henker führte den Verurtheilten mit auf den Rücken gebundenen Händen auf das Schaffot und band ihn mit Stricken an den Schandpfahl. Darauf wurde laut das Ur-theil verlesen und über den auf dem Schaffot ausgestellten Plotizyn die Ceremonie vollzogen, welche den bürgerlichen Tod verhängt. Er ist zum Verlust der Bürgerrechte und zur lebenslänglichen Verbannung nach den entferntesten Gegenden Ostsibiriens verurtheilt.

Tripolis (in der Berberei), 20. Febr. In diesen Tagen haben wir ernstliche Unruhen in unserer Stadt gehabt; die Araber ha-ben sich empört, sie wollen absolut den Scheich-el-bled (Stadtvor-steher) Namens Ali Gergeni nicht länger erdulden. Der Pascha-Gou-verneur Ali Riza Pascha von Tripolitanien unterstützt ihn indeß mit aller Macht. Die europäischen Familien leben in Unruhe über die Folgen. Beide, Ali Gergeni und Ali Riza Pascha, sind der gan-zen Bevölkerung verhaßt.

In **Hayti** werden die Anhänger des hingerichteten Präsidenten Salnave, welche nicht auf die englischen Inseln oder nach den Vereinigten Staaten haben flüchten können, hart verfolgt. Mehrere sind bereits ergriffen und erschossen worden. Was auch jetzt die Zukunft Hayti's sein möge, nach dieser Seite hin können wir jetzt ganz beruhigt sein und werden nun unsere ganze Thätigkeit der Entwicklung des Wohlstandes unseres Landes zuwenden. Die Städte haben sich einstimmig für den Anschluß an die Vereinigten Staaten ausgesprochen; die Bevölkerung des Landes, welche Cabral bisher eingeschüchtert hatte, wird sich jetzt auch ohne Zögern dafür erklären.

Bayerische Angelegenheiten.

* In der gestrigen Sitzung des Staatsraths, welche unter dem Vorsitz des Prinzen Luitpold abgehalten wurde, gelangte die Advokaten-Ordnung, dann ein vom Justizministerium in Folge des Antrags der Notariatskammer von Schwaben ausgearbeiteter Gesetzentwurf über die Aenderung einiger civilrechtlicher Bestimmungen hinsichtlich der Uebernahme fremder Verbindlichkeiten, endlich der vom Kriegsministerium eingebrachte Nachweis über den Militär-Wittwen- und Waisen- und Invaliden-Fond zur Berathung. Die Sitzung war von ungewöhnlich langer Dauer. — Fürst Hohenlohe gab gestern in seinem Palais den Beamten des Ministeriums des Auswärtigen ein glänzendes Abschieds-Diner.

* In der gestrigen Sitzung des II. (Finanz-) Ausschusses wurden, nachdem auf Antrag des Hrn. Abg. Greil der bezüglich der beiden außerordentlichen Militärcredite früher gefaßte Beschluß desselben, zur Herstellung von weitern 60,000 Hinterladern nach Werder'schem Systeme die Summe von 2,473,725 fl., für Aenderungen an Armatur und Lederwerk der Infanterie 52,000 fl. zu bewilligen, dagegen die Berathung und Entscheidung aller übrigen geforderten Positionen erst bei Berathung des Budgets vorzunehmen, — wieder umgestoßen und mit 5 gegen 2 Stimmen (Frhr. v. Stauffenberg und Advokat Freitag) die sofortige Erledigung dieser Militär-Credite beschlossen war, außer den obenangeführten Summen noch für Feldkochgeschirre 22,000, für Errichtung von Schießplätzen für die Landwehr 8000 und für ein Fourage-Magazin in Nürnberg 14,000 fl. (beide letztere Summen gegen den Antrag des Referenten Kolb) genehmigt. Für den Unterhalt der überzähligen Officiere beantragt Hr. Kolb die Summe von 380,000 fl., wodurch für alle aktiven überzähligen Rittmeister die Pferdsgratificationen und die Fourage gestrichen ist. — Heute Nachmittag wird im II. Ausschusse Graf Fugger-Blumenthal über die Zollerträgnisse, und Frhr. v. Stauffenberg über die Rechnungs-Nachweisungen bezüglich des Eisenbahnbaues, je in den Jahren 1866/67 und 1867/68, Vortrag erstatten.

* Morgen findet die 20. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer statt; zur Berathung kommen die Referate über die Anträge auf Erlassung eines Gesetzes „direkte Wahlen zum Landtage mit geheimer Abstimmung betr.;“ über die Vorstellung und Bitte der geprüften Maurer- und Zimmermeister in Bayern diesseits des Rheins „die selbstständige Uebernahme und Führung von öffentlichen und Privatbauten betr.,“ dann über die Bitte der Stadtgemeinde Spalt „die Erbauung einer Vicinal-Eisenbahn von Georgensgmünd nach Spalt betr.;“ ferner wird der V. Ausschuß über geprüfte und zur Vorlage an die Kammer nicht geeignet befundene Beschwerden, und der VI. Ausschuß über geprüfte Anträge Vortrag erstatten.

— Die diesjährigen Hauptübungen der Artillerie finden in den Monaten Juli und August statt. Der Präsentstand für diese Zeit wurde vom Kriegsministerium auf 44 Mann bei einer fahrenden, 47 Mann bei einer reitenden Batterie und 100 Mann bei einer Fußbatterie festgestellt. — Das Kriegsministerium hat für 10 noch lebende Veteranen aus den Feldzügen bis 1815, welche seiner Zeit schwere Verwundungen erlitten haben, aber der Pensionszulage nicht theilhaftig werden konnten, in Berücksichtigung des hohen Alters und der hiedurch gesteigerten Gebrechlichkeit und Hilfsbedürftigkeit derselben, eine Pensionszulage von je 200 fl. beantragt.

Kempten, 15. März. Die Schwurgerichtsverhandlung gegen den Redacteur des „Allgäuer Volksblattes“, Hrn. Dr. Leonhard Schneider, wurde wegen drei neu hinzugekommenen Preßvergehen, darunter eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung, vom 18. März auf Donnerstag den 24. März verlegt.

Lokales und Provinzielles.

München, 17. März.

— Die Zahl der im vergangenen Monat Februar zu München Gestorbenen beträgt laut amtlichen Berichts des k. Bezirks- und Stadtgerichtsarztes Dr. Frank mit Einschluß von 16 todt und 6 unreif Gebornen 500, darunter 193 Kinder von der Geburt bis zu 1 Jahr. Bei dieser das Mittel etwas übersteigenden Sterblichkeit für München — 17,8 per Tag — waren gestorben an Darrsucht 87, an Lungentuberculose 70, an Lungenentzündung 42, an Schlagfluß 16, an Diphterie 12, an Typhus 10 u. s. w. Die Zahl der Kranken in den öffentlichen Heil- und Pfleganstalten der Stadt betrug 1871 gegen 1867 im vorausgegangenen Monat Januar. Hievon treffen auf das große städtische Krankenhaus l/J. 592, auf das kleine städtische Krankenhaus r/J. 152, auf die Militärkrankenhäuser 472, auf die Polikliniken 375, auf die beiden Kinderheilanstalten 250. Unter den wichtigeren Krankheiten in diesen Anstalten befanden sich: 170 Magenkatharre, 137 akute Bronchien-Katarrhe, 105 Magendarm-Katharre, 81 katarrhalische und 10 diphteritische Anginien, 42 Lungentuberculosen, 41 chronische, 40 Lungenentzündungen, 32 Typhen u. s. w. Die Zahl der Geburten betrug 564 und zwar 322 Knaben, 242 Mädchen, die Zahl der Trauungen 186. Der allgemeine Gesundheitszustand, schließt der amtliche Bericht, hatte für diesen Monat eines so anhaltend strengen Winters trotz der etwas erhöhten Sterblichkeit doch nicht zu Klagen Anlaß geben können. Es kamen ganz natürlich mehr entzündliche Respirationskrankheiten vor, aber sehr wenig Typhen, gar keine Blattern, wenige Diphterien und überhaupt keine herrschende Krankheit zur Beobachtung.

ϱ (Collegium der Gemeindebevollmächtigten.) Bei Beginn der Sitzung ward das neugewählte Mitglied Hr. Chr. Hörner vom Vorstande willkommen geheißen. — Der Verwaltungsrath des Nürnberger Gewerbemusums hat an den Hrn. Gemeindebevollmächtigten M. Guggenheimer, welcher jüngst in der Angelegenheit wegen des Gewerbemuseums das Referat im Collegium erstattete, deßhalb ein Anerkennungsschreiben erlassen. Wir entnehmen demselben folgendes: „Hochgeehrter Herr! Mit lebhafter Freude haben wir heute die Nachricht Ihrer so warmen, zweckentsprechenden Befürwortung unseres gemeinnützigen vaterländischen Unternehmens in gestriger Sitzung des Collegiums der HH. Gemeindebevollmächtigten Münchens vernommen, und schätzen es uns zur besondern Ehre, in Ihnen einen so ausgezeichneten Vertreter unserer Ideen und unserer Absichten auf Verwirklichung derselben gefunden zu haben. Sie haben uns aus der Seele gesprochen in Ihrer Aufstellung, daß die höhere technische Ausbildung des Arbeiterstandes und die Arbeiterfrage selbst nur gelöst werden können, durch Gründung eines Landesinstituts, das jedem einzelnen Staatsbürger die entsprechenden Bildungsmittel in die Hand gibt, welche ihm nothwendig sind, um bei dem heutigen rapiden Fortschritte auf allen Gebieten der Wissenschaft und der Technik auf der Höhe der Zeit zu bleiben, die eigene Produktionskraft zu stärken, zu heben und im Zusammenwirken die ganze Industrie Bayerns auf den Standpunkt zu führen, welcher sie befähigt, andern Nationen ebenbürtig und ihrem alten Ruhme entsprechend zur Seite zu stehen. Daß eine solche Centralstelle, die Industrie von ganz Bayern umfassend, eine Landesanstalt ist und sein muß, haben wir seither nie anders gedacht und erstrebt, nur in diesem Sinne für die Gründung desselben gewirkt, und wird es nicht nothwendig sein, nochmals ausdrücklich zu constatiren, daß es auch ferner das leitende Princip unserer Thätigkeit sein wird. Aus den beiliegenden Zeichnungslisten wollen Sie, hochgeehrter Herr, geneigtest entnehmen, in welcher Weise sich unsere Thätigkeit entwickelt, und welche pecuniäre Theilnahme das Unternehmen in Nürnberg und andern Städten bis jetzt gefunden hat. Außer den verzeichneten Beiträgen (361,000 fl.) stehen uns noch namhafte Zeichnungen in Aussicht.

Gestatten Sie ꝛc. — Der Magistrat hat beschlossen, zu der heuer stattfindenden Ausstellung der Zeichnungslehrer in Berlin zwei Lehrer als Delegirte zu schicken, von denen einer Hr. Professor Weishaupt sein, der andere erst bestimmt werden soll; dieselben sollen für die auf acht Tage sich erstreckende Reise ein Honorar von je 150 fl. beziehen, dafür aber einen eingehenden Ausstellungsbericht erstatten. Nach einiger Debatte wurde beschlossen, dießmal zwei, in den künftigen Jahren aber nur mehr einen Delegirten zu dieser Ausstellung zu schicken, und die Wahl des zweiten Delegirten dem Magistrate zu überlassen. — Nach Erledigung einiger unwesentlicher Gegenstände der Tagesordnung erstattete Hr. Ludwig Brey (Löwenbräu) Bericht wegen der Frage der Betheiligung der Gemeinde an den Kosten der Prozessionen. Er habe noch weiter gehen müssen, als der magistratische Antrag, und theile seinen Antrag in einen finanziellen und persönlichen Theil. Bezüglich des finanziellen Theiles halte er das Princip fest, daß das Gemeinde-Collegium als politische Gemeinde nie weder verpflichtet noch berechtigt sein könne, für Cultusübungen irgend einer Confession Beiträge zu leisten, denn die politische Gemeinde sei confessionslos, und deßhalb beantrage er: bei der Frohnleichnamsprozession, so lange die Bürger ihre Häuser mit Birken schmücken, einzig und allein die Kosten für den Birkenschmuck der magistratischen Gebäude zu tragen, nicht aber für das Programmdrucken, die Trompeter und für die Zugführer, dagegen bei allen andern Prozessionen jegliche Kostenbetheiligung abzulehnen und die Altargerüste gegen mäßige Ablösungsgebühren der Kirchengemeinde zu überlassen. Den persönlichen Theil anlangend, gehe er ebenfalls weiter. Der Magistrat sei eine Verwaltungsbehörde, die Bürgerschaft sei ein rein bürgerlicher, ganz confessionsloser Verwaltungskörper, wie sich auch daraus ergebe, daß beim letzten Landtage der Magistrat als Behörde zur Thronrede eingeladen worden sei, das Gemeindecollegium aber nicht; er beantrage daher, daß das Collegium der Frohnleichnamsprozession als solches nicht beiwohnen solle. — Hr. Dr. Winterhalter sprach seine Freude aus, daß der Hr. Referent sich vollkommen auf jenen Standpunkt gestellt habe, welcher der freigewählten Vertretung der Bürgerschaft gezieme. Er sei mit allen Anträgen einverstanden, nur glaube er nicht, daß die dem Magistrate vorgesetzte Curateibehörde, diesen, der durch freie Wahl aus der ebenfalls freigewählten Bürgerschaftsvertretung hervorgehe, zur Betheiligung an der Prozession auffordern könne; er wünsche, daß der Magistrat nur dann an derselben theilnehme, wenn er von dem betr. Hofamte eingeladen werde.

Hr. Jos. Sedlmayr (Leistbräu) ist gegen die Streichung der Processionskosten, weil dieß eine große Erbitterung und Verletzung der religiösen Gefühle des größten Theiles der katholischen Einwohnerschaft erregen und so der confessionelle Friede gestört würde; bei dem frühern Collegium sei stets vorsichtig Alles vermieden worden, was den religiösen Frieden hätte trüben können, bei dem neuen Collegium scheine sich eine andere Anschauung geltend zu machen. Er sei der Anschauung, man solle eben auch tolerant sein und nicht die kleine Ausgabe, welche seit Jahrhunderten von Niemanden beanstandet worden sei, aufheben. Fabrikant Knorr spricht aus, man dürfe den Beschluß der gefaßt werden solle, nur in dem rechten wahren Lichte hinstellen, dann werde dadurch bei Niemanden das religiöse Gefühl verletzt werden, sondern derselbe nur als das erscheinen, was er wirklich sei, — als ein Akt der Billigkeit und Gerechtigkeit gegen die Nichtkatholiken. Was würden etwa die Katholiken sagen, wenn die Gemeindevertretung zu den Kosten eines großen Lutherfestes, oder zur Feier des langen Tages Geldzuschüsse machen würde? Hr. Hayler ist für den Magistratsbeschluß. Nun erhebt sich Hr. Bletschacher (Gasthofsbesitzer zum blauen Bock) und fängt an zu peroriren, wer der Kirche das Recht anstreiten könne, daß sie Processionen abhalte, daß man sogar in Constantinopel, London u. s. w. dieses Recht nicht verbiete, daß man auch zu der protestantischen Kirche und in der neuen Synagoge Beiträge gebe, und daß also auch Gleichheit für die katholische Religion bestehen müsse; daß der gestellte Antrag eine kirchen- und religionsfeindliche Absicht und Tendenz habe u. s. w. Vorstand Erhardt ruft den Redner zur Ordnung, der sich dann für den bisher bestandenen Modus ausspricht. — Dr. Schöne bedauert, daß Vorredner die Frage auf ein ganz falsches Gebiet hinübergespielt habe. Die Processionen würden ja nicht verboten und könnten, wie bisher, abgehalten werden, nur werde die politische Gemeinde nicht mehr zu den Kosten beitragen. Wenn die Gemeinde zur protestantischen Kirche und Synagoge beitrage, so sei dieß billig und gerecht, man habe auch für die Haidhauserkirche mehr als 100,000 fl. gegeben. Wenn auch die Juden und Protestanten ähnliche Cultusübungen hätten, wie die Katholiken, so könnte man die Betheiligung der Gemeinde auch an den Kosten der katholischen Cultusübungen verlangen; da aber dieß nicht der Fall sei, so könne man von den Nichtkatholiken nicht verlangen, daß sie einen Theil der Kosten für die katholischen Cultusübungen tragen. Man müsse daher dahin arbeiten, daß das Urtheil der katholischen Bevölkerung aufgeklärt werde, und Confessionelles und Kirchliches trenne. Vorsitzender Erhardt weist den von Sedlmayer erhobnen Vorwurf gegen das neue Gemeindecollegium entschieden zurück; es handle sich nicht um eine religiöse, sondern um eine rein finanzielle Frage. Ob Processionen gehalten werden sollen oder nicht, gehe das Collegium nichts an. Es handle sich bloß, ob man zu den Kosten ferner beischießen solle, oder ob diese Ausgaben von der Kirchengemeinde, die die Verpflichtung und das Recht dazu hat, bestritten werden sollen. Wenn man Ausgaben und Einnahmen der Kirchengemeinden mit jenen der politischen Gemeinde vergleiche, so seien die ersteren weit im Vortheil. Würden diese Verhältnisse gerade von den Opponenten des Antrags, der Bevölkerung mitgetheilt, so könne keine Verletzung der religiösen Gefühle entstehen. Jul. Knorr beantragt auch die Kosten für die Birkenbäume zu streichen, und so mit dem Beispiel zur Abstellung dieses forstschädlichen Unfugs voranzugehen. Adv. Aub schließt sich den vom Referenten aufgestellten Principien völlig an und sagt: Nach dem Gesetze habe die Gemeinde weder das Recht noch die Pflicht, zu irgend einer Cultusübung irgend einer Confession nur einen Heller beizusteuern; deßwegen sei der Antrag nicht gehäßig gegen die Religion. Was Unrecht sei, werde durch Jahrhunderte langen Usus nicht Recht, denn das Gesetz werde dadurch nicht aus dem Wege geräumt. Man möge eben den Worten der Schrift folgen: Laßt dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist, und dem Antrage des Referenten zustimmen. — **Bei der Abstimmung wurden die Anträge des Referenten angenommen,** und zwar der bezüglich der finanziellen Frage gegen 21, der wegen der persönlichen Betheiligung mit allen gegen 4 oder 5 Stimmen. — Dr. Schöne stimmte gegen den Antrag des Referenten, obwohl er für denselben gesprochen.

* Der ehemalige hiesige Universitätsprofessor Dr. Neumann ist heute früh 10 Uhr in Berlin gestorben. Sein Leichnam wird hieher verbracht werden.

Nürnberg, 16. März. Der hiesige Volksverein hat gestern Abend eine Adresse an die Abgeordnetenkammer zu richten beschlossen und bereits an den Abg. Kolb abgesendet, in welcher die Bitte ausgesprochen wird, die Kammer „wolle dem von der Staatsregierung vorgelegten Gesetzentwurf, die Bildung einer Bürgerwehr betreffend, die Genehmigung versagen und nur einem solchen Gesetzentwurf ihre Zustimmung geben, welcher ein lediglich der Aufrechthaltung der Ordnung und Sicherheit innerhalb des Gemeindegrenzbezirks dienendes Institut ins Leben ruft, wobei die innere Organisirung und die Leitung lediglich der Gemeindevertretung überlassen und insonderheit von allen unnöthigen militärischen Aeußerlichkeiten abgesehen ist.“

In **Oberfinningen** bei Dillingen hat der Taglöhnerssohn J. Schäffler, der nächtlicher Weile im berauschten Zustande mit seinen Geschwistern Händel begonnen hatte, seinen zur Vermittlung herbeigeeilten Vater erstochen.

Feuilleton.

Prozeß gegen Prinz Peter Bonaparte.

Die Köln. Ztg. veröffentlicht die Anklageakte. Nachdem dieselbe die beiden Aussagen Ulrich Fonvielle's und des Prinzen zusammengestellt, fährt sie fort:

So ist die Darstellung des Angeklagten. Sie ist in bestimmtem Widerspruche mit der des Herrn de Fonvielle über die wichtige Frage, von wem die erste Gewaltthätigkeit in der Scene vom 10. Januar ausgeübt wurde. Die Untersuchung hat in diesem Punkt folgende Nachweise gesammelt. Verschiedene Personen haben auf dem Gesichte des Angeklagten die bestimmten Spuren eines Schlages gesehen. Herr Dr. Morel, der den Prinzen gegen 2½ Uhr gesehen hat, erklärt, daß er auf der linken Wange eine sehr starke Röthe mit einem Anscheine von Blutunterlaufung und Geschwulst hatte. Dasselbe ist von dem Hrn. Dr. Pinel und von mehreren anderen Zeugen constatirt. Andererseits scheinen gewisse Worte, die man aus dem Munde des Herrn de Fonvielle gehört hat, festzustellen, daß Hr. Victor Noir wirklich den Prinzen in's Gesicht geschlagen hat. Hr. Lechantre, Metzger in Auteuil, hat, während er den Körper des Hrn. Victor Noir nach der Apotheke tragen half, eine Person hinter ihm sagen hören: „Er hat meinen Freund getödtet, aber es ist egal, er hat eine tüchtige Ohrfeige bekommen." Als Lechantre unmittelbar darauf in der Apotheke Hrn. v. Fonvielle sprechen hörte, erkannte er unzweifelhaft, wie er sagt, die Stimme, welche die oben angeführten Worte gesprochen hatte. Ein anderer Zeuge, Hr. Vinviolet, Architekt, der im Augenblicke des Todes des Hrn. Victor Noir zugegen war und Hrn. v. Fonvielle die Scene erzählen hörte, behauptet, daß dieser erklärt habe, daß in Folge der mit dem Prinzen gewechselten Worte Victor Noir vorgetreten sei und ihn geohrfeigt habe. Am selben Tage hat Hr. Vinviolet diese Erzählung anderen Personen mitgetheilt, die seine Erklärung bestätigt haben. Hr. Mourgouin, Architekt, hat aus dem Munde des Hrn. v. Fonvielle eine Aussage gehört, ohne so bestimmt zu sein, doch ein bedeutendes Zeichen bleibt: „Victor Noir hat dem Prinzen eine Ohrfeige gegeben oder war daran, sie ihm zu geben." Der Zeuge behauptet, daß Hr. v. Fonvielle den einen oder den andern dieser Ausdrücke gebraucht habe. Endlich hat Hr. v. Fonvielle auf dem Polizeiposten, wohin er geführt wurde um seine Erklärungen zu geben, indem er den gegenwärtigen Beamten alle die Umstände seines Verhaltens bei dem Prinzen und die gewechselten Reden erzählte, hinzugefügt: „daß sein Freund, sich beleidigt fühlend, vorgetreten sei — und Sie verstehen" .... Die Beamten erklärten, daß Hr. v. Fonvielle, indem er diese Worte aussprach, die Hand erhob, in der Stellung eines Mannes, der zuschlagen will; sie erklären, daß, wenn Hr. v. Fonvielle auch nicht gesagt hat, daß Victor Noir den Prinzen geschlagen habe, er wenigstens eine Geberde machte, die bedeutete, daß ein Schlag durch Noir geführt worden ist. Diesen verschiedenen Aussagen müssen Zeugnisse entgegengestellt werden, nach welchen Hr. v. Fonvielle sofort nach dem Drama von Auteuil eine Erzählung gegeben habe, von welcher seine Erklärungen vor dem Untersuchungsrichter die genaue Wiederholung waren. Es sind hier besonders anzuführen die HH. Grousset, Mortveur, in dessen Apotheke das Opfer transportirt wurde, und Dr. Sammazeuil, welcher bei dem Tode des Opfers zugegen war. Alle drei haben Hrn. v. Fonvielle erzählen hören, daß der Angeklagte Hrn. Victor Noir ins Gesicht geschlagen habe, bevor er auf ihn schoß. Wie dem auch sei, und müßte die Darstellung des Angeklagten angenommen werden, so bleibt nicht weniger festgestellt, daß er willentlich Victor Noir getödtet hat. Die Justiz kann nicht zugeben, daß dieses Verbrechen gerechtfertigt werden könne durch die Gewaltthätigkeit, zu welcher sich das Opfer hat hinreißen lassen. Es ist ebenfalls gewiß, daß der Angeklagte zweimal sein Pistol auf Hrn. v. Fonvielle abgeschossen hat. In Folge davon ist der Prinz Peter Napoleon Bonaparte angeklagt:

1) Am 10. Januar d. J. zu Paris-Auteuil das Verbrechen wissentlichen Mordes an der Person von Yvan Salmon, genannt Victor Noir, begangen zu haben. Mit dem Nebenumstande, daß auf dieses Verbrechen das hier unten specificirte Verbrechen gefolgt ist.

2) An demselben Tage, zur selben Stunde und an demselben Orte einen willentlichen Mordversuch begangen zu haben an der Person des Hrn. Ulrich v. Fonvielle, welcher Versuch, manifestirt durch einen Anfang der Ausführung, seine Wirkung nur verfehlt hat durch Umstände, die von dem Willen des Urhebers unabhängig waren. Mit dem Nebenumstande, daß diesem Verbrechen das oben specificirte Verbrechen voranging. Verbrechen, vorgesehen und bestraft durch die Art. 2, 295 und 304 des Strafgesetzbuches.

Dramaturgische Briefe.

(Von D. L. G.)

XIII.

Jeder einzelne Schauspieler ist in seiner künstlerischen Individualität von seinem geistigen Entwicklungsgange abhängig. Diesen kann man schwer verfolgen, diesen kennt oft der Einzelne am wenigsten, indem er, was sich aus fremden Einflüssen, ihm selbst oft unbewußt, entwickelt hat, für Produkte seiner eigenen geistigen Zeugungskraft hält. Der Kritiker kennt die Selbsterziehung des Künstlers in den seltensten Fällen, er kann sich dieselbe nur aus den Resultaten entwickeln. Diesen Weg müssen wir bei Herrn Dahn einschlagen.

Seine ersten Studien machte er in Berlin und Hamburg, unter Küstner kam er nach München (in den dreißiger Jahren), seit welcher Zeit er ununterbrochen auf der hiesigen Hofbühne thätig ist. Damals wirkte hier Eßlair. Bei diesem war das Gefühl das Ueberwiegende in der Schöpfung seiner Gestalten im ernsten Drama. Daß sich Dahn, der damals (von seiner Ankunft in München bis zum Abgange Eßlair's 1838) die jugendlichen Liebhaber und Helden spielte, nicht ganz den Einflüssen einer so genialen Künstlernatur entziehen konnte, ist begreiflich. So ziehen sich durch die Rollen, die damals Eßlair spielte und die jetzt Dahn spielt, wie Tell, Philipp ꝛc., Erinnerungen an die vorwiegend gemüthvolle Art jenes Künstlers. Die damalige Kritik rühmt Dahn wegen seines Feuers und seines Gefühls — und diese Richtung des Künstlers beweist ein Blick auf sein Repertoire, das damals Romeo, Mortimer, Melchthal, Don Carlos, Tasso (in Raupachs Tasso's Tod), Gaston (in der „Eisernen Maske") ꝛc. als seine besten Leistungen aufzählt, also hauptsächlich Rollen, in denen Leidenschaft vorherrscht. Diese Rollen bieten einem jugendlichen tüchtigen Talente — und als solches war Dahn anerkannt — sehr viel Gelegenheit, durch mächtige Gluth des Gefühls zu wirken; besonders verträgt die Sprache Schillers diesen Ueberschwang; aber eben dieses kann sehr leicht zum Ueberschreiten des Schönen und zum Pathos führen. Das Schauspielrepertoire der damaligen Zeit nennt uns Körner, Möllner, Houwald, v. Schenk (Verfasser der Schicksals-Henriette), Grillparzer, Halm, außer Lessing, Schiller, Göthe und Shakspere. Also überwiegend, mit Ausnahme der zwei letzten, solche Dichter, in welchen das recitirend pathetische Element überwiegt. In dieser geistigen Luft wirkte Dahn weiter, und aus diesen Einflüssen läßt sich sein oft zu Tage tretender Hang zum Pathos neben dem Streben nach wahrhaftem Gefühl erklären.

Nach diesem Eingang können wir eine Charakterisirung Dahn's in seinem jetzigen Wirken versuchen ....

Die Auffassung seiner Rollen ist nicht immer gleich; in Gestalten, die er schon langeher spielt, beharrt er auf der einmal angenommenen Auffassung, bestimmt durch Traditionen der Vergangenheit. Die Reflexion überwiegt nicht, die Erfassung der Charaktere ist in ihren Grundzügen einfach und richtig, aber zu typisch vielleicht, zu wenig scharf gezeichnet. In der Conception der Gestalten unserer modernen Dichter der neuesten Zeit tritt ein realistischer Zug hervor, — die Reflexion schließt sich dem Dichter an, sucht nichts Individuelles hineinzulegen; dieses geht in der dichterischen Gestalt unter. Was die Durchführung betrifft, so kann man seine Rollen in zwei Gruppen theilen. Schöpfungen, in denen das Traditionelle und das Pathetische überwiegt, und solche, in denen sich eine vollkommen selbständige, originelle Schöpfungskraft bekundet. Zu der ersten Gruppe gehören Tell, Wallenstein, Philipp, Heinrich IV. ꝛc. In diesen herrscht selten eine vollkommene Harmonie zwischen dem Künstler und der Gestalt des Dichters, — wir sehen überall dieselben Züge wieder erscheinen; — Dahn gibt sich zu wenig auf, er individualisirt nicht genugsam. Die Bewegungen sind niemals unschön, aber oft zu groß, zu tragisch für den betreffenden Moment. Die Sprache ist verstanden und verständlich, so lange sie sich nicht ins Pathos versteigt; da wird sie oft dumpf und verliert an Klangfülle und Verständlichkeit. .... Vollkommen verschieden von

diesen Leistungen, die nur momentane Schönheiten, kein schönes Ganze bieten, sind die Gestalten der zweiten Gruppe, zu denen wir vor allen seinen „Nettelbeck“ zählen. In diesen Rollen hat Dahn gänzlich mit der Tradition gebrochen, da folgt er seinem eigenartigen Schöpfergeist, unbekümmert von Herkömmlichkeiten. Und in solchen Gestalten zeigt er eine wirklich bedeutende Kraft zu individualisiren, da tritt er vollkommen hinter den Charakter, oder vielmehr ist mit ihm Eins. Die ganze Darstellungsweise neigt zum gesunden Realismus, jedes Pathos ist fern, die Bewegungen einfach, die Sprache trotz der Gemessenheit wahr und verständlich. So sehen wir zwei verschiedene Elemente in Dahn vertreten, und meiner Meinung nach, ist gerade das letztere der eigentlichen Natur Dahn's angemessen. Ueberall, wo es sich frei macht von den Fesseln der Ueberlieferung und jedes Pathos von sich wirft, da schafft er Gebilde von künstlerischer Vollendung. Dies kann man aber nur dann, wenn es uns möglich ist, aus den tiefsten Tiefen unserer Natur heraus zu schaffen, wo wir die Kräfte unseres geistigen Ichs frei und unbeengt einsetzen können für die Verkörperung unserer inneren Gebilde. . . . Und so erklärt sich mir dieser scheinbare Contrast in Dahn's künstlerischem Schaffen. Jene andere Richtung entspringt nicht seiner Eigenart, sie hat sich zwar historisch durch die Verhältnisse entwickelt, aber sie war dem innersten Wesen Dahn's nicht conform; die Macht der eingeschlagenen Richtung hat ihn auf dem Wege fortschreiten lassen, der ihn von dem Wirken aus sich entfernte. Aber trotzdem seine Kraft abzunehmen beginnt, zeigt sich das große Talent in seinen neueren Schöpfungen und bringt mich zur Ueberzeugung, daß es gerade die gesunde realistische Richtung ist, durch welche Dahn bedeutende Wirkung zu erzielen im Stande ist.

Vermischtes.

— Mechanismus zum Betrieb von Nähmaschinen, Patent Garcin und Adam. Der Apparat hat den Zweck, die Nähmaschine zu treiben und so das für die Arbeiterin lästige Treten zu ersparen. Derselbe besteht der Hauptsache nach aus 6 Federwerken, die durch Achsen und Räder so mit einander verbunden sind, daß das Ganze einen Mechanismus abgibt, der so viel Kraft in sich aufnehmen kann, als nöthig ist, um eine Nähmaschine 2 bis 3 Stunden lang zu treiben. Die 6 Federwerke liegen in 6 Trommelgehäusen, welche durch Zahnräder aufeinander wirken; auf der letzten Welle, von welcher aus die Kraft durch einen Riemen auf die Nähmaschinenwelle übertragen wird, ist ein Regulator mit Windflügel angebracht, durch welchen es leicht möglich ist, die Geschwindigkeit der Maschine zu reguliren. — Der Apparat ist in allen Ländern patentirt. — Wir haben einen solchen hier gehabt, der stundenlang eine Wheeler-Wilson-Nähmaschine trieb, so daß das Arbeiten mit derselben sehr leicht war. Diese Apparate werden jetzt fabrikmäßig von den Erfindern gefertigt.

Berlin, 14. März. Eine Beilage der neuesten Nummer des Sporn bringt den Prospekt zu der für den Ankauf des Vollbluthengstes Blue Gown eröffneten Prämien-Subscription im Betrage von 35,000 Thlr. Der Hengst war Derby-Sieger im Jahre 1868 und befindet sich zur Zeit in Park House (Kingsclern, Hampshire.) Die Subscription ist auf 350 Antheile zu 100 Thlr. vertheilt, auf welche die Gesammtgewinne des Hengstes am Schlusse der Renn-Saison 1870 den 30. November gleichmäßig zur Vertheilung kommen und zwar so, daß der nach Abzug der Kosten der Subscription, des Ankaufes und Trainings des Hengstes, sowie sonstiger Spesen und Auslagen der Verwaltung verbleibende Theil den Besitzern der 350 Antheile baar zurückgezahlt wird. In Anrechnung des auf jeden Antheil noch verbleibenden Restbetrages wird sodann am 15. Dezember der Hengst in der Weise unter die Antheilbesitzer verloost, daß das Comité den Hengst für 15,000 Thlr. in Rechnung stellt und daraus zehn Gewinne macht [10,000, 2500, 1000, 500, 250 und fünf zu je 100]. Der Gewinner der ersten Prämie hat die Wahl, ob er 10,000 Thlr. oder den Hengst nehmen will; im letzteren Falle hat er jedoch 5000 Thlr. zu zahlen. So viel bekannt, hat die Verloosung eines Zuchtthieres, oder mehrerer in solcher Weise bei uns noch nicht stattgehabt, wird aber schwerlich ohne Nachahmer bleiben. Mitglied des Comité's sind: Der Fürst von Pleß, Graf H. Henkel, Graf zu Münster, v. Simpson Georgenburg, Graf v. Maltzau, Senator Godefroy und Polizei-Präsident Devens.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 16. März. Der confessionelle Ausschuß des Reichsraths nahm fast unverändert den vorjährigen Entwurf des Gesetzes über die Civilehe an. Der Resolutionsausschuß nahm die Zuweisung der Polizeistrafgesetzgebung und der Gesetzgebung über Grundzüge und Organisation der Polizeistrafbehörden und der politischen Verwaltungsbehörden, insoferne letztere Landesangelegenheiten verwalten, an den galizischen Landtag an.

Berlin, 16. März. Die „Provinzial-Correspondenz“ bestätigt, daß das Zollparlament etwa auf den 21. April einberufen wird.

Paris, 17. März. Die „Agence Havas“ meldet offiziös: Alle katholischen Mächte haben beschlossen, keinen Specialbevollmächtigten zum Concile abzusenden, indem sie unter sich übereingekommen sind, vermöge der bestehenden Gesetze den bedrohten bürgerlichen Rechten Achtung zu verschaffen.

Brüssel, 16. März. Sitzung der Repräsentantenkammer. Der Staatsminister Frère Orban legte das Wahlgesetz vor, und schloß in seiner Rede: Wir werden Mittel suchen, die Wahlbetheiligung zu erhöhen; wir werden aber keinesfalls den ungebildeten Massen uns in die Hände geben.

Rom, 16. März. Man glaubt, daß die Antwort auf die Note des Grafen Daru morgen nach Paris abgehen werde.

Constantinopel, 16. März. Gestern sind 31,936 Obligationen auf die türkische Eisenbahn-Anleihe gezeichnet worden. Heute ist der Andrang noch größer, die Zahl der Zeichnungen noch unbekannt. Die Obligationen werden an der Börse mit 1 Francs Prämie gehandelt.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 17. März. (Schlussc.)

Wechsel auf London	120	Oest.-franz. Staatsbahn	374 1/8
„ „ Paris	95 1/8	Bayr. Ostbahn-Actien	119
„ „ Wien	96 1/8	Elisabeth-Prior. I. Em.	77 1/4
5 proc. bayr. Anleihe	101	4% bayer. Prämien-Anl.	105 7/8
4 1/2 „ „ „	91 3/4	Bad. Präm.-Anleihe	106
4 „ „ Grundrente	86 1/2	Oesterr. Loose v. 1860	80 5/8
4 „ „ Obligat.	86 1/2	„ Loose v. 1864	115 1/4
5 proc. österr. Metall., engl.	——	Alsenzbahn	86
5 „ „ National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	67 5/8
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	234 1/2
1882er Amerikaner	95 3/4	Napoleons	9.30 1/2
Oesterr. Bank-Actien	695	Rente Silber 58 5/8, Pap. 50 3/8.	
Credit-Actien	273	Handelsbank	—

Wien, 17. März. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	71.55	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1839	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	98.20	Steuerfr. Metall. on 1866	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	120.75	Napoleons	9.90
Oesterr. Bank-Actien	724.—	Wechsel auf Augsburg	103.—
„ Credit-Actien	282.70	„ „ London	124.20
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	390.—	„ „ Paris	49 25
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	„ „ Frankfurt a. M.	103.20
„ „ Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	241.—
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 359.— Pap.-R.	61.65

Berlin 17. März (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	45 3/8	Lombarden	134
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	105 3/4	Italienische Anleihe	55 5/8
4 1/2 „ „ Anleihe	91 5/8	1882er amerikanische Bonds	96 5/8
Bad. Prämien-Anleihe	106	5 proc. preuss. Anleihe	101 7/8
Darmstädter Actien	131 7/8	4 1/2 „ „ „	93 3/4
Oesterr. Credit-Actien	155 5/8	Wechsel auf Augsburg	56.22
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	213 1/4	„ „ Frankfurt	56.24
Staatsbahn-Prioritäten	292	„ „ London	6.24 3/8
Oest. fl. 500 Loose von 1860	80 1/8	„ „ Paris	81 1/8
„ fl. 100 Loose von 1864	66	„ „ Wien	81 3/4
5 proc. östr. National-Anl.			

Curse des Münchener Handelsvereins vom 17. März 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. 3 1/2% Obl.	fl. 1000	81 1/2	80 1/2
4% ganz. Obl.	1000	86 5/8	86 1/4
4% halbj. Obl.	1000	86 5/8	86 1/4
4% Grundr.-Obl.	1000	86 3/4	86 3/8
4 1/2% ganzj. Obl.	1000	92	91 3/4
4 1/2% halbj. Obl.	1000	92	91 3/4
4 1/2% „ Milit. „	1000	92	91 3/4
5% Obl.	1000	101 1/2	101 1/4
4% Münch. Obl.	1000		
5% „ „	1000	101 1/2	100 3/4
4 1/2% Ostbahn-Aktien .		119 1/4	119
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung . .		86 1/4	85 7/8
dto. volle		86 1/4	85 7/8
Pfdbr. d. bayer. Hyp.-u. W.-Bank à fl.	1000	90 5/8	90 3/8
Bank-Obl.d.Hyp.u.W.-Bk.		100	99 3/4
Aktien „ „		830	
Bayer. Handelsbank-Act.		97 1/2	
Vereinsbank . .		120 1/2	119 1/2
Würtemberg. 4 1/2% Obl. . . .			
Oesterreich 4 1/5% Silb.-Rte. 6/7		58 7/8	58 5/8
Pap.-Rte „			
5% Nation.-Anl. . 5/6			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à 116 2/3			
5% Met. Stfr. v.1866 6/7			
Oest. Bank-Aktie . .			
„ Cred.-Aktien . .		273 1/4	273
Oest.-franz. Stsb.-Aktien .			

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb. „	234 2/4	234 1/4
Preußen. 4 1/2% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P.1882 à fl.2 1/2	96	95 3/4
„ „ 1884 „	95 1/2	
„ „ 1885 „	95 1/2	
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	106	105 1/2
4% Bad. „		
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	6 1/2	
Pappenheimer dto.	5 3/4	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose . .	18 1/2	
Oester. 1854er Loose à fl. 250 5/6		
„ 1860er „ à fl. 500 6/7		
„ 1864er „ à fl. 100 u.50		
„ 1858er Cred. Loose . . .		
Diverse Effekten.		
Aetien der		
Maximilianshütte		300
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		128
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor .	95	
Chemische Fabrik Heufeld		76
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn . . .		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn . .		
„ Siebenbürger Bahn . . .		
5% Prior. d.öst.Elis.-Westb. I. Em. 5/7		
dto. II. „ .		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn .		

		Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn „		79 3/8	
„ Siebenbürger Bahn „			
„ d. Böhm. Westbahn „			
„ Alföld Fiumander Bahn „		75 1/4	
Wechsel.			
Amsterdam fl. 100 holl.	K. S.		100 1/2
	L. S.		
Augsburg fl. 100 . . .	K. S.		
	L. S.		100
Berlin Rthlr. 60 . .	K. S.	105 1/8	104 7/8
	L. S.		104 7/8
Frankfurt fl. 100 . . .	K. S.		
	L. S.		100
Hamburg M.-B. 100 . .	K. S.		88 5/8
	L. S.		88 1/8
Leipzig Rthlr. 60 . .	K. S.	105	104 7/8
	L. S.	105 1/8	104 7/8
London Pfdst. 10 . . .	K. S.	120 1/8	119 7/8
	L. S.	120 1/8	119 7/8
Paris Fr. 200 . . .	K. S.	95 1/8	95
	L. S.	95 1/8	95
Wien fl. 100 . .	K. S.	96 1/4	96
	L. S.		
Bank-Disconto für Platz-Wechsel . .			
„ „ Lombard. . .			
Geldsorten.			
Preuß. Friedrichsd'or		9.59	9.58
20 Francs Stücke		9.30 1/2	9.29 1/8
Preuß. Cassen-Scheine		105 1/8	104 7/8
Oest. Banknoten		96 1/4	96 1/2

Kgl. Hof- u. National-Theater.

Freitag den 18. März.

49. Vorstellung im Jahres-Abonnement.

König und Bauer.

Schauspiel in 3 Aufzügen nach dem Spanischen des Lope de Vega Carpio, frei bearbeitet v. Friedrich Halm.

Regie: Hr. Jenke.

Personen:

Der König v. Frankreich . Hr. Richter.
Die Prinzessin, s. Schwester Frl. Jahn.
Graf Armand, des Königs Marschall . . . . . . Herr Goritz.
Ritter Gauthier . . . . Hr. Christen.
Alain, ein Edelmann . . Hr. Häusser.
Jean Gomard, ein reicher Bauer zu Bellefleur . . Hr. Dahn.
Clement, } seine Kinder Herr Rohde.
Rosanna, } seine Kinder Frl. Jenke.
Marion, Verwandte Gomards Frl. Ulrich.
Aubin, } Gomards Knechte Herr Davideit.
Jacques, } Gomards Knechte Hr. Leibold.
André, } Gomards Knechte Hr. Weizlsdorfer.

Ritter, Damen, Jäger, Pagen, Diener, Bauern und Bäuerinnen.

Schauplatz: Abwechselnd Paris, das Dorf Bellefleur und die Umgebungen des Letzteren.

Die Kasse wird um 1/2 6 Uhr geöffnet.

Anfang halb 7 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.

Münchener Aktien-Theater.

Freitag den 18. März.

Das Geheimniß d. alten Mamsell.

Schauspiel in 4 Akten nebst einem Vorspiel:

Die Gauklerstochter.

Von Dr. A. E. Wollheim.

Eröffnung der Abend-Kasse 1/2 7 Uhr.
Anfang 7 Uhr. Ende nach 9 Uhr.

Gestorbene.

Am 15. März. Fischer Ant., Gärtnerskinde v. h., 3 J. — Jaechlinger Anna, Söldnerswittwe v. Pinswangen, 88 J. — Kastenmaier Th., Lehrerswittwe v. Irlbach, 71 J. — Nürnberger Ernst, Schriftsetzersknabe v. h., 1 J. — Kiening Anna, kgl. Schweinmetzgersmädchen v. h., 6 J.

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer. — Druck der C. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr: Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Samstag, den 19. März 1870. Nr. 77.

Des Festtages wegen wird das nächste Blatt am Sonntage Morgens 8½ Uhr ausgegeben.

München, 17. März 1870.

λ. Was nun? Man darf jetzt als sicher annehmen, daß im Concile zu Rom die von Anfang an erstrebten jesuitischen Zwecke bis zum Aeußersten verfolgt und von der Mehrheit der Kirchenversammlung genehmigt worden, nämlich: Der Papst wird für unfehlbar erklärt und die bekannten Fluchartikel werden Kirchengesetz werden. Es fragt sich nun, was dann die verschiedenen Regierungen und die Mindeeheit der Concilsmitglieder thun werden. Es heißt, einige auswärtige Regierungen, z. B. von Oesterreich und Frankreich, hätten dem Kardinal Antonelli bereits zu verstehen gegeben, sie würden Jeden, der jene in das Staatsleben übergreifenden, ja dasselbe beherrschenden Glaubenssätze verkünden sollte, gerichtlich verfolgen. Das wäre etwas, aber auch das Wenigste, was die Staatsgewalt im Interesse ihres Ansehens und des gesellschaftlichen Friedens thun könnte. Um der unheimlichen Macht der römischen Propaganda aber wirkungsreich zu begegnen, ist offenbar noch ein Mehreres nöthig. Dem gewaltigen Teiumphe, den man in Rom verspürt, kann nur durch eine gleich gewichtige Karte begegnet werden, während halbe Maßregeln noch immer ein üppiges Ernteseld für die rücksichtslose Consequenz der Jesuiten waren. Rechnet Rom auf die geistliche Macht über die Gewissen, so muß man ihm zeigen, daß die weltliche Macht, von welcher Christus sagt: „Seid ihr unterthan, denn auch sie ist von Gott eingesetzt," im Leben unserer Zeit noch etwas zählt, und dann muß namentlich Feankreich mit seiner Würde es nicht mehr vereinbar finden, eine Regierung, wie die von Pius IX., mit seinen Bayonneten zu decken. Bricht Rom mit den geheiligten Interessen der Civilisation, so breche mit einem Worte — die Welt auch mit Rom. Die gründlichste Heilung des von dort ausgehenden Uebels bestünde in der Schöpfung nationaler Kirchen, die unter sich eine neue Gemeinschaft bilden, ihre Katholizität in einer periodischen Kirchenversammlung darstellen und den Jesuitenorden gänzlich aus ihrer Kirche verbannen. Zu einer solchen That würde auch wohl überall der Staat seine schützende Hand reichen und die Versöhnung der katholischen Kirche mit der Gesittung des Jahrhunderts wäre vollzogen. Außerdem ist nur allzusehr zu befürchten, daß der Jesuitismus gewonnenes Spiel behalten und Kirche, Gesellschaft und Staat dermaßen mit seinem Gift zersetzen wird, daß unsere Generation das Ende des Heilungsprozesses nicht meht sieht.

Politische Tagesübersicht.

Wien, 16. März. Erzherzog Albrecht ist nach kurzem Aufenthalt in Darmstadt hier wieder eingetroffen.

— Man berichtet der Bohemia: „Das viel verbreitete Gerücht von der Absicht Herbst's, sich ins Privatleben zurückzuziehen, ist auf ganz eigenthümliche Art entstanden. Herbst hat kürzlich einmal im confessionellen Ausschuß, als von irgend einer Vorlage die Rede war, ganz nebenher die Bemerkung gemacht: „Nach 14 Tagen, wenn ich bis dahin noch Minister bin, will ich die Sache ins Haus bringen." Das war eine einfache Redewendung, wie sie Herbst schon oft vorher gebraucht. Bedeutung hatte sie keine.

— Ueber die Militärgrenz-Frage enthält die heutige „Reform" folgende Mittheilung: „Wie man uns soeben mittheilt, ist die Antwort des cisleithanischen Ministeriums hier eingetroffen. Diese Antwort ist, wie wir der verläßlichen Quelle entnehmen, derart, daß man auf die glückliche Beilegung der Streitfrage hoffen darf."

Laibach, 16. März. Heute wurde das Urtheil im Jantschberger Processe publicirt. 25 Angeklagte wurden des Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit für schuldig erkannt, davon 10 zu Keeker unter 1 Jahr, 15 zu Kerker von 1 bis 3½ Jahren verurtheilt. 6 Angeklagte wurden wegen geringerer Uebertretungen zu leichten Arreststrafen verurtheilt.

Prag, 16. März. Fürst Adolph Auersperg tritt seinen Posten als Salzburger Landespräsident erst in 8 Tagen an. Bis dahin wird der neue Oberstlandmarschall von Böhmen ernannt sein. Fürst Auersperg behält sein Mandat als böhmischer Landtags-Abgeordneter.

Pest, 16. Mäz. Der Pester Lloyd berichtet: Zwischen den Ministern Lonyay und Brestel haben nur Privatconferenzen in Angelegenheit der Kosten des dalmatinischen Aufstandes stattgefunden. Bis eine endgiltige Entscheidung hierüber getroffen wird, wurden die Gelder dem österreichischen Staatsschatze entlehnt. — Die nationalen Abgeordneten nnd die äußerste Linke bildeten ein Comité zur Ausarbeitung eines Nationalitäten-Gesetzentwurfes.

Pest, 16. März. Die Modifikationen der Magnatentafel an dem Gesetze über die Verantwortlichkeit und Versetzbarkeit der Richter wurden in der heute stattgehabten Sitzung der Unterhaus-Sectionen sämmtlich angenommen. Die öffentlichen Sitzungen des Reichstags werden bis zur Rückkehr des Finanzministers ausgesetzt.

Lemberg, 16. März. An der theologischen Facultät fanden Excesse statt. Die Studirenden zwangen den ihnen mißliebigen Professor Wado durch Geschrei zur Einstellung seines Vortrages und zum Verlassen des Saales. — Die auf der Lemberg-Czernowitzer Eisenbahn provisorisch aufgestellte Holzbrücke ist nun zusammengestürzt.

Berlin, 16. März. In der Sitzung des Reichstags beantwortete der Staatsminister Delbrück die Interpellation des Abgeordneten Hirsch und verhieß demnächstige Vorlagen über Arbeiterkranken-

lassen, sowie über die Haftpflicht der Unternehmer an den Bundesrath zu machen. Die Petition um Beseitigung der Zeitungscautionen wurde dem Bundeskanzler zur Kenntnißnahme und weiteren Veranlassung überwiesen. Hierauf wurde die Berathung des Strafgesetzbuch-Entwurfs fortgesetzt, und der gestern unerledigt gebliebene §. 78 Hochverrath 2c. mit §. 79 verschmolzen. Das von dem Abg. Meyer beantragte Amendement auf Zulassung der Festungsstrafe neben der Zuchthausstrafe (für politische Verbrechen) ward abgelehnt.

Berlin, 17. März. Zur Geburtstagsfeier des Königs treffen Morgen Abend der Großherzog von Sachsen-Weimar, am Samstag Abend die Großherzogin und die Herzogin Marie von Weimar, und am Sonntag die Großherzogin Louise von Baden hier ein.

Paris, 16. März. Die Patrie dementirt die gestrige Nachricht der France, daß der französische Gesandte in Rom, Herr v. Banville, nach Frankreich zurückkehre; ebenso stellt sie Pietri's Absetzung in Abrede. Sämmtliche officiöse Blätter verschweigen Roms Antwort auf Daru's Forderung. (S. Tel.)

Paris, 16. März. Alle Gerüchte über ernste Differenzen im Ministerium sind aus der Luft gegriffen. Die römische Frage, trotz der schon signalisirten Meinungsverschiedenheiten zwischen Ollivier und Daru ist seither im Conseil noch nicht wieder berührt worden. Es war dazu um so weniger Grund vorhanden, als die Antwort aus Rom noch immer nicht eingetroffen ist. Das Memorial Diplomatique hatte wieder einmal nach seiner Gewohnheit geflunkerkt, als es deren Ankunft angezeigt. Der Inhalt dieser Antwort ist zwar nicht im Mindesten zweifelhaft; aber, wie gesagt, es konnte noch kein Conseilsbeschluß über dieselbe gefaßt werden, weil man über ihre Fassung nichts weiß. — Auch die ottomanische Eisenbahn-Anlehensfrage soll, nach Einigen, das Ministerium in Unfrieden versetzt haben. Auch das ist falsch, das Cabinet ist fest entschlossen, diese Loose nicht zuzulassen, weil sie mit dem Gesetze von 1836 nicht in Einklang zu bringen sind. Die Anstrengungen Djemil Pascha's, Ollivier und Buffet von diesem Entschlusse abzubringen, sind völlig gescheitert. Die Loose und namentlich ihre Cotirung und öffentliche Ankündigung, sind und bleiben strengstens prohibirt. — Der heutige Geburtstag des kaiserlichen Prinzen hat weder zu außerordentlichen Festlichkeiten, noch zu außerordentlichen Maßregeln Anlaß gegeben. Das officielle Blatt bringt nur einige Ernennungen und einige nicht politische Begnadigungen, aber weder eine allgemeine, noch eine partielle Amnestie. In den Tuilerien wird der Tag durch eine Messe, die um 12 Uhr Statt fand, und durch ein Diner gefeiert, welches der kaiserliche Prinz dem Kaiser, der Kaiserin und seinen intimen Freunden gibt, und auf das eine theatralische Vorstellung folgt. Was die Gerüchte anbelangt, denen zufolge der Prinz heute für volljährig erklärt werden soll, so haben sich dieselben bis jetzt noch nicht bestätigt. Die Schulen erhielten bei Gelegenheit dieses Festes vierundzwanzig Stunden Urlaub. Ein Theil der Schulen benutzte aber denselben nicht. Es gibt nämlich unter ihnen auch „Unversöhnliche.“ Wie gewöhnlich erhielten auch die Familien aller derer, welche am 15. März 1856, also am nämlichen Tage wie der kaiserliche Prinz geboren worden, aus der kaiserlichen Casse ein Geschenk von 100 Franken.

— Der päpstliche Nuntius wurde gestern von dem Kaiser empfangen und kam mit sehr verstörter Physiognomie aus der Audienz wieder heraus. Monsignore Chigi versteht sehr wenig von dem parlamentarischen Wesen und lebt immer noch in dem süßen Wahne, das persönliche Regiment bestehe formell und factisch, wie früher, noch fort. Er wollte also von dem Kaiser wissen, was seine persönlichen Anschauungen und Absichten in Betreff der römischen Angelegenheiten seien, und welche Bedeutung man im Vatican den bekannten Briefen des Grafen Daru beizulegen habe. Der Kaiser entschuldigte sich, darüber sich nicht auslassen zu können; er sei gegenwärtig nichts mehr, sondern die Verantwortlichkeit für Alles falle einzig dem Ministerium zu. Uebrigens denke er persönlich, daß der Papst, der früher von seiner Umgebung so wohl berathen worden sei, gegenwärtig sich von sehr schlimmen Einflüssen beherrschen lasse. Man kann sich also denken, daß Monsignore Chigi das Cabinet des Kaisers nicht in sehr gehobener Stimmung verlassen hat.

— Der Widerstand, welchen der Senat den ministeriellen Projecten zu leisten die Absicht hat, erregt die öffentliche Aufmerksamkeit in einem gewissen Grade, zumal man allgemein glaubt, daß die Hofpartei hinter der Sache steckt. Die Minister selbst sind jedoch entschlossen, von ihren Planen nicht abzustehen, und, falls der Senat über die ihm vorzulegenden Senatsbeschlüsse ungünstige Voten erläßt, vor die Kammer mit der Erklärung zu treten, daß sie nichts gegen den Senat thun könnten, daß es dem gesetzgebenden Körper aber freistände, aus dem Budget die Gelder zu streichen, welche er vom Staat bezöge. Da es sehr möglich ist, daß ein derartiger Antrag durchbringt, so werden die Herren es sich wahrscheinlich zwei Mal bedenken, ehe sie zu einer offenen Opposition übergehen, und man darf daher wohl annehmen, daß der Conflict auf friedliche Weise beseitigt werden wird.

— Gestern, theilt das Siècle mit, hat die Commission für die Abschaffung der Stempelgebühr eine Sitzung gehalten. Zunächst ward das Princip selbst discutirt. Herr Pelletan, unterstützt von zwei Collegen der Linken, den Herren Glais-Bizoin und Jouvencel, sowie von Herrn Dréolle, machte die Ansicht geltend, daß vom politischen Standpuncte aus der Stempel auf die Journale eine Ungerechtigkeit und vom finanziellen Standpunkte aus eben so wenig zu rechtfertigen ist, da er den Journalismus einer Steuer unterwirft, die außer allem Verhältnisse mit denen steht, die auf den anderen Industrieen lasten. Die zwei Mitglieder der Commission vom linken Centrum wollten, daß man zunächst eine Compensation für den Schatz ausfindig mache. Unter den Mitgliedern von der Rechten sprachen sich die Herren André und Burin des Roziers entschieden gegen eine Maßregel aus, die zum Nutzen der Journalisten gereichen könne.

Der Pariser Gaulois bei dem zwar pikante, aber meist unrichtige Mittheilungen an der Tagesordnung stehen, meldet mit der ernstesten Miene Folgendes: „Der Oberstlieutenant in der Artillerie, Baron Stoffel, Militär-Attaché bei der französischen Botschaft in Berlin, ist vorgestern in Paris eingetroffen. Ueber die Motive dieser Reise und die delikate Mission, mit welcher dieser höhere Offizier betraut ist, erfahren wir das Folgende: Hr. v. Stoffel wäre von Hrn. v. Bismarck, mit welchem er auf ziemlich vertraulichem Fuße steht, ersucht worden, dem französischen Kabinete Mittheilung zu machen, wie er besorgen müsse, von der nationalen Partei bewältigt und im Parlament in Minorität gebracht zu werden. Es handle sich in der letzten Zeit namentlich um die Frage der Mediatisation aller Fürsten des Nordbundes, den König von Sachsen nicht ausgenommen. Die Umtriebe der nationalen Partei beunruhigten Hrn. v. Bismarck dermaßen, daß er die Absichten des französischen Kabinets für den Fall, daß er gezwungen wäre, nachzugeben, zu wissen wünschte. Hr. Daru antwortete sogleich, daß die Mediatisirung Oldenburgs, Mecklenburgs, Braunschweigs und der anderen kleinen Staaten Frankreich nur gleichgiltig sein könnte, weil die regierenden Fürsten derselben schon seit Jahren auf die Rolle bloßer Präfecten herabgesetzt wären, aber daß er unter keinem Vorwande Sachsen in diese Maßregel einbeziehen lassen könnte, weil das sächsische Volk an seiner Autonomie hänge und die sächsische Armee, obgleich ein Bestandtheil der Bundesarmee, doch in ihrer Heimat Garnison hielte. Die Mediatisirung des Königs Johann würde als ein casus belli betrachtet werden. Baron Stoffel wird in wenigen Tagen nach Berlin zurückkehren.“ An diesen Angaben ist, sagt die „Franz. Corr.“, Eines richtig: eingezogenen Erkundigungen zufolge, ist Baron Stoffel in Folge der Erkrankung seiner Mutter wirklich vor einigen Tagen auf Urlaub hier eingetroffen. Der Rest ist natürlich ganz und gar aus der Luft gegriffen.

— Das officielle Journal ist mit der Liste der Namen von mehreren Hunderten von Maires angefüllt, welche bei Gelegenheit des Geburtsfestes des kaiserlichen Prinzen zu Rittern der Ehrenlegion ernannt werden.

London, 13. März. Das „Echo“ verlangt genaue Untersuchung der haarsträubenden Angaben, welche der gefangene, neulich

ins **Unterhaus** gewählte, aber dort nicht zugelassene Fenier O'Donovan Rossa **über** die ihm fortwährend zugefügte Behandlung in einem in der **Pariser** „Marseillaise“ abgedruckten Schreiben geschildert hat. England **behandelt** leider seine politischen Gefangenen fortwährend wie gemeine **Verbrecher**. Schon das Wort „felon“ ist in dieser Beziehung **charakteristisch**. Ich finde, daß man über Rossa's Behandlung — die **Wahrheit** jenes Briefes vorausgesetzt, woran allerdings viele **zweifeln** — in den verschiedensten Kreisen sehr empört ist. — Bright's **Gesundheit** ist zwar in der Besserung, aber sein Zustand doch nicht sehr **Vertrauen** einflößend.

Italien. Von der auf dem Concil herrschenden Einigkeit entwirft der römische Berichterstatter der Pall Mall Gazette ein nicht sehr **vortheilhaftes** Bild. „Die Rede des Papstes bei der Ausstellung“ — **sagt er** — „hat die orientalischen Bischöfe wieder in Harnisch gebracht, **nachdem** sie eben erst sich unterworfen, und das fast vollständige **Schisma** der Armenier in Konstantinopel reizt sie zu ähnlichem Widerstande. Im Vatican werden der Brief des Pater Gratry und die Aeußerungen der Prälaten Stroßmayer und Haynald über das römische **Brevier** als ketzerisch verschrieen und die beiden Bischöfe werden als Correspondenten von Blättern, die wegen ihrer Feindseligkeit gegen den **Katholicismus** bekannt seien, bezeichnet. Mfgr. Nardi sucht mit aller **Gewalt** den Bischof von Orleans als den Urheber aller **Verwirrung** darzustellen, und der also Angeklagte beschwert sich über die **Unthätigkeit** des Marquis de Banneville, welcher der Opposition keine **hinreichende** Unterstützung gebe. Der in der Times mitgetheilte Brief des **Grafen** Daru an einen Oppositions-Bischof hat große Erbitterung **im Vatican** erregt, und es wird versichert, der Papst habe sich mit Monsignore Nandi berathen, ob man Lord Acton nicht aus Rom ausweisen solle.

Spanien. Das Leichenbegängniß des Infanten Heinrich fand **gestern** im Beisein einer ungeheuren Menschenmenge Statt. Zu **Demonstrationen** Seitens derselben kam es jedoch nicht. Dagegen machte die Geistlichkeit eine Demonstration; dieselbe verweigerte nämlich jede kirchliche Feier, da die Freimaurer an dem Begräbniß Theil nahmen. Von der Regierung war Niemand anwesend. Auch gingen keine Truppen mit, obgleich Heinrich Vice-Admiral der Flotte war. — Die Cortes sind um die Genehmigung zur Einleitung einer Untersuchung gegen den Abgeordneten Jacinto Anglada ersucht worden, welcher dem Zweikampfe, in dem der jüngere Olozaga fiel, als Zeuge beiwohnte. Es scheint diese späte Maßregel nur eine Vorbedeutung von Schritten gegen Montpensier zu sein.

Portugal. Nach Berichten aus Oporto vom 8. März ist dort eine carlistische Verschwörung entdeckt worden, die von einigen spanischen Flüchtlingen angezettelt war. Sie hatten die Absicht, eine kleine Armee auszurüsten, die unter dem Rufe: Es lebe Don Carlos! die spanische Gränze überschreiten sollte. Neun Spanier, die an der Spitze standen, sind im Gefängniß; bei mehreren von ihnen fand man Militärbekleidungsstücke und Kriegsmunition vor. Das Complot hatte Verzweigungen in mehreren anderen Städten. Bei einem der verhafteten Spanier fand man Schriftstücke aus Madrid vor, welche genaueste Weisungen enthielten.

Bayerische Angelegenheiten.

— Das eigenhändige Schreiben, welches König Ludwig bei Gelegenheit des Rücktritts des Fürsten Hohenlohe an diesen gerichtet hat, lautet wörtlich: „Mein lieber Fürst! Sie haben wiederholt an mich die Bitte um Enthebung als Staatsminister des k. Hauses und des Aeußern gebracht. Nach eingehender Prüfung der Verhältnisse habe ich in Würdigung der von Ihnen vorgebrachten persönlichen Motive diesem Ihrem Gesuche heute Folge gegeben. Indem ich Ihnen dieß eröffne, fühle ich mich gedrungen, Ihnen für die opferwillige Hingebung und bewährte Treue, wodurch Ihre Amtsführung ausgezeichnet war, aus vollstem Herzen meine Anerkennung auszusprechen. Dieser Anerkennung thatsächlichen Ausdruck zu verleihen, habe ich Sie, mein lieber Fürst, in die Zahl der Capitulare meines Ritterordens vom heiligen Hubertus aufgenommen. Indem ich Ihnen die erneuerte Versicherug meines freundlichen Wohlwollens ertheile, verbleibe ich fortan Ihr sehr gewogener König Ludwig.“ München, 7. März 1870.

* Se. Maj. der König haben in Folge Ablebens Sr. K. Hoheit des Infanten Heinrich von Bourbon, eine Hoftrauer von acht Tagen anzuordnen geruht.

* Se. Maj. der König haben Sich allergnädigst bewogen gefunden, dem technischen Director des k. Hof- und Nationaltheaters, Franz Seitz, das Ritterkreuz des Verdienstordens vom hl. Michael zu verleihen.

xx **München**, 18. März. (XX. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Nachdem zu Beginn der Sitzung der dritte Abgeordnete des Wahlbezirkes Günzburg, Bürgermeister Bretele, von Thannhausen, eingeführt und beeidigt worden war, ergriff der k. Staatsminister der Justiz v. Lutz das Wort und legte den Entwurf einer Advokatenordnung, ein Gesetz über Anwendung mehrerer Bestimmungen des Strafgesetzbuches auf die Gerichtsvollzieher, ein Gesetz über die Revision mehrerer Bestimmungen des Strafprozesses und ein Gesetz über die besondern Bestimmungen bezüglich der Uebernahme von rechtlichen Verbindlichkeiten vor. Hinsichtlich des ersten Entwurfs wies der Minister v. Lutz darauf hin, daß derselbe dem Advokatenstande die Gelegenheit gebe, durch Bildung von Advokaten vereinen in den Bezirken, von Advokatenkammern in den Kreisen, eines Advokaten-Ausschusses für das ganze Königreich seine Interessen selber zu wahren und durch eine im liberalen Sinne geordnete Disciplin sein Ansehen selber aufrecht zu erhalten. Allerdings werde in Einem Punkte der Entwurf der öffentlichen Meinung nicht entsprechen, denn er wahre das Ernennungsrecht der Advokaten an höhern Gerichten der Krone und gebe nur die Advokatur an den Landgerichten frei. Die Schuld, daß hiedurch zwei Classen von Advokaten geschaffen werden, liege nicht am Entwurfe und nicht in politischen Gründen, sondern in der neuen Prozeßordnung; übrigens sei auch den Advokaten an den Landgerichten die Aussicht auf eine künftige bessere Stellung eröffnet.

Abg. Maier referirte über die an die Kammer gelangten 423 Petitionen um Erlassung eines Gesetzes, „direkte Wahlen zum Landtage mit geheimer Abstimmung betreffend“, daß anfänglich beabsichtigt war, gegenüber den an die Kammer bezüglich des Wahlgesetzes gelangten Petitionen die in der königlichen Thronrede zugesicherte Vorlage eines Wahlgesetzes abzuwarten, daß aber die Petitionen sich fortwährend mehren, weßhalb er sich dahin schlüßig gemacht habe, über jene Petitionen folgenden Antrag zu stellen: „Die Kammer der Abgeordneten, in der Erwägung, daß nach der Thronrede vom 17. Januar l. Js. die Staatsregierung beauftragt ist, dem Landtage den Entwurf eines Wahlgesetzes auf der Grundlage des direkten Wahlrechtes vorzulegen, und daß die Kammer in ihrer Adresse hiefür ihren Dank ausgesprochen hat, in fernerer Erwägung, daß es nicht zweckmäßig erscheint, der Staatsregierung hiebei in irgend einer Weise vorzugreifen, oder den künftigen Beschlüssen der Kammer zu präjudiciren, in endlicher Erwägung, daß sich die Kammer der Hoffnung hingeben zu dürfen glaubt, daß die zugesicherte Vorlage baldigst erfolgen werde, geht über sämmtliche, die Abänderung des Landtagswahlgesetzes anstrebenden Anträge für jetzt zur Tagesordnung über.“ Hierauf habe, nachdem er als Referent gegenüber dem Umstande, daß es bedenklich wäre, schon jetzt die eingekommenen Petitionen materiell zu würdigen, seinen Antrag zur Annahme empfohlen hatte, der Herr Staatsminister des Innern über den gegenwärtigen Stand der Vorlage eines Wahlgesetzes wörtlich geäußert: „Der Standpunkt der Staatsregierung zur Wahlfrage überhaupt ist durch die Thronrede in präciser und unzweifelhafter Weise zum Ausdrucke gelangt. Der Gegenstand ist jedoch von solcher Wichtigkeit, daß die Staatsregierung es als Pflicht erachten mußte, die Vorarbeiten auch auf ein eingehendes Studium der in anderen Staaten bestehenden Einrichtungen zu erstrecken. Nachdem vor Allem das erforderliche Material zu sammeln war, sind nunmehr diese Vorarbeiten so weit gediehen, daß die Ausarbeitung des Gesetzentwurfes ermöglicht ist und eben bethätigt wird. Sobald der Entwurf nach seiner Vollendung die in der Verfassung vorgeschriebenen Stadien durchlaufen hat, wird dessen Vorlage erfolgen. Je früher die Vorlage bewirkt werden kann, desto mehr wird dies zur Befriedigung der Staatsre-

gierung selbst dienen, was wohl kaum einer Versicherung bedürfen wird.“ Nach kurzer Diskussion habe der Ausschuß seinen (des Referenten) Antrag angenommen und er empfehle ihn daher Namens des Ausschusses auch der Kammer zur Annahme.

Abg. Al. v. Hasenbrädl sprach seine Verwunderung aus, daß man ungeachtet des durch die Wahlen zum Zollparlamente so lebhaft angeregten Wunsches im Volke nach direkten Wahlen das Material zur Vorlage des betreffenden Gesetzes nach der Erklärung des Ministers aus dem Auslande habe beischaffen müssen, während das Material zu dem neuen Bürgerwehrgesetze offenbar gar nicht weit her sei (große Heiterkeit), und fügte den Wunsch an, daß die Abgeordneten nicht etwa mit einem fertigen Budget, aber ohne Wahlgesetz nach Hause kehren müßten. Nachdem der k. Staatsminister wiederholt die baldigste Vorlge zugesichert hatte, wurde der Ausschuß-Antrag angenommen.

Hierauf erstattete Abg. Dr. Pfahler als Referent Vortrag über die Anträge der geprüften Maurer- und Zimmermeister in Bayern diesseits des Rheines, die selbstständige Uebernahme und Führung von öffentlichen und Privatbauten betr. 142 Maurer- und Zimmermeister haben an die Abgeordnetenkammer ein Gesuch gerichtet, worin sie verlangen, die selbstständige Führung von solchen Bauten, zu welchen nach den bestehenden Verordnungen baupolizeiliche Genehmigung erfordert werde, solle von dem Nachweis der verordnungsmäßigen Befähigung, — abhängig gemacht werden. Schon i. J. 1867 hatten fast alle Maurer- und Zimmermeister des diesrheinischen Bayern eine gleichlautende Vorstellung an die Abgeordnetenkammer gerichtet, welche damals bezweckte, die unbeschränkte Freigabe des Bauhandwerkes zu verhindern, positiv die Beibehaltung der bis dahin bestehenden Prüfung der Bauhandwerker und die ausschließliche Berechtigung geprüfter Meister zur selbstständigen Uebernahme von Bauten dem auf der Basis der Gewerbefreiheit ruhenden Gesetzentwurfe gegenüber zu retten. Die Abgeordnetenkammer nahm denn auch mit 68 gegen 58 Stimmen einen dieser Bitte entsprechenden Artikel in das Gewerbsgesetz auf, die Reichsrathskammer aber verwarf ihn, und so blieb er weg. Nun kommen die Maurer- und Zimmermeister mit ihrer Bitte wieder an den Landtag. Allein sie haben, wie Dr. Pfahler in seinem Referat über ihre Vorstellung mit Recht hervorhebt, zwei wesentliche Punkte übersehen: erstens hat sich seit 1867 die Situation gründlich geändert, und zweitens ist inzwischen von Seite des Publikums keine erhebliche Klage gegen die Freigabe des Baugewerbes laut geworden. Im Jahr 1867, als die Gewerbefreiheit erst eingeführt werden sollte, mochte man sich fragen, ob es nicht zweckmäßig wäre, gewisse Schranken im Gewerbswesen fortbestehen zu lassen; jetzt sind diese Schranken gefallen, und es wäre gewiß bedenklich, wollte man nachträglich für das Bauhandwerk einen Ausnahmezustand oder eine Art Monopol schaffen, während andere und darunter manche Leben und Gesundheit der Staatsbürger empfindlicher berührende Gewerbe frei gegeben bleiben. Was das Urtheil über die Befähigung eines Bauführers anlange, so könne man das, meint Dr. Pfahler, getrost den betheiligten Bauherren, aus deren Beutel der Bau gezahlt wird, überlassen; die würden die Augen schon aufmachen; zudem seien ja auch erhebliche Mißstände schon vorgekommen, wo geprüfte Meister einen Bau leiteten. Dr. Pfahler beantragt demnach im Namen des III. Ausschusses, in dessen Sitzung der Handelsminister in gleichem Sinn sich aussprach, der Vorstellung keine Folge zu geben. Abg. Ostermann von Freising führte die alten abgedroschnen Gründe für Einführung der Prüfung wieder an, es wurde aber, nachdem Staatsminister v. Schlör den Nachweis geliefert, daß solche Prüfungen doch unmöglich eine Gewähr für gute und tüchtige Bauten geben können, der Ausschußantrag angenommen.

Weiters referirte der Abg. Alois. Frhr. v. Hasenbrädl über die Vorstellung und Bitte der Stadt Spalt bezüglich des Baues einer Vicinalbahn von Georgsgemünd nach Spalt und stellte den Antrag: „Hohe Kammer wolle beschließen, es sei an Se. Maj. den König die Bitte zu richten, dem gegenwärtig versammelten Landtage unter Voraussetzung der Erfüllung der gesetzlichen Bedingungen gemäß Art. 2 des Gesetzes vom 29. April 1869, die Ausdehnung und Vervollständigung der bayerischen Staatsbahnen betr., einen Gesetzentwurf behu der Erbauung einer Vicinalbahn von Georgsgemünd nach Spalt i Vorlage bringen lassen“, und bemerkte hiebei, daß bei Berathung di ses Gegenstandes der k. Staatsminister des Handels und der öffen lichen Arbeiten im Ausschusse erklärt habe, daß er bereits den Alle höchsten Auftrag habe, einen Gesetzentwurf im Sinne der gedachte Bitte ausarbeiten zu lassen, und daß er hoffe, denselben in kürzeste Zeit in Vorlage bringen zu können. Nachdem diesem Ausschußantrag beigestimmt war, erstattete noch der V. (Beschwerden-) Ausschuß übe mehrere als nicht zur Vorlage an die Kammer geeignet befundene Be schwerden und der VI. Ausschuß über mehrere Anträge Vortrag, welch nach seinen Anträgen den bezüglichen Fachausschüssen zugewiesen wurden

— Der Pfälz. Ztg. wird aus München berichtet, daß der In spektor des Speyerer Schullehrerseminars, Hr. geistlicher Rath Reither zum Bischof von Speyer ernannt werde oder worden sei. Offiziell is noch nichts bekannt.

Lokales und Provinzielles.

München, 18. März.

* Nach längerem Krankenlager verschied heute früh an der Herzwassersucht Ministerialrath Leonh. v. Osberger, im k. Staatsministerium des Innern im Alter von 52 Jahren.

* In der heutigen Sitzung des Militär-Bezirksgerichtes kam die Anklage gegen Michael Haid, Soldaten des 3. Chevauxlegers-Regimentes wegen Diebstahlsverbrechens zur Verhandlung. Der Angeklagte wohnte als Bedienter des Oberlieutenants Carl Geib, Cavaliers S. k. H. des Herzogs Max Emanuel, im herzoglichen Palais dahier und hatte auch in die Gemächer S. k. Hoheit Zutritt, aus welchen er in der Zeit vom 19. August bis 25. Sept. v. Js. Geld und andre Effekten im Betrage von mehreren hundert Gulden entwendete, die jedoch größtentheils wieder zu Gerichtshanden kamen. Haid wurde zu 5 Jahren Zuchthausstrafe verurtheilt.

(Tagesbericht.) Gestern Nachts machte der 19 Jahre alte Taglöhner Johann Kindler unmittelbar nach seiner Rückkehr aus dem Wirthshause in seiner Wohnung an der obern Isarstraße seinem Leben durch einen Schuß ein Ende; höchst wahrscheinlich, um einer ihm wegen Entwendung drohenden Untersuchung und Strafe zuvorzukommen. — Ein hiesiger ehemaliger Kellner, der übrigens seit langer Zeit unter die Napoleonsspieler, Kuppler und Diebe gegangen ist, dabei ein Jüngling von äußerst feinen Manieren und nobler Erscheinung, wurde dieser Tage in die hiesige Frohnfeste wegen dringenden Verdachtes eingebracht, im vorigen Sommer in Homburg einen Engländer um Geld, Juwelen ꝛc. in höchst bedeutendem Betrage, betrogen zu haben. Man sieht, daß unsere einheimischen Gauner mit ihren Herren Collegen an Weltplätzen schon vollkommen concurrenzfähig sind!

ϱ (Aus der Magistratssitzung.) Anläßlich der Genehmigung einiger Pachtverträge des Magistrates mit Privaten sprechen sich die Mag.-Räthe Rau und Schanzenbach für das Prinzip der Versteigerung aus, um allenfallsige Vorwürfe der Parteilichkeit des Magistrates zu verhüten und das Interesse der Gemeinde zu wahren. — Der Verein für freiwillige Armenpflege dankt dem Magistrate für die Ueberlassung eines Lokals im alten Regierungsgebäude. — Nach dem Antrage des Stadtbaurathes tritt der Magistrat auf Grund einer Einladung des polytechnischen Vereins dem Verein zur Prüfung und Ueberwachung der Dampfkessel im diesrheinischen Bayern während des Betriebes bezüglich seiner zwei im ständigen Betriebe befindlichen Dampfkessel im Kranken- und Gebärhause bei. Hr. Zenetti bemerkte, wie die technische Revision des Kessels während des Betriebes durch den Staat, der zur Prüfung der Kesselanlagen verpflichtet sei, sich vollkommen ungenügend erweise, daß aber die Besorgung derselben, (welche ziemlich schwierig sei) zur vollen Zufriedenheit von Privatvereinen in England, der Schweiz und Frankreich durchgeführt werde. Von dem fraglichen bayerischen Vereine werden die Kessel jährlich zweimal, einmal äußerlich und einmal innerlich geprüft. — Zum Schlusse der Sitzung stellte Mag.-Rath Billing den Antrag, es wolle eine Petition an die Abg.-Kammer gerichtet werden, dieselbe möge dem vor-

gelegten Entwurfe eines Bürgerwehrgesetzes ihre Zustimmung versagen. Derselbe wurde ohne Diskussion einstimmig angenommen, und wird die Petition von einer eigenen Commission ausgearbeitet werden.

Aus der Oberpfalz, 15. März. Am Samstag den 26. März l. Js. findet bei dem kgl. Bezirksgerichte Neunburg v/W. öffentliche Sitzung gegen den Pfarrer Weber von Dieterskirchen, einen eingewanderten Böhmen, wegen Vergehens der Amtsehrenbeleidigung statt. Derselbe soll aus Veranlassung der in Aussicht stehenden jüngsten Abgeordnetenwahl in einem Bräuhause zu Dieterskirchen öffentlich über Herrn Minister v. Schlör Aeußerungen gemacht haben, die durch die Presse zu veröffentlichen, der Anstand verbietet. Herr Pfarrer Weber ist ein kernfester böhmisch-bayerischer Patriot, ein eifriger Bauernvereinler, dem unlängst ein unangenehmer Vorfall passirte, der zum erbaulichen Ergötzen der ganzen Umgegend diente. Wenn allenfalls die patriotische Partei belieben sollte, auch ein patriotisches Schimpf-Lexikon zu verfassen, so möchten ihr die Aeußerungen des Herrn Pfarrers Weber über einen k. bayerischen Staatsminister ja unvergessen bleiben.

Amberg, 16. März. Soeben erhalten wir die erfreuliche Mittheilung, daß die beiden städtischen Collegien trotz des durch Harleß und Consorten zu Falle gebrachten Schulgesetzes aus freieigenem Antriebe die Gehalte der Lehrer in der Weise regelten, daß der Anfangsgehalt eines wirklichen Lehrers 550 fl. und der Maximalgehalt 800 fl. beträgt. Der Genuß einer freien Wohnung und eines Gartenantheils ist in den scalamäßigen Gehalt nicht eingerechnet. Für diejenigen Lehrer, welche die Sonn- und Feiertagsschule abzuhalten haben, soll von Seite des Magistrats und Gremiums noch eine besondere Gratification von 50 fl. ausgesprochen werden. Möge das Vorgehen der Stadt Amberg auch auf andere Städte wirken und allseitig Nachahmung finden. — In heutiger Schwurgerichtssitzung wurde Joh. Müller, vulgo Hexenpeitscher, Schmiedgeselle von Hohenburg, wegen Verbrechens des Mordes und Raubes, an dem israelitischen Handelsmann Wolfg. Himmelswunder, vulgo Sußmannswolf, von Schnaittach, zum Tode verurtheilt.

Pappenheim, 16. März. Gestern traf mittels Extrazuges eine größere Commission der k. Generaldirektion der Verkehrsanstalten auf dem hiesigen Stationsplatze von Treuchtlingen kommend hier ein und begab sich nach Besichtigung der Lokalitäten alsbald nach Eichstätt und Ingolstadt weiter. Wie nun bestimmt verlautet, soll endlich doch bis 15. April d. Js. die ganze Bahnstrecke von Treuchtlingen bis Ingolstadt dem Verkehre übergeben werden.

Feuchtwangen. In der nahen Pfarrgemeinde Dentlein a. F. hat es der dortige Geistliche, Pfarrer Wasser, im verflossenen Herbste für gut befunden, zwei Gastwirthe vom Genusse des hl. Abendmahles deshalb auszuschließen, weil dieselben am Pfingstmontag Tanzmusik abgehalten hatten. Die betreffenden Wirthe hatten die gesetzliche Erlaubniß vom kgl. Bezirksgerichte zur Abhaltung der Tanzmusik erhalten; allein der kirchliche Beamte verhängte obige Strafe über sie. Es ist dies bereits ein Stück der Trennung der Kirche vom Staate, wenn auch etwas vorzeitig; schade, daß die Betheiligten dies anders auffaßten und gegen den überfrommen Pfarrer beim Dekanate und Consistorium Beschwerde führten. Unbestimmten Nachrichten zufolge, wäre in diesen Tagen der Bescheid vom Consistorium dahin ertheilt worden, daß die beiden Männer zum Abendmahl unweigerlich zugelassen werden müßten.

Fürth, 15. März. Aus was für geistigen Elementen die hiesige „Volkspartei" zusammengesetzt ist, beweist die Thatsache, daß einzelne Mitglieder derselben allabendlich bemüht sind, das hiesige fortschrittliche Organ, das durch seine energische Haltung den Herren freilich ein gewaltiger Dorn im Auge ist, von den Wirthstischen wegzustibitzen, um sich durch ein damit veranstaltetes Auto da fé für den vielen Aerger zu entschädigen, den ihnen das Blatt tagtäglich verursacht. Neulich soll sogar ein volksbeglückendes, sich mit Abscheu abwendendes Herrchen die „N. N." vom Wirthstisch heruntergerissen, darauf gespuckt und unter allerlei anmuthigen Redensarten mit den Füßen darauf gestampft haben. — Erinnert ein solches Benehmen nicht an den Stier, der mit blödsinniger Wuth auf ein rothes Tuch losstürzt? Oder an den Fanatismus jenes alten Konstanzer Weibleins, welcher es sich nicht nehmen ließ, auch ein Scheit Holz zum Scheiterhaufen des Huß zu tragen? Ist man nicht versucht mit dem Reformator auszurufen: O sancta simplicitas!?

Berolzheim a. d. Altmühl, 14. März. Auch in unserem Thal, das bisher wenig Antheil an politischen Agitationen nahm, wurde eine Adresse für Herrn v. Harleß ins Werk gesetzt und von der Kanzel aus verkündet, daß dieselbe mit 128 Unterschriften bedeckt abgesandt wurde. Zu diesen Unterschriften gelangte man dadurch, daß man einen Gemeindediener von Haus zu Haus schickte und auf die Frage, was es gäbe, antworten ließ: „Für dießmal nichts Extra, bloß für Herrn Pfarrer eine Unterschrift wegen Herrn v. Harleß." Na, wenn's sonst nichts ist, lautet in der Regel die Gegenrede und die Unterschrift ist fertig. Ich behaupte nicht zu viel, wenn ich sage, daß man in gleicher Weise andern Tags dieselben Unterschriften für eine Gegenadresse erhalten könnte, wie das schon einmal bei den Schulgesetz-Adressen der Fall war. In unserer Gegend hört man nicht selten, daß es „den Fortschrittlern" nur darum zu thun ist, die Religion zu verdrängen, die Schule von der Kirche zu trennen; ihr Wunsch sei, daß wir „preußisch" werden, dann aber müßten wir zur unirten Kirche übertreten, unserem protestantischen Glauben entsagen u. dgl. m. Und gibt man sich Mühe, die Leute eines Bessern zu belehren, dann heißt es: „Der Herr Pfarrer sagt's, und der wird's wohl besser wissen." Ist das nicht gut altbayerisch und „patriotisch"?

Heilsbronn, 16. März. Am 14. d. Mts. früh gegen 9 Uhr ging der Bauer Philipp Eberhard Krug von Kapsdorf, Bezirksamts Heilsbronn, in seinen in der Nähe dieses Orts befindlichen Acker, um Bäume auszuschneiden, und als er Mittag nicht nach Hause kam, wurde nach ihm gesucht und er als Leiche aufgefunden. Nach Gutachten des Todtenbeschauers ist er an einem Schlagfluß gestorben.

Schweinfurt, 16. März. Heute früh 9 Uhr begann am Bezirksgerichte dahier die Verhandlung gegen den wohlbekannten Pfarrer Truml von Baunach wegen 17 Vergehen der Majestätsbeleidigung. Der Zuhörerraum ist überfüllt, auf dem Vorplatze drängt sich Kopf an Kopf, um Diejenigen im Saale zu ersetzen, die denselben verlassen. Bis jetzt sind alle Zeugen vernommen, welche ziemlich übereinstimmend die in der Anklageschrift enthaltenen Anklagen bestätigen.

— Der **Lindauer** Bürgerverein hat beschlossen, auf nächsten Montag Abend eine allgemeine Bürgerversammlung zu veranstalten, welche „ihren Unwillen über den Bürgerwehrgesetz-Entwurf entweder durch Resolutionen oder in einer Adresse dem Landtage kundgeben soll."

Feuilleton.

Der Untergang des Kriegsschiffes Oneida.

Ueber San Francisco treffen nun ausführliche Nachrichten über den traurigen Untergang des amerikanischen Kriegsschiffes Oneida ein. Am 23. Januar um 5 Uhr Nachmittags lichtete der Dampfer vor Yokuhama die Anker, um in die Heimath zurückzukehren. Der Unions-Gesandte hatte Morgens einen Besuch an Bord gemacht und der Mannschaft gute Reise gewünscht. Man erwartete ein russisches Kanonenboot, aber dasselbe blieb aus, und die zu seiner Begrüßung geladenen Geschütze wurden nicht abgefeuert. Als die Oneida aus dem Hafen dampfte, standen auf den anderen Schiffen die Mannschaften auf dem Deck und riefen ihr Lebewohl zu. Zwei Stunden später traf sie das Unglück. Die Offiziere waren eben am Mittagstische, als die Wache rief: Dampferlichter vor uns! und der Midshipman den Befehl gab: Das Ruder an Backbord! Auf dem herankommenden Schiffe, dem Peninsular-and-Oriental-Dampfer Bombay, blieb Alles still, so daß man dort wohl die obwohl hell brennenden Lichter der Oneida nicht gesehen haben muß. Die Bombay änderte ihre Richtung nicht im Mindesten und lief geradezu in die Steuerbordseite der Oneida, halbwegs zwischen Hauptmast und Besanmast, mit solcher Kraft, daß ein Loch entstand, durch welches man in das Innere des Schiffes hineinsehen konnte; zwei Leute, welche am Rad standen, wurden augenblick-

lich getödtet. Die Oneida feuerte die geladenen Kanonen gleich darauf ab, aber die Bombay hielt nicht inne. Darauf wurde ein Rettungsboot herabgelassen — die übrigen waren durch den Stoß zertrümmert worden —, und in dasselbe stiegen der Arzt Dr. Stoddart, der Hochbootsmann und fünfzehn Matrosen. Als der sechste Nothschuß abgefeuert war, begann die Oneida zu sinken. Die Offiziere sammelten sich um den Capitän Williams, welcher seinen Entschluß erklärte, mit dem Schiffe untergehen zu wollen. Ein kleiner Kutter wurde noch mit 39 Mann gefüllt, meist Kranken, und sodann schlossen sich die Wasser über dem unglücklichen Schiffe, auf welchem die Mannszucht bis zum letzten Augenblicke aufrecht erhalten blieb. 120 Menschenleben waren ein Opfer der Tiefe geworden. Das Rettungsboot, welches sich während des Sinkens hatte entfernen müssen, um nicht in den Strudel hineingerissen zu werden, näherte sich wieder, um noch einige Rettungs-Versuche zu machen, aber vergebens. Die Ueberlebenden ruderten ans Land zurück, dort wurden sie von den Japanern freundlich aufgenommen, und ein Führer geleitete sie nach Yokuhama, wo sie in der Frühe des folgenden Morgens anlangten und ihr Schicksal erzählten. Die dort ankommende Bombay wurde sofort zu der Unglücksstelle hinausgeschickt und traf auf den Kutter, dessen 39 Insassen sie an Bord nahm. Mehrere andere Schiffe folgten, aber es war nicht mehr möglich, noch ein Menschenleben zu retten. Die japanische Regierung sandte Boote und Apparate hinaus, um nach dem Wrack zu suchen. Die Offiziere und Passagiere der Bombay waren überrascht, als sie von dem Unglück erfuhren, und erklärten, keine Schüsse gehört zu haben, während man diese Schüsse sogar auf dem Lande, 20 englische Meilen entfernt, gehört haben will. Auch soll der Capitän der Bombay bei der Ankunft von dem Zusammenstoß keine Meldung gemacht haben. Er forderte jedoch sogleich eine marinegerichtliche Untersuchung; und wie ein Telegramm über Ceylon vom 8. März besagt, ist der Capitän Eyre von jeder Schuld an dem Zusammenstoße mit der Oneida freigesprochen worden, aber auf ein halbes Jahr suspendirt worden, weil er nicht gewartet habe, um der Mannschaft der Oneida Hilfe zu leisten. Da Eyre mit dem nächsten Postdampfer nach England zurückkehrt, so wird die Darstellung von seiner Seite nicht lange mehr auf sich warten lassen.

Telegraphische Nachrichten.

Karlsruhe, 18. März. Die erste Kammer hat den Antrag der Commission: „zur Zeit aus Opportunitätsgründen dem Vorschlage der zweiten Kammer wegen Aufhebung der Todesstrafe nicht beizutreten" einstimmig angenommen.

Berlin, 17. März. Der Reichstag hat den Auslieferungsvertrag mit Belgien in der Schlußlesung genehmigt. In der Debatte über das Strafgesetz wurde für Hochverrath überall Festungsstrafe neben der Zuchthausstrafe zugelassen. Für Landesverrath wurde Zuchthausstrafe pure angenommen, aber die Möglichkeit mildernder Umstände zugelassen. Der Antrag Kryger's, es sollte der den Landesverrath betreffende Paragraph auf Nordschleswig keine Anwendung finden, wurde abgelehnt.

Berlin, 18. März. Dem Vernehmen nach werden die Tarifreform und die damit zusammenhängende Steuer die Aufgabe des Zollparlemerts bilden. Die Gerüchte von anderwärtigen Steuervorlagen sind unbegründet.

Berlin, 18. März. Reichstag. Bei der Berathung des Strafgesetzbuches erklärt der hessische Bundescommissär gegenüber den gestrigen Auslassungen des Abgeordneten Blum, daß die hessischen Truppen nur einen, nicht aber einen doppelten Fahneneid schwören, welcher den Fahneneiden der übrigen Bundescontingente gleich ist. Der Bundescommissär weist energisch jede Verdächtigung der hessischen Bundestreue zurück und bestreitet den offiziösen Charakter der „Darmstädter Zeitung". (Blum hatte derselben eine, Preußen feindliche Berichterstattung über die bayerischen Kammerverhandlungen vorgeworfen.)

Paris, 17. März. Der „Francais" meldet, daß Marquis de Banneville heut Rom verlassen und nach Paris kommen wird, um hierselbst einige Zeit zuzubringen. Laut Nachrichten aus Madr[id] wird Montpensier anläßlich des Duells gerichtlich verfolgt werde[n].

Paris, 18. März. Wochenausweis der Bank von Fran[k]reich. Baarvorrath 1,280,800,353 Fr., Abnahme 19,968,568 F[r.] Wechselbestände 512,576,517 Fr., Zunahme 29,039,202 F[r.] Vorschüsse u. Werthpapiere 97,986,750 Fr., Abn. 455,700 F[r.] Notenumlauf 1,379,182,750 Fr., Zun. 12,364,300 Fr., Guth[a]ben des Schatzes 166,586,451 Fr., Abnahme 5,309,004 F[r.] Conto-Current der Privaten 355,158,363 Zun. 4,261,505 Fr.

London, 17. März. Die Regierung macht in ihrer B[ill] betreffend die Herstellung der Gesetzlichkeit in Irland weitere Vo[r]schläge: Der Besitz von Pistolen ist ganz verboten, der Besitz v[on] Waffen und der Verkauf von Pulver ist zu beschränken. Verdäc[h]tige Fremde können verhaftet, Wirthshäuser bei Sonnenunterga[ng] gesperrt, und gewisse Vergehen summarisch abgeurtheilt werde[n]. Die Behörden sind ermächtigt, Journale zu suspendiren; diesen i[st] jedoch die Appellation gestattet.

Southampton, 17. März. Verflossene Nacht stieße[n] im Kanale die englischen Schiffe „Normandy" und „Mary" z[u]sammen. 32 Personen ertranken.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 18. März. (Schlussc.)

Wechsel auf London	120	Oest.-franz. Staatsbahn	374
" " Paris	$95^{1}/_{8}$	Bayr. Ostbahn-Actien	119
" " Wien	$96^{1}/_{8}$	Elisabeth-Prior. I. Em.	77
5 proc. bayr. Anleihe	101	4% bayer. Prämien-Anl.	106
$4^{1}/_{2}$ " " "	$91^{7}/_{8}$	Bad. Präm.-Anleihe	[illegible]
4 " " Grundrente	$86^{1}/_{2}$	Oesterr. Loose v. 1860	80
4 " " Obligat.	$86^{1}/_{2}$	" Loose v. 1864	116
5 proc. österr. Metall. engl.	——	Alsenzbahn	86
5 " " National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	67[illegible]
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	234
1882er Amerikaner	$95^{1}/_{2}$	Napoleons	9.31
Oesterr. Bank-Actien	694	Rente Silber $58^{3}/_{4}$, Pap. $50^{3}/_{8}$.	
Credit-Actien	271	Handelsbank	99

Wien, 18. März. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	71.50	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
" fl. 500 Loose von 1860	98.—	Steuerfr. Metall. on 1866	—.—
" fl. 100 Loose von 1864	120.50	Napoleons	9.90
Oesterr. Bank-Actien	726.—	Wechsel auf Augsburg	102.9
" Credit-Actien	284.60	" " London	124.3
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	391.—	" " Paris	49.2
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	" " Frankfurt a. M.	103.—
" " Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	241.—
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 349.50 Pap.-R.	61.5[illegible]

Berlin 18. März (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	$44^{7}/_{8}$	Lombarden	$133^{1}/_{2}$
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	$105^{1}/_{2}$	Italienische Anleihe	$55^{5}/_{8}$
$4^{1}/_{2}$ " " Anleihe	$91^{5}/_{8}$	1882er amerikanische Bonds	$96^{3}/_{8}$
Bad. Prämien-Anleihe	$106^{1}/_{8}$	5 proc. preuss. Anleihe	$101^{7}/_{8}$
Darmstädter Actien	$131^{1}/_{2}$	$4^{1}/_{2}$ " " "	$93^{3}/_{4}$
Oesterr. Credit-Actien	$154^{1}/_{2}$	Wechsel auf Augsburg	—.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	$213^{1}/_{8}$	" " Frankfurt	—.—
Staatsbahn-Prioritäten	292	" " London	
Oest. fl. 500 Loose von 1860	80	" " Paris	
" fl. 100 Loose von 1864	66	" " Wien	
5 proc. östr. National-Anl.			

New-York, den 17. März. Gold $112^{1}/_{8}$. Wechsel in Gold $108^{1}/_{4}$ Bonds per 1882 $110^{1}/_{4}$. Baumwolle $23^{1}/_{4}$. Petroleum $25^{3}/_{4}$.

(Münchener Schrannenbericht vom 18. März 1870.)

	Umsatz. Schffl.	Rest. Schffl.	Höchster.	Mittlerer.	Niedrigster.	Gef. kr.	Gest. kr.
			Durchschnittspreis				
Weizen	1394	872	fl. 20 26	fl. 19 8	fl. 17 35	—	10
Roggen	1019	168	" 12 15	" 12 —	" 11 34	—	6
Gerste	1255	1202	" 13 46	" 13 6	" 11 55	—	8
Hafer	1100	315	" 8 44	" 8 9	" 7 31	—	14
Reps	—	—	" — —	" — —	" — —	8	—
Lein	19	38	" 24 19	" 22 25	" 21 15	11	—

Gesammtumsatz: 12447 Schffl. im Betrage von 164,616 fl.. Wochen-Verkauf in der Schrannenhalle: 6352 Schffl.

Curse des Münchener Handelsvereins vom 18. März 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. 3½% Obl.	fl. 1000	81½	80½
4% ganz. Obl.	1000	86⅝	86¼
4% halbj. Obl.	1000	86⅝	86¼
4% Grundr.-Obl.	1000	86¾	86⅜
4½% ganzj. Obl.	1000	91⅞	91½
4½% halbj. Obl.	1000	92	91¾
4½% „ Milit. „	1000	92	91¾
5% Obl.	1000	101½	101
4% Münch. Obl.	1000		
5% „ „	1000	101⅜	100¾
4½% Ostbahn-Aktien .		119½	119
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung . .		86¼	85⅞
dto. volle		86¼	85⅞
Pfdbr. d. bayer. Hyp.- u. W.-Bank à fl. 1000		90⅝	90⅜
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.		100	99⅞
Aktien „ „		826	825
Bayer. Handelsbank-Act.		97½	
„ Vereinsbank . .		120⅛	119½
Württemberg. 4½% Obl. . . .		91⅛	90¾
Oesterreich 4⅕% Silb.-Rte. ⁵/₇		58¾	58½
„ Pap.-Rte „			
5% Nation.-Ant. . ⁵/₆			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à 116⅔			
5% Met. Stfr. v. 1866 ⁶/₇			
Oest. Bank-Aktie . .			
„ Cred.-Aktien . .		271⅛	271⅛
Oest.-franz. Stsb.-Aktien .			

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb. „	234½	
Preußen. 4½% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. 2½	95⅞	95¾
„ 1884 „	94¾	94½
„ 1885 „	95¼	
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	105¾	105½
4% Bad. „ „		
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	6½	
Pappenheimer dto.	5¾	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose . .	18½	
Oester. 1854er Loose à fl. 250 ⁵/₆		
„ 1860er „ à fl. 500 ⁶/₇		
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred Loose . . .		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		300
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		123
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor .	95	
Chemische Fabrik Heufeld		76
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn . . .		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn . .		
„ Siebenbürger Bahn . . .		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. 1. Em. ⁶/₇	78	
dto. II. „ „		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn „		

		Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn „		79½	79
„ Siebenbürger Bahn „			
„ d. Böhm. Westbahn „			
„ Alföld Fiumander Bahn „		76	
Wechsel.			
Amsterdam fl. 100 holl.	K. S.		100⅝
	L. S.		
Augsburg fl. 100 . . .	K. S.		
	L. S.		100
Berlin Rthlr. 60 . .	K. S.	105⅛	104⅞
	L. S.		104⅞
Frankfurt fl. 100 . . .	K. S.		
	L. S.		100
Hamburg M.-B. 100 . .	K. S.		88⅝
	L. S.		88⅝
Leipzig Rthlr. 60 . .	K. S.	105	104⅞
	L. S.	105⅛	104⅞
London Pfdst. 10 . . .	K. S.	120⅛	119⅞
	L. S.	120⅛	119⅞
Paris Fr. 200	K. S.	95⅛	95
	L. S.	95⅛	95
Wien fl. 100 . .	K. S.	96¼	96
	L. S.		
Bank-Disconto für Platz-Wechsel . .			
„ „ Lombard. . .			
Geldsorten.			
Preuß. Friedrichsd'or		9.59	9.58
20 Francs Stücke		9.30½	9.29½
Preuß. Cassen-Scheine		105⅛	104⅞
Oest. Banknoten		96¼	96⅛

Kgl. Hof- u. National-Theater.

Samstag den 19. März.

50. Vorstellung im Jahres-Abonnement.

Die letzte Hexe.

Volksschauspiel in 3 Aufzügen v. M. Schleich.
Regie: Herr Sigl.

Personen:

Jörg v. Stapfen, Stadtrichter Hr. Sigl.
Heiß, sein Beisitzer . . . Hr. Leigh.
Johann Hainstöckel, des innern Raths geh. Sekretarius Hr. Lang.
Spaten, } Mitglieder des Hr. Büttgen.
Tuchtlinger, } innern Raths Hr. Weizlstorfer.
Döpstlin, Weinschenkenswittwe Frl. Seebach.
Konrad, } ihre Söhne Hr. Häusser.
Xaver, } Frl. Ramlo.
Rosl, eine Anverwandte . . Frl. Lanzlott.
Nanni, Magd d. F. Döpstlin Frln. Söltl.
Fr. Meierlin, Bierbrauersw. Fr. Büttgen.
Hans, ihr Sohn . . . . Hr. Leibold.
Rathsdiener . . . . . . Hr. Wagner.
Ort: München. Zeit: 1. Hälfte des vorigen Jahrhunderts.

Hierauf:

Die Weiberkur.

Ballet in 3 Aufzügen v. Leuven und Mazillier.
Musik v. Ad. Adam.
In Scene gesetzt vom k. Balletregisseur Hr. Fenzl.
Personen:

Graf Polinsky . . . . Hr. Leibold.
Seine Gemahlin . . . . Frl. Braniczka.
Mazurki, Korbmacher . . . ***
Mazurka, sein Frau . . . Frl. Zink.
Yvan, des Grafen Diener, Pelvas Bräutigam . . . Hr. Stettmeyer.
Ein blinder Greis . . . Hr. Flerx.
Ein Tanzmeister . . . . Hr. Fenzl.
Haushofmeister d. Grafen . Hr. Vogl.
Ein Genius . . . . . Fr. Meyer.
Ort: Landgut des Grafen in Polen.

*** Wegen Unpäßlichkeit des Hrn. La Roche hat H. Fenzl die Rolle des Mazurki übernommen.

Anfang ½7 Uhr. Ende um 10 Uhr.

Kgl. Residenz-Theater.

Samstag den 19. März.

Marionetten.

Lustspiel in 4 Aufzügen v. Hackländer.
Personen:

Der Regent . . . . . Hr. Richter.
Die Herzogin Mathilde, seine Cousine . . . . . Frl. Ziegler.
Prinzeß. Anna, deren Schwester Frl. M. Meyer.
Die Oberhofmeisterin . . Frl. Weiß.
Der Hofmarschall . . . Hr. Christen.
Die Hofdame der Prinzessin . Frl. Ulrich.
Geheimrath v. Möller, Leibarzt des Regenten . . . Hr. Possart.
Arthur v. Reinach . . . Hr. Rohde.
Liebermann, Kammerdiener des Regenten . . . . . . Hr. Herz.
Kammerdiener der Herzogin . Hr. Hoppe.
Diener . . . . Hr. Thoms.
Herren und Damen vom Hofe, Diener.

Anfang halb 7 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.

Münchener Aktien-Theater.

Samstag den 19. März.

Nachmittags-Vorstellung.

Pfeffer-Rösel.

Nürnb. Lebkuchenhändlerin

oder:

Die Frankfurtermesse i. J. 1297.

Schauspiel in 5 Aufzügen v. Charlotte Birch-Pfeiffer.

Die Kassa wird um 3 Uhr geöffnet.

Anfang ½4 Uhr, Ende um 6 Uhr.

Abend-Vorstellung.

Drei Paar Schuhe.

Singspiel in 3 Abtheilungen v. K. Görlitz.

Anfang 7 Uhr. Ende nach halb 10 Uhr.

Marionetten-Theater

im Gasthause „zur neuen Welt"

Samstag den 19. März.

Der verzauberte Frosch. Operette. Hierauf: **Hansel u. Grethel**, oder: **Der Menschenfresser.** Dramatisches Märchen.

Anfang halb 4 Uhr.

Gestorbene.

Am 16. Märj. Kreis Jos., ehem. Müller v. Erzhausen, 56 J.

Bayerische Vereinsbank.

Nachdem der Verwaltungsrath auf Grund des § 7 unseres Bankstatuts beschlossen hat, eine **zweite** Einzahlung von **zehn Prozent** auf die Aktien-Interimsscheine unserer Gesellschaft einzufordern, werden die Herren Aktionäre ersucht, dieselbe mit

fl. 35. südd. Whrg.

vom 20. April bis 1. Mai dieses Jahres an unserer **Casse, Prannersstraße** 5, bei Vermeidung der in §. 8. des Statutes ausgesprochenen Nachtheile zu leisten.

Bei dieser Gelegenheit wird wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß Einzahlungen auf 40% gemäß §. 7 der Statuten **jederzeit** gestattet sind. Die Bank gewährt für diese anticipirten Einzahlungen eine 4%ige Verzinsung und wird der Umtausch solcher mit 40% einbezahlten Interims-Scheine gegen **Interims-Scheine auf den Inhaber mit Dividenden-Scheinen und Talons** in nächster Zeit erfolgen.

An der sich ergebenden Dividende participiren sämmtliche Interimsscheine ohne Rücksicht auf die geleisteten Einzahlungen in **gleichem** Betrage.

München, den 15. März. 1110.

Der Verwaltungsrath.

Geschäfts-Anzeige.

Dem hohen Adel und verehrlichen Publicum erlaube mir die ergebene Mittheilung zu machen, daß ich auf hiesigem Platze **Maximiliansstraße Nr. 24 a,** ein

Strohhut-, Putz- und Modewaaren-Geschäft

errichtet habe.

Indem ich bestrebt sein werde, stets das Neueste in den betreffenden Artikeln bieten zu können, halte ich mich dem geneigten Wohlwollen bestens empfohlen und zeichne

München, März 1870.

1098. Hochachtungsvollst

August Cucumus.

Zur herannahenden Frühjahrs-Saison lasse ich mich zum Modernisiren von Strohhüten bestens empfohlen sein.

August Cucumus,

Maximiliansstraße Nr. 24a.

1099.

Verlag u. Redaktion von **Karl Kellerbauer**. — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr: Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnementspreis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Sonntag, den 20. März 1870. **Nr. 78.**

Politische Tagesübersicht.

Stuttgart, 17. März. In der heutigen Sitzung der Abgeordnetenkammer wurde der Antrag Schott's auf Herabsetzung der Präsenzzeit für Infanterie und Artillerie auf ein Jahr, für die Reiterei auf zwei Jahre begründet und der Finanzkommission zur Berichterstattung zugewiesen.

Wien, 17. März. Die heute Abends stattgefundene Buchdruckerversammlung war ein beredter Beweis für die Nutzlosigkeit einer Fortsetzung des Strikes und für den Entschluß sämmtlicher Zeitungssetzer, die Arbeit wieder aufzunehmen. Nach Eröffnung der Versammlung theilte Hr. Antensteiner mit, daß die Tarifkommission, nachdem die gepflogenen Unterhandlungen mit den Principalen erfolglos geblieben seien, einen neuen Tarif, 19 kr. für Werk-, 22 kr. für Zeitungssatz, 9½stündige Arbeitszeit, ausgearbeitet habe. In Bezug auf den Zeitungssatz sei dies der von dem Comité der Zeitungen selbst aufgestellte Tarif. Der Präsident des „Kaufmännischen Fortbildungsvereins", Hr. Trebitsch, forderte in längerer Rede die Streikenden auf, die Arbeit wieder aufzunehmen. Hr. Sax theilte der Versammlung mit, daß die Wiederaufnahme der Arbeit seitens der Zeitungssetzer bevorstehend sei, und versuchte die Werksetzer zu gleichem Vorgehen zu bestimmen. Treffend bemerkte der Redner (unter Beifall der Zeitungssetzer), daß der ganze Strike nur von Personen angeregt und in Scene gesetzt wurde, die selbst bei den Fleischtöpfen säßen und die Entbehrungen, die sie von den Collegen fordern, selbst nicht theilen. Ein anderer Redner bezeichnete die Arbeitsaufnahme der Zeitungssetzer als eine bestimmte Thatsache, an der nichts mehr zu ändern sei. Die Versammlung nahm schließlich den vorgelegten Tarif an und ermächtigte die Commission, auf Grund desselben zu unterhandeln. Mit diesem Beschluß kehren die Zeitungssetzer zur Arbeit zurück. (In Folge dieses Verlaufs der Versammlung dürfen wir erwarten, wohl bereits in den allernächsten Tagen wieder die Wiener Blätter im gewohnten Umfang zu erhalten. Die Red.)

Berlin, 16. März. Im norddeutschen Reichstage wurde gestern der Eingang des Originaldokuments der deutschen Reichsverfassung vom Jahre 1849, ausgeliefert von Dr. Jucho in Frankfurt a. M., angezeigt. Dies macht in den hiesigen parlamentarischen Kreisen nicht geringes Aufsehen. Man vergleicht diese Auslieferung mit der Auffindung der ungarischen Krone, man spricht von einer „Anerkennung der Thatsache von 1866, wenn Dr. Jucho, das bekannte Frankfurter Parlamentsmitglied, die Urkunde der Reichsverfassung von 1849, welche er bisher treu bewahrte, dem nordd. Bunde ausliefert", so schreibt die Frkf. Ztg.

Berlin, 17. März. Die hier stattgehabte Conferenz von Interessenten der Görlitz-Reichenberger Bahn beschloß die gleichzeitige Inangriffnahme des Baues der Linien Görlitz-Reichenberg, Görlitz-Zittau und Löbau-Ritschen. Der Bau wird schon im Monat April ds. Js. beginnen.

— Ueber die diesjährigen Truppenübungen ist von dem Könige bestimmt worden, daß bei dem 9. und 10. Armeecorps (Schleswig-Holstein und Hannover) Königsmanöver, bei den übrigen Armeecorps Uebungen in den Divisionen Statt finden sollen.

— Heute früh 7 Uhr erschien der Börsenkurier mit einem Artikel gegen den unfehlbar sein wollenden Papst, und um 8 Uhr war das Blatt schon — konfiszirt!

Düsseldorf, 15. März. Von allen der päpstlichen Unfehlbarkeit widersprechenden Thatsachen und Beweisgründen ist nichts so handgreiflich und allem Volke verständlich, als die von den Päpsten im Mittelalter auch für unser Deutschland eingeführte Hexenverfolgung. Die Gründe gegen solche dem gesunden Menschenverstande und der Menschenwürde hohnsprechende Unfehlbarkeitslehre sind zwar überaus zahlreich, aber die Hexenverfolgung dürfte doch in mancher Beziehung auch vor den blödesten Blicken am durchschlagendsten sein. Als Papst Innocenz VIII. den Hexenglauben im Jahre 1484 auch in Deutschland gebot, fand diese Lehre zahlreiche Widersprecher, jedoch die Einführung gelang und hielt sich bis ins vorige Jahrhundert. Ueber zwei Millionen, im Ganzen vielleicht über drei Millionen unschuldiger Menschen fielen diesem Wahne zum Opfer. Sie wurden gefoltert und dann lebendig verbrannt. Kommt die Unfehlbarkeit und der Syllabus zur Einführung, so liegt es nicht am guten Willen, wenn solche traurigen Opfer nicht noch zahlreicher werden. — Deshalb ist es höchst beachtenswerth, daß man dem heldenmüthigsten Bekämpfer des Hexenwahnes, dem Arzte und Naturforscher Johannes Wierus von Düsseldorf an seinem Sterbeorte zu Tecklenburg ein ehrenvolles Denkmal zu bauen beabsichtigt. Es ist eine Sammlung dazu veranstaltet, jedoch bisher von schwachem Erfolge.

Paris, 17. März. Von competenter Seite wird die Meldung des Pariser Correspondenten der Kölnischen Zeitung, daß General Fleury Weisung erhalten habe, die Unterhandlungen bezüglich Schleswigs fallen zu lassen, weil Frankreich den hierauf bezüglichen Artikel des Prager Friedens nicht mehr in Betracht zu ziehen willens sei, für absolut falsch erklärt. Thatsache ist blos, daß General Fleury wirklich eine solche Weisung erhalten hat, aber nur deßhalb, weil die Verhandlungen über die nordschleswig'sche Frage nicht in Petersburg fortgesetzt werden sollen. — Rochefort wurde von der Familie Noir als Belastungszeuge gegen den Prinzen Peter Bonaparte verlangt. Die Zustimmung des Gerichtes ist noch nicht ertheilt. Ollivier wird Montag Favre's Interpellation über Rom beantworten. — Die Liberté meldet: Der Herzog und die Herzogin von Alençon werden nächstens trotz des Decretes, welches die Orleans aus Frankreich verbannt, nach Paris reisen, namentlich die Herzogin, welche bekanntlich eine Schwester der Kaiserin von Oesterreich ist. Man bezweifelt, daß die Regierung diesmal der Reise Hindernisse in den Weg legen werde.

Paris, 17. März. Der Moniteur Universel veröffentlicht einen Artikel unter dem Titel: „Die Rolle des Grafen Beust." Er sagt, daß kein Minister geeigneter sei, als Vermittler zwischen den verschiedenen Nationalitäten Oesterreichs zu dienen, als Graf Beust. Der Moniteur beglückwünscht ihn, daß er die alte Taktik Metternich's und Schwarzenberg's aufgegeben und es für nothwendig erkannt hat, in gleicher Weise die Ansprüche aller Nationalitäten Oesterreichs zu be-

friedigen und ihnen alle mit der Reichseinheit vereinbarlichen Opfer zu bringen. Der Artikel schließt mit dem Wunsche, daß dem Grafen Beust von keiner Seite Verlegenheiten bereitet werden.

Paris, 17. März. Das Correctionnelgericht hat das Urtheil gegen den Reveil aufrecht gehalten, wodurch dessen Redacteur Delescluze zu 13 Monaten Gefängniß und 2000 Frcs. Geldbuße und der Gerant Caron zu 6 Monaten und 1000 Frcs. Geldbuße verurtheilt sind.

— Wenn nicht Alles täuscht, so stehen authentische Aufklärungen über den Stand der Concils-Angelegenheiten nahe bevor. Es bestätigt sich, daß Herr Jules Favre nächsten Montag eine Interpellation über diesen Gegenstand einbringen wird, und daß Herr Daru bereit ist, dieselbe sofort zu beantworten. Die Note vom 20. Februar ist, wie der Moniteur Universel heute ausdrücklich versichern kann, bevor sie nach Rom abging, im Ministerrath verlesen und von demselben gutgeheißen worden. Sie wurde am 1. März dem Cardinal Antonelli überreicht und am 2. d. von diesem dem Heiligen Vater mitgetheilt. Der Papst ließ an demselben Tage die Legaten des Concils zu sich rufen und legte ihnen die Note der französischen Regierung vor. Nach den neuesten Nachrichten, sagt der Moniteur, hatten die Legaten, welche die offiziellen Vermittler zwischen dem Concil und dem Papste sind, ihr Gutachten über den Antrag des Tuilerien-Cabinets noch nicht abgegeben. Wird derselbe angenommen, so steht nichts im Wege, daß die Vertretung der französischen Regierung im Concil ihrem ordentlichen Botschafter, Herrn v. Banneville, anvertraut würde.

— Das Pariser Univers theilt folgendes Aktenstück mit: „Die arrogante und skandalöse Haltung, welche der Professor der Kirchengeschichte an der Münchener Universität, Dr. Döllinger, dem heiligen Stuhle und den in Rom versammelten Bischöfen gegenüber genommen, die irrigen und sehr verderblichen Lehren, welche er in seinen letzten Schriften zu veröffentlichen für gut erachtet hat, legt uns die traurige Pflicht auf, den Studenten der Theologie, die meiner Diözese angehören, den Besuch der Vorlesungen des Dr. Döllinger zu untersagen. Mein Gewissen erlaubt mir nicht, ihren Glauben einem so verderblichen Einflusse auszusetzen ꝛc." — Dieses Aktenstück ist vom Bischof von Regensburg.

Florenz, 17. März. Man beschäftigt sich mit nichts Anderem als mit dem Sella'schen Finanzbericht. Man lobt den Minister, daß er den Ernst der Lage nicht beschönigt hat, aber seine einzelnen Vorschläge stoßen auf vielfache Einwendungen bei allen Parteien. Noch verhältnißmäßig am wenigsten Widerspruch findet die Armeereduction, obwohl die namhaftesten Generale, wie Lamarmora, Bertolé, Pianelli, sie als eine Zerstörung der Armee bezeichnen. Die Erhöhung der Couponsteuer auf 12 Percent wird jedenfalls votirt werden; aber die übrigen Steuererhöhungen gelten als unausführbar. Besonders scharf wird der Minister getadelt, weil er die Gemeinden und Provinzen ihrer wichtigsten Einkünfte berauben will. Die Einkämmerung der Pfarreigüter hat Gegner im Ministerium selbst; man sieht voraus, daß sie zur Besoldung des Clerus durch den Staat führen müßte, und sie scheint darum sogar einem Theil der Linken verwerflich, weil antiliberal. Von der mit der Bank abgeschlossenen Creditoperation, welche eben die Einkämmerung der Pfarreigüter in sich schließt, will die Linke auch deßhalb nichts wissen, weil sie davon eine Vermehrung der Uebermacht der sardinischen Bank fürchtet. So finden die Sella'schen Vorschläge starke Opposition auf beiden Seiten der Kammer, und selbst die Solidität des Ministeriums ist in Frage gestellt. Daß bei der Präsidentenwahl Biancheri, der Candidat des Centrums, und nicht der der Linken, Cairoli, durchgegangen ist, beweist noch keineswegs, daß das Ministerium auf die Unterstützung der Rechten zählen kann; viele Mitglieder der Rechten haben nur für Biancheri gestimmt, damit nicht der Candidat der Linken siege.

Der Turiner Gazzetta Piemontese schreibt man aus **Florenz**: Ich erfahre aus guter Quelle das Folgende: Herr Lanza hat mehreren politischen Persönlichkeiten Italiens erklärt, daß trotz des Beispiels von Frankreich oder irgend einer Macht, Italien sich vollständig jeder politischen Action in Bezug auf das Concil zu enthalten gedenke.

Cagliari, 18. März. Aus Tunis wird gemeldet: Ein fanatischer Türke tödtete und verwundete mehrere Europäer und eingeborene Israeliten. Die Europäer liefen in Masse zum Consulate und forderten Gerechtigkeit. Große Aufregung. Der Türke wurde enthauptet.

Madrid, 17. März. Man versichert, die Regierung habe angesichts der Stimmung in Rom beschlossen, keinen Gesandten zum Concile zu entsenden. Man glaubt, die Proclamirung der päpstlichen Unfehlbarkeit werde dem Ansehen und den Interessen der spanischen Kirche viel schaden. Hier selbst ist die Toleranz sowohl in religiösen als in politischen Fragen eine vollkommene. Die Diener der verschiedenen Culten und die Anhänger aller politischen Parteien genießen hier gänzliche Freiheit.

Nachrichten aus **Madrid** melden, der Herzog von Montpensier werde gerichtlich verfolgt werden. Er hat sein Wort gegeben, Madrid nicht zu verlassen, and wird als Gefangener betrachtet.

Athen, 12. März. In mehreren Provinzen sind wegen der bevorstehenden Communalwahlen Conflicte vorgefallen. Die Regierung setzt ein Militär-Commando im Peloponesus ein; auch geht eine Pionnier-Compagnie dorthin ab.

Konstantinopel, 12. März. Den Handelsschiffen wurde die freie Ausfahrt aus den Dardanellen und dem Bosporus nach dem Mittel- und Schwarzen Meere zur Nachtzeit bewilligt. — Neun Zehntel der katholischen Armenier sind vom Patriarchen Hassun abgefallen.

Petersburg, 11. März. Die Verwendung weiblicher Telegraphen-Beamten hat sich dergestalt bewährt, daß deren Zahl bereits auf 265 angewachsen ist. Dem Vernehmen nach wird beabsichtigt, bei der bevorstehenden Revision der Telegraphen-Reglements diese provisorische Maßregel zu einer definitiven zu erheben. — Nach der jetzt veröffentlichten Rechnung über den Reichshaushalt im Jahre 1868 haben die Einnahmen, die auf 425,965,687 Rubel veranschlagt waren, in Wirklichkeit 421,560,459 R. betragen; 23 Positionen haben 17,794,696 R. mehr Einnahmen, als veranschlagt waren, ergeben; 16 andere 22,200,224 R. weniger, unter diesen die Eisenbahnen 5,110,261 R. weniger.

Vom Kriegsschauplatze in Paraguay wird aus **Rio de Janeiro** unterm 23. Februar gemeldet, daß General Camar noch auf der Verfolgung von Lopez begriffen ist. In Paraguay war eine aus 1500 Freiwilligen zusammengesetzte Brigade unter General Polydoro eingetroffen.

Bayerische Angelegenheiten.

* Das Gerücht, unser Kriegsminister habe seine Entlassung eingereicht, entbehrt alles Grundes, wie auch der schwächste Politiker sofort einsehen mußte, wenn er daran dachte, daß vor der Hand noch keine Entscheidung über die Forderungen des Kriegsministeriums, sondern bloß Anträge vorliegen.

Lokales und Provinzielles.

München, 20. März.

— Hr. Kaufmann G. A. Weinberger hat in hochherziger Weise dem Dr. Hauner'schen Kinderspitale zur Stiftung eines Bettes 1000 fl. übergeben, nachdem derselbe schon früher 500 fl. der so wohlthätig wirkenden Anstalt zum Geschenk gemacht hat.

* Morgen wird im großen Saale des Museums die erste Kammermusik-Soirée des kgl. Württembergischen Hofpianisten, Professor Dionys Pruckner, unter Mitwirkung des kgl. Concertmeisters Jos. Walter und der kgl. Hofmusiker Benno Walter, Ant. Thoms und Hipp. Müller stattfinden. Nicht allein die Namen der concertirenden Künstler sondern auch das gewählte Programm bürgen den Kennern und Freunden der Musik für einen höchst genußreichen Abend, auf den speciell aufmerksam zu machen, wir uns verpflichtet fühlen.

* Wer die sehr gelungene Parodie „Isarblech vulgo Rheingold" im Marionetten-Theater noch sehen will, der benütze den heutigen Tag, an welchem dieselbe auf dringlichen Wunsch noch einmal wiederholt wird.

• Der Zacherlkeller am Nockherberge erfreute sich gestern, obwohl wohl nur einzelne Sonnenblicke den bewölkten Himmel zu durchbrechen vermochten, eines enormen Besuches, — floß ja dort zum ersten Male die Salvatorquelle, welcher heuer nachgerühmt wird, daß sie nicht so schwer, wie in frühern Jahren, aber dafür desto einladender zum Genusse sei.

Regensburg, 17. März. Wie wir vernehmen, hat der Vorstand des katholischen Casino's dahier, Kaufmann Strasser, unterm Gestrigen das sog. goldene Rößl in der Wallerstrasse um 16,000 fl. gekauft, und zwar Namens des Casino's. Dieses uralte Haus, welches auch eine Façade gegen die Bachgasse hat, wird bis auf den Grund abgebrochen und ein Neubau hergestellt, welcher gewissermassen als Gesellschaftshaus für die Mitglieder des Casino's, als „Hotel garni" für den fremden Clerus und als Herberge für den Gesellenverein dienen soll. Die Kosten des Neubaues sind, wie man sagt, bereits gedeckt.

Lichtenfels, 18. März. Aus der Forstrevier Buch a. F. Abtheilung „Gruben" wurden vorgestern zwei Holländerstämme abgefahren und hieher gebracht, die wohl mit Recht die Riesen des Waldes genannt werden können. Der eine dieser Riesen, eine Tanne, zu deren Transport 27 Paar Ochsen nothwendig waren, hat, nachdem der Giebel vielleicht auf ca. 40' Länge abgenommen ist, noch eine Länge von 110' und 27 1/2" im Durchmesser; der Kubik-Inhalt beträgt im geschälten Zustand 650', der Kopf oder Ablaß hat im Durchmesser 24", die Schwere des Stammes mag wohl an 300 Centnern betragen.

Schweinfurt, 17. März. Die gestrige öffentliche Sitzung des k. Bezirksgerichtes gegen Pfarrer Trunk von Baunach wegen Majestätsbeleidigung gerichtet, zog so viele Zuhörer bei, daß ein großer Theil gar nicht in den Gerichtssaal gelangen konnte. Uebereinstimmend bekundeten die Zeugen, worunter zwei Kapläne, daß sich Pfarrer Trunk in öffentlichen Gesellschaften und bei sonstigen Gelegenheiten sowohl gegen den König, als gegen die Königin-Mutter Ausdrücke erlaubte, die man sonst nur unter der Hefe des Volkes zu hören Gelegenheit haben kann und die doppelt strafbar erscheinen müssen, wenn sie aus dem Munde eines Seelsorgers kommen. Pfarrer Trunk suchte die Aussagen der Zeugen dadurch zu entkräften, daß er sie als feindlich gesinnt gegen seine Person bezeichnete. Das vom k. Bezirksamte Ebern über Trunk ausgestellte Leumundszeugniß lautete nichts weniger als günstig für den Beklagten. Die k. Staatsanwaltschaft beantragte zweijährige auf einer Festung zu erstehende Arbeitshausstrafe. Das Urtheil wird künftigen Montag Abends 5 Uhr verkündet.

Vermischtes.

Bern, 11. März. Dem General Garibaldi steht in Basel eine reiche Erbschaft in Aussicht. Daselbst wurde gestern das Testament der am 5. ds. in dem Dorfe Binningen in ihrem 25. Lebensjahre verstorbenen Jungfrau M. M. Singeisen eröffnet, welches 17,000 F. zur Unterstützung armer Maler, 5000 F. für den Maler G. in Basel und 40,000 F. für die Städte Neubreisach und Lauterburg im Elsaß auswirft aus Dankbarkeit für die freundliche Aufnahme, welche die Mutter der Verstorbenen während ihres Wochenbettes dort gefunden hatte, und einen gewissen Luigi Franzoja, Sohn des Hyronimi Franzoja aus dem Venetianischen, gewesenen Offiziers Garibaldi's, zum Haupterben für die Summe von 500,000 F. einsetzt. Der Besitzer des Hotels de Geneve zu Florenz, Hr. Alexander Gobot, bei welchem Franzoja in den Jahren 1862 und 1863 gewohnt hat, wird über dessen Aufenthalt nähere Auskunft geben können. Behufs Herstellung der Identität des Erben ist ferner im Testament bemerkt, daß seine Mutter im Jahre 1868 am Ponte Provolo in Venedig gewohnt hat. Sollte Franzoja sich nicht mehr unter den Lebenden befinden, so sollen die 500,000 F. je zur Hälfte seiner Frau oder seinen Kindern und dem General Garibaldi zufallen, welch letzterer für die ganze Summe Haupterbe ist, falls weder Frau noch Kinder vorhanden sein sollten. Sämmtliche Gold- und Schmucksachen erbt die Frau des Franzoja. Das Testament ist datirt vom 27. Okt. 1869.

(Lydia Thompson und Pauline Markham.) Die beiden Schauspielerinnen am Niblo's Theater in Chicago, welche den Redacteur der „Chicago Times", Hrn. Storey, weil dieser eine ihnen mißliebige Kritik geschrieben, öffentlich geprügelt hatten, sind vom Polizeigericht dieserhalb zu einer Geldbuße von 310 Dollars verurtheilt worden. Den kriegerischen Damen droht außerdem noch ein Prozeß wegen Aufreizung zum Straßentumult.

Telegraphische Nachrichten.

Brüssel, 18. März. Der Senat hat den Gesetzentwurf betreffend die Wahlreform mit 28 gegen 23 Simmen, übereinstimmend mit den Beschlüssen der Repräsententenkammer angenommen.

London, 18. März. Das Unterhaus hat in zweiter Lesung das Unterrichtsgesetz angenommen, den Antrag Dixon (die allgemeine Confessionslosigkeit betreffend) dagegen verworfen. Gladstone verhieß ein Zusatz-Amendement für die Bestimmung des Religionsunterrichts.

London, 17. März. Wochenausweis der Bank von England. Totalreserve 13,227,365 L., Baarvorrath Zunahme 89,296 L., Notenumlauf: Zunahme 413,299 L., Notenreserve: Abnahme 350,995 L.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 19. März. (Schlussc.)

Wechsel auf London	120	Oest.-frans. Staatsbahn	373 1/2
„ „ Paris	95 1/4	Bayr. Ostbahn-Actien	119 1/2
„ „ Wien	96 1/4	Elisabeth-Prior. I. Em.	77
5 proc. bayr. Anleihe	101	4% bayer. Prämien-Anl.	105 3/4
4 1/2 „ „ „	91 3/4	Bad. Präm.-Anleihe	106 3/8
4 „ „ Grundrente	86 1/4	Oesterr. Loose v. 1860	80 1/8
4 „ „ Obligat.	86 1/2	„ Loose v. 1864	116
5 proc. österr. Metall., engl.	——	Alsenzbahn	86 1/8
5 „ „ National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	67 1/4
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	233 1/2
1882er Amerikaner	95 1/2	Napoleons	9.30 1/2
Oesterr. Bank-Actien	695	Rente Silber 56 5/8, Pap. 50 3/8.	
Credit-Actien	274 1/2	Handelsbank	99

Wien, 19. März. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	71.50	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	97.70	Steuerfr. Metall. von 1866	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	120.—	Napoleons	9.89 1/2
Oesterr. Bank-Actien	725.—	Wechsel auf Augsburg	102.90
„ Credit-Actien	289.10	„ „ London	124.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	390.—	„ „ Paris	49.20
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	„ „ Frankfurt a. M.	103.—
„ „ Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	244.—
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 342.— Pap.-R.	61.55

Berlin 19. März (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	44 7/8	Lombarden	133 3/8
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	105 1/2	Italienische Anleihe	55 5/8
4 1/2 „ „ Anleihe	91 5/8	1882er amerikanische Bonds	96 3/8
Bad. Prämien-Anleihe	106	5 proc. preuss. Anleihe	102
Darmstädter Actien	131 1/4	4 1/2 „ „ „	93 7/8
Oesterr. Credit-Actien	156 1/2	Wechsel auf Augsburg	56.22
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	213 1/2	„ „ Frankfurt	56.24
Staatsbahn-Prioritäten	292	„ „ London	6.24 1/8
Oest. fl. 500 Loose von 1860	80 1/8	„ „ Paris	81 1/8
„ fl. 100 Loose von 1864	66 1/8	„ „ Wien	81 7/8
5 proc. östr. National-Anl.			

New-York, den 18. März. Gold 111 7/8. Wechsel in Gold 108 1/8. Bonds per 1882 109 3/4. Baumwolle 23 3/8. Petroleum 25 1/2.

Liverpool, den 18. März. Schlussbericht. Heutiger Umsatz 12000. Orleans 11 1/8. Middling amerikanische 11 1/4. Fair dhollerah 9 3/8. Middling fair dhollerah 9 1/8. Good middling dhollerh 8 7/8. Fair Bengal 8. Fair Omra ——. Pernam ——. Smyrna ——. Egyptian ——. Amerik. per März-April —. Dhollerah per Mai —. Omra —. Tages-Import 14375, davon Ostindische 2700 Tendenz: steigend.

Feuerversicherungs-Anstalt der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank.

Geschäfts-Ergebnisse pro 1869.

Das **Versicherungs-Kapital** der Anstalt laut Ausweis des vorjährigen Rechenschaftsberichtes am Schlusse des Jahres 1868 in Kraft mit	fl.	497,917,935.
erhielt im Jahre 1869 einen Netto-Zugang (abzüglich aller aufgehobenen und abgelaufenen Versicherungen) von	fl.	24,388,712.
betrug somit ultimo Dezember 1869	fl.	522,306,647.
Für **Brand-Entschädigungen** wurden an 331 Brand-Beschädigte verausgabt . . .	fl.	395,245.
und seit dem Bestehen der Anstalt	fl.	6,699,303.

Deckungsmittel sind:

Das ursprünglich **baar eingezahlte** Garantie-Kapital von	fl.	3,000,000.
Der kompletirte **Reservefond** von	fl.	1,000,000.
Die **Prämienreserve** von	fl.	277,376.
	fl.	4,277,376.

Die Bank versichert Gebäude, Mobilien, Waaren, Maschinen, Feldfrüchte, Vieh 2c. 2c. gegen Feuer- und Blitzschaden (auch kalten Schlag) zum **vollen** Werthe und findet bei derselben **keine** in **vorhinein** bestimmte **Abminderung** der Erntevorräthe statt; auch leistet die Bank Ersatz für das beim Brande **Abhandengekommene**.

Die Anwendung von transportablen Dampfmaschinen (Lokomobilen) als bewegende Kraft für landwirthschaftliche Maschinen jeglicher Art ist durchaus unter einfachen, nicht lästigen Bedingungen gestattet.

Im Falle einer Vorauszahlung der Prämie auf mehrere Jahre gewährt die Bank **alle jene Vortheile**, welche andere solide Versicherungsanstalten einräumen.

Zur Vermittelung von Versicherungen unter Zusage billiger Prämien und prompter Entschädigung im Unglücksfalle erbieten sich die Agenten der Feuerversicherungs-Anstalt der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank.

H. Bienenfeld in München.
C. A. Buchner in München.
Dr. Byschl in Garmisch.
Gg. Eder in Starnberg.
Ad. Engelmayer in Dachau.
Isid. Führer in Holzkirchen.
Carl Gärner in München.
Th. Herschmann in Miesbach.
Gg. Hueber in München.
Chr. Lechner in Niederaschau.
Frz. Lechner in München.
A. M. Lutz in Tölz.
Joh. Bapt. Mayr in München.
Heinr. Meggendorfer in Aibling.
W. Putscher in Bruck.
Isid. Reinhard in Tegernsee.
Adam Rosenhauer in Wolfratshausen.
Jos. Schwab in Ebersberg.
Mor. Schwab in Thalkirchen.
Seb. Selbertinger iu Stein.
J. N. Sollinger in Traunstein.

1106 (a—b)

Kgl. Residenz-Theater.

Sonntag den 20. März.

Ein altes Sprichwort.

Lustspiel in 1 Aufzuge v. Roderich Benedix.

Frau Bretto, Wittwe . . .	Fr. Büttgen.
Wilhelm i. Sohn, Privatdoz.	Hr. Rohde.
Ludmilla, ihre Nichte . . .	Frl. Jenke.
Dallneck	Hr. Häusser.
Tröpfel, d. Diener . . .	Herr Davideit.
Ein Mädchen	Frl. Lanzlott.

Hierauf:

Die rothe Schleife.

Lustspiel in 4 Aufzügen v. Deinhardstein.

Dutaumont, Präsident der Akademie der Wissenschaften	Herr Rüthling.
Alphonse Marquise de la Bare	Hr. Christen.
Henri, sein Neffe . . .	Hr. Häusser.
Francois Marie Arouet de Voltaire	Hr. Possart.
Friedrich König, Professor der Mathematik in Berlin	Hr. Richter.
Marquise de Chatelet . . .	Frl. M. Meyer.
Louise v. Grillon . . .	Frl. J. Meyer.
Ein Kammerdiener Voltaires	Hr. Leigh.
Ein Kammerdiener der Frau von Chatelet	H. Davideit.
Ein Diener des Präsidenten	Hr. Thoms.

Anfang halb 7 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.

Kgl. Hof- u. National-Theater.

Sonntag den 19. März.

51. Vorstellung im Jahres-Abonnement.

Jessonda.

Oper in 3 Aufzügen. Text v. Gehe.
Musik von Spohr.
Regie: Hr. Sigl.

Jessonda, Wittwe eines Rajah	Frl. Kaufmann.
Amazili, ihre Schwester . .	Frl. Stehle.
Dandau, Oberbramin . .	Hr. Bausewein.
Nadori, Bramin	Hr. Vogl.
Tristan d'Accunha, port. Gener.	H. Kindermann.
Pedro Lopes	Hr. Heinrich.
Ein indischer Offizier . .	Hr. Fischer.
Erste Bajadere	Frl. Hemauer.
Zweite Bajadere	Frl. Ritter.
Erster Bramin	H. Weixlsdorfer.
Zweiter Bramin	Hr. Petzer.

Ort: In und vor Goa, an der Küste von Malabar Anfang des 16. Jahrhunderts.

Anfang 1/2 7 Uhr. Ende um 10 Uhr.

Marionetten-Theater

im Gasthause „zur neuen Welt"

Sonntag den 20. März.

Auf hohen Wunsch:

Isarblech, vulgo Rheingold.

Große lokale Opern-Parodie mit Musik u. Gesang, nebst einem Vorspiele, betitelt:

Ein Selbstmordsprojekt.

Anfang halb 4 Uhr.

Munchener Aktien-Theater.

Sonntag den 20. März.

☞ Nachmittags: **Der Mörder Traupmann**, Volksstück. Abends: **Das Donauweibchen**, Zauber-Oper.

Verlag u. Redaktion von **Karl Kellerbauer.** — Druck der C. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr: Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Montag, den 21. März 1870. **Nr. 79.**

Politische Tagesübersicht.

Freiburg (Breisgau), 15. März. Die Voruntersuchung gegen den früheren Institutsvorsteher in Breisach, Priester Leuthner von Kürzell, wegen Verführung von Zöglingen, ist geschlossen und dem Inhaftirten die Anklageschrift zugestellt worden. Von 56 bis jetzt verzeichneten Belastungszeugen sind 24 ehemalige Zöglinge des Angeklagten.

Wien, 18. März. Gegenüber den über den Stand der Wahlreformfrage circulirenden, einander wiedersprechenden Gerüchten erfahren wir, daß die Regierung an der Absicht, die Wahlreform so bald als möglich zur verfassungsmäßigen Erledigung im Reichsrathe einzubringen, unbedingt festhält. Gänzlich unbegründet sollen auch die Meldungen sein, nach welchen die Wahlreform „Oben“ auf Schwierigkeiten stößt. Wie es scheint, birgt sich hinter dieser Erfindung eine Opposition, welche die Wahlreform weniger „Oben“ als „Unten“ findet. Die Thatsache ist richtig, daß der Wahlgesetzentwurf gegenwärtig im Cabinete des Kaisers ruht, dies jedoch erst seit wenigen Tagen, womit sich auch der Umstand erklärt, daß es zu einem unter dem Vorsitze Sr. Maj. des Kaisers abzuhaltenden Minister-Conseil über diese Frage noch nicht kam. Die Stellung, welche nach einem Theile der Tagespresse Graf Beust dem Wahlreformprojecte gegenüber einnehmen soll, ist nicht richtig gekennzeichnet worden. Entschieden unrichtig ist, daß Graf Beust der Wahlreform feindlich entgegentritt, doch läßt sich auch nach Allem, was man hört, nicht behaupten, daß derselbe das Project mit besonders freundlichen Augen betrachtet. Der Gesichtspunkt, von dem sich Graf Beust hiebei leiten läßt, ist nicht bekannt, was wir nur bedauern können, da die Gegner des Cabinets diesen Moment sicherlich dazu ausbeuten werden, um dem Grafen Beust mit gewohnter Uebertreibung eine Rolle zuzuschreiben, an die er sicherlich absolut nicht denkt.

Wien, 19. März. Wie der Ungarische Lloyd vernimmt, hat das ungarische Ministerium des Innern bereits den Gesetzentwurf über die Reorganisation des Oberhauses vollendet und wird derselbe demnächst dem Deak-Club vorgelegt werden.

Wien, 19. März. Mit dem morgigen Tage wird in den Zeitungsdruckereien wieder der normale Zustand hergestellt werden, und die Zeitungen werden von Sonntag angefangen in der Lage sein, wie zuvor die Bedürfnisse ihres Publikums vollständig zu befriedigen. Nach den heute getroffenen Verabredungen werden vorerst die Zeitungssetzer morgen ihre Arbeiten im ganzen Umfange wieder aufnehmen. Sie thun dies auf Grund des im Einverständniß mit dem Gremium revidirten Zeitungssatztarifs, und wir geben uns der zuversichtlichen Erwartung hin, daß in wenigen Tagen auch die Setzer der anderen Druckereien zur Arbeit zurückkehren werden. Die Setzer haben durch die Tarifrevision eine namhafte Verbesserung ihrer Lage erreicht und sind zur Einsicht gekommen, daß sie, selbst wenn sie die Mittel zur ferneren Aufrechthaltung ihres Zwangsstrike besäßen, ungerecht und unklug handelten, Jene unter ihnen, die mit dem Tarif zufrieden sind, zur fortdauernden Arbeitseinstellung zu verhalten.

— Der Bischof von Feldkirch hat neulich, den „Tir. St.“ zufolge, folgende köstliche Aeußerung gethan: „Kein Katholik kann von nun an an verfassungsfreundlichen Vereinen mit ruhigem Gewissen sich betheiligen. Es ist eine grundfalsche Behauptung, daß dieselben nicht gegen Kirche und Religion seien. Tagesblätter, welche ihre Leser in einem Geiste bedienen, wie die „Feldkirchner Zeitung“ und die „Vorarlberger Landeszeitung“ (beide liberal) sind zu verabscheuen.“

Prag, 18. März. An das Unterrichtsministerium wird eine Petition geleitet, welche bittet, die Berücksichtigung des deutschen Charakters des Kleinseitener Prager Gymnasiums bei der Vermehrung des Lehrkörpers nicht zu vergessen. — Kaiser Joseph's Geburtstag wurde in vielen deutsch-böhmischen Orten festlich begangen. — Der Bürgermeister Dittrich hat das Präsidium im Bezirksschulrath angenommen. — Zeidler's Leichenbegängniß hat unter ungeheurer Theilnahme stattgefunden. — Ein Generalbefehl stellt den bisher obligatorischen Besuch der Fastenpredigten dem freien Willen der Soldaten anheim. — Eine Export- und Import-Gesellschaft ist hier im Entstehen begriffen. Dieselbe will namentlich den Handelsverkehr mit dem Orient und den slavischen Ländern heben und ist national gefärbt.

Pest, 18. März. Die Rechte beschloß, die Abänderungen der Magnatentafel an dem Gesetzentwurf über den Staatscontrolhof sammt den Bestimmungen über die Einflußnahme der Regierung auf die Bestallung der Mitglieder anzunehmen. Das Ministerium stellte das Einbringen des Gesetzentwurfes über die Reform der Magnatentafel für den Sommer in Aussicht. — Die Arbeiter der Ersten ungarischen Maschinenfabrik haben heute Mittag die Arbeit eingestellt; sie verlangen eine blos zehnstündige Arbeit während des Sommers.

Lemberg, 18. März. Hier wird nach dem Muster der ungarischen Honved-Vereine ein Verein zur Unterstützung verwaister Insurgenten-Familien gegründet. Der Dziennik Polski unterstützt die Gründung des Vereines lebhaft.

Berlin, 18. März. Im Reichstag erwartete man vor einigen Tagen, daß der große Redner und Sozialist Mende vor der Tagesordnung das Wort ergreifen werde, um das unantastbare Recht jedes Volksvertreters zu vertheidigen, seine Reden im Manuscript des stenographischen Kammerberichts zu korrigiren. Hr. Fritz Mende hat nämlich s inen Aeußerungen über den Fürsten Lichnowsky von 1848, wie über jenen, der heute im Reichstage seinen Sitz einnimmt, eine Korrektur gegeben, die den plumpen historischen Schnitzer aus dem stenographischen Bericht des Hauses schaffen sollte. Die Schriftführer des Hauses, die Abgg. Pauly und Tobias, hielten jedoch eine solche

Freiheit in Korrekturangelegenheiten weder mit dem parlamentarischen Usus, noch mit der Wahrheit vereinbar. Sie verständigten in einem Schreiben den Abg. Mende, daß die Wiederherstellung des ursprünglichen Textes erfolgt sei, und harrten des Kampfes, der da eintreten sollte. Aber Hr. Mende hielt es für gerathen, über die Angelegenheit ein kluges, wenn auch nicht muthiges Schweigen zu beobachten.

— In den Abgeordnetenkreisen verbreitete sich heute das Gerücht, die preußische Regierung überzeuge sich mehr und mehr, daß die Todesstrafe nicht mehr gehalten werden könne und werde sie schließlich fallen lassen. Auch soll sächsischer Seits bei Preußen zu Gunsten der Abschaffung der Todesstrafe sehr eingewirkt werden. Es ist allerdings bemerkenswerth, daß bei der Debatte Seitens der preußischen Bundeskommissäre oft Wendungen gebraucht werden, welche auf der Voraussetzung zu beruhen scheinen, daß die Todesstrafe sich im Strafgesetzbuch nicht findet. Graf Bismarck hält das Strafgesetzbuch, wie es scheint, für viel zu wichtig, um es schließlich ganz fallen zu lassen.

— Die Mennoniten haben auf ihr erneutes Gesuch um Befreiung von der Dienstpflicht vom König wieder abschlägigen Bescheid erhalten.

— In den zunächst betheiligten Kreisen wundert man sich, daß in den Verhältnissen des doch als Krankenhaus gebrauchten „Diakonissenhauses" Bethanien noch nicht die allgemeinen erwartete Veränderung eingetreten ist, zumal die Uebelstände offen gelegt worden sind und eine eigene Untersuchungs-Kommission einberufen war."

Paris, 18. März. Der Français versichert, die liberalen Senatoren werden demnächst eine Motion einbringen, wonach der Senat auf die konstituirende Gewalt absolut verzichten soll, sich dagegen als Entschädigung den Theil der gesetzgebenden Gewalt vorbehalten würde, welchen die einstige Pairskammer hatte. — Die Vernehmung Rochefort's als Zeuge im Processe Peter Bonaparte wird definitiv stattfinden. — Louis Veuillot veröffentlicht im Univers einen von Ausfällen strotzenden offenen Brief gegen die Politik des Ministeriums. Die Heftigkeit dieses Artikels übersteigt alle Grenzen.

— Bei dem Leichenbegängnisse Montalembert's blieb ein kleiner Zwischenfall nicht unbeachtet. Pater Hyacinthe befand sich in der zahlreichen und glänzenden Gesellschaft der Leidtragenden, und zwar erblickte man ihn von Anfang bis zu Ende der Ceremonie zwischen Graf Daru und Herrn Cuvillier-Fleury, dem orleanistischen Publicisten und Akademiker Pater Felix Bauer, der bekannte Jesuitenprediger, gerieth mehrmals in die unmittelbare Nähe Hyacinthe's, allein er wendete stets in höchst auffallender Weise den Kopf weg, um seinen abtrünnigen Confrater nicht grüßen zu müssen. Es darf wohl zur richtigen Charakterisirung der Haltung des Ministeriums in der Concilfrage im Allgemeinen nicht übersehen werden, daß Pater Hyancinthe, der nebenbei bemerkt, sich ernstlich um einen der fünf in der Akademie erledigten Sessel bewirbt, als die geistliche Egeria des Grafen Dura angesehen wird. Auf der anderen Seite soll Em. Ollivier den vertraulichen Rathschlägen des Abbé Bauer, der als einer der thätigsten Agenten der Jesuitenpartei gilt, ein williges Ohr leihen. Allerdings dürfte es noch die Frage sein, ob er ihm mehr als das Ohr leiht. Jedenfalls wäre alsdann das französische Ministerium in einer Weise berathen, die eine eventuelle Berücksichtigung mehr der geistlichen, als der weltlichen Bedürfnisse erwarten ließe.

— Der Français veröffentlicht folgende Note: „In der juristischen und auch in der politischen Welt macht man sich um den Prozeß des Prinzen Peter Bonaparte einige Sorge. Wie es scheint, hat der mit der Untersuchung dieser ernsten Angelegenheit betraute Richter den Prinzen und Herrn Ulric de Fonvielle einander nicht gegenübergestellt; die beiden Männer werden sich also zum erstenmale wieder in Tours vor dem Staatsgerichtshofe begegnen. Man hat Alles aufgeboten, um den Angeklagten zur Mäßigung zu ermahnen; aber die ihm nahestehenden Personen fürchten Alles von der Reizbarkeit seines Temperaments und besorgen, daß es vor dem hohen Gerichtshofe zu einem Eclat kommen könnte, welcher die schon so schwer auf dem Prinzen lastenden Momente noch um einen neuen vermehren könnte."

In **Manchester** ist abermals ein von der „Liga für Volkserziehung" berufenes öffentliches Meeting durch Gegner aus den Arbeiterständen gewaltsam gesprengt worden, Anreger des Meetings, unter denen auch ein liberaler Geistlicher war, hatten „Schulzwang" und „Fernhaltung alles Religions-Unterrichtes aus den Staatsschulen" in ihr Programm aufgenommen. Unter geistlichem Einflusse drangen jene gegnerischen Massen ein; es kam zu Prügeleien; Mitglieder und Feinde der Liga wurden aus dem Saale vertrieben. Anscheinend hatten Mucker und Katholiken (es gibt in Manchester viele irische Arbeiter) gemeinsame Sache wider die Freidenkenden gemacht, etwa wie in Berlin bei der Klosterfrage.

Aus **Rom** trifft eine Nachricht ein, die in Ungarn sehr unangenehme Sensationen machen wird. Der Primas von Ungarn und Erzbischof von Gran, Simor, ist nämlich von der bischöflichen Minorität abgefallen und ins Lager der Infallibilisten übergetreten.

Stockholm, 13. März. Der Reichstag hat mit 169 Stimmen gegen 133 die Anlage der Eisenbahn von Upsala über Sala nach Storvick (an der Gefle-Falun-Bahn) und mit 177 Stimmen gegen 125 die Anlage einer Eisenbahn von Näsjö nach Norrköping beschlossen. Die projectirte Bahn nach Oskarshamn wurde dagegen verworfen.

Rußland. * Die Russifizirungsversuche werden jetzt auch auf die im Osten und Süden des Reichs ansässigen Tartaren, Tschuwassen und andere Völkerstämme ausgedehnt. Es sollen überall Schulen errichtet werden, in denen blos in der untersten Klasse in der Muttersprache Unterricht ertheilt wird; in den übrigen Klassen ist der Unterricht ausschließlich russisch. In Kasan und Sympheropol sollen zu diesem Zweck Lehrer-Seminarien gegründet werden. Den Zöglingen dieser Seminarien ist vollständige Militärfreiheit zugesichert worden.— Soeben ist ein Ukas publicirt worden, wodurch den Redactionen öffentlicher Blätter untersagt wird, über politische Verbrechen vor dem Schlußerkenntniß irgend welche Mittheilungen zu machen. Die Untersuchung der Nihilistenverschwörung scheint einen kläglichen Verlauf zu nehmen und wohl bald ganz aufgegeben werden.

Lokales und Provinzielles.

München, 21. März.

* Aus vollkommen zuverlässiger Quelle können wir versichern, daß die in Folge der Adreßberathung in der Reichsrathskammer entstandenen Disharmonieen zwischen Sr. Maj. dem Könige und den Prinzen des königlichen Hauses nunmehr vollkommen behoben sind.

In **Hankofen** bei Straubing wurde durch den dortigen Bürgermeister Hrn. Wasmeier und den Hrn. Benefiziaten Loichinger eine freiwillige Dorffeuerwehr gegründet, ein Beispiel, dem die hochwürdigen Collegen des genannten Hrn. Benefiziaten alle nachfolgen möchten. Es lassen sich schönere Lorbeeren auf diesem Felde erringen, als auf dem Wege kirchlich politischer Agitation.

Theater.

(Wochenbericht über das Residenztheater.) Der vorige Sonntag brachte die „Bösen Zungen" Laube's, die wir einfach registriren, da darüber nichts Neues zu sagen ist.

Am Dienstag den 15. d. wurde „Am Clavier" und „Die rothe Schleife" gegeben. Das erste ist bekannt, und so möge die Bemerkung genügen, daß gut gespielt wurde. Das zweite Stück, von Deinhardstein, wurde zum ersten Male gegeben, wenn's zugleich zum letzten wäre, würde das Publikum Nichts verlieren. Voltaire will Mitglied der Academie werden, und da die Interessen Anderer mit im Spiele sind, wird durch Intrigue das Ersehnte erreicht. Die einzelnen Figuren sind sehr schablonenhaft, — tragen gar nichts vom Charakter ihrer Zeit an sich, — Voltaire macht hie und da schlagende Bemerkungen, die man witzig nennen könnte, wenn sie nicht überwiegend grob genannt werden müßten. Den einzelnen Personen, von denen man Geist fordern kann, fehlt gerade der leichtbewegliche Esprit; wenn ein Witz kommt, so scheint es, daß die Person, die ihn sagt, nöthig habe, sich von der Anstrengung, die dessen Geburt gekostet, zu erholen, denn der zweite läßt dann sehr lang auf sich warten; die Conversation entbehrt

aller Feinheit, sie ist plump. — Die Intrigue ist statt spannend, abspannend, und nebenbei nichts weniger als fein. Daneben sind im Stücke Ungereimtheiten, die an's Unglaubliche grenzen. Ich erinnere an die Scene, in welcher Henri durch Voltaire hinausgegangen wird — das paßt in eine Wirthshausscene, aber nicht in den Salon einer Dame aus dem Zeitalter Louis des XIV. Und diese Chatelet, wie geistlos ist die gezeichnet — man spricht von ihrer Gelehrsamkeit und ihrem Geist im Stücke sehr viel, und dieß scheint mir die Ursache, warum es der Verfasser für überflüssig gehalten hat, die Marquise selbst geistreich sprechen zu lassen. — Doch genug davon. Das Stück wurde nur durch das vortreffliche Spiel der Hauptacteurs über Wasser gehalten. Bei dieser Gelegenheit möchten wir an die Intendanz die Frage stellen, wie viel Stücke aus dieser Zeit wir noch zu sehen bekommen werden? Wenn sie noch wirklich den Charakter der Zeit hätten (aber dieser fehlt ihnen allen) so könnte sie der Culturhistoriker benützen, um zu lernen, wie es damals nicht war.

Vortrefflich war Hr. Christen als „de la Bare", obwohl ihm diese Rollen durch den „Rochoux" ꝛc. schon geläufig sind; ebenso war der Professor König des Hrn. Richter. Der „Voltaire" Possart's, hat uns gezeigt, daß der Acteur gewiß seine Rolle studirt hatte, er suchte eine Figur zu schaffen, die man für einen Voltaire halten könnte. Er sah sehr jung aus — das Stück spielt 1746, somit war Voltaire damals 52 Jahre. — Doch das thut nichts zur Sache. Die Rolle ist so wenig geistvoll, daß die Mühe, die sich H. Possart gab, die Gestalt nicht verbesserte. Er suchte durch scharfe Pointirungen nachzuhelfen, was aber nicht gelingen konnte. Doch war manche Scene sehr gut aufgefaßt und wurde entsprechend gespielt. Die Marquise v. Chatelet des Frl. M. Meyer war gut, doch die Scene, wo sie die Grillon auf dem Ruhebette placirt (die, nebenbei bemerkt, sehr nach Kleist schmeckt) hätte sie feiner geben sollen. Frl. J. Meyer gab sich redliche Mühe mit ihrer Grillon und spielte die undankbare Rolle recht gut. Fast hätten wir Hrn. Rüthling vergessen, der den langweiligen Präsidenten Dutaumont aus Pflichtgefühl gab und so viel daraus machte, als möglich war.

Vermischtes.

[Mittel gegen Tollwuth.] Emma Markus zu Drygallen bietet den verbündeten Regierungen des Norddeutschen Bundes ein Geheimmittel gegen Tollwuth käuflich an. Durch eine Reihe von Zeugnissen, welche einen Zeitraum vieler Jahre und die verschiedenartigsten Fälle umfassen, wird die unfehlbare Wirkung dieses Mittels — eines weißen Pulvers — bescheinigts. Besonder bemerkenswerth erscheint, daß das Mittel bei schon vollständig ausgebrochener Tollwuth sich für Menschen sowohl als Thiere völlig wirksam erwiesen hat (siehe Zeugniß des Schulzenamtes zu Fallen, ferner des Lieutenants Prang zu Nikolaiken), ein Erfolg, der, so viel bekannt ist, durch keine ärztliche Kunst erreicht worden ist. Ein sehr auffallendes Zeugniß bestätigt, daß von vier in einem Zwinger eingeschlossenen Hunden, welche sämmtlich von der Tollwuth befallen waren, drei wieder gesund wurden, welche die ihnen zugeworfenen Mittel noch zu verschlingen im Stande waren, während der vierte, welcher nicht mehr fraß, verendete. Petentin ist die Tochter des verstorbenen Superintendenten Markus von Johannisburg, lebt mit Mutter und Geschwistern in kümmerlicher Lage und bietet das Geheimmittel, welches in der Familie forterbt, gegen eine Summe an, von deren Zinsen sie nach dem Erlöschen der Pension ihrer Mutter mit ihren Geschwistern leben kann. Nach Anführung dieser Punkte schließt der betreffende Bericht der Petitionskommission mit folgenden Worten: „Der Kommission schien hier nicht eine Reklame, oder schwindelhafte Absicht vorzuliegen; sie meinte vielmehr, daß durch die weiteste Verbreitung des Mittels gegen Tollwuth vielfachem Unglück und Jammer vorgebeugt werden könne und beschloß einstimmig, dem Reichstage vorzuschlagen: die Petition der E. Markus dem Bundeskanzler zur Kenntnißnahme und weiteren Veranlassung zu überweisen."

(Eine Tragödie auf dem Schiffe.) Folgender, die gesetzlosen Zustände im Süden der Vereinigten Staaten illustrirender Vorfall hat unlängst, wie der amerikanische Correspondent der „Daily News" berichtet, an Bord eines Mississippi-Dampfers in Lousiana stattgefunden. General H. J. Libdell saß gerade zu Tische im Salon des Dampfers, als dieser an einer Landungsstelle anhielt. Hr. Jones, ein persönlicher Feind des Generals, kommt an Bord erblickt Letzteren, geht zurück, und kehrt nach kurzer Zeit in Begleitung seines Vaters und Bruders, alle Drei mit Flinten bewaffnet, wieder. Der Vater, Oberst Jones, legt auf den General an und erschießt ihn, die beiden Söhne feuern ihre Gewehre auf den leblosen Körper des Greises ab, und während die Passagiere des Dampfers in wilder Flucht auseinanderstieben, begibt sich die interessante Familie in größter Gemüthsruhe nach dem Ufer zurück. Zwei Tage später fährt Richter Lidell, ein Sohn oder Neffe des Ermordeten, den Fluß hinauf und sieht an einem Landungsplatz einen der Jones stehen. Er holt seine Flinte und feuert dieselbe auf den Nichts Ahnenden ab, der, schwer getroffen, in ein nahes Haus getragen wird. Der Capitän des Dampfers macht dem Richter über diese „Verletzung der Schiffsordnung" Vorwürfe und dieser entschuldigt sich damit, daß, als er Jones so nahe gesehen, „seine Gefühle ihn übermannt hätten." Die Acteure in dieser Tragödie sind alle Pflanzer und gehören den ersten Familien des Staates an.

* In seiner neuesten Nummer meldet der „Gaulois" als funkelnagelneue Neuigkeit: „Die beiden Architekten des neuen Wiener Opernhauses haben sich aus Verzweiflung über die tadelnden Kritiken, die ihr Werk erfahren hat, selbst getödtet; der Eine stürzte sich in die Donau, der Andere hat sich erhenkt." Mit dem „Einen" könnte nur v. Sicardsburg gemeint sein; derselbe hat sich aber bekanntlich nicht in die Donau gestürzt, überhaupt nicht gemordet, sondern ist eines natürlichen Todes im Bette gestorben. Abgesehen davon kömmt die ganze Notiz um bald zwei Jahre zu spät. Wieder ein Beweis von der Genauigkeit der Franzosen in Bezug auf Dinge, die nicht in Paris sich begeben.

— In Paris wird viel von einer großen Dominopartie gesprochen, die zwischen dem Marquis de C. und dem Herzoge v. H. demnächst stattfinden soll. Die Einsatzsumme beträgt 90,000 Fr. Die Partie zerfällt in 120 Unterpartieen, in deren jeder 1000 Fr. gegen 500 stehen; die Zahlung ist am Schlusse der 120. Partie dem Endsieger zu leisten. Zahlreiche Wetten sind bereits im Gange; die Summe der engagirten Beträge wird auf 400,000 Fr. angegeben. Die Schußpartie ist für den 20. März angesetzt.

— Der „Daily Telegraph" beschwört in einem Leitartikel das schöne Geschlecht, der unnatürlichen, unschönen und schändlichen Sitte, mehrere Zoll hohe Absätze zu tragen, ein Ende zu machen. Nicht nur der Spott der Männer werde durch dieselbe ebenso wie durch künstliche Chignons herausgefordert, sondern mit der Grazie der Erscheinung leide auch die Gesundheit — um es kurz zu sagen, der gezwungene Gang beeinträchtigte die Funktion der Schenkelmuskeln und ihre Ernährung, d. h. bewirke, daß die Waden leiden und dünner werden. Die Frauen China's werden als warnendes Beispiel aufgeführt.

Telegraphische Nachrichten.

Florenz, 20. März. Der „Economista d'Italia" meldet, daß demnächst ein königliches Dekret erscheinen werde, welches in Ausführung der im Ministerium des Aeußern eingeführten Ersparnisse das Diplomaten- und Consularwesen auf das Nothwendigste reduzirt.

Bukarest, 20. März. Die Kammer hat das gesammte Budget nach Abstrich von $12^1/_2$ Millionen mit 69 gegen 26 Stimmen votirt.

Madrid, 20. März. Cortessitzung. Diskussion über die Finanzprojekte. Das Amendement der Unionisten wurde mit 123 gegen 116 Stimmen verworfen. Schon während der Diskussion trat der Bruch zwischen den Unionisten und Radikalen an den Tag und verließ der Marineminister Topete mit Ostentation seinen Platz am Ministertische. Ueber die Folgen dieses Bruches herrscht große Beunruhigung.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

New-York, den 19. März. Gold 112¾. Wechsel in Gold 108⅜ Bonds per 1882 109¾. Baumwolle 23½. Petroleum 25½.

Liverpool, den 19. März. Schlussbericht. Heutiger Umsatz 12,000. Orleans 11½. Middling amerikanische 11¼. Fair dhollerah 9⅜. Middling fair dhollerah 9⅛. Good middling dhollerh 8⅞. Fair Bengal 8. Fair Omra 9½. Pernam ——. Smyrna ——. Egyptian ——. Amerik. per März-April —. Dhollerah per Mai —. Omra — Tages-Import 41000, davon Ostindische 1250 Tendenz: steigend.

Frankfurt a. M., 20. März (Schlussc.)

Wechsel auf London	——	Oest.-franz. Staatsbahn	375½
„ „ Paris	——	Bayr. Ostbahn-Actien	119⅜
„ „ Wien	96	Elisabeth-Prior. I. Em.	——
5 proc. bayr. Anleihe	——	4% bayer. Prämien-Anl.	105½
4½ „ „ „	——	Bad. Präm.-Anleihe	106⅜
4 „ „ Grundrente	——	Oesterr. Loose v. 1860	79⅞
4 „ „ Obligat.	——	„ Loose v. 1864	——
5 proc. österr. Metall., engl.	——	Alsenzbahn	86⅜
5 „ „ National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	67⅞
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	233½
1882er Amerikaner	95¼	Napoleons	—.—
Oesterr. Bank-Actien	693	Rente Silber 58⅜, Pap. ——.	
„ Credit-Actien	275½	Handelsbank	—

Wien, 20. März. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	—.—	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1866	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	97.80	Steuerfr. Metall. on 1866	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	119.80	Napoleons	—.—
Oesterr. Bank-Actien	—.—	Wechsel auf Augsburg	—.—
„ Credit-Actien	287.20	„ „ London	—.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	—.—	„ „ Paris	—.—
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	„ „ Frankfurt a. M.	—.—
„ „ Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	243.80
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 343.— Pap.-R.	—.—

Berlin 20. März (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	44½	Lombarden	133½
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	——	Italienische Anleihe	55½
4½ „ „ Anleihe	——	1882er amerikanische Bonds	96¾
Bad. Prämien-Anleihe	——	5 proc. preuss. Anleihe	——
Darmstädter Actien	——	4½ „ „ „	——
Oesterr. Credit-Actien	157½	Wechsel auf Augsburg	—.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	213½	„ „ Frankfurt	—.—
Staatsbahn-Prioritäten	——	„ „ London	—.—
Oest. fl. 500 Loose von 1860	——	„ „ Paris	——
„ fl. 100 Loose von 1864	——	„ „ Wien	——
5 proc. östr. National-Anl.	——		

Feuerversicherungs-Anstalt der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank.

Geschäfts-Ergebnisse pro 1869.

Das **Versicherungs-Kapital** der Anstalt laut Ausweis des vorjährigen Rechenschaftsberichtes am Schlusse des Jahres 1868 in Kraft mit	fl.	497,917,935.
erhielt im Jahre 1869 einen Netto-Zugang (abzüglich aller aufgehobenen und abgelaufenen Versicherungen) von	fl.	24,388,712.
betrug somit ultimo Dezember 1869	fl.	522,306,647.
Für **Brand-Entschädigungen** wurden an 331 Brand-Beschädigte verausgabt	fl.	395,245.
und seit dem Bestehen der Anstalt	fl.	6,699,303.

Deckungsmittel sind:

Das ursprünglich **baar eingezahlte** Garantie-Kapital von	fl.	3,000,000.
Der kompletirte **Reservefond** von	fl.	1,000,000.
Die **Prämienreserve** von	fl.	277,376.
	fl.	4,277,376.

Die Bank versichert Gebäude, Mobilien, Waaren, Maschinen, Feldfrüchte, Vieh ꝛc. ꝛc. gegen Feuer- und Blitzschaden (auch kalten Schlag) zum **vollen** Werthe und findet bei derselben **keine** in **vorhinein** bestimmte **Abminderung** der Erntevorräthe statt; auch leistet die Bank Ersatz für das beim Brande **Abhandengekommene.**

Die Anwendung von transportablen Dampfmaschinen (Lokomobilen) als bewegende Kraft für landwirthschaftliche Maschinen jeglicher Art ist durchaus unter einfachen, nicht lästigen Bedingungen gestattet.

Im Falle einer Vorauszahlung der Prämie auf mehrere Jahre gewährt die Bank **alle jene Vortheile**, welche andere solide Versicherungsanstalten einräumen.

Zur Vermittelung von Versicherungen unter Zusage billiger Prämien und prompter Entschädigung im Unglücksfalle erbieten sich die Agenten der Feuerversicherungs-Anstalt der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank.

H. Bienenfeld in München.
C. A. Buchner in München.
Dr. Byschl in Garmisch.
Gg. Eder in Starnberg.
Ad. Engelmayer in Dachau.
Isid. Führer in Holzkirchen.
Carl Gärner in München.
Th. Herschmann in Miesbach.
Gg. Hueber in München.
Chr. Lechner in Niederaschau.
Frz. Lechner in München.
A. M. Lutz in Tölz.
Joh. Bapt. Mayr in München.
Heinr. Meggendorfer in Aibling.
W. Putscher in Bruck.
Isid. Reinhard in Tegernsee.
Adam Rosenhauer in Wolfratshausen.
Jos. Schwab in Ebersberg.
Mor. Schwab in Thalkirchen.
Seb. Selbertinger in Stein.
J. N. Sollinger in Traunstein.

1106 (a—b

Verlag u. Redaktion von **Karl Kellerbauer.** — Druck der C. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr:
Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr
für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Dienstag, den 22. März 1870. Nr. 80.

Abonnements-Einladung.

Der „**Süddeutsche Telegraph**“ wird auch fortan seiner bisher eingehaltenen politischen Richtung treu folgen; er wird als ganz unabhängiges Organ unerschütterlich für die freie Entwicklung unseres Staats-, Gemeinde- und kirchlichen Lebens durch zeitgemässe Reform unserer Gesetzgebung, besonders durch Reform der Wahlgesetzgebung und durch möglichste Erweiterung der Autonomie der Corporationen, sowie für die bundesstaatliche Einigung Deutschlands und Schaffung eines deutschen Parlaments mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln energisch eintreten, dabei aber nie außer Acht lassen, diese so ernsten, hochwichtigen Fragen in entsprechender, würdiger Form zu behandeln und immer nur die Sache, niemals die Persönlichkeiten im Auge zu haben.

Die Redaktion ist im Stande, täglich durch Telegramme und Correspondenzen die neuesten Nachrichten sowohl auf dem Gebiete der Politik, als auch auf jenem des Handels und der Industrie ihren Lesern zu bieten; sie wird den volkswirthschaftlichen Interessen gebührende Rechnung tragen und sich mit ganz besonderer Aufmerksamkeit der Behandlung der bayerischen und localen Verhältnisse — namentlich durch ausführliche, noch am Sitzungstage erscheinende Berichte über die Sitzungen des Landtags und der Gemeindevertretung, — zuwenden.

Für die Unterhaltung der Leser wird ein gewähltes Feuilleton Stoff bieten. Die Leistungen auf dem Gebiete des Schauspiels, der Oper, und der Musik überhaupt werden, wie bisher, aus gediegener Feder besprochen werden.

Wir laden zu recht zahlreichem Abonnement auf das Blatt, welches sich sowohl durch seinen reichen Inhalt als durch den billigen Preis — **jährlich vier, per Quartal Ein Gulden,** — auswärtig mit dem Postaufschlag von **15 Kreuzern** pro Quartal — empfiehlt, freundlichst ein.

Man abonnirt hier bei den Expeditionen (Residenzstraße 23/0 und Fürstenfeldergasse 2/0); auswärts bei den Postanstalten und Postboten.

München im März 1870.

Die Redaktion und Expedition des „Süddeutschen Telegraphen.“

Liberaler Bezirksverein V.

Mittwoch den 23. März Abends 8 Uhr

Versammlung im „Cafe Lorenz.“

Besprechung über den Gesetzentwurf „die Bürgerwehr“ betreffend.

Gesinnungsgenossen sind freundlichst eingeladen.

Die neue Bürgerwehr.

╳ Die Aufnahme, welche der Gesetzentwurf zur Auferstehung r glücklich beseitigten Landwehr in den Abgeordnetenkreisen gefunden ut, kann das Land darüber völlig beruhigen, daß diese Vorlage unr gar keinen Umständen Gesetz wird. Wie die öffentlichen Blätter jon ganz richtig bemerkt haben, würde das unglückliche Produkt des ntwurfs eine lokalisirte, aber nach verschiedenen Richtungen noch mehr s das frühere Institut belästigende Landwehr sein. Dies gilt naentlich für die Beschränkung der zur Theilnahme Verpflichteten, die durch verhältnißmäßig mehr beschwert werden, und andererseits für e Ausdehnung des Gebietes, auf welchem die Bürgerwehr durch die taatsregierung organisirt werden kann. Nach dem neuen Plane ist in Sitz eines Bezirksamtes mehr davor sicher, mit einer solchen Pabie des wirklichen Wehrdienstes beglückt zu werden, und was naentlich die Pfälzer über die Aussicht sagen, künftig als Bürgerwehränner beim Begräbniß eines Kameraden oder Stadtkommandanten mit Vorder- oder Hinterlader paradiren zu müssen, läßt sich eher denken als schreiben. Da das Wehrgesetz als ein übelangebrachtes Kompliment gegen die alte Landwehr die Vorlage eines Bürgerwehrgesetzes verlangte, kann man dem Minister des Innern am Ende daraus keinen Vorwurf machen, daß er mit einem Gesetzentwurf hervorgetreten ist; aber die Möglichkeit, daß auf seiuen Vorschlag eingegangen werde, wird Hr. von Braun keinen Augenblick festgehalten haben, und wenn der Gedanke nicht zu verwegen wäre, würden wir sagen, daß die ganze Vorlage nicht ernstlich gemeint sein kann. Um allerhöchste Namenstage zu feiern, oder einen Bürgerwehrmann zu Grabe zu geleiten, wird man die neue Bürgerwehr nicht für nöthig gefunden haben. Es bleibt also nur ihre Bedeutung als Sicherheitsinstitut. Hat man aber bisher die alte Landwehr in einem ganzen Kreise entbehren können und auf dem plaiten Lande im ganzen Königreich ohne sie Ordnung gehalten, so darf man getrost annehmen, daß auch da, wo früher das bürgerliche Soldatenspiel aufgeführt wurde, ein Ersatz für dasselbe durchaus nicht nöthig ist. In allen größeren Städten finden sich Garnisonen. Der schleunige Verkehr durch Telegraph und Eisenbahn läßt diese nöthigen Falls rasch in weiten Kreisen verwenden. Wir würden zudem dem eigenen Volke Unrecht thun, wenn man sich nicht vergegenwärtigte, daß der Sinn für Gesetzlichkeit und die Scheu vor allgemeinen Ausbrüchen von Rohheit und Zügellosigkeit, wie sie bewaffnetes Einschreiten nöthig machen können, im Laufe der Zeit bedeutend gestiegen ist. Durch die allgemeine Wehrpflicht werden mit jedem Jahre mehr junge Männer an militärische Ordnung gewöhnt, die auch nach

ihrer Dienstzeit diese Gewöhnung an gesetzmäßiges Verhalten fortsetzen werden. Die in einem Bezirke vorhandenen Landwehrmänner sind, wenn es Noth thut, sehr leicht zur Aufrechthaltung der Ordnung zu verwenden und in unseren freiwilligen Feuerwehren und Turnvereinen besitzen wir Organisationen, welche erfahrungsgemäß in den sehr selten vorkommenden Nothfällen der gedachten Art schon vortreffliche Dienste geleistet haben.

Da die Deutschen in Bayern nicht wesentlich anders geartet sind, als das übrige deutsche Volk, so muß auch darin ein schwerwiegendes Argument gegen die uns zugemuthete neue Belästigung gesehen werden, daß die übrigen deutschen Staaten, wir glauben ausnahmslos, ihre Angehörigen mit einer solchen Karrikatur der Heeresorganisation verschonen, ohne daß deßhalb in diesen Staaten die Ordnung weniger gesichert ist, als bei uns. Uebrigens haben wir selbst schon über ein Jahr ohne die alte Landwehr-Ordnung und Ruhe genossen; denn wenn dieselbe auch noch im Jahre 1869 auf dem Papiere stand, so war sie doch an den meisten Orten thatsächlich in ruhende Aktivität versetzt. Trotzdem haben wir nicht gehört, daß im vorigen Jahre in welchem die Landwehruniformen so vieler Familienväter den Verwandlungsprozeß in Civilanzüge und Knabenkleider durchmachen mußten, der öffentliche Friede bedenklich gestört worden sei.

Als einzig zu erwägender Grund für die Wiedererrichtung eines der alten Landwehr ähnlichen Bürgerinstituts kann der auch in den Motiven hervorgehobene Umstand gelten, daß die Gemeinden gesetzlich verpflichtet sind, für den Schaden aufzukommen, welcher in ihrem Gemeindebezirke bei Aufläufen u. s. w. verursacht worden ist. Dagegen ist aber gleich zu bemerken, daß eine Reihe anderer deutscher und außerdeutscher Gesetzgebungen jene Verpflichtung der Gemeinden ausspricht, ohne denselben den kostspieligen und zeitraubenden Apparat einer militärischen Bürgerwehr zuzumuthen, welche als fortdauernde Belästigung in gar keinem Verhältniß zu den wenigen Ausnahmsfällen ihrer praktischen Wirksamkeit stehen würde. Uebrigens müßte der jener Schlußfolgerung zu Grunde liegende Gedanke, richtig gefaßt und namentlich mit der heutigen Forderung der Gemeindeautonomie in Einklang gebracht, dahin führen, es den einzelnen Gemeinden zu überlassen, welche Vorbeugungsmittel sie Angesichts jener gesetzlichen Verpflichtung für nothwendig erachten, nicht aber dergleichen ohne Weiteres von Oben anzuempfehlen.

Obgleich wir, wie gesagt, nicht den geringsten Zweifel hegen, daß die Vorlage über die Bürgerwehr in der Abgeordnetenkammer mit der größten Mehrheit abgeworfen wird, so scheinen uns doch Versammlungen, wie sie soeben in mehreren Städten — zur Zeit wissen wir es von Nürnberg, Erlangen und Lindau — zur Besprechung der ganzen Angelegenheit in's Werk gesetzt werden, sehr wünschenswerth. Man wird daran die Ansichten der nächst betheiligten Kreise erkennen können, und namentlich darüber ins Klare kommen, ob es nicht wohlgethan wäre, durch eine ausdrückliche Gesetzesbestimmung die in dem Wehrgesetze enthaltene Hinweisung auf die zu errichtende Bürgerwehr zu beseitigen. In staatlichen Dingen gilt das alte Juristenwort, wonach das Ueberflüssige unschädlich ist, nicht; hier spricht der Volksmund wahr, wenn er sagt, was darüber ist, ist vom Uebel.

Politische Tagesübersicht.

Karlsruhe, 19. März. Großfürst Michael von Rußland ist heute Nachmittag 1 Uhr nach Petersburg abgereist, von wo derselbe nach Tiflis zurückkehrt. — Die Großherzogin Louise ist Vormittags 9 Uhr zu mehrtägigem Besuche an den königlichen Hof nach Berlin abgereist.

Dresden, 19. März. Vorgestern ist hier der frühere Finanz-Minister und Minister des königlichen Hauses, v. Zeschau, und gestern der frühere sächsische Gesandte am Bundestage, v. Nostitz-Jänkendorf, gestorben.

Laibach, 19. März. Der Gemeinderath von Laibach beschloß eine Petition gegen das Erwerbsteuergesetz, insbesondere gegen die Lohnsteuer.

Prag, 18. März. Es scheint, daß der jungczechische Clerus sich bereits um einen Schritt weiter wagt als seine Herren und Meister. Vorgestern hat in der hiesigen St. Gallikirche ein junger czechischer Priester die päpstliche Unfehlbarkeit zum Stoffe seiner Fastenpredigt erwählt und mit feurigen Worten gegen jenes Dogma, mit welchem der Heilige Vater „die aufgeklärte Welt des neunzehnten Jahrhunderts beglücken" will, gesprochen. Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß der „Czech", ein in böhmischer Sprache hier erscheinendes Wochenblatt, in neuester Zeit ebenfalls gegen das Dogma der Infallibilität getreten.

Prag, 19. März. Ein Kriegsministerial-Erlaß fordert pensionirte Officiere vom Hauptmann aufwärts zum allfälligen Wiedereintritt in die Armee auf. Man will durch die Maßregel Ersparungen im Pensions-Etat erzielen. — Nächster Tage wird eine Arbeiterversammlung im Convictsaale stattfinden. Verhandlungsgegenstände werden sein: die Organisation der Arbeiterverhältnisse und eine Petition an das Herrenhaus gegen das neue Erwerbsteuergesetz, speciell gegen die Arbeiterbesteuerung. — Eine Verordnung des Kriegsministers trägt den Regiments-Commandanten auf, der Mannschaft Fleischrationen täglich verabreichen zu lassen und Niemanden zu einer religiösen Handlung zu zwingen. Dadurch werden die Erlässe des Feldbischofs betreffs der Fastenhaltung paralysirt.

Pest, 19. März. In der Sitzung des Unterhauses beantragt die Finanz-Commission die Erhöhung der Civilliste um 400,000 fl. auf zehn Jahre. Die äußerste Linke ist dagegen, die gemäßigte Linke für die Erhöhung. Finanzminister Lonyay empfiehlt den Commissions-Antrag. Bei der hierauf vorgenommenen Abstimmung wurde der Commissions-Antrag vom ganzen Hause mit Ausnahme der äußersten Linken angenommen.

Lemberg, 19. März. Im Przemysler Gymnasium wurde wegen russophiler Agitationen gegen mehrere Schüler eine Disciplinar-Untersuchung eingeleitet. — Da nach der Ansicht der Gazeta Narodowa die Resolutions-Verhandlungen gescheitert sind, beantragt das erwähnte Blatt die Einberufung einer cisleithanisch-galizischen Regnicolar-Deputation nach ungarisch-croatischem Muster.

Berlin, 19. März. Die heutige Berathung des Strafgesetzbuchs erledigte nur den einzigen §. 108, in ihm aber zugleich ein wichtiges Princip. Die bundesräthliche Vorlage wollte die öffentliche Aufforderung zu Ungehorsam gegen irgend welche „Anordnungen der Obrigkeit" bestrafen. Der Reichstag hat aber die Beschränkung hinzugefügt, daß solcher Schutz nur denjenigen „Anordnungen der Obrigkeit" gewährt wird, welche diese „innerhalb ihrer Zuständigkeit" erlassen wird. Vorher erhielt die bundesräthliche Vorlage bezüglich der Banknoten, durch welche den Regierungen verboten wird, die Ueberschwemmung mit Banknoten noch weiter auf eigene Hand zu steigern, die erste Lesung, und im Princip den fast einmüthigen Beifall des Hauses. Am ärgsten haben es bisher die kleinen thüringischen Staaten gemacht. So besitzt Schwarzburg-Sondershausen eine Bank, welche 2 Millionen an Noten ausgibt; die Geraer Bank hat eine unbeschränkte Befugniß zur Notenausgabe, eben so die Privatbank zu Gotha; die Mitteldeutsche Creditbank zu Meiningen kann bis 5 Millionen emitiren. Im ganzen Gebiete des Norddeutschen Bundes coursiren $212\frac{1}{2}$ Mill. Banknoten, von denen $101\frac{1}{3}$ Mill. nicht durch Metall gedeckt sind. Es kommen an ungedeckten Banknoten auf den Kopf $3,_{38}$ Thlr., und mit Einschluß des umlaufenden Staats-Papiergeldes $4,_{75}$ Thlr. Dagegen fallen in Frankreich nur $1,_{37}$ Thlr. künstlicher und ungedeckter Zahlungsmittel auf den Kopf der Bevölkerung, in England nur $3,_{53}$ Thlr. Es wurde von Becker-Dortmund mitgetheilt, daß noch eben vor Thoresschluß neun solche Concessionen gegeben sind, und Miquel glaubte, man müsse erwägen, ob dem Gesetze nicht rückwirkende Kraft bis zum 21. Februar, dem Tage, wo der Entwurf dem Bundesrathe zugegangen sei, gegeben werden müsse. Das vorliegende Gesetz ist übrigens nur eine provisorische Schutzmaßregel und tritt mit 1. Juli 1872, bis wohin eine definitive Regelung des Münz- und Bankwesens erfolgen soll, außer Wirksamkeit.

Berlin, 19. März. In der heutigen (12.) Sitzung des Bundesrathes führte der k. sächs. Staatsminister Frhr. v. Friesen auf

Grund einer Substitution des Bundeskanzlers den Vorsitz. Es wurden zunächst mehrere Schreiben des Präsidenten des Reichstages vorgelegt, betreffend die Beschlüsse des Reichstages über 1) den Auslieferungs-Vertrag mit Belgien; 2) die Petition wegen Declaration des § 1 der Gewerbeordnung; 3) eine Petition wegen Aufhebung der Flößereiabgaben auf der Werra; 4) eine Petition wegen des Ankaufs eines Geheimmittels gegen die Tollwuth. Die Vorlagen des Präsidiums, betreffend a) die zu Madrid unterzeichnete Consularconvention mit Spanien, b) die allgemeine Einführung der IV. Wagenklasse auf den Eisenbahnen im Gebiete des Norddeutschen Bundes, c) den Jurisdictionsvertrag mit Hessen, sowie ein Antrag Bremen's, betreffend die Verleihung von Ehrenabgaben an fremde Seeleute für Hilfeleistung in Seenoth, wurden den betreffenden Ausschüssen überwiesen. Es erfolgten Ausschußberichte über 1) die Vereinbarung behufs Auseinandersetzung über das bewegliche Eigenthum des vormaligen deutschen Bundes, 2) über die Gesetzentwürfe, a) wegen Abänderung des Gesetzes vom 9. Nov. 1867, betr. den außerordentlichen Geldbedarf der Bundes-Kriegsmarine, und b) betreffend den Gesetzentwurf über die Rechtsverhältnisse der Bundesbeamten, sowie endlich 3) über den Antrag Mecklenburg Schwerin's, betreffend die Einführung der Fabrikatssteuer von Branntwein.

— Betreffs des projektirten Nordostsee-Kanals schreiben die Officiösen: Was gegenwärtig die leitende Kreise beschäftigt, ist die Frage wegen Aufbringung des erforderlichen Kapitals von 30 Mill. Thlr. Vor Kurzem hat die Staatsregierung sich an die Kaufmannschaften der Ostseehäfen des norddeutschen Bundes gewendet, um von ihnen ein Gutachten über den Werth und die Bedeutung des Kanals zu erhalten. Es ist nicht unmöglich, daß mit Hilfe dieser Kaufmannschaften, deren Interesse durch den Kanal in bedeutendem Maße gefördert werden würde, das Baukapital aufzubringen sein wird, wenn nicht die gesetzgebenden Faktoren des norddeutschen Bundes die Angelegenheit, die ja auch von nationaler Bedeutung ist, zu der ihrigen machen sollten.

— Als Freitag Nachmittags nach 3 Uhr der Redacteur der Berliner Volkszeitung nach beendeter Sitzung des Reichstags denselben verlassen hatte und nach seiner Wohnung sich begeben wollte, redete ihn auf der Straße plötzlich ein Mann in Arbeitertracht mit den Worten an: „Sind Sie Hr. Steinitz?" Auf seine bejahende Antwort reichte der persönlich Hrn. Steinitz gänzlich unbekannte Mann demselben einen Zettel, auf welchem folgende Zeilen zu lesen waren: „Wir nehmen hiermit die in unserer gestrigen Zeitung gebrachte Behauptung, daß Hr. v. Schweitzer ein Parteigänger der Regierung sei, ausdrücklich und in aller Form zurück" und fügte hinzu: „Diese Erklärung werden Sie morgen in Ihrer Zeitung bringen." Hr. Steinitz entgegnete: „Hier ist wohl nicht der Ort, um derartige Angelegenheiten zu erledigen; bringen Sie den Zettel auf die Redaktion." Mit diesen Worten wollte er das Papier zurückreichen und sich entfernen, als ein hinter dem Ersten stehender zweiter Arbeiter mit einem großen Knüttel auf die Erde stampfte und in drohendem Tone ihm zurief: „Stehen bleiben." Der Erste erläuterte diese Worte mit der Erklärung: „Wir verlangen genügende Auskunft darüber, ob Sie thun werden, was wir verlangen." Hr. Steinitz nahm darauf den Zettel an sich und sagte: „Gut, ich werde es mitnehmen und ansehen." Darauf entfernten sich die beiden Arbeiter und Hr. Steinitz setzte seinen Weg nach seiner Wohnung fort. In der Zimmerstraße traten ihm die betreffenden Arbeiter, zu denen sich inzwischen ein dritter gesellt hatte, wieder in den Weg und riefen ihm mit drohenden Geberden zu, daß die Erklärung ja in der morgigen Volkszeitung stehe. Auf den Wunsch des Hrn. Steinitz, wenigstens die Namen der Herren zu wissen, die dies Verlangen gestellt, wiederholten sie nur ihre Aufforderung noch drohender und der neu Hinzugetretene erläuterte dieselbe in bezeichnender Weise noch dadurch, daß er die Rockärmel aufstülpte. — Wir theilen diesen Vorfall ohne weitere Bemerkung mit als Beitrag für die neue sozialdemokratische Manier, Angriffe gegnerischer Zeitungen zu widerlegen.

Rudolstadt, 18. März. Der Landtag beschloß heute nach längerer Debatte, auf die Berathung des Gesetzentwurfes, betreffend die Erhöhung der Steuern, nicht einzugehen. Die Aufnahme einer Anleihe von 50.000 Thlr. wurde genehmigt.

Rostock, 19. März. Zuverlässigem Vernehmen nach ist die mecklenburgische Regierung dem belgischen Vertrage von 1863 Betreffs des Scheldezolles nunmehr beigetreten. Bis zur Ratification haben die mecklenburgischen Schiffe eine Caution wegen des Tonnengeldes zu stellen.

Paris, 19. März. Man versichert, Marquis de Banneville komme nach Paris, um sich bezüglich seines Verhaltens gegenüber der römischen Curie zu besprechen. Man versichert weiters, daß demnächst eine neue gleichzeitig an den Papst und das Concil gerichtete Note abgehen werde. Man weiß noch nicht, ob die Mittheilung derselben unmittelbar an das Concil durch einen Abgesandten Frankreichs erfolgen oder ob sie an die Legaten gerichtet werden wird, die sie dem Concile mittheilen würden. — Der Temps sagt, die Commission für die Municipal-Organisation von Paris hat einstimmig den Antrag Laboulaye's angenommen, den neuen Municipalrath von Paris, welcher aus 80 Mitgliedern bestehen soll, im Wege des allgemeinen Stimmrechtes zu wählen. Zum activen Wahlrechte bedarf es jedoch eines fünfjährigen Domicils in Paris. — Der oberste Justizhof ist gestern in Tours angekommen. Die Mitglieder wurden auf der Eisenbahn von den Spitzen der Behörden ohne alle weiteren Ceremonien empfangen. Dieselben waren nicht einmal in Amtstracht, sondern trugen den schwarzen Frack. Mit dem nämlichen Zuge traf auch die Prinzessin Peter Bonaparte ein. Sie ist von ihren beiden Kindern begleitet. Dieselben begaben sich zu Fuß nach dem Hotel de l'Univers, wo sie im voraus eine Wohnung gemiethet. Eine große Menschenmenge gab der Prinzessin das Geleite bis zum Hotel. Keinerlei Demonstration fand statt. Bis gestern waren noch wenige Fremde in Tours angekommen. Der Zudrang derselben wird überhaupt nicht so stark sein, wie man zuerst geglaubt, da sich wohl nur wenige Personen hinbegeben werden, die nicht im voraus ihrer Plätze im Gerichtssaale sicher sind. Tours selbst ist vollständig ruhig. Die Stadt gehört zu denjenigen, wo man sich äußerst wenig mit Politik beschäftigt. Die Bewohner der Stadt betrachten die ganze Angelegenheit als ein merkwürdiges Schauspiel, das nur ihre Neugierde interessirt. Es ist daher anzunehmen, daß während des Prozesses die Ruhe durch nichts gestört werden wird.

Paris, 19. März. Die Agence Havas veröffentlicht folgende Depesche ihres Privat-Correspondenten aus Rom vom 18. d.: Der für den verstorbenen Grafen Montalembert von Monsignore Merode veranstaltete Trauergottesdienst, welchen Bischof Dupanloup abhalten sollte, wurde als eine „dem Concile feindliche Manifestation" vom Papste verboten. Da dieses Verbot einen peinlichen Eindruck hervorbrachte, ließ der Papst heute von einem italienischen Bischof einen Gottesdienst abhalten, welchem er in einer geschlossenen Tribüne beiwohnte.

Paris, 19. März. Der Sohn der geschätzten Schriftstellerin Zoa (?) schoß im Justizpalaste zweimal auf seine dort die Scheidung beantragende Gattin. Nach vergeblichen Versöhnungsversuchen wurde derselbe verhaftet.

— Ein Theil der französischen Bischöfe veröffentlicht in ihren Diöcesen folgende Note: „Um den Ansichten des heiligen Vaters zu entsprechen, welcher wünscht, daß die Besitzer seiner Münzen in Folge der von Sr. Excellenz dem Herrn Finanzminister genommenen Maßregeln keinerlei Verlust erleiden, ermächtigt der Bischof von . . . . . nicht allein die Priester, sondern auch die Gläubigen der Diöcese dem Sekretariat direkt oder durch Vermittelung der Herren Pfarrer ihr Geld mit dem Bildniß des Papstes zukommen zu lassen. Es wird ihnen gegen französisches Geld ausgetauscht werden." Diese Maßregel scheint in Folge der schlechten Wirkung ergriffen worden zu sein, welche es in ganz Frankreich machte, daß die römische Regierung nicht vollgiltiges Geld ausgegeben.

— Die Decentralisations-Commission und die Commission für Umgestaltung der Pariser Gemeindeverwaltung haben heute Vormittag Sitzung gehalten. Die letztere hat sich nach reiflicher Ueberlegung bewogen gefunden, ihren neulichen Beschluß aufzugeben und auf den

Plan des Hrn. Laboulaye zurückzugehen. Sie beantragt nicht mehr die Einsetzung eines Gemeinderathes aus 80 Mitgliedern, von welchen 60 durch das allgemeine Stimmrecht und 20 durch die Regierung zu ernennen wären, sondern spricht sich jetzt dafür aus, daß die Pariser alle 80 Mitglieder wählen, in der Art jedoch, daß die Bewohner jedes Stadtviertels nur einem Miteingesessenen ihre Stimme geben dürfen. Auch gewährt nach diesem Plane nur ein fünfjähriger Aufenthalt und eine fünfjährige Einzeichnung in die Wahllisten das Recht zur Betheiligung bei der Wahl. Man macht jetzt in den Tuilerieen eine statistische Berechnung, welche das Verhältniß der Einwohner zu den Wahlberechtigten herstellen soll. Sie ist für vier Mairieen beendigt. Es kommen demnach etwa 280 Wähler auf 8000 Einwohner. Die Decentralisations-Commission rückt mit ihrer Aufgabe nicht von der Stelle, so viele schöne Reden sie auch bereits angehört hat. — Die Colonieen haben wenig Aussicht, sich im gesetzgebenden Körper vertreten zu sehen; man macht dagegen geltend, daß dieselben keine Vertretung zu beanspruchen haben, weil sie weder dem Mutterlande eine Steuer zahlen noch sich bei dem Militär-Contingent betheiligen.

— Bekanntlich denuncirte ein Redakteur des Figaro, der sich während der Arbeitseinstellung nach dem Creuzot begeben hatte, den Redakteur von der Marseillaise, Dubuc, der sich ebenfalls dort befand, in seinem Journal als einen der Aufhetzer. Es kam darüber zu einer Polemik, die mit einem Duell endete. Dubuc erhielt einen, jedoch nicht lebensgefährlichen Stich in die Brust. Da das Duell in Besinet, welches im Seine- und Oise-Departement liegt, stattgefunden, so kam die Sache vor den Gerichtshof von Versaille. Derselbe verurtheilte Chabrillard zu sechs und die vier Zeugen (Gustav Flourens, Humbert, D. Ch. Menessier und Georges Pradel) zu drei Tagen Gefängniß. Gustav Flourens und Humbert waren nicht anwesend. Der eine ist flüchtig, der andere in Mazas.

London, 18. März. Während die Regierung vom Parlamente die Ermächtigung nachsucht, durch außerordentlichen Maßregeln für die Aufrechthaltung des Friedens in Irland einzutreten, fährt die Insel selbst fort, immer neue Beweise für die Nothwendigkeit dieses Schrittes zu liefern. Neue Gewaltthätigkeiten werden aus Mayo und Galway gemeldet. In der Nähe des Wohnsitzes von Lord Oranmore wurde ein Heuschober in Brand gesteckt und gleichzeitig der Versuch gemacht, die Amtswohnung des Rentmeisters und anliegende Stallungen mit 30 Stück Vieh einzuäschern. Nachts darauf wurde in Ballindino eine Pächterwohnung niedergebrannt. Im ganzen Bezirke ziehen bei Tag und Nacht starke Polizeipatrouillen umher. In Meath fand man auf mehreren Wiesenländern Gräber gegraben als ein Warnungszeichen für die Besitzer. Vor dem Schwurgerichte in Castlebar ist ein agrarisches Verbrechen zur Verhandlung gekommen, welches bis zu einem gewissen Grade neu in seiner Art ist. Patrick Woldon nämlich war angeklagt, am 9. November mit Gewalt von einem, seinem Vater zugehörendem Hause nebst Ackerland Besitz ergriffen zu haben. Aus den Zeugenaussagen ging hervor, daß eine Anzahl Kerle nächtlicher Weile in das Haus des Klägers eindrangen, ihn nebst seiner Frau auf die Straße setzten und dort zwangen, auf ihren Knieen eidlich zu versprechen, daß sie dem Angeklagten (ihrem Sohne) so viel Land abtreten wollten, als er zu bewirthschaften im Stande sei. Neben dem Hause stand eine alte Scheune ohne Dach; die Verbrecher fällten sechs Pappelbäume, zimmerten ein Dach, zündeten ein Feuer an und machten die Scheune in einer Nacht wohnbar, so daß der Angeklagte des andern Morgens einziehen konnte. Die Geschworenen erkannten auf Schuldig und der Gerichtshof verschob die Urtheilssprechung.

Florenz, 19. März. (Deputirten-Kammer.) Biancheri hat die Präsidentschaft angenommen.

Florenz, 19. März. Bei der Berathung über die provisorischen Credite kündigte der Kriegs-Minister an, daß er am 1. April 80,000 Mann in Urlaub senden werde. Lamarmora tadelte diese Maßregel. Der Marquis de Banneville ist heute Morgen auf der Reise nach Paris durch Florenz gekommen.

Ravenna, 19. März. General Escoffier wurde von dem Polizei-Inspector, dessen Versetzung er verlangt hatte, getödtet.

Rom, 19. März. Marquis de Bannevilly erhielt einen achttägigen Urlaub, nach dessen Ablauf er hieher zurückkehren wird.

— Nach einem Telegramme aus **Rom** hat das Concil am 18. März wieder eine General-Congregation gehalten, worin vier Redner gehört wurden. Die Correspondance de Rome widerspricht der von einigen Blättern mitgetheilten Nachricht von einer umfassenden Amnestie, die der Papst den politischen Gefangenen und Exilirten gewähren würde. Die Thatsache beschränkt sich auf einige wenige Strafermäßigungen oder Straferlasse und die einigen Personen ertheilte Erlaubniß zur Rückkehr.

Madrid, 19. März. Die officielle Gazetta veröffentlicht ein Decret, welches den Clerus verpflichtet, innerhalb zwei Monaten den Verfassungs-Eid zu leisten.

Rußland. Aus Litthauen kommt die Nachricht, daß in der Diöcese Wilna eine Anzahl katholischer Priester, welche sich weigerten, eine Zustimmungs-Adresse an den russisch gesinnten Erzbischof Zylinski zu unterzeichnen, verhaftet worden sein sollen.

Petersburg, 19. März. Die Gräfin Daria von Beauharnais, geborne Opotschinin, Gemahlin des Prinzen Eugen von Leuchtenberg, ist in Folge ihrer Entbindung heute gestorben.

Washington, 17. März. Der Senat bestätigte heute mit 45 gegen 13 Stimmen die Ernennung des Generals Sickles zum amerikanischen Gesandten in Madrid. Derselbe ist bekanntlich schon längst auf seinem Posten. Die Legislatur von Ohio hat einen Zusatzantrag zur Verfassung des Staates, welcher den Frauen politische Rechte verleihen sollte, verworfen. Der New-Yorker Preßverein hat auf die Entdeckung des Urhebers der falschen Nachricht, daß die City of Boston in Queenstown eingelaufen sei, eine Belohnung von 500 Dollars gesetzt.

Lokales und Provinzielles.

München, 21. März.

π Dem Vernehmen nach beabsichtigt Hr. Direktor **Kramer** im Vereine mit der Wittwe des Theaterdirektors Johann Schweiger am Platze „zu den drei Linden“, wo das Max Schweiger'sche Theater stand, ein Volkstheater zu errichten.

— (Tagesbericht.) Vorgestern Abends fiel der Schuhmacher Georg Stadler, als er im Begriffe war einen Freund in einem Hause an der Burggasse zu besuchen, so unglücklich die Treppe herab, daß er den erlittenen Verletzungen bald darauf erlag. — Gestern Abends machte ein Uhrmachergehilfe wahrscheinlich aus Kummer über den Verlust seines Vermögens wiederholte Versuche, sich zu entleiben; erst suchte er sich zu erstechen, brachte sich jedoch nur leichte Verletzungen bei, dann ging er daran, sich in der Isar zu ertränken, wurde jedoch rechtzeitig festgenommen und zur Polizei gebracht. — Heute Nacht wurde ein Irrsinniger, ein junger anständig gekleideter, mit reichlichen Geldmitteln versehener Mann aufgegriffen, welcher sich für „Heinrich von Wittelsbach, König von Bayern“ ausgab u. dgl; seine persönlichen Verhältnisse sind noch nicht ermittelt, sein Besitz von vielem österreichischem Gelde scheint übrigens darauf hinzudeuten, daß derselbe sich erst kurz in Oesterreich aufhielt. — Die Bäckergesellen, von denen ein Theil wie bekannt, jüngst mit dem Plane einer Arbeitseinstellung umging, haben den vernünftigen Entschluß gefaßt, nicht zu „striken“.

Gerichtssaal.

xx **München,** 21. Mai. Heute fand vor dem Bezirksgerichte München l/J. unter einem enormen Zudrange des Publikums die Verhandlung gegen den Banquier F. **Feustel** aus Bayreuth wegen Erpressung und gegen den Polizeiofficianten **Schnitzlein** v. h. wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt statt. Die Anklage sagt bezüglich der thatsächlichen Verhältnisse:

Am 8. Dez. v. Js. früh 9 Uhr kam der Banquier Feustel, um ein mit dem Handelsagenten Arnold Schultheß v. h. am 8. Dezember v. Js. abgeschlossenes Kaufgeschäft, wobei Schultheß einen auf seine Ordre gestellten, von **Bühler** und Comp. in Rosenheim gezogenen, von **Grimm** in Genf acceptirten Wechsel auf 1500 Frcs. ihm um

697 fl. 34 kr. verkauft und den Wechsel auf ihn girirt hatte — rückgängig zu machen und den Schultheß, gegen dessen Zahlungsfähigkeit er übrigens aus den wechselhaftenden Firmen unmittelbar nach Abschluß des Geschäftes Zweifel bekommen hatte, zur Rückgabe der Kaufsumme zu bewegen, — in Begleitung des Polizei-Officianten Schnitzlein in den Gasthof zum Rheinischen Hof dahier und in das zu jener Zeit von Schultheß bewohnte Zimmer, in welchem aber keineswegs der Agent Schultheß, sondern nur dessen Frau und die ihr befreundete und in Abreise begriffene Freundin Amalie Rikmann aus St. Gallen anwesend war, und soll trotz des von A. Rikmann sofort über ihre Persönlichkeit und ihre Beziehung zur Frau Schultheß ertheilten Aufschlusses, und obgleich ihm gegen Frau Schultheß weder überhaupt noch insbesondere aus dem erst am 10. Feb. 1870 verfallenden Wechsel irgend welch' rechtlicher Anspruch zustand, um Ersatz der Wechselvaluta von 700 fl. und 40 fl. Reisekosten und Spesen rechtswidrig dieselben angefordert, sodann in der Absicht, sich einen rechtswidrigen Vortheil zu verschaffen, Frau Schultheß und A. Rikmann durch die Erklärung, es handle sich um einen gefälschten Wechsel, es dürfe vor geleisteter Zahlung Niemand das Zimmer verlassen, es werde wenn die Zahlung bis 11 Uhr nicht erfolgt sei, sowohl ihre, sowie der Rikmann Arretirung, sowie die Vorführung vor den Untersuchungsrichter erfolgen, in einen Zustand der Beängstigung und Besorgniß versetzt haben, in welcher sich A. Rikmann endlich bestimmen ließ, den Betrag von 750 fl. an Feustel zu zahlen, wobei die von Letzterem gebrauchten Drohungen um so mehr vom zwingenden Einflusse auf die Willensbestimmung der Rikmann war, als der ganze Vorgang sie sowohl als ihre befreundete und in andern Umständen befindliche Schultheß in einen Besorgniß erregenden Grad von Aufregung versetzt hatte und in dem Gasthofe zu einem beide Frauen beschämenden Auftritt auszuarten drohte. Ebenso soll Schnitzlein die Amalie Rickmann und Frau Schultheß mit der Verhaftung bedroht und die wissentlich widerrechtliche Verhaftung dadurch verfügt haben, daß er den Koffer derselben, welcher gerade zur Bahn gebracht werden sollte, und die Effekten der Schultheß mit Beschlag belegt und beiden Frauenzimmern untersagt habe, vor erfolgter Zahlung des Wechsels das Zimmer zu verlassen. Hr. Banquier Feustel erklärt, er habe auf Grund von Erkundigungen, welche er bei bewährten Geschäftsfreunden eingezogen, alle Veranlassung gehabt, an der Güte des gekauften Wechsels zu zweifeln und deßhalb am 4. oder 5. Dezember v. Js. sich telegraphisch an den Polizeiofficianten Schnitzlein gewendet, damit dieser ihm dessen Wohnung dahier ausmittle. Am 7. Dez. habe er eine Depesche Schnitzleins empfangen, worin dieser ihm gemeldet habe, Schultheß sei in München angekommen und wohne im Rheinischen Hofe. Darauf hin sei er in der Nacht vom 7. auf 8. Dez. nach München gefahren und hier am 8. Morgens von Schnitzlein auf dem Bahnhofe erwartet worden und sogleich mit ihm nach dem Rheinischen Hofe gegangen, woselbst er in der Restauration eine Tasse Cafe getrunken habe, während Schnitzlein sich um Schultheß erkundigte und erfuhr, daß Schultheß und Bühler ausgegangen und entweder im goldenen Kreuz oder beim Weinwirth Neuner zu treffen wären. Die HH. Feustel und Schnitzlein fuhren nunmehr in einer Droschke zuerst in's goldne Kreuz und als sie dort den Schultheß nicht fanden, zu Neuner, wo Schnitzlein alsbald erfuhr, daß Hr. Schultheß vor wenigen Augenblicken, von einem Frauenzimmer mittelst Droschke geholt, sich entfernt habe, während Bühler unter der Hausthüre in sichtlicher Unruhe stand. Feustel und Schnitzlein fuhren nun sofort wieder nach dem rheinischen Hofe, vor dem eine zum Wegfahren bereite Droschke stand. Im Eingange trafen sie den Besitzer und Portier und gerade kam der Hausknecht mit einer Reisetasche, welche er nach der Droschke tragen wollte. Schnitzlein fragte nun, wem die Tasche gehöre und sagte auf die Antwort des Hausknechtes, daß sie Hrn. Schultheß gehöre, den er gerade vorhin in seinem Zimmer bemerkt zu haben glaubte, dieselbe möge einstweilen im Bureau des Hotels aufbewahrt werden. Hierauf seien er (Feustel) und Schnitzlein in den ersten Stock hinaufgegangen und er habe die Frau des Schultheß auf dem Gange getroffen, welche ihn sofort ins Zimmer geführt und im Verlaufe des Gespräches nicht nur über die jetzt stets rückwärts gehenden Geschäfte ihres Mannes ihm ihr Herz ausgeschüttet, sondern sich zuletzt mit der anwesenden Rickmann, nachdem sie seinen Verdacht hinsichtlich der Qualität des Wechsels erfahren hatten, zur Bezahlung desselben freiwillig angeboten hätten, die auch erfolgt sei, nachdem die Rickmann das Geld herbeigeschafft hatte. Den Wechsel habe er, sobald er ihn wieder in seine Hände bekommen habe — damals habe er ihn zur Abstemplung nach der Schweiz gesendet gehabt — sofort an Frau Schultheß zurückgeschickt. Schnitzlein spricht sich dahin aus, er glaube bei der ganzen Affaire vollkommen nach seinem Gewissen gehandelt zu haben, denn seine Erkundigungen in den Gasthäusern bei den Lohndienern u. s. w., hätten bei seinen langjährigen Erfahrungen in ihm die feste Ueberzeugung begründet, daß man es in der Person von Schultheß und Bühler mit ein Paar argen Schwindlern zu thun habe, und wenn er seine Pflicht je verletzt haben sollte, so glaube er, es sei dadurch geschehen, daß er den Bühler beim Weinwirth Neuner nicht verhaftet habe. Die Begegnisse vom Zusammentreffen mit Feustel am 8. Dez. vor. Js. erzählt Schnitzlein ziemlich übereinstimmend mit Feustel, will aber von einer Bedrohung der beiden Frauenzimmer mit Verhaftung, wenn sie nicht den Wechsel bezahlten, nichts wissen, sondern nur gesagt haben, daß er vorläufig den Koffer nicht wegbringen lasse, und daß er sie der Polizeidirektion vorführen müsse, falls sie ihm über den Aufenthalt des Schultheß, welchen er mit aller Wahrscheinlichkeit als im Hause anwesend vermuthete, keinen Aufschluß geben würden. Nunmehr begann die Zeugenvernehmung, über die wir morgen berichten.

Theater.

(Schauspielbericht.) Hoftheater. Freitag „König und Bauer" nach Lope de Vega bearbeitet von Friedrich Halm. Es ist unbestreitbar von literarischem Interesse, die Schauspiele, die bedeutendsten natürlich nur, Lope de Vega's zu lesen, wenn man diese als Produkte jener Zeit betrachtet, in welcher sie entstanden sind, in einer Periode politischer Unfreiheit und katholischer Inhumanität, in der Zeit des Absolutismus der königlichen Gewalt. Damals war das spanische Drama, als Produkt des nationalen Volkscharakters, im Stande, die Nation zu entflammen und zu begeistern. Trotz des persönlichen Stolzes des Spaniers, blickte derselbe doch in sclavischem Servilismus zu dem allmächtigen Könige, wie zu einem Wesen höherer Art empor. Damals konnte das Stück „König und Bauer" gefallen, damals sprach nichts im Volke gegen jene ekelhaften Apostrophen an die Königsmacht. Wir leben in einer andern Zeit. Der König steht nicht mehr über dem Staate, sondern die Idee des Staats, das Interesse der Gesammtheit beherrscht ihn; nicht mehr blickt er herab auf sein Volk, als eine Masse willenloser gefügiger Sclaven, sondern er steht freien Menschen gegenüber. Und so gefällt, kann nicht ein derartiges literarisches Produkt unserer Zeit mehr gefallen. Wir wenden uns mit Ekel von diesem Servilismus ab, der die Maske des freien Mannes vorsteckt, während er doch „in tiefster Unterthänigkeit ersterbend" das Wort des Königs als Gotteswort betrachtet. Wir müssen uns entschieden gegen die Wahl dieses Stückes aussprechen, denn wir halten das Theater für nicht geeignet, zu literarischen Experimenten zu dienen. Und hätte man das gewollt, warum griff man nicht nach „La Estrella de Sevilla", welche Zedlitz für das Hofburgtheater bearbeitet hat? Das Publikum schien dieselbe Ansicht über das Stück gehabt zu haben, denn als auf der Gallerie noble nach einer Tirade auf den Absolutismus geklatscht wurde, ertönte in verschiedenen Theilen des Hauses ein energisches Zischen —; wir wollen in keiner Weise diese Art des Mißfallens vertheidigen, aber es war bezeichnend genug. — Gespielt wurde ziemlich gut, doch können wir wenige als besonders vortrefflich erwähnen. Lob gebührt dem König des Hrn. Richter, welcher trotz der Herablassung stets den Fürsten zeigte, ebenso war Hr. Rohde als Clement recht gut; Hr. Christen und Hr. Häusser führten ihre Rollen entsprechend durch. Nicht zufrieden sind wir mit dem Armand des Hrn. Goritz, — bietet schon die Rolle an und für sich ziemlich süßliche Stellen, so hat die Darstellung alles süß gemacht. Diese Rolle muß männlicher, entschiedener gegeben werden, sonst wird sie läppisch. Ueber

den Jean Gomard des Hrn. Dahn läßt sich Gutes und Uebles sagen; einzelne Scenen wurden ganz gut gespielt, — andere aber wieder viel zu pathetisch. Bietet schon Lope de Vega sehr viel Phraseologie, leeres Wortgeklingel und Bilderjagd, so hat Hr. Halm — Mönch, noch einiges dazu gemacht — aber gerade da sollte der Schauspieler nach Einfachheit streben, sonst wirkt es noch abstoßender. Gut war Hr. Davideit. Frl. Jahn spielte die Prinzessin entsprechend, was weder von der „Rosanna" des Frl. Jenke, noch von der „Marion" des Frl. Ulrich gesagt werden kann. — Die Regie möge uns eine kleine Bemerkung gestatten — die Bearbeitung ist keine besonders gute, doch darüber schweigen wir, denn wir hoffen im Namen des guten Geschmacks, daß keine bessere nöthig sein wird. Aber eine Frage möchten wir stellen: Seit wann auf Eichenbäumen Aepfel wachsen?

Samstag, den 19., „Die letzte Hexe", von Martin Schleich. Es liegt in einzelnen Figuren etwas Volksthümliches, — der Humor ist kein gemachter, die Witze sind hie und da derb, aber gut. Der Ton der Zeit ist in einzelnen Figuren und Scenen richtig getroffen. Die Aufführung war eine gelungene. Vor allen andern gebührt Hrn. Lang Lob für seinen „Hainstöckl", aus dem er eine durch und durch komische Figur machte, jede Bewegung mußte Lachen hervorrufen. Auch Hr. Büttgen wirkte gut, — übrigens ist diese Figur viel weniger charakterisirt. Eine lebendige und frische Leistung war der Konrad des Hrn. Häusser; diese Rolle entspricht seinen Anlagen vortrefflich. Hr. Leibold (Hans), dem wir überhaupt das Zeugniß ausstellen können, daß er allen Fleiß anwendet, um vorwärts zu schreiten, spielte recht gut. Von den Damen ist besonders Frl. Seebach zu nennen, welche die gemüthliche Frau Döpstlin in vorzüglicher Weise durchführte, — auch Frau Büttgen war gut und Frl. Ramlo, als ungezogenes Muttersöhnchen. Frl. Lanzlott als Rosl entsprach. Das Zusammenspiel war besser, als wir's in letzterer Zeit gewöhnt sind.

Die „Weiberkur", dieses witz- und poesielose Machwerk — zeichnete sich durch verschiedene Regiefehler und durch das vortreffliche Spiel Hrn. Fenzls aus. Frl. Zink tanzte mit recht viel Anmuth, so weit diese bei den conventionellen Fußbewegungen möglich ist, und war in der Mimik entsprechend. Die Ensembletänze waren nett arangirt und wurden correct getanzt. Das Haus war sehr voll.

Feuilleton.

Aus Natur und Wissenschaft.

Die Sturmwarnungen.

Vor einigen Jahren sprach und las man viel von den Sturmwarnungen und Wetterprophezeihungen, die in England und Frankreich Seitens sachverständiger, gelehrter Witterungskundiger gegeben wurden. Der Name des Admirals Fitz-Roy, des Meteorologen, welcher zuerst mit der Anwendung der Witterungsbeobachtungen zur Vorausverkündigung nahender Stürme in umfassender und systematischer Weise vorgegangen war, lebte damals in Aller Munde, und es genoß dieser Treffliche jener schönsten und werthvollsten Popularität, die aus der wohl begründeten, bewußten Dankbarkeit aller Schichten eines Volkes frisch und rein hervorquillt. Seitdem hat diese vielversprechende Einrichtung ihre kleine Geschichte gehabt, herbe Erfahrungen blieben ihr nicht erspart und sie mußte sehen, wie von dem Vertrauen, das man ihr im Anfange entgegengebracht, ein gutes Theil gar bald dahinschwand. Indessen solche Geschichten sind weder neu noch selten, und was die der Sturmwarnungen anbelangt, so mochten Leute, deren Herzen genugsam abgekühlt sind, um bei großen, von Begeisterung getragenen Gedanken und Thaten nicht mehr mitjubeln und aufjauchzen zu müssen, dieselbe schon früh vorausgesehen haben. Die aber, denen solch zweifelhaftes Gut nicht zu Theil geworden, waren höchlichst erstaunt, als im Dezember 1866 die Sturmwarnungen in Großbritannien plötzlich eingestellt und erst vor zwei Jahren nach vielem Petitioniren wieder aufgenommen wurden, und als von den verschiedensten Seiten her sich Stimmen hören ließen, die mit behutsamer Geringschätzung von der ganzen Einrichtung sprachen. Seit dieser Zeit hat man nun hinreichende Gelegenheit, weitere Prüfungen über Werth oder Unwerth der Sache anzustellen, und das Urtheil kann heute mit einem genügenden Grade von Sicherheit gefällt werden.

Um einen Sturm vorhersagen, vor ihm warnen zu können, muß man mit den Erscheinungen, die seinem Auftreten vorausgehen, bekannt sein. Daß diese vorzüglich die Veränderungen des Luftdruckes sind, welche im Steigen und Fallen des Barometers sich kundgeben, weiß Jedermann. Unterschiede in der Schwere, oder was gleichbedeutend, im Drucke der Luft, sind es ja, welche die unmittelbaren Ursachen der Stürme ausmachen. Fällt die Quecksilbersäule des Barometers an einem Orte in beträchtlichem Maße, so ist ein Sturm oder wenigstens ein starker Wind zu erwarten, weil hier die Luft dünner, leichter geworden ist und weil von einem anderen Orte her schwerere Luftmassen herbeiströmen werden. Die Vorhersagung des Sturmes ist in diesem Falle nicht schwer, so lange sie sich auf den näheren Umkreis des Beobachtungsortes beschränkt, sie ist aber auch nicht von großem Nutzen, eben weil sie beschränkt ist. Oft treffen ja beim Fallen des Barometers schon die ersten Windstöße des herannahenden Orkanes ein, oft auch waren die Luftdruckveränderungen nicht stark genug, um auf einen bevorstehenden Sturm gedeutet zu werden, und dieser überfällt den Beobachter unvermutheter Weise. Hier können offenbar nur Nachrichten von Nutzen sein, welche sich auf Beobachtung des Sturmes bei seinem ersten Auftreten beziehen und mit telegraphischer Schnelle ihm vorauseilen, und solche Nachrichten wollen und können nun eben die Sturmwarnungen sein. Eine Anzahl wohl eingerichteter Beobachtungsstationen, über ein weites Gebiet zerstreut, eine Centralstelle, welche deren regelmäßig einlaufende telegraphische Berichte prüft und, wenn nöthig, die aus ihnen sich ergebende Wahrscheinlichkeit einer größeren athmosphärischen Störung verkündet, das sind die beiden Factoren, aus deren Zusammenwirken nützliche Vorausverkündigungen hervorgehen; als Dritter im Bunde mag ihnen angereiht werden das Vertrauen, das in jenen Kreisen, an welche die Prophezeihungen sich wenden, nothwendig vorhanden sein muß, wenn ein praktischer Nutzen sich ergeben soll.

(Forts. folgt.)

Vermischtes.

Aus Preßburg vom 8. März wird geschrieben: „In einer hiesigen Klosterschule wird Naturgeschichte und Naturlehre vorgetragen, und wird aus den Fragen des Lehrers und den Antworten der Kinder Folgendes authentisch mitgetheilt: Frage: Von wem bekommen wir Honig und Wachs? Antwort: Vom lieben Gott. Frage: Was wird aus dem Wachs gemacht? Antwort: Wachskerzen. Frage: Was nützen uns geweihte Wachskerzen? Antwort: Geweihte Wachskerzen, so man sie vor das Fenster stellt, schützen das Haus vor dem Blitz!"

Paris, 17. März. In Toulouse starb eine Frau im Alter von 104 Jahren. Dieselbe war besonders dadurch bekannt, daß sie außer einem starken Backenbarte auch einen 85 Centimeter (ungefähr 30 Zoll) langen Knebelbart hatte. Sie nannte sich Aglaé Timusier.

Telegraphische Nachrichten.

Carlsruhe, 21. März. Der Großherzog ist heute Morgen zur Geburtstagsfeier des Königs von Preußen auf drei Tage nach Berlin gereist.

Wien, 21. März. Die Einnahmen der Staatsbahn in der Woche bis zum 18. März betragen 519,037 fl., also weniger als in der betreffenden Woche des Vorjahres 109,044 fl.

Wien, 21. März. Das Abgeordnetenhaus hat die Civilprozeßordnung in dritter Lesung angenommen. Bei der Generaldebatte über die Finanzgesetze von 1870 erklärte Gerwaski, daß die Polen, obwohl sie in der staatsrechtlichen Frage wenig Hoffnung auf Befriedigung haben, dennoch für das Budget stimmen werden. Die Slovenen gaben die gleiche Erklärung ab. In der Specialdebatte wurden die Kapitel betreffend den Hofstaat und den Reichsrath unverändert angenommen.

Wien, 21. März. Die „Neue Freie Presse" meldet: Der Minister des Innern, Giskra, hat heute seine Demission ge-

gegeben, und wird dieselbe erhalten. Die anderen Minister verbleiben. Der Entschluß Gistra's wurde durch die Entscheidung herbeigeführt, die Wahlreform nicht mehr in der jetzigen Reichsrathssession zu verhandeln.

Berlin, 21. März. Der Reichstag hat das Banknoten-Gesetz in zweiter Lesung unverändert genehmigt. Ein Antrag, das Gesetz auf das Staatspapiergeld auszudehnen, wurde zurückgezogen. Abg. v. Sybel weist namentlich die Nothwendigkeit nach, daß die definitive Regelung der Münzfrage, von der die Bankfrage nicht zu trennen sei, im Einverständnisse mit Süddeutschland erfolgen müsse.

Paris, 21. März. Die „Agence Havas" ist in der Lage, aus besonders guter Quelle zu versichern, daß sich das Cabinet sowohl betreffs des Concils als hinsichtlich anderer innerer Fragen in vollständiger Uebereinstimmung befinde. — Von der römischen Grenze meldet man am 20. Abends, daß die Antwort an die französische Regierung noch nicht abgegangen, daß jedoch Aeußerungen des Papstes auf seine Abneigung, Vertreter von Mächten zuzulassen, hindeuten.

Florenz, 20. März. Die Kammer hat den Gesetzentwurf, betreffend die provisorische Finanzgebahrung, mit 164 gegen 58 Stimmen genehmigt.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Straubing, 18. März. Der Winter schien in dieser Woche aufs Neue einziehen zu wollen und erst seit heute ist etwas milderes Wetter eingetreten. Obgleich des morgenden Feiertages wegen, die Schranne auf heute verlegt war, so ist sie doch gegen Erwarten stark befahren, aber auch von sehr vielen Händlern besucht gewesen, welche zu steigenden Preisen alles rasch aufkauften und je nach Qualität bezahlten.

Weizen fl. 17 bis fl. 20 Roggen fl. 12 bis fl. 13
Gerste „ 9 „ „ 12 Hafer „ 8 „ „ 9

Nachstehend die officiellen Resultate der „heutigen Schranne zu Straubing."

	Umsatz. Schffl.	Rest. Schffl.	Höchster. Durchschnittspreis	Mittlerer. Durchschnittspreis	Niedrigster. Durchschnittspreis	Gef. kr.	Gest. kr.
Weizen	1033	6	fl. 17 58	fl. 17 40	fl. 17 9	—	19
Roggen	162	9	„ 12 24	„ 12 10	„ 11 54	23	—
Gerste	822	17	„ 11 29	„ 10 45	„ 9 16	—	4
Hafer	215	11	„ 8 45	„ 8 3	„ 7 42	—	20

Lindau, den 18. März. (Geschäftsbericht von Conr. Stoffel in Lindau).
In dieser Woche erfreute sich das Geschäft wieder einer ziemlich animirten Stimmung und die Käufer fügten sich willig in die mehr und mehr sich steigernden Forderungen der Verkäufer, umsomehr, als das Ausgebot so unbedeutend ist, dass es dem vorhandenen Begehr kaum genügt. Die Preise haben bis heute folgenden Stand erreicht.

Ungar-Waizen, feinste Ausstichsorten fr. 29—29½, Prima, 28—28¾, Mittelsorten fr. 26½—27¾. (Per 200 Zollpfund franco Romanshorn oder Rorschach verzollt).

Frankfurt a. M., 21. März. (Schlussc.)

Wechsel auf London	120	Oest.-franz. Staatsbahn	376¾
„ „ Paris	95¼	Bayr. Ostbahn-Actien	119
„ „ Wien	96⅛	Elisabeth-Prior. I. Em.	77
5 proc. bayr. Anleihe	101¼	4% bayer. Prämien-Anl.	105¾
4½ „ „ „	91¾	Bad. Präm.-Anleihe	106⅛
4 „ „ Grundrente	86¼	Oesterr. Loose v. 1860	80
4 „ „ Obligat.	86½	„ Loose v. 1864	115¾
5 proc. österr. Metall., engl.	——	Alsenzbahn	87
5 „ „ National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	67½
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	233¾
1882er Amerikaner	95⅜	Napoleons	9.31
Oesterr. Bank-Actien	693	Rente Silber 55⅝, Pap. 50⅜.	
Credit-Actien	276¼	Handelsbank	99

Wien, 21. März. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	71.40	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	97.80	Steuerfr. Metall. on 1866	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	119.80	Napoleons	9.88
Oesterr. Bank-Actien	724.—	Wechsel auf Augsburg	102.70
„ Credit-Actien	285.80	„ „ London	124.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	390.—	„ „ Paris	49.15
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	„ „ Frankfurt a. M.	102.90
„ „ Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	241.—
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 351.75 Pap.-R.	61.50

Berlin 21. März (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	45⅜	Lombarden	134¼
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	105¾	Italienische Anleihe	55⅝
4½ „ „ Anleihe	91¼	1882er amerikanische Bonds	96⅛
Bad. Prämien-Anleihe	106¼	5 proc. preuss. Anleihe	101⅞
Darmstädter Actien	131¼	4½ „ „ „	94
Oesterr. Credit-Actien	158	Wechsel auf Augsburg	—.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	215½	„ „ Frankfurt	—.—
Staatsbahn-Prioritäten	292	„ „ London	—.—
Oest. fl. 500 Loose von 1860	80	„ „ Paris	——
„ fl. 100 Loose von 1864	66	„ „ Wien	——
5 proc. östr. National-Anl.	——		

Curse des Münchener Handelsvereins vom 21. März 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. 3½% Obl.	fl. 1000	81½	80½
4% ganz. Obl.	1000	86⅝	86¼
4% halbj. Obl.	1000	86⅝	86¼
4% Grundr.-Obl.	1000	86¾	86⅜
4½% ganzj. Obl.	1000	91⅞	91½
4½% halbj. Obl.	1000	92	91¾
4½% „ Milit. „	1000	92	91¾
5% Obl.	1000	101½	101
4% Münch. Obl.	1000		
5% „ „	1000	101⅛	100¾
4½% Ostbahn-Aktien		119½	119
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit			
40% Einzahlung		86½	86¼
dto. volle		86½	86¼
Pfdbr. d. bayer. Hyp.- u.			
W.-Bank à fl. 1000		90⅝	90⅜
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.		100	99⅞
Aktien „ „		826	825
Bayer. Handelsbank-Act.			
„ Vereinsbank		120½	119¾
Württemberg. 4½% Obl.		91⅛	90¾
Oesterreich 4⅕% Silb.-Rte. 6/7		58¾	58
„ Pap.-Rte „			
5% Nation.-Anl. 5/6			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à 116%			
5% Met. Stfr. v. 1866 6/7			
Oest. Bank-Aktie			
„ Cred.-Aktien		276¼	276
„ Oest.-franz. Stsb.-Aktien			

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb. „	234	233¾
Preußen. 4½% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. 2½	95⅜	95⅜
„ 1884 „	94½	94
„ 1885 „	–	
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	105¾	
4% Bad. „ „		
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	6½	
Pappenheimer dto.	5¾	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose	18½	
Oester. 1854er Loose à fl. 250 5/6		
„ 1860er „ à fl. 500 5/7		
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred. Loose		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		300
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		123
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor	95	
Chemische Fabrik Heufeld		76
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn		
„ Siebenbürger Bahn		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. 1. Em. 6/7	77½	77¼
dto. II. „ „		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn „		

	Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn „	79½	79
„ Siebenbürger Bahn „		
„ d. Böhm. Westbahn „		
„ Alföld Fiumander Bahn „	76½	
Wechsel.		
Amsterdam fl. 100 holl. K. S.		100⅛
L. S.		
Augsburg fl. 100 K. S.		
L. S.		100
Berlin Rthlr. 60 K. S.	105⅛	104⅞
L. S.		104⅞
Frankfurt fl. 100 K. S.		
L. S.		100
Hamburg M.-B. 100 K. S.		88⅝
L. S.		88⅝
Leipzig Rthlr. 60 K. S.	105	104⅞
L. S.	105⅛	104⅞
London Pfdst. 10 K. S.	120⅛	119⅞
L. S.	120⅛	119⅞
Paris Fr. 200 K. S.	95⅛	95
L. S.	95⅛	95
Wien fl. 100 K. S.	96⅛	96
L. S.		
Bank-Disconto für Platz-Wechsel		
„ „ Lombard.		
Geldsorten.		
Preuß. Friedrichsd'or	9.59	9.58
20 Francs Stücke	9.30½	9.29½
Preuß. Cassen-Scheine	105⅛	104⅞
Oest. Banknoten	96¼	96

Stimmung günstig; österr. Credit-Aktien zu steigenden Coursen lebhaft gehandelt.

Kgl. Hof- und National-Theater.

Dienstag den 22. März 1870.
Außer Abonnement mit ermäßigten Preisen.

Wallensteins Tod.

Trauerspiel in 5 Aufzügen von Schiller.
Regie: Hr. Jenke.

Personen:

Wallenstein, Herzog zu Friedland, kais. Generalissimus im 30jährigen Kriege . Hr. Dahn.
Octavio Piccolomini, Generallieutenant . . . . Hr. Possart.
Max Piccolomini, sein Sohn, Oberst eines Kürassier-Regiments . . . . . Herr Rohde.
Graf Terzky, Wallensteins Schwager, Chef mehrerer Regimenter . . . . H. Rüthling.
Illo, Feldmarschall, Wallensteins Vertrauter . . . . Hr. Christen.
Buttler, Chef eines Dragoner-Regiments . . . . Hr. Herz.
Major Geraldini . . . . Hr. Reithmayer
Rittmeister Neumann, Terzkys Adjutant . . . . Hr. Häusser.
Ein Adjutant . . . . Hr. Leibold.
Oberst Wrangel, von den Schweden gesendet . . . . Herr Goritz.
Gordon, Kommandant von Eger . . . . Hr. Tomschitz.
Isolani, General der Croaten . . . . Hr. Büttgen.
Ein schwedischer Hauptmann . . . . Hr. Richter.
Der Bürgermeister von Eger . . . . Hr. Leigh.
Gefreiter einer Gesandtschaft von Kürassiren . . . . Hr. Weizlstorfer.
Baptista Seni, Astrolog . . . . Hr. Keller.
Kammerdiener des Herzogs . . . . Hr. Thoms.
Ein Page . . . . Frl. Thoms.
Herzogin von Friedland, Wallensteins Gemahlin . . . . Frl. Weiß.
Thekla, Prinzessin von Friedland, ihre Tochter . . . . F. Dahn-Hausm.
Gräfin Terzky, der Herzogin Schwester . . . . Frl. Ziegler.
Fräulein Neubrunn, Hofdame der Prinzessin . . . . Frl. Ulrich.
Macdonald } Hauptleute . . . . Hr. Hoppe.
Deveroux } . . . . Herr Davideit.
Kürassiere . . . . { Hr. Fernbacher. / Hr. Schwab.
Eine Kammerfrau . . . . Fr. Högner.
Bedienter des Octavio . . . . Hr. Wagner.
Soldaten.

Eröffnung der Kasse um halb 6 Uhr. Anfang um halb 7 Uhr, Ende nach 11 Uhr.

Kgl. Residenz-Theater.

Dienstag den 22. März.

Die heimliche Ehe.

Komische Oper in 2 Aufzügen nach dem Italienischen. Musik v. Cimarosa.
Regie: Hr. Dr. Grandaur.

Personen:

Geronimo, ein reicher Kaufm. . . Herr Sigl.
Elisetta, } seine Töchter . . Frau Vogl.
Carolina, } . . Frl. Leonoff.
Fidalma, Schwest. Geronimos . . Frl. Seehofer.
Graf Robisone . . . . . H. Kindermann.
Paolino, Buchh. b. Geronimo . . Hr. Vogl.
Dienerschaft.

Die Kasse wird um 1/2 6 Uhr geöffnet.
Anfang 1/2 7 Uhr. Ende um 10 Uhr.

Münchener Aktien-Theater.

Dienstag den 22. März.

Drei Paar Schuhe.

Singspiel in 3 Abtheilungen v. K. Görlitz.

Anfang 7 Uhr. Ende nach halb 10 Uhr.

Gestorbene.

Am 18. März. Beer Maria, kgl. Bezirksamtstochter v. Pirmasenz, 15 J. — Gärtner F. Pflasterergehilfe v. Au, 33 J. — Hinterholzer, Kürschnersknabe v. Straubing, 1 J. — Koch, F. Bahnexpeditor v. Schwabing, 62 K. — Osberger L., Ministerialrath, 52 J. — Rose M., Gärtnerswittwe v. Königsbrück, 76 J. — Schmid M., Milchmannsfrau v. h., 52 J.

Verlag u. Redaktion von **Karl Kellerbauer.** — Druck der C. Stahl'schen Buchdruckerei.

// Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr: Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Mittwoch, den 23. März 1870. Nr. 81.

Ausgeburten ultramontaner Phantasie.

Nicht allein in Bezug auf die Machtstellung der Curie und auf den Bildungsgrad der Gläubigen soll das Mittelalter wieder heraufgeführt werden, auch die Chronik der Tagesereignisse wird in den clericalen Organen zum Nachklatsch des Mittelalters gemacht. Vor Kurzem erst machte durch die frommen Blätter die ernsthafte Behauptung von dem durch Juden getrunkenen Blute der Christenkinder die Runde, und nun bringen die kleinen ultramontanen Organe das im Pitaval zu lesende Geschichtchen von dem Pariser Menschenschlächter, der jahrelang Menschenfleisch an die Pastetenbäcker verkauft hat, in modernem Aufputze. Natürlich wird der gläubige Katholik zum Juden gemacht und der confessionslosen Schule wird alle Sündenschuld zugeschoben. In dem in Habelschwerdt — Grafschaft Glatz — erscheinenden Blatte „Der Gebirgsbote" ist nämlich unter der Ueberschrift: „Confessions- und hirnlos" wörtlich zu lesen:

Kaum hat Traupmann, dieses Scheusal in Menschengestalt, die Welt verlassen und in dem Bedienten der Frau Lombard einen würdigen Nachfolger gefunden, nun schon wieder bringen österreichische Zeitungen Berichte über ihre Nachahmer, wodurch obige Zwei als Stümper in ihren schrecklichen Thaten erscheinen: ein Wiener Jude hat sie an Bestialität weit übertroffen. Derselbe, seines Zeichens „Wurstfabrikant", hatte sich durch Lieferung guter Würste bemerkbar gemacht und dadurch viel Zuspruch erlangt. Zwei Landmädchen, welche nach der Residenz zum Markte gekommen, gehen an seinem Laden vorbei, und das Eine, ein nettes junges Bauernmädchen, geht ebenfalls in den Wurstladen, nachdem es seine Gefährtin ersucht, einen Augenblick an der Thüre zu warten. Doch da Jene nach halbstündigem Warten noch nicht zurückgekehrt ist, wird die Wartende ungeduldig und ängstlich und theilt den Sachverhalt einem vorübergehenden Policisten mit, der sofort in den Laden geht und sich nach der Vermißten erkundigt. Der Jude aber leugnet, daß sie im Laden gewesen. Nachdem sich der Policist Verstärkung geholt, wird Haussuchung gehalten, und siehe da, in der abseits gelegenen Fleischbank findet man die — Leiche des Mädchens in mehrere Theile zerlegt und in einem unterirdischen Gewölbe außer ihrem Kopfe noch mehrere andere (das Gerücht sagt von 20, ja sogar 40!). Aus solchem „Stoffe" fabricirte der Unmensch seine beliebte Wurst. Zu solchen scheußlichen Verbrechen führt Confessionslosigkeit, mögen die „Aufgeklärten" darüber denken, was sie wollen. Der Jude und seine sechs Mitschuldigen sollen am 25. d. M. durch das Schwert vom Leben zum Tode befördert werden u. s. w. Zu der dummen Geschichte hat wohl das vor einigen Wochen in den mindergebildeten Kreisen Wiens colportirte Gerücht Anlaß gegeben, man habe in einer der Vorstädte, da, wo die letzten Häuser stehen, einen Mädchenschlächter entdeckt. Das Ganze ist nichts als eine plumpe und ganz dumme Lüge.

Politische Tagesübersicht.

Stuttgart, 20. März. Mit dem heutigen Tage dürfte die Wühlerei gegen das bestehende Kriegsdienstgesetz ihren Gipfelpunkt erreicht haben, indem heute aus allen Theilen des Landes Abgeordnete — etwa 400 an der Zahl — hier eintrafen, um ihren betreffenden Abgeordneten die vorbereiteten Adressen gegen das Kriegsdienstgesetz mit den bis jetzt gesammelten Unterschriften persönlich zu überreichen und sie zugleich aufzufordern, in diesem Sinne in der Kammer zu wirken. Zwar war der ganzen Wühlerei dadurch wenigstens die Spitze in etwas abgebrochen, daß eine größere Zahl von Abgeordneten heute nicht hier anwesend war, da am Freitag Mittag die Sitzungen bis nächsten Dienstag vertagt wurden, und sie sich auf so lange in ihre Heimath begeben hatten, und haben wenigstens zwei Abgeordnete, der des Bezirks Geislingen, Professor Römer, und der des Bezirks Böblingen, Redakteur O. Elben, die Adresse von den Ueberbringern gar nicht angenommen. Dennoch ist der Druck dieser Wühlerei nicht ganz zu unterschätzen. Um 1 Uhr Mittags fanden sich sämmtliche Abgeordnete im großen Saal der Liederhalle zu einer Versammlung ein, in welcher mitgetheilt wurde, daß bis jetzt die Zahl der Unterschriften gegen das Kriegsdienstgesetz 140,048 betrage, so daß dieselbe, da 3 Bezirke bis jetzt noch gar keine, mehrere andere nur einen Theil der Unterschriften eingesendet haben, schließlich wohl über 150,000 anwachsen dürfte. Außerdem wurde den 45 Abgeordneten, welche den Antrag auf Verminderung der Präsenzzeit in der Kammer eingebracht haben, der Dank des Landes hiefür gewidmet, gegen die Regierung ein mittelbares Mißtrauensvotum ausgesprochen, und wurden die Vorgänge in Bayern mit Freuden begrüßt. Rechtsanwalt Wolbach hob außerdem in der Ansprache, mit welcher er die Versammlung eröffnete, hervor, daß mit dieser Wühlerei der Kampf nicht geschlossen sein werde, daß es vielmehr nothwendig sei, Vereinsrecht und Preßfreiheit für die anzustrebenden Ziele auch fernerhin zu benützen und, wenn nöthig, auch an der Wahlurne auf's Neue dem Volkswillen Ausdruck zu geben.

Wien, 21. März. Endlich hat das Ministerium eine Entscheidung in Sachen der Wahlreform herbeigeführt und wie schon landesüblich geworden, ist diese Verhandlung, wie jede bedeutendere politische Frage hier, von einer Ministerkrise begleitet gewesen. Soweit wir unterrichtet sind, hat das Ministerium seine bekannte Wahlreform-Vorlage (Verdoppelung der Abgeordnetenzahl mit Beibehaltung des Gruppensystems) vor Kurzem Sr. Majestät überreicht, um die Ermächtigung zu erhalten, den Entwurf im Reichstag einzubringen. Zur Berathung dieser Angelegenheit fand nun heute Ministerrath statt, in welchem jedoch eine Entscheidung noch nicht erzielt wurde, so daß die bereits vorbereitete Reise Sr. Maj. nach Pest verschoben wurde und nun neue Minister-Conferenzen stattfinden, um eine Einigung herbeizuführen. In dem gestern Nachmittags stattgehabten Minister-Conseil einigte sich das Kabinet in dem Beschlusse, die Wahlreform für diese Session im Reichstage nicht einzubringen, wodurch der bereits gestern telegraphisch gemeldete Austritt Giskra's aus dem Ministerium herbeigeführt ward. Die angeblich zwingende Nothwendigkeit für einen solchen Beschluß soll in den Schwierigkeiten gefunden worden sein, auf welche die Wahlreform in den Abgeordnetenkreisen selbst stieß und die eine Zweidrittel-Majorität wenigstens für diese Session kaum erwarten ließen. Auch die Absicht, die Reichsrathssession mit dem Eintritte der Osterfeiertage zu schließen, soll bestimmend

gewirkt haben, nachdem bei einer so kurzen Sessionsdauer, wie der noch bevorstehenden, es nicht leicht möglich gewesen wäre, die Details der Wahlreformfrage in beiden Häusern des Reichsrathes verfassungsmäßig erledigen zu können. Um jedoch wenigstens einen sehr kleinen Theil der mit der Wahlreform angestrebten Ziele zu erreichen, will, wie man uns weiter berichtet, die Regierung im Reichstage eine Vorlage einbringen, welche das bestehende Nothwahlgesetz in dieser Richtung abändert, daß auch in Fällen, wo gewählte Abgeordnete ihre Mandate zurücklegen, die direkten Reichsrathswahlen eintreten können. Der Schluß der Session mit dem Eintritte der Osterfeiertage wird durch die Nothwendigkeit, die parlamentarische Zeiteintheilung zu regeln, motivirt.

— Der Bericht des Budget-Ausschusses über den Staatsvoranschlag für das Jahr 1870 liegt jetzt vor. Unter den Sub-Berichten über die einzelnen Capitel des Staatsvoranschlages von den verschiedenen Berichterstattern macht sich besonders der des Abg. v. Czedik über das Unterrichtsministerium sowohl wegen seines Eingehens in den zu behandelnden Stoff, als wegen der Klarheit, die er über denselben verbreitet, bemerkbar. Die heute beginnende Budgetdebatte wird Gelegenheit bieten, auf einzelne Theile des Budgets zurückzukommen; für heute wollen wir blos die Hauptziffern des Finanzgesetzes mittheilen. Nach den Beschlüssen des Budget-Ausschusses betragen die gesammten Staatsausgaben 320,646,158 fl., die Einnahmen 317,195,040 fl. Der sich ergebende Abgang mit 3,451,118 fl. wird durch die Aufnahme einer schwebenden Schuld gedeckt. Die bestehenden Steuerzuschläge werden auch im Jahre 1870 eingehoben und für den in diesem Jahre zur Rückzahlung gelangenden Theil der allgemeinen Staatsschuld wie in den Vorjahren Obligationen der einheitlichen Rentenschuld in gleichem Betrage ausgegeben.

— Der Kaiser hat genehmigt, daß die einzige noch bestehende Disciplinar-Compagnie zu Olmütz mit Ende Februar 1870 aufgelöst werde. Eine Verordnung des Reichs-Kriegs-Ministeriums hebt die bisherigen geheimen Conduitenlisten in der Armee auf und setzt an deren Stelle commissionel abzufassende Qualificationslisten, welche jedem Offizier zur Einsicht offen liegen.

Prag, 21. März. Der Verein zur Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse versendet eine Broschüre, welche Auszüge aus Vogt's Vorträgen enthält. Dagegen hat die Geistlichkeit überall heftigen Einspruch erhoben. In Kaaden wurde gegen Vogt wüthend gepredigt, so daß alle Anwesenden die Kirche verließen. — Narodi Listy dementiren die Mittheilung der Bohemia, daß Rieger und Sladkowsky wegen Ablehnung der Einladung der Regierung eine mißbilligende Aeußerung Sr. Majestät des Kaisers zugekommen sei.

Bodenbach, 21. März. Ueber telegraphischen Auftrag des Handelsministers wurde die commissionelle Begehung der Dux-Bodenbacher Eisenbahn plötzlich eingestellt. Der Grund dieser Verfügung ist nicht bekannt.

Berlin, 20. März. Ueber die Vereinbarung Behufs Auseinandersetzung des beweglichen vormaligen Bundeseigenthums hat der Ausschuß für Landheer und Festungen einen interessanten Bericht zur Erläuterung seiner drei Anträge erstattet, welche die Zustimmung des Bundesrathes gefunden haben. Es werden zunächst die vorjährigen Verhandlungen der Auseinandersetzungcommission in München und der süddeutschen Festungscommission beleuchtet und daran der Antrag geknüpft, der protocollarischen Vereinbarung über die künftige Behandlung des gemeinschaftlichen beweglichen Eigenthums in den ehemaligen deutschen Bundesfestungen die Genehmigung zu ertheilen. Hinsichtlich der Beschlüsse über den baaren Erlös des veräußerten Festungsmaterials empfiehlt der Ausschuß, daß die einzelnen Staaten von ihren etwa geltend zu machenden Ansprüchen auf Theilung nach Matricularquoten absehen, wie solches bereits von der Krone Preußens im Interesse der Wehrhaftigkeit des Bundes rücksichtlich des aus Luxemburg erworbenen Materials der Fall gewesen (welches meistens zur weiteren Armirung von Mainz verwandt worden), und auch ihrerseits sich damit einverstanden erklären, daß ihr Guthaben an der Restsumme von 155,752 fl. 43 kr. der Bundes-Militärverwaltung überwiesen werde.

Berlin, 20. März. Die gestrigen wichtigen Abstimmungen des Reichstages, die mit der Annahme des § 109 in einer für die gesetzlichen Anforderungen ungleich mehr geneigten Form geendet haben, sollen, wie man hört, den Regierungskreisen unwillkommen gewesen sein. Die Kritik, welche die liberalen Amendements auf Seiten der conservativen Rechten während der Debatte hervorriefen, ließ diese Unzufriedenheit schon ziemlich vorhersehen. Man wird sich indessen wohl nach einiger ruhigen Ueberlegung mit dem Ergebnisse der letzten Reichstags-Sitzungen versöhnen. Ist das Argument der Conservativen begründet, daß in Preußen die Gesetzlichkeit in der Verwaltung am Wenigsten Schaden erlitten habe, so ist die Beschränkung des früheren Polizeistaates, welche die angenommenen Amendements im Auge haben, ja ganz unbedenklich. Diese haben dann mehr eine Bürgschaft bieten wollen gegen die Wiederkehr ehemaliger Zustände, deren Restauration in dem neuen Deutschland selbst unsere Ultras wohl kaum als möglich sich vorstellen werden. Wenn es der Regierung mit der Annahme des Strafgesetzbuches im Uebrigen Ernst ist, so wird sie sich vor dem § 108 in dessen gegenwärtiger Gestalt nicht zu fürchten brauchen. Niemand wird sich darüber so grämen, wie die Partikularisten im Süden oder wer sonst von der bösen Nachrede gegen den norddeutschen Bund sein politisches Leben fristet.

— Die Petitionscommission des Reichstages hat sich vorgestern mit einer interessanten Eingabe von mehr als 4000 norddeutschen Sanitätsbeamten, Mitgliedern städtischer Communalbehörden, Aerzten u. s. w. beschäftigt. Art. IV Nr. 15 der Bundesverfassung überträgt dem Norddeutschen Bunde auch die Maßregeln der Medicinal- und Veterinärpolizei. Darauf stützt die Eingabe ihre Bitte an den Reichstag, derselbe wolle bei dem Bundesrathe die Vorlage eines Gesetzes beantragen, welches als Grundlage für die Verwaltungsorganisation der öffentlichen Gesundheitspflege dienen soll; zugleich wird vorgeschlagen, eine Commission von Sachverständigen einzusetzen, welche die Vorarbeiten für jenes Gesetz machen solle, und es werden die von der vorjährigen Innsbrucker Versammlung deutscher Aerzte und Naturforscher gefaßten Beschlüsse zur besonderen Berücksichtigung empfohlen. Die Petitionscommission hat geglaubt, sich mit der Ueberweisung der Petition an den Bundeskanzler nicht begnügen zu dürfen, sondern schlägt dem Reichstage vor, den Bundeskanzler um Vorlage eines Gesetzes im Sinne der Petenten zu ersuchen.

— Es mehren sich die Anzeichen dafür, daß mit der Zeit das gesammte Eisenbahnwesen in Norddeutschland dem Bundesorgane unterbreitet werden wird. Den beabsichtigten Anträgen Seitens des Reichstages, auch die Concessionirung des Eisenbahnwesens vom Bunde ausgehen zu lassen, sind bis jetzt allerdings Hindernisse entgegengetreten, welche indessen, wie man glaubt, in nicht allzuferner Zeit beseitigt werden möchten.

— Seit einigen Tagen weilt hier eine Deputation von Spiritus-Interessenten aus verschiedenen Bundesstaaten unter besonders namhafter Betheiligung aus Sachsen, welche hier für die Einführung der Spiritus-Fabrikatsteuer thätig sein will. Die Deputation hatte Audienzen bei dem Staatsminister Delbrück und dem preußischen Handelsminister Grafen zu Itzenplitz. Es gilt der ganze Vorgang als Beginn einer großen Agitation über diese Frage in Deutschland. Inzwischen verlautet, daß der Deputation ein ähnlicher Bescheid geworden, wie auf einen ähnlichen Antrag Mecklenburg-Schwerins im Bundesrathe; man will an maßgebender Stelle hier zunächst noch weitere Erfahrungen machen, im Principe aber wohl schwerlich die Raumsteuer aufrecht erhalten.

— Der Bundesbevollmächtigte Bremens hat beim Bundesrathe einen Antrag gestellt, wonach in Zukunft die Verleihung von Ehrengaben an fremde Seeleute, welche norddeutschen Schiffen in Seenoth Hilfe geleistet haben, von Bundeswegen erfolgen und in einer mit dem Gebrauche anderer Seestaaten übereinstimmenden Weise geregelt werde. Der Antrag geht davon aus, daß die norddeutsche Handelsmarine eine einheitliche sei. Wie man hört, hofft man auf Annahme des Antrags Seitens des Bundesraths.

Kassel, 20. März. Eine an sich nicht bedeutende, aber für

unsere eigenthümlichen politischen Verhältnisse nicht unwichtige Entscheidung muß demnächst vom Cultus-Ministerium getroffen werden. Bekanntlich wurde zu der Zeit, als unser höheres und niederes Schulwesen nach dem Muster des preußischen neu organisirt wurde, gegen Hrn. v. Mühler der Vorwurf erhoben, derselbe habe nur Männer, welche einer ganz bestimmten kirchlich strengen Partei angehörten, bei Besetzung der wichtigsten Stelle berücksichtigt und Männer, wie z. B. den bekannten Literarhistoriker Kreyssig, nicht für fähig erklärt, eine Direktorialstelle zu bekleiden, weil sie eben nicht zu dieser Partei gehörten. Ohne Zweifel zählte doch auch der vormalige Direktor des christlichen Gymnasiums von Gütersloh, Herr Dr. Rumpel, der zum Provincial-Schulrath für Hessen-Nassau damals ernannt wurde, zur äußersten kirchlichen Rechten, und ein hessischer Gymnasiallehrer, welcher zu einer Direktorstelle befördert wurde, war früher Treubundsmitglied bei uns. Jetzt ist nun wieder ein Gymnasial-Direktor zu ernennen, und zwar hier in Kassel, an dem wichtigsten Gymnasium des Regierungsbezirks. Wird nun abermals ein Parteigänger der Kreuzzeitung oder unserer ehemaligen Hessenzeitung diese Stelle davontragen, so wird damit bestätigt werden, daß lediglich der Parteistandpunkt bei derartigen Ernennungen in das Auge gefaßt wird. Man verlangt hier zu Lande nicht im Entferntesten, daß irgend ein Anhänger der nationalliberalen Partei, oder ein Fortschrittler, oder ein Freigeist Direktor werde, sondern nur, daß unsere Schulen nicht sämmtlich unter die Leitung von Männern gestellt werden, die den äußersten kirchlichen und politischen Parteien angehören, und daß tüchtige Schulmänner nicht darum vom Vorrücken in Direktorialstellen ausgeschlossen werden, weil sie in ihrer religiösen oder politischen Richtung nicht mit den persönlichen Ueberzeugungen der Herren Wiese und Rumpel übereinstimmen. Die politischen Freunde Preußens in Hessen wünschen sehr, daß man in Berlin in dieser Beziehung endlich einmal eine Politik aufgeben möge, durch welche nur der Widerstand der Vilmarianer gegen jede neue Regierungsmaßregel neu belebt und die Anhänger der neuen Regierung mißmuthiger gemacht werden. Hoffentlich bestätigt sich wenigstens das Gerücht nicht, daß man ein Haupt der Vilmar'schen Partei und einen früheren Herausgeber des Vilmar'schen Volksfreundes zum Direktor dahier designirt habe. Derselbe ist freilich jüngsthin, doch wohl auf Betrieb des Herrn Rumpel, durch einen preußischen Orden ausgezeichnet worden.

Paris, 20. März. Rochefort ist doch bereits gestern Abend um $10^1/_2$ Uhr nach Tours gebracht worden. Seine Escorte bestand aus zehn Agenten und einem officier de paix. Der junge Mann von 18 Jahren, der sich unter den wegen des Complottes Angeklagten befindet, ist in Freiheit gesetzt worden. Derselbe ist neulich in Mazas an den Blattern erkrankt, und man wollte nicht, daß er im Gefängniß sterbe. — Der Moniteur wirft heute Rouher vor, in der Sitzung vom 12. März geradezu gelogen zu haben. Rouher sagte nämlich in derselben, daß die Minister der Commission, welche mit der Frage betreffs der Maires betraut ist, auf ihre Anfragen noch keine Antwort habe zukommen lassen, während ihr Ollivier vor dieser Sitzung mitgetheilt hatte, daß die Regierung noch keine Antwort ertheilen könne, weil sie sich zuerst mit dem Kaiser benehmen müsse. Die Angriffe der Rouher'schen Organe gegen das Cabinet werden übrigens jeden Tag heftiger. Der Rappel de Provence steht wieder unter einer Anklage. Bekanntlich wurde er bereits vier Mal verurtheilt.

Paris, 21. März. Gestern ist eine österreichische Depesche eingetroffen, worin die Gründe, weßhalb das Wiener Cabinet die Zulassung eines Abgesandten zum Concil nicht verlangte, auseinandergesetzt werden. — Daru bereitet eine weitläufige, nach Rom zu richtende Note vor und wird die sämmtlichen katholischen Cabinete auffordern, derselben beizustimmen. Die Unterhandlungen zur Herbeiführung dieser Verständigung sind bereits eröffnet.

Paris, 21. März. Der Francais betrachtet die reactionäre Intrigue, welche dahin abzielte, die Regierung an der Durchführung der beabsichtigten Verfassungs-Aenderungen zu verhindern, als vereitelt. Der Francais fügt hinzu, daß der Kaiser auf den liberalen Entschlüssen fest beharrt, die auf Vorschlag des Cabinets gefaßt wurden.

— Der „Français" und der „Mon. Univ." erfahren aus Rom übereinstimmend, daß die Discussion über die Canones de ecclesia einstweilen bis nach Ostern vertagt worden ist. Das Concil soll sich dem „Français" zufolge zunächst mit dem Schema de fide beschäftigen. Dieser Umstand habe es auch allein dem Marquis de Banneville möglich gemacht, sich zeitweilig von Rom zu entfernen. Das Gerücht von der Entlassung des Hrn. v. Banneville erklärt der „Moniteur" für ganz aus der Luft gegriffen.

— Der Justizpalast in Paris war, wie bereits gemeldet, der Schauplatz eines tragischen Ereignisses. Zwei Ehegatten, Froa, welche in einem Ehescheidungsprozeß begriffen sind, sollten vor dem Präsidenten erscheinen; sie begegneten sich an der Thür des Präsidial-Kabinets und es entspann sich ein Streit, da die Frau sich weigerte, in die Wohnung des Mannes zurückzukehren, und der Letztere immer dringender wurde. Plötzlich zieht er einen Revolver aus der Tasche und drückt zwei Schüsse auf seine Frau ab; eine Kugel trifft sie in den Arm und sie wird ohnmächtig in das Cabinet des Präsidenten getragen. Der Corridor war voll von Menschen und es ist ein wahres Wunder, daß zwei Advokaten, welche in nächster Nähe der Frau standen, unversehrt blieben.

England. Die Feier des St. Patrickstages war in allen Theilen des Landes von den gewöhnlichen Kundgebungen zu Ehren des Schutzheiligen Irlands begleitet, ging aber mit erfreulicher Ordnung vor sich. Ohne eine kleine Demonstration konnte es in Dublin indessen nicht abgehen. Zwar wurden der Vicekönig, Earl Spencer, und seine Gemahlin, als sie mit den Nationalfarben geschmückt auf dem Balkon des Schlosses erschienen, mit herzlichen Zurufen empfangen, als darauf aber ein Militärcorps die englische Nationalhymne anstimmte, mischte sich ein nicht zu überhörendes Zischen in den Beifall.

Florenz, 19. März. Der Economista d'Italia sagt, die Ansicht der englischen Kronjuristen sei im Principe dem Projecte einer Gerichtsorganisation in Egypten günstig, und fügt hinzu: Wenn unsere Informationen richtig sind, so erkennen die betheiligten Regierungen die Nothwendigkeit dieser Reform an, aber sie glauben, daß eine radicale Reform nicht möglich sei ohne die Mitwirkung aller Regierungen, welche in Egypten zahlreiche und wichtige Interessen besitzen und theilt weiter mit, die Finanzangelegenheiten von Tunis besprechend, der letzte Collectivschritt Italiens, Frankreichs und Englands habe die letzten Schwierigkeiten behoben, welche der Bey der Finanzcommission entgegenstellte.

Rom. Die Unità Cattolica bringt aus der Nummer der Nazione vom 12. März den Wortlaut des Unfehlbarkeits-Schema's, obschon dasselbe, wie sie sagt, nur durch eine Verletzung der Pflicht und sogar des Eides bekannt geworden sei, um den wahren Katholiken eine so süße Freude im Voraus mitzutheilen. „Solche Principien", sagt sie, „können nur in Blättern wie Nazione und ähnlichen erscheinen, weil Leute, welche die gute Eigenschaft haben, ihren Pflichten untreu zu werden, nicht Correspondenten clericaler Blätter sein können." Die Unità Cattolica hat es offenbar schon vergessen, daß sie für ihre „auffallenden Indiscretionen" zu Anfang des Concils von Rom aus einen starken Verweis erhalten hat. Unter dem gallicanisch gesinnten Theile der französischen Prälaten soll die Ansicht herrschen, das jenes Geheimniß nur dann verbindlich sein würde, wenn es vom Concil auferlegt worden sei, daß aber nach gallicanischen Grundsätzen der Papst an und für sich einer solchen Vorschrift keine gesetzliche Kraft geben könne; von einem Eidbruche kann natürlich keine Rede sein, da die Bischöfe gar keinen Eid geleistet haben; ein solcher ist nur den Beamten des Concils auferlegt.

Rom, 16. März. Wie verlautet, haben etwa 100 Bischöfe ihre Bemerkungen über das Schema von der Unfehlbarkeit eingesandt. Da der Discussion über dieselbe ordnungsgemäß die des Schema's de fide und de ecclesia vorangehen soll, so haben, um die Sache nicht länger zu verzögern, eine große Zahl Bischöfe am 12. März eine Petition an das Präsidium des Concils gerichtet: es möge bei der Feststellung der Berathungsgegenstände dem Schema von der Unfehlbarkeit der Vortritt gelassen werden. — Die Herren Fürstbischöfe

Riccabona von Trient und Wiery von Gurk haben aus Gesundheitsrücksichten vom hl. Vater Urlaub erbeten und erhalten, und werden beide Oberhirten die Fasten- und Osterzeit in ihren Diöcesen zubringen.

— Die Antwort des römischen Stuhls auf die bekannten Forderungen Frankreichs ist dem Vernehmen nach festgestellt. Der Papst erklärt, daß er allerdings aus Gründen der Zweckmäßigkeit von dem Erlaß einer Einladung an die katholischen Mächte, sich durch Specialbevollmächtigte auf dem Concil vertreten zu lassen, Umgang genommen habe — und die bisherige Haltung der Mächte berechtige zu dem Schlusse, daß sie auch ihrerseits die Gründe gewürdigt —, daß er jedoch, wenn diese Mächte jetzt eine Mitwirkung der gedachten Art wünschen sollten, gegen die nachträgliche Zulassung ihrer Vertreter keinen Widerspruch erheben werde. Nur werde zuvor die Stellung dieser Repräsentanten in Ausübung ihres Mandats durch eine Vereinbarung zu regeln sein, und der Fortgang der Arbeiten des Concils dürfe dadurch keine Verzögerung oder Unterbrechung erleiden.

Der **schwedische** Reichstag hat am 14. März mit der Berathung des Budgets begonnen. Der radicale Abgeordnete Hedin stellte in der Zweiten Kammer gleich beim ersten Abschnitt (Civilliste) den Antrag, es möge beim Könige angefragt werden, ob er wohl in eine allmähliche Verringerung der für seine Hofhaltung ausgesetzten Summe willigen würde. Bei der Abstimmung erklärten sich 87 Stimmen dafür und nur 96 dagegen. Der Antrag war somit abgelehnt, aber eine so starke Minorität ist doch bedenklich genug. Die Erste Kammaer hat die für den Bau neuer Kriegsschiffe verlangte Summe verweigert. Die Zweite Kammer hat die Gagenverbesserungen für die eingetheilte Armee genehmigt und mit 117 Stimmen gegen 60 den Kostenananschlag für die Waffenübungen der eingetheilten Armee gutgeheißen.

Rußland. Die unnatürlichen Lehren der Skopzensecte haben merkwürdiger Weise auch unter den im Gouvernement Petersburg ansässigen Lutheranern zahlreiche Anhänger gefunden. Einer der eifrigsten lutherischen Sectirer dieser Kategorie, Namens Abramow, war wegen seines Uebertrittes zur Skopzensecte zur Criminal-Untersuchung gezogen worden. Das Gericht erster Instanz sprach ihn zwar aus dem Grunde frei, weil das gesetzliche Verbot des Uebertrittes zu einer anderen Confession nur auf die Bekenner des orthodoxen Glaubens, nicht aber auf die Lutheraner Anwendung finde; doch wurde dieses Erkenntniß vor einigen Tagen vom Gerichte in zweiter Instanz aufgehoben und der Angeklagte als Anhänger einer unchristlichen und staatsgefährlichen Secte zu mehrmonatlichem Gefängnisse verurtheilt.

— Es ist bemerkenswerth, daß seit einiger Zeit das französische Wesen, das bisher bei den Russen eine Hauptrolle spielte und für ein Kennzeichen höherer Bildung galt, der Vorliebe für das englische das Feld räumt. Die englische Sprache gewinnt in den gebildeten Familien immer mehr Verbreitung; Engländerinnen sind als Bonnen und Gouvernanten vorzugsweise gesucht und die Liebhaber-Theater in Petersburg fangen an, englische Stücke aufzuführen. Mit der Vorliebe für die englische Sprache geht die Nachahmung englischer Sitten und Einrichtungen Hand in Hand, Sport und Parforcejagd sind bereits Lieblings-Vergnügungen der reichen russischen Aristokratie und auch die Thierschutzvereine finden immer mehr Aufnahme. Generale und hochgestellte Civilbeamte geizen nach der Ehre, Mitglieder eines Thierschutzvereins zu sein! Auch in Warschau ist ein solcher Verein von den russischen Beamten ins Leben gerufen, der eine wahre Ironie ist auf die Quälereien, welche die dortigen Einwohner vielfach von russischen Beamten zu erdulden haben.

Nachrichten aus **Kairo** vom 12. d. zufolge scheinen die Colonisationsprojecte aufgegeben. Der ausgezeichnete Stand der Feldfrüchte läßt ein gesegnetes Jahr erwarten. Es ist das Gerücht von einer baldigen Reise des Khedive in ein Pyrenäenbad verbreitet.

Bayerische Angelegenheiten.

— Wie wir vernehmen, wird zur Zeit unter hiesigen Mitgliedern der Fortschrittspartei die Frage wegen Zusammenberufung des Landesausschusses der Partei nach München lebhaft besprochen. Es handelt sich nur mehr um den Zeitpunkt der Zusammenkunft, ob vor dem Beginn der Zollparlamentssession oder nach dem Schlusse derselben bei der Wiederaufnahme der Thätigkeit unserer Kammern. Wenn unsere Kammern während der Tagung des Zollparlaments nicht vertagt, sondern deren Plenarsitzungen nur ausgesetzt werden, — sonach Gewißheit darüber besteht, daß die Abgeordneten der Fortschrittspartei zu Anfang des Monates Mai wieder vollzählig in München anwesend sind, so wird höchst wahrscheinlich erst nach dem Schlusse des Zollparlamentes diese Delegirtenversammlung stattfinden.

Lokales und Provinzielles.

München, 22. März.

* Der VII. liberale Bezirksverein faßte gestern in seiner Versammlung folgende Resolution in Betreff der Bürgerwehr: „Nur die Gemeinden sollen ermächtigt sein, eine Bürgerwehr zu errichten, und diese nur innerhalb der Gemeinden zur Aufrechterhaltung der Ordnung verwendet werden können.“ — Der II. liberale Bezirksverein erklärte sich in seiner Sitzung bezüglich dieser Angelegenheit mit dem Vorgehen des Magistrats einverstanden.

(Tagesbericht.) Das Haus Nr. 8 am Johannesplatze in Haidhausen war gestern Abends 9 Uhr der Schauplatz eines entsetzlichen Verbrechens. Der daselbst wohnende ehemalige Herrschaftsbediente und nunmehrige Nationalmuseumsdiener Sebastian Reßzger, 31 J. alt, Vater von zwei im Alter von 5 und 2 Jahren stehenden Kindern machte den Versuch, seine schlafende Ehefrau, mit der er seit einiger Zeit in Unfrieden lebte, erst dadurch zu ermorden, daß er ihr siedendes Blei ins linke Ohr schüttete, dann würgte und drosselte er die Arme, welche ein herzzerreißendes Schmerzgeschrei ausstieß, drückte sie dann unter die die Bettdecke, um sie zu ersticken, hielt einen Augenblick inne, um die erwachten schreienden Kinder zu beruhigen, warf sich wiederholt auf die Fliehende, welcher es jedoch gelang, die Hausbewohner herbeizurufen und sich in der Wohnung eines derselben zu bergen. Der Unmensch bezeichnete als Motiv für seine gräßliche That eine von seiner Frau angeblich gemachte, für ihn bedrohliche Aeußerung; wie kaum zu bezweifeln, ist jedoch das Motiv tiefer gelegen, wenn auch zur Zeit noch nicht völlig aufgeklärt. Eine unmittelbare Lebensgefahr scheint zwar für die arme Frau im Augenblick nicht zu besorgen, das Gehör jedoch verloren zu sein.

ϱ (Aus der öffentlichen Magistratssitzung.) Zu Beginn der Sitzung bemerkte Mag.-Rath Billing, der Landbote enthalte in seiner neuesten Nummer einen Artikel in Bezug auf den Plan des Architekten Mellenburg für die neue protestantischen Kirche, der im Zusammenhalt mit den hier verbreiteten beunruhigenden Gerüchte über diesen Plan ihn in Berücksichtigung des Umstandes, daß zu den für Rathhausbau, Giesinger-Kirche ꝛc. verwendeten Summen nicht noch eine weitere komme, zu einem Antrage veranlasse. Im Schooße der protestantischen Kirchenverwaltung selber — zwischen der alten und neugewählten — seien wegen des Kirchenbaues große Differenzen entstanden. Der Plan heiße es, sei praktisch gar nicht durchführbar, nicht bloß, weil der Kostenvoranschlag viel zu niedrig gegriffen sei, sondern weil auch schwere technische Bedenken dagegen sprächen. Die schwachen Mauern könnten, heiße es, das Dach nicht tragen, die Eingänge und Treppen seien zu eng, der Priester müsse um die Kirche herum, um von der Sakristei in die Kirche zu kommen, sie sei viel zu finster, fasse zu wenig Leute, und habe reiche, dem Beschauer aber nicht sichtbare Facaden. Der ganze Plan sei geschmacklos und auch der Kunstbauausschuß habe sich gegen denselben ausgesprochen; sogar die Kuratelbehörde (Regierung) habe sich theilweise gegen denselben ausgesprochen, glaube aber, daß durch Abänderungen geholfen werden könne. Er wundere sich, daß Hr. Mag.-Rath Pfeiff, der in dem Kirchenbauausschusse sitze, hierüber noch keine Mittheilung gemacht habe. Magistratsrath Pfeiff erklärt, daß in der letzten Cumulativsitzung der Kirchenverwaltung und des Kirchenbauausschusses der Plan nochmals der obersten Baubehörde zur Prüfung vorzulegen beschlossen worden sei, und daß er habe erst das Resultat hievon abwarten wollen, um dann Bericht zu erstatten. Billing verwahrt sich dagegen, daß

die Curatelbehörde über die Verwendung der 100,000 fl. bestimme und der Cumulativausschuß endgiltig sich entscheide, ehe der Magistrat sich nochmals geäußert habe und reicht den Antrag schriftlich ein, daß die Kuratelbehörde auch den abgeänderten Plan nochmals aufs Genaueste prüfen und das Resultat der Prüfung dem Magistrat mittheile, damit nicht wieder, wie beim Kirchenbaue in Giesing die Gemeinde in Mitleidenschaft gezogen werde. — Ferner wird nach dem Antrage des Bauausschusses beschlossen, behufs Abbruches der Stadtmauer vom Angerthor bis zum Brunnhaus und Wasserthurme am Angerbache die Treibhäuser in den hiefür um 200 fl. Jahreszins erworbenen Theil des Gartens des hl. Geistspitals zu verlegen, mit dem Abbruch aber noch zu warten, bis bestimmt ist, wohin die Landesproduktenhalle, die auf den neugewonnenen Platz verlegt werden solle, zu stehen kommen wird, weil sonst der Ausfüllungsschutt des Grabens bei deren Fundirung wieder bei Seite geschafft werden müßte. Ferner wurde auf Billings Antrag und nach längerer Debatte, auf welche wir morgen näher eingehen werden, das Gesuch um den Abbruch des Brunnhauses, des Wasserthurmes und der Mauer bis zum Sendlingerthore instruiren zu lassen, genehmigt. — Dem Beschlusse des Gemeindecollegiums hinsichtlich der Prozessionskosten wurde zugestimmt. (Schluß f.)

In **Staffelstein** wurde, wie man den N. Anz. berichtet, von einer zahlreich besuchten Bürgerversammlung einhellig beschlossen, eine Adresse gegen die Einführung des neuen Bürgerwehrgesetzes und eine Anschlußerklärung an die (Kaiserslauterer) Adresse der Volkspartei in der Wehrfrage an die Abgeordnetenkammer zu senden.

Nürnberg, 20. März. Die seinerzeit hier aufgelegte Adresse für Einführung von konfessionslosen Schulen hat, wie man aus den amtlichen Mittheilungen in der letzten Magistratssitzung erfuhr, beiläufig 2800 Unterschriften erhalten.

— Wie die N. Würzb. Ztg. berichtet, liegt der quiesc. Regierungspräsident Frhr. v. Zu-Rhein an einer schweren Krankheit hoffnungslos darnieder.

Lindau, 19. März. Heute verließen die Mitglieder der Conferenz von Zoll- und Verkehrsbeamten der Bodenseeuferstaaten nach zehntägigen Berathungen unsere Stadt. Ihre Vereinbarungen, Erleichterung des Verkehrs von Gütern, welche auf einem Zollgebiet in das andere über den See eintreten, betreffend, sind den resp. Regierungen zur Sanktion unterbreitet. — Die starken Regengüsse der letzten Tage haben große Ueberschwemmungen der nächsten Zuflüsse des Bodensees verursacht. Namentlich hat die Laibach viele Verheerungen angerichtet. Die Bewohner des Rheinthales sind in großer Besorgniß vor einem neuerlichen Ausbruch des Flusses.

Gerichtssaal.

xx **München**, 21. März. (Anklage gegen Banquier Feustel und Polizeiofficiant Schnitzlein.) Als erste Zeugin wird Fräulein Amalie Rickmann aus St. Gallen vernommen, da Frau Schultheß laut eines eingelaufenen Briefes in Folge der Entbindung, krank in Wien weilt. Dieselbe deponirt folgendermaßen, nachdem sie vom Vorsitzenden ernstlich auf die Heiligkeit des Eides und die Folgen des Meineides aufmerksam gemacht worden war. Sie habe sich am 8. Dez. vor. Js. Vormittags gegen 9 Uhr im Zimmer bei ihrer Freundin, Frau Schultheß, befunden, um sich von derselben zu verabschieden, da sie noch im Laufe des Vormittags nach Schleißheim, die Schultheß'schen Eheleute aber ebenfalls noch am selben Tage München verlassen wollten. Da sei Frau Schultheß durch den Portier hinausgerufen worden und mit ganz verstörter Miene wieder hereingekommen und habe mitgetheilt, der Portier habe ihr gesagt, unten seien Angestellte der Polizei, welche Hrn. Schultheß verhaften wollten. Beide seien aufs Heftigste hierüber erschrocken, und sie sei mit einer Droschke zu Weinwirth Neuner gefahren, wo sie Hrn. Schultheß benachrichtigt habe, und dann wieder zu Frau Schultheß zurückgekehrt sei. Bald darauf habe sie und Frau Schultheß eine Stimme auf dem Gange gehört, welche gerufen habe: „Nichts, Nichts, der Koffer bleibt da, den belege ich mit Beschlag." — Gleich darauf sei Hr. Feustel ins Zimmer eingetreten und habe auf die Antwort der Frau Schultheß, daß ihr Mann nicht da sei, schon wieder das Zimmer verlassen wollen, da sei Schnitzlein hereingekommen, habe barsch nach Hrn. Schultheß gefragt und was sie (Rickmann) da wolle und sagte, nachdem sie ihm mitgetheilt, daß sie zu Besuch bei ihrer Freundin und gerade im Momente, sich zu verabschieden, gewesen sei, es handle sich hier um einen falschen Wechsel, den Schultheß an Hrn. Feustel verkauft habe; es dürfe nun keine der Frauen das Zimmer verlassen, noch von den Effekten etwas weggeschafft werden, bis er entweder den Aufenthalt des Schultheß wisse, oder bis das Geld für den Wechsel beschafft sei, und habe gedroht, sie beide zu verhaften, falls seinem Befehle nicht nachgekommen würde. Die beiden Frauen hätten sich nun berathen, was zu thun sei, und Schnitzlein habe auf die Erklärung der Frau Schultheß, daß sie nur über 30 bis 40 fl. disponiren könne, gesagt, dieß sei zu wenig. Sie, Rickmann, habe in ihrer Angst sich endlich entschlossen, bei der ihr befreundeten Kaufmannsgattin M. von hier, die zur Bezahlung des Wechsels nöthige Summe zu holen, doch habe ihr Schnitzlein anfänglich ihre Entfernung nicht gestatten wollen, endlich aber doch darein gewilligt und dabei bemerkt, um 11 Uhr wolle Hr. Feustel fort; „wenn sie bis dahin das Geld schaffen, so kennen wir sie nicht weiter, bleiben gute Freunde und kümmern uns auch nicht weiter um Schultheß," wenn aber das Geld nicht beschafft werde, so werde er von seiner Amtsvollmacht Gebrauch machen. Hr. Feustel habe seine Uhr gezogen, sie betrachtet und gesagt, wenn er bis 11 Uhr sein Geld habe, reise er ab, und ihnen die Hand darauf gegeben, daß dann die Sache keine weitern Folgen haben werde. Nachdem sie das Geld geholt und bezahlt habe, sei Feustel und Schnitzlein fort und Ersterer habe versprochen, den Wechsel, den er nicht bei sich hatte, so bald als möglich der Frau Schultheß zu schicken. Sie selber sei dann zu Neuner und habe Pühler von dem Vorgange unterrichtet; dieser sei ganz empört darüber gewesen und habe gesagt, Feustel müsse das Geld wieder hergeben. Sie sei hierauf zu Feustel gegangen und hab das Geld zurückgefordert, und dieser habe gesagt, wenn sie das Geld wolle, möge sie die Sache weiter verfolgen, und sie würde dann schon die Folgen sehen. Sie habe das Geld nur deßwegen beigeschafft, weil sie für die Gesundheit ihrer Freundin gefürchtet habe, und sich die Unannehmlichkeit der Oeffnung ihres Koffers, in dem sich Privatbriefe befanden, nicht aussetzen wollte. Hr. Feustel beharrt auf seinen früheren Erklärungen und sagt namentlich, daß er gar nie, auch auf größeren Reisen nicht, eine Uhr trage; auch Schnitzlein bezeichnet alle Angaben der Rickmann, soweit sie von seinen Depositionen abweichen, als Unwahrheiten. Die HH. Appellrath Stenglein, Fabrikant Kolb aus Bayreuth und Landtagsabg. Theodor Wagner, welche Hrn. Feustel schon lange, zum Theil von Jugend auf kennen, erklären, daß Feustel wirklich nie eine Uhr trage und diese Eigenheit schon manche Heiterkeit verursacht habe. Der Gasthofbesitzer Heymann, dessen Portier und Hausknecht bestätigen, soweit sie bei dem Vorgange betheiligt erschienen, die Angaben der HH. Feustel und Schnitzlein, und wurde durch ihre Aussagen constatirt, daß die Begegnung des Hausknechtes mit dem Koffer und des Schnitzlein in der Einfahrt, nicht in der Nähe des Zimmers der beiden Frauen stattfand und diese also von Schnitzleins Worten, da das Treppenhaus unten durch eine Thüre abgeschlossen ist, wohl nichts hören konnten. Ferner sagt der Hausknecht, daß Schnitzlein ihm auf seine Frage, ob er einen Verhaftsbefehl für Schultheß habe, antwortete: Nein, aber ich möchte nur, daß Hr. Feustel zu seinem Gelde kommt, was Schnitzlein auch zugiebt. Kaufmannsfrau M. ist in ihren Aussagen im Allgemeinen sehr zurückhaltend und erklärt, daß sie über den eigentlichen Zweck der bei ihr gemachten Anleihe erst einige Tage nachdem sie das Geld schon hergegeben, Mittheilung erhalten habe, und das Geld der Rickmann als einer guten Freundin gegeben habe. Adv. Dr. v. Schauß, der den Civilprozeß der Frl. Rickmann gegen Feustel wegen Rückgabe der 700 fl. führt, erklärt als Auskunftsperson vernommen, daß Schnitzlein schon zum zweiten Male seine Amtsgewalt zu Privatzwecken verwende, und daß er von dem vorliegenden Falle, obwohl die gegentheilige Vorschrift bestehe, dem k. Polizeidirektor beim Tagesrapporte eine Anzeige nicht gemacht habe, sondern Hr. v. Burchtorff erst durch ihn Kenntniß von der Sache erhalten habe.

(Der k. Polizeidirektor hat hierauf sofort die Sache an den Untersuchungsrichter abgegeben.) Mehrere Banquiers von hier und auswärts constatiren hierauf, daß dieser Schultheß, der schon öfter Wechsel, welche hinterher nicht accepirt und bezahlt wurden, verkauft habe, ein Schwindler sei. Anwalt Mayer erklärt, Hr. Feustel habe sich geäußert wenn Schnitzlein zu weit gegangen, müsse derselbe selber es verantworten, und er (Feustel) würde lieber das Geld herausgeben, wenn er (Zeuge) glaube, daß er im Unrecht sei. Hierauf äußerten sich mehrere Untersuchungsrichter über Schnitzleins amtliche Thätigkeit sehr lobend; nur bemerkte einer derselben, Schnitzlein erweise sich zu gefällig gegen die Beschädigten, und habe schon öfter Gegenstände eigenmächtig mit Beschlag belegt. Hierauf kamen noch mehrere Klagen gegen Schultheß aus den Jahren 1865, 1867 und 1866 auf Beträge von 61,000, 8000 und 5000 fl. zur Verlesung.

Die Staatsbehörde hielt die Anklage gegen beide Beschuldigte auf Grund der Ergebnisse der öffentlichen Verhandlung aufrecht und beantragte gegen Hrn. Feustel eine Gefängnißstrafe von 3 Monaten, gegen Schnitzlein eine solche von 1 Jahr. Die Vertheidigung Feustels (Dr. Hänle) suchte die Glaubwürdigkeit der Rickmann abzuschwächen und berief sich auf die Schwindeleien des Schultheß, die den Damen nicht unbekannt sein konnten. Schnitzleins Vertheidiger (Adv. Kühlmann) hob hervor, Schnitzlein habe die Rickmann mit der Verhaftung bedroht, da er sie für eine Betheiligte hielt, da sie Sch. von der Nachfrage der Polizei im Weinhause benachrichtigte. Beide Vertheidiger beantragten Freisprechung ihrer Clienten, die auch um 10 Uhr Nachts erfolgte. Der Staatsanwalt erklärte sofort, auf die Berufung verzichten zu wollen.

Schweinfurt, 22. März. (Telegramm.) Pfarrer Trunk von Baunach wurde schuldig gesprochen wegen vier Vergehen der Beleidigung J. Maj. der Königin-Mutter und wegen fünf Vergehen der Majestätsbeleidigung; das Urtheil lautete auf 18 Monate Festung und Tragung der Kosten.

Leipzig, 17. März. Nach zwölfwöchentlicher Untersuchungshaft Rechtskandidat Rüdt endlich am nächsten Mittwoch vor das Schöffengericht in Chemnitz gestellt werden. Die Anklage lautet auf Verbreitung staatsgefährlicher Lehren und stützt sich auf verschiedene in öffentlichen Vorträgen gemachte Aeußerungen, von denen die zwei wichtigsten also lauten: „Wer heut zu Tage zu seinem Recht kommen will, muß viel, viel Geld besitzen, um die Advokaten, Stempelkosten ꝛc. zu bezahlen", und: „Die stehenden Heere sind zur Niederhaltung des Volkes da; sie entbürgern und entmenschlichen die Söhne des Volks."

Feuilleton.

Aus Natur und Wissenschaft.

Die Sturmwarnungen.

(Fortsetzung.)

Mitte November 1854 wehte ein gewaltiger Sturm über Europa; an den Westküsten Englands austretend, wälzte er seine Luftwellen in Zeit von einigen Tagen gegen Asien hin und richtete am 14. Novbr. unter der bei Sebastopol liegenden französischen Flotte große Verwüstungen an. In Paris, München, Wien war er beobachtet worden, und es war aus der Art seines Austretens in West- und Mitteleuropa, nachdem Stärke und Richtung bekannt waren, zu schließen, daß er wahrscheinlich auch dem Osten verderblich werden würde. Hätte man zu dieser Zeit bereits Vorrichtungen zur telegraphischen Sturmwarnung besessen, so würden ohne Zweifel schon von den westlichsten Punkten Europa's her Benachrichtigungen nach dem Schwarzen Meere abgegangen sein und es wären Schutzmaßregeln zu treffen gewesen, um so mehr, als der Sturm vier Tage brauchte, um von einem Ende Europa's zum andern zu ziehen, während eine elektrische Botschaft im schlimmsten Falle einige Stunden erfordert. Die Möglichkeit eines Schutzes lag hier so nahe, daß man sich in Frankreich die Lehre zu Herzen nahm und den Witterungsbeobachtungen größere Ausdehnung gab, als sie bisher besessen hatten. Außer den Berichten der über das Land vertheilten Stationen liefen bei der Centralstelle in Paris bald telegraphische Witterungsnachrichten aus allen Theilen Europa's ein und wurden täglich an die Hafenplätze abgegeben. Eigentliche Warnungen zu ertheilen, wagte man zu dieser Zeit noch nicht, sondern man überließ es jedem Einzelnen, aus den mitgetheilten Barometer-, Thermometer- und Windbeobachtungen sich seine Schlüsse zu ziehen. Aber jeder neue Sturm mußte die Frage auswerfen lassen, ob es nicht möglich sei, auf Grund der allmählich so sehr vervielfältigten und so vertrauenswerth gewordenen Erhebungen Voraussagungen zu ertheilen. Der Telegraph brachte täglich Hunderte von Berichten aus allen Richtungen der Windrose an die Centralstellen, und die sie sichtenden Meteorologen hatten oft genug Gelegenheit, aus ihnen das Herannahen einer größern atmosphärischen Störung längere Zeit vor ihrem wirklichen Eintreten zu vermuthen; realisirte sich eine solche Vermuthung und forderte der Sturm zahlreiche Opfer an Menschenleben und Gütern, so mußten sich die, denen die Berichte zu Gebote standen, fragen, ob es nicht besser gewesen wäre, wenn sie ihre Vermuthungen denjenigen mitgetheilt haben würden, die daraus Nutzen ziehen konnten, selbst auf die Gefahr hin, dieselbe nicht vollständig erfüllt zu sehen. Besonders in England, wo die meteorologischen Beobachtungen seit lange in großer Ausdehnung angestellt wurden und sich bedeutender Unterstützung Seitens des Staates erfreuten, wo gleichzeitig die Sturmschäden am empfindlichsten auftreten, lag diese Erwägung nahe. Fitz-Roy dirigirte hier eine meteorologische Staatsanstalt, der es oblag, aus den Wetter- und Strömungsbeobachtungen der Seeschiffer wissenschaftliche Schlüsse und praktische Anweisungen zu gewinnen. Ihm vorzüglich, der die Schrecken der See in allen Breiten gekostet hatte und dem selbst die Tadler ein großes, menschenfreundliches Herz nachrühmten, wurde im täglichen Verkehre mit den zahlreich ihm zufließenden Aufzeichnungen der Wunsch und die Hoffnung rege, daß es möglich werden möchte, wenigstens einen Theil der Stürme bis zu einem gewissen Grade unschädlich zu machen, und als er erst einmal den Gedanken erfaßt hatte, arbeitete er mit größter Energie auf seine Ausführung hin. Sein Bureau wurde der Vereinigungspunkt einer großen Anzahl regelmäßig einlaufender Witterungsbeobachtungen und der Ausgangspunkt häufiger Sturmwarnungen. Schon im Beginne des Jahres 1861 war es, daß diese Einrichtung ins Leben trat. An zahlreichen Küstenorten wurden Signalstationen errichtet, welche durch verschiedene Signale das Herrannahen verschiedener Arten von Stürmen anzeigten, und die Vortheile machten sich bald fühlbar. Die angesagten Stürme trafen ziemlich oft ein, und da die seefahrende Bevölkerung allmählich Vertrauen zur Sache gewann, so konnte mancher Schaden, der anders unvermeidlich gewesen wäre, verhütet werden.

In der British Association ward angegeben, daß von 405 in den Jahren 1863—1865 gegebenen Sturmanzeigen sich 305 verwirklicht hätten. Es ist natürlich nicht leicht, über diesen Punkt zuverlässige Erhebungen zu gewinnen, denn die Grenzen zwischen Sturm, starkem Wind und bewegter Luft sind nicht scharf zu ziehen, und es mag dem zuzuschreiben sein, wenn so verschiedene Urtheile über die Leistung des Sturmwarnungs-Systems laut wurden. Hier hielt man die Warnung für verwirklicht, wenn auch nur ein starker Wind erfolgte, dort dagegen sprach man von einer verfehlten Prophezeihung, wenn bloß ein schwacher Sturm sich aufthat. Genaueres gibt eine 1869 veröffentlichte officielle Zusammenstellung, der zufolge z. B. nach Hamburg von London aus im vorangehenden Jahre 37 Sturmanzeigen gesandt worden waren. Von diesen wurden 19 von starken Stürmen, 9 von heftigen Winden gefolgt, während nur in sechs Fällen die Witterung sich nicht änderte und in dreien der Sturm noch vor der Benachrichtigung an der Elbemündung eintraf. Matteucci gibt an, daß von 79 Anzeigen, welche in den Jahren 1864—1865 von Paris nach Italien gesandt worden waren, sich 44 realisirten.

Fitz-Roy hatte die Genugthuung, mehrere Seestaaten dem Beispiele Englands folgen zu sehen, voran Frankreich, das seit 1863 mit dem Schwung und der Energie, die wir an unseren westlichen Nachbarn gewohnt sind, sich in die Bahn der Sturmwarnungen warf.

Aber die Enttäuschungen blieben nicht aus. Wäre es doch ein Wunder zu nennen gewesen, wenn die so ganz neue Institution, die

sich alle Erfahrungen erst noch zu sammeln hatte, ungestört und fehlerlos ihre Entwicklung vollzogen haben würde. Fast vom Beginne an hatte man gleichzeitig mit den Sturmwarnungen auch tägliche Wetterprophezeihnngen gegeben. Das war ein großer Fehler gewesen. — Wetterverkündigungen, die sich auf ein ganz anderes Land, wie Großbritannien oder Frankreich, erstrecken, müssen nothwendig von sehr geringem Werthe sein, denn die Witterung ist für jeden einzelnen Ort ein Produkt so sehr verschiedener, schnell wechselnder Factoren, da nur in ganz unnützen Allgemeinheiten etwas einigermassen Wahrscheinliches von derselben vorherzusagen ist. In der That waren manche dieser Bulletins so farblos und vieldeutig, daß sie dem Spotte anheimfielen, und die Uebereinstimmung zwischen wirklichem und prophezeihtem Wetter war so gering, daß leider auch auf die wirklich nützlichen Sturmwarnungen sich das durch die Wetterprophezeihungen erregte Mißtrauen erstreckte, indem ja beide von der gleichen Quelle ausgingen. Maury, der verdiente amerikanische Meteorolog, hat in dieser Rücksicht das Passende gesagt, wenn er sich dahin aussprach, daß „die, welche Wetterprophezeihungen unternehmen, nie vergessen sollten, daß es ihnen nicht genügen darf, die nöthigen Kenntnisse und Erfahrungen zu sammeln, sondern daß sie auch Jeglichem das Vertrauen in ihre Angaben einflößen und erhalten müssen, was nicht anders geschehen kann, als durch Beschränkung auf nützliche Voraussagungen; diese sind aber bis jetzt noch selten und können nur die großen Störungen der Atmosphäre, die Stürme betreffen". Nachdem die Wetterverkündigungen einige Jahre hindurch von den Centralstellen in London und Paris ausgegeben worden waren, sind sie heute an beiden Orten eingestellt. (Schluß folgt.)

Telegraphische Nachrichten.

Stuttgart, 22. März. In der Abgeordneten-Kammer wurde eine Massenpetition gegen das Kriegsdienstgesetz vorgelegt. Das Genossenschaftsgesetz und die Literarconvention mit der Schweiz ist angenommen, und ein Gesetzentwurf, betreffend die Revision der Verfassung angekündigt worden. Donnerstag findet die Wahl der Commission statt.

Stuttgart, 22. März. Von gewöhnlich gut unterrichteter Stelle wird versichert, daß das Gesammtministerium seine Demission gegeben habe. Gestern Mittags hat ein Ministerrath unter dem Vorsitze des Königs stattgefunden.

Karlsruhe, 21. März. Die erste Kammer hat das Gesetz betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen des Gesetzes über Verfassung und Verwaltung der Gemeinden nach den Anträgen der Commission insbesondere mit Beibehaltung des Bestätigungsrechtes der Regierung bei Bürgermeisterwahlen und des Klassensystems einstimmig angenommen.

Dresden, 21. März. Das „Dresdener Journal" erklärt die Behauptung der „Sächsischen Zeitung," die sächsische Regierung habe einen Widerspruch gegen die Ausarbeitung der Bundesgerichtsverfassuug im Bundesrathe fallen lassen, als unwahr.

Berlin, 21. März. Der Reichsrath hat vom Strafgesetz die Paragraphe 109 bis 128 theis unverändert, theils mit geringen Amendements angenommen. Der Antrag Krygers, die Ausbebung zum Militärdienst in den dem Bunde noch nicht definitiv angehörenden Gebieten, für strafbar zu erklären wird abgelehnt.

Paris, 21. März. Banneville ist heute Morgen angekommen und wird wahrscheinlich acht Tage hier verbleiben.

Paris, 21. März. Dem gesetzgebenden Körper wurde der Gesetzvorschlag, welcher das Contingent pro 1870 auf 90,000 Mann festsetzt, heute vorgelegt. — Die Diskussion über die betreffs der Abschaffung der Todesstrafe eingebrachte Interpellation wird morgen fortgesetzt werden und verlief bisher ohne Zwischenfall.

Paris, 22. März. Die Amtszeitung veröffentlicht einen Brief des Kaisers an Ollivier. In demselben sagt der Kaiser, es sei zeitgemäß, alle Reformen anzunehmen, welche die konstitutionelle Regierung erheischt, um dem ungemäßigten Wunsche nach Veränderungen ein Ende zu machen, welcher sich gewisser Geister bemächtigte und die öffentliche Meinung beunruhigt, indem er Unstätigkeit erzeugt. Die Constitution von 1852 hatte die Sicherung der Ordnung zum Zweck; heute aber kommt es darauf an, alles in den Bereich des Gesetzes übergehen zu lassen, was Sache der Gesetzgebung ist. Der Brief ersucht daher das Ministerium um die Vorlage eines Senatuskonsults, welcher die Gesetzgebungsgewalt zwischen beiden Kammern theilt und der Nation denjenigen Theil der konstituirenden Gewalt zurückgibt, welcher bisher dem Senate übertragen war.

Paris, 22. März. In Creuzot haben gestern die Arbeiter von zwei Hauptschachten die Arbeit verlassen, und sind heute noch nicht zu derselben zurückgekehrt.

Tours, 21. März. Prinz Peter Bonaparte, über das Ereigniß in Auteuil ins Verhör genommen, wiederholt genau seine in der Voruntersuchung gemachten Angaben nnd sagt, er führe stets einen Revolver bei sich. Fonvielle wiederholt seine bekannte Aussage. Der Prinz sagt: Die Darstellung der Sache durch Fonvielle ist ganz falsch; er drang bewaffnet in das Haus ein und sollte nicht Zeuge sondern Angeklagter sein. Fonvielle stellt bestimmt in Abrede, jemals gesagt zu haben, daß der Prinz von Noir geschlagen worden sei.

Madrid, 21. März. Ein Dekret des Regenten nimmt die Demission Topetes an und ernennt Belanger zum Marine-Minister.

Madrid, 22. März. Die Cortes haben mit 125 gegen 73 Stimmen den ersten Artikel des Gesetzes betreffend die Negozirung der Staatsschatz-Bonds angenommen.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 22. März. (Schlussc.)

Wechsel auf London	120	Oest.-franz. Staatsbahn	377 1/2
„ „ Paris	95 1/4	Bayr. Ostbahn-Actien	119 1/4
„ „ Wien	96 1/4	Elisabeth-Prior. I. Em.	77
5 proc. bayr. Anleihe	101	4% bayer. Prämien-Anl.	105 3/4
4 1/2 „ „ „	91 1/2	Bad. Präm.-Anleihe	106 1/4
4 „ „ Grundrente	86 3/8	Oesterr. Loose v. 1860	79 7/8
4 „ „ Obligat.	86 1/4	„ Loose v. 1864	115 1/2
5 proc. österr. Metall, engl.	——	Alsenzbahn	87
5 „ „ National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	67 1/2
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	234 1/2
1882er Amerikaner	95 1/8	Napoleons	9.31
Oesterr. Bank-Actien	695	Rente Silber 58 1/2, Pap. 50 1/4.	
Credit-Actien	276	Handelsbank	—

Wien, 22. März. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	71.30	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1836	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	97.90	Steuerfr. Metall. on 1866	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	119.75	Napoleons	9.83
Oesterr. Bank-Actien	723.—	Wechsel auf Augsburg	102.75
„ Credit-Actien	288.20	„ „ London	123.95
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	389.—	„ „ Paris	49 15
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	„ „ Frankfurt a. M.	102.95
„ „ Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	244.30
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 360.25 Pap.-R.	61.50

Berlin 22. März (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	45 3/8	Lombarden	133 7/8
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	105 1/2	Italienische Anleihe	55 5/8
4 1/2 „ „ Anleihe	91 3/4	1882er amerikanische Bonds	96
Bad. Prämien-Anleihe	106 1/4	5 proc. preuss. Anleihe	101 5/8
Darmstädter Actien	131 1/2	4 1/2 „ „ „	93 1/2
Oesterr. Credit-Actien	157 1/2	Wechsel auf Augsburg	56.22
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	215 1/2	„ „ Frankfurt	56.24
Staatsbahn-Prioritäten	292	„ „ London	6.24 1/2
Oest. fl. 500 Loose von 1860	80	„ „ Paris	81 1/4
„ fl. 100 Loose von 1864	66	„ „ Wien	81 7/8
5 proc. östr. National-Anl.	——		

New-York, den 21. März. Gold 112 1/8. Wechsel in Gold 108 1/8 Bonds per 1882 109 7/8. Baumwolle 23 1/4. Petroleum 26.

Liverpool, den 21. März. Schlussbericht. Heutiger Umsatz 12.000. Orleans 11 1/2. Middling amerikanische 11 1/4. Fair dhollerah 9 1/2. Middling fair dhollerah 9 1/4. Good middling dhollerh 9. Fair Bengal 8. Fair Omra 9 5/8. Pernam 11 3/4. Smyrna 10 1/4. Fgyptian 12 —. Amerik. per März-April —. Dhollerah per Mai —. Omra 9 7/8. Tages-Import 19676, davon Ostindische —— Tendenz: steigend.

Curse des Münchener Handelsvereins vom 22. März 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. 3 1/2% Obl.	fl. 1000	81 1/2	80 1/2
4% ganz. Obl.	1000	86 5/8	86 1/4
4% halbj. Obl.	1000	86 5/8	86 1/4
4% Grundr.-Obl.	1000	86 3/4	86 1/2
4 1/2% ganzj. Obl.	1000	92	91 5/8
4 1/2% halbj. Obl.	1000	92	91 3/4
4 1/2% „Milit. „	1000	92	91 3/4
5% Obl.	1000	101 1/2	101
4% Münch. Obl.	1000		
5% „ „	1000	101 1/8	100 3/4
4 1/2% Ostbahn-Aktien	.	119 1/4	119
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung	.	87	86 3/4
dto. volle	.	87	86 3/4
Pfdbr. d. bayer. Hyp.-u. W.-Bank à fl. 1000		90 5/8	90 3/8
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.		100	99 7/8
„ Aktien		825	823
Bayer. Handelsbank-Akt.			
„ Vereinsbank	.	120 1/2	119 1/2
Württemberg. 4 1/2% Obl.	.	91 1/4	90 3/4
Oesterreich 4 1/5% Silb.-Rte. 6/7		58 3/4	58 [illegible]
„ Pap.-Rte „			
5% Nation.-Anl. 5/6			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à 116 7/8	.		
5% Met. Stfr. v. 1866 6/7			
Oest. Bank-Aktie	.		
„ Cred.-Aktien	.	276 1/4	276 1/8
Oest.-franz. Stsb.-Aktien	.		

Effekten	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb.	234 3/4	234 1/4
Preußen. 4 1/2% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. 2 1/2	95 1/2	95 3/8
„ 1884 „	94 1/2	
„ 1885 „		
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	105 3/4	
4% Bad. „ „		
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	6 1/2	
Pappenheimer dto.	5 3/4	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose	18 1/2	
Oester. 1854er Loose à fl. 250 5/6		
„ 1860er „ à fl. 500 6/7		
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred. Loose		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		300
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		123
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor	95	
Chemische Fabrik Heufeld		76
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn		
„ Siebenbürger Bahn		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. I. Em. 6/7	77 1/4	77 1/4
dto. II. „ „		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn „		

Effekten		Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn „		73 1/4	
„ Siebenbürger Bahn „			
„ d. Böhm. Westbahn „			
„ Alföld Fiumander Bahn „		76 3/4	
Wechsel.			
Amsterdam fl. 100 holl.	K. S.		100 5/8
	L. S.		
Augsburg fl. 100	K. S.		
	L. S.		100
Berlin Rthlr. 60	K. S.	105 1/8	104 7/8
	L. S.		104 7/8
Frankfurt fl. 100	K. S.		
	L. S.		100
Hamburg M.-B. 100	K. S.		88 5/8
	L. S.		88 5/8
Leipzig Rthlr. 60	K. S.	105	104 7/8
	L. S.	105 1/8	104 7/8
London Pfdst. 10	K. S.	119 7/8	
	L. S.	119 7/8	
Paris Fr. 200	K. S.	95 1/8	95
	L. S.	95 1/8	95
Wien fl. 100	K. S.	96 1/4	96 1/8
	L. S.		
Bank-Disconto für Platz-Wechsel			
„ „ Lombard.			
Geldsorten.			
Preuß. Friedrichsd'or		9.59	9.58
20 Francs Stücke		9.30 1/2	9.29 1/2
Preuß. Cassen-Scheine		105 1/8	104 7/8
Oest. Banknoten		96 3/8	96 1/8

Königl. Odeon.

Mittwoch den 23. März.

III. Abonnement-Concert

der Mitglieder

der musikalischen Akademie

Unter gefälliger Mitwirkung des k. württemb. Hof- und Kammersängers Hrn. Bischek.

I. Abtheilung.

Sinfonia pastorale Nr. 6 op. 68, F-dur v. Beethoven. (komp. 1808.)

II. Abtheilung.

Scene und Arie aus „Lodoiska" v. C. M. v. Weber. (Frl. Leonoff.)

* „Iwan IV.", musikalisches Charakterbild in Form einer Ouverture v. Ant. Rubinstein.

„Des Sängers Fluch", Ballade von Uhland v. Heinrich Esser. (Hr. Bischeck.)

Achtes Violinconcert (Gesangsscene) v. Spohr. (Hr. Paul Moralt.)

Zwei Lieder: *Kornblumen, von Wiltmers. Ungeduld, v. Schubert. (Hr. Bischeck.)

Ouverture zu „Anakreon" v. Cherubini.

Die mit * bezeichneten Nummern werden zum Erstenmale aufgeführt.

Die Kasse wird um 1/2 6 Uhr geöffnet.

Anfang 1/2 7 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.

Münchener Aktien-Theater.

Mittwoch den 23. März.

Traupmann,

Der Mörder von Pantin.

Charakterskizze in 8 Bildern v. S. F. Müller.

Anfang 7 Uhr. Ende nach halb 10 Uhr.

Sollte irgend Jemand an die Direktion des Volkstheaters noch eine Forderung zu machen haben, die zu berichtigen vergessen worden, so beliebe man ungesäumt die betreffende Rechnung einzureichen.

Gestorbene.

Am 19. März. Badhauser M., Maurersfrau v. h., 57 J. — Baumgartner O., e. Kartenfabrikantenswittwe v. h., 82 J. — Julien Th., Näherin v. h., 62 J. — Müller W., Bräumeister v. h., 65 J. — Ott K., Maurersfrau v. h., 64 J. — Schneider K., Zeugschmiedstochter v. h., 22 J. — Steinhart U., Köchin v. Kirchdorf, 42 J. — Zöttl M., Taglöhnerstochter v. h., 21 J. — Zierl B., Schmidgesellensfrau v. h., 61 J. — Heigl J., Bäckergehilfe v. Emmering, 51 J. — Schropp Th., Melbersfrau v. h., 40 J.

Am 20. März. Kauppel B., bgl. Schneiderstochter v. h., 78 J. — Trenkl G., Privatier v. h., 71 J. — Eberer J., Aktuar v. Straubing, 46 J. — Hirmer A., Parfumeur v. h., 25 J. — Maier Th., Sattlergesellensfrau v. Langenmoosen, 59 J.

Königl. Staats-Eisenbahnen.

a Post-Z. b Kur.-Z. c Schn.-Z. d Lok.-Z. e Güt.-Z.

München—Pasing—Augsburg.

Abfahrt:	Ankunft:
5 U. 45 M. Morg. b	8 U. 10 M. Morg. d
6 U. 10 M. Morg. c	8 U. 40 M. Vorm. b
6 U. 25 M. Morg. a	11 U. 40 M. Nchm. d
11 U. — M. Vorm. a	3 U. 35 M. Nchm. a
1 U. 50 M. Nchm. d	8 U. 15 M. Abds. b
5 U. 45 M. Abds. b	9 U. 15 M. Nchts. c
6 U. 45 M. Abds. d	9 U. 40 M. Nchts. a
11 U. 20 M. Nchts. b	

München—Salzburg—Wien.

Abfahrt	Ankunft
5 U. — M. Morg. e	5 U. 15 M. Morg. b
9 U. — M. Morg. b	8 U. 15 M. Morg. e
10 U. — M. Vorm. a	10 U. 18 M. Vorm. a
4 U. 30 M. Nchm. a	4 U. 10 M. Nchm. a
5 U. 40 M. Nchm. e	8 U. 55 M. Abds. e
8 U. 40 M. Abds. b	11 U. — M. Nchts. b
10 U. 10 M. Nchts. b	

München—Starnberg—Peissenberg.

Abgang in München:	Abgang in Starnberg:
6 U. 50 M. Morg.	8 U. 20 M. Vorm.
10 U. 30 M. Vorm.	12 U. 35 M. Mitt.
5 U. — M. Abds.	7 U. 25 M. Abds.

München—Ingolstadt.

Abfahrt	Ankunft
6 U. 30 M. Morg. a	8 U. 55 M. Morg. e
1 U. 55 M. Mitt. e	3 U. 40 M. Nchm. a
5 U. 45 M. Nachm. a	9 U. — M. Abds. a

München—Regensburg.

Abfahrt	Ankunft
5 U. — M. Morg. a	8 U. 22 M. Morg. e
7 U. 45 M. Morg. b	9 U. 30 M. Vorm. b
9 U. 45 M. Vorm. a	11 U. 48 M. Mitt. e
1 U. 30 M. Nchm. e	6 U. 17 M. Abds. e
5 U. 15 M. Nchm. b	8 U. 5 M. Abds. b
7 U. — M. Abds. e	10 U. 25 M. Nchts.

Verlag u. Redaktion von **Karl Kellerbauer.** — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr: Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Donnerstag, den 24. März 1870. Nr. 82.

München, 20. März.

AK. Eines der Lieblingsschlagwörter der Herren Ultramontanen und des Volksparteimannes Kolb von Speyer ist das Wort „Der Militarismus"! Stets von denselben mit einer gewissen eigenthümlichen Betonung ausgesprochen, bedeutet es in ihrem Munde eine ebenso bekannte als allgemein schmerzlich empfundene Landescalamität, einen Bann, der auf Israel ruht und an allem Unheil, das Bayern in der jüngsten Vergangenheit getroffen hat, in der Gegenwart und in der Zukunft noch treffen kann, ist Nichts Anderes Schuld, als der Militarismus, der „das Mark aus den Knochen des Volkes saugt." Unter diesem „Militarismus" ist aber in concreto unsere neue nach preußischem Muster organisirte Heeresverfassung gemeint und diese sammt dem sie begründenden Wehrgesetze zu ruiniren halten die HH. Lucas und Greil und Gen. im Vereine mit Hrn. Kolb für ihre wichtigste parlamentarische Aufgabe! Natürlich ist dabei Niemand anders, als das arme, steuerzahlende Volk, insonderheit der überbürdete Bauernstand die Dame, für welche allein diese Ritter ihre Lanzen einlegen wollen, nur die Sorge, das Volk und Land Bayern ginge an diesem „Militarismus" materiell zu Grunde, treibt sie zur Erfüllung ihrer Ritterpflicht. So sagen die Herren und so wünschen sie, daß man allgemein glaube. Und hört man den Lucas, Greil und Bucher (Hrn. v. Hasenbrädl natürlich nicht zu vergessen) im Landtage oder in der ihnen zu Gebote stehenden nobeln Presse, so ist kaum ein Zweifel, daß das „Volk" durch besagtes Wehrgesetz schon lange tief beunruhigt, geängstigt und gequält, mit einer wahren Sehnsucht auf den Tag wartet, wo diese seine Kämpen es von selbigem Alp und seinem schweren Drucke erlösen werden! Und sieht man dann erst gar im Einlaufe der Kammer die stattliche Anzahl von Ortschaften verzeichnet, welche ihre Bitten um Abänderung des Wehrgesetzes dem großen Demokraten Kolb zu Füßen niedergelegt haben, so muß man ja fast glauben, das Volk sei davon überzeugt und durchdrungen, die HH. Kolb, Lucas und Cie. seien dabei vor Allem, ja ganz allein von dem Bewußtsein ihrer Mission erfüllt, die Schultern des armen Volkskörpers von der schweren Last, mit der sie in unseliger Stunde von den verpreußten Liberalen beladen wurden, zu befreien, damit derselbe wieder frei athmen und sich rühren kann.

Und doch gibt es Leute, die dem Dinge mißtrauen und nie vergessen können, daß diese Wehrverfassung das Band ist, das Bayern mit Preußen und dem norddeutschen Bunde zu Schutz und Trutz verbindet, und die stets daran denken, daß gerade dieses Schutz- und Trutzbündniß den Ultramontanen sowie der Volkspartei der ärgste Dorn im Auge ist! Die ferner gar wohl wissen, daß mit der Vernichtung unsers gegenwärtigen Wehrsystemes auch das Schutz- und Trutzband zerreißen muß und die endlich, allen gegentheiligen Betheuerungen zum Trotze, die Ueberzeugung behalten, daß jene, nämlich Ultramontane nnd Volkspartei Nichts sehnlicher herbeiwünschen, als die Möglichkeit und die Gelegenheit, den Bruch dieses und der andern Verträge mit Preußen und dem Nordbunde herbeizuführen! Und solche Leute, welche die Geschäftigkeit des Hrn. Kolb, Lukas u. Gen. von diesem Gesichtspunkte aus prüfen, gibt es nicht nur in der Kammer, sondern auch draußen im Lande und zwar noch viel mehr, als jene trotz des Beistandes der Bauernvereine und der geistlichen Herrn jemals zur Unterzeichnung von Eingaben gegen das Wehrgesetz werden bringen können! Ja, wir gehen noch weiter! Wir glauben, die Herren Kolb, Lukas u. Comp. täuschen sich darüber selber nicht, daß man vielfach ihre fernerliegenden Ziele und verdeckten Pläne bei dieser Frage durchschaut, aber sie hoffen, mittelst der von ihnen angewendeten Taktik, zu thun, als ob es ihnen jetzt nur um durchgreifende Erleichterung der drückenden Steuerlast zu thun sei, vor Allem das Vertrauen des Volkes zu gewinnen, als wären sie es und sie allein, welche endlich einmal Ersparungen erheblicher Art auf diesem Gebiete zu erzwingen das Zeug und die Energie hätten!

Dann erst — und man weiß ja, wie rasch die meisten Leute im Lande aus ganz guten Gründen auf diesen Köder anbeißen! — kommt die weitere Hoffnung, daß hiedurch sich ein Theil des Volkes über die im Hintergrunde liegenden Ziele dieser Patrioten täuschen, ein anderer, dem nur am Geldbeutel gelegen ist, sich sogar für dieselben gewinnen lassen werde! Und darnach endlich winkt das Ziel! Der bisherigen liberalen. insonderheit der Fortschrittspartei und ihren Bestrebungen wird der Boden entzogen und für den Anbruch der neuen patriotischen (?) Aera, den Süden und den Norden Deutschlands für immer zu trennen oder die gegenwärtige Anbahnung der einheitlichen Entwicklung der deutschen Verhältnisse total zu zerstören, ist in Bayern der Boden bereitet! Zu den Momenten dieser Taktik gehört nun neben dem Greil'schen Antrag auf Wiedergestattung des Loosetauschens (dessen Besprechung wir uns für später vorbehalten) das System der Abstriche und der damit verbundenen Anträge des Hrn. Kolb, wie es uns aus den durch die Presse bekannt gewordenen Verhandlungen des II. Ausschusses über die außerordentliche Creditforderung von Seite der Militärverwaltung entgegentritt. Widmen wir denselben zur Orientirung unserer Leser und Freunde draußen im Lande nächstens einige Zeilen!

Politische Tagesübersicht.

Wien, 22. März. Ueber die jüngsten Vorgänge im Ministerrathe liegen heute außer dem, was wir zu berichten wußten, sehr ausführliche Berichte vor, deren Werth zum Theile jedoch sehr problematischer Natur ist. Einige davon, die sogar das Zwiegespräch zwischen Giskra und dem Kaiser wiederzugeben unternehmen, sind willkürliche Combinationen. Notiz zu nehmen wäre jedoch von der Versicherung des einen ministeriellen Organs, daß die Minister dem Kaiser gegenüber einträchtig die Wahlreform vertreten haben und sich durch die Einwendungen seitens des Kaisers bestimmen ließen, die Frage zu vertagen, zugleich deßhalb, um in die parlamentarischen Verhandlungen Ordnung zu bringen. Demnach wäre der Schluß der Reichsrathssession am 8. oder 10. April zu gewärtigen. Für den Zusammentritt der Landtage ist der Monat Mai in Aussicht gestellt. Die Delegations-Session soll in die Monate August und September fallen, worauf dann im Oktober die Eröffnung des Reichsrathes erfolgen würde. Von unserer Meldung über Giskra's Rücktritt haben wir nichts zu-

zurückzunehmen — (Giskra hat heute auf Befragen bestätigt, daß er in der gestrigen Audienz beim Kaiser um seine Entlassung gebeten, worauf derselbe ihn nur ersucht, die laufenden Geschäfte bis zum Sessionsschluß fortzuführen. Heute ist das schriftliche Entlassungsgesuch Giskra's durch den Ministerpräsidenten an den Kaiser nach Ofen abgegangen.) — und die angeregten Zweifel verrathen nur, daß Giskra seine Collegen durch seinen Entschluß überrascht hat. Welche Deutungen die neueste Episode schon erfährt, mag durch ein apokryphes Telegramm veranschaulicht werden, das wir im gestrigen Abendblatte des Pester Lloyd finden: „In parlamentarischen Kreisen spricht man heute mit großer Lebhaftigkeit von dem Rücktritte des Kabinets Hasner. Man bezeichnet ein Kabinet Kellersperg als unmittelbar bevorstehend, dem die Minister Banhans, Stremayr, Brestel, Plener, Wagner, sowie Lasser und Mende angehören sollen."

— Ueber die Abänderungen, welche die Regierung in Betreff des Nothwahlgesetzes im Reichsrathe beantragen will, verlauten bereits einige nähere Details. Nach diesen würde die directe Reichsrathswahl dann eintreten, wenn durch Nichtbeschickung des Landtages von einer Reichsrathswahlgruppe ein Reichsrathsmandat erledigt würde. Ein zweiter Fall wäre die Erledigung eines Reichsrathssitzes während der Dauer des Reichsrathes, mithin in einem Momente, in welchem die Vornahme der Wahl durch den Landtag unmöglich wäre.

— Eine Polemik abwehrend, bemerkt heute die „Wiener Abendpost", das Gerücht, FML. Rodich habe den Cattareser Insurgenten den Frieden mit „40 fl. per Mann" abgekauft, sei unwahr, und was die angebliche Verwendung von 50,000 fl. zu Zwecken der Pacification der Bocche anlange, „so liegen diesfalls actenmäßig documentirte Aeußerungen des Ministers des Innern, Dr. Giskra, im Adreß-Ausschusse vor, welche derartige Gerüchte als bloße Erfindung erscheinen lassen."

— Die Tarifcommission hat während der Arbeitssperre den feiernden Setzern, welche verheirathet sind, wöchentlich 8, den unverheiratheten 5 Gulden verabreicht. Zu dieser Zahlung, welche in den letzten zwei Wochen schon sehr zäh zu fließen begann, reichten die von den socialdemokratischen Arbeitercomite's hieher gesendeten Unterstützungen nicht aus, die Commission mußte 28,000 fl. Schulden contrahiren, welche die Gehülfen jetzt, abgesehen von den Schulden, die sich jeder von ihnen für seinen Theil bei Speisewirthen, Wohnungsmiethern u. s. w. noch aufgeladen haben mag, natürlich nach und nach zurückzahlen müssen. Gegen 200 Gehülfen sind, ohne das Resultat der Arbeitssperre abzuwarten, ausgewandert.

Linz, 20. März. Bekanntlich hat Bischof Rudigier seinem Diözesanclerus den Eintritt in die zu errichtenden Schulaufsichtsbehörden nicht erlaubt. Auf die hievon nach Wien erstattete officielle Meldung hin fand sich der Minister für Cultus und Unterricht, Dr. v. Stremayr, bestimmt, ein eigenhändiges Schreiben an den Linzer Bischof zu richten, und lasse ich dasselbe in seinen Hauptstellen hier folgen. Der Minister schreibt: „Zwar kann ich mir nicht verhehlen, daß die Haltung, welche Euer . . . gegenüber der Regierung Sr. Majestät im Gegensatze zur weitaus größeren Mehrzahl der Bischöfe des Reiches einzunehmen sich bewogen fanden, diesem meinem Schritte wenig Erfolg verspricht, und daß Euer . . . gesonnen und in der Lage sein dürften, den Eintritt von Geistlichen in die neuen Schulbehörden zu hindern. Allein ich will nicht unterlassen, Euer . . . daran zu erinnern, daß dadurch die Ausführung des Schulaufsichtsgesetzes nicht gehindert werden wird, und daß dann nur jene Bestimmungen desselben nicht zur Wirksamkeit gelangen werden, welche den kirchlichen Organen den Boden für ein nachdrückliches und erfolgreiches Wirken sichern — Bestimmungen, denen Eingang zu verschaffen der Regierung Sr. Majestät wahrlich nicht leicht geworden ist. Dringend bitte ich daher Euer . . ., zu erwägen, wen bei diesem Stande der Dinge die Verantwortung für dasjenige trifft, was aus der Nichtübung der der Kirche eingeräumten Rechte entstehen mag, und ob diejenigen wohl thun und den religiösen Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung tragen, welche Euer . . . diese Nichtausübung lediglich als Mittel einer rücksichtslosen Kriegführung gegen die Regierung und die Gesetze Ihres Vaterlandes empfehlen. Jedenfalls glaube ich eine baldige Beantwortung der Anfrage, welche die Regierung hiemit an Euer . . . richtet, mir erbitten zu dürfen." Soweit der Minister. Ob der Bischof wohl antworten wird?

Berlin, 21. März. Nach Mittheilungen, welche man in Abgeordnetenkreisen von maßgebenden Persönlichkeiten haben will, wäre jetzt die außerordentliche preußische Landtagssession bereits als eine aufgegebene Sache zu betrachten, dagegen soll der Reichstag in der Charwoche auf kurze Zeit vertagt werden und neben wie nach dem Zollparlament zur Abwicklung aller seiner Geschäfte fortdauern, so daß die gesammten parlamentarischen Arbeiten etwa gegen Ende Mai ihren Abschluß finden möchten. Es soll ferner im Plane liegen, den neuen Landtag auch in diesem Jahre schon zu Anfang Oktobers zu berufen, und es ist sogar von einer Auflösung des Abgeordnetenhauses schon im Juli die Rede. Ob und in wie weit dieser Anführung thatsächlicher Anhalt zu Grunde liegt, läßt sich nicht sagen, nur sind dieselben weit verbreitet.

— Die Durchführung der Consolidirung der Staatsschulden gilt, wie der Kreuzzeitung versichert wird, schon jetzt als wesentlich gesichert; es scheint, daß die Erwartungen, welche man in betheiligten Kreisen hegte, durch den Erfolg bei Weitem übertroffen werden.

— Dem Bundeskanzleramte ist von dem norddeutschen Generalkonsulat zu London eine Mittheilung der dortigen Auswanderer-Behörde zugegangen, in welcher vor Auswanderung von Feldarbeitern nach Venezuela und der Nordküste Südamerikas gewarnt wird. Europäer eignen sich schon des Klimas wegen durchaus nicht für den Ackerbau in jenen Gegenden

— Im Bureau des Reichstages lag heute das Original der deutschen Reichsverfassung, welches jüngst von Dr. Jucho dem Reichstage übersendet worden, zur Besichtigung aus und wurde von vielen Seiten in Augenschein genommen. Es ist ein stattlicher Foliant in rothen Sammt gebunden und mit schwarz-roth-goldenen Bändern zum Verschluß versehen. Den Deckel ziert ein in Gold gedruckter Reichsadler mit der Umschrift: „Verfassung des deutschen Reiches." Die 197 Paragraphen des Gesetzbuches füllen 28 Folioseiten und sind auf Pergamentpapier gedruckt. Dann folgen 13 Seiten mit den Unterschriften der Mitglieder der National-Versammlung. Jedenfalls ist dem Archive des Reichstages mit dem Documente eine überaus werthvolle Zuwendung gemacht worden.

Berlin, 22. März. Die Gratulations-Cour dauerte von 10 bis 1 Uhr. Unter den Beglückwünschenden waren der französische und der englische Botschafter. Zuletzt wurden das Bundesraths-Präsidium und die Reichstags-Präsidenten empfangen.

Kassel, 18. März. Die Hess. M.-Z. schreibt: Als Beweis, daß der Kurfürst noch immer auf großartigem fürstlichen Fuße lebt, kann dienen, daß er einen noch sehr bedeutenden Hofstaat unterhält, indem das sämmtliche Personal des letzteren, einschließlich des von seiner Gemahlin, der Fürstin von Hanau, abhängigen, aus etwa 60 Personen besteht, von denen der bei weitem größere Theil, sowie fast der gesammte Marstall zu Horzowitz, und der kleinere Theil im kurfürstlichen Palais auf der Kleinseite zu Prag sich befindet.

Hamburg. In der Verhandlung des Schwurgerichts vom 12. März wurde ein Mann, der aus Eifersucht seine Frau ermordet, oder, wie er in der Selbstanklage aussagte, im ehrlichen Duell getödtet habe, denn er hatte ihr ein Terzerol in die Hand gegeben, mit dem Bedeuten nach ihm zu schießen, nicht zum Tode, sondern zu 25 Jahren Zuchthaushaft verurtheilt, weil, wie hervorgehoben wurde, die Majorität der Bevölkerung des Norddeutschen Bundes sich gegen die Beibehaltung der Todesstrafe ausgesprochen habe.

Paris, 21. März. In Folge der negativen Antwort Roms versichert man in gut unterrichteten Kreisen, Banneville werde von seinem Gesandtschaftsposten in Rom abberufen werden und dieser Posten provisorisch unbesetzt bleiben.

— Die in der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers erwartete Interpellation J. Favre's über die römischen Angelegenheiten ist nicht gestellt worden, und zwar, wie die Organe der Linken schon

vorher angedeutet hatten, weniger, weil diese Interpellation der Regierung, als weil sie der Opposition unzeitgemäß erschien.

Tours, 21. März. Die Vertheiger des Prinzen werden darauf hinarbeiten, zu beweisen, daß Prinz Peter Bonaparte provocirt worden sei, worauf, wenn der Beweis gelingt, höchstens ein fünfjähriges Strafausmaß wegen „unabsichtlicher tödtlicher Blessuren" erfolgen könnte. Der Präsident des Gerichtshofes hielt an die Jury eine Ansprache, in welcher er unter Anderem sagte: Trennen Sie die Politik von der Justiz, sehen Sie in dem Angeklagten nur einen gewöhnlichen Angeklagten. Ihr Verdict wird ein heilsames Pacificationswerk sein, weil es die Wahrheit und Gerechtigkeit repräsentiren wird. Der Angeklagte Bonaparte wird hierauf verhört und drei Zeugen werden vernommen. Der Angeklagte beschuldigt den Zeugen Fonvielle, der eigentliche Mörder zu sein. Zeuge Grousset, als Theilnehmer am Complot gefangen gehalten, führt heftige Reden gegen das Kaiserreich, wird vom Präsidenten unterbrochen und auf Grund eines Gerichtsbeschlusses in das Gefängniß zurückgeschickt. Die Anklage hat allgemein einen ungünstigen Eindruck gemacht.

London, 21. März. Die fenischen Blätter gießen noch immer die Schalen ihres Zornes über das „Zwangsgesetz" (Coercion Bill) aus, mit welchem kurzen Namen die ministerielle Vorlage zur Wahrung des Friedens in Irland kurz, und zwar ohne einen Tadel einzubegreifen, von Freund und Feind bezeichnet wird. Uebrigens ist wieder ein Vorfall zu berichten, der die Maßregeln der Regierung rechtfertigt. In der Nähe von Listowel wurde Jeremias Nolan, der Rentmeister des Gutsbesitzers Sandes King, von zwei Leuten überfallen, die mit Revolvern bewaffnet waren. Obschon beide schossen, kam er noch mit einer leichten Wunde davon; sein Glück, aber nicht das Verdienst der beiden Verbrecher. Nolan hatte im Auftrage seines Herrn eine Pfändung vollzogen, wofür muthmaßlich Rache geübt werden sollte. In Dublin gab gestern die Beerdigung John Casey's, eines Mannes, der unter der Aufhebung der Habeas-Corpus-Acte vor einigen Jahren längere Zeit im Gefängnisse gesessen hatte, Anlaß zu einer großen Volkskundgebung. Bei dem Leichenbegängnisse zählte man angeblich 10—15,000 Theilnehmer und gegen 200 Wagen und Fuhrwerke, auf denen meist Frauen saßen. Mit grünen Abzeichen geschmückt, machten die Leute einen etwa vier Meilen langen Umweg durch die Straßen der Stadt hinaus zu dem Kirchhofe Glasnevin, wo die Menge später dem zum Andenken der „Martyrer von Manchester", der drei gehenkten Fenier errichteten Kreuze ihre Huldigung darbrachte. Die Ruhe wurde nicht gestört, wie denn Dublin zu den ordentlichsten Städten Irlands gehört.

Florenz, 20. März. Die Nachricht von der Ermordung des Generals Escoffier, Präfecten von Ravenna, hat den peinlichsten Eindruck hervorgebracht. Glücklicherweise hat wenigstens die Politik mit der blutigen That nichts zu schaffen. Ein Polizeidelegat, Namens Cattaneo, welcher auf Veranlassung des Präfecten durch ministerielles Dekret von Ravenna nach Grosseto versetzt worden war, glaubte sich dadurch in seiner Ehre verletzt, und da er trotz seiner Bitte nicht die Zurücknahme der ministeriellen Maßregel erlangte, so beschloß er, sich an deren Urheber zu rächen; er suchte den General in seiner Privatwohnung auf und erschoß ihn; gleich darauf zeigte er selbst seine That an und ließ sich verhaften. General Escoffier wurde vor zwei Jahren an die Spitze der Provinz Ravenna gestellt, wo die Häufigkeit der Morde, die Straflosigkeit der Mörder, der Schrecken der Bevölkerung außerordentliche Energie seitens der Polizei- und Militärbehörden erheischten. Der General zeigte sich seiner schwierigen und gefahrvollen Aufgabe gewachsen. Ihm ist es zu danken, daß die öffentliche Sicherheit in Ravenna und der ganzen Romagna fast völlig zurückgekehrt ist. Leider hat der tüchtige Mann nun doch als Opfer seiner Amtsführung fallen müssen, und zwar durch die Hand eines seiner eigenen Untergebenen, welchen er zu lässig befunden hatte. Der General zählte erst 44 Jahre.

Rom, 21. März. Im geheimen Consistorium hat heute Morgen der Papst 19 Bischöfe ernannt.

* Wir entnehmen dem neuesten Concilsbriefe der Allg. Ztg. folgende Stelle: Graf Trauttmannsdorff und Hr. v. Beust haben von Antonelli eine jener begütigenden und vollkommen befriedigenden Antworten erhalten, wie sie dieser geistliche Staatsmann nach allen Seiten hin zu spenden gewohnt ist. Sie lautet im Wesentlichen wie folgt: In der Theorie, und wenn es sich um die Universalien, wie die Scholastiker sagten, handelt, wenn hohe weitausgreifende Principien aufgestellt werden sollen, da ist die Kirche unerbittlich, da kann sie nicht das Geringste von ihren Ansprüchen nachlassen, da muß sie das Schwert des Anathems ziehen und kräftig dreinhauen; sie muß also nothwendig das moderne Staatsleben mit seinen Freiheiten für einen Knäuel von seelengefährlichen Irrthümern erklären, muß die Fahne des Zwangs und der Unterdrückung hoch halten und deßhalb die Freiheit des religiösen Bekenntnisses und der Presse verdammen. Aber in der Praxis, in Concordaten, in besondern Indulten und Gnadenverleihungen ist der Papst nicht so streng und unerbittlich; da läßt er mit sich handeln, und die einzelnen Regierungen können auf dem Gnadenwege von ihm erlangen, daß er das dulde und unangefochten lasse im Leben, was er in der Theorie feierlichst verdammt, freilich nur durante beneplacito, so lang es ihm gefällt, so lange die Regierungen sich gut aufführen und nicht etwa mit Entziehung solcher Indulte und Privilegien bestraft zu werden verdienen. Und so lange die Umstände sich nicht ändern, denn das versteht sich doch wohl von selbst, daß, sobald günstigere Stimmungen und politische Situationen sich ergeben, in denen ein kirchlicher Anspruch mit Aussicht auf Gewinn und Sieg erhoben werden kann, der Indult zurückgenommen und die Theorie nunmehr zur Praxis wird. Antonelli hat stets beide Taschen voll von solchen Distinctionen zwischen der strengen und harten Theorie und der weichen, biegsamen und nachsichtigen Handhabung, und kein Diplomat geht ungetröstet von ihm hinweg. Banneville hat sich stets mit dieser vom Staatssekretär ihm vorgesetzten Kost begnügt, Trauttmansdorff ist in so weit im Vortheil, als die vom römischen Hofe dem Concil octroyrten Doctrinen über Staat und Kirche der österreichischen Regierung einen sehr bequemen Anhaltspunkt bieten, das thatsächlich zerrissene Concordat auch rechtlich für erloschen zu erklären, wie denn überhaupt mit einem unfehlbar gewordenen und sich als berufenen obersten Richter über „Erlaubt" und „Unerlaubt" fühlenden Papst wohl ein Waffenstillstand, aber kein wirklicher aufrichtiger Friede und kein Friedensvertrag möglich ist. Uebrigens gibt es wirklich nichts Bequemeres und Elastischeres, als die Theorie, welche Antonelli mit diplomatisch-priesterlicher Salbung den Vertretern der europäischen Regierungen zu entwickeln pflegt.

Madrid, 21. März. Viele unionistische Functionäre haben ihre Entlassung gegeben. Die Correspondencia hält den Rücktritt des Regenten für wahrscheinlich, wenn es endgiltig zum Bruche zwischen den Unionisten und Radicalen kommt.

Ein Schreiben aus **Tunis** vom 16. März meldet folgendes Detail über die von uns bereits gemeldeten Mordthaten eines fanatischen Türken: „Gestern fand hier ein furchtbares Gemetzel statt; gegen $2^1/_2$ Uhr Nachmittags stürzte plötzlich ein Wasserträger — man sagt, es sei ein Marokkaner — in die Strassen des christlichen Stadtviertels. Er hatte einen Damascener in der Faust und hieb auf Christen und Juden ein, denen er begegnete, die Mauren allein verschonte er. Mehr als 40, andere sagen 60, Personen wurden derart mehr oder weniger schwer verwundet. Eine schöne junge Jüdin, welche europäische Tracht an hatte, wurde durch ihren Hut und ihren Chignon vor einem Säbelhiebe beschützt. Man trägt hier vielfach Waffen, namentlich Revolver. Verschiedene Personen feuerten auf den Wütherich, ohne ihn zu treffen. Aber in der Nähe des Mauren-Viertels traf ihn eine Kugel am Beine. Wahrscheinlich im Glauben, die große Moschee sei den Ungläubigen versperrt und ihm ein Asyl, flüchtete er in diese. Aber ein Janissar des englischen Consulats nahm ihn dort fest und führte ihn nach der Kasbah, der alten Citadelle. In einer Stadt wie Tunis, wo die Bevölkerung fast auf den Strassen lebt, verbreiten sich Gerüchte mit Blitzesschnelle. Die Metzelei war bald allenthalben bekannt, und der kleine Börsenplatz war eben sobald von einer Menschenmenge, namentlich Sicilianern und Maltesen angefüllt. Am Platze selbst liegt das englische

Consulat. Alle Dächer und Terrassen der Häuser, sowie die Ausgänge nach den verschiedenen Straßen strotzten von Menschen. Am Ausgange zum Marinehafen rotteten sich die Mauren an; die ganze Menge verlangte strenge und schnelle Gerechtigkeit, nur die Mauren blieben unentwegt. Unterdessen hatten sich alle fremden Consuln beim englischen Consul zusammengefunden, wo auch der Schwiegersohn des ersten Ministers des Bey, der General Keireddine, eintraf. Der französische Consul begab sich sofort zum Bey, während die übrigen die Menge zu beruhigen versuchten. Der Bey, nicht gern gestört in seiner Gemüthlichkeit, ließ den französischen Consul durch seinen Premier-Minister Si-Moustapha-Kasnadar empfangen. Der Minister, unbeliebt bei den Landeskindern wie bei den Ausländern, wurde mit Pfeifen und Hohngeschrei empfangen. Indessen brachte er den Befehl des Bey, den Schuldigen enthaupten zu lassen. General Keireddine begab sich also mit einer Menge von Sicilianern und Maltesern nach dem Kasbahplatze, von wo aus man ihnen den Kopf des bereits hingerichteten Mörders entgegentrug. Darauf hin zerstreute sich die Menge und am Abende war Tunis so ruhig und still wie gewöhnlich.

Bayerische Angelegenheiten.

* In der morgigen (Donnerstag) öffentlichen 21. Sitzung der Abgeordnetenkammer kommt eine Interpellation des Abg. Bucher zur Verlesung, und dann folgt Berathung und Beschlußfassung über die Nachweisungen des effectiven Aufwandes auf das Staatsbauwesen in den Jahren 1866/67 und 1868, über die Anträge des Abg. Dr. Adler und Genossen, die Errichtung von Lagerhäusern in Bayern betr., und des Abg. Freytag, die Abänderung des Art. 6 der Gemeindeordnung vom 29. April 1869, hinsichtlich der Bürgermeistereien betr., endlich über die vom VI. Ausschusse geprüften Anträge.

* Als ein nicht uninteressanter Beleg, in welcher Weise von jesuitischer Seite gegen Stiftspropst Dr. Döllinger vorgegangen wird, weil er Fälschungen nachwies, auf denen das Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit von den Jesuiten aufgebaut werden sollte, mag folgende Auslassung des Regensburger Morgenblattes (Organ des Regensburger Bischofes) hier folgen: „Ist die A. Allg. Ztg.“, so beginnt der Artikelschreiber seine Kritik, „das Organ, das Forum für religiöse Fragen? Es scheint der Herr Stiftspropst liebt es, kirchliche Angelegenheiten vor dem denkfaulen und unwissenden Leserkreis der Augsburger Allgemeinen Zeitung abzuhandeln. Döllinger verschweigt aber, daß er aus trüben Quellen geschöpft und auf Seite der Ketzer steht, die behaupten, die Katholiken beten die Mutter Gottes an . . . Der Janus-Mensch (Döllinger!) spinnt sein Lügengewebe emsig fort, er lügt, indem er behauptet, der Papst habe seinen Unmuth über die opponirenden Bischöfe kundgegeben. . . . . Zum Ekel muß den Prälaten auch das höhnische byzantinische Lob sein, das der Janus-Mensch der Minderheit im Konzil spendet. Es ist ferner eine Gemeinheit, wenn Dr. Döllinger das Gebet verhöhnt, das von den Katholiken für das Zustandekommen des Dogmas der Unfehlbarkeit des Papstes verrichtet wird. Beten kann Janus und Gesellschaft nicht, statt dessen wird gelogen, verleumdet rc. Er lügt, indem er andeutet, in Rom werde man alle Verführungsmittel bei den dissentirenden Bischöfen anwenden. Er lügt in niederträchtiger Weise, wenn er behauptet, die Opposition hätte ihre Eingabe in Rom nicht können drucken lassen. Auch an Pius IX. rückt die Janus-Gemeinheit heran; er legt ihm die Lust zur Dogmenfabrikation bei, die um so wunderbarer sei, da ihm sonst theologische Dinge ferne liegen, und er, wie man allgemein hört, theologische Bücher nie zu lesen pflegt. Wir verlieren darüber kein Wort, aber die Niederträchtigkeit der Janus-Seele mußte gebrandmarkt werden. Im XIII. Brief steigert sich die bodenlose Gemeinheit des Janus-Menschen. Die Eingabe der 400 Bischöfe, daß der heilige Geist — (nämlich der Geist der Jesuiten!) — den Papst vor Irrthum schütze, versetzt Döllinger in Wuth; er schleudert dem Papst und den Bischöfen, welche sich von ihm füttern lassen, die Infamie in das Gesicht, daß sie päpstliche Kostgänger sind. Eben so gemein sind seine Schimpfereien gegen die Jesuiten; auch begeifert der Janus-Mann die kostspieligen Ehedispensen. Daß der Papst einen Jesuiten zum Beichtvater hat, ist eine Lüge, daher erscheint Döllinger auch hier als ein erbärmlicher Schwänkemacher. . . . Der Janus-Mensch treibt dasselbe Spiel, wie die Häretiker und die staatskäuflichen Seelen; er will die Staatsgewalt für sich gewinnen und sie zur gewaltigen Trägerin der Häresie machen. . . . Würde das Concil die uralte Wahrheit (!!) der Unfehlbarkeit des Papstes als Glaubenslehre erklären, dann könnte nicht mehr so leicht das Giftkraut mit „auch-katholischen“ Namen auf dem Acker der Kirche fortwuchern. Darum jammert der Janus-Mann unaufhörlich sein „Samiel hilf!“ und entzückt küßt er unter Lobgesang die äußersten Ausläufer jedes Diplomaten-Frackes, sobald dessen Träger Miene macht, irgend eine Stänkerei gegen Papst und Concil in das Dasein zu setzen. . . . Die Erklärung des Bischofs von Mainz (sagt der Jesuit) überhebt mich der Mühe, dem satanischen Fratzengesicht des Janus einen Spiegel vorzuhalten. Das von dem Mainzer Bischof aufgedrückte Mal „der verworfensten Unwahrhaftigkeit“ bleibt fest sitzen auf der Stirne des Janus-Menschen!“ — Und solcher aller Scham baaren Schreibweise gegenüber hat diese Gattung Presse noch die Stirne, von Verwilderung der liberalen Presse zu sprechen??

Lokales und Provinzielles.

München, 23. März.

— Die k. Akademie der Wissenschaften hält am 28. d. Mts. Vormittags 11 Uhr zur Feier ihres 111. Stiftungstages eine öffentliche Sitzung, worin nach einleitenden Worten des Vorstandes Geh.-Raths Baron von Liebig und nach kurzer Ehrenerwähnung der jüngst verstorbenen Mitglieder Gymnasialprofessor Preger einen Vortrag über die Entfaltung der Idee des Menschen durch die Weltgeschichte hält.

π. Ein Telegramm aus Brüssel meldet, daß gestern zum Erstenmale „Lohengrin“ von Richard Wagner auf der dortigen Hofbühne gegeben wurde. Das Werk wurde mit enthusiastischem Beifalle aufgenommen. Dem zu dessen Einstudirung berufenen früheren Münchener Musikdirektor Hans Richter ist die Ehre zu Theil geworden, in die Königsloge gerufen zu werden, wo die Majestäten denselben der schmeichelhaftesten Anerkennung seiner ausgezeichneten Direktion der Oper versicherten. Von dem Orchester wurde Hrn. Richter ein prachtvoller Lorbeerkranz überreicht.

* Herr Direktor Fürst aus Wien wird mit seiner Gesellschaft vom 28. d. ab bis Palmsonntag im Aktientheater Vorstellungen geben und uns voraussichtlich für das in den letzten Tagen so traurig gewordene Repertoir zu entschädigen wissen.

* Die Bayerische Gartenbau-Gesellschaft wird auch heuer dahier eine allgemeine Blumen-Ausstellung zwischen dem 1. und 8. Mai veranstalten. Die Gesellschaft setzt im Ganzen 151 Geld-Preise zu freier Bewerbung aus und bestimmt, daß deren ganze oder theilweise Ertheilung von dem absoluten Werthe der zur Preisbewerbung gebrachten Gegenstände abhänge und dem Ermessen des Schiedsgerichts anheimgestellt sei. Dem Programme zufolge, treffen auf: Neu eingeführte Pflanzen 2, ausgezeichneten Kulturzustand der Schau-, Blatt- und Zierpflanzen 7, inländische Erzeugung neuer floristisch-werthvoller Blumen-Varietäten und Hybriden 2, charakteristische exotische Pflanzen-geographische Gruppen 2, Zierpflanzen-Gruppen 43, Sammlungen einzelner Zierpflanzen-Geschlechter 63, Sammlungen von Nutzpflanzen 2 Preise, (auf correcte Nomenclatur werden von einem hiefür bestimmten Preisgerichte Ehrenpreise zuerkannt) abgeschnittene Blumen in geschmackvoller Zusammenstellung 8, getriebene Gemüse 15, getriebene Früchte 4, Obstbäume 3 Preise, Werkzeuge ein Preisdiplom. Wenn Culturerzeugnisse zur Ausstellung gebracht werden sollten, für die im obigen Programm nicht namentlich eingeladen ist, welche das Preisgericht aber als verdienstvolle Leistungen anerkennt, so wird der Ausschuß, auf bezüglichen Antrag, außerordentliche Preise zuzuerkennen, nicht unterlassen. Die unter den vorhergehenden Preisconcursen nicht angeführten Gegenstände, welche Aufnahme finden, sind: Plastische Bildwerke von Kunstwerth, in so ferne sie sich zur Aufstellung in Gärten eignen, Gartenverzierungen, Grenzgitter, Gartenmeubles, Gartengeräthe, Modelle von Gewächshäusern, von Heizapparaten rc., Nachbildungen von Früchten, wenn dieselben mit richtigen Namen versehen sind, Abbildungen von

Pflanzen und Blumen, welche neu oder in der Ausstellungssaison nicht in Blüthe sind.

(Tagesbericht.) Gestern Nachts 1 Uhr machte ein Kanonier des I. Artillerie-Regimentes in trunkenem Zustande auf dem Trottoir der Theresienstrasse den Versuch, sich durch einen Pistolenschuß zu entleiben, brachte sich jedoch, da die Kugel an einem Uniformsknopfe Widerstand fand, nur leichte Verletzungen bei, und wurde alsbald ins Militärspital transportirt. — Jener Irrsinnige, welcher sich neulich Nachts für „Heinrich von Wittelsbach, König von Bayern" ausgab und von der Polizei in Verwahrung genommen wurde, ist als ein Gerichtsadjunct aus einer böhmisch-bayerischen Grenzstadt ermittelt und bereits in seine Heimat geschafft worden.

ϱ (Aus der öffentlichen Magistratssitzung vom 22. März. Schluß.) Ferner theilte Rechtsrath Badhauser ein Gesuch von mehreren Adjacenten mit, welche wünschen, daß die Stadtmauer bis zur Josephsspitalgasse hin eingelegt und der Graben geebnet werde, und beantragt dem Gutachten des Bauausschusses entsprechend, dieses Project, weil dessen Durchführung kolossale Mittel erfordere, — es müßten hiezu eine Reihe von Privathäusern erworben, und mehrere dem Magistrate gehörige Gebäude, darunter auch die Kreuzschule abgebrochen werden, — vor der Hand auf sich beruhen zu lassen. Mag.-Rath Billing ist der Ansicht, daß sich die Kosten dieses Projectes durch den Werth der dadurch gewonnenen freien und Bauplätze reichlich decken würden, gesteht aber zu, daß bei den jetzigen Mitteln der Gemeinde die Nothwendigkeit, die Mauer zwischen dem Sendlingerthor und der Josephsspitalgasse sofort abzubrechen, nicht vorliege, aber er müsse den Bauausschuß fragen, warum er das Brunnhaus und den Wasserthurm, dieses baufällige Scheusal, ein würdiges Seitenstück zu der famosen Schreiber'schen Wandfläche am Karlsthor, und das daneben stehende an die Stadtmauer angepappte, kaum 6½ Schuh tiefe Haus stehen lasse, und bitte, derselbe möge sein Herz dahin erweichen lassen, daß auch diese Gebäude abgebrochen, und den Bewohnern des Angers endlich Licht und Luft und die Aussicht auf den freien Platz gewährt werde. Auch Mag.-Rath Schanzenbach spricht sich dafür aus, es möge das Gesuch um Abbruch der Mauer etc. bis zum Sendlingerthor instruirt werden. Mag.-Rath Zechmeister stellt sich auf einen höhern Standpunkt; München sei jetzt an dem Punkte angekommen, zu entscheiden, ob es eine Großstadt werden wolle oder nicht. Wolle es das erstere, so dürfe die Vertretung sich nicht an der Leere der Gemeindekasse stoßen, sondern müsse um jeden Preis und so bald als möglich Alles aus dem Wege schaffen, was der Entwicklung der Stadt hindernd im Wege stehe, und dahin gehörten unzweifelhaft die Reste der Stadtmauern, die man in allen größeren Städten, wie Wien, Nürnberg und Würzburg fallen sehe, und zwar je später, mit je desto grösseren Kosten. Bei den gegenwärtigen Lohn- und Preisverhältnissen glaube er, sei für den Abbruch der Mauern gerade ein günstiger Moment, denn sicherlich würde in 5—6 Jahren die Wohnungsnoth hier wieder so groß, daß die gewonnenen Bauplätze mehr als die Kosten ertragen würden, und deßhalb möge der Magistrat vor letzteren nicht erschrecken. Innerhalb 10 Jahren müßten diese Mauern, die nur überall hindern, Luft und Licht nehmen und die Stadt verunzieren, doch fallen. Mag.-Rath Schanzenbach stimmt mit dem Vorredner überein, schlägt aber vor, den Antrag in zwei Theile zu theilen und den Abbruch der Mauer bis zum Sendlingerthor zuerst, und später dann den bis zur Josephspitalgasse in Angriff zu nehmen. Nachdem noch Baurath Zenetti der auch für die Abreißung von Brunnhaus, Wasserthurm und Stadtmauer bis zum Sendlingerthor ist, auf die durch diesen Abbruch verursachten Kosten (die bisherige Wasserleitung muß dann mit der Thalkirchner in Verbindung gesetzt werden) aufmerksam gemacht hatte, wurde der bereits gestern mitgetheilte Beschluß gefaßt. — Schon früher hat die Regierung die Adhibirung des Stempels bei den städtischen Anlehen verlangt und der Magistrat nach Abweisung seines Gesuches, von dieser Stempeladhibirung abzusehen, an die Kammer der Abgeordneten eine Vorstellung um authentische Interpretation des Stempelgesetzes dahin gerichtet, daß die städtischen Obligationen als Handelspapiere, wie auch die Staatspapiere, anzusehen seien, eventuell, daß im Landtagsabschiede ausgesprochen werde, daß Gemeindeanlehen von der Stempelpflicht frei sein sollen. Die Vorstellung kam nicht zur Verhandlung; der Magistrat beschließt in Folge einer wiederholten Aufforderung der Regierung, den Stempel in Anwendung zu bringen, sein Gesuch bei der Kammer nochmals in Erinnerung zu bringen. Referent Badhauser bemerkte noch, daß die Stempelpflicht bei Anlehen von Gemeinden eine Härte wäre, da sie ja ein Glied der staatlichen Organisation seien und ihre Schulden nicht zu Privatzwecken machen, sondern mit ihren Ausgaben gewissermassen Staatszwecke erfüllen, und daß sich gerade in dieser Angelegenheit, wo der Staat resp. das Finanzministerium in eigner Sache Richter sei, das Bedürfniß nach einem Verwaltungsgerichtshofe wieder recht deutlich herausstelle.

Landshut, 22. März. Vor Kurzem wurde in dem benachbarten Altdorf ein wuthverdächtiger Hund erschossen, dessen Section den Wuthverdacht vollkommen bestätigte. Es liegen Vermuthungen vor, daß dieser Hund auch in der Stadt gewesen und vielleicht einen oder mehrere Hunde abraufte.

Von **Vilshofen**, 21. März geht uns die Nachricht zu, daß gestern in Würding bei Ortenburg 5 Bauernhöfe mit 22 Nebengebäuden abbrannten. Die trefflichen Feuerwehren von Vilshofen, Ortenburg und Fürstenzell boten ihr Aeußerstes auf, bis sie endlich des Feuers Herr wurden. Man vermuthet Brandlegung.

Kronach, 21. März. Gestern morgens wurde in der Nähe des Ortes Friesen eine ledige 22jährige Frauensperson mit schweren Verwundungen am Kopfe ermordet aufgefunden.

Würzburg, 20. März. Der in der letzten Schwurgerichtssitzung am 1. Februar l. Js. wegen Raubes und Mordes zum Tode verurtheilte Joh. Schreck von Erlenbach wurde von Sr. Maj. dem König zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt.

Augsburg, 22. März. Nach vierstündiger Verhandlung wurde der Redakteur der Augsb. Postztg., A. Birle, angeklagt des Vergehens der Beleidigung der Staatsregierung durch die Presse, vom Schwurgerichte freigesprochen.

— Das „Pastoralblatt", der Moniteur des bischöflichen Ordinariates Augsburg, spricht in seiner Nr. 8 Seite 61 von den Fortschrittlern als von „rasenden Hunden". Wenn das kirchliche Amtsblatt sich so zart ausdrückt, darf man sich nicht mehr wundern, daß gewisse geistliche Publizisten so schreiben, wie — Herr Dr. Schneider in Kempten schreibt.

Wangen, im Allgäu, 18. März. Seit gestern früh 5 Uhr regnet es unausgesetzt. Der Argenfluß schwoll heute früh so an, daß er weit und breit austrat und die anliegenden Gärten und Felder so überschwemmte, daß Alles einem See glich. Auch wurde ein großer Theil der Unterstadt unter Wasser gesetzt, so daß viele Bewohner mit ihrem Vieh ausziehen mußten, während andere nicht mehr aus ihren Wohnungen heraus konnten. Der Postwagen von Isny mußte in Eglofs stehen bleiben. Selbst die ältesten Leute können sich eines so hohen Wasserstandes nicht erinnern. Der angerichtete Schaden ist sehr groß.

Theater.

(Schauspielbericht.) Hoftheater. Montag und Dienstag wurde die Wallenstein-Trilogie aufgeführt. Als eine gute Einrichtung loben wir vor Allem die Zusammenziehung der drei Theile in zwei Vorstellungen. Das „Lager" für sich, wie man es vorvoriges Jahr gegeben, verliert — es gehört zu den zwei großen Dramen wie eine Ouverture, es ist der Spiegel, in dem sich uns der Charakter, die Bedeutung des Helden zeichnet, ehe sich derselbe durch sein eigen Handeln vor uns documentirt. Was die Aufführung des Lagers betrifft, so läßt sich darüber Günstiges berichten. Ein Eingehen auf die einzelnen Leistungen möge man mir erlassen. Das Zusammenspiel war ein ziemlich gutes. Zu loben ist die Regie in Bezug auf die Anordnung; nur Eines möchten wir erwähnen — es geht oft hinter der eigentlichen Scene etwas zu unruhig zu.

Die „Piccolomini" wurden ungleich gegeben. Was Hrn. Dahn

als Wallenstein betrifft, so zeigte er mehr Realismus als in mancher andern Schiller'schen Gestalt, — er sprach theilweise gut — doch zuweilen kam er wieder ins Pathos. Der „Octavio" des Hrn. Possart war in ruhiger kalter Weise, dem Charakter angepaßt, gegeben. Nicht zufrieden sind wir mit dem „Max" des Hrn. Rohde. Er faßt die ganze Rolle nicht in rechter Weise auf. Der junge Piccolomini ist eine zwar unmögliche Figur, — aber gleichviel — sie ist idealistisch durch und durch. Gerade dieser Idealismus seiner Natur ist's, der das geistige Band zwischen Max und Wallenstein bildet, der in dem jungen Manne das ihm Fehlende sucht. Wenn aber dieser Hauptzug im Charakter verfehlt ist, wird die Gestalt unwahr. So hat Hr. Rohde die Scene mit Questenberg (I. Akt 4. Scene) gänzlich vergriffen. Max soll da seinem Charakter gemäß, aufgebracht sein, muß Erbitterung und Zorn zeigen. Das that Hr. Rohde nicht, — er zeigte sich sarkastisch und ironisch; das liegt ihm vollkommen fern. Eine schöne Leistung war „Illo" des Hrn. Christen, auch die HH. Rüthling und Büttgen entledigten sich ihrer Rollen gut, nicht ebenso Hr. Herz, dessen Wachtmeister uns etwas philisterhaft aufgefaßt erschien. Hr. Richter gab den Questenberg in einfach würdiger Weise. Die mit kleinern Rollen betheilten Herren entsprachen.

Die in „Piccolomini" beschäftigten Damen können nicht alle gleichermaßen gelobt werden. Frl. Ziegler war gut — sie brachte das ehrgeizige Weib, welches in der Ehre ihres Bruders die eigne sucht, in trefflichster Weise zur Anschauung, und ist ihrer Auffassung auch in „Wallensteins Tod" treu geblieben. Nicht befriedigt hat uns die Thekla der Frau Dahn — man darf nicht läugnen, sie hat sich alle Mühe gegeben, aber es gelang ihr dennoch nicht, das Kindliche zur Anschauung zu bringen; sie konnte ihre Individualität dieser Rolle nicht aufopfern. Wir begreifen überhaupt nicht, warum man die Thekla nicht dem Frl. Joh. Meyer anvertraut hat. Wir wissen, daß diese noch keine vollendete Schauspielerin ist, und sie selbst weiß es auch, aber man soll ihr Gelegenheit bieten, ihr Talent, ihr ernstes Streben zu zeigen. Dieser Mißgriff der Regie ist uns ein Räthsel. Frl. Weiß spielte auch nicht zum Besten, es lag wieder in allen Bewegungen zu viel das Bewußtsein, daß sie auf der Bühne ist und nur die Person vorstellt, nicht ist, sie hatte sich in ihre Rolle nicht hineingelebt.

In Bezug auf „Wallensteins Tod" haben wir nur zu erwähnen, daß Hr. Rohde bedeutend besser spielte als in „Piccolomini," daß besonders einzelne Scenen, von innerem Feuer erwärmt, vortrefflich wirkten; vor Allem aber müssen wir ihm das Zeugniß ausstellen, daß er in seinen Bewegungen bedeutend ruhiger war, als gewöhnlich. Hr. Possart führte den Vater in consequenter Weise durch. Hr. Herz übertrieb hie und da. Vortrefflich waren Hr. Christen und Hr. Rüthling. Hr. Dahn blieb sich gleich. Das Haus war sehr voll.

Feuilleton.

Aus Natur und Wissenschaft.

Die Sturmwarnungen.

(Schluß.)

Indessen auch andere Erfahrungen mußten gemacht werden. Die erste Bedingung des Erfolges der ganzen Unternehmung sind natürlich möglichst richtige, zuverlässige Einzelbeobachtungen; wo diese fehlen, gehen alle Schlüsse in die Irre. Und sie fehlten leider zu oft. Als nach dem Tode Fitz-Roy's die verschiedenen Beobachtungsstationen einer Besichtigung unterworfen wurden, zeigten sich die ärgsten Nachlässigkeiten. Hier fand man das Thermometer in einer Bahnhofhalle aufgehängt, wo es der Locomotivwärme ausgesetzt war, dort befand sich das Barometer in einem Raume, der mit Dünsten warmen Wassers geschwängert war. Natürlich war unter solchen Umständen eine ganz durchgreifende Reform nöthig, ehe die 1866 suspendirten Warnungen wieder aufgenommen werden konnten. Auch die zu große Abhängigkeit der Zweigstationen von der Centralstelle, wie sie sich natürlicher Weise in der ersten Zeit, so lange die einzelnen Beobachter noch nicht hinlängliche Erfahrungen gesammelt hatten, herausbildete, konnte nicht bestehen bleiben; es mußten diese in den Stand gesetzt werden, unter Umständen selbst das Zweckmäßige finden zu können und nicht immer bloße Registrirmaschinen zu bleiben. Auf diesen Punkt wurde bei der Reorganisation großes Gewicht gelegt, da ja stets in der Tüchtigkeit der Organe die Fähigkeit des Organismus liegt. Neben den hundert Signalstationen, welche 1869 an den englischen Küsten sich befanden, wurden dann ferner drei Wartthürme (in London, Liverpool und in North Shields) errichtet, auf denen weithin sichtbare Sturmsignale gegeben werden.

In Norddeutschland war man bedächtiger und ruhiger mit der Einrichtung der Sturmwarnungen vorangegangen, als in England und Frankreich; man konnte hier bereits von gemachten Erfahrungen Gewinn ziehen. Von dem unter Dove's Leitung stehenden Berliner meteorologischen Institut werden Witterungsberichte, die aus den verschiedensten Theilen Europa's eingehen, in den verschiedenen Häfen und durch die öffentlichen Blätter in zur Vergleichung und praktischen Verwerthung passender Gestalt bekannt gemacht. Sturmwarnungen werden nur bei großer Wahrscheinlichkeit des Herannahens einer ernstlichen atmosphärischen Störung ertheilt, so daß in den meisten Fällen die Deutung der Beobachtungen der Fähigkeit des Einzelnen überlassen ist. Mit einiger Uebung läßt sich aus den für die meisten Zeitungsleser hieroglyphischen Barometerstand-Angaben leicht ein Bild der Luftdruck-Verhältnisse über Europa gewinnen und aus ihm die zu erwartenden Luftströmungen, Winde oder Stürme voraussehen. Klare und deutliche Anleitung zur Verwerthung der Berliner Witterungsberichte für Vorherbestimmung der Witterung hat Dr. Prestel (in Emden) in verschiedenen Zeitschriften gegeben, in Heis' Wochenschrift für Astronomie (1868), in der „Hansa" (1868), in Meyer's Ergänzungsblättern (1869); nimmt man zu den hieraus zu schöpfenden Einsichten noch die guten alten Witterungszeichen, die in den Wolken, dem Mondhof, dem Morgen- und Abendroth, im curiosen Gebahren aller Art Gethier und Pflanzen, nicht zuletzt auch im Zipperlein und ähnlichen prophetischen Leiden geboten sind, endlich noch die alterprobten Kalenderregeln, so muß man sagen, daß es dem Menschen der Gegenwart, wenn er irgend will, an Mitteln zur Voraussicht nicht fehlt.

Die Sturmwarnungen stehen fest; sie sind erprobt, und es ist sicher, daß ihre Zuverlässigkeit mit den Fortschritten der Meteorologie wachsen wird. In dem Maße, als diese Wissenschaft, die noch sehr unreif ist, sich weiter entwickelt, als sie ihre Beobachtungen verschärft und durch Einführung selbstregistrirender Instrumente von den in dem Beobachter liegenden Fehlerquellen befreit, als sie aus den rasch anwachsenden Thatsachen immer allgemeinere Schlüsse zu ziehen vermag, werden sicherere Vorausverkündigungen möglich sein. Es ist kaum zweifelhaft, daß die Sturmwarnungen schon in wenig Jahren diejenigen, mit denen einst Fitz-Roy begann, weit hinter sich lassen werden, viel sicherer ist es aber, daß man den Namen des Mannes, der zuerst den Muth hatte, alle die Nachtheile des Anfanges auf sich zu nehmen, stets mit Ehrfurcht nennen wird, und daß ihm der Segen und Dank der Nachwelt nicht fehlen kann.

Vermischtes.

— Den Oedenburger Nachrichten berichtet man Folgendes über eine Vergiftung durch Hadern: „In der vorigen Woche traf in der k. k. Papierfabrik zu Schlöglmühl, nächst Gloggnitz, eine Ladung Hadern ein. Beim Oeffnen der Säcke gewahrten die Arbeiter an mehreren Hadern auffallend viele Knoten. Sie öffneten diese und da verbreitete sich ein gelber Staub. Gleich darauf fühlten sich die damit beschäftigten Arbeiter unwohl; 12 derselben sind bereits nach drei bis vier Tagen gestorben und acht noch dem Tode nahe. Die erste Leiche wurde secirt, dabei ritzte sich einer der Functionäre ganz wenig an der Hand. Er fühlte sogleich die heftigsten Schmerzen, und es heißt, es wird ihm, wenn es bis heute nicht schon geschehen ist, sogar der Arm abgenommen werden müssen. Unter den Hadern fand sich später eine Schrift, worin es heißt, „wer sich mit diesen knotigen Hadern beschäftigt, wird unglücklich sein."

— In Paris überfuhr jüngst der Wagen einer jungen Schauspielerin ein Kind. Die Menge, meist aus Damen der Halle bestehend,

hielt den Wagen an und zwang die Schauspielerin auszusteigen und sich in die nächste Officin zu begeben, wohin das schwer verletzte Kind schon getragen worden war. Dort warf die Dame ein Fünffrancs-stück hin und sprach obenhin: „Dies für die Pflaster und Salben, ich muß fort, denn ich habe es eilig.“ — „Madame“, erwiederte der Chirurg, „das Kind ist tödtlich verwundet, fünf Francs sind kein Schadenersatz.“ — „Ich muß bitten“, versetzte die Dame kurz, „ich bin gegen Wagenunfälle, welche ich verursachen könnte, assekurirt; der Schadenersatz geht also die Assekuranzgesellschaft an.“ Und gewandt sprang sie in in ihren Wagen und fuhr, von den Beschimpfungen und Quodlibets der Menge verfolgt, von dannen.

Telegraphische Nachrichten.

Stuttgart, 23. März. Die Entscheidung der Ministerkrisis ist vor der Debatte über die Verringerung der Militärlasten unwahrscheinlich. In parlamentarischen Kreisen glaubt man, daß einzelne Minister einen Abstrich von 300,000 bis 500,000 fl. im Kriegsbudget gestatten werden; die Minister dagegen sind einig, die Heeresverfassung nicht abändern zu lassen. Falls der Antrag von Schott angenommen wird, ist die Auflösung der Kammer wahrscheinlich.

Stuttgart, 23. März. Minister v. Varnbühler beantwortet die Interpellation von Schott, betreffend den casus föderis, wie folgt: Der preußische Gesandte habe im April 1867 ein vertrauliches Rundschreiben vorgelesen mit der Anfrage, ob Württemberg die Verantwortlichkeit zum Schutze Luxemburgs mit Preußen theile. Er, der Minister, habe erwidert, er werde die Verpflichtungen des Allianzvertrages loyal erfüllen. Preußen habe sich damit zufrieden gegeben und erklärt, daß es ferner an dem Allianzvertrage festhalten werde. — Die Rede des Hrn. v. Varnbühler schließt: Gegenüber den Mißdeutungen, welche meine Worte gefunden, gegenüber den ungescheut hervortretenden Umtrieben gegen den Rechtsbestand der von der Staatsregierung abgeschlossenen und von den Ständen genehmigten Staatsverträge erkläre ich, daß, solange ich auf diesem Platze stehe, ich an dem Vertrage nicht rütteln lasse und nicht zustimmen werde, daß Württemberg sich der loyalen Erfüllung seiner Verbindlichkeit entziehe, mit den übrigen deutschen Heeren einzutreten, wenn es sich um die Vertheidigung deutschen Gebietes handelt.

Wien, 22. März. Im Abgeordnetenhaus entspann sich bei der Budgetdebatte über den Dispositionsfond eine längere Debatte. Der Ministerpräsident weist die Vorwürfe, das Ministerium beabsichtigte die Freiheit der Meinungsäußerung zu beschränken oder einen Federkrieg zu führen, zurück. Der Dispositionsfond wird mit großer Majorität angenommen. Rechbauer interpellirt das Ministerium wegen der Nichtübereinstimmung des die Soldaten zu kirchlichen Handlungen kommandirenden General-Befehles mit den Staatsgrundgesetzen.

Wien, 23. März. Sitzung des Abgeordnetenhauses. Bei Berathung des Etats des Landesvertheidigungs-Ministeriums beantragt Mayrhofer die Resolution, die Regierung sei aufzufordern, auf ausgiebige Ersparungen im Militärbudget und auf allgemeine europäische Entwaffnung hinzuwirken. Der Antrag wird unterstützt.

Wien, 23. März. Wochenausweis der Südbahngesellschaft. Die Einnahmen vom 12. bis 18. März betrugen 542,222 fl.; ergaben somit eine Mehreinnahme von 1494 fl. gegen die entsprechende Woche des Vorjahres.

Frankfurt, 23. März. Fould & Comp. laden zur Subscription auf 5 Millionen 7% Goldbonds der Oregon-California-Eisenbahn zum Course von 72$^1/_2$ ein. Die Subscription findet am 29. und 30. März statt.

Bern, 23. März. Die Direktionen der Nordost- und Centralbahnen erklären, die italienisch-norddeutschen Vertrags-Bestimmungen bezüglich des Gotthardtunternehmens übernehmen zu wollen. — Der Nuntius hat beim Bundesrathe eine Beschwerde wegen Verhöhnung des katholischen Kultus beim Basler Fastnachtszug eingereicht.

Paris, 22. März. Der größte Theil der Journale zollt dem Briefe des Kaisers an Ollivier Beifall. Das „Journal des Debats“ sagt: Der Brief des Kaisers zerstreut die letzten Zweifel über die Möglichkeit eines parlamentarischen Kaiserreichs.

Tours, 22. März. Casanova, Cassagnac und Andere erklären, auf dem Gesichte des Prinzen Peter Bonaparte die Spur von einem Schlage gesehen zu haben. Die übrigen Zeugenaussagen bringen nichts Neues.

London, 22. März. Unterhaussitzung. Nachdem schließlich Gladstone gesprochen, passirt die zweite Lesung des Gesetzentwurfes betreffend die Aufrechthaltung der Ruhe in Irland mit 425 gegen 13 Stimmen.

Madrid, 23. März. Das Gesetz betreffend die Negotiation der Tresorbonds wurde mit 129 gegen 74 Stimmen angenommen. Die Unionisten enthielten sich der Abstimmung. — Man versichert, es werde keine gerichtliche Verfolgung gegen Montpensier stattfinden.

Washington, 22. März. Der Bericht des Finanz-Comités des Senats empfiehlt die Verwerfung des Antrages auf Rückkehr zur Baarzahlung im Januar 1871. Das Comité für auswärtige Angelegenheiten spricht sich gegen den Ankauf der Insel St. Thomas aus.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 23. März. (Schlussc.)

Wechsel auf London	120$^1/_8$	Oest.-franz. Staatsbahn	378$^1/_4$
„ „ Paris	95$^1/_2$	Bayr. Ostbahn-Actien	119$^1/_2$
„ „ Wien	96$^1/_8$	Elisabeth-Prior. I. Em.	77$^3/_4$
5 proc. bayr. Anleihe	101$^1/_4$	4% bayer. Prämien-Anl.	105$^1/_2$
4$^1/_2$ „ „ „	91$^3/_4$	Bad. Präm.-Anleihe	106$^1/_2$
4 „ „ Grundrente	86$^5/_8$	Oesterr. Loose v. 1860	79$^7/_8$
4 „ „ Obligat.	86$^3/_4$	„ Loose v. 1864	115$^1/_4$
5 proc. österr. Metall., engl.	——	Alsenzbahn	
5 „ „ National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	67$^1/_2$
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	234$^1/_4$
1862er Amerikaner	95	Napoleons	9.31
Oesterr. Bank-Actien	694	Rente Silber 58$^1/_2$, Pap. 50$^1/_8$.	
Credit-Actien	276$^1/_2$	Handelsbank	99

Wien, 23. März. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	71.40	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	97.90	Steuerfr. Metall. on 1866	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	120.—	Napoleons	9.87$^1/_2$
Oesterr. Bank-Actien	724.—	Wechsel auf Augsburg	102.70
„ Credit-Actien	288.20	„ „ London	124.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	393.—	„ „ Paris	49 15
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	„ „ Frankfurt a. M.	102.90
„ „ Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	244.80
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 359.—Pap.-R.	61.50

Berlin 23. März (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	45$^1/_2$	Lombarden	133$^6/_8$
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	105$^3/_4$	Italienische Anleihe	55$^5/_8$
4$^1/_2$ „ „ Anleihe	92	1862er amerikanische Bonds	95$^5/_8$
Bad. Prämien-Anleihe	106$^1/_2$	5 proc. preuss. Anleihe	
Darmstädter Actien	131$^1/_2$	4$^1/_2$ „ „ „	93$^1/_2$
Oesterr. Credit-Actien	157$^5/_8$	Wechsel auf Augsburg	—.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	215$^3/_4$	„ „ Frankfurt	—.—
Staatsbahn-Prioritäten	292$^1/_2$	„ „ London	
Oest. fl. 500 Loose von 1860	80	„ „ Paris	
„ fl. 100 Loose von 1864	66	„ „ Wien	
5 proc. östr. National-Anl.	——		

New-York, den 22. März. Gold 112$^1/_2$. Wechsel in Gold 108$^1/_2$. Bonds per 1882 109$^7/_8$. Baumwolle 23$^1/_4$. Petroleum 26.

Liverpool, den 22. März. Schlussbericht. Heutiger Umsatz 10,000. Orleans 11$^1/_2$. Middling amerikanische 11$^1/_4$. Fair dhollerah 9$^1/_4$. Middling fair dhollerah 9$^1/_8$. Good middling dhollerh 9. Fair Bengal 8. Fair Omra 9$^5/_8$. Pernam 11$^3/_4$. Smyrna 10$^1/_4$. Fgyptian 12 —. Amerik. per März-April —. Dhollerah per Mai —. Omra — Tages-Import 30557, davon Ostindische 2390 Tendenz: ruhig.

Curse des Münchener Handelsvereins vom 23. März 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. $3\frac{1}{2}$% Obl.	fl. 1000	$81\frac{1}{2}$	$80\frac{1}{2}$
4% ganz. Obl.	1000	$86\frac{5}{8}$	$86\frac{1}{4}$
4% halbj. Obl.	1000	$86\frac{5}{8}$	$86\frac{1}{4}$
4% Grundr.-Obl.	1000	$86\frac{3}{4}$	$86\frac{1}{2}$
$4\frac{1}{2}$% ganzj. Obl.	1000	92	$91\frac{5}{8}$
$4\frac{1}{2}$% halbj. Obl.	1000	92	$91\frac{3}{4}$
$4\frac{1}{2}$% „Milit. „	1000	92	$91\frac{3}{4}$
5% Obl.	1000	$101\frac{3}{4}$	101
4% Münch. Obl.	1000		
5% „ „	1000	$101\frac{1}{2}$	$100\frac{3}{4}$
$4\frac{1}{2}$% Ostbahn-Aktien .		$119\frac{1}{2}$	$119\frac{1}{4}$
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung . .		87	$86\frac{1}{2}$
dto. volle		87	$86\frac{1}{2}$
Pfdbr. d. bayer. Hyp.- u. W.-Bank à fl. 1000		$90\frac{5}{8}$	$90\frac{3}{8}$
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.		100	$99\frac{7}{8}$
Aktien „ „		823	823
Bayer. Handelsbank-Act.			
„ Vereinsbank . .		$120\frac{1}{2}$	$119\frac{1}{2}$
Württemberg. $4\frac{1}{2}$% Obl. . . .		$91\frac{1}{4}$	
Oesterreich $4\frac{1}{5}$% Silb.-Rte. 5/7		$58\frac{3}{4}$	$58\frac{1}{2}$
„ Pap.-Rte „			
5% Nation.-Anl. . 5/6			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à $116\frac{7}{8}$			
5% Met. Stfr. v. 1866 5/7			
Oest. Bank-Aktie . .			
„ Cred.-Aktien . .		278	$277\frac{7}{8}$
Oest.-franz. Stsb.-Aktien .		380	$379\frac{1}{2}$

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb. .	$234\frac{3}{4}$	$234\frac{1}{4}$
Preußen. $4\frac{1}{2}$% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. $2\frac{1}{2}$	$95\frac{1}{4}$	$95\frac{1}{8}$
„ 1884 „	$94\frac{1}{4}$	
„ 1885 „		
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	$105\frac{3}{4}$	
4% Bad. „ „	$106\frac{1}{2}$	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	$6\frac{1}{2}$	
Pappenheimer dto.	$5\frac{3}{4}$	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose . .	$18\frac{1}{2}$	
Oester. 1854er Loose à fl. 250 5/6		
„ 1860er „ à fl. 500 5/7		
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred. Loose . . .		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		310
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		123
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor .	95	
Chemische Fabrik Heufeld		76
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn . . .		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn . .		
„ Siebenbürger Bahn . . .		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. I. Em. 5/7	$77\frac{1}{4}$	
dto. II. „ „		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn „		

		Brief.	Geld
5% Prior. Franz Joseph-Bahn „		$79\frac{1}{4}$	
„ Siebenbürger Bahn „			
„ d. Böhm. Westbahn „			
„ Alföld Fiumander Bahn „		$76\frac{3}{4}$	
Wechsel.			
Amsterdam fl. 100 holl.	K. S.		$100\frac{5}{8}$
	L. S.		
Augsburg fl. 100 . . .	K. S.		
	L. S.		100
Berlin Rthlr. 60 . .	K. S.	$105\frac{1}{8}$	$104\frac{7}{8}$
	L. S.		$104\frac{7}{8}$
Frankfurt fl. 100 . . .	K. S.		
	L. S.		100
Hamburg M.-B. 100 . .	K. S.		$88\frac{5}{8}$
	L. S.		$88\frac{5}{8}$
Leipzig Rthlr. 60 . .	K. S.	105	$104\frac{7}{8}$
	L. S.	$105\frac{1}{8}$	$104\frac{7}{8}$
London Pfdst. 10 . . .	K. S.		$119\frac{7}{8}$
	L. S.	120	$119\frac{7}{8}$
Paris Fr. 200 . . .	K. S.	$95\frac{1}{4}$	95
	L. S.	$95\frac{1}{2}$	95
Wien fl. 100 . .	K. S.	$96\frac{1}{4}$	96
	L. S.		
Bank-Disconto für Platz-Wechsel .			
„ „ Lombard. . .			
Geldsorten.			
Preuß. Friedrichsd'or		9.59	9.58
20 Francs Stücke		$9.30\frac{1}{2}$	$9.29\frac{1}{2}$
Preuß. Cassen-Scheine		$105\frac{1}{8}$	$104\frac{7}{8}$
Oest. Banknoten		$96\frac{1}{4}$	$96\frac{1}{8}$

Kgl. Hof- u. National-Theater.

Donnerstag den 24. März.

52. Vorstellung im Jahres-Abonnement.

Der Theuerdank.

Romantisches Lustspiel in 3 Aufzügen von Herm. Schmid.

Regie: Herr Richter.

Personen:

Graf Rüdiger von Hochburg	Hr. Büttgen..
Editha, seine Tochter . .	Frl. J. Meyer.
Junker Herkulan von Münchhausen, sein Neffe . .	Hr. Lang.
Barn. Wendlinger, Kaufherr	Herr Keller.
Felix, sein Sohn . . .	Hr. Rohde.
Guntram, der Thalmüller .	Hr. Leigh.
Willhild, sein Weib	Frl. Aibl.
Walpurg, deren Tochter .	Frl. Jahn.
Meister Theuerdank, ein Minnesänger	Herr Rüthling.
Ein Landsknecht	Hr. Tomschitz.
Ein fahrender Schüler . .	Hr. Christen.
Till, Mühlknecht . . .	H. Davideit.
Ein Bauer	Hr. Hoppe.
Ein Diener	Hr. Wagner.
Ein Reisiger	Hr. Thoms.
Ein Mädchen	M. Kopp.

Ort: Im Schwarzwalde. 1486.

Hierauf:

Die Wassernixe.

Fantastisches Ballet in 2 Aufzügen nach dem Göthe'schen Gedicht „Der Fischer" bearbeitet v. Perrot, Musik v. Pugni und Lindpaintner. Einstudirt und in Scene gesetzt von der K. Ballet-Directrice Fr. Lucile Grahn-Young.

Personen:

Undine	Frl. Zink.
Matteo, ein Fischer . .	H. Fenzl.
Zerlina, dessen Braut . .	Frl. Kilian.
Maria, deren Großmutter .	Frl. Muschek.
Antonio, Matteos Freund .	H. Flerx.

Ort d. Handlung: Ein Fischerdorf b. Palermo.

Die Kasse wird um 1/2 6 Uhr geöffnet.

Anfang 1/2 7 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.

Münchener Aktien-Theater.

Donnerstag den 24. März.

Zum 1. Male:

Das Schwanenlied,

oder:

Der Einfall der Franzosen in die deutschen Rheinländer im Jahre 1688.

Vaterl. Schauspiel in 5 Aufzügen v. Kramer.

Anfang 7 Uhr. Ende nach halb 10 Uhr.

Freitag, 25. März: Abschieds-Vorstellungen.

Gestorbene.

Am 20. März. Lindhammer Klara, Oberstlieutenantsgattin v. Kronach, 63 J. — Hirsch Samuel, Handelsmann von Gandersheim, 61 J. — Huber Peter, Bauernknecht v. Berg, B.-A. Altötting, 56 J. — Stadler Gg., Schuhmacher von Harthausen, 48 J. — Gratz A., Putzarbeiterin v. h., 29 J.

Am 21. März. Königsberger M., k. a. Appellger.-Sekr. v. Bamberg, 84 J.

Königl. Staats-Eisenbahnen.

Post-Z. b Kur.-Z. c Schn.-Z. d Lok.-Z. e Güt-Z.

München—Pasing—Augsburg.

Abfahrt:	Ankunft:
5 U. 45 M. Morg. b	8 U. 10 M. Morg. d
6 U. 10 M. Morg. c	8 U. 40 M. Vorm. b
6 U. 25 M. Morg. a	11 U. 40 M. Nchm. d
11 U. — M. Vorm. a	3 U. 35 M. Nchm. a
1 U. 50 M. Nchm. d	8 U. 15 M. Abds. b
5 U. 45 M. Abds. b	9 U. 15 M. Nchts. c
6 U. 45 M. Abds. d	9 U. 40 M. Nchts. a
11 U. 20 M. Nchts. b	

München—Salzburg—Wien.

5 U. — M. Morg. e	5 U. 15 M. Morg. b
9 U. — M. Morg. b	8 U. 15 M. Morg. e
10 U. — M. Vorm. a	10 U. 18 M. Vorm. a
4 U. 30 M. Nchm. a	4 U. 10 M. Nchm. a
5 U. 40 M. Nchm. e	8 U. 55 M. Abds. e
8 U. 40 M. Abds. b	11 U. — M. Nchts. b
10 U. 10 M. Nchts. b	

München—Starnberg—Peissenberg.

Abgang in München:	Abgang in Starnberg:
6 U. 50 M. Morg.	8 U. 20 M. Vorm.
10 U. 30 M. Vorm.	12 U. 35 M. Mitt.
5 U. — M. Abds.	7 U. 25 M. Abds.

München—Ingolstadt.

6 U. 30 M. Morg. a	8 U. 55 M. Morg. e
1 U. 55 M. Mitt. e	3 U. 40 M. Nchm. a
5 U. 45 M. Nachm. a	9 U. — M. Abds. a

München—Regensburg.

5 U. — M. Morg. a	8 U. 22 M. Morg. e
7 U. 45 M. Morg. b	9 U. 30 M. Vorm. b
9 U. 45 M. Vorm. a	11 U. 48 M. Mitt. e
1 U. 30 M. Nchm. e	6 U. 17 M. Abds. e
5 U. 15 M. Nchm. b	8 U. 5 M. Abds. b
7 U. — M. Abds. e	10 U. 25 M. Nchts.

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer. — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr:
Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr
für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Freitag, den 25. März 1870. Nr. 83.

☛ Des Festtages wegen wird das nächste Blatt am Samstag Morgens 8½ Uhr ausgegeben.

Die Bedeutung der Wehrfrage.

✕ München, 23. März. Die Wehrfrage ist nun eine brennende geworden, und Angesichts der kommenden Kammerdebatten hat in der Presse auf der ganzen Linie ein lebhafter Austausch der Meinungen begonnen. Während die liberalen Blätter für unser gegenwärtiges System, für die Erhaltung eines starken, gut ausgebildeten Heeres in die Schranken treten, läuft die gesammte patriotische und demokratische Presse wüthend Sturm gegen das „verhaßte Wehrgesetz“ und secundirt damit die Bestrebungen der Kammermajorität, wie diese sich in den vorhergehenden Discussionen, noch klarer aber in den Debatten des II. Ausschusses und in den Vorschlägen des Militärreferenten kundgegeben haben.

Diese Bestrebungen zielen ab auf bedeutende Ersparnisse im Militärbudget auf dem Wege tiefgreifender Aenderungen in unserem Heerwesen. Unstreitig ist das Verlangen nach thunlichster Sparsamkeit ein gerechtfertigtes; allein wer darüber zu Reformen greift, der muß sich zuvor dessen versichern, ob dieselben nicht Nachtheile mit sich bringen, die schwerer wiegen, als der erstrebte Gewinn; der muß auch suchen, dem Heere für die entzogenen Mittel ein Aequivalent in anderer Richtung zu bieten, sonst schädigt er nur das Heer in empfindlicher Weise.

So müssen denn auch die Vorschläge der Patrioten in der Wehrfrage für geradezu bedenklich erachtet werden. Was berechtigt uns denn, die Präsenz, die notorisch auf das äußerste zulässige Minimum beschränkt ist, so bedeutend zu kürzen? Sind denn Umstände eingetreten, welche die Anforderungen an die militärische Ausbildung herabsetzen, oder bringt der Rekrut jetzt vielleicht Eigenschaften mit, die seine Ausbildung um so Vieles rascher zu vollenden gestatten? Keines von beiden; dieselben Verhältnisse, unter welchen wir gestern unsere Wehrkraft beschafften, sind auch für morgen die gegebenen; und die Folge der Abkürzung der Präsenz wird nur die sein, daß das Heer mit der Unterrichtszeit auch an Güte einbüßt, und daß es mit seinem moralischen Gehalt, wie ihn nur eine längere Uebungszeit schaffen kann, auch den einzig verlässigen Motor zu großen Thaten verliert. Aber nicht bloß diese qualitative, sondern auch eine numerische Schwächung droht der Armee durch einen Abstrich von 4 Cavalerieregimentern. Haben wir deren vielleicht zu viel, oder ist etwa die für eine bestimmte Heeresstärke nothwendige Verhältnißzahl an Reiterei so ganz dem Gutdünken des Organisators überlassen? Keineswegs; auch hier gelten gewisse Gesetze, deren Verletzung schwere Folgen nach sich zöge. — Solche Vorschläge führen nicht, wie man vorgibt, zum Milizsystem, — denn unseres Wissens besteht dessen Character durchaus nicht in der Mangelhaftigkeit der Truppenbildung und der Unzulänglichkeit der Cavalerie — sondern sie führen zur Zerrüttung der Wehrkraft, zur Desorganisation der Armee, berauben das Land der Stütze seiner Selbständigkeit und geben es der Willkühr politischer Stürme preis.

Welch seltsame Erscheinung! Eine Partei, welche den extremsten Particularismus auf ihre Fahne schreibt, und diesen so weit verfolgt, daß sie den Sturz eines Ministers, der, einer der besten, die auswärtigen Angelegenheiten Bayerns leitete, deßhalb herbeizuführen nicht erröthete, weil er noch höhere Interessen als jene des Kirchthurms kannte, — diese Partei rüttelt mächtig an der einzigen Säule, auf welche sich ihre gewagte Politik stützen könnte, scheinbar vergessend, daß der Staat nur selbstständig ist durch seine Heeresmacht, und daß er für dieselbe um so mehr aufwenden müsse, je weniger ihm seine politische Größe ein unbedingtes Recht auf absolute Existenz gibt, oder je weniger er für den Mangel der Größe verlässige Bündnisse surrogiren kann. — In der That, wenn wir das Gebahren der Patrioten vom staatsrechtlichen Standpunkte betrachten, so stoßen wir auf den widersinnigsten Conflict zwischen Zweck und Mittel, und eine Lösung des Widerspruches scheint unmöglich.

Allein wir sind bei der Bildung unserer Wehrkraft nicht blos durch staatsrechtliche, sondern auch durch völkerrechtliche Rücksichten geleitet, durch die Rücksicht nämlich auf unsern Allianzvertrag mit Preußen. Eine Allianz qualifizirt sich im Allgemeinen als ein Gesellschaftsvertrag zur Erreichung eines gemeinsamen Zweckes, in der Regel für den Krieg, in unserem speciellen Falle für die Erhaltung der Integrität der beiderseitigen Gebiete. Beide Contrahenten verpflichten sich nach Maßgabe ihrer Kräfte zur Erreichung des gemeinsamen Zweckes beizutragen und treten in diese Verpflichtung mit allen verfügbaren Mitteln ein. Wenn also bezüglich der Höhe der Hilfeleistung ein besonderes Abkommen nicht getroffen ist, so ist dieselbe eine vollständige und relativ gleichwerthige, d. h. beide Staaten müssen — in unserem Falle — ihre Wehrkraft der Qualität nach auf gleiche Höhe, der Quantität nach aber auf jenes Verhältniß setzen, in welchem die beiderseitigen Territorien nach Flächenraum, Einwohnerzahl und Reichthum stehen. Schon hieraus ist ersichtlich, daß der kleine Staat im Bündniß mit dem großen wesentlich im Vortheile ist und daß der Schutz, den uns Preußen garantirt, für uns weit bedeutungsvoller ist, als für Preußen jener, den wir gewähren können.

Wenn nun schon jetzt unser Heer weder an Stärke das natürlich gebotene Verhältniß, noch auch an Güte jene des preußischen vollkommen erreicht, so muß es nach den Experimenten der Patrioten so weit unter das zulässige Niveau sinken, daß von einer gleichmäßigen Erfüllung der Hilfeleistung keine Rede mehr sein kann. Wir sind dann außer Stand, unsern vertragsmäßigen Pflichten auch vertragsmäßig nachzukommen, sondern muthen nur Preußen zu, ein beinahe wehrloses Volk zu beschützen, welches dafür kaum eine nennenswerthe Gegenleistung bietet. Der Allianzvertrag aber beruht auf der Gleichheit der Rechte und Pflichten und sobald ihm der Boden der Gegenseitigkeit entzogen wird, muß er stürzen und mit ihm stürzt der für unsere materiellen Interessen zur Lebensfrage gewordenen Zollvereinsvertrag.

Jetzt erst wird es schrecklich klar, warum die Patrioten so gegen unsere Wehrkraft wühlen. Nicht wehrlos wollen sie das Land machen,

nicht ihrem Partikularismus die Stütze rauben, sondern sie wollen erst den Partikularismus herstellen, indem sie die Verträge, das einzige Band, das über unsere Grenzpfähle hinausreicht, sprengen. Ja, der **Vertragsbruch** ist es, auf den zugesteuert werden soll, und zwar kein versteckter, wie ihn die Patrioten vielleicht intendirt haben mögen, um dem Odium des offenen zu entgehen, nein es ist ein offener directer Bruch, weil zur Auflösung eines Vertrages gleichgiltig ist, ob die Pflicht geradezu verweigert oder ihre Erfüllung unmöglich gemacht wird.

Was aber dann, wenn auf dem Treubruch die neue politische Stellung Bayerns erbaut ist? Mit dem Volke, das die Treue der eigenen Nation aus bloßer Laune brach, wird kein anderer Staat ein Bündniß schließen wollen, es sei denn, daß ihm der Löwenantheil zufiele, und Bayern steht allein in der Reihe der europäischen Mächte, in gleicher Heftigkeit, wie jene, von Stürmen bedroht. Da tritt in rauher Gestalt die Frage der Existenz vor das Land und gibt sich nicht zufrieden mit schlecht geübten Milizen, sondern ruft nach einem absolut großen, gut ausgebildeten Heere. Das Volk wird unter wirklich unerschwinglichen Lasten ächzen und ihm werden die Augen aufgehen, die heute mit dem Glanze der ersparten Millionen geblendet werden sollen, damit sie die unheilvollen Folgen des „patriotischen" Gebahrens nicht sehen möchten. Ist die Isolirung Bayerns einmal zur Thatsache geworden, so hebt sie kein Jammer, keine Reue auf. Was hilft es den Betrogenen, wenn sie sich des Versprechens der Patrioten erinnern, daß jetzt gespart und eine Zeit des Wohlstandes herbeigeführt werde; was ein Treubruch schuf, kann nur ein neuer Treubruch erhalten, dieß ist der „Fluch der bösen That."

Das sind die Consequenzen der Wehrfrage, wenn sie im Sinne der Pseudopatrioten gelöst werden soll. Der wahre Patriot aber sieht in unserer jetzigen Wehrverfassung die beste Garantie für Haltung der Verträge und trägt ein wahrer Patriot freudig die immerhin bedeutenden Lasten dafür, weil er einsieht, daß die Verträge uns eine Selbstständigkeit gewähren, die wir allein gar nicht oder nur mit kolossalen Opfern zu erhalten vermöchten, und daß die internationale Stellung, die wir kraft der Verträge einnehmen, eine weit Achtung gebietendere, ehrenvollere sei, als jene, welche uns eine absolute Selbstständigkeit anweisen würde.

Politische Tagesübersicht.

Rastatt, 20. März. Einen eigenthümlichen Beitrag zur Frauenfrage lieferte dieser Tage ein aus Oesterreich hierher gereister Schneidergeselle, ein flottes 18jähriges Bürschlein, das bei verschiedenen Meistern Arbeit suchte, zuletzt aber von der Polizei angehalten und als ein **Mädchen** erkannt wurde. Da die Arbeitsuchende, wie man hört, im Besitze ordnungsmäßiger Schriften ist, und diesen nach ihr Handwerk wirklich erlernt hat, ein Betrug also nicht vorzuliegen scheint, so ist man auf den polizeilichen, Gewerbefreiheit und Frauenemanzipation so nahe berührenden Bescheid einigermaßen begierig.

Wien, 22. März. In der heute Abends abgehaltenen Sitzung des Resolutions-Ausschusses wurden die Punkte 7 und 8 des Rechbauerischen Antrages, betreffend die Vornahme der Reichsrathswahl durch den galizischen Landtag, mit 9 gegen 7 Stimmen abgelehnt, nachdem sich Minister Giskra gegen diese Ausnahmsstellung Galiziens Namens der Regierung erklärt hatte; zur Minorität zählen die vier polnischen Mitglieder des Ausschusses, Dr. Rechbauer, Dr. Demel, Czedik.

Wien, 23. März. Heute zweifeln auch die Hartnäckigsten nicht mehr an der seit Montag vollendeten Thatsache der Demmission Giskra's. Wie wenig der Minister selbst an der Annahme seiner Demission zweifelt, geht daraus hervor, daß er bereits mit dem Sections-Chef Wehli die nöthigen Dispositionen für den Zeitpunkt seines Austrittes getroffen hat. Es ist erklärlich, daß im gegenwärtigen Augenblicke über die Person seines Nachfolgers im Amte noch nichts feststeht; doch nennt man schon heute mehr als eines der gegenwärtigen Mitglieder der Regierung, welches den wichtigen Posten des Ministers des Innern ambitionirt. Als den unmittelbaren Anlaß der Demission Giskras müssen wir auch heute den Beschluß, die Wahlreform zu vertagen, erklären und die Richtigkeit der Meldung, als ob sein Austritt erfolgt wäre, weil er für die Verdoppelung der Vertreterzahl des Großgrundbesitzes gewesen sei, während seine übrigen Collegen nur die einfache Beibehaltung der gegenwärtigen Zahl acceptiren wollten, auf das Entschiedendste bezweifeln. Wir brauchen nur auf die Thatsache hinzuweisen, daß das bekannte, in den von Giskra einberufenen Abgeordneten-Conferenzen vorgelegte Wahlreform-Projekt nicht als Giskra'scher, sondern als Regierungsentwurf vorgelegt wurde, und in diesen Entwurf war eben die Verdoppelung der Vertreterzahl des Großgrundbesitzes aufgenommen; hat ja doch auch Herbst auf dem böhmischen Landtage für die Verdoppelung sich erklärt. Diese Frage kann also unmöglich die Ursache des Conflictes gewesen sein. Zu konstatiren wäre noch, daß Organe die sich offenbar in unmittelbarer Fühlung mit dem Preßbureau befinden, sehr nachdrücklich den Fortbestand des Ministeriums Hasner und den Umstand betonen, nicht um die Wahlreform überhaupt, sondern nur um deren Vertagung bis zur nächsten Session habe es sich gehandelt. Ob in dieser Auffassung, selbst wenn die Minister sich bona fide derselben hingeben, kein Irrthum liegt, wird die Zukunft lehren.

— Eine Verordnung des Handelsministeriums setzt, im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung, vom 1. April ab und für den ganzen Umfang der Monarchie die Gebühren der Telegraphenbeförderung für eine einfache Depesche innerhalb der ersten 10 Meilen auf 30 (bisher 40) und für weitere Entfernungen auf 60 (bisher 80) Kreuzer herab.

— Montag den 21. März fand beim „gro en Zeisig" abermals eine Versammlung der strikenden Werksetzer, der Drucker- und der Schriftgießer-Gehilfen statt. In derselben wurde die Aufrechthaltung des gegenwärtigen Zustandes, respective die Fortdauer des Strikes für sämmtliche Gehilfen, mit Ausnahme der Zeitungssetzer, zum Beschlusse erhoben.

Landeck (Tyrol), 19. März. Soeben verlautet, daß der k. k. Volksschulinspector Rigg an der Ausführung der Schul-Visitation in der Gemeinde Haid dadurch gehindert wurde, daß im Verlaufe der Prüfung eine aufgeregte Menge Weiber nebst einigen Männern in das Schulzimmer stürzte und dort die Kinder fortnahm. Hiebei sollen auch Insulten gegen den genannten Inspector vorgekommen sein. Die gerichtliche Untersuchung wird hierüber das Nähere feststellen. Wie man sieht, fangen die Früchte der Agitationen bereits bis zu Thätlichkeiten zu reifen an.

Brünn, 21. März. In neuester Zeit hat sich in den politischen Gesinnungen der ländlichen Bevölkerung Mährens ein bedeutungsvoller Umschwung zu Gunsten der Regierung gezeigt. So wurden die Wahlen für die Grundsteuer-Regulirungscommission bei allen Bezirkshauptmannschaften, trotz des Abrathens der Führer, und trotz der heftigsten Artikel der nationalen Oppositionsblätter, anstandslos vorgenommen. Ein ähnliches Fiasko hat die Declarantenpartei mit ihrer Agitation für die Wenzelskrone und für die Vereinigung Mährens mit Böhmen erlebt. Die nationale Partei wollte nämlich die Demonstration der mährischen Städte gegen den „General-Landtag in Prag" durch eine Gegendemonstration von Seite der Landbevölkerung für die Wenzelskrone abschwächen; der Versuch ist aber schmählich mißlungen. In allen Kreisen wird hier die auffallende Verschleppung in der Strafjustiz besprochen. Zwei Vorfälle haben im vorigen Sommer in ganz Oesterreich ein trauriges Aufsehen erregt, nämlich das Attentat der Bysterzer Bauern auf die deutschen Turner Brünns und die Affaire Hompesch-Müller. Ueber beide Angelegenheiten weiß man noch heute nicht, wann die Schlußverhandlungen endlich stattfinden werden!

Prag, 23. März. Gestern (am Vorabend des Sterbetages Podiebrad's) fand eine Volksansammlung auf dem Roßmarkt statt. Die Aufforderung zur Theilnahme an dieser Demonstration geschah durch ausgestreute Plakate. Die Polizei hatte ihre Maßregeln getroffen, fand jedoch keinen Anlaß zum Einschreiten, da die Ruhe nicht gestört wurde. — Auf die Nachricht vom Rücktritt des Ministers Dr. Giskra traten die hiesigen Feudalen zu einer Conferenz zusammen. —

Nach Mittheilungen czechischer Blätter wurde der Gemeindevorsteher von Wostrzedel verhaftet. Der Gutsbesitzer von Wostrzedel, welcher gleichfalls verhaftet werden sollte, war abwesend. Die Anklage gegen den Letzteren lautet auf Hochverrath.

Berlin, 22. März. Die Arbeiten der Commission für das Strafgesetzbuch nähern sich ihrem Ende; man denkt nur noch wenige Sitzungen bis zur Durchberathung des Entwurfes nöthig zu haben. Bei dem Plenum soll dann Seitens der Commission kein schriftlicher Bericht erstattet, sondern durch die Referenten über die einzelnen Abschnitte mündlich referirt werden. Man hofft, durch dieses Verfahren in vier bis fünf Sitzungen den der Commission zugewiesenen Theil des Strafgesetzbuches erledigen zu können, zumal in demselben nur wenige Punkte vorhanden sind, über welche es zu principiellen Auseinandersetzungen kommen möchte. Zum Gesetz über das literarische Urheberrecht bringt das neueste Heft des „Grenzboten" einen Aufsatz, der offenbar von sehr kundiger und einsichtiger Seite herrührt. Im Allgemeinen vertheidigt der Aufsatz die aus den fleißigsten Berathungen hervorgegangene Vorlage des Bundesrathes gegen mancherlei Verbesserungsvorschläge, z. B. auch in Beziehung auf die Bestimmungen über den Zeitungs-Nachdruck.

Rudolstadt, 20. März. Der Landtag ist gestern geschlossen worden, nachdem der Minister v. Bertrab in seiner Ansprache an die Versammlung die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die eben vollendete gemeinschaftliche Arbeit für die öffentlichen Verhältnisse des Landes nicht ohne nutzbringenden Erfolg sein werde. Sei auch der Haupt-Differenzpunkt zwischen Regierung und Landtag nicht beseitigt, so sei doch darüber Gewißheit gewonnen, daß beide in so fern auf gemeinschaftlichem Boden stehen, als sie die Selbstständigkeit des Fürstenthums erstrebten.

Paris, Nachdem mehrere Redner gesprochen, kommt die Kammer überein, daß durch die Verweisung des Antrages Simon wegen Aufhebung der Todesstrafe an die Bureaux der Entscheidung über die Frage selbst nicht vorgegriffen wird. Die Zuweisung erfolgte mit 112 gegen 97 Stimmen. — Ein Raubmörder hatte vorgestern Nachts auf der Lyon-Straßburger Bahn einen Passagier getödtet und ausgeplündert; derselbe wurde heute in Loriel verhaftet. Der Ermordete wurde als ein Kaufmann aus Aubenas erkannt.

Paris, 22. März. Der Brief des Kaisers an Ollivier macht endlich das Werk des constitutionellen Neubaues zu einem definitiven, und seinen Feinden ist nun auch der letzte Vorwand genommen, die Existenz des Cabinets vom 2. Januar lediglich als ein Experiment zu bezeichnen. Die Verfassung hat aufgehört, in dem Sinne „perfectibel" zu sein, wie man es im Jahre 1852 verstand, und hiedurch allein schon tritt Frankreich ebenbürtig den andern verfassungsmäßig regierten Staaten Europa's zur Seite. Ein Staatsstreich durch Senatsconsulte ist fortan ein Ding der Unmöglichkeit, und außer den fünf Cardinalpunkten der Constitution von 1852, die ein Plebiscit allein verändern kann, wird alles bisher als „constituirende Materie" Betrachtete nun in den Bereich des gesetzgebenden Körpers gezogen, während der Senat ebenfalls mit gesetzgebender Gewalt ausgestattet wird. Es war erst die Absicht gewesen, diese dem Kaiser abgerungene Entschließung in Form einer Botschaft vor beide Kammern zu bringen. Ollivier indeß, der die Befriedigung persönlicher Eitelkeit gern hintenansetzt, bestand darauf, dem Kaiser allein die Ehre der Initiative zu überlassen, die ihm durch das Schreiben im Journal Officiel gewahrt wurde. Der Eindruck ist mächtig und befestigt das Cabinet nach allen Richtungen hin. Rouher natürlich und die Seinen sind außer sich. Dieser neue Schritt auf der liberalen Bahn beraubt den gegenwärtigen Senats-Präsidenten auch des letzten Schimmers von Einfluß, den er noch besessen. Wenn nun der Senat als freie Körperschaft sich seine Bureaux selbst wählen darf, so ist als sicher anzunehmen, daß Rouher, den seine Collegen nicht eben über die Maßen lieben, nicht wieder zum Präsidenten gewählt wird, und seine Rolle dürfte damit so ziemlich ausgespielt sein.

— Der Brief Napoleon's III. an Emile Ollivier hat in den Reihen der gemäßigten Liberalen von Emile de Girardin an bis zu Prévost-Paradol die lebhafteste, nahezu überschwengliche Zustimmung gefunden. Die beiden Artikel 27 und 57 der Verfassung, deren Abänderung der einzubringende Senats-Consult bewerkstelligen soll, lauten: „Art. 27. Der Senat regelt durch einen Senats-Consult: 1. die Verfassung der Colonien und Algeriens; 2. Alles, was nicht von der Verfassung vorhergesehen und für ihren Gang nothwendig ist; 3. den Sinn der Artikel der Verfassung, welche zu verschiedenen Auslegungen Anlaß geben. — Art. 57. Ein Gesetz wird die Organisirung der Gemeinden feststellen. Die Maires werden von der executiven Gewalt ernannt und können auch außerhalb des Gemeinderathes genommen werden." — Es hängt natürlich ungemein viel davon ab, welches die neue Form des Art. 27 sein wird.

Paris, 23. März. Der Kammerpräsident Schneider ist nach Creuzot abgereist, wohin wegen des neuen Strikes Militär beordert wurde.

Creuzot, 22. März. Gestern haben, wie schon gemeldet, die Minenarbeiter der zwei Hauptschachte die Arbeitsplätze verlassen, nachdem drei Arbeiter das Signal hiezu gegeben hatten. Heute Morgens ist der größte Theil dieser Arbeiter nicht zur Arbeit zurückgekehrt. In den anderen Schachten wurde die Arbeit nicht unterbrochen. Keinerlei Reclamation oder Verlangen um Gehaltserhöhung begleitete diesen Zwischenfall, welcher durch fortwährende Aufreizungen fremder Führer hervorgerufen zu sein scheint und keinen politischen Charakter hat. Es ist Grund, zu glauben, daß diese Arbeits-Unterbrechung nur eine momentane sei.

Tours, 22. März. Heute wurde mit der Zeugenvernehmung fortgefahren. Granier sagt, der Prinz war stets bewaffnet, selbst bei sich zu Hause. Degrave sagt gleichfalls aus, die augenscheinliche Spur eines Schlages auf der linken Gesichtsseite des Prinzen, nahe bei dem Ohre, gesehen zu haben. Doctor Pinel constatirt einen Schlag hinter das Ohr.

Rom, 18. März. Man unterhält sich in den wohlunterrichteten Kreisen vielfach über die gründlich verschiedene Art, in welcher Hr. v. Beust und Graf Daru dem Cardinal Antonelli ihre Beschwerden über den Gang des Concils vorgetragen haben. Hr. v. Beust verlangt nicht, daß man einen Vertreter für Oesterreich-Ungarn beim Concil zulasse; nach Aufzählung der reactionären Entschließungen, zu welchen die Kirchenversammlung geneigt scheint, erklärt er, eventuellen Falles werde der Staat von seinen Waffen Gebrauch machen. Herr v. Trauttmansdorff hat die Depesche dem Cardinal Antonelli vorgelesen, und dieser betonte in seiner gleichfalls mündlichen Antwort, daß keine der vorauszusehenden Entscheidungen des Concils den Rechten des Staates entgegenträte. Graf Daru dagegen zeigt in seinen Bemerkungen eine exemplarische Bescheidenheit und Höflichkeit, spielt nur von fern auf den alten Usus an, wonach sich die katholischen Mächte beim Concil vertreten ließen, und wirft mit Umsicht die Frage auf, ob nicht bei gewissen Gegenständen in gewissen Grenzen ein französischer Bischof als Vertreter seiner Regierung gehört werden könne. Diese Depesche ist dem Cardinal abschrifttlich hinterlassen worden, und man versichert, daß der Papst wenig geneigt sei, dem Grafen Daru zu willfahren.

Die Anwesenheit sämmtlicher depossedirter italienischer Fürsten in **Rom** gibt der officiösen Correspondance de Rome Anlaß zu folgender Bemerkung: „Die legitimen Fürsten der italienischen Staaten denken keineswegs daran, gegen die augenblickliche Ordnung der Sachen auf der Halbinsel zu conspiriren. Diese Ordnung der Dinge ist vorübergehend und wird von selbst fallen, wie sie von selbst entstanden ist. Die Herrschaft der Gottlosigkeit kann den Blicken der Menschen lang vorkommen, aber dem Blicke der Geschichte erscheint sie kurz, und Gott erlaubt nicht immer, daß Kronen, die den Stirnen entrissen sind, wie die der jetzt in Rom weilenden Prinzen, erst im Himmel wiedergefunden werden."

Spanien. Daß die spanischen Bischöfe in Rom dem Sohne der Königin Isabelle ihre Huldigung dargebracht haben, hat hier unangenehm berührt, obwohl man sich dessen wohl versehen konnte. Von den 41 spanischen Prälaten, die dem Concile beiwohnen, waren es

nur fünf, die sich um den Prinzen Alfons nicht kümmerten, und zwei von diesen fünfen waren krank, so daß man nur von dreien sicher weiß, daß sie sich von dem vertriebenen Fürstenhause losgesagt haben. Vielleicht ist es auch kein Zufall, daß die amtliche Zeitung gerade jetzt den Erlaß veröffentlicht, welcher der gesammten Geistlichkeit den Eid auf die Verfassung auferlegt. Die in Spanien anwesenden Erzbischöfe und Bischöfe sollen dieser Vorschrift binnen dreißig Tagen, vom 17. März gerechnet, nachkommen: in Madrid vor dem Justiz-Minister, in den Provinzen vor den Präsidenten der Gerichtshöfe; die übrige Geistlichkeit leistet den Eid bei den verschiedenen richterlichen Behörden ihres Wohnortes.

Madrid, 21. März. Heute beginnt die Ausgabe der zweiten Actien-Serie der spanischen Bodencredit-Anstalt. Wahrscheinlich wird der Subscriptions-Betrag noch heute gedeckt. Einflußreiche Mitglieder der Liberalen Union fahren fort, ihre Demission zu geben.

Petersburg, 11. März. Bei dem Petersburger Bezirksgerichte wurde unter Betheiligung der Geschwornen ein Prozeß verhandelt, der insofern auffallend war, als die Anklage des Betruges um armselige 70 Rubel auf einen Nachkommen Wladimirs des Heiligen, ein Mitglied der berühmten Familie der Fürsten Dolgorukoff, fiel. Der Angeklagte, Fürst Wssewolod Dolgorukoff, ist erst 23 Jahre alt und erschien als ein gewandter, hübscher junger Mann, dessen Kleidung einen modischen Chic verrieth. Er ist mit seinem Mitschuldigen Makedonoff zum Verluste der Bürgerrechte und zur Verbannung nach Sibirien verurtheilt.

Bayerische Angelegenheiten.

* Dem Hrn. Ministerialrath Giehrl ist das Referat über die vom Cultusminister versprochene Schulordnung für die Gymnasien Bayerns übertragen worden.

xx **München,** 24. März. (XXI. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Nachdem zu Beginn der Sitzung der seit Zusammentritt des Landtages beurlaubt gewesene Abgeordnete Hr. Jordan eingeführt und beeidet worden war, stellte Abg. Hr. Bucher seine Interpellation, welche um Aufschluß frägt, wann das Ministerium des Innern eine neue Apothekerordnung vorzulegen gedenke, und wie es bis dahin mit der Ertheilung neuer Apothekerconcessionen gehalten werden solle? Der kgl. Staatsminister beantwortete dieselbe sofort dahin, daß das k. Staatsministerium schon seit einiger Zeit mit der durch das neue Gewerbegesetz nöthig gewordenen Ausarbeitung einer neuen Apothekerordnung sich beschäftige und daß die gemeinschaftlich mit dem Apothekergremium vorgenommene Revision der alten bereits dem Obermedicinal-Ausschusse zur Prüfung vorliege; sobald das Ergebniß derselben bereit liege, werde die Ausarbeitung der neuen Apothekerordnung vom Ministerium in Angriff genommen werden; von einer Gesetzesvorlage könne nicht die Rede sein, da die Sache auf dem Verordnungswege zu erledigen sei. Was die Ertheilung neuer Concessionen anbelange, so erfolge dieselbe nach den bisherigen allgemeinen Grundsätzen, welche auch bis zum Erscheinen der neuen Apothekerordnung in Kraft zu bleiben haben.

Abg. Lukas erstattete nunmehr Vortrag über die Nachweisungen des Aufwands für das Staatsbauwesen in den Jahren 1867 und 1868 und beantragt neben Anerkennung dieser Rechnungen noch weiter im Namen des Ausschusses: „der Staatsregiernng 2) den Wunsch auszusprechen, es mögen die geeigneten Vorkehrungen getroffen werden, daß alle Staatsstraßen als solche aufgegeben, in Distriktsstraßen verwandelt und die Distrikte nach Maßgabe der den Distrikt durchziehenden kunstmäßig gebauten und nach Distriktsetat neu zu bauenden Straßen in dem vom jeweiligen Finanzgesetze festgesetzten Betrage aus den Centralfonds des Staates entschädigt werden, und 3) es mögen Einleitungen getroffen werden, daß die Verordnung vom 13. Nov. 1857 aufgehoben und eine Reorganisation des gesammten Staatsbauwesens verfügt werde in der Weise, daß eine bedeutende Reduktion des Baupersonals und eine freiheitliche Abänderung der organisatorischen Bestimmungen einzutreten habe." Der Referent begründete seinen zweiten Antrag damit, daß die gründliche Umlegung aller großen Verkehrs-Straßen, wie sie mit dem Ausbau der europäischen Eisenbahnnetze vollzogen sein wird, eine Anbequemung der Zufuhrswege zu den großen Verkehrslinien der Eisenbahnen erfordere. Ein Straßen-Ausscheidungs-Gesetz, wie man früher es verlangt, genüge nicht, denn morgen könne veraltet sein, was man heute festgestellt. Nunmehr sei es Aufgabe der Landstraßen, das Land zu individualisiren, der Weltverkehr auf den Eisenbahnen könne der Verwaltung der Centralmacht des Staats unterliegen, aber der örtliche und provinzielle Kleinverkehr müsse der distriktiven Verwaltung unterstellt sein, denn diese wisse am Besten, die höhere oder geringere Bedeutung einer Straßenstrecke zu würdigen. (Schon in der Sitzung des Finanz-Ausschusses trat Handelsminister v. Schlör beiden Anträgen entgegen und versicherte, die Regierung sei mit der Frage der Reorganisation des Staatsbauwesens, deren Nothwendigkeit sie gleichfalls anerkenne, bereits beschäftigt. Da ferner der Referent im Ausschusse auch auf die Nothwendigkeit hingewiesen hatte, die Staatskasse von den Unterhaltungskosten des Glaspalastes in München um jeden Preis zu befreien, machten die Minister v. Schlör und v. Pfretzschner darauf aufmerksam, daß über diese Frage schon vielfache Verhandlungen stattgefunden, aber einen Abbruch als zu kostspielig herausgestellt hätten; die Kosten, welche in den letzten Jahren aufgewendet worden und noch in dieser Finanzperiode aufgewendet würden, seien zur Umwandlung des hölzernen Dachgerippes in ein eisernes bestimmt, welche Umwandlung nun zu ca. $^2/_3$ vollendet sei; nach dieser Umwandlung würden die Unterhaltungskosten verhältnißmäßig gering sein; der Glaspalast lasse sich auch als Lokalität für verschiedene Ausstellungen, z. B. der landwirthschaftlichen Gegenstände, kaum entbehren. Ein Modifikationsantrag des Frhrn. v. Stauffenberg, wonach die Regierung ersucht werden sollte, „eine Reorganisation des Bauwesens vorzunehmen, welche vor Allem eine Beschränkung der Kompetenz und der Zahl der Beamten des Bauwesens, zugleich aber auch eine bessere pecuniäre Stellung derselben herbeiführen würde, war vom Ausschusse abgelehnt worden.) Fortsetzung folgt. (Die Debatte über diese Anträge dauerte bis zum Schlusse der Sitzung, Nachmittags 3 Uhr, und endete damit, daß den Rechnungsnachweisen die Anerkennung ertheilt, und die Anträge sub 2 und 3, trotz aller Anstrengungen des Referenten und seiner Freunde, — und zwar der Antrag sub 2 mit einer **sehr großen** Majorität — abgelehnt wurden.)

Lokales und Provinzielles.

München, 24. März.

— J. Maj. die Königin-Mutter ist gestern Vormittags nach Hohenschwangau abgereist; Se k. Hoh. Prinz Otto aber wird sich erst nach dem Eintritt besserer Witterung dahin begeben. Zum Osterfeste wird J. Majestät wieder hier eintreffen.

* Wie wir vernehmen, soll der städtische Schulrath, Herr Marschall aus Ansbach, von der k. Regierung bereits als Schulcommissär bestätigt worden sein.

* Die von den Aktionären des Volkstheaters gestern Abends abgehaltene Versammlung im Elysium hat den Beschluß gefaßt, durch eine Deputation an Se. Maj. den König die Bitte zu richten: „Derselbe möge die allergnädigste Bewilligung zur Verloosung ertheilen." Hierin sah die Versammlung noch das einzige mögliche Mittel zur Abwendung der traurigen Katastrophe, wodurch leider sehr viele Minderbemittelte hart betroffen werden.

π. Der k. Kammersänger Hr. Nachbaur hat, nachdem er außerordentliche Erfolge in Nürnberg erzielte, am Stadttheater in Mainz sein Gastspiel begonnen. Das „Mainzer Journal" schreibt, daß, nachdem der Tenor-König Wachtel vergebens erwartet wurde, das Publikum den Tenor-Fürsten Nachbaur bei seinem Erscheinen unter dreimaligem Tusch des Orchesters und mit einem Regen von Blumen stürmisch empfing, und daß Hr. Nachbaur in seinen bisher gegebenen Gastrollen „Georg Brown" und „Raoul" sich auch als Tenor-Fürst glänzend erwies. Ungeachtet der doppelt erhöhten Preise sind für das Gastspiel des Hrn. Nachbaur bereits alle Sitzplätze vergeben.

* Eine Gesellschaft von Dilettanten veranstaltet morgen Freitag im Saale des „Elysiums" zum Besten des Vereines zur Förderung

Fröbel'scher Kindergärten eine theatralische Vorstellung, wobei eine neue Lokalposse, betitelt: „Die Heirath in der Taschenthurmgasse in München" vom Verfasser der bekannten Opernparodie „Isarblech vulgo Rheingold" zur Aufführung gelangen wird. Zahlreicher Besuch wird dem wohlthätigen Unternehmen bei dem schon so oft und trefflich bewährten Wohlthätigkeitssinn der Münchener nicht fehlen!

ρ (Aus dem Gemeindecollegium.) Der für die Geschäftsrepartition niedergesetzte Ausschuß hat das in der Frage der Geschäftsrepartition an das Collegium gerichtete Schreiben des I. Bürgermeisters geprüft und Hr. Dr. Aub referirte heute hierüber in nachstehender Weise: Zwei Fragen seien zu entscheiden: Einmal, ob der Bürgermeister als solcher berechtigt sei, die Anstalten für welche Verwaltungsräthe oder Commissionen zu wählen seien, und die Zahl der Commissionsmitglieder zu bestimmen, oder ob dieß Sache des Magistratscollegiums sei; — in dieser Beziehung sei eine definitive Entscheidung da, in welcher diese Frage im letztern Sinne entschieden sei; auch bezüglich des zweiten Theiles der Frage, ob Bürgermeister oder Magistratscollegium die Befugnisse dieser Verwaltungsräthe festzusetzen habe, liege ein gemeinsamer Beschluß vor, welcher für die letztere Alternative sich entscheide. Der Herr Bürgermeister habe nun laut seines Schreibens diese Beschlüsse als nicht gesetzlich und nicht vollziehbar erklärt, dieselben unter Bezug auf Art. 157 der neuen Gemeindeordnung der Regierung als Aufsichtsbehörde vorgelegt und sie sich darüber auszusprechen, gebeten. — Es sei eine unerquickliche und unangenehme Erscheinung, daß bei Beginn der Thätigkeit der städtischen Collegien in einer Zeit von dem Anrufen der vorgesetzten Behörde die Rede sei, da jene nicht einmal mehr, wie früher, Curatelbehörde sei. Er wolle sich hierüber nicht weiter aussprechen, denn er hoffe, daß sich die Sache noch gütlich beilegen lasse, sondern unterbreite sogleich Namens des Ausschusses für die Geschäftsrepartition Vorschläge, welche zur gütlichen Ausgleichung geeignet seien. Dieselben lauten: 1) Der Magistrat bezeichnet die Anstalten, für welche bürgerliche Mag.-Räthe als Verwaltungsräthe bestellt werden; 2) der Magistrat setzt in seiner Geschäftsordnung die Befugnisse dieser Verwaltungsräthe fest, und 3) der Bürgermeister ernennt die Verwaltungsräthe. — Da die ganze Differenz nicht mehr zwischen den beiden Collegien, sondern nur zwischen den Collegien einer- und dem Bürgermeister andrerseits bestehe, und da durch einen Vergleich der Ausspruch der Regierung, des Ministeriums und vielleicht sogar auch noch der Kammer vermieden werden könne, so schlage er vor, den I. Hrn. Bürgermeister, v. Steinsdorf einzuladen, in der heutigen Sitzung zu erscheinen und an der Debatte theilzunehmen. Man werde dann sehen, ob ein Vergleich gelinge, und dann könne man weitere Anträge stellen. Nachdem Hr. Dr. Winterhalter hervorgehoben hatte, wie wichtig und dringlich es sei, daß die bgl. Mag.-Räthe sobald als möglich wirklich in die Verwaltung eingeführt würden, und daß es gleichgültig sei, ob die schwebende interne Differenz durch Regierung oder Ministerium, oder durch gütlichen Ausgleich entschieden werde, rieth derselbe zur Annahme des Ausschußvorschlages, was einstimmig geschah. — Nachdem der I. Hr. Bürgermeister, der ergangenen Einladung folgend, in der Sitzung erschienen war, theilte der I. Vorstand Dr. Erhardt demselben die Ausgleichsvorschläge mit; Referent Dr. Aub motivirte dieselben ausführlich. Hierüber, sowie über die mehr als $2\frac{1}{2}$ Stunde in Anspruch nehmende Debatte, an welcher sich die HH. v. Steinsdorf, Dr. Erhardt, Dr. Aub, Dr. Winterhalter und II. Vorstand M. Guggenheimer betheiligten und die fast ganz sich um rechtliche Anschauungen drehte, wollen wir später berichten, und uns für heute auf das Resultat beschränken, welchs darin bestand, daß bezüglich des zweiten Ausgleichsvorschlages der II. Hr. Bürgermeister seine bisherige Ansicht festhielt, daß der Bürgermeister die Befugnisse der Verwaltungsräthe festzusetzen habe, bezüglich der Vorschläge sub 1 und 3 aber zustimmte. Da solcherweise der gewünschte gütliche Ausgleich nicht zu Stande kam, wurde sodann nach Dr. Winterhalter's Antrag beschlossen, es möge sobald als möglich eine Cumulativsitzung der beiden Collegien anberaumt werden, in welcher sie ihre Ansicht über den strittigen Punkt aussprechen, und diese Ansicht der k. Kreisregierung mitzutheilen.

Kronach, 23. März. Nach dem Vorgange anderer Städte des Landes wurde auch hier in einer gestern Abend stattgefundenen gemeinschaftlichen Sitzung des Magistrats- und des Gemeindebevollmächtigten-Collegiums die Absendung einer Adresse an die Abgeordneten-Kammer beschlossen, dieselbe wolle dem Gesetzentwurf über die neue Bürgerwehr ihre Zustimmung versagen.

Fürth, 22. März. Der Strike der Landleute hat heute sein Ende gefunden. Außer einer Menge Schubkarren und Handwagen sind 28 Fuhrwerke mit Viktualien von Poppenreuth ꝛc. über die Ludwigsbrücke einpassirt. Die Controle ging in Folge der vorsorglich getroffenen Aushilfe mit Raschheit vor sich, so daß nicht die mindeste Störung ntstand.

Gerichtssaal.

— Vor dem Bezirksgerichte München l/J. stand gestern der wegen seiner langjährigen politischen Thätigkeit wohl bekannte Dr. Christoph Schmid, ehemals praktischer Arzt und im Jahre 1848 Landtagsabgeordneter, unter der Anklage des Vergehens der Beleidigung der Staatsregierung im Zusammenflusse mit dem Vergehen der Amtsehrenbeleidigung. In der Versammlung des hiesigen Volksvereins, dessen Vorstand er ist, am 7. Februar h. Js. beim Zengerbräu dahier, hatte Dr. Schmid dem früheren Minister v. Hörmann, beziehungsweise dem Gesammtministerium vorgeworfen, daß die Wahlkreiseintheilung eine unmoralische Handlung sei, wobei er bitter über die Fortschrittspartei klagte, welche er in Gesellschaft von niederträchtigen Burschen brachte und dabei insbesondere den Abgeordneten Fisch r von Augsburg bezeichnete. Der Angeklagte gab fragliche Aeußerungen zu, widerstreitet aber die beleidigende Absicht und will mit dem Vorwurfe der Unmoralität nur die Person des früheren Ministers im Sinne gehabt haben; deßgleichen habe er den Bürgermeister Fischer nur als politischen Parteiführer angreifen wollen. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten in eine Geldbuße von 50 fl. Als Milderungsgründe galten, daß Dr. Schmid die Aeußerungen nur in einem kleinen Kreis von Zuhörern (20) gemacht, und daß er sich damals in großer politischer Aufregung befunden habe.

Augsburg, 22. März. (Verhandlung gegen Aug. Birle, Redakteur der Augsb. Postzeitung, wegen Vergehens der Beleidigung der Staatsregierung mittels eines Preßerzeugnisses.) Nach Erkenntniß des Appellationsgerichts von Schwaben und Neuburg v. 16. Dez. v. J. wurde wegen eines Artikels in der Postzeitung vom 22. Okt. v. Js. „☉ Aus Niederbayern" die Verweisung vor das Schwurgericht ausgesprochen, indem durch selben die wissentliche und vorsätzliche Beleidigung der Staatsregierung begangen worden sein soll. Der Artikel bespricht die neue Wahlkreiseintheilung und lautet Eingangs wie folgt: „Indignirt über die Art, wie man bei uns mit dem Volke umspringt, melde ich Ihnen, daß man beliebt hat, die Wahlkreise in einer Art einzutheilen, daß Manchem die Schamröthe darüber ins Gesicht steigen muß." Dann wird die Eintheilung für Niederbayern kritisirt und mit der Bemerkung geschlossen: „Wenn Das nicht schmähliches Parteitreiben ist, dann ist es nichts mehr." In den Aeußerungen, „daß Manchem die Schamröthe darüber ins Gesicht steigen muß", und „schmähliches Parteitreiben" erblickt die Staatsbehörde eine Beleidigung der Staatsregierung. Der Angeklagte äußert: Was den Ausdruck „Parteitreiben" anbelangt, so glaube ich, daß derselbe mehr Berechtigung für sich hat, auf eine Partei als auf die Staatsregierung zunächst bezogen zu werden. Es ist in der Postzeitung mehrmals ausgesprochen worden, daß bei Abfassung der Wahlkreiseintheilung hervorragende Mitglieder der Fortschrittspartei, insbesondere Hr. Hocheder, betheiligt seien, ohne daß bisher eine Desavouirung dieses Ausspruches erfolgt ist. Ich bin daher zu der Annahme berechtigt gewesen, daß diese Eintheilung das Werk der Fortschrittspartei, wenigstens einiger Mitglieder derselben ist. Auch in dem Passus „da muß Manchem die Schamröthe ins Gesicht steigen" finde ich keine Ehrenkränkung, da die Voraussetzung von Schamgefühl bei einem Menschen dessen sittliche Gefühle nicht herabwürdigt. Der Artikel fiel zudem gerade in die Zeit, wo der Wahlkampf zur höchsten Hitze gediehen war, in welcher selbst

amtliche Aktenstücke die Worte nicht auf der Goldwage abwogen und auch ein Blatt der gemäßigt-liberalen Partei die Wahlkreiseintheilung einer Kritik unterzog, die viel schärfere Ausdrücke enthält, als die in Rede stehende Numer der Postzeitung. Nach Verlesung von Artikeln einiger früherer Numern der Postzeitung ergriff das Wort der Staatsanwalt zur Begründung der Anklage. Vor einigen Wochen seien in der Postzeitung mehrere Artikel über Preßfreiheit erschienen, darin auf die Stellung eines angeklagten Redakteurs gegenüber den Geschwornen hingewiesen und geklagt worden, daß er sich auf dieselbe Bank setzen müsse, wie der gemeine Verbrecher. Es habe ihm fast geschienen als habe der Angeklagte mit Rücksicht auf den heutigen Fall sich von vorneherein eine günstigere Stellung erwirken wollen. Hr. Staatsanwalt gibt nun eine Geschichte der jüngsten Kammerzusammensetzung, erörtert, wie die Auflösung der Kammer und eine neue Wahlkreiseintheilung nöthig wurde, daß der bezügliche Erlaß vom Könige selbst und allen Ministern unterschrieben war und endlich, daß ein solcher Angriff gegen diesen Erlaß eine Gesetzesverletzung im Sinne des Artikel 126 des Strafgesetzbuches enthalte. Die Presse dürfe Kritik üben, nur dürfe sie keine Worte gebrauchen, die injuriös sind. Die Vertheidigung macht geltend, daß hier gar kein animus injurandi vorliege. Die Presse hat die Pflicht und das Recht, öffentliche Angelegenheiten zu besprechen und zu kritisiren. Vertheidiger verliest eine Menge Artikel, die in weit schärferer Weise das Recht der Kritik übten, und erwähnt der großen Aufregung, die damals allenthalben geherrscht. Eine Verurtheilung der jedenfalls gemäßigten „Postzeitung" könne nur den Beifall der Ultrakirchlichen erwerben. Das Urtheil ist bekannt.

Bei der vorgestern Nachmittag in **Augsburg** stattgehabten Schwurgerichtsverhandlung gegen den Redakteur der „Kemptner Ztg." Hrn. J. B. Allfeld, wegen Religionsfriedensstörung im Zusammenflusse mit dem Vergehen staatsgefährlicher Aeußerungen mittels eines Preßerzeugnisses wurden nach einem glänzenden Plaidoyer des Hrn. Dr. Völk alle sechs an die Geschworenen gestellten Schuldfragen verneint und der Angeklagte Allfeld Abends halb 9 Uhr freigesprochen. Die Theilnahme des Publikums an dieser Verhandlung war eine überaus große.

* Der Redakteur der Augsburger Abendzeitung, Hr. C. Wirth, wurde vom Schwurgerichte wegen Preßvergehens ebenfalls freigesprochen.

Theater und Musik.

(Concertbericht.) 24. März. Die erste Kammermusik-Soirée des rühmlichst bekannten Claviervirtuosen Hrn. Dionys Pruckner am vergangenen Montag erfreute sich durchaus keines so zahlreichen Besuches, als die Namen des Concertgebers und der mitwirkenden Künstler, sowie die Wahl des Programmes hätten erwarten lassen. Hr. Pruckner zeigte sich wieder als der feine, denkende Clavierspieler, und insbesondere im Ensemble verdient die Diskretion seiner Mitwirkung und das Hervortreten seines Instrumentes nur da, wo es am Platze war, volle Anerkennung. Reicher Beifall lohnte jede Piece. Auch die HH. Josef und Benno Walter, Müller und A. Thoms waren vorzüglich; besonders spielte Hr. Müller das Larghetto von Mozart hinreißend schön. Auszeichnende Erwähnung verdient auch das Instrument, dessen sich Hr. Pruckner bediente; ein Concertflügel aus der bekannten Fabrik von C. Bechstein in Berlin.

Das III. Abonnement-Konzert der Mitglieder der musikalischen Akademie war sehr besucht. Die Pastoral-Sinfonie von Beethoven fand verdiente Anerkennung. Frl. Leonoff sang eine Scene und Arie aus „Lodoiska" von Weber mit sehr viel Geschmack. „Iwan IV." musikalisches Charakterbild in Form einer Ouverture von Anton Rubinstein enthielt zwar eine Anzahl Stellen von nicht unbedeutender Schönheit, nichtsdestoweniger vermochte das Stück nicht durchzuschlagen. Hr. Pischeck, kgl. württemb. Hof- und Kammersänger sang „des Sängers Fluch" von Esser und zwei Lieder von Willmers und Schubert, zwischen denen er ein drittes: „das Herz am Rhein" einlegte. Daß Hr. Pischeck über die Glanzperiode seiner Stimme bereits hinaus ist, wußte man im Voraus, aber man hörte noch immer heraus, daß die Stimme einst von bedeutender Schönheit gewesen sein muß. Unglücklich war die Wahl des ersten Vortrages; solch unbedeutende Composition sollten in einem Odeonskonzert nicht gebracht werden. Die Lieder trug Hr. Pischeck sehr schön vor, nur behandelte er die ganze Sache mit einer Gemüthlichkeit, wie wir sie hier, wenigstens in diesen Räumen nicht gewohnt sind. Hr. Moralt spielte das achte Violinkonzert von Spohr sehr anerkennungswerth und glauben wir dem jungen Künstler eine schöne Zukunft prophezeien zu können. — Den Schluß des Conzertes bildete die gut executirte Ouverture zu „Anakreon" von Cherubini.

Feuilleton.

Ein Drama in den Goldregionen.

Zwischen den Flüssen Heilgate und Deer-Lodge existirt ein dermaßen reiches Territorium, daß man ihm den prunkenden Namen „Goldregion" gegeben hat. Dort ist eine neu etablirte Kolonie, welche Wright-Kanton, nach dem Finder des ersten Placers, benannt ist. Der Wright-Kanton ist bei seiner Entfernung von Städten oder sonstigen Munizipien noch immer einem patriarchalischen Regime unterworfen das durch das Lynchgesetz regulirt wird. — Außerdem hat dieses große Dorf noch mehrere unabhängige Unterabtheilungen, welche man Lodge nennt. Eine derselbe, welche die zuletzt begründete ist, ist die lodge of the deep hole, des tiefen Abgrunds, zählt sechzig Einwohner, aber ausschließlich Männer. Sie haben dabei den Zweck im Auge gehabt den Hauptgrund so vieler Streitigkeiten, die Zulassung von Weibern gänzlich zu vermeiden. — Ein Greis, Namens John Morgan, der alle Eigenschaften besaß, um solchen Burschen gleich von Anfang zu imponiren und Ehrfurcht einzuflößen, wurde sofort nach Bildung der Lodge mit Einstimmigkeit als unabsetzbarer Lynchrichter gewählt. Er hatte dieses schwierige Amt nur unter der ausdrücklichen Bedingung angenommen, daß die Jury nur mit Einstimmigkeit Jemand für schuldig erklären könne. Um aber die Geschworenen nicht verderblichen Nachträgereien auszusetzen, wurde bestimmt, daß für alle Geschwornen geheime Abstimmung gelte. Ein schwarzer Kiesel bedeutete Schuldig, ein weißer Nichtschuldig. Gegen Ende November gab es in der Niederlassung des tiefen Loches eine ungeheure Aufregung.

Einer der zuletzt Zugezogenen, ein junger arbeitsamer Mensch hatte einen schweren Sack von starker Leinwand, der mit Gold gefüllt war, in seinem Zelte leicht wahrnehmbar liegen lassen. Der Sack war A. M. P. (der Eigenthümer hieß Patterson) gezeichnet und enthielt ein kleines Vermögen. Der fleißige Arbeiter wollte den andern Tag nach der zunächst gelegenen kleinen Stadt gehen, wo ihn seine Familie und ein junges Mädchen erwarteten, das er heirathen wollte, sobald er ein genügendes Vermögen erworben. — John Morgan befahl, daß man alle Zelte visitiren sollte. — Sieben Hütten hatte man schon vergeblich visitirt, als man an der Schwelle der achten ein Stück starken Bindfadens bemerkte, dessen Ende Spuren von Siegelwachs zeigte. Patterson, der natürlich bei der Haussuchung zugegen war, erkannte den Faden als ein Stück desjenigen, mit welchem er seinen Geldbeutel zugebunden und versiegelt.

Man durchsuchte dieses Zelt mit mehr Sorgfalt als die anderen und fand denn auch wirklich in einer Art Rahmen, der als Bettstelle diente, unter Büffelhäuten und sonstigen Decken einen A. M. P. gezeichneten Sack, welchen der Bestohlene sofort als den seinigen erkannte, in dem sein ganzes Vermögen sich befunden.

Joseph Bauer, der Inhaber des Zeltes, betheuerte, daß er niemals in seinem Leben diesen Sack gesehen und ihn noch weniger dort versteckt habe, die geringe Quantität Goldpulver, welche sich in seinem ledernen Beutel befinde, rühre von seiner eigenen Arbeit her.

Es wurde beschlossen, daß die Jury sich unter dem größten der wenigen in der Gegend befindlichen Bäume versammeln solle, damit nach dem Verdikt: „Schuldig" die Exekution des Hängens sofort vollstreckt werden könne.

Weitere Erörterungen wurden nicht gepflogen, der Hut diente als Stimmurne und nahm die zwölf Kiesel auf. Als man den Hut leerte befanden sich elf schwarze und ein weißer Kiesel darin. Alle riefen

einer der Stimmenden müsse sich offenbar versehen haben, und verlangten eine neue Abstimmung. — So geschah; aber das Resultat war genau dasselbe als vorher. Nun konnten gegen dies Verdikt keine Einwendungen mehr erhoben werden, und der Lynchrichter erklärte den Angeklagten von der Anklage entbunden, aber nicht freigesprochen. Demgemäß solle man ihn sofort aus dem Bereiche der lodge of the deep hole bringen, und sobald er irgend einmal sich wieder blicken lasse, werde er dann gehenkt werden.

Vier Tage darauf gab es in der Mine, welche John Margan bearbeitete, einen Einsturz, und dem Lynchrichter fiel ein riesiges Stück Quarz auf den Schädel. Er war tödtlich verwundet. — Man trug ihn nach seiner Hütte, und er ließ die sämmtlichen Bewohner der Lodge sich um sein Bett versammeln. Als sie erschienen waren, erklärte er ihnen, er sei es gewesen, der den weißen Kiesel bei der Abstimmung der Jury in den Hut gelegt.

Weßhalb, weßhalb? fragten zwanzig Stimmen auf einmal.

Weil, sagte er, mit fast erloschener Stimme, der Angeklagte unschuldig war!

Woher wußtest Du das, John Morgan?

Ich wußte es, weil ich selbst, von Habsucht verblendet, den Sack mit Gold gestohlen habe. Ich habe seinen Inhalt unter meinem Bette versteckt, weil ich im Voraus wußte, man würde meine Hütte doch nicht visitiren. Darauf habe ich Bauer's Abwesenheit benutzt, um den Sack in seinem Lager zu verbergen und ein Stück von dem Bindfaden gleich beim Eingange in sein Zelt an einer leicht in die Augen fallenden Stelle zu placiren.

Aber man ließ ihn gar nicht mehr weiter reden; wie auf Verabredung warfen sich die elf Geschwornen über den Sterbenden her, rissen ihn aus dem Bette, trugen ihn nach dem deep hole und stürzten ihn in den Abgrund.

Patterson bekam sein Gold wieder und seine Braut gleichfalls, aber es ist wohl nicht sehr wahrscheinlich, daß er jemals das Territorium von Montana wieder besuchen werde.

Vermischtes.

In Madrid hat sich am Donnerstag Abend ein Quiproquo ereignet, welches den Betheiligten Anfangs nicht so ergötzlich erschienen sein mag, wie später nach Aufklärung des Sachverhaltes. Ein junger Mann ging aus einer Gesellschaft gegen 2 Uhr Morgens durch den Prado nach Hause, als er plötzlich gar unsanft mit einem ihm begegnenden Unbekannten zusammenstieß. Da er argwöhnte, daß dieses Rencontre vielleicht nicht ohne Absicht herbeigeführt worden sei, so suchte er schnell in seinen Taschen nach und siehe, es fehlten ihm Uhr und Kette. Zum Glück führte er jedoch einen Revolver bei sich. Er eilte dem Diebe nach, hielt ihm die Waffe vor und rief: „Heraus mit der Uhr und Kette!“ Der Fremde, vor Schrecken zitternd, gab das Verlangte und lief eiligst fort. Wie groß aber war das Erstaunen unseres jungen Mannes, als er in seiner Wohnung Uhr und Kette ganz ruhig auf dem Tische liegen sah. Er hatte vergessen, sie beim Ausgehen mitzunehmen und war so, ohne es zu wissen, zum Straßenräuber geworden. Er wußte natürlich nichts Eiligeres zu thun, als den vermeintlichen Dieb aufzuspüren und ihm die sehr werthvollen Kleinodien zurückzuerstatten. Nun war natürlich die Reihe des Erstaunens an diesem. Das Geschichtchen gäbe einen ganz artigen Stoff zu einem kleinen Lustspiele: „Der Straßenräuber wider Willen.“

Telegraphische Nachrichten.

Stuttgart, 24. März. Die Minister von Golther, von Geßler und Frhr. v. Wagner haben auf Ansuchen ihre Entlassung erhalten. Der König hat ihnen das Großkreuz des Kronenordens verliehen. Zum Kriegsminister wurde der Generalquartiermeister von Suckow, zum Minister des Innern der Staatsrath Scheuerle ernannt. Das Kultusministerium wurde intermistisch durch einen Ministerialrath besetzt. Der Landtag wurde auf unbestimmte Zeit vertagt, nachdem der König den Ministern befahl, den Hauptfinanzetat behufs Ersparnissen namentlich im Kriegsdepartement einer erneuten Prüfung zu unterwerfen.

Wien, 23. März. Das Abgeordnetenhaus hat mit 64 gegen 53 Stimmen den Antrag Mayrhöfers auf eine Resolution bezüglich ausgiebiger Ersparungen im Militärbudget und bezüglich einer allgemeinen europäischen Entwaffnung abgelehnt.

Pest, 23. März. Die der Deakpartei angehörenden Mitglieder der Magnatentafel beschlossen, der Regierung ein folgende Hauptpunkte umfassendes Memorandum bezüglich der Reform des Oberhauses zu unterbreiten: Sitz in der Magnatentafel erhalten jene, welche 3000 Gulden an Steuer zahlen. Die Obergespane erhalten keinen Sitz. Die Krone ernennt ein Drittel der Mitglieder.

Berlin, 24. März. Der Reichstag hat die definitive Beschlußfassung über das Banknotengesetz ausgesetzt, und einen Antrag angenommen, welcher die Emittirung der Noten der Greizer Bank verhindert. Graf Bismarck stimmte dem gegen die fürstliche Regierung von Reuß ausgesprochenen Tadel zu.

Paris, 23. März. Sitzung des gesetzgebenden Körpers. Der Minister des Aeußern Graf Daru sagt in Beantwortung einer Interpellation, er werde nichts versäumen, um die Interessen der Gläubiger der Regierung von Tunis zu wahren. — Keratry entwickelt einen Reformvorschlag bezüglich der Heeresergänzung. Der Kriegsminister tritt dem Vorschlage Keratry's entgegen, und sagt, die Regierung werde die vor einigen Jahren gegründete Mobilgarde aufrechterhalten; er bekämpft die weitere Herabsetzung des Rekruten-Contingents als unzeitgemäß. — Der Vorschlag Keratry's wird abgelehnt.

Paris, 24. März. Die „Agence Havas“ meldet nach einer Privatcorrespondenz aus Rom vom 23. d. Mts., die schriftliche Antwort des Papstes sei nach Paris abgegangen. Das Conci wird nach dem Wiederbeginn der Congregationen das Schema über die heterodoxe Philosophie diskutiren und soll das Resultat am Ostermontage veröffentlicht werden.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 24. März. (Schlussc.)

Wechsel auf London	120	Oest.-franz. Staatsbahn	382 3/4
„ „ Paris	95 1/8	Bayr. Ostbahn-Actien	119
„ „ Wien	96 1/4	Elisabeth-Prior. I. Em.	77 3/8
5 proc. bayr. Anleihe	101 1/4	4% bayer. Prämien-Anl.	105 1/2
4 1/2 „ „ „	91 3/4	Bad. Präm.-Anleihe	106 1/4
4 „ „ Grundrente	86 1/2	Oesterr. Loose v. 1860	80
4 „ „ Obligat.	86 3/8	„ Loose v. 1864	115 1/2
5 proc. österr. Metall., engl.	——	Alsenzbahn	86 3/4
5 „ „ National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	67 1/2
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	235 3/4
1882er Amerikaner	95 1/8	Napoleons	9.31
Oesterr. Bank-Actien	695	Rente Silber 58 5/8, Pap. 50 1/8.	
Credit-Actien	278 3/4	Günstig. Handelsbank	99

Wien, 24. März. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	71.40	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	98.—	Steuerfr. Metall. on 1866	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	120.80	Napoleons	9.87 1/2
Oesterr. Bank-Actien	725.—	Wechsel auf Augsburg	102.75
„ Credit-Actien	289.80	„ „ London	124.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	398.—	„ „ Paris	49.15
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	„ „ Frankfurt a. M.	102.—
„ „ Prioritäten	—.—	Ung Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	244.50
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 354.50 Pap.-R.	61.45

Berlin 24. März (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	45 1/2	Lombarden	135 1/4
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	105 1/2	Italienische Anleihe	55 3/4
4 1/2 „ „ Anleihe	92	1882er amerikanische Bonds	96
Bad. Prämien-Anleihe	106 1/2	5 proc. preuss. Anleihe	101 3/4
Darmstädter Actien	131 3/8	4 1/2 „ „ „	93 1/8
Oesterr. Credit-Actien	159 1/4	Wechsel auf Augsburg	56.22
Oest.-franz. Staatsbahn-Action	219	„ „ Frankfurt	56.24
Staatsbahn-Prioritäten	293 1/2	„ „ London	6.24 5/8
Oest. fl. 500 Loose von 1860	80	„ „ Paris	81 1/6
„ fl. 100 Loose von 1864	65 7/8	„ „ Wien	82
5 proc. östr. National-Anl.	——	Sehr fest.	

New-York, den 23. März. Gold 112 7/8. Wechsel in Gold 108 3/8 Bonds per 1882 110 1/8. Baumwolle 22 5/8. Petroleum 26 1/4.

Curse des Münchener Handelsvereins vom 24. März 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. $3\frac{1}{2}$% Obl.	fl. 1000	$81\frac{1}{2}$	$80\frac{1}{2}$
4% ganz. Obl.	1000	$86\frac{5}{8}$	$86\frac{1}{4}$
4% halbj. Obl.	1000	$86\frac{5}{8}$	$86\frac{1}{4}$
4% Grundr.-Obl.	1000	$86\frac{5}{8}$	$86\frac{5}{8}$
$4\frac{1}{2}$% ganzj. Obl.	1000	92	$91\frac{3}{4}$
$4\frac{1}{2}$% halbj. Obl.	1000	92	$91\frac{3}{4}$
$4\frac{1}{2}$% „ Milit. „	1000	92	$91\frac{3}{4}$
5% Obl.	1000	$101\frac{3}{4}$	$101\frac{1}{8}$
4% Münch. Obl.	1000		
5% „ „	1000	$101\frac{1}{8}$	$100\frac{3}{4}$
$4\frac{1}{2}$% Ostbahn-Aktien .		$119\frac{1}{2}$	$119\frac{1}{4}$
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit			
40% Einzahlung . .		87	$86\frac{1}{2}$
dto. volle		87	$86\frac{1}{2}$
Pfdbr. d. bayer. Hyp.-u.			
W.-Bank à fl. 1000		$90\frac{5}{8}$	$90\frac{3}{8}$
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bl.		100	$99\frac{7}{8}$
Aktien „ „		823	823
Bayer. Handelsbank-Act.			
Vereinsbank . .		$120\frac{1}{2}$	$119\frac{1}{2}$
Württemberg. $4\frac{1}{2}$% Obl. . . .		$91\frac{1}{4}$	
Oesterreich $4\frac{1}{5}$% Silb.-Rte. $\frac{6}{7}$		$58\frac{3}{4}$	$58\frac{5}{8}$
Pap.-Rte „			
5% Nation.-Anl. „ $\frac{5}{6}$			
5% Met. v. 1859 in Pfdst.			
à $116\frac{2}{3}$			
5% Met. Stfr. v. $1866\frac{6}{7}$			
Oest. Bank-Aktie . .			
„ Cred.-Aktien . .		$279\frac{3}{4}$	$279\frac{1}{2}$
Oest.-franz. Stsb.-Aktien .		382	381

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb. „	$236\frac{1}{4}$	236
Preußen. $4\frac{1}{2}$% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. $2\frac{1}{2}$	$95\frac{1}{4}$	95
„ 1884 „	$94\frac{1}{4}$	
„ 1885 „	$94\frac{1}{2}$	
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	$105\frac{3}{4}$	
4% Bad. „ „	$106\frac{1}{2}$	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	$6\frac{7}{8}$	
Pappenheimer dto.	$5\frac{3}{4}$	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose . .	$18\frac{1}{2}$	
Oester. 1854er Loose à fl. 250 $\frac{5}{6}$		
„ 1860er „ à fl. 500 $\frac{6}{7}$		
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred Loose . . .		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		310
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		123
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor .	95	
Chemische Fabrik Heufeld		76
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn . . .		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn . .		
„ Siebenbürger Bahn . . .		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. I. Em. $\frac{6}{7}$	$77\frac{3}{4}$	
dto. II. „ „		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn „		

		Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn „		$79\frac{1}{4}$	
„ Siebenbürger Bahn „			
„ d. Böhm. Westbahn „			
„ Alföld Fiumander Bahn „		$76\frac{3}{4}$	
Wechsel.			
Amsterdam fl. 100 holl.	K. S.		$100\frac{6}{8}$
	L. S.		
Augsburg fl. 100 . . .	K. S.		
	L. S.		100
Berlin Rthlr. 60 . .	K. S.	$105\frac{1}{8}$	$104\frac{7}{8}$
	L. S.		$104\frac{7}{8}$
Frankfurt fl. 100 . . .	K. S.		
	L. S.		100
Hamburg M.-B. 100 . .	K. S.		$88\frac{3}{8}$
	L. S.		$88\frac{3}{8}$
Leipzig Rthlr. 60 . .	K. S.	105	$104\frac{7}{8}$
	L. S.	$105\frac{1}{8}$	$104\frac{7}{8}$
London Pfdst. 10 . . .	K. S.	$120\frac{1}{8}$	$119\frac{7}{8}$
	L. S.	$120\frac{1}{8}$	$119\frac{7}{8}$
Paris Fr. 200 . . .	K. S.	$95\frac{1}{4}$	95
	L. S.	$95\frac{1}{2}$	95
Wien fl. 100 . .	K. S.	$96\frac{3}{8}$	$96\frac{1}{8}$
	L. S.		$96\frac{1}{8}$
Bank-Disconto für Platz-Wechsel .			
„ „ Lombard. .			
Geldsorten.			
Preuß. Friedrichsd'or		9.59	9.58
20 Francs Stücke		$9.30\frac{1}{2}$	$9.29\frac{1}{2}$
Preuß. Cassen-Scheine		$105\frac{1}{8}$	$104\frac{7}{8}$
Oest. Banknoten		$96\frac{3}{8}$	$96\frac{1}{4}$

Kgl. Hof- u. National-Theater.

Freitag den 25. März.

58. Vorstellung im Jahres-Abonnement.

Zum 1. Male:

Athalia.

Schauspiel mit Chören in 3 Aufzügen v. Racine.
Musik v. Felix Mendelssohn-Bartholdy.
In Scene gesetzt vom K. Regisseur Hrn. Jenke.

Personen:

Joas, König v. Juda, Sohn d. Ahajas, unt. d. N. Eliakim — Frl. Jenke.
Athalia, seine Großmutter . — Frl. Ziegler.
Joad, Hoherpriester — Hr. Possart.
Josabet, Schwest. Ahajas, Gattin des Joad . . . — Frl. Weiß.
Zacharias, Sulamith, } ihre Kinder — Frl. J. Meyer., Frl. Ramlo.
Abner, Heerf. d. Königev. Juda — Hr. Richter.
Azaries, Ismael, } Oberhäupter der Priester u. Leviten — Hr. Büttgen., Hr. Häusser.
Nathan, Priester d. Baals — Hr. Herz.
Nabal, sein Vertrauter . . — Herr Keller.
Hagar, a. d. Gefolge Athaliens — Fr. Büttgen.
Israelitinen . . . . . — Frau Vogl., Fr. Possart., Frl. Ritter., Frl. Ulrich.
Ein Levit . . . . . . — Hr. Hoppe.
Ort: Der Tempel Salomonis zu Jerusalem.
Zeit: 9. Jahrhundert v. Chr.

Die Kasse wird um $\frac{1}{2}$6 Uhr geöffnet.

Anfang $\frac{1}{2}$7 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.

Münchener Aktien-Theater.

Freitag den 25. März.

Abschieds-Vorstellungen.

Nachmittags-Vorstellung.

Drei Paar Schuhe.

Singspiel in 3 Abtheilungen v. K. Görlitz.

Die Kassa wird um 3 Uhr geöffnet.

Anfang $\frac{1}{4}$4 Uhr, Ende um 6 Uhr.

Abend-Vorstellung.

Das Donau-Weibchen.

Komische Zauber-Oper in 3 Akten v. Hensler.
Musik v. Kauer.

Anfang 7 Uhr. Ende nach halb 10 Uhr.

Marionetten-Theater

im Gasthause „zur neuen Welt"

Freitag den 25. März.

Der Jub-Schroa, Ländliches Charakterbild mit Musik und Gesang. Hierauf: **Schneewitchen,** Märchenspiel.
Anfang halb 4 Uhr.

Gestorbene.

Am 22. März. Gößling E., Schlossermeistersfrau v. h., 66 J. — Heinrich K., Zimmermannswittwe v. h., 52 J. — Kummer Ferd., Conservator v. h, 61 J. — Reresheimer M., Privatierstochter v. Wartenberg, 18 J. — Rahl R., Expeditorswittwe v. Au, 35 J. — Zischl E., Buchbindersfrau v. h., 48 J. — Tutschl J., p. Feldwebel v. Deggendorf. 47 J. — Scholl A., Apothekersw. v. Bissingen, 47 J.

Königl. Staats-Eisenbahnen.

a Post-Z. b Kur.-Z. c Schn.-Z. d Lok.-Z. e Güt-Z.

München — Pasing — Augsburg.

Abfahrt:	Ankunft:
5 U. 45 M. Morg. b	8 U. 10 M. Morg. d
6 U. 10 M. Morg. c	8 U. 40 M. Vorm. b
6 U. 25 M. Morg. a	11 U. 40 M. Nchm. d
11 U. — M. Vorm. a	3 U. 35 M. Nchm. a
1 U. 50 M. Nchm. d	8 U. 15 M. Abds. b
5 U. 45 M. Abds. b	9 U. 15 M. Nchts. c
6 U. 45 M. Abds. d	9 U. 40 M. Nchts. a
11 U. 20 M. Nchts. b	

München — Salzburg — Wien.

5 U. — M. Morg. e	5 U. 15 M. Morg. b
9 U. — M. Morg. b	8 U. 15 M. Morg. e
10 U. — M. Vorm. a	10 U. 18 M. Vorm. a
4 U. 30 M. Nchm. a	4 U. 10 M. Nchm. a
5 U. 40 M. Nchm. e	8 U. 55 M. Abds. a
8 U. 40 M. Abds. b	11 U. — M. Nchts. b
10 U. 10 M. Nchts. b	

München — Starnberg — Peissenberg.

Abgang in München:	Abgang in Starnberg:
6 U. 50 M. Morg.	8 U. 20 M. Vorm.
10 U. 30 M. Vorm.	12 U. 35 M. Mitt.
5 U. — M. Abds.	7 U. 25 M. Abds.

München — Ingolstadt.

6 U. 30 M. Morg. a	8 U. 55 M. Morg. e
1 U. 55 M. Mitt. e	3 U. 40 M. Nchm. a
5 U. 45 M. Nachm. a	9 U. — M. Abds. a

München — Regensburg.

5 U. — M. Morg. a	8 U. 22 M. Morg. e
7 U. 45 M. Morg. b	9 U. 30 M. Vorm. b
9 U. 45 M. Vorm. a	11 U. 48 M. Mitt. e
1 U. 30 M. Nchm. e	6 U. 17 M. Abds. e
5 U. 15 M. Nchm. b	8 U. 5 M. Abds. b
7 U. — M. Abds. e	10 U. 25 M. Nchts.

Verlag u. Redaktion von **Karl Kellerbauer.** — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr: Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Samstag, den 26. März 1870. Nr. 84.

Politische Tagesübersicht.

Wien, 23. März. Ein neues Pensionsgesetz für Staatsbeamte wurde vom Ministerium des Innern im Entwurfe vollendet und an die Landesregierungen zur Begutachtung versendet. Es lautet, daß durch dasselbe die bisherigen provisorischen Bestimmungen in liberaler Weise abgeändert, die Quoten der Pensions-Ansprüche nicht mehr wie bisher nach größeren Zeiträumen (10, 20, 25, 30, 35 Jahre), sondern nach den einzelnen Jahren vertheilt und daß die Dienstzeit für Juristen von 40 auf 35 Jahre herabgesetzt werden soll.

Prag, 23. März. Die Ernennung des Grafen Sigmund Thun zum Oberst-Landmarschall ist sehr fraglich geworden. Hier herrscht lebhaftes Bedauern über Giskra's Rücktritt.

Prag, 24. März. In der gestrigen Sitzung der patriotisch-ökonomischen Gesellschaft wurde der Landesausschuß angegriffen, weil derselbe sich gegen die Errichtung einer landwirthschaftlichen Hochschule in Prag ausgesprochen habe. Jonak sprach gegen die projektirte landwirthschaftliche Hochschule in Wien, weil dieselbe die nationalen Interessen nicht berücksichtige. Graf Clam-Martinitz hob hervor, daß man den nationalen Anforderungen Rechnung tragen müsse; Kopetz vertheidigte den Landesausschuß. — Das nationale Consortium, welches die Conzession für die Dux-Prager Bahn anstrebt, hat beim Ministerium das Gesuch um eine Concession für die Errichtung von Vicinalbahnen in Böhmen überreicht.

Pest, 24. März. Das Ministerium bringt heute einen Gesetzentwurf wegen Verlängerung der Indemnität bis Ende April ein, da das Finanzgesetz nicht rechtzeitig zu Stande kommt. Das Religionsgesetz wird demnächst vorgelegt werden.

Lemberg, 23. März. Die polnischen Aristokraten und Ultramontanen veranstalten morgen in der Jesuitenkirche eine Seelenandacht für den Grafen Montalembert.

Berlin. Die Trib. schreibt: Der Abg. Wagener rächt sich an Lasker dafür, daß dieser ihm vor dem Reichstage stets so derbe Lektionen ertheilt, in — der Zeidler'schen Correspondenz, wo Hrn. Lasker vorgerechnet wird, wie oft er im Abgeordnetenhause gesprochen, wie lang das Ellenmaß seiner Reden nach den Spalten des stenographischen Berichts sein würde rc. In Abgeordnetenkreisen knüpft man daran die Bemerkung, hier habe sich das alte Sprichwort umgekehrt. Lasker's geistvolle Auseinandersetzungen, seine eminennte Beherrschung der Form der Gesetzgebung, lassen seine Reden als von Gold erscheinen, während Wagener's Schweigen im Landtage wirklich von — Silber gewesen wäre, da er sich sein Glänzen durch Abwesenheit mit baaren Thalern hat bezahlen lassen und dadurch allerdings den Ruhm erkauft hat, — als Vertreter der Zulukaffern zu gelten.

— Hr. Dr. Jucho, der bekanntlich das von ihm seit 1849 unter vielen Drangsalen aufbewahrte Originaldokument der deutschen Reichsverfassung kürzlich für das Archiv des nordd. Reichstages eingesendet hat, veröffentlicht jetzt das Schreiben, welches er an den Präs. Dr. Simson richtete. Wir ersehen daraus, daß Hr. Dr. Jucho nach Sprengung der Nationalversammlung den Senat der freien Stadt Frankfurt ersucht hatte, das Dokument zur Aufbewahrung zu übernehmen, der Senat aber das Gesuch, (wohl aus Mangel an Muth oder aus Ueberfluß an Unterwürfigkeit gegen den Bundestag) ablehnte. Die frankfurter Blätter haben also, unserer Ansicht nach, keinen Grund, Hrn. Dr. Jucho wegen seines jetzigen Schrittes zu schmähen.

— Die Offiziösen schreiben: Mehrere Blätter verbreiten die Nachricht, von Seiten der norddeutschen Postverwaltung werde alsbald die Beförderung von Adreßkarten zu einem Portosatze von $^1/_2$ Sgr. eingerichtet werden. Diese Mittheilung erweist sich als grundlos. Unter den obwaltenden Verhältnissen ist es nicht im Mindesten anzunehmen, daß die Postverwaltung eine abermalige Porto-Ermäßigung befürworten werde.

Die Gubener Ztg. berichtet aus **Guben,** 22. März, Nachmittags: Nach einer uns soeben von Forst aus zugegangenen Nachricht, stellten dort am gestrigen Tage die Arbeiten von sechs größeren Fabriken die Arbeit ein; man befürchtete in Folge dessen für heute tumultuarische Auftritte und hatte deswegen umfassendere Vorsichtsmaßregeln angeordnet. 60 Mann der cottbuser Garnison wurden marschbereit gehalten, sollen aber in Forst nur dann einrücken, wenn Ausschreitungen, die bis heute Nachmittag nicht vorkamen, wirklich eintreten. Der Landrath des cottbuser Kreises, sowie ein Regierungs-Kommissär suchen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zu vermitteln.

Wiesbaden, 20. März. Die Kurhaus-Spielgesellschaft zahlt pro Aktie eine Winterdivende von 7 fl. An den sog. Kurhausfond sind bis jetzt 88 pCt. der ganzen stipulirten Summe abgeführt; beträgt also die für nächsten Sommer in Aussicht stehende Dividende 22 fl. per Aktie, so wäre die ganze Summe abbezahlt und die Aktionäre hätten dann pro 1871 und 1872 den ganzen Spielgewinn als Dividende zu ertheilen. In Anbetracht dieser günstigen Aussichten sind die Actien sehr bedeutend gestiegen.

Gotha, 19. März. Nachdem sich anfänglich die Möglichkeit gezeigt hatte, daß die Regierung auf den vom Landtage ausgegangenen Vorschlag eingehen und darein willigen werde, daß die für den Bau des Museums verwandten Summen aus der Domänenkasse ersetzt und zur Bildung einer Art Provinzialfond verwendet würden, ist in letzter Stunde eine solche Einigung nicht erzielt worden, und infolge dessen die ursprüngliche Vorlage der Regierung, der Landtag möge eine Domänenanleihe von 160,000 Thlr. zum Ausbau des Museums bewilligen, in der heutigen Sitzung des Sonderlandtags des Herzogthums zur Berathung gekommen. Nach längerer und lebhafter Debatte beschloß der Landtag, diese Forderung abzulehnen.

Paris, 23. März. Der Temps, die Patrie und ander Journale erwähnen das Gerücht, daß der Senats-Präsident Rouher seine Demission gegeben habe. — Einer telegraphischen Nachricht aus Suez vom heutigen Tage zufolge wurde die telegraphische Verbindung zwischen Aden und Bombay glücklich hergestellt. — Die Liberté meldet: Frankreich, Oesterreich und Bayern verständigten sich über die deutsche und Concilfrage.

Paris, 24. März. Der Constitutionnel meldet in einer Depesche aus Tours, daß für alle denkenden Leute die Freisprechung des

Prinzen Peter eine ausgemachte Sache sei. Namentlich habe die Heftigkeit der Belastungszeugen dem Angeklagten genützt.

— Die France glaubt bereits Kenntniß von dem wesentlichen Inhalt des Senats-Consults zu haben, der die Theilung der constituirenden Gewalt regeln soll. Es sollen durch denselben 1) eine möglichst große Anzahl von Artikeln der Verfassung entzogen und auf das rein legislative Gebiet übertragen werden; 2) soll die geringe Anzahl der übrigbleibenden Verfassungs-Artikel als von dem Senat und dem gesetzgebenden Körper unanfechtbar und über jede Controverse erhaben hingestellt werden; 3) diese neue „Charte" ist noch vervollkommnungsfähig, aber nur durch Apell an's Volk, zu dem nur das Staatsoberhaupt die Initiative hat; 4) die legislative Gewalt wird zu gleichen Theilen der zweiten Kammer und dem in eine Pairskammer sich verwandelnden Senate verliehen; 5) das Princip der Ernennung der Senatoren durch den Kaiser bleibt aufrechterhalten. (Bestätigen sich diese Mittheilungen der France, so schrumpft die constitutionelle Perspective der neuen Aera doch jetzt schon merklich wieder zusammen.)

Creuzot, 23. März. Die Arbeit in den Minen wurde in Folge von Drohungen und Gewaltthätigkeiten der Minenarbeiter eingestellt. Ein Haufe derselben begab sich in die Bauwerkstätten und in die Schmieden, um daselbst die Arbeiten zu hindern. Der Versuch wurde dreimal gemacht, aber durch die dortige Arbeiter-Bevölkerung vereitelt. Man glaubt, daß die Bewegung an dem guten Geiste der durch die Anwesenheit der Truppen gesicherten und geschützten Bevölkerung scheitern werde. In Folge der von Seite der Minenarbeiter erfolgten Arbeitseinstellung wurden Truppen hieher beordert. Präsident Schneider ist nach einem Besuche beim Kaiser hieher zurückgekehrt. Der Haupträdelsführer ist Assy. Die Bewegung scheint doch einen ganz politischen Charakter zu haben.

Creuzot, 23. März, Abds. 200 Aufwiegler begaben sich nach Montchanin, um die friedlichen Minenarbeiter daselbst zu bewegen, die Arbeit einzustellen. Ein Bataillon Chasseurs mit dem Präfecten an der Spitze verfolgte die Bande und machte sieben Gefangene. Die Arbeiten werden fortgesetzt. In anderen Partien des Hüttenwerkes, welche Schneider besuchte, wurde ihm ein sympathischer Empfang zu Theil. Die ganze künstlich provocirte Bewegung ist das Resultat einer politischen Ueberreizung. Zwei der Haupträdelsführer wurden auf Anordnung des General-Procurators verhaftet.

Tours, 23. März. Im Proceß des Prinzen Bonaparte wurde heute das Zeugenverhör fortgesetzt. Natal sagt aus, er habe Fonvielle beim Apotheker sagen gehört, daß der Prinz Maulschellen erhalten habe. Fonvielle leugnet dies. Natal hält seine Aussage aufrecht. Der Journalist Wachter erklärt, Fonvielle habe in einer Unterredung gesagt, daß die Verleumdung eine Waffe sei, welche wir das Recht haben, gegen unsere politischen Gegner zu gebrauchen. Mehrere Zeugen erklären, Fonvielle hätte gesagt, daß Noir den Prinzen geschlagen habe. Andere Zeugen sagen aus, daß Fonvielle blos von einer Handbewegung Noir's gesprochen habe. Fonvielle leugnet Alles hartnäckig. Rochefort erzählt die Begebenheiten bei der Herausforderung seitens des Prinzen und fügt hinzu, Emanuel Arago empfahl ihm, als er von der Herausforderung erfahren, die nöthigen Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen, weil der Prinz eine „Canaille" sei. Zeugen sagen aus, sie haben die Worte, die man Fonvielle in den Mund legte, nicht gehört, daß nämlich Noir den Prinzen geohrfeigt habe. Andere Zeugen, Redacteure der demokratischen Journale, bestätigen, daß Noir eines sehr sanften Characters war. Rochefort war in Folge Unwohlseins genöthigt, den Saal zu verlassen. Keiner von den seitens der Civilpartei, der Familie Noir, vorgeladenen Zeugen hörte, daß der Prinz geschlagen worden sei. Morgen werden die Entlastungszeugen des Prinzen gehört.

England. In Bristol geht es augenblicklich (21. März) nicht minder lebhaft her als unlängst in Southwark. Der Arbeitercandidat Odger hält eine Wahlversammlung nach der anderen ab und zwingt sonach seine beiden liberalen Gegner, ein Gleiches zu thun, da die Vorwahl, welche den gemeinsamen liberalen Candidaten feststellen soll, vor der Thür steht. Wie ernstlich die Herren die Wahlcampagne betreiben, geht aus dem Umstande hervor, daß Hodgson und Robinson die verschiedenen Werkstätten besuchen und bereits einige zwanzig Reden im Laufe des Tages gehalten haben, ehe am Abende die eigentliche Wahlversammlung eröffnet wird.

Madrid, 23. März. Finanzminister Figuerola verliest einen Gesetzentwurf über den Verkauf der Kupferminen von Riotento.

Madrid, 23. März. Man versichert, die gerichtliche Verfolgung Montpensier's werde zu der Erklärung führen, daß Prinz Heinrich von Bourbon sich freiwillig den Tod gab. — Das Ministerium soll entschlossen sein, die Mehrzahl der Stellen jener Beamten, die ihre Entlassung genommen haben, aufzulassen. Der Regent Serrano soll sich jedoch von dieser Angelegenheit sorgfältig bei Seite halten; er zeigt lebhafte Gefühle der Versöhnung und der Selbstverleugnung. Man hofft, der Bruch mit den Unionisten sei kein definitiver.

Wie die Madrider Iberia sich aus **Malaga** telegraphiren läßt, hätte Bright die Rückgabe Gibraltars an Spanien zugesagt. (?)

Jokohama, 23. Febr. Die Behörden fahren mit ihrer Verfolgung der eingebornen Christen fort, und wie es heißt, verlangen sie, daß man den Missionären verbiete, den Eingebornen das Christenthum zu lehren. Nach allen Richtungen hin zeigt sich die Mißstimmung gegen Ausländer, und zumal die Beamten werden aufs Schärfste überwacht.

Bayerische Angelegenheiten.

— Heute Vormittag halb 10 Uhr ist die 22. öffenliche Sitzung der Abgeordnetenkammer. Auf der Tagesordnung steht der Antrag Freitag's, bezüglich der Bürgermeistereien, dann die provisorische Steuererhebung im 2. Vierteljahre 1870, ferner Vorträge der Referenten über die Rechnungsnachweisungen bezüglich der Zollgefälle und des Eisenbahnbaues in den Jahren 1866/67 und 1868.

* Gutem Vernehmen nach soll die Suspension des Stiftspropstes Prof. Dr. Döllinger als Priester bevorstehen. (Erwarten läßt sich nach der gegenwärtigen Stimmung in den maßgebenden Kreisen ein solcher Schritt allerdings! D. Red.)

Lokales und Provinzielles.

München, 26. März.

In **Erlangen** hat zwischen dem freireligiösen Pridiger Hrn. Scholl und dem protestantischen Stadtvikar Hrn. Höfler in einem öffentlichen Lokale ein theologischer Disput stattgefunden, und versichert der Nürnb. Anzeiger, daß Ersterer den Sieg davongetragen habe. (Das erinnert ja ganz an die Reformationszeit, nur hatte man damals so viel Takt, religiöse Streitfragen nicht in Bierlokalen auszufechten. Hiegegen erlauben wir uns denn doch im Interesse der Achtung für die Religion ganz entschieden Protest einzulegen!)

Brückenau, 20. März. Von allen Nachrichten über den Bau der Eisenbahnlinie Kissingen-Brückenau-Jossa, wie sie von verschiedenen Blättern in der letzten Zeit gebracht wurden, ist nur die eine sicher verbürgt, daß ein Frankfurter Haus dem hiesigen Comité ein Schreiben zukommen ließ mit der Erklärung, den Bau der betreffenden Linie, eventuell Gelnhausen-Brückenau-Kissingen, gegen 4½ Proz. Zinsengarantie von Seiten des Staats unternehmln zu wollen. Abg. Hauck wird sich die Vertretung der Eingabe an die Kammer aneignen.

— Schon vor mehreren Jahren wurde von dem Wagenwärter Nibler eine Erfindung gemacht, deren Anwendung bei Eisenbahnwagen eine nicht unerhebliche Ersparniß an Schmieröl ermöglicht. Bei einem Gepäckwagen der k. bayer. Staatsbahn, an dem eine Schmiervorrichtung nach Nibler's System angebracht wurde, war, nachdem derselbe ungefähr 5800 Meilen zurückgelegt hatte, nur ein Oelverbrauch von circa 2 Loth per Schmierbüchse bemerkbar. Auf der Nürnberg-Fürther Bahn wurden bereits im Jahre 1866 acht Wagen mit den Schmierbüchsen nach Nibler's System versehen, und nachdem im Jahre 1867 sieben weitere Wagen damit ausgerüstet waren, wurde hiedurch der Aufwand für Oel und Schmiere, der im Jahre vorher 1230 fl. betragen hatte, auf 777 fl. abgemindert. Bis jetzt sind auf der Nürnberg-Fürther Bahn 28 Wagen mit der neuen Vorrichtung versehen,

wodurch sich der Aufwand für Oel und Schmiere auf 177 fl. vermindert hat.

Gerichtssaal.

Augsburg, 23. März. (Schwurgerichtsverhandlung gegen Allfeld.) In Nr. 307 der von Hrn. Allfeld redigirten „Kemptner Zeitung" erschien am 31. Dezember v. Js. ein Aufsatz, überschrieben: „Der niedere Klerus." Derselbe rührt offenbar von einem Geistlichen her, ist gegen den Priesterzölibat gerichtet und wird darin behauptet, die gebotene Ehelosigkeit des katholischen Priesters sei durch die öffentliche Meinung verurtheilt. Es wird dann gesprochen von den schlimmen Folgen, die aus dem Zölibat bisher hervorgingen. Wer zählt, heißt es weiter, die Ueberschreitungen des Zölibatgesetzes? Sprecht, ihr geglückte und mißlungene Versuche der Fruchtabtreibung; sprecht, ihr in der Erde verborgenen Zeugen strafbarer Verhältnisse; sprecht ihr Gesichtszüge des Klerus, worauf so tiefe Mißstimmung zu lesen; sprecht, ihr Beichtstühle, was sich dort regt, wo mit entsetzlicher Aufrichtigkeit und Unverblümtheit Vorgänge aus der Geschlechtssphäre zur Sprache und Rücksprache kommen rc. Die Erklärung des Hrn. Allfeld ist folgende: „Diesem Artikel gingen Provokationen voraus, welche den geistlichen Verfasser — ein solcher war es — zur Gegenwehr nöthigten. Ich las den mir zugeschickten Aufsatz durch und erkannte ihn als einen kräftigen. Die Unmöglichkeit der Erfüllung des Zölibats liegt auf der Hand; man soll einem Menschen nichts Unmögliches auferlegen. Seit Jahrhunderten ist das ein am Marke der Gesellschaft zehrender Mißstand. Ich sehe in dem Aufsatze nur eine edle, wohlwollende Absicht, diesem Mißstande abzuhelfen, aber nie und nimmer eine Beleidigung oder Haß gegen den Klerus. Der Zölibat ist kein Dogma, sondern nur eine menschliche Institution; so viel ich weiß, verpflichten sich die Priester nur zur Ehelosigkeit, nicht zur Keuschheit. Aergernisse liegen wirklich vor; nur gegen den Mißbrauch ist der Aufsatz gerichtet. Der Artikel wollte bloß bessern, das kann man nur, wenn man faule Gegenstände mit harter Hand anpackt." (Schluß folgt.)

Augsburg, 23. März. Der Preßprozeß gegen den verantwortlichen Redacteur und Eigenthümer der „Augsburger Abendzeitung", Carl Wirth, wegen eines Vergehens der Beleidigung der Reichsrathskammer, sechs Beleidigungen von Mitgliedern der königl. Familie, zugleich sechs Beleidigungen von Mitgliedern der Reichsrathskammer, begangen durch eine Münchener Correspondenz in Nr. 33 der „Abendzeitung", endete, wie vorauszusehen war, mit der Freisprechung des Angeschuldigten. Wegen des spärlich zugemessenen Raumes müssen wir uns darauf beschränken, zu bemerken, daß, nach der Vernehmung des Angeschuldigten, der sich gegen die Annahme der Anklage, daß in dem Artikel die genannten Vergehen enthalten seien, entschieden verwahrte, und das Recht der Presse auf freimüthige Beurtheilung politischer Akte hervorhob, der kgl. Staatsanwalt Hr. Barsch die Anklage begründete. Die hierauf folgende Vertheidigungsrede des Hrn. Rechtsanwaltes Dr. Völk, die hauptsächlich das Gebahren der Majorität der Reichsrathskammer bei der Adreßdebatte und die Mittel, mit welchen die Gegenpartei das Vertrauen des Volkes zum Könige zu untergraben suche, in überzeugender Weise beleuchtete und verdammte, war ein Meisterwerk der Beredsamkeit. Nach einer kurzen Replik der Staatsanwaltschaft wurde von Seite der Vertheidigung auf eine weitere Erwiderung verzichtet, und hierauf vom Präsidium den Geschwornen zwei Fragen vorgelegt, die sie nach einer kurzen Berathung von kaum sieben Minuten durch ihren Obmann Hrn Linder mit „Nichtschuldig" beantworteten.

Augsburg, 24. März. Die Anklage gegen den Redacteur des „Allgäuer Volksblattes" in Kempten, Hrn. Dr. Leonhard Schneider, endete mit dessen Verurtheilung zu einer Festungsstrafe in der Dauer von neun Monaten. Derselbe wurde von den Geschwornen schuldig erkannt eines Vergehens der Beleidigung der Staatsregierung im Zusammenflusse mit zwei Vergehen der Amtsehrenbeleidigung und einem Vergehen der Majestätsbeleidigung mittelst eines Preßerzeugnisses.

Vermischtes.

In Przibram (Böhmen) verunglückten vor einigen Tagen drei Bergleute beim Ausfahren auf der Fahrschaale durch das zu weite Hinauftreiben der Fahrschaale bis an die Seilscheibe, indem das Seil riß und der Boden der Schaale zertrümmerte. Ungeachtet das Schaalengerüst in der Fangvorrichtung hängen blieb, stürzten die Unglücklichen in den Schacht und blieben todt. Die Untersuchung ist sogleich eingeleitet worden und wird herausstellen, welchen Einfluß das Nichtgeben oder Nichtbeachten der Signale auf diesen Fall gehabt hat, bei welchem jedenfalls eine Unregelmäßigkeit die Veranlassung gewesen zu sein scheint.

Coblenz, 24. März. Vor einigen Tagen erkrankte ein hiesiger, in den besten Lebensjahren stehender Droschkenkutscher an den Symptomen der Gicht. Der hinzugerufene Arzt, Herr Dr. Salomon, erklärte jedoch alsbald, daß hier eine Ansteckung von einem rotzkranken Pferde vorliege und der Kranke unrettbar verloren sei. Nach kurzer Zeit erlag der Mann jener furchtbaren Krankheit, und auch die bei der Section des verdächtigen und dem Abdecker übergebenen Pferdes vorgefundenen Veränderungen der inneren Organe zeigten die Richtigkeit der ärztlichen Diagnose.

Telegraphische Nachrichten.

Stuttgart, 24. März. Das königliche Vertagungs-Rescript lautet: „Nachdem wir unseren Ministern befohlen, den Hauptfinanzetat für 1870—1873 in Absicht auf Erzielung möglichster Ersparnisse namentlich im Kriegswesen einer erneuten Prüfung zu unterwerfen, finden wir uns bewogen, die Ständeversammlung hiemit zu vertagen. Wir behalten uns vor, dieselbe wieder einzuberufen, sobald die Vorarbeiten für die Berathung des Hauptfinanzetats entsprechend gefördert sind."

Stuttgart, 25. März. Die sogenannte „großdeutsche" und die Volkspartei erlassen Ansprachen an das Volk. Diejenige der Großdeutschen schließt: „Solchen Regierungsschritten gegenüber, welche bestimmt sind, zu beurkunden, daß man sich an den Willen des Volkes nicht zu kehren gemeint sei, halten die Abgeordneten fest zusammen. Das Volk wird seine Gewählten nicht im Stiche lassen." Die Ansprache der Volkspartei erscheint morgen.

Paris, 24. März. (Sitzung des gesetzgebenden Körpers.) Der Gesetzesvorschlag über die Abschaffung des Sicherheitsgesetzes wurde einstimmig angenommen.

Paris, 25. März. Die Amtszeitung veröffentlicht ein kaiserliches Dekret vom 24. März, welches den Kriegsminister Le Boeuf zum Marschall von Frankreich ernennt.

Der „Constitutionnel" glaubt zu wissen, daß die Antwort des Papstes auf die Note des Grafen Daru gestern hier eingetroffen sei.

Paris, 25. März. Der Senat wird sich Montag zur Empfangnahme des Senatskonsultes versammeln.

Creuzot, 25. März. Der Strike ist nahezu beigelegt.

Tours, 24. März. Mehrere Zeugen constatiren den zanksüchtigen Charakter Noir's. Anläßlich gewißer Vorgänge im Vorleben des Prinzen entspann sich zwischen diesem und dem Advokaten der Civilpartei Laurier ein lebhafter Wortwechsel und Fonvielle trat mit dem Ausrufe dazwischen: Sie haben Noir auf feige Weise ermordet. Die Verhandlung wurde sodann unterbrochen.

Tours, 25. März. Der Präsident kündigt an, daß er dem Ergebnisse der Verhandlung gemäß die Frage stellen werde, ob und welche entschuldigende Wirkung der Provokation beizumessen sei. Das Plaidoyer wird fortgesetzt.

Tours, 25. März. Fonvielle wurde wegen des gestrigen Zwischenfalles zu 10 Tagen Gefängniß verurtheilt. Die Plaidoyers werden heute fortgesetzt.

Florenz, 24. März. Vergangene Nacht fand in Pavia vor der Kaserne eine Ansammlung von beiläufig 40 Personen statt, welche riefen: „Es leben die Truppen, es lebe die Republik! Nieder mit der Monarchie!" Es kam hiebei zu einem Kampfe, bei welchem ein Offizier und vier Soldaten verwundet und ein Sergent getödtet wurde. Von den Aufwieglern wurden zwei getödtet, die andern zerstreut. Die Stadt ist wieder ganz ruhig.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 25. März. (Schlussc.)

Wechsel auf London	120	Oest.-franz. Staatsbahn	$381\frac{1}{8}$
" " Paris	$95\frac{1}{8}$	Bayr. Ostbahn-Actien	$113\frac{1}{4}$
" " Wien	$96\frac{1}{4}$	Elisabeth-Prior. I. Em	$77\frac{1}{2}$
5 proc. bayr. Anleihe	$101\frac{1}{4}$	4% bayer. Prämien-Anl.	$105\frac{3}{4}$
$4\frac{1}{2}$ " " "	$91\frac{3}{4}$	Bad. Präm.-Anleihe	$106\frac{1}{4}$
4 " " Grundrente	$86\frac{1}{4}$	Oesterr. Loose v. 1860	80
4 " " Obligat.	$86\frac{1}{8}$	" Loose v. 1864	115
5 proc. österr. Metall., engl.	——	Alsenzbahn	$87\frac{1}{4}$
5 " " National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	68
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	$235\frac{1}{8}$
1882er Amerikaner	$95\frac{1}{4}$	Napoleons	9.31
Oesterr. Bank-Actien	695	Rente Silber $58\frac{5}{8}$, Pap. $50\frac{1}{8}$.	
Credit-Actien	$277\frac{1}{2}$	Handelsbank	$99\frac{1}{8}$

New-York, den 24. März. Gold $112\frac{7}{8}$. Wechsel in Gold $108\frac{1}{2}$ Bonds per 1882 $110\frac{1}{8}$. Baumwolle $22\frac{5}{8}$. Petroleum $26\frac{3}{4}$.

Liverpool, den 24. März. Schlussbericht. Heutiger Umsatz 10,000. Orleans $11\frac{1}{2}$. Middling amerikanische $11\frac{1}{8}$. Fair dhollerah $9\frac{1}{8}$. Middling fair dhollerah $9\frac{1}{4}$. Good middling dhollerh 9. Fair Bengal 8. Fair Omra $9\frac{5}{8}$. Pernam $11\frac{3}{4}$. Smyrna $10\frac{1}{4}$. Egyptian 12—. Amerik. per März-April —. Dhollerah per Mai —. Omra — Tages-Import 12451, davon Ostindische —— Tendenz: unverändert.

Wien, 25. März. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	—.—	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
" fl. 500 Loose von 1860	98.—	Steuerfr. Metall. von 1866	—.—
" fl. 100 Loose von 1864	120.70	Napoleons	—.—
Oesterr. Bank-Actien	—.—	Wechsel auf Augsburg	—.—
" Credit-Actien	289.50	" " London	—.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	—.—	" " Paris	—.—
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	" " Frankfurt a. M.	—.—
" " Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	245.70
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 352.75 Pap.-R.	—.—

Berlin 25. März (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	$45\frac{1}{8}$	Lombarden	$134\frac{5}{8}$
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	$105\frac{3}{4}$	Italienische Anleihe	$55\frac{3}{8}$
$4\frac{1}{2}$ " " Anleihe	92	1882er amerikanische Bonds	96
Bad. Prämien-Anleihe	$106\frac{0}{8}$	5 proc. preuss. Anleihe	$101\frac{3}{4}$
Darmstädter Actien	$131\frac{1}{4}$	$4\frac{1}{2}$ " " "	$93\frac{1}{4}$
Oesterr. Credit-Actien	159	Wechsel auf Augsburg	—.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	$217\frac{7}{8}$	" " Frankfurt	—.—
Staatsbahn-Prioritäten	$292\frac{3}{4}$	" " London	—.—
Oest. fl. 500 Loose von 1860	80	" " Paris	——
" fl. 100 Loose von 1864	$66\frac{1}{2}$	" " Wien	——
5 proc. östr. National-Anl.	——		

Sehr fest.

Kgl. Hof- u. National-Theater.

Samstag den 26. März.

54. Vorstellung im Jahres-Abonnement.

Der Weiberfeind.

Lustspiel in 1 Aufzuge von Roderich Benedix.
Regie: Herr Richter.

Personen:

Gustav, ein junger Förster . . . Hr. Häusser.
Betty, seine Frau . . . Frl. M. Meyer.
Freiling . . . . . . Hr. Christen.

Hierauf:

Stille Wasser lügen.

Lustspiel in 3 Aufzügen v. Calderon, für die deutsche Bühne bearbeitet v. Spengel.
Regie: Hr. Richter.

Personen:

Don Alfonso, ein reicher Edelmann, aus Amerika heimgek. . . . Hr. Herz.
Donna Clara, } dessen . . . Frl. Meyer.
Donna Eugenia, } Töchter . . . Frl. Ulrich.
Don Toribio, dessen Neffe . . . Hr. Christen.
Don Felix . . . Herr Rüthling.
Don Juan, } Freunde des . . . Hr. Goritz.
Don Pedro, } Don Felix . . . Hr. Häusser.
Mari Nunno, Zofe } im Hause . . . Frl. Seebach.
Brigida, } des . . . Frl. Muschel.
Otannez, Haushofmeister } Don Alfonso . . . Hr. Keller.
Hernando, Diener des Don Felix . . . . . . H. Davideit.

Der Schauplatz ist in Madrid.

Die Kasse wird um $\frac{1}{2}$6 Uhr geöffnet.

Anfang $\frac{1}{2}$7 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.

Münchener Aktien-Theater.

Samstag den 26. März.

Erste Gastvorstellung des Hrn. Direktor Joh. Fürst aus Wien,

mit seiner aus 30 Personen bestehenden

Possen- und Operetten-Gesellschaft.

Stadt und Land,

oder:

Der Viehhändler aus Oberösterreich.

Posse mit Gesang und Tanz in 3 Abtheilungen v. Fr. Kaiser.

Anfang 7 Uhr. Ende nach halb 10 Uhr.

Königl. Staats-Eisenbahnen.

Post-Z. b Kur.-Z. c Schn.-Z. d Lok.-Z. e Güt.-Z.

München—Pasing—Augsburg.

Abfahrt:	Ankunft:
5 U. 45 M. Morg. b	8 U. 10 M. Morg. d
6 U. 10 M. Morg. c	8 U. 40 M. Vorm. b
6 U. 25 M. Morg. a	11 U. 40 M. Nchm. d
11 U. — M. Vorm. a	3 U. 35 M. Nchm. a
1 U. 50 M. Nchm. d	8 U. 15 M. Abds. b
5 U. 45 M. Abds. b	9 U. 15 M. Nchts. c
6 U. 45 M. Abds. d	9 U. 40 M. Nchts. a
11 U. 20 M. Nchts. b	

München—Salzburg—Wien.

5 U. — M. Morg. e	5 U. 15 M. Morg. b
9 U. — M. Morg. b	8 U. 15 M. Morg. e
10 U. — M. Vorm. a	10 U. 18 M. Vorm. a
4 U. 30 M. Nchm. a	4 U. 10 M. Nchm. a
5 U. 40 M. Nchm. e	8 U. 55 M. Abds. e
8 U. 40 M. Abds. b	11 U. — M. Nchts. b
10 U. 10 M. Nchts. b	

München—Starnberg—Peissenberg.

Abgang in München:	Abgang in Starnberg:
6 U. 50 M. Morg.	8 U. 20 M. Vorm.
10 U. 30 M. Vorm.	12 U. 35 M. Mitt.
5 U. — M. Abds.	7 U. 25 M. Abds.

München—Ingolstadt.

6 U. 30 M. Morg. a	8 U. 55 M. Morg. e
1 U. 55 M. Mitt. e	3 U. 40 M. Nchm. a
5 U. 45 M. Nachm. a	9 U. — M. Abds. a

München—Regensburg.

5 U. — M. Morg. a	8 U. 22 M. Morg. e
7 U. 45 M. Morg. b	9 U. 30 M. Vorm. b
9 U. 45 M. Vorm. a	11 U. 48 M. Mitt. e
1 U. 30 M. Nchm. e	6 U. 17 M. Abds. e
5 U. 15 M. Nchm. b	8 U. 5 M. Abds. b
7 U. — M. Abds. e	10 U. 25 M. Nchts.

Kgl. priv. bayer. Ostbahnen.

München—Regensburg—Nürnberg.

Abfahrt:	Ankunft:
5 U. — M. Morg. a	8 U. 22 M. Morg. c
7 U. 45 M. Morg. b	9 U. 30 M. Morg. b
9 U. 45 M. Morg. a	11 U. 48 M. Mitt. c
1 U. 30 M. Nchm. c	6 U. 17 M. Abds. c
5 U. 15 M. Nchm. b	8 U. 5 M. Abds. b
7 U. — M. Abds. c	10 U. 25 M. Nchts. a
Abfahrt: München.	Abfahrt: Schleißheim
5 U. — M. Früh.	7 U. 45 M. Früh.
9 U. 45 M. Vorm.	11 U. 10 M. Vorm.
1 U. 30 M. Nachm.	5 U. 52 M. Nchm.
7 U. — M. Abds.	10 U. 2 M. Abds.

Verlag u. Redaktion von **Karl Kellerbauer**. — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr:
Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr
für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Sonntag, den 27. März 1870. **Nr. 85.**

☞ Der heutigen Nummer liegt als Extra-Beilage die Nr. 13 des

„GROG"

zur Ansicht an, wir machen hierauf unsere Leser speciell aufmerksam.

Politische Tagesübersicht.

Karlsruhe, 22. März. In ihrer gestrigen Nachmittagssitzung machte sich die zweite Kammer über den von mehreren Abgeordneten eingebrachten Gesetzesvorschlag über Abkürzung des Abgeordneten-Mandats von 8 auf 4 Jahre und je nach zwei Jahren erfolgende Partial-Erneuerung der Kammer zur Hälfte in, für eine nicht unbedeutende Verfassungs-Aenderung ungewöhnlich rascher Weise und auf mündlichen Bericht des Abg. Lamey schlüssig, indem der Gesetzesvorschlag nach kaum anderthalbstündiger Generaldebatte ohne Special-Discussion von den 50 anwesenden Mitgliedern einstimmig angenommen wurde. Eine eigentliche Opposition hatte derselbe nicht gefunden, auch von Seiten der Regierung nicht. Nur hätte Staats-Minister Dr. Jolly die auf die erste Kammer bezüglichen Bestimmungen (Wahl der grundherrlichen Vertreter und der Abgeordneten der Universitäten) hier lieber ganz weg und dem betreffenden Hause selbst überlassen gesehen. Es wurden auch Stimmen für kürzere Budgetperioden und Integral-Erneuerung lautet nnd sogar (Abg. Baumstark) für Wegfall der Diäten. Indessen gewann dies keinen bestimmten Ausdruck und einigte man sich, auf den unveränderten Vorschlag. (S. Tel.)

* Der in **Württemberg** eingetretene Ministerwechsel wird selbst von der Frkf.'Ztg. als im Interesse der deutsch-preußischen Politik gelegen bezeichnet. Varnbühler hat es verstanden, zu bleiben; der neue Kriegsminister v. Succow (sehr preußisch klingend) soll dieselbe nationale Richtung vertreten, wie sein Vorgänger Wagner, jedoch sich einige wesentliche Abstriche am Budget gefallen lassen. Aehnlich wie in Bayern scheint man dieselbe Sache, aber mit etwas anderen Personen zu erstreben. Es ist dies in so fern ein Sieg deutscher Staatspolitik, als eben klar gestellt wird, daß selbst in Württemberg eine Lossagung von den staatsrechtlichen Grundlagen des Jahres 1866 für eine politische Unmöglichkeit gilt und daß man die Mayer'sche Demagogie zwar als lärmendes Volksspielzeug, aber weder für gefährlich, noch für regierungsfähig betrachtet.

Stuttgart, 24. März. Hr. v. Golther ist auf seinen Wunsch zum Präsidenten des evang. Konsistoriums ernannt worden. Großes Aufsehen erregte die Nachricht, daß Generalmajor v. Succow, seither Generalquartiermeister, zum Kriegsminister, und Staatsrath v. Scheurlen zum Vorstand des Ministeriums des Innern ernannt seien, da hierin nicht der geringste Systemwechsel, sondern lediglich ein Personenwechsel liegt. Besonders überraschend kam die Entlassung des Kultusministers, die, wie man sagt, lediglich deßhalb erfolgt sei, weil General v. Succow hieran die Bedingung seines Eintritts in das Cabinet geknüpft habe. Hr. v. Golther war übrigens die Seele aller preußenfeindlichen Machenschaften am Hofe und in der Regierung, obwohl er sich gern im Hintergrunde hielt. Der gut nationalgesinnte General v. Succow hat daher nur recht gethan, wenn er diesen Mann vor Allem los sein wollte. Da Herr v. Golther bei den höchsten Herrschaften übrigens sehr beliebt ist, so beweist das Eingehen des Königs auf die Bedingung des Hrn. v. Succow das große Gewicht, das man auf die Thätigkeit dieses ausgezeichneten Offiziers legt.

Darmstadt, 22. März. Ein pensionirter Offizier, Protestant, wurde von einem Gendarm zur Anzeige gebracht, weil er in unehrerbietiger Weise von der unbefleckten Empfängniß der Maria gesprochen hat. Die Verhandlung der Sache vor Gericht ist auf die nächste Zeit festgesetzt.

Wien, 24. März. Das Abgeordnetenhaus erledigte heute das Budget des Cultus nnd Unterrichts und gab dabei in einer Fülle von Resolutionen seinen Wünschen nach Verbesserungen vorhandener Mängel auf diesem Gebiete Ausdruck. Nebst der Sorge und Opferbereitschaft für das Unterrichtswesen, die das österreichische Abgeordnetenhaus von jeher bewährt hat, ist es auch der sachkundigen Prüfung des Special-Berichterstatters v. Czedik zu danken, daß bei aller Anerkennung des von dem Unterrichts-Ministerium Geschaffenen die Aufmerksamkeit der Regierung auf jene Mängel geleitet wurde. Eine aus deutschtirolischen Kreisen an den Abgeordneten Schindler gelangte Zuschrift gab demselben Anlaß, in wenigen, aber treffenden Worten auf die Ungesetzlichkeiten und Fälle der offenen Auflehnung hinzuweisen, denen die Ausführung der Schulgesetze in Tirol begegnet, und die Energie der Regierung zur Geltendmachung des Ansehens der Gesetze anzurufen. Dr. Tinstl wiederum hegte die Erwartung, der neue Unterrichtsminister werde in dem Conflikte mit dem niederösterreichischen Landtage von der Forderung der geistlichen Virilstimme abstehen. Leider beharrt Dr. v. Stremayr gleich seinem Vorgänger auf der geistlichen Virilstimme. Auch die der Schindlerischen Anregung gewordene Erwiderung dürfte kaum die erwartete gewesen sein. Wir fürchten sehr, die wohlwollende Bemerkung, es handle sich in Tirol nicht um eine übelwollende, sondern eine bethörte, irregeleitete Bevölkerung könne dort in einer Weise mißverstanden werden, daß sich die Irreführer und Bethörer nicht sehr genirt fühlen werden. Eine verdiente Zurückweisung, die um so fester sitzen wird, als sie von befreundeter Seite kam, ward heute den Polen durch Dr. Rechbauer zu Theil. Sie, die alle möglichen Sonderstellungen prätendiren, fühlen sich wunderbar reichsgemeinsam, sobald ihnen das Geld ausgeht — was bekanntlich sehr oft der Fall ist. So verlangten sie heute wieder ein Sümmchen von 30,000 fl. für einen Bau der Lemberger technischen Hochschule, wiewohl das technische Hochschulwesen als Landessache erklärt ist; eine Anforderung, welcher Herr Dr. Rechbauer die gebührende Abfertigung ertheilte.

Wien, 24. März. Der Adreßausschuß nahm heute Abends den Bericht des Dr. Klier bezüglich der dalmatinischen Angelegenheit entgegen, welcher in dem Antrage gipfelt: „Das hohe Haus wolle beschließen, die Verordnung des Gesammt-Ministeriums vom 9. Oktober

1869, sowie die kaiserliche Verordnung vom 29. October 1869 werden gegenüber dem eingetretenen bewaffneten Widerstande gegen das Gesetz für gerechtfertigt erklärt und genehmigt." Eine Minorität des Ausschusses, bestehend aus den Abgeordneten Grafen Spiegel, Dr. Rechbauer, Dr. v. Figuly und Skene, wird als Zusatz zu dem Antrage der Majorität nachstehendes Minoritäts-Votum einbringen: „Das Abgeordnetenhaus spricht jedoch sein Bedauern aus, daß in dem Vorgehen der damaligen Regierung jene Umsicht nicht zu erkennen ist, welche geeignet gewesen wäre, den Ausbruch des Aufstandes hintanzuhalten, sowie daß die Art der Beilegung desselben nicht eine in jeder Beziehung entsprechende war." Eine Debatte fand nicht statt, sondern es wurde der Bericht der Majorität mit einigen unwesentlichen stylistischen Aenderungen mit 8 gegen 5 Stimmen angenommen. Die Abgeordneten Grocholski und Krainski erklärten, daß sie dem ersten Theile des Minoritäts-Votums, und die Abgeordneten Baron Tinti und Schindler, daß sie dem zweiten Theile desselben beitreten.

Linz, 24. März. Der hiesige liberale Verein hat heute einstimmig folgende Resolution beschlossen: „Der Verein spricht seine Mißbilligung über die vom Ministerrathe beschlossene Vertagung der Wahlreform aus und bedauert diesen Beschluß um so mehr, als dadurch die Sache der Freiheit eine kräftige Stütze im Ministerium verloren hat."

Innsbruck, 21. März. Im Wippthale hat es, wie bereits gemeldet, ein Geistlicher, Namens Hörmann, so weit getrieben, daß er verhaftet werden mußte. Er soll sich nicht begnügt haben, die neuen Gesetze zu schmähen und das Volk in Bezug auf die Reformen in der Schule irre zu führen, sondern als der Urheber einer praktischen Opposition gelten, welche losgebrochen wäre, sobald der Schulinspector die dortigen Schulen zu besuchen sich angeschickt hätte. Einige Tage nach seiner Verhaftung erschien eine Deputation von Wippthaler Bauern beim Landgerichts-Präsidenten Baron Cresseri in Innsbruck, um, wie sich Mitglieder dieser Deputation äußerten, mit der Drohung eines Aufstandes das Landesgericht zu zwingen, den hochwürdigen Cooperator, dessen Anwesenheit am Seelsorgsposten die Rücksicht auf die religiösen Bedürfnisse der Bevölkerung dringend erheische, wieder freizugeben. Die Bauern kehrten völlig umgestimmt nach Hause zurück. Zweifelsohne hat man ihnen etwas andere Begriffe von Recht und Gerechtigkeit beigebracht, als ihre Seelenhirten sie lehren, und ihnen, falls sie dieß nicht begreifen würden, die praktischen Folgen eines Bauernaufstandes auseinandergesetzt. Ein junger Lehrer im Wippthal ward als Denunciant des Cooperators bezeichnet und wurden vom Vorsteher seiner Gemeinde aus diesem Grunde die Leute aufgefordert, keine Kinder mehr in die Schule zu schicken. Der Lehrer machte hievon bei der Behörde die Anzeige, und wenige Tage darauf sah man den Vorsteher von Haus zu Haus gehen, sein Verbot zu widerrufen, und die Schule wurde wieder besucht wie ehedem. So wäre es überall, wenn die Behörden ihre Autorität zu zeigen verständen und das Gesetz mit der nöthigen Energie durchzuführen den Muth hätten!

Laibach, 24. März. Der Fürstbischof von Laibach ist heute von Rom zurückgekehrt. — Am 25. Juli findet ein slovenisches Meeting bei Bleiberg in Kärnten statt. Das Programm desselben wird sein: Einführung des Slovenischen als Amts- und Unterrichtssprache und Bildung eines slovenischen Verwaltungsgebietes.

Prag, 24. März. Nach hier eingetroffenen Privatbriefen haben die böhmischen Bischöfe ihre Absicht, zu Ostern von Rom in ihre Diöcesen zurückzukehren, aufgegeben. Auch die übrigen österreichischen Bischöfe bleiben in Rom.

Pest, 24. März. Das Unterhaus wird in der morgigen Sitzung über die eingebrachte Vorlage wegen Forterhebung der Steuern Beschluß fassen. In der heutigen Oberhaus-Sitzung wurden mehrere Nuntien des Unterhauses verlesen.

Berlin, 24. März. Der Reichstag vertagte den definitiven Beschluß über das Banknotengesetz und nahm einen Antrag an, nach welchem die Emittirung von Kreuzerbanknoten untersagt ist. Graf Bismarck stimmte diesem Antrage, sowie einem ausgesprochenen Tadel gegen die Regierung von Reuß bei.

Wir lesen in der **Berliner** „Post": Gegen die Beibehaltung der Todesstrafe wird gegenwärtig von mehreren Seiten Material beigebracht, welches unstreitig ein großes Interesse hat. Am Interessantesten aber ist wohl der bis jetzt, wie es scheint, ganz übersehene Umstand, daß auch das Justizministerium selbst einen Beitrag dazu lieferte, wie er schlagender für die Sache derjenigen, welche die Todesstrafe beseitigt wissen wollen, wohl nicht beigebracht werden kann. Die Anlagen, welche den Motiven zum Strafgesetzentwurfe beigegeben sind, enthalten unter Anderem auch eine Zusammenstellung der in der Provinz Hannover in der Zeit vom 1. November 1840 bis Ende 1866 gefällten Todesurtheile. Dieselben belaufen sich auf 140, von welchen 88 vollstreckt worden sind. Dieser Zusammenstellung ist dann noch eine Anmerkung beigegeben, in welcher es wörtlich heißt: „Die nicht vollstreckten Todesurtheile sind bis auf sechs in lebenslängliche und zeitige Freiheitsstrafen verwandelt. Jene Sechs sind: ein Mörder (1844) starb vor der Vollstreckung und ein Raubmörder (1854), dessen Unschuld später sich herausstellte, erhenkte sich; zwei Brandstifter entleibten sich (1850 und 1853) und zwei entwichen (1853 und 1865)." Also ein Raubmörder, dessen Unschuld sich später herausstellte, d. h. nachdem er sich entleibt und seine Hinrichtung unmöglich gemacht hatte. Man fühlt ein Grauen, wenn man das liest. Und nebenbei muß auch noch davon Notiz genommen werden, daß der Aermste, obgleich seine Unschuld sich später herausstellte, in der statistischen Zusammenstellung des Justizministeriums gleichwohl noch als Raubmörder figurirt. Wir verweisen auf S. 104 der genannten Anlagen und enthalten uns jeder weiteren Bemerkung über die Sache.

Düsseldorf, 23. März. Wir berichteten vor Kurzem, daß man einem hiesigen Kaufmann, der zur freien Gemeinde gehört, die Aufnahme seines Sohnes aufs Gymnasium verweigerte, weil derselbe sich, der Forderung des Direktors entgegen, weder am katholischen noch am protestantischen Religions-Unterricht betheiligen wollte. Die Sache ist durch das k. Provinzial-Schulcollegium zu Koblenz in befriedigender Weise dahin gelöst worden, daß der Aufnahme nichts im Wege stände, sobald der Beweis erbracht sei, daß derselbe den Religions-Unterricht eines Predigers der freien Gemeinde genieße.

Paris, 24. März. Ein Gerücht will wissen, daß die Complot-Affaire vom Februar vor dem in Tours tagenden hohen Justizhof verhandelt werden soll. — Ledru-Rollin verläßt heute London und begibt sich nach Frankreich.

— Im Senate hat der kaiserliche Brief die Kluft, welche zwischen dem liberalen und dem reactionären Theile desselben besteht, noch erweitert, und man sieht der vollständigen Constituirung des ersteren Theiles als selbstständiger Partei nächstens entgegen. In diesem Falle wäre es nicht unmöglich, daß zwei oder drei Senatoren ins Kabinet träten. Diejenigen Mitglieder des Senats, welche schon sehr vollständig zum Kabinete halten, klagen nämlich, darüber, daß sie im Ministerium nur durch einen der Ihrigen, durch Rigauld de Genouilly, vertreten sind.

— Das Mémorial Diplomatique rechtfertigt nach einem Schreiben aus **Rom** vom 19. März das Verfahren des Papstes gelegentlich des Trauergottesdienstes für Montalembert in folgender Weise: Msgr. de Merode habe als Verwandter Montalemberts telegraphische Meldung von des Letzteren Ableben erhalten und gewünscht, sobald als möglich ein Todtenamt für denselben zu celebriren. Da Msgr. de Merode aber wegen seines Beinbruches dazu selbst nicht im Stande gewesen, so habe er Msgr. Dupanloup gebeten, es zu übernehmen. Msgr. Dupanloup habe auch sogleich ein solches in der Kirche Ara Celi bestellt und die Concilsväter dazu einladen lassen. Nun habe aber Msgr. Dupanloup in der Eile vergessen, daß nach den Regeln der Hierarchie kein Bischof in der Diöcese eines andern Bischofs ohne dessen besondere Autorisation kirchliche Functionen verrichten dürfe,) der Bischof von Rom aber sei der Papst. Dieser habe also nur sein Recht behauptet, indem er jene Todtenfeier untersagt und dafür selbst eine solche in der Kirche St. Maria Traspontina angeordnet habe, welche die Pfarrkirche des Vaticans ist.

Tours, 24. März. Bei der heutigen Fortsetzung des Zeugen-

verhörs im Proceß Pierre Bonaparte kam es zu einem großen Tumult. Der Angeklagte schrie einen Zeugen heftig an. „Ich bin für Frankreich verwundet worden," rief er, zum Advokaten gewendet, „ich bin muthiger als er und die ganze Partei, der er angehört." Da fiel ihm Fonvielle ins Wort. „Feige sind Sie," ruft er erregt, ein feiger Mörder, der meinen Freund umgebracht hat." Ein unbeschreiblicher Lärm folgte diesen Worten. Gendarmen führten schließlich Fonvielle weg, obwohl der Commissär ihnen zurief, sie sollten erst die Ordre hiezu abwarten. Der Gerichtshof berieth hierauf über den Zwischenfall, ordnete eine Untersuchung über denselben an und ermahnte den Angeklagten, sich künftig ruhiger zu verhalten. (Urtheil tel. in Nr. 84 gemeldet.)

Italien. In Bezug auf die Unfehlbarkeits-Erklärung hört der römische Berichterstatter der Pall Mall Gazette, es sei im Vatican davon die Rede, dieselbe nach einem von Bischof von Ketteler von Mainz der Dogmen-Commission eingereichten Vorschlage abzuändern. Diese Angabe bedarf wohl der Bestätigung.

Florenz, 24. März. Berti war zum Behuf einer Vereinigung des italienischen Episkopats mit der deutschen Opposition nach Rom gesendet worden, ist aber ohne Erfolg heimgekehrt. Der Grund der Weigerung der italienischen Bischöfe sind die neuen anti-klerikalen Gesetze. — Hr. v. Nigra erhielt den Gesandtenposten in Wien angeboten.

Rom, 24. März. Da Bischof Stroßmayer erklärte: man könne einen Glaubenssatz nicht ohne die moralische Uebereinstimmung des gesammten Episkopats definiren, zwangen ihn die Vorsitzenden die Rednerbühne inmitten eines fürchterlichen Tumultes zu verlassen.

— Der Papst selbst mischt sich jetzt persönlich in den Streit, welcher zunächst unter den französischen theologischen Autoritäten über die Unfehlbarkeitsfrage in Blüthe steht, und zwar nicht eben im sanftesten Tone. Er hat ein Schreiben an Dom Guéranger, vom Orden der Benedictiner und Abt von Solesmes, erlassen, worin zwar die Gegner der Infallibilität nicht genannt, aber nichts desto weniger sehr kenntlich gemacht sind und in scharfen Ausdrücken verurtheilt werden. Dieser Benedictinerabt Dom Guéranger hat nämlich zwei Bücher „von der päpstlichen Monarchie" und „Vertheidigung der römischen Kirche" herausgegeben, in welchen er das Gegentheil von den Behauptungen des Abbé Gratry, des Bischofs Maret und des Bischofs Dupanloup aufstellt und behauptet. Für diese Werke wird er in dem päpstlichen Schreiben belobt und die Gegner verdammt.

Bukarest, 24. März. Die Kammer ging über die Interpellation Agarici's bezüglich der Controle der Strousberg'schen Obligationen zur Tagesordnung über; jedoch verlangte der Premierminister selber eine parlamentarische Enquête zur Untersuchung der Sachlage in Berlin. Wegen der Meinungsverschiedenheit zwischen der Regierung und Strousberg über die Auslegung eines Concessions-Artikels soll ein Schiedsgericht ernannt werden.

Konstantinopel, 24. März. Ali Pascha übersendete den Bulgaren einen Ferman, laut dessen die bulgarische Kirche, unter der kanonischen Oberherrschaft des Patriarchen bleibend, durch einen nationalen Exarchen verwaltet wird. Die Bulgaren sind hiemit unzufrieden; der Exarch soll in Konstantinopel residiren.

Asien. Indischen Blättern zufolge ist es in Bombay durchaus leicht, für die durch den Suezcanal gehenden Dampfer einträgliche Fracht zu erlangen. Zunächst ist durch den Canal bereits die Nachfrage nach den auf der Insel Labuan gewonnenen Kohlen beträchtlich gesteigert. Der Engliishman berichtet, daß der Inhalt der Kohlenlager auf dieser nur 50 Quadrat-Meilen Flächeninhalt besitzenden Insel auf 400 Millionen Tonnen geschätzt werde. Man baut jetzt einen Landungsplatz und eine Bahn, um das Einladen zu erleichtern. In Midnapur (Bengalen) ist ebenfalls wieder ein Kohlenlager entdeckt worden.

America. Den neuen New-Yorker Blättern zufolge wurde im Senate der Vereinigten Staaten auf Antrag des Senators Sherman die folgende Resolution einstimmig angenommen: „Beschlossen, daß der Präsident ersucht werde, zu einer Correspondenz mit Großbritanien und anderen auswärtigen Mächten einzuladen, falls dies nicht gegen die öffentlichen Interessen verstößt, um die Annahme einer gemeinschaftlichen Einheit für eine internationale Goldwährung durch die Legislaturen der verschiedenen Mächte zu fördern, und daß diese Correspondenz dem Congreß zur Kenntnißnahme und als Richtschnur seines Handelns vorgelegt werde.

Washington, 24. März. Die Opposition des Repräsentantenhauses gegen die Fundirungsbill wächst. Das Repräsentantenhaus hat den gegen die Vielweiberei der Mormonen in Utah gerichteten Gesetzvorschlag angenommen. Der Präsident hat eine Botschaft an den Congreß gerichtet, worin er Maßregeln Behufs Wiederbelebung der americanischen Rhederei durch Dampfersubsidien und andere Mittel empfiehlt.

Sydney, 28. Febr. Nachrichten aus Neu-Seeland melden von großer Niedergeschlagenheit unter den Colonisten. Die Feindseligkeiten mit den Eingebornen haben wieder begonnen, und mehrere Scharmützel haben stattgefunden.

Bayerische Angelegenheiten.

* Die neueste Nummer des hiesigen Pastoralblattes enthält einen Artikel, der fast als ein Vorläufer der Suspension Dr. **Döllingers** von den geistlichen Funktionen gelten kann, und wir glauben nicht zu irren, wenn wir aus ihm den Ursprung des im letzten Blatte von uns mitgetheilten dießbezüglichen Gerüchtes herleiten.

** **München,** 25. März. (XXI. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Referent **Lukas** führte ferner zur Begründung seines Antrages, alle Staatsstraßen in Distriktsstraßen umzuwandeln, an: Es würde damit ein Stück Selbstverwaltung, eine Portion Freiheit geschaffen; es wäre aber auch ein Akt der Gerechtigkeit, indem jetzt die Lasten des Straßenbaues und Unterhaltes ungleich auf die Distrikte vertheilt seien. Schwierig würde die Ausführung des Antrages sein, aber nicht unmöglich. Es handle sich auch jetzt nicht um einen Gesetzentwurf, sondern um Feststellung eines Principes. Das Straßenbauwesen werde dadurch einfacher und billiger, aber nicht, wie man eingewendet, schlechter werden; denn auf den Distriktsstraßen blieben die Fuhrwerke nicht öfter stecken, als auf den Staatsstraßen. Der moderne Staat könne eben Alles; — er mache ein Gesetz, dann sei es Recht. Man habe der Kirche einen mehr als 1000jährigen Besitz abgesprochen; dieß sei nach dem modernen Staate Recht und wer widerspreche, ein Rebell; man habe die Realrechte im Werthe von mehr als 100 Millionen ohne alle Entschädigung aufgehoben, und wer dagegen spreche, bekomme Unrecht. Der moderne Staat könnte ja auch ein Gesetz schaffen, welches sämmtliche Privatwaldungen als Eigenthum des Staates erkläre (Allgemeines Gelächter), und wer sich dagegen auflehnen sollte, würde ein Rebell sein (Endloses allgemeines Gelächter). Redner meint, die größten Nationalökonomen, darunter Riehl, dessen Werke ein wahres „Urkundenbuch der socialen Politik" seien, huldigten auch seiner Theorie.

Abg. **Stenglein** bedeutet Herrn Lukas, daß wir in einem Rechtsstaate leben, und daß seine Anschauungen über den modernen Staat ganz der Wahrheit entgegen seien; wenn der moderne Staat Rechte mißachtete, würde er seiner Aufgabe nicht gerecht werden. Aus der Motivirung des Vorschlages des Referenten gehe hervor, daß derselbe vom Straßenbauwesen nicht die geringsten Kenntnisse habe, denn mit diesem Antrage würde ein schon längst überwundener Standpunkt wieder eingenommen. Hier könnten nur zwei Principien aufgestellt werden, entweder völlige Autonomie der Distrikte oder direktes Eingreifen des Staates; im erstern Falle würden sicher viele Distrikte die Staatszuschüsse zum Straßenbau in die Tasche stecken, da das Volk vielfach noch über die wahre Bedeutung der Straßen nicht die richtigen Ansichten habe. Darüber könne man sich freilich nicht wundern, wenn sogar im Referate der Satz aufgestellt sei, die Straßen seien für den Handel und die Industrie nöthiger, als für den Ackerbau! Letzterer erhalte ja erst Bedeutung durch den Handel, und ohne Straßen gebe es keinen Handel, — ohne Straßen müßte der Ackerbau in seinem Fette ersticken. Die Lösung der Straßenfrage könne erst definitiv an-

gegriffen werden, wenn unser Eisenbahnnetz vollendet sein werde; wir stünden jetzt aber erst am Anfange der Entwicklung desselben.

Abg. Greil vertheidigt die Ansichten des Referenten. Es könne nicht abgesprochen werden, daß der moderne Staat sich als Allversorgungsanstalt ansehe; derselbe sei omnipotent geworden, denn er lasse nicht die Thätigkeit des Individuums und der Korporation walten, sondern greife stets selber ein. Als Beweis für seine Ansicht gelte, was in dieser Beziehung gegenwärtig außerhalb Bayern vorgehe. Sachlich sei er mit dem Referenten ganz einverstanden; er führt aus, wie schwer die Ausscheidung in Staats- und Distriktsstrassen sei und daß die Fortdauer des jetzigen Zustandes die größte Ungerechtigkeit sein würde. Seit dem Bestande der Eisenbahnen hätten die meisten Staatsstrassen, z. B. die 50 Stunden lange von Passau nach München, ihre Bedeutung fast ganz verloren, kosteten aber dem Staat doch viel, während die sehr stark befahrene Strasse von Kötzting nach Viechtach z. B. von den Distrikten erhalten werden müsse. Der Ackerbau müsse wohl Strassen haben, aber doch keine solchen, wie die Industrie, und man könne nur Ersparungen machen, wenn nach und nach alle Staatsstrassen zu Distriktsstrassen würden.

Abg. Frankenburger hält dafür, daß, wenn des Referenten Antrag angenommen würde, es unmöglich sein würde, denselben auszuführen; — ihn überhaupt annehmen, hieße der Staatsregierung ein schlimmes Experiment zumuthen. Richtig sei, daß in Bezug auf das Strassenbauwesen etwas geschehen müsse; was aber Hr. Lukas wolle, sei gerade das Gegentheil dessen, was der frühere Referent Hr. Vermühler gewollt (Umwandlung der Distrikts- in Staatsstrassen). Jener, obwohl von der Richtigkeit seiner Ansicht ganz überzeugt, habe doch keinen dießbezüglichen Antrag gestellt. Der jetzige Referent habe aber seinen Antrag nicht begründet. Das Stück Selbstverwaltung über die Strassen, welches der Referent geschaffen wissen wolle, sei merkwürdig; — den Distrikten sollten die Strassen gehören, der Staat aber das Geld dazu hergeben! Jedenfalls würden so die Strassen nicht billiger und besser werden. Die Aufgabe werde der Staat haben, zu untersuchen, welche Strassen jetzt nicht mehr dem allgemeinen Verkehre dienen und welche nicht, und letztere werde man vermittelst eines Strassenausscheidungsgesetzes an die Kreise und Distrikte überweisen müssen.

Abg. Föderer erklärt, die Anträge des Referenten wollten die bisherigen Zustände geradezu auf den Kopf stellen; bisher habe man sich in der Kammer immer darum bemüht, daß frequente Distriktsstrassen vom Staate übernommen würden, denn Niemand werde absprechen können, daß Staatsstrassen besser unterhalten werden als Distriktsstrassen. Wollte man den ohnehin schon überbürdeten Wegmachern noch neue Strassen zuweisen, so müßte jedenfalls deren Zahl vermehrt werden, und die Distrikte würden sich dafür bedanken, daß man ihnen neue Lasten aufbürde.

Der k. Staatsminister v. Schlör spricht seine Ansicht dahin aus, die Strassenfrage habe schon oft in der Kammer gespielt, und werde noch öfter in der Kammer zur Sprache kommen. Der Bau weiterer Eisenbahnen mache die Strassen nicht überflüssig; sie müßten im Gegentheil vermehrt werden. Jetzt habe man 1852 Stunden Staats- und 3054 Stunden Distriktsstrassen. Bis 1852 mußten die letztern von den Distrikten allein unterhalten werden, dann sei der Staat, wie billig, zu Zuschüssen beigezogen worden, aber seit dieser Zeit klagten auch die Distrikte, und wollten immer größere Zuschüsse, die jetzt mehr als eine halbe Million betrügen, um eine Ueberbürdung der Distrikte zu vermeiden. Was würde kommen, wenn man noch die Staatsstrassen den Distrikten überwiese? Das hieße denselben Steine statt Brod geben! Mit den Strassen müßten die Bezirke auch das Baupersonal übernehmen. Wenn sich einzelne Distrikte der Uebernahme der Strassen weigerten, müßte Regierung und Ministerium entscheiden und der Referentenantrag würde nur ein großes Chaos zur Folge haben. Gerade die Distrikte mit den schlechtesten Strassen wollten für deren Verbesserung am wenigsten thun. Man sei mit unserm Strassenbausystem im Uebergange begriffen; vor Allem müßten die Staatsstrassen erhalten und in besseren Zustand gebracht werden, dann werde die Regierung kleinere Postulate stellen und das Baupersonal verkleinern können. Die Staatsstrassen gäben ein Bild der Culturstufe eines Landes und es wäre unverantwortlich, wenn Bayern allein in Europa sich dazu hergäbe, seine Staatsstrassen völlig zu verlassen. Durch Ueberbürdung einer Last von einer Schulter auf eine andere mache man nichts besser; nur dadurch könne geholfen werden, daß man auf dem seit 1852 angenommenen, oben erwähnten Systeme beharre. Das Princip, welches Hr. Referent aufgestellt wissen wolle, sei eigentlich ein gefährliches Experiment, weil man dessen Verlauf nicht übersehen könne, und er bitte also die Kammer, den Antrag abzulehnen.

Referent Lucas greift nochmals auf die Motivirung seines Antrages zurück, und meint, wenn die Distrikte die Strassen nicht gern übernehmen wollten, so müsse man sie gesetzlich zwingen, man zwinge die Leute doch bei uns auch zu andern Dingen, wie zur Bezahlung der Grundsteuer, zur Heeresleistung; man leiste sie nicht gerne, müsse aber doch.

Abg. Gerstner hält den Antrag des Referenten für unzweckmäßig, zu weit gehend und gefährlich, und beklagt, daß man immer und immer die Interessen einzelner Stände in die Debatte ziehe, während doch an dem Verkehre Gewerbe, Handel und Industrie gleiches Interesse hätten. Auch den modernen Rechtsstaat habe man wieder besonders betont; derselbe scheine den Patrioten überhaupt ein Dorn im Auge zu sein. In technische Fragen solle der Parteistandpunkt nicht hereingezogen werden. — Abg. Schleich verwahrt sich, daß die Patrioten vom Rechtsstaate nichts wissen wollten; nur den modernen Staat, dessen Begriff zur Zeit noch nicht definirt sei, wollten sie nicht.

Nach einer langen Replik des Referenten begann die Debatte über das Landbauwesen, welche so wenig allgemeines Interesse bot, daß wir uns auf den bereits mitgetheilten Beschluß beschränken und nur noch bemerken, daß der k. Staatsminister des Handels, v. Schlör, die Haltlosigkeit der Ansicht des Referenten über die Reorganisation des Bauwesens nachwies und sich gegen die ohne alle nähere Nachweise über die Baubeamten gemachten Aeußerungen ernstlichst verwahrte, worauf Referent die Erklärung abgab, er habe den Stand als solchen nicht beleidigen wollen. — Der Antrag des Abg. Adler und Cons. über die Errichtung von Lagerhäusern ward von den Antragstellern mit Genehmigung der Kammer zurückgezogen und kam deßhalb nicht zur Berathung.

xx **München,** 26. März. (XXII. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Nachdem der I. Präsident Dr. Weis mehrere Referentenernennungen bekannt gegeben hatte, empfahl Abg. Radspieler als Referent des IV. (Verwaltungs-) Ausschusses, den Antrag des Abg. Freitag, die Abänderung des Art. 6 der neuen Gemeindeordnung hinsichtlich der Bürgermeistereien, im Namen dieses Ausschusses zur Annahme und verwies im Uebrigen lediglich auf sein Referat und das Ausschußprotokoll. Der Antrag Freitags lautet: Es möge im Landtagsabschied mit Gesetzeskraft der genannte Artikel in nachstehender Weise abgeändert werden; „Mehrere benachbarte demselben Distriktsverwaltungsbezirke angehörige Gemeinden können sich zu einer Bürgermeisterei vereinigen. Für die Bildung, Veränderung oder Wiederauflösung solcher Verbände ist die Zustimmung der Gemeindeausschüsse sämmtlicher betheiligten Gemeinden nothwendig. Der Distriktsverwaltungsbehörde ist hievon Anzeige zu erstatten. In Ermangelung allseitiger Zustimmung zur Wiederauflösung kann nach Vernehmung der Betheiligten und des betreffenden Distriktsrathsausschusses die Wiederauflösung durch die Kreisverwaltungsstelle verfügt werden." (Wir fügen aus dem Ausschußsitzungsprotokolle an: Der IV. Ausschuß hat den Antrag mit 7 gegen 2 Stimmen (Lampert und Wand) angenommen. In der Ausschußsitzung wurde von Seite des Ministeriums darauf hingewiesen, daß die Zwangsbefugniß zur Bildung von Bürgermeistereien in loyalster Weise nur dann zur Anwendung gebracht worden sei, wenn die Mehrzahl der Gemeinden sich für Vereinigung ausgesprochen habe, und daß es doch mißlich erscheine, an einem erst seit 2 Monaten in Wirksamkeit getretenen Gesetz schon wieder zu ändern. Dieß erkannten die Ausschußmitglieder v. Hafenbrädl, Ant. Schmid, Maier und Hasenmaier an, betonten jedoch, daß die zu

Recht bestehende Zwangsbefugniß große Befürchtung im Volk errege, und daß dereinst von derselben auch ein anderer Gebrauch gemacht werden könne. Da ferner Abg. Wand geltend machte, in der Pfalz habe das Institut der Bürgermeistereien nur gute Früchte getragen, nahm Präs. v. Weis Veranlassung, die gänzlich verschiedenen Verhältnisse der Pfalz zu schildern und sich ebenfalls für den Antrag zu erklären.)

Abg. Domcapitular Dr. Ant. Schmid stellte im Interesse der Wahrung der Autonomie und der Interessen der Gemeinden den Modifikationsantrag, es wolle von Sr. Maj. dem Könige im Landtagsabschiede mit Gesetzeskraft ausgesprochen werden: „Mehrere demselben Distriktsverbande angehörige Gemeinden können sich nach Beschluß der einzelnen Gemeinden zu einer Bürgermeisterei vereinigen. Der Wiederaustritt ist jeder Gemeinde nach Umfluß eines Kalenderjahres gestattet, und von dem Beschlusse des betreffenden Gemeindeausschusses abhängig." Weitern Bericht uns vorbehaltend, bemerken wir für heute noch folgendes: Abg. Freitag wollte diesen Antrag zur Berathung an den Ausschuß zurückverwiesen haben, was jedoch die Kammer ablehnte. An der Debatte über die beiden vorliegenden Anträge, welche länger als 3 Stunden dauerte, betheiligten sich außer den beiden Antragstellern die Abgg. Ponschab, Xav. v. Hafenbrädl, Hauck, Lukas, Dr. Ruland und Pfahler für dieselben, die Abgg. Dr. Edel, v. Hörmann, Crämer, Föderer und Staatsminister v. Braun gegen dieselben, und für die Beibehaltung des bisherigen Art. 6 der Gemeindeordnung. Bei der Abstimmung wurde Dr. Ant. Schmid's Antrag mit 70 gegen 59 Stimmen abgelehnt, dagegen Freitag's Antrag gegen die Stimmen der Linken angenommen. — Hierauf wurde dem Antrage des Referenten Diepolder entsprechend, der Gesetzentwurf bezüglich der provisorischen Steuererhebung bis zum 30. Juni l. Js. angenommen, und obwohl sich der k. Staatsminister der Finanzen, v. Pfretzschner, warnend dagegen aussprach, der Wunsch angefügt, die Staatsregierung möge, dringende Fälle ausgenommen, mit Beförderungen in der Armee und mit der Besetzung höherer Civil- und Militärstellen, sowie mit Verwaltungsmaßregeln, welche dem Budget vorgreifen könnten, bis nach dessen Erledigung einhalten. — In der nächsten, am Dienstag statthabenden öffentlichen Sitzung kommt als erster Gegenstand das Referat des Abg. Kolb über die außerordentlichen Militärcredite zur Berathung.

Lokales und Provinzielles.

München, 26. März.

π. Die auf Sonntag angesetzte Oper: „Tell" unterbleibt wegen Unpäßlichkeit des Hrn. Vogl, die sich derselbe auf einer Partie nach Tutzing zuzog. Die Jahreszeit dürfte für den gegenwärtig einzigen Tenoristen an unserer Hofbühne zu Exkursionen etwas unpassend erscheinen.

(Tagesbericht.) Vor einigen Tagen wurde der Steinbrecher Joseph Eiler im Perlacherforste erhängt aufgefunden; mißliche Vermögensverhältnisse scheinen denselben zum Selbstmorde getrieben zu haben. — Heute Nacht wurde in der Sonnenstraße ein Bursche arretirt, welcher einen großen Theil der Anwohnerschaft muthwilligerweise durch einen Pistolenschuß aus dem Schlafe geschreckt hatte.

ρ (Zur Sitzung des Gemeindecollegiums vom 24. März.) Nach Eintritt des Hrn. v. Steinsdorf referirte Dr. Aub über den Verlauf der Geschäftsrepartitionsfrage; indem er auf die Einwürfe des Hrn. I. Bürgermeisters gegen die Aufstellung der Verwaltungsräthe überging und zeigte, daß dieser Titel auch durch das alte Gemeindegesetz nicht begründet gewesen sei und dennoch seit dem Jahre 1834 die bürgerlichen Magistratsräthe unter diesem Titel die verschiedenen Sparten des Gemeindehaushaltes respicirt hätten. Referent betont, daß weder Bürgermeister noch Rechtsräthe im Sinne des Gesetzes verwalten könnten, dort, wo vom Magistrate Verwalter aufgestellt wären, und wo sie dennoch die Verwaltung faktisch leiteten. Gerade aus diesem Grunde seien die Verwaltungsräthe nothwendig, da eine Leitung vom Bureau aus, wie dieß bei den Rechtsräthen sei, eine mangelhafte sein müsse. Da nun Hr. v. Steinsdorf im ersten, das Collegium im dritten Punkt nachgegeben habe, so hoffe er, daß man auch im zweiten Punkte (Feststellung der Befugnisse der Verwaltungsräthe durch den Magistrat) ein Nachgeben erwarten dürfe, und zwar um so mehr, als auch das Gesetz sich in diesem Sinne ausspreche, und so diesem Conflicte im Interesse der Gemeinde ein schnelles Ende gemacht werde. Hr. v. Steinsdorf erklärt, an seinem guten Willen zu einer gütlichen Beilegung der Differenz dürfe man nicht zweifeln, aber hier handle es sich um gesetzliche Bestimmungen und im Interesse seiner Nachfolger — denn seine Zeit sei nur mehr eine kurze — habe er sich an die Regierung wenden müssen, und habe den bürgerlichen Verwaltungsräthen keine Verwaltungsbefugnisse zugestehen können. Dr. Aub entgegnete, ebensowenig könnten der Bürgermeister oder die Rechtsräthe Verwaltungsbefugnisse haben, worauf Hr. v. Steinsdorf aussprach, allerdings könne weder er, noch die Rechtsräthe Verwaltungsanordnungen treffen, da solche nur vom Collegium ausgehen dürften. Dr. Aub erklärt, er sei äußerst erfreut über diese Aufklärung, da das Collegium sie auch nie den Verwaltungsräthen hätte zugestehen können. Demnach bestehe also gar keine Differenz mehr in den gegenseitigen Anschauungen, und er hoffe um so mehr die Annahme des zweiten Punktes durch Hrn. v. Steinsdorf, welcher aber sein Bedauern ausspricht, daß er die Befugnisse der Verwaltungsräthe nur als Commissorium des Bürgermeisters erklären müsse; denn er habe für den Vollzug zu haften, könne aber nicht Alles selber thun, und übertrage daher so viel als er für gut halte, den bürgerlichen Magistratsräthen, und bestimme daher deren Befugnisse. Dr. Winterhalter bemerkt, beim Eintritt in die Collegien habe kein Mißtrauen zwischen den bürgerlichen und rechtskundigen Elementen bestanden. Er berührt die Principien, auf denen die letzten Gemeindewahlen stattfanden. Hr. v. Steinsdorf habe als Grund seiner mangelhaften Repartition seine Unkenntniß der Persönlichkeiten angeführt; er müsse jedoch diese Ausflucht zurückweisen, da das Collegium in einer Besprechung ihn über die Qualifikation der Magistratsräthe habe aufklären lassen. Das Nichteingehen des Hrn. v. Steinsdorf habe den ersten Stein des Anstoßes gegeben, seine ungesetzliche Einsetzung von Commissionen habe das Mißtrauen gesteigert, ebenso auch die geringschätzige Einführung der Magistratsräthe in ihre Anstalten. Wenn er auch von Anfang dem Hrn. v. Steinsdorf das Recht zugestanden habe auf Art 101 fußend, die Persönlichkeiten zu bestimmen, so könne er nicht umhin dem Hrn. v. Steinsdorf zu bemerken, daß nach dem Geiste des Gesetzes aber die Wahl der Persönlichkeiten er im gütlichen Einverständniß mit den Collegien vornehmen hätte müssen, — Hr. v. Steinsdorf habe berechtigte Forderungen zurückgewiesen und dadurch eine Mißstimmung hervorgerufen, die jedenfalls nicht zum Wohle der Gemeinde gereiche. Die Collegien könnten nicht länger dulden, daß die Verwalter in der bisherigen Weise fortwirthschafteten, und die Leitung der Verwaltungen durch die Rechtsräthe vom Bureau aus sei absolut ungenügend, was dem Redner der Zustand der Anstalten und die dem Collegium vorgelegten Akten überzeugend bewiesen hätten. Das Mißverständniß des Hrn. I. Bürgermeisters habe seinen Grund in dem Worte: „Verwaltungsrath". Er könne aber dem I. Hrn. Bürgermeister die Erklärung geben, daß die beiden Collegien in dem Verwaltungsrathe nur das vermittelnde Zwischenglied zwischen Rechtsrath und Verwalter sehen, so wie die Organe der so nothwendigen Controle nach oben und unten. Gegen Eingriffe in die Competenz der bürgerlichen Vertretung habe man sich gewehrt, jedoch nur als Antwort die Anrufung der Oberaufsichtsbehörde erhalten. Die heutige Diskussion beweise, daß Hr. v. Steinsdorf und die Collegien dieselben Ansichten über die Ausdehnung der Befugnisse unserer Verwaltungsräthe hätten, es dürfe auch Hr. v. Steinsdorf mit voller Sicherheit annehmen, daß die Geschäftsordnungscommission so viel juristische Kenntnisse besitze, um bei Abfassung ihrer Vorschläge den Boden des Gesetzes nicht zu verlassen. Die Auffassung des Hrn. Bürgermeisters, als sei die Ertheilung der Befugnisse sein Commissorium, müsse er aufs Energischste zurückweisen, v. Steinsdorf möchte bedenken, daß er nur Vollzugsbeamter sei, und das Collegium allein berechtigt, Verwaltungscommissorien zu ertheilen.

Hr. v. Steinsdorf erklärt, er habe nicht seine Befugnisse so weit ausdehnen wollen. Dr. Winterhalter erwidert, Hr. v. Steins-

dorf habe sich so, wie Redner anführte, ausgedrückt, er konstatire jedoch mit Vergnügen, daß Hr. v. Steinsdorf nicht mehr dieser Ansicht huldige und hoffe daher mit Zuversicht, daß dieser Streit nun glücklich geschlichtet sei, welches Resultat jedoch sicher schon früher mittelst einer Cumulativkommission erzielt worden wäre. Hr. v. Steinsdorf sucht die von Dr. Winterhalter gemachten Angriffe zu widerlegen, geht jedoch auf die Beschuldigung ungesetzlicher Uebergriffe nicht ein, gibt vielmehr nur Entschuldigungsgründe und erklärt schließlich, daß er auf Punkt 2, „die Befugnisse der Verwaltungsräthe durch eine sich innerhalb des Gesetzes bewegende Geschäftsordnung festzustellen“ als einen Uebergriff in seine Competenz nicht eingehen könne. Dr. Erhart glaubt, daß das Vorgehen des Hrn. v. Steinsdorf vollständig ungerechtfertigt sei, da auch die Collegien nie beabsichtigt hätten, den Verwaltungsräthen Verwaltungskompetenzen zu geben, wie Hr. v. Steinsdorf grundlos angenommen habe. Wenn auch, wie Hr. v. Steinsdorf behaupte, die früheren Verwaltungsräthe Mißbrauch geübt hätten, so hätte das auf uns keinen Bezug gehabt, da wir sie nie als souveräne Herren hätten betrachten können. Redner berührt die Verhandlungen zwischen der Deputation und Hrn. v. Steinsdorf und weist die Grundlosigkeit seiner Entschuldigungen nach. Er wünscht, um die Gemeindeinteressen nicht länger zu schädigen, Annahme des Punktes 2. Dr. Aub versucht noch einmal, Hrn. v. Steinsdorf von der Unrichtigkeit seiner Ansichten zu überzeugen, jedoch ohne Erfolg. Dr. Winterhalter stellt nun den Antrag auf eine Cumulativsitzung, um in derselben eine Annahme des Vergleichsvorschlags zu provociren. Würde, wie nicht anders zu erwarten, der Magistrat den Vergleichsvorschlägen beitreten, so wäre Hr. v. Steinsdorf gezwungen, seine Beschwerde an die Regierung zurückzuziehen und für die geforderten Anstalten Respicienten zu ernennen. Wolle er dann wegen Punkt 2 an die Regierung gehen, so könnten sich die Collegien über einen solchen Schritt nur freuen, da die Antwort nur in deren Sinne ausfallen könne. Er müße übrigens bedauern, aus der Erklärung des Hrn. v. Steinsdorf ersehen zu haben, daß dessen Versöhnungsworte eben nur leere Worte gewesen seien.

Schongau. Am vergangenen Sonntag, den 20. l. Mts., Mittags $12\frac{1}{2}$ Uhr, wurde die ledige Bauerstochter Agatha Schmid von Morgenbach, Gemeinde Wildsteig, 22 Jahre alt, von ihrem Vater, als er eben von der Kirche zurückgekehrt war, todt aus der in seinem Stalle befindlichen über 4 Fuß tiefen Güllengrube gezogen. Da dieselbe schon längere Zeit an Geistesstörung litt und die Grube immer gut verwahrt und mit einem starken Brette verdeckt war, so ist unzweifelhaft, daß sie sich absichtlich in die Jauche stürzte.

Straubing, 23. März. Bedauerlich ist, daß der Herr Bürgermeister in der heutigen Magistratssitzung die Beschlüsse des Münchner Magistrates über die korporative Betheiligung an kirchlichen Festen als eine Demonstration gegen die Kirche bezeichnete, während sie erwiesenermassen der richtigen Erkenntniß derjenigen Stellung, welche der Münchner Magistrat als administrative Behörde der paritätischen Hauptstadt einzig einnimmt, entsprossen waren. Hr. Bürgermeister sprach von unberufenen Schreiern, die dazu Veranlassung gegeben hätten. Hr. Bürgermeister und Hr. Rechtsrath nehmen an der Prozession Theil, die übrigen HH. Magistratsräthe nicht.

Lichtenfels, 25. März. Freche Diebeshände sind sogar bis in die Wohnung des armen Einsiedlers auf dem Staffelberg eingedrungen und haben aus derselben dessen geringe Baarschaft, bestehend in 1 fl. 30 kr. bis 2 fl., Kamm, Bürste und sonstige Kleinigkeiten, die zur unabweisbaren Nothdurft des Mannes der Einsamkeit gehören, gestohlen. Der Dieb benützte die Abwesenheit des Einsiedlers in der Kapelle und stieg zum Fenster der Einsiedlerhütte, das er gewaltsamer Weise geöffnet hatte, hinein; man soll ihm aber auf der Spur sein.

Von der **Iller,** 23. März. In Oberkirchberg wurde am Josephstag der Kirchgang mit Böllerschüssen festlich begangen. Der junge Mann, der das Geschütz bediente, ein beurlaubter Pionier von 24 Jahren, wollte das Pulver, weil der Schuß ihm nicht rasch genug los ging, durch Blasen entzünden, was ihm auch gelang; aber in Folge der nun zu raschen Explosion erstickte der Unglückliche und war augenblicklich todt. Wäre dieser Unglücksfall nicht wieder ein Fingerzeig, bei kirchlichen Festen das Schießen als Festzeichen zu unterlassen, da vielf schon die Festesfreude dadurch verkümmert wurde?!

Speyer, 21. März. Am Samstag Vormittag ereignete sich hier der traurige Fall, daß ein Schiffbauer Namens Nell seinen Bruder erschoß. Der Thäter wollte sich selbst mit einem Pistol das Leben nehmen, was sein Bruder zu verhindern suchte. In dem Augenblicke, wo er ihm das Pistol entreißen wollte, entlud sich die Waffe, die für den Andern geladen war. Der Unglückliche wurde in's Herz getroffen und blieb auf der Stelle todt. Der Thäter wurde gefänglich eingezogen.

Gerichtssaal.

Augsburg, 23. März. (Schwurgerichtsverhandlung gegen den Redakteur J. B. Allfeld.) In Nr. 46 des heurigen Jahrganges desselben Blattes steht ein Aufsatz „Geistliche Heimlichkeit“ betitelt. Es kommt darin vor, das Ordinariat sei nur des einen Gedankens fähig, nämlich: „die Kirche muß überall herrschen mit Hilfe des unwissenden Volkes;“ ferner: man solle über den Eingang zum Ordinariat die Worte aus Göthe's „Faust“ schreiben: „Wir kochen breite Bettelsuppe.“ Auch dieser Artikel ist aus der Feder eines Geistlichen, und glaubt der Angeklagte, daß derselbe nur ernste Wahrheiten sage. Eine Beleidigung einer kirchlichen Behörde lag Herrn Allfeld ganz ferne. Der k. Staatsanwalt war nun bemüht, nachzuweisen, daß durch die oben angeführten Sätze und Worte Beleidigungen gegen die Geistlichen geschleudert werden, die geeignet seien, gegen dieselben Haß und Verachtung zu erregen, und daß diese Aeußerungen sich auf den ganzen Stand beziehen. Die Absicht, Haß zu erregen, zeigt sich dadurch, daß in dem Artikel, was Einzelne begangen haben, dem ganzen Stand aufgebürdet wird. Der dichterische Spruch: Wir kochen breite Bettelsuppe, bedeute nichts anderes, als die Erlasse, die vom Ordinariate kommen, sind Bettelsuppen. In einem geistvollen Vortrage führte Anwalt Dr. Völk aus, daß der Klerus nicht als Stand angegriffen wurde. Aus der ganzen Haltung des Artikels gehe hervor, daß ein gedrückter Geistlicher seinem gepreßten Herzen Luft machen will, er thue einen Aufschrei, um das Mitleid für den Stand anzurufen. In der Form und Darstellung des Aufsatzes liege keine Gesetzverletzung. Die Vertheidigung führt nun weiter an der Hand der Geschichte den Nachweis, welch' traurige Früchte der Zölibat schon getragen, derselbe sei keine nothwendige Einrichtung der katholischen Kirche. Wie lax von oben gegen jene verfahren wird, die den Zölibat nicht halten, gehe daraus hervor, daß Versetzungen nur erst dann vorgenommen werden, wenn der Skandal zu groß ist. Der gütige Himmel habe uns nicht für die Einsamkeit erschaffen, sondern zur Lieb für Weib und Kind. Sollte man nicht das Recht haben, dies öffentlich zu sagen, oder wenn ein Geistlicher dieses Rechtes widernatürlich beraubt ist, einen Aufschrei zu thun? Der Ausdruck: „Das Gebahren des Ordinariats könne die Oeffentlichkeit nicht vertragen“ ꝛc., sei keine Beleidigung, sondern nur eine Kritik u. s. f. — Die Geschornen erhielten sechs Fragen und erklärten das „Nichtschuldig“, worauf der Angeklagte freigesprochen wurde.

Vermischtes.

— (Strike der Berliner Schneider.) Der Strike der Berliner Confections-Schneider, der für Montag den 14. d. M. angekündigt gewesen, konnte nicht zur Ausführung gelangen, da sich an demselben meist arbeitslose Gesellen betheiligten und die wirklich arbeitenden Gewerksgenossen nicht mitspielen wollten. In der deßhalb abgehaltenen Versammlung, welche von etwa 400 Personen besucht gewesen, wurde mitgetheilt, daß einige größere Geschäfts-Inhaber sich zwar entgegenkommend gezeigt hätten, die Forderung von 25 Percent aber zu hoch gefunden hätten, das höchste gemachte Gebot habe sich nur auf $7\frac{1}{2}$ Sgr. per Rock ($2\frac{1}{2}$ Sgr. weniger, als die 25 Percent betragen würden) belaufen; ein anderer Theil hätte dagegen jede Mehrforderung entschieden abgelehnt. Ein Redner, der die Annahme des ersten Angebots empfahl, wurde durch einen wahren Sturm zum Verlassen der Tribüne gezwungen. Nach langem Debattiren wurde Nachstehendes beschlossen: Erlaß eines Manifestativs, das schon in den

nächsten Tagen in sämmtlichen Berliner Zeitungen abgedruckt werden soll; Festhalten an den 25 Percent; Annahme des nach den bisherigen Beschlüssen entworfenen Statuts zur Begründung eines Schneidervereins en bloc; Wahl einer neuen Commission von sechs Mitgliedern zur weiteren Durchführung des Strikes. In die sodann ausgelegten Listen zeichnete sich sofort ein sehr großer Theil von Anwesenden als Mitglieder dieses Vereins ein und erlegte Jeder 2 1/2 Sgr. Eintrittsgeld und 1 Sgr. wöchentlichen Beitrag. Die sämmtlichen Einnahmen sollen zur Unterstützung der Strikenden, vorzugsweise der Verheiratheten, verwendet werden.

Telegraphische Nachrichten.

Stuttgart, 26. März. Bei der Beeidigung der neuernannten Minister sagte der König: „Ich komme Ihnen mit Vertrauen entgegen, und hoffe, daß Sie in Uebereinstimmung Ihrer bisher befolgten Grundsätze mit Ihren Collegen mich unterstützen in dem aufrichtigen Streben, das Wohl Württembergs zu fördern.“

Karlsruhe, 26. März. Sitzung der Abgeordnetenkammer. Das außerordentliche Budget des Kriegsministeriums wurde mit wenigen Abstrichen bewilligt. Der Gesetzentwurf, welcher das Mandat der Abgeordneten auf 4 Jahre mit theilweiser Erneuerung von 2 zu 2 Jahren festsetzt, wurde einstimmig angenommen.

Wien, 26. März. Reichsrathssitzung. Bei der Berathung des Justiz-Etats beantragt der Abgeordnete Waidele folgende Resolution: Es sei an die Regierung die Aufforderung zur baldigen Einführung von Gefängnissen nach dem System der Einzelhaft zu richten. Der Justizminister, die Resolution freudig begrüßend, setzt auseinander, was die Regierung diesfalls bereits gethan und zu thun beabsichtigt. Sämmtliche Etats nebst den Resolutionen, sowie das definitive Finanzgesetz für 1870 wurden nach den Ausschußanträgen in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Wien, 26. März. Die „Presse“ vernimmt von kompetenter Seite, daß der neue Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen Oesterreich und Spanien unterzeichnet worden sei.

Triest, 26. März. Der Lloyddampfer „Austria“ ist mit Nachrichten aus Bombay vom 5. und aus Calcutta vom 1. März von Alexandrien heute Früh 6 Uhr hier eingetroffen.

Berlin, 26. März. Sitzung des Reichstags. Das Banknotengesetz ist mit dem Antrage des Abgeordneten v. Sybel definitiv angenommen worden. Es folgte hierauf die Fortsetzung der Berathung über das Nachdruckgesetz. Der Antrag des Abg. Braun, den Gesammtentwurf an eine Commission zu verweisen, wurde abgelehnt, die §§ 1, 3 und 8 wurden angenommen und der übrige Theil des Gesetzentwurfes einer Specialcommission überwiesen.

Paris, 25. März. Wochenausweis der Bank von Frankreich. Baarvorrath 1,297,618,439 Fr., Zunahme 16,818,086 Fr., Wechselbestände 504,489,430 Fr., Abnahme 8,037,087 Fr., Vorschüsse u. Werthpapiere 98,531,750 Fr., Zun. 545,000 Fr., Notenumlauf 1,367,816,450 Fr., Abn. 11,366,300 Fr., Guthaben des Schatzes 168,219,737 Fr., Zunahme 1,633,286 Fr., Conto-Current der Privaten 373,116,827 Zun. 17,958,464 Fr.

Paris, 26. März. Dem Constitutionnel zufolge sucht die Antwort Antonelli's zu beweisen, daß die 21 Canones nicht die Tragweite hätten, welche ihnen Frankreich beimesse; sie sagt ferner, die Debatten des Concils können dieselben beträchtlich modifiziren. Die Kirche denke gar nicht daran, sich in die Politik einzumischen. Die Canones seien nicht derartig, daß sie Frankreich veranlassen könnten, aus seiner Politik der Enthaltung herauszutreten. Antonelli hofft nach diesen Erklärungen, Frankreich werde es nicht für begründet erachten, auf seiner Forderung zu bestehe.

Tours, 26. März. Der Generalprokurator mahnt die Jury, vor Leidenschaften auf der Hut zu sein, welche der Debatte fremd bleiben müssen; er verlangt die Anwendung des Gesetzes gegen den Angeklagten, unterzieht die Aussagen des Prinzen und Fonvielle's einer Prüfung und findet keinen als Zeuge zuverlässig; er glaubt, daß der Prinz von Noir geschlagen worden sei, wie Fonvielle dies gleich nachher zugestand. Der Prozeß wird heute nicht beendet, und es ist zweifelhaft, ob morgen die Sitzung fortgesetzt werden wird.

Florenz, 26. März. Die Amtszeitung sagt: Wie in Pavia versuchten auch in Piacenza 100 Individuen in die Kaserne einzudringen. Der Versuch wurde vereitelt. Von Brioghella zogen 70 Bewaffnete nach Bologna, woselbst eine Vereinigung zahlreicher Bewaffneter beabsichtigt war. Die ergriffenen Vorsichtsmaßregeln vereitelten den Versuch. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Die Stadt ist ruhig.

London, 25. März. Wochenausweis der englischen Bank. Totalreserve 13,217,836 L., Zun. des Baarvorraths 139,896 L., Zun. des Notenumlaufes 149,425 L., Abnahme der Notenreserve 6,775 L., Platzdisconto 3 L.

London, 26. März. Die Bill betreffend die Herstellung der Ruhe in Irland hat das Comité passirt; die Gegenanträge wurden mit großen Majoritäten beseitigt. Das Unterhaus hält heute Mittagssitzung behufs dritter Lesung.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 26. März. (Schlusscc.)

Wechsel auf London	120	Oest.-franz. Staatsbahn	384
„ „ Paris	95 1/8	Bayr. Ostbahn-Actien	120
„ „ Wien	96 1/4	Elisabeth-Prior. I. Em.	77 3/4
5 proc. bayr. Anleihe	101 1/4	1% bayer. Prämien-Anl.	105 3/8
4 1/2 „ „ „	91 3/4	Bad. Präm.-Anleihe	106 1/4
4 „ „ Grundrente	86 1/4	Oesterr. Loose v. 1860	80 1/8
4 „ „ Obligat.	86 1/8	„ Loose v. 1864	115 3/4
5 proc. österr. Metall. engl.	234 1/4	Alsenzbahn	86 3/4
5 „ „ National-Anl.	—	Oberhessische Bahn	67 3/4
Steuerfr. Metall. v. 1866	—	Lombarden	235 1/4
1882er Amerikaner	95 1/8	Napoleons	9.31
Oesterr. Bank-Actien	696	Rente Silber 58 5/8. Pap. 50 1/4.	
Credit-Actien	279 3/4	fest. Handelsbank	99

Wien, 26. März. (Schlusscc.)

5 proc. National-Anlehen	—.—	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	61.50	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	97.80	Steuerfr. Metall. on 1864	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	120.25	Napoleons	9.88 1/2
Oesterr. Bank-Actien	726.—	Wechsel auf Augsburg	102.85
„ Credit-Actien	290.50	„ „ London	124.20
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	—.—	„ „ Paris	49.20
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	398.—	„ „ Frankfurt a. M.	103.20
„ „ Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	245.70
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 354.75 Pap.-R.	71.40

Berlin 26. März (Schlusscc.)

Türk. Anl. v. 1865	45 1/8	Lombarden	134 7/8
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	105 7/8	Italienische Anleihe	55 7/8
4 1/2 „ „ Anleihe	92	1882er amerikanische Bonds	96
Bad. Prämien-Anleihe	106 1/2	5 proc. preuss. Anleihe	101 7/8
Darmstädter Actien	131 1/8	4 1/2 „ „ „	93 1/4
Oesterr. Credit-Actien	160	Wechsel auf Augsburg	56.22
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	218 3/4	„ „ Frankfurt	56.24
Staatsbahn-Prioritäten	293	„ „ London	6.24 3/8
Oest. fl. 500 Loose von 1860	80	„ „ Paris	81 1/8
„ fl. 100 Loose von 1864	66 1/4	„ „ Wien	81 7/8
5 proc. östr. National-Anl.	—		

fest.

New-York, den 25. März. Gold 111 1/4. Wechsel in Gold 108 1/2. Bonds per 1882 109 7/8. Baumwolle 22 3/4. Petroleum 26 1/2.

Liverpool, den 25. März. Schlussbericht. Heutiger Umsatz 10,000. Orleans 11 7/16. Middling amerikanische 11 1/4. Fair dhollerah 9 3/8. Middling fair dhollerah 9 1/8. Good middling dhollerh 8 7/8. Fair Bengal 8. Fair Omra 9 1/2. Pernam 11 1/4. Smyrna 10 1/4. Egyptian —. Amerik. per März-April —. Dhollerah per Mai —. Omra — Tages-Import 6625, davon Ostindische 3875 Tendenz: ruhig.

(Münchener Schrannenbericht vom 26. März 1870.)

	Umsatz. Schffl.	Rest. Schffl.	Höchster. Durchschnittspreis			Mittlerer. Durchschnittspreis			Niedrigster. Durchschnittspreis			Gef. kr.	Gest. kr.
Weizen	24[illegible]8	1135	fl.	20	20	fl.	19	1	fl.	17	32	7	—
Roggen	1353	437	„	12	13	„	11	51	„	11	18	9	—
Gerste	1599	1465	„	13	17	„	12	48	„	12	2	18	—
Hafer	2121	234	„	8	41	„	8	1	„	7	10	8	—
Reps	—	—	„	—	—	„	—	—	„	—	—	—	—
Lein	28	40	„	22	54	„	22	4	„	21	—	21	[illegible]

Gesammtumsatz: 13294 Schffl. im Betrage von 171,971 fl. Wochen-Verkauf in der Schrannenhalle: 4632 Schffl.

Curse des Münchener Handelsvereins vom 25. März 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. 3 1/2% Obl.	fl. 1000	81 1/2	80 1/2
4% ganz. Obl.	1000	86 5/8	86 1/4
4% halbj. Obl.	1000	86 5/8	86 1/4
4% Grundr.-Obl.	1000	86 5/8	86 3/8
4 1/2% ganzj. Obl.	1000	92	91 3/4
4 1/2% halbj. Obl.	1000	92	91 3/4
4 1/2% „ Milit. „	1000	92	91 3/4
5% Obl.	1000	101 3/4	101 1/8
4% Münch. Obl.	1000		
5% „ „	1000	101 1/8	100 3/4
4 1/2% Ostbahn-Aktien .		119 1/2	
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung . .		87 1/8	86 7/8
dto. volle		87 1/8	86 7/8
Pfdbr. d. bayer. Hyp.-u. W.-Bank	à fl. 1000	90 1/2	90 1/4
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.		100	99 7/8
Aktien „ „		823	823
Bayer. Handelsbank-Act.			98
„ Vereinsbank . .		120 1/2	119 5/8
Württemberg. 4 1/2% Obl. . . .		91 1/4	
Oesterreich 4 1/5% Silb.-Rte. 6/7		58 3/4	58 1/2
„ Pap.-Rte „			
5% Nation.-Anl. . 5/6			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à 116 2/3			
5% Met. Stfr. v. 1866 6/7			
Oest. Bank-Aktie . .			
„ Cred.-Aktien . .		279 7/8	279 5/8
Oest.-franz. Stsb.-Aktien .		383 1/2	382 1/2

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb. „	235 3/4	235 1/2
Preußen. 4 1/2% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. 2 1/2	95 3/8	95 1/4
„ 1884 „	94 3/8	
„ 1885 „	94 1/2	
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtt. 100	105 3/4	
4% Bad. „ „	106 1/2	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	6 1/2	
Pappenheimer dto.	5 3/4	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose . .	18 1/2	
Oester. 1854er Loose à fl. 250 5/6		
„ 1860er „ à fl. 500 6/7		
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred Loose		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		310
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		123
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor .	95	
Chemische Fabrik Heufeld		76
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn . .		
„ Siebenbürger Bahn		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. I. Em. 6/7	77 1/2	
dto. II. „ „		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn „		

	Brief.	Geld
5% Prior. Franz Joseph-Bahn „	79 1/2	
„ Siebenbürger Bahn „		
„ d. Böhm. Westbahn „		
„ Alföld Fiumander Bahn „		
Wechsel.		
Amsterdam fl. 100 holl. K. S.	100 3/4	100 5/8
L. S.		
Augsburg fl. 100 . . . K. S.		
L. S.		100
Berlin Rthlr. 60 . . K. S.	105 1/8	104 7/8
L. S.		104 7/8
Frankfurt fl. 100 . . . K. S.		
L. S.		100
Hamburg M.-B. 100 . . K. S.		88 [illegible]
L. S.		88 [illegible]
Leipzig Rthlr. 60 . . K. S.	105	104 7/[illegible]
L. S.	105 1/8	104 7/[illegible]
London Pfdst. 10 . . . K. S.	120 1/8	119 7/[illegible]
L. S.	120 1/8	119 7/[illegible]
Paris Fr. 200 . . . K. S.	95 1/4	95 1/[illegible]
L. S.	95 1/4	95 1/[illegible]
Wien fl. 100 . . K. S.	96 3/8	96 1/[illegible]
L. S.		
Bank-Disconto für Platz-Wechsel . .		
„ „ Lombard. . .		
Geldsorten.		
Preuß. Friedrichsd'or	9.59	9.58
20 Francs Stücke	9.30 1/2	9.29 1/[illegible]
Preuß. Cassen-Scheine	105 1/8	104 [illegible]
Oest. Banknoten	96 1/8	96 [illegible]

Kgl. Hof- u. National-Theater.

Sonntag den 27. März.

54. Vorstellung im Jahres-Abonnement.

Die lustigen Weiber von Windsor.

Komische Oper mit Ballet in drei Aufzügen. Nach Shakspears gleichnamigem Lustspiele von Mosenthal. — Musik von Nicolai.

Personen:

Herr Fluth } Bürger — H. Kindermann.
Herr Reich } von Windsor — Hr. Fischer.
Fenton . . . . Hr. Vogl.
Frau Fluth . . . . . Fr. Possart.
Frau Reich . . . . . Frl. Ritter.
Anna, deren Tochter . . . Frl. Leonoff.
Sir John Falstaff . . . . Hr. Bausewein.
Junker Spärlich . . . . Hr. Hoppe.
Doktor Cajus . . . . . Hr. Lang.
Der Wirth } vom Gasthaus — Herr Keller.
Der Kellner } zum Hosenbande — Hr. Leigh.
Erster } — Hr. Sigl.
Zweiter } — Hr. Leibold.
Dritter } Bürger . . . H. Weixlstorfer.
Vierter } — Hr. Thoms.
Fünfter } — Hr. Schmid.

Bürger und Bürgersfrauen von Windsor, Diener, Masken von Elfen und Geistern, von gespenstigen Jägern, von Mücken, Wespen und Koboldén.

Schauplatz: Windsor. Zeit: Anfang des siebzehnten Jahrhunderts.

Die Kasse wird um 1/2 6 Uhr geöffnet.

Anfang 1/2 7 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.

Kgl. Residenz-Theater.

Sonntag den 27. März.

Das Tagebuch.

Lustspiel in 2 Aufzügen v. Bauernfeld.

Regie: Hr. Richter.

Personen:

Raschler, Advokat . . . . Hr. Büttgen.
Seine Frau . . . . Fr. Büttgen.
Lucie, seine Mündel . . Frl. M. Meyer.
Hauptmann Wiese . . . Hr. Rüthling.
Lieutenant Born . . . Hr. Häusser.
Bedienter bei Raschler . . Hr. Wagner.

Hierauf:

Die Bastile.

Lustspiel in 3 Aufzügen v. Berger.

Regie: Herr Richter.

Personen:

Ludwig XIV., König von Frankreich . . . . . Hr. Richter.
Eleonore, Marquise de la Reyniere . . . . . Fr. Dahn.
Graf v. Beaufort . . . . . Hr. Rohde.
Herr v. Rochoux, Intendant der kgl. Gärten . . . . . Hr. Christen.
Constans, Obergärtner in Versailles . . . . . Hr. Lang.
Annette, dessen Nichte . . Frl. Jenke.
Baptiste, Constans' Gehilfe . Hr. Davideit.
Ein Hauptmann } der — Hr. Leigh.
Ein Lieutenant } königlichen — Hr. Tomschik
Ein Sergeant } Leibwache — Hr. Büttgen.
Soldaten. Gartenarbeiter.

Schauplatz: Versailles 1662.

Anfang halb 7 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.

Münchener Aktien-Theater.

Sonntag den 27. März.

2 Vorstellungen.

Zweite Gastvorstellung des Hrn. Direktor Joh. Fürst aus Wien,

mit seiner aus 30 Personen bestehenden

Possen- und Operetten-Gesellschaft

Bürgermeister und Pfarrer

Posse mit Gesang in 1 Akt von C. F. St
Musik von Kapellmeister K. Kleiber.

Hierauf:

Die siamesischen Zwillinge.

Schwank mit Gesang in 1 Akt von Josef Doppler. — Musik von K. Kleiber.

Zum Schlusse:

Marchande de Modes und Cadetten.

Großes Singspiel in 2 Abtheilungen von Baier — Musik von K. Kleiber.

Anfang 1/2 4 Uhr. Ende um 6 Uhr.

Anfang 7 Uhr. Ende nach halb 10 Uhr

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer. — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr: Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Montag, den 28. März 1870. **Nr. 86.**

Politische Tagesübersicht.

Karlsruhe, 26. März. Die erste Kammer hat die Subvention von drei Millionen Franken für die Gotthardbahn aus der Eisenbahn-Schuldentilgungs-Casse zu entnehmen, einstimmig angenommen. — Die Karlsruher Zeitung meldet, daß vom badischen Staats-Ministerium heute den 20 badischen Handlungshäusern, welche sich im August v. Js. um die Concession zur Gründung einer Actiengesellschaft Behufs Errichtung einer badischen Notenbank in Mannheim bewarben, dazu wie gleichzeitig für die nach dem Gesetze festgestellten Bankstatuten die staatliche Genehmigung ertheilt worden ist. Vom Gründungscomité sind Vorbereitungen getroffen worden, um die für die Betheiligung des Publikums vorbehaltene Subscription auf 7500 Actien à 350 fl. alsbald zu eröffnen und sofort die Bank in's Leben zu rufen.

Mittweida, 23. März. Vor dem hiesigen Bezirksgerichte fand heute die Hauptverhandlung gegen den hier in einer Volksversammlung im Januar d. J. verhafteten Socialdemokraten und Mitredakteur des „Volksstaates" August Rüdt aus Mannheim statt. Es wurde derselbe wegen staatsgefährlicher Handlungen zu acht Monaten Landesgefängniß verurtheilt.

Wien, 26. März. Das Demissions-Gesuch des Ministers Giskra ist bereits am Donnerstag genehmigt hier eingetroffen; seine Publikation unterblieb, nachdem dasselbe eines Formfehlers wegen nochmals nach Ofen zurückgehen mußte. Entgegen den Gerüchten, nach welchen Stremayr Minister des Innern werden soll, verlautet heute, daß Justizminister Dr. Herbst das Ministerium des Innern und Abg. Ritter v. Waser das Justiz-Portefeuille übernehmen. Die Betheiligten widersprechen dem kategorisch. — Die Budget-Debatte wurde heute vom Abgeordnetenhause zu Ende geführt und das Finanzgesetz angenommen, ohne daß die erwartete Manifestation über unsere augenblickliche politische Situation erfolgt wäre. Beim Budget des Justizministeriums nahm Dr. Herbst Anlaß, in einer sehr bemerkenswerthen Rede sich über den Strafvollzug und die Einzelhaft insbesondere auszusprechen.

Linz, 26. März. Die Schneidergehilfen verlangen eine 50percentige Lohnerhöhung, widrigenfalls am Montag sämmtliche Gehilfen ohne vorhergehende Kündigung die Arbeit einstellen würden. Da die Meister auf diese Forderung nicht eingingen, hat der Strike begonnen.

Das **Klagenfurter** clericale Organ schreibt den von den Clericalen so sehr bedauerten Mangel an Meßstipendien den Agitationen der Juden zu. Es schlägt daher eine Judensteuer behufs besserer Dotirung des katholischen Clerus vor. (!) Denn — nun kommt eine köstliche Logik — der Jude gewinnt sein Geld nur vom Christen und der Clerus schützt, indem er von der Heiligkeit des Eigenthums predigt, das kolossale Vermögen der „Abrahamiden." Der Schluß des Artikels fordert zur Plünderung der Juden auf.

Pest, 25. März. In der Sitzung des Unterhauses wurde die Verlängerung der Indemnität für den Monat Mai einstimmig bewilligt. — Der Finanzminister Lonyay wird dem Abgeordnetenhause vierzehn Eisenbahn-Concessionen zur Genehmigung vorlegen.

Berlin, 26. März. Unterhandlungen mit Frankreich wegen einer Revision der Bestimmungen der Literarconvention von 1862 werden seit einiger Zeit hier in Berlin geführt. Es handelt sich besonders um den dritten Artikel, der die Declaration zum Schutz gegen den Nachdruck bis jetzt an dem Orte verlangte, wo der Nachdruck befürchtet werden könnte. Das Ergebniß der Verhandlungen soll in einem Abkommen zwischen dem Nordbunde und Frankreich seinen Ausdruck finden.

Genf, 25. März. Das Journal de Genève veröffentlicht eine Analyse der Depeschen Daru's und Antonelli's. Daru gleitet keineswegs in so leichter Weise über die Infallibilitätsfrage hinweg, wie man gesagt hat. Er constatirt das Recht der Regierung, bei der Discussion von Materien gemischten Charakters gehört zu werden; aber er fordert dieses Recht nicht in der Ausdehnung, wie es die Regierung bei dem Trienter Concil hatte. Er würde sich zufriedengeben, wenn ein nationaler Bischof dem Concile die Lage und Rechte des Landes auseinandersetzen würde. Er schließt die Depesche mit dem Antrage auf eine Modificirung des Programmes in dem angedeuteten Sinne, sollte man selbst das Concil vertagen müssen; aber er formulirt für den Weigerungsfall keinerlei Drohung. — Cardinal Antonelli antwortet in seiner Depesche, daß ein Bischof die doppelte Pflicht eines Botschafters und Concilsvaters nicht zu vereinigen wüßte; immerhin verweigere er nicht, die Bemerkungen Frankreichs zu hören, sobald das Concil die Discussion einleite; er verpflichtet sich aber auch nicht, denselben gerecht zu werden.

Paris, 25. März. Das Gerücht von der angeblichen Demission des Senatspräsidenten Rouher wird dementirt — Der Constitutionnel glaubt zu wissen, daß die päpstliche Antwort auf die Note des Grafen Daru gestern im Ministerium des Innern eingelangt sei. — In der heutigen Senatssitzung theilte Rouher mit, die Regierung habe ersucht, den Senat am Montag zu versammeln, um die Mittheilung eines Senatsconsults entgegen zu nehmen.

Paris, 25. März. Die Ex-Königin Christine wird morgen behufs der Versuche, eine Versöhnung zwischen der Königin Isabella und ihrem Gatten herzustellen, hier erwartet. — Das österreichische Kaiserhaus gestand die Uebertragung der Asche des Herzogs von Reichstadt nach Frankreich zu.

Creuzot, 25. März. In allen Werkstätten wird gearbeitet. Der dritte Theil der Minenarbeiter hat sich trotz der fortgesetzten Anstrengungen der Ruhestörer, die Arbeiten zu verhindern, in die Schachte begeben. Man hofft, daß der Strike bald beendigt sein werde. Auf Assy, der flüchtig ist, wird als Hauptanstifter schärfstens gefahndet.

Vor einigen Tagen wurde des Gerüchtes erwähnt, daß **England** der spanischen Regierung die Abtretung von Gibraltar zugesagt habe. Am 22. d. wurde Gladstone darüber im Parlamente interpellirt. Noch ehe der Fragesteller zu Ende war, wurden seine Worte durch ein schallendes Gelächter von beiden Seiten des Hauses begrüßt; der Premier erhob sich indessen und bemerkte mit der einfachsten Kürze daß jenes Telegramm eine reine Erfindung enthalte.

Bukarest, 25. März. Die Kammer nahm das Amendement an, nach welchem die Regierung die ausgeführten Strousberg'schen Eisenbahnbauten und das vorhandene Material abschätzen lassen und

eine vergleichende Zusammenstellung der dadurch constatirten Werthe mit der Summe der emittirten Obligationen der Kammer vorlegen soll.

Konstantinopel, 19. März. Die Arbeiten an den Eisenbahn-Linien zwischen Enos und Adrianopel werden sogleich beginnen. Das neugegründete bulgarische Exarchat umfaßt 14 Diöcesen. Die französischen und italienischen Gesandten wurden von ihren Regierungen beauftragt, das Verlangen der armenischen Dissidenten um die Anerkennung als besondere Gemeinden durch die Pforte zu unterstützen. Die Wahl eines Gegen-Patriarchen steht nächstens bevor.

Athen, 19. März. Die französischen Unternehmer der Durchstechung des Isthmus machten der Regierung vortheilhafte Vorschläge für den Bau einer Eisenbahnlinie zwischen Athen, Korinth und Patras. Im Peloponnesus sind alle Brigantenbanden aufgelöst.

Smyrna, 19. März. Das von hiesigen Sträflingen angestiftete Complot behufs einer gemeinsamen Entweichung wurde mit Waffengewalt vereitelt.

Bayerische Angelegenheiten.

* Ehe Fürst Hohenlohe nach Berlin zum Zollparlament geht, wird er sich nach Schlesien begeben, wo sein Bruder Viktor, Herzog von Ratibor, seine silberne Hochzeit festlich begehen wird, bei welcher sich die Mitglieder der Familie möglichst vollzählig einzufinden gedenken.

xx **München**, 26. März. (XXII. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Fortsetzung. Abg. Dr. Ant. Schmid motivirt seinen Antrag damit, daß die auch in der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 16. Okt. 1869 ausgesprochene Befugniß zur zwangsweisen Bildung von Bürgermeistereien den Principien der Gemeindeordnung widerspreche, und daß das Institut der Bürgermeistereien Unzufriedenheit und Mißtrauen im Volke erregt habe, weil man dadurch, statt der schon lange versprochenen Minderung der Beamten das Entstehen einer neuen Beamtenklasse fürchte.

Abg. Freitag spricht aus, daß Dr. Schmid's Antrag in zwei Richtungen weiter gehe, als der seinige, da zur Bildung der Bürgermeisterei der Beschluß der Gesammtgemeinde nothwendig sein solle, und der Austritt nach jedem Jahre wieder durch Beschluß des Gemeindeausschusses freistehen solle. Da der letztere Punkt, welcher die Existenz einer Bürgermeisterei jeden Moment in Frage stellen könne, im Ausschusse noch gar nicht erwogen worden sei, so stelle er den präjudiciellen Antrag, die ganze Angelegenheit nochmals an den IV. Ausschuß zurückzuverweisen. — Wie schon mitgetheilt, ward dieser Antrag von der Kammer abgelehnt. Hierauf motivirte Abg. Freitag noch seinen eigenen Antrag. Er gebe zu, daß die Bürgermeistereien öfter, namentlich gegen bureaukratische Einflüsse wohlthätig wirken könnten, aber es habe sich einmal im Volke ein allgemeiner Widerwille gezeigt und er sei der Ansicht, daß auch eine Wohlthat, wenn man von derselben noch keine richtige Anschauung habe, nicht Jemanden aufgezwungen werden dürfe. Auch das Staatsinteresse werde durch das Fehlen des Bürgermeisterei-Institutes im Staatsorganismus nicht geschädigt, deßhalb könne ein Zwang nicht als geboten erscheinen, und er glaube, man solle die Sache der besseren Einsicht, die ja mit der Zeit kommen werde, überlassen.

Der k. Staatsminister v. Braun erklärt, die erwähnte Verordnung enthalte die von der Staatsregierung bei Anwendung des Art. 6 der Gemeindeordnung angewendeten Principien; die Staatsregierung sei nur in jenen Fällen zwangsweise vorgegangen, in denen die Mehrzahl der Gemeinde die Vereinigung zu einer Bürgermeisterei gewünscht habe. Die wegen der Zwangsbefugniß der Regierung gehegten Befürchtungen seien völlig unbegründet, denn die Vermögensverwaltung bleibe ja auch in Bürgermeistereien in den Händen der Gemeinde; nur die Polizei werde den Bürgermeistereien übertragen und hiedurch nicht nur die Lokalinteressen besser gewahrt, sondern auch wesentliche Ersparnisse erzielt. Die Staatsregierung könne allerdings auch durch Art. 141 und 157 der Gemeindeordnung die Gemeinden zur Erfüllung ihrer polizeilichen Verpflichtungen zwingen; allein dieß sei ein viel härterer Druck, und koste viel mehr als eine zwangweise Bildung einer Bürgermeisterei, und manche Gemeinden würden dann der Regierung vorwerfen, warum man sie nicht lieber zur Bildung von Bürgermeistereien angehalten habe. (Heiterkeit.) Die Bürgermeistereien seien eine neue Einrichtung und alle Neuerungen fänden anfänglich Widerstand, und von dem freien Willen allein sei nicht viel zu erwarten; in der Pfalz beständen die Bürgermeistereien zur großen Zufriedenheit schon lange. Redner weist noch, daß das Institut der Bürgermeistereien keine Mehrbelastung der Gemeeinden, sondern Ersparnisse herbeiführe und betont, wie der Sinn für Gesetzlichkeit durch Abänderung eines erst so kurz geltenden Gesetzes unmöglich gehoben werden könne, weßwegen er die Ablehnung beider Anträge empfehle.

Abg. Ponschab spricht sich für Dr. Schmid's Antrag aus, weil er jeder Gemeinde, wenn sie mit der Wahrung ihrer Interessen nicht zufrieden sei, den Wiederanstritt aus der Bürgermeisterei gestatte. Das rasche Vorgehen der Regierung mit der Bildung der Bürgermeistereien habe Mißtrauen erzeugt, der angewendete Zwang es verstärkt und den Gedanken wachgerufen, daß man hiemit nicht das Interesse der Gemeinden wahren, sondern einen neuen Verwaltungsapparat schaffen wolle. — Abg. Xav. v. Hafenbrädl anerkennt, daß solche Verbände ihr Gutes haben können, aber man möge ja dem Volke volle Freiheit zu deren Bildung lassen; er sei für jeden Antrag, welcher den Zwang beseitige, da man vor einem etwaigen Mißbrauch der Zwangsbefugniß nicht sicher sein könne. Redner äußert auch wegen des Kostenpunktes mehrere Bedenken. — Abg. Dr. Ebel führt aus, daß die Bürgermeistereien, welche nur auf Grund der in der Pfalz mit ihnen gemachten Erfahrungen in das Gesetz von der Staatsregierung eingestellt worden sind, lediglich den einzelnen Gemeinden zu tüchtigen Vorständen und zu einer Minderung der Ausgaben für Gemeindebiener, Flurwächter ꝛc. verhelfen sollen; man möge daher noch eine Zeit lang zuwarten, ob dieß Institut sich nicht auch bei uns, wie in der Pfalz, bewähre. Dem Schmid'schen Antrage könne er nicht beistimmen, denn er mache die Einrichtung zu einem Kündigungsinstitut, aber auch gegen den Ausschußantrag erkläre er sich, denn er ändere zu früh die neue Gemeindeordnung. — Auch Abg. Hauck erklärt sich gegen Schmid's Antrag und will dem Ausschusse zustimmen.

Abg. Lukas meint, wenn ein Dorf sich früher gegen eine Eisenbahn verwahrt habe, so habe man dem Schaden nicht mehr abhelfen können: — anders sei es mit den Bürgermeistereien; die könne man jederzeit errichten. Ob die Bürgermeistereien Segen verbreiten, wisse man nicht, aber weiland Minister v. Hörmann solle geäußert haben: „Wenn nur die Bürgermeistereien eingeführt sind, so gehören die Wahlen unser." Abg. v. Hörmann erhebt sich, um zu versichern, daß eine solche Aeußerung nie über seine Lippen gekommen sei, schon weil er die Bedeutung der Bürgermeistereien ganz anders auffasse, als Hr. Lukas. Redner entwickelt nun in längerem Vortrage die segensreichen Wirkungen, welche die Bürgermeistereien hinsichtlich der Erfüllung des staatlichen Zweckes der Gemeinden — hauptsächlich in Bezug auf Sicherheits- und Sanitätspolizei — hervorbringen könnten und erklärt sich deßhalb gegen eine Abänderung des Art. 6 der Gemeindeordnung, welche dadurch, daß mit ihm möglicher Weise Mißbrauch getrieben werden könne, keineswegs genügend motivirt erscheine. (Schluß folgt.)

— Die Eröffnung der Bahnstrecke Treuchtlingen-Ingolstadt, welche im Budgetentwurf pro Januar 1870 in Aussicht genommen ist, wird voraussichtlich erst Mitte des nächsten Monats erfolgen. Die 7 Stunden lange Bahn von Schweinfurt nach Kissingen wird im April 1871 eröffnet werden und die Eisenbahnlinie Konstanz-Romanshorn soll den neuesten technischen Gutachten zufolge noch im Laufe des gegenwärtigen Jahres dem Verkehr übergeben werden können.

Am 17. Mai wird in **Gunzenhausen** eine allgemeine evangelische Pastoralkonferenz abgehalten werden. Als Gegenstände der Besprechung sind vorläufig angegeben: 1) Die Aufrechthaltung der gegenwärtigen Verfassung unserer evangelisch-lutherischen Kirche. 2) Die freigemeindlichen Bestrebungen unserer Zeit. 3) Unsere Stellung zur Schulfrage. Diese allgemeine Pastoralkonferenz, eine freie Vereinigung von Geistlichen der evangelisch-lutherischen Kirche d. d. Rh

bei welcher aber auch kirchlich gesinnte Männer nicht geistlichen Standes willkommen sind, soll fortan alljährlich wiederholt werden.

Lokales und Provinzielles.

München, 26. März.

* Die auf gestern ursprünglich angesetzt gewesene Aufführung der Oper „Tell" unterblieb, wie wir von competentester Seite erfahren, aus anderen, als den von uns im letzten Blatte angegebenen Gründen. Hr. Vogl ist und war nicht unpäßlich, sondern sang gestern in der Oper „Die lustigen Weiber von Windsor" die Partie des Fenton. (Wir müssen unsern Herrn π-Correspondenten dringendst ersuchen, bezüglich seiner Notizen sich nur auf authentische Informationen zu stützen! D. Red.)

Im Orte **Schönfeld**, Ger. Eichstätt, im Holzwinkel, waren seit 8 Tagen Jesuiten-Missionäre, welche auf der Kanzel und hauptsächlich im Beichtstuhle den Leuten die Hölle so heiß machten, daß ein sonst ganz vernünftiger Mann reif für's Irrenhaus wurde, anstatt für den Himmel; alle ärztlichen Versuche, ihn wieder herzustellen, waren bis jetzt erfolglos, und allem Anscheine nach wird der Arme so bleiben!

Theater.

(Schauspielbericht.) Hoftheater. 25. März. „Athalia" von Racine — Musik von Mendelssohn. Im Jahre 1691 ward dieses Drama zum ersten Male gegeben, und zwar auf Veranlassung Frau v. Maintenon's für die der Dichter auch die „Esther" gedichtet hatte, welche im Fräuleinstifte von Saint Cyr aufgeführt wurde. Die „Athalia" hat den Parisern nicht zugesagt und dennoch genügt selbst ein flüchtiges Studium des Stückes, daß es vor fast allen Werken Racine's, selbst die „Iphigenie" nicht ausgenommen, den Vorzug verdient. Während die meisten Dramen der französischen Classik sich zum Pathos hinneigen, und neben Wärme des Gefühls, dialectische Kunststücke, und fast alle kaum einen einzigen Character zeigen, der vollkommen naturwahr dächte und fühlte — muß die „Athalia" durch die Schlichtheit und Einfachheit der Handlung durch einen gewissen Ernst der Anschauung den Hörer erfassen, durch eine Strenge, die der damaligen Zeit fremd erscheinen mußte. 179 Jahre sind seitdem verflossen und was die „Athalia" Schönes besitzt, das ist ihr geblieben, — was unserm Geschmack nicht mehr zusagen kann, ist ihr leider auch geblieben. Die ganze Form muthet uns befremdend an, und wie meisterhaft der Chor auch in die Handlung nicht als „idealisirter Zuschauer" sondern als handelnd verwebt ist — so wirkt derselbe auf den Zuschauer von heute eben nicht so, wie der griechische Chor gewirkt hat. Ich spreche nur von der Wirkung der Chöre als Theile der Dichtung. Sie zerhacken den Fortgang der Handlung, — die Gefühle, die Gedanken, welche das Geschehene in uns erweckt hat, werden uns noch durch die Worte des Chors klar gemacht oder wiederholt und wirken daher fast abspannend. Nur durch die Musik sind sie uns nahe gebracht — und diese ist von bedeutender Schönheit. An einzelnen Stellen schließt sich der musikalische Ausdruck dem poetischen Gedanken in so inniger Weise an, daß der Ton, das Kleid, der Körper, der Gedanke, die Seele erscheint, und wir der weitern Worte nicht mehr bedürften. An einzelnen Stellen machte sich ein gewisser Contrast zwischen dem Text und der Musik bemerbar, wie Nr. 5 „Herr uns zu helfen" die uns zu weich erschien, — besonders für den Vers „Bist du nicht der Gott der Rache"? Besonders schön sind einzelne melodische Grundgedanken, welche, sobald ein und dasselbe Gefühl im Dichter anklingt, jedesmal wiederkehren „Ist deine Liebe denn vorbei?" ...... Die Uebersetzung ist ziemlich veraltet, hie und da schlecht. Die letzte Strophe des Schlußchors im 2. Acte heißt es auf die Frage: Que restera-t-il? folgendermassen:

> Ce qui reste d'un songe
> dont on a reconnu l'erreur.

Die Verse sind übersetzt:
Was bleibt davon zurück?
Nur Angst, nur Wehgeschrei, nur Furcht und banges Zittern.

Ein schönes poetisches Bild ist in nichtssagenden Wortschwall aufgelöst.

Die Aufführung war nicht so gut, als wir es erwartet hatten. Vor allen ist es die „Athalia" Frln. Zieglers, mit der wir uns nicht einverstanden erklären können. Viel zu pathetisch, die einzelnen Vocale in übertriebener Weise gedehnt, — die ganze Auffassung zu stürmisch zu unweiblich. Auch gab sie sich zu jugendlich. — Einzelnes war wieder wunderbar schön, aber die ganze Rolle war es nicht und wer wird bei einer Statue eines schönen Mundes willen schielende Augen übersehen? Die Frln. Weiß, Joh. Meyer und Ramlo füllten ihre Plätze entsprechend aus — auch Frl. Jenke entsprach. Unter den Herren ist Hr. Richter zu loben, der ruhig und natürlich sprach — Hr. Possart spielte gut — die kleineren Rollen waren entsprechend besetzt. Das Haus war gut besucht.

Telegraphische Nachrichten.

Stuttgart, 26. März Abends. Die Ansprache des Landescomité der Volkspartei sagt: das Gesammtministerinm mußte den Muth seiner Ueberzeugung bethätigen, den Kampf mit constitutionellen Waffen in der Kammer auflösen. Statt dessen zog es den Schein der Nachgiebigkeit vor. Die Ansprache schließt: Nichts wird die Vertreter des Volks abbringen von der Wahrung des verfassungsmässigen Rechtes.

Wien, 27. März. Die neue freie Presse versichert, daß der Ueberschnß aus der vorjährigen cisleithanischen Finanzverwaltung reichlich zehn Millionen Gulden betrage. Der Finanzminister werde deßhalb die Herabsetzung des Zeitungsstempels auf die Hälfte beantragen. Der Verwaltungsrath der Staatsbahn beschloß für das Jahr 1869 die Auszahlung einer Dividende von 60 Francs zu beantragen.

Wien, 27. März. Die Montags-Revue meldet: Der Vertrag mit der ungarischen Regierung bezüglich der Militärgränze ist vereinbart. Im Prinzip wurde darin die Pflicht zum Beitrag für den Antheil der Staatsschuld anerkannt, dagegen wurde die Quote für gemeinsame Angelegenheiten höher angenommen. Der Vertrag wird demnächst dem Abgeordnetenhause vorgelegt werden.

Paris, 26. März. Der heute stattgehabte Ministerrath hat sich mit dem Senatusconsult beschäftigt. — Der „Moniteur" dementirt ausdrücklich das Gerücht, daß dem Hause Hirsch die Concession zum Bau der türkischen Eisenbahnen entzogen worden sei.

Tours, 27. März. Der Präsident endigte das Resumé um 1 Uhr 40 M. Die Jury schloß ihre Berathung um 2 Uhr 55 M. Das Verdict lautete verneinend auf alle Fragen. Prinz Bonaparte ist freigesprochen.

Tours, 27. März Abds. Im Civilprozeß wurde der Prinz zur Tragung der Kosten und einer Entschädigung von 25,000 Fr. an die Familie Noir verurtheilt.

Florenz, 26. März. Der Cronomista meldet: In Folge der Initiative Cadornas bildete sich in London ein Beförderungs-Comité für eine maritime Ausstellung in Neapel. Der Delegirte Frankreichs ist in Neapel anwesend, um mit der königlichen Commission endgiltige Vereinbarungen zu treffen. Das Ministerium wird wahrscheinlich das Staatsschiff „Marseille" zum Transporte der Ausstellungsobjekte französischer Aussteller absenden. — Der Senat hat mit 71 gegen 7 Stimmen die provisorische Finanzgebahrung angenommen. Die letzthin beunruhigten Provinzen sind wieder vollständig ruhig. Weitere Verhaftungen sind vorgenommen worden.

Madrid, 26. März. Sitzung der Cortes. Minister Figuerola sagt, die mit Oesterreich, Belgien und Italien beabsichtigten Handelsverträge werden vorerst den Cortes zur Approbation vorgelegt werden. Er kündigt ferner an, daß die Schatzbons zu 59 pCt. negocirt sind.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

New-York, den 26. März. Gold 111⅝. Wechsel in Gold 108½. Bonds per 1882 109⅝. Baumwolle ——. Petroleum 25½.

Liverpool, den 26. März. Schlussbericht. Heutiger Umsatz 10,000. Orleans 11½. Middling amerikanische 11¼. Fair dhollerah 9⅜.

Middling fair dhollerah $9^1/_8$. Good middling dhollerh $8^7/_8$. Fair Bengal 8. Fair Omra $9^1/_8$. Pernam $11^5/_8$. Smyrna $10^1/_8$. Egyptian 12—. Amerik. per März-April —. Dhollerah per Mai —. Omra $9^7/_8$ Tages-Import 24303, davon Ostindische —— Tendenz: gute Frage.

Manchester, 25. März. (Garnmarkt.) 12er Water Rylands 12. 12er Water Taylor 13. 20er Water Mycholls $14^1/_4$. 30er Water Gidlow $15^5/_8$. 30er Water Clayton $16^1/_2$. 40er Mule Mayoll 15. 40er Medio Wilkinson $17^1/_4$. 36er Warpcops Qualität Rowland 16. 40er Double Weston $16^1/_2$. 60er Double Weston 19. Printers $^{18}/_{16}$ $^{34}/_{50}$ $8^1/_2$ Pfd. 141.

Frankfurt a. M., 27. März. (Schlussc.)

Wechsel auf London	——	Oest.-franz. Staatsbahn	$382^1/_2$
„ „ Paris	——	Bayr. Ostbahn-Actien	120
„ „ Wien	$96^1/_8$	Elisabeth-Prior. I. Em	——
5 proc. bayr. Anleihe	——	4% bayer. Prämien-Anl.	106
$4^1/_2$ „ „ „	——	Bad. Präm.-Anleihe	$106^1/_8$
4 „ „ Grundrente	——	Oesterr. Loose v. 1860	$79^7/_8$
4 „ „ Obligat.	——	„ Loose v. 1864	$115^7/_8$
5 proc. österr. Metall., engl.	——	Alsenzbahn	——
5 „ „ National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	——
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	$232^1/_2$
1882er Amerikaner	$95^1/_4$	Napoleons	9.31
Oesterr. Bank-Actien	694	Rente Silber $58^3/_8$, Pap. ——.	
„ Credit-Actien	$278^1/_2$	ziemlich fest. Handelsbank	—

Wien, 27. März. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	—.—	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	97.70	Steuerfr. Metall. an 1866	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	120.25	Napoleons	9.88
Oesterr. Bank-Actien	—.—	Wechsel auf Augsburg	—.—
„ Credit-Actien	290.10	„ „ London	—.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Action	—.—	„ „ Paris	—.—
Oest.-Rudolphsbahn-Action	398.—	„ „ Frankfurt a. M.	—.—
„ „ Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	243.70
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 354.—Pap.-R.	—.—

Berlin 27. März (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	——	Lombarden	$132^3/_8$
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	——	Italienische Anleihe	$55^3/_4$
$4^1/_2$ „ „ Anleihe	——	1882er amerikanische Bonds	96
Bad. Prämien-Anleihe	——	5 proc. preuss. Anleihe	——
Darmstädter Actien	——	$4^1/_2$ „ „ „	——
Oesterr. Credit-Actien	159	Wechsel auf Augsburg	—.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Action	218	„ „ Frankfurt	—.—
Staatsbahn-Prioritäten	——	„ „ London	—.—
Oest. fl. 500 Loose von 1860	80	„ „ Paris	——
„ fl. 100 Loose von 1864	——	„ „ Wien	——
5 proc. östr. National-Anl.	——		

matt

Kgl. Hof- u. National-Theater.

Montag den 28. März.

55. Vorstellung im Jahres-Abonnement.

Zum Erstenmale wiederholt:

Athalia.

Schauspiel mit Chören in 3 Aufzügen v. Racine.
Musik v. Felix Mendelssohn-Bartholdy.
In Scene gesetzt vom K. Regisseur Hrn. Jenke.

Personen:

Joas, König v. Juda, Sohn d. Ahajas, unt. d. N. Eliakim	Frl. Jenke.
Athalia, seine Großmutter	Frl. Ziegler.
Joad, Hoherpriester	Hr. Possart.
Josabet, Schwest. Ahajas, Gattin des Joad	Frl. Weiß.
Zacharias, } ihre Kinder	Frl. J. Meyer.
Salomith, } ihre Kinder	Frl. Ramlo.
Abner, Heerf. d. Königs v. Juda	Hr. Richter.
Azarias, } Oberhäupter der Priester u. Leviten	Hr. Büttgen.
Ismael, } Oberhäupter der Priester u. Leviten	Hr. Häusser.
Nathan, Priester d. Baals	Hr. Herz.
Nabal, sein Vertrauter	Hr. Keller.
Hagar, a. d. Gefolge Athaliens	Fr. Büttgen.
Israelitinen	Frau Vogl. Fr. Possart. Frl. Ritter. Frl. Ulrich.
Ein Levit	Hr. Hoppe.

Ort: Der Tempel Salomonis zu Jerusalem.
Zeit: 9. Jahrhundert v. Chr.

Die Kasse wird um $^1/_2$6 Uhr geöffnet.

Anfang $^1/_2$7 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.

Münchener Aktien-Theater.

Montag den 28. März.

2 Vorstellungen.

Zweite Gastvorstellung des Hrn. Direktor Joh. Fürst aus Wien,

mit seiner aus 30 Personen bestehenden

Possen- und Operetten-Gesellschaft.

Bürgermeister und Pfarrer.

Posse mit Gesang in 1 Akt von C. F. Stix. Musik von Kapellmeister K. Kleiber.

Hierauf:

Die siamesischen Zwillinge.

Schwank mit Gesang in 1 Akt von Joseph Doppler. — Musik von K. Kleiber.

Zum Schlusse:

Marchande de Modes und Cadetten.

Großes Singspiel in 2 Abtheilungen von K. Baier — Musik von K. Kleiber.

Anfang $^1/_2$4 Uhr, Ende um 6 Uhr.

Anfang 7 Uhr. Ende nach halb 10 Uhr.

Königl. Staats-Eisenbahnen.

a Post-Z. b Kur.-Z. c Schn.-Z. d Lok.-Z. e Güt.-Z.

München—Pasing—Augsburg.

Abfahrt:	Ankunft:
5 U. 45 M. Morg. b	8 U. 10 M. Morg. d
6 U. 10 M. Morg. c	8 U. 40 M. Vorm. b
6 U. 25 M. Morg. a	11 U. 40 M. Nchm. d
11 U. — M. Vorm. a	3 U. 35 M. Nchm. a
1 U. 50 M. Nchm. d	8 U. 15 M. Abds. b
5 U. 45 M. Abds. b	9 U. 15 M. Nchts. c
6 U. 45 M. Abds. d	9 U. 40 M. Nchts. a
11 U. 20 M. Nchts. b	

München—Salzburg—Wien.

5 U. — M. Morg. e	5 U. 15 M. Morg. b
9 U. — M. Morg. b	8 U. 15 M. Morg. c
10 U. — M. Vorm. a	10 U. 18 M. Vorm. a
4 U. 30 M. Nchm. a	4 U. 10 M. Nchm. a
5 U. 40 M. Nchm. e	8 U. 55 M. Abds. e
8 U. 40 M. Abds. b	11 U. — M. Nchts. b
10 U. 10 M. Nchts. b	

München—Starnberg—Peissenberg.

Abgang in München:	Abgang in Starnberg:
6 U. 50 M. Morg.	8 U. 20 M. Vorm.
10 U. 30 M. Vorm.	12 U. 35 M. Mitt.
5 U. — M. Abds.	7 U. 25 M. Abds.

München—Ingolstadt.

6 U. 30 M. Morg. a	8 U. 55 M. Morg.
1 U. 55 M. Mitt. e	3 U. 40 M. Nchm.
5 U. 45 M. Nachm. a	9 U. — M. Abds.

München—Regensburg.

5 U. — M. Morg. a	8 U. 22 M. Morg.
7 U. 45 M. Morg. b	9 U. 30 M. Vorm.
9 U. 45 M. Vorm. a	11 U. 48 M. Mitt.
1 U. 30 M. Nchm. e	6 U. 17 M. Abds.
5 U. 15 M. Nchm. b	8 U. 5 M. Abds.
7 U. — M. Abds. e	10 U. 25 M. Nchts.

Kgl. priv. bayer. Ostbahnen

München—Regensburg—Nürnberg.

Abfahrt:	Ankunft:
5 U. — M. Morg. a	8 U. 22 M. Morg.
7 U. 45 M. Morg. b	9 U. 30 M. Morg.
9 U. 45 M. Morg. a	11 U. 48 M. Mitt.
1 U. 30 M. Nchm. c	6 U. 17 M. Abds.
5 U. 15 M. Nchm. b	8 U. 5 M. Abds.
7 U. — M. Abds. c	10 U. 25 M. Nchts.
Abfahrt: München.	**Abfahrt: Schleißheim**
5 U. — M. Früh.	7 U. 45 M. Früh.
9 U. 45 M. Vorm.	11 U. 10 M. Vorm.
1 U. 30 M. Nachm.	5 U. 52 M. Nchm.
7 U. — M. Abds.	10 U. 2 M. Abds.

Verlag u. Redaktion von **Karl Kellerbauer.** — Druck der C. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr:
Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition **Residenzstraße 23/o**; der Abonnements-Preis beträgt jährlich **vier**, per Quartal **Ein Gulden**.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr
für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Dienstag, den 29. März 1870. **Nr. 87.**

* München, 28. März.

Die am letzten Samstag in den hübsch dekorirten Räumen der Westendhalle abgehaltene Produktion des hiesigen Militärgesangvereins bildet einen Beweis dafür, daß der Sinn für Edles und Schönes bei allen Chargen unserer Armee den lebhaftesten Anklang findet. Eine Reihe anziehender, mit Wärme und Präcision ausgeführter Gesangsvorträge legten von dem tüchtigen Streben, welches den Verein beseelt, lautes Zeugniß ab, während gut executirte Orchester- und Streichmusikpiecen das Ihrige beitrugen, um die gehobene Stimmung, welche sich alsbald aller Anwesenden bemächtigt hatte, zu erhalten und zu steigern. Eine besondere Weihe erhielt dieses Fest durch die Gegenwart Sr. Maj. des Königs, welcher während der zweiten Abtheilung in Begleitung der dienstthuenden Adjutanten, General von Spruner und Hauptmann Graf von Holnstein, den Saal betrat und unter den Klängen der Nationalhymne, sowie unter lebhaften Hochrufen von der Generalität und einer aus Vereinsmitgliedern bestehenden Deputation empfangen wurde. Se. Majestät ließ Sich die anwesenden Offiziere, Mitglieder des Vereins, sowie dessen verdienten Dirigenten, Musiklehrer Baumann, vorstellen, nahm in der herablassendsten Weise an der allgemeinen Lust und Freude Antheil und drückte wiederholt Seine wohlgefällige Anerkennung über das gelungene Fest aus. Mehrere Piecen, darunter Kückens reizende Composition: „Der König rief sein treues Heer“ und die brillant ausgeführte Tell-Ouverture, mußten auf speziellen Befehl Sr. Majestät wiederholt werden. Sichtlich erfreut, inmitten Seiner treuen und braven Krieger einen frohen Abend verlebt zu haben, trennte sich der König erst um 2 Uhr von dem schönen Feste und die begeisterten Hochs, welche dem geliebten Monarchen unter den rauschenden Klängen der Nationalhymne das Geleit gaben, bildeten den lauten Ausdruck des tiefgefühlten Dankes für den königlichen Besuch. — Soeben vernehmen wir, daß Seine Majestät Jedem der bei dieser Produktion betheiligten Sänger und Orchestermitglieder, im Ganzen 80 Personen, einen Dukaten als Andenken aus der k. Kabinetskassa zustellen ließ.

Die Parteibildungen gegenüber dem Concil und seinen Beschlüssen.

Ξ Es kann kein Zweifel mehr sein, daß durch die Beschlüsse des vatikanischen Concils tiefe Spaltungen in den Völkern veranlaßt werden, daß die gedeihliche, gesunde Entwicklung der Staaten vielfach gehemmt und daß von nun an die christliche Religion statt Frieden zu bringen, wie ihr Wesen und ihre Aufgabe es fordert, für lange Zeit zur Veranlassung von Zwiespalt und Haß gemacht wird. Schon jetzt lassen sich deutlich genug drei Parteien unterscheiden: die ultramontane, die entschieden liberale und eine zwischen beide sich stellende, vermittelnde. Es dürfte an der Zeit sein, dieselben etwas näher zu betrachten und zu untersuchen, wie sich jede ihrer Natur gemäß den Concilbeschlüssen gegenüber verhalten werde.

Was zuerst die ultramontane Partei betrifft, so hat sich dieselbe, wie bekannt, zur Aufgabe gestellt, alle römischen Ansprüche dem Staate, der Wissenschaft und modernen Civilisation zum Trotz unbedingt zu vertreten und zur Geltung zu bringen. Die Unfehlbarkeit des Papstes und die Oberherrschaft der Kirche über den Staat und die menschliche Wissenschaft wird daher mit allem Eifer erstrebt und angenommen mit allen möglichen Verfluchungen gegen jene, die sich hiezu nicht verstehen können. Durch eine Presse, die ihres Gleichen nicht hat an unbändiger Rohheit und schmutzigen Schimpfereien ebenso, wie an Vernunfthaß, Unwahrhaftigkeit und Verleumdungssucht, wird diese Partei vertreten. Diese ultramontanen Journalisten sind ein eigenthümliches Volk. Großentheils Leute, die früher liberal, mit ihrem Liberalismus irgendwie gescheitert sind, haben sie sich belehrt und thun jetzt in eigenthümlicher Weise Buße. Wie Betschwestern gewöhnlich schlechte Beichtkinder sind, weil sie es lieben, fremde Sünden zu beichten, nicht ihre eigenen, so auch wollen diese Journalisten dadurch für ihre Sünden büßen, daß sie Sünden Andersdenkender laut verkünden, auch wohl geradezu erfinden und dann schmähen. Auch der Geißelung für ihre Sünden sind sie nicht abhold, nur wollen sie gerne dieselbe an Anderen, nicht an sich selbst vornehmen. Es sind aber deren auch darunter, die im [illegible] fehlbaren Papst und die Kirche dem Volke nur als Idol hinstellen und anpreisen, um es leichter zu bewegen, nach ihrer demagogischen Pfeife zu tanzen. Es darf aber auch nicht verschwiegen werden, daß Manche aufrichtig gläubigen Sinnes thätig sind, denen es wirklich Ernst ist — ja, wenn die Verhältnisse es gestatteten, blutiger Ernst wäre, und die mit ruhigem Gewissen die besten Zeiten des Mittelalters, die Zeiten der Bannflüche und Interdicte, der Ketzer- und Hexenverbrennungen herbeiführen und die Zahl der Heiligen vielleicht vermehren würden — der Heiligen nach dem Muster des Petrus Arbues.

Dieser ultramontanen kirchlichen und zugleich politischen Partei gegenüber hat sich in der neuesten Zeit eine andere Richtung und Partei gebildet, die zunächst nur einen kirchlichen Charakter hat und jetzt im scharfen Kampf mit jener begriffen ist. Sie will durchaus ächt katholisch und kirchlich sein und bleiben, wendet sich eigentlich nur gegen den immer schroffer werdenden päpstlichen Absolutismus, insbesondere gegen die beabsichtigte Unfehlbarkeitserklärung des Papstes und gegen die Dogmatisirung jener Sätze des Syllabus, welche zu Conflikten mit den weltlichen Regierungen führen, eben dadurch aber der Kirche selbst höchst gefährlich und schädlich werden müssen. Im Uebrigen ist diese Partei vollständig katholisch kirchlich; sie anerkennt den Primat des Papstes als göttliche Einrichtung, hält an der Unfehlbarkeit der Kirche und also an deren absoluter, über alle andern Mächte erhabenen Autorität fest und will im Grunde hauptsächlich nur dieß, daß nichts in der katholischen Kirche geändert, daß nichts Neues in sie eingeführt werde. Die literarische wissenschaftliche Vertretung hat diese Partei gefunden in dem bekannten Buche: „Der Papst und das Concil von Janus“. Da auch die „Erwägungen für die Bischöfe des Conciliums über die Frage der päpstlichen Unfehlbarkeit“, als deren Verfasser v. Döllinger bekannt wurde, ganz in demselben Geiste geschrieben sind und auch die übrigen Kundgebungen v. Döllinger's damit übereinstimmen, so kann dieser mit Recht als Urheber und Führer dieser Richtung und Partei gelten. Sie ist gegenwärtig diejenige, welche am meisten

von sich reden macht, allenthalben in der liberalen Presse Vertretung findet und hinwiederum von den ultramontanen Blättern am wüthendsten angefeindet wird. In der That hat sie große Verdienste und große Bedeutung für den geistigen Kampf der Gegenwart; und zwar für's Erste schon dadurch, daß durch sie ein massenhaftes historisches Material gegen den römischen Absolutismus und die Unfehlbarkeit des Papstes zu Tage gefördert wurde, und dann auch dadurch, daß durch sie, die von bisher für vollständig rechtgläubig geltenden Männern ausging, doch einmal einige Erregung in die starre Gläubigkeit der katholischen gebildeten Bevölkerung kam und das erstarrte Geistesleben gewissermassen in Fluß gerieth.

Dagegen aber darf man sich auch nicht verhehlen, daß diese Richtung für die Dauer unhaltbar sei, d. h. nur so lange dauern könne, als die Dinge, die in Frage stehen, in Rom noch unentschieden sind, aber der Natur der Sache nach ein jähes Ende nehmen werde, wenn ihre Bemühungen, wie es fast schon zur Gewißheit geworden ist, vergeblich sich erweisen und scheitern, indem gerade das vom Concil beschlossen wird, was sie verhindern wollte. Dann wird dieser Partei nichts Anderes übrig bleiben, als entweder sich den Entscheidungen des allgemeinen Concils, als Aussprüchen des hl. Geistes oder der unfehlbaren Kirche zu unterwerfen, ihre Opposition aufzugeben und ultramontan zu werden, oder sie muß auch die Entscheidungen des Allgem. Concils verwerfen, damit auch die Unfehlbarkeit der Kirche selbst, nicht blos die des Papstes, als Unwahrheit behandeln, und dann dadurch das katholisch-kirchliche oder hierarchische System selbst aufgeben. Zwar hat neuestens der geistige Führer dieser Richtung, v. Döllinger, in seiner Erörterung über die neue Geschäftsordnung des Concils (Allg. Ztg.) dieser Alternative dadurch zu entgehen gesucht, daß er auch das Concil nicht als „Kirche“ gelten läßt, und demnach mit Zurückweisung der Entscheidungen desselben, insbesondere der Unfehlbarkeitserklärung des Papstes, noch nicht auch die Unfehlbarkeit der Kirche selbst aufzugeben brauchte. Allein dieß Bemühen ist unseres Erachtens vergeblich. Wenn, wie er annimmt, das Concil als wirklich allgemeines und als Ausdruck der Kirche nur durch Beistimmung und Anerkennung von Seite des Volkes und der Gemeinden zur Geltung kommen kann, nicht aber durch bloße Erklärung des Papstes und auch nicht dadurch, daß das Concil, die Versammlung des gesammten Episkopates, sich selbst als wirkliches allgemeines Concil bezeugt und als die Kirche geltend macht, so wird ultramontaner und hierarchischer Seits dieß sogleich als wirklicher Abfall von der Kirche, als Irrlehre bezeichnet, da die bisher unabweislich geltende Autorität der wesentlich hierarchischen Kirche geleugnet werde. Man weist auf den fundamentalen Unterschied zwischen „lehrender und hörender Kirche“ hin und macht geltend, daß nicht die hörende Kirche (das Volk, die Laien) das Recht haben könne zu entscheiden, was Dogma sei und was nicht, wobei noch die höhnische Frage nicht unterlassen wird, ob die Schafe zu sprechen und zu entscheiden haben in der Kirche, oder die Hirten! Gegen den hierarchischen Absolutismus wird allerdings nichts auszurichten sein, wenn nicht der Hierarchie, dem Papste und den Bischöfen das ausschließliche Recht der Entscheidung abgesprochen und entzogen, der niedere Clerus und das Volk und mit beiden zugleich die Wissenschaft zur Mitentscheidung herangezogen wird; aber wer dieß fordert und erstrebt, wird auch durchaus mit der gewordenen, jetzt bestehenden kirchlichen Verfassung brechen und sich entschieden auf den Standpunkt der liberalen kirchlichen Reformen stellen müssen — auch auf die Gefahr hin von der ultramontanen Kirche für ausgeschlossen oder abgefallen erklärt zu werden. Die Verhältnisse drängen also nothwendig und unabweislich aus der Mittelstellung heraus zur entschieden liberalen Opposition gegen jeden kirchlichen Absolutismus, „gegen jede menschliche Autorität, die sich den Menschen als eine unbedingte, göttliche aufdrängen will. Dazu bedarf es der Entschiedenheit und des Verlassens der Vermittlungsbestrebungen. Für eine Mittelstellung ist es jetzt zu spät; sie kann sich nicht mehr befestigen, kann die ultramontane Richtung nicht mehr aufhalten und sie nicht mehr hindern, sich allein als kirchliche geltend zu machen, nachdem dieselbe sich so lange ungehindert, fast unangefochten hat ausbreiten und befestigen können. Nur eine entschiedene auf festem Fundament ruhende Richtung kann den Kampf mit dieser ultramontanen Kirche oder Partei aufnehmen, kann den großen Feldzug, den die Jesuiten nach ihrer glücklichen Benützung des sog. allgemeinen Concils unternehmen werden, bestehen und die Völker vor der römischen Vergewaltigung schützen, die vom „unfehlbaren“ Papstthum angestrebt wird.

(Schluß folgt.)

Politische Tagesübersicht.

Karlsruhe, 26. März. In der preußischen Unterofficierschule zu Biberich ist für sechs badische Zöglinge die Aufnahme gestattet und fünf dergleichen befinden sich auch bereits dort. Dies genügt aber dem Bedürfnisse des diesseitigen Dienstes durchaus nicht und hat daher das Kriegsministerium die Errichtung einer eigenen Unterofficiersschule in dem Schlosse des nahen Städtchens Ettlingen beschlossen, in welcher 72 sich freiwillig hierzu anmeldende junge Leute, von 16 Jahren an zu Unterofficieren herangebildet werden sollen. Für diese Anstalt fordert das Kriegsministerium den mäßigen Betrag eines einmaligen Aufwandes von 3000 Gulden und eines alljährlichen von 7000 fl. — Für die Festung Rastatt sind im außerordentlichen Budget des Kriegsministeriums an außerordentlichen Mitteln 258,485 fl. gefordert. Davon sind das Meiste einmalige Verwendungen. Gegen die Anforderung selbst hat die Commission der Zweiten Kammer, da sie unabweisliche Ausgaben im Interesse Deutschlands für die Vertheidigungsfähigkeit Rastatt's enthält, nichts einzuwenden, hofft aber, daß das künftige Budget, nach Deckung der Munitionsbedürfnisse, nur in geringen Summen an das Land herantrete.

— Wie man der „Karlsruher Ztg.“ schreibt, hat sich gegenüber der Entscheidung des Papstes: daß der katholische Staatsdiener in Oesterreich ein eidliches Gelöbniß zur unverbrüchlichen Beobachtung der Staatsgrundgesetze nur dann leisten dürfe, wenn er der Formel des Gelöbnisses die Formel hinzufüge: „unbeschadet der Rechte Gottes und der Kirche“ — die österreichische Regierung sofort dahin schlüssig gemacht, daß weder diese, noch irgendwelche andere Verclausulirung des vorschriftsmäßigen Eides zu gestatten, und daß jedes verclausulirte Gelöbniß der Verweigerung des Gelöbnisses überhaupt gleich zu achten, der Betreffende mithin zur Amtsübernahme nicht zuzulassen sei.

Wiesenbach bei Heidelberg, 21. März. Als sehr trauriger Beleg, wie man von gewisser Seite Gesetz und Ordnung verhöhnt, verdient zur Kenntniß gebracht zu werden, daß hier ein kathol. Brautpaar, das bürgerlich getraut werden sollte, vor dem mit seiner Amtsauszeichnung versehenen, anständig gekleideten Bürgermeister in einem Anzuge erschien, wodurch der wichtigen Handlung der Eheschließung unverkennbar Hohn gesprochen wurde. Beide Brautleute legten ihre zu den gewöhnlichsten Arbeiten gebräuchlichen Kleider sowohl zu ihrer Trauung, wie auch zu der unmittelbar vorausgegangenen Kommunion an. Verstunden es die Leute nicht besser oder waren sie zu dieser Art von hochzeitlichem Gewand durch Andere veranlaßt?

Zwickau. Von hier schreibt das Tageblatt: „Vor längerer Zeit wurde das brutale Verfahren zweier Unterofficiere gegen Rekruten gerügt, indem sie letztere um den heißen Ofen herum hatten knieen lassen x. In Folge dessen ist Untersuchung gegen beide Unteroffiziere eingeleitet worden und, wie wir vernehmen, lautet das endgültige Urtheil dahin: Unteroffizier Rudolf 13 Monate, Unteroffizier Pfab 10 Monate Strafcompagnie.

Wien, 26. März. Politische Schwarzseher setzen das abenteuerliche Gerücht in Umlauf, man beabsichtige nach dem Schlusse der Reichsrathssession das gegenwärtige Cabinet vollends zu beseitigen und wolle mit einem „Ausgleichsministerium“ debutiren; Namen werden wie gewöhnlich, nicht genannt, dafür aber mit tiefernster Miene versichert, die ganze Ausgleichsaction solle abermals mit einem kaiserlichen Manifeste u. s. f. eingeleitet werden. Wir geben diesen Gerüchten Raum, weil sie uns schätzenswerthe Beiträge und Illustrationen zu der Verwirrung und Muthlosigkeit zu bieten scheinen, die in den Reihen der parlamentarischen Majorität selbst herrschen muß, denn unter allen in den letzten Tagen aufgetauchten Combinationen vermissen wir, nicht ohne lebhaftes Bedauern, auch die leiseste Andeutung, daß man sich im

Parlamente auf irgend eine Weise über die politische Situation an competenter Stelle zu informiren suchen würde. Auch der Reichsrath des Jahres 1865 hat das Budget pro 1865 ruhig votirt und einige Bahnconcessionen unter Dach und Fach gebracht, trotzdem das Sistirungsministerium sich bereits in greifbaren Formen am politischen Horizonte zeigte! Beachtenswerth erscheint im gegenwärtigen Augenblicke der Umstand, daß die a. h. Ermächtigung zur Einbringung des Nothwahlgesetzes herablangte. Das Schicksal, welches dieser Regierungsvorlage im Reichsrathe bereitet werden wird, dürfte für die künftige Entwicklung der Dinge entscheidend sein. — Wie man uns versichert, ist der Ueberschuß aus der vorjährigen Brestel'schen Finanzverwaltung auf reichlich 10 Millionen Gulden zu veranschlagen. Das scheint selbst auf unseren haushälterischen Finanzminister einen Eindruck zu machen, denn wir hören, er werde die Herabsetzung des Zeitungsstempels auf die Hälfte (von einem auf einen halben Kreuzer) beantragen, sinne aber zugleich darauf, Maßregeln vorzuschlagen, durch welche die eingerissene Umgehung des Wechselstempels vereitelt werden soll.

— Ueber das Votum in der Affaire Unger, das von der Wiener medicinischen Facultät bevorsteht, vernimmt man Folgendes: Das zur Vorberathung des abzugebenden Gutachtens eingesetzte Comité hat sich dahin ausgesprochen, daß sich bei sorgfältiger Erwägung aller Umstände eine fremde Gewaltthat an dem Leben unseres großen Naturforschers nicht annehmen lasse. Wahrscheinlich wird auch das Professoren-Collegium sich in diesem Sinne entscheiden.

Linz, 26. März. Der Katholikenverein hat einen Protest gegen die obligatorische Civil-Ehe und das Figuly'sche Religions-Edict beschlossen. In Wels wird zur Herausgabe eines klericalen Blattes eine neue Druckerei errichtet.

Triest, 26. März. Der Lloyddampfer „Austria" brachte heute Vormittags die ostindische Ueberlandpost mit Nachrichten aus Kairo vom 17. d., welche besagen: Wegen der Wahl des neuen griechischen Patriarchen Nilos, die von der egyptischen Regierung bestätigt, vom griechischen Patriarchen in Konstantinopel aber annullirt wurde, entstand ein Conflikt, welcher bewaffnetes Einschreiten nothwendig machte. In Mekka herrscht wegen Wassermangels große Sterblichkeit unter den Pilgern.

Pest, 26. März. Deak erklärte sich heute im Club für die Annahme des Siebener-Berichtes und für das Absolutorium an Lonyay. Der Club der Linken ist dagegen für die Verweigerung und die Zuweisung an den Rechnungshof. Das Comitatsgesetz wird jetzt redigirt, indeß erst später im Ministerium verhandelt werden. Die „Reform" meldet: Der Ministerrath beschloß noch $^1/_{10}$ Quote mehr nach gänzlicher Auflösung der Militärgrenze.

Berlin, 26. März. Zur Ergänzung unseres Telegrammes über die Annahme der principiellen §§ 1, 3 und 8 in der Samstagssitzung des Reichstages bemerken wir noch: §. 1 lautet: „Das Recht, ein Schriftwerk ganz oder theilweise auf mechanischem Wege zu vervielfältigen, steht dem Urheber desselben ausschließlich zu." Dr. Stephani beantragt, die Worte „ganz oder theilweise" zu streichen. §. 3 lautet: „Das im §. 1 bezeichnete Recht des Urhebers geht auf dessen Erben über. Auch kann dieses Recht von dem Urheber oder seinen Erben ganz oder theilweise durch Vertrag und durch Verfügung von Todes wegen auf Andere übertragen werden." Dr. Stephani beantragt, den zweiten Satz so zu ändern: „Dieses Recht kann beschränkt und unbeschränkt durch Vertrag oder durch Verfügung von Todes wegen auf Andere übertragen werden." §. 8 lautet: „Der Schutz des gegenwärtigen Gesetzes gegen Nachdruck wird vorbehaltlich der folgenden besonderen Bestimmungen für die Lebensdauer des Urhebers und dreißig Jahre nach dem Tode desselben gewährt." Die Annahme erfolgte nach Stephanis Vorschlägen.

— Man erwartet die Einberufung des Zollbundesrathes im Laufe der nächsten Woche. Doch könnte die Fertigstellung der Vorlagen den Beginn der Arbeiten des Zollbundesrathes auch bis zur ersten Aprilwoche verzögern. Die Hauptarbeit für das Zollparlament wird neben dem Vertrage mit Mexico die Tarifvorlage bilden, welcher namentlich die Interessenten der Eisenindustrie mit großer Spannung entgegensehen. Es finden zwischen den letzteren hier bereits Besprechunge über die dem Tarif gegenüber einzunehmende Position statt, woran sich die betreffenden Mitglieder des Reichstages lebhaft betheiligen. Nach Lage der Dinge scheint es mehr als zweifelhaft, daß es gelingen wird, den vorjährigen Wünschen bayerischer Abgeordneter entsprechend, die Vorlagen für das Zollparlement 14 Tage vor dessen Beginn zu veröffentlichen.

Paris, 26. März. Die Journale tadeln heftig die Schlußworte des General-Procurators Grandperret, der die Jury in Tours beschwor, den Angeklagten „nicht völlig" freizusprechen; ebenso verurtheilen sie die in Tours vorgenommene Verhaftung Fonvielle's. (Fonvielle wurde, weil er sich weigerte, Tours zu verlassen, heute vor der Verhandlung verhaftet.) — Die gerichtliche Untersuchung gegen den Fälscher Bühler von der ungarischen Creditbank in Pest ist eingestellt, da Bühler wahnsinnig geworden ist und nach Bicêtre transportirt werden mußte. — Die „Marseillaise" meldet: Mehrere Arbeiter-Associationen in Lyon und Marseille organisiren Unterstützungs-Gesellschaften zur Ermunterung des Strikes im Creuzot.

Paris, 26. März. Im heutigen Ministerrathe ist auf Ollivier's Drängen beschlossen worden, auch den Art. 33 der Verfassung zu opfern, welcher dem Senate das Recht gab, im Falle einer Provocirung des gesetzgebenden Körpers alle dringlichen Vorlagen selbständig zu votiren. Ueber die Regelung des Rechtes, an das Plebiscit zu appelliren, ist noch nichts entschieden. Buffet verlangt, daß vor jedem Appell des Kaisers an die Nation die großen Staatskörper Gegenstand und Form der Fragen zu bestimmen haben; was einer bedeutenden Einschränkung jenes Rechtes gleichkommt. — Es wird sich vielleicht nicht umgehen lassen, nach der Umwandlung des Senates einen oder mehrere Senatoren in's Cabinet zu berufen. Man nennt Magne als einen der Candidaten, die zunächst ins Auge gefaßt seien!

— Der gesetzgebende Körper faßte heute einen wichtigen Beschluß. Er verwies das von Jules Favre eingereichte Project, welches die Abschaffung des Artikels 291 verlangt, an die Abtheilungen. Dieser Artikel 291 verbietet nämlich eine jede Versammlung oder Verbindung von mehr als 20 Personen. Die Abschaffung desselben kommt also der Wiederherstellung des vollständigen Vereinsrechtes gleich.

— Ein Pariser Korrespondent der Köln. Ztg., welcher wiederholt die jetzige friedliche Strömung betont hat, erzählt heute, Ollivier habe vor kaum 48 Stunden wörtlich zu ihm gesagt: „Eine deutsche Frage existirt gegenwärtig nicht." — Aber was nützen uns solche solche schönen Redensarten, wenn die Heere nicht auf den Friedensfuß gestellt werden!?

Tours, 26. März. Der General-Procurator Grandperret hielt in seiner Schlußrede die Anklage gegen den Prinzen Peter Bonaparte aufrecht und beantragte die Schuldigsprechung desselben, doch sei auf den mildernden Umstand Rücksicht zu nehmen, daß der Prinz provocirt worden sei. Der Advokat Laurier sagte am Schlusse seines Plaidoyers (als Rechtsbeistand der Familie Noir): „Victor Noir wird die Unsterblichkeit des Märtyrers bleiben, dem Mörder desselben aber die Unsterblichkeit der Infamie." Diese Worte riefen im Publikum große Bewegung hervor. In seiner Vertheidungsrede führt Leroux zu Gunsten des Prinzen an, daß Peter Bonaparte gleich Lucian die Freiheit liebe und darum den Tuilerien, wo er keiner Freiheit begegnete, ferngeblieben sei. (Sieh oben Paris.)

Brüssel, 26. März. Es ist die Rede davon, daß König Leopold nächstens den Tuilerienhofe einen Besuch abstatten wird. — Die luxemburgische Frage soll, sagt man, bald wieder auf's Tapet gebracht werden.

London, 26. März. Der 78jährige Earl Russell, der sich seit längerer Zeit sehr schweigsam verhalten hat, läßt noch einmal seine Stimme vernehmen. Er hat aus San Remo bei Nizza, wo er den Winter zubringt, an Herrn Forster, den Vice-Präsidenten des geheimen Rathes, einen Brief über die Unterrichtsvorlage gerichtet, worin er sich mit den von den Dissentern aufgestellten Forderungen, also mit dem Antrage Dixon's, grundsätzlich einverstanden erklärt. Da einerseits solche Schulen aus öffentlichen Geldern unterhalten werden sollen,

und andererseits die protestantischen Dissenters nach dem klaren Urtheilsspruche, den Lord Mansfield 1778 im Hause des Lords gefällt hat, nicht nur geduldet, sondern vollständig anerkannt sind, so ist es offenbar ein Unrecht, wenn ihre Kinder die aus Abgaben unterhaltenen Schulen nicht unter gleichen Bedingungen besuchen sollen, wie die Kinder anglicanischer Eltern." Lord Russell schlägt sodann vor, daß in den Schulen jeden Morgen, ehe der Unterricht über weltliche Dinge beginne, ein Abschnitt aus der Bibel vorgelesen und ein geistliches Lied gesungen werde, daß ferner kein bestimmter Katechismus in den Schulen gebraucht werde, und daß den Eltern gestattet sein möge, nach Belieben ihre Kinder an dieser ersten Unterrichtsstunde Theil nehmen oder nicht Theil nehmen zu lassen. Denn Katholiken z. B. würden sich der anglicanischen Bibelübersetzung und Juden der Vorlesung von Abschnitten aus dem Neuen Testament widersetzen. Wie es heißt, wird Gladstone in den verheißenen Amendements einen ähnlichen Mittelweg einschlagen.

Aus **Cork** wird gemeldet, daß ein Exemplar der Regierungsvorlage über die irischen Land- und Pachtgesetze den beim Concil in Rom anwesenden irischen Bischöfen zur Beurtheilung und Begutachtung eingesandt worden sei. Man erwartet das Urtheil der Prälaten in Form einer Collectiv-Erklärung, auf die man um so mehr gespannt ist, als von derselben ein sehr bedeutender Einfluß auf die Landgeistlichkeit ausgehen wird. Man kann sagen, daß eine solche Erklärung den Ton für die Erörterung der Vorlage durch die katholische Geistlichkeit angeben würde, und da der Einfluß der letzteren auf das Landvolk noch immer ein sehr beträchtlicher ist, so wird erst, wenn die Bischöfe das entscheidende Wort gesprochen haben, mit Bestimmtheit sich ermitteln lassen, wie die öffentliche Meinung in Irland sich zu der Vorlage stellt.

Rom, 20. März. Endlich hat auch der größte Theologe des katholischen England, im Grunde der einzige dortige Gelehrte, welchem man auch in Deutschland das Prädicat eines wahren Theologen ertheilen würde, über die große Streitfrage sich ausgesprochen. Newman ist Vorstand des Oratoriums in Birmingham; man wußte längst allgemein, daß er über die Lage der seit einigen Jahren unter das Convertitenjoch gebrachten englischen Kirche traure, und mit den gebornen, jetzt aber unterdrückten alt-englischen Katholiken, Klerus und Laien, sympathisire, so daß die Convertitenpartei dort ihn als anrüchig wegen Heterodoxie in Verruf zu bringen suchte, und Fremde, welche die Absicht äußerten, den berühmten Oratorianer zu besuchen, gewarnt wurden, sich dadurch nicht selbst verdächtig zu machen. Newman hatte sich deßhalb in den dortigen Streitigkeiten ein beharrliches Schweigen auferlegt. Nur in der Stille hatte er aber doch in einem Schreiben an einen befreundeten Bischof sein Herz ausgeschüttet über die trostlose und gefahrvolle Lage, in welche eine „aggressive und übermüthige Faction" die Kirche gebracht, und so viele der treuesten Seelen irre gemacht habe. „Dahin," schrieb er, „hätten es die beglaubigten Organe Roms und seiner Parteigänger, die Jesuiten der Civiltà, Margotti und Veuillot, gebracht, daß der Ruf von dem allgemeinen Concil nicht als eine freudige, sondern als eine Furcht und Schrecken erregende Botschaft in den Gemüthern der Gläubigen wiederhalle, daß ein Concil gehalten werde nicht etwa um, wie sonst, eine große Gefahr von der Kirche abzuwenden, sondern um eine große Schwierigkeit neu zu schaffen. Mit Angst sehe er der ihm zufallenden Aufgabe entgegen, Entscheidungen vertheidigen und andern annehmbar machen zu sollen, welche, wenn er sich auch für sich selber mit ihnen abzufinden vermöchte, doch angesichts der historischen Thatsachen zu vertreten, höchst schwierig sein würde. Sonst habe die Kirche Glaubensdefinitionen nur gemacht, wenn sie durch eine ernste, ja peinliche Nothwendigkeit dazu gedrängt wurde. Selbst unter den Seelen, welche der Kirche am treuesten ergeben, seien die einen Willens aller Theologie als einem Trugwerk (ad bad job) zu entsagen, während andere die Fähigkeit dieser aus allen Erdwinkeln zusammengerufenen Bischöfe bezweifeln, zu beurtheilen, was der europäischen Gesellschaft angemessen sei; oder unwillig seien über den heil. Stuhl, der den Schmeicheleien einer Clique von Jesuiten, Redemptoristen und Convertiten Gehör schenke. Er frage sich fortwährend selber: ob er seine Gefühle nicht veröffentlichen solle; inzwischen rufe er die großen Lehrer der alten Kirche, einen Augustinus und die übrigen an, auf daß sie durch ihre Fürbitte eine so große Calamität von der Kirche abwenden möchten. Sollte es wirklich Gottes Wille sein, daß die päpstliche Unfehlbarkeit definirt werde, so sei es auch Gottes Wille, daß die Zeit des Siegs für sein Reich (die Kirche) weit entrückt werde, und dann bleibe ihm nur übrig, sein Haupt zu beugen unter dieser unerforschlichen Fügung." So Newman, im vollständigsten Gegensatz zu Manning. (Allg. Ztg.)

— Die Nachricht vom Tode des Grafen Montalembert war erst einige Stunden in Rom angekommen, als eine beträchtliche Anzahl von Fremden, vorzüglich Franzosen, beim Papste zur Audienz gelassen wurde. Unmittelbar nach den ersten Worten von Segen und Trost, den sie von ihm zu erbitten sich eingefunden hatten, ging Pius auf den Mann über, dessen Hintritt ihm soeben gemeldet worden sei: er habe der Kirche große Dienste geleistet, „aber er war leider einer jener freisinnigen Katholiken, die nur Halbkatholiken sind." Vor kurzer Zeit schrieb er Worte — hier wurde eine Pause gemacht; dann fuhr der Papst fort: „Kurz ich hoffe, daß er gut gestorben ist. Stolz war sein Hauptfehler, dieser hat ihn irre geführt."

In **Spanien** schmeichelt man sich mit der Hoffnung, Gibraltar wieder zu erlangen. Aus Zaragoza bringt ein in Malaga unter dem sanguinischen Titel „Gibroltar" erscheinendes Blatt eine bedeckte Erklärung, deren 437 Unterzeichner der Regierung ihr Blut und Leben zur Verfügung stellen, um Gibraltar zurückzuerlangen. Der Wunsch, das losgerissene Glied wieder mit dem Vaterlande vereinigt zu sehen, ist freilich eben so berechtigt wie begreiflich; daß aber Spanien eine solche Forderung auf der Spitze des Degens den Engländern überreichen solle, wäre eine Ueberschwänglichkeit, die nur in der Seele eines Don Quixote entstehen kann.

Bukarest, 26. März. Die Kammer hat eine zweipercentige Erhöhung der Grundsteuer für den Rest des laufenden Jahres angenommen. Die Kammer-Session wurde nochmals um 15 Tage verlängert.

In **Varna** erregt der Verkauf einer ganzen tscherkessischen Familie großes Aufsehen. Dieselbe widersetzt sich, doch der Kadi bestätigt den Verkauf, als zu Recht bestehend. Auch die Consuln protestiren auf Grund des Sklaven-Abschaffungsgesetzes.

Aus **Riga**, 19. März wird der Kreuz-Ztg. geschrieben: „Eine abermalige ehrerbietige Vorstellung an den Kaiser, betreffend die bedrängte Lage der Ostseeprovinzen, ist von Sr. Majestät nicht entgegengenommen worden. Zuvor war der General-Graf Albedinski nach St. Petersburg berufen worden, um über diese Vorstellung gehört zu werden."

Bayerische Angelegenheiten.

* Bekanntlich ist in der vorigen Donnerstagssitzung der Abgeordnetenkammer der Referent Abg. Lukas von einem großen Theile seiner (patriotischen) Partei bezüglich seines Antrages auf Umwandlung der Staatsstraßen in Distriktsstraßen im Stiche gelassen worden, so daß der Antrag mit sehr großer Majorität abgeworfen wurde. In Folge davon haben sicherm Vernehmen nach im patriotischen Fractionsclube höchst stürmische Debatten stattgefunden, deren Endresultat uns in dem Austritte des Hrn. Abg. Lukas aus dem Clube vorliegt. — Gutem Vernehmen nach ist auch der Abg. Hauck, Bezirksamtmann in Marktscheinfeld, aus dem Club der Patrioten ausgetreten und soll Abg. Lycealprofessor Greil aus Passau auch diese Absicht hegen. — Wie wir weiter vernehmen, soll die Constituirung einer „äußersten Rechten" demnächst zu erwarten sein, und wird behauptet, dieselbe werde schon in der morgen beginnenden Debatte über die außerordentlichen Militärkredite bemerkbar werden; — jedenfalls hat die patriotische Partei schon sehr bedenkliche Risse bekommen und leicht könnte Dr. Jörg mit seinem Ausspruche: „Wir sind keine Partei" freilich ganz gegen seinen Willen, doch die Wahrheit getroffen haben.

** **München**, 26. März. (XXII. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Schluß. Abg. Dr. Ruland ist der

Ansicht, der Widerstand gegen die Bürgermeistereien sei der Kampf des patriarchalischen Elementes gegen die Polizei; das Landvolk wolle in seinem eigenen Hause Herr sein, es wolle einen Mann aus der eigenen Gemeinde zum Gemeindevorsteher. Schon Jahrhunderte lang hätten diese Vorsteher zur vollen Sicherheit und Zufriedenheit der Gemeinden bestanden, und diese Sicherheit des Eigenthums habe er noch vor wenigen Jahren „im dunklen Lande Tyrol“ bemerkt. Das Volk sehe im Vorstand seinen Vater und Rathgeber, es wache sorgfältig, über seine Gemeindeeigenthümlichkeiten, und diesen Partikularismus zeige es auch in dem Bestreben nach Beibehaltung der Gemeindevorsteher. (Bravo rechts). Er empfehle den Antrag Freitags, denn er sehe in ihm kein Todesurtheil, sondern eine Auferstehung der Bürgermeistereien. Abg. Pfahler ist gegen die polizeiliche Bedeutung der Bürgermeistereien; die Polizei solle in der Hand des Staates bleiben, und von ihm geübt werden, indem man die hiefür bestimmten Summen wirklich auf die Pflege der Sicherheit verwende, statt daß man die Gendarmen auf dem Lande anweise, die Pfarrer in der Kirche und die politischen Gespräche in den Wirthshäusern zu überwachen. Wenn man den Gemeinden ihre Freiheit ließe, würden die Bürgermeistereien vielleicht viel eher eingeführt, denn bekanntlich folge der Mensch am Liebsten seinem eigenen Willen. Abg. Crämer fürchtet bei der jetzigen Lage der Dinge keinen Zwang mehr und empfiehlt noch abzuwarten, wie sich die Bürgermeistereien in der Praxis machen, und nicht jetzt schon die erste Bresche in die neue Gemeindeordnung zu schießen; besonders die Polizei in den Gemeinden bedürfe der Verbesserung. Den früheren patriarchalischen Zustand unter den Vorstehern wünsche er nicht zurück; — er habe einen solchen Patriarchen gekannt, der sich etwas darauf zu Gute gethan habe, daß unter ihm in 25 Jahren kein Taglöhner in die Gemeinde aufgenommen worden sei. (Heiterkeit.) Abg. Föderer ist in Rücksicht auf das Sprichwort: „Wenn der Bauer nicht muß, rührt er weder Hand noch Fuß“ für Beibehaltung des Art. 6. In einer niederbayerischen Gemeinde sei ein Bauer wider seinen Willen zum Vorsteher gewählt worden; er habe seine Unfähigkeit, als am delirium tremens leidend, nachgewiesen, aber die Bauern sagten: „Wir haben ihn gewählt; er ist ein braver Mann, wenn er auch manchmal einen Rausch hat.“ (Allgemeine Heiterkeit.) Nach einem Schlußwort des Referenten und des königlichen Staatsministers erfolgte die bereits mitgetheilte Abstimmung.

Lokales und Provinzielles.

München, 26. März.

* Gutem Vernehmen nach ist der zeitlich quiescirte ehemalige Bezirksamtmann von Berneck in Oberfranken, und frühere Polizeicommissär dahier, Hr. Schönchen, als Bezirksamtmann in Mallersdorf reaktivirt worden.

s. Die sehr zahlreich besuchte Monatsversammlung der bayerischen Gartenbaugesellschaft in den jüngsten Tagen gab den Gartenfreunden Gelegenheit, sich über den Obstbaumschnitt praktische Kenntnisse zu sammeln. Nicht minder anziehend für die Anwesenden waren wieder die durch die Herren Inspektor Kolb und Hofgärtner Löwel ausgestellten, theils einheimischen, theils ausländischen Gewächse. Hr. Obergärtner Sonnenberg, sowie Hr. Stadtgärtner Pfau brachten ebenfalls sehr schöne Pflanzen, die besonders ob ihrer Cultur alles Lob verdienten.

π. Die kgl. Hofopernsängerin Frln. Leonoff hat am Stadttheater in Regensburg mit großem Erfolge gastirt. Die Künstlerin trat als „Annchen“ im „Freischütz“ und „Marie“ im „Waffenschmid“ auf, und wurde bei ihrem Erscheinen lebhaft empfangen, sowie an beiden Abenden mit Hervorrufen und Blumenspenden ausgezeichnet.

Aus **Großschönau** wird uns folgende Episode berichtet. Zu Niedergrund starb vor Kurzem ein Müller, der, obgleich Protestant, dennoch bei Beschaffung neuer Glocken für den Ort einen namhaften Geldbeitrag geschenkt hatte. Trotzdem gestattete der dortige Pfarrer, als der Leichenconduct am Kirchhof anlangte, nicht, daß das große Thor geöffnet wurde; der Sarg sollte durch das kleine Pförtchen, durch welches gewöhnlich die Selbstmörder befördert wurden, getragen werden. Alles Bitten und alle Vorstellungen bei dem Geistlichen halfen nichts. Und so sah sich der Commandant der Schützen, welche den Zug begleiteten, genöthigt, den Kirchhof im Sturm zu nehmen, was auch geschah, die Schützen sprengten das große Thor und der Eingang zum ewigen Frieden war — offen.

Am 19. d. Abends zwischen 8 und 9 Uhr wurde in **Eppenreuth** bei Enchenreuth in einem Stalle die 34jährige Frau des Besitzers, eine Mutter von zwei Kindern, erhängt aufgefunden. Der Umstand, daß die Verblichene kurz vor dieser Zeit bei dem Bürgermeister des Ortes über die schlechte Behandlung von Seite ihres Mannes Klage führte und die Absicht aussprach, sich von ihm trennen zu lassen, sodann eine genauere Besichtigung der Leiche, ließ eher auf ein Verbrechen, als auf einen Selbstmord schließen und wurden in Folge der sofort eingeleiteten Untersuchung am 24. d. Nachmittags der Ehemann der Getödteten, dessen Bruder und der Vater dieser beiden in die Frohnveste zu Kronach gefänglich gebracht.

Lichtenfels, 24. März. Ein Bursche, welcher von seinem Dienstherrn den Auftrag hatte, ein Paar von diesem um 360 fl. verkaufte Ochsen dem Käufer zuzuführen, hat die letzteren unterwegs um 300 fl. verkauft und ist mit dem Gelde nach Amerika durchgebrannt. Der neue Käufer ist zwar ermittelt, aber alles Telegraphiren von hier aus nach dem Entflohenen ist resultatlos geblieben und hatte der Geprellte neben dem Verlust seiner Ochsen auch nicht unbedeutende Kosten auf die vergebliche Fahndung seines treulosen Dienstburschen zu erleiden.

Am 24. Nachts hat sich am Bahnhofe zu **Gunzenhausen** ein hochbejahrter Briefträger, der sich kürzlich etwas hatte zu Schulden kommen lassen, vom Münchener-Würzburger Schnellzuge überfahren lassen und wurde am Platze getödtet. Die Leiche war gräßlich verstümmelt.

Thüngersheim. Seit Neujahr steht unser Bahnhof vollständig fertig da, aber bis jetzt ist er noch nicht eröffnet, trotz zahlreicher Gesuche von Ansbacher, Mergentheimer, Pforzheimer 2c. Geschäftsleuten, welche ihre Bezüge per Bahn machen wollten, und ist dadurch dem Staate schon eine bedeutende Summe von Frachten entgangen. Sollte die Vollendung des Bahnhofes der Generaldirektion noch nicht bekannt sein oder sollte es vielleicht gar an Personal fehlen? Wir wünschen sehnlichst, aus diesem Wartestandpunkt baldigst herauszukommen und hoffen, daß diese Zeilen höheren Ortes Berücksichtigung finden werden, damit durch rasche Eröffnung die Geschäftsleute, sowie der Staat vor weiterem Schaden bewahrt werden.

Dürkheim, 25. März. Vorgestern hat sich in dem nahen Hardenburg ein entsetzliches Unglück zugetragen. Der dortige Taglöhner J. E. verließ um 1 Uhr Nachmittags mit seiner Frau das Haus, um sich zur Arbeit zu begeben. Zwei Kinder des Ehepaares, ein Mädchen von 5 und ein Knabe von 4 Jahren, wurden von den Eltern in der Stube zurückgelassen und diese verschlossen. Gegen 5 Uhr machte sich in der Nachbarschaft ein Verdacht erregender Brandgeruch bemerkbar. Man drang in die Wohnung der erwähnten Leute ein, wo sich ein gräßlicher Anblick darbot. Das Mädchen lag regungslos in der Nähe des Ofens. Sein Kleidchen war verkohlt und der Körper mit den schwersten Brandwunden bedeckt. Man hob die Kleine, die wahrscheinlich in der Nähe des Ofens eingeschlafen und dann von dem Feuer desselben ergriffen worden war, als schauerliche Leiche auf. Der Knabe war unversehrt, aber halb bewußtlos.

Gerichtssaal.

Karlsruhe, 23. März. Vor dem Schwurgericht stand Jos. Hummel, katholischer Stadtpfarrer zu Durlach, angeklagt des Mißbrauchs des geistlichen Amtes. Derselbe war beschuldigt, in einer am 23. Mai vorigen Jahres gehaltenen Predigt die Staatsregierung feindselig getadelt zu haben. Die Zeugenaussagen constatiren, daß der Angeklagte gesagt: „Die freiheitlichen Bestrebungen der Regierung sollt ihr alsbald kennen lernen nach Außen und nach Innen; nach Außen bestehen bestehen sie im Wesentlichen darin, das Land so bald als möglich preußisch zu machen, deshalb erhöhte Militärlast, Steuerdruck, Erhöhung der Hundstaxe, theuer bezahlte Oberoffiziere aus Preußen. In Betreff

beendet zu betrachten? Diese Frage ist häufig gestellt und verschieden beantwortet worden. Wir haben jetzt eine hohe Autorität, die des obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten, um dem 17. August 1866 jene Ehre zuzuweisen. In mehreren Prozessen, die über den Besitz von Baumwolle geführt wurden, war die Entscheidung der Frage zur Nothwendigkeit geworden, und der genannte Tag wurde bevorzugt, weil er als Datum unter der Proklamation steht, durch welche der Präsident Johnson den Krieg beendigt erklärte.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 28. März. Heute legte der Justizminister Ollivier dem Senate den Senatus-Consult vor, durch welchen die gesetzgebende Gewalt zwischen dem Senat und dem gesetzgebenden Körper getheilt und verschiedene Artikel der Constitution, namentlich die Art. 33 und 57, aufgehoben werden. Die Senatoren sollen nach wie vor vom Kaiser ernannt werden und kann ihre Zahl vermehrt werden. Die Votirung des Budgets verbleibt dem gesetzgebenden Körper. Ollivier sagte unter Anderm: Sie werden Ihre Befugnisse zwar einschränken, dadurch aber dem Lande ein Opfer bringen und dem Souverain helfen, Frankreich die Freiheit zu geben. (Beifall). Der Senat wird in der nächsten, am Freitag stattfinden Sitzung die Vorlage prüfen.

Florenz, 28. März. Sitzung der Kammer. Anläßlich der Debatte über das Budget des Ministeriums des Aeußern erklärte Visconti Venosta: Das Kabinet wird auch künftig in der Politik der Enthaltsamkeit, welche es Rom gegenüber beobachtet, verharren. Italien beläßt den Bischöfen alle Freiheiten. Die bestehenden Gesetze werden eintretenden Falles zum Schutze der nationalen Institutionen genügen. Italien hat kein Concordat zu vertheidigen. Das Prinzip seiner Regierung ist die Trennung der Kirche vom Staate. Die bürgerliche Gesellschaft hat vom Concil nichts zu besorgen; sie kann nicht rückwärtsschreiten. Nach längerer Debatte wird der Uebergang zur Tagesordnung dem Antrage des Ministers gemäß angenommen. Passavini verlangt die Auflassung der Gesandtschaften an den Höfen von Württemberg und Baden, nachdem jene in Berlin und München ausreichen. Der Minister und der Berichterstatter bekämpfen die Auflassung. Die Debatte wurde verschoben.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 29. März. (Schlussc.)

Wechsel auf London	120	Oest.-franz. Staatsbahn	$380\frac{6}{8}$
" " Paris	$95\frac{1}{8}$	Bayr. Ostbahn-Actien	$119\frac{3}{8}$
" " Wien	$96\frac{1}{8}$	Elisabeth-Prior. I. Em.	$77\frac{1}{4}$
5 proc. bayr. Anleihe	$100\frac{1}{4}$	4% bayer. Prämien-Anl.	$105\frac{7}{8}$
$4\frac{1}{2}$ " " "	$91\frac{5}{8}$	Bad. Präm.-Anleihe	$106\frac{1}{8}$
4 " " Grundrente	$86\frac{1}{4}$	Oesterr. Loose v. 1860	80
4 " " Obligat.	86	" Loose v. 1864	$115\frac{3}{4}$
5 proc. österr. Metall., engl.	——	Alsenzbahn	87
5 " " National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	$67\frac{1}{2}$
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	$232\frac{1}{4}$
1882er Amerikaner	$95\frac{1}{8}$	Napoleone	$9.30\frac{1}{2}$
Oesterr. Bank-Action	694	Rente Silber $58\frac{3}{8}$, Pap. $50\frac{1}{8}$.	
" Credit-Action	273	Handelsbank	—

Wien, 29. März. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	71.45	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
" fl. 500 Loose von 1860	98.10	Steuerfr. Metall. on 1866	—.—
" fl. 100 Loose von 1864	120.75	Napoleone	$9.89\frac{1}{2}$
Oesterr. Bank-Action	725.—	Wechsel auf Augsburg	102.80
" Credit-Action	288.77	" " London	124.10
Oest.-franz. Staatsbahn-Action	395.—	" " Paris	49.25
Oest.-Rudolphsbahn-Action	—.—	" " Frankfurt a. M.	103.10
" " Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	242.80
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 346.50 Pap.-R.	61.40

Berlin 29. März (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	$45\frac{5}{8}$	Lombarden	$132\frac{3}{4}$
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	$105\frac{1}{2}$	Italienische Anleihe	$55\frac{1}{8}$
$4\frac{1}{2}$ " " Anleihe	92	1882er amerikanische Bonds	$95\frac{7}{8}$
Bad. Prämien-Anleihe	$106\frac{2}{8}$	5 proc. preuss. Anleihe	$101\frac{1}{8}$
Darmstädter Action	$130\frac{1}{8}$	$4\frac{1}{2}$ " " "	$93\frac{1}{4}$
Oesterr. Credit-Action	$159\frac{3}{8}$	Wechsel auf Augsburg	56.22
Oest.-franz. Staatsbahn-Action	$218\frac{1}{4}$	" " Frankfurt	56.24
Staatsbahn-Prioritäten	$293\frac{1}{8}$	" " London	$6.24\frac{1}{8}$
Oest. fl. 500 Loose von 1860	$79\frac{1}{2}$	" " Paris	$81\frac{1}{8}$
" fl. 100 Loose von 1864	66	" " Wien	$81\frac{6}{8}$
5 proc. östr. National-Anl.	——		

New-York, den 28. März. Gold $111\frac{3}{4}$. Wechsel in Gold $108\frac{1}{2}$. Bonds per 1882 $109\frac{1}{2}$. Baumwolle $22\frac{1}{2}$. Petroleum $25\frac{3}{8}$.

Curse des Münchener Handelsvereins vom 29. März 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. $3\frac{1}{2}$% Obl.	fl. 1000	$81\frac{1}{8}$	$80\frac{1}{2}$
4% ganz. Obl.	1000	$86\frac{5}{8}$	
4% halbj. Obl.	1000	$86\frac{5}{8}$	
4% Grundr.-Obl.	1000	$86\frac{5}{8}$	
$4\frac{1}{2}$% ganzj. Obl.	1000	92	$91\frac{5}{8}$
$4\frac{1}{2}$% halbj. Obl.	1000	92	$91\frac{5}{8}$
$4\frac{1}{2}$% " Milit. "	1000	92	$91\frac{5}{8}$
5% Obl.	1000	$101\frac{3}{4}$	$101\frac{1}{8}$
4% Münch. Obl.	1000		
5% " "	1000	$101\frac{1}{8}$	$100\frac{3}{4}$
$4\frac{1}{2}$% Ostbahn-Aktien		120	$119\frac{1}{2}$
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung		$87\frac{1}{4}$	87
dto. volle		$87\frac{1}{4}$	87
Pfdbr. d. bayer. Hyp.- u. W.-Bank	à fl. 1000	$90\frac{1}{2}$	$90\frac{1}{4}$
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.		100	$99\frac{7}{8}$
Aktien " "		825	823
Bayer. Handelsbank-Act.			98
" Vereinsbank		120	$119\frac{3}{4}$
Württemberg. $4\frac{1}{2}$% Obl.		$91\frac{1}{4}$	
Oesterreich $4\frac{1}{5}$% Silb.-Rte. $\frac{6}{7}$		$58\frac{5}{8}$	$58\frac{1}{2}$
" Pap.-Rte "			
5% Nation.-Anl. $\frac{5}{8}$			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à $116\frac{7}{8}$			
5% Met. Stfr. v. 1866 $\frac{6}{7}$			
Oest. Bank-Aktie			
" Cred.-Aktien		$278\frac{1}{2}$	$277\frac{1}{2}$
Oest.-franz. Stsb.-Aktien			

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb.	$233\frac{1}{2}$	
Preußen. $4\frac{1}{2}$% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. $2\frac{1}{2}$	$95\frac{1}{4}$	$95\frac{1}{8}$
" 1884 "	$94\frac{1}{8}$	
" 1885 "	$94\frac{1}{4}$	
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	$106\frac{1}{4}$	$105\frac{7}{8}$
4% Bad. " "	$106\frac{1}{2}$	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	$6\frac{1}{2}$	
Pappenheimer dto.	$5\frac{3}{4}$	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose	$18\frac{1}{2}$	
Oester. 1854er Loose à fl. 250 $\frac{5}{8}$		
" 1860er " à fl. 500 $\frac{6}{7}$		
" 1864er " à fl. 100 u. 50		
" 1858er Cred. Loose		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		310
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		123
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor	95	
Chemische Fabrik Heufeld		76
Oest. Elisabeth-Westbahn		
" Franz Joseph-Bahn		
" Kronprinz Rudolph-Bahn		
" Siebenbürger Bahn		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. I. Em. $\frac{6}{7}$	$77\frac{1}{8}$	
dto. II. " "		
" Kronpr. Rudolph-Bahn "		

		Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn "		$79\frac{1}{2}$	79
" Siebenbürger Bahn "			
" d. Böhm. Westbahn "			
" Alföld Fiumander Bahn "			
Wechsel.			
Amsterdam fl. 100 holl.	K. S.		$100\frac{6}{8}$
	L. S.		
Augsburg fl. 100	K. S.		
	L. S.		100
Berlin Rthlr. 60	K. S.	105	$104\frac{7}{8}$
	L. S.		$104\frac{7}{8}$
Frankfurt fl. 100	K. S.		
	L. S.		100
Hamburg M.-B. 100	K. S.		$88\frac{5}{8}$
	L. S.		$88\frac{5}{8}$
Leipzig Rthlr. 60	K. S.	105	$104\frac{3}{4}$
	L. S.	$105\frac{1}{8}$	$104\frac{7}{8}$
London Pfdst. 10	K. S.	$120\frac{4}{8}$	120
	L. S.		$119\frac{7}{8}$
Paris Fr. 200	K. S.	$95\frac{1}{4}$	95
	L. S.	$95\frac{1}{4}$	95
Wien fl. 100	K. S.	$96\frac{3}{8}$	
	L. S.		
Bank-Disconto für Platz-Wechsel			
" " Lombard.			
Geldsorten.			
Preuß. Friedrichsd'or		9.59	9.58
20 Francs Stücke		9.31	9.30
Preuß. Cassen-Scheine		$105\frac{1}{8}$	$104\frac{7}{8}$
Oest. Banknoten		$96\frac{1}{2}$	$96\frac{1}{4}$

Oregon- und California-Eisenbahn.

Bahnnetz.

Die ganze Länge dieser Bahn beträgt 365 englische Meilen und geht von der City of Portland im Staate Oregon bis zur Grenze des Staates Californien, wo sie sich mit der California- und Oregon-Eisenbahn, die augenblicklich von der Stadt Marysville aus, im Staate California von den Eigenthümern und Directoren der Central-Pacific-Eisenbahn gebaut wird, vereinigt.

ACTIEN-CAPITAL:

200,000 Actien zu 100 Dollars jede

zusammen 20,000,000 Dollars.

Subsidien an Territorium (Landgrant).

4,672,000 Acker oder 12,800 Acker pr. englische Meile sind von der Regierung der verreinigten Staaten der Oregon- und California-Eisenbahn als Geschenk überlassen.

Erste Mortgage-Bonds im Betrage von Doll. 10,950,000 in Gold.

Die Hypotheken-Schuld besteht aus 7%igen, **in 20 Jahren rückzahlbaren ersten Mortgage-Bonds**, Capital und Zinsen rückzahlbar **in Goldmünze** der vereinigten Staaten frei von Einkommensteuer.

Die halbjährigen Coupons sind in der Stadt New-York in Gold zahlbar, frei von Einkommensteuer am 1. October und 1. April und der Gesammtbetrag von Doll. 10,950,000 dieser Bonds wird am 1. April 1890 fällig.

Sicherheit für die Bondsbesitzer.

Dieses ist die **erste** und **einzige** Mortgage auf die ganze Bahn, sowohl für die bereits gebaute, als auch für die noch zu erbauende Strecke, welche alle Privilegien, Rolling-Stock, Maschinen-Bauten, Baumaterial, Bahnausrüstungen, sowie jede Art von Eigenthum, das dazu gehört, sich jetzt im Besitze der Gesellschaft befindet oder später befinden sollte, in sich schließt.

Die Trustees dieser ersten Mortgage-Bonds sind die Herren:

Milton S. Latham,

erster Director der London- und San Francisco-Bank, Limited, in San Francisco und

F. D. Atherton,

Trustee der California Pacific Extension Eisenbahn, in San Francisco.

Diese Herren sind gleichzeitig die Trustees für die Ländereien, welche die Unions-Regierung als Geschenk gegeben und aus deren Erlös ein Tilgungsfonds für die Rückzahlung der Bonds gebildet wird.

Prüfung der Bahn Seitens der Unions-Regierung.

Drei Kommissäre sind von der Regierung der „Vereinigten Staaten" ernannt worden, jede Sektion von 20 engl. Meilen nach deren Beendigung zu prüfen und darüber an die Behörden nach Washington zu berichten. Sobald es nachgewiesen, daß diese Sektion nach den gesetzlichen Bestimmungen, unter welchen die Land-Subsidie gegeben, gebaut ist, werden der Gesellschaft 20 Sektionen oder 12,800 Acker per englische Meile für die vollendete Sektion übertragen, und dieses Verfahren mit dem Voranrücken des Baues immer fortgesetzt. 20 englische Meilen von Portland zu Parrot Creed sind bereits vollendet, ausgerüstet und dem Betriebe übergeben, 70 weitere englische Meilen geebnet. Die Schienen für 100 englische Meilen sind angeschafft. — Mühlen, Werkstätten, Maschinenbauten, Wagenschuppen 2c., die für den schnellen und energischen Erfolg des Unternehmens nöthig, sind gebaut und gehörig ausgerüstet.

Frankfurt a. M., den 21. März 1870.

Für die Oregon- und California-Rail-Road-Company

William F. Roelofson

(Attorney in fact (Bevollmächtigter).

Von obigen Mortgage-Obligationen werden Doll. 5,000,000 in Stücken zu Doll. 1000, Doll. 500, und Doll. 100, zum Preise von 72½ Prozent, der Doll. à 2 fl. 30 kr. für Frankfurt, München ꝛc. und 73½ Prozent für Berlin, Amsterdam ꝛc. nebst laufenden Zinsen bei den nachstehenden Stellen

Dienstag den 29. und Mittwoch den 30. März a. c.

während der üblichen Geschäftsstunden zur Subscription aufgelegt, und zwar
in Amsterdam bei den Herren **Termeulen u. Boeken,**
in Berlin bei den Herren **Richter u. Comp.,**
in Frankfurt a. M. bei den Herren **F. E. Fuld u. Comp.,**
in Augsburg bei Herrn **Nathan Willmersdoerffer,**
in Bremen bei Herrn **J. S. Cohen,**
in „ bei den Herren **Stephan Lürmann u. Sohn,**
in Breslau bei dem **Schlesischen Bankverein,**
in Dresden bei Herrn **Julius Hirsch,**
in Leipzig bei den Herren **R. Küstner u. Comp.,**
in Hannover bei Herren **Adolph Meyer,**
in Mannheim, in Heidelberg, bei den Herren **Köster u. Comp.,**
in München bei Herrn M. Oberndörffer jun.,
in Fürth, in Nürnberg, bei den Herren **Berolzheimer u. Bloch,**
in Stuttgart bei Herrn **G. Sontheimer,**
in Basel bei Herrn **J. R. Lichtenhan,**
in Zürich bei den Herren **A. Ris u. Comp.**

Bei der Zeichnung sind 10 Prozent des gezeichneten Nominalbetrages als Kaution zu hinterlegen. Im Falle der Ueberzeichnung erfolgt gleichmäßige Repartition der gezeichneten Beträge. Bis zum baldthunlichen Erscheinen der effectiven Stücke werden Interims-Certifikate, von dem Bevollmächtigten der Compagnie ausgestellt, ausgegeben.

Der Bezugstermin ist auf den 7. April a. c. festgesetzt.

Von den emittirenden Bankhäusern hiezu beauftragt, nimmt der Unterzeichnete unter obigen Subscriptions-Bedingungen am 29. und 30 März in den üblichen Geschäftsstunden Anmeldungen entgegen.

M. Oberndörffer jun., Kaufingerstraße 30.

Abonnements-Einladung
auf die
„Kemptner Zeitung."

Motto: Unversöhnlicher Kampf der Gewalt, dem Betrug und der Dummheit, Unvergängliche Treu' der Freiheit, Ehr' und Vernunft.

Die Auflage der Kemptner Zeitung ist im Laufe dieses Quartals bedeutend gestiegen, und hat in ganz Deutschland Verbreitung und Anerkennung gefunden. Dieser erfreuliche Erfolg ist ein Beweis, daß man den offenen und rücksichtslosen Kampf gegen die frechen Anmaßungen der ultramontanen Partei allenthalben als nothwendig erkannte und billigte. Die Kemptner Zeitung ist dieser Haltung und ihrem Motto seit 86 Jahren unverbrüchlich treu geblieben und wird auch ferner dieselbe Fahne hoch halten.

Die Kemptner Zeitung erscheint, Sonntags ausgenommen, täglich und kostet mit ihrem so schnell beliebt gewordenen Unterhaltungsblatt **„die Leuchte"** vierteljährig im ganzen Postvereinsgebiet 1 fl.

Inserate haben bei der großen Auflage sicheren Erfolg und belauft sich der Raum einer dreisp. Petitzeile 3 kr.; bei Wiederholungen und umfangreichen Inseraten entsprechender Rabatt. Hoffend, daß auch im neuen Quartal der Leserkreis sich namhaft vermehren wird, zeichnet Hochachtungsvoll

Die Expedition der „Kemptner Zeitung."

Münchener Aktien-Theater.
Mittwoch den 30. März.
Hoamweh.
Singspiel in 1 Akt v. Bayer.
Hierauf:
Am Rhein.
Posse mit Gesang in 1 Akt v. R. Elmar.
Hierauf:
Die siamesischen Zwillinge.
Schwank mit Gesang in 1 Akt v. J. Doppler.
Zum Schlusse:
Schellerl-Tanz.
Lebensbild mit Gesang in 1 Akt v. Bayer.
Anfang 7 Uhr. Ende nach halb 10 Uhr.

Königl. Odeon.
Mittwoch den 30. März.
IV. Abonnement-Concert
der Mitglieder der musikalischen Akademie.

I. Abtheilung.
Sinfonie (D-moll Nr. 4) v. R. Schumann.
Arie aus „Mitrane" v. Rossi. (Frl. Ritter.)
Concert für das Waldhorn (Es-dur.) v. Mozart. (Hr. Strauß.)

II. Abtheilung.
Ouverture „die Hebriden" von F. Mendelssohn-Bartholdy.
Zwei Lieder: „Des Mädchens Klage" von Schubert. *„Er ist gekommen" v. Robert Franz. (Frl. Ritter.)
Concertstück für das Violoncell von Goltermann. (Hr. Menter.)
Ouverture zu „Leonore" v. L. van Beethoven. (Erste Bearbeitung der großen Ouverture Nr. 3.)

Die mit * bezeichneten Nummern werden zum Erstenmale aufgeführt.

Die Kasse wird um ½6 Uhr geöffnet.
Anfang ½7 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer. — Druck der C. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr: Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Donnerstag, den 31. März 1870. Nr. 89.

Politische Tagesübersicht.

Karlsruhe, 28. März. Die erste Kammer genehmigte heute einstimmig den Bau folgender Eisenbahn-Linien: 1) im Wuttachthale; 2) von Neckargemünd nach Eberbach; 3) von Mannheim nach Rosengarten (Worms). Ferner nahm die Kammer den Gesetzvorschlag, betreffend die Abkürzung des Abgeordneten-Mandates (auf vier Jahre) einstimmig an.

Wien, 28. März. Die ungarische Regierung hat in einem an den Primas von Ungarn, Erzbischof Simor von Gran, gerichteten Schriftstück in vertraulicher Weise, aber in den ernstesten Worten ihrer Zuversicht Ausdruck gegeben, daß die über seine neueste Haltung im Concil umlaufenden Mittheilungen — er soll sich bekanntlich zum Unfehlbarkeitsdogma bekehrt haben — eine Bestätigung nicht erfahren würden und daß er auch seiner Seits unverbrüchlich an der Ueberlieferung festhalte, welche die Bischöfe Ungarns immer unter den treuesten Stützen der Einrichtungen ihres Vaterlandes verzeichne.

Wien, 28. März. Die Absicht, die Reichsrathssession vor Ostern zu schließen, darf als aufgegeben angesehen werden. Man sieht, daß sich bis dahin das Material, das noch der Erledigung harrt, nicht bewältigen läßt, und hegt den Plan, bis vor Eintritt der Charwoche Sitzungen zu halten, dann vierzehn Tage zu pausiren und nach Ostern den Reichsrath noch für einige Wochen zusammentreten zu lassen. Was mittlerweile geschehen wird, um die durch Giskra's Rücktritt entstandene Lücke auszufüllen, scheint Niemand auch nur zu ahnen. Das Provisorium gerade im Departement des Innern ist doch wohl auf die Länge unhaltbar, während andererseits Giskra selber sich kaum herbeilassen kann, nach angenommener Demission noch dem Reichsrathe gegenüber die Regierung zu vertreten. Die bureaukratische Sitte, einen Beamten im Amte bis zur Ernennung des Nachfolgers amtiren zu lassen, läßt sich auf einen parlamentarischen Minister schwerlich anwenden. Von einem Nachfolger aber für Giskra verlautet überhaupt noch nicht das Geringste, was Anspruch auf Glaubwürdigkeit hat. Eher noch scheint es, als gebe es in unserer Reichsregierung einen Faktor, der ein Interesse darin findet, jetzt noch das ganze Ministerium zu sprengen. Anders wenigstens wissen wir uns die fortgesetzten Versuche gewisser Organe, die dalmatinische Angelegenheit zur Handhabe für ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung zu machen, nicht zu erklären. Da dieses Mißtrauensvotum doch in ganz bevorzugter Weise den Grafen Taaffe treffen müßte, so ist schwer einzusehen, weßhalb gerade jene Organe, welche die Anwälte der Politik Taaffe gewesen, sich für das Tadelsvotum echauffiren. Nach dem übrigens, was wir über das Ministerium Hasner zu wissen glauben, möchten wir annehmen, daß dessen Mitglieder nicht ungern eine politisch anständige Gelegenheit benützen würden, um Jenen das Feld zu räumen, die eine bessere Politik machen zu können meinen.

Botzen, 25. März. Die Widersetzlichkeit gegen die Ausführung des Schulgesetzes durch die von der Regierung bestellten Inspektoren scheint nachgerade epidemisch zu werden im Lande Tyrol. In Tarrenz, Ahrn und Landeck schob man aufgehetzte Weiber vor, im nahen St. Pauls, einem im Bezirke des gottesfürchtigen Kaltern gelegenen Dorfe, scheint sich der Herr Pfarrer selbst im Interesse des wahren Christenthumes der Sache angenommen zu haben. Er ist nämlich ein leiblicher Bruder des bekannten ehemaligen Reichsraths-Abgeordneten Baron Ignaz Giovanelli und einer jener sogenannten Conservativen, die schon viel von sich reden machten. Als er jüngst den im Auftrage der k. k. Statthalterei zur Schulvisitation herbeigekommenen Inspektor Professor Zingerle dort auf der Gasse traf, soll er ihm ganz freundlich begegnet sein, sobald aber dieser sich ihm als Schulinspektor vorstellte, verabschiedete er sich von ihm mit der Erklärung, daß er nun nichts weiter mit ihm zu schaffen habe. Auf die sodann erfolgte Ankündigung der Schulvisitation ertheilte er ihm den wohlgemeinten Rath, die Schule nicht zu besuchen. Dies erwies sich übrigens ganz vergeblich, denn an dem hiezu bestimmten Tage standen zwei Männer an der Thür des Schulhauses, welche den Kindern verkündeten, heute sei Vacanz, und ein paar andere in einiger Entfernung aufgestellte sorgten auch für die weitere Verbreitung der angenehmen Nachricht. Es ist nun vom hiesigen k. k. Kreisgerichte die Untersuchung darüber eingeleitet, die sich in den Schleier des tiefsten Geheimnisses hüllt. Vielleicht bringt sie einiges Licht in diese verwickelte Geschichte, wobei anderwärts die wahren Anstifter noch nicht zu entdecken waren. Jedenfalls scheint es sich auch hier um eines jener kostbaren „Landesrechte" zu handeln, die nicht gestatten, „daß unsere Gesetze in Schulsachen mit jenen der katholischen Kirche im Widerspruch stehen".

Brünn, 28. März. Der deutsche Fortschrittsverein in Brünn beschloß in heutiger Sitzung eine Resolution zu Gunsten der Verfassung und gegen das Föderativsystem, sowie für directe Wahlen noch in dieser Session.

Pest, 28. März. Lonyay's Austritt aus dem Ministerium ist entschieden und wird noch vor Ostern stattfinden. — Der croatische Landtag ist auf den 20. April, der serbische Congreß auf den 5. Mai einberufen. In der Bank-Enquête ist die Ansicht aufgetaucht, die Vernehmung der rückständigen Experten zu reduciren, weil die meisten Antworten nicht der Erwartung entsprachen. — Miletics sammelt für die Bochesen. In Neusatz wurde eine große Summe aufgebracht. Seinen eigenen Amtssäbel hat Miletics dem Bochesenführer verehrt. (!)

Pest, 28. März. (Unterhaussitzung.) Auf der Tagesordnung ist die Affaire Hollan, (dem bekanntlich Bestechung in seiner Amtsthätigkeit vorgeworfen wird). Simony setzte die Samstag begonnene Rede fort. Staatssekretär Hollan antwortete in zweistündiger, von der Majorität beifällig aufgenommene Rede auf alle Punkte der oppositionellen Angriffe. Morgen sprechen noch die Antragsteller.

Pest, 29. März. Der Deak-Club, durch die Reden Miko's und Hollan's befriedigt, beschließt die Verwerfung des Antrages Tisza. Deak ist abermals fieberleidend.

Berlin, 28. März. In der heutigen Reichstagssitzung erfolgte zunächst die erste Lesung der Vorlage wegen Consolidirung der Bundesschulden. In der Debatte empfahl Hr. v. Patow, bei der Consolidirung und damit also verbundenen Aufhebung der vertragsmäßi-

gen Tilgung die letztere zugleich durch eine gesetzliche Tilgung zu ersetzen, und Minister Camphausen erklärte sich eventuel damit einverstanden. Die Vorlage wurde schließlich zur zweiten Lesung an das Plenum verwiesen.

Berlin, 29. März. Im Reichstag wurde der Entwurf, betreffend die Rechtsverhältnisse der Bundesbeamten, nach erster Lesung an eine Commission verwiesen. Die Ernennung des Herrn Theodor v. Bunsen zum Geschäftsträger und General-Consul für Norddeutschland in Peru ist erfolgt. Herr v. Bunsen hat sich zunächst nach Hamburg begeben.

Zu einem Balle des welfisch gesinnten Adels in **Hannover** hatten die zur dortigen Reitschule kommandirten sächsischen Offiziere Einladungen erhalten, während man die preußischen Offiziere unbeachtet ließ. Die sächsischen Offiziere, welche die Einladung bereits angenommen hatten, ließen im letzten Augenblick ihr Bedauern ausdrücken, an dem Balle nicht Theil nehmen zu können. Die Herren der Reitschule sollen nämlich, wie die D. B. Z. hört, in einem von dem Höchstkommandirenden angeordneten Ehrenrathe den Grundsatz ausgesprochen haben, daß es unschicklich sei, wenn Einer ihrer Kameraden eine Gesellschaft besuchte, wohin sie nicht alle gehen könnten.

Zürich, 29. März. Der Kantonsrath verwarf gestern nach sechsstündiger Berathung den kommissionellen Antrag: die Gotthardsubvention an Vorbehalte zu knüpfen, mit 97 gegen 86 Stimmen.

Paris, 28. März. Aus guter Quelle wird versichert, daß Frankreich nicht auf dem Verlangen bestehen werde, einen Special-Vertreter zum Concile zu entsenden. Man versichert, daß mehrere Verhaftungen, die gestern vorgenommen wurden, mit dem entdeckten Complote im Zusammenhang stehen. In St. Ouen sollen 18 Personen verhaftet worden sein. Mehrere Journale melden, der Kaiser habe den Prinzen Peter Bonaparte eingeladen, auf unbestimmte Zeit seinen Aufenthalt im Auslande zu nehmen. (Die France meldet: Der Kaiser soll ein Dekret unterzeichnet haben, welches den Prinzen Peter Bonaparte verbannt.)

Paris, 28. März. Fast sämmtliche liberale Blätter theilen mit, daß in einer heute Vormittags abgehaltenen sehr bewegten Sitzung des Staatsrathes schließlich die Nichtaufhebung des Verfassungs-Artikels 33 beschlossen wurde. — Ulric de Fonvielle's Chancen in Lyon gewählt zu werden, sind seit seiner Verhaftung gestiegen. Die „Marseillaise" erklärt seine eventuelle Acceptirung; nach dem Jury-Verdict komme das Volksverdict.

Paris, 28. März. Die Freisprechung des Prinzen Peter Bonaparte bildet heute selbstverständlich allein das Tagesgespräch und wird auf das Verschiedenartigste beurtheilt. Im Allgemeinen ist der Eindruck, den dieselbe macht, kein günstiger, im Gegentheil. Nur die Partisanen des Prinzen und die „Unversöhnlichen" sind zufrieden. Die ersteren, zu denen die ganze Hofpartei gehört, jubeln nämlich, weil sie in dem Urtheil des hohen Gerichtshofes einen Sieg über ihre bittern Feinde sehen, und die „Unversöhnlichen" sind froh, daß sie jetzt von Neuem gegen die Regierung zu Felde ziehen können. Was die Faubourgs anbelangt, so läßt es sich noch nicht übersehen, welchen Eindruck die Nachricht dort gemacht hat. Ich durchfuhr dieselben gestern Abends, aber nirgends fand ich eine Spur von Aufregung. Die radicalen Blätter beschränken sich auf sehr einfache Demonstrationen, denn das Urtheil selbst darf gesetzlich keiner Besprechung unterworfen werden. Die Marseillaise bringt Folgendes, was über die ganze erste Seite mit halbgroßen Buchstaben gedruckt ist: „Peter Bonaparte ist freigesprochen. Victor Noir ist im Grab. Ulric de Fonvielle ist im Gefängniß. Pascal Grousset ist im Gefängniß. Henri Rochefort ist im Gefängniß. Millière, Rigault, Bazin, Dereure sind im Gefängniß. Peter Bonaparte ist freigesprochen." Der Rappel dagegen sagt: „Der Prinz Peter Bonarparte ist freigesprochen. Wenn die republikanischen Blätter es allein ankündigten, so würde man natürlich glauben, sie verleumdeten das Kaiserreich. Aber man braucht nur die Journale der Regierung zu lesen, und man wird sehen, daß das Kaiserreich es eingesteht. Die Bürger haben also in Zukunft nur noch Eines zu thun: sie müssen Revolver kaufen, sich vor den Prinzen hüten und sich selbst beschützen." — Der Rappel wird wegen Beleidigung des Kaisers verfolgt.

— Nach dem Français ist die finanzielle Lage der Stadt Paris eine äußerst schlechte und übersteigt Alles, was die ärgsten Gegner des Hrn. Haußmann haben ahnen können. Die neue Anleihe von 250 Millionen wird nicht für die Arbeiten ausreichen, welche bereits gemacht sind. Für neue Arbeiten ist kein Sous vorhanden. Das Traurigste bei der ganzen Sache ist, daß weder die Gemeinderäthe der Stadt Paris, ja sogar nicht einmal der General-Sekretär der Seine-Präfectur diese Lage kannten.

Creuzot, 28. März. In den Hochöfen und Bauwerkstätten wurden die Arbeiten heute in gewohnter Weise wieder aufgenommen; die Arbeitseinstellung ist auf die Minen beschränkt.

Rom, 24. März. In der vorletzten General-Congregation des Concils hat ein so ungewöhnlich stürmischer Auftritt stattgefunden, wie er seit Eröffnung der Sitzungen wohl noch nicht vorgekommen ist und von dem seit gestern Abends sich ganz Rom unterhält. Der im hohen Grade Aufsehen erregende Vorgang wird hier zwar verschiedenartig erzählt, aber nachstehende kurze Schilderung desselben dürfte der Wahrheit am nächsten kommen: Monsignor Stroßmayer, der gefeierte Bischof von Croatien, befand sich eben auf der Rednerbühne und war gerade im Zuge, seine persönlichen Bedenken gegen eine Proposition der Curie in jener ihm eigenthümlichen würdevollen und energischen Weise vorzutragen, (in dem Schema de fide werden bekanntlich Materialismus, Atheismus, Pantheismus u. s. f. kurzweg aus der Irrlehre des Protestantismus hergeleitet. Stroßmayer erklärte nun, daß man mit einer solchen Behauptung die größte Unwissenheit verrathen und die Wahrheit auf's Schlimmste entstellen würde, da Jedermann wisse, daß es lange vor dem Protestantismus Materialisten, Atheisten und Pantheisten gegeben habe) als er von dem präsidirenden Cardinal mitten im Satze plötzlich unterbrochen und ihm ohne weiters das Wort entzogen wurde. Als er gegen diese eigenmächtige und schnöde Behandlung von Seite des Vorsitzenden, wie dies nicht anders zu erwarten war, nachdrücklichst protestirte und dabei die Bemerkung einfließen ließ, daß hier Niemand das Recht habe, ihm Stillschweigen zu gebieten, da er als zu diesen ökumenischen Berathungen ordnungsmäßig berufenes Mitglied auch vollkommen befugt sei, seine von der Majorität abweichende Ueberzeugung mit Entschiedenheit auszusprechen, erhob die päpstliche Partei ein so durchdringendes Geschrei, daß seine Stimme gänzlich übertäubt wurde, und gleichzeitig zwang man ihn auch, die Tribüne zu verlassen. Damit war aber die scandalöse Scene noch nicht zu Ende, denn jetzt nahmen sich erst seine Gesinnungsgenossen des empfindlich beleidigten Redners aus Croatien an, und so entstand allmälig ein solch lärmender Wortwechsel und ein so heftiges Gepolter in der vaticanischen Aula, daß die in den anstoßenden Gemächern anwesenden Functionäre und Dienerschaften, welche aus diesem akustischen Chaos nur immer den Namen Stroßmayer herausschallen hörten, beinahe vermutheten, es wäre unter den ehrwürdigen Concilsvätern bereits zu Thätlichkeiten gekommen. Insbesondere soll der Husar des Bischofs von Diakovar, welcher sich draußen unter den wartenden Domestiken befand, wegen seines Herrn so besorgt gewesen sein, daß er schon versuchte, mit Gewalt die Saalthür zu öffnen, um ihm zu Hilfe zu eilen.

In **Neapel** haben die Studenten Lärm gemacht, weil sie San Giuseppe, den Namenstag von Mazzini und Garibaldi, als Feiertag betrachtet sehen wollten, wie er es auch sonst in Italien war, und deßhalb die Vorträge der Professoren nicht leiden mochten. Die meisten Professoren fügten sich diesem Wunsche, Einer widersetzte sich. Da gab es denn einen Tumult, und die jungen Leute riefen: „Es lebe Mazzini und Garibaldi!" Carabinieri und Polizeileute eilten herbei und zwangen die Menge, sich zu zerstreuen.

Bayerische Angelegenheiten.

München, 29. März. Die Kammer der Reichsräthe hat heute den Gesetzentwurf über die provisorische Steuererhebung angenommen, den von der Kammer der Abgeordneten dem Gesetzentwurf beigefügten Wunsch jedoch abgelehnt.

xx **München**, 29. März. (XXIII. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer. Schluß.) — Referent Kolb fuhr fort: Im Jahre 1864 habe das Militärbudget $10^1/_2$ Million betragen, für 1870 betrage es 15,700,000 fl., also um mehr als $5^1/_4$ Million Gulden mehr. Er wolle durch seine Vorschläge die größere Hälfte dieses Plus ersparen, so daß sich das ordentliche Militärbudget auf etwa $12^1/_2$—13 Millionen jährlich belaufe, und mit dieser Summe, glaube er, lasse sich denn doch eine Armee unterhalten, welche den bayrischen Verhältnissen entspreche. Und seien $2^1/_2$ Millionen Ersparungen etwa eine Bagatelle? Wer das nicht beachte, wisse nicht, wie schwer es der Bevölkerung werde, auch nur einen Gulden zu erwerben! (Bravo Rechts.) Wenn Oesterreich, welches früher ein Militärbudget von 135,000,000 fl. gehabt habe, dasselbe pro 1869 auf 82,200,000 fl. Papiergeld oder 78,900.000 fl. Silbergeld habe reduciren können, so berechne sich, da das Bevölkerungsverhältniß zwischen Oesterreich und Bayern 7,37 : 1 sei, für Bayern ein Militärbudget von 10,767,009 fl., während es jetzt 19 Millionen verschlinge, ganz abgerechnet die Staatsgarantie für die Preise der Viktualien und des Getreides im Betrage von mehr als 1,300,000 fl. Man werde wohl bei uns ebensoweit in der Reduktion gehen können, wie in Oesterreich. Hierauf gab Referent in gedrängter Kürze eine Erörterung der Hauptpunkte seiner Vorschläge. Was die Herabsetzung der Präsenzzeit anlange, so meine er, wenn 12 Monate zur militärischen Ausbildung eines einjährigen Freiwilligen ausreichten, so könne in 8 Monaten doch auch ein Infanterist herangebildet werden! Die vorgeschlagene Verminderung der Reiterei anlangend, sei zu bemerken, daß Oesterreich nur 41 Cavallerieregimenter habe, so daß dem Bevölkerungsverhältniß entsprechend, Bayern noch nicht einmal 6 Reiterregimenter haben sollte, deßhalb eine Abminderung um 4 recht gut erleiden könne, wenn auch in Oesterreich die Regimenter etwas stärker seien, als bei uns. Auch militärische Zeitschriften, wie die „Allg. Militärzeitung“ in dem Artikel „die Taktik der Zukunft“ anerkennten den Grundsatz, daß die Cavallerie ihre frühere Bedeutung verloren habe, und daß sie nur mehr das „Auge“ der Armee sei. Auch eine Verminderung der höhern Chargen, Verminderung der Pensionslast und eine Vereinfachung der Verwaltung sei bringend geboten. Preußen zähle 4583, Bayern 1099 Militärpensionisten, also habe Bayern im Verhältnisse zu der Bevölkerung mehr Pensionisten als selbst Preußen! — Die Militärfrage schließe stets auch die Steuerfrage mit in sich. Wenn die Kammer nicht beim Militärbudget ergiebig spare, so werde sie nicht ohne Steuererhöhung und Schuldenvermehrung nach Hause kommen, und doch die gerechtfertigten Forderungen um Gehaltserhöhungen nicht befriedigen können. Es sei geboten, mit dem bisherigen System, welches den Staat finanziell ruinire, hunderte von jungen Leuten aus dem Lande treibe, und doch die geträumte Sicherheit nicht gewähre, zu brechen. Aber von dem Militärsystem eines Staates hänge auch die Cultur, Freiheit und der Wohlstand eines Volkes ab; die bayerische Kammer erkenne in Gemeinschaft mit ihrem westlichen Nachbar ihre hohe Aufgabe, und Deutschland und Europa werden ihr dafür danken, wenn sie in dieser Frage vorgeht.

Graf Fugger-Blumenthal zweifelt nicht, daß beide Theile des Hauses darüber einig seien, daß am Militäretat gespart werden müsse, da des Landes Steuerkraft die hohen Lasten nicht mehr ertragen könne, und wenn nicht endlich das Schloß am Haus mehr kosten solle, als das Haus selber. Er verwahre sich gegen die Ansicht, als ob mit dieser Erklärung dem Kriegsminister ein Mißtrauensvotum gegeben werden wolle; man wolle hiemit nur aussprechen, daß das Land nicht 25 Millionen für das Militärbudget bewilligen könne. Hr. Abg. Kolb sehe die Abhilfe für diese Zustände im Milizsystem; er gebe zu, daß demselben die Zukunft gehöre, aber eben deßwegen könne es jetzt nur erst vorbereitet werden. Dasselbe sei übrigens nicht so sehr billig, denn die Schweizer-Rechnungen geben bloß jene Summen, welche der Bund bezahle, während auch die Kantone zu bezahlen haben. Daß ein Milizheer einer regulären Armee gegenüber stets im Nachtheile sein werde, sei unbestreitbar. Für Bayern sehe er die Hilfe nicht im Milizsystem, sondern in der Anbahnung desselben, und diese liege bereits in unserm neuen Wehrgesetze, wie auch der Kriegsminister im Ausschusse erklärt habe; man müsse beim Heere sparen, möge man daher die Armee kleiner machen, aber dabei gut! Die Armee wolle man nicht ruiniren, und darauf abzielende Beschlüsse könnte man vor den Wählern nicht verantworten, denn sie sei zur Erhaltung der Selbstständigkeit Bayerns nöthig. Zwei Faktoren der Armee dürfe man aber nicht angreifen, wenn man nicht auch die Selbstständigkeit gefährden wolle, die Bewaffnung und die technische Ausbildung des Soldaten; letztere aber bedinge auch die nöthige Präsenzzeit. Eine solche von 8 Monaten für die Infanterie scheine ihm zu gering, eine solche von 2 Jahren zu lang, doch gehöre die Entscheidung nicht hieher. An unserer Artillerie etwas zu ändern, finde er nicht gut, denn auf sie, als die beste in Europa, könne man stolz sein. Den Werth der Cavallerie mache nicht das gute Reiten aus, denn die ungarische Cavallerie — geborne Reiter — sei doch von der preußischen geschlagen worden. Die Reduktion um 4 Regimenter sei um so eher möglich, da Preußen seine Cavallerie vermehrt habe und Bayern allein keinen Krieg beginnen, sondern stets mit Preußen gehen werde. (Heiterkeit). Aber insbesondere unsere Administration sei viel zu theuer, sie müsse vereinfacht werden. Ein Versuch in dieser Richtung habe die „Alles verschlingende Rechnungsmaschine“ nur noch komplicirter gemacht. Auch durch Verminderung der Generäle könne gespart werden. Redner geht nun kurz auf die einzelnen Positionen der Regierungsvorlage über und spricht die Ansicht aus, daß auch die pensionirten Offiziere noch größtentheits gegen eine Zulage zu Diensten in den Kriegsschulen, Monturdepots, Commandantschaften verwendet werden. Auch das Avancement solle geregelt werden, und nur die Dienstleistung, nicht die Charge bezahlt werden, so daß, wenn ein Offizier den höheren Dienst nicht leisten könne, wieder in seine frühere Stellung zurücktrete.

Abg. Weigand sagt, Bayern habe im Jahre 1866, wie die übrigen deutschen Staaten und Oesterreich, das bewährte preußische Wehrsystem angenommen, welches annäherungsweise allen Staatsangehörigen die gleiche Verpflichtung zum Militärdienste auferlege. Nach zweijährigem Bestande werde dasselbe angegriffen, doch richte sich die Agitation weniger gegen das Gesetz, d. h. gegen die dadurch den Personen verursachten Lasten, als gegen die Kosten. Hiefür sei eine Abhilfe nothwendig und müsse gefunden werden. Referent verweise auf das Milizsystem; auch er selber sei überzeugt, daß in Zukunft noch alle Staaten auf dieses einfachste System der Kosten wegen zurückgreifen müßten — aber plötzlich in dasselbe hineinspringen könne man nicht, sondern dasselbe nur anbahnen und allmählig die Jugend dafür heranziehen. Er habe es sehr bedauert, daß seinerzeit der Antrag des Frhrn. v. Stauffenberg, auf militärische Jugenderziehung nicht angenommen wurde. Die nächste Aufgabe scheine ihm, das jetzige Wehrgesetz beizubehalten, einige Härten auszumerzen und es so volksthümlicher zu machen, so daß die jungen Männer mit Stolz und Freude in die Armee treten. Man müsse aber auch, der Finanzlage des Staates gegenüber, auf die eingehendste Weise sparen, jedoch so, daß dadurch nicht eine Schwächung der Wehrkraft des Landes entstehe, sondern daß vielmehr durch strammeres Anziehen der vorhandenen Kräfte dieselbe noch gesteigert werde.

Abg. Stenglein ist mit dem Hauptprincipe, daß beim Staatshaushalte, namentlich beim Militär, möglichst gespart werden müsse, einverstanden, ebenso mit einer Reihe von Details; über die Motive könne man streiten. Die Agitation im Lande sei nicht gegen die Heeresorganisation, sondern gegen das Wehrgesetz gerichtet. Man mache demselben den Vorwurf, es habe Neues eingeführt, und nicht gehalten, was es versprochen; dieß sei unbegründet und man könnte demselben eher das Gegentheil zum Vorwurf machen. Die allgemeine Wehrpflicht habe auch schon in dem frühern Wehrgesetze bestanden, nur sei dieselbe im Jahre 1868 im neuen Gesetze etwas consequenter, als früher, aber immerhin noch nicht vollständig, und zwar der immensen Kosten wegen, welche Bayern zum Staatsbankerott führen würden, durchgeführt worden. Wenn dem Lande die zur vollkommenen Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht nöthige Kostenbewilligung möglich sein würde, so wäre die Kammer 1868 nicht vor dem Kostenpunkte

stehen geblieben. Früher bei der Conscription wurde nur eine Quote der Pflichtigen eingestellt, auch jetzt wird nur eine Quote eingestellt und wir haben so noch immer eine Art Conscription; — das Wehrgesetz hat also nichts Neues eingeführt. — Die Organisation des Heeres sei von den äußern Verhältnissen bedingt und er glaube, gerade jene Partei, welche stets die Selbständigkeit Bayerns betone, solle am wenigsten an dieser Organisation rütteln. Auch bei der Einführung des Milizsystemes würde man ein Wehrgesetz haben müssen, welches von dem jetzigen nicht viel verschieden sein könnte, und es scheine ihm, man suche die Nachtheile für den Staats-Haushalt an der unrechten Stelle. Wenn Referent von einer Ungleichheit der Wehrpflicht bezüglich des Instituts der Einjährigen Freiwilligen spreche, so sei dieß unrichtig, denn man müsse bedenken daß nicht Jeder seine Pflicht gegen den Staat auf gleiche Weise erfüllen könne, und daß der Vortheil der kurzen Dienstzeit bei den einjährigen Freiwilligen reichlich durch ihre Leistungen an den Staat (durch Selbstequipirung, Verpflegung ꝛc.) ausgeglichen werde. Eine Gleichheit vor dem Gesetz könne nur durch eine durchschnittliche Beurtheilung eingeführt werden. Redner hebt das Vertrauen erweckende Verfahren bei den Ersatzkommissionen, welches jeden Theilnehmer an einer solchen Kommission unbedingt für das Wehrgesetz gewinne, hervor, betont, daß das Wehrgesetz dem Staate ohne Kosten gute Reserve und Reserveofficiere bringe, daß durch Aufhebung des Loskaufens eine moderne Art der Sklaverei beseitigt worden sei und kommt dann schließlich auf die Behauptung zu sprechen, daß die Vergehen und Uebertretungen gegen das neue Wehrgesetz sich neuestens sehr gemehrt haben sollten, wobei er an der Hand sicherer Ziffern den Nachweis führte, daß eine solche auffällige Mehrung der Uebertretungen und Vergehen in neuerer Zeit nicht stattgefunden habe. Die Kammer habe bei der vorliegenden Frage zwei Punkte zu beachten: was zur Erhaltung der Selbständigkeit nöthig und wie es mit den Finanzverhältnissen zu vereinen sei. In der Finanzfrage werde man vielfach einer Meinung sein, und überall streichen, wo es die Selbständigkeit nicht gefährde, in der politischen Frage aber erscheine der Uebergang zum Milizsystem unthunlich, denn der Bürger und Geschäftsmann dürfe kein halber Soldat werden. Dieser Umstand habe schon eine Abneigung gegen die alte Landwehr erregt, und die Agitation auch gegen die neue Bürgerwehr verursacht. Darüber sei kein Zweifel, daß das bisherige System in Europa nicht weiter bestehen könne, da kein Staat die daraus folgenden Lasten länger zu tragen vermöge. Aber die übermäßige Kürzung der Präsenzzeit würde nur eine schlechte Armee schaffen, und wolle man das bewirken, so möge man gleich das ganze Militärbudget streichen. Bezüglich der Erhaltung unserer Selbständigkeit dürften wir uns nur auf unsere Verbündeten, nicht aber auf die Eifersucht der Mächte verlassen. Wenn wir nicht leisten würden, was wir herauspressen könnten, so wäre es nach einem Siege unsrer Verbündeten wohl möglich, daß man aus uns herauspressen würde, was wir nicht leisten könnten.

Abg. Lucas spricht nicht zur allgemeinen Debatte, sondern hebt hervor, daß bittere Klagen darüber geführt werden, daß die Einstandsmänner ihre ganze Zeit von 6 Jahren im aktiven Heere oder in der Gendarmerie abdienen, während die, für welche sie einstehen, nur drei Jahre in der aktiven Armee zu dienen hätten und sie doch nur einen Vertrag mit Privaten in Bezug auf gleiches Recht und gleiche Pflichten geschlossen hätten. Warum sei der Beschluß der frühern Kammer in Bezug auf diesen Mißstand nicht ausgeführt worden? Ferner ist Redner der Ansicht, daß auch das Urlaubswesen beim Militär einer gesetzlichen Regelung unterstellt werden solle.

Abg. Frhr. v. Stauffenberg hätte auch lieber die Debatte bis zur Berathung des Militärbudgets verschoben gesehen und erklärt, daß er bezüglich der Einführung des Milizsystems mit dem Referenten übereinstimme. Man müsse seiner Ansicht nach schon jetzt alle Mittel anwenden, um sich diesem Systeme mehr zu nähern. Referent habe in Bezug auf die Auswanderungen, die Krankheits- und Todesfälle die Farben zu schwarz aufgetragen. Die Auswanderungen seien auch in der Schwarz sehr zahlreich, aber nicht durch die Scheu vor dem Leben in der Kaserne, sondern durch die angeborne deutsche Wanderlust veranlaßt; dagegen sei in Frankreich, welches die längste Präsenzzeit habe, die Auswanderung eine viel geringere. Auch Krankheiten und Todesfälle träten im Militär gegenüber dem Civilstande nicht in besonders auffälliger Weise hervor, und dann sei auch zu berücksichtigen, daß Städte auch andere Mortalitätsverhältnisse als das Land haben; doch könnten auch in dieser Richtung durch Beseitigung des Zusammenpferchungssystemes nicht unwesentliche Verbesserungen der Verhältnisse geschaffen werden. — Zur Einführung des Milizsystems sei aber jetzt, da man vor einem Eroberungskrieg nicht sicher sei, keine geeignete Zeit. Wenn man die jetzige Armeeorganisation als eine Folge des neuen Wehrgesetzes ansehe, sei dieß unrichtig, denn dieselbe rühre von den Beschlüssen der schon ein Jahr früher stattgehabten Stuttgarter Conferenzen her, und wäre auch ohne die Erlassung des neuen Wehrgesetzes eingeführt worden. Die einzige neue Ausgabe, welche man auf Rechnung des neuen Wehrgesetzes setzen könne, seien die 563,000 fl. für die Landwehr. — Auch hinsichtlich der Finanzlage des Landes sehe der Referent zu schwarz; man dürfe nicht gleich den Kopf senken; es gebe im Staate außer den Militärausgaben noch andere unproduktive, oder die es werden könnten. Obwohl er kein Fachmann sei, wolle er seine Befürchtungen über den Kernpunkt der Vorschläge, über die Kürzung der Präsenzzeit mittheilen. Die Vorschläge des Referenten schienen ihm zu vollkommner Ausbildung des Soldaten nicht genügend. — In Bayern gebe es seiner Ansicht nach keinen eigentlichen Militarismus, wohl aber einen militärischen Kastengeist, der beseitigt werden müsse; so seien z. B. die Militärbeamten von der Ehrengerichtsfunktion ausgeschlossen. Auch die Forderung nach einem Avancementgesetz werde stets wiederkehren, und mit der Aufhebung der politischen Rechtslosigkeit des Militärs würden dann Männer aus eigner Erfahrung über alle diese Fragen hier sich aussprechen können. Im gegenwärtigen Budget sei eine Ersparung hinsichtlich der überzähligen Offiziere, welche eine Folge der frühern Heeresorganisation seien, noch nicht möglich, denn sonst müßte man im Falle einer Aufstellung eine Menge Unerfahrner als Offiziere anstellen, die später dem Staate zur Last fielen. Die Annahme der geringen Präsenzzeit würde die Armee schwächen, und sich nur schwer ein Kriegsminister dazu hergeben, der dann eben nur die formellen Geschäfte erledige. Redner faßte schließlich seinen Vortrag dahin zusammen: „Ich und meine Freunde wollen alle Ersparnisse, welche mit der Wehrkraft der Armee nur immer verträglich sind; wir wollen die Steuerkraft des Landes schonen, so viel als möglich; wir wollen bezüglich der Präsenzzeit auf das zulässige Minimum herabgehen; wollen, daß der unnöthige Wachdienst, der $^1/_4$ bis $^1/_3$ der Zeit hinwegnimmt, fortfalle. Wir wollen aber nicht blos für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft sorgen. Ich werde demnächst einen Antrag über militärische Wehrerziehung unseres Volkes einbringen, durch dessen Annahme, wie ich hoffe, dem Vaterlande ein Dienst erwiesen wird, der größte, der ihm in dieser Landtagssaison erwiesen werden kann."

Abg. Dr. Schleich betonte in seiner Rede, daß er sicher zwar glaube, daß unser Kriegsminister ein bayrischer Minister sei, daß man aber ungeachtet alles Vertrauens auf ihn, auf bedeutende Ersparnisse beim Militär hinarbeiten müsse. Hierauf ließ sich der Redner, nachdem er bezüglich der Allianzverträge von 1866 die Befürchtung ausgesprochen, daß sie auch auf die Offensive sich erstreckten, und daß Bayern durch sie auch im Frieden größere Militärlasten auferlegt würden, über die Auffassung der Bündnißverträge bei den Römern aus, und äußerte schließlich, er freue sich darüber, daß man jetzt die Militärforderungen zu berathen habe, weil sich hiebei zeigen müsse, ob wir unsere Verhältnisse wirklich noch selbstständig zu ordnen vermöchten. — Schluß der Sitzung.

xx **München**, 30. März. (XXIV. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Zu Beginn der Sitzung theilt der I. Präsident ein Schreiben der Kammer der Reichsräthe mit, worin dieselben ihre Zustimmung zu dem Beschlusse über den Gesetzentwurf bezüglich der provisorischen Forterhebung der Steuern und die Ablehnung des angefügten Wunsches bekannt geben, wornach also über den Gesetzentwurf Gesammtbeschluß besteht und der Wunsch in Wegfall

kommt. — Nachdem der Antrag des Abg. Dr. Jörg auf Niedersetzung eines besonderen Ausschusses zur Berathung des Tax- und Stempel-Gesetzentwurfes ohne alle Diskussion angenommen war, wurde in der allgemeinen Debatte über die außerordentlichen Militärcredite fortgefahren.

Die Reihe der Redner eröffnete heute der k. Staatsminister des Aeußern, Graf v. Bray-Steinburg: Dr. Schleich habe in seiner gestrigen Rede am Schlusse die Allianzverträge vom 22. August 1866 erwähnt und daran, bis auf die Römerzeit zurückgehend, Bemerkungen und Schlüsse geknüpft. So weit werde er demselben nicht folgen, sondern bloß bemerken, daß damals weder das heutige Rom noch Europa bestanden habe, und daß der größte Feldherr, Napolen I., welcher auf römische Weise vorzugehen versucht habe, damit enden mußte, daß er auf St. Helena starb. — Nun wolle er kurz seinen Standpunkt dem vorliegenden Referate gegenüber bezeichnen. — „Der Zweck der innern Politik, fuhr Redner fort, wie ich sie auffasse, ist Versöhnung, nicht bloß ein Compromiß und Vermittlung, sondern auch Versöhnung der Gegensätze durch Aufklärung von Mißverständnissen, durch Beruhigung der Gemüther und durch Beseitigung unberechtigter Besorgnisse. Die Staatsregierung ist keine Parteiregierung, sie kann und will keine sein; sie steht auch nicht über den Parteien, da dieser erhabene Standpunkt in einem constitutionellen Staate nur dem Souverän zukommt; sie steht aber außerhalb der Parteien. Dieser Standpunkt ist nicht bequem; aber er ist der einzige, welcher der Staatsregierung zukommt. Bezüglich der äußern Politik und der deutschen Frage ist durch die Verhältnisse ein ziemlich enger Weg vorgezeichnet, von dem wenig nach rechts oder links abgewichen werden kann. Es existiren bindende Verträge, die gehalten werden müssen, andererseits aber die Pflicht, die berechtigte Unabhängigkeit des Landes und die freie Selbstbestimmung unversehrt zu bewahren. Es ist behauptet worden, die jetzige Lage Bayerns sei nicht haltbar; ich theile diese Ansicht nicht. Allerdings geht ein Zug des Provisoriums durch ganz Deutschland und Europa, und in den Zuständen liegt Manches Unzeitige, und auch Bayern ist nicht frei davon; aber Bayerns Lage ist nicht unhaltbar, sondern unangreifbar, denn in Mitte Europas und Deutschlands liegend, müßte jede ernstliche Bedrohung desselben große Complikationen hervorrufen, denen sich auch die größten Mächte nicht aussetzen möchten. Ein politischer Grundsatz scheint uns sich jetzt gerade zu empfehlen: Wir sollen das Erreichbare anstreben, die sorgsamste Pflege der freundschaftlichen Verhältnisse zu allen Nachbarn, in erster Linie zu unsern deutschen Stammesgenossen in Nord, Süd, Ost und West. — Was ich Ihnen empfehle, ist diese praktische Politik unserer Interessen; was ich Ihnen verspreche, ist eine offene, und selbstverständlich redliche und loyale Politik. (Lebhaftes Bravo) Eine offene Politik hat für uns um so weniger Schwierigkeit, als wir keine geheimen Verträge, keine geheimen Verpflichtungen, keine politischen Geheimnisse haben. Was wir wollen und anstreben, darf die ganze Welt erfahren: **Wir wollen Deutsche, aber auch Bayern sein!**“ (Stürmisches Bravo.) Abg. Dr. Schleich habe hinsichtlich der Allianzverträge zwei Befürchtungen geäußert: sie möchten sich auch auf die Offensive erstrecken, und sie möchten uns auch im Frieden größere Lasten auferlegen. Für die Bedeutung der Verträge sei deren Inhalt maßgebend. Art. 1 des Allianzvertrages spreche deutlich dessen Zweck zur gegenseitigen Besitzgarantirung der Contrahenten aus, und daß sie sich zu diesem Zwecke gegenseitig ihre Truppen zur Verfügung stellen. Dieser Vertrag sei im Jahre 1866 nach Zerreißung des deutschen Bundes das einzige Mögliche gewesen; er habe der Schließung desselben persönlich beigewohnt, aber nie sei ein Wort von Offensive gesprochen worden. Auch die zweite Befürchtung werde durch den Text des Vertrages nicht gerechtfertigt, denn derselbe habe immer nur den Kriegsfall im Auge. Wenn unserm Verbündeten daran liege, daß wir nicht wehrlos seien, so hätten wir jedenfalls noch größeres Interesse daran, daß unser Verbündeter nicht wehrlos sei! „Und so, schließt Redner, empfehle ich Ihnen, nehmen Sie Ihren Patriotismus und Ihre erleuchtete Vaterlandsliebe zur einzigen Richtschnur bei gegenwärtiger Berathung und Beschlußfassung!“ (Lebhaftes Bravo.)

Abg. Pfarrer Mahr spricht aus, seit Bayern unter der Wittelsbacher-Dynastie stehe und Max I. die Verfassung gegeben, habe nie das Volk mit größerer Spannung den Kammerverhandlungen entgegengesehen, als dießmal, denn es wisse, daß im Jahre 1870 sich ein wichtiges folgenschweres Kapitel seiner Geschichte abspiele, und deßhalb habe das Volk seine ganze Kraft gegenüber den unerhörten, noch niemals dagewesenen Maßnahmen der Staatsregierung bei den Wahlen eingesetzt, um seiner wahren Meinung Ausdruck zu verschaffen. Das Volk habe sie, die patriotischen Abgeordneten geschickt, damit sie ihre ganze Kraft einsetzen sollen, um Bayerns Selbständigkeit zu wahren und das schleichende Gift der Verpreußung zu beseitigen. Das Volk möchte nicht erleben, daß die sogenannten Liberalen und Preußenfreunde in die obersten Stellen der Verwaltung und des Heeres kämen, wie in Hannover, wo der König vor seiner Depossedirung schon längst verrathen gewesen sei. Theilweise sei ihre Aufgabe gelungen, denn Fürst Hohenlohe, welcher als Vicepräsident des Zollparlamentes gegen die patriotische Majorität gestimmt habe, nehme seinen Platz nicht mehr ein, und es freue ihn, daß dessen Nachfolger es betont habe, daß wir Bayern sind. Hiemit sei die Umkehr vom bisherigen System angebahnt. Aber der zweite Kampf gegen den Militarismus, diesen Unhold, der auf Deutschland und Europa als drückender Alp laste, sei noch zu kämpfen. Das bayerische Volk begreife nicht, warum man immer neue Verträge schließt, Soldaten verlangt, Kasernen und Festungen baut; unsere (patriotischen) Abgeordneten wollen dieses abnorme Verhältniß wieder in die richtige Bahn lenken, die Ungeheuerlichkeit beseitigen, damit die besten Kräfte wieder der bürgerlichen und gewerblichen Arbeit gegeben werden und nicht nutzlos die Zeit in den Kasernen zubringen. Der Militarismus, wie er bestehe, führe zum Ruin des Landes (Rufe: Ah! Nein! Nein!), und wenn man dieß von anderer Seite nicht auszusprechen wage, so wollten die Patrioten es wagen. (Lärm und unverständliche Rufe.) Wenn man im Jahre 1866 auch 100,000 Mann gegen Preußen geschickt hätte, so wäre dieß doch durch die fränkische Schweiz vorgedrungen, obwohl General v. d. Tann durch die bayerischen Kanonen es hätte verhindern können, wenn er dort gewesen wäre oder gewollt hätte. (Lärm, Tumult, unverständliche Rufe durcheinander.)

Der I. Präsident ruft den Redner zur Ordnung und bemerkt, er könne in diesem Saale solche Beleidigungen nicht dulden. Redner spricht weiter, worüber wir morgen berichten werden, und sagt unter Anderm: „die Patrioten wollten ein bayrisches Heer, in welchem zu dienen, für den Soldaten eine Ehre sei.“

Hierauf erhebt sich der kgl. Kriegsminister v. Prankh: Nach dem Verlauf der gestrigen Debatte habe er nicht geglaubt, zu einer persönlichen Abwehr das Wort ergreifen zu müssen, wozu er sich jetzt durch Abg. Mahr gezwungen sehe. Er glaube, es sei noch nicht dagewesen, daß Jemand schon je in solcher Weise, wie eben Abg. Mahr, von einem Manne gesprochen, der alle Achtung verdiene und Verdienste um den Staat habe. (Lautes Bravo!) Er wisse nicht, wie er diese Bemerkung verstehen solle, ob damit die Treue, die Verdienste oder die Fähigkeiten des Mannes gemeint seien; — unter allen Verhältnissen weise er dieselbe mit aller Entschiedenheit zurück! (Stürmisches Bravo.) Was die weitere Bemerkung betreffe, daß die Patrioten ein Heer wollten, in dem als Soldat zu dienen, eine Ehre sei, so bemerke er: **Im Heere zu dienen, sei bisher eine Ehre gewesen,** (Dr. v. Schauß ruft: und soll es bleiben!) **und solle eine solche bleiben, so lange er an seinem Platze stehe!** (Langanhaltender, stürmischer Beifall.) Ferner sprachen in heutiger Sitzung, in der die allgemeine Debatte beendet wurde, die Abg. Greil, Graf Fugger, Westermayer, Dr. Völk, Dr. Huttler, Dr. Ruland, Fischer, Dr. M. Schleich, Dr. Edel, Lucas, sowie der Kriegsminister und der Referent. — Morgen beginnt die Specialdebatte.

Lokales und Provinzielles.

München, 30. März.

* Se. k. Hoh. Prinz Otto haben gestern dem Portier am hiesigen Staatsbahnhofe, Hrn. Huber, eine sehr schöne, werthvolle Bril-

lantnadel für bei den Reisen Sr. k. Hoheit geleistete Dienste zum Geschenke gemacht.

ϱ (Zur öffentl. Magistratssitzung vom 29. März.) Die Ernennung des Hrn. Marschall als Schulrath und Schulcommissär hat laut Ministerial-Entschließung in Bezug auf letztere Funktion die k. Bestätigung erhalten; Hr. Marschall wird demnächst in sein Amt eingeführt. — Bürgermeister v. Steinsdorf erstattete Bericht über die Verhältnisse der Magistratsbediensteten, resp. Ausscheidung derselben in höhere und niedere. Nach der Gemeindeordnung steht die Anstellung niederer Bediensteter dem Magistrate, jene der höheren Bediensteten beiden Collegien gemeinsam zu. Der Bürgermeister beantragt, sämmtliche Bedienstete der I. bis VI. Kategorie des Gehalts-Status und einzelne Bedienstete der VII. und X. als höhere Bedienstete zu erklären, eventuell beantragt er, die Bediensteten der zehn ersten Kategorieen des Gehaltsstatus als höhere Bedienstete zu erklären. Die HH. Riedmayer und Billing beantragen dagegen, die Bediensteten mit dem Minimalgehalte von 600 fl. an als höhere Bedienstete zu erklären; Hr. Rau will jedoch die höhern Bediensteten schon mit 500 fl. Minimalgehalt beginnen lassen. Nach längerer Debatte, in welcher Hr. Riedmayer seinen Antrag zurückzog, Hr. v. Steinsdorf denselben sich jedoch mit der Modifikation angeeignet hatte, daß auch die Magistratsoffizianten zu den höheren Bedienstete zu rechnen seien, wurde dieser letztere Antrag mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Die Frage der Geschäftsrepartition ist auch heute wieder Gegenstand der Berathung; v. Steinsdorf berichtet über die in diesem Betreffe jüngst stattgehabte Sitzung der Gemeindebevollmächtigten (siehe Südd. Tel. Nr. 85). Zwischen dem Bürgermeister und diesem Collegium besteht nur noch die Differenz, daß das Collegium die Feststellung der Befugnisse der Respicienten in der Geschäftsordnung dem Magistrate, der Bürgermeister dieselbe aber sich vindicirt. Zur Beseitigung dieser Differenz beantragten die Gemeindebevollmächtigten eine Cumulativsitzung beider Collegien. Bürgermeister v. Steinsdorf beantragt Abweisung dieses Antrages, weil der Gegenstand ohnedieß schon der Aufsichtsbehörde vorliege, weil er (v. St.) von seiner Meinung nicht abgehe, eine solche Sitzung daher zu keinem Resultate führen würde, endlich weil eine Cumulativsitzung zu dem angegebenen Zwecke nicht gesetzlich sei, da das Gesetz nur bei Differenzen zwischen den beiden Collegien, nicht aber bei Differenzen mit dem Bürgermeister Cumulativsitzungen anordne. Hiegegen wurde von den HH. Billing, Riedmayer und Zechmeister in trefflichen Reden, die wir des Raumes wegen leider nicht in gewünschter Ausführlichkeit mittheilen können, dargethan, daß das Gesetz keineswegs Cumulativsitzungen zu andern, als im Gesetze angeführten Zwecken ausschließe, daß aber die Wichtigkeit der Sache nicht weitere Verschleppungen, sondern baldige Vereinigung dringend erfordere, um so mehr, da ein gleichformulirter gemeinsamer Beschluß beider Collegien noch nicht vorliege. Hr. Rechtsrath Ruppert erklärt, daß ein Beschluß auf Cumulativsitzung ein ungesetzlicher sein würde, dem er für seine Person nicht folgen werde; auch Hr. v. Widder erklärt sich in gleicher Weise und warnt vor Terrorisirung der Minorität durch die Majorität „auf nicht gesetzlichem Wege". Mit Recht verweist Hr. Rau darauf, daß auch im Gemeindecollegium Juristen säßen, die gewiß auch wüßten, was gesetzlich sei oder nicht und auch dem Antrage auf eine Cumulativsitzung zugestimmt hätten; gerade damit auch die Rechtskundigen ihre Ansichten austauschen könnten, sei eine Cumulativsitzung nothwendig. Hr. Billing warnte vor ungerechtfertigten Vorwürfen, weist in warmer Rede die Nothwendigkeit der Einheit beider Collegien nach und beantragt, eine solche Sitzung auf Mittwoch Vorm. 9 Uhr anzuordnen. Der Antrag des Bürgermeisters wurde mit 16 gegen 9 Stimmen abgelehnt, der Antrag Billings mit 16 gegen 9 angenommen, worauf die beiden Bürgermeister und sämmtliche Rechtsräthe gegen den Beschluß protestirten und erklärten, daß sie der Cumulativsitzung, weil ungesetzlich, nicht anwohnen würden. — Der Antrag auf Einverleibung der neuen Maximilians-Kaserne in den Burgfrieden wurde abgelehnt. — In der Frage der Vicinalbahn Holzkirchen-Tölz ward der Ausschuß-Bericht angenommen, daß die Gemeinde München ihre Unterstützung nur unter gewissen Bedingungen, z. B wenn die Trift aufhörte, zu dem Bahnbaue leistet. — Das Gemeindecollegium theilt mit, daß es der Vorstellung an die Kammer hinsichtlich des Bürgerwehrgesetzes beigetreten ist. Hierauf wurde eine Cumulativcommission zur Prüfung der Schlachthausfrage niederzusetzen beschlossen.

Kronach, 29. März. Gestern ging ein Bauernknecht in Neukenroth mit seinem Herrn die Wette ein, er laufe, wenn der Bahnzug von Stockheim abgehe, von Neukenroth, das vom Abfahrtsort 10 Minuten entfernt liegt, weg und komme noch vor dem Bahnzug in Kronach an. Mit der Ertönung des Zeichens zur Abfahrt des Zuges in Stockheim, sprang der Knecht zur Thüre des Wirthshauses in Neukenroth hinaus, den Rock und Shlips über dem Arm, lief er nach Stockheim, dort auf dem Eisenbahndamm fort bis Gundelsdorf, wo die Eisenbahn die Staatsstraße durchschneidet, hier rannte er auf der Staatsstraße fort bis Knellendorf, wo er im Wirthshause ein Glas Branntwein hinunterstürzte, dann in beständigem Laufen fort bis unter die Straßenbrücke, wo er den Eisenbahndamm wieder gewann und trotz der herrschenden Kälte vor Schweiß triefend, vor Ankunft des Zuges auf dem Bahnhofe in Kronach anlangte. Er hatte die Wette von 10 fl. gewonnen; ob aber seine Gesundheit nicht darunter leidet, wird erst abzuwarten sein. Die Entfernung von Neukenroth nach Kronach beträgt 2 Stunden. Die Fahrzeit von Stockheim nach Kronach einschlüssig der Aufenthaltszeit in Gundelsdorf ist 31 Minuten.

Schillingsfürst, 28. März. Heute Vormittag ließ Herr Regierungsrath von Praun den hiesigen Gemeindebürgern, welche gegen die am 12. und 13. November v. Js. dahier vorgenommene Gemeindewahl protestirten, den Beschluß des k. Bezirksamtes hierüber eröffnen, welcher dahin lautete, daß zu Folge mangelhafter Anlegung 2c. der Wählerliste u. s. w. eine Neuwahl stattzufinden hat.

Theater.

„Die Wassernixe." — Wir sahen sie zum ersten Male. Vor allem müssen wir Frau Grahn unsere aufrichtige Bewunderung für die wirklich schöne Inscenirung aussprechen; die Ensemble-Tänze werden correcter getanzt, als wir es hier je gesehen. Man sieht, daß eine kundige Hand das Ganze lenkt. Eine wirklich schöne, poetische Gestalt ist Frl. Zink als „Undine". In einzelnen Scenen zeigte sich uns ein bedeutendes mimisches Talent, welches auch im Stande ist ein ernsteres Gefühl in einer ernsthafteren Weise auszudrücken, und nicht allein durch jene ewig gleichen und ewig nichtssagenden Hand- Arm- und Gesichtsmuskelbewegungen, welche die Balletmimik fast immer widerlich machen. Getanzt hat das Fräulein wie immer mit möglichster Leichtigkeit und Anmuth. Auch Frl. Kilian erntete Beifall, ebenso wie Hr. Fenzl, der denselben auch verdiente. Das Ballet ist stofflich besser, als ähnliche Produkte. Man sieht darin ein Streben nach einem poetischen Stoff, und in einzelnen Scenen ist derselbe auch auf poetischere Weise gekennzeichnet, und zwar nur so lange, als leichte rhythmische Bewegungen und die Mimik als Ausdrucksmittel gebraucht werden. Sobald aber wieder die gewöhnlichen Kunststücke kommen, bewundert man die Tanzfertigkeit, aber alle Poesie verschwindet. Im 2. Acte z. B. als Matteo Undine am Ufer findet, nimmt er sie einmal, wie einen Regenschirm, unter den Arm, Undine — Frl. Zink, — hält sich vollkommen steif und Matteo — Hr. Fenzl — dreht sich auf einem Punkte mit ihr vielleicht sechsmal herum. Schwierig mag es sein, aber unschön ist es auch. Hrn. Fenzl möchten wir noch eines bemerken. Als ihn Undine in die Fluthen zieht, soll er seine Hände nicht so in die Höhe strecken, sondern es dann erst thun, wenn er aus der Bezauberung erwacht und fühlt, daß er dem Tode geweiht ist. Die Ausstattung ist hübsch. Das Haus war gut besucht.

Telegraphische Nachrichten.

Karlsruhe, 30. März. Die Abgeordnetenkammer hat das Gemeindegesetz nach den Anträgen der Commission ohne Diskussion einstimmig und das Armengesetz mit allen gegen 13 Stimmen angenommen.

Wien, 29. März. Der Resolutionsausschuß hat den An-

trag Schindlers auf Uebergang zur Tagesordnung über die von Grocholski im Sinne der galizischen Resolution beantragten Abänderungen der Reichsverfassung angenommen, nachdem dieselben vor dem Eintritte der Reform der Reichsrathswahl gegenwärtig unzulässig erscheinen.

Wien, 30. März. Sitzung des Abgeordnetenhauses. Der Minister des Innern fordert schriftlich zur Vornahme der Delegationswahlen auf und legt den Gesetzentwurf zur Ergänzung des Staatsgrundgesetzes durch Einführung direkter Reichsrathswahlen für die Fälle der Nichtannahme oder Zurücklegung der Reichsrathsmandate (Nothwahlgesetz) vor.

Wien, 30. März. (Wochenausweis der Südbahngesellschaft.) Die Einnahmen betrugen vom 19. bis 25. März 426,178 fl., ergaben somit eine Mindereinnahme von 127,806 fl. gegen die entsprechende Woche des Vorjahrs.

Berlin, 30. März. Die halbamtliche Provinzialkorrespondenz sagt: Die Regierung wird voraussichtlich das Abgeordnetenhaus einige Zeit vor Ablauf der gegenwärtigen Legislaturperiode (10. November) auflösen, da die wichtigen Aufgaben der nächsten Landtagssession zeitige Einberufung erfordern.

Frankfurt, 30 März. Am 4. April kommen 2 Millionen Dollars 7prozentige Port-Royal-Bonds zu 73½ zur Subscription.

Paris, 29. März. Sitzung des gesetzgebenden Körpers. Ferry entwickelt seinen Reformentwurf zum Wahlgesetze Angesichts der nahen Kammerauflösung. Ollivier sagt, daß die Regierung fortfahre, eine Auflösung der Kammer als inopportun zu betrachten. Der Entwurf Ferry's wurde mit 164 gegen 64 Stimmen verworfen. Picard fordert, die Interpellation, betreffend die constituirende Gewalt, auf morgen anzuberaumen. Ollivier sagt, daß zwingende constitutionelle Nothwendigkeiten und Rücksichten nicht gestatten, die Diskussion jetzt anzunehmen. Picard besteht darauf. Ollivier antwortet: „Wir fordern als einen Akt des Vertrauens, die Interpellation zu vertagen. Wenn Sie es verweigern, werden wir aufhören, Minister zu sein." (Große Sensation). Die Interpellation wird mit 147 gegen 75 Stimmen vertagt.

Florenz, 29. März. Die Kammer hat conform dem Regierungsentwurfe das Budget für das Ministerium des Aeußern genehmigt. — Die Journale constatiren, daß allenthalben die Ruhe zurückgekehrt ist.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 30. März. (Schlussc.)

Wechsel auf London . . .	— —	Oest.-franz. Staatsbahn . .	379½
„ „ Paris . .	95⅛	Bayr. Ostbahn-Actien . .	11 ⅛
„ „ Wien . . .	96	Elisabeth-Prior. I. Em .	77
5 proc. bayr. Anleihe . .	100⅝	4% bayer. Prämien-Anl. .	105⅞
4½ „ „ „ . .	91⅜	Bad. Präm.-Anleihe .	106⅜
4 „ „ Grundrente .	86	Oesterr. Loose v. 1860 . .	80
4 „ „ Obligat. . .	86	„ Loose v. 1864 .	115½
5 proc. österr. Metall., engl. .	— —	Alsenzbahn	86⅝
5 „ „ National-Anl.	— —	Oberhessische Bahn .	67⅛
Steuerfr. Metall. v. 1866 .	— —	Lombarden	231
1882er Amerikaner .	95⅛	Napoleons	9.30½
Oesterr. Bank-Actien . .	694	Rente Silber 58¼. Pap. 50¼.	
Credit-Actien . .	279½	fest. Handelsbank	—

Wien, 30. März. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen .	71.10	Franz-Josef-Actien .	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1839 .	—.—	Franz-Josef-Prior. . .	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860 .	98.—	Steuerfr. Metall. on 1866 . .	—.—
„ fl. 100 Loose vom 1864 .	121.25	Napoleons . . .	9.89
Oesterr. Bank-Actien . .	725.—	Wechsel auf Augsburg .	102.85
„ Credit-Actien . .	292.—	„ „ London . .	124.15
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien .	396.—	„ „ Paris . .	49 25
Oest.-Rudolphsbahn-Actien . .	—.—	„ „ Frankfurt a. M. .	103.20
„ „ Prioritäten .	—.—	Ung. Nordostbahn .	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden . .	243.25
Siebenbürger Actien . .	—.—	Angl.-Aust.-B. 343.—Pap.-R.	61.35

Berlin 30. März (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865 . .	45⅞	Lombarden	131⅞
4 proc. bayr. Präm.-Anl. .	105⅜	Italienische Anleihe . . .	55⅜
4½ „ „ Anleihe . . .	92	1882er amerikanische Bonds .	96
Bad. Prämien-Anleihe . . .	103½	5 proc. preuss. Anleihe . .	101⅝
Darmstädter Actien . .	129¾	4½ „ „ „ .	92⅝
Oesterr. Credit-Actien . .	159⅝	Wechsel auf Augsburg .	—.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien .	218¼	„ „ Frankfurt .	—.—
Staatsbahn-Prioritäten . .	293	„ „ London . .	—.—
Oest. fl. 500 Loose von 1860 .	79½	„ „ Paris . .	— —
„ fl. 100 Loose von 1864 .	66⅛	„ „ Wien	— —
5 proc. östr. National-Anl. .	— —		

New-York, den 29. März. Gold 111⅞. Wechsel in Gold 108½ Bonds per 1882 110. Baumwolle 22½. Petroleum 25⅞.

Liverpool, den 28. März. Schlussbericht. Heutiger Umsatz 10.000. Orleans 11½. Middling amerikanische 11¼. Fair dhollerah 9⅜. Middling fair dhollerah 9⅛. Good middling dhollerh 8⅞. Fair Bengal 7⅞. Fair Omra 9½. Pernam 11⅝. Smyrna 10⅞. Egyptian 12—. Amerik. per März-April —. Dhollerah per Mai —. Omra 9⅞ Tages-Import 2.053, davon Ostindische —— Tendenz: ruhig.

Curse des Münchener Handelsvereins vom 30. März 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. 3½% Obl.	fl. 1000	81½	80½
4% ganz. Obl.	1000	86⅜	
4% halbj. Obl.	1000	86⅜	
4% Grundr.-Obl.	1000	86⅝	
4½% ganzj. Obl.	1000	92	91⅝
4½% halbj. Obl.	1000	92	91⅝
4½% „ Milit. .	1000	92	91⅝
5% Obl.	1000	101¾	101⅛
4% Münch. Obl.	1000		
5% „ „	1000	101¾	100½
4½% Ostbahn-Aktien .		120	
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung . .		87¼	86¾
dto. volle		87¼	86⅞
Pfdbr. d. bayer. Hyp.-u. W.-Bank à fl. 1000		90½	90¾
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.		100	99⅞
Aktien „ „		823	823
Bayer. Handelsbank-Act.			98
„ Vereinsbank . .		120	119¾
Württemberg. 4½% Obl. . . .		91¼	
Oesterreich 4⅕% Silb.-Rte. 6/7		58⅝	58⅜
„ Pap.-Rte „			
5% Nation.-Anl. . 5/6			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à 116⅔			
5% Met. Stfr. v. 1866 6/7			
Oest. Bank-Aktie . .			
„ Cred.-Aktien . .		279½	279⅜
Oest.-franz. Stsb.-Aktien .			

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb. .	232⅝	232½
Preußen. 4½% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. 2½	95¼	95⅛
„ 1884 „	94¼	
„ 1885 „	94¼	
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	106⅛	
4% Bad. „ „	106½	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	6½	
Pappenheimer dto.	5¾	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose . .	18½	
Oester. 1854er Loose à fl. 250 5/6		
„ 1860er „ à fl. 500 6/7		
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred Loose . . .		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		310
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		123
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor .	95	
Chemische Fabrik Heufeld		76
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn . . .		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn . .		
„ Siebenbürger Bahn . . .		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. I. Em. 6/7	77½	
dto. II. „ „		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn „		

		Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn .		79½	79⅛
„ Siebenbürger Bahn „			
„ d. Böhm. Westbahn „			
„ Alföld Fiumander Bahn „		76¾	
Wechsel.			
Amsterdam fl. 100 holl.	K. S.		100⅜
	L. S.		
Augsburg fl. 100 . . .	K. S.		
	L. S.		100
Berlin Rthlr. 60 . .	K. S.	105	104⅞
	L. S.		104⅞
Frankfurt fl. 100 . . .	K. S.		
	L. S.		100
Hamburg M.-B. 100 . .	K. S.	88¾	88½
	L. S.		88⅜
Leipzig Rthlr. 60 . .	K. S.	105	104¾
	L. S.	105⅛	104⅞
London Pfdst. 10	K. S.	120⅛	119⅞
	L. S.	120⅛	119⅞
Paris Fr. 200	K. S.	95¼	95
	L. S.	95¼	95
Wien fl. 100 . . .	K. S.	96¼	
	L. S.		
Bank-Disconto für Platz-Wechsel . .			
„ „ Lombard. . .			
Geldsorten.			
Preuß. Friedrichsd'or		9.59	9.58
20 Francs Stücke		9.31	9.30
Preuß. Cassen-Scheine		105⅛	104⅞
Oest. Banknoten		96⅛	96⅛

Bekanntmachung.

(Die II. Hundevisitation und Zeichenlösung im Jahre 1870 betr.)

Zum Vollzuge der oberpolizeilichen Vorschriften über Hundevisitation vom 27. März 1866 (Kreisamtsblatt S. 618) findet die zweite Hunde-Visitation und Abgabe der Hundezeichen für das Jahr 1870 an den für die einzelnen Bezirke der **Stadt München** nachstehend bestimmten Tagen statt:

I. Für die **Altstadt im Polizeigebäude, Geschäftszimmer Nr. 33/0**, Vormittags von 8—12 Uhr und Nachmittags von 2—4 Uhr:

1)	**Graggenauer- u. Angerviertel**	Freitag	den	1.	April	1870.
2)	**Hackenviertel**	Samstag	„	2.	„	„
3)	**Kreuzviertel**	Montag	„	4.	„	„
4)	**St. Anna- mit Schönfeld-Vorst.**	Dienstag	„	5.	„	„
5)	**Isar-Vorstadt** I und II .	Mittwoch	„	6.	„	„
6)	**Ludwigs-Vorstadt** . . .	Donnerstag	„	7.	„	„
7)	**Max-Vorstadt** I und II .	Freitag	„	8.	„	„
8)	**Max-Vorstadt** III . . .	Samstag	„	9.	„	„

II. Für die Vorstädte Au, Haidhausen und Giesing, dann für Ramersdorf Montag den 11. und Dienstag den 12. April 1870 Vormittags 9—12 Uhr und Nachmittags von 2—4 Uhr im magistratischen Gebäude Nr. 2 am Mariahilfplatz in der Au.

Hiebei wird bemerkt:

1) Alle Hundebesitzer sind verpflichtet, ihre über 3 Monate alten Hunde und zwar an der Leine, erforderlichenfalls an der Kette, zur Untersuchung vorführen zu lassen.

2) Für jeden untersuchten Hund ist gegen Vorzeigung des Zeichens der letzten Visitation und gegen Entrichtung einer Gebühr von 30 kr. ein neues Zeichen zu lösen, welches dem Hunde anzuhängen ist.

3) Fremde, welche sich über 14 Tage hier aufhalten, sind zur Zeichenlösung für ihre Hunde verpflichtet. Ferner werden nachstehende ortspolizeiliche Vorschriften in Erinnerung gebracht:

Freilaufende Hunde, welche mit dem vorgeschriebenen Zeichen nicht versehen sind, werden, unabhängig von der Strafverfolgung gegen den Eigenthümer, eingefangen und, wenn Letzterer sich innerhalb 3 Tagen nicht meldet, getödtet.

Es ist verboten, Hunde in Kirchen oder zu Pferderennen, auf Leichenhöfe, in Theater und öffentliche Wirthschaftslokale, einschlüssig der Wirthschaftsgärten, auf Märkte und zu öffentlichen Feierlichkeiten, sowie in Fleischbänke mitzunehmen, desgleichen sie während der Nachtzeit auf öffentlichen Straßen frei herumlaufen zu lassen.

Läufige Hündinnen sind gehörig zu verwahren und Hunde größerer Gattungen mit einem wohlbefestigten Maulkorbe zu versehen.

Uebertretungen gegenwärtiger Vorschriften haben Bestrafung nach Art. 142 des Polizeistrafgesetzes vom 10. November 1861 zur Folge.

Am 26. März 1870. 1114.

Königliche Polizei-Direktion München.

v. Burchtorff, k. Polizei-Direktor.

Verein für freiwillige Armenpflege.

Ordentliche Generalversammlung

am 31. März Abends 7 Uhr

im Saale der Westendhalle.

Tagesordnung:

1) Erstattung des Rechenschaftsberichtes des Verwaltungsrathes.
2) Bekanntgabe der Vereins-Rechnungen und Beschlußfassung darüber.
3) Berathung und Beschlußfassung über eingebrachte Anträge.
4) Neuwahl des Verwaltungsrathes und Rechnungs-Revidenten.

München 22. März 1870.

Die Vorstandschaft des Vereines:

Prof. Dr. **Aloys Martin.**

Stadtgerichtsschreiber **H. Müller.**

Kgl. Hof- u. National-Theater.

Donnerstag den 31. März.

57. Vorstellung im Jahres-Abonnement.

Die Nibelungen.

Von Friedrich Hebbel.

(Erste und zweite Abtheilung.)

Regie: Herr Jenke.

Die der Vorstellung vorangehende Ouverture ist von Niels W. Gade.

Erste Abtheilung.

Der gehörnte Siegfried.

Vorspiel in 1 Aufzug.

Zweite Abtheilung.

Siegfrieds Tod.

Trauerspiel in 5 Aufzügen.

Personen:

König Gunther	Hr. Richter.
Hagen Tronje	Hr. Dahn.
Dankwart, dessen Bruder .	Hr. Tomschik.
Volker, der Spielmann .	Hr. Christen.
Giselher, } Brüder des Königs.	Frl. Jenke.
Gerenot, }	Hr. Leibold.
Siegfried	Hr. Rüthling.
Ute, Wittwe König Dankwarts	Frl. Weiß.
Kriemhild, ihre Tochter . .	F. Dahn-Hausm.
Wulf, } Recken	Hr. Häusser.
Truchs, }	Hr. Rohde.
Rumolt, der Küchenmeister .	Hr. Büttgen.
Brunhild, Königin v. Isenland	Frl. Ziegler.
Frigga, ihre Amme . .	Frl. Muschek.
Ein Kaplan	Hr. Possart.
Ein Kämmerer	Hr. Dabideit.

Recken im Gefolge Gunthers und Siegfrieds. Frauen, Mägde, Diener.

Die Handlung spielt in und bei Worms, mit Ausnahme des ersten Aufzuges von Siegfrieds Tod, welcher auf Isenland vorgeht.

Die Kasse wird um ½ Uhr geöffnet.

Anfang ½7 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.

Münchener Aktien-Theater

Donnerstag den 31. März.

Sechste Gastvorstellung des Hrn. Direktor Joh. Fürst aus Wien,

mit seiner aus 30 Personen bestehenden

Possen- und Operetten-Gesellschaft.

Hofrath und Schreiber.

Lebensbild mit Gesang in 1 Akt v. K. Elmar.

Hierauf:

Fiaker und Comfortabel.

Charakterbild mit Gesang in 1 Akt v. Bayer.

Zum Schlusse:

Schuster und Baron.

Posse mit Gesang in 1 Akt v. J. Doppler.

Anfang 7 Uhr. Ende nach halb 10 Uhr.

Verlag u. Redaktion von **Karl Kellerbauer.** — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr: Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Freitag, den 1. April 1870. **Nr. 90.**

Politische Tagesübersicht.

Wien, 29. März. Wie man uns berichtet, ist im cisleithanischen Ministerrathe der Zeitpunkt, in welchem der Schluß der Reichsrathsession erfolgen soll, noch nicht festgestellt worden. Es sind demnach die Mittheilungen, welche bereits in bestimmter Form eine Verlängerung der Sessionsdauer über den Ostertermin ankündigen, zum mindesten verfrüht.

Wien, 29. März. Der Deutsche Verein hält morgen (Mittwoch) Abends eine Sitzung, in welcher folgende, vom Vorstande beantragte Resolution zur Verhandlung kommt: „Der Deutsche Verein in Wien spricht sein lebhaftes Bedauern über die unverantwortliche Verschleppung der Wahlreform aus. Er tadelt die haltlose Politik des Ministeriums, welche die Vertagung dieser für die Consolidirung des Verfassungslebens wichtigsten Reform verschuldet. Der Deutsche Verein mißbilligt das Verhalten des Abgeordnetenhauses, welches, angesichts einer beginnenden, in ihren Zielen unberechenbaren Krisis, und am Vorabende seiner Vertagung, die Geschäfte hastig abwickelt, über die Gelder des Volkes verfügt und im Uebrigen ruhig zusieht, ohne das Ministerium zu den nöthigen Aufklärungen zu verhalten und für die nächste Zukunft jene Garantien und Beruhigungen zu fordern, welche die Bürger zu verlangen berechtig sind."

Wien, 30. März. Gutem Vernehmen nach ist das Ministerium Hasner entschlossen, aus der Annahme des Nothwahlgesetzes im Reichsrathe eine Cabinetsfrage zu machen. — Die Gerüchte von einer bevorstehenden Reise des Kaisers nach Dalmatien sind unbegründet.

Wien, 30. März. Mit besonderem Nachdrucke nennt man heute den Unterrichtsminister Stremayr als Nachfolger Giskras im Ministerium des Innern, sobald dieses vacant sein wird, was in wenigen Tagen schon der Fall sein soll. Den Schwerpunkt seiner parlamentarischen Aktion hat das Ministerium nunmehr in das neue Nothwahlgesetz verlegt. Die hierüber gestern im Club der Linken vom Justizminister abgegebenen Erklärungen beleuchten in dieser Beziehung die Lage genugsam. Im Abgeordnetenhause findet heute eine Plenarsitzung statt.

— Wie man uns von gut unterrichteter Seite mittheilt, soll es mit dem neuen Avancements-Gesetze endlich einmal Ernst werden, indem demnächst die Schlußberathung über den vom Kriegsminister revidirten Entwurf stattfinden wird.

Aus **Laibach,** 27. d., wird der Grazer „Tagespost" geschrieben: In vielen Schulen des Landes Krain muß die Schuljugend täglich vor dem Unterrichte folgendes Gebet für das Concil beten: „O heiliger Geist, auf die Bitte deiner Himmelsbraut Maria und auf die Bitte deiner immer und überall siegenden und leidenden Kirche unterstütze und erleuchte den Heiligen Vater und die bei ihm versammelten Bischöfe, damit nach ihren weisen Berathungen und Beschlüssen die unterdrückte katholische Kirche zum glänzenden Siege geführt werde. Amen!

In **Lankowitz** in Steiermark fand am 19. d. eine Versammlung zu Gründung eines katholisch-konservativen Vereines statt. Der Vorsitzende, ein Franziskanermönch, eröffnete die Versammlung mit den Worten: „Ist ein Regierungskommissär hier, so möge er herkommen, ist keiner hier, so erkläre ich die Versammlung für eröffnet." (Es war jedoch kein Kommissär erschienen.) Der Geist, welcher in der Versammlung herrschte, läßt sich durch folgende Auslassung des Vorsitzenden am Besten charakterisiren: „Ihr Bauern wißt," sagte er, „der Kaiser ist ein guter Mann, aber regiert nicht mehr allein, sondern wir haben ein konstitutionelles Ministerium, das Gesetze sanktionirt, die wir nie und nimmer annehmen können, die nichts taugen; dieses Ministerium besteht aus Männern, welche einer Reichsrathsmajorität angehört haben, die eben jene unheilvollen Gesetze von Civilehe, konfessionslosem Staate, überhaupt jene Freiheit geschaffen hat, in der man leben kann wie das liebe Vieh! Unsere sogenannten Liberalen und alle jene Freidenker, sagt mir, aus was bestehen sie denn: aus herabgekommenen Leuten und aus Vagabunden.

Pest, 29. März. In der heutigen Sitzung des Unterhauses

wurde die Verhandlung über die Affaire Hollan fortgesetzt. Es sprachen als Antragsteller Tisza und Simonyi, ferner Minister Lonyay, der das Verhalten der Regierung in Angelegenheit der Kaschau-Oderberger Linie vertheidigt. Tiszas Antrag wurde von der Majorität abgelehnt, ebenso der Antrag Simonyi's bei namentlicher Abstimmung mit 200 gegen 117 Stimmen.

Pest, 29. März. Die theologische Facultät bereitet eine Adresse an das Concil vor, worin die Versicherung ausgesprochen wird, daß man sich den Beschlüssen unbedingt unterwerfen werde.

Pest, 30. März. Die heutigen Morgenblätter erwähnen gerüchtweise einer Defraudation, bei welcher die erste vaterländische Sparkasse mit 30,000 fl. zu Schaden kommt.

Berlin, 30. März. Ich habe ein Curiosum zu melden, welches sich, wie in letzter Zeit öfters, auf das Fürstenthum Reuß älterer Linie bezieht und auf nichts Geringeres hinausläuft, als daß in gedachtem Ländchen noch in aller Form — die Censur besteht. In dem zu Gera erscheinenden Norddeutschen Wochenblatte wird aus Greiz ein Brief des Regierungsrathes Bruno v. Geldern an den Bürgermeister Rath Bonardy mitgetheilt, welcher beginnt: „Eine im gestrigen Censurbogen gefundene Bekanntmachung des Stadtraths 2c. habe ich beanstandet, 2c. 2c." In Abgeordnetenkreisen coursirte heute das Blatt und wurde vielfach belacht. Am Ende wird auch da noch der Nordbund helfen müssen.

Paris, 28. März. Herr Chevandier de Valdrome hat noch bis gestern Abend die Befürchtung eines Conflictes mit dem Kaiser gehegt und seinen Freunden die Möglichkeit des Gesammtrücktrittes des Cabinetes in Aussicht gestellt. Erst heute Morgen wurde die Schlacht um den 33. Artikel der Verfassung endgültig gewonnen. Rouher hat wieder einmal doppeltes Spiel gespielt! Der gesunde Menschenverstand Napoleon's III. hat obgesiegt. Auch muß man dem Herrn Magne die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß er dem Staatsoberhaupte sehr energisch zu Gunsten der Abschaffung des Artikels 33 gerathen. Die Verbannung des Prinzen Peter Bonaparte wurde von Herrn Ollivier durchgesetzt, um den üblen Eindruck der Freisprechung dieses Prinzen wieder auszulöschen. Dieser Schritt wird jedenfalls allgemein gebilligt werden.

— Der Dr. Tardieu hat seine Entlassung als Professor an der medicinischen Facultät der Pariser Universität eingereicht. Die Studenten, welche ihm sein Auftreten und seine Aussagen im Prozesse gegen Bonaparte nicht hingehen lassen wollten, pfiffen ihn nämlich in der Vorlesung, welche er gestern abhalten wollte, auf eine so furchtbare Weise aus, daß er mit den Worten, er werde seine Entlassung einreichen, den Saal verließ. Die Scene hatte über eine halbe Stunde gedauert. Tardieu wurde auf alle mögliche Weise insultirt und man warf ihm die Worte: „Corse! Bonaparte! Geh' nach den Tuilerieen!" u. dgl. an den Kopf. Zu Ruhestörungen kam es nicht. Die Studenten zogen nämlich, nachdem sie Tardieu vertrieben, ruhig und ohne weitere Kundgebungen zu machen ab.

— Nachdem die Engländer ihr Möglichstes geleistet, um das Zustandekommen des Suez-Canals zu verhindern, will John Bull dieses nun mit vielen Mühen und Geldopfern halb vollendete französche Werk durch eine Euphratbahn förmlich paralysiren. Es hat sich bereits eine Gesellschaft gebildet, um von der Pforte eine Concession zu erlangen, die ihr jedenfalls bereitwilligst ertheilt werden wird. Die zu erbauende Bahn soll von der Hafenstadt Alexandrette in Syrien bis nach Bassora am persischen Meerbusen geführt werden.

London, 29. März. Das Oberhaus nahm die irische Landfriedens-Bill in zweiter Lesung an. — Im Unterhause erklärte der Minister des Aeußern Otway auf eine Interpellation Birley's, England remonstrirte nicht in Paris wegen der Revision des Handelsvertrages; er erklärt seine Bereitwilligkeit, dem betreffenden Untersuchungs-Ausschusse schriftlich oder mündlich Nachweise vorzulegen.

Plymouth, 27. März. Nachrichten von Chile zufolge, die der Nil mitbrachte, welcher soeben mit der westindischen Post angelangt, ist ein Franzose als König von Aurakanien und Patagonien gekrönt worden. Er hat einen Minister des Auswärtigen ernannt, der an den chilesischen General, welcher im aurakanischen Bezirk befehligt, ein Ultimatum gesandt hat, welches sofortige Räumung verlangt und ihn mit Krieg bedroht, falls dieser Forderung nicht Folge geleistet werden sollte.

Rom, 26. März. Auf die Protestation gegen das neue Reglement ist noch immer keine Antwort erfolgt. Heute coursirte, ich weiß nicht aus welchem Grunde, in gut unterrichteten Kreisen das Gerücht, daß die Minorität noch immer über 200 Mitglieder zähle. Es ist bis heute noch zu keiner Abstimmung gekommen. Vielmehr hat man, dem § 11 des Reglements zuwider, sofort nach der Discussion über den § 1 des ersten Schema's, in welchem der angefochtene Passus über den Protestantismus vorkommt, die Besprechung über den zweiten Paragraphen begonnen, ohne nach Vorschrift des bezüglichen Paragraphen vorerst über das Proömium (den § 1) abzustimmen. Die Absicht ist offenbar. Man will für die Votirung des wichtigsten Dogma's keinen Präcedenzfall schaffen, indem man der Minorität Gelegenheit gibt, gegen die Dogmatisirung einer nicht mit Einstimmigkeit votirten Vorlage zu protestiren. Das Reglement ist jedenfalls durch diesen Vorgang verletzt worden, aber man darf ihn immerhin als einen Erfolg der Minorität ansehen. — Die Offiziere der französischen Besatzung in Civita-Vecchia glauben stark an ihre baldige Abreise.

Rom, 29. März. (Aus römischer Quelle.) Die General-Congregation votirte in ihrer heutigen Sitzung die bisher discutirten Schemata de fide. Morgen wird die Discussion über die übrigen Schemata beginnen.

Madrid, 29. März. In der heutigen Sitzung der Cortes dementirte der Minister-Präsident die telegraphische Nachricht über eine auf Cuba vorgefallene Schlacht. Er sagte, eine Schlacht könne nicht mehr vorkommen, da ein Oberst mit nur 50 Soldaten die Insel nach allen Richtungen hin durchzieht.

Lissabon, 27. März Abds. Das Paketboot von Brasilien bringt Nachrichten von Rio de Janeiro vom 7. März. Man hatte noch keine Nachrichten von Paraguy erhalten, erwartete aber binnen 3 oder 4 Tagen neue brasilianische Truppen vom Kriegsschauplatze zurück und hoffte alsdann, einige Nachrichten über die Thätigkeit des Generals Camora zu erhalten, der, wie eine Nachricht vom 23. Februar angekündigt hat, in aller Eile den Weg nach Matto Grosso einschlug, um Lopez, der nach Bolivia sich flüchtet, den Weg zu versperren. Ausreißer bestätigen, daß Lopez nach Bolivia zu entkommen sucht.

Letzthin fand in der armenisch-katholischen Kirche zur heiligen Maria in **Pera** ein feierlicher Gottesdienst statt. Monsignore Pluym, der päpstliche Abgesandte, welcher die Secessionisten ersuchte, sich zahlreich dabei einzufinden, verlas bei dieser Gelegenheit das Schreiben aus Rom, in welchem die irregeleiteten Kinder der alleinseligmachenden Kirche nochmals ernsthaft ermahnt werden, sich den römischen Gesetzen, sowie auch der Suprematie ihres legitimen Patriarchen unbedingt zu fügen. Eine weitere Bedenkzeit von 3 Tagen wurde allergnädigst bewilligt. Unter Anderem sagt der obige Brief noch, die Völker seien gehalten, sich den Gesetzen der Kirche zu unterwerfen, nicht aber diese, dem Willen des Volkes zu fügen. Nach Verlesung dieses merkwürdigen Schreibens ertönte ein allgemeiner Ruf der Dissidenten, ihrer besseren Ueberzeugung treu bleiben zu wollen, worauf dieselben, ohne das Ende der kirchlichen Ceremonie abzuwarten, das Gotteshaus verließen. Bischof Arkelian, der Stellvertreter des in Rom befindlichen Patriarchen, und der päpstliche Abgesandte blieben allein etwas verblüfft zurück.

Algier, 29. März. Heute fand hier ein Versuch mit einem Schiffe statt, welches nicht untergehen kann. Der Versuch gelang vollkommen. Es herrscht darüber großer Enthusiasmus.

Newyork, 28. März. Sonntag war hier und in Brooklyn ein heftiges Unwetter, das mehrere Häuser zerstörte und viele Personen tödtete und verwundete.

Washington, 28. März. Der Schatzsekretär ordnete für den April den Verkauf von 2 Mill. Gold und den Ankauf von 4 Mill. Bonds an.

Washington, 29. März. Präsident Grant hat dem Senate mitgetheilt, daß er von der Republik St. Domingo eine dreißigtägige Frist zur Ratification des Abtretungsvertrages erlangt habe. — Der Präsident lehnte die officielle Proclamation des Amendements zum Negerwahlrechte ab, bis die Wiederzulassung der Staaten Georgia und Texas zur Union erfolgt sein wird.

Toronto, 26. März. Vom Red River wird gemeldet, daß der Canadier Scott auf Befehl Riel's erschossen worden sei, weil er, obwohl auf Ehrenwort aus Fort Garry entlassen, an dem von Boulton versuchten Handstreiche gegen die von den Aufständischen eingesetzte Regierung Theil genommen hatte.

In **Haity** beginnt das Geschäft sich wieder zu regen. Kaffee läuft in starken Sendungen ein, doch ist die Ruhe noch nicht wieder ganz hergestellt. Jeremie wurde noch belagert und die Regierung fährt fort, Salnave's Anhänger zu verfolgen.

Bayerische Angelegenheiten.

* Se. Maj. der König hat sich bewogen gefunden, unterm Heutigen den Präsidenten des Oberappellationsgerichts, Herrn v. Neumayer, sowie den k. Rath und Gutsbesitzer Böcking zu Landau in der Pfalz zu lebenslänglichen Reichsräthen zu ernennen.

γ **München,** 31. März. Der kürzlich in unserer zweiten Kammer ohne eingehendere Debatte gefaßte, von den Reichsräthen jedoch abgelehnte Beschluß, wornach an die Staatsregierung der Wunsch gerichtet werden sollte, mit Beförderungen in der Armee, sowie mit Besetzung hoher Civil- und Militärstellen, dringende Fälle ausgenommen, bis zur endgiltigen Berathung des Budgets zurückzuhalten, berechtigt wohl zu der Frage, woher die Kammer, welche verfassungsmäßig nur über die zu ihrem Wirkungskreise gehörigen Gegenstände Wünsche und Anträge an die Regierung bringen kann, die Befugniß nimmt, ein spezifisches und ausschließliches Kronrecht, wie dieß die Anstellungen aller Art unstreitig bilden, in das Bereich ihrer Initiative zu ziehen und dem Könige nahe zu legen, er möge auf mehrere Monate hinaus in einer gewissen Beziehung nach Kammerdirectiven regieren. Man kann sich kaum der Befrembung entschlagen, wenn dieser Wunsch, welcher eine ganz unberechenbare Schwächung der Kraft und des Ansehens der Regierung im Gefolge hätte, aus dem Schooße einer Partei hervorgeht, welche so energisch gegen den Vorwurf protestirt, daß sie sich der Krone als Mitregierung aufdrängen wolle, und welche sich stets mit Vorliebe eine Säule und Stütze des Thrones nennen läßt. Noch auffallender aber dürfte die Thatsache erscheinen, daß gerade der betreffende Kammerreferent, welcher zugleich im Handelsministerium als Referent arbeitet, einen derartigen, die kompetenzmäßige Thätigkeit der Ministerien in hohem Grade beengenden Antrag als der Sachlage vollkommen entsprechend findet.

xx **München,** 30. März. (XXIV. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Schluß. Nachdem Pfarrer Mahr vom I. Präsidenten zur Ordnung gerufen war, fuhr derselbe fort: das bayerische Volk sei ein friedliches Bauern- und Bürgervolk und habe volles Vertrauen zur Regierung. Auch das bayerische Volk wolle nicht in das Milizsystem hineinspringen, aber es wolle eine gut geschulte, und namentlich gut bewaffnete Armee, oder gar keine. Das Heer solle aber nur im genauen Verhältniß zur Größe des Landes, zur Bevölkerung und zur Steuerkraft des Landes stehen, denn sonst könnte es einem andern Staate einfallen, uns zuzumuthen, 500,000 Soldaten zu halten; kurzum, das bayerische Volk wolle ein Heer, in dem zu dienen, jeder Soldat als Ehre betrachte. Es solle nicht, wie in Preußen, der Mensch erst beim Junker oder Offizier anfangen, und die höhern Stellen nur an Adelige vergeben werden; das bayerische Volk wolle auch nicht mit dem Berliner Schweitzer, daß die rothe Fahne vom Präsidententische über die Versammlung wehe. Dem Referenten und ihm (Redner) sei entgegengehalten worden, man wolle das bayerische Heer desorganisiren. Sie (die Patrioten) wollten das keineswegs. Oder heiße das, das Heer desorganisiren, wenn sie fänden, daß mit den höhern Stellen zu verschwenderisch umgegangen werde? Der Militärschematismus für 1869 weise 101 aktive und pensionirte Generäle, General-Lieutenants und Gen.-Majore auf, so daß auf je 350 Mann ein General treffe. Heiße es nun, das Heer desorganisiren, wenn man hier bedeutende Abminderung verlange? Früher habe nur das Cadetencorps als Bildungsanstalt für Offiziere bestanden; jetzt gebe es eine Artillerie-, eine Kriegsschule, eine Militärakademie u. s. w.; wolle man nun das Heer desorganisiren, wenn man die Aufhebung des Cadetencorps verlange? Er gebe, wie Graf Fugger geäußert, zu, daß unsere Artillerie berühmt sei, aber er halte es doch nicht für nöthig, daß für dieselbe 11 Generäle da seien, und auf jede Kanone im Felde ein Offizier treffe. Auf je 190 präsente Mann treffe im Heere ein Arzt, auf je 400 Mann ein Auditor; denke man sich dieß entsprechend im Civilstande, so würden sich die Beamten nicht bloß verhundertfachen, sondern vertausendfachen! Unsere Administration sei die theuerste in der ganzen Welt. Betrachte man einen Rothschild, der 20 oder 30 Millionen jährlich umsetze und sehe, wie viel der Personal habe und wie er es bezahle! Höchstens mit 20,000 fl., während unsere Administration 400,000 fl. an Gehalten koste. Nach Kolb's Mittheilung gebe es 1099 pensionirte Offiziere; sei das nun das Heer desorganisirt, wenn man verlange, daß dieselben noch in der Administration verwendet werden sollen, um so den Pensionsfond reduciren zu können? Heiße das das Heer desorganisiren, wenn man findet, daß in Kleidung und Uniformen beim Militär enormer Luxus getrieben wird, und wenn man will, daß die Spielereien mit rothen Hosenstreifen, Knöpfen und Henkelchen aufhöre? An diesen Dingen hänge der blutige Schweiß des bayerischen Volkes, und sie, die patriotischen Abgeordneten, seien geschickt, um gegen eine solche Gebahrung energisch zu protestiren. Auch die Patrioten seien für eine gute Armee bei kurzer Präsenzzeit und wollten beim Militär nur die krankhaften Auswüchse wegschneiden; sie protestirten gegen die unnütze Verschwendung von Millionen, denn sie wollten nicht noch tiefer in die Hände des Judenthums fallen und mit Papiergeld überschwemmt werden, wie in Oesterreich. Er könnte noch viel sagen, aber er wolle mit den Worten schließen: ceterum censeo, Carthaginem esse delendam, d. h. das Volk will nicht und darf nicht eine Steuererhöhung zu Gunsten des Militarismus ertragen.

Abg. Frhr. Xav. v. Hafenbrädl erklärt, das Volk spreche aus, es könne weiter nicht so fortgehen, sonst gehe der Staat zu Grunde. Dieß müßten sie, die Abgeordneten, reiflichst bedenken und alles Mögliche thun, dem Volke seine Lasten zu erleichtern, indem sie sähen, wie schwer jeder Groschen zu erwerben sei. Er schätze und achte den Kriegsminister hoch, aber die eiserne Nothwendigkeit zwinge zur äußersten Sparsamkeit. Vor 19 Jahren sei er auch bei der Berathung des Budgetes betheiligt gewesen; damals habe die Gegenpartei einen Credit von über 9 Millionen der Regierung nicht bewilligen wollen, weil dadurch eine Steuererhöhung nöthig geworden wäre; und doch seien damals die Verhältnisse besser, das Volk zahlungsfähig gewesen, was heute nicht der Fall sei, und es hätten noch die Gewerbe geblüht, weil die Realrechte noch einen Werth gehabt hätten. Man werde ihm einwenden, heute sei die politische Lage eine andere, dem Lande drohe ein Angriff; — aber sicher sei damals die Lage ebenso oder mehr gefährlich gewesen und man habe doch gespart. Auch in der Verschiedenheit der Kriegsminister liege der Unterschied nicht, denn jeder wolle eben, was er für nöthig halte, um der Armee ihren alten Ruhm zu wahren. Wenn er auch die äußerste Sparsamkeit wolle und es schon lange her sei, daß er selber den Soldatenrock getragen, so sei ihm doch die warme Liebe zur Armee geblieben; er halte Alles auf eine gute Armee und wolle keineswegs, daß gerade jetzt die Wehrkraft des Landes geschwächt werde. So komme man sofort zur Anerkennung der Nothwendigkeit eines Systemwechsels; er denke hiebei nicht gerade an das Milizsystem dem die Zukunft gehören solle, und halte für möglich, daß auch noch andere Systeme angewendet werden könnten; er wolle nur andeuten, daß er bedeutende Ersparungen für möglich halte, wenn man die Wehrpflichtigen des Königreiches gehörig in Bataillonsbezirke eintheile. Hiedurch würden eine Menge Bauten u. s. w. überflüssig, und was die Hauptsache sei, es würde die Arbeitskraft dem Volke wieder zurückgegeben. Er glaube im Sinne derjenigen Petenten zu handeln, welche Adressen in dieser Richtung an ihn geschickt hätten,

wenn er die Kammer bitte, auf die Vorschläge des Ausschusses einzugehen.

Abg. Prof. Dr. Marquardsen meint in der heutigen Sitzung ein lautes Echo der gestrigen Stauffenberg'schen Rede zu hören. Nach dem hohen Tone der beiden Vorredner werde er wieder zu einem etwas ruhigeren zurückkehren. Aus Stauffenbergs Rede werde die Kammer entnommen haben, daß auch er und seine Freunde im Staatswesen, namentlich beim Militär, möglichst sparen wollten, und Stauffenberg habe zugleich mit zarter, aber sicherer Hand, in seinem Vortrage die Schäden des bayerischen Militärwesens, und zugleich die Wege gezeigt, wie denselben ohne die Untergrabung der Grundlagen des gegenwärtigen Heerwesens abgeholfen werden kann. Er constatire auch mit besonderem Vergnügen das entgegenkommende Verfahren des Referenten, welcher erklärt habe, es liege ihm an der Annahme seiner Vorschläge nicht viel, wenn nur faktisch genügend gespart werde. Im Grundprincipe herrsche also überall völlige Uebereinstimmung; er halte es aber für geeignet, hier eine Warnung auszusprechen; man möge nämlich nicht zu viel versprechen, indem man dann bezüglich dessen, was man leiste, desto weiter gehen könne. Er hege die Ueberzeugung, daß der Antrag Crämers, die gegenwärtige Berathung bis zur Vornahme des Militärbudgets zu verschieben, ganz zweckentsprechend gewesen wäre, denn, wie die Debatte genügend gezeigt hat, gehen selbst die Ansichten der Fachmänner im Hause bezüglich der Grundzüge der anzustrebenden Abänderungen in der Heeresorganisation ziemlich weit auseinander, es seien also die Akten über diese Hauptfrage noch keineswegs geschlossen. Aber nicht bloß im, sondern auch außer dem Hause habe die Anregung zum Milizsystem Gegner gefunden. Moritz Mohl habe ihm seinen Bericht in der württembergischen Kammer über die Militärfrage zugeschickt, und es gehe aus demselben hervor, daß er ein heftiger Gegner des Milizsystems sei. Namentlich bezüglich der Verhältnisse in der Schweiz, spreche derselbe sich dahin aus, daß die allgemeine Wehrpflicht in der Schweiz bloß auf dem Papier stehe. — Wenn die Doktoren so mit einander stritten, so könne man es den Laien nicht übel nehmen, wenn sie sich eine längere Zeit zur Berathung gewünscht hätten. Es wäre wohl gut gewesen, wenn die Mitglieder des Hauses sich mit technischen Beiräthen umgeben, nach Art Englands eine außerordentliche Commission gebildet, Reformpläne ausgearbeitet hätten, und die Sache erst bei der Budgetberathung zur Erledigung gekommen wäre. Redner geht nun auf das Institut der einjährigen Freiwilligen über und führt aus, daß es keine Bevorzugung des Vermögens, sondern eine berechtigte Rücksicht auf die Bildung sei, daß durch dieses Institut die mittleren Bildungsanstalten gehoben würden, und daß er es für nicht zuträglich halte, wenn man bei jeder Gelegenheit immer auf die Kluft zwischen Armen und Reichen hinweise. Die Einjährig-Freiwilligen würden seinerzeit gute Offiziere werden, und so das bürgerliche Element in den Offiziersstand bringen, so daß neben dem militärischen Geist auch der staatsbürgerliche Geist in diesem Stande Wurzel schlagen werde. — Bisher habe auch noch Niemand die nationale Seite der Frage betont, und gerade diese Seite sei von hoher Wichtigkeit, indem die Zeit eventueller Krisen noch keineswegs überstanden sei. Bayern müsse mit andern deutschen Heeren zusammenkämpfen, und deßhalb sei nöthig, daß seine Heeresorganisation mit jener der andern in einem gewissen Zusammenhang stehe, und auf dieses Ziel habe auch er und seine Freunde, die Fortschrittspartei, immer hingearbeitet, wenn sie Einheit in der Bewaffnung und Uebereinstimmung im Reglement erstrebten, und in diesem Streben liege gewiß weder eine Verletzung der Selbstständigkeit, noch der berechtigten Eigenthümlichkeiten des Landes, sondern es müsse vielmehr stets unser Trachten dahin gehen, Vortrefflichkeit mit Gemeinsamkeit der Einrichtungen zu combiniren. Wenn Abg. Dr. Schleich die Frage gestellt habe, ob wir noch thun könnten, wie wir wollten, so müsse er dem gegenüber bemerken, daß wir auch durch den deutschen Bund früher eingeschränkt gewesen seien. Bei dem Halten der Verträge gebe es sicher eine Ehrenpflicht; das Umgehen der Verträge komme dem Brechen derselben völlig gleich.

Abg. Greil betrachtet ebenfalls die bona fides als Grundlage aller Verträge, und Verträge müsse man stets heilig halten. v. Stauffenberg habe gestern nur Nebenpunkte betont und den Hauptpunkt nicht berührt. Man habe das Wehrgesetz auf alle mögliche Art zu vertheidigen gesucht; man habe die größere Sterblichkeit in den Kasernen auf Rechnung der größern Sterblichkeit in den Städten gesetzt. Die wesentliche Differenz liege darin, daß in den Kasernen lauter junge Männer sterben, und daran sei das Militärsystem schuld. Auch den Gegensatz zwischen Armuth und Reichthum müsse man stets hervorheben, denn darum drehe sich der große sociale Kampf in Europa. Die Ausgaben für das Militär seien nicht unproduktiv, weil es die Sicherheit des Landes wahre; überstiegen aber die Ausgaben das richtige Maß, so würden sie allerdings unproduktiv. Man habe gestern auch auf die großen unproduktiven Ausgaben in Spanien für den Cultus hingewiesen; — der Clerus beziehe dort keinen größern Gehalt als bei uns, wohl aber sei Spanien im nämlichen Punkte krank, wie Bayern, denn es habe für 200,000 Soldaten 591 Generale. Daß man überall sparen müsse, anerkenne er als richtiges Princip; denn wenn man Mittel hat, brauche man einen Krieg nicht nach Einer verlornen Schlacht verloren zu geben, sondern könne ihn weiter führen. Mit Ersparungen wahre man auch die Selbstständigkeit des Landes, denn je mehr Lasten dem Volke auferlegt würden, desto mehr trete ein dem Patriotismus widersprechendes Gefühl hervor. Bayerns Selbständigkeit könnte sicherlich nicht ohne große Bewegungen in Europa gefährdet werden. Seine Ansicht sei, man solle Preußen nicht reizen, aber es auch nicht fragen, welche Vorbereitungen wir für einen Kriegsfall zu treffen hätten, sondern wir sollten unser Wehrsystem nach unserem Willen einrichten. — Abg. Westermayer bemerkt nach einigen unwesentlichen Worten des Grafen Fugger, in ihren Programmen zu den Wahlen habe die Fortschrittspartei fortwährend von den größtmöglichsten Ersparungen im Militärbudget und von möglichster Herabsetzung der Präsenzzeit gesprochen; nun sei der Moment da, um in dieser Beziehung mit den Männern der Rechten Hand in Hand zu gehen!

Abg. Dr. Völk entgegnete, daß er in jeder Zeit Ersparungen am Militär das Wort gesprochen habe. Von ihm und seinen politischen Freunden sei eine Reihe von Punkten angeregt worden, insbesondere die Ueberzahl der Generäle, die exponirten Kommandanturen, die überflüssigen Summen im Verwaltungswesen, die Organisation im Sanitätswesen. Redner habe einmal eine Parallele gezogen, als die Streufrage aus einem Landeskreise angeregt wurde. Er habe gesagt, daß es für die Belastung durch den Militäretat die gleiche Grenze gebe, wie sie die Forstleute bei Streuabgabe festsetzen. Werde zu viel Streu abgegeben, so gehe schließlich der Wald und damit auch der Hof zu Grunde. Bei der heutigen Debatte sei man aber nicht ins Reine gekommen, wo und wie man sparen solle; sie habe zu keinem Ziele geführt. Man habe sich wohl gestritten, ob Miliz und keine Miliz; aber man sei nicht ins Reine gekommen. Es sei eine Reihe Fragen angeregt worden, ob dadurch das Heer desorganisirt werde. Sicher werde aber die Armee demoralisirt, wenn man in diesem Hause einen unserer besten Generäle verleumde. Wir sind mit unseren früheren Ersparungsvorschlägen nie durchgedrungen, weil wir die Majorität gegen uns hatten und nicht bloß die Majorität in diesem Hause, sondern auch jene der Kammer der Reichsräthe. Räumen Sie dieses Hinderniß weg, ruft der Redner am Schlusse der Rechten des Hauses zu.

Abg. Dr. Huttler findet es schmerzlich, daß man sehr achtbare Männer aus den militärischen Kreisen angreifen muß, wenn man das System angreifen will. Jene Behauptung weise Redner von vornherein zurück, daß die patriotische Fraktion zu republikanischen Zwecken die Kastanien aus dem Feuer holen wolle. Ihr oberstes Princip ist das monarchische. Die Neuzeit aber hat auch gelehrt, daß die größten Armeen die Throne nicht stützen können. Man müsse die Kulturstufe des Landes und die Kraft zur Vertheidigung zu gleicher Zeit erhöhen. Es handelt sich um einen Systemwechsel, wozu die Nothlage des Landes zwinge. Er wolle kein Milizheer, sondern ein wahres Volksheer, wie es von Preußen zuerst ausgebildet wurde, ehe dasselbe sich wieder zum System der stehenden Heere hingeneigt habe. Dieses System kann die Widerstandskraft des Landes aufs Höchste anspannen. Es setzt uns aber

auch in die Lage, daß wir nie zu einem Eroberungskriege kommen, wohl aber zum Schutze der eigenen Verfassung eintreten können. Legen wir die Axt an den Baum an, und man wird in ganz Europa die Schläge hören. Um zum Volksheere zu gelangen, müssen wir die Jugend militärisch heranbilden. Die allgemeine Wehrpflicht soll zur Wahrheit werden; dann werden wir weit mehr gebildete Elemente in die Armee hinein bekommen, als durch das Zwitterding der einjährigen Freiwilligen. Ich wünsche eine moralische Ueberschreitung des Mains, damit Preußen auch zu seinem früheren Volksheer zurückkehrt, dann wird alles Mißtrauen verschwinden.

Abg. Dr. Ruland will einen Irrthum berichtigen. Der sel. Abg. Frhr. v. Lerchenfeld habe von jeher gegen die hohen Militärausgaben protestirt und man habe bei der Genehmigung immer eine bestimmte Quote im Auge gehabt. Es ist für mich schmerzlich den Anforderungen eines Mannes zu widerstreben, der nach seiner Ueberzeugung nur das Rechte will. Aber es gibt auch hier ein: „Bis hieher und nicht weiter." Das Land kann diese Lasten nicht ertragen. Ich verstehe nur die jenseitige Logik nicht, es müßte nur die verfluchte Logik der Thatsachen sein, die das Land ruinirt. Ich bin Preußen nicht verpflichtet, wohl aber meinem Lande. Auch will ich nicht, daß die Jugend vom Hause zum militärischen, und dann zu, weiß Gott, zu welch anderem Bildungszwecke weggenommen wird. Ich liebe es nicht, wenn Namen in einer politischen Versammlung genannt werden. Gestern ist aber die Aeußerung gemacht worden, daß mehr bayerische als preußische Offiziere 1866 gefallen sind. Daraus könnte man den Schluß ziehen, daß die Soldaten einen Antrieb gebraucht hätten. Die bayerischen Offiziere sind eben als Männer von Muth vorausgegangen. Ich muß in einer Ablehnung der Forderungen meine Pflicht erfüllen, wenn mir auch einer Persönlichkeit gegenüber das Herz blutet.

Abg. Fischer findet auch darin eine Einigkeit, daß man sparen wolle. Es wurden aber bisher die Positionen nicht bezeichnet, die man streichen könnte. Wir sind eben zu keinem werthvollen Resultate gekommen, weil der Präjudizialantrag abgelehnt wurde. Man kennt die Grundlage nicht, auf der die künftige Armee organisirt werden soll. Von allen Seiten dagegen wurde auch die Nothwendigkeit einer schlagfertigen Armee betont. Es liegen keine greifbaren ziffermäßigen Vorschläge vor. Man hat nicht genug betont, daß wir von den Einrichtungen der verbündeten Heere uns nicht entfernen, sondern ihnen eher nähern sollen. Dagegen ließ man einen Mißton gegen Preußen durchschimmern. Redner hätte geglaubt, es liege der Politik der Majorität näher, ein starkes theueres Heer zu haben. Der Grund, warum die Mehrheit sich aber auf den Standpunkt des Milizsystems stellt, liegt in den Ersparungen. Es liegt also mehr ein finanzieller, als ein politischer Grund vor.

Der k. Staatsminister v. Pranckh erklärt, er sei mit dem Referenten in dem einen Punkte einverstanden, daß Ersparungen nur durch eine Aenderung des jetzigen Wehrsystems möglich seien. Es entstehe nun die Frage: Können wir das bisherige System ändern und was wollen wir an seinen Platz setzen? Die Kammer habe aus der Thronrede entnommen, daß die treue Haltung der Verträge und die Aufrechthaltung der Selbständigkeit des Landes die Grundlagen der Politik der Regierung bilden. Man könne die Vertragstreue nicht verletzen, ohne die Selbständigkeit zu gefährden. Wenn man die eben angedeutete Politik befolgen wolle, so gehöre dazu vor Allem ein guter Wille und die nöthige Befähigung; letztere liege einzig nur in einem guten und tüchtigen Heere. Welcher Art müsse nun diese Befähigung sein? Wenn Bayern in einen Krieg verwickelt werde, so habe es nur an der Seite und gegen gut geübte stehende Heere zu kämpfen, und damit sei die Frage entschieden, welches Heer Bayern haben müsse. Ob das Milizsystem das der Zukunft sein werde, lasse er dahingestellt; sicher aber fehlten zur Zeit alle Bedingungen in Bayern dafür, um in Bezug auf Einführung des Milizsystems vorgehen zu können. Wenn die übrigen Staaten Europa's das Milizsystem aber annehmen, werde Bayern es auch haben müssen. Wenn aber Bayern allein es einführen wollte, so käme dieß einem politischen Selbstmorde gleich. Bezüglich der Stärke und des Gehaltes der Armee habe Staatsregierung und Kammer völlig freie Hand; in dieser Richtung sei Bayern durch keinerlei Verträge, auch nicht durch den Allianzvertrag irgendwie gebunden. In dieser Beziehung sei Seitens der preußischen Regierung und ihrer Vertreter auch nicht der Schein einer Einwirkung ausgeübt worden; Alles, was Bayern bezüglich der Armeeorganisation gethan habe, sei aus völlig freier Ueberzeugung geschehen. Was geschehen sei, das leite sich aus der Gegenseitigkeit des Allianzvertrages und aus dem Gebote der Selbsterhaltung her; es müßten unsere Leistungen wenigstens annähernd gleichheitlich mit denen der Bundesgenossen sein. Er müsse warnen, den Weg zu betreten, welchen Abg. Graf Fugger-Blumenthal gestern angedeutet habe (daß, da Preußen, unser Bundesgenosse, seine Kavallerie vermehrt, wir die unserige vermindern könnten), denn die Konsequenz dieser Ansicht könnte zu dem gerade entgegengesetzten Ziele, als das man erreichen wolle, führen. Der Kriegsminister hob nun einige Hauptpunkte aus dem Vortrage des Referenten hervor, das Weitere sich für die Specialdebatte vorbehaltend. Was den Bruch mit dem gegenwärtigen Systeme betreffe, so habe er schon im Ausschusse gesagt, daß 1866 die Einrichtungen des Heeres nicht so waren, wie sie sein sollten; es müßte die Organisation und Formation so sein, daß die Armee mit Erfolg und mit Ehre kämpfen könne, und daß Bayern sich seinem Bundesgenossen so weit anschließen könne, daß ein Erfolg möglich sei, daß es aber doch ein bayerisches Heer bleibe, daß seine ehrenvolle Geschichte fortschreiten könne. Es habe der Anspannung aller Kräfte bedurft, um die Organisation durchzuführen, damit keine Zerfahrenheit eintrete. Jetzt sei die Organisation daran festzustehen, sie beginne ihre Früchte zu tragen, und nun wolle man dieselbe wieder ändern. Geschehe das, so würde bei dem Eintritt ernster Ereignisse Bayern preisgegeben werden, und hiezu werde er seine Hand und seinen Namen nicht hergeben. Die Anträge und die Motive des Ausschußberichtes ließen sich nicht trennen; in den Motiven liege der Schwerpunkt, weil dieselben für das ordentliche Budget maßgebend würden. Im Falle der Annahme der Ausschußanträge, sei dadurch bereits das Maß für das ordentliche Militärbudget festgesetzt; er, Redner, werde später Gelegenheit haben, auf diese Punkte zurück zu kommen. Auf die während der Debatte gegen das Wehrgesetz gemachte Einwendung sei bereits von einigen Rednern so Gediegenes gesagt worden, daß er nichts beizufügen habe. Die Hauptfrage sei die Präsenzzeit, in welcher der Kriegsminister die Ansicht darlegt, daß selbst eine zweijährige Präsenzzeit nicht völlig hinreiche, um den Geist der Disziplin und die Hingebung dem Soldaten so einzuimpfen, daß man für die volle Tüchtigkeit desselben bürgen könne. Die Rohheit wird nur durch genügende Erziehung zu beseitigen sein. Würde man die Präsenzzeit mindern, so würde das noch für die Armee verwendete Geld umsonst ausgegeben werden. Unser Pensionswesen, das gebe er zu, liege allerdings im Argen, und hier könnte nur durch eine gesetzliche Regelung geholfen werden. Er habe bereits im Ausschusse die Vorlage eines Pensionsgesetzes zugesagt, und wiederhole jetzt diese Zusagen. Was die jüngst erfolgten Beförderungen betrifft, die ein gewisses Aufsehen erregten, so könne er versichern, daß nur das geschehen sei, was gerecht und nothwendig war. Wenn er eine Maßregel für nothwendig erachtete, so durfte auch die Anwesenheit der Kammern nicht davon abhalten. Es sei übrigens das Avancement nur im beschränkten Maße erfolgt. Es haben die Offiziere Vieles zu tragen und eintretenden Falls Alles daran zu setzen, und nun wolle man ihnen auch schlechte Aussicht auf Avancement geben? Seien denn die Gagen so, daß man auf Beförderung verzichten könne? Wenn in dieser Beziehung zu weit gegangen würde, dann würde die Armee nicht im Stande sein, das zu leisten, was man von ihr verlange. Die Hauptsache einer Organisation sei, daß Alles in derselben gut vorhanden ist. Verbesserungen in der Heeresverwaltung seien allerdings nothwendig, und es sei auch bereits damit begonnen worden, Reformen einzuführen, doch müsse er Vorwürfe, die dem bisherigen Verwaltungspersonal gemacht würden, zurückweisen. Hr. Abg. Greil habe behauptet, daß für ein Regiment 8000 neue Schuhe verfault seien; in Folge dieser Behauptung habe er sofort die nöthige Untersuchung veranlaßt und da habe es sich ge-

zeigt, daß Alles in musterhaftem Zustande vorgefunden wurde. Wenn etwas ihm, dem Kriegsminister, sein Amt verleiden könne, so seien es so leichtfertige Mittheilungen, zu welchen sich Abgeordnete mißbrauchen lassen. Der Herr Minister widerlegte nun noch einige während der Debatte gefallene Aeußerungen und bemerkte insbesondere hinsichtlich des von einem Redner erwähnten bekannten Vorfalles mit dem einjährigen Freiwilligen Schenk von Geyern in Würzburg, daß nach Lage der Sache das gegen denselben eingeschlagene Verfahren ein vollständig gerechtfertigtes gewesen sei.

Abg. Dr. Edel entgegnete, daß die thatsächlichen Verhältnisse nicht in ihrem wahren Verhalte zur Kenntniß des Kriegsministers gekommen seien, und wesentlich andere seien, was er durch Niederlegung der betreffenden Aktenstücke auf den Tisch des Hauses beweisen werde. Würden die Thatverhältnisse so gewesen sein, wie sie der Kriegsminister erzählt habe, so hätte man doch nicht das Recht gehabt, den Schenk von Geyern allein zum Dienste einzuberufen, denn dem Sinne des Gesetzes nach könne Landwehr und Reserve nur gemeinschaftlich zur Uebungszeit einberufen werden. Nachdem man aber den Art. 24 des Wehrgesetzes im entgegengesetzten Sinne auslege, erscheine eine authentische Interpretation desselben nothwendig, und er werde einen Antrag in dieser Richtung bei der Kammer einbringen.

Nachdem der k. Staatsminister v. Pranckh erklärt, daß er seine Mittheilungen dem ihm vorgelegten Akte entnommen hatte, erhielt der Referent das Schlußwort in der allgemeinen Debatte und vertheidigte den von ihm in der vorliegenden Frage innegehaltenen Standpunkt, womit die Sitzung schloß.

xx. **München**, 31. März. In der heutigen XXV. öffentlichen Sitzung der Abgeordneten-Kammer wurden die Gesetzentwürfe über die außerordentlichen Militärcredite nach den Anträgen des Ausschusses angenommen, so daß statt der vom Kriegsministerium geforderten 6,436,396 fl. nur 2,950,750 fl. bewilligt worden sind. Näherer Bericht folgt morgen.

Lokales und Provinzielles.

München, 31. März.

* Die „Bayerische Landeszeitung" hört mit dem heutigen Tage zu erscheinen auf.

— Herr Fabrikdirigent Kraus hat die ihn bis zum Tage des Entscheides über die Münchener Wahlreklamationen als Abgeordneter treffenden Diäten im Betrage von 216 fl. dem Vereine für freiwillige Armenpflege übergeben.

— Der Kammersänger Herr Franz Nachbaur ist von Sr. k. Hoh. dem Großherzoge von He en mit der goldenen Verdienstmedaille für Kunst und Wissenschaft ausgezeichnet worden.

— In der Magistratssitzung vom Vorgestrigen interpellirte Hr. Rath Schmid Hrn. Rechtsrath Schrott, ob er schon Kenntniß erhalten, daß in der Vorstadtschule Au die Katecheten und namentlich Kooperator Resser noch immer für den Verein der Kindheit Jesu sammeln lasse. Es geschehe solches zwar nicht in der Schule, derselbe bestelle jedoch die Kinder in das Pfarrhaus, woselbst dann die Kinder die gesammelten Beiträge an ihn abliefern. Es hätten bereits mehrere Väter bei ihm deshalb Beschwerde geführt. Hr. Rechtsrath Schrott erwiederte, daß er zwar schon gehört, daß man das Verbot der Sammlungen in den Schulen dadurch zu umgehen suche, daß man zwar nicht in den Schulzimmern, wohl aber außerhalb derselben, sogar in den Kirchen diese Sammlungen abhalte. Eine solche Handlungsweise sei echt jesuitisch und müsse er sie, von Religionslehrern und Erziehern geübt, geradezu verdammen. Diese Herren sollten doch bedenken, welchen Saamen sie in die Herzen der Kinder damit legten, die nur zugut wüßten und verstünden, daß sie dadurch in verbotenen Handlungen unterstützt und bekräftigt würden. Er werde die Sache weiter untersuchen. Ferner bringt Hr. Magistratsrath Chorherr zur Anzeige, daß im Kloster zu Haidhausen von Seite der dortigen Lehrerinnen gegen Kinder, deren Väter sich zu freisinnigen Anschauungen bekennen, die mißliebigsten Aeußerungen fallen und sich demnächst Väter deßhalb beschweren würden. Auch Dieses soll untersucht werden. (Hoffentlich wird der Magistrat mit aller Energie dem Willkührregimente und den Ausschreitungen einiger Fanatikern ein Ende setzen!)

ρ (Aus der Sitzung der Gemeindebevollmächtigten.) Auf Vortrag des Referenten Mayr wurde der vom Magistrate vorgeschlagenen, ortspolizeilichen Vorschrift bezüglich der Viktualienmarktgebühren-Perception beigestimmt, wobei das Collegium gleich dem Magistrate die Nothwendigkeit einer Revision des Tarifes, Erhöhung der Gebühren und Miethpreise ꝛc. anerkennt, dieselbe jedoch zur Zeit wegen der verschiedenen baulichen Veränderungen noch nicht vorzunehmen für gut hält. Dr. Winterhalter referirt über die Remuneration des Rechtsrathes Klausner, der seit dem Jahre 1865 als Stellvertreter des II. Bürgermeisters die Summe von 600 fl. jährlich auch jetzt noch bezieht, obgleich der Landtag längst geendet und der I. Bürgermeister längst wieder seine volle Kraft dem Amte widmet, und beantragt, vom 1. April beginnend die Zahlung dieser Remuneration zu sistiren, da sie nur für die Dauer der Beurlaubung des Herrn v. Steinsdorf bewilligt war. Die Darstellung des Herrn Winterhalter gewährte einen klaren aber traurigen Einblick in die patriarchalischen Zustände, in die Willkühr und in die Mißachtung der Gemeindebevollmächtigten, wie sie früher in unserem Gemeindehaushalte unter der Vorstandschaft des Herrn v. Steinsdorf herrschten. Die Debatte ergab, daß selbst die früheren Gemeindevollmächtigten der Ansicht waren, die fragliche Remuneration habe mit dem Urlaube des Herrn v. Steinsdorf ihr Ende erreicht. Herr Aub betonte in trefflicher Weise, daß der Beschluß des Magistrates weder dem formellen, noch dem materiellen, noch dem moralischen Rechte entspreche und das Interesse der Gemeinde in ungesetzlichster Weise schädige; er wahrt das Recht, eventuell in dieser Sache noch weiter vorzugehen. Der Vorstand Dr. Erhart schließt sich ebenfalls mit warmen Worten dem Antrage des Referenten an. Nachdem letzterer klar dargelegt, daß die Verantwortung in dieser Sache lediglich dem I. Bürgermeister und nicht, wie Herr Humpelmaier meinte, den Budgetreferenten Badhauser in Folge eines Uebersehens desselben treffe, wurde der Antrag des Herrn Referenten einstimmig angenommen und damit bewiesen, daß das Collegium, wie Herr Winterhalter bei seiner Begründung bemerkte, den Muth habe, nicht allein bei Prozessionen alten, gebrechlichen Leuten und niederen Bediensteten, sondern auch bei hochgestellten Beamten zu ersparen.

Fürth, 29. März. Heute Morgens 5½ Uhr wurden die Bewohner unserer Stadt durch Feuersignale erschreckt. Der Brand war in der untern Königsstraße im Hause des Hrn. Metzgermeister Fortmeier ausgebrochen, blieb jedoch durch die bald herbeigeeilte thatkräftige Hilfe der Feuerwehr auf den Dachstuhl beschränkt. Die Mitglieder des Bürgervereins, welche dem noch nicht vollständig organisirten Sicherheitscorps angehören, waren zum großen Theil an der Brandstätte.

Lichtenfels, 30. März. Dem Oekonomen Hiltner von Unterneuses bei Staffelstein war vor etlichen Tagen eine Kuh aus dem Stalle abhanden gekommen und vermuthete man mit Recht einen frechen Diebstahl; vorgestern fand man jedoch dieselbe im nahegelegenen Wald an einem Baume angebunden und mit reichlichem Futtervorrath, bestehend in einem Bündel Heu, versehen. Es enträthselt sich somit die Sache als ein Schabernack, den ein schlechter Witzmacher angestellt hat; wird ihm aber kaum zum Besten bekommen, denn solche Spässe läßt Frau Justitia nicht ungeahndet geschehen. — Der 14jährige Gymnasialschüler Max Ortloff aus Coburg entfernte sich heimlich aus dem elterlichen Hause und waren die eifrigsten Nachforschungen mit Hilfe aller Polizeiorgane mehrere Tage ohne allen Erfolg. Endlich jedoch fand man zum Entsetzen der in der That bedauernswerthen Eltern seine Leiche und zwar nicht weit außerhalb Coburg. Er hatte sich mittelst eines Pistolenschusses selbst das Leben genommen, wie man vermuthet, aus beleidigtem Ehrgefühl und Gram über seine geringere geistige Befähigung, die es ihm nicht zuließ, mit seinen Mitschülern gleichen Alters zu concurriren.

Würzburg, 29. März. Vorgestern verunglückte ein Bremser dadurch, daß er im Tunnel vor Aschaffenburg von einer Klammer er-

faßt und jählings auf den Boden geschleudert wurde. Er fiel so unglücklich, daß beide Arme zerschmettert wurden, ein Arm mußte sofort amputirt werden. Der Unglückliche befindet sich gegenwärtig im hiesigen Spitale. Derselbe ist verheirathet, Vater von 2 Kindern. — Am 27. d. wurde in der Nähe der Zündholzfabrik vor dem Sanderthore ein unbekannter Mann, welcher durch einen Stich schwer verletzt worden war, aufgefunden und in das Spital geschafft. Ueber die Person des Verletzten, der Thäter ꝛc. ist noch nichts Näheres bekannt.

Gemünden, 27. März. Verflossenen Donnerstag Abend ging ein Ortsnachbar von Burgsinn auf seine Wiese, um solche bewässern zu lassen, und kehrte dann in der in unmittelbarer Nähe befindlichen Marketenderhütte ein. Derselbe entfernte sich wieder von da, traf jedoch in jener Nacht in seiner Behausung nicht mehr ein. Die am nächsten Morgen angestellten Nachsuchungen hatten das Ergebniß, daß man denselben als Leiche im Sinnflusse fand und am Kopfe starke Verletzungen sich zeigten. Ob nun letztere in Folge von Gewaltthätigkeiten entstanden oder durch den Sturz ins Wasser hervorgerufen worden sind, bleibt vorläufig der weiteren Untersuchung anheimgegeben.

Aschaffenburg, 30. März. Dem Vernehmen nach finden eben Verhandlungen statt, um das bayerische Bundesschießen 1871 in hiesiger Stadt abzuhalten. Es wird sicher Jedermann mit Freude die Abhaltung dieses Festes begrüßen, da, wenn man auch kein Freund von Festen ist, man doch berücksichtigen muß, daß jede Veranlassung, welche Fremde hierher führt, unserer im Vorwärtsschreiten begriffenen Stadt nur von großem Vortheile sein muß. Sicher darf zur Ausführung dieses Festes der hiesige Schützenverein auf die Mit- und Beihilfe sämmtlicher hiesiger Bewohner rechnen.

Dem Nürnb. Korresp. schreibt man aus **Augsburg**: Der Wechsel in der Redaktion des Allgäuer Volksblattes hat seinen Grund nicht in der Verurtheilung, welche dessen seitherigen Redakteur betroffen, sondern war schon vorher beschlossene Sache. Herr Dr. Leonh. Schneider wird nämlich eine andere literarische Stellung im Dienste des Hrn. Bucher (zu München) einnehmen.(?)

Gerichtssaal.

Samstags stand vor dem Themse-Gerichtshof in **London** ein Knabe in dem zarten Alter von 13 Jahren und 10 Monaten, wegen verweigerter Zahlung von Alimenten verklagt. Die Verführte war um sieben Jahre älter. Es wurden so unumstößliche Beweise für die Paternität vorgebracht, daß eine Verurtheilung des kindlichen Vaters erfolgte. Da er keinen eigenen Erwerb besaß und noch die Schule besucht, wurden die Eltern verpflichtet, die Alimentengelder mit wöchentlich $1\frac{1}{2}$ Shilling (15 Silbergroschen) zu zahlen. Der übliche Satz ist um 1 Shilling höher, aber die Kleinheit des „Subjekts" scheint die Justiz veranlaßt zu haben, auch im Geldpunkte es beim gesetzlichen Minimum sein Bewenden haben zu lassen.

Vermischtes.

(Die Jeunesse dorée in Krain.) Aus Laibach wird unterm 25. März der Grazer Tgspst. geschrieben: Folgendes Bravourstückchen hat sich in Bischoflak zugetragen: Vorige Woche erhenkte sich im Orte ein Taglöhner, aus unbekannten Motiven, und der Leichnam wurde in die Todtenkammer zur Vornahme der Obduktion geschafft. Am selben Tage Abends saßen im Brauhause des Ortes drei Söhne „besserer Häuser" beisammen, von denen die zwei Aelteren, H . . und D . . . ., den Jüngsten unter ihnen, G . . . ., als einen furchtsamen Menschen zu necken anfingen, was dieser in Abrede stellte. Darauf forderten ihn die beiden Anderen auf, seinen Muth dadurch zu zeigen, daß er in die Leichenkammer gehe und den Erhenkten von der Bahre hinunterwerfe. G. erklärte sich dazu bereit, worauf H. und D. jeder einen Preis von 10 Gulden dem G. versprachen, wenn er das Vorhaben ausführe, jedoch müsse er als Zeichen, daß er wirklich dort gewesen, irgend etwas vom Körper des Erhenkten bringen. G. entfernte sich und kehrte in kurzer Zeit mit dem Ohre, welches er dem Erhenkten abgeschnitten hatte, zurück. Soeben damit beschäftigt, die 20 fl. einzuheimsen, wurde G. sammt dem Ohre und Gelde von der Gendarmerie-Patrouille, welche der Posten-Kommandant abgesendet hatte, arretirt und dem Strafgericht übergeben. Die Untersuchung wegen Leichenschändung ist im Zuge.

Telegraphische Nachrichten.

Carlsruhe, 31. März. Die Kammer der Abgeordneten genehmigte das Stiftungsgesetz nach den Commissions-Anträgen (Ultramontanen abwesend), ferner den Gesetzentwurf über die Privateisenbahn zwischen Appenweyer und Oppenau.

Wien, 30. März. Reichsrath. Rechbauer und Genossen legen einen Gesetzentwurf vor, welcher eine Aenderung der Verfassung durch Einführung der unbedingten directen Reichsrathswahl und die Creirung eines Länderhauses aus Landtagsdeputirten und eines Volkhauses durch direkte Wahl betrifft. Der Gesetzesantrag ist unterstützt.

Wien, 31. März. Sitzung des Abgeordnetenhauses. Der Präsident verliest eine Erklärung der abwesenden Polen, in welcher sie besagen: Das Memorandum der Minister-Majorität und die Adreßdebatte haben schon klar dargelegt, daß die Bestrebungen um Erweiterung der Autonomie fruchtlos seien; sie (die Polen) seien jedoch im Staatsinteresse bei der Berathung des Heerergänzungs-Gesetzes und des Budgets verharrt. Angesichts des Resultates der galizischen Resolution und der Vorlage des Nothwahlgesetzes glauben sie jedoch dem galizischen Landtage die Aktionsfreiheit zu wahren, indem sie ihre Mandate niederlegen. — Der Präsident verliest sodann eine Erklärung des Bukowinaer Abgeordneten Petrino und eine ähnliche der Slovenen und Istrianer, worin dieselben, nachdem der Antrag auf Ausdehnung der Autonomie abgelehnt und das die Rechte des Landtages verletzende Nothwahlgesetz eingebracht worden, gleichfalls ihre Mandate niederlegen.

Paris, 31. März. Nachrichten aus Rom zufolge befinden sich der Papst und die ultramontanen Bischöfe in großer Aufregung und wären versöhnliche Ideen als aufgegeben zu betrachten. Man glaubt Banneville werde sobald nicht zurückkehren.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a M., 31. März (Schlussc.)

Wechsel auf London	120	Oest.-franz. Staatsbahn	$377\frac{1}{4}$
„ „ Paris	$95\frac{1}{8}$	Bayr. Ostbahn-Actien	120
„ „ Wien	96	Elisabeth-Prior. I. Em.	77
5 proc. bayr. Anleihe	$100\frac{3}{4}$	4% bayer. Prämien-Anl.	$105\frac{7}{8}$
$4\frac{1}{2}$ „ „ „	$91\frac{3}{4}$	Bad. Präm.-Anleihe	$106\frac{3}{8}$
4 „ „ Grundrente	86	Oesterr. Loose v. 1860	$79\frac{3}{4}$
4 „ „ Obligat.	86	„ Loose v. 1864	$115\frac{1}{4}$
5 proc. österr. Metall., engl.	——	Alsenzbahn	87
5 „ „ National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	$67\frac{1}{2}$
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	$226\frac{1}{4}$
1882er Amerikaner	$95\frac{5}{8}$	Napoleons	$9.30\frac{1}{2}$
Oesterr. Bank-Actien	692	Rente Silber $58\frac{1}{4}$, Pap. 50.	
Credit-Actien	$276\frac{3}{4}$	flau. Handelsbank	99

Wien, 31. März. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	70.90	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	97.80	Steuerfr. Metall. on 1866	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	121.—	Napoleons	9.89
Oesterr. Bank-Actien	724.—	Wechsel auf Augsburg	103.—
„ Credit-Actien	290.20	„ „ London	124.20
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	396.—	„ „ Paris	49 25
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	„ „ Frankfurt a. M.	103.20
„ „ Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	238.60
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 352.—Pap.-R.	61.80

Berlin 31. März (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	$46\frac{1}{8}$	Lombarden	$129\frac{1}{4}$
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	$105\frac{5}{8}$	Italienische Anleihe	$55\frac{1}{8}$
$4\frac{1}{2}$ „ „ Anleihe	92	1882er amerikanische Bonds	$96\frac{3}{8}$
Bad. Prämien-Anleihe	$106\frac{1}{2}$	5 proc. preuss. Anleihe	$101\frac{3}{4}$
Darmstädter Actien	$180\frac{1}{4}$	$4\frac{1}{2}$ „ „ „	$92\frac{5}{8}$
Oesterr. Credit-Actien	$159\frac{1}{4}$	Wechsel auf Augsburg	56.22
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	$216\frac{1}{2}$	„ „ Frankfurt	56.24
Staatsbahn-Prioritäten	$292\frac{3}{4}$	„ „ London	$6.24\frac{3}{8}$
Oest. fl. 500 Loose von 1860	$79\frac{5}{8}$	„ „ Paris	$81\frac{1}{8}$
„ fl. 100 Loose von 1864	$66\frac{5}{8}$	„ „ Wien	$81\frac{3}{8}$
5 proc. östr. National-Anl.	——	matt.	

Curse des Münchener Handelsvereins vom 31. März 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. $3\frac{1}{2}$% Obl.	fl. 1000	$81\frac{1}{2}$	$80\frac{1}{2}$
4% ganz. Obl.	1000	$86\frac{3}{8}$	
4% halbj. Obl.	1000	$86\frac{3}{8}$	
4% Grundr.-Obl.	1000	$86\frac{5}{8}$	
$4\frac{1}{2}$% ganzj. Obl.	1000	92	$91\frac{5}{8}$
$4\frac{1}{2}$% halbj. Obl.	1000	92	$91\frac{5}{8}$
$4\frac{1}{2}$% „Milit. „	1000	92	$91\frac{5}{8}$
5% Obl.	1000	$101\frac{3}{4}$	$101\frac{1}{8}$
4% Münch. Obl.	1000		
5% „ „	1000	$101\frac{1}{8}$	$100\frac{3}{4}$
$4\frac{1}{2}$% Ostbahn-Aktien .		$119\frac{3}{4}$	
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung . .		$87\frac{1}{4}$	$86\frac{3}{4}$
dto. volle		$87\frac{1}{4}$	$86\frac{2}{4}$
Pfdbr. d. bayer. Hyp.-u. W.-Bank	à fl. 1000	$90\frac{1}{2}$	$90\frac{1}{4}$
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.		100	$99\frac{7}{8}$
Aktien „ „		823	823
Bayer. Handelsbank-Act.			98
Vereinsbank . .		120	$119\frac{3}{4}$
Württemberg. $4\frac{1}{2}$% Obl. . . .		$91\frac{1}{4}$	
Oesterreich $4\frac{1}{5}$% Silb.-Rte. $\frac{1}{7}$		$58\frac{3}{8}$	$58\frac{1}{4}$
„ Pap.-Rte „			
5% Nation.-Anl. . $\frac{1}{6}$			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à $116\frac{2}{3}$			
5% Met. Stfr. v. 1866 $\frac{6}{7}$			
Oest. Bank-Aktie . .			
„ Cred.-Aktien . .		$230\frac{1}{4}$	230
Oest.-franz. Stsb.-Aktien .			

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb. „	$229\frac{3}{4}$	$229\frac{1}{2}$
Preußen. $4\frac{1}{2}$% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. $2\frac{1}{2}$	$95\frac{5}{8}$	$95\frac{1}{2}$
„ 1884 „	$94\frac{1}{2}$	
„ 1885 „	$94\frac{5}{8}$	
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	106	
4% Bad. „ „	$106\frac{1}{2}$	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	$6\frac{1}{2}$	
Pappenheimer dto.	$5\frac{3}{4}$	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose . .	$18\frac{1}{2}$	
Oester. 1854er Loose à fl. 250 $\frac{5}{6}$		
„ 1860er „ à fl. 500 $\frac{6}{7}$		
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred. Loose . . .		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		310
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		123
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor .	95	
Chemische Fabrik Heufeld		76
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn . . .		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn . .		
„ Siebenbürger Bahn . . .		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. I. Em. $\frac{6}{7}$	$77\frac{1}{2}$	
dto. II. „ „		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn „		

		Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn „		$79\frac{1}{2}$	$79\frac{1}{8}$
„ Siebenbürger Bahn „			
„ d. Böhm. Westbahn „			
„ Alföld Fiumander Bahn „		$76\frac{3}{4}$	
Wechsel.			
Amsterdam fl. 100 holl.	K. S.		$100\frac{4}{8}$
	L. S.		
Augsburg fl. 100 . . .	K. S.		
	L. S.		100
Berlin Rthlr. 60 . .	K. S.	105	$104\frac{7}{8}$
	L. S.		$104\frac{7}{8}$
Frankfurt fl. 100 . . .	K. S.		
	L. S.		100
Hamburg M.-B. 100 . .	K. S.	$88\frac{3}{4}$	$88\frac{1}{8}$
	L. S.		$88\frac{1}{8}$
Leipzig Rthlr. 60 . .	K. S.	105	$104\frac{3}{4}$
	L. S.	$105\frac{1}{8}$	$104\frac{7}{8}$
London Pfdst. 10 . . .	K. S.	120	$119\frac{7}{8}$
	L. S.	120	$119\frac{3}{8}$
Paris Fr. 200 . . .	K. S.	$95\frac{1}{4}$	95
	L. S.	$95\frac{1}{4}$	
Wien fl. 100 . .	K. S.	$96\frac{1}{8}$	96
	L. S.		
Bank-Disconto für Platz-Wechsel . .			
„ „ Lombard. . .			
Geldsorten.			
Preuß. Friedrichsd'or		9.59	9.58
20 Francs Stücke		9.31	9.30
Preuß. Cassen-Scheine		$105\frac{1}{8}$	$104\frac{7}{8}$
Oest. Banknoten		$96\frac{3}{8}$	$96\frac{1}{8}$

Münchener Handelsverein.

Wir geben hiemit bekannt, daß wir folgende Usance festgestellt haben:

„Manco an Geldrollen ist spätestens am folgenden Werktage geltend zu machen."

München, 30. März 1870.

1115. **Die Vorstandschaft.**

Kgl. Hof- u. National-Theater.

Freitag den 1. April.

58. Vorstellung im Jahres-Abonnement.

Joseph in Aegypten.

Oper in 3 Aufzügen, Text nach dem Französischen des Duval. Musik v. Mehul.

Regie: Hr. Dr. Grandaur.

Personen:

Jakob, Hirt aus Hebron . H. Kindermann.
Joseph, Statthalter i. Aegypt. Hr. Vogl.
Jakobs Söhne:
Benjamin, Frau Vogl.
Ruben Hr. Sigl.
Simeon Hr. Heinrich.
Naphthali Hr. Hoppe.
Dan H. Weixlsdorfer.
Isaschar Hr. Frauendorfer.
Juda Hr. Fernbacher.
Sebulon Hr. Pöppl.
Asser Hr. Wagner.
Gad Hr. Wirsing.
Levi H. Grasser.
Utobal, Josephs Vertrauter Hr. Fischer.
Offizier v. Josephs Leibwache Hr. Leibold.
Aegyptierinnen . . . . Frl. Hemauer. Frl. Thoms. Frl. Ritter.

Ort: Memphis und Umgegend.

Die Kasse wird um $\frac{1}{2}$6 Uhr geöffnet.

Anfang $\frac{1}{2}$7 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.

Münchener Aktien-Theater.

Freitag den 1. April.

Siebente Gastvorstellung des Hrn. Direktor Joh. Fürst aus Wien,

mit seiner aus 30 Personen bestehenden

Possen- und Operetten-Gesellschaft.

Die Liebhaber im Schrank.

Posse mit Gesang in 1 Akt v. J. Doppler.

Hierauf:

Im Gemeindehaus.

Posse mit Gesang in 1 Akt v. C. Berla.

Zum Schlusse:

Im Versorgungshaus.

Posse mit Gesang in 1 Akt v. K. Elmar.

Anfang 7 Uhr. Ende nach halb 10 Uhr.

Gestorbene.

Am 29. März. Glöckl Ad., Kindsmagd v. h., 50 J. — Kammerer E., Tuchmachergehilfe v. Tirschenreuth, 51 J. — Kloiber L., Hausbesitzer v. h., 49 J. — Krautheim M., Gärtnergehilfe v. Erlau, 62 J.

Verlag u. Redaktion von **Karl Kellerbauer.** — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr:
Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr
für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Samstag, den 2. April 1870. **Nr. 91.**

Nothwendige Entschiedenheit der römischen Herrschaft gegenüber.

Z Die römische Papstherrschaft hat sich von ihrer schweren Niederlage am Ende des vorigen Jahrhunderts allmählig wieder erholt unter dem Schutze und der Begünstigung der Regierungen und ist unter Mithilfe des Jesuitenordens, leider auch mit vielfachem Beistand der deutschen historischen und theologischen Wissenschaft und mit Ausbeutung insbesondere der Rechte und Freiheiten des modernen Staatslebens für ihre Zwecke mächtig erstarkt. Mit übermüthigem Undank gegen die Regierungen, die dieß Papstthum begünstigt, und zum Hohn der modernen Rechte und Freiheiten, die dasselbe hauptsächlich zur Erstarkung ausgenützt, hat es nun im Bunde mit dem Jesuitismus dem modernen Staate, der Wissenschaft und Civilisation den entschiedensten Krieg offen erklärt und will unter Vernichtung derselben die volle Herrschaft Roms wieder herstellen. Die Encyklika vom 8. Dezember 1864 und der sog. Syllabus von 80 als Irrthümer verdammten Sätzen (welche die wichtigsten wissenschaftlichen und humanen Errungenschaften, alle Rechte und Freiheiten der Völker umfassen) — ist das große Programm des entscheidenden Kampfes für die absolute Herrschaft Roms und des Jesuitismus. Die Welt ließ sich diese Publikation des römischen Papstes gefallen, nahm all' die Verdammungen ihrer besten Güter ruhig hin und hinderte nicht, daß sie in Schulen und Kirchen eingeführt und Jugend und Volk damit berückt wurde. Kein Wunder, daß man auf dieser Bahn vorwärts schreitend nun endlich ein allgemeines Concil berief, das keinen andern Zweck hat, als die rechts- und freiheitsmörderischen Sätze des Syllabus in positive Lehrsätze zu verwandeln, zu sanktioniren, und dadurch das ganze Gewicht der Kirche für dieselben den Staaten gegenüber einzusetzen. Und um für jeden Schritt zur Erhöhung und Befestigung der kirchlichen Papstherrschaft stets das ganze Gewicht der Kirche, den Glauben und die Rechte aller Millionen Katholiken in Eins zusammengefaßt den Staatsregierungen gegenüber in die Wagschale zu werfen, soll nun der Papst selbst für unfehlbar erklärt und dadurch mit absoluter Vollmacht für all' sein Belieben, resp. für all' das, wozu ihn die Jesuitenpartei mißbrauchen will, ausgestattet werden.

Blind müssen diejenigen sein, die noch immer nicht erkennen, welch' große Gefahr dem ganzen modernen Staats- und Culturleben nunmehr droht, und daß es nothwendig sei, mit aller Entschiedenheit dem entgegen zu treten, ehe die ungebildeten Massen ganz und gar bearbeitet und nöthigenfalls auch als revolutionäre Macht zur Execution für die Beschlüsse des unfehlbaren Papstes und der Jesuiten verwendet werden können. Von den Theologen oder gar von den Bischöfen ist kein entschiedener Widerstand gegen Rom zu erwarten. Die Theologie führt größtentheils nur morsche, zerbrechliche Waffen und muß sich überdieß als der kirchlichen Autorität unterworfene Wissenschaft dem Willen dieser zuletzt fügen. Dazu kommt, daß eine theologische Opposition schließlich leicht mit ihren eigenen, dem kirchlichen Standpunkte entnommenen Voraussetzungen erwürgt werden kann — wie jetzt mit der Voraussetzung, daß zwar nicht der Papst aber die „Kirche" unfehlbar sei. — Auch die diplomatischen Operationen der Regierungen bedeuten nicht viel, da bei hohen und höchstgestellten Personen tausend Rücksichten und Interessen, verbunden mit Furcht, Aberglauben, Gewissensängsten, Sündengefühlen u. dgl. mit ins Spiel kommen. Energischer erfolgreicher Widerstand kann vorläufig nur von den gebildeten Klassen des Volkes erwartet werden, und darum hat, wie dieß jüngst schon erörtert wurde, die entschieden liberale Partei des Fortschrittes die Aufgabe, diesen römischen Anmaßungen und Plänen entschieden gegenüber zu treten und sich auch zu diesem Zweck entsprechend zu organisiren. Nur ganz entschiedene Abweisung der römischen Zumuthungen, auch wenn sie vom vatikanischen Concil kommen, kann hier von Erfolg sein, jede Halbheit, Unentschlossenheit, jedes Streben nach Compromissen ist schädlich und führt nur zu um so entschiedenerem Sieg der absolutistischen Papstherrschaft. Rom hat mit größter Entschiedenheit dem modernen Staate den Krieg erklärt, die moderne Wissenschaft und jede Versöhnung mit der modernen Civilisation zurückgewiesen; man glaube nicht, daß man diesen römischen Entschluß durch Nachgiebigkeit ändere, durch Halbheit besiege. In Rom selbst fürchtet und achtet man nur die Entschiedenheit und behandelt Schwäche und Unentschiedenheit mit Geringschätzung. Das mußten die Bischöfe der Opposition schon hinreichend in Erfahrung bringen. Ihre sogen. Proteste führen mehr die Sprache eines flehenden Bettlers als die von Männern, die ihr gutes Recht zu fordern haben, daher hat man diese Proteste auch mit Geringschätzung aufgenommen und ohne weitere Beachtung einfach in den Winkel geworfen.

Was also in Rom vom dienstbaren Concil beschlossen werden mag in der fraglichen Richtung, es muß energisch mit Protest zurückgewiesen werden. Es genügt daher nicht, blos die ungeheuerliche Unfehlbarkeit des Papstes abzuweisen, sondern vor Allem wichtig ist es, den sanctionirten Syllabus, durch welchen der unfehlbare Papst eben seine gewaltigste Waffe erhalten soll, zu verwerfen.

Wir können hier nicht auf das Einzelne eingehen, wollen aber beispielsweise doch ein paar päpstliche Hauptforderungen hervorheben: Der Papst spricht in der Encyklika und im Syllabus unbedingte Oberherrschaft über den Staat an, in der Weise, daß, wenn staatliche und kirchliche Gesetze in Widerspruch kommen, die katholischen Bürger den kirchlichen Gesetzen zu gehorchen und den entgegenstehenden staatlichen den Gehorsam zu verweigern haben — bei Vermeidung kirchlicher Strafen. Damit ist also der Staat dem Kirchenoberhaupte unterworfen und die staatliche Souveränität aufgehoben; denn es hat keine Bedeutung, wenn die päpstliche Obergewalt auf kirchliche Angelegenheiten beschränkt wird, da es ganz vom Papste abhängen soll, allein zu erklären, welche Angelegenheiten als kirchlich zu betrachten seien und welche nicht. Diese Hauptforderung des absoluten Papstthums ist auch breits in positiver Formulirung dem Concil vorgelegt und es ist gar kein Zweifel, daß sie von demselben sanctionirt werde. Wer also die Souveränität des Staates behaupten will, muß entschieden dem Papst und dem Concil widerstehen und ihren Beschluß zurückweisen. Damit aber muß er dann freilich vor den Augen des Papstes und Concils aufhören, ein guter kirchlicher Katholik zu sein, da er dadurch der

Kirche ungehorsam wird, und er kann nöthigenfalls aus derselben, um dieses einzigen Punktes willen, ausgeschlossen werden. Jeder Staatsbürger also, der die Oberherrschaft des Papstes über den Staat nicht anerkennt, sondern dem Staate Souveränität zugesteht, hört auf, ein richtiger Katholik zu sein (ein Katholik nach dem Willen des Papstes und der Vorschrift der „Kirche“); und wer ein guter Katholik sein will, der darf die Souveränität des Staates nicht anerkennen. Es gibt kein Mittleres, ausgenommen durch zeitweiliges Zugeständniß auf dem Gnadenwege von Seite des Papstes. Niemand kann zwei Herren zugleich dienen, besonders wenn diese Herren noch dazu im schroffen Widerspruch stehen. Mögen das die umsichtigen Katholiken sich wohl überlegen, sie werden bald zu wählen haben.

Betrachten wir noch einen andern Punkt: Der Papst bezeichnet es in der Encyklika als einen Wahnsinn, anzunehmen, „daß die Freiheit des Gewissens und der Kulte ein jedem Menschen eigenes Recht sei, das in jeder wohl constituirten Gesellschaft durch das Gesetz ausgesprochen und festgestellt werden müsse.“ Die Gewissensfreiheit und die Toleranz wird also als unzulässig, als unkatholisch verworfen, und es wird verlangt, daß der Staat die wahre Religion, d. h. die katholische zur alleinberechtigten, zur herrschenden mache, wo immer die Möglichkeit sich biete. So sollten also insbesondere wir in Deutschland wohl neuerdings den dreißigjährigen Krieg beginnen, dessen Schluß Rom ja ohnehin nicht anerkannt hat. Wir sollen, um gute Katholiken nach dem Willen des Papstes und des vatikanischen Concils zu sein, neuerdings anfangen, uns gegenseitig um des Glaubens willen anzufeinden, zu beschimpfen, zu verdammen, gegenseitig in Haß zu entbrennen, uns zu zerfleischen. Alles im Dienste des Papstes und der römischen Curie, damit diese ihre Herrschaft erweitere und ein noch größeres Gebiet der Ausbeutung erlange. Sollen wir uns solcher Glaubensforderung gegenüber halb und zaghaft benehmen? Sollen wir bei dem römischen Papste betteln und demüthig flehen, er möge uns in Anbetracht der Verhältnisse trotz der Unfehlbarkeit dieser seiner Entscheidung in Gnaden gestatten, mit unsern andersgläubigen Mitbürgern in Frieden zu leben, er möge uns gnädig nachsehen, daß wir nicht in Zorn und Haß gegen sie entbrennen, sie hassen und verfolgen, und möge uns gleichwohl noch für Katholiken, wenn auch vielleicht für nicht recht gute, gelten lassen? Nein, das wäre nicht ein würdiges Verhalten. Das Angemessene solch' einer höllischen Zumuthung Rom's gegenüber ist vielmehr, daß wir, die Katholiken Deutschlands insbesondere, demselben das Wort zurufen, das Christus selbst an den Apostel Petrus, den behaupteten Vorgänger des Papstes, richtete, als derselbe ihm Ungebührendes zumuthete: „Weiche von mir Satan, du bist mir ein Aergerniß.“

Politische Tagesübersicht.

Karlsruhe, 30. März. Der Bericht des Abg. Näf über die Einführung des Militärstrafgesetzbuchs und der Militärstrafgerichtsordnung berührt in seinem Eingang das Schutz- und Trutzbündniß und führt aus, daß Baden, nach dem Zusammensturz des Bundes, in der innern Gesetzgebung nicht mehr beschränkt, aber machtunfähig, eine eigene deutsche und auswärtige Politik zu befolgen, durch Ueberzeugung, wie durch Nothwendigkeit gedrängt war, sich dem großen, bis jetzt norddeutschen Staate anzuschließen, in Verbindung mit welchem es allein die Bedingungen seiner Existenz als deutsches Land und als Sonderstaat erfüllt sehen konnte. Dadurch entstand das Schutz- und Trutzbündniß. Die seitherige Militärgesetzgebung will nun nicht allein loyal eine Vertragspflicht erfüllen, wie es ohnehin die nackte Ehrlichkeit verlangt, sondern auch eine solche Uebereinstimmung der beiderseitigen Heereskräfte hervorbringen, daß im Bündnißfall die Einheit der verbündeten Heere festgestellt sei. — Durch das neue Militärstrafverfahren ist Oeffentlichkeit und Mündlichkeit der Verhandlungen festgestellt; die früheren Entwürfe über Ehrengerichte und Zweikampf von Offizieren wurden nicht wieder vorgelegt. Die Presse hatte sich immer sehr energisch gegen beide ausgesprochen.

Der **Freiburger** Bote vertheidigt heute die Unfehlbarkeit des Papstes auf eine sehr merkwürdige Weise, indem er ihr die von Elisabeth von England erzwungene protestantische Unfehlbarkeit ihrer eigenen Person gegenüberstellt. Er nennt das einen „Gräuel am Heiligsten, ja selbst am gesunden Menschenverstand“ und schildert mit gräßlichen Farben die blutigen Hinopferungen der edelsten Männer, die sich an die gottlose und verruchte Ueberhebung knüpften. Man kann sich nicht treffender über die heuchlerische Vergöttlichung eines protestantischen Menschen ausdrücken, und wir bewundern die Kunst der edlen Redaktion, nur mit Einem Auge zu sehen.

Stuttgart, 31. März. Folgende Ansprache des Kriegsministers v. Suckow an das königliche Truppencorps kennzeichnet den Geist des neuen Kriegsministeriums: Der Berufung Folge leistend, welche durch die Gnade und das Vertrauen Sr. Maj. des Königs an mich ergangen ist, habe ich am heutigen Tage die Führung des Kriegsministeriums übernommen, um der Armee unter schwierigen Verhältnissen die Bedingungen ihres Daseins zu bewahren, die Thätigkeit und den Fortschritt in der Armee zu erhalten und vorwärts zu führen. In dieser meiner Amtsführung werde ich der von meinem Vorgänger eingeschlagenen Richtung in allen Stücken unverrückt treu bleiben; ich rechne dabei auf das richtige Verständniß und auf die thätige Unterstützung Aller, und verspreche meinerseits eine eben so gewissenhafte als feste Führung der Geschäfte, die Unterstützung und Anerkennung dem Talente und jedem Streben und die Fürsorge für Alle nach meinen Kräften.

Wien, 31. März. In unserer parlamentarischen Lage tritt eine neue Wendung ein. Die polnischen Abgeordneten des galizischen Landtages haben ihren Austritt aus dem Reichsrathe erklärt. Die Vorlage des Nothwahlgesetzes und der vom Ausschusse beantragte Uebergang zur Tagesordnung über die galizische Landtagsresolution haben den Entschluß zur Reife gebracht, den die Betheiligten durch eine heute überreichte Erklärung motiviren. Außer den Polen wollen auch die Slovenen und Görzer nebst den Triestinern austreten, um dem slavischen Attentate auf die Reichsvertretung Nachdruck zu geben. Das Abgeordnetenhaus ist indessen noch beschlußfähig, und es wird sammt dem Ministerium in dieser letzten Stunde zu erweisen haben, ob es auch lebensfähig ist.

— Der Nat.-Ztg. wird geschrieben: „Der Justizminister Dr. Herbst dementirt auf das entschiedenste, daß er gegen die Wahlreform aufgetreten sei und dadurch den Rücktritt Giskra's veranlaßt habe. Er habe sich, so versichert er seinen Freunden, für die Wahlgesetze Giskra's allerdings nicht begeistern können, habe aber denselben kein Hinderniß entgegengestellt. Dieselben seien vielmehr an der an höchster Stelle zum Durchbruch gekommenen Ueberzeugung gescheitert, daß sich nicht einmal die einfache, um wie viel weniger die erforderliche Zweidrittel-Majorität für diese Vorlage hätte aufbringen lassen.“

Laibach, 30. März. Der Laibacher Fürstbischof wird Ende April nach Rom zurückkehren, um an den Concilsarbeiten wieder theilzunehmen.

Prag, 31. März. Nach einer verläßlichen Mittheilung ist die Nachricht, daß der ungarische Primas Simor zur Infallibilisten-Partei übergegangen sei, unrichtig. — Hiesige Blätter publiciren ein Gespräch zwischen Giskra und Beust. Letzterer hätte entschieden die Absicht negirt, je ein Ministerium Kellersperg stützen zu wollen, die Reaction sei in Oesterreich nicht mehr möglich. Er werde am Parlamentarismus festhalten und nicht im eigenen Fleische wühlen.

Pest, 30. März. Die Finanz-Commission empfiehlt in der Sitzung des Unterhauses die Annahme der Anleihe zur Verschönerung der Hauptstadt, da in letzter Zeit keine Anleihe zu so günstigen Bedingungen abgeschlossen wurde. Wächter interpellirt das Gesammt-Ministerium in Angelegenheit der Eisenbahn-Verbindung zwischen Siebenbürgen und Rumänien, und ob die Regierung den Bahnanschluß im Ojtioz-Passe bewerkstelligen werde und gegen die diesbezügliche Instruction des Grafen Beust an den Consul v. Zulauf auftreten wolle? Simonyi fragt, ob zu der Summe von 5 Millionen, die Ungarn laut Vertrags vom Jahre 1867 an die Kaschau-Oderberger Bahn zahlt, schon Beiträge geleistet wurden? Lonyay verneint dies und verspricht nächstens ausführliche Aufklärung. Lonyay überreicht dann das sanctionirte Gesetz über Verlängerung der Indemnität und legt einen

Gesetzentwurf über Verlängerung des Circulations-Termins für die Silbersechser von den Jahren 1848 und 1849 vor.

Pest, 30. März. In der heutigen Sitzung der Bank-Enquête sprach Horn. Zu der 80-Millionen-Schuld, bemerkte er, soll Ungarn nichts beitragen. Von den Staatsnoten sei ein Drittel für Ungarn auszuscheiden und durch ein Metall-Anlehen einzulösen. Er plaidirt entschieden für ein selbstständiges ungarisches Bankwesen mit Metallfonds.

Pest, 31. März. Der Hon meldet: die rumänischen Regierung bewilligt die Bahnanschlüsse Severin Kronstadt und wünscht noch einen dritten in Zsilthale. Der ungarische Lloyd berichtet: Das Communiactions-Ministerium ist in voller Desorganisation. Die besten Kräfte desselben haben bereits demissionirt oder beabsichtigen den Austritt.

— Die ungarische Regierung hat ihre Bischöfe zur Rückkehr aus Rom aufgefordert. Sie hat dafür zunächst die milde Form gewählt: ihnen zur Erwägung zu stellen, daß sie ihre eigenen Interessen gefährden würden, falls sie sich der Betheiligung an den bevorstehenden Verhandlungen des Reichstags über kirchliche Gegenstände entziehen wollten; man wird aber nicht zweifeln dürfen, daß eventuell eine kategorische Aufforderung nachfolgt. Von einem analogen Schritte der cisleithanischen Regierung ist bis jetzt nichts bekannt.

Im dritten Monate besteht schon in **Ercse** (Stuhlweißenburger Comitat) die confessionslose Schule, und die katholischen Kinder derselben genießen während der ganzen Zeit keinen Religions-Unterricht. Nun forderte aber der Herr Pfarrer — einer Mittheilung des Pester Lloyd zufolge — die katholischen Eltern am Sonntag den 27. d. in der Kirche auf, daß sie ihre Kinder zur Prüfung aus der Religion in die confessionelle Schule schicken mögen. Zugleich ruft er aus: „Wehe denjenigen Vätern und Müttern, die weder kalt noch warm, die ihre Kinder in die confessionslose Schule zu schicken nicht zurückschrecken. Denn von diesen steht es geschrieben: Weil du weder kalt noch warm bist, werde ich dich aus meinem Mund speien,... Wehe den Eltern, die wegen ihrer Kinder für immer verdammt werden, wehe den Kindern, die wegen ihrer Eltern verdammt werden!"

Berlin, 30. März. Der Antrag auf eine baldige Revision der Militär-Strafgesetze, und zwar insbesondere dahin, daß das Militär-Strafverfahren mit den wesentlichen Formen des ordentlichen Straf-Prozesses umgeben und die Zuständigkeit des Militärgerichts im Frieden auf Dienstvergehen der Militärvergehen beschränkt wird, veranlaßte heute im Reichstage eine längere Debatte. Der Abgeordnete v. Bernuth, als Mitantragsteller, erinnerte an den entsprechenden Beschluß des preußischen Abgeordnetenhauses im Jahre 1862, indem er auf die Härte der gegenwärtig geltenden Militärstrafen und die Mängel des militärischen Strafverfahrens, das eine regelrechte Vertheidigung gar nicht kenne, nachdrücklich aufmerksam machte. Auch der Abgeordnete Reichensperger hielt die beantragte Reform für dringend geboten, für ein nothwendiges Zugeständniß an die öffentliche Meinung in Deutschland, und auch er hebt die dem militärischen Strafverfahren mangelnden Garantieen einer gerechten, unparteiischen Rechtspflege hervor. Der Minister General v. Roon sprach sich dagegen nur sehr zurückhaltend aus. Derselbe erkannte nur an, daß die Militär-Strafgesetzgebung sich der neuen allgemeinen bürgerlichen Strafgesetzgebung werde anzuschließen haben, verbreitete sich aber nicht näher darüber, ob die im Antrage bezeichneten Grundlagen bei der bereits in Vorbereitung begriffenen Reform angenommen seien, erklärte vielmehr, es sei von einer weiteren geschäftlichen Behandlung einstweilen Abstand genommen wegen der wohlbegründeten und seitdem bestärkten Zweifel an dem Zustandekommen des Civil-Strafgesetzbuches. Einen angenehmen Eindruck konnte diese Erklärung nicht machen. Indeß ist doch die Möglichkeit noch nicht ausgeschlossen, daß schließlich der thatsächliche Erfolg ein besserer ist als die heutige trübe Voraussicht! Der weiterhin angenommene Miquel'sche Antrag („die Ausgabe von Staatspapiergeld findet nur auf Antrag der dabei betheiligten Landesregierung im Wege des erlassenen Bundesgesetzes statt") ist im Grunde nur eine ganz nothwendige Ergänzung zu dem neuen Bundesgesetze zur Beschränkung der Banknoten-Ausgaben.

Berlin, 31. März. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" sagt über den von der „Allg. Ztg." gebrachten Südbund-Plan: Man könne sich Manches davon aneignen. Die Möglichkeit einer annehmbaren Vereinigung der Südstaaten untereinander und mit dem Nordbunde löse der Entwurf jedoch nicht. Die Ansicht, der Eintritt eines einzelnen Südstaates in den Nordbund sei durch die Friedensschlüße ausgeschlossen, werde weder von Baden noch von Preußen getheilt. Was die nationale Verbindung mit dem Nordbunde betrifft, sucht die „Nordd. Allg. Ztg." betreffs gewisser Hauptfragen in dem Projekte vergebens eine Andeutung.

Paris, 29. März. Der Artikel 33 der Verfassung von 1852 ist vom Kaiser bis zum letzten Augenblicke vertheidigt worden, weil Rouher ihn beschworen hatte, sich dieser Waffe, wodurch er mit Hilfe des Senates Jahre lang ohne ein vom gesetzgebenden Körper votirtes Budget „in dringlichen Fällen" die Steuern eintreiben lassen konnte, nicht zu begeben. Welches Gewicht die Reaktion am Hofe auf Art. 33 legte, lehrt folgender, kurz vor dem Entschlusse des Kaisers erschienener Warnruf des Pays: „Den Art. 33 in Wegfall bringen, das heißt keineswegs die Machtbefugnisse des Senats vermindern, sondern nur die Regierung für einen gegebenen Fall, der nothwendigerweise sehr verhängnißvoll sein würde, desorganisiren. Es sind heute acht Tage her, daß Hr. Emile Ollivier, als er aus den Händen des Kaisers das neue Reformprojekt empfing, dasselbe ganz und ohne Vorbehalt anzunehmen versprach. Ein ernster Mann ändert seine Meinung über solche wichtige Fragen nicht in 3 Tagen. In Summa: hoffen wir, daß die hohe Intelligenz des Kaisers, die ihm angerathen hat, den Art.33 in der neuen Constitution beizubehalten, ihm auch den unerschütterlichen Widerstand gegen die verderbliche Concession, die man von ihm verlangt, eingeben wird."

Paris, 29. März. Der Moniteur bestätigt heute, daß Rouher gegen die Abschaffung des Artikels 33 der Verfassung intriguirt hatte. Der Senatspräsident schien seiner Sache so gewiß, daß er Sonntag seinen Freunden die nahe bevorstehende Auseinandersprengung des Cabinets ankündigte. Auf diesem Felde geschlagen, suchen die Gegner des Ministeriums zu Gunsten eines nachträglichen Volksbeschlusses zu arbeiten; sie suchen den Kaiser gegen die ausgesprochenste Ansicht des Cabinets für diese Meinung zu gewinnen und verbreiteten heute an der Börse bereits Gerüchte von einer baldigen Ministerkrise. — Zwischen E. Picard und E. Ollivier hat eine ernstliche Annäherung stattgefunden, die in einer gegebenen Zukunft nicht ohne Einfluß auf die Gestaltung der Regierung bleiben wird. — Am 7. April finden die Wahlen in der Akademie statt. Die Wahl Olliviers ist unzweifelhaft.

Paris, 31. März. Man wird sich im Ministerium keiner Täuschung darüber hingeben dürfen: der Senatusconsult ist vom politischen Publikum (das große Publikum hat sich kaum noch darum bekümmert) nicht so günstig aufgenommen worden, als man erwarten zu dürfen geglaubt hat. Man ist zunächst damit nicht zufrieden, daß aus der neuen Verfassung des Jahres 1870 nichts als ein Annex zu den Motiven eines Senatusconsults gemacht wird. Im Weiteren findet man die Beibehaltung der Senatoren-Ernennung durch den Kaiser tadelnswerth und hält die Vollmacht des Kaisers, die constituirende Gewalt auf dem Wege des Plebiscits auszuüben für nichts Anderes denn eine halbgeöffnete Hinterthür für künftige Staatsstreiche. Aber mir scheint, so begründet auch einzelne solcher Detail-Ausstellungen sein mögen, man schüttet auf diese Weise das Kind mit dem Bade aus. Die Zugeständnisse des Kaisers an die Volksvertretung sind so groß, der liberale Gedanke herrscht in so aufrichtiger Weise vor, daß man etwas billiger in seinen Anforderungen sein sollte. Allerdings kommt dazu die unglückselige Geschichte von Tours, die allen Schwung lähmt, alle Begeisterung hemmt, und endlich die wenig taktvolle Manie des Cabinets, bei all und jeder Gelegenheit, wie es dies gestern fast zweimal gethan, die Vertrauensfrage zu stellen. Alles das verbittert und ärgert unsere Politiker.

— Dem Temps zufolge wäre das Scheitern des Senats-Reformprojectes heute bereits Thatsache.(?)

Marseille, 30. März. Briefe aus Konstantinopel melden,

daß Nubar Pascha mit Auszeichnung von dem Großvezier empfangen wurde und daß Letzterer der Justizreform in Egypten zugestimmt habe.

Brüssel, 29. März. Die Independance meldet, Prinz Peter Bonaparte werde auf einige Zeit mit seiner Familie sich hier in seinem Hause niederlassen.

— Die Independance läßt sich melden, Bischof Stroßmayer sei aus Rom ausgewiesen (explusé) worden.

London, 29. März. Die irischen katholischen Bischöfe haben sich nun auch über die irische Landgesetzvorlage geäußert. In ihrem Namen schreibt Dr. Furlong, Bischof von Ossory, aus Rom an das irische Parlamentsmitglied D'Arcy, daß der Entwurf keine günstige Aufnahme bei ihnen gefunden habe, weil er das vorgesteckte Ziel nicht erreichen werde. Fünf Forderungen stellen die Bischöfe auf, ohne deren Gewährung das Gesetz unvollkommen bleiben werde. Sie verlangen für alle Pächter das Recht, ihre Grundstücke aufzubessern und so lange in ihrem Pachtverhältnisse zu bleiben, bis der Landesgerichtshof eine Entscheidung gegen sie gefällt habe. Ferner soll der Pächter vor jeder Steigerung der Pacht sich an den Gerichtshof berufen, die Abtretung der Pacht an einen Nachfolger auf offenem Markte verkaufen, die Pachtung zu Gunsten senier Angehörigen in gewissen Grenzen vertheilen dürfen und endlich von dem etwaigen Verbote, Wiesen in Ackerland umzuwandeln, erlöst werden. Freilich verhehlen sich die Bischöfe nicht, daß die Aufnahme dieser Forderungen einer Umschmelzung der Vorlage gleichkommen würde und daher wenig Aussicht habe; auch erklären sie, die Mitglieder des Parlaments, welche auf ihren Rath Werth legen sollten, in keiner Weise verhindern zu wollen, einen anderen Weg einzuschlagen, der ihnen mehr Hoffnung auf eine gründliche Verbesserung der Vorlage verspreche. Offenbar haben die Vorschläge der geistlichen Herren Vieles für sich, zumal die angestrebte Befestigung der Pachtverhältnisse; aber der Verlauf der bisherigen Verhandlungen des Unterhauses rechtfertigt ihren Zweifel, daß das Parlament auf diese weit greifenden Verbesserungen eingehen würde.

London, 30. März. Das amtliche Ergebniß der Wahl von Bristol ist: Elisha Shmith Robinson 7882, Sh. V. Hare 7062 Stimmen. Ersterer ist bereits nach London abgereist. Die Wahl verlief ruhig. — General Charles Grey's Zustang ist hoffnungslos. — In Villallen, Graffschaft Westmeath, Irland, wurde am Sonntag Abends auf einen Hrn. Crawford geschossen, während er unter seiner Familie saß. Geringe Hoffnung auf sein Aufkommen. — Hr. Charles Green, der Veteran der Aëronauten, ist gestern, 85 Jahre alt gestorben.

Florenz, 28. März. Zu einer sehr interessanten Debatte hat die römische Frage und die Unfehlbarkeit des Papstes heute in der italienischen Kammer Veranlassung gegeben. Man wollte gerade in die Fortsetzung der Budgetdebatte eingehen, da erhob sich der Deputirte Boni und sagte: „Die finanziellen Fragen dürfen uns nicht vergessen machen, daß Rom uns gehört. Wenn wir für den Augenblick dieses Territorium nicht besetzen wollen, oder nicht besetzen können, so müssen wir wenigstens Alles thun, damit unsere Rechte nicht verletzt werden. Der Syllabus ist der Codex der Reaction. Da ich mich um den römischen Hof nicht so viel bekümmere, so halte ich es nicht für nöthig, über die Unfehlbarkeit zu sprechen, die ich als die Extravaganz der Extravaganzen definiren möchte. Doch müssen wir darüber wachen, daß das Concil weder unsere Gesetze, noch unsere Institutionen schädige." Redner schloß mit der Forderung, die Regierung solle über ihre Haltung gegenüber dem Concil und der römischen Frage Aufschlüsse geben. Der Minister des Aeußeren, Visconti-Venosta, gab hierauf die schon telegraphisch erwähnte Erklärung ab. Dieselbe gipfelte in dem Ausspruche, daß die italienische Regierung, da sie den Concilsbeschlüssen nicht die mindeste Bedeutung beilege, die Concilsväter machen lassen werde, was ihnen beliebt. Selbstverständlich sei es, daß die Regierung den italienischen Gesetzen Achtung zu verschaffen wissen werde. „Wir können es beklagen," fügte der Minister hinzu, „daß in Rom gute Rathschläge so wenig gewürdigt werden, aber dies ist noch kein Grund, uns über das Vorgehen des Concils graue Haare wachsen zu lassen. Was unsere Beziehungen zu der Kirche anbetrifft, so werden wir diese stets durch unsere eigenen Gesetze regeln und nicht durch das Concil regeln lassen." Diese Erklärung des Ministers wurde mit großem Beifall aufgenommen, nur zwei Deputirte, verschiedenen Parteien angehörig, traten dagegen auf. Miceli fand es nicht in der Ordnung, daß die Regierung die Concilsväter gewähren lasse, und D'Ondes-Reggio gab unter allgemeiner Heiterkeit sich als Anhänger der Infallibilität zu erkennen. „Die Concilsväter" sagte er, „thronen so hoch und so majestätisch, daß die gegen sie geschleuderten Angriffe sie gar nicht berühren. Rom wird Italien niemals in seine Gewalt bekommen; wenn aber doch (großes Gelächter), so werden dort die Sprachen verwirrt und die Völker zerstreut werden. Ueber die Unfehlbarkeit aber rede man nicht, ohne die Kirchengeschichte zu kennen. (Oho! auf der Linken.) Das Concil wird die Civilisation der Welt, es wird uns vor der Idolatrie retten." (Neue Heiterkeit.) Der Redner schließt mit den Worten: „Die Macht, uns die Pforten des Paradieses zu erschließen, sei nur den Päpsten und den Concilien, nicht aber den Parlamenten gegeben." Darauf schlug Ferrari folgende Tagesordnung vor: „Die Kammer geht, weil es ihr ganz gleichgiltig ist, ob der Papst sich für unfehlbar erklärt, zur Tagesordnung über." Dieser Antrag wurde von der Kammer angenommen.

Bukarest, 30. März. Der Rücktritt des Justizministers Vioreanu, resp. die Ernennung Lahovari's zum Justizminister bestätigt sich nicht.

Belgrad, 31. März. In Rustschuk wurde Dr. Hays zum General-Consul der Vereinigten Staaten von Nordamerika ernannt.

Washington, 30. März. Im Senate dauert die Debatte über den Vertrag mit Domingo fort. Die Opposition gegen denselben ist im Zunehmen. Die Bestätigung des Vertrages ist nicht wahrscheinlich.

Bayerische Angelegenheiten.

xx **München**, 31. März. (XXV. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer. Gegenstand der Tagesordnung war die Specialdebatte über die beiden Gesetzentwürfe bezüglich der Credite für die außerordentlichen Militärbedürfnisse in der X. Finanzperiode. — Das erste Postulat bezieht sich auf die Herstellung von Werder'schen Rückladegewehren für die Infanterie. Zur Anschaffung von 15,000 solcher Gewehre und weiterer Stücktheile hatte schon der vorige Landtag 1,100,000 fl. genehmigt. Das Kriegsministerium hat zur Herstellung von zusammen 100,000 Gewehren (um Infanterie und Landwehr damit bewaffnen zu können) noch einen Credit von 3,665,000 fl. verlangt. Referent Kolb hob hervor, der Ausschuß habe sich durch genaue Nachforschungen von der Trefflichkeit der neuen Gewehre überzeugt, und würde ganz gerne die geforderte Summe für die 100,000 Stück bewilligt haben, wenn ihn nicht die Rücksicht auf die gegenwärtige Finanzlage und der Umstand, daß in 1½ Jahren, bis wohin der nächste Landtag zusammentrete, nicht mehr als 75,000 Gewehre gefertigt werden können, bestimmt hätte, nur den Credit von 2,473,750 Gulden zu bewilligen. Referent berührte auch die constitutionelle Frage, daß der Kriegsminister — als der im Oktober berufene Landtag nicht beschlußfähig wurde, demselben ein weiterer Credit für die Anfertigung der neuen Gewehre nicht vorgelegt werden konnte, aber durch Unterbrechung der Fabrikation der neuen Gewehre ein wesentlicher Zeitverlust bezüglich der Einführung der neuen Bewaffnung verursacht worden wäre — die Fabrikation habe bis jetzt ununterbrochen fortgehen lassen, wofür derselbe von der Kammer Indemnität verlange, welche zu bewilligen, der Ausschuß auch vorschlage. Nachdem der k. Staatsminister erklärt hatte, daß er allerdings die Bewilligung für 100,000 Gewehre gewünscht hätte, sich aber mit jener für 75,000 auch begnüge, aber sich vorbehalte, die Bewilligung für die weitern 25,000 Gewehre vom nächsten Landtage zu fordern, und die Kammer um Indemnitätsertheilung ersucht hatte, wurde diese ertheilt.

Abg. Pfarrer Rußwurm (Amberg) beklagt, daß der größte Theil der neuen Waffen, resp. ihrer Theile, im Auslande gefertigt werde, während man diesen Verdienst wohl dem Inlande hätte zuwenden können; der ausgezeichnete Direktor, Hr. v. Podewils, hätte sicher

die Fabrikation herzustellen vermocht. Daß man die Gußstahlläufe in Suhl, die Jatagans in Solingen fertigen lasse, finde er recht, aber die Schäftungs- und Garniturarbeiten hätten wohl in Bayern gemacht werden können, und er wünsche daher, daß derlei Arbeiten möglichst in Bayern angefertigt werden möchten. — Der k. Kriegsminister von Prandh erklärt, bei Vergebung größerer Bestellungen seien immer drei Gesichtspunkte für ihn maßgebend; die Güte des Materials, der Preis des Fabrikats und die Zeit der Lieferung. Seien diese Momente vorhanden, so werde stets in erster Linie die bayrische Industrie berücksichtigt. Dießmal sei die Bestellung so schnell als möglich zu liefern, und habe die bayrische Industrie weder in der Lieferungszeit, noch im Preise mit jenen größern, nicht bayrischen Fabriken concurriren können; — der Werder'sche Schloßmechanismus werde in Bayern gefertigt. — Abg. Völk erinnert daran, daß er bei der Bewilligung der 100,000 Gulden die Frage über das zu wählende System offen zu lassen, und die Wahl einer gemeinsamen Waffe für ganz Deutschland abzuwarten beantragt habe, da man sich aber damals für das Werdergewehr entschieden habe, stimme er für den Ausschußantrag. Uebrigens berühre es ihn sehr unangenehm, daß man vom Auslande gesprochen habe; Deutschland sei nicht das Ausland, und dann sei in finanziellen Dingen mit Sympathien nichts geholfen, oft leide die Staatskasse darunter. Als drastisches Beispiel, was mit der Unterstützung der bayrischen Industrie bezweckt werde, führe er an, daß der Staat eine Bestellung bei einem Fabrikanten Bayerns machte, dieser aber die zu liefernden Fabrikate um 4 kr. billiger, als er selbe übernommen hatte, von Suhl bezog und nach Amberg lieferte. Abg. Rußwurm erklärt, er stehe als bayrischer Abgeordneter hier, und da werde er doch wohl die Interessen der bayrischen Arbeiter vertreten dürfen! (Bravo rechts.) Abg. Dr. Schleich bemerkt, in Preußen würden die Papiere kleiner Staaten, welche sogar zum Nordbunde gehörten, nicht angenommen, woraus man deutlich sehe, daß auch in Preußen Verschiedenes aufhöre, wenn es sich um Geldangelegenheiten handle, und Dr. Völk entgegnet, eben dadurch rechtfertige sich seine Ansicht, daß bei Geldsachen Sympathien und Antipathien nichts taugen. Referent sagt, er sei erfreut, daß man damals nicht eine Gesammtwaffe für Deutschland eingeführt habe; es hätte dieß das Zündnadelgewehr sein müssen, dessen Einführung Millionen gekostet haben würde; dasselbe werde aber kaum mehr beim nächsten Kriege wieder zur Anwendung kommen. Man hätte also dann für Abänderung der Waffen nochmals Millionen ausgeben müssen, und habe durch den gefaßten Beschluß also eine Ersparung bewirkt. — Nunmehr erfolgte einstimmig die Annahme des Ausschußantrages.

Für den vorübergehenden Mehraufwand wegen des allmähliger Reduktion unterliegenden höheren Standes an Offizieren, Militärbeamten und Mannschaften in der X. Finanzperiode forderte das Kriegsministerium 658,196 fl., reducirte aber im Ausschusse diese Summe selber auf 514,228 fl. Der Ausschuß hat nach dem Antrage seines Referenten Kolb, welcher sich auf den Grundsatz stützt, daß, so lange noch überzählige Offiziere u. s. w. zur Verwendung vorhanden seien, keine Neuanstellungen stattfinden sollen, beantragt die Bewilligung von 380,500 fl. Kriegsminister v. Prandh appellirt an die Billigkeit der Kammer, indem er zu bedenken gibt, daß der höhere Stand aus dem Jahre 1866 stamme, und weder ihm, noch seinem Vorgänger, sondern einzig den Verhältnissen zur Last falle, und daß diesem Uebelstand durch das neue Wehrgesetz für die Zukunft an der Wurzel abgeholfen sei. Weitere überzählige Chargen stammen aus der Reduktion der Cadres. Er habe sein Möglichstes gethan, diese Ueberzähligen zu verwenden, aber es habe dieß nicht in seiner Macht gelegen. Wo Ueberzählige vorhanden gewesen, hätten nirgends Neuernennungen stattgefunden, nur in der Infanterie seien 90 Unterlieutenants neu ernannt worden, denen Ansprüche vom Besuche des Cadetencorps her zur Seite gestanden hätten; — dem gegenüber stünden 70 abgängige Offiziere am Sollstand in den übrigen Waffengattungen. Referent kann, so lange Ueberzählige da sind, keinerlei Ansprüche auf Neuernennungen anerkennen und ist der Ansicht, daß auch das neue Wehrgesetz bei Mobilmachungen uns nicht vor dem Entstehen Ueberzähliger schütze, weßwegen er für die Mobilmachungen den preußischen Modus — das Gute erkenne er auch in Preußen an — empfehle. Kriegsminister v. Prandh erklärt, daß unser Mobilmachungsmodus ganz der preußische sei. — Die Abstimmung ergab die Annahme des Ausschußantrages.

Ferner wurden den Anträgen des Ausschusses entsprechend noch bewilligt: 52,500 fl. für Aenderungen am Armatur und Lederwerk der Infanterie — die Regierung hatte 75,000 fl. für die neuen Gewehrtragriemen, das Stück à 1 fl. gefordert, während der Ausschuß der Ansicht ist, daß diese Riemen à 42 kr. hergestellt werden können — 22,000 fl. für Anschaffung von Kochgeschirren (Regierungspostulat 40,400 fl.), ferner 8000 fl. für Herstellung von Schießplätzen an den Compagniesitzen der Landwehr, und noch 14,000 fl. zum Wiederaufbau des abgebrannten Fouragemagazines in Nürnberg.

Sämmtliche anderen Forderungen des Kriegsministeriums (für Handfeuerwaffen der Cavallerie 72,800 fl., für 80 Gattlingkanonen 150,000 fl., für Fahrzeuge, Feld- und Lagerrequisiten 85,000 fl., für Errichtung einer Schießschule auf dem Lechfelde 10,000 fl., für Schulen und Kanzleien 5000 fl., für Einkleidung und Ausrüstung der Landwehr 304,000 fl., für Zugequipagen, Putzzeug und Pferdrequisiten der Landwehr 30,000 fl., für Garnisonsneubauten 954,000 fl., und für Festungsdotationen 451,000 fl.) wurden abgelehnt und zwar meist mit Stimmeneinhelligkeit.

Bezüglich der Einkleidung der Landwehr beantragte Frhr. v. Stauffenberg die Summe von 250,000 fl. zu bewilligen, weil er in Folge einer Aeußerung des Kriegsministers der Ansicht war, daß die vorhandenen Vorräthe an Einkleidungsstücken bei einer sofortigen Mobilmachung nicht ausreichen würden, zog aber, als die Frage des Abg. Wülfert, ob die Armee, wenn heute mobilisirt würde, vollkommen ausgerüstet dastehe, vom Kriegsminister entschieden bejaht wurde, denselben wieder zurück. Abg. Hohenadel befürwortete warm die Genehmigung von 70,000 fl. für Gattlingkanonen, denn er wisse ganz bestimmt, daß man in Frankreich diese Kanonen bereits besitze, daß man dieß aber verheimliche, weil dieselben hauptsächlich bei Barrikadenkämpfen geeignete Verwendung fänden, und er die Verantwortung für groß halte, wenn unsere Armee für den Fall eines Krieges nicht auch mit solchen bewaffnet wäre. Die Fürsprache fand ebensowenig Berücksichtigung, als jene, welche die HH. Prof. Marquardsen, Makowitzka und Sörgel für den Kasernbau in Erlangen einlegten, damit die dortige Garnison ferner bleiben könne, was für die Existenz der Erlanger Universität hinsichtlich des Instituts der Einjährig-Freiwilligen von hoher Bedeutung ist. Der Wunsch auf Herstellung einer Eisenbahn zwischen Bruchsal und Germersheim ward angenommen, und hinsichtlich der Festung Landau erklärte der k. Staatsminister v. Bray, die bayrische Regierung habe die Absicht, Landau als Festung aufzulassen, aber sie müsse sich erst mit den andern deutschen Regierungen verständigen, da sich in Landau noch bewegliches Bundeseigenthum befinde, welche Erklärung mit großem Beifalle aufgenommen wurde. Schluß der Sitzung.

xx. **München,** 1. April. (XXVI. öffentliche Sitzung der Abgeordneten-Kammer.) Der erste Gegenstand der heutigen Tagesordnung war die Berathung und Beschlußfassung hinsichtlich der Rechnungsnachweisungen aus den Zollgefällen in den Jahren 1866/67 und 1868, worüber Abg. Graf Fugger-Blumenthal als Referent des II. (Finanz-) Ausschusses Vortrag erstattete, und im Namen des Ausschusses den Antrag stellte, die Kammer wolle den genannten Rechnungsnachweisen bezüglich der Zollgefälle die Anerkennung ertheilen, was auch nach kurzer Debatte, die wir morgen nachtragen werden, geschah. — Hierauf erstattete Abg. Frhr. v. Stauffenberg Namens des II. Ausschusses Bericht über die Nachweisungen des Eisenbahnbaues in den Jahren 1866/67 und 1868 und auch diese wurden nach den Anträgen des Ausschusses nach einigen Bemerkungen der Abg. Dr. Frankenburger und Seibold hinsichtlich der Bahnhöfe zu Nürnberg und Ansbach genehmigt, worauf wir noch zurückkommen. — Nach den Anträgen des Beschwerdenausschusses wurden mehrere Beschwerden als unbegründet zurückgewiesen, (darunter auch jene der Stadt München wegen der Kosten der Zollparlaments-

Wahl) und eine Reihe von Anträgen an die resp. Fachausschüsse hinüberzugeben beschlossen.

Lokales und Provinzielles.

München, 1. April.

— Der bekannte Militärschriftsteller Hr. v. Rüstow ist aus der Schweiz hier eingetroffen, um unsern Kammerverhandlungen über die Creditforderung für die Armee beizuwohnen; derselbe war während der Verhandlungen auf der Journalistentribüne; hat sich aber, wie man hört, hinsichtlich des vom Referenten Abg. Kolb so gepriesenen Milizsystem der Schweiz in einem ganz anderen Sinne als Hr. Kolb ausgesprochen.

ρ Aus der heutigen Magistratssitzung theilen wir kurz mit, daß der I. Bürgermeister den gestrigen Beschluß des Gemeinde-Collegiums hinsichtlich der Sistirung der Remuneration an Herrn Rechtsrath Klaußner mittheilte und nachzuweisen strebte, daß er in dieser Angelegenheit nicht gesetzwidrig, sondern den Beschlüssen der beiden Collegien gemäß gehandelt habe. Die Angriffe in der Presse hätten, wie sich klar zeige, nicht die Sache, sondern seine Person im Auge; die Vorwürfe des Landboten müsse er mit tiefster Entrüstung zurückweisen. Herr Rath Klaußner verzichtete auf diese fragliche Remuneration, und wird dieß schriftlich motiviren. — Bezüglich der Geschäftsrepartitionsfrage forderte das Collegium den I. Bürgermeister auf, die beschlossene Cumulativsitzung anzuberaumen. Die beiden Bürgermeister und die Herrn Rechtsräthe erklärten diese Cumulativsitzung als ungesetzlich, und, daß sie derselben nicht beiwohnen würden. Der Magistrat beschloß mit 17 gegen 10 Stimmen doch die Abhaltung einer solchen. Da der I. Bürgermeister sich weigerte, diesen Beschluß zu vollziehen, wurde mit dem Vollzuge Herr Ludw. Knorr als ältester bürgerl. Magistratsrath vom Magistrate beauftragt, und findet die Cumulativsitzung heute Nachmittags 5 Uhr statt. Näherer Bericht folgt.

Vom bayer. Oberland, 30. März. Nachstehend geben wir einen neuen Beitrag zur Charakteristik des römischen Clerus: In dem neuerstandenen Kolbermoor (bei Rosenheim) wird eine katholische Kirche gebaut. Der Verwaltungsrath der dortigen Baumwollspinnerei beschloß schon im vorigen Jahre, zu diesem Bau einen jährlichen Zuschuß von 300 fl. unter der Bedingung zu geben, daß die Kirchenglocken bei Begräbnissen von Angehörigen jeder christlichen Confession geläutet werden sollen. Das Pfarramt Aibling ging auf diese Bedingung nicht ein, und so unterbleibt der sehr erwünscht gewesene Zuschuß.

Würzburg, 29. März. Vergangene Woche wurde der 15jährige Sohn einer hier zur Messe befindlichen „Indianer-Familie" plötzlich krank und kam in das Juliushospital. Da sich bei ihm zunächst eine gründliche Reinigung nöthig machte, so bekam er ein Bad und da stellte es sich denn heraus, daß der Indianerjüngling ein gefärbter Bayer und in der nächsten Umgebung zu Hause ist. Der angebliche Vater des entfärbten jungen Indianers ist seit dieser Wäsche spurlos verschwunden, wahrscheinlich weil er das hiesige Klima nicht länger vertragen konnte.

Gerichtssaal.

Neunburg v. W., 26. März. Pfarrer Weber von Dieterkirchen wurde vor dem hiesigen k. Bezirksgericht wegen einer schon im Jahre 1868 gegen den Staatsminister v. Schlör gethanen Aeußerung verhandelt. Der k. Staatsanwalt plaidirte auf ein Vergehen der Verleumdung und beantragte 2 Monate Festungsstrafe, der Vertheidiger, k. Advokat Lang, aber eine Geldstrafe von 25 fl. Das Urtheil wird am Montag publizirt.

Theater.

(Wochenbericht über das Residenztheater.) Die abgelaufene Woche brachte wenig Neues. Samstag wurde der „Weiberfeind" von Benedix in der bekannten Besetzung gegeben. Gespielt wurde sehr gut, besonders ist Hr. Christen als „Freiling" zu erwähnen. Calderon's „Stille Wasser lügen," wurde nicht besonders gut gespielt. Wir wollen keine Worte über den Werth des Stückes verlieren, es ist eben ein spanisches Liebesintriguenstück, mit seinen stehenden Typen. Von den Mitspielenden war unbestreitbar Hr. Christen als „Toribio" der beste, auch Hr. Herz spielte gut. Mit den Leistungen der übrigen — Frl. Sebach als Duenna Nunno ausgenommen — können wir nicht zufrieden sein. Frl. J. Meyer gab sich Mühe, wie immer, aber doch konnte ihre „Clara" nicht befriedigen; die „Eugenia" des Frl. Ulrich bot einzelne nette Momente, im Ganzen aber fehlte der Rolle der rechte Schliff. Hr. Rüthling (Felix) war zu wenig fein, er spielte zu biedermännisch, etwas Chevalerie hätte der Rolle gewiß nicht geschadet. Hr. Goritz (Juan) war wieder süß und zierlich bis zur Unnatur, und Hr. Häusser zu derb. Das Zusammenspiel war ein gutes, es machten sich keine Gedächtnißlücken bemerkbar.

Sonntag wurde „Ein altes Sprichwort„ und „Die Bastille" gegeben, was wir nur der chronikalischen Vollständigkeit wegen erwähnen.

(Hoftheater.) Montag. Eine Reprise der „Journalisten", welche statt der „Athalia" eingeschoben wurden, da die Damen J. Meyer und Ziegler krank waren. Frl. Ramlo hatte die Rolle der erstern übernommen, doch paßt diese für die Darstellerin so wenig, daß wir auf eine weitere Kritik Verzicht leisten. Frau Dahn spielte gut, doch beginnt sie allmählig diesem Rollenfache zu entwachsen. Vortrefflich war Hr. Richter (Obrist), die HH. Rüthling, Rohde, Possart und Häusser. Hr. Possart besonders hat sehr gut gespielt, da er sich viel weniger in den Vordergrund stellte und auch weniger stark pointirt hat. Das Zusammenspiel zeigte durch mehrfaches Stocken und verschiedene Gedächtnißfehler, daß die Vorstellung eine eingeschobene war. Das Haus war mäßig besucht.

Als Nachtrag zu dem Berichte über die „Athalia" fügen wir noch eine Zeilen über die gesanglichen Leistungen hinzu. Die Damen, welche die Soli's sangen, — Vogl, Possart und Ritter — sind alle zu loben, besonders zeichneten sich die Trios durch Präzision und Schönheit aus. Das Orchester hätte in der Begleitung hie und da mehr Discretion zeigen sollen. Die Leistungen des Chores waren gut.

Vermischtes.

Zu den Theorien über die Entstehung der Erdbeben liegt ein neuer Beitrag vor in einer Schrift von Ferd. Heinr. Goebel: „Die Rheinländischen Erdbeben von 1869. Nebst einer Abhandlung über Erdbeben im Allgemeinen." (Wiesbaden, Selbstverlag des Verfassers. Leipzig bei C. A. Händel.) Der Verfasser sucht, wie Falb, die Veranlassung der Erdbeben in dem Verhältnisse von Sonne nnd Mond zu unserem Planeten, ruft aber dabei, im Gegensatze zu Falb, nicht das angebliche „feuerflüssige Erdinnere" zu Hilfe, sondern eine gewisse Beschaffenheit der Sonne. Wie der Verfasser diese Beschaffenheit definiren will, wird sich, da jetzt nur die erste Lieferung der Schrift vorliegt, genauer erst aus der zu erwartenden Fortsetzung ersehen lassen. Für das Rheinland wird das vorliegende Heft noch ein be onders örtliches Interesse haben, weil Nachrichten über die hier in letzter Zeit verspürten Erdbeben mit großem Fleiße gesammelt sind. Auch enthält das Heft ein chronologisches Verzeichniß verschiedener seit September 1869 vorgekommener Naturereignisse. In Bezug auf einen vom Verfasser ausgesprochenen Zweifel sei erwähnt, daß der merkwürdige „Spinnenregen" im Oktober nicht im englischen und nicht im pennsylvanischen Carlisle beobachtet worden ist.

Telegraphische Nachrichten.

Karlsruhe, 1. April. Die Herrenkammer hat einstimmig den Gesetzentwurf betreffend die Militärstrafgerichtsordnung nach den Commissionsanträgen angenommen.

Wien, 31. März. Die General-Versammlung der Credit-Anstalt hat den Rechnungsabschluß des Vorjahres genehmigt, ferner neben einer Abschlagszahlung von 9 Gulden per Januar noch die Vertheilung einer Restdividende von 20 Gulden per Aktie, sowie endlich eine theilweise Statuten-Aenderung beschlossen. Letztere enthält namentlich die Befugniß zur Errichtung von Filialen im In-

lande, zu Unternehmungen im Auslande und zu Contrahirung von Anlehen mit fremden Staaten ohne Genehmigung der Staatsverwaltung.

Wien, 1. April. In der abgehaltenen Nachtsitzung hat der Resolutions-Ausschuß des Reichsraths das ihm zur Vorberathung zugewiesene Nothwahlgesetz genehmigt, nachdem die Minister Herbst und Brestel dasselbe als eine gerechtfertigte Ergänzung der Staatsgrundgesetze befürwortet hatten. — Die „Neue freie Presse" meldet: Sofort nach der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses trat der Ministerrath zusammen, um über die durch den Austritt der Polen und Slovenen geschaffene Situation zu berathen. Der Ministerrath beschloß einstimmig, vom Kaiser die Ermächtigung zur Auflösung derjenigen Landtage zu erbitten, deren Abgeordnete den Reichsrath verlassen haben, und von der Entscheidung hierüber das Verbleiben im Amte abhängig zu machen. — Der Bischof von Brünn, Graf Schaafgotsche ist gestorben.

Berlin, 1. April. Der Reichstag hat nach längerer Debatte sämmtliche Positionen des Etat sowie das Etatgesetz in zweiter Lesung genehmigt.

Paris, 31. März. Wochenausweis der Bank von Frankreich. Baarvorrath 1,299,628,174 Fr., Zunahme 2,009,735 Fr., Wechselbestände 558,187,814 Fr., Abnahme 53,698,384 Fr., Vorschüsse u. Werthpapiere 99,733,050 Fr., Zun. 1,201,300 Fr., Notenumlauf 1,437,654,200 Fr., Zun. 69,737,750 Fr., Guthaben des Schatzes 162,004,091 Fr., Zunahme 6,215,646 Fr., Conto-Current der Privaten 365,028,705 Zun. 8,038,122 Fr.

Washington, 30. März. Der Congreß hat die Zulassung der Deputirten von Texas zum Congresse beschlossen.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

New-York, den 31. März. Gold 111 3/4. Wechsel in Gold 108 1/4 Bonds per 1882 110 1/2. Baumwolle 22 5/8. Petroleum 24 1/8.

Liverpool, den 31. März. Schlussbericht. Heutiger Umsatz 10,000. Orleans 11 1/4. Middling amerikanische 11. Fair dhollerah 9 1/4. Middling fair dhollerah 9 1/8. Good middling dhollerh 8 7/8. Fair Bengal 7 7/8. Fair Omra 9 3/8. Pernam 11 5/8. Smyrna 10 1/8. Egyptian 12—. Amerik. per März-April —. Dhollerah per Mai —. Omra — Tages-Import — davon Ostindische —— Tendenz: ruhig.

Manchester, 29. März. (Garnmarkt.) 12er Water Rylands 11 1/8. 12er Water Taylor 13. 20er Water Mycholls 14 3/4. 30er Water Gidlow 15 5/8. 30er Water Clayton 16. 40er Mule Mayoll 15. 40er. Medio Wilkinson 17 1/4. 36er Warpcops Qualität Rowland 16. 40er Double Weston 16 1/2. 60er Double Weston 19. Printers 16/16 34/5, 8 1/8 Pfd. 141. ruhig, ziemlich fest.

Frankfurt a. M., 1. April. (Schlussc.)

Wechsel auf London	119 7/8	Oest.-franz. Staatsbahn	381
„ „ Paris	95	Bayr. Ostbahn-Actien	119 3/4
„ „ Wien	96	Elisabeth-Prior. I. Em.	77 1/2
5 proc. bayr. Anleihe	100 1/2	4% bayer. Prämien-Anl.	106
4 1/2 „ „ „	91 3/4	Bad. Präm.-Anleihe	106 1/4
4 „ „ Grundrente	86 1/4	Oesterr. Loose v. 1860	79 7/8
4 „ „ Obligat.	86 1/4	„ Loose v. 1864	115 1/2
5 proc. österr. Metall., engl.	——	Aisenbahn	
5 „ „ National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	227
1882er Amerikaner	95 5/8	Napoleons	9.80 1/2
Oesterr. Bank-Actien	693	Rente Silber 58 1/4, Pap. 49 7/8	
Credit-Actien	277 1/8	fest. Handelsbank	—

Wien, 1. April. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	70.85	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	97.50	Steuerfr. Metall. on 1864	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	121.20	Napoleons	9.90
Oesterr. Bank-Actien	724.—	Wechsel auf Augsburg	102.80
„ Credit-Actien	289.20	„ „ London	124.25
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	397.50	„ „ Paris	49 25
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	„ „ Frankfurt a. M.	103.15
„ „ Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	237.20
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 350.25 Pap.-R.	61.30

Berlin 1. April (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	46 3/8	Lombarden	129 1/4
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	105 5/8	Italienische Anleihe	55 3/8
4 1/2 „ „ Anleihe	93	1882er amerikanische Bonds	96 3/8
Bad. Prämien-Anleihe		5 proc. preuss. Anleihe	101 5/8
Darmstädter Actien	130 3/8	4 1/2 „ „ „	92 7/8
Oesterr. Credit-Actien	158 1/4	Wechsel auf Augsburg	—.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	217 1/4	„ „ Frankfurt	—.—
Staatsbahn-Prioritäten	292 1/2	„ „ London	
Oest. fl. 500 Loose von 1860	79 7/8	„ „ Paris	
„ fl. 100 Loose von 1864	66 1/4	„ „ Wien	
5 proc. östr. National-Anl.	——		
		matt.	

Curse des Münchener Handelsvereins vom 1. April 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. 3 1/2% Obl.	fl. 1000	81 1/2	80 1/2
4% ganz. Obl.	1000	86 3/8	
4% halbj. Obl.	1000	86 3/8	
4% Grundr.-Obl.	1000	86 1/8	
4 1/2% ganzj. Obl.	1000	92	
4 1/2% halbj. Obl.	1000	92	91 5/8
4 1/2% „ Milil. „	1000	92	91 5/8
5% Obl.	1000	101 1/2	101 1/2
4% Münch. Obl.	1000		
5% „ „	1000	101 1/2	100 3/4
4 1/2% Ostbahn-Aktien		120	
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung		87	86 5/8
dto. volle		87	86 5/8
Pfdbr. d. bayer. Hyp.- u. W.-Bank à fl. 1000		90 1/2	90 1/4
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.		100	99 7/8
Aktien „ „		823	823
Bayer. Handelsbank-Act.			98
„ Vereinsbank		120	119 3/4
Württemberg. 4 1/2% Obl.		91 1/4	
Oesterreich 4 1/5% Silb.-Rte. 1/7		58 3/8	58 1/4
„ Pap.-Rte „			
5% Nation.-Anl. 5/8			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à 116 2/3			
5% Met. Slfr. v. 1866 6/7			
Oest. Bank-Aktie			
„ Cred.-Aktien		278	277 5/8
Oest.-franz. Stsb.-Aktien			

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb.	228	227 1/2
Preußen. 4 1/2% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. 2 1/2	95 5/8	95 1/2
„ 1884 „	94 1/2	
„ 1885 „	94 5/8	
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	106	
4% Bad. „	106 1/2	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	6 1/2	
Pappenheimer dto.	5 3/4	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose	18 1/2	
Oester. 1854er Loose à fl. 250 5/6		
„ 1860er „ à fl. 500 6/7		
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred. Loose		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		310
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		123
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor	95	
Chemische Fabrik Heufeld		76
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn		
„ Siebenbürger Bahn		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. 1. Em. 6/7	77 1/8	
dto. II. „		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn „	77	

		Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn „		79 1/8	79 1/8
„ Siebenbürger Bahn „			
„ d. Böhm. Westbahn „			
„ Alföld Fiumander Bahn „		76 3/4	
Wechsel.			
Amsterdam fl. 100 holl.	K. S.	100 3/4	
	L. S.	100 3/4	
Augsburg fl. 100	K. S.		
	L. S.		100
Berlin Rthlr. 60	K. S.	105	104 7/8
	L. S.		105
Frankfurt fl. 100	K. S.		
	L. S.		100
Hamburg M.-B. 100	K. S.	88 3/4	88 1/2
	L. S.		88 1/2
Leipzig Rthlr. 60	K. S.	105	104 3/4
	L. S.	105 1/8	104 7/8
London Pfdst. 10	K. S.	120 1/8	119 7/8
	L. S.	120 1/8	119 7/8
Paris Fr. 200	K. S.	95 1/8	95
	L. S.	95 1/8	95
Wien fl. 100	K. S.	96 1/8	96
	L. S.		
Bank-Disconto für Platz-Wechsel			
„ „ Lombard.			
Geldsorten.			
Preuß. Friedrichsd'or		9.59	9.58
20 Francs Stücke		9.31	9.30
Preuß. Cassen-Scheine		105 1/8	104 7/8
Oest. Banknoten		96 3/8	96 1/8

Prämien-Anleihe der kaiserlich ottomanischen Regierung.

Kundmachung.

Von den in Folge Vertrages dd. Paris, den 23. November 1869 durch ein Syndicat übernommenen und für Rechnung desselben von uns am 15. und 16. dieses Monats zur öffentlichen Subscription aufgelegten 750,000 Prämien-Obligationen wurden **300,083 Stücke** gezeichnet, daher **keine Reduktion** der Zeichnungen eintritt.

Die P. T. Subscribenten werden aufgefordert, in Gemäßheit der Subscriptionsbedingungen die **zweite** Rate mit **75 Francs per Stück**

vom 4. bis 6. April ds. Js.

an **diejenige Zeichenstelle,** bei welcher sie subscribirten, zu bezahlen.

Nach geleisteter Zahlung dieser zweiten Rate werden gegen Rückstellung der Subscriptionsbestätigungen die Interimsscheine der Prämien-Obligationen ausgefolgt.

Jene P. T. Subscribenten, welche anstatt der zweiten Rate die volle Einzahlung leisten wollen, können letztere mit **171 Francs, 40 Cent.** resp. nach Abrechnung der bereits bezahlten 30 Francs mit 141 Francs 40 Cent. per Stück bei ihrer Subscriptionsstelle leisten, welche die Ausfolgung der in **Wien** oder **Constantinopel** abzustempelnden volleingezahlten Stücke spesenfrei vermittelt.

Constantinopel, März 1870.

Société Imperiale des Chemins de fer de la Turquie d'Europe.

1116.

Kgl. Residenz-Theater.

Samstag den 2. April.

Unerreichbar.

Lustspiel in 1 Aufzuge v. Adolf Wilbrandt.

Regie: Herr Richter.

Personen:

Sommer, Gutsbesitzer . .	Hr. Richter.
Eugenie, dessen Frau . .	Fr. Dahn.
Adalbert, Schriftsteller, Eugeniens Bruder . . .	Hr. Rohde.
Leonhard	Herr Rüthling.
Hedwig, Eugeniens Verwandte	Frl. Jenke.
Fräulein Kunigunde Kühl Haushälterin	Frl. Seebach.

Hierauf:

Neu einstudirt:

Hieronymus Knicker.

Komisches Singspiel in zwei Aufzügen. Musik von Dittersdorf.

Regie: Herr Sigl.

Personen:

Hieronymus Knicker, Commerzienrath	Herr Sigl.
Luise, seine Nichte } dessen	Frl. Hemauer.
Ferdinand, s. Neffe } Mündel	Hr. Schlosser.
Karl Feldberg	H. Heinrich.
Röschen, eine Pachterstochter	Fr. Possart.
Henriette, Luisens Kammerjungfer	Frln. Müller.
Tobias Filz, Kaufmann .	Hr. Bausewein.
Ein Nachtwächter	Hr. Peter.

Bauern, Bediente, Träger.

Die Kasse wird um ½6 Uhr geöffnet.

Anfang ½7 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.

Münchener Aktien-Theater.

Samstag den 2. April.

Achte Gastvorstellung des Hrn. Direktor Joh. Fürst aus Wien,

mit seiner aus 30 Personen bestehenden Possen- und Opereiten-Gesellschaft.

Licht und Freiheit.

Charakterbild mit Gesang in 1 Akt v. Bayer.

Hierauf:

Die Kindsmädeln.

Posse mit Gesang in 1 Akt v. K. Elmar.

Hierauf:

Der Mord im Hotel.

Schwank mit Gesang in 1 Akt v. Elmar.

Zum Schlusse:

Schellerl-Tanz.

Lebensbild mit Gesang in 1 Akt v. Bayer.

Anfang 7 Uhr. Ende nach halb 10 Uhr.

Gestorbene.

Am 29. März. Kanz Elise, Marktaufsehersmädchen v. h., 2 J. Lammer W., ehem. Schreinersfrau von Eyelkirchen, 53 J. Rückner A., b. Hutmachersfrau v. h., 34 J. Eckert Jos. k. Rentbeamtensgattin v. Kitzingen, 56. J.

Am 30. März. Geister J., Schriftsetzersknabe v. h., 1 J. Hofer Fr., Malergehilfe v. Neuburg a./D., 63 J. Schittler Elis., Holzhändlerstochter v. h., 21 J. Waldkirch Franz Graf v., k. Lieuten. a. l. s. v. h., 24 J.

☞ In unserer Expedition blieb heute Vormittag ein Buch aus der kgl. Staatsbibliothek liegen und kann daselbst abgeholt werden.

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer. — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr: Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Sonntag, den 3. April 1870. **Nr. 92.**

Politische Tagesübersicht.

Der König von **Sachsen** und noch ein anderer Bundesfürst, in dessen Lande die Todesstrafe abgeschafft ist (Oldenburg?), sollen an den König von Preußen eigenhändige Schreiben gerichtet haben, in denen sie das Majoritätsvotum des Reichstages befürworten.

Wien, 1. April. Widersprechenden Meldungen gegenüber, als ob Hasner noch nicht nach Ofen gegangen wäre, halten wir unsere Nachricht aufrecht, daß der Minister-Präsident gestern Abends nach Pest abgereist ist; er ist auch in der heutigen Sitzung nicht erschienen. Der Antrag auf Erlassung einer Adresse wurde zwar heute noch nicht eingebracht, doch beschäftigt man sich vielfach mit diesem Gedanken und wird ihn jedenfalls in den Clubs heute Abends besprechen.

Hiesige Blätter ließen sich berichten, daß auf Verlangen des Tuilerieenhofes die irdischen Reste des „Königs von Rom", die hier in der Kapuzinergruft ruhen, nach Paris übertragen werden sollen. Dem entgegen darf versichert werden, daß ein ähnliches Ansinnen an den hiesigen Hof nicht erhoben wurde und somit keine Veranlassung vorliegt, den Herzog von Reichsstadt in seiner letzten Ruhe zu stören. — Graf Ingelheim, der bisherige Gesandte am bayerischen Hofe, ist durch die Verleihung des Großkreuzes vom Leopolds-Orden ausgezeichnet worden.

Prag, 1. April. In Swarow (Bezirk Tannwald) fanden gestern Zusammenrottungen von strikenden Arbeitern statt. Aus Reichenberg wurden zwei Jäger-Compagnien requirirt. Die Soldaten wurden mit Steinen beworfen und gaben Feuer. Ein Ruhestörer wurde getödtet, mehrere andere verwundet. Von Josephstadt und Prag gehen Truppen-Abtheilungen nach Swarow. Die hier stationirte Gendarmerie wurde ebenfalls wegen der in Swarow stattgefundenen Unruhen dorthin berufen. Der Austritt der Polen aus dem Reichsrath wurde gestern Nachmittags hier bekannt und erregt in den Kreisen der Verfassungspartei große Aufregung.

Tannwald, 1. April. Die Liebieg'schen Fabrikarbeiter zogen gestern Abends gegen die Swarower Fabrik und insultirten thätlich das Militär, welches feuerte. Fünf Todte, fünfundzwanzig Verwundete. Vier Compagnien Verstärkung sind hieher berufen.

Aus **Preßburg,** 28. März, wird der „Gr. Tgpst." geschrieben: Wir Soldaten der Preßburger Garnison, die wir das Glück haben, unter dem Kommando des Fürsten Windischgrätz zu stehen, werden, so wie vor Jahren, zur Osterbeichte getrieben, und haben en parade bereits am 9. und 23. März in Begleitung der Regimentsmusik „ohne Instrumente", zweien Fastenpredigten auf Kommando beigewohnt. Falls es Sie interessirt, sei auch erwähnt, daß wir, Steirer von Belgien, am 1., 2., 4. und 5. April auf Befehl des Fürsten Windischgrätz zur Beichte „geführt" werden. Wie beneidenswerth unsere Waffenbrüder und Landsleute doch in Graz sind; die Soldaten beim vierten und fünften Bataillon können sündigen, ohne daß sich Jemand darum kümmert, wir von den Feldbataillons hingegen müssen für unsere Commandanten die Stufen zum Himmel bauen.

Lemberg, 31. März. Die Nachricht, daß die polnischen Reichsräthe beschlossen haben, aus dem Reichsrath auszutreten, wird von der Gazeta Narodowa mit Jubel begrüßt. Dziennik Polski nimmt die Nachricht gleichgiltig, mißtrauisch auf.

Berlin, 31. März. Heute hatten die Commissionen einen Tag für ihre Berathungen frei; zwei der wichtigsten haben inzwischen ihre Arbeiten zum Beschluß gebracht: diejenige des Strafgesetzbuches gestern Abend und die für den Unterstützungswohnsitz heute. Am Montage sollen die Plenardebatten über das Strafgesetzbuch wieder aufgenommen und ohne Unterbrechung so fortgesetzt werden, daß die zweite Lesung bis spätestens zum 9. April beendet ist. Daß darauf noch eine Verständigung mit dem Bundesrathe zu Stande komme, wollte freilich General v. Roon gestern bezweifeln. Es würde, wenn dieselbe scheitern sollte, die viele aufgewendete Kraft und Zeit sehr zu bedauern sein, und es würde auch das Ansehen des Bundes einiger Maßen unter der Vergeblichkeit so vieler Arbeit leiden. Es wird hoffentlich auf ernstliche Compromißversuche von keiner Seite zu früh verzichtet werden; daß die Vorlage vor den bestehenden Strafgesetzgebungen große Vorzüge besitzt, wird ja von Niemanden in Abrede gestellt. Wahrscheinlich ist es, daß der Reichstag noch bis zum Dienstag den 12. oder Mittwoch den 13. April seine Arbeiten fortsetzt, so daß nach dem Osterfeste der Rest der Arbeiten nur kurze Zeit erfordern würde. Ueber den Einberufungstermin des Zollparlaments ist, wie man hört, ein endgiltiger Beschluß noch nicht gefaßt und der 20. oder 21. April dafür nur vorläufig in Aussicht genommen.

Berlin, 1. April. In der gestrigen Sitzung des Bundesrathes führte der Bundeskanzler den Vorsitz. Es wurden Mittheilungen des Reichstagspräsidiums vorgelegt, betreffend die vom Reichstage gefaßten Beschlüsse über: a) eine Petition von Schiffsführern auf Sylt bezüglich der Prüfungsordnung für Seeschiffer; b) den Antrag wegen Reform des Militär-Strafrechtes. Die Anträge Sachsens bezüglich 1) der Führung des Titels als Doktor der Medicin und 2) des tentamen physicum bei der ärztlichen Prüfung wurden an den betreffenden Ausschuß gewiesen. Es wurden Ausschußberichte erstattet über: 1) den Gesetzentwurf betreffend die Beseitigung der Doppelbesteuerung, 2) die Aufhebung des Elbzolles, 3) die Additional-Postkonvention mit Schweden, 4) die Gewährung einer Steuervergütung für Branntwein zur Bereitung von Alcaloiden, 5) den Antrag Mecklenburgs auf Befreiung der Apothekerblasen von der steuerlichen Kontrole.

Bochum, 29. März. Der vielbesprochene Prozeß gegen die Gebrüder Dieckhoff und Genossen wird am 6. April vor der hiesigen Kriminaldeputation zur öffentlichen Verhandlung kommen. Als Vertheidiger werden Advokaten aus Köln und Berlin auftreten.

Im Großherzogthum **Luxemburg** finden gegenwärtig wieder Umtriebe aller Art statt, um, sei es den Anschluß an Belgien, sei es an Frankreich, zuwege zu bringen. Die schlecht besoldeten Staatsbeamten, die Eisenbahn-Gesellschaften und auch gewisse Industrielle haben hier schon in jeder Weise den Versuch gemacht, die belgische Regierung für ihre Wünsche zu gewinnen. Bis jetzt bleibt aber der Cabinets-Chef unerschütterlich und weist jeden direct oder indirect darauf zielenden Antrag von der Hand. Man hat es sogar in der letzten Zeit

versucht, den König persönlich für das Annexions-Project zu gewinnen, indem man vorschützte, mit der endgiltigen Lösung der Luxemburger Frage würde der Sicherung des europäischen Friedens ein unschätzbarer Dienst geleistet.

Paris, 31. März. Gestern erneuerten sich die Demonstrationen gegen Professor Tardieu und nahmen noch größere Dimensionen an als die früheren, weil Tardieu versuchte, seinen Lehrstuhl trotz des Versprechens, daß er seine Entlassung gebe, wieder zu besteigen. Tardieu wurde gezwungen, den Saal zu verlassen. Die Polizei schritt in keiner Weise ein. — Der Pariser Erzbischof, Monsignore Darboy, kehrt nächste Woche aus Rom zurück. Hyacinth's „Concorde" erschien heute.

— Alle Nachrichten, die bis jetzt von Paris eingelaufen sind, melden übereinstimmend, daß Prinz Peter in Folge höherer Weisung Frankreich verlassen werde; allein bis jetzt scheint er sich immer noch in seinem Hause zu Anteuil zu befinden. Dem Gaulois zufolge würde es jetzt sogar zu bezweifeln sein, daß er ins Ausland reist. Seinen Gästen, die zahlreich bei ihm vorsprechen, hätte er erklärt, daß die kaiserliche Ordre eine „Ente" sei. Hoffentlich wird er dieses Geflügel nicht mit dem Revolver niederschießen, allein seinem Temperamente entspricht es, daß er, um den Leuten zu zeigen, er fürchte sich vor der „Marseillaise" nicht, nur der Macht der kaiserlichen Sicherheits-Polizei weichen wird. Uebrigens war, den verschiedenen Berichten zufolge, die Aufregung gegen seine Person in Paris keine geringe und beschränkte sich keineswegs auf die energischen Kundgebungen der Studenten, vor dener Tardieu sich zurückziehen mußte. Nach einer Correspondenz der Kölnischen Ztg. ging am 29. das Gerücht in Paris, die Bevölkerung der Vorstädte wolle nach Auteuil ziehen und das prinzliche Haus in Brand stecken; allein bis jetzt ist von keinem Gewaltacte gegen die Freisprechung von Tour etwas bekannt geworden. Es wimmelt außerdem außerhalb und innerhalb des Hauses von uniformirten und nicht uniformirten Polizei-Agenten.

— Viele Senatoren haben den Wunsch ausgesprochen, auch die Dotation des Senats in den neuen Senatuskonsult aufgenommen zu sehen, damit sie nicht nöthig haben, einem Votum des gesetzgebenden Körpers Jahr für Jahr auf Gnade und Ungnade Preis gegeben zu sein. In der That hat auch schon Hr. Lefèvre-Pontalis ein Amendement zum Budget eingebracht, welches verlangt, daß die Diäten für beide Staatskörper auf eine kleinere Ziffer herabgestrichen würden. Ein anderes Amendement zum Budget verlangt die Streichung der Fonds für das Preßbureau im Ministerium des Innern, als einer für jetzt völlig unnützen Einrichtung.

— Zwischen Jerome David, der gestern dem gesetzgebenden Körper präsidirte, und Jules Favre wäre es beinahe zu einem Duell gekommen. Die Sache wurde jedoch beigelegt. Man strich nämlich aus dem offiziellen Kammerberichte die Stellen heraus, worin Jules Favre ein Schulmeister genannt worden war.

London, 31. März. Im Unterhause wurde gestern eine Vorlage zur zweiten Lesung gebracht, durch welche ein Stück mittelalterlicher Gesetzgebung weggeräumt werden soll. Schon seit 1864 ist dieselbe vor dem Parlament gewesen, aber, trotz der günstigen Aufnahme wegen dringenderer Geschäfte immer wieder in den Hintergrund geschoben worden. Sie soll die bisherige Vorschrift aufheben, wonach das Eigenthum verurtheilter Verbrecher der Krone verfallen ist. Freilich wird dieses Recht von der Krone nicht ausgeübt, wenn ihr ein besonderes Gesuch mit dieser Bitte eingereicht wird. Es ist jedoch vorgekommen, daß selbst Unschuldige, eines Verbrechens angeklagt, aus Furcht ihr Eigenthum auf andere übertrugen und daß die letzteren später das im Grunde nur anvertraute Gut nicht wieder herausgaben. Da dieser Ueberrest barbarischer Zeiten, der früher manchen Justizmord veranlaßt hat, dem Geiste der heutigen Gesetzgebung durchaus widerstreitet, so erhob sich Niemand gegen die Vorlage, doch wünschte der Minister des Innern eine Bestimmung, wonach, wie in andern Ländern, das Vermögen eines Verbrechers für etwaigen Schadenersatz bei Mordthaten, Verstümmelungen und dergleichen haftbar gemacht werden könne. Der Entwurf wurde daher einem Sonderausschusse überwiesen.

— Die Leichenschaubeamten haben auf obrigkeitlichen Befehl Statistiken über alle Sterbfälle in Folge von Hungertyphus zu sammeln, welche ihnen während der letzten Jahre unter die Augen gekommen sind, um zu ermitteln, ob die Verstorbenen sich in jedem einzelnen Falle um Unterstützung an die Pfarrbehörden gewendet haben und mit welchem Erfolge.

— Das Abendblatt Echo bringt die Nachricht, dem Oberbefehlshaber der Truppen in Irland, Lord Strathnairn (früher Hugh Rose), welcher bedeutende Besitzungen auf der grünen Insel hat, sei ein mit einem explosiven Stoffe gefüllter Brief zugestellt worden. Nur der Zufall habe das Gelingen der verbrecherischen Absicht verhindert, indem der Brief einige Tage liegen blieb und inzwischen feucht wurde.

Florenz, 31. März. Die Stellung des Ministeriums ist noch immer sehr bedroht. Nicht nur, daß die Finanzpläne Sella's den heftigsten Angriffen ausgesetzt sind, auch Lanza wird durch die Emeuten, die hier und da ausgebrochen, erschüttert. Die Begebenheiten von Pavia, Piacenza, Cesena u. s. w. sind unverkennbar das Resultat einer Verschwörung. Man weiß nicht, ob das Garibaldinische Element sich mit dem Mazzinistischen verbündet hat. — Die Person des Königs ist von Neuem die Zielscheibe der gröbsten Schmähungen. Allenthalben verbreitet man Broschüren, welche die Polizei nicht rechtzeitig in Beschlag nehmen kann. Sie erscheinen unter mancherlei bestechenden Titeln, als da sind: „Nimrod II., der große Jäger des XIX. Jahrhunderts"; oder „Galante Abenteuer des Palastes Pitti". Letzter Tage hat man in Florenz ein Individuum verhaftet, welches sich auffallend an den Wagen des Königs drängte. Der Arrestant entschuldigte sich damit, er habe eine Bittschrift überreichen wollen und bemerkte zu spät, daß er das Papier unterwegs verloren. Derselbe führte übrigens keine andere Waffe mit sich, als einen dicken Prügel. — Man hört vielfach die Vermuthung aussprechen, die Ermordung des Generals Escoffier in Ravenna hange mit oben erwähnten Aufständen zusammen; doch fehlt es bis jetzt an jedem Beweise dafür. Vielmehr scheint der Mörder nur von persönlichen Motiven geleitet zu sein.

Rom, 27. März. Einer der Bischöfe der österreichisch-ungarischen Monarchie, welcher sich zur Abreise von Rom rüstete, äußerte dieser Tage: „Wenn auch jetzt viele von uns das Concil für einige Zeit verlassen, so werden wir doch alle wieder uns hier einfinden, sobald es sich um die Unfehlbarkeit handelt. Es ist das ein Attentat auf unsere Rechte; man will, daß wir einen Mord an uns selbst begehen sollen, indem wir dieser Lehre zustimmen, aber wir werden unser altes Recht zu wahren wissen.

Die Correspondance de **Rome** schreibt über einen Besuch der katholischen Ausstellung durch den Papst in ihrer neuesten Nummer: „Eine der lieblichsten Scenen fand hier statt, als sich der Papst auf einen Armstuhl des berühmten Pariser Tapezierers Duval niedergelassen hatte, um auf der wunderbaren Orgel des Herrn Cavallié-Coll die „Semiramis-Ouverture" vortragen zu hören, welche mit einer Vollendung ausgeführt wurde, die selbst Rossini hingerissen hätte. Da warf sich plötzlich eine hohe Dame, die Gräfin O'Gormann, mit vier schönen Kindern dem heiligen Vater zu Füßen, während eine Wärterin das neugeborne fünfte auf den Armen hielt. Jedes von den größeren vier Kindern hatte einen werthvollen Kelch in der Hand, um ihn als Huldigung darzubringen, da der Papst ihnen einmal bei einer früheren Begegnung eigenhändig zu trinken gab. Sogar der Säugling opferte ein goldenes Kreuz. Obgleich diese kostbaren Gegenstände sämmtlich aus den Ateliers des Goldschmiedes Herrn Poussielgue hervorgingen, brach doch die Gräfin in die Worte aus: „Die Kelche sind nicht schön genug für Eure Heiligkeit. Deßwegen wage ich die unterthänigste Bitte, Eure Heiligkeit wollen dieselben jenen Missionen senden, welche die Infallibilität des Statthalters Christi auf Erden unbedingt anerkennen!" Pius IX. wurde aufs Tiefste gerührt und die Augen der anwesenden Personen waren von Thränen naß." Diese halbamtliche Schilderung bedarf keines weiteren Commentars. So versteht man es in Rom, selbst eine industrielle Ausstellung im Sinne der Curie auszubeuten. Nie ohne Unfehlbarkeit; nie ohne dieses!

— Die Beilage zur Augsb. Allg. Ztg. veröffentlicht die wichtigsten Stellen des Schema de Fide Catholica und die aus demsel-

den abgeleiteten Canones, welche gegenwärtig im Concil berathen, demnächst zur Abstimmung und wie sicher vorauszusehen, auch zur Annahme gelangen werden, in deutscher Uebersetzung; wir werden sie im nächsten Blatte bringen.

— Die Fabrikation von Schwefelhölzern ist die einzige Industrie, die in den Staaten seiner Heiligkeit des Papstes blüht. Die Fabrik von Viterbo versieht ihre Zündholzbüchschen mit der Aufschrift: „Fiammiferi infallibili“ (unfehlbare Zündhölzer), und zwar schon seit dem Anfang ihres Bestehens. Kürzlich bekam nun der Papst ein solches Büchschen in die Hände und, diese Inschrift für eine Verhöhnung des zukünftigen Dogmas haltend, dekretirt er wüthend das Verbot derselben. Allerdings, wenn es mit der päpstlichen Unfehlbarkeit nicht besser steht, als mit der Unfehlbarkeit der Zündhölzer von Viterbo, dann sieht es schlimm aus!

Spanien. Unter den vielen Gesetzentwürfen, welche den Cortes zur Erledigung vorliegen, ist einer der wichtigsten die Aussicht genommene Reform des Clerus, wodurch die große Zahl der Erzbisthümer und Bisthümer erheblich vermindert werden soll. Der ersteren gibt es gegenwärtig neun. Die Regierung will sie auf fünf beschränken und die vier anderen in Bisthümer verwandeln. Von den 48 jetzt bestehenden Bisthümern sollen nur 29 aufrecht erhalten werden, welche also mit den 4 oben erwähnten die Zahl 33 ausmachen. Die hohe Geistlichkeit wird durch diese Einschränkung wohl mehr erbittert werden als durch irgend eine andere Maßregel mit welcher die Regierung in das Gebet der Kirche eingegriffen hat. Uebrigens aber hat schon eine ganze Reihe von Geistlichen erklärt, den Schwur auf die Verfassung nicht leisten zu wollen, so besonders auch in der Diöcese Osma, deren Bischof neulich wegen Widerstandes gegen gesetzmäßige Anordnungen der Obrigkeit verhaftet und nach Madrid abgeführt worden ist.

Madrid, 31. März. Die Cortes haben die Berathung des Gesetzes über die öffentliche Ordnung beendet. Der Marine-Minister hat seine Demission gegeben; Moret wird als dessen wahrscheinlicher Nachfolger bezeichnet.

Die **Moskauer** Ztg. berichtet von ernsten Bauern-Unruhen, welche Mitte dieses Monats auf der dem Fürsten Wittgenstein gehörigen Herrschaft Bielitz im Kreise Lida in Littauen stattfanden und zu deren Unterdrückung sechs Compagnien Infanterie und ein Commando Gendarmen aufgeboten werden mußten. Die aufrührerischen Bauern hatten die Beamten verjagt und ihnen die amtlichen Siegel abgenommen, die sie auch nach Unterdrückung der Emeute nicht wieder zurückgeben wollten. Die Rädelsführer wurden zunächst grausam mit Ruthen gepeitscht und dann behufs Einleitung der Untersuchung zur Haft gebracht. Die zur Herrschaft Bielitz gehörigen Güter haben starke Militär-Besatzung erhalten, welche weiteren Unruhen vorbeugen soll. Die Moskauer Zeitung gibt wegen der stattgehabten Bauern-Unruhen, die lediglich durch das unerträgliche Bedrückungs- und Ausbeutungssystem der russischen Beamten hervorgerufen waren, der „polnischen Aufwiegelung“ Schuld.

Bayerische Angelegenheiten.

— Die seit einiger Zeit erwartete Abberufung des österreichischen Gesandten an unserm k. Hofe, Grafen v. Ingelheim, ist nunmehr officiell erfolgt, und derselbe wird in kürzester Zeit unsere Stadt verlassen; sein Nachfolger ist zur Zeit noch nicht ernannt.

xx **München,** 1. April. (XXVI. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer. Forts.) Dem Vortrage des Referenten Graf Fugger-Blumenthal über die Rechnungsnachweisungen aus den Zollgefällen in den Jahren 1866/67 und 1868 entnehmen wir nachstehende Daten: Der Reinertrag derselben pro 1866/67 betrug die Summe von 7,457,071 fl. 33¼ kr., während sie im Budgetvoranschlage mit 7,987,500 fl. eingesetzt waren, wornach sich ein Minus von 480,428 fl. 26¾ kr. ergab. Diese Mindereinnahme hat ihren Hauptgrund darin, daß in Folge des Jahres 1866 eine Stockung des Verkehrs eintrat; dagegen haben die Zollgefälle im Jahre 1868 einen Reinertrag von 9,025,271 fl. 39¼ kr. geliefert, was eine wesentliche Mehrung gegen die Vorjahre ergibt; er glaube überhaupt mit Sicherheit annehmen zu dürfen, daß die Einnahmen aus den Zollgefällen mit der Erweiterung des Verkehrslebens und der Consumtion auch in Zukunft wieder wesentlich zunehmen werden, ohne daß die Ausgaben in demselben Verhältnisse wachsen, wenn auch die Vollendung der einzelnen Eisenbahnlinien eine Vermehrung des Personals nothwendig machen werde. Die Administration habe 1866/67 ⅐, 1868 ⅛ der Reineinnahmen betragen, und werde wohl in Zukunft sich auf 12 % durchschnittlich stellen. Unter den Einnahmsrückständen des Jahres 1868 befinden sich 63,711 fl. an kreditirten Zöllen und Rübenzuckersteuern der VIII. Finanzperiode, für welche genügende Hypothek geleistet ist und 1,251,581 fl. an kreditirten Zöllen und Rübenzuckersteuern aus dem J. 1868. Letztere Bemerkung veranlaßte dem Abg. Lukas mehrfache Bedenken, welche ihn zu einer Reihe von Fragen veranlaßten. Er wünsche zu wissen, ob diese Credite immer dem nämlichen, oder mehreren Fabrikanten gewährt worden, wie hoch sich diese Credite momentan belaufen, da nur die Summe für 1868 angegeben sei, ob diese Credite gesichert seien, ob sie der Staat verzinslich oder unverzinslich gewährt habe, ob sie vom Oberzollamt oder vom Handelsministerium gegeben worden, und in letzterm Falle, wie sich dieselben, wenn sie auf so lange Dauer unverzinslich gegeben worden seien, rechtfertigen ließen, da dadurch dem Staate ein bedeutender Ausfall an Zinsen erwachse. Hr. Referent erklärt, diese Credite beträfen zwei Fabrikanten, der kleinere sei bereits bezahlt, der größere werde in Ratenzahlungen abgetragen, und der Rest sei durch Stellung eines vollkommen untadligen Bürgen und gute Hypothek sicher gestellt. Nach den vom Handelsminister im Ausschusse gegebenen Aufklärungen sei auch dafür gesorgt, daß diese Restsumme sich nicht wieder vergrößere. Auf Namen und Details weiter einzugehen, verbiete ihm das Interesse der Fabrikanten, deren Credit dadurch wesentlich gestört werden würde.

Der k. Staatsminister v. Schlör erklärt, vor Beantwotung der Fragen des Abg. Lukas wolle er einen allgemeinen Gesichtspunkt über das fragliche Vorkommniß aufstellen. Die Staatsregierung müsse selbstverständlich bezüglich ihrer Verwaltung eine gewisse Freiheit der Bewegung haben, um sowohl ihr eigenes, als das Interesse der Betheiligten wahren zu können; nehme man diese Befugnisse, so könne die Staatsregierung unmöglich mehr verwalten. Es frägt sich im vorliegenden Falle nur, ob die Staatsregierung von ihrer Befugniß den richtigen Gebrauch gemacht hat. Nur in dieser Richtung sehe er sich zu einer Antwort auf die Frage des Abg. Lukas veranlaßt. Die erste Frage habe Referent beantwortet, auch die zweite Frage sei erledigt, denn im Ausschusse habe das Ministerium über den Stand der Credite bis zum Jahresschluß 1869 Aufschlüsse gegeben, welche der Ausschuß geprüft und nicht tadelnswerth gefunden habe. Diese Aufschlüsse werde er aber nur auf besondern Wunsch des Hauses hier wiederholen, und wünsche offen, — nicht vom Standpunkte der Staatsregierung, sondern von jenem der Betheiligten aus, daß dieß nicht verlangt werde. Die kreditirte Summe sei vollkommen kuratelmäßig gesichert; was die Verzinslichkeit oder Unverzinslichkeit anlage, so bestünden die gesetzlichen Zollcredite, so daß sich die Frage von selbst erledige; wenn die Staatsregierung aus wirthschaftlichen Gründen weiteren Credit gewähre, so könne sie allerdings Zinsen verlangen. Was die Frage betreffe, von wem der Credit gewährt worden, so träten alle solche Fragen zunächst an die untergeordneten Organe, welche sie prüfen und die geeigneten Anträge an die Oberbehörden stellen, und so sei es auch bei den Zollcrediten gewesen, für welche er jedoch unbedingt einstehe. Wenn es sich bei solchen Crediten bloß um finanzielle, und nicht zugleich um wirthschaftliche Rücksichten handeln würde, so hielte er die Frage wegen des Zinsenverlustes für gerechtfertigt, weil dem aber nicht so sei, so müsse der Regierung eine gewisse Freiheit zugestanden werden, und diese sei durch die Gewährung dieser unverzinslichen Credite sicher nicht überschritten worden. Er wünsche nur, daß man in Bayern recht viele Zuckerzölle zu crebitiren in der Lage wäre; dieß würde im finanziellen und wirthschaftlichen Interesse des Landes sehr willkommen sein. — Abg. Lukas erklärt, nach den Worten des Hrn. Ministers verzichte er selber auf weitere Aufschlüsse; er habe

mit seinen Fragen auch keine Indiskretion begehen, sondern bloß die aus den Zahlen des Referates ihm gekommnen Bedenken aussprechen wollen. Er habe dieselben deßhalb angeregt, weil die Zeit der Steuerprivilegien vorbei, und in neuerer Zeit viele kleine Leute wegen ganz geringer, nicht creditirter Steuerrückstände von sehr geringem Betroge von Haus und Hof gejagt oder gepfändet worden seien, (er erinnere daran, daß in den Distrikt Neumarkt wegen 25,000 fl. Exekutionstruppen gelegt worden seien,) und weil er in dieser Beziehung für die Zukunft habe Schonung empfehlen wollen. Den Wunsch des Hrn. Ministers theile er nicht; er möchte im Gegentheil Bayern recht viele Zuckerfabrikanten wünschen, welche ihre Steuern bezahlen könnten!

Abg Generalzolldirektor v. Meixner glaubt, man dürfe sich weder zu sanquinischen Erwartungen bezüglich der Mehrung der Zolleinnahmen in den künftigen Jahren hingeben, noch besonders erheblichen Ersparungen entgegensehen, denn die mit der Erweiterung der Eisenbahnen verknüpfte Gründung neuer Zollstationen, Expostituren in Simbach, Braunau, Augsburg u. s. w. werde große Ausgaben im Gefolge haben. — Er müsse bei dieser Gelegenheit auch den Vorwurf, daß Bayern durch seinen Antheil an den Zollvereinseinnahmen einen unverdienten Vortheil genieße, entschieden als unrichtig zurückweisen, denn Bayern consumire in allen Artikeln im Verhältniß seiner Kopfzahl ebensoviel als jeder andere Zollvereinsstaat, und eine 20jährige Erfahrung habe ihn gelehrt, daß man in vielen Provinzen Norddeutschlands nur von Fusel und Kartoffeln lebe, während in Bayern sich überall ein behäbiges Leben finde. Was die Salzsteuer anlange, habe allerdings Bayern durch Aufhebung des Monopols verloren. Abg. Hocheder weist in längerer Rede nach, daß der Ausfall durch die Salzsteuer im Jahre nur 52,000 fl. betrage, während er durch das nicht gehörige Ausscheiden der betreffenden Ziffern von dem im Inlande und auswärts produzirten Salze, im Referate viel größer (495,000 fl.) erscheine.

Frhr v. Freiberg gibt der Kammer zu erwägen, daß der Credit bei der Rübenzuckerfabrikation auch den weitern Kreisen der Landwirthschaft zu Gute komme, und daß man deßhalb Industrie und Landwirthschaft nicht so streng trennen solle, denn was der Industrie nützlich oder schädlich, sei es auch für die Landwirthschaft oder umgekehrt. Abg. v. Meixner rechtfertigt die bisherige Rechnungsmanipulation, und spricht aus, wenn auch durch Aufhebung des Salzmonopols ein kleiner Ausfall in den Einnahmen entstanden sei, so würde er doch nie für Wiedereinführung des Salzmonopols sein, denn durch dessen Aufhören habe der ganze Staat eine Wohlthat erfahren, wenn wir auch bei richtiger Bewirthschaftung der Salinen mit dem Salzmonopol uns besser stehen würden. Nachdem noch Abg. Hocheder den Wunsch an die Staatsregierung ausgesprochen hatte, es möchten künftig die Nachweisungen derart eingerichtet werden, daß so wichtige Ziffern, wie sie das Ergebniß der Salzsteuer sind, richtig herausgenommen werden können, spricht der k. Staatsminister v. Schlör aus, man könne nicht bestimmen, ob Süd- oder Norddeutschland beim Zollvereine im Vortheil sei; die Ansicht, daß Süddeutschland durch den Zollverein einen unverdienten Vortheil genieße, sei unberechtigt; 1834 sei es allerdings der Fall gewesen, doch habe sich das jetzt ausgeglichen; ziffermäßig könne man nicht nachweisen, wer gewinne oder verliere, aber so viel wisse er, daß Jeder gewonnen habe. Die Vereinigung der Kapitalien im großen nationalen Leben schaffe Gewinn wie im kleinen gewerblichen Leben. Von der Einführung der Salzsteuer habe man schmerzliche Folgen gefürchtet, sie seien aber nicht eingetreten, wie er schon Anfangs ausgesprochen habe; die Mindereinnahme sei nur unbedeutend, und zwar umsomehr, als der Zentner Salz jetzt um 45 kr. billiger sei, was wieder dem Nationalvermögen zu Gute komme. — Hierauf wurde den Nachweisen die Anerkennung ertheilt. (Schluß f.)

* Auf die Tagesordnung für die 27. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer am Montag, 4. April sind gesetzt die Verlesung einer Interpellation des Abg. Mahr, sowie die Berathung und Beschlußfassung über die Anträge des Abg. Stenglein: „die Ausdehnung des Gesetzes vom 26. März 1867, Entschädigung der Vieheigenthümer für ihre im Falle des Ausbruches der Rinderpest im Auslande getödteten Thiere betr.“; der Abg. Dr. Völk und Gen. auf Revision der gesetzlichen Bestimmungen, den Geschäftsgang des Landtages betr.; und der Abg. Dr. Fankenburger und Gen., die Revision des Ediktes über die Freiheit der Presse und des Buchhandels vom 4. Juni 1848 und des Gesetzes zum Schutze gegen den Mißbrauch der Presse vom 17. März 1850 betr.

— Ueber den Antrag des Abg. Frankenburger und Genossen auf Revision des Preßedikts und des Gesetzes zum Schutze gegen den Mißbrauch der Presse erstattete der Abg. Eder im IV. Ausschuß Bericht und empfahl, dem Antrag die Zustimmung zu ertheilen. Die Minister des Innern und der Justiz, sowie der Regierungsrath Frhr. v. Feilitzsch sprochen sich gegen den Antrag aus, welcher jedoch vom Ausschusse mit 7 gegen 2 Stimmen angenommen wurde.

* In den besonderen Ausschuß für die Berathung des Entwurfes zu einer neuen Tax- und Stempelgesetzgebung wurden heute bei 132 Votanten folgende 15 HH. Abgeordnete gewählt: Gürster (112 St.), Hoffmann (79), Wiesnet, Frhr. v. Fuchs (je 78) Dr. E. Barth, Bach, Gg. Mayer (je 77), Engelb. Weiß (76), Brückl (71) — sämmtlich ultramontan; Kastner (131), Dr. M. Barth (129), Louis (128), Dr. Gerstner (125), Gg. F. Kolb (78) — sämmtlich liberal.

Lokales und Provinzielles.

München, 2. April.

* Laut Telegrammes aus Rom ist die 4 Monate alte Prinzessin von Neapel, Tochter des Königs Franz II. und der Königin Maria, gestorben.

* Zur Bildung eines liberalen Bezirksvereines für die Vorstadt Au wird am Montag den 4. April Abends im Saale des Falterwirthes in der Au eine Versammlung stattfinden.

— Der erst im vorigen Sommer gegründete „Verein für freiwillige Armenpflege“ dahier zählt schon 4009 Mitglieder mit einem Jahresbeitrag von 18,896 fl., und sind demselben außerdem bereits 3741 fl. an besonderen Geldspenden zugegangen — ein für die kurze Zeit des Bestehens des Vereins sehr erfreuliches Ergebniß.

(Tagesbericht.) Vor den Thüren des Hoftheaters pflegt bekanntlich an Sonn- und Feiertagen und bei Vorstellungen mit ermäßigten Preisen lange vor Oeffnung der Kasse solches Gedränge stattzufinden, daß Beschädigungen und Unfug jeder Art zu den gewöhnlichen Vorkommnissen gehören; um dem abzuhelfen, wird von morgen, Sonntag, an eine sog. Queue, wie anderwärts üblich, eingerichtet in der Weise, daß die Angesammelten unter dem Säulengange paarweise gegen die Residenz hin aufgestellt und angehalten werden, in dieser Ordnung an die Kasse zu gehen. (Wir glauben hiebei die Aufforderung an's Publikum nicht unterlassen zu sollen, daß es sich der Durchführung dieser zweckmäßigen Maßnahme ohne Weiteres füge und selbst dazu beitrage, den muthwilligen Lehrburschen rc. das bei diesem Anlasse gewohnte Treiben zu verleiden!)

* Gestern wegen Raummangels gehindert, tragen wir heute den ausführlichen Bericht über die gestrige Magistratssitzung nach. Bürgermeister v. Steinsdorf beantragt nachträglich zu der in letzter Sitzung getroffenen Ausscheidung von niederen und höheren Bediensteten, daß noch einige Kategorieen von Bediensteten zu den höheren gerechnet werden sollten; nach kurzer Debatte wurde der Antrag mit 16 gegen 12 Stimmen angenommen. — Bezüglich des vom Gemeindecollegium hinsichtlich der Remuneration des Rechtsrathes Klaußner gefaßten Beschlusses sucht Brgrm. v. Steinsdorf nachzuweisen, daß er in dieser Angelegenheit nicht gesetzwidrig gehandelt habe; das Collegium habe gestattet, daß auch nach Ablauf seines (Redners) Urlaubes und Wiedereintrittes in die Geschäfte Rath Klaußner auch ferner für die Direktorialgeschäfte verwendet werde; das Collegium der Gemeindebevollmächtigten habe bei Mittheilung ihres desfallsigen Beschlusses ein Schreiben an den Magistrat gerichtet, in welchem dem Herrn v. Steinsdorf die größte Anerkennung für dessen Wirken für die Gemeinde, dann Klaußner Dank für dessen Bemühungen, endlich der Wunsch, die Zukunft des Gewerbereferenten Kummerer sicherer zu stellen, ausgesprochen wurde. v. Steinsdorf erklärt, er habe damals wegen der Fortdauer der

Funktion des Herrn Klaußner an die Regierung berichten wollen, das Collegium habe sich aber einstimmig dagegen als unnöthig ausgesprochen. Die Angriffe der Presse zeigten, daß es sich weniger um die Sache, als um seine Person handle; er habe vollständig gesetzmäßig gehandelt, die betreffende Position sei in den Budgetvoranschlag eingefügt, von der Oeffentlichkeit nicht beanstandet und von dem Collegium genehmigt worden. In diesem Sinne solle man das Schreiben der Gemeindebevollmächtigten beantworten und erklären, daß man selbst eine Cumulativsitzung in dieser Sache nicht scheue. Klaußner erklärt, daß er auf die Remuneration, obgleich sie ihm in gesetzlicher Weise zugetheilt wurde, verzichte, und dies schriftlich motiviren werde; er spricht seine tiefste Entrüstung über den im Landboten gegen den Bürgermeister geschleuderten Vorwurf, dieser habe widerrechtlich gehandelt, aus, und schildert die großen, von der Gemeinde und dem König wiederholt anerkannten Verdienste des Herrn von Steinsdorf um die Gemeinde. Billing erklärt, daß das Collegium uneingeweiht in dieser Sache sei, sie habe aber durch den Verzicht des Hrn. Klaußner Erledigung gefunden; er bedaure, daß das vorgelesene Schreiben des früheren Gemeindecollegiums zeige, mit welchem Mißtrauen diese ihren Amtsnachfolgern entgegensahen, während andererseits aus demselben eine große Selbstberäucherung der eigenen Verwaltungsfähigkeit hervorgehe. Man erkenne darin jenes System, welches sich später in der Geschäftsrepartition entpuppt habe.

Bezüglich der Geschäftsrepartitionsfrage, resp. bezüglich des Beschlusses, daß die Cumulativsitzung der beiden Collegien als gestern Nachmittags 5 Uhr abzuhalten sei, ist zu bemerken: Magistratsrath Rau beantragte, den Bürgermeister aufzufordern, den Beschluß in Vollzug zu setzen und die Einladung zur Cumulativsitzung ergehen zu lassen. v. Steinsdorf weigerte sich dessen und beharrte dabei trotz aller Gegenvorstellungen. Selbst Rechtsrath Schrott bittet den Bürgermeister und die rechtskundigen Räthe, die Kluft nicht noch zu erweitern; der Bürgermeister möge die Beschwerde an die Regierung ergreifen, damit die Sache zum Austrag komme, aber er möge auch mit den Rechtsräthen unter Protest der Cumulativsitzung beiwohnen, damit man sehe, daß die Rechtsräthe diesseits den Muth hätten, den Rechtskundigen jenseits entgegenzutreten. Rechtsrath Ruppert ist allerdings für die Ergreifung der Beschwerde, wird aber der Cumulativsitzung auch nicht unter Protest anwohnen; das Gleiche erklären Rechtsrath Klaußner und Bürgermeister v. Widder. Billing fordert nun unter Bezugnahme auf Art. 114 und 101 der Gemeindeordnung Hrn. Ludwig Knorr auf, in Ermangelung anderer Stellvertreter des Bürgermeisters solle er als der mit den meisten Stimmen erwählte bürgerliche Rath zu der Cumulativsitzung einladen und derselben präsidiren, welcher Aufforderung Knorr nachzukommen erklärt, indem er zugleich den anwesenden Sekretär Stadelmann beauftragt, das erforderliche Schreiben an den Vorstand des Gemeindecollegiums zu richten. Eine versuchte Weigerung desselben, wenn nicht der Bürgermeister ihm die Anfertigung der Einladung gestatte, wurde mit dem Hinweis auf seine Dienstpflicht und darauf, daß er magistratischer, nicht bürgermeisterlicher Beamte sei, zurückgewiesen.

ϱ (Aus der Cumulativsitzung.) Uns ausführlichen Bericht vorbehaltend, bemerken wir heute kurz: Wirklich erschienen in derselben die zwei Bürgermeister und die Rechtsräthe nicht. Magistratsrath Ludwig Knorr eröffnete deßhalb dieselbe, als mit den meisten Stimmen gewählt, um über die Frage der Geschäftsrepartition zu berathen. Advokat Dr. Aub beantragt, der Magistrat möge folgenden Beschluß fassen: „es wäre von dem Magistrat der Ausgleichsvorschlag des Collegiums der Gemeindebevollmächtigten vom 24. März für annehmbar befunden worden, wenn der I. Bürgermeister sich demselben gefügt hätte und auf diese Weise die Differenz beseitigt worden wäre, welche zwischen dem bürgerlichen und rechtskundigen Theil des Magistrates besteht; obwohl nun der Magistrat an seinem früheren Beschlusse festhält, beschließt er: es sei der k. Kreisregierung von Oberbayern von diesem heutigen Beschlusse sowohl, als auch von dem früheren, durch beglaubigte Abschrift der betreffenden Protokolle Kenntniß zu geben." Mag.-Rath Dr. v. Schauß erklärt, daß er mit Schmerz, aber durch triftige Gründe bewogen, in dieser Frage eine Stellung einzunehmen gezwungen sei, welche weder von den bürgerlichen Magistratsräthen noch von den Gemeindecollegiumsmitgliedern werde gebilligt werden; er stehe bezüglich der Interpretation des Art. 101 der Gemeindeordnung völlig auf Seite der Bürgermeister und Rechtsräthe, und auch bezüglich der Frage der Zulässigkeit einer Cumulativsitzung interpretire er Art. 114 wie der I. Bürgermeister; eine andere Frage sei es, ob es nicht praktisch sei, zur Beilegung von Differenzen gemeinschaftliche Sitzungen zu halten. Falls keine Beschlüsse in ihnen gefaßt würden, halte er solche nicht für ungesetzlich. In der ferneren, äußerst animirten und interessanten Debatte, bei welcher die Ansichten des Hrn. v. Schauß scharf bekämpft wurden, eignete Dr. Zechmeister als Magistratsrath den Antrag des Dr. Aub als eigenen an, und bei der Abstimmung der bürgerlichen Magistratsräthe — während welcher die Gemeinde-Bevollmächtigten den Saal verließen — wurde derselbe mit allen 19 gegen die Stimme des Dr. v. Schauß angenommen. (Wie wir erfahren, haben der II. Bürgermeister und sämmtliche Rechtsräthe an einige hiesige Blätter eine Erklärung gesendet, worin sie, veranlaßt durch die in denselben enthaltenen Darstellungen der Vorgänge in der magistratischen Sitzung vom 29. l. Mts., an der Hand des Gesetzes darlegen, warum sie die Betheiligung an einer Cumulativsitzung beider Collegien in Betreff der magistratischen Geschäftsrepartition abgelehnt haben. Die Red.)

Gerichtssaal.

β **München,** 31. März. Gegenstand der heutigen Verhandlung des hiesigen k. Militärbezirksgerichts war die Anklage gegen den Soldaten Joh. Ries des k. III. Chevaulegers-Regiments wegen des militärischen Verbrechens der Subordinationsverletzung. So sehr dieser Prozeß schon in dem der Hauptverhandlung vorangehenden Verfahren das Interesse der Juristen erweckte, ebenso sehr nahm der Gang der heutigen öffentlichen Sitzung die Aufmerksamkeit des Publikums in Anspruch. Das in Frage stehende Faktum, welches durch die hiesigen Lokalblätter wenigstens theilweise bereits berichtet wurde, ist in gedrängter Kürze folgendes:

In der Nacht vom 19. auf 20. Oktober v. J. wurde ein junger Mensch im Waffenrocke eines Soldaten der Sanitätskompagnie und in voller Ausrüstung mit Obergewehr und Helm in Gesellschaft einer liederlichen Frauensperson in der Sendlingerlandstraße von der Gendarmerie betroffen und wegen Mangels einer Legitimation auf die Hauptwache verbracht. Von dort aus sollte er auf Befehl des Wachtkommandanten durch einen Unteroffizier des I. Infanterieregimentes auf die Lehelkasernwache verbracht werden. In der Nähe der Lehelkaserne ließ der Arrestant, welcher noch immer das Gewehr bei sich trug, den Unteroffizier ein Paar Schritte vorangehen und versetzte demselben plötzlich von rückwärts mit dem Kolben des Gewehres einen so heftigen Schlag unterhalb des Helmes in das Genick, daß der Korporal betäubt zu Boden stürzte, während der Thäter die Flucht ergriff. Am darauffolgenden Tage stellte sich eben dieser junge Mann bei dem in Freising liegenden III. Chev.-Regimente freiwillig, und es ergab sich nun, daß er ein Soldat dieses Regimentes, Namens Johann Ries, war, welcher sich Nachts vorher mittelst Aussteigens aus dem Militärkrankenhause zu Freising, wo er als Patient aufgenommen war, eigenmächtig entfernt und nicht nur die ihm zur Benützung gegebenen Krankenkleider, sondern auch die gesammten Ausrüstungs- und Monturgegenstände eines als Krankenwärter im Spitale verwendeten Soldaten der I. Sanitätskompagnie mit sich genommen hatte und mit dem letzten Eisenbahnzuge von Freising nach München gefahren ist, wo er alsbald arretirt und der Held des oben geschilderten Ereignisses wurde. Bei seiner Sistirung führte er noch sämmtliche mitgenommene Montur- und Armaturstücke mit sich mit Ausnahme des bei der That weggeworfenen Gewehres und Helmes, welche Gegenstände jedoch außer dem Bajonette und Reservezündkegel wieder aufgefunden wurden. (Schl. f.)

Feuilleton.

Der Bischof Stroßmayer.

Unter den zur Opposition gehörenden Bischöfen des Concils in

Schweinfurt, 4. April. Heute früh 8 Uhr ist der Polytechniker Schüler von hier, seit Kurzem von München zurückgekehrt, und an einer Gehirnentzündung erkrankt, in einem heftigen Fieberanfall im Hemde durch ein Fenster des zweiten Stockwerkes auf die Straße gesprungen, und mußte er vom Platze getragen werden. Eine äußerliche Verletzung konnte zwar nicht wahrgenommen werden, doch fürchten die Aerzte jetzt umsomehr für das Leben des sehr fleißigen und strebsamen jungen Mannes.

Theater.

Letzten Mittwoch fand das IV. Abonnementconcert der Mitglieder der musikalischen Akademie statt und erfreute sich dasselbe zahlreichen Besuches. Die Nummern des Programmes speciell zu besprechen, würde den für heute gebotenen Raum übersteigen und erübrigt nur zu sagen, daß die sämmtlichen Vorträge verdiente Anerkennung Seitens des Publikums fanden; nur hätte ich gewünscht, Hr. Menter wäre in der Wahl seines Concertstückes glücklicher gewesen, denn diese Goltermann'sche Composition ist geradezu flach und nichtssagend zu nennen.

In der Freitags-Aufführung der Oper: „Joseph in Aegypten“ von Mehul, zeichnete sich wieder das Orchester durch Mangel an Präcision, unreine Stimmung und rücksichtslose Gesangsbegleitung aus, Fehler, denen gegenüber der schärfste Tadel gerechtfertigt ist. Nicht den Dirigenten trifft da die Schuld; wenn ihm ein Vorwurf gemacht werden kann, so ist es der Mangel der höchst nothwendigen, bodenlosen Grobheit, denn nur auf diesem Wege kann der böse Wille und die Unaufmerksamkeit wirksam bekämpft werden. Die Inscenirung der Oper zeigte den guten Geschmack des Regisseurs Hrn. Dr. Grandaur. Frau Vogl, sowie die Herren Kindermann und Vogl sangen sehr gut, auch Hr. Heinrich muß in Gesang und Spiel lobend erwähnt werden. Die Söhne Jakobs kamen durch die Schuld des Orchesters im ersten Akte etwas aus dem Concepte; dagegen waren die Morgenchöre der Israeliten und der Frauenchor im letzten Akte vorzüglich executirt.

Samstag wurde im Residenztheater das komische Singspiel „Hieronymus Knicker“ von Dittersdorf neu einstudirt gegeben. Wenn ich es ehrlich gestehen soll, so habe ich mich gründlich gelangweilt. Der banale und kindische Text reicht ebenbürtig einer zopfigen und monotonen Musik die Hand, und wenn die Intendanz mit der Wiedervorführung des Stückes etwas Anderes bezwecken wollte, als eine historische Reminiscenz, so muß das Experiment als total verunglückt bezeichnet werden. Die Aufnahme war dem Werke entsprechend. Das vorhergehende „Unerreichbar“ von Wilbrandt, ist ein sehr fein gearbeitetes Lustspiel und wurde vorzüglich gespielt.

Die Sonntags-Aufführung der Oper „Faust“ von Gounod fiel zur Zufriedenheit aus und hielt sich, wider Erwarten, auch das Orchester, einige Kleinigkeiten ausgenommen, recht wacker. Am Schlusse des II. Aktes wurden Frl. Stehle, die ihre Rolle mit gewohnter Anmuth sang, Bouqueten und Kränze geworfen. Hrn. Kindermann's Mephisto ist eine zu bekannte Leistung, als daß es nöthig wäre, ihm wiederholtes Lob zu spenden. Hr. Vogl sang sehr schön, besonders im II. Akte. Auch Hrn. Heinrich (Valentin) und Frl. Müller (Siebel) soll die verdiente Anerkennung nicht vorenthalten werden. Die Chöre waren gut; bei der Volksscene im I. Akt und bei dem Soldatenchore wäre eine ziemliche Vermehrung des Chorpersonals erwünscht, um die nöthige Wirkung erzielen zu können.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 5. April. Sitzung des Abgeordnetenhauses. Der Ministerpräsident sagt in Beantwortung der Interpellation Pergers, das Gesammtministerium habe vom Kaiser seine Enthebung erbeten. In der nächsten Sitzung (Donnerstag) wird die Delegationswahl vorgenommen.

Wien, 5. April. Die Bilanz der Anglobank weist einen Reingewinn von 7,192,615 fl. nach, es wurde also das Aktienkapital beiläufig zu 54 pCt. verzinst. Bei den der Generalversammlung zu machenden Anträgen über die Verwendung des Gewinnes soll eine ansehnliche Vermehrung des Kapitals durch Aktienausgabe beabsichtigt sein.

Pest, 5. April. Lonyay wird sich nach den Osterfeiertagen nach Wien begeben; als sein Nachfolger wird Kerkapolyi bezeichnet. Miko und Hollan gaben ihre Demission. Als Communications-Minister wird Gorove als Ackerbauminister Korizmics genannt. Die gestrige Conferenz der Deakparthei acceptirte das Uebereinkommen in der Militärgrenzfrage.

Paris, 4. April. Der Kriegsminister zeigte im gesetzgebenden Körper an, daß die Regierung auch mit der Reduktion des Contingents von 1869 auf 90,000 Mann einverstanden sei. Ollivier erklärt sich zur Beantwortung der Interpellation über die constituirende Gewalt bereit. Grivy sagt: das Plebiscit ist ein Mittel, den Nationalwillen zu confisziren. Ollivier antwortet und sagt u. A., das Ministerium will Nichts ohne Zustimmung der Kammer thun. Wenn die liberale Umgestaltung des Kaiserreiches vollzogen sein wird, werden wir die Nation auffordern, dieser liberalen Constitution die Sanktion zu geben, welche sie der autoritären Verfassung von 1852 gegeben hat. Wir hegen durchaus keine Besorgniß hinsichtlich des Resultates; denn zwischen die Reaktion und Revolution gestellt, wird die Nation die Freiheit wählen. (Beifall). Picard und Jules Favre bekämpfen lebhaft das Plebiscit. Letzterer sagt, dasselbe wäre die vollständige Wiederherstellung der despotischen Gewalt. Die Diskussion wird morgen fortgesetzt werden.

Paris, 5. April. Der Agence Havas wird aus Barcelona gemeldet, daß bei Gelegenheit der Militär-Loosziehung Barrikaden errichtet, jedoch mit leichter Mühe beseitiget wurden, wobei 10 Personen getödtet worden. Die Ruhe ist wieder hergestellt.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 5. April. (Schlussc.)

Wechsel auf London	$119\frac{7}{8}$	Oest.-franz. Staatsbahn	$378\frac{1}{4}$
" " Paris	95	Bayr. Ostbahn-Actien	$119\frac{1}{2}$
" " Wien	$96\frac{1}{4}$	Elisabeth-Prior. I. Em.	$77\frac{1}{2}$
5 proc. bayr. Anleihe	$100\frac{1}{2}$	4% bayer. Prämien-Anl.	106
4½ " " "	$91\frac{7}{8}$	Bad. Präm.-Anleihe	$105\frac{3}{4}$
4 " " Grundrente	$86\frac{1}{4}$	Oesterr. Loose v. 1860	79
4 " " Obligat.	86	" Loose v. 1864	
5 proc. österr. Metall., engl.	——	Alsenzbahn	$86\frac{7}{8}$
5 " " National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	$220\frac{1}{2}$
1882er Amerikaner	$95\frac{1}{4}$	Napoleons	9.30
Oesterr. Bank-Actien	686	Rente Silber $57\frac{7}{8}$, Pap. 50	
Credit-Actien	$270\frac{1}{4}$	fest. Handelsbank	$98\frac{1}{2}$

Wien, 5. April. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	70.10	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
" fl. 500 Loose von 1860	97.20	Steuerfr. Metall. on 1866	—.—
" fl. 100 Loose von 1864	121.25	Napoleons	$9.88\frac{1}{2}$
Oesterr. Bank-Actien	721.—	Wechsel auf Augsburg	102.70
" Credit-Actien	261.60	" " London	124.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	394.—	" " Paris	49 20
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	" " Frankfurt a. M.	102.90
" " Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	236.75
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 333.50 Pap.-R.	60.50

Fest.

Berlin 5. April (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	$45\frac{3}{4}$	Lombarden	$126\frac{1}{2}$
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	$105\frac{3}{4}$	Italienische Anleihe	55
4½ " " Anleihe	—	1882er amerikanische Bonds	$96\frac{1}{8}$
Bad. Prämien-Anleihe	$104\frac{1}{2}$	5 proc. preuss. Anleihe	$101\frac{1}{2}$
Darmstädter Action	$129\frac{3}{4}$	4½ " " "	$92\frac{3}{4}$
Oesterr. Credit-Actien	155	Wechsel auf Augsburg	56.22
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	$216\frac{1}{4}$	" " Frankfurt	56.24
Staatsbahn-Prioritäten	293	" " London	$6.24\frac{3}{8}$
Oest. fl. 500 Loose von 1860	$78\frac{7}{8}$	" " Paris	$81\frac{1}{8}$
" fl. 100 Loose von 1864	$66\frac{1}{4}$	" " Wien	$81\frac{7}{8}$
5 proc. östr. National-Anl.	——		

Schluss sehr fest.

Port Royal Eisenbahn.

Aktien-Kapital 3 Millionen Dollars.

Erste Priorität Dollars 2,500,000.

Emission von 2 Mill. Doll. 7% Obligationen in 2000 Bonds à Doll. 1000 jede.

Kapital und Zinsen in Gold frei von jeder Steuer der Vereinigten Staaten, rückzahlbar nach 20 Jahren, am 1. November 1889 in New-York al pari in Gold.

Bonds erster Hypothek (first Mortgage) nach Belieben der Inhaber jederzeit gegen Aktien der Gesellschaft umtauschbar.

Direktion:

S. C. Millet, Präsident. **Gustav Lehlbach**, Oberingenieur.
W. C. Belows, Sekretär und Schatzmeister. **H. H. Boody**, Finanzagent (New-York).

Die Port-Royal-Eisenbahn läuft von Augusta in Georgia am Savanahfluß in einer Länge von ca. 120 engl. Meilen nach Port-Royal am atlantischen Ocean, verbindet mithin die Bahnen Georgia's und Süd-Carolina's auf kürzestem Wege mit dem Meere.

Der Hafen von Port-Royal, nächst Portland der vorzüglichste Hafen an der Südküste, ist in neuester Zeit wegen seiner Tiefe und geschützten Lage zu einer Flottenstation der Vereinigten Staaten gewählt worden und bildet nach Herstellung der Eisenbahn den geeignetsten Hafen zur Verschiffung der Baumwolle Georgia's, Carolina's und Süd-Carolina's und aller Produkte der westlich von diesen gelegenen Staaten, namentlich wird dadurch die Entfernung der Handelsplätze Tennessees bedeutend vom Meere abgekürzt, z. B. Memphis um mehr als 200 Meilen und auch Louisville und Cincinnati gewinnen eine kürzere Verbindung mit dem Meere. Außerdem ist der Bahn durch den Lokalverkehr in den besten Distrikten Süd-Carolinas, die sie durchschneidet, ein bedeutender Verkehr gesichert, so daß ein zur Erhaltung aller ihrer Verbindlichkeiten genügendes Erträgniß schon durch diesen sicher in Aussicht steht.

Der Bau der Bahn ist kontraktlich an die National Railway und Trust Company, eine von der Legislatur von Connecticut incorporirte Gesellschaft, an deren Spitze mehrere der bedeutendsten Capitalisten der Neuenglandstaaten stehen, vergeben. Die Arbeiten werden mit allem Eifer betrieben, so daß die ganze Bahn bis zum 1. September a. c. vollendet zum Verkehr bereit sein soll.

Von dem Anlehen erster Hypothek von 2,500,000 Doll. sind 400,000 Doll. zu pari in Currency von der Georgia Railroad an Banking Company, eine der solidesten und besten Eisenbahngesellschaften, die für den Bau der Bahn durch ihren direkten Anschluß an dieselbe großes Interesse hat, übernommen worden. Fernere 100,000 sind in Newyork placirt, so daß noch **2 Millionen Dollars** zur Begebung verbleiben.

Die Vertretung der Interessen der Bonds-Inhaber übernimmt die Union Trust Company in Newyork. Dieselbe bewahrt die aus dem Verkauf der Bonds eingehenden Gelder und zahlt solche in dem Maße, als der Bau fortschreitet, aus.

Die am 1. November 18.9 ausgestellten und nach zwanzig Jahren zu pari in Gold rückzahlbaren Bonds werden mit 7 Proz. in Gold verzinst. Die halbjährigen am 1. Mai und 1. November fälligen Coupons werden bei der Union Trust Company in Newyork und in London, Amsterdam, Frankfurt a/M. und Berlin zum jeweiligen Geldcours auf Newyork ohne Abzug von Steuer eingelöst.

Das Recht, die Bonds jederzeit gegen Aktien umtauschen zu können, sichert den Inhabern alle Vortheile des Unternehmens, im Falle sich für die Aktien ein Erträgniß ergeben sollte, das die Verzinsung der Bonds übersteigt.

Zur Entgegennahme der Zeichnungen auf erwähnte Bonds im Betrage von **zwei Millionen Dollars** sind für Amsterdam, Rotterdam und ganz Holland die **Kommandiet Kas** und ihre Filialen,
„ Basel die HH. **Isaak Dreyfuß Söhne** und Hr. **Rudolf Kaufmann,**
„ Berlin die HH. **Gebrüder Guttentag,**
„ Bremen die HH. **J. Schultze u. Wolde,**
„ Frankfurt a/M. Hr. **Dreifuß-Zeidels**, Mitglied des daselbst gebildeten Consortiums,
„ Mühlhausen (Frankreich) Hr. **Schlumberger-Ehringer,**
„ Zürich Hr. **Tobler-Stadler,**

für München die Herren Gutleben und Weidert,

beauftragt. — ☞ Die Subscription findet vom **4. bis 6. April statt.**

Für die Port Royalroad Comp. **H. H. Boody in Newyork**, bevollmächtigter Finanzagent.

Subscriptions-Bedingungen:

1) Der Subscriptionspreis ist
   in **Amsterdam** und den übrigen holländischen Plätzen . $72^{5}/_{8}$ pCt. den Dollar à fl. 2. 50 holl.
   in der **Schweiz** und **Mühlhausen** . . . . $73^{1}/_{8}$ Frankfurter usance.
   „ **Berlin** . . . . $73^{3}/_{4}$ pCt. den Dollar à 1 Thlr $12^{1}/_{2}$ Sgr.
   „ **Bremen** . . . . $67^{3}/_{4}$ Grote per Dollar,
   „ **Frankfurt a. M.** und **München** . . $73^{1}/_{8}$ den Dollar à 2 fl. 30 kr.

   Die bis zum Bezugstage aufgelaufenen Zinsen sind extra zu vergüten.
2) Bei der Unterzeichnung sind 10 pCt. des gezeichneten Nominalbetrags baar oder in guten Werthpapieren zu hinterlegen, welche bei der Uebernahme zurückgegeben werden.
3) Die binnen ganz kurzer Zeit erscheinenden Obligationen, resp. die dieselben inzwischen vertretenden Interimsscheine sind vom 12. bis 24. April von der Zeichnungsstelle gegen Zahlung des ausmachenden Betrags zu beziehen.
4) Im Falle der Ueberzeichnung des aufgelegten Betrages bleibt entsprechende Reduktion vorbehalten.

Unterzeichnetes Bankhaus nimmt mit Bezugnahme auf obigen Prospekt in den üblichen Geschäftsstunden Anmeldungen entgegen.

München, im März 1870.

Gutleben und Weidert.

Curse des Münchener Handelsvereins vom 5. April 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. 3 1/2% Obl.	fl. 1000	81 1/2	80 1/2
4% ganz. Obl.	1000	86 3/8	
4% halbj. Obl.	1000	86 3/8	
4% Grundr.-Obl.	1000	86 1/2	
4 1/2% ganzj. Obl.	1000	92	91 5/8
4 1/2% halbj. Obl.	1000	92	91 5/8
4 1/2% " Milit. "	1000	92	91 5/8
5% Obl.	1000	101 3/4	101 1/4
4% Münch. Obl.	1000		
5% " "	1000	101 1/8	100 5/8
4 1/2% Ostbahn-Aktien .		120	119 1/2
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung . .		87	86 5/8
dto. volle		87	86 5/8
Pfdbr. d. bayer. Hyp.-u. W.-Bank	à fl. 1000	90 1/2	90 1/4
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.		100	99 7/8
Aktien		823	824
Bayer. Handelsbank-Act.			98
" Vereinsbank . .		120	
Württemberg. 4 1/2% Obl. . . .		91 1/4	
Oesterreich 4 1/5% Silb.-Rte. 5/7		58	57 3/4
" Pap.-Rte "			
5% Nation.-Anl. . 5/6			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à 116 7/8			
5% Met. Stfr. v. 1866 5/7			
Oest. Bank-Aktie . .			
" Cred.-Aktien . .		271 1/2	271
Oest.-franz. Stsb.-Aktien .			

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb. "	222 3/4	222 1/2
Preußen. 4 1/2% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. 2 1/2	95 3/8	95 1/8
" 1884 "	94 1/2	
" 1885 "	94 1/2	
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	106 1/4	105 7/8
4% Bad. " "	106	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	6 1/2	
Pappenheimer dto.	5 3/4	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose . .	18 1/2	
Oester. 1854er Loose à fl. 250 5/6		
" 1860er " à fl. 500 5/7		
" 1864er " à fl. 100 u. 50		
" 1858er Cred. Loose		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		312
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		123
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor .	95	
Chemische Fabrik Heufeld		76
Oest. Elisabeth-Westbahn		
" Franz Joseph-Bahn . .		
" Kronprinz Rudolph-Bahn . .		
" Siebenbürger Bahn		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. I. Em. 5/7	77 1/2	
dto. II. " "		
" Kronpr. Rudolph-Bahn "	78	
Günstige Stimmung.		

		Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn "		79 1/4	
" Siebenbürger Bahn "			
" d. Böhm. Westbahn "			
" Alföld Fiumander Bahn "		76 3/4	
Wechsel.			
Amsterdam fl. 100 holl.	K. S.	100 3/4	
	L. S.	100 5/4	
Augsburg fl. 100 . . .	K. S.		
	L. S.		100
Berlin Rthlr. 60 . .	K. S.	105	104 7/8
	L. S.		105
Frankfurt fl. 100 . . .	K. S.		
	L. S.		100
Hamburg M.-B. 100 . .	K. S.	88 3/4	88 1/2
	L. S.		88 1/2
Leipzig Rthlr. 60 . .	K. S.	105	104 3/4
	L. S.	105 1/8	104 7/8
London Pfdst. 10 . . .	K. S.	120 1/8	119 7/8
	L. S.	120 1/8	119 7/8
Paris Fr. 200 . . .	K. S.	95 1/8	94 7/8
	L. S.	95 1/8	94 7/8
Wien fl. 100 . .	K. S.	96 1/8	95 7/8
	L. S.	96 1/8	
Bank-Disconto für Platz-Wechsel . .			
" Lombard. . .			
Geldsorten.			
Preuß. Friedrichsd'or		9.59	9.58
20 Francs Stücke		9.30 1/2	9.29 1/2
Preuß. Cassen-Scheine		105 1/8	104 7/8
Oest. Banknoten		96 1/8	96

Bekanntmachung.

Die zweite Hundevisitation und Zeichenlösung im Jahre 1870 betr.

Unter Bezug auf die Ausschreibung vom 26. März l. J. wird aufmerksam gemacht, daß der Termin zur Lösung der Hundezeichen für die Altstadt (Polizeigebäude Zimmer Nr. 33/0) am **Samstag den 9. d. Mts.** (Vorm. 8 — 12 und Nachm. 2—4 Uhr) abläuft, und diese Zeichenlösung für die Bezirke Au, Haidhausen und Giesing, dann Ramersdorf an den darauffolgenden Tagen, den 11. und 12. d. Mts., in der Au, Mariahilfplatz 2/0 (Vorm. 9—12 und Nachm. 2—4), fortgesetzt wird.

Hiebei wird auf Art. 142 des Pol.-Str.-Ges. hingewiesen, wonach Hundebesitzer, welche ihre Hunde der angeordneten und öffentlich bekannt gemachten Visitation entziehen oder nicht rechtzeitig unterstellen, oder die vorgeschriebenen Zeichen für dieselben nicht lösen, Strafverfolgung zu gewärtigen haben. Hunde, für welche das vorgeschriebene Zeichen nicht gelöst worden ist, werden eingefangen und dem Wasenmeister überliefert.

Am 3. April 1870.

Königl. Polizeidirektion München.

1119. v. Burchtorff, k. Polizei-Direktor.

Kgl. Residenz-Theater.

Mittwoch den 3. April.

Neu einstudirt:

Die verhängnißvolle Wette.

Drama in 5 Aufzügen nach Alexander Dumas von Holbein.

Regie: Hr. Richter.

Personen:

Herzog v. Richelieu, Pair von Frankreich . . .	Hr. Christen.
Herzog von Aumont, Capitain der Garde . . .	Hr. Häusser.
Marquise von Prie	Frl. M. Meyer.
Mariette, d. Kammerjungfer	Frl. Lanzlott.
Gabriele von Belle Isle	Frl. J. Meyer.
Chev. Aubigny, Garde-Lieut.	Hr. Rohde.
Hr. v. Auvray, Lieutenant	Hr. Tömschitz.
Hr. v. Chamillac . . .	Hr. Leibold.
Germain, Richelieu's Reitknecht	Hr. Nachreiner.
Bedienter der Marquise .	H. Davideit.

Hierauf:

Der Dorfbarbier.

Kom. Singspiel in 1 Aufzuge. Musik v. Schenk.

Personen:

Lux, Dorfbarbier . . .	Hr. Sigl.
Suschen, seine Mündel .	Frln. Müller.
Rund, Schulmeister . . .	Hr. Bausewein.
Joseph, Sohn eines Pächters	Hr. Schlosser.
Adam, Barbiergeselle . .	Hr. Lang.
Margarethe, Schmiedswittwe	Frl. Eichheim.
Peter, Schneider . . .	Hr. Davideit.
Geschworne, Bauern.	

Anfang 1/2 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer. — Druck der C. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr: Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition **Residenzstraße 23/0**; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal **Ein Gulden.**

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Donnerstag, den 7. April 1870. **Nr. 96.**

Die Debatte über den außerordentlichen Militärkredit.

II.

✕ Die materielle Behandlung des Gegenstandes begann mit einem Vorworte des Herrn Referenten, welches eine gedrängte Wiederholung seines gedruckten Vortrages gab, dabei aber etwas mildere Saiten aufzog, indem er seine Lieblingsidee, die Verpflanzung der schweizerischen Miliz nach Deutschland und zunächst in den Mittelstaat Bayern, sehr in den Hintergrund stellte und sich schon zufrieden erklärte, wenn nur irgendwie eine seinen Anschlägen entsprechende Summe an Kosten des Militärs gespart werde. Von der ungeheueren Steuerlast war natürlich ebenso gut die Rede, wie in dem gedruckten Referate, aber an der einen wie an der anderen Stelle fehlte der Nachweis, daß die letzten Jahre und namentlich das neue Wehrgesetz eine drückende Belastung des bayerischen Volkes zur Folge gehabt. Der wirkliche Sachverhalt, wie ihn ein unbefangenes, die Dinge richtig würdigendes, deßhalb aber nicht weniger warm für das Volkswohl empfindendes Urtheil zu erkennen vermag, wurde ganz besonders von dem Abgeordneten Frhrn. v. Stauffenberg zur Geltung gebracht. Wie in allen größeren Staaten der Jetztzeit kostet das Kriegswesen einen unverhältnißmäßig großen Theil der Staatseinnahmen. Dieser Aufwand, der zu einem guten Theil mit der auch vom Herrn Referenten Kolb anerkannten Unsicherheit des politischen Zustandes Europas zusammenhängt, wird für Bayern noch durch zwei Momente verstärkt. Es galt unsere 1866 bei dem ersten ernsten Anprall zusammengebrochene Heeresorganisation, die durch den Großmachtsdünkel der von der Pfordten'schen Politik aufgebläht war, durch ein gesundes erprobtes Wehrsystem zu ersetzen und wenn wir auch nach dem richtigen Vorbilde griffen, fehlte es doch an der selbstverläugnenden Folgerichtigkeit, um mit den Lasten zugleich auch die finanziell vortheilhaften Seiten der bewährten preußischen Organisation sich anzueignen. Im Gegentheil blieben bis auf den heutigen Tag zahlreiche Mißbräuche bestehen, die sich ganz besonders finanziell dem Volke fühlbar machen. Diese Verquickung der neuen Heerverfassung mit alten Irrthümern und Schäden ist es vornehmlich, an welcher eine entschlossene, vom nationalen Pflichtbewußtsein ebenso, als von dem Streben nach möglichster Sparsamkeit geleitete Reform sich in Zukunft thätig zu erzeigen hat.

Soweit die Vorschläge des Herrn Referenten Kolb sich in dieser Richtung bewegen, finden sie den vollen Beifall der Fortschrittspartei, welcher nichts ferner liegt, als die Beschönigung und Verlängerung finanzieller Lasten, für welche nicht die dringende Nothwendigkeit spricht. Wenn der Abgeordnete Stenglein, bekanntlich ein Angehöriger der früheren Mittelpartei und als Mitglied des Ausschusses zur Abfassung des Heergesetzes und der Militärstrafgesetzgebung, den großartigen Aufbau der Militärgerichte für eine kolossale Geld- und Zeitverschwendung erklärte, hat er ebenso Recht, wie unser Parteigenosse von Stauffenberg in seiner kenntnißreichen Kritik so vieler anderer Schwachheiten unseres spezifisch bayerischen Militarismus.

Mit allem Grund führte er dieses Schlagwort, das wie Korporalismus, Cäsarismus zu den oratorischen Nothhelfern einer gewissen Art von publizistischer Demagogie gehört, auf seinen wahren Inhalt zurück als Bezeichnung des militärischen Kastengeistes und Standeszopfes und seine Angriffe auf die noch vorhandenen Ausläufer dieser schlimmen Wucherpflanze waren deßhalb nicht weniger wirksam, weil sie parlamentarisch gehalten und nicht zu persönlichen Invektiven wurden. Schlagend widerlegte v. Stauffenberg die Hinweisung auf die Schweiz, womit der Referent sein zukünftiges Heeressystem zu stützen gesucht hatte. Aus den amtlichen Mittheilungen der schweizer Bundesbehörden selber konnte der Vertreter der Fortschrittspartei dem mehr oder minder erklärten Wortführer volksparteilicher Heerespolitik den widerlegenden Nachweis liefern, daß die allgemeine Wehrpflicht nur auf dem Papier bestehe und das ganze Schweizer Heerwesen einer durchgreifenden Umgestaltung entgegengehe. Diese Auseinandersetzung Stauffenberg's hat um so mehr Gewicht, da er sich mit dem Grundgedanken des Milizheeres durchaus befreundet zeigte, und in diesem Sinne wie früher, so auch jetzt die militärische Jugenderziehung als die erste Vorbedingung für ein solches System empfahl. Natürlich unterließ er nicht, gestützt auf die allgemein anerkannte Autorität eines Rüstow, daran zu erinnern, daß die von uns 1868 nach dem Muster Preußens eingeführte Wehrverfassung in der That die wahre Anbahnung des Milizsystes ist. Die fast zwei Stunden dauernde Rede Stauffenberg's machte sowohl durch ihren gediegenen Inhalt als durch den versöhnlichen Ton und die wohlthuende Form der Polemik im ganzen Hause den besten Eindruck, so daß selbst der am Schluß des ersten Tages gehörte letzte Redner der Patriotenpartei, Herr Dr. Schleich, sich einer gewissen Mäßigung befleißigte und die ganze Verhandlung mit einer Empfindung allgemeinen Wohlbehagens schloß.

Politische Tagesübersicht.

Stuttgart, 4. April. Die bei der Carlsruher Versammlung süddeutscher Nationaler im Januar d. J. eingesetzte Commission hat gestern hier getagt. Derselben war insbesondere der Auftrag überwiesen worden, die in Carlsruhe nicht vertretenen Bayern einzuladen, in die damals geschaffene Organisation einzutreten, welche im Wesentlichen zum Zwecke hat, öfters gemeinschaftliche Besprechungen wie die Karlsruher einzuleiten. Zum gestrigen Zusammentritt der Commission haben die Bayern selbst die Anregung gegeben. Es erschienen von ihnen Marq. Barth, Marquardsen und von Stauffenberg; von den Badenern Eckhard und Roder; von den Hessen Dernburg und Bamberger (Bruder L. Bamberger's). Hölder, Römer und G. Müller nahmen als württembergische Commissionsmitglieder an der Besprechung Theil. Der Ausschuß der bayerischen Fortschrittspartei hat nunmehr die gestrigen Beschlüsse, welche sich auf den Beitritt zu der oben bezeichneten Organisation bezogen, zu ratifiziren.

Karlsruhe, 5. April. Der nahe Schluß des Landtags brachte mehrmals bei wichtigen Gesetzentwürfen ein Einvernehmen, wie man es sich bei Beginn der Tagung nicht hätte träumen lassen. So stimmten auch die Demokraten und die Ultramontanen dem Gesetz über die Gemeindeverfassung zu. Daß sie dies von ihrem Standpunkt aus

konnten, ist ein glänzendes Zeugniß für die Lauterkeit der Regierung und der Kammermehrheit, welche beide ohne jegliche Gefahr das Gesetz, aus welchem die Gegner große Erfolge für sich erhoffen, vertagen konnten. Man darf sich fest darauf verlassen, daß eine ultramontane Regierung und Mehrheit in gleicher Lage anders gehandelt hätte. Die liberale Partei hatte seit 40 Jahren in Deutschland Alles zu erobern von staatlich und kirchlich eingewurzelten Parteien; sie benützt den Sieg, um Alle, auch die Gegner, der gleichen Rechte, wie sie selbst besitzt, theilhaftig zu machen. Sie, und nur sie ist auch gegen den Feind gerecht.

Dresden, 5. April. Das Dresdener Journal erklärt auf Grund genauer Information die Zeitungs-Nachricht von einem Briefe des Königs von Sachsen an den König von Preußen in Bezug auf die Todesstrafe für völlig grundlos.

Wien, 5. April. Wie groß auch die Quantität der heute bezüglich der Ministerkrisis und dessen, was mit ihr zusammenhängt, vorliegenden Nachrichten ist, qualitativ ist ihr Werth nur untergeordneter Natur. Feststehend ist nur, daß das Demissionsgesuch sämmtlicher Minister gestern vom Kaiser angenommen und Graf Alfred Potocki mit der Bildung eines neuen Ministerium beauftragt worden ist. Die „Presse“ erfährt, derselbe habe diesen Auftrag angenommen. Bezüglich seiner Intentionen heißt es: Er geht dabei, wie man von verschiedenen Seiten berichtet, in unmittelbarster Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler vor, und soll vom Kaiser selbst die Weisung zur strengsten Einhaltung des verfassungsmäßigen Weges sowie zur Vermeidung jeder Maßregel, welche die Stellung der Deutschen in Oesterreich verletzen könnte, erhalten haben. Nach einer andern Version soll Potocki die ihm übertragene Mission noch nicht angenommen, sondern sich einige Tage Bedenkzeit ausgebeten haben, um eine Verständigung mit politischen Persönlichkeiten bezüglich des Eintrittes in sein Ministerium zu versuchen. Insbesondere suche Potocki einige Mitglieder des entlassenen Ministeriums zu gewinnen, um die verfassungsmäßige Continuität schon durch die Personen zu veranschaulichen. Großes Gewicht scheine Potocki darauf zu legen, den Dr. Brestel zur Fortführung des Finanzministeriums zu bewegen. Ferner erstrebe er zunächst eine Verständigung mit der Autonomistenpartei und dem Führer derselben, Dr. Rechbauer, dessen politische Richtung und Tendenzen dem Grafen wohl am nächsten stünden. Die Allg. Zeitung endlich sagt in einem Telegramme über das Programm des neuen Ministeriums: „Man zweifelt nicht an dem Zustandekommen eines Ministeriums Potocki im Sinne des Beust'schen Programmes mit Festhaltung an dem constitutionellen Prinzipe und an der Verfassung, mit fortschrittlicher Entwickelung auf der Basis berechtigter nationaler Ansprüche bei entschiedener Betonung des natürlichen Uebergewichts des deutschen National-Elementes in Cisleithanien.“ Noch bunter ist der Wirrwarr in den Personal-Nachrichten zur Ministerkrise. Der einen Mittheilung zufolge ist gestern Mittag Fürst Karl Auersperg zu Sr. Majestät berufen worden, eine Ehre, die nach einer andern Quelle gestern Abends dem Herrn Präsidenten v. Schmerling widerfahren sein soll. Von einer Seite wird gesagt, Graf Potocki habe bereits den Abgeordneten Graf Spiegel, Dr. Rechbauer und Hofrath Mende Portefeuilles angeboten; von anderer Seite nennt man Miklosich als den künftigen Unterrichts- und Hye als Justizminister. Ein Dritter versichert, daß weder Lasser noch Kellersperg in Aussicht genommen sind, während ein Vierter Beiden nachrühmt, daß sie den Antrag, ins Ministerium zu treten, abgelehnt haben. Wieder ein Anderer läßt den ehemaligen Prager Bürgermeister Dr. Bielsky von Potocky berufen sein, und Einer hat sogar schon die Gewißheit, Plener werde, da Brestel jede Zumuthung zum Verbleiben abgelehnt, Finanzminister und Unger Justizminister, dagegen Strehmayer Unterrichtsminister werden. Das Maß zum Ueberlaufen voll macht jener Sternkundige, der heute seiner Zuhörerschaft zu erzählen weiß, Potocki habe mit Giskra conferirt und diesen zu gewinnen gesucht. Potocki-Giskra: derselbe Potocki, der wieder unter der Bedingung ins Ministerium Auersperg treten wollte, daß Giskra sein Portefeuille abgebe!

— Heute Vormittag hatte Giskra Audienz bei Sr. Majestät, doch kamen dabei nur Gegenstände rein geschäftlichen Inhalts zur Sprache und wurde die politische Situation gar nicht berührt.

— Der Präsident des Herrenhauses, Fürst Karl Auersperg, hat sich über den heutigen Tag auf sein Gut Albrechtsberg begeben, wonach die Nachrichten, als ob er auch in der politischen Combination stünde, auf das ihnen zukommende Maß zurückzuführen sind.

Graz, 4. April. Heute hat hier und in der Umgebung eine Arbeitseinstellung der Müller stattgefunden.

Prag, 5. April. Die Sprache der czechischen Blätter, deren Haltung ihnen von Rieger vorgezeichnet wurde, ist im Großen und Ganzen reservirt. Sie betonen, daß ein Ministerwechsel noch keine Verfassungskrise bedeute, und erklären, daß jedes Ministerium, welches überhaupt den „Cisleithanismus“ anstrebe, die Czechen wie bisher zum Gegner haben werde. — Das deutsche Czechenblatt sagt: Auch unter dem neuen Ministerium werden wir die Fahne der vollen Autonomie ebenso hoch tragen, wie bisher. — Pokrok erklärt, die österreichische Krise sei noch nicht reif, auch das, was jetzt kommt, bringt nicht unsere Erlösung. Es geht nicht von den Deutschen aus, sondern der Bogen ist aus magyarischen Händen geführt. — Narodny Listy führen aus: Wenn das neue Ministerium sich nicht der unveräußerlichen Rechte aller slavischen Völker und Nationen erinnere, könne sehr leicht auch dieser letzte Versuch zur Erhaltung Oesterreichs scheitern. Wenn Potocky die staatsrechtlichen Forderungen der Slaven vergäße, wäre sein Ministerium das letzte in Oesterreich. — Der „Tagesbote aus Böhmen“ fordert die politischen Vereine auf, einmüthig Resolutionen zu fassen und zu fordern, daß die Protektoren allenfallsiger Sistirungspläne nach dem Minister-Verantwortlichkeitsgesetz behandelt werden sollen. — Officiell wurden die Führer der Feudalen und Czechen verständigt, daß das gegenwärtig aus der Bureaukratie zu bildende Ministerium blos eine Uebergangs-Regierung sei. — Die czechischen Vertrauensmänner traten aus Anlaß des Regierungswechsels heute zu einer Conferenz zusammen. — Zur Beschickung des nächsten Reichsrathes, welcher sich mit einer Verfassungs-Aenderung beschäftigen soll, haben sich die Czechen in keinerlei Weise engagirt. — Narodni Listy melden, Graf Leo Thun sollte Cultusminister werden.

Pest, 4. April. Verläßlichsten Nachrichten gemäß wird der Reichsrath vor Ostern gänzlich aufgelöst. — In den heute stattgehabten Berathungen der Unterhaus-Sectionen wurde das Finanzgesetz für 1870 unverändert angenommen. Das Deficit beträgt 8,209,479 fl. und soll durch Ausgabe von verzinslichen Schatzscheinen gedeckt werden. — Der vorgelegte Gesetzentwurf der Militärgrenze enthält folgende zwei Paragraphe: Für die heuer provinzialisirten Theile übernimmt Ungarn vier Zehntel-Percent, nach völliger Auflösung weitere sechzehn Zehntel gemeinsame Lasten.

Pest, 4. April. Die der Vollendung nahestehende Eisenbahnbrücke über die Drau ist sammt den darauf befindlichen Arbeitsleuten ins Wasser gestürzt; mehrere Menschenleben sind zu Grunde gegangen; vier werden vermißt, acht wurden verwundet. Durch das Unglück wird die Eröffnung der Strecke Essegg-Villany verzögert.

Lemberg, 4. April. Der Resolutionisten-Club billigte in seiner heutigen Versammlung das Verfahren der polnischen Abgeordneten und protestirte gegen das Nothwahlgesetz.

Berlin, 4. April. Anläßlich der neulichen Verhandlungen des dänischen Reichstages über das Marinebudget sagt die Nordd. Allg. Ztg.: Dieselben seien mit der Haltung Dänemarks in Bezug auf die Ausführung des Artikels V. des Prager Friedens in Verbindung zu bringen. Die Verpflichtungen des Friedensartikels gegenüber Oesterreich seien leicht erfüllbar. Dänemark aber bestand auf Abtretung Nordschleswigs bis Flensburg, was Düppel und Alsen umfaßt hätte. Diese Forderung war unerfüllbar. Ueber die Linie „Gjenner-Bucht oder Apenrade“ hätte sich discutiren lassen. Aus den Verhandlungen des Reichstages leuchtete die Besorgniß vor einem Angriffe und Bombardement Kopenhagens durch norddeutsche Schiffe hervor, was in einer geheimen Sitzung des Reichstages ausgesprochen wurde. Man müsse, sagt die Nordd. Allg. Ztg., daher auf Conjuncturen rechnen, welche Deutschland zu seiner Vertheidigung zu Feindseligkeiten gegen

die dänische Hauptstadt zwingen würden, und hoffe auf Verbündete, welche der norddeutschen Flotte gegenüber die hohe See halten könnten. Daher sei man bemüht, den Alliirten eine möglichst starke Landstreitmacht zuzuführen. Man ersehe daraus, daß zur Versöhnung mit Dänemark keine Hoffnung und zu derartigen Bestrebungen kein Anlaß sei.

Berlin, 4. April. In der heutigen I. Sitzung des Bundesraths des Zollvereins führte der Bundeskanzler den Vorsitz. Es erfolgte die Wahl der verfassungsmäßigen Ausschüsse und demnächst eine Mittheilung über die im laufenden Jahre eingegangenen, den Ausschüßen zugetheilten Vorlagen und Anträge. Die Vorlagen Preußens betreffen: die Abänderung des Vereinszolltarifes mit dem Bemerken, daß die Petroleumssteuer in Wegfall gekommen, dagegen aber der Zoll für den Cafe erhöht sei, die Abrechnung über die gemeinschaftlichen Einnahmen aus der Tabakssteuer und Aufstellung einer Tabakbaustatistik. Ein Antrag Bremens, betreffend das amtliche Waarenverzeichniß u. s. w., sowie mehrere an den Bundesrath gerichtete Eingaben wurden den betreffenden Ausschüßen überwiesen. Wie man hört, ist die Annahme des erhöhten Cafezolles nicht unwahrscheinlich, da schon aus Süddeutschland und zwar von Seiten liberaler Abgeordneten hieher gemeldet worden, daß man in Süddeutschland dem Vorschlage nicht entgegen sei, zumal da in den niedrigeren Volksschichten der Cafe seit längerer Zeit durch Suppensurrogate ersetzt werde.

Berlin, 4. April. Bei der heute fortgesetzten Berathung des Strafgesetzbuchs wurde auf Antrag Lasker's § 163, von der „Gotteslästerung" und der Beschimpfung und Verspottung der Dogmen oder des Cultus anerkannter Religions-Gesellschaften sehr wesentlich eingeschränkt; er lautet jetzt: „Wer dadurch, daß er öffentlich durch beschimpfende Aeußerung Gott lästert, ein Aergerniß gibt, oder wer öffentlich eine der christlichen Kirchen oder eine andere mit Corporationsrechten innerhalb des Bundesgebietes bestehende Religionsgesellschaft, oder ihre Einrichtungen oder Gebräuche beschimpft, ingleichen wer in einer Kirche oder in einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte beschimpfenden Unfug verübt, wird mit Gefängniß bis zu drei Jahren bestraft." Diese Fassung straft nur das, was vernünftiger Weise zu bestrafen ist. Weiterhin veranlaßte die Bestimmung (§ 174 und 175), daß bei gewissen Vergehen gegen die Sittlichkeit die Verfolgung nur auf Antrag eintreten soll, zwischen dem Abgeordneten Stumm, der diese Einschränkung lebhaft bekämpft, die leicht Anlaß geben könne, daß der bemittelte Verbrecher sich mit Geld abfinde, und dem Abgeordneten Schwarze u. A. eine lebhafte Debatte, welche das Interesse der öffentlichen Sittlichkeit und die Verletzten selber gegen den Scandal hier als maßgebend betrachten. Die Sache hat sehr ihre zwei Seiten, — doch hatte die Versammlung wohl Recht, als sie sich für die letztere Auffassung entschied. Unter dem Abschnitte über „Beleidigungen" beantragte die Commission (§ 184) u. A., daß auch derjenige mit Gefängniß bestraft wird, der in Beziehung auf Gewerbtreibende oder Kaufleute eine Thatsache behauptet oder verbreitet, welche deren Credit zu gefährden geeignet ist. Abgeordneter Lasker meint, diese Ausdehnnng sei nicht gerechtfertigt; in den meisten Fällen würde doch ein fauler Fleck getroffen, und mit dem Zusatz werde dem Credit kein Dienst geleistet. Höchstens ließe sich sagen, wer wider besseres Wissen solche Thatsachen behauptet, ist strafbar. Dieser Antrag Lasker's fand Annahme. — Ueber die Aussichten des Strafgesetzbuches hört man noch immer verschiedene Meinungen äußern, was deßwegen bemerkt zu werden verdient, weil selbst nach der neulichen viel bemerkten Rede des Generals v. Roon diejenigen Mitglieder, welche die Hoffnung auf das Zustandekommen des Gesetzes früher noch nicht aufgeben wollten, auch jetzt daran festhalten. Welchen Compromiß man dabei als möglich ins Auge faßt, ist nicht ganz klar. In Regierungskreisen allerdings soll die Rechnung einfach dahin gehen, daß die altliberalen und freiconservativen Stimmen, die sich in der Majorität gegen die Todesstrafe in erster Lesung befanden, schließlich deßwegen das Zustandekommen des Strafgesetzbuches vorziehen und für die Todesstrafe stimmen würden, weil in dem anderen Falle die Strafe doch erhalten bliebe und nur möglicher Weise in einer größeren Zahl von Fällen zur Anwendung kommen würde. Diese Stimmen, so glaubt man auf jener Seite, würden um so mehr ins Gewicht fallen, als einige Nationalliberale, um nicht die ganze Reform in Frage zu stellen, sich der Abstimmung enthalten und die Conservativen auf ihrem Posten sein würden.

Berlin, 5. April. Im Reichstag wurde der Entwurf zur Consolidirung der Bundesanleihe heute in dritter Lesung ohne Debatte angenommen. Der Additional-Postvertrag mit Schweden wird in zweiter Lesung angenommen. Es folgt bei der fortgesetzten Berathung des Strafgesetzbuches meist die Annahme der Anträge Lasker und Schwarze.

— Die städtische Finanzcommission debattirte vor einigen Tagen die Frage, ob die im Besitz der Stadt befindlichen Staatspapiere (deren Summe sich etwa auf 600,000 Thlr. beläuft) convertirt werden sollten oder nicht. Nach umfangreichen Erörterungen gelangte man, namentlich unter Hinweis auf den Umstand, daß die Papiere auf viele Jahre hin im Besitze der Stadt verbleiben, zu dem einstimmigen Beschlusse, die Frage zu verneinen. Es ist nicht unbemerkt geblieben, daß in erster Reihe die Banquiers, welche Mitglieder der Finanzdeputation sind, zu diesem Beschlusse beitrugen. Der Vorgang wird in der Stadt lebhaft besprochen.

— Die ostpreußischen Regierungen sind ermächtigt, in Fällen zweifelloser Bedürftigkeit Nothstands- und Saat-Darlehen, soweit deren Sicherheit inzwischen nicht beeinträchtigt worden, bis nach beendeter diesjähriger Erndte und nur ausnahmsweise bis zum Frühjahr 1871 zu stunden. Deßhalb sollen diejenigen, welche zu den jetzt ablaufenden Fristen die Darlehen nicht zurückzahlen können, aufgefordert werden, ihre Stundungsgesuche einzureichen. Wer bis zu dieser Frist sein Darlehen nicht zurückzahlt und keine Stundung erhält, wird gerichtlich verklagt.

Braunschweig, 2. April. Nachdem die Landesversammlung gestern ihre Tagesordnung erledigt hatte, überreichte der Staatsminister v. Campe dem Präsidenten ein höchstes Rescript, durch welches die Landesversammlung bei dem Abschlusse, den die Verhandlungen zur Zeit erhalten haben, und um zur Ausarbeitung und Vorlage der zu erwartenden Gesetzentwürfe Zeit zu gewinnen, und nachdem die Landesversammlung zu einer längeren als der gesetzlich erlaubten Vertagung bis zu drei Monaten ihre Zustimmung ertheilt habe — bis zum 1. November d. J. vertagt wird.

Paris, 4. April. Man versichert, die Regierung habe beschlossen, neuerdings eine Note nach Rom zu senden, welche gleichzeitig dem Papste und dem Concile mitgetheilt werden soll. — Im Augenblicke sind das linke und rechte Centrum versammelt, um über das Verhalten zu beschließen, welches sie gegenüber der Mittheilung einnehmen sollen, die das Ministerium dem gesetzgebenden Körper machen wird. — In der Sitzung des gesetzgebenden Körpers wurde das Budget der Stadt Paris für das Jahr 1870 vorgelegt; darunter befindet sich der Gesetzentwurf wegen Ermächtigung der Stadt Paris zur Aufnahme einer Anleihe von 600 Millionen. — Die fieberhaften Curschwankungen der heutigen Börse waren durch die Unsicherheit über die Haltung der Kammer gegenüber dem im Staatsrathe durchgedrungenen Beschluß, ein Plebiscit in Scene zu setzen, veranlaßt. — Die Liberté zeigt an, Thiers sei als für das Plebiscit bekehrt zu bezeichnen und habe das gesammte linke Centrum mit fortgezogen.

Paris, 5. April. Nach dem Journal des Debats wird Thiers heute gegen das Plebiscit sprechen. In den verschiedenen Clubs der Abgeordneten herrschte gestern Abend große Aufregung. Man ist noch zu keiner Vereinbarung über die Form gelangt, in der man zur Tagesordnung übergehen soll. — Auch gestern kam es zu einem Studententumult gegen Tardieu, den der Decan Würtz zur Vorlesung begleitete. Die Polizei enthielt sich jeder Einmischung.

Aus **Creuzot** wird vom 4. April gemeldet, daß in den Schächten kein einziger Arbeiter erschienen ist. Die Ruhe wurde nicht gestört.

London, 4. April. (Sitzung des Unterhauses.) Die Landfriedens-Bill erhält Gesetzeskraft. In Beantwortung einer Interpellation sagt Otway, daß keine amtliche Correspondenz mit der Pforte wegen der Bedrückung der Christen auf den Sporadischen Inseln stattgefunden habe.

London, 5. April. Die heutige Times enthält folgendes Telegramm aus Washington vom 4. d.: Frankreich annullirte das der französischen Kabel-Gesellschaft ertheilte ausschließliche Privilegium der amerikanischen Kabellegung, wodurch die betreffende Streitfrage erledigt ist.

— Die Angabe, daß die Regierung beabsichtigt, eine Expedition nach dem Red River abzusenden, falls die Ansiedler auf ihrer Weigerung, sich der kanadischen Regierung zu unterwerfen, bestehen sollten, wird von der Daily News, wenn nicht als ganz unbegründet, so doch wenigstens in dem gegenwärtigen Augenblicke noch als durchaus ungenau bezeichnet.

Florenz, 4. April. Dem General Carchidio, der an Stelle des abgesetzten Generals Bonvicini das Commando der in Piacenza stationirten Brigade übernimmt, sind sehr strenge Instructionen ertheilt worden, damit der revolutionäre Geist unter den Truppen keine Fortschritte mache. — In der Romagna gährt es noch immer.

— Daß General Cialdini seine Entlassung eingereicht habe, hat sich bestätigt. Derselbe fühlte sich in seiner Würde als Armee-General beleidigt, und zwar durch das Versehen des Kriegsministers, welcher vergessen hatte, ihm von der Ernennung General Robillant's zum bürgerlichen und militärischen Oberhaupt der Provinz Ravenna amtliche Mittheilung zu machen. Cialdini hat laut Telegramm seine Entlassung als Generalcommandant, aber nicht als General erhalten.

* Ein Florenzer Blatt veröffentlicht eine vergleichende Statistik über das Verhältniß der unehelichen Geburten zu den ehelichen, und der Morde zur Bevölkerungszahl. In ersterer Beziehung treffen auf 100 eheliche Geburten: in London 4, in Paris 48, in München 91, in Wien 118, in Rom aber 213 uneheliche. Was die Morde anlangt, so trifft in Rom schon auf 750 Einwohner ein solcher, in allen Staaten erst auf eine nach Zehntausenden und Hunderttausenden zählende Bevölkerungszahl. Solche Zahlen bedürfen keines weitern Commentars!

Turin, 1. April. Die „Unita cattolika" meldet, daß der Papst den Bischof von Regensburg im Konsistorium nicht blos einen gelehrten Mann (!) geheißen, sondern auch denselben wegen seines Vorgehens mit Lob überhäuft habe. Das Blatt ist überzeugt, daß nun auch die Aussicht eröffnet sei: es werden der Erzbischof von München und der Bischof von Augsburg die gleichen Ehren zu verdienen bereit sein. Döllinger wird mit einem Wolfe verglichen, dessen Rachen Hr. v. Senestrey seine Heerde entreiße, der Herr Bischof selbst aber wird nicht zu jenen Hunden gerechnet, von denen die hl. Schrift sagt, daß sie nicht bellen.

Der Allg. Ztg. wird aus **Rom** geschrieben: Es ist sehr bemerkenswerth, daß die italienische Regierung keinen Versuch gemacht hat, von den neuen Verwicklungen und von der Einführung eines neuen, dem römischen Absolutismus feindseligen Regierungssystems in Frankreich Nutzen zu ziehen. Die römische Frage ist eingeschlafen im Moment, wo sie ihrer Lösung entgegenzugehen schien. Die Indifferenz ist an die Stelle des Eifers getreten, zur Zeit, wo der Eifer Aussicht auf Erfolg hatte. Der Grund dieser scheinbaren Apathie wird nirgends klarer erkannt, als in Rom selbst. Man ist geduldig, weil man die Entscheidung auf natürlichem Weg und ohne Gewalt herannahen sieht; mhn weiß, daß mit dem Tode Papst Pius' IX. eine weitreichende Veränderung eintreten muß. Sein Nachfolger wird unter sehr veränderten Bedingungen die schwierige Erbschaft antreten. Viel, sehr viel von den gegenwärtigen Machtmitteln des Papstthums hängt an der Person Pius' IX. und wird mit ihm zu Grabe getragen. Alle diejenigen, die bei der Fortdauer des Systems betheiligt sind, haben auch ein Interesse, daß der persönliche Einfluß dieses Papstes seine Regierung überdauere. Nur er kann auf seinen Nachfolger seine eigenen Verbindungen mit Frankreich übertragen, nur er kann die Wahl eines Nachfolgers im jesuitischen Sinne sichern. Aber um das auszuführen, müßte er sein eigenes Pontifikat überleben, selbst den erwünschten Nachfolger bestimmen, selbst ihn einsetzen und mit seinem ganzen persönlichen Ansehen beschützen. So soll der kühne, ja geniale Gedanke — einer Abdankung Pius IX. und einer neuen Papstwahl noch während seines Lebens erwacht sein. Das Projekt soll nicht ganz neu sein; doch erst in den Flitterwochen des Konzils, bald nach Neujahr, fing man etwas unvorsichtig davon zu reden an. Pius IX. ist nahe an 80, zwei Jahre älter, wie man sagt, als offiziell angegeben wird. Am 16. Juni 1846 erwählt, vollendet er am 16. Juni 1870 das 24. Jahr seines Pontifikats. Es geht nun eine alte, in Rom fest geglaubte Sage, daß kein Papst es auf 25 Jahre der Regierung bringe, daß nur St. Petrus allein dieses Vorrecht, ein Vierteljahrhundert lang Papst zu sein, besessen habe. (Non numerabis annos Petri.) Thatsache ist, daß von den 255 Vorgängern des jetzigen Papstes keiner 25 Jahre lang das Pontifikat verwaltete; auch solche, die, wie Innocenz III. und Leo X., mit 37 Jahren schon erhoben wurden, starben früher. So hätte also Pius nach diesem Glauben, der nicht blosser Volksglaube ist, nur noch Ein Jahr zu leben. Er ist aber trotz seiner Jahre gesund und auffallend kräftig, und hat, da man in seiner Familie sehr alt zu werden pflegt, Aussicht noch lange zu leben, nur nicht als regierender Papst. Als untergehende Sonne betrachtet zu werden, während Alles auf seinen baldigen Tod spekulirt, ist keine angenehme Aussicht für einen Mann, in dessen Charakter ein großes Selbstgefühl liegt. Etwas Anderes wäre es, im Moment des glorreichen Triumphes über das Konzil, nach erworbener Unfehlbarkeit, derselben für sich zu entsagen, seinen Erfolg nicht genießen zu wollen, auf eine solche Macht im ersten Augenblicke des Genusses zu verzichten, und sie mit dem ganzen Pomp der Erbschaft in die Hände eines Jüngeren niederzulegen. Dieser lockende Traum hat aber wenig Nahrung in dem Gange des Konzils gefunden. Der Plan wäre im Grunde eine Verschwörung gegen das bestehende Recht, gegen Kardinäle, Staaten und Episkopat und würde, trotz seines blendenden Scheines, nur den allerschlechtesten Eindruck auf das Konzil machen. In den Kreisen, in welchen die Existenz der oben mitgetheilten Projekte mit großer Bestimmtheit erzählt wird, will man auch den Mann kennen, den sich Pius zu seinem Nachfolger ausersehen habe; es ist der erst 44jährige Bilio, der ebenso sehr das Vertrauen des Papstes, wie der Jesuiten besitzt. Er hat den Syllabus redigirt, das erste Schema mit den Jesuiten zu Stande gebracht; kurz an ihm hätte Pius die Befriedigung die Fortdauer seines Systems auf viele Jahre hinaus gesichert zu wissen. Freilich wäre es noch immer eine Frage, ob es Pius gelingen wird, auch als abgetretener Papst noch das Konklave zu beherrschen. Viele meinen, die Kardinäle würden dann nach so oft erprobter Weise einen sehr bejahrten Mann wählen, und man nennt den Kardinal de Angelis als den wahrscheinlichsten.

Rom, 1. April. Der Standardo Cattolico, welcher aus den Zeichen der Zustimmung oder Mißbilligung, die zu Zeiten aus der Concilsaula hinaus in den übrigen Teil von St. Peter schallen, den Schluß zieht auf die Aufmerksamkeit, mit der die Väter zuhören, die Sorgfalt, mit der sie studiren, und die volle Freiheit, deren sie in ihrem wichtigen Geschäfte genießen, und zugleich versichert, daß solches außergewöhnliche Geräusch, welches nur kleine Geister als „Tumult" bezeichnen könnten, nichts Anderes sei und sein könne, als die Manifestation der tiefen Ueberzeugung und des brennenden Eifers des Redners und aller Concilsväter, eben dieser Standardo bringt in demselben Aufsatze die nicht uninteressante Nachricht, daß bis jetzt seine Gönner und Gegner überzeugt gewesen, daß die Unfehlbarkeit definirt werden würde, daß aber seit einigen Tagen diese Ueberzeugung sich gemindert habe und gegenwärtig einige sogar die entgegengesetzte Ueberzeugung hegten. Der Standardo spricht als gesinnungstüchtiges Blatt gewiß aus guten Quellen, und seine Aussage stimmt auffallend mit der Notiz von der niedergeschlagenen Stimmung, die im großen Jesuitenpalais in Gesu herrscht. Es scheint also, daß die Sache der Minorität doch nicht verloren ist, und daß das spannende Drama sich noch eine Weile, und vielleicht noch eine geraume, hinziehen wird.

In **Yeddo** hat eine Feuersbrunst 4 bis 5000 Häuser zerstört. Die eingebornen Christen sind noch immer der Gegenstand grausamer Verfolgungen; es wird von furchtbaren Metzeleien berichtet. Gegen Ausländer soll sich überall große Feindseligkeit kund geben.

Cincinnati, 4. März. Schon mehrfach haben die deutschen Sänger bei Gelegenheit ihrer großen Gesangfeste hier wie drüben im

Vaterlande sich gegenseitig über das Meer besucht. In diesem Jahre vom 15. bis 19. Juni findet hier das 17. große, nordamerikanische Bundesgesangfest statt und ergehen jetzt wieder von hier Einladungen an die Sänger im Vaterlande, zu uns herüber zu kommen an die Ufer des Ohio, wo sie mit Freude und Gastfreundschaft empfangen werden. Die Deputirten müßten spätestens am 12. Juni in New-York landen, um nach eintägigem Aufenthalte mit den Sängern New-Yorks die Reise nach dem Westen gemeinschaftlich zu machen. Es sind bereits für Amerika Vorkehrungen zu ermäßigter oder ganz freier Reise getroffen. Zu dem Ende hätten sich auch die deutschen Sänger mit den Dampfer-Gesellschaften in Hamburg und Bremen in Verbindung zu setzen.

Bayerische Angelegenheiten.

— Graf Kalnoky, Gesandtschafts-Sekretär in London, wird hier österreichischer Gesandter, Graf Taaffe findet in Wien eine andere Verwendung.

* Die Tagesordnung für die 28. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer am Donnerstag, 7. April, enthält als Berathungsgegenstände die Berathung und Beschlußfassung über den Antrag der Abgeordneten Dr. Frankenburger und Gen., die Revision des Ediktes über die Freiheit der Presse und des Buchhandels vom 4. Juni 1848, und des Gesetzes zum Schutze gegen Mißbrauch der Presse vom 17. März 1850 betr., und über vom VI. Ausschuße geprüfte Anträge.

* Wieder taucht in mehreren bayrischen Blättern die Nachricht auf, daß der k. Staatsminister des Krieges seine Demission zu geben beabsichtige, — ja man nennt sogar schon seinen Nachfolger; bis zur Stunde entbehrt nach bestimmtester Versicherung diese Notiz jeder Begründung.

* Seinerzeit wurde der großen Tragweite halber und um eine berechtigte Kritik der Betheiligten und Amendementsvorschläge zu ermöglichen, der Entwurf des Schulgesetzes vom Cultusministerium veröffentlicht; aus denselben Motiven wurde vom Justizministerium der Entwurf des Strafprozesses der Oeffentlichkeit übergeben, und erst jüngst in der Abg.-Kammer vom Herrn Cultusminister versprochen, das Gleiche auch hinsichtlich der neu zu entwerfenden Studienordnung zu thun; — warum soll es den Juristen nun nicht anders ermöglicht werden, in den Besitz des für sie so sehr wichtigen Entwurfes der Advokatenordnung zu kommen, als dadurch, daß sie auf die sämmtlichen Kammerverhandlungen abonniren? Sollte da für das Justizministerium nicht die Publikation des Entwurfes durch den Buchhandel geboten erscheinen?

Lokales und Provinzielles.

München, 6. April.

* Unsere liberalen Bezirksvereine, besonders jene in der Au, Haidhausen und Giesing, woselbst die liberale Partei immer mehr an Ausdehnung und Einfluß gewinnt, haben in der jüngsten Zeit eine erfreuliche politische Thätigkeit entfaltet, die sich natürlich den Gemeindeangelegenheiten in erster Linie zuwandte. Allenthalben wurden den liberalen Gemeindevertretern für ihr Streben, das bürgerliche Element der Bureaukratie gegenüber zur Geltung zu bringen, die Autonomie der Gemeinden zur Wahrheit zu machen, an die Stelle des bisherigen Schlendrians in der Verwaltung eine weise Sparsamkeit und sorgliche Beaufsichtigung treten zu lassen, die lebhaftesten Sympathieen entgegengebracht und der Wunsch ausgesprochen, dieselben möchten auf diesem Wege, der nur zum Wohle der Stadt ausschlagen könne, treu aushalten, wenn auch Hemmnisse anfänglich ihnen entgegentreten sollten. Die Versammlungen, an denen Gemeindebevollmächtigte, Magistratsräthe und Abgeordnete sich nicht bloß durch ihre Gegenwart, sondern auch durch belehrende Vorträge betheiligten, haben endlich jenes gegenseitige Verhältniß zwischen Bevölkerung, Gemeindevertretung und Landtag hergestellt, das wir für die erste Bedingung eines ineinandergehenden, und dadurch segensreichen Wirkens in der Verwaltung halten. Möge dieses gesteigerte Antheilnehmen am öffentlichen Leben sich fürder erhalten und mehren, so könen wir trotz aller trüben Aussichten getrost in die Zukunft sehen!

* Montag Abends fand eine sehr zahlreich besuchte Versammlung von Münchner Bürgern und Insassen im Saale des Elysiums statt, in welcher die Frage der Bürgerwehr und des Rüstgeldes eingehend besprochen und erörtert wurde. Uebereinstimmend gab sich die Anschauung in der Versammlung kund, daß keinerlei Bürgerwehr, welche Form man auch immer derselben geben möge, wieder eingeführt werden solle, so lange die Staatsregierung am Prinzipe des stehenden Heeres festhalte. Schließlich ward von der Versammlung nachstehende Resolution angenommen: An die Kammer mit einem Gesuche einzukommen, den Art. 95 des Wehrverfassungsgesetzes vom 30. Januar 1868, in welchem ausgesprochen ist, „daß zur Mitwirkung bei Erhaltung der innern Sicherheit für diejenigen Orte, an welchen ein Bedürfniß dafür besteht, eine Bürgerwehr gebildet und hierüber ein besonderes Gesetz vorgelegt werden soll" — aufzuheben. — Bezüglich des Rüstgeldes, bezüglich dessen der Kammer ein Gesetzentwurf vorgelegt wurde: „Das Vermögen und die Schulden der Landwehr älterer Ordnung betreffend," ging die Meinung der Versammlung dahin, daß die Rückerstattung des Rüstgeldes, welche namentlich an jene, welche dasselbe erst im letzten Jahre vor Auflösung der Landwehr erlegen mußten, zu geschehen habe. Auch in diesem Sinne wurde einstimmig eine Eingabe an die Abgeordnetenkammer zu machen beschlossen, welche Hr. Abg. Stadtrichter Kastner, der der Versammlung beiwohnte, sich aneignen wird.

(Tagesbericht.) In der Müllerstraße scheute gestern Nachmittag ein von einem Reiter geführtes Handpferd, schlug aus und traf einen 8jährigen Knaben, den Sohn eines Kellners, so heftig an den Kopf, daß der Kleine sich in lebensgefährlichem Zustande befindet. — Der seit einigen Tagen, wie mitgetheilt, vermißte Privatier Hr. Jos. La Cense wurde bei Freimann ertrunken aus der Isar gezogen. — Gestern Abends wurde am nordwestlichen Himmel eine starke Röthe bemerkt, welche dem Vernehmen nach durch einen Brand in Ludwigsfeld bei Moosach veranlaßt worden ist. — Dieser Tage bewarfen sich nächst der Theresienwiese zwei 4jährige spielende Knaben mit Steinen, wobei der eine derselben durch einen unglücklichen Wurf ein Auge einbüßte.

In der Nacht vom 2. auf 3. April brannte in der Nähe von **Holzkirchen**, Bezirksamts Vilshofen, das Anwesen des Bauern Diewald nieder. Das Feuer, höchst wahrscheinlich von ruchloser Hand gelegt, kam zwischen 1 und 2 Uhr im Stadel zum Ausbruch, griff rasch um sich und konnte wegen völligen Wassermangels von den zu Hilfe geeilten Nachbarn und der Ortenburger Feuerwehr nicht mehr bewältigt werden. Nur mit Noth wurde die Hauseinrichtung und der größere Theil des Viehes gerettet. Getreide, Futtervorräthe, Fahrnisse, einige Stück Jungvieh und der Hund, welcher schon vor Mitternacht durch ungewöhnliches Gebell einen Hausfeind verrathen zu wollen schien, verbrannten.

In **Deggendorf** bekämpfen sich die politischen Gegensätze augenblicklich in der Oeffentlichkeit. Der Vorstand des Gemeindekollegiums, Advokat Steyrer, hat sich bemüßigt gefunden, für seinen gesinnungsverwandten Pfarrer Pfahler in der Abendzeitung eine Lanze zu brechen und feierlichst zu erklären, daß Hr. Pfahler das Wasser nicht getrübt habe. Den Schluß der Erklärung bildet ein Ausfall, nicht undeutlich gegen die dortigen Beamten gerichtet, in dem genugsam zu erkennen gegeben ist, daß jene, die sich nicht mit gebundenen Händen unter das geistige Joch ihres Seelenhirten überlieferten, den Frieden in der Stadt des Judenmords gestört hätten. Wie lange ist es denn her, daß Hr. Advokat Steyrer unter die Patrioten gegangen ist? Hat er jene famosen Erklärungen schon vergessen, die seiner Zeit das „patriotische" Volk von Oberaudorf und Umgegend im Bayrischen Kurier gegen ihn abgegeben hat? Hat er vergessen, was ihm angedroht wurde, wenn er sich nochmals unter jener „kerngesunden" Bevölkerung blicken ließe? In Rosenheim und Aibling erinnert man sich dessen noch gut, und all jener Abenteuer auf der Himmelmoosalm rc., und des bezeichnenden Namens, der dem Abteurer gegeben wurde rc. Doch von Hrn. Steyrer weg zu seiner Erklärung. 28 Beamte aus Deggendorf fordern im dortigen Wochenblatt ihn und sein Gemeindekollegium auf, die

Namen der friedenstörenden Beamten und die Thatsachen zu bezeichnen, deren Veröffentlichung für sie nicht günstig lauten könnte. Wir sind auf die Antwort begierig.

Von der Teißnach (im bayerischen Wald). Seit Menschengedenken ist in unserer Gegend um diese Zeit nie mehr so viel Schnee gelegen wie heuer. Auf dem Hirschensteiner Forst ist er gut mannstief, auf dem kalten Egg geht die Schlittenbahn noch über die Zäune weg, selbst im Thale von Achslach und Gotteszell ist er noch tief, das Ruhmannsfeldner Thal ist stellenweise noch ziemlich bedeckt, Viechtach fast frei. Gleichwohl scheinen die Saaten unter dem Schnee, so viel man bis jetzt beurtheilen kann, weniger gelitten zu haben, als man unter solchen Umständen glauben und befürchten möchte.

In **Regensburg** erschoß sich der fürstliche Baurath Kürten. Der Mann befand sich in sehr guten Verhältnissen und hat nach der Aussage des Arztes im Zustande getrübten Geistes die That verübt.

Kronach, 5. April. Gestern Mittag gerieth in der hiesigen Dampfschneidsäge ein 20jähriger Arbeiter in einen Treibriemen und wurde zu Tode gedrückt.

Lichtenfels, 5. April. Der Stadt Weismain ist eine Volksmission von Vätern der Gesellschaft Jesu im Laufe der Monate Mai oder Juni in Aussicht gestellt. Bekanntlich ist hiezu jedoch die ausdrückliche Zustimmung von Seite der Gemeindevertretung erforderlich, und es ist zur Zeit noch ungewiß, ob dieselbe auch wirklich erfolgen wird oder nicht. — Angetrunkene, zügellose Bursche haben am vergangenen Sonntag Nachts wieder einmal argen Scandal und Excesse verübt, indem sie auf der Straße zwischen Lichtenfels und Seubelsdorf mehrere ihnen begegnende Personen ohne alle Veranlassung überfielen und auf das Schändlichste mißhandelten. Ein Bauernsohn aus Neundorf wurde von ihnen sogar durch Messerstiche am Kopf und im Rücken derart verletzt, daß er lebensgefährlich darniederliegt, einem anderen wurden die Vorderzähne eingeschlagen. Den rohen Burschen ist glücklicherweise die Nemesis auf der Fährte.

In **Schwabach** hat, wie die bayerische Lehrerzeitung meldet, das Collegium der Gemeindebevollmächtigten den Beschluß gefaßt, zu den Berathungen über Vorlagen, welche sich auf die Schulen beziehen, regelmäßig einen Lehrer als Sachkundigen beizuziehen, ähnlich wie bei Bauvorschlägen der Ingenieur beigezogen wird.

Fürth, 4. April. Dem Antrage der betheiligten Gemeinden entsprechend wurde von der Regierung die Wiederauflösung der Bürgermeistereien Unterfarrnbach und Oberasbach im Bezirksamte Fürth genehmigt.

Erlangen, 4. April. Die Gemeindebevollmächtigten haben diesen Abend in öffentlicher Sitzung beschlossen, einen II. rechtskundigen Bürgermeister anzustellen und sofort die Vornahme der Wahl zu veranlassen. Es ist für die fragliche Stelle bereits ein Rechtskonzipient in sichere Aussicht genommen.

Neustadt a. d. H. Große Sensation erregt hier und in der Umgegend die vor einigen Tagen erfolgte Verhaftung des Mühlenbesitzers Georg Corell von Neustadt und dessen Abführung nach Frankenthal. Bekanntlich hatte im Jahre 1867 ein bedeutender Brand bei Gebrüder Corell statt. Aus Anlaß der Entstehungsursache dieses Brandes scheint nun nachträglich eine gerichtliche Untersuchung eingeleitet und die Verhaftung des Genannten angeordnet worden zu sein.

Theater.

(Schauspielbericht.) Hoftheater, Montag den 4. April. Neu einstudirt: „Die Sterne wollen es“, Lustspiel in drei Aufzügen von Emil Pohl. Der Titel erregt ganz andere Erwartungen — dieser soll entweder gar nichts sagen, oder in Kurzem den Hauptgedanken des Stückes aussprechen. — Doch das ist Nebensache. Das Lustspiel hat manches sehr feine Moment. Die Intrigue ist klar und einfach, die Entwicklung schreitet, ohne durch zu viel Episoden gehemmt zu sein, richtig vorwärts, wenn auch bei manchen Scenen eine Kürzung nicht schaden würde. Den einzelnen Gestalten kann man wohl manchen Vorwurf machen, die de la Vallière ist viel zu episodisch angelegt, der Charakter zu flüchtig angedeutet, als daß wir seine Opferwill[illegible] verstünden. Es ist richtig, man konnte dieser Gestalt keinen [illegible] Wirkungskreis gestatten, da sie ihrer Anlage nach diesem Ludwig ge[illegible] über zur tropischen Figur geworden wäre. Die einzigen Chara[illegible] die ausgeführt erscheinen, sind Colbert und Dufleur, alle übrigen [illegible] zurück in Bezug auf die Durchführung, doch sind sie mit sehr [illegible] Geschick in den Gang der Entwicklung eingeflochten. Die Ge[illegible] Ludwig des XIV. ist zu schwankend und unbestimmt angelegt. [illegible] Zeitpunkt, in welchen das Lustspiel versetzt ist, ist 1660. Lu[illegible] übernahm erst 1669 die Regierung, also war er damals noch [illegible] Knabe als Jüngling. Für dieses aber ist er viel zu alt ge[illegible] wozu auch das Spiel des Hrn. Rhode beitrug, das ihn viel zu [illegible] und bedroht erscheinen ließ. Trefflich spielten die HH. Herz, Hä[illegible] und Dahn, letzterer sprach hie und da zu dumpf, auch beto[illegible] einmal „Wenn ein Engel weint, darf ein Unglücklicher nicht weine[illegible] statt „Engel“ und „Unglücklicher“ zu pointiren. Der Saint Aig[illegible] des Hrn. Tomschitz war viel zu wenig fein, er machte aus [illegible] faden, überfeinen Hofschranzen einen ungelenken Dummkopf. F[illegible] Dahn spielte gut, die übrigen Damen entsprachen. Das Zusam[illegible] spiel war befriedigend. Nebenbei erwähnen wir die Verfügung [illegible] Intendanz in Betreff der Zuspäterscheinenden, welche schon diese[illegible] gewirkt hat. — In ähnlichen Dingen hilft nur Energie, jedes N[illegible] geben gegenüber dem großen Kind, das Publikum heißt, vermehrt [illegible] Uebel. So wollen wir hoffen, daß die Störungen, die bis jetzt [illegible] der Tagesordnung waren, möglichst bald verschwinden, und sprechen [illegible] frommen Wunsch aus, daß der Damenclubb im ersten Rang [illegible] Conversationsstunden in die Zwischenacte verlegt, die Zeit genug bie[illegible] Bemerkungen über Toilette, Dramaturgie und Wetter den Nachbari[illegible] mitzutheilen!

Feuilleton.

Ein Brief an den Papst.

Am Mittwoch, 30. März, Abends fand in Berlin eine [illegible]sammlung statt, so wüst, wie man sie, nach der Berliner Börsenzeit[illegible] selten gesehen. Durch die Ankündigung, einen „offenen Brief an [illegible] Papst“ verlesen zu wollen, hatte der bekannte Thierarzt Urban 5—[illegible] Menschen nach Bützow's Lokal (vor dem Prenzlauer Thore) ge[illegible] Ein kleineres Zimmer, das anfänglich bestimmt war, die Menge [illegible]zunehmen, erwies sich bald als unzureichend, und es erfolgte eine [illegible]gemeine Auswanderung nach dem Saale. Es dauerte ziemlich la[illegible] ehe Herr Urban es für gut fand, das Eröffnungswort zu sprech[illegible] und wir hatten somit Muße genug, die Versammlung zu muste[illegible] Welche Versammlung! Welche Gestalten! Socialdemokraten, Atta[illegible] des Herrn v. Schweitzer, Mitglieder des katholischen Gesellenver[illegible] Zuaven des geistlichen Rathes Müller, lustige junge Männer, die [illegible] Ulkes halber gekommen waren, ehrsame Philister, die mit griesg[illegible]miger Miene zusahen, welch ein ungewohntes Treiben in ihrem Stam[illegible]lokale herrschte, Frauen sogar und Kinder, die sich nachher, als [illegible] Tumult losbrach, als gar wackere „Rufer im Streite“ bewährten, ein[illegible] verdächtige Kerle, die sehr lebhaft an die nicht allzu weit entfern[illegible] Königsmauer erinnerten und uns besorgt nach Taschen und Uhr blic[illegible] ließen. Noch eine Species! Da schleichen sie einher, die Herren [illegible] den langen, bis zum Hals zugeknöpften Röcken, gehen von Tisch [illegible] Tisch, wo die Getreuen sitzen, haben für Jeden ein so mildes freun[illegible]liches Lächeln; der Ton der Stimme klingt so sanft, so anmuthe[illegible] und nur das Auge mit seinem lauernden Blicke warnt uns, auf [illegible] Huth zu sein vor diesen Wölfen in Schafskleidern. Der große M[illegible]ment, wo man den offenen Brief an den Papst kennen lernen soll, [illegible] endlich da! Hr. Urban besteigt die Tribüne — eine große hage[illegible] Gestalt, das Haupt von langem weißen Kopf- und Barthaar umflosse[illegible] Der Eindruck der Würde, den das Greisenantlitz macht, wird arg [illegible]stört durch eine dünne blecherne Stimme. Wir erfahren, daß H[illegible] Urban seinen Brief recommandirt wirklich an den Papst abgesend[illegible] und zum Beweise wird der Postschein einem neben ihm sitzenden Bü[illegible]ger überreicht. — Von dem Inhalte des Briefes etwas zu geben, [illegible] das Blatt außer Stande, denn der Höllenlärm, den die entrüste[illegible]

Müller'schen Zuaven bald anschlugen, machte jedes Wort unvernehmlich. Eine Weile lang ließ man Hrn. Urban ruhig lesen, bis die Ehrentitel, die dem Papste, den heiligen Concilsvätern und vor Allem den Jesuiten zuerkannt wurden, immer saftiger und fettiger wurden. „Ja, die Jesuiten . . .," las Hr. Urban. „Sie haben Trichinen," bekräftigte treuherzig eine Bärenstimme. (Urban war bekanntlich als Blutzeuge für die Unschädlichkeit der „Trichinen" aufgetreten, indem er trichinöse Wurst aß.) Das konnte die fromme Schaar der Gesellen nicht so ruhig einstecken; die „Trichinen" und — der silbergekrönte Stock eines kleinen schieläugigen geistlichen Herrn gaben das Signal zu allgemeinem Aufruhr. Pfeifen, Stampfen mit den Füßen und den Bierseideln, kurzum ein Lärm, der einen musikalischen Höllenbreughel in Entzücken versetzt hätte, erhob sich. Nach einer Weile gelang es, einigermaßen Ruhe herzustellen, und der Brief an den Papst wurde um ein paar Zeilen befördert. Aber der Löwe hatte einmal Blut geleckt, und der Tumult begann bald von Neuem. Hr. Urban hatte bisher — wie despectirlich! — bedeckten Hauptes seine Epistel vorgetragen, und wenn er das Wort „Papst" oder „Heiliger Vater" aussprach, nicht einmal an die Krämpe gefaßt. Darob ergrimmt natürlich der gute Katholik, und ungestümmen Rufe wurden laut: „Hut ab! Filz herunter!" Schließlich verschwand Hr. Urban aus der Versammlung, ob freiwillig oder gemaßregelt, ist dem Berichte nicht zu entnehmen.

Vermischtes.

Stockholm, 29. März. Hier wurde am Mittwoch Abend in einem Hotel der 63jährige Advokatenfiscal C. W. Montan mittels eines dünnen Bindfadens von einem 21jährigen Mädchen, Namens Josephine Katharina Eklund, erdrosselt. Der Ermordete hatte seit einiger Zeit in intimer Beziehung zu dem jungen Mädchen gestanden, welches sich sofort nach der Verhaftung zu dem Morde bekannte und behauptete, ihren Liebhaber aus Rache darüber getödtet zu haben, daß er nicht sein Versprechen, ihr einen guten Platz als Ladendemoiselle zu verschaffen, erfüllte.

Telegraphische Nachrichten.

Stuttgart, 6. April. Ein Erlaß des Ministers des Innern besagt in wesentlicher Uebereinstimmung mit dem neulichen im Staatsanzeiger veröffentlichten Publicandum, daß die Regierung die Möglichkeit weiterer Ersparnisse im ganzen Staatshaushalte anerkenne, und deßhalb der Hauptfinanzetat erneuter Prüfung unterzogen wurde. Das Rundschreiben zählt die bereits bekannten Aenderungen im Kriegs-Departement auf, setzt die Nothwendigkeit der Vertagung der Landstände auseinander und erklärt die Befürchtung einer Aenderung der politischen Verhältnisse Württembergs für grundlos. Das Rundschreiben spricht es nochmals aus, die Regierung werde unverbrüchlich an den mit Preußen geschlossenen Allianzverträgen festhalten, die übernommenen Pflichten ehrlich und patriotischen Sinnes erfüllen und aufrichtig bestrebt sein, das freundschaftliche Verhältniß zum Nordbund zu erhalten. Es erwähnt unter den zu machenden Gesetzvorlagen die Revision des neunten Verfassungsartikels im Sinne der Ersetzung des geheimen Rathes durch ein Staatsministerium, und fordert schließlich die Ressortbeamten auf, weiterer Verbreitung falscher Auffassungen und Nachrichten entschieden entgegenzutreten.

Wien, 6. April. Beide Clubbs der Linken und der äußersten Linken des Reichsraths beschloßen vor dem Reichsrathsschlusse eine Adresse an den Kaiser zu richten. Brestel lehnte den Wiedereintritt in das Cabinet entschieden ab.

Wien, 6. April. In der Maximiliansstraße sind Baugerüste eingestürzt. Man spricht von 9 Todten, 7 Schwerverwundeten und mehreren Leichtverletzten. Der Kaiser ist an der Unglücksstätte erschienen und hat Anordnungen getroffen.

Wien, 6. April. Wochenausweis der Südbahngesellschaft. Die Einnahmen betragen vom 26. März bis zum 1. April 496,738 fl., ergaben somit eine Mindereinnahme von 21,196 fl. gegen die gleiche Woche des Vorjahres.

Paris, 5. April. (Sitzung des gesetzgebenden Körpers.) Nachdem Gambetta, Ollivier und Andere gesprochen, nahm die Kammer mit 227 gegen 43 Simmen folgende Tagesordnung au, welcher die Regierung zustimmte: „Die Kammer drückt nach Vernehmung der Erklärungen des Ministeriums in ihrer Ergebenheit an die kaiserliche und parlamentarische Regierung der letzteren ihr Vertrauen aus und geht zur Tagesordnung über." — Zufolge der bei den Vorlesungen des Professors Tardieu vorgekommenen Unordnungen wurde die école de medicine durch Beschluß der Fakultät (16 gegen 4 Stimmen) geschlossen. — Die Boulevardrente stieg in Folge des Kammerbeschlusses auf 74,07 und ging dann auf 74,05 zurück.

Athen, 5. April. Professor Rhalli ist zum Gesandten in Petersburg ernannt. Der seitherige Gesandte in Florenz Kondurïotis ist nach Paris versetzt worden. Der erste Sekretär bei der Gesandtschaft in Paris Roque wurde zum Gesandten in Washington ernannt. — Die Reise des Königs nach Syra wurde des Unwetters halber auf den 7. April verschoben.

Petersburg, 5. April. Nach der Beendigung der Truppenübungen in Sarskoje-Selo werden der Kaiser und die Kaiserin in die Krimm reisen, und von dort aus den Kaukasus besuchen. Vorher wird der Kaiser sich nach Deutschland zur Badekur in Ems begeben, und dem großherzoglichen Hofe in Darmstadt einen Besuch machen.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 6. April (Schlussc.)

Wechsel auf London	120	Oest.-franz. Staatsbahn	381
„ „ Paris	95	Bayr. Ostbahn-Actien	119 3/4
„ „ Wien	96 1/8	Elisabeth-Prior. I. Em	77 3/4
5 proc. bayr. Anleihe	100 3/4	4% bayer. Prämien-Anl.	106
4 1/2 „ „ „	91 7/8	Bad. Präm.-Anleihe	105
3 „ „ Grundrente	86 1/4	Oesterr. Loose v. 1860	78 3/4
4 „ „ Obligat.	86	„ Loose v. 1864	
5 proc. österr. Metall., engl.	——	Alsenzbahn	86 7/8
5 „ „ National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	221
1882er Amerikaner	95 1/4	Napoleons	9.30
Oesterr. Bank-Actien	691	Rente Silber 57 7/8. Pap. 50 1/8.	
Credit-Actien	274 1/8	fest. Handelsbank	—

Wien, 6. April. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	70.30	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	97.40	Steuerfr. Metall. on 1864	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	121.40	Napoleons	9.87 1/2
Oesterr. Bank-Actien	722.—	Wechsel auf Augsburg	102.60
„ Credit-Actien	264.80	„ „ London	123.80
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	395.—	„ „ Paris	49.10
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	„ „ Frankfurt a. M.	102.75
„ „ Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	229.50
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 319.—Pap.-R.	60.85

Beliebt.

Berlin 6. April (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	46	Lombarden	126 3/8
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	106	Italienische Anleihe	55 1/8
4 1/2 „ „ Anleihe	—	1882er amerikanische Bonds	96 1/8
Bad. Prämien-Anleihe	104	5 proc. preuss. Anleihe	101 5/8
Darmstädter Actien	130	4 1/2 „ „ „	92 3/4
Oesterr. Credit-Actien	156 1/4	Wechsel auf Augsburg	—.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	217 1/4	„ „ Frankfurt	—.—
Staatsbahn-Prioritäten	293 1/2	„ „ London	—.—
Oest. fl. 500 Loose von 1860	79 1/4	„ „ Paris	—
„ fl. 100 Loose von 1864	66 1/4	„ „ Wien	—
5 proc. östr. National-Anl.	——		

Anfangs sehr fest, dann schwächer, Schluss fest.

New-York, den 5. April. Gold 111 5/8. Wechsel in Gold 108 1/8 Bonds per 1882 110 1/2. Baumwolle 23 1/4. Petroleum 25 1/2.

Liverpool, den 4. April. Schlussbericht. Heutiger Umsatz 12.000. Orleans 11 3/8. Middling amerikanische 11 1/8. Fair dhollerah 9 3/8. Middling fair dhollerah 9 1/8. Good middling dhollerh 8 7/8. Fair Bengal 8. Fair Omra 9 1/8. Pernam 11 5/8. Smyrna 10 1/8. Egyptian 12—. Amerik. per März-April —. Dhollerah per Mai —. Omra — Tages-Import — davon Ostindische —— Tendenz: steigend.

Curse des Münchener Handelsvereins vom 6. April 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. $3\frac{1}{2}$% Obl.	fl. 1000	$81\frac{1}{2}$	$80\frac{1}{2}$
4% ganz. Obl.	1000	$86\frac{3}{8}$	
4% halbj. Obl.	1000	$86\frac{3}{8}$	
4% Grundr.-Obl.	1000	$86\frac{1}{2}$	
$4\frac{1}{2}$% ganzj. Obl.	1000	92	$91\frac{5}{8}$
$4\frac{1}{2}$% halbj. Obl.	1000	92	$91\frac{5}{8}$
$4\frac{1}{2}$% „ Milit. „	1000	92	$91\frac{5}{8}$
5% Obl.	1000	$101\frac{3}{4}$	$101\frac{1}{4}$
4% Münch. Obl.	1000		
5% „ „	1000	$101\frac{1}{8}$	$100\frac{5}{8}$
$4\frac{1}{2}$% Ostbahn-Aktien .		120	$119\frac{1}{2}$
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung . .		87	$86\frac{5}{8}$
dto. volle		87	$86\frac{5}{8}$
Pfdbr. d. bayer. Hyp.-u. W.-Bank à fl. 1000		$90\frac{1}{2}$	$90\frac{1}{4}$
Bank-Obl.d.Hyp.u.W.-Bk.		100	$99\frac{7}{8}$
Aktien „ „		826	825
Bayer. Handelsbank-Act.			98
„ Vereinsbank . .		120	
Württemberg. $4\frac{1}{2}$% Obl. . . .		$91\frac{1}{4}$	
Oesterreich $4\frac{1}{5}$% Silb.-Rte. $\frac{6}{7}$		$57\frac{7}{8}$	$57\frac{3}{4}$
„ Pap.-Rte „			
5% Nation.-Anl. . $\frac{5}{6}$			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à $116\frac{2}{3}$			
5% Met. Stfr. v. 1866 $\frac{6}{7}$			
Oest. Bank-Aktie . .			
„ Cred.-Aktien . .		$274\frac{1}{2}$	274
Oest.-franz. Stsb.-Aktien .			

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb. „	$222\frac{1}{4}$	222
Preußen. $4\frac{1}{2}$% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. $2\frac{1}{2}$	$95\frac{1}{2}$	$95\frac{3}{8}$
„ „ 1884 „	$94\frac{5}{8}$	
„ „ 1885 „	$94\frac{5}{8}$	
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	$106\frac{1}{8}$	
4% Bad. „ „	105	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	$6\frac{1}{2}$	
Pappenheimer dto.	$5\frac{3}{4}$	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose . .	$18\frac{1}{2}$	
Oester. 1854er Loose à fl. 250 $\frac{5}{6}$		
„ 1860er „ à fl. 500 $\frac{6}{7}$		
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred. Loose . . .		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		312
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		123
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor .	95	
Chemische Fabrik Heufeld		76
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn . . .		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn . .		
„ Siebenbürger Bahn . . .		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. I. Em. $\frac{6}{7}$	$77\frac{1}{2}$	
dto. II. „ „		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn „	78	

		Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn „		$79\frac{1}{4}$	
„ Siebenbürger Bahn „			
„ d. Böhm. Westbahn „			
„ Alföld Fiumander Bahn „		$76\frac{3}{4}$	
Wechsel.			
Amsterdam fl. 100 holl.	K. S.	$100\frac{3}{4}$	
	L. S.	$100\frac{3}{4}$	
Augsburg fl. 100 . . .	K. S.		
	L. S.		100
Berlin Rthlr. 60 . .	K. S.	105	$104\frac{7}{8}$
	L. S.		105
Frankfurt fl. 100 . . .	K. S.		
	L. S.		100
Hamburg M.-B. 100 . .	K. S.	$88\frac{3}{4}$	$88\frac{5}{8}$
	L. S.		$88\frac{1}{2}$
Leipzig Rthlr. 60 . .	K. S.	105	$104\frac{3}{4}$
	L. S.	$105\frac{1}{8}$	$104\frac{7}{8}$
London Pfdst. 10 . . .	K. S.	$120\frac{1}{8}$	$119\frac{7}{8}$
	L. S.	$120\frac{1}{8}$	$119\frac{7}{8}$
Paris Fr. 200 . . .	K. S.	$95\frac{1}{8}$	96
	L. S.	$95\frac{1}{8}$	$94\frac{7}{8}$
Wien fl. 100 . .	K. S.	$96\frac{1}{4}$	95
	L. S.	$96\frac{1}{4}$	
Bank-Disconto für Platz-Wechsel . .			
„ „ Lombard. . .			
Geldsorten.			
Preuß. Friedrichsd'or		9.59	9.58
20 Francs Stücke		$9.30\frac{1}{2}$	$9.29\frac{1}{2}$
Preuß. Cassen-Scheine		$105\frac{1}{8}$	$104\frac{7}{8}$
Oest. Banknoten		$96\frac{1}{4}$	96

Anfangs fest. Schluß matter.

Kgl. Hof- u. National-Theater.

Donnerstag den 7. April.

61. Vorstellung im Jahres-Abonnement.

Zum Beschlusse der Vorstellungen vor Ostern.

Jessonda.

Oper in 3 Aufzügen. Text v. Gehe. Musik von Spohr.

Regie: Hr. Sigl.

Personen:

Jessonda, Wittwe eines Rajah	Frl. Kaufmann.
Amazili, ihre Schwester . .	Frl. Stehle.
Dandau, Oberbramin . .	Hr. Bausewein.
Nadori, Bramin	Hr. Vogl.
Tristan d'Accunha, port. Gener.	H. Kindermann.
Pedro Lopes	H. Heinrich.
Ein indischer Offizier . .	Hr. Fischer.
Erste } Bajadere	Frl. Hemauer.
Zweite } Bajadere	Frl. Ritter.
Erster } Bramin	H. Weixlstorfer.
Zweiter } Bramin	Hr. Petzer.

Braminen, Bajaderen, portugiesische und indische Krieger, indisches Volk.

Ort: In und vor Goa, an der Küste von Malabar Anfang des 16. Jahrhunderts.

Preise der Plätze: Ein Galerienoble-Sitz 2 fl. — kr. Ein Parket-Sitz 1 fl. 30 kr. Parterre — fl. 48 kr. Gallerie fl. — 18 kr.

Die Kasse wird um $\frac{1}{2}$6 Uhr geöffnet.

Anfang $\frac{1}{2}$7 Uhr. Ende gegen $\frac{1}{2}$10 Uhr.

Münchener Aktien-Theater.

Donnerstag den 7. April.

Gastvorstellung des Hrn. Direktor Joh. Fürst aus Wien,

mit seiner aus 30 Personen bestehenden

Possen- und Operetten-Gesellschaft.

Maler und Farbenreiber.

Posse mit Gesang in 1 Akt v. Costa.

Hierauf:

Die schönen Schmiedstöchter.

Posse mit Gesang in 1 Akt v. J. Doppler.

Diesem folgt:

Im Gemeindehaus.

Posse mit Gesang in 1 Akt v. A. Berla.

Zum Schlusse:

Im Versorgungshaus.

Posse mit Gesang in 1 Akt von Elmar.

Anfang 7 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.

Gestorbene.

Am 4. April. Behringer A., Korporal im k. 2. Inf.-Reg. v. H., 19 J. — Eisenbichler J., Korporal im k. 2. Inf.-Reg. v. H., 30 J. — Jäger M., Köchin v. Petersburg, 28 J. — Müller M., Handelsmannsgattin von Neuleiningen, 34 J. — Natterer And., städt. Wag- und Aichmeister v. H., 62 J. — Nußstein M., Schneidersmädchen v. Haimhausen, 1 J.

Königl. Staats-Eisenbahnen

a Post-Z. b Kur.-Z. c Schn.-Z. d Lok.-Z. e Güt.-Z.

München — Pasing — Augsburg.

Abfahrt:	Ankunft:
5 U. 45 M. Morg. b	8 U. 10 M. Morg.
6 U. 10 M. Morg. c	8 U. 40 M. Vorm.
6 U. 25 M. Morg. a	11 U. 40 M. Nchm.
11 U. — M. Vorm. a	3 U. 35 M. Nchm.
1 U. 50 M. Nchm. d	8 U. 15 M. Abds.
5 U. 45 M. Abds. b	9 U. 15 M. Nchts.
6 U. 45 M. Abds. d	9 U. 40 M. Nchts.
11 U. 20 M. Nchts. b	

München — Salzburg — Wien.

5 U. — M. Morg. e	5 U. 15 M. Morg.
9 U. — M. Morg. b	8 U. 15 M. Morg.
10 U. — M. Vorm. a	10 U. 18 M. Vorm.
4 U. 30 M. Nchm. a	4 U. 10 M. Nchm.
5 U. 40 M. Nchm. e	8 U. 55 M. Abds.
8 U. 40 M. Abds. b	11 U. — M. Nchts.
10 U. 10 M. Nchts. b	

München — Starnberg — Peissenberg.

Abgang in München:	Abgang in Starnberg:
6 U. 50 M. Morg.	8 U. 20 M. Vorm.
10 U. 30 M. Vorm.	12 U. 35 M. Mitt.
5 U. — M. Abds.	7 U. 25 M. Abds.

München — Ingolstadt.

6 U. 30 M. Morg. a	8 U. 55 M. Morg. e
1 U. 55 M. Mitt. e	3 U. 40 M. Nchm. a
5 U. 45 M. Nachm. a	9 U. — M. Abds. a

München — Regensburg.

5 U. — M. Morg. a	8 U. 22 M. Morg. e
7 U. 45 M. Morg. b	9 U. 30 M. Vorm. b
9 U. 45 M. Vorm. a	11 U. 48 M. Mitt. e
1 U. 30 M. Nchm. e	6 U. 17 M. Abds. e
5 U. 15 M. Nchm. b	8 U. 5 M. Abds. b
7 U. — M. Abds. e	10 U. 25 M. Nchts.

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer. — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

// Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr: Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Freitag, den 8. April 1870. Nr. 97.

Politische Tagesübersicht.

Stuttgart, 6. April. Die erledigten Hofämter eines Oberst-Hofmeisters und Oberstkammerherrn, welche der kürzlich verstorbene Frhr. v. Maucler inne gehabt hatte, sind, jenes dem Oberststallmeister Grafen v. Taubenheim, dieses dem Generaladjutanten Frhrn. v. Spitzemberg verliehen worden. Der Hofkammerpräsident v. Erginzinger ist pensionirt worden.

Wien, 6. April. Wenn man in Erwägung zieht, daß es sich für den Grafen Potocki in erster Linie um die Ausführung von Prinzipien und erst dann um die Aufsuchung von Persönlichkeiten handelt, welche als Minister zur Durchführung jener Prinzipien entschieden bereit sind, so erscheint es als natürlich, daß heute bezüglich der Ministerkrisis in faktischer Beziehung nichts vorliegt, und daß sogar in Bezug auf die Personenfrage die Combinationssucht sich erschöpft hat. In Wahrheit soll Graf Potocki damit umgehen, Hrn. v. Plener zum Finanzminister zu machen, nachdem Dr. Brestel alle Einladungen, auf seinem Posten zu bleiben, standhaft zurückgewiesen hat. Außer Plener werden noch Banhans und Stremayr als solche genannt, die möglicherweise ihre Portefeuilles behalten, oder doch wenigstens dazu aufgefordert werden. Das Alles indessen ist bedeutungslos für das Ministerium Potocki, dessen Charakter durch die Wahl des Ministers des Innern bestimmt werden wird. Man versichert uns nun, Graf Potocki habe diesen Posten dem Grazer Abgeordneten Dr. Rechbauer angeboten, der sich jedoch bis jetzt noch nicht zustimmend erklärt hat, obwohl Graf Potocki den Rechbauer'schen Wahlreformvorschlag anzunehmen zu wollen scheint. Dieses Zugeständniß kann doch wohl nur so verstanden werden, daß er diese Reform vor die Landtage bringen will. Aus Allem aber geht, wie schon oben bemerkt, hervor, daß sich die Neubildung des Ministeriums noch in den allerersten Stadien befindet, daß jetzt erst das Programm geboren wird. Als Begleitung dazu werden die polnischen und czechischen Stimmen vernehmbar, die nun bereits dem Grafen Potocki ein Mißtrauensvotum darbringen. Das ist jedenfalls ein wenig früh.

— Die von den Clubs der Linken und der äußersten Linken des Abgeordnetenhauses heute votirte, durch ein Fünfer-Comité ausgearbeitete Adresse (Verfasser Baron Tinti), welche im Großen und Ganzen als der Situation entsprechend anerkannt wurde, wird in der Donnerstag stattfindenden Sitzung eingebracht, und dürfte wahrscheinlich ohne alle Discussion vom Hause einstimmig angenommen werden.

Aus dem Ober-Innthal, 4. April. In Telfs kam unlängst in später Abendstunde ein für die Sache der regierungsfeindlichen Partei sehr thätiges Mitglied der dortigen Gemeinde-Repräsentanz zu einem andern ebenfalls dem Gemeindeausschusse angehörigen Manne und verlangte von diesem, daß er sogleich ein mitgebrachtes Schriftstück unterschreibe. Da ihm über den Inhalt desselben nichts mitgetheilt wurde und er sich anschickte, Licht zu machen, um das Schriftstück lesen zu können, wurde ihm vom Colporteur bedeutet, es sei nicht nöthig, daß er die Schrift lese, seine Persönlichkeit werde ihm wohl genügende Bürgschaft dafür sein, daß er nichts Unrechtes zu unterschreiben habe, und er solle sich nur beeilen, da er (der Colporteur nämlich) noch weitere Gänge in dieser Angelegenheit zu machen habe. Im Dunkeln läßt sich ja gut munkeln. Dies genügte, und der für das Gemeinde- und Staatswohl sehr besorgte Mann unterschrieb auch ohne Licht und ohne zu wissen, was er unterschreibe. Ein anderer, ebenfalls dem dortigen Gemeinde-Ausschusse angehöriger Mann erklärte bald nachher öffentlich, daß er das Schriftstück auch ohne Kenntniß des Inhaltes desselben unterschrieben habe. Durch die „Tyroler Stimmen" Nr. 70 konnten nun diese gesinnungstüchtigen und überzeugungstreuen Männer erfahren, daß sie eine für die Reichsrathsflüchtlinge verfaßte Zustimmungs-Adresse unterfertigt hatten.

Graz, 6. April. Nebst dem Müllerstrike ist heute ein allgemeiner Strike der Hutmachergehilfen ausgebrochen. Schneidergehilfen fordern ihre Genossen auf, sich für einen Strike vorzubereiten, welcher unvermeidlich ist.

Prag, 5. April. Der Verfassungsverein beschloß eine Resolution, die das Festhalten an den Staatsgrundgesetzen als den Fundamenten der Freiheit, Macht und Einheit des Reiches fordert, gegen jede föderative Gestaltung und Lockerung des Zusammengehörigkeit der Deutsch-Oesterreicher protestirt, bei jeder Aenderung des öffentlichen Rechtszustandes, die gegen die Grundgesetze ist, die Versagung der Anerkennung verlangt und endlich die Durchführung der Wahlreform wünscht. — Bei der Debatte hierüber wurde wiederholt der Haltung des Reichskanzlers gedacht. Pickert sagte: Graf Beust verkennt, wie einst das deutsche Volk bei dem deutschen Reformwerk, so auch jetzt die Bedeutung der Deutsch-Oesterreicher und ihr Interesse an der Verfassung; gebe Gott, daß er sie nicht zwingt, ihr Oesterreicherthum zu vergessen und nur Deutsche zu sein.

Prag, 5. April. Der Redakteur des Pokrok, Houschka, wurde wegen Anwendung des Ausdruckes: „Galgen-Aera" der Uebertretung der Ehrenbeleidigung nach §. 496 des Strafgesetzbuches schuldig gesprochen und zu 14tägiger Arreststrafe verurtheilt. — In czechischen Kreisen wird eine Opposition gegen Potocki eingeleitet, weil er den deutschen Verfassungsstandpunkt einhalte und im Oktober 1868 zur Verhängung des Ausnahmszustandes in Prag und zur „Verfolgung" der Czechen beigetragen habe.

Prag, 6. April. Sämmtliche czechische Blätter behaupten, dem Kaiser seien zwei Ministerlisten vorgelegt worden; die erste enthielte folgende Namen: Miklosich, Kellersperg, Bielsky, Unger, Koller, Hye, Stremayr, Lasser; die zweite Liste lautet: Martinic, Petrino, Dubsky, Eichhoff und Tinti. Der Kaiser und Graf Beust hätten die erste Liste genehmigt. Das deutsche Czechenblatt äußert sich in dem heutigen Leitartikel über die Liste höchst abfällig. Die Sprache der czechischen Blätter ist heute überhaupt gegen Potocki noch ablehnender als gestern. Von czechischer Seite wird versichert, Bielsky würde aus patriotischen Rücksichten die Annahme eines Portefeuilles verweigern. Der als künftiger Finanzminister genannte Schrödinger bleibt sicher in Prag. — Vorgestern fand beim Grafen Joseph Nostitz eine Berathung der Feudalen statt, welche bis nach Mitternacht währte. Ueber fünfzig Personen nahmen an der Berathung Theil. — Ein Budweiser

Telegramm der Bohemia meldet: Der Posenitzer Pfarrer Trumpf wurde gestern ermordet und ausgeraubt.

Lemberg, 5. April. Das Organ Smolla's, Dziennik Lwowski, verlangt die Auflösung des Reichsrathes und der Landtage, Aenderung der Wahlordnung durch neu gewählte Landtage, Einberufung einer Vertrauensmänner-Enquête aller Nationalitäten und Entlassung der Minister.

Berlin, 5. April. In der heutigen Reichstagssitzung wurden unter geringen Debatten der siebenzehnte Abschnitt: „Körperverletzungen", der achtzehnte: „Verbrechen und Vergehen wider die persönliche Freiheit", der neunzehnte: „Diebstahl und Unterschlagung", der zwanzigste: „Raub und Erpressung", der einundzwanzigste: „Begünstigung und Hehlerei", und der zweiundzwanzigste: „Betrug und Untreue" erledigt, indem sie meist nach den Commissionsanträgen, zum Theil auch mit Amendements von Lasker und Dr. Schwarze angenommen wurden.

Berlin, 6. April. Nach der Provinzial-Correspondenz finden die Wahlen keinesfalls vor September, und zwar voraussichtlich zuerst die Reichstagswahlen und dann die Abgeordnetenhauswahl statt.

Aus **Berlin** wird dem „Wanderer" geschrieben, daß der Bundeskanzler, als er bei der Budgetberathung die Nothwendigkeit dargethan, Depeschen, die man früher mit der Post habe befördern lassen, jetzt nach gewissen Orten mit Courieren zu verschicken, auf die vertrauliche Frage, welcher Staat damit gemeint sei, ohne Umschweife geantwortet habe, daß es Oesterreich sei. Die N. A. Z., die dies anführt, bemerkt dazu: „Wir erfahren, daß Graf Bismark nicht bloß von Oesterreich, sondern von den kaiserlichen Posten überhaupt gesprochen hat, und es gibt bekanntlich mehrere Kaiserthümer, wo Norddeutschland Gesandte und Consuln hat."

— Den Conservativen ist der sogenannte „Schwerinstag" schon lange ein Dorn im Auge. Nach demselben soll bekanntlich in der Regel in jeder Woche an einem bestimmten Tage die Erledigung der Petitionen und Anträge der Mitglieder des Hauses stattfinden. Jetzt hat der Abg. Graf Kleist den Antrag gestellt, im betreffenden §. 52 der Geschäftsordnung hinter die Worte „in der Regel findet" einzuschalten: „sofern der Reichstag nicht bei Feststellung der Tagesordnung das Gegentheil ausdrücklich beschließt."

— Im Saale des Reichstages ließ heute der Abgeordnete Meier (Bremen) einen Antrag umlaufen, der etwa folgenden Inhalt hat: Den Bundeskanzler zu ersuchen, in Ueberlegung zu ziehen, ob es sich nicht empfehlen möchte, Behufs leichterer Einführung der Doppelwährung der Goldkrone den festen Cours von 9 Thlr. 10 Sgr. oder 16 Fl. 20 Kr. zu geben. Es wird wohl die Regulirung dieser Angelegenheit zugleich mit der Münzfrage zum Austrage kommen; für die Bremer Bank, welche die Goldkronen mit 9 Thlr. 3 Sgr. gekauft hat, wäre eine schleunigere Erledigung wohl erwünscht; im Uebrigen hat es Niemand damit eilig.

Gotha, 5. April. Der seit fast 14 Tagen versammelte gemeinschaftliche Landtag der beiden Herzogthümer Coburg und Gotha hat die Berathung über die ihm Seitens der Regierung gemachte Vorlage, die Union der Herzogthümer betreffend, noch nicht vollendet, doch stehen die entscheidenden Verhandlungen demnächst zu erwarten, da der Ausschuß seine Prüfung der Vorlage abgeschlossen hat und zwar, wie man hört, in einem derselben ungünstigen Sinne. Die Vorlage der Regierung umfaßt den Entwurf eines neuen Staatsgrundgesetzes mit einer neuen, auf direkten Wahlen beruhenden Wahlordnung, ferner einen Gesetzentwurf über die Organisation des Staats-Ministeriums und einen Probe-Etat, welcher die jetzigen finanziellen Verhältnisse beider Herzogthümer neben einander stellt und daran den Nachweis reiht, wie sich diese Verhältnisse nach Eintritt der Union gestalten werden. Diesem Probeetat zufolge würde die gothaische Bevölkerung nach der Union statt 4 Thlr. 29 Sgr. 1 Pfg. nur noch 4 Thlr. 23 Sgr. 6 Pfg. Ausgaben pro Kopf zu leisten haben und überdies sich in Folge von Ersparnissen ein Einnahme-Ueberschuß von 10,000 Thlrn. herausstellen.

Paderborn, 4. April. So eben wurde hier folgende telegraphische Depesche aufgegeben: „Den muthvollen und tapfern Vertheidiger des Glaubens unserer Väter, den hochwürdigsten Bischof Stroßmayer, begrüßen mit dem Horazischen: O et praesidium et dulce decus (O Du Schutz und süße Zierde), fünfzig Katholiken der Stadt Paderborn."

Paris, 5. April. In der Sitzung des gesetzgebenden Körpers verlangte Choiseul die Regierung zu interpelliren über die Nothwendigkeit, das Plebiscit einer vorausgängigen Prüfung durch Mandatare des Landes zu unterziehen und dem Lande die Wahl des Senates zu übertragen. Jérôme David weist die erhobene Beschuldigung des Despotismus energisch zurück und beleuchtet die Vortheile eines Appells an das Volk, der stets die Revolution verhütet habe. — Der „Figaro" meldet, daß der russische Botschafter, Graf Stackelberg, in Folge einer Anthrax-Operation schwer krank sei und sein Zustand Besorgnisse errege.

Nach einem Telegramm der Presse aus **Paris** 5. April hat sich der Kaiser heute noch eine letzte Entscheidung in der Plebiscitfrage vorbehalten, zur Entgegennahme dieser Entscheidung Herrn Ollivier auf morgen früh beschieden, schon jetzt aber erklärt, höher als alle andern Rücksichten stehe ihm diejenige auf Erhaltung des gegenwärtigen Ministeriums.

— Die Liberté meldet: Am Ostersonntag (? vergl. unser Telegramm) wird in ganz Frankreich das Plebiszit stattfinden. Im Ministerrathe drang nicht einstimmig, sondern nur mit einer Majorität von 6 gegen 5 Stimmen der Beschluß durch, das Plebiszit zu veranstalten. Daru's Bekehrung zu demselben gab den Ausschlag.

— Der preußische Botschafter, Frhr. v. Werther, ist an den Blattern erkrankt. — Der Rothschild'sche Beamte Tassius, der die Defraudation von 3 Millionen Francs verübte, ist aufgefunden und verhaftet worden. Er war Vorstand der Abtheilung für Edelmetall im Rothschild'schen Bankhause, und ist aus Neuwied in Preußen gebürtig.

London. Während ultramontane irische Blätter stark gegen die Regierung losziehen, daß sie aus Fahrlässigkeit oder gehässiger Absicht dem Antrag Newdegate's auf Niedersetzung des Klosterausschusses nicht mit genügender Kraft entgegen getreten sei, verbreiten ultraprotestantische Blätter die Angabe, daß Gladstone entweder einen directen Antrag gegen den (bekanntlich nur mit zwei Stimmen Mehrheit) gefaßten Beschluß einbringen, oder den erwähnten Ausschuß derartig wählen wolle, daß der Beschluß wirkungslos bleibe. Demgemäß warnt der fromme Advertiser alle gutprotestantischen Parlaments-Mitglieder vor den Schlichen des Premiers. Gleichzeitig warnt er aber auch das gesammte englische Volk vor dem zollfrei aus Deutschland eingeführten Rationalismus, Atheismus und Pantheismus, vor Büchner, Heine und Goethe, vor deutscher Kritik und deutscher Philosophie, auf daß Alt und Jung nicht rettungslos der ewigen Verdammniß anheimfalle.

Florenz, 27. März. Wenn auch die erfolglosen Mazzinistischen Putsche in Pavia, Piazenza und anderen Städten des Königreiches von allen Seiten betrachtet, als reine Tollheit erscheinen, so dürften sie doch den Lenkern des Staates zu denken geben. Fürs Erste wird die Regierung aus der unangenehmen Ueberraschung die Lehre ziehen, daß sie sich dem Unwesen der geheimen Gesellschaften gegenüber keineswegs in eine trügerische Sicherheit einwiegen darf. Es läßt sich nicht verkennen, daß die ganze Erziehung der Jugend, so weit dieselbe in den Bereich von staatlichen Einrichtungen fällt, zum großen Theile wenig geeignet ist, in dem Geiste der zukünftigen Staatsbürger die Grundlagen der bürgerlichen Tugenden zu befestigen. Dann aber beweisen solche Vorkommnisse, wie sehr die Achtung vor den bestehenden Institutionen gesunken sein muß, da ohne eine Lähmung des öffentlichen Geistes schwerlich so viele, wenn auch exaltirte und unerfahrene Köpfe auf das Gelingen ihrer Umsturzplane hätten rechnen können. Vielleicht sind die beklagten Ereignisse für Minister und Volksvertreter eine heilsame Warnung, die um so mehr zur rechten Zeit gekommen sein dürfte, als ein in den letzten Tagen eingestellter Versuch der Minister, die Häupter der wichtigsten parlamentarischen Parteien in einer besonderen Zusammenkunft zu einer Einigung über die Grundlagen des Sella'schen Finanzentwurfs zu gewinnen, vollständig gescheitert ist.

Florenz, 3. April. Die Kammer hat auf den Antrag Minghetti's mit 116 gegen 112 Stimmen beschlossen, vier Commissionen zu ernennen; eine von sieben Mitgliedern zur Prüfung der auf die Armee bezüglichen Vorschläge, eine zweite von sieben Mitgliedern zur Prüfung der Angelegenheiten des öffentlichen Unterrichts, eine dritte von sieben Mitgliedern zur Prüfung der die Justizverwaltung betreffenden Maßregeln und die vierte von vierzehn Mitgliedern zur Prüfung der Finanz-Angelegenheiten im Allgemeinen. Außer diesen Commissionen wird noch eine fünfte ernannt werden zur Prüfung der Vorschläge in Sachen der Pfarrgüter. — Diese Commissionen sollen ihre Berichte gleichzeitig ausarbeiten und spätestens bis zum 9. Mai den Kammern vorlegen.

Florenz, 6. April. Cattaneo's Nachfolger Campanelli ist in Lugo am hellen Tage auf offenem Markte ermordet worden; der Thäter wurde nicht verhaftet.

Aus **Rom** wird geschrieben: Am 27. April ist der türkische Gesandte am italienischen Hofe hier angekommen, wahrscheinlich mit einem Auftrage in Betreff der orientalischen Bischöfe, die sich bitter über die Behandlung beklagen, die man ihnen angedeihen läßt. Zwei von ihnen befinden sich in den Kerkern des Santo Ufficio, andere sind mit Einsperrung bedroht. Auch die deutschen Bischöfe werden vielfach behelligt, und zwar durch vornehme deutsche Proselyten, wie Graf Bloome und Graf Schönburg, die sich unablässig bemühen, den Papst zu veranlassen, daß er die Opposition auf dem Concil tadelt und die Fanatiker der Unfehlbarkeit und des Syllabus mit Lobsprüchen überhäuft.

Rom, 2. April. Die Zahl der Bischöfe, welche gegen das 1. Capitel ihr „Non placet" ausgesprochen haben, wird auf 26 angegeben, darunter sollen 5 Deutsche, 6 Franzosen, 4 österreichisch-ungarische Bischöfe, 3 Engländer, 4 Orientalen sein.

— Wie es mit der Justiz im Patrimonium Petri bestellt ist, hat man neuester Zeit wieder zur Genüge daraus entnehmen können, daß der Kassebeamte eines hiesigen öffentlichen Wohlthätigkeits-Institutes, der erwiesenermassen sich eines höchst bedeutenden Unterschleifes von mehr als hunderttausend Francs schuldig gemacht hatte, sich dem rächende Richteramte dadurch ganz einfach entzog, daß er in einem Kloster innerhalb der Stadt Rom Zuflucht suchte, welches, ebenso wie in Wien unter den Babenbergern einst das Schottenkloster auf der Freiung, noch immer das Asylrecht besitzt, wonach jeder Verbrecher sicher sein kann, nicht ausgeliefert zu werden, und wenn die Mönche nichts dagegen haben, dort seine übrigen Lebenstage in beschaulicher Ruhe ganz ungestört zu vollbringen. Dieses jüngste Beispiel, dem Strafcodex ein Schnippchen zu schlagen, steht hier nicht etwa vereinzelt da, sondern es haben sich derlei Fälle im Laufe der letzten Decennien mehrere ereignet, wo notorische Betrüger und Diebe aus der sogenannten bessern Gesellschaft, welche so klug waren, eine ähnliche Gastfreundschaft hinter geweihten Klostermauern in Anspruch zu nehmen, und daselbst in reumüthiger Zurückgezogenheit einige Jahre überdauerten, am Ende vom Heiligen Vater selbst noch vollständig begnadigt wurde.

Madrid, 5. April. Regierungsfreundlichen Blättern zufolge sitzt der Minister Echegaray wieder fest im Sattel, und soll sogar die unionistische Partei (welche zur Erwägung der Frage in Betreff des Religionsunterrichts einen aus den Herren Rios Rosas, Posado Herrera, Bugallal, Ulloa, Armijo und Nieto bestehenden Ausschuß eingesetzt hat) beschlossen haben, das Ministerium zu unterstützen. Andererseits heißt es, daß die Stellung Sagasta's, des Ministers des Auswärtigen, erschüttert sei. Prim wohnt den Cortessitzungen noch nicht bei; er hat sich durch Verstauchung eines Fußes eine alte Wunde aufgerissen, so daß er das Zimmer hüten muß. — Die Unruhen in Barcelona fanden hauptsächlich in der Vorstadt Sanz, wo die Barricaden errichtet wurden, und in geringem Maße in der Vorstadt San Antonio statt.

Madrid, 5. April. Die Gaceta schreibt: Der Militär-Gouverneur von Barcelona meldet, daß gestern in Sarria bei Barcelona anläßlich der Militärloosung errichtete Barricaden von den Truppen genommen wurden, welche einen Todten und neun Verwundete hatten. Unter letzteren befanden sich zwei Offiziere. Die Insurgenten erschossen den zweiten Bürgermeister und verwundeten den ersten, beide waren Republikaner. Die Barricaden, welche auf verschiedenen Punkten Barcelonas errichtet worden waren, wurden mit Leichtigkeit (?) zerstört, drei Soldaten wurden dabei verwundet. Die Insurgenten befestigen sich in Bracia; der Gouverneur hat eine Truppenabtheilung zum Angriffe auf dieselben formirt. Die Provinz Barcelona ist in Belagerungszustand erklärt; die Truppen sind vom besten Geiste beseelt. Die Gaceta constatirt, daß mit Ausnahme einiger unbedeutender Zwischenfälle in Salamanca und anderen Orten die Militärloosung überall ruhig vor sich ging. Der Imparcial schreibt die Unruhen in Barcelona den Socialisten zu.

Barcelona, 5. April. Anläßlich der Militärloosung wurden gestern in einer Vorstadt Barricaden errichtet, die jedoch ohne Schwierigkeit beseitigt wurden. Hiebei wurden zehn Personen getödtet. (Und das heißt man „ohne Schwierigkeit" beseitigen? D. Red.) Um 3 Uhr Nachmittags war die Ordnung wieder hergestellt, jedoch will ein Gerücht wissen, daß später abermals Unruhen ausbrachen und unterdrückt wurden.

Rußland. Der Vorschlag einer allgemeinen Amnestie für die polnischen Emigranten oder wenigstens für diejenigen, welche sich in Oesterreich und Preußen aufhalten, ist trotz der warmen Fürsprache des Grafen Berg in Petersburg verworfen worden. Die Gründe des Statthalters für die Unterstützung des Projects waren folgende: Wenigstens der fünfte Theil der gesammten Emigrationen habe sich in Preußen und Oesterreich niedergelassen und bestehe aus intelligenten und meist wohlhabenden Leuten, die früher in Polen theils Grundbesitzer, theils Beamte, theils auch Gewerbetreibende und Unternehmer waren. In Preußen gehören indeß die Emigranten wohl vielfach den niederen Ständen an. Nach der Ansicht des polnischen Statthalters sehnen alle Emigranten sich nach dem Vaterlande.

Aus **Mexiko** meldet der Correspondent der „Morning Post" vollständige Niederwerfung der Revolution. Escobeda hat das Werk vollbracht und einen Siegeszug gehalten, wie er in der Hauptstadt nach seinem langsamen, vorsichtigen Vormarsche nicht erwartet wurde. Am 6. Februar schlug er zuerst die Rebellen aufs Haupt und am 14. meldete er, daß er ohne Schwertstreich in San Luis Potosi eingezogen sei. Von hier aus setzte er die Verfolgung fort, hatte am 15. wieder einen Zusammenstoß und machte bei dieser Gelegenheit 500 Kriegsgefangene. Am 21. lieferte er dem Hauptcorps der Aufständischen ein Treffen, und es gelang ihm, dasselbe gänzlich zu sprengen. Gegen 1900 Gefangene und die ganze Artillerie des Feindes fiel in seine Hände, und die Führer mußten mit einigen wenigen Anhängern ihr Heil in der Flucht suchen. Dieses Ereigniß entschied den Kampf, und da mittlerweile die Waffen der Regierungstruppen auch in den andern Staaten siegreich gewesen waren, manche Banden sich ergeben hatten und die wichtigen Punkte alle von der Regierung behauptet wurden, so gaben die Gegner den Kampf auf. In Vera Cruz, Orizaba, Jalapa, San Luis, Queretaro war bei Abgang der Post am 28. Februar Alles ruhig, nur in den westlichen Staaten dauerten die Unruhen noch fort. Escobeda hat sich bei dieser Gelegenheit außergewöhnlich milde benommen und einen großen Theil der Kriegsgefangenen sofort in Freiheit gesetzt. Von Fusiladen hatte man noch nichts vernommen.

Toronto, 2. April. Der „Globe" gibt Einzelheiten über die Erschießung des Irländers Thomas Scott durch Riel. Dieselbe erfolgte am 3. März in Port Garry. Scott war mit anderen Canadiern aus dem Gefängniß entwichen und hatte sich der Bewegung des Major Boulton gegen Riels Verwaltung angeschlossen. Er wurde den Tag nach dem Verhör erschossen. Ein Tag Aufschub sowie der Beistand eines Geistlichen war ihm verweigert worden. Die ganze Ansiedelung soll in Furcht und Schrecken vor Riel und seinen Bewaffneten sein.

Bayerische Angelegenheiten.

* Der Antrag der Abgg. Frankenburger und Gen., die Revision des Ediktes über die Freiheit der Presse und des Buchhandels vom 4. Juni 1848 und des Gesetzes zum Schutze gegen den Mißbrauch der Presse vom 17. März 1850 betreffend, welcher heute

in der Abg.-Kammer zur Berathung kommt, lautet: „Hohe Kammer wolle beschließen: Es sei an Seine Majestät den König die allerunterthänigste Bitte zu stellen, Allerhöchstdieselben geruhen, dem Landtage ein Gesetz betreffs Revision des Ediktes über die Freiheit der Presse und des Buchhandels vom 4. Juni 1848 und des Gesetzes zum Schutze gegen den Mißbrauch der Presse vom 17. März 1850 in Vorlage bringen zu lassen," und ist folgendermaßen motivirt: Durch die Strafgesetzgebung vom 10. Nov. 1861 ist das Gesetz zum Schutze gegen den Mißbrauch der Presse so vielfach berührt, daß die Uebersicht über die noch geltenden Bestimmungen des letzteren Gesetzes erschwert und theilweise deren innerer Zusammenhang gestört ist. Zum Theile sind diese Bestimmungen auch außer Einklang mit dem Gesetze über das Gewerbswesen vom 10. Jan. 1868. Eine Revision der die Presse betreffenden Gesetze ist daher schon aus formellen Gründen geboten, noch dringlicher aber ist das aus materiellen Gründen entspringende Bedürfniß hiernach. Namentlich ist es auch von dem Grundsatze wahrer Preßfreiheit untrennbar, und deshalb berechtigte Forderung, daß die Beschlagnahme von Preßerzeugnissen — mit Ausnahme der unzüchtigen — (Art. 223 des Strafgesetzbuches) ausgeschlossen, die Confiskation mit dergleichen Ausnahme auf den Fall der Verurtheilung durch das Strafgericht beschränkt, sonach durch diese bedingt, der Zwang zur zeugschaftlichen Benennung des Verfassers von Seite des Redacteurs, Verlegers und Druckers beseitigt, die Verbreitung von Preßerzeugnissen auf öffentlichen Straßen und Plätzen und in öffentlichen Lokalitäten von polizeilicher Erlaubniß unabhängig gestattet, die Befugniß der Behörden zur Berichtigung von Thatsachen auf ein gebührliches Maß festgesetzt und den Privatpersonen gleiche Berechtigung wie den Behörden gewährt, endlich die Verweigerung des Postdebits für Preßerzeugnisse, deren Verbreitung gesetzlich erlaubt ist, ausdrücklich untersagt wird. Die entgegenstehenden Gesetzesbestimmungen widersprechen der wahren Preßfreiheit, beschränken diese, sogar ohne der öffentlichen Sicherheit zu nützen, — demnach zwecklos, und deren Beseitigung ist ebenso dringend nothwendig als die Aufnahme mangelnder, die Freiheit der Presse schützender Bestimmungen. Die strafgesetzlichen Bestimmungen, welche auf die einzelnen durch die Presse verübten Verbrechen und Vergehen sich beziehen, betreffen fast ausnahmslos die Presse nicht ausschließlich — hierauf bezügliche Aenderungen müssen deßhalb besonderen Anträgen auf Revision des Strafgesetzbuches vorbehalten bleiben.

xx **München,** 7. April. (XXVIII. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Nach Mittheilung des II. Präsidenten Graf v. Seinsheim-Grünbach, welcher heute statt des entschuldigten I. Präsidenten Dr. Weis das Präsidium führt, hat der besondere Ausschuß für den Tax- und Stempelgesetz-Entwurf sich constituirt, und den Abg. Wisnet zum Vorstande, den Abg. Frhrn. v. Fuchs zum Sekretär gewählt. Aus einer Reihe von Referentenernennungen erwähnen wir jene des Abg. Al. Frhr. v. Hafenbrädl hinsichtlich der Erbauung einer Vicinal-Eisenbahn von Holzkirchen nach Tölz, und daß dem Abg. Crämer vom II. (Finanz-) Ausschusse die Referate des Frhrn. v. Stauffenberg übertragen worden sind.

Referent Abg. Eder wies in seinem Vortrage über den (oben abgedruckten) Antrag des Abg. Frankenburger und Gen. auf Revision des Preßediktes und Gesetzes über den Buchhandel hin, daß ersteres, als Verfassungsgesetz, nur nach dem Titl X §. 7 der Verfassungsurkunde bestimmten Formalitäten ($^2/_3$ Majorität der anwesenden Abgeordneten) eine Abänderung erfahren könne, daß auf denselben aber das Gesetz über die ständische Initiative vom 4. Juni 1848 keine Anwendung finde, da er keinen Preßgesetzentwurf aufstelle, sondern bloß Seitens der Staatsregiernng eine Revision des bestehenden wünsche. Der Ausschuß habe deßhalb nur die Berechtigung des Antrags geprüft. Die Preßfreiheit erscheine ats eines der edelsten, der herrlichsten Güter des Menschen, als eines der kostbarsten staatsbürgerlichen Rechte, — sie habe einen hohen, bedeutungsvollen Beruf; — darum müsse sie aber auch, wenn sie diesen Beruf erfüllen soll, eine wahre und vollständige Freiheit sein, und nur dann werde sie auch ihren ebenso ernsten, als schweren Pflichten nachzukommen vermögen. Im constitutionellen Staate müsse dem Volke und seinen einzelnen Genossen eine freie politische Thätigkeit und demnach das Recht zustehen, sich für die Staatsangelegenheiten überhaupt zu interessiren und ein freies Urtheil darüber auszusprechen. Der Staat müsse die Controle und die Kritik, wie des Einzelnen, so der ganzen öffentlichen Meinung über sich ergehen lassen, ohne übrigens der letzteren untergeordnet zu sein, — es sei dies ein constitutionelles Gebot. Wenn nun auch die Motive für eine Aenderung der bayerischen Preßgesetzgebung verschiedenartige, und die Meinungen über die Begründung eines solchen Verlangens im Einzelnen getheilt sein können, je nach den persönlichen Anschauungen und praktischen Erfahrungen, so bestehe doch die allgemeine Ueberzeugung bei allen politischen Parteien, daß die bestehende bayrische Preßgesetzgebung einer Revision bedürftig ist. Der Beweis hiefür trete in den Erscheinungen im Vollzuge dieser Gesetzgebung hervor. Die polizeiliche Beschlagnahme von Preßerzeugnissen hat sich namentlich, fährt Referent fort, als eine Maßregel erwiesen, welche eben so sehr Eigenthum und Vermögen des Verlegers und der Abonnenten beeinträchtigt, als sie bei den im öffentlichen Leben hervortretenden Parteistandpunkten leicht als eine einseitige und daher unbillige beurtheilt werden kann. Wird hiezu erwogen, daß diese Beschlagnahme an und für sich in der Regel verspätet eintritt und dadurch an Wirkung verliert, so kann dadurch, wie durch den Umstand, daß die öfter wiederkehrenden Freisprechungen des vor Gericht gestellten Redacteurs die Beschlagnahme des Preßerzeugnisses als eine nicht begründet gewesene darstellen, das Ansehen der Staatsbehörden nur geschwächt, und muß die Autorität der Regierung erschüttert werden, — eine für die öffentliche Ordnung bedenkliche Folge. Hiezu tritt nicht selten, daß ein Blatt das eines Artikels wegen beschlagnahmt wird, während ein anderes Blatt mit demselben Artikel an einem anderen Orte der Confiskation nicht unterliegt, — ein Verfahren, welches die offenbarste Ungleichheit vor dem Gesetze in sich trägt, und nimmermehr dazu dienen kann, die Privaten in ihren Rechten zu sichern und das Ansehen der Staatsregierung zu festigen. Diese Maßregel der Confiskation erscheint in ihrem ganzen Stadium als eine odiose und selbst, wenn sie endlich durch Richterspruch aufgehoben ist, hinterläßt sie nur schädliche Folgen und führt zu mißliebigen Deutungen. In gleicher Weise erscheint die Verweigerung des Postdebits für gesetzlich erlaubte Preßerzeugnisse als eine Maßregel, welche die Preßfreiheit im Principe angreift, abgesehen davon, daß die heutigen Verkehrsverhältnisse eine solche Maßregel ohnehin unwirksam erscheinen lassen. Nicht minder unzureichend hat sich das Berichtigungswesen bewährt, es hat zu vielen Inkonvenienzen geführt. Wenn nach diesen kurzen Umrissen im Vollzuge einer Gesetzgebung solche Mißstände zu Tage treten, so erscheint eine Revision derselben dringend geboten. Es wird aber eine neue Preßgesetzgebung nur dann ihre Bestimmung erfüllen, wenn sie unter wenige allgemeine und große Gesichtspunkte gestellt ist, und sich demnach in einem weiten Rahmen bewegt, — denn nur der Umstand, daß die Grenzen der damaligen Gesetzgebung zu enge gezogen sind, hat die besprochenen Mißstände hervorgerufen. Nachdem endlich die strafgesetzlichen Bestimmungen, welche auf die einzelnen, durch die Presse verübten Verbrechen und Vergehen sich beziehen, fast ausnahmslos die Presse nicht ausschließlich betreffen, so müssen hierauf bezügliche Aenderungen besonderen Anträgen auf Revision des Strafgesetzbuches vorbehalten bleiben. Aus diesen Erwägungen schlägt der Ausschuß der hohen Kammer vor, die Zustimmung zu dem Antrage des Abg. Frankenburger und Gen. zu ertheilen. (Fortsetzung folgt.)

— Die Donauzeitung bringt die Nachricht, daß das Ministerium des Innern die Norm aufgestellt habe, daß die indirekte Subvention der Blätter aufhöre, künftighin amtliche Inserate ohne Rücksicht auf politische Parteistellung nur da eingerückt werden sollen, wo sie voraussichtlich den besten Erfolg haben.

Lokales und Provinzielles.

München, 7. April.

* Bei der Versammlung der hiesigen freiwilligen Feuerwehr am Dienstag wurde mitgetheilt, daß der Landesausschuß de

bayerischen Feuerwehren an die Kammer der Abgeordneten eine Petition einbringen werde, dahin gehend, daß der Artikel 3 des Gesetzentwurfes über das Vermögen und die Schulden der Landwehr älterer Ordnunb, (welcher jetzt lautet: daß die Renten des reinen Vermögens, welches den Gemeinden nach Deckung der gemäß Art. 1 auf sie übergehenden Schulden und nach Zurückweisung von Rüstgeldern gemäß Art. 2. verleibt, zunächst an die nach Maßgabe des projektirten Bürgerwehrgesetzes für die Bedürfnisse der Bürgerwehr bestehende besondere Gemeindekasse zur Verwendung abgegeben werden, wo dagegen eine Bürgerwehr und demgemäß eine solche besondere Gemeindekasse nicht besteht, oder Letztere durch ihre sonstigen Einnahmen bereits anderweitig genügend dotirt ist, der Gemeinde zur freien Verwendung für Gemeindebedürfnisse innerhalb der Bestimmungen der Gemeindeordnung anheimfallen sollen) derart abgeändert werden möge, daß die fraglichen Renten im letztangeführten Falle anstatt den Gemeinden, den an den betreffenden Orten bestehenden organisirten Feuerwehren anheimfallen sollen. Ferner wurde der Beschluß gefaßt, um bei eventuellen Verunglückungen von Feuerwehrmännern im Dienste oder von Einwohnern der von dem Feuer heimgesuchten Gebäude sofort die dringendsten Hilfsmittel selbst parat zu haben, selbst einen Sanitätsdienst ins Leben zu rufen. Wir constatiren mit Freude, daß sich bereits die zur Durchführung dieser sehr zweckmässigen Einrichtung erforderliche Anzahl von Mitgliedern gemeldet hat, so daß Hr. Dr. Rupprecht mit der freundlichst übernommenen Unterweisung derselben in der nächsten Zeit beginnen wird.

* Das gestern vom k. Hofmusikus Hrn. Tombo im großen Museumssaale veranstaltete Conzert versammelte ein ebenso zahlreiches als gewähltes Auditorium, welches das virtuose Harfenspiel des Conzertgebers, sowie die Leistungen sämmtlicher Mitwirkenden, insbesondere von Frau Diez und Hrn. Fischer, durch reichen Beifall ehrte. (Ein ausführlicherer Bericht aus der Feder unsers Musikreferenten wird folgen. D. Red.)

ϱ (Aus der öffentlichen Sitzung des Gemeindecollegiums vom 6. April.) Der Vorstand Dr. Erhardt verliest ein Schreiben des liberalen Vereines im IV. Stadtbezirk, worin derselbe dem Collegium seinen Dank und seine Anerkennung für dessen energisches Vorgehen, urd dessen segensreiche Thätigkeit ausspricht. — Hinsichtlich des Gesuches des Magistrates Tölz an den hiesigen, er möge sich an der Garantiesumme von 200,000 fl. für die Grunderwerbung und die Erdarbeiten der Vincinaleisenbahn von Holzkirchen mit 30,000 fl. betheiligen, wird demselben erwidert, die Gemeinde München habe jetzt kein direktes Interesse an diesem Eisenbahnbau. Die Gemeinde Tölz möge aber in erster Reihe eine authentische Interpretation der Gesetzesbestimmungen über die Vicinalbahnen veranlassen, und eine Zusicherung für die Aufhebung der Trist erwirken, dann werde der Gegenstand wieder in weitere Erörterung gezogen werden. — Ferner wurde dem magistratischen Beschlusse, das Gesuch des Kriegsministeriums um Einverleibung der neuen Maximilianskaserne in den Burgfrieden, abzulehnen, nach einigen Erörterungen zugestimmt. — Die Patres Kapuciner haben auf An'uchen laut eines Vertrages im Jahre 1859 einen Gemeindegrund von 68,000 Quadratfuß in Pacht erhalten, wofür sie aber nur einen Jahrespacht von 10 fl. zu entrichten haben, der offenbar nicht entfernt im Verhältnisse zum Werth des Grundes steht. Nach dem Beschlusse des Collegiums soll nun der Magistrat ersucht werden, eine neue Vermessung des Grundstückes vornehmen und dasselbe durch eine Commission aus Mitgliedern beider Collegien schätzen zu lassen, und dann nach Kündigung des alten einen neuen Pachtvertrag abzuschließen, der den jährlichen Pachtschilling auf 5% des Objekt-Werthes festsetzt. — Die früheren magistratischen Collegien haben unterm 4. Dez. v. J. den städtischen Bau-Assistenten Wimmer, als entbehrlich vom Etat abgesetzt und unter Anerkennung seiner Dienste entlassen; die Lokalbaukommission habe denselben aber — so theilte Dr. Winterhalter als Referent mit, wieder als Polizeibautechniker in den Kreis der magistratischen Beamten aufgenommen, das Gemeindekollegium aber, dessen Zustimmung zu dieser Maßregel eingeholt werden mußte, da dieselbe eine Etatsüberschreitung zur Folge hätte, dem Magistratsbeschlusse nicht beigestimmt. Nichtsdestoweniger habe der II. Bürgermeister v. Widder ohne diese gesetzlich nöthige Zustimmung des Gemeindekollegiums die Gemeindekasse zur Auszahlung des dreimonatlichen Funktionsgehaltes von 150 fl. an Wimmer angewiesen. Referent Dr. Winterhalter will, daß das Collegium seine Competenz wahre nnd die Verantwortung für diese Handlungsweise dem II. Bürgermeister zuschiebe. Die Herren Guggenheimer und Aug. Knorr wollen die Sache erst genau durch eine Commission untersucht wissen und den II. Bürgermeister selbst hören. Herr Jul. Knorr will die Sache als notorisch und klar nicht weiter verschleppt wissen und wünscht, man möge Hrn. v. Widder in die Sitzung einladen. Nachdem sich noch die Herren Humpelmayr und Bullinger für den Antrag Aug. Knorr's erklärt hatten, ward derselbe angenommen und die weitere Untersuchung der Angelegenheit an den Budgetausschuß überwiesen. — Für die Lokalitäten des hiesigen Landwehrbezirkskommando's (für deren Beschaffung nach dem Wehrgesetze die Gemeinden sorgen müssen) hat die Gemeinde 600 fl. zu zahlen; da dieselben auch von einem Bez'rksfeldwebel mit Familie bewohnt werden, so wird nach dem Antrage des Referenten, der in dieser Handlung eine sehr excessive Benützung des Art. 22 des Wehrgesetzes erblickt, beschlossen, vom Kriegsministerium eine Entschädigung für diese überflüssigen Lokalitäten zu verlangen.

Landshut, 6. April. Gestern Abends gegen 8 Uhr wurde ein sehr schönes Nordlicht beobachtet, und leuchtete dasselbe in solch' scharfer und intensiver Röthe, daß es von Vielen für den Ausbruch einer starken Feuersbrunst gehalten wurde. (Auch in Straubing, Würzburg, Kempten, Ansbach, sowie in allen Theilen des südlichen und westlichen Deutschlands wurde dieses Nordlicht beobachtet, und möchte auch die am 5. April hier beobachtete Röthe des Himmels nicht, wie wir gemeldet, in einem Brande zu Ludwigsfeld, sondern durch dieses Naturphänomen ihre Erklärung finden. D. Red.)

Eggenfelden, 5. April. In dem nahen Pfarrdorfe Hirschhorn hat sich am vergangenen Sonntag ein trauriger Fall ereignet. Ein Mann, in der Absicht, Wurzeln und Brunnkresse als Frühjahrskur für sein Brustleiden zu gebrauchen, sammelte in einer unglücklichen Verwechslung Wasserschierling, kochte denselben und nahm ein derartiges Quantum zu sich, daß er nach zwe Stunden den Geist aufgab. Das Weib, welches zum Glücke nur ein Weniges von dem Gebräu zu sich nahm, weil sie der Geschmack anekelte, erkrankte ebenfalls bedenklich, wurde aber durch rechtzeitige ärztliche Hilfe noch gerettet. Da derartige Kräuterkuren bei uns sehr häufig gebraucht werden, so dürfte dieser Fall beim Sammeln der Pflanzen gewiß zur Vorsicht mahnen.

Forchheim, 2. April. In Eisenberg wurde gestern ein junger Mann von Pinzberg, welcher nebst Anderen mit dem Graben einer Kellertiefung bei dem neu zu erbauenden Hause des Friedrich Eißmann beschäftigt war, durch den Herabsturz eines ca. 15 Ctr. schweren Sandsteines auf das Grauenhafteste zu Tode gequetscht.

Obermögersheim, 5. April. Die hiesige Gemeinde hat bei der am 3. April stattgehabten Gemeindeversammlung ihrem derzeitigen seit 4½ Jahren dahier wirkenden Schulgehilfen Jak. Bieber in dankbarer Anerkennung seiner Leistungen als Lehrer eine außerordentliche Remuneration von 40 fl. aus der Gemeindekasse für 1870 bewilligt. Verdient recht vielfache Nachahmung!!

Wassertrüdingen. Am letzten Schrannentage wurde ein Oekonom von der hiesigen Gegend sehr dreist um 7—8 fl. geprellt. Ein anständig gekleideter Mann beobachtete, wie der Bauer von einem Getreidehändler Geld einnahm; nachdem letzterer weg war, ging jener auf den Bauern zu und bedeutete ihm, daß er gerade mehrere falsche Geldstücke eingenommen habe; er wolle sie ihm heraussuchen. Der Geldkenner machte sich sogleich über das Zählen, fand aber kein falsches Geldstück, glaubte, nun seine Schuldigkeit gethan zu haben, und ging davon. Als aber der Bauer selbst das Geld nunmehr nachzählte, fand er, daß ihm jetzt mehrere Gulden fehlten.

Theater.

(Schauspielbericht.) Residenztheater. Neu einstudirt: „Die

verhängnißvolle Wette" nach Dumas von Holbein. — Ueber das neuere französische Drama läßt sich sehr viel Tadelndes sagen, aber Eines zeichnet es gegenüber den deutschen Produkten aus: eine bedeutende Leichtigkeit der Stylisirung fern von jenem Ton, von dem man sagen muß, daß er so im Leben nie gefunden wird. Diesen Vorzug besitzt das Stück im hohen Grade, obwohl es nicht ein Conversationsstück genannt werden kann. Die einzelnen Gestalten sind richtig charakterisirt; wenn sich auch in ihnen ein moderner Zug geltend macht, so hat es Dumas doch verstanden, sie ziemlich richtig in der Art des Zeitalters sprechen und handeln zu lassen. Der Aufbau des Ganzen ist klar. Die Intrigue entwickelt sich in einfacher steter Weise. Dagegen tritt in vielen Scenen ein Haschen nach Effekt hervor. Die Bearbeitung hat dem Stücke sehr Vieles genommen, und Manches, was im Französischen fein erscheint, wurde grob.

Was die Aufführung betrifft, so ist vor allen Anderen H. Christen zu erwähnen, der den Richelieu in vortrefflicher Weise durchführte. Besonders brachte er die Mischung von Edelmuth und Leichtsinn, die den Hauptzug dieses Richelieu bildet, wahr zur Anschauung. Eine feine Leistung war die Marquise des Frl. M. Meyer; auch Frl. J. Meyer ist zu loben; gut gelangen ihr die gemüthsvolleren Theile der Rolle. Eine Bemerkung haben wir seit einiger Zeit gemacht. Das Fräulein gewöhnt sich eine stereotype Handbewegung an, indem sie mit einer Hand mit den Fingern der anderen spielt, oder die Nägel der einen Hand betrachtet. Es ist unschön und läßt sich vermeiden. Hr. Rohde spielte gut; Hr. Häuffer war zu wenig fein.

Auf die „verhängnißvolle Wette" folgte der „Dorfbarbier", dessen Aufführung wir nicht mehr beiwohnen konnten. Das Haus, welches nach dem Carneval wieder zu seinem alten Prinzip zurückkehrt, war ziemlich leer.

Feuilleton.

Was kostet ein Mensch?

Unsere uncivilisirten Vorfahren, deren wir uns bei jeder Gelegenheit ob ihrer rohen Sitten und geringen Bildung so gerne schämen, haben die Frage, was ein Mensch kostet, viel genauer zu beantworten gewußt, als die gelehrten Statistiker der Gegenwart. Sie hatten einfache Mittel, um den Durchschnittspreis eines Menschen authentisch festzustellen. Bei den alten Römern wurden bekanntlich nicht nur die Sklaven auf öffentlichem Marktplatze verhandelt, sondern nach den Zwölf-Tafel-Gesetzen stand es dem Gläubiger frei, den Schuldner außer Landes zu verkaufen, wenn er seinen Zahlungsverbindlichkeiten nach Ablauf gewisser Fristen nicht entsprochen hatte. Damals also durfte man nur die Marktlisten nachschlagen oder derlei executive Veräußerungen mitmachen, um die hier aufgeworfene Frage zu lösen. Auch mehrere Jahrhunderte später gab es noch ein einfaches Mittel hiezu. Bei den germanischen Völkern wurde lange Zeit hindurch der Todtschlag blos mit der Erlegung eines „Wehrgeldes" gebüßt, welches insbesondere nach der Verschiedenheit des Standes des Getödteten wechselte. Die Volksrechte der salischen Franken, der Burgunder, Sachsen, Alemannen, Ripuarier, Friesen, Westgothen und Anderer wissen so viel zu erzählen, daß es nicht schwer geworden sein kann, sich eine Art Cursbericht über den Preis eines Großgrundbesitzers, eines Sagibarons oder eines simplen freien Mannes zusammenzustellen. Gewöhnlich galt der „Adeling" dreimal so viel als der einfach „Freie"; nur bei den Friesen — einem offenbar sehr demokratischen Stamme — wird das Werthverhältniß zwischen den Nobiles und Ingenui wie 80 zu $53^1/_3$ festgesetzt. Aber es ist nicht einmal nöthig, so weit zurückzugreifen; bis auf unsere Tage wurde der Kaufwerth der Güter in Rußland nach den „Revisionsseelen" taxirt, und die russischen Hypothekenbanken beliehen jeden Leibeigenen mit 50 bis 75 Silberrubeln.

Seitdem Cultur und Humanität diese unwürdigen Zustände aus dem Rechtsleben entfernt haben, vergaß man auch in der Volkswirthschaft darauf, daß jene gesetzliche Preisbestimmung auf einem sehr wichtigen Grunde, nämlich auf dem wahren Tauschwerthe der im Menschen vereinigten geistigen und körperlichen Kräfte beruht. So erhaben sich die Persönlichkeit über die anderen Wesen der Schöpfung stellen mag, dennoch wird sie niemals sich jener äußeren Eigenschaften entschlagen können, welche unmittelbar zu wirthschaftlichen Untersuchungen über den Werth und die Gestehungskosten eines Menschen auffordern.

In der That haben sich Männer, welchen weder Geist noch warmer Sinn für die höchsten Interessen ihrer Zeit abgesprochen werden darf, nicht gescheut, diese Frage in Betracht zu ziehen. Nach Adam Smith hat insbesondere der bekannte englische National-Oekonom W. Nassau Senior, dessen Name mit der Armenpflege seines Vaterlandes innig verflochten ist, darauf aufmerksam gemacht, daß die Löhne der Arbeiter in einem bestimmten Verhältnisse zu den Erziehungskosten derselben stehen. Er schätzt die Auslagen, welche mindestens nöthig sind, um ein Kind so weit heranzubilden, daß es sich durch gemeine Handarbeit fortbringen kann, auf 40 Pfd. St., jenen Aufwand dagegen, welchen der Sprößling des Gentleman verursacht, damit er seines Vaters Stellung einnehmen kann, auf wenigstens 2040 Pf. St. Das sind also die Kostenpreise junger Staatsbürger aus zwei extremen Klassen der bürgerlichen Gesellschaft.

Der deutsche Statistiker Engel hat nach einem ähnlichen Gedankengange eine Schema für die Gestehungskosten des Arbeiters festzustellen versucht und dabei drei Bestandtheile unterschieden. Erstens: Wiederersatz des auf die geistige und körperliche Erziehung verwendeten Anlage-Kapitales, was ähnlich den Abschreibungen bei anderem Vermögen, also durch regelrechte Amortisation zu geschehen hätte; zweitens: Fortlaufender Lebensunterhalt während der Arbeitsfähigkeit und endlich Assecuranz für Krankheit und Alter. Daß nach einem Kostenüberschlage, welcher diese sämmtlichen Momente gehörig berücksichtigt, jeder Arbeiter ein gar werthvoller Bestandtheil des Volksreichthums ist, läßt sich leicht voraussehen. Maurice Block hat in seinem jüngsten vorzüglichen Werke („L'Europe politique et sociale") einen solchen Kostenüberschlag für Frankreich entworfen. Er wählt zwei Stände als Beispiel und gelangt zu dem Resultate, daß nach den gegenwärtigen Lebensmittelpreisen das Kind des Arbeiters, bis es das 15. Lebensjahr erreicht hat, also sich selbst erhalten kann, mindestens 4200 Francs, der junge Mann dagegen, welcher sich einem gelehrten Berufe zuwendet, bis er 25 Jahre alt ist und eine Anstellung hoffen darf, mindestens 27,000 Francs gekostet hat. Um dieses Kapital landesüblich zu verzinsen, zu amortisiren und zu erhalten, mit anderen Worten, um die Selbstkosten des Menschen zu decken, muß der Arbeiter in Frankreich alle Jahre 1060 Francs, der Beamte, Ingenieur, Arzt u. s. w. mindestens 4588 Frcs. einnehmen.

Ohne in die einzelnen, sehr mäßigen Durchschnittsziffern eingehen zu können, welche diesen Anschlägen zur Basis dienen, hegen wir nur den Wunsch, daß die Lenker der Staaten und die Finanzminister derselben bisweilen an den hohen Preis ihrer Unterthanen denken, ehe sie gewisse Maßregeln treffen. So ergäbe sich ein ganz hübsches Rechen-Exempel, wenn man die in den Kriegen der letzten Jahre gefallenen Menschen — ungefähr 960,000 Mann — nach den Gestehungskosten bewerthen würde; ebenso ließe sich zeigen, welchen Verlust unnütze Beschäftigungen im Civil- und Militärdienste der ganzen Volkswirthschaft zufügen; man könnte leicht darthun, wie schlecht die meisten Regierungs-Beamten bezahlt sind und wie gefährlich und ungerecht es wäre, mittelst der Erwerbsteuer vom Arbeitsertrage eine zu hohe Quote zu entnehmen. Denn in allen diesen Fällen vergißt man zu fragen: Was kostet ein Mensch?

Vermischtes.

— Der glückliche Besitzer des Braunschweiger Prämien-Anleihe-Scheins Serie 3944 Nr. 20, worauf in der letzten Ziehung ein Nettogewinn von 80,000 Thlrn. gefallen, ist ein Elementarlehrer in Dramberg in Pommern.

— In mehreren Dörfern an der sächsisch-böhmischen Grenze, so auch in Elster, sind zahlreiche, zur Zeit mehr als 40 Verhaftungen auf Anordnung der kgl. Staatsanwaltschaft zu Plauen vorgenommen worden, alle auf die Anzeigen eines schon wegen eines ähnlichen Vergehens bestraften böhmischen Lithographen, welcher eine Unmasse österr. 1-Fl.-Banknoten gefertigt und durch sehr viele Begünstiger oder Abnehmer in Umlauf gesetzt hat. Die Untersuchung führt das k. Bezirks-

Gericht Plauen, dessen Gefängnisse von diesen Angeklagten angefüllt sein sollen. Der Urheber des Hauptverbrechens hat schon lange als das glückbringende „Banknotenmännel" gehaust und verkehrt. Interessant ist, daß es hier nicht wenig Leute gibt, welche sich gar nicht erklären können, wie man das Nachmachen ausländischen Geldes als Verbrechen verfolgt und ahnden will.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 7. April. Nachm. Sitzung des Herrenhauses. Debatte über das Budget. Ritter von Schmerling begründet in längerer, öfter von Beifall begleiteter Rede die folgende von ihm beantragte Resolution: „Indem das Herrenhaus an den in der Thronadresse ausgesprochenen Grundsätzen festhält, erklärt es, daß es nur eine solche Regierung als eine ihre Aufgabe richtig erfassende anerkennt, welche unter Festhalten an freiheitlichen Prinzipien allen gegen eine starke Centralgewalt gerichteten Bestrebungen entgegentritt." Diese Resolution wurde durch eine starke Majorität unterstützt. Graf Anton Auersperg spricht für dieselbe.

Das Abgeordnetenhaus hat eine Adresse an den Kaiser angenommen, welche besagt: Das Haus bedauert lebhaft die Absentirung eines Theiles seiner Mitglieder. Das Haus hält an dem Reichsgedanken und der Verfassung fest. Eine weitere Ablösung gewisser Theile vom Ganzen durch Creirung neuer staatsrechtlicher Gebilde wäre Angesichts des herrschenden Dualismus bedenklich, die Machtstellung Oesterreichs gefährdend und den wahren Interessen der Völker und der Krone zuwiderlaufend. Das Haus sieht in dem Grundgedanken der Verfassung den Schutz aller Nationalitäten und wird jeder unverfassungsmäßig experimentirenden Regierung entschieden gegenüber stehen. Das Haus vollzog hierauf die Delegationswahlen. Die Wahlen für die zur Zeit nicht vertretenen Länder wurden verschoben.

Paris, 6. April. Wie es heißt, soll das Plebiscit auf den 24. d. Mts. festgesetzt sein. Der gesetzgebende Körper hat die Interpellation des Herzogs von Choiseul über das Plebiscit mit 171 gegen 48 Stimmen auf 2 Monate vertagt.

Athen, 6. April. Der englische Gesandte protestirt gegen die Anleihe im Betrage von 9 Millionen Drachmen, weil Griechenland vertragsmäßig zur vorherigen Zahlung der von den Schutzmächten garantirten Anleihen verpflichtet ist.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

New-York, den 6. April. Gold 112. Wechsel in Gold 108 3/8. Bonds per 1882 110 3/4. Baumwolle 23 1/2. Petroleum 25 7/8.

Frankfurt a. M., 7. April. (Schlussc.)

Wechsel auf London	119	Oest.-franz. Staatsbahn	378
" " Paris	95 1/2	Bayr. Ostbahn-Actien	119 3/4
" " Wien	96 1/4	Elisabeth-Prior. I. Em.	77 1/2
5 proc. bayr. Anleihe	100 7/8	4% bayer. Prämien-Anl.	106
4 1/2 " " "	91 3/4	Bad. Präm.-Anleihe	105 1/8
4 " " Grundrente	86 1/4	Oesterr. Loose v. 1860	79
4 " " Obligat.	86	" Loose v. 1864	116
5 proc. österr. Metall., engl.	——	Alsenzbahn	86 7/8
5 " " National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	67 5/8
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	219 3/4
1882er Amerikaner	95 1/4	Napoleons	9.30
Oesterr. Bank-Actien	687	Rente Silber 58, Pap. 50.	
" Credit-Actien	271 1/4	matt. Handelsbank	99

Wien, 7. April. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	70.10	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
" fl. 500 Loose von 1860	97.30	Steuerfr. Metall. on 1864	—.—
" fl. 100 Loose von 1864	121.50	Napoleons	9.88 1/2
Oesterr. Bank-Actien	722.—	Wechsel auf Augsburg	102.65
" Credit-Actien	262.70	" " London	123.90
Oest.-franz. Staatsbahn-Action	397.—	" " Paris	49.15
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	" " Frankfurt a. M.	102.80
" " Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	229.70
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 318.50 Pap.-R.	60.70

Behauptet.

Berlin 7. April (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	46 1/8	Lombarden	125
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	106	Italienische Anleihe	55 1/8
4 1/2 " " Anleihe	—	1882er amerikanische Bonds	96 1/8
Bad. Prämien-Anleihe	104 1/2	5 proc. preuss. Anleihe	101 1/2
Darmstädter Action	129 5/8	4 1/2 " " "	92 1/8
Oesterr. Credit-Action	155	Wechsel auf Augsburg	56.22
Oest.-franz. Staatsbahn-Action	216 1/4	" " Frankfurt	56.24
Staatsbahn-Prioritäten	293 1/8	" " London	6.24 1/2
Oest. fl. 500 Loose von 1860	79 1/8	" " Paris	81 1/8
" fl. 100 Loose von 1864	66 1/4	" " Wien	81 3/4
5 proc. östr. National-Anl.	——		

matt. Schluss besser.

Curse des Münchener Handelsvereins vom 7. April 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. 3 1/2% Obl.	fl. 1000	81 1/2	80 1/2
4% ganz. Obl.	1000	86 3/8	
4% halbj. Obl.	1000	86 3/8	
4% Grundr.-Obl.	1000	86 1/2	
4 1/2% ganzj. Obl.	1000	92	91 5/8
4 1/2% halbj. Obl.	1000	92	91 5/8
4 1/2% " Milit. "	1000	92	91 5/8
5% Obl.	1000	101 3/4	101 1/4
4% Münch. Obl.	1000		
5% " "	1000	101 1/8	100 5/8
4 1/2% Ostbahn-Aktien		119 3/4	119
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung		87	86 5/8
dto. volle		87	86 5/8
Pfdbr. d. bayer. Hyp.-u. W.-Bank à fl. 1000		90 1/2	90 1/4
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.		100	99 7/8
Aktien " "		823	824
Bayer. Handelsbank-Act.			98
" Vereinsbank		119 1/2	119
Württemberg. 4 1/2% Obl.		91 1/4	
Oesterreich 4 1/5% Silb.-Rte. 1/7		58	57 7/8
" Pap.-Rte "			
5% Nation.-Anl. 5/6			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à 116 7/8			
5% Met. Stfr. v. 1866 6/7			
Oest. Bank-Aktie			
" Cred.-Aktien		271 3/8	271 1/2
Oest.-franz. Stsb.-Aktien		381	378 3/4

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb.	220 1/2	220
Preußen. 4 1/2% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. 2 1/2	95 3/8	95 1/4
" " 1884 "	94 1/2	
" " 1885 "	94 1/2	
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	106 1/2	
4% Bad. " "	105	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	6 1/2	
Pappenheimer dto.	5 3/4	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose	18 1/2	
Oester. 1854er Loose à fl. 250 5/8		
" 1860er " à fl. 500 6/7		
" 1864er " à fl. 100 u. 50		
" 1858er Cred. Loose		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		312
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		123
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor	95	
Chemische Fabrik Heufeld		76
Oest. Elisabeth-Westbahn		
" Franz Joseph-Bahn		
" Kronprinz Rudolph-Bahn		
" Siebenbürger Bahn		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. I. Em. 5/7	77 1/2	
dto. II. "		
" Kronpr. Rudolph-Bahn "	78	

	Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn	79 1/4	
" Siebenbürger Bahn		
" d. Böhm. Westbahn		
" Alföld Fiumander Bahn	76 3/4	
Wechsel.		
Amsterdam fl. 100 holl. K. S.	100 3/4	
L. S.	100 3/4	
Augsburg fl. 100 K. S.		
L. S.		100
Berlin Rthlr. 60 K. S.	105	104 7/8
L. S.	105	104 7/8
Frankfurt fl. 100 K. S.		
L. S.		100
Hamburg M.-B. 100 K. S.	88 3/4	88 1/2
L. S.		88 1/2
Leipzig Rthlr. 60 K. S.	105	104 3/4
L. S.	105 1/8	104 7/8
London Pfdst. 10 K. S.	120	119 7/8
L. S.	120	119 7/8
Paris Fr. 200 K. S.	95 1/8	94 7/8
L. S.	95 1/8	94 7/8
Wien fl. 100 K. S.	96 1/4	96
L. S.	96 1/8	
Bank-Disconto für Platz-Wechsel		
" " Lombard.		
Geldsorten.		
Preuß. Friedrichsd'or	9.59	9.58
20 Francs Stücke	9.30 1/2	9.29 1/2
Preuß. Cassen-Scheine	105 1/8	104 7/8
Oest. Banknoten	96 1/4	96

Gegenüber den Mittheilungen verschiedener Organe der Oeffentlichkeit glauben wir es dem Interesse unserer Aktionäre entsprechend, noch vor dem Zusammentritt der General-Versammlung den Stand unserer Bank am 31. März l. J. hiemit zu publiciren.

Bilanz der Bayerischen Handelsbank

vom 1. Januar 1870 bis 31. März 1870.

Aktiva.

		fl.	kr.
1.	Wechsel in Portefeuille	106,149.	36
2.	Belehnte Effecten	346,395.	—
3.	Effecten im Eigenthum	83,037.	26
4.	Debitoren im Conto-Corrent	479,394.	55
5.	Betheiligung bei auswärtigen Consortialgeschäften	94,112.	30
6.	Baarbestand	25,240.	28
		fl. 1,084,329.	55 kr.

Passiva.

		fl.	kr.
1.	Aktienkapital (2,000,000 Nominal 40% Einzahlung)	800,000.	—
2.	Creditoren im Conto-Corrent	119,534.	59
3.	Tratten-Conto	144,776.	59
4.	Nicht behobene Aktien-Zinsen	1,365.	8
5.	Bilanz-Conto	18,652.	49
		fl. 1,084,329.	55 kr.

München, den 6. April 1870.

1120.

Die Direktion der Bayerischen Handelsbank.

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer. — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr:
[M]an abonnirt bei allen königlichen Post-
[ä]mtern, in München bei der Expedition
[R]esidenzstraße 23/0; der Abonnements-
[p]reis beträgt jährlich vier, per Quartal
Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr
für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum
für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr.,
Inserate von auswärts nehmen außer der
Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse
in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler
in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

[M]ünchen, Samstag, den 9. April 1870. Nr. 98.

Politische Tagesübersicht.

Wien, 7. April. Allen verläßlichen Nachrichten zufolge hat
s jetzt die Neubildung des Ministeriums Potocki noch keine irgendwie
nnenswerthen Fortschritte gemacht. Man nennt wohl ein Dutzend
amen von verschiedenem Werthe, Namen von Persönlichkeiten, mit
nen Graf Potocki angeblich bereits eine Verhandlung eröffnet, aber
st an jeden heftet sich der Zusatz, entweder, eine Verständigung sei
ch nicht erzielt, oder eine unbedingte Ablehnung sei erfolgt. Ganz
türlich, denn es erweist sich, daß Graf Potocki den Versuch, ein
linisterium zu bilden, eben unternimmt, ohne schon ein Programm zu
iben, während denn doch jeder halbwegs ernste Politiker die Einlad-
g, in dieses Ministerium zu treten, vor Allem mit dem Verlangen
n Auskunft darüber beantworten wird, für welche Politik denn er
gagirt werde. Charakteristisch ist, daß zunächst aus dem alten Mi-
sterium nur die Namen untergeordneten Ranges als solche genannt
rden, die eventuell sich auch in dem Ministerium Potocki finden sollen.
n Individualitäten von stark politischem Gepräge wird nur die ein-
e des Abgeordneten Rechbauer als Gegenstand der Bewerbung des
rafen Potocki bezeichnet. Die Motive, diesen Abgeordneten für das
binet zu gewinnen, mögen sehr ehrenwerth sein, und dem Phrasen-
beralismus mag es sehr wohl thun, sich an der Combination Potocki-
chbauer zu ergötzen. Allein es ist denn doch wohl kaum möglich,
eine ernste, haltbare Vorstellung von dem politischen Inhalte dieser
mbination zu machen. Das allgemeine Programm: Ausgleich, ist,
e Jedermann weiß, noch keines, sondern drückt nur eine instinctive
igung aus, und der andere Theil des angeblich Potocki-Rechbauer-
en Programmes, die Wahlreform durch Umgestaltung des Herrenhauses
eine Länderkammer und Herstellung des Abgeordnetenhauses durch
bedingt directe Wahlen, mag zwar als eine sehr gewichtige Reform-
ee gelten, trifft denn doch aber nicht den Kern des staatsrechtlichen
nfliktes, unter welchem zur Stunde Oesterreich leidet. Soll der er-
ebte Ausgleich mit dieser Wahlreform im Zusammenhange stehen,
e sich doch nicht anders voraussetzen läßt, so müßten wir annehmen,
Graf Potocki meint, von den Landtagen die Genehmigung zu
ser Wahlreform zu erhalten und diese dann durch den Reichsrath
ificiren lassen zu können. Das heißt aber wohl den czechischen als
h den polnischen Bestrebungen, von anderen Fractionen gar nicht
reden, eine durchaus falsche Deutung geben, wenn man ihnen zu-
thet, daß Czechen und Polen selber zu Gunsten eines einheitlichen
rlamentes auf ihr landtägliches Delegationsrecht verzichten werden,
st wenn sie dafür irgend welche provinzielle Zugeständnisse eintauschen
nten. Von den Czechen ist dies klar durch ihre Declaration, von
Polen durch ihre Resolution; von den Letzteren noch schlagender
ch die Motive ihrer Austrittserklärung, unter denen der Hinweis
das drohende Nothwahlgesetz gar nicht mißzuverstehen ist. Uns
daher schlechterdings nicht möglich, uns auch nur eine entfernte
stellung von dem zu machen, was denn die Potocki'sche Politik will
soll, und wenn die Phrase, man werde auf dem verfassungsmäßi-
Wege beharren, nicht eine Heuchelei im Style jener Versicherungen
ist, mit denen Graf Belcredi sein Amt antrat, um wenige Wochen
später ein Sistirungs-Patent zu publiciren, so ist das Ministerium
Potocki schon heute, auch wenn es sich mit Rechbauer decorirt, eine
Fehlgeburt. Der einzige Gewinn, den Oesterreich aus dem Ministerium
Potocki haben könnte, wäre, wenn durch dieses noch einmal vor der
Welt constatirt würde, daß mit jenen Parteien ein Ausgleich parla-
mentarischen Charakters, der noch den Zusammenhalt der österreichischen
Provinzen gestattet, außer dem Bereiche der Möglichkeit liegt.

— In Abgeordnetenkreisen verlautet heute Mittags, Banhans
habe Potockis Einladung zur Beibehaltung des Ackerbauministeriums
bestimmt abgelehnt. Sektions-Chef Depretis solle Handelsminister wer-
den. Rechbauer schwanke noch in seinem Entschlusse, in das Ministerium
zu treten.

Der Augsb. Allg. Ztg. telegraphirt man aus **Wien**, 7. April:
An den günstig verlaufenden Verhandlungen Potoki's und Rechbauers
über die Wahlreform und das Programm für die politische Action
nimmt heute auch Kaiserfeld Theil. Die Angabe, daß die deutsche Partei
sich zur pflichtmäßigen Annahme von Portefeuilles geeinigt habe, ist
völlig unbegründet.

— Ein Wiener Brief im Pester Lloyd erzählt, der neue Mi-
nisterpräsident habe sich zu dem Gewährsmanne des Correspondenten
wie folgt ausgesprochen: „Er strebe zunächst einen Ausgleich mit den
Nationalitäten an, doch in einer Weise, durch welche die Deutschen
nicht im Mindesten zurückgesetzt werden, und auf einem Wege, der sich
nicht um eines Haares Breite von der Verfassungsmäßigkeit entfernt.
Ferne sei es von ihm, einen Schritt zu unternehmen, der irgendwie
gegen die Verfassung verstoße. Ueber die Auflösung des Reichsrathes
und der Landtage sei er mit sich noch nicht im Klaren; doch glaube
er, daß dieser Schritt nothwendig sein werde. An die Berufung Keller-
berg's und Lasser's habe er nicht einen Augenblick gedacht; sein Plan
sei darauf gerichtet, die Deutschen der äußersten Linken an sich heran-
zuziehen, und er werde noch heute Dr. Rechbauer besuchen, um ihn
einzuladen, ein Portefeuille anzunehmen. Er beklage es sehr, daß
Brestel seine Aufforderung abgelehnt habe, doch werde er sich Mühe
geben, Stremayr und Banhans zu acquiriren.

Prag, 6. April. Placate, welche Nachts aufgefunden wurden,
enthielten die Aufforderung zu einem Dankgottesdienste bei der Wenzels-
statue aus Anlaß der Entlassung des Bürgerministeriums.

Prag, 7. April. Czechische Blätter melden: Der Kaiser sprach
Potocki gegenüber den Wunsch aus, sich in Böhmen krönen zu lassen;
dagegen erklärte er sich gegen den Föderalismus. — Brauner wird
als künftiger Minister genannt; dagegen erhält die Bohemia einen
offiziösen Brief, in welchem erklärt wird, bisher denke Niemand an
die Czechen. — Aus Aussig und Leitmeritz sind Beitrittserklärungen
zur Resolution des hiesigen politischen Vereines eingetroffen. — Die
Gründung eines theologischen Vereines von czechischen Studirenden der
Theologie wurde vom Decan verboten. — Nach hier eingetroffenen ver-
läßigen Privatmittheilungen wird kein Mitglied des Bürgerministeriums
in das Cabinet Potocki eintreten.

Pest, 6. April. Das Pester Journal enthält über das Pro-

gramm Potocki's folgende Mittheilung: Dieses Programm werde bei vollständiger Wahrung des jetzigen Verfassungsbaues die aufgetauchten Differenzen verfassungsmäßig zu planiren suchen. Um keine Störung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten hervorzurufen, werde der jetzige Reichsrath, dessen Completirung man auf normalem Wege zu erringen hofft, zur Vornahme der Delegationswahlen berufen. Zunächst beabsichtige Potocki, mit der Partei Rechbauer, den Autonomisten, bezüglich der Wahlreformfrage ins Reine zu kommen, wodurch man ohne Conflikt mit den liberalen Deutschen die Nationalitäten zu gewinnen hoft. Die Regierung beabsichtige, alle „diesem Programme nicht widerstrebenden lebensfähigen Elemente“ des früheren Cabinets zu gewinnen. — Bezüglich der Personal-Combinationen im ungarischen Ministerium sagt Naplo: eine Entscheidung sei hierüber noch nicht getroffen, Alles sei noch im Stadium der Berathung. Korizmics mache seinen Eintritt in das Cabinet von der Creirung eines besonderen Ackerbauministeriums abhängig, für welchen Fall Handel, Gewerbe und Communication in Gorove's Händen vereinigt würden.

Pest, 6. April. In der Sitzung des Unterhauses interpellirt Berzenczey das Gesammtministerium, warum nicht bei den Consulaten auch die ungarischen Gesetze maßgebend sind. Das Budgetgesetz wurde in dritter Lesung angenommen. Das Gesetz über die Anleihe zur Verschönerung der Hauptstadt wurde vom ganzen Hause, mit Ausnahme der äußersten Linken, als Grundlage zur Spezialdebatte angenommen. Das Unterhaus schließt seine Sitzungen Montag den 11. April. Di: Wiederaufnahme derselben erfolgt am 26. April.

Pest, 7. April. Eötvös wird nächstens den Gesetzentwurf über die polytechnische Hochschule und die Mittelschulen vorlegen. Das Polytechnikum erhält 5 Abtheilungen. Rektor und Decane werden ebenso wie bei den Universitäten gewählt.

Lemberg, 6. April. Die Gazeta Narodowa warnt den Grafen Alfred Potocki vor der Aufnahme Rechbauers in die Ministerliste.

Berlin, 6. April. Der Reichstag verhandelte heute zuerst über Petitionsberichte. Es wurde eine Petition für Organisation der öffentlichen Gesundheitspflege eines medicinal-statistischen Bureaus durch den Bund nach fast dreistündiger Debatte dem Bundeskanzler zur Veranlassung gesetzlicher Regelung überwiesen; von einer Petition auf 1) Herabsetzung der Bedingungen zum einjährigen freiwilligen Dienst und 2) Einführung einer zweijährigen Dienstzeit wurde der erste Punkt an den Bundeskanzler überwiesen, der zweite durch Tagesordnung beseitigt. Schließlich wurde eine Petition von Cigarrenmachern wegen der Zuchthausarbeiten theilweise zur Berücksichtigung überwiesen. Für morgen ist wieder das Strafgesetzbuch auf die Tagesordnung gestellt worden.

Berlin, 7. April. Reichstag. Der Additional-Postvertrag mit Schweden wird in dritter Lesung ohne Debatte angenommen. Die Berathung des Strafgesetzbuches wird fortgesetzt. Abschnitt 23, Urkundenfälschung, sowie die folgenden Bestimmungen werden meist mit den Amendements Lasker's angenommen.

— Für die vom norddeutschen Reichstage beschlossene Aufhebung der Todesstrafe haben sich, wie die „Tribüne“ von glaubwürdigster Seite erfährt, der Großherzog von Weimar und der Großherzog von Oldenburg persönlich sehr lebhaft interessirt. Beide Fürsten sollen auch bemüht gewesen sein, auf die Entschließung des Königs in dieser Beziehung einzuwirken.

— Die Weser-Zeitung bringt eine Mittheilung, daß in Stuttgart bei der letzten Ministerkrise eine Berliner Note entscheidend gewirkt habe, welche erkläre, man lege preußischerseits die Allianzverträge so aus, daß sie unter Umständen die Regierungen zu gegenseitigem Schutz nicht blos gegen den auswärtigen Feind, sondern auch gegen innere Feinde (?) verpflichten. Man würde es aber in hohem Grade bedauern, wenn man genöthigt wäre, von einer solchen Auslegung Gebrauch zu machen, und man hofft, daß es der Regierung gelingen möge, sich in irgend einer Weise mit den Forderungen der Kammer auseinanderzusetzen.

Paris, 6. April. Das gestrige Votum des gesetzgebenden Körpers hat einen ausgezeichneten Eindruck hervorgebracht. Die zur Berathung des Senatskonsultes eingesetzte Senats-Commission setzt ihre Arbeit eifrigst fort; sie wird auch einen Entwurf der Fragen formuliren, welche dem Plebiscite unterzogen werden. In maßgebenden Kreisen glaubt man, daß der Senat das Senats-Consult mit Acclamation votiren wird. Man versichert, daß Devienne zur Berichterstattung der Senatskommission gewählt wurde. Das Plebiscit wird sofort nach dem Votum des Senats erfolgen.

Paris, 6. April. Tassius, der bei Rothschild die Defraudation verübt hat, überlieferte sich selbst der Polizeibehörde. Ein preußischer Doctor wurde als sein Complice mitverhaftet. — Ulric de Fonvielle wurde gestern seiner Haft entlassen. Es wurden ihm bei dieser Gelegenheit Ovationen bereitet. Unmittelbar hierauf reiste Fonvielle nach Lyon ab, um sich den Wählern als Candidat vorzustellen. — Die Liberté meldet: Der Minister Buffet, Gegner des Plebiscits-Beschlusses, gab gestern seine Entlassung, zog dieselbe aber heute zurück. — Die Patrie meldet: Der Text des Plebiscites wird nach Zustimmung des Senates dem gesetzgebenden Körper vorgelegt werden.

Creuzot, 6. April. Die Ruhe hält an. Einige Arbeiter haben sich trotz Einschüchterungen in die Schächte begeben, um die Arbeit wieder aufzunehmen.

Brüssel, 6. April. Dem Etoile belge zufolge richtet die holländische Regierung Vorstellungen an Belgien bezüglich der beabsichtigten Erhöhung des Einfuhrzolles für Alkohol, was dem Handelsvertrage zuwiderlaufe. Belgien erklärt, der Handelsvertrag könne die Erhöhung der Einfuhrzölle nicht untersagen.

Brüssel, 7. April. Das Echo du Luxembourg zeigt an, daß Prinz Bonaparte, der bis jetzt Paris noch nicht verlassen habe, in allernächster Zeit auf seinem Schlosse Epioux in den Ardennen erwartet werde.

Rom. Die Unità Cattolica erfährt, daß am nächsten Montag, dem Tage des heiligen Leo, das Konzil seine dritte feierliche und öffentliche Sitzung abhalten wird. Es sollen in derselben die ersten Dekrete und Bannflüche als fortan zu Recht bestehend promulgirt werden. Das Fest des heiligen Leo, fügt das Jesuitenblatt hinzu, wird zwei Dinge in Erinnerung bringen: Erstens, wie alt der Glaube an die Unfehlbarkeit des Papstes ist, indem ein Concil von dem heiligen Leo, dem Papste Leo dem Ersten, sagte: „Petrus per Leonem locutus est (Petrus hat hat durch den Mund Leo's gesprochen)“, und zweitens, wie gesetzmäßig und den Traditionen conform die für das gegenwärtige Concil vorgeschriebene Geschäftsordnung sei. Dieselbe Nummer des ultra-papistischen Organs greift das italienische Ministerium heftig an, weil selbes das in Rom auf den Index gesetzte Buch von Janus unter die Geistlichen hat vertheilen lassen. „Also nicht blos die Kirchengüter nimmt man unseren Geirlichen“, ruft die Unità, „auch den Glauben will man ihnen aus dem Herzen reißen!“

Madrid, 5. April, Abends. Aus Barcelona ist keine neuere Nachricht eingelangt, da der Telegraph unterbrochen ist. Man weiß nur, daß in Garcia und in dem Weichbilde von Barcelona Barricaden errichtet wurden.

Bukarest, 6. April. Der Senat hat das Gesetz betreffs Erhöhung der Grundsteuern abgelehnt. Gerüchtweise verlautet, daß ein Ministerwechsel bevorstehe.

Konstantinopel, 28. März. Egypten hat endlich das Pater peccavi offiziell ausgesprochen. Der Vizekönig zeigte amtlich an, daß er bis zum 1. Mai nur 17,500 Mann Truppen aller Gattungen unter den Fahnen haben wird. Zugleich bat er die Pforte ihm zu erlauben, Unterhandlungen mit den Großmächten betreffs Abänderung der Kapitulationsverträge zu eröffnen. Das ist der Zweck der Hieherreise Nubar Paschas. Der Großvezir hat die Erlaubniß dazu ertheilt, und mit derselben begibt sich Nubar nach Wien, London, Paris, Florenz und Petersburg. Der egyptische Minister dürfte nur in Wien auf Schwierigkeiten stoßen, da die andern Kabinete im Grundsatz Egypten dieses Zugeständniß bereits gemacht haben.

Eine merkwürdige Nachricht kommt heute aus **Warschau.** In dortigen clericalen Kreisen soll man sich erzählen, daß der Papst allen Ernstes mit der Absicht umgehe, die katholische Kirche in Polen

und Littauen in Missionszustand zu erklären, d. h. in derselben Weise zu behandeln, wie die unter dem Drucke schwerer Verfolgung lebenden katholischen Kirchen in China und Japan, die von außerordentlichen Missionären verwaltet werden. Die Diöcesen würden dann consequenterweise auch als in partibus infidelium gelegen betrachtet werden. Von den neuerdings wieder aufgenommenen Unterhandlungen zwischen der russischen Regierung und dem päpstlichen Stuhle erwartet man, wie der Ostsee-Zeitung geschrieben wird, in Warschau nicht den mindesten Erfolg.

Rußland. Der Kaiser tritt seine Reise nach Deutschland (Ems und Darmstadt) in den ersten Tagen des Mai an.

Kairo, 6. April. Das contrahirte Anlehen wurde von Seite der Administration der Privatgüter des Vicekönigs abgeschlossen, welche von der Regierung vollkommen unabhängig ist. Das Anlehen ist zum Ankaufe von Maschinen zur Zucker-Raffinerie, zum Baue von Eisenbahnen auf den Besitzungen des Vicekönigs und endlich zur Hebung der Rohrzucker-Cultur bestimmt. Das Gerücht, daß die Pforte gegen die Emission der Anleihe vor der Sanctionirung derselben protestirt habe, wird dementirt.

Newyork, 6. April. Die Revolution in Venezuela ist im Wachsen begriffen. Die Insurgenten rücken unter Blanco auf Caracas vor.

Toronto, 5. April. Die Regierung von Canada erhielt Kenntniß von einem beabsichtigten Einfalle der Fenier.

Bayerische Angelegenheiten.

— Se. Maj. der König hat dem Stadtkämmerer Joh. Leonh. Werthammer zu Ansbach und dem Schullehrer Gg. Führbeck zu Neuhaus, Bez.-Amts Eschenbach in Rücksicht auf ihre seit 50 Jahren treu und eifrig geleisteten Dienste die Ehrenmünze des k. b. Ludwigsordens verliehen; ferner dem Dr. J. A. Amann, Privatdozenten an der k. Ludwigs-Maximilians-Universität und Vorstand der k. gynäkologischen Klinik und Poliklinik dahier, die Bewilligung zur Annahme und zum Tragen des ihm von Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich verliehenen Ritterkreuzes des Franz-Joseph-Ordens ertheilt.

(Dienstesnachrichten.) Durch Verfügung der k. General-Zoll-Adm. wurde der Hauptzollamts-Assist. Ludwig Schauer von Freilassing nach Furth a./W. und der Hauptzollamts-Assist. Mathias Hösl von Simbach nach Freilassing versetzt, und der Zollpraktikant Hugo Jakobi von München zum Assist. des Hauptzollamtes Simbach berufen.

— Die Werder-Gewehre, welche die zu einem Uebungs- und Schießkurse hieher kommandirten Offiziere und Unteroffiziere der Jägerbataillone im Gebrauche haben, unterscheiden sich in mehrfachen Beziehungen von den im vorigen Jahre benützten; die hiebei gemachten Erfahrungen gaben die Veranlassung zu verschiedenen Verbesserungen; die vorgenommenen Aenderungen treffen aber nur einzelne Theile der Waffe, ohne das System im Geringsten zu alteriren. Das äußere Ansehen des Gewehres hat dadurch sehr gewonnen, daß der Lauf nicht mehr blank, sondern schwarz gebeizt ist, wodurch das Blinken vermieden wird; die äußeren Schloßtheile sind grau eingesetzt, die inneren blank polirt, damit weniger Reibung erzeugt wird und allenfallsige Brüche sich leichter erkennen lassen; der Mechanismus selbst ist wesentlich dadurch verbessert, daß der Zündstift jetzt gerade ist und in horizontaler Bewegung auf die Zündmasse wirkt, wodurch weniger Friktion und eine größere Durchschlagkraft erreicht wird, auch konnte der Zündstift stärker gemacht werden, wodurch das frühere häufige Brechen beseitigt wird; da die Funktion des Stiftes jetzt eine ganz sichere ist, wurde die Durchlochung des Gewölbes am linken Schloßbleche überflüssig, und fiel eine weitere Feder mit Schraube weg. Der Auswerfer (eine Vorrichtung, welche nach abgefeuertem Schusse die Metallhülse aus dem Patronenlager selbstthätig entfernt) erhielt ebenfalls eine günstigere Form, in Folge deren ein Brechen nunmehr fast unmöglich gemacht ist. Die größte Entfernung, auf welche mit Visireinrichtung geschossen werden kann, ist 1200 Schritte; im Felde soll jedoch in der Regel nicht über 800 Schritte gefeuert werden, da sonst zu viel Munition unnützer Weise verknallt würde; das Gewehr zeigt eine vorzügliche Treffsähigkeit und ergibt auf den Distanzen von 300—600 Schritte immer noch 70—60 pCt. Treffer, eine für einen Hinterlader ausgezeichnete Leistung.

v. Am 12. April d. J. wird die neu erbaute Eisenbahnstrecke zwischen Ingolstadt und Treuchtlingen dem Verkehr übergeben. Der Dienst ist vorerst für den Lokalverkehr eingerichtet. Mit dem Sommerfahrplane wird aber wohl auch der durchgehende Verkehr von München nach Frankfurt und Hof auf dieser Route sich bewegen, mittelst welcher die bisherige Entfernung zwischen München und Gunzenhausen um 3, zwischen München und Nürnberg aber um 9 Stunden abgekürzt wird. Die Stationen der neuen Strecke heißen: Gaimersheim, Adelschlag, Eichstätt, Dollnstein, Solnhofen, Pappenheim, Treuchtlingen.

xx **München,** 7. April. (XXVIII. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Forts. Nach dem Referenten ergriff Abg. Dr. Frankenburger als Antragsteller das Wort, um den Standpunkt, von dem aus der Antrag gestellt, und einige Gesichtspunkte desselben bei der hohen Wichtigkeit des Gegenstandes näher zu beleuchten. Wie der Antrag gestellt sei, bezwecke er die volle und wirkliche Freiheit der Presse. Diese sei einer der wichtigsten Gegenstände im Leben eines Staates, denn sie sei das erste und beste Mittel zur Bildung des Volkes, zur Erwerbung und Erhaltung der Freiheit, sie bilde das einzige Mittel zur Lösung aller politischen und socialen Fragen. Es gehe mit ihr aber ganz ähnlich, wie mit der Gewissensfreiheit. Letztere werde von den Grundgesetzen fast aller Staaten proklamirt, während ihr aber sofort wieder von der Gesetzgebung Fesseln angelegt würden. Auch die bayerische Verfassung proclamire die Gewissensfreiheit und . . . . — doch er wolle nicht weiter auf die Verkümmerung derselben für die Angehörigen der nicht anerkannten Religionsgesellschaften eingehen und nur erwähnen, daß sie ohne Gewissenszwang keine Ehe eingehen könnten. Ebenso sei in die Bundesakte vom Jahre 1818 die Bestimmung aufgenommen worden, daß die Presse frei sein solle; was sei aber gefolgt? — die Karlsbader Beschlüsse des Jahres 1819, welche die Censur im weitesten Maße einführten, indem sie alle politischen Schriften unter 20 Bogen Stärke vor dem Drucke der obrigkeitlichen Genehmigung unterstellten, und welche, so illiberal sie seitens des deutschen Bundestages gegeben waren, von den meisten deutschen Regierungen doch noch viel strenger durchgeführt wurden. Der Bundestag habe einzelne deutsche Schriftsteller und Buchhändler jener Zeit völlig geächtet; — hätte, ruft Redner aus, der Bundestag eben so viel Ernst auf die Entwicklung der Volkswohlfahrt und der Geister verwendet, so hätte er damit jedenfalls mehr Dank verdient, und wir hätten vielleicht jetzt eine freie Nation! So sei es getrieben worden, bis im Jahre 1848 den Bundestag eine Todesahnung überkommen sei; da habe er sich aufgerafft und am 3. März die Preßfreiheit eingeführt, sei aber bald von der Nationalversammlung abgelöst worden, welche in § 13 der Grundrechte nicht nur die Preßfreiheit statuirt, sondern auch den Wegfall aller Präventivmaßregeln dekretirt habe. Leider seien diese Bestimmungen nicht zur Ausführung gekommen; es sei die Reaction und mit ihr wieder der Bundestag gekommen, der 1854 bezüglich der Preßfreiheit das alte Geleise eingeschlagen habe. Die Preßgesetzgebung des Bundestages — wäre das Preßedikt von 1818 liberal vollzogen worden, so würde es nicht schlecht gewesen sein — sei aber nicht dieselbe wie unsere bayerische; während in ersterer die Censur bis zur Auflösung des Bundestages fortbestanden habe, sei in Bayern die Censur auf die Zeitungen beschränkt, aber so streng und terroristisch geübt worden, daß ein Schrei des Schmerzes hierüber auch in diesem Saale ertönte und so 1847 der Beschluß durchgesetzt wurde, daß § 2 jenes Ediktes so ausgelegt wurde, daß wenigstens die innern Landesangelegenheiten ohne Censur besprochen werden durften. Dann kam das Jahr 1848 und mit ihm das Preßedikt vom 4. Juni, welches, obwohl als höchst liberal anerkannt, doch auch den Keim zur Erstickung der Preßfreiheit, durch seine Artikel über die polizeiliche Beschlagnahme, in sich trägt, und dessen Revision von ihm und seinen Freunden jetzt verlangt werde, denn jener Keim sei nicht erstickt worden, sondern vielmehr emporgewachsen, und die Aufgabe seiner und seiner Freunde

sei es, denselben zu ersticken; dann hätten sie sicher Wesentliches zur wahren Freiheit der Presse beigetragen. Da man vom 4. Juni 1848 bis zum 17. März 1850 ganz ohne Gesetz zum Schutz gegen den Mißbrauch der Presse gewesen sei, so entstehe die Frage, ob denn ein solches überhaupt als nöthig erscheine? Seiner Ansicht nach sei ein solches Gesetz nicht ganz entbehrlich und gewissermaßen berechtigt, aber nur unter der auch schon vom Referenten gemachten Voraussetzung, daß dessen Bestimmungen nur auf dem allgemeinen großen Grundsatze der Preßfreiheit aufgebaut seien, so daß im Gesetze zum Schutz gegen den Mißbrauch der Presse nur solche Bestimmungen enthalten sein sollen, welche die öffentliche Ordnung und Sicherheit schützen, ohne die Preßfreiheit zu beeinträchtigen, so daß jede Bestimmung, wie sehr sie auch die öffentliche Ordnung und Sicherheit schützen mag, unbedingt fallen müsse, wenn sie die Preßfreiheit irgend wie zu beeinträchtigen geeignet sei. Seine Behauptung, daß ein solches Gesetz nöthig sei, wolle er aus Thatsachen und Rechtsgründen nachweisen. Der Zustand der Presse zwischen 1848 und 1850, in welcher Zeit ein solches Gesetz nicht bestanden habe, sei keineswegs ein erwünschter gewesen; die Neuheit der Preßfreiheit habe eben nothwendig Mißstände im Gefolge führen müssen, welche später Beseitigung forderten und hiemit sei auch das Verlangen nach einem Preßgesetze im Jahre 1850 in beiden Kammern begründet worden. Auch Länder mit der freisinnigsten Gesetzgebung, wie die Schweiz und selbst England, haben solche preßpolizeiliche Bestimmungen getroffen, um die Entdeckung von Delinquenten durch die Presse zu erleichtern und möglich zu machen, und so lange überhaupt Delikte durch die Presse begangen werden könnten, habe der Staat auch die Pflicht, dieselben zu ermitteln, wozu preßpolizeiliche Bestimmungen unentbehrlich seien. Hiemit wolle er keineswegs gesagt haben, daß er für das Preßgesetz von 1850 schwärme, und es als den richtigen Standpunkt einnehmend und auf den geeigneten Grundsätzen aufgebaut ansehe; im Gegentheil gebe es hierüber nur Eine Ansicht, daß es den Erwartungen, welche das Preßedikt von 1848 erweckt habe, nicht entspreche. Dasselbe sei eben ein Kind seiner Zeit und nicht bloß angehaucht, sondern befleckt von den Spuren der damals wieder hereingebrochenen Reaction, und gerade den Grundsätzen der Preßfreiheit entgegenstehend. Gerade deßhalb habe er seinen Antrag auf Revision desselben gestellt. Antragsteller geht nun auf die einzelnen in den Motiven des Antrages angeführten Uebelstände in langer Ausführung detaillirt ein und weist dieselben als vollkommen begründet nach; wir müssen uns des mangelnden Raumes wegen leider versagen, auf diese, wenn auch schon bekannten, doch immer sehr interessanten Details näher einzugehen.

Der k. Staatsminister v. Lutz erklärt, es liege nicht die geringste Andeutung vor, daß die Staatsregierung die Preßfreiheit nicht als ein nothwendiges Ding betrachte. Er nehme keinen Anstand, auszusprechen, daß sie für ein gesundes öffentliches Leben so nothwendig sei, wie die Luft zum Athmen. Aber es sei gegenwärtig bezüglich der Preßfreiheit kein Mangel fühlbar. Wenn man anführe, daß nach der öffentlichen Meinung der Preßfreiheit Etwas fehle, so stehe der öffentlichen Meinung, die von solchem Mangel spreche, ein Theil des Volkes gegenüber, der glaube, das Maß der Preßfreiheit sei genügend, ja eher zu groß. Man könne getrost aussprechen, daß in Bayern Preßfreiheit bestehe, und daß ein drückendes Bedürfniß in dieser Richtung zu motiviren, kaum möglich sein werde. Was die Beschlagnahmen anlange, so wisse er, daß dieselben allerdings im Lande und zwar mit Recht unbeliebt seien; aber der Mangel liege nicht im Institut, sondern an den Vollzugsorganen. Eine Beschlagnahme sei nur dann zulässig, wenn die Behörde in loyaler Weise die Ueberzeugung hat, daß ein strafbares Reat vorliege. Allerdings sei auch eine Anwendung der Beschlagnahmen in illoyaler Weise möglich, wenn man ein Blatt ohne Vorliegen eines strafbaren Reates zu wiederholten Malen confiszire, um dem Redakteur das Leben sauer zu machen und dem Blatte die Lebensadern zu unterbinden. Der Ansicht des Abg. Dr. Frankenburger, daß die Beschlagnahme ein Rest der Censur sei, könne er nicht beipflichten. Die Censur habe nicht bloß Preßerzeugnisse gestrichen, welche gegen die Strafgesetze verstießen, sondern auch Dinge, welche eines ungeeigneten und unbequemen Inhaltes waren. Werde eine Anzahl von Preßerzeugnissen mit Beschlag belegt, ohne daß eine Verurtheilung erfolge, so sei man gerne geneigt, anzunehmen, daß die Confiskation eine ungerechtfertigte gewesen. Dagegen sei es aber Thatsache, daß oft in Dingen Freisprechung erfolge, von welchen loyale und rechtskundige Leute es kaum gedacht hätten. Seien Mißgriffe gemacht worden, so liege das darin, daß man sich in die neuen Gesetze noch nicht hineingelebt hätte, mancher Beamte, der bis zu einer gewissen Zeit die Censur geführt, hätte sich mit der Preßfreiheit und ihren Erzeugnissen nicht recht befreunden können. Gegen die mißbräuchliche Anwendung der Beschlagnahme biete übrigens die Zeit eine Bürgschaft. Mit den Aeußerungen Dr. Frankenburger's bezüglich der Berichtigungen sei er einverstanden; auch er wolle nicht die Gerichte damit belastet wissen. Der Antragsteller wolle, daß Confiskationen nur da zulässig seien, worin Angeklagter zur Strafe gezogen werde. Allein Freisprechungen erfolgten oft aus subjektiven Gründen. Daß nun ein Preßerzeugniß, welches das Gericht einmal für schädlich erkannt, um nichts weniger schädlich wirke, wenn das Gericht einen subjektiven Grund habe, weßhalb dem Angeklagten das Unrecht nicht angerechnet und Strafe diktirt werden könne, werde man allerseits zugeben. Man denke nur an obscöne Bilder. Es sei gleich, ob der Autor verurtheilt worden oder nicht, die schädlichen Wirkungen dauerten fort.

Dr. Ruland sagt, ein freieres Preßgesetz könne man nicht mehr machen, als das vom Jahre 1848. In Bayern dürfe Alles gedruckt werden, auch das Schlimmste. Er stehe in Bezug auf die Presse auf einem uralten Standpunkte, auf dem Bischof Franz Ludwig stand, welcher sagte: er achte die Publicität hoch; von ihrer guten Seite betrachtet, sei sie ein treffliches Mittel wider den Despotismus, Unsinn und Aberglauben. Er sei auch in Bezug auf die Presse ein Anhänger des alten christlichen Staates; dessen Anschauung halte er fest und könne sich nicht davon trennen, weil er von deren Trefflichkeit überzeugt sei. Diese Anschauung bestehe darin, daß es auch Dinge gebe, die nicht obscön seien, aber ebenso verwerflich, ja noch viel unheilvoller, deßhalb habe die Gesetzgebung auch eine schärfere Strafe auf Angriffe gegen die Religion und deren Diener gesetzt, als auf obscöne Bilder. Ein obscönes Product verderbe das Gemüth des Kindes bei Weitem nicht so, wie ein Spottgedicht auf den Stifter der Religion. Man habe den Verkauf der Gifte verboten; warum nicht auch den Verkauf des moralischen Giftes, das den Geist tödte. Wenn man immer wieder neue Gesetze macht, so werde die Gesetzgebung ein Flickwerk; deßhalb stimme er gegen den Antrag Dr. Frankenburgers. Abg. Dr. Westermaier findet, daß schon die Verfertigung eines Preßgesetzes mit der Quadratur des Zirkels zu vergleichen, der Vollzug eines solchen Gesetzes aber mit noch größeren Schwierigkeiten verbunden sei. Möge das Gesetz im Moment der Abfassung mit größter Begeisterung begrüßt werden, später werde es immer angefochten werden. Habe man nicht von einem Stande gehört, der in finsteren Löchern erzogen und gedrillt, zum Sklavendienste erzogen werde und schon deßwegen aus den Schulen verbannt werden müsse, weil dieser Stand nur dazu da sei, der allgemeinen Bildung und jeglichem Fortschritte in den Weg zu treten, um das Volk eigentlich zu verdummen; daß dieser merkwürdige Stand falsche Wechsel auf das Jenseits ausstelle, und dadurch die Leute um die schöne Erde betrüge? Wo sei denn dieser Stand? In den Zuchthäusern und Frohnvesten? Nein, das seien noch Goldjungen dagegen. Dieser Stand sei sonderbarer Weise in jedem Preßgesetze geschützt. Wohin dieser Stand den Fuß setze, wachse kein Gras mehr, das wäre ein Unglück, weil dann jene Leute verhungern müßten, die das schrieben und glaubten. Dieser Stand habe in der bayrischen Gesetzgebung einen Schutz, aber dieser werde nicht verwirklicht. Wenn er (Redner) die Dinge lese, wie sie in der Presse vorkommen, so denke er sich: gegen eine solche Masse von Intelligenz kämpfen die Götter selbst vergebens. (Heiterkeit) Der Klerus wolle kein Privilegium, sondern nur den ehrlichen Taglöhnern und Holzhauern noch an die Seite gestellt werden. Was den Grund des Hasses anlange, theile der katholische Klerus das Schicksal mit dem protestantischen, — man verfolge ihn als Prediger des positiven Christenthums. Daher der Haß, der

Verdammung, daher sei der Klerus dem allgemeinen Fortschritte im Wege. Ein katholischer oder protestantischer Geistlicher könne nie Beifall erhallten, außer er predige von Liebe und dem Gott der Liebe; von Dogmen dürfe er nicht predigen. Das System der Gegner bestehe in zwei Sätzen: „Es gibt keinen persönlichen Gott, und es gibt keine Unsterblichkeit der Seele.“ Die Gewissensfreiheit der Gottesläugner achte man; die der Gläubigen trete man mit Füßen. Das vorige System habe leicht helfen können aber nicht wollen. Was Katholiken und Protestanten gemeinschaftlich sei, werde in der christusfeindlichen Presse fortwährend angegriffen; die gläubigen Protestanten gälten als „Mucker“, die Katholiken als „Ultramontane“. Dem Ordinariate, das sich wegen der fortwährenden Verfolgungen beim Ministerium beklagte, sei geantwortet worden: Es solle seinen Einfluß dazu aufbieten, um die klerikalen Blätter zu einer maßvolleren Sprache zu veranlassen; dann würde die Gegenpartei von selbst gemäßigter werden. Sollte es in dieser Weise fortgehen? Die Presse sei frei gewesen, der Klerus vogelfrei. Wenn die Staatsregierung den Wunsch habe, daß das Land erhalten bleibe, so müsse sie trotz aller Mißbräuche des Klerus denselben doch schätzen; denn mit dem Altare stürze auch der Thron zusammen. Er stelle an den Staatsminister des Innern die Frage, ob er geneigt sei in Zukunft eine strammere Haltung der Preßpolizei einzuführen, als es bisher der Fall war? Unter dem vorigen Systeme habe man alle Gesetze auf die Folter gespannt um den Klerus zu bekämpfen. Er bitte die Minister, die Preßpolitik zu erkennen zu geben, welche für die Zukunft eingehalten werden solle.

Staatsminister von Lutz: Hr. v. Hörmann habe bedauert, der heutigen Sitzung wegen Halsleidens nicht anwohnen zu können; da er vorausgesehen, daß der Gegenstand der heutigen Debatte Anlaß zu Angriffen auf seine Person geben werde. Er (Redner) halte es für seine Pflicht, auf das vom Abg. Westermaier Gesagte Einiges zu erwidern, damit nicht aus dem Schweigen eine Schlußfolgerung gezogen werde, die er nicht gelten lassen könne, und damit man nicht mehr erwarte, als das Ministerium zu leisten im Stande sei. Westermaier klage über Mangel an Schutz des positiven Christenthums und der Persönlichkeiten, welche sich der Pflege desselben widmeten. Dieß erinnere ihn daran, daß bei einem Skandal oder Diebstahl Jeder nach der Polizei rufe, über deren Organe man sich stets aufhalte. Die Staatsregierung könne den Schutz bieten, den das Gesetz Allen biete, und nicht um ein Quintchen mehr. Was könne die Staatsregierung thun, um dem positiven Christenthume und der Kirche Schutz zu gewähren? Westermaier frage, was die Staatsregierung fernerhin thun werde, darauf müsse er antworten: er werde, wie bisher thun, was seines Amtes sei, um die Preßgesetze zum Vollzuge zu bringen; aber er begreife nicht, wie er mit seiner Amtsbefugniß in die Thätigkeit der Richter eingreifen solle. Wenn die Staatsregierung die Zügel der Preßpolizei straffer ergreift und die Beschlagnahme erweitert, so könne sie damit keine einzige Verurtheilung mehr erzielen. Die Gerichte würden auf eine solche Provokation nur ablehnend antworten. Den Schutz, den die Gesetze gewähren, dürfe der Clerus mit allem Rechte in Anspruch nehmen und erwarten, aber er möge keinen ungesetzlichen Schutz erwarten, er möge nicht erwarten, daß das Preßgesetz zu seinen Gunsten straffer angewendet werde, als zu Gunsten Anderer, im Uebrigen könne er den Vorwurf, daß das frühere System absichtlich, um die Diener der Religion in ihren berechtigten Interessen zu schmälern, Gesetze gedehnt und verzerrt habe, nur entschieden zurückweisen, und thue das auch für seinen früheren Collegen Hörmann, für den er die Hand in's Feuer lege, daß er nie einen Stand absichtlich in seinen Interessen habe verkürzen wollen.

Dr. Huttler erklärt sich mit dem Antrage einverstanden, aber nicht mit allen Motiven desselben; auch der Wortlaut konvenire ihm nicht; er wünschte, daß eine Bezeichnung der Zeit eingestellt werde, so daß es hieße, der Gesetzentwurf möge noch dem gegenwärtigen Landtage vorgelegt werden. Auf die letzten 4 Preßprozesse in Augsburg übergehend, bemerkte Redner, es sei ihm ein Brief zugekommen, worin es hieß, der Staatsanwalt habe die Anklage gegen die beiden fortschrittlichen Redakteure viel kürzer und milder formulirt, als gegen die beiden Redakteure der patriotischen Blätter; desgleichen habe er ein Citat aus der bayerischen Geschichte des P. Mittermüller in einer Weise vorgebracht, daß die Geschworenen glauben mußten, es handle sich um die Regierung Königs Max I., während die Thätigkeit des Direktors der Akademie gemeint war.

Abg. Herz sagt, das Volk habe Widerwillen gegen die Beschlagnahmungen. Nichts reize die Neugierde mehr, als wenn es heiße, dieser oder jener Artikel sei mit Beschlag belegt worden. Es entstehe dann unter dem Publikum eine förmliche Razzia auf die konfiscirten Numern. Man erreiche damit den nämlichen Zweck, wie damit, daß man ein Buch auf den Index setze. Mancher Redakteur einer obskuren Zeitung dankt im Stillen dem Staatsanwalt dafür, daß er ihm den Gefallen erwiesen, seine Zeitung zu konfisciren. Was für ein Schaden entstehe aus der Confiskation einem weitverbreiteten Annoncenblatte? Den Nürnberger Kurier habe man seinerzeit mit Confiskation zu Tode gemartert; der Redakteur desselben sei aus Gram gestorben. Wer bürge, daß diese Zeiten nicht wieder kämen? Seit den Zeiten Reigerbergs sei an dem Preßgesetze Nichts geändert worden. Damals habe man die Redateure maltraitiren können; unter veränderten politischen Verhältnissen könne man es auch heute wieder.

Nach einer Berichtigung des Dr. Anton Schmid erklärte Schleich, daß man in Bayern Entziehung des Postdebits von Seite der bayerischen Behörde Nichts zu fürchten habe, sondern daß darüber die Postkonferenz entscheide. Fischer wendet sich gegen den exceptionellen Schutz, den Westermaier für den Clerus verlange, und gegen die Rückkehr der privilegirten Stellung, die derselbe früher eingenommen. Die Schilderungen Westermaiers hätten ihn beinahe zum Mitleid bewogen, wenn er nicht aus dem Humor Westermaiers entnehmen hätte können, daß die Zustände nicht so düster seien. Wenn der Clerus nur vom persönlichen Gott und der Unsterblichkeit der Seele gesprochen hätte, würde sich Niemand aufgehalten haben. Schließlich empfahl Redner den Antrag Frankenburgers als Schutzdamm gegen die Preßpolizei, wie sie den Wünschen Westermaiers entspräche. (Schluß folgt.) Der Antrag wurde von der Kammer, nachdem noch Abg. Lukas, Referent und die k. Staatsminister des Innern und der Justiz gesprochen hatten, mit einer sehr großen Majorität — nur wenige patriotische Abgeordnete stimmten dagegen — angenommen, womit die Sitzung nach 3½ Uhr schloß.

* Auf der Tagesordnung für die 29. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer am Montag 11. April, befindet sich die Berathung über die Rechnungen der Staatsschuldentilgungsanstalt für die Jahre 1866/67, 1868; dann über die Rechnungsnachweisungen bezüglich der besonderen im Budget nicht enthaltenen Staatsfonds; sowie über vom VI. Ausschuß geprüfte Anträge.

Lokales und Provinzielles.

München, 8. April.

— J. Maj. die Königin-Mutter ist gestern Abends von Hohenschwangau hier eingetroffen, wird einige Wochen hier verweilen und sich dann wieder nach Hohenschwangau zurückbegeben. Se. k. Hoh. Prinz Otto wird künftigen Mittwoch von Hohenschwangau hieher zurückkehren und sich später nach Partenkirchen begeben.

ρ (Aus der öffentlichen Magistratssitzung vom 8. April.) Zu Beginn der Sitzung stellt Mag.-Rath Billing an den heute präsidirenden II. Bürgermst., v. Widder, die Frage, ob von Seite des Bürgermeisteramtes auf Grund der in der Geschäftsrepartition ergangenen Entschließung der Kreisregierung weitere Schritte zur Erlangung einer authentischen Interpretation der betreffenden Artikel der Gemeindeordnung geschehen seien oder noch gethan werden wollen, indem sonst der Magistrat dieselben veranlassen würde. v. Widder antwortet, daß er eine Antwort nicht zu ertheilen vermöge, weil diese Angelegenheit lediglich in das Geschäftsressort des I. Bürgermeisters gehöre. — Die Stadtkommandantschaft hat an den Magistrat die Anforderung gestellt, daß der Platz vor den neuen Hauptwachlokalitäten dieselbe Tiefe wie der alten Hauptwache bekommen und sowohl an der Fronte, als an den Flügeln mit absperrbaren Passagen, wie bei der alten Haupt-

wache, versehen werden soll. Dem Antrage des Bauausschusses entsprechend, wurde beschlossen, daß auf eine Absperrung des Aufstellungsplatzes vor der Hauptwache bei den gegenwärtigen Verhältnissen des Verkehrs niemals eingegangen werden könne. — Um von dem Muffatwehr, welches bei der vorjährigen Trift bekanntlich theilweise demolirt wurde, weitere Beschädigungen abzuwenden, war die sofortige Herstellung einer Spundwand unumgänglich nothwendig geworden und bewilligte der Magistrat hiefür einen Credit von 8000 fl.; die Herstellung kostete aber 12,300 fl. und erweiterte deßhalb der Magistrat heute jenen Credit auf diese höhere Summe. Mag.-Rath Rau fragte, ob bezüglich der zwischen Magistrat und Staatsärar bestehenden Differenz hinsichtlich der Verpflichtung zur Wiederherstellung des Wehres schon eine Regierungsentschließung erfolgt sei, und ob die Erweiterung des Credites nicht vielleicht für die Entscheidung der erwähnten Differenz präjudicirlich sei. Referent Badhauser erklärt, er habe gestern Abend die betreffende Reg.-Entschließung erhalten und werde demnächst darüber referiren; heute wolle er nur bemerken, daß, wie das der Magistrat schon gewohnt sei, der Fiskus jede Verpflichtung von sich abweise. — Bezüglich des Vorhabens des Bierbräuers Hrn. Trappentreu, die Madonna auf der Mariensäule neu im Feuer vergolden zu lassen, wurde der Kunstbauausschuß Seitens des Magistrates angegangen, sein Gutachten abzugeben. Dasselbe kam heute zur Publikation und geht dahin, daß gegen die Vergoldung der Madonna vom künstlerisch ästhetischen Standpunkte nicht nur Nichts einzuwenden sei, sondern daß sie vielmehr im Charakter der damaligen Zeit gelegen sei, damit die Statue als Hauptsache des Monuments sich von dem ornamentalen übrigen Schmuck in der Säule besser abhebe, und es nichts schaden würde, wenn auch die Nebenfiguren und das Kapitäl der Säule vergoldet würden; die Gartenanlagen am Fusse der Säule seien sehr passend und müßten, falls sie noch nicht vorhanden wären, sogar geschafft werden, die vier modernen Gaskandelaber aber mit ihrer mageren und dürftigen Ornamentik stünden in einem argen Widerspruch mit der übrigen reichen Ornamentik des Monumentes. Nach dem Antrage des Referenten Badhauser wird beschlossen, die Restauration des Monumentes dem Hrn. Trappentreu in der von ihm beliebten Weise durch Spänglermeister Hiller zu gestatten, falls er für jede möglicherweise entstehende Beschädigung des Monumentes Bürgschaft leistet. — Ferner wurden noch eine Reihe interner magistratischer Angelegenheiten (Verwaltungssachen) verhandelt, welche allgemeines Interesse nicht beanspruchen können.

Aus dem Laberthale, 6. April. Vor ein paar Tagen kamen Arbeiter in der fürstl. Taxis'schen Waldung unweit des Weges von Franken nach Martinsbuch über einen Pack, anscheinend Kleider, der jedoch bei Berührung zusammenfiel und ein menschliches Gerippe enthüllte. Bei der nun gestern an Ort und Stelle vorgenommenen gerichtlichen Obduktion fand man außer obigem Gerippe vom Kopf nur mehr die Backenknochen nebst Kiefer, welch letzteres zersplittert war, weder Füsse noch Hände, welche die Füchse verzogen haben dürften, einen Büschel grauer Haare, eine Mütze, eine Joppe, einen Schurz und einen Schuh, sowie einen eichenen Knittel; etwas weiter entfernt fand man den zweiten Schuh, einen Schlüssel, ein Messer und ein Cigarrenetuis. Sämmtliche Kleidungsstücke enthielten Kalkspritzer. Daß hier ein Verbrechen vorliege, ergab sich zur Evidenz, und man vermuthet, daß selbes im Vorjahre während des Kirchenbaues in Franken, wo Arbeiter aus der Isargegend und Postau beschäftigt waren, verübt wurde.

Feuilleton.

Die Gründung einer deutschen Gesellschaft für Anthropologie, Ethnographie und Urgeschichte.

Der zu Innsbruck auf der letzten Naturforscherversammlung gefaßte Entschluß, eine deutsche anthropologische Gesellschaft zu gründen, kam in Mainz in den letzten Tagen des Monats März zur Ausführung. Prof. C. Semper aus Würzburg, der die nöthigen Vorbereitungen bis dahin geleitet hatte, legte ein von ihm und C. Vogt entworfenes Statut vor, das als Grundlage für die Berathung diente. Aus allen deutschen Staaten, ferner aus Oesterreich und der Schweiz waren Vertreter anwesend. Ich betone ausdrücklich den letzteren Umstand, weil dadurch jeder engherzigen Auffassung des Wortes „deutsch" die Spitze abgebrochen ist. Diese bei der Versammlung wiederholt ausgesprochene weite Auffassung des geistigen Deutschlandes fand auch klaren Ausdruck in der Wahl der Mitarbeiter für die Zeitschrift. Das seit dem Jahr 1866 von Prof. Ecker in Freiburg i. Br. und L. Lindenschmidt in Mainz redigirte Archiv für Anthropologie ist nemlich seit der Constituirung der deutschen Gesellschaft ihr wissenschaftliches Organ geworden. Unter den Mitarbeitern sind nun angekündigt: Rütimeyer, Hiß und C. Vogt aus der Schweiz, v. Hellwald aus Wien neben anderen aus Nord- und Süddeutschland, ein Beweis, daß diese Gesellschaft eine Vereinigung deutscher Gelehrten ist, unabhängig von jedem politischen Begriff, der sich mit dem Worte „deutsch" verbinden läßt. — Durch die rastlose Thätigkeit des Prof. C. Semper war in den letzten Monaten die Gründung von Lokal- oder Zweiggesellschaften theils angeregt, theils durchgeführt worden. So in München, Berlin, Würzburg, Wien, Mainz, Leipzig, Klagenfurt, Bonn, Hamburg. Die anwesenden Mitglieder dieser Zweiggesellschaften stimmten als Delegirte derselben, und so kam es, daß in Mainz über 570 Mitglieder der deutschen anthropologischen Gesellschaft vertreten waren. Aus dem §. 2 der Statuten geht der innige Zusammenhang der Lokalvereine mit der deutschen Gesellschaft klar hervor. Während der §. 1 die Aufgabe darlegt, alle in die Anthropologie, Ethnographie und Urgeschichte einschlagenden Fragen zu untersuchen und die gewonnenen Ergebnisse auch in weitern Kreisen zu verbreiten, legt der zweite die Mittel dar, wodurch dieses Ziel zu erreichen ist. Unter diesen steht in erster Reihe die Gründung von Lokalvereinen und die Vereinigung derselben zu gemeinsamem Wirken um die einschlägigen Studien unter ihren Mitgliedern und in ihrer Umgebung zu fördern, darauf bezügliche Arbeiten und Unternehmungen, welche die Kräfte einzelner überschreiten, zu unterstützen, das gesammelte Material vor Verschleppung zu bewahren und zufällig neue Funde, sowie allenfalls bereits vorhandene Sammlungen der Benützung zugänglich zu machen. Wissenschaftliche Organe zweierlei Art sind die weiteren Hilfsmittel, um einen regen Verkehr sowohl zwischen den Lokalvereinen als den Mitgliedern der deutschen Gesellschaft herzustellen. Schon oben wurde des Archivs für Anthropologie erwähnt, das in 4 Heften jährlich erscheint; dann aber erhält jedes Mitglied monatlich ein Correspondenzblatt, das die Vereinsnachrichten, Auszüge aus den Sitzungsberichten der Lokalvereine, Verhandlungen der allgemeinen Versammlungen u. s. w. verbreiten soll. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Zahl der Theilnehmer rasch zunehmen wird, nachdem die pecuniären Opfer sehr gering sind. Der Eintritt in den allgemeinen Verein ist von 1 Thaler abhängig gemacht worden, wofür das Correspondenzblatt unentgeltlich geliefert wird. Die bedeutenden wissenschaftlichen Namen, welche sich an der Gründung des Vereines betheiligten, bürgen für die Erreichung des vorgesteckten Zieles. Für dieses Jahr ist Prof. Virchow von Berlin zum I. Vorstand, die Herren Ecker (Freiburg i. Br.) und Schaaffhausen (Bonn) zu dessen Stellvertretern, — Prof. Semper (Würzburg) zum Generalsekretär ernannt.

Vermischtes.

— In Waldenburg (Schlesien) hat sich ein schrecklicher Unglücksfall ereignet. Einem uns zugegangenen Schreiben entnehmen wir Folgendes. In der Schreibstube des Kohlenschreibers Schnebelbach wurden täglich Patronen von Dynamit (zu Sprengzwecken) angefertigt. Am 2. April explodirte das im Zimmer befindliche Dynamit. Der Patronenverfertiger ist todt, ebenso Schnebelbach, ein Grubentischler und ein Fuhrmann, der gerade eingetreten war, um Kohlen zu bezahlen. Das Gebäude ist total zertrümmert, die Speisemaschine ebenfalls. In demselben Hause befindet sich der Verlesesaal der Grubenarbeiter, in dem sich täglich mehrere hundert Menschen befinden; glücklicherweise war im Augenblicke des Unglücks Niemand dort anwesend. Man sagt, die Menge des dort befindlichen Dynamit habe 7 Pfund betragen: wahrscheinlich war die Quantität aber bedeutend größer.

— Der „Spectator“ notirt aus neuen astronomischen Untersuch-
ıngen, daß zwei dem südlichen Sternhimmel angehörende Gestirne, das
ine ein Stern in der Constellation der Corona, das andere die Eta
Argus, meist nur durch den griechischen Buchstaben *H* auf Sternkarten
ezeichnet, in Flammen gerathen sind.

Telegraphische Nachrichten.

Karlsruhe, 7. April. Der Landtag ist durch den Groß-
erzog geschlossen worden. Die Thronrede anerkennt die thatbe-
ite Hingebung, womit der Landtag das Wohl des Landes ge-
rdert, und zählt die erledigten Arbeiten auf, als: Die entspre-
end abgeänderte Verfassung, welche durch das Ministerverant-
ortlichkeitsgesetz eine neue formelle Garantie erhalten hat, und
e Revision der Gemeindeordnung, welche die Selbstverwaltung
weitert. Der Großherzog vertraut, die pflichtgetreue Besonnen-
it des Volkes werde von den ausgedehnteren Freiheiten den rich-
;en Gebrauch machen, um über die Freiheit die strenge Ordnung
wahren. Die Gesetze über die bürgerliche Standesbeamtung
d die Verwaltung der weltlichen Stiftungen grenzen den Staat
n der Kirche ab. Zur Mitwirkung an der öffentlichen Armen-
ege wird die Kirche berufen. Die Uebertragung der Unterstütz-
gspflicht auf den Unterstützungswohnsitz bewirkt eine gerechte
rtheilung der Armenloose und ist, wie das Gesetz betreffend die
abhängigkeit der Eheschließung vom Bürgerrecht, der erste
htige Schritt zur Neugestaltung der Gemeinde; die Gründung
Notenbank, die gesetzliche Regelung des Erwerbes der Wirth-
afts-genossenschaften werden die wirthschaftlichen Interessen för-
ı. Der Großherzog dankt für die bewilligten Mittel zu Zwe-
der Unterrichtsbildung, und für die reichliche Ausstattung des
ntlichen Dienstes, erwähnt der Ermäßigung der Weinaccissteuer,
des Weinohmgeldes. Der Großherzog schließt: „Auf die innere
wicklung des Landes stütze ich mein Vertrauen, mein an poli-
es Denken und politische Arbeit gewöhntes Volk werde bei mir
harren in der Erstrebung des höchsten Zieles der nationalen
igung Deutschlands. Die verschiedenen Staatsverträge mit dem
ddeutschen Bunde und den Süddeutschen Staaten, welche Sie
hmigt haben, bekunden erfreulich das allmählige Fortschreiten
immer umfassender und fester werdenden Verbindung aller
schen Staaten. Ich danke, daß Sie mit patriotischer Bereit-
gkeit durch die Verlängerung des Contingentgesetzes, die Be-
gung des Kriegsbudgets und durch die Zustimmung zur Mi-
trafgesetzgebung, welche neben der Annäherung an die Insti-
nen des norddeutschen Heeres zugleich einen wesentlichen Fort-
t auf diesem wichtigen Rechtsgebiete begründet, meine Regier-
in den Stand setzten, getreu dem bestehenden Programme
nationale Politik in ernster That fortzuführen, und das Volk
: zu halten, wann die Zeit gekommen sein wird, als eben-
zes Glied des Ganzen in eine volle nationale Gemeinschaft
ten zu können.“

Wien, 7. April. Sitzung des Herrenhauses. (Fortsetzung.)
dem der Antrag, über die von Schmerling beantragte Reso-
ı zur Tagesordnung überzugehen, sowie ein anderer Antrag
geheime Berathung derselben abgelehnt worden, wird die Re-
on mit überwiegender Majorität angenommen. (Dagegen
ten etwa 16 Mitglieder).

Wien, 8. April. Beide Häuser des Reichsrathes wurden
uftrage des Kaisers, nachdem die Präsidenten des Abgeord-
hauses und des Herrenhauses die Schlußreden gehalten hatten,
;t. Das Herrenhaus hat noch die Delegationswahl vorge-
en.

Triest, 8. Apri. Der Lloyddampfer „Trebisondo“ ist mit
tindischen Ueberlandspost hier eingetroffen.

Paris, 7. April 11 U. 40 Min. Mitternacht. Boulevard.
Bewegung wegen des wahrscheinlich falschen Gerüchtes von
Unwohlsein des Kaisers. Die Rente fiel auf 73,45, stieg
auf 73,77 und blieb 73,72.

Paris, 7. April. Ollivier und Janie wurden zu Akade-
mikern erwählt. — Man versichert, das Ministerium werde dem
Senatus-Consult eine Clausel anfügen, welche festsetzt, daß Volks-
abstimmungen nicht ohne vorhergegangene Zustimmung der Kam-
mer und des Senats statthaben dürfen. Man versichert, daß das
Plebiscit über den Senatus-Consult auf den 1. Mai anberaumt sei.

Paris, 8. April. Man versichert, daß während der Dauer
des Plebiscits der Presse und den öffentlichen Versammlungen voll-
kommene Freiheit eingeräumt wird.

Paris, 7. April. Wochenausweis der Bank von Frank-
reich. Baarvorrath 1,307,673,639 Fr., Zunahme 68,045,465 Fr.,
Wechselbestände 520,917,808 Fr., Abnahme 37,270,006 Fr.,
Vorschüsse u. Werthpapiere 100,597,250 Fr., Zun. 864,200 Fr.,
Notenumlauf 1,401,335,450 Fr., Abn. 36,218,750 Fr., Guthaben des Schatzes 154,113,246 Fr., Abnahme 7,890,845 Fr.,
Conto-Current der Privaten 374,366,593 Zun. 9,337,888 Fr

Madrid, 8. April. Der Herzog von Montpensier wird
gerichtlich verfolgt; er hat Hausarrest. — In Catalonien herrscht
Ruhe mit Ausnahme einiger Dörfer in der Umgebung von Barcelona.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 8. April. (Schlussc.)

Wechsel auf London	$119^{7}/_{8}$	Oest.-franz. Staatsbahn	$373^{1}/_{4}$
„ „ Paris	$95^{1}/_{8}$	Bayr. Ostbahn-Actien	$119^{3}/_{4}$
„ „ Wien	$96^{1}/_{8}$	Elisabeth-Prior. I. Em.	
5 proc. bayr. Anleihe	101	4% bayer. Prämien-Anl.	$105^{1}/_{8}$
$4^{1}/_{2}$ „ „ „	92	Bad. Präm.-Anleihe	$104^{3}/_{4}$
4 „ „ Grundrente	86	Oesterr. Loose v. 1860	$78^{3}/_{4}$
4 „ „ Obligat.	$85^{7}/_{8}$	„ Loose v. 1864	$115^{3}/_{4}$
5 proc. österr. Metall., engl.	—.—	Alsenzbahn	$86^{5}/_{8}$
5 „ „ National-Anl.	—.—	Oberhessische Bahn	$67^{3}/_{4}$
Steuerfr. Metall. v. 1866	—.—	Lombarden	213
1882er Amerikaner	$95^{1}/_{8}$	Napoleons	9.30
Oesterr. Bank-Actien	692	Rente Silber $57^{1}/_{4}$, Pap. 50.	
Credit-Actien	$268^{1}/_{2}$	Handelsbank	99

Wien, 8. April. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	69.90	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	97.10	Steuerfr. Metall. on 1864	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	121.—	Napoleons	9.89
Oesterr. Bank-Actien	719.—	Wechsel auf Augsburg	102.65
„ Credit-Actien	260.—	„ „ London	123.90
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	393.—	„ „ Paris	49 20
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	„ „ Frankfurt a. M.	102.85
„ „ Prioritäten	—.—	Ung Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	217.20
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 329.—Pap.-R.	60.65

Flauer.

Berlin 8. April (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	46	Lombarden	123
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	106	Italienische Anleihe	$54^{7}/_{8}$
$4^{1}/_{2}$ „ „ Anleihe	—	1882er amerikanische Bonds	96
Bad. Prämien-Anleihe	104	5 proc. preuss. Anleihe	$101^{1}/_{8}$
Darmstädter Action	$129^{3}/_{4}$	$4^{1}/_{2}$ „ „ „	$92^{1}/_{2}$
Oesterr. Credit-Actien	154	Wechsel auf Augsburg	—.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	214	„ „ Frankfurt	—.—
Staatsbahn-Prioritäten	293	„ „ London	
Oest. fl. 500 Loose von 1860	79	„ „ Paris	
„ fl. 100 Loose von 1861	$66^{3}/_{4}$	„ „ Wien	
5 proc. östr. National-Anl.	—.—		

matt.

New-York, den 7. April. Gold $112^{1}/_{2}$. Wechsel in Gold $108^{3}/_{4}$ Bonds per 1882 $110^{3}/_{4}$. Baumwolle $23^{1}/_{4}$. Petroleum $25^{3}/_{4}$.

Liverpool, den 7. April. Schlussbericht. Heutiger Umsatz 12.000. Orleans $11^{1}/_{2}$. Middling amerikanische $11^{1}/_{4}$. Fair dhollerah $9^{1}/_{2}$. Middling fair dhollerah $9^{1}/_{4}$. Good middling dhollerh 9. Fair Bengal 8. Fair Omra $9^{5}/_{8}$. Pernam $11^{3}/_{4}$ Smyrna $10^{1}/_{2}$. Fgyptian 12—. Amerik. per März-April —. Dhollerah per Mai —. Omra — Tages-Import 19773 davon Ostindische 1780 Tendenz: unverändert.

Manchester, 5. April. (Garnmarkt.) 12er Water Rylands $11^{1}/_{4}$ 12er Water Taylor 13. 20er Water Mycholls 15. 30er Water Gidlow $15^{3}/_{4}$. 30er Water Clayton $16^{1}/_{4}$. 40er Mule Mayoll $15^{1}/_{4}$. 40er. Medio Wilkinson $17^{1}/_{4}$. 36er Warpcops Qualität Rowland $16^{1}/_{4}$. 40er Double Weston $16^{1}/_{2}$. 60er Double Weston $19^{1}/_{4}$. Printers $^{16}/_{16}$ $^{34}/_{50}$ $8^{1}/_{2}$ Pfd. $142^{1}/_{2}$. Gutes Geschäft, Preise steigend.

Curse des Münchener Handelsvereins vom 8. April 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. $3\frac{1}{2}$% Obl.	fl. 1000	$81\frac{1}{2}$	$80\frac{1}{2}$
4% ganz. Obl.	1000	$86\frac{3}{8}$	
4% halbj. Obl.	1000	$86\frac{3}{8}$	
4% Grundr.-Obl.	1000	$86\frac{3}{8}$	
$4\frac{1}{2}$% ganzj. Obl.	1000	92	$91\frac{5}{8}$
$4\frac{1}{2}$% halbj. Obl.	1000	92	$91\frac{5}{8}$
$4\frac{1}{2}$% „ Milit. „	1000	92	$91\frac{5}{8}$
5% Obl.	1000	$101\frac{3}{4}$	$101\frac{3}{8}$
4% Münch. Obl.	1000		
5% „ „	1000	$101\frac{1}{2}$	$100\frac{5}{8}$
$4\frac{1}{2}$% Ostbahn-Aktien .		$119\frac{3}{4}$	119
4% Allgäu-Bahn-Akt. mit			
40% Einzahlung . .		87	$86\frac{5}{8}$
dto. volle		87	$86\frac{5}{8}$
Pfdbr. d. bayer. Hyp.- u.			
W.-Bank à fl. 1000		$90\frac{1}{2}$	$90\frac{1}{4}$
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.		100	$99\frac{7}{8}$
Aktien „ „		823	823
Bayer. Handelsbank-Act.			$98\frac{1}{2}$
„ Vereinsbank . .		$119\frac{1}{2}$	
Württemberg. $4\frac{1}{2}$% Obl. . . .		$91\frac{1}{4}$	
Oesterreich $4\frac{1}{5}$% Silb.-Rte. $\frac{6}{7}$		58	
„ Pap.-Rte „			
5% Nation.-Anl. . $\frac{5}{6}$			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à $116\frac{2}{3}$			
5% Met. Stfr. v. 1866 $\frac{6}{7}$			
Oest. Bank-Aktie . .			
„ Cred.-Aktien . .		267	$266\frac{1}{2}$
Oest.-franz. Stsb.-Aktien .		374	$372\frac{1}{2}$
Oest. (lomb.) Südb. „		214	$213\frac{1}{2}$
Preußen. $4\frac{1}{2}$% Obl.			
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. $2\frac{1}{2}$		$95\frac{1}{4}$	95
„ 1884 „		$94\frac{3}{8}$	
„ 1885 „		$94\frac{3}{8}$	
Lotterie-Anlehens-Loose.			
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100		$106\frac{1}{4}$	
4% Bad. „ „		105	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose		13	12
Augsburger dto.		$6\frac{1}{2}$	
Pappenheimer dto.		$5\frac{3}{4}$	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose . .		$18\frac{1}{2}$	
Oester. 1854er Loose à fl. 250 $\frac{5}{6}$			
„ 1860er „ à fl. 500 $\frac{3}{7}$			
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50			
„ 1858er Cred. Loose . . .			
Diverse Effekten.			
Actien der			
Maximilianshütte			312
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.			
München-Dachauer Papier-Fabrik			123
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor .		95	
Chemische Fabrik Heufeld			76
Oest. Elisabeth-Westbahn			
„ Franz Joseph-Bahn . . .			
„ Kronprinz Rudolph-Bahn . .			
„ Siebenbürger Bahn . . .			
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. I. Em. $\frac{3}{7}$		$77\frac{1}{2}$	
dto. II. „ „			
„ Kronpr. Rudolph-Bahn „		78	
5% Prior. Franz Joseph-Bahn „		$79\frac{1}{4}$	
„ Siebenbürger Bahn „			
„ d. Böhm. Westbahn „			
„ Alföld Fiumander Bahn „		$76\frac{3}{4}$	
Wechsel.			
Amsterdam fl. 100 holl.	K. S.	$100\frac{3}{4}$	
	L. S.	$100\frac{3}{4}$	
Augsburg fl. 100 . . .	K. S.		
	L. S.		100
Berlin Rthlr. 60 . .	K. S.	105	$104\frac{7}{8}$
	L. S.	105	$104\frac{7}{8}$
Frankfurt fl. 100 . . .	K. S.		
	L. S.		100
Hamburg M.-B. 100 . .	K. S.	$88\frac{3}{4}$	$88\frac{1}{2}$
	L. S.		$88\frac{1}{2}$
Leipzig Rthlr. 60 . .	K. S.	105	$104\frac{3}{4}$
	L. S.	$105\frac{1}{8}$	$104\frac{7}{8}$
London Pfdst. 10 . . .	K. S.	120	$119\frac{7}{8}$
	L. S.	120	$119\frac{7}{8}$
Paris Fr. 200	K. S.	$95\frac{1}{8}$	$94\frac{7}{8}$
	L. S.	$95\frac{1}{8}$	$94\frac{7}{8}$
Wien fl. 100 . .	K. S.	$96\frac{1}{4}$	
	L. S.	$96\frac{1}{4}$	
Bank-Disconto für Platz-Wechsel . .			
„ „ Lombard. . .			
Geldsorten.			
Preuß. Friedrichsd'or		9.59	9.58
20 Francs Stücke		$9.30\frac{1}{2}$	$9.29\frac{1}{2}$
Preuß. Cassen-Scheine		$105\frac{1}{8}$	$104\frac{7}{8}$
Oest. Banknoten		$96\frac{1}{8}$	96

Sehr bewegt.

Münchener Aktien-Theater.

Samstag den 9. April.

Vorletzte Gastvorstellung des Hrn. Direktor Joh. Fürst aus Wien,

mit seiner aus 30 Personen bestehenden

Possen- und Operetten-Gesellschaft.

In der Tanzschule.

Komisches Singspiel in 1 Akt. Text v. J. F. Musik vom Kapellmeister Hopp.

Hierauf:

Der Mord im Hotel.

Posse mit Gesang in 1 Akt von Elmar.

Diesem folgt:

Schellerl-Tanz.

Lebensbild mit Gesang in 1 Akt v. Bayer.

Zum Schlusse:

Ein Jungfrau'n-Bund.

Posse mit Gesang in 1 Akt v. Stix.

Anfang 7 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.

Marionetten-Theater

im Gasthause „zur neuen Welt"

Sonntag den 10. April.

Der Gang um Mitternacht zum Friedhof,

oder

Wider den Tod kein Kräutlein gewachsen ist.

Zauberdrama.

Hierauf:

Die geheimnißvolle Pastete.

Lustspiel.

Anfang halb 4 Uhr.

Gestorbene.

Am 6. April. Dorsch F. X., eh. Pflasterer v. h., 71 J. — Seebacher, Privatier v. h., 60 J. — Urschall P., Kleiderreiniger v. h., 50 J. — Wünzer A., Näherin v. h., 71 J. — Zenetti E., k. Rittmeistersmädchen v. Dillingen, 5 J.

Kgl. priv. bayer. Ostbahnen.

München—Regensburg—Nürnberg.

Abfahrt:	Ankunft:
5 U. — M. Morg. a	8 U. 22 M. Morg. c
7 U. 45 M. Morg. b	9 U. 30 M. Morg. b
9 U. 45 M. Morg. a	11 U. 48 M. Mitt. c
1 U. 30 M. Nchm. c	6 U. 17 M. Abds. c
5 U. 15 M. Nchm. b	8 U. 5 M. Abds. b
7 U. — M. Abds. c	10 U. 25 M. Nchts. a
Abfahrt: **München.**	Abfahrt: **Schleißheim**
5 U. — M. Früh.	7 U. 45 M. Früh.
9 U. 45 M. Vorm.	11 U. 10 M. Vorm.
1 U. 30 M. Nachm.	5 U. 52 M. Nchm.
7 U. — M. Abds.	10 U. 2 M. Abds.

Königl. Staats-Eisenbahnen.

Post-Z. b Kur.-Z. c Schn.-Z. d Lok.-Z. e Güt.-Z.

München — Pasing — Augsburg.

Abfahrt:	Ankunft:
5 U. 45 M. Morg. b	8 U. 10 M. Morg. d
6 U. 10 M. Morg. c	8 U. 40 M. Vorm. d
6 U. 25 M. Morg. a	11 U. 40 M. Nchm. b
11 U. — M. Vorm. a	3 U. 35 M. Nchm. a
1 U. 50 M. Nchm. d	8 U. 15 M. Abds. b
5 U. 45 M. Abds. b	9 U. 15 M. Nchts. c
6 U. 45 M. Abds. d	9 U. 40 M. Nchts. a
11 U. 20 M. Nchts. b	

München — Salzburg — Wien.

5 U. — M. Morg. e	5 U. 15 M. Morg. b
9 U. — M. Morg. b	8 U. 15 M. Morg. e
10 U. — M. Vorm. a	10 U. 18 M. Vorm. a
4 U. 30 M. Nchm. a	4 U. 10 M. Nchm. a
5 U. 40 M. Nchm. e	8 U. 55 M. Abds. e
8 U. 40 M. Abds. b	11 U. — M. Nchts. b
10 U. 10 M. Nchts. b	

München — Starnberg — Peissenberg.

Abgang in München:	Abgang in Starnberg:
6 U. 50 M. Morg.	8 U. 20 M. Vorm.
10 U. 30 M. Vorm.	12 U. 35 M. Mitt.
5 U. — M. Abds.	7 U. 25 M. Abds.

München—Ingolstadt.

6 U. 30 M. Morg. a	8 U. 55 M. Morg. e
1 U. 55 M. Mitt. e	3 U. 40 M. Nchm. a
5 U. 45 M. Nachm. a	9 U. — M. Abds. a

München—Regensburg.

5 U. — M. Morg. a	8 U. 22 M. Morg. e
7 U. 45 M. Morg. b	9 U. 30 M. Vorm. b
9 U. 45 M. Vorm. a	11 U. 48 M. Mitt. e
1 U. 30 M. Nchm. e	6 U. 17 M. Abds. e
5 U. 15 M. Nchm. b	8 U. 5 M. Abds. b
7 U. — M. Abds. e	10 U. 25 M. Nchts.

Verlag u. Redaktion von **Karl Kellerbauer.** — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr: Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Sonntag, den 10. April 1870. **Nr. 99.**

Politische Tagesübersicht.

Wien, 8. April. Unter dem unverkennbar gewaltigen Eindrucke der Manifestationen, deren Schauplatz gestern die beiden Häuser des Reichsrathes waren, wird Graf Potocki, wenn möglich, noch langsamer mit seinem Versuche, ein Ministerium zu bilden, vorwärts kommen. Heute verlautet, während hie und da sogar schon die Mission Potocki's als völlig gescheitert bezeichnet wird, selbst von Seite der Optimisten nur von Unterredungen mit Dr. Rechbauer, dem prädestinirten Minister des Innern, von dem es heißt, daß er zum Eintritte bereit sei, wenn sich eine völlige Verständigung über das Programm und die Zusammensetzung des neuen Ministeriums erzielen lasse. Einige behaupten, Dr. Kaiserfeld, der Präsident des Abgeordnetenhauses, nehme an diesen Ministerverhandlungen gleichfalls Theil, was kaum glaublich erscheint. Andere klagen, daß die Verfassungspartei dem Grafen Potocki Schwierigkeiten bereite. Eigenthümlich, man will auch noch die Unterstützung der Gegner! Eigenthümlich liest man sich in einem Blatte, das mit vollen Backen in die Segel Potocki's blies, die folgende telegraphische Elegie aus Pest: „Hier herrscht in Abgeordneten- und Regierungskreisen unverkennbare Entmuthigung und gibt auch dem sich bildenden Ministerium Potocki wenig Hoffnung auf Bestand. Man hegt die Besorgniß, die Verfassungskrisis jenseits der Leitha werde nicht gehoben werden, und meint, sie werde, wenn sie ausbricht, auch von Ungarn empfunden werden."

— Zusammentreffend in ihrer Tendenz sind die Resolution des Herrenhauses und die Adresse der Abgeordneten, doch verschiedenen Charakteres. Die Resolution, einem von der Lage des Reiches erzwungenen Entschlusse entsprungen, trägt, ihrem Ursprunge gemäß, einen einheitlichen, abgerundeten, jede Lücke vermeidenden Charakter; die Adresse des Abgeordnetenhauses kann nicht ganz die achttägigen Geburtswehen verleugnen, die ihr vorausgegangen sind. Beide Manifestationen zeugen in gleichem Maße von dem redlichen Willen, dem ernsten Patriotismus; aber die eine zeugt mehr von der Entschlußkraft zum Widerstande gegen die Auflösung des Reiches, die Adresse verräth mehr die Sorge um das Geschick des mit Auflösung bedrohten Reiches. Die Resolution ist eine feste Willenskundgebung, die sich nichts abdeuteln läßt; die Adresse ist, trotz ihrer Kürze, von der Sucht nach Gründlichkeit angekränkelt, vornehmlich um die Beweisführung bemüht.

— Die N. fr. Presse schreibt vom 8. April Mittags: Freiherr v. Lasser hat gestern den Kaiser um seine Enthebung von dem Tyroler Statthalterposten ersucht, mit der Motivirung, er könne die eventuellen Neuwahlen Tirols nur im Sinne des bisherigen Regierungssystems leiten. — Kaiserfeld hat mit Potocki gestern nicht conferirt. Ueber Rechbauer verlautet nichts Bestimmtes. Während mit Rechbauer noch Unterhandlungen gepflogen werden, bildet sich bereits, wie wir zuverlässig erfahren, im Stillen ein Beamten-Ministerium mit Kellersperg, Hye u. s. w., welches für den wahrscheinlichen Fall des Scheiterns der ersten Combination sofort auf den Schauplatz zu treten berufen ist.

Linz, 7. April. Der Statthalter Graf Hohenwart wurde nach Wien berufen. Unterrichtete Kreise bringen diese Berufung mit der Cabinetsbildung in Zusammenhang. (S. Tel.)

Innsbruck, 7. April. Wegen drohender Excesse sind 20 Gendarmen in Landeck angekommen. Die Ultramontanen sind unzufrieden mit dem Verlaufe der Krisis, weil ihr Programm nicht berücksichtigt wird.

Innsbruck, 8. April. Heute Nachts ist in der Tabakfabrik Sano ein Brand ausgebrochen. Der Dachstuhl ist abgebrannt. Der Schaden beträgt 20,000 fl.

Laibach, 7. April. Der Slovenski Narod schlägt für die Osterfeiertage eine Conferenz zur Aufstellung eines Programmes der „gemeinsamen slovenischen" Angelegenheiten und zu Vorbesprechungen über die bevorstehenden Landtagswahlen vor.

Prag, 7. April. Nach der Aeußerung eines hervorragenden czechischen Parteimannes ist für den Fall der Auflösung des Reichsrathes von der czechischen Landtagsmajorität keine Beschickung des nächsten Reichsrathes zu erwarten. Die Czechen betrachten die Reichsrathsvertretung nach wie vor als das Grab ihrer Nationalität. Der Verlauf der feudalen Conferenzen läßt gleichfalls nicht einen wirklichen Erfolg des Ministeriums Potocki erhoffen. Nach einer andern Nachricht ist Potocki bereits mit den Czechenführern in Unterhandlung getreten und hat seine Bereitwilligkeit erklärt, die Wünsche der Czechen möglichst zu berücksichtigen. Der Feudal-Adel hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, Potocki auf einzelne hervorragende Parteimitglieder, die er zur Dienstleistung heranziehen möge, aufmerksam zu machen.

Prag, 8. April. Die czechischen Blätter deuten an, daß auch unter Potocki die passive Opposition der Czechen fortdauern werde. Die „Politik" erklärt, die staatsrechtliche Partei werde sich der Theilnahme an dem unrichtig gefaßten Werke enthalten. — Graf Friedrich Thun ist zur Verstärkung der feudalen Conferenzen hier angekommen.

Pest, 7. April. In der Sitzung des Unterhauses reicht Minister Eötvös Gesetzentwürfe ein über Religionsfreiheit, über die Reorganisation des Polytechnikums, die Reorganisation der Mittelschulen und die Errichtung von Kleinkinder-Bewahranstalten. Ferner reicht der Minister den Beschlußantrag ein, daß zur Prüfung dieser Gesetze eine Commission eingesetzt werde, und verlangt einen Nachtragscredit für sogleich einzuführende Verbesserungen an der Universität. Das Gesetz über die Verschönerungs-Anleihe wird mit wenigen unbedeutenden Modifikationen angenommen.

— Die neuliche Nachricht über den Einsturz der Eisenbahnbrücke über die Drau war glücklicher Weise nur eine unrichtige Allarm-Nachricht. Der Pester Lloyd schreibt darüber: „Diese von der Agramer Zeitung gebrachte Nachricht beschränkt sich lediglich darauf, daß in Folge Anpralles von Schiffstrümmern ein Theil des für die Aufstellung der Eisenbahnbrücke über die Drau bei Esseg nöthigen provisorischen Gerüstes, welches mit der definitiven Brücke in keinerlei Zusammenhang steht, hinweggerissen wurde. Der bis jetzt hergestellte Theil der definitiven Eisenbahnbrücke hat durch diesen Zwischenfall nicht die geringste Beschädigung erlitten."

— Von der türkisch-montenegrinischen Grenze wird berichtet, daß

sich die Bewohner der Rahia Piperi wieder einen räuberischen Einfall auf das Gebiet von Veli- und Mali-Brdo erlaubten. Der Gouverneur von Skutari, Derwisch Pascha, reclamirte diesfalls in Cettinje, aber Fürst Nikita stellte schlechtweg die Wahrheit der Angabe in Abrede. Dieses Vorgehen stimmt schlecht überein mit der Loyalität der türkischen Regierung, welche ihrerseits ottomanische Unterthanen wegen Betretens und Benutzens des streitigen Grenzstriches sogar in Haft genommen hat. Die Commission, welche in Konstantinopel zur Austragung dieses Conflictes eingesetzt wurde, scheint noch immer nicht an ihre Aufgabe herangetreten zu sein.

Berlin, 7. April. Nachdem der Reichstag in seiner heutigen Sitzung zunächst den Additional-Postvertrag mit Schweden ohne Debatte in dritter Lesung genehmigt hatte, schritt er zur Fortsetzung der Spezialberathung über das Strafgesetzbuch. Der dreiundzwanzigste Abschnitt der erste im zweiten Commissionsberichte, handelt von der „Urkundenfälschung" und wurde fast ohne Debatte mit einem Amendement von Lasker bald erledigt (§. 262—273). Der vierundzwanzigste Abschnitt („Bankerott") veranlaßte eine längere Diskussion, nach welcher auch er mit einigen Amendements, und darauf ebenso der fünfundzwanzigste Abschnitt („strafbarer Eigennutz und Verletzung fremder Geheimnisse„), der sechsundzwanzigste („Sachbeschädigung") und der siebenundzwanzigste („Gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen") mit einigen Amendements angenommen wurden. Der achtundzwanzigste Abschnitt (Verbrechen und Vergehen im Amte") wird darauf noch zur Hälfte erledigt und hierauf die Fortsetzung der Berathung auf morgen vertagt. Dieselbe ist nunmehr so weit dem Schlusse entgegengeführt, daß Aussicht vorhanden ist, dieselbe morgen zu Ende zu führen, und es ist gar nicht unmöglich, daß unter solchen Umständen schon morgen die Vertagung eintritt. (S. Tel.) Wenigstens ist der Präsident Simson von vielen Seiten darum angegangen worden, zumal da nach dem jetzigen Stande der Dinge die Reichstags-Arbeiten nach der Vertagung doch noch eine geraume Zeit in Anspruch nehmen möchten. Daß die vielerwähnte Extra-Session des preußischen Landtages in Fortfall kommt, darüber scheint kaum noch ein Zweifel zu obwalten; auch das Schweigen der offiziösen Presse deutet wohl darauf hin.

Braunschweig, 2. April. In der heutigen letzten Sitzung der Landesversammlung berieth dieselbe dem „Tagebl." zufolge noch über eine Petition der freireligiösen Gemeinde um Gewährung der Religions- und Gewissensfreiheit und faßte folgende Beschlüsse: Die Landesregierung aufzufordern, sobald als thunlich ein Gesetz vorzulegen, durch welches 1) der bisher bestehende Tauf- und Konfirmationszwang beseitigt, 2) der Schulzwang bezüglich des Religionsunterrichts für Kinder der einer anerkannten Religionsgesellschaft nicht angehörigen Eltern aufgehoben, 3) die Eheschließung der einer anerkannten Kirchengemeinschaft nicht angehörigen Landeseinwohner durch einen bürgerlichen Akt ermöglicht wird und 4) das Begräbniß der sub 2 gedachten Landeseinwohner, soweit solches erforderlich sein sollte, eingeführt werde. — Der Vertreter der Regierung hatte sich vorher gegen diese Beschlüsse ausgesprochen, durch welche der Staat die christliche Grundlage aufgebe.

Paderborn, 7. April. Gestern Abend empfingen die 50 Katholiken, welche eine Depesche an den hochw. Bischof Stroßmayer gesandt hatten, folgendes Telegramm: „Rom, 6. März Morgens 9 Uhr. Danke herzlichst für Ihren und Ihrer Gefährten Gruß, empfehle mich Ihrem Andenken und Gebeten. Stroßmayer, Bischof."

— Nach einem der **Bonner** Zeitung zugehenden Schreiben aus Kanton sind Anfangs Februar daselbst 34 Seeräuber binnen einer halben Stunde enthauptet worden. Es waren dies diejenigen, welche die norddeutsche Barke „Apenrade" überfallen hatten. Als Zeichen der geschehenen Exekution wurden von der chinesischen Regierung dem Kapitän Streuben des Kriegsschiffes „Medusa" die beiden Schwerter übersandt, mit welchen man die Raubgesellen hingerichtet hatte.

Dortmund, 5. April. Die nach dem waldenburger Strike nach Westphalen eingewanderten Bergleute wandern fast alle wieder aus, d. h. sie kehren in ihre Heimath zurück. Die Hauptbeweggründe sind die Theuerung in hiesiger Gegend, woran die Leute sich nicht gewöhnen können, obwohl sie höhere Löhne hier beziehen, und das Heimweh, das die meisten nach der „alten Scholle" wieder zurückzieht. Von allen Eingewanderten dürften wohl keine 5 pCt. zurückbleiben. Bei dieser Gelegenheit möchten wir eine statistische Notiz von allgemeinem Interesse einschalten, daß nämlich im verflossenen Jahre 6000 Bergleute aus Europa in die Vereinigten Staaten von Nordamerika eingewandert sind; davon hat Preußen nur den schwachen Bruchtheil von $^1/_{35}$ geliefert.

Stettin, 6. April. Aus glaubwürdiger Quelle erfährt die Neue Stettiner Ztg. folgenden Vorfall: Eine Dame, früher Gutsbesitzerin, welche jetzt in Schievelbein wohnt, hatte den Wunsch, von dem Geistlichen ihres früheren Wohnortes sich das Abendmahl ertheilen zu lassen. Der Geistliche war dazu gerne bereit, indessen der Superintendent in Schievelbein verweigerte für die Austheilung des Abendmahls in seiner Parochie das Dimissoriale, da der betreffende Geistliche „seit einiger Zeit auf Irrwege gerathen sei", d. h. den Protestantentag in Berlin besucht hat, und auch die Richtung des Protestantenvereins vertritt. Gesetzlich ist es keinem Geistlichen, oder Superintendenten erlaubt, einem Geistlichen der noch im Amte steht, das Dimissoriale zu verweigern, sobald er die ihm zustehenden Gebühren erhält. Die Sache ist deßhalb zunächst bei dem hiesigen Consistorium anhängig gemacht, und man ist auf dessen Entscheidung gespannt.

Paris, 7. April. Das Gerücht von der Auflösung der Kammer entbehrt jeder Begründung. Dagegen ist eine Vertagung bis nach dem Plebiszit, also bis zum 5. Mai ungefähr, wahrscheinlich. Die Deputirten werden es selber wünschenswerth finden, während dieser Zeit mit ihren Wählern in unmittelbarem Verkehr zu sein. — Im heutigen Ministerrathe ist die von Daru an den Cardinal Antonelli gerichtete Note zur Verlesung gekommen. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten besteht darauf gegen gewisse Doktrinen zu protestiren. — Im Budget hat man die Spur eines dem Kaiser zur Zeit des Ministeriums Magne gemachten Darlehens von 10 Millionen entdeckt.

Paris, 7. April. Das Journal des Debats warnt vor Illusionen in Betreff einer milderen Stimmung der Infallibilisten und des Papstes insbesondere: man werde unbekümmert um politische Bedenken auf's Ziel losgehen. Pius IX. lege großes Gewicht auf Tage und „es werde am 12. April in Rom etwas geschehen", darauf deute Mancherlei hin. Es ist dies der Jahrestag der Rettung des Papstes, als in der Basilika der heiligen Agnes der Fußboden einbrach; dieses Dankfest habe mit der Verkündigung der Unfehlbarkeit in diesem Jahre zusammenfallen sollen, leider sei man aber nun noch nicht so weit mit dem Concil vorangekommen und man müsse sich nun „mit einer minder allgemeinen Sache" begnügen." Die „Fiction der Einstimmigkeit", nach welcher man bisher vergebens gestrebt, werde schließlich zu Stande kommen, am meisten fürchte man die deutschen Bischöfe, und es gelte noch immer das Wort Guizot's: „Deutschland ist ein geduldig Thier, das geraume Zeit Alles trägt, ausgenommen das, was seine Gedanken belastet." Von den Italienern, Spaniern und auch von den Franzosen sei die Halsstarrigkeit nicht nachhaltig und trotz aller Beschwerden am Ende wenigstens die äußere Unterwerfung mit Gewißheit vorher zu sagen. So habe der Bischof von Saint-Brieuc neulich dem Pater Gratry ein Zustimmungsschreiben zugehen lassen; bald sei er jedoch auf rechtgläubigere Gedanken gekommen und habe den Papst ersucht, ihm seine Reue aussprechen zu dürfen; Pius IX. habe ihn eintreten lassen, die Arme geöffnet und gerufen: „Mein Bruder, mein Freund, reden wir nicht mehr von dem, was uns alle beide betrübte." Dies sei der gewöhnliche Verlauf bischöflichen Widerstandes gegen den Papst, meint das Journal des Debats.

Paris, 7. April. Aerztlichen Bulletins zufolge ist der Gesundheitszustand des Grafen Stackelberg befriedigend. Baron Werther ist fast gänzlich wiederhergestellt. — Die Studirenden an der medizinischen Fakultät fordern zu einer heute Nachmittags abzuhaltenden Versammlung auf, da durch die Suspension der Vorlesungen auf einen ganzen Monat auch alle Examina suspendirt sind. Sie versammelten sich um 2 Uhr in großer Anzahl auf dem Platze vor der Ecole de Médecine. Da derselbe aber geschlossen war, so discutirten sie auf

der Straße, wurden aber häufig von den zahlreich anwesenden Polizeidienern zum Gehen aufgefordert. Der Gegenstand der Besprechungen war eine Protestation gegen den Schluß der Vorlesungen, und wurde an der Außenseite der Ecole de Médecine angeschlagen, nachdem sie gleich auf der Stelle d. h. auf der Straße unterzeichnet worden. Gegen drei Uhr war die ganze Sache beendet und die Studenten räumten den Platz, ohne weitere Ruhestörungen oder gar Conflikte. Die Polizei benimmt sich äußerst höflich.

— Der Gemahl der Exkönigin von Spanien hat jetzt eine besondere Wohnung in der Rue des Ecuries d'Artois bezogen. Nach der Uebereinkunft zwischen den beiden Gatten werden dieselben bekanntlich in Zukunft getrennt leben. Außerdem ist dem König ein jährliches Einkommen von 200,000 Frcs. und dem jungen Prinzen ein Capital von 4 Millionen Frcs. gesichert. Mit dem Rest ihres Vermögens kann die Exkönigin in Zukunft wirthschaften, wie es ihr gut dünkt.

London, 6. April. Die Bedeutsamkeit des Sieges, den die Regierung vorgestern in der irischen Landbill errang, ist durch die gestrige Abstimmung noch erhöht worden. Zum zweiten Male versuchte Disraeli, an einer der Haupt-Grundlagen der Bill zu rütteln, welche den Pächter vor willkührlicher Kündigung des Pachtvertrages von Seiten der Grundherren schützen will, und zum zweiten Male unterlag er der Wucht der liberalen Majorität. Betrug sie vorgestern schon 76, stieg sie gestern auf 111, ein Beweis, daß auf diesem Felde jeder fernere Versuch der Opposition vergebliche Mühe sein würde. — Einem stark verbreiteten Gerüchte zufolge will der Schatzkanzler die sogenannte Poll-Tax der Eisenbahnen fallen lassen, d. h. die Abgabe von 5 pCt., welche diese von ihren Einnahmen an den Staat zu zahlen haben. Dies und die günstigeren Verkehrsausweise haben in den letzten Tagen ein beträchtliches Steigen fast sämmtlicher englischen Bahnpapiere zur Folge gehabt. — Gladstone soll wirklich die Absicht haben, dem mit bloß zwei Stimmen Mehrheit durchgegangenen (Newdegate'schen) Antrage auf Niedersetzung einer Commission zur Untersuchung der Klöster zu Leibe zu gehen. Doch scheinen nicht alle Liberale wie Gladstone zu denken. Gegen dreißig von ihnen waren nämlich bei der letzten betreffenden Abstimmung aus dem Saale gegangen, um nicht mitstimmen zu müssen. — Die „nationalen" irischen Blätter wollen an dem Tage, an dem die Ruhewahrungs-Acte drüben veröffentlicht wird (es geschah wahrscheinlich heute), mit breitem schwarzen Trauerrande erscheinen. „Waterford Mail" that dies schon am gestrigen Tage und brachte an der Stelle des üblichen Leitartikels folgende Ankündigung: „Gewaltsamer Tod der irischen Preßfreiheit, am 4. April 1870, nach dem Acte der Union und durch britische Parlaments-Acte." Die Auferstehung wird hoffentlich nicht überlange auf sich warten lassen. — Wie sich im Norddeutschen Reichstage alljährlich der Antrag wiederholt hat, den Mitgliedern Tagegelder zu gewähren, so macht im englischen Parlamente der radicale Abgeordnete P. A. Taylor in jeder Session einen Versuch, „den alten constitutionellen Brauch der Entschädigung der Parlaments-Mitglieder für ihre Thätigkeit" wieder ins Leben zu rufen. Jedesmal macht eine überwältigende Mehrheit, welche von einer solchen Maßregel einen Nachtheil für den Charakter der Volksvertretung fürchten zu müssen glaubt, dem Antrag ein Ende. So auch gestern.

— Nachdem in voriger Parlaments-Session die ersten Anträge zur Einführung von Straßenbahnen für die Hauptstadt zur Annahme gelangt waren, wird am Montag die erste dieser Strecken, zwischen den Londoner Vorstädten Brixton und Kennington, dem öffentlichen Verkehr übergeben werden. Die Wagen, zehn an der Zahl, sind nach dem amerikanischen Muster gebaut.

— Heute hat das bekannte Wettrudern der Universitäten Cambridge und Oxford auf der Themse stattgefunden. Cambridge hat — seit 1861 zum erstenmal — gesiegt.

Florenz, 7. April. In der Deputirtenkammer kam es wegen der Bankfrage zu einer stürmischen Scene: Lanza erlitt durch das linke Centrum eine große Schlappe; man erwartet die Vertagung der Kammer. — In Palermo wurde eine mazzinistische Verschwörung entdeckt und ein großer Vorrath von Waffen und Munition konfiszirt. — In Parma haben neuerdings Demonstrationen stattgefunden. Campanellis Mörder ist noch nicht entdeckt.

Madrid, 5. April. Aus den Cortes. Hr. Figueras stellt und erörtert einen Antrag auf Abgabe von Erklärungen bezüglich der Krisis. Hr. Rivero meint, es bestehe keine Krisis, und der Zwischenfall Echegaray sei ohne Bedeutung. Er spricht sich für die Trennung der Kirche vom Staat aus, knüpft daran aber die Bemerkung: seine Ansicht sei eine rein persönliche. Er stellt in Abrede, daß die Regierung aufs Gerathewohl vorgehe. Die Regierung ist entschlossen, die Aufrechterhaltung der individuellen Rechte zu sichern. Hr. Sagasta stellt die Spaltung der progressistischen Partei in Abrede. Er mahnt in warmen Worten zur Eintracht, damit die Prinzipien der Revolution gewahrt bleiben. Der Antrag Figueras wird mit 162 gegen 41 Stimmen verworfen.

Madrid, 7. April. Ein Regierungsdekret verweigert die Annahme der Demission Echegaray's. In Salamanca, Cartagena und Sevilla wurde die Ordnung nur vorübergehend gestört, an allen anderen Orten ist sie vollständig wiederhergestellt; die Rädelsführer werden den Gerichten überliefert werden. Die Verkehrsunterbrechung mit Barcelona dauert fort. Zwei Regimenter sind vor Barcelona eingetroffen. Die übrigen Provinzen sind ruhig. Die Cortes haben das Gesetz angenommen, welches die Stärke des Heerescontingentes auf 40,000 Mann fixirt. — In der Cortessitzung verliest der Minister Moret eine Depesche Caballero de Rodas', in welcher derselbe meldet, daß der Aufstand auf Cuba als beendigt zu betrachten sei. Es finden zahlreiche Unterwerfungen statt. Jorbat hat die Insel verlassen. — Die monarchisch gesinnten Freiwilligen von Sabadell bei Barcelona haben heute Morgen einen Angriff der Insurgenten zurückgewiesen.

Konstantinopel, 2. April. Der österreichische Botschafter Baron Prokesch dankte dem Sultan in einer Privat-Audienz für die Abtretung eines türkischen Gebäudes in Jerusalem an den Kaiser Franz Joseph. — Der Scheik-ul-Islam soll wegen seiner Opposition gegen die Reformmaßregeln seines Postens enthoben werden. Die Pforte sanctionirte definitiv die armenisch-katholische Kirchentrennung.

In dem Dorfe Jounpure in **Indien** hat wieder eine Wittwenverbrennung stattgefunden. Die Behörden erhielten zu spät Nachricht, um den Vorgang verhindern zu können. Die Verwandten der Selbstmörderin sind zu sieben Jahren Einsperrung verurtheilt, weil sie dieselbe zur That überredet hatten, und jeder Bewohner des Dorfes, welcher dem entsetzlichen Schauspiele zugesehen, hat eine 3jährige Gefängnißhaft zu verbüßen.

Laut Nachrichten von **Tripolis** 24. März, ist Ali Riza Pascha abgesetzt und haben ihn somit die Folgen seines unklugen Benehmens gegen die deutsche Expedition nach Bornu rasch erreicht. Wir können dem norddeutschen Gesandten für sein energisches Auftreten und schnelles Handeln in dieser Angelegenheit nur Glück wünschen. Vor 1866 erlebte man Aehnliches wohl für Franzosen und Engländer, hieraus jedoch ersehen wir abermals, wie auch im fernen Auslande der Deutsche geschätzt und geachtet ist, und mit sicherer Zuversicht können wir jetzt sagen, Dr. Nachtigal wird Bornu erreichen.

Washington, 6. April. Die vom Repräsentantenhause angenommene Resolution, welche den Marine-Minister anweist, eine Untersuchung über den Zusammenstoß zwischen den Dampfern Bombay und Oneida anzuordnen, ging gestern auch im Senate durch. Der Senator Stewart hielt eine Rede, in welcher er das Benehmen des Capitäns der Bombay heftig tadelte. Der Präsident wird dieser Resolution seine Billigung geben und die Untersuchung soll sofort ihren Anfang nehmen.

Bayerische Angelegenheiten.

* Durch Allerhöchste Entschließung Sr. Maj. des Königs vom 6. d. M. wurde die Dauer des gegenwärtig versammelten Landtages gemäß §. 23 Tit. VII der Verfassungsurkunde bis zum 24. Mai l. J. einschließlich verlängert.

xx **München**, 7. April. (XXVIII. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Schluß. Abg. Lukas gab zuvor Er-

widerungen auf eine Reihe von Aeußerungen der Abgg. Fischer und Herz, und bemerkte dann zur Sache selbst: In der Theorie könne von einer absoluten Preßfreiheit nicht die Rede sein. Wer ein Verbrechen begangen, müsse auch der Strafe unterliegen. Man erinnere sich noch, wie man in der vorigen Kammer allgemein über das Haberfeldtreiben seine Entrüstung ausgesprochen. Aber wenn die Zeitungsschreiber ein Haberfeldtreiben gegen die Geistlichen organisirten, so sei das größer, als jenes in einem obscuren Winkel Oberbayerns. Man habe eine Preßfreiheit; aber etwas schief und einseitig scheine sie ihm zu sein. Fischer habe das „Vaterland“ angegriffen; er vertheidige es. Das „Vaterland“ sei während seines einjährigen Bestehens 15mal konfiszirt worden nnd 40mal in Untersuchung gestanden ohne Erfolg. Das sei eine merkwürdige Illustration znr Freiheit der Presse. Fünfmal in 10 Tagen sei dieses Blatt konfiszirt worden; das Appellgericht habe an einem Tage 21 Untersuchungen gegen dasselbe niedergeschlagen, das sei recht lehrreich für unsere Zustände. Abg. Dr. Frankenburger erklärt, daß er nicht sympathisire mit dem „Vaterland“; doch habe er die vielen Konfiskationen desselben mißbilligt. Es habe eine Zeit gegeben, wo nicht bloß die patriotischen, sondern auch die liberalen Blätter konfiszirt worden seien. Neben den polizeilichen Beschlagnahmen lasse sich die Preßfreiheit nicht denken. Er empfehle seinen Antrag wiederholt zur Annahme. Der kgl. Staatsminister v. Braun stimmt vollkommen mit dem überein, was der Justizminister gesagt. Die Verpflichtung der Staatsgewalt gegen strafbare Handlungen einzuschreiten, könne nicht auf einzelne Handlungen beschränkt werden. Die Beschränkungen der Preßfreiheit habe man seiner Zeit dringend von der Staatsregierung verlangt. Der k. Staatsminister v. Lutz gab bekannt, daß der vom Abg. Dr. Huttler erwähnte Staatsanwalt in Augsburg ihm als tüchtig dringend empfohlen wurde. Ueber den Vorfall selbst stünden ihm nähere Aufschlüsse bis jetzt nicht zu Gebote. Abg. Lukas glaube, die häufige Beschlagnahme des „Vaterlandes“ sei durch eine einseitige Behandlung der Rechtspflege entstanden; dagegen müsse er erklären, daß das „Vaterland“ öfter als andere Blätter in der Lage sei, Artikel zu bringen, in welchen es hart am Rande des Gesetzes vorbeischreite, und bezüglich welcher selbst bei unbefangenen Leuten ein Zweifel nahe liege, ob sie etwas Strafbares enthielten. Daher liege es auch nahe, daß der Untersuchungsrichter glaube, es liege Etwas Strafbares vor, während das Appellgericht anderer Ansicht sei. Nachdem Ref. Abg. Eder den Ausschußantrag noch einmal warm zur Annahme empfohlen, wurde der Antrag mit der redactionellen Aenderung, daß eingeschoben wurde: „dem gegenwärtig versammelten Landtage“, mit sehr großer Majorität angenommen.

* Gestern fand beim Weinwirth Junemann eine Besprechung der in München anwesenden Ausschußmitglieder der Fortschrittspartei statt, in welcher Bericht über die in Stuttgart veranstaltete Zusammenkunft süddeutscher Liberaler erstattet wurde. Vorbehaltlich der Zustimmung der übrigen Ausschußmitglieder im Lande, erklärte sich die Versammlung mit der in Stuttgart getroffenen Vereinbarung einverstanden, welche die Anbahnung eines engeren und regeren Verkehrs zwischen den Gesinnungsgenossen in den verschiedenen süddeutschen Staaten und den norddeutschen Liberalen zum Zwecke hat. Allgemein wurde bei dieser Berathung das Bedürfniß konstatirt, daß auch der Verkehr der Gesinnungsgenossen in Bayern selbst ein engerer und regerer werde, und es dürften wohl nach Ostern in Bezug auf die Organisation der Fortschrittspartei in Bayern ebenfalls Besprechungen stattfinden.

— Das neue Tax- und Stempelgesetz soll mit dem 1. Juli d. J. im ganzen Königreich, und dann mit dem 1. Okt. 1870 auch das Malzaufschlagsgesetz in der Pfalz in Wirksamkeit treten, da die Einführung des Malzaufschlags in der Pfalz bekanntlich von der Festsetzung gleicher Taxen im ganzen Königreich abhängig gemacht ist. Eine vollständige Vereinigung der Taxen und Stempelgebühren in eine Gesammtabgabe wurde vom Finanzministerium nicht für zweckmäßig erachtet. Als Erleichterungen im Vergleich mit den gegenwärtig zu zahlenden Gebühren sind hervorgehoben: Im ganzen Gebiete der Verwaltung fallen die Taxen weg, ebenso für einige Gegenstände der nicht streitigen Rechtspflege, als: Großjährigkeitserkläruugen, Amortisirungen, Einträge in Haudelsregister ꝛc.; die Taxen in Verlassenschaftssachen dürfen den Maximalbetrag von 2 Procent der Verlassenschaft nicht übersteigen, die Taxe für Besitzveränderungen zwischen Blutsverwandten und Eheleuten wurde von $^5/_6$ Procent des Bruttowerths der Liegenschaften auf $^1/_2$ Procent und für eine Reihe von Verträgen, als Bürgschaften, Cautionen, Cessionsforderungen, Assecuranzen, Submissionen, Creditbewilligungen ꝛc. von 1 Procent auf $^1/_2$ Procent des Gegenstandswerthes herabgesetzt. Die wichtigste Erhöhung besteht in der Festsetzung von 2 Procent für Verträge, Vergleiche und Versteigerungen in Bezug auf Immobilien, wofür bisher nur eine Taxe von $^5/_6$, dann eine Stempelgebühr von $^1/_5$ Procent für jede der stattfindenden Ausfertigungen entrichtet wurde. Die Berechnung, Erhebung und Registrirung der Taxen ist 1) den Notaren in den diesrheinischen Provinzen für die bei ihnen errichteten Urkunden und behandelten Verlassenschaften, 2) den Rentämtern in allen übrigen Fällen übertragen.

— Das Kriegsministerium hat verfügt: 1) Von nun an haben Landwehroffiziere, Landwehr-Militärbeamte und Landwehroffiziers-Aspiranten, wenn sie vor Ablauf dreier Jahre vom Tage ihrer Ernennung in der Landwehr an gerechnet, in der aktiven Armee angestellt werden, den bei eben genannter Ernennung empfangenenen Equipirungsbeitrag von 100 fl. zurückzuersetzen, wobei die Abtragung dieser Schuld in zwölf monatlichen Raten gestattet wird. Hievon ist den Betreffenden jedesmal bei Einreichung des Anstellungsgesuches durch das einschlägige Landwehr-Bezirkskommando Kenntniß zu geben und haben sich dieselben zu dieser Rückzahlung zu verpflichten. 2) Treten die auf diese Weise Angestellten später aus der aktiven Armee wieder in die Landwehr über, so darf denselben der rückerstattete Equipirungsbeitrag hiebei wieder ausbezahlt werden. 3) Erfolgt die Anstellung oben genannter Kategorien der Landwehr in der aktiven Armee nach Umfluß von drei Jahren vom Tage der Ernennung in der Landwehr an gerechnet, so verpflichtet dieselbe weder zur Rückzahlung des erhaltenen Equipirungsbeitrages, noch verleiht sie beim späteren Rücktritte des Betreffenden in die Landwehr Anspruch auf den abermaligen Empfang eines solchen.

— Die Generaldirektion der k. Verkehrsanstalten macht bekannt, daß für den Viehtransport von den Stationen Wien, Linz, Furth a./W., Passau, Salzburg und München nach Mördijk via Aschaffenburg—Venlo direkte Tarife erstellt wurden, welche für die Interessenten bei den Stationen München und Salzburg zur Einsicht aufliegen. Die Fracht für einen Wagen Hornvieh von 8 Stück von Moerdijk nach London beträgt 144 Francs.

(Dienstesnachrichten.) Se. Maj. der König hat den pros. Oberförster Lud. Pettenkofer von Duschelberg in Anwendung der Bestimmungen des §. 2 der IX. Beilage zur Verfassungsurkunde aus dem Staatsdienste entlassen.

Lokales und Provinzielles.

München, 9. April.

— Auf Antrag des Mag.-Rathes Dr. v. Schauß wurde gestern vom Magistrate die Niedersetzung einer Kommission zu dem Zwecke beschlossen, die Frage zu prüfen, wie sich eine Controle hinsichtlich des Verbrauchsquantums von Gas herstellen lasse, da eine derartige Controle mit der immer mehr sich ausdehnenden Anwendung der Gasbeleuchtung stets dringender nothwendig werde. Zu dieser Kommission wird als Sachverständiger behufs Abgabe eines Gutachtens auch Hr. Universitäts-Prof. Dr. Jolly beigezogen werden. Gegenüber den vielen in Bezug auf Gasverbrauch eingelaufenen Klagen konstatirte Dr. v. Schauß, daß die Gasuhren (Comptours) derart eingerichtet sind, daß eine Störung derselben nur zum Nachtheile der Gasgesellschaft, nie aber zum Nachtheile der Consumenten eintreten kann.

* Wie nns von competenter Seite mitgetheilt wird, ist der Hauptangeschuldigte bezüglich des Attentates auf den Kupferstecher Michl, welcher wegen Verbrechens der Körperverletzung vor das Schwurgericht verwiesen ist, ein gewisser Arthur Kox aus Braunschweig, kein Studirender der hiesigen polytechnischen Hochschule, auch nicht ein Angeh

riger der hiesigen Universität, sondern ein „Privatstudent“, in welcher Richtung wir unsere Mittheilung in Nr. 94 über den Michel'schen Fall rectificiren wollen.

(Tagesbericht.) Vorgestern Nachmittags stürzte ein Anstreichergehilfe während seiner Beschäftigung vom Geländer der Braunauer-Eisenbahnbrücke aus Unvorsichtigkeit in die Isar, wurde zwar sofort herausgezogen, mußte jedoch wegen erlittener Quetschungen ins Krankenhaus gebracht werden. — Gestern Abends wollte sich ein in Sendling wohnender verheiratheter Zimmermann, welchem erst neulich ein Versuch sich mit Phosphor zu vergiften mißlungen ist, erschießen, wurde jedoch durch die Gendarmerie von der Ausführung des Entschlusses abgehalten und geeignet untergebracht. — In der Schützenstraße wurde gestern Mittags ein Unteroffizier durch eine Droschke überfahren, ohne glücklicherweise erheblich beschädigt zu werden. Wollte sich das Publikum endlich zu der Praxis verstehen, statt wie so häufig die Fahrstraße, die Trottoirs zu begehen, eine erhebliche Anzahl von Unfällen bliebe vermieden.

Das „Bayer. Tagbl.“ schreibt: In **Roth a./S.** werden die Czako's von Landwehrmännern an Häusern und Stangen als Staarenkobel aufgestellt.

Die Stadtgemeindeverwaltung **Weismain** hat zur Abhaltung einer Volksmission daselbst durch Priester des Jesuitenordens ihre Zustimmung nicht ertheilt, vielmehr entschiedene Verwahrung dagegen eingelegt, und wird deßhalb die Mission unterbleiben. Man spricht nun davon, daß die Stadt Burgkundstadt hiefür ausersehen sein soll, und hofft hier auf einen für die Sache günstigeren Boden zu gelangen.

Ansbach, 7. April. Heute Nachmittag fand die Generalversammlung der Aktionäre der Cigarrenfabrik statt, in welcher die nöthigen drei Viertheile der Aktien vertreten waren. Es wurde auf Grund der Zusicherung der Endres-Stiftung mit großer Mehrheit der Beschluß gefaßt, die Fabrik fortzuführen und der Verwaltungsrath ermächtigt, die vorbereitenden Schritte hiezu vorzunehmen.

In **Nürnberg** beim k. Bezirksgerichte wurde in geheimer Sitzung Verhandlung gegen den Sprachlehrer A. Hug, von Winsheim (Frkr.) gebürtig, wegen Mißbrauchs des Erziehungsrechtes gepflogen. Derselbe hatte sich gegenüber einer großen Anzahl seiner Schüler (etwa 30 Knaben waren als Belastungszeugen geladen) unzüchtige Handlungen zu Schulden kommen lassen. Er wurde zu 4 Jahren Gefängniß und Tragung der Kosten verurtheilt. Der Staatsanwalt hatte 3 Jahre Zellengefängniß, der Vertheidiger 3 Monate Festungsstrafe, eventuell Bezirksgerichtsgefängniß beantragt.

— Das Würzb. Journ. schreibt vom 4. ds.: Gestern Nachmittags fand im Wald zwischen Heidingsfeld und Reichenberg ein nicht unbedeutender Brand statt, der indeß durch rasch und energisch geleistete Hilfe bald wieder gedämpft wurde. — Abends wurde in einem Wirthshause in Heidingsfeld aus Veranlassung eines Streites einem Gendarmen der Daumen abgebissen.

Gerichtssaal.

Bochum, 6. April. Unter starkem Andrang des Publikums begann heute beim hiesigen Gericht die Verhandlung gegen die Geschwister Dieckhoff von hier wegen ungesetzlicher und gewerbsmäßig betriebener Befreiung vom Militärdienst. Sechzehn junge Leute aus hiesiger Umgegend sowie aus entfernteren Theilen Westphalens, der Rheinprovinz und Hannovers, welche die Hilfe der Dieckhoff's in Anspruch genommen, sind ermittelt und befinden sich im Anklagezustande; da jedoch die Untersuchung in dieser Angelegenheit noch nicht geschlossen ist, so dürfte die heutige Verhandlung noch manches Nachspiel zur Folge haben. Das eigentliche „Freimachungsgeschäft“ wurde betrieben von dem Bäcker Ernst Dieckhoff hier, dem Rentner Friedrich Wilhelm D. in Köln, dem gewerblosen August D., zur Zeit in London, dem ebenfalls gewerblosen Karl D., augenblicklich in der Untersuchung bei dem Essener Gericht wegen Wechselfälschung, der verehelichten Brennereibesitzer Bätcher, geb. Dieckhoff in Hannover, und dem Bauzeichner Ludw. Hüls in Bochum, welcher vorzugsweise dem Aug. Dieckhoff gewissermaßen als Sekretär diente. Die Anklageakte, deren Verlesung in der heutigen Sitzung über $2^1/_2$ Stunden in Anspruch nahm, gibt sehr interessante Details über die großartige Organisation des Geschäfts. In allen Theilen Westphalens, Rheinlands und Hannovers wurden Agenten gehalten, um die geeigneten Militärpflichtigen ausfindig zu machen. Die Correspondenz wurde in einer besonderen Art von Gaunersprache geführt. Die Militärpflichtigen wurden in derselben als ein- und dreijährige Pferde oder als Waggons, Kartoffeln bezeichnet. Bei einer großen Anzahl von Militärärzten scheinen die Gebrüder Dieckhoff, von denen nur Friedrich Wilhelm Dieckhoff den Eindruck eines gebildeten Mannes macht, eines außerordentlichen Einflusses sich erfreut zu haben. Sie führten sich bei denselben gewöhnlich als an galanten Krankheiten leidend ein. Die meisten Befreiungen vom Militär wurden durch Herstellung künstlicher Fehler erzielt. Ohrenfluß wurde erzeugt durch eine Einspritzung einer Mischung von Limburger Käse und Eidotter; Herzklopfen durch Genießen von starkem Kaffee und Burgunder, oder eines Gemisches von Schnaps und Tabaksschmurgel, welcher aus dem Abguß einer Pfeife gewonnen wurde; Blutsturz durch Schweineblut mit Weinessig; Leistenbruch durch Bienenstiche, zu welchem Zwecke August Dieckhoff bei den Untersuchungen der Rekruten stets ein Kästchen mit Bienen mit sich führte; Schweißfüße wurden durch Einschütten von Senfmehl in die Strümpfe und Wasser in die Schuhe, Trübung der Augen durch Touchiren mit Höllenstein, Erweiterung der Pupille durch Bestreichung mit Atropin 2c. herbeigeführt. Gegen Ernst und Karl Dieckhoff liegt außer der oben bezeichneten Anklage noch die des Betruges vor, verübt dadurch, daß sie Militärpflichtige durch Vorspiegelungen, wie die, daß sie zum Loskaufen Militärpflichtiger berechtigt wären, daß sie vom Kriegsministerium hierzu beauftragt seien 2c. Militärpflichtige zur ungesetzlichen Befreiung vom Militärdienst veranlaßt haben. Letztere Machinationen scheinen namentlich in Hannover von guter Wirkung gewesen zu sein. — Nach Verlesung der Anklage begann die Vernehmung der Angeklagten, von denen die Gebrüder Ernst, Friedrich Wilhelm und Karl Dieckhoff — August und die Schwester sind flüchtig geworden und halten sich in London auf — Alles, was ihnen die Anklage vorwirft, entschieden in Abrede stellen. Ernst Dieckhoff scheint allenfalls seinen flüchtigen Bruder August der inkriminirten Vergehen für fähig zu halten, während Karl D. auch diesen völlig rein zu waschen sucht. Der Angeklagte Hüls legt dagegen ein offenes Geständniß ab, welches indessen hauptsächlich nur den August Dieckhoff gravirt; über die übrigen Dieckhoff's hat er nur mittelbar durch die gelegentlichen Bemerkungen des Letzteren Beschwerendes gehört. Hiermit schließt die Sitzung, um morgen fortgesetzt zu werden. Die Verhandlungen werden die Zeit bis zum Sonnabend in Anspruch nehmen.

Handel und Verkehr.

— Der Rechnungsabschluß der Lebens-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft Germania zu Stettin für das Jahr 1869 ergibt nach Deckung aller Ausgaben und Verpflichtungen der Gesellschaft einen reinen Ueberschuß von 111,250 Thl. Hiervon kommen 10,746 Thl. zur Abschreibung auf die Häuser der Gesellschaft, Utensilien, Effekten 2c., 10,050 Thl. werden zur Kapitalreserve zurückgestellt, 6218 Thl. für die statutenmäßigen Tantiemen verwendet, 60,000 Thl. gleich 10% der Baareinzahlungen an die Aktionäre als Dividende vertheilt, und 24,235 Thl. auf den Conto für unvorhergesehene Ausgaben als Extrareserve zurückgestellt. Die Einnahme für Prämien betrug 1,522,684 Thl., die Einnahme für Zinsen 160,482 Thl. — Für die Sterbefälle des Jahres 1869 wurden gezahlt und reservirt 574,519 Thl. Für Provisionen und Verwaltungskosten wurden 1869, gegenüber einer Steigerung der Einnahme für Prämien und Zinsen um 180,534 Thl. nur 820 Thl. mehr als 1868 ausgegeben. — Die Prämien-Reserve die Kapitalreserve und die Reserve für unvorhergesehene Ausgaben zusammen erhielten 1869 einen Zuwachs von 654,448 Thl. und betragen Ende 1869 3,692,275 Thl. Die in Hypotheken angelegten Fonds stiegen 1869 um 586,384 Thl. auf 3,116,883 Thl. Der ausführliche Rechenschaftsbericht wird, wie man uns mittheilt, erst Mai d. J. ausgegeben werden können.

Feuilleton.

Die türkischen Bahnen.

c. Die höchsten Güter des menschlichen Lebens, Bildung, Reichthum, Unabhängigkeit, werden uns Deutschen besonders, und der modernen Gesellschaft überhaupt aus zwei feindlichen Lagern streitig gemacht; — aus Rom, aus Moskau. Jesuiten, Panslavismus. — Wir haben es hier vorläufig mit diesem zu thun — obwohl wir nicht so glücklich sind wie Andere, zu glauben, daß Jene mit der Infallibilitätsposse ihren letzten Trumpf ausgespielt haben. Daß aber der Name „Slave" in Deutschland Mißbehagen und Zorn erregt, hat schon der Fragmentist „in lydischer Melancholie" uns geklagt. Wir hassen die Mongolen! Und was seit anderthalb Jahrhunderten in Polen und Liefland, an der Pontusküste, im jonischen Meere und im illyrischen Dreiecke vorgieng, hat diesem Hasse Nahrung und Berechtigung verliehen.

Rußland instinktmäßig als Erbfeind und Gegner — ja, das Czarenthum quasi als außerhalb dem europäischen Völkerrechte stehend betrachten — ist aber nicht bloß germanische Weltanschauung. In Frankreich, in England, in Italien treffen wir dieselbe Abneigung. Daher die wunderbare Harmonie der Westmächte im Krimfeldzuge, daher die Bereitwilligkeit der Cabinete, dem Schutze „des kranken Mannes" eine Milliarde und fünfzigtausend Menschenleben zu opfern. Daß die orientalische Frage vor Sebastopol endgiltig nicht gelöst wurde, daß nach der Erstürmung des Malakoff Alles hübsch beim Alten blieb, weiß nun freilich heut zu Tage Jedermann — und da gleiche Ursachen gleiche Wirkungen zu haben pflegen, so mögen die Steuerpflichtigen immerhin ihre Säckel, die Familienväter ihre Söhne, die Stützen ihres Alters, bereit halten; der Kampf wird früher oder später wieder beginnen — jenem Anteus gleich, erhält auch der niedergeworfene nordische Gigant neue Kräfte, wenn er sein Element, den Koth, berührt.

In Stambul und dem weiten Osmanlireiche ist man inzwischen noch leidlich guter Dinge und sieht dem Verfalle der alten Macht und Herrlichkeit mit fatalistischer Ruhe ins Angesicht. Allah kerim! Fehlt es doch am Bosporus niemals an vornehmen Besuchen! Der Padischah ist so gastfreundlich! Alljährlich holen deutsche Prinzen und Prinzchen sich kostbare Damaszenerklingen aus der großherrlichen Rüstkammer, edle Araber aus seinem Marstalle, der Orden in Brillanten nicht zu gedenken, die nebenbei für das Gefolge abfallen. Die Reisekosten — sei es, daß man des österreichischen Lloyd, sei es, daß man der Méssageries Impériales sich bediene — bleiben weit zurück hinter dem Werthe der Geschenke. Auch die bescheidenste Appanage kann schließlich sich das Opfer auferlegen, Gastfreundschaft anzunehmen, die zu erwidern niemals sich Gelegenheit bietet.

Der freundliche Leser, den wir der ganz überflüssigen Einleitung wegen, um Entschuldigung bitten, weiß bereits aus den vielfältigen Prospekten und Ankündigungen, daß ein neuer Weg nach dem Morgenlande gebahnt werden soll, und weiß ferner — wäre er auch, wie wir selbst, der Börse und ihrem Treiben fremd —, daß das muthige Unternehmen, die türkischen Eisenbahnen zu bauen, aus der Rue Lafitte in Paris sehr bekämpft wird.

Die untergehende Sonne, sagt ein persisches Sprichwort, beneidet den aufgehenden Mond.

Die Nachkommen des Herrn Amsel Rothschild bleiben der Familientradition getreu — Kampf auf Leben und Tod gegen jede neu entstehende oder neu entstandene Geldmacht. Wir zollen der Klugheit, mit welcher das Haus Rothschild von dem türkischen Geschäfte ferne bleibt, gerne unsere Anerkennung — civilisatorische Missionen, Culturzwecke, gehören nicht auf das Coursblatt, — Quaerenda pecunia primum, virtus post nummos. — Wir können uns aber die Ueberzeugung nicht verschaffen, daß die türkischen Bahnen an Rentablität hinter irgend einer andern Bahn zurückbleiben werden. In staatsökonomischen Dingen prophezeien, bleibt stets ein mißliches Gebahren, zu oft nur stehen Erfolg und Vorhersagung sich diametral entgegen. Wir erinnern beispielweise an die eindringlichen Warnungen competenter Finanzorgane gegen den Ankauf nordamerikanischer Rente, die vor sechs Jahren unter den Cours herabgesunken war. Tausende von Familien in Deutschland wünschen sich heute Glück, auf die Stimme der unberufenen Zionswächter nicht gehört zu haben. Kauft keine türkischen Loose! ruft man dem Publikum zu, seht ihr denn nicht, daß der Staat bankerott ist? Sonderbare Logik! Gebt dem Manne keine Arznei, er ist krank! Angenommen, die türkischen Finanzen befänden sich in mißlichen, sogar in zerrütteten Verhältnissen, um so gebieterischer tritt die Nothwendigkeit heran, dem Lande rasch zu Eisenbahnen zu verhelfen, — ohne Eisenbahn kann ein Staat nicht bestehen, nicht prosperiren.

Aber weßhalb soll Deutschland sein Geld zum Baue der türkischen Bahnen hergeben?

O der Kurzsichtigen! Nicht den Osmanli, Euch selbst sollt ihr sie bauen die türkischen Bahnen. Die Türkei hat keine Industrie, sie besitzt keinerlei Fabriken, deren Produkte die Bahn auf eure Märkte führte. Ihr öffnet euerm eigenen Handel eine neue breite Straße, ihr werdet fortan auf kürzerem Wege als die Engländer und Franzosen — eure gefürchteten und fast immer siegreichen Nebenbuhler in allen Hafenemporien — nach dem Oriente gelangen, ihr werdet euer Capital mit Zinsen zurückfordern, „auch Zins vom Zins der Zinsen", und gegen russische Gelüste ist ein eiserner Damm errichtet, die orientalische Frage ist gelöst, einen zweiten Krimmkrieg wird die Geschichte nicht zu registriren haben. Wenn es wahr ist, daß jede Lokomotive eine Kanone, jeder Bahnhof eine Kaserne überflüssig macht, welch' eine Bürgschaft für Erhaltung des Friedens liegt nicht in dem Baue und der Vollendung der türkischen Bahnen!

Daß diese für Oesterreich und Deutschland in erster Linie nutzbringend sein werden, bekundet schon der Eifer, mit welchem das ungarische Ministerium dem Projekte entgegentritt. Die edeln Magyaren suchen kein Unternehmen zu vereiteln, von dem sie erwarten, es werde diesseits der Leitha Mißbehagen und Nachtheil erzeugen. Wir begrüßen daher die kühne Conception des Baron Moriz von Hirsch als eine zeitgemäße nicht nur, sondern als eine unabweisbare politische Nothwendigkeit. Sie ist von hohem internationalem Interesse — keine Regierung darf ihr, wenn sie den eigenen Vortheil im Auge hat, Anerkennung und Schutz versagen. Deutschem Handel, deutscher Industrie ist das Unternehmen des Herrn v. Hirsch weit wichtiger als der Lessep'sche Canal. Die türkischen Eisenbahnloose werden bald auch in der Türkei selbst von Armeniern und Griechen, von Türken und Juden gerne gekaufte Waare sein, wir sprechen diese Ueberzeugung aus, weil wir Land und Leute aus eigener Anschauung kennen, und wenn wir unsere Stimme nicht vor der Subscriptionsfrist erhoben, so unterblieb es, weil wir uns dem Verdachte erkaufter Reklame nicht aussetzen wollten — wir schreiben nicht für Personen, wir schreiben für die Sache. —

Vermischtes.

— Graz, 5. April. (Der jüngste Strike.) Um einem tiefgefühlten Bedürfnisse abzuhelfen, haben nun zur Abwechslung auch die Müller die Arbeit eingestellt. Der Anlaß zu diesem jüngsten aller Strikes wird folgendermaßen erzählt: Im großen Mühlgange, welcher südlich der Mur läuft, wurden mehreremale hintereinander Eimerfässer gefunden, welche mit Wein gefüllt waren. Lange wußte man nicht, was diese Funde zu bedeuten hatten, bis ein Zufall das Räthsel löste. Besagter Wein gehörte nämlich einer Schmugglergesellschaft, welche denselben durch den Mühlgang in die Stadt schwimmen ließ, um so die Verzehrungssteuer zu ersparen. Indeß wurden die Fässer nicht immer zu rechter Zeit und am rechten Orte herausgefischt, was die Entdeckung zur Folge hatte. Ein solches Faß wurde nun auch von den Müllern einer anliegenden Mühle aus dem Wasser gezogen. Die Arbeiter thaten sich an dem edlen Naß so lange gütlich, bis sie arbeitsunfähig dalagen. Der Eigenthümer kündigte deßhalb dem Rädelsführer. Dieser ging nun racheschnaubend zum Verein „Vorwärts," und dort wurde beschlossen, die Mühlenbesitzer für das Gebahren des Einzelnen mit einer Arbeitseinstellung zu strafen. Das geschah, der Strike wurde organisirt und ist, wie Ihnen schon gemeldet wurde, gestern ausgebrochen. Kleine Ursachen, große Wirkungen!

— [Die Defraudation bei Rothschild.] Tassius entwickelt in seiner Haft eine so befremdliche Heiterkeit, daß man anfängt, seinen Geisteszustand für alterirt zu halten. Er hatte übrigens vor einigen Monaten einen Schlaganfall, der ihn auf einer Seite gänzlich lähmte. Aus den weiteren Erhebungen hat sich ergeben, daß die Defecte bis auf achtzehn Jahre zurückreichen. Ein gewisser Becker, welcher sich für einen Doktor der Medizin ausgab und Börsenoperationen für Rechnung Tassius' besorgt hat, ist unter der Anlage der Mitschuld an den Unterschleifen ebenfalls verhaftet worden. Wir können aus authentischer Quelle aufrechterhalten, daß die Ziffer der letzteren sich auf vierthalb Millionen Francs beläuft. Tassius hatte das in dem Hause eingehende Gold und Silber in Empfang zu nehmen und den Betrag dafür an der Kasse anzuweisen; indem er gleichzeitig seine Bücher und diese Anweisungen fälschte, konnte er bei dem außerordentlichen Vertrauen, welches er seitens seiner Prinzipale genoß, das Deficit lange vertuschen, bis es am letzten Samstag aus Anlaß einer Goldsendung nach London, zu welcher 2000 Souvereigns fehlten, entdeckt wurde. Sein Privatleben war sehr einfach; er bewohnte mit einer Frauensperson ein bescheidenes Appartement in der Avenue Tondaine und verbrachte seine freien Stunden meistens in der Bierstube. Auch soll er den größten Theil der entwendeten Summen nicht an der Börse verloren haben; dagegen war er ungemein freigiebig, und die Zahl der Personen, die er durch Darlehen, Geschäftseinlagen und dergl. unterstützte, ist nicht unbedeutend.

— [Neue Beleuchtung.] Das Verfahren von Dr. Philipps, Naphtalin im Gemisch mit Petroleum unter Zutritt von Sauerstoff zu verbrennen, wurde dieser Tage in Cöln probirt. Nach der Kölner Zeitung sind die Versuche sehr günstig ausgefallen. Dieselben wurden mit einer besonders dazu construirten Lampe ausgeführt. Eine Flamme von der Größe eines Zehngroschenstückes gibt eine Lichtstärke von 90 bis 100 Kerzen. Der Sauerstoff wird nach einem Verfahren ähnlich dem Mallet'schen gewonnen. Diese Erfindung, welche bald praktischen Erfolg haben dürfte, wurde von der Patent-Agentur Wirth und Co. in allen Industrieländern patentirt.

— In dem Dorfe Kleinleinungen, so erzählt die „Harzzeitung" hatte ein Landmann eine Kuh gemästet, welche er nach langem Feilschen für 60 Thlr. an einen Fleischer verkaufte. Als der letztere das Geld auf den Tisch zählen will, wird ihm aus Aberglauben geheißen, das Geld auf den Boden einer frisch gescheuerten Gelte zu zählen. (Wird nämlich eingenommenes Geld auf frisch gescheuerte Gegenstände gelegt, so bringe es Segen, sagt der ländliche Aberglaube.) Nachdem er das gethan und den Kaufpreis in zwei Fünfundzwanzig Thalerscheinen und einem Zehnthalerscheine erlegt hat, wird die Kuh aus dem Stalle und Hofe geführt, während der Mitinsaße des Stalles, eine Ziege, ganz wild aus der Behausung herausfährt und in tollen Sätzen den Hof durchrennt. Als die Leutchen zurückkehren, finden sie das Geld nicht mehr; ein Sohn, welcher auf dem Futterboden Futter geschnitten, sagt endlich, die Ziege sei in der Hausflur gewesen. Nun wird die Ziege, welche mit vier Ziegenlämmchen trächtig ging, geschlachtet, und richtig, in einem Knäuel geballt, finden sich die Kassenscheine im Magen; freilich waren sie in solche Stückchen zerrissen, daß es unmöglich war, sie wieder zusammen zu setzen, auch die Nummern derselben waren ganz unkenntlich geworden.

Telegraphische Nachrichten.

Stuttgart, 8. April. Gegenüber der tendenziös verbreiteten Nachricht, die württembergische Staatsschuld sei seit 1866 durch die außerordentlichen Militärbedürfnisse von $84\frac{1}{2}$ auf $156\frac{1}{2}$ Millionen gestiegen, erklärt der Staatsanzeiger, daß vom Schuldzuwachse nur 3,100,000 auf die außerordentlichen Militärbedürfnisse, die übrigen 78,783,000 auf Eisenbahnbauten entfallen.

Wien, 9. April. Die „Neue freie Presse" bezeichnet die Unterhandlungen des Grafen Potocki mit dem Abgeordneten Rechbauer wegen Eintrittes in das Cabinet als gescheitert, und vernimmt, daß Fürst Carl Lobkowitz als Minister des Innern designirt sei. — Die „Presse" vernimmt, daß mit dem Statthalter von Oberösterreich Grafen Hohenwart wegen Eintrittes in das Cabinet Verhandlungen gepflogen werden.

Berlin, 8. April. Der „Staatsanzeiger" erfährt, daß die Eröffnung des Zollparlaments auf den 21. April in Aussicht genommen sei. — Der Reichstag hat in zweiter Lesung das Strafgesetzbuch angenommen, und sich bis zum 21. April vertagt.

Paris, 9. April. Es geht das Gerücht, einige Minister würden die Annahme des Artikels 13 des Senatus-Consults verweigern. Eine Ministerkrisis ist indessen unwahrscheinlich.

Creuzot, 9. April. Die Strikeführer halten die Arbeits-Verweigerung aufrecht, indem sie versichern, daß morgen in ganz Frankreich ein Aufstand und ein allgemeiner Strike stattfinden werde.

London, 7. März. Wochenausweis der englischen Bank. Zunahme des Notenumlaufes 695,505 L.; Abnahme des Baarvorrathes 393,404 L.; Abnahme der Notenreserve 1,030,505 L.; Platzdisconto $2\frac{3}{4}$ pCt.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 9. April. (Schlussc.)

Wechsel auf London	$119\frac{7}{8}$	Oest.-franz. Staatsbahn	$375\frac{1}{4}$
„ „ Paris	$95\frac{1}{8}$	Bayr. Ostbahn-Actien	$119\frac{3}{4}$
„ „ Wien	$96\frac{1}{4}$	Elisabeth-Prior. I. Em.	77
5 proc. bayr. Anleihe	$101\frac{1}{4}$	4% bayer. Prämien-Anl.	105
$4\frac{1}{2}$ „ „ „	$91\frac{1}{8}$	Bad. Präm.-Anleihe	$104\frac{1}{4}$
4 „ „ Grundrente	$86\frac{1}{4}$	Oesterr. Loose v. 1860	$78\frac{1}{2}$
4 „ „ Obligat.	$85\frac{7}{8}$	„ Loose v. 1864	116
5 proc. österr. Metall., engl.	——	Alsenzbahn	$86\frac{1}{2}$
5 „ „ National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	$67\frac{3}{4}$
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	$212\frac{1}{4}$
1882er Amerikaner	$95\frac{1}{2}$	Napoleons	9.30
Oesterr. Bank-Actien	689	Rente Silber $57\frac{3}{4}$. Pap. $49\frac{3}{4}$	
Credit-Actien	$268\frac{1}{4}$	befestigt. Handelsbank	—

Wien, 9. April. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	70.—	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	96.50	Steuerfr. Metall. on 1866	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	120.40	Napoleons	9.89
Oesterr. Bank-Actien	714.—	Wechsel auf Augsburg	102.40
„ Credit-Actien	255.60	„ „ London	123.75
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	392.—	„ „ Paris	49.10
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	„ „ Frankfurt a. M.	102.70
„ „ Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	218.—
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 322.50 Pap.-R.	60.40

Berlin 9. April (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	46	Lombarden	$120\frac{1}{4}$
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	106	Italienische Anleihe	55
$4\frac{1}{2}$ „ „ Anleihe	—	1882er amerikanische Bonds	$96\frac{1}{8}$
Bad. Prämien-Anleihe	104	5 proc. preuss. Anleihe	$101\frac{1}{8}$
Darmstädter Actien	$129\frac{1}{4}$	$4\frac{1}{2}$ „ „ „	$92\frac{1}{2}$
Oesterr. Credit-Actien	$153\frac{1}{2}$	Wechsel auf Augsburg	56.22
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	$213\frac{3}{4}$	„ „ Frankfurt	56.24
Staatsbahn-Prioritäten	293	„ „ London	$624\frac{1}{4}$
Oest. fl. 500 Loose von 1860	79	„ „ Paris	$81\frac{1}{4}$
„ fl. 100 Loose von 1864	$66\frac{1}{2}$	„ „ Wien	$81\frac{0}{8}$
5 proc. östr. National-Anl.	——	matt.	

New-York, den 8. April. Gold $112\frac{3}{8}$. Wechsel in Gold $109\frac{7}{8}$ Bonds per 1882 $111\frac{1}{8}$. Baumwolle $23\frac{1}{2}$. Petroleum $25\frac{3}{4}$.

Liverpool, den 8. April. Schlussbericht. Heutiger Umsatz 12 000. Orleans $11\frac{1}{2}$. Middling amerikanische $11\frac{1}{4}$. Fair dhollerah $9\frac{1}{2}$. Middling fair dhollerah $9\frac{1}{4}$. Good middling dhollerh 9. Fair Bengal 8. Fair Omra $9\frac{1}{8}$. Pernam $11\frac{3}{4}$. Smyrna $10\frac{1}{4}$. Egyptian ——. Amerik. per März-April —. Dhollerah per Mai —. Omra — Tages-Import —.— davon Ostindische —.—. Tendenz: —

Wochenbericht: Wochenumsatz 94470 Ballen. Zum Export verkauft 14610. Wirklich exportirt 8958. Consum 63320. Vorrath 455000.

(Münchener Schrannenbericht vom 9. April 1870.)

	Umsatz. Schffl.	Rest. Schffl.	Höchster. Durchschnittspreis	Mittlerer. Durchschnittspreis	Niedrigster. Durchschnittspreis	Gef. kr.	Gest. kr.
Weizen	2501	1270	fl. 20 27	fl. 19 19	fl. 17 44	—	15
Roggen	1128	88	„ 12 31	„ 12 4	„ 11 39	—	7
Gerste	1233	182	„ 13 24	„ 12 47	„ 11 59	8	—
Hafer	2296	198	„ 9 36	„ 8 37	„ 7 53	—	28
Reps	1	—	„ 24 —	„ 23 15	„ 22 30	—	—
Lein	10	49	„ 23 22	„ 22 42	„ 21 30	—	57

Curse des Münchener Handelsvereins vom 9. April 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. 3½% Obl.	fl. 1000	81½	80½
4% ganz. Obl.	1000	86⅜	
4% halbj. Obl.	1000	86⅜	
4% Grundr.-Obl.	1000	86⅜	
4½% ganzj. Obl.	1000	92	91⅝
4½% halbj. Obl.	1000	92	91⅝
4½% „ Milit. „	1000	92	91⅝
5% Obl.	1000	101¾	101¼
4% Münch. Obl.	1000		
5% „ „	1000	101⅛	100⅝
4½% Ostbahn-Aktien .		119¾	119¼
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung . .		87	86⅝
dto. volle		87	86⅝
Pfdbr. d. bayer. Hyp.-u. W.-Bank à fl. 1000		90½	90¼
Bank-Obl.d.Hyp.u.W.-Bk.		100	99⅞
Aktien „ „		823	824
Bayer. Handelsbank-Act.		98	
Vereinsbank . .		119½	
Württemberg. 4½% Obl. . . .		91¼	
Oesterreich 4⅕% Silb.-Rte. 6/7		58	
Pap.-Rte „			
5% Nation.-Anl. . 5/8			
5% Met. v. 1859 in Pfdst.			
£. à 116⅔			
5% Met. Stfr. v.1866 6/7			
Oest. Bank-Aktie . .			
Cred.-Aktien . .		268¼	268
Oest.-franz. Stsb.-Aktien .		212½	212

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb. „	212½	212
Preußen. 4½% Obl. . . .		
Amerika. 6% Bonds P.1882 à fl.2½	95¼	95
„ 1884 „	94⅜	
„ 1885 „	94⅜	
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	106⅛	
4% Bad. „ „	105	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	6½	
Pappenheimer dto.	5¾	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose . .	18½	
Oester. 1854er Loose à fl. 250 5/6		
„ 1860er „ à fl. 500 6/7		
„ 1864er „ à fl. 100 u.50		
„ 1858er Cred. Loose . . .		
Diverse Effekten. Actien der		
Maximilianshütte		312
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		123
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor .	95	
Chemische Fabrik Heufeld		76
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn . . .		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn . .		
„ Siebenbürger Bahn . . .		
5% Prior. d.öst.Elis.-Westb. I. Em. 6/7	77½	
dto. II. „ „		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn „	78	

		Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn „		79¼	
„ Siebenbürger Bahn „			
„ d. Böhm. Westbahn „			
„ Alföld Fiumaner Bahn „		76½	
Wechsel.			
Amsterdam fl. 100 holl.	K. S.	100¾	
	L. S.	100¾	
Augsburg fl. 100 . . .	K. S.		
	L. S.		100
Berlin Rthlr. 60 . .	K. S.	105	104⅞
	L. S.	105	104⅞
Frankfurt fl. 100 . . .	K. S.		
	L. S.		100
Hamburg M.-B. 100 . .	K. S.	88¾	88½
	L. S.		88½
Leipzig Rthlr. 60 . .	K. S.	105	104¾
	L. S.	105⅛	104⅞
London Pfdst. 10 . . .	K. S.	120	119⅞
	L. S.	120	119⅞
Paris Fr. 200 . . .	K. S.	95⅛	94⅞
	L. S.	95⅛	94⅞
Wien fl. 100 . . .	K. S.	96⅛	96
	L. S.	96⅛	
Bank-Disconto für Platz-Wechsel . .			
„ Lombard. . .			
Geldsorten.			
Preuß. Friedrichsd'or		9.59	9.58
20 Francs Stücke		9.30½	9.29½
Preuß. Cassen-Scheine		105⅛	104⅞
Oest. Banknoten		96⅛	96

Königl. Odeon.

Sonntag den 10. April.

Concert

der

musikalischen Akademie

außer Abonnement.

I. Abtheilung.

*1. Zweite kanonische Suite für Orchester op. 16 von Jul. Otto Grimm. (Unter gefälliger Direktion des Componisten.)

*2. Concert für die Violine Nr. 4 D-moll von H. Vieuxtemps. (Hr. Joseph Benzl.)

3 Finale aus der unvollendeten Oper: „Lorelei" von F. Mendelssohn-Bartholdy. (Leonore: Frl. Kaufmann.)

II. Abtheilung.

4. Achte Sinfonie, F-dur von L. van Beethoven. (comp. 1812.)

Die Chöre in dem Finale aus „Lorelei" werden von der obersten Gesangsklasse der k. Musikschule ausgeführt.

Die mit * bezeichneten Nummern werden zum Erstenmale aufgeführt.

Die Kasse wird um ½6 Uhr geöffnet.

Anfang ½7 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.

Münchener Aktien-Theater.

Sonntag den 10. April.

Letzte Gastvorstellung des Hrn. Direktor Joh. Fürst aus Wien,

mit seiner aus 30 Personen bestehenden

Possen- und Operetten-Gesellschaft.

Anfang 4 Uhr. Ende um 6 Uhr.

Hoamweh.

Komisches Singspiel in 1 Akt. v. Bayer.

Hierauf:

Liebesg'schichten.

Posse mit Gesang in 1 Akt v. J. Doppler.

Zum Schlusse:

Marchande de Modes und Cadetten.

Singspiel in 2 Abtheilungen v. Bayer.

Anfang 7 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.

Licht und Freiheit.

Charakterbild mit Gesang in 1 Akt v. Bayer.

Diesem folgt:

Die schönen Schmiedstöchter.

Schwank mit Gesang in 1 Akt v. Doppler.

Hierauf:

Der neue Hausknecht.

Posse mit Gesang in 1 Akt v. Doppler.

Zum Schlusse:

Schuster und Baron.

Posse mit Gesang in 1 Akt von Doppler.

Anfang 7 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer. — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr: Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition **Residenzstraße 23/0**; der Abonnements-Preis beträgt jährlich **vier**, per Quartal **Ein Gulden.**

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Montag, den 11. April 1870. **Nr. 100.**

Politische Tagesübersicht.

Wien, 9. April. Die Potocki'schen Organe sind heute in ihren Meldungen über die Bildung des neuen Ministeriums sehr kleinlaut. Rechbauer's Ablehnung, in's Ministerium zu treten, beschönigen sie mit dem Euphemismus, daß die Verhandlungen „noch nicht“ gescheitert sind. Indem sie zugleich anzeigen, Dr. Rechbauer reise heute nach Graz, meinen sie, er wolle dort Alles in Ordnung bringen, um dann hier Minister zu werden. Unsere Nachrichten sagen das Gegentheil. Die von uns besprochene Combination mit dem Fürsten Karl Lobkowitz wird sonst von keinem Blatte erwähnt; uns kam die Meldung von guter Hand. Ein Blatt nennt auch den nach Wien berufenen Statthalter von Oberösterreich, Grafen Hohenwarth, als designirten Minister-Candidaten. In einer anderen Zeitung wird eine ganze Ministerliste für den Grafen Potocki aufgetischt, in welcher außer Rechbauer die Abgeordneten Mayrhofer, Demel, Sturm, Graf Spiegel, Mende figuriren! Die Radikalen erzählen, Rechbauer's Weigerung beruhe darauf, daß Graf Potocki zunächst nichts von der Concordatsfrage wissen will, da der Reichsrath ausschließlich zur Revision der Verfassung berufen sein werde.

Wien, 9. April. In dem Befinden des Feldmarschalls Heß ist seit einigen Tagen neuerdings eine bedenkliche Verschlimmerung eingetreten. Die Kräfte sind in steter Abnahme begriffen, und läßt der heutige Zustand, im Hinblick auf das hohe Alter des Kranken, das Aeußerste befürchten. Gestern beehrte Se. Majestät den greisen Patienten mit einem Besuche. Die Schwester des Feldmarschalls, eine hochbetagte Frau, wurde heute Morgens mit den heiligen Sterbsacramenten versehen.

— Nach der „N. F. Presse“ hat Graf Hohenwart, der Statthalter von Oberösterreich, das ihm angebotene Portefeuille abgelehnt.

Prag, 8. April. Nachdem gestern die Conferenzen des Feudal-Adels geschlossen worden sind und der Plan desselben für die nächste Zeit bereits festgesetzt ist, ist Graf Richard Belcredi heute wieder abgereist. — Unter dem Arbeiterstande finden czechischerseits bedeutende Agitationen statt. Um aufzuhetzen, wurden Tausende von Exemplaren des Slovan, welche Zeitschrift die Swarower Affaire in den schrecklichsten Farben schildert, in den Fabriken unter die Arbeiter verschenkt. — Graf Potocki soll Rieger nach Wien berufen haben.

Prag, 9. April. Die czechischen Blätter zeigen die Ankunft einer Vertrauensperson Potockis an. Eine Conferenz ist von Rieger und Sladkowsky darüber eingeleitet worden, ob die Czechen auch einem autonomistischen Ministerium gegenüber auf der Negations-Politik beharren sollen. Die Narodny Listy bringen einen heftigen Artikel gegen Rechbauer. Ein Brief der „Politik“ versichert, die Unterhandlungen mit Rechbauer seien ein bloßes Scheinmanöver gewesen und Graf Taaffe werde Statthalter von Böhmen werden.

Pest, 8. April. Der Pester Lloyd bespricht die gestern in Wien stattgehabte Delegirtenwahl und erklärt diese für ungesetzlich und überflüssig.

Pest, 9. April. Der ungarische Lloyd schreibt: Das österreichische Abgeordnetenhaus war beschlußfähig, als es die Wahl der Delegation vornahm. Die föderalistischen Dissidenten sind nicht durch einen Akt der Gewalt verhindert gewesen, an der Wahl theilzunehmen, sondern haben sich freiwillig zurückgehalten. Wenn der Kaiser die Delegationen nach Pest beruft und die österreichische Delegation durch ihren Präsidenten der diesseitigen ihre Constituirung anzeigt, so hat letztere nicht zu fragen, ob jene vollzählig sei. Die Bestimmung der Zahl 60 hat nicht grundgesetzliche, sondern blos reglementarische Bedeutung. Es ist illoyal, bevor noch von föderalistischer Seite ein Protest erhoben worden, von der ungarischen Seite die Rechtsgiltigkeit der österreichischen Delegation anzuzweifeln. Würde selbst dort ein Widerspruch erhoben, darf er hier nicht berücksichtigt werden, weil Ungarn nicht zugeben kann, daß ein Strike der Vertretung von Istrien z. B. den Ausgleich und die Ausgleichs-Institutionen in Frage stellen dürfte.

Berlin, 8. April. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung tritt den neuesten Ausführungen der Kölnischen Zeitung bezüglich Nordschleswigs entgegen und bekämpft namentlich die Behauptung, daß die Bevölkerungen über die Grenze in Schleswig zu bestimmen hätten, welche Distrikte in Schleswig unter den nördlichen zu verstehen seien; dieß sei allein der Bestimmung Preußens anheimgegeben. Preußen habe über diese Angelegenheit nur Oesterreich Rede zu stehen; eine Rechtsverbindlichkeit Preußens gegenüber Dänemark existire nicht: das politische Interesse, welches Preußen gegenüber Dänemark durch diese Abmachung zu fördern glaube, falle weg, wenn die Dänen das nicht annehmen wollen, was Preußen zu geben für möglich erachtet.

Paris, 8. April. Seit gestern cursirten neuerdings Gerüchte über ein ernstliches Unwohlsein des Kaisers. Um diese zu widerlegen, wurde für heute eine Truppen-Revue anbefohlen und abgehalten, bei welcher der Kaiser zu Pferde erschien. Das Aussehen und die mühsame Haltung des Kaisers waren geeignet, die verbreiteten Gerüchte eher zu bestätigen als zu widerlegen. — Die Liberté meldet: Der Herzog von Gramont, französischer Gesandter in Wien, wurde beauftragt, seine Reise nach Paris bis zur Beendigung der Wiener Ministerkrisis zu verschieben. Anläßlich des Plebiscits beabsichtigt die Linke, ein Manifest zu erlassen, um das Volk zu belehren. — La Presse versichert, die Formel für das Plebiscit und die Proklamation des Kaisers werden morgen gedruckt werden. Man versichert, Marquis Banneville werde Sonntag nach Rom zurückweisen.

Madrid, 8. April. Laut den letzten Nachrichten aus Barcelona wurde die Ordnung daselbst nicht gestört. — Baldrich wurde zum Oberkommandanten der operirenden Streitkräfte in Catalonien ernannt und ist gestern dahin abgereist. Die Communikationen sind noch immer sehr erschwert. Im übrigen Theile Spaniens herrscht vollkommene Ruhe.

— Der Aufstand in Catalonien breitet sich immer weiter aus. Von Valencia und Saragossa sind Regimenter dahin abgegangen; überdies wurde auch General Baldrich mit einer Colonne gegen die Insurgenten ausgesendet. Zu Tarasa bei Barcelona haben die Aufrührer die Telegraphensäulen und zu San André Salamar auch

eine Brücke zerstört. Weder direct noch indirect kann man heute von Madrid mit Barcelona verkehren.

Bayerische Angelegenheiten.

— Se. Maj. der König leidet in Folge Erkältung an einer leichten katarrhalischen Affektion, weshalb derselbe den gestrigen Kirchenfeierlichkeiten nicht anwohnte, um durch rechtzeitige Schonung seine Anwesenheit bei den übrigen kirchlichen Festen der kommenden Woche zu ermöglichen.

* Aus dem Vortrag des Abg. Wiesnet als Berichterstatters des II. Ausschusses über die Rechnungsnachweisungen bezüglich der besonderen im Budget nicht enthaltenen Staatsfonds für die Jahre 1866/67 und 1868 entnehmen wir, daß die besonderen im Budget nicht enthaltenen Staatsfonds, deren Objekte von dem übrigen Staatsvermögen gesondert verwaltet worden, im Jahre 1866/67 neun an der Zahl waren Von diesen Fonds wurde mit Schluß des Jahres 1866/67 aufgelöst der Reservegetreidemagazinsfond in Folge Gesetzes vom 26. März 1867, die Ausgleichung und Vergütung der durch den Krieg von 1866 erwachsenen Kriegslasten betr., welches die Ueberweisung dieses Fonds an die Kriegslastenausgleichungskasse anordnete. Mit dem Schlusse desselben Jahres erlosch auch der sogenannte Lottofond, indem die aus ihm geleisteten Pensionen und Unterstützungen der vormaligen Lottobeamten und ihrer Hinterlassenen für die IX. Finanzperiode auf den Pensionsamortisationsfond übergingen. Ferners wurden die im letzteren Jahre noch in einen allgemeinen und besondern Fond geschiedenen Unterstützungsfonds für Staatsdiener und ihre Hinterlassenen im Jahre 1868 mit einander vereiniget. Der allgemeine Industrieunterstützungsfond hat in Folge des allerhöchsten Landtagsabschiedes vom 29. April 1869 sein Ende gefunden. Der Fond der Bodenseedampfschifffahrtsanstalt endlich ist inzwischen gleichfalls verschwunden, indem die Erträgnisse dieser Anstalt im Budget der X. Finanzperiode unter der Rubrik der Staatsanstalten aufgenommen sind. Der Vermögensstand des eigentlichen Staatsgüterkaufschillingsfonds am Schlusse des Jahres 1865/66 war ein Passivstand von 537,378 fl. $48\frac{3}{4}$ kr. welcher durch verschiedene Veräußerungen in den Jahren 1866/67 und 1868, sich in einen Aktivbestand von 572,565 fl. umänderte. Der Aktivstand des Fond für Staatsgefällsablösungsschillinge hat nach dem Rechnungsschluß des Jahres 1865/66 die Summe von 43,723 fl. $40\frac{1}{4}$ kr. betragen und vermehrte sich bis zu dem Ende des Jahres 1868 auf die Summe von 47694 fl. 27 kr. Am Schlusse des Jahres 1865/66 waren im Fond der Staatsaktivkapitalien laut Rechnung baar vorhanden 38,534 fl. $9\frac{1}{2}$ kr. welche bis Ende 1868 durch Zu- und Abgänge sich auf 22,331 fl. 30 kr. stellten. Im Reservegetreidemagazinsfond blieb am Ende des Jahres 1866/67 ein Aktivstand von 1,975,286 fl. $20\frac{1}{4}$ kr. welcher der Kriegslasten-Ausgleichungskasse überwiesen und daselbst als Einnahme in Rechnung gestellt wurde. Der Unterstützungsfond für Staatsdiener und deren Relikten war bis zum Schlusse des Jahres 1866/67 in einen allgemeinen und einen besonderen Unterstützungsfond getheilt. Den Anträgen der Kammer der Abgeordneten gemäß wurde durch Allerhöchste Entschließung vom 4. März 1867, beginnend mit der IX. Finanzperiode, die gemeinschaftliche Behandlung der beiden Fonds angeordnet. Der reine Vermögensstand zu Ende des Jahres 1865/66 war beim allgemeinen Unterstützungsfonde 1,322,896 fl., am Schlusse des Jahres 1866/67 aber 1,380,042 fl. $13\frac{1}{4}$ kr., des besonderen am Ende des Jahres 1866/67 22,213 fl., so daß auf den vereinigten Unterstützungsfond für 1868 übergingen 1,402,255 fl., während am Schlusse des Jahres 1868 das Vermögen die Summe von 1,427,469 fl. betrug Das Vermögen des allgemeinen Stipendienfonds betrug Ende 1865/66 236,998 fl. und mehrte sich bis zum Schlusse des Jahres 1866/67 und 1868 auf 252,160 resp. 256,929 fl. — der Bestand des allgemeinen Industrie-Unterstützungsfonds gegründet 1848 mit einem Fond von 1,000,000 fl. war am Schlusse des Jahres 1865/66: 525,794 fl. und mehrte sich bis zu Ende 1866/67 auf 529,434 fl., minderte sich aber bis zum Schluß von 1868 auf 476,155 fl. Von dem Gründungskapitale bestand sonach mit Einschluß, 20jähriger Zinsen am Schlusse des Jahres 1868 aus den eben erwähnten Stammkapitalien nur mehr ein Kapitalsfond zu ungefähr 486,000 fl., von welchem nach den bisherigen Ergebnissen noch ein namhafter Betrag auf Nachlässe und Verluste wird abgeschrieben werden müssen. Ob mit den gewährten Unterstützungen immer ersprießliche industrielle Erfolge hervorgerufen wurden, ist zweifelhaft. Gewiß ist nur, daß nach den bisherigen Erfahrungen der Kapitalsfond nach und nach zu Gunsten einzelner Industriellen grossentheils aufgezehrt worden wäre. Auf Antrag beider Kammern sprach deßhalb der Landtagsabschied vom 29. April 1869 aus, daß die künftig anfallenden Zinsen, sowie die zur Heimzahlung gelangenden Kapitalien ferner nicht zur Unterstützung einzelner Industriellen, sondern zur Verleihung von unangreifbaren Fundationskapitalien für technische und gewerbliche Schulen verwendet werden sollen. Erst die nunmehrige Verwendung der Fondsmittel zu Unterrichtszwecken wird der bei Schaffung des Fonds beabsichtigten Förderung der Industrie wahrhaft und nachhaltig entsprechen. Da aber für diese Unterrichtszwecke ohnehin Positionen im Budget und zwar im Etat für Industrie und Kultur eingesetzt sind, so wird die künftige Verwendung des Fonds bei Berathung des Budgets eingehender zur Besprechung kommen. Der Industrienebenfond hat sich seit Schluß 1865/66 von 328,751 fl. bis zum Ende 1866/67 auf 257,942 vermindert. Die starke Vermögensminderung im Jahre 1866/67 rührt hauptsächlich daher, daß die Kosten des Besuchs der internationalen Industrieausstellung zu Paris im Jahre 1867 mit 74,635 fl. aus den Mitteln des Industrienebenfonds bestritten wurden. Der Fond für die Kosten der allgemeinen Immobilar-Feuerversicherungs-Anstalt diesseit des Rheines hat 1866/67 einen Aktivrest von 19[illegible] und 1868 einen solchen von 3915 fl. ergeben. — Der Fond aus den Erträgnissen der Bodenseedampfschifffahrt, welche am 1. Jan. 1865/66 noch einen Vorschuß aus den Postgefällen von 78,923 fl. zu decken. Im Jahre 1866/67 blieb aus dem Dampfschifffahrtsbetriebe ein Aktivrest von 60,872 fl. und 1868 ein solcher von 70,359 fl., so daß nicht nur hiemit jetzt der ganze erwähnte Vorschuß zurückgezahlt, sondern auch dem Staate aus den Erträgnissen der Schifffahrt im Jahre 18[illegible] eine Rente von 52,299 fl. abgeworfen hat. Vom Jahre 1869 ist die Bodenseedampfschifffahrt unter den Staatsanstalten vorgetragen. — Im den Lottofond waren am Schlusse des Jahres noch 34,545 fl. übrig, während die Ausgaben im Jahre 1866/67 50,458 fl. betrugen und der Passivrest von 15,876 fl. aus Staatsmitteln (zufälligen Einnahmen) gedeckt wurde. Von 1868 an sind die Mittel zur Deckung der Pensionen und Unterstützungen der Lottocollekteure und deren Relikten an die Pensionsamortisationskasse überwiesen. Referent stellt schließlich den Antrag: „Es sei den vorgelegten Nachweisungen über die im Budget nicht enthaltenen Staatsfonds für die Jahre 1866/67 und 1868 die Anerkennennung zu ertheilen.“

Lokales und Provinzielles.

München, 11. April.

— Nach dem vom Oberstceremonienmeister ausgegebenen Programm über die Hofkirchenfeierlichkeiten während der Charwoche wird Se. Maj. der König am Palmsonntag 10 Uhr Vormittags der Palmenweihe mit Prozession anwohnen, welch' letztere sich im Falle günstiger Witterung im Freien durch den Brunnenhof, bei ungünstiger Witterung über den Korridor bewegen wird. Am Mittwoch den 13. ds. wird Se. Maj. dem Schlusse des 40stündigen Gebetes in der St. Peterspfarrkirche nicht anwohnen, womit auch die Betheiligung der Gemeindekollegien heuer zum Erstenmale ganz wegfallen wird. Am Gründonnerstag Vormittags $10\frac{1}{2}$ Uhr wird Se. Maj. der König dem Hochamte und der Prozession anwohnen. — Die Ceremonie der Fußwaschung dagegen wird vom k. Hofkapelldirektor und Stiftspropst Dr. v. Döllinger im Hartschiersaale vorgenommen. — Am Charfreitag Vormittags 10 Uhr wird der König den Zeremonien und der Adoration des Kreuzes, und am Charsamstag der um 8 Uhr Abends stattfindenden Auferstehungsprozession, welche sich von der Residenzhofkapelle über die Residenzhöfe nach der Allerheiligenkirche bewegen wird, beiwohnen. Am Ostersonntag wohnt der König gleichfalls dem um 11 Uhr st[illegible]

findenden Pontifikalamte mit öffentlichem Kirchgange bei. Bei allen den vorgenannten Kirchenfeierlichkeiten wird der König vom großen Cortège begleitet sein.

* Durch den in ganz unerwarteter Weise am Freitag erfolgten Tod des Bildhauers Friedr. Brugger ist der Kunst in München und in ganz Deutschland einer ihrer trefflichsten Jünger entrissen worden, denn Bruggers Gruppe „Dädalus und Ikarus“ und seine Penelope gehören zu dem Bestem, was die letzte Zeit in der Antike an Sculpturen geschaffen hat.

— Die Gesellschaft „Concordia“ veranstaltete jüngst zum Besten des Vereins für freiwillige Armenpflege eine Theatervorstellung, welche einen Reinertrag von 150 fl. geliefert hat.

* Auch hier in München scheinen die Strikes in Aufnahme zu kommen. In voriger Woche stellten 40 — 50 Brauerbursche in der Zacherl'schen Bierbrauerei, als ihnen die geforderte Aufbesserung an Geld und durch Herabsetzung der Arbeitszeit nicht gewährt wurde, die Arbeit ein und zwar malitiöser Weise, während das Bier schon in der Pfanne war, und mit dem Heutigen wollen, wie wir hören, die Schneidergesellen mit Ausnahme der Arbeiter in einigen der größten Werkstätten Strike machen und haben in Bezug auf diese Angelegenheit eine Versammlung für heute im Elysium ausgeschrieben.

π. In Nr. 94 Ihres geschätzten Blattes gefällt sich Ihr Herr Opernreferent in Bemerkungen über eine von mir gebrachte Notiz, deren Beurtheilung ich dem Anstandsgefühle der Redaction überlasse, die mir bestätigen wird, daß meine ihr gemachten Mittheilungen, mit Ausnahme der über das Unwohlsein des Herrn Vogl, stets dem Sachverhalte entsprechend waren. Was die von dem Herrn Opernreferenten mir zur Last gelegte „Lobhudelei“ bezüglich des Gastspieles des Herrn Nachbauer in Mainz betrifft, so kann ich über diesen Vorwurf um so mehr stillschweigend hinweggehen, als diese Notiz nicht aus meiner Feder floß, sondern im Wortlaute der „Main-Zeitung“ entnommen war.

In **Rain** wurde jüngst der fürstl. Thurn und Taxis'sche Oberförster Viktoria von zwei Wildschützen, die er Abends 6 Uhr antraf, zu Boden geschlagen und als er bewußtlos dalag, mit Schlägen und Fußtritten mißhandelt. Zwei Jagdgehilfen fanden den verwundeten Mann im Walde; augenblicklich läßt sich noch nicht sagen, welche Folgen die erlittenen Verletzungen nach sich ziehen.

— Am 8. April Abends gegen 8 Uhr brach im Pfarrdorfe Melkendorf bei Kulmbach ein heftiger Brand aus, welcher rasch einen solchen Umfang nahm, daß nach dem Urtheile der mit dem Postzuge von Hof vorbeifahrenden Reisenden wenigstens 8 bis 10 Gebäude gleichzeitig in Flammen zu sein schienen.

— Der der Münzfälschung angeklagte, in Ulm wohnhafte Privatier Eberspächer aus Eßlingen wurde am Donnerstag vom k. Bezirksgericht in Augsburg zu einer Zuchthausstrafe von $1^1/_2$ Jahren, Landesverweisung und Tragung sämmtlicher Kosten verurtheilt; seiner Tochter wurde 1 Jahr Zuchthausstrafe anerkannt.

— Das „Südpf. Wochenblatt“ meldet über die Verhaftung des Müllers Corell in Neustadt (im Volksmunde bereits „Brandmüller“ genannt) und dessen Abführung nach Frankenthal Folgendes: Bekanntlich hat Corell vor 2 Jahren nach einem bei ihm stattgehabten großen Brande eine Entschädigung von 90,000 fl. erhalten und mochte er glauben, daß bei einem neuen Brande, der auch vor einiger Zeit wirklich bei ihm ausbrach, etwas Aehnliches herausspringen könne, und so gab er denn auch an, es seien ihm für 20,000 fl. Früchte verbrannt, währenddem, wie erzählt wird und durch eidlich vernommene Zeugen constatirt sei, nur für etwa 1000 fl. Früchte auf dem Speicher des Corell'schen Hauses zur Zeit des zweiten Brandes gelagert haben sollen. Jedenfalls müssen sehr gewichtige Beweise gegen den Verhafteten vorliegen, welche die Rathskammer zu ihrem Beschlusse bestimmt haben.

Gerichtssaal.

β Kommenden Dienstag den 12. l. Mts. Vormittags 9 Uhr findet öffentliche Verhandlung des Militärbezirksgerichtes gegen den Soldaten Rudolf Schmid des k. Inf.-Leibregiments wegen Körperletzung statt.

Bochum, 7. April. In der Fortsetzung der Schwurgerichtsverhandlung gegen die Geschwister Dieckhoff und Genossen, welche voraussichtlich noch mehr, als die bis zum Sonnabend festgesetzte Zeit in Anspruch nehmen wird, begann heute die Zeugenvernehmung. Dieselbe begann mit denjenigen Zeugen, welche in den gegen den Bäckermeister Ernst Dieckhoff von hier in der Anklage vorgebrachten Beschuldigungen zur Unterstützung der Anklage vernommen werden sollen. Die Anklage legt Ernst D. die wissentliche Unterstützung und Gewährung der Mittel für ungesetzliche Befreiung vom Militärdienst in sieben Fällen, den konsumirten Betrug in drei, den versuchten Betrug in zwei Fällen und außerdem die vollendete und versuchte Bestechung von Militärpersonen ebenfalls in mehreren Fällen zur Last. Die oben erwähnten sieben mit Hilfe von Ernst D. vom Militärdienst befreiten Personen beweisen auf das Schlagendste, daß sie von Niemand anders, als von Ernst D. Anweisung und Anleitung zu ihrem Unternehmen erhalten haben. Sie sämmtlich haben nicht D. zur Theilnahme an ihrem Verbrechen aufgefordert, im Gegentheil, sie bekunden auf das Entschiedenste, daß Ernst D. sie alle dazu verleitet und ihnen die Mittel an die Hand gelegt hat, durch welche eine Täuschung der Mitglieder der Militärersatzbehörde herbeigeführt worden ist. Ernst D., so konstatiren alle sieben jungen Leute, hat sich ihnen hierbei unter den mannigfachen Täuschungen geradezu angeboten und aufgedrängt. Diesen Zeugenaussagen gegenüber verharrt der Angeschuldigte bei seiner Theorie, alles zu läugnen. Den bestimmtesten Angaben der Zeugen gegenüber verbleibt er bei seinen Aussagen: „ich kenne den Mann nicht, weiß nichts von seiner Krankheit und von seinem Versuche, die Militärpersonen zu täuschen und sich vom Militärdienst zu befreien.“ Was die fünf Fälle des Betruges anlangt, so besteht sein Vergehen in den drei erwähnten Fällen darin, daß sich Ernst Dieckhoff mit von vorn herein ihm als untauglich zum Militärdienst bekannten Personen in Verbindung setzte und nachdem ihre Untauglichkeit von der Militärbehörde konstatirt und ausgesprochen war, bei allen durch Drohungen, wie z. B. er werde dafür sorgen, daß die Betreffenden im Falle der Nichtzahlung der geforderten Summen sofort eingestellt würden, ferner durch die Behauptung: er allein habe die Freilassung bewirkt &c. beträchtliche Geldsummen in verschiedener Höhe erpreßt habe. Ein vierter auf die Bildung unserer Einjährig Freiwilligen ein eigenthümliches Licht werfender Fall ist der, daß ein zu dieser Art des Dienstes berechtigter Militärpflichtiger sich von Ernst Dieckhoff zu dem Freimachungs-Versuch verleiten ließ, da Dieckhoff behauptete, er stecke mit der ganzen Militärersatz-Kommission und zumal mit sämmtlichen Aerzten unter einer Decke.

Das merkwürdigste Beispiel von Beschränktheit ist ein Militärpflichtiger aus Hannover, ein in der Nähe von Meppen wohnender Landwirth, bei dem die Angabe Dieckhoff's Glauben fand, seine geschäftsmäßige Befreiung vom Militärdienst werde von der Regierung gebilligt und er (Dieckhoff) stehe deshalb in direktester Beziehung zu dem Kriegsministerium. Die durch Ernst Dieckhoff vom Militärdienst zu Befreienden wurden fast sämmtlich von der Kreisersatzkommission in München-Gladbach ausgehoben und von der Departements-Ersatzkommission in Bochum dann untersucht. Staunen erregend ist allerdings, daß bei den allgemein in Umlauf befindlichen Gerüchten über die Beschäftigung der Dieckhoffs, von denen öffentlich und ohne Rückhalt überall gesprochen wurde, die Militär- und Gerichtsbehörden nicht schon lange dem Treiben dieser Leute ein Ende machten, und darin mag auch der Glauben seine Berechtigung finden, welchen die unerfahrenen jungen Leute den Behauptungen der Dieckhoffs beimaßen, ihre Freimachungs-Geschäft werde von den Militärbehörden gebilligt. — In der morgen stattfindenden Schwurgerichts-Sitzung wird mit der Vernehmung der Zeugen fortgefahren werden.

Vermischtes.

— Ein Arzt des Wiedener Krankenhauses schreibt über die Zahl und den Zustand der dahin überbrachten Verwundeten in Folge der furchtbaren Katastrophe in der Maximiliansstraße zu Wien als deren Hauptursache, wie bereits ein Ausspruch der Untersuchungscommission festgestellt hat, Abweichungen von dem behördlich festgestell-

ten Plane und dessen unzeitige Ausführung sind, Nachstehendes: „Ueberbracht wurden bald nach eingetretener Katastrophe theils mittelst Trabahre, theils mit Wagen zwölf Schwerverletzte, fünf Männer und sieben Weiber, die meisten unter ihnen furchtbar verstümmelt und bewußtlos. Alle Wunden sind mit Sand, Mist, Steinchen, Hobelspänen voll verunreinigt und bedeckt, so daß im ersten Momente deren Tiefe und Ausdehnung gar nicht zu bestimmen war; erst nach längerer mühsamer und schmerzvoller Reinigung bot sich uns Aerzten ein schaudervoller Anblick dar. Trotzdem alle Aerzte des Hauses bei der Hand waren und sich mit jedem Kranken zwei bis drei beschäftigten, so starben doch zwei von den Ueberbrachten, ein männliches und ein weibliches Indiviuum — Letzteres ein junges Weib eines ebenfalls verunglückten und hier befindlichen Maurergesellen, im fünften Monat schwanger — bevor sie noch ausgekleidet werden konnten. Eine dritte Arbeiterin wurde bereits todt, nachdem sie noch lebend von der Unglücksstätte transferirt wurde, überbracht. Von den übrigen neun Individuen dürften noch im Verlaufe des Tages zwei bis drei sterben. Die Verletzungen sind alle mehr oder minder sehr schwere; Brüche der Oberschenkel, der Unterkiefer, Rippen, Vorderarme, Wirbelsäule, schwere, ausgebreitete, bis an den Knochen gehende Quetschungen am Kopfe — bei einem Weibe eine förmliche Scalpirung, Rißwunden an allen Theilen des Körpers, Quetschungen mit Blutunterlaufungen im Gesichte, Verrenkungen am Schultergelenke sind genugsam vertreten. Das Jammern und Schreien der armen Verletzten war ein solch herzzerreißendes und mitleiderregendes, daß selbst ältere Aerzte und Operateure, die doch an den Anblick des Elendes mehr gewohnt und auch abgehärtet sind, im Innersten erschüttert wurden. Besonders bejammernswerth war ein ziemlich bejahrtes Weib, das ihren Mann unter den Verwundeten hier aufsuchte, ihn aber leider nicht fand, da er wahrscheinlich todt auf dem Platze blieb. Die Verunglückten sind größtentheils verschwägert und verwandt und gehören meistens der czechischen Nation an. Die Ueberbringung ins Krankenhaus verursachte ein solches Aufsehen, daß sich sofort Hunderte von Menschen ansammelten, die schwer vom Eindringen in die Krankensäle abgehalten werden konnten; Jeder wollte retten, Jeder helfen, denn nicht bloß Neugierde, sondern Mitleid und das Verlangen zu helfen lockte die Menge herbei. Kurze Zeit darauf erschien ein Adjutant Sr. Majestät und erkundigte sich über den Zustand und das Befinden der Verunglückten, überzeugte sich auch augenscheinlich in den Krankensälen über die Art ihrer Verletzung, machte sich Notizen und befragte sie nach ihren Angehörigen und Wünschen.

— [Unduldsamkeit.] Aus Tyrnau, 5. April, schreibt man dem Ung. Lloyd: In dem evangelischerseits hieher eingepfarrten Marktflecken Szered, wo die evangelischen Christen weder Kirche noch Glocken haben, starb dieser Tage Herr Ludwig Friedrich Würsching, ein achtbarer Kaufmann evangelischer Confession, der durch volle 40 Jahre als dortiger Bürger das Gemeindewohl zu befördern bemüht gewesen ist. Seine Angehörigen baten den katholischen Pfarrer, Herrn Stephan Nagy, dem Verstorbenen — nach dem Beispiele mehrerer seiner Collegen in der Umgegend — das Geläute gewähren zu wollen; allein sie stießen auf den allerhartnäckigsten Widerstand. Nach längeren Verhandlungen ließ sich der genannte Pfarrer herbei, dem Verblichenen für eine Taxe von 100 fl. einmal läuten zu lassen, was einer Abweisung der Bitte gleichkam. Endlich willigte er in der Stunde des Begräbnisses doch ein, das Leuten gegen eine Bezahlung von 20 fl. anordnen zu wollen; er forderte aber die sofortige Auszahlung, widrigenfalls sich kein Glockenschwengel rühren werde. Ein solches Mißtrauen verletzte nun die Ehre der Angehörigen, welche sonst auch einen viel größeren Betrag erlegt hätten, dermaßen, daß sie den Vorschlag des zum Begräbniß erschienenen evangelischen Pfarrers von Tyrnau, den Verschiedenen ohne Glockengeläute zu Grabe zu geleiten und den erwähnten Geldbetrag unter die Armen in Szered, ohne Unterschied der Religion, zu vertheilen, annahmen. Und so wurde der Verstorbene bei einem außerordentlichen Andrange der dortigen Bewohner jeglicher Religion beerdigt. Der Wahrheit zur Ehre muß aber auch hinzugefügt werden, daß der Decan der benachbarten Pfarre Soparnya gelegentlich eines Besuches bei den katholischen Mitgliedern der trauernden Familie sich mißbilligend über die Handlungsweise seines Collegen ausgesprochen hat.

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 9. April. Der Staatsanzeiger enthält die Präsidialverordnung, wodurch das Zollparlament zum 21. April einberufen wird.

Paris, 9. April. Die „Agence Havas" meldet aus guter Quelle, daß die von Buffet erbetene Entlassung angenommen worden sei. Man versichert, daß noch mehrere Minister ihre Demission geben würden. Der Ministerrath wird sich heute Abend zur Prüfung der Frage über die Wahl der Nachfolger in den Tuilerien versammeln. Ollivier soll Cabinetschef bleiben.

Paris, 10. April. Gestern fand Ministerrath statt; Buffet besteht auf der Demission, sie ist indeß nicht unwiderruflich. Ein Nachfolger ist noch nicht bezeichnet. Alle übrigen Minister befinden sich in Uebereinstimmung.

Paris, 10. April Abends. Der Rücktritt des Ministers Buffet ist gewiß, jener Daru's wahrscheinlich. Rücksichtlich der Wahl ihrer Nachfolgea ist noch nichts entschieden. Die übrigen Minister verbleiben im Amte.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 10. April (Schlussc.)

Wechsel auf London	——	Oest.-franz. Staatsbahn	$370^{1}/_{2}$
„ „ Paris	——	Bayr. Ostbahn-Actien	$119^{3}/_{8}$
„ „ Wien	$96^{1}/_{4}$	Elisabeth-Prior. I. Em.	—
5 proc. bayr. Anleihe	$101^{1}/_{8}$	4% bayer. Prämien-Anl.	$105^{1}/_{8}$
$1^{1}/_{2}$ „ „ „	—.—	Bad. Präm.-Anleihe	$103^{7}/_{8}$
4 „ „ Grundrente	——	Oesterr. Loose v. 1860	$78^{1}/_{2}$
4 „ „ Obligat.	—.—	„ Loose v. 1864	$115^{3}/_{8}$
5 proc. österr. Metall., engl.	$229^{1}/_{8}$	Alsenzbahn	—.—
5 „ „ National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	——
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	207
1882er Amerikaner	$94^{3}/_{4}$	Napoleons	—.—
Oesterr. Bank-Actien	689	Rente Silber $57^{3}/_{8}$. Pap. ——	
Credit-Actien	264	matt. Handelsbank	—

Wien, 10. April. (Schluss-Course.) 1860r Loose 96.20. 1864er Loose 120.20. CreditActien 253.30. Staatsbahn 390. Franko-Anstr.-B. 110.75. Angl.-Austr.-B. 320.—. Lombarden 214.10. Napoleons $9.89^{1}/_{2}$. Gallizier —.—. Tendenz: alles angeboten.

Berlin, 10. April. Oesterr. Credit-Actien $150^{1}/_{4}$. Oesferr.-franz. Staatsbahn-Actien $212^{1}/_{2}$. Oesterr. fl. 500 Loose von 1860 $78^{1}/_{2}$. Lombarden $118^{1}/_{2}$. Italienische Anleihe $54^{1}/_{2}$. 1882er amerik. Bonds $95^{3}/_{4}$. Tendens: Schluss besser.

New-York, den 9. April. Gold $113^{3}/_{4}$. Wechsel in Gold $103^{7}/_{8}$ Bonds per 1882 $111^{7}/_{8}$. Banmwolle $23^{1}/_{2}$. Petroleum $25^{3}/_{4}$.

Liverpool, den 9. April. Schlussbericht. Hentiger Umsatz 10.000. Orleans $11^{1}/_{2}$. Middling amerikanische $11^{1}/_{4}$. Fair dhollerah $9^{1}/_{2}$. Middling fair dhollerah $9^{1}/_{4}$. Good middling dhollerh 9. Fair Bengal 8. Fair Omra $9^{5}/_{8}$. Pernam $11^{3}/_{4}$. Smyrna $10^{1}/_{4}$. Fgyptian $12^{1}/_{4}$. Amerik. per März-April —. Dhollerah per Mai —. Omra — Tages-Import 15125 davon Ostindische —.—. Tendenz: ruhiger.

Manchester, 8. April. (Garnmarkt.) 12er Water Rylands $11^{3}/_{4}$ 12er Water Taylor 13. 20er Water Mycholls 15. 30er Water Gidlow $15^{3}/_{4}$. 30er Water Clayton $16^{1}/_{4}$. 40er Mule Mayoll $15^{1}/_{4}$. 40er. Medio Wilkinson $17^{1}/_{4}$. 36er Warpcops Qualität Rowland $16^{1}/_{4}$. 40er Double Weston $16^{1}/_{2}$. 60er Double Weston $19^{1}/_{4}$. Printers $^{16}/_{16}$ $^{24}/_{50}$ $8^{1}/_{2}$ Pfd. $142^{1}/_{2}$. Mässiges Geschäft zu vollen Preisen.

Lindau, den 9. April. (Geschäftsbericht von Conr. Stoffel in Lindau.) Dem ohnehin schon matten Geschäftsgang der Vorwoche ist, beeinflusst durch stärkere Zufuhren von Ungarn und durch die eingetretene schöne Witterung, ein noch flauerer gefolgt, der sich weniger in einem Rückgang der Preise als in einer beinahe gänzlichen Zurückhaltung der Käufer Ausdruck verschaffte.

Wie es gewöhnlich bei rückgängigen Conjuncturen der Fall ist, so beschränkten sich auch heute die wenigen vorgekommenen Verkäufe von Waizen nur auf Primasorten während Mittel-Qualitäten ganz vernachlässigt blieben.

Die Preise sind bei ziemlich nomineller Bedeutung wie folgt zu notiren:

Prima und Ausstich Ungar. Waizen fr. $28^{3}/_{4}$—$29^{1}/_{4}$. Mittelsorten geschäftslos. (Per 200 Zollpfund franco Romanshorn oder Rorschach verzollt).

Verlag u. Redaktion von **Karl Kellerbauer**. — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr: Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Dienstag, den 12. April 1870. **Nr. 101.**

Die Debatte über den außerordentlichen Militärkredit.

III.

✕ Der zweite Tag der Verhandlung ward durch die Erklärung eingeleitet, womit sich der neue Minister der auswärtigen Angelegenheiten bei der Abgeordnetenkammer einführte. Die Rede des Dr. Schleich vom vorigen Tage bot dazu einen sehr handlichen Anlaß, und ganz geschickt war die Art, wie Graf Bray den Schleich'schen Hinweis auf das Abhängigkeitsverhältniß der sogenannten Bundesgenossen im alten Römerreiche mit der Bemerkung abwies, daß bei ganz veränderten Zeiten der erste Napoleon den Versuch gemacht habe, römische Eroberungspolitik zu treiben, daß er aber dafür sein Ende auf St. Helena gefunden habe. Mit solchen unhistorischen Vergleichen ist es auch nicht gethan und es war wohlthuend aus dem Munde des leitenden Ministers eines ehemaligen Rheinbundstaates das damalige Unterwürfigkeitsverhältniß Bayerns zum französischen Imperator richtig gekennzeichnet zu hören. Mit der Auseinandersetzung des Grafen Bray über die Zielpunkte der bayerischen Politik konnte sich die Fortschrittspartei ganz zufrieden geben, da sie dem Worte und dem Sinne nach auf das hinauskommt, was auch Fürst Hohenlohe zu wiederholten Malen ausgesprochen hat. Es ist dies nicht, wie hier nicht zum ersten Male gesagt wird, das deutsche Programm der Fortschrittspartei, aber es ist ein deutsches Programm, und wenn Graf Bray mit etwas weniger Geschäftigkeit, als es dann und wann die politischen Rathgeber des Fürsten Hohenlohe thaten, auftritt, wird ihm die nationalgesinnte Richtung in Bayern daraus schwerlich einen Vorwurf machen. Vergleichen wir die Auseinandersetzung des Wortführers der Fortschrittspartei, Dr. Marqu. Barth, in der Adreßdebatte mit der neulichen Erklärung des Grafen Bray, so springen gewisse Unterscheidungspunkte in's Auge, die sich aber wesentlich nur auf Zweckmäßigkeitsfragen beziehen. Die berechtigte Selbständigkeit Bayerns innerhalb der deutschen Gesammtverfassung aufrecht zu erhalten, ist der Eine wie der Andere entschlossen, und wenn der politische Parteiführer die Nothwendigkeit einer beschleunigten Annäherung der Südstaaten an die norddeutsche Bundesmacht für wünschenswerth erklärt, der bayerische Premier dagegen bis zur Stunde das Bismarck'sche Citat sich zu Herzen nimmt, „genieße froh, was dir beschieden", so vermögen wir auch darin keinen Grund zu sehen, weßhalb nicht die Fortschrittspartei die positiven Handlungen des Grafen Bray oder je nachdem seine Unterlassungen in der deutschen Politik mit aller Ruhe abwarten sollte. Am allerwenigsten wird sie sich in dieser Haltung dadurch stören lassen, daß die klerikalen Blätter einen über den andern Tag versichern, Graf Bray gehöre zur Patriotenpartei. In wie weit die Urheber solcher Auseinandersetzungen sich selber täuschen oder Andere täuschen wollen, kann die Fortschrittspartei unentschieden lassen. Sie beurtheilt ihre Stellung zu einem Ministerium nach den ihr bekannten Thatsachen und läßt dabei den Wünschen und der Phantasie ihrer politischen Gegner offenes Feld.

In der Abgeordnetenkammer wurde dem Grafen Bray die Ehre zu Theil, von dem Pfarrer Mahr gleich als Gesinnungsgenosse begrüßt zu werden, während derselbe Redner dem General von der Tann in ziemlich unverblümter Weise den Vorwurf des militärischen Landesverrathes machte, so daß sich der Präsident zum Einschreiten veranlaßt sah. Weniger bös gemeint war die darauf folgende Auseinandersetzung des Vaters der Bauernvereine, des Frhrn. Xaver v. Hafenbrädl, der sich gegen das Milizsystem nach schweizer Art verwahrte, dagegen eine neue Heeresverfassung nach eigenem Plane in Aussicht stellte. Gegen die Verminderung der Wehrkraft des Landes in dieser Zeit protestirte der eifrige Bauernführer auf das Entschiedenste, und dem Kriegsminister, der vor ihm gegen den Abgeordneten Mahr sehr energisch aufgetreten war, versicherte er, daß er ihn achte, ehre und schätze. (Schluß folgt.)

Politische Tagesübersicht.

Wien, 9. April. Darin stimmen heute alle Nachrichten überein, daß der Versuch des Grafen Alfred Potocki, ein Ministerium aus politischen Individualitäten zu bilden, gescheitert ist. Es ist gewiß, daß Dr. Rechbauer schließlich die Einladung, ins Ministerium zu treten, abgelehnt hat. Dasselbe hat der minder pronancirte Graf Hohenwarth, Statthalter in Oberösterreich, gethan. Bis zu welchem Grade von Selbstverleugnung Graf Potocki in seinem Versuche sich herbeiließ, mag daraus erkannt werden, daß er nach gestern selbst nach der Sitzung des Abgeordnetenhauses dem Präsidenten des Hauses, Dr. Kaiserfeld, ein Porteseuille in seinem Ministerium angeboten hat, das dieser, wie nicht anders zu erwarten war, ausschlug. In politischen Kreisen heißt es nun, das „Beamten-Ministerium" werde jetzt vorbereitet. Ob auch an der Spitze eines solchen Graf Potocki stehen würde, wird nicht gesagt; dagegen nennt man alle möglichen und unmöglichen Ministerial-Beamten als Minister-Candidaten. So viel über die Personalien. Hinsichtlich des Potocki'schen Programmes möchten wir nur das eine charakteristische Faktum constatiren, daß Graf Potocki gestern noch einem jener Männer, die er für sein Ministerium gewinnen wollte, auf seine Erkundigung nach dem Programme treuherzig antwortete: „Das Programm werden wir machen, sobald wir ein Ministerium sind.

Aus **Tyrol.** Der Krug geht solange zum Brunnen, bis er zerbricht. Der Caplan Fischler aus Absam gilt als einer der leidenschaftlichsten und gefährlichsten Agitatoren im Lande, zog sich aber bisher aus jeder Klemme geschickt heraus. Diesmal scheint es ihm nicht mehr geglückt zu sein, denn er soll in zu wenig vertrauter Gesellschaft sich geäußert haben, daß die „Klinge schon geschliffen sei." Außerdem soll er es gewesen sein, der den vergeblichen Versuch machte, die Gemeinden des Gerichtsbezirkes Hall zur Renitenz gegen den Schulinspector aufzureizen. Er wurde in strafgerichtliche Untersuchung gezogen. Die bezügliche Verhandlung wird nähere, vielleicht nicht uninteressante Details ans Tageslicht bringen.

Prag, 9. April. Das officiöse „Prager Abendblatt" meldet: Zur Hintanhaltung der für morgen befürchteten politischen Straßen-Demonstration trafen die Sicherheitsbehörden die nöthigen Maßregeln. — Das Abendblatt der „Politik" berichtet, der nach Wien gereiste Graf Clam-Martinitz werde dem Grafen Potocki die „Unmöglichkeit" der Reichsrathsbeschickung durch eine etwaige föderalistische Landtags-

Majorität Böhmens darlegen; vielleicht werde dann Potocki den Versuch, ein Cabinet zu bilden, aufgeben.

Pest, 9. April. Sämmtliche Bischöfe werden bis morgen aus Rom erwartet. Bischof Fogarassy hat gestern bereits die Oberhaussitzung besucht.

Lemberg, 9. April. Der Dziennik Lwowski erklärt sich mit der Combination Rechbauer-Mende-Spiegel zufrieden, da selbe ein „natürlicher Vorläufer der föderalistischen Regierung" sei.

— Ein culturhistorisches Ereigniß für die Schwarzen Berge ist das Erscheinen einer politischen Wochenschrift, der ersten Zeitung seit dem mehrhundertjährigen Bestehen Montenegro's. Der Redakteur derselben, Hr. Sundißchitsch, ist der derzeitige Sekretär des Fürsten Nikola. Ferner verdient Erwähnung die telegraphische Verbindung, welche jetzt eben zwischen Cetinje und Wien hergestellt wurde.

Berlin, 9. April. Die Mehrzahl der Reichstagsabgeordneten hat noch gestern Abend Berlin verlassen, nur ein sehr kleiner Theil ist zurückgeblieben und somit werden während der Vertagung auch die Commissionsarbeiten gänzlich ruhen. Die Commission zur Vorberathung des Gesetzentwurfs zur Regelung der „Rechtsverhältnisse der Bundesbeamten", hat vorgestern ihre letzte Sitzung vor dem Feste gehalten. Den Mittelpunkt der Berathung bildete der §. 13 der Vorlage, welcher bestimmt, daß die Zulässigkeit der gerichtlichen Verfolgung eines Bundesbeamten wegen dienstlicher Handlungen oder Unterlassungen durch ein Bundesgesetz geregelt und bis zum Erlaß dieses Gesetzes diejenigen landesgesetzlichen Bestimmungen dafür gelten sollen, welche am dienstlichen Wohnsitze des Bundesbeamten für eine Behandlung derselben Frage bezüglich der Staatsbeamten maßgebend sind. Dieser Paragraph enthält also eine Ausdehnung des preußischen Gesetzes, betreffend die Conflicte bei gerichtlichen Verfolgungen wegen Amts- und Diensthandlungen vom 13. Februar 1854 auf alle Bundesbeamte, die in Preußen ihren Wohnsitz haben. Die Commission strich diesen Paragraphen, nahm aber auf den Antrag des Abg. Schwendler gleichzeitig folgende Resolution an: Der Reichstag wolle beschließen, den Bundeskanzler zu ersuchen, die im (gestrichenen) §. 13 des Entwurfes in Aussicht genommenen Bundesgesetze dem Reichstage bei seinem Zusammentritt im nächsten Jahre vorzulegen. An Stelle des gestrichenen §. 13 wurde dann auf den Antrag des Abg. v. Bockum-Dolffs folgender, dem Art. 35 des Civilstaatsdienergesetzes des Großherzogthums Oldenburg vom 28. März 1867 nachgebildeter Paragraph gesetzt: „Jeder Bundesbeamte ist für die Gesetzmäßigkeit seiner amtlichen Handlungen verantwortlich. Hat jedoch derselbe nach den Anordnungen eines Vorgesetzten gehandelt, welche innerhalb des Kreises der amtlichen Zuständigkeit des letzteren und in gesetzlicher Form erlassen waren, so trifft die civilrechtliche und dienstliche Verantwortung dafür den Anordnenden allein." Aus der Sitzung des Reichstages, die für den 21. d. M. angesetzt ist, dürfte nun auch nicht viel werden, da wie nunmehr amtlich verkündet worden, das Zollparlament an diesem Tage eröffnet wird und nach der Eröffnungsfeier im Weißen Saale in hergebrachter Weise wohl noch die ersten einleitenden Geschäfte erledigen wird. Ueberhaupt dürfte ein gleichzeitiges Tagen des Reichstages neben dem Zollparlamente, wie es in Aussicht genommen ist, in der Weise, daß die Arbeiten und Sitzungen beider unmittelbar neben einander fortlaufen, kaum durchzuführen sein. Die noch übrigen Arbeiten und Sitzungen des Reichstages werden wohl bis nach Schluß des Zollparlaments vertagt bleiben.

— Der vom Zollparlament zu genehmigende mit Mexico vereinbarte Handels- und Schifffahrtsvertrag hat im Zollbundesrath mancherlei Anfechtungen erfahren, und wenn auch schließlich dort dessen Genehmigung erfolgte, so ist es doch nur unter der Voraussetzung geschehen, daß bei der Auswechselung der Ratificationsurkunden eine den diesseitigen Interessen entsprechende Auslegung der sehr dunkel gefaßten Art. 2 und 3 des Vertrages festgestellt werde.

Frankfurt a./M., 9. April. Heute Vormittags wurden die großartigen Palmgärten feierlich eröffnet. Regierungs-Präsident Eulenburg, Polizei-Präsident Madai, General Boyen, Stadtcommandant Loen, sowie der Magistrat und die Stadtverordneten wohnten der Feierlichkeit bei.

Gotha, 8. April. Der gemeinschaftliche Landtag der Herzogthümer genehmigte einstimmig die Anträge des Ausschusses, welche die Union der Herzogthümer von der Bildung von Kreisverbänden, so wie von der Stiftung eines Provincialfonds aus dem Ertrage der Domainen und der Quotisirung und Contingentirung der Steuern abhängig machen. Der Landtag wurde darauf vertagt.

Paris, 8. April. Die „Presse" behauptet, das Plebiscit werde am Sonntag Quasimodo, den 24. April, in sämmtlichen Gemeinden Frankreichs stattfinden. Sie fügt hinzu: Die Zeit der Eröffnung der Ballotage (scrutin) ist vom Kaiser am Dienstag anberaumt und auch von den Ministern genehmigt worden. Wir glauben zu wissen, daß über die Plebiscits-Formel in den Tuilerien mit den Ministern discutirt worden ist, und an dieser Berathschlagung die Senatscommission sich betheiligt hat. Der Kaiser hätte die Ansicht geäußert, die Abfassung der Formel müsse vom Senat ausgehen. Diese Ansicht hätten jedoch die Minister nicht getheilt, worauf der Siegelbewahrer mit der Arbeit betraut worden. Zwei Formel-Entwürfe, heißt es, lagen vor: der eine, etwas allgemein gehaltene, lautete etwa, wie folgt: „Will das französische Volk die liberalen Abänderungen, welche an der Verfassung von 1852 zu dem Endzwecke vorgenommen worden, das parlamentarische Regime mit der kaiserlichen Regierung herzustellen, und alle Consequenzen dieses Regimes annehmen?" Dieser Abfassungsentwurf wurde nicht angenommen. Ausführlicher und besonders klarer dem Wortlaute nach war der andere Entwurf. Wir geben, wenn nicht den Wortlaut, so doch den Sinn desselben: „Will das französische Volk die an der Constitution von 1852 vorgenommenen liberalen Abänderungen auf Grund folgender Punkte gutgeheißen: 1) Verantwortlichkeit der Minister vor den Kammern; 2) Einsetzung zweier gesetzgebenden Kammern; 3) Rückfall der constituirenden Gewalt an die Nation?" In diesen drei Punkten sind in der That die wesentlichsten Bestimmungen des dem Senat unterbreiteten Entwurfs des Senatsbeschlusses enthalten."

Paris, 9. April. (Sitzung des gesetzgebenden Körpers.) Ollivier, in Beantwortung einer an ihn gerichteten Interpellation bezüglich des Plebiscits, sagt: „Weder über das Kaiserreich, noch auch über den Kaiser wird abgestimmt. Der Act, durch welchen das Kaiserreich errichtet wurde, ist nicht mehr in Frage. Der den Wählern vorgelegte Punkt ist die Wahl zwischen der autoritären Verfassung von 1852 und der Verfassung von 1870, das heißt die Ratification der an der Verfassung vorgenommenen liberalen Abänderungen. Glauben Sie, daß wir wohl daran gethan haben, der Freiheit Genüge zu thun, nachdem der Ordnung Genüge gethan worden ist?"

Paris, 9. April. Die badische Thronrede und die hiesige Ministerkrise verstimmten heute die Fondsbörse. Ein Leitartikel der Patrie behandelt die Frage bezüglich der Festung Landau und hebt hervor, daß diese nur für Preußen von militärischer Wichtigkeit sei, während Bayern den Festungsplatz abschaffen könne. Die Patrie hofft, die bayerische Volkspartei werde in dem Kampfe gegen die Verpreußung siegen. — Der Gaulois meldet: Der seit Wochen durch Maueranschläge für morgen angekündigte allgemeine Strike veranlaßte die Behörde, die Friedens-Offiziere aufzufordern, vom 10. bis 15. April auf ihrem Posten zu verbleiben. — General Fleury erbat seine Entlassung. Die Entschießung des Cabinets ist unbekannt.

Creuzot, 9. April. Die Lage ist sich gleich geblieben; die strikenden Arbeiter erwarten den Ausgang des 10. April, an welchem Tage, wie die Führer angeben, eine allgemeine Erhebung und Arbeitseinstellung stattfinden soll.

In **Fourchambault** ist jetzt auch ein theilweiser Strike ausgebrochen, und man fürchtet, daß er ein allgemeiner werden wird. Es sind dort große Gruben- und Hüttenwerke. Fourchambault liegt im Nièvre-Departement, was zu den republicanisch gesinnten Frankreichs gehört.

Rom, 3. April. Es ist bekannt, daß die Einwendungen Stroßmayer's gegen die Einleitung des Schema's vom Glauben in

Principe Anerkennung gefunden haben, indem die von ihm angefochtenen Sätze in milderem Sinne umgestaltet worden sind. Aber auch dieser Erfolg ist weniger der Beredsamkeit des Bischofs oder der Macht seiner Gründe zuzuschreiben, als der Vermittlung zweier deutscher Infallibilisten, welche sich nach jener Sitzung zum heiligen Vater begaben und ihn um eine Modification jenes Capitels baten, welches solchen Bischöfen, in deren Diöcese viele Protestanten wohnten, arge Verlegenheiten bereiten könne. Diese Fürsprache der beiden Infallibilisten fand beim Papste ein williges Gehör.

Spanien. Zaragoza hat am Sonntag Lätare den ersten protestantischen Gottesdienst erlebt. In dieser Stadt, wo „unsere Frau vom Pfeile" wie eine Allmächtige verehrt wird, war es keineswegs zu verwundern, daß jenes Ereigniß nicht ohne Störung vorbeiging. Ein angeblich von katholischen Geistlichen aufgestachelter Pöbelhaufe brach in das Gebäude ein und machte der kirchlichen Feier ein Ende. Aber die Polizei war auch rasch zur Stelle und brachte eine Anzahl der Unruhestifter in Haft. Ein erfreuliches Zeugniß für die aufdämmernde Geistesfreiheit war es dabei, daß mehrere Bürger der Polizei zu Hülfe eilten, als sie hörten, daß der protestantische Betsaal angegriffen worden sei.

Rußland. Der livländische Kreisdeputirte Baron Tiesenhausen hat zur Widerlegung der russischen Journalistik, die nicht müde wird, die Geschichte der baltischen Provinzen zu fälschen, eine auf authentische Documente gegründete Darstellung der Ereignisse von 1710 entworfen und seiner Schrift das Imprimatur der kaiserlichen Censur ertheilen lassen, worauf dieselbe jetzt in deutscher und russischer Sprache bei C. F. Steinacker in Leipzig erschienen ist. Es wird darin der unumstößliche Beweis geführt, daß Livland auf Grund eines beiderseitigen Vertrages mit Rußland vereinigt, mithin nicht erobert worden ist.

— Unterm 27. Februar d. Js. ist ein kaiserlicher Ukas erlassen, der genaue Vorschriften enthält, für welche Vergehen und in welcher Weise die körperliche Züchtigung gegen Beamte der untern Rangstufen ordnungsmäßig zu vollstrecken ist.

Toronto, 6. April. Heute sprach ein großes Meeting unter Vorsitz des Mayor seine Entrüstung aus über die Ermordung Scotts und die Einkerkerung britischer Unterthanen in Fort Garry. Energische Maßregeln gegen den Aufstand und für Bestrafung der Mörder wurden beantragt. In ganz Canada herrscht große Aufregung; Meetings sind in Montreal und an andern Orten angesagt. Im Unterhaus erklärte der Premier, daß die beide Regierungen vereint zur Handlung schreiten werden.

Bayerische Angelegenheiten.

Z. **München,** 11. April. Universitätsprofessor Dr. Huber hat in letzter Zeit in der Augsb. Allg. Zeitung bekanntlich einen größern Aufsatz unter dem Titel „Das Papstthum und der Staat" veröffentlicht. Se. Maj. der König hat nun unterm Gestrigen folgendes Handbillet abgeschickt: „Mein lieber Universitätsprofessor Dr. Huber! Die von Ihnen verfaßten und während der letzten Wochen in der Allgemeinen Zeitung veröffentlichten Artikel über das Papstthum und den Staat haben durch die ebenso geistvolle als durchdachte Behandlung des Stoffes in hohem Grade meine Aufmerksamkeit erregt. Es gereicht mir stets zur lebhaften Befriedigung, wenn ich wahrnehme, daß die großen politisch-kirchlichen Fragen der Gegenwart durch Träger deutscher Wissenschaft eine freie und offene Besprechung finden. Es ist mir daher Bedürfniß, Ihnen für ihre gediegene, mich lebhaft fesselnde Arbeit meine vollste Anerkennung auszusprechen. — Indem ich Sie meines steten Wohlwollens sowie der Fortdauer meiner geneigten Gesinnungen versichere, bin ich Ihr Sie hochschätzender König Ludwig. München, den 10. April 1870."

* Aus dem Protokoll über die Sitzung des II. Ausschusses der Kammer der Abgeordneten, in welcher Hr. Abg. Dr. Diepolder seinen Bericht über die Rechnungen der Staatsschuldentilgungsanstalt in den Jahren 1866/67 und 1868 erstattete, erwähnen wir: Auf die Bemerkung bezüglich der Rechnungen über die Pensions-Amortisationskasse, daß eine Einrückung der Veteranen in die höheren Unterstützungsklassen gemäß Landtagsabschied vom 10. Juli 1865 §. 20 nicht stattgefunden zu haben scheine, erklärte der Staatsminister, daß dies allerdings nicht der Fall gewesen sei; die Bestimmung des allegirten Landtagsabschiedes sei im Finanzgesetze für die IX. Finanzperiode nicht wiederholt worden, weßhalb die Mittel zur Ausbezahlung der höheren Unterstützungen nicht voraanden gewesen seien, auch für die X. Finanzperiode habe man nicht Rücksicht darauf nehmen können. Nachdem Ministerialrath v. Morgenroth noch einige erläuternde Bemerkungen beigefügt hatte, stellte Referent auf Grund seines Berichtes über die Rechnungen der Grundrenten-Ablösungskasse den Antrag: „Es sei an Seine Majestät den König die allerehrfurchtsvollste Bitte zu richten, noch an gegenwärtigen Landtag eine Gesetzesvorlage bringen zu lassen, welche a) die annuitätenweise Rückzahlung der Bodenzinskapitalien an die Grundrenten-Ablösungskasse, und b) eine weitere Ueberweisung von Grundrenten der Stiftungen, Gemeinden und Privaten an die Grundrenten-Ablösungskasse herbeizuführen geeignet ist." Abg. Schmidbonz erklärte sich gegen den ersteren Antrag, weil dem Landvolke eine neue Belastung durch den Zwang der Rückzahlung der Bodenzinskapitalien, auch durch Annuitäten, nicht überbürdet werden dürfe. Abg. Freytag glaubt sich für Annahme beider Anträge aussprechen zu müssen, da, wenn man dem Staat durch Wiederaufnahme der Ueberweisungen an die Grundrenten-Ablösungskasse neue Verpflichtungen zutheile, er auch mit den Mitteln hiezu versehen werden müsse, was durch Verpflichtung zur Rückzahlung der Bodenzinskapitalien geschehen könne. Die Wiederaufnahme der Ueberweisung der Grundlasten an die Ablösungskasse sei eben im Interesse der Erhaltung der Bodenzinskapitalien und des Zinsenbezuges für die Stiftungen ꝛc. absolut nothwendig, da notorisch, wie die Eingaben an die Kammer beweisen, durch die Zerstückelung des Grund und Bodens die Bodenzinse in so kleine Beträge sich vertheilten, daß der Berechtigte die größte Mühe habe, sie einzubringen, und die Einbringungskosten nicht mehr betrügen, als die Rente. Der Staatsminister der Finanzen bemerkt, die k. Staatsregierung wünsche eine Wiederaufnahme der Ueberweisungen nicht. Im Jahre 1848 sei das Prinzip der Freiwilligkeit der Bezahlung der Bodenzinskapitalien statuirt worden; durch Einführung einer Zwangspflicht werde man von diesem Prinzipe abweichen, und es würde ein Unterschied gesetzt werden zwischen den Pflichtigen des Staats, bei welchen das Prinzip der Freiwilligkeit fortdauere, und zwischen den an die Ablösungskasse überwiesenen Pflichtigen; ihm scheine auch der Realcredit nicht so weit wieder erstarkt zu sein, daß man den Pflichtigen einen solchen Zwang auferlegen dürfe. Bezüglich der nachträglichen Ueberweisung theile er die Anschauungen seines Vorgängers im Amte. Es sei die Frist zur Ueberweisung lange genug gewesen; wer nicht davon Gebrauch gemacht habe, könne sich einen allenfallsigen Nachtheil nur selbst zuschreiben. Eine so große Vermehrung der Grundrentenschuld würde nicht ohne Einfluß auf den Cours und die Zinsen der übrigen bayrischen Staatspapiere sein. Abg. Kolb sprach sich gegen die Wiederaufnahme der Ueberweisung aus, eventuell könne er nur unter der Bedingung, daß der Staat von jeder Benachtheiligung hiebei geschützt werde, seine Zustimmung geben. Nachdem noch Abg. Greil sich gegen den ersten und für den zweiten Antrag erklärt hatte, wurde zur Abstimmung beschritten und hiebei der Antrag sub a mit 5 gegen 8 Stimmen abgelehnt, der Antrag sub b mit 6 gegen 2 Stimmen angenommen. Als Resultat seines Referates über die Gesammtrechnungen stellte Referent den Antrag: „Hohe Kammer wolle beschließen: 1) es sei den Zu- und Abgängen an dem Aktiv- und Passivstande der Staatsschuld, wie solche die Generalrechnungen der kgl. Staatsschuld-Tilgungsanstalt für die Jahre 1866/67 und 1868 entziffern, die Zustimmung zu ertheilen; 2) es sei den Rechnungsnachweisungen über die Verwendung der Staatseinnahmen für die Staatsschuld und über den Stand der letzteren in den genannten beiden Jahren die Anerkennung zu ertheilen. Die beiden Theile dieses Antrages wurden von dem Ausschusse einstimmig angenommen. In Folge der Abstimmung über obigen Antrag hält der Ausschuß die Eingabe in Betreff der Ueberweisung der Renten in die Ablösungskasse für erledigt.

** **München**, 11. April. (XXIX. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Nachdem der Präsident das allerhöchste Dekret über die Verlängerung des Landtags mitgetheilt hatte, erhielt das Wort der k. Staatsminister des Cultus, Hr. v. Lutz zur Beantwortung der neulichen Interpellation des Abg. Mahr, die Abstellung von Samlungen in den Schulen betreffend. Dieselbe lautet im Wesentlichen: Die erste Frage anlangend: Ist der vom pädagogischen Standpunkte aus vollkommen gerechtfertigte Verein der Kindheit Jesu auch unter dem Ministerialausschreiben vom 3. September 1869, die Abstellung von Sammlungen in den Schulen betreffend, mit inbegriffen? erwidere ich: Das Staatsministerium des Cultus hatte erfahren, daß sowohl in Volksschulen als in Studienanstalten und k. Erziehungs-Instituten vielfach Geldsammlungen vorgenommen wurden und daß diese Sammlungen zu mannigfachen Klagen Anlaß gaben. Viele Eltern haben sich durch den moralischen Zwang beschwert gefühlt, welcher durch die Sammlungen in den Schulen auf sie geübt wurde, indem sie sich genöthiget sahen, zu Zwecken beizusteuern, zu denen sie lieber nichts gegeben hätten, oder mehr zu geben, als ihren Verhältnissen angemessen ist. So hatte sich ferner durch die Erfahrung ergeben, daß bei solchen Sammlungen der Unterschied zwischen Kindern wohlhabender und jenen unbemittelter Eltern in einer Weise hervortrat, daß Erstere leicht zur Ueberhebung veranlaßt wurden, in Letzteren aber ein bitteres und drückendes Gefühl sich geltend machte. Ja selbst dazu scheinen dem Staatsministerium faktische Anhaltspunkte vorgelegen zu sein, daß bei den Schülern — mit Grund oder Ungrund — die Meinung Platz gegriffen hatte, es würden diejenigen von ihnen, welche größere Gaben brächten, von den Lehrern oder Aufsichtsbehörden begünstiget und bevorzugt. Das k. Cultusministerium sah sich deßhalb veranlaßt, für die Folge die Vornahme aller Sammlungen ohne Rücksicht auf deren Zwecke in den Volksschulen sowohl als in den Studien-Anstalten und k. Erziehungs-Instituten unbedingt zu untersagen. Der Grund für die Abstellung der Sammlungen in den Schulen lag nicht etwa darin, daß einzelne für ungeeignete Zwecke vorgenommen worden wären, sondern in der Belästigung, welche für die Eltern der Schulkinder aus jeder Art von Sammlung erwachsen kann, und in den nachtheiligen Wirkungen, welche jede Art von Sammlung in der Schule in pädagogischer Beziehung auf die Schulkinder zu üben im Stande ist. Nirgends habe ich in den Akten eine Andeutung dafür gefunden, daß in einer Schule für einen unpassenden Zweck gesammelt worden wäre. Es folgt ferner aus dem Vorgetragenen, namentlich in Anbetracht der allgemeinen Fassung, welche dem Ausschreiben vom 3. September 1869 gegeben worden ist, daß für keine Art von Sammlungen deßhalb, weil der Zweck derselben ein löblicher ist, die Statuirung einer Ausnahme angesprochen werden kann. Ich interpretire demnach das Ausschreiben vom 3. Sept. 1869 richtig, wenn ich sage, daß mit demselben auch die Sammlungen in den Schulen für den Verein der heil. Kindheit abgestellt worden sind.

Auf die II. Frage: Hat das k. Staatsministerium Kenntniß von der Tendenz, diesen wohlthätigen und volksthümlichen Verein der Auflösung entgegenzuführen?, antworte ich mit Nein! Dem Ministerial-Ausschreiben vom 3. September 1869 ist diese Tendenz fremd. Das Ausschreiben hat es lediglich mit den Sammlungen in den Schulen zu thun. Auf das, was außerhalb der Schule geschieht, läßt sich das Ausschreiben nicht ein. Es spricht auch mit keiner Sylbe ausdrücklich von dem in Frage stehenden Verein und nichts gibt eine Andeutung von einer feindseligen Tendenz gegen dessen Fortbestand. Das Ausschreiben ist in keiner Weise durch den Bestand des Vereines der Kindheit Jesu veranlaßt und hat keine Spitze, die gerade gegen ihn gerichtet wäre. Es ist lediglich deßhalb gegen ihn gerichtet, weil und so weit er mit Sammlungen in den Schulen zu thun hatte. Wenn demnach dieser Verein außerhalb der Schule gepflegt werden soll, so statuirt das Ausschreiben kein Hinderniß hiegegen. Es besteht auch sonst kein Gesetz und keine obrigkeitliche Anordnung, welche den Behörden die Aufgabe setzte, dem Vereine, so weit er außerhalb der Schule gefördert werden kann, Schwierigkeiten zu bereiten. Auch davon ist dem Staatsministerium bis zur Verlesung der Interpellation des Hrn. Abg. Mahr nichts bekannt gewesen, daß anderweitig eine dem Verein feindselige Tendenz bestehe. Wenn sie irgendwo existirt, und wenn insbesondere der Erlaß des Bezirksamtes Lichtenfels besteht, so ist damit der Auftrag, den das Ausschreiben vom 3. September 1869 den betheiligten Behörden gegeben hat, überschritten worden und wird in dieser Beziehung das Erforderliche vorgekehrt werden. Was Hr. Interpellant von einem unter dem Vorwande bestehender Verordnungen geübten Terrorismus gegen alle Begünstiger des Vereines spricht, in Folge dessen man sich nicht scheue, der Privatabgabe von Almosen für denselben an die Seelsorge-Geistlichkeit Hindernisse in den Weg zu legen, und selbst den Weg öffentlicher Denunciation zu betreten, ist und bleibt mir unverständlich, so lange dieses Vorbringen nicht thatsächlich näher begründet wird. Daß diese meine Auslegung des Ausschreibens vom 3. September 1869 den Absichten meines Hrn. Amtsvorgängers entspricht, von welchem das Ausschreiben ausgegangen ist, erhellt aus einem Berichte, welchen der frühere Hr. Staatsminister des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten aus Anlaß einer Bitte des Hrn. Erzbischofs von München-Freising um Wiedergestattung von Sammlungen in der Schule zu Gunsten des Vereines der heil. Kindheit Jesu an Se. Maj. den König erstattet hat. Dort hat sich der Hr. Staatsminister mit expliziten Worten zu der hier von mir vertretenen Ansicht bekannt.

In Bezug auf die III. Frage, ob das Staatsministerium nicht geneigt sei, entsprechend dem Wunsche und Willen der christlichen Bevölkerung die seit 17 Jahren bestehende Thätigkeit des Vereins zu schützen, bemerke ich: Das Ausschreiben vom 3. Sept. 1869 geht von dem richtigen Gedanken aus, daß die Uebertreibung eines Princips zur Principienreiterei führe, denn es behält dem Staatsministerium die Zulassung von einzelnen Ausnahmen vor, und ich muß also anerkennen, daß auch bei der Aufrechthaltung des Ausschreibens die Möglichkeit bestände, Sammlungen für den Verein der Kindheit Jesu in den Schulen zuzulassen. Ich erkenne ferner an, daß gerade bei diesem Vereine eine solche Ausnahme sich rechtfertigen ließe, weil das Motiv des Verbotes der Sammlungen in den Schulen möglichst wenig zutrifft. Denn die Beiträge betragen nur einen Kreuzer monatlich, und es kann somit im Ernste nicht von einer Belästigung der Eltern durch den Beitritt der Kinder zum Verein, nicht von einer unpädagogischen Gegenüberstellung von Reich und Arm, nicht von Eifersüchteleien unter den Kindern die Rede sein. Wenn dessenungeachtet bisher eine solche Ausnahme nicht zugelassen wurde, so ist dieß darin begründet, daß derartige Anordnungen Anfangs strengstens vollzogen werden müssen, soll nicht durch sofortige Zulassung von Ausnahmen ihr Bestand alsogleich gefährdet werden. Dieß war hier um so mehr geboten, da sogleich nach Erlaß des Ausschreibens die Gesuche um unzulässige Ausnahmen sich häuften. Bis jetzt ist noch gar keine Ausnahme zugelassen. Kurz nach meiner Uebernahme des Cultusministeriums brachte man bei mir die Wiedergestattung von Sammlungen in Schulen für den fraglichen Verein von beachtenswerther Seite wieder in Anregung, worauf ich entnahm, daß man auf vielen Seiten, und auf Seite von hochachtbaren Personen, der Ansicht ist, es sollte das ergangene Verbot der Sammlungen in den Schulen für den fraglichen Verein zurückgenommen werden, weil die Kinder an dem Verein ihre Freude gehabt, Zweck und Mittel unverfänglich seien und Jedermann in dem Verbote einen berechneten Akt der Feindseligkeit gegen die Religion sehe, und Mütter und Kinder darob erbittert seien. Ich war wirklich schon auf dem Wege, die erbetene Ausnahme zuzulassen, als ein neuer Umstand mich davon zurückhielt. Ich erhielt nämlich Kenntniß von den kleinen Druckschriften des Vereines, welche den Kindern, die Mitglieder sind, mitgetheilt zu werden pflegen. In einer solchen Druckschrift habe ich nun selbst Dinge gelesen, an deren Förderung ich keinen Theil haben kann. Es ist daselbst von Teufelsspuck und Teufelsbannung die Rede in einer Weise, daß die Phantasie der Kinder nothwendig erhitzt und irregeleitet werden muß. Nicht Religion und Glaube, sondern Aberglaube wird nach meinem Dafürhalten durch solche Mittheilungen in die Herzen der Jugend gepflanzt. Daß die Staatsregierung hieran durch Wiederzulassung der Vereinssammlungen

in den Schulen Theil nehme, kann kein Billigdenkender verlangen. Ehe ich somit dem in der letzten Frage ausgesprochenen Wunsche des Herrn Interpellanten genügen kann, muß ich mir vorbehalten zu prüfen, wie weitreichend das von mir angeregte Bedenken ist, und welche Garantien für dessen Beseitigung von betheiligter Seite geboten werden können und wollen.

Schluß folgt. (Hierauf erstattete Abg. Dr. **Diepolder** Namens des II. Ausschusses Bericht über die Rechnungsnachweise der Staatsschuldentilgungskasse pro 1866/67 und 1868 und beantragte deren Anerkennung, welche auch einstimmig erfolgte. Hinsichtlich des vom Ausschusse angefügten Wunsches, die k. Staatsregierung möge dem gegenwärtigen Landtage noch einen Gesetzentwurf vorlegen lassen, welcher auch fernerhin die Ueberweisung von Grundrenten- und Bodenzinskapitalien an die Grundrenten-Ablösungskasse gestatten soll, stellte Abg. Dr. **Frankenburger** den Präjudicialantrag die Berathung und Beschlußfassung zu vertagen, bis der Fachausschuß und die Kammer eine ähnliche, aber weiter gehende Eingabe mehrerer Nürnberger Adels- und Gutsherrn endgiltig entschieden hätten, welcher aber mit 70 gegen 60 Stimmen abgelehnt wurde. Nachdem Dr. Freitag, Söllner und Prof. Greil für, v. Stauffenberg, Frickhinger, Dr. Gerster und Fökerer gegen den beantragten Wunsch gesprochen hatten, wurde derselbe mit den Stimmen der Patrioten gegen jene der Liberalen **angenommen**, worauf noch Vortrag des VI. Ausschusses über geprüfte Anträge folgte.)

* Die Kammer der Reichsräthe hat in ihrer heutigen öffentlichen Sitzung den Beschlüssen der Abgeordnetenkammer bezüglich des Credites für Beschaffung von 75,000 Werdergewehren und hinsichtlich der Abänderung des Art. 6. der Gemeindeordnung über die Bildung der Bürgermeistereien zugestimmt.

München, 11. April. In der heutigen Kammersitzung wurde, wie oben erwähnt, ein vom Abg. **Frankenburger** eingebrachter Präjudicialantrag in namentlicher Abstimmung mit geringer Mehrheit abgelehnt. Das Abstimmungsresultat würde ein für den Antrag günstigeres gewesen sein, wenn nicht von Seiten der Fortschrittspartei die HH. Abg. Betz, Borger, Croissant, Fleischmann, Fries, Golsen, Grieninger, Kraussold, Lotz, Rothhaas, Schmiedel, Umbscheiden und Dr. Völk gefehlt hätten, während die Patrioten ziemlich vollzählig auf ihren Plätzen waren.

* Der Präsident des Appellationsgerichtes in der Pfalz, Herr **Korbach** ist am Samstag mit Tod abgegangen.

Lokales und Provinzielles.

München, 11. April.

(**Tagesbericht.**) Der angebliche „Strike" der in der Zacherl'schen Brauerei bediensteten Bräugesellen, wovon dieser Tage öffentliche Blätter Mittheilungen machten, beschränkte sich auf eine kurze Unterbrechung der Arbeit und wurde alsbald durch Uebereinkommen des Arbeitgebers mit den betheiligten Arbeitern beigelegt; der Hergang bestand darin, daß ein austretender Geselle für die sog. Uebersud statt des bisher in der Zacherl'schen Brauerei üblichen Lohnes von 15 kr., solchen von 18 kr. fordern zu können glaubte, welchem Verlangen sich 15—18 seiner Kollegen anschlossen. Herr Schmederer ging auf die nicht unbillig scheinende Forderung ein und damit hatte die Sache ein Ende.

Gerichtssaal.

Bochum, 8. April. In der heutigen Sitzung des Schwurgerichts wurde die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Trotz seines beharrlichen Leugnens wird es Ernst Dieckhoff wohl in keinem der vorliegenden Fälle gelingen, sich der ihm drohenden Strafe zu entziehen. Nachdem ihn alle vom Militärdienst befreiten Wehrpflichtigen als ihren Helfer resp. Verleiter rekognoscirt, wurden noch von einer Reihe von Militärärzten seine Versuche bekundet, welche er bei ihnen gemacht, durch Bestechung sie zur Angabe falscher Zeugnisse und Gutachten zu verleiten, um von ihm bestimmt bezeichnete militärpflichtige Personen von dem Militärdienst zu befreien, und damit auch jeder Zweifel an der Schuld des Angeklagten beseitigt werde, wurde von dem Stabsarzt Dr. Schulz in Köln ihre jahrelang bestandene Verbindung zum Zweck der Freimacherei offen eingestanden. Weit günstiger steht die Sache des Friedrich Wilhelm Dieckhoff, desjenigen gerade, der nach verschiedenen Zeugenaussagen von seinen Brüdern vielfach als das Haupt des Unternehmens, als der „General" bezeichnet wurde. Wenn auch der obenerwähnte Dr. Schulz hauptsächlich mit ihm die Freimachungsgeschäfte abgeschlossen haben will, und wenn ferner auch ein Düsseldorfer Stabsarzt bekundet, daß Friedrich Wilhelm Dieckhoff versucht habe, ihm Anträge zu machen, gegen Geldentschädigung wider besseres Wissen ihm bei der Freimachung Militärpflichtiger behilflich zu sein, so können ihm trotz alledem keine speziellen Fälle nachgewiesen werden, in welchen bestimmt bezeichnete Personen direkt durch seine Beihilfe befreit worden sind. Der einzige Fall, in dem ihm eine Mitwirkung direkt nachgewiesen werden konnte, liegt 20 bis 25 Jahre zurück und kann also nur zu Charakterisirung des Angeklagten dienen, nicht aber auf das Urtheil von direktem Einfluß sein. Alle Zeugenaussagen gegen ihn halten sich in den allgemeinsten Grenzen. Gegen den augenblicklich in London sich aufhaltenden flüchtigen August Dieckhoff, welcher schon in den fünfziger Jahren wegen Verleitung zum Meineide mit zehnjähriger Zuchthausstrafe belegt worden ist, wird in sieben einzelnen Fällen wegen ungesetzlicher Befreiung militärischer Personen vom Militärdienste Anklage erhoben. In fünf Fällen gestehen die betreffenden jungen Leute ihre ungesetzliche Verbindung mit Dieckhof zu, zwei derselben leugnen, dem Einen derselben wird jedoch sein Vergehen durch mehrere Zeugenaussagen mit ziemlicher Evidenz erwiesen. Der Andere hat zwar in der Voruntersuchung ein offenes Geständniß seiner Schuld abgelegt, widerruft dasselbe jetzt aber und will es nur abgelegt haben, um aus der Untersuchungshaft entlassen zu werden. Da das Gegentheil nicht bewiesen wird, so wird das Verfahren gegen ihn bis zur Beibringung weiterer Zeugen sistirt.

Pest, 9. April. (Ein Vatermörder.) Vorgestern wurde vor dem Criminal-Gerichtshofe des Pester Comitates die Schlußverhandlung gegen den 20jährigen Bauernburschen Stephan B. aus Gyömrö durchgeführt, welcher am 6. October v. J. seinen Vater auf dem Felde in der grausamsten Weise ermordet und den Leichnam in einen Brunnen gestürzt hatte. Der Missethäter, ein bildhübscher Bursche, war der einzige Sohn des Ermordeten. Schon mit 15 Jahren schlug er seinem Vater, mit dem er häufig in Streit gerieth, mit einem Stuhlbeine eine Wunde in den Kopf; bei einer andern Gelegenheit vergriff er sich abermals thätlich an seinem Vater, der ihn deßwegen beim Stuhlgerichte verklagte, das den ungerathenen Sohn auch längere Zeit einsperrte. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zum Tode durch den Strang.

Theater und Musik.

(**Opern- und Concertbericht.**) 9. April. — Die Neuerung, auch classische Opern bei ermäßigten Preisen aufzuführen, hat, wie sich letzten Dienstag in Mozart's „Figaro" zeigte, den besten Erfolg gehabt. Das Theater war nahezu ausverkauft und machte sich an der ganzen Aufnahme der Oper die Wahrnehmung geltend, daß ein von dem gewöhnlichen ganz verschiedenes Publikum anwesend war. Diese Bemerkung machte auch Frln. Stehle sich zu Nutze, denn sie trug in ihrem Spiele so stark auf, wie ich es vor dem von ihr in dieser Rolle noch nie gesehen habe. Der Erfolg bewies die Richtigkeit der Beobachtung; das Publikum war dankbar

Das Auftreten der Frau Diez als Gräfin bot erwünschte Gelegenheit, dem neuernannten Ehren-Mitgliede unserer Hofbühne die herzliche Theilnahme durch rauschenden, lange andauernden Bewillkommnungsgruß zu bezeigen. Man kann im Interesse wahrer Kunst nur bedauern, daß Frau Diez von nun an nur mehr ausnahmsweise auftreten wird, aber so oft sie kömmt, soll sie freudigst begrüßt sein.

Die Oper ging in der gewohnten guten Besetzung über die Bühne und ließ leider nur das Orchester wieder Manches zu wünschen über, besonders in Bezug auf die Gesangsbegleitung.

Am Mittwoch fand im Museumssaale das Concert des Herrn

Tombo statt und zeichnete sich dasselbe besonders durch ein gut gewähltes Programm aus. Herr Tombo ist als vorzüglicher Harfenspieler bekannt und zeigte sich auch hier wieder seines Rufes würdig. Frau Diez, bei ihrem Auftreten lebhaft empfangen, sang mehrere Lieder in gewohnt virtuoser Weise. Auch Herr Carl Fischer bewies sich als guter Liedersänger. Ein junger Cellist, Herr Franz Fischee, machte der Schule, in der er sich befindet, — Herr H. Müller ist sein Lehrer — alle Ehre und verspricht derselbe ein bedeutender Künstler zu werden. Bemerkenswerth ist der markige Ton, den er seinem Instrumente entlockt, wenn auch die Kraft des Armes noch einigen Zügels bedarf. Herr Josef Benzl spielte „Folies d'Espagne" von Arcangelo Corelli mit vollendet künstlerischem Vortrage.

Die am Donnerstag stattgehabte letzte Vorstellung vor Ostern hatte mit entschiedenem Unglücke zu kämpfen. Es schien als ob unsere Sänger, nachdem sie den langen Winter merkwürdig glücklich hingebracht, jetzt der wärmeren Witterung den winterlichen Tribut des Cartarrhs zahlen müßten. Hr. Vogl und Hr. Kindermann waren fast ganz heiser, auch Frln. Stehle war nicht besonders bei Stimme und so mußte sich den Spohr's „Jessonda" verschiedene nicht unbedeutende Kürzungen gefallen lassen. Nichtsdestoweniger wurde die Oper gut gegeben. Die Vorgenannten leisteten das Mögliche, das Orchester war sehr anerkennenswerth und in der Gesangsbegleitung tadellos. Frln. Kaufmann, welche die Titelrolle zum erstenmale sang, vermochte Anfangs ihre Befangenheit nicht recht zu bemeistern; dieß verlor sich aber bald und sie sang, vorzugsweise in den Pianostellen, die Partie zur vollkommenen Zufriedenheit; Frln. Kaufmann hat auf's Neue bewiesen, daß sie ein äußerst schätzenswerthes Mitglied unserer Bühne ist. Hr. Bausewein sang den Oberbraminen Danda sehr gut.

Die Soirée der kgl. Vocalkapelle hatte, wohl ihres größtentheils sehr ernsten Programmes wegen, ein zwar nicht übermäßig zahlreiches aber desto aufmerksameres Publikum angezogen. Dasselbe lauschte mit wahrer Andacht den herrlichen und vollendet vorgetragenen Compositionen. Hrn. Wüllner gebühet die vollste Anerkennung für die getroffene Wahl und die ausgezeichnete Direktion. Einen angenehmen Ruhepunkt zwischen den Gesangsvorträgen bot die von Hrn. Benno Walter mit vollendeter Meisterschaft gespielte Chaconne von J. S. Bach. Ich bin überzeugt, keiner der Zuhörer hat das Concert unbefriedigt verlassen.

Die musikalische Akademie veranstaltete gestern (Palmsonntag) das übliche Concert außer Abonnement. Der Besuch war ein sehr schwacher und waren in den Reihen der Sitze bedeutende Lücken leer geblieben. Die zweite canonische Suite von Julius Otto Grimm — vom Componisten selbst dirigirt — eine Composition von großem musikalischen Werthe, fand lebhaften Beifall. Hr. Benzl entzückte das Publikum durch den meisterhaften Vortrag des Violinkonzertes Nr. 4 von Vieuxtemps. Den Schluß der I. Abtheilung bildete das Finale aus Mendelssohn unvollendeter Oper „Lorelei". Frl. Kaufmann sang die Solopartie und war vorzüglich bei Stimme. Die Chöre, vorgetragen von der obersten Gesangsklasse der k. Musikschule, wurden ausgezeichnet gut gesungen. Die Stimmen klangen, wie sich bei so jungen Kräften erwarten ließ, so frisch und munter, daß es eine wahre Freude war. Den II. Theil des Conzertes bildete die F-dur-Sinfonie von Beethoven, die von unserem Orchester meisterhaft gespielt wurde.

* Gegenüber dem Artikel des Hrn. Louis Poißl in Nr. 15 des deutschen Theater-Correspondenten von Siebert und Comp. fühlt sich die Redaktion dieses Blattes zu der Erklärung verpflichtet, daß Herr Lehrer **Grell ihr Musikreferent nicht ist.**

Feuilleton.

Dramaturgische Briefe.

(Von O. L. G.)

XIV.

In allen Gebieten der Kunst findet man Menschen, welche nur deßhalb Bedeutendes leisten, weil es ihnen vergönnt war, sich vollkommen selbstständig zu entwickeln, ohne durch ein Vorbild in Bahnen gezwungen worden zu sein, welche ihrer Natur entgegen waren. Natürlich ist dazu Talent nöthig, denn ein Stümper kann sehr originell stümpern, aber er bleibt doch, was er ist. Eines ist aber fast immer bei derartigen Künstlern der Fall, daß sie einseitig werden, daß diese Originalität, welche mancher Schöpfung den Stempel der Vollendung aufdrückt, andre ihrer Leistungen verzerrt erscheinen läßt. Wenn aber Originalität dem künstlerischen Bewußtsein unterworfen ist, wenn der Künstler dieselbe auch aufzugeben im Stande ist, — soweit dieses überhaupt möglich ist — so werden die geistigen Schöpfungen, sollten sie selbst nicht vollkommen sein, immer etwas Fesselndes, Lebensvolles besitzen.

Unter den Schauspielern der Hofbühne ist es vor allen Herr Christen, der, was er ist, sich selbst verdankt, seinem ernsten Studium — seiner Selbstkritik. Gerade diese gebricht sehr vielen Künstlern und es ist doch der einzige Weg zur Vollendung. Es ist nicht zu läugnen, daß noch Niemand tief gewirkt hat, wenn er nicht aus sich selbst seine Gestalten schuf — aber gerade da muß sich dem Künstler zeigen, wo es ihm gebricht — denn das uns weniger Angemessene gestalten wir viel schwerer. Und diesen Zwiespalt kann nur das Bereichen der Kunstmittel beseitigen. Aber selbst dann würden diese nicht ausreichen können, das zu erschaffen, was der Natur des Künstlers conform, aus ihm vollendet ersteht, weil es unmittelbar entsteht, während zu ferneren Aufgaben der sichtende Verstand, die Kritik die Brücke bilden muß. Diese bildet die Hauptstärke Christens, aber verschieden von Possart — während dieser in die Ferne schweift, greift jener nach dem Nächsten, während dieser oft zu viel seines Geistes hineinlegt, schließt sich jener vollkommen an den Dichter an und nur bei wenig Schöpfungen ist dieß nicht der Fall.

Die Auffassung ist bei Christen immer eine einfache, der Hauptzug des Charakters ist der poetischen Gestalt entsprechend. Von diesem Punkte geht er mit oft bewunderungswürdiger Consequenz aus. Jede Gefühls- und Gedankenäusserung wird dem Charakter entsprechend geformt. Aber in der Auffassung können wir zwei Arten unterscheiden. Bei der einen ist Christen vollkommen in seinem Elemente, — Schritt für Schritt geht er vorwärts, consequent bis ins Kleinste — es liegt ihm daran, zu zeigen, daß er seine Rolle vollkommen erfaßt, daß er wie ein Anatom das Gefühl, das Denken des dichterischen Charakters zerlegt habe — aber nicht zum Zwecke, die Theile in seiner Hand zu haben, sondern aus diesen Theilen das Gebilde neu und ganz zu gestalten und zu beleben. Andre Rollen sind verschieden von diesen. Da springt er kühn über die Schwierigkeiten weg — er behandelt die Rolle mit einer gewissen Nachläßigkeit — aber nicht aus Unkenntniß, nicht in Folge der fehlenden Kraft, sondern aus Unlust, er hat kein Interesse an der Gestalt und spielt mit ihr, wie die Katze mit der Maus. Die Ausführung der Charaktere ist dem entsprechend. Jede Bewegung des Körpers und der Mienen ist genau bemessen, sie kann nicht anders gedacht werden, sie erscheint aber nie als Produkt des Studiums, sondern immer als vom Augenblick geboren. Die Uebergänge der Empfindung, welche das geistige Band zwischen den Worten der Einzelnen bilden, ist in psychologisch feiner Weise durchgeführt. Niemals stehen die Gefühle unvermittelt neben einander, sie sind verbunden. Die Diction ist eine durch und durch verständige und klare, nie zeigt ein Betonungsfehler einen Mangel des Verständnisses. Die Worte fließen ihm ohne Anstrengung natürlich und einfach von den Lippen.

Wir haben in den letzten Briefen angedeutet, wie das Lustspiel eine viel realistischere Art der Darstellung bedinge. Christen verdankt seinen gesunden Realismus in Sprache und Bewegung gerade der vorwiegenden Hinneigung zum Lustspiel. In diesem wurzelt seine geistige Begabung.

Niemand wird ihm abstreiten, daß viele seiner Gestalten im ernsten Drama vollendet sind, aber auch nur solche, die in irgend welcher Art an den Realismus streifen, solche, die zu wirklichem Leben nur durch eine realistische Durchführung gelangen, denn es gibt auch Rollen, die durch eine derartige Gestaltung verlieren würden, was zwar kein Ruhm für den Dichter ist, aber dennoch vorkommt. . . . .

Eine besondere Vorliebe besitzt Christen für Charactere, die der Poet mit einfachen Strichen gezeichnet, so daß sie auf den ersten Blick wie eine einfache Umrißzeichnung ohne Licht und Schatten, ohne Plastik erscheinen. Da reizt ihn die Schwierigkeit und er wendet allen Geist an, um selbst unmögliche Gestalten möglich erscheinen zu lassen — so daß man sich gestehen muß „Wenn diese Gestalt lebte, sie müßte sich so bewegen." Was aber Christen im Lustspiel besonders auszeichnet, ist seine Feinheit des Benehmens, der Bewegungen, welche aber niemals den Stempel jener Bühnenfeinheit an sich tragen, der so vielen Schauspielern anhaftet. Außerdem, daß er im Drama die Sprache vorzüglich behandelt, ist er Meister des Conversationstones, der vielen deutschen Schauspielern fehlt. Die Sonne hat Flecken, Christen ist zwar keine Sonne, aber Flecken hat er auch. Unser Lustspielrepertoire bietet sehr viel Gestalten, die unter verschiedenen Namen eine auffallende Familienähnlichkeit besitzen — wie die verschiedenen Onkels aus Sumatra des früheren deutschen Lustspiels. Diese z. B. gestaltet Christen in gewisser Weise typisch — es wiederholen sich bestimmte Bewegungen und das Mienenspiel auf sterotype Weise. Sie wirken durch ihre Komik immer, aber sie sehen sich oft zum Verwechseln ähnlich. Diese gehören zu den Rollen, die wir als die zweiten genannt. Auch läßt sich nicht leugnen, daß Christen hie und da scharf zeichnet — aber nie bis zur Verzerrung. Keine Rolle wird den Kritikern mißfallen können, und selbst wenn sie zur zweiten Art gehört, er wird gewiß in jeder hie und da feine Züge bemerken, die ihn mit der leichtern Behandlung des Uebrigen aussöhnen müssen.... Bei dem Mangel an vorzüglichen Kräften in diesem Fache können wir uns Glück wünschen, daß wir Christen besitzen, der jedenfalls in seinem Genre einen der ersten Plätze einnimmt.

Vermischtes.

[Ein Menschenfreund!] Ein englischer Arzt hat ein neues Mordgeschoß proponirt. In einem Vortrage, den er vor einem Auditorium von Officieren hielt, sprach er den Gedanken aus, man solle alle die Krankheitsstoffe, Eiter-Atome rc., welche in Spitälern in den mit Typhus- und Cholerakranken belegten Zimmern in Staubform die Luft anfüllen, in Baumwolle aufsaugen und dieses also vergiftete Material in Granaten füllen und mit diesem Geschosse bei Ausbruch eines Krieges den Feind beschießen. Jedes Platzen einer Granate würde dann weit umher in den Reihen der feindlichen Armee die ärgsten Krankheitsgifte ausstreuen und sie auf diese Weise rasch decimiren.

[Das Glück eines Mörders.] Ein vor Kurzem zum Tode verurtheilter Mörder, ein gewisser Butterford, der den Wildhüter des in England lebenden indischen Fürsten Dhulep Singh erschossen, wird voraussichtlich der Todesstrafe aus einem sehr eigenthümlichen Grunde entgehen. Nach dem englischen Gesetze muß bekanntlich der Verurtheilte am Halse aufgehenkt werden, bis der Tod erfolgt, und das soll in diesem Falle durch eine eigenthümliche abnorme Bildung des Halses sehr schwer, wo nicht gar unmöglich sein, so daß die sonst nichts weniger als wahrscheinliche Begnadigung leicht als Ergebniß und Folge eines ärztlichen Gutachtens gewährt werden dürfte. Ein Präcedenzfall ähnlicher Art liegt vor: Es ist schon mehrere Jahre her, da wurde ein Mann wegen eines Mordes auf einer der Canal-Inseln zum Tode durch den Strang verurtheilt. Es stellte sich indessen heraus, daß aller Wahrscheinlichkeit nach der Hals des Unglücklichen nicht im Stande sein würde, die Last des Körpers zu halten, und um nicht Erhenken mit Enthaupten zu verbinden, wurde die Todesstrafe umgewandelt.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 11. April. Wochenausweis der Staatsbahn. Die Einnahmen vom 2. bis 8. April ergaben 524,745 fl., somit eine Mindereinnahme von 64,132 fl. gegen die gleiche Woche des Vorjahres.

Wien, 11. April. Das „Tagblatt" meldet, daß Rechbauer nicht in das Ministerium Potocki eintrete. Potocki erhielt gestern die Ermächtigung vom Kaiser, ein provisorisches Verwaltungsministerium zu bilden, welches bis zur Bildung des parlamentarischen Ministeriums aus dem neugewählten Abgeordnetenhause die Geschäfte führen soll. — Die „Revue" nennt Benoni und Depretes als Ministerkandidaten. Baron Kellersperg hat den Eintritt ins Cabinet abgelehnt.

Wien, 11. April. Die „Neue Freie Presse" meldet, daß sich Potocki mit Taafe verständigte und dieser das Portefeuille des Innern und das der Landesvertheidigung übernimmt. Depretis wird Handelsminister. Die Ernennung Potocki's und Taafe's steht unmittelbar bevor. Zugleich wird ein kaiserliches Patent den Reichsrath und die Landtage auflösen und Neuwahlen anordnen, und das Ministerium sein Programm sowie den Entschluß veröffentlichen, sich nach Vollzug der neuen Wahlen parlamentarisch zu ergänzen.

Paris, 11. April. Rente von gestern Abend 73,42.

Madrid, 10. April. Die Sitzungen der Cortes werden bis zum 19. April ausgesetzt. — Man versichert, daß die gerichtliche Verhandlung gegen den Herzog von Montpensier am Dienstag statthaben werde.

Athen, 9. April. Zur Feier des Unabhängigkeitstages beschloß der König die Errichtung eines großartigen Heldenmonuments, auf welchem auch Capodistria und König Otto verewigt werden sollen.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Wien, 11. April. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	69.70	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	95.90	Steuerfr. Metall. on 1866	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	120.20	Napoleons	9.87
Oesterr. Bank-Actien	711.—	Wechsel auf Augsburg	102.40
„ Credit-Actien	253.—	„ „ London	123.50
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	390.—	„ „ Paris	48.95
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	„ „ Frankfurt a. M.	102.60
„ „ Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	211.80
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 315.25 Pap.-R.	60.25

Berlin 11. April (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	45 7/8	Lombarden	114 1/2
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	105 7/8	Italienische Anleihe	55 1/2
4 1/2 „ „ Anleihe	—	1882er amerikanische Bonds	95 5/8
Bad. Prämien-Anleihe	104	5 proc. preuss. Anleihe	101 5/8
Darmstädter Actien	128 7/8	4 1/2 „ „ „	92 1/2
Oesterr. Credit-Actien	148 3/4	Wechsel auf Augsburg	—.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	210	„ „ Frankfurt	—.—
Staatsbahn-Prioritäten	293	„ „ London	——
Oest. fl. 500 Loose von 1860	78 1/2	„ „ Paris	——
„ fl. 100 Loose von 1864	66	„ „ Wien	——
5 proc. östr. National-Anl.	——		

matt.

Straubing, 9. April. Seit ein paar Tagen ist endlich schönes warmes Wetter eingetreten, gleichzeitig soll sich aber nunmehr ergeben, dass viel Waizen, Klee und Reps so schlecht stünden, dass sie eingeackert werden müssten. Die heute stark befahrene Schranne war wieder von sehr vielen Händlern besucht und wenn auch Waizen nach dem Schrannenzettel scheinbar fiel, so rührt dies von den vorhanden gewesenen vielen geringen Qualitäten her. In der That wurde heute guter Waizen theuer bezahlt. Nach Qualität holte:

Weizen fl. 16 1/2 bis fl. 19 1/2 Roggen fl. 11 1/2 bis fl. 12 1/2
Gerste „ 9 „ „ 13 Hafer „ 8 „ „ 9

Nachstehend die officiellen Resultate der „heutigen Schranne zu Straubing"

	Umsatz. Schffl.	Rest. Schffl.	Höchster. Durchschnittspreis	Mittlerer. Durchschnittspreis	Niedrigster. Durchschnittspreis	Gef. kr.	Gest. kr.
Weizen	1318	26	fl. 17 14	fl. 16 55	fl. 15 14	41	—
Roggen	209	1	„ 12 —	„ 11 50	„ 11 38	—	1
Gerste	963	51	„ 11 6	„ 10 7	„ 9 9	5	—
Hafer	442	46	„ 8 13	„ 7 51	„ 7 22	6	—
„und der gestrigen Schranne zu Landshut"							
Weizen	1294	387	fl. 18 30	fl. 17 6	fl. 15 26	—	15
Roggen	530	7	„ 11 53	„ 11 47	„ 11 32	4	—
Gerste	979	4	„ 11 25	„ 10 34	„ 9 30	—	19
Hafer	245	15	„ 8 24	„ 7 57	„ 7 24	—	16

Curse des Münchener Handelsvereins vom 11. April 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. 3½% Obl.	fl. 1000	81½	80½
4% ganz. Obl.	1000	86¼	
4% halbj. Obl.	1000	85¼	
4% Grundr.-Obl.	1000	86⅜	
4½% ganzj. Obl.	1000	92	91⅝
4½% halbj. Obl.	1000	92	91⅝
4½% " Milit. "	1000	92	91⅝
5% Obl.	1000	101¾	101⅛
4% Münch. Obl.	1000		
5% " "	1000	101⅛	
4½% Ostbahn-Aktien .		119¾	
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung . .		86½	86
dto. volle		86½	
Pfdbr. d. bayer. Hyp.- u. W.-Bank à fl. 1000		90½	90¼
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.		100	99⅞
Aktien " "		823	823
Bayer. Handelsbank-Act.		98	97
" Vereinsbank . .		119½	
Württemberg. 4½% Obl. . . .		91¼	
Oesterreich 4⅕% Silb.-Rte. $\frac{5}{7}$		57⅝	57⅜
" Pap.-Rte "			
5% Nation.-Anl. . $\frac{5}{8}$			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à 116⅞			
5% Met. Stfr. v. 1866 $\frac{6}{7}$			
Oest. Bank-Aktie . .			
" Cred.-Aktien . .		261¾	261½
Oest.-franz. Stsb.-Aktien .		372	368

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb. "	206¼	
Preußen. 4½% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. 2½	94⅝	94½
" 1884 "		
" 1885 "		
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	106⅛	
4% Bad. " "		
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	6½	
Pappenheimer dto.	5¾	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose . .	18½	
Oester. 1854er Loose à fl. 250 $\frac{5}{8}$		
" 1860er " à fl. 500 $\frac{6}{7}$		
" 1864er " à fl. 100 u. 50		
" 1858er Cred. Loose . . .		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		318
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		124
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor .	95	
Chemische Fabrik Heufeld		76
Oest. Elisabeth-Westbahn		
" Franz Joseph-Bahn . . .		
" Kronprinz Rudolph-Bahn . .		
" Siebenbürger Bahn		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. I. Em. $\frac{6}{7}$	77½	
dto. II. " "		
" Kronpr. Rudolph-Bahn "	77¾	

		Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn "		79¼	
" Siebenbürger Bahn "			
" d. Böhm. Westbahn "			
" Alföld Fiumaner Bahn "		76½	
Wechsel.			
Amsterdam fl. 100 holl.	K. S.	100¾	
	L. S.	100¾	
Augsburg fl. 100 . . .	K. S.		
	L. S.		100
Berlin Rthlr. 60 . .	K. S.	105	104⅞
	L. S.	105	104⅞
Frankfurt fl. 100 . . .	K. S.		
	L. S.		100
Hamburg M.-B. 100 . .	K. S.	88¾	88½
	L. S.		88½
Leipzig Rthlr. 60 . .	K. S.	105	104¾
	L. S.	105⅛	104⅞
London Pfdst. 10 . . .	K. S.	120	
	L. S.	120	
Paris Fr. 200 . . .	K. S.	95⅛	
	L. S.	95⅛	
Wien fl. 100 . .	K. S.	96⅛	96
	L. S.	96⅛	
Bank-Disconto für Platz-Wechsel . .			
" " Lombard. . .			
Geldsorten.			
Preuß. Friedrichsd'or		9.59	9.58
20 Francs Stücke		9.30½	9.29½
Preuß. Cassen-Scheine		105⅜	104⅞
Oest. Banknoten		96⅛	96

Gegenüber den Mittheilungen verschiedener Organe der Oeffentlichkeit glauben wir es dem Interesse unserer **Aktionäre entsprechend, noch vor dem Zusammentritt der General-Versammlung den Stand unserer Bank am 31. März l. J. hiemit zu publiciren.**

Bilanz der Bayerischen Handelsbank

vom 1. Januar 1870 bis 31. März 1870.

Aktiva.

1. Wechsel in Portefeuille	fl.	106,149.	36	kr.
2. Belehnte Effecten	"	346,395.	—	"
3. Effecten im Eigenthum	"	33,037.	26	"
4. Debitoren im Conto-Corrent	"	479,394.	55	"
5. Betheiligung bei auswärtigen Consortialgeschäften	"	94,112.	30	"
6. Baarbestand	"	25,240.	28	"
	fl.	1,084,329.	55	kr.

Passiva.

1. Aktienkapital (2,000,000 Nominal 40% Einzahlung)	fl.	800,000.	—	kr.
2. Creditoren im Conto-Corrent	"	119,534.	59	"
3. Tratten-Conto	"	144,776.	59	"
4. Nicht behobene Aktien-Zinsen	"	1,365.	8	"
5. Bilanz-Conto	"	18,652.	49	"

fl. 1,084,329. 55 kr.

München, den 6. April 1870.

1120.

Die Direktion der Bayerischen Handelsbank.

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer. — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr:
Man abonnirt bei allen königlichen Post-Ämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr
für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Mittwoch, den 13. April 1870. **Nr. 102.**

Aufruf!

Während der vom 1. bis 8. Mai im Glaspalaste stattfindenden Blumenausstellung wird der Verein für freiwillige Armenpflege zum Besten der hiesigen Armen einen Bazar mit Lotterie abhalten, nachdem die bayerische Gartenbaugesellschaft hiezu in entgegenkommendster Weise ihre Einwilligung gegeben hat.

Wunsch, Bitte und Trachten des Vereins ist es nun, hiefür möglichst viele Geschenke zu erhalten, da hievon das mehr oder weniger günstige Ergebniß des Unternehmens abhängt.

Die unterfertigte Vorstandschaft wendet sich daher vertrauensvollst an den bewährten Wohlthätigkeitssinn der Münchener Einwohner mit der ebenso dringenden als ergebenen Bitte, den Verein mit Geschenken jeder Art zu bedenken.

Die allgemeine Theilnahme an diesem Vereine sowie die bereits allseitige Anerkennung seiner Leistungen trotz seines kurzen Bestehens lassen mit Zuversicht hoffen, daß auch diesmal dem beabsichtigten Unternehmen die lebhafteste Unterstützung aus allen Klassen der Gesellschaft werde zu Theil werden.

Die kleinste Gabe ist willkommen — im Danke der Armen die schönste Vergeltung!

Die nachstehenden Vereinsmitglieder sind bereit, Geschenke und Gaben in Empfang zu nehmen, wobei mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit um baldigste Einsendung gebeten wird.

München am 10. April 1870.

Der Verein für freiwillige Armenpflege.

Der Vorstand:

Professor Dr. Aloys Martin.

H. Müller, Stadtgerichtsschreiber.

Die Damen:

Freifräulein von Podewils, Briennerstr. 34.
Eugenie Dollmann, Gabelsbergerstr. 14.
Betty Hausmann, Promenadeplatz 2.
Math. van Hees, Briennerstr. 1.
Josephine von Kaulbach, obere Gartenstrasse 16½.
Betty Knorr, Kaufingerg. 12.
Josephine Knorr, Briennerstr. 18.
Hildegard Martin, Prannersgasse 15.
J. L. Kohn, Promenadestr. 9.
von Rießler, Ottostr. 14.
Pauline Rottmanner, Theatinerstr. 12.
Charlotte von Sedelmair, Dienersg. 21.
Pauline von Seybold, Rochusberg 5.
Emma Steub, Kaufingerg. 18.
Frln. Then, Briennerstr. 34.

Die Herren:

Ludwig Aigner, Reichenbachstr. 37.
Eugen Allwein, Kirchenstr. 19.
Adrian Brecht, Thal 76.
Max Bullinger, Residenzstr. 6.
Fr. Holmberg, Maximiliansstr. 3.
Julius Knorr, Fürstenfelderg. 13.
J. B. Mayer, Schrannenhalle.
J. B. Naila, Türkenstr. 76.
Ludw. Schmederer, Ohlmüllerstr. 11.
Gg. Schmidt, Zweibrückenstr. 2 b.
Max Schulze, Odeonsplatz 12.
Karl Thomaß, Marienplatz 1.
Kunsthandlung **Wimmer & Co.**, Briennerstr. 3.
Johann Wörlein, Karlsplatz 8.

Die Debatte über den außerordentlichen Militärkredit.

III.

(Schluß.)

✕ Nachdem die patriotische Partei so durch zwei ihrem innern Wesen nach sehr von einander verschiedene Redner gehört worden war, nahm der Abgeordnete Marquardsen die Debatte von Seiten der Fortschrittspartei auf. Er erinnerte an den ersichtlich wohlthuenden Eindruck, den die Stauffenberg'sche Rede gemacht, und erkannte das Entgegenkommen des Referenten an, der von seiner Lieblingsidee des Milizsystems in der mündlichen Auseinandersetzung sehr wenig gesprochen und sich mit der Forderung der Sparsamkeit auf jedem andern Wege einverstanden erklärt habe. Der Redner vertheidigte dann ausführlich den

im Namen der Fortschrittspartei gestellten Crämer'schen Antrag auf Verschiebung der Diskussion bis zur allgemeinen Budgetverhandlung als eine wirkliche Zeitersparniß, da alle Argumente der gegenwärtigen Diskussion dabei doch wiederkehren würden. Zur Ergänzung der Ausführungen von Stenglein und von Stauffenberg schilderte Dr. Marquardsen dann die Bedeutung des Institutes der einjährig Freiwilligen, als Pflanzschule der bürgerlichen Landwehroffiziere. Beide Einrichtungen seien deutsche, nationale auf der von Gneisenau und Scharnhorst geschaffenen Grundlage. Dies bildete den Uebergang zur Würdigung der ganzen vorliegenden Frage unter dem Gesichtspunkte der europäischen Verhältnisse und der deutschen Pflichten Bayerns. Es ist wohl daran erinnert, daß die Fortschrittspartei in der bayerischen Kammer schon früher bei der Frage der Neubewaffnung der Armee, sowie des Exerzierreglements u. s. w. die nationale Gemeinschaft in den Vordergrund gestellt habe. Nach einer Erwiderung auf die Schleich'sche Vergleichung römischer und gegenwärtiger Bündnißverhältnisse behandelte Dr. Marquardsen die rechtliche Natur solcher Schutz- und Trutzbündnisse, wie sie Bayern jetzt mit Norddeutschland verbinden, wobei die Loyalität die erste Grundlage sei und die Umgehung eines Vertrages dem Vertragsbruch vollständig gleich komme. Man solle alle möglichen Ersparnisse unter Aufrechthaltung der Grundprinzipien der bestehenden Heeresverfassung wo möglich gemeinschaftlich durchzusetzen suchen und als gute Deutsche und gute Bayern nie vergessen, daß Bayern nur gedeihe, wenn es ein lebendiges, ein getreues Glied der Gesammt-Nation bleibt.

Der patriotische Abgeordnete Herr Greil erklärte sich mit dem Vorredner über die Heiligkeit der Verträge einverstanden und suchte dann den auch von patriotischer Seite erhobenen Einwand zu widerlegen, daß das Milizsystem keineswegs so billig sei. Nach den notorisch unrichtigen Angaben Lassalle's suchte Herr Greil einen Rückgang des Wohlstandes in Preußen nachzuweisen, worauf eine Anzweiflung gegen die Richtigkeit der Freigabe des Zinsfußes erfolgte. Jede weitere Annäherung an Norddeutschland verwirft der Redner als Untergrabung der Selbständigkeit Bayerns. Nach ihm nahm der Abg. Westermayer, ebenfalls von den Patrioten, das Wort, da er sich jedoch darauf eingerichtet hatte, die Fortschrittspartei als vermeintliche Gegner der Sparsamkeit zu bekämpfen, war seines Redens nicht lange. Dr. Völk rief die früheren vergeblichen Versuche der Fortschrittsminorität zur Abminderung unnöthiger Militärausgaben ins Gedächtniß und wiederholte in seiner schneidigen Weise den Protest des Präsidenten und des Kriegs-Ministers gegen den von dem Abg. Mahr vorher angeschlagenen Ton. Nachdem noch die Abg. Dr. Huttler und Ruland und von Seiten der Fortschrittspartei der Abg. Fischer gesprochen, der aus der ganzen Verhandlung auf's Neue die Richtigkeit des früher gestellten Präjudizialantrages bewies, vertheidigte der Kriegsminister in längerer Auseinandersetzung seinen Standpunkt, dem sich ein kurzes Schlußwort des Referenten anfügte. Beide bewegten sich im ausgesprochensten Gegensatze, ähnlich wie dies zwischen dem Abg. Edel und dem Freiherrn v. Pranckh der Fall war, in Bezug auf die Schenk von Geyern'sche Episode, welche der Kriegsminister vom militärischen Standpunkte zu rechtfertigen suchte.

Im Ganzen genommen war die Verhandlung in einer die Wichtigkeit des Gegenstandes und der Würde des Hauses entsprechenden Weise verlaufen; daß über die eigentliche Kernfrage, die Veränderung der Heeresorganisation dieses Mal nicht zu entscheiden sei, wurde allseitig gefühlt und die Gegner wie die Freunde der 1868 angenommenen deutschen Heeresverfassung in Bayern werden bei der Berathung des ordentlichen Militärbudget noch einmal die Waffen zu kreuzen haben. Mittlerweile sind sowohl von der liberalen Seite als durch ihre Gegner viele finanziell einschneidende, mit dem Grundgedanken der neuen Wehrverfassuug durchaus nicht zusammenhängende Mißstände im bayerischen Militärwesen freimüthig und mit Sachkenntniß ans Licht gestellt worden. Die ganze Kammer hat gezeigt, daß sie nicht leichtfertig, ja mit ängstlicher Sparsamkeit an die Bewilligung für außerordentliche Militär-Ausgaben gegangen ist, und insbesondere hat die Fortschrittspartei die Genugthuung, daß die eine Hälfte ihrer Gegner ihr vorwirft, früher Sparsamkeit versprochen und ihr Wort jetzt nicht eingehalten zu haben, während die andere Hälfte ihr nachredet, sie habe früher erklärt, Alles bewilligen zu wollen, und sei jetzt nur in der zwölften Stunde auf den Sparweg gedrängt worden. Die eine Behauptung ist so gut aus der Luft gegriffen wie die andere, aber auch hier geht die Fortschrittspartei ruhig ihren Weg, unbekümmert um ihre Widersacher von Rechts und Links. Sie hat alle Ursache, mit dem Verlauf der allgemeinen Debatte über den außerordentlichen Militärkredit zufrieden zu sein und wird auch bei der entscheidenden Berathung über den außerordentlichen Militäretat das zugleich für Bayern und Deutschland Richtige zu treffen wissen.

Politische Tagesübersicht.

Die gestern telegraphisch signalisirte Mittheilung der N. Fr. Presse aus **Wien,** 11. April lautet: Das Ministerium Potocki wird nun bald greifbare Formen erhalten. Eine Woche lang hat man von dem Project, die Partei Rechbauer in die Combination zu ziehen, gezehrt und Jeden als einen Verräther gebrandmarkt, der daran nicht glauben mochte. Nun ist man glücklich dort angelangt, wo man in derselben Secunde anfangen mußte, als man das parlamentarische Ministerium zu Falle brachte und ein Ministerium Potocki proclamirte. Es ist jetzt entschieden, daß in dasselbe Graf Taaffe als Minister des Innern und zugleich für Landesvertheidigung eintritt. Fehlt nach Potocki und Taaffe nur noch der Dritte von der Minorität: Dr. J. N. Berger; aber dieser ist auch — dabei, wenngleich er ein Portefeuille nicht mehr übernimmt. Wie nun die Grafen Potocki und Taaffe sich weiter verstärken werden, ist noch unentschieden. Mit Bestimmtheit wird nur Sections-Chef de Pretis als der designirte Handelsminister genannt. Diese drei Minister werden, auch wenn die anderen Portefeuilles noch nicht vergeben sind, schon in den allernächsten Tagen officiell ernannt werden. Daran soll sich unverzüglich das kaiserliche Patent schließen, welches das Abgeordnetenhaus des Reichsraths und die Landtage auflöst und die Neuwahlen anordnet. Die neue Regierung wird zugleich eine Manifestation ins Werk setzen, durch welche die Tendenz des Ministeriums und seine Absicht, wieder einer parlamentarischen Combination Raum zu gewähren, sobald die Neuwahlen vollzogen sind, offenbar werden soll.

* Ueber die Ministerkrisis schreibt die Wiener „Presse“: Nicht Rechbauer hat abgelehnt, sondern Graf Potocki hat das Programm Rechbauers als zu weit gehend und daher unannehmbar bezeichnet. Die Gerüchte, welche das Scheitern der Verhandlungen Differenzen wegen des politischen Theiles des Programms zuschreiben, sind dem Vernehmen nach ganz falsch. Das politische Programm war ganz allgemein gehalten; die Erweiterung der Länder-Autonomie von Rechbauer und die Wahlreform von Potocki acceptirt worden, und daß sich Rechbauer dem Ausgleiche mit den Czechen widersetzt hätten, haben wir nicht gehört. Wir bleiben dabei, daß nur die konfessionelle Frage und die Forderung, das Militärbudget um 15—20 Millionen herabzusetzen, den Grafen Potocki veranlaßt haben, die weiteren Verhandlungen mit Rechbauer abzubrechen. Gelingt es dem Grafen Potocki nicht, doch noch einige Persönlichkeiten der äußersten Linken ins Kabinet zu ziehen — und dazu soll wenig Hoffnung vorhanden sein — dann wird zur Bildung eines interimistischen Kabinets geschritten werden. Jüngere fähige Beamte sollen als interimistische Leiter in Aussicht genommen sein und Graf Potocki war gestern und heute beim Kaiser, um für den, wie gesagt, sehr wahrscheinlichen Fall der Ablehnung der deutschen Abgeordneten die Persönlichkeiten für ein provisorisches Beamtenministerium vorzuschlagen. Jedenfalls ist das Eine sicher, daß die Ernennung des neuen Ministeriums in nächster Aussicht liegt.

Prag, 11. April. Von czechischer Seite wird versichert, Rieger und Sladkowsky seien nicht nach Wien berufen. Man meint czechischerseits, die Berufung wäre jetzt zwecklos. Ebenso soll Clam-Martinitz nicht berufen sein, vielmehr Graf Leo Thun die Vermittlung zwischen Beust und Potocki einerseits und den böhmischen Feudalen andererseits besorgen. Fürst Karl Auersperg hält heute hier eine Conferenz des verfassungsgetreuen Adels ab.

Berlin, 11. April. Eine französische Depesche mit Reserven wegen etwaiger Konzilbeschlüsse wurde Mitte voriger Woche hier mitgetheilt; dieselbe sollte gestern von Paris nach Rom abgehen und wurde auch in Brüssel, Wien und London mitgetheilt.

— Die Fortschrittspartei erläßt angesichts der bevorstehenden Neuwahlen ein Manifest. Sie erklärt in demselben, mit folgenden Forderungen der Regierung an den Leib rücken zu wollen: Für den Reichstag: 1. Herstellung der deutschen Einheit auf friedlichem Wege: Erweiterung des Nordbundes zum deutschen Bundesstaate, deßhalb Ausbildung der Bundesverfassung in freiheitlicher Entwicklung, besonders durch Einführung der Grundrechte und eines verantwortlichen Bundesministeriums in dieselbe, wie durch Gewährung der Diäten an die Abgeordneten. 2. Verminderung der Militärlast, durch Verringerung der Friedensarmeen und Verkürzung der Dienstzeit. Unterstützung aller auf allgemeine Abrüstung in Europa gerichteten Bestrebungen 3. Keine Steuer-Erhöhung, vielmehr Verminderung der bestehenden, zunächst durch Beseitigung der die ärmeren Classen vorzugsweise drückenden Verbrauchssteuern auf nothwendige Lebensbedürfnisse. 4. Gleiches Recht für Alle. Allgemeines gleiches Wahlrecht, wie im Bunde, so in den Einzelstaaten. Gleiche Möglichkeit zur humanen und bürgerlichen Ausbildung durch die freie und unentgeltliche Volksschule. Schutz für Leben und Gesundheit der Staatsbürger. Gewährung der vollen Freiheit und Rechtssicherheit des Vereinswesens. Abweisung jeder Ausbeutung des Staates für die Sonder-Interessen einzelner Gesellschaftsklassen, möge diese seitens der bisher privilegirten oder seitens der socialistischen Arbeiterpartei geltend gemacht werden. Für das Abgeordnetenhaus: 1. Volles Steuerbewilligungs-Recht des Abgeordnetenhauses. 2. Selbstverwaltung in Gemeinde, Kreis und Provinz. Verantwortlichkeit der Beamten vor dem Richter.

— Der Kronprinz von Preußen trifft am 15. April in Carlsbad ein, wo für ihn bereits ein Hotel gemiethet ist.

— Ein angeblich durch die Lassalleaner angeregter Strike der Schmiedegesellen in Clausthal drohte nicht geringe Verlegenheit für die herrschaftlichen Werke herbeizuführen, die energische Haltung der Behörde aber bewirkte, daß die Widerspänstigen schon nach zwei Tagen bedingungslos wieder zur Arbeit zurückkehrten.

Paris, 10. April. Der Austritt Buffet's aus dem Ministeriums wird als ein Zeichen dafür angesehen, daß Thiers sich nunmehr entschieden von dem Cabinete des 2. Januar losgesagt hat. — Fünfundzwanzig wegen der Unruhen im Creuzot angeklagte Personen wurden zu Gefängnißstrafen von zwei Monaten bis zu drei Jahren verurtheilt. — Gestern Abends fand hier eine große Versammlung von Studirenden statt, welche gegen die Schließung der medicinischen Facultät protestirten und, indem sie die von ihren Collegen begangenen Excesse beklagten, auf der Demission Tardieu's bestanden.

Florenz, 9. April. Die mazzinistische Bewegung dauert fort, die Offiziere sind in den Casernen consignirt; in Pisa wurde die Garnison und die Polizei gewechselt; in Neapel sind viele für Palermo bestimmte Dolche confiscirt worden.

— Wie die Gazz. piem. meldet, wurden mehrere Individuen verhaftet, die im Verdacht stehen, den Abg. Campanelli ermordet oder mit ermordet zu haben. — Nach dem Movimento ist in Genua als Flüchtling Assy eingetroffen, den die Pariser halbamtlichen Blätter als den Anführer der Arbeiter von Creuzot bezeichneten.

Rom, 6. April. Die Unita Cattolica bringt eine Nachricht aus München, gemäß deren es wahrscheinlich sei, daß Graf Tauffkirchen, bayerischer Gesandter beim heiligen Stuhle, zurückberufen werden würde. „Wenn die Nachricht sich bestätigt,“ heißt es weiter, „kann Se. Excellenz um so ungenirter seine Profession als Journalist ausüben, der er sich augenblicklich widmet, ungeachtet seiner officiellen Stellung.“

Rom, 7. April. Das heutige Giornale läßt auf seine gestrige offizielle Erklärung gegen die auswärtigen Journale eine zweite schärfere folgen; sie lautet: „Seit das ökumenische Concil eröffnet ist, haben einige Journale von jenseit der Berge (oltremontani im italienischen Sinne), welche behaupten, der Kirche ergeben zu sein, mit ihren Correspondenzen und Artikeln nur gesucht, die Autorität dieser heiligen Versammlung zu entkräften. Man hoffte, daß die Zeit sie zu größerer Gerechtigkeit in ihren Urtheilen zurückführen würde, aber da sie darauf beharren, die Berathungen zu entstellen, die Regeln, welche dieselben leiten, anzugreifen, die Berichte über die Sitzungen zu fälschen, und fortfahren in der offenkundigen Absicht, dem zahlreicheren Theile der Bischöfe Beleidigungen zuzufügen, so ist man genöthigt, diese Correspondenzen streng zu tadeln, als übertrieben, falsch und verletzend für die Ehre des Concils, die Würde und Freiheit der Kirche, sowie auch für die Rechte des heiligen Stuhles. Die gläubigen Katholiken sollen auf ihrer Hut sein gegen solche Journale.

Rom, 9. April. In der Deputation des Schema von der Kirche machen sich drei Parteien geltend: die Mehrzahl fordert Umarbeitung des Unfehlbarkeits-Schema, 56 sprechen gegen die Opportunität, 49 gegen das Dogma selbst aus, weil dasselbe unkirchlich sei.

Palermo, 9. April. Der Herzog von Alençon hatte ein Telegramm an Franz II. von Neapel gerichtet, des Inhalts: ein Mitglied des Hofstaats des Herzogs von Aumale sei durch Auffindung von Waffen und Munition compromittirt worden; die Prinzen des Hauses Orleans sind überhaupt revolutionärer Umtriebe und Theilnahme an illegalen Versammlungen verdächtig. Die Präfectur erklärte deßhalb das Gastrecht des Herzogs von Aumale nicht mehr respectiren zu können. Daher erfolgte die Abreise der Herzoge von Alençon mit Gemahlin und von Nemours. Dagegen erklärt die officielle Zeitung aus Palermo 10. April: der Präfekt habe dem Herzog von Alencon die Abreise nicht angesonnen, sondern nur erklärt, im Falle eines Volksaufstandes müsse ein Theil des Palais Orleans strategisch besetzt werden.

Madrid, 9. April. Berichten aus Barcelona zufolge haben die Truppen heute Früh die Vorstadt Gracia eingenommen. Die Insurrection ist damit zu Ende.

Bukarest, 10. April. Die Gerüchte vom Rücktritte des gesammten Ministeriums bestätigen sich. In der nächsten Woche erwartet man die Ernennung des neuen Cabinets.

Rußland. Die „Bank von Polen“ ist durch einen kaiserl. Ukas aufgehoben; künftig wird in Warschau nur ein Comptoir der Petersburger Staatsbank bestehen.

Bayerische Angelegenheiten.

×. **München,** 12. April. Zum Referenten über das Tax- und Stempelgesetz ist Abg. Dr. Karl Barth erwählt. Soviel ich bisher über die Stimmung und Ansehung dieses Gesetzentwurfes vernehmen konnte, lautet sie im Allgemeinen nicht ungünstig, man sieht in ihm einen Fortschritt. Freilich wird der Entwurf, bis er wirkliches Gesetz wird, mancherlei Umänderung erfahren. Die Erhöhung der Mutationsgebühr (Besitzveränderungsgebühr) in den diesseitigen Kreisen von $^5/_6$ % beziehungsweise mit Stempel von $1^1/_{30}$ % auf 2 %, wohl die einschneidendste Neuerung, wird voraussichtlich auf harten Widerstand stoßen. Ebenso findet die beabsichtigte hohe Belastung der Mobilienverträge geradezu eine feindselige Aufnahme. In dieser Richtung hörte ich vielfach von den juristischen Fachmännern diese Bestimmung als einen Fehler bezeichnen. Es ist auch schwerlich rationell zu nennen, die Verschaffung authentischer Urkunden bezeichneter Art durch hohe Taxirung zu erschweren, während offenbar die Tendenz des künftigen Prozeßes darauf gerichtet ist, auf Urkunden hin urtheilen zu können. Man sollte meinen, das fiskalische Interesse müßte hier vor der Justizpflege in den Hintergrund treten. Uebrigens dürfte bei einer ganz wohlfeilen Beschwerung der Mobilienverträge die Finanz nicht blos nicht zu kurz, sondern vielmehr besser fahren, als bei einer hohen Taxe, denn hohe Gebühren, schrecken von Errichtung solcher Urkunden ab, während bei Wohlfeilheit nicht Viele unterlassen werden, sich in den Besitz sicherer Beweismittel zu setzen. Die Menge wohlfeiler Urkunden werden sich besser rentiren, als einzelne, wenn auch hoch taxirte. — Daß bezüglich der Erhebungsform die möglichste Einfachheit einzuführen ist, wird allseitig anerkannt. Hierin lag bisher der Krebsschaden, die Komplizirtheit des Verfahrens, der Schlendrian in Behandlung des Taxwesens führte nahezu den Bankerott unserer Rentämter herbei! Wenn ich recht

unterrichtet bin, sollen künftighin lediglich Stempelmarken da zur Anwendung kommen, wo die zu entrichtende Gebühr ein für allemal schon fixirt ist (fixer Stempel) oder es soll lediglich taxirt werden, wo es sich um proportionelle oder prozentable Gebühren handelt, jedoch in diesem Falle ohne gleichzeitige Stempelanwendung. In der Stempelmarke wäre somit die Taxe schon enthalten, und bei einer taxirten Urkunde wäre die gleichzeitige Stempelanwendung ausgeschlossen. Nach dem Entwurfe soll an Stelle des 3 kr.-Stempels ein 10 kr.-Stempel treten. Dieser Sprung scheint zu groß zu sein. Abgesehen hievon sprechen auch andere mit dem künftigen Münzsysteme zusammenhängende Gründe gegen die Schaffung eines 10 kr.-Stempels. Es dürfte ein 7 kr.-Stempel besser am Platze sein. Bezüglich des Enregistrirungswesens finde ich die Meinungen getheilt, denn Mancher befürchtet von dessen Einführung nicht blos eine bedeutende Belästigung des Publikums, sondern auch eine Verzögerung der Sache und voraussichtlich die Nothwendigkeit der Kreirung neuer Rentämter, oder doch die Verlegung solcher, da nicht überall am Sitze des Gerichtes sich auch ein Rentamt befindet.

xx. **München,** 11. April. (XXIX. öffentliche Sitzung der Abgeordneten-Kammer.) Schluß. Ehe die Kammer dann in die Berathung und Beschlußfassung über die Rechnungen der Staatsschuldentilgungsanstalt von den Jahren 1866/67 und 1868 eintrat, bemerkte der I. Präsident, daß es zweckmäßig erscheine, die Diskussion über die einzelnen unter diese Rubrik fallenden Gegenstände zu trennen, um eine klarere Uebersicht zu gewinnen. Da die Kammer hiemit einverstanden war, so referirte Hr. Abg. Dr. Diepolder zunächst bezüglich der allgemeinen Staatsschuld. Abg. Frhr. v. Stauffenberg erbat sich von dem Referenten die in dessen Vortrage über den Bericht des Schuldentilgungscommissärs Dr. Pözl versprochenen nähern Aufklärungen über jene Rückzahlungen von Staatsschuldbeträgen, welche nicht durch Verloosungen, sondern unter der Hand geschehen seien, da auch in dem Referate über die Rechnungsnachweise diese Aufklärungen nicht enthalten seien. Der k. Staatsminister der Finanzen v. Pfretzschner erklärte, er habe über diese Rückzahlungen während des Jahres 1865/66 im Ausschusse sehr detaillirte Aufklärungen, und zwar über jeden einzelnen Posten gegeben, wolle aber heute der kostbaren Zeit wegen nur die für diese Heimzahlung geltenden allgemeinen Principien mittheilen. Solche Heimzahlungen erfolgten nur, wo rechtliche Verbindlichkeiten vorlägen, und wenn Posten der älteren Schuld gekündigt würden, meist an Stiftungen und Gemeinden, und zwar nach Einvernehmen mit der Obercuratelbehörde; oder wenn durch eine solche Heimzahlung eine Vereinfachung der Geschäfte der Staatsschuldentilgungskasse wie z. B. durch Wegfallen eines ganzen Catasters, herbeigeführt werde, endlich noch an Privaten in kleinen Beträgen von 100—500 fl., selten 1000 fl., aber nur in solchen Fällen, in welchen das dringende Bedürfniß der Heimzahlung durch amtliche Zeugen bestätigt werde, und wenn das Kapital entweder baar einbezahlt, oder wenigstens nicht unter pari erworben worden sei. Erfolgten solche Heimzahlungen nicht, so könnten namentlich bei Stiftungen Cessionen von Kapitalien nicht stattfinden, und würde oft die entsprechende Verwendung des Stiftungsvermögens behindert werden. Nachdem Frhr. v. Stauffenberg noch weiter gefragt hatte, ob die gesetzmäßig zur Verfügung stehenden Mittel zur Deckung der um solche Heimzahlungen einlaufenden Gesuche immer ausreichten, oder ob dieß nicht der Fall sei, und es nöthig werde, unter den Petenten eine Wahl zu treffen und der k. Staatsminister der Finanzen erklärt hatte, daß diese Gesuche nicht so zahlreich wären, um nicht alle befriedigt werden zu können, und daß man in dem sehr seltenen Falle, daß nicht allen Gesuchen Genüge geleistet werden könne, am Ende des Jahres eine verhältnißmäßige Repartition der Beträge vornehme, erhob sich Abg. Prof. Makowiczka und stellte an den Referenten, indem er sich auf den Satz des Referates bezog: „Was die vielfach geäußerten Klagen über häufige Verloosungen und Heimzahlungen an der Staatsschuld betrifft, so dürften solche Klagen sich wesentlich vermindern, wenn die angedeuteten Vorschläge über Beschränkung der Tilgung zur Ausführung kommen." — die Frage, welches denn diese „angedeuteten" Vorschläge seien, von denen er im ganzen Referate nicht die kleinste Spur habe entdecken können. Referent Dr. Diepolder erwiderte, daß solche Vorschläge im Ausschusse allerdings zur Besprechung gelangt seien, daß man es aber für geeignet gehalten habe, mit denselben erst bei Gelegenheit der Budgetberathung ans Licht zu treten; — er müsse zugestehen, daß die erwähnte Stelle in seinem heutigen Referate aus Versehen stehen geblieben sei und nicht hingehöre. Abg. Prof. Makowiczka bittet, daß beim Budget dann diese Vorschläge Seitens des Ausschusses denn doch zur Vorlage an die Kammer gelangen mögen. Nachdem Dr. Diepolder über die Rechnungsnachweisungen der Pensions-Amortisationskasse und der Eisenbahnbaudotationskasse berichtet hatte, ohne daß von irgend einer Seite eine Diskussion stattgefunden hatte, ging derselbe zum Berichte über die Grundrenten-Ablösungskasse über und stellte die bereits im gestrigen Blatte mitgetheilten Anträge Namens des Ausschusses. Bei dem gegenwärtigen Landtage, bemerkt Referent, seien, wie schon bei früheren Landtagen, wiederum eine Reihe von Vorstellungen eingelaufen, welche beantragen, es möge den Gemeinden, Stiftungen und Privaten, welche ihre Grundrenten noch nicht an den Staat überwiesen haben, nachträglich noch die Ueberweisung ihrer Bodenzinskapitalien an den Staat gestattet werden. Diese Eingaben seien damit motivirt: Der Grundsteuerkataster habe durch Gesetz vom 28. März 1852 eine für die Grundrentenbesitzer nachtheilige Aenderung erhalten, indem darin die Lasten des Grundbesitzes nicht mehr vorgetragen werden; ferner habe die Erleichterung der Gutszertrümmerung eine große Zerstückelung des Grundbesitzes zur Folge gehabt und seien dabei die Bodenzinse oft in die kleinsten Beträge — Kreuzer und Heller — vertheilt worden; seit der Trennung des Notariats vom Hypothekenamte werde von den Notaren bei den Urkunden über Besitzveränderungen auf die bestehenden Bodenzinse keine Rücksicht mehr genommen, und wenn in den Notariatsurkunden die Bodenzinse nicht erwähnt seien, könnten auch die Hypothekenämter auf diese nicht gehörige Rücksicht nehmen. Durch diese Verhältnisse seien die Bodenzinsbesitzer in ihren Rechten höchst gefährdet. Es lasse sich nicht verkennen, daß diese Angaben der Bodenzinsbesitzer in der Hauptsache begründet seien, und daß die Staatsregierung auch diesem Besitze den nöthigen Schutz zu gewähren habe, weßhalb er die Annahme seines Antrages empfehle.

Abg. Dr. Frankenburger stellt folgenden Präjudicialantrag: „die Berathung und Beschlußfassung über den Ausschußantrag: Hohe Kammer wolle beschließen, an Se. Majestät die Bitte zu richten, daß nach dem jetzigen Landtage ein Gesetzentwurf vorgelegt werde, welcher noch nachträglich die Ueberweisung der Bodenzinskapitalien von Stiftungen, Gemeinden und Privaten an die Grundrentenablösungskasse gestattet — in so lange auszusetzen, bis der bei der Kammer eingelaufene Antrag von 7 Guts- und Adelsherren und 2 Stiftungen in Nürnberg in gleichem Betreffe im Ausschuß berathen und in öffentlicher Kammersitzung verbeschieden sei." Er glaube, daß mit der Annahme des Ausschußantrages noch nichts erreicht werde, während der Nürnberger Antrag einen vollkommen formulirten Gesetzentwurf und ganz detaillirte Begründung, sowie den Antrag enthalte, die Sache im Landtagsabschied zu regeln, wenn das Gesetz nicht mehr zur Erledigung kommen sollte; — jedenfalls könne man mit diesem Antrage rascher zum Ziel kommen, als mit jenem des Ausschusses. Abg. Dr. Freitag erkennt die gute Absicht Dr. Frankenburgers bei seinem Präjudicialantrag, ist aber gegen denselben, weil er glaubt, es gehe durch denselben Zeit verloren, denn es werde sich hauptsächlich um die Stellung der Regierung diesem Antrage gegenüber handeln. Um sehr schnell den Gesetzentwurf vorlegen zu können, habe die Staatsregierung alles Material; wenn aber die Kammer die Initiative ergriffe, so handle es sich erst darum, ob dieser Entwurf der Regierung genehm sei. Nachdem noch Abg. Frhr. v. Stauffenberg bemerkt hatte, daß die Stellung der Staatsregierung im Allgemeinen gegenüber diesem Antrage bereits als negativ bekannt sei, er aber den Antrag Dr. Frankenburgers für völlig zweckentsprechend halte, wurde der Präjudicialantrag abgelehnt und in die Diskussion des Ausschußantrages eingetreten.

Abg. Dr. Freytag empfiehlt nunmehr den Ausschußantrag zur Annahme. Derselbe sei nichts Neues, sondern habe schon im Jahre 1865 dem Hause vorgelegen und sei von den HH. Abg. Dr. Marqu. Barth, Dr. Völk und v. Schlör lebhaft unterstützt worden. Redner schildert nun die Noth der Stiftungen, Gemeinden und Privaten, wenn sie auf kleinen Parzellen liegenden Bodenzins, der oft nur ein paar Kreuzer betrage, einsammeln müßten. Wollten nun die Leute nicht bezahlen, so könne man wegen ein paar Kreuzer keinen Prozeß anfangen; soll man dann den Zins herschenken? Kündbarkeit der Bodenzinskapitalien scheine ihm nicht geeignet; auch eine fristenweise Rückzahlung sei unmöglich im gegenwärtigen Augenblicke, wo man nicht wisse, ob nicht eine Steuererhöhung komme und wo das Volk ohnehin sehr belastet sei. Die Einwendungen gegen die Ueberweisung kämen ihm nicht stichhaltig vor. Wenn sich die Staatsschuld vermehren würde, so habe der Staat ein Aequivalent an den Bodenzinskapitalien. Auch vermehrte Lasten habe der Staat nicht zu besorgen; man ziehe eben bei der Ueberweisung soviel ab, als die Verwaltungskosten erheischten. Abg. Söllner motivirt seine Abstimmung für Dr. Frankenburger's Antrag. Personen und Sachen müsse man trennen, Personen gingen vorüber, Stiftungen nicht. Die Interessen der Stiftungen seien heiliger als die von Personen. Zwangsweise Ablösung sei unmoralisch und vom national-ökonomischen Gesichtspunkte aus als etwas Schlimmes zu betrachten. Die gedrückte Lage des Volkes würde durch zwangsweise Ablösung noch vielfältig verschlimmert werden. Der k. Staatsminister der Finanzen möge sein Augenmerk nicht bloß auf die finanziellen Interessen des Staates, sondern auch auf jene der Stiftungen und Gemeinden richten.

Der k. Staatsminister v. Pfretzschner erklärt, man könne unmöglich bei der Beurtheilung des vorliegenden Gegenstandes zu einem klaren Bilde der Sachlage des Augenblickes kommen, wenn man nicht die Frage der zwangsweisen Ablösung und die Frage der Wiederaufnahme der Ueberweisungen gleichzeitig ins Auge fassen. Man könne sich keinen Zweifel machen, daß die Mehrbelastung des Landvolks durch zwangsweise Ablösung keineswegs unbedeutend sein würde. Er sei überzeugt, daß im Laufe der Zeit bei besseren politischen Verhältnissen die Frage wieder in Anregung kommen müsse, und dann werde der Moment gegeben sein zu der Erwägung, ob man den Gedanken der zwangsweisen Ablösung durch Annuitätenrente statuiren könne. Was die Frage der Wiederaufnahme der Ueberweisung von Grundrenten betreffe, so könne er diese Maßnahme nicht empfehlen. Man wolle dem Staate die dem Einzelnen lästigen Perceptionen aufbürden. Allerdings sei die Perception im Laufe der Zeit schwieriger geworden; das liege aber nicht in der neuen Gesetzgebung, sondern in den Bestimmungen des Gesetzes vom 28. März 1852, womit jene scheinbaren Nachtheile gegeben gewesen seien, welche jetzt hauptsächlich als Begründung für die Wiederaufnahme der Ueberweisungen dienten. Man sage, die Bodenzinsberechtigten sollten entschädigt werden, weil ohne ihr Verschulden die Zeiten ungünstige geworden seien. Aber wer entschädige den Hypothekgläubiger dafür, daß die Zeiten schlimmer geworden? So wenig man Jemand entschädigen könne, wenn ihm im Laufe der Zeit die Verwaltung seines Vermögens unbequem wird, so wenig könne man es hier. Auch ein Herabdrücken der übrigen Papiere sei zu befürchten, wenn die Grundrentenablösung wieder aufgenommen würde. Man sage in dieser Beziehung an der Börse: eine große Masse neuer Papiere müsse verdaut werden. Die Börse habe auch einen Magen und dieser dürfe nicht überfüllt werden. Bezüglich der Aeußerung Söllner's müsse er bemerken, daß er das Wohl der Gemeinden und Stiftungen nicht außer Acht lasse; deren Interesse käme aber manchmal mit dem Interesse des Staates in Collision, und in diesem Falle gehe ihm letzteres vor.

Abg. Frhr. v. Stauffenberg spricht aus: Die Grundrenten-Ablösung habe ihren ursprünglichen Zweck verloren und sei in eine Leihkasse verwandelt worden. Vom früheren Referenten sei mit Recht hervorgehoben worden, daß Bayern nahezu der einzige Staat sei, der mit der Abwickelung des Ablösungsgeschäftes noch so weit zurück sei. Die Abwickelung nach dem bisherigen Gange müßte noch 270 Jahre dauern. Wenn man die Summen betrachte, die bis jetzt dafür ausgegeben werden, entziffere sich zweifellos ein schöner Betrag. Wenn man dem Wunsche des Ausschusses statt gäbe, so würde man der Staatskasse eine Last ohne Ende aufladen. Das im gegenwärtigen Augenblicke zu thun, habe er schwere Bedenken. Den Privaten den Vortheil der Ueberweisung zuzuwenden, sei kein Grund vorhanden. Woher nähmen denn andere Gläubiger das Recht, den Staat zu ersuchen, ihre Forderungen zu übernehmen? — Abg. Greil findet, daß eine Reihe von Staatsakten vorliege, durch welche die Bodenzinsberechtigten in die jetzige fatale Lage versetzt worden seien. Durch Gesetzgebungsakte sei es dahin gekommen, daß sie in der schlimmsten Lage seien. Aus diesem Grunde seien sie nicht bloß der Billigkeit wegen zur Ueberweisung zuzulassen, sondern schon deßwegen, weil die Prämissen gesetzgeberische waren. — Abg. Frickhinger meint, nach dem Wunsche des Ausschusses sollte der Staat der Sündenbock werden für die Stiftungen, Communen und Private. Wer für den Ausschußantrag stimme, dürfe von Erleichterung der Steuerlast nicht mehr reden. — Abg. Dr. Gerstner sagt, es lägen zwei Fragen vor, die Frage der Heimzahlung und der Ueberweisung; und glaubt, diese beiden Fragen könnten höchstens dadurch getrennt werden, daß man zwangsweise Ablösung begehre, ohne die Ueberweisung zu verlangen. Man verlange vom Staate, was dem Einzelnen zu schwer falle. Wenn man einen Abzug gewähre, um die erhöhten Verwaltungskosten zu decken, so sei das unökonomisch, weil es dem Staate eine unnöthige Arbeit mache. Durch die Ueberweisungen ohne Bestimmtheit und Klarheit würden die vortheilhaften Schwankungen in den Kursen der Staatspapiere gefährdet. Er könne sich daher nicht für den Wunsch des Ausschußes erklären. — Abg. Föderer setzt die Gründe auseinander, welche ihn dazu bestimmt haben, heute anders zu stimmen als 1865. Er könne dem Ausschußantrage nicht beistimmen, weil man durch denselben dem Staate eine neue Last schaffe, die in dem gegenwärtigen Augenblicke um so drückender werde, als man von Nichts höre als von Steuererhöhung. Damit schloß die Debatte; Referent Dr. Diepolder bemerkte noch, es sei gesagt worden, die Summe der zu überweisenden Bodenzinse lasse sich nicht ermessen. Er glaube, daß das Finanzministerium ohne Schwierigkeit diese Summe bestimmen könne. Stünden Schwierigkeiten im Wege, so habe die Staatsregierung die Mittel, dieselben zu vermindern; so könnte sie die ganz kleinen Grundrenten bis 1 Gulden sofort ablösen. Er empfehle schließlich noch den Antrag des Ausschusses. Obiger Ansicht trat der Herr Staatsminister der Finanzen mit der Bemerkung entgegen, daß er glaube, es würde ein jeder Versuch, das statistische Material grundhaltig zu gewinnen, mißlingen. Das Resultat der Abstimmung ist bekannt.

Schließlich folgte noch Vortrag des Sekretärs des VI. Ausschusses, Abg. Rußwurm, über geprüfte Anträge, darunter die Vorstellung des Magistrates von München, „die Kosten für die Wahl der Abgeordneten zum Zollparlament betr.", welche der Abg. Thomaß vertrat. Dieselbe wurde, dem Antrage des Referenten gemäß, zu den Akten gelegt und bei der Begründung dieses Antrages betont, daß die Gemeinde München allein um 200 fl. mehr Wahlkostenentschädigung erhalten habe, als alle übrigen Orte Bayerns zusammen. Das Gesuch des Distriktsrathes der Distriktsgemeinde Neumarkt, als Antrag angeeignet von den Abg. Lerzer und Triller mit dem Petitum: „die Kammer wolle der Staatsregierung die Leistung eines unverzinslichen Darlehens an die Distriktsgemeinde Neumarkt in dem Betrage von 200,000 fl. aus Mitteln des Reichsreservefonds empfehlen", in welchem einige mißdeutbare Bemerkungen über den verstorbenen Landrichter Wülfert, Vater des Landtagsabgeordneten Wülfert, enthalten sind, veranlaßte Letzteren, für den in Zweifel gestellten Charakter seines Vaters entschieden einzutreten und die Thatsache zu constatiren, daß der verlebte Landrichter Wülfert ein allgemein geachteter und beliebter Beamter gewesen sei. — Die nächste Sitzung wird am Donnerstag den 21. April stattfinden.

(Dienstesnachrichten.) Se. Maj. der König hat zum Rath am Bezirksgerichte Kronach den zweiten Staatsanwalt am Bezirksgerichte Aichach K. Braun und auf dessen Stelle den Bezirksgerichts-

assessor F. Meisner in Lohr befördert; den königl. Landrichter A. Schreyer in Erbendorf wegen Krankheit in den erbetenen Ruhestand auf die Dauer von sechs Monaten versetzt, zum Landrichter in Erbendorf den Landgerichts-Ass. E. Fick in Herrieden befördert und zum Landgerichts-Ass. in Herrieden den Bez.-Ger.-Acc. Th. Hoffmann in Ansbach ernannt.

Lokales und Provinzielles.

München, 12. April.

— Das Konsortium der Prioritätenbesitzer unseres Aktien-Volkstheaters hat auf das Einlösungsrecht verzichtet, das Theater verbleibt sonach dem Privatier Hemmeter. Dabei vernehmen wir, daß, einem allgemeinen Wunsche entsprechend, das Gebäude seinem Zweck erhalten bleibt, sowie daß Hr. Direktor Wallner in Berlin die Direktion des Theaters übernehmen wird.

— Heilige Gesangs-Musik strengen Styls in der k. St. Michaels-Hofkirche: Mittwoch 3 Uhr Nachm. Mette. — In der Allerheiligen-Hofkapelle.) Direction: Hofkapellmeister Wüllner. Mittwoch Nachm. 4 Uhr. Matutin und Responsorien von G. P. da Palestrina. Benedictus, vierstimmig von Lotti.

* Nachstehend geben wir das Verzeichniß der zwölf alten Männer welche zur Gedächtnißfeier der Einsetzung des heil. Abendmahles auf Allerhöchsten Befehl gekleidet und mit Geld beschenkt werden: 1) Graf Bartholomä, ehem. Hirt von Unterwattenbach, B.-A. Landshut, 94 J. alt; 2) Bauer Josef, Austrägler von Sandbach, B.-A. Passau, 3) Erhard Jakob, ehem. Schneidermeister von Huglfing, B.-A. Weilheim, je 92 J.; 4) Merk Johann, Austrägler von Großkellenfeld, B.-A. Dinkelsbühl, 91 J.; 5) Eschelbeck Joseph, Zimmermann von Loizenkirchen, B.-A. Vilsbiburg, 6) Wachter Kaspar, Pfründner von Eichstädt, B.-A. Eichstädt, je 90 J.; 7) Weile Mang Anton, ehem. Zimmermeister von Blonhofen, B.-A. Kaufbeuren, 8) Schid Michael, Austrägler von Ortenburg, B.-A. Vilshofen, 9) Gay Anton, ehem. Schuhmacher van Burgau, B.-A. Günzburg, 10) Fischer Anselm, ehem. Bäckermeister von Burghausen, B.-A. Altötting, 11) Längauer Joseph, Austrägler von Piesenhausen, B.-A. Traunstein, 12) Scheuringer Pius, ehem. Zimmermann von Freinhausen, B.-A. Schrobenhausen, je 89 J.; Summa 1083 Jahre. Die zwölf Mädchen, welche zur Erinnerung an die Einsetzung des heil. Abendmahles auf Allerhöchsten Befehl gekleidet und mit Geld beschenkt werden, sind: 1) Bichler Katharina, Anstreichergehilfentochter, 2) Eder Katharina, Zimmermannstochter, 3) Eberle Maria, Schreinergehilfentochter, 4) Hörnes Eleonore, Schreinergehilfentochter, 5) Kainz Theresia, Taglöhnerstochter, 6) Rechelen Maria, Hafnergesellentochter, 7) Mayr Theresia, Schleiferstochter, 8) Mooser Philomene, Taglöhnerstochter, 9) Schreiner Eugenie, Fabrikarbeiterstochter, 10) Thuringer Ottilia, Steinschleiferstochter, 11) Wagner Theresia, Taglöhnerstochter, 12) Weiß Maria, Schuhmachergesellentochter, sämmtliche von hier; Führerin: Erhart Theresia, Taglöhnerswittwe, 70 Jahre alt.

ϱ (Aus der öffentlichen Magistratssitzung.) Wieder war die Geschäftsrepartitionsfrage Gegenstand der Diskussion, indem auf die in der Sitzung vom 8. April erfolgte Anfrage des Hrn. Mag.-Rathes Billing, ob das Bürgermeisteramt mit einer Eingabe um authentische Interpretation des streitigen Art. 101 der Gemeinde an die Kammer vorgehen wolle der I. Bürgermeister v. Steinsdorf die Erklärung abgab, daß man sich an die Kammer mit einer derartigen Bitte erst wenden könne, wenn alle andere Instanzen durchlaufen seien. Hierauf stellte Hr. Mag.-Rath Billing den Antrag, der Magistrat möge gegen die Entscheidung der k. Kreisregierung in der fraglichen Angelegenheit beim k. Staatsministerium des Innern Berufung ergreifen, was der Magistrat auch mit den Stimmen sämmtlicher bürgerlicher Räthe gegen jene der rechtskundigen Mitglieder beschloß. — Für eine Kinderbewahranstalt in der Maxvorstadt wird vom Magistrate ein ihm gehöriger Platz an der Schleißheimerstrasse hinter dem neuen Schulhause an der Gabelsbergerstrasse angewiesen und dabei der Wunsch ausgesprochen, daß in derselben die Fröbel'schen Kindergarten-Erziehungs-Principien zur Anwendung kommen möchten. — Der Verkauf des Altares für den Marienplatz an die Pfarrkirche zu St. Peter um 75 fl. wird genehmigt. — Dem orthopädischen Institute des Herrn Krieger wurde die früher schon ausgesprochene jährliche Unterstützung von 100 fl. für 1869 und 1870 gewährt und die Frage, ob dieselbe für 1871 in Anbetracht der wirklich ganz vorzüglichen Leistungen dieses Institutes nicht auf 200 fl. zu erhöhen sei, der spätern Etatsberathung pra 1871 offen gehalten. — Die k. Kreisregierung hat den Magistrat unter Strafandrohung zur Berichterstattung über den Stand der städtischen Getreidemagazinirung aufgefordert; nach Rechtsrath Badhausers Antrag wird ein Schreiben an die Regierung die Ansicht des Magistrates mittheilen, daß durch die neue Gemeindeordnung die Pflicht zur Erstattung eines solchen Berichtes aufgehört habe. — Auf Antrag des II. Bürgermeisters v. Widder wurde beschloßen, wiederholt an den Landtag wegen Verletzung verfassungsmäßiger Rechte bezüglich der Ernennung des Münchner Krankenhausdirektors durch das Ministerium, Beschwerde zu stellen. Schon seit 1818 nimmt nämlich die Gemeinde das Ernennungsrecht des Krankenhausdirektors für sich in Anspruch, während die Staatsregierung sich dasselbe ebenfalls vindicirt; die Differenz kam niemals zum Austrage, bis 1867 der Magistrat, nachdem durch Ministerialentschließung vom 3. Februar 1866 das Ernennungsrecht der Staatsregierung zugesprochen war, an die Kammer Beschwerde führte, welche in der letzten Sitzung des Beschwerdeausschusses zwar als nicht unbegründet, aber nicht gehörig begründet erkannt wurde. Demnach soll diese Beschwerde mit dem Petitum die erwähnte Min.-Entschließung möge außer Wirksamkeit gesetzt werden, erneuert werden. (Ein Paar nicht uninteressante Bemerkungen bezüglich des gestern in der Kammer zu den Akten gelegten Antrags der Gemeinde München bezüglich der Kosten der Zollparlamentswahlen von 1868 tragen wir morgen nach.) — Der Bauausschuß hat nunmehr das Kreuzschulgebäude hinsichtlich seines baulichen Zustandes untersucht und einige bedeutende, aber sämmtlich alte Mauerrisse in Nebenlokalitäten gefunden, welche also ungefährlich sind, da neuerdings keinerlei Bewegung im Mauerwerke stattgefunden hat; die Dachstuhlsparren und Hölzer sind an den Enden angefault, doch ohne daß schon eine Senkung des Dachstuhles eingetreten wäre; es wurde, wo nothwendig, die Unterstützung des Dachstuhls angeordnet. Das Gesammtgutachten geht daher dahin, daß der bauliche Zustand dieses Gebäudes allerdings kein guter sei, aber auch in keiner Weise irgend eine Gefahr für die nächste Zeit befürchten lasse.

Vilshofen, 11. April. Freitags ging von den vier stattlichen in Windorf gebauten Transportschiffen der hiesigen Granitgewerkschaft das zweite Schiff, beladen mit 12,000 Granitwürfeln zur Pflasterung der Hauptstadt Ungarns, von hier nach Pest ab. Der Geschäftskreis dieser Gewerkschaft, aus deren erst vor acht Jahren eröffneten Steinbrüchen zu Sallasöd-Mühlham an der Vils (eine halbe Stunde von Vilshofen) das vortreffliche Material zu den neuen Straßenpflasterungen der Städte München, Freising, Landshut bezogen worden ist, nimmt immer größere Dimensionen an und gewährt nicht nur der Arbeiter-Bevölkerung hiesiger Gegend fortgesetzte Gelegenheit zu lohnendem Verdienste, sondern verschaffte auch bisher der Ostbahn nicht unbedeutende Frachten. Dem Vernehmen nach sollen eben jetzt auch Unterhandlungen der Gewerkschaft mit Bucharest im Gange sein und Aussicht auf günstigen Erfolg haben. Wer hätte noch vor wenig Jahren an eine derartige Handelsbeziehung zwischen hier und diesen entfernten Städten denken können!

Aus **Hüttenkofen** erfahren wir Näheres über den jüngsten Fund eines Gerippes im Walde zwischen Martinsbuch und Franken. Die Leiche wurde als die des seit drei Vierteljaheen vermißten Maurers Kaspar Ertl aus Mengkofen erkannt. Der Kopf lag weit vom Rumpfe getrennt und der ganze Körper war bereits zu einem Skelett verwest, so daß man nur mehr aus den Kleidungsstücken den Verunglückten erkennen konnte. Neben der Leiche lag ein armsdicker Prügel und ein Cigarrenetui, welch letzteres auf die Spur des Thäters führte. Der Verunglückte arbeitete im vorigen Herbst als Maurer beim Kirchenbau zu Franken und erhielt am Tage seines Schicksals den Arbeits-

lohn ausbezahlt. Seines Geldes war er vollständig beraubt. Der muthmaßliche Raubmörder, ein aller Schulbildung baares Individuum aus Mengkofen, wurde bereits als der That dringend verdächtig von der Gendarmerie-Commandantschaft Mengkofen verhaftet und in Verwahr gebracht.

Kaiserslautern, 11. April. Gestern machten sich drei Insassen des hiesigen k. Zuchthauses ein Sonntagsvergnügen, indem sie eine dicke Mauer durchbrachen und eine starke, mit Eisen beschlagene Thüre zertrümmerten, um sich an Hanfstängen in den Hof herabzulassen. Einem glückte es hinabzukommen, auch wollte es der Zufall, daß eine Leiter im Hofe stand, mittelst welcher er über die hohe Mauer gelangte. — Erst in der Nähe des Badweihers gelang es, sich des Flüchtlings wieder zu bemächtigen, während die beiden Andern noch innerhalb des Hofraums wieder festgenommen wurden.

Gerichtssaal.

α **München**, 12. April. Der oberste Gerichtshof verhandelte heute in der Sache des Professors von Engelbrecht in Nürnberg gegen den Redakteur des Nürnberger Anzeigers Meier wegen Ehrenkränkung. Letzteren hatte das Bezirksgericht Nürnberg in der Annahme freigesprochen, daß ein Redakteur dann nicht verantwortlich sei, wenn er nachweisen könne, von der Aufnahme eines Artikels im Hauptblatt oder Inseratentheil seines Blattes wegen Abwesenheit u. s. w. nichts gewußt zu haben. Der oberste Gerichtshof kassirte jedoch dieses Erkenntniß nach dem Antrage des Vertreters der Klagspartei (Dr. Schauß) und sprach aus, daß nur ganz besondere Gründe die Verantwortung eines Redakteurs nach Art. 43 des Preßgesetzes von 1850 ausschließen.

Freiburg, 9. April. (Schwurgericht.) Verführung von Kindern. In geheimer Sitzung erschien auf der Anklagebank Anton Leuthner von Kürzell, A. Lahr, katholischer Priester 40 Jahre alt, vermöglich und seit mehreren Jahren Direktor der Privat-Lehr- und Erziehungsanstalt für Knaben zu Breisach. Derselbe ist angeklagt, eine größere Anzahl der seiner Anstalt anvertrauten Zöglinge von 10 bis 16 Jahren zu unzüchtigen Handlungen verführt, beziehungsweise solche mit denselben getrieben zu haben. Die Anklage der Staatsanwaltschaft umfaßt 24 besondere Fälle, und es sind 66 Zeugen zur Abhör vorgeladen worden. Der Angeklagte läugnet jede unzüchtige Absicht bei den vorgenommenen Handlungen, welche lediglich eine pädagogische Maßregel gewesen seien, (?) um das Umsichgreifen jugendlicher Ausschweifungen in der Anstalt zu erforschen und zu verhindern. In der Anklagebegründung wurde von der Staatsanwaltschaft auf eine Zuchthausstrafe von 20 Jahren angetragen. Nachts 11 Uhr erfolgte der Wahrspruch der Geschworenen auf Schuldig, mit Ausnahme einzelner weniger Fälle, und das vom Gerichtshofe hierauf öffentlich verkündete Urtheil lautete dahin, daß der Angeklagte Anton Leuthner wegen Verübung von unzüchtigen Handlungen in fortgesetzter That an theils unter, theils über 14 Jahre alten Knaben zu einer Zuchthausstrafe von 15 Jahren, die ersten 9 Jahre in 6 Jahren Einzelnhaft zu erstehen, verurtheilt wurde.

Feuilleton.

— Ueber die Entstehung des Nordlichtes machte vor Kurzem eine von Silbermann in der französischen Akademie vorgetragene Hypothese die Runde durch sehr viele deutschen Journale. Diese Ansicht bringt die Ursachen der Gewitter in Beziehung mit den Ursachen des Auftretens der Polarlichter und behauptet, daß die mit Elektricität stark geladenen Dampfbläschen der unteren Wolkenschichten, nachdem eine Aspiration nach den höheren Gegenden eingetreten, sich zu kleinen Prismen krystallisiren und dann an diesen Eisstückchen ihre Elektricität als Polarlicht ausströmen. Diese ganze Theorie bezeichnet Dr. Herm. J. Klein in den „Ergänzungsblättern“ als ohne den allergeringsten wissenschaftlichen Werth, erinnert dagegen an die auf wirklich wissenschaftliche Prinzipien gebaute Hypothese von de la Rive. Nach diesem Forscher entsteht das Nordlicht dadurch, daß die Erde negativ und die atmosphärische Luft positiv elektrisch ist, während bei einer gewissen Spannung diese Elektricitäten sich an den Polen ausgleichen, wodurch in der Erde Ströme veranlaßt werden, welche gewöhnlich auf der nördlichen Halbkugel von Norden nach Süden gehen und durch welche die Magnetnadel abgelenkt wird. Die neueste Theorie über den Ursprung des Nordlichtes trug der Entdecker des mechanischen Wärme-Aequivalents, Rob. Mayer aus Heilbronn, auf der jüngsten Naturforscherversammlung zu Innsbruck vor. Dort bezeichnete er die Passatwinde als die Hauptursache des Erdmagnetismus; für das Vorhandensein einer elektrischen Strömung auf der Erdoberfläche führte er — neben dem durch Lamont direkt geführten Nachweise — die Richtung der Magnetnadel an. Dem bedeutenden Verbrauche von elektrischer Aktion müsse ein fortlaufender, eben so bedeutender Ersatz entsprechen. In dieser Beziehung habe man sich die Erde als eine große, immer thätige Elektrisirmaschine zu denken. Die Gewitter bilden nur Lokalerscheinungen der Elektricität. Für die constante Ursache der constanten Störung des elektrischen Gleichgewichts des Erdkörpers erklärt Mayer einzig und allein die permanenten Luftströmungen zwischen den Tropen, d. h. die Passatwinde. Er sagte in Innsbruck wörtlich: „Die unterste Schichte der Passatwinde nimmt durch die Reibung mit der Meeresoberfläche eine dem Wasser entgegengesetzte elektrische Beschaffenheit an; diese Luft erhebt sich aber, von der Sonne erwärmt, und von der kälteren unten nachströmenden Luft verdrängt, wieder nach oben, um gegen die Pole hin abzufließen, wo sie durch die erhaltene elektrische Spannung die prächtige Erscheinung des Polarlichtes hervorruft.“

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 12. April. Das Abendblatt der „Neuen Freien Presse“ meldet: Giskra erhielt heute das kaiserliche Handschreiben womit seine Demission angenommen und ihm die Geheimrathswürde verliehen wird.

Paris, 11. April. Im gesetzgebenden Körper fragt Jules Favre nach den Beweggründen für den Rücktritt des Finanzministers Buffet. Dieser erklärt, daß der gegenwärtige Moment für bezügliche Aufschlüsse nicht geeignet sei. — Ollivier sagt: das Ministerium besteht auf der Fassung des Senatus-Consults; es vertheidigt dieselben Grundsätze und führt dieselbe Sprache, wie am 27. März. Minister Ségris wendet sich gegen Jules Favre und gibt seinem Mißtrauen Ausdruck, daß dieselben Männer, welche fortwährend auf die Souveränität des Volkes sich berufen, voller Einwürfe gegen das Plebiscit sind. Gegen Jules Favre gerichtet sagt er: „Sie mögen ein eifriger Diener der republikanischen Sache sein, aber nichts desto weniger sind Sie ein arger Feind der Freiheit.“ — Das Journal „Le Francais“ sagt, daß der Kaiser nicht abgeneigt sei, der öffentlichen Meinung nachzugeben und daß somit die Ministerkrisis eine glückliche Lösung finden könne.

Paris, 12. April. Die „Agence Havas“ meldet: Bis jetzt ist über die Ministerkrisis noch Nichts entschieden. Die Anstrengungen um Daru zu halten, dauern fort. Man erwartet heute noch eine definitive Entscheidung. Der Strike in Fourchambault dauert fort. Man versichert, daß derselbe sich über das ganze Loirebecken erstrecke.

Florenz, 11. April. Die Kammer hat mit 78 gegen 41 Stimmen die provisorische Finanzgebahrung für den Monat Mai genehmigt.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Berlin 12. April (Schlusse.)

Türk. Anl. v. 1865	$45\frac{7}{8}$	Lombarden	$117\frac{1}{2}$
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	$105\frac{7}{8}$	Italienische Anleihe	$54\frac{7}{8}$
4½ „ „ Anleihe	—	1882er amerikanische Bonds	$95\frac{3}{4}$
Bad. Prämien-Anleihe	104	5 proc. preuss. Anleihe	$101\frac{1}{2}$
Darmstädter Actien	$128\frac{1}{8}$	4½ „ „	$92\frac{1}{4}$
Oesterr. Credit-Actien	$153\frac{1}{2}$	Wechsel auf Augsburg	56.22
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	$215\frac{1}{4}$	„ „ Frankfurt	56.24
Staatsbahn-Prioritäten	292	„ „ London	$6.23\frac{7}{8}$
Oest. fl. 500 Loose von 1860	$78\frac{3}{8}$	„ „ Paris	$81\frac{1}{2}$
„ fl. 100 Loose von 1864	$66\frac{1}{2}$	„ „ Wien	$81\frac{3}{4}$
5 proc. östr. National-Anl.	——	fest.	

Frankfurt a. M., 12. April (Schlussc.)

Wechsel auf London . . .	$119\frac{7}{8}$	Oest.-franz. Staatsbahn . .	$374\frac{1}{2}$
" " Paris . .	95—	Bayr. Ostbahn-Actien . .	$119\frac{1}{4}$
" " Wien . . .	$96\frac{3}{8}$	Elisabeth-Prior. I. Em. .	77
5 proc. bayr. Anleihe . .	101	4% bayer. Prämien-Anl. .	$105\frac{1}{2}$
$4\frac{1}{2}$ " " " . .	$91\frac{3}{4}$	Bad. Präm.-Anleihe .	$103\frac{3}{8}$
4 " " Grundrente .	——	Oesterr. Loose v. 1860 . .	$78\frac{1}{8}$
4 " " Obligat. . . .	$85\frac{1}{2}$	" Loose v. 1864 .	$115\frac{1}{2}$
5 proc. österr. Metall., engl. .	——	Alsenzbahn	$86\frac{1}{4}$
5 " " National-Anl.	——	Oberhessische Bahn .	$67\frac{1}{2}$
Steuerfr. Metall. v. 1866 .	——	Lombarden	$203\frac{3}{4}$
1882er Amerikaner . .	$94\frac{3}{4}$	Napoleons	9.30
Oesterr. Bank-Actien . .	680	Rente Silber $57\frac{3}{8}$, Pap. $49\frac{5}{4}$	
Credit-Actien . .	$266\frac{7}{8}$	fest. Handelsbank	—

New-York, den 11. April. Gold $113\frac{3}{8}$. Wechsel in Gold 109 Bonds per 1882 112. Baumwolle $23\frac{1}{2}$. Petroleum $25\frac{3}{4}$.

Wien, 12. April. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen .	69.50	Franz-Josef-Actien .	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858 .	—.—	Franz-Josef-Prior. . .	—.—
" fl. 500 Loose von 1860 .	96.—	Steuerfr. Metall. on 1866 . .	—.—
" fl. 100 Loose von 1864 .	120.—	Napoleons	$9.86\frac{1}{2}$
Oesterr. Bank-Actien . .	713.—	Wechsel auf Augsburg .	102.50
" Credit-Actien . .	256.80	" " London . .	123.60
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien .	385.—	" " Paris . . .	48.95
Oest.-Rudolphsbahn-Actien . .	—.—	" " Frankfurt a. M. .	102.50
" " Prioritäten .	—.—	Ung. Nordostbahn . .	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden . . .	209.60
Siebenbürger Actien . .	—.—	Angl.-Aust.-B. 323.— Pap.-R.	60.30

Liverpool, den 11. April. Schlussbericht. Heutiger Umsatz 10.000. Orleans $11\frac{9}{16}$. Middling amerikanische $11\frac{1}{4}$. Fair dhollerah $9\frac{7}{8}$. Middling fair dhollerah $9\frac{1}{4}$. Good middling dhollerh 9. Fair Bengal $8\frac{1}{8}$. Fair Omra $9\frac{5}{8}$. Pernam $11\frac{3}{4}$. Smyrna $10\frac{1}{2}$. Fgyptian $12\frac{1}{2}$. Amerik. per März-April —. Dhollerah per Mai —. Omra 10 Tages-Import 17548 davon Ostindische 2283. Tendenz: fest.

Curse des Münchener Handelsvereins vom 12. April 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. $3\frac{1}{2}$% Obl.	fl. 1000	$81\frac{1}{2}$	$80\frac{1}{2}$
4% ganz. Obl.	1000	$86\frac{1}{4}$	
4% halbj. Obl.	1000	$88\frac{1}{4}$	
4% Grundr.-Obl.	1000	$86\frac{3}{8}$	
$4\frac{1}{2}$% ganzj. Obl.	1000	92	$91\frac{5}{8}$
$4\frac{1}{2}$% halbj. Obl.	1000	92	$91\frac{5}{8}$
$4\frac{1}{2}$% " Milit. "	1000	92	$91\frac{5}{8}$
5% Obl.	1000	$101\frac{3}{4}$	$101\frac{1}{2}$
4% Münch. Obl.	1000		
5% " "	1000	$101\frac{1}{8}$	
$4\frac{1}{2}$% Ostbahn-Aktien .		$119\frac{3}{4}$	
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit			
40% Einzahlung . .		$86\frac{5}{8}$	
dto. volle		$86\frac{4}{8}$	
Pfdbr. d. bayer. Hyp.-u.			
W.-Bank à fl.	1000	$90\frac{1}{2}$	$90\frac{1}{8}$
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.		100	$99\frac{7}{8}$
Aktien " "		823	
Bayer. Handelsbank-Act.		98	
" Vereinsbank . .		$119\frac{1}{2}$	
Württemberg. $4\frac{1}{2}$% Obl. . . .		$91\frac{1}{4}$	
Oesterreich $4\frac{1}{5}$% Silb.-Rte. $\frac{5}{7}$		$57\frac{3}{4}$	
" Pap.-Rte "			
5% Nation.-Anl. . $\frac{5}{6}$			
5% Met. v. 1859 in Pfdst.			
à $116\frac{7}{8}$			
5% Met. Stfr. v. 1866 $\frac{6}{7}$			
Oest. Bank-Aktie . .			
" Cred.-Aktien . .		265	$264\frac{7}{8}$
Oest.-franz. Stsb.-Aktien .			

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb. "	$204\frac{1}{4}$	204
Preußen. $4\frac{1}{2}$% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. $2\frac{1}{2}$	$94\frac{5}{8}$	$94\frac{1}{2}$
" 1884 "		$93\frac{1}{2}$
" 1885 "		
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	$106\frac{1}{8}$	
4% Bad. " "		
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	$6\frac{1}{2}$	
Pappenheimer dto.	$5\frac{3}{4}$	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose . .	$18\frac{1}{2}$	
Oester. 1854er Loose à fl. 250 $\frac{5}{6}$		
" 1860er " à fl. 500 $\frac{6}{7}$		
" 1864er " à fl. 100 u. 50		
" 1858er Cred. Loose		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		330
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		124
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor .	95	
Chemische Fabrik Heufeld		76
Oest. Elisabeth-Westbahn		
" Franz Joseph-Bahn		
" Kronprinz Rudolph-Bahn . .		
" Siebenbürger Bahn		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. I. Em. $\frac{6}{7}$	$77\frac{1}{2}$	
dto. II. " "		
" Kronpr. Rudolph-Bahn "	$77\frac{3}{4}$	

		Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn "		79	
" Siebenbürger Bahn "			
" d. Böhm. Westbahn "			
" Alföld Fiumander Bahn "		$76\frac{1}{2}$	
Wechsel.			
Amsterdam fl. 100 holl.	K. S.	$100\frac{3}{4}$	
	L. S.	$100\frac{3}{4}$	
Augsburg fl. 100 . . .	K. S.		
	L. S.		100
Berlin Rthlr. 60 . .	K. S.	105	$104\frac{7}{8}$
	L. S.	105	$104\frac{7}{8}$
Frankfurt fl. 100 . . .	K. S.		
	L. S.		100
Hamburg M.-B. 100 . .	K. S.	$88\frac{3}{4}$	$88\frac{1}{2}$
	L. S.		$88\frac{1}{2}$
Leipzig Rthlr. 60 . .	K. S.	105	$104\frac{3}{4}$
	L. S.	$105\frac{1}{8}$	$104\frac{7}{8}$
London Pfdst. 10 . . .	K. S.	120	
	L. S.	120	
Paris Fr. 200 . . .	K. S.	95	
	L. S.	$95\frac{1}{8}$	
Wien fl. 100 . .	K. S.	$96\frac{1}{4}$	
	L. S.	$96\frac{1}{4}$	
Bank-Disconto für Platz-Wechsel . .			
" " Lombard. . .			
Geldsorten.			
Preuß. Friedrichsd'or		9.59	9.58
20 Francs Stücke		$9.30\frac{1}{2}$	$9.29\frac{1}{2}$
Preuß. Cassen-Scheine		$105\frac{1}{8}$	$104\frac{7}{8}$
Oest. Banknoten		$96\frac{1}{8}$	$96\frac{1}{8}$

Bekanntmachung.

Kaindl'sche Curatel gegen Michael Oefele wegen Zinsen.

Am Donnerstag den 9. Juni l. J.
Vormittags von 10—12 Uhr

werde ich auf meiner Amtskanzlei zu Friedberg aus gerichtlichem Auftrage das auf 2030 fl. gewerthete, mit 2000 fl. Hypothekkapitalien und 82 kr. einfacher Miethhaussteuer und $1\frac{8}{10}$ kr. einfacher Grundsteuer belastete Anwesen Hs.-Nr. 292 der Michael und Maria Oefele'schen Metzgerseheleute zu Friedberg, St.-G. Friedberg, bestehend aus Pl.-Nr. 287 Wohnhaus mit realer Metzgergerechtsame, Gemeinderecht zu $\frac{1}{1}$ Antheil und Hofraum zu 0,05 Tagwerk und Pl.-Nr. $286\frac{1}{2}$ Hofraum zu 0,02 Tagw. nach Maßgabe der Bestimmungen der Prozeßnovelle von 1837 und des §. 64 des Hypothekengesetzes, vorausgesetzt, daß das gelegte Meistgebot mindestens den Schätzungswerth erreicht, und am nämlichen Tage Nachmittags von 2 bis 4 Uhr, vorausgesetzt, daß bei der vormittägigen Versteigerung der Schätzungswerth nicht erreicht wird, dasselbe Anwesen, diesesmal ohne Rücksicht auf den Schätzungswerth, an die Meistbietenden verkaufen.

Mir unbekannte Steigerer haben sich mir am Termine bei Meidung der Nichtbeachtung ihrer Angebote über ihre Person und Zahlungsfähigkeit gehörig auszuweisen 1122.

Friedberg den 8 April 1870.

J. P. Rechenauer, k. Notar.

Gestorbene.

Am 9. April. Bickl M., Taglöhner v. Deining, 51 J. — Schullander P., Taglöhner v. h., 50 J. — Schwarzbauer Urs., Näherin v. h., 57 J. — Prechtl K., Fabrikheizer v. h., 55 J.

Am 10. April. Karl U., Oberin im Seelhaus der St. Peterspfarrei v. h., 67 J. — Bauer O., Hartschierswittwe v. h., 52 J. — Dirnbacher G., b. Seifensieder v. h., 71 J. — Förstl Ros., Buchbindersfrau v. h., 47 J. — Huber J., Bauführersfrau v. Wien, 29 J. — Kirchberger Xav., Privatier v. h., 58 J. — Reigl Joh. Adam, Taglöhner v. h., 50 J. — Rößler Anna, Kleidermacher v. Mitterteich, 60 J.

Verlag u. Redaktion von **Karl Kellerbauer**. — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr: Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Donnerstag, den 14. April 1870. **Nr. 103.**

Forststatistisches.

♃ Der im Herbste v. Js. abgehaltenen Concursprüfung für den Staatsforstverwaltungsdienst hatten sich 45 Forstgehilfen und Praktikanten unterworfen, von welchen nach der vor zwei Monaten erfolgten Bekanntgabe 5 die erste, 39 die zweite und 1 die dritte Note erhielten. Da zufolge höchster Bestimmung die Concurrenten mit der ersten Note in der Bestallung zum Forstamtsassistenten einem ganzen früheren Concurse und bei vorzüglicher Qualifikation in späteren Anstellungen noch so manchen älteren Collegen vorgehen, so können diese ohne bange Sorge in die Zukunft sehen. Concurrenten mit der dritten Note sollen, insolange das dermalige Uebermaß von Candidaten mit der ersten und zweiten Note fortbesteht, überhaupt nicht zum Forstverwaltungsdienst qualificirt werden, weshalb denselben eine Wiederholung der Prüfung anzuempfehlen ist. Nicht uninteressant dürfte aber Manchen die annähernde Bestimmung der Anzahl von Jahren sein, welche unter gewöhnlichen Verhältnissen die Concurrenten von 1869 mit der zweiten Note noch abzuwarten haben, bis sie zur Anstellung zum Oberförster gelangen werden. Dieser wahrscheinliche Zeitpunkt ist zu ermitteln durch Division der Durchschnittszahl der jährlichen Beförderungen zum Oberförster in die Anzahl sämmtlicher Forstverwaltungs-Adspiranten früherer Concurse, welche bisher zur Beförderung zum Oberförster noch nicht gekommen sind. Sowohl nach einer früheren Durchschnittszahl, als auch nach einer der letzten Jahre wurden alljährlich ungefähr 23 Adspiranten befördert, weshalb wir diese Zahl unserer Berechnung zu Grunde legen wollen.

Dem Einwande, daß diese Zahl zu hoch sei, nachdem die Staats-Regierung in der 93sten Sitzung der Kammer der Abgeordneten im Jahre 1868 die beabsichtigte Auflösung von etwa 10 Forstämtern und 20 Revieren im Laufe der nächsten Jahre ausgesprochen und die ernstliche Durchführung ihrer Absicht bei eingetretenen passenden Erledigungen zum großen Schrecken jedes Adspiranten nur zu sehr bethätigt habe, können wir durch die Behauptung, daß auch von den vorhandenen Adspiranten durch Uebertritt in den Privatforstdienst, Berufswechsel, Dienstesunfähigkeit Krankheit oder Tod nicht alle zur Beförderung gelangten, begegnen. Dermalen befinden sich von früheren Concursprüfungen in runder Zahl noch 330 Forstamtsassistenten, Förster und Forstgehilfen im bayerischen Staatsdienste mit der ersten und zweiten Note. Durch Division von 23 in 330 ergibt sich nun ein Zeitraum von 14 Jahren 4 Monaten. Wenn man nun annimmt, daß ein Adspirant mit 19 Jahren das Gymnasium, nach 3 Jahren die Central-Forstlehranstalt incl. Vorlehre und wieder ein Jahr später die Universität absolvirt und dann noch mindestens ein Jahr Praxis genießt, bis er zum Staatsconcurse zugelassen wird, so befinden sich die weiteren Concurrenten von 1869 zur Zeit im 26sten Lebensjahre und erreichen daher günstigen Falles in einem Alter von circa 40 Jahren die sehr bescheidene Stellung eines Oberförsters, in welcher auch $^7/_8$ derselben ihren Lebenslauf beschließen. Eine Aussicht auf Besserung der Avencementverhältnisse für jüngere Generationen scheint leider auch nicht geboten zu sein, da zur Zeit wieder 70 Forstgehilfen und Praktikanten auf die Ausschreibung eines Concurses im Jahre 1871 hoffen und auf der Centralforstlehranstalt zu Aschaffenburg über 100 inländische Forstkandibaten inscribirt sein sollen.

Möchte daher so mancher Vater, den lediglich die Aussicht auf ein Stipendium für den jungen Forstkandidaten und dessen baldige, wenn auch mangelhafte Versorgung als Forstgehilfe lockt, seinen Sohn diesem Fache zu widmen, durch diese auf positive Zahlen gegründete Wahrscheinlichkeitsberechnung sich bestimmen lassen, seinem Sohne eine andere Existenz zu bereiten, und möge auch der heißblütige Abiturient sich genau prüfen, ob das Gefühl, welches er für Neigung zum Forstfache hält, nicht etwa nur jugendliche Schwärmerei nach Waldesgrün und Hörnerklang, sondern auch w a h r e Neigung ist, denn wer nicht wahre Liebe zum Walde und zum stillen Schaffen in demselben in sich trägt und mitbringt ins einsame Försterhaus, dem und unseren Wäldern wäre besser, daß er ferne geblieben wäre dem forstlichen Berufe.

Politische Tagesübersicht.

Wien, 12. April. Aus der Thatsache, daß Graf Taaffe in das Ministerium gezogen wurde, (siehe Telegr.) ergibt sich so recht die Spiegelfechterei, welche mit dem Namen Rechbauer getrieben worden ist. Die Organe der Reichskanzlei haben in den letzten Tagen, noch gestern sogar sehr feierlich die Harmonie der Gesinnungen des Grafen Potocki und des Abgeordneten Rechbauer betont und erzählen nun der Welt, daß lediglich an der Forderung Rechbauer's, das Militärbudget um 20 Millionen zu reduciren und das Milizsystem allmählig einzuführen (wie wir gestern nach der Presse meldeten), die Verhandlung gescheitert sei. Indeß glauben wir von diesem politischen Roman kein Wort, weil wir wissen, wie stark die principiellen Gegensätze in der Verfassungsfrage selbst zwischen Potocki und Rechbauer sind, und wir uns kaum denken können, daß diese beiden Politiker sich über das nämliche Actions-Programm hinsichtlich der Verfassung, hinsichtlich der Behandlung der Czechen, Polen u. s. w. verständigen können. Den Grafen Taaffe zu berufen, das war für den Grafen Potocki das Nächstliegende, denn mit dem Grafen Taaffe gemeinsam schied Potocki aus dem Ministerium, und die Verhandlungen mit Rechbauer sind in unseren Augen nichts als ein Scheinmanöver gewesen. Die jetzige Regierung wird in Wahrheit die Regierung des Grafen Beust sein, hinter welchem für die cisleithanischen Specialfragen Dr. J. N. Berger als Nymphe Egeria walten wird. Die Situation wird eine überraschende Aehnlichkeit bieten mit jenem Zustande unmittelbar nach dem Sturze des Grafen Belcredi durch den Grafen Beust. Auch damals war Graf Beust der Chef der Regierung und auch damals war es Graf Taaffe der von Salzburg her zur Leitung des Ministeriums des Innern berufen worden war. Das wird Graf Beust wohl nicht glauben, daß die Analogie sich weiter fortspinnen lassen wird. Die Verhältnisse sind einigermassen schwierigere geworden. Daß das Ministerium Potocki nicht im Stande war, irgend welche politische Namen für sich zu gewinnen, nimmt uns nicht Wunder. Die verfassungstreue Partei konnte füglich daran aus principiellen Gründen nicht theilnehmen; die slavische Opposition bleibt eben Opposition und will deßhalb nichts mit dem

Grafen Potocki zu thun haben. So blieb denn Niemand in der Mitte, als ein Kreis von politisch farblosen Männern, von Beamten, und die werthvolleren unter diesen fühlen denn doch, daß die ministerielle Herrlichkeit, die ihnen jetzt geboten wird, von gar zu kurzer Dauer sein dürfte. Hört man doch sogar von den hervorragendsten Beamten, daß sie nicht einmal auf ihren Posten bleiben wollen. Aus dem Cultus-Ministerium scheidet Sections-Chef Glaser, aus dem Justizministerium Sections-Chef Waser aus. Daß der Statthalter von Tyrol, Freiherr v. Lasser, seine Entlassung erbeten, ist schon erwähnt. Selbst Feldmarschall-Lieutenant Koller wünscht dringend von der Leitung der böhmischen Statthalterei enthoben zu werden.

Prag, 11. April. Alle Spinner und die Mehrzahl der Weber haben heute in der Swarower Fabrik die Arbeit unter den frühern Bedingungen wieder aufgenommen.

Prag, 12. April. In czechischen Kreisen erzählt man sich, eine Amnestie für die politischen Verbrecher stehe gleichzeitig mit der Constituirung der neuen Ministeriums bevor. Die czechischen Blätter sind aber dessen ungeachtet auf die Combination Taaffe-Potocki sehr schlecht zu sprechen. Narodni Listy versprechen dem Programm Potocki's keinen Erfolg. Die „Politik" meint: unter allen Umständen stehen die Czechen auf dem Boden ihres Staatsrechtes, von dem sie nichts abbringt. — Ein großer Brand ist, wie man vermuthet, durch Funken, welche der Locomotive des zwischen Josephstadt und Schwadowitz verkehrenden Eisenbahnzuges entströmt sind, in dem zur Kosteletzer Domäne gehörenden Walde ausgebrochen.

Berlin, 11. April. Die „Nordd. Allg. Ztg." bespricht das Gesetz über die Consolidirung der Staatsschuld; sie verweist dabei anläßlich einer im Reichstage gefallenen Aeußerung, daß die Festsetzung der jährlich zu tilgenden Summe den Kaufpreis der auszugebenden Anleihe um einige Procent steigern müsse, auf die neuesten bei den Anleihe-Obligationen von den Jahren 1867 und 1868 gemachten Erfahrungen, wo die Prämie von $^1/_2$ Procent bei der Consolidirung vollständig genügt habe. Von dem gesammten Betrage von 85,674,000 Thlrn. dieser Anleihe seien bereits 26 Millionen bei der Verwaltung der Staatsschulden eingegangen, die Verwaltung der Staatsschulden besitze mithin den für die planmäßige Tilgung erforderlichen Bedarf auf Jahre hinaus.

— Die Nat.-Ztg. führt Beschwerde darüber, daß in dem bisher abgelaufenen Theile der Session des Landtages so viele Mitglieder ihren Sitz noch gar nicht eingenommen haben. Sie sagt mit allem Rechte: „Mag man auch noch so oft von der jährlichen langen und überlangen Dauer der drei Parlamente sprechen und diese verwickelte Einrichtung für ein Uebel ansehen: aber viele Herren, die sich dem Reichstage entzogen, gehören gar keinem Landtage an. Eben so wenig ist die Nichtzahlung von Diäten als Ausrede zulässig, denn wer wissend, daß er keine Diäten erhält, sich wählen läßt, darf nachher nicht aus Sparsamkeit zu Hause bleiben. Wir wüßten auch nicht, was etwa sonst für Beschönigungen versucht werden könnten, denn daß kein Erwählter befugt sein würde, die Geschäfte etwa sammt und sonders für unerheblich und seiner Theilnahme nicht werth zu erklären, das liegt doch gleichfalls auf der Hand. Wohl braucht nicht jedes Mitglied eines Parlamentes durchaus in jeder Sitzung zu erscheinen. In England kommen mancherlei Sachen vor, die ohne Bedenken oder allenfalls nach getroffener Abrede und Vorkehrung Parteifreunden anvertraut werden; in jedem Lande wird dann und wann ein Abgeordneter mit mehr Nutzen einen Tag in seinem Arbeitszimmer zubringen, als in der Kammersitzung. Jedoch sind das Ausnahmen, während als Regel doch immer wird gelten müssen, daß die Annahme eines Mandats zur Ausübung verpflichtet, und daß es keineswegs im freien Belieben steht, die Wähler unvertreten zu lassen."

— Vor einigen Tagen hatten wir über die Rechnung der Regierungskreise wegen der Aussichten des Strafgesetzbuches einige Data mitgetheilt, daß nämlich die freiconservativen und altliberalen Stimmen der früheren Majorität in Sachen der Todesstrafe bei der dritten Lesung für diese stimmen und die Conservativen anf ihrem Posten sein würden. Es handelte sich dabei wirklich nur um eine solche gouvernementale Rechnung, wie im Anfange der vorigen Woche in Kreisen der Reichstagsmitglieder davon verlautet hatte. Seitdem wurde constatirt, daß auch eine Anzahl von Mitgliedern der national-liberalen Partei in dritter Lesung zu einem Compromiß im Interesse der Rechtseinheit des Bundes die Hand zu bieten geneigt sind. Der Ausgang läßt sich aber trotzdem mit Sicherheit noch nicht übersehen, weil die Absichten der Regierung mit Bezug auf die anderen politischen Amendements noch nicht bekannt sind.

Nach einer Korrespondenz der Köln. Ztg. aus **Paris** vom 10. April hat nicht nur Buffet seine Entlassung genommen und erhalten, auch Graf Daru, obwohl man diese Thatsache noch vor dem großem Publikum zu verheimlichen bemüht, ist nicht mehr als Mitglied des Kabinets Ollivier zu betrachten. Mit Buffet und Daru verliert das Ministerium seinen Zusammenhang mit dem linken Centrum. Damit ist es noch nicht aus. Der Kaiser hegt so offenen Zweifel in die Leistungsfähigkeit des Herrn Chevandier de Valdrome als Minister des Innern, namentlich für die Volksabstimmungsperiode, daß seine Ersetzung durch einen der Aufgabe, die Bevölkerung energisch zur Wahlurne zu treiben, gewachseneren Mann wohl kaum mehr vermieden werden kann. Ueber den Ursprung des Gedankens der Volksabstimmung, welche diese Krisis herbeigeführt, schreibt derselbe Korrespondent: Ollivier selbst weist die Initiative dieses Gedankens dem Grafen Daru zu. Rouher und seine Freunde nehmen sie indessen für sich in Anspruch, und es ist Thatsache, daß in der Presse es die Organe des Senatspräsidenten gewesen, welche, nach einer geheimen Konferenz der HH. Dréolle (Public), Duvernois (Peuple Français) und Ganesco (Parlament) die Theorie von der Unumgänglichkeit einer Volksabstimmung zuerst aufstellten und mit wahrem Feuereifer vertheidigten. Noch andere weisen endlich die Grundidee der Volksabstimmung dem Kaiser selber zu. Wie dem auch sei, sicher ist, daß innerhalb des Ministeriums sich Daru zuerst, und zwar in begeisterter Weise, zu dieser Idee bekannte. Nachdem Ollivier, verführt durch die romantische Seite der Frage und den im Grunde doch demokratischen Zug, der im Appel an die Nation lag, seinen Widerstand aufgegeben, war nur noch Buffet in ziemlich entschiedener Weise dagegen. Indeß auch er hatte schon fast seinem Widerstreben völlig entsagt, als es Thiers gelang, ihn für den Standpunkt des linken Centrums zu gewinnen, und so trat der Finanzminister in einer folgenden Konseilsberathuug mit der Forderung auf, daß das Volksabstimmungsrecht des Kaisers „in Zukunft" der Art zu beschränken sei, daß es nur in Uebereinstimmung mit den großen Staatskörpern ausgeübt werden könne. Dieser neue Vermittlungsvorschlag hatte einen Augenblick die Mehrheit des ohne den Kaiser versammelten Kabinets für sich. Als man aber am nächsten Tage nach den Tuilerien kam, fand man den Kaiser unerbittlich, und die Katastrophe folgte augenblicklich: Buffet gab seine Entlassung, und Graf Daru, der die Initiative, die er zu Gunsten der Volksabstimmung genommen, bereut haben mochte, schien seine Uebereilung dadurch wieder gut machen zu wollen, daß er seinem Genossen vom linken Centrum nachfolgte. Das linke Centrum hat keinen Vertreter mehr im Kabinet. Die kurzsichtigen Imperialisten jubiliren! Für sie ist es außer Zweifel, daß die Gesellschaft ein zweites Mal gerettet worden. Schon plaidiren sie laut für Zusammengehen Rouhers mit Ollivier, von dem letzterer hoffentlich nichts wird wissen wollen. Ob es Ollivier gelingen werde, glücklich aue dieser kritischen Lage hervorzugehen, steht dahin. Aber soll es ihm gelingen, so wird größte Wachsamkeit gegenüber Rouher und seinen Bundesgenossen seine erste Pflicht sein müssen. — Die Pariser Zeitungen vom 10. April und auch die Independence belge wissen übrigens vom Rücktritt des Grafen Daru noch nichts. Doch bemerkt das letztgenannte Blatt, daß Laguerronière zur Zeit sich in Paris befindet, der bekanntlich als Nachfolger Daru's genannt wird.

Paris, 11. April. Die Patrie veröffentlicht einen sehr gereizten Artikel gegen Thiers, der sie beschuldigt, seinen Einfluß zu mißbrauchen. Die officiösen Blätter wollen in der Wahl Magnin's zum Deputirten im dritten Wahlkreise des Rhone-Departements (gegen Ulric de Fonvielle) ein neues bedeutendes Vertrauensvotum für das

Cabinet erblicken. — Der allgemeine Strike ist bereits in den großen Maschinenwerkstätten des Hauses Cail und Comp. zum Ausbruch gekommen.

Paris, 12. April. Gestern in Marseille eingetroffene Briefe aus Barcelona besagen, daß die Bewegung eine rein sozialistische und die Rekrutirung nur ein Vorwand war. Die Truppen nahmen die starken Barricaden mit Artillerie. Die Sozialisten leisteten, obschon sie von der Mehrheit der Bevölkerung verlassen waren, hartnäckigen Widerstand.

— Ueber die Gesundheit des Kaisers ist so viel zuverlässig, daß derselbe nach wie vor an Anfällen seines Uebels leidet, die ihm bald größere bald geringere Schmerzen verursachen. Ist Ersteres der Fall, so ist für ihn mehrstündige Ruhe unumgänglich geboten, wie dies am letzten Donnerstag wieder nöthig gewesen ist. Daher die Gerüchte seiner Erkrankung.

— Das Mémorial Diplomatique bringt folgende merkwürdige Enthüllung, für die wir jedoch diesem Blatte die volle Verantwortlichkeit überlassen, zumal es in letzter Zeit Mittheilungen von verschiedenem Werthe gebracht hat; es erzählt: „In den diplomatischen Kreisen zu Rom wird behauptet, der Gouverneur der ewigen Stadt, welcher gleichzeitig mit der allgemeinen Polizei beauftragt, habe endlich die Quelle entdeckt, der die unbedachtsamen Aeußerungen (indiscrétions) entflossen, die zu wiederholten Malen das Concilgeheimniß verletzt haben. Der Verdacht fiel Anfangs auf den Abbé Friedrich, den der Cardinal Hohenlohe von Bayern hatte kommen lassen, um sich ihn für die Dauer der Synode als Theologen zu attachiren. Ungeachtet des Schutzes, den die bayerische Legation ihm angedeihen zu lassen versuchte, ward der Abbé Friedrich gezwungen, Rom zu verlassen, zumal dem Cardinal Hohenlohe selber daran gelegen war, einen Geistlichen zu entfernen, der an seinem Vertrauen zum Verräther geworden war. In Folge der Dazwischenkunft der bayerischen Legation habe man nun bezüglich der letzteren selbst Verdacht geschöpft. In der Richtung angestellte Nachsuchungen führten bald zu der Entdeckung, daß sie sich mit den Setzern der apostolischen Druckerei verständigt hatte und diese ihr die für die Patres vom Concil bestimmten Schemata in Correcturbogen mittheilten. Das macht es erklärlich, weßhalb die Augsburger Allgem. Zeitung nach der Ausweisung des Abbé Friedrich die römische Regierung zu höhnen wagte, indem sie versicherte, sie werde nach wie vor Mittheilungen veröffentlichen, geeignet, die Tendenzen des Concils grell zu beleuchten. Die Veröffentlichung des letzten schema de fide Seitens dieses Blattes bestätigte jene Versicherungen nur allzu sehr. Wie dem auch sei, die päpstliche Regierung hat die strengsten Maßregeln ergriffen, um dem bedauerlichen Treiben, das nach einer Version, der man in Rom Glauben beimißt, vom Fürsten von Hohenlohe hervorgerufen worden, sofort ein Ende zu machen. Bekanntlich hatte dieser Diplomat, ehe noch die Mitglieder des Concils zusammengetreten waren, an die katholischen Mächte zu dem Endzwecke ein Rundschreiben gerichtet, vermittelst einer Collectivnote im voraus gegen die dem künftigen Concil auf Grund des unter der Leitung des römischen Hofes ausgearbeiteten Programms zugeschriebenen Tendenzen zu protestiren. Frankreich und Oesterreich wollten keinenfalls an einem ähnlichen Schritte sich betheiligen, und die übrigen katholischen Staaten folgten ihrem Beispiel. Ob einer solchen Zurückweisung sich verletzt fühlend, legte der Fürst von Hohenlohe der bayerischen Gesandtschaft zu Rom an's Herz, nichts zu versäumen, um sich die Schemata zu verschaffen, welche geeignet wären, das Mißtrauen zu rechtfertigen, das er den katholischen Mächten gegen die Synode einzuflößen versucht hatte. Es versteht sich von selbst, daß der apostolische Nuncius zu München beauftragt worden ist, im Namen des Papstes über das Benehmen der bayerischen Gesandschaft sich zu beklagen. In der diplomatischen Welt ist man allgemein der Ansicht, der Titular dieser Legation könne auf seinem Posten nicht bleiben, wenn die gegen ihn vorgebrachten Bezichtigungen sich als wahr erweisen."

— In dem Proceß, welcher vor dem Zuchtpolizeigericht von Autun gegen die Ruhestörer des **Creuzot** geführt worden ist, ist nur eine Frau freigesprochen, dagegen sind zwei Angeklagte zu 3 Jahren vier zu 2 Jahren, drei zu 13 Monaten, vier zu 8 Monaten, sechs zu 6 Monaten, vier zu 3 Monaten und einer zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

Lyon, 11. April. Bei der Nachwahl für den gesetzgebenden Körper wurde Mangini mit 15,348 Stimmen zum Deputirten gewählt. Von den Gegencandidaten erhielten Fonvielle 7827 und St. Trivier 1355 Stimmen.

London, 12. April. Nach dem in der Unterhaussitzung vorgelegten Budget übertrafen die Einnahmen des abgelaufenen Jahres die Voranschläge um etwa 1,819,000 Pfd. Sterling, die Ausgaben-Ersparnisse betrugen 2,468,000 Pfd. Sterling; für dieses Jahr beträgt der Voranschlag an Einnahmen 71,450,000 Pfd. St. und an Ausgaben 67,113,000 Pfd. St.; daher stellt sich ein Ueberschuß von 4,337,000 Pfd. St. heraus. Der Schatzkanzler beantragt die Abschaffung der Steuern auf Spielkarten, auf Papier-Erzeugung, Gold- und Silber-Erzeugnisse, ferner Ermäßigung der Einkommensteuer um einen Penny, des inländischen Zeitungsportos auf einen halben Penny, der Eisenbahnsteuer um vier Percent, des Zucker-Einfuhrzolles um die Hälfte, endlich die Gleichstellung des auswärtigen Wechselstempels mit dem inländischen. Das Haus genehmigte sofort die Zucker-Zoll-Ermäßigung.

Florenz, 12. April. Bei der Debatte über das provisorische Budget kamen die Conspirationen zur Sprache. Ein Deputirter der Linken wies auf die Schwierigkeit der Lage in Folge der mazzinistischen Umtriebe hin. Ministerpräsident Lanza constatirte das Treiben der Umsturzpartei und meinte, einzelne Putsche würden die Staatsordnung nicht umstürzen. Billia von der äußersten Linken wollte die Unruhen in Pavia rechtfertigen, wurde aber von allen Seiten zurückgewiesen. — Die Opinione Nazionale sagt, die Stellung des Ministeriums sei unhaltbar, der König habe in langer Audienz mit Cialdini über die eventuelle Wahl der Minister conferirt. In allen größern Städten dauern die Truppenconsignationen fort; bei Lugo erscheinen bewaffnete Banden; in mehreren Gefängnissen mußten Aufstände mit Waffengewalt unterdrückt werden, wobei sehr viele Verwundungen vorkamen.

Rom, 10. April. Die Infallibilisten machen sich die merkwürdigsten Illusionen Auch folgender Passus der Unità Cattolika zeugt für die Siegeszuversicht der Jesuiten. „Das Chaos", schreibt die Unità, „herrscht in den großen europäischen Hauptstädten. In Paris stellt man den Kaiser, in Wien das Kaiserreich, in Florenz den König und das Königreich in Frage. Jedes Telegramm berichtet uns von einer neuen Unordnung, einer neuen Verwicklung in Oesterreich, Frankreich, Italien. Die Parlamente haben nie so schlagend wie jetzt ihre Bedeutungslosigkeit dargethan. Sie haben von Gott die Mission, den Beschlüssen des ökumenischen Conzils die Wege zu ebnen. Die Verzögerung des Zustandekommens dieser Beschlüsse ist providentiell. (!) Die Welt soll erst die Nothwendigkeit dieser Definitionen erkennen, sehen, fühlen, und das, was jetzt in Paris, Wien, Florenz vorgeht, trägt wunderbar hiezu bei. Und bis die gelegene Zeit gekommen ist, wird das Concil sprechen und die Völker werden Hosiannah singen!"

— Die deutschen „liberalen Katholiken" machen dem römischen Hofe und den Jesuiten nebst Anhang viele Sorgen. Schade, daß die Inquisition nur noch im Kirchenstaate blüht, sonst ginge es manchen Persönlichkeiten und Journalen schlecht. Das Bonner theologische Literaturblatt und noch mehr der junge „Rheinische Merkur" in Köln fordern den ganzen Groll der Infallibilisten heraus. Daß das Bonner Blatt in so maßvoller, vernichtender Weise gegen die jesuitischen Doktrinen und die Gegner Döllingers vorgeht, kann man demselben nicht verzeihen. Man hielt Döllinger durch Hergenröther und Scheeben vernichtet und mit eigenen Waffen geschlagen. Da legt Dr. Langen die Hergenröther'sche Gelehrsamkeit bloß und der „Rheinische Merkur" wird zum zweischneidigen Schwert, welches selbst sich vor einem Frhrn. v. Ketteler nicht fürchtet. Das ist doch gewiß unerhört! Jüngst stellte das letzt genannte Blatt einige beißende Fragen bezüglich der päpstlichen Unfehlbarkeit. Dieselben brachten, wie ich mich überzeugte,

sogar einige der arrangirtesten Infallibilisten in nicht geringe Verlegenheit. Es wurde nämlich gefragt: wie es denn mit der päpstlichen Unfehlbarkeit der Kirche aussehe, wenn nach Verkündigung des neuen Dogma, „zeitweilige Vakanz des päpstlichen Stuhles eintrete"? Da wäre ja auf kürzere oder längere Zeit das „unfehlbare Lehramt der Kirche abhanden gekommen." Es müßte dann die „Kirche" inzwischen unfehlbar sein, statt des Papstes. Ferner wird dort gefragt: Wie, wenn ein Papst einer Geisteskrankheit verfällt? Da bliebe nur die Alternative: entweder müßte auch durch einen geisteskranken Papst der hl. Geist sprechen, oder aber es müßte mit der Uebernahme der päpstlichen Würde eine übernatürliche Sicherheit gegen eine solche Krankheit gegeben sein. Beides dürfte auch der entschiedenste Infallibilist nicht annehmen. Daß aber eine Geisteszerrüttung des Papstes nicht absolut unmöglich ist, haben ja die Jesuiten mit ihrer Dialektik selbst herausgebracht, um den tiefsten Erklärungsgrund für die ehemalige Auflösung ihres Ordens aufzufinden. In dem Buche: „Die religiösen Orden", Paderborn 1865, wird von Klemens XIV. behauptet: „er sei nicht nur nach vollführter Aufhebung des Jesuitenordens geistesverwirrt gewesen, sondern auch bereits vor derselben." Seite 233 lesen wir sogar: „Die einzige erträgliche Entschuldigung, welche man für ihn vorbringen könne, sei seine Geisteszerrüttung". Fiat applicatio!

Madrid, 11. April. Ueber die Einzelheiten der Einnahme von Gracia verlautet Folgendes: Vier Truppenkolonnen machten einen vereinigten Angriff, doch kämpfte nur eine derselben, welche 2 Todte und 13 Verwundete hatte. Die Insurgenten hatten 19 Todte, 10 Verwundete und 42 Gefangene; die Truppen nahmen ihnen 79 Gewehre und 20,000 Patronen ab.

Konstantinopel, 11. April. Der Entwurf, betreffend die Gerichtsreform in Egypten, wurde mit geringen Abänderungen, welche von Nubar Pascha an demselben vorgenommen wurden, von der Pforte genehmigt. Der Entwurf ist in seinem Wesen derselbe, wie er von der internationalen Commission angenommen wurde. Nubar Pascha reist Mittwoch nach Marseille ab.

Rußland. In Kronstadt sollen drei Forts in den Scheeren geschleift und dafür ein neues Außenfort angelegt werden, da man sich überzeugt hat, daß jene inneren Forts an den durch die Natur hinlänglich geschützten Scheeren ganz ohne Werth sind, die Außenwerke dagegen eines vermehrten Schutzes bedürfen, namentlich dann, wenn eine Belagerungsflotte kleinere, für seichteren Tiefgang berechnete Fahrzeuge gegen dieselben vorschickte.

Die letzten Nachrichten aus **Japan**, welche bis Mitte Februar reichen, melden, daß bereits alle Vorkehrungen getroffen sind, um die ersten Eisenbahnen dort einzuführen. Die erste Linie soll Yeddo und Osaka, die alte und die neue Hauptstadt mit einander verbinden, und dann sollen Zweigbahnen von Yeddo nach Yokuhama und von Osaka nach Tsuruga längs des Biwasees zur Verbindung der beiden Hauptstädte mit der Westküste gebaut werden. Zumal auf diese letzteren Linien wird viel Gewicht gelegt, weil sie die Reisbezirke in schnellere Verbindung mit den größeren Städten bringen. Die Bahnen werden Eigenthum der japanischen Regierung sein und von einer Anzahl englischen Ingenieure gebaut werden. Um die Kosten zu decken, soll eine englische Anleihe von 1 Mill. Pfd. St. kontrahirt werden, welche nicht allein durch die Linie selber, sondern auch durch eine Hypotheke auf die in den Häfen erhobenen Zollabgaben sicher gestellt würde. Zur Fertigstellung der Bahn werden drei bis fünf Jahre in Aussicht genommen.

Bayerische Angelegenheiten.

(Dienstesnachrichten.) Se. Maj. der König hat auf die am Bez.-Ger. Ansbach erledigte Rathsstelle den Bez.-Ger.-Rath Karl Friedr. Schnizlein in Schweinfurt versetzt; zum Rathe am Bez.-Ger. Schweinfurt den dortigen Bez.-Ger.-Ass. Angelus Röder befördert und die hiedurch am Bez.-Ger. Schweinfurt sich erledigende Assessorstelle dem im zeitlichen Ruhestande befindlichen Ldg.-Ass. Max von Regemann in Hof verliehen; die Verzichtleistung des Adv. Karl Drexel in Nürnberg auf seine Advokatenstelle genehmigt und auf dessen Stelle den Adv. Herm. Beckh in Lindau, seinem Ansuchen entsprechend, versetzt; die kath. Pfarrei Haselbach, Bez.-Amts Aichach, dem Pfarrer Georg Müller, in Holzkirchen, desselben Bez.-Amts übertragen; ferner genehmigt, daß die kath. Pfarrei Günzelhofen, Bez.-Amts Bruck, von dem hochw. Erzbischofe von München-Freising dem Pfarrer Augustin Reischl in Altomünster, Bez.-Amts Aichach verliehen werde.

— Se. Maj. der König hat dem Bureauchef im kaiserlich französischen Justizministerium Theodor Seruzier das Ritterkreuz des Verdienstordens der bayerischen Krone und dem Attaché im kaiserlich französischen Ministerium des Aeußeren Peter Maluet das Ritterkreuz I. Klasse des Verdienstordens vom heiligen Michael verliehen.

Kaiserslautern, 10. April. Nach Regierungsentschließung müssen die Schüler, welche auf Ostern confirmirt werden, geprüft werden, und sollen diejenigen, welche in Lesen, Rechnen und Schreiben nur mangelhafte Kenntnisse besitzen, trotz der Confirmation nicht entlassen, sondern bis zum Ende des Schuljahres zum Schulbesuche angehalten werden. Das warme Streben unserer Regierung für Volksbildung kann nicht genug anerkannt werden, und auch diese Verfügung gibt wiederum Zeugniß, welchen Werth sie darauf legt, daß die berüchtigten „14 Prozent" nach und nach verschwinden. Leider war aber das Resultat der hier gestern abgehaltenen Prüfungen ein sehr trauriges. 50 Proz. der geprüften Protestanten erreichten nicht einmal die Oberklasse, sondern saßen noch in den Mittel-, ja sogar in den Elementarklassen. $1/3$ konnte nur bedingt entlassen und Einige konnten von dem Schulbesuch gar nicht entbunden werden. Von den katholischen Knaben erreichten 33 Proz., von den Mädchen 20 Proz. nicht die Oberklasse; was die Kenntnisse anlangt, so erwiesen sie sich ebenso mangelhaft, wie bei den protestantischen Schülern. Höchstens einem Drittel beider Confessionen kann man — und da muß noch Nachsicht obwalten — die Kenntnisse zuerkennen, welche ein 13jähriger Volksschüler haben sollte. Diese betrübende Erscheinung gibt viel zu denken. Eins scheint uns sicher: daß die in diesem Jahre hier Geprüften nicht „14", sondern viel mehr Prozent zu dem Contingente Derjenigen stellen werden, welche nach zurückgelegtem 21. Jahre nicht lesen und schreiben können. Es ist bitter, eine solch traurige Wahrheit sagen zu müssen, aber sie muß gesagt werden. Unrecht würde aber Jeder thun, welcher unsere Lehrer für diese Resultate verantwortlich machen wollte. Die Ursache liegt tiefer. Unsere Schulen sind zu überfüllt, den armen Kindern mangelte Papier und Bücher, der Schulbesuch wurde nicht energisch überwacht, und die Versäumnisse viel zu schleppend und nachsichtig behandelt. Soll es anders, d. h. besser werden, dann muß eine totale Reorganisation unserer Schulen eintreten. Das Maximum der Schülerzahl einer Klasse darf 70 nicht übersteigen — 60 wären schon hinreichend genug. Die Schulversäumnisse müßten mehr und strenger bestraft werden. Das Strafen allein wird aber nicht ausreichen. Es müssen 1 oder 2 confessionslose Nachhilfe-Klassen gegründet werden, in welche sämmtliche Kinder, die im Schulbesuch nachläßig sind, eingetheilt werden. Täglich sind diese Nachhilfeschulen durch die Polizei zu controliren, die Fehlenden durch Polizeidiener zu holen, kurz, es muß jede Strenge angewendet werden, welche das Gesetz zuläßt, um den so außerordentlich schlechten Schulbesuch zu bessern. Damit allein ist wohl auch nicht Alles gethan; es bedarf, sollen andere Resultate erreicht werden, eines totalen Wechsels des seitherigen Unterrichtssystems. Die städtische Verwaltung wird nichts an sich stehen lassen und kein Opfer scheuen, um unsere Schule auf denjenigen Stand zu bringen, der unserer Stadt würdig ist. Bevor aber energisch Hand angelegt werden kann, muß die Entscheidung der Communalschulfrage abgewartet werden, da diese Entscheidung die Basis der Reorganisation unseres Volksschulwesens sein muß. — Wie uns eben noch aus glaubhafter Quelle mitgetheilt wird, wurden die schriftlichen Arbeiten, sogar die Rechenaufgaben, von den Kindern in den katholischen Schulen Tags vorher präparirt. Die Aufgaben sind also den betreffenden Lehrern schon Tags vorher von der k. Schulinspektion mitgetheilt worden. — Ob man aber aus solchen Arbeiten einen sichern Schluß auf den „Bil-

dungsstand" hat — mag Jeder selbst entscheiden. Bei den Protestanten geschah Derartiges nicht.

Lokales und Provinzielles.

München, 14. April.

— Heilige Gesangs-Musik strengen Styls in der k. St. Michaels-Hofkirche: Gründonnerstag $^1/_2$9 Uhr Missa „aeterna Christi munera" von Palestrina. Offertorium „Dextera Domini" von Orlando di Lasso. Graduale und Pange lingua von C. Ett. — „Adoro te," arrangirt von C. Ett. — 3 Uhr Nachmittags Mette. Responsorien rc. von C. Ett. — Abends 7 Uhr Miserere à 4 voc. von Orlando di Lasso. — In der Allerheiligen-Hofkapelle. Direction: Hofkapellmeister Wüllner. Gründonnerstag Vorm. halb 11 Uhr. Missa „Aeterna Christi munera" vierstimmig von Palestrina. Graduale „Christus factus est" vierstimmig von Palestrina. Offertorium „Fratres ego enim" zweichörig von Palestrina. Nachmittags 4 Uhr. Matutin mit Responsorien von Palestrina. Benedictus fünfstimmig von F. Lachner. Abends halb 8 Uhr Miserere für Doppelchor und Soli von Fr. Wüllner.

* Sicherem Vernehmen nach hat der Stabsarzt Dr. Curtius das Bad Mariabrunn (bisher im Besitze der Wunderdoktorin Amalia Hohenester) käuflich an sich gebracht.

ϱ (Aus der öffentlichen Magistratssitzung vom 12. April.) Bei der Diskussion des Antrages wegen des Besetzungsrechtes der Krankenhausdirektorsstelle dahier in gestriger Magistratssitzung sprach Mag.-Rath Thomaß den Wunsch aus, es möge Dr. v. Schauß sich dieselbe aneignen und bei deren Vertretung mehr Glück haben, als er neulich bezüglich des Antrages wegen der Zollparlamentswahl-Kosten. Dabei habe es sich um die Vertretung der Interessen des früheren Gemeindekollegiums gehandelt, er habe aber bei der Abstimmung die höchst eigenthümliche Erfahrung machen müssen, daß die zwei in der Kammer sitzenden früheren Gemeinde-Collegiumsmitglieder v. Miller und Radspieler gegen den Antrag gestimmt hätten. Dr. v. Schauß erklärt soweit bei einer Beschwerde die Vertretung überhaupt möglich sei, dieselbe mit Vergnügen zu übernehmen. Bezüglich der Höhe der Kosten der Zollparlamentswahl dahier gegen andere Städte hob Rechtsrath Schrott mit Recht hervor, daß München 170,000 Einwohner besitze, daß der Magistrat ein Civil-Conscriptions-Bureau nicht habe, daß die Wahllisten innerhalb sieben Tagen für 37,000 Wähler fertig werden mußten, und daß es die erste Wahl war, welche nach dem neuen Prinzipe vorgenommen worden sei. Die Kosten für die Landtagswahl betrügen gleich viel und würden vom Staate bei Heller und Pfennig bezahlt. In Berlin habe der Magistrat wegen eines ähnlichen Falles Klage bei Gericht gestellt; man solle es ebenso machen, denn es handle sich um eine politische Wahl, welche die Gemeinde nichts angehe. — Ferner ward auf Grund von vorliegenden Beschwerden von Hrn. Rechtsrath Schrott Bericht erstattet über die von einigen Katecheten in den Volksschulen noch immer trotz des Verbotes fortgesetzten Sammlungen wornach diese Sammlungen und namentlich für den Kindheit Jesu-Verein zwar von dem Lehrpersonal eingestellt, doch die Bedachtnahme auf diesen Verein, seitdem der Pfarrgeistlichkeit anheimgegeben worden sei. Referent äußert hiebei, daß sich in diesen Worten wieder einmal deutlich die zwei Gewalten, die sich um die Schule streiten, abspiegeln, und fährt fort: „Diese Antwort zeigt, daß sich diese Herren nicht oder wenig darum kümmern, ob die Mittel, die sie für ihre Zwecke förderlich halten, auch der Schule, die sie freilich noch immer als die und zwar noch lange unmündige Tochter der Kirche erachten, zum Nutzen sind oder nicht. Derlei Sammlungen, gleichviel für welche Zwecke, müssen aus den Schulen verbannt bleiben, sie sind vom pädagogischen Standpunkt aus absolut zu verwerfen. Ich freue mich, daß auch gestern in der Abg.-Kammer vom Ministertische aus diese Anschauung ausgesprochen wurde. Wenn aber einmal das Verwerfliche solcher Sammlungen unter der Schuljugend und also auf pädagogischem Gebiete anerkannt ist, so begreife ich nicht, wie gestattet werden kann, daß man sie auf kirchlichem Gebiete — wohlbemerkt immer unter der Voraussetzung, daß hiebei die Schuljugend in Betracht kommt — alsdann zulassen kann. Anbelangend die Sammlungen für den Verein der Kindheit Jesu, so wird Niemand bestreiten können, daß selber nur kirchliche Zwecke im Auge hat. Man will behaupten, daß hiedurch das religiös-sittliche Leben gefördert werde. Was hat man denn bis vor 17 Jahren, als dieser Verein noch nicht bestand, gethan? Weiß man keine bessern Mittel als solche, welche von der Pädagogik verurtheilt werden? Von der Kirche, welche beständig ihr natürliches, gesetzliches und geschichtliches Recht auf die Schule geltend macht, dürfte wohl erwartet werden, daß sie nicht solche Mittel zur religiös-sittlicher Erziehung der Kinder in Anwendung bringt, die nicht nur eine, sondern mehrere pädagogische Schattenseiten an sich haben. Und die meisten dieser kirchlichen Erziehungsmittel nehmen merkwürdiger Weise immer den Geldbeute in Anspruch. Die Nachtheile dieses Vereins, soweit er Sammlungen unter der Schuljugend bedingt, habe ich bereits oben erwähnt. Die weiteren und noch größeren Nachtheile haben Sie, meine Herren, in einer der letzten Sitzungen durch Vorlesen einer Stelle aus einem solchen Vereinsbüchlein selbst entnommen und kann ich zu meiner Genugthuung wieder auf Worte vom Ministertische Bezug nehmen. Es ist noch Zeit, Nachtheile von unseren Schulen abzuhalten, und Sie sehen schon, die Vertheidiger der Schule müssen von ganz anderer Seite kommen. Aus den Gemeindevertretungen müssen ihre Streiter erstehen, der Gemeinde gehören auch die Schulen, sie sind gesetzlich als deren Anstalten erklärt. Leider daß man dabei in die unnatürliche Lage kommt, die Tochter gegen die Mutter vertheidigen zu müssen. Ich beantrage, eine energische Vorstellung an die k. Staatsregierung zu machen und sie unter Darstellung der Vorgänge bei Sammlungen des Kindheit Jesu-Vereines zur Aufrechthaltung der Verordnung, Sammlungen betreffend, aufzufordern, und ich glaube überzeugt sein zu dürfen, daß dort unsere Stimme nicht überhört werden wird."

Dieser Antrag wurde dann auch einstimmig zum Beschluß erhoben, wobei nur Hr. Rechtsrath Ruppert wieder stereotypen, aber schüchternen Widerspruch zu erheben suchte. Hiebei wurde vom Referenten noch erwähnt, daß die Beiträge nichts weniger als nur einen Kreuzer per Monat betragen, sondern den Kindern vorgesagt werde, daß je mehr Kreuzer sie bezahlen, desto mehr Seelen gewonnen würden, und jenen, welche mehr als einen Kreuzer bezahlen, werde noch überdieß vorgespiegelt, daß sie dann einen Pathen erhalten, d. h. daß ein Heidenkind auf den Namen des mehrbezahlenden Schulkindes getauft werde. (Das ganze Manöver erinnert an den Ablaßkram weiland Tetzels, wo es auch hieß: „Wenn der Heller im Kasten klingt, Eine Seel' in Himmel springt.") Hr. Mag.-Rath Gailhofer fügt bei, daß in der hl. Geistschule sogar vorgekommen sei, daß eine Lehrerin ein Kind, weil es seinen Kreuzer für diesen Verein nicht gebracht hatte, zur Strafe habe sogar hinausstehen lassen. Das sei die Freiwilligkeit der Beiträge. Die HH. Räthe Schanzenbach und Zechmeister geißelten mit ernsten Worten das obstinate Gebahren der Geistlichkeit und die Aufreizung der Kinder zum Ungehorsam gegen die Behörden. Nachdem solche Dinge öffentlich konstatirt wurden, wird die Staatsregierung wohl nicht umhin können, ihr Verbot der Sammlung in Schulen im vollsten Umfange aufrecht zu erhalten, thut sie dieß nicht, so trägt sie selbst dazu bei, wenn in den Schulen der Geist der Unbotmäßigkeit gegen staatliche Gesetze, wenn Aberglaube und Unwissenheit groß gezogen werden.

Der Magistrat der Stadt **Tirschenreuth** beabsichtigt die Erbauung einer Vicinalbahn von Tirschenreuth nach Wiesau.

— In der Gegend von **Vilseck** will man nach dem „Amb. Tagbl." die Spuren von zwei Wölfen wahrgenommen haben.

Gegen eine in der Stadt **Weismain** im Monate Juni d. J. abzuhaltende Mission durch Priester aus der Gesellschaft Jesu ist von der dortigen Stadtgemeindeverwaltung entschiedene Verwahrung eingelegt worden. Unter dem 10. d. nun ist gegen diesen Beschluß der Stadtgemeindevertretung eine von 221 Familien-Vätern unterzeichnete Adresse an Se. Maj. den König abgegangen. (!?)

Babenhausen. Am 5. ds. Mts. Nachmittags entstand im sogenannten Allmannshornwalde, circa $^3/_4$ Stunden von Babenhausen

entfernt, ein Waldbrand, welcher sich bei jetziger trockener Jahreszeit sehr schnell verbreitete; derselbe konnte durch einige in der Nähe beschäftigte Arbeiter, sowie durch herbeieilende Personen erst Abends 6 Uhr völlig gelöscht werden. Die abgebrannte Fläche wird auf 8 bis 9 Tagw. berechnet, der hiedurch entstandene Schaden auf circa 200 fl. angegeben und sind die Beschädigten 7 hiesige Anwesensbesitzer. Den fraglichen Brand verursachte ein 5 Jahre alter Knabe von hier, welchen dessen Vater mit in den Wald nahm und allein ließ. Der Knabe machte mit einem Zündhölzchen Feuer und warf die glühenden Kohlen in die trockene Streu, so daß es an mehreren Stellen zugleich brannte.

Kempten, 9. April. Dieser Tage starb unsern hier der 83 Jahre alte Müller zur Reisachsmühle, Josef Lamenet. Derselbe war mit nicht weniger als 27 Kindern gesegnet, welche er sämmtlich großzog, wiewohl 19 von ihnen vor ihm starben. Die Ueberlebenden waren am Grabe des Vaters versammelt.

Gerichtssaal.

x. **München,** 13. April. Heute fand vor dem hiesigen Bezirksgerichte Verhandlung gegen den verheiratheten Makulaturpapierhändler Karl Teufel, 43 Jahre alt, wegen Majestätsbeleidigung statt. Derselbe ließ sich in Folge eines verlorenen Prozeßes einem Eleven der k. Akademie, sowie noch andern Personen gegenüber beigehen, gegen öffentliche Personen loszuziehen und dabei auch Se. Maj. den König und die Königin-Mutter in der rohesten und schamlosesten Weise zu beschimpfen. Obwohl der Angeklagte die inkriminirten Ausdrücke gebraucht zu haben, den Zeugenaussagen gegenüber widersprach, wurde derselbe doch nach dem Antrage der Staatsanwaltschaft zu einer Gefängnißstrafe von 1 Jahr und in die Kosten der Verhandlung und des Strafvollzuges verurtheilt.

Bochum, 10. April. Heut Morgens 3 Uhr, nach 19stündiger Sitzung erreichte der Prozeß Dieckhoff sein Ende, und zwar ein Ende, wie man es im großen Publikum kaum erwartet hatte. Es handelte sich bei der Fällung des Urtheiles hauptsächlich um die Entscheidung der Frage, ob der § 113 al. 2 des preuß. Strafgesetzbuches, welcher von der Freimachung durch künstliche, auf Täuschung berechnete Fehler handelt, dahin zu verstehen sei, daß die Strafe einzutreten hat auch für den Fall, wenn die Anbringung der künstlichen Fehler aus dem Grunde nicht wirksam ist, weil die betreffenden Personen aus anderen Gründen militärdienstlich unbrauchbar sind, resp. dafür erklärt werden, oder dahin, daß die Täuschung nur strafbar ist, wenn durch sie die Untauglichkeitserklärung erfolgt ist. Präcedenzfälle zur Entscheidung dieser Frage liegen nicht vor. Die Staatsanwaltschaft plaidirte für die erste Auffassung und konnte aus derselben mit allem Recht gegen sämmtliche angeklagte Militärpflichtige Bestrafung beantragen. Die Vertheidigung vertrat die zweite Anschauung und schloß sich der Gerichtshof denn auch der letzteren an. Da nun aber den Dieckhoff's nur wenige Fälle, auf welche § 113 zutrifft, nachgewiesen werden konnten, so läßt sich auf diese Weise das verhältnißmäßig sehr niedrige Strafmaß erklären, mit welchem der Gerichtshof die Hauptangeklagten belegte. Das Urtheil des Gerichtshofes lautet folgendermaßen: Ernst Dieckhoff wegen Theilnahme an dem genannten Vergehen in 3 Fällen, wegen versuchter und vollendeter Bestechung von Beamten in 3 Fällen, wegen Betruges und versuchten Betruges in 3 Fällen zu 3 Jahren Gefängniß, 300 Thlr. Geldbuße, eventuell weiteren 6 Monaten Gefängniß und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre. Friedrich Wilhelm Dieckhoff wegen Bestechung eines Beamten zu 1 Jahr Gefängniß und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 2 Jahre. August Dieckhoff wegen Theilnahme an dem Vergehen gegen § 113 in drei Fällen zu 2 Jahren Gefängniß und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre. Karl Dieckhoff wegen Theilnahme an demselben Vergehen in 2 Fällen und wegen Betrugs in einem Falle zu einer Zusatzstrafe — derselbe ist bereits vor Kurzem vom Schwurgerichte zu Essen wegen Wechselfälschung zu $2^1/_2$ Jahren Zuchthaus verurtheilt worden, er hat jedoch hiergegen die Nichtigkeitsbeschwerde eingereicht — von acht Monaten Zuchthaus und 150 Thlr. Geldbuße event. noch zwei Monaten Zuchthaus; oder wenn das Erkenntniß des Essener Schwurgerichts vernichtet werden sollte, zu einem Jahr Gefängniß und 150 Thlr. Geldbuße oder drei Monaten Gefängniß und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 2 Jahre. Bauzeichner Louis Hüls wegen Theilnahme an dem Vergehen gegen § 113 in 2 Fällen zu 4 Monat Gefängniß und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 1 Jahr. Die verehelichte Adolphine Bützler, geb. Dieckhoff, wegen desselben Vergehens in einem Fall zu 6 Monat Gefängniß und Verlust der Ehrenrechte auf 1 Jahr. Acht der angeklagten jungen Leute wurden je zu 3 Monaten Gefängniß und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 1 Jahr verurtheilt, die übrigen acht aber freigesprochen. Die Untersuchung zur weiteren Nachweisung von durch die Dieckhoff's befreiten Militärpflichtigen wird namentlich in Hannover in umfangreichem Maße fortgesetzt und dürfte noch mehrere ähnliche Prozesse zur Folge haben. Die Untersuchung gegen die Militärärzte schwebt noch.

Pr. Stargardt, 7. April. (Hexenprozeß.) In Stenzlau bei Dirschau lebten seit langer Zeit drei Frauen, in weitem Umkreise als „Hexen" verschrieen. Sie waren sämmtlich Wittwen, standen in ziemlich hohem Alter und wohnten gemeinsam in einer vom Gutsherrn ihnen angewiesenen Wohnung. Ueber das Stillleben, das sie dort führten, sind besondere Nachrichten nicht aufbewahrt. Um die Martinizeit erschien in dem Kreise der dreien ein junges, schönes, blühendes Mädchen von zwanzig Jahren. Sie war die Tochter der einen Wittwe, der Frau Bischof. Am Tage nach der Ankunft reichte die zweite, die sehr gefürchtete Frau Krause, dem Mädchen freundlich ein Stück gebratenen Speck, das dieses harmlos mit Brod verzehrte. Tags darauf erkrankte sie schwer und immer schwerer. Das Mädchen hatte zwei Brüder, der eine ein Krieger von 1866, der zweite ein kräftiger Jüngling von zwanzig Jahren. Sie waren tief ergriffen von der Krankheit ihrer Schwester, die nur durch den von der „Hexe" gereichten Speck herbeigeführt sein konnte. Sie beschlossen, diese zur Zurücknahme der Zauberei zu veranlassen, wozu nach Angabe ihrer Mutter die Sylvesternacht besonders geeignet war. In dieser Nacht führten sie die alte Krause an das Bett der Schwester und fragten, ob sie die Krankheit von ihr nehmen wollte. Als sie erklärte, daß sie das nicht könne, schlugen sie die „Hexe" mit Messern und Stöcken grausam. Nach acht Tagen starb das junge Mädchen. Die beiden Brüder Bischof sehen wir nun den 6. April auf der Anklagebank. Sie geben an, daß nicht sie, sondern die verstorbene Schwester die Krause geschlagen habe. — Sanitätsrath Dr. Preuß aus Dirschau bezeugt jedoch, daß das am Typhus erkrankte Mädchen um die Neujahrszeit bereits zum Skelett abgemagert und so schwach war, daß sie keinerlei Gewalt ausüben konnte. Derselbe bezeugt ferner, daß er bei Frau Krause nach der Mißhandlung Gesicht und Körper mit Blut bedeckt vorfand, daß sich am Kopfe, an Brust und Rücken mehrere erhebliche, zum Theil von Messern herrührende Wunden zeigten, und daß sie gegen drei Wochen arbeitsunfähig war. Es wird nun Frau Krause selbst gerufen. Sie ist 68 Jahre alt, hat eine untersetzte kräftige Gestalt, ein sehr markirtes Gesicht. Sie ist schwarz gekleidet und trägt über dem Kopf ein schwarzes Tuch mit einer weißen Krause. Es läßt sich nicht leugnen, die ganze Erscheinung würde in der ersten Scene des Macbeth: „Wann kommen wir Drei uns wieder entgegen, In Blitz, in Donner oder in Regen" die Hauptrolle mit Effekt übernehmen können. Sie betheuert feierlich, daß sie das Mädchen nicht behext habe, sie sei demselben immer gewogen gewesen, eine andere müsse es gethan haben. Sie erzählt dann, wie arg sie von den beiden Brüdern mißhandelt worden sei. Der Angeklagte Bischof, der frühere Soldat, beantragt, sie solle in der Kirche zwischen zwölf geladenen Gewehren, die auf sie angelegt werden, ihre Unschuld beschwören. Schwört sie falsch, so werde ein Gewehr losgehen und sie zur Hölle schicken. Der Gerichtshof lehnte diese Beweisaufnahme ab und verurtheilte die Brüder wegen schwerer Körperverletzung unter Annahme mildernder Umstände zu sechs Wochen Gefängniß.

Handel und Verkehr.

— Dem Vernehmen nach wird in der am 19. d. stattfindenden Generalversammlung der Actionäre der „Bayer. Vereinsbank" der

Verwaltungsrath beantragen, daß, nach Abzug der statutenmäßigen Abschreibungen, eine Dividende von 3 fl. per Actie vertheilt wird; es ergiebt dieß, da es sich nur um die Geschäftsthätigkeit eines halben Jahres handelt, Juli bis December v. J., und vorerst nur 35 fl. per Actie einbezahlt sind, einen Jahresertrag von 17¹/₇ Proc., ein gewiß sehr günstiges Ergebniß. Die Erträgnisse der Consortialbetheiligungen der Bank, namentlich am jüngsten bayerischen Anlehen ꝛc., sind zudem erst auf neue Rechnung vorgetragen worden.

* Mit dem 1. Mai l. J. wird eine Filial-Postexpedition am Sendlingerthor eröffnet werden und soll die Errichtung noch mehrerer solcher Filialexpeditionen in verschiedenen Stadttheilen erfolgen; — eine Einrichtung, die im Interesse des Verkehrs nur mit großer Anerkennung begrüßt werden kann!

Feuilleton.

Neues über Ergrünen und Erbleichen der Pflanze.

Wer jemals eine Kartoffel etwas näher betrachtet hat, die in einem dunklen Raume „auswuchs", und sich das Bild einer im freien Felde herangewachsenen Kartoffelpflanze ins Gedächtniß rief, hat gewiß eine Ahnung von dem Einflusse bekommen, den das Licht auf die Entwicklung der Pflanzen ausübt. Die zarten, bleichen, man möchte sagen geisterhaften, im Finstern entstandenen Kartoffeltriebe mit den überaus langen Stengeln und den zwerghaft gebliebenen Blättchen, verglichen mit den festen, kurzen, mit großen tiefgrünen Blättern reich besetzten Stengeln einer unter gewöhnlichen Verhältnissen entwickelten Kartoffelpflanze, zeigen wohl auf das Deutlichste, daß das Licht gestaltend auf die Gewächse wirkt, und daß die Bildung einer grünen Pflanzenfarbe, des Chlorophylls, vom Lichte abhängig ist.

Ueber diese Vermuthung hinaus in die Lebensvorgänge der Pflanze einzudringen, das Zustandekommen des Ergrünens der Gewächse im Lichte und den Zusammenhang der Chlorophyllbildung mit den Gestaltungsverhältnissen zu begreifen, darf man dem Laien umsoweniger zumuthen, als ja selbst die Botaniker lange nicht über diese Vermuthung hinausgekommen sind. Es haben erst die pflanzenphysiologischen Forschungen der letzten zehn Jahre den Zusammenhang zwischen Licht und Chlorophyllbildung festgestellt, und erst den jüngsten Untersuchungen war es vorbehalten, zu erweisen, wie die Gestalten der Pflanzenorgane mit dem Lichte sich ändern.

Abgesehen von den Nadelbäumen, deren Keime auch bei vollständigem Ausschluß von Licht, wenn nur eine bestimmte Temperatur vorhanden ist, ergrünen, tritt die Chlorophyllbildung in den Organen aller übrigen Blattpflanzen erst bei Gegenwart von Licht ein. Die Substanz des Zelleninhaltes der jugendlichen Pflanzenzellen, des Protoplasma, gewöhnlich in kleine runde Körper getheilt, ergrünt im Lichte. Directes Sonnenlicht ist hiezu nicht erforderlich. Wie genau nachgewiesen wurde, erfolgt die Ergrünung der genannten Protoplasmakörper schon bei einer Helligkeit, bei welcher für einen normal sehenden Menschen das Lesen eines Buches noch nicht möglich ist. Erst bei größerer Helligkeit erfolgt in den Chlorophyllkörpern eine weitere chemische Veränderung; es bildet sich im Innern jedes einzelnen eine für die weitere Entwicklung der Organe überaus wichtige, im Pflanzenkörper ungemein häufig auftretende Substanz, die Stärke, aus; es entstehen auf diese Weise die in jedem grünen Pflanzentheile häufig vorkommenden, und dessen grüne Färbung bedingenden Chlorophyllkörner, welche stets aus Stärke, die von einer grünen Hülle bedeckt ist, bestehen.

Alle neueren Beobachter, welche sich mit dem Chlorophyll beschäftigten, stimmen darin überein, daß seine Bildung nur innerhalb bestimmter Temperaturen und nur bei bestimmten Lichtintensitäten erfolgt. So wie nur bis zu einem bestimmten Wärmegrade die Chlorophyllbildung sich steigert, so werden weitere Temperaturserhöhungen (über 30° C.) dieselbe hemmen; ähnlich so verhält es sich mit dem Einflusse, den verschieden intensives Licht auf die Entstehung des Blattgrüns ausübt. In einem schwach erhellten Raume, dessen Helligkeit das Lesen noch nicht erlaubt, beginnt die Ergrünung eines Keimlings oder eines erbleichten Pflanzentheiles; sie steigert sich in gewöhnlichem zerstreuten Tageslichte, und zwar in diesem viel rascher als im directen Sonnenlichte. (Schluß folgt.)

Literarisches.

* Vom Hrn. Prof. Karl Dolhopf am Cadetencorps erschien soeben eine Broschüre, welche, „der Ring des Nibelungen" betitelt, sachliche und sprachliche Erläuterungen, nebst einer kurzen Charakteristik der Wagner'schen Trilogie enthält.

Die ersten Blätter geben den Inhalt der Dichtung übersichtlich zusammengestellt, fast zu gedrängt, denn Manches ist unverständlich, (Götterdämmerung die ersten drei Zeilen), wenn man nicht das Werk schon kennt.

Der zweite Theil führt den Titel: „Das Nibelungenlied und die älteste deutsche Helden-Sage"; dann folgen die Texterläuterungen, — diese sind für den Laien zu reich, für den Fachmann zu leicht —; übrigens machen wir dem Verfasser keinen Vorwurf, da sich bei derartigen Dingen die rechte Mitte schwer finden läßt. Die sprachlichen Notizen scheinen uns etwas zu sehr durch eine gewisse Vorliebe für die Sprache Wagners bestimmt, denn wir gestehen offen, daß unser Gefühl sich gegen Wendungen, wie „Verlorner Jugend erjag' ich erlösendes Gold" ganz ernstlich abwehrend verhält; doch müssen wir zugeben, daß der Verfasser sich alle Mühe gab, das Dunkle zu klären, indem er etwas von eigenem Geist hineinlegte. Einzelne vortreffliche Gedanken finden sich im vierten Absatze; doch können wir dem Verfasser nicht in Allem beistimmen — am Wenigsten, wenn er glaubt, daß Wagner bis auf den Mythus zurückgreifen mußte, um den Zuschauern das volle Verständniß der Handlung zu vermitteln. Gerade dadurch hat er sie aus der Sphäre des klaren Verständnisses und vor Allem aus der Sphäre unseres Mitgefühls gerückt; denn fast keine seiner Gestalten vermag uns in die Seele zu greifen — sie sind uns gleichgültig, weil sie nicht menschlich sind; und das sind sie nicht eben durch jene unkünstlerische Verquickung mythischer und epischer Elemente. — Einseitig erscheint uns auch die Ansicht, daß sich alle späteren Sagen aus dem Göttermythus entwickeln; dieser klingt noch nach in der Heldensage, aber historische Menschen und Thaten bilden ihren Grundstoff, welchen die ewigdichtende Volksphantasie mit immer neuen Zuthaten ausschmückt — bis sich ein Dichter des Stoffes bemächtigt und dem Schwankenden, Beweglichen eine feste Form leiht. — Vortreffliche Bemerkungen findet man über die einzelnen Charaktere. Jedenfalls läßt sich die Broschüre als Hilfsmittel zum Verständniß des Werkes mit vollem Recht empfehlen, und Jeder wird aus ihr Anregung schöpfen, was von ähnlichen Erklärungsschriften nicht immer gesagt werden kann.

Vermischtes.

— Der Mörder Butterford wird nun doch gehängt werden; den der Medicinalbeamte, welchen die Regierung zur Erstattung eines Gutachtens ins Gefängniß absandte, hat dasselbe nach gründlicher Untersuchung des Delinquenten dahin abgegeben, daß der Vollziehung des Urtheils kein physisches Hinderniß im Wege stehe.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 12. April. Die amtliche Zeitung veröffentlicht acht kaiserliche Handschreiben vom 12. April an die Mitglieder des bestandenen Ministeriums, welche durch dieselben ihrer Funktionen enthoben werden. Giskra, Herbst und Brestel haben die Geheimrathswürde erhalten. — Die amtliche Zeitung veröffentlicht weiter ein Handschreiben des Kaisers, wodurch Potocki zum Ministerpräsidenten und Leiter des Ackerbauministeriums, Taafe zum Minister des Innern und Leiter des Landesvertheidigungs-Ministeriums, Hofrath Tschabuschnig zum Justizminister und Leiter des Cultusministeriums ernannt werden und dem Sektionschef Distler die Leitung des Finanzministeriums, sowie dem Sektionschef de Pretis die Leitung des Handelsministeriums übertragen wird.

Wien, 13. April. Feldmarschall Heß ist heute gestorben.

Wien, 13. April. Wochenausweis der Südbahngesellschaft. Es betrugen die Einnahmen vom 2. bis 8 April 535,193 fl., ergaben somit eine Mindereinnahme von 105,899 fl. gegen die gleiche Woche des Vorjahres.

Paris, 12. April. (Sitzung des Senates.) Der Vortrag Devienne's, welcher einige geringe Modifikationen im Constitutionsentwurf beantragte, fand einstimmigen Beifall. Die Diskussion wurde auf 14. April festgesetzt. Im gesetzgebenden Körper entwickelte Gambetta seinen Antrag betreffs der Plebiscits-Frage und verlangte dessen Dringlichkeitserklärung. Ollivier sprach dagegen und so wurde dieser Antrag mit 170 gegen 57 Stimmen verworfen. Die Kammer wird sich wahrscheinlich vom Donnerstag bis nach der Volksabstimmung, welche am 1. oder 8. Mai stattfinden wird, vertagen. Der Rücktritt Darus ist noch immer wahrscheinlich.

Paris, 13. April. Die Agence Havas meldet: Der Rücktritt des Grafen Daru ist gewiß. Man versichert, daß in Folge dessen die Absendung der französischen Note nach Rom vertagt werde, indem die Politik in Betreff des Concils eine abwartende sei.

Liverpool, 12. April. Der hier aus Brasilien eingetroffene Dampfer Tycho de Brahe überbringt die Nachricht, Lopez sei getödtet und somit der Krieg gegen Paraguay beendet.

Rom, 12. April. Bei der heutigen namentlichen Abstimmung über den Gesammttext des Glaubensschemas stimmten 515 Bischöfe mit „Ja," 83 bedingungsweise. Eine andere General-Congregation steht für nächsten Dienstag bevor.

Madrid, 12. April. Der Herzog von Montpensier ist zu einmonatlicher Entfernung von Madrid und zu einer Entschädigung von 30,000 Francs verurtheilt.

Bukarest, 12. April. Eine fürstliche Botschaft theilt der Kammer mit, daß die Demission des Ministeriums angenommen worden ist, und die Kammersession wegen Bildung des neuen Kabinets noch um acht Tage verlängert wird.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

New-York, den 12. April. Gold 112 7/8. Wechsel in Gold 108 7/8 Bonds per 1882 111 5/8. Baumwolle 23 1/2. Petroleum 25 5/8.

Liverpool, den 12. April. Schlussbericht. Heutiger Umsatz 10,000. Orleans 11 9/16. Middling amerikanische 11 1/4. Fair dhollerah 9 1/4. Middling fair dhollerah 9 1/4. Good middling dhollerh 9. Fair Bengal 8 1/8. Fair Omra 9 5/8. Pernam 11 3/4. Smyrna 10 1/8. Egyptian 12 1/4. Amerik. per März-April —. Dhollerah per Mai —. Omra 10 Tages-Import 15290 davon Ostindische — Tendenz: fest.

Frankfurt a. M., 13. April. (Schlussc.)

Wechsel auf London	120	Oest.-franz. Staatsbahn	376 1/4
„ „ Paris	95	Bayr. Ostbahn-Actien	119 1/4
„ „ Wien	96 1/4	Elisabeth-Prior. I. Em.	77
5 proc. bayr. Anleihe	101	4% bayer. Prämien-Anl.	105
4 1/2 „ „ „	91 3/4	Bad. Präm.-Anleihe	103 3/4
4 „ „ Grundrente	86 1/2	Oesterr. Loose v. 1860	79
4 „ „ Obligat.	86 1/2	„ Loose v. 1864	115 1/2
5 proc. österr. Metall., engl.	——	Alsenzbahn	
5 „ „ National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	67 1/2
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	204 1/4
1882er Amerikaner	95	Napoleons	9.30
Oesterr. Bank-Actien	690	Rente Silber 57 1/2, Pap. —	
Credit-Actien	268	fest. Handelsbank	98 1/2

Berlin 13. April (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	46	Lombarden	115 1/2
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	105 7/8	Italienische Anleihe	54 7/8
4 1/2 „ „ Anleihe	—	1882er amerikanische Bonds	95 7/8
Bad. Prämien-Anleihe	104 3/4	5 proc. preuss. Anleihe	101
Darmstädter Actien	128 1/8	4 1/2 „ „ „	91 7/8
Oesterr. Credit-Actien	152 3/4	Wechsel auf Augsburg	—.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	214 1/2	„ „ Frankfurt	—.—
Staatsbahn-Prioritäten	292	„ „ London	
Oest. fl. 500 Loose von 1860	78 3/4	„ „ Paris	
„ fl. 100 Loose von 1864	66 1/2	„ „ Wien	
5 proc. östr. National-Anl.	——		
		matt.	

Wien, 13. April. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	69.70	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	96.50	Steuerfr. Metall. on 1866	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	119.80	Napoleons	9.86 1/2
Oesterr. Bank-Actien	715.—	Wechsel auf Augsburg	102.50
„ Credit-Actien	258.30	„ „ London	123.60
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	392.—	„ „ Paris	49 —
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	„ „ Frankfurt a. M.	102.65
„ „ Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	212.70
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 327.25 Pap.-R.	60.45

Curse des Münchener Handelsvereins vom 13. April 1870.

Effekten.	Stücke a	Brief.	Geld.
Bayern. 3 1/2% Obl.	fl. 1000	81 1/2	80 1/2
4% ganz. Obl.	1000	86 1/4	
4% halbj. Obl.	1000	85 1/4	
4% Grundr.-Obl.	1000	86 3/8	
4 1/2% ganzj. Obl.	1000	92	
4 1/2% halbj. Obl.	1000	92	
4 1/2% „ Milit. „	1000	92	
5% Obl.	1000	101 3/4	
4% Münch. Obl.	1000		
5% „ „	1000	101 1/4	
4 1/2% Ostbahn-Aktien		119 3/4	
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung		86 3/4	
dto. volle		86 3/4	
Pfdbr. d. bayer. Hyp.-u. W.-Bank à fl. 1000		90 1/2	90 1/8
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.		100	99 7/8
Aktien „ „		825	
Bayer. Handelsbank-Act.		98	
„ Vereinsbank		119 1/2	118 3/4
Württemberg. 4 1/2% Obl.		91 1/4	
Oesterreich 4 1/5% Silb.-Rte. 5/7		57 1/2	
„ Pap.-Rte „			
5% Nation.-Anl. 5/4			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à 116 7/8			
5% Met. Stfr. v. 1866 6/7			
Oest. Bank-Aktie			
„ Cred.-Aktien		267 1/4	267
Oest.-franz. Stsb.-Aktien			

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb.	205 1/4	205
Preußen. 4 1/2% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. 2 1/2	94 1/4	94 1/2
„ 1884 „		
„ 1885 „	94	
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	106	
4% Bad. „ „	104 1/2	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	6 1/2	
Pappenheimer dto.	5 3/4	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose	18 1/2	18 1/4
Oester. 1854er Loose à fl. 250 5/4		
„ 1860er „ à fl. 500 6/7		
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred. Loose		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		330
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		124
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor	95	
Chemische Fabrik Heufeld		76
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn		
„ Siebenbürger Bahn		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. I. Em. 6/7	77 1/2	
dto. II. „ „		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn „	77 3/4	

	Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn „	79	
„ Siebenbürger Bahn „		
„ d. Böhm. Westbahn „		
„ Alföld Fiumander Bahn „	76 1/2	
Wechsel.		
Amsterdam fl. 100 holl. K. S.	100 3/4	
L. S.	100 3/4	
Augsburg fl. 100 K. S.		
L. S.	100	
Berlin Rthlr. 60 K. S.	105	
L. S.	105	
Frankfurt fl. 100 K. S.	100	
L. S.	100	
Hamburg M.-B. 100 K. S.	88 3/4	
L. S.		
Leipzig Rthlr. 60 K. S.	105	
L. S.	105	
London Pfdst. 10 K. S.	120	
L. S.	120	
Paris Fr. 200 K. S.	95	94 3/4
L. S.	95	
Wien fl. 100 K. S.	96 1/4	96
L. S.		
Bank-Disconto für Platz-Wechsel		
„ „ Lombard.		
Geldsorten.		
Preuß. Friedrichsd'or	9.59	9.58
20 Francs Stücke	9.30 1/2	9.29 1/2
Preuß. Cassen-Scheine	105 1/8	104 7/8
Oest. Banknoten	96 1/4	96

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer. — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

// Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr: Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Freitag, den 15. April 1870. **Nr. 104.**

Politische Tagesübersicht.

Karlsruhe, 12. April. Ein Blick auf die Thronrede, die übrigens allenthalben den vortrefflichsten Eindruck gemacht hat, zeigt die ungewöhnliche Fülle gesetzgeberischer Thätigkeit, welche der eben geschlossene Landtag zu bewähren Gelegenheit hatte. Es ist nicht ein einziges Gebiet des staatlichen, gewerblichen und Verkehrslebens, das nicht seinen Theil dabei erhalten hätte. Und wie die durch ihre einfache, würdige Haltung so ansprechende Thronrede diese ernste, ergebnißvolle Arbeit voll anerkannte, so ist es anderentheils wohl erklärlich, daß auch der Landtag nur mit Befriedigung auf die Zeit einer so vielfach erfolgreichen Anstrengung zurückblickt, und der würdige Präsident der ersten Kammer, Hr. v. Mohl, im Hinblick auf die Einigkeit zwischen Ständen und Regierung wie unter sich, in welcher so viele und so wichtige Aufgaben gelöst wurden, eine solche Harmonie als eine Seltenheit in der parlamentarischen Geschichte bezeichnen konnte. Vergaß dabei der wie kaum ein anderer im constitutionellen Leben bewanderte Redner nicht, ein wie großer Theil des Verdienstes an diesen Ergebnissen dem Großherzog persönlich, seiner gewissenhaften Beschäftigung mit allen Zweigen der Staatsgeschäfte, seiner Kenntniß der Bedürfnisse und Wünsche des Volkes, seiner selbstlosen Gesinnung und männlichen Entschiedenheit im Ergreifen des für nöthig Erkannten unbestreitbar gebühre, so ward dadurch nur Ueberzeugungen Ausdruck gegeben, die in unserem Volke leben. Unwillkürlich drängt sich dabei auch der Vergleich mit unseren Nachbarstaaten auf, wo Verbitterung und Leidenschaft ein Chaos erzeugt haben, dessen Früchte noch nicht abzusehen sind.

Pforzheim, 11. April. Nachdem am Samstage von 1238 Berechtigten nicht weniger als 800 evangelische Einwohner sich für die gemischte Schule und nur 8, sage acht Stimmen dagegen ausgesprochen hatten, hielten sich heute die Katholiken ebenso wacker. Von 325 in der amtlichen Liste Verzeichneten, wovon aber 6 als nicht berechtigt abzuziehen sind, stimmten 248 für und Niemand dagegen.

Wien, 12. April. Der Dziennik Polski macht heute ein Geständniß, das einen interessanten Beitrag zur Geschichte der letzten Ministerkrisis liefert. Um nämlich die Anhänger der Ziemialkowskischen Partei von dem Vorwurfe, daß sie, die stets für ein Verbleiben im Reichsrathe waren, durch den Austritt aus demselben sich einer politischen Inconsequenz schuldig gemacht haben, reinzuwaschen, bringt er für sie folgende Entschuldigung vor: „Wir waren nur aus dem einzigen Grunde gegen einen Austritt aus dem Reichsrathe, weil wir der Ansicht waren, es wäre gefährlich, mit einem mächtigen Feinde den Kampf zu beginnen. Da aber der Gegner, wie es Ende März eben der Fall, ganz entkräftet und keine Gefahr vorhanden war, ließ sich kein vernünftiger Grund gegen den Austritt vorbringen. Seit vier Monaten war es nämlich allen unseren Abgeordneten bekannt, daß nach Erledigung des Budgets und anderer unaufschiebbarer Angelegenheiten der Reichsrath aufgelöst, Hasner und Comp. entlassen und Potocki ein neues Ministerium zu bilden berufen werden wird. Wurde ja doch noch vor dem Austritte der galizischen Abgeordneten aus dem Reichsrathe Graf Potocki nach Wien berufen.“ Diese Aufrichtigkeit des Dziennik Polski gestattet ganz eigenthümliche Schlüsse nach rückwärts und nach vorwärts.

— Die Stimmen der polnischen und czechischen Blätter zu verzeichnen, können wir nachgerade aufgeben. Es genügt, wenn wir constatiren, daß sie insgesammt ihre Forderungen auf das Höchste gespannt haben, daß insbesondere die czechischen Organe von keinem Reichsrathe und keiner Reform etwas wissen wollen, sondern auf dem sogenannten czechischen Staatsrechte beharren, kraft dessen nur der böhmische Landtag das Recht hat, Verfassung zu machen, während von polnischer Seite her der Ruf nach einer constituirenden Versammlung mit dem Verlangen, daß jeder der siebzehn Landtage eine Sonderverfassung auszuarbeiten habe, alternirt. Es wird dem Scharfsinne und der Staatsweisheit unserer drei Grafen vorbehalten sein, den Ausweg aus diesem Chaos zu finden. Was ihrer übrigens hier harrt, mögen sie bereits daraus entnehmen, daß schon heute jene Organe, die noch vorgestern mit vollen Backen in die Posaune zum Ruhme der Potocki'schen Politik bliesen, heulend dem Ministerium Potocki-Taaffe den Rücken kehren. Eines davon erklärt es trocken für eine „Schande“ für eine „Provocation der Deutschen in Oesterreich“, „von einem Grafen Taaffe regiert zu werden“, und proclamirt die Nothwendigkeit eines Ministeriums Giskra bereits an dem nämlichen Tage, wo dieser erst seine Entlassung erhält. Ein anderes dieser Organe hilft sich durch maßloses Schimpfen wider die Verfassungspartei und das gefallene Ministerium, während ein drittes nichts Besseres weiß, als die Deutschen in Böhmen zu insultiren, weil diese angeblich so unfriedfertig sind, sich mit den Czechen, mit den lammsfrommen Czechen, nicht zu vertragen.

— Die Wahlbewegung dürfte eine sehr lebhafte werden. Die Klerikalen haben ihre Sendboten bereits in die Landbezirke abgesendet. Die Verfassungspartei wird ein großes Wahlkomite zusammensetzen und ist entschlossen, eine energische Agitation zu entfalten.

Prag, 13. April. Herbst kommt morgen hier an. Der Statthalterposten soll vor Einberufung des Landtages nicht geändert werden. Die Czechenblätter predigen den Slaven Einigkeit in der Ausführung des czechischen Programmes, das heißt Fernhalten vom Reichsrathe, unbekümmert um alle Verlockungen. Die auffallend übereinstimmenden Angriffe auf die Deutschböhmen seitens mehrerer Wiener Blätter erwecken hier, weil man sie vom Reichskanzler angeregt glaubt, die größte Erbitterung.

Pest, 12. April. Hon meldet, Graf Andrassy sei vom Kaiser nach Wien berufen worden, um seine Ansicht über die neue Phase Cisleithaniens auszusprechen. — Neuerdings ist über mehrere Comitate das Standrecht verhängt. — Von Seite der philosophischen und medicinischen Facultät wird Deak zur Uebergabe der Petition bezüglich des Universitäts-Gesetzes aufgefordert.

Pest, 13. April. Der Pester Lloyd erfährt aus bester Quelle, daß die ungarischen Bischöfe nach Ostern nach Rom zurückkehren und, durchdrungen von der großen Gefahr der Unfehlbarkeit für Staat und Kirche im Verein mit den deutschen, französischen und nordamerikani-

schen Bischöfen entschieden gegen die Unfehlbarkeit opponiren und jedenfalls festhalten werden an dem bisherigen Concilsgrundsatze, daß Stimmeneinhelligkeit für die Verkündigung von Dogmen nothwendig sei. Simor's Uebertritt zu den Infallibilisten wird dementirt; er meide zwar, heißt es, die Versammlungen der Opposition, doch nur um zu vermitteln und die Curie zu bestimmen, die Unfehlbarkeit aus eigenem Antrieb fallen zu lassen.

Krakau, 13. April. Der Czas belobt Potocki's Absicht ein Ministerium quand même zu bilden und sagt, eine Abdication Potocki's müßte dem Reiche nach innen und außen schaden; für den Augenblick sei ein Beamten-Ministerium passender als eine künstliche Combination aus den jetzt maßgebenden politischen Parteien.

Berlin, 12. April. Die Verhandlungen über einen Postvertrag zwischen dem Nordbunde, den süddeutschen Staaten und Großbritanien werden demnächst wieder aufgenommen werden; wenn irgend möglich, werden sich der Bundesrath und der Reichstag noch in dieser Session mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Bekanntlich hat die Stellung der süddeutschen Staaten zu dem Postvertrage in Rede Weiterungen veranlaßt, und wie es scheint, sind die Bedenken jetzt beseitigt. — Das gestern dem Bundesrathe vorgelegte Reglement für die Wahlen zum Reichstage entspricht den vielfach im Reichstage geäußerten Wünschen nach übereinstimmenden Vorschriften für die Vollziehung des Wahlgesetzes. Wie man hört, lehnt sich der neue Entwurf an das preußische Wahlreglement an, und zwar unter mehrfachen Verbesserungen, wie sie die Erfahrung an die Hand gegeben hat. — Die Mehrzahl der Mitglieder des Bundesrathes ist nun auch nach der gestrigen Sitzung in die Heimat gereist, da in den nächsten Wochen eine Plenarsitzung nicht zu erwarten steht und die Ausschußberathungen sich nur den dringendsten Geschäften zuwenden. Seitens des Zollbundesrathes ist jedoch vor Beginn der Arbeiten des Zollparlaments wohl noch eine Sitzung zu erwarten.

Berlin, 12. April. Wie schon mehrfach angedeutet, ist in der Haltung der Regierungen, auch derjenigen, die bis vor Kurzem in der Angelegenheit des Concils sich reservirt gezeigt hatten, eine Wendung eingetreten. Man wird daher auch nach dem Vorgange Frankreichs Vorstellungen oder Bemerkungen Preußens, wenn auch in etwas anderer Form, erwarten dürfen. Dies wird jetzt wenigstens, wie es scheint, auch von offiziöser Seite in der Presse angedeutet. Daß man sich davon in politischen Kreisen im Allgemeinen keinen großen Erfolg verspricht, wurde schon erwähnt. Die Schritte der Regierungen erfolgen etwas spät. Man begreift, daß Preußen als paritätischer Staat, so lange die katholischen Mächte sich zurückhielten, die Initiative in der Sache nicht ergreifen wollte. Doch sollen die diesseitigen Bischöfe schon seit einiger Zeit nicht darüber im Unklaren gewesen sein, welche Aufnahme etwaige Beschlüsse des Conzils, die die Gewissen der Katholiken verwirren und namentlich staatliche Verhältnisse berühren könnten, hier zu Lande naturgemäß finden würden. Was den weiteren Gang der Sache angeht, so läßt sich ziemlich vorhersehen, daß Kardinal Antonelli die Vorstellungen der Regierungen, die vielleicht gleichzeitig, wenn auch individuell erfolgen dürften, in der gewohnten ausweichenden und beschwichtigenden Weise beantworten werde. Ob das Eintreten der Kabinete andererseits, wenn auch nur eine Milderung der Conzilsbeschlüsse selbst bewirken wird, steht dahin. Man gibt sich, wie bemerkt, nach jener Seite keiner allzu lebhaften Erwartung hin.

— Der Bundeskanzler ist von seinem Unwohlsein so weit hergestellt, daß er am Mittwoch oder Donnerstag nach Varzin zu reisen vermag, um dort während der Festtage zu verbleiben. Sein Unwohlsein war nicht die Wiederholung seines früheren Leidens, sondern nur die Folge einer Erkältung.

— Die Nordd. Allg. Ztg. enthält an ihrer Spitze eine überwiegend anerkennende Besprechung der bisherigen Arbeiten der gegenwärtigen Reichstags-Session. Dieselbe schließt: „Den wichtigsten Gegenstand der Reichstags-Verhandlungen bildete das Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund, welches in zweiter Lesung durchberathen worden und größtentheils in Gemäßheit zu den wohldurchdachten Vorschlägen der Bundes-Regierungen angenommen worden ist. Der unbefangene Blick, welcher die Mitglieder des Reichstages bei Berathschlagung über die meisten Bestimmungen der neuen Bundes-Criminalgesetzgebung auszeichnete, darf als ein erfreuliches Zeugniß für das Zunehmen der politischen Reife innerhalb unserer Nation bezeichnet werden. Es steht zu hoffen, daß die Differenzen, welche bei Berathung einiger wichtiger Paragraphen des Strafgesetzbuches zwischen der Reichstags-Majorität und dem Bundesrathe sich zeigten, auch nicht unüberwindlich sein werden. Die Arbeiten des Reichstages wurden von dem Präsidenten Dr. Simson mit gewohnter Sicherheit geleitet; wenn die Sitzungen nicht immer so zahlreich besucht waren, als es wohl wünschenswerth erschien, so haben Zusammenstellungen, die aus liberaler Feder geflossen sind, hinreichend dargethan, daß, wo schwache Frequenz zu constatiren war, wenigstens die conservativen Parteien keine (? nicht die ausschließliche!) Schuld trugen."

— Die Tarifreform, welche dem „Zollbundesrath" vorgelegt worden ist, enthält einleitende Erklärungen, in welchen die Wes. Z. das zollpolitische Programm des gegenwärtigen Finanzministers erblickt. Der Inhalt ist: Nach Hinweis auf das Bedürfniß, die schon früher angestrebten Zollerleichterungen und die Vereinfachung des Tarifs auch jetzt wieder zu verfolgen, wird weiter gesagt, wie das finanzielle Interesse der Vereinsregierungen dringend gebiete „neben der Vereinfachung des Tarifs auch die Kräftigung der finanziellen Grundlage des gesammten Tarifsystems im Auge zu behalten und daher mit Zollermäßigungen und Zollbefreiungen gegenwärtig nicht vorzugehen, wenn nicht gleichzeitig eine Zollerhöhung innerhalb des Kreises der bisher im Verhältniß zu anderen Tarifen mäßig belasteten Finanzartikel eintritt, welche für die durch die Tariferleichterungen der jüngsten Vereinsperiode herbeigeführten Zollausfälle eine allgemeine Deckung in Aussicht stellt. Mit Rücksicht hierauf, und da nicht zu erwarten ist, daß als Zollparlament der bereits zwei Mal abgelehnten Wiedereinführung eines Petroleumszolles nunmehr seine Zustimmung geben werde, empfiehlt es sich, die Tarifreformvorlage zwar auch in der diesjährigen Session des Zollparlaments wieder aufzunehmen, jedoch die Deckung der Ausfälle durch eine Zollerhöhung bei einem Artikel in Vorschlag zu bringen, welcher den speziell gegen den Petroleumzoll herorgehobenen Einwänden nicht unterliegt. Als ein solcher Artikel stellt sich der Kaffee dar" u. s. w. — Im Zollbundesrathe, meint die Wes. Z., werde dieser Vorschlag keinen Widerspruch finden, und die Entscheidung einfach dem Zollparlamente anheim gestellt werden. Die Mehreinnahme aus der Kaffeezollerhöhung würde 1,400,000 Thaler betragen, welcher Summe jedoch wieder gegenüberstehen die aus den gleichzeitig vorgeschlagenen Zollermäßigungen resultirenden Mindereinnahmen im Betrage von 640,319 Thlr. Der Rest von 759,681 Thlr. wird bekanntlich zur Deckung der durch den österreichischen Handelsvertrag verursachten Zollausfälle verrechnet.

— Dem „Zollbundesrath" ist eine Vorlage über die Besteuerung des Stärkesyrups und Stärkezuckers zugegangen. Die Vorlage umfaßt 28 Paragraphen, deren erster lautet: „§. 1. Vom 1. September 1870 ab wird von jedem Zentner nasser (grüner) Stärke, welche zur Bereitung von Syrup oder Zucker verwendet wird, eine Steuer von 25 Sgr. (1 fl. 27½ kr.) und von jedem Zentner der zu gleichem Zwecke verwendeten trockenen Stärke eine Steuer von 1 Thlr. 7½ Sgr. (2 fl. 11¼ kr.) erhoben." Als Motiv für die Besteuerung wird die Konkurrenz angegeben, welche der Stärkezucker und Syrup durch ihre Verwendung bei Wein-, Liqueur- ꝛc. Fabrikation dem Rohr- und Rübenzucker, sowie dem Braumalz bei der Bierbereitung machen. Daraus ergibt sich eine Schmälerung der aus Rübenzucker und Braumalz fließenden Steuereinnahmen und ein nicht zu rechtfertigender Schutz des Stärkezuckers und Syrups. Als Maßstab der Besteuerung ist der Zuckergehalt oder die Süßungsfähigkeit im Verhältniß zum Rübenrohzucker (mit 3 Thlr. 4 Sgr. per Zentner besteuert) angenommen worden. Der Ertrag der neuen Steuer ist auf 200,000 Thlr. veranschlagt. (Im Jahr 1869 wurden 194,625 Ztr. Syrup und 81,836 Ztr. Zucker in 55 Fabriken produzirt.)

Frankfurt, 13. April. In der gestrigen Abendsitzung der Stadtverordneten erklärte der Magistrat die Finanzlage der Stadt als

so günstig, daß sämmtliche projectirte Bauten ohne Anleihe oder andere Belastung des Stadtvermögens durch Verkauf des reichen Immobilienbesitzes gedeckt werden können.

Paris, 12. April. Die Liberté meldet: Der Kaiser erklärte heute dem Chef des linken Centrums, d'Andelarre, neue Concessionen zu machen sei unmöglich und die Aufhebung des Verfassungs-Artikels 13 unstatthaft. — Die Liberté greift in derselben Nummer den Minister Daru an, der gestern Abends wieder seine Demission einreichte, wenn nicht seine Redaktion des Verfassungs-Artikels 13 acceptirt werde. — Buffet beabsichtigt, die zerrissenen Parteien unter seiner Führerschaft zu concentriren. — Die Patrie behauptet, der gestern beschlossene Text des Plebiscits umfasse auch die Erblichkeit der napoleonischen Dynastie, über die der Kaiser noch einmal abstimmen lassen werde.

— Der Abbé Loyson, vormals Pater Hyacinthe, schreibt an die Liberté, um dem Gerüchte zu widersprechen, als sei er ein heimlicher Mitarbeiter an der „Concorde". Er sagt: „Die Sache der Religion und der Freiheit ist mehr wie je die meine, aber es gibt verschiedene Weisen, derselben zu dienen, und ich halte darauf, in dem Stillschweigen zu verharren, welches mein Gewissen mir auferlegt hat beim Beginne der Krisis, welche wir durchmachen."

— In hiesigen clericalen Kreisen circulirt eine kleine in Neapel soeben gedruckte Broschüre unter dem Titel: „Observationes quaedam de infallibilatis Ecclesiae subjecto", welche man allgemein, trotz ihrer gegen die absolute Unfehlbarkeit des Papstthumes gerichteten Schlußfolgerungen, dem Erzbischof von Wien, Cardinal Rauscher, zuschreibt.

Bayonne, 12. April. Einige karlistische Führer sind in Spanien eingedrungen. Man glaubt, eine karlistische Bewegung sei in einzelnen Provinzen bevorstehend.

Rotterdam, 7. April. Gestern, nach heißer viertägiger Debatte hat die erste Kammer das agrarische Gesetz mit 25 gegen 12 Stimmen, also mit sehr ansehnlicher Mehrheit, angenommen. Noch nie waren die Zuschauerräume so besetzt gewesen, als an diesem Tage; alle in Haag anwesenden indischen Beamten und Offiziere waren anwesend, und eine athemlose Stille hatte sich über das Haus gelagert, als zur Abstimmung geschritten wurde. Es handelte sich aber auch um Sein oder Nichtsein des gegenwärtigen liberalen Kabinets, und noch zuletzt ließen die Konservativen alle Minen springen, um das Gesetz zu Fall zu bringen. Dieser Ausschlag hat das Ministerium natürlich gekräftigt und gestärkt, und es ist nunmehr auch an der Genehmigung des nächstens zur Berathung kommenden Zuckerplantagengesetzes nicht mehr zu zweifeln. — Die Zöglinge der Militärakademie sandten an Prinz Peter Bonaparte ein Glückwunschschreiben, worauf letzterer denselben seine Karte als Empfangsbescheinigung schickte. Die Entrüstung darüber ist hier allgemein. „Es sind zwar nur Buben, die dies gethan haben," sagt die Nieuwe Rotterdam'sche Courant, „immerhin aber kann es uns nicht gleichgiltig sein, wenn zukünftige holländische Offiziere sich soweit vergessen können."

London, 12. April. General Sir William Backer, Chef des englisch-indischen Telegraphenwesens, besichtigte heute Mittag die Indo European Telegraphenstation in London. London sprach direkt mit Teheran. Depeschen wurden zwischen London und Teheran in einer Minute, zwischen London und Calcutta in 28 Minuten gewechselt. Zwischen London und Teheran wurde mit dem Siemens'schen Schnellschreiber, auf der übrigen Strecke mit dem gewöhnlichen Morse-Apparat gearbeitet.

— Ein Theil der Londoner Setzer droht wegen eines Streites in Betreff der Lohnsätze mit Arbeitseinstellung. Vor der Hand werden noch Anstrengungen gemacht, die Sache auf gütlichem Wege beizulegen.

Italien. Die Gazetta del Popolo vom 10. April meldet: „Heute Morgen sind die von der Kammer ernannten Commissionen zur Prüfung der ministeriellen Reformvorschläge zusammengetreten und haben ihre Präsidenten und Sekretäre ernannt. Die Commission für die militärischen Angelegenheiten ernannte den General La Marmora zum Präsidenten und den General Bertoleviale zum Sekretär; die Finanzcommission ernannte Minghetti zum Präsidenten und Rudini zum Sekretär; die Commission für die Unterrichtsangelegenheiten Tenca und Mariotti. Die Justizcommission ist noch nicht zusammengetreten.

Rom, 8. April. Es war neulich in einigen Blättern die Rede davon, daß die Regierung die Absicht habe, der alten sogenannten „römischen Legion" eine zweite hinzuzufügen. Man wird vor Allem zu fragen haben, ob die zu erwartende Infallibilität des hl. Vaters den sinkenden Strom der Peterspfennige so schwellen wird, daß eine Vermehrung der Militärausgaben um ungefähr ein Sechstel möglich werden sollte. Gesetzt aber, daß eine solche Erwärmung der katholischen Opferwilligkeit zu den zweifellos zu erwartenden Resultaten der Kirchenversammlung gehöre, so würde einem solchen Projecte gegenüber die Frage nicht zu umgehen sein, ob es als zweckmäßig erscheine, durch eine neue Abtheilung eine Truppe zu vermehren, welche eingestandener Maßen gegebenen Falles durchaus nicht im Stande sein würde, irgend welcher regulären Kriegsmacht Widerstand zu leisten, welche aber für die politischen Polizei- und Wachtdienste, die sie zu besorgen hat, überflüssig stark genug ist. Allerdings kann man nicht wissen, in wie weit solcherlei Bedenken unter den gegenwärtigen Umständen in den hier maßgebenden Kreisen beherzigt werden. Aber daß der Plan, wenn man sich wirklich ernstlich mit seiner Ausführung beschäftigt hat, noch himmelweit von der Realisirung entfernt ist, geht aus dem unläugbaren Umstande hervor, daß weder die jetzt bestehende Legion von Antibes noch irgend welcher der anderen Truppenkörper complet sind, vielmehr das Bedürfniß nach Ausfüllung der vorhandenen Lücken von keiner Seite in Abrede gestellt wird.

— Ein römischer Korrespondent der „Morning-Post" behauptet: Preußen habe durch starke Drohungen die päpstliche Kurie bewogen, aus dem Proömium zu dem Schema de fide die ursprünglich darin enthaltenen Beleidigungen des Protestantismus zu entfernen. In hiesigen politischen Kreisen widerspricht man den Angaben des Korrespondenten über scharfe Kundgebungen, welche der diesseitige Gesandte in Rom an die preußischen Bischöfe und an den Kardinal Antonelli gerichtet habe. Zugleich wird aber versichert, es dürfte der päpstlichen Kurie nicht an Gelegenheit gefehlt haben, sich zu überzeugen, daß die unveränderte Annahme des ursprünglichen Proömiums vielleicht sehr drastische Folgen nach sich gezogen hätte.

Palermo, 13. April. In Sangiorgio wurden 1000 Kartätschen und Material für weitere 20,000 aufgefunden. Die lebhafteste Bewegung herrscht in der Umgebung; die Unabhängigkeitspartei ist hier überaus stark. Es sind Truppen- und Flotten-Verstärkungen hier eingetroffen.

Madrid. Der Proceß gegen den Herzog von Montpensier hat sehr rasch seinen Abschluß gefunden. Gestern versammelte sich das Kriegsgericht, und einige Stunden später war das Straf-Urtheil gesprochen. Dasselbe ist auffallend mild ausgefallen. Nach Artikel 350 des spanischen Strafgesetzbuches hätte der Prinz zu 7—12 Jahren Festungshaft verurtheilt werden können; offenbar aber nahm der Gerichtshof auf den mildernden Artikel 351 Rücksicht, der da bestimmt, daß der Beleidigte (und das war der Herzog von Montpensier), wenn er vom Beleidiger keine Genugthuung hat erlangen können, selbst dann, wenn er seinen Gegner tödtet, nur der Strafe der kleinen Verbannung (auf zehn Meilen Entfernung) verfällt. In der Regel soll diese Verbannung 4 bis 6 Jahre betragen; bei dem Herzog von Montpensier wurde sie auf einen Monat herabgesetzt.

Konstantinopel, 13. April. Die Pforte acceptirt die neue Bestimmung der egyptischen Justizreform-Vorschläge nicht, wonach gemischte Gerichte in Egypten für Processe über Hypothekar-Forderungen und den Besitz von Immobilien zu entscheiden hätten. Da dieses die Hauptbedingung der von Seite Frankreichs betonten Reformen ist, so dürften die ganzen Capitulations-Reformen sich zerschlagen.

In **Warschau** wurde am 30. März die erste Gruppe der zum Verkauf gestellten Staatsbergwerke im Königreiche Polen, bestehend aus den vier im Forstrevier Ilsa gelegenen Etablissements Staranowice, Michalow, Brody und Nietulisko, öffentlich versteigert. Das Meistgebot, für welches der Zuschlag erfolgte, betrug 1,459,475 R.

(1,167,000 R. für die vier Bergwerke und 282,475 R. für die mitverkauften fertigen Fabrikate) und wurde von einer auf Betreiben des Banquiers Baron v. Fränkel in Petersburg gebildeten russischen Gesellschaft, bestehend aus den Herren Gubonin, Potemkin, Rodokonaki u. A., abgegeben. Binnen Kurzem sollen die fünf übrigen Bergwerksgruppen des östlichen und zugleich ein Theil der Bergwerks-Etablissements des westlichen Bezirks öffentlich versteigert werden.

Alexandrien, 12. April. Die russische Regierung hat die Justizreform im Sinne der Vorschläge der internationalen Commission acceptirt, vertagte aber, obschon sie die Nothwendigkeit einer Reform des Strafgerichtswesens vollkommen anerkennt, die formelle Annahme derselben bis zur Vorlage der Proceß-Ordnung. Diese letztere wird ungefähr in vierzehn Tagen ausgearbeitet sein und allen bei der internationalen Commission in Kairo vertretenen Mächten mitgetheilt werden.

New-York, 11. April. Der Prozeß in Sachen der engl. Aktionäre der Eriebahn gegen die Direktoren der Gesellschaft hat begonnen. Die Verklagten werden beschuldigt, sich die ungesetzmäßige Controle der Gesellschaft angemaßt und dieselbe in nicht zu rechtfertigender Weise in ruinirende Verbindlichkeiten verwickelt zu haben. Die Kläger beantragen, die Direktoren bis zur Entscheidung des Prozesses von der Leitung der Geschäfte zu suspendiren. Die Direktoren sind aufgefordert, die Klagebeantwortung bis zum 2. Mai einzubringen.

Bayerische Angelegenheiten.

— Der Vertrag vom 8. Juli 1867, die Fortbauer der Zoll- und Handelsverträge betreffend, bestimmt bekanntlich in Art. 9 § 1, daß die Zollparlamentsabgeordneten der süddeutschen Staaten in derselben Weise wie die Reichstagsmitglieder des Norddeutschen Bundes gewählt werden sollen. Diese gehen aber aus einer Wahl hervor, bei welcher das Wahlrecht an keine Steuerzahlung gebunden ist. Dagegen bestimmt das bayerische Gesetz vom 16. Nov. 1867, die Wahlen der bayerischen Abgeordneten zum deutschen Zollparlament betreffend, in Art. 2, daß zur Wahl nur derjenige berechtigt sei, welcher dem Staate eine directe Steuer entrichte. Es wurde seinerzeit schon im Zollparlament hierüber Beschwerde erhoben, und man ließ dieselbe bekanntlich nur in Folge einer Erklärung des Fürsten Hohenlohe fallen: daß diese Verschiedenheit von der bayerischen Regierung beseitigt werden würde. Wie wir hören, hat nun Fürst Hohenlohe einen dießfälligen Antrag ausgearbeitet und ihn der Kammer der Reichsräthe übergeben.

— In einer der jüngsten Sitzungen des Finanzausschusses sprach, wie bereits mitgetheilt, der Abg. Lukas den Wunsch aus, daß der Druck der Kreisamtsblätter künftig auf dem Wege der Submission vergeben werden möchte, damit es nicht in der Willkür liege, vom politischen Wohlverhalten der Drucker diesen Vertrag abhängig zu machen, wobei Hr. Abg. Diepolder auf die Thatsache als Beispiel hinwies, daß der k. Regierungspräsident in Regensburg der Wittwe, welche seit vielen Jahren das dortige Kreisamtsblatt zur Zufriedenheit gedruckt habe, den Vertrag gekündigt und den Druck dem Verleger des „Regensburger Tagblattes“ zugewendet habe. Die Redaktion des Regensb. Tagbl. gibt nun in ihrer heutigen Nummer die Erklärung ab, „daß das oberpfälzische Kreisamtsblatt wie früher auch heute noch in derselben Offizin gedruckt wird und an dem Beispiel kein Wort auf Wahrheit beruht.“

— Die Regierung von Unterfranken hat sich veranlaßt gesehen, dem katholischen Kuratklerus den altehergebrachten Grundsatz im bayerischen Staate, daß bei Pfarreiverleihungen k. Patronats „vorzügliche Rücksicht“ auf solche Priester solle genommen werden, welche sich auf dem Gebiete der Schule als Distrikts- und Lokalschul-Inspektoren Verdienste erworben haben, erneut ins Gedächtniß zu rufen und zu wünschen, es werde der katholische Seelsorgeklerus sich der so wichtigen Volksschule auch fortan mit solcher Sorgfalt und Liebe hingeben, daß k. Regierung ihm dafür verdiente Berücksichtigung zuwenden könne.

(Dienstesnachrichten.) Durch Finanzministerial-Reskript wurde der k. Förster Aug. Hall von Leyenfels auf Ansuchen auf die Wartei Wachenroth im Forstamte Ebrach versetzt, und die Wartei Leyenfels, k. Forstamts Pegnitz dem beurl. Förster Konr. Werner von Wiesthal übertragen. — Se. Maj. der König hat die erledigte Stelle eines Waaren- und Wechselsensals in München dem Handlungsbuchhalter Heinrich Karl Grau von Bamberg, dermalen in München, verliehen und die kath. Pfarrei Freihalden, Bez.-Amts Günzburg, dem J. Kaufmann, Pfarrer in Modelshausen, Bez.-Amts Wertingen übertragen.

Lokales und Provinzielles.

München, 15. April.

— Se. k. Hoheit der Prinz Otto ist diesen Abend aus Hohenschwangau wieder hier eingetroffen; das Befinden des Prinzen ist, wie man mit Bedauern vernimmt, noch immer kein ganz befriedigendes. — Staatsminister v. Schlör wird sich, gleich anderen Mitgliedern des Zollparlaments, nicht schon zur Eröffnung desselben, sondern erst im Laufe der Sitzungen des Parlaments nach Berlin begeben.

* Wie wir authentisch vernehmen, ist der Redakteur der mit dem 31. März lfd. Js. eingegangenen „Bayrischen Landeszeitung“ Herr Dr. Carl Pöhlmann wegen Preßvergehens vor das am 20. April beginnende Schwurgericht verwiesen worden.

— Heilige Gesangs-Musik strengen Styls in der k. St. Michaels-Hofkirche: Charfreitag 7 Uhr früh Ceremonien: „Popule meus“ von C. Ett, „Vexilla regis“ von Pergolese arrangirt von C. Ett. — Um 3 Uhr Mette. Responsorien rc. von C. Ett. — Abends 7 Uhr Miserere à 4 e più voc. von C. Ett. — In der Allerheiligen-Hofkapelle: Charfreitag Vormittags 10 Uhr. Passio mit Responsorien von Vittoria. Adoramus vierstimmig von Roselli. Popule meus vierstimmig von Vittoria. Vexilla regis, fünfstimmig von Aiblinger. Nachmittags 4 Uhr: Matutin mit Responsorien von Palestrina. Benedictus vierstimmig von Palestrina. Abends halb 8 Uhr: Stabat mater, dreichörig von Palestrina.

(Tagesbericht.) Vor einigen Tagen wurde nächtlicher Weile ein Trompeter des 1. Artillerie-Regimentes, welcher im Gasthaus zur Maximilianskaserne in der Nymphenburgerstrasse mit mehreren Burschen in Streit gerathen war, beim Austritt aus dem Wirthshause von denselben überfallen und durch Schläge und Stiche so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird; die Thäter sind ermittelt und größtentheils verhaftet. — Heute Morgens wurde der ehem. Gendarm J. Gaßner in seiner Wohnung am untern Anger erhängt aufgefunden; der Unglückliche, welcher seit längerer Zeit an einem Augenübel gelitten, welches völlige Erblindung stark befürchten ließ, machte aus Kummer hierüber seinem Leben ein Ende. — Gestern Nachmittag wurde der Schriftsetzer Franz, der Führer der hiesigen Socialdemokraten von der Fraktion Tauscher, wegen Beleidigung der Kammer der Abgeordneten und staatsgefährlicher Aeußerungen, welche Vergehen er sich in unlängst stattgehabten Versammlungen hatte zu Schulden kommen lassen, zu 30tägiger Gefängnißstrafe verurtheilt. — Der Schneiderstrike ist auf dem alten Flecke und wird die Krisis wahrscheinlich erst in nächster Woche eintreten; ein fremder Schneidergehilfe, welcher ungesetzlicher Weise Kameraden zur Niederlegung der Arbeit zu bestimmen suchte, wurde der Polizei vorgeführt. — Ein heute Morgen im Hause Nr. 6 an der Barerstrasse entstandener Brand konnte glücklicher Weise rasch bewältigt werden.

ρ (Aus der Sitzung des Gemeindecollegiums vom 13. April.) Nach einer vom Magistrate vorgelegten Uebersicht des Ganges der städtischen Schuldentilgung im Jahre 1869 beträgt die Gesammtschuldensumme der Gemeinde München 8,450,000 fl. — Das Collegium ertheilt die Zustimmung zu dem Magistratsbeschlusse, daß zur Vorberathung der für den Gasverbrauch der Gemeinde einzuführenden Controle, zur Prüfung des Oktoberfestetates und der an ihm etwa möglichen Ersparungen, wobei indeß eine Hebung des Festes im Auge behalten werden soll, sowie zur Prüfung der Frage, wer für den Rückstand des verstorbenen ehemaligen Obstlers Götz, der mit dem Abbruch des alten Regierungsgebäudes betraut war, haftbar gemacht werden solle, Cumulativcommissionen ernannt werden sollen. — Dr. Winterhalter referirt, daß der II. Bürgermeister v. Widder in der Sitzung des Budgetausschusses wegen der Angelegenheit des Bau-

Assistenten Wimmer erklärt habe, daß nach seiner Ansicht nicht er, sondern der Magistrat für die Auszahlung des Quartalgehaltes verantwortlich sei. Referent dagegen sprach sich dafür aus, daß, wer einen Beschluß vollzieht und kontrasignirt, auch für denselben verantwortlich sei, und daß diese Angelegenheit entschieden werden müsse, da es sich um die Wahrung der Rechte des Collegiums handelt und stellte folgenden modificirten Antrag: Das Collegium protestirt gegen die Auszahlung der 150 fl. an Wimmer, und fordert den Magistrat auf, die Gründe für dieses ungesetzliche Verfahren mitzutheilen, es erklärt, daß ohne seine Zustimmung die Erübrigungen in einer Etatsposition nicht für eine andere verwendet, daß vor Erfüllung aller gesetzlichen Vorbedingungen und vor Zustellung des Dekretes kein Bedienstteter in Funktion und Gehalt eingewiesen und nie eine Vakatur ohne Zustimmung des Gemeindecollegiums besetzt werden dürfe. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. (Schluß folgt.)

Regensburg, 12. April. Der Ausschuß des Regensburger Dombauvereines findet sich veranlaßt, ein kursirendes Gerücht: „es sei der Dombau nun beendet", als unbegründet zu erklären, weil in diesem Jahre erst der innere Ausbau der Thürme vollendet werden kann, und diese noch einiger nothwendiger Gewölbe bedürfen. Ehe diese nicht hergestellt sind, ist an ein Abrüsten oder Höherhängen der Glocken nicht zu denken. Auch die beiden Giebel der Querschiffe sollen während des Baujahres 1870 vollendet werden. Der Ausschuß stellt daher an alle Freunde des Dombaues die dringende Bitte, doch jetzt nicht, wo es für den Bau den größten Nachtheil brächte, fast am Ziele zu ermüden, sondern mit um so größerer Liebe dem Dombau Gaben zu spenden, da die große Aufgabe ihrer völligen Vollendung so nahe gerückt. Mögen daher die Gaben zu diesem erhabenen Werke reichlich fließen, damit der würdige Schluß desselben ermöglicht werde.

— Ein erwerbsfähiges aber arbeitscheues und deßhalb auf dem Bettel herumvagabundirendes Individuum vergalt die ihm von Seite eines Ortsbürgers zu **Altenkundstadt,** den es gleichfalls um ein Almosen anging, erfahrene Ab- und Zurechtweisung sofort mit seinem Stock, indem es dem Angebettelten einige Hiebe über die Hand versetzte. Letzterer war aber auch nicht faul, packte den Vagabunden herzhaft am Kragen und überlieferte ihn dem Bürgermeister zu weitern sachgemäßen Behandlung.

Leutersheim, 10 April. In N. blieb eine Händlerin aus der Rheinpfalz über Nacht. Sie kramte eben ihre Waaren aus und pries diese den anwesenden Gästen an, als der Ortsdiener in die Wirthsstube trat und die Händlerin sogleich mit wichtiger Amtsmiene fragte, ob sie einen Vorweis habe. Die Frau verneinte dies, ließ sich aber in ihrem Handelsgeschäfte nicht stören. Nun wiederholte der Ortsdiener seine Frage und da die Antwort wieder verneinend ausfiel, drohte er mit Arretiren. Unterdessen hatte der Wirth, ein Schalk, eine alte, erloschene Feuerversicherungspolice der Handelsfrau zugeschoben. Als nun der Mann der Polizei zum drittenmal den Vorweis abforderte, wenn er nicht arretiren solle, zog die Pfälzerin die fragliche Police hervor und sagte, weil man ihr gar keine Ruhe lasse, müsse sie eben den Vorweis zeigen; er sei von München ausgestellt. Mit prüfenden Blicken hielt der Ortsdiener das Papier in den Händen; da er aber nicht lesen konnte, so genügte ihm schon das Wort „München" und er erklärte, die Händlerin könne passiren, indem der Vorweis in Ordnung sei, nur müsse er sich für die Zukunft jede Hinhalterei ernstlichst verbitten.

Bei einer in der Nähe **Würzburgs** stattgefundenen Holz-Versteigerung kostete Eichen-Werkholz 60 fl., Buchen-Scheitholz 28 fl., Knorzholz 22—23 fl., Prügelholz 24 fl., Stockholz 13 fl. die Klafter.

Kempten, 13. April. In der nahen Aumühle verunglückte der Holzschleifer Reichel, Vater von drei Kindern, gestern Nachmittag dadurch, daß er die linke Hand in einen Treibriemen brachte, wodurch ihm dieselbe völlig aus dem Gelenke gedreht wurde, so daß sie gestern amputirt werden mußte.

Kempten, 13. April. Nach umlaufenden Gerüchten soll im Herbste auch das dahier garnisonirende k. 1. Jägerbataillon verlegt werden, und zwar wie man vermuthet, wegen unzureichenden Schießplatzes; es dürfte dann Kempten vielleicht längere Zeit ohne eine Garnison bleiben.

Gerichtssaal.

Wien, 12. April. So seltsam es klingt, daß Jemand aus Angst vor einer Operation eine Majestätsbeleidigung ausstößt — heute kam ein solcher Fall zur Verhandlung. Im allgemeinen Krankenhause befand sich ein Taglöhner, Namens Joseph Weiß. Professor Sigmund, auf dessen Abtheilung der Patient lag, wollte an demselben eine ungefährliche Operation vornehmen. Der Leidende aber hatte Angst, und als man ohne Rücksicht auf dessen Bedenken zur Operation schreiten wollte, stieß Weiß Schmähungen gegen Professor Sigmund, gegen die Verwaltung des Krankenhauses und endlich auch gegen Se. Maj. den Kaiser aus. Da die Operation nur zur Beschleunigung der Heilung dienen sollte, wurde sie bei dem Widerstande des Patienten wirklich unterlassen. Als Weiß aber genesen war, wurde er wegen Verbrechens der Majestätsbeleidigung in Untersuchung gezogen, und er erhielt heute Gelegenheit, seine Reconvalescenz unter allerdings sehr sorgfältiger Aufsicht zuzubringen. Der Staatsanwalt beantragte die Verurtheilung des Angeklagten zu acht Monaten Kerkers. Der Gerichtshof erklärte den Angeklagten schuldig und setzte die Strafe auf 3 Monate Kerker herab.

Handel und Verkehr.

— Aus der Montags-Sitzung der oberbayr. Handels- und Gewerbekammer theilen wir als für weitere Kreise bemerkenswerth Folgendes mit. Bekanntlich beabsichtigt nach dem der Abgeordneten-Kammer vorgelegten Entwurfe eines neuen Tax- und Stempelgesetzes die Staatsregierung in Bayern die Wechselstempelsteuer einzuführen, und ist auch, dem auf 60 Millionen veranschlagten Wechselverkehr entsprechend, ein Ertrag dieser Stempelsteuer zu 30,000 fl. per Jahr in dem Budget für die X. Finanzperiode bereits vorgesehen. Aus diesem Anlaß wurde nun in der genannten Handelskammer hervorgehoben, es bestehe bis jetzt ein Wechselstempel im ganzen deutschen Süden nicht, und wende deßhalb der Wechselverkehr sich mehr aus dem Norden nach dem Süden, als umgekehrt; ferner sei, solange der Wechselstempel in Stuttgart und Carlsruhe nicht bestehe, zu befürchten, daß der Wechselverkehr, wenn der Stempel bei uns eingeführt werde, sich vorzugsweise dorthin ziehen werde, und endlich würden die Beschwerlichkeiten und Vexationen, welchen der Wechselverkehr durch den Stempel unterworfen würde, durch das geringe Erträgniß von 30,000 fl. nicht aufgewogen werden. Aus diesen Gründen will die Kammer nach genauerer Prüfung des fraglichen Gesetzentwurfes durch eine zu diesem Behufe gewählte besondere Commission eine Vorstellung an die Kammer der Abgeordneten richten, dahin gehend, daß von der sofortigen Einführung des Wechselstempels Umgang genommen werde, und werden die Handelskammern der anderen Provinzen zu gleichen Schritten eingeladen.

— Nach der vom Centralbureau des deutschen Zollvereins aufgestellten provisorischen Abrechnung über die gemeinschaftliche Einnahme an Rübenzuckersteuer für die Betriebsperiode vom 1. September bis 31. Dezember 1869 sind in sämmtlichen Zollvereinsstaaten 296 Runkelrübenzucker-Fabriken im Betriebe gewesen und von denselben überhaupt 33,013,708 Runkelrüben verarbeitet worden. Die hiervon aufgekommene Brutto-Einnahme belief sich auf 8,803,662 Thl., während nach Abzug der Verwaltungskosten und der für ausgeführten Rübenzucker gezahlten Bonifikationen 8,244,077 Thl. zur gemeinschaftlichen Theilung gestellt worden sind und zwar von den zum Norddeutschen Bunde gehörenden Staaten 7,897,899 Thaler, von Bayern 55,967 Thl., von Württemberg 221,107 Thl., von Baden 60,803 Thl. und von Luxemberg 8301 Thl. Nach Maßgabe ihrer Bevölkerung betragen die Antheile der einzelnen Staaten hieran: für den Norddeutschen Bund 6,349,148 Thl., Bayern 1,038,966 Thl., Württemberg 382,776 Thl., Baden 308,547 Thl., Hessen südlich vom Main 121,602 Thl. und Luxemburg 43,038 Thl. Die Einnahmen der süddeutschen Staaten und Luxemburgs sind sonach hinter den An-

theilen, die sie zu beanspruchen haben, erheblich zurückgeblieben und hat für Ausgleichung der vorkommenden Differenzen der Norddeutsche Bund von seinen Einnahmen überhaupt 1,548,751 Thl. an die gedachten Staaten herauszuzahlen.

Feuilleton.

Feldmarschall Freiherr v. Heß.

Wien, 13. April. FM. Freiherr v. Heß ist heute um 4 Uhr Morgens gestorben. Heinrich Freiherr v. Heß war der Sohn des k. k. Regierungsrathes Franz Joseph Ritter v. Heß und wurde am 17. März 1788 zu Wien geboren. Am 24. Dezember 1805 trat er als Fähnrich in ein Infanterie-Regiment, ward aber bald dem Generalquartiermeisterstabe zugetheilt, zu trigonometrischen Arbeiten verwendet und 1809 als Oberlieutenant definitiv in denselben versetzt. Nachdem er sich bei Aspern und Wagram unter den Augen des Erzherzogs Karl ausgezeichnet, wurde er am 26. Juli 1809 zum Capitän in des Erzherzogs eigenem Regimente (Nr. 3) befördert. Am 1. April 1813 kam er als Hauptmann wieder in den Generalstab und wurde dem General Bubna bei seiner Mission nach Dresden beigegeben. Für seine in der Schlacht bei Leipzig bewiesene Tapferkeit erhielt er das Ritterkreuz des Leopold-Ordens. 1814 kämpfte er im französischen Süden; 1815 arbeitete er im Hauptquartiere und avancirte, nachdem der Krieg beendet war, zum Major im Generalstabe. Am 1. Juli 1817 übernahm er das Commando eines Infanterie-Bataillons und rückte am 12. Juli 1822 zum Oberstlieutenant vor. 1821 bis 1823 finden wir ihn als Militär-Truppen-Commissär der österreichischen Besatzungstruppen in Turin, später wieder an der Spitze eines Bataillons im Regimente Gyulai. Zwei Jahre (1829—1831) commandirte Heß als Oberst das 2. Infanterie-Regiment. Am 22. Mai 1831 wurde er zum Chef des Generalstabes der mobilen Armee in Ober-Italien ernannt. Als solcher erwarb er sich bald im höchsten Grade das Vertrauen Radetzky's und hatte nach dessen Ideen die ihrerzeit viel besprochene „Feld-Instruction" und „Manövrir-Instruction" auszuarbeiten, durch deren Einführung die österreichische Armee an Beweglichkeit und Manövrir-Tüchtigkeit gewann. 1834 wurde Heß Generalmajor und Truppen-Brigadier in Mähren. Am 16. Oktober 1842 rückte er zum Feldmarschall-Lieutenant vor, im nächsten Jahre ward er Inhaber des 49. Infanterie-Regiments. Die wichtigsten Dienste leistete Heß dem Kaiserstaate durch seine erfolgreiche Thätigkeit im italienischen Kriege von 1848 und 1849. Er entwarf nämlich als Generalquartiermeister der Armee in Italien an Radetzky's Seite die glücklichen Operations-Pläne, welche in kurzer Zeit den Oesterreichern den Sieg verschafften. Am 13. Juli 1848 wurde Heß in Anerkennung seiner Verdienste zum Feldzeugmeister, am 19. August 1848 zum Ritter des Maria-Theresien-Ordens ernannt und bald darauf in den Freiherrnstand erhoben. Am 9. April 1849 wurde er überdies mit dem Großkreuze des Leopold- und am 26. März 1850 mit dem Commandeurkreuze des Maria-Theresien-Ordens ausgezeichnet. Außerdem wurde er Geheimrath und Chef des Generalquartiermeisterstabes der gesammten Armee. Während des orientalienischen Krieges stand Heß als Oberbefehlshaber an der Spitze des Observations-Corps in Galizien, Ungarn und Siebenbürgen; 1855 trat er wieder in seine frühere Stellung als Chef des General-Quartiermeisterstabes zurück. Ende Mai 1859 zur Armee nach Italien entsendet, schloß er am 8. Juli mit den Franzosen den Waffenstillstand von Villafranca, wurde am 12. Juli zum Feldmarschall befördert und mit dem Obercommando der österreichischen Armee in Italien betraut. Seit 31. Januar 1860 war er Hauptmann der Trabanten-Leibgarde und der Hofburgwache in Wien, seit 18. April 1861 lebenslängliches Mitglied des Herrenhauses und seit 1862 Kanzler des Leopolbordens. Außerdem war er auch Mitglied der Commission zur Controle der Staatsschuld. Im Februar 1867 und Ende 1869 erkrankte der Marschall so gefährlich, daß man eine Zeit lang große Besorgnisse für sein Leben hegte.

Morgen Vormittags wird die Leiche conservirt und um 1 Uhr Mittags aufgebahrt. Das Leichenbegängniß findet Sonntag Nachmittags durch die Entreprise des pompes funèbres statt. Die Leiche wird in der St. Stephanskirche durch den langjährigen Freun[d] Gewissensrath des Verstorbenen, den Abt Helferstorfer, und den [...] superior eingesegnet und dann auf dem Währinger Ortsfriedhofe [...] nochmaliger Einsegnung durch drei Priester in der Familiengru[ft] Heß-Dillern bestattet.

Neues über Ergrünen und Erbleichen der Pflanze.

(Schluß.) Ein jüngst von Prillieux angestelltes Experiment [...] den weit günstigeren Einfluß mittlerer Lichtintensitäten gegenüber [...] großen Lichtstärken auf das Ergrünen bleicher Pflanzenorgane. [Mit]telst eines Heliostaten wurde Sonnenlicht in einen völlig verfin[sterten] Raum geleitet und durch eine Linse concentrirt. Der aus der [...] austretende Lichtkegel hatte eine Länge von mehr als drei Kla[ftern]. In nahezu gleichen Entfernungen von einander wurden fünf [...] Gerstenkeime in den Lichtraum gebracht und der Versuch so eingeri[chtet], daß bis auf den Lichteinfluß sämmtliche Vegetationsbedingungen [...] alle Keime die gleichen waren und keiner der Keimlinge den ander[n] beschattete. Der Versuch dauerte durch fünf Stunden. Der im hellsten Theile des Lichtraumes befindliche Keim ergrünte nicht, wohl aber [die] vier übrigen, die im mittleren Raume des Lichtkegels stehenden Kei[m]linge stärker als die, welche im breiten, lichtschwächsten Theile [des] Lichtraumes standen.

Von hohem Interesse sind die Beobachtungen, welche vor [...] Zeit G. Kraus über die Gestaltveränderungen erbleichter Pflanzentheile anstellte. An jedem bleichen oder entbleichten Triebe einer unter nor[]malen Verhältnissen grünen Pflanze fällt sofort auf, daß die Steng[el] außerordentlich verlängert, hingegen die Blätter verkümmert sind. Ein und dieselbe Ursache, der Lichtmangel, bringt hier zwei äußerlich ent[]gegengesetzte Wirkungen hervor. Die Verkümmerung der Blätter er[]bleichter Triebe hat ihren näheren Grund in der unterdrückten Chloro[]phyllbildung. Wie schon oben erwähnt wurde, ist eine bestimmte Hel[]ligkeit nothwendig, damit ein Protoplasmakörper ergrüne, eine weiten Helligkeitssteigerung ist erforderlich, daß in den Chlorophyllkörpern sich Stärke bilde. Es ist mithin leicht einzusehen, daß in bleichen oder erbleichten Pflanzentheilen keine Stärke entstehen könne. Da aber dieser Stoff das Materiale zum Ausbaue des Blattes bildet, so kann die Verkümmerung der Blätter an erbleichten Trieben nicht weiter be[]fremden. Sehr scharfsinnig ist die Erklärung, welche Kraus für das Zustandekommen der überverlängerten Stengel erbleichter Triebe gegeben hat. Vor Allem ist hervorzuheben, daß die Gewebe solcher Stengel aus zartrandigen Zellen bestehen, wie die Gewebe junger Pflanzentheile. Blätter und Stengel erbleichter Organe stimmen in dieser Beziehung gänzlich überein. Starre, verholzte Gewebe sucht man in erbleichten Pflanzentheilen vergebens. Es sind dies aber gerade jene Bestand[]theile, welche dem Längenwachsthum der Stengel eine Grenze setzen. Das Markgewebe der Stengel entwickelt sich nur so lange, bis ein[e] Verholzung der Gefäßbündel (Nerven) eintritt. Das sich entwickelnd[e] Mark der Stengel hat aber, wie schon länger bekannt ist, eine höch[st] merkwürdige Eigenschaft und bildet in Betreff der letzteren gewisser[]maßen einen Gegensatz zur wachsenden Oberhaut der Gewächse. Wäh[]rend nämlich das Mark spannend auf seine Umgebung wirkt, ist d[ie] Oberhaut spannungsfähig und wird in der That das Mark gespann[t]. Nimmt man aus irgend einem grünen Pflanzenstengel ein Stück Ma[rk] heraus, so verlängert es sich, von den umgebenden Geweben abg[e]trennt, sogleich; zieht man hingegen von demselben Pflanzentheile ei[n] Stück der Oberhaupt herunter, so verkürzt es sich. Es ist mithin leic[ht] zu begreifen, daß das wachsende Mark einen streckenden Einfluß au[f] einen wachsenden Stengel ausüben muß, ein Einfluß, der erst dur[ch] die Entwicklung starrer verholzter Gewebe begrenzt wird. Da dies[es] Hinderniß in bleichen Stengeln nicht vorhanden ist, so entwickelt [sich] das Mark fort und fort und streckt die Stengel in die Länge. D[aß] die Spannkraft des Markes in bleichen Pflanzentheilen wirklich [zur] Streckung der Stengelglieder verwendet wird, geht wohl zur Genü[ge] aus drr Thatsache hervor, daß das Mark an den Stellen, wo [es] wächst, stark gespannt ist, nicht aber an denjenigen Partien, wel[che]

on aufs Aeußerste gestreckt sind. Hier wurde die dem Marke inne- ohnende Kraft zur Streckung des Organes ausgebraucht.

Vermischtes.

Wien. Im vorigen Monate wurde ein von einem Dänen, Hrn. dolph Reissler, erfundenes Hinterladnngs-Gewehr auf der hiesigen Ar- ial-Schießstätte der kommissionellen Erprobung unterzogen, welche, wie Wehrzeitung berichtet, sehr gute Resultate ergab. Zuerst wurde s Gewehr tormentirt, indem ein Schuß mit doppeltem Geschosse und rmaler Ladung abgegeben wurde; hierauf wurde auf eine Distanz n 300 und 600 Schritten auf die Scheibe geschossen. Auf erstere istanz wurden 20, auf letztere 30 Schüsse abgegeben. Eine größere nzahl von Schüssen hielt die Kommission nicht für nöthig, da die uf-Construktion und die Munition dem bei uns in Verwendung ste- nden Gewehre mit Werndl-Verschluß ganz gleich sind. Nach Been- gung des Zielschießens machte der Erfinder selbst drei Schnellfeuer d gab beim ersten 22, beim zweiten 25 und beim dritten 26 chüsse in der Minute ab, ein jedenfalls sehr bedeutendes Resultat, s für die Einfachheit des Verschlußmechanismus spricht, welcher dem eabody-System ähnlich ist. Im Ganzen wurden 124 Schüsse abge- uert, wobei der Mechanismus des Gewehres anstandslos functionirte. as Gewehr wurde hierauf zerlegt, wobei es sich zeigte, daß die Be- andtheile (18 an der Zahl) durch das Schießen in keiner Weise ge- tten hatten. Das Gewehr wiegt nur $7\frac{1}{2}$ Pfund. Der Versuch nd, wie üblich, auf Ansuchen des Erfinders statt.

[Die Luft und ihre Einwirkung auf Wunden.] Prof. yndall, dessen Vortrag über das Vorhandensein von Krankheitskeimen der atmosphärischen Luft in der wissenschaftlichen Welt viel Auf- hen erregt hat, stellt in einer Zuschrift an die Times einen neuen eweis für seine Theorie auf. Dieser beruht auf der von Professor ith in Edinburg und anderen Chirurgen gemachten Erfahrung, daß, enn ein Lungenflügel durch die Spitze einer nach einwärts gedrückten nd gebrochenen Rippe verletzt wird, nie Eiterung eintritt, trotzdem die uft aus der Brusthöhle mit dem Blute in Berührung kommt. Das klärt sich einfach daraus, weil diese Luft durch den Athmungsprozeß er Lungen bereits vollständig gereinigt sei. Daraus zieht er den chluß, daß nicht die reine atmosphärische Luft, sondern die mit Krank- eitskeimen es sei, vor deren Zutritt zu offenen Wunden oder Geschwü- en der Arzt sich zu hüten habe. Die praktische Anwendung hievon t bereits von dem oben genannten Professor und zwar mit gutem Er- olge gemacht worden. Er bedeckt die Wunden seiner Patienten mit orgfältig gereinigter Baumwolle, nachdem er die Wunde selbst auf as allerbeste gereinigt hat, und gestattet dadurch nur vollkommen pu- ificirter Luft den Zutritt, durch welche der Heilungsprozeß beschleu- igt wird.

(Kampf zwischen Klapperschlange und Ratte.) Eine Klapperschlange, so erzählt die Prov.-Ztg., von circa fünf Fuß Länge vurde vor etwa vierzehn Tagen mit einem der Lloyddampfer von Neworleans zu Bremerhaven eingebracht, ging in Privatbesitz über und wurde in einem vergitterten Kasten auf das Sorgsamste gepflegt. Man glaubte das Thier füttern zu müssen und setzte deßhalb eine Ratte mit n den Kasten, in der Voraussetzung, die Schlange werde sich darüber ermachen und dieselbe verschlingen. Lauernd saß die Ratte in einer Ecke des Kastens, die Schlange scharf beobachtend, während diese sich uf die Ratte stürzte und sie mehreremal so heftig biß, daß das Thier aut aufschrie. Am zweiten und dritten Tage versuchte die Ratte oft- mals einen Angriff auf die Schlange, wurde jedoch von dieser jedes Mal wüthend in ihre Ecke zurückgetrieben. Am vierten Tage fund man Morgens die Schlange todt im Kasten liegen; der Kopf war total zerfleischt und der Körper von der Ratte, welche jetzt lustig im Kasten umhersprang, angenagt.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 14. April. Die „Tages-Presse“ erfährt von „be- währter Seite“ über das Programm des neuen Kabinetes: So- bald die Elaborate betreffs der Concessionen an Galizien und der Erweiterung der Autonomie der übrigen Länder und der Parla- ments-Reform auf der liberalsten Grundlage der direkten Wahlen fertig sind, und vom Kaiser die Genehmigung erhalten haben, gedenkt die Regierung die Führer aller Parteien zu einer Con- ferenz einzuberufen, und derselben Entwürfe vorzulegen. Nur im Falle einer Nichtverständigung wird die Regierung die Landtage und den Reichsrath auflösen, und an die Völker appelliren.

Paris, 13. April. Sitzung des gesetzgebenden Körpers. Ollivier verlangt, daß die Kammer bis Donnerstag nach der Volks- abstimmung vertagt werde. Jules Favre sagt, eine Vertagung der Kammer würde gleichbedeutend mit einer Abdankung derselben sein. Kein Ministerium dürfe ein Ministerium der Beunruhigung und der Unfruchtbarkeit sein. Ollivier vertheidigt die Cabinets- politik, er beruft sich auf die in drei Monaten vollzogene liberale Umgestaltung, und sagt: „Das Land und die Geschichte werden es uns bezeugen.“ (Beifall). Jules Favre besteht darauf, eine Er- klärung der Gründe, welche Daru zum Rücktritte bewogen haben, zu fordern. Der Vorschlag, die Kammer zu vertagen, wurde mit 193 gegen 6 Stimmen angenommen. Die Vertagung beginnt heute.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 14. April. (Schlussc.)

Wechsel auf London	$119\frac{7}{8}$	Oest.-franz. Staatsbahn	$371\frac{1}{2}$
„ „ Paris	$95\frac{1}{8}$	Bayr. Ostbahn-Actien	$119\frac{3}{8}$
„ „ Wien	$96\frac{1}{4}$	Elisabeth-Prior. I. Em.	$77\frac{1}{4}$
5 proc. bayr. Anleihe	101	4% bayer. Prämien-Anl.	106
$4\frac{1}{2}$ „ „ „	$91\frac{7}{8}$	Bad. Präm.-Anleihe	$103\frac{5}{8}$
4 „ „ Grundrente		Oesterr. Loose v. 1860	$78\frac{1}{2}$
4 „ „ Obligat.	$85\frac{1}{4}$	„ Loose v. 1864	$115\frac{1}{2}$
5 proc. österr. Metall., engl.	——	Alsenzbahn	
5 „ „ National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	$67\frac{7}{8}$
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	$197\frac{1}{4}$
1882er Amerikaner	95	Napoleons	$9.30\frac{1}{2}$
Oesterr. Bank-Actien	680	Rente Silber $57\frac{7}{8}$, Pap. 49	
Credit-Actien	$263\frac{7}{8}$	flau. Handelsbank	99

Berlin 14. April (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	$45\frac{7}{8}$	Lombarden	$112\frac{5}{8}$
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	$105\frac{1}{2}$	Italienische Anleihe	$54\frac{3}{4}$
$4\frac{1}{2}$ „ „ Anleihe	—	1882er amerikanische Bonds	96
Bad. Prämien-Anleihe	$104\frac{3}{8}$	5 proc. preuss. Anleihe	$101\frac{1}{2}$
Darmstädter Actien	$127\frac{3}{4}$	$4\frac{1}{2}$ „ „ „	$91\frac{5}{8}$
Oesterr. Credit-Actien	151	Wechsel auf Augsburg	56.22
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	$214\frac{1}{4}$	„ „ Frankfurt	56.24
Staatsbahn-Prioritäten	$291\frac{1}{2}$	„ „ London	6 24
Oest. fl. 500 Loose von 1860	$78\frac{1}{2}$	„ „ Paris	$81\frac{1}{12}$
„ fl. 100 Loose von 1864	$66\frac{1}{2}$	„ „ Wien	$82\frac{5}{8}$
5 proc. östr. National-Anl.	——		
		matt.	

Wien, 14. April. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	69.70	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	96.50	Steuerfr. Metall. on 1864	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	—.—	Napoleons	9.87
Oesterr. Bank-Actien	724.—	Wechsel auf Augsburg	102.50
„ Credit-Actien	254.80	„ „ London	123.60
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	389.—	„ „ Paris	48 95
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	„ „ Frankfurt a. M.	102.60
„ „ Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	204.40
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 320.75 Pap.-R.	60.50

New-York, den 13. April. Gold $112\frac{1}{8}$. Wechsel in Gold $108\frac{3}{4}$. Bonds per 1882 $111\frac{7}{8}$. Baumwolle $23\frac{1}{4}$. Petroleum $25\frac{5}{8}$.

Liverpool, den 13. April. Schlussbericht. Heutiger Umsatz 8,000. Orleans $11\frac{1}{2}$. Middling amerikanische $11\frac{1}{4}$. Fair dhollerah $9\frac{1}{2}$. Middling fair dhollerah $9\frac{1}{4}$. Good middling dhollerh 9. Fair Bengal $8\frac{1}{8}$. Fair Omra $9\frac{5}{8}$. Pernam $11\frac{3}{4}$. Smyrna $10\frac{1}{8}$. Fgyptian $12\frac{1}{4}$. Amerik. per März-April —. Dhollerah per Mai —. Omra 10 Tages-Import 5915 davon Ostindische 2702 Tendenz: ruhig.

Manchester, 12. April. (Garnmarkt.) 12er Water Rylands $11\frac{3}{4}$ 12er Water Taylor $12\frac{3}{4}$. 20er Water Mycholls 15. 30er Water Gidlow $15\frac{7}{8}$. 30er Water Clayton $16\frac{1}{4}$. 40er Mule Mayoll $15\frac{1}{8}$. 40er. Medio Wilkinson $17\frac{1}{4}$. 36er Warpcops Qualität Rowland $16\frac{1}{2}$. 40er Double Weston $16\frac{1}{2}$. 60er Double Weston $19\frac{1}{4}$. Printers $\frac{16}{16}$ $\frac{24}{50}$ $8\frac{1}{2}$ Pfd. $142\frac{1}{2}$. Mässiges Geschäft, feste Preise.

Curse des Münchener Handelsvereins vom 14. April 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. 3½% Obl.	fl. 1000	81½	
4% ganz. Obl.	1000	86¼	
4% halbj. Obl.	1000	85¼	
4% Grundr.-Obl.	1000	86¾	
4½% ganzj. Obl.	1000	92	
4½% halbj. Obl.	1000	92	
4½% „ Milit. „	1000	92	
5% Obl.	1000	101¾	
4% Münch. Obl.	1000		
5% „ „	1000	101⅛	
4½% Ostbahn-Aktien .		119¾	
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung . .		86¾	
dto. volle		86¾	
Pfdbr. d. bayer. Hyp.- u. W.-Bank	à fl. 1000	90½	90⅛
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.		100	99⅞
„ Aktien „		823	823
Bayer. Handelsbank-Act.		98	
„ Vereinsbank . .		119½	
Württemberg. 4½% Obl. . . .		91¼	
Oesterreich 4⅕% Silb.-Rte. 6/7		57½	
„ Pap.-Rte „			
5% Nation.-Anl. . 6/8			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à 116⅔			
5% Met. Stfr. v. 1866 6/7			
Oest. Bank-Aktie . .			
„ Cred.-Aktien . .		263	262¼
Oest.-franz. Stsb.-Aktien .			

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb. „	200½	139
Preußen. 4½% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. 2½	95¼	95
„ 1884 „		
„ 1885 „		
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	105½	105
4% Bad. „ „	104½	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	6½	
Pappenheimer dto.	5¾	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose . .	18½	18¼
Oester. 1854er Loose à fl. 250 4/8		
„ 1860er „ à fl. 500 6/7		
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred. Loose . . .		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		330
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		124
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor .	95	
Chemische Fabrik Heufeld		76
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn . . .		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn . .		
„ Siebenbürger Bahn		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. I. Em. 6/7	77½	
dto. II. „ „		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn „	77¾	

	Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn „	79	
„ Siebenbürger Bahn „		
„ d. Böhm. Westbahn „		
„ Allföld Fiumander Bahn „	76½	
Wechsel.		
Amsterdam fl. 100 holl. K. S.	100¾	
L. S.	100¾	
Augsburg fl. 100 . . . K. S.		
L. S.	100	
Berlin Rthlr. 60 . . K. S.	105	
L. S.	105	
Frankfurt fl. 100 . . . K. S.	100	
L. S.	100	
Hamburg M.-B. 100 . . K. S.	88¾	
L. S.		
Leipzig Rthlr. 60 . . K. S.	105	
L. S.	105	
London Pfdst. 10 . . . K. S.	120	
L. S.	120	
Paris Fr. 200 . . . K. S.	95	94⅞
L. S.	95	
Wien fl. 100 . . K. S.	96⅜	96⅛
L. S.		
Bank-Disconto für Platz-Wechsel . .		
„ „ Lombard. . .		
Geldsorten.		
Preuß. Friedrichsd'or	9.59	9.58
20 Francs Stücke	9.30½	9.29½
Preuß. Cassen-Scheine	105⅛	104⅞
Oest. Banknoten	96⅜	96⅛

Gestorbene.

Am 11. April. Bähr Maria, Dompfarrmeßnersfrau v. h., 44 J. — Grashey Wilh., Apothekersfrau v. Roggenburg, 22 J.

Am 12. April. Albrecht Franz, Kartenmachergehilfe v. Innsbruck, 48 J. — Bachmayr Maria, Stadtmusikerswittwe v. Allersberg, 74 J. — Brunner Maria, Köchin von Rieb, 26 J. — Hartl Karoline, ehem. Obsthändlerin v. h., 42 J. — Narr Walb., Hallverwalterswittwe v. Lengfurt, 75 J.

Verlag u. Redaktion von **Karl Kellerbauer.** — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr: Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnementspreis beträgt jährlich vier, per Quartal **Ein Gulden.**

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Samstag, den 15. April 1870. **Nr. 105.**

Politische Tagesübersicht.

Stuttgart, 11. April. Der „Beobachter" ist in den Stand gesetzt, folgendes vertrauliche Rundschreiben des Justiz-Ministers, d. d. 1. April, mitzutheilen: Ew. Hochwohlgeboren ist die von einigen Wenigen ins Werk gesetzte und mit Hülfe der Volksvereine über das Land verbreitete Agitation gegen das Kriegsdienstgesetz nicht unbekannt geblieben. Eine Fortsetzung oder Wiederholung dieses Mittels, auf die zur Vertretung und zur Verwirklichung des Volkswillens verfassungsmäßig berufenen Organe einen Druck einseitig bearbeiteter Massen auszuüben, ist wahrscheinlich. Solchem Treiben durch Belehrung und Abmahnung nach Kräften entgegenzutreten, müssen alle Freunde der gesetzlichen Ordnung sich berufen fühlen. Insbesondere von öffentlichen Dienern darf dies wohl erwartet werden, und ich gebe mich der Hoffnung hin, daß Ew. Hochwohlgeboren, so weit Ihre, eine gewisse Zurückhaltung in politischen Dingen mit sich bringende richterliche Stellung es zuläßt, die Bestrebungen der übrigen Bezirksbeamten nach Thunlichkeit zu unterstützen und in diesem Sinne auch auf die Ihnen untergebenen Beamten einzuwirken Sich angelegen sein lassen werden. Für briefliche Mittheilungen über die Stimmung Ihres Bezirkes und die als angemessen scheinenden Mittel, auf dieselbe einzuwirken, werde ich dankbar sein. Hochachtungsvoll &c.

Wien, 13. April. Der schon lange drohende Strike der Bäckergesellen ist jetzt für den Osterdienstag bestimmt angemeldet. Die Kündigungen sind erfolgt. Die Gesellen verlangen neben einer Reihe anderer Zugeständnisse vor allen Dingen eine Betheiligung (mit 10 Proc.) am Reingewinn der Meister. Die Meister haben sich bereits mit einer Darlegung der Verhältnisse an die Oeffentlichkeit gewendet, der Magistrat hat an die Gesellen eine sehr ernste Warnung ergehen lassen, und das Kriegsministerium hat zur einstweiligen Aushülfe alle Militärbäcker, sowie die in den hiesigen Regimentern dienenden Bäcker zur Verfügung gestellt.

Wien, 14. April. Im amtlichen Blatte liegt heute außer der Anzeige, daß der Minister-Präsident Graf Potocki und Ex-Minister Dr. Berger die Geheimrathswürde erhalten haben, nichts vor, was sich auch nur im Geringsten auf die politische Situation bezieht. Die publicistische Aufnahme, welche heute das neue Ministerium bei den Wiener Blättern findet, ist eine entschieden schlechte, nicht blos bei den Organen der Verfassungspartei, sondern fast noch mehr bei den Zeitungen gegnerischer Richtung, die sich wenigstens für diesen Einen Tag die Maske der Enttäuschung vor's Gesicht halten. Die mildeste Auffassung ist, dieses Potocki'sche Ministerium als eine Ausgeburt der Noth zu entschuldigen. Ueber die nächsten Maßnahmen des Rumpfministeriums lauten die Angaben sehr verworren. Während bisher Auflösung des Reichsrathes und der Landtage das Schlagwort war, heißt es nun, das sei noch gar nicht ausgemacht, sondern man gedenke nur in Böhmen, Mähren und Galizien Neuwahlen auszuschreiben. Eine andere Version liegt in der „Tagespresse" vor, die ein angeblich Potocki'sches Actionsprogramm mittheilt, dessen Inhalt schon ein Telegramm unseres gestrigen Blattes gab. Inzwischen heißt es (siehe Prag), daß Graf Clam-Martinitz bereits zum Statthalter von Böhmen designirt ist. Das wäre ein klareres Programm als alles Andere.

Prag, 13. April. Erzherzog Karl Ludwig geht demnächst nach Karlsbad, um dort den Kronprinzen von Preußen zu erwarten. Mit den Führern der Czechen soll angeblich ein hiesiger hoher Beamter Unterhandlungen einleiten.

Prag, 14. April. Nach dem „Tagesboten" wird Clam-Martinitz Statthalter von Böhmen. Die Landtage sollen im Juni, der Reichsrath ad hoc im Juli tagen. Narodni Listy meinen, die Ausgleichsverhandlungen mit der böhmischen Nation können im Reichsrathe nicht geführt werden, ihnen müsse die Krönung vorangehen, über die der General-Landtag der böhmischen Kronländer unterhandeln müsse.

Berlin, 13. April. Die Kreuzz. erklärt die Zeitungsnachricht von einem in Ems bevorstehenden Fürstenkongreß als der Begründung entbehrend. (Ein phantasiereicher Berliner Corresp. hatte von einem verabredeten gemeinschaftlichen Aufenthalt des Königs von Preußen und des Kaisers von Rußland in Ems zu erzählen gewußt, ferner, daß der König von Bayern gelegentlich einer Rundreise an deutschen Höfen sich ebenfalls nach Ems zu begeben gedenke, daß dort ein Rendezvous deutscher Fürsten stattfinden würde &c.) — Es bestätigt sich, daß der Kronprinz zu einem Kuraufenthalt nach Karlsbad sich begibt, um, wie Berliner Blätter mittheilen, gegen ein beginnendes Leberleiden dort Heilung zu suchen.

Berlin, 14. April. Wie verlautet, hatten die Verhandlungen der Regierung mit der rheinischen Eisenbahngesellschaft wegen Beisteuer zu den Subventionsgeldern für die Gotthardbahn sehr günstigen Erfolg.

— Die neue Tarifvorlage findet in den zunächst interessirten Kreisen sehr wenig Beifall; man wünscht — beiläufig gesagt, auch hier und da im Bundesrathe — umfassendere Zollermäßigungen, wenn man sich überhaupt zu Compensationen verstehen soll, und ist außdem nicht mit der Erhöhung des Kaffeezolls einverstanden. Jedenfalls wird diese Materie zu sehr umfangreichen Debatten Veranlassung geben.

— Eine große Anzahl der angesehensten hiesigen Bankfirmen hat den Wunsch ausgesprochen, bei der Aufgabe telegraphischer Depeschen auf der Börse während der Börsenzeit das ehemalige Creditirungssystem an Stelle des jetzt üblichen Markensystems wieder eingeführt zu sehen, worauf der Vorstand der hiesigen Kaufmannschaft eine Commission ernannt hat, um in dieser Angelegenheit mit der General-Telegraphen-Direktion zu verhandeln. Da das Markensystem auf einer Anordnung des Bundeskanzlers beruht, also im ganzen Bundesgebiete gilt, so wird eine einseitige Ausnahme wohl nicht gemacht werden. Vielleicht aber dient jene Anregung zu einer allgemeinen Rückkehr zu dem früheren Creditirungssystem, bei welchem die den Credit Nachsuchenden einen entsprechenden Vorschuß einzuzahlen haben. Mit dem Aufkleben der Marken erwächst nur dem Publikum und den Beamten Zeitverlust, der um so mehr auffällt, als die Depeschen ja nur in den Händen der Beamten bleiben.

Königsberg i. Pr., 13. April. Das Vorsteheramt der hiesigen Kaufmannschaft hat vorgestern eine Eingabe, betreffend Abänderungen an der Tarifvorlage, an den Zollbundesrath abgehen las-

sen und zugleich die Aufforderung an die Handelsvorstände, die landwirthschaftlichen Vereine und andere Körperschaften gerichtet, in ihren Kreisen ebenfalls für die Verbesserung der Tarifvorlage zu wirken.

Hannover, 12. April. Ueber Regierungsrath Meding, den bekannten Agenten des Königs Georg in Paris, wird der heutigen Volkszeitung aus Wien mitgetheilt, die Nachricht, der zufolge Herr Meding nach Auflösung des Comité de patronage für die hannover'schen Emigrirten nach Hietzing zurückgekehrt wäre, sei unrichtig; Regierungsrath Meding habe allerdigs vor etwa 14 Tagen Paris verlassen, sei aber nicht nach Hietzing zurückgekehrt, sondern habe seinen Wohnsitz vorerst in der Schweiz aufgeschlagen. Nach dieser Angabe wird wohl eine Mittheilung von anderer Seite richtig sein, welche dahin lautet, daß Hr. Meding bei dem König Georg in Ungnade gefallen sei, weil er von dem ihm für seine Thätigkeit in Paris angewiesenen Credit einen zu weit gehenden Gebrauch gemacht habe. — Die Wahrnehmung, daß bei Festvorstellungen im hiesigen Schauspielhause manche Logen und Plätze unbenutzt bleiben, hat, der Landeszeitung zufolge, die Intendanz zu der Eröffnung an die betreffenden Abonnenten veranlaßt, man werde ihnen ferner ein Abonnement nur unter der Bedingung gewähren, daß sie sich verpflichten, von ihren Plätzen bei königlichen Festen selbst Gebrauch zu machen, oder sie für solche Tage der Theaterverwaltung zur Verfügung zu stellen.

Paris, 13. April. Das Journal des Debats ist der Ansicht, daß diejenigen, welche dem Kaiser die Berufung an das Volk anriethen, sich einer starken Verwechslung der Zeiten schuldig gemacht hätten: 1870 das für probat zu halten, was es 1851 und 1852 gewesen, zeuge von Verblendung: „Im Jahre 1851 wollte man nichts discutiren, 1870 discutirt man Alles. Allerdings ist es so gut wie gewiß, daß das zur Bestätigung der liberalen Reformen bestimmte Plebiscit fast die Einstimmigkeit der abgegebenen Stimmzettel ergeben, so wie daß die Zahl der „Ja" die Hälfte der eingeschriebenen Wähler weit übersteigen wird; aber es ist auch eben so gewiß, daß der Text des Plebiscits einer sehr aufmerksamen Prüfung wird unterzogen werden und daß seine Fehler (denn es kann nicht fehlen, daß mehr oder minder zahlreiche und mehr oder minder schwere vorkommen werden) durch die Verhandlungen des gesetzgebenden Körpers und der Presse, ganz abgesehen von den öffentlichen Versammlungen, in helles Licht gestellt werden. Aber aus politischen Gründen ist es wichtig, daß die Zahl der Ja nicht beträchtlich kleiner ausfalle als 1851, und daß die Zahl der Wähler, die nicht abstimmen, nicht größer werde. Ist es nun aber unter jetzigen Verhältnissen nicht sehr leicht möglich, daß eine nicht glückliche Redaktion viele Ja in Nein verwandeln oder viele Wähler von den Urnen fern halten wird? Das Journal des Debats fürchtet, daß die Krone diesmal solche Erfahrungen machen werde, daß selbst ihre schlechtest unterrichteten Rathgeber das Staatsoberhaupt nicht wieder dazu bringen werden, zum Plebiscit zu greifen.

Paris, 13. April. Die Liberté meldet als positiv, daß Laguerronnière an Stelle Daru's Minister des Aeußeren werden wird. Talhouët hatte es abgelehnt, dieses Portefeuille zu übernehmen. Die Ernennung soll nach dem Plebiscit vollzogen werden. Jules Brame wird als künftiger Handelsminister genannt. — Die officiösen Abendblätter fahren fort, Thiers anzugreifen. — General Fleury berichtet von Petersburg hieher, Fürst Gortschakoff habe kürzlich die nordschleswig'sche Frage in Berlin wieder angeregt.

Paris, 14. April. Der Senat hat heute den Senatusconsult in erster Berathung angenommen. Die zweite Deliberation ist auf Montag festgesetzt. Die amtliche Zeitung wird morgen die Demission der Minister Daru und Buffet veröffentlichen.

— Das Plebiscit ist nun definitiv auf den 8. Mai angesetzt. Das französische Volk hat demnach reiflich Zeit, über das Kaiserthum von seinen ersten Vorspielen in Straßburg und Boulogne bis zu den jüngsten Coups der Camarilla Betrachtungen anzustellen und sich zu fragen, was zu seinem Frieden dienen wird, wenn der Sohn des Kaisers zur Regierung kommt.—Der Marquis von Talhouet, der Minister der öffentlichen Arbeiten, von Daru befragt, ob er gesonnen sei, das Portefeuille des Auswärtigen zu übernehmen, hat laut der France folgende ablehnende Antwort ertheilt: „Es ist gerade genug, mit Ihnen zu bleiben, doch Ihr Nachfolger will ich nicht werden." — Die France meldet: Die Commission für das Senatusconsult hat sich gestern Abend bei dem ersten Präsidenten Devienne versammelt; auch Herr Ollivier war zugegen. Die Commission hat den Artikel, welcher dem Kaiser das Recht verleiht, den Belagerungszustand zu erklären, gestrichen. Heute soll im Senate die erste Deliberation über die Constitution beginnen; sie wird sich wahrscheinlich auf eine bloße Lesung beschränken.

In **Creuzot** haben viele Frauen aus dem Volke, welche sich besonders eifrig für den Strike zeigten, gerichtliche Vorladungen erhalten.

In **Brüssel** ist das Ereigniß des Tages die Flucht eines Mitgliedes der zweiten Kammer, das mit seiner Maitresse sich aus dem Staube gemacht und, wie es heißt, ein Defizit von ungefähr 800,000 Francs zurückläßt. Der leichtfertige Herr ist schon ein starker Fünfziger, Familienvater, und hatte ziemlich großen Einfluß in der ministeriellen Partei.

London, 13. April. Es bestätigt sich, daß Lopez, der Präsident von Paraguay, von den Brasilianern vollständig geschlagen und getödtet wurde. Die Generale von Lopez sind gefangen.

— Durch die jetzt von Lowe beantragte Herabsetzung der Einkommensteuer auf 4 P. für jedes Pfund Sterling, wird der Standpunkt wieder erreicht, den Gladstone im Jahre 1865 schuf, als er Schatzkanzler war. Dies ist der niedrigste Satz, auf dem die Einkommensteuer noch je seit ihrer Einführung durch Sir Robert Peel gestanden hat.

— Die vom Unterhause beschlossene Untersuchung der Klöster hält die Katholiken noch immer in Aufregung." In der Woche nach Ostern soll in der St. James-Halle eine große Versammlung stattfinden, um gegen jene Maßregel Einspruch zu erheben. Der Herzog von Norfolk ist um die Uebernahme des Vorsitzes ersucht worden. Der Cardinal Cullen, der heute von Rom kommend hier eintraf, wird ebenfalls bei dieser Gelegenheit erwartet.

Italien. Der Corriere di Milano vom 10. April meldet, daß die Untersuchungs-Commission, welche nach Pavia geschickt war, um die Urheber des Aufstandsversuches zu ermitteln, keinen Erfolg gehabt hat. Man hat einige Verhaftungen vorgenommen, aber die wahren Schuldigen haben sich nach der Schweiz geflüchtet. Aus Palermo wird gemeldet, daß in Folge eines verbreiteten Gerüchtes, der königliche Palast sei unterminirt, General Medici eine sorgfältige Untersuchung hat anstellen lassen, die jedoch die Grundlosigkeit des Gerüchtes ergeben hat. Die Gazzetta dell'Emilia berichtet aus Bologna vom 10. April, daß dort gedruckte Zettel mit Aufforderungen zur Empörung in den Straßen und auf den Märkten ausgestreut gefunden wurden.

Florenz, 14. April. Die Turiner Zeitung sagt, das Ministerium habe nach Ernennung der Commissionen seine Entlassung gegeben, der König aber gerathen, es möge einen Kammerbeschluß abwarten. Ein neuer Schlag für das Ministerium ist, daß der Senat von drei Senator-Ernennungen nur die Barbavera's bestätigte.

Rom, 9. April. Zwei Brüder Leman, Juden aus Lyon, die zum Katholicismus übergetreten und Priester geworden sind, haben sich vor einiger Zeit mit einer Eingabe an die Bischöfe gewandt, auf daß das Concil sich der unglücklichen Juden annehme und sie bekehre. Es ist ihnen nun wirklich gelungen, 506 Bischöfe zu bewegen, ein Postulatum zu unterschreiben, welches folgendermaßen lautet: „Die unterzeichneten Väter verlangen vom heiligen ökumenischen Concile des Vaticans in demüthiger und dringender Bitte, daß es die Gnade habe durch eine ganz väterliche Einladung der sehr unglücklichen Nation Israels entgegen zu kommen, das heißt, daß es den Wunsch ausspreche, die Israeliten möchten, endlich eines eben so vergeblichen als langen Wartens müde, sich beeilen, den Messias, unsern Heiland Jesus Christus der wirklich dem Abraham versprochen und von Moses angemeldet worden, anzuerkennen und somit die mosaische Religion vollenden und krönen, ohne sie zu ändern." Gebrüder Leman haben dann die Ehre gehabt, ihre gesammelten Unterschriften dem Papste zu überreichen, der versprach, das Postulatum dem Sekretär des Concils selbst zu über-

geben. Sehr viel Zutrauen zu der erhofften Wirkung scheint übrigens der heilige Vater nicht zu haben, denn er hat gesagt: „Wenn die Weinlese sich wohl auch noch nicht ganz machen läßt, so möge nur der Himmel wenigstens einige Trauben gewähren."

Rom, 13 April. Eine Anzahl von Bischöfen hat sich von der gestrigen General-Congregation, in welcher über das gesammte Schema gegen die Heterodoxen abgestimmt wurde, fern gehalten. Mehrere andere haben ihrer Beistimmung zu dem Schema geschriebene Erklärungen zugefügt, um sich zu verwahren gegen die Gutheißung der Geschäftsordnung, unter welcher über das Schema verhandelt worden ist.

Madrid, 11. April. Es sind folgende nähere Angaben über die Einnahme von Gracia eingelaufen. Die Truppen griffen Gracia durch die Calle Mayor an. Die Aufständischen verließen hierauf die Stadt und wollten sich ins Gebirge zurückziehen. Da aber die Umgegend Truppen besetzt hielten und sie sich auf freiem Felde nicht schlagen wollten, zogen sie sich wieder nach Gracia zurück. Beim ersten Angriff haben die Aufständischen nur geringe Verluste erlitten. Als sie sich jedoch wieder zurückzogen und zu Gracia in die Häuser dringen wollten, um den Kampf fortzusetzen, fanden sich überall verschlossene Thüren vor. In dem Augenblicke wurden viele von ihnen getödtet und verwundet. Die Kapitulation erfolgte erst am 9. Morgens, nachdem starke Barrikaden mit Kanonen erstürmt waren. Die Truppen erbeuteten 79 Flinten und 20,000 Patronen. Die Dörfer in der Umgegend von Barcelona sind mit Truppen besetzt. Kleine Kolonnen sind mit der Verfolgung der zerstreuten Flüchtigen beschäftigt. Die Bewegung war eine sozialistische. Die Aushebung war nur ein Vorwand. Wie gemeldet wird, soll der Belagerungszustand zunächst nicht abgestellt werden.

Madrid, 13. April. Die Epoca meldet, daß viele Priester sich weigern, den Eid auf die Verfassung zu leisten; die Epoca räth zugleich der Regierung, den Anschein der Verfolgung zu meiden. — Das Diario Espagnol behauptet, daß cubanisches Gold als Haupthebel der Insurrection in Gracia gewirkt habe. Dem Tempo zufolge ist die Auflösung der Cortes vertagt. — Das Gerücht von der bevorstehenden Demission Rivero's und der Bildung eines ausschließlich progressistischen Ministeriums scheint unbegründet zu sein.

Athen, 13. April. Nach einem bei Marathon zwischen Gendarmen und Briganten stattgefundenen Conflicte nahmen die Briganten den englischen und italienischen Legations-Sekretär, ferner noch andere drei reisende Engländer, sowie zwei Frauen gefangen und verlangen ein hohes Lösegeld.

Rußland. In Riga wurde von der geheimen Polizei eine mit vielen Unterschriften versehene, an den Kaiser gerichtete Adresse dasiger Tschinowniks und Kaufleute confiscirt. Die Adresse verlangt: 1) daß die russische Sprache in allen Schulen, die aus Staatsmitteln erhalten werden, als Lehrsprache, und in die Stadt- und Gemeindeschulen als obligatorischer Unterrichtsgegenstand eingeführt werde, alle Schulen aber unter das Ministerium der Volksaufklärung gestellt werden; 2) daß die russische Sprache in alle Behörden ausschließlich Eingang finde, mit Ausnahme der Gemeindegerichte, welchen die Geschäftsführung in der bisher üblichen lettischen, resp. esthnischen Sprache verbleiben solle; 3) daß die Städteordnung, welche gegenwärtig im Reichsrathe berathen wird, auch in allen Städten der baltischen Provinzen Geltung haben solle, damit die baltischen Städte denen des Reichs völlig gleich ständen; 4) daß in den baltischen Provinzen dieselbe Gerichtsverfassung eingeführt werde, welche in vielen Gouvernements des Reichs bereits in Wirkung getreten ist; 5) daß statt der Landtage in den baltischen Provinzen das russische System der Landschafts-Versammlungen gelten solle. Der General-Gouverneur Albedinsky hat die Absetzung der betreffenden wühlerischen Beamten beantragt, welche diesen Schritt aller Wahrscheinlichkeit nach inspirirt von der Katkow'schen Moskauer Ztg. unternommen haben.

Petersburg, 13. April. Die „Deutsche Petersburger Ztg." bespricht in einem Leitartikel das Verhältniß des Reiches zu den Ostseeprovinzen. Sie sieht in der Gewährung der provinciellen Landesautonomie der Ostseeprovinzen unter gleichzeitiger Wahrung der Reichseinheit die Anbahnung einer Versöhnung, welche doch von beiden Theilen erstrebt werden müsse. Der Artikel erörtert eingehend den beiderseitigen staatsrechtlichen Standpunkt.

In **Warschau** wird die Censur der auswärtigen Zeitungen von dem neuen Censurcomité mit größerer Strenge geübt, als dies bisher der Fall war. Wie es den Anschein hat, sind sogar die russischen Gesandtschaften und Consulate angewiesen, für Rußland ungünstige Artikel bedeutender auswärtiger Blätter gleich nach ihrer Ausgabe telegraphisch hieher zu signalisiren, damit sie nach ihrem Eintreffen in Warschau sofort mit Beschlag belegt werden können. In Bezug auf die Berliner Kreuzzeitung steht es wenigstens fest, daß ihre unlängst erfolgte Beschlagnahme durch eine telegraphische Benachrichtung der russischen Gesandtschaft in Berlin veranlaßt worden war.

Bayerische Angelegenheiten.

— Die Pfälz. Volkszeitung meldet unterm 14. April, daß Herr Kolb ihr heute seinen unwiderruflichen Entschluß mitgetheilt hat, sein Mandat als Zollparlaments-Abgeordneter niederzulegen. Seine eingehende Erklärung dieses Schrittes müssen wir wegen Mangel an Raum für später zurücklegen.

* Auf die Tagesordnung für die 30. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer am Donnerstag 21. April, sind gesetzt die Berathung und Beschlußfassung über den Gesetzentwurf „die Anwendung einiger Bestimmungen des Strafgesetzbuches vom 10. November 1861 auf die Gerichtsvollzieher betr."; über den Antrag der Abgg. Frhrn. v. Stauffenberg und Genossen, „die Aufhebung der Todesstrafe betr.", sowie über die Rechnungsnachweisungen bezüglich der besonderen im Budget nicht enthaltenen Staatsfonds für 1866/67 und 1868.

Lokales und Provinzielles.

München, 16. April.

* Die hiesigen Schneidermeister haben in ihrer gestrigen Versammlung sich zu einer Conventionalstrafe von 25 fl. verpflichtet, wenn einer von ihnen den Forderungen der Gehilfen nachgeben sollte.

— Heilige Gesangs-Musik strengen Styls in der k. St. Michaels-Hofkirche: Charsamstag 7 Uhr früh Ceremonien: Vesper v. o n C. Ett. Abends 7 Uhr Auferstehungschor (solenn) von C. Ett.

ρ (Aus der Sitzung des Gemeindecollegiums vom 13. April.) (Schluß.) Aus dem Berichte des Dr. Winterhalter über die Verpachtung von Wiesen der Gemeinde bei der Kaiblmühle ergab sich, daß von den HH. Schöffel und Pfetterl Beschwerde darüber erhoben wurde, daß 30 Tagwerke Wiesen dortselbst um 170 fl. im Monate April l. J. wiederholt an Metzger Schmidbauer vergeben wurden, obwohl Schöffel schon im vorigen Jahre Hrn. Rechtsrath Badhauser auf den zu billigen Pacht aufmerksam gemacht und demselben für heuer einen Pachtschilling von 450 fl. (pro Tagwerk 15 fl.) offerirt, aber ganz kurz mit der Bemerkung abgespeist worden sei, daß der Pacht schon abgeschlossen sei, während er im Vorjahre auf die heurige Versteigerung vertröstet worden sei. Referent bemerkt, daß altenmäßig naheliegende Mooswiesen sogar 11 fl. ertragen; — ob alle diese Thatsachen seinerzeit dem Gemeindekollegium mitgetheilt worden und es dennoch dem ungünstigen Pachtvertrage zugestimmt habe, könne er jetzt nicht entscheiden. Er halte es für die Pflicht des Magistrates, sich sobald als möglich in dieser Beziehung zu rechtfertigen. Nachdem Hr. Brey sich dahin ausgesprochen hatte, daß sicher für diese Wiesen pro Tagwerk 25 fl. Pacht zu erhalten sei, und daß die Handlungsweise des Rechtsrathes Badhauser bei dieser Sache eine ganz unverantwortliche sei, wurde der Antrag des I. Vorsitzenden Dr. Erhardt angenommen, eine Erklärung vom Magistrate zu fordern, warum die fragliche Verpachtung ohne Versteigerung vor sich ging, ob Hr. Schöffl nicht schon im Vorjahre als Concurrent aufgetreten, ob er ein bestimmtes Offert gemacht und warum dasselbe nicht in Rücksicht gezogen worden. — Hr. Humplmayr gab hierauf eine Erklärung dahin gehend ab, daß er die früheren Collegien gegen den von Hrn. Mag.-Rath Billing erhobenen Vorwurf der Verwaltungsunfähigkeit und der Selbstaboration und gegen den ferneren Vorwurf, daß sie die Schuld

an der gegenwärtigen Gemeindeumlagen von 95 % trügen, verwahre, indem die Ursachen dieser hohen Umlage einerseits in den neuen Socialgesetzen und dem Malzaufschlagsgesetze, andererseits in den Ereignissen des Jahres 1866 und deren Consequenzen zu suchen seien. Redner machte den Versuch, nachzuweisen, daß 88% der Gemeindeumlage durch die angeführten Ursachen veranlaßt seien und erklärte es für sehr bedenklich, daß man von dieser Stelle aus in der Einwohnerschaft Hoffnungen errege, daß für das Jahr 1871 die 95% Umlagen beseitigt würden, was nur möglich würde, wenn man alle Bauten einstelle. Redner schloß mit der Bitte, die nöthigen Reformen mit Ruhe und Leidenschaftslosigkeit durchzuführen, dann werde der Dank der Bevölkerung, was das Collegium auch für einen politischen Standpunkt einnehmen möge, nicht fehlen. — Bezüglich des Gewerbemuseums faßte das Collegium den Beschluß entsprechend dem Antrage des Hrn. Referenten M. Guggenheimer, dem Magistratsbeschlusse zuzustimmen, welcher dahin geht, es seien 500 Antheilscheine durch Ausstellung einer 5%igen Schuldurkunde über 50,000 fl. zu zeichnen und die Statuten nach der Vereinbarung zwischen dem Münchner Consortium und dem Nürnberger Verwaltungsrathe unter der Bedingung anzunehmen, daß der Verwaltungsrath einen Revers ausstelle, wornach jährlich mindestens 2500 fl. auf die Versuchsstation in München verwendet werden sollen, und daß Ziff. 10 des §. 2 der Statuten statt „Gründung von Fachschulen u. s. w." lauten solle: Gründung von Handwerkerschulen in den Spezialfächern der Gewerbe, in welchen sich ein besonderes Bedürfniß ergibt; ferner daß §. 18 dahin abzuändern sei: der Verwaltungsrath besteht aus 30 Mitgliedern, wovon 10 ihr Domicil in München haben. — Ein Gesuch um Canalisirung der Frauenhoferstraße wird der Budgetkommission überwiesen. — Der Magistratsbeschluß für die Verhandlungen des Gemeindecollegiums einen Stenographen aufzustellen, wurde ebenfalls dem Budgetausschusse zugewiesen.

Der Vorstand des Collegiums, Hr. Dr. Erhardt, hielt sodann folgende Ansprache: „Der Budgetausschuß hat sich in 26 Sectionen formirt. Die Gedanken, welche mich bei Durchführung der uns obliegenden Geschäftsaufgaben leiteten, sind diese: Ich glaube, daß es wenn wir uns an diese Arbeit mit Erfolg machen wollen, es vor Allem nothwendig ist, daß jede einzelne Section sich die verschiedenen Jahresrechnungen vorlegen läßt und dieselben genau durchgeht und prüft, um auf diese Weise ein ganz klares Bild über die betr. Einnahmen und Ausgaben sich zu verschaffen. Insbesondere wird zu entnehmen sein, ob in einer gewissen Richtung die Einnahmen und ebenso die Ausgaben gewachsen sind oder sich gemindert haben. Dann wird es nothwendig sein, daß jede Section sich alle auf die betr. Einnahmen und Ausgaben bezügl. Akten vorlegen läßt und einer genauen Prüfung unterstellt. Was Sie in diesen Akten finden, wird oft nicht sehr tröstlich sein; aber es wird bei gutem Willen verbessert werden können, und es wird in unseren Collegien vollständiges Verständniß über diejenigen Dinge herrschen, welche für unseren Stadt-Haushalt maßgebend sind. Es wird auch nothwendig sein, bei Zeiten an diese Arbeit zu gehen, denn vor Beginn des nächsten Jahres haben wir eine doppelte Aufgabe zu erfüllen, nämlich: 1) die Rechnungen pro 1869 zu prüfen und 2) den Etat für 1871 festzusetzen. Die Arbeit, welche Sie jetzt vornehmen werden, soll eine vorbereitende Thätigkeit hiefür sein. Meine Idee wäre, daß der Magistrat auch für jede Section Mitglieder beigäbe, auf welche Weise ein Zusammenwirken ermöglicht wäre, und es dürfte gut sein, wenn die betr. Verwaltungsräthe beigezogen würden. Die rechtskundigen Räthe aber wären dann beizuziehen, wenn man von ihnen Aufschluß braucht. Die Beiziehung der bürgerlichen Räthe hat einen guten Grund, denn wenn wir organisch zu Werke gehen und namentlich darüber entscheiden wollen, ob Personen, welche bisher bezahlt worden sind, auch ferner bezahlt werden sollen, müssen wir alle Anstalten durchsehen und die ganze Geschäftsführung einer genauen Prüfung unterziehen." Gegen den schließlichen Antrag des Redners, einerseits sich so bald als möglich an die Arbeit zu machen und andererseits zuzustimmen, daß von der Formirung des Budgetausschusses dem Magistrate Kenntniß gegeben und derselbe eingeladen werde, aus seiner Mitte bürgerliche Mitglieder in denselbe eintreten zu lassen, wurde eine Erinnerung nicht erhoben.

Lichtenfels, 13. April. Gestern Abend wurde einer der Thäter, welche die bereits berichteten Gewaltthätigkeiten an zwei Bauernsöhnen von Reundorf verübten, Namens Heinrich Schuster, Korbmacher von Burgberg, durch die Gendarmerie verhaftet und gefänglich eingezogen. Einer der Mißhandelten, ein von jeher braver Bursche Namens Popp, der, wie man sagt, noch nie ein Kind beleidigte, und zu den erhaltenen Verletzungen ganz unschuldigerweise gekommen ist, schwebt immer noch in Lebensgefahr. Der Anblick seines von Messerstichen förmlich zerfetzten Gesichtes, namentlich der mit Nähten versehene Mund, durch den mit harter Noth mittelst eines Federkiels nur die knapp vor dem Hungertod schützende Nahrung beigebracht werden kann, soll in der That schaudererregend sein.

In **St. Ingbert** (Pfalz) hat sich in dem Puddelwerk der neuen Anlage auf dem Eisenwerk der Herren Gebrüder Krämer ein bedauernswerthes Unglück ereignet. Ein verheiratheter Mann, Vater von einem Kinde hatte das Unglück, beim Schmieren des Räderwerkes, wobei er sich etwas zu weit vorbog, von den Rädern am Wamms gepackt und unter dieselben gezogen zu werden. Er wurde vollständig zermalmt.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 15. April. Ziehung der 100 fl.-Loose von 1864. Es gewann den Haupttreffer S. 3670 Nr. 22.; 15000 fl. S. 3867 Nr. 7.; 10,000 fl. S. 455 Nr. 70; je 5000 fl. S. 630 Nr. 88, S. 455 Nr. 97, S. 423 Nr. 72. Sonst wurden gezogen die Serien 1866, 2203, 2061.

Paris, 15. April. Die „Amtszeitung" veröffentlicht ein kaiserliches Dekret vom Gestrigen, welches die Entlassung der Minister Daru und Buffet annimmt, Ségris zum Finanzminister ernennt, Ollivier mit der interimistischen Leitung des Ministeriums des Aeußern und Richard mit der interimistischen Leitung des Ministeriums des öffentlichen Unterrichts betraut.

Paris, 14. April. Wochenausweis der Bank von Frankreich. Baarvorrath 1,301,809,612 Fr., Abnahme 5,864,027 Fr., Wechselbestände 527,654,012 Fr., Zunahme 6,736,204 Fr., Vorschüsse u. Werthpapiere 998,120,050 Fr., Abn. 785,200 Fr., Notenumlauf 1,413,056,850 Fr., Zun. 11,721,400 Fr., Guthaben des Schatzes 159,044,627 Fr., Zunahme 4,931,381 Fr., Conto-Current der Privaten 360,590,924 Abn. 13,775,669 Fr

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 15. April (Schlusse.)

Wechsel auf London	——	Oest.-franz. Staatsbahn	372
„ „ Paris	——	Bayr. Ostbahn-Actien	119
„ „ Wien	$96\frac{1}{4}$	Elisabeth-Prior. I. Em	——
5 proc. bayr. Anleihe	——	1% bayer. Prämien-Anl.	$105\frac{7}{8}$
$4\frac{1}{2}$ „ „ „	——	Bad. Präm.-Anleihe	$104\frac{3}{8}$
4 „ „ Grundrente	——	Oesterr. Loose v. 1860	$78\frac{3}{8}$
4 „ „ Obligat.	——	„ Loose v. 1864	——
5 proc. österr. Metall., engl.	——	Alsenzbahn	——
5 „ „ National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	——
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	$193\frac{7}{4}$
1882er Amerikaner	95	Napoleons	—.—
Oesterr. Bank-Actien	690	Rente Silber - —, Pap. —,	
Credit-Actien	$265\frac{1}{2}$	matt. Handelsbank	—

Berlin, 15. April. Oesterr. Credit-Actien $152\frac{1}{2}$. Oesferr.-tranz. Staatsbahn-Actien $213\frac{1}{2}$. Oesterr. fl. 500 Loose von 1860 $78\frac{1}{4}$. Lombarden $112\frac{1}{2}$. Italienische Anleihe $54\frac{3}{4}$. 1882er amerik. Bonds $95\frac{1}{4}$. Tendenz: ——.

New-York, den 14. April. Gold $113\frac{3}{8}$. Wechsel in Gold $108\frac{3}{4}$ Bonds per 1882 $112\frac{1}{8}$. Baumwolle $23\frac{1}{8}$. Petroleum $25\frac{1}{8}$.

Liverpool, den 14. April. Schlussbericht. Heutiger Umsatz 10.000. Orleans $11\frac{7}{16}$. Middling amerikanische $11\frac{1}{4}$. Fair dhollerah $9\frac{1}{2}$. Middling fair dhollerah $9\frac{1}{4}$. Good middling dhollerh 9. Fair Bengal $8\frac{1}{8}$. Fair Omra $9\frac{5}{8}$. Pernam $11\frac{3}{4}$. Smyrna $10\frac{1}{8}$. Fgyptian ——. Amerik. per März-April —. Dhollerah per Mai —. Omra 10 Tages-Import —— davon Ostindische —— Tendenz: ruhig.

Wochenbericht: Wochenumsatz 59410 Ballen. Zum Export verkauft 8800. Wirklich exportirt 5286. Consum 44610. Vorrath 477000.

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer. — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr: Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Sonntag, den 17. April 1870. Nr. 106.

Für den Ostermontag erscheint des Osterfestes wegen kein Blatt, und ist die Expedition an beiden Tagen nur von 10—1 Uhr geöffnet; das Blatt für den Dienstag wird Dienstags früh halb 9 Uhr ausgegeben.

* München, 16. April.

Wir haben gestern in unserm Berichte über die letzte Sitzung des Münchener Gemeindecollegiums kurz der Erklärung des Hrn. Humplmayr erwähnt; dieselbe erscheint aber bei den gegenwärtigen Verhältnissen, namentlich wegen der in ihr enthaltenen Ziffern einer ausführlichen Reproduktion wohl werth, weßwegen wir dieselbe nachstehend wörtlich folgen lassen. (Wir erklären uns zugleich im Voraus mit Vergnügen bereit, auch andern Anschauungen in dieser Angelegenheit unsere Spalten zu öffnen.) Hrn. Humplmayr's Erklärung lautet: Herr Rath Billing hat in der Magistratssitzung vom 1. ds. bei Gelegenheit der Vorlesung eines Schreibens des früheren Gemeindecollegiums den Wiedereintritt in das Amt Seitens des I. Bürgermeisters Herrn von Steinsdorf und den Funktionsgehalt des Hrn. Rechtsrathes Klausner betr., folgende Aeußerung gemacht, wie ich aus einem Bericht der Neuesten Nachrichten ersehe: „Das vorgelesene Schreiben des früheren Gemeindecollegiums zeige, mit welchem Mißtrauen diese ihren Amtsnachfolgern entgegensahen, während anderseits aus demselben eine große Selbstadoration der eigenen sich seither vollkommen unfähig documentirt habenden Verwaltungsfähigkeit hervorgehe." — Als Mitglied des früheren Collegiums weise ich diesen Vorwurf mit Entrüstung zurück. Daß bei der früheren Verwaltung Mängel herrschten und Fehler gemacht wurden, daß das Anstellungs-, Remunerations- und Alimentationswesen, sowie auch der wunde Fleck des Gemeindehaushaltes, das Bauwesen, in Bezug auf Kosten viel zu wünschen übrig läßt und der Reorganisation bedarf, wird Niemand in Abrede stellen wollen und können, und wurde eine Verbesserung in diesen Richtungen von früheren Mitgliedern des Collegiums auch fortwährend angestrebt, die Majorität desselben hat jedoch in der Regel den Grundsatz der Humanität, Milde und Pietät zur Geltung gebracht. Jedoch aus diesen Mängeln in der Verwaltung eine vollständige Verwaltungsunfähigkeit herausfinden zu wollen, kann man nur einer Unkenntniß der wirklichen Verhältnisse zuschreiben. Insbesondere wird aber auch den früheren Collegien fortwährend der Vorwurf des gänzlichen Verschuldens an den 95 pCt. Gemeindeumlage gemacht; auch diesen Vorwurf weise ich mit Entschiedenheit zurück und erlaube mir hiefür als Beweis die wirklichen Ursachen, wodurch diese Umlage hervorgerufen wurde, anzuführen. Sie sind zweierlei: I. Folgen der neuen Socialgesetze sowie des Malzaufschlag-Gesetzes, II. Folgen der ungünstigen Zeitverhältnisse nach dem Jahre 1866.

Die direkten Steuern Münchens betragen nach der letzten Fassion 97,684 fl. 7 kr. Das Defizit beträgt laut Gemeindeetat pro 1870 28,978 fl. 18 kr., hiezu 1 3/4 pCt. Perceptionsgebühren (9257 fl. 0 kr.) ergibt 538,280 fl. 48 kr. oder 91 pCt. sämmtlicher direkten Steuern.

Ad I. Auf Grund der neuen Socialgesetze ergaben sich im Etat pro 1870 folgende Ausfälle an den Einnahmen: An Gemeindeaufnahmsgebühren 42,000 fl., Taxen 12,000 fl., Armenpflegschaftsbeiträge pro 1870 142,000 fl., pro 1869 circa 18,000 fl., Beleuchtungssteuer pro 1870 60,000 fl., pro 1869 circa 8,000 fl., hiezu noch Rückvergütung des Malzaufschlags 75,000 fl., also zusammen 357,000 fl.

Ad II. Ferner ergeben sich in Folge der ungünstigen Zeitverhältnisse folgende Mindereinnahmen für 1870: an Malzaufschlag (früher 600,000, jetzt 523,500 fl.) 76,500 fl., Schrannengebühren 16,000 fl., Zollgefällen 15,500 fl., Fleischaufschlag 5000 fl., Viehmarkt 5000 fl., hiezu noch der erhöhte Zuschuß für städtische Schulen 46,000 fl., zusammen 164,000 fl.; mithin obige Summe von 357,000 fl. hinzu gerechnet, eine Gesammtminderung der Einnahmen pro 1870 von 521,000 fl. oder fast 88 pCt. der Gesammtumlage, worüber den früheren Collegien unbedingt kein Vorwurf gemacht werden kann. Es bleibt somit von der Gesammtsumme des Defizits von 538,280 fl. 48 kr. noch ein Rest von 18,230 fl. oder 3 pCt., wozu noch weitere 4 pCt. für Nachlässe und uneinbringliche Steuern gerechnet werden müssen und diese dienen auch wieder zur erhöhten Verzinsungssumme der Anlehen. Ich glaube hiemit den Beweis geliefert zu haben, daß die frühere Gemeindeverwaltung trotz mancher Mängel an der Umlage von 95 pCt. nicht Schuld ist, und ich behaupte ferner, daß diese Verwaltung anderseits in den letzten 10 — 12 Jahren auch viel geleistet hat. Als Beweis hiefür führe ich nur folgende der hauptsächlichsten Bauten an: Maximiliansstraße und Maximiliansbrücke mit einem Kosten-Aufwande von 900,000 fl., Pettenkofer Brunnenhaus 800,000 fl., Schulhäuser 450,000 fl., Nördlicher Friedhof 300,000 fl., Canalisirung 550,000 fl. (aus Anlehen 200,000, aus den lfd. Einnahmen 350,000 fl.), Würfelpflaster 630,000 fl., 8) Macadam 750,000 fl. (aus Anlehen 300,000, aus den lfd. Einnahmen 450,000 fl.), Isar-Correction und Wasserbauten, Ankauf von Häusern und Grundstücken behufs Straßenerweiterung 300,000 fl.

München, den 12. April 1870.

August Humplmayr.

Politische Tagesübersicht.

Wien, 15. April. Was gestern von einigen Blättern über das angebliche neue Regierungs-Programm gemeldet worden, wird heute wieder dementirt, und insbesondere wird von Pest aus die Nachricht, daß Graf Potocki dem Grafen Andrassy seine politischen Absichten dargelegt, für apokryph erklärt. Sichtlich ist das Ministerium selbst über seinen ersten Schritt, über die Auflösung des Abgeordnetenhauses und der Landtage, noch nicht schlüssig, sondern sucht zunächst die Parteien zu sondiren. Die bisher von diesen vorliegenden Manifestationen sind für den Grafen Potocki wenig erfreulich, da zumal von czechischer Seite an Voraussetzungen festgehalten wird, die sogar dieses Ministerium von jedem Versuch einer Verhandlung abzuschrecken geeignet sind. Auch die Nachricht, Graf Clam-Martinitz sei designirt, Statthalter von Böhmen

zu werden, wird heute schon wieder als falsch bezeichnet. Nach dem „Vaterland" werden mit dem Freiherrn v. Buol-Bernburg Unterhandlungen wegen Uebernahme des Statthalterpostens in Graz gepflogen.

— Als zeitgemäße Reminiscenz mag die statistische Notiz angebracht werden, daß die Zahl der noch lebenden Ex-Minister und Hofkanzler in Oesterreich heute auf die stattliche Höhe von 38 gestiegen ist. An Doctoren hat es dem kranken Staatswesen also nicht gefehlt!

Graz, 13. April. In Graz wird ein Massen-Austritt aus dem katholischen Kirchenverband erfolgen, wenn die Unfehlbarkeit zum Dogma erhoben wird. (?) Bischof Zwerger kommt über Ostern nicht nach Graz.

Graz, 14. April. Gestern, bei dem Empfange einer Deputation, sprach sich Rechbauer entschieden dagegen aus, daß den übrigen Kronländern dieselben Concessionen gemacht würden, wie Galizien.

Prag, 14. April. Die czechische Zeitschrift Posel z Prahy schreibt: An einen Ausgleich ist nicht eher zu denken, als bis vor Allem ein gründlicher Beamtenwechsel stattgefunden hat, eine Amnestie ertheilt worden ist und alle Prozesse revidirt sind, welche unter der vorigen Regierung geführt wurden, damit die Schäden, welche massenhaft der Nation zugefügt wurden, vergütet werden.

Berlin, 13. April. Das vom Bundesrathe des Zollvereins im vorigen Jahre angeordnete Verfahren zur Denaturirung von Viehsalz hat sich in der Ausführung mit so vielen Mißständen verbunden gezeigt, daß es im fiscalischen wie im landwirthschaftlichen Interesse unmöglich erscheint, dasselbe aufrecht zu erhalten. Bekanntlich war vorgeschrieben, daß zur Denaturirung von Viehsalz 1/4, beziehungsweise 3/8 Procent Eisenoxyd und 1 Procent Pulver von unvermischtem Wermuthkraut zur Anwendung kommen sollen. Nun hat sich herausgestellt, daß in Folge der plötzlich verstärkten Nachfrage nach Wermuth der Preis des Artikels von 3 bis auf 10 Thaler gestiegen ist und in entsprechender Weise auch der Preis des Viehsalzes erhöht werden mußte. Es wird selbst bezweifelt, ob es bei dem vorgeschriebenen Mischungsverhältniß möglich sein würde, die nöthige Quantität Wermuthpulver für alle Salzwerke des Zollvereins zu beschaffen. Außerdem widerstrebt das Vieh dem Genuß des Salzes, welches durch die erwähnte Mischung einen äußerst bitteren Geschmack erhält. Mit Rücksicht auf die angegebenen Verhältnisse ist an den Bundesrath des Zollvereins von Seiten des Vorsitzenden der Antrag gerichtet worden, den Zusatz des Wermuthpulvers zum Viehsalz neben der Eisenoxyd-Beimischung von 1 auf 1/2 Procent zu ermäßigen und der sachverständigen Commission, welche im Laufe d. J. zusammentreten wird, die Feststellung eines zweckmäßigen Denaturirungs-Verfahrens aufzutragen.

— Das in der letzten Bundesrathssitzung vorgelegte Wahl-Reglement, durch welches nach § 14 des Wahlgesetzes für den Norddeutschen Bund vom 31. Mai 1869 ein einheitliches, für das ganze Bundesgebiet gültiges Wahlverfahren geordnet werden soll, trägt das Datum vom 8. d. M. und ist ohne weitere Motive erschienen. Das Reglement, welches, wie gesagt, genau dem preußischen entspricht, umfaßt 36 Paragraphen. Beigegeben sind die Schemata einer Wählerliste, eines Protocolls über die Wahlhandlung und ein Verzeichniß der Wahlkreise, ferner ein Verzeichniß der in den einzelnen Bundesstaaten zuständigen Behörden für die Wahlen. Der Norddeutsche Bund zählt 297 Wahlkreise, wovon auf Preußen 235, auf Sachsen 23, auf Mecklenburg-Schwerin 6, auf Hessen, Sachsen-Weimar, Oldenburg, Braunschweig, Hamburg je 3, auf Sachsen-Meiningen, Sachsen-Coburg-Gotha und Anhalt je 2 und auf die übrigen je 1 entfallen. Es ist kaum anzunehmen, daß sich im Bundesrathe Bedenken gegen das Reglement erheben sollten.

Aus **Frankfurt**, 14. April. Der Strike der Schneidergehilfen wird von einem Comité geleitet, an dessen Spitze ein Schweizerscher Agitator Schneider steht. Neben der Lohnerhöhung wird noch eine achttägige Auslohnung gefordert.

Aus **Kassel**, 13. April, schreibt man: Ein Akt der rohesten Brutalität ist vorgestern hier verübt worden und hat in der ganzen Bewohnerschaft gerechte Empörung hervorgerufen. In einer Straße der äußeren Stadttheile entspann sich ein wohl 20 Minuten währender, ziemlich ernster Streit zwischen Militärs und Civilisten. Ein dabei ganz unbetheiligter Mann kehrte mit seinen zwei Kindern nach seiner in der Nähe des Streit- und Kampfplatzes gelegenen Wohnung zurück. Da stürzten zwei Soldaten aus einem Hause auf ihn und seine Kinder, zogen die Seitengewehre und der eine der Angetrunkenen hieb das eine Mädchen von 4 Jahren auf Arm und Kopf, daß das Blut stromweise herabstürzte. Glücklicherweise ist die Wunde nicht lebensgefährlich. Die beiden Attentäter wurden von einem Schutzmann abgefaßt, entrannen demselben jedoch unter Zurücklassung ihrer Dienstmützen wieder. Letztere haben zur Entdeckung des Uebelthäters geführt, dessen Name auf dem Mützenschild stand.

— Die **Kieler** Ztg. schreibt: „Nach den zuverlässigsten Mittheilungen ist der Standpunkt des Herzogs Friedrich noch unverändert derselbe wie damals, als er dem Könige von Preußen den bündigsten Protest gegen die Annexion der Herzogthümer einreichte. Auch in Gotha kann Jedermann, der Gelegenheit hat, dem Herzoge näher zu treten, sich von dieser unveränderten Gesinnung desselben überzeugen." Thut uns leid, nur des Herzogs wegen.

— Ueber die Thätigkeit der Ultramontanen in der Provinz **Posen** schreibt man der Bromb. Ztg.: Unter den weiblichen Mitgliedern des polnischen Adels in unserer Provinz ist in letzter Zeit eine starke Neigung zum klösterlichen Leben erwacht, welche wohl als ein Beweis von dem wachsenden Einfluß der Jesuiten angesehen werden darf. Nicht blos die zahlreichen Nonnenklöster der Provinz sind größtentheils von polnischen adeligen Damen bevölkert, sondern auch die weiblichen Klöster in Galizien und in Polen erhalten alljährlich zahlreiche Novizinnen aus unserer Provinz. In den letzten Wochen sind auch im hiesigen Kloster der barfüßigen Karmeliterinnen neuerdings zwei adelige Damen, Fräulein v. Grabowska und Fräulein v. Kapuscinska, als Novizinnen feierlich eingekleidet worden. — Die Pilgerfahrten nach Rom dauern unter der katholischen Geistlichkeit der Provinz Posen noch immer fort. In vergangener Woche haben wieder 8 Geistliche die Romfahrt angetreten. — Die in der Provinz Posen veranstalteten Sammlungen von Beiträgen zu den Kosten des Concils haben bis jetzt die Summe von nahe an 1000 Thalern ergeben. Auch der in den Wintermonaten erzielte Ertrag der Sammlungen von Peterspfennigen in unserer Provinz beläuft sich auf mehrere tausend Thaler. Wenn doch die Mildthätigkeit so reiche Gaben für Schulzwecke spenden möchte, wie viel heller würde es dann in den Köpfen unserer ländlichen Bevölkerung aussehen!

Dänemark. Das Folkething hat am 11. April mit 48 gegen 30 Stimmen sich gegen den Bau großer Kriegsschiffe erklärt. Die Regierung will bekanntlich auch fortan nur kleinere Panzerschiffe von höchstens 12 Fuß Tiefgang bauen lassen.

Paris, 14. April. Der Austritt des Grafen Daru aus dem Cabinet ist ein fait accompli. Das einzige Mitglied des linken Centrums, das sich noch im Ministerium befindet, ist Marquis de Talhouet; man glaubt aber, daß derselbe ebenfalls seine Entlassung einreichen wird, wenn nicht eine Verständigung des linken Centrums mit dem Cabinet stattfindet. Die Organe des linken Centrums glauben, daß dieselbe noch immer möglich ist, und schlagen deßhalb vor, die Artikel 13 und 45 der Verfassung zu modificiren. Die neue Redaktion soll ihnen zufolge folgendermassen lauten: „Artikel 13. Der Kaiser ist vor dem französischen Volke verantwortlich, an das er immer das Recht hat, einen Aufruf zu erlassen *in dem Falle, wo die Rechte, welche er von der Nation erhalten hat und die in der constitutionellen Acte erklärt sind, bestritten werden und in Gefahr stehen.* Artikel 45. Die Verfassung kann nur modificirt werden von dem Volke auf Antrag des Kaisers *und mit Beihilfe der beiden Kammern.*" Die gesperrteu Stellen sind die, welche zu den im Projecte bestehenden beiden Artikeln hinzugefügt werden sollen. Es ist übrigens kaum anzunehmen, daß diese Redaction vom Kaiser angenommen werden wird, der heute energischer denn je

darauf beharrt, „keine weiteren Concessionen zu machen". Buffet und Daru wohnten dem heutigen Ministerrathe nicht an. Welche neue Männer ins Ministerium eintreten, ist noch unbekannt. Bis jetzt versichert Emile Ollivier privatim, daß er keineswegs die Absicht hat, sich auf die Rechte oder auf das rechte Centrum allein, sondern auf beide Centren zu stützen. Ollivier mag es in dieser Beziehung ganz aufrichtig meinen, nach den letzten Vorgängen aber ist er nicht mehr Herr der Lage, um seine Stützen zu suchen, wo es ihm beliebt, und er wird nothgedrungen zur Rechten übertreten oder das Beispiel Daru's und Buffet's befolgen müssen. Der Einfluß Rouher's ist nämlich heute der Art, daß der Kaiser nichts mehr ohne seinen Rath thut, und die 194, welche heute für die Vertagung, d. h. für Ollivier stimmen, werden sich morgen fast alle gegen ihn erklären, wenn er für eine Politik eintreten wollte, die den vom Senatspräsidenten inspirirten Tuilerieen nicht genehm sein würde. Was das Schicksal des Plebiscits anbelangt, so kann darüber kein Zweifel obwalten; es wird mit ziemlich bedeutender, wenn auch mit keiner immensen Majorität votirt werden, da die Präfecten alle Minen springen lassen werden, um demselben so viele Stimmen als nur irgend möglich zu verschaffen. Das Cabinet hat zwar erklärt, daß weder gedroht noch eingeschüchtert und auch keine Versprechungen gemacht werden sollen. Wenn die Präfecten diese Instructionen wirklich erhalten haben, so werden dieselben sich aber wenig darum bekümmern und gerade so handeln, wie bei den allgemeinen Wahlen. Dieselben wissen nämlich, daß die Tuilerieen dieses wollen, und da die Majorität der Kammer nur stimmt, wie sie glaubt, daß der Kaiser es will, so handelt die Departemental-Verwaltung, die noch ganz die des persönlichen Regimes ist, auch nur einzig und allein nach den Inspirationen, welche ihr von oben herab zugehen.

Paris, 14. April. Marquis Talhouet tritt vorläufig nicht aus dem Cabinet, der Moniteur Universel will jedoch wissen, daß dieser Minister nach der Abstimmung über den Senatsbeschluß das Beispiel seiner Freunde befolgen will. Es fragt sich jedoch, ob Buffet und Daru zu jener Zeit nicht wieder ins Ministerium eintreten werden. Das Plebiscit bildet den Gegenstand der Agitation in den politischen Versammlungen und in der Presse. In den Departements scheint die Opposition nicht übel gewillt, Enthaltung an der Abstimmung zu predigen. Hier ist man anderer Ansicht. Die heutige Versammlung der Linken und der Vertreter der Oppositionspresse wird die Stimmung der Departementalpresse wohl umändern. Hier ist man für die Action und Delescluze hat ein Manifest ausgearbeitet, worin er vor den falschen Verheißungen des Empire warnt und die oppositionel Gesinnten auffordert, mit Nein zu stimmen. Die Marseillaise, welche ebenfalls Enthaltung empfiehlt, hat in Folge dieser Haltung ihren Absatz vermindert gesehen. — Die Marquise Labédoyère, eine Ehrendame der Kaiserin, ist wahnsinnig geworden.

Paris, 14. April. Die Patrie meldet: Offiziellen Berichten aus Karlsruhe zufolge laufen dort zahlreiche Adressen gegen den Anschluß an den Norddeutschen Bund ein. Dieselben sind durch die Thronrede des Großherzogs veranlaßt. Ueber einen Anschluß an den Nordbund, heißt es in den Adressen, könne nur das ganze Volk durch allgemeine Abstimmung entscheiden. — Graf Daru hat heute Abends seine Abschieds-Audienz beim Kaiser gehabt und begibt sich nunmehr nach Lananche. — Die Rouheristischen Abendblätter drängen in Ollivier, er möge Daru's Memorandum nach Rom, das von Banneville noch nicht übergeben worden, contremandiren, weil ein großer Kabinetsfehler unterlaufen sei.

Paris, 15. April. Gestern Abends fand bei Cremieux eine Versammlung der Deputirten der Linken und demokratischer Journalisten statt. Es wurde beschlossen, vorzugsweise ein negatives Votum gegen das Plebiscit zu empfehlen, ohne jedoch Enthaltung von der Abstimmung oder Abgabe weißer Stimmzettel auszuschließen. Auch wurde eine aus sieben Journalisten bestehende Commission ernannt, welche im Einvernehmen mit der Linken ein Manifest redigiren wird.

— Der Entwurf des Senats-Consults, wie er aus den Berathungen der Commissionen hervorgegangen und in der Sitzung vom 12. im Luxembourg-Palaste eingebracht worden ist, liegt jetzt vor, und man entnimmt demselben, daß er der Form noch mehr, als dem Inhalte nach von dem kaiserlichen Entwurfe abweicht, indem das ursprüngliche Senats-Consult vom 28. März d. J. mit seinen Annexen, im Ganzen 38 Artikel, zu einem einzigen Codex von 46 Artikeln verarbeitet worden ist. Eine Nomenclatur, welche 21 Kategorien von Persönlichkeiten aufstellt, innerhalb welcher allein der Kaiser seine Senatoren auszuwählen berechtigt ist, schließt sich der neuen „Charte" des Kaiserreichs an. Der famose Art. 13 ist natürlich unverändert aus der Verfassung von 1852 herübergenommen worden. Derselbe lautet, wie schon früher mehrmals bemerkt: „Der Kaiser ist verantwortlich vor dem französischen Volke, an welches er stets das Recht der Berufung hat." Das Recht der Ernennung der Senatoren bleibt gleichfalls dem Kaiser unverkümmert erhalten; die Kategorien, welche die obenerwähnte Nomenclatur aufstellt, gestatten ihm die reichste Auswahl in den gesammten imperialistischen Kreisen und bieten ihm nebenbei den Vortheil, die Ernennung berühmter Capacitäten, welche dem bürgerlichen Leben und nicht der officiellen Welt, der Opposition und nicht der getreuen Majorität angehören, mit Hinweis auf die gesetzlich ihm gezogenen Schranken seinen etwa allzusehr ins Parlamentarische überspielenden Ministern verweigern zu können. Die anderweitigen Veränderungen sind von geringerem Belang und bereits in einer Pariser Correspondenz angedeutet. Artikel 15 verkündigt die in dem früheren Entwurf ausgefallene Bestimmung der Unabsetzbarkeit der Richter. Artikel 19 setzt fest, daß die von dem Kaiser ernannten und absetzbaren Minister verantwortlich sind und nur von dem gesetzgebenden Körper oder dem Senat in Anklagezustand versetzt werden können. Bisher hatte der Senat allein dieses, allerdings sehr illusorische Recht. Endlich ist der Artikel 28 des ersten Verfassungs-Entwurfs unterdrückt worden, der besagt: „Die Wahl (der Mitglieder des gesetzgebenden Körpers) hat die Bevölkerungszahl zur Grundlage." Wir wissen bereits durch den Telegraphen, daß dieser Entwurf der Commission, der den Kaiser im Vollbesitz seiner autokratischen Gewalt beläßt, gestern in erster Berathung von dem Senat angenommen worden ist, und damit kann die endgiltige Annahme des Consults jetzt schon als eine vollzogene Thatsache angesehen werden.

— Der Kriegsminister hat bedeutende Verstärkungen an Infanterie und Cavallerie nach Nevers abgesandt, da man befürchtet, daß der Strike in Fourchambault einen ernstlichen Charakter annehmen werde. Terteron, das ungefähr zwei Stunden von Fourchambault liegt, hat auch den Strike erklärt. Die Arbeiter legten unter dem Rufe: „Es lebe die Republik", und dem Absingen der Marseillaise die Arbeit nieder und fraternisirten mit den 500 Strikemachern, welche von Fourchambault herübergekommen waren. Die Zahl der Arbeiter, die in Terteron den Strike erklärt, beträgt ungefähr 4000. Man befürchtet, daß sich der Strike auf das ganze Loirethal ausdehnen wird. In Commentry, Vierzon und Meung herrscht bereits eine große Agitation. In Paris fand bis jetzt noch keine Strike-Erklärung statt. Es heißt nur, daß die Omnibuskutscher höheren Lohn verlangen wollen. — Der „internationale Arbeiterbund" (französische Abtheilung) in London hat folgende „Adresse un die französischen Bürger" erlassen: Bürger! Das Plebiscit, welches dem französischen Volke vom Kaiserreich vorgeschlagen wird, ist nur eine Falle. Wir können weder für das „Empire parlementaire", noch für das „Empire autoritaire" votiren. Wir werden Alle für die Republik votiren, indem wir weiße Stimmzettel in die Urne legen. Keine Enthaltungen. Weiße Stimmzettel. Das Redactionscomite. — Gegen die Marseillaise ist wieder ein Preßprozeß eingeleitet worden. Anlaß dazu gab die Adresse, welche eine Anzahl Lyoner Bürgerinnen an die Bürgerinnen des Creuzot gerichtet haben und welche genanntes Blatt am 13. veröffentlichte.

— In der zweiten Hälfte des Monats Mai wird wieder der oberste Gerichtshof zusammenberufen, um über die wegen eines angeblichen Complotes gegen die Sicherheit des Staates verhafteten Individuen abzuurtheilen. Man spricht derzeit von 74 Angeschuldigten, ihre Zahl dürfte sich aber auf mehr als 100 steigern. So viel steht fest, daß der Untersuchungsrichter Bernier, der mit diesem Processe betraut ist, noch 29 Verfolgungsmandate ausgestellt hat. Um sich die

Confrontationen zu erleichtern, hat dieser Untersuchungsrichter sein Amtscabinet in Mazas aufgeschlagen.

— Die französische Regierung hat im Einvernehmen mit der englischen den Beschluß gefaßt, Delegirte aus dem Telegraphen-Departement nach Nordamerika zu senden, um dort Kenntniß zu nehmen von der Wirksamkeit des neuen Little'schen Telegraphen-Systems, durch welches man im Stande ist, in der Minute 200 Worte zu befördern. Diese neue Einrichtung ist so eben auf der Linie New-York-Washington in Wirksamkeit gesetzt worden. (S. New-York.)

— Die in Paris residirenden Nordamerikaner haben an den Präsidenten Grant und an den General-Postmeister der nordamerikanischen Staaten in sehr energischen Ausdrücken abgefaßte Schreiben gerichtet, worin sie Beschwerde über das sehr unregelmäßige Eintreffen ihrer Correspondenzen und Journale aus New-York führen und auf schnelle Abhülfe dringen. Diese Unregelmäßigkeiten traten nach dem Ablaufen des Postvertrages zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten ein, der bekanntlich nicht erneuert wurde.

Creuzot, 14. April. In den Schächten sind heute die Arbeiter fast vollzählig erschienen; auch einige Comité-Mitglieder sind zur Arbeit zurückgekehrt.

Aus **Irland** kommt abermals Kunde von einem agrarischen Verbrechen. Der Gerichtsvollzieher Patrick Kirwan ist wegen Aussetzung einiger Pächter in Holycroses bei Thurles ermordet worden. Man fand die Leiche mit zerschmettertem Kopfe; drei der That Verdächtige sind eingezogen.—Man wird sich des agrarischen Verbrechens erinnern, welches vor einiger Zeit in der Kings-County verübt wurde, wo ein paar Kerle einem gewissen O'Connor buchstäblich die Nase abschnitten. O'Connor befindet sich augenblicklich in Dublin, und es ist erfreulich, mitzutheilen, daß er eine glückliche Operation überstanden hat und im Besitze einer neuen Nase ist, welche ihm — so sagen seine Freunde scherzhaft — noch besser steht als die alte. Nur eine kleine Narbe erinnert an die scheußliche That.

Rom, 14. April. Der französische Gesandte Marquis de Banneville ist hier eingetroffen.

— Nachrichten, die dem clericalen englischen Blatte Tablet aus **Rom** zugehen, versichern, daß neuerdings neun Octavbände (!) von Schematen, die kirchlichen Orden betreffend, unter die Väter des Concils vertheilt worden sind, und daß die Discussion darüber nicht vor Monat October eröffnet werden dürfte. Es wird von Einigen angenommen, das Concil werde während der heißen Monate wahrscheinlich doch vertagt werden. Unterrichtete Leute versichern, die Kirchenversammlung werde überhaupt bis zum Sommer 1871 dauern. Die Bemühungen, mit der Türkei ein Concordat zu Stande zu bringen, sind resultatlos geblieben. Rustem Bey ist im Begriffe Rom wieder zu verlassen.

— Kirche und Staat verhalten sich jetzt zu einander wie zwei parallel laufende Ströme, von denen der eine nordwärts, der andere südwärts fließt, d. h. die modernen staatlichen Zustände und die politischen, auf Selbstregierung und auf die Beschränkung fürstlicher Willkür gerichteten Bestrebungen der Völker stehen im schroffesten Gegensatze zum Ultramontanismus, dessen Kern und Hauptaufgabe die Behauptung und Steigerung der Alleinherrschaft (Autorität) in der Kirche ist. Hieraus erklärt sich der tiefe Haß, den jeder ächte Ultramontane gegen die freiheitlichen Einrichtungen, ja gegen das ganze Verfassungswesen im Grunde seiner Seele empfindet. Diesem Haß haben die römischen Jesuiten in ihrem Hauptblatte Unità in sehr bezeichnender Weise erst vor Kurzem Ausdruck verliehen. „Die christlichen Staaten", sagen sie, „haben aufgehört, die menschliche Gesellschaft ist wieder heidnisch geworden und gleicht einem von Erde gebildeten Körper, welcher des göttlichen Hauches wartet. Aber bei Gott ist nichts unmöglich, er belebt selbst dürre Gebeine. Ossa arida, dürre Gebeine sind die politischen Gewalten, die Parlamente, die Wahlurnen, die Civilehen, die bürgerlichen Verwaltungen. Nicht bloß dürre, sondern stinkende Gebeine sind die Universitäten, so groß ist ihr Gestank, welcher von ihnen in verderblichen und pestilenzialischen Lehren ausgeht. Aber diese Gebeine können wieder zum Leben gerufen werden, wenn sie auf Gottes Wort hören, d. h. das göttliche Gesetz annehmen, welches ihnen von dem unfehlbaren und höchsten Doktor, dem Papste, verkündigt wird."

Konstantinopel, 9. April. Der Patriarch will die Frage in Betreff des bulgarischen Exarchats einem allgemeinen Concile der orientalischen Kirche vorlegen. Midhat Pascha, der General-Gouverneur von Bagdad, hat seine Entlassung gegeben.

— Ueber den telegraphisch gemeldeten Raubanfall in **Athen**, erfahren wir folgendes Nähere: Griechische Räuber überfielen ihrer dreißig eine Gesellschaft von meist englischen Reisenden bei Marathon und schleppten nach einem Kampfe mit den Gendarmen sieben der Touristen als Gefangene fort. Es waren dies ein Sohn des Herzogs von Manchester, die Herren Vonner, Lloyd, Herbert (englischer Gesandtschafts-Sekretär), Boyel (italienischer Gesandtschafts-Secretär in Athen) und zwei Frauen. Die Frauen wurden am folgenden Morgen in Freiheit gesetzt, für die übrigen Gefangenen aber fordern sie ein Lösegeld von 2000 L.

Zwischen **Newyork** und **Washington** soll das neue Little'sche Telegraphen-System eingeführt werden, und bereits sind zahlreiche Arbeiter beschäftigt die neuen Linien einzurichten. Das neue System, welches von dem Morse'schen wesentlich abweicht, würde eine Revolution im Telegraphenwesen hervorbringen, wenn die über dasselbe verbreiteten Mittheilungen begründet sind. Denn ihnen zufolge soll es möglich sein, vermittels eines Drahtes 200 Worte per Minute zu befördern, während nach dem früheren Systeme der geübteste Telegraphist nicht mehr als 50 Worte befördern konnte. Der Unternehmer behauptet, durch sein System die Tarife für die Depeschenbeförderung um die Hälfte herabsetzen zu können; das ist für die Geschäftswelt über alle Maßen wichtig. Der Postverkehr würde bedeutend abnehmen, der Depeschenwechsel dagegen wenigstens um das Zehnfache wachsen. Nach zuverlässigen Berichten würde die Einführung des Little'schen Systems auf allen Telegraphen-Linien in den Vereinigten Staaten einen Kostenaufwand von 4½ Millionen D. verursachen. Es ist erwiesen worden, daß nach diesem System 200 Worte per Minute über eine 2000 Meilen lange Strecke telegraphirt, und daß zum Dienste Knaben und Mädchen verwendet werden können. Die Maschinerie ist dabei außerordentlich einfach und billig. Die ganze Geschäftswelt in Nordamerika blickt natürlich mit gespannter Erwartung auf die Einführung dieses neuen Systems.

— Ueber die jüngsten Vorgänge in Paraguay, die mit der vollständigen Niederlage und dem Tode des Präsidenten Lopez endigten, wird aus **Rio de Janeiro** unter dem 15. v. Mts. Folgendes gemeldet: „General Camara, Commandant der brasilianischen Cavallerie, hat Lopez überrumpelt, der nur tausend Mann bei sich hatte, und hat ihn am linken Ufer des Aquydobon vollständig in die Flucht geschlagen. Lopez, der verwundet war, weigerte sich, sich zu ergeben und wurde getödtet. Die übrigen paraguitischen Generale und Offiziere ergaben sich. Die Mutter, die Schwester Lopez' und Madame Lynch, seine Gefährtin, sowie seine Kinder sind Gefangene. General Camara ist zum Vicomte von Pelotas ernannt worden."

Bayerische Angelegenheiten.

(Dienstesnachrichten.) Der kgl. Eisenbahnoffizial Adolph Schwanda in Nördlingen wurde an das Rechnungsrevisionsbureau der General-Direktion versetzt. Zu Offizialen wurden ernannt: die Assistenten Erhard Schebler in Eichstätt und Ferd. Vorhölzer in Nördlingen.

* Als Beweggründe für die Niederlegung seines Mandates als Zollparlamentsabgeordneter macht Hr. Gg. Frdr. Kolb geltend: Er habe von vornherein die Ansicht gehabt, daß es nach der ganzen Einrichtung des Zollparlaments unmöglich sei in einem derartigen Körper für die Interessen unseres Volkes mit irgend einem Erfolge zu wirken, habe jedoch geglaubt, es dem Wahlbezirke, den er damals in der Kammer vertreten (Kaiserslautern), schuldig zu sein, eine solche Mission anzunehmen. Nach den Ergebnissen der letzten Landtagswahl habe diese ihn allein bestimmende Rücksicht aufgehört. Zwar sei er sich bewußt, daß nicht er von seinen politischen Ansichten abgefallen, sondern das

der Meinungswechsel bei der Majorität der Wahlmänner stattgefunden habe. Allein immerhin bestehe irgend eine Verpflichtung zum Beibehalten des Mandats für ihn nicht mehr. Zu allem Ueberflusse sei ihm die Theilnahme am Zollparlament in der nächsten Zeit durch eine höhere Rücksicht, nämlich durch die Betrauung mit einem der wichtigsten Referate für die bayerische Abgeordnetenkammer unmöglich gemacht. Seine Ansicht von der Unfruchtbarkeit des Zollparlaments habe die Erfahrung noch in ausgedehnterem Maße bestätigt, als er Anfangs befürchtet habe. Als Hauptgebrechen des Zollparlaments führt Hr. Kolb an: das Fehlen einer Verpflichtung für die Gewaltinhaber zur Einberufung der Repräsentation des Zollvereins an irgend einem bestimmten Termine, den Mangel des Rechtes für das Parlament, auch über die Verwendung der zu bewilligengen Steuern zu verfügen oder doch gehört zu werden, endlich den Umstand, daß die genehmigten Steuern sowie die Auflagen nicht nach einer mäßigen Zeitperiode neu bewilligt werden müssen, sondern forterhoben werden, bis den Machtträgern selbst deren Beseitigung beliebt. Ganz entsprechend der hienach bezeichneten Stellung im Allgemeinen hätten sich denn auch die Verhältnisse im Einzelnen gestaltet. Abgesehen von dem Mangel einer jeden äußerlichen Rücksicht auf die Vertretung der gesammten deutschen Nation beantrage man fortwährend und systematisch Aenderungen in den Zolltarifsätzen, unbekümmert um die Nachtheile, welche für die Industriellen durch die absichtlich herbeigeführten Ungewißheiten und Schwankungen entstehen, stets mit dem Bestreben, gegen kleine Zollherabsetzung weit mehr ertragende anderweitige Zugeständnisse zu erlangen. Man trage endlich kein Bedenken, Vorschläge, welche das Parlament nicht ein-, sondern zweimal verworfen habe, sogar zum drittenmale vorzulegen, wohl selbst unter Beifügung von noch gehässigeren Auflagen, als die abgelehnten gewesen wären. Damit ergebe sich eine für eine deutsche Nationalrepräsentation unwürdige Stellung. Dem entsprechend seien denn auch die bisherigen Ergebnisse speziell für die Pfalz gewesen. Die erste Session habe die Tabaksteuer, die zweite eine Steuererhöhung für die inländische Zuckerproduktion im Gefolge gehabt, der dritten werde nun die Erhöhung des Zolles auf Kaffee zugemuthet. Dabei finde die Berathung in der Versammlung auf eine Weise statt, bei der es vom blossen Zufalle abhänge, ob die Vertreter der am Unmittelbarsten betheiligten Landschaften auch nur zum Worte gelangen. Zudem würden die Gesetzentwürfe nie zum Voraus bekannt gegeben. Die amtliche Motivirung dieser Entwürfe sei überdieß in der Regel eine so mangelhafte und oberflächliche, wie ein bayr. Minister einem bayer. Landtage gegenüber eine solche wohl nie zu vertreten wagen würde. Endlich sei den Abgeordneten (Folge der Diätenlosigkeit) die Zeit viel zu kurz zugemessen, um eine Selbstinformation zu ermöglichen. So könne es denn nicht Wunder nehmen, daß wohl kein einziger Abgeordneter das Zollparlament mit wirklicher Befriedigung verlassen habe. Insbesondere habe sich nach der letzten Session ein tiefes Gefühl des Mißbehagens ganz allgemein kundgegeben. „Soll ich meine Meinung über das Zollparlament in wenige Worten zusammenfassen, schließt Hr. Kolb, so muß ich sagen, daß mir dasselbe geschaffen scheint, nicht um die allgemeinen Interessen der deutschen Nation zu wahren, sondern um die Sonderinteressen einer einzelnen Dynastie zu fördern; (?) daß dieses sog. Parlament besteht, nicht damit das deutsche Volk vertreten sei, sondern um zu verhindern, daß dasselbe eine wahre Vertretung fordre und erlange. Ich sehe somit die ganze Einrichtung keineswegs als eine nützliche, sondern als eine vielmehr schädliche an und bin der Ueberzeugung, daß es gut sei, wenn ganz Deutschland, den erborgten Nimbus eines deutschen Parlaments von dieser Versammlung abstreifend, die Institution als Das erkennt, was sie nach meiner Ansicht ist, — ein Werk der — theils absichtlichen, theils unabsichtlichen — Täuschung und des Truges. (?) Ich schließe mit dem Satze, den Rudhart in seiner Geschichte der bayerischen Landstände gelegentlich des männlichen Auftretens des Landtages in einer kritischen Zeit aussprach: Es ist besser, gar keine Repräsentation, als eine solche nur zum Scheine!

— Die neuliche Enthüllung des Memorial Diplomatique, daß die Allgemeine Zeitung ihre Concils-Nachrichten und den Text der Bannflüche von der bayerischen Gesandtschaft in Rom bezogen habe, welch letztere sie wieder von den Setzern der vaticanischen Druckerei erhalten haben sollte, wird nicht nur von der Allgemeinen Zeitung selbst, sondern auch von der bayerischen Regierung in Abrede gestellt. Daher habe auch der päpstliche Nuntius in München nicht den geringsten Anlaß gehabt, eine Beschwerde zu erheben.

Fürth, 13. April. Das Gemeindecollegium beschloß auf Antrag des Hrn. Rechtsanwaltes Kronacher die Absendung einer Adresse an die Abgeordnetenkammer bezüglich der neuen Advokatenordnung. Die Adresse spricht den Wunsch aus, „daß die Kammer nur einer Reorganisation der bayerischen Advokatur auf Grundlage des freien, allen gesetzlich Befähigten einschließlich der Notare, Gemeinde- oder Verwaltungsbeamten zugänglichen und von den Gerichts- und Verwaltungsbehörden unabhängigen Anwaltstandes die Zustimmung ertheilen möge.“

Lokales und Provinzielles.

München, 16. April.

* Se. Maj. der König hat gestern, nur von General v. d. Tann begleitet, und stets von einer großen Menge Volkes gefolgt, mehrere Kirchen besucht.

* Ein Verein von Dilettanten veranstaltet am Ostermontag im „Elysium“ zum Besten einer dahier zu errichtenden evangelischen Handwerkerherberge zwei theatralische Vorstellungen, wobei Nachmittags zwei bekannte Repertoirstücke, nämlich: „Ein seltenes Weib“ von A. Bahn, und „Der Hauptmann der Schaarwache“ von G. Rose, und Abends eine große Lokalposse, betitelt: „Die Heirath in der Taschenthurmgasse in München“ von F. A. Riesch, in reicher Ausstattung zum ersten Male über die Bretter geht.

Fürth, 12. April. Nachdem die von hiesigen Gewerbtreibenden beschlossene Adresse bezüglich der Arbeiten in den Strafanstalten von der Abgeordnetenkammer der Staatsregierung empfehlend zur Würdigung übergeben worden, hat das Justizministerium die Petition der Direktion des Nürnberger Zellengefängnisses zur gutachtlichen Aeußerung übersandt, und diese hat nun die Verfasser zu einer Besprechung eingeladen.

Der Gewerbeverein in **Fürth** hat einen Damenkursus für die kaufmännischen Wissenschaften in's Leben gerufen. Im Ganzen haben 45 Damen sich an diesem Kursus betheiligt, von denen 30 sich freiwillig einer Prüfung unterzogen. Diese 30 Schülerinnen konnten sämmtlich durch Diplome ausgezeichnet werden.

In **Würzburg** haben die Holzarbeiter der Röll'schen Wagenfabrik am 11. ds. die Arbeit eingestellt. Sie verlangen eine Lohnerhöhung von 9 kr. täglich.

Kaufbeuren, 13. April. Gestern Morgens 3 Uhr kam in der Streuschupfe des Bäckers Leopold Kustermann von Ob, Gemeinde Bernbach, Feuer aus, wodurch das Wohnhaus nebst Oekonomiegebäuden desselben eingeäschert wurden. Die Entstehungsursache des Feuers ist noch unbekannt. Das Vieh konnte gerettet werden.

Lindau, 14. April. Die Hebung des bei Berlingen in der Tiefe des See's liegenden Dampfbootes „Rheinfall“ hat gestern begonnen. Dieselbe wird mittelst mit Wasser gefüllter und nach erfolgter Befestigung am Wrack ausgepumpter Segelschiffe vorgenommen. Die Anfügung der hiezu verwendeten starken Taue durch die Taucher war ein schwieriges Stück Arbeit, gelang jedoch, so viel jetzt beurtheilt werden kann, vollkommen.

Handel und Verkehr.

* (Geschäftsbericht der Bayerischen Vereinsbank vom 1. Juli bis 31. Dezember 1869.) Als die Bank am 1. Juli 1869 ihren Geschäftsbetrieb eröffnete, war sie in der vortheilhaften Lage, durch die Uebernahme des soliden und blühenden Geschäftes der Herren Rob. v. Froelich & Co. sich der ersten Schwierigkeiten ganz neuer Schöpfungen überhoben zu sehen und auf einem vorhandenen guten Grunde einfach weiter zu bauen. Die erheblichen Umsätze und die daraus gewonnenen Resultate, welche unsere Thätigkeit schon nach einer so kurzen Dauer aufweist, bekunden am besten, daß die Gründung unseres Institutes einem Bedürfnisse des Platzes und Landes ent-

sprochen hat; sie springen umsomehr in die Augen, wenn man erwägt, daß wir mit dem stetig zunehmenden Verkehre in unseren inneren Einrichtungen nicht vollkommen Schritt zu halten vermochten, deßhalb mehrere ins Auge gefaßte, den allgemeinen wie den Zwecken der Bank dienliche Geschäftszweige, darunter besonders die Annahme verzinslicher und unverzinslicher Gelder gegen Cassascheine, noch nicht in den Kreis unserer Wirksamkeit gezogen, sondern theils für die nächste, theils für eine spätere Zeit vorbehalten haben. Der gesammte Umsatz im Debet und Credit vom 1. Juli bis 31. Dezbr. 1869 beläuft sich auf fl. 108,744,515 — und vertheilt sich auf die einzelnen Geschäftszweige wie folgt: Conto-Correntverkehr mit fl. 49,238,396. 40, Wechselverkehr mit fl. 19,316,971. 21, Effectenverkehr mit fl. 12,870,850. 2, Lombardverkehr mit fl. 1,882,200, Cassaverkehr fl. 25,436,096. 57. Bei dem von uns beobachteten Grundsatze, unserem ausgedehnten Conto-Correntgeschäfte gegenüber erhebliche Cassenbestände und ein starkes Portefeuille zu halten, bewegten sich unsere Dispositionen jederzeit mit ebensoviel Leichtigkeit als Sicherheit. Wir waren dadurch in die Lage gesetzt, nach Maßgabe unserer Kräfte zur Vermittlung zwischen Frage und Angebot im Geld- und Wechselgeschäfte wesentlich beizutragen und insbesondere durch vermehrten Verkehr in fremden Wechseln dem Bedürfnisse des Platzes entgegenzukommen. In gleicher Weise und ohne deßhalb umfangreiche Bestände anzusammeln, haben wir dem Effectengeschäfte eine vorzugsweise Aufmerksamkeit gewidmet und glauben, auch in dieser Richtung mit Befriedigung auf das auf solidester Grundlage erzielte Ergebniß unserer Thätigkeit hinweisen zu dürfen. Das in der vorigen Generalversammlung erwähnte Geschäft, betreffend die Uebernahme der von der Pfälzischen Ludwigsbahn emittirten 5prozentigen Prioritäten in Gemeinschaft mit den übrigen Banquiers der Gesellschaft, hat sich rasch und gut abgewickelt. Unsere Betheiligung an der, Mitte Dezember vorigen Jahres in Submission begebenen bayerischen 4½ % Eisenbahnanleihe von 18 Millionen Gulden, stellt nicht nur ein günstiges Resultat in Aussicht, sondern entspricht auch der Stellung, welche, soferne es sich um bayerische Finanzoperationen handelt, unser Institut neben anderen hervorragenden Anstalten und Häusern einzunehmen wünschen muß, um seiner statutengemäßen Aufgabe gerecht zu werden. Das Lombardgeschäft, dessen Betrieb in ausgedehnter Weise sich nur in Verbindung mit dem Depositengeschäfte empfiehlt, haben wir zunächst auf enge Grenzen beschränkt. Nach der Gewinn- und Verlustrechnung beträgt der Gewinn für das erste halbe Geschäftsjahr vom 1. Juli bis 31. Dezember 1869 fl. 63,799. 35. Hievon gehen ab: Amortisation der Gründungskosten nach Beschluß der I. Generalversammlung mit einem Zehntel per Jahr, somit einem Zwanzigstel per Halbjahr fl. 6314. 30; Zinsen auf fl. 525,000 eingefordertes Aktienkapital à 10 % von fl. 5,250,000 vom 1. Juni bis 31. Dez. 1869 à 4 % p. a fl. 12,250; Zinsen auf fl. 54,810 anticipirte Einzahlungen 30 % von St. 522 Actien vom 1. Juni bis 31. Dez. 1869 à 4 % p. a fl. 1278. 54; zusammen fl. 19,843. 24; bleiben fl. 43,956. 11. Hievon sind zu verwenden: 10% zum Reservefond mit fl. 4395. 36; bleiben fl. 39,560. 35. Aus diesen, 15 % als statutenmäßige Tantième fl. 5933. 56; so daß fl. 33,626. 39 übrig bleiben, über deren Verwendung die Generalversammlung Beschluß fassen wird. Wir schlagen vor, hievon fl. 2, 11 per Actie, d. i. auf 15,000 Actien fl. 32,750 als Dividende zu vertheilen und den Rest von fl. 876. 39 auf Gewinn- und Verlustconto vorzutragen. Demnach würden, wenn dieser Vorschlag von der Generalversammlung zum Beschluß erhoben wird, auf jede Actie mit 10 % Einzahlung fl. 3, mit 40 % Einzahlung fl. 5. 27 einschließlich der Zinsen als Dividende zur Vertheilung kommen. Die bisherige Entwicklung unseres Geschäftsverkehrs berechtigt zu der Erwartung, daß, ohne das unvorhersehbare Dazwischentreten äußerer Störungen, diese Entwicklung eine ruhig und stetig fortschreitende sein werde. Eine wesentliche Aufgabe der Bankverwaltung wird es aber sein, die materielle Kraft des Instituts mit seiner erweiterten Thätigkeit in richtigem Verhältnisse zu erhalten. Von diesem Gesichtspunkte aus war eine zweite Einzahlung von 10 % für den 20.—30. April geboten und wird die Erhaltung dieses Gleichgewichts für die Einforderung der weiteren 20 % immerhin maßgebend bleiben müssen. Schließlich kömmt noch zu bemerken, daß das Ergebniß der bayerischen Staats-Eisenbahnanleihe, sowie jenes mehrerer indirecter Consortialbetheiligungen, welche theilweise bereits mit günstigem Erfolge abgewickelt sind, deren Durchführung jedoch in das laufende Jahr fällt, der nächsten Bilanz zu gute kommen werden.

Wundsiedel, 13. April. Behufs der Bildung eines Vereines von Industriellen, dessen Aufgabe es ist, mit Anwendung aller gesetzlich erlaubten Mittel dahin zu arbeiten, daß durch das Fichtelgebirg endlich doch auch eine Bahn gebaut und so den arg geschädigten Interessen unserer Gegend Rechnung getragen werde, ist für Montag — den zweiten Osterfeiertag — durch mehrere Mitglieder des Fabrikrathes aus dem Bezirksamts Wundsiedel eine Versammlung anberaumt, wozu alle Interessenten freundlichst eingeladen sind. Die Versammlung findet Nachmittags um 2 Uhr im Gasthofe „zum Kronprinzen" dahier statt.

Lindau, 14. April. Der Bau der äußern Vorarlbergerbahn in der Richtung von Bludenz nach Lindau wird mit der Inangriffnahme der Tunnelarbeiten hinter Feldkirch beginnen. Die ganze Linie ist abgesteckt und wird bald überall in Angriff genommen werden. Auch auf bayerischer Seite sind nunmehr Geometer beschäftigt, das Terrain zu vermessen. Hiernach wird die Entscheidung für eine der drei schon früher projektirten Linien höheren Orts getroffen werden. Bald dürfte sich sodann auch die Frage, ob Belassung ob Verlegung unseres Bahnhofes, entscheiden müssen.

Feuilleton.

Die Osterwoche bei den Muhammedanern Egyptens.

Es ist auffallend, daß die glaubensstolzen Moslemin wenigstens in Egypten, manche Tage gemeinschaftlich mit den eingeborenen Christen feiern, freilich in eigener, wenig christlicher Weise. Solche Gebräuche stammen zunächst aus der Zeit, wo ganz Egypten das Christenthum bekannte, die eigentliche Wurzel ist aber fast stets in der alten heidnischen Pharaonenzeit zu finden. Hieher gehört vor Allem die Osterwoche. Am Palmsonntag „Palmzweigsonntag" (had el dus) binden sich die Frauen Palmzweige um Haupt und Finger. Am darauffolgenden Montag ißt man Fagus (eine Art Gurken) mit Weißkümmel, am Dienstag Käsebrühe mit Zwiebeln; dieser Tag heißt daher „Käsebrühe- und Zwiebeltag" (jum el misch u el basal). Der Mittwoch ist allgemein unter dem Namen „Hiobsmittwoch" (arbâ ajub) bekannt. An diesem Tage sprach das Kraut Ghubera (Inula arabica) zu dem siechen Hiob: Wasche dich mit meinem Safte, und du wirst genesen. Er genas, und daher wäscht sich noch jetzt ganz Egypten an diesem Tage mit dem Hiobswasser (gharghara ajub). Der Gründonnerstag ist zum „Erbsendonnerstag" (chomis el ads) geworden. Am heiligen Charfreitag „Mehlfladenfreitag" (gumâ el mafruka) der Moslemin, ist ein Mehlfladen mit Butter und Honig bestrichen, zu verspeisen. Der Samstag heißt der „Sabbat des Lichts" (sabt e nur), wohl von dem berühmten heiligen Feuer, das an diesem Tage in der griechischen Kirche zu Jerusalem sprüht, und dessentwegen die christlichen Brüder daselbst alljährlich einen Spektakel anrichten, der oft mit Mord und Todschlag ausgeht und das Einschreiten türkisch-moslemischer Soldaten nöthig macht. Die Gläubigen des Islam stärken an diesem Tage ihre Augen mit Augenpulvern; Jedermann läßt sich zur Ader oder schröpfen, und man ißt gefärbte Ostereier. Auch nimmt man Kischk, d. h. eine Weizenabkochung mit saurer Milch, kocht diese mit Eiern und klebt sie mit den farbigen Eierschalen über die Thüren, um da für undenkliche Zeiten den Eingang zu schmücken. Am Ostersonntag, dem großen Fest der Christen (îd e nusara) ist bei diesen großer Empfang mit Scherbet und Geschenken; die Moslemin besuchen freundnachbarlich die Christen, wie diese die Moslemin am Bairam besuchen. Der Ostermontag der Kopten, deren Festrechnung nach dem griechischen Kalender geht, ist in Egypten das allgemeine Frühlingsfest für die Bekenner jeden Glaubens. Die Nacht zuvor hat man Zwiebeln, Buffbohnen und einen Rosenstrauß unter das Bettkissen gelegt, und man schläft darauf. Am Ostermontag früh wird die Zwiebel zerbrochen,

und man liebt sie mit den Saffbohnen an die Riegel und riecht an den Rosen. Mit Tagesanbruch wandelt alle Welt hinaus ins Freie; denn heute ist „schim e nesim“, d. h. Lüftchenriechen oder poetischer: Schlürfen des Zephirs. Man geht in die Gärten oder andere reizende Punkte und bringt womöglich den ganzen Tag daselbst zu. An besonders besuchten Orten haben sich Kaffeewirthe, Scherbet-(Syrup) und Busa- (halbgegohrenes Malzgebräu) Verkäufer, Garlöche etablirt; oder eine Gesellschaft von Freunden nimmt sich ein Osterlamm mit, schlachtet es an dem Lagerplatz, den man sich auserwählt, und bereitet sich „tanur“, d. h. man bratet das in mehrere Stücke geschnittene Fleisch in einem improvisirten Erdofen, oder man macht Schauirma, steckt das Lamm mit Haut und Haaren an einen Spieß und röstet es am Feuer. Den Tag verbringt man mit Geplauder, Ballspiel, gymnastischen Uebungen, und wem es sein Gewissen erlaubt, riecht außer der Luft und dem Braten auch an der Arakiflasche. Heute gilt's, die Gesundheit aufzuschlürfen; denn nun kommt die 50tägige Schreckensperiode, die Zeit des Chamasin. Eine Schlange wandelt durch den Erdkreis und verpestet mit ihrem Giftathmen, dem Samum, die Atmosphäre: Pest, Poden, Cholera („der gelbe Wind“) und allerlei andere Krankheiten sind in ihrem Gefolge. Erst das Pfingstfest löst den Fluch.

Dr. Klunzinger.

Vermischtes.

[Auf eine eigenthümliche Art] sollte der Magdeb. Ztg. zufolge, am letzten Freitag Abends in Burg ein Diebstahl ausgeführt werden. Mit dem Abends von hier nach Berlin abgehenden Zuge trifft in Burg eine Frau mit einer schweren Kiste ein, nimmt zwei Dienstleute an und begibt sich mit denselben zu einem dortigen Lotterie-Kollekteur mit der Bitte, den Kasten bis zum anderen Tage in Verwahrung zu nehmen, was aber von diesem abgelehnt wird. Hierauf begibt sich die Frau zu einem dortigen Kaufmann mit derselben Bitte, und dieser, nichts Böses ahnend, nimmt den Kasten in Verwahrung und stellt denselben in einen Raum neben seinem Laden. Nach Schluß des Geschäftes pflegte der Kaufmann in seinem Laden noch eine Weile die Zeitung zu lesen, und wie er so allein und still eine zeitlang gesessen hatte, vernahm er mit Einemmale in dem Kasten ein Geräusch wie ein Rücken und Schieben. Aufgeregt und nichts Gutes ahnend, ließ er die Polizei holen, welche den Kasten, der mit einer Gummischnur umwunden und, wie sich nachher zeigte, von innen zu öffnen war, aufbrechen ließ. Wie erstaunte man, als in demselben ein Mann liegend gefunden wurde, welcher zwei Dolche und ein geladenes Doppelterzerol bei sich führte. Derselbe wurde verhaftet und soll von Burg gebürtig sein. Hoffentlich gelingt es, bald Näheres über diese interessante Diebesgeschichte mitzutheilen.

— Die New-Yorker Handelsztg. erzählt: „In Richmond, der ehemaligen Rebellenveste, hat man sich auf eigenthümliche Weise amusirt. Zwei Bürgermeister, von denen der eine durch den Gouverneur ernannt, der andere sich nicht ablösen lassen wollte, kündeten einander alles Ernstes Krieg an. Der alte Mayor wurde vom neuen mit den Seinigen in einem Polizei-Stationshause belagert und effectiv ausgehungert. Die Neger ergriffen Partei für den alten und es kam zu einem Kampfe, bei dem leider Blut floß. Endlich mischte sich der General Canby mit der Erklärung dazwischen, daß des grausamen Spiels nachgerade genug sei und eine Fortsetzung nicht geduldet werden könne, was man ihm als willkürlichen Eingriff anrechnete, wodurch aber doch der Friede herbeigeführt und weiterem Unfug vorgebeugt wurde. Die Differenz ist jetzt, wie es gleich im Anfang hätte geschehen müssen, den Gerichten übergeben worden.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 15. April. Die offizielle Abendpost hebt in einem Artikel die Schwierigkeit der Lage des neuen Cabinets, weil es nicht ein parlamentarisches ist, hervor und sagt: Das neue Cabinet wird in dem Actionsgedanken die Mittel zur Klärung der sich durchkreuzenden Rechtsansprüche bieten, und hiebei streng verfassungsmäßig vorgehen. Das Ministerium bedauert, daß mehrere der bisherigen Minister nicht wieder in das Cabinet eingetreten sind; es erwartet und strebt einen baldige Completirung des Cabinets im Interesse des hochwichtigen deutschen Nationalelements an. Das Ministerium identifizirt sich mit dem österreichischen Staatsgedanken und erkennt in demselben das Problem des zu erhoffenden Erfolges, den es nicht gegen die Verfassung, sondern zum Schutze derselben und zu ihrer Anerkennung anstrebt. Das Ministerinm erwartet von seinen Thaten das Heranwachsen des gesunkenen Vertrauens und ist sich seiner Verantwortlichkeit bewußt. Die allgemeine Anerkennung und Uebung des gemeinsamen Rechtes, die Begründung der gemeinsamen Freiheit erkennt das Ministerium als die einzigen Zielpunkte seiner Action an.

Paris, 16. April. Die Linke hat sich gestern versammelt, um zu prüfen, ob die delegirten Journalisten zur Unterzeichnung des Manifestes zuzulassen seien. Es entspann sich eine lebhafte Diskussion. Ein Einvernehmen wurde nicht erzielt. Eilf stimmten für, zehn, darunter Picard, dagegen. Bezüglich des Plebiscits ist gestern ein Einverständniß zwischen dem rechten und linken Centrum erzielt worden. Marquis Banneville wurde telegraphisch beauftragt, die Note des Grafen Daru dem päpstlichen Hofe nicht zu überreichen.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 16. April. (Schlussc.)

Wechsel auf London	119 7/8	Oest.-frans. Staatsbahn	372 1/2
„ „ Paris	95 1/8	Bayr. Ostbahn-Actien	119
„ „ Wien	96 1/4	Elisabeth-Prior. I. Em.	77 1/2
5 proc. bayr. Anleihe	101	4% bayer. Prämien-Anl.	105 3/4
4 1/2 „ „ „	91 7/8	Bad. Präm.-Anleihe	104 3/8
4 „ „ Grundrente	86 1/4	Oesterr. Loose v. 1860	78 1/2
4 „ „ Obligat.	85 5/8	„ Loose v. 1864	——
5 proc. österr. Metall., engl.	——	Alsenzbahn	65 1/4
5 „ „ National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	67 1/4
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	197 1/2
1882er Amerikaner	95	Napoleons	9.30 1/2
Oesterr. Bank-Actien	690	Rente Silber 57 3/8, Pap. —	
Credit-Actien	267 1/2	matt. Handelsbank	98 1/2

Berlin 16. April (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	45 7/8	Lombarden	112 3/4
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	105 7/8	Italienische Anleihe	54 7/8
4 1/2 „ „ Anleihe	—	1882er amerikanische Bonds	95 7/8
Bad. Prämien-Anleihe	104 7/8	5 proc. preuss. Anleihe	101 3/4
Darmstädter Actien	128 5/8	4 1/2 „ „ „	91 5/8
Oesterr. Credit-Actien	152 1/4	Wechsel auf Augsburg	56.22
Oest.-frans. Staatsbahn-Actien	212 1/2	„ „ Frankfurt	56.24
Staatsbahn-Prioritäten	292	„ „ London	6 24 1/8
Oest. fl. 500 Loose von 1860	78 1/2	„ „ Paris	81 1/12
„ fl. 100 Loose von 1864	65 1/4	„ „ Wien	81 7/8
5 proc. östr. National-Anl.	——	fest.	

Wien, 16. April. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	69.90	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	96.50	Steuerfr. Metall. on 1866	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	118.25	Napoleons	9.87
Oesterr. Bank-Actien	716.—	Wechsel auf Augsburg	102.80
„ Credit-Actien	258.70	„ „ London	123.60
Oest.-frans. Staatsbahn-Actien	387.—	„ „ Paris	49.—
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	„ „ Frankfurt a. M.	102.65
„ „ Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	205.—
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 327.—Pap.-R.	60.50

(Münchener Schrannenbericht vom 16. April 1870.)

	Umsatz. Schffl.	Rest. Schffl.	Höchster.	Mittlerer.	Niedrigster.	Gef. kr.	Gest. kr.
			Durchschnittspreis				
Weizen	1460	1437	fl. 20 21	fl. 19 14	fl. 17 42	5	—
Roggen	896	147	„ 12 13	„ 11 48	„ 11 15	16	—
Gerste	941	221	„ 13 25	„ 12 49	„ 11 45	--	2
Hafer	1799	191	„ 9 8	„ 8 29	„ 7 39	8	—
Wicken	346	118	„ 12 16	„ 11 5	„ 10 12	—	23
Reps	—	—	„ — —	„ — —	„ ——	—	—
Lein	2	34	„ 22 89	„ 22 18	„ 21 47	24	—

Gesammtumsatz: 9787 Schffl. im Betrage von 124,130 fl.. Wochen-Verkauf in der Schrannenhalle: 4008 Schffl.

Curse des Münchener Handelsvereins vom 16. April 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. 3 1/2% Obl.	fl. 1000	81 1/2	
4% ganz. Obl.	1000	86 1/4	
4% halbj. Obl.	1000	86 1/4	
4% Grundr.-Obl.	1000	86 1/2	
4 1/2% ganzj. Obl.	1000	92	
4 1/2% halbj. Obl.	1000	92	
4 1/2% „ Milit. „	1000	92	
5% Obl.	1000	101 3/4	
4% Münch. Obl.	1000		
5% „ „	1000	101 1/2	
4 1/2% Ostbahn-Aktien .		119 3/4	
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung . .		86 1/2	
dto. volle		86 1/2	
Pfdbr. d. bayer. Hyp.-u. W.-Bank à fl. 1000		90 1/2	90 3/8
Bank-Obl.d.Hyp.u.W.-Bk.		99 7/8	100
Aktien „ „		824	823
Bayer. Handelsbank-Act.		98	97
„ Vereinsbank . .		119 1/4	118 3/4
Württemberg. 4 1/2% Obl. . . .		91 1/4	
Oesterreich 4 1/5% Silb.-Rte. 5/7		57 5/8	
„ Pap.-Rte „			
5% Nation.-Anl. . 5/6			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à 116 2/3			
5% Met. Stfr. v.1866 6/7			
Oest. Bank-Aktie . .			
„ Cred.-Aktien . .		267 1/4	267
Oest.-franz. Stsb.-Aktien .			

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb. „	199 1/2	198 5/8
Preußen. 4 1/2% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. 2 1/2	95 1/4	
„ 1884 „	94 1/2	
„ 1885 „	94 1/2	
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	106	
4% Bad. „ „	104 1/2	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	6 1/2	
Pappenheimer dto.	5 3/4	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose . .	18 1/2	18 1/4
Oester. 1854er Loose à fl. 250 5/6		
„ 1860er „ à fl. 500 6/7		
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred. Loose . . .		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		330
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		124
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor .	95	
Chemische Fabrik Heufeld		76
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn . . .		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn . .		
„ Siebenbürger Bahn . . .		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. I. Em. 6/7	77 1/2	
dto. II. „ „		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn „	77 3/4	

		Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn „		79	
„ Siebenbürger Bahn „			
„ d. Böhm. Westbahn „			
„ Alföld Fiumander Bahn „		76 1/2	
Wechsel.			
Amsterdam fl. 100 holl.	K. S.	100 3/4	
	L. S.	100 3/4	
Augsburg fl. 100 . . .	K. S.		
	L. S.	100	
Berlin Rthlr. 60 . .	K. S.	105	
	L. S.	105	
Frankfurt fl. 100 . . .	K. S.	100	
	L. S.	100	
Hamburg M.-B. 100 . .	K. S.	88 3/4	
	L. S.		
Leipzig Rthlr. 60 . .	K. S.	105	
	L. S.	105	
London Pfdst. 10 . . .	K. S.	120	
	L. S.	120	
Paris Fr. 200 . . .	K. S.	95 1/8	94 7/8
	L. S.	95 1/8	94 7/8
Wien fl. 100 . .	K. S.	96 3/8	
	L. S.		
Bank-Disconto für Platz-Wechsel . .			
„ „ Lombard. . .			
Geldsorten.			
Preuß. Friedrichsd'or		9.59	9.58
20 Francs Stücke		9.30 1/2	9.29 1/2
Preuß. Cassen-Scheine		105 1/8	104 7/8
Oest. Banknoten		96 3/8	96

Kgl. Hof- u. National-Theater.

Montag den 18. April.

62. Vorstellung im Jahres-Abonnement.

Guido und Ginevra.

Oper mit Ballet in 4 Aufzügen nach Scribe.
Musik von Halevy.

Regie: Hr. Sigl.

Personen:

Cosmus von Medicis . . . Hr. Bausewein.
Ginevra, dessen Tochter . . . Frl. Stehle.
Manfredi, Herzog v. Ferrara . Hr. Fischer.
Guido, ein Bildhauer . . . Hr. Nachbaur.
Ricciarda, eine Sängerin . Frln. Müller.
Fortebraccio, Anführer der Lanzenknechte . . . . . Hr. Vogl.
Leonore, Ehrendame der Ginevra . . . . Frl. Hemauer.
Lorenzo, Intendant des Cosmus von Medicis . . . Herr Sigl.
Bruder Tebaldo . . . . . Hr. Petzer.
Ein Lanzenknecht . . . Hr. Hoppe.
Hofherren und Damen.
Trabanten und Lanzenknechte. Pagen, Diener und Landleute.

Ort der Handlung: In und bei Florenz.
Der 2. Aufzug spielt mehrere Monate später als der erste.

Die Kasse wird um 1/2 6 Uhr geöffnet.

Anfang 1/2 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

Kgl. Residenz-Theater.

Montag den 18. April.

Unerreichbar.

Lustspiel in 1 Aufzuge von Adolf Wilbrandt.

Personen:

Sommer, Gutsbesitzer . . . Hr. Richter.
Eugenie, dessen Frau . . . F.D.-Häusmann.
Adalbert, Schriftsteller, Eugeniens Bruder . . . . . Hr. Rohde.
Leonhard . . . . Hr. Rüthling.
Hedwig, Eugeniens Verwandte Frl. Jenke.
Fräulein Kunigunde Kühl, Haushälterin . . . . . . Frl. Seebach.

Hierauf:

Die Gönnerschaften.

Lustspiel in fünf Aufzügen von Scribe.

Personen:

Herr v. Miremont, Pair von Frankreich . . . . . . Hr. Herz.
Cesarine, seine Frau . . . . Frl. M. Meyer.
Agathe, ihre Stiefmutter . . Frln. Jenke.
Oskar Rigaut, ihr Vetter . . Hr. Häusser.
Herr v. Montlucart . . . Hr. Possart.
Zoe, seine Stiefschwester . . Frl. J. Meyer.
Edmond v. Varennes, Advokat Hr. Goritz.
Bernardet, Doktor der Medizin Hr. Christen.
Dutillet, Buchhändler . . . Hr. Keller.
Derousseaux, Maler . . . Hr. Tomschitz.
St. Estève, Dichter . . . Hr. Davideit.
Diener d. Hrn. v. Miremont Hr. Leigh.
Diener d. Hrn. v. Montlucart Hr. Leibold.
Ein Diener bei Rigaut . . . Hr. Wagner.

Anfang halb 7 Uhr. Ende gegen halb 10 Uhr.

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer. — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr: Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Dienstag, den 19. April 1870. Nr. 107.

Die Verhandlung über die Todesstrafe.

✕ Die erste Sitzung der Abgeordnetenkammer nach den Osterferien soll sich der so eben kundgemachten Tagesordnung gemäß mit der wichtigen Frage der Todesstrafe beschäftigen. Es ist selbstverständlich, daß die Mitglieder der Fortschrittspartei, welche sowohl Abgeordnete des deutschen Zollparlament als bayerische Landtagsabgeordnete sind, in dieser Collision der Pflichten die Theilnahme an der Landtagsverhandlung dem rechtzeitigen Eintreffen zur Eröffnung des Zollparlamentes vorziehen werden. Sie haben nicht zu befürchten, daß ihre norddeutschen Collegen darin einen unberechtigten Partikularismus sehen werden. In ihrer Eigenschaft als Reichstagsabgeordnete sind die norddeutschen Zollparlamentsmitglieder entschieden dabei interessirt, daß in der bayerischen Abgeordnetenkammer die Abstimmung gegen die Todesstrafe ausfällt, deren Schicksal im Zusammenhange mit dem vom Reichstage berathenen Norddeutschen Strafgesetzbuch für das Gebiet des norddeutschen Bundes augenblicklich noch in Frage steht.

Wir brauchen kaum zu bemerken, daß es eine Ehrensache für die bayerische Fortschrittspartei ist, einen Antrag nicht zu Fall bringen zu lassen, der aus ihrem eigenen Schooße hervorging und für den sich schon die vorige Abgeordnetenkammer mit der größten Mehrheit erklärt hatte. — Unter diesem doppelten Gesichtspunkt, daß die bevorstehende Abstimmung für ganz Deutschland von Wichtigkeit ist, und daß die Würde der eigenen Partei dabei in Frage steht, darf man als gewiß annehmen, daß sich die Mitglieder der Fortschrittspartei, welche der Kammer angehören, am nächsten Donnerstage vollzählig einfinden. Hier haben wir eine Frage vor uns, in der es sich nicht um die schroffen Gegensätze unseres bayerischen Parteilebens handelt und es ist deßhalb anzunehmen, daß, wenn die durchschlagenden Gründe aufs Neue geltend gemacht werden, unsere Gesinnungsgenossen ihre Schuldigkeit thun, die Abstimmung zu Gunsten unseres Antrages ausfällt. Wir erinnern nur daran, daß der gegenwärtige Kammerpräsident und Führer der patriotischen Kammermehrheit, Herr Dr. Weis, schon früher für die Aufhebung der Todesstrafe gestimmt hat.

Es wäre uns schwerlich eingefallen, eine so selbstverständliche Pflicht, wie das Erscheinen bei dieser Gelegenheit, unsern Freunden in der Kammer ins Gedächtniß zu rufen, wenn wir nicht gesehen hätten, daß neulich ein von der Fortschrittspartei gestellter Antrag blos deßhalb unterlag, weil eine Anzahl ihrer Mitglieder nicht am Platze war.

Politische Tagesübersicht.

Karlsruhe. Die Ernennung des früheren Ministerialraths Abg. Kiefer zum Oberstaatsanwalt in Mannheim ist nun definitiv erfolgt. — In unseren Blättern begegnet man von oppositioneller Seite schon häufig der Klage, daß man mit der Einführung der Geschwornengerichte für Preßvergehen, die ultramontanen Blätter zumal, wohl noch schlimmer fahren werde, als mit den gelehrten Gerichten. Allerdings ist der erste politische Fall in Karlsruhe ungünstig für den Angeklagten ausgefallen. Nunmehr sind auch zwei Führer der ultramontanen Partei vor das nächste Schwurgericht in Freiburg verwiesen, und zwar wegen der bei der Versammlung in Hugstetten gehaltenen Reden.

Dresden. Wenn gleich die Aussichten auf einen günstigen Ausfall der Land- und Reichstagswahlen im Sinne der national-liberalen Partei besser denn bisher sind, ist die in unserem Lande vielbesprochene Aeußerung eines Korrespondenten der Magdeb. Ztg., daß fast nur national-liberale Abgeordnete gewählt werden dürften, jedenfalls übertrieben. Prof. Biedermann wird sich wahrscheinlich vom Landtage fern halten, wie er von vornherein erklärt, dagegen ein Mandat für den Reichstag annehmen. — Der Uebertritt des Botanikers Professor Hofrath Schenk in Leipzig von der katholischen zur evangelischen Kirche, ist besonders in unsern streng katholischen Hofkreisen sehr übel vermerkt worden.

Wien, 16. April. Auf ihren gestrigen Einführungs-Artikel für das neue Ministerium läßt die „Wiener Abendpost" heute das folgende charakteristische Postscriptum folgen: „Die hier erscheinenden heutigen Blätter beschäftigen sich insgesammt mit den Ausführungen, welche wir über die Stellung des neuen Ministeriums gestern zu veröffentlichen ermächtigt waren. Wir finden in diesen Stimmen, wie das ganz in unseren Voraussetzungen lag, im Wesentlichen übereinstimmend die Enthüllungen vermißt, welche man in Bezug auf die Aufstellung eines ministeriellen Programmes erwartet hatte. Es ist nochmals hervorzuheben: das Ministerium nimmt kein Vertrauen in Anspruch, ehe es durch seine Action ein Recht auf dieses Vertrauen erworben zu haben glaubt. Und hierin liegt auch im Wesentlichen der Grund, warum es sich nicht veranlaßt gesehen hat, mit einem Programme dieser Action hervorzutreten. Es ist dies nicht Mißachtung einer Forderung, deren relative Einmüthigkeit die Regierung aus den Erörterungen der hiesigen Presse wohl entnehmen konnte, sondern ein principieller Entschluß, der mit den Auffassungen der Regierung über die Schritte, die sie zunächst einzuschlagen hat, in engem Zusammenhange steht." — Diese Note sagt, daß der gestrige amtliche Artikel ein Programm gar nicht sein wollte, weil es zu den Grundsätzen der neuen Regierung gehört, kein Programm zu veröffentlichen. Wir brauchen über die Weisheit dieses Grundsatzes nicht zu streiten, weil wir des festen Glaubens sind, daß das neue Ministerium ein Programm noch gar nicht hat, also aus naheliegenden Gründen der Versuchung, dasselbe zu publiciren, widerstehen konnte. Ein Schelm, wer mehr gibt, als er hat. Das Ministerium Potocki will sein Programm eben erst finden und wird nun anfangen zu suchen. Unter solchen Umständen handelt es sehr klug, durch die „Abendpost" sagen zu lassen, es nehme „kein Vertrauen" in Anspruch. Das ist die Geschichte von den sauren Trauben.

— Das Passionsministerium nennen die Wiener das von dem Grafen Potocki zusammengesuchte Kabinet, und sie dürften damit das Richtige getroffen haben, denn es ist schwer zu glauben, daß es im Stande sein wird, die großen Schwierigkeiten zu bewältigen, die sich ihm auf allen Seiten entgegenstellen. Als seinen speziellen, politischen Wahlspruch bezeichnete Graf Potocki in den ihm nahestehenden Kreisen die Worte: „Mäßigung und Einigung."

Laibach, 15. April. Das Kirchenblatt Danica enthält einen auf das Oktober-Diplom bezugnehmenden Aufruf an die Slovenen zur Bildung katholisch-politischer Vereine, damit die bevorstehenden Wahlen im katholisch-nationalen Sinne geleitet werden.

Prag, 16. April. Mitglieder des Feudal-Adels berichten, ihre Bestrebungen seien vorläufig erfolglos geblieben. Sowohl die deutschen als auch die czechischen Blätter verurtheilen die Erklärung der „Wiener Abendpost." Sie finden den Passus „Beseitigung von Widerstandskräften" unverständlich. — Nach bestimmter Mittheilung unterhandelte Graf Clam-Martinitz bisher nicht direkt mit Potocki, wohl aber indirekt. Der daraus hervorgehende Meinungsaustausch zeigte, daß die in der Hoffnung, nächstens im böhmischen Landtage die Majorität zu haben, siegestrunkenen Feudalen zu Concessionen im Verfassungssinne nicht bereit sind. — Die Bohemia nennt die Regierungs-Erklärung in der Wiener Abendpost eine Variante der Belcredi'schen Lehrmeinungen. — Das Justizministerium verlangte ein Verzeichniß der wegen politischer Verbrechen in Prag abgestraften Personen ab.— Die Narodni Listy protestiren entschieden gegen jede Beschickung des Reichsrathes. Nichts könnte die „staatsrechtliche" Opposition hiezu veranlassen; die Hauptfeste der Czechen bestehe in den Landtagen, die allein das Recht haben, das Verhältniß zur Krone und zum Reiche zu regeln. Die Reichsrathsbeschickung schade dem böhmischen „Staatsrechte" tausendmal mehr als die schlechte Landtags-Wahlordnung.

— Es ist unwahr, daß die verfassungstreuen Großgrundbesitzer bei Neuwahlen an Wahlenthaltung denken. Die vom Fürsten Carlos Auersperg abgehaltenen Conferenz beschloß das Gegentheil. Man will hier wissen, Graf Potocki werde die Landtage nicht früher auflösen, als bis seine Conferenzen mit slavischen Parteiführern ein seinem Experimente günstiges Ergebniß geliefert haben werden. Bis dahin soll, einem ausdrücklichen Verlangen des Kaisers gemäß, Alles intact bleiben. Von Herbst heißt es, er denke wieder die Prager Professur zu übernehmen.

Pest, 16. April. Der ungarische Lloyd meldet, er habe in den ursprünglichen Entwurf der Regierungs-Erklärung in der Wiener Abendpost Einsicht genommen. Derselbe habe schärfer gegen die Verfassungspartei gelautet.

Krakau, 16. April. Nach Wiener Briefen aus neuministeriellen Kreisen wird Graf Potocki eine Notablen-Conferenz noch Ende dieses Monats einberufen. Eine Amnestie für die in politischen Processen Verurtheilten und Angeklagten wird vorbereitet. Die noch vom Ministerium Hasner für den 24. April vorbereitete große Ordensliste soll jetzt starke Abänderungen erfahren haben.

Berlin, 15. April. Herr v. d. Heydt hatte vor zwei Jahren und auch im vergangenen Jahre versucht, eine Mehreinnahme durch die Besteuerung des Petroleums zu erzielen; dieselbe war auf 898,000 Thaler berechnet worden. Die Erhöhung des Kafezolles von 5 Thlr. auf 5 Thlr. 25 Sgr. per Centner soll eine Mehreinnahme von 1,400,000 Thlr. einbringen; sie würde den Consumenten mit einem Preisaufschlage von 3 Pfennigen auf das Pfund rohen Kafe's treffen. Daß der Kafe an und für sich ein viel geeigneteres Object für einen Finanzzoll ist, als das Petroleum, leuchtet wohl Jedem ein. Die Auffindung des Petroleums in so unermeßlicher Fülle ist ein Ereigniß, was nur alle paar Jahrhunderte vorzukommen pflegt; daß das Licht plötzlich um so viel billiger wird, ist unzweifelhaft ein Fortschritt der Menschheit und der Cultur. Wie plump, wie eng in den Gränzen der bloßen Fiscalität gehalten war der Vorschlag, diese kaum gespendete Gabe der Natur sofort mit einer neuen Steuer zu belasten! Von demselben Standpunkte aus betrachtet, ist offenbar die Erhöhung des Kafezolles weit eher zu billigen. Wenn auch die Vertheuerung des Pfundes rohen Kafe's um 3 Pfennige mancher Familie ein unangenehmes Opfer auferlegen mag, so kann dasselbe doch ungemein leichter ertragen werden als die Vertheuerung des Lichtes. Freilich wird die Vertheuerung des Kafe's überwiegend von Norddeutschland getragen werden, denn in Süddeutschland wird bekanntlich viel weniger Kaffee consumirt; in Bayern trinkt man wohl schon des Morgens sein Bier, und an einen Nachmittagskafe denken dort nur die vornehmen Classen. Es dürfte deßhalb die Erhöhung des Kafezolles namentlich unter den Vertretern der süddeutschen Staaten die eifrigsten Vertheidiger finden. Die ganze Maßregel ist vom Standpunkte der Regierung geschickt genug ergriffen. Wie es mit den Compensationen steht, darüber sind wir freilich noch nicht ganz im Klaren. Wir können uns aber unmöglich denken, daß die Regierungen beabsichtigen sollten, eine solche Zollerhöhung einzuführen, ohne gleichzeitig die Beseitigung des Roheisenzolles in Auge zu fassen. Hoffentlich wird den darauf gerichteten Bestrebungen nicht der gleiche Widerstand wie im vergangenen Jahre entgegengesetzt werden. Hoffen wir, daß die Regierungen aus dieser Erfahrung eine Lehre gezogen haben und bereitwilliger als bisher auf die Aufhebung des Roheisenzolles, und die Ermäßigung der übrigen Eisenzölle eingehen werden. Einen günstigeren Zeitpunkt für diese Maßregel als den gegenwärtigen, kann es gar nicht geben, denn niemals stand die Eisenindustrie des Zollvereins in höherer Blüthe als jetzt; sämmtliche Hütten sind in einer Weise beschäftigt, daß sie den Aufträgen, welche ihnen von allen Seiten zuströmen, zu genügen außer Stande sind. Ein solcher Zeitpunkt scheint doch geeignet dazu, um endlich die Landwirthschaft von dem alten Uebel der Eisenschutzzölle zu befreien.

Paris, 15. April. In der gestern bei Cremieux abgehaltenen Versammlung entspann sich zwischen dem Deputirten Picard und den anwesenden Journalisten — namentlich mit Delescluze — eine lebhafte Debatte. Picard sagte, die Journalisten hätten kein Mandat, mit den Deputirten zu berathen. Delescluze erwiderte: Die Linke muß vor Allem ein republikanisches Manifest erlassen; wir wollen nicht wie früher zum Nutzen der Orleans arbeiten. Wir wollen kein orleanistisches Manifest. Der Deputirte Ordinaire ruft bei diesen Worten: „Sie insultiren uns," und droht dem Vorredner mit der Faust. Die republikanischen Journalisten bedrohen ihrerseits den Deputirten Ordinaire mit Geberden und es herrscht eine lebhafte Erregung. Picard und Grévy bekämpfen den Vorschlag Delescluze's mit Gründen der Opportunität. Gambetta und Arago sprechen sich für ein gemeinsames Einvernehmen aus und schlagen vor, sieben Delegirte der Journalisten hiefür zu wählen. Picard erklärt, er werde ein gemeinsames Manifest nicht unterzeichnen. Grévy spricht in demselben Sinne und bekämpft das Project eines Manifestes als inopportun und gefährlich. Die Versammlung ging um Mitternacht auseinander, nachdem sie beschlossen hatte, vorzugsweise ein verneinendes Votum gegen das Plebiscit anzuempfehlen, ohne eventuell andere Mittel des Protestes, einschließlich der Enthaltung von der Abstimmung, auszuschließen. Viele Mitglieder der Versammlung enthielten sich der Stimmabgabe.

Paris, 15. April. Die Minister sind fast ausschließlich von den Vorbereitungen zum Volksbeschlusse in Anspruch genommen. Die Regierung will nicht direct auftreten, dagegen begünstigt und befürwortet sie die Bildung von Comite's, welche im Interesse der Theilnahme an dem Plebiscit arbeiten sollen. Die Regierung fürchtet die Enthaltung nämlich noch mehr als die directe Feindseligkeit. Die Linke und die Demokratie ist entschlossen, für Nein Propaganda zu machen, die Marseillaise und die Radicalen der Provinz, die für Nichtbetheiligung sind, werden sich wohl fügen müssen. Die Revue Contemporain plaidirt ebenfalls für Enthaltung. Emile Ollivier verspricht sich einen großen Sieg der Regierung. „Ich werde das liberale Kaiserreich gründen trotz aller Hindernisse; ich habe dem Kaiser geschworen, ihm ein glückliches Alter zu sichern, und ich werde meinen Eid halten" sagte der Justizminister zu einigen Deputirten. Die Agitation, welche man unter den Arbeitern hervorzurufen sucht, wird der Regierung in der Provinz zu Hilfe kommen. Man bemerkt, daß Rouher's Organ das „Parlament", den feiernden Arbeitern eifrig die Stange hält. Unter den Verhafteten in Fourchambault befinden sich viele von Außen Zugewanderte. Es ist eine große Anzahl von General-Procuratoren augenblicklich hier anwesend.

Paris, 15. April. Die Affaire des Prinzen Murat ist mit einer großen Geldsumme außergerichtlich geschlichtet worden. Die kaiserliche Familie wollte der unzweifelhaften, zu Parallelen herausfordernden Verurtheilung vorbeugen. Die Liberté tadelt die definitive B

ßung des Finanzministeriums mit Ségris, der gar kein Fachmann ist. (Ségris war bis zu seinem Eintritte in das Cabinet Advokat in Paris. D. Red.)

Brüssel, 16. April. Ein Diebstahl, im Betrage von einer halben Million, veranlaßt durch die Defraudationen eines Beamten des Rechnungshofes, ist entdeckt worden. Amortisirte Schuldscheine der dreipercentigen Staatsschuld waren durch diesen Beamten in Verkehr gesetzt worden. Der Thäter ist verhaftet.

London, 16. April. Cabrera läßt in offizieller Weise erklären, daß er seit dem 19. März die Leitung der carlistischen Unternehmungen gänzlich aufgegeben habe. Man versichert, Don Carlos habe seine Parteigänger auf den 18. April nach Genf berufen.

Athen, 15. April. Die Räuberbande, welche am 11. dieß bei Marathon mehrere Mitglieder des hiesigen diplomatischen Corps gefangen nahm, verlangt eine Million Drachmen Lösegeld. Alle Gesandten überreichen der Regierung wegen dieses Vorfalles sehr energische Noten.

Bayerische Angelegenheiten.

München, 18. April. In Folge eines rheumatischen Fußleidens, welches sich am Sonnabend verschlimmerte, haben Se. Maj. der König auf ärztliche Anordnung dem gestrigen feierlichen Gottesdienst nicht beigewohnt. (C. H.)

* Der Entwurf des neuen Wahlgesetzes ist von Seite der Staatsregierung bereits an das Präsidium der Abgeordnetenkammer gelangt. Wie ich mit Bestimmtheit erfahre, ist in dem Entwurfe der Unterschied zwischen Stadt und Land aufgestellt, dagegen das Princip der Diätenlosigkeit — welches den Entwurf sofort zu Fall bringen würde — nicht enthalten. — Gestern sind die k. Staatsminister v. Bray und v. Lutz auf einige Tage nach Stuttgart gereist, ersterer, um sich Sr. Maj. dem Könige von Württemberg vorzustellen, und um sich mit Hrn. v. Varnbühler zu besprechen, letzterer, um einen Besuch des württ. Justizministers v. Mittnacht zu erwidern. Specielle politische Zwecke liegen der Reise keineswegs zu Grunde. (Siehe Telegramm.) — Fürst v. Hohenlohe ist vorgestern zur Feier der silbernen Hochzeit seines Bruders nach dessen Gut zu Ratibor in Schlesien abgereist, und wird sich von da zur Eröffnung des Zollparlaments nach Berlin begeben. — In der Donnerstagssitzung der Abgeordnetenkammer wird Staatsminister v. Schlör vier Gesetzentwürfe bezüglich der Erbauung von Vicinalbahnen vorlegen. — Mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit ist zu vermuthen, daß v. Stauffenberg's Antrag auf Aufhebung der Todesstrafe am Donnerstage in der Kammer zur Annahme gelangt, indem das Krätzer'sche Referat, welches deren Beibehaltung Namens des I. Ausschusses beantragt in den Reihen der Patrioten eine ziemliche Anzahl entschiedne Gegner gefunden hat, unter denen wir insbesondere Dr. Ant. Schmid und Dr. Huttler hervorheben wollen.

(Dienstesnachrichten.) Se. Maj. der König hat die Verzichtleistung des Adv. Heinr. Merck in Nürnberg genehmigt und dessen Stelle dem gepr. Rechtsprak. und Adv.-Conc. Dr. Herm. Pemsel in Erlangen verliehen; den Assist. am Forstamte Laurenzi in Nürnberg, Christian Helines zum provis. Oberförster in Hofstetten, Forst-Amts Eichstädt I ernannt; die kath. Pfarrei Hüting, Bez.-Amts Neuburg a. d. D., dem Mich. Alph. Boscher, Pfarrvikar in Zaiting, Bez.-Amts Friedberg, die kath. Pfarrei Tödtenried, Bez.-Amts Aichach dem Joseph Kraus, Pfarrer in Klenau, Bez.-Amts Schrobenhausen, die kath. Pfarrei Waldthurn, Bez.-Amts Vohenstrauß, dem Mich. Götz, Kooperator in Vohenstrauß, übertragen. Durch Finanzministerialrescript wurde der k. Förster Peter Richter von Waldthurn auf Ansuchen in gleicher Diensteseigenschaft auf die Wartei Rauzell im Forstamte Ansbach versetzt. Das k. Staatsministerium der Justiz hat die erledigte Funktion des I. Untersuchungsrichters am Bez.-Ger. Kronach dem dermaligen II. Untersuchungsrichter daselbst, Joseph Großbach, übertragen und als II. Untersuchungsrichter am genannten Bez.-Ger. den Assessor dieses Gerichtes, Joh. Paul Stöckl, aufgestellt.

— Der Redacteur des Würzburger Journals ist wegen Majestätsbeleidigung, Beleidigung des Staatsministeriums, sowie der Minister Schlör, Braun und Lutz vor das Schwurgericht verwiesen worden.

— Wegen der in Nr. 5 und 8 der N. Würz. Ztg. vom 5. und 8. Januar l. Js. angeblich enthaltenen strafbaren Angriffe auf den k. Staatsminister v. Lutz wurde deren Redakteur durch appellationsgerichtliches Erkenntniß vom 31. v. Mts. vor das nächste Schwurgericht verwiesen; das k. Bez.-Ger. Würzburg hatte auf Einstellung des Strafverfahrens erkannt, weil die bezüglichen Artikel das Maß einer erlaubten Kritik nicht überschritten hätten und wohl auch deßhalb, weil ähnliche Besprechungen der Amtsthätigkeit des Hrn. v. Lutz vorher in anderen Blättern hervorgetreten waren, ohne daß eine Strafeinschreitung veranlaßt worden wäre; das „Strafbare" der fraglichen Artikel war selbst dem Argusauge des Stadtkommissariates entgangen, was jedenfalls beachtenswerth erscheint.

— Die Gesammtlänge der projectirten neuen pfälzischen Bahnen beträgt nach dem Jahresberichte der Direktion $27,_{79}$ Meilen mit einem vorgesehenen Baucapital von 26,525,000 fl. (darunter die Dürkheim-Mannheimer Bahn mit 3 Meilen und 2,500,000 fl., die Donnersberger mit $4,_{75}$ Meilen und 5,550,000 fl., die Zellerthalbahn mit $1,_{25}$ M. und 550,000 fl. Baucapital. Durch diese Erweiterungen werden die isolirten pfälzischen Bahnlinien zu einem großen organischen Ganzen, welches 75 Meilen mit einem Anlagecapital von nahezu 67 Millionen Gulden umfaßt, vereinigt.

Lokales und Provinzielles.

München, 19. April.

Landshut, 16. April. Während des vorgestern Abend bei uns vorübergezogenen Gewitters schlug der Blitz zu Peterglaim, k. B.-A. Landshut, in einen Bauernhof und brannte in Folge dessen das ganze Anwesen nieder. Wie wir hören, sollen nebst vielem Mobiliar auch einige Stücke Vieh verbrannt sein. [Auch hier in München schlug bei demselben Gewitter der Blitz in die Porzellanfabrik in Nymphenburg ein, wo er ohne zu zünden, alle Fenster zertrümmerte. D. Red.]

Von der Vils, 15. April. Ein gräuliches Verbrechen habe ich zu registriren. Am Freitag den 8. d. Mts. verbreitete sich die Nachricht, daß sich die am 1. April 1870 wieder verehelichte Fischersgattin von Niederhausen erhängt habe. Bei genauer Untersuchung dieser unglücklichen Person stellte sich aber heraus, daß dieselbe durch Schläge auf den Kopf tödtlich verwundet und dann mittelst eines Heuseiles aufgehängt wurde. Blutlachen in einem Stübchen des Erdgeschosses und ein blutiges Beil, sowie der zerbrochene Ofen zeugten, daß das Opfer hier gemordet und dann von seinem Mörder auf den oberen Boden hinaufgezerrt und dort, wie schon erwähnt, aufgehängt wurde. Man ist sehr gespannt, was die bereits eingeleite Untersuchung zu Tage fördern wird. Vor der Hand sei erwähnt, daß der Ehemann der Ermordeten als der That dringend verdächtig, bereits hinter Schloß und Riegel sitzt. Ueber die Ursache dieser unmenschlichen That waltet ein geheimnißvolles Dunkel.

Kipfenberg. Die hiesige Feuerwehr hat sich nach dem Beispiel der Kitzinger ebenfalls in einen patriotischen Verein umgewandelt.

Straubing, 16. April. Das Gewitter, das sich am Gründonnerstag Abends über unsere Stadt hinzog, das erste im laufenden Jahre, scheint größere Dimensionen gehabt zu haben. Auch in Amberg wurde es beobachtet und in Lohe bei Rosenberg schlug der Blitz ein und ward ein Haus der Raub der Flammen.

Brückenau, 14. April. Unser Handelministerium zeigt wenig Geneigtheit, die Konzession zum Bahnbaue Jossa-Brückenau-Kissingen den aufgetretenen Bewerbern zu ertheilen, weil der Staat den Bahnbau sich prinzipiell selbst vorbehalten will, zubem die Ertheilung einer Zinsengarantie in Frage gekommen ist. Dagegen sind uns — allerdings schwache — Aussichten auf eine seinerzeitige Zweigbahn von Jossa über Zeitlofs nach Bad Brückenau eröffnet worden.

Vermischtes.

— In dem Arrondissement Tour-du-Pin (Isere-Departement) haben 6—7000 Weber ihre Arbeiten eingestellt. Dieselben verlangen,

daß man ihnen die Hälfte des Lohnes gebe, welchen die Lyoner Weber erhalten, und daß man ihnen ein Arbeitsbuch bewillige. In Faverges (Savoyen) haben die Weber ebenfalls ihre Arbeiten eingestellt. Die Töpfereiarbeiter von Gisors, Feyfin, Port d'Alal und Demi Lune (Eure-Departement) stellen ihre Arbeiten ein, wenn die Fabrikbesitzer die von ihnen gestellten Forderungen nicht bewilligen.

Telegraphische Nachrichten.

Stuttgart, 18. April. Die sehr zahlreich besuchte Landesversammlung der deutschen Partei nahm nach zündenden Reden Römers und Hölders die von einer Versammlung von Vertrauensmännern beantragten Resolutionen einstimmig an, welche im Wesentlichen lauten: 1) Die deutsche Partei hält an der nationalen Pflicht Württembergs fest, gleich den übrigen deutschen Staaten zum Schutze des Vaterlandes beizutragen und solche Militäreinrichtungen zu treffen, daß die Truppen einen ebenbürtigen Bestandtheil des deutschen Heeres bilden. Militärersparnisse sind nur soweit zulässig, als sie diesem Zwecke nicht Abbruch thun. 2) Nur der rückhaltlose Anschluß an das bereits geeinigte Deutschland sichert den Fortschritt der inneren Entwicklung. Nur der Eintritt in den Nordbund gewährt den gebührenden Antheil an der Entscheidung über das Geschick der Nation. 3) Das Land bedarf einer zur Nationalsache stehenden Regierung; es genügt nicht, die Aufrechthaltung des gegenwärtigen provisorischen Zustandes zu proklamiren; das Vertragsverhältniß zu Norddeutschland ist zu erweitern zur vollen deutschen Bundesgemeinschaft. — Außerdem stimmt die Versammlung den vom Bundeskomité eingeleiteten Schritten zur Bildung einer einheitlichen nationalen Partei durch Verbindung aller jener deutschen Parteien zu, welche die Wiedervereinigung des Südens mit dem Norden auf Grundlage der norddeutschen Bundesverfassung erstreben.

Stuttgart, 18. April. Die bayerischen Minister des Auswärtigen und der Justiz, Graf Bray und Lutz sind hier angekommen und vom Könige um 11 Uhr in Audienz empfangen worden.

Darmstadt, 27. April. Der Großherzog wird am 24. d. Mts. nach Berlin reisen, auf der Rückreise Dresden besuchen und in Giessen mit dem Kaiser von Rußland zusammentreffen.

Wien, 18. April. Der Ausweis der Staatsbahn ergibt eine Wocheneinnahme von 549,927, also gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mindereinnahme von 59,748 fl.

Paris, 17. April. Boulevardrente von gestern Abend 74,30. Mehrere Journale versichern, alle Wähler würden ein persönliches Schreiben des Kaisers erhalten, welches die Bedeutung des Plebiscits erklärt,

Paris, 18. April. Die Agence Havas versichert, die Proclamation des Kaisers an das Volk werde Sonntag zugleich mit einem Dekret erscheinen, wodurch die Volksabstimmung auf den 8. Mai festgesetzt wird. — Die Herzogin von Berry ist gestorben.

Paris, 18. April. Im Senat vertheidigte La Guerronière das Defizit. Er sagte: Frankreich müsse nicht nur stark sein, sondern es müsse Europa auch an seine Stärke glauben. Der Erfolg des Plebiscits werde die Illusion gewisser Geister in Europa zu Nichte machen, welche glaubten, daß Frankreich durch die liberale Bewegung schwächer geworden sei. — Die Discussion über die einzelnen Artikel wird morgen festgesetzt werden.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 18. April (Schlussc.)

Wechsel auf London	——	Oest.-franz. Staatsbahn	——
» » Paris	——	Bayr. Ostbahn-Actien	——
» » Wien	96¼	Elisabeth-Prior. I. Em.	——
5 proc. bayr. Anleihe	101⅞	4% bayer. Prämien-Anl.	——
4½ » » »	——	Bad. Präm.-Anleihe	——
4 » » Grundrente	——	Oesterr. Loose v. 1860	——
4 » » Obligat.	——	„ Loose v. 1864	——
5 proc. österr. Metall., engl.	——	Alsenzbahn	——
5 „ „ National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	67⅝
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	193
1882 er Amerikaner	95½	Napoleons	—.—
Oesterr. Bank-Actien	——	Rente Silber 57½, Pap. —	
Credit-Actien	——	fest. Handelsbank	—

Wien, 18. April. (Schluss-Course.) 1860r Loose 96.50. 1864er Loose 118.25. CreditActien 259.50. Staatsbahn 386. Franko-Anstr.-B. 114.25. Angl.-Austr.-B. 325.50. Lombarden 201.50. Napoleons —.— Gallizier 23.50. Tendenz: ruhig.

Berlin, 18. April. Oesterr. Credit-Actien 154¼. Oesterr.-franz. Staatsbahn-Actien 214½. Oesterr. fl. 500 Loose von 1860 78½. Lombarden 110¼. Italienische Anleihe 55. 1882er amerik. Bonds 95⅞. Tendenz: matt.

New-York, den 16. April. Gold 113½. Wechsel in Gold 109. Bonds per 1882 112⅜. Baumwolle 23⅛. Petroleum 25½.

Straubing, 16. April. Das Wetter ist vorherrschend noch immer rauh, windig und bei Nacht sehr kalt. Dass viel Reps, Klee, Waizen und Roggen umgeackert werden muss, bestätigt sich. Die heutige Schranne war, wie gewöhnlich solche vor Feiertagen, unbedeutend befahren. Händler hatten sich dagegen sehr viele eingefunden und haben sämmtliche Getreidepreise neuerdings angezogen. Nach Qualität holte:
Weizen fl. 17 bis fl. 19½ Roggen fl. 12 bis fl. 13
Gerste „ 9 „ „ 12 Hafer „ 8 „ „ 9

Nachstehend die officiellen Resultate der „heutigen Schranne zu Straubing"

	Umsatz. Schffl.	Rest. Schffl.	Höchster. Durchschnittspreis	Mittlerer. Durchschnittspreis	Niedrigster. Durchschnittspreis	Gef. kr.	Gest. kr.
Weizen	457	60	fl. 18 52	fl. 18 —	fl. 16 47	—	65
Roggen	107	11	„ 13 6	„ 12 3	„ 11 47	—	13
Gerste	436	13	„ 11 —	„ 10 19	„ 9 25	—	12
Hafer	163	43	„ 8 53	„ 8 6	„ 7 25	—	15
„und der gestrigen Schranne zu Landshut"							
Weizen	641	237	fl. 17 52	fl. 16 54	fl. 14 51	10	—
Roggen	136	18	„ 12 —	„ 11 43	„ 11 30	4	—
Gerste	517	17	„ 12 15	„ 11 .	„ 10 10	—	26
Hafer	111	4	„ 8 41	„ 8 1	„ 7 25	—	4

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer. — Druck der G. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr: Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich **vier**, per Quartal **Ein Gulden**.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr. Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Mittwoch, den 20. April 1870. **Nr. 108.**

Die Reform der Geschäftsordnung des Landtags.

× Beim Beginn des gegenwärtigen Landtages haben wir anknüpfend an einen Antrag, welchen die Fortschrittspartei durch einige ihrer Mitglieder an die Kammer der Abgeordneten kommen ließ, auf die Nothwendigkeit und den Werth einer Verbesserung des bisherigen Geschäftsganges in unserer Volksvertretung hingewiesen. Offengestanden schien es uns eine fast überflüssige Arbeit, die Mängel der bisherigen Geschäftsordnung aufzuzeigen, da sie nach unserer Meinung Jedermann ins Auge starrten. Ebenso hatte sich auch der Hauptantragsteller Dr. Völk in den Motiven seines Vorschlags darauf beschränkt, als Beispiele einige der flagrantesten Mißstände und die Abhilfe dafür zu bezeichnen. Daß der betreffende Antrag im Schooße der Kammer irgendwie Widerstand finden würde, hielt man für ganz unmöglich. Unser ganzes Augenmerk war nur darauf gerichtet, die möglichste Beschleunigung der Reform zu erwirken und aus ganz demselben Grunde wurde bei Einbringung des Antrags ein jedes Wort weiterer Empfehlung vermieden. Zum Referenten in der Angelegenheit wurde vom Ausschuß für innere Verwaltung der Abgeordnete Pfarrer Hasenmaier gewählt, der nicht blos zu den gemäßigteren, sondern auch zu den intelligenten Kräften der patriotischen Partei gehört, und der Vortrag, welchen derselbe ausgearbeitet hatte, entsprach im Wesentlichen dem Standpunkte, von welchem Dr. Völk und seine Freunde ausgegangen waren, wenn er auch mehr spezialisirte, als nach der Meinung der Antragsteller im Interesse der Beschleunigung wünschenswerth war. Die Uebereinstimmung, welche sich zwischen den fortschrittlichen Antragstellern und dem gegnerischen Referenten in der Hauptsache ergeben hatte, konnte um so weniger auffallen, da es sich hier um eine von jeder Parteilichkeit freie, nur das allgemeine Landeswohl berührende Sache handelte. Nicht wenig war man deßhalb überrascht, als der Ausschuß in seiner Mehrheit gegen die zwei der Fortschrittspartei angehörigen Abgeordneten Lampert und Wand und die Stimme des Referenten selber die Ablehnung des Völk'schen Antrags beschlossen hatte. Mit allem Rechte hatte die öffentliche Meinung des Landes unangesehen, ob in den betreffenden Organen die Fortschrittspartei oder der Ultramontanismus das Wort führte, eine Verbesserung des schleppenden Geschäftganges im Landtage gefordert, der zum größten Theil durch die veralteten und nicht selten von vorneherein schädlichen gesetzlichen Bestimmungen in dieser Materie hervorgerufen wird. Nach den Ausschußprotokollen ist es namentlich Dr. Ruland gewesen, der sich als Radikal-Konservativer, wie ihn in der öffentlichen Sitzung der Abgeordnete Marquardsen scherzend bezeichnete, den Antrag des Referenten zu Fall brachte. Auf die dem Völk'schen Vorschlag ebenfalls ungünstigen Aeußerungen des Ministers des Innern, sowie des Ministerialraths Dubois durfte man weniger Gewicht legen, weil beide Herrn einem parlamentarischen Körper noch nie angehörten und namentlich der Letztgenannte in seiner Eigenschaft als Kreisregierungsrath zu Ansbach kaum Gelegenheit hatte, den hier einschlagenden Fragen ein tieferes Studium zu widmen. Um so bedenklicher war der Umstand, daß ein so altes Kammermitglied wie Dr. Ruland und noch dazu ein Mann, der ein solches Ansehen in der Patriotenpartei genießt, unserem Reformvorschlage jede Berechtigung absprach. Schon bei mehreren Gelegenheiten hatte die Fortschrittspartei die Ueberzahl der Stimmen, wenn auch nicht der Gründe auf Seiten ihrer politischen Widersacher empfinden müssen, und so lag die Befürchtung nahe, es werde auch dieses Mal der liebe Gott mit den großen Bataillonen sein. Aber wir wurden angenehm enttäuscht. Nach einer eingehenden Debatte, an der sich von der Patriotenpartei außer dem Referenten, der aber vom Ueberzeugungsdrang ergriffen gegen das ihm aufgezwungene Ausschußgutachten sprach, die Herren Ruland und Huttler betheiligten und worin auch der Letztere seine Uebereinstimmung mit dem fortschrittlichen Reform-Verlangen erklärte, während als Redner der Fortschrittspartei neben dem Ausschußmitgliede Lampert drei der ursprünglichen Antragsteller, Dr. Völk, Dr. Marquardsen und Bürgermeister Fischer, auftraten, ward der von ihnen vertheidigte Antrag allerdings mit geringer Mehrheit angenommen. Welches Schicksal demselben in der Reichsrathskammer bereitet werden wird, mögen die Götter wissen: der Herr Minister des Innern war loyal genug, zu versprechen, daß die Regierung demselben trotz ihrer anfänglich ablehnenden Haltung alles Entgegenkommen zeigen werde.

Die Moral von der Geschichte, das parlamentarische Haec fabula docet, geht dahin: In der patriotischen Partei gibt es eine Anzahl Männer, welche in parteilosen Fragen die Unbefangenheit ihres Urtheils sich bewahrt haben und sich sogar nicht scheuen, durch Befolgung der eignen Ueberzeugung das gefährliche Mißfallen der inneren und äußeren Klubtyrannen zu wagen. Eben so gewiß ist aber auch, daß die große Masse, welche auf der rechten Seite des Abgeordnetenhauses sitzt, zu dieser Unbefangenheit des Urtheils noch nicht gelangt ist, sondern in fast jedem Antrage, der von der Fortschrittspartei kommt, ein trojanisches Pferd wittert, welches das heilige Ilion zu zerstören bestimmt ist. In diesem Falle ist man unter Anführung des Herrn Dr. Ruland so weit gegangen, sich einer Reform zu widersetzen, welche durch Erzielung einer rascheren Geschäftsbehandlung und der Betheiligung aller tüchtigen Kräfte der Kammer bei den Vorberathungen der Gesetzgebungsarbeiten dem Lande eine wahre Wohlthat und eine nicht geringe Ersparniß bereiten würde. Nur der Einsicht von vielleicht 10 oder 12 Männern der Patriotenpartei hat diese es zu danken, daß die Meinung ihrer übel berathenen Mehrheit nicht auch der Ausdruck der Kammermajorität geworden ist.

Wir wünschen auf das Lebhafteste, daß die Reichsrathskammer dem Reformwerke, das ihr selber die berechtigte Autonomie in den eigenen Angelegenheiten geben würde, keinen Widerspruch entgegensetzt, und daß die Regierung dann rasch die Vorlage einbringt, wodurch den bayerischen Kammern die Selbstständigkeit in Betreff der Geschäftsordnung verliehen wird, welche das natürliche Grundrecht einer parlamentarischen Körperschaft ist. Auf jeden Fall hat die Fortschrittspartei nach besten Kräften das Ihrige gethan, damit die Landesvertretung die Geschäfte des Landes eben so rasch als gründlich besorgen kann.

Politische Tagesübersicht.

Darmstadt, 17. April. Kaiser Alexander wird bis zum 25. Juni zur Kur in Ems verweilen und sich dann zu achttägigem Aufenthalt nach Ingenheim bei Darmstadt begeben.

Mainz, 13. April. Gestern wurde der Schauspieler Waldmann, der eine satyrische Broschüre über das Konzil geschrieben, auf Requisition der Staatsanwaltschaft verhaftet. Der Theaterdirector erlangte gegen eine Kaution von 500 fl. die Freilassung des Verhafteten, den er in der für den Abend angekündigten Vorstellung nicht entbehren konnte.

Wien, 16. April. Es ist beschlossen worden eine Conferenz zwischen den Vertretern des gemeinsamen Ministeriums des Aeußern und des österreichisch-ungarischen Justizministeriums zum Zweck des Abschlusses eines Handels- und Consular-Uebereinkommens mit Serbien abzuhalten. Das Uebereinkommen dürfte in allernächster Zeit abgeschlossen und beiden Parlamenten vorgelegt werden.

Wien. Aus der vom statistischen Bureau soeben veröffentlichten vorläufigen Uebersicht des Ergebnisses der jüngsten Volkszählung geht hervor, daß sich die relative Bevölkerung des Kaiserstaates jedenfalls sehr beträchtlich vermehrt habe. Von den 144 Städten und Märkten der westlichen Reichshälfte, welche diese Uebersicht umfaßt, zeigen die meisten gegen das Jahr 1856 eine sehr erhebliche Zunnahme, welche bei einzelnen Orten (wie z. B. bei Marburg) mehr als 150 Pzt. beträgt. Natürlich hat auch Wien einen ansehnlichen Bevölkerungszuwachs erhalten und zählt jetzt mit den Vororten über 820,000 Seelen. Indeß muß man doch noch abwarten, ob dieser Zuwachs nicht durch einen Abfall bei der Landbevölkerung kompensirt wird; da der Volkszug vom Lande in die Städte zu den charakteristischen Erscheinungen unserer Zeit gehört.

Berlin, 17. April. In der gestrigen Sitzung des Zoll-Bundesrathes führte in Vertretung des Bundeskanzlers der Staatsminister Delbrück den Vorsitz. Die Vorlage des Präsidiums, betreffend die Denaturirung von Salz und die Vorlage Preußens, betreffend den Entwurf eines Gesetzes wegen Besteuerung des Stärkesyrups und Stärkezuckers, ferner den Antrag Sachsens, betreffend Zolltarifänderungen, die Anträge Badens, betreffend a) Zolltarifänderung, b) die Taxe für Chokolade, endlich der Antrag Oldenburgs, betreffend die Erhöhung des Normalgehaltes der Hauptzollamts-Controleure gingen an die betreffenden Ausschüsse. — Es folgten Ausschußberichte über a) die Erbauung eines Zollabfertigungsgebäudes zu Moorburg, ferner über die Präsidialvorlagen, betreffend b) den Handelsvertrag mit Mexico, c) den Gesetzentwurf wegen Abänderung der Verordnung bezüglich der Besteuerung des inländischen Rübenzuckers, d) die Eröffnung der Zollvereinsniederlage in Hamburg, e) die Aufstellung eines Verzeichnisses der zur Erhebung von Uebergangsabgaben ermächtigten Zoll- nnd anderen Stellen, f) die Zollbefreiung der Inventarienstücke der im Auslande erbauten Bundeskriegsschiffe, g) den Bau eines Haupt-Zollamtsgebäudes in Hamburg, h) die Ausdehnung der Zulässigkeit des Zollerlasses von 20% auf den von Hamburg oder Altona bezogenen Wein, i) die Anschreibung des zollfrei abgelassenen, zu Herstellung von Fabrikaten für das Ausland bestimmten Roheisens, k) die Tarifirung der sogenannten Hantstücke von Kupfer, l) die Diätensätze der beiden vereinsländischen Hauptzollämtern in den Hansestädten beschäftigten Beamten, m) die Rechnungen über die Ausgaben für das Zollparlament im Jahre 1869, sodann n) den Antrag eines Vereinsbevollmächtigten auf Gewährung einer festen Remuneration für einen Sekretär, endlich o) über Petitionen. — Mehrere an den Bundesrath gerichtete Eingaben wurden den betreffenden Ausschüssen überwiesen.

Berlin. Ein Seitenstück zu Herrn Knak liefert die „N. Stett. Ztg." in Folgendem: Wenn Herr Pastor Knak durch seinen kindlichen Glauben an die Sonnendrehung Aufsehen machte und viele gläubige Nachbeter fand, so hat er nunmehr seinen Meister in Herrn Christlieb, Lehrer der praktischen Theologie und Universitätsprediger zu Bonn, gefunden. Dieser Gelehrte tischt uns in einer kürzlich herausgegebenen Schrift (Moderne Zweifel am christlichen Glauben für ernstlich Suchende. Bonn bei Markus 1870) noch ganz andere Dinge auf, als der vielgenannte Berliner Geistliche. Außer dem Wunder des Stillstandes der Sonne unter Josua sucht er den Glauben seiner Leser zu erwärmen für die redende Eselin Bileams (4. Buch Moses, Kap. 22). Er bemüht sich ernstlich zu beweisen, daß auch eine Thierseele der menschlichen momentan nahe gerückt werden, ja sich dem Menschen in seiner Sprache verständlich machen könne. „Kann ein Erdenkloß reden, der Mensch, konnte im Paradiese eine Schlange reden: — warum sollte nicht auch ein Esel reden können?" (!!!) — Ferner begeistert sich der Bonnenser Gelehrte für die „leibliche Himmelfahrt des Elias" und findet diese Thatsache schon in dem Umstande bestätigt, daß nach 2. Könige 2, 16—17 erfolglos nach Elias Leib geforscht wurde. (Wie viel Menschen müßten darnach schon gen Himmel gefahren sein!) Endlich sucht der Bonnenser Universitätslehrer in den Herzen seiner Leser den Glauben an den dreitägigen Aufenthalt des Jonas im Bauche des Wallfisches zu retten und zu befestigen. Er meint, eine physiologische Unmöglichkeit liege bei einem solchen Aufenthalte nicht vor, denn im Bauche von Haifischen — ein solcher soll es gewesen sein und kein Wallfisch — habe man schon todte Menschen gefunden, woraus folge, daß Jonas sich drei Tage und drei Nächte lebendig in diesem Bauche habe aufhalten können!!! Herr Christlieb, der solche Dinge leistet, ist unlängst vom sächsischen Cultusministerium unter der Firma eines „Vertreters der freieren Theologie" nach Leipzig berufen worden.

Kopenhagen, 17. April. Der Kriegs-Minister Raasloeff hat sein Entlassungsgesuch eingereicht, weil der Verkauf der westindischen Inseln nicht ratificirt worden ist. Weitere Veränderungen im Cabinet stehen nicht bevor.

Rotterdam, 16. April. Die holländischen Bischöfe erlassen von Rom aus an ihre Gläubigen von Zeit zu Zeit Hirtenschreiben, in denen von der päpstlichen Unfehlbarkeit als von einer sich von selbst verstehenden Sache gesprochen wird. Besonders der Bischof von Utrecht, Msgr. Scheepmann, gehört zu den klerikalsten Heißspornen, die man unter den versammelten Bischöfen findet. Indessen ist unter dem aufgeklärten Theile der Katholiken eine Gegenströmung nicht zu verkennen, und selbst das ultramontane Hauptorgan, die Tijd, die früher mit eiserner Stirne die Einheit der katholischen Kirche behauptet hatte muß jetzt mit bitterem Gefühle konstatiren, wie der Liberalismus auch unter der katholischen Bevölkerung der Niederlande mehr und mehr Boden gewinnt. Am vorigen Sonntag traten hier in Rotterdam 26 Katholiken öffentlich zum Protestantismus über, was natürlich von der klerikalen Presse todtgeschwiegen, während die umgekehrte Thatsache stets als ein Weltereigniß von ihr ausposaunt wird. — Es ist schwer, sich auch nur einen annähernden Begriff von der Wuth der konservativen Partei über die Annahme des agrarischen Gesetzes durch die erste Kammer zu machen. Noch vor wenigen Tagen hatte die konservative Presse es laut verkündet, daß der König das Gesetz nie und nimmer sanktioniren werde; nun ist auch diese letzte Hoffnung zu nichte geworden, denn heute steht dasselbe im Staatsblatte. Freilich muß es für eine Partei von so starrem und unversönlichem Charakter verdrießlich sein, wenn eine Aussicht um die andere, wieder ans Ruder zu kommen, schwindet und das jetzige Ministerium kräftiger und sicherer dasteht, als je. — Wie verlautet, wird sich Thorbecke, hart getroffen durch den Tod seiner Gattin, vom öffentlichen Leben ganz zurückziehen. So sehr die wohlverdiente Ruhe dem 75jährigen Staatsmanne zu gönnen ist, so wird sein Ausscheiden aus dem öffentlichen Leben doch eine sehr fühlbare Lücke hinterlassen.

Paris, 16. April. Das „Univers" berichtet, daß die Umtriebe der Mazzinisten in Italien die päpstliche Regierung veranlassen ihre Vorsichtsmaßregeln zu verschärfen. In den Gränzstädten seien 40 Individuen verhaftet worden, und auf Aussagen derselben habe man in Rom Untersuchungen angestellt, wodurch man die Plane der Revolutionäre entdeckt habe.

Paris, 17. April. Die Agitation für das Plebiscit nimmt wahrhaft großartige Verhältnisse an und die Parteien werden über ihr Votum einig sein, ehe ihnen noch die plebiscitalische Frage bekannt ist. Aber auf diese Frage kommt es auch gar nicht mehr an; denn die

Bedeutung der Volksabstimmung wird auf alle Fälle dahin interpretirt werden, daß die Nation über die Lebensfähigkeit des liberalen Kaiserreichs entscheiden solle, so wenig sie auch durch die kurze Probezeit des Parlamentarismus zu einem Urtheil befähigt sein mag. Man wird wählen zwischen Kaiserreich und Republik, unbekümmert darum, daß die Abstimmung im Grunde als Bestätigung des neuen Verfassungs-Entwurfes dienen soll, daß man also aus der Antwort einen Schluß ziehen kann, der nicht in der Absicht der Abstimmenden gelegen; daher denn auch die Besonnenen wünschen, es möge das Votum der Nation so charakterlos als möglich ausfallen. Ein Anderes wäre es, wenn der Kaiser geradezu die dynastische Frage stellte, mithin einer falschen Auslegung des Votums von vorn herein vorbeugte. Aber daß er dergleichen thun werde, ist nicht wahrscheinlich. Es würde darin ein Zeugniß der Schwäche liegen. Das Centralcomite, dessen Bildung das rechte Centrum in einer Versammlung im Hotel du Louvre am Dienstag beschlossen hat, besteht aus Mitgliedern des linken Centrums, Senatoren, großen Industriellen, Gutsbesitzern und Journalisten und hat seinen Sitz in Paris. Dieses Comite wird aus eigener Initiative das ersetzen, was sonst die Präfecten in den Provinzen zu Gunsten der officiellen Candidaten auf dem Verwaltungswege zu thun pflegten, und es ist nicht unmöglich, daß man auf diese Weise zu der von Ollivier so sehr herbeigesehnten straffen Organisirung der liberal-conservativen Ordnungs- und Regierungspartei in den Provinzen gelangt. Es hat Herrn d'Albufera, den Führer des rechten Centrums, zum Vorsitzenden gemacht und ihm ein Comite von fünf Personen an die Seite gestellt, welches sich hauptsächlich die Beschaffung der Geldmittel angelegen sein läßt. Girardin hat erst nach einer Audienz beim Kaiser die auf ihn gefallene Comitewahl angenommen. Die Versammlung hatte anfänglich alle Redakteure der dem Plebiscit freundlichen Journale in diesem Comite vereint sehen wollen. Aber diese Journalisten meinten, daß ihnen eine solche Stellung ihr Wirken in der Presse unnöthig erschweren werde, und daß es genüge, wenn sie durch ihren Syndicus, Girardin, vertreten seien. Dieses Centralcomite hat schon die Summe von circa 400,000 Franken zusammengebracht. Es hofft über eine Million verfügen zu können, um auch die Departements-Ausschüsse mit den nöthigen Mitteln zu versorgen. Jeder der Pariser Rothschilds hat 10,000 Fr. eingesandt, eine Reihe anderer reicher Financiers 2000—5000 Fr. — Die Vertreter der demokratischen Presse und die Abgeordneten, welche zu denselben halten, wollen bekanntlich morgen Abend über ihr gemeinsames Manifest berathen; indeß haben Peyrat und Delescluze im Avenir National und im Reveil ihr Programm schon so bestimmt entwickelt (sie empfehlen die Verneinung der plebiscitalischen Frage), daß den Deputirten nichts Anderes übrig bleiben wird, als zu dem Geschehenen ihre Bewilligung zu geben, wenn es nicht zu einer neuen Spaltung kommen soll. — Von dem Manifest der Picard'schen Partei hört man noch nichts Genaueres, doch wird es sich wahrscheinlich nur in Bezug auf die Motive, nicht aber in Bezug auf den Rath für die Abstimmungsweise unterscheiden. — Die äußerste Rechte (Jerome David, Dugué de la Fauconnerie u. s. w.) hat gleichfalls ein Comite gebildet, welches ohne Zweifel dem zuerst erwähnten Centralausschuß in die Hände arbeiten wird.

— Wie verlautet, soll die Formel Betreffs des Plebiscits folgender Maßen lauten: „Will das Volk die constitutionellen Reformen von 1870, welche die öffentlichen Freiheiten sichern, und will es sie unter die Garantie des Kaiserreiches und der Dynastie stellen?"

— Die France berichtet, daß die Regierung und die Commission für den Senatusconsult darüber einig geworden sind, die Kategorien der Wählbarkeit zum Senate fallen zu lassen, weil sie in manchen Fällen zu offenbarem Unrechte Veranlassung geben würden.

— Die vom Figaro gebrachte Nachricht, der Kaiser werde an sämmtliche Staatskörper Frankreichs ein gedrucktes Schreiben richten, worin er sich persönlich und vertraulich über die Tragweite des Plebiscits auszusprechen gedenkt, ist eine Erfindung, die auf dem Umstande beruht, daß der kaiserliche Buchdrucker Jent dem Geheimschreiber des Kaisers einen Besuch abgestattet, um mit ihm über eine neue Ausgabe des Lebens Cäsar's zu verhandeln.

London, 14. April. Interessant ist die Ansicht des amerikanischen Fenierpräsidenten John Savage über die irische Landbill, welche derselbe in einem officiellen Rundschreiben an die Mitglieder der Bruderschaft ausgesprochen hat und worin es heißt: „Sie hat die Erwartungen, welche Viele thörichter Weise hegten, getäuscht, und es wird sich herausstellen, daß sie von einer befriedigenden Lösung der irischen Landfrage weit entfernt ist; aber trotzdem ist sie das Allerbeste, was von einer fremden Gesetzgebung zu erwarten steht. Gladstone's Bill enthält zwei kühne und liberale Grundsätze, welche sie den irischen Pächtern empfehlen sollen. Wenn sie zur Annahme gelangt, wird sie denjenigen Verbrechen der Grundbesitzer, welche von den Rechtshöfen bisher gebilligt wurden, ein Ende machen. Und wenn sie auch nicht ganz dazu dient, dem Krieg zwischen Grundbesitzern und Pächtern ein Ende zu machen, wird sie doch dazu dienen, ihn zu mildern, während sie den Kriegsschauplatz von der Heerstraße nach den Gerichtshöfen verlegt. Das fenische Heilmittel heißt „Permanenz der Pachtverträge und Abschätzung der Pachtsätze." Allein kein vernünftiger Mensch konnte von einem aus Grundbesitzern zusammengesetzten Parlamente so weit gehende Zugeständnisse erwarten. Deßhalb wird die Bill, welche bestimmt war, „dem Fenierthum den Todesstoß zu geben," das Fenierthum nicht im Mindesten inkommodiren. Um der irischen Landwirthe willen wünschen wir, die Bill wäre liberaler gewesen. Anstatt eine gute Landbill zu fürchten, hoffen wir auf sie, und je besser die Maßregel, desto besser würde sie unsern Ansichten passen. Jedes Zugeständniß, welches das britische Ministerium Irland macht, ist ein Eingeständniß der Welt gegenüber, daß Irland im Recht war." Daß die amerikanischen Fenier die Gladston'sche Gesetzvorlage mit Genugthuung begrüßen würden, stand keineswegs zu erwarten, aber eben so wenig eine so leidenschaftslose Beurtheilung, durch welche das Rundschreiben sich nicht allein vor dem Urtheil der irisch-nationalen, sondern auch der englisch-konservativen Presse auszeichnet.

Endlich einmal wird ein agrarisches Verbrechen in **Irland** sich dem Arme der Gerechtigkeit nicht entziehen. John Gleeson, ein Mitglied der in Holycrois auf gerichtlichem Wege ausgesetzten Pächterfamilie, ist geständig, Kirwan gemordet zu haben. Der letztere habe ihn sehr stolz behandelt, und als er einige zurückgelassene Gegenstände aus seinem früheren Hause habe holen wollen, ihm den Einlaß verweigert. Hiedurch in Zorn gerathen, habe er einen in der Nähe stehenden Spaten ergriffen und seinem Opfer mit selbigem einen Schlag versetzt, der ihn wohl getödtet haben müsse. Um aber seiner Sache gewiß zu sein, habe er zwei große Steine auf die Leiche geworfen.

Nach Depeschen aus **Italien** befindet sich Mazzini immer noch in der Umgegend von Genua. Es scheint, daß der allgemeine Aufstand, der in Italien ausbrechen sollte, wiederum vertagt worden ist. Die Sicilianer, welche denselben beginnen sollen, wollen nämlich noch nicht losschlagen, obgleich sie hinlänglich mit Waffen versehen sind.

Rom, 13. April. Großes Aufsehen verursacht die von der Regierung über die Exemplare der Ketteler'schen Broschüre verhängte Beschlagnahme. Diese Maßregel, von welcher Abstand zu nehmen sich die Regierung bisher hartnäckig geweigert hat, liefert in der That eine sprechende Illustration zu der viel gehörten Redensart von der Neutralität des heil. Vaters in der Unfehlbarkeitsfrage und von der schier übermäßigen Freiheit, welche man den Bischöfen zum freien Austausche ihrer Gedanken gelassen hat. Die Broschüre ist, so viel man weiß, in lateinischer Sprache geschrieben, also für das große Publikum ungefährlich; wohin soll es aber führen, wenn man nicht nur den Druck der Erwägungen, die auf die Gemüther der Concilsväter entscheidenden Einfluß in der Beschlußnahme über die Unfehlbarkeit ausüben könnten, nicht nur in Rom verbietet, sondern selbst den Import derselben verwehrt? (Uebrigens wird uns gemeldet, die Regierung habe sämmtliche eingedrungenen Exemplare der Broschüre verbrennen lassen.) Fürchtet man etwa, daß gute Gründe ein Attentat auf die Freiheit der Väter sein könnten? Will man durch eine solche Censur die Väter den Eingebungen des heil. Geistes zugänglicher machen?

Rom, 16. April. Ueber den Feldzugsplan der Concils-Opposition verlautet, daß gegenwärtig ein neues Promemoria an den Papst

ausgearbeitet wird, worin gegen die Unfehlbarkeit vom Standpunkte der Opportunität Vorstellung gemacht und Verwahrung gegen eine Mehrheits-Entscheidung eingelegt wird. Die Concils-Minderheit erklärt: falls ihre Vorstellungen erfolglos bleiben sollten, werde sie ihren Standpunkt im Plenum des Concils geltend machen, und sollte dieses Vorgehen vergeblich sein, so werde sich die Minderheit vor der Abstimmung entfernen und dem Concil den Rücken kehren.

Petersburg, 16. April. Die deutsche St. Petersburger Ztg. meldet: „Der kurländische Landtag hat beschlossen, daß die zu Majoratsgütern gehörigen Bauern ihre Ländereien verkaufen dürfen, sowie daß nichtadelige Gutsbesitzer zum Landtage zugelassen werden dürfen; der Adreßantrag wurde abgelehnt."

Hongkong, 12. März. In Futscheu hat eine Feuersbrunst 700 Häuser zerstört.

Yokuhama, 23. März. Die Nachrichten über innere Unruhen dauern fort; die Aufständischen drohen mit einem Angriffe auf Yeddo.

Ottawa, 15. April. Das Parlament hat die Habeascorpus-Acte aufgehoben. Zwei Abgesandte Riell's, Pater Richot und Alfred Szott sind hier, weil man sie der Theilnahme an der Erschießung Thomas Scott's auf Fort Garry zeiht, verhaftet worden.

Rio de Janeiro, 20. März. Das Ende des Krieges gegen Paraguay wird mit einer ununterbrochenen Reihe von Festlichkeiten gefeiert, und wie die Volksstimmung sich gehoben hat, so geht es auch mit den Staatspapieren. Mit der provisorischen Regierung von Paraguay, welche eine constituirende Versammlung einberufen wird, soll ein Friedensvertrag abgeschlossen werden; natürlich nach dem Dictat der Sieger. In dem letzten Kampfe des heldenmüthigen Lopez ist außer seinem Sohne, dem Obersten Lopez auch der Vicepräsident Sanchez und der Minister Caminos gefallen. Der Nachricht, daß Frau Lynch, die Begleiterin des Diktators entkommen sei, steht eine andere und spätere entgegen, daß auch sie mit vier Kindern in brasilische Gefangenschaft gerathen sei. Siebenzehn Kanonen, nebst viel Kriegsvorrath und Gepäck wurden von den Siegern erbeutet.

Bayerische Angelegenheiten.

— Der Generalmajor und Brigadier v. Schleich in Bayreuth ist in gleicher Eigenschaft an Stelle des kürzlich verstorbenen Grafen v. Joner nach Nürnberg versetzt, und der pensionirte Generalmajor v. Aldoffer reactivirt und zum Brigadier in Bayreuth ernannt worden.

— Der Vortrag des Abgeordneten Dr. Kräßer, Namens des I. Ausschusses der Kammer der Abgeordneten über den Antrag des Abgeordneten Frhrn. v. Stauffenberg und Genossen auf Aufhebung der Todesstrafe ist veröffentlicht worden. Der Referent äußert sich also: „Die Todesstrafe als das höchste Maß aller Strafe findet sich bei allen Völkern; ein Beweis, daß in dem menschlichen Gemüthe etwas liegt, das dieselbe rechtfertigt. Dieses ist das Gefühl, daß derjenige, welcher sich an den heiligsten, göttlichen und menschlichen Gesetzen verging, seine Schuld durch Verlust des Höchsten und Heiligsten, was der Mensch hat, sühnen müsse. Insbesondere haben auch jene Völker des Alterthums, die in Folge ihrer hohen geistigen Begabung und des im Völkerleben ihnen gewordenen Berufes einen Kulturzustand entwickelt und eine Literatur geschaffen haben, die heute noch die Grundlage unserer Bildung sind, diese Strafart als eine gerechte erkannt und die ausgesprochene Strafe gegebenen Falles vollziehen lassen. Ich meine hier die Juden, die Griechen und Römer. Als das Christenthum in die Geschichte eintrat, da hat es das uralte Gebot: „„Wer Blut vergießt, deß Blut soll wieder vergossen werden,"" ein Gebot, das lange vor der Zeit, in der die Israeliten einen Staat und ein großes Reich bildeten, erlassen wurde, und welches im Anschluß an die Gebote im Mittelalter Vielen eine Art Naturrecht für alle Völker zu bilden schien, nicht aufgehoben. Viele andere Gesetze des alten Bundes wurden aufgehoben. In Bezug auf dieses aber heißt es im neuen Testamente: „„Die Obrigkeit hat das Schwert nicht umsonst."" Auch hat Jesus Christus niemals, so oft auch Veranlassung dazu gegeben war, eine Aeußerung gethan, die sich dahin deuten ließe, die Todesstrafe sei unzulässig, wohl aber hat er die formelle Kompetenz des Pilatus zur fraglichen Rechtsprechung ausdrücklich anerkannt. Daß die christliche Kirche die bezeichneten Sätze des alten und neuen Testamentes in dem Sinne verstanden hat, daß sie die Todesstrafe als Anforderung der Gerechtigkeit gegenüber den höchsten Verbrechen erachtete, zeigt die ganze Geschichte des Mittelalters und der neueren Zeit. Wenn sie auf der einen Seite der Idee der Liebe eine Berechtigung gibt, welche selbst das Opfer des eigenen Lebens für sittliche Zwecke zuläßt, so hält sie neben dieser aber auch die Idee der Gerechtigkeit in dem Umfange fest, daß sie von Strafen „für die ganze Ewigkeit" weiß. Der christlichen Auffassung erscheint die Todesstrafe, welche nach ihr nur das irdische Leben des Menschen vernichten kann, nicht aber dessen ganze Existenz, nur als Genugthuung für ein begangenes Verbrechen, durch welche die göttliche Gerechtigkeit gesühnt und die verwirkte göttliche Strafe gemildert werde. Erst seit der Zeit als im vorigen Jahrhunderte der Glaube an eine geoffenbarte Religion, an Gott und Unsterblichkeit vielfach angegriffen wurde und vielfach wankte, finden wir die Berechtigung des Staates, dieselbe zu verhängen, häufig und immer häufiger angegriffen; später erst, aber mehr vereinzelt auch vom christlichen Standpunkte aus. Deßhalb haben aber alle Staaten, wie früher, so auch seither über das Leben ihrer Angehörigen unbedenklich nicht nur um der Gerechtigkeit Willen zur Strafe, sondern auch sonst im Kriege und Frieden verfügt. Man hat die Blüthe der Nation, die trefflichsten Jünglinge in Schlachten gegen Batterien zu deren Erstürmung geführt, während man wissen mußte und nicht verkennen konnte, daß bei diesem Sturme Hunderte von Menschen fallen werden. Man hat Kriege begonnen, bei denen man mit Rücksicht auf die vorhandenen Streitkräfte voraussehen konnte, daß Tausende fallen werden. Welches Urtheil müßte man über jene fällen, welche solche Kriege nicht um der Vertheidigung willen geführt haben, wenn es schon unzulässig wäre, über das Leben eines Mörders oder Hochverräthers von Staatswegen zu verfügen? Wenn Hoch- und Landesverrath, wenn Aufstände und Meutereien ihr Haupt erheben, läßt die Obrigkeit Kanonen auffuhren und die Menschen zu Hunderten niederstrecken. Aber sie verfügt über das Leben ihrer Unterthanen nicht blos, so lange der Aufstand dauert behufs dessen Niederschlagung, sondern auch dann noch, wenn er beendet ist und von Nothstand oder Nothwehr keine Rede mehr sein kann, weil die Aufständischen vollständig in der Gewalt der Obrigkeit sind. Auch unser Gesetzbuch kennt das Standrecht nicht blos wegen Aufruhrs, sondern auch wenn Mord, Raub oder Brandlegung in gewissen Gegenden in auffallender Weise überhandnehmen und die ordentlichen Mittel zur Wiederherstellung der Sicherheit nicht reichen. Es läßt, im Falle dieses angeordnet ist und der Ausspruch „schuldig" lautet, alsbald die Todesstrafe vollziehen. Unser neues Militär-Strafgesetzbuch von 1869 verordnet in einer Menge von Fällen, es werden wohl weit über 20 sein, die Todesstrafe, z. B. wenn Jemand im Anmarsche zum Gefechte sich zu fechten oder gegen den Feind vorzurücken weigert. Die Antragsteller haben in ihrem Antrage nicht gesagt, ob sie die Todesstrafe in einem Falle, wo das Standrecht oder Kriegsrecht eingetreten ist, zulassen wollen. Derselbe lautet vielmehr ganz allgemein auf Abschaffung derselben als eine Strafart. Sollten sie, wie wahrscheinlich, deren Zulässigkeit für diese Fälle zugeben, so würden sie wenigstens das Recht des Staates, dieselbe zu verhängen, zugestehen und sie nicht als an sich ungerecht erklären." (Schluß folgt.)

— Eigenthümlicher Weise scheint in der Reichsrathskammer der Vorschlag der Fortschrittspartei in der Kammer der Abgeordneten über die Behandlung des außerordentlichen Militärbudgets, ausgenommen jenen Theil, der für Anschaffung von 75,000 Werdergewehren bestimmt und in der von der Abgeordnetenkammer beschlossenen Fassung bereits angenommen ist, auf einem Umwege zur Anerkennung und Befolgung gelangen zu sollen. Der Referent Freiherr v. Thüngen will nämlich erst nach seiner Rückkehr vom Zollparlamente diesen Gegenstand in Arbeit nehmen und hofft, daß bis dahin auch die Abgeordnetenkammer an der Berathung des ordentlichen Militäretats stehen werde. Bekanntlich hatte die Fortschrittspartei in der Abgeordnetenkammer die Zusammengehörigkeit der ordentlichen und außerordentlichen Militärcredi-

Berathung dargelegt und einen entsprechenden Antrag gestellt, über dessen sachliche Begründung jetzt wohl kein Zweifel irgendwo besteht. Allein der Referent Herr Kolb und die ultramontane Mehrheit wollten es anders, und so wird das ganze Schau- und Redespiel noch einmal auf Kosten des Landes bei der Discussion des ordentlichen Militäretats vor sich gehen, während die klügeren Reichsräthe mit ihrem praktischen Führer nur einmal diesen Kelch zu kosten haben werden.

— Die Commission von Universitäts- und Gymnasialprofessoren zur Verbesserung des Lehrplans der Gymnasien hat unter anderm auch die Aufhebung der Trennung des Geschichtsunterrichts an Gymnasien nach Confessionen beschlossen. Der Abgeordnete Lycealprofessor Greil aus Passau erblickt jedoch hierin eine Beeinträchtigung der Rechte von Schülern und deren Eltern, und beabsichtigt hiegegen die Intercession der Kammer anzurufen. Der nämliche Abgeordnete vindicirt ferner den Gemeinden das Recht für ihre Schulen auch Lehrer zu berufen, welche nicht aus den staatlichen Bildungsanstalten hervorgegangen sind, z. B. Schulbrüder, deren Berufung gesetzlich gestattet sei, und wird hierin von dem Abgeordneten Lukas unterstützt, welcher den Gemeinden das Recht vorbehalten wissen will, sich einen wohlfeileren Lehrer, woher auch immer, aus einem Orden oder nicht, zu berufen, wenn er nur die vom Staat aufgestellten Bedingungen erfüllt hätte.

Münnerstadt, 17. April. Der wegen Mißbrauchs des Lehramtes suspendirte P. Friedrich hat, wiewohl ihm Minister v. Lutz zu verstehen gegeben haben soll, daß er unter seiner Amtsführung keine Aussichten auf Reaktivirung habe, immer noch nicht die Hoffnung aufgegeben, zur Professur wieder zugelassen zu werden; er will zunächst die Verkündung der Konzilsbeschlüsse über das Verhältniß zwischen Staat und Kirche abwarten, welche den Organen der Staatsregierung bei Strafe der Exkommunikation verbieten, sich in die Angelegenheiten der Klöster und der mit solchen verbundenen Anstalten, Seminarien und Schulen einzumischen; sobald das Kloster von der staatlichen Autorität durch die neuen Dogmen eximirt und der unmittelbaren Leitung der römischen Kurie unterstellt sein wird, gedenkt P. Friedrich die Konzilsbeschlüsse zur Anwendung zu bringen und sich des Lehramtes wieder zu bemächtigen, ohne die Bescheidung seiner bereits seit einem Vierteljahre am Kultusministerium liegenden Beschwerde zu erwarten. Mit Spannung sieht man hier dem Ausgange der Sache entgegen, die jetzt durch die Einmischung der kirchlichen Behörden eine neue Wendung anzunehmen scheint.

Lokales und Provinzielles.

München, 19. April.

* In der letzten Verwaltungsraths-Sitzung des Vereines für freiwillige Armenpflege vom 14. d. Mts. wurden die Unterstützungsbeträge pro April folgendermassen festgesetzt:

Für Classe	Ia	mit	4 fl. =	85	Personen,
„ „	IIb	„	3 fl. =	142	„
„ „	IIa	„	2 fl. =	399	„
„ „	IIb	„	1 fl. =	367	„

Hienach entziffert sich eine Gesammt-Unterstützungs-Summa von 1931 fl. für 993 Personen.

ρ (Aus der öffentlichen Magistratssitzung.) Zu Beginn der Sitzung erhielt Hr. Mag.-Rath Billing das Wort zu nachstehender Erklärung: Eine von mir in diesem Saale gemachte Aeußerung hat den Hrn. G. B. Humplmayr zu einer geharnischten Erklärung in der letzten Sitzung des Collegiums der Gemeindebevollmächtigten veranlaßt. So weit nun diese Erklärung mich persönlich berührt, so will ich mich gerne eines Bessern belehren lassen. Ein Mann, der nicht einmal dem Papste das Recht der Unfehlbarkeit zuerkennt, nimmt es gewiß für sich selbst nicht in Anspruch, und selbst den Vorwurf der Unkenntniß des Sachverwaltes würde ich stillschweigend ertragen, wenn Hr. Humplmayr mich eines Bessern belehrt hätte. Er hat es leider nicht zu thun vermocht. Ich habe seinerzeit von der Verwaltung gesprochen, und Hr. Humplmayr erzählt uns, was jedes Kind in München weiß, daß die frühern Collegien die aufgenommenen 8 Millionen unter der talentvollen Leitung unseres geehrten Hrn. Baurathes so rasch als möglich verbaut haben. Niemand wird die Zweckmäßigkeit der Pflasterung, die Schönheiten der Bauten mißkennen, aber auch Niemand darin eine besondere Verwaltungstüchtigkeit erblicken. Hrn. Humplmayr war es vorbehalten, diese Entdeckung zu machen, und ich war verwundert, daß gerade er es war, als ich aufmerksam gemacht wurde, daß er in den frühern Collegien Sitz und Stimme hatte. Als ich von der Verwaltung sprach, dachte ich an die Verwaltung des städtischen Vermögens, der städtischen Anstalten, überhaupt der städtischen Angelegenheiten; und zu dem gebrauchten Ausdrucke wurde ich veranlaßt durch das in der damaligen Sitzung verlesene Schreiben des jenseitigen frühern Collegiums. Eine Verwaltung, welche während ihrer ganzen Funktionsperiode den Sitzungssaal betritt, ohne nur eine Minute vorher Kenntniß zu haben von dem zu berathenden Gegenstande, welche um 100,000 fl. Gründe für ein Schlachthaus ankauft, ohne nur sicher zu wissen, ob auch ein solches gebaut wird, und den weitaus größten Theil derselben wieder um 170 fl. verpachtet; eine Verwaltung, welche einen Obstler als Abbruchscommissär bestimmt und einen derartigen Rathhausbauplan bewilligt zu einer Zeit, als die neue Socialgesetzgebung schon vorbereitet wurde, und deren Folgen in pekuniärer Beziehung vorauszusehen waren. Eine Verwaltung, welche Hunderttausende an die Religionsgenossenschaften zu Kirchengebäuden hinausgegeben hat, ohne sich um deren zweckmäßige Verwendung auch nur im Geringsten zu kümmern, eine Verwaltung, deren Mißstände wir von Sitzung zu Sitzung mehr und mehr erkennen, und die erst nach beendigter Budgetberathung deutlich hervortreten werden, eine Verwaltung endlich, welche in der Stunde ihres Abtretens einen nicht unbedeutenden Theil ihrer seit Jahrzehenten fortgeschleppten Ausgaben selbst als unzweckmäßig bezeichnen muß — ich erinnere an das Getreidemagazin und die Brod-, Bier- und Mehlbeschau, welche letztere allein 200,000 fl. verschlungen hat, — verdient den gebrauchten Namen.

Hr. Bürgermeister v. Steinsdorf wies den Vorwurf der Mißverwaltung zurück und bemerkte, wie Redner selbst zugegeben, sei Niemand unfehlbar und Irren menschlich; hinterher zu kritisiren sei leicht, man dürfe aber nicht Jemand verdächtigen, der den besten Willen gehabt habe; man müsse die Dinge hinnehmen, wie sie seien. — Ferner verlas Hr. Mag.-Rath Billing den Entwurf einer Beschwerde gegen die Regierungsentschließung bezüglich der Geschäftsrepartitionsfrage an das Ministerium gerichtet, welche ohne Diskussion von den bürgerlichen Räthen gegen die Stimmen der 2 HH. Bürgermeister und Rechtsräthe angenommen wurde. Der Gewerbereferent wird gegen Gewährung einer Funktionszulage zugleich als Referent für Latrinenwesen und Straßenreinlichkeitspolizei aufgestellt. Das von der k. Polizeidirektion erbetene Gutachten hinsichtlich der Aufhebung der Hauptwache ist entschieden negativ ausgefallen, indem die Hauptwache eine unumgängliche Ergänzung der Sicherheitseinrichtungen bilde, und der k. Stadtkommandant theilt mit, daß er die Hauptwache nicht eher beziehen werde, als bis sie mit den gehörigen Barrieren (Ketten) umgeben sei, und daß er nöthigenfalls sich an die Kreisregierung als Curatelbehörde wenden werde. (Schl. f.)

In der niederbayerischen Stadt **Deggendorf** muß es doch nicht so finster aussehen, da sich dort und in nächster Umgebung nicht weniger als 148 Männer auf einmal in den bayer. Lehrerverein aufnehmen ließen, mithin Freunde der Volksbildung sind. Es befinden sich hierunter Männer aus allen Ständen.

Volkach, 15. April. Zur Förderung des Bahnprojektes Kitzingen-Volkach-Herlheim-Schweinfurt wird sich demnächst im hiesigen Landgerichtsbezirke ein provisorisches Comité bilden.

Neustadt a. S., 15. April. Am Ostermontage veranstaltet der liberale Volksverein, an dessen Spitze Hr. Advokat Endres steht, eine Volsversammlung in Hollstadt, wobei landwirthschaftliche und politische Gegenstände zur Sprache kommen werden. — Die Vorarbeiten für den Bahnbau schreiten so langsam vorwärts, daß in diesem Jahre kaum mit den Expropriationen begonnen werden kann.

Gerichtssaal.

Wien, 15. April. [Ein Zornausbruch zu eigenem Schaden.]

Am 23. Februar wurde der Maurergehilfe Johann Kolouschek wegen Trunkenheit in den Arrest des Gemeindehauses auf der Landstrasse gebracht. Gleichzeitig mit ihm wurde auch dem Maurer Franz Stroble dort ein Asyl angewiesen, doch erhielt jeder der Beiden eine besondere Zelle eingeräumt. Das erregte in Kalouschek lebhaften Zorn, und kaum daß er allein war, machte er sich daran, das Gitter des Fensters auszuheben, was ihm bei seiner Stärke und Fachkenntniß auch wirklich gelang. Er kroch nun durchs Fenster und hoffte auf diese Weise entfliehen zu können. Allein er hatte sich geirrt, denn der Gang, in welchem er sich nunmehr befand, war fest geschlossen. In der Wuth hierüber zerschlug Kolouschek nun den Gasometer und öffnete hierauf gewaltsam die Thür, welche zur Zelle Stroble's führte. Allein schon stellte sich die Nemesis ein. Das Gas, welches aus dem zerschlagenen Gasometer strömte, begann seine Wirkung zu üben, und binnen wenigen Minuten war Kolouscheck schon in Ohnmacht gefallen, während Stroble Uebelkeiten bekam. Stroble schrie um Hilfe, der Gemeindediener erschien und brachte Rettung. Kolouschek wurde in den Hof gebracht und mit Schnee gewaschen, was ihn nach zwei Stunden wieder zum Bewußtsein brachte. Heute war Kolouschek des Verbrechens der öffentlichen Gewaltthätigkeit, begangen durch boshafte Beschädigung fremden Eigenthums, angeklagt und wurde zu 6 Monaten schweren Kerkers verurtheilt.

Halle, 13. April. Ein interessanter Prozeß wurde gestern vor der Kriminaldeputation verhandelt. Er betraf zwei der Zopfabschneiderei verdächtige Individuen, Knoch und Schwartze. Die Anklage lautete auf vorsätzliche, mit Ueberlegung verübte Mißhandlung eines Menschen, das Strafmaß war mit sechs Monat Gefängniß beantragt. Der Gerichtshof sprach indessen die Angeklagten wegen unzureichender Beweise frei.

Handel und Verkehr.

* **München,** 19. April. Heute fand die XXI. Verloosung der auf Inhaber und die XIX. der auf Namen lautenden $3\frac{1}{2}$ %igen und arrosirt 4 %igen Mobilisirungs-Obligationen der Privaten statt, in welcher 440,000 fl. zur planmäßigen Zurückzahlung durch Ausloosen je Einer Endnummer für jede der beiden Schuldgattungen zu kommen hatten. Bei den au-porteur-Obligationen wurde die Endnummer 09, bei den Nominal-Obligationen die Endnummer 88 gezogen. — Ferner fand noch die IX. Verloosung der zu 2 % anliegenden Capitalien der Stiftungen und Gemeinden statt, wobei nach dem Tilgungsplane eine Loosnummer zu ziehen war. Es ging aus dem Rade Loos III hervor, welches die Obligationen mit den Commissions-Kataster-Nummern 300—387 incl. umfaßt und einen Kapitalsbetrag von 117,200 fl. repräsentirt.

Mannheim, 14. April. Die Besitzer der alten sogenannten „Bexbacher," der Aktien der rheinpfälzischen Ludwigsbahn, können sich zu der Fusion der jenseitigen Bahnen alles Glück wünschen. Dieselbe hat zur Folge gehabt, daß in letzter Generalversammlung, den 9. d. M. der auf nahezu eine Million angewachsene Zinsreservefonds, mit der Dividende vom verflossenen Jahr vereinigt, zur Vertheilung an die Aktionäre kam, wodurch für die Aktie eine Dividende von nahezu 74 fl. zur Vertheilung gekommen ist.

Feuilleton.

— Herr Cazin hielt kürzlich über die „Sonnenmaschinen" einen Vortrag, welchem wir, nach der Revue des Cours scientifiques, einige interessante Angaben entnehmen wollen. Wie er erzählt, hat der französische Gelehrte Mouchot das alte Problem, mechanische Arbeit mit Hilfe der Sonnenwärme zu erhalten, in der letzten Zeit wieder aufgenommen, und es gelang ihm zum erstenmale, eine kleine Dampfmaschine in der Sonne arbeiten zu sehen, die keinen andern Herd hatte, als das glänzende Gestirn.

Die Mouchot'sche Sonnenmaschine concentrirt die Sonnenstrahlen mit Hilfe eines cylindrischen Reflectors aus fein polirtem Silberblech und lenkt dieselben auf eine Glaswand, welche einen Kessel von mittelst Kienruß geschwärztem Kupfer umgibt. Der Kessel wird erwärmt, da der Kienruß die Strahlen sehr rasch absorbirt; um die Abkühlung zu vermindern, wurde das Glasgefäß angebracht; das Glas nämlich, welches die Strahlen der leuchtenden Wärme durchgehen läßt, ist undurchlässig für dunkle Wärme; die Wärme, welche der Kessel ausstrahlt, ist aber dunkel, wird daher vom Gefäße zurückgehalten, und durch diese sinnreiche Construction kann die Temperatur des im Kessel enthaltenen Wassers bald bis zum Siedepunkte gesteigert werden. Mouchot ist es auf diese Weise gelungen, Wasserdampf von fünf Atmosphären Druck mit einem Kessel zu erhalten, welcher sechs Liter Wasser faßt

Nach einer ungefähren Berechnung würde in den Aequatorial-Ländern, also gerade in Gegenden, wo der fossile Brennstoff am geringsten vorkommt, eine Metallplatte von 10 Metres Länge und Breite in einer Minute 1500 Calorien erhalten. Wenn diese ganze Wärme in Arbeit verwandelt werden könnte, so würde sie 142 Pferdekräfte liefern; aber eine gute Dampfmaschine von mittlerem Drucke verwerthet nur 16 Percent der Wärme, welche dem Feuerheerde durch das Wasser des Kessels entnommen wird. Durch die erwähnte Metallfläche vermöchte man also die Arbeit von 22 Pferdekräften zu leisten. Daraus folgt, daß ein cylindrischer Reflector von $4\frac{1}{2}$ Quadratmetres genügen würde, um Eine Pferdekraft zu erzeugen. Mouchot schätzt jedoch die Wärmeverluste sehr hoch und schlägt für diese Kraftmaschine einen Spiegel von 16 Quadratmetres vor. Der berühmte Amerikaner Ericson hat seither diese Resultate durch Construction einer ähnlichen Sonnenmaschine bestätigt. Also lustig vorwärts mit dem neuen Motor!

Vermischtes.

— (Aus Gottesfurcht geschoren.) Die Thäler der grünen Steiermark macht zur Zeit eine Bande alter Hausirerinnen unsicher, welche den Bauernmädchen unter ganz eigenthümlichen Vorwänden die Haarzöpfe ablockt. Die Gaunerinnen erzählen nämlich den Dirnen, in dem und dem Kloster fehle es der Statue der Muttergottes an der entsprechenden Coiffure und es hieße ein christlich Werk thun, ihr dazu zu verhelfen. Die armen Bauernmädchen lassen sich oft beschwatzen und denken nicht daran, daß die Köpfe, für die ihr Haar bestimmt, wohl auch häufig angebetet werden — aber nicht in den Kirchen!

— Ein Hauseigenthümer und Rentier in Berlin ging mit seiner Frau auf längere Zeit zu seiner außerhalb verheiratheten Tochter. Das mußten Diebe in Erfahrung gebracht haben, denn sie erbrachen am letzten Sonntag mit großer Mühe drei Thüren, um in seine Wohnung zu gelangen, öffneten alle Kommoden und Schränke mit Gewalt, fanden zum Verdruß aber alles leer. Der Eigenthümer hatte eben Kleider und Wäsche zum großen Theil mitgenommen und das Uebrige nebst Betten und Werthsachen anderweitig in Verwahrung gegeben. Die Diebe mußten sich daher mit leeren Händen zurückziehen, machten aber ihrem Aerger dadurch Luft, daß sie auf einen Tisch mit Kreide das Wort „Lump" schrieben.

— Die Schles. Ztg. schreibt aus Breslau: „Zwei Gymnasiasten im Alter von 11 bis 12 Jahren, Söhne achtbarer Familien, verließen das elterliche Haus, um nach den Urwäldern America's überzusiedeln. Mit Hülfe eines Packträgers hatten sie sich in den Besitz langer Jagdflinten und Seilengewehre, so wie einer Muniton von mehreren Pfund Pulver gesetzt. Ihr Plan ging dahin, die österreichische Gränze zu überschreiten, durch Ungarn bis nach Triest zu gelangen und von dort aus die Seereise nach der neuen Welt zu unternehmen. Unterwegs wollten sie sich von Wilddieberei ernähren und hatten zu diesem Behufe eine Botanisirkapsel voll Kochsalz mitgenommen, um es beim Kochen des Fleisches zu verwenden. Am ersten Abend nahmen die jugendlichen Abenteurer in der Nähe des Zoologischen Gartens im Freien Nachtquartier, wobei es nicht fehlen konnte, daß das Ungewohnte der Situation, die herrschende Kälte ɩc. auf den einen von ihnen so entmuthigend wirkte, daß er in seinem Reise-Entschlusse wankend wurde und nur mit Mühe von seinem jüngeren Gefährten bewogen werden konnte, am anderen Morgen die Reise fortzusetzen. In der Strachate wurde zum ersten Male in Folge eines empfindlichen Hungers auf eine Krähe geschossen — und hiermit hatte auch das ganze Reise-

benteuer bereits sein Ende erreicht, denn der in der Nähe weilende örster, welcher die Schüsse hörte, sprang sofort herbei und sah, wie ie beiden bewaffneten Wanderer sich in die Sträucher verkrochen. hr abenteuerlicher Aufzug führte natürlich zu einem strengen Examen nd nachdem Beide ihr Vorhaben gebeichet hatten, hielt es der Waid- ann für das Gerathenste, beide jugendliche Sünder ihren tiefbetrübten ltern zuzuführen, welche nach allen benachbarten größeren Städten ır Habhaftwerdung ihrer Söhne telegraphische Depeschen abgeschickt atten."

(Wunderbare Erhaltung.) In dem Walliser Dorf Fülly t vor Kurzem ein 13jähriger Knabe von der plötzlich in Schwingung :brachten Glocke vom Kirchthurm mehr als 70' tief hinuntergeschleu- :rt worden. Derselbe wurde 15' weit von der Kirche ohnmächtig ıfgehoben, hatte auf dem Kirchhof beim Fallen zwei hölzerne Kreuze ngebrochen, und war nach einigen Minuten wieder so hergestellt, daß seine Luftreise selber erzählen konnte.

— Eine Dame kehrte in Paris jüngst zur Essenszeit nach Hause rück. Sie machte einen Abstecher in die Küche, um nachzusehen, wie dort bestellt sei, und da die Inspektion nicht das gewünschte Er- bniß hatte, sandte sie Justine, ihre Magd, um einige Kücheningre- entien fort. Plötzlich wurde an der Thür geklingelt, und als die ame aufschloß, stürzte ein Mann in die Küche und schwang mit den orten: „Das Silberzeug oder das Leben!" drohend ein Messer. In ımmem Schrecken zeigte die Dame auf einen in der Küche stehenden oßen Schrank; vielleicht wollte sie nur Zeit gewinnen, denn das ilber war in demselben gar nicht verwahrt. Der Räuber eilte auf n Schrank los, öffnete — aber zu seinem großen Schrecken entwand } dem Innern ein riesiger Garde-Grenadier, der den Räuber ent- ıffnete und ihn mitführte, um ihn in sicheren Gewahrsam zu bringen, oor aber noch zur Dame sprach: „Entschuldigen Sie mich, Bürgerin, erwartete da drinnen Justine!"

Telegraphische Nachrichten.

Stuttgart, 19. April. Die bayerischen Minister wurden tern mit sämmtlichen württembergischen Ministern zur königlichen ıfel gezogen. Heute ist Tafel bei Minister von Varnbühler.

Berlin, 19. April. Die „Kreuzzeitung" meldet: Graf smark ist in Varzin, wie es heißt, an der Gelbsucht, erkrankt. in hiesiger Arzt ist heute nach Varzin gereist.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 19. April. (Schlussc.)

Wechsel auf London	$119\frac{7}{8}$	Oest.-franz. Staatsbahn	$387\frac{1}{2}$
„ „ Paris	$95\frac{1}{8}$	Bayr. Ostbahn-Actien	$119\frac{3}{8}$
„ „ Wien	$96\frac{1}{8}$	Elisabeth-Prior. I. Em.	$77\frac{1}{2}$
5 proc. bayr. Anleihe	101	4% bayer. Prämien-Anl.	106
$4\frac{1}{2}$ „ „ „	$91\frac{7}{8}$	Bad. Präm.-Anleihe	$105\frac{5}{8}$
4 „ „ Grundrente	—	Oesterr. Loose v. 1860	$78\frac{5}{8}$
4 „ „ Obligat.	$85\frac{3}{8}$	„ Loose v. 1864	—
5 proc. österr. Metall., engl.	227	Alsenzbahn	86
5 „ „ National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	67
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	$187\frac{1}{2}$
1882er Amerikaner	$95\frac{1}{8}$	Napoleons	$9.30\frac{1}{2}$
Oesterr. Bank-Actien	683	Rente Silber $57\frac{1}{2}$, Pap. —	
Credit-Actien	$270\frac{3}{4}$	fest. Handelsbank	$98\frac{1}{2}$

Berlin 19. April (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	$46\frac{3}{8}$	Lombarden	107
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	$105\frac{7}{8}$	Italienische Anleihe	$55\frac{1}{2}$
$4\frac{1}{2}$ „ „ Anleihe	—	1882er amerikanische Bonds	$95\frac{3}{4}$
Bad. Prämien-Anleihe	$104\frac{1}{2}$	5 proc. preuss. Anleihe	$101\frac{1}{2}$
Darmstädter Actien	$128\frac{3}{4}$	$4\frac{1}{2}$ „ „ „	$91\frac{7}{8}$
Oesterr. Credit-Actien	$154\frac{1}{2}$	Wechsel auf Augsburg	56.22
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	$216\frac{1}{2}$	„ „ Frankfurt	56.24
Staatsbahn-Prioritäten	294	„ „ London	$6.23\frac{3}{4}$
Oest. fl. 500 Loose von 1860	$78\frac{1}{4}$	„ „ Paris	$80\frac{11}{12}$
„ fl. 100 Loose von 1864	$65\frac{1}{4}$	„ „ Wien	$81\frac{7}{8}$
5 proc. östr. National-Anl.	——		
		wenig fest.	

Wien, 19. April. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	69.80	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	96.60	Steuerfr. Metall. on 1864	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	118.75	Napoleons	9.87
Oesterr. Bank-Actien	715.—	Wechsel auf Augsburg	102.60
„ Credit-Actien	259.50	„ „ London	123.65
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	388.—	„ „ Paris	49 —
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	„ „ Frankfurt a. M.	102.70
„ „ Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	193.—
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 324.50 Pap.-R.	60.95

Sehr flau.

New-York, den 18. April. Gold $113\frac{3}{4}$. Wechsel in Gold $109\frac{1}{8}$. Bonds per 1882 $112\frac{1}{4}$. Baumwolle $23\frac{1}{8}$. Petroleum $25\frac{1}{2}$.

Curse des Münchener Handelsvereins vom 19. April 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
ayern. $3\frac{1}{2}$% Obl.	fl. 1000	$81\frac{1}{2}$	
4% ganz. Obl.	1000	$86\frac{1}{4}$	
4% halbj. Obl.	1000	$86\frac{1}{4}$	
4% Grundr.-Obl.	1000	$86\frac{1}{2}$	
$4\frac{1}{2}$% ganzj. Obl.	1000	92	
$4\frac{1}{2}$% halbj. Obl.	1000	92	
$4\frac{1}{2}$% „ Milit. „	1000	92	
5% Obl.	1000	$101\frac{3}{4}$	
4% Münch. Obl.	1000		
5% „ „	1000	$101\frac{1}{2}$	
$4\frac{1}{2}$% Ostbahn-Aktien		$119\frac{3}{4}$	
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung		$86\frac{1}{2}$	
dto. volle		$86\frac{1}{2}$	
Pfdbr. d. bayer. Hyp.-u. W.-Bank	à fl. 1000	$90\frac{1}{2}$	$90\frac{1}{4}$
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.		$99\frac{7}{8}$	
Aktien „ „		825	823
Bayer. Handelsbank-Act.		98	
„ Vereinsbank		$119\frac{1}{4}$	$118\frac{1}{4}$
ürttemberg. $4\frac{1}{2}$% Obl.		$91\frac{1}{4}$	
esterreich $4\frac{1}{5}$% Silb.-Rte. $\frac{1}{7}$		$57\frac{1}{2}$	$57\frac{1}{4}$
„ Pap.-Rte „			
5% Nation.-Anl. $\frac{1}{6}$			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à $116\frac{7}{2}$			
5% Met. Stfr. v. 1866 $\frac{6}{7}$			
Oest. Bank-Aktie			
„ Cred.-Aktien		270	$269\frac{3}{4}$
Oest.-franz. Stsb.-Aktien			

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb. „	$189\frac{1}{2}$	$189\frac{1}{4}$
Preußen. $4\frac{1}{2}$% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. $2\frac{1}{2}$	$95\frac{1}{8}$	
„ „ 1884 „	94	
„ „ 1885 „	$94\frac{1}{2}$	
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	106	
4% Bad. „ „	$104\frac{1}{2}$	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	$6\frac{1}{2}$	
Pappenheimer dto.	$5\frac{3}{4}$	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose	$18\frac{1}{2}$	$18\frac{1}{4}$
Oester. 1854er Loose à fl. 250 $\frac{5}{3}$		
„ 1860er „ à fl. 500 $\frac{3}{7}$		
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred. Loose		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		330
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		124
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor	95	
Chemische Fabrik Heufeld		76
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn		
„ Siebenbürger Bahn		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. 1. Em. $\frac{3}{7}$	$77\frac{1}{2}$	
dto. II. „ „		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn „	$77\frac{3}{4}$	

	Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn „	$79\frac{1}{4}$	
„ Siebenbürger Bahn „		
„ d. Böhm. Westbahn „		
„ Alföld Fiumander Bahn „	$76\frac{1}{2}$	
Wechsel.		
Amsterdam fl. 100 holl. K. S.	$100\frac{3}{4}$	
L. S.	$100\frac{3}{4}$	
Augsburg fl. 100 K. S.		
L. S.	100	
Berlin Rthlr. 60 K. S.	105	
L. S.	105	
Frankfurt fl. 100 K. S.	100	
L. S.	100	
Hamburg M.-B. 100 K. S.	$88\frac{3}{4}$	
L. S.		
Leipzig Rthlr. 60 K. S.	105	
L. S.	$105\frac{1}{8}$	
London Pfdst. 10 K. S.	120	
L. S.	120	
Paris Fr. 200 K. S.	$95\frac{1}{8}$	$94\frac{7}{8}$
L. S.	$95\frac{1}{8}$	$94\frac{7}{8}$
Wien fl. 100 K. S.	$96\frac{3}{8}$	
L. S.		
Bank-Disconto für Platz-Wechsel		
„ „ Lombard.		
Geldsorten.		
Preuß. Friedrichsd'or	9.59	9.58
20 Francs Stücke	$9.30\frac{1}{2}$	$9.29\frac{1}{2}$
Preuß. Cassen-Scheine	$105\frac{1}{8}$	$104\frac{7}{8}$
Oest. Banknoten	$96\frac{1}{2}$	$96\frac{1}{4}$

Aufruf!

Während der vom 1. bis 8. Mai im Glaspalaste stattfindenden Blumenausstellung wird der Verein für freiwillige Armenpflege zum Besten der hiesigen Armen einen Bazar mit Lotterie abhalten, nachdem die bayerische Gartenbaugesellschaft hiezu in entgegenkommendster Weise ihre Einwilligung gegeben hat.

Wunsch, Bitte und Trachten des Vereins ist es nun, hiefür möglichst viele Geschenke zu erhalten, da hievon das mehr oder weniger günstige Ergebniß des Unternehmens abhängt.

Die unterfertigte Vorstandschaft wendet sich daher vertrauensvollst an den bewährten Wohlthätigkeitssinn der Münchener Einwohner mit der ebenso dringenden als ergebenen Bitte, den Verein mit Geschenken jeder Art zu bedenken.

Die allgemeine Theilnahme an diesem Vereine sowie die bereits allseitige Anerkennung seiner Leistungen trotz seines kurzen Bestehens lassen mit Zuversicht hoffen, daß auch diesmal dem beabsichtigten Unternehmen die lebhafteste Unterstützung aus allen Klassen der Gesellschaft werde zu Theil werden.

Die kleinste Gabe ist willkommen — im Danke der Armen die schönste Vergeltung!

Die nachstehenden Vereinsmitglieder sind bereit, Geschenke und Gaben in Empfang zu nehmen, wobei mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit um baldigste Einsendung gebeten wird.

München am 10. April 1870.

Der Verein für freiwillige Armenpflege.

Der Vorstand:

Professor Dr. Aloys Martin.

H. Müller, Stadtgerichtsschreiber.

Die Damen:

Eugenie Dollmann, Gabelsbergerstr. 14.
Betty Hausmann, Promenadeplatz 2.
Math. van Hees, Briennerstr. 1.
Josephine von Kaulbach, obere Gartenstrasse 16½.
Betty Knorr, Kaufingerg. 12.
Josephine Knorr, Briennerstr. 18.
Fanny Kohn, Promenadestr. 9.
Hildegard Martin, Prannersgasse 15.
Ida Rießler, Ottostr. 14.
Sophie von Podewils, Briennerstr. 14.
Pauline Rottmanner, Theatinerstr. 12.
Laura von Schanß, Promenadestr. 10.
Katharina Schrott, Kanalstr. 72.
Charlotte von Sedelmair, Dienersg. 21.
Pauline von Seybold, Rochusberg 5.
Emma Steub, Kaufingerg. 18.
Caroline Then, Briennerstr. 34.

Die Herren:

Ludwig Aigner, Reichenbachstr. 37.
Eugen Allwein, Kirchenstr. 19.
Adrian Brecht, Thal 76.
Max Bullinger, Residenzstr. 6.
Fr. Holmberg, Maximiliansstr. 3.
Julius Knorr, Fürstenfelderg. 13.
J. B. Mayer, Schrannenhalle.
J. B. Raila, Türkenstr. 76.
Ludw. Schmederer, Ohlmüllerstr. 11.
Gg. Schmidt, Zweibrückenstr. 2 b.
Max Schulze, Odeonsplatz 12.
Karl Thomaß, Marienplatz 1.
Kunsthandlung **Wimmer & Co.**, Briennerstr. 3.
Johann Wörlein, Karlsplatz 8.

sowie das **Hauptbureau des Vereines**, Landschaftsgasse 3/1.

Die bayerische Vereinsbank

emittirt von heute ab an Ordre lautende

Kassascheine

und zwar:

in Beträgen von fl. 100. — und fl. 1000. — bei Sicht zahlbar ohne Zinsvergütung,
in Beträgen von fl. 100. — fl. 500. — fl. 1000 — und fl. 5000.

bei einmonatlicher Kündigung mit 2% Zinsvergütung,
„ dreimonatlicher „ „ 3% „
„ sechsmonatlicher „ „ 3½% „
„ zwölfmonatlicher „ „ 4% „

München, 16. April 1870.

Bayerische Vereinsbank,

Prannersstraße Nr. 3.

1124

Kgl. Residenz-Theater.

Mittwoch den 20. April.

Die heimliche Ehe.

Komische Oper in zwei Aufzügen nach dem Italienischen. — Musik von Cimarosa.
Regie: Hr. Dr. Grandaur.

Personen:

Geronimo, ein reicher Kaufmann Hr. Sigl.
Elisetta, } seine Töchter Fr. Vogl.
Carolina, } seine Töchter Frl. Leonoff.
Fidalma, Schwester d. Geronimo Frl. Seehofer.
Graf Robisone . . . . . Hr. Kindermann.
Paolino, Buchhalter b. Geronimo Hr. Vogl.

Die Kasse wird um ½6 Uhr geöffnet.

Anfang ½7 Uhr. Ende nach ½9 Uhr.

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer. — Druck der C. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr:
Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr
für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Donnerstag, den 21. April 1870. **Nr. 109.**

Politische Tagesübersicht.

Stuttgart, 18. April. Im großen Saale der Liederhalle tagte heute die von stark 1500 Theilnehmern besuchte Landesversammlung der deutschen Partei. Es waren Gesinnungsgenossen aus allen Theilen des Landes erschienen. Hölder eröffnete die Verhandlungen mit einer Ansprache über Veranlassnng, Zweck und Ziel der Versammlung und schlug zum Vorsitzenden Staatsrath Goppelt von Heilbronn vor. Dieser Vorschlag wurde angenommen und das Bureau gebildet. Vor Eintritt in die Tagesordnung erbat sich Frhr. v. Wöllwarth das Wort und gab Namens der in der Versammlung anwesenden Mitglieder der württembergischen Ritterschaft folgende Erklärung ab: „Die erschienenen Mitglieder der württembergischen Ritterschaft, welche keiner der Parteien angehören, die sich zur Zeit im Lande in den entgegengesetztesten Bestrebungen bekämpfen, glauben dennoch die heutige Versammlung der deutschen Partei insofern mit gleichen Gesinnungen begrüßen zu können, als sie mit ihr in der Frage, die man vorzugsweise die deutsche nennt, sich einig wissen und die Zusammengehörigkeit aller deutschen Stämme und Länder, soweit sie erreichbar ist, als Ziel und Endpunkt des Strebens jedes Deutschen betrachten, der auch in der Zerissenheit deutsch zu fühlen und zu denken nicht aufgehört hat.

Heidelberg, 13. April. Hr. Jakob Lindau hat, wie der „Pfälz. Bote“ mittheilt, aus Gesundheitsrücksichten sich veranlaßt gesehen, sein Mandat als Zollparlaments-Abgeordneter niederzulegen. Hr. Lindau ist bekanntlich klerikal.

Wien, 19. April. Als die nächste politische Lebensäußerung des Ministeriums wird eine Conferenz mit czechischen Führern und das Erscheinen einer Amnestie am nächsten Sonntag, dem kaiserlichen Vermählungstage, angekündigt. Ein Programm des Feudal-Adels wird aus Prag mitgetheilt. In der Hauptsache stimmt dasselbe mit der czechischen Deklaration überein, nimmt den Ausgleich mit Ungarn vorbehaltlich an, verlangt, daß die Beschickung der Delegation durch Wahl aus den Landtagen geschehe, prätendirt Aufhebung der Dezember-Verfassung, Einführung eines Landbotenhauses zur Ausübung der im Oktober-Diplome gewährten Rechte u. s. w. Diese Partei hält demnächst in Wien ihre Versammlung, um sich als „conservative Oppositions-Partei zu constituiren. Dementirt wird von offiziöser Seite, daß Graf Goluchowski zum Statthalter von Galizien designirt sei, und daß Frhr. v. Lasser schon die erbetene Entlassung als Statthalter von Tirol erhalten habe.

Tyrol, 15. April. Aus Tyrol läßt sich kaum etwas anderes melden, als daß die Klerikalen in der letzten Zeit den neuen weltlichen Schulinspektoren alle möglichen Chikanen zu bereiten und die Visitationen zu vereiteln suchten. In den wälschtyrolischen und in den Gemeinden, die der Salzburger Diözese angehören, gingen dagegen die Visitationen anstandslos von Statten. — Statthalter Lasser, dessen Name bei der gegenwärtigen Ministerkombination auch genannt wurde, ist zurückgekehrt, ohne die vom Kaiser erbetene Enthebung von seinem Posten erhalten zu haben. Er wird von den klerikalen Blättern heftig angegriffen, obgleich gerade durch seine Fahrläßigkeit die tyrolische Statthalterei größtentheils mit klerikalen Elementen besetzt wurde. Ein entschiedener Charakter war er nie. — Die Klerikalen sind sehr mißvergnügt, daß bei der gegenwärtigen Krisis bisher keiner ihrer Vertrauensmänner berücksichtigt wurde; deßhalb sind sie nichts weniger als erbaut über die neueste Wendung der Dinge. Säße übrigens auf dem Brixener Bischofsstuhle ein nur halbwegs gemäßigter Mann, so wäre Vieles anders in Tyrol; das sieht man an der Trientiner Diözese, wo Bischof Riccabona ziemlich human waltet, und klerikale Ausschreitungen zu den Seltenheiten gehören.

Innsbruck, 18. April. Dr. Giskra ist gestern hier angekommen. Der hiesige constitutionelle Verein, der Turnverein, die Liedertafel veranstalteten zu Ehren seiner Ankunft einen Fackelzug, an welchem sich die Bürgerschaft sehr zahlreich betheiligte. Dr. Giskra wurde mit begeisterten Hochrufen empfangen.

Prag, 19. April. Das in dem bekannten Petarden-Processe gefällte Urtheil, womit Vincenz Kerber zu zehn und Fiala zu sechs Jahren schweren Kerkers verurtheilt, Großmann und Kolaci dagegen nichtschuldig erklärt wurden, erhielt die oberlandesgerichtliche Bestätigung. Chalupa, vom Landesgerichte nichtschuldig erklärt, wurde in zweiter Instanz zu dreijährigem schweren Kerker verurtheilt. — Nach einem allgemein verbreiteten Gerücht hat sich Graf Taaffe für den Fall seines Austrittes aus dem Ministerium den hiesigen Statthalterposten bedungen.

Pest, 17. April. Bethlens diplom. Wochenschrift sagt: „Wiener Blätter theilen die picante Nachricht mit, daß Graf Beust gestern Vormittags bei seiner Auffahrt zur Hofpfarrkirche vom Publikum ausgezischt wurde. — Personen, welche mit Graf Potocki verkehren, erzählen, daß der neue Ministerpräsident von den ungewohnten Anstrengungen, dem Denken und Sorgen für die Bildung eines Kabinetes schon krankhaft überreizt ist. Der Graf liebt vor Allem Ruhe und möglichste Vermeidung jedweder Anstrengung. Als Ackerbauminister pflegte er niemals ein Aktenstück selbst zu lesen, sondern ließ sich dasselbe vorlesen, wobei er seine mangelhafte Kenntniß der deutschen Sprache als Entschuldigung angab. Hatte er Schriftstücke zu unterfertigen, so betrachtete er dies als große Anstrengung.“

Berlin, 15. April. Schwarzburg-Rudolstadt ist zahlungsunfähig. Der Landtag des Fürstenthums Schwarzburg-Rudolstadt hat bekanntlich ein unannehmbares Budget verweigert. In Folge dessen hat nun die Rudolstädter Regierung hier angezeigt, daß sie den Matrikularbeitrag zum Bundeshaushalt nicht zu leisten vermöge, und um vorläufigen Erlaß nachgesucht. Der Bundesrath hat den Ausschuß für Justizwesen beauftragt, die Frage zu prüfen und sein Gutachten abzugeben. Was wird der Bundesrath thun? Zahlung verlangen unter Androhung der Exekution, oder stunden? Oder wird er am Ende gar in die Ursachen der zeitweiligen Zahlungsunfähigkeit Schwarzburg-Rudolstadts dringen und den Streit der Regierung mit dem Landtage, in welchem dem letzteren endlich die Geduld ausgegangen, vor sein Forum ziehen?

— Die Widersprüche in den Blättern über die französische Concils-Depesche, die als Note von keiner unterrichteten Seite bezeichnet

wurde, auch viel zu umfangreich dafür gerathen ist, erklären sich einfach dadurch, daß die Billigung der Depesche durch die Regierungen, welchen sie mitgetheilt wurde, Thatsache ist, auch der Neuen Preußischen Zeitung von Paris aus bestätigt wurde. Diese Billigung, die nach Paris telegraphisch gemeldet wurde, worauf erst die Absendung nach Rom erfolgte, konnte in irgend einer individuellen reservirten Form in Rom selbst ihren Ausdruck finden, ist aber von einigen norddeutschen Blättern als eine förmliche Unterstützung aufgefaßt worden, als ob ein europäisches Concert, eine gemeinsame Action oder dergleichen Statt finde, was eine Reminiscenz des Irrthums war, in welchen jene Blätter schon im vorigen Sommer gelegentlich des Hohenlohe'schen Rundschreibens verfallen waren. Es war davon bekanntlich keine Rede. Ueber das weitere Schicksal der Depesche nach Daru's Rücktritt ist Zuverlässiges noch immer nicht bekannt. Was die Blätter darüber melden, scheint vorerst Vermuthung.

Berlin, 19. April. Der Kronprinz ist gestern Abend um $10^1/_2$ Uhr mit seinen Adjutanten Mischke und Schleinitz und seinem Leibarzte, Dr. Wegener, zu einem vierwöchentlichen Curgebrauche nach Karlsbad abgereist. Dr. Wegener kehrt schon am Ende dieser Woche zurück. — Das Zollparlament wird durch den Grafen Bismarck eröffnet werden. — Der General-Steuer-Director v. Pommer-Esche ist gestern Abend nach längerer Krankheit gestorben.

Hannover, 18. April. Nach einer neuesten Mittheilung des Hann. Courier wird sich die Zahl der Emigranten, die in die Heimat zurückkehren, den Anmeldungen zufolge auf etwa 200 belaufen. Die, welche noch die Militärdienstpflicht zu erfüllen haben, werden einstweilen hier am Orte dem 57. Infanterie-Regimente attachirt, um die Untersuchung zu vereinfachen. Nach Beendigung derselben, heißt es, erwarte man einen königlichen Gnadenact, der weitere Strafen beseitige und es beim einfachen Nachdienen belasse. Mit der Untersuchung ist der Divisions-Auditeur v. Tschirschnitz beauftragt, dessen Bruder in Paris bekanntlich einer der Führer dieser Flüchtlinge war. Für die Familien derer, die ihr Glück in der Fremde suchen wollen, erläßt heute der hier unter dem Frhrn. Knigge bestehende Hülfsausschuß einen Aufruf zu Gaben, mittels deren man den Angehörigen ihre Wiedervereinigung mit den Abziehenden ermöglichen will. In Celle ist man jetzt, nach der Landes-Zeitung, auf die Wiederaufrichtung des Langensalza-Denkmales an einem anderen Platze bedacht.

Schwerin, 17. April. Die großherzogliche Regierung hat erklärt, daß sie die von den Actionären in der Generalversammlung vom 2. d. gestellten Bedingungen, betr. den Verkauf der mecklenburgischen Eisenbahn, annehme.

Schweiz. Dem Berner „Bund" zufolge hat die „Associazione costituzionale" in Mailand nach dreitägiger Berathung der Alpenbahnfrage einen Antrag des Ingenieurs Banotti, zu Gunsten des Splügen zur Tagesordnung überzugehen, mit 30 gegen 25 Stimmen angenommen. Ein Antrag des Advocaten Benaglia, eine Subsidie für diejenige Alpenbahn zu beschließen, für welche sich das italienische Parlament entscheiden würde, wurde mit 31 gegen 30 verworfen. Die vom Mailänder Provincialrath zur Berichterstattung über die Alpenbahnfrage niedergesetzte Commission soll ihren Bericht bis Mitte Mai entwerfen, im Druck erscheinen und zur Vertheilung gelangen lassen.

— Der schweizerische Bundesrath hat, veranlaßt durch die aus dem Kanton Freiburg signalisirten Jesuiten-Missionen, an sämmtliche Kantonsregierungen ein Circulär erlassen, in welchem der Artikel 58 der Bundesverfassung in Erinnerung gebracht wird, der da lautet: „Der Orden der Jesuiten und die ihm affiliirten Gesellschaften dürfen in keinem Theile der Schweiz Aufnahme finden."

Paris, 18. April. Prinz Napoleon ist nach einer Unterredung, die er gestern mit dem Kaiser gehabt, von Paris abgereist und wird wider Erwarten den Debatten über das Senats-Consult im Luxembourg-Palaste nicht beiwohnen. Marquis Lavalette ist hier eingetroffen. — Es ist jetzt definitiv, daß das Plebiscit nur an Einem Tage stattfindet. — Das Central-Comité gedenkt durch großartige Ankäufe an der Börse eine Hausse hervorzubringen und dieselbe mit Hilfe verschiedener Banken und Bankiers in der Zeit vor dem Plebiscit möglichst zu halten und zu steigern.

Paris, 18. April. Was gestern noch überall als ein schlechter Scherz galt, ist heute zur feststehenden, unläugbaren Gewißheit geworden. Der Kaiser läßt in der That ein Schreiben an die ... Millionen Urwähler drucken, welches jedem Einzelnen von ihnen, unter besonderer Adresse mit des Souverains autographirter Unterschrift und kaiserlichem Insiegel durch die Post ins Haus gesandt werden soll. Es liegt etwas Kühnes und doch zugleich Amerikanisches in diesem Beginnen, das freilich nicht ohne gewisse Anklänge an die Art und Weise erscheint, in der Barnum seine großen Erfolge in Scene zu setzen pflegte. Wie man aber auch über das Theoretische oder besser das Moralische eines solchen Versuches urtheilen mag, der den Kaiser in allerdirectesten Contact mit seinen Stimmgebern bringt, Eines wird man zugeben müssen, daß er vom praktischen Gesichtspunkte aus nicht besser ersonnen werden konnte. Der Kaiser, denn er selbst ist der Autor der Idee, zeigt sich darin seines Parvenuthums eingedenk, das er ... früher so stolz zu betonen gewußt, und die Masse der ländlichen Wähler dürfte schwerlich gewillt sein, einem officiellen Candidaten ihr „Ja" zu versagen, der sich in so vertrauensvoller Weise an sie wendet und ... mit ihrer Stimme, in demokratischer Weise eine Wichtigkeit beimißt, die ihr gestattet, sich in Wahrheit für einen ansehnlichen Bestandtheil der Volkssouverainetät zu halten.

— Das linke Centrum hat sich entschlossen, von jeder Fractionsparole für die Abstimmung abzusehen. Jedes Mitglied hat volle Freiheit, in der Plebiscitfrage zu agitiren und zu stimmen, wie ihm beliebt. Etwa 25 der Deputirten dieser Partei haben sich dem rechten Centrum und seinem großen Plebiscit-Comité angeschlossen. Man hat versucht, den Zutretenden aus dem Fünfer-Directionscomité (Bouet-Willaumez, Laguerronnière, La Grange, Duvernois und Girardin) eine Vertretung zu sichern, und Ollivier namentlich sprach sich dafür aus. Aber die Mehrheit stieß diesen Antrag zurück; die Wahrheit ist, daß die Leute, welche in jenem Plebiscitcomité den Ausschlag *geben*, von einer Versöhnung mit dem linken Centrum nichts wissen und *mithin* von einem Entgegenkommen nichts hören wollen. Der Riß in der Linken selbst wird immer unheilbarer. Das Comité der *Extremen* (Crémieux Präsident und Gambetta Sekretär) hatte die Dissidenten zu der auf heute Abend anberaumten Versammlung, der die Chef-Redakteure der radicalen Presse anwohnen, noch eingeladen. Aber Picard antwortet im Namen seiner Gesinnungsgenossen, daß er im Interesse der Partei selbst sich von dieser Zusammenkunft fernhalten zu sollen glaube. Die Plebiscitformel ist noch immer nicht festgestellt, die von der Senatscommission aufgestellte ist indeß als unklar und unpraktisch bereits verworfen worden.

Paris, 19. April. Der Marineminister, Admiral Rigault de Genouilly, wird nach dem Plebiscit aus Gesundheitsrücksichten seine Entlassung nehmen. — Die in Paris von dem Central-Comité zur Förderung des Plebiscits veranstaltete Subscription ergab bis jetzt die Summe von 1.750,000 Fr. Das Haus Rothschild zeichnete 30,000 Fr. Namentlich betheiligte sich an dieser Subscription die Finanzwelt zweiten Ranges.

Brüssel, 18. April. Ueber den schon in Nr. 106 gemeldeten Diebstahl im Rechnungshofe erfahren wir folgendes Nähere: Ein Diebstahl eigener Art ist vorgestern entdeckt worden. Eine beträchtliche Anzahl von amortisirten und bis zu ihrer Verbrennung in einem Archivsaale des Rechnungshofes niedergelegten Staatspapieren (dieselben *waren* als solche bloß mit einem rothen, sehr leicht tilgbaren Kreuze gekennzeichnet) sind entwendet und von den Thätern und ihren Mitwissern (lauter Männern der gebildeten Klasse, zum Theil Beamten des Rechnungshofs, wie man versichert) theils wieder in Umlauf gesetzt, theils gegen baares Geld auf öffentlichen Banken niedergelegt worden. Näheres über den Belauf des Diebstahls (man spricht von einer halben Million) ist nicht bekannt. — Am 25. wird die Königin eine Reise nach Ungarn zu ihrem Bruder, Erzherzog Joseph, antreten; inzwischen wird der König mit den beiden Prinzessinen Schloß Ardenne bewohnen. Der Graf und die Gräfin von Flandern sind seit vorgestern bei de[r]

Fürsten von Hohenzollern in Düsseldorf und werden daselbst bis zum 27. verweilen.

Cork, 17. April. Am Freitag kam es zu einem Aufruhr und einem ernsten Zusammenstoß zwischen Soldaten und Volk. Man spricht von etlichen Todten und zahlreichen Verwundeten.

Italien. Von der römischen Grenze wird die Gazzetta piemontese gemeldet, daß sich in den Abruzzen Banden Aufständischer gebildet und päpstliche Truppenabtheilungen im Begriffe standen, sie zu verfolgen. Auf dem päpstlichen Gebiete herrscht eine gewisse Aufregung. Man nahm Proklamationen in Beschlag, darin zur Empörung aufgereizt wurde. Die Aufregung hat einen republikanischen Karakter. Die Gazzetta di Torino schreibt, die päpstlichen Behörden haben sich entschlossen, der Aufregung, die, wie bemerkt worden, sich geltend zu machen droht, gegenüber Maßregeln zu ergreifen und entsprechend streng zu verfahren. Wie versichert wird, haben die Behörden im Königreich Italien bezüglich der Vertheidigung der Grenzen ebenfalls bestimmte Weisungen erhalten.

Florenz, 18. April. In Mailand wurde eine Patronenfabrik entdeckt und mit Beschlag gelegt. Einer der Fabrikanten verwundete einen Polizei-Agenten und entfloh. Vier Verhaftungen wurden vorgenommen.

— Im Schooße des Concils herrscht große Aufregung gegen das Pariser Univers. Der in Rom anwesende Veuillot greift ziemlich heftig die Bischöfe der „Opposition" und unter diesen namentlich den Bischof von Orleans an. Man spricht sogar in unterrichteten Kreisen davon, daß mehrere Bischöfe entschlossen sind, gegen die Redaction des Univers gerichtlich vorzugehen. — In der Sitzungs-Aula ging es vorige Woche zwar ruhiger zu, als am 22. v. Mts. beim Sturme wider den Bischof Stroßmayer, dennoch hatten die Gendarmen den Cordon vor der Aula weiter vorgeschoben, um das in der Peterskirche herumwandelnde Publicum nicht bis zur Hörweite herankommen zu lassen. Der bekannte General Dumont, Commandant der französischen Truppen in Civitavechia, läßt seine Soldaten vier Tage hintereinander nicht militärischen, aber geistlichen Exercitien unter Commando von Jesuiten obliegen. Er nimmt die Sache gar gewaltig streng; so kanzelte er jüngst sechs Infanteristen in höchsteigener Person tüchtig ab, weil sie zu spät in die Predigt kamen, und ließ dann noch eine Disciplinar-Untersuchung gegen sie einleiten, Alles ad majorem Dei gloriam.

Spanien. Der Herzog von Montpensier ist am Freitag Nachmittag in die Verbannung gereist, zu welcher er verurtheilt worden; das heißt, er hat seinen Familienkreis in Sevilla aufgesucht. Vor seiner Abreise machte ihm der Regent noch einen Besuch. In einem Monat darf er bekanntlich nach Madrid zurückkehren; und mit Bezug hierauf sagt die Epoca, daß die montpensieristischen Abgeordneten im Mai noch vor der Berathung der organischen Gesetze die Thronfrage von Neuem in den Cortes anregen werden. Der Imparcial hält diesen Fall nicht für unmöglich, glaubt aber, daß auch die radicale Partei mit einem Antrage hervortreten werde. Der Civil-Gouverneur von Barcelona hat das dortige Carlistenblatt La Conviccion unterdrückt, und zwar auf Anordnung des General-Capitäns, der während des Belagerungszustandes die Macht in Händen hat.

Konstantinopel, 18. April. Wegen der oppositionellen Haltung des Patriarchen (er verwarf officiell den Ferman bezüglich der bulgarischen Kirchenfrage, indem die Pforte kein Recht habe, religiöse Rechtsverhältnisse zu mobificiren) in der bulgarischen Kirchenfrage findet ein sehr lebhafter Verkehr zwischen dem Großvezier und dem russischen Botschafter Ignatieff statt, welch' Letzterer den Patriarchen unterstützt. Wie verlautet, so soll der Großvezier Ali Pascha die Eventualität einer Absetzung des Patriarchen sehr stark in Betracht ziehen.

Amerika. In Montevideo befürchtet man wieder eine Revolution; die bei dem Anfange des paraguitischen Krieges vertriebene Partei der Blancos soll sich zu einem Einfalle und Aufstande rüsten.

Washington, 16. April. Die farbigen Bürger von hier eierten gestern die Ratification des Stimmrechts-Amendements durch inen Fackelzug. Sie brachten dem Präsidenten eine Serenade, und dieser ermahnte sie in kurzer Ansprache, sich ihrer neuen Rechte würdig zu zeigen. — Consular- und andere Depeschen aus Cuba an die Regierung melden übereinstimmend, daß der Aufstand nichts mehr zu fürchten gebe, daß jedoch beträchtliche Guerrilla-Schaaren noch über das Land zerstreut seien, und deren Unterwerfung noch eine geraume Zeit erfordern werde.

In **San Francisko** ist am 2. April eine starke Erderschütterung verspürt worden, welche 6 Secunden anhielt und bei senkrechtem Stoße eine Bewegung von Südost nach Nordwest hatte. Schaden richtete sie nicht an, verursachte jedoch großen Schrecken, besonders bei Thieren. Es regnete zur Zeit; vor dem Ereignisse war das Barometer sehr rasch gefallen.

Bayerische Angelegenheiten.

(Aus dem Dr. Krätzer'schen Referate bezüglich der Aufhebung der Todesstrafe.) Schluß. Gegenüber der erwähnten, nahezu ausnahmslosen Praxis begründen die Gegner der Todesstrafe ihre Ansicht auf die Behauptung, der Mensch habe außer im Stande der Nothwehr nicht das Recht, einen andern zu tödten, ja nicht einmal sich selbst, könne daher der Staatsgewalt auch das Recht, die Todesstrafe zu verhängen, nicht übertragen. Diese Aufstellung setzt die bekannte Theorie vom Naturzustande, der dem Staate vorausgehe und einem Vertrage Aller (Socialvertrage) zur Begründung eines Staates, voraus. Ein solcher Naturzustand hat nicht existirt und solche Socialverträge sind nicht abgeschlossen worden. Man kann recht wohl zugeben, daß die Obrigkeit ihr Recht, die Todesstrafe zu verhängen, nicht von den einzelnen Gliedern des Staates ableiten kann. — Richtig ist, der Staat kann das Leben nicht geben. Folgert man daraus: „so kann er es auch nicht nehmen", so beweiset das zu viel, denn er kann es auch nicht verlängern, und doch gesteht man ihm Freiheitsstrafen zu verhängen zu. Man käme mit solchen Schlüssen dazu, alles Strafrecht zu läugnen. Die Obrigkeit hat aber das Recht zu strafen und nicht bloß das Recht, sondern die Pflicht dazu. Gott, der höchste Herr über Leben und Tod, konnte die Ausübung dieses seines Majestätsrechtes menschlichen Stellvertretern übertragen, sei es durch ausdrückliche Offenbarung, sei es durch ein aus dem geschichtlichen Verlaufe resultirendes unumgängliches Bedürfniß. Die christliche Kirche behauptet das erstere. „Es ist keine Gewalt, außer von Gott; welche aber sind, die sind von Gott verordnet", sagt Paulus in seinem Briefe an die Römer XIII. 1 — 7 und weiter: „die Obrigkeit führt das Schwert nicht umsonst." Die Geschichte zeigt das unabweisbare Bedürfniß eines solchen obrigkeitlichen Rechtes. Die menschliche Gesellschaft kann ohne den Staat und außer dem Staate nicht bestehen: er erhält die Rechtsordnung, kann dieses aber nur, weil ihm das Strafrecht zusteht. Der Staat ist, wo Menschen sind, nur mehr oder weniger entwickelt. Sein Keim ist schon in der Familie. Ueberall aber, wo er ist, ist es seine Aufgabe, das Recht zu handhaben, die Idee der Gerechtigkeit nach allen seinen Kräften, nach dem Stande der Bildung seiner Zeit zu verwirklichen. Es ist das ewige Gesetz der Gerechtigkeit, daß auf das Böse, sohin im Staate auf das Verbrechen, denn ihn berühren nur Rechtsverletzungen, die Strafe unabwendbar folge. Das Höchste, was der Staat zu schützen hat, ist das Leben des Menschen. Um der Persönlichkeit des Menschen willen besteht ja der Staat selbst und jede menschliche Einrichtung. Wer das Leben des Menschen, wer die Persönlichkeit in der Absicht zu tödten mit überlegtem Entschlusse rechtswidrig vernichtet, begeht deßhalb das höchste Verbrechen. Die Idee der Gerechtigkeit fordert die Todesstrafe für den Mord. Niemand bezweifelt, daß das Maß der Strafe der Größe des Verschuldens entsprechen muß. Ist aber die rechtswidrig in der Absicht zu tödten mit Ueberlegung verübte Vernichtung der irdischen Existenz des Menschen, des Ebenbildes Gottes, wie die heilige Schrift ihn nennt, das größte Verbrechen, so entspricht ihr auch nur die größte Strafe, d. h. nur sie ist gerecht. Daß sie die höchste ist, ist allgemein anerkannt, denn die Existenz ist das, was der Wille, die Persönlichkeit vor Allem will, dessen Verlust sie am schwersten empfindet. Köstlin will zwar die Todesstrafe nicht als zulässig erachten, sondern nur lebenslängliche Freiheitsstrafe als höchste Strafe betrachtet wissen,

indem er deducirt, als höchst mögliche Stufe ergebe sich nur die gänzliche Aufhebung des in der That offenbar gewordenen widerrechtlichen Willens, d. h. lebenslängliche Entziehung der Freiheit. Dem gegenüber steht aber, daß durch Einsperrung der böse Wille nicht aufgehoben wird, ja daß Personen, die wegen Mordes lebenslängliche Zuchthausstrafe litten, schon im Zuchthause selbst wiederholt Mordthaten verübt haben. Entspricht es dem Rechtsbewußtsein des Volkes, daß ein von einem Mörder im Zuchthause also wiederholt verübter Mord straflos bleibe? Daß dieser ein Privilegium habe zu Fluchtversuchen um jeden Preis? Oder folgt das nicht, wenn man lebenslängliche Freiheitsstrafe als höchste Strafe festsetzt? Sehr häufig wird von Gegnern der Todesstrafe geltend gemacht, daß sie dem Verbrecher die Besserung unmöglich mache. Dagegen ist zu bemerken, daß Besserung nicht die Aufgabe der Strafe ist; vielmehr Genugthuung und Sühne. Man müßte sonst den, welcher im Zorne einen Todtschlag verübt hat, aber nach der That, von Reue ergriffen, sich der Strafe überliefert, für die Familie des Erschlagenen jede mögliche Sorge entwickelt und sie versorgt hat, als gebessert ungestraft belassen, oder doch mit verhältnißmäßig geringer Strafe belegen, den Dieb aber, der trotz vieler Strafen nicht aufhört im Kleinen zu stehlen, zuletzt lebenslänglich einsperren. Das widerspricht dem Wesen der Strafe, die den äußeren Schaden und die innere Schuld zugleich beachtet. Es ist aber auch gar nicht darzuthun, daß der Staat ein Recht habe, Jemanden Jahre lang oder lebenslänglich einzusperren, um ihn zu „bessern". Was aber die Todesstrafe anbelangt, so hat diese auf Verbrecher, wenn das Todes-Urtheil verkündet war, oft schon wunderbar gewirkt und eine innere Umwälzung in ihnen bewirkt, die, soweit menschliches Urtheil sieht, durch nichts Anderes hätte hervorgebracht werden können, während Einsperrung im Zuchthause nach allgemeinem Urtheile selten Besserung bewirkt hat. So schrecklich die Todesstrafe ist, so sehr sie das menschliche Gefühl verletzt, so ist sie eben ein nothwendiges Uebel. Könnte wohl ein Staat, dessen Armee im Felde steht, gegen einen Deserteur, einen Verräther, der die Kriegspläne dem Feinde zuträgt, die Todesstrafe ungerecht und unnöthig finden? Durch dessen Verbrechen ist nicht bloß das Leben von Tausend braven Soldaten, sondern die Existenz des Vaterlandes in Frage gestellt. Die Todesstrafe ist auch für die gemeinen Verbrechen nothwendig. Oder ist unsere Zeit etwa so hochgebildet, so innerlich gut, daß nicht die grauenvollsten Verbrechen häufig vorkommen? Noch immer, wie ehemals, gibt es Mutter- und Gattenmörder, Mörder aus Habgier oder Rachemörder in den niedrigsten und in den vornehmen Ständen. Der Egoismus bleibt unberührt von allen civilisatorischen Veränderungen, welche, sei es nur wie sanftes Wehen oder wie aufrührerisches Stürmen, über die Fläche der Menschheit ziehen. Die sogenannte höhere Civilisation, so viel Gutes sie mit sich führt, hat den Trieb zum Verbrechen nicht gemindert, weder in der gebildeten Kaiserzeit der Römer, noch in der neuesten Zeit bei uns. Die Sünde, das Verbrechen bleibt; nur ihre Formen und Farben wechseln. In rauhen Zeiten wiegen die groben Formen und handgreiflichen Thaten, in glatten und civilisirten Zeiten die feinen und raffinirten Formen vor. **Unsere Zeit gestattet die Abschaffung der Todesstrafe um so weniger, als gerade das einzige Mittel, welches geeignet ist, den Egoismus in seiner tiefsten Wurzel anzugreifen, die Religion, an vielen Orten mehr verdrängt, ja verspottet, als gepflegt wird.** Die auf der heut zu Tage regelmäßig allein gepflegten Verstandesbildung erwachsene Civilisation ist es nicht, welche Verbrechen mindert, weil sie dem Reiz zu Verbrechen nicht wirksam genug entgegentritt, sondern die religiös-sittliche Bildung ist es. Referent geht nun zu dem Versuche über, an der Hand der geschichtlichen Erfahrung zu deduciren, daß die Todesstrafe und deren Vollzug ein für die meisten Verbrecher, soferne sie nicht ganz und gar verhärtet, ein sehr wirksames Schreckmittel sei, und dadurch wesentlich zur Verminderung der Verbrechensfälle beitrage, indem in fast allen Ländern, welche früher oder in neuerer Zeit die Abschaffung der Todesstrafe versucht hätten, die Zahl der Morde zugenommen habe, so daß man wieder zur Einführung der Todesstrafe habe greifen müssen, während gegentheilige Erfahrungen nicht vorlägen. Referent versucht nun auszuführen, daß durch Aufhebung der Todesstrafe nicht nur dem Rechtsbewußtsein des Volkes nicht Rechnung getragen werde, sondern daß auch eine Reihe der tüchtigsten Juristen entschieden gegen die Beseitigung der Todesstrafe seien. Was den Einwand wegen der Verurtheilung Unschuldiger, die Möglichkeit der Justizmorde betreffe, so seien solche bei unsern processualen Formen kaum denkbar, wegen einer solchen Möglichkeit aber ein sonst gerechtes und geeignetes Strafmittel keineswegs zu verwerfen, wie man ja auch das Züchtigungsrecht der Eltern nicht aufhebe, weil einmal ein Vater sein ungerathnes Kind durch einen unglücklichen Schlag auf den Kopf getödtet habe, und wie ja auch die Freiheitsstrafen fortbestünden, obwohl auch hier unrichtige Verurtheilungen vorgekommen seien. Gegen den Einwand der Untheilbarkeit der Todesstrafe, welche den Gerichten unmöglich mache, Unterschiede der Schuld in den einzelnen Fällen zu berücksichtigen, verweist er auf das Begnadigungsrecht, welches in der Ausgleichung solcher Differenzen seine wahre und eigentliche Aufgabe zu suchen hat.

In Bayern, sagt Referent, ist von dem Begnadigungsrecht, namentlich in neuester Zeit, ausgiebig Gebrauch gemacht worden. Es wurden in Bayern unter der Herrschaft des Strafgesetzbuches von 1813 in der Zeit von 1849 bis 1. Juli 1862 nicht weniger als 327 Todesurtheile gefällt, nämlich 165 wegen Mordes, 78 wegen Raubes und 84 wegen Brandstiftung. Von diesen wurden 65 vollzogen, also im Durchschnitt jährlich 5. Unter der Herrschaft des nunmehr geltenden Strafgesetzbuches, welches die Todesstrafe auf wenigere Fälle beschränkt (Mord, Raub höchsten Grades) wurden in der Zeit vom 1. Juli 1862 bis Ende 1866 36 Todesurtheile gefällt: 27 wegen Mordes, 4 wegen Mordes und Raubes, 5 wegen Raubes allein. Vollzogen wurden von diesen 3. Im Jahre 1867 wurden in Bayern 14 Todesurtheile gefällt; vollzogen wurde 1 (in Niederbayern), in 12 Fällen trat Begnadigung ein, ein Verurtheilter war geflüchtet. Im Jahre 1868 wurden 16 Todesurtheile gefällt. Da einige vernichtet wurden, blieben nur 12 zu Recht bestehen. In allen Fällen erfolgte Begnadigung. Im Jahre 1869 wurden 3 Todesurtheile gefällt; in allen wurde Begnadigung zu lebenslänglichem Zuchthause gewährt. Das laufende Jahr wird nach den jetzt schon vorliegenden Akten wahrscheinlich eine größere Anzahl von Verurtheilungen zur Todesstrafe bringen. Referent kann nicht in Abrede stellen, daß, wenn dadurch, daß in allen Fällen, wo nach dem Gesetze Todesstrafe auszusprechen ist, Begnadigung erfolgt, die gesetzliche Strafe ganz außer Wirksamkeit gesetzt wird (was in Bayern bisher noch nicht gesagt werden kann), er vorziehen würde, um dem Gesetze die nöthige Achtung zu erhalten, lieber die Todesstrafe zu beseitigen, da eine Drohung mit derselben für sich keine Wirksamkeit hat, wenn sie nie zum Vollzuge kömmt. Die Drohung hat nie jemand gefürchtet, wenn er den Vollzug nicht zu fürchten braucht. Er würde es aber im Interesse der Rechtsordnung beklagen, wenn die Todesstrafe beseitigt würde, während Gräuelthaten, wie Eltern-, Gatten-, Gift- und Meuchelmord fortbauern, wie noch der Fall ist; wenn dem Leben seiner Mitbürger vor dem Dolche des Mörders nicht der menschlich mögliche und gerechte Schutz gewährt wird; Mördern, trotz ihrer furchtbaren That, aber aus angeblichen Humanitätsrücksichten ein Leben gesichert wird, das der brave Soldat wegen Interessen, die er oft nicht kennt, und die in Wahrheit für die menschliche Gesellschaft oft nicht bestehen, im Kriege dahingeben muß, und das er im Gefühle seiner Pflicht auch gerne opfert 2c. Er würde es beklagen, wenn die Obrigkeit ihr Schwert „umsonst" trüge und dem Spruche „du sollst nicht tödten" nicht die volle und ganze Wirksamkeit gesichert würde, wenn vielmehr dem verurtheilten Mörder durch Aufhebung der Todesstrafe die Möglichkeit gesichert würde, im Zuchthause, das er lebenslänglich bewohnen soll, Wärter und Wächter straflos zu morden, nachdem ihn ja ein weiteres erhebliches Uebel nicht treffen kann, als das verhängte. Das Begnadigungsrecht des Regenten ist ein herrliches Recht und an keine Formen gebunden, aber die Barmherzigkeit, die sich darin ausspricht, muß in unauflöslicher Beziehung und Verbindung zur Gerechtigkeit stehen. Die Todesstrafe darf nur dadurch beseitigt werden, daß der Mord aufhört, und sie wird am besten beseitigt, wenn sie durch ihre Fortbauer denselben möglichst ver-

llet. Außerdem geschieht der Gerechtigkeit nicht volles Genüge. Auf
rund dieser Ausführungen beantragte Referent beim I. Ausschusse
den fraglichen Antrag des Frhrn. v. Stauffenberg und Genossen
zulehnen." Nach Besprechung der Sache wurde zur Abstimmung ge-
ritten, wobei die Abg. Grabner, Winderl, Dr. Krätzer und
r. Kurz für den Antrag des Referenten, der Abg. Wilh. Schmid
gen denselben stimmten, so daß der Antrag des Abg. Frhrn. v.
tauffenberg abgelehnt ist.

— In der am 4. d. M. stattgefundenen Sitzung des Finanz-
usschusses der Kammer der Abgeordneten entspann sich eine längere
ebatte über die Beanstandung der Standesgehalte der k. Staatsmi-
ster, welche den Betrag von 3000 fl. nach Art. 1 des Gesetzes vom
Juni 1848 allenfalls überschreiten und bezüglich welcher der Re-
rent Rückersatz der seit der Protestation der Kammer der Abgeordne-
n vom Januar 1868 ausbezahlten höheren Standesgehalte beantragt
itte, eventuell, daß Seine Majestät der König ehrfurchtsvollst gebeten
erden solle, im nächsten Landtagsabschiede mit Gesetzeskraft auszu-
rechen, daß die Regelung der Standesgehalte der k. Staatsminister
ch dem Standesgehalte der k. Staatsräthe gemäß Art. 7 des Staats-
ener-Ediktes zu geschehen habe. Der k. Staatsminister v. Pfretzschner
rwies auf das Promemoria des gesammten Staatsministeriums zu
m Protokolle des II. Ausschusses vom Jahre 1867, worin die An-
ht des gesammten k. Staatsministeriums über diese Frage niederge-
gt sei, und bemerkte, daß ein Gesammtbeschluß der beiden Kammern
erüber nicht vorliege, da die Kammer der Reichsräthe jener Prote-
ation nicht beigetreten sei. Der Abg. Freytag hielt, die Zweifel-
iftigkeit der Frage betonend, den ersteren Antrag des Referenten auf
ückzahlung für rechtlich nicht begründet und unpraktisch, glaubte aber,
ß die Kammer ihre Rechtsanschauung über die Gesetzwidrigkeit der
ehrausgaben wiederholt durch eine Protestation wahren solle, bis
ie Abhilfe im Wege des Gesetzes getroffen werden könnte, und be-
tragte deßhalb, eine solche Verwahrung zu beschließen. Der zweite
ntrag schien ihm gegen die Absicht des Gesetzes vom 4. Juni 1848
verstoßen. Der k. Staatsminister v. Lutz schloß sich der Erklärung
s k. Staatsministers v. Pfretzschner und der Anschauung des Abg.
eytag über die rechtliche Bedeutung des primären Antrages des Re-
enten an und erklärte, daß seit der Protestation der Kammer der
geordneten vom Januar 1868 das Ministerium einen Gebrauch von
ner Anschauung nicht gemacht habe. Auf diese Erklärung Bezug
hmend, hielten die Abg. Kolb und Lucas dafür, daß von einer
eanstandung vorläufig Umgang zu nehmen sei. Der Referent zog
erauf seinen ersten Antrag zurück, der zweite Antrag desselben wurde
it 5 gegen 2 Stimmen, der Antrag des Abg. Freytag mit 4 gegen
Stimmen abgelehnt und den Nachweisungen dieses Etats pro 1866/67
ıd 1868 die Anerkennung ertheilt.

— Folgendes Curiosum findet sich in der Nr. 88 der in Passau
scheinenden patriotischen Donau-Zeitung vom 14. April: „Der Leit-
tikel des Blattes äußert sich entrüstet über die Einberufung des Zoll-
rlamentes gerade während der bayerischen Landtagssession. Dieser
Act des preußischen Königs" stelle sich als ein „gewaltiger und stö-
nder Eingriff in die Maschine des bayerischen Staatswesens" dar.
ie bayerischen Abgeordneten hätten nunmehr „ihre Actenbündel zuzu-
nüren, und, gehorsam dem Befehle des ausländischen Königs, nach
r Spree zu wandern." Indem wir das Blatt umwenden, finden
ir auf der folgenden Seite eine redactionelle Notiz aus Stuttgart,
orin der Umstand, daß ein dortiges Blatt die Herren Frese, Wales-
de und Dull als „Ausländer" bezeichnet hatte, welche sich unbefug-
r Weise in württembergische Politik mischten, als infame Denun-
ation" und „lächerliches Uebermaß der Frechheit" charakterisirt wird.
er hiernach vorliegenden Selbstcharakteristik der patriotischen Donau-
itung wird man höflicher Weise nichts hinzufügen noch abmindern
ollen.

* Die „Augsburger Postzeitung" schreibt: Das „Vaterland"
eilt es als Thatsache mit, daß, als der Redakteur eines sehr katho-
ischen Blattes von einem seiner Mitarbeiter Artikel gegen den Minister
ohenlohe brachte, er vom Cardinal Hohenlohe Geld erhielt mit der
Weisung, keinen Artikel gegen seinen Bruder mehr aufzunehmen. Es
ist dieß positiv, versichert das „Vaterland" und gibt viel zu denken.
Wir wissen nun nicht, was an der Sache ist, ob es wirklich ein ka-
tholisches Blatt gibt, dessen Redakteur so erbärmlich war, sich mit Geld
den Mund stopfen zu lassen, aber das wissen wir, daß alle Redakteure
katholischer Blätter ein Recht haben, von Hrn. Dr. jur. Sigl, dem
Redakteur des „Vaterlandes"' zu verlangen: er möge den Redakteur
des „sehr katholischen Blattes" der sich vom Cardinal Hohenlohe be-
stechen ließ, namentlich bezeichnen. Im Interesse der Ehre der Re-
dakteure aller katholischen Blätter verlangen wir die Kundgebung dieses
Namens. Also heraus damit! Es ist viel ehrlicher und mannhafter,
den Schuldigen zu bezeichnen, als seine Kollegen mit der schweren Ver-
dächtigung der Käuflichkeit zu belasten!

(Dienstesnachrichten.) Se. Maj. der König hat den O.-
Appell.-G.-Rath Adolph Frhrn. v. Lupin wegen Krankheit und Funk-
tionsunfähigkeit in den erbetenen Ruhestand auf die Dauer eines Jahres
versetzt, zum Oberappell.-G.-R. den Appell-Rath von Oberbayern, Dr.
Jos. v. Langlois, zum Appell.-G.-Rath von Oberbayern den Bez.-
G.-Rath zu München l. d. J., Dr. Eugen Schneider, und auf dessen
Stelle den Assessor des Stadtger. München l. d. J., Karl Irmischer,
befördert, den Assessor außer dem Status bei diesem Gerichte, Heinrich
Föringer, in den Status einrücken lassen und zum Assessor extra
statum bei dem Stadtger. München l. d. J. den Bez.-Ger.-Accessisten
Karl Hörmann in München ernannt.

Lokales und Provinzielles.

München, 21. April.

(Tagesbericht.) Wahrscheinlich von muthwilligen Jungen ver-
anlaßt, entstand am Ostermontag Nachmittag in den Isarauen bei
Giesing ein Brand, welcher in einer Ausdehnung auf $1^1/_2$ Tagwerke
Moos und Gesträuche verzehrte. — Am 14. l. Mts. wurde bei Neu-
ried, B.-A. München l. J., die Leiche eines unbekannten, etwa 30
Jahre alten Mannes aufgefunden, ohne daß man bis jetzt die Todes-
ursache kennt. — Heute früh erschoß sich in der Lehelkaserne der Kor-
poral Jakob Weber vom Inf.-Leib-Regiment; das Motiv zu diesem
verzweifelten Schritte ist nicht bekannt. — In Sachen des Schneider-
strikes ist bis jetzt eine entscheidende Wendung nicht eingetreten, in den
letztabgehaltenen Versammlungen der Gehilfen wie der Meister wurden
nur beiderseits Beschlüsse auf Aufrechterhaltung der Solidarität gefaßt.
Eine größere Anzahl auswärts beheimatheter Gesellen wurden gestern
in Anwendung der betreffenden gesetzlichen Bestimmungen polizeilich be-
auftragt, binnen entsprechender Frist Nachweis über ihre Subsistenz-
mittel zu erbringen, oder auf 3 Monate München zu verlassen. Die
Bewegung hat ihre Schwäche offenbar darin, daß die Erwerbsverhält-
nisse der Gehilfen bei den bisherigen Lohnsätzen keineswegs so un-
günstig sind, daß die Deklamation der lassalleanischen Agitatoren über
den angeblichen Nothstand der Schneider irgendwie begründet erscheinen
konnten; wenn man erwägt, daß ein tüchtiger Schneidergeselle jährlich
jedenfalls 400—500 fl. zu verdienen vermag, und die hiesigen Lebens-
mittelpreise hiezu in Anschlag bringt, so ergibt sich von selbst, daß der
Strike weniger durch ein dringendes Bedürfniß, als durch anderweitige
Einflüsse hervorgerufen wurde.

— Es wird mitgetheilt, daß für einen Schlafrock, welcher im
hiesigen Zuchthause gefertigt und zu welchem für 48 kr. Seide ver-
näht wurde, als Arbeitslohn mit obiger Auslage 54 kr. verlangt
wurde.

* Wie wir hören, konnte schon gestern das versprochene Tagegeld
von 35 kr. an die strikenden Schneidergesellen theilweise nicht ausge-
zahlt werden.

ϱ (Aus der öffentl. Magistratssitzung vom 19. April.)
Schluß. Bezüglich der Verpachtung der bei der Kaiblmühle zum Zweck
der Errichtung eines Schlachthauses und Viehmarktes vom Magistrate
angekauften Wiesgründe an den Metzger Schmidbauer haben die HH.
Pfötterl und Schöffel Beschwerde bei dem Collegium der Gemeinde-
bevollmächtigten erhoben, wie wir bereits in Nr. 105 unseres Blattes
mitgetheilt haben und wurde heute der betreffende Beschluß des Col-

legiums im Magistrate mitgetheilt. Referent Rechtsrath Badhauser, welcher bei der betreffenden Angelegenheit persönlich sehr heftig im Gemeindecollegium angegriffen worden war, anerkannte das Recht des Collegiums Aufschlüsse zu verlangen und bemerkte, daß das verpachtete Areal nicht 80, sondern nur 24,36 Tagw. betrage, daß Hr. Pfötterl gar nie in dieser Pachtangelegenheit, Hr. Schöffel aber erst nach Abschluß des vorjährigen Pachtvertrages mit Schmidbauer bei ihm gewesen sei, wobei er ihm erklärt habe, daß jetzt nichts mehr zu ändern sei und ihn auf die Versteigerung jener Gründe für das Jahr 1870 vertröstet habe. Er habe auch pro 1870 den Pacht mit Schmidbauer nicht abgeschlossen, sondern Hr. Mag.-Rath Ludw. Knorr habe als Referent die Verpachtung um 170 fl. an Metzger Schmidbauer beantragt und der Magistrat nach längerer Diskussion diesem Antrage zugestimmt. Wenn dieser Verhältnisse ungeachtet der Referent im Gemeindecollegium ihn durch heftige Invektiven persönlich angegriffen habe, so erscheine wohl sein Verlangen gerechtfertigt, daß er vom Magistrate in die nächste Sitzung des Gemeindecollegiums abgeordnet werde, um diese Angriffe widerlegen zu können. — Mag.-Rath L. Knorr erklärt, daß er bei seinem Referate (weil damals noch Schnee lag) die Information nur aus den Akten geschöpft, nunmehr aber jene Wiesen besichtigt und die Ueberzeugung gewonnen habe, daß dieselben schlecht und nur zur Schaafweide (als Hartwiesen) geeignet erschienen, so daß durch die Verpachtung speciell bei diesen Gründen das magistratische Interesse nicht nur nicht geschädigt, sondern besser gewahrt worden sei, als es durch Versteigerung der Wiesen hätte geschehen können. — Rechtsrath Ruppert bedauerte recht sehr, daß das Gemeindecollegium sofort auf eine bloße Beschwerde hin, ohne den Referenten noch den Magistrat zu befragen, sofort einseitig gegen erstern mit den ärgsten persönlichen Invektiven gegen dessen Amtsführung vorgegangen sei; ein anderer Modus würde sicherlich der richtigere gewesen sein, wie er es auch als nicht gut bezeichnen könne, daß das Collegium seinen Tadel nicht gegen das Magistratscollegium gerichtet, sondern den Referenten persönlich herausgegriffen habe; es sei sehr zu wünschen im Interesse des Ansehens und der Würde der Collegien, daß solche Vorgänge sich nicht wiederholten. Mag.-Rath v. Schauß ist der Ansicht, man möge solchen Beschwerden, die sogar bis zu dem Wunsche einer Personalveränderung gingen, in Zukunft nicht von jener Seite ungeprüft ein zu geneigtes Ohr schenken, sondern man möge sich mit dem Referenten besprechen; wenn wirklich sich hiebei die Existenz von Mißständen zeige, so werde Jeder Mannesmuth genug besitzen, um auf deren Abstellung zu bringen. — Bei der im Mai im Glaspalaste stattfindenden Blumenausstellung werden sich auch die städtischen Gärtner betheiligen; doch würde auf Antrag des Rathes Schanzenbach beschlossen, daß der große Vorrath an Blumen, namentlich Rosen, und an Gewächsen, welche nicht in den städtischen Anlagen zur Verwendung kommen können, nach und nach veräußert werden solle. — Bei Gelegenheit der Wiederbesetzung einer Seelnonnenstelle wurde von Hrn. Rechtsrath Schrott mitgetheilt, daß das Seelnonnenwesen gegenwärtig einer Revision unterliege. — Die Mahlprobe von dem im städtischen Magazine aufgespeicherten gedörrten Getreide ist zur vollsten Befriedigung ausgefallen und wird deßhalb beschlossen, daß eine Commission den Verkauf des Getreides im Magazine durchführen soll. — Die Staatsbahnverwaltung zeigt an, daß sie bereit sei, die städtischen Gebühren für das Getreide, welches von der Bahn in die Lagerhäuser gebracht wird, unter denselben Bedingungen zu percipiren, wie es die Ostbahn schon thut. — Auf den Antrag, den zur Erweiterung der Maistraße nöthigen Grund um 15 kr. per Quadratschuh anzukaufen, wird nicht eingegangen. — Auf die von Rath Schanzenbach in Folge einer in Paris gemachten Erfindung hinsichtlich einer Verbesserung des Leuchtgases an Hrn. Dr. v. Schauß gerichteten Frage, ob wegen des mit der hiesigen Gasgesellschaft geschlossenen Vertrages diese Erfindung verwerthet werden könne, antwortet letzterer, daß die Gasgesellschaft unter solchen Verhältnissen allerdings zum Abschluß eines neuen Vertrages verpflichtet sei.

Lichtenfels, 18. April. Gestern früh wurde auf dem Bahnkörper zwischen Staffelstein und Schönbrunn die Leiche des ledigen Bauernsohnes Bernh. Büttner von Püchitz mit abgefahrenem Kopfe aufgefunden.

Gerichtssaal.

λ. **München,** 20. April. Heute begann die II. ordentliche Schwurgerichtssitzung für Oberbayern pro 1870. Nach einer kurzen Anrede an die HH. Geschwornen wurden die eingelaufenen sieben Enthebungsgesuche dahin beschieden, daß die HH. Anton Friedr., Kistlermeister, Hirsch Heymann v., Privatier, Dallmaier Frz. Xaver, Bäckermeister, Stiegele Karl, Hausbesitzer, Miller Joh. Paul, Gewehrfabrikant, Petzl Jos., Kunstmaler, sämmtliche von hier, von der Funktion als Geschworne für die ganze Dauer der Session enthoben wurden, das Gesuch des Hrn. Föckerer Anton, Wirth von Freilassing, aber abgewiesen wurde. — Die erste Anklage war gegen den 18jährigen Schreinergesellen Joh. Astner von hier gerichtet, welcher geständig ist, aus der im Souterrain des Unterpollingerkellers an der Theresienhöhe, woselbst er auch wohnte, befindlichen Hausknechtsstube, mittelst Aufsprengen der Zimmerthüre und zweier Kästen, zwei Pfandbriefe der bayr. Hypotheken- und Wechselbank à 100 fl., und zwei Pappenheimer Loose à 7 fl. entwendet zu haben; sie endete mit der Verurtheilung des bisher gut beleumundeten Angeklagten zu vierjähriger Zuchthausstrafe.

Mosbach, 19. April. Am 15. Oktober v. Js. fand zwischen Königshofen und Unterschüpf ein Zusammenstoß zweier Eisenbahnzüge, eines Personen- und eines Güterzuges statt, wobei, abgesehen von der Beschädigung der Waggons u. s. w. im Betrage von etwa 80,000 fl., eine Anzahl Personen erhebliche Verletzungen davon trug. Heute wurde vor der hiesigen Strafkammer der gegen Zugführer Bayer von Walldorf und Expeditor Baumberger in Königshofen angestrengte Prozeß zum Austrag gebracht. Zugführer Bayer, der ungeachtet seiner Kenntniß von der Kreuzung von da abfuhr, wurde zu drei Monaten Expeditor Baumberger zu sechs Wochen Kreisgefängniß verurtheilt.

Handel und Verkehr.

München, 19. April. Heute fand die zweite ordentliche Generalversammlung der Actionäre der bayerischen Vereinsbank statt. Die Sitzung wurde vom Präsidenten des Verwaltungsrathes, Grafen Hegnenberg-Dux, mit einer Ansprache eröffnet, worin er sich auf den bereits vertheilten Geschäftsbericht bezog und hinzufügte, daß von den in demselben erwähnten Geschäftszweigen, welche die Bank bis jetzt noch nicht in Angriff genommen hat, demnächst mit einem und zwar mit der Ausgabe von Communal-Obligationen begonnen werden wird. Es sei zu diesem Zwecke ein Statut für Communal-Creditsystem ausgearbeitet, welches im gegenwärtigen Augenblicke der k. Regierung zur Genehmigung unterbreitet sei. Weiter wurde in dem Vortrage u. a. auch darauf hingewiesen, daß das in der Bilanz pro 31. Dezember 1869 mit 126,290 fl. belastete Gründungs-Conto deßhalb eine so relativ hohe Summe beziffere, weil darin ein Theil jener Summe enthalten sei, welche für den Ankauf des v. Frölich'schen Geschäftes aufgewendet werden mußte. Hierauf wurde von der Generalversammlung die Vertheilung der Dividende nach dem Vorschlage des Verwaltungsrathes einstimmig gut geheißen, und die Wahl der Revisions-Commission für das Jahr 1870 vorgenommen, welche auf die Herren F. Kester, Max Kustermann und J. Schels mit großer Mehrheit fiel. Hr. Kester erstattete Namens der Revisions-Commission einen kurzen Bericht über den Befund der Bücher und deren Uebereinstimmung mit der Bilanz über das Jahr 1869, worauf die Generalversammlung dem Verwaltungsrath einstimmig Decharge ertheilte. — Zu erwähnen dürfte noch sein, daß die Bank mit der Emission von verzinslichen und unverzinslichen Cassascheinen, welche sie sich nach ihrem Bericht für die nächste Zeit vorbehalten hatte, mit dem heutigen Tag bereits begonnen hat.

Vermischtes.

Breslau, 12. April. Ein Diebstahl, welcher höchst traurige Folgen nach sich ziehen kann, wurde in der heutigen Nacht in den

Dorfe Magnitz bei Koberwitz verübt, indem einem Fuhrmanne aus Reichenstein ein Fäßchen mit Arsenikmehl im Gewichte von 1 Ctr. 9 Pfd. von seinem Frachtwagen gestohlen worden ist. Da das erwähnte Fäßchen nur mit einem Adler und den Buchstaben R W Nr. 963 bezeichnet war und keine weitere Aufschrift auf den so äußerst gefährlichen Inhalt hindeutet, so ist zu befürchten, daß mit diesem mehlähnlichen furchtbaren Giftstoffe der größte Mißbrauch gemacht werden kann.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 20. April. Wochenausweis der Südbahngesellschaft. Die Einnahmen vom 9. bis 18. April betrugen 541,895 fl., ergaben somit eine Mindereinnahme von 78,947 fl. gegen die gleiche Woche des Vorjahres.

Berlin, 20. April. Die „Prov.-Correspondenz“ meldet: Wegen Erkrankung des Bundeskanzlers wird Minister Delbrück das Zollparlament eröffnen. Das Blatt bezeichnet als Hauptaufgabe des Zollparlaments die Fortbildung des Zolltarifs, die Vereinfachung des Zollwesens und die Erleichterung des Verkehres. Zugleich sei ein Ersatz für die Ausfälle in den Zolleinnahmen nöthig, wozu eine mäßige Erhöhung des Cafezolles am zweckmäßigsten erscheine.

Bern. 20. April. Laut offizieller Erklärung des Bundesrathes ist die für den Frühling in Aussicht genommene außerordentliche Sitzung der Bundesversammlung in Betreff der Gottardbahn unwahrscheinlich geworden.

Paris, 19. April. (Sitzung des Senats.) Ollivier antwortet Butenval, indem er sagt: Die Ernennung der Maires müsse der Exekutivgewalt vorbehalten bleiben; er glaube aber nicht, daß dieß in der Verfassung angedeutet sein müsse.' Der Satz des Artikel 24, welcher besagt, daß die Senatoren im Ministerrathe ernannt werden, wurde mit 63 gegen 47 Stimmen verworfen. — Gestern fand eine Versammlung der beiden Fraktionen der Deputirten der Linken statt, es konnte aber kein Einvernehmen erzielt werden. Der Bruch scheint somit ein definitiver zu sein. — Man versichert, der „Electeur libre“ werde morgen einen, die Lage auseinandersetzenden Artikel von Picard veröffentlichen. — Der Strike t Fourchambault ist beinahe beendet.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 20. April (Schlussc.)

Wechsel auf London	$119\frac{3}{4}$	Oest.-franz. Staatsbahn	$377\frac{3}{4}$
„ „ Paris	95	Bayr. Ostbahn-Actien	$119\frac{3}{8}$
„ „ Wien	$96\frac{1}{2}$	Elisabeth-Prior. I. Em.	77
5 proc. bayr. Anleihe	$101\frac{1}{4}$	4% bayer. Prämien-Anl.	106
4½ „ „	$91\frac{3}{4}$	Bad. Präm.-Anleihe	$104\frac{1}{2}$
4 „ „ Grundrente	$85\frac{3}{8}$	Oesterr. Loose v. 1860	$78\frac{1}{8}$
4 „ „ Obligat.	$85\frac{7}{8}$	„ Loose v. 1864	—
5 proc. oesterr. Metall., engl.		Alsenzbahn	$85\frac{3}{8}$
5 „ „ National-Anl.	—.—	Oberhessische Bahn	$67\frac{1}{4}$
Steuerfr. Metall. v. 1866	—.—	Lombarden	$190\frac{1}{4}$
1882er Amerikaner	$95\frac{1}{8}$	Napoleons	9.30
Oesterr. Bank-Actien	685	Rente Silber $57\frac{5}{8}$, Pap. $49\frac{1}{4}$	
Credit-Actien	268	befestigend. Handelsbank	$98\frac{1}{2}$

Wien, 20. April. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	69.90	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	96.40	Steuerfr. Metall. on 1864	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	119.—	Napoleons	9.87
Oesterr. Bank-Actien	714.—	Wechsel auf Augsburg	102.50
„ Credit-Actien	256.70	„ „ London	123.60
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	394.—	„ „ Paris	49 05
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	„ „ Frankfurt a. M.	102.60
„ „ Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	195. —
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 319.—Pap.-R.	60.55

Berlin 20. April (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	$46\frac{1}{2}$	Lombarden	$107\frac{1}{2}$
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	$105\frac{1}{2}$	Italienische Anleihe	$55\frac{5}{8}$
4½ „ „ Anleihe	—	1882er amerikanische Bonds	$95\frac{7}{8}$
Bad. Prämien-Anleihe	104	5 proc. preuss. Anleihe	$101\frac{1}{2}$
Darmstädter Actien	$128\frac{7}{8}$	4½ „ „ „	92
Oesterr. Credit-Actien	$152\frac{1}{4}$	Wechsel auf Augsburg	—.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	216	„ „ Frankfurt	—.—
Staatsbahn-Prioritäten	294	„ „ London	
Oest. fl. 500 Loose von 1860	$78\frac{3}{4}$	„ „ Paris	
„ fl. 100 Loose von 1864	$65\frac{1}{4}$	„ „ Wien	
5 proc. östr. National-Anl.	——		

wenig fest.

New-York, den 19. April. Gold $113\frac{1}{4}$. Wechsel in Gold $109\frac{1}{8}$ Bonds per 1882 $112\frac{1}{4}$. Baumwolle $23\frac{1}{8}$. Petroleum $25\frac{1}{2}$.

Liverpool, den 19. April. Schlussbericht. Heutiger Umsatz 10 000. Orleans $11\frac{7}{16}$. Middling amerikanische $11\frac{1}{8}$. Fair dhollerah $9\frac{1}{2}$. Middling fair dhollerah $9\frac{1}{4}$. Good middling dhollerh 9. Fair Bengal $8\frac{1}{8}$. Fair Omra $9\frac{5}{8}$. Pernam $11\frac{3}{4}$. Smyrna $10\frac{1}{8}$ Egyptian $12\frac{1}{4}$. Amerik. per März-April —. Dhollerah per Mai $9\frac{3}{8}$. Omra 10.

Curse des Münchener Handelsvereins vom 20. April 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. 3½% Obl.	fl. 1000	$81\frac{1}{2}$	
4% ganz. Obl.	1000	$86\frac{1}{4}$	
4% halbj. Obl.	1000	$86\frac{1}{4}$	
4% Grundr.-Obl.	1000	$86\frac{1}{4}$	
4½% ganzj. Obl.	1000	92	
4½% halbj. Obl.	1000	92	
4½% „ Milit. „	1000	92	
5% Obl.	1000	$101\frac{3}{4}$	
4% Münch. Obl.	1000		
5% „ „	1000	$101\frac{1}{8}$	
4½% Ostbahn-Aktien		$119\frac{6}{8}$	
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung		$86\frac{1}{2}$	
dto. volle		$86\frac{1}{2}$	
Pfdbr. d. bayer. Hyp.- u. W.-Bank à fl. 1000		$90\frac{1}{2}$	$90\frac{3}{4}$
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.			$99\frac{7}{8}$
Aktien „ „		827	824
Bayer. Handelsbank-Act.		98	
„ Vereinsbank		$119\frac{1}{4}$	
Württemberg. 4½% Obl.		$91\frac{1}{4}$	
Oesterreich 4⅕% Silb.-Rte. 5/7		$57\frac{3}{4}$	
„ Pap.-Rte „			
5% „ Nation.-Anl. 5/8			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à 116 2/3			
5% Met. Stfr. v. 1866 6/7			
Oest. Bank-Aktie			
„ Cred.-Aktien		$269\frac{1}{4}$	269
Oest.-franz. Stsb.-Aktien			

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb.	$186\frac{1}{4}$	$185\frac{3}{4}$
Preußen. 4½% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. 2½	$95\frac{1}{8}$	95
„ 1884 „	$94\frac{1}{2}$	
„ 1885 „	$94\frac{1}{2}$	$94\frac{1}{4}$
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	106	
4% Bad. „ „	$104\frac{1}{2}$	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	$6\frac{1}{2}$	
Pappenheimer dto.	$5\frac{3}{4}$	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose	$18\frac{1}{2}$	$18\frac{1}{4}$
Oester. 1854er Loose à fl. 250 5/8		
„ 1860er „ à fl. 500 5/7		
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred Loose		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		330
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		124
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor	95	
Chemische Fabrik Heufeld		76
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn		
„ Siebenbürger Bahn		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. I. Em. 5/7	$77\frac{1}{2}$	
dto. II. „ „		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn „	$77\frac{1}{2}$	

	Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn „	$79\frac{1}{4}$	
„ Siebenbürger Bahn „		
„ d. Böhm. Westbahn „		
„ Alföld Fiumander Bahn „	$76\frac{1}{2}$	
Wechsel.		
Amsterdam fl. 100 holl. K. S.	$100\frac{3}{4}$	
L. S.	$100\frac{3}{4}$	
Augsburg fl. 100 K. S.		
L. S.	100	
Berlin Rthlr. 60 K. S.	105	
L. S.	105	
Frankfurt fl. 100 K. S.	100	
L. S.	100	
Hamburg M.-B. 100 K. S.	$88\frac{3}{4}$	
L. S.		
Leipzig Rthlr. 60 K. S.	105	
L. S.	$105\frac{1}{8}$	
London Pfdst. 10 K. S.	120	
L. S.	120	
Paris Fr. 200 K. S.	$95\frac{1}{8}$	$94\frac{7}{8}$
L. S.	$95\frac{1}{8}$	$94\frac{7}{8}$
Wien fl. 100 K. S.	$96\frac{3}{8}$	
L. S.		
Bank-Disconto für Platz-Wechsel		
„ Lombard.		
Geldsorten.		
Preuß. Friedrichsd'or	9.59	9.58
20 Francs Stücke	$9.30\frac{1}{2}$	$9.29\frac{1}{2}$
Preuß. Cassen-Scheine	$105\frac{1}{8}$	$104\frac{7}{8}$
Oest. Banknoten	$96\frac{1}{4}$	96

GERMANIA

Lebens-Versicherungs-Aktien-Gesellschaft in Stettin.

Grund-Capital	5,250,000 fl. S. Whrg.
Reserven Ende 1868	5,316,200 „ „ „
Jahres-Einnahme	2,766,460 „ „ „
Bis Ende 1868 bezahlte Versicherungs-Summen	4,477,401 „ „ „
Versichertes Capital Ende März 1870	93,040,094 „ „ „
Im Monat März 1870 sind eingegangen 1858 Anträge über	1,916,217 „ „ „

Prospekte und Antragsformulare sind bei den Agenten der „Germania" unentgeltlich zu haben. Offerten zur Uebernahme von Agenturen nimmt die unterzeichnete Generalagentur entgegen.

München, im April 1870.

Die Generalagentur der „Germania."
Wilhelm Floßmann, Neuhausergasse 5/I.

1125.

THE GRESHAM

englische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft in London.

Die Gesellschaft übernimmt zu festen und billigen Prämien Lebens-Versicherungen und vertheilt in dreijährigen Perioden 80 Procent ihres Gewinnes unter die mit Gewinnantheil Versicherten.

Resultate des am 30. Juni 1869 abgelaufenen Geschäftsjahres:

Es wurden im genannten Jahre 4727 neue Anträge für eine Versicherungssumme von 49,306,100 Frcs. eingereicht, wovon 569 abgewiesen und 31 zurückgestellt, dagegen 4127 für eine Versicherungssumme von 41,894,575 Frcs. angenommen wurden. Hiedurch ist die **Gesammtzahl der Versicherungsverträge** auf 22,479 für eine **Totalversicherungssumme** von 216,223,63[illegible] Frcs. gestiegen.

Prämieneinnahme: 8,393,168 Frcs. einschließlich 1,416.021 Frcs. für neue Prämien, wodurch sich mit dem Zinsertrügniß von 1,060,219 Frks. für angelegte Kapitalien, eine Gesammtbruttoeinnahme von 9,453,387 Frcs. ergibt.

Für **Todesfälle** wurden 2,743,388 Frcs., für Bonus (Gewinnantheil) 211,194 Frcs. ausbezahlt und nach Bestreitung aller Ausgaben die verzinslich angelegten Kapitalien um 3,752,028 Frcs. vermehrt. Der **Gesammtreservefond** beträgt 30,475,481 Frcs.

Solide und gewandte Agenten finden Aufnahme; Prospecte und alle weitere Aufschlüße werden ertheilt von der

General-Agentur:

S. Behrend, Maximlilansstraße 4a in München, und
Ph. A. Solbrig, Cigarrenhandlung, Schäfflergasse 16, München.

Kgl. Hof- u. National-Theater.

Donnerstag den 21. April.

63. Vorstellung im Jahres-Abonnement.

Der erste Glückstag.

Komische Oper in 3 Aufzügen von A. d'Ennery und E. Cormon, deutsch v. Ernst Pasqué.

Regie: Hr. Sigl.

Personen:

Helene	Frl. Stehle.
Djelma	Frl. Ritter.
Gaston von Maillepré	Hr. Nachbaur.
Von Mailly, Capitain	Hr. Fischer.
Bergerac, Intendantur-Beamter	Herr Sigl.
Sir John Littlepol	Hr. Häusser.
Der Gouverneur von Madras	Hr. Bausewein.
Ein Soldat	Hr. Thoms.
Ein Offiziant	Hr. Leigh.

Französische und englische Offiziere und Soldaten; englische Bewohner und Eingeborene von Madras; indische Mädchen, Bajaderen und Diener.

Ort der Handlung: In und bei Madras. Zeit: 1746.

Preise der Plätze: Ein Galerienoble-Sitz 2 fl. — kr. Ein Parket-Sitz 1 fl. 30 kr. Parterre — fl. 48 kr. Gallerie fl. — 18 kr.

Die Kasse wird um ½6 Uhr geöffnet.

Anfang ½7 Uhr. Ende nach 9 Uhr.

Gestorbene.

Am 17. April. Lachenmaier Jos., ehem. Melber v. h., 75 J. — Stöckl Leonh., Ausgeher v. h., 56. J.

Am 18. April. Aichinger R., Privatierswittwe v. Perlach, 43 J. — Aichner F., Zimmermann v. Freising, 44 J. — Gaimann B., ehem. Früchtenhändlerswittwe v. h., 86 J. — Hierstetter Gg., Privatier v. Furth, 77 J. — Sedlmaidr Jos., Matergehilfe v.

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer. — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr:
Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München* bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr
für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Freitag, den 22. April 1870. **Nr. 110.**

Zum Concil.

Einem römischen Briefe der Allg. Ztg. entnehmen wir Falgendes: Die Unparteilichkeit, welche der Vatikan eine Zeit lang zur Schau trug, und mit welcher Antonelli den diplomatischen Fragen und Warnungen gegenüber sich deckte, ist nun aufgegeben. Der Papst hat in der auffälligsten Weise Partei ergriffen; er empfindet und rügt jedes Bedenken gegen das beabsichtigte Dogma wie eine ihm persönlich zugefügte Beleidigung, und die Aeußerungen seines Unwillens gewinnen an Schärfe, werden auch sogleich geflissentlich in Umlauf gesetzt, so daß schan die Furcht vor der fressenden Säure eines päpstlichen Urtheils manchen Bischof in das Lager der Infallibilisten treibt, oder doch mit Bangigkeit erfüllt. Jede Schrift, die zu Gunsten des Lieblingsdogmas irgendwo erscheint, wird mit einem lobpreisenden päpstlichen Schreiben belohnt und autorisirt; sie ist vartrefflich, gründlich gelehrt und durchschlagend; die Gegner aber werden in diesen Kundgebungen als Thoren, Verblendete oder boshafte Läugner einer innerlich wahl empfundenen Wahrheit gebrandmarkt. Dergleichen päpstliche Briefe brachte der Univers kürzlich drei an einem Tage. Dazwischen wird dann einmal eine Gelegenheit zu einer Allokution benützt, um den Bischöfen der Minderheit das Gewissen zu schärfen und der Welt zu sagen, wie unlauter die Triebfedern ihrer Oppasitian, und wie tugendhait und großherzig dagegen die Prälaten der großen Mehrheit, die Italiener und Spanier seien. Am 28. März brachte der Röm. Beobachter eine Rede, welche Pius eben an die Prälaten des orientalischen und die päpstlichen Vikare des lateinischen Ritus gehalten hatte. Darin hieß es wörtlich: „Im Statthalter Christi erneuert sich jetzt das, was Christa selbst vor dem Richterstuhl des Pilatus begegnete. Pilatus ließ sich durch die Worte einschüchtern: wenn du ihn frei lässest, bist du kein Freund des Kaisers, und gab ihn, von Menschenfurcht überwunden, Preis. Jetzt, wa es sich um die Grundsätze des ewigen Lebens, die Rechte der Kirche und des päpstlichen Stuhles handelt, werden diese angefochten von denen, die sich die Freunde des Kaisers nennen, aber in Wirklichkeit die Freunde der Revolution sind. Seid vereinigt mit mir und nicht mit der Revolution, laßt euch nicht verführen von Neigung zur Popularität und zum Beifall, auf mich und nicht auf die öffentliche Meinung muß euer Geist gerichtet sein.“ So weiß Pius den Egoismus und die Zaghaftigkeit der Bischöfe, denen die Unfehlbarkeit bedenklich erscheint, bloßzulegen. Sie scheuen die Conflikte mit der modernen Staatsardnung, aber diese ist ja Ergebniß der Revolution; sie möchten, daß die gebildeten Stände der Kirche nicht entfremdet würden, aber dieß ist blos Popularitätssucht. Es versteht sich übrigens, daß auch noch andere, mitunter ganz entgegengesetzte, Mittel angewandt werden, um die Zahl der opponirenden Bischöfe zu vermindern. Urlaub wird den Männern dieser Richtung mit graßer Bereitwilligkeit ertheilt. Im Ganzen ist es jetzt auch den blödesten Augen sichtbar geworden, daß das Unfehlbarkeitsdogma den Kern des Concils bildet, nur um dieses Dekrets willen ist es berufen. In den bisherigen Sitzungen und Abstimmungen kommt es vorzüglich darauf an, die Bischöfe allmählich und unvermerkt dahin zu bringen, daß sie die Mehrheitsbeschlüsse über Glaubenssachen und Lehrfragen sich thatsächlich gefallen, und den Augenblick, wo protestirt und die Theilnahme verweigert werden müßte, übersehen aber unbenützt vorbeigehen lassen. Damit werden dann Präcedenzfälle geschaffen, und wenn es zur entscheidenden Frage, dem Unfehlbarkeitsdogma, kommt, wird man ihnen sagen: Ihr habt das Princip selber bisher thatsächlich zugegeben, jetzt ist es zu spät, es noch negiren zu wollen.

Politische Tagesübersicht.

Stuttgart, 19. April. Dem Vernehmen nach soll es sich bei der Anwesenheit der bayerischen Minister Grafen Bray und v. Lutz um Besprechungen mit der württembergischen Regierung handeln, zu dem Zwecke, einen Jurisdictions-Vertrag mit dem Norddeutschen Bunde nach der Analogie des zwischen diesem und dem Großherzogthum Baden geschlossenen Vertrages zu Stande zu bringen. Wie versichert wird, sei die Regierung von dem Einstehersystem (Stellvertretung im Militärdienst) definitiv abgekommen.

Karlsruhe, 19. April. Ein ganz neuer Vorwurf ist neuerdings den badischen Ständen damit gemacht worden, und zwar von demokratischer Seite, daß es ihnen in der letzten Session nicht gelungen sei, die Zwiste zwischen Kirche und Staat zu schlichten. Der Augenblick der Konzilsforderungen hätte wahrlich für diesen Vorwurf nicht unglücklicher gewählt werden können. Uebrigens kann man Streitigkeiten nicht blas durch Nachgiebigkeit schlichten, eine unantastbare gesetzliche Regelung ist auch eine Schlichtung, und es fragt sich nur, welcher von diesen beiden Gattungen vom Standpunkt der Staatspflicht ein größeres Recht zur Seite steht. Eine Schlichtung, die den vollen Frieden gibt, würde wahl nicht ganz leicht zu finden sein; wenigstens zeigt dieß ein Blick auf andere Staaten.

Darmstadt, 20. April. Ein adeliger Revolutionär gegen die Staatsgesetze. Bei den heutigen Schwurgerichtsverhandlungen wurde der nicht erschienene Ergänzungsgeschworene Herr von Wambolt zu 53 fl. Strafe, unter Andrahung einer weiteren Strafe von 200 fl. im ferneren Ausbleibungsfall, verurtheilt. Herr v. Wambolt hatte in einem Entschuldigungsschreiben erklärt, das Institut der Geschworenen gehe gegen seine Ueberzeugung. Herr v. Wambolt proklamirt hiermit nicht mehr und nicht weniger als die Auflösung des Staates, denn wenn Jedermann nicht mehr den Staatsgesetzen gehorchen würde, son-

dern seiner „Ueberzeugung,“ so wäre die Folge die reine Anarchie. Daß ein solches, den Staat in seinen Grundlagen angreifendes Benehmen von einem Mitgliede des grundbesitzenden Adels ausgeht, ist ein bemerkenswerthes Zeichen der Zeit.

Wien, 19. April. Die officiöse Auslassung der Wiener Abendpost hat in allen Kreisen nur Enttäuschung hervorgerufen. Diejenigen Organe, die der neuen Regierung ihre Unterstützung zuwenden wollten um des Princips willen, sind unmuthig, daß sie durch eine so schwachmüthige Kungebung förmlich im Stiche gelassen werden. Die Gegner der Regierung, die Anhänger der in sich selbst zerfallenen Reichsrathsmajorität, heucheln zwar eine Triumphatormiene, hinter der sich aber streng genommen wieder nichts Anderes birgt als der Unmuth darüber, daß ihnen kein Wörtchen in jener Kundgebung berechtigten Anlaß gibt, an der „Verfassungstreue“ des Cabinets zu zweifeln. Die Summe dieser Eindrücke mag zwar dem Grafen Potocki zur Genugthuung gereichen, sofern sie ihm beweist, daß er die goldene Mittelstraße wandelt und es keiner Partei recht thut. Allein dieser ganz subjective Gewinn zerstiebt Angesichts des Nachtheiles, daß es bisher nicht möglich ist, die Bildung einer neuen Partei zu fördern, welche den Mittelweg wandelte. Ansätze dazu waren genug vorhanden, aber um diese Partei vor dem Verdachte des Ministerialismus quand même zu schützen, hätte man eben mit einem Programme hervortreten müssen, das in wenigen, doch inhaltsvollen Zügen, sowohl den Ausgleichsgedanken als die Forderungen der Deutsch-Liberalen ausgedrückt und so weit möglich präcis formulirt hätte. Dieß zu thun hat die Regierung nun verabsäumt, und „Versäumniß“ war ja von je her der schwarze Faden, der sich durch die Geschichte der österreichischen Regierungsweisheit zog.

Wien, 19. April. Die Königin Marie von Neapel ist hier eingetroffen und in der Hofburg abgestiegen; der König wird für einen der nächsten Tage hier erwartet.

— Auch Dr. Toman, der krainerische Slovene, hat das Bedürfniß gefühlt (wie der Pole Grocholski vor ihm), dem Kaiser persönlich Aufschlüsse über seinen Austritt aus dem Reichsrathe zu geben und Loyalitäts-Versicherungen der slovenischen Nation darzubringen. Der Kaiser antwortete darauf, „daß eine allgemeine Verständigung aller Völker angebahnt werden solle.

Prag, 20. April. FML. Koller behält die Leitung der Statthalterei; derselbe erließ ein Rundschreiben an den Beamtenkörper, in welchem betont wird, daß der Ministerwechsel keinen Systemwechsel bedeute, sondern die Sicherung der verfassungsmäßigen Zustände. Sowohl die Unterstützung der Einigungs-Bestrebungen der Regierung, als auch die Aufrechthaltung der Ordnung sei die Pflicht der Regierungs-Organe. Das Rundschreiben erfloß auf Taaffe's Wunsch und wurde in ähnlicher Form auch in allen übrigen cisleithanischen Kronländern erlassen. — Professor Herbst ist nach Wien zurückkehrt. Nach einer Mittheilung der Bohemia ist die Auflösung des Reichsrathes und der Landtage nun definitiv beschlossen. Die „Politik“ erklärt, solange die Länder der böhmischen Krone mehr gemeinsame Angelegenheiten haben sollen, als die jetzigen Delegationen, gebe es keinen Ausgleich. Sämmtliche czechische Blätter sprechen sich heute gegen das Programm des Grafen Potocki aus.

Berlin, 19. April. Der Vorstand der national-liberalen Partei hat jetzt den Landesausschuß zu einer Versammlung für den 30. April resp. 1. Mai nach Berlin berufen. Da um diese Zeit das Zollparlament hier anwesend ist, so steht zu erwarten, daß vielleicht eine Theilnahme süddeutscher Parteigenossen an der Versammlung und eine Feststellung der gegenseitigen Beziehungen der norddeutschen und süddeutschen Parteigenossen erfolgt, zumal, da sich so viele und so wichtige Anknüpfungspunkte bereits ergeben haben. Von dem mit großem Beifalle aufgenommenen Werke des Abgeordneten Braun (Wiesbaden): „Bilder aus der deutschen Kleinstaaterei,“ werden zu Ende des nächsten Monats der dritte und vierte Band erscheinen, welche theils ernsthafte culturhistorische Abhandlungen über deutsche Stoffe, theils drollige Geschichten aus Hannover, Kurhessen und Nassau enthalten. Derselbe Verfasser hat jetzt ein anderes humoristisches Werk, welches die ganze deutsche Geschichte in nuce darstellt, beendet, und welches den Titel führt: „Von dem Herrn Kaiser und der Frau Reich und dero erlauchten Söhnen, ein Märchen zum Aufmerken für große deutsche Kinder und großdeutsche Kinder.“ — Wir werden demnächst hier noch ein Nachspiel zu dem Polenprozesse erleben. Einer der Mitangeklagten, ein Graf Taczanowski, welcher in demselben in contumaciam zum Tode verurtheilt worden ist, hat sich jetzt dem Gerichte gestellt; sein Vertheidiger ist der Rechtsanwalt Lent aus Breslau (Mitglied des Abgeordnetenhauses), der sich in dem großen Polenprozesse schon einen glänzenden Ruf erworben hat. Hr. Lent ist bereits hier eingetroffen.

Kopenhagen, 19. April. Der König nahm die vom Kriegsminister v. Raasloeff eingereichte Demission an. Der Conseils-Präsident Graf Frijsenborg wurde interimistisch mit der Leitung des Kriegsministeriums betraut.

Paris, 19. April. Der Optimismus der Regierungskreise und der Börse wird nicht von aller Welt getheilt. Die Zahl der Enthaltungen dürfte doch größer werden, als der Regierung lieb sein kann; die Agitation der Decembristen kann dem Plebiscit allerdings von Schaden sein. In allen liberalen Kreisen fürchtet man, ein starker Sieg der Regierung würde dem persönlichen Regimente und der Politik der Experimente zu Statten kommen. Einige Worte, die Lagueronnière gestern im Senate hat fallen lassen und die auf Ansuchen der Regierung in dem amtlichen Wiederabdrucke der Rede dieses Senators weggeblieben sind, geben zu denken. Wenn Lagueronnière, dessen Ehrgeiz dahin geht, Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu werden, gesagt hat: „Europa sei bloß ruhig, wenn Frankreich befriedigt ist, und damit Frankreich zufrieden sei, müsse Jeder in Europa auf seinem Platze sein“, so weiß man, was das zu bedeuten hat.

— Es ist ein vorgerücktes linkes Centrum in Bildung, als dessen hervorragende Mitglieder Daru, Buffet, Martel und Cochery genannt werden. Die Senatsverhandlungen werden Donnerstag ihr Ende erreichen. Die Einberufung der Volkscomité's und die Proclamation des Kaisers werden Sonntag im Amtsblatte erscheinen. Die Präfecten hatten sich beinahe einstimmig für den 1. Mai als die geeignetste Epoche des Plebiscits ausgesprochen; es war aber materiel unmöglich, bis dahin in Bereitschaft zu sein; das Plebiscit ist daher auf den 8. vertagt worden.

Paris, 20. April. Gestern Abend haben siebzehn Mitglieder der Linken und sieben Vertreter der Presse das Manifest unterzeichnet, welches den Wählern anräth, zum Plebiszit mit „Nein“ zu stimmen.

Paris, 20. April. (Senat.) Ollivier sagt: Wenn die Regierung in dem Plebiscit siegreich ist — und sie wird es sein — so wird sie ohne Zögern, ohne Schwäche stetig vorwärts gehen — eine Erklärung die mit lebhaftem Beifall begrüßt wurde. Die neue Verfassung wurde einstimmig angenommen, und der Senat vertagte sich bis zum Donnerstag nach dem Plebiscit. — Ein Manifest der Linken, unterzeichnet von 17 Abgeordneten, sagt: Die persönliche Regierung habe nicht aufgehört. Es räth mit Nein zu stimmen oder leere Zettel abzugeben, oder sich ganz zu enthalten. Die Unterzeichner werden mit Nein stimmen.

Florenz, 19. April. Die Opinione versichert, seit der Candidatur des Herzogs von Genua habe die spanische Regierung sich mit keiner anderen Kandidatur beschäftigt. Alle Gerüchte bezüglich neuer Thronkandidaten seien erfunden.

Nach dem **römischen** Korrespondenten der allgemeinen Ztg. hat Bischof Stroßmayer eine Vorstellung an die Legaten gerichtet: Man habe ihn in der Sitzung am 22. März einen „verdammungswürdigen Häretiker“ gescholten, ohne dazu irgend einen vernünftigen Anlaß zu haben; er erwarte und verlange von den Präsidenten, daß diese ihm öffentlich zugefügte Injurie durch eine öffentliche Repartition gesühnt werde. Was aber noch wichtiger sei: sein Gewissen habe ihn getrieben, von der Rednerbühne herab die Frage aufzuwerfen, ob denn wirklich, laut dem 13. Artikel der neuen Geschäftsordnung, Glaubensfragen mit einfacher Mehrheit der Stimmen entschieden werden sollten. Als er seine Ueberzeugung geäußert, daß hiezu moralische Einhelligkeit

erforderlich sei, habe man ihn mit furchtbarem Tumulte unterbrochen und nicht weiterreden lassen." Weder auf diese Beschwerde, noch auf die drei Vorstellungen der Bischöfe gegen die zweite Geschäftsordnung und ihr Majorisirungs-Prinzip haben die päpstlichen Legaten eine Antwort gegeben. Aber am 1. April ward eine „Ermahnung" des Präsidenten de Angelis zweimal verlesen, worin es hieß: die Väter des Concils würden hiemit noch einmal aufmerksam gemacht, sich in ihren Reden der äußersten Kürze zu befleißigen, damit sie durch die Länge ihres Vortrages oder durch Abschweifungen nicht den Eckel (nausea) der Versammlung erregten, in welchem Falle sie sich dann die ausbrechenden Zeichen des Mißfallens selber zuzuschreiben hätten. Dies wurde allgemein als indirekte Antwort auf Stroßmayer's Beschwerde verstanden; er hat den Prälaten „Eckel" erregt und darf also sich nicht beklagen. Das war denn doch den Männern der Minderheit zu stark und ihre aus etwa 30 Bischöfen bestehende internationale Kommission beschloß, eine gemeinsame Protestation gegen die häufigen Unterbrechungen und gegen den Wortlaut der Ermahnung des Kardinals de Angelis an die Präsidenten zu richten.

Konstantinopel, 19. April. Der Großvezier antwortete dem Patriarchen Gregor officiell, die Pforte respectire die Rechte des Patriarchats, der Ferman verletze diese Rechte nicht, daher bleibe die Pforte bei demselben.

Konstantinopel, 20. April. Der Fürst von Montenegro hat eine Denkschrift an die in Scutari versammelte Gränzregulirungs-Commission gerichtet, in welcher er seine Rechte auf Veli und Mardo Brda darlegt, und um schnelle und gerechte Entscheidung bittet.

St. Petersburg, 19. April. Die „Deutsche St. Petersb. Ztg." enthält heute einen zweiten Leitartikel über die Ostseeprovinzen, und entwickelt in demselben den Unterschied zwischen dem bürgerlichen und öffentlichen Recht. Sie führt aus, daß ersteres stets einen mehr dauernden Charakter haben müsse, letzteres dagegen geeigneten Falles den Rücksichten auf das Staatswohl zu weichen habe.

Bayerische Angelegenheiten.

— Se. Maj. der König hat 1) die Auflösung der Militär-Rechnungskammer und die gleichzeitige Errichtung der Rechnungs-Revision des Kriegsministeriums für Revision der Rechnungen aller den beiden General-Kommandos nicht unterstellten Kommando- und Dienstesstellen genehmigt; 2) den Generaladjutanten, charakterisirten Generallieutenant Karl Sprunner von Mertz von der Vorstandschaft der Militär-Rechnungskammer enthoben und 3) den Kriegskommissär Gustav Gerheuser zum Direktor der Rechnungs-Revision des Kriegsministeriums ernannt. Diese allerh. Verfügung tritt am 1. Mai d. Js. in Vollzug und geht an diesem Tage das gesammte Personal der bisherigen Militär-Rechnungskammer vorbehaltlich späterer Ausgleichung an die Rechnungs-Revision des Kriegsministeriums über.

Aus **München,** 19. April, wird der „A. Abdztg." geschrieben: „Einen mehr als peinlichen Eindruck macht die Erklärung des Hrn. Ministers v. Schlör vom 7. d. M. im Finanzausschusse, daß er in Zukunft bei Anstellung der Professoren an den technischen Lehranstalten auf das Verhältniß der katholischen Bevölkerung ($^2/_3$) zur protestantischen ($^1/_3$) Rücksicht nehmen werde. Man traut seinen Augen kaum, wenn man so etwas im 19. Jahrhundert gedruckt in einem Sitzungsprotokoll eines Kammerausschusses liest, und wenn man noch dazu liest, wer eine solche Erklärung oder Zusicherung gemacht hat. Was wird man sich im Auslande von Bayern im Hinblick auf eine solche von einem liberalen Minister abgegebene Zusage denken?! Wie paßt eine solche Zusicherung zu dem vielgepriesenen, modernen, bayerischen Rechtsstaate! Wir dächten, für technische Lehranstalten sollte man eben die besten und fähigsten Techniker nehmen, ohne Rücksicht auf die Confession, welche mit der Chemie, Physik ꝛc. nichts zu thun hat; — Hr. v. Schlör hat uns eines Bessern belehrt und hat bedauert, daß bei Besetzung der polytechnischen Schule mit Lehrkräften nicht mit aller Sorgfalt bei der Auswahl verfahren worden sei — (ein schönes Compliment für die angestellten Professoren); — Hr. v. Schlör wird also bei Besetzung der Lehrstellen an technischen Anstalten in Zukunft den Candidaten fragen: „welcher Confession gehören Sie an?" und dieses Alles nach dem Verhältniß von $^2/_3$ zu $^1/_3$, obwohl nach seiner eigenen Erklärung i. J. 1869 unter 3300 Schülern der Gewerbschulen 1602 Katholiken, 1406 Protestanten und 292 Israeliten, an den Realgymnasien unter 328 Schülern 175 Katholiken, 149 Protestanten und 4 Israeliten, an der Industrieschule 63 Katholiken und 63 Protestanten sich betheiligt haben. Wo bleibt denn da das Verhältniß von $^2/_3$ zu $^1/_3$?! Mit dieser Erklärung hat Hr. v. Schlör vielleicht auf der patriotischen Seite den Hieb vom Jahr 1868 von „Schlamm und Unrath" ausgewetzt — wie viel er sich aber in den Augen der ganzen gebildeten Welt damit geschadet hat, mag er selbst ausrechnen und verantworten."

* Aus dem Referate des Hrn. Abg. Greil über die Rechnungsnachweisungen bezüglich der Staatsausgaben für 1866/67 und 1868 entnehmen wir nachstehend dessen Bemerkungen über das Staatsministerium für Kirchen- und Schulangelegenheiten. Die Beamtenzahl dieses Ministeriums (8 Ministerialräthe) kann er nicht für nöthig halten. Aber auch in der Art der Besetzung der Ministerialrathsstellen, sagt er, ist eine Aenderung dringend nothwendig. Kultus und Unterrichtssachen, erfordern Männer, welche theoretische und praktische Einsicht auf diesem Gebiete besitzen. Die Vorbildung der Juristen gibt diese Einsicht nicht in genügender Weise, am allerwenigsten wenn dieser auch nur wenig im äußeren Dienste verwendet waren. Für katholischen Kultus und Unterricht solle ein katholischer, für protestantischen ein protestantischer Geistlicher ins Ministerium berufen werden, und zwar Männer, welche, wo möglich, sowohl in der praktischen Seelsorge, als auch im Lehramte thätig gewesen sind. Ein eigenes Ministerium für Kirchen- und Schulangelegenheiten braucht es nicht, die Zutheilung dieses Ressorts zu einem anderen Ministerium dürfte nicht blos finanziell, sondern auch sachlich vortheilhafter sein. Ueber die Lyceen hat der Abg. Feustel gesagt: „Der Zweck der Vorbereitung in den Lyceen ist ein schlechter, denn auf der Universität würden die jungen Männer zu wissenschaftlicher Freiheit und Selbstständigkeit geführt, während sie durch den ausschließlichen Lycealbesuch gerade so werden, wie wir sie jetzt haben, unweltläufige, fanatische Menschen." Diese Aeußerung ist, bemerkt Hr. Greil, ein durchaus auf Unwahrheit und Unkenntniß beruhender Faustschlag, welcher denjenigen Männern ins Gesicht gegeben ist, welche ihre philosophische oder ihre philosophische und theologische Bildung auf Lyceen erhalten haben. Wer sich etwas in den praktischen und wissenschaftlichen Leistungen umsehen will, welche von Männern ausgehen, die auf Lyceen gebildet wurden, und von solchen, die ihre gesammte Bildung auf Universitäten erhielten, wird, wenn er seiner Prüfung nicht die Phrase „wissenschaftliche Freiheit und Selbstständigkeit", sondern wirkliches Können und Wissen zu Grunde legt, die Lyceen nicht im Nachtheil, sondern eher im Vortheil den Universitäten gegenüber finden. Die Ueberreste einer dem jugendlichen Alter angemessenen Disziplin in Verbindung mit wirklichem Kollegienbesuch und Examiniren gehören zu den Ursachen, welche die im ganzen befriedigenden Leistungen der Lyceen erklären.

Bezüglich des Gymnasialwesens will Herr Greil eine wesentliche Abänderung. Er kann es dem Zwecke des Gymnasiums nicht angemessen finden, daß man in der neuesten Zeit, in welcher überdies Realgymnasien bestehen, in der Mathematik die Forderungen so stellt, als wäre es eine hervorragende Aufgabe dieser Anstalten, Mathematiker von Fach zu bilden. Zurückführung der Gymnasien auf ihre eigentliche Aufgabe, formelle Vorbildung zu den höheren Studien, wozu das Sprachstudium besonders geeignet ist, wobei aber maßvolle Kenntniß des Geistes des Alterthums nicht ausgeschlossen ist, läßt allerdings den Lernstoff so zusammen drängen, daß an die Stelle von 4 recht gut 3 Gymnasialklassen gesetzt werden könnten. Nur wäre dann ein zweijähriges philosophisches Studium, aber ein wirkliches Studium wieder herzustellen. Herr Greil tadelt ferner, daß in neuerer Zeit eine bedeutende Erhöhung der Schulgelder an den Gymnasien eingeführt worden ist, er findet es im Widerspruche mit der Unentgeltlichkeit des Unterrichts, welche doch an diesen Anstalten bestehen soll, noch mehr aber im Widerspruche mit der Einrichtung an den Präparanden-

schulen und anderen, wo man bei verhältnißmäßig kurzer Unterrichtszeit den Zöglingen mit bedeutenden Staatsstipendien nachzuhelfen sucht, während man hier bei längerer Unterrichtszeit auch noch neue Geldlasten auflegt. Dazu kommt noch Anderes. Man hat Studienlehrer und Assistenten der Mathematik eingeführt, ein Institut, das Referent für völlig überflüssig betrachtet. Er behauptet: entschieden nicht bewährt hat sich das Institut der französischen Sprachlehrer an den Gymnasien. Wenn man das Französische als obligat betrachte, so übertrage man es befähigten Klassenlehrern, welche auch mit geringeren Kenntnissen mehr leisten werden, als die in Rede stehenden Fachlehrer. Ihre Stundenzahl wird dadurch nicht über Gebühr vermehrt. Einiges könnte auch erspart werden, wenn man wieder zur früheren Praxis zurückkehrte, das Studienrektorat an Gymnasien, wo das möglich ist, an Lycealprofessoren zu übertragen. Die Gymnasien selbst würden dadurch nichts verlieren. Auch bei dem System der Errichtung von Parallelkursen da, wo die Schülerzahl nicht übermäßig groß ist, dürfte Sparsamkeit zu empfehlen sein. Dasselbe gilt hier, wie in anderen Zweigen des Staatsdienstes, von den Quieszirungen. Mit der Disziplin, wie sie in jüngster Zeit an Gymnasien üblich geworden ist, kann Herr Greil nicht durchweg einverstanden sein, und in einer etwaigen Durchführung des Geschichtsunterrichts, wie jüngst in Betreff des konfessionellen, resp. konfessionslosen Charakters angeregt wurde, sähe er Beeinträchtigung der Rechte von Schülern und deren Eltern, gegen die er die Intercession der Kammer anrufen müßte.

Die Präparandenschulen möchten sich wohl dadurch empfehlen, daß Schuladspiranten eine gleichmäßige Vorbildung für den Eintritt in das Schullehrerseminar bekommen. Allein diesem Vortheile stehen bedeutende Nachtheile gegenüber. Die Knaben sind genöthigt, in den Städten in Privatwohnungen zu wohnen, wo sie theils die nöthige erziehende Ueberwachung nicht finden, theils zu sehr mit dem Stadtleben und seinen Bedürfnissen bekannt werden. Der Erziehung in der Familie, der am meisten naturgemäßen, wird durch diese Einrichtung neuerdings Eintrag gethan. Referent enthält sich nur aus dem Grunde einen Antrag auf Umänderung dieses Institutes zu stellen, weil er glaubt, in Zukunft werde sich das viel leichter machen lassen. Dabei bemerkt Hr. Greil über das Schulwesen überhaupt: Wenn auch die Wünsche der Lehrer noch nicht vollends befriedigt werden konnten, so darf doch nicht verschwiegen werden, daß schon bedeutendes geschehen ist und daß ein großer Theil unserer Schullehrer in befriedigenden Verhältnissen lebt. Die preußischen Schullehrer würden Gott danken, wenn sie das Loos ihrer bayerischen Brüder theilen dürften. Es soll damit nicht geleugnet werden, daß da und dort noch Abhilfe von Nöthen ist, daß noch berechtigte Wünsche zu befriedigen sind. Nur kann Referent nicht alle laut gewordenen Wünsche als berechtigt erkennen, namentlich nicht den nach Trennung des Schuldienstes vom Meßnerdienste, der Anfang der Trennung der Schule von der Kirche. Außerdem dürfte den Gemeinden das Recht nicht abzusprechen sein, für ihre Schulen auch Lehrer zu berufen, welche nicht gerade aus den staatlichen Bildungsanstalten hervorgegangen sind, z. B. Schulbrüder, deren Berufung das Gesetz vom 10. Nov. 1861 ohnehin gestattet. Ueber die „Beiträge und Zuschüsse an die Landesuniversitäten" sagt er: Bei der Höhe der Summe (292,542 fl.) darf man wohl annehmen, daß auch ganz Außerordentliches geleistet worden sei, um so mehr, wenn man sieht, daß die Universität München nicht weniger als 66 ordentliche Professoren zählt. Allein das Außerordentliche der Leistungen wird man vergebens suchen — schon in dem, was auf literarischem Gebiete erschienen ist, noch mehr aber in der Heranbildung neuer Kräfte. Man hat eine Reihe von Gelehrten aus der Fremde berufen, und das schon seit einer ziemlich langen Reihe von Jahren, mitunter mit sehr hohen Besoldungen. Referent muß hier vor Allem die Frage stellen, wo denn der Nachwuchs ist, welchen diese Männer in Bayern herangezogen haben? und wenn ein solcher nicht ersichtlich ist, wozu denn diese vielen Berufungen? und ob die Ausgaben, welche auf höhere wissenschaftliche Bildung gemacht werden, nicht zum Theil wenigstens vermieden werden können? Außerdem bedarf es noch einer besonderen Untersuchung, wie sich die Berufung einer Reihe von Professoren mit Titl. IV §. 9 der Verfassungsurkunde und mit §. 46 der II. Verfassungsbeilage vereinigen lasse. In der mathematisch-physikalischen Abtheilung der Philosophie sind nur 2 Katholiken, dagegen 6 Protestanten. Zittel, einer von diesen, vor circa 3 Jahren berufen, ist überdies Vorstand des Generalkonservatoriums der wissenschaftlichen Sammlungen. In der philosophisch-historischen Abtheilung sind 6 ordentliche Professoren Protestanten, also in beiden Sektionen zusammen 12 unter 25, fast die Hälfte; und die als Katholiken aufgeführten sind das zum Theil auch nicht. Bezüglich der Frage wegen Vermehrung der Lehrstühle an den Universitäten kann Hr. Greil eine zu weit gehende Trennung der Arbeit nicht billigen; sie führt zur Einseitigkeit. Außerdem dürfte aber nicht übersehen werden, daß es im Interesse der Wissenschaft nicht geboten ist, ein Fach mit 3 oder gar 4 ordentlichen Professoren zu besetzen. — Es findet sich, in einer neuen Denkschrift die Stelle: „Fast bei jeder Berufung eines ausgezeichneten neuen Lehrers findet der Berufene das von seinem Vorgänger hinterlassene Attribut in einem ungenügenden Zustande, und fast immer bildet die Erweiterung des Attributs, die Gewährung eines außerordentlichen Zuschusses für Ausfüllung von Lücken und die Erhöhung der etatsmäßigen Jahresdotation des Attributs einen Bestandtheil der Berufsbedingungen." Diese Stelle allein, im Zusammenhalt mit dem, was oben über die Leistungen der Berufenen gesagt worden ist, genüge, um den Antrag zu rechtfertigen, es möge der Wunsch ausgesprochen werden, die k. Staatsregierung möge künftighin bei Besetzung von Lehnstühlen der Universitäten das bisherige System ändern und zunächst einheimische Kräfte aufsuchen und verwenden, und dabei dem paritätischen und Stiftungsverhältnisse die schuldige Rücksicht zuwenden.

×× **München,** 21. April. (XXX. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Nach Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung und der Mittheilung des I. Präsidenten über eine Anzahl von Referenten-Ernennungen und Entschuldigungen für die heutige Sitzung erhielt der k. Staatsminister des Innern, v. Braun, das Wort, und legte der Kammer den Entwurf eines neuen Landtags-Wahlgesetzes vor, wobei derselbe äußerte:

Beseelt von dem Wunsche, daß die Wahlen zum Landtag einen getreuen Ausdruck der im Volke lebenden Ueberzeugung bieten, haben Se. Majestät der König bei Eröffnung des gegenwärtig versammelten Landtages die Vorlage des Entwurfs eines auf der Grundlage des direkten Wahlrechtes ruhenden Wahlgesetzes allergnädigst verheißen. Im Allerhöchsten Auftrage Seiner Majestät des Königs beehre ich mich, diesen Entwurf an den Landtag und zwar zunächst an die sehr geehrte Kammer der Abgeordneten zu bringen. Gestatten Sie mir, in Kürze die Principien darzulegen, auf welchen derselbe gebaut ist. Der Entwurf gewährt das direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmgebung. Stimmberechtigt ist vorbehaltlich besonderer Ausschließungsgründe jeder Bayer, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat und dem Staate eine direkte Steuer entrichtet. Von der Ableistung des Verfassungs-Eides als Vorbedingung zur Ausübung des Stimmrechtes sieht der Entwurf ab. Zum Nachweis der Stimmberechtigung ordnet derselbe die Anlage und Fortführung von Wählerlisten an, welche dem Berechtigten die Theilnahme an der Wahl sichern, den Nichtberechtigten aber davon ausschließen sollen. Wählbar zum Abgeordneten ist jeder Stimmberechtigte, welcher das 30. Lebensjahr zurückgelegt hat und seit mindestens drei Jahre dem bayerischen Staate angehört. Um die allseitig angestrebte gesetzliche Feststellung der Wahlkreise zu ermöglichen, fixirt der Entwurf die Zahl der Abgeordneten. Auf durchschnittlich 31,500 Seelen hat ein Abgeordneter zu treffen. In Anwendung der letzten Unions-Volkszählung berechnet sich die Zahl der Abgeordneten auf 154. Die Abgeordneten werden in 148 Wahlkreisen gewählt. Mit Rücksicht auf den Stand der Bevölkerung hat die Stadt München fünf Abgeordnete zu wählen, die Städte Augsburg und Nürnberg wählen je zwei Abgeordnete. Alle übrigen Wahlkreise haben je Einen Abgeordneten zu wählen. In der Wahlkreis-Eintheilung selbst bezielt der Entwurf den möglichst billigen Ausgleich der sich Geltung verschaffenden Interessen. Die Verschiedenheit der städtischen Bevölkerung von der ländlichen, die in Städten aufblühende Industrie durften

nicht ganz unbeachtet bleiben. Wenn der Entwurf daher im diesrhei-
nischen Bayern die einer Kreisregierung unmittelbar untergeordneten
Städte und in der Pfalz einige Städte von industrieller und kommer-
zieller Bedeutung ausscheidet und besondere Wahlkreise für einzelne oder
für mehrere miteinander verbundene Städte bildet, so kommt derselbe,
ohne irgend ein Recht zu verletzen, wohlbegründeten Forderungen ent-
gegen. Eine Rückkehr zur ständischen Gliederung kann in diesem Vor-
gehen gewiß nicht gefunden werden. Die Anwendung des Princips
der Diätenlosigkeit auf den Landtag war nie in den Absichten der
Staatsregierung gelegen. Die bisherigen Bestimmungen über die Ent-
schädigung der Abgeordneten sind unverändert in den Entwurf über-
gegangen. Mit dem Wegfall der Wahl von Ersatzmännern wird eine
auch in diesem Hause vielfach laut gewordene Klage verstummen. Das
Wahlverfahren beruht auf Grundsätzen, welche sich bei den Zollparla-
mentswahlen und bei den Gemeindewahlen bewährt haben. Indem ich
den Entwurf nebst Motiven dem hohen Hause übergebe, empfehle ich
denselben Ihrer reiflichen Berathung. Möge die Berathung des Ent-
wurfs so objektiv erfolgen, wie seine Ausarbeitung, und die Annahme
eines Gesetzes herbeiführen, welches eine wesentliche Grundlage zu all-
seitiger Verständigung bilden soll!" (Einzelne Beifallsäußerungen von
der Linken.) — Hierauf legte der k. Staatsminister des Innern noch
einen weitern Gesetzentwurf vor, betreffend die Aufnahme eines Kreis-
Anlehens von Seite Oberfrankens im Betrage von 99,000 fl., welche
zur vollständigen Vollendung der neuen Kreisirrenanstalt, deren Er-
öffnung für den 1. Mai 1870 bevorsteht, und für welche durch Gesetz
vom 10. Juli 1865 ein Anlehen von 500,000 fl. bereits genehmigt
worden, nothwendig ist.

Hierauf machte der k. Staatsminister v. Schlör vier Vorlagen
bezüglich des Baues von Vicinaleisenbahnen. Die Vicinaleisenbahn-
bauten von Spalt nach Georgsgemünd, von Rothenburg a./T. nach
Steinach und von Immenstadt nach Sonthofen, bemerkte der k. Staats-
minister, müßten auf Grund des Gesetzes vom 29. April 1869 von
der Staatsverwaltung geführt werden, da die betreffenden Gemeinden
die gesetzlichen Vorbedingungen (Grunderwerbung und Dammschüttung
auf eigene Kosten) erfüllt hätten. Die Staatsregierung solle zur Be-
schaffung der nöthigen Mittel zur Hälfte aus dem Staatseisenbahn-
baufond und zur Hälfte aus einem verzinslichen Anlehen ermächtigt
werden. Bezüglich des Erträgnißtheiles für den Staat sollen die bis-
herigen Principien festgehalten werden. Die vierte Vicinalbahn solle
von der Ostbahngesellschaft von Tirschenreuth nach Wiesau gebaut wer-
den, nachdem dieselbe sich entschlossen habe, auf einen anfänglich nach-
gesuchten Zuschuß aus dem Eisenbahnbaufond des Staates wegen der
dafür gestellten Bedingungen zu verzichten und aus eigenen Mitteln
zu bauen. Da mehrere derartige Bauten von Seiten der Ostbahn-
gesellschaft in Aussicht stünden, so glaube die Staatsregierung vom
Landtage ganz allgemein die Ermächtigung erlangen zu dürfen, ihr zu
gestatten, die der Ostbahn gewährte $4^1/_2$ procentige Zinsengarantie auch
noch auf den Rest des Baucapitals von 60 Millionen, soweit er zu
Vicinaleisenbahnbauten beansprucht wird, auszudehnen, da dem Lande
deßhalb keine Last auferlegt werde. Schluß folgt. [Nachdem Abg.
Fürster über den Gesetzentwurf bezüglich der Anwendung einiger Be-
stimmungen des Strafgesetzbuches vom 10. Nov. 1861 auf die Gerichts-
vollzieher Vortrag erstattet und dessen unveränderte Annahme empfohlen
hatte, äußerten die HH. Abg. Dürrschmidt, Kastner, Louis,
Dr. Völk und Dr. v. Schauß ihre Bedenken gegen das Festhalten
an dem gesetzlich festgesetzten Einführungstermin für den neuen Civil-
prozeß (1. Juli 1870), worauf der k. Staatsminister der Justiz v. Lutz
erklärte, daß das ernsteste Streben der Staatsregierung darauf gerichtet
sei, den Einführungstermin einzuhalten, und daß er hoffe, daß dieß
auch gelingen werde. Hierauf wurde nach Antrag des I. Präsidenten
wegen vorgerückter Zeit die Berathung und Beschlußfassung über den
Antrag des Frhrn. v. Stauffenberg auf Abschaffung der Todesstrafe
von der Tagesordnung abgesetzt und auf Antrag des Abg. Wiesnet
als Referenten dessen Vortrag über die Rechnungsnachweise bezüglich
der besondern, nicht im Budget enthaltenen Staatsfonds für die Jahre
1866/67 und 1868 entgegengenommen (siehe Nr. 100 des südd. Tel.)
und denselben ohne Diskussion die Genehmigung ertheilt. Hiebei richtete
Abg. Dr. Völk an den k. Staatsminister v. Schlör die Anfrage,
wie es sich mit der Berücksichtigung verhalte, welche der Minister in
der Sitzung des Finanzausschusses den confessionellen Verhältnissen der
Bevölkerung entsprechend bezüglich der Besetzung der Lehrstellen an der
polytechnischen Schule zugesagt haben solle. Staatsminister v. Schlör
gab eine beruhigende Erklärung, an welche sich ein sehr lebhafter Mei-
nungsaustausch der HH. Greil, Kraußold, Dr. Freitag, Fischer,
Frickhinger und Dr. Frankenburger anreihte, womit die
Sitzung schloß.]

— Das Kapitel des „Ritterordens vom heil. Georg" beab-
sichtigt eine Reform, indem es seine Statuten mit dem Zusatz erwei-
tern will, durch welchen dem Orden eine thatkräftige Wirksamkeit im
Sinne der christlichen Charitas ermöglicht würde. Das Vermögen
des Ordens soll zur Gründung eines Spitals verwendet werden und
zugleich eine Erhöhung der Aufnahms- und jährlichen Beitragsgebühren
eintreten.

(Dienstesnachrichten.) Se. Maj. der König hat den Ge-
richtsschreiber Felix Brunner zu Abensberg auf Ansuchen auf Grund
des § 22 Lit. C der IX. Verf.-Beilage in den definitiven Ruhestand
versetzt und den geprüften Rechtspraktikanten und dermaligen Notariats-
Gehilfen Jos. Zeiller zu Traunstein zum Gerichtsschreiber am Landger.
Abensberg ernannt, den Gerichtsschreiber Franz Schafsteck zu Eltmann
als solchen an das Stadtger. Würzburg versetzt und an dessen Stelle
den geprüften Rechtsprakt. und derm. Notariatsgehilfen Joh. Hammer
zu Hemau ernannt; dem O.-Zollrathe Ludw. Zwierlein als Zeichen
allerh. Anerkennung seiner mehr als 25jähr. Dienste den Titel eines
Zolldirektors tax- und stempelfrei verliehen, den Vereinscontroleur bei
dem vereinsländischen Hauptzollamte Lübeck, Zollinsp. Adolph Sieben,
zum III. O.-Zollassessor bei der Gen.-Zolladministration befördert; der
von dem Bischofe von Augsburg beschlossenen Ernennung des bischöfl.
geistl. Rathes und Stadtpfarrers bei St. Ulrich und Afra in Augsburg,
Frz. Jos. Heim, auf das durch den Tod des Domkapitulars Andreas
Schuster und durch das sofort stattfindende Vorrücken der jüngeren Ca-
pitularen erledigte achte Canonikat in dem bischöfl. Kapitel zu Augsburg
die Genehmigung ertheilt, die kath. Pfarrei Heimbuchenthal, Bez.-Amts
Aschaffenburg, dem Karl Ant. Bischoff, Pfarrer in Holzkirchen, Bez.-
Amts Marktheidenfeld übertragen, den kath. Pfarrer Mart. Achatz zu
Deising, Bez.-A. Ingolstadt auf sein Ansuchen von dem Antritte der
Pfarrei Andermannsdorf, Bez.-A. Rottenburg in N.-B. enthoben und
dieselbe dem Barthol. Siglhofer, Pfarrer in Waldeck, Bez.-Amts
Kemnath, übertragen.

Lokales und Provinzielles.

München, 21. April.

* Sämmtliche hiesige Blätter haben dieser Tage die Nachricht
gebracht, daß das Aktientheater im Allerhöchsten Auftrage Sr. Maj.
des Königs eingelöst worden sei; wir theilten diese Notiz nicht mit,
weil wir sie für unbegründet hielten und thaten wohl daran, denn
von competenter Seite wird uns deren Grundlosigkeit bestätigt.

Simbach, 18. April. Die Bahnbauten auf der ganzen Sim-
bach-Münchener Linie werden mit vermehrter Arbeitskraft in einer
Weise fortgesetzt, daß die Hoffnung besteht, schon mit Ende Januar
1871 den gesammten Bahnkörper mit den nothwendigsten Hochbauten
zu vollenden. Jedenfalls wird nun voraussichtlich kein Hinderniß ein-
treten, die ganze Linie München Linz im Mai k. Js., wie vertrags-
mäßig bestimmt ist, dem Betriebe zu übergeben, wodurch die Linie
Wien-München um ca. 10 Wegstunden abgekürzt wird.

Erlangen, 18. April. Der noch fortdauernde Strike der
Weißgerbergesellen hat ein tragisches Ereigniß im Gefolge gehabt.
Der Mangel an Arbeitskräften nöthigte die Meister, an Arbeiten Theil
zu nehmen, welche sie früher nicht unmittelbar selbst besorgten. Einer
der größten Gerbereibesitzer dahier, Magistratsrath David Mengin,
ein Mann im kräftigsten Alter, nahm bei einer dieser Verrichtungen,
wobei er mit Arsenik zu thun hatte, eine Prise Schnupftabak, ohne
vorher seine Hände zu reinigen, und brachte so etwas Arsenik mit in

die Nase, was die traurige Folge hatte, daß er in vergangener Nacht an Blutvergiftung starb.

Haunstwies, 17. April. Die ganze Umgegend ist in nicht geringe Aufregung versetzt durch einen gestern bekannt gewordenen Doppelmord an den Bäumel'schen Eheleuten dahier. Dieselben kehrten vor etwa 9 Jahren aus Nordamerika zurück mit einigen Ersparnissen und lebten seitdem in der an die einsam stehende Kirche St. Jodok angebauten Wohnung. Es fiel auf, daß am Charfreitag und Charsamstag sich keines von ihnen sehen ließ; man wurde um so mehr darauf aufmerksam, als ein Metzger an beiden Tagen die von ihm gekauften Ziegen abholen lassen wollte, und trotz Rufen und Warten sich Niemand zeigte. Gestern Mittag wurde daher das gesperrte Haus geöffnet und man fand Beide in ihrem Blute daliegend; beiden war der Schädel mit einem Beile gespalten und zerschmettert. Nach mehreren Anzeichen wurde der Mord am Charfreitag Morgens verübt und zwar, da beide schon angekleidet waren, nicht allzufrüh. Der mörderische Ueberfall geschah plötzlich, ohne allen Kampf; der Mann, dem es nicht an Geistesgegenwart fehlte, hatte noch als Leiche die eine Hand in der Tasche, wie es sonst seine Gewohnheit war; die Frau wurde fliehend von rückwärts niedergestreckt. Was das nächste Motiv dieser gräulichen That war, ob Raub oder Rache — das ist schwer zu bestimmen. Allerdings hatte der Ermordete wegen seines energischen und unerschrockenen Auftretens als Waldaufseher viele Feinde; allein andererseits fehlen mehrere Effekten; und daß die Obligationen, welche offen dalagen, zurückblieben, erklärt sich vielleicht dadurch, daß der Mörder diese Papiere gar nicht kannte. Unbegreiflicher Weise ließ er eine sogenannte Biberjoppe zurück, welche er gegen einen Rock des Ermordeten ausgetauscht zu haben scheint, was wohl in Bälde auf die Spur des Verbrechers führen dürfte.

Gerichtssaal.

München, 21. April. Die gestern nachmittägige II. Verhandlung des Schwurgerichtes beschäftigte sich mit der Anklage gegen den led. Dienstknecht von Aich, Ger. Bruck, welcher überwiesen ist, im vorigen Herbste mittelst Einbruches durch ein Fenster bei einem Gütler in Gilching, Bezirks-Amts Bruck, Geld und Effekten im Werthe von über 200 fl. entwendet zu haben. Das Urtheil lautete auf 5 Jahre Zuchthaus. — Heute bildete den Gegenstand der (III.) Verhandlung die Anklage gegen den 32 Jahre alten ledigen Bauzeichner K. Hoffmann aus Augsburg, wegen Betruges und Diebstahls, welche deßhalb vor dieses Forum gezogen werden muß, da er bereits früher am 26. März 1862 vom Bezirksgerichte München l/J. wegen Diebstahl und ausgezeichneten Betrugs zu einer Arbeitshausstrafe von acht Jahren verurtheilt worden ist. Hoffmann kam am 3. Oktober vor. Js. von seinem Wohnorte Augsburg hieher, ging, nachdem er sich mit dem Namen des Maurermeisters J. Bürkel dahier einen Zettel unterschrieben hatte, in welchem dieser den Mechanikus Jakob Rath dahier um Uebersendung eines großen und kleinen Reißzeuges ersucht, zu letzterem, und erhielt von demselben 3 Reißzeuge im Werthe von 43—46 fl. überantwortet, wurde aber bei dem Versuche, einen derselben an den Tändler Haubl zu verkaufen, festgenommen. Er gesteht die That, sowie daß er am 29. September v. J. im Cafe März in Augsburg dem Musiker Val. Müller einen 6 fl. werthen Shwal und an demselben Tage im Cafe Stolter dortselbst dem Fürther Kaufmann Heinr. Rosenthal einen auf 6 fl. gewertheten Ueberzieher und Hut entwendet hat. Urtheil: $4^1/_4$ Jahre Zuchthaus.

Feuilleton.

Die Industrie in der englischen Hauptstadt.

Die Stellung Londons zur Industrie Englands wird nicht allein im Auslande, sondern auch in Großbritannien selber nicht selten bedeutend unterschätzt. Wir haben uns daran gewöhnt, von den „Manufakturbezirken" zu sprechen, ohne auch nur an die Hauptstadt zu denken, und doch ist in ihr jeder Zweig des Gewerbfleißes — mit einziger Ausnahme des Bergbaues — vertreten. Vielleicht gerade in dieser Mannigfaltigkeit ist der Grund zu suchen, daß wir Lancashire und Cheshire als den Sitz der Baumwollindustrie par excellence bezeichnen, während auch London eine große Anzahl Baumwollspinnereien aufzuweisen hat, daß wir die Wollspinnereien von Leeds und Huddersfield erwähnen und diejenigen Londons vergessen. Ebenso ist es mit anderen Industriezweigen. Die Leinenwebereien und Seidenmanufakturen der englischen Hauptstadt beschäftigen viele Tausende von Menschen und nehmen eine geradezu hervorragende Stellung ein; die Eisenindustrie ist gleichfalls stark vertreten, und hie und da zerstreut finden sich Werkstätten, in welchen die eigenthümlichen Gewerbszweige Sheffields und Birminghams betrieben werden. Die Töpferwaaren des hauptstädtischen Bezirkes Lambeth machen denen von Staffordshire und dem Westen Schottlands beträchtliche Concurrenz, und der Schiffbau an der Themse hat vor nicht langer Zeit seine Blüthenzeit gehabt, wo er die Industrie am Clyde und am Tyne in den Schatten stellte. Es ist wahr, die gewerbtreibende Bevölkerung Londons ist im Verhältniß nicht so groß als die einiger Manufakturbezirke, und sie zerfällt in so viele Abtheilungen und Unterabtheilungen, daß sie nicht den nämlichen unterscheidenden Stempel trägt, aber es ist doch jedenfalls bemerkenswerth, daß Londons gewerbtreibende Bevölkerung größer ist, als die der wegen ihrer Wollen- und Metallindustrie berühmten Grafschaft York. Auf Zahlen können wir uns hier schon aus dem Grunde nicht einlassen, weil die letzte Volkszählung fast zehn Jahre hinter uns liegt, und wir wollen uns auf die Angabe beschränken, daß die Arbeiterbevölkerung Londons nach dem Census des Jahres 1861 690,000 beträgt, von denen 280,000 mit der Herstellung von Webstoffen und Kleidern beschäftigt sind.

Ueber alle die einzelnen Industriezweige — und ihrer sind eine größere Menge als man auf den Augenblick glauben sollte — ließe sich noch ein interessantes Capitel schreiben. Manch ein heiteres zwar nicht, denn um die Arbeiterklassen ists in unserer Riesenstadt jämmerlich bestellt. Oft genug haben wir von der Noth gehört, welche Arbeitseinstellungen und schlechte Zeiten unter der Fabrikbevölkerung der Provinz hervorgebracht haben, aber in mancher Beziehung ist sie weit besser gestellt, als die entsprechende Classe in London. Zwar ist die letztere in einigen Fällen besser bezahlt, fühlt aber dafür um so unmittelbarer jede Schwankung und jeden Rückschlag in den Geschäften und ist überdies genöthigt, die ganze Arbeits- oder halbe Lebenszeit in schmutzigen, elenden und ungesunden Werkstätten zuzubringen, während die Provinz meist luftige und geräumige Fabrikgebäude hat. Zwar hat die Gesetzgebung neuerdings in dieser Richtung Manches gethan, aber noch viel, viel bleibt zu thun übrig, und selbst wenn man Werkstätten und Fabriken baute, die sich mit den „Schnapspalästen" in äußerem Glanze messen könnten, für die ärmste, die unterste Classe, welche in ihrer eigenen Wohnung, in ihrem einzigen Speicherstübchen oder Kellerraume schläft, arbeitet und vegetirt, wäre hiermit noch immer nicht gesorgt. Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, wenn unsere Zeitungen von Tag zu Tag über Diebstahl, Einbruch und Raubmord ganze Spalten lang zu berichten haben. Erst jüngst stand wieder ein Mann vor dem Polizeigerichte, welchen der Hunger zum Diebe gemacht hatte und der den Richter bat, ihm doch ja eine möglichst lange Gefängnißstrafe zu geben. Dies ist ein Fall derart, und wohl hundert andere ließen sich aus der Criminalgeschichte eines einzigen Jahres heraussuchen.

Vermischtes.

Curiosa. Der Redaktion der Breslauer Hausblätter hat Hr. Theaterdirektor Lobe in Breslau die beiden kontraktlich bewilligten Passepartouts zum Stadt- und Lobetheater aus der Ursache entzogen, weil sich der Redakteur Hr. Wiesand Virnich weigerte, noch fernerweitig die Theateranzeigen der aufzuführenden Stücke „Der letzte Jesuit" und „Der Teufel und das böse Weib" in den Spalten des Inseratentheils der Hausblätter abzudrucken, da dies den Intentionen eines ausschließlich katholische Interessen vertretenden Organs zuwiderlaufe. — Als Seitenstück hierzu erwähnt die Bresl. Ztg., daß unlängst das Inserat eines Restaurateurs, der ein Wurstabendbrod zum Freitag annonciren wollte, aus dem Grunde von der Expedition der Hausblätter zurückge-

wiesen wurde, weil an diesem Tage die Katholiken nur Fastenspeise essen dürfe.

(Mord.) Pariser Blätter berichten von einem neuen grauenhaften Verbrechen. In Pontoise wurden ein gewisser Johann Bon und dessen ganze Familie ermordet, die Leichname in Stücke zerschnitten und in mehreren Kisten auf der Eisenbahn aufgegeben. Man entdeckte dieselben am Boulevard Richard Lenoir.

(Russisch.) Eine Revolver-Geschichte, gegen welche selbst die Affaire Pierre Bonaparte-Noir nicht aufkommt, hat unlängst im Circus des Hrn. Hüttemann in Odessa gespielt. Im Buffet dieses Circus saß der Edelmann X., als auch der Edelmann Y. dahin kam. Ersterer empfängt Letzteren mit Redensarten, die diesen zum Fortgehen veranlassen, wobei er jedoch bemerkt, daß X. sich durch seine Frechheit eine Ohrfeige verdient habe. X. springt auf, stürzt sich auf Y., dieser fällt ihn aber durch eine Ohrfeige zu Boden, reißt ihn an den Haaren und versetzt ihm noch einige Schläge. Y. geht darauf fort. X. ihm nach. Auf dem Hofe zieht dieser einen Revolver aus der Tasche, feuert auf Y., verfehlt ihn jedoch. Nun zieht Y. einen Revolver hervor, feuert auf X. und verwundet ihn an der Hand. Darauf kehrt er in den Circus zurück und nimmt seinen Platz unter den Zuschauern ein. Beim Verlassen des Circus fällt X. mehrmals über ihn her, schlägt ihn zu Boden und versetzt ihm einige Streiche. Die Polizei machte der Prügelei ein Ende, sie nahm Beiden die Waffen ab und verhaftete sie.

(Heutrocknungs-Maschine.) Ein kürzlich erfundenes Fächergebläse zum schnellen Trocknen von Gras und Grünfutter zu Heu, die sogenannte Heutrocknungs-Maschine, wird von Mechi auf das Entschiedenste empfohlen, da dieser Apparat das Product nicht nur nicht schädige, das Heu vielmehr sogar verbessere und der Proceß obendrein nichts weniger als kostspielig sei. Ein von Pferde- oder Dampfkraft getriebener Feuerfächer leitet bei diesem Apparate die Hitze aus dem Rauchfange eines Kohlen- oder Coakschornsteines auf das dem Trockenproceß zu unterwerfende frische Gras, und binnen 8 oder 10 Minuten ist ersteres in Heu von besserer Qualität verwandelt, als wenn es auf dem Felde langsam getrocknet worden wäre. Der Erfinder des Apparates hat die goldene Medaille der Society of Arts und einen Preis von 50 Pfd. St. davongetragen.

(Bewährte Rattenfalle.) Eine der größten Plagen, jetzt noch vermehrt durch die Trichinenverbreitung, sind oft die Ratten. Die Anwendung von Gift wird von Vielen gescheut und noch häufiger scheitert der Erfolg desselben an der Schlauheit dieser Gäste. Folgendes originelle Verfahren hat sich stets bewährt und ich will deßhalb nicht verfehlen, dasselbe mitzutheilen. Man nehme eine vielleicht 3 Fuß hohe wasserdichte Tonne ohne Deckel, binde über dieselbe einen Bogen steifes Papier, lege ein Brett schräg an die Tonne, so daß es den Ratten leicht wird, auf dieselbe hinaufzukommen. Auf das Papier setze man Lockspeise. In den ersten Tagen wird keine Ratte daraufgehen, aber nach Verlauf einiger Zeit fangen die Ratten an, dort ihre Mahlzeit zu halten. Sobald man sieht, daß die Ratten ungenirt die Lockspeise verzehren, füllt man die Tonne vielleicht 8 Zoll hoch mit Wasser und setzt einen Ziegelstein aufrecht in dieses Wasser; dann schneidet man den Bogen Papier kreuzweis ein und läßt übrigens Alles ruhig liegen. Sobald jetzt eine Ratte ihren gewöhnlichen Futterplatz besucht, fällt sie in die Tonne, und da ihr jeder Ausweg abgeschnitten, setzt sie sich auf den Ziegelstein. Eine zweite Ratte wird bald der ersten folgen, und da auch sie sich auf den Stein retten will, der leider nur einen Platz bietet, so vergessen die beiden Gefangenen bald ihre sonstige Freundschaft und fangen an, tapfer um den rettenden Platz zu kämpfen, einen Kampf, bei dem, wie bei allen Turnieren dieser ritterlichen Thiere, viel Geschrei nicht fehlt. Nun ist die Ratte, wie bekannt, nicht allein ein sehr neugieriges, sondern auch ein sehr streitsüchtiges Thier, und kaum hört sie das laute Kampfgeschrei ihrer Kameraden, so eilt sie, sich an demselben zu betheiligen, und stürzt in wahrer Kampfeswuth in die Tonne hinein. Jeder neue Theilnehmer vermehrt das Kampfgetöse und weit, weit eilen die Ratten zu ihrem sicheren Untergange. Dem Schreiber selbst ist es gelungen, auf einem Kornspeicher, wo die Ratten schon Jahre lang ihr Spiel getrieben, und wo jedes andere Mittel vergeblich angewandt war, 53 Ratten in einer Nacht zu fangen und dieselben total auszurotten; keine war zurückgeblieben.

Telegraphische Nachrichten.

Stuttgart, 21. April. Das 5% Eisenbahnanlehen von 11 Millionen wurde gutem Vernehmen nach Rothschild zu $99\frac{5}{16}$ zugeschlagen.

Wien, 21. April. Gegenüber der Bemerkung einer Correspondenz der „Augsb. Allgem. Ztg." über den Wiederbeginn des preußischen Anschwärzungssystems gegen Oesterreich sagt die Wiener Abendpost: Diese Erscheinung ist nicht auf die in den maßgebenden Berliner Kreisen herrschende Stimmung zurückzuführen, und steht im Widerspruche mit der anerkennungswürdigen Haltung und dem Tone der notorischen Organe der preußischen Regierung.

Paris, 21. April. Boulevardrente von gestern Abends 75,05, schloß 74,97. — Die „Agence Havas" meldet aus Madrid, daß die in Puerto Santa Maria nahe bei Cadiz wegen der Lohnfrage ausgebrochenen Unruhen leicht unterdrückt worden sind.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 21. April (Schlussc.)

Wechsel auf London	$119\frac{3}{4}$	Oest.-franz. Staatsbahn	$378\frac{1}{2}$
„ „ Paris	95	Bayr. Ostbahn-Actien	$120\frac{1}{2}$
„ „ Wien	$96\frac{1}{2}$	Elisabeth-Prior. I. Em.	$77\frac{1}{2}$
5 proc. bayr. Anleihe	101	4% bayer. Prämien-Anl.	106
$4\frac{1}{2}$ „ „ „	$91\frac{7}{8}$	Bad. Präm.-Anleihe	104
4 „ „ Grundrente	$85\frac{1}{8}$	Oesterr. Loose v. 1860	$78\frac{7}{8}$
4 „ „ Obligat.	$85\frac{7}{8}$	„ Loose v. 1864	——
5 proc. oesterr. Metall., engl.		Aisenbahn	$86\frac{1}{4}$
5 „ „ National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	$87\frac{1}{8}$
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	$194\frac{1}{2}$
1882er Amerikaner	$95\frac{1}{4}$	Napoleons	9.30
Oesterr. Bank-Actien	685	Rente Silber $57\frac{3}{4}$, Pap. $49\frac{1}{2}$	
Credit-Actien	$267\frac{1}{2}$	sehr lebhaft. Handelsbank	99

Wien, 21. April. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	70.10	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	96.70	Steuerfr. Metall. on 1864	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	119.—	Napoleons	$9.86\frac{1}{2}$
Oesterr. Bank-Actien	714.—	Wechsel auf Augsburg	102.55
„ Credit-Actien	258.20	„ „ London	123.55
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	395.—	„ „ Paris	49 —
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	„ „ Frankfurt a. M.	102.65
„ „ Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	202.30
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 319.—Pap.-R.	60.70

Berlin 21. April (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	47	Lombarden	$110\frac{1}{2}$
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	$105\frac{1}{2}$	Italienische Anleihe	$55\frac{1}{2}$
$4\frac{1}{2}$ „ „ Anleihe	—	1882er amerikanische Bonds	96
Bad. Prämien-Anleihe	104	5 proc. preuss. Anleihe	$101\frac{1}{2}$
Darmstädter Actien	129	$4\frac{1}{2}$ „ „ „	$92\frac{1}{4}$
Oesterr. Credit-Actien	$152\frac{1}{2}$	Wechsel auf Augsburg	56.22
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	$216\frac{1}{2}$	„ „ Frankfurt	56.24
Staatsbahn-Prioritäten	293	„ „ London	$6\ 23\frac{7}{8}$
Oest. fl. 500 Loose von 1860	$78\frac{7}{8}$	„ „ Paris	81
„ fl. 100 Loose von 1864	$65\frac{1}{4}$	„ „ Wien	$81\frac{7}{8}$
5 proc. östr. National-Anl.	——		
		Schluss matt.	

New-York, den 20. April. Gold $113\frac{3}{8}$. Wechsel in Gold $109\frac{1}{8}$ Bonds per 1882 113. Baumwolle $23\frac{1}{4}$. Petroleum $25\frac{1}{2}$.

Liverpool, den 20. April. Schlussbericht. Heutiger Umsatz 10 000. Orleans $11\frac{7}{16}$ Middling amerikanische $11\frac{1}{8}$. Fair dhollerah $9\frac{1}{2}$. Middling fair dhollerah $9\frac{1}{4}$. Good middling dhollerh 9. Fair Bengal $8\frac{1}{8}$. Fair Omra $9\frac{5}{8}$. Pernam $11\frac{3}{4}$. Smyrna $10\frac{1}{4}$. Egyptian $12\frac{1}{4}$. Amerik. per März-April —. Dhollerah per Mai $9\frac{7}{16}$. Omra 10.

Manchester, 19. April. (Garnmarkt.) 12er Water Rylands $11\frac{3}{4}$ 12er Water Taylor $12\frac{3}{4}$. 20er Water Mycholls $14\frac{3}{4}$. 30er Water Gidlow $15\frac{5}{8}$. 30er Water Clayton $16\frac{1}{8}$. 40er Mule Mayoll $15\frac{1}{8}$. 40er. Medio Wilkinson $17\frac{1}{4}$. 36er Warpcops Qualität Rowland $16\frac{1}{4}$. 40er Double Weston $16\frac{1}{2}$. 60er Double Weston $19\frac{1}{4}$. Printers $\frac{16}{16}$ $\frac{34}{50}$ $8\frac{1}{2}$ Pfd. 14f. Ruhig aber fest.

Curse des Münchener Handelsvereins vom 21. April 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. $3\frac{1}{2}$% Obl.	fl. 1000	$81\frac{1}{2}$	
4% ganz. Obl.	1000	$86\frac{1}{4}$	
4% halbj. Obl.	1000	$86\frac{1}{4}$	
4% Grundr.-Obl.	1000	$86\frac{1}{4}$	
$4\frac{1}{2}$% ganzj. Obl.	1000	92	
$4\frac{1}{2}$% halbj. Obl.	1000	92	
$4\frac{1}{2}$% „ Milit. „	1000	92	
5% Obl.	1000	$101\frac{3}{4}$	
4% Münch. Obl.	1000		
5% „ „	1000	$101\frac{1}{8}$	
$4\frac{1}{2}$% Ostbahn-Aktien		$119\frac{3}{4}$	
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung		$86\frac{1}{2}$	
dto. volle		$86\frac{1}{2}$	
Pfdbr. d. bayer. Hyp.- u. W.-Bank	à fl. 1000	$90\frac{1}{2}$	$90\frac{1}{4}$
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.			$99\frac{7}{8}$
Aktien „ „		826	824
Bayer. Handelsbank-Act.		98	
„ Vereinsbank		$119\frac{1}{4}$	
Württemberg. $4\frac{1}{2}$% Obl.		$91\frac{1}{4}$	
Oesterreich $4\frac{1}{5}$% Silb.-Rte. $\frac{6}{7}$		$57\frac{3}{4}$	
„ Pap.-Rte „			
5% Nation.-Anl. $\frac{5}{2}$			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à $116\frac{2}{3}$			
5% Met. Stfr. v. 1866 $\frac{6}{7}$			
Oest. Bank-Aktie			
„ Cred.-Aktien		$269\frac{3}{4}$	$269\frac{3}{8}$
Oest.-franz. Stsb.-Aktien			

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb. „	$192\frac{7}{8}$	$192\frac{2}{4}$
Preußen. $4\frac{1}{2}$% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. $2\frac{1}{2}$	$95\frac{1}{8}$	95
„ 1884 „	$94\frac{1}{2}$	
„ 1885 „	$94\frac{1}{2}$	
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	106	
4% Bad. „ „	$104\frac{1}{2}$	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	$6\frac{1}{2}$	
Pappenheimer dto.	$5\frac{3}{4}$	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose	$18\frac{1}{2}$	$18\frac{1}{4}$
Oester. 1854er Loose à fl. 250 $\frac{5}{6}$		
„ 1860er „ à fl. 500 $\frac{3}{7}$		
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred. Loose		
Diverse Effekten. Actien der		
Maximilianshütte		330
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		124
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor	95	
Chemische Fabrik Heufeld		76
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn		
„ Siebenbürger Bahn		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. I. Em. $\frac{6}{7}$	$77\frac{1}{2}$	
dto. II. „ „		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn „	78	

		Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn „		$79\frac{1}{2}$	$79\frac{1}{4}$
„ Siebenbürger Bahn „			
„ d. Böhm. Westbahn „			
„ Allföld Fiumander Bahn „		$76\frac{1}{2}$	
Wechsel.			
Amsterdam fl. 100 holl.	K. S.	$100\frac{3}{4}$	
	L. S.	$100\frac{3}{4}$	
Augsburg fl. 100	K. S.		
	L. S.	100	
Berlin Rthlr. 60	K. S.	105	
	L. S.	105	
Frankfurt fl. 100	K. S.	100	
	L. S.	100	
Hamburg M.-B. 100	K. S.	$88\frac{3}{4}$	
	L. S.		
Leipzig Rthlr. 60	K. S.	105	
	L. S.	$105\frac{1}{2}$	
London Pfdst. 10	K. S.	120	$119\frac{3}{4}$
	L. S.	120	$119\frac{3}{4}$
Paris Fr. 200	K. S.	$95\frac{1}{8}$	$94\frac{7}{8}$
	L. S.	$95\frac{1}{8}$	$94\frac{7}{8}$
Wien fl. 100	K. S.	$96\frac{1}{4}$	96[illegible]
	L. S.	$96\frac{1}{4}$	96[illegible]
Bank-Disconto für Platz-Wechsel			
„ „ Lombard.			
Geldsorten.			
Preuß. Friedrichsd'or		9.59	9.58
20 Francs Stücke		$9.30\frac{1}{2}$	9.29[illegible]
Preuß. Cassen-Scheine		$105\frac{1}{8}$	104[illegible]
Oest. Banknoten		$96\frac{1}{4}$	

Kgl. Hof- u. National-Theater.

Freitag den 22. April.

64. Vorstellung im Jahres-Abonnement.

Neu einstudirt:

Die Erzählungen der Königin von Navarra.

Lustspiel in 5 Aufzügen von Scribe und Legouvé.

Personen:

Kaiser Karl V., König von Spanien . . . . . Hr. Possart.
Franz I., König von Frankreich . . . . Hr. Rüthling.
Guattinara, Minister des k. Hauses . . . . . . Hr. Richter.
Heinrich d'Albret, ein Edelmann aus Béarn . . . Hr. Rohde.
Babièca, Kabinets-Courier . Hr. Christen.
Margarethe, Schwester des Königs von Frankreich . Fr. Dahn.
Isabella von Portugal, Verlobte Karls V. . . . . Frln. Jenke.
Eleonore, dessen Schwester . Frl. J. Meyer.
Ein Page . . . . . Frl. Ulrich.
Herren und Damen vom Hofe.
Ort der Handlung: Madrid.

Die Kasse wird um $\frac{1}{2}$6 Uhr geöffnet.

Anfang $\frac{1}{2}$7 Uhr. Ende nach 9 Uhr.

Gestorbene.

Am 19. April. Goeb v., geh. Rath u. q. Generalverwalter der k. Verkehrsanstalten v. h., 82 J. — Treindl M. Schulheizer v. h., 69 J. — Eisenschink A., Schäffler v. h., 44 J. — Hasenöhrl A., Näherin v. Aimering, 33 J. — Heuselder J., Privatier v. Schrobenhausen, 81 J. — Obermair B., Ausgeberswittwe v. h., 77 J.

Königl. Staats-Eisenbahnen

Post-Z. b Kur.-Z. c Schn.-Z. d Lok.-Z. e Güt.-Z.

München — Pasing — Augsburg.

Abfahrt:	Ankunft:
5 U. 45 M. Morg. b	8 U. 10 M. Morg.
6 U. 10 M. Morg. c	8 U. 40 M. Vorm.
6 U. 25 M. Morg. a	11 U. 40 M. Nchm.
11 U. — M. Vorm. a	3 U. 35 M. Nchm.
1 U. 50 M. Nchm. d	8 U. 15 M. Abds.
5 U. 45 M. Abds. b	9 U. 15 M. Nchts.
6 U. 45 M. Abds. d	9 U. 40 M. Nchts.
11 U. 20 M. Nchts. b	

München — Salzburg — Wien.

5 U. — M. Morg. e	5 U. 15 M. Morg.
9 U. — M. Morg. b	8 U. 15 M. Morg.
10 U. — M. Vorm. a	10 U. 18 M. Vorm.
4 U. 30 M. Nchm. a	4 U. 10 M. Nchm.
5 U. 40 M. Nchm. e	8 U. 55 M. Abds.
8 U. 40 M. Abds. b	11 U. — M. Nchts.
10 U. 10 M. Nchts. b	

München — Starnberg — Peissenberg.

Abgang in München:	Abgang in Starnberg:
6 U. 50 M. Morg.	8 U. 20 M. Vorm.
10 U. 30 M. Vorm.	12 U. 35 M. Mitt.
5 U. — M. Abds.	7 U. 25 M. Abds.

München — Ingolstadt.

6 U. 30 M. Morg. a	8 U. 55 M. Morg.
1 U. 55 M. Mitt. e	3 U. 40 M. Nchm.
5 U. 45 M. Nachm. a	9 U. — M. Abds.

München — Regensburg.

5 U. — M. Morg. a	8 U. 22 M. Morg.
7 U. 45 M. Morg. b	9 U. 30 M. Vorm.
9 U. 45 M. Vorm. a	11 U. 48 M. Mitt.
1 U. 30 M. Nchm. e	6 U. 17 M. Abds.
5 U. 15 M. Nchm. b	8 U. 5 M. Abds.
7 U. — M. Abds. e	10 U. 25 M. Nchts.

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer. — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr:
Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr
für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Samstag, den 23. April 1870. **Nr. 111.**

---

* München, 22. April.

In Folge der schriftlichen Erklärung, welche Hr. Humplmayr in der letzten Sitzung verlas und zu den Akten überreichte, sah sich der Vorstand Dr. Erhardt gestern im Gemeindecollegium zu folgender Erwiderung verpflichtet:

Meines Erachtens ist es Aufgabe der beiden Collegien sich in ihren Debatten thunlichst objectiv zu halten und innerhalb parlamentarischer Schranken zu bewegen, etwaige Ausschreitungen in letzter Richtung aber werden durch den Vorsitzenden zurückzuweisen sein. Aeußerungen eines Mitgliedes des Magistrates, welche sich weder auf Verhandlungen, noch auf Beschlüsse unseres Collegiums beziehen, scheinen mir nicht geeignet einen Gegenstand unserer Diskussion zu bilden, und ein derartiges Abschweifen von den eigentlichen Berathungsgegenständen würde mehr zur Schädigung als zur Förderung unserer städtischen Interessen dienen. Auch in objektiver Hinsicht muß ich, um nicht falschen Auffassungen Raum zu geben, den Darstellungen des Herrn Collegen Humplmayr entgegen treten.

Im Etat pro 1866 wurden die Einnahmen auf 1,806,636 fl. 9¾ kr. veranschlagt; — in jenem pro 1870 sind sie mit Ausschluß der direkten Gemeindeumlagen auf 1,201,978 fl. 51¼ kr. veranschlagt; der Einnahme-Ausfall, welcher sich durch die Ungunst der Zeitverhältnisse, durch die Aufhebung der Armenpflichtbeiträge und durch die übrigen in den neuen Gesetzen begründeten Zahlungserleichterungen ergibt, beträgt daher keine halbe Million. Der Hauptgrund, welcher die Erhebung einer Gemeindeumlage von 95 % nöthig macht, liegt in der Schuldenlast, die sich seit dem Jahre 1857 auf 8,750,100 fl. angehäuft hat. Daß aber von dieser Summe ein großer Theil auf Objekte verwendet wurde, welche der Gemeinde nicht zum Nutzen und Frommen gereichen, wird kaum bezweifelt werden wollen, wenn ich beispielsweise nur an die Restauration des alten und die Errichtung des neuen Rathhauses, an den kostspieligen Ankauf von Grundstücken für das in jeder Hinsicht noch unsichere Schlachthaus, an den Erwerb des s. g. Donysel-Anwesens, sowie an die Begünstigung des zoologischen Gartens und des Aktientheaters erinnere. Auch wird kaum zu bestreiten sein, daß verschiedene nothwendige Bauten so z. B. die Maximiliansbrücke mit großer Pracht und demgemäß auch mit ausserordentlichem Kostenaufwande zur Ausführung gelangten. Wenn mich meine bisherigen Erfahrungen nicht täuschen, hätten die Einnahmsquellen — so insbesonders hinsichtlich der Krankenhaus- und Armenpflichtbeiträge, der Markt- und Schrannengebühren, der Stadtzölle und Miethzinse ergiebiger gemacht und die Verwaltungskosten verringert werden können. Pensionen und Alimentationen ohne rechtliche Verpflichtung in hohem Maße zu gewähren, ohne durch Gründung eines Pensionsfonds die Mittel zu derlei Leistungen zu beschaffen, dürfte kaum durch die Gefühle der Humanität, Milde und Pietät gerechtfertigt werden können. Während Würzburg durch den Regiebetrieb der städtischen Gasbeleuchtung einen glücklichen Griff für seine Finanzen gethan, hat München den Vertrag mit der Gasanstalt trotz des aufmunternden Beispiels von Würzburg wieder erneuert und bezahlt nunmehr eine jährliche Beleuchtungssteuer von 60,000 fl. Nach alledem komme ich zu dem Schlusse, daß die dermalige wenig erquickliche Finanzlage unserer Stadt weder durch die Ungunst der seit 1866 bestehenden Zeitverhältnisse, noch durch die Socialgesetze hervorgerufen wurde, und daß eine Gemeindeumlage in der Höhe von 95 % durch weise Sparsamkeit, strenge Zusammenfassung der Einnahmen, Beschränkung der Ausgaben auf das absolute Bedürfniß und glückliche Benützung dargebotener Erwerbsgelegenheiten hätte vermieden werden können. Zum Schlusse gestatten Sie mir noch Doppeltes anzuführen: Einerseits kann ich constatiren, daß in unserem Collegium noch niemals Kritik geübt wurde, ohne daß ein bestimmter Gegenstand Ihrer Beurtheilung unterbreitet war, und ohne Bezug auf diesen Gegenstand, und anderseits hebe ich aus der Erklärung des Hrn. Collegen Humplmayr hervor, daß die von einzelnen Mitgliedern des früheren Collegiums angestrebten Verbesserungen immer an dem Willen der Majorität gescheitert sind; — die Majoritäten aber repräsentiren die Collegien.

Politische Tagesübersicht.

Karlsruhe, 21. April. Seit einiger Zeit werden in der Fabrik der hiesigen Maschinenbaugesellschaft zehnläufige Revolverkanonen großen und kleinen Kalibers gefertigt, und mit dem gesammten Holz- und Eisenbeiwerk versendet. Baden hat auch einige Stücke bezogen, ebenso Bayern und andere Staaten, sogar Griechenland.

Wien, 21. April. An den geraden Tagen melden die Officiösen, das Ministerium habe die Auflösung der Landtage nicht beschlossen, an den ungeraden Tagen versichern sie das Gegentheil. Vermuthlich ist beides unwahr, wie dies der programmlosen Politik entspricht. Chaotisch sind auch die Nachrichten über die vom Ministerium intendirten Partei-Conferenzen, und klar ist nur, daß die nationale Opposition nachgerade eine Sprache führt, angesichts welcher sogar die neuczechische Presse in Wien stutzig wird und heute schon in manchem Blatte hier an derselben Stelle, wo gestern noch czechische Politik getrieben wurde, ein Absagebrief an die Czechen zu lesen ist. Der partielle und provisorische ungarische Ministerwechsel ist vom Kaiser genehmigt worden. Graf Miko erhielt die Entlassung sammt dem Großkreuz des Leopoldsordens, der Handelsminister Gorové wurde mit der provisorischen Leitung des Communications-Ministeriums betraut.

Wien, 20. April. In gut unterrichteten Kreisen verlautet, die Regierung beabsichtige, das vom Reichsrathe genehmigte Erwerbsteuer-Gesetz der kaiserlichen Sanktion nicht zu unterbreiten.

— Als authentisch wird berichtet, daß daß Programm, welches Tschabuschnigg als Bedingung seines Eintrittes in das Ministerium machte, in den wesentlichen Punkten mit dem Programm Rechbauers

übereinstimmt. Diese Thatsache charakterisirt am Besten die völlige Programmlosigkeit des Ministeriums Potocki.

Prag, 21. April. In Kolin wurde ein für den Ostermontag bestimmtes Dankfest für den Rücktritt des Ministeriums von Seite der Behörde verboten. — Der Ober-Landesgerichts-Präsident wurde wegen der Haltung gegenüber den czechischen Blättern nach Wien berufen.

Agram, 20. April. Der kroatische Landtag wurde heute eröffnet; da sich aber in der heutigen Sitzung die gesetzliche Zahl der Deputirten nicht eingefunden hat, so wurde dieselbe auf unbestimmte Zeit vertagt.

Berlin, 19. April. Die verschiedenen in Aussicht genommenen Abänderungen des Zündnadel-Gewehres haben laut der Allg. Militär-Zeitung die Genehmigung des Königs Majestät erhalten. Hiernach wird unter Anderem die Luftkammer, in welcher das Nadelrohr sitzt, nachdem das letztere, so weit es in dieselbe reicht, abgeschnitten worden, durch einen Cylinder vollständig ausgefüllt. Dieser Cylinder erhält in seiner Achse die Bohrung für die verlängerte Zündnadel, reicht bis zu der Fläche, in welcher sich der Kammermund an den Rohrmund anschließt, und ist in dieser Lage festgelöthet. Der gasdichte Abschluß wird durch eine Puffervorrichtung, analog dem Chassepot-Gummiring mit Stahlplatte, hergestellt. Für die Handhabung werden Zeit und Kraft erspart. Die ballistische Leistung der aptirten Waffe wird wesentlich erhöht durch eine bedeutendere Rasanz der Bahn und hiernach der schwächste Punkt der gegenwärtigen Waffe verbessert. Die Gewichtsverhältnisse des Geschosses gegenüber dem Gewichte der Ladung und der Waffe haben sich zu Gunsten der Grundlage der rasanten Bahnen, nämlich der großen fortschreitenden Bewegung, wesentlich verbessert, während die Belastung der Einheitsfläche des Queerschnittes etwas geringer geworden ist. Die Ladung beträgt zum wachsenden Vortheile der Leistung 25 pCt. des Geschoßgewichtes, ein enormer Betrag, wie er für die Rundkugel früher gültig war. Die Waffe ist 250 Mal schwerer als das Geschoß. Durch die umgestaltete Munition erhält die Waffe eine erhebliche Steigerung, wie auch die Gesammtleistung durch eine größere Feuergeschwindigkeit in Folge der Aptirung der Waffe erhöht wurde. Die erste deutsche Hinterladungswaffe, welche schon 1841 als Bewaffnung der Infanterie für kriegstauglich erkannt wurde, ist jetzt in ihre dritte Phase getreten und wird auch in dieser, wie bisher, ihren lang bewährten und erprobten Ruf zu bewahren wissen.

— Die Konvertirung der preußischen Schuldobligationen in Rententitel wird, wie man der Elbf. Ztg. schreibt, vielleicht noch zu einer interessanten Rechtsfrage Veranlassung geben. Die Regierung hat nämlich die 16 Millionen, welche als Vermögen des Königs Georg mit Beschlag belegt worden sind und deren Verwaltung von unserer Regierung geführt wird, konvertirt, und, wie es heißt, hat König Georg dagegen in aller Form protestirt, indem er ausführt, die Vornahme einer solchen Konvertirung gehe über die Rechte einer nur sequestrirenden Behörde hinaus.

Aus **Mecklenburg-Schwerin,** 18. April. Die volkswirthschaftlichen Zustände in Mecklenburg sind jetzt recht traurig. In Folge früherer mehrjähriger Mißärnten und mehr noch, weil seit einigen Jahren der Zinsfuß, der bisher auf sichere ländliche, wie städtische Hypotheken nicht höher als 4 pCt. war, um 1—2 pCt. in die Höhe gegangen ist, sind Concurs-Erklärungen der Rittergutsbesitzer, Erbpächter und Bauern, und hiedurch veranlaßt auch zahlreicher Gewerbetreibender in den Städten nur allzu häufig und es ist eine Unsicherheit in allen Geldverhältnissen eingetreten, wie man solche seit 50 Jahren nicht mehr gekannt hat. Auch ist nicht zu leugnen, daß die vor zwei Jahren eingetretene völlige Gewerbefreiheit plötzlich eine übergroße Zahl von Geschäften und Etablissements aller Art ins Leben rief, die, ohne hinreichende sichere Geldmittel gegründet, naturgemäß sehr bald dem Concurse anheimfallen mußten. Die Gegner der nationalen Einheit, die besonders unter dem Landesadel und den höheren Beamten sehr zahlreich sind, schieben alle diese Verhältnisse auf die neue Gestaltung der Dinge seit 1866, haben aber entschieden Unrecht hierin. Ersparnisse in der Verwaltung, da jetzt Mecklenburg so hohe Matrikularbeiträge zum Norddeutschen Bunde zahlen muß, sind dringend erforderlich, aber sie könnten auch bei nur einigem Willen umfangreich eingeführt werden. Freilich geschieht bis jetzt eher das Gegentheil. Eisenbahnen werden zu sehr hohen Preisen gekauft und zu Staatsbahnen gemacht, theure Gebäude aufgeführt u. s. w. Die Auswanderung nach Amerika nimmt wieder zu.

Paris, 20. April. Das Manifest der Linken erklärt, die neue Verfassung begründe nicht eine Regierung des Landes durch das Land. Die persönliche Regierung erhalte ihre furchtbarsten Prärogative unversehrt. Wenn das Land das Plebiscit votire, so würde es seine Abdankung votiren. Die Unterzeichner des Manifestes rathen durch ein negatives Votum, durch Abgabe leerer Stimmzettel oder Enthaltung zu protestiren. Sie erklären, daß sie selbst mit „Nein" stimmen werden. Das Manifest ist unterzeichnet von den Deputirten Arago, Bancel, Cremieux, Desseaux, Dorian, Esquiros, Ferry, Gagneux, Gambetta, Garnier-Pagès, Girault, Glais-Bizoin, Grévy, Magnin, Ordinaire, Pelletan, Simon und von den Journalisten Delescluze, Duportal, Jourdan, Lavertujon, Lefac, Peyrat, Ulbach und Vero. — Jules Favre hat nur deßhalb, weil er gegenwärtig in Algerien verweilt, das Manifest der Linken nicht mitunterzeichnet. — Das linke Centrum wird eindringlich ein bejahendes Plebiscit-Votum empfehlen. — Mit dem Dementi des Français über die Note Daru's hat es seine Richtigkeit. Dieses Actenstück ist in der That nicht zurückgezogen, sondern gestern von Banneville in Rom dem Cardinal Antonelli überreicht worden. (S. Tel.)

— Die Eisengießer des Hauses Pyat und beiläufig 300 Arbeiter des Hauses Cail haben gestern einen Strike begonnen.

— In dem neuesten Prozeß der „Marseillaise" ist der Gérant dieses Blattes, Barberet, wegen Aufreizung der Bürger zum Haß gegen einander, wegen Angriffen auf das Princip des Eigenthums und wegen versuchter Verleitung der Soldaten zum Ungehorsam heute von der sechsten Kammer zu vier Monaten Gefängniß und 4000 Frcs. Strafe verurtheilt worden.

Florenz, 20. April. Die Italie versichert, daß die Finanz-Kommission die Convention mit der Bank modifizirt habe. Man werde sich auf ein Anlehen bei derselben von 122 Millionen gegen Obligationen auf die geistlichen Güter beschränken. Die bisher schuldigen 378 Millionen würden unter den früheren Bedingungen verbleiben. Die Bank werde einwilligen, die Kommission auf die ihr schuldigen 500 Millionen von 80 Cent. bis auf 60, vielleicht auf 50 Cent. zu ermäßigen. Die Nachricht bedarf jedoch noch der Bestätigung.

Nach Berichten aus **Rom** hat eine Rede des Cardinals Fürsten Schwarzenberg zu einem noch heftigerem Auftritte geführt, als die berühmte Stroßmayer'sche. Er sagte unter Anderm: Die Zeit der Religionskriege sei vorbei, die der Verständigung gekommen. Der Erlöser, der gesagt habe: „Kommt Alle zu mir", wolle keine verdammenden, sondern er wolle versöhnende Worte vernehmen von seiner Kirche. Es sei ebenso unchristlich als unverständig und unrichtig, die Protestanten mit Heiden und Atheisten in Einen Topf zu werfen. Die römische Kirche und die romanischen Bischöfe müßten hierin den Rath der deutschen und österreichischen Prälaten annehmen. Letztere verkehrten täglich mit Protestanten und kennten sie besser, als wer sie nie sehe und ihre Bücher nie lese. Hier wurde der Cardinal von dem vorsitzenden Legaten, de Angelis, unterbrochen, der ihn bei der Sache zu bleiben ersuchte. Schwarzenberg's Antwort, daß er völlig bei der Sache sei, führte zu einem so heftigen Wortwechsel zwischen den beiden Großwürdenträgern des römischen Stuhles, daß, nachdem der Angriffe genug hin und hergeflogen waren, nachdem der Präsident den widerstrebenden Cardinal mit der Glocke todtzuklingeln versucht und der Chor der Bischöfe ihn schließlich todtgezischt und gelärmt hatte, Schwarzenberg außer sich und halb ohnmächtig die Rednerbühne verließ und in sprachlosem Zustande nach seinem Sitze geleitet wurde.

Madrid, 20. April. Abends. (Sitzung der Cortes.) Figueras fragt, ob der Minister des Innern die auf die jüngsten Ereignisse in Barcelona bezüglichen Aktenstücke vorgelegt habe, was vom

Präsidenten verneint wird. Ochoa verlangt die Vorlage der Aktenstücke in Betreff der Affaire Montpensier; er bestreitet die Kompetenz des Kriegsrathes, tadelt dessen Zusammensetzung, sowie das verhängte Strafausmaß. Prim antwortet, indem er die Vorlage dieser Documente verweigert und die Kompetenz des Gerichtes, die Zusammensetzung desselben und das Strafausmaß vertheidigt. Izquierdo spricht seine Genugthuung darüber aus, seine Pflicht als Präsident des Kriegsrathes erfüllt zu haben, worauf Ochoa seinen Antrag zurückzieht. Das Contingentsgesetz und das Gesetz in Betreff der öffentlichen Ordnung wurden, ersteres mit 148 gegen 37, letzteres mit 156 gegen 27 Stimmen angenommen.

New-York, 20. April. Beide noch vor dem obersten Gerichtshofe schwebenden Papiergeldprozesse wurden zurückgezogen. Der Gerichtshof lehnte ab, das Urtheil in dem bereits entschiedenen Prozesse umzustoßen. Demnach sind alle vor der Papiergeldakte kontrahirte Schulden Goldschulden.

Washington, 20. April. Das Repräsentantenhaus beschloß die Zahl der Mitglieder des nächsten Congresses, exclusive der neu zugelassenen Staaten, auf 275 festzustellen und die Repräsentation der Staaten derartig zu verändern, daß Neu-England 4 Mitglieder weniger, die Weststaaten dagegen 4 mehr erhalten.

Bayerische Angelegenheiten.

(Dienstesnachrichten.) Se. Maj. der König hat den Bez.-Amtm. zu Lohr, Reg.-Rath Otto Ferd. Rickels, an das Bezirksamt Würzburg versetzt, den Bez.-A.-Assessor Gg. Vogel zum Bez.-Amtm. in Volkach befördert, zum B.-A.-Ass. in Volkach den Access. der Reg. von Schwaben, K. d. J., Rud. Frhrn. v. Löffelholz-Colberg, zur Zeit dem Stadtcommissariate Nürnberg beigegeben, ernannt; die in Dürkheim erl. Landger.-Assessorsstelle dem funct. Staatsprocuratorsubst. Karl Böcking in Kaiserslautern auf Ansuchen verliehen, zum Lndger.-Assessor in Landau den funct. Staatsprocuratorsubst. Herm. Petri in Zweibrücken auf Ansuchen ernannt, den Notar Joh. Ldw. Wolffhügel von Rockenhausen auf Ansuchen auf die in Neustadt a. d. H. erledigte Notarstelle versetzt und die hiedurch erl. Notarstelle in Rockenhausen dem gepr. Notariatspract. Otto Geul in Zweibrücken verliehen; den Ger.-Schreiber Alex. Heßler zu Nordhalben auf Ansuchen als solchen an's Ldg. Weismain versetzt und zum Ger.-Schreiber am Ldg. Nordhalben den gepr. Rechtspr. Phil. Peter zu Herzogenaurach ernannt.

xx. **München**, 21. April. (XXX. öffentliche Sitzung der Abgeordneten-Kammer.) Forts. Abg. Appellr. Gürster erstattete Namens des I. (Justiz-) Ausschusses Vortrag über den Gesetz-Entwurf bezüglich der Anwendung einiger Bestimmungen des Straf-Gesetzbuches vom 10. Nov. 1861 auf die Gerichtsvollzieher und empfahl die beiden Artikel desselben zur unveränderten Annahme. Abg. Appellr. Dürrschmidt bemerkt, daß immer mehr die Frage sich in den Vordergrund dränge, ob es zweckmäßig sei, an dem gesetzlich festgesetzten Einführungstermine für den Civilprozeß (1. Juli 1870) noch festzuhalten, indem noch die Gerichtsvollzieher- und Gerichtsschreiber-Ordnung nicht nur zu erlassen seien, sondern auch die Zeit zum Studium des Prozesses als eine kurze erscheine, indem die Bemühungen, sich einen Einblick in die Handhabung des Prozeßverfahrens, wo schon die Mündlichkeit bestehe, bei Festhaltung des 1. Juli den Richtern abgeschnitten seien, ferner es den Anwälten, welche in Folge des neuen Prozeßverfahrens ihre Wohnsitze ändern müßten, schwer werden würde, sich für die Wahl des Wohnsitzes zu entscheiden, da noch immer die Annahme einer möglichsten Freigabe der Advokatur zu erwarten sei, endlich auch die durch Einführung des Prozesses nothwendigen Umsiedlungen zahlreicher Familien große Weitwendigkeiten verursachen würden. Mit Freuden würde es von Vielen begrüßt werden, wenn von der Staats-Regierung Aufklärung darüber gegeben würde, ob man am 1. Juli 1870 als Einführtermin festhalten oder im Interesse des Landes eine Verschiebung desselben in Aussicht stellen wolle. — Abg. Kastner erklärt: Beim hiesigen Gerichte, dessen Vorstand er sei, seien in sechs Jahren 75,000 Prozesse angefallen, so daß auf einen Monat mehr als 1000 Prozesse treffen; er kenne deßhalb das bisherige Prozeßverfahren durch und durch; aber er gestehe aufrichtig, daß er sich freue auf den Moment, in welchem an Stelle des alten Verfahrens das neue trete, indem er sich davon nur Gutes verspreche. Seine Bedenken wegen des Einführungstermines seien nicht aus einer oberflächlichen Prüfung oder nur aus ihm selbst geschöpft, sondern alle seine Collegen, namentlich die Praktiker theilten sie, und es gebe keinen, der nicht mit ihm die Meinung theile, daß eine Prolongation des Einführungstermines gut sein dürfte; — er spreche hier nur im Interesse und als Freund des Civilprozesses, weil er demselben jene Aufnahme wünsche, die er verdiene. Es bestehe gegen den neuen Prozeß von verschiedenen Seiten und aus verschiedenen Gründen eine gewisse Abneigung, eine Voreingenommenheit, und es sei sehr mißlich, wenn gleich bei der Einführung desselben, die nicht Allen erwünscht komme, sich Mißstände zeigten, welche geeignet seien, Handhaben zur Agitation gegen den Prozeß zu geben und zu dessen Diskreditirung bei der Bevölkerung führen könnten. Was die Verschiebung der Einführung wegen der Zeit zum Studium für die Richter anlange, so sei er der Ueberzeugung, daß wer mit dem Studium bis 1. Juli 1870 nicht fertig wird, es auch nicht bis zum 1. Oktober werden. Ihn genire nur die formale Handhabung des Prozesses, keineswegs die materielle, die Judication des Richters; es seien eben noch mehrere große und intensive Verordnungen zu erwarten, so namentlich die Gerichtsschreiberordnung. Wenn er, zusammenfassend einerseits den kurzen Zeitraum bis 1. Juli 1870 und anderseits den Umstand, daß noch mehr als zwei Dutzend Verordnungen nicht bloß gelesen und studirt, sondern auch erbaut sein wollen, wenn sie anders ersprießliche Dienste leisten sollen, seinen Bedenken Ausdruck gegeben habe, so werde dieß gerechtfertigt erscheinen, damit nicht bei später etwa sich ergebenden Anständen gesagt werden könne, es seien Praktiker in der Kammer gewesen und hätten nicht geredet. — Abg. Louis (Pfälzer) sehnt sich keineswegs nach eiliger Einführung des neuen Prozesses; die Pfalz sei froh, wenn man ihr den alten Prozeß recht lange lasse. Der Referent habe im I. Ausschusse geäußert, es werde die Einführung des Civilprozesses auch für den Fall gelingen, als die Advokatenordnung und Taxordnung auch nicht vereinbart werden sollte; — er sei gegentheiligen Ansicht, und werde der Prozeß ohne eine vereinbarte Taxordnung eingeführt — die Anwaltsordnung werde weniger influiren —, so könne daraus nur das größte Chaos in der Rechtssprechung, und was damit zusammenhängt, hervorgehen, denn der neue Prozeß habe Akte, die nicht mit denen der bestehenden pfälzischen Taxordnung von 1798 übereinstimmen, wodurch die ärgsten Controversen entstehen müßten. Er verwahre sich gegen Einführung des Civilprozesses ohne Taxordnung. Wegen der Gerichtsvollzieherordnung wolle er keine Beanstandung erheben, aber ohne Gerichtsschreiberordnung könne der Prozeß auch nicht eingeführt werden; er wisse nicht, ob sie schon vorliege, aber erläßlich sei sie sicher noch nicht.

Der k. Staatsminister v. Lutz erklärt, daß die Frage der Einführung des Civilprozesses mit dem der Berathung unterstellten Gesetz-Entwurfe nichts zu thun habe, denn der letztere enthalte nur die Bestimmung, daß er an dem gleichen Tage, wie der Civilprozeß Geltung bekommen solle, und er könne daher, ohne irgend eine Meinung zu präjudiciren, angenommen werden. Die Herren Vorredner hätten sich jeder Andeutung darüber enthalten, was für ihn gerade der entscheidende Punkt sei, nämlich bis zu welchem Termine sie die Einführung hinausgeschoben wissen wollten, so daß man zu der Annahme kommen könnte, es handle sich um eine Verschiebung auf die griechischen Kalenden. Mit Freuden lege er bei dieser Gelegenheit den Standpunkt der Staats-Regierung in Bezug auf die Einführung des Prozesses dar. Es gebe viele Gegner des Prozesses aus vielen verschiedenen Gründen, — und Befürchtungen für ihre materielle Stellung seien nicht die geringsten — und es sei deßhalb in der Presse vielfach und mit verschiedener Taktik gegen sein Zustandekommen agitirt worden, erst, daß er nicht heilsam sei, daß das Volk ihn nicht wünsche u. s. w., dann, als dieß nicht Erfolg hatte, durch die Behauptung, er sei dem Ministerium selbst verleidet geworden, es wolle ihn nicht, thue deßhalb nichts, wolle seine Einführung vertagen ꝛc. — Die Staatsregierung wolle aber den

Prozeß allen Ernstes und glaube, daß er bis zum 1. Juli gut eingeführt werden könne. Es sei zwar von den vielen großen Verordnungen und Instruktionen, die bis dahin nicht mehr verdaut werden könnten, gesprochen worden, aber er halte das für eine Uebertreibung, denn die wesentlichsten Verordnungen seien bereits dem Abschlusse nahe, und die Gerichtsschreiberordnung im Principe festgestellt und nach 6—7 Wochen Zwischenraum könnte auch sie veröffentlicht werden; ebenso werde die Advokatengebührenordnung bald fertig; das Studium derselben biete keine besondere Schwierigkeit und Mühe, die übrigen Verordnungen seien klein und unbedeutend und ohne alle Schwierigkeit. Er fasse seine Anschauung kurz dahin zusammen: Das Justizministerium werde mit der Ausarbeitung der Verordnungen noch so rechtzeitig fertig werden, daß sich die Betheiligten noch gehörig mit denselben vertraut machen können. Was die Verschiebung der Einführung wegen des Studiums des Prozesses anlange, stimme er völlig dem Abg. Kastner bei und glaube, daß eine solche Rücksichtnahme nur die traurige Folge haben würde, daß sich der Glaube im Volke verbreiten würde, es sei der Staatsregierung nicht Ernst mit dem neuen Prozesse. — Wer denselben Aug in Auge kennen lernen wolle, der möge sich nur um Urlaub an ihn wenden; er werde ihn stets in liberalster Weise gewähren. — Mit der Einführung des Prozesses werde keine große Organisation der Gerichte, keine zahlreiche Beförderung kommen, was man vielseitig zu erwarten scheine, **er hoffe diese Einführung ohne eine größere Belastung der Staatskasse durchführen zu können.** (Bravo.) Wenn Abg. Kastner bezüglich der glatten Durchführung des Prozesses in formaler Hinsicht Bedenken habe, so hege er auch in dieser Beziehung keine große Hoffnung, aber so einschneidende Neuerungen, wie der Prozeß eine sei, würden sicher gar nie ohne Schwierigkeit sich vollziehen lassen, wie lange man auch mit der Einführung zuwarten möge; — übrigens hoffe er, daß bei dem guten Willen und der vorhandenen Geschäftsgewandtheit der Beamten die Durchführung sich machen lasse, wie es auch vor 20 Jahren bei der Einführung des neuen Strafprozesses gegangen sei, wodurch man für dießmal schon einen großen Schritt voraus habe. Die Besorgniß, ob die Gerichtsvollzieherskandidaten bis zum 1. Juli gehörig qualificirt sein würden, theile er nicht und er halte gerade ihretwegen am 1. Juli als Einführungstermin fest. Er müsse ihnen das Zeugniß geben, daß sie mit größter Mühe und allem Fleiße ihren Studien obgelegen, und sei nach den eingegangenen Gutachten über deren Leistungen überzeugt, daß schon heute für diese Funktion das nöthige Personal vorhanden sei. Er würde es für unverantwortlich halten, die Hoffnungen dieser Männer, für welche die Einführung des Prozesses eine Lebensfrage ist, welche größtentheils schon ihren früheren Beruf aufgegeben haben in der sichern Erwartung, daß der Prozeß baldigst eingeführt werde, zu täuschen, abgesehen, daß sie bei einer Hinausschiebung des Prozesses, während sie jetzt frisch vom Unterrichte in die Praxis treten, wieder einen Theil des Gelernten vergessen möchten; deßhalb halte er am Termine des 1. Juli fest.

Abgeordneter Dr. Völk gibt die bestimmte Erklärung ab, daß er keine Verschiebung der Prozeßeinführung ad calendas graecas wolle. Möglich sei es, den Civilprozeß am 1. Juli einzuführen; aber die Ausführungen des Hrn. Justizministers hätten ihm die Ueberzeugung nicht genommen, daß es besser wäre, den Termin bis 1. Okt. hinauszurücken. Die Aussichten der Gerichtsvollzieherskandidaten wolle man damit nicht trüben. Wer bis zum Oktober das Gelernte vergesse, werde nie ein tüchtiger Jurist werden. Der Strafprozeß und sein Mechanismus verhalte sich bezüglich der Schwierigkeit zum neuen Civilprozeß gegenüber wie 1 : 10. Das Studiren dieses Prozesses, namentlich des mechanischen Theiles desselben, sei gar nicht leicht; derselbe enthalte große Schwierigkeiten in Bezug auf formale Handhabung; daß man in einem Vierteljahre mehr vorbereitet sein werde, als jetzt, sei gewiß. — Abg. Dr. v. Schauß glaubt, der Civilprozeß sei bis zur Stunde nicht so vorbereitet, daß man dessen Wirkungen bei einem so nahen Einführungstermine ermessen könne. Nicht allein von der Form der Judicatur hänge die Frage über das Wirken des neuen Civilprozesses ab, sondern auch der Preis derselben sei in Betracht zu ziehen. Wären die Kosten unerschwinglich, so würde er gegen dessen Durchführung sein. Würde der Civilprozeß mit dem 1. Juli eingeführt, so kämen so ziemlich alle Richter um ihren Urlaub ein, da sie sich in dieser heißen Jahreszeit doppelt beschwert fühlen würden durch die Berufsarbeit bei Tag und das Studium des Prozesses bei Nacht. — Der k. Staatsminister v. Lutz erklärt, er wolle die Schuld, so weit es sich um den 1. Juli handle, auf sich nehmen. Er habe selbst darum gebeten, daß man den 1. Juli als Einführungstermin in das Gesetz aufnehme. Dem Abg. Dr. Völk danke er für seine Erklärung, daß er die Einführung des Civilprozesses wirklich wolle. Als Einführungstermin halte er den 1. Juli entschieden fest. Man habe gezweifelt daran, daß es noch möglich wäre, die Gerichtsvollzieherordnung durchzustudiren. Dieselbe habe 48 Paragraphe, und davon handeln über die Geschäftsordnung nur § 3 und 4. — Refer. Gürster: Der Ausschußantrag sei nur ein eventueller und präjudizire keine Meinung! Die Frage, ob und wann der Civilprozeß eingeführt werde, hänge mit dem Ausschußantrage nicht zusammen. In dieser eventuellen Auffassung beantrage er, dem Ausschußantrage die Zustimmung zu ertheilen. Der Antrag wurde mit allen Stimmen gegen die Bucher's angenommen.

Hierauf erstattete der Abg. Wiesnet Vortrag über die Rechnungsnachweisungen der im Budget nicht enthaltenen Staatsfonds (bezüglich dessen wir auf Nr. 100 unseres Blattes verweisen). Hiebei richtete Dr. Völk, anknüpfend an einen früheren Kammerbeschluß, demzufolge die Zinsen des allgemeinen Industriefondes für technische Lehranstalten verwendet werden sollen, die Anfrage an den k. Staatsminister des Handels, v. Schlör, ob die benannten Zinsen auch nach Confessionsquoten ausgeschieden werden sollen? Wenn man einmal Etwas wolle, so solle man es ganz wollen; todte Kapitalien ließen sich eher nach Confessionsquoten ausscheiden, als lebendige Professoren. Auch bezüglich der im Referate Greil's vorkommenden Aeußerung v. Schlör's, daß er in Zukunft bei Besetzung der Lehrstellen an den technischen Schulen dem confessionellen Bevölkerungsverhältnisse, $^2/_3$ Katholiken zu $^1/_3$ Protestanten, Rechnung tragen wolle, wünsche er Aufklärung; er halte es für unmöglich, daß ein bayerischer Minister so Etwas gesagt habe.

Der k. Staatsminister v. Schlör erklärt, er werde um seine Stellung zu dieser Frage vollständig klar darzustellen, der Hauptsache nach Dasjenige wiederholen, was er im Ausschuße über die Besetzung der Lehrstellen an der polytechnischen Schule und technischen Schulen im Allgemeinen gesagt habe. Unmittelbar, nachdem die Besetzung der Lehrstellen an der polytechnischen Schule bekannt geworden, hätten öffentliche Organe Veranlassung genommen, ihren Tadel über die Art und Weise der Besetzung auszusprechen. Abg. Greil scheine zu glauben, daß bei Besetzung der Professuren am Polytechnikum irgend eine Tendenz obgewaltet habe, die er nicht billigen könne. Als er (Redner) in's Amt getreten, habe er die Ueberzeugung gewonnen, daß die Verordnung vom Jahre 1864 über Constituirung der polytechnischen Schule nicht durchführbar sei. Deßhalb habe er dahin getrachtet, für die polytechnische Schule eine Organisation zu finden, welche sie konkurrenzfähig mache mit bereits bestehenden Schulen. Nach langen Verhandlungen sei eine solche Organisation zu Stande gekommen. Allein man könne eine Schule nicht machen durch eine Organisationsvorlage; die Schule müsse gemacht werden durch die Lehrer und deßhalb sei es seine heilige Pflicht gewesen, bei der Auswahl der Lehrer mit der größten Gewissenhaftigkeit zu verfahren. Es sei seine Aufgabe gewesen, die tüchtigsten Lehrkräfte zu gewinnen und für diese Arbeit sei nur eine kurze Spanne Zeit gegönnt gewesen. Er dürfe mit einiger Befriedigung anführen, daß die Besetzung dieser Anstalt in einer Weise erfolgte, welche ihr den gebührenden Rang unter ähnlichen Anstalten vollkommen sichere. Schon nach drei Semestern weise die Anstalt eine Frequenz nach, wie das Züricher Polytechnikum erst nach 5—6 Jahren. Kaum seien die Namen der Männer bekannt gewesen, welche berufen werden sollten, so habe man sich veranlaßt gesehen, auf ein Verhältniß hinzuweisen, das ihm vorher vollständig entgangen sei; daß nämlich unter 24 Professoren 18 Protestanten und nur 6 Katholiken waren. Bevor er auf dieses Verhältniß aufmerksam geworden, habe er nicht daran gedacht, darnach zu fragen, welcher Confession der Einzelne an-

gehöre, sondern seine Frage sei einzig und allein die gewesen, ob der zu berufende Lehrer seiner Aufgabe gewachsen sei. Das erwähnte Verhältniß sei ihm auffällig vorgekommen und er habe zu seiner Privatinformation Nachforschungen darüber angestellt, wie viele Schüler in den technischen Schulen der einen oder anderen Confession angehörten. Das Resultat daraus habe ihm den Schlüssel zum Räthsel gegeben. Er habe in einer Weise, welche mehr als Conversation denn als Debatte aufgefaßt werden dürfte, betont, daß vor Allem die Tüchtigkeit entscheiden müsse und könne; dessen ungeachtet habe er zugeben können, daß unter einer Voraussetzung selbst die Confession in Betracht gezogen werden könnte. Wenn für eine Vakatur zwei ganz gleich befähigte Individuen vorgeschlagen würden, könnte man die confessionelle Beziehung nach dem Verhältnisse der Bevölkerung in Betracht ziehen. Kein gewissenhafter Mann, habe er was immer für eine Confession, kein vernünftiger Mann werde sich dazu verleiten lassen, die Besetzung von Lehrstellen mit Rücksicht auf die Confession zu entscheiden, wenn einmal feststehe, wer der tüchtigste sei. Gegen Eines müsse er sich noch verwahren. Es sei im Protokolle angeführt, durch die Kürze der Zeit, die für die Auswahl des betreffenden Lehrpersonals gegönnt war, sei die Prüfung der Zulässigkeit der Lehrer nicht mit der angemessenen Gewissenhaftigkeit und Genauigkeit vorgenommen worden. Auf dieses hin habe er erklärt, wenn er das Polytechnikum nochmals zu besetzen hätte, würde er es wieder ebenso besetzen. (Schl. f.)

Lokales und Provinzielles.

München, 22. April.

Ihre Maj. die Königin-Mutter hat für die Fahnen des Infanterie-Leibregiments prachtvolle Fahnenbänder gestickt, deren Uebergabe und Anheftung an die Fahnen am nächsten Sonnabend vor der Front des in Parade aufgestellten Regiments erfolgen wird.

— Der älteste Generallieutenant der Armee, Max Graf von Lerchenfeld, Premier-Lieutenant der k. Leibgarde der Hartschiere, ein würdiger Veteran, ist im Alter von 83 Jahren gestern Abends gestorben.

* Die von der Privatgesellschaft „Rennklub“ am Ostersonntag im Elysium unter der Leitung des Herrn Binder zum Besten der freiwilligen Armenpflege veranstaltete theateralische Vorstellung ging in äußerst gerundeter Weise und mit sehr günstigem materiellen Erfolg vor sich. Die genannte Gesellschaft, ermuthigt durch dieses erfreuliche Resultat, veranstaltet am nächsten Sonntag zum Besten der hiesigen Stadtarmen abermals eine solche Vorstellung, hat hiezu die beliebte Posse „Peter Zapfl“ gewählt und hat die Titelrolle der in weiteren Kreisen bekannte Komiker, Herr Seibl, unterstützt von mehreren Mitgliedern des heimgegangenen Aktientheaters, übernommen, weßhalb wir gleichfalls wieder einem heiteren und genußvollen Abend entgegensehen dürfen.

h. Das Gespräch des Tages ist in Künstlerkreisen nicht das Concil, nicht das Plebiszit, nicht die Todesstrafe, nicht das schlechte Bier, sondern die Ateliernoth. Seit der vorjährigen internationalen Kunstausstellung hat sich aus allen Theilen Deutschlands und Europas, ja aus allen Welttheilen eine Menge von Malern hier niedergelassen. Man spricht von 400. Diese Zahl mag übertrieben sein; jedenfalls sind es aber mehr als 250. Da nun jeder dieser Neuangekommenen ein Atelier braucht, so ist es leicht begreiflich, daß nicht nur eine Anzahl neuer Ateliers entstanden ist, daß nicht nur jeder Winkel, der sich auch nur annähernd dazu qualifizirt, in ein Atelier umgewandelt oder doch wenigstens umgetauft worden ist, sondern daß auch für die Ateliers Preise bezahlt werden, die unerhört sind. Ein Stübchen auf dem Hofe über 5, sage fünf Treppen, das zufällig nach Norden hinausgeht und durch ein hohes, klappriges Dachfenster erhellt wird, kostet 8 bis 10 fl. monatlich, ein etwas anständigeres 12 bis 20 fl. monatlich. Natürlich ohne Möbel, Bett, Bedienung 2c., die extra bezahlt werden. Bei der Leichtigkeit, mit der sich fast in jedem Wohngebäude Ateliers anbringen lassen oder ein gewöhnliches, selbst einfenstriges Zimmer in ein Atelier umgewandelt werden kann, dürfte es zeitgemäß sein, die Herren Hausbesitzer und Bauherrn auf das vorhandene Bedürfniß aufmerksam zu machen. Da der Zuzug von Künstlern hierher keineswegs abnimmt, vielmehr die Bedeutung Münchens als Centralpunkt der Malerei immer wächst und besonders durch die bevorstehende Kunstausstellung gehoben werden wird, so ist auch für die Zukunft mit Bestimmtheit vorherzusehen, daß die Nachfrage nach Ateliers das Angebot stets bedeutend übersteigen wird.

ϱ (Aus der gestrigen Sitzung des Gemeindecollegiums) ist außer der an der Spitze des Blattes stehenden Erklärung des Hrn. Dr. Erhardt noch die Debatte zu erwähnen, welche bei der Bescheidung von 68 Gesuchen um Concessionen zum Kleinhandel mit Spirituosen entstand. Der Ausschuß schlug vor, die Verleihung von Concessionen an 43 Bewerber, — nämlich an Krämer, welchen schon bisher der Detailhandel mit Branntwein erlaubt war — beim Magistrate zu begutachten, was auch nach Ablehnung des Antrages des Hrn. Weibert, welcher sämmtliche Bewerber abgewiesen wissen wollte, beschloßen wurde. Als erheiternde Episode erwähnen wir, daß der zur Sitzung beigezogene magistratische Gewerbereferent mittheilte, daß Krämer in der Au das Verbot des Branntwein-Detailverkaufs dadurch umgingen, daß sie sich kleine, genau für einen Kreuzer Branntwein fassende Fläschchen anschafften, füllten und versiegelt verkauften, wodurch dem Wortlaute des Gesetzes, daß Spirituosenverkauf in versiegelten Flaschen erlaubt sei, genügt wurde!

ϱ (Aus der öffentl. Magistratssitzung vom 22. April.) Nach Erledigung einer Reihe unwesentlicher Dinge ohne besonderes allgemeines Interesse machte Hr. Rechtsrath Ruppert Mittheilung über die Beschlüsse, welche die seinerzeit niedergesetzte Cumulativkommission zur Prüfung und Behandlung der Schlachthausfrage (sie besteht aus dem Bauausschuß und aus je 4 weiteren Mitgliedern der beiden Kollegien) nunmehr gefaßt hat. Referent schickte einen kurzen historischen Ueberblick über den Gang der Entwicklung dieser Frage voraus, aus der wir als neu und noch nicht bekannt hervorheben, daß unterm 11. April l. J. eine Entschließung der Regierung an den Magistrat ergangen ist, worin die Staatsregierung ihre Geneigtheit zu erkennen gibt, eine Gesetzes-Vorlage auf Abänderung des Art. 200 Abs. 2 des Pol.-Straf-G.-B. dahin gehend, daß der allgemeine Schlachtzwang durch ortspolizeiliche Vorschrift dahier eingeführt werden kann, den Kammern vorzulegen, falls die beiden Gemeindekollegien neuerdings einen hierauf abzielenden Beschluß fassen würden, und bemerkte dann weiter, daß die Beschlüsse der Cummulativkommission nach eingehendster Erwägung sämmtlicher, in diese Frage einschlägiger Momente mit allen Stimmen gegen jene des Hrn Metzgermeisters Hayler (Hr. Bletschacher, Gastwirth zum blauen Bock war nicht anwesend) gefaßt worden seien. Sie lauten: 1) die in den Akten niedergelegten Gründe rechtfertigen vollkommen die Einführung des allgemeinen Schlachtzwanges, und es solle die gesetzliche Ermächtigung hiezu auch jetzt noch ernstlichst angestrebt werden; 2) solle ein provisorisches Schlachthaus mit möglichst geringem Kostenaufwand auf dem linken Isar-Ufer zunächst der Reichenbachbrücke auf dem sogenannten Gänsemarkte hergestellt werden. Nach einer längeren lebhaften Debatte, bei welcher sich der Referent und die HH. Räthe Schanzenbach, Zechmeister, Thomaß, Sachsenhauser für die Kommissionsanträge, dagegen die HH. Chorherr, Riedmayer und Gailhofer gegen die Anstrebung des allgemeinen Schlachtzwanges, sowie Hr. Billing gegen ein Provisorium aussprach, wurde der Antrag sub 1) mit allen gegen 3 Stimmen (Chorherr, Gailhofer, Riedmayer) und jener sub 2) mit allen gegen 4 Stimmen (die Obigen und Billing) angenommen. Wenn wir auf die Debatte nicht weiter eingehen, so liegt der Grund darin, daß sie außer den längst bekannten und schon oft besprochenen Ansichten, die sich in dieser Frage geltend gemacht haben, nichts Neues bot. (Schluß f.)

Würzburg, 20. April. Gestern Morgens fand ein Artilleriehauptmann einen Artillerieoberlieutenant, den kürzlich hieher gekommenen Adjutanten des Generalmajors v. Lutz, in einem Chausseegraben beim Kugelfange liegend. Der Oberlieutenant hatte von der Staatsstraße aus über den Graben auf den Kugelfangplatz setzen wollen, das Pferd aber war gestürzt und brachte beim Wiederaufspringn dem liegenden Reiter mehrere Hufttritte bei. Der Verletzte konnte we-

gen heftiger Schmerzen nicht in sein Haus, sondern nur in den näher liegenden „Kronprinzen“ gebracht werden.

Kaufbeuern, 20. April. Heute Nacht 1 Uhr brannten in Aich die Häuser des Ulrich Gretschmann, Johann Geiger, der Marianne Burkhardt, des Franz Xav. Pschorr sammt Oekonomiegebäuden bis auf den Grund ab. Gerettet wurde alles Vieh, das Mobiliar nur theilweise. Unvorsichtigkeit soll an dem Unglücke Schuld sein. Wie gewöhnlich — leider — sind die Betroffenen im Ganzen nur mit 1800 fl. versichert, während sich der Brandschaden auf ca. 10,000fl. belauft.

Gerichtssaal.

λ. **München**, 22. April. Gestern wurde vor dem Schwurgerichte noch die Anklage gegen den ehemaligen Bäckergesellen Jakob Winhart von Haidhausen verhandelt; derselbe, bereits früher wegen Kirchendiebstahls bestraft, wurde an einem Dezemberabende v. J. in der Kirche zu Sendling vom Meßner ertappt, wie er sich an dem geschlossenen Gitter, welches den Kirchenraum in zwei Theile trennt, zu schaffen machte. Auf des Meßners Frage, was er da wolle, antwortete Winhart: Nichts und gab Fersengeld. Der Meßner sah jetzt einen Dietrich im Schloße des Gitters stecken; er verfolgte den Winhart und holte denselben ein, der heute für sein Verschulden mit 4 Jahren Zuchthaus belegt wurde. — Nachmittags wurde gegen den 23jährigen Stephan Mayer, led. Dienstknecht von Nantwein, angeklagt des Mordversuches und Raubes an der 73jährigen Taglöhnerswittwe Mar. Burghart von Tölz, verhandelt. Die Burghart wollte im Oktober v. J. in Eurasburg ihren Sohn besuchen und kehrte auf dem Wege dahin im Wirthshause zu Kirchberg ein, woselbst sie den ihr unbekannten Angeklagten traf, den sie um den Weg fragte. Derselbe schloß sich ihr sofort als Begleiter unter der Angabe an, daß er dort bei Bar. v. Beck Bedienter sei. Unter dem Vorgeben, einen näheren Weg zu benützen, führte Mayer die Burghart durch ein Wäldchen und als ihr die Sache unheimlich zu werden begann und sie umkehren wollte, gab ihr Mayer mit einem Prügel mehrere Hiebe auf den Kopf, so daß sie zusammenstürzte, worauf er ihr den Geldbeutel mit 2 fl. 15 kr. aus dem Rocksacke nahm und floh. Bald darauf wurde die Burghart aufgefunden, die in Folge der Mißhandlung 71 Tage arbeitsunfähig war; auch der Thäter wurde bald eruirt und gab dem Gendarmen an, er habe die Burghart, um die Entdeckung zu vermeiden, tödten wollen, was er jedoch heute in öffentlicher Sitzung läugnete. Nichtsdestoweniger erfolgte die Verurtheilung im Sinne der Anklage und ward Mayer zur lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilt. — Heute Vormittag stand der 28 Jahre alte Metzgerssohn Christian Lemmer von hier, seit 1868 Postbote zu Stein und als solcher verpflichtet, wegen Amtsuntreue und Unterschlagung vor den Geschworenen. Er unterschlug 49 fl., die er auf eine Postanweisung einzuzahlen hatte und sollte am 7. Okt. 1869 ein auf der Post von Passau angekommenes Geldpaquet an den Bauer Seehuber in Kirchberg überbringen; er verwendete aber die in demselben enthaltenen 81 fl. 30kr. für sich zu Kleidern und Schuldendeckung. Als Seehuber der von der Absendung des fraglichen Geldes durch den Absender Kenntniß bekommen hatte, dasselbe bei der Posterpedition zu Stein reklamirte, wurde Lemmer zu Rede gestellt und das Postbestellbuch nachgesehen, woselbst die Ablieferung des Geldpaquetes noch nicht bestätigt war, was Lemmer damit entschuldigte, daß er das Geld in Abwesenheit Seehubers an dessen Frau übergeben habe, und die Empfangsbestätigung morgen beibringen werde, was er auch that. Hiemit glaubte man die Sache erledigt, aber bald reklamirte Seehuber wiederholt und nunmehr gestand Lemmer sein Vergehen. Das Urtheil lautete auf $2^1/_2$ Jahre Gefängniß.

Elberfeld, 13. April. Ueber eine interessante Strikeaffaire, die heute vor dem hiesigen Zuchtpolizeigericht ihre Erledigung fand, berichtet die „Elb. Ztg.“: Vor einigen Wochen veräußerte ein hier am Ostersbaum wohnender Seidenweber, welcher einige Tage schon die Arbeit eingestellt und die Zeit sich in den Wirthshäusern verkürzt hatte, die auf dem Webestuhl in seiner Wohnung befindliche seidene Kette seiner Arbeitsherren. Ein Unterhändler aus Barmen führte ihm nämlich einen Käufer in die Stube, der nicht beim Namen genannt und, weil er schwarzes Haar und Bart hatte, nur kurzweg der „Schwarze“ genannt wurde. Zuerst sprach man der Schnapsflasche tüchtig zu, der Handel war bald abgeschlossen und der Kaufpreis mit einer Banknote von 25 Thalern und einem Einthalerschein durch den „Schwarzen“ sofort entrichtet. Der Empfänger des Papiergeldes hatte nichts Eiligeres zu thun, als um den noch nicht gelöschten Durst zu befriedigen, damit zum Wirthshause zu gehen; aber o weh! der „Schwarze“ hatte ihn betrogen, ihm statt echten Papiergeldes Räucherpapierthaler gegeben. Die ganze Gesellschaft stand heute vor der Zuchtpolizeikammer und wurde der Weber mit 3 Monat, der Unterhändler mit 6 Monat und der „Schwarze,“ der heute ungefärbt mit hellblondem Haar und Bart erschien, gleichfalls mit 6 Monaten Gefängniß bestraft.

Vermischtes.

— **Paris**. Montag Abend um 7 Uhr ereignete sich eine blutige Scene in dem Hause Nr. 7 der Rue du Cardinal Feich. Ein Mann kam dorthin und fragte den Concierge, ob der Banquier Espir dort wohne; er komme, um ihn zu tödten. Der Concierge, der bei diesen Worten den Kopf verlor, entgegnete: „Ja, er kommt gerade die Treppe herunter.“ Der Unbekannte fiel nun über Espir her und versetzte ihm mit einem Todtschläger einen so heftigen Schlag über den Kopf, daß er zu Boden stürzte. Espir raffte sich aber sofort auf, und seinen Stockdegen ziehend, stieß er ihn dem Angreifer in den Leib, der einige Schritte zurücktrat und dann bewußtlos zusammenbrach. Espir wurde sofort verhaftet. Der Mann selbst wurde nach dem Spital gebracht und man zweifelt an seinem Aufkommen. Wie man erfährt, hatte der Mann Espir aus Eifersucht tödten wollen. Er lebt nämlich von seiner Frau getrennt, die sich von ihm scheiden lassen will und die ein Verhältniß mit dem Banquier haben soll.

— Jüngst wurde eine ungefähr 40 Jahre alte Engländerin, Namens Louisa Creecy aus Dublin, welche sich für einen Nachkommen der Stuarts ausgibt, in dem reservirten Theile des Tuilerieengartens, wo sie sich eingeschlichen und versteckt hatte, verhaftet. Zu einem Oberbeamten der Tuilerieen geführt, gestand sie, daß sie schon mehrere Male versucht habe, sich in die Tuilerieen einzuschleichen, daß es ihr aber bis dahin nicht gelungen sei. Sie habe eine unwiderstehliche Leidenschaft für Napoleon III., von dem sie Kinder zu haben wünsche. Man ließ sie vom Arzte untersuchen und sandte sie dann nach der Polizei-Präfectur und von dort in ein Krankenhaus, wo man sie zur Verfügung ihrer Familie hält, welche von dem Vorgefallenen in Kenntniß gesetzt wurde. Diese Dame wohnte in dem Hotel du Pavillon, welches in der Rue Rivoli, den Tuilerieen gegenüber, liegt und wo die Exkönigin Isabella nach ihrer Ankunft in Paris ihre Residenz aufgeschlagen hatte. Die Engländerin war im ganzen Quartier durch ihr auffallendes Benehmen bekannt. Sie besuchte alle Kaffeehäuser und Restaurationen in der Umgegend der Tuilerieen, wo ihre plötzliche Verhaftung seit drei Tagen das Tagesgespräch bildet.

[Diebstahl am Grabe Peabody's.] Den Newyorker Blättern zufolge brachen am 10. März Diebe in das Grab Peabody's ein und stahlen die silberne Platte und das Gehänge von dem Sarge. Tags darauf wurden sie verhaftet und mußten ihre Beute aufgeben.

Telegraphische Nachrichten.

Stuttgart, 21. April. Der „Staatsanzeiger“ bestätigt die Berichtigung, welche die „Allgemeine Zeitung“ in Nr. 109 der Behauptung der „Weser-Ztg.“ über eine in Stuttgart eingelaufene Note der preußischen Regierung, betreffend das Schutzbündniß eventuell gegen innere Feinde, gegeben hat. Eine Note dieses oder ähnlichen Inhalts ist weder zu Händen noch zur Kenntniß der württembergischen Regierung gekommen.

Berlin, 21. April. Das Zollparlament wurde im weißen Saale vor etwa 120 Mitgliedern eröffnet. Darunter fanden sich

Mitglieder der süddeutschen Fraktion, ferner Prinz Albrecht von ;reußen, Molte, Steinmetz und sonst nur Mitglieder der konser- ativen Fraktion. Delbrück verlas die Eröffnungsrede, worauf der llterspräsident Frankenberg-Ludwigsdorf ein Hoch auf den König on Preußen ausbrachte.

Berlin, 21. April. Das Zollparlament ist heute durch :n Minister Delbrück mit folgender Rede eröffnet worden: „Sehr eehrte Herren vom deutschen Zollparlement! Seine Majestät der 'önig von Preußen hat mir den Auftrag zu ertheilen geruht, das eutsche Zollparlement im Namen der zum deutschen Zoll- und andelsverein verbundenen Regierungen zu eröffnen. Das von hnen im vorigen Jahre genehmigte Vereinszollgesetz ist nach Fest- ellung der zur Ausführung desselben nöthigen Anordnungen durch en Bundesrath des deutschen Zollvereins in Wirksamkeit getreten.)ie dem Verkehre dadurch gewährten Erleichterungen haben dank- are Anerkennung gefunden. Die Wirksamkeit des Gesetzes über ie Besteuerung des Zuckers, welches im vorigen Jahre Ihre Ge- ehmigung erhalten hat, ist von zu kurzer Dauer, um über dessen :rfolg schon jetzt mit Sicherheit zu urtheilen. Jedenfalls beweist er, trotz der Ermäßigung des Zolles eingetretene Rückgang der ierzollung von ausländischem Rohzucker, daß die inländische Zu- ererzeugung durch die neue Regulirung des Verhältnisses zwischen em Eingangszolle und der Rübenzuckersteuer in keiner Weise ge- hädigt worden. Eine Ergänzung der durch dieses Gesetz einge- retenen Reform der Zuckerbesteuerung soll durch einen, der Be- athung des Bundesrathes unterliegenden Gesetzentwurf herbeige- ährt werden. Die Fabrikation von Zucker und Syrup aus Stärke at im Zollvereine eine Ausdehnung erreicht, welche die Steuer- reiheit dieser Artikel zu einer mit den Interessen der Zuckerindu- rie, wie der Staatsfinanzen unvereinbaren Begünstigung macht.)ie schon im Artikel 3 des Zollvereinsvertrages vorbehaltene und er Gerechtigkeit entsprechende Abstellung dieser Begünstigung soll urch eine Besteuerung des aus Stärke bereiteten Zuckers und Sy- ups nach den für die Rübenzuckersteuer festgestellten Grundsätzen rreicht werden. Ein zweiter, denselben Zweig der Steuergesetz- ebung betreffender Entwurf ist bestimmt, eine der Rübenzucker- ndustrie lästige Controlvorschrift zu beseitigen, nachdem aus der :rfahrung sich deren Entbehrlichkeit ergeben hat. Seit Jahren ehlte es in Mexiko dem deutschen Handel und der deutschen Schiff- ahrt an einer vertragsmäßigen Sicherung ihrer Interessen und ahlreichen dort wohnenden Deutschen an einer vertragsmäßigen Garantie ihrer Rechte. Ein nach Ueberwindung zahlreicher Schwie- igkeiten zu Stande gekommener Handelsvertrag zwischen dem Zoll- ereine und Mexiko, welcher Ihnen vorgelegt werden wird, soll iese Lücke in den vertragsmäßigen Beziehungen des Zollvereins um Ausland ausfüllen und den umfangreichen Verkehrsbeziehungen wischen beiden Ländern eine gesicherte Grundlage und damit die Vorbedingung kräftigen Aufschwungs gewähren. Gleiche Zwecke erfolgt ein Vertrag mit dem Königreich der hawaiischen Inseln, essen Genehmigung bei Ihnen beantragt wird. Die Revision des Vereinszolltarifs wird Sie von Neuem beschäftigen. Der sorgfältig evidirte Entwurf verfolgt wie früher den Zweck, neben einer we- entlichen Vereinfachung des Tarifs und Erleichterung des Verkehrs nd Verbrauchs die finanzielle Grundlage unseres Tarifsystems zu räftigen, damit nicht die durch zahlreiche Zoll-Befreiungen und Zoll-Ermäßigungen in den letzten Jahren herbeigeführte Vermin- erung der Zolleinnahmen die wirthschaftliche Gestaltung der Steuer- ysteme in den Vereinsstaaten gefährde. In den Veränderungen, elche der Entwurf erfahren hat, haben die Bedenken, welchen inzelne der im vorigen Jahre gemachten Vorschläge begegneten, hunlichste Berücksichtigung gefunden. Insbesondere ist für die Her- eiführung eines Mehrertrages ein Verbrauchsgegenstand ins Auge efaßt, dessen höhere Belastung die schon früher im Zollvereine emachten Erfahrungen als zulässig darstellen. Eine Verständig- ng auf dieser neuen Grundlage wird, indem sie die Ausführung iner den Verkehrsinteressen erwünschten Reform des Tarifs er- möglicht, dem nachtheiligen Zustande der Ungewißheit über dessen weitere Gestaltung ein Ende machen. Mit dieser Tarifreform wer- den Sie, geehrte Herren, die letzte Session einer Legislaturperiode würdig schließen, welche durch die Erweiterung des Vereinsgebietes nach der Ostsee und Nordsee, durch die Herstellung des freien Ver- kehrs mit Tabak, durch eine der Entwicklung des Handels ent- sprechende Umgestaltung der Zollgesetzgebung und durch die Re- form der Zuckerbesteuerung Zeugniß abgelegt hat, für den Erfolg der Institutionen, welche in dem Zollvereinsvertrag vom 8. Juli 1867 geschaffen sind.“

Paris, 22. April. Die „Agence Havas“ meldet: Es steht fest, daß Marquis de Banneville die französische Note dem Cardinal Antonelli auf offiziöse Art und ohne eine Copie zu über- geben, mitgetheilt hat. Man versichert, daß die Mächte, welche die französische Note mündlich unterstützen sollten, indem sie die Hoffnung aussprechen, das Concil werde die weisen Bemerkungen Frankreichs würdigen, nur dann eine Mittheilung zu machen hät- ten, wenn die Note in offizieller Weise überreicht worden wäre.

Paris, 21. April. Wochenausweis der Bank von Frank- reich. Baarvorrath 1,306,543,579 Fr., Zunahme 4,733,467 Fr., Wechselbestände 509,733,282 Fr., Abnahme 17,880,730 Fr., Vorschüsse u. Werthpapiere 99,273,550 Fr., Abn. 538,500 Fr., Notenumlauf 1,402,533,650 Fr., Abn. 10,523,200 Fr., Gutha- ben des Schatzes 153,940,929 Fr., Abnahme 5,103,696 Fr., Conto-Current der Privaten 362,856,516 Abn. 2,265,592 Fr.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 22. April (Schlussc.)

Wechsel auf London	$119\frac{3}{4}$	Oest.-frans. Staatsbahn	$377\frac{1}{4}$
„ „ Paris	95	Bayr. Ostbahn-Actien	$120\frac{1}{8}$
„ „ Wien	$96\frac{1}{8}$	Elisabeth-Prior. I. Em.	$77\frac{1}{8}$
3 proc. bayr. Anleihe	$101\frac{1}{8}$	4% bayer. Prämien-Anl.	106
4½ „ „ „	$91\frac{5}{8}$	Bad. Präm.-Anleihe	$104\frac{1}{8}$
4 „ „ Grundrente	$85\frac{3}{8}$	Oesterr. Loose v. 1860	$78\frac{1}{8}$
4 „ „ Obligat.	86	„ Loose v. 1864	114
5 proc. österr. Metall., engl.	$85\frac{3}{4}$	Aisenbahn	$86\frac{1}{4}$
5 „ „ National-Anl.	— —	Oberhessische Bahn	$67\frac{1}{8}$
Steuerfr. Metall. v. 1866	— —	Lombarden	192
1882er Amerikaner	$95\frac{1}{8}$	Napoleons	
Oesterr. Bank-Actien	685	Rente Silber $57\frac{1}{8}$. Pap. $49\frac{1}{8}$	
Credit-Actien	$263\frac{1}{4}$	lebhaft. Handelsbank	—

Wien, 22. April. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	70.10	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	96.30	Steuerfr. Metall. von 1866	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	119.30	Napoleons	$9.85\frac{1}{2}$
Oesterr. Bank-Actien	714.—	Wechsel auf Augsburg	102.40
„ Credit-Actien	254.40	„ „ London	123.50
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	393.50	„ „ Paris	48.95
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	„ „ Frankfurt a. M.	102.60
„ „ Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	201.20
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 303.—Pap.-R.	60.70

Berlin 22. April (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	$46\frac{7}{8}$	Lombarden	$109\frac{5}{8}$
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	$105\frac{5}{8}$	Italienische Anleihe	$55\frac{1}{4}$
4½ „ „ Anleihe	—	1882er amerikanische Bonds	$95\frac{7}{8}$
Bad. Prämien-Anleihe	104	5 proc. preuss. Anleihe	$101\frac{1}{8}$
Darmstädter Actien	$129\frac{1}{4}$	4½ „ „ „	$92\frac{1}{4}$
Oesterr. Credit-Actien	$150\frac{3}{4}$	Wechsel auf Augsburg	—.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	217	„ „ Frankfurt	—.—
Staatsbahn-Prioritäten	294	„ „ London	
Oest. fl. 500 Loose von 1860	$78\frac{7}{8}$	„ „ Paris	
„ fl. 100 Loose von 1864	$65\frac{1}{4}$	„ „ Wien	
5 proc. östr. National-Anl.	— —	Schluss matt.	

Liverpool, den 21. April. Schlussbericht. Heutiger Umsatz 12,000. Orleans $11\frac{7}{16}$. Middling amerikanische $11\frac{1}{8}$. Fair dhollerah $9\frac{1}{2}$. Middling fair dhollerah $9\frac{1}{4}$. Good middling dhollerh 9. Fair Bengal $8\frac{1}{4}$. Fair Omra $9\frac{5}{8}$. Pernam $11\frac{3}{4}$. Smyrna $10\frac{1}{4}$. Egyptian $12\frac{1}{4}$. Amerik. per März-April —. Dhollerah per Mai —. Omra 10.

Curse des Münchener Handelsvereins vom 22. April 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. 3 1/2% Obl.	fl. 1000	81 1/2	
4% ganz. Obl.	1000	86 1/4	
4% halbj. Obl.	1000	86 1/4	
4% Grundr.-Obl.	1000	86 1/4	
4 1/2% ganzj. Obl.	1000	92	
4 1/2% halbj. Obl.	1000	92	91 5/8
4 1/2% „Milit. „	1000	92	
5% Obl.	1000	101 3/4	
4% Münch. Obl.	1000		
5% „ „	1000	101 1/8	
4 1/2% Ostbahn-Aktien .		120 3/4	120
4% Allgenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung . .		86 1/2	
dto. volle		86 1/2	
Pfdbr. d. bayer. Hyp.- u. W.-Bank à fl. 1000		90 1/2	90 1/4
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.			99 7/8
Aktien „ „		826	824
Bayer. Handelsbank-Act.		98	
„ Vereinsbank . .		119	118 1/2
Württemberg. 4 1/2% Obl. . . .		91 1/4	
Oesterreich 4 1/5% Silb.-Rte. 6/7		57 3/4	57 3/8
„ Pap.-Rte „			
5% Nation.-Anl. . 5/8			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à 116 7/8			
5% Met. Stfr. v. 1866 6/7			
Oest. Bank-Aktie . .			
„ Cred.-Aktien . .		265 3/4	265 1/2
Oest.-franz. Stsb.-Aktien .			

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb. „	194	193 3/4
Preußen. 4 1/2% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. 2 1/2	95 1/8	95
„ 1884 „	94 1/2	
„ 1885 „	94 1/2	
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	106	
4% Bad. „ „	104 1/2	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	6 1/2	
Pappenheimer dto.	5 3/4	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose . .	18 3/8	18 1/4
Oester. 1854er Loose à fl. 250 5/6		
„ 1860er „ à fl. 500 6/7		
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred. Loose . . .		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		330
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		124
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor .	95	
Chemische Fabrik Heufeld		76
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn . . .		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn . .		
„ Siebenbürger Bahn . . .		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. I. Em. 6/7		
dto. II. „ „		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn „	78	

		Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn „		79 1/2	
„ Siebenbürger Bahn „			
„ d. Böhm. Westbahn „			
„ Alföld Fiumander Bahn „		76 1/2	
Wechsel.			
Amsterdam fl. 100 holl.	K. S.	100 3/4	
	L. S.	100 3/4	
Augsburg fl. 100 . . .	K. S.		
	L. S.	100	
Berlin Rthlr. 60 . .	K. S.	105	
	L. S.	105	
Frankfurt fl. 100 . . .	K. S.	100	
	L. S.	100	
Hamburg M.-B. 100 . .	K. S.	88 3/4	
	L. S.		
Leipzig Rthlr. 60 . .	K. S.	105	104 7/[illegible]
	L. S.	105 4/8	
London Pfdst. 10 . . .	K. S.	119 7/8	119[illegible]
	L. S.	119 7/8	119[illegible]
Paris Fr. 200 . . .	K. S.	95 1/8	
	L. S.	95 1/8	
Wien fl. 100 . .	K. S.	96 3/8	96[illegible]
	L. S.	96 3/8	
Bank-Disconto für Platz-Wechsel . .			
„ Lombard. . .			
Geldsorten.			
Preuß. Friedrichsd'or		9.59	9.58
20 Francs Stücke		9.30 1/2	9.29[illegible]
Preuß. Cassen-Scheine		105 1/8	104[illegible]
Oest. Banknoten		96 6/8	96[illegible]

Kgl. Hof- u. National-Theater

Samstag den 23. April.

65. Vorstellung im Jahres-Abonnement.

Neu einstudirt:

Die Erzählungen der Königin von Navarra.

Lustspiel in 5 Aufzügen von Scribe und Legouvé.

Personen:

Kaiser Karl V., König von Spanien	Hr. Possart.
Franz I., König von Frankreich	Hr. Rüthling.
Guattinara, Minister des k. Hauses	Hr. Richter.
Heinrich d'Albret, ein Edelmann aus Béarn . . .	Hr. Rohde.
Babieca, Kabinets-Courier .	Hr. Christen.
Margarethe, Schwester des Königs von Frankreich .	Fr. Dahn.
Isabella von Portugal, Verlobte Karls V. . . .	Frln. Jenke.
Eleonore, dessen Schwester .	Frl. J. Meyer.
Ein Page	Frl. Ulrich.

Herren und Damen vom Hofe. Offiziere.

Ort der Handlung: Madrid.

Zeit: 1525.

Die Kasse wird um 1/2 6 Uhr geöffnet.

Anfang 1/2 7 Uhr. Ende nach 9 Uhr.

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer. — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr: Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Sonntag, den 24. April 1870. **Nr. 112.**

Politische Tagesübersicht.

Wien, 20. April. Es sind bezüglich der allerdings mit Sicherheit zu erwartenden Amnestie theilweise sehr hochgehende Erwartungen geweckt worden. Ich glaube versichern zu dürfen, daß der betreffende Akt über eine freilich sehr umfassende Amnestie für Preßvergehen nicht hinausreichen wird, und daß namentlich von der mehrfach angekündigten Einstellung des gerichtlichen Verfahrens gegen die Arbeiterführer keine Rede ist.

— Hier bildet heute das Tagesgespräch wieder einmal eine Unterschlagungsgeschichte. Einer der höheren Beamten der Staatsschuldenkasse wurde gestern verhaftet, da man ihn der Unterschlagung von, so weit dieß bis jetzt bekannt, etwa 5000 fl. beschuldigt, die er durch Fälschung von Quittungen sich aneignete. Der Betrag ist wohl nicht so bedeutend, die Sache erregt aber darum mehr Aufsehen als gewöhnlich, weil der Thäter ein k. k. Beamter, der bereits 39 Dienstjahre zählt und einige Fälle in letzterer Zeit gezeigt haben, daß bei der Staatsschuldenkasse eine Sorglosigkeit herrscht, die um so staunens- und rügenswerther, als riesige Summen durch die Hände ziemlich gering besoldeter Leute gehen.

Wien, 22. April. Ein Wiener Telegramme, das den auswärtigen Zeitungen durch das Wolff'sche Bureau vermittelt wurde, erzählt der Welt, Graf Taaffe habe ein Rundschreiben erlassen, in welchem er den Statthaltern die beruhigende Versicherung gibt, der Ministerwechsel sei kein Systemwechsel, im Gegentheile sei „die Befestigung der Verfassung" das Programm gerade des neuen Ministeriums. Es bleibt den Statthaltern überlassen, daran zu glauben. Sonst ist heute kaum etwas Neues über die Action des Ministeriums Potocki-Taaffe zu verzeichnen. Die Angaben über Auflösung der Landtage lauten noch immer widersprechend. Dagegen erzählen die Chronisten der neuen Aera schon höchst redselig von der Potocki'schen Wahlreform, über die sie jedoch die Hauptsache verschweigen, nämlich wer denn diese Reform „verfassungsgemäß" vollbringen wird.

— Der Gemeinderath von Wien hat gestern dem frühern Minister des Innern, Dr. Giskra, das Ehrenbürgerrecht verliehen. Ein Versuch, diese Verleihung zu einer politischen Kundgebung zu gestalten, scheiterte vollständig, und einer der Antragsteller selbst erklärte, daß dieselbe nicht als ein Vertrauensvotum für die Politik des Ministers, sondern lediglich als eine Anerkennung seiner Verdienste um die Gemeinde Wien (Donau-Regulirung und Hochquellen-Wasserleitung) zu gelten habe.

— Der so pomphaft in Scene gesetzte Bäckerstrike ist vollständig im Sande verlaufen. Sämmtliche Bäckergehilfen, nur die verschwindend kleine Zahl von 35 ausgenommen, haben ihre Arbeit fortgesetzt, resp. wieder aufgenommen, und heute tritt ein aus Meistern und Gehilfen bestehendes Ausgleichscomité zusammen, um die Friedensbedingungen definitiv zu formuliren.

Prag, 21. April. Es ist hier das Gerücht verbreitet, daß nur der böhmische und der mährische Landtag aufgelöst werden sollen, die anderen Landtage nicht. Die Neuwahlen sollen im Juni stattfinden. Dem Landesgerichte stellte sich ein Beamter, welcher bekannte, 2000 Gulden an Staatsgeldern defraudirt zu haben.

Prag, 22. April. Der Bohemia wird von hier gemeldet: Der für Sonntag erwartete Amnestie-Act wird nicht die erwartete Ausdehnung haben. Er wird eine Amnestie für Preßdelicte enthalten, dagegen ist von der Einstellung des Gerichtsverfahrens und von einem Straferlaß der Arbeiterführer u. s. w. keine Rede. Sonntag fand unter Palacky's Vorsitz eine Conferez czechischer Abgeordneter statt. Der von der „N. Fr. Pr." mitgetheilte Actionsplan der Czechen wird von deren Organen nicht dementirt.

Pest, 20. April. Der hochofficiöse „Estilap" polemisirt in einem längeren Artikel gegen die Decorirung Schmerling's mit dem Stephans-Orden, und meint: die Rechte werde dadurch mißmuthig werden, die Opposition aber neue Waffen erhalten. Estilap will: die ungarische Regierung solle versuchen, den Grafen Beust über die Bedeutung der Sache aufzuklären.

Berlin, 21. April. In der heutigen Sitzung des Reichstages war Präsident Simson, von seinem Unwohlsein wieder hergestellt, anwesend. — Der Antrag Rabenau, betreffend das Gesetz über Einführung der Braumalzsteuer in Hessen, wurde in dritter Berathung ohne Debatte angenommen. Der Antrag Graf Kleist, betreffend die Beschränkung der Geschäftsordnungs-Vorschrift wegen bestimmter Petitionstage wurde abgelehnt. Es folgte der Antrag Miquel auf Erlaß eines Eisenbahngesetzes von Bundeswegen. Miquel vertheidigte seinen Antrag. Luck, Günther (Sachsen), Unruh (Magdeburg), Schwerin sprachen für den Antrag Miquels, der mit großer Majorität angenommen wurde.

— Die Krankheit des Grafen Bismarck soll, wie mehrere auswärtige Blätter übereinstimmend melden, ein Rückfall in das alte, von Galle-Erbrechen begleitete Nervenleiden sein. Thatsache ist, daß das neue Uebelbefinden des Grafen am Samstag vor 14 Tagen mit einem heftigen Galle-Erbrechen begonnen hat. Das jetzt erfolgte Austreten der Galle soll übrigens, nach ärztlichem Ausspruche, ein äußerst bedenkliches Symptom für das Fortschreiten der Nervenkrankheit sein und wird den Bundeskanzler auf alle Fälle der Möglichkeit berauben, den Berathungen des Zollparlamentes und des Reichstages für diese Session noch beiwohnen zu können. Daß die aufregenden Reichstagsscenen von starkem Einfluß auf diese neue Krankheitserscheinung gewesen sind, kann wohl kaum einem Zweifel unterliegen, wenn auch Graf Bismarck sich anscheinend mit noch so viel Leichtigkeit über die Opposition der National-Liberalen hinweggesetzt haben mag.

Berlin, 22. April. Nach hier eingegangenen Depeschen aus Varzin von gestern Abend geht es in dem Befinden des Grafen Bismarck erheblich besser.

— Ueber die Angelegenheit des Krankenhauses Bethanien ist noch immer eine Entscheidung nicht getroffen. Dagegen hört man zu allgemeinem Bedauern, daß der Bericht der Controllommission, welcher die beklagten Uebelstände in vollstem Umfange aufgedeckt haben soll, nicht in die Oeffentlichkeit gelangen wird. Uebrigens steht fest, daß in der Anstalt selbst mit einziger Ausnahme der Wasserleitungs-Anla-

gen bisher auch nicht die geringste Aenderung vorgenommen worden und in der Leitung vielmehr Alles beim Alten geblieben ist.

— Der Rhein. Ztg. schreibt man: In den Tagen vom 26. bis 28. April werden wir hier in Berlin einen absonderlichen Congreß haben. Die sämmtlichen deutschen Gesellschaften zur Beförderung des Christenthums unter den Juden werden hier tagen, auf Einladung der hiesigen Gesellschaft, deren Präsident der Exminister Westphalen ist und in dessen Vorstand sich außer dem Herrenhäusler Senft von Pilsach eine Schaar der strenggläubigsten evangelischen, oder richtiger lutherischen Geistlichen, darunter der unvermeidliche Knak befindet. Nach einer Mittheilung in der „Kreuzzeitung" auch Professor Paulus aus Cassel einen Vortrag über das Thema halten: „wie die Theilnahme der christlichen Gemeinde an der Judenmission erweckt und in reicherem Maße gemehrt werden kann." Die Judenmission ist in Deutschland übel daran; selbst in den zurückgebliebensten Gegenden Deutschlands wollen die Bauern, wenn sie auch noch für die Kaffernbekehrung mehr beitragen, als zur Erhöhung der Schullehrergehälter, doch kein Geld für die Judenbekehrung opfern. Der großen englischen Judenbekehrungs-Gesellschaft, deren Missionäre sich oftmals Wochen, ja Monate lang in den mit zahlreicher jüdischer Einwohnerschaft versehenen polnisch-deutschen Städten des Ostens niederlassen, soll jeder getaufte Jude eine halbe Million Thaler kosten, also 1000 Mal mehr, als der hiesigen Heidenmissions-Gesellschaft der getaufte Kaffer.

Eisenach, 22. April. Der Ausschuß des Protestantenvereines beschloß, den nächsten Protestantentag Ende September oder Anfangs Oktober abzuhalten. An der Tagesordnung wird sein: 1. Die Aufgaben der Deutschen gegenüber dem römischen Concil und dem Jesuiten-Orden. (Referent Bluntschli.) 2. Protestantische Aufgaben gegenüber dem Papstthum in den evangelischen Landeskirchen. (Referent Baumgarten.) Ein von Baumgarten entworfener Aufruf an Deutschlands Protestanten wird sofort durch die Journale veröffentlicht werden.

Flensburg, 20. April. Die Flensb. Nordd. Ztg. meldet: „Wir vermögen aus bester Quelle mitzutheilen, daß von preuß. Seite in letzter Zeit in Betreff der Ausführung des §. 5 des Prager Friedens Vorschläge in Wien gemacht worden sind, welche die Absicht hegen, die nordschleswig'sche Frage definitiv zu regeln und zwar dergestalt, daß, wenn diese Propositionen nicht acceptirt werden, Preußen fortan eine Vereinbarung über die Ausführung des §. 5 als unmöglich betrachten wird."

Paris, 21. April. Morgen wird in allen Gemeinden Frankreichs ein Circular mit folgender Instruktion angeschlagen werden: „Das Votum über das Plebiscit wird am 8. Mai von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends dauern; die Abstimmung kann selbst vor 6 Uhr ihren Anfang nehmen. Die Wählerkarten sind für die Abstimmung nothwendig. Der Wähler kann in dem Orte stimmen, wo er residirt, und ist nicht an den Ort gebunden, wo er eingeschrieben ist. Die Stimmzettel, welche das Centralcomite des Plebiscits von 1870 anfertigen läßt, werden in der kaiserlichen Druckerei gedruckt. Sie tragen folgende Worte: „Plebiscit du 8 Mai, Bulletin de vote. Oui." Die Wählerkarten, welche für die Abstimmung ausgetheilt werden, tragen die folgenden Worte: „Diese Karte wird vom Vorstand nach dem Votum des Wählers zurückgehalten; sie wird mit den Stimmzetteln nach der Zählung desselben verbrannt werden." Die Subscription, welche das Centralcomite des Plebiscits von 1870 eröffnete, hat bis jetzt 3 Millionen eingetragen.

Paris, 21. April. Der „Figaro" will wissen, der Kaiser besitze die Copie eines Briefes des Herzogs von Aumale an die abgetretenen Minister Buffet und Daru, in welchem ihnen gerathen wird, auf ihre Portefeuilles zu verzichten, weil dadurch die orleanistische Partei sich bewogen fühlen werde, bei dem Plebiscit ein negatives Votum abzugeben. — Die Postbehörden wurden bereits verständigt, daß sie am Samstag 8 Millionen Facsimilien des Kaisers an die Wähler zu versenden haben werden.

— Ueber das Schreiben des Kaisers, das im geeigneten Augenblicke als unfehlbares Ueberzeugungsmittel unter die Massen der Wähler geschleudert werden soll, vernimmt La Presse, daß es ein höchst persönlicher Act des Kaisers sei, und darum vorher nicht einmal zur Kenntniß der Minister gebracht werden soll. Nach seinen bisherigen Leistungen hätte doch gewiß Herr Ollivier auf ein höheres Maß des kaiserlichen Vertrauens Anspruch erheben dürfen. Anfänglich, meldet La Presse weiter, habe man das ganze Schreiben als Facsimile der Handschrift des Kaisers autographiren wollen, allein dies sei bei einer Auflage von zehn Millionen Exemplaren doch allzu schwer durchzuführen gewesen. Man werde nunmehr die Adressaten mit einem Facsimile der Namensunterschrift Napoleon's III. abfinden. Bereits seien von der Postverwaltung von Paris sämmtliche Unteroffiziere und des Schreibens kundige Gemeine der Garnison zum Anfertigen der Adressen in Anspruch genommen.

— Außer dem kaiserlichen Handschreiben wird noch, wahrscheinlich um der Partei der Gegner eine Erwiderung unmöglich zu machen, am letzten Tage vor der Abstimmung eine kaiserliche Proklamation an die Bevölkerung Frankreichs erlassen werden. Ueber die Formel selbst des Plebiscits schwebt noch ein tiefes Geheimniß. Sie wird nicht, wie es anfänglich hieß, von der Senatscommission, sondern vom Kaiser selbst formulirt werden, der sie dem Ministerialrathe vorlegen wird. Nicht mit Unrecht hat man schon hervorgehoben, daß die ganze kaiserliche Propaganda, namentlich der persönliche Brief mit dem Facsimile der kaiserlichen Namensschiffre, an die gelungensten Humbug-Leistungen des berühmten Yankee Barnum erinnert. Ein schönes constitutionelles Regime übrigens, wenn der Souverän alles Wichtige persönlich besorgt und seinen Ministern ein Geheimniß daraus macht!

— Das sog. Centralcomité zerfällt, wie die „Fr. Corr." mittheilt, in 3 Comité's: das Gründungscomité, bestehend aus 17 Senatoren, 33 Abgeordneten und 9 Journalisten; das Directionscomité, bestehend aus 5 Senatoren, 9 Abgeordneten, 3 Journalisten und den Delegirten des Pariser Localcomité's, endlich das Executivcomité, bestehend aus den Senatoren Bouët-Willaumez und de la Guéronnière, den Abgeordneten Clément Duvernois und Graf Lagrange und dem Journalisten Girardin. Präsident aller drei Comité's ist der Herzog v. Albuféra.

Paris, 22. April. Das Journal Officiel enthält heute nichts von Belang. — Die Kaiserin machte gestern dem Fürsten Metternich in seiner neuen Wohnung einen einstündigen Besuch. — Prinz Napoleon kehrt Sonntag nach Paris zurück. Devienne hat Aussicht, das Justiz-Portefeuille zu erhalten.

— Es bestätigt sich, daß alle pariser Gießer ihre Arbeit eingestellt. Die Sache ist in sofern äußerst ernst, als mehrere andere Corporationen, wenn dieser Strike anhält, ebenfalls binnen einigen Tagen nothgedrungen unbeschäftigt sein werden. Dazu gehören namentlich die Mechaniker. Die Zahl der Zuckersieder, welche die „Grève" erklärt, beträgt ungefähr 4000. Sie gehören den Fabriken von Lebaudy, Gentil-Provost, Saumier und Sarabrousse ꝛc. an. Dieselben verlangen 40 Cent. per Stunde, also 4 Fr. per Tag, während sie bis jetzt mit 2 Fr. 75 Cent. bis 3 Fr. 50 C. per Tag bezahlt worden. Die Tapetendrucker stehen auch auf dem Punkte, die Arbeit einzustellen.

Florenz, 20. April. Man versichert: die Vierzehner-Commission habe zwei Jahre für den Finanzausgleich in Aussicht genommen. Sie wolle vom Deficit von 110 Millionen 80 im Jahre 1871, den Rest 1872 decken. — Bei den jüngst in Mailand Verhafteten wurde ein Verzeichniß der Compromittirten, der Geldanweisungen und die Liste der beim Complot betheiligten Unteroffiziere und Soldaten vorgefunden. Von den letzteren wurden viele verhaftet. Auch ein Waffendepot wurde neuerlich entdeckt. Die am stärksten Gravirten sind flüchtig. — Der Staatsprocurator von Ravenna erhielt die nachgesuchte Versetzung, weil er an seinem Leben bedroht ist.

Aus **Rom** schreibt man der Montags-Revue: „Die Discussion über das Dogma der Infallibilität wird Mitte Mai beginnen. Auf beiden Seiten rüstet man sich stark zum Kampfe. Die Reihen der Opposition sind, wenn auch etwas schwächer, doch wieder festgeschlossen und fassen in sich fast den ganzen österreichischen und deutschen, dann einen großen Theil des französischen Episcopates, endlich mehrere Engländer und Amerikaner, im Ganzen 115 Stimmen. In ihrem Namen

werden insbesondere Cardinal Rauscher von Wien und Bischof Hefele von Rottenburg das Wort führen. Die Majorität zählt bekanntlich 500 Stimmen und wenn sie ausspricht, daß Dogmen auch mit Stimmenmehrheit beschlossen werden können (wogegen die genannten Herren im Namen der Opposition ausdrücklich Protest erheben werden), so ist die Beschließung der Unfehlbarkeit zweifellos. Die Opposition rechnet indessen noch auf die nachdrückliche Unterstützung der katholischen Mächte."

Wie der **römische** Times-Correspondent meldet, ist Bischof Stroßmayer nach Neapel übersiedelt, um dort so lange zu bleiben, bis ihm Genugthuung für die bekannte Beleidigung werde. Die vorletzte Nummer der Pariser „Illustration" wurde in Rom mit einem großen Loche ausgegeben — die Censur hatte das Bild Stroßmayer's aus allen Exemplaren ausgeschnitten. — Die in Aussicht gestellten Broschüren der Cardinäle Schwarzenberg und Rauscher sind jetzt (wie sich von selbst versteht, nicht in Rom, sondern in Neapel) erschienen. Die erstere unte dem Motto: „Sine ira et studio", führt den Titel: „De summi pontificis infallibilitate personali" („Ueber der persönliche Unfehlbarkeit des Papstes"), die letztere ist ähnlich betitelt: „Observationes quaedam de infallibilitatis ecclesiae subjecto" („Einige Bemerkungen über das Subject der Unfehlbarkeit der Kirche").

Spanien. Von den Aufständischen auf Cuba schreibt ein Berichterstatter der Pall Mall Gazette nach den Mittheilungen eines denselben in die Hände gefallenen und später entsprungenen Aufsehers: „Bei Myral habe Donato Marmol, der sich General-Major von der cubanischen Armee nenne, sein Hauptquartier und verfüge dort über wenigstens 2000 kampffähige Männer. Außer diesen Mannschaften, die gut bewaffnet aber schlecht und nur sehr nothdürftig bekleidet waren, befanden sich viele Kranke und Verwundete und massenhaft Weiber und Kinder im Lager. An Munition fehlte es durchaus nicht, dagegen war der Proviant nur sehr spärlich, und die Insurgenten sahen sich lediglich auf ihre Plünderungszüge in die Umgegend für ihren Bedarf an Lebensmitteln angewiesen. Mit den Gefangenen machte man sehr wenig Umstände. Ein Chinese wurde unter Anderen aufgefordert, sich der Befreiungsarmee anzuschließen, und als er sich weigerte, ohne Weiteres niedergehauen."

Lissabon, 18. April. In der vergangenen Nacht zog ein Ungewitter über den Tajo, welches dem ähnlich war, das im Jahr 1864 großen Schaden anrichtete. Fast alle Fahrzeuge die sich auf dem Tajo befanden, sind zerstört. Mehrere Menschen sind getödtet und verwundet worden. Die Bestürzung ist in Lissabon allgemein.

Bukarest, 21. April. Die ordentliche Kammersession wurde geschlossen, jedoch wurden die Kammern zum 24. Mai zu einer außerordentlichen Session einberufen, um dringende Gesetzvorlagen zu berathen. Nachdem es Joan Ghika nicht gelungen ist, ein neues Cabinet zu bilden, wurde der gegenwärtige Minister-Präsident, Golesco, nochmals mit der Bildung eines Ministeriums beauftragt.

Konstantinopel, 20. April. Der Patriarch, die Erzbischöfe, Bischöfe und Mönche, welche in Rom sind, verlangen den Schutz der Pforte, um in Sicherheit Rom verlassen zu können, da die römische Polizei sie als Anti-Infallibilisten bedrohe, und einer von ihnen bereits mißhandelt worden sei.

In **Petersburg** soll man über den Gang der Dinge in Oesterreich sehr verstimmt sein und vorhersehen, daß die Wiederkehr des Föderalismus, wozu die Dinge hinzudrängen scheinen, die Autonomie Galiziens und damit das lebhaftere Wiederauftauchen der polnischen Frage zur Folge haben werde. Graf Beust hält sich jetzt reservirt, und sein nächstes Blaubuch, wenn es unvermeidlich erscheinen sollte, wird schwerlich sehr reichhaltig ausfallen und wohl hauptsächlich Rückblicke auf die Angelegenheit des Concils enthalten.

Bayerische Angelegenheiten.

— Wie wir vernehmen, darf Se. Maj. der König wegen andauernden katarrhalisch-rheumatischen Unwohlseins auf ärztliche Anordnung seine Gemächer nicht verlassen, weßhalb auch am Sonntag das Fest des „Georgi-Ritter-Ordens" nicht stattfinden kann. Ob die Feierlichkeit auf später verschoben ist, konnten wir bis jetzt nicht erfahren.

— Der Entwurf eines auf der Grundlage des directen Wahlrechtes ruhenden Wahlgesetzes gelangt zur Vorberathung in den vierten Ausschuß, nachdem ein Antrag auf die Wahl eines besondern Ausschusses für denselben nicht gestellt worden ist.

— Während der Vertreter der schwankenden Ultramontanen in der Abg.-Kammer Dr. Huttler hoch und heilig versichert, daß im „patriotischen" Lager die vollste, brüderliche Harmonie und Einigkeit herrsche, wird das Organ Huttler's, die Postzeitung, in dem Leiborgane der Patrioten Mahr, Lukas u. s. f. dem „Vaterland" jenen zugerechnet, welche man „kaum mehr katholisch" nennen könne. Kaum mehr katholisch und dennoch vollkommen einig: wie klappt das zusammen? Daß die Mahr'sche Partei sich scharf gegen den Präsidenten Weis, den vorher vergötterten, zu wenden begonnen hat, erhellt gleichfalls aus den jüngsten Ergießungen des schwarzen Moniteurs „Vaterland" mit größter Deutlichkeit. Es wird sogar handgreiflich zu verstehen gegeben, daß die Wahl Weis' zum Präsidenten ein unglücklicher Gedanke der „Patrioten" war. So schnell nützt diese Partei, die keine ist, ihre Matadore ab. Herr Huttler wird große Mühe haben, alle diese Wunden am patriotischen Körper mit süßen Worten zuzukleistern!

×× **München,** 21. April. (XXX. öffentliche Sitzung der Abgeordnetenkammer.) Schluß. Abg. Greil sagt: Herr Dr. Völk habe seine im Protokoll enthaltene Bemerkung zum Gegenstand eines Angriffes gemacht, aber einen Punkt hineingeflochten, welcher ihm Gelegenheit gebe, dem Angreifer gegenüber zu beweisen, daß sein (Redners) Verlangen vollständig berechtigt gewesen sei. Dr. Völk habe gemeint, in technischen Fragen, Physik, Zeichnen, passe das Confessionelle nicht; wenn es sich darum handle, einen Wagen zu bauen, brauche man die Confession nicht, auch nicht beim Zeichnen. Aber wenn man ein Zeichnungsstück betrachte, wie jüngst den Carton Kaulbach's (großes Gelächter links, fortdauernde Unruhe. Auf rechts: Anstand!) . . . . Beim Beginne der Sitzung hätten wir sehr Ursache gehabt zu lachen. (Rufe links: Pfui!) — Redner meint den Umstand, daß der Abg. Dürrschmidt während seines Vortrages den Faden der Rede verlor, wodurch eine kleine Pause entstand. — Präs. Weis ruft zur Ordnung. Greil: Wir haben nicht gelacht; wir haben es für nothwendig befunden, den Anstand zu beobachten (Bravo! rechts). In der polytechnischen Schule werde nicht bloß Wagenbau und Zeichnen gelehrt, sondern auch Physik, Chemie, Geologie, Literaturgeschichte. Wer von den Herren könne sagen, daß es hier gleichgiltig sei, ob der Lehrer der einen oder andern Confession angehöre, ob er einen Glauben habe oder nicht? Hier seien confessionelle Rücksichten nothwendig. Tüchtigkeit sei allerdings das erste Erforderniß, das Ministerium aber nicht immer in der Lage, diese zu beurtheilen. Das Zahlenverhältniß der protestantischen und katholischen Lehrer rechtfertige seine Forderung der Parität, die in Allem, was Unterricht und Bildung betreffe, gewahrt bleiben müsse. Er habe nicht 16 katholische und 8 protestantische Lehrer verlangt, sondern Berücksichtigung der Parität. Gegen das bestehende Mißverhältniß aber müsse er Protest einlegen. (Oho! links.) Abg. Kraußold legt Protest dagegen ein, daß Greil nur unterscheide zwischen Katholiken und Ungläubigen. Greil: Er habe unter Ungläubigen nicht die Protestanten, sondern die Ungläubigen überhaupt gemeint. Abg. Freytag erklärt, daß er das Ausschuß-Protokoll, dessen der k. Staatsminister v. Schlör erwähnt habe, ganz objektiv ohne die geringsten Hintergedanken redigirt habe; ein Irrthum könne mit unterlaufen sein, da er nicht stenographirt habe, aber gegen Zuschiebung des dolus verwahre er sich. Abg. Fischer fühlt sich veranlaßt, in einem Punkte dem Abg. Greil zu Hilfe zu kommen; auch ihm scheine es nicht gleichgiltig, was ein Professor der Chemie oder Geologie glaube. Es wäre schlimm, wenn an einer öffentlichen Unterrichtsanstalt von der Bedeutung der polytechnischen Hochschule in München Professoren angestellt würden, die den Anforderungen bezüglich des Glaubens entsprächen, welche Abg. Greil zweifellos stelle. Wer soviel glaube, als Abg. Greil verlange, könne unmöglich ein guter Professor der Geologie sein. (Mehrere Patrioten schütteln den Kopf.) Er stelle

an die Staatsregierung nicht das Ansinnen, recht viele Protestanten anzustellen; denn er sei selbst katholischer Confession (Heiterkeit); aber eine Besetzung im Sinne Greil's würde der Anfang vom Ende des guten Rufes der polytechnischen Schule sein. Er wünsche auch, daß die kathol. Professoren der polytechnischen Schule nie in die Gefahr kämen, sich des Wohlwollens des Prof. Greil zu erfreuen. I. Präs. Weis rügt diese letztere Auslassung. Abg. Frichhinger verwahrt sich dagegen, daß man die göttliche Offenbarung und sogar menschliche Satzungen höher stelle, als die natürliche Offenbarung, und erinnert, daß in der Wissenschaft der biblische Standpunkt über Erdbildung, die Schöpfungstage ꝛc. schon längst als überwundener gelte, und daß auf der protest. Universität Erlangen fünf katholische Professoren naturwissenschaftliche Vorträge halten, dort falle es Niemand ein, dies nicht in der Ordnung zu finden. (Es wird mehrmals Schluß gerufen.) Abg. Dr. Frankenburger spricht seine Verwunderung darüber aus, daß man, wenn man von Besetzung der Stellen und Aemter spreche, nur an Katholiken und Protestanten denke, während die Mitglieder einer andern Religionsgesellschaft ebenso gutes Recht auf die Erlangung eines Amtes hätten. Es sei ein Lehrer an einer Universität (Professor Herz in Erlangen), der weder Katholik noch Protestant sei. Es hätten schon viele Leute bei ihm Zuflucht genommen, er habe nicht gefragt, ob sie katholisch oder protestantisch seien. Abg. Greil macht nun einen historischen Excurs, um zu beweisen, daß Glaube und Wissenschaft recht gut nebeneinander bestehen könnten; so seien Keppler und der Philosoph Wolff von den Jesuiten unterstützt worden, Gallilei sei aber nicht als Anhänger des kopernikanischen Systems, sondern deßwegen in Haft gekommen, weil er der Kirche Irrthümer in der Exegese vorwarf. „Er mußte es sich gefallen lassen", meint Abg. Greil, „daß er in einem der schönsten Gebäude Rom's einige Zeit sich aufhalten mußte." Die größten Gelehrten seien gewesen Albertus Magnus, ein Dominikanermönch, und Thomas von Aquin, ebenfalls ein Klostergeistlicher. Der Glaube thue der Wissenschaft keinen Eintrag. Beide stammten aus der nämlichen Quelle, von Gott. Abg. Dr. Völk stellt die Bitte, man möchte künftighin in den Ausschußprotokollen bei den Abstimmungen die Namen anführen und das Protokoll, falls es Erklärungen der Minister enthalte, letzteren vor dem Drucke zur Durchsicht übergeben, damit für die Zukunft derartigen Diskussionen der Faden abgeschnitten würde.

Allen Rechnungsnachweisungen wurde die Genehmigung der Kammer ertheilt. Präs. Dr. Weis bemerkt noch, daß die Berathungen über wichtigere Gegenstände bis nach dem Schlusse der Zollparlaments-Session vertagt würden. Die nächste Sitzung wird besonders anberaumt werden.

(Dienstesnachrichten.) Se. Maj. der König hat den Bez.-Arzt I. Cl. zu Gerolzhofen Dr. Vict. Andr. Keller nach § 22 Lit. C der IX. Verf.-Beil. in den von ihm erbetenen definitiven Ruhestand treten lassen. Vom k. Staatsmin. der Finanzen wurde der k. Förster Joh. Bapt. Trisperger von Klais, FA. Partenkirchen, aus administrativen Erwägungen in den Ruhestand versetzt. Ferner hat Se. Majestät der König auf das erledigte Landrentamt München den Rentbeamten von Passau Friedr. Eggerth und auf das hiernach sich erledigende Rentamt Passau den Rentbeamten von Nördlingen, Friedrich Vogl, ihrer Bitte willfahrend, versetzt.

Lokales und Provinzielles.

München, 23. April.

* Zu dem heute Morgen 10 Uhr stattgehabten Anheften der von Ihrer Maj. der Königin Mutter geschenkten Fahnenbänder für das Infanterie-Leib-Regiment war die Mannschaft desselben in zwei Abtheilungen mit und ohne Obergewehr aufgestellt. Nachdem Hr. Oberst v. Tauffenbach vor versammelter Offiziersfronte Mittheilung über das Geschenk Ihrer Majestät gemacht hatte, traten die 3 Fahnenträger vor, worauf an jede Fahne das Band befestigt ward. Mit einer kurzen Aufmunterung sich dieser Ehre würdig zu zeigen und stets die kriegerischen Tugenden zu bewahren, schloß die Feier unter 3maligem Hoch auf den obersten Kriegsherrn Se. Maj. den König Ludwig II. Für den heutigen Tag ist der gesammten Mannschaft Menagezulage bewilligt.

— Der Schneider-Strike scheint sich seinem Ende zuzuneigen, da einerseits die Meister fest auf der Abweisung der Forderungen der Gehilfen beharren und anderseits letztere keineswegs in dem erwarteten Maße Subvention erhalten; die Unterstützung z. B., welche den Strikenden von Dr. Schweitzer in Berlin zukam, in dessen Kasse die Arbeiter doch so lange und so erhebliche Summen eingezahlt haben, beträgt 70 fl. — noch nicht ein Viertel der pro Tag zur Aufrechthaltung des Strikes erforderlichen Summe! Mehrere Schneidergesellen, welche den neulich erwähnten, auf Grund des Art. 45 des Gesetzes über Aufenthalt ertheilten polizeilichen Aufträgen zur Nachweisung von Subsistenzmitteln oder Abreise nicht nachkamen, wurden dieser Tage vom k. Stadtgerichte in Arreststrafen verfällt.

* Am Montag den 25. d. M. wird im „Elysium" zum Besten einer zu erbauenden evang. Handwerkerherberge die jüngst dortselbst zum Gunsten des gleichen Zweckes von einem Verein von Dilettanten aufgeführte Lokalposse „Die Heirath in der Taschenthurmgasse", welche sehr vielen Anklang fand, auf hohen Wunsch mehrerer protestantischer Adelsfamilien wiederholt werden, worauf wir uns des edlen Zweckes halber aufmerksam zu machen erlauben.

β Kommenden Dienstag den 26. l. Mts. findet öffentliche Sitzung des Militärbezirksgerichtes Vormittags 8 Uhr gegen den Soldaten Heribert Bader des k. 4. Jägerbataillons wegen Verbrechens des Raubes statt.

* Wir glauben im Sinne der Freunde des Gesanges zu handeln, wenn wir auf eine neu erschienene Sammlung von Männer-Terzetten aufmerksam machen, welche nur Originalcompositionen von guten Meistern Deutschlands enthält, und in Auswahl und Sondirung Geschmack verräth. Wir begegnen den Namen Franz Lachner, Perfall, Zenger, Schaller, Ortner u. s. w. Die Sammlung ist in 4 Abtheilungen gegliedert, ernste, gemischte, humoristische und kirchliche Gesänge enthaltend; sowohl den Liedertafeln der Städte, als dem Lehrer auf dem Lande, der öffentlichen Schule und dem Privatinstitute wird Geeignetes geboten, so daß dieselbe jedem Sängerkreise erwünscht sein dürfte. Bezüglich des Näheren verweisen wir auf den Inseratentheil des heutigen Blattes.

(Tagesbericht.) Gestern Abends fiel ein 4jähriger Knabe in der Nähe des Café Holzinger in den Fabrikbach und wurde vom sichern Tode durch den Ländarbeiter Geiser errettet. — Heute früh wurde die Leiche des seit 7 Wochen vermißten Weißgerbers Georg Müller in dem an der Lehelkaserne vorbeifließenden Bache aufgefunden; wie s. Z. berichtet, hat derselbe höchst wahrscheinlich in Folge eines unglücklichen Zufalls sein Leben eingebüßt.

Fürth, 21. April. Die vom hiesigen Magistrate nachgesuchte Ermächtigung zur Veräußerung der von der Landwehr älterer Ordnung übernommenen Tuchvorräthe und Monturstücke wurde unter Hinweis auf §. 2 der Ministerialentschließung vom 27. Dez. v. J. von Kreisregierung nicht ertheilt, da es räthlich erscheine, die fraglichen Gegenstände bis zur definitiven Entscheidung über das Bürgerwehrgesetz aufzubewahren. (Sollte diese noch zweifelhaft sein? D. Red.)

Ueber die Leistungen der Stadt **Rothenburg** a/T. im Gebiete des Schulwesens berichtet die „B. Lehrerztg.": Eine Kleinkinderschule, eine Nähschule für arme Mädchen, eine gewerbliche Fortbildungsschule, eine Zeichnenschule, eine Turnschule und im Jahre 1865 eine Gewerbschule mit 3 Cursen hat sie errichtet und dabei durchaus nicht mit den Mitteln gegeizt. Sie hat die nöthigen Räumlichkeiten nicht allein bereitwilligst zur Verfügung gestellt, sie hat auch den Lehrmitteln ihre volle Aufmerksamkeit gewidmet und die Bibliothek, das physikalische und historische Cabinet ausgestattet und ein chemisches Laboratorium hervorgerufen. Aber auch die Lehrkräfte hat sie bedacht, indem sie dieselben den Lehrern an den k. Gewerbschulen gleichstellt und den Volksschullehrern zu dem fixen Gehalte von 500 fl. neuerdings Alterszulagen bis zu 700 fl. mit 50 fl. Wohnungsentschädigung bewilligte. Die Früchte, welche die Stadt Rothenburg ernten wird, werden hundertfach ihre Anstrengungen vergelten.

Kempten, 22. April. Gestern Abend hat sich in einer zu diesem Zwecke anberaumten Versammlung von hiesigen Katholiken aller Stände ein „Katholikenverein zur Abwehr römischer Neuerungen" gebildet, welcher demnächst eine allgemeine öffentliche Versammlung berufen und derselben das gestern berathene Vereinsstatut unterbreiten wird. Eine zahlreiche Betheiligung an diesem Vereine ist unter den obwaltenden Umständen wohl schwerlich zu bezweifeln.

Schaidt, (Pfalz) 19. April. Verflossene Nacht gegen 2 Uhr brach in der Gegend der sog. Bienwaldziegelhütte ein Waldbrand aus. Das Feuer verbreitete sich mit außerordentlicher Schnelligkeit, da es durch Streuwerk und dürres Leseholz, das die Leute jetzt nicht mehr holen dürfen, reichliche Nahrung fand. Bis heute Morgen 9 Uhr waren bereits 150 Tagwerke der schönsten 20—25 jährigen Kulturen zerstört. Man glaubte schon des verheerenden Elementes Meister geworden zu sein, als heute Mittag das Feuer sich weiter verbreitete. In allen umliegenden Gemeinden ertönte die Sturmglocke wieder und bis 5 Uhr waren abermals 150 Tagwerke nebst vielen Klaftern kürzlich versteigerten Holzes verbrannt. Heute Mittag aber verbreitete sich auf dem Windener Bahnhof die Nachricht, daß auch der Wald oberhalb Langenberg bei Kandel brenne und daß auch in Hagenbach und Wörth Sturm geläutet worden sei. — Am Ostersonntag brannten auch in Schaidt 22 Tagw. Wald nieder. Die Waldbrände häufen sich auf bedenkliche Weise.

Kaiserslautern, 22. April. Der Stadtrath beschloß in heutiger Sitzung einstimmig, dem Abg. Herrn Gg. Fr. Kolb das Ehrerbürgerrecht der Stadt Kaiserslautern zu verleihen.

Gerichtssaal.

λ. **München**, 22. April. (Schwurgericht.) Eine That, welche seinerzeit mit Recht die ganze hiesige Bevölkerung wegen der außerordentlichen Frechheit der Ausführung in Aufregung versetzte, bildete heute Nachmittag den Gegenstand der (VII.) Verhandlung. Bekanntlich wurde am Sonnabend den 30. Okt. v. Js. Nachmittags nach 2 Uhr die Käskäuflers-Wittwe und Versetzerin Anna Maria Rauterer, eine Frau von 72 Jahren, in ihrer Wohnung, Pfluggasse (ein Nebengäßchen des Thales) Nr. 1 Parterre, durch mehrere Hiebe am Kopfe schwer verletzt, bewußtlos am Boden liegend, in ihrem Blute schwimmend mit Kleidern und Bettstücken ganz zugedeckt, aufgefunden, nachdem sich die Nachbarn, welche aus deren Wohnung ein Jammern hörten, veranlaßt gefunden hatten, deren Wohnungsthüre durch Einsteigen in ein Fenster, welches in Folge einer zerbrochenen Scheibe sich aufmachen ließ, zu öffnen, da ein Aufschließen der Wohnungsthüre durch einen herbeigeholten Schlosser nicht gelang. Die begleitenden Thatumstände, namentlich die aufgerissenen und durchwühlten Kästen und Behältnisse und insbesondere ein auf dem Boden zurückgelassener Maurerhammer ließen zweifellos erkennen, daß hier ein Raub, begleitet von einem Mordversuch, verübt worden sei. Die unverzüglich angeordneten polizeilichen Recherchen ergaben bald, daß das Eisen des zurückgebliebenen Hammers wenige Stunden vorher bei dem Tändler Haubl im Thale von einem jungen Burschen gekauft worden sei, und derselbe es in einer nahen Schäfflerei habe mit einem Stiele versehen lassen. Durch die von dem Schäfflergesellen Joseph Mühlberger, welcher den von ihm gefertigten Hammerstiel wieder erkannte, sowie dem Tändler Haubl, welcher den Hammer als von ihm gekauft recognoscirte, ganz übereinstimmend gegebene Personalbeschreibung von diesem Burschen lenkte sich der polizeiliche Verdacht sofort gegen den 19 Jahre alten ehemaligen Tambour und Taglöhner Joh. Ruf v. h., welcher erst Samstag Morgens nach seiner am Abend vorher erfolgten Rückkehr aus dem Zellengefängnisse zu Nürnberg, woselbst er wegen Diebstahls eine Gefängnißstrafe von 5 Monaten hatte verbüßen müssen, sich der Polizeidirektion vorstellig gemacht hatte. Natürlich wurde sofort Alles aufgeboten, um den Genannten — welcher schon vor seiner Ablieferung in's Nürnberger Zellengefängniß von der Rauterer Versatzgeschäfte hatte besorgen lassen, und bei derselben wohl reichliche Beute vermuthete, sich hierin aber sehr täuschte, indem der ganze Werth des Geraubten kaum auf 20 fl. sich beläuft — aufzufinden, und den unausgesetzten Nachforschungen der Detektivbeamten Göttinger und Eckart gelang es denn auch wirklich, Sonntag Morgens Ruf zu ermitteln und zu verhaften, der bei seinem Polizeiverhör sofort die ganze That unumwunden gestand, nachdem ihn sowohl Haubl als Mühlberger mit aller Bestimmtheit recognoscirt hatten und dasselbe von Seiten der Köchin Fischler geschah, welche ihn bald nach 2 Uhr am 30. Oktober, so dick, als ob er gestohlene Kleider um den Leib gewickelt habe, aus dem Pfluggäßchen scheuen Blicks durch das Elephantenwirthshaus nach der Herrenstraße laufen sah.

Ruf erklärt heute in vollkommen glaubwürdiger Weise er habe schon am 29. Oktober durch seine völlige Mittellosigkeit, schlechte Kleidung und geringe Aussicht auf Erwerb sich entschlossen, statt der kleinen Diebstähle einmal was „Ordentliches" zu machen und dabei an die Rauterer gedacht. Zu diesem Zwecke habe er am 30. Oktober einen Kalkstein gesucht, zerrieben und das Pulver mit von einem Kameraden (Hochreiter) besorgtem weißen Pfeffer gemengt und dann den Hammer gekauft, so ausgerüstet sich dann zur Rauterer begeben, ihr scheinbar sein Flanellleibchen zum Kauf angeboten, und ihr, während sie selbes besichtigte, eine Portion seines Pulvers in die Augen geworfen, worauf sie, um Hilfe schreiend, aufs Fenster zustürzte und dabei eine Scheibe hinausschlug; — dann habe er sie am Genick gepackt, ihr mehrere Hammerschläge auf den Kopf gegeben und sie zu Boden geworfen, wo er ihr den Geldbeutel mit etwa 8 fl. nahm. Vor dem Röcheln des ganz rothblau im Gesichte gewordenen Opfers von Grauen erfaßt, habe er dasselbe aus den aufgerissenen Kästen und Komoden mit dem bedeckt, was ihm schnell in die Hände gekommen sei. Beim weiteren Suchen nach Geld und Pretiosen habe er nur wenige Gulden gefunden, und beim Weggehen noch von der Thüre eine Kinderjoppe und einen Mannsrock genommen und sei entflohen. Die Jacke habe er sofort verkauft, den Rock versetzt, dann sei er in seiner schäbigen Kleidung mit Hochreiter zum Tändler Brandl in der Schäfflergasse gegangen, habe sich Hut, Weste, Hose, Jaquet, Hemd und Hosenträger gekauft, die Sachen sofort angezogen, die alten Kleider mit Ausnahme des am Aermel mit Blutflecken versehenen Hemdes, welches er zurückgelassen, mitgenommen. [Wir können hier unser Befremden über das Gebahren des Brandl nicht unterdrücken, denn wenn ein Geschäftstreibender von einem Kaufe unter so verdächtigen Umständen die Behörde nicht in Kenntniß setzt, was hier wegen der großen Nähe der Polizei sehr leicht gewesen wäre, sondern durch einen Geschäftsvortheil von wenigen Gulden über alle Gewissensscrupel sich hinaussetzt und schweigt, so heißt das gewissermaßen dem Verbrechen Vorschub leisten, und dann muß leider auch die beste Sicherheitsbehörde in ihrer Wirksamkeit lahm gelegt werden! D. Red.] Hierauf habe er sich mit Hochreiter, der übrigens von seiner That nicht die mindeste Ahnung gehabt habe, in den Wirthshäusern herumgetrieben, bei Hochreiter übernachtet, habe sich Morgens 8 Uhr von ihm getrennt und sei dann bald darauf am Unteranger verhaftet worden. — Die Rauterer wurde nach Leistung der ersten Hilfe ins Krankenhaus gebracht, wo sie aber nicht mehr gehörig zum Bewußtsein kam, bloß noch deutlich die Worte „Heigemeier" und Maurer" aussprechen konnte, und am 5. Nov. einzig und allein in Folge der absolut tödtlichen Hammerschläge verschied. — Nach Beendigung der Verhandlung, bei welcher Ruf sich mit einem Cynismus und einer Gleichgiltigkeit ohne Gleichen benahm, äußerte er auf die Frage des Präsidenten, ob er noch etwas zu sagen habe: „Da er doch nicht hingerichtet werden könne, was er gewiß wisse, und da er sich nicht lebenslänglich ins Zuchthaus sperren laßen wolle, so werde er sich selber umbringen, und er habe schon so viel Muth, daß er das könne." Der Wahrspruch der Geschworenen gegen Ruf lautete schuldig des Mordes im Zusammenflusse mit einem Raube und das Gesetz bestimmt hiefür die Todesstrafe, welche jedoch gegen denselben, da er das Alter der Volljährigkeit noch nicht erreicht hat, nicht ausgesprochen werden konnte, sondern für welche der gesetzlichen Bestimmung zu Folge lebenslängliche Zuchthausstrafe an die Stelle zu treten hatte.

β **München**, 21. April. Das Militärbezirksgericht hielt unterm Gestrigen eine den ganzen Tag in Anspruch nehmende öffent-

liche Sitzung gegen den Oberkanonier Karl Tschöll des kgl. 1. Artillerie-Regiments, ein unter die Rubrik „Schwindler" zu zählendes 19jähriges Bürschchen von sehr gefälligem und, wie sich erwiesen hat, gefährlichem Aeußern. Tschöll trat nämlich am 16. Oktober vor. Js. in das Kron'sche Parfümeriegeschäft in der Theatinerstraße dahier, stellte sich sofort als Baron Max v. Gumppenberg vor und effektuirte eine Bestellung auf ein parfümirtes Bouquet mit Kinderköpfen im Werthe zu 11 fl., sowie auf eine Wiege mit 2 Puppen nebst Parfümerie im Werthe von 7 fl., deren Vollendung ihm binnen einigen Tagen zugesichert wurde. Durch diese chevalereske Bestellung vortheilhaft eingeführt, war es dem fortwährend als „Herr Baron" titulirten Oberkanonier ein Leichtes, inzwischen einige Parfümeriegegenstände, nemlich 4 Veilchenbouquets zu 4 fl. und ein Flacon mit Parfümerie zu 1 fl. 12 kr. ohne Erlag des Preises zur sofortigen Selbstmitnahme und Niewiederkehr zu erhalten. — Auf ähnliche Weise und mit demselben Effekte verfing auch der „Hr. Baron" bei Sporermeister Grimm. Tschöll bedurfte aber auch eines Reißzeuges und gelangte in dessen Besitz einfach dadurch, daß er sich Visitenkarten mit dem Namen des Inhabers des optischen Instituts von Utzschneider und Frauenhofer dahier, Hrn. Sigmund Merz, drucken ließ und hievon eine dessen Geschäftsfreunde Optiker Jakob Rath als Recommandationsbillet präsentirte, worauf ihm letzterer ohne Anstand einen Reißzeug im Werthe von 14 fl. überließ. Ferner gelang es dem Tschöll, durch die Vorspiegelung der falschen Thatsache, als sei er Offiziersadspirant II. Classe, der in die Kriegsschule kommen werde, den Gürtlermeister Schnittmann, Schwertfeger Reiß und Goldtressenfabrikanten Bornhauser zur Ueberlassung einer Masse von Equipirungsstücken, bei letzterem im Gesammtwerthe von 63 fl., zu vermögen. Weniger Glück hatte er im Geschäfte des Buchbinders Schöllhorn, bei dem er sich als Max v. Montgelas vorstellig machte und auch 100 Stück auf diesen Namen lautende Visitenkarten bestellte, jedoch bemungeachtet auf solches Mißtrauen stieß, daß er der verlangten Zusendung von Galanteriewaaren im Werthe von 6 fl. vergebens entgegensah. Endlich erhielt er von einem Kameraden zur vorübergehenden Benützung ein paar Epauletts im Werthe von 3 fl., welche jedoch nicht mehr an ihren Eigenthümer zurückgelangten. — Auf Grund dieser Thatsachen war die Anklage gerichtet auf zwei gemeine Vergehen und zwei Uebertretungen des Betruges, ferner eine Uebertretung des Versuchs zur Uebertretung des Betrugs, und endlich auf das militärische Vergehen der Unterschlagung an einem Kameraden. Sowohl durch die gepflogenen Zeugenvernehmungen selbst, als auch durch die Deduktionen der Vertheidigung, welche Rechtspraktikant Eugen Stieler mit ebensoviel Ruhe als Klarheit führte, kamen jedoch die Geschwornen zur Ueberzeugung von dem Nichtvorhandensein der gesetzlichen Merkmale bezüglich einiger Reate. In Folge dessen wurde Karl Tschöll vom Gerichtshofe von der Anklage des gemeinen Vergehens des Betruges an dem Schwertfeger Reiß, der Uebertretung des Betruges an Gürtlermeister Schnittmann und des militärischen Vergehens der Unterschlagung an einem Kameraden freigesprochen, dagegen wegen gemeinen Vergehens des Betruges zum Schaden des Goldtressenfabrikanten Bornhauser, dann einer Uebertretung des Betruges zum Schaden des Optikers Rath und des Sporermeisters Grimm, endlich wegen einer Uebertretung des Versuches zur Uebertretung des Betruges an Buchbinder Schöllhörn unter Entfernung aus der bewaffneten Macht mittelst Entlaßscheines zu Gefängniß von 1 Jahre, welches auf einer Festung zu vollziehen ist, verurtheilt, den militärischen Zwangsarbeiten unterworfen und in die wegen Mittellosigkeit dem kgl. Militärärare zur Last fallenden Kosten verfällt.

Theater.

(Wochenbericht über das Residenztheater.) Montag „Unerreichbar" von Wilbrandt und „die Gönnerschaften" von Scribe. Das kleine Lustspiel wurde in wirklich ausgezeichneter Weise gegeben; es spielt sich, kann man sagen, von selbst. Die Darsteller sind alle lobenswerth, sogar Frl. Jenke. Das Stück Scribe's ist in Bezug auf die Satyrisirung jener Ruhmesassekuranzgesellschaften auf sehr realistische Weise entworfen; doch geht auch ein zweiter Zug durch das Stück, ein Versuch des Ehebruches. So liegen schon in diesem Lustspiel die Keime der neuesten französischen Komödie. Einige der Gestalten sind vortrefflich gezeichnet, wie Rigaut und Bernardet. Cesarine dagegen ist zu sehr nach der Natur gezeichnet. Das Spiel belangend können wir mit einem Tadel beginnen, und zwar Frl. Marie Meyer gegenüber. Das Fräulein weiß, was sie war, als sie nach München kam. Ihr oft feines Spiel gewann ihr Freunde und die Kritik, und sie errang die Sympathie des Publikums. Seit der letzten Zeit beginnt das Fräulein in einer auffallend nachläßigen Weise zu spielen; mit einer gewissen Nonchalance, als ob das Publikum sich glücklich schätzen müßte, wenn es sie sieht. Wir machen die Damen in der wohlmeinendsten Weise aufmerksam, die Sache ernster zu nehmen, sich einige wegwerfende Handbewegungen abzugewöhnen, denn diese machen nicht den Eindruck der Vornehmheit, es sind Gesten eines caprizisösen Kindes. — Die Agathe des Frl. Jenke und Zoe des Frl. J. Meyer fügten sich in das Ensemble, letztere spielte gut. Von den Herren müssen wir Herz und Christen zuerst erwähnen. Der Miremont des Ersten war eine sehr consequent durchgeführte Leistung, ebenso vorzüglich der Doktor des Zweiten. Hr. Häusser gab den Rigaut nur an einzelnen Stellen gut; es fehlte dieser Rolle die Einheit, entweder muß dieser Rigaut als Dummkopf aufgefaßt werden, und hochmüthig sein, oder er wird als ein ganz gewöhnlicher Durchschnittsmensch genommen, der sich eben jedes Erfolges freut, und Alles liebt sich selbst vor allem. Hr. Possart spielte gut, doch würden wir ihm rathen, im Lustspiel seine Bewegungen etwas feiner und natürlicher zu machen. Hr. Goritz hatte sich mit seinem Edmond Mühe gegeben, und wir erkennen es an; aber immer müssen wir ihm zurufen: „Natur wollen wir" keine Ziererei. Der junge Künstler muß unmittelbarer spielen, nicht in so gezwungener Weise; auch müssen wir ihn aufmerksam machen auf etwas, worüber wir schon sprachen. Wozu die Dehnung kurzer Silben? Das muß sich Hr. Goritz abgewöhnen, wenn er Etwas erreichen will. Das Zusammenspiel entsprach. — Dienstag wurde die „verhängnißvolle Wette" gegeben, worüber wir schon referirten.

Feuilleton.

Ueber die Erziehung des Kindes von Frankreich schreibt man aus Paris: Die Erziehung des jungen Prinzen ist im Allgemeinen sorgfältig zu nennen. Abgesehen von den offiziellen Gelegenheiten, bei denen er mehr als wünschenswerth in den Vordergrund tritt, führt er ein ziemlich zurückgezogenes Leben. Auch der äußere Luxus, mit dem er umgeben ist, übersteigt nicht das erlaubte Maß. Sein Schlafzimmer ist sehr einfach, aber geräumig und luftig. Daß die Wände desselben mit einem Wust von Heiligenbildern, Reliquien, Weihbüscheln und anderen religiösen Geräthschaften behängt sind, versteht sich bei Mama's Strenggläubigkeit von selbst. Sein Studirzimmer ist gleichfalls bürgerlich eingerichtet. Das Mobiliar besteht aus einem Bücherschranke, einem runden Tisch, zwei Schreibpulten (eins für den Prinzen, eins für seinen Kameraden Louis Conneau), drei Stühlen und einem Glasschranke, in welchem sich ein kleines Museum Napoleonischer Alterthümer befindet, darunter ein Hemd, das der korsische Cäsar auf St. Helena getragen, eine Tabaksdose, eine Gabel u. s. w. Von Luxusgegenständen ist höchstens die Marmorbüste der Prinzessin Bacciochi und ein Bildniß Abdelkaders anzuführen. Im Uebrigen fehlt Alles, was man sonst in Gemächern kaiserlicher Prinzen zu suchen pflegt: kostbare Schnitzereien, Vergoldungen, prachtvolle Gemälde u. s. w. Der Prinz studirt jeden Morgen von 9 Uhr ab. Nach jeder Stunde tritt eine Pause von 15 Minuten ein. Um 12 Uhr wird gefrühstückt und zwar in Gemeinschaft mit Conneau und dem Hofmeister. Um 2 Uhr beginnen die Arbeiten von Neuem. Gegen 5 Uhr wird bei schönem Wetter ausgefahren oder auf der Terasse des Tuileriengartens velocipedirt. Das Mahl nimmt der Prinz mit seinen Eltern gemeinschaftlich im großen Speisesaale ein. Die Studien unseres jungen Freundes erstrecken sich auf die üblichen, zu einer gediegenen Bildung erforderlichen Fächer. Der Professor am Lycée Napoléon, Herr Povart, liest mit ihm Caesar de bello Gallico und Ovid's Metamorphosen, wobei

alle nicht in usum Delphini berechneten Stellen vermieden werden. Derselbe Gelehrte bemüht sich, ihm die Regeln der französischen Sprachlehre klar zu machen. Herr Maynard unterrichtete ihn im Englischen, ohne indeß bis jetzt besonders erfreuliche Ergebnisse erzielt zu haben. Der Prinz kann sich mit dem Idiome Macaulay's schlechterdings nicht befreunden und die Stunden bei Maynard gehören zu den qualvollsten seines Lebens. Besser glückt es dem Dr. Levy, Lehrer am College Louis le Grand, mit dem Deutschen. Der Kaiser selbst ist bekanntlich ein gründlicher Kenner unserer Sprache, und, wie man versichert, legt er einen ganz besonderen Werth darauf, daß sein Sohn dieselbe fertig schreiben und sprechen lerne. Mit dem Spanischen ist der Prinz, trotz Eugeniens transpyrenäischer Abkunft, bis jetzt verschont worden. Aber der Tanz, so wie überhaupt alle noblen Passionen, das sind Fächer, in denen nichts versäumt wird. Seine militärische Ausbildung erhält der Prinz in den stehenden Lagern, sowie privatim von befähigten Offizieren. Wie alle Kronprinzen, trägt er, soweit er die Sache versteht, einstweilen einen gelinden Liberalismus zur Schau. Die Helden der römischen Republik erregen seine Bewunderung. Er soll überdies viel Sinn für Poesie, und namentlich für die dramatische, besitzen und gut deklamiren. Wenn nur die Hälfte von dem wahr ist, was man ihm nachsagt, so kann Eugenie mit den Ergebnissen ihrer Erziehung zufrieden sein.

Vermischtes.

— Ein entsetzliches Unglück wird aus Kuschwarda bei Prachatitz in Böhmen unterm 13. April berichtet: In dem nahen Orte Krepelitz kam Nachts 11 Uhr in der Wirthschaft des Bauers Mathias Schalata Feuer zum Ausbruch, welches das ganze Gebäude nebst den nachbarlichen Wirthschaftsgebäuden in Brand steckte, so daß an eine Rettung nicht zu denken war. Herzzerreißend war das Jammergeschrei der Gattin des Schalata, welche händeringend aus der brennenden Hütte herausstürzte und die Umstehenden bat, ihre Mutter und Kinder vom Flammentode zu retten; einige beherzte Männer versuchten das Werk der Rettung, wurden aber von den herabstürzenden brennenden Balken verscheucht, und so mußte das verzweifelte Weib sehen, wie ihre blinde 81jährige Mutter, zwei Töchter im Alter von 20 und 17 Jahren, drei Söhne von 15, 12 und 9 Jahren, ferner ihre Schwester, ihr Schwager und eine 26jährige Magd unter brennenden Balken begraben wurden.

— Das „Berl. Fremdenbl." berichtet aus Berlin: „Dreißig Strolche hieben am Mittwoch in der Mittagsstunde in der Mitte der Stadt, an der Schleusenbrücke, Schinkelplatz, Museumsplatz auf jeden vorübergehenden, mit einem Cylinderhute bedeckten Menschen unbarmherzig ohne jegliche Veranlassung ein, nur zur Fröhnung roher Lust am sogenannten „Holzen". Dieser Scandal dauerte über eine Stunde; Schutzleute waren nicht zur Stelle; Dienstleute vertraten sie indessen und suchten das Publikum zu schützen. Ein Bote des Kassenvereins wurde an der Schleusenbrücke niedergeworfen und unbarmherzig durchgeprügelt, weil er seine mit Geld gefüllte Ledertasche vor den Händen dieser Spitzbuben retten wollte. Diese Strolche sollen dem Vernehmen nach schon seit Morgens 9 Uhr die Stadt lärmend und singend durchzogen haben."

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 22. April. Die Wiener Abendpost erklärt gegenüber den hier aufgetauchten Gerüchten, der Reichskriegsminister Frhr. v. Kuhn habe weder seine Demission gegeben, noch hege er die Absicht, aus dem Amte zu scheiden.

Berlin, 22. April. Die „Kreuzzeitung" bezeichnet die Zeitungsnachricht von erneuten Eröffnungen der preußischen Regierung in Wien, betreffend die Nordschleswig'sche Frage, als vollständig grundlos.

Berlin, 23. April. Das Zollparlament hat das Urlaubsgesuch des Herrn v. Varnbühler wegen „Amtsgeschäften" abgelehnt. Bei der Präsidentenwahl wurden 174 Stimmen abgegeben; die Versammlung war demnach nicht beschlußfähig. Die nächste Sitzung ist auf Montag anberaumt.

Paris, 22. April. Der kais. Gerichtshof verurtheilte Emile und Isaac Pereire sowie Hrn. Salvator zum Interessen-Schadenersatz an die Käufer von Immobilienscheinen für die Periode vom 19. Mai 1864 bis zum April 1867. Die Immobilien-Gesellschaft haftet für die Zahlung.

Paris, 23. April. Die verspätet ausgegebene Amtszeitung veröffentlicht ein kaiserliches Dekret vom heutigen Tage, welches das Volk auf den 8. Mai zur Annahme oder zur Verwerfung folgenden Plebiscits einberuft: „Das Volk billigt die liberalen Reformen, welche in der Constitution seit 1860 durch den Kaiser mit Beihilfe der großen Staatskörper durchgeführt worden sind, und nimmt den Senatus-Consult vom 20. April 1870 an."

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 23. April. (Schlussc.)

Wechsel auf London	$119\frac{3}{4}$	Oest.-franz. Staatsbahn	$377\frac{3}{4}$
„ „ Paris	95	Bayr. Ostbahn-Actien	$120\frac{1}{4}$
„ „ Wien	$96\frac{3}{8}$	Elisabeth-Prior. I. Em.	$67\frac{1}{8}$
5 proc. bayr. Anleihe	$101\frac{1}{4}$	4% bayer. Prämien-Anl.	106
$4\frac{1}{2}$ „ „ „	$91\frac{3}{4}$	Bad. Präm.-Anleihe	105
4 „ „ Grundrente	86	Oesterr. Loose v. 1860	$78\frac{7}{8}$
4 „ „ Obligat.	$85\frac{7}{8}$	„ Loose v. 1864	$114\frac{1}{8}$
5 proc. osterr. Metall., engl.	——	Alsenzbahn	—
5 „ „ National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	—
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	$192\frac{1}{4}$
1882er Amerikaner	$95\frac{1}{8}$	Napoleons	9.30
Oesterr. Bank-Actien	688	Rente Silber $57\frac{5}{8}$, Pap. $49\frac{1}{8}$	
Credit-Actien	$265\frac{3}{4}$	fest. Handelsbank	—

Wien, 23. April. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	70.10	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	96.80	Steuerfr. Metall. on 1864	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	119.30	Napoleons	9.86
Oesterr. Bank-Actien	713.—	Wechsel auf Augsburg	102.50
„ Credit-Actien	255.20	„ „ London	123.50
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	393.—	„ „ Paris	48.95
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	„ „ Frankfurt a. M.	102.65
„ „ Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	202.90
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 307.50 Pap.-R.	60.80

matter.

Berlin 23. April (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	$46\frac{7}{8}$	Lombarden	110
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	$105\frac{3}{4}$	Italienische Anleihe	$55\frac{5}{8}$
$4\frac{1}{2}$ „ „ Anleihe	—	1882er amerikanische Bonds	$95\frac{7}{8}$
Bad. Prämien-Anleihe	$104\frac{1}{4}$	5 proc. preuss. Anleihe	$101\frac{5}{8}$
Darmstädter Actien	$128\frac{1}{2}$	$4\frac{1}{2}$ „ „ „	$92\frac{3}{8}$
Oesterr. Credit-Actien	152	Wechsel auf Augsburg	56.22
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	$215\frac{3}{4}$	„ „ Frankfurt	56.24
Staatsbahn-Prioritäten	$293\frac{1}{2}$	„ „ London	$623\frac{1}{2}$
Oest. fl. 500 Loose von 1860	$78\frac{7}{8}$	„ „ Paris	$80\frac{11}{12}$
„ fl. 100 Loose von 1864	$65\frac{3}{4}$	„ „ Wien	$81\frac{7}{8}$
5 proc. östr. National-Anl.	——		

ziemlich fest.

Liverpool, den 22. April. Schlussbericht. Heutiger Umsatz 12.000. Orleans $11\frac{7}{16}$. Middling amerikanische $11\frac{1}{4}$. Fair dhollerah $9\frac{1}{2}$. Middling fair dhollerah $9\frac{1}{4}$. Good middling dhollerh 9. Fair Bengal $8\frac{1}{4}$. Fair Omra $9\frac{5}{8}$. Pernam ——. Smyrna ——. Egyptian ——. Amerik. per März-April —. Dhollerah per Mai —. Omra 10.

Wochenbericht: Wochenumsatz 50500 Ballen. Zum Export verkauft 3840. Wirklich exportirt 6722. Consum 396000. Vorrath 483000.

New-York, den 21. April. Gold $113\frac{1}{8}$. Wechsel in Gold 109 Bonds per 1882 $112\frac{5}{8}$. Baumwolle $23\frac{1}{2}$. Petroleum $25\frac{1}{2}$.

(Münchener Schrannenbericht vom 23. April 1870.)

	Umsatz. Schffl.	Rest. Schffl.	Höchster. Durchschnittspreis	Mittlerer. Durchschnittspreis	Niedrigster. Durchschnittspreis	Gef. kr.	Gest. kr.
Weizen	2227	1091	fl. 20 30	fl. 19 19	fl. 17 37	—	5
Roggen	1255	268	„ 12 12	„ 11 51	„ 11 23	—	3
Gerste	1108	199	„ 13 48	„ 13 6	„ 12 14	—	17
Hafer	1506	166	„ 9 6	„ 8 32	„ 7 50	—	3
Wicken	223	78	„ 11 41	„ 10 50	„ 10 8	15	
Lein	20	19	„ 23 10	„ 22 18	„ 21 5	—	—

Gesammtumsatz: 9825 Schffl. im Betrage von 131,900 fl.. Wochen-Verkauf in der Schrannenhalle: 3250 Schffl.

Curse des Münchener Handelsvereins vom 23. April 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. 3 1/2 % Obl.	fl. 1000	81 1/2	
4% ganz. Obl.	1000	86 1/4	
4% halbj. Obl.	1000	86 1/4	
4% Grundr.-Obl.	1000	86 1/4	
4 1/2 % ganzj. Obl.	1000	92	
4 1/2 % halbj. Obl.	1000	92	
4 1/2 % „ Milit. „	1000	92	
5% Obl.	1000	101 3/4	
4% Münch. Obl.	1000		
5% „ „	1000	101 1/8	
4 1/2 % Ostbahn-Aktien .		120 3/4	120 1/4
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit			
40% Einzahlung . .		86 1/2	
dto. volle		86 1/2	
Pfdbr. d. bayer. Hyp.-u.			
W.-Bank à fl. 1000		90 1/2	90 1/4
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.			99 7/8
Aktien „ „		826	824
Bayer. Handelsbank-Act.		98	97
„ Vereinsbank . .		119	118 1/2
Württemberg. 4 1/2 % Obl. . . .		91 1/4	
Oesterreich 4 1/5 % Silb.-Rte. 6/7		57 5/8	57 3/8
„ Pap.-Rte „			
5% Nation.-Anl. . 6/6			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à 116 7/3			
5% Met. Slfr. v. 1866 6/7			
Oest. Bank-Aktie . .			
„ Cred.-Aktien . .		264 3/4	264 1/2
Oest.-franz. Stsb.-Aktien .			

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb. „	193 1/4	192 2/4
Preußen. 4 1/2 % Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. 2 1/2	95 1/8	94 7/8
„ 1884 „	94 1/2	
„ 1885 „	94 1/2	
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	106	105 5/8
4% Bad. „ „	104 1/2	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	6 1/2	
Pappenheimer dto.	5 3/4	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose . .	18 1/2	18 1/4
Oester. 1854er Loose à fl. 250 5/6		
„ 1860er „ à fl. 500 6/7		
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred. Loose . . .		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		330
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		124
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor .	95	
Chemische Fabrik Heufeld		76
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn . . .		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn . .		
„ Siebenbürger Bahn . . .		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. 1. Em. 6/7		
dto. II. „ „		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn „	78	

	Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn „	79 1/2	
„ Siebenbürger Bahn „		
„ d. Böhm. Westbahn „		
„ Alföld Fiumander Bahn „	76 1/2	
Wechsel.		
Amsterdam fl. 100 holl. K. S.	100 3/4	
L. S.	100 3/4	
Augsburg fl. 100 . . . K. S.		
L. S.	100	
Berlin Rthlr. 60 . . K. S.	105	
L. S.	105	
Frankfurt fl. 100 . . . K. S.	100	
L. S.	100	
Hamburg M.-B. 100 . . K. S.	88 3/4	
L. S.		
Leipzig Rthlr. 60 . . K. S.	105	104 7/8
L. S.	105 1/8	
London Pfdst. 10 . . . . K. S.	119 7/8	119 5/8
L. S.	119 7/8	119 5/8
Paris Fr. 200 . . . . K. S.	95 1/8	94 7/8
L. S.	95 1/8	
Wien fl. 100 . . K. S.	96 1/2	96 1/4
L. S.		
Bank-Disconto für Platz-Wechsel . .		
„ „ Lombard. . .		
Geldsorten.		
Preuß. Friedrichsd'or	9.59	9.58
20 Francs Stücke	9.30	9.29 1/2
Preuß. Cassen-Scheine	105 1/8	104 7/8
Oest. Banknoten	96 1/2	96 3/8

Kgl. Residenz-Theater.

Sonntag den 24. April.

Die alte Schachtel.

Lustspiel in 1 Aufzuge von Gust. zu Putlitz.

Regie: Hr. Richter.

Personen:

Carl Eisenhard, ein junger Fabrikbesitzer	Hr. Rüthling.
Gustchen, seine Frau . .	Frl. J. Meyer.
Hanns, ihr Bruder . . .	Hr. Häusser.
Cornelia, seine Frau . .	Frl. M. Meyer.
Die alte Lotte	Frl. Seebach.

Ort: Eine mittlere Provinzstadt.

Hierauf:

Das Porträt der Geliebten.

Lustspiel in 3 Aufzügen von L. Feldmann.

Regie: Hr. Richter.

Personen:

Kanzleirath von Busta . .	Hr. Possart.
Wally, dessen Tochter . .	Frl. M. Meyer.
Ariana, Wally's Freundin	Frl. J. Meyer.
Frau von Falken, Wittwe Bustas Schwester . . .	Frl. Weiß.
Rothnagel, quieszirter Rath	Hr. Lang.
Jakob Unfall, Adspirant .	Hr. Rohde.
Assessor Reh, dessen Freund	Hr. Häusser.
Lorchen, Wally's Stubenmädchen	Frl. Muschel.
Anton, Unfalls Diener . .	Hr. Davideit.

Die Handlung beginnt am Morgen und endet am Abend.

Preise der Plätze: Ein Galerienoble-Sitz 1 fl. 24 kr. Ein Parketsitz 1 fl. — kr., Parterre — fl. 24 kr. Gallerie — fl. 15 kr.

Die Kasse wird um 1/2 6 Uhr geöffnet.

Anfang 1/2 7 Uhr. Ende nach 9 Uhr.

Kgl. Hof- u. National-Theater.

Sonntag den 24. April.

66. Vorstellung im Jahres-Abonnement.

Der Troubadour.

Oper in 4 Aufzügen nach dem Italienischen des Cammerano von Heinr. Proch.

Musik von Joseph Verdi.

Regie: Hr. Sigl.

Personen:

Graf Luna	Hr. Fischer.
Leonore, Edelfräulein . .	Frl. Kaufmann.
Azucena, eine Zigeunerin .	Frl. Ritter.
Manrico, ein Troubadur .	Hr. Nachbaur.
Ferrando, Haushofmeister des Grafen Luna	Hr. Bausewein.
Inez, Leonoren's Begleiterin	Frl. Hemauer.
Ruiz, Truppenführer . .	H. Weixlstorfer.
Ein alter Zigeuner . . .	Hr. Wirsing.

Gefährtinnen Leonorens. Diener des Grafen. Kinder. Zigeuner und Zigeunerinnen.

Die Handlung fällt in den Anfang des fünfzehnten Jahrhunderts und spielt theils in Biscaja, theils in Aragonien.

Preise der Plätze: Ein Galerienoble-Sitz 2 fl. — kr. Ein Parket-Sitz 1 fl. 30 kr. Parterre — fl. 48 kr. Gallerie fl. — 18 kr.

Die Kasse wird um halb 6 Uhr geöffnet.

Anfang halb 7 Uhr. Ende gegen halb 10 Uhr

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer. — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr:
Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr
für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Montag, den 25. April 1870. Nr. 113.

Politische Tagesübersicht.

Wien, 23. April. Böhmischen Nachrichten zufolge werden die czechischen Führer nächste Woche erst in Prag eine Conferenz unter sich abhalten und dann der Einladung des Grafen Potocki nach Wien folgen. Nach dem N. Fr. Lloyd aber würde nächste Woche die Notabeln-Versammlung überhaupt einberufen werden, welche angeblich über die folgenden Fragen zu berathen hätte: 1. Soll das Project der directen Wahlen wieder aufgenommen werden oder nicht? Im ersteren Falle: Soll der gegenwärtige parlamentarische Apparat beibehalten bleiben, das heißt, sollen die Landtage und der Reichsrath in ihren äußeren Formen weiter bestehen oder soll die Wahlreform nach dem Projecte Rechbauer's durchgeführt werden? Im letzteren Falle: Wäre es zweckmäßig, die Auflösung des Reichsrathes und der Landtage vorzunehmen? 2. Falls der Reichsrath und die Landtage aufgelöst würden, auf Grund welcher Wahlordnung sollen diese legislatorischen Körperschaften wieder einberufen werden? 3. Falls eine neue Wahlordnung als nothwendig befunden würde, auf welchem Wege soll eine solche zu Stande kommen? 4. Falls auf Grund eines neuen Wahlgesetzes ein neuer Reichsrath einberufen würde, was soll zunächst die Aufgabe desselben sein? 5. Falls dieser Reichsrath eine Verfassungsrevision vorzunehmen hätte, welcher Art sollten die darauf bezüglichen Regierungsvorlagen sein, respective innerhalb welcher Grenzen sollen die Anträge der Regierung sich bewegen? — Wir würden diese Fragestellung für apokryph erklären, wenn wir nicht dem programmlosen Ministerium Potocki gegenüberstünden. Nach dem Pester Lloyd hätte Graf Potocki mit den polnischen Parteiführern bereits „vollkommen greifbare Resultate“ erzielt, in Folge deren der galizische Landtag aufgelöst und ein neuer gewählt werden würde, der den Reichsrath zu beschicken hätte. Das klingt sehr verworren; denn ist das Ministerium mit den Polen einig, dann braucht es just den galizischen Landtag nicht erst aufzulösen. Die Meldung, daß der Versuch, den Grafen Goluchowski zur Uebernahme des galizischen Statthalterpostens zu bestimmen, an unannehmbaren Forderungen des Grafen gescheitert sei, widerspricht übrigens der Annahme, als habe das Ministerium wirklich schon eine Verständigung mit den Polen erzielt.

Pest, 23. April. Heute Morgens ist in Alt-Ofen die erste Spiritus-Raffinerie in Folge der Explosion des Rectificir-Apparates abgebrannt. Zwölf Menschen sind todt.

Berlin, 21. April. Die von der Flensb. Nordd. Ztg. gebrachte Nachricht, daß von preußischer Seite in letzter Zeit in Betreff der Ausführung des Art. 5 des Prager Friedens (Nordschleswig) in Wien Vorschläge gemacht worden seien, ist selbstverständlich Erfindung; denn Jedermann muß einsehen, daß bei den jetzigen schwankenden Zuständen in den obern Sphären Oesterreichs von einem derartigen Vorgehen nicht die Rede sein kann, wozu noch kommt, daß die Haltung des Reichskanzlers in Bezug auf die polnische Frage nicht dazu angethan ist, Preußen zur Annäherung an Oesterreich zu veranlassen. — Die Nachricht, daß Frhr. v. d. Heydt nicht in erwünschtem Wohlsein zurückgekehrt sei, ist allerdings richtig, aber entschieden übertrieben ist, was über den Zustand des vormaligen Finanzministers berichtet wird. Derselbe ist nicht nur nicht aus Zimmer gefesselt, sondern macht sogar vielfach Gänge durch die Stadt.

— Seit dem 1. April dient eine ganze Anzahl junger Badenser, die sich zur Absolvirung ihrer Studien auf der hiesigen Universität, der Gewerbe-, Bau-Akademie rc. befinden, auf Grund der Militär-Konvention zwischen dem Nordbund und Baden als einjährige Freiwillige in den hier garnisonirenden Garderegimentern. Die jungen Leute tragen zwei Kokarden an der Mütze, die badische (rothgelbe) über der preußischen (schwarz-weißen). Umgekehrt dienen auch bereits Preußen in badischen Regimentern. Uniformirung, Bewaffnung und alle sonstigen Einrichtungen sind bekanntlich in Baden wie im norddeutschen Bunde ganz dieselben.

Berlin, 22. April. Die Nordd. Allg. Ztg. erklärt, daß die von vielen Zeitungen gebrachte Nachricht, Preußen habe in Wien neuerliche Vorschläge über die Ausführung des Artiks V des Prager Friedens gemacht, vollständig aus der Luft gegriffen sei.

Aus **Mecklenburg-Schwerin,** den 19. April. Eine Deputation der israelitischen Gemeinden beider Mecklenburg überbrachte gestern dem Abg. Moritz Wiggers, als dem Urheber des Bundesgesetzes vom 3. Juli 1869, welches die bürgerliche und staatsbürgerliche Gleichberechtigung aller Angehörigen des Norddeutschen Bundes, ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses, proklamirt, eine Dankadresse und den ansehnlichen Betrag einer von den mecklenburgischen Juden in Folge jenes Gesetzes veranstalteten Geldsammlung zu seiner freiesten Verfügung. In seiner Erwiderung an die Deputation hob Wiggers hervor, daß das Gesetz vom 3. Juli v. J. in Mecklenburg nicht bloß den Juden, sondern auch den Katholiken und Reformirten zu Gute gekommen sei, welche sämmtlich dort bis dahin in unerhörter und unserer Civilisation unwürdiger Weise hinter den mecklenburgischen Staatsangehörigen lutherischer Confession zurückgesetzt waren. Den Dank für das Gesetz könne er nicht für sich allein beanspruchen, sondern nur als Einer von allen Denjenigen, welche zu dem Erlaß desselben mitgewirkt hätten. Die Geldsammlung nehme er mit innigem Dank an, „aber nicht, um sie für meinen persönlichen Nutzen zu verwenden, was ich nach Lage der Sache nicht thun dürfte und auch mit meiner Stellung als Abgeordneter des Volkes nicht vereinbar finden würde, sondern um darüber zu gemeinnützigen Zwecken zu verfügen.“

Paris, 22. April. Man versichert, daß am 12. Mai eine allgemeine Amnestie verkündet werden soll.

— Das Central-Comité für das Plebiscit läßt bereits Plebiscit-Denkmünzen mit dem Porträt des Kaisers und des kaiserlichen Prinzen den Subscriptions-Mitgliedern einhändigen.

Florenz, 21. April. Die Kammer nahm heute ihre Sitzungen wieder auf. Bonghi und Civinini kündigten Interpellationen über den Stand der öffentlichen Sicherheit im Königreich an. Auf den Antrag Lanza's wurde beschlossen, dieselben zu vertagen bis nach der allgemeinen Berathung des Budgets des Innern.

Rom, 21. April. Der König von Neapel ist heute nach Marseille abgereist, von wo sich derselbe nach Oesterreich begeben wird.

Madrid, 21. April Abends. Die Cortes verwarfen den Artikel des Wahlgesetzes, welcher die Ausübung eines Deputirten-Mandates mit anderen Functionen für unbedingt unvereinbar erklärt.

Rußland. „In Wilna lebte ein junger katholischer Geistlicher, Namens Piotrowicz, von clericaler Gesinnung ohne allen nationalen Beigeschmack. Der Mann war natürlich bei den Behörden eine Persona grata. Als die Regierung in der jüngsten Zeit den Beschluß faßte, die katholischen Gebete ins Russische übertragen zu lassen, und die Einführung derselben in den katholischen Kirchen Littauens anordnete, wurde dem Geistlichen Piotrowicz eine Anzahl Exemplare eingehändigt, mit dem Auftrage, sie zu vertheilen und von der Kanzel herab zu verkünden, daß es der Kirche gleich sei, in welcher Sprache man bete. Piotrowicz überzeugte sich aber bei Durchsicht der Uebersetzung, daß durch dieselben Grundsätze der griechisch-orthodoxen Kirche eingeschmuggelt werden sollten. Da bestieg er am Sonntage die Kanzel, in der einen Hand eine brennende Kerze und in der anderen Hand ein Buch, bekannte vor der versammelten Menge, daß er is jetzt geirrt habe, indem er glaubte, daß die Regierung nur eine politische Unterwürfigkeit fordere, die Religion aber schonen wolle. Er bat das Volk um Vergebung für diesen Irrthum und verbrannte zuletzt das Buch, ein russisches Exemplar der katholischen Gebete. Alles fiel auf die Knie, die Einen beteten, die Anderen, besonders die Weiber, weinten und schluchzten. Hierauf eilte Piotrowicz zum Gouverneur und theilte ihm Alles selbst mit. Der Gouverneur war außer sich. „Was haben Sie gethan?" sagte er zu Piotrowicz. „Die Regierung hatte Sie im Auge für einen großen Posten, ich persönlich bin Ihr Freund, und nun muß ich Sie nach Sibirien schicken." — „Warum müssen Sie das?" erwiederte der Geistliche. — „Weil es meine Pflicht für den Kaiser gebietet." — „Wohlan," rief Piotrowicz, „thun Sie, was Sie aus Pflicht für ihren Herrn thun müssen, so wie ich meine Pflicht gegen meinen Herrn im Himmel gethan habe." In der darauffolgenden Nacht wurde der Geistliche nach Irkutsk abgeführt.

Amerika. In Ohio scheint man die Frauenrechtsbewegung für „viel Geschrei und wenig Wolle" anzusehen, denn die dortigen Vertheidigerinnen der Idee haben es für nöthig befunden, sich gegen die Anschuldigung zu verwahren, als ob den Frauen im Großen und Ganzen nichts an politischen Rechten läge. Um das Gegentheil zu beweisen, haben sie bei der Legislatur beantragt, daß ihnen selbst ihr Schicksal in die Hand gegeben werde, und daß eine Abstimmung des weiblichen Geschlechts entscheiden solle, ob den Frauen das Stimmrecht verliehen werden solle oder nicht. Es wäre leicht möglich, daß die politisirenden Weiber als Siegerinnen hervorgehen würden, indem diejenigen Frauen, welche am häuslichen Heerde ein ruhmvolleres Feld ihrer Thätigkeit finden als auf dem lauten Markte der Politik, sich auch an der vorgeschlagenen ersten Abstimmung gar nicht betheiligen würden.

— Aus **Mexiko** schreibt der Korrespondent der Morning Post vom 28. März, daß die Revolution vollständig zu Boden geschlagen seie. Die Wiedereröffnung des Kongresses sollte am 1. April stattfinden, und man erwartete die befriedigenden Berichte des Präsidenten über Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung im Lande. Doch versichert der Berichterstatter: Weder in Bezug auf Ackerbau oder Handel noch in socialer Beziehung könne von Besserung die Rede sein. In dem Maße wie die Rebellenhaufen abnehmen, nehmen die Räuberbanden zu.

Bayerische Angelegenheiten.

— Se. Maj. der König hat auf Grund des Gesetzes über die Maß- und Gewichtsordnung hinsichtlich der Eichung der Schankgefäße in Gast- und Schenkwirthschaften verordnet: §. 1. Alle für den Ausschank von Bier und Wein in Gast- und Schenkwirthschaften bestimmten Gefäße zu $1/1$, $1/2$ und $1/4$ Liter müssen geeicht sein. Dasselbe gilt von Flaschen, welche zum Ausschank von Wein gebraucht werden. §. 2. Das Eichzeichen besteht in einem horizontalen, äußerlich eingeschliffenen, eingeschnittenen oder eingebrannten Striche, welcher den Inhalt begrenzt. §. 3. Dieser Strich muß a) bei Schankgefäßen von Bier von $1/4$ Liter Inhalt mindestens 1 Centimeter, von $1/2$ und $1/1$ Liter Inhalt mindestens $1^1/_2$ Centimeter, b) bei Schenkgefäßen für Wein wenigstens $1/2$ Centimeter, c) bei Flaschen wenigstens 3 Centimeter unter dem oberen Rande liegen. §. 4. Den Gast- und Schenkwirthen ist es freigestellt, ob sie die Schankgefäße geeicht kaufen oder obige Bezeichnung von einem Verifikator oder in sonst beliebiger Weise bewirken lassen wollen. Sie bleiben aber für die Richtigkeit der Schankgefäße selbst verantwortlich und haben deshalb stets geeichte und gestempelte Flüssigkeitsmaße zu 1, $1/2$ und $1/4$ Liter bereit zu halten. Mit letzteren Maßen, welche der periodischen Eichung und Stempelung nach Maßgabe der Verordnung vom 23. November 1869 — die Normal-Eichungskommission u. s. w. betr. — unterworfen sind, haben die Gast- und Schenkwirthe nicht nur die Schankgefäße vor deren Gebrauch zu untersuchen, ob sie richtig bezeichnet sind, sondern auch die ihren Gästen vorgesetzten Quantitäten nachzumessen, wenn dieß verlangt wird. §. 5. Die Polizeibehörden haben bei Vornahme der Maß- und Gewichtsvisitationen von den vorhandenen Schankgefäßen beliebige Stücke herauszugreifen und der Prüfung zu unterstellen. §. 6. Ausgenommen von vorstehenden Vorschriften bleibt der Verkauf feiner Flaschen- (Bouteillen) Weine, moussirender Weine, der Verkauf von Exportbieren in den Originalflaschen und des abgezogenen Bieres. §. 7. Gegenwärtige Verordnung hat vom 1. Jänner 1872 an für den ganzen Umfang des Königreiches und vom 1. Mai 1870 ab im diesrheinischen Bayern jenen Gewerbetreibenden gegenüber in Wirksamkeit zu treten, welche das neue Maß nach den Bestimmungen des Artikels 16 des Gesetzes vom 29. April v. J. — die Maß- und Gewichtsordnung betr. — schon von dem letztgenannten Zeitpunkte an in Anwendung bringen.

— Im kommenden Herbste werden, so viel jetzt verlautet, keine größeren Truppenzusammenziehungen stattfinden, sondern nur die gewöhnlichen Herbstübungen der aktiven Armee und die kleineren Uebungen der Landwehr in der Dauer von 4 bis 8 Tagen vorgenommen werden.

— Prof. Dr. Döllinger wird im 2. Semester seine kirchengeschichtlichen Vorträge an unserer Universität fortsetzen; außer dem Regensburger Bischofe ist es bisher keinem bayerischen Kirchenoberhaupte eingefallen, den Theologiekandidaten den Besuch von Döllingers Vorlesungen zu verbieten.

Lokales und Provinzielles.

München, 25. April.

Professor Dr. Frhr. v. Liebig ist seit einigen Tagen an einem heftigen Kopfleiden nicht unbedenklich erkrankt. Die sehr zahlreichen Verehrer und Freunde des großen Forschers sind begreiflicherweise voll der tiefsten Theilnahme.

— Ein eigenthümlicher Musikverein hat sich dahier gebildet. Bekanntlich haben die magistratischen Kollegien beschlossen, den bisherigen Beitrag zu der Musik, die am letzten Abend einer jeden Woche in den Sommermonaten auf dem Petersthurme gespielt wurde, zu streichen. Es hat sich nun eine Anzahl Münchener zusammengethan diesen alten Gebrauch aus eigenen Mitteln aufrecht zu erhalten. Am Samstag den 30. April wird diese Musik wieder zum ersten Male vom Petersthurme herab ertönen.

* Heute Abends findet im großen Saale des Museums die zweite Soirée für Kammermusik, veranstaltet von dem kgl. württembergischen Hofpianisten Hrn. Dionys Pruckner unter Mitwirkung der HH. Jos. Walter, A. Thoms und Hyp. Müller statt, worauf wir Freunde klassischer Musik aufmerksam machen und bezüglich des Nähern auf den Inseratentheil des Blattes verweisen.

— Im nächsten Monat wird auf hiesiger Hofbühne ein neues Drama von unserem einheimischen Dichter Köberle, „Max Emanuels Brautfahrt" gegeben.

Wie aus **Regensburg** mitgetheilt wird, beabsichtigt eine französische Sängergesellschaft aus Languedoc in den nächsten Tagen dahier ein Concert zu geben. Die Gesellschaft besteht aus einem Doppelquartett und befindet sich auf der Reise von Christiana, Stock-

holm und Kopenhagen nach München. Ein uns vorliegender Bericht besagt, daß die Gesellschaft vor dem Kaiser Napoleon in Compiegne und der österreichischen Kaiserfamilie in Pest sich Beifall errungen und in jüngster Zeit auf dem Schloß Haga bei Stockholm vor der schwedisch-dänischen Königsfamilie gesungen hat.

* Es wird hier lebhaft das Gerücht colportirt, daß Richard Wagner, nachdem der zur musikalischen Direktion der „Walkyre“ von ihm bestimmte Herr Porges sich geweigert habe, das Werk zu dirigiren, sich bereit erklärte, selbst zur Leitung des Werkes nach München zu kommen, aber hieran als Bedingung die vorherige Entfernung des Intendanten Baron Perfall knüpfte. Wir sind in der Lage, dieses Gerücht als müßige, wenn nicht böswillige, Erfindung zu bezeichnen. — Der k. Hofschauspieler Hr. Possart hat, wie die Neue Würzburger Zeitung meldet, am Stadttheater in Würzburg als Franz Moor, Nathan, Mephisto, Perrin, Narciß, bei stets geräumten Orchester mit außerordentlichem Erfolge gastirt.

In **Rotthalmünster** wurde eine freiwillige Feuerwehr in's Leben gerufen und hielt dieselbe am Osterdienstag ihre erste öffentliche Uebung. Am nämlichen Tage wurde dortselbst auch eine Kleinkinderbewahranstalt eröffnet.

Neustadt a. S., 20. April. Heute Morgens 8 Uhr hätte sich auf dem Tretrade des tiefen Brunnens der Salzburg gelegentlich eines Fremdenbesuches bald ein großes Unglück ereignet. Ein 17jähriger Arbeiter übernahm zum Erstenmale das Treten des Rades und glaubte durch Forcirung Geschwindigkeit zu erzielen, welche ihm aber bald das Leben gekostet hätte. Während der abgehende Eimer nahe einem Grunde war, schleuderte das forcirte Tretrad den Unglücklichen derart in die Höhe, daß es nur einem Wunder zu verdanken ist, daß derselbe nicht zerschmettert zur Erde fiel, sondern mit einigen nicht lebensgefährlichen Quetschungen davon kam. Es verging über eine Stunde, bis derselbe wieder zu einigem Bewußtsein gelangte.

Augsburg, 22. April. Am letzten Mittwoch wurde hier von einer Zigeunerin ein Kind im Alter von 4 Jahren geraubt und konnte dasselbe nur nach vielen Bemühungen Seitens der Eltern desselben ausfindig gemacht werden. Eine neue Mahnung somit an die Eltern, ihre Kinder doch nicht unbeaufsichtigt zu lassen. Unbekannt ist, ob dieser Fall bei Gericht angezeigt und die Bestrafung der Verbrecherin veranlaßt wurde; jedenfalls aber wäre es nur recht und billig, daß solch arbeitsscheuem Volke der Aufenthalt im Lande in Erwägung derartiger Vorkommnisse nie gestattet werde.

Kaufbeuren, 23. April. Gestern Mittags wurden die Bewohner unserer Stadt durch die Nachricht allarmirt, daß die Stadtwaldung auf der Merzenburg in Brand stehe. Glücklicherweise war die Sache übertrieben, indem das Feuer auf bisher unbekannte Weise nur auf einer mit niederem Strauchwerk bewachsenen Fläche an der Straße nach Biesenhofen in der Nähe der Pudelwirthschaft ausgebrochen und bald wieder gelöscht war.

Feuilleton.

— In neuester Zeit hat eine Drogue, Guarana genannt, als Spezifizum gegen die Migräne viel von sich reden gemacht. Da es keineswegs unmöglich erscheint, daß diese Frucht, welche mit Wasser aufgegossen, Café und Thee an narkotischem Gehalt weit übertrifft, wie diese beiden und andere Genußmittel seinen Weg aus den Droguerien in den täglichen Verkehr nehmen könnte, so halten wir einige kurze Notizen darüber nicht für interesselos. Die Guarana (Paullina) stammt aus dem Gebiete der Maubes im südlichen Brasilien und hat sich von diesem Stamme aus (dem es zum unentbehrlichsten Nahrungsmittel geworden ist) bereits über ganz Amazonas, Bolivia ꝛc. verbreitet, so daß die Menge der jährlich erzeugten Frucht sich bereits auf 3 Mill. Kilogr. beläuft. Die zum Gebrauch bestimmte Pasta wird aus den zerriebenen Samenkörnern einer Schlingpflanze bereitet, welche mit Wasser geknetet in wurstähnliche Stangen geformt und getrocknet werden. Die sehr hart gewordene Masse pulverisirt man vor dem Gebrauch und löst sie mit kaltem Wasser auf, — die ganze durchgerührte mit Zucker versetzte Flüssigkeit wird dann genossen. Die kühlende und anregende Wirkung übertrifft die von Café und Thee darum bedeutend, weil das in diesen enthaltene Alkaloïd, Caseïn oder Theïn, welchem die narkotische Wirkung verdankt wird, in der Guarana bei weitem stärker vertreten ist. Während der Café nur 0,2 — 0,8, der Thee 0,6—2 Procent Caseïn enthält, hat man in der Guarana bis zu 5,07 Procent dieses Alkaloïds gefunden. Der bisher bedeutende Preis dieser Drogue erklärt sich aus ihrem beschränkten Gebrauch in Europa. Die bereits vorkommenden Verfälschungen durch Tapiokamehl sind dadurch leicht zu unterscheiden, daß sie ein weißliches Pulver liefern, während die echte Pasta zerrieben eine helle zimmtähnliche Farbe zeigt.

— Dem Bund (Bern) wird aus Berlin geschrieben: In verschiedenen Zeitungen kursirt die Nachricht, daß Zschokke's Stunden der Andacht in einer sehr wohlfeilen Ausgabe in 25 Lieferungen (à vier Bogen) erscheinen werden. Thatsache ist, daß allerdings eine hiesige unbekannte Firma einen Nachdruck veranstaltet und bereits die erste Lieferung herausgegeben hat. Schreiber dieses hat sich nun die Mühe genommen, diese Lieferung mit einer der drei Originalausgaben des Werkes zu vergleichen, und hat herausgerechnet, daß die Nachdruckausgabe, wenn sie sämmtliche Betrachtungen der Stunden der Andacht enthalten soll, mindestens 35—40 solcher Lieferungen umfassen, also theurer wird, als die billigen Ausgaben des Originalverlegers. Offenbar beabsichtigt der Berliner Nachdrucker, das Publikum zu täuschen.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 24. April. Die amtliche „Wiener Zeitung“ veröffentlicht eine kaiserliche Entschließung, welche den wegen strafbarer Handlungen gegen die Ordnung in Preßsachen verurtheilten Personen die Freiheits- und Geldstrafen nebst den gesetzlichen Folgen nachsieht. Falls Conkurrenz mit nicht durch die Presse begangenen strafbaren Handlungen vorliegt, hat der oberste Gerichtshof über die noch platzzugreifende Strafe oder darüber zu entscheiden, in wieweit durch theilweise bereits abgebüßte Strafe die Strafe als erloschen anzusehen ist. Deßgleichen ist in anhängigen Preßprozeßen von weiterem Strafverfahren abzulassen, sofern nicht Privatklage vorliegt.

Berlin, 23. April. Die heute stattgehabte Conferenz der Deligirten der norddeutschen Seestädte sprach sich gegen die Einführung einer Steuer auf Stärksyrup und Stärkezucker aus.

Paris, 24. April. „L'Union“ und „La Gazette de France“ veröffentlichen ein Collectiv-Manifest der beiden Legitimistenversammlungen, welche in ihren Bureaux abgehalten worden. Dieselben verwerfen das Plebiscit prinzipiell. Die Versammlung der Gazette zieht ein negatives Votum vor; die Versammlung der Union entschied sich für Abstimmungsenthaltung.

Paris, 24. April. Die „Agence Havas“ meldet, es sei unrichtig, daß Banneville die französische Note offiziell überreicht habe und sei wahrscheinlich, daß er dieselbe nicht überreichen werde. Banneville sei vom Papste, wie von Antonelli in ausgezeichneter Weise empfangen worden. Ein Telegramm vom 23. aus Rom meldet: Morgen wird die dritte öffentliche Conzilssitzung stattfinden, Die Väter werden ohne alle Diskussion nach der Messe in Gegenwart des Papstes mündlich abstimmen. Der Papst wird die ersten Conzilsbeschlüsse gleich nach der Protokollirung der Voten kundmachen.

Paris, 24. April. Die Proclamation des Kaisers lautet: „Die Constitution von 1852, durch 8 Millionen Stimmen genehmigt, hat Frankreich 18 Jahre der Ruhe, des Wohlstandes und nicht minder des Ruhmes verschafft. Sie sicherte die Ordnung und ließ allen Verbesserungen die Wege offen. Je mehr sich die Sicherheit befestigte, desto größer wurde der Antheil an der Freiheit. Allmälige Wandlungen haben indessen die Grundlagen der Volks-Abstimmung geändert und es wurde daher unerläßlich, daß ein neuer constitutioneller Vertrag durch das Volk genehmigt werde. Die Constitution Frankreichs, zurückgeführt auf eine kleine Anzahl von Bestimmungen, wird den Vortheil haben, daß sie den vollzogenen Fortschritt zu einem definitiven macht, daß sie die Politik und die Grundsätze der Regierung vor Schwankungen sichert, und

daß die Zeit, welche nur zu oft durch unfruchtbare und erregte Polemik verloren ging, in Zukunft besser angewendet werde, um Mittel zur Vermehrung und Hebung des moralischen und materiellen Wohlseins zu finden. Geben Sie mir eine neue Probe Ihres Vertrauens. Indem Sie mit „Ja“ stimmen, werden Sie die Drohungen der Revolution beschwören, die Freiheit auf der Basis fester Ordnung sichern und für die Zukunft die Uebertragung der Krone auf meinen Sohn erleichtern. Im Jahre 1851 wurde mir die ausgedehnteste Machtvollkommenheit beinahe einstimmig übertragen. Seien Sie auch heute ebenso zahlreiche Anhänger der Umgestaltung der Regierungsform. Die große Nation wird nicht die ganze Entwicklung abwarten, ohne sich auf jene Institutionen zu stützen, welche zu gleicher Zeit die Stabilität und den Fortschritt garantiren. Antworten Sie auf die Frage: ob Sie die in den letzten 10 Jahren ausgeführten liberalen Reformen billigen, mit „Ja“! Getreu meiner Herkunft, wird mich Ihr Sinn (pensée) durchdringen und Ihr Wille stärken und ich werde nicht aufhören, rastlos für die Wohlfahrt und Größe Frankreichs zu arbeiten.“

Florenz, 23. April. Die amtliche Zeitung meldet: Der König hatte Donnerstag Abend einen Fieberanfall mit Scharlachausschlag. Letzterer ist gegenwärtig sehr reichlich; das Fieber hat nachgelassen. Die Aerzte versichern, daß der König in zwei bis drei Tagen vollständig wiederhergestellt sein wird.

Constantinopel, 24. April. Eine Depesche des türkischen Geschäftsträgers in Athen meldet, daß bei Marathon Engländer von Räubern gefangen genommen und getödtet worden seien.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 24. April (Schlussc.)

Wechsel auf London	—	Oest.-franz. Staatsbahn	374
" " Paris	—	Bayr. Ostbahn-Actien	120[illegible]
" " Wien	$96^3/_8$	Elisabeth-Prior. I. Em.	—
5 proc. bayr. Anleihe	—	4% bayer. Prämien-Anl.	106
$4^1/_2$ " " "	$91^3/_4$	Bad. Präm.-Anleihe	104[illegible]
4 " " Grundrente	—	Oesterr. Loose v. 1860	79
4 " " Obligat.	—	" Loose v. 1864	—
5 proc. österr. Metall., engl.	—	Alsenzbahn	—
5 " " National-Anl.	—	Oberhessische Bahn	—
Steuerfr. Metall. v. 1866	—	Lombarden	$195^1/_4$
1882er Amerikaner	$95^1/_2$	Napoleons	—.—
Oesterr. Bank-Actien	—	Rente Silber $57^1/_2$, Pap. —	
" Credit-Actien	$265^1/_2$	fest. Handelsbank	—

Wien, 24. April. (Schluss-Course.) 1860r Loose 96.60. 1864er Loose 119.--. CreditActien 254.90. Staatsbahn 393. Franko-Anstr.-B. 117.—. Angl.-Austr.-B. 308.50. Lombarden 203.80. Napoleons —.—. Gallizier 9.86. Tendenz: unbeliebt.

Berlin, 24. April. Oesterr. Credit-Actien $151^1/_2$. Oesterr.-franz. Staatsbahn-Actien $214^1/_2$. Oesterr. fl. 500 Loose von 1860 $78^3/_4$. Lombarden $111^1/_4$. Italienische Anleihe $55^3/_8$. 1882er amerik. Bonds $95^1/_8$ Tendenz: fest.

New-York, den 23. April. Gold $113^1/_2$. Wechsel in Gold 109 Bonds per 1882 113. Baumwolle $23^1/_2$. Petroleum 26.

Liverpool, den 23. April. Schlussbericht. Heutiger Umsatz 12,000. Orleans $11^7/_{16}$. Middling amerikanische $11^1/_8$. Fair dhollerah $9^1/_2$ Middling fair dhollerah $9^1/_4$. Good middling dhollerh 9. Fair Bengal $8^1/_4$. Fair Omra $9^5/_8$. Pernam $11^1/_4$. Smyrna $10^1/_4$. Egyptian $12^1/_2$ Amerik. per März-April —. Dhollerah per Mai —. Omra 10. Tages-Import 25652 davon Ostindische 5274 Tendenz: fest

---

Kgl. Hof- u. National-Theater.

Montag den 24. April.

66. Vorstellung im Jahres-Abonnement.

Das Lügen.

Lustspiel in 3 Aufzügen von Roderich Benedix.

Regie: Hr. Richter.

Personen:

Dr. Rudolph Wassenberg, Arzt } Brüder	Hr. Räthling.
Wolfgang, Wassenberg, Componist, } Brüder	Hr. Christen.
Sophie, dessen Frau	Frl. Jahn.
Karoline Wildau, deren Schwester, Rudolphs Braut	Frl. M. Meyer.
Bernhard Wildau, beider Bruder, Student	Hr. Häusser.
Hainborf	Hr. Herz.
Hildegard, dessen Tochter	Frl. J. Meyer.
Meusler	H. Davideit.
Schott, Untersuchungsrichter	Hr. Keller.
Falk, Advokat	Hr. Leigh.

Preise der Plätze: Ein Galerienoble-Sitz 1 fl. 24 kr. Ein Parketsitz 1 fl. — kr., Parterre — fl. 24 kr. Gallerie — fl. 15 kr.

Die Kasse wird um $^1/_2$6 Uhr geöffnet.

Anfang $^1/_2$7 Uhr. Ende nach 9 Uhr.

Im großen Saale des Museums.

Montag den 25. April.

Zweite

Kammermusiksorée

des

kgl. württemb. Hofpianisten Professor

Dionys Pruckner.

Unter Mitwirkung des k. Conzertmeisters J. Walter und der k. Hofmusiker A. Thoms und Hipp. Müller.

1. Quartett für Pianoforte, Violine, Viola und Violoncelle (G-moll) von Mozart. (HH. Pruckner, Walter, Thoms und Müller.
2. Sonate für Violine u. Pianoforte. A-moll, op. 47 von Beethoven. (HH. Walter und Pruckner).
3. „Des Abends“, Fantasiestück aus op. 12, für Pianoforte v. Schumann und „Scherzo“ B-moll für Pianoforte von Chopin. (Hr. Pruckner).
4. Trio für Pianoforte, Violine und Violoncelle. Es-dur, op. 100. von Schubert. (HH. Pruckner, Walter und Müller.)

Die Kasse wird um 6 Uhr geöffnet.

Anfang 7 Uhr. Ende gegen 9 Uhr.

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer. — Druck der C. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr: Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Dienstag, den 26. April 1870. **Nr. 114.**

Der Entwurf des Landtags-Wahlgesetzes.

I. Zahl der Abgeordneten. Art. 1. Die Wahl der Landtagsabgeordneten geschieht im Verhältnisse von je Einem Abgeordneten auf 31,500 Seelen der Gesammtbevölkerung des Königreichs nach dem Stande der Volkszählung vom 3. Dez. 1867. Die hiernach sich ergebende Zahl von 154 Abgeordneten wird nach obigem Verhältnisse auf die einzelnen Regierungsbezirke vertheilt. Demnach kommen auf: Oberbayern 26, Niederbayern 19, Pfalz 20, Oberpfalz und Regensburg 16, Oberfranken 17, Mittelfranken 18, Unterfranken und Aschaffenburg 19, Schwaben und Neuburg 19.

II. Wahlkreise. Art. 2. Behufs der Wahl der Landtagsabgeordneten wird das Königreich nach Maßgabe der Anlage zu diesem Gesetze in 148 Wahlkreise eingetheilt. Der Wahlkreis 1 (Stadt München) hat 5, die Wahlkreise 95 (Stadt Nürnberg) und 131 (Stadt Augsburg) haben je zwei, alle übrigen Wahlkreise je einen Abgeordneten zu wählen. Die Wahlkreise werden zum Zwecke der Stimmabgabe in kleinere Bezirke getheilt. Die Abstimmungsbezirke müssen räumlich abgegrenzt und thunlich abgerundet sein. Keiner derselben darf weniger als 5000 und mehr als 8000 Seelen umfassen.

III. Stimmberechtigung. Art. 3. Wähler ist vorbehaltlich der Bestimmungen im Art. 4 jeder Bayer, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat und dem Staate eine directe Steuer entrichtet. Art. 4. Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen: 1) Personen, welche unter Kuratel stehen, oder welchen nach Art. 513 und 515 des pfälzischen Zivilgesetzbuches ein Beistand gerichtlich beigegeben ist; 2) Personen, über deren Vermögen die Gant anhängig ist; 3) Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben; 4) Personen, welche wegen eines Verbrechens oder wegen Vergehens des Diebstahls, der Unterschlagung, des Betrugs, der Hehlerei oder der Fälschung rechtskräftig verurtheilt worden sind; 5) Personen, welche durch rechtskräftiges gerichtliches Urtheil ganz oder theilweise die Fähigkeit verloren, einen Eid oder ein Handgelöbniß an Eidesstatt vor einer öffentlichen Behörde abzulegen, oder die im Art. 28 des Strafgesetzbuches bezeichneten Eigenschaften und Fähigkeiten oder einzelne derselben verloren haben; 6) die nach Art. 367 Abs. 2 des Strafgesetzbuches zum Geschwornendienst unfähig Erklärten; 7) Personen, welche wegen Zuwiderhandlung gegen Art. 151—153 des Strafgesetzbuchs, nämlich wegen Gewalt oder Drohung bezüglich der Ausübung von Wahlrechten, wegen Wahlbestechung, Fälschung der Wahlzettel, Wahlzeichen und Wahlprotokolle rechtskräftig verurtheilt worden sind, insoferne nicht der Verurtheilte in den Fällen der Ziff. 4—7 Rehabilitation erlangt hat.

IV. Wählbarkeit. Art. 5. Wählbar zum Abgeordneten ist jeder Stimmberechtigte, welcher das 30. Lebensjahr zurückgelegt hat und seit mindestens 3 Jahren dem bayerischen Staate angehört. Art. 6. Der Urlaub darf den gewählten Staatsbeamten und öffentlichen Dienern nicht verweigert werden; ebensowenig den Offizieren und Militärbeamten in Friedenszeiten.

V. Wählerlisten. Art. 7. Zum Zwecke der Wahlen sind in jeder Gemeinde durch die Gemeindeverwaltung Listen anzulegen und fortzuführen, in welche alle Stimmberechtigten, welche in der Gemeinde ihren Wohnsitz haben, mit Vor- und Zunamen, Alter, Stand oder Gewerbe und Wohnung eingetragen werden. Jeder darf nur an Einem Orte wählen. Wer in mehreren Gemeinden einen Wohnsitz hat, ist in die Wählerliste jener Gemeinde aufzunehmen, in welcher er zur Zeit der Feststellung der Liste sich aufhält. Wahlberechtigte vom Militärstande, welche sich bei der Fahne befinden, wählen an dem Ort ihrer Garnison. Die k. Behörden, Pfarrämter und Zivilstandsbeamten sind verpflichtet, alle zur Richtigstellung der Wählerlisten erforderlichen Aufschlüsse sofort und unentgeltlich zu ertheilen.

VI. Wahlverfahren. Art. 8. Die allgemeinen Wahlen sind an dem vom Staatsministerium des Innern bestimmten und durch das „Regierungsblatt“ bekannt gemachten Tage vorzunehmen. Art. 9. Die Regierungen, Kammern des Innern, haben für jeden Wahlkreis einen Wahlkommissär zu bestellen, und hierüber eine öffentliche Bekanntmachung zu erlassen. Art. 10. Die Wahlkommissäre haben die Abgrenzung der Abstimmungsbezirke vorzunehmen, den Ort für die Abgabe der Wahlzettel zu bestimmen, und für jeden Abstimmungsbezirk einen Wahlvorsteher zu ernennen. Die Abstimmungsbezirke, die Abstimmungsorte und die Wahlvorsteher sind wenigstens 14 Tage vor der Wahl durch Amtsblätter und öffentliche Anschläge in den betreffenden Gemeinden bekannt zu machen. Art. 11. Spätestens vier Wochen vor dem zur Wahl bestimmten Tage haben die Gemeindeverwaltungen die Wählerlisten zu Jedermanns Einsicht aufzulegen und ist dieß zuvor unter Hinweisung auf die Einsprachefrist öffentlich bekannt zu machen. Einsprachen gegen die Listen sind binnen 8 Tagen nach Beginn der Auflegung bei der Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat, anzubringen und innerhalb der nächsten 14 Tage in Städten, welche der Kreisregierung unmittelbar untergeordnet sind, von den Magistraten, in den übrigen Gemeinden von den betreffenden Distriktspolizeibehörden endgiltig zu entscheiden, worauf die Listen geschlossen werden. Bei einzelnen Neuwahlen, welche innerhalb dreier Monate nach der letzten allgemeinen Wahl stattfinden, bedarf es einer neuen Auflegung der Wahlliste nicht. Die nothwendigen Ergänzungen sind drei Tage vor der Wahl durch öffentliche Anschläge in den betreffenden Gemeinden bekannt zu geben. Art. 12. Die richtig gestellte Wählerliste ist unmittelbar nach dem erfolgten Abschlusse den Wahlvorstehern der einzelnen Abstimmungsbezirke zuzustellen. Art. 13. Der Wahlvorsteher hat alle Vorbereitungen zu treffen, welche erforderlich sind, damit die Wahl unaufgehalten zu rechter Zeit stattfindet. Die Gemeindeverwaltungen sind verpflichtet, seinen deßfallsigen Requisitionen ungesäumt zu entsprechen, insbesondere das nöthige Dienstpersonal bereit zu stellen und für ein geeignetes Wahllokal, sowie die Regiebedürfnisse zu sorgen. Der Wahlvorstand handhabt die Ordnung im Wahllokale. Art. 14. Die Stimmabgabe wird unter Leitung des Wahlvorstehers vollzogen, dem ein Wahlausschuß zur Seite steht. Der Wahlausschuß besteht aus sieben Mitgliedern. Die Ernennung geschieht von den beim Beginn der Wahl anwesenden Wählern aus ihrer Mitte. Hiebei sind die

Wähler an einen bestimmten Wahlmodus nicht gebunden und können dieselben die Ernennung des Wahlausschusses auf jede beliebige Weise durch Stimmzettel, Akklamation, Option oder durch das Loos vornehmen. Die Wahlausschüsse unterstützen den Wahlvorstand bei der Leitung der Wahl und entscheiden über Anstände, die sich bei der Wahlhandlung ergeben, vorbehaltlich der Bestimmung in Art. 21 Abs. 7 durch Mehrheitsbeschluß. Eine Berufung gegen diesen Ausspruch ist unzulässig. Art. 15. Nur derjenige ist zur Wahl zuzulassen, welcher in die Wählerliste aufgenommen ist. Hat jedoch Jemand seinen Wohnsitz nach Schluß der letzteren verändert, so ist derselbe für den neuen Wohnort, obschon er sich in dessen Liste nicht verzeichnet findet, dennoch dann stimmberechtigt, wenn er an dem Orte, wo er eingetragen ist, die nachträgliche Löschung in der Liste beantragt und daß dies geschehen, dem mit der Annahme der Wahlzettel für den neuen Wohnort beauftragten Wahlvorsteher nachweist. Art. 16. Die Wahlen erfolgen durch unmittelbare und geheime Stimmabgabe der Wahlberechtigten. Die Stimmgebung erfolgt in der Art, daß jeder Wähler in eigener Person den Wahlzettel unter Angabe seines Namens und nöthigenfalls seiner Wohnung dem Wahlvorsteher überreicht, welcher den Wahlzettel erst dann annehmen darf, wenn der Name des betreffenden Wählers in der Liste aufgefunden worden ist. Die Wahlzettel sind außerhalb des Wahllokales mit dem Vor- und Zunahmen, Stand und Wohnort des Candidaten, welchem der Wähler seine Stimme geben will, handschriftlich oder im Wege der Vervielfältigung zu versehen. Dieselben müssen von weißem Papier und derart zusammengelegt sein, daß der hierin verzeichnete Name des Gewählten verdeckt ist; auch dürfen sie kein äußeres Kennzeichen an sich tragen. Wahlzettel, bei welchen hiegegen verstoßen ist, hat der Wahlvorsteher zurückzuweisen. Art. 17. Die zur Annahme geeigneten Wahlzettel werden von dem Wahlvorsteher in ein verschlossenes Behältniß gelegt, und dürfen erst nach Schluß des Abstimmungsaktes eröffnet werden. Von der Stimmabgabe jedes Wählers ist neben dem Namen desselben in der Wählerliste Vormerk zu machen, und ist der Name in einem von einem Mitgliede des Wahlausschusses zu führenden Verzeichnisse aufzunehmen, welches vom Wahlausschusse zu unterzeichnen und dem Wahlprotokolle beizuheften ist. Art. 18. Zu keiner Zeit der Wahlhandlung sollen weniger als drei Mitglieder des Wahlausschusses gegenwärtig sein. Das über die Wahlhandlung aufzunehmende Protokoll ist von einem Ausschußmitgliede zu führen. Die Wahlhandlungen sind ohne Unterbrechung durchzuführen. Die Abstimmung beginnt um 9 Uhr Vormittags und wird um 6 Uhr Nachmittags geschlossen. Nach Ablauf dieser Frist darf kein Wahlzettel mehr angenommen werden.

Art. 19. Nach dem Schlusse der Abstimmung werden die abgegebenen Wahlzettel aus der Wahlurne genommen und uneröffnet gezählt. Ergibt sich dabei auch nach wiederholter Zählung eine Verschiedenheit von der ebenfalls festzustellenden Zahl der Wähler, bei deren Namen in der Wählerliste ihre Stimmabgabe vorgemerkt ist, so muß dieses nebst dem etwa zur Aufklärung dienlichen Protokolle aufgeführt werden. Art. 20. Sodann erfolgt die Eröffnung der Wahlzettel, indem ein Mitglied des Ausschusses jeden Wahlzettel einzeln entfaltet und ihn dem Wahlvorsteher übergibt, der denselben nach lauter Verlesung des Inhalts an einen anderen Beisitzer zur Aufbewahrung weiterreicht. Der Protokollführer nimmt den Namen der Gewählten in das Protokoll auf, und ein dritter Beisitzer führt eine Gegenliste, in welcher er neben dem Namen des Gewählten jede demselben zufallende Stimme mit fortlaufenden Nummern einträgt. Das Wahlprotokoll und die Gegenliste, ebenso wie die Wählerliste, ist beim Schlusse der Wahlhandlung von dem Wahlvorsteher und sämmtlichen Ausschußmitgliedern zu unterzeichnen. Art. 21. Die Wahlzettel müssen die deutliche Bezeichnung der Gewählten enthalten. Jeder Wahlzettel soll in den Wahlkreisen 1, 95 und 131 so viele Namen enthalten, als Personen in dem Wahlgange zu wählen sind. Wenn ein Wahlzettel mehr Personen vorschlägt, sind zur Herstellung der vorgeschriebenen Zahl die zuletzt bezeichneten Namen außer Ansatz zu lassen. Wahlzettel, worin weniger Personen in Antrag kommen, sind giltig. In allen übrigen Wahlkreisen soll jeder Wahlzettel nur einen Namen enthalten. Enthält der Wahlzettel mehrere Namen, so gilt der obenstehende, von mehreren in gleicher Linie der voranstehende. Wahlzettel mit der Unterschrift des Wählers sind nicht zu beachten. Im Falle ein Wähler mehrere Wahlzettel übergeben hat, so sind dieselben sämmtlich ungiltig. Die Wahlzettel, über deren Giltigkeit eine Beschlußfassung nothwendig erscheint, werden mit fortlaufenden Nummern versehen, dem Wahlprotokolle beigeheftet, in welchem die Gründe kurz anzugeben sind, aus denen die Ungiltigkeitserklärung erfolgt oder nicht erfolgt ist. Unvollständige oder nicht vollkommen deutlich geschriebene Wahlzettel können nur dann als giltig betrachtet werden, wenn 5 Mitglieder des Wahlausschusses den Inhalt derselben als zweiffellos erkennen. Die ungiltigen Stimmen kommen bei der Feststellung des Wahlresultates nicht in Anrechnung. Art. 22. Alle abgegebenen Wahlzettel, welche nicht gemäß Art. 21 dem Protokolle beizufügen sind, hat der Wahlvorsteher in Papier einzuschlagen, zu versiegeln und mit dem Wahlprotokolle und der Gegenliste spätestens im Laufe des dritten Tages nach dem Wahltermine dem Kommissär des Wahlkreises zuzustellen. Die Wahlvorsteher sind für die pünktliche Ausführung dieser Vorschrift verantwortlich. Art. 23. Behufs Ermittlung des Wahlergebnisses beruft der Wahlkommissär auf den vierten Tag nach dem Wahltermine in ein von ihm zu bestimmendes Lokal mindestens sechs oder höchstens zwölf Wähler aus dem Wahlkreise. Außerdem ist ein Protokollführer, welcher ebenfalls Wähler sein muß, beizuziehen. Der Zutritt zu dem Lokale steht jedem Wähler offen. Die Bestimmungen des Artikel 13 Abs. 2 kommen hier gleichmäßig zur Anwendung. Art. 24. In dieser Versammlung werden die Protokolle über die Wahlen durchgesehen und die Wahlen zusammengestellt. Das Ergebniß wird sodann im Wahlkreise bekannt gemacht. Ueber die Handlung ist ein Protokoll aufzunehmen, aus welchem die Zahl der Wähler, sowie die giltigen und ungiltigen Stimmen und das Stimmenverhältniß für jeden einzelnen Stimmbezirk ersichtlich sein muß und in welchem die Bedenken zu erwähnen sind, zu denen die Wahlen in einzelnen Bezirken etwa Anlaß gegeben haben. Zur Beseitigung solcher Bedenken ist der Wahlkommissär befugt, die Wahlzettel zu eröffnen und einzusehen. Art. 25. Die Wahl erfolgt durch absolute Stimmenmehrheit aller in einem Wahlkreise abgegebenen Stimmen. Stellt bei einer Wahl eine absolute Stimmenmehrheit sich nicht heraus, so ist nur unter den zwei Kandidaten zu wählen, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Wird in einem der Wahlkreise 95 und 131 die absolute Stimmenmehrheit für keinen der beiden in der betreffenden Stadt zu wählenden Abgeordneten erreicht, so findet die engere Wahl zwischen denjenigen vier Kandidaten statt, welche bei der Wahl die meisten Stimmen erhalten haben. Im Wahlkreise 1 ist nach denselben Grundsätzen zu verfahren und zwar in der Weise, daß die engere Wahl, wenn für drei, vier oder fünf Abgeordnete keine absolute Stimmenmehrheit vorhanden ist, zwischen denjenigen sechs, beziehungsweise acht oder zehn Kandidaten erfolgt, welche bei der ersten Wahl die meisten Stimmen erhalten haben. Steht in Folge von Stimmengleichheit in einem einzelnen Falle für die engere Wahl eine größere als die nach vorstehenden Bestimmungen bezeichnete Zahl von Kandidaten in Frage, so entscheidet das Loos, wer von den betreffenden Kandidaten, durch welche jene Zahl überschritten wurde, bei der engeren Wahl als wählbar erscheint. Der Wahlkommissär hat die engere Wahl unverweilt anzuordnen, deren Vornahme nicht länger hinausgeschoben werden darf, als höchstens 14 Tage nach Ermittlung des Ergebnisses der ersten Wahl. In der Bekanntmachung sind die Candidaten, unter denen zu wählen ist, mit Vor- und Zunamen, Stand und Wohnort zu bezeichnen, und es ist ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß alle auf andere Kandidaten fallenden Stimmen ungiltig sind. Art. 26. Die engere Wahl wird auf Grund derselben Wählerlisten nach denselben Abstimmungsbezirken wie die erste Wahl vorgenommen. Zu diesem Zwecke sind die Wählerlisten von den Wahlakten zu trennen und den Wahlvorstehern zuzustellen. Art. 27. Tritt bei der engern Wahl Stimmengleichheit ein, so entscheidet zwischen den betheiligten Kandidaten das Loos.

Art. 28. Der Gewählte ist durch den Wahlkommissär von der auf ihn gefallenen Wahl in Kenntniß zu setzen, und zur Erklärung über die Annahme binnen 8 Tagen aufzufordern. Die Annahme der Wahl hängt vom freien Willen des Gewählten ab; wird dieselbe in

doch von ihm binnen acht Tagen nach erhaltener Aufforderung des Wahlkommissärs nicht bestimmt und unbedingt erklärt, so gilt die Wahl für abgelehnt. In diesem Falle hat die Regierung, Kammer des Innern, sofort eine neue Wahl zu veranlassen. Art. 29. In gleicher Weise ist zu verfahren, wenn bei in Mitte liegender Doppelwahl sich der Gewählte für die Annahme der Wahl in einem andern Wahlkreise entschieden hat. Art. 30. Sämmtliche Verhandlungen sowohl über die Wahlen in den einzelnen Abstimmungsbezirken, als über die Zusammenstellung des Ergebnisses für die Wahlkreise werden von den Wahlkommissären ohne Verzug an die einschlägigen Regierungen, Kammern des Innern, eingesendet, welche dieselben dem Staatsministerium des Innern zur weiteren Mittheilung an die Kammer der Abgeordneten vorzulegen haben. Art. 31. Ueber die Giltigkeit einer Wahl, sowie über die Anfechtung derselben von Seite Dritter entscheidet die Kammer der Abgeordneten. Die Erklärung der Ungiltigkeit einer Wahl wegen Bestechung, Erpressung oder Betrugs setzt eine gerichtliche Verurtheilung voraus. Im Falle der von der Kammer erklärten Ungiltigkeit einer Wahl ist durch das Staatsministerium des Innern eine Neuwahl in dem betreffenden Wahlkreise anzuordnen. Art. 32. Außerdem finden einzelne Neuwahlen statt, wenn die Stelle eines Abgeordneten durch Verzicht, Tod oder Ausschluß aus der Kammer in Erledigung kommt. Wenn ein Landtags-Abgeordneter ein besoldetes Staatsamt annimmt, oder im Staatsdienste in ein Amt eintritt, mit welchem ein höherer Rang oder ein höherer Gehalt verbunden ist, so verliert er Sitz und Stimme in der Kammer und kann seine Stelle in derselben nur durch neue Wahl wieder erlangen. Art. 33. Den Mitgliedern der Kammer der Abgeordneten, welche nicht am Orte der Versammlung selbst wohnen, wird auf die Dauer der Versammlung eine Entschädigung in der Art gegeben, daß ihnen a) von dem zur Erscheinung bestimmten Tage bis zum Schlusse der Versammlung, jedoch mit Einschluß des vorhergehenden und nachfolgenden Tages eine Tagesgebühr von 5 Gulden, b) für die Reisekosten eine Gebühr von 1 fl. für die Wegstunde verabfolgt werden solle.

VII. Kosten des Wahlverfahrens. Art. 34. Die Kosten für die Formulare zu den Wahlprotokollen, die Diäten und Regiebedürfnisse der Wahlkommissäre, dann etwaige Auslagen für Beheizung und Reinigung der Lokale zur Ermittlung des Wahlergebnisses in den Wahlkreisen werden aus der Staatskasse bestritten, dagegen jene für Anfertigung der Wählerlisten, dann für Einräumung, Beheizung und Reinigung der Wahllokale in den einzelnen Abstimmungsbezirken aus der einschlägigen Gemeindekasse. Art. 35. Die Funktion der Wahlvorsteher und Ausschußmitglieder bei der Wahlhandlung in den Abstimmungsbezirken, sowie der Beisitzer bei der Ermittlnng des Wahlergebnisses in den Wahlkreisen ist ein unentgeltliches Ehrenamt und gibt sohin keinen Anspruch auf Entschädigung. Auch die Wahlkommissäre beziehen in dieser Eigenschaft die regulativmäßigen Taxe- und Reisegelder nur dann, wenn die Ermittlung des Wahlergebnisses außerhalb ihres Wahlsitzes stattfindet. Die Wähler haben weder für ihre Zeitversäumniß, noch für Zehrungs- und Reisekosten eine Vergütung aus der Staatskasse anzusprechen. Art. 36. Vorstehende Bestimmungen sollen als ein Bestandtheil der Verfassungsurkunde angesehen werden. Dieselben treten mit der nächsten Landtagswahl in Wirksamkeit und können nur in der unter Titel X §. 7 der Verfassungsurkunde vorgeschriebenen Form abgeändert werden. Das Gesetz vom 4. Juni 1848 — die Wahl der Landtagsabgeordneten betr. — ist aufgehoben.

[Das Verzeichniß der 148 Wahlkreise für die Landtagswahlen lassen wir in der nächsten Nummer folgen. Die Red.]

Politische Tagesübersicht.

Wien, 23. April. Palacky und Rieger werden im Laufe der nächsten Woche hier erwartet um sich mit dem Grafen Potocki in Verbindung zu setzen. Es ist der wiederholte, vielleicht der letzte Versuch, den man macht, die Tschechen zur Betheiligung an dem Ausbau der Verfassung heranzuziehen. Sollte auch er scheitern, so wird man ohne die Tschechen zur Action schreiten müssen und schreiten. Die in der Verfassung gegebenen Mittel zur Vervollständigung des Reichsraths wird man aufbieten; diese Mittel alle, aber keine andern. Eine bis an die Gränzen des Möglichen erweiterte Autonomie der Einzelländer, aber dagegen Loslösung des Reichsraths (durch direkte Wahlen) von den Landtagen — das ist und bleibt der leitende Gedanke, und zwar derart leitend, daß das eine oder das andere nicht gewährt werden kann. — Vor dem obersten Gerichtshof hat sich gestern ein Stück nationaler Anmaßung abgespielt, welches die Ausdehnung und Schärfe des nationalen Haders in ihr volles Licht setzt. Der Redacteur eines politischen Blattes und sein tschechischer rechtsgelehrter Vertheidiger, beide der deutschen Sprache vollständig mächtig, weigerten sich vor dem Gerichtshof, nach dessen Statut unbedingt die deutsche Sprache die Verhandlungssprache ist, anders als in tschechischer Sprache Recht zu nehmen, und verließen, als der Präsident ihr Begehren abwies und abweisen mußte, den Gerichtssaal. Es mag nur nebenher bemerkt werden, daß die Interssen der tschechischen Partei darunter nicht gelitten, sondern daß der Gerichtshof, mit Verwerfung des Recurses der Staatsanwaltschaft, das gegen den betreffenden Redacteur ergangene freisprechende Verdict der tschechischen Geschworenen bestätigte.

Dem **Wiener** Tagblatt wird aus Rom berichtet, daß die Errichtung einer päpstlichen Nunciatur in Berlin so gut wie beschlossen sei. Der päpstliche Hausprälat Louis Wolanski (ein geborner Posener) ist angeblich für diesen Posten bestimmt.

— Das Tagblatt meldet, daß ein Exemplar der neuen Broschüre des Cardinal Rauscher gegen die Unfehlbarkeit gestern, vom Fürsten Trauttmannsdorff eingesendet, hier eingetroffen ist. Auf Wunsch des Kaisers wurde die in lateinischer Sprache geschriebene Schrift noch gestern übersetzt und die Uebersetzung gegen Abend der Cabinetskanzlei des Monarchen übergeben. Die Schrift soll sich mit der äußersten Schärfe gegen das in Rom herrschende jesuitische System wenden.

Pest, 23. April. Es taucht neuerdings das Gerücht auf, der Minister des Innern, Rajner, werde zurücktreten und Szlavy sein Nachfolger werden. Die Federatiunea empfiehlt den Rumänen Action und verlangt einen politischen Congreß der Nation, sowie solidarisches Vorgehen mit Oesterreichs Nationen, endlich die Unterbreitung der formulirten Wünsche vor den Thron. Der Ungarische Lloyd meldet: Der Katholiken-Congreß tritt Mitte Mai zusammen. Die Einberufung desselben erfolgt aus Rom. Die Bischöfe wohnen der Eröffnung und den Comitéwahlen bei, hierauf wird nach fortwährendem Contact mit den Concils-Mitgliedern beabsichtigt, sämmtliche Weihbischöfe zur Verstärkung der Opposition hinzuschicken.

Berlin, 23. April. Es macht einen recht unerquicklichen Eindruck, daß das Zollparlament gerade wie der Reichstag mit vergeblichen Versuchen beginnt, um nur die einleitenden Geschäfte vornehmen zu können. Die bayerischen Abgeordneten, welche durch die für sie auf der Tagesordnung vom 21. d. M. anberaumten Verhandlungen über Abschaffung der Todesstrafe in München zurückgehalten worden sind, werden morgen hier eintreffen und so die Beschlußfähigkeit für die Präsidentenwahl bis Montag ermöglichen; aber was ist dabei gewonnen, wenn die vielen bis jetzt Säumigen nicht bald zahlreicher an ihre Pflicht sich erinnern? Es herrschte daher hier vielfach in Abgeordneten-Kreisen Verstimmung. Die Fraktionsvorstände haben an alle Mitglieder, die ohne Grund fehlen, sofort brieflich und telegraphisch die Aufforderung gerichtet, alsbald auf ihren Plätzen zu erscheinen. In den Fractionsverhältnissen dürfte einstweilen Alles beim Alten bleiben, auch die süddeutsche Fraction sich wieder bilden. — Die Zusammenkunft der süddeutschen Minister in Stuttgart ruft verschiedene Erklärungen hervor, die ganz plausibel klingen, aber schwerlich eine derartige Berathung, die eine Reihe von Tagen währt, an und für sich veranlaßt haben dürften. Dies gilt namentlich auch von dem viel besprochenen und telegraphirten Jurisdictions-Vertrage, der sicherlich in anderer Weise zu Stande kommen konnte. Es mag eine etwas weitschichtige Vermuthung sein, daß die leitenden Minister von Bayern und Württemberg die von diesen Staaten einzunehmende Haltung für den Fall erörtern wollten, daß irgend ein einzelner süddeutscher Staat seinen Eintritt in den Nordbund bewerkstelligen würde. Man gibt sich be-

kanntlich in dieser Beziehung keinen unmittelbaren allzu sanguinischen Erwartungen hin.

Berlin, 24. April. Die additionale Post-Convention mit Amerika wurde zwischen den beiderseitigen Verwaltungen festgestellt; der Abschluß soll in Washington Statt gefunden haben, und wird, wie man glaubt, auch hier nach dem Eintreffen des Textes erfolgen. Der Abschluß der Post-Convention mit England zwischen v. Philipsborn und dem englischen Commissär wird morgen hier erwartet.

Offenbach, 22. April. Vor acht Tagen starb ein hiesiger Bürger, der indessen den Vorschriften des katholischen Pfarrers (Sulzbach ist sein Name) vor seinem Ende zu beichten, nicht nachgekommen war. Mag nun dies oder der Umstand, daß der Verstorbene eine protestantische Frau gehabt und auch seine Kinder in diesem Glauben erzogen wurden, die Ursache gewesen sein — der würdige Diener der Kirche verweigerte dem Todten das Begräbniß! Allein nicht grundsätzlich that er dies, sondern erst, nachdem die Wittwe sein Verlangen, das jüngste Kind katholisch werden zu lassen, mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Eine Hand wäscht die andere, dachte jedenfalls Hr. Sulzbach. Was er unterließ, that unser, wegen seiner Toleranz und seines ächt christlichen und seelsorgerischen Wirkens allgemein geachteter Dekan Bonhard, indem er dem Verstorbenen die letzte Ehre erwies und ihn zu Grabe geleitete. Möge diesem die Erde leicht werden; der ewige Richter wird gnädiger sein und gewiß nicht mit dem Maßstab klerikaler Unduldsamkeit messen. — Immer schroffer und gehässiger wird das Treiben der fanatischen Kleriker. Sagte doch Pfarrer Salzbach während der Feiertage auf offener Kanzel, daß er Niemand ohne vorhergegangene Beichte beerdigen lassen würde! Gott sei allen Ketzern gnädig, wenn diese fanatische Horde noch einmal ans Ruder kommt, — wie ein Hohn klingt es, wenn wir auf der andern Seite von den Fortschritten unsrer Zeit und ihrer Aufklärung sprechen. Es sieht noch sehr, sehr traurig aus!

Paris, 22. April. Die Departemental-Behörden entwickeln betreffs des Plebiscits eine ganz ungewöhnliche Thätigkeit. Alle Staatsbeamten, die Maires, die Friedensrichter und die Schullehrer sind von ihren resp. Vorgesetzten zusammenberufen worden und haben die Instruktion erhalten, Alles aufzubieten, damit die Bevölkerungen mit „Ja" stimmen. Außer der Proklamation des Kaisers wird auch die Rede, welche Emil Ollivier in der letzten Sitzung des Senats hielt, in allen Gemeinden angeschlagen werden. Diese Thätigkeit in Verbindung mit den Anstrengungen, welche das in aller Weise von der Regierung unterstützte Central-Comié macht, läßt nicht daran zweifeln, daß das Plebiscit eine bedeutende Majorität erhalten wird, und dies um so mehr, als die Gegner desselben im Verhältnisse nur über geringe Mittel verfügen können.

— Die Anstrengungen, welche das Central-Comité des Plebiscits macht, sind kolossal. Abgesehen von den Circularen, welche es jeden Tag in die Provinz sendet, will dasselbe auch noch unter dem Titel: „Le Plebiscit" ein besonderes Journal gründen, das täglich in 1,500,000 Exemplaren in ganz Frankreich verbreitet werden soll. Drei weitere Journalisten, Cucheval-Clarigny (von der Presse), Gibiat (vom Constitutionnel) und Jenty (France), sind jetzt in dessen Directions-Comité eingetreten.

Paris, 23. April. Der Constitutionnel sagt: Man versichert uns, die Minister werden an das französische Volk Proclamationen richten, deren wesentlicher Inhalt folgender wäre: „Der Kaiser von acht Millionen Stimmen erwählt, stellt nicht dem Lande die dynastische Frage. Er hat sich im Jahre 1852 an das Volk gewendet, indem er dessen Mitwirkung zur Gründung der Ordnung verlangte: er verlangt heute, daß es ihm helfe, die Freiheit gründen. Es erscheint unerklärlich, daß die Opposition die Aufforderung erläßt, mit Nein zu antworten." — Die dem Plebiscit günstig Gesinnten werden nächsten Montag ein Gratis-Journal vertheilen. Rochefort räth an, den auf das Plebiscit bezüglichen Kaiserbrief uneröffnet zurückzusenden.

— Der Strike der Gießer und Former dauert fort. Alle betreffenden Fabriken in Paris, in Saint-Denis, Saint-Ouen, Clichy und Aubervilliers (Umgegend von Paris) stehen still. In diesen Orten herrscht eine gewisse, wenn auch nicht gefährliche Agitation. Gestern wurde wieder eine öffentliche Versammlung aufgelöst, welche in dem Saale der Marseillaise stattfand. Ursache war die Rede eines gewissen Tarteret, welcher von dem schlechten Einflusse sprach, den die in Saint-Cyr erzogenen Offiziere auf die Soldaten ausüben. Die Versammlung trennte sich auf die Aufforderung des Präsidenten unter dem Rufe: „Es lebe Rochefort!" Eine andere Versammlung fand gestern in Grenelle statt. Es ging dort ebenfalls sehr stürmisch zu. Doch kam der Polizeicommissär nur bis zu zwei Verwarnungen. Der „Radical du l'Ouest" wird gerichtlich verfolgt. Die Anklage lautet auf Beleidigung der Person der Kaiserin.

Paris, 23. April. Der König von Neapel ist heute Morgens in Marseille eingetroffen und von dort zum Besuche der Stadt Avignon weitergereist. Die Reise nach Oesterreich wird der König über Straßburg fortsetzen.

Wie aus **Brüssel** gemeldet wird, hat der König von Belgien das über den dreifachen Mörder Le Moustier ausgesprochene Todesurtheil in lebenslängliche Zwangsarbeit verwandelt, trotz verschiedener Petitionen aus Mons, welche die Hinrichtung des Mörders verlangten. Obgleich diese königliche Entschließung nur auf einen einzelnen Fall Bezug hat, besitzt sie dennoch bedeutende Tragweite. Es ist damit wenigstens für die Regierungszeit des gegenwärtigen Herrschers die Todesstrafe in Belgien abgeschafft. (Die belgische Kammer hat sich — entgegen der Ansicht des dortigen Justizministers — für die Beibehaltung der Todesstrafe ausgesprochen.)

Rom, 18. April. Von den römischen Beamten machten die der Civilverwaltung die während der stillen Zeit vorgeschriebenen geistlichen Exercitien bei den Jesuiten, die des Militärs in der Kirche Santa Maria in via lata: keiner kommt ohne sie zur Osterfeier. Abgesehen von dem theatralischen Vortrage der Redner und ihrer endlosen Polemik hörte man im Gesù manche merkwürdige Predigt. Wie in allen übrigen Kirchen, wo im Laufe der Quadragesima von der Kanzel herab gelehrt wurde, war besonders bei den Jesuiten das Concil und seine weltgeschichtliche Mission der Angelpunkt der Rede, und wie dasselbe zunächst mit dem Kapitel über den Glauben zu thun hatte, so war auch das nächste Angriffsziel der Kanzelredner überall und immer wieder der Unglaube, d. h. der Vernunftglaube, die Philosophie. Wir hörten einen Franziskaner, der eine unmündige Menge von der Philosophie in einer Weise unterhielt, daß sich die Leute zuletzt etwa dabei denken mußten, was sie sich unter Beelzebub denken, der Teufel Oberstem.

— Die Unita cattolica schüttet in einer Münchener Korrespondenz vom 18. April ihren alten und neuen Aerger über die Antikonzilsbewegung in Bayern und über die unzweideutige, entschiedene Haltung aus, welche der König dabei beobachtet. Nachdem sie wenige Nummern vorher in gewohnter Weise gegen denselben ihre Invektiven geschleudert, kommt sie nun abermals bei der Erwähnung des jüngsten Handschreibens an Prof. Dr. Huber auf den König zurück und macht ihm zum Vorwurf, daß er sich um Philosophie und Theologie bekümmere. „Was könnte der König, meint der Korrespondent mehr zu seinem Untergange (!) thun, als ein Handschreiben voll Anerkennung an einen Gelehrten richten, der nicht nur jene boshaften Artikel über „Papstthum und Staat geschrieben hat, sondern dessen Werke sogar (horribile dictu!) auf dem Index stehen!" Bei dieser Gelegenheit wird auch Döllinger wieder scharf mitgenommen und es als ein immenser Skandal bezeichnet, daß derselbe trotz aller seiner Angriffe auf den heiligen Stuhl noch immer als Professor der Theologie und Probst von St. Kajetan ungestört funktionirt. Der Bischof von München sieht eben noch immer nicht!

— Der Monde berichtet: „Die sociale Frage wird im Concil in specieller Weise behandelt werden. Ein Postulatum, von Mgr. Melchers, Erzbischof von Köln, redigirt und von einer großen Anzahl von deutschen und ungarischen Bischöfen unterstützt, fordert die Anerkennung der Gesellenvereine als eine religiöse wohlthätige Genossenschaft."

Telegramme aus **Madrid** berichten, daß die Erkrankung des Ministers des Innern noch nicht gehoben sei. Sehr häufig haben

solche Krankheiten keine andere Bedeutung, als daß der bezügliche Minister eine ihm unbequeme Sache oder Anfrage vor den Cortes erledigen soll. Wir schweben daher noch keineswegs in der Furcht, daß Rivero's Zustand Bedenken erregend sei. Anderen Telegrammen zufolge hat Madoz dem Congresse eine Reihe von Petitionen aus Catalonien eingereicht, in welchen die Wahl des alten Espartero zum König verlangt wird.

Belgrad, 23. April. Vidovdan meldet, daß nächstens die gesetzgeben Gewalten ein Gesetz promulgiren werden, welches den Ausländern gestatten wird, Grund und Boden in Serbien zu erwerben.

Stockholm, 17. April. Beide Kammern haben am 14., dem Gutachten des Staatsausschusses gemäß, die königl. Proposition verworfen, nach welcher die Kronhufen und andere der Krone zugehörenden Besitzungen den Inhabern ohne die Erlegung eines Kaufgeldes überlassen werden sollten.

Lokales und Provinzielles.

München, 25. April.

(Tagesbericht.) In der gestern im Elysium von den strikenden Schneidern abgehaltenen Versammlung wurde aus deren Mitte der Vorschlag gemacht, daß die Strikenden sich zu selbstständigem Gewerbsbetriebe associren sollten; jedenfalls, wie es uns scheinen will, der vernünftigste Entschluß, der bisher zur Beilegung des Strikes von Seite der Schneidergehilfen gemacht wurde. — Heute Nachts fand in einem Wirthshause auf der Ramersdorferlüften ein Raufexceß statt, wobei ein Irrenwärter sehr schwer verletzt wurde; die Schuldigen, ein Metzger und ein Pflasterer, sind bereits verhaftet. — Gestern Abends wurde im Hoftheater während der Vorstellung ein berüchtigter Dieb festgenommen, als er eben mit einem Packe Kleider, welche er den Hofzimmerleuten gestohlen, davon zu schleichen im Begriff war.

— Der Ganterpreis des „Einbockbieres" wurde pro 1870 auf 11 kr. per Maß festgesetzt.

Der vom letzten Schwurgerichte in **Augsburg** zum Tode verurtheilte Karl Oberdorfer, der Mörder der Wittwe Beutel in München, hat einen Befreiungsversuch gemacht. Er hatte sich aus einem blechernen Trinkgeschirr einen Dietrich fabrizirt, mit dem er sich der Fesseln entledigte. Jetzt hat man seine Ketten angenietet.

Auch die **Pfalz** hat jetzt einen Schneiderstrike. Der „Landauer Eilbote" meldet, daß die dortigen Schneidergehilfen in einer Versammlung beschlossen haben, ihren Meistern einen um 10—16 Prozent erhöhten Tarif vorzulegen, von dessen Annahme die Weiterarbeit abhängt. Wie das genannte Blatt hört, soll sich einer der Meister geneigt zeigen, auf die Forderung seiner Gehilfen einzugehen, vorausgesetzt, daß die übrigen seinem Beispiele folgen, während andere Meister hierzu keine Lust haben. Nach dem „Landauer Anz." arbeitet der größere und zwar der bessere Theil der Schneidergesellen fort. Die Schneidermeister haben eine Zusammenkunft anberaumt, um sich über einen aufzustellenden Tarif zu einigen.

Gerichtssaal.

ρ Parturiuntmontes, nascetur ridiculus mus! dachten wir uns, als wir von der berüchtigten Zungenanbindungsgeschichte hörten, welche die Lehrerin Frl. v. Schmädl in der St. Anna-Pfarrschule gegen ein schwatzhaftes Kind ausgeführt haben sollte, und welche unter der wahrheitsliebenden Brille des Volksboten in dessen Blatte als „himmelschreiende Brutalität" dargestellt war, wegen der nicht einmal gegen die betreffende Lehrerin eingeschritten worden sei, weil sie sich wegen „eines nicht näher zu bezeichnenden Verhältnisses" der Protektion des Schulreferenten, Rechtsrathes Schrott erfreue. In der heutigen Verhandlung der von Frl. v. Schmädl gegen den Redacteur des Volksboten Zander jun. erhobenen Ehrenkränkungsklage vor dem Stadtgerichte, bei welcher Dr. Gotthelf als deren Vertreter fungirte, stellte sich heraus, daß es sich um kein Anbinden der Zunge, wie man die Sache darzustellen beliebt hatte, sondern nur um ein Auflegen von Spagat auf die Zunge — um so das Schwätzen zu verhindern — gehandelt hat, da nicht nur der Gerichtsarzt Dr. Frank sein Gutachten klar und bestimmt dahin abgab, daß ein solches Anbinden der Zunge faktisch unmöglich war, sondern auch der Vater des angeblich mißhandelten Kindes zugeben mußte, daß dasselbe niemals auch nur im Mindesten über einen Schmerz an der Zunge geklagt habe. Auch die Kinder, welche der der Schule vorgesetzte Hr. Pfarrer zur Zeugschaftsabgabe ausgemittelt hatte, sagten verworren und theilweise sich widersprechend aus und schien uns an den Depositionen auch hie und da etwas wie die Folgen von Influenzirungen von außen bemerbar. Dem Vorwurfe „niederträchtiger Verläumdung", den Hr. Rechtsrath Schrott dem persönlich erschienenen Zander jun. (vertheidigt von Dr. Auer) wegen des ihm (Schrott) imputirten nicht näher zu bezeichnenden Verhältnisses zu Frl. v. Schmädl ins Gesicht schleuderte, vermochte derselbe nicht anders als mit der albernen Ausrede entgegenzutreten, es sei dieß eine Anspielung auf verwandtschaftliche Verhältnisse gewesen, vermochte aber nichts zur Begründung derselben zu sagen, als Hr. Rechtsrath Schrott sie als aus der Luft gegriffen bezeichnete. Da gegen Zander jun. bereits einige Klagen anhängig sind, zu deren Aburtheilung das Schwurgericht die zuständige Behörde ist, so muß auch die vorliegende den gesetzlichen Bestimmungen gemäß von demselben abgeurtheilt werden; das Stadtgericht schöpfte deßhalb heute kein Erkenntniß, sondern erklärte sich für unzuständig. Sicherm Vernehmen nach kommt auch morgen in der öffentlichen Sitzung der Schulcommission, welche Nachmittags 5 Uhr im Sitzungssaale des Magistrates statt hat, diese Zungenanbindungsgeschichte, welche die Zungen von Leuten gewisser Richtung in so außerordentlicher Ungebundenheit für ihre Zwecke zu verwerthen suchten, wiederholt zur Erörterung.

λ. **München,** 23. April. (Schwurgericht.) Die heutige achte Verhandlung hatte die Anklage gegen Nik. Greißl, 30 J. a., ledigen Taglöhner von Feistenhaar, Ludw. Danzer, led. Taglöhner von Altreichenau, dessen 14jährigen Bruder Georg Danzer, Häuslerssohn von dort und dessen Geliebte Kath. Frisch, Häuslerstochter von Auerbach, wegen Diebstahls und Hehlerei zum Gegenstande. — Am 11. Sept. 1869 hörte der Pfarrer C. Müller zu Westerndorf, Ger. Rosenheim, Fußtritte nächst seinem Hause, nachdem schon zuerst der Hund angeschlagen; er stand auf, fand Fußspuren vor dem Hause, ging aber, da er es nicht räthlich fand, sie weiter zu verfolgen, wieder in das Haus zurück. Am andern Tag entdeckte man, daß ein Fenster in der Speise eingedrückt, das Fenster geöffnet und durch die kaum ½ Schuh weite Oeffnung eingestiegen und Eß- und Trinkgeräthe, Lebensmittel, ein Messingmörser und Garn im Werthe zwischen 10 und 100 fl. entwendet worden war. Die Frisch verkaufte bald in Rosenheim den entwendeten Mörser und eine Haussuchung förderte eine Reihe von gestohlenen Effekten des Pfarrers Müller zu Tage, welche sie zugestandener Maßen von Greißl erhalten hatte. Gg. Danzer gesteht, daß er bei dem Pfarrer Müller auf Geheiß des Greißl, der noch von Ludw. Danzer begleitet war, eingestiegen sei und die Sachen herausgereicht habe. Das Urtheil gegen Greißl, der rückfällig erscheint und sich noch zweier Diebstähle schuldig gemacht hat, lautete auf 6 Jahre Zuchthaus, gegen L. Danzer auf 6, gegen Gg. Danzer auf 2 und gegen die Frisch auf 3 Monate Gefängniß.

Wien, 23. April. (Er telegraphirt an sich selbst.) Berthold Matzner, ein 17jähriger Handlungscommis, Sohn des Gold- und Juwelenhändlers Jacob Matzner, welcher die Geschäftsverbindung seines Vaters kannte, fertigte an sich selbst eine Depesche aus, als ob sie von dem Vater an ihn aufgegeben worden wäre, um bei dem Goldarbeiter Emanuel Hober vier Stück Medaillons im Gesammtwerthe von 356 fl. zu übernehmen. Mit diesem Telegramme verfügte sich Matzner zu Hober, und dieser nahm keinen Anstand, dem Berthold Matzner die gewünschten Medaillons auszufolgen. Zufällig begegnete jedoch Hober noch am nämlichen Tage dem Jacob Matzner und fragte erstaunt, wo er so schnell herkomme? Jacob Matzner antwortete, daß er gar nicht von Wien weg war, und nun begriff Hober, daß er dupirt worden sei. Er erstattete sofort eine Strafanzeige, die Sicherheitsbehörde erforschte Berthold Matzner, der noch im Besitze von drei Medaillons war und über das vierte einen Versatzschein per 15 fl. bei sich trug. Emanuel Hober hatte durch sein rasches Einschreiten

nur einen Schaden von 15 fl. zu erleiden und Berthold Matzner wurde des Verbrechens des Betruges schuldig erkannt und zu zwei Jahren schweren Kerkers verurtheilt.

Theater.

(Schauspielbericht.) Freitag den 12. April. Neu einstudirt: „Die Erzählungen der Königin von Navarra." Lustspiel von Scribe und Legouvé. Mit dem Worte „Lustspiel" ist das dramatische Genre, zu dem dieses Stück gehört, nicht richtig bezeichnet. Der Ausdruck Komödie, der dem Original vorsteht, bedeutet außerdem, was wir Lustspiel nennen, die Mischung von Ernst und Scherz, die wir Schauspiel heißen. Daß die Bezeichnung Lustspiel verfehlt ist, beweist ein Blick auf das Stück, das durch komische Situationen zu ernsten Scenen schreitet und einen glücklichen Ausgang nimmt. Was das Werk selbst betrifft, so leidet es an einem Uebel, einer unendlichen Breitspurigkeit. Wenn das, was uns hier in fünf Acten geboten wird, in drei zusammengezogen wäre, so ergäbe sich Schlag auf Schlag — es würde unterhalten und fesseln, denn das Stück ist reich an guten Scenen. So aber ermüdet es. Intriguen sind im Stück wenige, der Kobold Zufall regiert durch verschiedene Zwischenfälle die Ereignisse. Gespielt wurde gut. Hr. Possart als Karl V. gefiel uns besser als lange Zeit, er spielte, obwohl gemessen, doch natürlich, und faßte diesesmal die Rolle mehr dem Dichter entsprechend auf, ohne sich durch historische Studien vielleicht zu einer andern Art der Auffassung bestimmen zu lassen. Vortrefflich war Rüthling als Franz, Richter als Quattinara. Ebenso können wir Rhode und Christen erwähnen, letzterer benahm sich etwas zu ungenirt in Gegenwart des Kaisers. Frau Dahn fehlte zu ihrer Rolle nichts, als die Jugend; Frl. Jenke schien etwas origineller sein zu wollen als bisher und faßte Manches gut auf; im Ganzen machte sie die Prinzessin fast zu bornirt. Das Zusammenspiel war gut — das Haus voll. Man beginnt wieder an Zuspätkommen Freude zu haben.

Feuilleton.

— Zu der Entwickelung unserer Kenntniß von Mittelafrica wird das demnächst erscheinende fünfte Heft der Geographischen Mittheilungen einen höchst schätzenswerthen Beitrag bringen, nämlich eine „Kartenskizze von Dr. Livingstone's neuesten Forschungen", welche uns durch Herrn Petermann's Güte in einem frühern Abzuge vorliegt. Der Aufsatz bietet mehr als der Titel verspricht. Er enthält die veröffentlichten Briefe, die Livingstone am 8. Juli 1868 vom See Bangweolo und am 30. Mai 1869 von Ujiji aus geschrieben hat, in vollständiger und getreuer Uebersetzung, mit vergleichenden Anmerkungen versehen. Aus diesen wissenschaftlichen Aktenstücken zieht Petermann die Summe und stellt interessante Vergleiche mit den älteren Nachrichten der portugiesischen Reisenden und Ladislaus Magyar's an. Auf einer der beiden begleitenden Karten sind die Routen der Portugiesen seit 1798 und die neueste Reise Livingstone's skizzirt, während die andere eine chronologische Uebersicht von Livingstone's sämmtlichen Reisen enthält. Es gereicht uns zur Befriedigung, daß die Schlußfolgerungen Petermann's und der kartographische Entwurf von den neuesten Entdeckungen Livingstone's ganz und gar mit der Anschauung zusammenstimmen, welche wir von ihnen gewannen und in unsern früheren Mittheilungen niedergelegt haben. Das Facit wäre folgendes: Von den Gebirgen nördlich vom Nyassa-See entspringt der Chazembe, welcher nach Westen hin in ein großes, von Süden nach Norden sich erstreckendes Thal, Livingstone's vermuthliches Nilthal, einströmt und dort den See Bangweolo bildet. Aus diesem fließt nach Norden der Luapula in den See Moero, welcher sich durch den Lualaba-Fluß in den See (oder das Pendschab) Ulenge ergießt. Ein von der Hochebene im Westen des Bangweolo herabkommender Strom, der Lufira, nimmt die Gewässer des Ulenge auf und führt sie in den See Chowambe, von dem Livingstone noch nicht wußte, ob er den Tanganyika, der Mwutan oder ein dritter noch unbesuchter See sei. Gegenüber manchen positiven, und zwar widerstreitenden Behauptungen, die in England laut geworden, halten wir Petermann's bescheidenes Urtheil — daß nämlich jeder Anhalt fehle, um darüber auch nur eine Vermuthung auszusprechen — für das der wissenschaftlichen Ruhe einzig angemessene. Es fehlen bisher die sichern Aufschlüsse über den Zusammenhang des Chowambe mit dem Nilsystem.

Vermischtes.

[Rothschild's Dank für ein Almosen.] Ein Abonnent des „Figaro" richtet folgende Zuschrift an das Blatt: Herr Redacteur! Ihr Mitarbeiter Adrien Marx erzählt in einem Artikel über den Maler Bouvin eine Anekdote, daß der Baron James Rothschild dem Maler Ary Scheffer für die Figur eines Bettlers als Modell gesessen habe. Die Geschichte ist wahr, und ich habe keineswegs die Absicht, sie zu dementiren, will mir aber erlauben, sie zu vervollständigen. Während der Financier, in Lumpen gehüllt, auf der Estrade Position genommen hatte, drang ich ins Atelier des großen Malers, dessen Freund ich war; der Baron war ganz unkenntlich, und ich erkannte ihn auch nicht. Ich glaubte einen Bettler vor mir zu haben, näherte mich dem Unglücklichen und steckte ihm einen Louis in die Hand. Zehn Jahre danach erhielt ich in meiner Wohnung einen Bon von zehntausend Franks auf die Kasse von Rue Lafitte mit folgenden Worten: „Mein Herr, Sie haben einst dem Baron Rothschild im Atelier Ary Scheffer's einen Louis gegeben, er hat ihn nutzbringend gemacht und sende Ihnen heute das kleine Kapital, welches Sie ihm anvertraut haben nebst den Interessen . . . . Eine gute Handlung bringt stets Glück Baron James Rothschild." Nach dem Empfange ging ich zu dem Billionär, welcher mir aus seinen Büchern den Beweis lieferte, daß mein Louis so ertragreich gewesen, daß er endlich zu einer so großen Summe angewachsen."

Telegraphische Nachrichten.

Triest, 23. April. Der Lloyddampfer „Mars" ist heute Nachmittag mit der ostindischen Ueberlandpost hier eingetroffen.

Berlin, 24. April. (Sitzung des Zollparlamentes.) Der Deputirte Bamberger brachte den Antrag ein: Die beabsichtigte Münzreform möge als gemeinsame Zollvereins*sache behandelt* und die Enquete auch auf die süddeutschen Staaten ausgedehnt werden. Mitglieder aller Fraktionen, darunter viele Süddeutsche haben den Antrag unterzeichnet. Zum ersten Präsidenten des Zollparlaments ist Simson mit 183 von 207 Stimmen gewählt worden und nimmt die Wahl an. Zum ersten Vicepräsidenten wurde Fürst v. Hohenlohe mit 179 von 212 Stimmen gewählt. Derselbe dankt für die Auszeichnung, die ihm durch die dreimalige Wahl zum Vicepräsidenten gewordrn, und sagt: „Ich kann mit Recht stolz darauf sein, in der ganzen Legislaturperiode das Wohlwollen einer Versammlung nicht verloren zu haben, welche, wenn auch ihre Befugnisse beschränkt sind, eine hohe Bedeutung dadurch hat, daß in ihr die Vertreter der deutschen Nation zur Berathung gemeinsamer Arbeiten vereinigt sind. Wenn jüngst ein Mitglied des Hauses dem Zollparlamente beim Ausscheiden vorwarf, dasselbe beruhe auf Täuschung und schmücke sich mit dem Nimbus eines deutschen Parlaments, so antworte ich: „„in dieser Thatsache gemeinsamer Arbeit deutscher Abgeordneter liegt keine Täuschung; sie ist ein Gewinn, an dem wir festhalten sollen; sie ist der feste Grund, worauf der Anker der nationalen Hoffnung beruht."" — Bei der Wahl des zweiten Vicepräsidenten wurden 210 Stimmen abgegeben, wovon 15 ungiltig und erhält Herzog von Ujest 165 Stimmen, derselbe nahm die Wahl dankend an.

Paris, 25. April. Die „Amtszeitung" veröffentlicht ein Circular der Minister an die Beamten, welches sagt: Im Jahre 1852 hat der Kaiser die Gewalt gefordert, um die Ordnung zu sichern; heute fordert er sie zur Begründung der Freiheit. Mit „Ja" stimmen, heißt für die Freiheit stimmen. Die wahren Freunde der Freiheit werden mit uns gehen. Sie müssen bezeigen, daß mit „Nein" stimmen, Diejenigen unterstützen würde, welche die Umgestaltung des Kaiserreiches nur zur Zerstörung der politischen und socialen Organisation bekämpfen, welcher Frankreich seine Größe dankt. Im Namen des öffentlichen Friedens und

Freiheit fordern wir von Ihnen, Ihre Anstrengungen mit den unsrigen zu vereinigen. Dieß ist kein Befehl, sondern ein patriotischer Rath. Es handelt sich darum, dem Lande für die Zukunft den Frieden zu sichern, damit, wie auf dem Throne, so auch in der niedersten Hütte der Sohn in Frieden dem Vater folgen könne.

Paris, 25. April. Die „Agence Havas" meldet: Da Ollivier nur interimistischer Minister des Aeußern ist und die Note den katholischen Mächten mitgetheilt worden war, so glaubte derselbe die Instruktionen Darus nicht modifiziren zu können. Demzufolge hat Banneville die Note dem Papste Samstags übergeben. Zweifelhaft jedoch ist, ob sie auch dem Concil mitgetheilt worden ist, und scheint es wahrscheinlich, daß diese Angelegenheit in der Schwebe bleiben wird.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 25. April. (Schlussc.)

Wechsel auf London	119 7/8	Oest.-franz. Staatsbahn	372 1/2
» » Paris	94 7/8	Bayr. Ostbahn-Actien	120 1/8
» » Wien	96 1/2	Elisabeth-Prior. I. Em.	77
proc. bayr. Anleihe	101 1/8	4% bayer. Prämien-Anl.	106 1/8
1/2 » » »	91 3/4	Bad. Präm.-Anleihe	104 3/4
» » Grundrente	86	Oesterr. Loose v. 1860	78 1/2
» » Obligat.	85 5/8	» Loose v. 1864	114 1/2
proc. österr. Metall., engl.	——	Alsenzbahn	——
» » National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	67 3/4
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	194 3/4
1882er Amerikaner	95 1/8	Napoleons	9.30
Oesterr. Bank-Action	685	Rente Silber 57 5/8, Pap. 49 1/2	
Credit-Action	264 1/8	fest. Handelsbank	—

Wien, 25. April. (Schlussc.)

proc. National-Anlehen	69.90	Franz-Josef-Action	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
» fl. 500 Loose von 1860	96.80	Steuerfr. Metall. un 1864	—.—
» fl. 100 Loose von 1864	118.50	Napoleons	9.86 1/2
Oesterr. Bank-Action	713.—	Wechsel auf Augsburg	102.60
» Credit-Action	253.—	» » London	123.55
Oest.-franz. Staatsbahn-Action	388.—	» » Paris	49
Oest.-Rudolphsbahn-Action	—.—	» » Frankfurt a. M.	102.90
» » Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Süd-dbahn	—.—	Lombarden	200.—
Siebenbürger Action	—.—	Angl.-Aust.-B. 303.50 Pap.-R.	60.70

Berlin 25. April (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	46 3/4	Lombarden	111
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	105 1/4	Italienische Anleihe	55 5/8
4 1/2 » » Anleihe	—	1882er amerikanische Bonds	95 7/8
Bad. Prämien-Anleihe	104 1/2	5 proc. preuss. Anleihe	101 3/4
Darmstädter Actien	128 1/4	4 1/2 » » »	92 3/8
Oesterr. Credit-Actien	151	Wechsel auf Augsburg	—.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	212	» » Frankfurt	—.—
Staatsbahn-Prioritäten	293	» » London	
Oest. fl. 500 Loose von 1860	78 3/4	» » Paris	
» fl. 100 Loose von 1864	65 5/8	» » Wien	
5 proc. östr. National-Anl.	——		
		still.	

Lindau, den 23. April. (Geschäftsbericht von Conr. Stoffel in Lindau.) Seit meinem jüngsten Bericht vom 9. ds. hat sich im Getreidegeschäft keine besondere Veränderung zugetragen. — Wir hatten seit Beginn dieser Woche ungeachtet etwas grösserer Zufuhren eine ziemlich gute Kauflust, besonders für Prima- und Ausstich-Waizen, welche ca. 1/4 Frc. höher gingen, da unsere Lager hiervon schwach sind und es voraussichtlich auch bleiben, nachdem die neu ankommenden Sendungen schwerer Qualität doch rasch Nehmer finden. — Obgleich Frankreich weniger stark offerirt, so hat sich unser Abzugsgebiet noch nicht vergrössert und die Umsätze sind deshalb im Allgemeinen nicht bedeutend. Die Witterung bleibt anhaltend schön, doch wäre Regen für unsere Saaten sehr erwünscht. Die heutigen Preise sind wie folgt zu notiren: Ausstich Ungar. Waizen fr. 29 3/4—30 1/4. Prima 29—29 1/2. Mittelsorten 27—28 1/4. (Per 200 Zollpfund franco Romanshorn oder Rorschachverzollt).

Straubing, 23. April. Das Wetter ist zwar jetzt schön und warm und der Bestellung der Felder günstig, allein der Stand der Wintersaaten ist grossentheils ein sehr schlechter und das bereits Verdorbene werden auch die fruchtbarsten Regen nicht wieder gut machen können. Die Oekonomen halten daher mit den geringen Vorräthen, die sie noch von Getreide besitzen, stark zurück. Der Bedarf wird dagegen um so fühlbarer und ist an der heutigen Schranne, welche von ausserordentlich vielen Händlern besucht war, zu neuerdings steigenden Preisen Alles rasch aufgekauft worden. — Nach Qualität holte:

Weizen fl. 17 bis fl. 20 Roggen fl. 12 bis fl. 12 1/2
Gerste „ 10 „ „ 12 Hafer „ 8 „ „ 9

Nachstehend die officiellen Resultate der „heutigen Schranne zu Straubing"

	Umsatz. Schffl.	Rest. Schffl.	Höchster. Durchschnittspreis	Mittlerer. Durchschnittspreis	Niedrigster. Durchschnittspreis	Gef. kr.	Gest. kr.
Weizen	1130	9	fl. 18 57	fl. 18 11	fl. 16 34	—	11
Roggen	135	7	„ 12 20	„ 12 —	„ 11 50	3	—
Gerste	491	6	„ 11 22	„ 10 39	„ 9 40	--	20
Hafer	185	68	„ 8 32	„ 7 49	„ 7 24	17	—

Curse des Münchener Handelsvereins vom 25. April 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. 3 1/2% Obl.	fl. 1000	81 1/2	
4% ganz. Obl.	1000	86 1/4	
4% halbj. Obl.	1000	86 1/4	
4% Grundr.-Obl.	1000	86 1/4	
4 1/2% ganzj. Obl.	1000	92 1/8	91 3/4
4 1/2% halbj. Obl.	1000	92 1/8	91 7/8
4 1/2% „ Milit. „	1000	92 1/8	91 7/8
5% Obl.	1000	101 3/4	
4% Münch. Obl.	1000	86	
5% „ „	1000	101 1/8	
4 1/2% Ostbahn-Aktien		120 3/4	
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung		86 1/2	
dto. volle		86 1/2	
Pfdbr. d. bayer. Hyp.- u. W.-Bank à fl. 1000		90 1/2	90 3/8
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.			99 7/8
„ „ Aktien		826	824
Bayer. Handelsbank-Act.		98	
„ Vereinsbank		119	118 1/2
Württemberg. 4 1/2% Obl.			
Oesterreich 4 1/5% Silb.-Rte. 6/7		57 3/4	
„ Pap.-Rte „			
5% Nation.-Anl. „ 5/8			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à 116 2/3			
5% Met. Stfr. v. 1866 6/7			
Oest. Bank-Aktie			
„ Cred.-Aktien		265	264 1/2
Oest.-franz. Stsb.-Aktien			

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb. „	196	195 3/4
Preußen. 4 1/2% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. 2 1/2	95	94 7/8
„ 1884 „	94	
„ 1885 „	94 1/2	93 7/8
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	106	105 1/8
4% Bad. „ „	104 1/2	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	6 1/2	
Pappenheimer dto.	5 3/4	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose	18 1/2	18 1/4
Oester. 1854er Loose à fl. 250 4/6		
„ 1860er „ à fl. 500 6/7		
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred. Loose		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		330
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		124
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor	95	
Chemische Fabrik Heufeld		76
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn		
„ Siebenbürger Bahn		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. I. Em. 5/7		
dto. II. „ „		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn „	78	

		Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn „		80	
„ Siebenbürger Bahn „			
„ d. Böhm. Westbahn „			
„ Alföld Fiumander Bahn „			
Wechsel.			
Amsterdam fl. 100 holl.	K. S.	100 3/4	
	L. S.	100 5/4	
Augsburg fl. 100	K. S.		
	L. S.	100	
Berlin Rthlr. 60	K. S.	105	
	L. S.	105	
Frankfurt fl. 100	K. S.	100	
	L. S.	100	
Hamburg M.-B. 100	K. S.	88 3/4	
	L. S.		
Leipzig Rthlr. 60	K. S.	105	104 3/8
	L. S.	105 1/8	
London Pfdst. 10	K. S.	119 7/8	119 3/4
	L. S.	119 7/8	
Paris Fr. 200	K. S.	95 1/8	95
	L. S.	95 1/8	
Wien fl. 100	K. S.	96 1/2	
	L. S.	96 1/2	
Bank-Disconto für Platz-Wechsel			
„ „ Lombard.			
Geldsorten.			
Preuß. Friedrichsd'or		9.59	9.58
20 Francs Stücke		9.30	9.29 1/2
Preuß. Cassen-Scheine		105 1/8	104 7/8
Oest. Banknoten		96 3/8	96 1/4

Lombarden lebhaft und steigend.

Glasfabrik Kolbermoor.

Den geehrten Aktionären wird hiemit bekannt gegeben, daß am

Montag den 16. Mai lfd. Js., Nachmittags 4 Uhr

im kleinen Museumssaale, Promenadestraße 12

Generalversammlung stattfindet. (1130

Gegenstand der Berathung ist:
1) Berichterstattung über die Geschäftsführung.
2) Wahl eines Mitgliedes des Vorstandes.
3) Beschlußfassung bezüglich der Vermehrung des Betriebs-Capitals.

Nach § 12 der Statuten hat sich jeder Aktionär durch Vorlage der Originalaktien oder durch ein gerichtliches oder notarielles, die Nummern der Aktien enthaltendes Zeugniß zu legitimiren.

München, den 22. April 1870.

Der Vorstand:

Frhr. von Venningen.

Bukarester 20-Francs-Loose

6 Ziehungen jährlich.

Haupttreffer abwechselnd 50,000, 75,000 und 100,000 Francs.

Nächste Ziehung am 1. Mai.

Diese Loose sind billigst zu haben bei

Fried. Wertheimer,

Marienplatz 1 zur alten Hauptwache.

1127(b-c)

Zur Capitalsanlage geeignet:

5½% Pfandbriefe

der ungarischen Hypothekenbank in Pesth,

Stücke à 1000, 500 und 100 fl.,

welche jede nur wünschenswerthe Sicherheit bieten, ca. 7½% Zinsen tragen und durch jährliche Verloosungen bis längstens 1895 heimgezahlt werden. Capital und halbjährige Zinsen **ohne jeden Abzug in Silber zahlbar.**

Diese Pfandbriefe sind zum Tagescourse zu beziehen bei dem Bank- und Wechsel-Geschäft von

Friedr. Wertheimer,

Marienplatz 1 zur alten Hauptwache.

Bei Buchhändler Pustet in Regensburg und Depositeur Chorregent Alois Dellinger in München (Damenstiftsgasse 13/3, Rückgebäude) ist zu beziehen:

Männer-Terzetten-Sammlung

von

Franz Xaver Rubenbauer.

(I. Theil.) Preis der Partitur mit Stimmen 1 fl. 42 kr.

Auswärtige Bestellungen werden nur gegen Baareinsendung des Betrages oder Postnachnahme unfrankirt an den Adressaten effektuirt. 1129.

Kgl. Residenz-Theater.

Dienstag den 26. April.

Der Postillon von Lonjumeau.

Komische Oper in drei Aufzügen nach dem Französischen von Friedrich.
Musik v. Adolf Adam.
Regie: Herr Sigl.

Personen des ersten Aufzuges:

Chapelou, ein Postillon . . Hr. Nachbaur.
Bijou, ein Wagner . . . Hr. Sigl.
Marquis von Corcy . . . Hr. Bausewein
Madelaine, Wirthin . . . Frln. Müller.
Bauern, Bäuerinnen.

Schauplatz: Am Wirthshause zur Post in dem Dorfe Lonjumeau im Jahre 1756.

Personen des zweiten und dritten Aufzuges.

Saint Phar, erster Sänger der großen Oper . . . Hr. Nachbaur.
Marquis von Corcy . . . Hr. Bausewein.
Alcindor, } Chorführer der großen Oper Hr. Sigl.
Bourdon, } Hr. Wirsing.
Frau von Latour . . . Frln. Müller.
Rose, ihre Kammerfrau . . Frln. Lamp...
Sänger und Chorführer der großen Oper.
Nachbarn und Freunde der Frau von Latour.
Ein Gefreiter. Landreiter. Diener.

Schauplatz: Landhaus der Frau von Latour nahe bei Fontainebleau, im Jahre 1766.

Anfang ½7 Uhr. Ende nach 9 Uhr.

Ein Salet oder Wirthsbude wird zu pachten oder kaufen gesucht. Näheres in der Expedition. (113...

Ein kleines Photographen-Atelier wird zu miethen gesucht. D. U. (11...

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer. — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr:
Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal **Ein Gulden.**

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr
für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Mittwoch, den 27. April 1870. Nr. 115.

Verzeichniß der Landtags-Wahlkreise.

I. Oberbayern. 1. Wahlkreis: Stadt München 5 Abgeordnete. 2. Wahlkreis: Stadt Ingolstadt (wie alle folgenden je) 1 Abgeordneten. 3. Die Städte Freising und Rosenheim. 4. Die Landgerichte Aichach und Rain. 5. Die Landgerichte Ingolstadt und Geisenfeld. 6. Die Ldg. Pfaffenhofen und Schrobenhausen. 7. Die Ldg. Traunstein und Trostberg. 8. Die Ldg. Berchtesgaden, Laufen und Reichenhall. 9. Die Ldg. Altötting, Burghausen und Tittmoning. 10. Die Ldg. Rosenheim und Prien. 11. Die Ldg. Aibling und Ebersberg. 12. Die Ldg. Wasserburg und Haag. 13. Die Ldg. Mühldorf und Neumarkt. 14. Die Ldg. Erding und Dorfen. 15. Die Ldg. Moosburg und Freising. 16. Die Ldg. Dachau und München l/J. 17. Die Ldg. Friedberg und Bruck. 18. Die Ldg. München r/J. und Wolfratshausen. 19. Die Ldg. Schongau und Werdenfels. 20. Die Ldg. Miesbach, Tölz und Tegernsee. 21. Die Ldg. Landsberg und Diessen. 22. Die Ldg. Starnberg und Weilheim.

II. Niederbayern. 23. Wahlkreis: Die Stadt Passau mit St. Nikola. 24. Die Städte Landshut und Straubing. 25. Die Ldg. Kelheim und Abensberg. 26. Das Ldg. Landshut. 27. Die Ldg. Rottenburg und Mainburg. 28. Das Ldg. Vilsbiburg. 29. Ldg. Straubing und Mallersdorf. 30. Die Ldg. Bogen und Mitterfels. 31. Die Ldg. Dingolfing und Eggenfelden. 32. Die Ldg. Landau a/J. und Arnstorf. 33. Die Ldg. Deggendorf und Hengersberg. 34. Die Ldg. Pfarrkirchen und Simbach. 35. Die Ldg. Griesbach und Rotthalmünster. 36. Die Ldg. Vilshofen und Osterhofen. 37. Die Ldg. Kötzting und Viechtach. 38. Die Ldg. Regen und Neukirchen. 39. Die Ldg. Grafenau und Freyung. 40. Die Ldg. Passau I und II ohne die Gemeinde St. Nikola. 41. Die Ldg. Wegscheid und Waldkirchen.

III. Pfalz. 42. Wahlkreis: Die Stadt Kaiserslautern. 43. Die Städte St. Ingbert und Zweibrücken. 44. Die Stadt Ludwigshafen mit Friesenheim, Mundheim, Mutterstadt, Oggersheim und Rheingönnheim. 45. Ldg. Landau. 46. Die Ldg. Bergzabern und Anweiler. 47. Ldg. Neustadt a/H. 48. Ldg. Speyer. 49. Ldg. Edenkoben. 50. Ldg. Germersheim. 51. Ldg. Kandel. 52. Die Ldg. Frankenthal und Ludwigshafen ohne die Gemeinden Ludwigshafen, Friesenheim, Mundenheim, Mutterstadt, Oggersheim und Rheingönnheim. 53. Ldg. Dürkheim. 54. Die Ldg. Kirchheim-Bolanden, Göllheim und Roggenhausen. 55. Die Ldg. Obermoschel, Lauterecken und Wolfstein. 56. Ldg. Grünstadt. 57. Die Ldg. Kaiserslautern, Otterberg und Winnweiler ohne die Stadt Kaiserslautern. 58. Die Ldg. Pirmasens, Dahn und Waldfischbach. 59. Die Ldg. Kusel und Landstuhl. 60. Die Ldg. Homburg, St. Ingbert und Waldmohr ohne die Stadt St. Ingbert. 61. Die Ldg. Zweibrücken, Blieskastel und Hornbach ohne die Stadt Zweibrücken.

IV. Oberpfalz und Regensburg. 62. Wahlkreis: Die Stadt Regensburg mit Stadtamhof und Steinweg. 63. Stadt Amberg. 64. Die Ldg. Neumarkt und Hilpoltstein. 65. Die Ldg. Hemau und Riedenburg. 66. Die Ldg. Tirschenreuth und Waldsassen. 67. Die Ldg. Kemnath, Erbendorf und Eschenbach. 68. Die Ldg. Neustadt a. W.-N. und Vohenstrauß. 69. Die Ldg. Nabburg und Weiden. 70. Die Ldg. Amberg und Vilseck. 71. Die Ldg. Sulzbach und Auerbach. 72. Die Ldg. Kastel und Parsberg. 73. Die Ldg. Burglengenfeld, Schwandorf und Neunburg v. W. 74. Die Ldg. Stadtamhof, Regenstauf und Nittenau. 75. Die Ldg. Regensburg, Wöhrd und Falkenstein. 76. Die Ldg. Oberviechtach und Waldmünchen. 77. Die Ldg. Cham, Furth und Roding.

V. Oberfranken. 78. Wahlkreis: Stadt Bamberg. 79. Stadt Bayreuth. 80. Stadt Hof. 81. Die Ldg. Bamberg II und Burgebrach. 82. Die Ldg. Herzogenaurach und Höchstadt a/A. 83. Die Ldg. Forchheim und Gräfenberg. 84. Die Ldg. Hof und Rehau. 85. Die Ldg. Selb, Thiersheim und Wunsiedel. 86. Die Ldg. Kirchenlamitz und Münchberg. 87. Die Ldg. Ludwigsstadt, Naila und Nordhalben. 88. Die Ldg. Kronach und Weismain. 89. Die Ldg. Berneck und Stadtsteinach. 90. Die Ldg. Kulmbach und Thurnau. 91. Die Ldg. Lichtenfels, Seßlach und Staffelstein. 92. Die Ldg. Bamberg I, Hollfeld und Scheßlitz. 93. Die Ldg. Bayreuth und Weidenberg. 94. Die Ldg. Ebermannstadt, Pegnitz und Pottenstein.

VI. Mittelfranken. 95. Wahlkreis: Stadt Nürnberg (2 Abgeordnete). 96. Die Städte Erlangen und Fürth. 97. Die Städte Ansbach, Rothenburg und Schwabach. 98. Die Städte Dinkelsbühl, Eichstädt und Weissenburg. 99. Die Ldg. Beilngries, Greding und Kipfenberg. 100. Die Ldg. Eichstädt, Pappenheim und Weissenburg. 101. Die Ldg. Hersbruck und Lauf. 102. Die Ldg. Cadolzburg, Erlangen und Fürth. 103. Die Ldg. Altdorf und Nürnberg. 104. Die Ldg. Marktbibart, Scheinfeld und Uffenheim. 105. Die Ldg. Markt Erlbach und Neustadt a/A. 106. Die Ldg. Rothenburg a/T., Schillingsfürst und Windsheim. 107. Die Ldg. Feuchtwangen, Herrieden und Leutershausen. 108. Die Ldg. Ansbach und Heilsbronn. 109. Die Ldg. Roth und Schwabach. 110. Die Ldg. Dinkelsbühl, Heidenheim und Wassertrüdingen. 111. Die Ldg. Ellingen und Gunzenhausen.

VII. Unterfranken und Aschaffenburg. 112. Wahlkreis: Stadt Würzburg. 113. Stadt Aschaffenburg mit Damm. 114. Die Städte Schweinfurt und Kitzingen. 115. Die Ldg. Alzenau, Lohr und Schöllkrippen. 116. Die Ldg. Amorbach, Klingenberg und Miltenberg. 117. Die Ldg. Aschaffenburg und Obernburg. 118. Die Ldg. Rothenbuch, Rothenfels und Stadtprozelten. 119. Die Ldg. Bischofsheim, Neustadt a/S. und Mellrichstadt. 120. Die Ldg. Hofheim und Königshofen. 121. Die Ldg. Baunach, Ebern und Eltmann. 122. Die Ldg. Gerolzhofen, Haßfurt und Wiesentheid. 123. Die Ldg. Dettelbach, Kitzingen und Volkach. 124. Die Ldg. Schweinfurt und Werneck. 125. Die Ldg. Aub, Marktbreit und Ochsenfurt. 126. Die Ldg. Marktheidenfeld und Würzburg l. M. 127. Die Ldg. Arnstein und Würzburg r/M. 128. Die Ldg. Gmünden und Karlstadt. 129. Die Ldg. Kissingen und Münnerstadt. 130. Die Ldg. Brückenau, Euerdorf und Hammelburg.

VIII. Schwaben und Neuburg. 131. Wahlkreis: Die Stadt Augsburg (2 Abgeordnete). 132. Die Städte Donauwörth Neuburg und Nördlingen. 133. Die Städte Kaufbeuren, Kempten'

Lindau und Memmingen. 134. Die Ldg. Nördlingen und Oettingen. 135. Die Ldg. Monheim und Neuburg. 136. Die Ldg. Donauwörth und Wertingen. 137. Die Ldg. Dillingen und Höchstädt. 138. Die Ldg. Günzburg und Lauingen. 139. Die Ldg. Neu-Ulm und Weissenhorn. 140. Die Ldg. Burgau und Krumbach. 141. Die Ldg. Augsburg und Zusmarshausen. 142. Die Ldg. Schwabmünchen und Türkheim. 143. Die Ldg. Buchloe, Kaufbeuren und Mindelheim. 144. Die Ldg. Babenhausen, Illertissen, Memmingen und Ottobeuren. 145. Die Ldg. Kempten und Grönenbach. 146. Die Ldg. Füssen, Oberdorf und Obergünzburg. 147. Die Ldg. Immenstadt und Sonthofen. 148. Die Ldg. Lindau und Weiler.

Baarzahlung oder Fristengewährung bei Holzverkäufen.

μ In Nr. 73 der „Allgemeinen Zeitung" ist unter dem Titel: „Streiflichter auf das bayerische Budget" bei Gelegenheit der Kritisirung der Einnahmen und Ausgaben des Staates aus Staatsdomainen der Wunsch ausgedrückt worden, daß das lange Creditgeben beim Absatz der Forstprodukte, welches zu einer vielfach nicht eben soliden Speculation verleite, allmählig beschränkt werden möge. Es sei natürlich, daß der Staat als der größte Waldbesitzer bei einem Artikel, der so sehr auf den Lokalabsatz angewiesen ist, den Markt vollständig beherrsche; der lange Credit, welchen der Staat gewähre, reize aber erfahrungsgemäß die Kauflust, steigere dadurch die Preise über das normale Maß und die Holzconsumenten seien dadurch genöthigt, eine indirekte Steuer nicht nur zu Gunsten der Staatskasse, sondern auch der Privatwaldbesitzer zu zahlen, welche von den hohen Preisen, die der Staat erzielt, bereitwilligst ebenfalls Vortheil zögen.

Dagegen möchte Folgendes einzuwenden sein:

Die Forderung, die Zahlungstermine abzukürzen, beziehungsweise die Baarzahlung einzuführen, ist nicht neu, vielmehr schon bei dem Landtage im Jahre 1850 in Anregung gebracht worden, ohne daß der Antrag jedoch wegen Mangels an Zeit damals zur öffentlichen Verhandlung gekommen wäre und somit seine Erledigung gefunden hätte. Nichtsdestoweniger hat die Forstverwaltung hieraus Anlaß genommen, diese Frage in reifliche Erwägung zu ziehen, auf Grund deren sie indessen zu dem Entschlusse gelangt ist, die bisher in Uebung gewesenen Zahlungstermine im Interesse der Staatskasse sowohl als des Publikums auch fernerhin beizubehalten.

Zur Erörterung des Gegenstandes muß zunächst hervorgehoben werden, daß es doch wohl auf einem Irrthum beruhen möchte, wenn man annimmt, daß in Bayern der Staat in seiner Eigenschaft als größter Waldbesitzer die Holzpreise beliebig hinaufzuschrauben vermöge und diese in Folge dessen auf einer anomale Höhe stünden. Allerdings ist das Holz, namentlich das Brennholz, ein Artikel, der nur geringen Transport verträgt, gleichwohl ist aber bei der Lage Bayerns die Zufuhr desselben keineswegs derartig beschränkt, daß sich nicht bei zu hoch gestellten Preisen sofort die Concurrenz auch aus anderen Ländern Geltung zu verschaffen wüßte. Sodann würden in diesem Falle die Holzsurrogate ohne Zweifel in weit größerem Maße in Anwendung kommen, als dies bisher der Fall war. Das dem Staate vindizirte Monopol ist daher selbst für das Brennholz sehr beschränkter, lokaler Natur. Bezüglich des Handelsholzes sowie des geringeren Bau- und Nutzholzes dagegen kann von einem Beherrschen des Marktes von Seite des Staates um so weniger die Rede sein, als sich dieser Markt weit über die Grenzen Bayerns erstreckt. Die Folge zu hoch gestellter Preise würde hier offenbar die sein, daß sich die größeren Holzhändler von den ärarialischen Holzversteigerungen entfernt hielten und eine lukrativere Verwendung ihrer Kapitalien aufsuchen würden. Daß dieß nicht der Fall, die Betheiligung der auswärtigen Händler an den Holzverkäufen vielmehr in steter Zunahme begriffen ist, spricht eben dafür, daß die Preise nicht zu hoch stehen.

Was nun die berührten Nachtheile betrifft, welche aus den längeren Zahlungsterminen entstehen sollen, so ist nicht in Abrede zu stellen, daß diese Termine, wie jede Einrichtung, von Einzelnen mißbraucht werden können und mißbraucht werden. Leichtsinn, Neid und andere Leidenschaften treten allerdings zuweilen bei Holzversteigerungen als Motive für das Hinauftreiben der Holzpreise hervor, allein diese Triebfedern finden ihre Schranken in der gemeinhin bald nachfolgenden Einsicht des eigenen Verlustes, so daß solche Erscheinungen nur als vereinzelt vorkommende zu betrachten sind. Gegen übermäßige Betheiligung Geringbemittelter und die Ausbeutung der gewährten Zahlungstermine zum Nachtheile der solideren Händler schützt übrigens die Bestimmung, daß nur solchen Käufern Credit gewährt werden darf, welche sich als prompte Zahler erwiesen haben. Für die Wirksamkeit dieser Maßregel sprechen die verschwindend kleinen Verluste, welche faktisch der Staat in Folge der gewährten Zahlungsfristen bisher zu erleiden hatte.

Jedenfalls möchten aber die durch den Mißbrauch längerer Zahlungstermine hervorgerufenen Nachtheile weitaus durch die Vortheile aufgewogen werden, welche aus denselben für die große Mehrzahl der Bevölkerung erwachsen.

Durch Gewährung solcher Zahlungsfristen bis zu den Zeitpunkten, in welchen der Land- und Gewerbsmann gewöhnlich bei Kasse ist, setzt der Staat auch den Minderbemittelten in den Stand, sich zur rechten Zeit und auf billige Weise seinen Bedarf an Brennholz zu verschaffen, er ermöglicht ihm, sich bis zu einem gewissen Grade an dem Holzhandel und der Versorgung der inländischen Holzmärkte zu betheiligen und sich dadurch einen Verdienst zu erwerben, der ihm außerdem entzogen bliebe, und gibt ihm endlich Gelegenheit durch Verarbeitung der forstlichen Rohprodukte in kleinere Fabrikate eine weitere Erwerbsquelle zu finden, deren Bedeutung nicht zu unterschätzen ist.

Mit Einführung der Baarzahlungen oder diesen gleichzuachtende kurzer Zahlungstermine würden alle diese Vortheile dem Publikum mehr oder weniger entgehen. Die Mittelklasse würde von den Versteigerungen verdrängt und ein Monopol ausschließlich nur für speculative Kapitalisten geschaffen, welchen die minderbemittelten Staatsangehörigen das von ihnen bei geschwächter Concurrenz billig erstandene Holz um jeden Preis abnehmen müßten. Es würde sonach die Staatskasse wesentlich geschädigt werden, ohne daß dabei für die Bevölkerung irgend ein Vortheil hervorginge. Eine weitere und sehr bedeutsame Folge aber würde die sein, daß die ärmere Volksklasse zu dem Holzfrevel förmlich gezwungen werden würde. (Schluß *folgt.*)

Politische Tagesübersicht.

Darmstadt, 25. April. In heutiger Assisensitzung wurde Freiherr von Wambolt, der wegen wiederholter Weigerung seine Pflicht als Ergänzungsgeschworener nachzukommen, durch Urtheil vom 20. und 22. d. Mts. zu 100, resp. 200 fl. Geldbuße verurtheilt worden, trotzdem aber heute wieder nicht erschien, auf Grund der Artikel 27 und 28 des Gesetzes, die Bildung der Geschwornenbank betr., in die höchste zulässige Strafe, nämlich weitere 300 fl. Geldbuße verurtheilt, sowie gleichzeitig erkannt, daß der genannte Herr für immer unfähig sei, das Amt eines Geschworenen zu versehen, und weiter der Druck und öffentliche Anschlag des Urtheils auf seine Kosten verfügt.

Chemnitz, 23. April. Der Kupferschmiedgeselle Hr. Försterling aus Dresden, der bisher unsern Bezirk im Norddeutschen Reichstage vertrat, hat dieses Mandat jetzt niedergelegt. Der Eindruck, den sein bisheriges parlamentarisches Auftreten gemacht hat, ist selbst bei unsern Fabrikarbeitern ein derartiger gewesen, daß dieselben bei der Neuwahl vermuthlich auf die Aufstellung eines „Arbeiterkandidaten" wenigstens eines volksparteilichen, wie Herr Försterling, verzichtet werden.

Wien, 25. April. Die in Vollzug gesetzte Amnestie ist ausschließlich eine Preßamnestie und hatte insofern es sich um Begnadigungen Solcher handelt, die noch vor Einführung der Geschwornengerichten verurtheilt werden, schon früher ihre Berechtigung. Jetzt ist sie politischen Motiven zu danken, indem das Ministerium seine Ausgleichsverhandlungen mit der verfassungsfeindlichen Opposition mit solch einem Akte der Versöhnung einleiten will. Wir fürchten, daß diese gutgemeinte Absicht keine sehr empfängliche Aufnahme finden wird, as

welche sie berechnet ist. Eine juristische Irregularität in dem Amnestie-Erlasse ist es, daß, während die Begnadigung für alle, auch für die in Folge von Privatklagen erfolgten Verurtheilungen ausgesprochen wird, die noch nicht beendigten Preßprozesse nur insofern niedergeschlagen werden, als sie nicht auf Privatklagen beruhen. Ein prinzipieller Standpunkt ist in dieser Behandlung nicht zu erkennen. Ueber den Fortgang der großen Aktion verlautet auch heute noch nichts Sicheres. Ein slavisches Blatt freilich droht, daß in diesem Augenblicke die „wirksamste Action" sich entwickle, und zwar eine so wirksame, daß, wollte das Blatt nur reden, ein panischer Schrecken in unsere Glieder fahren würde. Es redet aber noch nicht. Dem gegenüber dementirt ein anderes Blatt die Nachricht des Pester Lloyd, mit den Polen habe Graf Potocki bereits „greifgare Resultate" erreicht, und es fügt hinzu, daß noch keine Verhandlungen, geschweige den Vorbereitungen, mit den Polen stattgefunden hätten. Darf man den Wiener Korrespondenten mehrerer Provinzialblätter glauben, so wäre allerdings Graf Beust mit Herstellung eines Ausgleiches beschäftigt, der aber nicht durch das Ministerium, sondern innerhalb desselben geschieht. Graf Taaffe soll nämlich nicht der Ansicht des Grafen Potocki sein, er soll die Verhandlungen mit den Parteiführern perhorresciren und die Action direkt mit den Landtagen beginnen wollen, demgemäß also die Auflösung des Reichsrathes und der Landtage wünschen. Graf Potocki dagegen will bekanntlich erst mit den Parteiführern ein Programm vereinbaren und dieses dann den Landtagen vorlegen. Welche der beiden Anschauungen die Oberhand behalten wird, läßt sich noch nicht erkennen.

— Als ein Symptom der zu erwartenden politischen Zustände dient vielleicht die Nachricht, daß der Ex-Minister FML. Ritter von Wagner seine Pensionirung nachgesucht hat. Es müssen wohl triftige Gründe sein, welche diesen noch thatkräftigen, erfahrungsreichen General bewegen konnten, den activen Dienst zu verlassen, und wir unsererseits vermögen es nicht als ein günstiges Zeichen für die Zustände in der Armee anzusehen, wenn so vielseitig erprobte Männer die ungewohnte Ruhe der gewohnten Thätigkeit vorziehen.

Officiel schreibt man der „Köln. Ztg." aus **Berlin,** 24. April: In hiesigen Blättern sind die Angaben eines Schriftchens des Premier-Lieutenants Kummer über die Stärke der Armeen Deutschlands, Oesterreichs, Frankreichs, Rußlands und Italiens für Vergleiche mit den Streitkräften des Norddeutschen Bundes und der deutschen Südstaaten in so unverantwortlicher Weise benutzt, daß dem Autor dieser Correspondenzen der Vorwurf der Unkenntniß der militärischen Organisationen gemacht werden muß, um die Anklage absichtlicher Entstellung zu vermeiden. Der Autor erfährt „zunächst, daß die Kriegsstärke des norddeutschen Bundesheeres die ungeheure Ziffer von 944,321 Köpfen erreicht". Diese Höhe ist eine allgemein bekannte und in dem Gothaischen Genealogischen Taschenbuch pro 1870, Seite 677, durch die Anführungen noch um mehr als 33,000 Mann übertroffen. Bei der Betrachtung dieser Summe muß aber in Erwägung gezogen werden, daß dieselbe zusammengesetzt ist: 1) aus der Stärke der Feldtruppen, in runder Summe 537,000 Mann; 2) aus der Höhe der Ersatztruppen, 183,000 Mann; 3) aus der Summe der eigentlichen Besatzungstruppen, 214,000 Mann; und 4) aus den übrigen im Lande zurückbleibenden militärischen Körpern, 12,000 Mann. Vergleicht man jene Gesammtstärke von 944,000 Mann (nach den Vorlagen des Landtages standen im Jahre 1866 über 669,000 Mann unter den Waffen) nun mit den Feldtruppen der anderen europäischen Mächte, so muß das Resultat ein vollständig verkehrtes und irreführendes sein. In diesen Fehler ist der Herr Correspondent verfallen und er ist durch seine verkehrte Anwendung von Zahlen zu der sonderbaren Behauptung gekommen, daß die norddeutsche Feldarmee gegenwärtig nahezu so stark sei, wie die österreichische und französische Feldarmee zusammen. Die französische Armee ist zusammengesetzt: 1) aus den Löhnungstruppen, 2) aus den Reserven und 3) aus der mobilen Nationalgarde, welche die jungen Leute von vier Jahrgängen, die nicht zur Einstellung in die Linien gelangten, umfaßt. Wählen wir nur runde Zahlen. Nach Kummer (S. 155) zählte nach officiellen Quellen am 1. Dezember 1868 die französische Armee im Innern 378,000 Mann, in Algerien 64,000 Mann, in Italien 5300 Mann; Bestand der activen Armee 447,300 Mann. Dazu kamen an Reserven 198,000 Mann, an mobiler Nationalgarde 381,000 Mann. Somit beträgt die gesammte Armee 1,026,300 Mann. Auf Seite 159 bei Kummer ist die mobile Nationalgarde (die aber bis jetzt nur auf dem Papiere besteht) sogar auf 560,000 Mann angegeben. Die österreichische Friedensarmee bestand nach dem Budget von 1870 aus 276,000 Mann; die norddeutsche Friedensarmee aus 300,000 Mann. Die Reserven, welche in Oesterreich jährlich üben, sind mit 161,000 Mann in Rechnung gebracht. Nach § 13 des österreichischen Wehrgesetzes soll die Stärke der Armee 800,000 Mann erreichen. Wenn der Herr Correspondent die disponiblen Feldtruppen der Franzosen auf 300,000 Mann und eben so hoch die disponiblen österreichischen Feldtruppen veranschlagt, so hätte er auch bei der norddeutschen Bundesarmee gerechter Weise nach Kummer hervorheben müssen, daß nach hundertjähriger Erfahrung der Feldherr nur die Hälfte des Soll-Etats der Truppen für die Action zur Verfügung zu haben pflegt. Preußen trat im Jahre 1866 in Böhmen mit 220,000 Mann und am Main mit 66,000 Mann auf. Die Ersatz- und Besatzungstruppen, die Trainleute, das Sanitätscorps, die Personen der Feld-Administration u. s. w. können doch nicht als Mitkämpfer in Anrechnung gebracht werden. Daß der Herr Correspondent die Truppen der deutschen Südstaaten mit 107,000 Mann ins Gefecht rücken läßt, wäre für Süddeutschland nichts Auffallendes, die Sollstärke wird sogar auf 118,000 Mann angegeben. Die Unparteilichkeit verlangt aber, daß dann den 658,000 Mann der mobilen Armee Deutschlands auch die Gesammtziffern der mobilen Armee Oesterreichs (500,000 Mann) und Frankreichs (647,000 Mann), im Ganzen 1,147,000 Mann gegenübergestellt werden. Wenn die Russen von ihrem nach dem „Invaliden" vorhandenen Effectivbestande von 714,000 Mann nur 150,000 Mann, wie der Herr Correspondent glaubt, in zwei Monaten an der Grenze concentriren können, so wird derselbe wohl in Erwägung ziehen müssen, daß dann die deutschen Ostprovinzen auch ihre Vertheidigung nicht entbehren können.

— Der Abg. Dr. Eberty hat eine schwere Krankheit, welche ihn mehrere Monate ans Zimmer fesselte, glücklich überstanden. Durch einen Fall in der Stube verletzte er sich das Schienbein, anscheinend unbedeutend. Bald darauf mußte Eberty operirt werden, und es war nöthig, die Operation nochmal zu wiederholen. Lange Zeit bettlägerig gewesen, ist der Abgeordnete für Berlin jetzt im Stande, kurze Spaziergänge zu machen, doch darf er sich noch immer nicht anstrengen und ist zu einer Cur in Teplitz genöthigt, von welcher die Aerzte die volle Wiedergewinnung der Kräfte sich versprechen.

— Ueber die Consolidation der preußischen Anleihe wird der Bank- und H.-Ztg. mitgetheilt, daß bis gestern 122 Millionen Thaler umgetauscht worden seien, so daß nur noch etwas über 50 Millionen Thaler alte Stücke im Ganzen rückständig sind.

— Heute fand hier eine große Versammlung der sämmtlichen Maurer von Berlin statt, in welcher beschlossen wurde, die von der hiesigen Gesellschaft „Baubude" entworfenen Lohncontrakte, welche der Gewerbe-Ordnung zuwiderlaufen, abzulehnen und die vom Magistrate angeordneten Zwangskassenbeiträge fortan nicht zu leisten. Man sieht in dem Ganzen die Vorbereitungen zu einem neuen Strike der Maurer.

Duisburg, 20. April. Die Eff. Ztg. schreibt: „Ein Strike eigenthümlicher Art fand hier in den jüngst verflossenen Tagen statt. Das Fahrpersonal des Zuges der Rheinischen Eisenbahn, der die kurze Strecke zwischen der Station Duisburg und Hochfeld täglich neun Mal hin und zehn Mal zurück fährt, stellte wegen verweigerter Lohnerhöhung den Dienst ein, so daß am vergangenen Donnerstag, den 14., der Verkehr völlig unterbrochen war und Aushülfe von anderen Stationen requirirt werden mußte."

Bern. Giuseppe Mazzini, von dem es heißt, er sei gegenwärtig in Genua, hat der Gemeinde Epiquerez im Berner Jura, welche ihm bekanntlich vor circa einem Jahre das Ehrenbürgerrecht schenkte, als Gegengeschenk die Summe von 20,000 Fr. zur Gründung eines

Schulfonds überwiesen. So meldet der zu St. Imer erscheinende Jura. — Letzten Montag hatte Don Carlos, welcher sich zu La Farraz, bei Vevay, aufhält, seine Getreuen um sich versammelt. Man will unter den Anwesenden, deren Anzahl ziemlich ansehnlich gewesen sein soll, namentlich viele Pariser bemerkt haben.

Paris, 24. April. Der Aufruf des Kaisers wird von der Mehrzahl der unabhängigen Abendblätter sehr herbe beurtheilt. Nefftzer nennt denselben in Temps so unglücklich als möglich und fügt hinzu: „Er ist solcher Act, daß, wenn wir uns entschließen könnten, das Plebiszit als eine ernsthafte Unternehmung anzusehen, er uns bestimmen würde, nein zu sagen, und zehn Mal, hundert Mal nein, wenn wir könnten. Er ist die Rückforderung der persönlichen Gewalt, bescheiden in der Form, aber absolut dem Wesen nach.“ — Die France schreibt: „Man bemüht sich, Hrn. Rouher in Alles zu mischen, was vorgeht. Wir sind in der Lage, zu versichern, daß Hr. Rouher allen Handlungen des Ministeriums fremd bleibt. Es ist namentlich unwahr, daß die Proclamation des Kaisers in einer Berathung der Minister vorgelesen wurde, welcher er anwohnte. Hr. Rouher hat niemals einer Berathung der Minister beigewohnt.“ Dasselbe Journal sagt ferner: „Man hat von einem Manifest gesprochen, welches das Ministerium zur Förderung des Plebiszits vorbereite. Der Ausdruck ist nicht richtig. Das Actenstück (gestern per Telegramm mitgetheilt), das morgen im offiziellen Journal erscheinen wird, hat nur den Charakter eines einfachen kollektiven Cirkulars und ist nicht bestimmt, das Votum derjenigen, an die es gerichtet ist, vorzuschreiben, sondern sie vor der Taktik der Wahlenthaltung zu warnen, indem es sie auffordert, dieselbe mit allen möglichen Mitteln zu bestreiten.“

Paris, 24. April. Die Journale L'Union und Gazette de France veröffentlichen ein Collectiv-Manifest zweier in ihren Bureaux abgehaltenen Versammlungen der Legitimisten-Partei, welches die Verwerfung des Plebiscits anräth. Die Versammlung im Redactions-Bureau der Gazette de France sprach sich für das negative Votum und jene im Bureau der Union für die gänzliche Enthaltung von der Abstimmung aus.

Paris, 25. April. Der Gouverneur der Invaliden, Divis.-General Graf de Lawoëstine, ist, 84 Jahre alt, gestorben. (Er hatte die letzten Feldzüge Napoleon's I. mitgemacht, war unter Louis Philipp General geworden und beim Staatsstreiche Obercommandant der Pariser Nationalgarde gewesen. D. Red.) — Das Journal des Debats tadelt, daß das kaiserliche Manifest nicht andeutet, auch die 1870er Reformen seien verbesserungsfähig wie die von 1852.

London, 23. April. Die Bestimmungen des Friedenswahrungsgesetzes machen sich in Irland schon recht fühlbar. Ein Mann Namens James Walsh Mason ist von dem Schwurgerichte in Cork zu neun Monaten Gefängniß verurtheilt worden, weil er in einem der Bezirke, über welche der Lordstatthalter den Ausnahmezustand verhängt hat, jenem Gesetze zuwider einen Revolver bei sich trug. Auf den ersten Blick könnte dieses Strafmaß etwas hart erscheinen, aber Angesichts der sich wieder regenden fenischen Bewegung wurde in Erwägung gezogen, daß der Angeklagte — wie der Anwalt der Krone nachwies — im März 1867 mit vierzehn Anderen bewaffnet in Kilbaha, Grafschaft Clare, erschien, die Station der Küstenwache angriff, einen Küstenwächter verwundete und ihn zwang, sich ihnen anzuschließen. Als der Angeklagte bei dieser Gelegenheit verurtheilt worden war, rief er aus: „Gott erhalte Irland! Bald wird ein Austausch der Gefangenen stattfinden.“ In der Grafschaft Meath ist wieder ein agrarisches Verbrechen vorgekommen, indem drei mit Revolvern bewaffnete Kerle den Pächter Gavin auf offener Straße vom Wagen rissen und knieend einen Eid schwören ließen, daß er ein in Pacht genommenes Wiesenland aufgeben wolle. Auf Verletzung des Eides wurde ihm der Tod angedroht. Was derartige Drohungen und eben so die Drohbriefe zu bedeuten haben, läßt sich daraus schließen, daß in der Brieftasche des ermordeten Pächters Kirwan ein solcher Drohbrief gefunden wurde, den er im vorigen Dezember erhalten hatte.

Rom, 24. April. Heute um 9 Uhr Vormittags wurde die dritte öffentliche Sitzung des Concils abgehalten. Das Schema und die Canones de fide catholica wurden bei namentlicher und mündlicher Abstimmung mit einer Majorität von circa fünfhundert Stimmen endgiltig angenommen und als Decret promulgirt. Der Papst las die Einleitung der Definitionen.

Aus **Rom** wird der „Augsb. Postztg.“ nach verläßigen Briefen“ gemeldet, daß der Papst dem Andringen von mehr als 400 Bischöfen nachgebend, endlich die Weisung erlassen habe, die Infallibilität ungesäumt dem Concil als Berathungsgegenstand vorzulegen. „Dem Endergebniß,“ fügt das klerikale Blatt dieser Nachricht hinzu, „werden alle, welche an das Walten des heil. Geistes in der Kirche glauben, mit Ruhe entgegensehen.“

Madrid, 23. April. In der heutigen Sitzung der Cortes überreichte Madoz mehrere Petitionen aus Catalonien, welche die Wahl Espartero's zum König verlangen.

Madrid, 24. April. Der Imparcial meldet: Donnerstag fand zwischen Prim, Zorilla und Sagasta bezüglich der Regierungsform eine Berathung statt. Sagasta schlug eine Lösung vor, welche Prim verwarf. Der Regent wird vor Ende Mai eine Botschaft an die Cortes richten. Die Anhänger Montpensier's betrachten Prim als ihren größten Feind und bekämpfen ihn lebhaft. Zwischen den Föderalisten und Unionisten, welch Letztere an Boden gewinnen, ist ein Bruch bevorstehend. Es wird versichert, daß die Alphonsisten die Waffen ergreifen wollen.

Ueber die telegraphisch angezeigten Unruhen bei **Cadix** hat das Madrider Blatt El Tiempo einen detaillirten Bericht. Diese Zeitung spricht von Barricaden, die gelegentlich der Zusammenkunft der Mitglieder eines föderal-republikanischen Comités zu Puerto de Santa Maria errichtet wurden. Die Zusammenkunft artete in eine turbulente Kundgebung seitens einer großen Anzahl Arbeiter aus, die, eine feindliche Haltung annehmend und laut eine Lohnzulage verlangend, nach dem Amtshause zogen. Als die Bürgerwehr handelnd einschreiten wollte, wurden Barricaden gebaut. Die Municipalgarde bemächtigte sich derselben. Zwei Gardisten wurden verwundet. Einer der Tumultuanten wurde getödtet, ein anderer trug eine Verwundung davon. Der Gouverneur von Cadix begab sich eiligst in Person auf den Kampfplatz, um die Ordnung wiederherzustellen.

Aus **Konstantinopel,** 20. April, wird dem „Wanderer“ telegraphisch gemeldet: „Der päpstliche Legat wollte hier ein Placat an der armenischen Kirche anschlagen lassen; das Volk widersetzte sich jedoch, und es kam zu einem großen Tumulte, wobei die öffentliche Macht einschreiten mußte. Die orientalischen Bischöfe kommen bereits zurück, sie sind gegen Rom äußerst erbittert.“

Ein Telegramm aus **Bombay** vom 22. April meldet, daß aus Manilla die Nachricht von einer großen Feuersbrunst eingetroffen sei, die für ungefähr anderthalb Millionen Dollars Schaden angerichtet habe.

Washington, 22. April. In Folge von Mittheilungen des spanischen Consuls in New-York, daß die cubanischen Insurgenten eine Expedition in den Vereinigten Staaten ausrüsten, hat die Regierung Untersuchung angestellt, und auf Grund derselben die Erklärung abgegeben: daß zu jener Befürchtung kein Anlaß sei. Aus Cuba selbst wird gemeldet, daß die Insurgenten nach ernstem Gefechte den Capitän del Somo gefangen haben.

Toronto, 21. April. Richter Galt hat die Gültigkeit des zweiten Haftbefehls gegen Richot und Scott, die Abgeordneten vom Red River, ausgesprochen, und dieselben sind der Polizei übergeben worden. Die militärische Expedition nach dem Red River soll unter Befehl des Obersten Wolesley (nicht Wellesley) in der ersten Woche des Mai abgehen. Sir Stafford Northcote ist aus England eingetroffen.

Bayerische Angelegenheiten.

— Se. Maj. der König hat aus Anlaß des überaus freundlichen Empfanges, welcher den k. Staatsministern Graf v. Bray und v. Lutz in Stuttgart zu Theil wurde, den württembergischen Majestäten den wärmsten Dank ausgedrückt.

— Se. Maj. der König hat dem Oberförster in Schallhausen, Gust. Meißner, und dem Schullehrer Joh. Thomas Petzet zu Hof in Rücksicht auf ihre seit 50 Jahren treu und eifrig geleisteten Dienste die Ehrenmünze des k. b. Ludwigs-Ordens und dem vormal. Bürgermeister der Stadt Monheim, Kaminkehrer David Holzapfel, in Anerkennung seines langjährigen und ersprießlichen Wirkens im Gemeindedienste das silberne Ehrenzeichen des Verdienstordens der bayerischen Krone verliehen.

— Der bayerische Anwaltstag wird am 8. k. Mts. in unserer Stadt tagen, und da vorzugsweise die dem Landtag vorgelegte Advocaten-Ordnung den Gegenstand der Berathung bilden wird, so ist voraussichtlich eine sehr zahlreiche Betheiligung an den Versammlungen zu erwarten. Hr. Advocat v. Löffel in Passau ist mit dem Referat über den genannten Berathungsgegenstand betraut worden.

(Dienstesnachrichten.) Se. Maj. der König hat den Bez.-Arzt II. Cl. Dr. Gg. Reiser zu Lauterecken auf die Bezirksarztesstelle II. Cl. zu Waldfischbach, seiner Bitte entsprechend, versetzt. Vom k. Staatsmin. d. Finanzen wurde der k. FA.-Assist. Heinr. Prager von Kronach auf Ansuchen an das Forstamt Laurenzi in Nürnberg versetzt, der k. Forstgeh. Joh. Hummel von Langheim zum Assistenten am FA. Kronach und der k. Forstgeh. Aug. Schiber von Thurnau zum Assistenten am Forstamte Amberg ernannt.

Lokales und Provinzielles.

München, 26. April.

— Der vom letzten Schwurgerichte von Oberbayern wegen Giftmordes an seiner Frau zum Tode verurtheilte Wasenmeister Ilg von Taxa ist von Sr. Maj. dem König zu lebenslänglichem Zuchthause begnadigt worden.

* In der gestern im „schwarzen Roß" abgehaltenen Schuhmacherversammlung kam es in Sachen des Strikes zu keinem Beschlusse; selbst die lassalleanischen Agitatoren, die sich auch der Führung der Schuster zu bemächtigen suchen, konnten nicht umhin, vor dem Strike in so lange zu warnen, als nicht eine entsprechende „Organisation" in's Werk gesetzt sei. Was diese Herren hierunter verstehen ist klar genug; — Zahlen, Zahlen und wieder Zahlen ist die von ihnen allerorts ausgehende Loosung und es ist in der That wunderlich, daß sich immer noch Thoren finden, die nicht einsehen, für wen und für was sie zahlen. Der von der Schweitzer'schen Kassa an die strikenden Schneider dahier ausgezahlte Bettelbetrag von 70 fl. könnte denn doch endlich den Leuten hierüber volle Klarheit gegeben haben!

ϱ (Aus der öffentl. Magistratssitzung.) Der Magistrat beschloß heute, dem Antrage des Bauausschusses entsprechend, die für heuer etatisirte Abgrabung des Schrafnagelberges bei Giesing als nicht absolut nothwendig, (da man auch auf der Strasse bei der Giesinger Kirche und am Nockherberge zu Thal gelangen kann) zurückzustellen, dagegen eine Strasse von der Reichenbachbrücke nach der Birkenau, welche ein äußerst nothwendiges Bedürfniß ist und eine Grunderwerbung im Betrage von 1000 fl. von Seite der Wittwe Grünwald, einen Grundtausch mit Hrn. Riebeder und 1000 fl. Herstellungskosten fordert, herzustellen, sowie auf der Giesinger Höhe, nicht nur, wie im Etat projektirt, bloß eine Wasserreserve, sondern zugleich eine Wasserleitung nach Giesing anzulegen. Für diese beiden Ausführungen, welche an das Gemeindecollegium zur Genehmigung zu gehen haben, steht ein Kapital von 5400 fl. zur Verfügung. — Hr. Metschl erhält die Bewilligung zur Aufstellung einer Trinkhalle an dem Platze der Vereinigung der Schützen- und Bayerstrasse. — Der Bauausschuß befürwortet im Interesse des Münchner Publikums das Gesuch des Stadtomnibus-Unternehmers Zechmeister, auf dem Marienplatz einen Pavillon zur Corresponbence der Stadtomnibusse nach einem vorgelegten sehr geschmackvollen Plane aufstellen zu dürfen, was nur eine andere Aufstellung der Fiaker nothwendig machen würde; in dieser Beziehung müßte das Gutachten der kgl. Polizeidirektion gehört werden. Nach einiger Debatte, in welcher sich die HH. Krüger und Gailhofer gegen diesen Antrag aussprachen, sowohl aus Rücksichten der Aesthetik als des Verkehrs, die HH. Billing, Schanzenbach, Rau und Zenetti entschieden im Interesse des minderbemittelten Publikums für den Antrag sich erklärten, indem sie betonten, daß derartige Einrichtungen ohne Störung des Verkehrs in dem viel volkreicheren Wien und Paris beständen, wurde der Antrag, soweit dem Magistrate die Entscheidung zusteht, gegen eine geringe Minorität angenommen. — Die Landesprodukten- und Waarenbörse hat die Absicht, vom Magistrate einen Acker an der Thalkirchnerstrasse zur Erbauung eines Lagerhauses zu erkaufen; der Magistrat beschließt, vorbehaltlich der Genehmigung des Gemeindecollegiums diesen Acker gegen einen Kaufspreis von 4000 fl. per Tagwerk unter der Bedingung abzulassen, daß sowohl dieser Acker als etwa später von der Landesprodukten- und Waarenbörse noch zu erwerbende Parcellen dem Burgfrieden einverleibt werden, um der Gemeinde die Ueberwachung der Perception der städtischen, so sehr wichtigen Schrannengebühren, die mindestens jährlich 6000 fl. betragen, gehörig zu sichern, und daß die Produkten- und Waarenbörse die Verpflichtung eingehe, wenn später sich als nöthig herausstellen solle, daß von der Gemeinde vom dortselbst projectirten Schlachthaus und Viehmarkt aus über jene Plätze ein Schienenstrang gelegt werden solle, denselben durchführen zu lassen. (Schl. f.)

(Tagesbericht.) Seit vorgestern wird der Postpackergehilfe Andr. Bachberger vermißt; seine Dienstmütze und sein Dienstrock wurden gestern früh nächst der Bogenhausenerbrücke am Isarufer aufgefunden; daß derselbe sich jedoch das Leben genommen, ist mindestens äußerst unwahrscheinlich, da sich bereits herausgestellt hat, daß Werthpaquete zum Betrage von wenigstens 6000 fl., welche er dienstlich zu behandeln hatte, abgängig sind. Derselbe ist kaum 23 Jahre alt, der Sohn ehrbarer hiesiger Bürgersleute und wurde muthmaßlich durch seine Verbindungen mit lüderlichen Weibspersonen zum Verbrechen getrieben.

Bei **Geiselhöring** verunglückte am 24. l. Mts. Nachts der Bauer Ristl von Heinling. Der Curierzug erfaßte den Unglücklichen als er eben die Bahn überschritt. Der alte Mann schien sein Herankommen nicht gehört zu haben.

Regensburg, 22. April. Die hiesigen Mitglieder des oberpfälzischen Architekten- und Ingenieurvereines haben gestern durch eine Deputation, in der Dombauhütte ihrem bisherigen I. Vereinsvorstande, Herrn Baurath und Dombaumeister Franz Denzinger, aus Anlaß seiner Uebersiedelung nach Frankfurt zur Leitung des Wiederaufbaues des dortigen Domes eine ebenso würdige als feierliche Ovation dargebracht, indem sie demselben in Anerkennung seiner Leistungen beim Ausbau der hiesigen Domthürme und Förderung der Interessen des oberpfälzischen Architekten- und Ingenieurvereines ein geschmackvoll ausgestattetes Album mit einem, vom Vereinsmitgliede Herrn Großhändler Rümmelein, verfaßten Widmungsgedichte, sowie einen in Römerform gefertigten Silberpokal mit altdeutsch-ornamentaler Ausschmückung nebst Untersatz-Platte überreichten, welch' letztere das Datum der denkwürdigen Schlußsteinsetzung der Helm-Kreuz-Blumen an unseren Domthürmen (29. Juni 1869) eingravirt enthält.

Seßlach, 22. April. Heute Nachmittags 2 Uhr kam im Seßlacher Bürgerwalde Feuer aus und ist es nur dem energischen Zusammenwirken der Einwohner, sowie der freiwilligen Feuerwehr zu verdanken, daß sich der Herd des Feuers auf circa 6 Tagwerk beschränkte. Der Schaden ist ein nicht unbedeutender und wird Brandlegung vermuthet. Auch in Bamberg entstand im Hauptsmoorwalde in der Nähe des Kugelfanges am 23. Nachm. Feuer, das jedoch durch die rasche und angestrengte Hülfeleistung namentlich des Militärs bald wieder gedämpft wurde.

Kitzingen, 24. April. Die Stadtgemeinde erhielt, nachdem sie aus dem Lokal-Malzaufschlage jährlich 3000 fl. dem Bedarf der Gewerbsschule zugewendet und bereits für das laufende Jahr die Erbauung der Schullokalitäten beschlossen hat, in Anerkennung ihrer Opferwilligkeit einen einmaligen Zuschuß von 5000 fl. aus dem allgemeinen Industriefond bewilligt; der 1. Kurs der neuen Schule wird bereits im Oktober 1870 eröffnet werden. Kitzingen ist bis jetzt die einzige unmittelbare Stadt Bayerns, welche noch keine Gewerbschule besitzt; das Bedürfniß hier eine vollständige Gewerbeschule mit einer Han-

delsabtheilung zu errichten, ward bereits im Prinzipe von der letzten Landesrathsversammlung anerkannt; nur wollte die Landrathsversammlung, weil ihr Mandat am 31. Dezember 1869 erlosch, für das Jahr 1870 d. i. über ihr Mandat hinaus keine, den neu zu wählenden Landräthen präjudizirende Zusicherung ertheilen; diese Bedenken sind jetzt in Folge der Neukonstituirung des Landrathes weggefallen.

Kempten, 25. April. Nachdem wir über das seit Kurzem hier laut gewordene Gerücht, daß das k. I. Jägerbataillon von hier verlegt werden und Kempten forthin ohne Garnison bleiben solle, an bestunterrichteter Stelle Erkundigungen eingezogen, sind wir in der angenehmen Lage, mittheilen zu können, daß an jenem Gerüchte nicht ein wahres Wort ist.

Speyer, 24. April. Die Pfälzer-Ztg. schreibt: Heute tritt hier mit aller Bestimmtheit das Gerücht auf, daß Herr Seminar-Inspector Reither zum Bischof enannt sei. Derselbe ist gestern von München zurückgekehrt, wohin er vor einigen Tagen, wie man sagt auf Berufung des k. Regierungspräsidenten v. Pfeuser, gereist war.

Gerichtssaal.

L. **München,** 25. April. (Schwurgericht.) IX. Fall. Am 17. Dez. v. J. befand sich der 77jährige Austrägler J. Mitterhuber zu Untermettenbach im Wirthshause und bezahlte beim Weggehen um 3½ Uhr Nachmittag seine Zeche mit einem Preußenthaler, von dem er 1 fl. 28 kr. zurückbekam. Dieß sah der ebenfalls anwesende heutige Angeklagte, Josef Ruppert, led. Dienstknecht von Königsfeld, Ger. Geisenfeld, 18 J. a., welcher dem Mitterhuber nachging, ihn packte, zu Boden warf, sich auf ihn kniete und ihm den Geldbeutel mit 2 fl. 26 kr. aus der Tasche zog. Ruppert wird von Mitterhuber ganz bestimmt erkannt, er gestand auch in der Voruntersuchung, sucht aber heute zu läugnen; natürlich vergebens. Urtheil: 5 Jahre Zuchthaus. — X. Fall. Am 15. Aug. v. J. waren der Schreiner Buchner, die Taglöhner Dangl und Gebhard aus Nantwein im Bruckwirthshause zu Wolfrathshausen und gingen Abends 9 Uhr nach Hause und holten außerhalb des Marktes die ihnen vorausgegangenen Balth. Seitner, led. Korbflechter, den heutigen Angeklagten, die Taglöhner Pangratz, Neuschaller und dessen Frau ein. Seitner offerirte dem Dangl eine Prise Tabak, welche dieser mit einer spitzen Aeußerung zurückwies. Hierauf entspann sich ein Wortstreit, der bald in eine allgemeine Rauferei ausartete. Nach deren Beendigung setzte Buchner mit seinen Begleitern seinen Weg fort, Seitner aber eilte nach seiner Behausung, kam bald wieder mit einer Axt auf sie los und drohte den Buchner damit niederzuschlagen. Buchner legte abwehrend die Hand auf den Kopf, wodurch der Hieb vom Kopfe abgehalten, aber die Hand derart verletzt wurde, daß Buchner 77 Tage arbeitsunfähig war und zwei steife Finger behielt. Seitner gibt zu, die Axt aus seinem Hause geholt zu haben, aber nur als Sicherheitswaffe, da er den Vorfall sogleich bei der Gendarmerie habe anzeigen wollen; Buchner habe ihn angepackt und beim Ringen sei ihm die Axt entfallen, die dann ein Andrer, den er aber nicht bezeichnen könne, aufgehoben und damit auf Buchner geschlagen habe. Was diese Ausrede für einen Glauben verdient, mag daraus erschlossen werden, daß Seitner schon 20 Mal abgestraft worden ist. Im Sinne der Anklage schuldig erkannt, ward gegen ihn eine fünfjährige Zuchthausstrafe ausgesprochen. — 26. April. XI. Fall. Beim Kegeln auf dem Hirschbräukeller entspann sich am 5. Sept. 1869 Abends gegen neun Uhr zwischen dem Angeklagten Georg Gruber, 31 J. a., verheir. Packträger v. h. und dem Bräuknechte Joseph Luginger von Saffenstetten ein Streit, gelegentlich dessen Gruber dem Luginger und dessen beiden Kameraden zurief: „Ihr Rauber, raubt's mich gleich ganz aus, 1 fl. 30 kr. hab' ich noch.“ Einer der Begleiter des Luginger packte auf diese Worte hin den Gruber an, der Schenkkellner Mich. Stoiber, der zufällig in nächster Nähe war, trennte aber die Streitenden. Kaum war aber Gruber los, so griff er nach einem Maßkrug und schlug ihn dem Luginger ohne jede Veranlaßung mit solcher Wucht auf den Kopf, daß dieser sofort zusammenstürzte. Der Schlag hatte nicht nur eine 2¼ Zoll lange Wunde an der Stirne, sondern auch mehrere Fissuren des Schädelbeines zur Folge, und die Entzündung und Eiterung der Wunde bewirkte nach gerichtsärztlichen Gutachten am 16. Sept. v. J. den Tod des Luginger. Gruber gesteht die That zu, behauptet aber gereizt gewesen zu sein und im Stande der Nothwehr gehandelt zu haben; da die Zeugenaussagen derart verworren und zurückhaltend waren, daß sich ein klares zweifelloses Bild des ganzen Vorganges nicht bilden konnte, so adoptirten die Geschwornen die vom Angeklagten behaupteten Umstände, so daß gegen denselben eine Gefängnißstrafe von 2 Jahren ausgesprochen wurde.

Handel und Verkehr.

— In dem Orte Seefeld bei Starnberg wird mit Beginn des nächsten Monats eine Postexpedition errichtet und die Verbindung derselben mit Starnberg durch eine Cariolpost hergestellt.

In **Muggendorf** und **Streitberg** sind Telegraphenstationen errichtet, welche am 1. Mai in Verbindung mit Forchheim in Wirksamkeit treten, um den Gästen der fränkischen Schweiz den schnellen Verkehr mit ihren Lieben zu erleichtern.

Feuilleton.

Der Brand in Alt-Ofen.

Ueber den furchtbaren, am Samstag Früh stattgefundenen Brand des Fabrikgebäudes der Ersten Alt-Ofener Spiritus-Raffinerie- und Brennerei-Actien-Gesellschaft bringen die Pester Blätter eingehenden Berichte, denen wir Folgendes entnehmen: Am Samstag um 3 Uhr Morgens wurden die Bewohner des nördlichen Theiles von Alt-Ofen durch eine fürchterliche Detonation, der ein anhaltendes donnerndes Getöse folgte, aus dem Schlafe geschreckt. Die Erweckten eilten angstvoll auf die Straße hinaus, es bot sich ihnen ein schrecklicher und grandioser Anblick dar; das Fabrikgebäude der Spiritus-Brennerei-Actien-Gesellschaft stand in Flammen, 20 Minuten lang brannte das Gebäude, ohne daß Jemand an's Löschen gedacht hätte. Nach Verlauf dieser Frist erschien Herr Stierling, ein Obmann der Pester städtischen Feuerwehr, am Orte der Gefahr und brachte die erste Hilfe. Ihm auf dem Fuße folgten Graf Ödön Szechenyi und der Feuerwehr-Inspector Kauser an der Spitze der ganzen unter ihrem Commando stehenden Löschmannschaft. Mit dem Aufwande aller Kräfte und der ihnen zu Gebote stehenden Mitteln arbeiteten sie sowohl, wie die gesammte Feuerwehrmannschaft bis 9 Uhr Morgens. Um halb 4 Uhr, als die Feuerwehrmannschaft schon mit dem Löschen vollauf beschäftigt war, stieg plötzlich eine Feuergarbe hoch über den Fabriksschornstein empor. Im selben Momente erschien eine menschliche Gestalt mit brennenden Kleidern in einem Fenster des zweiten Stockwerkes. Er hielt sich an dem brennenden Fensterkreuze fest und beugte sich über die Brüstung hinab. Das Fensterkreuz, halb verkohlt, brach entzwei, der Hilfesuchende stürzte in die Tiefe, fiel mit dem Kopfe auf ein glühendes Maschinenrad — er war todt. Aus den Trümmern wurden fünfzehn Todte hervorgezogen. Vier Schwerverwundete, für deren Aufkommen keine Hoffnung vorhanden, wurden in's Spital gebracht. Acht Familien sind ihrer Ernährer, fünfzehn Kinder ihrer Väter beraubt. Der Wagen, den ein Correspondent zur Fahrt nach Alt-Ofen benützte, zeigte innen Blutspuren; der Kutscher sagte aus, daß er drei halbverbrannte Menschen in seinem Wagen in's Spital gebracht. Die Alt-Ofener Pferde- und Wagenbesitzer — so berichten Augenzeugen — sahen ruhig zu, wie das Fabriksgebäude abbrannte, ohne nur ein Pferd an den Wagen zu spannen oder irgend welche Hilfe zu leisten. „Wir helfen nicht,“ sprachen sie phlegmatisch, „die Assecuranz zahlt uns nix; sie hat uns nie gezahlt; unserthalben mag die halbe Stadt abbrennen.“ Der aufopfernden Bemühung der Löschmannschaft wie dem muthvollen Benehmen der herbeigeeilten Bemannung des Remorqueurs „Herkules“ (10 Mann an der Zahl), von welcher die Feuerwehr kräftig unterstützt wurde, ist es zu danken, daß ein Theil des Fabriksgebäudes von den Flammen verschont blieb. Um halb 10 Uhr Vormittags war das Feuer bewältigt und die hilfeleistende Löschmannschaft konnte sich ganz erschöpft, zurückziehen. Das abgebrannte Fabriksgebäude bietet einen unbeschreiblich wüsten Anblick dar. Die breite, im einfachen

Style gebaute, drei Stockwerk hohe Front blickt mit hohlen Fensteraugen auf die Donau hinaus. Der mittlere Tract ist ein colossaler Cubus, in welchem die zerschmetterten Theile riesiger Maschinen, neben den rauchenden Trümmern der Holzapparate bunt durcheinander umherliegen. Rechts vom Eingange ist ein riesiges Fenster, durch dessen rahmenlose Oeffnung die abgebrochenen Stützbalken einer eisernen Treppe heraushängen. Das linke Fenster ist durch einen Hunderte von Eimern fassenden Kupferkessel verlegt. Im Innern des Viereckes — dies war das Apparatlokal — liegen abgebrochene Pumpenkolben, umgestürzte Reservoirs, die qualmenden Dauben von Bottichen, herabgestürzte Querbalken, abgerissene Wasserleitungsröhren zu einem Wuste übereinandergehäuft. Dichter Rauch steigt von den Trümmern empor, auf welche zu Zeiten ein sich ablösender Theil der durchweichten Mauer krachend herabfällt. An das Apparatlokal schließt sich nach rechts das Magazinsgebäude an. Dasselbe ist sammt den darin aufgespeicherten Vorräthen unversehrt erhalten. Der linke Tract, die Comptoirs und die Schrotmühle einschließend, ist abgebrannt, letztere bis auf den Boden durch, auf welchem da und dort brennende Haufen von geschrotetem Mais liegen; nur durch einige halbverkohlte Balken gestützt, hängen die eisernen Mühlsteinbehälter förmlich in der Luft, und man erwartet jeden Augenblick, daß dieselben in die Tiefe stürzen. Der Hofraum vor der Façade ist voll von herabgestürzten, noch immer fortglimmenden Balken. Die zur Besichtigung herbeigeeilten Neugierigen waren in Lachen von ausgeflossener Maische. Einige der Zuschauer umstanden die halbverkohlten Reste jener Unglücklichen, die in den Flammen ihren Tod fanden. Auf den rauchenden Schutthaufen stehen mit verschränkten Armen die Actionäre und die entsendeten Inspectoren der Assecuranz-Gesellschaften und blicken mißmuthig einander an; wer von ihnen verdient das meiste Bedauern? Was den Brand verursachte, darüber verlautet nichts Zuverlässiges. Die Dampfkessel explodirten, sagen die Einen; der fertige Spiritus entzündete sich, behaupten die Anderen. Der technische Fabrikleiter steht stumm den Fragen gegenüber, welche diesbezüglich an ihn gerichtet werden. Das Feuer brach plötzlich aus; jener Theil des Gebäudes, welcher abbrannte, stand mit Einemmale in hellen Flammen. Das Fabriksgebäude repräsentirt einen Gesammtwerth von 400,000 Gulden. Dasselbe war bei der Ersten ungarischen allgemeinen Assecuranz-Gesellschaft mit 40 Percent, bei der Riunione Adriatica mit 30 Percent, bei der Pester Versicherungs-Gesellschaft ebenfalls mit 30 Percent seines Gesammtwerthes versichert. Der Schaden beträgt nach einer beiläufigen Schätzung 300,000 Gulden.

Vermischtes.

(Die wahre Mildthätigkeit.) In Uebereinstimmung mit den Verfügungen eines uralten Testaments hat auf dem Kirchhofe der St. Bartholomäikirche in Smithfield eine höchst sonderliche Ceremonie stattzufinden. Eine vor langen Jahren verstorbene Dame vermachte einen Fond für eine Predigt an jedem Charfreitag und für eine Spende von 6 d. an 25 arme Wittwen der Pfarre. Es ist aber ausdrücklich im Testamentente stipulirt, daß die betreffenden Armen das armselige Geschenk vom Grabe der Erblasserin aufheben müssen, und daß diejenigen, deren Alter ein so tiefes Bücken unmöglich macht, die Sixpence nicht bekommen sollen! Der Grabstein ist längst verfallen, aber die Predigt wird jedes Jahr gehalten und die hartherzige Ceremonie wird dadurch aufrecht erhalten, daß die Geldstücklein auf einen benachbarten Grabstein gelegt werden!

Telegraphische Nachrichten.

Darmstadt, 26. April. Der Großherzog ist heute Morgens 7 Uhr nach Berlin abgereist. In seinem Gefolge befinden sich der Oberststallmeister van der Capellen, der General-Adjutant v. Trothn und die Flügel-Adjutanten v. Küchler und v. Herff. Die Rückkehr ist auf den 4. Mai bestimmt.

Berlin, 24. April. Auf dem Bureau des Zollparlaments waren bis Nachmittags 3 Uhr 197 Mitglieder angemeldet, die zur Beschlußfähigkeit erforderliche Anzahl von Mitgliedern also vorhanden. Unter den Angemeldeten befinden sich die Abgeordneten von Schlör, v. Hafenbrädel, Marquard Barth und andere, die heute Vormittag eingetroffen sind, noch nicht. Seitens der Bureaux ist heute an 43 Abgeordnete telegraphisch das Ersuchen gerichtet, zu erscheinen. Gestern wurde bereits an 14 Mitglieder in gleicher Weise telegraphirt, jedoch sind mehrere Depeschen mit der Mittheilung eingetroffen, daß die Betreffenden nicht anwesend sind. Von den Angemeldeten sind übrigens schon mehrere Mitglieder wieder abgereist.

Berlin, 26. April. Das Zollparlament beschloß über die Vorlagen, betreffend die Rübenzuckersteuer und die Tarifreform, die Vorberathung im Plenum, über den mexicanischen Vertrag und über den Antrag Bamberger's bezüglich der Münzreform die Schlußberathung. Sitzung morgen.

Athen, 24. April. Wegen des Raubanfalls bei Marathon herrscht hier und in ganz Griechenland große Aufregnng. Lord Munkaster, welcher zur Beschaffung des Lösegeldes und Behufs Auswirkung der Begnadigung der Räuber von diesen freigelassen worden war, entkam hierdurch glücklich. Obwohl das Lösegeld bereit war, konnte die Begnadigung mit Rücksicht auf die Bestimmungen der Verfassung nicht bewilligt werden. Die Räuber von Militär blokirt, suchten nach Euboea zu entkommen. Die Gefangenen, welche wegen Ermattung nicht folgen konnten, erstachen sie. Bei einem Angriffe des Militärs wurden 9 Räuber, darunter der Chef der Bande getödtet, einer verwundet und gefangen genommen. Zwölf Räuber werden aufs Eifrigste verfolgt. Das am Kampfe betheiligte Kriegsschiff hat die Leichname der Ermordeten nach dem Piräus transportirt.

Athen, 24. April. Heute fand das Leichenbegängniß der gemordeten Engländer Herbert und Lloyd unter Betheiligung des Königs, des diplomatischen Corps und fast der gesammten Bevölkerung Athens statt.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 26. April. (Schlussc.)

Wechsel auf London	$119\frac{3}{4}$	Oest.-franz. Staatsbahn	$368\frac{3}{4}$
" " Paris	$94\frac{3}{4}$	Bayr. Ostbahn-Actien	$120\frac{1}{4}$
" " Wien	$96\frac{1}{8}$	Elisabeth-Prior. I. Em.	$77\frac{1}{2}$
5 proc. bayr. Anleihe	$101\frac{1}{4}$	4% bayer. Prämien-Anl.	106
$4\frac{1}{2}$ " " "	$92\frac{7}{8}$	Bad. Präm.-Anleihe	105
4 " " Grundrente	$86\frac{1}{2}$	Oesterr. Loose v. 1860	$78\frac{5}{8}$
4 " " Obligat.	36	" Loose v. 1864	113
5 proc. österr. Metall., engl.	—	Alsenzbahn	$84\frac{1}{8}$
5 " " National-Anl.	—	Oberhessische Bahn	
Steuerfr. Metall. v. 1866	—	Lombarden	191
1882er Amerikaner	$95\frac{1}{8}$	Napoleons	$9.29\frac{1}{2}$
Oesterr. Bank-Actien	686	Rente Silber $57\frac{1}{4}$, Pap. $49\frac{1}{2}$	
Credit-Actien	$261\frac{1}{2}$	fest. Handelsbank	—

Wien, 26. April. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	69.80	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
" fl. 500 Loose von 1860	96.50	Steuerfr. Metall. on 1866	—.—
" fl. 100 Loose von 1864	118.—	Napoleons	$9.87\frac{1}{2}$
Oesterr. Bank-Actien	712.—	Wechsel auf Augsburg	102.75
" Credit-Actien	251.—	" " London	123.60
Oest.-franz. Staatsbahn-Action	386.—	" " Paris	49 05
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	" " Frankfurt a. M.	102.90
" " Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	198.80
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 299.25 Pap.-R.	60.70

Berlin 26. April (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	$46\frac{5}{8}$	Lombarden	$108\frac{3}{4}$
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	$105\frac{1}{4}$	Italienische Anleihe	$55\frac{1}{8}$
$4\frac{1}{2}$ " " Anleihe	—	1882er amerikanische Bonds	$95\frac{7}{8}$
Bad. Prämien-Anleihe	$104\frac{1}{8}$	5 proc. preuss. Anleihe	$101\frac{3}{8}$
Darmstädter Actien	127	$4\frac{1}{2}$ " " "	$92\frac{3}{8}$
Oesterr. Credit-Actien	$149\frac{1}{2}$	Wechsel auf Augsburg	56.22
Oest.-franz. Staatsbahn-Action	$210\frac{1}{2}$	" " Frankfurt	56.24
Staatsbahn-Prioritäten	293	" " London	$6\,23\frac{1}{4}$
Oest. fl. 500 Loose von 1860	$78\frac{3}{8}$	" " Paris	$80\frac{5}{8}$
" fl. 100 Loose von 1864	65	" " Wien	$81\frac{3}{4}$
5 proc. östr. National-Anl.	—		

New-York, den 25. April. Gold $113\frac{7}{8}$. Wechsel in Gold $109\frac{1}{8}$ Bonds per 1882 $113\frac{3}{4}$. Baumwolle $23\frac{5}{8}$. Petroleum $26\frac{1}{4}$.

Curse des Münchener Handelsvereins vom 26. April 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. 3 1/2% Obl.	fl. 1000	81 1/2	
4% ganz. Obl.	1000	86 1/4	
4% halbj. Obl.	1000	86 1/4	
4% Grundr.-Obl.	1000	86 1/4	
4 1/2% ganzj. Obl.	1000	92 1/8	91 7/8
4 1/2% halbj. Obl.	1000	92 1/8	91 7/8
4 1/2% „ Milit. „	1000	92 1/8	91 7/8
5% Obl.	1000	101 3/4	
4% Münch. Obl.	1000	86	
5% „ „	1000	101 1/8	
4 1/2% Ostbahn-Aktien .		120 3/4	120 3/8
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung . .		86 1/2	
dto. volle		86 1/2	
Pfdbr. d. bayer. Hyp.- u. W.-Bank à fl. 1000		90 1/2	90 3/8
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.			99 7/8
Aktien „ „		826	824
Bayer. Handelsbank-Act.		98	
„ Vereinsbank . .		119	118 1/2
Württemberg. 4 1/2% Obl. . . .			
Oesterreich 4 1/5% Silb.-Rte. 6/7		57 5/8	57 3/8
„ Pap.-Rte „			
5% Nation.-Anl. . 5/6			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à 116 7/8			
5% Met. Stfr. v. 1866 6/7			
Oest. Bank-Aktie . .			
„ Cred.-Aktien . .		262 1/4	262
Oest.-franz. Stsb.-Aktien .			

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb. „	191 1/2	191
Preußen. 4 1/2% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. 2 1/2	95	94 7/8
„ 1884 „	94	
„ 1885 „	94 1/4	
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	106	105 1/2
4% Bad. „ „	104 1/2	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	6 1/2	
Pappenheimer dto.	5 3/4	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose . .	18 1/2	18 1/4
Oester. 1854er Loose à fl. 250 5/6		
„ 1860er „ à fl. 500 6/7		
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred. Loose . . .		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		330
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		124
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor .	95	
Chemische Fabrik Heufeld		76
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn . . .		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn . .		
„ Siebenbürger Bahn . . .		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. I. Em. 6/7		
dto. II. „ „		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn „	78	

		Brief.	Geld
5% Prior. Franz Joseph-Bahn „		80	
„ Siebenbürger Bahn „			
„ d. Böhm. Westbahn „			
„ Alföld Fiumander Bahn „			
Wechsel.			
Amsterdam fl. 100 holl.	K. S.	100 3/4	
	L. S.	100 3/4	
Augsburg fl. 100 . . .	K. S.		
	L. S.	100	
Berlin Rthlr. 60 . .	K. S.	105	
	L. S.	105	
Frankfurt fl. 100 . . .	K. S.	100	
	L. S.	100	
Hamburg M.-B. 100 . .	K. S.	88 3/4	
	L. S.		
Leipzig Rthlr. 60 . .	K. S.	105	104 3/4
	L. S.	105 1/8	
London Pfdst. 10 . . .	K. S.	119 7/8	
	L. S.	119 7/8	119 5/8
Paris Fr. 200	K. S.	95	94 7/8
	L. S.	95	
Wien fl. 100 . .	K. S.	96 1/8	
	L. S.	96 1/2	
Bank-Disconto für Platz-Wechsel . .			
„ „ Lombard. . .			
Geldsorten.			
Preuß. Friedrichsd'or		9.59	9.58
20 Francs Stücke		9.30	9.29 1/2
Preuß. Cassen-Scheine		105 1/8	104 7/8
Oest. Banknoten		96 1/2	96 1/4

Die Börse war sehr geschäftslos.

Kgl. Hof- u. National-Theater.

Mittwoch den 27. April.

68. Vorstellung im Jahres-Abonnement.

Der Alpenkönig und der Menschenfeind.

Romantisch-komisches Original-Zauberspiel in 3 Aufzügen v. Raimund. Musik. v. W. Müller.

Astragalus, der Alpenkönig	Hr. Christen.
Chrystallor, } Alpengeister	H. Heinrich.
Linarius, } Alpengeister	H. Davideit.
Alpanor, } Alpengeister	Hr. Hoppe.
Rappelkopf, ein Gutsbesitzer	Herr Sigl.
Sophie, seine Frau . .	Frl. Weiß.
Malchen, s. Tochter 8. Ehe	Frl. Ulrich.
Silberkern, Sophiens Bruder, Kaufmann in Venedig .	Hr. Keller.
August Dorn, ein Maler .	Hr. Häusser.
Lieschen, Malch. Kammerm.	Frl. Lanzlott.
Habakuk, Bedienter, } bei Rappelkopf.	Hr. Lang.
Sebastian, Kutscher, } bei Rappelkopf.	H. Weizlsdorfer.
Sabine, Köchin } bei Rappelkopf.	Frl. Muschel.
Christian Glühwurm, ein Kohlenbrenner	Hr. Büttgen..
Marthe, sein Weib . . .	Frl. Seebach.
Salchen, } ihre Kinder	Frl. Eichheim.
Hanns, } ihre Kinder	Frl. Thoms
Michel, } ihre Kinder .	Fr. Högner.
Andreas, } ihre Kinder	Vikt. Meiser.
Christoph } ihre Kinder	M. Kopp.
Christians Großmutter . .	Frl. Aibl.
Gestalten der drei verstorbenen Weiber Rappelkopfs	Frl. Seehofer. Fr. Büttgen. Frln. Söltl.

Anfang 1/2 7 Uhr. Ende nach 9 Uhr.

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer. — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr: Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Donnerstag, den 28. April 1870. **Nr. 116.**

Baarzahlung oder Fristengewährung bei Holzverkäufen.

μ (Schluß.) Wenn von den fränkischen Holzhändlern, von welchen damals das Verlangen auf Abkürzung, beziehungsweise Beseitigung der Zahlungstermine ausging, die Behauptung aufgestellt wurde, daß in den letzteren die Ursache der Abnahme des fränkischen Holzhandels liege, so beruht diese Behauptung offenbar auf einer Verkennung der thatsächlichen Verhältnisse.

Die angebliche Blüthe des Holzhandels im fränkischen Walde gehörte nämlich der Zeit an, zu welcher für den Unterrhein der Bezug von Bretterwaaren vorzugsweise auf dem Maine statt hatte, wo ausgedehnte, lang geschonte, holzreiche Privat- und Gemeindewaldungen der Ueberwachung entrückt und der freien Benützung überlassen waren, sodann umfangreiche Staatswaldungen in Oberfranken verkauft wurden. Damals boten diese großen Vorräthe billiges Material, welches bei der dortigen dünnen, mehr ackerbauenden und eigenen Wald besitzenden Bevölkerung von wenigen Großhändlern ausgebeutet und frei von aller Concurrenz mit großem Vortheil verwerthet wurde.

Diese Vorräthe sind verschwunden, nebstdem bringen auch andere Länder gleiches Material auf denselben Markt, und deshalb, nicht aber in Folge der von dem Staate gewährten längeren Zahlungstermine hat der fränkische Holzhandel aufgehört, so ergiebig zu sein, als dieses vordem der Fall war.

Man stützt sich mit dem Verlangen nach kürzeren Zahlungsterminen auf den Vorgang von Baden und Württemberg, allein von glaubwürdiger Seite wird versichert, daß diese Maßregel daselbst von den nachtheiligsten Folgen auf den Holzdebit, die Forsterträgnisse und namentlich auf die Stimmung der dortigen Einwohnerschaft gewesen sei.

Auch in einem Theile von Bayern war in früherer Zeit sofortige Baarzahlung eingeführt. In Unterfranken wurden Handelshölzer nicht eher aus dem Walde verabfolgt, als bis der Kaufschilling in die Forstkasse geflossen war. Als Folge dieser Einrichtung ergab sich, daß nur einzelne wohlhabende Inländer und wenige Holzhandlungen des Auslandes Antheil an den Holzverkäufen nehmen konnten und in festem Zusammenhalten nur ganz geringe Preise boten, für welche ihnen die Hölzer zugeschlagen werden mußten. Mit der Erkenntniß der hieraus zunächst für die Staatskasse entstandenen Nachtheile wurde die Vorschrift der Baarzahlungen aufgehoben. Sofort nahmen Klein- und Zwischenhändler aller Art, namentlich Schiffsleute, Theil an dem Holzhandel und zwangen in immer steigender Concurrenz die Großhändler zu höheren Preisen. Ein Beweis aber, daß die Einführung dieser Zahlungstermine, welche den Bewohnern Unterfrankens neue erhebliche Einnahmsquellen eröffneten und zugleich die Forstrente bedeutend erhöhten, ohne allen Nachtheil für den Holzhandel geblieben ist, möchte daraus hervorgehen, daß sich derselbe auch unter den jetzigen Verhältnissen von Jahr zu Jahr mehr entfaltet.

Der Staat befindet sich mit seinen Holzverwerthungen in der Stellung eines Großhändlers und muß daher auch wie dieser seinen Abnehmern die ihnen zukommende Berücksichtigung zu Theil werden lassen. Wenn man nun in Betracht zieht, daß das im Laufe des Winters im Walde erkaufte Brennholz in der Regel erst im Winter des nächsten Jahres benützt, da auch das Handelsholz sowie das geringere Bau- und Nutzholz nicht sogleich verwerthet, beziehungsweise verbaut werden kann, so liegt in der gegebenen Zahlungsfrist eine gewisse Billigkeit, wie sie auch bei dem Verkauf von anderen Handelsartikeln im Großen gegen den Verkäufer beobachtet wird.

Die Abkürzung der Zahlungstermine würde daher als eine tief in die Interessen der Bevölkerung einschneidende und verjährte Gewohnheiten umstoßende Maßregel vielfach tief verletzen. Auf ihrer Ausführung zu bestehen, ohne gewiß zu sein, daß damit dem Lande Vortheil zugehe, dürfte man billig und um so mehr Bedenken tragen, als sich der hiedurch veranlaßte Ausfall für die Staatskasse weit erheblicher darstellen möchte, als man glaubt. Bei einem Mindererlös von nur 30 kr. bis 1 fl. per Klafter, wie solcher wohl zu befürchten stünde, würde sich bei dem gegenwärtigen Etat von nahezu 1,200,000 Klafter der enorme Verlust von 600,000 bis 1,200,000 fl. ergeben; ob aber das Wagniß solcher Summen auf ein Experiment bei jetziger Finanzlage angezeigt ist, möchte dahin gestellt bleiben.

Der erwähnte Artikel berührt ferner die Höhe des Procentsatzes der Forstverwaltungs-Ausgaben von den Einnahmen für die X. Finanzperiode im Vergleiche zu jenen in Preußen und Württemberg; auch hierüber gestatten Sie wohl einige kurze Bemerkungen.

Die Hauptmomente für die Beurtheilung einer rationellen Forst-Verwaltung werden immer und vor Allem der Zustand des Waldes, dessen gegenwärtiges Ertragsvermögen an Material im Verhältniß zu seinem früheren und seine reine Rente gegenüber jener in früheren Zeiten bilden. Aus einem hohen Stande des Procentverhältnisses der Ausgaben von den Einnahmen läßt sich dagegen wohl mit einigem Rechte auf eine gute ökonomische Ausnützung der Forste, nicht aber aus einem niedrigen auf eine mögliche Ersparung der Kosten schließen. Die Gewinnungskosten des Stockholzes, geringen Astholzes, anbrüchigen Holzes und des Materiales in Hochgebirgen nähern sich 100 pCt. der Bruttoeinnahme aus diesen Materialien, läßt man beispielsweise daher diese Hölzer unbenutzt im Walde verfaulen, so wird dabei offenbar das Procentverhältniß der Ausgaben zur Bruttoeinnahme ein ungleich günstigeres, als wenn sie genützt werden, gleichwohl aber die Reineinnahme eine geringere. Von nicht minderem Einflusse auf das Procentverhältniß der Ausgaben von den Einnahmen sind die Forstrechtsverhältnisse und die Ausdehnung des Ablösungsgeschäftes. Je stärker die Belastung, je größer die Summen, welche auf die Purification der Forste ver-

wendet werden, desto höher die Ausgaben im Verhältniß zu den Einnahmen. Ausgedehnte Aufforstungen von Oedflächen, ein sorgfältiger Kulturbetrieb, die Anlage kostspieliger aber nothwendiger Wegbauten beschweren die Ausgaben, ohne daß denselben direkte Einnahmen entsprächen ꝛc. ꝛc.

Diese wenigen Andeutungen mögen genügen, um ersichtlich zu machen, wie bei Forsten ein Schluß von der Höhe des Procentsatzes der Ausgaben von den Einnahmen auf eine mehr oder weniger rationelle Verwaltung ohne ein Eingehen in das Detail derselben völlig unstatthaft ist; hier aber auf dieses Detail einzugehen, dürfte zu weit führen und auch wohl nicht am Platze sein.

Politische Tagesübersicht.

Karlsruhe, 26. April. Dr. Bissing, der bekannte ultramontane Abgeordnete, veröffentlicht eben ein Schreiben an das Präsidium des Zollparlaments, in welchem er mittheilt, er werde diesesmal in Berlin nicht erscheinen, weil er auf Andringen des Amtsgerichtes Tauberbischofsheim eben jetzt eine Festungsstrafe von 6 Tagen absitzen müsse. Er stelle vor der hohen Versammlung fest, welch geringe Rücksicht man einem Mitgliede derselben und damit zugleich dem Parlamente selbst Seitens badischer Behörden schulden zu müssen glaube. Hiedurch sei die Vertretung seines Wahlbezirks in Berlin nunmehr vereitelt worden. Bei der voraussichtlich kurzen Dauer des Zollparlaments werde es sich kaum mehr der Mühe lohnen, nach überstandener Festungshaft noch nach Berlin zu kommen. Unter diesen Verhältnissen müsse er, Bissing, auf eine Theilnahme an den parlamentarischen Verhandlungen einer hohen Versammlung verzichten. — Eine amtliche Antwort auf diesen Ausfluß professioneller Skandalmacherei dürfte wohl nicht ausbleiben. Für heute nur so viel: durch wen wird denn die Vertretung des Bezirkes Baden-Rastatt vereitelt?

— Mit welch rücksichtsloser Unwahrheit die ultramontanen Blätter bei der Bethörung des Landvolks zu Werke gehen, das beweist die Darstellung der Lasten des Volkes. So werden die Kammern mit dem Rufe begrüßt: „Mehr als 40 Mill. Gulden habt Ihr für die nächsten 2 Jahre auf die Schultern des Volks gewälzt!" Unter diesen „schultergewälzten" 40 Mill. sind selbstverständlich weitaus die meisten solche Ausgaben, mit welchen alle Parteien, als für die Zwecke des Staats und Volks unentbehrlich, einverstanden sind.

Leipzig, 25. April. Der Ausschuß des Deutschen Journalistentages beschloß heute, den diesjährigen Congreß am 3. Juli in Frankfurt abzuhalten.

Wien, 25. April. Die Nachricht, daß der Entschluß der Regierung, den Reichsrath aufzulösen, feststehe, wird heute mit dem Beisatze bestätigt, daß das bezügliche Patent bereits die kaiserliche Unterschrift erhalten habe, demnach seine Publikation für die nächste Zeit bevorstehe. Damit würde also die vielberufene „Action" der Regierung beginnen, an welche sich sodann die freien Conferenzen der Notablen des Reiches, die Notablen-Versammlung, anzureihen hätten. Ob die Regierung oder diejenigen, welche in ihrem Namen jetzt Politik machen, mit den einzelnen Notablen je nach Stämmen und Ländern in Verhandlung treten, oder ob dieselben in gemeinsamen Sitzungen, mit directer oder indirecter Theilnahme der Regierung, verhandeln werden, ist nicht bekannt; diejenigen, welche von diesen Conferenzen Heil und Rettung erwarten, werden auch die Form für einen Vorgang zu finden wissen, welcher mit Hintansetzung der verfassungsmäßigen Vertretung des Volkes bei einer beliebig zusammengesetzten Gesellschaft Rath suchen will. Die Verfassungspartei kann an dieser Versammlung nicht theilnehmen, und die Mitglieder des früheren Ministeriums haben vollkommen im Sinne dieser Partei sich entschieden, als sie, wie zuverlässig feststeht, sich entschlossen haben, einen allfällig an sie ergehenden Ruf zur Theilnahme an der Notablen-Versammlung unbedingt abzulehnen.

Wien, 26. April. Zwischen den beiden Parteien des Ministeriums, der aus je einem Mitgliede bestehenden Partei Potocki und Partei Taaffe — Nr. 3 (Tschabuschnigg) ist nicht Partei, nur Ziffer — scheint eine Art Compromiß stattgefunden zu haben. Die Partei Taaffe begnügt sich mit der feststehenden Auflösung des Reichsrathes und verzichtet vorläufig auf die Auflösung der Landtage; als Gegenconcession erklärt die Partei Potocki, mit der Notablen-Versammlung nichts zu thun zu haben. Dieses Ausgleichswerk wäre also dem Reichskanzler gelungen. Das ist das einzige Positive, was sich aus den Communiqués der hiesigen und den Wiener Correspondenzen der auswärtigen officiösen Blätter herauslesen läßt.

— Der Justizminister hat Aenderungen in dem Statute des Obersten Gerichtshofes in dem Sinne angeordnet, daß die Verhandlungen in jeder der in Oesterreich üblichen Sprachen geführt werden können.

Ueber den am Samstag in **Wels** ausgebrochenen Brand erfährt man folgendes Nähere: Heute kam Feuer in der inneren Stadt aus bisher unbekannter Ursache gegen 12 Uhr Mittags aus und verbreitete sich mit ungeheuerer Geschwindigkeit. Man war auf die Rettung der Häuser bedacht und schon brannte es an einer andern ziemlich entfernten Stelle in der Nähe der Pfarrkirche an mehreren Punkten. Trotz der lobenswerthen Hilfeleistung der Welser Feuerwehr, und später der Lambacher und Linzer, welche letztere mit einem Separatzuge über 100 Mann stark mit Feuerspritzen versehen, an der Brandstätte anlangten, wurden gegen 30 Firste, hievon allein 26 Wohnhäuser, eingeäschert. Der Schaden kann auf 100,000 fl. angeschlagen werden. Unfälle an Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Triest, 26. April. Die hiesigen Griechen veranstalten eine Collecte, um den Familien der bei der Vertheidigung der fremden Reisenden gegen die Briganten gefallenen Gendarmen eine National-Belohnung zu übergeben.

Prag, 26. April. Nach einer Mittheilung der Bohemia wird die Regierung sicher keine Notablen-Versammlung einberufen. — Narodni Listy fordern heftig die Ausdehnung der Amnestie auf alle politischen Vergehen. Die Begrüßung Palacky's fiel gestern sehr armselig aus. Etwa 150 Menschen waren im Ganzen erschienen, um vor seinem Hause „Slava" zu schreien.

Berlin, 25. April. Dem im Laufe des gestrigen Tages erfolgten zahlreichen, fast vollzähligen Eintreffen der Bayern und Würtemberger ist es zu danken, daß die Beschlußunfähigkeit des Zollparlaments zur heutigen Sitzung ihr Ende erreicht hatte. Die Wiederwahl des vorjährigen Präsidiums und Bureau's erfolgte, wie vorauszusehen war. Somit sind zu Schriftführern gewählt die Abg. v. Unruh-Bomst, v. Schöning, Stumm, Cornely, Forkel, v. Puttkammer (Sorau) v. Göhler und v. Stauffenberg. Der erste Vicepräsident, Fürst Hohenlohe, hielt in diesem wie im vorigen Jahre für angemessen, die Annahme seiner Wahl zum Präsidenten mit einer kurzen politischen Ausführung zu begleiten, welche wiederum im Parlamente einen wirksamen und angenehmen Eindruck machte und in der That als eine eindrucksvolle Antwort auf die Angriffe des früheren Abg. Kolb gegen das Zollparlament gelten kann. Schon morgen wird sich dasselbe über die geschäftliche Behandlung der ihm zugegangenen Vorlagen schlüssig machen, und es ist kaum anzunehmen, daß man dabei die im vorigen Jahre eingeschlagenen Wege verlassen wird. Gleich nach der heutigen Sitzung bildete sich auch wieder die „freie freihändlerische Commission"; es waren etwa sechszig Mitglieder anwesend, welche zu Vorsitzenden wählten die Abg. v. Forckenbeck, v. Denzin, v. Hoverbeck und v. Hennig und zu Schriftführern die Abg. Prinz Handjery, Weigel, Leistner und Erhardt. Uebermorgen will die Commission in die Berathung der Vorlagen eintreten. Die „freie volkswirthschaftliche Commission" wird sich heute oder morgen constituiren.

Berlin, 25. April. Gegenüber dem Antrag Braun, betreffend Prämienanleihen, stellten die Conservativen einen Gegenantrag, welcher die Concessionirung von Prämienanleihen bis zum Zustandekommen des Bundesgesetzes über Actiengesellschaften von einem Bundesspecialgesetz abhängig macht. Der Antrag soll ziemlich einschneidende Bestimmungen über ausländische nicht concessionirte Prämienanleihen enthalten.

Magdeburg, 23. April. In vergangener Nacht ist unsere Stadt von einer Feuersbrunst heimgesucht worden, wie wir sie glücklicherweise seit einer langen Reihe von Jahren nicht mehr erlebt haben

und auch seit Errichtung unserer neuen Feuerwehr in dieser Ausdehnung nicht mehr zu erleben hofften. Sechs Gebäude sind mehr oder weniger zerstört, und in den dazu gehörigen Speichern Waaren vernichtet worden, welche bei den verschiedenen meist auswärtigen Versicherungsgesellschaften zu 700,000, ja man spricht von 1 Million Thalern, assekurirt sein soll. Das Feuer entstand gegen halb 2 Uhr Nachts in den Hintergebäuden des Gasthofes zur „Stadt Frankfurt", Johannisbergstraße Nr. 14, auf eine bis jetzt noch nicht ermittelte Weise, und soll sich von da durch eine offen stehende Bodenluke zunächst dem mit Oelen, Zucker, Tabak ꝛc. angefüllten Speicher des Kaufmanns G. Hubbe, Werftstraße Nr. 35a und b, mitgetheilt haben. Von hier verbreitete es sich mit reißender Geschwindigkeit über die Nachbargebäude und ergriff die mit ähnlichen, leicht brennbaren Stoffen angefüllten Speicher der Kaufleute Rabe und Voß, sowie Friedeberg und Schoch, desgleichen die Vorderhäuser Werftstraße Nr. 34 und 35, deren Bewohner von den Flammen so plötzlich überfallen wurden, daß ein Ehepaar von Nr. 34 nur das gerettet hat, was beide auf dem Leibe trugen. Auch die beiden noch ziemlich neuen Gebäude Knochenhauerufer Nr. 20 und 21 wurden ergriffen und brannten bis auf die Mauern aus. Da die Flammen in den, wie schon erwähnt, mit Zucker, Oel und verschiedenen andern leicht brennbaren Stoffen gefüllten Speichern nur zu reichliche Nahrung fanden, so erschwerte die dadurch entstandene Gluth theilweise das Löschen, was ohnehin deswegen, weil der Brand hauptsächlich in Hintergebäuden wüthete, mit großen Schwierigkeiten verknüpft war. Gegen 10 Uhr Morgens endlich gelang es unserer Feuerwehr und dem mit derselben vereint wirkenden Militär, welche die ganze Zeit mit allen Kräften gearbeitet hatten, des furchtbaren Elementes Herr zu werden, d. h. es auf den Heerd zu beschränken, den es bis dahin eingenommen hatte, und es ist alle Hoffnung vorhanden, daß es auch auf denselben fest gebannt bleiben wird.

Paris, 25. April. Ledru-Rollin verließ Paris und begab sich nach Brüssel. — La Presse versichert, der päpstliche Nuntius habe heute im Namen des diplomatischen Corps den Minister Ollivier wegen des Inhaltes der Proclamation des Kaisers und des Rundschreibens der Minister beglückwünscht. Der Constitutionnel versichert, der Graf Chambord habe dem Papste seine Zustimmung zu dem Dogma der Unfehlbarkeit übersendet. — Die gesammte Regierungspresse druckt die exaltirtesten Journalistenstellen der Ultra-Radicalen ab, um vor einem negativen Votum bei dem Plebiscit abzuschrecken.

Paris, 25. April. Es kann nicht geläugnet werden, die kaiserliche Proclamation und das Manifest der Minister haben keinen guten Eindruck gemacht. Man hat wieder einmal die Abwesenheit der Feder Mocquard's bedauert. Auf den materiellen Erfolg des Plebiscits werden diese Actenstücke keinen Einfluß üben, weil die Furcht vor einer Revolution bei den Bauern und vor den Experimenten der Socialisten bei dem Bürgerstaube bestimmend wirkt. In Paris ist die Agitation gegen das Plebiscit so, daß auf 13 plebiscitäre Journale siebenzehn antiplebiscitäre, und darunter die verbreitetsten und angesehensten kommen. Hätte der Kaiser den Muth gehabt, die Frage offen zwischen Republik und Erhaltung des Status quo zu stellen, die Abstimmung würde weit günstiger ausfallen. Das „Plebiscit", das Journal, welches in 300,000 Exemplaren erscheinen sollte, wird auf ausdrücklichen Befehl Ollivier's nicht das Licht der Welt erblicken. Ollivier hat ein Rundschreiben an seine Wähler im Var-Departement gerichtet, um sich persönlich über die Bedeutung des Plebiscits auszusprechen. General Le Boeuf hat ein Rundschreiben an die Militärbehörden aufgesetzt und darin die Art und Weise vorgeschrieben, wie die Wahlen in der Armee vor sich gehen sollen.

Paris, 26. April. Es heißt, Herr Rouher habe dem Kaiser gerathen, den kaiserlichen Prinzen im Laufe der nächsten Woche eine Rundreise durch die Departements antreten zu lassen, und es sei wahrscheinlich, daß der Kaiser seine Zustimmung dazu ertheilen werde. (Es ist aber kaum anzunehmen, daß der Kaiser seinen Sprößling zu einem solchen Cyklus von Gastrollen hergeben soll, die ihm mehr einen succès d'hilarité als einen succès d'estime einbringen könnten. D. Red.) — In der gestrigen Versammlung der Gegner des Plebiscits in Paris ging es stürmisch her; Hr. Rochefort wurde von einer sehr großen Mehrzahl zum Ehren-Präsidenten ernannt. Auch in verschiedenen Departements finden bereits stürmische Versammlungen statt. — Cernuschi, einer der Eigenthümer des Siècle, hat dem demokratischen Comité hunderttausend Francs zur Verfügung gestellt.

— Das Rundschreiben der Minister über das Plebiscit gibt der Volksabstimmung eine Wendung, welche im Lager der Republikaner den höchsten Unwillen zu erregen scheint, obwohl sie sich im Grunde darüber freuen müßten; es stellt die Frage über Kaiserthum und Republik, nicht für den Moment zwar, wohl aber doch für den nächsten Thronwechsel, und es gibt dadurch den Gegnern der Dynastie wie jenen der Monarchie überhaupt Gelegenheit, sich zu zählen. Die Nein-Stimmen erhalten somit eine ganz bestimmte Bedeutung. „Niemand stellt heute noch in Abrede," äußert in dieser Beziehung die France, „daß es sich um die Zukunft unseres Landes handelt; dies genügt, um Jedem, dem Beamten wie dem Bürger, die Linie vorzuzeichnen, der er zu folgen, und die Pflicht, der er zu genügen hat."

— „La Presse" glaubt zu wissen, daß nach dem Plebiszit zehn neue Senatoren ernannt werden sollen. Ins Auge gefaßt wären unter Anderen: der Bischof Dupanloup, die Herren Saint-Marc-Girardin, Prévost-Paradol und Emile Augier von der Akademie, die Abgeordneten Herzog von Albuféra und Séneca, die Staatsräthe General Allard und Oskar de Vallée, der ehemalige Pair von Frankreich Graf Flavigny und der General-Postdirektor Vandal.

— Nach dem Siècle hätte der Kaiser seinem bis jetzt noch nicht decorirten Minister Ollivier als Anerkennung der von diesem dem Kaiserreiche geleisteten außerordentlichen Dienste fünf Decrete, welche ihn zum Ritter, Officier, Commandeur, Großofficier und Großkreuz der Ehrenlegion ernennen, überreicht, so daß es nur vom Hrn. Ollivier abhinge, sich in kürzester Frist durch Veröffentlichung dieser Decrete im Journal Officiel auf die höchste Stufe der Ordens-Hierarchie aufzuschwingen. Gleichzeitig hätte der Kaiser ihm, wie seinerzeit Herrn Rouher, die mit Diamanten geschmückten Insignien des Großkreuzes überreicht.

— Die France Militaire berichtet über die neueste Expedition des Generals Wimpfen im südlichen Algerien. Die Franzosen erreichten zweimal den Feind. In dem einen Gefechte wurde der alte Scheik Si-Tayel getödtet. Die Colonne Wimpfen's war 2700 Mann stark; eine andere unter General Marimer 1600. Es sind wieder die Ueled-Sidi-Scheich an der Südwestgränze, welche den Heerd des Aufstandes bilden.

— Die Sterblichkeit ist in Paris in der Woche vom 17. bis 23. April auf gleicher Höhe mit der vorhergegangenen geblieben: 1196 zu 1199; aber die Todesfälle durch Pocken nahmen noch zu: 132; sodann starben an der Lungenentzündung 133. Die Pocken sind am stärksten in den Arrondissements des Nord und in den äußeren Stadttheilen verbreitet; wie bei den Cholera- und anderen Epidemien haben jetzt auch bei den Pocken die Arrondissements 10, 11, 17, 19 und 20, wo besonders die ärmeren Klassen leben, gelitten. Von 458 Todesfällen in Folge von Pocken gehört die volle Hälfte diesen fünf Arrondissements an. Ebenso ist es bemerkenswerth, daß bei diesen 448 Fällen das männliche Geschlecht mit 260, das weibliche mit 198 betheiligt war. Man schließt daraus, daß die Frauen, wenn es sich um die Schönheit handelt, mehr Vorsichtsmaßregeln treffen, als die Männer. Dagegen sind bei den Fällen von Personen über 65 Jahren beide Geschlechter fast gleich stark vertreten.

Florenz, 25. April. Die Opinione behauptet, die Finanzcommission habe die Vorschläge zu einer Modification des Vertrages mit der Bank und die Erhöhung des Capitals derselben auf 200 Millionen nicht angenommen. Servadio hat der Kammer sein Project zur Abstellung des Zwangscourses der Bankbillets vorgelegt.

— Mit fröhlichen Arabesken geschmückt, begrüßt die Unità Cattolica die Promulgirung der ersten Dogmen. „Die Welt heimst jetzt die erste Frucht der Concilsberathungen ein!" ruft sie im Taumel der Freude. Die Pall Mall Gazette berichtet zum ökumenischen Concil, daß manche der Damen in Rom von so lebhaftem Interesse für die

Unfehlbarkeits-Frage erfüllt seien, daß sie sich den Titel: „Mütter des Concils" erworben hätten. Wie die Väter der Versammlung drinnen und die ganze Welt außerhalb, sind auch sie in zwei Parteien gespalten, von denen die eine für das Dogma, die andere dagegen in die Schranken tritt. Unter den Gegnerinnen der Unfehlbarkeit ist keine eifriger als die Marquise Spinola; da sie indessen neuerdings so weit gegangen ist, die Bischöfe der Opposition in ihren Salons zu sammeln, so soll sie sich vom Cardinal-Vicar eine Warnung zugezogen haben, des Inhalts, daß, wenn sie nicht ihren Eifer mäßige, sie aus Rom ausgewiesen werden dürfte. Die Infallibilitäts-Freunde, bemerkt der Correspondent, kann man überhaupt in beliebiger Anzahl zu sich laden, bei der Opposition jedoch wird gleich der Verdacht einer Conspiration rege.

☞ Die Besetzung des **spanischen** Thrones wird jetzt namentlich von Serrano urgirt, der, wie es scheint, seiner Regentenwürde schon müde und überdrüssig ist. Montpensier, Prim und Espartero, sind, wie wir schon erwähnt, die Candidaten des Marschalls. Für Letzteren, den „Siegesherzog" Espartero wird überdies auch in Catalonien agitirt, und Madoz früher doch ein Todfeind Esparteros, gegen den er sich im Jahre 1843 offen auflehnte, ist jetzt der Eifrigste unter denen, die diesen Greis zum Könige wollen. Woher dieser Umschwung? Espartero hat nach menschlicher Berechnung nur noch wenige Jahre zu leben und ist — kinderlos. Eine Dynastie begründet man also nicht, wenn man die Krone Isabella's auf sein Haupt drückt; aber das will man auch offenbar nicht, noch weniger will man die Wahlmonarchie einführen, die Polen zu Grunde gerichtet; die geheime Absicht der Anhänger der Espartero'schen Candidatur kann demnach nur die sein, einen Uebergang zu schaffen zu der republikanischen Staatsform, der einzigen, die in Spanien unter den gegenwärtigen Umständen haltbar ist. Daß auch die Alphonsisten agitiren, ja sogar die Waffen zu ergreifen willens sind, wie ein Madrider Telegramm meldete, steht wenig mit dem jüngsten Briefe Isabella's an den Papst im Einklange, in welchem es hieß, sie (die Ex-Königin) wolle nicht, daß ihr Sohn durch einen Bürgerkrieg sich auf den Thron schwinge. Auch hätte eine alphonsistische Schilderhebung in diesem Momente wohl noch weniger Erfolg als selbst eine carlistische.

Rußland. Gervais, der Kurator des Dorpater Lehrbezirks, hatte kürzlich eine Audienz bei dem Kaiser und dem Thronfolger. Ersterer sprach sich ziemlich gemäßigt aus; er wünsche durchaus nicht eine gewaltsame Unterdrückung der deutschen Eigenthümlichkeiten. Dagegen sollen die Ausdrücke des Thronfolgers über die Deutschen sehr arg gewesen sein.

Washington, 24. April. Der Senat überwies dem auswärtigen Comité eine Resolution, welche die Einleitung von Unterhandlungen in Betreff der Abtretung des Winipeg-Gebietes befürwortet. Chandler schlug vor, die Ansprüche bezüglich der „Alabama-"Angelegenheit auf demselben Wege zu regeln.

Bayerische Angelegenheiten.

— Gestern hat sich der König zur Königin-Mutter nach Hohenschwangau begeben, woselbst, von Partenkirchen aus, auch Prinz Otto eintrifft, dessen Geburtstag heute im Kreise der königlichen Familie gefeiert wird. Se. Maj. der König wird nächsten Freitag wieder hier eintreffen und am Samstag das St. Georg-Ritterfest abhalten.

— Aus den Motiven zum Wahlgesetzentwurf entnehmen wir: In der Wahlkreiseintheilung bezielt der Entwurf den möglichst billigen Ausgleich der verschiedenen Interessen der Bevölkerung. Der von der ländlichen Bevölkerung mehr oder weniger verschiedenen städtischen Bevölkerung und der in größeren Städten aufblühenden Industrie ist die entsprechende Bedachtnahme zugewendet. Die Theilung in städtische und ländliche Wahlkreise hat daher eine gerechtfertigte Begründung und berücksichtigt, ohne zur ständischen Gliederung zurückzukehren und ohne irgend ein Recht zu verletzen, konkrete und wohlberechtigte Wünsche. Von den gleichen Principien ist auch der badische Gesetzentwurf vom 16. Febr. 1870, die Wahlbezirke für die Wahlen zur zweiten Kammer betreffend, ausgegangen. Die Gemeinde St. Nikola wurde mit der Stadt Passau verbunden, weil die Vereinigung dieser bisher für sich bestandenen Gemeinde nach Artikel 4 der Gemeindeordnung vom 29. April v. Js. gegenwärtig bethätigt wird. Die Verbindung der Gemeinden Friesenheim, Mundenheim, Mutterstadt, Oggersheim und Rheingönheim mit Ludwigshafen erfolgte theils in Rücksicht auf die geographische Lage, insbesondere aber deshalb, weil diese Gemeinden auch in wirthschaftlicher Beziehung mit Ludwigshafen den regsten Verkehr unterhalten. Im Uebrigen hat der Entwurf bei Feststellung der ländlichen Wahlbezirke sich unter Ausscheidung einzelner Städte von industrieller und commercieller Bedeutung an die gegenwärtig bestehende Eintheilung der Landgerichtsbezirke gehalten. Wollte man Wahlkreise unter arithmetischer Grundlage herstellen, so würden Wahlkreise aus Bruchstücken vieler Amtsbezirke zusammengesetzt werden, was das gemeinsame Handeln der durch mannigfache Interessen verbundenen Angehörigen eines Amtsbezirkes bei der wichtigen Handlung der Abgeordnetenwahl nur verhindern würde. Die Gemeinden Stadtamhof und Steinweg gehören zum Stadtgerichtsbezirke Regensburg und haben daher mit der Stadt Regensburg einen Wahlkreis zu bilden. Dasselbe Verhältniß war der Grund, aus welchem die Gemeinde Damm dem Wahlkreise Aschaffenburg zugetheilt wurde.

* Die neue Wahlkreiseintheilung ist den Patrioten keineswegs günstig und wird schwerlich zum Gesetz erhoben werden. Die gemäßigte Augsb. Postztg. erhebt bereits folgenden Allarmruf: „Nach Dem, was in den letzten Wochen über die Wahlkreiseintheilung verlautete, haben wir sehr geringe Erwartungen gehegt, was aber geboten wurde, bleibt noch weit hinter jenen bescheidenen Erwartungen zurück. Aus der ganzen Wahlkreiseintheilung blicken die Geister der Herren v. Hörmann und v. Hocheder gar vertrauensselig und kühn hervor. Läßt sich auch diese Wahlkreiseintheilung vom fortschrittlichen Standpunkte ungemein klug und weise, ja als ein Meisterstück an, das die Hörmann'sche Eintheilung fast noch überbietet, so müssen wir uns doch wundern, wie man es einer patriotischen Kammermajorität vorlegen mochte."

* Nachstehend theilen wir das Programm für die II. Landesversammlung der bayerischen Feuerwehren in Regensburg am 29. bis 31. Mai 1870 mit. Samstag den 28. Mai. Empfang der mit dem Dampfschiffe und mit den Abend-Eisenbahnzügen eintreffenden Feuerwehrmänner und Geleitung. Abends 8 Uhr: Gesellige Zusammenkunft im großen Saale des neuen Gesellschaftshauses. Produktion des Dilettanten-Orchester-Vereins. Sonntag den 29. Mai. 6 Uhr Früh. Morgengruß durch ein die Hauptstraßen der Stadt und Stadtamhof durchziehendes Musikkorps. 7 Uhr Morgens: Eröffnung der Ausstellung von Feuerwehrrequisiten und Wasserleitungs-Gegenständen in der Minoritenhalle. 9 Uhr Vormittags: Empfang der mit den Morgenzügen und an den Thoren eintreffenden Feuerwehrmänner. 8—11 Uhr Vormittags: Berathung der Abgeordneten der bayerischen Feuerwehren im großen Saale des Rathhauses. Prüfung der Legitimationen. 11 Uhr Vormittags: Uebung der Regensburger Feuerwehr. 1 Uhr Mittags: Gemeinschaftliches Mittagsmahl in den hiezu bestimmten Gasthäusern. Halb 3 Uhr Nachmittags: Zusammenkunft der Feuerwehren auf den hiezu bestimmten Sammelplätzen. 3 Uhr Nachmittags: Abmarsch durch die Hauptstrassen der Stadt nach der Schießhauswiese. 4 Uhr Nachmittags: Beginn der Musikproduktionen auf der Schießhauswiese und unter den Linden. 8 Uhr Abends: Gesellige Zusammenkunft in den Lokalitäten des neuen Gesellschaftshauses. Produktion der vereinigten hiesigen Gesangsvereine. Montag den 30. Mai. 6 Uhr Früh: Tagesreveille. 7—9 Uhr Vormittags: Besuch der Ausstellungsräume und Versuche mit den ausgestellten Requisiten. Verladung und Absendung eines Feuerwehrhilfszuges mittelst der Eisenbahn. 9—1 Uhr Mittags: Fortsetzung der Berathung der Abgeordneten der bayerischen Feuerwehren im großen Rathhaussaale und Generalversammlung der Delegirten der Landes-Unterstützungs-Kasse. Nachmittags: Wasserfahrt mittelst Dampfschiff nach der Walhalla. 2—4 Uhr Nachmittags. Besichtigung der Sehenswürdigkeiten der Stadt und der gastlich geöffneten Sammlungen der hiesigen Kunst- und wissenschaftlichen Vereine. 4—8 Uhr Abends: Musikproduktionen auf der Schießhauswiese und unter den Linden. 8 Uhr Abends. Commerce im großen Saale des neuen Gesellschafts-

hauses. Dienstag den 31. Mai. 6 Uhr Früh. Abfahrt mittels Dampfschiff nach Kelheim zur Besichtigung der Befreiungshalle. 7—10 Uhr Vormittags: Besuch der Ausstellungsräume und Erprobung ausgestellter Löschmaschinen. Nachmittags: Musikproduktionen auf der Schießstätte und unter den Linden. 9 Uhr Nachts: Schlußtableau: Feuerwerk. — Hinsichtlich der Fracht- und Personenfahrttaxe, sowohl auf den k. bayer. Staatsbahnen, wie auf den Linien der k. priv. Ostbahnen treten für die zweite, am 29—31. Mai zu Regensburg stattfindende Versammlung der Feuerwehren die gleichmäßigen Begünstigungen, ein, wie selbe anläßlich des ersten Feuerwehrtages in Gunzenhausen bewilligt waren. Es werden hienach den Feuerwehrmännern Retourbillete mit sechstägiger Giltigkeit unentgeldlich verabfolgt, und finden die ausgestellten Feuerlöschrequisiten freien Rücktransport.

(Dienstesnachrichten.) Se. Maj. der König hat den Dir. der k. Reg.-Fin.-K. von Unterfranken und Aschaffenburg, Dr. Max Jos. v. Gerstner auf Grund des §. 22 lit. D, der IX. Verfassungsbeitage in den erbetenen Ruhestand treten lassen und demselben in Anerkennung seiner langjährigen und ausgezeichneten Dienste das Comthurkreuz des Verdienstordens vom hl. Michael verliehen; auf dessen Stelle den k. Ober-Rechnungsrath Wilhelm Quante und auf die Stelle eines Rathes des k. Oberrechnungshofes, den Rath der k. Reg.-Fin.-K. von Oberbayern, Eduard Feutich, befördert.; auf die am Bez.-Ger. Ansbach erledigte Stelle eines ersten Staatsanwalts den Bez.-Ger.-Rath Karl Held in Wasserburg und auf dessen Stelle den Ass. des Bez.-Ger. Wasserburg, Joh. Moritz, befördert; den Bez.-Ger.-Ass. Georg Mussinan in Weilheim an das Bez.-Ger. Wasserburg und den Ldg.-Ass. Anton Schropp in Weilheim an das Bez.-Ger. Weilheim, Beide auf ihr Ansuchen, versetzt, dann zum Assessor am Land-Ger. Weilheim den gepr. Rechtspract. Wilh. v. Baur-Breitenfeld in Landshut ernannt; auf die erledigte Landrichterstelle in Freyung den Land-Ger.-Ass. Michael Weitermayr daselbst befördert und zum Land-Ger.-Ass. in Freyung den gepr. Rechtspract. Anton Zaun in Lindau an der Isar ernannt; die kath. Pfarrei Spatzenhausen, B.-A. Weilheim, dem Nik. Kaindl, Pfarrer und Distriktsschulinspektor in Reichling, B.-A. Schongau, übertragen; den Vorstand der Postverwaltung Straubing, Titular-Postmeister Ferdinand Frhrn. v. Lützelburg, seinem Ansuchen entsprechend, auf Grund des §. 22 lit. C der IX. Verfass.-Beil. unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste in den Ruhestand treten lassen.

Lokales und Provinzielles.

München, 27. April.

× In der gestrigen öffentlichen Sitzung der Lokal-Schulkommission kam die famose Zungenanbindungsgeschichte, welche in der St. Anna-Pfarrschule von der Lehrerin Joh. v. Schmädl an einer ihrer Schülerinnen stattgefunden haben sollte, zur näheren Erörterung, indem das Ergebniß der durch die Lokalschulkommission eingeleiteten und vom Schulreferenten Rechtsrath Schrott durchgeführten Disciplinar-Untersuchung bekannt gegeben wurde. Dieselbe hat nicht die Thatsache herausgestellt, daß dem Kinde die Zunge angebunden worden ist, sondern nur, daß die Lehrerin dem Kinde, um es am Schwätzen zu hindern, einen Spagat auf die Zunge gelegt hat. Da aber diese Strafart nicht zu den verordnungsmäßigen Schulstrafen gehört, so beantragte Referent, daß die Lehrerin v. Schmädl zur Befolgung der deßfallsigen Vorschriften aufgemahnt werden solle. Ferner beantragte Referent Rechtsrath Schrott im Zusammenhalt der Ergebnisse der gegen die Lehrerin v. Schmädl geführten Disciplinaruntersuchung und des Berichtes des Volksboten in seiner Nummer 94 über die Verhandlung der Ehrenkränkungsklage der Lehrerin v. Schmädl vor dem Stadtgerichte (siehe Nr. 114 unseres Blattes), worin es heißt: „1) daß das Frl. Schmädl dem 6jährigen Mädchen Kreszenzia Reul die Zunge wirklich angebunden hatte, 2) daß die hierüber von Hrn. Schrott gepflogene Untersuchung nicht so geführt wurde, als sie hätte geführt werden sollen,“ eine amtliche Berichtigung an den Volksboten zu erlassen, des Inhaltes, daß von Seite des Rechtsrathes Schrott die Disciplinaruntersuchung gegen die Lehrerin v. Schmädl vollkommen erschöpfend und in aller Rechtsform geführt worden sei. — Dr. v. Schauß sprach sich dahin aus, daß die Sache mit der Mahnung an die Lehrerin nicht abgethan erscheine, sondern daß vor Allem dem Hrn. Rechtsrath Schrott, dessen mehrjähriges, ersprießliches Wirken für die Schule alle Anerkennung verdiene, den verläumderischen Angriffen des Volksboten gegenüber Genugthuung werden müsse, und beleuchtete in längerer Ausführung das schändliche Parteitreiben dieses ultramontanen Blattes. Nachdem Dr. Zechmeister sich in derselben Weise geäußert und betont hatte, daß der Verhandlungsbericht des Volksboten in Nr. 94 neuerdings den Charakter des Blattes treffend illustrire, wurden die Anträge des Referenten einstimmig angenommen. (Es stimmten also auch alle HH. Pfarrer und geistlichen Schulinspektoren für dieselben.)

ϱ (Aus der öffentl. Magistratssitzung vom 26. April.) (Schluß.) Rechtsrath Badhauser theilte ein Schreiben mit, welches das Komité für die zweite deutsche Nordpolexpedition an die deutschen Städte erlassen hat und worin gebeten wird, zur vollständigen Deckung derselben im Betrage von 25,000 Thlrn. einen Beitrag zu leisten; Referent beantragte in Anbetracht des nationalen Charakters dieses Unternehmens und im Interesse der Förderung der Wissenschaft einen Beitrag von 300 Thalern zu bewilligen, was nach warmer Empfehlung durch Rechtsrath Ruppert, und die HH. Rau und Billing auch gegen 4 Stimmen beschlossen ward. — Von dem Seitens des Magistrates für ein Denkmal König Max II. bewilligten Betrage von 100,000 fl. würde demnächst die zweite Ratenzahlung fällig. Der Magistrat beschließt aber, dieselbe vor der Hand nicht auszuzahlen, da das Komité für Errichtung des Denkmals bis jetzt weder irgend eine Thätigkeit, entwickelt, noch auf die Anfrage des Magistrates eine beruhigende Aufklärung über dieselbe gegeben habe. — Eine Petition, ein Gesuch um Bewilligung zur Errichtung eines Actien-Volkstheaters im Elysium begutachtend an die Polizeidirektion hinüberzugeben, wurde schon aus dem formellen Grunde abgelehnt, weil in dieser Beziehung die k. Polizeidirektion ausschließend zuständig ist.

(Tagesbericht.) Dieser Tage wurden bei Bogenhausen die Leichen des dreijährigen Schuhmachersohnes Georg Stich und der 28 Jahre alten Sprachlehrerin Sophie Mühlbauer aus der Isar gezogen; ersterer war verunglückt, während er mit einigen andern Kindern am Ufer des Schwabinger Baches in der Nähe des Phönixgartens spielte; letztere scheint den Tod vorsätzlich gesucht zu haben. — Heute Nacht erstiegen zwei junge adelige Herren, wie es scheint, in stark angeheitertem Zustande das an der Mariensäule errichtete Gerüst und wurden, da sich einer derselben gegen die zurechtweisende Gendarmerie sehr ungeeignet benahm, arretirt. — Gestern Abends wurde in der Herrnstraße ein 3 Jahre alter Knabe durch ein im Galopp daher kommendes Einspänner-Fuhrwerk überfahren und nicht unerheblich verletzt; der Leiter des Fuhrwerks ist ermittelt und wird zur gerichtlichen Behandlung gezogen werden.

Die Passionsvorstellungen in **Oberammergau** beginnen am 22. Mai und dauern, jeden Sonntag eine, bis Ende September.

Neukirchen a./Brand, 23. April. Heute Nacht kurz nach 2 Uhr, ertönten die Signale der hiesigen Feuerwehr und riefen die Mannschaft nach dem eine halbe Stunde entfernten Klein-Sendelbach, wo Haus und Gebäulichkeiten des Mathäus Weber in Flammen standen. Gerettet konnte, trotz der mit Lebensgefahr gemachten Anstrengungen der Feuerwehr, nur sehr wenig werden. Der 16jährige Sohn des Besitzers der abgebrannten Gebäulichkeiten, ein talentvoller Junge, ist leider verbrannt. Wäre nicht zufällig eine Nachbarin durch ihren Säugling aus dem Schlafe geweckt gewesen und des ausbrechenden Feuers ansichtig geworden, so hätte die ganze Familie das Schicksal des unglücklichen Sohnes theilen können.

Erlangen, 26. April. Unter dem Vorsitze des k. Commissärs Herrn Regierungsraths von Morett wurde heute Rechtsconcipient Reichold von Nürnberg als II. rechtskundiger Bürgermeister gewählt.

Recklinghausen, 22. April. Gestern brannte der zwi-

schen hier und Haltern gelegene, circa 1000 Morgen große Wald des Herzogs von Aremberg total ab.

— Wieder werden zwei Waldbrände gemeldet, der eine aus Neuburg, wo circa $1^1/_2$ Tagw., der andere aus Ziemetshausen, wo von dem der Gemeinde Schellenbach gehörigen Gemeindewaldtheile circa $3^1/_2$ Tagw. abbrannten.

Ein Bürger von **Bobenheim** Namens Daniel, hat ein kleines, halbjähriges Kind seiner in Paris verheiratheten Tochter bei sich. Der Roxheimer Pfarrer, Adam Martin Engelbert, verlangt von diesem Manne, daß er das Kind, welches protestantisch getauft ist, katholisch taufen lasse oder aus seinem Hause schaffe. Keines von Beiden geschah. Als nun am Gründonnerstag eine noch zu Hause befindliche Tochter des genannten Daniel beichten wollte — in Roxheim, denn Bobenheim gehört zu dieser Pfarrei — ließ der Pfarrer Engelbert sie in die Sacristei kommen, in welcher er wiederholt die katholische Taufe jenes Kindes verlangte. Als nun Beide herausgetreten waren, der Pfarrer in seinen Beichtstuhl und das Mädchen in die Nähe eines gegenüber stehenden Beichtstuhls, trat Engelbert aus dem seinigen und rief in Anwesenheit vieler Leute dem Mädchen zu: „Wissen Sie nicht, was ich Ihnen gesagt habe; augenblicklich entfernen Sie sich!“

Gerichtssaal.

β **München**, 27. April. Vor den Schranken des Militär-Bezirksgerichts wickelte sich gestern eine nicht uninteressante Räubergeschichte wenigstens in ihrem ersten Theile ab, indem es bis jetzt dem Arme der Gerechtigkeit erst gelang, des einen von zwei associirten Räubern und zwar auch nur des „braveren“ (wie sich ein Zeuge ausdrückte) habhaft zu werden, während der andere, welcher zur Zeit noch flüchtig ist, die an ihn ergangene Ediktalladung zu ignoriren scheint.

Am 6. April v. Js. Nachts 10 Uhr fuhr der Metzger Joseph Klas von Unterwindach mit seinem zweispännigen Blachenwagen wie gewöhnlich vom Kälberverkauf in München durch den sog. Büchlwald zwischen Greifenberg und Windach, k. Landg. Landsberg, als plötzlich zwei ihm unbekannte, mit falschen Bärten vermummte Bursche aus dem Dickicht auf ihn zusprangen. Während der kleinere von ihnen die Pferde aufhielt, streckte der andere dem Metzger einen Revolver mit der Drohung: „Gib Dein Geld her, oder Du bist hin!“ vor die Brust. Der Metzger gab kein Geld her und hatte die Geistesgegenwart, in seinen Wagen zurückzurufen: „Kommt heraus, Räuber sind da!“ um hiedurch den Glauben zu erwecken, als sei er nicht allein. Der Bursche ließ sich jedoch nicht einschüchtern, sondern feuerte 5 Schüsse aus seinem Revolver auf den Metzger ab, ohne ihn jedoch zu treffen. Schon beim Knall des ersten Schusses bäumten sich die Pferde auf und wurden schließlich vollends scheu, so daß sie den zweiten Burschen, welchem sein Kamerad immer zurief: „Laß' die Roß' nicht aus, Geld muß her“ auf die Seite warfen und, gefolgt von 3mal nacheinander nachgesendeten Schüssen, im größten Laufe davonjagten, dadurch aber ihrem Herrn das Leben retteten.

Fünf Tage später an einem Sonntage Vormittags saß die bejahrte Bauersfrau Theres Bruckberger während der Kirchzeit ganz allein in der Wohnstube ihres Anwesens zu Pflaumdorf, Landg. Landsberg, und las aus ihrem Gebetbuche. Plötzlich trat ein mit falschem Barte vermummter Bursche ein, forderte die Bauersfrau auf, mit ihm in die Höhe hinaufzugehen, und zog sie, da sie nicht Folge leistete, mit Gewalt in die über einer Stiege befindliche Schlafkammer hinauf. Es gelang ihr jedoch, wieder herabzukommen und in den Stall zu fliehen. Hier wurde sie aber von einem zweiten ebenfalls vermummten, größeren Burschen festgehalten und erhielt von demselben einen heftigen Faustschlag auf den Kopf. Inzwischen kam dessen Kamerad beutebeladen aus der Schlafkammer, worauf beide ins Freie flüchteten. Durch die Hilferufe der Bauersfrau herbeigekommen, versuchte zwar die Ortsnachbarschaft den Flüchtlingen nachzusetzen, mußte jedoch sowohl in Folge des weiten Vorsprunges derselben, als auch durch fünf von ihnen abgefeuerte Schüsse zurückgeschreckt, von weiterer Verfolgung abstehen. Der sogleich vorgenommene Augenschein ergab, daß die Räuber durch Einbruch in das Haus gelangt und mit einer Beute von 48 fl. an Geld und Geldeswerth entkommen waren. Verdacht der Thäterschaft fiel auf die beiden Deserteurs, Vicekorporal Johann Sedlmair des 3. Chev.-Regiments und Soldat Heribert Bader des 4. Jäger-Bataillons, letzterer ein Enkel der Therese Bruckberger. Durch die Gendarmerie aufgegriffen, legte Bader im Laufe der Voruntersuchung ein umfassendes Geständniß bezüglich seiner und des Sedlmaier's Thäterschaft an beiden Raubanfällen ab, stellt sich jedoch als die von letzterem verführte Unschuld hin. Auf Grund dieses mit den übrigen Erhebungen übereinstimmenden Geständnisses verurtheilte das Militär-Bezirksgericht den ꝛc. Bader wegen gemeinen Verbrechens des Raubes an der Bauersfrau Theres Bruckberger, dann wegen des gemeinen Verbrechens des Versuchs zum gemeinen Verbrechen des Raubes an dem Metzger Joseph Klas und wegen militärischen Vergehens der Desertion unter Entfernung aus der bewaffneten Macht mittelst Entlaßscheines zur Zuchthausstrafe in der Dauer von zwölf Jahren.

λ. **München**, 26. April. (Schwurgericht.) Der XII. Fall hatte die Anklage gegen Kath. Forster, 28 Jahre alt, Magistratsofficiantens-Frau von hier, wegen Diebstahls zum Gegenstande. Die Resultate der Voruntersuchung reassumirt die Anklage in folgender Weise: Vom 9. bis 15. Oktober v. Js. wohnte die Doktorswittwe Wilhelmine Oldenburg bei der genannten Angeklagten in Aftermiethe und bemerkte an letzterm Tage, daß ihr aus dem in ihrem Wohnzimmer stehenden Reisekorb eine amerikanische Obligation (1882er) zu 500 Dollar im damaligen Curswerthe von 1130 fl., eine gleiche Obligation (1885er) im Werthe von 1095 fl., eine Obligation der Schweizer-Centralbahn zu 500 Franken, nebst Coupons werth 240 fl., und eine Frankfurter Banknote von 100 fl. entwendet worden seien. Da in Abwesenheit der Damnifikatin nur die Forster Zutritt zu deren Zimmer hatte, und eine fremde Person in das Zimmer, wo der Reisekorb stand, nicht kam, da ferner die Forster vor dem Oktober 1869 in ziemlich dürftigen Vermögensverhältnissen sich befand, nach dem Oktoberfeste aber auf einmal eine Reihe von Neuanschaffungen machte und ein Darlehen von 25 fl. freiwillig zurückzahlte, an dessen Heimzahlung sie früher mehrmals vergebleh gemahnt worden war, so lenkte sich bald der Verdacht der Thäterschaft auf die Kath. Forstner, und die bei derselben am 12. Nov. v. Js. von hiesigen Polizeibeamten vorgenommene Haussuchung hat als Resultat ergeben, daß in einer Chatoulle 950 fl. in 50 fl. Noten, dann 50 fl. in einzelnen Guldenstücken, mehrere Schuldscheine und eine Note des Banquier Carl Lang dahier vom 8. Nov. 1869 über den Ankauf einer 1885er amerikanischen Obligation zu 500 Dollars, Nr. 25,861, angekauft um 1095 fl. 12 kr. gefunden wurden. Gerade diese Obligation wurde der Frau Doktorin Oldenburg mitentwendet nnd die Forstner muß zugeben, daß sie dieselbe bei dem Banquier Lang verkauft hat. — In der Voruntersuchung hatte die Forstner erklärt, diese Obligation von einem Herrn, den sie aufs Genaueste beschrieb und den sie im Carneval auf einem Aktientheaterball kennen gelernt und der sie öfter besucht habe, erhalten zu haben; in der öffentlichen Sitzung gab sie an, dieselbe rühre von einem ihrer Brüder her, der früher als Funktionär bei der hiesigen Polizeidirektion gewesen. Es ist nun in Wahrheit der Fall, daß einer ihrer Brüder früher bei der Polizei war und vor Kurzem nach Amerika gegangen ist; es wurde auch ein Brief desselben aus Hamburg vom 12. April an den k. Polizeidirektor v. Burchtorff dahier verlesen, worin er sich als den Dieb erklärt und weiter erzählt, daß er eine amerikanische Obligation von 500 Dollars zuerst seiner Schwester nur zur Aufbewahrung übergeben, selbe aber später auch zum Verkauf derselben und dazu ermächtigt habe, einen Theil des Erlöses für sich zu verwenden. Ehe er aber das Geld für die verkaufte Obligation habe bei seiner Schwester holen können, sei die Haussuchung bei ihr gewesen; seine Schwester habe dann ihm erklärt, sie wolle die Sache auf sich nehmen, um ihn zu retten; man könne sie als unschuldig doch nicht verurtheilen. Nun da er in Sicherheit sei, lasse ihn das Schicksal seiner Schwester nicht zur Ruhe kommen, und deßhalb habe er diesen Brief geschrieben. Der Wahrspruch der Geschworenen lautete auch wirklich auf Nichtschuldig!

Feuilleton.

Die Lehraufgabe der Agricultur-Chemie.

(Aus einem Vortrage von Professor Dr. Ph. Zöller in Erlangen.)

Die Agricultur-Chemie hat im weitesten Sinne zum Ziele ihrer Forschungen den Zusammenhang nachzuweisen und festzustellen zwischen Entwicklungsbedingungen und Entwicklung der landwirthschaftlich wichtigen Pflanzen und Thiere. Die Entwicklung der Pflanzen — und ganz analog verhält es sich mit der Entwicklung der Thiere, nur daß die Entwicklungsbedingungen hier theilweise verschieden sind — im Boden, ihre Formverhältnisse, ihre chemische Zusammensetzung, ihre Erträge sind abhängig von der Menge und dem Verhältnisse der im Boden und in der Luft vorhandenen aufnehmbaren Nahrungsstoffe. Ferner von den äußeren Wachsthumsbedingungen: Licht, Wärme, Feuchtigkeit; endlich von gewissen atmosphärischen Einflüssen, von dem Bodenzustande und der Bodenlage. Die Pflanzenentwicklung ist eine Function aller genannten Bedingungen. Aendert sich eine Bedingung oder ändern sich alle Bedingungen, so müssen sich auch das Wachsthum der Pflanzen, ihre Zusammensetzung und der Ertrag ändern, und würde man das Gesetz dieser Aenderungen kennen, nichts wäre leichter, als aus einfachen Beobachtungen Gleichungen zu construiren, die uns in den Stand setzen würden, immer etwas ganz Bestimmtes über den Einfluß der wechselnden Wachsthumsfactoren auf die Pflanzenentwicklung aussagen zu können. Von einer auch nur geringen Kenntniß dieses gesetzmäßigen Zusammenhanges ist noch keine Rede; bis jetzt ist nur die Frage formulirt. Aber indem man im Sinne der Fragestellung Versuche unternimmt, wird es gelingen, zur vollen Erkenntniß zu gelangen. Es ist hiebei nothwendig, die einzelnen Wachsthumsbedingungen in ihren Beziehungen zur Pflanzenentwicklung zu bestimmen. Soll z. B. festgestellt werden: in welcher Beziehung stehen Nährstoffverhältniß im Boden und Ertrag des Bodens, und wie ändert sich der Ertrag? wird das Nährstoffverhältniß ein anderes? — so müssen natürlich die übrigen Wachsthumsbedingungen für alle Versuchsreihen die nämlichen sein. Von einem Eliminiren dieser ist keine Rede, sie sind ja nothwendig zum Gedeihen der Pflanze; es kann nur ein Gleichmachen derselben für alle Versuchsreihen angestrebt werden. Die Schwierigkeiten, welche sich der Bestimmung der Wachsthumsbedingungen in ihrem Verhältnisse zur Pflanzenentwicklung entgegenstellen, sind nicht zu verkennen. Es muß jedoch zugestanden werden, daß ohne solche Bestimmung ein Fortschritt des rationellen Pflanzenbaues nicht mehr möglich ist. Ein anderer Weg als der angedeutete führt aber nicht zur Feststellung des naturgesetzlichen Zusammenhanges zwischen Wachsthumsbedingungen und Pflanzenentwicklung. Denn was, kann man fragen, nützen Vegetationsversuche mit einem oder dem anderen Nahrungsstoffe, auf freiem Felde und an den verschiedensten Orten gleichzeitig ausgeführt, auch bei noch so sorgfältiger Prüfung der chemischen und physikalischen Bodeneigenschaften, bei noch so genau angestellter Bestimmung der Bodenlage, der Temperatur, der Windesrichtung &c.? Sicherlich nicht viel. (Schluß folgt.)

Vermischtes.

— In Neapel ereignete sich dieser Tage ein vielleicht noch nie dagewesenes Unglück, welches zugleich ein schlimmes Streiflicht auf die sprichwörtlich gewordene Unvorsichtigkeit der Familienmütter aus den unteren Volksschichten wirft. Eine gewisse Carmela Gaudioso, ihres Zeichens eine Früchtenhändlerin, ließ, ganz von dem Gedanken in Anspruch genommen, in einem Landhause am Abhange ihres Wohnhauses an der neuen Straße von Capodimonte, sich zu amusiren, ihr kleinstes erst ein paar Monate altes Kindchen unter der Obhut ihres älteren Kindes, das selber erst zwei Jahre alt ist, in der Wiege zurück. Der kleine Wärter wollte sich seinerseits auch unterhalten, gerieth schließlich über ein eben erst neugeschliffenes Messer und stach mit diesem in aller Gemüthsruhe auf das arme, seiner Obhut anvertraute Kindchen los, bis dasselbe in Folge von Dutzenden von Stichen in Kopf, Hals, Brust, Unterleib und Arme seinen Geist aufgab. Welche Strafe verdient ein solcher Leichtsinn einer Mutter?

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 26. April. Wochenausweis der Staatsbahn. Die Einnahme betrug 464,682 fl. ergab somit eine Mindereinnahme von 166,953 fl. gegen die gleiche Woche des Vorjahres.

Berlin, 27. April. (Sitzung des Zollparlaments.) Die Abänderung der Verordnung über die Besteuerung des Rübenzuckers wurde ohne Debatte angenommen. Ebenso wurde der mexikanische Handelsvertrag mit Amendements, wonach einzelne Bestimmungen des Vertrages näher zu deklariren sind, angenommen. — Der König hat der Deputation von Fabrikbesitzern und Industriellen aus Süddeutschland, welche dem Zollparlamente eine Petition überreicht hatte, Audienz ertheilt. — Die „Kreuzztg." meldet: Wie verlautet, wird der König von Bayern binnen Kurzem am hiesigen Hoflager einen Besuch abstatten. — Die „Prov.-Corresp." meldet: Graf Bismarck ist wieder hergestellt, verbleibt aber diese und die nächste Woche noch in Varzin. Die Correspondenz meldet weiter, daß die von Frankreich in Rom erhobenen ebenso ernsten und entschiedenen wie rücksichtsvollen Vorstellungen von den meisten Mächten unterstützt werden dürften.

Bern, 27. April. Der Bundesrath hat beschlossen, die Frist für die Zusagen zum Gotthardunternehmen um 3 Monate zu verlängern. Der Provinzialrath von Bergamo hat $1^1/_2$ Mill. Lire für die Splügenbahn votirt.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 27. April. (Schlussc.)

Wechsel auf London	$119^3/_8$	Oest.-franz. Staatsbahn	370
" " Paris	$94^7/_8$	Bayr. Ostbahn-Action	$120^1/_8$
" " Wien	$96^1/_4$	Elisabeth-Prior. I. Em.	$77^1/_2$
5 proc. bayr. Anleihe	101	4% bayer. Prämien-Anl.	$105^7/_8$
$4^1/_2$ " " "	92	Bad. Präm.-Anleihe	$104^1/_2$
4 " " Grundrente	86	Oesterr. Loose v. 1860	$78^3/_8$
4 " " Obligat.	$85^1/_2$	" Loose v. 1864	$112^3/_4$
5 proc. österr. Metall., engl.	——	Alsenzbahn	
5 " " National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	$66^7/_8$
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	$189^1/_4$
1882er Amerikaner	$95^1/_8$	Napoleons	$9.29^1/_2$
Oesterr. Bank-Actien	687	Rente Silber $57^3/_8$, Pap. $49^5/_8$	
Credit-Actien	$262^1/_4$	matt. Handelsbank	99

Wien, 27. April. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	69.80	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1868	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
" fl. 500 Loose von 1860	96.25	Steuerfr. Metall. on 1866	—.—
" fl. 100 Loose von 1864	117.85	Napoleons	$9.87^1/_2$
Oesterr. Bank-Actien	712.—	Wechsel auf Augsburg	102.70
" Credit-Actien	251.20	" " London	123.50
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	385.—	" " Paris	49 —
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	" " Frankfurt a. M.	102.90
" " Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	199.10
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 299.50 Pap.-R.	60.60

Berlin 27. April (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	$56^5/_8$	Lombarden	108
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	$105^3/_4$	Italienische Anleihe	$55^1/_4$
$4^1/_2$ " " Anleihe	—	1882er amerikanische Bonds	$95^3/_4$
Bad. Prämien-Anleihe	$104^5/_8$	5 proc. preuss. Anleihe	$101^3/_8$
Darmstädter Actien	$127^1/_8$	$4^1/_2$ " " "	$92^1/_2$
Oesterr. Credit-Actien	$149^7/_8$	Wechsel auf Augsburg	—.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	$211^1/_4$	" " Frankfurt	—.—
Staatsbahn-Prioritäten	293	" " London	
Oest. fl. 500 Loose von 1860	$78^3/_8$	" " Paris	
" fl. 100 Loose von 1864	65	" " Wien	
5 proc. östr. National-Anl.	——		

matt.

New-York, den 26. April. Gold $113^1/_8$. Wechsel in Gold $109^1/_8$ Bonds per 1882 $113^3/_4$. Baumwolle $23^1/_2$. Petroleum $26^3/_4$.

Liverpool, den 26. April. Schlussbericht. Heutiger Umsatz 10.000. Orleans $11^7/_{16}$. Middling amerikanische $11^1/_8$. Fair dhollerah $9^1/_2$. Middling fair dhollerah $9^1/_4$. Good middling dhollerh 9. Fair Bengal $8^1/_4$. Fair Omra $9^5/_8$. Pernam $11^1/_2$. Smyrna $10^1/_4$. Egyptian $12^1/_2$. Amerik. per März-April —. Dhollerah per Mai —. Omra 10. Tages-Import 29612 davon Ostindische 2774 Tendenz: fest

Curse des Münchener Handelsvereins vom 27. April 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. 3 1/2% Obl.	fl. 1000	81 1/2	
4% ganz. Obl.	1000	86 7/8	85 1/2
4% halbj. Obl.	1000	86 1/8	85 1/2
4% Grundr.-Obl.	1000	86 1/4	
4 1/2% ganzj. Obl.	1000	92 1/4	91 7/8
4 1/2% halbj. Obl.	1000	92 1/4	92
4 1/2% „ Milit. „	1000	92 1/4	92
5% Obl.	1000	101 3/4	
4% Münch. Obl.	1000	86	
5% „ „	1000	100 7/8	100 1/2
4 1/2% „ Ostbahn-Aktien		120 3/4	120 1/2
4% Allenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung		86 1/2	
dto. volle		86 1/4	
Pfdbr. d. bayer. Hyp.- u. W.-Bank	à fl. 1000	90 1/2	90 3/8
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.			99 7/8
Aktien		826	824
Bayer. Handelsbank-Act.		98	
„ Vereinsbank		119	118 1/2
Württemberg. 4 1/2% Obl.			
Oesterreich 4 1/2% Silb.-Rte. 1/7		57 1/2	57 1/4
„ Pap.-Rte			
5% Nation.-Anl. 5/11			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à 116 1/3			
5% Met. Stfr. v. 1860 1/7			
Oest. Bank-Aktie			
„ Cred.-Aktien		263	262 3/4
Oest.-franz. Stsb.-Aktien			370 3/4

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb.	191 3/4	191 1/2
Preußen. 4 1/2% Obl.		
Amerika. 6% Bonds V. 1882 à fl. 2 1/2	95	94 7/8
„ „ 1884 „	94	93 1/2
„ „ 1885 „	94	
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	106	105 1/2
4% Bad. „	104 1/2	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	6 1/2	
Pappenheimer dto.	5 3/4	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose	18 1/2	18 1/4
Oester. 1854er Loose à fl. 250 5/0		
„ 1860er „ à fl. 500 6/7		
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred. Loose		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		350
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		124
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor	95	
Chemische Fabrik Heufeld		76
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn		
„ Siebenbürger Bahn		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. 1. Em. 6/7		
dto. II. „		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn	78	

		Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn		80	
„ Siebenbürger Bahn			
„ d. Böhm. Westbahn			
„ Alföld Fiumander Bahn			
Wechsel.			
Amsterdam fl. 100 holl.	K. S.	100 3/4	
	L. S.	100 6/4	
Augsburg fl. 100	K. S.		
	L. S.	100	
Berlin Rthlr. 60	K. S.	105	
	L. S.	105	
Frankfurt fl. 100	K. S.	100	
	L. S.	100	
Hamburg M.-B. 100	K. S.	88 3/4	
	L. S.		
Leipzig Rthlr. 60	K. S.	105	104 3/4
	L. S.	105 1/8	
London Pfdst. 10	K. S.	119 7/8	119 5/8
	L. S.	119 7/8	
Paris Fr. 200	K. S.	94 7/8	94 5/8
	L. S.	94 7/8	94 5/8
Wien fl. 100	K. S.	96 3/8	
	L. S.	96 3/8	
Bank-Disconto für Platz-Wechsel			
„ Lombard.			
Geldsorten.			
Preuß. Friedrichsd'or		9.59	9.58
20 Francs Stücke		9.30	9.29 1/2
Preuß. Cassen-Scheine		105 1/8	104 7/8
Oest. Banknoten		96 3/8	96 1/8

Kgl. Hof- u. National-Theater.

Donnerstag den 28. April.

69. Vorstellung im Jahres-Abonnement.

Ein altes Sprichwort.

Lustspiel in 1 Aufzuge von Roderich Benedix.
Regie: Hr. Jenke.

Personen:

Frau Brettow, Wittwe	Fr. Büttgen.
Wilhem, ihr Sohn, Privatdozent	Hr. Rohde.
Ludmilla, ihre Nichte	Frl. Jenke.
Dallneck	Hr. Häusser.
Tröpfel, dessen Diener	H. Davideit.
Ein Mädchen	Frl. Lanzlott.

Hierauf:

Des Nächsten Hausfrau.

Original-Lustspiel in 3 Aufzügen v. J. Rosen.

Personen:

Löffelmann, Gutsbesitzer	Hr. Lang.
Camilla, seine Frau	Frl. Seebach.
Camilla, seine Nichte	Frl. M. Meyer.
Fr. Amster, Rathswittwe	Frl. Weiß.
Julie, ihre Tochter	Frl. Ramlo.
Hugo Tonner	Hr. Rohde.
Karl Riff, Marineoffizier	Hr. Häusser.
Laura, Stubenmädchen bei Löffelmann	Frl. Lanzlott.
Johann, Kellner	Hr. Davideit.

Die Kasse wird um 1/2 6 Uhr geöffnet.

Anfang 1/2 7 Uhr. Ende nach 9 Uhr.

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer. — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr:
Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/o; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr
für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Freitag, den 29. April 1870. **Nr. 117.**

Das Prinzip bei Besetzung erledigter Lehrstellen an protestantischen Gymnasien

muß vernünftiger Weise dasselbe sein wie an katholischen Gymnasien, und kann, da die Lehramtskandidaten nicht alle gleiche Verwendung finden und finden können, unmöglich sich streng den Konkursjahren anschließen, sonst würde die scheinbare Gerechtigkeit faktisch zur größten Ungleichheit und Unbilligkeit führen.

Die meisten der philologischen Lehramtskandidaten werden nach kurzer anderweitiger Verwendung als Studienlehrer an isolirten Lateinschulen angestellt und zwar manche sehr bald nach ihrem Konkurs, großentheils 2—3 Jahre nach demselben. In dieser Stellung genießen sie ganz dieselben Vortheile wie ihre Kollegen an vollständigen Studienanstalten; sie haben denselben Gehalt und erhielten bisher auch jederzeit die üblichen Sexennialzulagen; ja ihre materielle Stellung ist in der Regel sogar eine bessere, da das Leben in kleineren Städten weniger Ansprüche macht und weniger Kosten verursacht als in größeren. Wenn sie auch die gesetzlichen Ansprüche auf Pension nicht haben, so wurde den verdienten Lehrern doch auch diese ganz wie ihren Kollegen an vollständigen Anstalten gewahrt. Und aus diesem Grunde vermissen sie den Mangel an pragmatischen Rechten durchaus nicht schmerzlich, um so weniger, als ja doch die allermeisten, für die die Verwendung an isolirten Lateinschulen nur eine vorübergehende ist, später auch dieser Rechte theilhaftig werden. Unläugbar haben nach dieser Seite hin die jungen Philologen andern, namentlich juristisch gebildeten, Staatsdienstadspiranten gegenüber große Vortheile; beziehen sie doch schon meist in einem Alter von 23—24 Jahren denselben Gehalt, den der angehende juristische Staatsdiener erst 8—10 Jahre später erhält, während welcher er oftmals ganz aus eigenen Mitteln leben mußte.

Nun sind aber nicht alle Lehramtskandidaten so glücklich, diesen Durchgangsweg durch isolirte Lateinschulen zu wandern; ein Theil, und nicht gerade der schlechteste, findet seine Verwendung als Assistenten an Gymnasien. Wenn diese ihrer meist sehr wichtigen Stellung genügen sollen, so darf nicht jedes Jahr ein Wechsel eintreten, denn der Kandidat würde in diesem Fall die Anstalt gerade dann verlassen, wenn er erst in Folge vorausgegangener Praxis derselben gute Dienste leisten kann. Nun steht aber der Assistent seinen als Studienlehrer an isolirten Lateinschulen verwendeten Konkursgenossen gegenüber im alleroffenbarsten und schreiendsten Nachtheil. Erstens bezieht er nämlich blos einen Funktionsgehalt von 500 fl. den 900 fl. des isolirten Studienlehrers gegenüber, und zweitens werden ihm die in dieser Stellung verbrachten Jahre nicht gerechnet, ein Nachtheil, der für das ganze Leben fortwirkt. Deßwegen ist es nicht mehr als billig und als ein entschiedener Fortschritt zu begrüßen, wenn jene große Ungleichheit in etwas wenigstens dadurch ausgeglichen wird, daß man bei Erledigung von Lehrstellen an vollständigen Anstalten vorzugsweise ältere Assistenten berücksichtigt, die als Studienlehrer noch keine Verwendung gefunden haben, während ihre Konkursgenossen schon angestellt sind, wenn auch an isolirten Lateinschulen. Allerdings ist es bei diesem Princip nicht zu vermeiden, daß Leute aus früheren Konkursjahren noch an isolirten Lateinschulen dienen, während ihre Kollegen aus späteren Jahren an vollständigen Anstalten angestellt werden. Allein ihre äußere Stellung ist, wie schon bemerkt, die gleiche, und sie werden ja auch in Erledigungsfällen, wo nicht diese Erwägungen eine andere Entscheidung nothwendig machen, unter der Voraussetzung entsprechender Qualifikation hereingezogen. Außerdem ist dies das einzige Mittel, die sonst entstehende große Ungleichheit einigermaßen wieder auszugleichen. Der Einwand, der spät erst von einer isolirten Lateinschule weg Beförderte, könne dann leicht jüngere Kollegen über sich haben und so auch bei der Beförderung zum Gymnasialprofessor in Nachtheil kommen, trifft nach keiner von beiden Seiten hin zu; denn erstens erfolgen bekanntlich die Ernennungen nicht mehr für bestimmte Klassen, so daß sich das Rangverhältniß im Ganzen immer nach der Anciennität richtet, und zweitens ist bei der Beförderung zum Gymnasialprofessor, wie die neuesten Ernennungen durchweg gezeigt haben, außer der Konkursnote und der Qualifikation stets das Konkursjahr entscheidend, so daß also der längere Zeit an isolirten Lateinschulen verwendete Philologe auch nach dieser Richtung hin keinen Nachtheil zu befürchten hat. Aus diesen Gründen dürfte die in letzter Zeit hervorgetretene besondere Berücksichtigung derjenigen Kandidaten, die längere Zeit als Assistenten gedient haben, nur der Billigkeit und Gerechtigkeit entsprechen, und wir würden es von diesem Standpunkt aus mit Freuden begrüßen, wenn dieses Princip in billiger und passender Weise auch in Zukunft zur Anwendung käme. (Wochenschr. d. F.-P.)

Politische Tagesübersicht.

Karlsruhe, 27. April. Der Bad. Beobachter prahlt mit einem „durch die Ultramontanen hervorgerufenen demokratischen Wahlgesetz", d. h. er bucht den dem bayerischen Landtage vorgelegten Wahlgesetzentwurf für die Wirksamkeit der Ultramontanen. Abgesehen davon, daß die beiden Parteien im bayerischen Landtag fast ganz gleich stark sind und also das Verdienst um die Vorlage des Gesetzentwurfs ebenso gut der Fortschrittspartei zugeschrieben werden könnte, ist der Gesetz-Entwurf nicht aus der Initiative der Kammer hervorgegangen, sondern ist Regierungsvorlage und unte den bayerischen Ministern ist nicht ein einziger Ultramontaner. Wozu also der Lärm?

Rastatt, 27. April. Gestern kam telegraphisch der Befehl an das hiesige Gouvernement, den hier seine Haft verbüßenden Dr. Bissing freizulassen. Es fällt mithin weg, die in seinem Briefe an das Präsidium des Zollparlaments behauptete Rücksichtslosigkeit badischer Behörden gegen diesen Körper, fällt weg die Vereitelung der Vertretung des 14. badischen Wahlbezirks, bleibt nur noch die Skandalmacherei und weiter hatte die ganze Sache wohl keinen Zweck. Es scheint Dr. Bissing betrachtet das politische Leben von studentischem Standpunkte aus, wo ein kleiner Skandal, eine Rempelei oder dergl. zu ganz erfreulichen und unterhaltenden Dingen gehören. — Die Ultramontanen sprechen oft mit tiefster Entrüstung von der geringen Rücksicht, welche die Regierung und Kammermehrheit auf das Volk nehme. Da ist ein gewisser Jakob Lindau, Kaufmann in Heidelberg, welcher sich im Jahre

1868 unsägliche Mühe gab, in's Zollparlament gewählt zu werden. Die Wahlberechtigten unseres Wahlkreises gingen in Mehrheit auf den Leim, sie glaubten den Worten ihrer schwarzen Hirten und siehe da: dieser gute Jakob Lindau bleibt im Vorjahre vom Zollparlament ganz weg und heuer legt er seine Vollmacht „aus Gesundheitsrücksichten" so spät nieder, daß eine Neuwahl anzuberaumen nicht mehr möglich ist. Dadurch ist nun die Vertretung unseres Kreises auf dem Zollparlament schon zweimal vereitelt worden. So achtet dieser Jakob Lindau das Volk und das ihm von demselben übertragene Mandat.

Wien, 26. April. In hiesigen gut unterrichteten Kreisen verlautet, daß anläßlich des Vorfalles bei Marathon ein Collectivschritt der Mächte in Aussicht genommen sei.

Wien, 27. April. Einzelne offiziöse Federn sind endlich im Stande, über das Actions-Programm — es wird nicht gesagt, ob des Grafen Potocki oder des Grafen Beust — „Verläßliches" geben zu können. Sie bestätigen zunächst, daß die Einberufung einer Notablen-Versammlung nicht beabsichtigt werde, dagegen die Regierung mit einzelnen Männern der verschiedenen Parteien unterhandeln wolle. So weit stimmen die Mittheilungen fast wörtlich überein; während aber das „Prager Abendblatt" fortfährt: die Regierung könne es für zweckentsprechend halten, wenn die Notablen dennoch Versammlungen und Berathungen halten, sagt der Pester Lloyd, die Regierung könne das nicht für zweckentsprechend halten. Die erste Version scheint die richtige zu sein: die Notablen-Versammlung wird zusammentreten, und die Regierung wird ganz unschuldig daran sein. Sonst stimmen alle heutigen officiösen Correspondenzen darin überein, wiederholt zu versichern, daß der Reichsrath und sämmtliche Landtage aufgelöst werden sollen, die Regierung aber noch nicht wisse, wann. Der Pester Lloyd fügt noch eine, dem berüchtigten Belcredi'schen Sistirungs-Patente entnommene Stelle zu, derzufolge der Reichsrath zunächst nichts zu thun hätte, als die neue Verfassung anzunehmen. Im Uebrigen soll die Competenz des Reichsrathes „in ihrem bisherigen Umfange" erhalten bleiben — während sofort beigesetzt wird, daß die Autonomie der Länder erweitert werden soll. Man zerschneidet den Reichsapfel unter der Versicherung, daß er ungetastet bleiben soll.

— Heute heißt es, daß die Conferenzen mit den Czechen bereits zu Ende seien. Graf Potocki soll gestern und heute mit den hier weilenden Dr. Klaudy und Professor Zeithammer mehrstündige Besprechungen gehalten haben. Den polnischen Blättern wird Aehnliches telegraphisch aus Wien gemeldet und hinzugefügt, daß Fürst Czartoryski in Brünn mit Dr. Prazak und Graf Adam Potocki in Gmunden mit Graf Belcredi im Namen des Minister-Präsidenten conferirten.

Bozen, 24. April. Aus allen Theilen des Landes mehren sich die Berichte über gestörte Schulvisitationen, und überall spielen die Weiber hiebei die hervorragende Rolle. Wer mag ihnen wohl vorgesagt haben, daß lutherische Schulinspectoren kommen? Denn kaum daß ein solcher in der Schule erscheint, stürzen die Weiber herein und entführen ihre Sprößlinge mit dem Bemerken, daß sie ihre Kinder von keinem Lutherischen prüfen lassen. Eine ähnliche Scene spielte vor wenigen Tagen in Schöna bei Meran, wohin sich der Schulinspector Ritter v. Schullern in Begleitung des Bezirkshauptmannes Klingler von Meran begeben hatte, um seines Amtes zu walten. Da ihre Ankunft nicht angesagt war, fanden sie die Kinder in der Schule und wollten eben daran gehen, sich um deren Wissen zu erkundigen, als der Herr Pfarrer hereinstürzte und den Kindern zurief, sie brauchten durchaus nicht dazubleiben, sondern sollten nur fortgehen, wohin sie wollten. Was war nun natürlicher, als daß sämmtliche Kinder, denen ein Vacanztag sehr gelegen kam, Reißaus nahmen und den Inspector und Bezirkshauptmann vor leeren Bänken stehen ließen. Nach dieser Heldenthat hatte der hochwürdige Herr noch die edle Dreistigkeit, die beiden Vorgenannten zu Tische in den Pfarrhof zu laden, und meinte, daß sie nun, nachdem er seiner vermeintlichen Pflicht, für das Seelenheil der Kinder dadurch zu sorgen, daß er sie von keinem weltlichen Inspector prüfen ließ, nachgekommen, ganz gemüthlich miteinander tafeln könnten, welche sonderbare Anschauung die Geladenen jedoch nicht theilten.

Prag, 27. April. Die Vertrauensmänner der czechischen Abgeordneten beschlossen gestern in der unter dem Vorsitze Palacky's abgehaltenen Versammlung, daß Rieger und Sladkowsky heute Früh nach Wien zu den daselbst stattfindenden Versammlungen reisen sollen. Die Abreise ist bereits erfolgt.

Pest, 27. April. Der Justizminister hat die Gefängnisse besucht und ermahnt die Commune, für gesündere Straflocale zu sorgen. Die Linke wird die gerichtliche Verfolgung des Deputirten Roman verweigern. — Das Amtsblatt veröffentlicht die königlichen Handbillete bezüglich der Enthebung des Communications-Ministers Miko und der Ernennung Gorove's zum provisorischen Leiter des Communications-Ministeriums.

Berlin, 26. April. Aus der heutigen Parlamentssitzung, in welcher über die Geschäftsbehandlung fast ohne alle Discussion beschlossen wurde, würde hier kaum etwas zu erwähnen sei, wäre es nicht die Zuschrift des ultramontanen badischen Abgeordneten Bissing. Es ist vielleicht ehrlich — und das kann man der Partei des Hrn. Bissing nicht immer nachrühmen, — wenn man eingesteht, daß man das Gefängniß dem Zollparlamente vorzieht; dann bleibt aber fraglich, wie mit diesem Standpunkte überhaupt die Annahme eines Mandats für das Zollparlament vereinbarlich ist. Die Versammlung begleitete den ganzen Vorgang, namentlich nach der Erklärung des badischen Bevollmächtigten, daß Bissing sich ohne Remonstration zur Haft gemeldet habe, letztere aber von der Regierung schon wieder aufgehoben sei, mit jener gewissen Heiterkeit, in welcher die richtigste Beurtheilung des absonderlichen Schreibens und seines Verfassers liegt.

— Der Minister des Innern hat, wie die „Post" wissen will, angeordnet, daß ihm von etwa vorkommenden, auf Herbeiführung größerer Arbeitseinstellungen abzielenden Bewegungen unter den Arbeitern von den Lokalbehörden ungesäumt Meldung gemacht werde, denen dann fortlaufend kurze Berichte über den Verlauf solcher Vorgänge zu folgen haben.

— Die Thür. Corr. schreibt in Bezug auf ihre neuliche Mittheilung bezüglich der rudolstädter Insolvenz-Anzeige beim Bundesrathe: „Unsere Angabe, als habe der Bundesrath bereits Veranlassung gehabt, sich mit der Sache zu beschäftigen und sie an den Justizausschuß zu verweisen, ist nicht zutreffend, wenn auch allerdings zu erwarten steht, daß dieselbe diesen Weg gehen wird, den man sie etwas voreilig schon jetzt hat gehen lassen. In Uebereinstimmung meldet die „C. S.", daß sich zunächst ein Bundescommissär nach Rudolstadt begeben werde, um an Ort und Stelle von den bestehenden Verhältnissen Kenntniß zu nehmen und den Bericht zu erstatten."

St. Gallen. Der Toggenb. Anz. berichtet, daß Herr Dr. Wagner Kappel, ein wissenschaftlich gebildeter, allgemein geachteter Mann, letzter Tage mit seiner ganzen Familie zum evangelischen Bekenntniß übergetreten sei. Der Grund zu diesem Schritte liege in dem Vorgehen des Concils gegen die denkende, vernünftige Richtung im Katholizismus.

Paris, 26. April. Das Trauerspiel in Griechenland hat auch in Frankreich den peinlichsten Eindruck gemacht. Die France äußert: „Der Schmerz des hellenischen Volkes und seiner Regierung muß um so bitterer sein, als es für jeden mit europäischen Sitten vertrauten Menschen unmöglich ist, die griechischen Behörden nicht indirect für diesen Vorfall verantwortlich zu machen. Behaupten wollen, daß die Regierungen nicht für Ueberfälle mit bewaffneter Hand auf ihrem Gebiete verantwortlich seien, hieße eine politische Ketzerei aussprechen, die höchstens noch am Rio del Norte Anhänger zählt. Die Europäer unseres Jahrhunderts urtheilen anders und klagen Griechenland laut und mit Recht an, daß es sich noch nicht auf die Höhe eines civilisirten Staates emporgearbeitet hat." Der Constitutionnel meint, daß, wenn die Hellenen statt von großen Dingen zu träumen und ihre Nachbarn zu behelligen, Zeit und Geld zum Bau von Landstraßen und Schulen verwendet hätten, es bei ihnen keine Räuberbanden mehr geben würde; dann würden sie einen geachteten Staat in der europäischen Völkerfamilie bilden, statt daß sie jetzt ein ewiger Schimpf für die Staatsmänner seien, die zu Griechenlands Unabhängigkeit mitgewirkt hätten.

Ollivier wird also nur im Sinne der öffentlichen Meinung handeln, wenn er mit den übrigen Schutzmächten einen gemeinschaftlichen Schritt vereinbart.

Paris, 27. April. Der ehemalige Deputirte Marie ist gestorben. (Alexander Thomas Marie war bekanntlich im Jahre 1848 Mitglied der provisorischen Regierung und Minister der öffentlichen Arbeiten. Am 29. Juni 1848 wurde er zum Präsidenten der National-Versammlung gewählt; vom 18. Juli bis zum 20. Dezember 1848 wirkte er als Minister der Justiz. Seit der Präsidentschaft Louis Napoleon's widmete er sich wieder der advocatorischen Praxis. 1863 bis 1869 war er Mitglied des gesetzgebenden Körpers für Marseille, dann machte er dem jüngeren Gambetta Platz. Er hat am 15. Februar d. J. sein 75. Lebensjahr zurückgelegt. D. Red.) — Von sämmtlichen französischen politischen Tagesblättern empfehlen 115, mit Ja zu stimmen, 36 schwanken, 35 sind „unversöhnlich". — Die gestrigen Pariser Abendversammlungen waren wieder stürmisch. — General Montauban, Graf v. Palikao, wird Gouverneur der Invaliden.

— Wie die Liberté mittheilt, bereitet die äußerste Linke ein Gegenmanifest als Antwort auf die Proclamation des Kaisers vor. — Jules Favre kehrt nächsten Samstag aus Algerien zurück. — 850 Arbeiter aus den Zucker-Raffinerien der Villette haben Strike gemacht.

Perpignan, 25. April. Einige carlistische Chefs wurden in dem Augenblicke, als sie die spanische Grenze überschreiten wollten, angehalten und in Bourges internirt.

London, 26. April. Die telegraphische Meldung, daß die griechischen Banditen vier ihrer Gefangenen ermordet haben, erregt hier, wie sich leicht denken läßt, das schmerzlichste Aufsehen. Doch sind die meisten Blätter billig genug, die Schuld dafür nicht der griechischen Regierung aufzubürden und einzugestehen, daß die englische Regierung in gleicher Lage sich ebenfalls nimmer zu Unterhandlungen mit den Räubern verstanden hätte. Desto bitterer sind die Bemerkungen über das Verhalten der griechischen Behörden im Allgemeinen, die es so weit hatten kommen lassen, daß dergleichen Schandthaten überhaupt möglich seien. In diesem Punkte wird die englische Presse mit ihren Angriffen schwerlich allein stehen. Weiß doch die ganze Welt, wie stark verwickelt viele griechische Parteien und Cabinete zu gewissen Zeiten mit Räuberbanden schlimmster Gattung gewesen.

— In den katholischen Kirchen Londons wurde vorgestern um Abwendung des Schimpfes gebetet, der durch die angedrohte Inspection den klösterlichen Instituten zugefügt werden solle.

In der Nähe des **irischen** Ortes Kells, in der Grafschaft Meath, ist ein Mordanfall auf einen Friedensrichter, Namens John Radcliffe, gemacht worden. Auf einem Spazierritt begriffen, hielten zwei Kerle ihn an, deren einer das Pferd beim Zügel ergriff, der andere eine Pistole auf ihn abfeuerte. Die Ladung ging durch den Hut Hrn. Radkliffe's, ohne ihn selber irgendwie zu verletzen. Einer der Verbrecher ist bereits als ein Individuum identificirt worden, welches von dem Angefallenen vor kurzem wegen Schafdiebstahls bestraft worden war.

Turin, 24. April. „Wir erhalten," schreibt die Unità Cattolica, „in diesem Momente eine Flugschrift, betitelt: »Dal Concilio a Dio, di Giuseppe Mazzini« (Vom Concil zu Gott, von J. Mazzini). Diese Broschüre ist in Mailand gedruckt, vom April 1870 datirt und enthält 47 Seiten, angefüllt mit Dummheiten und Gotteslästerungen." Mit diesen Worten führt das Jesuitenblatt seinen Lesern das neueste literarische Erzeugniß des unermüdlichen Agitators vor. Daß es den Beifall der Jesuiten nicht findet, dies gereicht dem Verfasser nur zur Ehre. Mazzini richtet sein Wort „an die Mitglieder des in Rom versammelten Concils" und sagt ihnen: „1544 Jahre sind es jetzt, da versammelte sich in Nicäa das erste ökumenische Concil der Christenheit. Ihr seid heute zu einem neuen und letzten Concil versammelt. Jenes erste war feierlich und besiegelte den Triumph und die Einheit in der Religion. Dieses letzte wird, was ihr auch thun möget, nur das Factum constatiren, daß eine Religion im Sterben liegt und unausweichlich bald eine andere an deren Stelle treten wird. Vor ungefähr 37 Jahren, da schrieb ich einige Seiten, betitelt: „Von dem Papst zum Concil," und in dieser Broschüre erklärte ich mich noch für das Papstthum. Aber das Concil, welches ich zur Bestätigung desselben anrief, war nicht das eurige. Es war ein Concil, gewählt von einem freien Volke und einig in dem Cultus der Pflichten und der besten Ideale und Tugenden." Mazzini fährt dann fort: „Wir werden Rom haben, bis das republikanische Banner über Italien wehen wird." Er beklagt dann das Concil, welches nur aus einer einzigen Kirche zusammengesetzt sei, ohne Intervention der Männer, welche die im Entstehen begriffene Kirche der Zukunft repräsentiren könnten. Die Unità Cattolica will auf diese Broschüre noch zu sprechen kommen, „um den Regierungen zu zeigen, daß sie, wenn sie Rom, den Papst und das Concil bekämpfen, mazzinistisch werden, Feinde der Monarchie, der Ordnung und der Gesellschaft."

Aus **Rom,** 25. April, wird dem „Univers" telegraphirt: Die gestrige öffentliche Concilssitzung fand unter dem Vorsitz des Papstes statt. Die Versammlung war sehr zahlreich, viele beurlaubte Bischöfe waren zurückgekehrt. Nach der Messe, welche Cardinal Bilio celebrirte, wurde durch placet oder non placet zur Abstimmung über die Constitutio de Fide geschritten. Alle Bischöfe antworteten placet, die Constitution wurde in Folge dessen mit Einstimmigkeit angenommen. Der letzte Paragraph des Monitum bestätigt alle apostolischen Constitutionen oder Decrete, welche die Irrthümer der Zeit verdammen. Am Schlusse der Sitzung sprach der Papst folgende Worte: „Da alle Väter des Concils ohne Ausnahme mit placet geantwortet haben auf die Decrete und Canones, welche soeben verlesen wurden, so definiren Wir selbst in dem nämlichen Sinne die in diesen Decreten und Canones, die Wir kraft Unserer apostolischen Autorität bestätigen, enthaltenen Wahrheiten. Ihr seht, geliebte Brüder, wie gut und angenehm es ist, einig in das Haus des Herrn zu wandeln, in Frieden zu wandeln. Wandelt immer also. Und weil am gleichen Tage Unser Herr Jesus Christus seinen Aposteln den Frieden gab, so gebe auch ich, der ich sein unwürdiger Statthalter bin, in seinem Namen euch den Frieden. Dieser Friede, ihr wißt es, vertreibt die Furcht. Dieser Friede, ihr wißt es noch, schließt die Ohren gegen Reden von außen. O! möge dieser Friede euch alle Tage eures Lebens begleiten! Möge er euer Trost sein! Möge er eure Stärke im Augenblick des Todes sein! Möge er eure ewige Freude im Himmel sein!"

— Wie der „Gazzetta di Torino" aus Rom geschrieben wird, begab sich der Bischof von Mainz zu dem Cardinal Antonelli, um gegen den neuen Act polizeilicher Willkür Protest zu erheben, der die Beschlagnahme der sämmtlichen Exemplare eines Werkes zum Gegenstand hat, das ein sehr gelehrter deutscher Theologe gegen das Dogma von der päpstlichen Unfehlbarkeit geschrieben und mit der Post an die sämmtlichen Väter vom Concil versendet hatte. Als der päpstliche Staatssecretär sich Zeit ausbat, damit er die Sache überlegen und Maßregeln ergreifen könne, erklärte ihm Frhr. v. Ketteler, daß, wenn man die Beschlagnahme nicht binnen 2 Tagen widerrufe, er selber nach Neapel gehen, daselbst das Werk neu drucken lassen und die Exemplare in Rom eigenhändig austheilen werde.

Madrid, 26. April. Das Journal Pueblo schreibt: In einer gestrigen Versammlung der Progressisten kündigte Prim die Krönung des Staatsgebäudes noch vor Ende des Monates Mai an, ohne jedoch anzudeuten, in welcher Weise dies geschehen soll. — Die päpstliche Regierung hält ihre Instructionen vom September 1869 an den spanischen Clerus über den Inhalt der Eidesformel aufrecht und ermächtigte denselben, den Eid zu leisten, sobald die Regierung erklärt haben wird, daß die Verfassung nichts gegen die Gesetze Gottes und der Kirche enthalte, wie dies auch im Jahre 1845 geschehen ist.

Bukarest, 26. April. Am Sonntag kamen in der Stadt Tekutsch bedauerliche Ausschreitungen gegen die Juden vor. Häuser wurden geplündert, die Synagoge entweiht. Gestern Abend erneuerten sich die Ruhestörungen, bei denen man fremde Anstifter vermuthet. Truppen sind nach Tekutsch abgesandt.

Constantinopel, 26. April. Der griechische Patriarch Gregorius hat einen zweiten, noch energischeren Protest gegen die Autonomie der bulgarischen Kirche erlassen. — Die Rede, die der Sultan

auf der Hohen Pforte hielt, war eine sehr bedeutsame. Abdul Aziz sprach viel von der fortschreitenden Prosperität des osmanischen Reiches und stellte der Türkei eine glänzende Zukunft in Aussicht.

Washington, 25. April. Hr. Curtin, der Gesandte der Vereinigten Staaten in Rußland, hat aus Anlaß der Anzeige vom Tode Hrn. Burlingame's dem Staatssecretär Fish seine Befürchtung ausgedrückt, Hrn. Burlingame's Mission möchte nun in brittische Hände fallen und künftige Verhandlungen dadurch eine für amerikanische Interessen minder günstige Richtung nehmen.

Bayerische Angelegenheiten.

— Da die Zöglinge der k. Pagerie dahier von den Blattern befallen wurden und dadurch die Dienstleistung der Pagen bei dem auf nächsten Samstag verlegten Hauptfeste des St. Georg-Ritterordens nicht thunlich erscheint, und da auch einer der Ordens-Candidaten durch Krankheit am Empfang des Ritterschlages verhindert ist, so haben sich Se. Maj. der König mit Bedauern veranlaßt gesehen, zu bestimmen, daß das Fest für heuer ganz abgesagt wird. — Mit der dießmaligen am 1. Mai beginnenden Blumen-Ausstellung in unserm Glaspalast wird ein Bazar zum Besten des „Vereins für freiwillige Armenpflege" verbunden, zu welcher von vielen Seiten und insbesondere auch von II. MM. dem König und der Königin-Mutter zahlreiche und werthvolle Gewinnste dem Verwaltungsrathe des Vereins zugestellt wurden. Damen der Vereinsmitglieder werden den Verkauf der Loose übernehmen.

— Das neue Wahlgesetz hat nicht verfehlt, in militärischen Kreisen lebhafte Anerkennung zu finden, nachdem es nun nach langen Kämpfen und Anstrengungen endlich einmal auch dieser Kategorie von Staatsbürgern gestattet ist, von den ihnen gesetzlich zustehenden Rechten Gebrauch zu machen. Abgesehen davon, daß nunmehr eine dem Wehrstande zugefügte große Ungerechtigkeit gehoben ist, wird auch die Armee ein regeres Interesse an den außer ihrem Wirkungskreise liegenden Staatsaktionen nehmen, und es wird das apathische Gehenlassen alles nicht Militärischen nach und nach der Theilnahme für das allgemeine Staatswohl weichen. Dadurch, daß der Wehrstand gegenüber den andern Staatsbürgern in seinen staatsbürgerlichen Rechten verkürzt erschien, war ein gewisses Unbehagen entstanden und künstlich eine Kluft geschaffen, die, wenn auch nicht besonders fühlbar, immer aber doch bestand. Durch das gemeinsame Zusammengehen aller Staatsangehörigen bei der Wahl derjenigen Organe, welche die einzige Volksrepräsentation bilden, gestaltet sich ein gegenseitiges Verhältniß, das so viele Berührungspunkte gibt, daß eine immer noch mögliche besondere Annäherung entsteht, ohne die berechtigten Eigenthümlichkeiten des Heeres zu schädigen. Wenn sich auch immer Männer fanden, welchen das Wohl der Armee am Herzen lag, und die nicht anstanden, für die berechtigten Forderungen des Wehrstandes eine Lanze zu brechen, so wird es doch immer von Vortheil sein, in der Volkskammer auch Abgeordnete zu haben, welche mit der Armee noch in innigster Verbindung stehen oder früher standen! es werden hiedurch manche unerquickliche Inkonvenienzen vermieden oder doch gemildert.

* Die klerikal-demokratische Agitation hat neuerdings bei uns auf ein Gebiet hinübergegriffen, auf dessen politische Unberührtheit jede Regierung mit Recht besondern Werth legt. Wir meinen das Gebiet des stehenden Heeres. Wie aus Regensburg telegraphisch zuverlässig gemeldet wird, ist man dort einer klerikal-politischen Propaganda unter der Besatzung auf die Spur gekommen, welche auf Niemand Geringeren zurückgeführt wird, als auf die Väter Jesu. Die betreff. Agitation wurde dort in der Weise betrieben, daß man den Soldaten Zettel zusteckte, in welchen sie um Mittheilung aller besonderen Vorfälle ersucht und dafür in aller Drangsal des besonderen Schutzes der ehrwürdigen Väter Jesu versichert wurden. Die Sache kam dadurch an den Tag, daß ein gleichfalls mit einem solchen Zettel betrauter Sergeant denselben seinem Vorgesetzten mittheilte.

(Dienstesnachrichten.) Se. Maj. der König hat dem Sekretär der Reg. von Schwaben und Neuburg, Alexus Lipp, den erbetenen Ruhestand auf Grund der nachgewiesenen Funktions-Unfähigkeit für immer bewilligt, den zeitlich quieszirten Stadtkommissariatsoffizianten von Augsburg, Joh. Gg. Eckhofer als Sekretär der Reg. v. Schwaben u. Neuburg reaktivirt; die an der Gewerbschule zu Straubing erledigte Lehrstelle für den landwirthschaftlichen Unterricht dem bish. Verweser derselben, Joh. Nep. Bauer übertragen; den bisherigen Rath am Handelsger. München l. d. J., Bez.-Ger.-Rath Vinz. Gresbeck auf Ansuchen seiner Stelle enthoben und zum Rathe am Handelsgerichte München l. d. J. den dort. Bez.-Ger.-Rath Jos. Roidl ernannt.

Durch Verfügung der Generaldirektion der k. Verkehrsanstalten wurden ernannt: zu Expeditoren in Iphofen der Amtsgehilfe O. Kininger in Nördlingen, in Windsfeld der Amtsgeh. L. Lauterbach in Nürnberg; zum Amtsgehilfen in Rosenheim Aspirant K. Gaißer. Versetzt wurden: die Expeditoren J. v. Daumiller von Windsfeld nach Solnhofen, A. Lutz von Dettelbach nach Dollnstein, P. Krumpp von Nordendorf nach Adelschlag, F. Kirschner von Iphofen nach Pappenheim, der Expeditor II. Cl. S. Rüber von Wettelsheim nach Gaimersheim, der Amtsgehilfe A. Haunreiter in Kufstein auf die Expedition II. Cl. Wettelsheim; der Eisenbahnassist. W. Rauchenberger von Nürnberg zum Rechnungs- und Revisionsbureau der Betriebsabth. der Generaldir.; der Amtsgeh. L. Lösch von Teisendorf nach Stierhof. — Durch Verfügung der k. Gen.-Zolladminstration wurde der Assist. Engelb. Schlimbach von Mittenwald nach Memmingen in gleicher Diensteseigenschaft versetzt, der Amtsdiener Fz. Zimmermann von Lindau zum fungir. Assist. des Hauptzollamtes Mittenwald und der sustent. Grenzaufseher Ludwig Haslbauer von Untergriesbach zum Amtsdiener des Hauptzollamtes Lindau berufen.

Lokales und Provinzielles.

München, 28. April.

× In der letzten öffentlichen Sitzung der hiesigen Lokal-Schulkommission kam noch eine Beschwerde der Gastwirthseheleute Menter in Haidhausen gegen die Lehrerin Illing an der Klosterschule zum guten Hirten daselbst zur Erörterung, welche vor den Schulkindern beleidigende Aeußerungen politischer und religiöser Natur gegen die Eltern der kleinen Menter gethan haben soll, welche zu bestätigen letztere von der Frl. Illing stets aufgefordert worden sein soll. Diese Aeußerungen sollen gewesen sein: Gelt, bei Euch liest man schlechte Blätter, hält keinen Fasttag, hält keine Sonntagsfeier. Die Disciplinaruntersuchung, welche vom Herrn Rechtsrath Schrott geführt wurde, hat nun herausgestellt, daß diese Aeußerungen nicht gerade in der angegebenen Form gemacht wurden, es hat sich aber durch dieselbe die moralische Ueberzeugung festgestellt, daß die Lehrerin in der Schule und wohl namentlich beim Religionsunterricht und bei moralischen Vorträgen die Gelegenheit benützte, gerade die Menter immer zum Zeugnisse für das Vorgetragene aufzufordern, sobald der Gegenstand in Beziehung zu den Familien- und Gewerbsverhältnissen der Eltern des genannten Mädchens stand, oder gebracht werden konnte; denn diese waren ihr ebenso, wie die feindlichen Verhältnisse der Illing'schen und Menter'schen Familie wohl bekannt. Die Menter verstand diese Manoeuvers wohl und hinterbrachte Alles ihren Eltern. Die Vernehmung der kleinen Menter ergab noch, daß die Lehrerin auch einmal, als jene etwas ungestüm in die Schule trat, vor den Kindern äußerte: „du stammst halt von gemeinen Leuten ab!" — Die Lehrerin stellte anfänglich alle diese Aeußerungen in Abrede, gab aber, nachdem die Schülerin des IV. Kurses, Josepha Schwarz ebenso entschieden ausgesagt hatte, daß die Lehrerin sich der von der Menter angegebenen Worte bedient habe, zu, daß sie möglicher Weise gesagt habe: „du bist halt ein gemeines Mädchen." Hier meinte Referent, sei die Annahme wohl gerechtfertigt, daß die letzte Aeußerung in der von den Kindern angegebenen Form gethan worden sei, die eine Beleidigung für die Eltern enthalte und er beantrage daher, daß der Lehrerin Illing wegen ihres Verfahrens ein Verweis ertheilt werde. Nach längerer Debatte, bei welcher sich die HH. Billing und Erhard warm für den Antrag des Referenten aussprachen, während namentlich die HH. Pfarrer Westermaier und Sallinger gegen einen Verweis und für eine Ermahnung sich äußerten, wurde letztere bei der Abstimmung mit 15 gegen 13 Stimmen beschlossen.

ę (Aus der Sitzung des Gemeindecollegiums.) Heute kam die Angelegenheit der Verpachtung jener Wiesen, auf denen seiner Zeit das Schlachthaus und der Viehmarkt zu stehen kommen soll, zur Verhandlung. Rechtsrath Badhauser, welcher der Sitzung anwohnte, trug zur Rechtfertigung des betreffenden Magistratsbeschlusses, diese Wiesen pro 1870 an Metzger Schmidtbauer um 170 fl. zu verpachten, vor, was er in dieser Beziehung schon in der Magistratssitzung gesagt, (siehe Nr. 109 des südd. Tel.) und betonte noch, daß bei diesen Verpachtungen die odiose Bedingung, daß für den Fall des Gebrauches der Gründe Seitens des Magistrates, der Pacht sofort aufhöre, die Erzielung besserer Pachtschillinge schwer mache, und weist den Ausspruch des Hrn. Brey, er (Badh.) habe unverantwortlich gehandelt, entschieden zurück. Ref. Dr. Winterhalter sucht durch eine sehr eingehende Darstellung der Sachlage nachzuweisen, daß das Vorgehen des Magistrates kein ganz correktes gewesen sei. Hr. Brey erklärt, er habe jene Aeußerung nur mit dem Vorbehalte gemacht, daß wirklich Alles so sich verhalte, wie damals der Referent angegeben habe. Dr. Aub ist sehr erfreut, daß diese Angelegenheit öffentlich besprochen wird, weil es so dem Gemeindecollegium zu zeigen möglich wird, daß es nur Wahrheit und Recht wolle. Redner beantragt, dem Magistrate gegenüber in der vorliegenden Sache auszusprechen, daß man nur die Ausschreibung der Verpachtung als correkt anzusehen vermöge und das Verfahren des Magistrates nicht für das richtige halten könne, und daß man für die Zukunft den Abschluß aller Verpachtungen auf dem Wege der öffentlichen Versteigerung wünsche. — Nach Antrag des Vorstandes Dr. Erhardt ward nur der letzte Wunsch angenommen. — Der Antrag J. Knorr's auf Herstellung stenographischer Sitzungsprotokolle wurde abgelehnt.

— In der Nacht vom 26. auf 27. lfd. Mts. wurde den zwei Oekonomen Lichtinger und Lermer von **Alburg** die auf den Feldern, wie üblich, zurückgelassenen Eggen und Walzen von heimkehrenden Bauernburschen — wahrscheinlich von Pöning — gänzlich zertrümmert. Damit nicht genug — haben diese liebenswürdigen Buben die zerstörten Geräthe von den Feldern weggeschleppt und so an der schmalsten Stelle der Straße aufgehäuft, selbstverständlich die Zähne der Eggen nach oben, so daß es nur einem glücklichen Zufalle zu danken ist, wenn kein größeres Unglück passirte. Man ist manchmal versucht zu bedauern, daß die Prügelstrafe für unsern Kraftadel nicht mehr zu Recht besteht.

Erlangen, 27. April. Gestern Nachmittags fand circa ½ Stunde von hier bei Buckenhof ein Waldbrand statt, bei welchem circa 16 bis 19 Morgen Wald, meist ganz junges Holz, beschädigt wurden. Ueber die Entstehungsursache ist nichts bekannt.

Fürth, 27. April. Während des schweren Gewitters, das sich diesen Morgen über unsere Stadt entlud, zündete der Blitz an einem Wohnhause in der mittleren Stadt; das hell emporlodernde Feuer wurde durch die rasch herbeigeeilte Feuerwehr bald gedämpft. In einem Hause der oberen Stadt (der katholischen Kirche gegenüber) richtete ein sog. kalter Schlag einige nicht unerhebliche Beschädigungen an. (Auch in Nürnberg hat der Blitz in einem Hause der Winklerstraße, eingeschlagen, jedoch ohne zu zünden.)

Kaisten. Vor einigen Tagen fand man dahier beim Abbruche eines Hauses, an dessen Stelle das neue Pfarrhaus dahier kommen soll, im Vorplatze gegen 800 fl. vergraben, in grober Münze, meist neueren Gepräges, woraus zu schließen, das das Geld erst 1866 vergraben wurde, wo die Preußen im Anzuge waren.

— Das Kreiskomité des landwirthschaftlichen Vereins in Schwaben hat bei dem Generalkomité des landwirthschaftlichen Vereins zur Vorlage an das einschlägige Ministerium eine Vorstellung gegen die im Entwurfe des neuen Tax- und Stempelgesetzes vorgesehenen und hauptsächlich den Grundbesitz betreffenden erhöhten Taxen bei Verträgen, Vergleichen und Versteigerungen, welche auf Immobilien Bezug haben, eingereicht.

Gerichtssaal.

s **München,** 27. April. Vor dem Stadtgerichte München fand heute Verhandlung einer Klage des Bürgermeisters Mertel in Kronach gegen den Pfarrer Zucker in Neufang wegen mehrerer in Aufsätzen des Volksboten verübter Ehrenkränkungen statt. Der Beklagte, welcher sich jüngst in einem mit der effektvollen Unterschrift „Pfarrer, Patriot und einstimmig gewählter Wahlmann" versehenen offenen Brief auch an dem Abgeordneten Hrn. v. Schauß gerieben hatte, scheint nicht vollkommen zurechnungsfähig zu sein. Die Ausdrücke, um welche es sich handelte, sind so trivial und unwürdig, der Styl der Aufsätze ist so possenhaft und abeschmackt, daß der Richter in seinem verurtheilenden Erkenntniß mit Recht hervorheben konnte, es liege offenbar ein strafmildernder Grad von krankhafter Gereiztheit auf Seite des Beklagten vor. Hr. v. Schauß, welcher den Kläger vertrat, machte auf ein Vertrauensvotum aufmerksam, welches beide Gemeindekörper jüngst dem Bürgermeister Kronachs votirten und äußerte, daß es sich demnach weniger um eine Satisfaktion für die von Hrn. Zucker nicht anfechtbare Ehre des Hrn. Mertel handle, als um einen Fingerzeig für den Hrn. Pfarrer, daß auch er in seiner sublimen Stellung als „Patriot und einstimmig gewählter Wahlmann" den Gesetzen und Gerichten, welchen er mit der Bezeichnung „neubayerische Justiz" gleichsam den Gehorsam aufgekündet habe, unterworfen sei. Es scheint, als ob die Disziplinargewalt über die Diözesangeistlichkeit Bambergs höchst schwach verwaltet werde, denn der von Hrn. Zucker in seinen Artikeln „Vom Walde" angeschlagene Ton, zeigt von einem so geringen Grad von Bildung und so niedriger Gesinnung, daß Hr. Zucker weder der Kirche zur Freude, noch seinen Standesgenossen zur Ehre gereichen kann.

λ. **München,** 27. April. (Schwurgericht.) XIII. Fall. Am 19. Dezember v. Js. ging die ledige, 20 Jahre alte Näherin Elise Bromberger aus Kleinweil, Nachmittags 4 Uhr von einem Besuche ihrer Schwester zu Schlehdorf nach Hause, als ihr der heutige Angeklagte, der 19jährige Wagnerssohn Mich. Oswald aus Schlehdorf nachlief, sie eine Zeitlang herumzerrte und ihr unsittliche Anträge machte, dann aber, als sie ihm kein Gehör gab, packte zu Boden warf und zu überwältigen suchte. Das Mädchen wehrte sich kräftigst und schrie, und Oswald ergriff, als eine Mannsperson sich näherte, die Flucht. In Berücksichtigung des Umstandes, daß Oswald stark betrunken war, wurde derselbe zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilt. — XIV. Fall. Der Angeklagte Andr. Grießer, led. Dienstknecht von Marglonn (Oesterreich), befand sich am 5. Sept. v. Js., Nachmittags mit mehreren Kameraden in der Eisenbahnrestauration zu Teisendorf, wo sie gehörig zechten. Als sie Abends das Wirthshaus verließen, fielen auf dem Heimwege Stichelreden zwischen ihnen, sie rühmten sich gegenseitig größerer Kraft und so entstand ein Wortwechsel zwischen ihnen, der aber bald wieder beigelegt wurde. Da zog plötzlich ganz ohne jede Veranlassung der Andr. Grießer sein Messer und hieb auf die beiden Burschen Johann und Math. Waldhuter ein. Johann Waldhuter machte noch einige Schritte und sank dann schwerverletzt zusammen — er hatte 8 Stiche, darunter einen in den Unterleib erhalten, bedurfte 68 Tage zur Heilung und behielt einen Leistenbruch — während der leichter verletzte Math. Waldhuter (der in 21 Tagen wieder hergestellt war) nach dem nahen Ufering lief, um die Transportirung des Joh. Waldhuter zu veranlassen. Grießer ist der That geständig, sucht sich aber durch seinen Rausch zu entschuldigen; er wurde deßungeachtet im Sinne der Anklage schuldig erklärt und zu 6 Jahren Zuchthaus verurtheilt.

— 28. April. XV. Fall. Der ledige Zimmergeselle Gg. Pfaller von Ingolstadt befand sich am 8. Sept. v. Js. Abends gegen 7 Uhr im Neuwirthsgarten zu Grafing und gerieth dort mit dem Eisenbahnarbeiter Mich. Kroner von Plattling wegen eines Spieles in Wortwechsel. Kroner zog sofort sein Messer, worauf zwei andere Eisenbahnarbeiter eine Banklehne abbrachen und auf Kroner losschlugen. Pfaller hatte sich inzwischen ruhig an einem nahe am Gartenausgange befindlichen Tisch gesetzt. Bald kam Kroner mit gezücktem Messer auf ihn zu und stach ihn, während derselbe zur Abwehr nach Kroner schlug ohne ihn zu treffen, in den linken Oberschenkel, wodurch trotz sorgsamster Pflege Pfaller länger als 60 Tage arbeitsunfähig war. Kroner gesteht die That zu, gibt aber an, daß er in Nothwehr gehandelt habe, indem er erst außerhalb des Gartens mit dem Messer zugestochen habe,

nachdem er von mehreren Gästen, darunter auch Pfaller, angegriffen und zu Boden geschlagen worden sei. Die Unwahrheit dieser Aussage wird durch eine Reihe von Zeugen dargethan, welche mit Pfaller am selben Tische saßen und deponiren, daß Kroner den Pfaller angegriffen habe. Kroner berief sich in seiner Untersuchung auf die Aussagen seiner heutigen Mitangeklagten, der Eisenbahnarbeiter Mich. Stelzl, led. Maurer und Xaver Pitzenhauser, led. Seilergeselle, beide von Plattling, welche die Richtigkeit seiner Depositionen darthun sollten, und Stelzl gab auch bei seiner eidlichen Vernehmung an, Kroner habe erst außerhalb des Gartens, nachdem er angegriffen und zu Boden geschlagen worden war, mit dem Messer zugestochen und Petzenhauser beeidigte, Kroner habe im Garten sein Messer nicht gebraucht; wenn derselbe zugestochen hätte, so hätte er (Petz.) es sehen müssen. Wegen dieser mit den übrigen Zeugenaussagen in direktem Widerspruche stehenden Angaben stehen Stelzl und Petzenhauser unter der Anklage des Meineides vor den Geschwornen, und geben auch zu, daß Kroner sie um ihre Zeugschaft angegangen, aber nicht darüber belehrt habe. (Schl. f.)

Handel und Verkehr.

Karlsruhe, 26. April. Dem Vernehmen nach wird beabsichtigt, im Lande eine Aktienhypothekenbank zu gründen, da es sehr wünschenswerth ist, den Bodenkredit zu heben und dem Landmann die durch die hohen Zinsen der fremden Staatseisenbahnpapiere verminderte Möglichkeit, auf seinen Grund und Boden Kapitalvorschüsse zu erhalten, durch ein besonders hiezu bestimmtes Institut wieder zu geben. Das Unternehmen würde auf allseitigsten Antheil rechnen dürfen.

Die neueste Arbeitseinstellung der Zimmergesellen in **Hamburg** ist ihrer Ursache wegen zu bemerkenswerth und gleichzeitig für die Bestrebungen der Arbeiterführer zu bezeichnend, als daß sie mit Stillschweigen übergangen werden könnte. Die Zimmergesellen Hamburgs nämlich verlangten, daß kein auswärtiger Bauarbeiter eher beschäftigt werden solle, als bis alle hamburger Zimmerer vorher mit Arbeit versehen sind. Glaubt man sich nicht mit einem Schlage in die volkswirthschaftlich unmündigste Zeit mittelalterlichen Zunftwesens hinein versetzt? Also nach dem Weichbilde jeder einzelnen Stadt soll das „Recht auf Arbeit“ bemessen werden. Und das mitten in unserer Zeit der Freizügigkeit und der Gewerbefreiheit! Die moderne Industrie auf den freiesten Verkehr nicht nur im Inlande, sondern auf die Erweiterung des internationalen Arbeitsmarktes angewiesen, soll wiederum, wie vor Jahrhunderten durch den Schlagbaum eines Stadtgebietes eingedämmt werden. Wahrlich, wäre die Thatsache nicht so ernst, man wäre versucht, über die Thorheit derer zu spotten, die dieses Mittel zur Besserung der Lage der arbeitenden Klassen ersonnen. An sich ist dieser Strike in Hamburg bedeutungslos. Von Bedeutung ist nur, daß derlei Bestrebungen überhaupt Boden gewinnen konnten inmitten unserer deutschen Arbeiter, deren Intelligenz man allerwärts rühmt. Hoffentlich werden diese schutzzöllnerischen Bestrebungen der allerschlimmsten Art an dem gesunden Sinn derjenigen Arbeiter, die für die Freiheit des Einzelnen und für die Gerechtigkeit gegen Andere Sinn und Verständniß sich erhalten haben, zu Schanden werden. Und wenn sie nicht um der Gerechtigkeit willen solche Zumuthungen zurückweisen, so müssen sie es im eigenen Interesse thun. Denn nicht gebessert wird die Lage des Arbeiters durch ein derartiges Absperren, sondern verschlimmert und herabgedrückt zu einer freiwilligen Hörigkeit, zu einem freiwilligen Gebanntwerden an die Scholle, auf welcher er geboren ist.

Feuilleton.

Die Lehraufgabe der Agricultur-Chemie.

(Aus einem Vortrage von Professor Dr. Ph. Zöller in Erlangen.)

(Schluß.) Wir wissen hierüber nur im Allgemeinen, daß Licht, Wärme, Feuchtigkeit u. s. w. nothwendige Bedingungen des Pflanzenwachsthums sind, aber in welchem Abhängigkeitsverhältnisse das letztere zu den einzelnen Wachsthumsbedingungen steht, wie es sich ändert, wenn eine der Bedingungen wechselt, darüber ist nichts festgestellt. Und doch hat man solche Versuche als bedeutungsvoll für Wissenschaft und Praxis vorgeschlagen und sich vermessen, durch einfache Bestimmung der Wachsthumsfactoren, selbst nach den jetzigen so mangelhaften Methoden, die sich an den verschiedenen Versuchsarten ergebenden Versuchsresultate zu erklären. Mit anderen Worten: „man will aus einer großen Anzahl von Unbekannten, ohne auch nur eine einzige Gleichung zu besitzen, etwas Sicheres ableiten.“ Es ist klar, die Bekanntschaft mit den Ursachen und Gesetzen, welche die Pflanzen- und Thierproduction bedingen und beherrschen, ist für den Landwirth von der höchsten Wichtigkeit; die Macht über seine Production ist ja von einer solchen Bekanntschaft abhängig. Diese Ursachen und Gesetze zu vermitteln, sowie den Weg zu zeigen, der zu ihrer Feststellung führt, ist aber die Lehraufgabe der Agricultur-Chemie. Es ist in der That nothwendig, daß der Landwirth nicht allein die gesetzmäßigen Beziehungen zwischen den Entwicklungsbedingungen der Pflanzen und Thiere kennt, sondern auch die naturwissenschaftliche Methode, um diese Entwicklungsbedingungen zu bestimmen. Denn nur indem er sie bestimmt und in Rechnung setzt, wird es ihm möglich sein, die für ihn hochwichtige Frage zu lösen: ob unter den local gegebenen Verhältnissen diese oder jene landwirthschaftliche Production möglich und nutzbringend ist. Wie man sieht, die Agricultur-Chemie erfüllt die beiden Anforderungen, welche an eine Universitätswissenschaft gestellt werden; sie umfaßt ein selbstständiges Forschungs- und Lehrgebiet. Ihre Forschungsthätigkeit äußert sich schon seit geraumer Zeit an allen Universitäten. Aber auch eine wirksame Lehrthätigkeit wird ihr eben an den Universitäten eröffnet. Und mit Recht! Die Agricultur-Chemie ist die Basis der rationellen Landwirthschaft, die Landwirthschaft aber das Fundament, auf welchem das Staatsgebäude sicher ruht.

Gegen die Gesellschaft Jesu.

Seit zweihundert Jahren ist kein religiöses Institut das Object so nachhaltiger und ununterbrochener Angriffe, wie die Gesellschaft Jesu. Helvetius hatte vielleicht Recht, als er berechnete, daß von den im Zeitraume von 1700 — 1773 erschienenen anti-katholischen Schriften zwei Drittheile gegen die Jesuiten gerichtet waren. Als Pius VII. mit der Bulle: „Sollicitudo omnium ecclesiarum“ vom 7. August 1814 die Restituirung der Gesellschaft Jesu aussprach, regte sich sofort die antijesuitische Literatur wieder und ist seither — unbeschadet der Ebbe und Fluth der politischen Verhältnisse Europas — in stetem Wachsen begriffen. Die vier Werke: „Studien über das Institut der Gesellschaft Jesu“ von Dr. Eberhard Zirngiebl; „Die Moral-Theologie des Jesuiten Gury“, beleuchtet von Dr. A. Keller; „Lob und Schimpf des Jesuiten-Ordens“ von Dr. Franz Huber; „Die Jesuiten,“ Geschichte und System des Jesuiten-Ordens von Paul E. F. Hoffmann, zeichnen genau die heutige literarische Agitation gegen die Jesuiten. Das gelehrte Werk, die Frucht langjähriger Studien, die Monographie über einen hervorragenden Casuisten, der geschichtliche Abriß, endlich das für die mittleren und unteren Stände bestimmte, populär geschriebene Sammelwerk — alle vier Bücher haben dieselbe humane Tendenz, Gebildete und Ungebildete, Hohe und Niedere aufzuklären und wachzuerhalten über und gegen den gemeinsamen Feind aller Confessionen, den ärgsten Verderber des Friedens in Staat und Familie — den Orden Jesu. Alle vier Werke sind, was natürlich betont zu werden verdient, durchaus nicht anti-katholisch; ihre Verfasser bemühen sich, jeder in seiner Art, auf den großen Unterschied zwischen Katholicismus und Jesuitismus aufmerksam zu machen.

In dem Kampfe, der in unseren Tagen von Rom aus gegen die Ideen des modernen Staates geführt wird, spielen die Jesuiten eine wichtige Rolle, und ein allfälliger Sieg der Reaction würde der Societät Jesu den Löwenantheil der Beute sichern. Das historische Wort des Papstes Clemens VIII.: „Die Jesuiten wagen Alles, ja Alles!“ hat in unseren Tagen die weitreichendste Bestätigung erhalten, da die Jesuiten eines ihrer ältesten Ordensdogmen, das von der Infallibilität des Papstes, der gesammten katholischen Christenheit aufzudrängen versuchen und zur Erreichung dieses Zweckes einen wahrhaft unerhörten Terrorismus auf die jetzt in Rom tagende Kirchenversammlung ausüben. Die päpstliche Infallibilität war der Gesellschaft Jesu immer geläufig;

schon vor zweihundert Jahren predigte der Jesuit du Hamel in der Kathedralkirche von Clermont: „Wie die Sonnenuhr die untrügliche Regel für die anderen Uhren ist, so ist der Papst der in Glaubenslehren untrügliche Sonnenzeiger der Kirche. Ehe der Papst eine falsche Lehre aufstellte, was unmöglich ist, würde er entweder seine Ansicht ändern, wie Vigilius, oder der heilige Geist würde sich ins Mittel legen durch Ausdrücke, durch welche er ihn die Wahrheit sagen ließe, oder der Papst würde eines plötzlichen Todes sterben, ehe er einen Irrthum ausgesprochen.“ Bellarmin ging noch weiter und behauptete, selbst die Sünde, wenn vom Papst geboten, würde zur Pflicht. Auf dem Concil von Trient widersprachen die Jesuiten Lainez und Salmeron entschieden jeder Decentralisation der Kirche, und als das Kirchenregiment zur Sprache kam, die Frage zwischen Absolutismus und Constitutionalismus, zwischen Papstthum und Episcopat, zwischen Romanismus und nationalem Kirchenthum zur Entscheidung drängte, waren es wieder die Jesuiten, die der päpstlichen Alleinherrschaft zum Siege verhalfen. Damals wie auf dem gegenwärtigen Concile bot die Frage über den Ursprung der bischöflichen Gewalt, ob sie unmittelbar von Gott oder aus einer Zwischenübertragung durch den Heiligen Stuhl stamme, den Jesuiten das Pivot zu weittragenden Anschlägen. Lainez vertheidigte den Satz: „Die Einsetzung der Bischöfe ist nicht unmittelbar göttlichen Rechtes; die kirchliche Autorität muß sich unbedingt in der des Papstes concentriren, welcher sie theilweise mittheilt.“ Der Societät war, wie die Geschichte bewies, um die Selbstherrlichkeit des Papstthums nur insoferne zu thun, als sie an Einfluß und Unabhängigkeit dadurch gewann. Dieser ungemessene Herrschensdrang brachte naturgemäß der Gesellschaft der katholischen Kirche selbst gerechte Feindschaft ein. Die protestantischen und die atheistischen Schriftsteller haben wohl nie den Jesuiten so bittere Dinge gesagt, wie sie solche gerade von gut katholischer Seite hören mußten. Die Streitschriften der Augustiner und Dominicaner, die Schriften von Clemens Scotus und jenem Bischofe M. Cano, der sie „andächtige Schmeichler, hochmüthige Bettler, wandelbare Lehrer, aufgeblasene Demüthige, süßliche Verläumder, habsüchtige Beichtiger, Väter der Verderbniß, Kinder der Ungerechtigkeit“ nannte, sind auch nicht vergessen. Die Gesellschaft wußte aber immer durch römische Machtsprüche dahin zu wirken, daß der Widerhall, den solche Stimmen fanden, unterdrückt wurde. Brauchten doch die Päpste das Heer der Autorität zum Kampfe gegen die Reformation, um, wie der Jesuit Buß offen gestand, das römische Princip in das germanische Volksthum einzuführen. Wäre die Gesellschaft Jesu mit ihren Mitgliedern nicht nach Deutschland eingedrungen, bemerkt Dr. Zirngiebl treffend, sicher hätte die Kirche Deutschlands im nationalen Bewußtsein einen endgiltigen, friedlichen Abschluß gefunden. Waren doch selbst die Ahnherren eines Maximilian I. und Ferdinand II., der Bayernherzog Albrecht V. und der Kaiser Ferdinand I., wie ihr Vorgehen auf dem Tridentiner Concile beweist, vom Geiste der Reformation angehaucht; und glänzte doch der deutsche Episcopat auf demselben Concile fast einzig nur durch seine Abwesenheit. Kaiser Maximilian erhob sich sogar bis zur Ueberzeugung, daß beide Bekenntnisse neben einander wohl bestehen können, ja daß es wohlgethan sei, sie bestehen zu lassen. Da traten die Jesuiten dazwischen, hintertrieben alle Concessionen, opponirten selbst gegen den von Ferdinand I. arrangirten Religionsfrieden, indem sie Papsteswort über Kaiserwort setzten und gegen den Protestantismus in ihren Schulen und Congregationen, an den Höfen und auf ihren Missionen den Kreuzzug predigten. Sie vermengten Christi Liebeslehre mit Fanatismus, Christi Geisteslehre mit Anthropomorphismus; sie machten die christliche Lehre dem sinnlichen Menschen gerechter als dem geistlichen, dem Papste gerechter als der Kirche, d. h. der Gesammtanschauung der Gläubigen. (Schluß folgt.)

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 27. April. Wochenausweis der Südbahngesellschaft. Die Einnahme vom 16. bis 22. April betrug 473,344 fl.; es ergab sich somit eine Mindereinnahme von 148,875 fl. gegen die gleiche Woche des Vorjahres.

Wien, 28. April. Ein Artikel der Presse dementirt entschieden die Pariser Nachricht, daß das Wiener Kabinet die Wiederaufnahme der Polenfrage beabsichtige. — Der Justizminister erließ anläßlich der Amnestie über Preßvergehen ein Rundschreiben an die Oberstaatsanwaltschaften, worin er hervorhebt, daß, nachdem bezüglich der Vergangenheit Milde geübt worden, für die Zukunft dem Gesetze in vollem Umfange Geltung verschafft werden muß. Der Justizminister hofft, die Preßjury werde ihren Beruf richtig auffassen.

Bukarest, 27. April. Die Ordnung ist wieder hergestellt. In Tekutsch wurden mehr als 40 Ruhestörer verhaftet. Sämmtliche bisher Verhaftete sind Ausländer.

Madrid, 27. April. Am Dienstag Abends fanden Ruhestörungen in Alcala und Selva statt. In der Provinz Teruel, und zu Santiago in Galizien wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die Ordnung ist hergestellt.

Athen, 27. April. Der Kriegsminister Soutzos nahm wegen der Räuberaffaire seine Entlassung. Die Köpfe der Räuber wurden öffentlich ausgestellt.

New-York, 27. April. In Richmond (Virginien) stürzte gestern während der Sitzung der Legislative der Fußboden der Gerichtshalle ein. Vierzig Personen, darunter Deputirte, blieben todt; 150 Personen wurden verletzt.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 28. April (Schlussc.)

Wechsel auf London	119 5/8	Oest.-franz. Staatsbahn	369 1/4
" " Paris	94 7/8	Bayr. Ostbahn-Actien	120 3/4
" " Wien	96 1/4	Elisabeth-Prior. I. Em.	77
5 proc. bayr. Anleihe	101	4% bayer. Prämien-Anl.	105 7/8
4 1/2 " " "	92	Bad. Präm.-Anleihe	104 1/4
4 " " Grundrente	86	Oesterr. Loose v. 1860	77 1/8
4 " " Obligat.	85 1/2	" Loose v. 1864	——
5 proc. österr. Metall. engl.	——	Alsenzbahn	——
5 " " National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	66 7/8
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	186 1/8
1882er Amerikaner	95 1/8	Napoleons	9.30
Oesterr. Bank-Actien	684	Rente Silber 57 1/8, Pap. 49 1/4	
" Credit-Actien	258 3/4	fran. Handelsbank	—

Wien, 28. April. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	69.90	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
" fl. 500 Loose von 1860	95.60	Steuerfr. Metall. von 1864	—.—
" fl. 100 Loose von 1864	117.40	Napoleons	9.87 1/2
Oesterr. Bank-Actien	711.—	Wechsel auf Augsburg	102.65
" Credit-Actien	258.80	" " London	123.60
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	384.—	" " Paris	49.05
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	" " Frankfurt a. M.	102.90
" " Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	195.40
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 295.—Pap.-R.	60.60

Berlin 28. April (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	46 3/4	Lombarden	107
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	105 1/4	Italienische Anleihe	55 3/8
4 1/2 " " Anleihe	—	1882er amerikanische Bonds	95 3/4
Bad. Prämien-Anleihe	104 1/2	5 proc. preuss. Anleihe	101 1/4
Darmstädter Actien	127 1/4	4 1/2 " " "	92 1/2
Oesterr. Credit-Actien	148 1/4	Wechsel auf Augsburg	56.22
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	212	" " Frankfurt	56.24
Staatsbahn-Prioritäten	293 1/2	" " London	6.23 1/2
Oest. fl. 500 Loose von 1860	78	" " Paris	80 5/8
" fl. 100 Loose von 1864	64 1/8	" " Wien	81 1/4
5 proc. östr. National-Anl.	——	matt.	

New-York, den 27. April. Gold 114 3/4. Wechsel in Gold 109 1/8 Bonds per 1882 115 1/4. Baumwolle 23 1/8. Petroleum 26 1/4.

Liverpool, den 27. April Schlussbericht. Heutiger Umsatz 10 000. Orleans 11 3/8. Middling amerikanische 11 1/8. Fair dhollerah 9 1/2. Middling fair dhollerah 9 1/4. Good middling dhollerah 8. Fair Bengal 8 1/4. Fair Omra 9 5/8. Pernam 11 1/4. Smyrna 10 1/4. Egyptian 12 1/2. Amerik. per März-April —. Dhollerah per Mai —. Omra 10. Tages-Import 21764 davon Ostindische 7283. Tendenz: ruhig.

Manchester, 26. April. (Garnmarkt.) 12er Water Rylands 11 1/2 12er Water Taylor 10 1/4. 20er Water Mycholls 14 1/4. 30er Water Gidlow 15 5/8. 30er Water Clayton 16 1/4. 40er Mule Mayoll 15 1/8. 40er. Medio Witkinson 17 1/4. 36er Warpcops Qualität Rowland 16 1/4. 40er Double Weston 16 3/4. 60er Double Weston 19 1/2. Printers 16/16 24/50 8 1/2 Pfd. 141 Ruhig. sehr fest.

Curse des Münchener Handelsvereins vom 28. April 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. 3½% Obl.	fl. 1000	81½	
4% ganz. Obl.	1000	86⅛	85¼
4% halbj. Obl.	1000	86⅓	85¾
4% Grundr.-Obl.	1000	86⅛	
4½% ganzj. Obl.	1000	92¼	91¾
4½% halbj. Obl.	1000	92¼	92
4½% „Milit. „	1000	92¼	92
5% Obl.	1000	101¾	
4% Münch. Obl.	1000	85½	85
5% „ „	1000	101	
4½% Ostbahn-Aktien		120¾	120⅜
4% Alsenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung		86½	
dto. volle		86½	
Pfdbr. d. bayer. Hyp.-u. W.-Bank à fl. 1000		90⅛	90⅜
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.			99⅞
Aktien		826	
Bayer. Handelsbank-Act.		98	
„ Vereinsbank		119	118½
Württemberg. 4½% Obl.			
Oesterreich 4⅕% Silb.-Rte. 0/7		57½	
„ Pap.-Rte „			
5% Nation.-Anl. 5/6			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à 116⅔			
5% Met. Stfr. v. 1866 0/7			
Oest. Bank-Aktie			
„ Cred.-Aktien		259	258¾
Oest.-franz. Stsb.-Aktien			370

	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb. „	157	186½
Preußen. 4½% Obl.		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. 2½	95	94⅞
„ 1884 „	94	
„ 1885 „	94⅛	
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe à Rtl. 100	106	105½
4% Bad. „ „	104½	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	6½	
Pappenheimer dto.	5¾	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose	18½	18¼
Oester. 1854er Loose à fl. 250 5/6		
„ 1860er „ à fl. 500 0/7		
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred Loose		
Diverse Effekten. Actien der		
Maximilianshütte		360
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		124
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor	95	
Chemische Fabrik Heufeld		76
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn		
„ Siebenbürger Bahn		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. 1. Em. 6/7		
dto. II. „		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn „	78	

		Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn „		80	
„ Siebenbürger Bahn „			
„ d. Böhm. Westbahn „			
„ Alföld Fiumander Bahn „			
Wechsel.			
Amsterdam fl. 100 holl.	K. S.	100¾	
	L. S.	100⅜	
Augsburg fl. 100	K. S.		
	L. S.	100	
Berlin Rthlr. 60	K. S.	105	
	L. S.	105	
Frankfurt fl. 100	K. S.	100	
	L. S.	100	
Hamburg M.-B. 100	K. S.	88¾	
	L. S.		
Leipzig Rthlr. 60	K. S.	105	104¾
	L. S.	105⅛	
London Pfdst. 10	K. S.	119¾	119⅝
	L. S.	119¾	119⅝
Paris Fr. 200	K. S.	94⅞	94⅝
	L. S.	94⅞	
Wien fl. 100	K. S.	96⅜	
	L. S.	96⅛	
Bank-Disconto für Platz-Wechsel			
„ „ Lombard.			
Geldsorten.			
Preuß. Friedrichsd'or		9.59	9.58
20 Francs Stücke		9.30	9.29
Preuß. Cassen-Scheine		105⅛	104⅞
Oest. Banknoten		96¾	96½

Münchener Handelsverein.

Die Bayerische Vereinsbank emittirt bekanntlich seit kurzer Zeit verschiedene

Kassa-Scheine,

davon dienen namentlich die unverzinslichen, bei Vorzeigung zahlbaren, in Beträgen von fl. 100 und fl. 1000 ausgegebenen Stücke zur Erleichterung des Verkehrs.

Wir proponiren deshalb unseren Mitgliedern dieselben usancemäßig gegenseitig an Zahlungsstatt nehmen zu wollen.

München, 22. April 1870.

(1134

Die Vorstandschaft.

Kgl. Hof- u. National-Theater.

Freitag den 29. April.

70. Vorstellung im Jahres-Abonnement.

Neu einstudirt:

Orpheus und Eurydike.

Oper in drei Aufzügen nach dem Französischen des Moline von Sander.

Musik von Ritter von Gluck.

In Scene gesetzt vom k. Regisseur Herrn Dr. Grandauer.

Personen:

Orpheus . . . . Frl. Ritter.
Eurydike . . . . Frl. Kaufmann.
Eros . . . . Frl. Leonoff.
Volk. Schäfer und Schäferinen.
Götter der Unterwelt; Lemuren, Schatten; Selige Geister.

Die Gruppirungen des Ballets, von dem k. Balletregisseur Herrn Fenzl arrangirt, werden ausgeführt von den Damen Ott, Maier, Berger und dem Balletcorps.

Die Kasse wird um ½6 Uhr geöffnet.

Anfang ½7 Uhr. Ende nach 9 Uhr.

Preise der Plätze: Ein Galerienoble-Sitz 2 fl. — kr. Ein Parket-Sitz 1 fl. 30 kr. Parterre — fl. 48 kr. Gallerie fl. — 18 kr.

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer. — Druck der E. Stahl'schen Buchdruckerei.

Süddeutscher Telegraph.

Abonnementsgebühr:
Man abonnirt bei allen königlichen Postämtern, in München bei der Expedition Residenzstraße 23/0; der Abonnements-Preis beträgt jährlich vier, per Quartal Ein Gulden.

III. Jahrgang.

Ausgabezeit Abends halb 7 Uhr.

Einrückungsgebühr
für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum für Bayern 4 kr., für das Ausland 6 kr., Inserate von auswärts nehmen außer der Expedition entgegen die HH. Rudolph Mosse in München u. Berlin, Haasenstein und Vogler in Frankfurt, Sachse u. Comp. in Stuttgart.

München, Samstag, den 30. April 1870. **Nr. 118.**

Ein Dutzend Unfehlbarkeiten.

(Nach der Neuen freien Presse.)

Sic et non, so wagte im zwölften Jahrhundert der große Abälard eine Schrift zu nennen, worin er die Widersprüche aufführte, in welche ihm die Kirchenväter verwickelt zu sein schienen. Sein heftigster Gegner war bekanntlich der heil. Bernard, der Kreuzträger, der ihn vom Concile zu Sens verurtheilen ließ, weil der Geliebte Heloïsens behauptete, die Vernunft sei immer das Höchste. Wenn man nun bedenkt, daß derselbe frommgläubige Bernhard vom Papstthum seinerzeit sagte: „Die Ehrgeizigen und Habsüchtigen, die Simonisten, Blutschänder und alle Elenden laufen nach Rom, um dort die Würden der Kirche zu bekommen oder sich zu erhalten. Du bist kostbar geschmückt, dein heiliger Sitz ist weit eher ein Park von Teufeln als von Schafen," so kann man ermessen, welche großartigen Fortschritte der Freimuth und die Kritik innerhalb der Kirche seit sieben Jahrhunderten gemacht haben.

Was würde Abälard heute sagen, wenn er die Schemata des ökumenischen Concils erfahren hätte? Er würde ausrufen: Wenn Ein Papst unfehlbar ist, so müssen es alle gewesen sein, auch die ausgemachtesten Lasterbolde und Sodomiter, so je auf dem Stuhle Petri gesessen. Und wie unrecht hat alsdann die Kirche gethan, diese Unfehlbarkeiten unter den Scheffel zu stellen, und was soll man davon denken, daß die Inspiration durch den heiligen Geist, auf welche sich der gegenwärtige Papst bei seinem Unfehlbarkeitsverlangen beruft, elf Jahrhunderte lang sich vermissen ließ?

Und wie ist es zu erklären, daß der heilige Geist, der doch die Wahl der Päpste und die kaiserliche Bestätigung leiten mußte, z. B. einen Gerbert zum Papst Sylvester werden ließ? Dieser Gerbert war ein Mönch aus Rheims, ging nach Spanien, und brachte Mathematik, Astronomie, Physik mit nach Hause. Er sprach Arabisch wie ein Sarazene. In Rheims gründete er eine Schule, worin Logik, Musik, Astronomie gelehrt, Virgil und Terenz tractirt wurden. Er hatte einen mächtigen Globus, der die runde Gestalt der Erde nachahmte, während die Patristik die große flache Schüssel mit dem umwogenden Ocean vorschrieb und die Existenz der Antipoden als große Ketzerei verdammte. Er beobachtete die Sterne durch Rohre, erfand eine Uhr und eine Dampforgel. Als Gerbert im Gefolge des Kaisers Otto III. in Rom gewesen war, äußerte er: „In Rom ist Niemand gelehrt genug, um Thürsteher zu sein, und die Leute wollen lehren!" Er zählte die Verbrechen der Päpste auf und rief: „Solche Pontifexe sind Zöllner und Sünder!" Er sprach vom „Antichrist" noch vor dem Schlusse des zehnten Jahrhunderts. Dennoch wurde dieser böse Ketzer Erzbischof von Rheims. Als solcher erklärte er sich für die Priesterehe, für das Fleischessen an Fasttagen. Da traf ihn das Interdict, der Legat gab ihm deutlich zu verstehen, was in Rom am meisten gewurmt hatte: Petrus, sagte er ihm zu Gehör, sei doch Thürsteher geworden, und zwar — im Himmel. Der junge Kaiser Otto machte den gebannten Erzbischof zum Papste, der den Namen Sylvester II. führte. Tusculum empörte sich, Stephania, das Weib des hingerichteten Crescentius, gab dem Kaiser Gift. Sylvester folgte bald seinem Schutzherrn. Nach seinem Tode galt er als Zauberer, es fanden sich Manuscripte mit mathematischen Figuren. Er hatte einen Pact mit dem Satan gemacht, nur so war er Papst geworden.

War nun dieser Sylvester fehlbar oder unfehlbar?

Im Jahre 1059 ließ Papst Nikolaus II., auch der Große genannt, durch ein Concil von 118 Bischöfen decretiren, daß die Papstwahl künftighin von Cardinälen und Bischöfen vorgenommen, vom übrigen Clerus und vom Volke nur bestätigt werden sollte, daß die Wähler aber Einen aus ihrem Colleg nehmen dürften, ob er Cardinal sei oder nicht. Welche Wahlen sind nun canonisch, die früheren aus allgemeiner Wahl hervorgegangenen, oder die von Nikolaus verordneten, oder die reinen Cardinalswahlen, wie Gregor sie festsetzte? Und bei welchem der drei Wahlmoden ist die Unfehlbarkeit gesichert?

Der Nachfolger des Nikolaus, Alexander II., stand dem Gegenpapste Heinrich's IV. in offener Straßenschlacht gegenüber; man schlug sich hartnäckig in den „Wiesen des Nero". Nach zwei Jahren erst siegte Alexander ob. Woher stammte diesmal die Unfehlbarkeit, vom heiligen Geiste oder vom Herrn Zebaoth, dem Gotte der Schlachten? Man sieht, Mentana und die wunderthätigen Chassepots sind schon 800 Jahre alt.

Dem grimmen Hildebrand, Gregor VII., wirft der Abt von Ursperch in seiner Chronik vor, er habe die Stimmen im Wahlcollegium gekauft, ein, wie es scheint, schon damals unfehlbares Mittel! Der Cardinal Benno, der Biograph Hildebrand's, schildert seinen Helden als einen gewandten Magier: „Wenn er wollte, so schüttelte er aus seinen Aermeln Feuerfunken, und durch seine Wunder, die als Zeichen der Heiligkeit dienten, täuschte er die Augen der Völker." Heutzutage überläßt man dergleichen den Philadelphia und Döbler. „Als Alexander II. vor allem Volke in der Messe sich davor verwahrte, auf dem Heiligen Stuhle niederzusitzen, bevor der Kaiser seine Wahl bestätigt habe, gab ihm Gregor, noch ehe er die pontificalen Gewänder ablegte, eine Ohrfeige." Alexander war aber doch unfehlbar, und Gregor war es noch nicht. Ganz ähnliche und noch grausamere Dinge erzählt man sich von Gaëta im Jahre 1849, und man setzt hinzu, die Wirkung sei unfehlbar gewesen.

Peter Damien nannte den ganz unfehlbaren Gregor Sanctum Satanam! Und der Cardinal Benno erklärt diese respectwidrige Betitelung dahin, er sei durch seine Kriegsmannen Papst geworden. „Gregor war ein großer Giftmischer und bediente sich eines gewissen Gerhard Brazut, um seine Leute wegräumen zu lassen. Er wollte selbst Papst werden; kam nun ein Anderer zu dieser Würde, so expedirte ihn Brazut rasch mit Gift. So verschwanden sechs Päpste in 13 Jahren."

Gregor VII. setzte bekanntlich das Cölibat durch, während die verheirathete Gräfin Mathilde Liebesbriefe an ihn schrieb, in welchen die Liebe des Apostels Paulus zu Christus travestirt war. Welche Päpste sind jetzt unfehlbar, die früheren, welche die Priesterehe gestatteten, oder Hildebrand und seine Nachfolger?

Und doch betrug sich dieser Kirchentyrann und Seelen-Cäsar

äußerst milde gegen die ketzerische Behauptung des Berengar von Tours: die Gegenwart Christi im Abendmale sei eine lediglich spirituale. Von Berengar aber vererbte sich die Ketzerei auf Wicleff und erschütterte die ganze Kirche. (Schluß folgt.)

Politische Tagesübersicht.

Wien, 28. April. Die Conferenzen mit den Czechenführern haben begonnen. Alle officiösen Meldungen bestätigen, daß die erste Forderung sowohl der Gäste des Grafen Potocki, als derjenigen des Grafen Taaffe die Aenderung der Wahlordnung für den böhmischen Landtag ist. Welche Zugeständnisse das Ministerium geboten, wird nirgends gesagt; es scheint, daß die Regierung zunächst nur horchen, nicht sprechen will. Wie ein hiesiges Blatt mittheilt, hätte Graf Potocki für alle möglichen Auflösungs- und Neuwahl-Combinationen — Auflösung einzelner oder aller Landtage, Auflösung oder Vervollständigung des Reichsrathes, Auflösung der Landtage und des Reichsrathes, sogar Ausschreibung directer Wahlen auf Grund des Nothwahlgesetzes! — vom Monarchen Vollmacht erbeten und erhalten. Er vermöchte also mittelst dieser zahlreichen Möglichkeiten und Vollmachten, wie man mit einer kleinen Anzahl von Stäbchen eine große Zahl geometrischer Figuren herstellen kann, alle erdenkbaren Gestaltungen der Monarchie: centralistische, dualistische, föderalistische, großczechische u. s. w., heraufzuführen — wenn nämlich die Völker so tractabel wären, wie Stäbchen. Jedenfalls erhellt aus der Sprache der Potocki'schen Officiösen daß ihr Brotherr vor dem Aeußersten zurückscheut. Anders Graf Beust, der in seinem hiesigen Hauptorgane heute den Czechen anbieten läßt: 1. Krönung des Kaisers zum König von Böhmen; 2. Revision der böhmischen (und wohl auch mährischen) Landtags-Wahlordnung; 3. eventuell auch gemeinsame Gesetzgebung für Böhmen, Mähren und Schlesien! Als Gegenconcession wird nichts, nur Aussöhnung gefordert. Ein in der Augsburger Allgemeinen Zeitung enthaltener Artikel geht sogar noch weiter. Er negirt den rechtlichen Bestand der December-Verfassung und somit auch des Reichsrathes, verlangt die vollständige Vernichtung der „octroyrten" Verfassung, erkennt nur die Landtage als legal an und gesteht einzig und allein diesen die Befugniß zu, eine neue Verfassung zu schaffen. Das ist wenigstens ehrlicher Verfassungsbruch! Solche Auslassungen machen es begreiflich, daß die Kluft zwischen den Grafen Potocki und Beust sich immer mehr erweitert, und daß der Sturz des Reichskanzlers fast überall schon als abgemachte Sache betrachtet wird.

Prag, 26. April. Der König Franz von Neapel ist in der Hofburg abgestiegen; er wird Ende April nach Wien reisen. Der Oberstlandmarschall Fürst Auersperg gab den Mitgliedern des Landesausschusses ein Abschiedsmahl. Die Tschechenführer fordern als erste Ausgleichsaction einen revidirenden Landtag.

— Im croatischen Landtage bereitet sich ein Sturm vor. In der ersten Landtagssitzung schon wurde der Versuch gemacht, die Delegirten zum Pester Reichstage zur Verantwortung zu ziehen; nun haben auch fünfzehn Abgeordnete der Ausgleichspartei und der ausgleichsfeindlichen Opposition sich als besonderer Club constituirt. Ihr Programm lautet: Revision des Ausgleiches mit Ungarn, kein Provisorium in Fiume.

Berlin, 27. April. Dem Zollparlamente ist für morgen ein freier Tag gelassen, um den beiden freien Commissionen Muße zu einer Durchberathung der Tarifvorlage zu geben. Die Prov.-Corresp. bemerkt heute über die Tendenz der Vorlage u. A.: „Bei der Verbesserung der Zollgesetzgebung in ihrem Zusammenhange mit der übrigen Steuergesetzgebung handelt es sich wesentlich um die Aufgabe, die für den öffentlichen Haushalt unerläßlichen Mittel in immer schonenderer Weise für die Steuerzahler, mit immer größerer Rücksichtnahme auf die Entwicklung des allgemeinen Verkehrs und der allgemeinen Wohlfahrt aufzubringen. Hierzu soll auch die gegenwärtige Tarifvorlage ein neuer Schritt sein, und die Verständigung über dieselbe wird ein weiteres Vorgehen zu jenem Ziele wesentlich erleichtern." Ob es zu einer Verständigung zwischen den Regierungen und der Mehrheit des Parlaments kommen wird, ist noch immer ungewiß, wenngleich die Aussichten jetzt allerdings für besser gehalten werden als während der beiden vorigen Sessionen.

— Officiöserseits wird endlich die Hoffnung auf Aenderung des mit Frankreich bestehenden Postvertrages und Herabsetzung des Porto's eröffnet. Eben so, daß die Verhandlungen des Nordbundes mit England wegen der Porto-Ermäßigung dem Ende nahe sind. Nach beglaubigten Angaben wird der Portosatz für den einfachen Brief um die Hälfte ermäßigt werden, dann also 2½ Sgr. betragen. Die Höhe des französischen Porto's, das für Briefe nach dem Postgebiete des Nordbundes und umgekehrt erhoben wird, ist namentlich von vielen Handelskammern um so mehr beklagt worden, als die französische Postverwaltung einmal nur das Gewicht von $^6/_{10}$ Loth für einen einfachen Brief zuläßt und die Recommandationsgebühr doppelt so hoch wie überall ist.

— Die Volks-Ztg. berichtete unlängst, daß der Seminar-Director zu Barby plötzlich verschwunden sei, und zwar gerade an dem Tage, an welchem zwei Regierungsbeamte aus Magdeburg dort erschienen waren, um das Gymnasium zu inspiziren. Sie meldet jetzt folgendes Nähere: „In Barby bei Magdeburg klagten am 5. April früh zwei Seminarlehrer den seit anderthalb Jahren dort angestellten, 30 Jahre alten, unverheiratheten Seminar-Director Seegemund auf Grund der protokollarisch festgestellten Aussagen von Seminaristen der Päderastie an. Der Departementsrath Königk nahm die Anklage an und blieb den ganzen Tag in Barby. Der Angeklagte aber entfernte sich Nachmittags, ließ seine Sachen nach Gnadau kommen, blieb noch am 6. in der Gegend, kehrte in der Nacht vom 6. zum 7. nach Barby zurück, nahm von seinen dort wohnenden Eltern Abschied und Reisegeld und verschwand. Erst am 12. erschien der Staatsanwalt in Barby, vernahm die betreffenden Lehrer, erfuhr auf telegraphische Anfragen, daß der Verbrecher sich am 9. April in Bremen nach Amerika eingeschifft habe, und wird nun einen Steckbrief diesem „frommen Bruder des Dr. Preuß" nachsenden. . . . Uebrigens gehörte der Seminar-Director, natürlich Theologe wie sein Vater, früher in Frankfurt a. O. der streng lutherischen Richtung an."

Hannover, 24. April. Von der Welfenlegion sind bereits 200 Mann hier angemeldet, von denen etwa 40 im Dangers'schen Hause und der Rest bei der Bürgerschaft einquartirt wird. Ein Theil derselben soll in Dienst gestellt werden.

Rotterdam, 26. April. Als Beweis, wie mächtig hier der klerikale Einfluß ist, möge eine vor Kurzem veröffentlichte Statistik über die päpstlichen Zuaven und deren Nationalität dienen. Im Jahre 1866 standen 656 Holländer als Zuaven in päpstlichen Diensten, bei Mentana fochten deren 960. Nach dem Einfall Garibaldi's in den Kirchenstaat wurden in einem Jahre 1320 Holländer Zuaven, 1868 335 und 1869 wieder 502. Von denjenigen welche ihre Entlassung bekamen, nahmen etwa ⅓ wieder Dienste. Wie sich aus der aufgestellten Statistik ergibt, ist ein jährlicher Zuzug von 1200 Mann nothwendig, um das Korps im Stand zu halten und „der heilige Vater rechnet hier vor Allem auf Holland", wie es in dem Berichte heißt. Seine Berechnung wird ihn auch in der That wohl schwerlich täuschen; der Beichtstuhl und andere Fanatisirungsmittel werden tüchtig in Bewegung gesetzt, um den Glaubenseifer der Eltern oder der jungen Leute selbst anzufeuern. Geld hat der Einzelne dazu nicht nöthig; von jedem Geistlichen erhält er das Reisegeld nach Antwerpen, wo sich ein päpstliches Werbedepot befindet. Wie die jungen Leute zurückkommen, kann man sich denken. Unbegreiflich aber bleibt es, wie die Regierung hier gleichgültig zuschaut; freilich die Verfassung gewährt die größtmöglichste Freiheit, es ist aber traurig, wie diese Freiheit von der Priesterkaste zum Verderben der Jugend ausgenutzt wird.

Paris, 27. April. Damit Sie Sich eine Vorstellung von dem Eifer machen, der von allen Seiten an den Tag gelegt wird, bemerke ich, daß bloß auf heute Abend nicht weniger als fünfzehn öffentliche Versammlungen wegen des Plebiscits angesagt sind. Die Regierung macht Manches, was im ersten Augenblicke der Uebereilung beschlossen, wieder rückgängig. So wird man die Karten der Wähler diesen nicht abfordern. Diese Maßregel hat so großes Mißtrauen er-

ect und zu so verletzenden Voraussetzungen für die Regierung Anlaß
ergeben, daß man diese Abänderung nur billigen kann. Die Börse
und das große Publikum, die im ersten Momente eine zu optimistische
Anschauung vom Erfolge des Plebiscits gehegt, sind nun wieder allzu
pessimistisch. Der günstige Ausgang der Abstimmung kann nicht bezweifelt werden. Die Arbeiter machen der Regierung Sorge, doch sie
werden darum nicht verhindern, daß an sechs Millionen „Ja" eingeheimst werden. Die Sammlungen zu Gunsten der Propaganda werden in beiden Lagern eifrig gepflegt. — Die Arbeitseinstellung in
Paris nimmt unter den Zuckerraffineuren wie unter den Hafenarbeitern
zu. Es sind Verhaftungen vorgenommen und solche Individuen betroffen worden, die gar keine Arbeiter sind. Hr. Schneider, welcher
dem conservativen Comite eine Summe von 25,000 Fr. eingehändigt
hat, ist nach dem Creuzot gegangen, um daselbst bis nach der Abstimmung zu verbleiben. Die Linke wird ein neues Manifest erlossen als
Antwort auf die kaiserliche Proklamation. — Man hat auf dem Balle
der Prinzessin Mathilde bemerkt, daß große Kühle zwischen der Kaiserin und den Mitgliedern der kaiserlichen Familie herrscht. — Prinz
Napoleon ist wieder in Paris eingetroffen.

Paris, 27. April. Ein von dem Ministerium des Innern
ausgehender Artikel der Liberté behauptet, daß von den $10^1/_2$ Mill.
Stimmberechtigten vorweg die der Abstimmung sich Enthaltenden abgezogen werden müßten. Erst die absolute Majorität der dann übrig
bleibenden wirklich Abstimmenden könne als die entscheidende Majorität der Bevölkerung angesehen werden.

— Der Bericht der Budget-Commission beantragt die Aufhebung
aller größeren Militär-Commandos, mit Ausnahme jener von Paris,
Lyon und Nancy.

— Ledru-Rollin wird sich während der ganzen Dauer der Plebiscit-Bewegung in London aufhalten und erst noch dem 8. Mai nach
Paris zurückkehren.

— Ein von dem Pariser Blatt „Parlement" veröffentlichtes
Privat-Telegramm aus Wien beginnt wörtlich: „In einem Artikel,
welchen die „Neue Freie Presse" veröffentlicht, sagt Herr Abendpost,
indem er den Grafen Beust gegen die böswilligen Unterstellungen der
Parteien vertheidigt" u. s. w. Dieser Monsieur Abendpost ist ein
würdiges Seitenstück zu dem berühmten Monsieur Domchor des alten
Moniteur.

London, 27. April. Die Londoner Blätter veröffentlichen
eine diplomatische Correspondenz über das Gemetzel in Griechenland.
Sie finden darin den Beweis, daß Soutzos versprochen hatte, die
Räuber nicht anzugreifen, und daß er über die Unsicherheit der Straßen in der Umgebung Athens unterrichtet war. Die „M. Post" erklärt die griechische Regierung für den Mord verantwortlich. „Times" veröffentlicht einen Brief von Hobart Pascha, in dem versichert
wird: die Vermehrung des Räuberwesens in Griechenland sei durch
die Freigebung von 700 im Jahre 1869 auf Kreta gefangenen
Griechen veranlaßt worden.

— Die Times stellt in Bezug auf die griechische Räuberaffaire
fünf Punkte als unumstößliche Thatsachen auf: 1) daß der Ausflug
nach Marathon mit Wissen und Einwilligung der griechischen Regierung gemacht wurde; 2) daß die Gefangennahme der Gesellschaft in
der Nähe Athens Statt fand und das Lösegeld unverzüglich bereit gestellt wurde; 3) daß der griechischen Regierung deutlich vorgestellt
worden war, daß jede Anwendung von Gewalt gegen die Räuber die
Niedermetzelung der Gefangenen zur Folge haben würde, und daß sie
darauf das Versprechen abgab, die Räuber nicht zu belästigen, was
letzteren mitgetheilt wurde; 4) daß die Regierung, ihrem Versprechen
untreu, Truppen gegen die Räuber sandte und so die Mordthaten
hervorrief; 5) daß die Regierung die von den Räubern verlangte
Amnestie, welche die Gefangenen gerettet haben würde, verweigert
habe, „aus anscheinend unwesentlichen Gründen," und dann durch den
Angriff auf die Räuber alle Aussicht auf die Rettung der Gefangenen
vernichtet habe, wofür sie „nun ganz und allein dem englischen Volke"
verantwortlich sei. Ihren heutigen Leitartikel schließt die Times dann:
„Wir glauben, diese Metzelei wird von großen politischen Folgen
sein. Sie hat den Becher griechischer Mißregierung gefüllt. Sie hat
die Geduld Europa's erschöpft. In diesem Augenblicke wäre es thöricht, von griechischer Wiedergeburt, griechischem Fortschritte zu reden.
Niemand würde auf die Vertheidiger einer Nation hören, deren Boden
stets und überall von ungestraften Verbrechen vergiftet ist und deren
geschichtlich denkwürdige Orte dem Reisenden fast eben so unnahbar
sind wie die Städte der Tartarei. Wir tragen kein Bedenken zu sagen, daß dieser schimpflichen Mißregierung ein Ende gemacht werden
muß. Die drei Schutzmächte dachten nicht, in Europa einen kleinen
Staat zu gründen, der ihnen selbst und der Civilisation ein Schmach
sein würde. Aber was ist Griechenland denn jetzt anders? Wenige
seiner Freunde werden leugnen, daß Griechenlands Fortschritt von der
Oberleitung weiserer Staatsmänner abhängig ist, als es selbst aufzuweisen hat. Die Sicherheit für Hab und Leben muß festgestellt werden, wenn der Schutz der Großmächte kein Spott sein soll. Ausländer, die rechtmäßige Zwecke verfolgen, dürfen nicht gefangen und ermordet werden in einem Lande, welches unseren Schutz genießt. Wenn
seine Staatslenker machtlos sind, so muß die Autorität von anderen
Händen ausgeübt werden. 1854 war Athen von französischen und
britischen Truppen besetzt, welche den kriegerischen Neigungen des Hofes ein Gegengewicht halten sollten, und wir scheuen uns nicht zu sagen, daß ein ähnlicher Schritt jetzt gleich sehr gerechtfertigt wäre.
Wir haben neun Mill. L. für einen Feldzug nach Abessinien ausgegeben, zu dem geringere Veranlassung vorlag. Wir würden lange
nicht die Schwierigkeiten in Griechenland haben. Drei oder vier Regimenter unter einem tüchtigen Oberbefehlshaber, wie sie sich in unserer indischen Armee oder in den französischen Truppen in Algier
herausbilden, würden die Wege Attika's in wenig Monaten so sicher
machen wie die Landstraßen in England."

Aus **Abington**, Grafschaft Limerick, wird ein bedauerlicher
Act religiöser Intoleranz gemeldet. Eine Anzahl Kerle drangen durch
ein Fenster in die dortige, im Bau begriffene protestantische Kirche
ein und richteten eine große Zerstörung an. Eine prachtvoll geschnitzte
Kanzel wurde fast gänzlich zertrümmert. Die Polizei ist in ihren
Versuchen, den Thätern auf die Spur zu kommen, bisher erfolglos gewesen.

Florenz, 22. April. Das zu Mailand tagende Militärgericht
gelangt in seiner Untersuchung über die Theilnahme der Militärs an
dem Putschversuch zu Pavia zu betrübenden Ergebnissen. Es stellt sich
heraus, daß sowohl der erschossene Sergeant, als der schwer verwundete Offizier Begezzi aus der Kaserne von hinten von den verschworenen Sergeanten, die sich dann noch in derselben Nacht entfernten,
und, wie man weiß, unangehalten die Schweiz erreichten, die Schüsse
erhielten. Wie weit der Fanatismus dieser Leute geht, ersieht man
aus Folgendem: Mehrere Soldaten bezeugen, von dem geflüchteten
Sergeanten Cechini die Worte gehört zu haben: „Es dauert mich,
daß Begezzi wohl der muthigste Offizier des Regiments ist, allein ich
kann nicht anders, ich muß ihn tödten." Solche Episoden lassen tiefe
Blicke in die Mysterien unserer unzähllbaren Geheimbünde thun. —
Als ein anderer Beleg für die Unverbesserlichkeit dieser Blutmenschen
aber gleichzeitig auch für die gänzliche Gleichgültigkeit, ob ein Civilist
oder ein Militär an der Spitze der Verwaltung dieser tief gesunkenen
Provinzen steht, führe ich die neueste Blutthat an, die in der Nacht
vom 18. auf den 19. zu Ravenna vorkam, wo General und Präfect
Graf Robilant in eigener Person befehligt. In dieser Nacht wurden
zwei Brüder Taffinari, beide von Profession Schuhmacher, durch zahllose Dolchstiche ermordet. Beide Brüder waren erst seit 14 Tagen
aus dem Gefängniß entlassen, in welches sie als der Theilnahme an
dem Morde des Staatsanwalts Cappa verdächtig gesetzt worden waren. Es scheint, daß die beiden Brüder, um sich selbst zu retten,
Enthüllungen über die dortigen Geheimbünde machten. — Am 19.
starb hier Pietro Bigazzi, der langjährige Secretär der Crusca.

Florenz, 25. April. Die Kammer der Abgeordneten berieth
heute über das Budget der öffentlichen Sicherheit. Der Ministerpräsident versichert, die Stärke der in der Romagna stehenden Polizeimannschaft sei niemals vermindert worden; die Regierung treibe keine Er-

sparnißmaßregeln, wo es sich um die Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit handle. Es sei aber auch nothwendig, daß die ehrlichen Leute die Regierung unterstützen, derselben die Verbrechen anzeigen und Zeugniß vor Gericht ablegen. — Der Minister des Aeußern erklärte, er habe aus Athen noch keine detaillirte Mittheilung über die Ermordung des Legations-Sekretärs Grafen Boyl.

Florenz, 27. April. Im Senat erklärte heute Sella auf die Anfrage Cambray-Digny's, es seien hinreichend Mittel vorhanden, um die Julicoupons zu decken. Die provisorische Fortführung des Budgets wurde genehmigt.

Genua, 27. April. Es herrscht große Bewegung im Kriegshafen; man spricht von einer Demonstration, welche mit England gemeinsam in den griechischen Gewässern wegen Bestrafung der Räuber gemacht werden soll.

— Der Concils-Correspondent der „Allg. Ztg." berichtet über die Schrift des Cardinals Rauscher gegen das Unfehlbarkeitsdogma: Mit großer Ruhe und Würde geschrieben, vermeidet sie sorgfältig jedes Wort, jede Wendung, welche der Curie Mißfallen erregen könnte, macht große Zugeständnisse bis zur äußersten Grenze hin, auf der man, noch ohne Infallibilist zu werden, sich halten kann, wird aber gleichwohl beträchtlich viel Oel in jene Zornesflamme gießen die nun schon seit Wochen hoch oben auflodert, und bald diesen, bald jenen Bischof versengt. Die päpstliche Unfehlbarkeit, sagt der Erzbischof von Wien, wird sich auf alles erstrecken, was einmal von irgend einem Papst entschieden worden ist. Die ganze christliche Welt wird dann mit Bonifaz VIII und seiner Bulle Unam Sanctam annehmen, müssen, daß die Päpste von Christo die Gewalt empfangen haben, über das ganze bürgerliche und staatliche Gebiet zu verfügen. Das wird vor Allem denen erwünscht sein, welche die Kirche aus der bürgerlichen Gesellschaft völlig ausgeschlossen wissen wollen. Daß die Päpste selber in der ältern Kirche sich nicht für unfehlbar hielten, daß die ganze ältere Kirchengeschichte mit ihrem Verfahren in Lehrstreitigkeiten unter der Hypothese der päpstlichen Untrüglichkeit ein unerklärbares Räthsel wäre, daß überdieß die Päpste mehrmals in offenbare, von der Kirche zurückgewiesene Irrthümer verfielen — alles dieß wird recht gut nachgewiesen, wenn auch der Verfasser nur einzelne Thatsachen aus dem reichen Material das in den Quellen vorliegt, herausgreift. Rauscher zeigt dann, in welchem schroffen Gegensatze die ältere Lehre der Kirche und der Päpste über das Verhältniß von Staat und Kirche zu den päpstlichen Aufstellungen seit Gregor VII und Innocenz III stehe. Mit der Unfehlbarkeit müßte die ganze mittelalterliche Theorie von dem unbedingten Recht der Päpste Monarchen abzusetzen, alle politischen Eidschwüre zu lösen, Gesetze zu annulliren, in alle staatlichen Verhältnisse beliebig und immergebietend einzugreifen u. s. w. für unantastbare Glaubenslehre, mit welcher die ganze Kirche steht oder fällt, erklärt werden. Solche Lehre würden die christlichen Kaiser als Hochverrath behandelt haben — selbst zur Zeit Karls des Großen hätte sie noch allgemeines Erstaunen erregt. Müßte diese Lehre jetzt wirklich dem christlichen Volke vorgetragen werden, so wäre das ein Triumph für die Feinde der Religion; denn dann würden auch die besten Männer leicht zu der Ansicht gebracht werden, daß es ganz unmöglich sei, in den staatlichen Dingen auf die Vorschriften der christlichen Religion Rücksicht zu nehmen. Der Cardinal bespricht fernerhin die Fälschungen, durch welche der große Meister der scholastischen Theologie, der Liebling und das Orakel aller Jesuiten und Ultramontanen, Thomas von Aquin, zur Annahme der Unfehlbarkeitslehre vermocht worden ist — er, der dann die ganze Scholastik beherrschte und die großen geistlichen auf seine Lehre eidlich verpflichteten Corporationen in Behauptung der gleichen Lehre nach sich zog. Der kraftvolle Schluß lautet: „Wird es zum Dogma erklärt, daß der Papst allein und ohne den Episcopat über Fragen des Glaubens und der Moral unfehlbar entscheidet, so sind damit die ökumenischen Concilien jener Autorität beraubt, welche Papst Gregor der Große, durch die Worte, daß er sie gleich den vier Evangelien verehre, ihnen zuerkannte; denn sie würden dann zur Entscheidung über Glauben und Sitte überflüssig sein und stets überflüssig gewesen sein, selbst zur Zeit des Nicänischen Concils. Mit dieser Lehre wäre aber auch dem innersten Bewußtsein der Kirche der Krieg erklärt, und würde die Kirche für alle Zukunft jener Hilfe beraubt sein, welche ihr in der Zeit der höchsten Gefahr die Synode von Trient leistete, würde selbst dem römischen Stuhl jene Unterstützung entzogen sein, welche die damals versammelten Bischöfe ihm brachten; denn nach den Schlüssen von Trient ist die Macht des Papstes größer geworden als sie vorher war."

Die Bemerkung des Cardinals Rauscher, daß die Kirche sich, wenn das Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit beschlossen werde, einer ihrer wirksamsten Institutionen, der allgemeinen Concilien, beraube, hat hier, so viel man sehen kann, doch bei Manchem Eindruck gemacht. Man begreift, daß eine Versammlung von Männern, welche, im Glauben an die Untrüglichkeit des E i n e n Meisters erzogen, mechanisch Alles ohne Prüfung nachsagen, was dieser ihnen vorsagt, keine Autorität mehr unter den Menschen hätte, und allgemein als sehr überflüssiges, mehr zum Schaugepränge als zum Wohle der Kirche dienendes Beiwerk angesehen werden würde. Die Kirche wäre einfach um ein Glied ihres Organismus ärmer geworden, und zwar wäre gerade dasjenige Glied paralysirt, welches ihr in Momenten der Bedrängniß und Gefahr den wirksamsten Schutz gewährt hat.

Madrid, 27. April. Die Epoca will wissen, Prinz Friedrich Karl von Preußen sei der neueste Throncandidat der Regierung. Der Kaiser Napoleon habe aber dem spanischen Botschafter Olozaga erklärt, dies könne einen Kriegsfall herbeiführen. Dagegen dementirt der Imperial das Gerücht über Unterhandlungen mit dem Prinzen Friedrich Karl von Preußen wegen der Throncandidatur. Bis jetzt ist keinerlei bestimmte Lösung in Aussicht genommen. Alles erkennt die Nothwendigkeit, aus dem Provisorium herauszukommen, gleichzeitig aber auch die Unmöglichkeit, gegenwärtig einen König zu wählen. — Gestern fanden zwei lange Conferenzen zwischen Prim und Serano statt; ebenso beschlossen bei dreißig espartéristische Deputirte, in den Cortes die Candidatur Espartero's aufzustellen, wenn die Anhänger Montpensier's irgend einen Versuch machen sollten.

Madrid, 27. April. In Beantwortung einer Interpellation Rubio's bezüglich der Unruhen in Sevilla aus Anlaß der Militärloosung erwidert Rivero, die Truppen seien provocirt worden. Prim leugnet, daß ein Artillerie-Offizier den Gehorsam verweigert habe.

— Der Imparcial sagt, die gestrige Conferenz der Regierung mit der Wahlgesetz-Commission über den Artikel, betreffend die Unvereinbarlichkeit des Mandates mit gewissen Stellungen, blieb ohne Ergebniß.

In **Tekutsch** kam am Sonntag den 24. April wieder ein höchst unwürdiger Exceß gegen die dortigen Juden vor. Der von „fremden Hetzern" aufgestachelte Pöbel drang in die Häuser mehrerer Juden und in die Synagoge, zerstörend und plündernd. Die Nationalgarde der Stadt war abwesend und Garnison steht nicht am Ort. Am Montag wiederholten sich die Gräuelscenen, die requirirten Truppen waren in so geringer Zahl eingetroffen, daß sie nichts ausrichten und nur zusehen konnten, wie die Zerstörung der Häuser und die Mißhandlung der Juden ihren Fortgang nahm. Als dann endlich Verstärkung kam, wurde die Ruhe wieder hergestellt und die Verhaftung von 40 Rädelsführern vorgenommen. Dieselben sollen „sämmtlich Ausländer" sein; die Untersuchung wird aber wohl auch gewisse Inländer als Mitschuldige ans Tageslicht ziehen. In der Kammer haben sich manche Stimmen dreist genug über das hören lassen, was man mit den Juden in Rumänien vor hat.

Constantinopel, 27. April. Zwischen Daud Pascha und Dominik Galotti wurde am 15. d. der Vertrag wegen Legung eines Telegraphen-Kabels zwischen Constantinopel und Odessa unterzeichnet.

New-York, 26. April. 20,000 Sioux-Indianer drohen mit Krieg. Truppensendungen sind an die Gränze abgegangen.

Lokales und Provinzielles.

München, 29. April.

— Officiös wird der „Augsb. Allg. Ztg." aus M ü n c h e n, 28. April geschrieben: Zur Beruhigung entfernt wohnender Familien, von welchen Söhne als Edelknaben in der königlich bayerischen Pagerie

aufgenommen sind, können wir aus vollkommen zuverlässiger Quelle versichern, daß die Hautkrankheit, von welcher drei Zöglinge der genannten Anstalt befallen wurden, nicht die bösartigen Blattern sind, sondern die bekanntlich ganz ungefährlichen Varicellen (gewöhnlich Wasser- oder Schafblattern genannt), und daß die davon Befallenen wohl schon in wenigen Tagen wieder vollständig hergestellt sein werden.

* Der „Volksbote" hat in seiner staatsmännischen Weisheit die Entdeckung gemacht, daß in dem neuen Wahlgesetzentwurfe keine Bestimmung über die Dauer der Wahlperioden getroffen sei, die Abgeordneten also wohl lebenslänglich gewählt würden; wir können uns das recht wohl dadurch erklären, daß es eben sehr lange Zeit sein mag, seit sich der Volksbote mit dem Inhalte der Verfassungsurkunde beschäftigt hat; — hätte er die Verfassung nachgelesen, so würde er die Dauer der Wahlperioden in Titel VI § 13 bestimmt gefunden haben. Wir erinnern uns hier unwillkührlich an das Sprichwort: Si tacuisses, philosophus mansisses!

(Tagesbericht.) Für die Ausgreifung des mit beiläufig 6000 Gulden Amtsgeldern verschwundenen Packergehilfen Andreas Bachberger, beziehungsweise für Ermittelung einer Spur, welche dessen Einlieferung ermöglicht, ist vom Postärar eine Belohnung bis zu 500 fl. ausgesetzt.

ρ (Aus der öffentlichen Magistratssitzung.) Der Magistrat beschließt, die Niederbronner Schwestern aufzufordern, sich binnen 8 Tagen zu erklären, ob sie die an ihr Anwesen in der Badstraße anstoßenden Bauplätze der Gemeinde, welche an die Klenzestraße gehen, um den vom Magistrate festgestellten Preis kaufen wollen, indem sonst in anderer Weise über diese Plätze verfügt wird. Der Magistrat beschließt ferner, daß am 9. Mai mit dem Abbruche der Häuser 1—5 an der Roßschwemme nebst den rückwärts angebauten Verkaufsbuden (der im Versteigerungswege begeben werden wird) begonnen werden soll. Das Miethverhältniß der Personen, welche dort Läden und Buden haben, hört laut früheren Beschlusses mit Michaeli auf und werden den Inhabern bis dorthin Dultbuden angewiesen. Die durch den Abbruch leer werdenden Plätze sollen seiner Zeit im Wege der Versteigerung zur Aufstellung von Buden, welche aber die Steigerer selbst herzustellen haben, abgegeben werden. Die Verkaufsplätze am Obstmarkt sollen schon in nächster Zeit statt wie bisher verloost versteigert werden. Ferner wird beschlossen, daß sämmtlichen Budenbesitzern und Verkaufsplatzinhabern sowohl auf dem Viktualienmarkte als im alten hl. Geistspitale, und sämmtlichen Inhabern von Einstellgewölben in letzterem Gebäude auf Michaeli gekündigt werden soll.

* In unserem gestrigen Berichte über die Gemeindecollegiumssitzung bitten wir zur Berichtigung zu lesen, daß nach Hrn. J. Knorrs Antrag der Billing'sche Antrag auf Herstellung stenographischer Sitzungsprotokolle abgelehnt wurde.

Nürnberg, 28. April. Heute Morgen entgleisten im Bahnhofe zu Wassertrüdingen Maschine und Tender des von München kommenden Schnellzuges. Beschädigt wurde Niemand.

Fürth, 28. April. Wie wir hören, beabsichtigt die Gemeindevertretung, Schritte gegen die unsere Stadt im Vergleiche mit andern Städten benachtheiligende Wahlkreiseintheilung zu thun.

Gerichtssaal.

λ. **München**, 29. April. (Schwurgericht.) Die Verhandlung gegen Kroner u. Gen. endete damit, daß Kroner wegen Körperverletzung begangen im Zustande der Reizung, zu 1 Jahr Gefängniß verurtheilt wurde, in Bezug auf die Anklage gegen Stelzl und Petzenhauser wegen Meineides aber, da sich den Geschwornen eine feste Ueberzeugung von der Schuld der Angeklagten durch die Verhandlung nicht constatirte, dieselben ein „Nichtschuldig" aussprachen. — XVI. Fall. Angeklagt ist Kunigunde v. Ruedorffer, 30 Jahre alt, Privatierswittwe von Coburg, wegen Brandstiftung und Betrug. Die Resultate der Untersuchung, welche der Anklage zur Grundlage dienen, fassen wir nachstehend zusammen: Im bewohnten Hofgebäude des Gasthofes „Zum goldenen Stern" im Thale dahier brach am 30. Okt. 1869 Abends gegen 7 Uhr plötzlich Feuer aus, welches durch den sich entwickelnden Rauch von dem gerade dort beschäftigten Stubenmädchen entdeckt wurde. Die Wohnung, in welcher das Feuer war, wurde von der Angeklagten damals inne gehabt. Das Feuer selbst wurde, nachdem man die Thüren der versperrten Wohnung aufgesprengt, von der rasch herbeigekommenen Feuerwehr, obwohl es in einem Zimmer der Wohnung schon ziemlich bedeutende Fortschritte gemacht hatte, rasch gelöscht, hätte aber bei der schweren Zugänglichkeit der Lokalitäten und da das Hofgebäude mit dem Hauptgebäude in innerer Durchgangsverbindung steht, wenn es nicht glücklicher Weise rechtzeitig entdeckt worden wäre, sehr gefährlich für die Nachbarschaft werden können. Verschiedene Indicien deuteten auf absichtliche Brandlegung durch die Inhaberin der Wohnung, Frau v. Ruedorffer, hin. Dieselbe ist die Tochter der Steuerkatasters-Funktionärs-Eheleute Schmauß v. h.; 1839 geboren, trat sie im Jahre 1859 oder 1860 in ein intimes Verhältniß zu dem verheiratheten vormal. Chevauxlegercadeten und damaligen Privatiers v. Ruedorffer von Neuhausen, dessen Folgen zwei außereheliche Kinder, davon eines noch am Leben ist, und die Trennung der Ehe des von Ruedorffer mit seiner damaligen Frau, welche noch hier lebt, waren. Wenige Tage später trat C. v. Ruedorffer zum Protestantismus über, um seine bisherige Geliebte zu heirathen, was aber wegen kirchenrechtlicher Hindernisse in Bayern nicht gelang. v. Ruedorffer und Kunig. Schmauß wanderten nun 1863 aus Bayern aus und wurden 1864 in den coburgischen Staatsverband aufgenommen, ohne ihr Domicil in München zu ändern. Am 13. oder 14. Aug. 1865 soll C. v. Ruedorffer in London, wie aus einer Stelle seines von ihm selbst geschriebenen Testamentes hervorgeht, die Schmauß geheirathet haben; ein amtlicher Nachweis ist über diese Heirath nicht erbracht, so daß sich ein Zweifel gerechtfertigt fände, ob die Angeklagte sich mit Recht den Namen einer Frau v. Ruedorffer beilegt. (In der heutigen Verhandlung erklärte die Staatsbehörde, daß inzwischen der amtliche Trauschein beigebracht worden ist. — Am 5. Oktober des Jahres 1868 wurde C. v. Ruedorffer, während die Angeklagte mit einem 21 jähr. Kaufmanne, Ed. Seitz von Freyung, ein neues Liebesverhältniß eingegangen hatte, im hiesigen Irrenhause untergebracht, woselbst er am 27. Juli 1869 starb. Wenige Wochen später besuchte die Angeklagte die Familie des Seitz in Freyung, und es wurde die Heirath auf das nächste Frühjahr festgesetzt; — die nothwendige Voraussetzung dieser Heirath war aber, daß die v. Ruedorffer Vermögen besitze, wie auch aus folgender Stelle des Briefes, den Seitz nach dem Brande im Stern schrieb, hervorgeht: „War auch das Kapital in Obligationen in der Wohnung? Siehe, wie unglücklich wären wir, wenn dies Geld verloren wäre; denn so lange ich krank bin, bekomme ich keinen einträglichen Posten, und wenn auch, wie unsicher ist eine solche Stellung, wenn der sichere Rückhalt fehlt u. s. w." Frau v. Ruedorffer ließ es auch an Versicherungen, daß sie ein großes Vermögen besitze, nicht fehlen; so schreibt sie im Sept. 1869 an Seitz: „Wenn ich die Ablösung eines Kapitals in Frankfurt bewerkstellige, so bringe ich bis zum nächsten Monat doch 9 Tausend Gulden zusammen". Dieß sind aber lauter leere Vorspiegelungen, denn C. v. Ruedorffer ist ohne Vermögen gestorben, und K. v. Ruedorffer selber besitzt kein Vermögen, noch hat sie eines zu hoffen; an die Irrenanstalt dahier ist sie noch 348 fl. für Verpflegskosten ihres Mannes schuldig. Ihre Eltern besitzen das Anwesen Nr. 1 an der Wasserstraße dahier, welches aber nur 1600 fl. werth ist. Wohl in Folge von Geldmangel ließ die Ruedorffer am 17. Sept. 1869 in ihrer damaligen Wohnung Corneliusstraße 14 den größten und besten Theil ihres Mobiliars versteigern, wobei etwa 500 fl. erlöst, aber die Oelgemälde und einige andere Gegenstände wegen zu geringen Angebots nicht zugeschlagen wurden. Da diese Wohnung anderweitig vermiethet wurde, brachte sie ihre nicht verkauften Meubel in ein Zimmer des Polizeiofficianten Zeitler, den sie bei der Versteigerung hatte kennen lernen, unter, der ihr diese Lokalität unentgeltlich überließ; — sie selbst nahm Wohnung bei ihren Eltern. Mitte Oktober ließ sie plötzlich unter dem fälschlichen Vorgeben, daß sie einen Notar heirathen werde, der bald hieher kommen werde, weßwegen sie eine eigene Wohnung haben müsse, ihre Meubel bei Zeitler holen und in die von ihr um 70 fl. für ein Halbjahr von der Posamentiersgattin

Zwerger gemiethete Wohnung im goldenen Stern schaffen, wohin sie einige Tage später auch durch einen Packträger für 12 — 18 kr. Brennholz bringen ließ. Eine Anzahl ziemlich werthvoller Bilder (etwa 160 fl. werth) brachte die Angeklagte alsbald aus der Wohnung im goldenen Stern zum Vergolder Stützinger in der Rosengasse, um die Rahmen neu vergolden zu lassen, obwohl dieselben einer Reparatur nicht bedurften. Am 21. Okt. 1869 erschien sie auf dem Bureau der Berliner Feuerversicherung, bei welcher 1863 ihr Mann sein Mobiliar gegen Vorausbezahlung der Prämie auf 10 Jahre um 1850 fl. versichert hatte, machte Anzeige von ihrer Wohnungsveränderung, worauf sie Tags darauf die Genehmigung der Wohnungsveränderung und den Nachtrag der Polize in Empfang nahm. Am 25. Okt. ließ sie den kleinen Blechschild mit der Inschrift „Berlin'sche Feuerversicherungs-Anstalt" an ihrer Wohnungsthüre anbringen, von dessen Anbringung das Recht auf Entschädigungsanspruch in Brandfällen bedingt wird.

(Forts. folgt.)

Handel und Verkehr.

— Wie sich aus der Hauptrechnung der allgemeinen Immobiliar-Feuerversicherungs-Anstalt für Bayern pro 1868/69 ergibt, ist die Versicherungssumme im Laufe des Jahres um 27,544,835 fl. gestiegen, und hat Ende Septembers 1869 die Höhe von 1,167,374,165 Gulden erreicht. Die Brandentschädigungen betrugen für das genannte Jahr 2,377,669 fl. 34 kr. um 337,163 fl. 11 kr. weniger als im Vorjahr. Es wurden 2095 Mitglieder der Anstalt durch 1146 Brandfälle beschädigt, gegenüber den Vorjahren eine Minderung von 64 Brandfällen und 708 Beschädigten. Die Beitragsgrößen für das Versicherungsjahr 1868/69 berechnen sich in der I. Classe auf 8 kr. 3 pf., in der II. Classe auf 10 kr. 2 pf., in der III. Classe auf 14 kr. und in der IV. Classe auf 15 kr. 3 pf. vom Hundert der Versicherungssumme. Die eigentliche Veranlassung des Brandes ist bei 646 Fällen unbekannt geblieben; 85 Brände sind durch Blitz 84 durch fehlerhafte Bauart, 120 durch Fahrlässigkeit und 3 durch Selbstentzündung herbeigeführt worden. In 208 Fällen — gegen das Vorjahr um 17 weniger — ist die Brandstiftung wahrscheinlich gemacht.

München, 28. April. Diesen Vormittag wurde hier die Generalversammlung der Actionäre der Eisenwerksgesellschaft „Maximilianshütte" abgehalten. Aus dem vom Vorsitzenden vorgetragenen Bericht war zu entnehmen, daß auch im abgelaufenen Betriebsjahre die Production sich bedeutend erhöhte, und die Hütte etwa 673,000 Centner producirte. Aus dem erzielten Gewinn konnten namhafte Abschreibungen gemacht, und außer den statutenmäßigen Zinsen von 5 Proc., noch eine Superdividende von 25 Proc. den Actionären bewilligt werden, ein sehr glänzendes Ergebniß.

Theater und Musik.

N. (Concertbericht.) Die zweite Kammermusik-Soirée des Clavier-Virtuosen Herrn Dionys Pruckner versammelte am Montag in den Räumen des großen Museumssaales ein ziemlich zahlreiches Publikum, welches den mit höchster künstlerischer Vollendung vorgetragenen Concertstücken reichen Beifall spendete. Den größten Applaus fand die Kreutzersonate von Beethoven, die aber auch von den Herren Pruckner und Walter in einer Weise vorgetragen wurde, welche als unübertrefflich bezeichnet werden muß. Solche Kunstgenüße sind für den Musikfreund ein Schatz der freundlichsten Erinnerung.

Feuilleton.

Gegen die Gesellschaft Jesu.

(Schluß.) Bei der großen retrogaden Bewegung in Mitteleuropa verdankten die Jesuiten besonders zwei Mitteln ihre staunenswerthen Erfolge: ihrer polemischen Thätigkeit und der pädagogischen Wirksamkeit. Was die erstere betrifft, so lag die Gesellschaft nicht nur mit den protestantischen Kirchenlehrern und Schriftstellern in Streit, sondern auch meist mit Neidern und Gegnern innerhalb der katholischen Kirche. Die Art und Weise, in welcher diese Polemik allseitig zu Tage trat, trug nur zur Erbitterung der Parteien bei. Die Jesuiten kümmerten sich — wie die katholischen Schriftsteller unserer Tage — wenig um eine gründliche Widerlegung, die Pointe fußte meistens auf persönlichen Invectiven. Ein Jesuit schrieb gegen die Dominicaner, „daß der hl. Dominicus das Evangelium verrathen habe; daß ihre heutigen Prediger ihre schönen Redensarten und ihren geglätteten Styl in den schmalen Gängen zwischen den Bettladen der Frauen lernten, daß die Frauen ihre Theologen seien" u. s. w. Der Jesuit Christoph Ungersdorff nennt in seiner (1610) erschienenen Schmähschrift den Kurfürsten von Sachsen die „durchlauchtige Sau zu Dresden", den von der Pfalz die „Bestie von Heidelberg", den Landgrafen von Hessen „das hochgelahrte Schwein", den Herzog von Württemberg „den reichen Tempelräuber zu Stuttgart", den Pfalzgrafen von Neuburg „einen sinnlosen und rasenden Narren". Weit bedeutender als die polemische und überhaupt literarische war die pädagogische Thätigkeit der Jesuiten. Schon Ignaz Loyola hatte die „Ausbildung der Geister" als eine der Hauptaufgaben der Gesellschaft bezeichnet, und zwar gewiß weniger „aus Hunger nach Seelen", wie der Jesuit Ravignan sagte, als aus berechnender Herrschsucht. Die Societät errang auf pädagogischem Gebiete, Dank den ihr günstigen Zeitverhältnissen, außerordentliche Erfolge; ihre Collegien, Convicte und Schulen dominirten in Italien, Frankreich und Deutschland, der Unterricht der Kinder der höheren Stände lag ausschließlich in ihren Händen, die romanischen Hochschulen standen sämmtlich unter ihrem Einflusse, alle wissenschaftlichen Studien, von der untersten Grammatik bis zur Theologie, wurden von ihr beherrscht. Eine fürchterliche Conformität charakterisirte den Unterricht der Jesuiten; in Flandern wie am Guadalquivir, von Pskow bis Palermo wurde nach demselben Systeme gelehrt, das aus dem Hause al Gesù hervorgegangen. Ein Buch, das dem Jesuiten-General mißliebig, bekam die Jugend der gesammten continentalen Nationen nicht in die Hand, eine philosophische Doctrin, die mit den Constitutionen des Ordens im Widerspruche stand, konnte auf keinem Lehrstuhle vorgetragen werden — eine Art von universeller Censur, überall und zu gleicher Zeit ausgeübt, machte jede Entwicklung der Schule unmöglich. Zu welchen traurigen Ergebnissen dieses pädagogische System führte, darüber gibt Zirngiebl's Buch die sprechendsten Nachweise. Alle, die sich aus Pflicht oder Interesse mit der Schule beschäftigen, sollen dieses Werk studiren!

An mehreren rheinischen und schweizerischen katholischen Priester-Seminarien wird die Moral-Theologie des Jesuiten Pater Gury als Lehrbuch gebraucht. Dr. A. Keller in Aarau hat es in einem Werke, das schon in zweiter Auflage vorliegt, unternommen, diese Jesuitenmoral zu beleuchten. Für die Verdienstlichkeit dieser Arbeit gibt es keinen besseren Beleg, als die Wuthausbrüche der ultramontanen Journale, die mit erbostem Schimpfgeschrei über das Buch herfielen. Die Lectüre des Werkes ist für Jedermann sehr belehrend, denn sie offenbart den Jesuitismus in seiner wahren unverfälschten Gestalt. Einige Lehrsätze der Gury'schen Moral-Theologie verdienen in weiteren Kreisen bekannt zu werden. Zum Beispiel, „ob die Geistlichen an die bürgerlichen Gesetze gebunden sind?" Antwort: „Sicherlich werden sie nicht durch solche bürgerliche Gesetze verpflichtet, welche der noch bestehenden Immunität und ihrem Stande oder den heiligen Gesetzen der Kirche entgegen sind." — „Ist derjenige, der ein Mädchen mit dem Versprechen der Ehe entehrt hat, verpflichtet, dasselbe zu heirathen?" Antwort: „Die Meisten bejahen die Frage; eine zweite Meinung, welche in sich hinlänglich probabel scheint, verneint die Frage." — „Wenn Jemand mit zwei Frauen Eheverlöbnisse geschlossen und mit der zweiten gesündigt hat, welche muß er heirathen?" Antwort: „Sicherlich muß er die Erste heirathen" u. s. w. Die drastischen Redeblumen eines Kirchenfürsten umwendend, dürfen wir die Moral-Theologie des Jesuiten Gury als eine „Pfütze der Immoralität", eine „Schule des Diebstahls" und eine „Corruption der jugendlichen Keuschheit" bezeichnen.

Huber's „Lob und Schimpf des Jesuiten-Ordens" und Paul Hoffmann's „Geschichte der Jesuiten" haben als populäre Sammelwerke, die mit scharfer Tendenz gegen die Societät gerichtet sind, einen Werth. Daß solche anti-jesuitische Bücher in großen Auflagen meist auf dem Wege der Colportage über Deutschland verbreitet werden, gehört zu

den erfreulichsten Merkmalen unserer Zeit. Leider finden diese Schriften nur in den Städten größeren Eingang; sie in Hunderttausenden von Exemplaren unter die ländliche Bevölkerung zu werfen, wäre das sicherste Mittel, jen. berüchtigten „Missionen" der Jesuiten zu vernichten, die eine ständige Gefahr für alle Confessionen sind.

Vermischtes.

[Verhaftung.] Am 23. d. Nachmittags wurde, wie die Triester Ztg. meldet, in der alten St. Antonius-Kirche ein Seemann, Namens Joseph R. aus Ragusa, verhaftet, der in Gesellschaft seiner Gattin und seines Sohnes mit bedecktem Kopfe und der Cigarre im Munde die Kirche während einer gottesdienstlichen Handlung betreten und den Priester, der ihn zurechtwies, mit Beleidigungen überhäuft hatte.

Berlin, 23. April. In einem Bierhause der Oranienstraße ereignete sich am Montag Abend ein tragi-komischer Vorfall. Ein Student hatte mit der in dem Lokal servirenden Schankmamsel ein Liebesverhältniß angeknüpft. An dem gedachten Abende besuchten zwei fremde Herren das Lokal und machten der credenzenden Hebe auffallend den Hof, was von der Dame, wie es schien, nicht ungern aufgenommen wurde, dagegen den Zorn ihres Geliebten entflammte. Trotz mehrfacher Ermahnungen ließ sich die Dame in ihrer Unterhaltung mit den beiden Herren nicht stören, der junge Mann aber, von der Eifersucht gepackt, rannte in die Küche, holte von dort ein großes Messer und stieß es sich vor den Augen seiner Geliebten in die Brust, worauf er zu Boden sank. Die Wunde, die er sich mit dem glücklicher Weise stumpfen Messer beigebracht, war jedoch nur unbedeutend und der Blutverlust ein geringer, so daß er das Lokal verlassen und sich nach seiner Wohnung begeben konnte.

(Fund.) In der Nähe von Aix (Departement der Rhonemündungen) war dieser Tage ein Landwirth damit beschäftigt, einen alten Olivenbaum umzuhacken, als er auf einen harten Gegenstand stieß, der einen metallischen Klang gab. Er grub weiter nach und fand ein wohlverschlossenes festes Kistchen, das mit Goldstücken angefüllt war. Die Münzen tragen das Bildniß Ludwig's XIII. und stellen einen Werth von 80,000 Francs dar.

Telegraphische Nachrichten.

Karlsruhe, 28. April. Die Karlsruher Zeitung gibt eine aktenmäßige Darstellung der Bissing'schen Affaire, aus welcher hervorgeht, daß Bissing die Strafhaft ohne Reklamation der Behörden am 23. d. Mts. angetreten hat. In Folge einer Benachrichtigung aus Berlin verfügte der Justizminister die sofortige Freilassung desselben und fand dieselbe am 26. Morgens statt.

Triest, 28. April. Der Lloyddampfer Hungaria brachte heute Vormittags 11 Uhr die ostindische Ueberlandpost.

Berlin, 28. April. Die Weimarische Zeitung erklärt, daß die Nachricht von Absendung eines Bundeskommissärs nach Rudolstadt gänzlich unbegündet sei.

Berlin, 29. April. Sitzung des Zollparlamentes. Minister Delbrück beleuchtet die Tarifvorlage unter Vergleichung mit den früheren Entwürfen im Wesentlichen nach den bekannten Motiven der Vorlage. Die Erhöhung des Cafézolles bezwecke nur die Ausgleichung der durch die Tarifreform veranlaßten Ausfälle. Die Regierungen erwarten vertrauensvoll die Zustimmung des Parlamentes. — Zur allgemeinen Debatte meldeten sich 6 Redner für und eben so viele gegen den neuen Tarif.

Mainz, 29. April. Die Generalversammlung der Aktionäre der Ludwigsbahn beschloß eine Dividende von 9 1/2 Procent zu zahlen und eine Bahn von Mannheim nach Worms (beziehungsweise Riedbahn) zu bauen. Die statutenmäßig austretenden Verwaltungsräthe wurden wieder gewählt.

Paris, 28. April. Eine Privatcorrespondenz meldet aus Rom vom 24. April: Der größte Theil der französischen Bischöfe hat den Diözesanpriestern nicht nur die Genehmigung zur Theilnahme am Plebiscit ertheilt, sondern sogar dieselbe empfohlen.

Paris, 28. April. Das Memorial meldet, der Papst habe bei Empfang der französischen Note gesagt: Die Kirche hat stets jene Stellung berücksichtigt, in welche die Staaten durch die Forderungen der Völker und durch den Wechsel der Zeiten versetzt werden. — Am nämlichen Tage sollen die Vertreter der Mächte dem Cardinal Antonelli Noten überreicht haben, welche den Schritt Frankreichs unterstützen.

Paris, 28. April Nachts. Die ordentliche Generalversammlung der Südbahnaktionäre nimmt die Anträge des Berichtes an, setzt die Dividende auf 25 Frcs. fest, und erneuert die Ermächtigung, die nöthigen Fonds durch neue Anlehen zu beschaffen. Die ausscheidenden Administratoren werden wiedergewählt. Der Bericht schreibt den ungünstigen Stand der zweifelhaften Lage Oesterreichs und der Stockung im ungarischen Getreidehandel zu.

Paris, 29. April. Die „Agence Havas" meldet: Die Erzbischöfe von Chambery und Cambray und andere Prälaten fordern den Klerus auf, nicht allein beim Plebiscit mit „Ja" zu stimmen, sondern auch die Verirrten aufzuklären.

Rom, 27. April. Der Papst hat sich ausdrücklich geweigert, die französische Note dem Concile mitzutheilen.

Bukarest, 28. April. Das Ministerium ist noch nicht gebildet. Gerüchtweise verlautet, daß auch Golesco den Versuch, ein Cabinet zu bilden aufgegeben habe, und nun Epureanu mit der Cabinetsbildung betraut worden sei.

Athen, 28. April. Der Commandant der Garnison von Corfu, Bolgaris ist zum Kriegsminister ernannt worden. Der Platzkommandant von Athen Sutzos, ein Bruder des zurückgetretenen Ministers, hat den nachgesuchten Urlaub erhalten.

Telegraphische Cours- & Handelsberichte.

Frankfurt a. M., 29. April (Schlussc.)

Wechsel auf London	119 5/8	Oest.-franz. Staatsbahn	369 1/2
„ „ Paris	94 7/8	Bayr. Ostbahn-Actien	120 1/2
„ „ Wien	96 1/4	Elisabeth-Prior. 1. Em.	77 1/2
5 proc. bayr. Anleihe	101	4% bayer. Prämien-Anl.	106
4 1/2 „ „ „	92	Bad. Präm.-Anleihe	104 1/2
4 „ „ Grundrente	86	Oesterr. Loose v. 1860	78 1/4
4 „ „ Obligat.	86	„ Loose v. 1864	112 1/2
5 proc. österr. Metall. engl.	——	Alsenzbahn	——
5 „ „ National-Anl.	——	Oberhessische Bahn	67
Steuerfr. Metall. v. 1866	——	Lombarden	186
1882er Amerikaner	94 7/8	Napoleons	9.29 1/2
Oesterr. Bank-Actien	680	Rente Silber 57 1/4, Pap. 49 1/4	
Credit-Actien	259 1/2	Handelsbank	—

Wien, 29. April. (Schlussc.)

5 proc. National-Anlehen	69.80	Franz-Josef-Actien	—.—
Oest. fl. 100 Loose von 1858	—.—	Franz-Josef-Prior.	—.—
„ fl. 500 Loose von 1860	95.50	Steuerfr. Metall. on 1866	—.—
„ fl. 100 Loose von 1864	117.—	Napoleons	9.88
Oesterr. Bank-Actien	709.—	Wechsel auf Augsburg	102.80
„ Credit-Actien	218.20	„ „ London	123.65
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	384.—	„ „ Paris	49.10
Oest.-Rudolphsbahn-Actien	—.—	„ „ Frankfurt a. M.	103.—
„ „ Prioritäten	—.—	Ung. Nordostbahn	—.—
Alföldbahn	—.—	Lombarden	193.20
Siebenbürger Actien	—.—	Angl.-Aust.-B. 294.50 Pap.-R.	60.40

Berlin 29. April (Schlussc.)

Türk. Anl. v. 1865	46 3/8	Lombarden	105 1/4
4 proc. bayr. Präm.-Anl.	105 3/4	Italienische Anleihe	55 1/2
4 1/2 „ „ Anleihe	—	1882er amerikanische Bonds	95 5/8
Bad. Prämien-Anleihe	104 1/2	5 proc. preuss. Anleihe	101 3/8
Darmstädter Actien	126 7/8	4 1/2 „ „ „	92 1/8
Oesterr. Credit-Actien	147 3/4	Wechsel auf Augsburg	—.—
Oest.-franz. Staatsbahn-Actien	212 1/4	„ „ Frankfurt	—.—
Staatsbahn-Prioritäten	293 1/2	„ „ London	
Oest. fl. 500 Loose von 1860	77 3/4	„ „ Paris	
„ fl. 100 Loose von 1864	64 1/2	„ „ Wien	
5 proc. östr. National-Anl.	——		
		flau.	

New-York, den 28. April. Gold 115 1/8. Wechsel in Gold 109 1/4 Bonds per 1882 115 1/2. Baumwolle 23 1/4. Petroleum 26 1/8.

Liverpool, den 28. April. Schlussbericht. Heutiger Umsatz 10.000. Orleans 11 3/8. Middling amerikanische 11 1/8. Fair dhollerah 9 1/2. Middling fair dhollerah 9 1/4. Good middling dhollerh 9. Fair Bengal 8 1/4. Fair Omra 9 5/8. Pernam 11 3/4. Smyrna 10 1/4. Egyptian 12 1/8. Amerik. per März-April —. Dhollerah per Mai —. Omra 10. Tages-Import 4650 davon Ostindische —— Tendenz: ruhig.

Curse des Münchener Handelsvereins vom 29. April 1870.

Effekten.	Stücke à	Brief.	Geld.
Bayern. 3½% Obl.	fl. 1000	81½	
4% ganz. Obl.	1000	86¼	
4% halbj. Obl.	1000	86¼	
4% Grundr.-Obl.	1000	86⅛	85⅞
4½% ganzj. Obl.	1000	92¼	
4½% halbj. Obl.	1000	92¼	92
4½% „ Milit. „	1000	92¼	92
5% Obl.	1000	101¾	
4% Münch. Obl.	1000	85½	85
5% „ „	1000	101	
4½% Ostbahn-Aktien .		120¾	120⅜
4% Aljenz-Bahn-Akt. mit 40% Einzahlung . .		86½	
dto. volle		86½	
Pfdbr. d. bayer. Hyp.-u. W.-Bank à fl. 1000		90⅝	90⅜
Bank-Obl. d. Hyp. u. W.-Bk.			99⅞
Aktien „ „		820	
Bayer. Handelsbank-Act.		98	
„ Vereinsbank . .		119	
Württemberg. 4½% Obl. . . .			
Oesterreich 4⅕% Silb.-Rte. 6/7		57½	
„ Pap.-Rte .			
5% Nation.-Anl. . ⅚			
5% Met. v. 1859 in Pfdst. à 116⅔			
5% Met. Stfr. v. 1866 6/7			
. Oest. Bank-Aktie . .			
„ Cred.-Aktien . .		258¾	258½
Oest.-franz. Stsb.-Aktien .			367½

Effekten.	Brief.	Geld.
Oest. (lomb.) Südb. .	183½	183
Preußen. 4½% Obl. . . .		
Amerika. 6% Bonds P. 1882 à fl. 2½	95	94⅞
„ „ 1884 „	94	
„ „ 1885 „	94	
Lotterie-Anlehens-Loose.		
4% Bayer. Prämienanleihe a Rtl. 100	106	105½
4% Bad. „ „	104½	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7 Loose	13	12
Augsburger dto.	6½	
Pappenheimer dto.	5¾	
Braunschweiger 20 Thlr.-Loose . .	18½	18¼
Oester. 1834er Loose à fl. 250 ⅝		
„ 1860er „ à fl. 500 6/7		
„ 1864er „ à fl. 100 u. 50		
„ 1858er Cred. Loose . . .		
Diverse Effekten.		
Actien der		
Maximilianshütte		360
Münchener Gasbeleuchtungs-Gesellsch.		
München-Dachauer Papier-Fabrik		124
Baumwoll-Spinnerei Kolbermoor .	95	
Chemische Fabrik Heufeld		76
Oest. Elisabeth-Westbahn		
„ Franz Joseph-Bahn . . .		
„ Kronprinz Rudolph-Bahn . .		
„ Siebenbürger Bahn . . .		
5% Prior. d. öst. Elis.-Westb. I. Em. 6/7		
dto. II. „ „		
„ Kronpr. Rudolph-Bahn .	78	

Effekten.		Brief.	Geld.
5% Prior. Franz Joseph-Bahn .		80	
„ Siebenbürger Bahn .			
„ b. Böhm. Westbahn .			
„ Allföld Fiumander Bahn .			
Wechsel.			
Amsterdam fl. 100 holl.	K. S.	100⅜	
	L. S.	100⅜	
Augsburg fl. 100 . . .	K. S.		
	L. S.	100	
Berlin Rthlr. 60 . .	K. S.	105	
	L. S.	105	
Frankfurt fl. 100 . . .	K. S.	100	
	L. S.	100	
Hamburg M.-B. 100 . .	K. S.	88¾	
	L. S.		
Leipzig Rthlr. 60 . .	K. S.	105	104⅞
	L. S.	105⅛	
London Pfdst. 10 . . .	K. S.	119⅞	119⅝
	L. S.	119⅞	119⅝
Paris Fr. 200 . . .	K. S.	94⅞	94¾
	L. S.	94⅞	94¾
Wien fl. 100 . .	K. S.	96¼	
	L. S.	96¼	
Bank-Disconto für Platz-Wechsel . .			
„ „ Lombard. . .			
Geldsorten.			
Preuß. Friedrichsd'or		9.59	9.58
20 Francs Stücke		9.30	9.29
Preuß. Cassen-Scheine		105⅛	104⅞
Oest. Banknoten		96¼	96⅛

In Credit-Aktien lebhaftes Geschäft zu steigenden Coursen.

Kgl. Hof- u. National-Theater.

Samstag den 30. April.

71. Vorstellung im Jahres-Abonnement.

Neu einstudirt:

Die Marquise von Villette.

Schauspiel in fünf Aufzügen von Charlotte Birch-Pfeifer.

Regie: Hr. Jenke.

Personen:

Ludwig XIV., König v. Frankreich . . . . Hr. Dahn.
Philipp, Herzog v. Orleans, Hr. Richter.
Herzog du Maine, legitimirter Sohn des Königs, Orleans Schwager . . . . Hr. Possart.
Marquis v. Torcy, Kriegsmin. Hr. Keller.
Marquis v. Desmarets, Finanzminister . . . . . . Hr. Hoppe.
Graf v. Voisin, Staatsminist. Hr. Leigh.
Lord Henry St. John, Vicomte v. Bolingbrock, Staatssekretär u. Minister des Auswärtigen der Königin Anna v. Engl. Hr. Rüthling.

d'Estrée,	Freunde des Herzogs du Maine	Hr. Häusser.
Créqui,		Hr. Büttgen.
de Rocé,		Hr. Leibold.
Fremont,		Hr. Thoms.
de la Farre,		Hr. Knorr.
Fronsac,		Hr. Davideit.

Maréchal, zweiter Leibarzt des Königs . . . . Hr. Christen.
Bontemps, erster Kammerdien. des Königs . . . . Hr. Lang.
Launoy, erster Kammerdiener der Maintenon . . . . . Hr. Nachreiner.
Françoise, Marquise v. Maintenon, geb. d'Aubigny, . . Frl. Weiß.

Françoise, Herzogin v. Noailles, geb. d'Aubigny	Nichten der Maintenon	Frl. J. Meyer.
Marion, Marquise v. Villette geb. Marsilly,		Frl. M. Meyer.
Marquise von Caylus		Frln. Jenke.
Marquise von Dangeau,		Frl. Ulrich.

Demoiselle Balbieu, genannt Nanon, erste Kammerfra der Maitenon . . . . Frau Büttgen.
Fanchette, Marions Kammermädchen . . . . Frl. Lanzlott.

Das Stück spielt: Der erste Aufzug in Paris; der zweite, dritte und fünfte in Versailles; der vierte in einem Jagdschlosse des Herzogs du Maine, nahe bei Versailles.

Zeit der Handlung: September 1711.

Die Kasse wird um ½6 Uhr geöffnet.

Anfang ½7 Uhr. Ende nach 9 Uhr.

Preise der Plätze: Ein Galerienoble-Sitz 1 fl. 24 kr. Ein Parketsitz 1 fl. — kr., Parterre — fl. 24 kr. Gallerie — fl. 15 kr.

Königl. Staats-Eisenbahnen.

a Post-Z. b Kur.-Z. c Schn.-Z. d Lok.-Z. e Güt-Z.

München — Pasing — Augsburg.

Abfahrt:	Ankunft:
5 U. 45 M. Morg. b	8 U. 10 M. Morg. d
6 U. 10 M. Morg. c	8 U. 40 M. Vorm. d
6 U. 25 M. Morg. a	11 U. 40 M. Nchm. b
11 U. — M. Vorm. a	3 U. 35 M. Nchm. a
1 U. 50 M. Nchm. d	8 U. 15 M. Abds. b
5 U. 45 M. Abds. b	9 U. 15 M. Nchts. c
6 U. 45 M. Abds. d	9 U. 40 M. Nchts. a
11 U. 20 M. Nchts. b	

München — Salzburg — Wien.

5 U. — M. Morg. e	5 U. 15 M. Morg. b
9 U. — M. Morg. b	8 U. 15 M. Morg. e
10 U. — M. Vorm. a	10 U. 18 M. Vorm. a
4 U. 30 M. Nchm. a	4 U. 10 M. Nchm. a
5 U. 40 M. Nchm. e	8 U. 55 M. Abds. e
8 U. 40 M. Abds. b	11 U. — M. Nchts. b
10 U. 10 M. Nchts. b	

München — Starnberg — Peissenberg.

Abgang in München:	Abgang in Starnberg:
6 U. 50 M. Morg.	8 U. 20 M. Vorm.
10 U. 30 M. Vorm.	12 U. 35 M. Mitt.
5 U. — M. Abds.	7 U. 25 M. Abds.

München — Ingolstadt.

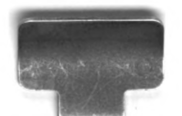
6 U. 30 M. Morg. a	8 U. 55 M. Morg. e
1 U. 55 M. Mitt. e	8 U. 40 M. Nchm. a
5 U. 45 M. Nachm. a	9 U. — M. Abds. a

München — Regensburg.

5 U. — M. Morg. a	8 U. 22 M. Morg. e
7 U. 45 M. Morg. b	9 U. 30 M. Vorm. b
9 U. 45 M. Vorm. a	11 U. 48 M. Mitt. e
1 U. 30 M. Nchm. e	6 U. 17 M. Abds. e
5 U. 15 M. Nchm. b	8 U. 5 M. Abds. b
7 U. — M. Abds. e	10 U. 25 M. Nchts.

Verlag u. Redaktion von Karl Kellerbauer. — Druck der C. Stahl'schen Buchdruckerei.






BUCHBINDERE
HANS HÜTT
OTTOBRUNN/Mchn

